Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1984

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Horst Möller

Mitherausgeber
Gregor Schöllgen und Andreas Wirsching

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1984

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1984

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Daniela Taschler und
Tim Szatkowski

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-034542-1
e-ISBN (PDF) 978-3-11-034576-6
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-039665-2

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2015 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/München/Boston
Druck und Bindung: Memminger MedienCentrum Druckerei und Verlags-AG, Memmingen
♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition VIII

Verzeichnisse XV

Dokumentenverzeichnis XVII
Literaturverzeichnis LXXIV
Abkürzungsverzeichnis LXXXI

Dokumente 1

Band I (Dokumente 1–180) 3
Band II (Dokumente 181–357) 861

Register 1631

Personenregister 1631
Sachregister 1697

Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom August 1984

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1984 wird zum zweiundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke. Zudem bin ich Herrn Professor Dr. h.c. Horst Teltschik für wertvolle Hinweise zu Dank verpflichtet.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg/ DeGruyter sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Ingrid Morgen, die im Frühjahr 2014 nach langer, verdienstvoller Tätigkeit in den Ruhestand gegangen ist, und ihrer Nachfolgerin, Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Frau Dr. Daniela Taschler und Herr Dr. Tim Szatkowski, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Christoph Franzen durch das Erstellen des Personenregisters, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz, M.A., durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr, Frau Gabriele Tschacher und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Frau Sophie Lange, Herr Philipp Schulte und Herr Patrick Wittstock.

Berlin, den 1. Oktober 2014 Horst Möller

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1984“ (Kurztitel: AAPD 1984) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom August 1984.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1984“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlußsachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zum überwiegenden Teil unterlagen sie als Verschlußsachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlußsachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1984 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus

dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 357 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z. B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z. B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. An-

derenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amts (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in ei-

ner Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftsformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftscharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler,

werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch" findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (1.9.2014) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehenen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abbreviaturen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort „Wirtschaftsunternehmen" aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.", „d. h.", „m. E.", „u. U." und „usw." sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzel-

nen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom August 1984 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1 02.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 3

Pfeffer gibt ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, vom 22. Dezember 1983 wieder. Themen waren die deutsch-französischen Beziehungen in historischer Perspektive sowie Möglichkeiten einer engeren europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit durch eine Belebung der WEU.

2 06.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 9

Seitz analysiert vor dem Hintergrund der Interessenlage der Bundesrepublik die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum und legt Möglichkeiten einer Einflußnahme durch die Bundesregierung dar.

3 06.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz S. 14

Ploetz faßt eine Besprechung bei Bundesminister Genscher zur Vorbereitung der KVAE in Stockholm zusammen. Zur Sprache kamen französische Überlegungen für eine Belebung der WEU, das europäische Forschungsprogramm ESPRIT, die aktuelle Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, mögliche Themen für Gespräche mit Außenministern aus Warschauer-Pakt-Staaten in Stockholm und die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung im Vorfeld der KVAE.

4 09.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik S. 21

Holik informiert über die Vorbereitungen für die KVAE innerhalb der NATO und stellt das Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen dar, das durch die NATO-Mitgliedstaaten in Stockholm präsentiert werden soll.

5 10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 26

Zur Frage von Rüstungsexporten in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens gibt Fischer einen Überblick über die Lieferwünsche verschiedener Staaten und unterbreitet Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.

6 10.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 31

Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt standen die Strategie des Bündnisses in Stockholm sowie Einzelheiten des zu präsentierenden Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen.

7 11.01. Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 35

Huber analysiert das Machtgefüge innerhalb des Warschauer Pakts und konstatiert Anzeichen einer zunehmenden Selbständigkeit der sowjetischen Bündnispartner in wirtschaftlichen, aber auch politischen Fragen, so etwa in der INF-Thematik.

8 11.01. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 39

Ruth informiert über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Im Mittelpunkt standen die sowjetischen Reaktionen auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, die Zukunft von START und die mögliche Zusammenlegung mit den wiederaufzunehmenden INF-Verhandlungen sowie der Stand der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme.

9 13.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 42

Seitz erörtert den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit und gibt Anregungen für deren Vertiefung, z. B. auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik durch eine Belebung der WEU sowie im Bereich Forschung und Technik, etwa in der Weltraumtechnologie.

10 17.01. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Stockholm, an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 48

Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov. Thema war die Absicht Jugoslawiens, während der Olympischen Winterspiele in Sarajevo keine durch die Vertretungen der Bundesrepublik in Jugoslawien ausgestellten Pässe für Personen aus der DDR mehr zu akzeptieren.

11 18.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 51

Ruth stellt grundlegende Überlegungen zur KVAE an. Nach einer Analyse der Ziele der UdSSR und der Bundesrepublik gibt er Empfehlungen für die Konferenzstrategie der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten.

12 18.01. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Stockholm, an das Auswärtige Amt S. 59

Ploetz unterrichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die Teilung Deutschlands und Europas, aktuelle Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen, das bevorstehende Gespräch zwischen Shultz und dem sowjetischen Außenminister Gromyko, die amerikanische Politik gegenüber Polen sowie die Lage im Nahen Osten.

13 19.01. Botschafter Ruth, z. Z. Stockholm, an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 65

Ruth übermittelt amerikanische Informationen zu einem Gespräch des Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Erörtert worden seien START, die INF-Verhandlungen und weitere Rüstungskontrollfragen, ferner die Fälle sowjetischer Dissidenten, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, der Nahost-Konflikt, Nicaragua und die amerikanische Politik gegenüber Südafrika.

14 20.01. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Stockholm, an das Auswärtige Amt S. 69

Braunmühl informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Im Mittelpunkt standen die Ost-West-Beziehungen nach dem Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, insbesondere die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik und die KVAE, sowie die bilateralen Beziehungen.

15 20.01. Botschafter von Puttkamer, Stockholm, an das Auswärtige Amt S. 77

Puttkamer resümiert ein Treffen des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Palme. Erörtert wurden die Ost-West-Beziehungen, die innerdeutschen Beziehungen und schwedische Überlegungen für eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

16 23.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 82

Pfeffer faßt eine Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung zusammen. Themen waren französische Überlegungen für eine Belebung der WEU, eine erste Bewertung der KVAE, neue Konzepte für konventionelle Waffen innerhalb der NATO und die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich von Spitzentechnologien, so z. B. das Projekt eines gemeinsamen Aufklärungssatelliten. Ferner gaben beide Seiten eine Einschätzung von SDI.

17 24.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom S. 87

Besprochen werden die KVAE, MBFR, die militärische Nutzung des Weltraums, die Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen, die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaften, eine Vertiefung der europäischen Einigung, die Frage kernwaffenfreier Zonen in Europa und die Rolle Libyens.

18 24.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem S. 94

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen vor dem Hintergrund der Zeit des Nationalsozialismus, israelische Besorgnisse über eine angebliche Verharmlosung der Waffen-SS, die

mögliche Lieferung von Panzern aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien, der Nahost-Konflikt und die Zukunft der Europäischen Gemeinschaften.

19 25.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem S. 103

Themen sind die wirtschaftliche Lage Israels, seine Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften mit Blick auf deren Süderweiterung sowie der Nahost-Konflikt, insbesondere die Rolle Syriens und Saudi-Arabiens.

20 26.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem S. 114

Erörtert werden der Ost-West-Konflikt, die Lage im Nahen Osten, mögliche Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien sowie die Politik des Iran.

21 26.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 121

Ruth befaßt sich mit dem ersten Test eines amerikanischen Anti-Satelliten-Systems und analysiert dessen Bedeutung aus rüstungskontrollpolitischer Sicht. Außerdem unterbreitet er Vorschläge zum weiteren Vorgehen.

22 26.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 127

Fischer faßt neue amerikanische Richtlinien für die Genehmigung von Hochtechnologieexporten in die Volksrepublik China zusammen und erläutert die Haltung der Bundesrepublik und anderer Partner im COCOM. Ferner unterbreitet er Vorschläge für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz zu diesem Thema.

23 27.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 130

Bertele weist auf jugoslawische Versuche hin, für die Zeit der Olympischen Winterspiele in Sarajevo die bisherige Praxis fallenzulassen, Personen aus der DDR durch Ausstellung von Pässen durch die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik die Ausreise zu ermöglichen.

24 27.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup S. 132

Kastrup vermerkt die Ergebnisse einer Ressortbesprechung zum weiteren Vorgehen in Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR in Vertretungen der Bundesrepublik und anderer Staaten.

25 30.01. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Bundeskanzleramt S. 135

Bräutigam informiert über Kontakte zum Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel, bzw. zu Rechtsanwalt Vo-

gel, in denen die Problematik von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik und den Botschaften anderer Staaten thematisiert wurde.

26 30.01. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 137

Studnitz gibt einen Überblick über die Haltung verschiedener Mitglieder der spanischen Regierung zur Frage der Stellung Spaniens in der NATO und warnt vor der Möglichkeit einer dauerhaften Verfestigung des gegenwärtigen Schwebezustands.

27 01.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 140

Ruth äußert sich zu informellen Vorschlägen der UdSSR, bei START ein Interimsabkommen zu vereinbaren, und legt das Interesse der Bundesrepublik an einer Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen dar.

28 01.02. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 146

Pfeffer faßt ein Vierertreffen der Politischen Direktoren zusammen. Sie behandelten unter anderem die Ost-West-Beziehungen, die KVAE, SALT und die INF-Verhandlungen, die Vorschläge des Ministerpräsidenten Trudeau für eine Reduzierung von Kernwaffen, das Verhältnis Griechenlands zur NATO sowie Zypern.

29 02.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Schloß Ludwigshöhe S. 155

Kohl berichtet über die Rücktrittsforderungen gegenüber Bundesminister Wörner im Zusammenhang mit der Entlassung von General Kießling. Dann diskutieren die Gesprächspartner Probleme in den Europäischen Gemeinschaften, vor allem die Frage des Haushalts, die Agrarpolitik, den Währungsausgleich und einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens.

30 02.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Schloß Ludwigshöhe S. 168

Kohl und Mitterrand sprechen über das europäisch-amerikanische Verhältnis, das geplante Flugzeug „Airbus A-320“, die Trägerrakete „Ariane“, die Basken-Frage, den irakisch-iranischen Krieg sowie Fragen des Einsatzes von Nuklearwaffen.

31 02.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 173

Vor dem Hintergrund der Entscheidung von Präsident Reagan, eine Raumstation zu bauen, untersucht Fischer, welche Möglichkeiten für die Bundesrepublik bzw. im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften bestehen, eine ähnliche Entwicklung anzustoßen, und ob eine Kooperation mit den USA sinnvoll sei.

32 02.02. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 177

Studnitz bewertet Äußerungen des Ministerpräsidenten González und des spanischen Außenministers Morán zur NATO-Mitgliedschaft ihres Landes. Er bekräftigt den Willen der Bundesregierung, sich weiterhin für die volle Integration Spaniens in die NATO einzusetzen.

33 03.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ischinger S. 180

Ischinger gibt Informationen des Bundesministers Genscher zu dessen Gespräch mit dem niederländischen Außenminister van den Broek wieder. Es sei über die personelle Besetzung der EG-Kommission, eine Belebung der WEU, Libyen und die in Breda einsitzenden deutschen Kriegsverbrecher gesprochen worden.

34 04.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 181

Schauer resümiert die Ergebnisse einer Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO. Thema war die Frage ihres Fortbestehens und ihres künftigen Arbeitsprogramms.

35 06.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 185

Pfeffer spricht sich für eine Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus. Als Ansatzpunkte dafür benennt er die Abstimmung in außenpolitischen Fragen, die Sicherheitspolitik, die Unternehmenskooperation sowie Wissenschaft und Technik.

36 07.02. Botschafter Freiherr von Mentzingen, Khartum, an das Auswärtige Amt S. 193

Mentzingen berichtet über die politische Lage im Sudan nach Aufständen im Süden des Landes. Er empfiehlt, auf Präsident Numeiri einzuwirken, um die Stabilität wiederherzustellen.

37 08.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort S. 195

Montfort beschreibt die politische Lage im Libanon vor dem Hintergrund von Kampfhandlungen in Beirut. Insbesondere stellt er die Interessen Syriens im Libanon bzw. im Nahen Osten dar.

38 08.02. Ministerialdirektor Pfeffer an Botschafter Hermes, Washington S. 200

Nach Äußerungen des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, zu Stand und Zukunft der transatlantischen Beziehungen übermittelt Pfeffer einen Vorschlag zur Gesprächsführung für eine Unterredung des Botschafters mit Eagleburger.

39 09.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek S. 204

Adamek informiert über deutsch-amerikanische Konsultationen zu SDI. Die amerikanische Seite habe ihre Motive und Ziele dargelegt.

40 09.02. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 208

Hermes berichtet über ein Gespräch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die Reise von Shultz in lateinamerikanische Staaten und Fragen der Sicherheitspolitik, vor allem START und die INF-Verhandlungen sowie das Verhältnis der SPD zur NATO.

41 10.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit, Belgassem S. 211

Genscher und Belgassem sprechen über einen Besuch des Bundesministers in Libyen, die amerikanisch-libyschen Beziehungen sowie Ton und Inhalt der Neujahrsbotschaft von Oberst Gaddafi.

42 12.02. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 212

Kastl analysiert die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der UdSSR unter dem verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, und äußert sich zur künftigen Außenpolitik des Landes unter dessen Nachfolger Tschernenko.

43 13.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Moskau S. 217

Themen sind ein Besuch Honeckers in der Bundesrepublik und bilaterale Wirtschaftsprojekte, ferner die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, der neue Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, die Beziehungen der Bundesrepublik und der DDR zu den USA und zur UdSSR sowie die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

44 14.02. Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 226

Roßbach informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush. Im Vordergrund standen die Ost-West-Beziehungen, der Nahost-Konflikt und die transatlantischen Beziehungen.

45 14.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, in Moskau S. 230

Kohl und Tschernenko betonen die Bedeutung der bilateralen Beziehungen und sprechen über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Ferner wird der Wunsch der Bundesregierung nach Familienzusammenführungen erörtert.

46 15.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 234

Fischer gibt einen Überblick über den Stand des Nord-Süd-Dialogs und verweist auf den Rückzug der USA aus VN-Organisationen sowie die Skepsis der amerikanischen Regierung hinsichtlich einer multilateralen Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe.

47 16.02. Deutsch-belgisches Regierungsgespräch in Brüssel S. 238

Bundeskanzler Kohl erläutert die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und spricht sich für eine stärkere politische Integration Europas aus, wofür auch der belgische Außenminister Tindemans plädiert. Außerdem werden die Haltung Belgiens zum NATO-Doppelbeschluß und die sowjetische Politik thematisiert.

48 17.02. Bundeskanzler Kohl an König Fahd S. 243

Kohl macht den Standpunkt der Bundesregierung in der Frage von Panzerlieferungen an Saudi-Arabien deutlich. Bei Rüstungslieferungen würden die Interessen aller befreundeten Staaten im Nahen Osten berücksichtigt, was Saudi-Arabien einschließe.

49 18.02. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 245

Vergau berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, in Paris, das weiteren Schritten zur Lösung der Namibia-Frage gewidmet war.

50 20.02. Botschafter Wegener, Genf (CD), an das Auswärtige Amt S. 250

Wegener übermittelt amerikanische Informationen über die sowjetische Bereitschaft zur Zulassung von Inspekteuren bei der Überwachung der Vernichtung chemischer Waffen und bewertet diesen Schritt.

51 20.02. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 253

Ruth informiert über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Thema war die Frage einer Fortführung des Rüstungskontrolldialogs, insbesondere eine mögliche Zusammenlegung der INF-Verhandlungen mit START.

52 20.02. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 257

Pfeffer faßt die Ergebnisse der deutsch-französischen Direktorenkonsultationen zusammen. Hauptthemen waren die Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Sicherheitspolitik und der europäischen Integration.

53 21.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Traoré S. 265

Traoré schildert die politische und wirtschaftliche Entwicklung Malis und nimmt Stellung zum Tschad-Konflikt sowie zur Westsahara- und zur Namibia-Frage. Kohl und Traoré erörtern ferner die Rolle von Oberst Gaddafi im Nahen Osten und in Nordafrika sowie den islamischen Fundamentalismus.

54 21.02. Botschafter Grabert, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 270

Grabert berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Zimmermann mit dem jugoslawischen Innenminister Dolanc. Im Mittelpunkt stand die Frage, was im Falle der Flucht eines Sportlers aus der DDR während der Olympischen Winterspiele in Sarajevo zu tun sei.

55 22.02. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 272

Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen stellt Wieck Überlegungen zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik an.

56 23.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi S. 276

Die Gesprächspartner erörtern den Streik der italienischen Zoll- und Finanzbeamten an den Landesgrenzen. Weitere Themen sind die innerdeutschen Beziehungen, die Politik der UdSSR, Fragen der Rüstungskontrolle, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses, Polen, der Terrorismus und die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik.

57 23.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 283

Fischer analysiert die Bemühungen der USA, ein Embargo für Nuklearexporte über Staaten der Dritten Welt zu verhängen, die nicht zu einem Verzicht auf Nuklearwaffen bereit seien, und stellt die abweichende Interessenlage der Bundesrepublik dar.

58 24.02. Deutsch-italienisches Regierungsgespräch S. 291

Im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt sprechen Kohl und Craxi über die Lage im Libanon. Craxi erläutert die Beziehungen Italiens zu Libyen. Das Gespräch wendet sich dann den Problemen der Europäischen Gemeinschaften zu. Thematisiert wer-

den die Milchproduktion, der EG-Haushalt und die EG-Eigeneinnahmen. Dabei wird auch die Frage nach der Zukunft Europas diskutiert.

59 24.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 299

Erörtert werden Fragen der Europäischen Gemeinschaften: der EG-Haushalt, vor allem der Beitrag der Bundesrepublik und Großbritanniens, die EG-Eigeneinnahmen, der Währungsausgleich, die Agrarpolitik, insbesondere die Milchproduktion, und die geplante Süderweiterung.

60 24.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 311

Bertele schlägt Bundesminister Genscher vor, einen Drahterlaß an die Botschaft in Santiago de Chile zu richten. Gegenstand ist die Bitte um Abschiebung des ehemaligen SS-Standartenführers Walter Rauff in die Bundesrepublik zwecks Strafverfolgung.

61 24.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort S. 314

Montfort unterrichtet über den Wunsch der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen), den Geheimdienst des Landes mit Hilfe aus der Bundesrepublik zu reorganisieren, und spricht sich für die Entsendung einer hochrangigen Delegation aus.

62 25.02. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kroneck S. 316

Kroneck teilt mit, die Personen aus der DDR, die sich in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag und anderen Warschauer-Pakt-Staaten aufhielten, könnten nicht direkt in die Bundesrepublik übersiedeln. Die DDR habe aber zugesichert, ihnen Straffreiheit zu gewähren und sie in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen, sofern sie zuvor in die DDR zurückkehrten.

63 27.02. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt S. 318

Wechmar berichtet über neue Akzente in der britischen Außenpolitik unter Premierministerin Thatcher und weist auf eine aktivere Ostpolitik sowie ihre Zurückhaltung gegenüber einer engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit hin.

64 28.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London S. 321

Kohl und Thatcher diskutieren die Probleme der Europäischen Gemeinschaften, vor allem den EG-Haushalt, den Währungsausgleich und die Agrarpolitik. Außerdem kommen die transatlantischen Beziehungen und Fragen der Ostpolitik der Bundesrepublik und Großbritanniens zur Sprache.

65 28.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 333

Fischer vermerkt, die amerikanische Regierung habe über den Einsatz chemischer Waffen durch den Irak im Krieg gegen den Iran informiert. Zugleich sei der Vorwurf erhoben worden, die Firma Kolb habe für die Herstellung von Nervengas Forschungs- und Produktionsanlagen geliefert.

66 29.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 336

Ruth gibt einen Überblick über Optionen für die Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen sowie von START und befaßt sich mit Vor- und Nachteilen einer möglichen Verschmelzung beider Foren.

67 29.02. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 344

Brunner informiert über den Besuch von Bundesminister Wörner in Spanien. Im Vordergrund standen das Verhältnis Spaniens zur NATO und Fragen der bilateralen Rüstungskooperation.

68 02.03. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 347

Bräutigam unterrichtet über ein Gespräch mit Rechtsanwalt Vogel zur Frage von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag sowie in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin und bewertet die Haltung der DDR.

69 05.03. Botschaftsrat I. Klasse Rapke, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 350

Rapke analysiert die Lage im irakisch-iranischen Krieg, besonders die Frage einer Schließung der Straße von Hormuz, und befaßt sich mit der Möglichkeit eines militärischen Eingreifens der USA in der Region.

70 05.03. Staatssekretär Meyer-Landrut, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher S. 353

Meyer-Landrut berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan. Erörtert wurden die wirtschaftliche Lage, die Probleme der Europäischen Gemeinschaften, der Führungswechsel in der UdSSR und die Ost-West-Beziehungen.

71 05.03. Staatssekretär Meyer-Landrut, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher S. 355

Meyer-Landrut faßt eine Unterredung des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan zusammen. Im Mittelpunkt standen die Lage in El Salvador bzw. in Polen, der Führungswechsel in der UdSSR sowie die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die innerdeutschen Beziehungen und die Situation in der DDR.

72 05.03. Staatssekretär Meyer-Landrut, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher S. 361

Meyer-Landrut informiert über ein Treffen des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und die innerdeutschen Beziehungen, Probleme der Europäischen Gemeinschaften, die Ost-West-Beziehungen, insbesondere das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen, die Lage in El Salvador sowie die Erweiterung des Küstenmeers der Bundesrepublik in der Nordsee.

73 06.03. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 372

Ruth unterrichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Erörtert wurden die MBFR-Verhandlungen, die KVAE, der erwartete amerikanische Entwurf für ein Verbot chemischer Waffen sowie die Zukunft der INF-Verhandlungen und von START.

74 06.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 374

Schenk faßt eine Unterredung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Botschafters Ruth mit Vertretern des amerikanischen Außenministeriums zusammen. Themen waren die transatlantischen Beziehungen, die Bemühungen um eine Belebung der WEU sowie die geplanten Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day“).

75 06.03. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 377

Hermes informiert über ein Treffen des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger zur Lage im Nahen und Mittleren Osten, Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien, der Lage in Afghanistan, dem Master Restationing Plan, COCOM sowie Spanien.

76 09.03. Aufzeichnung der Abteilung 2 S. 380

Analysiert wird die weitere Behandlung des Gewaltverzichts im Rahmen der KVAE mit Blick auf diesbezügliche Äußerungen der UdSSR sowie Vorschläge der neutralen und nichtgebundenen Staaten in Stockholm.

77 09.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 389

Steinkühler resümiert den Besuch des Bundesministers Genscher in der Türkei. Im Mittelpunkt standen der irakisch-iranische Krieg, die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Wirtschafts- und Verteidigungshilfe, die Beziehungen der Türkei zu den Europäischen Gemeinschaften, vor allem die Frage der Frei-

zügigkeit türkischer Arbeitnehmer, und die Demokratisierung in der Türkei.

78 13.03. Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem mexikanischen Außenminister Sepúlveda S. 393

Die Gesprächspartner befassen sich mit den Konflikten in Mittelamerika, insbesondere der Lage in El Salvador und Nicaragua, mit Nord-Süd-Fragen, den Ost-West-Beziehungen und der weltwirtschaftlichen Situation.

79 13.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 398

Ruth vermerkt den Stand der Gespräche mit Großbritannien und den USA über eine neue Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten.

80 13.03. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 403

Bräutigam informiert über ein Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse. Im Mittelpunkt standen die innerdeutschen Beziehungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet sowie beim Umweltschutz, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Kulturbeziehungen, die Ausreiseproblematik, ein möglicher Besuch von Honekker in der Bundesrepublik und die Ost-West-Beziehungen.

81 15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 407

Fischer vermerkt den Informationsstand hinsichtlich der Lieferung einer Anlage der Firma Kolb an den Irak, die zur Herstellung chemischer Kampfstoffe geeignet sein könnte, und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen.

82 16.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 410

Pfeffer legt den Stand der Gespräche mit der DDR über die Behandlung von Zufluchtsuchenden in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin und Botschaften in weiteren Warschauer-Pakt-Staaten dar.

83 16.03. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 413

Wieck befaßt sich mit der Frage von Truppeneinsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets und analysiert die sich für die Bundesrepublik ergebenden Schlußfolgerungen.

84 19.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 420

Schauer resümiert eine Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe. Erörtert wurden die sowjetische Reaktion auf die Stationierung amerikanischer Mittelstrek-

kensysteme in Europa, die Zukunft der INF-Verhandlungen und von START, der bisherige Verlauf der KVAE, SDI, eine Belebung der WEU, die mögliche Zusammenarbeit beim Projekt eines Aufklärungssatelliten sowie die Frage einer Teilnahme Frankreichs am Streitkräftevergleich zwischen NATO und Warschauer Pakt.

85 19.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 426

Ruth analysiert die weitere Behandlung des Gewaltverzichts im Rahmen der KVAE und befaßt sich vor allem mit dem taktischen Vorgehen bei einem Gewaltverzichtsvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten.

86 20.03. Gespräch des Staatsministers Möllemann mit dem irakischen Botschafter al-Tai S. 429

Erörtert wird der irakisch-iranische Krieg, insbesondere der Einsatz chemischer Waffen durch den Irak und das Schicksal von Kriegsgefangenen.

87 20.03. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 432

Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt standen der bisherige Verlauf der KVAE und das weitere taktische Vorgehen in Stockholm.

88 22.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 436

Steinkühler informiert über die Tagung des Europäischen Rats in Brüssel und legt die Gründe für deren Scheitern dar. Ferner äußert er sich zum weiteren Vorgehen.

89 23.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 438

Schauer befaßt sich mit dem Stand der Diskussion in den Niederlanden über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses und gibt Überlegungen der niederländischen Regierung wieder, angesichts der innenpolitischen Widerstände eine Teilstationierung durchzuführen.

90 26.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 440

Pfeffer resümiert ein Vierertreffen der Politischen Direktoren. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach dem Führungswechsel in der UdSSR, die Lage in Polen, der geplante West-Ost-Bericht der NATO, die KVAE, ein Verbot chemischer Waffen, die Rüstungskontrolle im Weltraum, eine Belebung der WEU, die Lage in der Türkei und im Nahen Osten, der irakisch-iranische Krieg, Probleme im südlichen Afrika, insbesondere der Namibia-Konflikt, die Situation in Mittelamerika sowie der Ablauf des Weltwirtschaftsgipfels in London.

91 27.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 453

Hartmann berichtet über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Erörtert wurden die sowjetische Haltung in Rüstungskontrollfragen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, niederländische Überlegungen für eine INF-Initiative der NATO, außerdem die Fortsetzung der INF-Verhandlungen bzw. von START.

92 28.03. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 457

Genscher legt die Position der Bundesregierung zur Frage der Behandlung von Zufluchtsuchenden aus der DDR in amerikanischen Botschaften in Warschauer-Pakt-Staaten dar und bittet Shultz, die amerikanische Praxis zu überdenken.

93 28.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl S. 460

Braunmühl äußert Bedenken gegen Erläuterungen des Bundeskanzleramts gegenüber der Ständigen Vertretung der DDR bezüglich einer „Selbstbeschränkung" im Verhalten der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik in Fragen von Zufluchtsuchenden aus der DDR.

94 29.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Eanes in Lissabon S. 463

Themen sind der EG-Beitritt Portugals, die Zukunft der Europäischen Gemeinschaften und die bilateralen Beziehungen, ferner das Interesse der Regierung von São Tomé und Príncipe, in engere Beziehungen mit der Bundesrepublik einzutreten.

95 29.03. Deutsch-portugiesisches Regierungsgespräch in Lissabon S. 470

Im Mittelpunkt stehen der EG-Beitritt Portugals, die bilateralen Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich, die Ost-West-Beziehungen sowie die Lage im südlichen Afrika bzw. in Mittelamerika.

96 29.03. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 478

Brunner berichtet über ein Gespräch mit Ministerpräsident González zum EG-Beitritt Spaniens und zur innenpolitischen Debatte über die Stellung Spaniens in der NATO.

97 29.03. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 481

Brunner gibt eine Bewertung seines Gesprächs mit Ministerpräsident González und analysiert die Haltung weiterer spanischer Regierungsmitglieder zur Stellung Spaniens in der NATO. Fer-

ner äußert er Empfehlungen zum weiteren Vorgehen der Bundesregierung.

98 29.03. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 483

Bräutigam analysiert die Deutschlandpolitik der DDR seit März 1983 und gibt einen Überblick über die innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Interessen der DDR, auch im Zusammenhang mit einem möglichen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik.

99 30.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 487

Fischer informiert über die Ergebnisse einer Außenwirtschaftsprüfung bei der Firma Kolb anläßlich ihrer Exporte in den Irak. Außerdem gibt er Informationen der amerikanischen Regierung über die Beteiligung der Firma am Bau einer Chemiewaffenfabrik weiter und spricht vor dem Hintergrund entsprechender Presseberichte in den USA Empfehlungen für das weitere Vorgehen der Bundesregierung aus.

100 30.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 490

Ruth resümiert ein Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem amerikanischen Gesandten Woessner. Gegenstand waren deutsch-amerikanische Differenzen hinsichtlich des weiteren Vorgehens in der Frage eines neuen Vorschlags der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten.

101 05.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl S. 493

Braunmühl konstatiert vermehrte Luftraumreservierungen der UdSSR in den Flugkorridoren von und nach Berlin und daraus resultierende Beeinträchtigungen der zivilen Luftfahrt. Er verweist auf die bisherigen Proteste Frankreichs, Großbritanniens und der USA.

102 05.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ehni S. 496

Ehni faßt die Ergebnisse einer Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO zusammen. Themen waren die INF-Stationierung in den Niederlanden, die amerikanischen Pläne für SDI und Anti-Satelliten-Waffen sowie die Zukunft der High Level Group (HLG).

103 06.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Staatsrats der DDR, Mittag S. 499

Kohl und Mittag erörtern die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen und sprechen sich für einen Ausbau des Wirtschaftsverkehrs sowie eine Kooperation auf dem Gebiet des Umweltschutzes aus.

104 06.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus S. 504

Ruhfus nimmt Stellung zur Aufforderung von König Hussein an die EG-Mitgliedstaaten, eine aktivere Rolle bei der Lösung des Nahost-Konflikts zu übernehmen. Als Hintergrund benennt er die Enttäuschung Jordaniens über die Nahostpolitik der USA.

105 06.04. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 506

Hermes berichtet über weitere Gespräche im amerikanischen Außenministerium zur Klärung der Frage, ob die Firma Kolb eine Anlage zur Herstellung von Chemiewaffen in den Irak geliefert habe.

106 09.04. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 509

Wieck informiert über die Präsentation des amerikanischen Entwurfs eines Vertrags für ein umfassendes, weltweites und verifizierbares Verbot chemischer Waffen und faßt die Reaktionen der übrigen NATO-Mitgliedstaaten zusammen.

107 10.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 511

Schauer hält fest, der Informations- und Meinungsaustausch mit den USA über ostpolitische Fragen sei teilweise eingeschränkt. Als Grund nennt er das Interesse der amerikanischen Regierung an besonderer Vertraulichkeit im Hinblick auf die Beziehungen zur UdSSR.

108 13.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Botschafter Burns S. 515

Burns spricht über das amerikanische Budgetdefizit und wendet sich dann der Frage der Finanzierung des NATO-Infrastrukturprogramms zu. Kohl weist auf die Schwierigkeiten bei der Bundeswehr hin, insbesondere auf die Verringerung der Personalstärke infolge der demographischen Entwicklung.

109 16.04. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 520

Ruth vermerkt, die USA hätten über ihre Pläne für die Errichtung eines Anti-Satelliten-Systems informiert, und macht das Interesse der Bundesrepublik an einem Vertrag über das Verbot von Anti-Satelliten-Waffen deutlich.

110 17.04. Ministerialdirektor Ruhfus, z. Z. Buenos Aires, an das Auswärtige Amt S. 523

Ruhfus informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Alfonsín, in dessen Mittelpunkt die wirtschaftliche Lage in Argentinien, die Entwicklung in Mittel- und Südamerika sowie die Falkland-Frage standen.

111 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 527

Fischer teilt mit, eine Außenwirtschaftsprüfung habe bisher keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Firma Kolb eine Anlage zur Herstellung von Chemiewaffen in den Irak geliefert habe. Die Überprüfung müsse jedoch wegen einiger noch offener Fragen fortgeführt werden.

112 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 530

Vor dem Hintergrund außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Interessen der Bundesrepublik legt Schauer mögliche Formen eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr und deren Voraussetzungen dar. Ferner äußert er sich zur Frage der Unterstützung von Out-of-area-Einsätzen amerikanischer Streitkräfte vom Bundesgebiet aus.

113 19.04. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 543

Boss legt den Abschlußbericht über die 32. Runde der MBFR-Verhandlungen vor und skizziert die Reaktion der Warschauer-Pakt-Staaten auf die jüngste Initiative der NATO-Mitgliedstaaten.

114 24.04. Botschafter Ruth, z. Z. London, an das Auswärtige Amt S. 546

Ruth unterrichtet über die bevorstehende Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis in Brüssel und erläutert die Haltung der niederländischen Regierung zur Frage der INF-Stationierung anhand amerikanischer Informationen.

115 25.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Prem in Lindau S. 549

Kohl und Prem thematisieren die bilateralen Beziehungen, die Kooperation zwischen den EG- und den ASEAN-Mitgliedstaaten, die Besetzung Kambodschas durch Vietnam, die Situation der Flüchtlinge in Thailand, die Politik der Volksrepublik China, die chinesisch-sowjetischen Beziehungen sowie die innere Entwicklung Thailands.

116 25.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 554

Holik berichtet über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis, die der niederländischen Haltung zur INF-Stationierung gewidmet war.

117 25.04. Drahterlaß des Ministerialdirektors Pfeffer S. 556

Pfeffer unterrichtet über die Ergebnisse eines Vierertreffens der Politischen Direktoren in London. Themen waren der West-Ost-Bericht der NATO, eine politische Erklärung der Teilnehmerstaaten des bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfels in London,

die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, eine Belebung der WEU, die innere Entwicklung der DDR, der irakisch-iranische Krieg, der internationale Terrorismus, die Beziehungen zwischen Großbritannien und Libyen, der künftige Status Hongkongs und der Besuch von Präsident Reagan in der Volksrepublik China.

118 26.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bente S. 564

Bente notiert, die amerikanische Botschaft habe den Wunsch geäußert, die Bundesrepublik möge der Republik China (Taiwan) auszusondernde Flugzeuge vom Typ „F-104“ liefern, was abgelehnt worden sei.

119 27.04. Gesandter Graf von Brühl, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 566

Brühl teilt mit, die Botschaft habe erfahren, daß die polnische Regierung Versuche unternommen habe, inhaftierte Mitglieder der Gewerkschaft Solidarność und des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) zur Annahme ihrer Freilassung zu bewegen.

120 30.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik S. 567

Holik vermerkt, die USA lehnten es ab, das im VN-Waffenübereinkommen vorgesehene Verbot des Einsatzes von Brandwaffen aus der Luft gegen militärische Ziele innerhalb einer Konzentration von Zivilpersonen vorbehaltlos zu akzeptieren. Er schlägt eine Demarche im amerikanischen Außenministerium vor.

121 01.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 573

Pfeffer unterbreitet eine Konzeption für die Belebung der WEU und geht dabei insbesondere auf die sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der Bundesregierung und die Haltung der anderen WEU-Mitgliedstaaten ein.

122 02.05. Deutsch-britisches Regierungsgespräch in Chequers S. 585

Erörtert werden Fragen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere der britische Beitrag zum Haushalt und die künftige Besetzung der EG-Kommission. Weitere Themen sind der Weltwirtschaftsgipfel in London, die Lage auf Zypern, der irakisch-iranische Krieg, Fragen diplomatischer Immunität im Zusammenhang mit der Tötung einer britischen Polizistin durch Schüsse aus der libyschen Vertretung in London, das Seerecht, Argentinien, Rüstungskontrollfragen, der bevorstehende Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day“) sowie die Ausreisewelle aus der DDR.

123 02.05. Gespräch des Ministerialdirektors Fischer mit dem israelischen Botschafter Ben-Ari S. 598

Ben-Ari trägt die Besorgnisse der israelischen Regierung über die Herstellung chemischer Waffen im Irak vor und weist insbesondere auf eine Verwicklung der Firma Kolb hin. Fischer erläutert die bisher durchgeführten Untersuchungen der Bundesregierung.

124 03.05. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 601

Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt standen das Vorgehen in der Frage des Gewaltverzichts und bei beschränkenden Maßnahmen, ferner der weitere organisatorische Ablauf der KVAE und offene Fragen des Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen der NATO-Mitgliedstaaten.

125 06.05. Bundesminister Genscher an den irakischen Außenminister Aziz S. 606

Genscher äußert sich zum irakisch-iranischen Krieg und setzt sich für die Freilassung des im Irak inhaftierten Mitarbeiters des Presse- und Informationsamts, Jacob Petross, ein.

126 07.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington S. 608

Besprochen werden die Ost-West-Beziehungen, insbesondere die INF-Stationierung und der bevorstehende Besuch von Genscher in der UdSSR, außerdem Wirtschaftsfragen, die angestrebte Belebung der WEU und der Besuch von Präsident Reagan in der Volksrepublik China.

127 07.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington S. 613

Genscher und Shultz erörtern die Behandlung von zufluchtsuchenden Personen aus der DDR in amerikanischen Botschaften bei den Warschauer-Pakt-Staaten.

128 07.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington S. 615

Die Gesprächspartner befassen sich mit den Ost-West-Beziehungen, insbesondere Rüstungskontrollfragen und dem bevorstehenden Besuch von Genscher in der UdSSR, ferner mit SDI und dem Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen.

129 08.05. Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington S. 619

Im Mittelpunkt stehen die Ost-West-Beziehungen, die Lage in den osteuropäischen Staaten und der DDR, die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die KVAE, der Fall Sacharow, der Boykott der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles durch die UdSSR, START, SDI, weitere Rüstungskontrollfragen, das geplante „Signal von Washington", die Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA, der Weltwirtschaftsgipfel in London, die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und den USA sowie die Vorläufige Absprache über Fragen des Tiefseebodens.

130 09.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau an die Botschaft in Lusaka S. 632

Vergau erteilt Weisung, unauffällig den Vizepräsidenten der SWAPO, Witbooi, zu kontaktieren, um ein Gespräch mit einem Sonderemissär des Auswärtigen Amts zu arrangieren.

131 10.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow S. 634

Die Gesprächspartner befassen sich mit den Ost-West-Beziehungen, insbesondere mit Rüstungskontrollfragen und der KVAE, der sowjetischen Außenpolitik, dem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles durch die UdSSR und weitere Staaten, der Lage in Nicaragua nach der Verminung dortiger Häfen sowie mit der geplanten Umweltkonferenz in München.

132 10.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow in Wachtberg-Pech S. 640

Erörtert werden die Bedingungen einer Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen, wobei Mladenow die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme fordert.

133 10.05. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 643

Wallau informiert über Gespräche des Bundesministers Genscher mit amerikanischen Experten über SDI, vor allem die Konsequenzen für die Strategie der Abschreckung, die weiteren Konsultationen innerhalb der NATO und die Behandlung des Themas in der Öffentlichkeit.

134 13.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 646

Pfeffer resümiert den Stand der Arbeiten an einer West-Ost-Studie der NATO und geht dabei auf Meinungsverschiedenheiten der NATO-Mitgliedstaaten bei der Bewertung der Entspannungspolitik ein. Er empfiehlt, die Zustimmung der Bundesregierung zum Textentwurf nicht zu erteilen und verschiedene Neuformulierungen vorzuschlagen.

135 14.05. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 652

Ruth äußert sich zu amerikanischen Überlegungen für eine Initiative zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen und stellt die Interessenlage der Bundesrepublik dar.

136 14.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 656

Sulimma rekapituliert den Stand der Untersuchungen der Aktivitäten der Firma Kolb im Irak und deren mögliche Beteiligung bei der Herstellung chemischer Waffen. Ferner informiert er über entsprechende amerikanische Erkenntnisse und äußert sich zu weiteren Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung, insbesondere einer Inspektion der Anlagen vor Ort durch Experten.

137 15.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Europaminister Dumas S. 662

Besprochen werden die anstehende Tagung des Europäischen Rats in Fontainebleau, vor allem die Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt, sowie ein neuer Anlauf zur Vertiefung der europäischen Integration.

138 15.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 666

Pfeffer plädiert trotz einiger Bedenken erneut dafür, der Verabschiedung der West-Ost-Studie der NATO nicht zuzustimmen.

139 15.05. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 668

Ruth informiert über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Im Mittelpunkt standen die Durchführung der INF-Stationierung vor dem Hintergrund italienischer Überlegungen für ein Stationierungsmoratorium sowie der Debatte in den Niederlanden.

140 16.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 672

Pfeffer faßt eine Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung zusammen, in der sicherheitspolitische Aspekte der Ost-West-Beziehungen, SDI, eine Belebung der WEU, die bilaterale militärische Zusammenarbeit und die Erörterung neuer Technologien in der NATO behandelt wurden.

141 16.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler S. 679

Vor dem Hintergrund einer entsprechenden ägyptischen Wunschliste nimmt Fiedler Stellung zu Rüstungsexporten nach Ägypten.

142 16.05. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 681

Wieck berichtet über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Themen waren die sowjetische Bedrohung, die Lastenteilung im Bündnis, insbesondere das Infrastrukturprogramm, die INF-Stationierung, vor allem die innenpolitische Debatte in den Niederlanden, sowie die vorangegangene Sitzung der Eurogroup.

143 18.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González in Madrid S. 692

Kohl und González erörtern den Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens, die innenpolitische Debatte um die spanische Stellung in der NATO, die Ausländerpolitik der Bundesregierung, die Beziehungen Spaniens zur UdSSR und zu Israel sowie die Lage in Lateinamerika.

144 18.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow S. 698

Karkow informiert über den Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng. Themen waren die Beziehungen der Volksrepublik China zur UdSSR und zu den USA, Nord-Süd-Fragen, Rüstungskontrollthemen sowie die bilateralen Beziehungen, vor allem das Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

145 18.05. Botschafter Verbeek, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt S. 701

Verbeek übermittelt neue Informationen zum Fall des seit 1976 in Argentinien vermißten Klaus Zieschank, aus denen hervorgeht, daß dieser bereits im Jahr seines Verschwindens ermordet wurde.

146 20.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Saarbrücken S. 703

Erörtert werden die Ost-West-Beziehungen, die Debatte um die INF-Stationierung in Belgien und den Niederlanden, Probleme der Europäischen Gemeinschaften, vor allem der britische Beitrag zum EG-Haushalt, eine Vertiefung der europäischen Integration, der bevorstehende Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day"), der Weltwirtschaftsgipfel in London sowie Überlegungen für einen gemeinsamen Besuch eines Soldatenfriedhofs.

147 20.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Saarbrücken S. 711

Kohl und Mitterrand besprechen die künftige Besetzung der Position des EG-Kommissionspräsidenten und stellen Überlegungen über die politische Zukunft Europas an. Ferner wird die Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt thematisiert.

148 22.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, in Moskau S. 715

Im Mittelpunkt stehen die Ost-West-Beziehungen, vor allem Rüstungskontrollfragen nach dem Beginn der INF-Stationierung in Europa und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Außerdem werden die bilateralen Beziehungen, die KVAE und Menschenrechtsfragen erörtert.

149 28.05. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu in La Celle Saint-Cloud S. 722

Themen sind die bilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die französische Nuklearstrategie, SDI, eine Belebung der WEU sowie die künftige Arbeit der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG).

150 28.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 729

Kohl und Mitterrand befassen sich mit Fragen der Europäischen Gemeinschaften, vor allem dem britischen Beitrag zum Haushalt, ferner mit der Vertiefung der europäischen Integration, dem bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in London, dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und den Ost-West-Beziehungen.

151 28.05. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 734

Ruth analysiert die rüstungskontrollpolitischen Aspekte von SDI und regt informelle Gespräche mit den USA und weiteren Staaten an.

152 28.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jansen S. 738

Jansen resümiert das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Salon-de-Provence. Themen waren die Ost-West-Beziehungen, die Lage in Polen, die Vorschläge des Staatspräsidenten Mitterrand für eine Europäische Union, die künftige Besetzung der EG-Kommission sowie die Belebung der WEU.

153 28.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 742

Steinkühler informiert über den Besuch des Bundesministers Genscher in der UdSSR. Im Mittelpunkt standen die Ost-West-Beziehungen, vor allem Rüstungskontrollfragen, verschiedene internationale Krisenherde sowie die bilateralen Beziehungen.

154 28.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze an die Botschaft in Neu Delhi S. 748

Henze teilt mit, daß indische Wünsche bezüglich einer weitgehenden Zusammenarbeit bei der Rüstungsproduktion nach einem Ministergespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers Kohl abgelehnt würden.

155 29.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Mauroy in Rambouillet S. 749

Kohl und Mitterrand vereinbaren einen gemeinsamen Besuch in Verdun im Herbst. Weitere Themen sind der Abbau der Grenzkontrollen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, der irakisch-iranische Krieg und ein mögliches Eingreifen der USA und weiterer Staaten im Persischen Golf, die Lage in Saudi-Arabien, Ägypten und Israel, der Weltwirtschaftsgipfel in London, die gegenwärtige Streikwelle in der Bundesrepublik, die Weltraumpolitik, das Satellitenfernsehen sowie die bilaterale militärische Zusammenarbeit.

156 30.05. Ministerialdirigent Schauer, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 757

Schauer berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA). Erörtert wurden vor allem die Frage von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, die Behandlung von Menschenrechtsfällen, die NATO-Ministerratstagung, der bevorstehende Weltwirtschaftsgipfel in London sowie Nord-Süd-Fragen.

157 31.05. Botschafter Wieck, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 762

Wieck informiert über die Ausführungen des Bundesministers Genscher während der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Im Mittelpunkt standen die West-Ost-Studie der NATO sowie der seitens der Warschauer-Pakt-Staaten vorgeschlagene Gewaltverzicht und der Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen.

158 04.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Monge S. 765

Kohl und Monge besprechen die Lage in Mittelamerika, insbesondere in Costa Rica und Nicaragua, sowie die amerikanische Politik in dieser Region. Ferner sprechen sie über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Costa Rica.

159 04.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Meyer-Landrut S. 770

Vor dem Hintergrund seiner Reise nach Saudi-Arabien und der bisherigen Gespräche über die Lieferung von Rüstungsgütern aus der Bundesrepublik legt Meyer-Landrut Bundesminister Genscher den Entwurf eines Rahmenabkommens zwischen den beiden Regierungen über Rüstungs- und Verteidigungszusammenarbeit vor.

160 04.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 775

Steinkühler informiert über die NATO-Ministerratstagung in Washington, in deren Mittelpunkt die Ost-West-Beziehungen, die Haltung der Niederlande zur INF-Stationierung und der irakisch-iranische Krieg standen.

161 04.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 778

Steinkühler berichtet über die Erörterung des Themas Ost-West-Beziehungen auf der NATO-Ministerratstagung in Washington und die dazu abgegebene Erklärung.

162 05.06. Deutsch-südafrikanisches Regierungsgespräch S. 781

Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Botha besprechen zunächst ein Projekt im Rüstungsbereich. Anschließend widmen sie sich der Lage im südlichen Afrika und in Namibia. Nach Hinzuziehung der Außenminister Genscher und Botha wird dieses Thema weiter erörtert, wobei vor allem der Einfluß der UdSSR in Afrika, die kubanischen Truppen in Angola und die innere Entwicklung Südafrikas zur Sprache kommen.

163 06.06. Bundesminister Genscher an Bundesminister Wörner S. 793

Genscher äußert sich zu türkischen Wünschen nach einer Rüstungssonderhilfe und diskutiert die Haltung der Türkei zur Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Gemeinschaften.

164 07.06. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 795

Schoeller berichtet über die Feierlichkeiten anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der alliierten Truppen in der Normandie („D-Day“) sowie die Ausführungen des Staatspräsidenten Mitterrand aus diesem Anlaß.

165 08.06. Gespräch der Außenminister der G-7 in London S. 797

Die Außenminister diskutieren über Ursachen, Folgen und Lösungsmöglichkeiten der internationalen Verschuldungskrise. Dabei stehen die Rolle des IWF und der Nord-Süd-Dialog im Vordergrund.

166 08.06. Gespräch der Außenminister der G-7 in London S. 802

Die Außenminister behandeln das Problem des internationalen Terrorismus, unter anderem am Beispiel Libyen. Als Lösungen werden eine stärkere Kontrolle des ausländischen Botschaftspersonals und ein verstärkter Austausch nachrichtendienstlicher Informationen erwogen.

167 08.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik S. 806

Holik analysiert die Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni in Dublin, insbesondere die Erklärung zum Gewaltverzicht sowie deren mögliche Auswirkungen auf die KVAE in Stockholm.

168 08.06. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 810

Kastl berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zu den sowjetischen Revanchismusvorwürfen gegenüber der Bundesrepublik sowie zur NATO-Ministerratstagung in Washington, den Ost-West-Beziehungen, der Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni in Dublin, den INF-Verhandlungen, verschiedenen Fragen der Rüstungskontrollpolitik und den bilateralen Beziehungen.

169 12.06. Botschafter Böcker, Bagdad, an Ministerialdirektor Ruhfus und Ministerialdirigent Loeck S. 814

Böcker teilt mit, er habe die Vertreter dreier Firmen aus der Bundesrepublik über einen möglichen Angriff auf die Industrieanlage in Samarra unterrichtet. Der Vertreter der Firma Kolb habe zurückhaltend gegenüber der Aufforderung reagiert, alle Firmenangehörigen zu warnen.

170 13.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 817

Steinkühler informiert über den Weltwirtschaftsgipfel in London, bei dem die Ost-West-Beziehungen, die Beziehungen zu den Entwicklungsländern, die transatlantischen Beziehungen, der irakisch-iranische Krieg und der internationale Terrorismus im Mittelpunkt standen.

171 14.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 820

Steinkühler unterrichtet über den Teil des Weltwirtschaftsgipfels in London, der Wirtschafts-, Finanz- und Handelsfragen gewidmet war. Erörtert wurden unter anderem das Haushaltsdefizit der USA, das internationale Währungssystem, GATT, die Verschuldung der Entwicklungsländer und Umweltprobleme.

172 18.06. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit an die Botschaft in Tripolis S. 824

Schlagintweit resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit. Belgassem habe sich zu den Unruhen in Tripolis geäußert und dargelegt, daß libysche Staatsangehörige, die in der Bundesrepublik ausgebildet wurden, daran beteiligt gewesen seien. Zudem sei ein Besuch Genschers in Libyen erörtert worden.

173 21.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Lázár in Budapest S. 827

Die beiden Regierungschefs sprechen über die bilateralen Beziehungen, insbesondere über Wirtschaftsfragen, humanitäre Fälle und deutsche Kriegsgräber in Ungarn. Ein weiteres Thema sind die Beziehungen Ungarns zur EG. Kohl und Lázár analysieren dann die Ost-West-Beziehungen.

174 22.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Halefoglu S. 838

Genscher und Halefoglu thematisieren den irakisch-iranischen Krieg und Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung, die Beziehungen der Bundesrepublik zu Iran und zu Libyen sowie das libysch-sowjetische Verhältnis.

175 22.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Halefoglu S. 842

Die beiden Außenminister diskutieren über die bilateralen Beziehungen, vor allem im Wirtschaftsbereich, sowie über die innere Lage in der Türkei und die Beachtung von Menschenrechten.

176 22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert S. 846

Peckert äußert sich zu Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium, in Bonn hätten Unterredungen über Waffenlieferungen an afghanische Widerstandskämpfer stattgefunden.

177 25.06. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 847

Ruth informiert über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO, in deren Mittelpunkt die niederländische Haltung zur INF-Stationierung stand. Besonders diskutiert wurde die Frage, ob der niederländische Außenminister van den Broek einen Brief an seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko richten solle.

178 26.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 849

Vor dem Hintergrund der Entscheidung des Präsidenten Reagan für den Bau einer Raumstation analysiert Fischer Stand und Perspektiven der europäischen Raumfahrt und schlägt eine Ressortbesprechung unter Leitung des Bundeskanzlers vor.

179 27.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 853

Bertele bewertet die Haltung der amerikanischen Regierung zum Gewalt- und Interventionsverbot gemäß der VN-Charta seit der Intervention auf Grenada. Ferner äußert er sich zur Frage der Justiziabilität amerikanischer außenpolitischer Handlungen am Beispiel des Verfahrens zwischen Nicaragua und den USA vor dem IGH.

180 27.06. Botschafter Wegener, Genf (CD), an das Auswärtige Amt S. 856

Wegener informiert über die amerikanische Haltung in der Genfer Abrüstungskonferenz zu den Themen Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum, Verhütung eines Atomkriegs und Vermeidung von Nukleartests.

181 03.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen S. 861

Schneppen unterrichtet über die Tagung des Europäischen Rats in Fontainebleau. Wichtigste Ergebnisse waren die Einigung über den britischen Haushaltsausgleich, die Einleitung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einsetzung von Arbeitsgruppen für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) bzw. zur Untersuchung von Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Identität.

182 04.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südkoreanischen Außenminister Lee Won-kyung S. 864

Im Mittelpunkt stehen die Lage auf der koreanischen Halbinsel und das Verhältnis zwischen beiden koreanischen Staaten, die deutsch-sowjetischen Beziehungen und der Ost-West-Konflikt sowie die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea (Südkorea).

183 05.07. Ministerialdirigent Loeck an die Botschaft in Bagdad S. 870

Loeck gibt einen Überblick über die Entwicklung im Fall der Lieferung chemischer Anlagen durch die Firma Kolb in den Irak und geht insbesondere auf die Bemühungen der Bundesregierung ein, eine Kontrolle der Anlage in Samarra zu erreichen.

184 05.07. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 873

Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats. Thema war eine Unterrichtung der Bündnispartner über SDI durch amerikanische Regierungsvertreter.

185 06.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 878

Erörtert werden das amerikanisch-sowjetischen Verhältnis, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, auch im wirtschaftlichen Bereich, der Stand der KVAE sowie Fragen der Rüstungskontrolle, besonders im Weltraum.

186 06.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 884

Schauer informiert über einen Beschluß des amerikanischen Senats zur Produktion von nuklearer Artilleriemunition und weist auf die Bedeutung für die Bundesrepublik sowie für die NATO hin.

187 07.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 888

Fischer resümiert Verlauf und Ergebnisse der multilateralen Umweltkonferenz in München und erläutert auch deren Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen.

188 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 891

Fischer befaßt sich mit den Möglichkeiten der Bundesregierung, die Firma Kolb von weiteren Lieferungen chemischer Anlagen in den Irak abzuhalten, und geht dabei auf eventuelle Entschädigungsansprüche ein. Ferner erörtert er die Frage einer Inspektion der Anlage in Samarra.

189 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 895

Seitz plädiert für ein stärkeres Engagement der Bundesregierung im Bereich der Raumfahrt zusammen mit Frankreich und weiteren Staaten und weist auf die identitätsstiftende Bedeutung eines europäischen Projekts hin.

190 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 897

Schauer untersucht die Möglichkeiten einer Beteiligung der Bundesrepublik und anderer europäischer Staaten an SDI und geht dabei auf technologische und strategische Aspekte ein.

191 11.07. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 901

Wieck faßt eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten zusammen. Neben einer Bewertung der zweiten Verhandlungsrunde stand das weitere Vorgehen in der Frage eines Gewaltverzichts im Mittelpunkt.

192 12.07. Botschafter Dittmann, Mexiko-Stadt, an das Auswärtige Amt S. 905

Dittmann berichtet über den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Mexiko. Hauptthemen der Gespräche waren die bilateralen

Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen, die Lage in Mittelamerika und Wirtschaftsfragen.

193 13.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek S. 908

Themen sind der sowjetische Protest gegen die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik, die Behandlung des Gewaltverzichts auf der KVAE, der Stand der MBFR-Verhandlungen, Rüstungskontrollfragen, die Außenpolitik der USA sowie die bilateralen Beziehungen.

194 17.07. Drahterlaß des Ministerialdirigenten Ungerer S. 915

Ungerer informiert über ein Treffen von 13 Nuklearlieferstaaten, bei dem die Problematik von Nuklearexporten erörtert wurde, vor allem eine amerikanische Initiative zur Einführung umfassender Kontrollen.

195 20.07. Aufzeichnung des Referats 204 S. 917

Gegenstand ist die Erörterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auf einem Vierertreffen der Politischen Direktoren, insbesondere mögliche Gespräche über Weltraumfragen im Herbst. Ferner wurde SDI thematisiert.

196 20.07. Aufzeichnung des Referats 204 S. 922

Thema ist ein Gespräch der vier Politischen Direktoren über die sowjetischen Proteste gegen die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen und die Reaktion der Bundesrepublik sowie der Drei Mächte darauf.

197 20.07. Aufzeichnung des Referats 204 S. 924

Im Mittelpunkt steht die Debatte beim Vierertreffen der Politischen Direktoren über die Stellung Spaniens in der NATO und den Zusammenhang mit dem EG-Beitritt.

198 20.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 926

Studnitz notiert die Diskussion über den Stand der KVAE während eines Vierertreffens der Politischen Direktoren, vor allem die Behandlung des Gewaltverzichts.

199 20.07. Aufzeichnung des Referats 204 S. 928

Zusammengefaßt wird die Erörterung während eines Vierertreffens der Politischen Direktoren über die Frage einer Amnestie in Polen, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche sowie über die Beziehungen zu den anderen osteuropäischen Staaten.

200 20.07. Aufzeichnung des Referats 204 S. 932

Thema ist die Diskussion über die Lage in Mittelamerika während eines Vierertreffens der Politischen Direktoren mit Blick auf die geplanten Wahlen in Nicaragua, die Contadora-Initiative und die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den Staaten der Region.

201 21.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani in Teheran S. 934

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, der irakisch-iranische Krieg und Forderungen des Iran nach Schadenersatz durch den Irak sowie die Menschenrechtssituation im Iran.

202 23.07. Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 938

Huber analysiert die Haltung der UdSSR zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen und plädiert dafür, in informellen Kontakten mit der sowjetischen Regierung die Politik der Bundesregierung zu erläutern.

203 23.07. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 941

Genscher informiert über seinen Besuch im Iran und weist auf das iranische Interesse an besseren Beziehungen zu westlichen Staaten hin. Ferner gibt er einen Überblick über die iranische Einschätzung des Kriegs mit dem Irak.

204 24.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 944

Hartmann bilanziert den Stand der MBFR-Verhandlungen und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen der an den Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten.

205 25.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlagintweit S. 947

Schlagintweit notiert Informationen aus dem Bundeskriminalamt über einen kürzlichen Kontakt zu Oberst Gaddafi und dessen Einschätzung der Bundesrepublik.

206 26.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 948

Bertele vermerkt Äußerungen des Staatssekretärs Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, über die Problematik der Zufluchtsuchenden aus der DDR in Vertretungen der Bundesrepublik und mögliche Folgen für die Beziehungen zur DDR.

207 26.07. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 951

Wallau berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Bangemann mit dem amerikanischen Außenminister, in dem Shultz das Interesse der USA an einer Einstellung der Lieferungen chemischer Anlagen an den Irak durch die Firma Kolb betonte.

208 27.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 952

Die Verfasser legen den Stand von SDI nach entsprechenden Gesprächen mit der amerikanischen Regierung dar und behandeln die verteidigungs- und rüstungskontrollpolitische Bedeutung des Projekts sowie das weitere Vorgehen der Bundesregierung.

209 27.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 956

Hartmann gibt einen Überblick über die KVAE und reflektiert den künftigen Verlauf der Konferenz und die Vorgehensweise der NATO-Mitgliedstaaten. Dabei behandelt er auch die Frage des Gewaltverzichts.

210 30.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert S. 961

Peckert informiert über die Gespräche des Präsidenten Duarte in der Bundesrepublik sowie weiteren Staaten und bewertet die Lage in El Salvador.

211 31.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 964

Schauer vergleicht auf Basis der bisherigen Tätigkeit einer bilateralen Arbeitsgruppe die Haltung der Bundesrepublik und Frankreichs zu SDI.

212 31.07. Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 968

Huber analysiert die außenpolitischen Vorstellungen verschiedener sowjetischer Akteure, besonders zur Frage von Verhandlungen mit den USA über Weltraumwaffen. Außerdem beurteilt er die Stellung des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und dessen Einfluß auf die Außenpolitik der UdSSR, auch mit Blick auf die Ost-West-Handelsbeziehungen.

213 07.08. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 975

Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats. Themen waren die bisherigen Erkenntnisse über die Verminung des Roten Meers und eine mögliche Beteiligung verschiedener NATO-Mitgliedstaaten an der Beseitigung der Minen.

214 09.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 979

Pfeffer informiert über den Inhalt des deutsch-amerikanischen Abkommens über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen) und bewertet es.

215 14.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 983

Sulimma gibt einen Überblick über die Entwicklung und die Rolle der OPEC seit der ersten Ölkrise 1973/74 und befaßt sich mit deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft sowie der künftigen Bedeutung der OPEC.

216 17.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck S. 989

Loeck analysiert Ursachen und Auswirkungen der internationalen Verschuldungskrise und stellt Überlegungen zu deren Überwindung an.

217 20.08. Ministerialdirektor Pfeffer an die Botschaft in London S. 998

Pfeffer informiert über ein Gespräch mit dem britischen Gesandten Mallaby. Erörtert wurde das weitere Vorgehen auf der KVAE, insbesondere in der Frage des Gewaltverzichts.

218 21.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1002

Pfeffer und Ungerer unterbreiten Vorschläge für die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) zur künftigen Gestaltung der europäischen Einigung.

219 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1008

Mit Blick auf die aktuelle Lage im Roten Meer informiert Seitz über die Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung zu einem möglichen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bündnisgebiets.

220 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1009

Ungerer befaßt sich mit den Folgen eines EG-Beitritts von Portugal und Spanien und geht dabei vor allem auf deren mögliches Abstimmungsverhalten und die daraus resultierende Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in einzelnen Interessengruppen ein.

221 25.08. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1013

Bräutigam berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten Koptelzew zum geplanten Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik sowie zu den Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR.

222 27.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz S. 1016

Ploetz informiert über informelle deutsch-amerikanische Gespräche über sicherheitspolitische Fragen, zu denen er Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, begleitete. Erörtert wurden Strategiefragen wie der nukleare Ersteinsatz, die Stärkung der konventionellen Kräfte, der Einsatz von Truppen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets, die japanische Verteidigungspolitik, SDI, Anti-Satelliten-Waffen sowie die deutsch-französische bzw. europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung.

223 28.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1024

Ruth analysiert die mögliche Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen und stellt die Interessenlage der Bundesrepublik dar. Ferner geht er auf die sowjetische Politik in dieser Frage ein und befaßt sich mit den Möglichkeiten der Bundesregierung, auf die amerikanische Meinungsbildung einzuwirken.

224 30.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem jordanischen Kronprinzen Hassan S. 1031

Die Gesprächspartner thematisieren den Nahost-Konflikt und Möglichkeiten zu seiner Überwindung. Ferner werden der irakisch-iranische Krieg und die bilateralen Beziehungen besprochen.

225 31.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth und des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1036

Ruth und Pfeffer erörtern die sowjetischen Beweggründe für das Angebot an die USA zu Gesprächen über Rüstungskontrolle im Weltraum und plädieren dafür, sich gegenüber den USA für Zurückhaltung auf dem Gebiet der Anti-Satelliten-Waffen einzusetzen.

226 31.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz S. 1042

Ploetz bewertet Form und Inhalt der informellen deutsch-amerikanischen Gespräche über sicherheitspolitische Fragen und geht dabei insbesondere auf die erst spät erfolgte Beteiligung des Auswärtigen Amts ein.

227 Aug. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1047

Ungerer rekapituliert die bisherigen Bemühungen zur europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg und konstatiert eine zunehmende Intergouvernementalisierung der Europäischen Gemeinschaften. Er plädiert für eine Überprüfung der Zielsetzungen der Europapolitik der Bundesregierung und spricht sich dafür aus, die Europäischen Gemeinschaften auf die Kernbereiche Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Finanz- sowie Währungspolitik zu erstrecken und eine Europäische Union zu bil-

den, um den weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können. Dazu schlägt er ein Modell konzentrischer Ringe vor, um der unterschiedlichen Integrationsbereitschaft der EG-Mitgliedstaaten entsprechen zu können.

228 03.09. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 1056

Brunner berichtet über ein Gespräch mit dem spanischen Außenminister, in dem sich Morán zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen äußerte und auf Vorbehalte gegenüber der Deutschlandpolitik der Bundesregierung, insbesondere in den USA und Frankreich, hinwies.

229 05.09. Deutsch-türkisches Regierungsgespräch S. 1057

Im Mittelpunkt stehen die politische und wirtschaftliche Lage in der Türkei sowie die bilateralen Beziehungen, vor allem die Verteidigungshilfe der Bundesrepublik, ferner eine Zusammenarbeit im Bereich der Energiewirtschaft und der zivilen Luftfahrt. Ein weiteres Hauptthema ist das Verhältnis der Türkei zu den Europäischen Gemeinschaften bzw. die Frage nach der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer.

230 05.09. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1072

Van Well unterrichtet über Bedenken im amerikanischen Außenministerium gegen einen Besuch des Bundesministers Genscher in Polen sowie über den Vorschlag der Erörterung solcher Besuche in der NATO.

231 07.09. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1074

Wieck informiert über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten. Erörtert wurden die Notwendigkeit einer Fertigstellung des westlichen Maßnahmenpakets und des Entwurfs eines Schlußdokuments sowie die Erarbeitung einer gemeinsamen Position zu den Themen Gewaltverzicht und „constraints".

232 11.09. Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1078

Huber erläutert die Hintergründe für die Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik und verweist insbesondere auf die Interessenlage der UdSSR.

233 12.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1083

Hartmann berichtet über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO, in deren Mittelpunkt die SS-20-Dislozierung in der UdSSR, die amerikanisch-sowjetischen Beziehun-

gen, die Haltung der Niederlande zur INF-Stationierung und die Behandlung von SRINF standen.

234 13.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1086

Bertele behandelt die Frage der Ratifizierung der Zusatzprotokolle von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte und macht deutlich, daß Nuklearwaffen vom Anwendungsbereich der Zusatzprotokolle ausgeschlossen bleiben.

235 13.09. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 1090

Genscher informiert über den Aufenthalt des irakischen Außenministers Aziz in der Bundesrepublik, bei dem der irakisch-iranische Krieg sowie die Beziehungen Iraks zur Bundesrepublik und zu den USA im Vordergrund standen.

236 14.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna an die Botschaft in Rom S. 1092

Kuhna teilt mit, Staatssekretär Meyer-Landrut habe den italienischen Botschafter Ferraris einbestellt, um das Befremden der Bundesregierung über Äußerungen des Außenministers Andreotti zur deutschen Frage zum Ausdruck zu bringen und eine Stellungnahme der italienischen Regierung zu fordern.

237 17.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1094

Ruth spricht sich für eine stärkere Berücksichtigung rüstungskontrollpolitischer Aspekte und eine Einbeziehung der zuständigen Bundesministerien in die deutsch-amerikanischen Gespräche über sicherheitspolitische Fragen aus.

238 19.09. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1096

Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit Experten aus den NATO-Mitgliedstaaten, auf der die Rüstungskontrolle im Weltraum, ein umfassendes Verbot chemischer Waffen sowie eine verbesserte Abstimmung in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) und in den Vereinten Nationen besprochen wurden.

239 20.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1100

Seitz benennt Gründe für die sowjetische Pressekampagne gegen die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik. Er macht darauf aufmerksam, daß dabei auch Äußerungen von Mitgliedern der amerikanischen Regierung zur Nachkriegsordnung in Europa eine Rolle spielen.

240 21.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Stabreit, Bundeskanzleramt S. 1105

Stabreit notiert die Ergebnisse eines deutsch-französischen Treffens auf Beamtenebene, bei dem der EG-Haushalt, das weitere Vorgehen der Bundesrepublik und Frankreichs im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") sowie die Vertiefung der europäischen Integration erörtert wurden.

241 25.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1111

Schauer resümiert den Verlauf einer Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe. Diese behandelte das Projekt eines Beobachtungssatelliten, den Bericht einer deutsch-französischen Expertengruppe zu SDI, die WEU, das Maßnahmenpaket für die KVAE, die Ost-West-Beziehungen und gemeinsame militärische Manöver.

242 25.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1115

Schauer unterrichtet über die Feierlichkeiten in Verdun, bei denen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand der Gefallenen beider Weltkriege gedachten, und über die Reaktion in den internationalen Medien auf die Zeremonie.

243 25.09. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1117

Bräutigam berichtet über die Lage in der DDR nach der Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honekker, in der Bundesrepublik und über deren Gründe. Er geht besonders auf das Verhältnis der DDR zur UdSSR ein.

244 26.09. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1121

Braunmühl informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Themen waren die bilateralen Beziehungen, die technologische Entwicklung in der Bundesrepublik sowie die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

245 26.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1126

Pfeffer rekapituliert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz, in dem folgende Themen angesprochen wurden: die Ost-West-Beziehungen, die innerdeutschen Beziehungen, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen sowie die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens. Weiterhin wurden die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Grup-

pe in San José, Fragen des Technologietransfers, SDI und der Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Beirut thematisiert.

246 26.09. Botschafter Ruth, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1134

Ruth faßt den Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen, der Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle gewidmet war. Im Vordergrund standen die Nichtverbreitungsproblematik und die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums.

247 26.09. Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, an das Auswärtige Amt S. 1137

Jestaedt berichtet über den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Dänemark. Im Gespräch mit Ministerpräsident Schlüter wurden Umweltfragen, der EG-Haushalt, der Austritt Grönlands aus den Europäischen Gemeinschaften und die Jungrobbenfänge behandelt.

248 26.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu S. 1142

Themen sind die wirtschaftliche Entwicklung Zaires und die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Bitte Mobutus um Schuldenerleichterungen durch die Gläubigerstaaten.

249 26.09. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1145

Braunmühl informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi, in dessen Mittelpunkt die Ost-West-Beziehungen standen, vor allem die innerdeutschen, die deutsch-sowjetischen und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

250 27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1150

Schauer resümiert den Stand der Arbeiten am Zwischenbericht der High Level Group (HLG) der NATO für die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG), der sich mit der Überlebensfähigkeit von Nuklearwaffen sowie dem Verhältnis von konventioneller und nuklearer Verteidigung beschäftigte.

251 27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1153

Schauer befaßt sich mit den Konsequenzen der „Wehrpflichtlücke“ in der Bundesrepublik in den 90er Jahren und untersucht die diesbezüglichen Planungen des Bundesministeriums der Verteidigung unter außen- und bündnispolitischen Gesichtspunkten.

252 27.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1160

Pfeffer resümiert ein Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA), die das Gespräch von Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko erörterten.

253 27.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1167

Pfeffer berichtet über ein Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA). Themen waren die NATO-Mitgliedschaft Spaniens, die Beziehungen zu Polen und die Falkland-Frage.

254 27.09. Ministerialdirektor Haas, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1171

Haas rekapituliert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Scharaa. Die Außenminister sprachen über die Lage im Libanon, die PLO, den irakisch-iranischen Krieg, die Regierungsbildung in Israel und die Beziehungen zwischen Ägypten und Syrien.

255 28.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1174

Schauer gibt einen Überblick über die Reaktionen in der Presse auf die Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage und macht Vorschläge zur Darstellung der deutschlandpolitischen Ziele der Bundesregierung im Ausland.

256 28.09. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 1178

Holik rät dazu, Entscheidungen über den Friedensumfang der Bundeswehr in den 90er Jahren ausschließlich nach verteidigungspolitischen Erfordernissen, nicht nach rüstungskontrollpolitischen Erwägungen zu treffen und dabei eine Einbeziehung der MBFR-Verhandlungen zu vermeiden.

257 28.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1180

Pfeffer berichtet über ein Treffen der Außenminister der G 7-Staaten. Sie erörterten den Nahost-Konflikt, den irakisch-iranischen Krieg, die Ost-West-Beziehungen, den Nord-Süd-Konflikt und die Vereinbarungen zwischen Großbritannien und der Volksrepublik China über Hongkong.

258 28.09. Ministerialdirektor Haas, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1187

Haas schildert eine Zusammenkunft des Bundesministers Genscher mit Vertretern der Frontlinienstaaten, bei der die Lage im südlichen Afrika, besonders die Haltung zu Namibia, diskutiert wurde.

259 29.09. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 1190

Ruth informiert über ein Gespräch der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR), bei dem eine Wiedervereinigung Deutschlands, die amerikanisch-japanischen Beziehungen, Fragen der nuklearen Rüstung und ein Interimsabkommen zur Begrenzung von ASAT-Systemen thematisiert wurden.

260 29.09. Ministerialdirigent Kullak-Ublick, z. Z. San José, an das Auswärtige Amt S. 1192

Kullak-Ublick unterrichtet über die Ergebnisse der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe.

261 01.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1195

Ruth gibt einen Ausblick auf die von den USA nach den Präsidentschaftswahlen zu erwartende Rüstungskontrollpolitik und legt die Einflußmöglichkeiten der Bundesregierung dar.

262 02.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl S. 1198

Braunmühl analysiert die Bedeutung des wiederaufgenommenen amerikanisch-sowjetischen Dialogs und geht dabei besonders auf die Handlungsmöglichkeiten der UdSSR und die Folgen für die Bundesrepublik ein.

263 04.10. Aufzeichnung der Staatssekretäre Ruhfus und Meyer-Landrut S. 1205

Ruhfus und Meyer-Landrut äußern sich zur rüstungspolitischen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien und geben mit Blick auf mögliche Folgen für die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik Empfehlungen für die weitere Behandlung saudi-arabischer Lieferwünsche.

264 04.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1212

Bertele notiert den Stand der Verhandlungen mit der DDR zur Frage von Zufluchtsuchenden in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag.

265 05.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1215

Van Well informiert über die amerikanische Bewertung der Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und gibt einen Ausblick auf die zu erwartende Politik der nächsten Monate.

266 08.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1219

Ruth faßt Gespräche mit Frankreich, Großbritannien und den USA über die Chemiewaffenverhandlungen in Genf zusammen. Erörtert wurde ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die kommenden Monate.

267 08.10. Ministerialdirektor Pfeffer an die Botschaft in Warschau S. 1221

Pfeffer unterrichtet über sein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Kucza. Themen waren die Kriegsgräberfürsorge, humanitäre Fragen, die amerikanisch-polnischen Beziehungen, die Verschuldung Polens sowie ein möglicher IWF-Beitritt, Ausreisemöglichkeiten und Familienzusammenführung, polnische Revanchismusvorwürfe gegen die Bundesrepublik sowie die deutsche Frage.

268 08.10. Ministerialdirigent Schauer an die Botschaft in Washington S. 1228

Vor dem Hintergrund der Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik für Flüge in den Nahen Osten legt Schauer die Haltung der Bundesregierung zu Einsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets dar.

269 09.10. Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Peking, an das Auswärtige Amt S. 1231

Ruhfus berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang. Im Mittelpunkt standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere die mögliche Auftragsvergabe an Firmen aus der Bundesrepublik in den Bereichen Kernenergie, Fernsehen, Computer sowie Luftfahrt, ferner die Möglichkeit von Joint-ventures.

270 10.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1237

Schauer untersucht die außen-, verteidigungs- und bündnispolitischen Aspekte von SDI und geht dabei vor allem auf die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die Ost-West-Beziehungen insgesamt ein. Ferner erörtert er mögliche Folgen für die NATO und gibt Empfehlungen für die Haltung der Bundesregierung.

271 10.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1243

Schauer äußert sich zur Ausrüstung der amerikanischen Marine mit seegestützten Marschflugkörpern und legt die politische und militärische Bedeutung sowie mögliche Probleme dar.

272 10.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1247

Ruth analysiert das amerikanische SDI-Programm. Dabei befaßt er sich mit Einflußmöglichkeiten der Bundesregierung, den sowjetischen Aktivitäten auf dem Gebiet der Raketenabwehr, technischen und finanziellen Aspekten von SDI, Risiken und Chancen des Programms sowie der öffentlichen Behandlung des Themas.

273 10.10. Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Peking, an das Auswärtige Amt S. 1256

Ruhfus berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang. Erörtert wurden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, ferner die deutsche Frage und die chinesische Innenpolitik sowie die chinesisch-sowjetischen Beziehungen.

274 10.10. Botschafter Schödel, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1259

Schödel informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Deng Xiaoping. Besprochen wurden die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China, die weltpolitische Lage sowie die bilateralen Beziehungen.

275 12.10. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1264

Citron gibt einen Überblick zur dritten Runde der KVAE und geht dabei auf die Bemühungen um eine Einigung bezüglich der Arbeitsstruktur der Konferenz ein. Ferner analysiert er die Haltung der einzelnen Teilnehmergruppen und gibt einen Ausblick auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen.

276 15.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus S. 1270

Ruhfus bewertet die von einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe formulierten Überlegungen zu einer engeren europäischen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Europäischen Union.

277 15.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1273

Schauer vermerkt die Ergebnisse der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Stresa. Erörtert wurden die vor kurzem stattgefundenen amerikanisch-sowjetischen Gespräche, SDI, Erkenntnisse über den Umfang der sowjetischen Nuklearrüstung, der Stand der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses, ferner die Sicherheit von Nuklearwaffen.

278 15.10. Botschafter Berendonck, Islamabad, an das Auswärtige Amt S. 1279

Berendonck berichtet über die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Zia ul-Haq. Im Mittelpunkt standen die Beziehungen Pakistans zu Afghanistan, Indien, der Volksrepublik China und der UdSSR, ferner die mögliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Pakistan im Nuklearbereich.

279 15.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Ceauşescu S. 1282

Themen sind Rüstungskontrollfragen und die Ost-West-Beziehungen sowie die Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen, ferner Revanchismusvorwürfe gegen die Bundesregierung und der Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko.

280 15.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei S. 1291

Erörtert werden die Ost-West-Beziehungen sowie die bilateralen Beziehungen, vor allem die Bemühungen um eine Einigung auf ein gemeinsames Kommuniqué.

281 16.10. Deutsch-rumänisches Regierungsgespräch S. 1295

Thematisiert werden die Möglichkeit eines amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens bzw. einer Zusammenkunft der NATO-Mitgliedstaaten und der Warschauer-Pakt-Staaten, außerdem die innerdeutschen Beziehungen, die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW, Nord-Süd-Probleme sowie bilaterale Fragen, auch im wirtschaftlichen Bereich.

282 16.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1305

Van Well nimmt Stellung zu amerikanischen Vorwürfen einer zu späten oder unvollständigen Unterrichtung über die innerdeutschen Beziehungen und unterbreitet Vorschläge für eine Verbesserung des Informationsflusses.

283 17.10. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl S. 1308

Genscher äußert sich zu den sicherheitspolitischen Gesprächen des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit der amerikanischen Regierung und geht dabei auf die geplante deutsch-amerikanische Erklärung zur Sicherheitspolitik sowie die Beteiligung des Auswärtigen Amts ein.

284 18.10. Legationsrat I. Klasse Ischinger, z. Z. Lissabon, an das Auswärtige Amt S. 1310

Ischinger berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Soares. Themen waren der geplan-

te EG-Beitritt Portugals, die Ausrüstung der portugiesischen Marine mit Fregatten sowie der Stand der Ost-West-Beziehungen.

285 18.10. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1314

Wieck informiert über politische Bedenken hinsichtlich einer Umbenennung des sowjetischen Raketensystems SS-22 durch militärische Gremien der NATO und bittet um Weisung für künftige Erörterungen.

286 19.10. Botschaftsrat I. Klasse Arndt, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1316

Arndt unterrichtet über den Besuch einer unter Mitarbeit der Firma Kolb errichteten Chemieanlage in Samarra durch Experten aus der Bundesrepublik, die eine dortige Produktion von Chemiewaffen weitgehend ausgeschlossen hätten.

287 22.10. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt S. 1317

Vor dem Hintergrund des kürzlichen Anschlags der IRA während des Parteitags der Konservativen Partei in Brighton übermittelt Wechmar ein Persönlichkeitsbild von Premierministerin Thatcher.

288 23.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1320

Pfeffer faßt eine Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung zusammen. Erörtert wurden die Frage eines Aufklärungssatelliten, SDI, der Stand der sowjetischen SS-20-Dislozierungen, die Bundeswehrplanung, die bilaterale Rüstungszusammenarbeit sowie das Mandat für die Arbeitsgruppe zur militärischen Zusammenarbeit.

289 24.10. Botschafter van Well, Washington, an Bundesminister Genscher S. 1326

Van Well berichtet über ein Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam zur Reise des Bundeskanzlers Kohl in die Volksrepublik China sowie zur geplanten deutsch-amerikanischen Erklärung zur Sicherheitspolitik. Außerdem übermittelt er Informationen von Teltschik zum Zustandekommen seiner sicherheitspolitischen Gespräche mit der amerikanischen Regierung.

290 28.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt S. 1329

Schilling informiert über die erste gemeinsame Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten und

die dabei gefaßten Beschlüsse zu einer institutionellen Reform der WEU sowie über die Erörterung von Verteidigungsfragen.

291 31.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Abdel-Meguid S. 1335

Themen sind die Lage im Nahen Osten, insbesondere die ägyptisch-israelischen Beziehungen sowie die Möglichkeiten einer Aktivierung der Nahostpolitik der EG-Mitgliedstaaten. Weiterhin besprochen werden die Rolle Saudi-Arabiens, der irakisch-iranische Krieg, die Lage in Syrien, die Räumung von Minen aus dem Zweiten Weltkrieg in Ägypten sowie der Wunsch Ägyptens nach einer Bürgschaft der Bundesregierung für ein Kernkraftwerk.

292 31.10. Botschafter Röding, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1341

Röding analysiert die innenpolitische Lage in Polen nach der Ermordung des Priesters Popiełuszko und geht dabei auf die Rolle des Sicherheitsapparats, Machtkämpfe innerhalb der PVAP und der polnischen Regierung, die Rolle der UdSSR sowie auf die Bedeutung der katholischen Kirche und der Gewerkschaft Solidarność ein.

293 01.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1345

Pfeffer faßt ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu zusammen. Erörtert wurden die weiteren Schritte zu einer Belebung der WEU sowie deren mögliche Erweiterung, SDI sowie das Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten.

294 02.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow S. 1357

Karkow informiert über die deutsch-französischen Konsultationen. Er geht insbesondere auf Europafragen, den Abbau der Grenzkontrollen sowie auf die Zusammenarbeit in Forschung und Technologie und auf dem Gebiet der Kultur ein.

295 03.11. Ministerialdirigent Keil, z. Z. Neu Delhi, an das Auswärtige Amt S. 1360

Keil berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Ministerpräsidentin Gandhi. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen nach der Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik, ferner die KVAE, die Ost-West-Beziehungen, der Umweltschutz sowie die wirtschaftliche Lage der DDR.

296 07.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1366

Pfeffer befaßt sich mit den bisherigen Bemühungen der Bundesregierung, von den USA eine verbindliche Aussage über den genauen Umfang der Stationierung amerikanischer Mittelstrekkensysteme in der Bundesrepublik zu erhalten, und schlägt vor, die Frage auf politisch hoher Ebene anzusprechen.

297 07.11. Drahterlaß des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1370

Pfeffer informiert über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren am 9. Oktober. Besprochen wurden die Ost-West-Beziehungen, insbesondere die Wiederaufnahme amerikanisch-sowjetischer Gespräche, die Lage innerhalb des Warschauer Pakts, die Beziehungen der Drei Mächte zur DDR, der bevorstehende 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, die KVAE, SDI, die Belebung der WEU, die Entwicklung auf Malta und der Zypern-Konflikt.

298 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1387

Mit Blick auf zahlreiche Gedenktage im Jahr 1985 analysiert Pfeffer die unterschiedlichen Interessenlagen in Ost und West und stellt Überlegungen an, wie der 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa begangen werden könnte.

299 12.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau S. 1392

Vergau resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha. Themen waren die Lage im südlichen Afrika, vor allem die von den USA geführten Gespräche mit Angola, sowie die Lage in Südafrika nach den jüngsten gewaltsamen Polizeieinsätzen in Townships.

300 12.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau S. 1397

Vergau bewertet das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha und geht vor allem auf die Aussichten für eine Lösung des Namibia-Konflikts und die südafrikanische Interessenlage ein.

301 14.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi in Stresa S. 1400

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen nach der Kontroverse um Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage, die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und Italien, die innerdeutschen Beziehungen, die Lage in Polen, die Ost-West-Beziehungen, der Nahost-Konflikt, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Ungarn, die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) sowie die Wehrpflicht in der Bundesrepublik.

302 15.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1408

Pfeffer äußert sich zu Überlegungen der belgischen Regierung, die Entscheidung über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme mit Blick auf die für 1985 vorgesehenen Wahlen in Belgien offenzulassen. Er spricht sich dafür aus, die Angelegenheit auf hoher Ebene gegenüber der belgischen Regierung anzusprechen.

303 15.11. Botschafter van Well, Washington, an Bundesminister Genscher S. 1411

Van Well berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Thema war die politische Stellung des Bundesministers Genscher und des Auswärtigen Amts.

304 16.11. Botschafter Röding, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1413

Röding informiert über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, zur Lage in Polen und dem geplanten Besuch des Bundesministers Genscher.

305 17.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus S. 1416

Ruhfus vermerkt den bisherigen Stand der Beratungen im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) und geht auf die Interessenlage der einzelnen Vertreter der EG-Mitgliedstaaten ein.

306 19.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1418

Besprochen werden die Aussichten für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen nach der Wiederwahl von Präsident Reagan, die Ost-West-Beziehungen, die sowjetische Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik sowie die bilateralen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet.

307 19.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 1423

Themen sind ein mögliches amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen, die Wehrpflicht in der Bundesrepublik, die Ost-West-Beziehungen, die künftige Besetzung der EG-Kommission, Einzelfragen der Gemeinsamen Agrarpolitik mit Blick auf den Beitritt Portugals und Spaniens sowie die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“).

308 19.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen S. 1433

Schneppen unterrichtet über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der ASEAN-Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt standen die Wirtschaftsbezie-

hungen, die Verschuldungsproblematik, die Lage in Kambodscha sowie die Ost-West-Beziehungen.

309 20.11. Botschafter Hermes, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 1436

Hermes berichtet über ein Gespräch mit Erzbischof Silvestrini zur Lage in Polen nach der Ermordung des Priesters Popiełuszko, insbesondere zur Person und Stellung des Generalsekretärs des ZK der PVAP, Jaruzelski.

310 20.11. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1439

Wieck informiert über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Zu den Themen gehörten der Aufwuchs der sowjetischen Mittelstreckensysteme und die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Hinblick auf Rüstungskontrollfragen.

311 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1442

Pfeffer faßt die Ergebnisse eines Treffens der Politischen Direktoren in London zusammen. Gesprächsthemen waren Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die KVAE, die bevorstehende NATO-Ministerratstagung, die WEU, die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, die Lage in Berlin, Nicaragua sowie der Austritt der USA und möglicherweise Großbritanniens aus der UNESCO.

312 22.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach S. 1450

Pfetten-Arnbach schildert die Lage in Indien nach der Ermordung von Ministerpräsidentin Gandhi und der Regierungsübernahme durch ihren Sohn Rajiv und analysiert dessen erste Amtshandlungen und Zukunftsaussichten.

313 26.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1453

Pfeffer befaßt sich mit dem Verlangen der rumänischen Regierung, Angehörige der Botschaft in Bukarest abzuberufen, sowie den ersten Reaktionen der Bundesregierung und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen.

314 27.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus S. 1457

Ruhfus resümiert eine Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“), die der Beratung und Verabschiedung eines Zwischenberichts an den Europäischen Rat gewidmet war.

315 27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1462

Seitz weist auf den Rückstand der UdSSR im Bereich der zivilen Informationstechnologien hin, benennt die Gründe für diese Entwicklung und stellt die Frage, ob die sowjetische Führung deren allgemeine Verbreitung überhaupt wünsche.

316 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1465

Pfeffer analysiert unterschiedliche Informationen zum Gespräch der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) über die Nachkriegsordnung in Europa und eine Wiedervereinigung Deutschlands. Er stellt Überlegungen an, wie die Bundesregierung in der Deutschland- und Berlin-Politik auf die amerikanische Regierung Einfluß nehmen könne.

317 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl S. 1470

Braunmühl faßt sein Gespräch mit dem rumänischen Gesandten Ceauşu zur Frage der Ausweisung von Angehörigen der Botschaft der Bundesrepublik in Bukarest bzw. von Angehörigen der rumänischen Botschaft in Bonn zusammen. Er habe den Wunsch des Bundesministers Genscher übermittelt, das bilaterale Verhältnis störungsfrei zu halten.

318 28.11. Botschafter Wegener, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1472

Wegener untersucht die sowjetische Strategie in den für Abrüstung zuständigen Gremien der Vereinten Nationen. Er macht darauf aufmerksam, daß es der UdSSR zunehmend gelungen sei, zahlreiche Entwicklungsländer für ihre Vorstellungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu gewinnen.

319 29.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen S. 1477

Schneppen informiert über die Entscheidung des Kabinetts, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 aufgrund der Bestimmungen zum Tiefseebergbau nicht zu zeichnen, aber eine Zeichnung durch die Europäischen Gemeinschaften nicht zu verhindern.

320 29.11. Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1479

Arnot unterrichtet über die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, zur Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über strategische Waffen einschließlich Weltraumwaffen sowie über die ihnen zugrundeliegenden Motive.

321 29.11. Botschaftsrat I. Klasse Evertz, Bukarest, an Bundesminister Genscher S. 1484

Evertz teilt die Entscheidung der rumänischen Regierung mit, die Forderung nach Abberufung von Angehörigen der Botschaft in Bukarest sei unwiderruflich. Falls Gegenmaßnahmen ergriffen würden, seien Auswirkungen auf die Aussiedlung Deutschstämmiger aus Rumänien nicht ausgeschlossen.

322 30.11. Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in Washington S. 1487

Themen sind die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit, die belgische Haltung zur INF-Dislozierung und die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa.

323 30.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1491

Pfeffer legt die Hintergründe für die Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Warschau dar und geht dabei insbesondere auf die Haltung der orthodoxen Gruppe in der PVAP ein.

324 30.11. Botschafter Hermes, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 1494

Hermes berichtet über eine Unterredung mit dem Primas von Polen, Kardinal Glemp, bei der die Gründe für die Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Warschau sowie die Lage in Polen erörtert wurden.

325 30.11. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 1498

Ruth informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Gegenstand waren die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, vor allem das bevorstehende Treffen von Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Genf.

326 04.12. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1504

Van Well berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan sowie weiteren Mitgliedern der amerikanischen Regierung. Themen waren die Zusammensetzung des amerikanischen Kongresses, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, Polen, die Lage in der DDR und die Frage einer Begnadigung von Rudolf Heß.

327 05.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Haas S. 1507

Haas stellt Überlegungen für eine aktivere Rolle der Bundesrepublik bei der Lösung der Namibia-Frage an und schlägt baldige Reisen des Bundesministers Genscher in die Frontlinienstaaten vor.

328 06.12. Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Häber, in Ost-Berlin S. 1510

Gesprächsthemen sind Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die innerdeutschen Beziehungen, insbesondere eine Zusammenarbeit beim Umweltschutz, Fragen der Staatsangehörigkeit und die Regelung des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe.

329 07.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1518

Wieck faßt den Verlauf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zusammen. Wichtigstes Ergebnis waren Beschlüsse zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Ferner wurde das Infrastrukturprogramm behandelt. Abschließend resümiert Wieck die Ministersitzung der Eurogroup der NATO.

330 11.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Barcikowski, in Frankfurt am Main S. 1524

Im Mittelpunkt stehen die Lage in Polen nach der Ermordung des Priesters Popiełuszko sowie die deutsch-polnischen Beziehungen, vor allem die Frage eines Besuchs des Bundesministers Genscher. Ferner werden die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf thematisiert.

331 11.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen an das Bundesministerium für Wirtschaft S. 1530

Wistinghausen bittet um Stellungnahme zu Äußerungen des israelischen Botschafters Ben-Ari gegenüber Ministerialdirektor Ungerer über die Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am Aufbau von Anlagen zur Produktion von Chemiewaffen in Syrien.

332 11.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Strenziok S. 1532

Strenziok legt dar, die Vorschläge einer Expertendelegation aus der Bundesrepublik zur Reorganisation der Sicherheitsdienste

in der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) seien in Sanaa erläutert worden. Die jemenitische Regierung habe einer Kooperation auf dieser Grundlage zugestimmt.

333 13.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl S. 1534

Braunmühl präsentiert Hinweise für den Versuch, Ministerpräsident Jaruzelski zu stürzen. Im Hinblick auf eine oppositionelle Gruppierung im Politbüro des ZK der PVAP untersucht er Jaruzelskis Stellung in Staat und Partei.

334 13.12. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 1537

Brunner teilt mit, König Juan Carlos habe ihn auf die deutsch-spanische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich angesprochen und in diesem Zusammenhang einen Brief des Bundeskanzlers Kohl an Ministerpräsident González empfohlen.

335 13.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1539

Pfeffer resümiert ein Treffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am Vorabend der NATO-Ministerratstagung, das Fragen der Luftsicherheit und des internationalen Terrorismus gewidmet war.

336 13.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1544

Pfeffer berichtet über das Vierertreffen der Politischen Direktoren bzw. der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA). Sie behandelten die Lage in der DDR, die innerdeutschen Beziehungen sowie die Situation in Berlin, insbesondere die Reservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin durch die UdSSR.

337 13.12. Botschafter Meyer, Prag, an das Auswärtige Amt S. 1548

Meyer informiert über die Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft in Prag und über ihre Ankündigung, in einen Hungerstreik zu treten.

338 13.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1550

Pfeffer faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Die Minister befaßten sich mit dem Kommuniqué der NATO-Minister-

ratstagung, den Feiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, der Einladung von Manöverbeobachtern im Rahmen der KSZE-Schlußakte, den Beschlüssen zur Stärkung der konventionellen Verteidigung der NATO, der Weltraumpolitik, Seerechtsfragen sowie der Lage in Nicaragua und den amerikanisch-kubanischen Beziehungen.

339 14.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1556

Wieck informiert über die Erklärung des Bundesministers auf der NATO-Ministerratstagung, in der Genscher auf die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Sicherheitsfragen, die rüstungskontrollpolitischen Interessen der UdSSR und die Ost-West-Beziehungen einging.

340 14.12. Vortragender Legationsrat Junker, z. Z. Straßburg, an das Auswärtige Amt S. 1559

Junker nennt die Gründe für die Ablehnung des EG-Haushalts 1985 durch das Europäische Parlament und befaßt sich mit der Frage der Erhöhung der Ein-Prozent-Mehrwertsteuer-Grenze.

341 14.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1561

Pfeffer berichtet, beim Treffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) seien folgende Themen zur Sprache gekommen: die GLCM-Dislozierung in Belgien, die Feiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, der zehnte Jahrestag der KSZE-Schlußakte und die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf.

342 14.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1564

Pfeffer rekapituliert den Teil des Treffens der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA), bei dem die Afrikapolitik im Mittelpunkt stand, insbesondere die Hungerhilfe und der Konflikt im Tschad.

343 14.12. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1566

Holik faßt die Ergebnisse der 34. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien zusammen. Er bewertet den Stand der Verhandlungen und äußert sich vor dem Hintergrund der sowjetischen Interessenlage zu deren Perspektiven.

344 17.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1573

Themen sind die bilateralen Beziehungen, unter anderem der Fortschritt beim Bau der Botschaftsgebäude und die wirtschaftliche Zusammenarbeit, ferner die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Absage des Besuchs von Genscher in Polen sowie der KSZE-Prozeß.

345 18.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth und des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1579

Anläßlich des bevorstehenden Treffens der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) in Genf äußern sich Ruth und Pfeffer zu den sowjetischen Interessen und Zielen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem bei den Mittelstrecken-, Langstrecken- und Weltraumwaffen.

346 18.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer S. 1585

Ungerer betont die Notwendigkeit einer raschen Entscheidung der Bundesregierung über die Fortführung des zivilen europäischen Raumfahrtprogramms. Aufgrund interministerieller Auseinandersetzungen über dessen Finanzierung schlägt er ein Ministergespräch unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl vor.

347 18.12. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Prag, an das Auswärtige Amt S. 1589

Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek. Themen waren die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft in Prag sowie humanitäre Fälle, ferner die Ost-West-Beziehungen.

348 19.12. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1593

Citron bilanziert das erste Jahr der KVAE in Stockholm sowie die Tätigkeit verschiedener Delegationen bzw. Staatengruppen und gibt einen Ausblick auf das zu erwartende Konferenzgeschehen.

349 19.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen S. 1598

Schneppen informiert über den Verlauf der NATO-Ministerratstagung in Brüssel, vor allem über den Inhalt des Kommuniqués und die Aussprache der Außenminister zum Thema Ost-West-Beziehungen.

350 19.12. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Prag, an das Auswärtige Amt S. 1601

Braunmühl resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am zweiten Tag seines Besuchs in Prag, in dessen Mittelpunkt die bilateralen Beziehungen standen, darunter die Zusammenarbeit beim Umweltschutz.

351 19.12. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1604

Van Well weist auf das amerikanische Interesse an einer Beteiligung der Bundesrepublik bei SDI hin und verdeutlicht die amerikanischen Motive und die Interessenlage der Bundesrepublik.

352 20.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1606

Ruth faßt die Gespräche der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA zur Vorbereitung der Verhandlungen über Chemiewaffen in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) zusammen und benennt die Differenzen zwischen den USA und den übrigen drei Staaten.

353 20.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 1609

Heyken schildert den äußeren Rahmen, den politischen Hintergrund und die Ergebnisse der Reise des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, nach Großbritannien. Zudem geht er auf dessen Ausführungen zur Nachkriegsordnung in Europa ein.

354 20.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner S. 1613

Kaestner notiert Informationen des Bundesministers Genscher zu dessen Vier-Augen-Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek. Es seien die sowjetische Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik, die Absage des Besuchs von Genscher in Polen sowie die bilateralen Beziehungen besprochen worden. Den Schwerpunkt hätten humanitäre Fälle und die Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag gebildet.

355 20.12. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1618

Ruth vermerkt die Ergebnisse einer Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO, in der das Mandat der SCG, das bevorstehende Treffen der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) in Genf sowie die INF-Dislozierung in Belgien und den Niederlanden erörtert wurden.

356 27.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1622

Seitz beschreibt die Schwierigkeiten für das Auswärtige Amt, im Bereich der Technologiepolitik, vor allem der Informations- und Kommunikationstechnik, außenpolitische Aspekte zur Geltung zu bringen, und zeigt Möglichkeiten auf, dem Ministerium im Ressortkreis eine stärkere Stellung zu verschaffen.

357 31.12. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1625

Anläßlich des bevorstehenden Treffens der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) in Genf analysiert Kastl die sowjetischen Interessen und Verhandlungsspielräume.

Literaturverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1949/50–1953, 1962–1983, München 1994–2014.
ADAP, D	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956. Band VIII: Die Kriegsjahre. Erster Band, 4. September 1939 bis 18. März 1940, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1961.
AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
ANDROPOW, Ausgewählte Reden	Juri Andropow, Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1983.
ANDROPOW, Reden und Schriften	Jurij Andropow, Reden und Schriften, Köln 1983.
ARAB-ISRAELI CONFLICT	The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton 1991.
AUSSENPOLITIK DER DDR	Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Band XXXII: 1984, bearbeitet von Werner Hänisch und Heinz Willumeit, Berlin [Ost] 1987.
BDFD, I	Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963. Band I: Außenpolitik und Diplomatie, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
BERICHT DER DELEGATIONSLEITER	Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister. Regierungsausschuß, eingesetzt von der Konferenz von Messina, hrsg. vom Sekretariat, Brüssel 1956.
BRESHNEW, Wege	Leonid I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden, Aufsätze, Erinnerungen. Band 9: März 1981–November 1982, Berlin [Ost] 1984.
BT DRUCKSACHEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten bzw. ab 1977 Drucksachen, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.

BULLETIN	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
BULLETIN DER EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
BUNDESANZEIGER	Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1950 ff.
BUNDESGESETZBLATT	Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
DEPARTMENT OF STATE BULLETIN	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1947 ff.
DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND	Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1, mit einer Einführung hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT	Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band I: 1943–1959. Zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1960. Band XX: 1982, hrsg. von Hanswilhelm Haefs, Sankt Augustin 1986. Band XXI: 1983, hrsg. von Hanswilhelm Haefs und Doris Breuer, Sankt Augustin 1988. Band XXII: 1984, hrsg. von Doris Breuer, Sankt Augustin o. J.
DzD II	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesminister des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
DzD V	Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1968, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Gisela Oberländer, Frankfurt am Main 1987.
ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Band 68, Tübingen 1985.
EUROPA-ARCHIV	Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.

FEDERAL REGISTER	Federal Register, hrsg. vom Office of the Federal Register, National Archives and Records Service, General Services Administration, Washington D. C. 1936 ff.
FRUS 1969–1976	Foreign Relations of the United States, 1969–1976. Band XVII: China 1969–1972, Washington D. C. 2006.
FRUS, Malta and Yalta 1945	Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta, 1945, Washington D. C. 1955.
GESETZBLATT DER DDR	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
GORBATSCHOW, Reden	Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 2: Februar 1984–Oktober 1985, Berlin [Ost] 1987.
GROMYKO, Friedenskurs	Andrej Gromyko, Auf dem Friedenskurs Lenins. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1985.
HÄBER-PROTOKOLLE	Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999.
HANSARD, Commons	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Sixth Series. Band 56 (Session 1983–1984). Band 65 (Session 1983–1984), London o. J.
HONECKER, REDEN	Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 7. Band 10, Berlin [Ost] 1982 bzw. 1986.
INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN	Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
JOURNAL OFFICIEL, ASSEMBLEE NATIONALE	Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale, Paris 1947 ff.
KOALITION DER VERNUNFT	Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, hrsg. von Heinrich Potthoff, München 1995.
KOHL, Erinnerungen	Helmut Kohl, Erinnerungen 1930–1982, München 2004, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.
LNTS	League of Nations Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements

	Registered with the Secretariat of the League of Nations, hrsg. vom Publication Sales Department of the League of Nations, Genf 1920–1946.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974	Texts of Final Communiqués 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980	Texts of Final Communiqués 1975–1980. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985	Texts of Final Communiqués 1981–1985. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
NATO STRATEGY DOCUMENTS	NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
LA POLITIQUE ÉTRANGERE	La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1981 (6 Teilbände). 1983 (6 Teilbände). 1984 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Etrangères, Paris o. J.
PUBLIC PAPERS, CARTER 1977	Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1977. Band I: January 20 to June 24, 1977. Band II: June 25 to December 31, 1977, Washington D. C. 1977 bzw. 1978.
PUBLIC PAPERS, CARTER 1980–81	Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980. Band II: May 24 to September 26, 1980. Band III: September 29, 1980 to January 20, 1981, Washington D. C. 1981 bzw. 1982.
PUBLIC PAPERS, EISENHOWER 1955	Public Papers of the Presidents of the United States. Dwight D. Eisenhower 1955. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, January 1 to December 31, 1955. Washington D. C. 1959.
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963	Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy 1963. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, January 1 to November 22, 1963, Washington D. C. 1964

PUBLIC PAPERS, NIXON 1972	Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon 1972. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, Washington D. C. 1974.
PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981	Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1981. January 20 to December 31, 1981, Washington D. C. 1982.
PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982	Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1982. Band I: January 1 to July 2, 1982. Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.
PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983	Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1983. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 bzw. 1985.
PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984	Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1984. Band I: January 1 to June 29, 1984. Band II: June 30 to December 31, 1984, Washington D. C. 1986 bzw. 1987.
PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985	Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1985. Band I: January 1 to June 28, 1985. Band II: June 29 to December 31, 1985, Washington D. C. 1988.
THE REAGAN FILES	The Reagan Files. Band 1: The Untold Story of Reagan's Top-Secret Efforts to Win the Cold War (Based Upon Over 100 Recently Declassified Letters and National Security Council Meeting Minutes), hrsg. von Jason Saltoun-Ebin, Lexington 2010.
REICHSGESETZBLATT	Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983	United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1983, Official Records, Thirty-Eighth Year, New York 1984.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1984	United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1984, Official Records, Thirty-Ninth Year, New York 1985.
SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen	Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
SHULTZ, Turmoil and Triumph	George P. Shultz, Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State, New York 1993.
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2	Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.

SIEBZEHNTER GESAMTBERICHT	Siebzehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1983, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg 1984.
SPAAK, Memoiren	Paul-Henri Spaak, Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969.
STRAUSS, Erinnerungen	Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
TEHERAN – JALTA – POTSDAM	Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei", hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
Tschernenko, REDEN	Konstantin Tschernenko, Ausgewählte Reden und Aufsätze 1981–1984, Berlin [Ost] 1985.
UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Sixth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 15 September–18 December 1981, 16, 19, 29 March, 28 April, and 20 September 1982, 3 Bände, New York 1986.
UN GENERAL ASSEMBLY, 39th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 18 September–18 December 1984, 9, 12 April, 16 September 1985, 3 Bände, New York 1990.
UN GENERAL ASSEMBLY, 12th Special Session	United Nations. Official Records of the General Assembly. Twelfth Special Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of the Meetings, 7 June–10 July 1982, New York 1986.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1972 ff.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie II	United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988–1992.
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
US STATUTES AT LARGE	United States Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the First Session of the Eighty-Seventh Congress of the United States of America 1961 and Reorganization Plans, Amend-

ment to the Constitution, and Proclamation. Band 75, Washington D. C. 1961.
United States Statutes at Large. Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Ninety-Fifth Congress of the United States of America 1978 and Proclamations. Band 92 (3 Teilbände), Teil 1: Public Laws 95–224 through 95–472, Washington D. C. 1980.

VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN — Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.

WEU PROCEEDINGS — Assembly of Western European Union. Proceedings, Twenty-Ninth Ordinary Session,
First Part (June 1983), Band II: Minutes, Official Report of Debates, Paris o. J.
Second Part (November 1983), Band IV: Minutes, Official Report of Debates, Paris o. J.

YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS — Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1947 ff.

ZUR SACHE — Zur Sache. Themen Parlamentarischer Beratung, 2/81: Deutsche Geschichte und politische Bildung. Öffentliche Anhörungen des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages, Bonn 1981.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen
ABM	Anti-Ballistic Missile
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency
ACE	Allied Command Europe
ADM	Atomic Demolition Munition
AFG	Afghanistan
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft
AGY	Ägypten
AHG	Ad-hoc-Gruppe
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga
ALCM	Air-Launched Cruise Missile
AM	Außenminister
ANC	African National Congress
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen
ANZUS	Australia, New Zealand, United States
AR	Amtsrat
ARG	Argentinien
ASAT	Anti-Satelliten(-Waffe/-System)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AUS	Australien
AWACS	Airborne Warning and Control System
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AZ	Aktenzeichen
B/BE/BEL	Belgien
BASC	Berlin Air Safety Center
BAW	Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft
BCZ	Berlin Control Zone
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BG	Bulgarien bzw. Brigadegeneral
BGS	Bundesgrenzschutz
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BK	Bundeskanzler
BKA	Bundeskanzleramt bzw. Bundeskriminalamt
BM	Bundesminister/ium
BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
BMD	Ballistic Missile Defense
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
BMI	Bundesminister/ium des Innern
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
BMP/BMPost	Bundesminister/ium für das Post- und Fernmeldewesen
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BND	Bundesnachrichtendienst
BR	Bundesrepublik
BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)
BRA	Brasilien

BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSP	Bruttosozialprodukt
BSR	Bundessicherheitsrat
BStS	Büro Staatssekretär
BT	Bundestag
CA/CAN/CDN	Canada
CADESCA	Comité de Acción de Apoyo del Desarrollo Económico y Social de América Central
CBM	Confidence-Building Measures bzw. Conventional Ballistic Missiles
CD	Committee on Disarmament
CDA	Christen Democratisch Appèl
CDE	Conference on Disarmament in Europe
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CERN	Conseil Européenne Pour La Recherche Nucléaire
CH	Confederatio Helvetica (Schweiz)
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts
CHN	China (Volksrepublik)
CHT	China (Taiwan)
CIA	Central Intelligence Agency
CM	Cruise Missile
CNAD	Conference of National Armaments Directors
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
CSBM	Confidence- and Security-Building Measures
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
ČSSR	Ceskoslovenská Socialistická Republika
CSU	Christlich-Soziale Union
CTB	Comprehensive Test Ban
CVN	Charta der Vereinten Nationen
CW	Chemical Weapons bzw. Chemiewaffen
D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
DB	Drahtbericht
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Drahterlaß
Dg	(Ministerial-)Dirigent
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DK	Dänemark
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DKR	Dänische Kronen
DL	Delegationsleiter
DM	Deutsche Mark
DPC	Defense Planning Committee
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DW	Dritte Welt
E	España
ECE	Economic Commission for Europe
ECU	European Currency Unit
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften
EGK	Europäische Gemeinschaften-Kommission
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EH	Entwicklungshilfe
EIB	Europäische Investitionsbank
EL	Entwicklungsländer
ELS	El Salvador
ENMOD	Environmental Modification
EP	Europäisches Parlament
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit

ER	Europäischer Rat
ESA	European Space Agency
ESO	European Southern Observatory
ESPRIT	European Strategic Program for Research and Development in Information Technology
ETA	Euskadi Ta Askatasuna
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR	Europa
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem
EZ	Entwicklungs-zusammenarbeit
F/FR/FRA	Frankreich
FBS	Forward Based Systems
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FDR	Frente Democrático Revolucionario
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FM	Finanzminister
FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
FS	Fernschreiben
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB/GRO	Großbritannien
GCC	Gulf Cooperation Council
GDR	German Democratic Republic
geh.	geheim
GG	Grundgesetz
GI	Generalinspekteur
GK	Gefechtsköpfe bzw. Generalkonsul/at
GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
GM	Generalmajor
GR/GRI	Griechenland
GS	Generalsekretär
GSG	Grenzschutzgruppe
GV	Generalversammlung bzw. Gewaltverzicht
HH	Haushalt
HLG	High Level Group
I/IT/ITA	Italien
IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
IAO	Internationale Arbeiterorganisation
IAU	International Accounting Unit
ICAO	International Civil Aviation Organization
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IDA	International Development Association
IEA	Internationale Energieagentur
IEPG	Independent European Program Group
IFAD	International Fund for Agricultural Development
i. G.	im Generalstab
IG	Interessengemeinschaft bzw. Industriegewerkschaft
IGH	Internationaler Gerichtshof
IL	Industrieländer
ILO	International Labour Organization

IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IMF	International Monetary Fund
IMS	Internationaler Militärstab der NATO
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
INI	Indien
IOC	International Olympic Committee
IRA	Irish Republican Army
IRBM	Intermediate-Range Ballistic Missile
IRK	Irak
IRL	Irland
IRN	Iran
IS	Internationaler Stab
i.V.	in Vertretung
IWF	Internationaler Währungsfonds
JAN	Japan
JAR	Jemenitische Arabische Republik
JEM	Jemen
JOR	Jordanien
JUG	Jugoslawien
KAE	Konferenz über Abrüstung in Europa
KAN	Kanada
KG	Kontaktgruppe
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
KIWZ	Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit
KKW	Kernkraftwerk
KOR	Komitet Obrony Robotników bzw. Korea (Südkorea)
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KPS	Kommunistische Partei Spaniens
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
KZ	Konzentrationslager
L/LUX	Luxemburg
LA	Lateinamerika
LD	Libyscher Dinar
LIA	Libanon
LIY	Libyen
LLDC	Least Developed Countries
LMB	Leiter Ministerbüro
LPl	Leiter Planungsstab
LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
LRINF	Long-Range Intermediate Nuclear Forces
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MB	Ministerbüro
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MC	Military Committee
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Bundestags
MDg	Ministerialdirigent
MfAA	Minister/ium für Auswärtige Angelegenheiten
MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle
MM	Mittelmeer
MNF	Multinational Force in Lebanon
MP	Ministerpräsident/in
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
MR	Ministerialrat

MRBM	Medium-Range Ballistic Missiles
MS	Mitgliedstaaten
MWSt.	Mehrwertsteuer
MX	Missile Experimental
MXI	Mexiko
NAM	Namibia
NASA	National Aeronautics and Space Administration
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDL/NL	Niederlande
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NGO	Non-Governmental Organization
NIC	Nicaragua
N+N	Neutrale und Nichtgebundene Staaten
NNA	Neutral and Non-Aligned States
NO	Naher Osten
NO/NOR/ NWG	Norwegen
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NPG	Nukleare Planungsgruppe
NPT	Non-Proliferation Treaty
NS	Nationalsozialismus
NSC	National Security Council
NTB	Nuclear Test Ban
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag
NVA	Nationale Volksarmee
NZ	New Zealand
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organization of African Union
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
OTL	Oberstleutnant
o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt
OZ	Ortszeit
P/PO/PTG	Portugal
PCI	Partito Comunista Italiano
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
PK	Politisches Komitee
PLO	Palestine Liberation Organization
PM	Premierminister/in
POL	Polen
POLADS	Political Advisors
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RA	Rechtsanwalt
RAF	Rote Armee Fraktion
RDF	Rapid Deployment Force
RE	Rechnungseinheit
Ref.	Referat
Res.	Resolution
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RK	Rechts- und Konsularangelegenheiten
RL	Referatsleiter
RPR	Rassemblement Pour La République
RSA	Republik Südafrika
RUM	Rumänien
SA	Südafrika bzw. Sturmabteilung
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SAM	Surface-to-Air Missile bzw. Sowjetisches Außenminister/ium
SB	Sonderband

SC	Stockholm Conference
SCC	Standing Consultative Commission
SCG	Special Consultative Group
SDI	Strategic Defense Initiative
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SGV	Sonder-Generalversammlung
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile
SNF	Short-Range Nuclear Force
SOW	Sowjetunion
SP/SPA	Spanien
SPC	Senior Political Committee
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPDK	Socialdemokratiet (Danmark)
SR	Sicherheitsrat
SRINF	Short-Range Intermediate Range Nuclear Forces
SS	Surface to Surface bzw. Schutzstaffel der NSDAP
STABEX	System zur Stabilisierung der Exporterlöse von Entwicklungsländern
StäV	Ständige Vertretung
START	Strategic Arms Reduction Talks
StGB	Strafgesetzbuch
StM	Staatsminister
StS	Staatssekretär
Stv.	Stellvertreter bzw. Stellvertretender
StV	Ständiger Vertreter
SU	Sowjetunion
SUA	Südafrika
SWA	Südwestasien
SWAPO	South West Africa People's Organization
SYR	Syrien
SZR	Sonderziehungsrecht
TNF	Theater Nuclear Forces
TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
TPz	Transportpanzer
TSE	Tschechoslowakei
TU/TUR	Türkei
TZ	Technische Zusammenarbeit
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
ÜLG	Überseeische Länder und Hoheitsgebiete
UK	United Kingdom
UN(O)	United Nations (Organization)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNEP	United Nations Environment Program
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
UNTAG	United Nations Transition Assistance Group
US/USA	United States of America
USAF	United States Air Force
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
USS	United States Ship
UStS	Unterstaatssekretär
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VAM	Vizeaußenminister
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
VDK	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
VE	Victory in Europe

VIE	Vietnam
VK	Vereinigtes Königreich
VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)
VM	Verteidigungsminister
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
VP	Vizepräsident
VPM	Vizepremierminister
VR	Volksrepublik
VS	Verschlußsache
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
VS-v	VS-vertraulich
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
WEU	Westeuropäische Union
WP	Warschauer Pakt
ZA	Zentralamerika
ZK	Zentralkomitee

Dokumente

1

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-360.92 FRA-3/84 VS-vertraulich **2. Januar 1984**

Betr.: Deutsch-französische Direktorenkonsultation am 22.12.1983 in Bonn[1]

1) Einleitung

Ich habe die Konsultation mit folgenden persönlichen Bemerkungen eingeleitet:

Zunächst wollte ich mich dafür bedanken, daß Andréani so bereitwillig meinen Vorschlag angenommen habe, diese Konsultation unter vier Augen zu führen, und daß er dazu noch vor Weihnachten nach Bonn gekommen sei. Wir stünden in einer schwierigen, aber auch hochinteressanten Phase der internationalen und der europäischen Politik, in der wir schöpferische Phantasie entwickeln und gleichzeitig Augenmaß zeigen müßten. Dabei sei die deutsch-französische Zusammenarbeit ein großes Talent, mit dem wir wuchern müßten.

Manchmal erfasse mich Trauer darüber, daß mein Vater diese Entwicklung nicht mehr erlebt habe. Welche Freude wäre es für ihn gewesen zu hören, daß der Politische Direktor des Quai d'Orsay mit seinem Sohn stundenlang darüber berate, wie wir die deutsch-französischen Beziehungen, gerade auch auf dem Gebiet der Sicherheit, noch dichter knüpfen und wie Deutschland und Frankreich das Europa der Zehn noch schneller voranbringen könnten. Mein Vater habe zu dem Jahrgang gehört, der vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges gerade den Wehrdienst hinter sich gehabt habe. Als Führer einer Infanteriekompanie habe er die furchtbaren Schlachten von 1914 bis 1918 in Frankreich durchlitten, in dem Nachbarland, mit dem unsere Familie nicht nur durch verwandtschaftliche Beziehungen verbunden gewesen sei. Anfang der dreißiger Jahre habe er mir, dem damals Sechsjährigen, zum ersten Mal über diese Erlebnisse erzählt, einsilbig eher, aber mit der größten Hochachtung vor der Tapferkeit und dem Patriotismus des französischen Soldaten. Stresemann und Briand, so habe er immer wieder gesagt, hätten das einzig Richtige versucht, nämlich die beiden Völker zu versöhnen. Der frühe Tod Stresemanns sei ein Verhängnis gewesen. Mein Vater habe auch schon in allgemeiner Form von der Einigung Europas gesprochen, wie sie damals von Coudenhove-Kalergi vertreten wurde. Dann schienen alle diese Ansätze von dem grauenhaften Atavismus der nationalsozialistischen Diktatur und vom Zweiten Weltkrieg verschlungen. Aber selbst diese Doppel-Katastrophe habe den Fortschritt der europäischen Geschichte nur hemmen, nicht aufhalten können. Der neue Anlauf unmittelbar nach dem Ende des letzten Bruderkrieges habe uns in knapp vierzig Jahren weit gebracht. Wir dürften nicht nachlassen. Deshalb wollte ich vorschlagen, über die Möglichkeiten auf mittlere Sicht bei dieser Jahreswende gemeinsam nachzudenken.

Andréani, den diese Einleitung offenbar nicht unberührt ließ, meinte nachdenklich, das Schicksal unserer Väter und ihrer Söhne habe offenbar Ähnlichkeit. Auch er trete, gerade vor dem Hintergrund des Erlebten, mit ganzer Kraft für

[1] Zu den deutsch-französischen Direktorenkonsultationen vgl. auch AAPD 1983, II, Dok. 394–397.

die deutsch-französische Zusammenarbeit ein und für die Einigung Europas. Das bisher Erreichte grenze in der Tat an das Wunderbare.

2) Engere europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit; eventuelle Reaktivierung der WEU

Unter Hinweis auf die jüngsten Reden Hernus[2] habe ich Andréani gebeten, mir die französischen Überlegungen zur Verstärkung der europäischen Komponente in der Sicherheitspolitik und insbesondere zur WEU zu erläutern.

Andréani führte daraufhin folgendes aus: Frankreich wolle die WEU „intakt halten", sie sogar „ein bißchen vom Staub der Zeit reinigen und etwas mehr nutzen". Es könne sein, daß wir diese Organisation eines Tages dringender nötig haben würden als heute. Cheysson und Hernu hielten es für vernünftig, diese grundsätzlich positive Haltung zur WEU „auch nach außen sichtbar zu machen". Warum nicht einmal die Organisation zu einem Treffen der Verteidigungsminister der Sieben nutzen? Frankreich habe keinen genauen Plan für eine Reaktivierung der WEU. Die französische Regierung wolle auf jeden Fall pragmatisch vorgehen. Die sicherheitspolitische Diskussion lasse sich im Zehnerrahmen wegen der Teilnahme Griechenlands, Dänemarks und Irlands nicht weit führen. Frankreich und Deutschland stellten, auch für die Lösung dieses Problems, den Kern dar. Wir müßten daher die bilaterale Zusammenarbeit weiter vertiefen. Wir müßten uns im deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung und in dessen Arbeitsgruppen daran gewöhnen, neue Entwicklungen zu diskutieren – strategische, rüstungspolitische und rüstungskontrollpolitische –, und nach Möglichkeit unsere Ansichten harmonisieren. Wenn er von neuen Entwicklungen spreche, so denke er z. B. an ein Aufklärungssatelliten-Programm. Man könnte auch an eine mit Experten zu erarbeitende gemeinsame deutsch-französische Studie über das amerikanische Projekt eines Defense Against Ballistic Missiles (DABM)[3] denken. Auch die französische Force d'Action Rapide (FAR) müsse auf unserer bilateralen Tagesordnung bleiben.[4] Vielleicht könnte man dieses Thema dann, nach den bilateralen Besprechungen mit uns, dem einen oder anderen sonstigen europäischen Partner erläutern und schließlich durch Hernu in der WEU vorstellen. Das sei jetzt noch verfrüht, erst müsse die FAR sich wirklich konstituieren. Selbst im Gespräch mit uns bei der nächsten Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses am 19.1. in Paris[5] werde die französische Seite noch nicht viel Neues über das bisher

2 Der französische Verteidigungsminister Hernu sprach sich am 1. Dezember 1983 in einer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris für eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten aus. Für den Wortlaut vgl. WEU PROCEEDINGS, 29th Session, Second Part (November 1983), IV, S. 166–170.

3 Zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan (SDI) vgl. Dok. 2.

4 Oberst i. G. Köhler, Paris, informierte am 20. Dezember 1983, daß im Rahmen einer für die Jahre 1984 bis 1988 vorgesehenen Reorganisation des französischen Heeres u. a. die Bildung einer aus fünf Divisionen bestehenden Schnellen Eingreiftruppe (Force d'Action Rapide, FAR) vorgesehen sei. Die Bildung der FAR entspreche „der französischen Idee, mit hochbeweglichen Kräften überall schnell präsent sein zu können. Ob allerdings eine im Vergleich zu der bisher und auch weiterhin für die 1. (FR) Armee gültigen Regelung verbindlichere Einplanung der FAR in das Verteidigungskonzept der NATO möglich wird, bleibt sehr fraglich. Die Probleme der FAR, die sich aus der großräumigen Dislozierung, der völlig unterschiedlichen Gliederung und Ausrüstung der Divisionen sowie aus dem Bedarf an logistischer Unterstützung ergeben, sind noch nicht gelöst." Vgl. den Einzelbericht Nr. 28/83 (H); Referat 201, Bd. 130181.

5 Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung vgl. Dok. 16.

Vorgetragene hinaus sagen können. Es gehe um eine weit in die Zukunft reichende Perspektive.

Die WEU habe den „Vorteil zu existieren“. Sie umfasse die vier großen europäischen Staaten. Eine Reaktivierung würde helfen, Italien, das nicht an der Viererzusammenarbeit partizipiere, zufriedener zu stellen. Schließlich sei die WEU fast identisch mit dem Kreis der sechs Ursprungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft, die in ihrem europäischen Bewußtsein fortgeschrittener seien als Griechenland, Dänemark und Irland. Über den Kreis der EG-Gründerstaaten hinaus gehöre Großbritannien zur WEU, und das sei gut so.

Ich habe Andréani für seine Ausführungen gedankt. Auch wir seien der Meinung, daß der deutsch-französische Kern sich dauernd weiter verfestigen müsse. Dann werde er immer mehr Zugkraft für andere entfalten. Was die WEU angehe, so kenne Frankreich unsere Ansicht. Unser Hauptargument gegen eine Reaktivierung sei bisher gewesen, daß wir ihr deshalb keinen Geschmack abgewännen, weil die Bundesrepublik Deutschland durch die konventionellen Rüstungsbeschränkungen[6] diskriminiert werde.

Andréani unterbrach: Das werde ja nicht mehr lange der Fall sein. Über das „Timing“ sei noch zu sprechen.

Ich erkundigte mich sofort, welche Zeitvorstellungen Frankreich in bezug auf die Aufhebung der Beschränkungen habe. Wir hätten registriert, daß die französischen Sozialisten in der Parlamentarischen Versammlung der WEU gegen die Aufhebung der uns diskriminierenden Beschränkungen gestimmt hätten.[7] Entständen dadurch der französischen Regierung innenpolitische Schwierigkeiten? Wir, Andréani und ich, seien uns bei unserer Brüsseler Begegnung Ende 1982, also vor einem Jahr, einig gewesen, daß die Aufhebung nicht vor der heißen Phase der Nachrüstung aktiv angepackt werden sollte. Die liege nun mit dem Beginn der Dislozierung[8] wohl hinter uns, obwohl wir auch weiterhin auf der Hut sein müßten.

6 Die Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik waren in Protokoll Nr. III zum WEU-Vertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954 über die Rüstungskontrolle enthalten. Die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik wurde ebenso verboten wie die Herstellung von Waffen großer Reichweite, Lenkwaffen und größeren Kriegsschiffen. Einzelheiten wurden in den Anlagen I bis IV zu dem Protokoll ausgeführt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 266–273.
Anlage III wurde zwischen 1958 und 1980 mehrfach geändert. Vgl. dazu zuletzt BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1180.
Zum Stand der Erörterungen über eine Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen vgl. AAPD 1983, I, Dok. 92.

7 Gesandter von Alten, z. Z. Paris, teilte am 29. November 1983 mit, die Parlamentarische Versammlung der WEU habe am selben Tag „mit großer Mehrheit“ einem Bericht des luxemburgischen Abgeordneten Prussen zugestimmt, der u. a. die Aufhebung der letzten Herstellungsbeschränkungen im konventionellen Bereich für die Bundesrepublik vorsehe: „Französische Sozialisten hatten durch prozedurale Maßnahmen versucht, den Bericht zu Fall zu bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2328; Referat 200, Bd. 123180.

8 Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 226 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 297, Drucksache Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.
Referat 201 notierte am 25. November 1983, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft seien die ersten Transporte mit Pershing-II-Raketenteilen und Sprengköpfen am 23. November 1983 auf dem

Andréani erwiderte, die französische Regierung sei entschlossen, sämtliche für die Bundesrepublik Deutschland diskriminierenden Beschränkungen auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung, aber auch die anachronistischen Kontrollen, in die alle Festland-Mitgliedstaaten der WEU einbezogen seien[9], demnächst und auf einmal aufzuheben. Bei der Abstimmung über die Aufhebung in der Parlamentarischen Versammlung habe es einen Mangel an Abstimmung zwischen der französischen Regierung und den französischen sozialistischen Abgeordneten gegeben. Der Widerstand der sozialistischen Abgeordneten sei kein grundsätzlicher.

Ich stellte die Frage, ob Andréani glaube, daß wir im Jahre 1984 mit dem Aufhebungsbeschluß zu Rande kommen könnten. Andréani erklärte, die französische Regierung sei dazu fest entschlossen.

In diesem Falle, so meine Antwort, verliere unser Hauptargument gegen die Reaktivierung der WEU seinen Boden. Es gebe jedoch, wie Andréani wisse, noch eine Reihe anderer, von uns zusätzlich hin- und hergewendeter, aber von einigen unserer gemeinsamen europäischen Partner heftig vorgetragener Gegengründe. So werde z. B. ins Feld geführt, eine Reaktivierung der WEU würde der NATO schaden. Die niederländische Regierung vertrete diesen Standpunkt mit besonderer Hartnäckigkeit. Bei den bilateralen Sondierungen über den ursprünglichen deutschen Entwurf einer Europäischen Akte[10] seien wir auch noch auf ein anderes Bedenken gestoßen, das im WEU-Falle wohl von neuem aufkommen werde. Einige unserer Partner hätten den von uns vorgeschlagenen Rat der zehn europäischen Verteidigungsminister a limine abgelehnt, und zwar nicht nur aus „NATO-Räson“, sondern mit der Begründung, daß Verschiebungen im Bewußtsein eines Teils der Bevölkerung der zehn Mitgliedstaaten in Sicherheitsfragen eingetreten seien und die Zehn zusammengenommen eher Schlagseite zur Abrüstung unter Vernachlässigung der Verteidigungserfordernisse hätten. Im Vergleich dazu reagierten die Sechzehn wegen der Anwesenheit der USA am Tisch ausbalancierter; sie seien zusammengenommen besser befähigt, beide Teile des Harmel-Konzepts[11] im Gleichgewicht zu verwirklichen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 5

amerikanischen Militärflughafen in Ramstein eingetroffen. Die Einsatzbereitschaft der für Großbritannien und Italien vorgesehenen Systeme sei für Dezember 1983 bzw. März 1984 geplant. Vgl. dazu VS-Bd. 12007 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 10. Januar 1984 vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer, nach amerikanischen Angaben sei die erste Pershing-II-Batterie seit 15. Dezember 1983 einsatzbereit: „Die Einsatzbereitschaft der zweiten P-II-Batterie ist für 29.2.1984 geplant. Die Einsatzbereitschaft der weiteren Batterien soll im Abstand von eineinhalb Monaten erreicht werden.“ Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Protokoll Nr. IV des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 regelte die Aufgaben des Rüstungskontrollamts der WEU. Zu diesen gehörte u. a. die Kontrolle der Höhe der von den Mitgliedstaaten auf dem europäischen Festland gehaltenen Bestände an bestimmten Waffentypen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 274–280.

10 Zu dem am 16. April 1981 vorgelegten Entwurf der Ministerialdirektoren Pfeffer, Fischer und Fleischhauer für einen Vertrag über eine Europäische Union bzw. für eine Europäische Akte vgl. AAPD 1981, I, Dok. 109.

Zur Reaktion verschiedener EG-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1981, II, Dok. 176.

11 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Zu den aufgeführten Argumenten lauteten meine Gegenargumente folgendermaßen: Eine Reaktivierung der WEU dürfe auf keinen Fall der NATO schaden; im Gegenteil: Wir müßten versuchen, daß (nach dem Schachtelprinzip) die kleineren, engeren Zirkel die größeren stützten und umgekehrt. Wie russische Puppen würden sich die bilaterale Zusammenarbeit mit Frankreich, die Zusammenarbeit der Sieben, der Zehn und der Sechzehn ineinanderfügen. Das müsse man den Partnern, die am nächstkleineren Zirkel nicht teilnähmen (einige, weil sie sich freiwillig von ihm ausgeschlossen hätten), natürlich erläutern. Auch müsse die WEU jedem Land der Europäischen Gemeinschaft offenstehen, das ihr beizutreten wünsche. Eines Tages werde vielleicht Spanien einen solchen Wunsch äußern, der allerdings nicht durch eine Anti-NATO-Haltung motiviert sein dürfe.

Was die Befürchtungen wegen einer Bewußtseinsverschiebung in einigen europäischen Ländern betreffe, so habe sich durch die Entscheidungen im November und Dezember 1983 vieles verbessert. Die Atlantische Allianz habe eine entscheidende politische Willensprobe bestanden. Die Gegner der Nachrüstung hätten es jetzt schwerer: Der Himmel sei mit dem Beginn der Dislozierung nicht eingestürzt, die Sowjetunion und vor allem die osteuropäischen Regierungen reagierten verhältnismäßig gedämpft; sie kämpften auch offenbar mit dem Bumerang-Effekt der eigenen, für den Westen bestimmt gewesenen Panik-Propaganda, die jetzt auf sie zurückschlage.

Die Osteuropäer ließen inzwischen fast unverhohlen erkennen, wie unzufrieden sie mit den Folgewirkungen der sowjetischen SS-20-Aufrüstung sind. Der belgischen und niederländischen Regierung andererseits werde es nun nach dem Vorangehen der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und Großbritanniens und nach dem beschriebenen Abfall der Drohkulisse leichter fallen, sich der Dislozierungs-Implementierung anzuschließen.

Andréani erklärte, er sei mit diesen Ausführungen vollkommen einverstanden. Hinzu komme noch ein weiterer, bisher nicht erwähnter Aspekt, auf den Cheysson sehr großen Wert lege: Die Parlamentarische Versammlung der WEU spiele eine große Rolle im Rahmen der öffentlichen Debatte, für die Klärung der Thesen, die Auseinandersetzung der Volksvertreter untereinander und der Regierungen mit den Abgeordneten. Bei der Nachrüstungsdebatte sei es ja nicht um Krieg oder Frieden gegangen, wie die Sowjetunion behauptet habe, sondern um den Selbstbehauptungswillen Europas, der sich in den Herzen und Hirnen der Menschen abspiele. Es sei nun einmal so – man möge es bedauern oder nicht –, daß die europäische Jugend, besonders die protestlerische, im Zweifel europäische Beschlüsse eher akzeptiere als europäisch-amerikanische; mit anderen Worten: Sie würde eine von der WEU getragene oder entwickelte Sicherheitspolitik sich leichter zu eigen machen als eine von der NATO getragene oder entwickelte.

Meine Darlegungen zur niederländischen Haltung seien exakt beobachtet. Er habe in seinen Gesprächen mit unserem Kollegen, dem niederländischen Politischen Direktor[12], und Hernu habe während seines Besuchs beim niederländi-

12 Adriaan Jacobovits de Szeged.

schen Verteidigungsminister in Den Haag[13] ähnliche Erfahrungen gemacht. Die niederländischen Pazifisten sähen, und insofern sei die Sorge der niederländischen Regierung durchaus berechtigt, in der Hinwendung zu einer europäischen Sicherheitspolitik ein Mittel zur Lösung aus der atlantischen Einbettung und im Letzten eine Transit-Etappe auf dem Weg in den neutralistischen Sozialismus.

Ich habe hinzugefügt, das sei in der Tat nicht nur ein von der niederländischen Regierung, allerdings von ihr besonders akut empfundenes Risiko. Weil dies vielmehr ein allgemeines Phänomen sei, bedürfe es großer Festigkeit und Besonnenheit unserer Regierungen, damit eine Reaktivierung der WEU der Atlantischen Allianz nicht Schaden zufüge, sondern ihr nütze.

Was die zu bannende Gefahr des Neutralismus angehe, so würde ich nachher bei der Behandlung der Deutschen Frage auf sie zurückkommen. Im übrigen hätte ich in diesem Kapitel auf persönlicher Basis gesprochen. Dem Bundesminister und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts[14] würde ich über Andréanis Ausführungen genau berichten und vorschlagen, daß auch der Bundeskanzler und der Bundesminister der Verteidigung unterrichtet würden.

Andréani nahm zum Schluß noch einmal seinen Gedanken auf, im deutsch-französischen Sicherheitsausschuß am 19.1.1984 in Paris die WEU-Problematik näher zu beleuchten. Nach allem, was er wisse, habe der französische Verteidigungsminister sich gegenüber Bundesminister Wörner[15] vielleicht etwas mißverständlich ausgedrückt, als er (Hernu) gesagt habe, man müsse dem Rüstungskontrollamt neue Aufgaben zuweisen. Hernu habe gemeint: Wenn alle Kontrollfunktionen dieser Behörde entfielen, man sie als Instrument aber nicht abschaffen könne oder wolle, sollte das Rüstungskontrollamt positive neue Aufgaben erhalten. Das sei erst für die Zeit nach Abschaffung der für uns diskriminierenden Beschränkungen vorzusehen. Hernu habe eben auch betonen wollen, daß auf keinen Fall die Kontrollen für alle WEU-Mitgliedstaaten auf dem Festland zu modernisieren wären, was ja die merkwürdige, kontrollfreie Sonderstellung Großbritanniens noch weiter herausheben würde. Noch einmal: Wenn alle Kontrollfunktionen abgeschafft seien, frage sich, ob dem Rüstungskontrollamt, das ja sonst völlig arbeitslos wäre, neue produktive Aufgaben, z. B. auf dem Gebiet der Rüstungskooperation, zugeteilt werden könnten. (Gemeint war wohl: der rüstungskontrollpolitischen Zusammenarbeit.)

Pfeffer

VS-Bd. 11986 (201)

13 Der französische Verteidigungsminister Hernu hielt sich am 28./29. November 1983 zu Gesprächen mit dem niederländischen Verteidigungsminister de Ruiter in den Niederlanden auf.

14 Andreas Meyer-Landrut.

15 Für das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 24. November 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 356.

2

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

02-360.90-3/84 geheim **6. Januar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3]

Betr.: US-Pläne für Ballistic Missile Defense (BMD)

Auf die sogenannte „Star Wars"-Rede Präsident Reagans vom 23.3.1983[4] hat die deutsche Öffentlichkeit mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen und spontaner Ablehnung reagiert. Wir bewerten auch offiziell den USA gegenüber den Plan eines Raketenabwehrsystems (BMD) überwiegend skeptisch und kritisch.

In der Tat sprechen aus europäischer Sicht gute Gründe gegen BMD. Auch der Mangel an rechtzeitiger Konsultation in einer west-ost-politisch so wichtigen Frage erregt zu Recht Unwillen.

Die Berichterstattung der Botschaft Washington und das Pressebild lassen jedoch klar erkennen, daß Präsident Reagan – auch aus starken innenpolitischen Gründen – unbeirrbar an dieser Entwicklung festhält. Zugleich lassen die anfangs auch in den USA verbreiteten Zweifel an der Realisierbarkeit von BMD nach.

Bei dieser Sachlage ist zu überlegen, ob wir unsere Interessen nicht wirksamer vertreten und fördern können, wenn wir konstruktiv Einfluß zu nehmen versuchen, statt uns einer derzeit unaufhaltsamen Entwicklung vergeblich entgegenzustemmen.

I. Das Engagement Präsident Reagans für BMD scheint aus folgenden Gründen irreversibel:

– Präsident Reagan fühlt sich politisch im Wort (80er Wahlplattform der Republikaner[5]) und wird vermutlich das Thema BMD im kommenden Wahl-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daerr konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wichtige Aufzeichnung!"

3 Hat Bundesminister Genscher am 10. Januar 1984 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „Eilt!"
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rücksprache StS" verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte: „NATO-Frühjahrssitzung erneut US fragen."
Hat Pfeffer am 26. und 28. Januar 1984 vorgelegen. Am 28. Januar 1984 vermerkte er handschriftlich für Meyer-Landrut: „Ich sehe diese Aufz[eichnung] erst heute auf dem Rücklauf. Sie zeichnet sich durch unabhängige Gedankenführung aus. Ich halte die Linie des Verfassers für richtig und habe sie – annäherungsweise – zu vertreten versucht. Größtes Problem: F + GB."

4 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

5 Korrigiert aus: „79er Wahlplattform der Republikaner".
Für das Wahlprogramm der Republikanischen Partei vom 15. Juli 1980 vgl. http://www.presidency.ucsb.edu/platforms.php.

kampf[6] als sicherheitspolitischen Trumpf gegen Friedensbewegung und Demokraten benutzen.

– Wenn Raketenabwehr möglich wird, akzeptiert US-Bevölkerung auf Dauer keine Strategie mehr, die auf Mutual Assured Destruction (MAD) basiert. Mutual Assured Survival (MAS)[7] ist attraktiver, nicht zuletzt nach Filmen wie „The Day After“[8]. Meinungsumfrage im August 1983: 86% für BMD.
– Der Wettlauf mit der Sowjetunion in Spitzentechnologien ist in Amerika ein populäres Konzept (Vertrauen in eigenen Wettbewerbsvorteil ist ungebrochen und hier wohl auch begründet); Mittel für Defensivsysteme („moralisch besser“) werden leichter bewilligt.
– Der technologische Nutzeffekt für die US-Wirtschaft (Spin-off) ist vielversprechend.
– Die Sorge um die Verwundbarkeit von Offensivwaffen (ICBM, SLBM) verliert an Bedeutung, das strategische Kräfteverhältnis wird – so sagen die Befürworter – krisenstabiler durch BMD (weniger „Präventivdruck“).
– Nach amerikanischer Auffassung sind sowjetische BMD-Entwicklungen, die schon seit längerem intensiv betrieben werden, sowieso nicht mehr aufzuhalten.

Präsident Reagan hat BMD zu einem persönlichen Anliegen gemacht, aber angesichts der Dynamik dieser Entwicklung könnte vermutlich auch ein demokratischer Nachfolger keinen radikal anderen Kurs einschlagen.

II. Die Zweifel an der Machbarkeit und Finanzierbarkeit von BMD sind noch nicht behoben, aber sie werden geringer: Reagans wissenschaftlicher Berater Keyworth hält Demonstrationssysteme bis Ende dieses Jahrhunderts für realisierbar. Die Haushaltsmittel 1985 für BMD sind von 1,8 auf 2,6 Milliarden Dollar erhöht worden.

Negativurteile militärischer Fachleute in den USA sind zum Teil mit Vorsicht zu betrachten, da durch die BMD-Entwicklung bei allen drei Waffengattungen etablierte Interessen berührt werden.

Zumindest eines der zur Zeit geprüften BMD-Modelle basiert auf bereits vorhandenen, erprobten Komponenten, so daß BMD nicht völlig von erst noch zu erzielenden Durchbrüchen bei Zukunftstechnologien abhängt. In Japan wird die Realisierbarkeit von BMD bezeichnenderweise recht zuversichtlich beurteilt.[9]

III. Deutsche Interessenlage

Die nachstehende Bewertung der deutschen Interessen ist keine vollständige Abwägung aller Vor- und Nachteile von BMD. Es geht hier zuallererst darum,

6 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

7 Die Wörter „Mutual Assured Survival (MAS)“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das bedeutet aber eben: Auf beiden Seiten müßte – rüstungskontrollpolitisch eingebunden – eine solche evolutionäre Entwicklung zur offensiv-defensiven Kombination erfolgen.“

8 Der am 20. November 1983 im amerikanischen Fernsehsender ABC erstmals ausgestrahlte Film „The Day After“ behandelte die Auswirkungen eines Atomkriegs am Beispiel der Bewohner einer Stadt im amerikanischen Bundesstaat Kansas.

9 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das war auch der Grund für mein vorsichtigeres Herangehen an die Sache.“

was wir dem als unaufhaltsam eingeschätzten BMD-Engagement der USA auch an Positivem abgewinnen können.

Wir können davon ausgehen, daß nuklearstrategische Offensivwaffen durch Raketenabwehrsysteme (BMD) nicht völlig ersetzt werden. Präsident Reagan nutzt den politisch-psychologischen Effekt der Idealvorstellung einer reinen Defensive, hat aber in seiner „Star Wars"-Rede jede Festlegung vermieden. Expertengespräche bestätigen, daß realistischerweise nur eine offensiv-defensive Kombination in Frage kommt.[10]

Zu unterscheiden sind drei Konstellationen: ein sowjetischer Vorsprung bei der wirksamen Anwendung von BMD-Technologien, ein Gleichstand der beiden Supermächte oder ein Vorsprung der USA.

1) Ausschließlich negative Folgen für uns hätte nur ein klarer BMD-Vorsprung der Sowjetunion. Die USA haben uns Einblick in ihre Erkenntnis über sowjetische Entwicklungen angeboten.

2) Die Perspektive einer auf beiden Seiten gleich wirksamen Abwehr ballistischer Raketen wirft vorrangig zwei Fragen auf:

– Was wird aus der nuklearen Abschreckung der NATO in Europa?
– Wird durch Verlagerung von Haushaltsmitteln und technologischen Kapazitäten die konventionelle Verteidigungsfähigkeit Europas gefährdet?

a) Derzeit absehbare BMD-Systeme wirken nur gegen weitreichende ballistische Raketen.[11] Bei Gleichstand SU/USA wäre damit die Masse der interkontinentalen Potentiale neutralisiert. Aus europäischer Sicht ist dies jedoch keine fundamentale Änderung: Das bisherige nukleare Patt gegenseitiger Verwundbarkeit würde gleichsam durch ein neues Patt gegenseitiger Unverwundbarkeit abgelöst.

Für die nukleare Abschreckung in Europa im Rahmen der flexible response[12] kommt es darauf an, daß die USA in ausreichendem Umfang selektive Nukleareoptionen gegen die SU behalten. Die USA haben hierfür genügend nichtballistische Kernwaffen (strategische Bomber, Cruise Missiles) und werden ihren technologischen Vorsprung in diesem Bereich wohl auch halten. Hinzu kommt der Vorteil der geostrategischen Asymmetrie, der es den USA erlaubt, sowjetisches Territorium auch mit anderen als interkontinentalen Systemen zu bedrohen. Die Notwendigkeit der INF-Nachrüstung würde bei beiderseitiger BMD-Entwicklung im nachhinein noch deutlicher.[13]

10 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Richtig. So hat Burt ja auch sogleich meine Frage beantwortet."

11 Dieser Satz und die Wörter „gegen weitreichende" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Burt bestreitet dies."

12 Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area") zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response" bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

13 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Leider wird in der Bevölkerung allerdings die Sache eher umgekehrt empfunden (Fristen-Konfusion, mangelnde Vorbereitung)."

b) Der beiderseitige Mittel- und Kapazitätentransfer von Offensivwaffen zu Defensivsystemen und von der Erde in den Weltraum wäre nur dann von Nachteil für uns, wenn der konventionelle Verteidigungsbeitrag der USA in Europa darunter mehr litte als die konventionelle Offensivfähigkeit der Sowjetunion. Dies muß nicht sein. Trotz aller „Leidensfähigkeit" der sowjetischen Bevölkerung ist das Potential der Sowjetunion begrenzt, und es spricht vieles für einen komparativen Kostenvorteil der USA im Bereich der Spitzentechnologie. (BMD-Experten sprechen von einem Vorteil von 6:1 bei Nutzlasten im Weltraum.)

3) Falls die USA wirklich der BMD-Entwicklung Priorität geben, ist ein Vorsprung gegenüber der Sowjetunion die wahrscheinlichste Alternative. Zwar würden amerikanische BMD-Systeme Europa zunächst nur vor ballistischen Raketen bis einschließlich der SS-20-Ebene schützen (nicht vor SS-21 bis SS-23 und Cruise Missiles), aber die Glaubwürdigkeit einer erweiterten Abschreckung der USA wäre deutlich gestärkt.[14]

Die in Europa verbreitete Vorstellung, das Gefühl einer „Festung Amerika" würde die USA in den Isolationismus treiben, ist wenig plausibel: Aus einer Position geringerer Verwundbarkeit heraus können die USA ihre Schutzfunktion gegenüber Europa sogar überzeugender erfüllen.[15]

Eine Gefahr aber wäre amerikanischer Unilateralismus. Allen drei hier dargestellten BMD-Konstellationen ist gemeinsam, daß die strategischen Potentiale der beiden europäischen Nuklearmächte entwertet würden. Wenn hierzu auch noch eine allgemeine technologische Unterlegenheit und Abhängigkeit Europas käme, wären die Folgen für das Konzept einer gleichgewichtigen NATO-Säule und für eine sicherheitspolitische Mitbestimmung Europas abzusehen.[16]

Es sind somit zwei Probleme zu unterscheiden: Unmittelbar hängt unsere Sicherheit – wie die der anderen nichtnuklearen Verbündeten – ganz entscheidend von der Fähigkeit der USA zur „erweiterten Abschreckung" (extended deterrence) ab. Auf längere Sicht muß im gesamteuropäischen Interesse aber auch der Gefahr eines amerikanischen Unilateralismus entgegengewirkt werden.

IV. Schlußfolgerungen

1) Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Warnungen vor Rüstungswettlauf und Destabilisierung des strategischen Gleichgewichts in der jetzigen amerikanischen Stimmungslage nur begrenzt Eindruck machen. Die Amerikaner werden kühl fragen: warum nicht Wettrüsten in einer Disziplin, wo wir gewinnen? Oder: Wieso ist Veränderung des Gleichgewichts zu unserem Vorteil destabilisierend? Diese Einstellung ist weit verbreitet und wird oft nur aus taktischen Gründen nicht offen zur Schau getragen.

2) Wir werden also durch Einrede an den amerikanischen Plänen nichts ändern

14 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

15 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

16 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Deshalb die heftige Bekämpfung durch F + GB. Unsere Interessenlage ist etwas anders. Aber: Wir haben auch ein Interesse daran, daß F + GB N[uklear]-Kräfte nicht entwertet werden (‚in trust for Europe')."

können. Erfolgversprechender scheint es, daß wir durch Eingehen auf die amerikanischen BMD-Vorstellungen versuchen zu erreichen, daß

– BMD-Systeme soweit irgend möglich auch Schutzwirkung für Europa entfalten;[17]
– die USA sich durch nicht-ballistische Waffen die erforderlichen selektiven Nuklearoptionen gegen die Sowjetunion bewahren;[18]
– das konventionelle Engagement der USA in Europa nicht unter BMD leidet (dies ist möglich, da BMD zumindest teilweise durch Einsparungen bei strategischen Offensivwaffen finanziert wird; die ursprünglich geplante mobile MX-Stationierung z. B. wäre teurer gekommen als manche BMD-Modelle);[19]
– die Europäer bei eventuellen Strategieänderungen (Andeutungen in der US-Demarche vom 12.12.83[20]) nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.[21]

3) Der Gefahr des amerikanischen Unilateralismus können wir allerdings nur begegnen, wenn die europäische Säule der NATO gestärkt statt geschwächt wird. Dies bedeutet zuallererst, daß Europa technologisch den Anschluß hält.[22]

Das amerikanische BMD-Programm wird für die Weiterentwicklung zahlreicher Spitzentechnologien entscheidende Impulse geben (Raumfahrt, Energie- und Nachrichtentechnik, Mikroelektronik, Materialforschung, Laser und andere Strahlenwaffen). Zu fragen ist deshalb sogar, ob Europa nicht am besten daran täte, an dem amerikanischen BMD-Programm mitzuwirken.[23] Eine Beteiligung würde allerdings den finanziellen Aufwand nur rechtfertigen, wenn sie wirklich Teilhabe an Spitzentechnologie ist und damit wirtschaftliche „Spin-off"-Effekte bringt.

Japan zeigt bereits Interesse, sich an der amerikanischen BMD-Entwicklung zu beteiligen (so General a. D. Richardson, stv. Direktor von High Frontier). Es sieht darin auch eine Chance, sicherheitspolitisch die ihm versagte Stufe der Verteidigung durch eigene Nuklearwaffen zu überspringen.[24] Anders als wir ist Japan kaum von einer konventionellen Invasion bedroht und kann aufgrund seiner Insellage von BMD einen besseren Schutz erwarten. Hauptanreiz dürfte für

17 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu Häkchen und handschriftlicher Vermerk: „Diese Punkte habe ich US gegenüber längst und mit Insistenz gemacht."

18 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

19 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

20 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 14. Dezember 1983, die amerikanische Botschaft habe am 12. Dezember 1983 ein Memorandum zu SDI übergeben und um Stellungnahme bis zum 13. Dezember 1983 gebeten. In dem Memorandum werde dargelegt, Präsident Reagan beabsichtige für das Budgetjahr 1985 „eine bedeutende Erhöhung der Forschungsmittel" für SDI. Pfeffer erläuterte: „Das Papier versichert, daß die USA nicht die Absicht hätten, die Abschreckungsstrategie und die Strategie der flexiblen Erwiderung zu ändern, wenigstens solange nicht, wie eine alternative und bessere Strategie entwickelt worden sei. Letztere Einschränkung hat eher hypothetischen und nicht bereits andeutenden Charakter." Vgl. VS-Bd. 12041 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

21 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

22 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

23 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Entweder das oder es entwickelte ein eigenes. Nur das ist die eigentliche Alternative."

24 Der Passus „Japan zeigt … zu überspringen" wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben und mit Häkchen versehen.

Japan trotzdem die technologische Herausforderung mitsamt wirtschaftlichem Spin-off sein.[25] Die USA ihrerseits gewännen mit Japan einen potenten Partner.

Seitz

VS-Bd. 14046 (02)

3

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

6. Januar 1984[1]

Betr.: Besprechung BM mit StS M.-L.[2], Dg 21[3], Dg 2A[4] und SRS[5] Sudhoff am 6. Januar 1984, 12.00 h, in der Wohnung

1) Europa-Fragen

Neben dem West-Ost-Verhältnis hält BM die Europa-Fragen für das zentrale Problem der vor uns liegenden Zeit.

a) Das deutsch-französische Verhältnis ist von hervorragender Bedeutung. Die französische Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist offensichtlich breiter gemeint und bezieht sich nicht nur auf gemeinsames Agieren in EG-Fragen. Eine solche breite Zusammenarbeit mit Frankreich entspricht auch unserer Interessenlage. Auch aus historischen Gründen bedeutet eine deutsch-französische Zusammenarbeit fast automatisch, daß die Beneluxstaaten sie unterstützen.

b) WEU: Wir sollten die neuen Neigungen Frankreichs – und auch neuerdings Tindemans'[6] – aufnehmen, das Haus hat zu starke Vorbehalte gegen die WEU. Wir sollten sagen: Ja, aber nur unter Gleichen, d.h., wir könnten die französischen und belgischen Initiativen nutzen, um das uns Störende bei der WEU zu eliminieren. Die augenblickliche Mitgliedschaft der WEU ist ein positiver Faktor. Wenn die WEU aktiver wird, könnte Norwegen eine Mitgliedschaft prüfen, wahrscheinlich auch Dänemark, das aus bestimmten Gründen aber augenblicklich weniger positive Aufmerksamkeit verdient. Auch Griechenland würde dies zu denken geben.

25 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben und mit Häkchen versehen.

1 Ablichtung.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Januar 1984 vorgelegen.

2 Andreas Meyer-Landrut.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Josef Holik.

5 Stellvertretender Regierungssprecher.

6 Der belgische Außenminister Tindemans unterbreitete am 23. Dezember 1983 Überlegungen zur europäischen Zusammenarbeit auch im Sicherheitsbereich. Vgl. dazu den Artikel von Leo Tindemans: „Débloquer la coopération européenne"; LE MONDE vom 23. Dezember 1983, S. 1 f.

StS verweist auf das Gespräch Pfeffer–Andréani[7], wonach F

– mit der Eliminierung der Diskriminierungen einverstanden ist,
– GB entgegenkommen will, indem Einsparungen durch Abschaffung oder Reduzierung des RKA[8] vorgesehen werden, und
– der Rat gestärkt wird.

Die Zurückhaltung des Hauses begründet StS mit Hinweis auf die Sorge, daß sich negative Auswirkungen auf die NATO ergeben könnten.

Für wichtig hält StS vor allem, daß die USA voll unterrichtet werden; die britische Zurückhaltung ist im wesentlichen mit der Sorge begründet worden, daß das Verhältnis zu Washington beeinträchtigt werden könnte. Hier müsse nach einem ausreichenden Mechanismus gesucht werden. (BM stimmt letzterem Punkt ausdrücklich zu.)

Dg 21 meint, es liege auch im amerikanischen Interesse, daß die europäische Stimme in der NATO gestärkt werde, es müsse ihnen aber deutlich gemacht werden, daß dies eine atlantische Stimme bleibe.

c) ESPRIT[9]: BM ist über unser Verhalten unglücklich, nach seiner Auffassung hat das Problem nichts mit dem Stuttgarter Paket[10] zu tun. Dort ging es um das Zusammenbinden der Grundsatzentscheidungen mit künftigen Entwicklungen, ESPRIT war aber längst auf dem Weg. Es war gerade nicht die Philosophie von Stuttgart, ein Junktim zwischen bereits im Gang befindlichen Dingen und der Reform herzustellen.[11]

BM gibt Weisung, daß ESPRIT sofort aufgenommen wird, damit es ganz schnell laufen kann.

Auf den Hinweis von StS, daß das BMFT inzwischen auch dieser Meinung ist, meint BM, in Wahrheit bremst das BMWi, das BMF sieht allerdings keinen Anlaß, dem zu widersprechen.

7 Zu den deutsch-französischen Direktorenkonsultationen am 22. Dezember 1983 vgl. Dok. 1.

8 Rüstungskontrollamt.

9 In einer undatierten Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie hieß es, das geplante Europäische Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) solle „die informationstechnische Industrie in Europa in die Lage versetzen, bis Mitte der neunziger Jahre ihre Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten zu stärken und zu sichern". Vorgesehen sei die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in den Bereichen Mikroelektronik, Software-Technologie, Informationsverarbeitung, Büro-Systeme und computerintegrierte Fertigung. Vgl. Referat 414, Bd. 145317. Zur bisherigen Erörterung in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, II, Dok. 259.

10 Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart, die künftige Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, die Entwicklung der Gemeinschaftspolitiken, die geplante EG-Erweiterung sowie den Haushalt, insbesondere den britischen Beitrag, künftig in einem Gesamtpaket zu erörtern. Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats vom 18. Juni 1983 betreffend eine Neubelebung der Gemeinschaft durch eine umfassende Aktion; EUROPA-ARCHIV 1983, D 414–416. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 185.

11 Ministerialdirigent Ungerer erläuterte am 4. Januar 1984, in der EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 13. Dezember 1983 in Brüssel habe sich die Bundesregierung isoliert: „Im Finanzierungsbereich machten wir, unter Hinweis auf den Paketcharakter der Stuttgarter Beschlüsse, unsere Zustimmung zur vorgesehenen Programmausstattung über 750 Mio. ECU von einem Finanzierungsnachweis für die gesamte fünfjährige Durchführungsperiode von ESPRIT abhängig. […] Das Programm hatte auf dem Rat am 13.12.83 inhaltliche Beschlußreife erlangt. Die Verantwortung dafür, daß ESPRIT am 1.1.1984 nicht anlaufen konnte, wird im wesentlichen uns zugewiesen." Vgl. Referat 414, Bd. 145317.

2) Beim West-Ost-Verhältnis, dem anderen großen Problemkreis, bemerkt BM folgendes:

a) Das jüngste Honecker-Interview[12] ist völlig defensiv. Er verliest hierzu die Agentur-Meldung.

StS sieht darin einen Hinweis darauf, daß in der SU über die künftige Linie diskutiert wird. Honecker setzt auf die Fraktion, die für Fortsetzung der bisherigen Linie eintritt, d. h., er setzt sich in Gegensatz zu Gromyko.

b) RDF[13]: BM würde vorziehen, die Sache im Augenblick nicht vorrangig zu behandeln. StS stimmt zu, diese Linie ist in dem Briefentwurf an Shultz vorgeschlagen.

StS erläutert französische Antwort an Shultz. Holik fügt hinzu, RDF-Problematik liegt darin, daß das Mandat von Madrid[14] grundsätzlich alle militärischen Aktivitäten auf dem Kontinent erfaßbar macht, die USA hiervon aber eine Ausnahme haben wollen.[15]

BM wünscht eine möglichst zurückhaltende Behandlung dieses Themas, damit nicht

– von vornherein eine Reibungsfläche zu den USA entsteht und

– dem Osten unser schwacher Punkt gezeigt wird.

Daher: Behandlung so flexibel wie überhaupt möglich.

c) KVAE: Nach Auffassung von BM will die SU nicht über die Raketen verhandeln. Sie befindet sich hier im Gegensatz zu Ceauşescu.

Holik wirft ein, daß die SU allerdings soviel wie möglich über die Verhandlungen reden will.

Dg 21 verweist auf die drei Punkte Gromykos in der Fischer-Tischrede[16].

BM möchte möglichst politisch argumentieren: Die Erklärung von Brüssel[17] dient als Aufhänger, wir fragen danach, was Europa heute braucht:

– Vertrauen

– Zusammenarbeit.

Wo ist Zusammenarbeit möglich?

– Umweltschutz

12 Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit der französischen Wochenzeitschrift „Révolution“ vom 22. Dezember 1983 vgl. HONECKER, Reden, Bd. 10, S. 52–66.

13 Zu Aufbau und Einsatzplanung einer „Rapid Deployment Force“ der USA vgl. AAPD 1981, I, Dok. 55, und AAPD 1983, I, Dok. 150.

14 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

15 Zum Briefwechsel des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in der Frage des Transits amerikanischer RDF durch Europa vgl. Dok. 4, Anm. 4 und 14.

16 Für den Wortlaut der Tischrede des Außenministers der DDR, Fischer, anläßlich seines Besuchs am 3./4. Januar 1984 in der UdSSR vgl. den Artikel „Jetzt erst recht entschlossen im Kampf für dauerhaften Frieden“; NEUES DEUTSCHLAND vom 5. Januar 1984, S. 3.

17 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

– Wirtschaft: Hierzu möchte BM in der Rede[18] ausführlicher werden.

Die Tatsache, daß das West-Ost-Verhältnis nicht auf die Raketenfrage verengt wird, wird dadurch unterstrichen, daß die Stockholm-Konferenz stattfindet. In diesem Zusammenhang ist zu unterstreichen, wie wichtig die Teilnahme aller AMs ist.

BM wird natürlich – in der auf 30 Minuten anzulegenden – Rede auch zum Kern der westlichen Vorschläge etwas sagen, möchte die Konferenz aber nicht als isolierten Vorgang darstellen, sondern in den Gesamtzusammenhang stellen und auch die Perspektiven aufzeigen, einschließlich Ausblick auf die zweite Phase der KVAE.

StS empfiehlt, auch GV anzusprechen. Er wird am 11.1. mit den Franzosen darüber reden, die noch Bedenken haben.[19]

Beim GV muß man vom Mandat von Madrid ausgehen, das[20] GV als Ziel ausdrücklich erwähnt. Wenn er so aufgenommen wird und die VBMs als Schritte auf dem Weg zur Festigung des GV dienen sollen, ist er im Bündnis konsensfähig.

Holik stimmt zu, er erwartet keinen Widerstand im Bündnis, wenn wir nicht weitergehen. Das Gespräch mit Frankreich und später mit den USA hält er für sehr wichtig.

BM wirft ein: Wir sagen zum GV ja, aber ...

Dg 21 hält es für schlecht, wenn der Eindruck entsteht, daß wir uns erst unter sowjetischem Druck zu Gesprächen über GV bereit finden. Er macht aber deutlich, daß die SU aber etwas ganz anderes will. Wir müssen daher die Argumentation umdrehen und natürlich Afghanistan[21] und die Breschnew-Doktrin[22] erwähnen, dann aber fragen, welche möglichen Optionen akzeptabel sind. Nicht akzeptabel ist der sowjetische Gedanke, daß wir auf einen Teil unserer Sicher-

18 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 19. Januar 1984 anläßlich der Eröffnung der KVAE in Stockholm vgl. BULLETIN 1984, S. 68–71.

19 Staatssekretär Meyer-Landrut hielt sich am 11. Januar 1984 in Frankreich auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik notierte am 12. Januar 1984: „Zum Gewaltverzicht legte StS unsere Haltung dar: Stockholm insgesamt als Konkretisierung des Gewaltverbots; wenn dies gelingt, kann Konkretisierung mit Bekräftigung verbunden werden, etwa in Form eines chapeau. Auch hierzu war französische Haltung negativ. Andréani wies zwar den Gedanken einer Bekräftigung nach Konkretisierung nicht ganz zurück, plädierte aber für ‚first things first'. Das Mandat sehe für die erste Phase die Erarbeitung konkreter Maßnahmen mit dem Schwerpunkt Transparenz vor, die gerade in der gegenwärtigen Gesamtsituation notwendig sei: SU müsse ihre Überrüstung erklären. Eine Aufweichung des Pakets durch deklaratorische Maßnahmen dürfe nicht zugelassen werden, auch wenn der Westen damit auf Konfrontationskurs gehe." Vgl. Referat 201, Bd. 130197.

20 Korrigiert aus: „die".

21 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

22 Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung in New York die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft". Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.
Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin"): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen." Vgl. DzD V/2, S. 1478.

heit verzichten und ihn durch Vertrauen ersetzen. Auf der anderen Seite müssen wir der amerikanischen Sorge Rechnung tragen, daß durch Verhandlungen über einen Gewaltverzichtsvertrag als solchen schon ein dynamischer Prozeß eingeleitet wird, der unsere gemeinsame Sicherheit reduziert.

StS sieht das Problem prozedural: Bei der KSZE war die Einrichtung von Körben der Schlüssel für eine Lösung. Körbe sind in Stockholm nicht möglich, aber es ist denkbar, daß Kommissionen parallel arbeiten.

Holik hält das Bild der Körbe für ungeeignet, weil es eine Perzeption der Gleichgewichtigkeit der dort behandelten Themen vermittelt. Bisher haben wir unser Sachkonzept durchgesetzt. Die SU will jetzt durch Beteuerungen vom konventionellen Ungleichgewicht als Quelle der Instabilität ablenken und hierüber hinwegtäuschen. Uns muß es darauf ankommen zu sagen, daß wir für den Fall, daß durch Konkretisierung von VBMs eine Stabilisierung eintritt, zu Verhandlungen über GV bereit sind.

StS warnt davor, das westliche Paket als eine „take it or leave it"-Position zu präsentieren. Taktisch kann dieses Problem aufgefangen werden, indem man auch über GV zu sprechen bereit ist.

Dg 21 empfiehlt zu sagen, wessen GV glaubhaft sein soll, der muß auch bereit sein zu reden über

– das konventionelle Ungleichgewicht,

– VBMs, um Vertrauen zu schaffen ...

Holik unterstreicht, daß wir mit Aussicht auf Erfolg nur auf der Grundlage einer gemeinsamen Bündnisposition verhandeln können, und hat Bedenken, ob wir die USA für ein solches Konzept gewinnen.

BM stimmt zu, daß wir eine Bündnisposition brauchen. BM hebt hervor, daß wir auf keinen Fall in die Rolle eines Petenten für Raketenverhandlungen kommen dürfen.

Honecker hat recht, wenn er sagt, daß es irgendwann zu Verhandlungen kommen wird (er kann durchaus zitiert werden).

Wir sagen immer nur, wir sind verhandlungsbereit; es darf nicht der Eindruck eines schlechten Gewissens entstehen.

Es ist auch wichtig zu zeigen, daß das West-Ost-Verhältnis nach Stationierungsbeginn[23] weitergegangen ist, Weihnachten und Silvester haben trotzdem stattgefunden.

Dabei bleiben wir ganz seriös:

– Die West-Ost-Zusammenarbeit liegt im beiderseitigen Interesse;

– es darf nicht auf die Raketenfrage verengt werden;

– Stockholm ist wichtig, Vertrauensbildung führt hin zu
  – Gewaltverzicht,
  – einem der Kernprobleme europäischer Sicherheit: dem konventionellen Ungleichgewicht.

[23] Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

Das West-Ost-Verhältnis darf aber auch nicht auf Abrüstungsfragen verengt werden. Die Zusammenarbeit umfaßt auch

– den Wirtschaftsbereich: Die Möglichkeiten, die wir hier zu bieten haben, sind groß;
– Umwelt;
– Technische Zusammenarbeit, wenn die Hindernisse beseitigt werden.

Die Rede muß auch deutlich machen, in welchem Umfeld die Konferenz stattfindet: Wir alle bestimmen es durch unsere Politik.

Die Grundfrage lautet, wird das West-Ost-Verhältnis durch Fortschritte bei Abrüstungsverhandlungen verbessert oder steigen die Chancen für Abrüstungsabkommen bei verbessertem West-Ost-Verhältnis? Die Erfahrung zeigt, daß letzteres der Fall ist.

Aus dem jüngsten Artikel („Den Frieden gewinnen“[24]) möchte BM die Grundsätze der Mäßigung und Berechenbarkeit ausführlich behandelt wissen. Dabei muß herausgestellt werden die positive Auswirkung auf das Umfeld, wenn die Großmächte zur Formel von 1972[25] von Mäßigung und Zurückhaltung zurückkehren.

Unser Land, auch dies ist auszuführen, ist ein solcher Faktor der Mäßigung.

Wir wollen die Konferenz benutzen, um Ansätze zu schaffen für Verbesserung des Großklimas West–Ost. Davon wird abhängen, ob sich die Erwartungen erfüllen, daß die Verhandlungen wiederaufgenommen werden über Abrüstungsfragen und das Mandat von Madrid erfüllt wird.

Zum Ersteinsatz ist zu sagen, daß wir den Frieden nur wahren können, wenn weder konventionelle noch nukleare Waffen von jemandem zuerst eingesetzt werden. Vor einer Bagatellisierung eines konventionellen Krieges in Europa ist zu warnen, er wäre tausendmal schrecklicher als der Zweite Weltkrieg!

3 a) Öffentlichkeitsarbeit

– In morgiger Sendung von „Kontraste“ will StS auf dieser Linie argumentieren. BM ist einverstanden. Er bittet, auch hervorzuheben, daß über lange Monate die Frage der Fortsetzung des West-Ost-Dialoges diskutiert wurde. Damals war BM der einzige, der sich für die Eröffnung von Stockholm auf AM-Ebene einsetzte. Dieser Gedanke mußte Schritt für Schritt im Westen durchgesetzt werden. Mit dem Osten war das Gespräch von Wien[26] sehr wichtig. Wenn je eine Regierung Gespräche zwischen den USA und der SU auf hoher Ebene zustande gebracht hat, dann hier die Bundesregierung! Das informelle NATO-AM-Treffen und auch das EPZ-AM-Treffen in Stockholm gehen ebenfalls auf deutsche Anregung zurück.

24 Vgl. den Artikel von Hans-Dietrich Genscher: „Frieden gewinnen – die Zukunft gewinnen“; NORDSEE-ZEITUNG vom 31. Dezember 1983, S. 2.

25 Vgl. dazu die Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

26 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306.

– BM bittet, daß StS am Montag oder Dienstag[27] um 10.00 h ein Hintergrundgespräch führt, um die Erwartungen in realer Höhe zu halten und klarzumachen, daß eine Lösung der Raketenfrage in Stockholm nicht zu erwarten ist.

StS ist zurückhaltend, er will nichts vorwegnehmen von dem Auftritt BMs in Stockholm.

BM teilt diese Sorge nicht: Ihm kommt es darauf an, unsere Presse einzustimmen für die Kommentierung.

b) Bilaterale Gespräche in Stockholm:

– Mit Gromyko[28]: Wir bieten eine Politik der Zusammenarbeit an. Hierfür bittet BM um Katalogisierung der Möglichkeiten in den verschiedenen Bereichen, dabei nicht nur bilateral, sondern auch bei internationalen Fragen: Nahost, Lateinamerika; die SU will hier überall hereinkommen. Wir sind bereit, in einen Meinungsaustausch über alle diese Fragen einzutreten.

  StS verweist darauf, daß Dg 21 – im Anschluß an die Wiener Gespräche – nächste Woche in Moskau verhandelt.[29] Vielleicht ergibt sich daraus etwas, z. B. die Frage der Fortsetzung dieser Verhandlungen, ggf. auf höherer Ebene.

– ČSSR

  BM hält daran fest, daß wir keine Initiative ergreifen.

  StS unterrichtet ihn über südafrikanische Mitteilung, daß Botha mit Savimbi gesprochen hat und glaubt, Anlaß zur Erwartung bekommen zu haben, daß sich etwas tut.[30]

  BM ist einverstanden, daß wir dies den Tschechen jetzt nicht mitteilen, sondern für Stockholm aufheben. Wenn er nicht mit Chňoupek zusammentrifft, wird er es Gromyko sagen.

Dg 21 und Herr Holik verlassen die Besprechung.

Über Fortsetzung gesonderter Vermerk.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 14127 (010)

27 9. bzw. 10. Januar 1984.

28 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 14.

29 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1984 in der UdSSR auf, um über die seit 1973 strittige Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) in Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen sowie das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 zu verhandeln. Am 12. Januar 1984 teilte Braunmühl, z. Z. Moskau, mit, die Gespräche hätten „keine Annäherung der Standpunkte" erbracht. Die sowjetische Seite sei hinter Positionen zurückgeblieben, die in bisherigen Gesprächen erreicht worden seien: „Die Gespräche endeten mit der Zusage, die Vorschläge der jeweils anderen Seite zu prüfen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 142; Referat 213, Bd. 139385.

30 Am 12. März 1983 wurden 64 tschechoslowakische Staatsangehörige von der UNITA in Angola gefangengenommen. Nach der Freilassung eines Großteils der Geiseln notierte Vortragender Legationsrat Holl am 6. Januar 1984: „Bei heutigem Gespräch mit StS teilte der s[üd]a[frikanische] Botschafter van Heerden mit, AM Botha habe sich, wie BM zugesagt, inzwischen bei UNITA ‚auf höchster Ebene' für die baldige Freilassung der noch in Haft befindlichen ČSSR-Geiseln verwandt und dieses Anliegen auch persönlich unterstützt. Die Bitte werde gegenwärtig von UNITA noch geprüft." Vgl. VS-Bd. 13417 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

4

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik

221-373.16-27/84 geheim **9. Januar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: KVAE-Vorbereitung in der Allianz;
hier: Verabschiedung des VSBM-Pakets des Bündnisses durch den NATO-Rat am 10.1.1984

Bezug: Vorlage 221-373.16/5-5/84 VS-v vom 4.1.84[4]

Anlg.: 3
Anl. 1) NATO-Dokument Doc. C-M (84) 2, 221-27/84 geh., Kopie 1[5]
2) DE an Brüssel NATO v. 19.12.83, 221-373.16-2875[6] und 2876/83 VS-v[7]
3) Synopse[8] (Anlagen 1) und 2) nur zum Original)

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Legationsrat I. Klasse Weigel konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten beim Treffen am 16.1. das Hauptgewicht auf die Maßnahmen 1 und 7 (Synopse) legen; das Übrige kann durch die Fachleute geregelt werden."

3 Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 16. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Ruth an Referat 221 verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 16. Januar 1984 erneut vorgelegen.
Hat in Vertretung von Ruth Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 16. Januar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 17. Januar 1984 vorgelegen.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik faßte ein Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 27. Dezember 1983 an Bundesminister Genscher zusammen. Shultz habe die amerikanische Position bekräftigt, wonach „US befürchten, auf dem Umweg über künftige VSBM-Regelungen für Europa ein ‚droit de regard' der SU auch über außereuropäische Truppenbewegungen der US mit strategischem Charakter zu begründen; […] deshalb US-Truppenbewegungen mit außereuropäischem Einsatzziel (RDF) beim Transit durch Europa von Notifizierungsregelungen im Rahmen der KVAE ausgenommen bleiben müssen". Holik legte dar, daß eine Lösung dieser Frage innerhalb der NATO bis zur Eröffnung der KVAE am 17. Januar 1984 wohl nicht werde erzielt werden können. Daher sollten sich die NATO-Mitgliedstaaten „für die Präsentation des Pakets in Stockholm" auf eine Formel einigen, „die das Problem nicht durchscheinen läßt und so allgemein formuliert ist, daß eine noch zu findende Lösung durch sie abgedeckt wird". Vgl. VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das Dokument „Development of Western CSBM Package" vom 5. Januar 1984 (C-M (84) 2) vgl. VS-Bd. 11520 (221).

6 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie die Botschaften in London, Paris und Washington an, den Entwurf eines Papiers zu zirkulieren, mit dem das VSBM-Paket der NATO-Mitgliedstaaten auf der KVAE in Stockholm eingeführt werden könnte, und übermittelte eine Sprachregelung zur Erläuterung des Papiers. Vgl. dazu VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

7 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie den Botschaften in London, Paris und Washington den Entwurf eines Papiers zur Einführung des VSBM-Pakets der NATO-Mitgliedstaaten auf der KVAE in Stockholm. Vgl. dazu VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für die undatierte Synopse des VSBM-Pakets der NATO-Mitgliedstaaten vgl. VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

1) Der Ende 1980 vom NATO-Rat verabschiedete illustrative Entwurf für ein VBM-Paket[9] ist seit Einigung über das KVAE-Mandat in Madrid[10] im Bündnis intensiv weiter beraten worden. Als bisheriges Ergebnis dieser Beratungen liegt ein Entwurf vor (Dokument C-M (84) 2 vom 5. Jan. 1984, Anlage 1), der am 10. Januar 1984 vom NATO-Rat als bündnisinternes Referenzdokument verabschiedet werden soll.[11]

In einigen, z. T. wichtigen Fragen (s. u. Ziffer 5) ist bisher kein Konsens erzielt. Auf Arbeitsebene wird deshalb vor der Ratssitzung ein letzter Versuch unternommen, die noch offenen Fragen zu lösen und eine Verabschiedung des Pakets ohne Textklammerung zu ermöglichen. Sollte dies nicht gelingen, wird der Rat das Paket am 10.1. mit nationalen Vorbehalten verabschieden.

2) Mit Verabschiedung des Dokuments legt der Rat die Grundlage und den Rahmen einer gemeinsamen westlichen Verhandlungslinie für die Erarbeitung eines „Satzes sich gegenseitig ergänzender VSBM“ in Stockholm fest.

Unabhängig von diesem allianzinternen Referenzdokument haben wir Mitte Dezember in Brüssel ein operatives Präsentationspapier vorgelegt, das den Inhalt und die Zielsetzung der westlichen Vorschläge in komprimierter Form darlegt (Anlg. 2). Dieses Papier soll dazu dienen, die Vorschläge der Allianz operativ in die Verhandlungen einzubringen.

Bei der Redaktion dieses Entwurfs kam es uns darauf an, Inhalt und Zielsetzung der westlichen Vorschläge in politische Sprache umzusetzen und unerläßliche militärische Details in einen Annex zu verweisen.

3) Maßstäbe für die Auswahl und die Substanz der VSBM des Pakets waren:

a) die KVAE-Mandatskriterien des Madrider Abschließenden Dokuments,

b) die in der Allianz vereinbarten sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Ziele für die erste Konferenzphase,

c) militärpolitische und -strategische Kriterien des Bündnisses.

Zu a) Nach dem KVAE-Mandat müssen VSBM sich gegenseitig ergänzen sowie militärisch bedeutsam, politisch verbindlich, angemessen verifizierbar und in ganz Europa anwendbar sein. Militärische Tätigkeiten im angrenzenden Seegebiet und Luftraum können nur dann VSBM-Regelungen unterworfen werden, wenn sie die Sicherheit in Europa berühren und zugleich einen Teil von notifizierungspflichtigen Landaktivitäten in Europa bilden (vom Westen durchgesetzter sog. „funktionaler Ansatz“).

Die Erfassung der gesamten europäischen Landmasse vom Atlantik bis zum Ural ermöglicht erstmals den rüstungskontrollpolitischen Zugriff in die Tiefe des sowjetischen Territoriums. Sie bietet damit eine Chance zur Kompensation der geostrategischen Nachteile des Westens in Europa.

9 Ministerialdirektor Blech notierte am 20. Januar 1981, der Ständige NATO-Rat habe am 8. Dezember 1980 einem Paket vertrauensbildender Maßnahmen für eine Konferenz über Abrüstung in Europa zugestimmt. Vgl. dazu VS-Bd. 11531 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

11 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am 10. Januar 1984 in Brüssel vgl. Dok. 6.

Zu b) Auf der Grundlage unseres Strategiepapiers[12] hat sich die Allianz auf folgende sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Hauptziele für die erste Phase der KVAE geeinigt:

– Erzielung größerer Offenheit, Transparenz und Berechenbarkeit im konventionellen Bereich,
– mit dem Ziel, die militärische Lage in Europa zu stabilisieren,
– insbesondere die Gefahr von Überraschungsangriffen und politischen Pressionsversuchen zu mindern,
– und so die Voraussetzungen für den Übergang zur nächsten Phase der Konferenz, deren Inhalt noch offen ist, zu schaffen.

Zu c) Bei der Verfolgung dieser Ziele müssen VSBM jedoch den folgenden, vom Militärausschuß der NATO definierten militärpolitischen und militärstrategischen Vorgaben genügen:

– Vereinbarkeit mit gültiger Bündnisstrategie[13] (Erhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung),
– unverminderte eigene Sicherheit, d.h. Wahrung der
  – Verteidigungsfähigkeit,
  – Fähigkeit zur kollektiven Vorneverteidigung,
  – Verstärkungsfähigkeit,
  – Reaktionsfähigkeit/Dispositionsfreiheit bei sicherheitsbedrohenden Ereignissen,
  – eigenen Ausbildungs- und Modernisierungsvorhaben,
– Wahrung des Grundsatzes der Reziprozität, d.h. gleiche Wirkung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Rahmenbedingungen.
– Berücksichtigung sich wandelnder sowjetischer militärischer Verhaltensmuster.

4) Das Bündnispaket umfaßt Maßnahmen des Informationsaustauschs, der Notifizierung militärischer Aktivitäten und der Beobachtung und Verifikation. Der Inhalt der einzelnen Maßnahmen wird in Anlg. 3 in Form einer Synopse dargestellt.

Beschränkungsmaßnahmen („constraints“) standen im Bündnis für dieses westliche Eröffnungspaket nicht zur Diskussion. Bereits bei der Entwicklung des ersten illustrativen Paketvorschlags von 1980 war nach monatelangen Beratungen der militärischen NATO-Gremien festgestellt worden, daß bei Zugrundelegung wirklich einschränkender Parameter die Vorneverteidigung gefährdet werden würde, so daß solche Vereinbarungen unter Umständen von der NATO

12 Botschafter Ruth legte Bundesminister Genscher am 23. August 1983 ein mit dem Bundesministerium der Verteidigung abgestimmtes Strategiepapier zur KVAE vor, das am 29. August 1983 in der NATO eingebracht wurde. Für das Papier vgl. Referat 221, Bd. 128663.
Auf der Basis des Strategiepapiers der Bundesregierung wurde im NATO-Rahmen das Papier „General Policy Considerations for the CDE“ (C-M (83) 56/revised) erarbeitet. Für das Papier vgl. den Drahtbericht Nr. 1945/1946 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 25. Oktober 1983; VS-Bd. 13370 (212); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 301.

13 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 12.

zuerst gebrochen werden müßten. Würden dagegen Parameter gewählt, die keine einschneidenden Einschränkungen zur Folge haben, wären solche Maßnahmen wirkungslos und damit wenig glaubwürdig. Notifizierungsmaßnahmen mit entsprechenden Parametern wurden für ausreichend gehalten, um die angestrebte Stabilisierung und Transparenz zu erreichen.

Auch in den Beratungen zur Vorbereitung des westlichen Verhandlungspakets für Stockholm wurde die Prüfung von Vorschlägen für constraints zurückgestellt, um die Einigung über dieses Paket nicht zu gefährden. Nach Auffassung der Abteilung 2A werden wir im Lauf der Verhandlungen in Stockholm darauf zurückkommen müssen, schon weil wir die mit Sicherheit zu erwartenden „constraints"-Vorschläge der N+N-Staaten nicht rundweg zurückweisen können. Die Entscheidung über die militärische Annehmbarkeit solcher VSBM hat sich die Leitung des BMVg vorbehalten.

5) In den Beratungen auf Arbeitsebene konnte in folgenden Fragen bisher kein Konsens gefunden werden:

a) Behandlung von RDF-Verbänden beim Transit durch die KVAE-Zone. Die USA streben eine grundsätzliche Ausklammerung dieser Bewegungen aus dem VSBM-Regime an, die nach Auffassung der meisten europäischen Bündnispartner mit dem Mandat nicht vereinbar wäre. Da eine Lösung dieser Frage vor Beginn der Verhandlungen nicht erreichbar scheint, haben wir vorgeschlagen, sie zunächst offenzuhalten (vgl. hierzu Briefwechsel AM Shultz/BM Genscher[14] und Bezugsvorlage).

b) Im Zusammenhang mit dem Austausch von Informationen über die Struktur von Streitkräften in der Zone (Maßnahme 1) kann die Türkei bislang der von den übrigen Bündnispartnern angestrebten Brigade-/Regimentsebene als unterer Schwelle nicht zustimmen und besteht auf Divisionsebene. Da diese Frage die Durchführbarkeit der Notifizierungsmaßnahme berührt, beabsichtigen wir eine bilaterale Demarche in Ankara.[15]

c) Inspektionsquoten: Umstritten ist die Anzahl der jährlich zu duldenden Inspektionen auf dem Territorium jedes einzelnen Teilnehmerstaates.

d) Gegen die Konsultativkommission und die Entwicklung von Kommunikationsmitteln bestehen z. T. noch politische Bedenken. Insbesondere Frankreich befürchtet von der Einrichtung einer Konsultativkommission unerwünschte Institutionalisierung des KVAE-Prozesses.

14 Mit Schreiben vom 10. Januar 1984 versicherte Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Shultz, die Bundesregierung werde „weder in Brüssel noch in Stockholm Maßnahmen zustimmen, aus denen sich eine Beeinträchtigung der strategischen Flexibilität der USA ergeben könnte". Eine „völlige Ausklammerung aller RDF-Aktivitäten aus den Verhandlungen" in Stockholm werde jedoch „schwierige Probleme aufwerfen" und „die Glaubwürdigkeit der westlichen Verhandlungsposition berühren". Ferner übermittelte Genscher einen Formulierungsvorschlag, der „die Frage ohne die Präjudizierung einer Position offenläßt und nach Möglichkeit erst gar nicht zur Diskussion stellt". Vgl. VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik bat Botschafter Oncken, Ankara, am 26. Januar 1984, „auf hoher Ebene" im türkischen Außenministerium um „ernsthafte Überprüfung" der türkischen Haltung „bezüglich der Informationsaufschlüsselung in Maßnahme 1" zu bitten. Zwar habe die Bundesregierung Verständnis für die militärischen Erwägungen der Türkei: „Wir glauben aber nicht, daß der Osten durch die VSBM Erkenntnisse über den Westen gewinnen würde, die er nicht ohnehin bereits hat." Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

6) In den Bündnisberatungen nicht angesprochen wurden folgende Fragen, die für uns von besonderem nationalen Interesse sind:

a) Wahrung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten:

Die Diskussion dieser Frage ist in der Vierergruppe eingeleitet worden. Zur Diskussion stehen derzeit die beiden Möglichkeiten eines generellen Vorbehaltes entsprechend der Erklärung in der Helsinki-Schlußakte[16] oder eine trilaterale Erklärung der drei westlichen Alliierten.

b) Im Zusammenhang mit den vorgesehenen Beobachtungs- und Inspektionsmaßnahmen stellt sich erneut, wie schon im Rahmen der Helsinki-Bestimmungen, die Frage der Gewährung von Immunitäten und Privilegien für DDR-Vertreter auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland.[17] Eine entsprechende Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes wurde vom BMJ eingeleitet.[18]

7) Bewertung des Vorschlagspakets

a) Die jetzt in der Allianz ausgewählten VSBM erfüllen die genannten politischen und militärischen Zielsetzungen und Kriterien, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Maßnahmen Nr. 3 (Notifizierung), 4 (Beobachtung) und 5 (Inspektionen) bilden als militärisch wirksamste Vorschläge den Kern des Pakets, sinnvoll ergänzt durch die dem Informationsaustausch dienenden Maßnahmen Nr. 1 und 2. Die eher dem Bereich der Krisenbewältigung zuzuordnenden Maßnahmen Nr. 6 (Konsultativkommission) und 7 (Kommunikationsmechanismus) geben dem Paket eine wünschenswert breitere sicherheitspolitische Dimension.

b) Die Durchführung der gültigen Bündnisstrategie der Kriegsverhütung wird durch diese VSBM nicht erschwert. Sie könnte im Gegenteil in dem Maße erleichtert werden, wie es gelingt, die mit wirksamer Verifikation verbundene Maßnahme 3 (Ankündigung militärischer Aktivitäten) in Stockholm durchzusetzen und damit günstige Voraussetzungen für den vom Bündnis angestrebten Stabilitäts- und Warnzeitzugewinn zu schaffen.

c) Das VSBM-Paket gibt dem Bündnis auch die Möglichkeit, die anhaltende konventionelle Überlegenheit und Offensivfähigkeit des WP in Europa und deren destabilisierende Wirkung stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen und so ihre Unterstützung für das Bündniskonzept des schrittweisen Vorgehens – Vertrauensbildung durch Offenheit und Transparenz als unabdingbare Voraussetzung für weitergehende Rüstungskontrollmaßnahmen – zu gewinnen.

d) Schon aus verhandlungstaktischen Gründen darf das Bündnispaket nicht als „take it or leave it"-Position verstanden werden. Auch ist nicht auszuschlie-

16 Vgl. dazu Punkt X sowie die Schlußbestimmungen zur Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 919.

17 Zur Frage der Gewährung von Immunitäten für Vertreter der DDR auf dem Gebiet der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, II, Dok. 384.

18 Für den Wortlaut des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 in der Fassung vom 9. Mai 1975 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil I, S. 1079–1101.
Durch das Zweite Gesetz vom 17. Juli 1984 zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung vom 22. Juli 1976 wurde der entsprechende Paragraph des Gerichtsverfassungsgesetzes geändert. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 993 f.

ßen, daß sich im Laufe des Verhandlungsprozesses Möglichkeiten eröffnen könnten, die Offensivfähigkeit des WP durch zusätzliche VSBM weiter einzudämmen. Wir legen deshalb Wert darauf, daß das jetzige Paket für Weiterentwicklungen offenbleibt.

Die Vorlage ist mit dem BMVg – Ref. Fü S III 5 – abgestimmt.

D 2[19] hat mitgezeichnet.

Holik

VS-Bd. 11520 (221)

5

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10/Allg. NO-4/84 VS-vertraulich **10. Januar 1984**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Rüstungsexporte in den Nahen Osten;
hier: Hausbesprechung am 10.1., 16.00 Uhr

I. Ausgangslage

1) Zusage des Bundeskanzlers gegenüber saudischer Regierung, „Fragen des Verteidigungsbereiches in die Zusammenarbeit einzubeziehen", und Übergabe einer Liste von Rüstungsgütern, die Saudi-Arabien in der BR Deutschland beziehen könnte[3] (Liste liegt im AA nicht vor).

Saudi-Arabien war bisher vor allem am Leopard II interessiert, wohl auch an anderen schweren und mittelschweren gepanzerten Fahrzeugen (Schützenpanzer, Kanonen-Jagdpanzer usw.) und möglicherweise an Luftabwehrsystemen (Gepard auf dem Leopard-I-Chassis) und Schiffen.

Außerdem scheint Saudi-Arabien deutsche Ausbilder und möglicherweise Hilfe beim Aufbau der Logistik zu wünschen.

Nach dem Besuch der saudischen Experten-Delegation[4] dürfte jetzt in Saudi-

19 Franz Pfeffer.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Lauk am 11. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Vorlage wurde von D 4 in Hausbesprechung vorgetragen, Original hat D 4 erhalten, Vorlage wurde nicht verteilt. 2) Z[u]d[en]A[kten], restl[iche] Ex[emplare] vernichten."

2 Hans Werner Lautenschlager.

3 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

4 Vom 4. bis 20. Dezember 1983 besuchte eine saudi-arabische Delegation die Bundesrepublik. Ministerialdirigent Loeck notierte dazu am 13. Dezember 1983, nach Auskunft des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, „handele es sich nur um Offiziere und Techniker, denen bei

Arabien geprüft werden, ob und welche Rüstungsgüter aus der BR Deutschland bezogen werden sollen und ob Ausbildungshilfe nötig ist.

2) Vergleichbare Wünsche nach Rüstungsgütern haben andere Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC):

VAE: Leopard II, 20-mm-Geschütze; Bahrain: Schützenpanzer Marder, leichter Panzer TAM, Zusatzgerät; Kuwait: Gepanzertes Radfahrzeug TPz 1.

3) Irak ist bisher nicht auf den 1982 vorgetragenen Wunsch nach einer „Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich“[5] einschließlich der Lieferung bestimmter Rüstungsgüter und der Möglichkeit zum Besuch einer Experten-Delegation zurückgekommen. Ihm wurde, auch im Zusammenhang mit Rüstungslieferungen, unsere unparteiische Haltung im irakisch-iranischen Konflikt erläutert.

4) Iran wünscht die Durchführung des 1978 geschlossenen Vertrags über die Lieferung von sechs U-Booten[6], scheint aber Verständnis dafür zu haben, daß die Boote während der Dauer des Krieges nicht geliefert werden können. Es dringt jedoch auf Lieferungen von Teilen zur Fertigstellung einer Munitionsanlage sowie für eine Jahresproduktion von Munition für Panzerfäuste.

5) Israel zeigte bisher – soweit bekannt – nur begrenztes Interesse an Waffenlieferungen (Frage des Rüstungsdirektors nach der Möglichkeit für die Lieferung von Milan[7]) und Zusammenarbeit bei Bau und Entwicklung von Rüstungsgütern (bisher nur Interesse an Zusammenarbeit bei Bau von Drohnen (unbemannten Aufklärungsflugzeugen), in der Vergangenheit Erfahrungsaustausch über Panzerbau mit deutschen Firmen).

6) Ägypten hat Interesse gezeigt an dem Erwerb von U-Booten, der Reparatur von U-Booten sowjetischer Bauart, der deutschen Mitwirkung bei der Umrüstung von Panzern T-55 sowjetischer Bauart mit 105-mm-Kanone sowie der Entwicklung eines Panzers unter Verwendung von Technologie des Leopard II

Fortsetzung Fußnote von Seite 26

der Truppe Waffensysteme im Einsatz vorgeführt würden und die anschließend bei der Industrie diese Systeme nur noch einmal in der Fertigung und Wartung sehen sollten. Lieferwünsche würden von der Delegation nicht vorgetragen.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135825.

5 Am 14. November 1982 notierte Ministerialdirektor Fischer, daß gegenüber Bundesminister Graf Lambsdorff bei dessen Besuch im Irak im Juni 1982 der Wunsch nach „militärischen Ausrüstungen, Aufbau von Fertigungsstätten dafür und Ausbildungshilfe im militärischen Bereich“ vorgetragen worden sei. Vgl. Referat 424, Bd. 135800.
Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 3. Dezember 1982, der irakische Botschafter al-Bazzaz habe am Vortag gegenüber Staatssekretär von Staden dargelegt, der Irak strebe „eine militärische Zusammenarbeit“ mit der Bundesrepublik an für die Zeit nach dem Krieg mit dem Iran. Außerdem habe er den Besuch einer Handelsdelegation angekündigt und eine Liste irakischer Lieferwünsche übergeben. Vgl. dazu Referat 424, Bd. 135800.

6 Zum Vertrag zwischen dem Iran und der Firma Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) über die Lieferung von sechs U-Booten von 1978 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 278.
Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 16. Januar 1984, die Herstellungsgenehmigung des Bundessicherheitsrats sei bis 1984 befristet: „Für das Fabrikations- und Embargorisiko erhielt HDW eine Hermes-Bürgschaft. Iran drängt nun auf Erfüllung des Vertrags.“ Der Iran habe bislang 230 Mio. DM angezahlt; HDW behaupte, Bauleistungen in Höhe von 343 Mio. DM erbracht zu haben: „Nach gegenwärtiger Rechtslage kann HDW den Bau der U-Boote bis Ende 1984 fortsetzen, hat jedoch keinen Anspruch auf Ausfuhrgenehmigung, da sich die der Erteilung der Herstellungsgenehmigung zugrundeliegenden Umstände durch Revolution und iranisch-irakischen Krieg erheblich verändert haben.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135799.

7 Zum israelischen Interesse an einer Lieferung von Panzerabwehrraketen des Typs „Milan“ vgl. AAPD 1983, II, Dok. 370.

und bei der Verbesserung von Luftabwehrraketen SAM-7, außerdem der Lieferung von noch in Entwicklung befindlichen Panzerfäusten.

II. Probleme

1a) Die Möglichkeiten der Genehmigung zur Ausfuhr von Kriegswaffen sind rechtlich eingeschränkt; eine Genehmigung muß nach §6 KWKG verweigert werden, wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden.[8]

Dabei ist der Begriff „friedensstörende Handlung" allerdings sehr ungenau (Recht auf Selbstverteidigung nach Art. 51 VN-Charter[9]?). Bei sonstigen Rüstungsgütern kann die Ausfuhrgenehmigung verweigert werden; die Versagung ist jedoch nicht zwingend, d.h., diese Rüstungsgüter können theoretisch unbegrenzt ausgeführt werden.

b) Die Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport vom 28.4.1982[10], die weiterhin in Kraft sind, verbieten[11] Kriegswaffenexporte in den Nahen Osten, es sei denn, „vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland" liegen vor: „Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen. Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen."[12]

Dabei darf die Lieferung „nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen. Lieferungen an Länder, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht, scheiden deshalb grundsätzlich aus."[13]

Die Grundsätze erlauben insofern eine gewisse Flexibilität, als die Festlegung, welche außen- und sicherheitspolitischen Interessen „vitale Interessen" sind, auslegungsfähig ist. Die Absage von Lieferungen an Länder, die sich in einer bewaffneten Auseinandersetzung befinden oder bei denen eine solche Auseinandersetzung droht, ist durch das Wort „grundsätzlich" eingeschränkt. Außerdem kann die Bundesregierung notfalls auch insofern von den Grundsätzen abweichen, als sie nur eine selbstgegebene politische Richtlinie darstellen. So hat es einige Entscheidungen gegeben, bei denen das Vorliegen „vitaler Interessen" diskutabel ist (TPz 1 in die VAE und nach Venezuela, U-Boote für Südkorea, mittelschwerer Panzer TAM für Malaysia).

2) Politische Probleme stehen in folgenden Bereichen:

a) Die Entscheidung über Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien ist weitgehend durch Übergabe der Liste bei dem Besuch des Bundeskanzlers präjudiziert (so auch ChBK[14]).

8 Für den Wortlaut von Paragraph 6 des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 445.

9 Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464f.

10 Zu den „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 28. April 1982 vgl. AAPD 1982, I, Dok. 126.

11 Korrigiert aus: „vertreten".

12 Vgl. dazu Ziffer 9 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 28. April 1982; BULLETIN 1982, S. 310.

13 Vgl. dazu Ziffer 13 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 28. April 1982; BULLETIN 1982, S. 310.

14 Waldemar Schreckenberger.

b) Eine unterschiedliche Behandlung anderer GCC-Mitglieder läßt sich politisch kaum begründen.

c) Israel wird jede politische und publizistische Möglichkeit nutzen, um die Lieferungen zu verhindern, und wird auch weiterhin Kompensationen ablehnen. Sollte es wider Erwarten dazu kommen, besteht die Gefahr scharfer Reaktionen einiger arabischer Staaten (Irak, Syrien, Algerien, Libyen). Andere Staaten würden begrenzte Lieferungen möglicherweise eher hinnehmen (Ägypten, Saudi-Arabien und andere GCC-Mitglieder, Jordanien), öffentlich aber voraussichtlich auch starke Kritik üben.

d) Ägypten als einziger Staat, der sich nicht im Kriegszustand befindet, wird Gleichbehandlung mit den GCC-Mitgliedern verlangen. Eine Verweigerung ist politisch schwer zu begründen.

e) Innenpolitisch dürfte die Politik bei Rüstungsexporten weiterhin im Bundestag und von einem Teil der öffentlichen Meinung scharf kritisiert werden. Zur Zeit ist das Interesse an der Frage allerdings geringer als vor zwei Jahren.

3) Mit Rüstungslieferungen in den Nahen Osten wird stärker als bisher auf die bilateralen Beziehungen zu einzelnen Ländern abgestellt. Politisch ist das schwerer zu begründen als die bisher verfolgte, allgemein restriktive Linie.

Es ist jetzt schwieriger geworden, nach Waffensystemen zu unterscheiden (Schiffe einerseits, schießendes und fahrendes Gerät andererseits). Eine klare Linie gibt es nur noch bei Panzern, ihr Export ist bisher nicht vorgesehen (mit Ausnahme des TAM für Malaysia).

III. Mögliche Kriterien für künftige Entscheidungen

1) Gleichbehandlung aller Staaten in vergleichbarer politischer Lage und mit vergleichbaren Beziehungen zur BR Deutschland (z. B. Gleichbehandlung der Golfländer).

2) Keine Genehmigung der Ausfuhr von Kriegswaffen in Länder, die sich mit Waffeneinsatz an einer bewaffneten Auseinandersetzung beteiligen (Iran, Irak, Syrien, Israel, Libyen).

3) Nur Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen bzw. Reparaturen von Kriegswaffen, jedoch keine Mitwirkung bei Entwicklung und Bau von schweren Kriegswaffen, die auch exportiert werden können.

IV. Entscheidungsmöglichkeiten

1) Alle GCC-Staaten werden wie Saudi-Arabien behandelt (nur Waffen, die zur Verteidigung bestimmt sind, Interesse an innerer Stabilität, GCC als Defensiv-Bündnis).

2) Irak, Iran, Syrien und Israel erhalten keine Waffen.

3) Für Ägypten wird die Reparatur und die Lieferung von U-Booten, ggf. der Panzerfaust und des Geschützes für den T-55, nicht jedoch die Mitwirkung bei der Entwicklung und dem Bau von Panzern genehmigt (Gefahr des Exports).

V. Entsendung von Ausbildern

1) Ausbildungshilfe wird bereits jetzt im begrenzten Rahmen durch die Marine bei der Lieferung von Schiffen gewährt. Sie erfolgt jedoch fast ausschließlich in der BR Deutschland.

2) Bundeswehr-Angehörige befinden sich im Rahmen der Ausrüstungshilfe bereits seit Jahren in Ländern der Dritten Welt.

Abgelehnt wurde bisher die Mitwirkung an VN-Aktionen.[15]

3) Verfassungsrechtlich ist die Entsendung von Ausbildern nach Saudi-Arabien möglich, sofern es sich nicht um eine geschlossene Bundeswehr-Einheit handelt (Auskunft der Referate 500 und 201). Falls die Ausbilder keine deutschen Uniformen trügen, würde das zusätzlich zu einer verfassungsrechtlichen Unbedenklichkeit beitragen.

4) Die Entsendung von Ausbildern dürfte israelische Kritik weiter verschärfen. Kritische Reaktionen wären auch aus dem Osten zu erwarten. Befreundete Länder könnten darauf hinweisen, daß wir nicht bereit sind, Bundeswehr-Angehörige für friedenserhaltende VN-Aktionen bereitzustellen, sie jedoch für kommerzielle Zwecke ins Ausland schicken. Andererseits könnte möglicherweise ein Bündnisinteresse an der Entsendung deutsche Ausbilder bestehen.

5) Innenpolitische Kritik an Waffenlieferungen dürfte durch die Entsendung von Ausbildern noch erheblich verstärkt werden.

gez. Per Fischer

VS-Bd. 10920 (422)

15 Zur Frage einer Beteiligung der Bundeswehr an VN-Friedenstruppen vgl. AAPD 1981, I, Dok. 100. Der Bundessicherheitsrat befaßte sich am 3. November 1982 mit der Thematik. Ministerialdirigent Dröge vermerkte dazu am 26. November 1982: „Wir haben unsere vorläufige Haltung […] festgelegt, indem wir grundsätzlich Solidarität mit den USA bei Wahrnehmung gesamtwestlicher Interessen – besonders in Südwestasien – ausdrücken, jedoch gleichzeitig unsere auf Förderung von Unabhängigkeit und echter Blockfreiheit gerichtete Dritte-Welt-Politik unterstreichen sowie auf Grenzen unseres möglichen Engagements (keine Bundeswehr-Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsbereichs!) hinweisen.“ Vgl. VS-Bd. 11983 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

6

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10079/84 geheim
Fernschreiben Nr. 36
Citissime

Aufgabe: 10. Januar 1984, 20.45 Uhr[1]
Ankunft: 10. Januar 1984, 21.10 Uhr

Betr.: KVAE-Vorbereitung in der Allianz;
hier: Ergebnis der NATO-Ratssitzung am 10.1.1984 mit KVAE-Delegationsleitern Stockholm

Bezug: DE[2] Nr. 119 vom 6.1.1984 –221-373.16-21/84 geheim[3]

Bitte um Weisung

I. Rat befaßte sich am 10.1. mit Vorbereitung KVAE. Nach einer allgemeinen politischen Aussprache erörterte er noch offene Fragen des Maßnahmen-Pakets (insbesondere Transitfrage), Art und Weise der Präsentation der westlichen Vorschläge in Stockholm sowie Darstellung der westlichen Position gegenüber der Öffentlichkeit.

II. Zu Beginn gab niederländischer Delegationsleiter Stockholm[4] Überblick über Ergebnisse der Delegationsleiter-Sitzung vom 9. Januar. Delegationen hätten sich auf taktisch-strategische Fragen konzentriert.[5]

Es sei notwendig, in zweiter Konferenzwoche westliche Vorschläge unterbreiten zu können. Dies könne auf der Basis der von uns, USA und F vorgeschlagenen Papiere geschehen, die in der Arbeitsgruppe weiter beraten werden müßten.

Für die Darstellung der westlichen Vorschläge in der Öffentlichkeit könne man auf das vorhandene Allianzpapier vom 24. Oktober (DS(83)41 (revised)) zurückgreifen. Das Internationale Sekretariat müsse dieses Papier jedoch im Lichte der Fortschritte beim Maßnahmen-Papier ergänzen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „DB".

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik legte dar, die NATO-Mitgliedstaaten müßten auf der KVAE in Stockholm „der zu erwartenden großflächig-politischen Strategie des Warschauer Pakts ein dynamisches eigenes Konferenzkonzept" entgegensetzen: „Es gilt, eine offensive politische Strategie für Vertrauensbildung und Entspannung vorzutragen, die die Schwächen der östlichen Position enthüllt, statt uns in eine defensive Position insbesondere zur Nuklearproblematik drängen zu lassen. Wir müssen der Konferenz vielmehr von Anfang an […] die politische Perspektive geben, die den langfristigen westlichen Zielvorstellungen für eine Sicherheitsordnung in Europa entspricht. […] Die politischen, menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen der Sicherheit und Zusammenarbeit müssen in ihrem inneren Zusammenhang gerade am Anfang dieser neuen Etappe des KSZE-Prozesses verdeutlicht werden. Vor allem aber muß das Bündnis seine Verhandlungsziele für die KVAE nicht nur militärisch, sondern auch politisch erklären und in die langfristige Perspektive seines breit angelegten Stabilisierungsprogramms stellen." Vgl. VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Petrus Buwalda.

5 Botschafter Citron, z. Z. Brüssel, teilte am 10. Januar 1984 mit, in der Sitzung der Leiter der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am Vortag seien Form und Zeitpunkt der Präsentation des VSBM-Pakets und damit zusammenhängende Fragen der Öffentlichkeitsarbeit sowie technische Einzelfragen erörtert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 40/41; VS-Bd. 13371 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

Die Allianz müsse weitere Beratungen darüber abhalten, wie sie auf – insbesondere deklaratorische – östliche Vorschläge reagieren wolle.

Für die Abkürzung von KVAE-Konferenz-Dokumenten habe man sich auf die Formel „CSCE/SC“ geeinigt.

III. In der allgemeinen Aussprache betonten alle Sprecher, daß der KVAE angesichts der gegenwärtigen Lage im Ost-West-Verhältnis über ihre eigentliche Aufgabe hinaus eine große Bedeutung zukomme. Die Allianz stelle dies durch das vorausgehende Ministertreffen am 16. Januar und die Ministerteilnahme an der Eröffnung heraus. Damit werde erneut der Wille des Westens zum Dialog entsprechend der Brüsseler Erklärung vom 8. Dezember 1983[6] deutlich gemacht.

Die KVAE müsse im Verbund des KSZE-Prozesses bleiben und dürfe auch nicht temporärer Ersatz für andere unterbrochene Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen[7] werden. Die Allianz müsse darauf vorbereitet sein, daß die Sowjetunion ihre Propaganda-Strategie auch in Stockholm fortsetzen werde, obwohl sie z. Z. eine Lage-Analyse der Ergebnisse dieser Strategie vornehme.

Die zu erwartenden östlichen und NNA-Vorschläge müßten nach Maßgabe ihrer Substanz mit konstruktiver Haltung geprüft werden. Man könne sie ggf. in unserem Interesse nutzen (besonders GB, B, GRI, I, DK, D).

Bei deklaratorischen östlichen Vorschlägen solle die Allianz die Demandeur-Position der SU nutzen und Präzisierungen verlangen (F). Es komme darauf an, daß die Allianz von Beginn an eine dynamische und konstruktive Marschroute einschlage, auch um die NNA und die eigene Öffentlichkeit zu überzeugen (F, B, DK, NWG, L). In der Öffentlichkeitsarbeit müsse man zu hohe Erwartungen dämpfen (KAN, I).

Zu warnen sei vor der möglichen NNA-Taktik, zunächst sogenannte „einfache“ Maßnahmen zu beschließen. Wir sollten auf der Erörterung unserer anspruchsvollen Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz bestehen (B, F).

Ich habe anhand der Bezugsweisung unsere Position dargestellt und die gesamtpolitische Bedeutung der KVAE-Konferenz im Ost-West-Verhältnis unterstrichen. Unser Maßnahmen-Paket stelle ein bedeutungsvolles Angebot dar, dürfe aber nicht als „take it or leave it“-Position mißverstanden werden. Wir sollten auf die Erörterung von „constraints“ vorbereitet sein. Östliche und NNA-Vorschläge sollten von uns soweit wie möglich in positiver Weise aufgegriffen und,

6 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, erklärte am 24. November 1983, daß die UdSSR nicht weiter an den INF-Verhandlungen in Genf teilnehmen werde. Ferner gab er die Aufhebung des Moratoriums der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme im europäischen Teil der UdSSR, die Beschleunigung der Vorbereitung der Stationierung von Systemen in der DDR und der ČSSR und die Stationierung von seegestützten Systemen bekannt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.
Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurde am 8. Dezember 1983 ohne einen Wiederaufnahmetermin beendet. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 385.
Die MBFR-Verhandlungen wurden am 15. Dezember 1983 ebenfalls ohne die Festlegung einer neuen Verhandlungsrunde unterbrochen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 386.

falls möglich, im Sinne unserer Zielsetzungen transformiert werden. (Ich habe den wesentlichen Inhalt der Bezugsweisung im Rat zirkuliert.)

IV. Erörterung von offenen Fragen des Maßnahmen-Papiers

1) Transitkräfte

US-Delegation vertrat sehr hart ihre Position, wonach Ankunft, Anwesenheit, Verlegung im Lufttransport innerhalb Europas sowie Verlassen der KVAE-Zone nicht erfaßt werden.[8] Sie machte eine solche Regelung zur Voraussetzung für die Annahme des Maßnahmen-Pakets.

GB wies auf die Notwendigkeit hin, neben Sicherheitsinteressen auch die Frage der Glaubwürdigkeit der westlichen Position gegenüber den NNA und der eigenen[9] Öffentlichkeit zu bedenken. GB regte an zu überlegen, ob durch Veränderung der Parameter – evtl. Verlängerung des Zeitrahmens vor Eintritt der Verpflichtungen – eine Einbeziehung der Transitkräfte in den Maßnahmen-Katalog für die USA akzeptabel gemacht werden könne. Ich habe – ähnlich wie GB – dafür plädiert, auch wegen der nicht voraussehbaren Entwicklung der Verhandlungen die Frage zunächst noch offenzuhalten, wobei ich betont habe, daß wir die amerikanischen Interessen durchaus sehen und anerkennen. Auf der anderen Seite seien wir als Territorium stark involviert. Ich habe den entsprechenden Vorschlag im Rat zirkuliert: „The criteria under which ground forces in the CDE-zone will be considered out-of-garrison will be defined in the negotiations." Ferner plädierte ich nachdrücklich dafür, die Transitfrage bei der Maßnahme 1 (Information) zu behandeln (so auch GB) und nicht bei Notifikationen (Maßnahme 3), weil an letzteres Verfahrensinspektionen angeknüpft sind.

US-Delegation bewegte sich nicht. Es gebe keinen Grund, die Transitfrage im Papier anzusprechen. Auch in anderem Zusammenhang (gemeint war offensichtlich MBFR) habe die Ausklammerung keine Schwierigkeiten gemacht.

F, I und B unterstützten US-Position, F besonders nachdrücklich. (Jetzige Fassung stellt auch F von jeder Verpflichtung für seine Eingreifverbände unter dem westlichen KVAE-Maßnahmen-Paket frei.) Angelegenheit wird in Arbeitsgruppe erneut behandelt.[10]

2) Umfang der Informationsmaßnahmen (türkischer Vorbehalt)

Die türkische Position blieb unverändert. Wir haben gemäß Bezugserlaß unser Interesse an einer detaillierten Informationspflicht dargestellt und fanden in der Sache selbst Unterstützung durch GB, USA, F, DK, I sowie durch Vertre-

8 Zur Frage der Notifizierung des Transits amerikanischer RDF durch Europa vgl. Dok. 4, besonders Anm. 4 und 14.

9 Korrigiert aus: „eigentlichen".

10 Botschafter Ruth vermerkte am 13. Januar 1984, auch in weiteren Gesprächen habe bislang keine Einigung über die Notifizierung des Transits amerikanischer RDF durch Europa erzielt werden können. Ein von den USA vorgelegter Vorschlag sei „unbefriedigend, weil er die Anwendung der vom Westen selbst angestrebten VSBM auf RDF-Kräfte in Europa völlig ausschließt und noch nicht einmal, wie von uns gewünscht, einen eventuellen längeren Aufenthalt in Europa zum Gegenstand einer Information macht. Dies widerspricht dem Mandat von Madrid, der westlichen Kernforderung nach Transparenz, dem Ziel der Vertrauensbildung und droht deshalb, die westliche Verhandlungsposition in Stockholm unglaubwürdig zu machen. Darüber hinaus wäre es gerade für die Bundesrepublik Deutschland mißlich, wenn amerikanische RDF-Kräfte über längere Zeit im Bundesgebiet bereitgehalten und in keiner Weise von den VSBM erfaßt würden." Vgl. VS-Bd. 11524 (221), B 150, Aktenkopien 1984.

ter MC. Einige Delegationen waren jedoch bereit, türkische Auffassung im Wege des Kompromisses zu akzeptieren. Angelegenheit wird in Arbeitsgruppe erneut behandelt.[11]

3) Erfassung amphibischer Aktivitäten

In dieser Frage erklärte NWG, daß die bei diesem Problem besonders interessierten Länder französischem Vorschlag (Anknüpfungspunkt Landung anstatt Einschiffung) zustimmten, sich jedoch das Recht vorbehielten, im Laufe der Verhandlungen die Frage wieder aufzugreifen.

4) Zahl der Inspektionen

F beharrte auf Festlegung einer aktiven Inspektion. Ich habe dargestellt, daß aktive und passive Inspektion im Zusammenhang gesehen werden müßten und daß Prüfung beider Aspekte durch uns noch nicht abgeschlossen sei.

5) Wir haben entsprechend Bezugsweisung noch einmal unser Interesse an der Erwähnung eines Konsultativ-Verfahrens geltend gemacht. Erwartungsgemäß machte F erhebliche Einwände – selbst gegen die Aufnahme als Merkposten – geltend.

6) Rat beschloß, daß sich CSBM-AG mit Frage der Präsentation der westlichen Vorschläge gegenüber KVAE-Verhandlungspartnern sowie mit der Frage der Darstellung unserer Position gegenüber der Öffentlichkeit im Sinne der Empfehlungen der Delegationsleiter unverzüglich befaßt. Ebenso soll Frage der westlichen Reaktion auf östliche politisch-militärische Vorschläge weiter erörtert werden. Arbeitsgruppe ist bereits am 10.1. erneut zusammengetreten.

V. Im Anschluß an Ratssitzung ließ US-Delegationsleiter Goodby erkennen, daß möglicherweise noch Raum für amerikanische Flexibilität in der Transitfrage besteht, wenn Transit nur in Maßnahme 1 (Informationsverpflichtung ohne Verifikationskonsequenzen) unter weicheren Parametern eingebracht wird. Wie hier zu erfahren war, ist auch auf militärischer US-Seite im Pentagon sowie SHAPE Bereitschaft vorhanden, auf eine solche Linie einzugehen. Harte Haltung der Amerikaner in dieser Frage stammt offenbar aus State Department (AM Shultz)[12].

Ich empfehle, auf der oben angedeuteten Linie weiterzuarbeiten und entsprechende Demarchen in Washington und Paris zu unternehmen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13371 (212)

11 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Januar 1984, in einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag sei die türkische Position unverändert geblieben. Die USA hätten eine Kompromißformel zirkuliert, „die Regimenter der Bodentruppen von der Informationspflicht ausnimmt, Luftwaffeneinheiten jedoch bis zur Regimentsebene erfaßt“. Die türkische Seite habe „gewisse Chancen“ für diesen Vorschlag nicht ausschließen wollen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 70; VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Die Wörter „State Department (AM Shultz)“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

7

Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 11. Januar 1984, 14.29 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 116 **Ankunft: 11. Januar 1984, 14.10 Uhr**

Betr.: bilaterale Beziehungen der SU zu den osteuropäischen Staaten

Bezug: DE Nr. 80 vom 5.1.1984

Zur Unterrichtung

I. 1) Der Spielraum der WP-Mitgliedstaaten im Rahmen der von der sowjetischen Politik vorgegebenen Grenzen ist wahrscheinlich selten so groß gewesen wie zur Jahreswende 1983/84.

2) Im sowjetischen Hegemonialverband, wenn auch von Staat zu Staat verschieden und z. T. mit akuten Problemen belastet (Polen), haben sich die Positionen der WP-Verbündeten der SU erkennbar verbessert. Ausgehend von der überwältigenden und alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ergreifenden Dominanz der SU unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, haben sich sowohl das wirtschaftliche Gewicht wie die nationalen, kulturellen und, wie die letzten Jahre besonders zeigen, auch politischen Eigenheiten der WP-Mitglieder allmählich immer stärker ausgeprägt.

3) Die Hegemonie der SU ist dadurch natürlich nicht gefährdet. Die militärische Übermacht der SU und die Überlebensinteressen der von ihr oktroyierten kommunistischen Systeme sind ihre Garanten. Jedoch ist es für die SU heute zweckmäßiger, den in diesem Rahmen sich entwickelnden außenpolitischen Sonderinteressen und innenpolitischen Eigenheiten der WP-Staaten Raum zu lassen, als zu versuchen, für völlige Uniformität in Außen- und Innenpolitik durch detailliertes, permanentes Intervenieren zu sorgen. Dies würde sowohl die[2] SU unnötig Kraft zur Unterdrückung von Entwicklungen kosten, die – ohne die sowjetische Hegemonie zu gefährden – aus den nationalen Traditionen der WP-Staaten, aus deren Geschichte und Geographie folgen, als auch die Vorteile verschenken, die sich aus der Nutzung solcher Spezifika für den betreffenden WP-Staat und damit die „sozialistische Gemeinschaft" insgesamt ergeben.

4) Die politischen Bewegungen innerhalb des WP im Zusammenhang mit der Nachrüstung der NATO 1983 zeigen, daß die nationalen Interessen der WP-Staaten sich inzwischen sogar in Formen artikulieren können, welche wichtige außenpolitische Operationen der SU stören. Die seit langem bestehenden, laten-

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 213 vermerkte: „Guter Bericht. B[itte] kl[einer] Erlaß nach Moskau!"
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil vorgelegen.
Hat Legationssekretär Heimsoeth am 13. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf (außer A[rnot])."
Hat Vortragender Legationsrätin Wannow und Legationsrat I. Klasse Weiß am 13. Januar 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 16. Januar 1984 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „der".

ten außenpolitischen Sonderinteressen der einzelnen WP-Staaten, die für uns insbesondere im KSZE-Prozeß spürbar wurden, sind dabei immer stärker an die Oberfläche gekommen.

5) Neben der beschriebenen Grundlinie der Entwicklung seit dem Kriege ist die Ursache dafür sowohl in der propagandistisch verfehlten, überzogenen Politik der SU gegen das „Prinzip" der Nachrüstung zu sehen, der die WP-Mitglieder ihre eigene Westpolitik nicht völlig zu opfern bereit sind, als vermutlich auch in der innenpolitischen Lage in der SU, in der der Übergang zu einer neuen, dauerhaften Führung noch nicht bewältigt scheint.

6) Diese Differenzierungen in der Politik der jeweiligen kommunistischen Systeme sind aber wohl auch dadurch stärker sichtbar geworden, weil das sie alle gemeinsam potentiell am meisten bedrohende Problem – der Zusammenbruch dieses Systems in Polen – zunächst einmal gelöst scheint, wodurch eigene Westpolitik auf der Basis einer für diesmal bewältigten „Machtfrage" wieder möglich wird. Die Verhärtungen gegenüber dem Westen, die notwendig werden, wenn eine wirkliche Einbruchschance des Westens droht, und die der SU die Steuerung erleichtern, sind dann nicht mehr erforderlich.

II. 1) „Der Prozeß der Differenzierung unter den sozialistischen Staaten ist unaufhaltsam", bemerkte Arbatow in einem kürzlichen Gespräch mit Prof. Biedenkopf[3], als es kurz um Polen ging. Die westlichen Behauptungen, die SU forme ihre Verbündeten nach ihrem Bilde, seien „naiv".

2) Tatsächlich hat 1983 eine Reihe von Anzeichen dafür gebracht, daß die alte Grundstruktur des Verhältnisses der WP-Mitglieder zur SU, in der sie sich in allen politischen Fragen der internationalen Politik mehr oder weniger 100 Prozent wie die SU einlassen, dafür aber gewisse Freiheiten in den Wirtschaftsbeziehungen nach Westen in Anspruch nehmen, so nicht mehr besteht.

3) In der politisch bedeutsamsten Frage – INF – waren Unterschiede zur sowjetischen Politik deutlich erkennbar:

– Die rumänische Politik fiel fast völlig aus der Bündnispolitik heraus.
– Die Bulgaren, früher Treueste der Treuen, haben sich bis jetzt offensichtlich erfolgreich gegen „Gegendislozierungen"[4] bei sich gewehrt.
– Die Ungarn haben erfolgreich die bis zum Ende der Gierek-Ära von Polen besetzte Rolle des der SU loyalen, aber bevorzugten Gesprächspartners des Westens übernommen und ebenfalls nicht nur – etwa durch die Reise Várkonyis nach Bonn[5], hochrangige westliche Besuche in Budapest – den Dialog aufrechterhalten, sondern Gegendislozierungen bei sich bisher vermieden.
– Die DDR hat ihre Deutschlandpolitik, wie die verschiedenen Stellungnahmen Honeckers an wichtigen Etappen der INF-Verhandlungen zeigen, mit Energie verteidigt. Sie hat dabei nach dem Vorbild der SU die militärische

3 Das Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags, Biedenkopf, hielt sich vom 19. bis 26. November 1983 in der UdSSR auf.

4 Zur Bekanntgabe der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme in der DDR und der ČSSR vgl. Dok. 6, Anm. 7.

5 Der ungarische Außenminister Várkonyi besuchte die Bundesrepublik am 21. Dezember 1983. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1983, II, Dok. 390.

Reaktion von ihrer Außenwirtschaftspolitik getrennt und sich im dazwischen liegenden politischen Bereich nicht zu „Dialogabbruch“ zwingen lassen.

– Die Tschechoslowakei hat zwar eine schwächere Stellung, wie insbesondere die Absage Chňoupeks in Bonn[6] beweist. Die Resolution ihres Parlaments zur Fortsetzung der Verhandlungen auch bei Nachrüstungsbeginn[7] spricht aber Bände.
– Die Polen haben sich, aus der ganzen Schwäche ihrer Lage erklärlich, im politischen Bereich verbal am linientreuesten verhalten, wohl auch, weil sie in ihren Wirtschaftsbeziehungen zum Westen ohnehin nur noch über die Vorteile verfügen, die sich aus der Situation des Bankrotteurs ergeben, und weil politischer Krach mit dem Westen, insbesondere mit uns, zur innenpolitischen Disziplinierung verwendbar ist.

4) Da gerade die „Gegendislozierungsstaaten“ seit Jahren unter der Bedrohung westlicher Nuklearwaffen leben, hat die Anti-Nachrüstungspropaganda der SU – zu der auch wesentlich die Ansprache der westlichen Friedensbewegung gehört – bei ihnen innere Entwicklungen ausgelöst, die sie von der SU weiter entfremden. Denn zu der erzeugten Sensibilisierung der Massen dürfte auch Zorn über die Verlogenheit der SU gekommen sein, die, weil die alten Dislozierungen von SRINF nie veröffentlicht worden waren, den Eindruck geschaffen hat, daß sie sich um ihre Verbündeten erst dann kümmert, wenn sie selbst zum erstenmal direkt bedroht wird. Die SU hat also die Völker dieser Staaten davon überzeugt, jetzt noch mehr ihre „Geiseln“ zu sein.

5) Hinzu kommt, daß die SU mit ihrer auch als Reaktion auf den Nachrüstungsbeginn ausgegebenen Politik der „Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft“ eine Linie angedeutet hat, die den meisten, wenn nicht allen WP-Staaten die für sie nachteiligste Folge der ganzen Entwicklung zu sein scheint: eine Herabstufung der Außenwirtschaftsbeziehungen zum Westen zugunsten engerer Verknüpfung im Block. Zwar zeichnet sich eine solche Linie im eigenen Verhalten der SU bisher nicht tatsächlich ab, wenn sie auch, um Eindruck zu machen, uns gegenüber zuweilen beschrieben wurde. Gespräche mit Diplomaten der WP-Staaten hier zeigen aber, daß hier ihre Hauptsorge für den Fall einer dauerhaften, tiefergreifenden Störung der Ost-West-Beziehungen steckt.

6) Der Prager Gipfel vor einem Jahr[8] und der Moskauer Gipfel im Juni 1983[9]

6 Botschafter Meyer, Prag, teilte am 8. Dezember 1983 mit, der tschechoslowakische Stellvertretende Außenminister Johanes habe ihm am selben Tag mitgeteilt, Außenminister Chňoupek könne die für den 13. Dezember 1983 ausgesprochene Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik nicht annehmen: „Hierfür seien Terminschwierigkeiten maßgeblich. Auch sei gegenwärtig nach Stationierung der amerikanischen Raketen auf dem Territorium der Bundesrepublik nicht die beste Zeit für einen Besuch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1099; Referat 214, Bd. 139637.

7 Botschafter Meyer, Prag, berichtete am 26. Oktober 1983, das tschechoslowakische Parlament habe am selben Tag „in einem Appell an alle Parlamente und Parlamentarier in Europa verlangt, die Abrüstungsverhandlungen in Genf fortzusetzen, auch wenn bis Jahresende kein positives Ergebnis erzielt wird“. In der Erklärung werde außerdem die Stationierung sowjetischer Systeme in der ČSSR unterstützt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 955; Referat 220, Bd. 124525.

8 Am 4./5. Januar 1983 fand in Prag eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 40.

9 Am 28. Juni 1983 fand in Moskau ein Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten statt, an dem auch die Außen- und Verteidigungsminister teilnahmen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 501–505.

sowie die Sofioter WP-AM-Konferenz[10] zeigten, daß die SU das außenpolitische Verhalten ihrer Verbündeten nicht rein bilateral steuert.

Sie benutzt solche multilateralen Treffen dazu, um die WP-Staaten in die Pflicht der „Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft" zu nehmen. Dies ist ihr insgesamt weniger als früher gelungen, obwohl Andropow in Prag erklärt hatte, gerade hier werde ein Schwerpunkt seiner Politik liegen.[11]

7) Nimmt man hinzu, daß es im November und Dezember verläßliche Anzeichen dafür gab, daß die SU beabsichtigte, einen weiteren WP-Gipfel einzuberufen, und osteuropäische Gesprächspartner jetzt durchblicken lassen, ein RGW-Gipfel sei in der Substanz nun zwar endlich reif, aber wegen Andropows Gesundheit gebe es keinen Termin dafür, dann spricht vieles dafür, daß die Lage in der hiesigen Führung eine Rolle spielt.

8) Insgesamt läßt die Fähigkeit der WP-Staaten, der SU gegenüber eine zum Westen möglichst offene Außenwirtschaftspolitik zu verteidigen und sogar auf Fortsetzung des politischen Dialogs mit dem Westen zu drängen, auf eine bemerkenswerte relative Stärke gegenüber der SU schließen.

9) Eine gerade gegenwärtig wichtige Ursache dafür ist, daß die SU selbst allen Anzeichen nach an der Grundkonzeption ihrer Westpolitik vom Ende der sechziger Jahre festhält. Sie strebt, bei weiterem Aufbau ihrer Weltmachtstellung mit militärischen Mitteln, gleichzeitig die Beschleunigung der eigenen Entwicklung durch verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zum Westen an. Es fällt ihr inzwischen nicht mehr leicht, die WP-Verbündeten in dieser Ambivalenz auf eine harte Rolle festzulegen.[12]

[gez.] Huber

Referat 213, Bd. 139352

10 Am 13./14. Oktober 1983 tagten in Sofia die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 675–680.

11 Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, in einem Interview mit der tschechoslowakischen Tageszeitung „Rudé Právo" am 5. Januar 1983; ANDROPOW, Reden und Schriften, S. 349.

12 Ministerialdirektor Pfeffer teilte der Botschaft in Moskau mit: „Bericht ist in Direktorenbesprechung am 12.1.1984 erörtert worden. Er hat, auch bei den Staatssekretären, großen Anklang gefunden." Vgl. den am 12. Januar 1984 konzipierten und am 16. Januar 1984 übermittelten Drahterlaß Nr. 34; Referat 213, Bd. 139352.

8

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-10095/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 45
Cito

Aufgabe: 11. Januar 1984, 17.00 Uhr[1]
Ankunft: 11. Januar 1984, 18.29 Uhr

Betr.: Sitzung der SCG in Brüssel am 10./11.1.1984

I. Zusammenfassung

Beherrschendes Thema der Sitzung im kleinen Kreis (Quint) war die Frage nach den Optionen für die zukünftige Behandlung der INF-Materie. Wir legten unsere Auffassung dar, wonach Bündnis von öffentlichen Spekulationen über ein Zusammenlegen von INF und START zwar absehen sollte, eine solche Möglichkeit aber auch nicht verbauen dürfe.

Es bestand Übereinstimmung, daß mögliche Vor- und Nachteile eines „Merger" im Bündnis noch eingehend untersucht werden müssen, bevor abschließendes Urteil möglich ist.

US-Delegation bestätigte Pressemeldungen über bevorstehende Reagan-Rede mit Schwerpunkt Ost-West-Verhältnis.[2] AM Shultz werde gegenüber Gromyko in Stockholm[3] amerikanische Bereitschaft signalisieren, Fragen von beiderseitigem Interesse fortgesetzt und direkt auf AM-Ebene zu erörtern.

UK deutete unter Hinweis auf vorgesehene SS-22-Dislozierungen in NSWP-Staaten[4] Besorgnis und verstärktes Interesse an rüstungskontrollpolitischer Behandlung von Mittelstreckensystemen kürzerer Reichweite (SRINF) an.

II. Im einzelnen

1) Die im kleinen Kreise geführte Debatte über das zu erwartende weitere sowjetische Verhalten in der INF-Frage und mögliche westliche Reaktionen hierauf ergab innerhalb der europäischen Delegationen folgende übereinstimmende Bewertung:

– Zwar sehe sich auch SU wohl einem gewissen Druck in Richtung einer Fortführung des Rüstungskontrolldialogs ausgesetzt, eine länger anhaltende Rüstungskontrollpause bei fortschreitenden Rüstungsmaßnahmen auf beiden Seiten würde den Westen aber im Vergleich zur SU vor größere Probleme stellen. Diese Tatsache sowie interne Führungsprobleme in Moskau könnten zu einer länger anhaltenden Phase sowjetischen Abwartens führen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann am 11. Januar 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen.

2 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

3 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 13.

4 Nicht-sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.
Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START sowie zur Bekanntgabe der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme in der DDR und der ČSSR vgl. Dok. 6, Anm. 7.

– Falls SU explizit einen „Merger“ vorschlagen oder über eine modifizierte START-Position eine solche Zusammenlegung de facto einleiten sollte, werde es für Westen nahezu unmöglich, ein solches Vorgehen einfach abzulehnen.

Die von Burt-Stellvertreter Dobbins geleitete US-Delegation betonte in stärkerem Maße als die europäischen Delegationen die Bedenken gegenüber einem „Merger“. Dobbins ging hier allerdings nicht ins Detail und stimmte darin überein, daß eine eingehende Überprüfung der Vor- und Nachteile eines „Merger“ im Bündnis noch aussteht.

Wir führten aus, daß wir die Bereitschaft der SU zur Weiterführung der START-Verhandlungen unter der Voraussetzung eines „De-facto-Mergers“ für eine denkbare Entwicklung hielten. Wenn SU vorschlage, in einer modifizierten START-Position lediglich die Pershing II und die westlichen Marschflugkörper zu berücksichtigen, könne der Westen mit der Forderung reagieren, auch die entsprechenden sowjetischen Flugkörper einzubeziehen. Dies käme dann einem „De-facto-Merger“ gleich, der die bisherige Verhandlungsmaterie voll abdecke.

Wir legten dar, daß nach unserer Auffassung mit „getrennten INF- und START-Verhandlungen unter einem Dach“ eine mögliche Lösung des prozeduralen Problems und ein Ausweg aus der gegenwärtig festgefahrenen Lage gefunden werden könnte. Die SU könnte dabei ihr Gesicht wahren; gleichzeitig würden die Vorteile getrennter Verhandlungsforen gewahrt.

Hinsichtlich der Konsultationspraxis betonten wir, daß sich im Falle eines „Merger“ unser Anspruch auf Fortbestand des bei INF erreichten Konsultationsniveaus nur auf den INF-relevanten Teil und nicht auf die Gesamtheit der Verhandlungsmaterie beziehen würde.

Europäische Partner unterstützten die Grundzüge unserer Argumentation. Insbesondere UK wies mit Nachdruck darauf hin, daß eine längere Unterbrechung der nuklearen Abrüstungsverhandlungen bei fortschreitender Rüstung auf beiden Seiten von der westlichen Öffentlichkeit voraussichtlich nicht akzeptiert würde. Hinsichtlich des Themas „Merger“ stehe die Feinanalyse noch aus. Es gebe möglicherweise Aspekte einer Zusammenlegung, die im westlichen Interesse lägen. Vordringlich sei gegenwärtig jedoch zunächst die Erarbeitung einer gemeinsamen Sprachregelung zu diesem Thema, die vermeiden müsse, denkbare, wenn auch noch nicht abschließend geprüfte Optionen auszuschließen.

IT wandte sich gegen eine vorschnelle pauschale Ablehnung einer Zusammenlegung. Als denkbare Reaktion auf einen entsprechenden sowjetischen Vorschlag komme evtl. das Angebot zu Vorverhandlungen über das „Wie“ einer Zusammenlegung in Betracht.

NL wies auf starken Druck im niederländischen Parlament zugunsten eines „Merger“ hin.

BE äußerte Besorgnisse über eine im Falle eines „Merger“ unweigerlich abnehmende amerikanische Konsultationsbereitschaft.

2) Dobbins bestätigte Pressemeldungen, wonach eine in Kürze beabsichtigte Rede Präsident Reagans den ernsthaften Willen der USA zu einem konsultations- und ergebnisorientierten Rüstungskontrolldialog mit der SU nochmals herausstellen werde. In Stockholm werde AM Shultz gegenüber Gromyko die Fort-

setzung direkter Kontakte auf AM-Ebene anregen und das Interesse der USA an einem vertraulichen, d.h. nicht auf bloße Öffentlichkeitswirkung abzielenden Dialog in allen Fragen gemeinsamen Interesses glaubhaft machen.

3) In der Vollsitzung der SCG am 11.1.84 herrschte Übereinstimmung, daß Westen ohne Konzessionen in der Sache der SU das Fernbleiben vom Verhandlungstisch so schwer wie möglich machen sollte.

Ich unterstrich nochmals, daß es ein großer taktischer Fehler wäre, wenn der Westen im Vorgriff auf evtl. neue sowjetische Vorstöße gewisse Optionen ausschließen würde. Der Westen müsse vielmehr seine Bereitschaft unterstreichen, den Dialog ohne Vorbedingungen wiederaufzunehmen.

Wenn wir den Eindruck erweckten, prozedurale Schwierigkeiten zu machen, erleichterten wir es der SU lediglich, die Verantwortung für den gegenwärtigen Stillstand auf das Bündnis abzuwälzen. In dieser Auffassung wurde ich von den anderen Stationierungsländern mit Nachdruck unterstützt.

Obwohl sich Dobbins im Prinzip nicht gegen diese Linie aussprach, setzte er in seiner Darlegung der amerikanischen Position zum Thema „Merger" wie zu erwarten einige kritischere Akzente. Es wurde deutlich, daß USA in stärkerem Maße als ihre Partner die westliche Präferenz für ein getrenntes INF-Forum und die Nachteile eines „Merger" in den Vordergrund stellen wollen. Dessen ungeachtet besteht jedoch Übereinstimmung darin, daß ein „Merger" als Option nicht von vornherein ausgeschlossen werden darf.

4) SS-20- und SRINF-Aufwuchs

Der gegenwärtige Stand des SS-20-Aufwuchses einschließlich des neuen Komplexes Barnaul 3 beträgt

– insgesamt: 378 (42 Komplexe[5]),
– gegen Europa gerichtet: 243 (27),
– gegen Asien gerichtet: 135 (15),

im Bau: 9 (1, Kansk 2), als angestrebter endgültiger Stand werden insgesamt 450 SS-20-Raketen angenommen.

Bisher sind keine schlüssigen Anzeichen für Beginn der Stationierung von SS-12/22 in DDR und ČSSR festgestellt worden. Baumaßnahmen in Königsbrück und Neustrelitz (DDR) lassen aber auf Vorbereitung von Stationierungsmöglichkeit für SS-12/22 schließen. Durch Reichweite der SS-12/22 von 925 km können bei Vorwärtsstationierung zusätzlich UK, F und IT abgedeckt werden.

SS-23: Die Truppenerprobungen sind anscheinend abgeschlossen. Wahrscheinlich sind drei Nachladeraketen pro Launcher vorgesehen. Stationierungen wurden bisher nicht festgestellt. Die neuen landgestützten Marschflugkörper SSC-4 (Reichweite 3000 km) werden wahrscheinlich Ende 1984 einsatzbereit sein.[6]

Nuklearwaffenlager: Gegenwärtig sind Nuklearwaffenlager festgestellt in DDR (2), Polen (3), ČSSR (3), Ungarn (1) und Bulgarien (3). In Rumänien sind keine Nuklearwaffenlager erkannt.

5 Korrigiert aus: „43 Komplexe".
6 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

5) Nächste Sitzung der SCG ist für Mitte Februar 84 geplant.[7]

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11369 (220)

9

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

02-321.00 FRA-8/84 geheim **13. Januar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3] für Ihr Gespräch mit AM Cheysson

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit

Bezug: 1) Vorlage Abt. 2 vom 9.1.1984 – 202-321.00 FRA[4]
2) Vorlage Abt. 2 vom 3.1.1984 – 200-369.40-2/84 VS-v[5]
3) Vorlage 02 vom 6.1.1984 – 02-493.04-4/84 geh.[6]

Anlg.: 3[7]

7 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 20. Februar 1984 vgl. Dok. 51.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daerr konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 13. Januar 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr gute Vorlage!“
Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 19. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. Januar 1984 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Seitz am 23. Januar 1984 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 14046 (02).
Ministerialdirektor Pfeffer nahm Stellung zu französischen Überlegungen für eine Belebung der WEU und kam zu dem Ergebnis, „daß für eine echte Neubelebung der WEU, die über ein Diskussionsforum hinausginge, nur wenig Substanz vorhanden ist“. Zwar sei eine Aufwertung des WEU-Ministerrats denkbar, dagegen sprächen jedoch mögliche Auswirkungen auf die NATO oder die EPZ: „Bis zu einer genauen Klärung und Prüfung der französischen Vorschläge sowie möglicher Reaktionen der übrigen Mitgliedstaaten (insbesondere GB) sollten wir unsere bisherige, von der Mehrheit der Mitgliedstaaten geteilte Haltung gegenüber der WEU nicht verändern.“ Vgl. VS-Bd. 10885 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
In der Aufzeichnung vom 5. Januar 1984, die mit Begleitschreiben vom 6. Januar 1984 von Ministerialdirigent Seitz an Bundesminister Genscher geleitet wurde, faßte Vortragender Legationsrat Daerr die Ergebnisse einer Besprechung am 12. Dezember 1983 im Institut International de Géopolitique in Paris zusammen. Thema sei die Idee einer britisch-deutsch-französischen Raumfähre zur zivilen und militärischen Nutzung gewesen. Die französische Seite habe darauf hingewiesen, daß in den Bereichen Verteidigung und zivile Spitzentechnologie Weltraumprojekte die „Speerspitze“ bildeten mit „hohem Spin-off-Effekt für die Privatwirtschaft“. Man dürfe sich in den Bereichen Raumfahrt- und Nachrichtentechnik, Mikroelektronik, Laser- und anderen Strahlenwaffen „nicht abhängen lassen, da sicherheitspolitische und technologische Autonomie sonst für immer verlorengehen“. Bezüglich einer möglichen europäischen weltraumgestützten Verteidigung sei die Bemerkung gefallen, „Deutschland könne so über die durch NV-Vertrag blockierte Stufe der nuklearen Verteidigung hinweg in die strategische Zukunft springen“. Vgl. Referat 02, Bd. 178516.

7 Vgl. Anm. 4–6.

I. Die europäische Zusammenarbeit zu zehnt ist trotz aller Anstrengungen des Jahres 1983 festgefahren. Hoffnung auf baldige grundsätzliche Besserung besteht nicht.

Die Überlegungen bewegen sich deshalb in Richtung auf eine Zusammenarbeit „à la carte" zu zweit oder zu mehreren und in ausgewählten Bereichen. Im Vordergrund steht dabei, nicht zuletzt wegen des französischen EG-Vorsitzes im ersten Halbjahr 1984, die Idee einer deutsch-französischen Kooperation mit Schrittmacherfunktion für Europa.

Der Ansatz ist richtig. Es kommt aber darauf an, schnell und pragmatisch vorhandene Möglichkeiten auszuschöpfen, statt wieder in Formalisierung und konzeptionelles Nachdenken („Europe à deux vitesses", Vereinbarkeit von Gemeinschaftspolitik und bilateralem Ansatz) zu verfallen. Geeignet für konkrete Schritte sind die Bereiche Verteidigung und Technologie/Forschung sowie dazwischen liegende Weltraumprojekte.

Weithin sichtbaren außenpolitischen Erfolg verspräche vor allem die Aufwertung der WEU (s. u. III. 2). Sie verursacht praktisch keine Kosten, außen- wie innenpolitisch dürften die Widerstände gering sein, und das bereits vorhandene Instrumentarium erleichtert eine schnelle Durchführung. Attraktiv ist schließlich, daß das ganze Vorhaben nach dem WEU-Rat im Frühjahr 1984[8] unter deutschem WEU-Vorsitz liefe (s. S. 4 unten[9]).

II. Die Qualität der D/F-Beziehungen wird überschätzt. Sie sind gut, aber die Fassade ist schöner als die Substanz. Der französische Vorwurf, wir hätten keine Frankreich-Politik, ist wohl mehr als Provokation gemeint, aber Kooperationsmüdigkeit und Skepsis im Konkreten sind bei uns in der Tat auf allen Ebenen verbreitet. Befürchtungen, Frankreich wolle uns nur ausnutzen (finanziell, technologisch), sind nicht völlig unbegründet, und schlechte Erfahrungen spielen auch eine Rolle, aber eine unproduktive Verweigerungshaltung wäre töricht. Wir müssen bei französischen Initiativen immer wieder die Probe aufs Exempel machen und unsere Interessen dabei offensiv vertreten, indem wir eigene Vorschläge einbringen.

Französische Initiativen sind vorhanden. Nicht durch Zufall liegen sie in zwei Bereichen, wo sich die Rahmenbedingungen für uns – D, F und Europa insgesamt – ungünstig zu verändern drohen: Sicherheitspolitik und Forschung/Technologie. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Gemeinschaftspolitik (Agrarsektor z. B.) steht hier unsere Existenz auf dem Spiel und drängt die Zeit. Die sowjetische Bedrohung einerseits und die japanisch-amerikanische Konkurrenz andererseits werden auf unsere Schwäche keine Rücksicht nehmen.

Die Chancen sind zudem günstig. Eine Kooperation in beiden Bereichen wird in beiden Ländern sowohl von den Regierungen als auch der Opposition befürwortet. In der Sicherheitspolitik hat sie im Gegensatz zu den Anläufen von 1963 und 1973 nicht mehr die antiamerikanische Stoßrichtung, und technologischer Konkurrenzkampf mit den USA und Japan sollte von allen Beteiligten positiv bewertet werden.

8 Zur WEU-Ministerratstagung am 12. Juni 1984 in Paris vgl. Dok. 140, Anm. 15.

9 Die Wörter „s. S. 4 unten" wurden von Ministerialdirigent Seitz handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 12.

Beide Bereiche, die z. B. bei militärisch wie zivil genutzten Weltraumprojekten auch überlappen (s. hierzu Bezug 3)), sind für staatliche und staatlich geförderte Kooperation besonders geeignet. Und schließlich bieten sich in beiden Bereichen Vorhaben, die geeignet sind, die europäische Idee in der Bevölkerung und vor allem bei der Jugend zu beleben.

Für uns von Vorteil ist auch, daß Frankreich – nicht nur wegen seiner Initiative, sondern wegen Mitterrands besonderen innenpolitischen Erfolgsbedarfs – mehr als sonst in der Rolle eines Demandeur ist. Gerade deshalb sollten wir ohne Verzug eindeutige politische Signale geben. Frankreich würde nicht endlos auf uns warten. Es pflegt auch andere Optionen (französisch-englische Kontakte im Technologiebereich, auch Reden Cheyssons und Chiracs[10] in London 1983; BND-Bericht vom 16.12.1983 über französisch-japanische Kontakte).

III. 1) Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit ist bereits 1983 in Gang gekommen und hat in den Bereichen Rüstungskooperation und militärische Zusammenarbeit auch schon zu greifbaren Ergebnissen geführt.

Der Dialog über politisch-strategische Fragen, der sich neben aktuellen Problemen in erster Linie mit der Rolle Frankreichs bei der Verteidigung Europas – konventionell sowie nuklear – befassen soll, ist noch nicht so weit gediehen. Frankreich hat auch hier Initiative gezeigt mit dem Konzept der Force d'Action Rapide (FAR)[11] und der Bereitschaft zur Diskussion nuklearstrategischer Fragen. In beiden Fällen ist jedoch noch ungewiß, ob Frankreich sich wirklich auf uns zu bewegt oder letztlich nur auf Erweiterung des eigenen sicherheitspolitischen Spielraums bedacht ist.

Konkrete Ergebnisse wären – falls Frankreich sie auch will – wohl schneller zu erreichen, wenn die Arbeitsgruppe politisch-strategische Fragen, die sich nur in größeren Abständen auf relativ hoher Ebene trifft, über so etwas wie gemeinsames Sekretariat, Redaktionsausschuß oder ständigen Arbeitsstab verfügen könnte. Abstimmung und Koordinierung der konventionellen Verteidigungskonzepte oder ein intensiver nuklearstrategischer Gedankenaustausch (ganz zu schweigen von einer Art bilateralen NPG) sind ohne einen solchen permanent tätigen Unterbau wohl kaum zu bewältigen.

Wir sollten überlegen, ob wir dieses organisatorische Problem nach Konsultation mit dem BMVg nicht mit den Franzosen aufgreifen, auch schon, um unser Interesse an konkreten Ergebnissen zu signalisieren. In den Bereichen Rüstungskooperation und militärische Zusammenarbeit ist die Lage anders, weil die Detailarbeit vorwiegend bei den Verteidigungsministerien liegt und die beiden entsprechenden Arbeitsgruppen auf eingespielte Apparate der Zusammenarbeit (Rüstungsdirektoren, Verbindungsstäbe) zurückgreifen können.

10 Der RPR-Vorsitzende Chirac hielt sich am 30. November/1. Dezember 1983 in Großbritannien auf. Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 1. Dezember 1983, in einem Vortrag zum Thema „European Political Co-operation" vor dem Royal Institute for International Affairs habe Chirac auf britisch-französische Gemeinsamkeiten hingewiesen. In bezug auf die jeweiligen Nuklearwaffen habe er eine zukünftige Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen. Auch komme Frankreich und Großbritannien eine „besondere Rolle" zu, wenn es darum gehe, „vitale Interessen der westeuropäischen Nationen außerhalb Europas in schneller Reaktion zu verteidigen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2013; Referat 410, Bd. 130422.

11 Zur französischen Force d'Action Rapide (FAR) vgl. Dok. 1, Anm. 4.

2) Einen wesentlich schnelleren und ganz im außenpolitischen Bereich angesiedelten Erfolg verspräche das Eingehen auf die französischen Anregungen, über eine Aufwertung der WEU die europäische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik zu stärken.[12]

Auf die schon ungewöhnlich häufigen und deutlichen Anstöße von Mauroy[13], Cheysson[14], Hernu[15] und Andréani[16] haben wir bisher ganz unzulänglich reagiert[17]. Statt unsere Diskriminierung in der WEU als Ablehnungsgrund für eine Aufwertung derselben zu sehen, hätten wir sofort die Gleichbehandlung als Vorbedingung hinstellen sollen. Zweifel am ernsthaften Willen Frankreichs wären am besten durch die Probe aufs Exempel ausgeräumt[18] worden. Inzwischen steht fest, daß alle Mitglieder zur Aufhebung der uns diskriminierenden konventionellen Rüstungsbeschränkungen[19] bereit sind.

a) Für die WEU als Basis einer europäischen Säule der Verteidigung Europas spricht:

– Als Institution bietet sie die drei Organe WEU-Versammlung, Rat und Rüstungskontrollamt, also Forum für Parlamente und Exekutive sowie eine ausbaufähige Infrastruktur.
– Zumindest aus französischer Sicht ist sie die einzige rein europäische Instanz, die für Verteidigung zuständig ist.
– Sie hat eine weitreichende automatische Beistandsklausel.[20] Auch wenn im Ergebnis die Integrationsautomatik der NATO besser schützt, spricht dies noch nicht gegen die WEU. Die französischen WEU-Bemühungen zu bremsen, aber gleichzeitig Frankreich mit juristischer Stringenz sogar bezüglich seines Nuklearpotentials auf die Verpflichtungen aus Art. V festlegen zu wollen, ist politisch ungereimt.
– Der Mitgliederkreis umfaßt alle für uns wichtigen Partner und läßt sich durch Beitritt erweitern, wobei schon Art. V für den erwünschten strengen Maßstab sorgt. Daß Dänemark und Griechenland nicht dabei sind, ist kein

12 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 9.

13 Premierminister Mauroy befürwortete in einer Rede vor dem Institut des Hautes Études de Défense Nationale am 20. September 1983 in Paris eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (September/Oktober), S. 26–33. Für den deutschen Wortlaut vgl. NATO-BRIEF, 5/1983, S. 23–27 (Auszug).

14 Der französische Außenminister Cheysson sprach sich am 7. Juni 1983 vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris für eine Belebung der WEU aus. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. WEU PROCEEDINGS, 29th session, First Part (June 1983), II, S. 65–69 und S. 71 f.

15 Vgl. dazu die Rede des französischen Verteidigungsministers Hernu vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU am 1. Dezember 1983 in Paris; WEU PROCEEDINGS, 29th Session, Second Part (November 1983), IV, S. 166–170.

16 Zu den Äußerungen des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Andréani, gegenüber Ministerialdirektor Pfeffer am 22. Dezember 1983 vgl. Dok. 1.

17 Die Wörter „unzulänglich reagiert“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Leider richtig.“

18 Der Passus „für eine Aufwertung … aufs Exempel ausgeräumt“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

19 Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen vgl. Dok. 1, Anm. 6.

20 Vgl. dazu Artikel V des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 286.

Nachteil, sondern ein Vorteil. Andererseits wäre die WEU eine interessante Alternative für Spanien, wenn die NATO-Bindung nicht tragen sollte, und selbst ein Beitritt Irlands könnte interessant sein.

– Anders als im Fall der NATO[21] (Out-of-area-Problematik) enthält der WEU-Vertrag keine geographische Begrenzung. Dieser Aspekt mag gegenwärtig weder besonders akut noch attraktiv sein, aber er schließt eine außereuropäische Dimension der europäischen Sicherheitspolitik für die Zukunft zumindest nicht aus.[22]

b) Gegen eine Aufwertung der WEU wurde bisher angeführt, daß sie kein Ersatz für die NATO sei, die Beziehungen zu den USA störe, die EPZ abwerte und die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit verwässere. Das erste ist eine Alternative, die gar nicht zur Diskussion steht; das andere sind wenig plausible Unterstellungen einer mehr ängstlich konservierenden als dynamisch gestaltenden Politik.

Natürlich kann und soll auch eine aufgewertete WEU nicht die NATO ersetzen, sondern nur ihre europäische Säule stärken, was auch im amerikanischen Interesse liegt. Während früher vielleicht Zweifel erlaubt waren, ist Frankreichs Haltung in diesem Punkt jetzt absolut eindeutig (Mitterrand, Mauroy, Cheysson, Hernu). Die größere politische Schlagkraft einer künftigen WEU würde vielleicht die USA in Sachen Zweibahnstraße bei Rüstungsgütern mit mehr Erfolg unter Druck setzen als die bisherigen Gremien, aber die USA können nicht gut erwarten, daß das bisherige Ungleichgewicht (Verhältnis 1 zu 9) fortdauert. Dagegen könnte es durchaus in ihrem Sinne sein, wenn der latente Antiamerikanismus vieler Europäer in Sachen Sicherheitspolitik auf konstruktive Weise kanalisiert würde.

Wer im EPZ-Kreis nicht der WEU angehört, dürfte sich entweder entlastet oder aber letzten Endes zur WEU hingezogen fühlen. Und für das Verhältnis WEU/deutsch-französische Kooperation gelten in Parallele zum Verhältnis WEU/NATO die Vorzüge eines sinnvollen Schachtelprinzips.

c) Wir sollten deshalb der Reihe nach folgende Schritte unternehmen:

– Abbau der uns diskriminierenden konventionellen Rüstungskontrollbestimmungen, wobei wir aufgrund der französischen Initiative nicht Demandeur sind.

– Entwicklung eines eigenen Konzepts für die Aufwertung der WEU zur Stärkung der europäischen Säule im westlichen Sicherheitssystem. Dabei enge Konsultation mit Frankreich, aber nicht nur Reaktion auf dortige Vorschläge, und Gedankenaustausch auch mit den anderen fünf Mitgliedern.

– Steuerung insgesamt so, daß es unter deutschem WEU-Vorsitz (Frühjahr 1984 bis Frühjahr 1985) zu Ergebnissen kommt. Aufgreifen des von Italien (VM Spadolini[23]) gemachten und von Frankreich unterstützten Vorschlags, den

21 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

22 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Hier sollte man eher zurückhaltend sein."

23 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 11. Januar 1984, der italienische Verteidigungsminister Spadolini habe mit Schreiben vom 3. Dezember 1983 an Bundesminister Wörner vorgeschlagen, „ge-

30. Jahrestag der WEU-Erweiterung (deutscher und italienischer Beitritt) am 23.10.1984 in Rom feierlich zu begehen.[24] Trotz unseres WEU-Vorsitzes sollte uns diese Einbeziehung Italiens von der Sache her recht sein.

Von seiten der SU ist eine negative Reaktion auf die Aufwertung der WEU allgemein und die Aufhebung der uns betreffenden Rüstungskontrollbestimmungen im besonderen zu erwarten. Das Echo in der deutschen Öffentlichkeit dürfte jedoch im Gegenteil zur Nachrüstung ganz überwiegend positiv sein.[25]

IV. Zu konkreten Ansätzen für technologische Zusammenarbeit mit Frankreich wird eine gesonderte Aufzeichnung vorgelegt. Zum Grenzbereich der zivil und militärisch zu nutzenden Weltraumtechnologie verweise ich zunächst auf die Vorlage vom 6.1.1984 (Bezug und Anlage 3). Eine deutsch-französische, möglichst auch Großbritannien einschließende Zusammenarbeit könnte sich aber über dieses Projekt hinaus mit der Entwicklung eines umfassenden europäischen Weltraumkonzepts beschäftigen.

Seitz

VS-Bd. 14046 (02)

Fortsetzung Fußnote von Seite 46

meinsam mit den übrigen Verteidigungsministern der WEU aus Anlaß des 30. Jahrestages der WEU zu einem Treffen in Rom zusammenzukommen". Vgl. Referat 209, Bd. 128400.
Spadolini wiederholte den Vorschlag im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 12. Januar 1984 in Wachtberg-Pech. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 209, Bd. 128400.

24 Am 26./27. Oktober 1984 fand in Rom eine Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 290.

25 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „In der öffentlichen Diskussion muß die WEU stets konzeptionell an der EG ausgerichtet werden, nicht an der NATO; auf der EG-Basis aufgebaut (stärkeres Europa), ist eine Weiterentwicklung auch den USA nahezubringen. Das Gespräch hierüber mit den USA muß bald geführt werden."

10

Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z.Z. Stockholm, an Staatssekretär Meyer-Landrut

114-10193/84 geheim **Aufgabe: 17. Januar 1984, 17.44 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 10 **Ankunft: 17. Januar 1984, 20.01 Uhr**

Für Staatssekretär

Betr.: Gespräch BM mit jugoslawischem AM Mojsov am 16.1.84 in Stockholm[2];
hier: Ausstellung von Bundespässen für DDR-Deutsche in Jugoslawien[3]

BM schnitt am Ende des Gesprächs[4], an dem die Minister mit je einem Mitarbeiter teilnahmen, die Paßfrage an. Er bat, daß Mojsov persönlich und die jugoslawische Führung in ihrer Gesamtheit sich bewußt sein mögen, daß es hier um ein Problem von vitaler Bedeutung für unser Land gehe.

Wir könnten auf gar keinen Fall akzeptieren, daß die von unseren Auslandsvertretungen für Deutsche ausgestellten Pässe nicht anerkannt würden. Ihm sei bekannt, daß in Jugoslawien Erwägungen über ein restriktiveres Verhalten angestellt würden, auch im Zusammenhang mit den Olympischen Winterspielen[5]. Er bitte dringend, daß die zuständigen Behörden von einem solchen Verhalten Abstand nähmen. Er habe als Bundesinnenminister Anfang der 70er Jahre in Belgrad Gespräche über einen größeren Komplex geführt.[6] Damals habe Jugoslawien große Sorgen wegen der Aktivitäten bestimmter extremistischer Gruppen auf deutschem Boden gehabt. Für uns sei es nicht einfach gewesen, solche

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 18. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Arb[eits-]Ex[emplar] D 5, Ex. Nr. 2: MB."
Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 19. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ischinger „n[ach] R[ückkehr]" verfügte und handschriftlich vermerkte: „Abt[eilung] gibt DB mit erläuternder Weisung nach Belgrad. D 5 telefoniert mit Bo[tschafter] Grabert."
Hat Ischinger am 20. Januar 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1984 anläßlich der Eröffnung der KVAE in Schweden auf.

3 Ministerialdirektor Pfeffer erläuterte am 9. Dezember 1983: „Die jugoslawische Regierung hat in den letzten Tagen entgegen ihrer bisherigen Praxis zum Ausdruck gebracht, daß sie die Ausstellung von Reisepässen als Paßersatz an Deutsche aus der DDR durch unsere Botschaft in Belgrad und unser GK Zagreb nicht mehr hinzunehmen bereit ist. Durch diese Praxis war es bis vor kurzem möglich, Deutschen aus der DDR, die sich in Jugoslawien aufhalten, ohne Schwierigkeiten die Gelegenheit zur Ausreise in die Bundesrepublik zu verschaffen. […] Uns wurde die Legitimation bestritten, für Deutsche aus der DDR tätig zu werden." Hintergrund sei, „daß die DDR bei der jugoslawischen Regierung offensichtlich massiv demarchiert" und mit einem Boykott der Olympischen Winterspiele vom 8. bis 19. Februar 1984 in Sarajevo gedroht habe. Vgl. Referat 214, Bd. 133020.
Zu dieser Thematik vgl. auch AAPD 1979, II, Dok. 239, und AAPD 1980, II, Dok. 235.

4 Weitere Themen des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov am 16. Januar 1984 in Stockholm waren die Ost-West-Beziehungen, die politische Führung der UdSSR, die KVAE sowie die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2 des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl, z.Z. Stockholm, vom 17. Januar 1984; Referat 010, Bd. 178885.

5 Die XIV. Olympischen Winterspiele fanden vom 8. bis 19. Februar 1984 in Sarajevo statt.

6 Bundesminister Genscher hielt sich vom 15. bis 18. August 1972 in Jugoslawien auf und führte Gespräche über die Tätigkeit jugoslawischer Gruppen in der Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 111, Anm. 9.

Aktivitäten zu beobachten. Als Folge des Besatzungsrechts habe unsere Verfassung verboten, daß die Sicherheitsdienste Aktivitäten von Ausländern auf deutschem Boden verfolgten. Wir hätten die Verfassung geändert, um den Verfassungsschutzbehörden die Beobachtung solcher Aktivitäten auf deutschem Boden zu ermöglichen.[7] Dies habe sich in der Folge positiv ausgewirkt. In diesem Zusammenhang sei damals außerdem besprochen worden, daß Deutsche, die aus der DDR nach Jugoslawien gekommen seien, wenn sie dies wollten, mit unserem Paß das Land verlassen könnten. Diese Vereinbarung sei später bestätigt worden. Es könnte schwerer Schaden für die Beziehungen entstehen, wenn heute von dieser Praxis abgewichen würde. Wir hätten diese Vereinbarung und die Praxis mit größter Diskretion gehandhabt. Wir wollten Jugoslawien keine Schwierigkeiten machen. Wir wüßten, welchem Drängen Jugoslawien von anderer Seite ausgesetzt sei. Die Olympischen Spiele seien eine zu schöne Sache, als daß im Zusammenhang mit ihnen unsere freundschaftlichen Beziehungen belastet werden sollten.

Mojsov dankte für die Darlegungen, die BM in großer Klarheit und gleichzeitig in freundschaftlicher Weise gemacht habe. Leider habe im Unterschied dazu unsere Botschaft Belgrad die Frage in aggressiver Weise angesprochen, wodurch eine Lösung für diese Frage erschwert werde, die für uns wie für Jugoslawien von großer Bedeutung sei. Aggressive Drohungen und Verbindungen mit anderen Fragen könnten die Sache nur komplizieren. Er bedauere die Formulierungen, die Botschafter Grabert im Gespräch mit hohen jugoslawischen Persönlichkeiten benutzt habe.[8] Man müsse solche Fragen in freundschaftlicher Weise besprechen und zusehen, daß nicht die Position irgendeines Landes geschädigt werde. Jugoslawien tue nichts, was die seit Jahren geübte Praxis ändere. Man sei jedoch gegen die propagandistische Ausnutzung dieser Praxis. Wenn hier nicht diskret vorgegangen werde, dann entstünden viele negative Seiteneffekte, die von anderer Seite ausgenutzt werden könnten. Es stelle sich auch die Frage, warum die beiden Fußballspieler aus der DDR gerade in Jugoslawien ihre Absichten hätten verwirklichen müssen[9], nachdem sie eine Woche vorher in ei-

7 Fragen des Verfassungsschutzes waren in Artikel 73 bzw. 87 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 9 bzw. S. 11.
Beide Artikel wurden im Einunddreißigsten Gesetz vom 28. Juli 1972 zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 geändert. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil I, S. 1305.
Die Aufgaben des Bundesamts für Verfassungsschutz waren in § 3 des Gesetzes vom 27. September 1950 über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1950, Teil I, S. 682.
Eine Neufassung des § 3 wurde mit dem Verfassungsschutz-Änderungsgesetz vom 7. August 1972 vorgenommen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil I, S. 1382.

8 Botschafter Grabert, Belgrad, berichtete am 8. Dezember 1983, im Gespräch mit dem jugoslawischen Innenminister Dolanc am selben Tag habe er gegen die jugoslawische Feststellung protestiert, die Vertretungen der Bundesrepublik in Belgrad und Zagreb seien nicht zur Ausstellung von Pässen berechtigt. Außerdem habe er dargelegt, daß er Dolanc „als erfahrenem Politiker nicht zu erklären brauche, wie bei uns die Reaktion sein würde, wenn ein Deutscher aus der DDR von den jug[oslawischen] Organen der DDR überstellt würde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 697; Referat 214, Bd. 133020.

9 Am 4. November 1983 wurde in der Presse berichtet, die beiden Spieler Falko Götz und Dirk Schlegel von BFC Dynamo hätten ein Spiel im Europapokal der Landesmeister bei Partizan Belgrad am 2. November 1983 dazu benutzt, sich von ihrer Mannschaft zu entfernen und bei der Botschaft der Bundesrepublik in Belgrad Pässe zu erbitten. Nach dem Erhalt der Pässe hätten sie Jugoslawien mit unbekanntem Ziel verlassen. Vgl. dazu den Artikel „Schlegel und Götz in der Bundesrepublik?"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. November 1983, S. 23.

nem der Bundesrepublik näheren Land, nämlich Luxemburg, gewesen seien.[10] Doch das Problem sei gerade in Belgrad geschaffen worden, unter schwierigen Umständen und unter Benutzung des Grundstücks und der Fahrzeuge unserer Botschaft. Dies sei von anderen beobachtet worden. Wenn man in diskreter Weise vorgehe, würden Probleme nicht entstehen. Was die Olympischen Spiele betreffe, so sei man froh, daß BM Zimmermann komme. Man werde mit ihm andere Fragen der Sicherheit besprechen.[11] Man wünsche, eine Wiederholung der erwähnten Vorfälle während der Olympischen Spiele zu vermeiden. Es würden viele DDR-Sportler erwartet. Man wolle nicht jugoslawisches Territorium zum Schlachtfeld der Auseinandersetzung zwischen beiden deutschen Staaten über Paßfragen machen.

BM replizierte: Dies sei nicht das Problem. Seit Jahren hätten wir eine gefestigte Praxis. Jugoslawien erkenne deutsche Pässe an, die von unseren Vertretungen ausgestellt würden und die Ausreise ermöglichten. Wir wollten nicht, daß diese Praxis geändert werde. Auch nicht bei den Olympischen Spielen.

Er müsse mit großem Ernst sagen: Dies sei eine Frage, die ins Herz unserer Menschen gehe und auch seine persönlichen Gefühle betreffe. Wir ermutigten niemanden. Viele brauchten jedoch gar keine Ermutigung. Die Gründe seien deutlich. Wir hätten die bisherige Praxis mit größter Diskretion behandelt. Über seine Gespräche als Innenminister und die spätere Bestätigung habe niemand etwas in der Presse lesen können, solange die Praxis funktioniert habe. Wir wollten Jugoslawien keine Schwierigkeiten machen. Von uns werde in diesem Sinne alles getan, um solche Fälle, wenn sie einträten, was er nicht wisse, mit größter Diskretion zu behandeln.

Mojsov betonte erneut: Die diskrete Behandlung sei hier die Hauptsache. Man werde nichts ändern, was vorher vereinbart worden sei. Man wolle aber jugoslawisches Territorium nicht in ein Schlachtfeld verwandelt sehen. Man könne keine Drohungen und keine Verbindungen mit anderen Fragen akzeptieren.

BM schloß diesen Teil des Gesprächs mit der Feststellung: „Wir möchten bei dem Vereinbarten bleiben."

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 14127 (010)

10 BFC Dynamo spielte am 28. September 1983 im Europapokal der Landesmeister gegen Jeunesse Esch aus Luxemburg.

11 Zum Gespräch des Bundesministers Zimmermann mit dem jugoslawischen Innenminister Dolanc am 12. Februar 1984 in Sarajevo vgl. Dok. 54.

11

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-373.00 **18. Januar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: KVAE;
hier: Überlegungen zu unserem Konferenzkonzept

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung

Durch die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen während der letzten Monate ist der KVAE eine politische Bedeutung zugewachsen, die während der Auseinandersetzungen um das Mandat in Madrid[4] kaum vorherzusehen war. Vor Beginn des neuen Verhandlungsprozesses erscheint es angebracht, unsere Ziele und Strategie für die Konferenz unter Rückbesinnung auf den Stellenwert, den wir als die entschiedensten Verfechter des westlichen Konferenzvorschlags der KVAE von Anfang an zuerkannt haben, im Lichte der aktuellen Situation zu überprüfen.

Dabei ist wichtig: Sowohl die langfristigen politischen Perspektiven, die wir mit der Konferenz verbinden, wie auch die konkreten Verhandlungsziele, die wir daraus ableiten, stehen in einer engen Wechselbeziehung zu den entsprechenden Zielvorstellungen der SU.

I. Sowjetische Konferenzziele

1) Für die SU war die „Europäische Sicherheitskonferenz" seit den fünfziger Jahren zentrales Instrument einer Politik, die letztlich darauf abzielte, den Zusammenschluß der industriellen Demokratien Westeuropas und Nordamerikas im atlantischen Bündnis und insbesondere die militärische Präsenz der USA in Europa rückgängig zu machen. Auf dem Weg über die „militärische Entspannung" soll ein Sicherheitssystem gefördert werden, das nicht auf dem (für Westeuropa nur durch die Einbeziehung der USA in das europäische Kräftespiel zu gewährleistenden) militärischen Gleichgewicht aufbaut, sondern auf gegensei-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Pfeffer vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 21. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ab S. 7 = III. Teil vorzulegen."

3 Hat Bundesminister Genscher am 27. Januar 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Anmerk[un]g BM S. 11." Vgl. Anm. 16.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. Januar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Botschafter Ruth am 30. Januar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 30. Januar 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 221 vermerkte: „B[itte] Durchdruck an 012 für Blauen Dienst (BStS ist unterrichtet)."

4 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

tig deklarierten friedlichen Absichten. Während sich die SU im Verhältnis zu den USA auf das Recht auf gleiche militärische Sicherheit als Weltmacht beruft, möchte sie die europäischen Mittel- und Kleinstaaten mit dem Angebot „politischer Sicherheit" zur Abkoppelung ihrer militärischen Sicherheit von den USA bewegen. Politische Garantien der SU sollen ihren zweitrangigen militärischen Sicherheitsstatus gegenüber der im „europäischen Haus" militärischen Vormacht SU irrelevant erscheinen lassen.

2) Die SU wird in Stockholm diese langfristigen Ziele unter Anpassung an die aktuelle politische Situation weiterverfolgen. Dabei steht sie vor der Schwierigkeit, nach dem Scheitern der auf Verhinderung der Nachrüstung ausgerichteten Politik eine neue Haltung gegenüber dem Westen zu finden. Solange die gegenwärtige Phase der Überprüfung der sowjetischen Westpolitik nicht abgeschlossen ist, müssen wir uns in Stockholm auf eine zweigleisige Strategie des WP einstellen:

– Einerseits wird der Osten – schon um der Glaubwürdigkeit der bisherigen Politik willen – die Polemik gegen die Nachrüstung gezielt fortsetzen.
– Andererseits bietet der Beginn des Dialogprozesses im gesamteuropäischen Rahmen gesichtswahrende Gelegenheit, die Drohkulisse allmählich abzubauen und Verständigungsbereitschaft zu signalisieren.

3) Wenn die SU erste Aufschlüsse über ihre wirklichen Absichten zur künftigen Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses geben will, wird sie dies (insbesondere in den Randgesprächen Gromykos) diskret tun. Im Plenum der Konferenz werden beide Elemente – Agitation gegen die NATO und Bereitschaft zum friedlichen Ausgleich – so dosiert geboten werden, wie es dem traditionellen Muster der Kampagne zur „militärischen Entspannung" entspricht: gezielt sowohl auf Gefühle der Angst und Unsicherheit wie auch auf Illusionen über die Möglichkeiten „politischer Sicherheit" in der europäischen Öffentlichkeit:

– Forderung auf Rücknahme der Nachrüstung unter Berufung auf das Konferenzziel der Vertrauensbildung im militärischen Bereich;
– Anprangerung der „aggressiven Militärpolitik" der Reagan-Administration, Erwartung, Keile zwischen Europäer und Amerikaner treiben zu können;
– Nutzung der Fixierung der öffentlichen Debatte auf Nuklearfragen, um von der konventionellen Überlegenheit des WP als eigentlicher Ursache der Sicherheitsprobleme in Europa abzulenken;
– verbale Bereitschaft zu „radikalsten Maßnahmen der Abrüstung", Berufung auf umfassende Kataloge anderswo unterbreiteter Vorschläge, die schon von ihrem globalen Anspruch her nicht als Verhandlungsgegenstand einer KVAE in Betracht kommen;
– Aufforderung an NATO, Kriegsgefahr und Mißtrauen durch Ersteinsatzverzichte und Gewaltverzichtsvertrag abzubauen.

4) Für die eigentlichen Verhandlungen wird sich die SU unter Rollenverteilung mit ihren WP-Partnern auf Vorschläge konzentrieren,

– die von ihrem konventionellen Offensivpotential ablenken und ihre konventionelle Überlegenheit in Europa unbeeinträchtigt lassen (minimale Weiter-

entwicklung der Helsinki-VBM[5], entschiedener Widerstand gegen transparenzfördernde „Spionagevorschläge" des Westens);

– die militärische Optionen der NATO in ihrem europäischen Vorfeld und zur See einschränken (Begrenzung von Manövern, Erfassung von Bewegungen in die KVAE-Zone hinein und durch die Zone hindurch, kernwaffen- und chemiewaffenfreie Zonen, nuklearer Ersteinsatzverzicht);

– die den eigenen Beitrag zu einem Verhandlungsergebnis im wesentlichen auf Zusagen friedlichen Verhaltens und auf „politische Garantien für die Sicherheit der Staaten" beschränken, an den realen militärischen Rahmenbedingungen der Sicherheit aber nichts ändern (vor allem Gewaltverzichtsvertrag).

II. Unsere Konferenzziele

1) Das politische Umfeld der Konferenz macht es zu einer Aufgabe ersten Ranges, den Beginn dieser neuen Etappe des KSZE-Prozesses als Chance für die Neubelebung des erstarrten West-Ost-Verhältnisses zu nutzen. Die Terminierung des Konferenzbeginns, für die wir in Madrid nachdrücklich eingetreten sind, erweist sich nun als Glücksfall, ebenso wie die von uns durchgesetzte Eröffnung auf Ministerebene.

Diese Vorgaben gilt es zu nutzen, um ein breit angelegtes Programm der Entspannung, Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit offensiv darzulegen. Der Namensartikel des Bundesministers[6], das Brüsseler Signal[7] und die Bundeskanzlerbriefe an die Regierungschefs des Warschauer Pakts[8] haben den Ton gesetzt, den Präsident Reagan mit seiner Rede[9] vor der Konferenzeröffnung aufgenommen hat. Der Westen muß in einer vielleicht entscheidenden Überprüfungsphase der sowjetischen Politik seinen aufrichtigen Willen zur Verständigung bekunden und der sowjetischen Führung deutlich machen, daß die Chancen für einen Neubeginn auch in ihrem Interesse liegen und nur gemeinsam genutzt werden können. In jedem Fall muß der SU die Verweigerung des Dialogs so schwer wie möglich gemacht werden.

2) Der Westen muß deshalb der Konferenz von Anfang an die politische Perspektive geben, die unseren langfristigen Zielvorstellungen für eine Friedensord-

5 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

6 Für den Wortlaut des Artikels „Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter?" des Bundesministers Genscher vom 2. Dezember 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 689–694.

7 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

8 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Dezember 1983 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. AAPD 1983, II, Dok. 378.
Für das Schreiben vom 14. Dezember 1983 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 155–159.
Für die inhaltsgleichen Schreiben an Präsident Ceauşescu, Präsident Husák, Ministerpräsident Jaruzelski, den Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, und Staatsratsvorsitzenden Schiwkow vgl. den am 12. Dezember 1983 konzipierten und am 16. Dezember 1983 übermittelten Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf York von Wartenburg; Referat 214, Bd. 132969.

9 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

nung in Europa entspricht. Dazu gehören neben den militärischen auch die politischen, menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen der Sicherheit und Zusammenarbeit, die in ihrem inneren Zusammenhang gerade am Anfang dieser neuen Etappe des KSZE-Prozesses verdeutlicht werden müssen.

Darüber darf jedoch nicht aus dem Blick geraten, daß die KVAE im Gesamtrahmen und als integraler Bestandteil des KSZE-Prozesses nach gemeinsamem westlichem Verständnis die spezifische Aufgabe hat, die militärischen Grundlagen der Sicherheit in Europa so konkret wie möglich zu behandeln. Die KVAE war vor allem deshalb ein Erfolg westlicher Politik, weil es gelungen ist, das Interesse der SU an der Konferenz an sich zur Durchsetzung eines Sachkonzepts zu nutzen: eines Programms der militärischen Stabilisierung im gesamteuropäischen Maßstab. Unser rüstungskontrollpolitisches Hauptziel war es, die Gefahren der militärischen und politischen Destabilisierung einzudämmen, die von dem bestehenden Ungleichgewicht der konventionellen Streitkräfte in Europa ausgehen. Für uns war besonders wichtig, daß der gesamteuropäische Ansatz der KVAE Gelegenheit bietet, Nachteile auszugleichen, die sich aus dem geographisch beschränkten Ansatz der MBFR-Verhandlungen ergeben.

Das Konferenzmandat, das wir in jahrelangen Anstrengungen durchgesetzt haben, macht es erforderlich, militärische Fragen in das Zentrum der Verhandlungen zu stellen. Wenn wir uns darauf einließen, das militärische Element abzuwerten, würden wir nachträglich den Sowjets in die Hände spielen. Der Westen muß vielmehr der vornehmlich auf atmosphärisch-psychologische Effekte abzielenden Kampagne der „militärischen Entspannung“ die Forderung nach konkreten, militärisch relevanten Beiträgen zur Stabilisierung der militärischen Lage in Europa entgegensetzen. Während die SU Vertrauen auf papierne Zusagen friedlichen Verhaltens aufbauen will, müssen wir dafür eintreten, Vertrauen durch mehr Gewißheit und Berechenbarkeit im militärischen Bereich zu erarbeiten. Das militärische Verhalten der Staaten soll nicht am „Geist der militärischen Entspannung“ gemessen werden, sondern an vereinbarten, konkreten Regeln für den Umgang mit militärischer Macht.

3) Nach dem spektakulären politischen Auftakt in Stockholm wird es deshalb in den nächsten zwei Jahren Hauptaufgabe der westlichen Verhandlungsführung sein, konkrete Vorschläge einzubringen und zu vertreten, die sich nachweisbar an diesen Zielvorgaben orientieren. Die erfolgsorientierte Erarbeitung konkreter Verhandlungsergebnisse ist deshalb nicht ohne eine breitere Debatte über allgemeine Fragen der Sicherheit denkbar. Wir sollten das schon von seiner Zusammensetzung her – etwa im Vergleich zu VN-Gremien – für uns vorteilhafte Forum in Stockholm nutzen, um unser überlegenes Sicherheitskonzept offensiv darzulegen und die Schwächen der östlichen Position zu enthüllen. Dies muß auch für die Behandlung von Vorschlägen des WP gelten, die darauf abzielen, die eigentlichen Ursachen der Sicherheitsprobleme in Europa zu verschleiern und über die Deklaration friedlicher Absichten die Illusion „politischer Sicherheit“ zu schaffen. Der Westen würde sich insbesondere in eine unhaltbare defensive Position lancieren, wenn er jedes Eingehen auf die Gewaltverzichtsthematik verweigert. Gewaltverzicht und Vertrauensbildung gehören nach dem Konferenzmandat zusammen. Da wir die Diskussion nicht ab-

lehnen können, sollten wir sie in unsere Richtung steuern. Wir müssen klarstellen, daß die Geltung des verbindlichen Gewaltverbots, d. h. die Realität seiner Beachtung in der Praxis der Teilnehmerstaaten, in dem Maße gestärkt wird, in dem konkrete, militärisch bedeutsame Maßnahmen erarbeitet werden. Dies ist gemeinsame westliche Position. Auf ihrer Grundlage sollten wir den Versuch fortsetzen, unsere Bündnispartner davon zu überzeugen, daß ein Verhandlungsergebnis einer KVAE, das in sich eine Konkretisierung des Gewaltverzichts darstellt, mit einer Bekräftigung des Prinzips verbunden werden könnte.

III. Unsere Strategie

1) Auch wenn die SU in Madrid einem Mandat zugestimmt hat, das dem westlichen Sachkonzept weitgehend Rechnung trägt, besteht der Grunddissens in den Konferenzzielen zwischen West und Ost fort und muß in der westlichen Verhandlungsstrategie berücksichtigt werden. Es wäre unrealistisch, von vornherein auf ein Abgehen der SU von ihrem Konzept der „militärischen Entspannung" als Geschäftsgrundlage des Verhandlungsprozesses zu setzen. Trotzdem bestehen begründete Aussichten, den Verhandlungsprozeß so zu steuern, daß die aus dieser Konstellation resultierenden Risiken umgangen werden und die Eigendynamik des Prozesses sich – wie bei der KSZE – im Sinne der westlichen und nicht der östlichen Zielsetzungen entfaltet.

2) Voraussetzungen für unseren Erfolg sind:

a) Geschlossenheit des Westens

Unerläßliche Grundlage für die Steuerbarkeit des Verhandlungsprozesses ist der Zusammenhalt unter den Zehn und im atlantischen Bündnis und die harmonische Koordinierung beider Konsultationsgremien auf allen Stufen des Prozesses. Dabei muß die Abstimmung im EPZ-Rahmen schon deshalb eine angemessene Rolle erhalten, weil er sich eher für die Herausstellung der politischen Perspektive – über die militärischen Einzelaspekte hinaus – eignet. Dies erfordert jedoch Rücksichtnahme auf amerikanische Empfindlichkeiten. Geschlossenes westliches Auftreten auf sicherheitspolitischem Terrain kann letztlich nur durch umfassende Konsultation aller Bündnispartner in der NATO sichergestellt werden.

Bei der Erarbeitung der westlichen Verhandlungsposition während der letzten Wochen ist deutlich geworden: Bei allem verständlichen Drängen auf rasche Fortschritte darf die Aufgabe der militärisch Verantwortlichen, negative Auswirkungen der einzubringenden Vorschläge auf gemeinsame Sicherheitsinteressen zu vermeiden, nicht leichtgenommen werden. Wir werden im Bündnis auch weiterhin unseren Einfluß geltend machen, um auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme auf vitale nationale Interessen einen vernünftigen Mittelweg zwischen der Kumulierung nationaler Anforderungen und einem kleinsten gemeinsamen Nenner nahe dem Verhandlungswert Null zu finden.

Auch in der allgemeinen Sicherheitsdebatte müssen Alleingänge vermieden werden, die die Geschlossenheit des Westens beeinträchtigen könnten. In der Frage der richtigen Behandlung der Gewaltverzichtsproblematik werden wir deshalb noch beharrliche Überzeugungsarbeit innerhalb des Bündnisses und im EPZ-Rahmen leisten müssen, bevor wir mit unserem Konzept im Plenum auftreten können.

b) Gewinnung der Neutralen

Der Erfolg in Madrid ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Westen das ganze Treffen hindurch einmütig klare und einsichtige Positionen vertrat, an seinem Ziel festhielt und auf dem Weg dahin flexibel argumentierte. Für die Diskussion über allgemeine Prinzipien der Sicherheit besteht insofern auch in Stockholm Grund zur Zuversicht. Die meisten N+N-Staaten sind für vernünftige westliche Argumente in diesem Bereich offen. Transparenz, Berechenbarkeit und Nachprüfbarkeit sind Themen, die auf westlicher und neutraler Seite so integrativ, gegenüber dem Osten so offensiv wirken könnten wie die Forderung nach Freizügigkeit für Menschen, Ideen und Informationen in der KSZE-Debatte.

Um so wichtiger wird es sein, in der westlichen Verhandlungsführung weniger militärisch zu argumentieren, als den inneren Zusammenhang zwischen konkreten Verhandlungsvorschlägen und allgemein anerkannten Prinzipien der Sicherheit in Europa aufzuzeigen, schiefe sowjetische Interpretationen zurechtzurücken und beanstandenswertes sowjetisches Verhalten zu kritisieren.

Dessen ungeachtet wird die Substanz, aber auch die Präsentation der westlichen VSBM-Vorschläge[10] von entscheidender Bedeutung für den Erfolg in Stockholm sein. Dies um so mehr, als einige N+N-Staaten auf diesem Gebiet – im Unterschied zur allgemeinen Sicherheitsdebatte – eher versucht sein könnten, sich durch eigenständige Vorschläge als Vermittler zwischen West und Ost zu profilieren.

Mit dem vom NATO-Rat erarbeiteten VSBM-Paket hätte der Westen eine eindrucksvolle Eröffnungsposition für Stockholm, die jedoch nicht als „take it or leave it"-Position vorgelegt werden darf. Der Westen wird zusätzliche Vorschläge unter Berücksichtigung der Vorstellungen insbesondere aus dem N+N-Lager entwickeln müssen, um seine Verhandlungsbereitschaft und Flexibilität unter Beweis zu stellen. Wir haben hierzu bereits Anregungen gegeben (unter Einschluß von constraints), sie jedoch zunächst zurückgestellt, um die Einigung über das Ausgangspaket für Stockholm nicht zu erschweren.

c) Hebel gegenüber der Sowjetunion

Ungeachtet der unterschiedlichen Zielvorstellungen können wir von einer Konstante der sowjetischen Interessenlage ausgehen: dem ideologisch fundierten Interesse an der Konferenz an sich. Es ist kein Zufall, daß die KVAE das einzige für West-Ost-Verhandlungen relevante Rüstungskontrollforum ist, das von der Sowjetunion auch in schärfsten Warnungen vor den Folgen der Nachrüstung nie in Frage gestellt wurde. Es ist schwer vorstellbar, daß eine sowjetische Führung aus Enttäuschung über kurz- und mittelfristige Verhandlungsergebnisse ein Scheitern des „paneuropäischen Sicherheitsdialogs" in Kauf nehmen würde, der seit Jahrzehnten wesentliches Element des Konzepts der „militärischen Entspannung" darstellt. Insofern besteht im Hinblick auf die KVAE eine grund-

10 Zur Erörterung des Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 4 und Dok. 6.
Die NATO-Mitgliedstaaten legten das Paket am 24. Januar 1984 vor. Für den Wortlaut des Dokuments CSCE/SC/1 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

sätzlich andere sowjetische Interessenlage als bei START, INF und MBFR, die letztlich auf westliches Verständnis[11] von „Rüstungskontrolle“ zurückgehen.

Es liegt auf der Hand, daß sich diese sowjetische Interessenlage mittelfristig im westlichen Interesse eines Verhandlungsergebnisses nutzen läßt. Bereits in Helsinki[12] wurde das sowjetische Bestreben deutlich, die erste Phase der KVAE automatisch mit dem nächsten KSZE-Folgetreffen in Wien[13] zum Abschluß zu bringen, um dann den Übergang zur zweiten, der Abrüstung gewidmeten Phase beschließen zu können. Es ist uns gelungen, in den Modalitäten der Beschlüsse von Helsinki entsprechend dem in Madrid vereinbarten Konferenzmandat eindeutig klarzustellen, daß über den Abschluß der ersten Konferenzphase auf einem künftigen KSZE-Folgetreffen im Lichte der erzielten Ergebnisse entschieden wird.

Vor diesem Hintergrund ist nicht auszuschließen, daß die sowjetische Delegation in Stockholm mit dem Herannahen des Folgetreffens in Wien (Herbst 1986) in Druck und vielleicht sogar in eine Demandeur-Position geraten könnte. Der Westen wird deshalb gut beraten sein, den zunächst zu erwartenden Widerstand des WP gegen seine Vorschläge nicht als letztes Wort zu nehmen und sich für die nächsten drei Jahre auf eine geduldige Durchsetzung seiner Verhandlungsziele einzustellen. Dies wird um so eher durchzuhalten sein, je mehr wir unsere Öffentlichkeit und die N+N-Staaten von der Richtigkeit unseres Konzepts überzeugen können.

Ein zusätzlicher Hebel würde sich bieten, wenn im Bündnis Konsens über unseren Ansatz zum Gewaltverzicht erzielt werden könnte. Die sowjetische Führung hat in den Vorschlag für einen Gewaltverzichtsvertrag[14] erhebliches Engagement und Prestige investiert (Prager Deklaration als erste und bisher einzige WP-Initiative, die mit[15] Andropow persönlich identifiziert werden kann). Der Westen wäre in einer ausgezeichneten Verhandlungsposition, wenn er sich dieses Interesse durch Umformung des Vorschlags im Sinne westlicher Vorstellungen nutzbar machen könnte.[16]

3) Bei nüchterner Analyse der Interessenlage bestehen somit auch dann, wenn der Dissens in den langfristigen Zielvorstellungen zwischen West und Ost rea-

11 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Nach Rücksprache mit dem Verfasser Holik: Gemeint ist die westliche ‚Philosophie‘, Rüstungskontrolle konkret zu regeln, also im Gegensatz zur SU KSZE-Ursprungskonzeption.“

12 Vom 25. Oktober bis 11. November 1983 fand in Helsinki das Vorbereitungstreffen für die KVAE statt. Für den Wortlaut des Schlußdokuments vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 50–52. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 345.

13 Die dritte KSZE-Folgekonferenz begann am 4. November 1986.

14 Am 4./5. Januar 1983 fand in Prag eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. In der „Politischen Deklaration“ wurde u. a. ein Vertrag zwischen NATO und Warschauer Pakt zum Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt vorgeschlagen. Die Teilnehmer sollten sich dazu verpflichten, „als erste gegeneinander weder Kernwaffen noch konventionelle Waffen und folglich nicht als erste militärische Gewalt überhaupt gegeneinander anzuwenden“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 115. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 40.

15 Der Passus „Ein zusätzlicher Hebel … WP-Initiative, die mit“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist nicht nur ein zusätzlicher Hebel, sondern der entscheidende Einstieg für den gesamten weiteren Rüstungskontrolldialog!“

16 Der Passus „Andropow persönlich identifiziert … nutzbar machen könnte“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Umformen, wie das ursprüngliche Konzept der SU für KSZE.“ Vgl. Anm. 3.

listisch zugrunde gelegt wird, gute Chancen zur Durchsetzung unserer Verhandlungsziele für die erste Etappe des Prozesses.

Dessen ungeachtet sollten wir, schon um der Glaubwürdigkeit unseres Konferenzkonzepts willen, in unserer langfristigen Strategie auch das Ziel aufrechterhalten, die Sowjetunion zur Aufgabe ihres für uns unannehmbaren Konzepts der „militärischen Entspannung“ zu bewegen. In unserem Strategiepapier[17] wurde dazu festgestellt:

„Aus westlicher Sicht kommt es letztlich auch darauf an, der SU die Alternativen deutlich zu machen. Dazu gehört es, neben sicherheitspolitischer Festigkeit, die notfalls zu den gebotenen verteidigungspolitischen Gegenmaßnahmen führt, in überzeugender Form die Aufrechterhaltung des Angebots zur Entspannung und Zusammenarbeit klarzumachen. Die KAE muß Teil einer Gesamtstrategie des Bündnisses sein, die auf den Prinzipien des Dialogs, der Offenheit und Vernunft aufbaut und sich als ernsthafter Versuch darstellt, auch im Sicherheitsbereich ein beiderseitiges Interesse an Stabilität und an einem zivilisierten Verhältnis herauszuarbeiten und zu kodifizieren.“

Die KVAE könnte, vom Westen richtig genutzt und mit Unterstützung der Neutralen, einen wichtigen Anstoß zu einem schwierigen Umdenkungsprozeß in Moskau geben. Das Angebot an die Sowjetunion muß über den Sicherheitsbereich hinaus die politischen, menschlichen und vor allem wirtschaftlichen Dimensionen einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit umfassen. Es muß darauf abzielen, einer sowjetischen Führung, die die langfristigen Perspektiven überdenkt, selbstkritische Fragen zu ihren eigenen Interessen in ihrem Gesamtzusammenhang nahezulegen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist für Stockholm ein politischer und nicht bloß militärischer Ansatz unverzichtbar.[18]

Ruth

Referat 221, Bd. 128662

17 Zum Strategiepapier der Bundesregierung für die KVAE vgl. Dok. 4, Anm. 12.
18 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „D 2 hat mitgezeichnet.“

12

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Stockholm, an das Auswärtige Amt

114-10241/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 34
Cito

Aufgabe: 18. Januar 1984, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 20. Januar 1984, 07.13 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit AM Shultz am 18.1.1984, Stockholm[2]

Gespräch fand im Rahmen eines Frühstücks auf Einladung von AM Shultz in sehr guter und freundschaftlicher Atmosphäre statt.

Auf deutscher Seite nahmen teil: Pfeffer, Ruth, Sudhoff, Paschke, Ploetz, Weber.

Auf amerikanischer Seite: Burt, Howe, Matlock, Dobbins, Hughes, Obst.

BM dankte einleitend Shultz dafür, daß er in Stockholmer Rede[3] auf die Teilung Europas und Deutschlands hingewiesen habe. Dies habe ihn tief bewegt und finde in der deutschen Presse große Beachtung. Der Hinweis auf die Verbindung zwischen der Teilung Europas und Deutschlands sei der richtige Ansatz für die Betrachtung dieses Problems: Die deutsche Teilung sei zugleich ein europäisches und ein deutsches Problem. Zum ersten Mal seit langem sei unser Schicksal so klar mit dem unserer Nachbarn verbunden: Durch Überwindung der Teilung des Kontinents werde auch unsere Teilung überwunden. Dies gelte auch für unsere östlichen Nachbarn, wenn sie sich frei äußern könnten. Für die Bevölkerung dort bedeute die Überwindung der europäischen Teilung die Wiederherstellung ihrer Freiheit.

Die Äußerungen von Shultz hätten mit anderen Worten deutlich gemacht, daß die Teilung Europas und Deutschlands nicht einem Naturgesetz entspreche und daß es nicht der Westen sei, der daran festhalte. Auch hier habe der Westen die besseren Karten und befinde sich in Übereinstimmung mit dem Grundgefühl der Menschen in unserer Zeit, das auf Überwindung der Grenzen und Schließung der trennenden Gräben abziele. Shultz ergänzte zustimmend, wir befänden uns hier auch auf einer Linie mit der gesamten technologischen Entwicklung, insbesondere des Nachrichtenwesens, wo bereits im weltweiten Maßstab operiert werde.

Auf die aktuelle Ost-West-Entwicklung übergehend, nahm BM Bezug auf seine Prognose gegenüber Shultz im Dezember in Bonn[4], daß die sowjetische Angst-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 20. Januar 1984 erneut vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1984 anläßlich der Eröffnung der KVAE in Schweden auf.

3 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

4 Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Shultz trafen am 6. Dezember 1983 zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983, bzw. VS-Bd. 11452 (221); B 150, Aktenkopien 1983.
Für das Gespräch zwischen Genscher, Shultz und Bundeskanzler Kohl am selben Tag vgl. AAPD 1983, II, Dok. 371.

kampagne gegen die Nachrüstung zurückschlagen werde. Dies werde deutlich an Problemen in der DDR und der ČSSR.

Chňoupek habe seinen Besuch abgesagt[5], vielleicht hätten auch interne Gründe eine Rolle gespielt, der ungarische Außenminister hingegen sei nach Bonn gekommen[6]. Shultz knüpfte hieran die Bemerkung, die Tschechen seien besonders kompromißlos und unbeweglich, selbst im persönlichen Umgang.

BM verwies darauf, daß in der tschechoslowakischen Führung als einziger in Osteuropa noch alle Schattierungen kommunistischen Denkens, einschließlich der Stalinisten (Matlock: Bilak), vertreten seien. Er werde nicht mit Chňoupek zusammentreffen, nachdem dieser seinen Besuch abgesagt habe. Dieser werde seine Position aber nicht lange durchhalten. Er habe bereits gestern am Rande auf die Frage, ob er zu den kalten Kriegern übergewechselt sei, gesagt, daß es in einigen Monaten wärmer werde.

Die Ausgangsposition von Shultz für sein Gespräch mit Gromyko[7] bezeichnete BM als gut, nicht zuletzt aufgrund der positiven Entwicklung in der Allianz. Es handele sich um eine Begegnung von großer Bedeutung.

Shultz warf ein, daß Gromyko verbreiten lasse, er wolle es Shultz schwermachen mit der Behauptung, die Reagan-Rede[8] sei nur Propaganda in einem Wahlkampfjahr[9]. Wenn dies die sowjetische Position sei, könne man es nur bedauern. „Dann werden wir nach einiger Zeit einen neuen Versuch unternehmen."

BM verwies darauf, daß die Meinungsbildung in Moskau nach dem Rückschlag durch den Nachrüstungsbeginn noch nicht abgeschlossen sei. Dies müsse für das Gespräch mit Shultz kein Nachteil sein, wenn man die Politik der anderen Seite beeinflussen wolle. Im Gegenteil sei der Zeitpunkt günstig.

In der Reagan-Rede werde die sowjetische Seite wahrscheinlich am meisten von der Passage beeindruckt werden, in der von gemeinsamen Interessen und gemeinsamer Verantwortung die Rede sei und an sie appelliert werde, gemeinsam Lösungen für internationale Probleme zu suchen. Im Hinblick auf das traditionelle sowjetische Minderwertigkeitsgefühl sei nichts wichtiger, als von den USA als gleichberechtigte Supermacht akzeptiert zu werden. Deshalb sei die Erklärung von 1972[10] für die SU so wichtig gewesen. In diesem Zusammenhang sei es aber wichtig, die Sowjets an alle Elemente dieser Erklärung zu erinnern. Die Verpflichtung zur Mäßigung gelte nicht nur in den gegenseitigen Beziehungen mit der anderen Supermacht, sondern weltweit, die SU dürfe sich nicht die Rosinen herauspicken und so tun, als sei sie die einzige Supermacht.

5 Zur Absage des Besuchs des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek in der Bundesrepublik vgl. Dok. 7, Anm. 6.

6 Der ungarische Außenminister Várkonyi besuchte die Bundesrepublik am 21. Dezember 1983. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1983, II, Dok. 390.

7 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13.

8 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

9 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

10 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

Dieses Prinzip habe sie in den letzten Jahren immer mehr vernachlässigt. Eine Gesprächsführung in diesem Sinne werde sowjetischer Empfindlichkeit sehr entgegenkommen. Gromyko werde es darüber hinaus bei aller Verschlossenheit zu schätzen wissen, wenn ihm der Eindruck persönlicher Respektierung vermittelt werde.

Die wiedergewonnene politische Einheit und innere Stärke der Allianz sei eine gute Ausgangsposition für das gemeinsame Vorhaben: Shultz habe in seiner Rede deutlich gemacht, daß nicht der Westen Dialog und Zusammenarbeit verweigere, die andere Seite müsse an den Verhandlungstisch zurückkehren.[11]

BM unterrichtete Shultz dann über sein Gespräch vom 17.1. mit AM Mladenow[12], das die interne Diskussionslage im Ostblock etwas deutlicher gemacht habe: Die Tatsache, daß Mladenow die auch im Kwizinskij-Artikel[13] erhobenen – und von uns bereits zurückgewiesenen – Vorwürfe wiederholt habe, deute sowjetische Argumentationsprobleme gegenüber den eigenen Partnern an, die offensichtlich mit Hinweisen auf deutsches bzw. amerikanisches Torpedieren eines Verhandlungserfolgs in Genf beschieden worden seien. Im übrigen habe Gespräch mit Mladenow, der immer wieder auf die Raketenfrage zurückgekommen sei, in Abweichung von sonstigen Gesprächen mit ihm den Eindruck einer Pflichtübung hinterlassen.

Auf Frage von Shultz stellte BM fest, über die Lage in Moskau habe das Gespräch mit Mladenow keine Erkenntnisse gebracht. Hier sei der Besuch des ungarischen AM ergiebiger gewesen, der den deutlichen Eindruck vermittelt habe, daß Andropows Position trotz seiner Erkrankung stark sei. Er habe zwar mit vermehrten Schwierigkeiten zu kämpfen, um seine Projekte durchzusetzen, dies allerdings mehr im inneren Bereich. Insgesamt seien wir also in einer guten Position und, nicht im provokatorischen Sinn, in der Offensive. Dies sei lange nicht mehr der Fall gewesen.

Das Thema Gewaltverzicht nahm BM unter zustimmender Bezugnahme auf die Reagan-Rede auf, wonach der GV konkretisiert und den Worten Taten folgen müßten. Das GV-Thema werde in allen WP-Reden kommen und sei populär. Daher sei es gut, nicht nur nein zu sagen, sondern offensiv zu antworten und zu fordern, die mit diesem Prinzip verbundenen Fragen zu konkretisieren. Shultz nahm diese Ausführungen mit zustimmendem Kopfnicken zur Kenntnis.

Auf Frage BMs erläuterte Shultz den Stand der US-Überlegungen zu Polen: Als ersten NATO-Partner wolle er uns davon unterrichten, daß die Administra-

11 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Stockholm, berichtete am 19. Januar 1984, das Gespräch sei „in der traditionellen Offenheit der Gespräche BM mit Mladenow geführt" worden: „Es machte deutlich, daß die konzeptionelle Bewältigung der Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses während der letzten Monate, insbesondere des Nachrüstungsbeginns, erhebliche Probleme für die östliche Seite aufgeworfen hat. Auffällig war die schablonenhafte Argumentation, kritisch, soweit die USA betroffen waren, Schonung der Europäer." Vgl. den Drahtbericht Nr. 27; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

13 Am 12. Januar 1984 erschien in der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times" ein Artikel des Leiters der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, in dem dieser seine Sicht der Vorgänge um den „Waldspaziergang" vom 16. Juli 1982 bzw. den „Parkspaziergang" vom 13. November 1983 darlegte und dabei der Bundesregierung eine Mitschuld am Scheitern der Verhandlungen zuwies. Vgl. dazu den Artikel „Soviet View of Geneva"; THE NEW YORK TIMES vom 12. Januar 1984, S. A 31.

tion den Zeitpunkt für gekommen halte, einige erkennbare, wenn auch nicht sehr große Schritte zu tun:

– Nachdem man im November/Dezember die Polen, die über traditionelle Fischereibeziehungen zu den USA verfügten, ermutigt habe, mit den amerikanischen Fischern über Arrangements zu reden, wolle man jetzt beachtliche, im Umfang aber noch nicht fixierte Quoten vor der US-Küste zusagen.
– Im Luftverkehr wolle man den Charterflugverkehr, auch mit Rücksicht auf starke polnische Bevölkerungsgruppe in den USA und die Olympischen Spiele[14], erweitert zulassen, der Linienflugverkehr unterbleibe aber weiter.[15]

Diese konkreten Schritte seien Reaktionen auf den Papst-Besuch[16] und die Entlassung vieler Gefangener, auch wenn die Lage hier weiter unbefriedigend sei.

Bei der Umschuldung[17] sei die Lage unverändert. Neue Kredite kämen nicht in Betracht.

Das Kirchenprojekt für die polnische Landwirtschaft[18] verfolge Washington mit Interesse. Wenn es konkrete Form annehme, sei es zur Teilnahme bereit.

14 Die XXIII. Olympischen Sommerspiele fanden vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles statt.

15 Präsident Reagan verkündete am 23. Dezember 1981 verschiedene Sanktionen gegen Polen. Darunter waren ein Lieferstop für Landwirtschafts- und Milchprodukte sowie die Aufhebung der zivilen Flugrechte in den USA und polnischer Fischereirechte in amerikanischen Gewässern. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1185–1188. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 161–163 (Auszug).
Gesandter Wallau, Washington, teilte am 19. Januar 1984 mit, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums habe Reagan am 16. Januar 1984 entschieden, „das Fischfangverbot für polnische Fischer in US-Gewässern aufzuheben; Landerechte für 88 polnische Charterflüge im Zeitraum April – Oktober 1984 in die USA in der Erwartung zu erteilen, daß Warschau amerikanischen Fluggesellschaften die gleiche Zahl von Landerechten für Charterflüge gewährt. […] Die Aufhebung oder Modifizierung weiterer Sanktionen sei abhängig von der Entwicklung in Polen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 247; VS-Bd. 13411 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

16 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 197 und Dok. 216.

17 Referat 422 vermerkte am 17. Januar 1984, die Verhandlungen über eine Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten seien im Januar 1982 ausgesetzt und am 16./17. November 1983 in Paris wiederaufgenommen worden: „Dabei forderte die westliche Seite die sofortige Zahlung der auf rund 520 Mio. Dollar (deutscher Anteil: 209 Mio. DM) bezifferten Rückstände aus dem Umschuldungsabkommen 1981. Die polnische Seite erkannte grundsätzlich an, daß die aufgelaufenen Rückstände einer Regelung bedürfen. Sie bestand aber auf einer gleichzeitig zu treffenden Umschuldungsregelung für die Fälligkeiten der Jahre 1982 und 83 (5,7 Mrd. Dollar; deutscher Anteil: 2,1 Mrd. DM (800 Mio. Dollar)) und machte mit einer gewissen Härte deutlich, daß für Polen eine Gesamteinigung nur in Verbindung mit dem von Polen gewünschten IWF-Beitritt sowie mit der Gewährung neuer westlicher Kredite möglich ist.“ Diese polnischen Vorbedingungen seien zurückgewiesen worden. Vgl. Referat 422, Bd. 140137.

18 Referat 411 erläuterte am 19. Januar 1984: „Im Jahre 1982 haben die polnischen Bischöfe damit begonnen, mit der Deutschen Bischofskonferenz und – soweit hier bekannt – mit entsprechenden Stellen in anderen westlichen Staaten ein kirchliches Hilfsprogramm für die private polnische Landwirtschaft und das Handwerk zu entwickeln. Volkswirtschaftliches wie politisches Ziel der Initiative ist die Erhaltung und Festigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Landwirte und Handwerker. Das Reformpotential in Polen soll bewahrt und gestärkt werden.“ Das Hilfsprogramm solle auf polnischer Seite über eine unabhängige Stiftung polnischen Rechts abgewickelt werden, deren Träger die katholische Kirche in Polen sein werde. Zur Errichtung der Stiftung müsse das polnische Parlament ein Stiftungsgesetz verabschieden: „Ziel der Kirche ist es, durch Stiftungsgesetz und -statut sicherzustellen, daß die Stiftung bei der Gestaltung und Durchführung des Programms volle Unabhängigkeit besitzt.“ Die Kosten des Programms sollten zur Hälfte aus privaten Spenden bzw. von den beteiligten Regierungen, vor allem den EG-Mitgliedstaaten und den USA, getragen werden. Vgl. Referat 421, Bd. 140341.

BM nahm Bezug auf das Gespräch im Viererkreis in Brüssel[19], bei dem er die polnische Haltung zu diesem Projekt als wichtigen Faktor für unsere Entscheidung über die Weiterentwicklung der Beziehungen zu Polen bezeichnet habe. Wenn dieses Projekt in unserem Sinn erfolgreich sei, werde sich für die USA schnell das Futtermittelproblem stellen, dessen Bedeutung BM noch einmal darlegte.

Zur amerikanischen Einschätzung der Lage im Nahen Osten, um die BM im Hinblick auf bevorstehende Israel-Reise BKs[20] bat, bemerkte Shultz: Israel verhalte sich konstruktiv. Eine Prognose für den Nahen Osten sei schwierig, aber bei allen Problemen gebe es einige hoffnungsvolle Entwicklungen:

– Im Libanon seien die Sicherheitsabsprachen und die Versöhnung seit der Vereinbarung des Waffenstillstands[21] im letzten Sommer mühsam in Gang gekommen, und trotz aller Schwierigkeiten bemühe man sich weiter darum. Im letzten Moment habe Syrien damals entschieden, daß es noch nicht so weit sei, es gebe hier aber Perspektiven.
– Seit Shamirs Besuch in Washington[22] verhalte sich Israel sehr positiv im Libanon und wolle helfen. Alles bewege sich sehr langsam, und es gebe unverändert das Potential für eine plötzliche Explosion.
– In Syrien hielten sich 6000–7000 Sowjets meist als Militärberater auf, gelegentlich auch im Bekaa-Tal. Hier gebe es ein starkes Potential für eine Explosion.
– In Tripoli sei die Lage nach Arafats Abzug[23] entspannt. Die neue Guerilla-Einheit unter syrischem Kommando könne aber im Süden aktiv werden.
– An vom BM erwähnten Gerüchten über eine amerikanische Absicht, Beziehungen zur PLO zu verbessern, sei nichts. Die USA hätten zwar den Abzug ermöglicht, indem sie Israel dazu brachten, ihn zu dulden. Soweit Arafat die PLO führe – die meisten Palästinenser sähen das wenigstens psychologisch noch so –, sei eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen ihm und Hussein wünschenswert. Arafat wirke unsicher, zum Verzicht auf den Kampf gegen Israel scheine er nicht bereit.
– Hussein stehe unter starkem syrischen Druck, Damaskus sei teilweise für Terrorismus in Jordanien verantwortlich. Für Hussein werde es um so gefährlicher, je stärker Syrien sei. Er sei sich des Problems voll bewußt, daß 60 Prozent seiner Bevölkerung Palästinenser seien.
– Im Hinblick auf Husseins konstruktive Politik habe Washington eingehend mit Israel gesprochen und es ermutigt, die Wahl von Palästinensern auf der

19 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 7. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 374.

20 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.

21 Vgl. dazu das Abkommen vom 17. Mai 1983 zwischen Israel und dem Libanon über die Beendigung des Kriegszustands, die gegenseitige Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität sowie den Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Libanon; ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1309–1322.

22 Ministerpräsident Shamir hielt sich vom 27. bis 30. November 1983 in den USA auf.

23 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, verließ die libanesische Stadt Tripoli am 20. Dezember 1983.

Westbank und ihre Reisen nach Amman zuzulassen.[24] Dies sei geschehen, desgleichen sei die Belagerung der Christen durch Drusen beendet worden.

Die in Europa so viel kritisierten Israelis hätten so eine Reihe von positiven Schritten getan.

BM meinte, solche Kritik käme weniger von uns. Die Bundesrepublik habe unter den größeren westeuropäischen Staaten die vergleichsweise besten Beziehungen zu Israel.

Shultz bestätigte dies, die instrumentale deutsche Rolle bei der Aufhebung der EG-Sanktionen gegen Israel[25] werde anerkannt.

BM stellte fest, BK werde unter dem Eindruck seiner sehr guten Gespräche in Jordanien[26] die Israelis auffordern, die Vorstellungen und die Rolle Jordaniens sehr ernst zu nehmen. Shamir sei ein fester, tapferer und harter Politiker, für aufrichtige Ratschläge von Freunden aber eher empfänglich als sein Vorgänger[27]. Natürlich werde auch die Frage von deutschen Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien eine Rolle spielen.

Zum Abschluß des Gesprächs bestätigte Shultz auf Frage von BM, daß das im Vorfeld des Stockholmer Eröffnungstreffens im NATO-Rahmen erörterte RDF-Problem durch die auf Beamtenebene erzielte Verständigung ausgeräumt sei.[28]

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 14127 (010)

24 Referat 310 legte am 10. Januar 1984 dar: „König Hussein hat begonnen, innenpolitisch den Boden für eine aktivere Rolle Jordaniens in der Palästinenserfrage vorzubereiten. In einer ersten Arbeitssitzung seit seiner Suspendierung 1967 hat das Parlament in Amman beschlossen, durch Wahl bzw. Ernennung neuer Vertreter des Ost- und Westjordanlandes die paritätische demokratische Vertretung beider Landesteile wiederherzustellen. Jordanien kann dann zu Lasten Arafats mit größerer Berechtigung beanspruchen, auch für die Bewohner der besetzten Gebiete zu sprechen." Vgl. Referat 310, Bd. 137546.

25 Die für Juni 1982 vorgesehene Unterzeichnung des zweiten Finanzprotokolls zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Israel wurde aufgrund des israelischen Einmarschs in den Libanon ausgesetzt und fand erst am 24. Juni 1983 statt. Vgl. dazu SIEBZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 278.

26 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf und traf am 6. Oktober 1983 mit König Hussein in Amman zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1983, II, Dok. 291.

27 Menachem Begin.

28 Zur Frage der Notifizierung des Transits amerikanischer RDF durch Europa vgl. Dok. 6, besonders Anm. 10.
Botschafter Ruth, z. Z. Stockholm, teilte am 17. Januar 1984 mit, in einem Gespräch zwischen Vertretern der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA am selben Tag sei „ad referendum" eine Lösung erarbeitet worden, „die es uns erlauben soll, das VSBM-Paket in Brüssel abzuschließen". Es sei vereinbart worden: „it would be desirable for NATO to consider covering the arrival in the CDE zone of transit forces in excess of the 6000 threshold by an information procedure under section 1 (measures of information) of the NATO proposal, […] It is reaffirmed that there should be no constraint growing out of the CDE negotiations on the ability of the US RDF to deploy out of area or on the ability of Allied Governments to facilitate this deployment". Vgl. den Drahtbericht Nr. 8; VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1984.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 20. Januar 1984, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag sei der Formel zugestimmt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 120; VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

13

Botschafter Ruth, z.Z. Stockholm, an Staatssekretär Meyer-Landrut

114-10223/84 geheim **Aufgabe: 19. Januar 1984, 09.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5 **Ankunft: 19. Januar 1984, 14.44 Uhr**

Nur für StS

Herrn Staatssekretär mit dem Vorschlag, den Bundeskanzler und Bundesminister Wörner zu unterrichten.

Betr.: Gespräch Shultz–Gromyko am 18. Januar anläßlich des Beginns der KVAE in Stockholm

I. Gespräch dauerte 5 1/2 Stunden, obgleich auf amerikanischer Seite simultan übersetzt wurde. Im Anschluß an das Gespräch unterrichtete Burt die Presse, ohne irgendeinen Substanzpunkt zu enthüllen.[2] Amerikaner haben die übrigen NATO-Partner weniger detailliert unterrichtet.[3] Ich bitte daher, die folgenden Einzelheiten über das Gespräch, die mir Burt in einem bilateralen Briefing mit der Bitte um streng vertrauliche Handhabe mitgeteilt hat, in diesem Sinne zu behandeln.

II. Einzelheiten aus dem bilateralen Briefing

1) Gesamtcharakter: produktives Gespräch, dessen Atmosphäre sich im Gesprächsverlauf verbesserte (Anfang ernst, am Schluß sogar Scherze).

2) Gromyko begann mit Vorwürfen an die Adresse von Shultz wegen dessen Erklärung in seiner Stockholmer Rede[4], daß die USA die Teilung Europas und Deutschlands nicht als legitim anerkennen könnten. Er warf der US-Administration vor, sie stelle die Legitimität des Sowjetstaats im Frage.

Shultz antwortete, den USA sei es gleichgültig, wenn Menschen eine ineffiziente Wirtschaftsform wählten. Insoweit hätten sie nichts gegen den Sozialismus; was ihnen Sorge mache, sei die Unterdrückung der Freiheit.

Gromyko: Wenn beide Länder sich von ihrer Ideologie leiten ließen, dann tue sich eine Mauer zwischen ihnen auf.

Shultz darauf: Es gibt eine wirkliche Mauer, darin besteht das Problem.

3) Zur Rüstungskontrolle überleitend, führte Shultz zunächst aus:

a) START

Shultz erläuterte amerikanische Position. Es sei anzunehmen, daß die Struk-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Januar 1984 vorgelegen.

2 Zur Unterrichtung der Presse durch einen „hohen Beamten" des amerikanischen Außenministeriums in einem Hintergrundgespräch vgl. den Artikel „Wenn hohe Beamte in Stockholm vielsagend nichts sagen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. Januar 1984, S. 3.

3 Die amerikanische Regierung unterrichtete die NATO-Mitgliedstaaten am 18. Januar 1984. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 30 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 19. Januar 1984; VS-Bd. 14127 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

tur der Waffensysteme auf beiden Seiten nicht gleich sei. Deshalb könne man an einen Trade-off zwischen sowjetischen ICBM und amerikanischen Bombern denken.

b) INF

Die Vereinigten Staaten hätten Vorschläge gemacht[5], die Fortschritte versprochen hätten. Sie seien bereit, diese Vorschläge weiter zu diskutieren.

c) MBFR

Die östliche Bewegung in der Verifikationsfrage sei hilfreich.[6] Die Vereinigten Staaten seien bereit, die Diskussion fortzusetzen.

d) C-Waffen

Shultz habe die Ankündigung der Vorlage eines Vertragsentwurfes[7] erläutert und die amerikanische Bereitschaft erklärt, ihn mit der Sowjetunion zu explorieren.

e) KVAE

Shultz sagte, die Vereinigten Staaten wollten praktische Ergebnisse.

4) Gromyko antwortete:

a) Zu INF und START

Nachdem die Dislozierung begonnen habe, müßten Pershing II und Cruise Missiles als FBS in START behandelt werden.

(Shultz warf ein, dann müsse auch die SS-20 in START einbezogen werden. Die Vereinigten Staaten seien mit ihren Alliierten verbunden. Was sie treffe, treffe auch die Vereinigten Staaten.) Gromyko habe gesagt, daß die sowjetische Seite an der Gleichheit mit den Vereinigten Staaten interessiert sei. Von „equal security" habe er nicht gesprochen. Shultz habe geantwortet, wenn es um Gleichheit gehe, könnten die Probleme gelöst werden.

b) MBFR

Gromyko habe den 16. März als Wiederaufnahmetermin der Verhandlungen vorgeschlagen.[8] (Dieser Termin wurde inzwischen auch von tschechischer Seite genannt.)

c) Chemische Waffen

Gromyko habe seine Befriedigung über die amerikanische Ankündigung ausgedrückt, einen Vertragsentwurf vorzulegen. Ein Abkommen im chemischen Bereich sei wichtig für alle anderen Rüstungskontrollunternehmen. Beide Seiten

5 Präsident Reagan gab am 26. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York bekannt, die USA hätten bei den INF-Verhandlungen in Genf Vorschläge für eine verbesserte Zwischenlösung vorgelegt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1351 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 624 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 267.

6 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 386.

7 In seiner Rede am 17. Januar 1984 in Stockholm kündigte der amerikanische Außenminister Shultz die Vorlage eines Vertragsentwurfs in der Genfer Abrüstungskonferenz für ein weltweites, umfassendes und verifizierbares Verbot aller chemischen Waffen an. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 242.
Zum Entwurf vom 18. April 1984 vgl. Dok. 106.

8 Die 32. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 16. März bis 19. April 1984 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 113.

sollten dem Thema ihre Aufmerksamkeit widmen. Das globale Herangehen an das Thema sei akzeptabel.

d) KVAE

Obwohl es unterschiedliche Vorstellungen gebe, sollten die beiden Delegationen in Stockholm so eng wie möglich zusammenarbeiten.

e) Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen

Gromyko habe das Thema nicht intensiv angesprochen. Es sei aber klargeworden, daß die Sowjetunion reagieren müsse, wenn amerikanische Vorwürfe[9] öffentlich würden.

f) Menschenrechte

Eine Bemerkung Gromykos habe Shultz Gelegenheit gegeben, das Thema zu erörtern. Er habe gesagt, daß es ein für den Präsidenten[10] wichtiges Thema sei, und habe konkret an die Schicksale von Schtscharanskij[11], Sacharow[12] und Begun[13] erinnert. Außerdem habe er an das Problem der jüdischen Auswanderung erinnert mit dem Problem der Familientrennung. Zu diesem Komplex sei eine Liste übergeben worden. Gromyko habe nicht reagiert.

5) Bilaterale Beziehungen

a) AM Shultz habe festgestellt, daß die Hot-Line-Gespräche in Washington[14] gut verlaufen seien.

9 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Januar 1984: „Deputy Assistant Secretary of State James Dobbins hat den Rat am 11.1.1984 über den Bericht des Weißen Hauses zur Frage der Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen durch die SU unterrichtet. Dieser klassifizierte Bericht soll dem Kongreß Ende des Monats zugehen. Es ist nicht beabsichtigt, eine Version für die Öffentlichkeit herauszugeben. Allerdings soll ein kurzes ‚fact sheet' veröffentlicht werden." Der Bericht konzentriere sich auf sieben Hauptpunkte: „Nicht bei allen sind konkrete Verstöße gegen vertragliche oder politische Verpflichtungen beweisbar. […] Die USA schlossen ausdrücklich eine öffentliche Kampagne über dieses Thema aus. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß Einzelheiten an die Öffentlichkeit gelangen, da die amerikanische Administration bereits mit vertraulichen Briefings von einzelnen Kongreßabgeordneten begonnen hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; VS-Bd. 13377 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

10 Ronald W. Reagan.

11 Referat 213 notierte am 25. Oktober 1983: „Der heute 35-jährige Mitbegründer der Moskauer Helsinki-Gruppe, Anatolij Schtscharanskij, wurde im Juli 1978 von einem Moskauer Gericht wegen ‚Verrats und antisowjetischer Propaganda' zu einer Strafe von drei Jahren Gefängnis und anschließend zehn Jahren verschärftem Arbeitslager verurteilt. Schtscharanskij gilt unter den sowjetischen Kämpfern für die Bürgerrechte als diejenige Persönlichkeit, die sich insbesondere auch für die Ausreiseanliegen der Juden in der Sowjetunion und für ihre nationalen und religiösen Rechte eingesetzt hat." Vgl. Referat 213, Bd. 139300.

12 Zum Fall des 1980 verhafteten und nach Gorki verbannten sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. AAPD 1983, I, Dok. 170, und AAPD 1983, II, Dok. 268.

13 Am 16. Oktober 1983 wurde in der Presse berichtet, der sowjetische Dissident Begun, der sich seit 13 Jahren um die Ausreise nach Israel bemühe und bereits mehrfach nach Sibirien verbannt worden sei, sei in einem Prozeß am Vortag in Wladimir wegen Herstellung und Verbreitung anti-sowjetischer Literatur zu sieben Jahren Gefängnis und anschließend fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Vgl. dazu den Artikel „Soviet Crackdown On Dissidents Seen"; THE WASHINGTON POST vom 16. Oktober 1983, S. A 14.

14 Die USA und die UdSSR führten vom 11. bis 13. Januar 1984 Gespräche über eine Verbesserung und Erweiterung der bestehenden direkten Nachrichtenverbindung zwischen Weißem Haus und Kreml („Heißer Draht"). Gesandter Wallau, Washington, berichtete dazu am 13. Januar 1984: „Verhandlungen waren nach Aussage Verhandlungsteilnehmers State Department sehr erfolgreich. Die sowjetische Delegation sei sehr entgegenkommend gewesen und habe ernsthaft verhandelt (‚very

b) Die Kooperation im Nichtverbreitungsbereich sei gut.

c) Andere Kooperationsmöglichkeiten gebe es hinsichtlich der Themen

– Maritime Boundary Limitation[15],
– beiderseits begünstigende Handelsbeziehungen,
– Bereitschaft, im konsularen Bereich und bei der Frage eines Kulturabkommens Fortschritte zu machen.

d) Gromyko habe Bereitschaft zur Zusammenarbeit im bilateralen Bereich erklärt. Die Beziehungen sollten zum Stand der 70er Jahre zurückgeführt werden.

6) Regionale Fragen, von AM Shultz angesprochen:

a) Libanon

Gromyko habe den Amerikanern vorgeworfen,

– sie seien von den Israelis abhängig,
– sie suchten überall nach neuen Basen.

Shultz habe das Libanon-Problem ausführlich erläutert.

b) AM Shultz habe den iranisch-irakischen Krieg kurz angesprochen. Gromyko habe nicht reagiert.

c) Zu Nicaragua

habe Gromyko sich nicht besonders engagiert geäußert. Er habe gesagt, daß die Vereinigten Staaten nicht bedroht würden. Im übrigen seien die Beziehungen der Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten vielfältiger als die mit Nicaragua.

d) Grenada[16] sei zur Sprache gekommen, allerdings nicht in prominenter Weise.

e) Zu Südafrika

Gromyko habe den Vereinigten Staaten Unterstützung der südafrikanischen Aggression vorgeworfen. Shultz habe die amerikanische Position gegenüber Südafrika erläutert. Gromyko habe geantwortet, wenn die Vereinigten Staaten alles von Shultz Dargelegte verwirklichten, sei eine Zusammenarbeit möglich.

7) Schlußbemerkungen der Gesprächspartner

a) AM Shultz habe an AM Gromyko als Menschen und als einen der erfahrensten Staatsmänner der Welt appelliert, Fortschritte zu ermöglichen.

b) Gromyko habe gesagt, wenn Shultz häufigere Treffen für nützlich hielte, werde die Sowjetunion dies begrüßen. Er müsse feststellen, daß in Genf derzeit nichts getan werden könne. Dafür sollten die beiden Delegationen in Stockholm eng zusammenarbeiten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 67

forthcoming and serious‘).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 189; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

15 Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 26. Januar 1984 mit, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft fänden z. Z. amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über die Seegrenze in der Beringstraße statt: „Diese Verhandlungen seien notwendig, weil die im Alaska-Kaufvertrag von 1867 beschriebene Abgrenzung zu ungenau für die heutigen Bedürfnisse sowohl der Fischerei, insbesondere aber auch der Off-shore-Prospektion sei. Die jetzigen Verhandlungen […] seien eine Fortsetzung von Gesprächen, die schon im Mai 83 begonnen hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 345; Referat 213, Bd. 139345.

16 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

8) Auf entsprechende Zusatzfrage von mir, ob das Thema[17] zur Sprache gekommen sei, verneinte Burt dies.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14127 (010)

14

Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z.Z. Stockholm, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 37
Citissime

Aufgabe: 20. Januar 1984, 10.00 Uhr[1]
Ankunft: 20. Januar 1984, 11.42 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesminister mit Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm[2]
(vorbehaltlich Zustimmung BM)

I. Zusammenfassung

Das 2 1/2stündige Gespräch am späten Abend, das im Anschluß an die über fünfstündige Begegnung zwischen Gromyko und Shultz[3] stattfand, verlief sachlich und in guter Atmosphäre. Es konzentrierte sich auf die West-Ost-Beziehungen, insbesondere im Sicherheitsbereich.

BM erläuterte unsere Philosophie zum Fortgang der West-Ost-Beziehungen in der bestehenden Situation unter besonderer Betonung des Signals von Brüssel[4]. Gromyko bekräftigte im ganzen die bekannte sowjetische Position.

Er teilte mit, daß die Sowjets über die Fortführung von START noch nachdächten, daß jedoch MBFR in den nächsten Monaten fortgeführt werden könne.[5]

Insgesamt bestätigte sich der Eindruck, daß der Überprüfungsprozeß in Moskau noch andauert, die Sowjets aber weiter interessiert sind, das Netz der Kon-

17 So in der Vorlage.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Januar 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1984 anläßlich der Eröffnung der KVAE in Schweden auf.

3 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13.

4 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

5 Die 32. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 16. März bis 19. April 1984 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 113.

takte und Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, wenn auch hinter der Abschirmung einer oft schroffen Polemik nach außen.

II. Im einzelnen

Bundesminister knüpfte an die Begegnung in Wien[6] an. Er würde heute noch dieselbe Bewertung wie damals zu unseren Absichten, Zielen und Vorstellungen bei den wichtigen Fragen der bilateralen Beziehungen und der internationalen Lage geben. Allerdings seien wir um eine Hoffnung ärmer, da die Genfer Mittelstreckenwaffen-Gespräche nicht zu einer konkreten Verhandlungslösung geführt hätten.[7] Dafür sei auf der positiven Seite der Beginn der Stockholmer Konferenz zu verbuchen. BM erinnerte an das, was er in Wien gesagt habe über unseren aufrichtigen Willen zur Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und zwischen West und Ost sowie den Wunsch, soweit wie möglich zu Vereinbarungen zu kommen, wobei er auf die Übereinstimmung mit unseren Partnern hingewiesen habe. Wir seien uns aufgrund[8] unserer Interessen, geographischen Lage und Geschichte unserer Verantwortung bewußt, zum Abbau der Spannungen, zu Zusammenarbeit und Kontakten in allen Bereichen beizutragen. BM verwies auf die Brüsseler politische Erklärung von Dezember 1983 mit dem gemeinsamen Angebot zur Zusammenarbeit mit der SU und ihren Partnern und der Feststellung, daß in den Sicherheitsfragen nur dann gute Lösungen zu erreichen seien, wenn die legitimen[9] Sicherheitsinteressen der anderen Seiten erkannt und anerkannt würden. Diese Erklärung gehöre zu den wichtigsten Dokumenten des Jahres 1983. Wegen der Bedeutung des Dialogs hätten wir uns von Anfang an für die Eröffnung der Stockholmer Konferenz auf Außenminister-Ebene eingesetzt, was im Anfang nicht ungeteilte Zustimmung im Westen und Osten gefunden habe, sich jetzt aber für das West-Ost-Verhältnis als nützlich erweise. Wir begrüßten die bilateralen Gespräche, darunter auch besonders den Kontakt Gromykos mit AM Shultz. Manches von dem, was wir uns in Wien vorgenommen hätten, sei inzwischen in die Tat umgesetzt, wie die Tagung der Wirtschaftskommission.[10] Manches stehe noch bevor, wie die Begegnung der Planungsstäbe.[11] Er habe inzwischen den ungarischen Außenminister getroffen[12], und die Begegnung mit dem rumänischen Außenminister sei

6 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306.

7 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

8 Korrigiert aus: „seien aufgrund".

9 Korrigiert aus: „legitimierten".

10 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 16. November 1983: „Vom 11. bis 16.11.1983 fand in Moskau die 12. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission unter Leitung des st[ell]v[ertretenden] sowjetischen Ministerpräsidenten Kostandow und von Bundesminister Graf Lambsdorff statt. Zentrales Thema war die Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in einer politisch kritischen Phase unserer Beziehungen zur Sowjetunion. Tagung verlief sachlich und ohne jede Schärfen." Es sei deutlich geworden, „daß politische Spannungen aus Genfer Verhandlungen nicht negativ auf deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen durchschlagen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 5159; Referat 213, Bd. 133248.

11 Die deutsch-sowjetischen Planungsstabsgespräche fanden am 9. und 12. März 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 84, Anm. 10.

12 Der ungarische Außenminister Várkonyi besuchte die Bundesrepublik am 21. Dezember 1983. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1983, II, Dok. 390.

nur wegen seines Unfalls[13] verschoben worden.[14] Wir begrüßten den guten Stand der Beziehungen zur DDR, der auch in seiner heutigen Begegnung mit AM Fischer[15] bestätigt worden sei. Besondere Bedeutung komme den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen zu. Wir wünschten, daß die Entwicklung der Beziehungen zwischen USA und SU Impulse für die internationale Entwicklung und das West-Ost-Verhältnis gäbe, die wir im Interesse stabiler Beziehungen und der Zusammenarbeit in Europa sowie der Abrüstung brauchten. Die Probleme seien vielfältig, aber auch die Möglichkeiten seien groß. Unser Handeln sei im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, das von der Brüsseler Erklärung bestätigt worden sei, vom aufrichtigen Willen bestimmt, zu Kontakten und Zusammenarbeit zwischen West und Ost beizutragen, die bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion zu entwickeln und in den schwierigen Fragen der Abrüstung in allen Bereichen, einschließlich der nuklearen Abrüstung, voranzukommen. Je früher darüber Verhandlungen fortgesetzt bzw. aufgenommen würden, desto besser für die Sache des Friedens. Wir hätten alles aufmerksam zur Kenntnis genommen, was von sowjetischer Seite im schriftlichen Meinungsaustausch, in Kontakten und in öffentlichen Erklärungen gesagt worden sei. Bundesminister sprach, auch im Namen des Bundeskanzlers und in Erinnerung an die in Moskau geführten Gespräche[16], die Hoffnung aus, daß GS Andropow bald in vollem Umfang seine Tätigkeit wiederaufnehmen könne.

Gromyko erwiderte: Er habe BM aufmerksam zugehört, müsse aber darauf hinweisen, daß seit dem Moskauer Besuch von Bundeskanzler und Bundesminister und der Wiener Begegnung mit BM ein Ereignis eingetreten sei, das zur großen Verschlechterung der Lage in Europa und der Welt geführt habe. Die USA hätten begonnen, in einigen westeuropäischen Ländern, darunter der Bundesrepublik Deutschland, neue Mittelstreckenwaffen zu stationieren. Einige Regierungen, besonders in den Stationierungsländern, versuchten diese Sache zu bagatellisieren. Die Völker spürten jedoch instinktiv die Verschlechterung der Situation. Wie er vorher Shultz gesagt habe, so wolle er jetzt auch dem BM sagen, daß es falsch wäre, den Konsequenzen der Stationierung nicht die richtige Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Umstände hätten auch Verschlechterungen in anderen Bereichen zur Folge. Alle Erklärungen, die man jetzt über die Fortsetzung der Beziehungen, den Frieden, die Entspannung und die Stockholmer Konferenz höre, änderten nichts daran. Für die SU seien die neuen Rake-

13 Bundesminister Genscher erlitt am 3. Januar 1984 bei einem Autounfall in der Nähe von Nonnweiler im Saarland einen Brustbeinbruch sowie Blutergüsse. Vgl. dazu den Artikel „Genscher bei Autounfall verletzt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Januar 1984, S. 1.

14 Der ursprünglich für den 8./9. Januar 1984 vorgesehene Besuch des rumänischen Außenministers Andrei in der Bundesrepublik fand am 2./3. März 1984 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte dazu am 9. März 1984 mit, Themen der Gespräche mit Genscher seien die bilateralen Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen, der Nahost-Konflikt, die Lage im südlichen Afrika, der Nord-Süd-Dialog sowie die Beziehungen Rumäniens zur Volksrepublik China gewesen. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 19; Referat 421, Bd. 140293.

15 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 18. Januar 1984 teilte Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Stockholm, am selben Tag mit, es sei „in guter und sachlicher Atmosphäre" verlaufen. Neben der KVAE seien die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Rüstungskontrollpolitik sowie die innerdeutschen Beziehungen erörtert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 33; VS-Bd. 14127 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

16 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

ten strategische Waffen. Man müsse entsprechend reagieren. Wenn man auf westlicher Seite darauf hinweise, daß die Stationierung nicht unerwartet komme, so müsse er darauf hinweisen, daß die SU für diesen Fall eine Verschlechterung der Lage vorausgesagt habe, die jetzt eingetreten sei.

Washington spezialisiere sich auf allerlei Betrügereien und Unterstellungen. Hochgestellte amerikanische Vertreter und Politiker hätten immer wieder versucht, die Menschen in Amerika und Europa zu überzeugen, daß dies keine Bedeutung habe und daß die SU auch nach Unterbrechung der Verhandlungen wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren werde, wenn nur möglichst schnell und immer mehr stationiert werde. Sie wüßten, daß dies eine Irreführung der Menschen sei, aber dies bestätige ihre Natur. Die SU mache in solchen Fragen keine Scherze. Die USA hätten die Verhandlungen gesprengt, und diejenigen, die die Stationierung auf ihrem Territorium zugelassen hätten, leisteten den Amerikanern dabei Hilfe. Die Amerikaner versuchten, die Stationierung als normalen Vorgang hinzustellen, und behaupteten, daß Amerikaner und Westeuropäer ohne die Raketen nicht leben könnten. Die SU habe nicht am Verhandlungstisch bleiben können. Sonst hätten sie den USA objektiv geholfen, die Wahrheit zu verschleiern. Dann wäre nämlich der Anschein erweckt worden, als ob in den Verhandlungen noch etwas Wichtiges passiere. Gromyko wiederholte mehrfach, BM möge nicht den Propaganda-Behauptungen glauben, daß die SU um so schneller an den Verhandlungstisch zurückkehre, je mehr und schneller dislociert werde.

Gromyko fügte hinzu, daß sich die SU jetzt auch bei START überlege, ob sich weitere Verhandlungen noch lohnten. Die neuen amerikanischen Raketen in Westeuropa seien für die SU strategische Raketen. Im übrigen sei Moskau inzwischen ganz klar, daß die Amerikaner bei START keine Vereinbarung wünschten. Ihre Vorschläge[17] seien nicht seriös. Sie liefen darauf hinaus, daß die SU sich auf diesem wichtigsten Gebiet entwaffne, während die Amerikaner weiter aufrüsteten und ein so großes Übergewicht erreichen könnten, daß die USA damit eine dominierende Rolle in der Welt erringen würden, was gegenwärtig das Ziel Washingtons sei. Die Annahme der amerikanischen Vorschläge würde die gesamte Struktur der strategischen Waffen der SU zerstören und den Sowjets die amerikanische Struktur aufzwingen. Washington wolle sich in eine Kommando-Position über die ganze Welt bringen.

Nachdem die Amerikaner die Mittelstreckenwaffen gesprengt hätten[18], seien sie jetzt also auch auf dem Weg, die Verhandlungen über die START-Waffen zu sprengen.

Zur NATO-Deklaration von Brüssel meinte Gromyko, sie ändere nichts an der beschriebenen Situation. Sie liege abseits von der Hauptstraße, auf welcher die internationale Entwicklung vor sich gehe. Sie enthalte eine halbe Erklärung der sowjetischen Position mit manchen Unterstellungen und eine halbe Recht-

17 Die USA legten am 7. Juli 1983 den Entwurf eines START-Abkommens vor. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 232.
Weitere amerikanische Vorschläge wurden am 4. Oktober 1983 unterbreitet. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 289 und Dok. 385.

18 So in der Vorlage.

fertigung der NATO-Position. Natürlich habe man keine objektive Einschätzung der sowjetischen Position durch die NATO erwartet.

[19]Gromyko fährt fort: Insgesamt habe sich die Lage kompliziert, und sie kompliziere sich weiter. Offenbar wolle man auf seiten der NATO um keinen Preis von der Ausführung des Stationierungs-Beschlusses[20] zurückweichen. Dieser Vorgang beeinflusse auch die Stockholmer Konferenz. Es falle auf, daß die westliche Seite in Stockholm nicht von größeren Konzepten, sondern von kleineren konkreten Schritten spreche: von Manövern und Übungen und deren Freiwilligkeit oder Nicht-Freiwilligkeit. Man frage sich, ob dies das eigentliche Ziel der Konferenz sein solle. Außerdem werde erklärt, daß die militärische Lage in Europa transparent gemacht werden müsse. Alles solle offen sein für alle, es dürfe keine militärischen Geheimnisse mehr geben. Plötzlich habe Washington eine Vorliebe für die Transparenz entdeckt. Man frage sich allerdings, wo die Transparenz bei der Besetzung Grenadas[21] geblieben sei, als Washington noch 24 Stunden vorher erklärt habe, daß keine militärischen Aktionen beabsichtigt seien. Bei seinem Respekt vor den Fähigkeiten von BM könne er nicht glauben, daß dieser es für das Ziel der Stockholmer Konferenz halten könne, alles für alle transparent zu machen. Die SU überlege, wie er in seiner Rede[22] gesagt habe, warum man nicht einige Schritte unternehmen könnte, die wirklich zu Vertrauensbildung unter den KSZE-Teilnehmern führen könnten. Warum sollten nicht z. B. die Nuklearmächte unter den KSZE-Teilnehmerstaaten die Verpflichtung übernehmen, Nuklearwaffen nicht als erste einzusetzen? Diesen Gedanken habe er auch Shultz vorgetragen. Die SU habe sorgfältig überlegt, was es bedeute, in der UNO allein und einseitig einen Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz auszusprechen.[23] Jetzt schlage sie vor, daß im KSZE-Rahmen auch USA, GB und F eine solche Verpflichtung übernähmen. Das würde nicht die Verschrottung einer einzigen Rakete, nicht einmal ein Einfrieren bedeuten. Man wolle diese Frage von dem Gesamtkomplex trennen. Dadurch könnten vielleicht auch andere Schritte, die von westlicher oder östlicher Seite vorgeschlagen würden, leichter verwirklicht werden. Dies gelte auch für die Transparenz-Frage.

Bundesminister entgegnete: Niemand werde Gromyko widersprechen, wenn er die Lage als kompliziert bezeichne. Über die Ursachen könne man lange streiten, und wir hätten natürlich unterschiedliche Auffassungen dazu, die wir oft ausgetauscht hätten, zuletzt in Wien. Wir hätten unsere Besorgnis über die Raketen-Entwicklung der SU seit langem immer wieder ausgedrückt. Wir hätten

19 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 37 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

20 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

21 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

22 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 245–252.

23 Der Vorschlag für eine Erklärung, in der der Ersteinsatz von Kernwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet werden sollte, wurde vom sowjetischen Außenminister Gromyko in seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 22. September 1981 in New York unterbreitet. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 93. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 637 f.

mit dem Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag[24] auf eigene Nuklearwaffen verzichtet. Um so mehr habe es uns besorgt, als wir feststellen mußten, daß wir danach einer Bedrohung durch neue Mittelstreckenwaffen ausgesetzt wurden: die SS-20.

Unsere Sorge über diese Rüstung hätten die Bundesregierung und die Vertreter der verschiedenen politischen Richtungen in unserem Lande immer wieder betont. Mit unserem Verzicht auf Nuklearwaffen hätten wir nicht den Anspruch aufgegeben, durch solche Waffen nicht bedroht zu werden. Hier liege die eigentliche Ursache der 1979 getroffenen Entscheidung, deren Vollzug jetzt begonnen worden sei. Wir hätten den Sowjets immer wieder gesagt, was geschehen werde, wenn die Verhandlungen in Genf nicht rechtzeitig zu konkreten Ergebnissen führten. Manchmal hätten wir Zweifel gehabt, ob die sowjetische Seite die Ernsthaftigkeit unserer Sorge und unserer Entschlossenheit richtig eingeschätzt habe. Man könne über die Raketenfrage unterschiedliche Meinung haben, jedoch gebe es nur einen Weg, weiterzukommen: darüber zu sprechen. Deshalb hätten wir die Erwartung ausgedrückt, daß die Zeit kommen werde, wo die SU die Entscheidung über die Rückkehr zu Verhandlungen treffen werde, die ja kein Geschenk einer Seite an die andere Seite seien, sondern ein Weg zur möglichen Lösung streitiger Probleme, die uns gemeinsam bedrückten. Wenn die SU sage, daß sie noch nicht bereit sei, eine Entscheidung über die Rückkehr zum Verhandlungstisch treffen zu können, könnten wir nur die Erwartung und Hoffnung ausdrücken, daß diese Entscheidung zur gegebenen Zeit positiv ausfalle. Wir seien jedenfalls zu[25] Verhandlungen in allen Bereichen, auf atomarem wie auf konventionellem Gebiet, bereit, also auch über MBFR und auch in Stockholm. Auf Gromykos Einwurf, daß wir mit der Stationierung begonnen hätten, ohne ein Ergebnis in Genf abzuwarten, erwiderte BM: Wir hätten immer beklagt, daß die Sowjets mit der SS-20-Stationierung begonnen hätten, ohne mit uns zu sprechen. Wir seien über die SS-20 besorgt, so wie die SU über die Pershing II Sorge ausdrücke. Jedenfalls könne kein Grund gesehen werden, nicht eine Lösung durch Verhandlungen zu suchen. Nur so könne man zu einer Begrenzung oder, wie wir wünschten, gänzlichen Beseitigung kommen. Die Notwendigkeit für Verhandlungen gelte für alle Bereiche. Im Genfer Abrüstungsausschuß würden wir bald in eine Entscheidungslage bei chemischen Waffen kommen. In Stockholm umschreibe das präzise formulierte und von allen in Madrid vereinbarte Mandat[26] die Aufgaben der Konferenz. Natürlich würden wir auch die Vorschläge der anderen anhören und prüfen. Was den Nicht-Ersteinsatz angehe, so erinnere er an die bedeutsame Erklärung des Bonner NATO-Gipfels, daß wir keine unserer Waffen jemals einsetzen würden, es sei denn zur Abwehr.[27] Dies bedeute, daß wir nicht zuerst zu den Waffen

24 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.
Die Bundesrepublik trat dem Nichtverbreitungsvertrag am 28. November 1969 bei. Das Ratifizierungsgesetz wurde am 4. Juni 1974 unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 383, bzw. AAPD 1974, I, Dok. 143.

25 Korrigiert aus: „an".

26 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

27 Vgl. dazu Ziffer 5 a der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anläßlich der Tagung des NATO-

greifen, sondern diese nur zur Verteidigung einsetzen würden. Dies beschränke sich nicht nur auf Atomwaffen oder nur auf konventionelle Waffen, sondern betreffe alle Waffen, sei also eine umfassende Verpflichtung. Wenn eine solche Verpflichtung von allen Staaten in Stockholm bekräftigt würde, könne dies eine bedeutsame Sache sein. Wir besäßen keine Atomwaffen, seien uns jedoch der schrecklichen Vernichtungskraft auch konventioneller Waffen bewußt. Deshalb sei es richtig, daß die NATO ihre Erklärung auf alle Waffen bezogen habe, nicht nur auf einige. Diese Erklärung sollte ebenso ernstgenommen werden wie die Brüsseler Erklärung vom Dezember 1983, deren Grundlinien auch in der Rede Präsident Reagans vom 16.1.84[28] zum Ausdruck kämen. Wir erwarteten nicht, daß die SU zu jedem Wort applaudiere, aber zu manchem könne man doch mit dem Kopf nicken und sagen, wie es weitergehen solle.

BM fuhr fort: Als wir die Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen mit der SU, über den Moskauer Vertrag[29], aufgenommen hätten, seien viele der Meinung gewesen, daß wir uns dabei kaum lösbare Fragen vornähmen. Das Ergebnis sei jedoch gewesen, daß wir eine solide Grundlage für die Gestaltung der Beziehungen erhalten hätten. Er wiederhole auch heute, daß dies unsere Haltung bleibe, die keine Schönwetter-Philosophie sei, sondern eine Grundlinie mit langfristiger Perspektive. So wie wir damals schwierige Probleme gelöst hätten, so wie die SU auch mit USA, F und GB im Vier-Mächte-Abkommen[30] schwierige Probleme gelöst habe, so müßten wir auch heute mit dem gleichen Realismus an die Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle in allen Bereichen herangehen. Man solle auch die vertrauensbildenden Maßnahmen und die Frage der Transparenz nicht geringschätzen. Vieles werde durch Mißtrauen erschwert. Vertrauensbildung sei deshalb unendlich wichtig.

Gromyko bedauerte, daß BM sich nicht positiver zu dem Gedanken einer Nicht-Ersteinsatz-Verpflichtung geäußert habe. Wenn BM auf die Erklärung der NATO verweise, alle Waffen nur zur Abwehr einzusetzen, so liege die auf der Linie eines anderen Vorschlags der SU, nämlich für eine GV-Vereinbarung[31]. Eine solche Vereinbarung könne nicht nur zwischen den beiden Bündnissen, sondern zwischen allen KSZE-Teilnehmerstaaten, einschließlich der N+N-Staaten, geschlossen werden. Auch dies wäre ein großer Schritt zur Vertrauensbildung. Man solle sich also zumindest über den Ersteinsatzverzicht einigen, am besten aber über beide sowjetischen Vorschläge. Dabei brauche keine einzige Rakete oder Kanone verschrottet zu werden, aber die Vertrauensbildung würde es leichter machen, später mit dem Verschrotten zu beginnen. Wenn solche Schritte nicht notwendig wären, könne man der Abrüstung nicht näherkommen. In

Fortsetzung Fußnote von Seite 74

Rats am 10. Juni 1982; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 343. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

28 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

29 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

30 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

31 Vgl. dazu die „Politische Deklaration" der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag; Dok. 11, Anm. 14.

Washington scheine man das Wort Abrüstung aus dem Sprachgebrauch gestrichen zu haben.

BM verwies bezüglich des Gewaltverzichts auf die Äußerungen des Bundeskanzlers in Moskau, der von Beendigung angewandter Gewalt und Nicht-Anwendung von Gewalt auch innerhalb von Bündnissen gesprochen habe. Hier gebe es konstruktive Ideen. Jeder Gedanke werde geprüft werden, wenn man von der Ernsthaftigkeit der anderen Seite überzeugt sei.

Bundesminister drückte die Hoffnung aus, daß sich der Dialog nach Stockholm in allen Bereichen fortsetzen werde. Wir hofften auf eine Fortsetzung der Gespräche zwischen Gromyko und Shultz und würden weiterhin begrüßen, wenn es zu einem amerikanisch-sowjetischen Gipfel komme. Auch über das nächste Treffen zwischen ihm und Gromyko sollte in Anknüpfung an Wien weiter gesprochen werden. Wir hätten eine Fülle von Fragen zu behandeln, darunter im bilateralen Bereich auch humanitäre Probleme. BM erinnerte an die Härtefall-Liste, die Ausreisen und die humanitären Einzelfälle, die er mit Gromyko in Moskau und Wien erörtert habe. Er betonte, daß unsere Linie des Dialogs und der Zusammenarbeit über die Bundestags-Mehrheit hinaus von einer breiten Mehrheit unterstützt werde, auch dies sei ein Stück Berechenbarkeit und Verläßlichkeit deutscher Politik.

Beide Minister vereinbarten, daß die Delegationsleiter beider Staaten in Stockholm[32] Kontakt halten sollten. Zur Fortsetzung der AM-Gespräche sagte Gromyko, er werde darauf zurückkommen.[33] Man werde sehen, wie die Situation dann sei. Im übrigen verlaufe der Prozeß der Konsultationen weiter. Die Gespräche über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Rechtshilfe und Kulturaustausch sollten fortgesetzt werden.[34]

BM bekräftigte unser Interesse an Konsultationen der Abrüstungs-Beauftragten. Er erwähnte die in Moskau ausgesprochene Einladung des Bundeskanzlers an Andropow. Wir erwarteten, daß die sowjetische Seite zu gegebener Zeit darüber entscheide. Gromyko versprach, Andropow daran zu erinnern. Bundesminister bat, daß Gromyko Botschafter Kastl, den man als Nachfolger von Staatssekretär Meyer-Landrut sorgfältig ausgewählt habe, bald empfangen möge und daß er mit ihm einen Meinungsaustausch führe, wie er dies auch mit Botschafter Semjonow tue. Gromyko erwiderte, er habe sich dies für die allernächste Zeit vorgenommen.[35] Er wolle zu Botschafter Kastl normale Beziehungen unterhalten.

32 Klaus Jürgen Citron und Oleg Alexejewitsch Grinewskij.

33 Im Gespräch mit Staatssekretär Meyer-Landrut am 8. März 1984 übergab der sowjetische Botschafter Semjonow eine Einladung für Bundesminister Genscher zu einem Besuch am 21./22. Mai 1984 in der UdSSR. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 227 des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 9. März 1984; VS-Bd. 13382 (213); B 150, Aktenkopien 1984.
Zum Besuch Genschers vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

34 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen sowie das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 3, Anm. 29.
Eine weitere Verhandlungsrunde fand vom 2. bis 4. Mai 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 129, Anm. 18.

35 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 3. Februar 1984, er habe am selben Tag seinen Antrittsbesuch beim sowjetischen Außenminister Gromyko absolviert, „der sachlich und mit freundlichen Zwischentönen verlief". Themen seien die Ost-West-Beziehungen sowie die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich, gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 462/465; Referat 213, Bd. 139305.

Abschließend kam BM noch einmal auf MBFR zu sprechen und erkundigte sich nach den sowjetischen Absichten. Gromyko erklärte: Die Wiener Verhandlungen seien nicht unterbrochen. Es gebe lediglich noch kein neues Datum. Er denke, daß die Verhandlungen in absehbarer Zeit fortgesetzt werden könnten, „vielleicht in einigen Monaten".

[gez.] Braunmühl

Referat 010, Bd. 178887

15

Botschafter von Puttkamer, Stockholm, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 20. Januar 1984, 11.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 29 **Ankunft: 20. Januar 1984, 12.56 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräch BM mit Premierminister Palme am 19.1.1984 in Stockholm[2]

Zum Abschluß seines Aufenthaltes in Stockholm anläßlich der Eröffnung der KVAE-Konferenz führte der Bundesminister ein Gespräch mit dem schwedischen Regierungschef Olof Palme, das wesentlich länger als vorgesehen dauerte.

Zu Beginn des Gesprächs bat Palme den BM um eine Einschätzung der Situation auf der Konferenz und des Gesprächs mit Gromyko[3].

Der BM führte aus, daß er mit Gromyko ein eingehendes und sachliches Gespräch geführt habe, dessen herausragende Ergebnisse gewesen seien, daß die bilateralen Beziehungen auf beiden Ebenen weiterentwickelt werden. Hier sei ein sowjetisches Interesse durchaus erkennbar gewesen, und er beurteile dies positiv.

Im multilateralen Bereich sei vor allem festzuhalten, daß die Sowjetunion zugestimmt habe, die MBFR-Verhandlungen im März wiederaufzunehmen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs nannte der BM den 16. März als präzises Datum.[4] Die Verhandlungen über die C-Waffen würden nach seiner Einschätzung ebenfalls gutgehen. Ein sowjetisches Interesse am amerikanischen Entwurf[5] sei unverkennbar.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Ohr am 20. Januar 1984 vorgelegen.
2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1984 anläßlich der Eröffnung der KVAE in Schweden auf.
3 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 14.
4 Zur 32. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 16. März bis 19. April 1984 in Wien vgl. Dok. 113.
5 Zur Ankündigung des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. Dok. 13, Anm. 7.

Was die INF-Verhandlungen angehe, so müsse ein Weg gefunden werden, der den Sowjets die Gesichtswahrung ermögliche. Schon in Madrid[6] sei erkennbar gewesen, daß dies auch der Interessenlage der Warschauer-Pakt-Staaten entspreche. Seine Gespräche hier in Stockholm mit den WP-Ministern[7] hätten das erneut bestätigt. Eine „Emanzipation der Kleinen" im WP sei eine hochinteressante Entwicklung der letzten Zeit. Hier erweise sich auch der Wert von multilateralen Konferenzen, auf denen die „Kleinen" sich zunehmend beweglicher zeigten.

Palme stellte die Frage: „Was passiert mit den Raketen?"

Der BM führte aus, daß wir mit einem Prozeß vieler Jahre zu rechnen hätten. Die Sowjetunion stehe nicht unter Zeitdruck. Militärische und technische Vorgaben sorgten ohnehin dafür, daß nicht zu viele Raketen stationiert werden könnten.

Die Sowjetunion ist einer Fehleinschätzung[8] erlegen, meinte der BM. Sie hat fest geglaubt, die westliche Stationierung verhindern zu können. Nun seien die Probleme „drüben" größer als bei uns. In der DDR hätten das beispielsweise die Kirchentage[9] bewiesen. Noch schlimmer als in der DDR sei die Problematik für die Führung der ČSSR. Sie erweise sich gegenüber Honeckers Position als nahezu unflexibel. Honecker spricht von Schadensbegrenzung, sagte der BM.

Die beweglichere Haltung der DDR sei nicht auf den Milliarden-Kredit[10] zurückzuführen. Die Situation im anderen Deutschland sei mit den übrigen WP-Staa-

6 Vom 7. bis 9. September 1983 fand in Madrid ein Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz statt.

7 Bundesminister Genscher und der rumänische Außenminister Andrei trafen am 16. Januar 1984 zusammen. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Stockholm, berichtete dazu am 17. Januar 1984, erörtert worden seien die Ost-West-Beziehungen, insbesondere die KVAE, ferner die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie humanitäre Fragen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 9; Referat 010, Bd. 178886.
Zum Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 17. Januar 1984 vgl. Dok. 12, Anm. 12.
Zum Gespräch mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 14, Anm. 15.
Am 18. Januar 1984 fand ein Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz teilte der Botschaft in Budapest dazu am 23. Januar 1984 mit, es seien der bisherige Verlauf der KVAE, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Frage eines Gewaltverzichts sowie die Absage eines Besuchs des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek in der Bundesrepublik besprochen worden. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 495; VS-Bd. 14127 (010); B 150, Aktenkopien 1984.
Am 19. Januar 1984 traf Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski zusammen. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl informierte die Botschaft in Warschau, das Gespräch sei „in guter und sachlicher Atmosphäre" verlaufen. Neben der wirtschaftlichen und politischen Lage in Polen seien das geplante Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche sowie die bilateralen Beziehungen, insbesondere humanitäre Fragen, erörtert worden. Vgl. dazu den am 20. Januar 1984 konzipierten und am 23. Januar 1984 übermittelten Drahterlaß Nr. 463/464; Referat 214, Bd. 133037.

8 Korrigiert aus: „Fehlerschätzung".

9 In der DDR fanden 1983 unter der Losung „Vertrauen wagen" sieben regionale Kirchentage der Evangelischen Kirche statt, vom 12. bis 15. Mai 1983 in Erfurt, vom 10. bis 12. Juni 1983 in Rostock, vom 17. bis 19. Juni 1983 in Lutherstadt Eisleben bzw. in Frankfurt/Oder, vom 24. bis 19. Juni 1983 in Magdeburg, vom 7. bis 10. Juli 1983 in Dresden sowie vom 23. bis 25. September 1983 in Lutherstadt Wittenberg.

10 Im Frühjahr 1983 führten der bayerische Ministerpräsident Strauß und der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, vertrauliche Gespräche über die Vergabe eines Bankenkredits, für den die Bundesregierung eine Bürgschaft übernehmen sollte. Die Gespräche endeten am 5. Juni 1983 mit der Einigung über einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM. In einem Schreiben an Strauß erklärte sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, im Gegen-

ten kaum vergleichbar. Es sei ein Land mit zwei Währungen und zwei Medienwelten. 85 Prozent der DDR-Bevölkerung sehen das West-Fernsehen. Reinen Stalinismus habe es in der DDR nie gegeben. Heute versuche man, sich in Ost-Berlin wieder der deutschen Geschichte zu besinnen, und in einem Brief an den Bundeskanzler habe Honecker sogar von „unserer Verantwortung vor dem deutschen Volk" gesprochen.[11]

„Für uns ist die DDR kein Ausland", sagte der BM. Mit Fischer spreche ich über multilaterale Themen, wobei sich immer wieder erweist, daß Fischer nicht der eigentliche Außenpolitiker der DDR ist. Er ist wenig flexibel. Die Außenpolitik in Ost-Berlin wird von Hermann Axen formuliert. Als Resultat dieser Entwicklung läßt sich feststellen, daß die Haltung der DDR zur Wiedervereinigungsfrage heute pragmatischer als früher sei.

Palme erwähnte, daß er in seinem Gespräch mit Fischer[12] die Wiedervereinigungsfrage nur angetippt habe und bemerkt hätte, daß dieses Thema für Fischer hochsensibel sei.

BM warf ein, daß Honecker sehr viel souveräner über die Problematik sprechen könne. Er habe nicht vergessen, daß das Saarland seine Heimat sei.

Palme äußerte Unverständnis, daß Shultz in seiner Rede[13] in diesem Zusammenhang von der „Legitimität" gesprochen habe. BM verwies auf die Schlußerklärung von Helsinki, in der peaceful changes festgeschrieben seien.[14] Im übrigen habe früher die deutsch-deutsche Problematik das Ost-West-Verhältnis unstreitbar belastet. Heute sei das eher umgekehrt.

Palme setzte noch einmal zu einer Kritik an der Rede von Shultz an. BM entgegnete, man müsse sehen, wie die „beiden großen Elefanten" weiter miteinander auskommen werden. Gemessen an Madrid[15] sei das Gespräch Gromyko–Shultz[16] sehr gut gegangen. In Madrid war Shultz zutiefst beleidigt – Palme warf ein, daß auch Gromyko Grund zur Beleidigung gehabt habe –, der Flugzeugzwischenfall[17] habe alles überschattet.

Fortsetzung Fußnote von Seite 78

zug zu humanitären Erleichterungen bereit. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 470–475; KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 175–183; SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 284–303.

11 In einem Schreiben vom 5. Oktober 1983 an Bundeskanzler Kohl erklärte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker: „Ein atomwaffenfreies Europa ist letzten Endes das Ziel der europäischen Völker. Wir schließen uns im Namen des deutschen Volkes dem an." Vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 146.

12 Ministerpräsident Palme und der Außenminister der DDR, Fischer, trafen am 18. Januar 1984 in Stockholm zusammen.

13 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 17. Januar 1984 in Stockholm vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

14 Vgl. dazu Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

15 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 8. September 1983 in Madrid zusammen. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am selben Tag, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums sei die Aussprache „unbelievably tough" verlaufen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3982; VS-Bd. 12940 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

16 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13.

17 Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Passagierflugzeug der südkoreanischen Fluglinie KAL mit 269 Menschen an Bord, das sich auf einem Linienflug von New York über Ancho-

Der BM wies darauf hin, daß er immer wieder versucht habe, den Amerikanern klarzumachen, daß sie bei einer Verhandlung mit der[18] Sowjetunion deren Inferioritätskomplex gegenüber dem Westen in Rechnung stellen müssen.

Palme meinte darauf, unter diesem Blickwinkel müsse der Anfang der Reagan-Rede[19] die Russen eigentlich auch geärgert haben. Der BM antwortete, daß wir mit der Reagan-Rede zufrieden seien, weil sie vor allem im zweiten Teil Verständnis für die Sowjetunion bewiesen habe. „Wir müssen dies nutzen und jetzt am Ball bleiben."

Palme: „Ich möchte noch eine bilaterale Frage anschneiden: Es geht um die Umweltverschmutzung. Schweden beginnt allmählich, unter den europäischen Sünden zu leiden. Die Zeit drängt."

Der BM erwiderte, daß die Bundesrepublik in diesem Jahr noch zu einer Konferenz einladen werde, die für alle europäischen Staaten offen sei.[20] Wie er wisse, habe sich auch Andropow problembewußt gezeigt.[21]

Palme erwähnte dann ein Gespräch, das StM Mertes mit der FAZ geführt habe[22], und meinte, er verstehe dies nicht ganz, denn Mertes werfe dem neutralen Schweden vor, es wolle sich in die Angelegenheiten anderer Länder in Verteidigungsfragen einmischen. Er habe deswegen in seiner Rede vor der KVAE[23] einen Mertes beruhigenden Satz eingefügt. BM sagte, er habe die Sache nicht gelesen, aber da er von Mertes wisse, daß er sich in Stockholm besonders gut mit Palme unterhalten habe[24], könne ein gegenseitiges Verständnis nicht schwierig sein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 79

rage nach Seoul befand, von sowjetischen Jagdflugzeugen westlich der Insel Sachalin abgeschossen, nachdem es den sowjetischen Luftraum durchflogen hatte. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256, Dok. 258, Dok. 261 und Dok. 264.

18 Korrigiert aus: „Verhandlung der".

19 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

20 Vom 24. bis 27. Juni 1984 fand in München eine multilaterale Umweltkonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 187.

21 In einem Schreiben vom 12. August 1983 an Bundeskanzler Kohl äußerte sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, auch zu Fragen des Umweltschutzes. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 241. Kohl sprach das Thema in einem Schreiben vom 28. Oktober 1983 an Andropow erneut an. Vgl. AAPD 1983, II, Dok. 319.

22 Zu den Äußerungen des Staatsministers Mertes vgl. den Artikel „Bonn besorgt über schwedische Äußerungen zum Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Januar 1984, S. 4.

23 Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Palme am 17. Januar 1984 in Stockholm vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 231–235.

24 Staatsminister Mertes hielt sich am 17./18. Mai 1983 in Schweden auf. Botschafter von Puttkamer, Stockholm, berichtete dazu am 19. Mai 1983, im Mittelpunkt des Gesprächs mit Ministerpräsident Palme hätten Sicherheitsfragen gestanden vor dem Hintergrund sowjetischer U-Boot-Aktivitäten in schwedischen Gewässern. Palme habe dargelegt: „Die Wünschbarkeit einer kernwaffenfreien Zone im Norden werde durch die Vorfälle nur noch unterstrichen. Es sei ein schwedisches nationales Interesse, die Ostsee von Kernwaffen frei zu machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 126; Referat 204, Bd. 135247.
Ein weiteres Gespräch fand am 2. September 1983 statt. Puttkamer teilte dazu am 5. September 1983 mit, Mertes habe erklärt, er habe „gewisse Befürchtungen (die er selber nicht teile) in westlichen Kreisen vernommen, daß Schweden seine Gastgeberrolle dazu benutzen könnte, spezifische schwedische Projekte und Anliegen besonders zu fördern. MP Palme kam darauf später zurück und erklärte sehr nachdrücklich, daß Schweden als Gastgeber eine Low-profile-Position einnehmen wer-

Palme streifte schließlich noch die schwedischen Vorschläge einer atomwaffenfreien Zone[25] und meinte, daß ihn die NATO-Argumente immer noch nicht überzeugt hätten. Er halte die atomwaffenfreie Zone in Europa immer noch für eine vernünftige Idee. BM meinte lapidar, diese Idee löst die Probleme der sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht. Der Westen habe in Erfüllung dieser Zonenidee keine Rückzugsmöglichkeiten. Für ihn bedeute das einseitige Abrüstung, während es für die Sowjetunion lediglich Dislozierung bedeute. Die deutsch-deutsche Grenze zum Zentrum einer solchen Zone zu machen, heißt, die Probleme völlig verkennen. Die Politik müsse darauf gerichtet sein, daß wir weniger abhängig von den Atomwaffen sind. Deswegen habe er sich zum Wanderprediger für die Stockholmer Konferenz gemacht.

Palme meinte unter Hinweis auf die Fortsetzung von Wien, daß die MBFR-Verhandlungen doch wohl eigentlich zu einem positiven Abschluß geführt werden könnten. BM stimmte dem zu unter der Voraussetzung, daß sich die Sowjetunion in der Frage der Verifikation tatsächlich bewegen würde. Ein neuer Schritt für Wien sei in Vorbereitung.[26]

[gez.] Puttkamer

Referat 205, Bd. 135289

Fortsetzung Fußnote von Seite 80

de und eine weniger aktive Rolle spielen dürfte, als wenn die Konferenz in einem anderen Land stattfände." Vgl. den Schriftbericht Nr. 808; Referat 221, Bd. 124580.

25 Die schwedische Regierung schlug am 8./9. Dezember 1982 den NATO-Mitgliedstaaten, den Warschauer-Pakt-Staaten sowie den europäischen neutralen Staaten und Jugoslawien vor, in Mitteleuropa eine 300 km breite Zone ohne nukleare Gefechtsfeldwaffen zu errichten, die sich vom Mittelmeer bis nach Skandinavien erstrecken sollte. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 356.

26 Zur geplanten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 79.

16

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

360.92 FRA–110/84 VS-vertraulich **23. Januar 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2] zur Unterrichtung

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: 5. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 19.1.1984 in Paris

I. Am 19. Januar 1984 hat in Paris die 5. Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung stattgefunden.

Teilnehmer auf deutscher Seite: AA: MD Dr. Pfeffer; LR I Cuntz, 201; BMVg: Generalleutnant Kasch, stv. Heeresinspekteur (in Vertretung von StS Rühl und GI[3] Altenburg); Major Dr. Wittmann, Fü S III 1.

Auf französischer Seite: Quai d'Orsay: M. Andréani, Politischer Direktor; M. Gergorin, Leiter Planungsstab; M. Delbourg, Kabinett AM; Verteidigungsministerium: General Lacaze, Generalstabschef; M. Heisbourg, Fachberater Minister Hernu; Flottillenadmiral Bétermier, Kabinett Lacaze.

II. Tagesordnung:

1) WEU (französische Reaktivierungsinitiative)

2) KVAE

3) Neue Konzepte für konventionelle Waffen

4) Zusammenarbeit in Spitzentechnologien (vor allem Aufklärungssatellit)

5) US-Projekt „Strategic Defense Initiative" (SDI = früher DABM[4])

Zu 1) WEU[5]

Andréani trug französische Vorstellungen anhand des beiliegenden Memorandums[6] vor. Danach sollen bis zum WEU-Ministertreffen in Rom anläßlich des 30. Jahrestages der Organisation im Oktober 1984 zwei bedeutsame Schritte getan werden:

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 24. Januar 1984 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das anliegende Memo sollte übersetzt werden."
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 13. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Übersetzung liegt BM vor."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 13. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Pfeffer am 14. Februar 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 200 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 16. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 23. März 1984 vorgelegen.

3 Generalinspekteur.

4 Defense Against Ballistic Missiles.

5 Zu den französischen Überlegungen für eine Belebung der WEU vgl. Dok. 1.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das französische Memorandum vom Januar 1984 vgl. VS-Bd. 11989 (201).

– Aufhebung der konventionellen Herstellungsbeschränkungen (für die Bundesrepublik Deutschland[7]) und Abschaffung der Mengenkontrollen[8] (für alle Mitgliedstaaten der WEU auf dem Kontinent).
– Einigung über die Reaktivierung der WEU.

Zum weiteren Vorgehen: Franzosen haben meinen Vorschlag akzeptiert, das Memorandum nicht ohne bilaterale Vorbereitung an alle übrigen WEU-Partner zu geben. Andréani wird zunächst Bullard (GB) unterrichten und ihn um seine Mithilfe bitten. Nach dem Gespräch Andréani–Bullard soll[9] ich ebenfalls mit Bullard sprechen. Französische Seite sieht Widerstand in London voraus, ohne ihn spezifizieren zu können. Heisbourg erwähnte, der britische Verteidigungsminister Heseltine trete für eine Reaktivierung der WEU ein, nicht zuletzt der Italiener wegen.

Offenbar ärgert die französische Seite, daß Großbritannien von den Mengenkontrollen ausgenommen ist, die auf dem Kontinent (auch gegenüber der British Army on the Rhine) durchgeführt werden. Frankreich hat allerdings Mengenkontrollen, vor allem auf dem Gebiet der Kernwaffen, nie bei sich geduldet. Frankreich will also die Diskriminierung der Bundesrepublik Deutschland (konventionelle Herstellungsbeschränkungen), aber auch die Diskriminierung aller Festland-Mitgliedstaaten gegenüber GB gleichzeitig beseitigen.

Dem dann arbeitslos werdenden Rüstungskontrollamt sollen nach französischer Ansicht neue positive Aufgaben zugewiesen werden. Frankreich denkt vor allem an das Thema „Verifikation“ für den Bereich rüstungskontrollpolitischer Verhandlungen. Meiner Bemerkung, daß man das Rüstungskontrollamt vielleicht nicht in seiner bisherigen Größe zu erhalten brauche, so daß sich die Perspektive einer neuen nützlichen Beschäftigung für dieses Amt auch noch mit Einsparungen verbinden ließe, widersprachen Lacaze und Andréani nicht.

Lacaze erwähnte unter vier Augen die Tatsache, daß die Beistandsklausel des WEU-Vertrages[10] juristisch bindender sei als die des NATO-Vertrages[11]. Diese Bemerkung des französischen Generalstabschefs ist um so bemerkenswerter[12], als die offizielle französische Doktrin darauf besteht, daß im Ernstfalle Frankreich autonome Entscheidungen treffen wird, was sich mit dem Wortlaut des NATO-Vertrages, nicht aber mit dem Wortlaut des WEU-Vertrags in Einklang bringen läßt.

Wir waren uns darüber einig, daß auch die Niederlande vor Übergabe des Memorandums eine mündliche Sonderbehandlung erfahren sollten. Franzosen stimmten mir zu, daß der Widerstand in Den Haag grundsätzlicher Natur sein werde („Beschädigung“ der NATO-Zusammenarbeit und der transatlantischen Verkoppelung; niederländische Sorge, daß die Sieben eher Schlagseite zur Rüstungs-

7 Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen vgl. Dok. 1, Anm. 6.
8 Zu den WEU-Mengenkontrollen vgl. Dok. 1, Anm. 9.
9 Der Passus „akzeptiert … soll“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.
10 Vgl. dazu Artikel V des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 286.
11 Vgl. dazu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.
12 Korrigiert aus: „um so mehr bemerkenswerter“.

kontrolle – unter Vernachlässigung der Verteidigungsanstrengungen – haben würden als die Sechzehn).

Ich habe darauf hingewiesen, daß der niederländische Außenminister sich am 7.1. in der Haagse Post, also öffentlich, gegen eine Reaktivierung der WEU geäußert habe.[13] Ich nähme an, daß der Außenminister bei seinem Besuch in Den Haag am 2. Februar mit van den Broek hierüber sprechen werde.[14] Ich empfinge den niederländischen Botschafter[15] am 23. Januar auf seinen Wunsch in der gleichen Sache. Bei der Darstellung der niederländischen Bedenken habe ich betont, wir würden diesen Widerstand nur überwinden, wenn wir, Franzosen und Deutsche, erklärten, daß die kleineren Zirkel die äußeren stützen sollen (Prinzip der Russischen Puppen). Französische Seite bestätigte, daß dies vollkommen ihren eigenen Absichten entspreche. (Eine anti-amerikanische Motivierung, wie sie noch bei den Anläufen während der 70er Jahre von Frankreich gezeigt wurde, ist nun nicht mehr festzustellen.)

Heisbourg erkundigte sich, wie wir die Einladung Spadolinis an die übrigen Verteidigungsminister der WEU zum 30. Jahrestag der Gründung der WEU nach Rom[16] beurteilten. Ich habe erwidert, daß BM Wörner die Einladung im Prinzip angenommen habe und daß der BM des Auswärtigen an eine gemeinsame Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister denke, falls die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen und die Reaktivierung der WEU sich günstig vollziehen. In sechs bis neun Monaten sollte alles unter Dach und Fach zu bringen sein. Dann würde ein solcher Festakt die Arbeit krönen.[17] Die französische Seite nahm diese Überlegung mit lebhaftem Interesse auf.

In der weiteren Diskussion waren wir uns einig, daß ein Treffen auf Ministerebene vor Oktober nicht sinnvoll wäre. Die öffentliche Aufmerksamkeit würde zu früh erregt. Wir müßten zunächst geräuschlos arbeiten. Heisbourg schlug aus diesem Grunde vor, ein Kolloquium der WEU-Parlamentarier in Paris im Februar möglichst unspektakulär zu halten. Die Minister sollten der Einladung der Parlamentarier möglichst nicht folgen.

Auf die Bemerkung Andréanis, die Aufhebung der konventionellen Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland müsse in einem Zeitpunkt erfolgen, der dafür nicht „hostile“ (feindlich) sei, habe ich die Frage gestellt, was er damit meine; wie ich die französische Haltung einschätzte, könne an die Einräumung eines „droit de regard“ gegenüber der Sowjetunion, und sei es nur in zeitlicher Hinsicht, nicht gedacht sein. Andréani entgegnete, das sei in der Tat nicht gemeint, vielmehr komme es darauf an, wie sich die westliche Reaktion beim Weitergang der Dislozierung entwickele. Er erinnerte daran, daß

13 Botschafter von der Gablentz, Den Haag, berichtete am 17. Januar 1984, in dem Interview habe der niederländische Außenminister van den Broek dargelegt: „Möglichkeiten für aktiveren politischen Beitrag der Europäer bietet EPZ, nicht aber WEU. Wie bei Vorbereitung der KVAE können Europäer allgemeine sicherheitspolitische Vorstellungen in EPZ erarbeiten. Bei Entscheidungen muß es allerdings beim Primat der NATO bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 37; Referat 200, Bd. 148656.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van den Broek vgl. Dok. 33.

15 Kasper W. Reinink.

16 Zum Vorschlag des italienischen Verteidigungsministers Spadolini vgl. Dok. 9, Anm. 23.

17 Am 26./27. Oktober 1984 fand in Rom eine Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 290.

wir die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen ja einvernehmlich im Jahre 1983 in der heißen Phase vor der Dislozierung zurückgestellt hätten.

Ich habe darauf hingewiesen, daß unter diesem Aspekt man eigentlich sehr zuversichtlich sein könne, denn die Ausgangslage der Allianz sei seit den November-Bekräftigungen fest und klar. Mit dem Abbau der sowjetischen Drohkulisse werde auch mehr Ruhe entstehen. Insofern sei die Zeit auch nach West-Ost-Lage nicht ungünstig.

Zu 2) KVAE

Andréani faßte die französische Bewertung der Minister-Eröffnungssitzung in Stockholm[18] zusammen. Er hob hervor, daß dieses Treffen ohne das Einvernehmen der Minister Genscher und Cheysson nicht zustande gekommen wäre.

Ich habe dieser Bewertung beigepflichtet und in Anknüpfung an das vorher Gesagte unterstrichen, daß gerade die Stockholmer Konferenz gegenüber unserer eigenen Bevölkerung die Richtigkeit unserer West-Ost-Politik bezeuge.

General Lacaze erwähnte das Problem des RDF-Transits und erklärte, Frankreich wünsche keine Beschränkung für die Force d'Action Rapide (FAR).[19]

Ich habe darauf hingewiesen, auch wir hätten ein Interesse daran, daß die FAR flexibel einsetzbar sei. Wegen ihrer Stationierung innerhalb der KVAE-Zone stelle sich das Problem anders und einfacher als im Falle der United States Rapid Deployment Force, die außerhalb der KVAE-Zone stationiert sei. Erfreulicherweise habe man in Stockholm eine provisorische Einigung gefunden.[20]

Zu 3) Neue Konzepte für konventionelle Waffen

Ausgangspunkt der Diskussion war die französische Klage darüber, daß das Defence Planning Committee (DPC) auf Ministerebene Anfang Dezember 1983 beschlossen hat, die Executive Working Group (EWG) mit dem Thema „Emerging Technologies" zu beauftragen.[21] Dadurch falle Frankreich aus den Basis-Diskussionen über neue Konzepte für konventionelle Waffen heraus, da Frankreich dem DPC und damit auch der EWG nicht angehöre.[22] Frankreich habe aber ein großes Interesse daran – und Deutschland werde dieses Interesse teilen –, von vornherein an diesen wichtigen, neuen Überlegungen im Bündnis-Rahmen beteiligt zu sein. Das gelte vor allem für die neuen Technologien im Bereich der Luftverteidigung.

Generalleutnant Kasch versprach, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie dem französischen Wunsch, den wir verstünden, entsprochen werden könne.

Die Franzosen wollen, daß sich Gremien des Sechzehner-Rahmens hauptsächlich mit dieser Materie beschäftigen (Ständige Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren; NATO-Rat). Nur so könne die Leistungsfähigkeit der europäischen Rüstungsindustrie im Wettbewerb mit der amerikanischen und ja-

18 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm auf Außenministerebene eröffnet.

19 Zur französischen Force d'Action Rapide (FAR) vgl. Dok. 1, Anm. 4.

20 Zur Frage der Notifizierung des Transits amerikanischer RDF durch Europa vgl. Dok. 12, Anm. 28.

21 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember 1983 in Brüssel vgl. AAPD 1983, II, Dok. 380.

22 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

panischen erhalten und weiterentwickelt werden. Frankreich, das eine andere strategische Doktrin habe als die Allianz, halte die „flexible Antwort“[23] für die der Allianz angemessene Doktrin und wolle sie durch ihre Mitarbeit in den „Emerging Technologies“ keineswegs stören.

Ich habe mich auch aus dem allgemeinen Gesichtspunkt enger deutsch-französischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik für eine Frankreichs Wünschen entsprechende Lösung eingesetzt.

Zu 4) Zusammenarbeit in Spitzentechnologien (vor allem Aufklärungssatellit)

Ergebnis der interessanten Diskussion:

Eine deutsch-französische Ad-hoc-Arbeitsgruppe soll so bald wie möglich zusammengestellt werden[24] (auf französischer Seite voraussichtlich ein Ingénieur Général, ein Vertreter der Raumfahrt, ein Vertreter für Strategie, ein Vertreter des Quai d'Orsay) und rasch nach Konstituierung dem Ausschuß für Sicherheit gegenüber votieren, ob eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet überhaupt gangbar ist. Ein zweites Projekt, das auf diese Weise abzuklären wäre, ist die Elektronische Intelligence-Kapsel, die einem Aufklärungssatelliten beigegeben werden könnte.

Als drittes Projekt erwähnte Lacaze ein Telekommunikations-Programm durch Satelliten, das schon in diesem Jahr beginnen soll.

Herr Kasch hat sich mit einem solchen Prüfungsauftrag an eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe einverstanden erklärt, allerdings auch auf die finanziellen Auswirkungen hingewiesen, die bei dem engen Finanzrahmen unseres Verteidigungsbudgets große Schwierigkeiten bereiten würden.

Ich habe die Frage gestellt, ob Frankreich nur an die bilaterale Zusammenarbeit mit uns denke oder – wegen der finanziellen Belastung, aber auch wegen der Bündelung der technologischen Fähigkeiten – an eine Multilateralisierung im europäischen Bereich, etwa in der wiederbelebten WEU.

Die französische Seite will offenbar bilateral beginnen, scheint aber die Multilateralisierung nicht auszuschließen, vielleicht sogar anzustreben.

Zu 5) US-Projekt „Strategic Defense Initiative“ (SDI = früher DABM)

Andréani trug noch einmal die französischen Besorgnisse vor und machte den Vorschlag, eine deutsch-französische Studie zu diesem Thema anzufertigen. Ich habe auch unsere Bedenken noch einmal enumeriert, die wir den Amerikanern bereits mitgeteilt hätten, und die Antworten Burts wiederholt.

Ergebnis der anschließenden Diskussion:

Die politisch-strategische Gruppe soll sich, verstärkt durch Experten, des Themas SDI vor allem in technischer Hinsicht annehmen. Das Thema bleibt auch auf der Tagesordnung des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung, der sich der politischen und strategischen Implikationen widmen wird und an den die politisch-strategische Gruppe berichtet.

23 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 12.

24 Ein erstes Gespräch über eine mögliche deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Aufklärungssatelliten fand am 25. April 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 84, Anm. 19.

Gergorin machte den Vorschlag, den Stand der einschlägigen Technik in der Sowjetunion und die mutmaßlichen Reaktionen der Sowjetunion auf das US-Projekt SDI in die Studie einzubeziehen.

Wir haben darauf hingewiesen, daß am 7.2. ein amerikanisches Team nach Bonn kommt[25], so daß unsere Arbeit auf der Grundlage einer besseren Kenntnis des amerikanischen Projekts fortgeführt werden könne. Es stellte sich heraus, daß das US-Team inzwischen auch für Paris „gebucht" ist.

III. Nächstes Treffen des Ausschusses wurde unter Vorbehalt der Zustimmung von StS Rühl auf den 14. Mai 1984 festgesetzt.[26]

Pfeffer

VS-Bd. 11989 (201)

17

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom

105-6.A/84 VS-NfD **24. Januar 1984**[1]

Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit dem italienischen Außenminister, Herrn Giulio Andreotti, am 24.1.1984 um 17 Uhr in der Villa Madama in Rom[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach der Begrüßung brachte *Andreotti* das Gespräch auf die Stockholmer Konferenz und ihre Folgen und fragte den Herrn Minister, wie er sich die Fortsetzung der KVAE vorstelle.

Der Herr *Minister* verwies auf das sachliche Klima, das im Gegensatz zu den von mancher Seite zuvor verbreiteten „Weltuntergangsparolen" stehe. Außer der an sich schon begrüßenswerten Tatsache, daß die Konferenz überhaupt zustande gekommen sei und in Gegenwart der Außenminister habe eröffnet werden können, seien zwei weitere positive Schritte zu verzeichnen: erstens die sowjeti-

25 Zur Unterrichtung der Bundesregierung über SDI durch eine amerikanische Expertengruppe vgl. Dok. 39.

26 Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung vgl. Dok. 140.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 26. Januar 1984 gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 27. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz und die Vortragenden Legationsräte Jansen und Horstmann verfügte und handschriftlich vermerkte: „Von BM nicht genehmigt."
Hat Ploetz am 30. Januar 1984 vorgelegen.
Hat Jansen am 31. Januar 1984 vorgelegen.
Hat Horstmann am 2. Februar 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 24./25. Januar 1984 in Italien auf.

sche Zustimmung zur Wiederaufnahme der MBFR-Gespräche am 16.3.84 und zweitens der Vorschlag eines Abkommens zur Ächtung der chemischen Waffen[3] – wenn auch noch nicht klar sei, ob es sich um ein weltweites oder ein auf Europa beschränktes Abkommen handeln solle. Was den Bereich der Atomwaffen betreffe, sollte man den Russen etwas Zeit lassen und sie nicht unter Druck setzen.

Andreotti wies darauf hin, daß Gromyko sich in seinem Gespräch mit ihm besonders beunruhigt über Pläne zur militärischen Nutzung des Weltraums[4] gezeigt habe, und fragte, ob der sowjetische Außenminister dieses Thema auch mit dem Herrn BM besprochen habe.

Der Herr *BM* antwortete, in seinem Gespräch mit ihm habe Gromyko dieses Thema – wider Erwarten – nicht angeschnitten.[5] Möglicherweise liege die Erklärung darin, daß es bereits in den elfstündigen Wiener Gesprächen der beiden Außenminister[6] berührt worden sei.

Andreotti führte dazu aus, dieses Thema sei bisher auf italienischer Seite nicht vertieft worden. Es sollte vertraulich behandelt werden, sonst könnte der Eindruck entstehen, während man von Abrüstung spreche, schicke man sich an, eine neue Waffengattung zu entwickeln.

Der Herr *BM* verwies darauf, daß er in Bonn zwei Tage vor der Tagung des NATO-Rats[7] mit Shultz[8] über das Thema gesprochen habe, das nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Schaffung einer neuen Waffenart, sondern auch unter dem der europäischen Sicherheit geprüft werden müßte, da es dabei um vitale Interessen der Europäer gehe. Man könnte sich gedanklich vorstellen, daß die USA mit Weltraumwaffen in eine „unverletzbare Festung" verwandelt werden könnten. Dann stellte sich die Frage, was dies für Europa zu bedeuten hätte. Letztlich könnte es bedeuten, daß Europa eine „atomare Geisel" der SU werden könnte, weil die UdSSR dann nicht in der Lage wäre, die USA selbst zu bedrohen. Das Bündnis lebe aber von dem Prinzip der gleichen Sicherheit für alle Partner. Wenn dieser Grundsatz in einem zentralen Punkt aufgegeben werde, könnte es zu einer „emotionalen Bewegung" in der Bevölkerung kommen, und

3 Am 10. Januar 1984 übergab die sowjetische Regierung den Botschaften der NATO-Mitgliedstaaten in Moskau einen Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten „für ein Europa ohne chemische Waffen". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 205 f.
Botschafter Ruth legte dazu am 12. Januar 1984 dar, trotz aller Bedenken liege es in der gegenwärtigen Phase der Ost-West-Beziehungen „gerade in unserem außenpolitischen Interesse, die sowjetische Initiative nicht rundweg abzulehnen". Vielmehr müsse der Vorschlag „auf seine praktische Nutzbarkeit" geprüft werden: „Auch angesichts unserer sicherheitspolitischen Diskussion, auf die der Vorschlag politisch attraktiv wirken muß, können wir uns eine A-limine-Zurückweisung des Vorschlags kaum leisten. Wir müssen uns bewußt sein, daß unsere als einziges westliches CW-Stationierungsland exponierte Stellung nur durch größte rüstungskontrollpolitische Anstrengungen und Prüfung aller Möglichkeiten zu rechtfertigen ist." Vgl. Referat 222, Bd. 126951.

4 Zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan (SDI) vgl. Dok. 2.

5 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 14.

6 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306.

7 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. AAPD 1983, II, Dok. 376.

8 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 6./7. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher am 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 371.

die zur Zeit sehr ruhige Raketendiskussion könnte sich neu beleben. Zur Zeit untersuche das AA zusammen mit dem Verteidigungsministerium alle denkbaren Aspekte der Frage der Weltraumwaffen, auch in bezug auf die europäische Sicherheit. Er – BM – sei bereit, wenn diese Arbeiten weiter fortgeschritten seien, einen Meinungsaustausch mit den europäischen Partnern, auf deren Boden amerikanische Atomwaffen stationiert würden (Italien, GB), ebenso wie mit den Franzosen zu führen.

Andreotti erklärte sich damit einverstanden; er habe den italienischen Generalstab gebeten, die Frage zu untersuchen. Allerdings habe er aus Gesprächen in den USA (mit MIT[9]-Wissenschaftlern) den Eindruck gewonnen, daß die entsprechenden Pläne Reagans dort vorwiegend negativ beurteilt würden: Eine „absolute Sicherheit" gebe es nicht. Es sei ausgeschlossen, ein „sicheres Sanktuarium" zu schaffen. Die enormen Ausgaben für die Verwirklichung des Projekts stünden in keinem Verhältnis zu seinem Nutzen, falls auch nur eine einzige Rakete den Sicherheitsgürtel durchdringen könnte. Die Anhänger des Plans im Umkreis des Präsidenten stellten eine Minderheit dar, nur Reagan selbst scheine besonders davon fasziniert.

Der Herr *BM* bemerkte, er habe den Amerikanern die Geschichte von der Belagerung Wiens durch die Türken erzählt und daran die Betrachtung geknüpft, wenn auch innerhalb der Stadtmauern eine gewisse Sicherheit geherrscht habe, so hätte er sich nicht in der Lage der Bewohner der umliegenden Dörfer befinden mögen.

Andreotti quittierte dies mit einem verständnisvollen Lächeln und brachte das Gespräch dann auf die Atomwaffen: Er erklärte sich mit der Meinung des Herrn BM einverstanden, daß man vorerst abwarten sollte, ob Vorschläge von amerikanischer oder russischer Seite gemacht würden. Möglicherweise könnte ein neuer Versuch unternommen werden, die Null-Option[10] wieder aufleben zu lassen, oder es könnte, was den Bereich der „leichten Nuklearwaffen und Raketen" betreffe, ein Zusammenhang mit der konventionellen Rüstung und eine Verbindung zu den Wiener Gesprächen[11] hergestellt werden.

Der Herr *BM* antwortete, der Zweck der auf deutschem Territorium stationierten taktischen Atomwaffen sei die Abschreckung gegen einen Angriff mit konventionellen Waffen, vor allem aber der Ausgleich gegenüber der konventionellen Überlegenheit der SU. Was die Reduktion der taktischen Atomwaffen betreffe, habe der Westen 1981[12] und 1984[13] zwei wichtige Schritte unternommen.

9 Massachusetts Institute of Technology.

10 Vor den Mitgliedern des National Press Club führte Präsident Reagan am 18. November 1981 in Washington aus, die USA seien bereit, auf die Dislozierung von Pershing-II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern in Europa zu verzichten, sollte die UdSSR ihre SS-4-, SS-5- und SS-20-Raketen abbauen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1065. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 657. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 329, und AAPD 1982, I, Dok. 62.
Die amerikanische Position wurde vom Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in der am 30. November 1981 beginnenden ersten Verhandlungsrunde in Genf präzisiert. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

11 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 113.

12 Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129.
Auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. De-

Seiner Ansicht nach könnten in der öffentlichen Diskussion in Deutschland die chemischen Waffen eine wichtigere Rolle spielen als die Atomwaffen. Leider seien auf deutschem Boden so viele chemische Waffen gelagert, daß die Bedrückung der in den entsprechenden Gegenden lebenden Bevölkerung und ihr Wunsch nach einer Änderung der Situation verständlich seien.

Andreotti stimmte dem zu: Die Menschen könnten sich z. T. auch aus Erfahrung die Schrecken der chemischen Kriegführung besser vorstellen als die Wirkung der Nuklearwaffen.

Zu den EG-Fragen übergehend, führte Andreotti aus, erstens müsse s. E. auch im Hinblick auf die bevorstehenden EP-Wahlen[14] mehr Gemeinschaftsgeist an den Tag gelegt werden: Die Ratssitzungen erinnerten ihn immer mehr an die Tagungen des Verwaltungsrats einer Firma als an diejenigen eines politischen Gremiums. Zweitens stelle sich im Zusammenhang mit der Erweiterung die Frage, ob Mitterrand – der in seinem Herzen vielleicht sogar gegen den Beitritt Spaniens und Portugals[15] sei – schließlich, um während seines Halbjahrs[16] einen Erfolg verzeichnen zu können, doch zustimme oder ob er weiterhin Hindernisse aufbauen werde. Er – Andreotti – sei über letztere Möglichkeit sehr beunruhigt wegen der dann zu erwartenden Reaktion in Spanien, die sich nicht nur allgemeinpolitisch, sondern auch im militärischen Bereich sehr schädlich auswirken könnte: González habe sich bekanntlich verpflichtet, noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode ein Referendum über Spaniens NATO-Zugehörigkeit durchzuführen.[17] Sollte es zu einer Enttäuschung wegen der Behandlung der EG-Beitrittsfrage kommen, so werde das Ergebnis der Volksbefragung wahrscheinlich negativ sein mit allen Folgen, die dies mit sich bringen würde.

Der Herr *BM* führte – in Beantwortung des zweiten Punktes – aus, die finanziellen und agrarpolitischen Probleme im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals seien bekannt, wobei die Schwierigkeiten bei Spanien noch

Fortsetzung Fußnote von Seite 89

zember 1980 in Brüssel wurde bekanntgegeben, daß der Abzug abgeschlossen sei. Vgl. dazu Ziffer 15 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 151. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 42.

13 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

14 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

15 Portugal und Spanien beantragten am 28. März bzw. 28. Juli 1977 den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Am 24. Januar 1984 legten das Auswärtige Amt und die Bundesministerien für Wirtschaft bzw. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und das Bundesministerium der Finanzen dar, die Beitrittsverhandlungen mit beiden Staaten kämen „langsam, aber stetig vorwärts. Der größte Teil der Verhandlungsmasse ist abgeschlossen. Dazu zählen die ‚kleinen' Kapitel (Regionalpolitik, Kapitalverkehr, Niederlassungsrecht etc.), aber auch der gesamte gewerbliche Bereich (Zollunion, EGKS, Außenbeziehungen), in dem nur noch einzelne – teilweise allerdings schwierige – Fragen […] offen sind. […] Übrig bleiben (neben den erst in der Schlußphase der Verhandlungen zu klärenden Fragen der eigenen Einnahmen, der institutionellen Anpassungen und des Verhältnisses von Spanien und Portugal) das Fischereidossier und das beitrittsentscheidende Landwirtschaftskapitel." Das Agrarkapitel sei „der brisanteste Bereich der Beitrittsverhandlungen. Während Portugal lediglich im Strukturbereich Anlaß zur Sorge gibt (Erfordernis finanzieller Hilfen durch die Gemeinschaft), wird die spanische Landwirtschaft wegen ihres Umfangs und Produktionspotentials nicht nur von südfranzösischen Bauern gefürchtet, sondern auch von anderen Mitgliedstaaten wegen der möglichen hohen Agrarkosten als belastend angesehen." Vgl. Referat 410, Bd. 130408.

16 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

17 Zur Stellung Spaniens in der NATO vgl. Dok. 26.

größer seien als bei Portugal. Die Bundesrepublik habe sich aber von Anfang an uneingeschränkt für den Beitritt der beiden Länder eingesetzt, weil ihr der im Falle einer Ablehnung möglicherweise zu zahlende Preis (Linksruck infolge der wirtschaftlichen Instabilität) noch größer erscheine. Für Mitterrand seien die Probleme noch größer als für Deutschland und Italien: 1) Er besitze nicht eine so große Mehrheit wie seinerzeit Giscard. Sollte nicht Giscard – gegen den eine gewisse emotionale Stimmung im französischen Volk herrsche –, sondern jemand anders sein Gegenkandidat werden, würde Mitterrand seine Mehrheit wohl verlieren. 2) Ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung Frankreichs (800 000 Personen) habe 1981[18] für Mitterrand gestimmt, weil sie Giscards Nahostpolitik abgelehnt habe. Diese Wähler seien aber keine „zuverlässigen Verbündeten" Mitterrands. Da sich dessen Nahostpolitik im wesentlichen nicht von der seines Vorgängers unterscheide, könnte er einen Teil von ihnen wieder verlieren. 3) Die Bauern Südfrankreichs seien sehr schnell bereit, ihre Partei zu wechseln, wenn sie eine Beeinträchtigung ihrer Interessen fürchteten, und könnten sich den Gaullisten zuwenden.

Trotzdem sei man auf deutscher Seite überzeugt, daß Mitterrand – möglicherweise erst gegen Ende des französischen Halbjahrs – seine Zustimmung zum Beitritt geben werde. Er – BM – glaube, daß Mitterrand den Beitritt zur „französischen Sache" machen werde. Nur so präsentiert und nicht als etwas, was ihm von anderen Europäern aufgedrängt werde, könne er den Beitritt unter seinem Vorsitz durchsetzen.

Zur Frage der Zukunft Europas führte der Herr BM aus, er teile Andreottis Enttäuschung voll und ganz. In der Bundesrepublik gebe es zur Zeit die „proeuropäischste" Regierung, die man sich nur vorstellen könne. Seine – BMs – Aufgabe als „auf Europa fixierter Minister" sei mit dem jetzigen Bundeskanzler leichter durchzuführen als mit dem früheren Koalitionspartner. In Anbetracht der Teilung des Landes liege Deutschlands Zukunft in Europa. Der Gedanke an die europäische Einigung sei wesentlich für den politischen Standort der Bundesrepublik im Westen. Die Gründerstaaten der EG trügen s. E. eine besondere Verantwortung. Die Bundesregierung habe daher die Absicht, große Anstrengungen zu unternehmen, damit bis zum Europäischen Rat in Brüssel[19] eine Einigung möglich werde. Gerade auch im Hinblick auf die gegenwärtige internationale Lage hätten alle europäischen Länder nur dann eine Chance, sich zu behaupten, wenn Europa nicht stagniere und auseinanderfalle, sondern wenn es sich weiterentwickle. Auch aus deutscher Sicht müsse man Europa eine Perspektive geben, die über die Finanzregelung, die neuen Politiken und die Reform der Agrarpolitik hinausgehe.

Er frage sich, ob man nicht versuchen sollte, im Wege bilateraler Kontakte zwischen den drei Kernländern der Gemeinschaft Italien, Frankreich und der Bundesrepublik so viel Klarheit wie möglich vor der Brüsseler Sitzung des ER zu erreichen. Dabei denke er nicht an die Bildung eines Präsidiums. Er würde der italienischen Seite gern die deutschen Vorstellungen unterbreiten und von den Italienern hören, wie sich deren Probleme darstellten, wo eine Annäherung mög-

18 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.
19 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 vgl. Dok. 88.

lich erscheine und wo es Streitfragen gebe. Dies könnte dazu dienen, die Aufgaben der französischen Präsidentschaft zu erleichtern.

Der Herr BM brachte dann das Gespräch auf die Chancen für einen deutschen Neutralismus, eine Frage, die ihm zwar nicht von italienischer Seite, aber von anderen Westeuropäern gestellt worden sei: Mit gutem Gewissen könne er dazu sagen, daß er für derartige Tendenzen keine Chancen sehe, weil die pro-westlichen Kräfte in der Bundesrepublik viel stärker seien. Wenn man aber sicher sein wolle, daß eine solche Entwicklung nie eintrete, müsse man den Deutschen eine europäische Zukunftsperspektive geben.

Andreotti antwortete, er wisse die Ausführungen des BM sehr zu schätzen. Sie hätten ihn zwar nicht überrascht, aber doch sehr beruhigt. Er teile die Auffassung des BM, daß man große Anstrengungen unternehmen müsse, um die derzeitigen Schwierigkeiten zu überwinden. Er erinnerte an Italiens Haltung zum Beitritt Griechenlands[20] und verwies auf die Parallele zwischen der damaligen Lage Papandreous und der von González in bezug auf die NATO.

Was einen möglichen deutschen Neutralismus betreffe, so habe er diese Frage nicht gestellt, weil er überzeugt sei, daß die Neutralisten in der Bundesrepublik nicht die Oberhand gewinnen könnten, und er von daher infolgedessen keine Gefahr sehe. Gefährlicher erschienen ihm aber gelegentlich auftauchende Anregungen zur Schaffung atomfreier Zonen in der Mittelmeerregion, im Balkan, längs der deutschen Teilungslinie oder in Nordeuropa. Es handle sich dabei zwar um Propaganda-Aktionen, die er für nicht fundiert halte. Man sollte derartigen Vorstellungen aber doch mit Nachdruck entgegentreten, denn der Egoismus in bestimmten geographischen Gebieten könnte angesprochen werden und die irrige Meinung sich verbreiten, daß man dem Risiko eines Atomkriegs durch die Schaffung atomfreier Zonen entgehen könnte.

Der Herr *BM* wies auf die Gefahr hin, daß die Forderung nach atomfreien Zonen ein erster Schritt zur Neutralisierung von Teilen Europas darstellen könnte. Er habe Palme in einem freundschaftlichen Gespräch in Stockholm[21] auf seine „erbitterte Gegnerschaft“ gegen derartige Vorstellungen hingewiesen und Schweden als Gastland der KVAE Zurückhaltung empfohlen, damit nicht einseitig vitale Interessen anderer Staaten verletzt würden. Er habe Palme gegenüber betont, er habe Schweden keine Vorschriften oder Ratschläge über dessen Sicherheitspolitik zu erteilen; dies müsse aber auf Gegenseitigkeit beruhen.

Andreotti bemerkte hierzu, Schweden sei ein Land, das zwar über sehr viele Waffen verfüge, sich andererseits aber als besonders friedliebend darstellen möchte. In diesem Zusammenhang erwähnte er die beiden nach Brandt und Palme genannten Komitees, die kürzlich in Rom getagt hätten.[22] Mit deren Schlußfolgerungen sei er keineswegs einverstanden. Brandt wolle den Status quo im Raketenbereich im jetzigen Zustand (und nicht nach dem Stand von 1979) blokkieren und habe ein Moratorium für ein Jahr vorgeschlagen. Eine derartige The-

20 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.

21 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Palme am 19. Januar 1984 vgl. Dok. 15.

22 Die Tagung der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit (Palme-Kommission) und der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Brandt-Kommission) fand vom 20. bis 22. Januar 1984 statt. Für das Kommuniqué vgl. Referat 402, Bd. 133852.

se gehe ja noch über die Vorstellungen der SU hinaus. Zum Glück hätten die Tagungen der beiden Komitees keinen großen Widerhall gefunden.

Auf eine Frage des Herrn BM erläuterte Andreotti, die Einladung nach Rom sei durch ein „persönliches Entgegenkommen" der Sozialistischen Partei zustande gekommen, aber die Regierung als solche habe dem Treffen keine Bedeutung beigemessen. Er selbst – Andreotti – habe eine Einladung zu dem Festessen absichtlich nicht angenommen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß er die Komitees nur als Studiengruppen und nicht als bedeutsamere Gremien betrachte. Die einzigen positiven Kommentare seien bezeichnenderweise von kommunistischer Seite abgegeben worden.

Andreotti brachte dann das Gespräch auf Libyen und führte aus, Italien sei zur Zeit das Ziel einer heftigen Kampagne wegen der in Comiso (Sizilien) stationierten amerikanischen Raketen, die angeblich nach Libyen gerichtet seien. Er – Andreotti – beabsichtige, in der nächsten Woche nach Libyen zu fahren[23], wo Italien auch in Verbindung mit den USA viele Interessen habe. Er werde den Libyern deutlich erklären, daß die Raketen zum Ausgleich der russischen Überlegenheit disloziert würden und nichts mit Libyen zu tun hätten. Diese Klarstellung erscheine ihm wichtig, um das Risiko libyscher Terrorakte nicht zu erhöhen. Sollte es zu den von Libyen und vom Iran angekündigten terroristischen Tätigkeiten kommen, so würde dies schwerwiegende Folgen mit sich bringen.

Auf eine Frage des Herrn BM nach den amerikanischen Interessen in Libyen erläuterte Andreotti, diese seien zum Teil direkter, zum Teil indirekter Art. So sei der größte Auftrag, der in letzter Zeit von Libyen für den Bau größerer Bewässerungsanlagen in der Wüste vergeben worden sei, an ein koreanisches Unternehmen gegangen. Die technische Planung des Projektes werde von der bekannten US-Firma Bechtel durchgeführt.

Der Herr *Minister* unterstrich, daß er Andreottis Entscheidung, Libyen zu besuchen, für sehr positiv halte. Er selbst kenne Gaddafi mit all seinen Problemen recht gut. Wahrscheinlich wäre er – BM – ebenfalls nach Libyen gereist, wenn der Bundeskanzler nicht in dieser Woche in Israel wäre[24] und er dessen Probleme nicht vermehren wolle. In absehbarer Zeit werde er seinen Besuch in Libyen aber durchführen[25], weil er der Ansicht sei, daß der Westen Gaddafi falsch behandelt habe. Er glaube nicht, daß dieser „ein Knecht der Russen" sei. Er sei zwar unberechenbar, und dies um so mehr, wenn er allein gelassen werde. Je mehr man sich dagegen um ihn kümmere, desto berechenbarer werde er auf kurze Frist. Gaddafi sei ein stark religiöser Mensch, der jedes gottlose System verabscheue. So habe er – BM – sich z. B. einmal lange mit ihm über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser unterhalten[26] und dabei darauf hingewiesen, daß auch die Deutschen dieses Recht sollten ausüben können. Anläßlich eines Besuchs im Kreml[27] habe nun Gaddafi in einer Tischrede in Gegen-

23 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich am 4./5. Februar 1984 in Libyen auf.
24 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.
25 Zur Möglichkeit eines Besuchs des Bundesministers Genscher in Libyen vgl. Dok. 41.
26 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Oberst Gaddafi am 19. Juni 1979 in Tripolis vgl. AAPD 1979, I, Dok. 180.
27 Oberst Gaddafi hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in der UdSSR auf.

wart Breschnews das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser und ebenso für die Deutschen gefordert und hinzugefügt, es sei schade, daß den Deutschen dieses Recht verwehrt werde.

Im Anschluß an das Vier-Augen-Gespräch, das ca. eine Stunde dauerte, wurden die Gespräche in Gegenwart der Delegationen fortgeführt.[28]

Referat 010, Bd. 178885

18

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem

VS-vertraulich **24. Januar 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir am 24. Januar 1984, 17.20 bis 18.45 Uhr, in Jerusalem[2]

Teilnehmer: Y. Ben-Aharon, Leiter des Büros des Ministerpräsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Heinz Weber, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* erklärte einleitend, daß er an das Gespräch anknüpfen wolle, das er mit Ministerpräsident Shamir bei der gemeinsamen Fahrt nach Jerusalem begonnen habe. Sie hätten über die persönlichen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gesprochen. Sein Verhältnis zu Israel bestimme sich in erster Linie aus der Geschichte seiner eigenen Familie. Der Bundeskanzler schilderte sein Elternhaus, das national gesinnt gewesen sei, aber in der Landschaft der Reformation beheimatet gewesen sei. So sei er von Haus aus liberal und im Sinne von Lessing tolerant erzogen worden. Er habe das Glück gehabt, daß sein

28 Im ersten Teil des deutsch-italienischen Regierungsgesprächs am 24. Januar 1984 in Rom berichteten Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Andreotti über ihr vorangegangenes Vier-Augen-Gespräch. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 103 des Ministerialdirigenten Schauer, z. Z. Rom, vom 25. Januar 1984; Referat 010, Bd. 178885.
Im zweiten Teil des Gesprächs wurden Fragen der Europäischen Gemeinschaften erörtert, wie z. B. die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Finanzierung, die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Industrie sowie der Regionalfonds. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 106 des Ministerialdirektors Fischer, z. Z. Rom, vom 25. Januar 1984; Referat 206 (203), Bd. 140530.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 8. Februar 1984 gefertigt und am selben Tag an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ übermittelt.
Hat Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 17. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Lautenschlager und Meyer-Landrut sowie die Ministerialdirektoren Ruhfus und Fischer „z[ur] pers[önlichen] Unterricht[un]g“ verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14124 (010), B 150, Aktenkopien 1984.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. auch Dok. 19 und Dok. 20.

Vater, noch mehr seine Mutter gegen die Nazis eingestellt gewesen seien. In seiner Kindheit habe er keine Begegnung mit Juden gehabt, jedoch habe ihn die Erinnerung an die Reichskristallnacht bereits tief geprägt. Außerdem sei sein Bruder im Krieg gefallen.

Zu diesem persönlichen Hintergrund komme die Tatsache, daß sein Haus, in dem er heute lebe, nur 17 km von Worms und Speyer entfernt sei, beides Orte mit großer jüdischer Geschichte. Als Student habe er selbst auch Martin Buber in Heidelberg hören können. Der Bundeskanzler erklärte, daß er seinen persönlichen Hintergrund so ausführlich dargestellt habe, um zu verdeutlichen, daß seine Generation viel zu jung gewesen sei, um schuldig werden zu können. Dies sei jedoch nicht ihr Verdienst. Seine Vorstellung sei jedoch, daß diese Generation dazu aufgerufen sei, eine Brücke zu den älteren Generationen mit ihren schrecklichen Erfahrungen zu bilden.

Der Bundeskanzler leitete auf die Geschichte der CDU über, deren Vorsitzender er jetzt seit zwölf Jahren sei. Er sehe sich in der Tradition seiner Vorgänger[3] und wolle daran erinnern, daß der erste Vorsitzende der CDU Andreas Hermes gewesen sei, der im Januar 1945 von den Nazis zum Tode verurteilt worden sei und sechs Monate später der erste Vorsitzende der CDU geworden sei. Er habe sich dafür eingesetzt, daß diese Wurzeln im Bewußtsein seiner Partei wieder lebendig geworden seien.

Heute gebe es in der Bundesrepublik weniger Antisemitismus als in allen anderen europäischen Staaten. Die Deutschen hätten aus der Geschichte gelernt. 65% der heute lebenden Deutschen seien nach dem Zweiten Weltkrieg geboren. Die Geschehnisse der Nazizeit seien für diese Generationen bereits Geschichte. Es könne jedoch keinen Zweifel geben, daß Israel heute in der Bundesrepublik besonders populär sei. Dies bedeute jedoch nicht, daß alles, was Israel tue, akzeptiert werde. Er wolle jedoch nur die Junge Union als größte politische Jugendorganisation der Bundesrepublik erwähnen, die ein eigenes Reisebüro unterhalte. Es sei bezeichnend, daß die Anzahl der Reisen nach Israel die höchste Quote erreicht habe.

Er verstehe es jedoch, soweit dies überhaupt möglich sei, daß derjenige, der in der Nazizeit alles verloren habe, dennoch nicht vergessen könne. Sicherlich hätten die Deutschen weder das Recht noch die Position, Richter zu spielen. Gott allein könne richten. Er empfände es jedoch als eine schlimme Sache, wenn viele der gutwilligen Deutschen von heute das Gefühl vermittelt bekämen, daß sie an einer Kollektivschuld tragen müßten. Alle diese Deutschen bekennen sich zur deutschen Geschichte wie er selbst. Die Bilder von Auschwitz müssen jedem Menschen die Stimme verschlagen. Daß dennoch in den letzten Jahrzehnten eine Verständigung möglich wurde, sei ein großartiges Ergebnis. Er sehe seine Aufgabe darin, diese Verständigung noch weiter zu vertiefen, und er wisse, daß viele andere dies auch wollten.

Der Rechtsradikalismus spiele heute in der Bundesrepublik keine wirkliche Rolle. Bei der letzten Bundestagswahl am 6. März 1983 hätten die Rechtsradikalen nur 0,2% der Stimmen erhalten. Dies sei die Realität. Dennoch müsse er bekennen, daß die Deutschen erst heute für Hitlers Verbrechen moralisch bezah-

[3] Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Rainer Barzel.

len müßten. Nach dem extremen Chauvinismus und Nationalismus im Dritten Reich sei man nach dem Zweiten Weltkrieg in das andere Extrem verfallen: Alle Symbole der deutschen Nation seien mehr oder weniger abgelehnt worden. Wichtige Werte einer Nation seien ausgeklammert worden. Er habe jedoch den Eindruck, daß das Pendel heute wieder in die Mitte zurückschwinge. Wenn er sehr offen sein solle, müsse er sagen, daß die Wahrheit wahrscheinlich darin liege, daß die Normalität wahrscheinlich erst nach dem Tode der betroffenen Generationen eintreten werde.

Er wolle nur an die Worte erinnern, die der Vorgänger von Ministerpräsident Shamir zu seinem Vorgänger gefunden habe.[4] Er habe damals Bundeskanzler Schmidt verteidigt.[5] Dieses Beispiel mache aber deutlich, daß es um die prinzipielle Frage ginge, die Mitte wieder zurückzufinden. Ministerpräsident Shamir solle wissen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keinen Rückfall in Rassismus oder Neonazismus geben werde. Wenn es eine nationale Herausforderung gebe, dann bestünde sie darin, daß die DDR versuche, die Idee des Nationalismus mit dem Kommunismus zu verbinden. Jeder wisse aus der Geschichte, daß die Verbindung zwischen dem Kommunismus und dem Nationalismus eine gefährliche Mischung darstellen könne.

Alle diese persönlichen Anmerkungen sollen dazu dienen, erklärte der Bundeskanzler, seine prinzipielle Position gegenüber Israel und den Juden deutlich zu machen.

Ministerpräsident *Shamir* bedankte sich herzlich für die persönlichen Worte des Bundeskanzlers zu der schrecklichen Vergangenheit des Hitler-Regimes. Er sei sehr froh über das tiefe Verständnis des Bundeskanzlers für die Gefühle der Menschen hier in Israel. Diese Gefühle seien sehr schwer zu analysieren. Israel sei auf dem Fundament des Holocaust errichtet worden. Er sei damals in Palästina gewesen, während seine Familie noch in Polen geblieben sei. Niemand von seiner Familie habe überlebt. Unsere Pflicht sei es, Leben zu schützen. Israel habe die Substanz seines Volkes verloren. Die sechs Millionen Toten der Nazizeit wären der wichtigste Teil des künftigen israelischen Volkes gewesen. Sie waren die Vorreiter der Idee Israels. 1945 hätten sie das Gefühl gehabt, daß sie allein gelassen seien ohne folgende Generationen. Heute könne er nur sagen, daß ein Wunder geschehen sei. Die Juden in Israel hätten beschlossen, daß jeder einzelne von ihnen an die Stelle von 100 treten müsse. 600 000 seien sie am Anfang gewesen. Sie hätten sowohl die Briten wie sechs arabische Staa-

4 Ministerpräsident Begin äußerte sich am 3. Mai 1981 vor Mitgliedern seiner Partei über Bundeskanzler Schmidt und ging dabei auf dessen Verhalten in der Zeit des Nationalsozialismus ein. Für den Wortlaut seiner Äußerungen vgl. den Artikel „Es ist nackte Arroganz und Frechheit…“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Mai 1981, S. 2.
Zu weiteren Äußerungen in einem Rundfunkinterview, das am 7. Mai 1981 ausgestrahlt wurde, vgl. den Artikel „Angriffe israelischer Spitzenpolitiker gegen Schmidt dauern an“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Mai 1981, S. 1.
Zu den Unstimmigkeiten zwischen der Bundesrepublik und Israel in diesem Zusammenhang vgl. AAPD 1981, II, Dok. 132.

5 Am 6. Mai 1981 wurde in der Presse berichtet, der CDU-Vorsitzende Kohl habe die Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3. Mai 1981 als „maßlos überzogen“ bezeichnet und die „dramatische Verschlechterung“ der deutsch-israelischen Beziehungen als „erschreckend“ bewertet. Vgl. den Artikel „Auch Peres kritisiert Schmidt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Mai 1981, S. 2.
Kohl wies die Äußerungen von Begin ferner am 7. Mai 1981 im Bundestag zurück. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1722.

ten gegen sich gehabt. Dennoch sei es gelungen, einen eigenen Staat zu begründen. Dies sei ihre nationale Aufgabe gewesen: einen Staat zu gründen, ohne die sechs Millionen, die ermordet worden seien. Sie hätten den Staat mit denen gegründet, die von überall hergekommen seien.

Der Anfang sei sehr schwierig gewesen. Große Anstrengungen hätten sie auf sich nehmen müssen, um eine neue jüdische Nation zu gründen. Heute habe Israel vier Millionen Einwohner. Angesichts der Feinde, die sie umgäben, sei dies eine kleine Zahl. Auch bei den heute lebenden Juden in Israel gebe es noch sehr tiefsitzende Gefühle gegenüber den Deutschen. Als Ben Gurion entschieden habe, die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen[6], habe er sehr unterschiedliche Gefühle ausgelöst. Zehntausende hätten seine Entscheidung nicht akzeptiert, viel mehr, als es noch heute seien. Die Zeit heile die Wunden am besten. Der gute Wille von Konrad Adenauer sei akzeptiert worden. Heute gebe es gute und freundschaftliche Beziehungen, dennoch bleibe die Vergangenheit lebendig. Dies habe er in den letzten Stunden erleben können, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.[7]

Ministerpräsident *Shamir* fuhr fort, daß sein Sohn in Israel geboren worden sei, dennoch sei auch ihm die Geschichte bewußt. Die Araber, die heute gegen Israel kämpfen, seien alle Bewunderer Hitlers gewesen. Für sie sei Hitler bis heute ein Held geblieben.

Was geschehe jedoch heute? Der Bundeskanzler habe ihn aufgefordert, offen zu sprechen. Er wolle deshalb zwei Fragen stellen:

1) Er habe gestern in der Knesset eine Parlamentarier-Delegation empfangen, deren Mitglieder früher Insassen im KZ gewesen seien. Sie hätten ihn aufgefordert, den Bundeskanzler zu fragen, warum er die Waffen-SS rehabilitiere. In Israel sei die SS immer noch ein schreckenerregendes Wort und erinnere an das Ghetto in Warschau und an die SS-Besatzungen in den KZs. Diese Parlamentarier konnten nicht verstehen, daß der Bundeskanzler gesagt habe, daß die Mitglieder der SS Soldaten gewesen seien.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er es verstehen könne, daß jemand, der die SS-Einsatzgruppen erlebt habe, immer daran denken werde. Seine persönliche Erfahrung müsse so schrecklich sein, ein Trauma, das in sein Herz eingebrannt bleiben werde, so daß er nie werde vergessen können. Dennoch wolle er jedoch hinzufügen, daß gerade die Deutschen dazu aufgerufen seien, aus der Geschichte zu lernen. Dies hieße, daß die Deutschen nie wieder kollektive Urteile zulassen dürften, wie sie gerade in der Nazizeit üblich waren, z. B. die Juden, die Freimaurer, die Jesuiten. Genauso falsch sei es zu sagen: die SS. Dies sei objektiv

6 Die Bundesrepublik und Israel schlossen am 10. September 1952 in Luxemburg ein Abkommen, das u. a. Wiedergutmachungsleistungen und zu deren Durchführung die Einrichtung einer israelischen Mission in der Bundesrepublik vorsah. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97. Vgl. dazu ferner AAPD 1952, Dok. 197, Dok. 209 und Dok. 211.
Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel erfolgte am 12. Mai 1965. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 203.

7 Bundeskanzler Kohl besuchte am 24. Januar 1984 die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. In der Presse wurde berichtet, Kohl sei von ca. 200 Demonstranten, von denen viele als KZ-Häftlinge gekleidet gewesen seien, mit dem Ruf „Nazis raus" empfangen worden. Vgl. dazu den Artikel „Demonstration gegen Kohl"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Januar 1984, S. 2.

falsch. Es sei zutreffend, daß die Waffen-SS die KZ-Bewachung und die Einsatzgruppen gestellt habe. Seit 1943 sei aber die noch größere Zahl der Waffen-SS Teil der deutschen Armee gewesen. Er erinnere vor allem an die Deutschen in Siebenbürgen, die ohne Alternative zur Waffen-SS eingezogen worden seien, ohne jemals vorher um ihr Einverständnis gefragt worden zu sein. Es handele sich dabei um vier Millionen Deutsche seit 1943. Er verstehe, daß es schwierig sei, diese Unterscheidung zu verstehen. Er wolle auch in keinem Fall etwas beschönigen. Er sei immer einer der wenigen gewesen, die direkt darüber gesprochen hätten. Es müsse jedoch verhängnisvoll sein, wenn er ein pauschales Urteil treffen würde, denn es würde nicht der Wahrheit entsprechen. Und Friede erwachse aus der Gerechtigkeit, dies gelte sowohl für das Alte wie für das Neue Testament. Es sei ihm niemals darum gegangen, die SS anzuerkennen bzw. zu rehabilitieren.

Was die HIAG[8] betreffe, so handele es sich bei ihr um eine Veteranen-Organisation der SS, bei der jedoch der Großteil der Waffen-SS nicht organisiert sei. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß der 18jährige Waffen-SS-Mann von 1945 heute bereits 60 Jahre alt sei und damit einer Generation angehöre, deren Lebensweg zu Ende ginge.

Der Bundeskanzler erläuterte ausführlich die Gründe dafür, daß die HIAG aus dem Verfassungsschutz-Bericht gestrichen worden sei. Der jährliche Bericht des Bundesverfassungsschutzes enthalte alle Aktivitäten von verfassungsfeindlichen Organisationen von rechts und links. Die HIAG sei in der Zeit von 1968 bis 1982 im Verfassungsschutz-Bericht nicht aufgeführt gewesen, da von ihr keine verfassungsfeindlichen Aktionen bekannt gewesen seien. Außerdem führe jede Nennung im Verfassungsschutz-Bericht dazu, daß die aufgeführten Organisationen beim Verwaltungsgericht Klage erheben können und dann die Bundesregierung beweispflichtig werde. 1982 habe eine lokale Gruppe der HIAG einen Kalender mit Verherrlichung nationalsozialistischen Gedankengutes veröffentlicht.[9] Diese lokale Gruppe sei verboten und von der Bundesorganisation der HIAG aufgelöst worden, deshalb sei im Verfassungsschutz-Bericht von 1983[10] die HIAG nicht mehr erwähnt worden, weil keine neuen Vorfälle bekanntgeworden seien. Im übrigen schätze er die noch lebenden Angehörigen der Waffen-SS auf rd. 50 000. Sie alle hätten in den letzten Jahrzehnten CDU oder SPD oder FDP gewählt.

Im übrigen sei er bereit, dem Ministerpräsidenten einen Brief zu schreiben, um diese Fakten noch einmal im einzelnen zu erläutern, wenn dies für den Ministerpräsidenten im Parlament nützlich sei. Er sei sich darüber im klaren, daß diese nüchterne Betrachtung der Fakten bei den Betroffenen im Ausland nicht immer verstanden werde. Sie sei jedoch um des inneren Friedens in der Bundesrepublik Deutschland willen notwendig. Er lehne deshalb ein Pauschalurteil ab, weil damit diese Gruppe aus der Gesellschaft herausgedrängt werde. Der

8 Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS.

9 Im Verfassungsschutzbericht für 1982 wurde auf die Aktivitäten einer vom Bundesvorstand der HIAG herausgegebenen Zeitschrift verwiesen. Vgl. dazu BETRIFFT: VERFASSUNGSSCHUTZ 82, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1983, S. 145.

10 Vgl. VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1983, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1984.

Bundeskanzler berichtete über ein Telefongespräch, das er erst einen Tag vor seiner Abreise mit Ewald von Kleist geführt habe. Er schilderte ausführlich den Attentats-Versuch, den Ewald von Kleist gegen Hitler unternommen habe.[11] Er habe diese Einzelheiten nie erfahren, warf Ministerpräsident *Shamir* ein.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß dieser Attentats-Versuch erst fünf Monate später bekanntgeworden sei. Leutnant Ewald von Kleist konnte entkommen, während sein Vater gehängt worden sei.[12] Gestern habe er mit eben diesem Leutnant noch gesprochen. Er habe ihn darin bestärkt, daß er sein Urteil über die Waffen-SS aufrechterhalten solle um der Gerechtigkeit willen. Er als Bundeskanzler werde sich nicht scheuen, Verbrecher beim Namen zu nennen, aber er weigere sich, die 18jährigen von 1945 mit diesen Verbrechern in einen Topf zu werfen. Ewald von Kleist sei sicherlich ein unverdächtiger Zeuge.

Er verstehe, daß seine Erklärung von vielen in Israel nicht verstanden worden sei. Aber zu Shamir als seinem Kollegen wolle er sagen, daß die jüdische wie die deutsche Geschichte voll sei von Emotionen. Dies gelte auch für die Zeit vor 1933. Ministerpräsident Shamir müsse ihn verstehen: Wenn er Rechtsradikale heranzüchten oder erhalten wolle, dann müsse er Pauschalurteile abgeben. Er sei jedoch bereit, von sich aus einen offiziellen Brief zur Erklärung zu schreiben und nicht deshalb, weil ein solcher Brief von ihm angefordert worden sei.

Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß er das Anliegen von Bundeskanzler Kohl verstünde. Er habe alle Aspekte dargelegt. Es gehöre jedoch noch ein anderer hinzu, der sich aber in die Zukunft richte. Es gehe um die Absicht, deutsche Waffen in die Nahost-Region zu liefern.[13] Damit würden sich Probleme stellen, die die Menschen beträfen, die in dieser Region leben, wie aber auch alle Juden in der Welt, und nicht nur die, die vom Holocaust betroffen worden seien. Bereits während der Amtszeit von Bundeskanzler Schmidt habe es die Diskussion darüber gegeben, ob Saudi-Arabien ein moderates Land sei. Für Israel sei Saudi-Arabien kein gemäßigtes Land. Es sei wahr, daß Saudi-Arabien keine Beziehungen zur Sowjetunion unterhalte und mit den Vereinigten Staaten von Amerika freundschaftlich verbunden sei. Saudi-Arabien sei jedoch sehr antiisraelisch und anti-jüdisch.

Beispielsweise habe ihm der frühere Außenminister Kissinger erzählt, daß er einmal von König Faisal die Protokolle der Weisen von Zion geschenkt bekommen habe. Saudi-Arabien sei außerdem bis heute nicht bereit, z. B. Ägypten wieder in die Arabische Liga aufzunehmen.[14] Sicherlich sei Saudi-Arabien keine militärische Macht. Es habe jedoch an allen Kriegen gegen Israel teilgenommen. Er sei sich hundertprozentig sicher, daß die Saudis die deutschen Waffen,

11 Zu seiner Beteiligung an Attentatsplänen äußerte sich Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin rückblickend in einem Interview. Vgl. dazu den Artikel „Angst halte ich für sehr vernünftig"; DER SPIEGEL, Nr. 9 vom 28. Februar 2011, S. 44.

12 Ewald Albert von Kleist-Schmenzin wurde am 9. April 1945 in Berlin hingerichtet.

13 Zum möglichen Export von Panzern nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 5, besonders Anm. 4.

14 Auf ihrer Konferenz vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad beschlossen die Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten wegen der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags am 26. März 1979 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten, die Suspendierung der Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga und die Verlegung ihres Sitzes nach Tunis. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 154 des Botschafters Menne, Bagdad, vom 1. April 1979; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

welche sie auch immer haben werden, nach Jordanien, dem Irak und nach Syrien senden werden, damit sie gegen Israel eingesetzt werden. Die Saudis würden dies aus prinzipiellen Gründen tun, weil dies ihrer Theologie und Philosophie entspräche. Diese Haltung Saudi-Arabiens sei rational nicht zu verstehen.

Wichtig bleibe jedoch der militärische Aspekt. Jeder Israeli werde erregt, wenn deutsche Waffen gegen Israel eingesetzt werden würden. Er wolle noch einmal sagen, daß er den Punkt des Bundeskanzlers verstünde, daß nicht alle Verbrecher waren, die in der deutschen Armee gedient hätten. Niemand würde aber in Israel verstehen können, daß deutsche Waffen gegen uns eingesetzt werden sollen. In dieser Frage gebe es eine historische Verantwortung: „Sie haben besondere Beziehungen zu Israel; aufgrund der historischen Verantwortung können Sie nichts gegen die Sicherheit Israels unternehmen." Wie könne der Bundeskanzler zustimmen, daß Waffen aus der Bundesrepublik gegen Israel genutzt würden? Es sei unmöglich, dies zu akzeptieren. In diesem Zusammenhang ginge es nicht nur um die Frage der deutschen Waffenlieferungen. Es ginge auch um die Gespräche einer möglichen Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten. Solche Gespräche bedeuten eine Stärkung der Kräfte der arabischen Staaten, die mit Israel keine friedlichen Beziehungen haben wollen.

Israel verfüge über weniger Panzer und Flugzeuge als die arabischen Staaten: Zusammen verfügen sie über 12450 Panzer (ohne Ägypten), 2055 Kampfflugzeuge und über 31 Divisionen. Israel habe nicht ein Drittel dieses Militärpotentials, könne den Arabern jedoch aufgrund der technologischen und intellektuellen Überlegenheit die Stirn bieten. Es sei Israel jedoch nicht möglich, die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den arabischen Staaten zu unterschätzen, weil sie die Balance in der Nahost-Region verändern würde. „We are very concerned."

Ohne Zweifel sei es gelungen, trotz der schrecklichen Vergangenheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel gute Beziehungen herzustellen. Er setze keinen Zweifel darin, wenn der Bundeskanzler sage, daß er ein guter Freund Israels sei und gute persönliche Beziehungen wolle und bereit sei zum persönlichen telefonischen Kontakt, wenn dies erforderlich sei. „Er sei darüber sehr bewegt." Aber es gebe zwischen diesem Gefühl und der Bereitschaft des Bundeskanzlers, die ausgezeichneten deutschen Waffen an arabische Staaten zu liefern, die sie dann gegen Israel einsetzen werden, einen Widerspruch.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für das sehr offen geführte Gespräch. Er wolle jedoch ebenso offen eine Frage im Zusammenhang mit der israelischen Politik an Ministerpräsident Shamir richten, weil sie ihm nicht verständlich sei: Ein Blick auf die Landkarte mache deutlich, daß Israel von Nachbarn umgeben sei. Israel habe in der internationalen Politik eine Position erreicht, die deutlich mache, daß, wer immer sage, Israel auslöschen zu wollen, an jeder Realität vorbeigehe. Beispielsweise habe König Fahd in seinem Friedensplan[15] die Existenz aller Staaten in der Nahost-Region akzeptiert, ohne allerdings Israel ausdrücklich beim Namen zu nennen. Die letzten dreißig Jahre seien für Israel sicherlich sehr schwierig und schrecklich gewesen. Seine Erfahrung nach seinen

15 Der saudi-arabische Kronprinz Fahd legte am 8. August 1981 einen Acht-Punkte-Plan zur Lösung des Nahost-Konflikts vor. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 233.

Gesprächen in Saudi-Arabien[16] und Ägypten[17] sei jedoch die, daß sich die Besorgnisse dieser Regierungen vor allem auf den Iran und auf den Fundamentalismus richten und damit auf den iranisch-irakischen Konflikt und nicht auf Israel. Es sei für ihn jedoch nicht erkennbar, welche Konsequenzen Israel aus dem iranisch-irakischen Konflikt ziehe. Und wenn Saudi-Arabien vom Heiligen Krieg gegenüber Israel spreche, dann könne er nur dazu sagen, daß auch Präsident Reagan nicht die Absicht habe, die Sowjetunion anzugreifen, wenn er von ihr als dem Reich des Bösen[18] spreche. Saudi-Arabien sehe die größte Gefahr im iranisch-irakischen Konflikt. Der Fundamentalismus sei eine ernsthafte Bedrohung der gesamten Region. Er habe in Riad nicht den Eindruck gewonnen, daß Saudi-Arabien das Ziel verfolge, einen Krieg gegen Israel führen zu wollen. Diesen Eindruck hätten auch nicht die Amerikaner. Im übrigen müsse er die Frage stellen, ob die möglichen Nachfolger des jetzigen saudischen Königtums besser sein würden als das heutige Regime. So sehr er die Gefühle des Ministerpräsidenten verstünde, so sei es doch sicherlich nützlicher, wenn Saudi-Arabien enger mit Ägypten als mit Syrien oder Libyen zusammenarbeiten würde. Eine Eskalation des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran würde außerdem Gefahren mit sich bringen, die weit über die Region hinausreichen würden.

Er gebe zu, daß die europäische Position gegenüber der Nahost-Region nicht immer die richtige gewesen sei. Die Nahost-Region sei für Europa eine Nachbarregion und von den Entwicklungen unmittelbar berührt. Darüber hinaus gebe es auch irrationale Bindungen zwischen beiden Regionen. Er verweise nur auf die religiösen Bezüge vieler Millionen von Menschen.

Er bekenne auch, daß Europa sich gegenwärtig in keinem guten Zustand befinde. Die Europäische Gemeinschaft sei mehr eine Freihandelszone als eine politische Gemeinschaft. Von den Römischen Verträgen[19] sei nicht mehr viel übriggeblieben. Er sei jedoch entschlossen, der Europäischen Gemeinschaft neue Impulse zu geben. Im Herbst werde es einen neuen Anlauf für eine verstärkte politische Integration geben. Die Bundesrepublik Deutschland werde dabei mit den Gründerstaaten wie Frankreich, Italien und den Niederlanden besonders eng zusammenarbeiten, auch wenn sich nicht alle daran beteiligen werden. Die Europäische Gemeinschaft von heute entspreche nicht seiner Vorstellung. Selbst Winston Churchill sei seinerzeit mit seinen Überlegungen viel weiter gegangen. Eine Stärkung Europas liege sicherlich auch im Interesse Israels. Sie sei aber vor allem gegenüber der Sowjetunion erforderlich. Die Erfahrung im Zusammenhang mit der Diskussion des NATO-Doppelbeschlusses habe erneut bewiesen, daß es um die gemeinsame Sicherheit aller Europäer ginge. Wünschenswert wäre heute eine Zusammenfassung der militärischen Kapazitäten, wie sie

16 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

17 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 7. bis 9. Oktober 1983 in Ägypten auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 295 und Dok. 312.

18 Am 8. März 1983 hielt Präsident Reagan eine Rede vor der „Annual Convention of the National Association of Evangelicals“ in Orlando, Florida, in der er die UdSSR als „an evil empire“ bezeichnete. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 364.

19 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

die Europäische Verteidigungsgemeinschaft von 1954[20] vorgesehen habe. Die Geschichte wiederhole sich jedoch nicht, dennoch müsse ein vergleichbares Ziel angestrebt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland nehme in Europa eine wichtige Position ein. Auch unter dem Gesichtspunkt der Europäischen Gemeinschaft seien die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel von besonderer Bedeutung. Im übrigen wolle er noch einmal darauf hinweisen, daß in der Frage der Waffenlieferungen die Deutschen bisher die einzigen gewesen seien, die bisher in der Nahost-Region nicht tätig geworden seien, mit Ausnahme in Israel. Waffenlieferungen bzw. militärische Zusammenarbeit mit Israel seien für ihn jedoch kein Tabu. Er wolle aber noch einmal sagen, daß er eine besondere Chance darin sehen würde, die Region zu stabilisieren, wenn es zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Saudi-Arabien und Ägypten kommen könnte.

Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß der Bundeskanzler in einer europäischen Weise denken würde. Die Araber würden nicht in dieser Weise denken. Sie würden auch nicht in dieser Form analysieren. Er sei gerne bereit, die heutige Diskussion im morgigen Gespräch fortzusetzen.

Der *Bundeskanzler* wies noch einmal darauf hin, daß er König Fahd gesagt habe, daß eine Politik, die vernünftig sein wolle und sich der Propaganda enthielte, gute Beziehungen zu Israel einschließen müsse und daß dies stärker im Interesse Saudi-Arabiens als im Interesse Israels sei; denn nicht die Israelis würden nach Riad gehen wollen, sondern die Fundamentalisten.

Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß König Fahd es sehr gerne sehen würde, wenn die Fundamentalisten Krieg gegen Israel führen würden, denn dann würden sie nicht gegen Saudi-Arabien kämpfen. Dies sei auch der Grund, warum Saudi-Arabien die PLO unterstütze. Wenn König Fahd ein Abkommen mit Khomeini erreichen könnte, daß dieser Saudi-Arabien nicht angreife, wäre er sicherlich dafür bereit, an Khomeini Waffen zu liefern, damit dieser gegen Israel kämpfe; darüber wäre er sicherlich sehr froh.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, daß er diese Aussage nicht akzeptieren könne. König Fahd wäre sicherlich nicht so dumm.

Ministerpräsident *Shamir* unterstrich noch einmal, daß die deutsch-israelischen Beziehungen sicherlich noch wichtiger werden würden, und zwar in dem Sinne, wie es der Bundeskanzler beschrieben habe. Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu. Israel müsse wie die Europäer darüber nachdenken, daß die Sicherheit nicht auf Dauer allein auf die Vereinigten Staaten von Amerika gestellt werden könne. Niemand wisse, wer z. B. der Präsident 1992 sein werde und welche Politik er verfolgen werde.

20 Der Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsorganisation wurde am 24. Oktober 1950 von Ministerpräsident Pleven vor der französischen Nationalversammlung erläutert. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. JOURNAL OFFICIEL. ASSEMBLÉE NATIONALE 1950, S. 7118 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3518–3520. Vgl. dazu auch AAPD 1949/50, Dok. 134, Dok. 136 und Dok. 142.
Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wurde am 27. Mai 1952 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 343–424.
Die französische Nationalversammlung beschloß am 30. August 1954 die unbefristete Vertagung der Beratungen über den EVG-Vertrag, was der Ablehnung der Ratifizierung gleichkam und das Scheitern der EVG bedeutete. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6916 f. Vgl. dazu auch BDFD, I, S. 455 f.

Ministerpräsident *Shamir* erklärte, daß Israel zu allen amerikanischen Präsidenten immer besondere Beziehungen unterhalten habe. Bevor Richard Nixon ins Amt gekommen sei, galt er als Antisemit. Nixon sei als Präsident für Israel bisher der beste Präsident gewesen. Dies lag sicherlich auch an seinem Außenminister[21], fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Auch die Entscheidung dafür sei von Präsident Nixon getroffen worden, fuhr Ministerpräsident *Shamir* fort. Er sei sich jedoch darüber im klaren, daß Israel sich am Ende immer auf sich selbst werde verlassen müssen. Sie brauchen jedoch Freunde, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Wir brauchen Freunde, erwiderte Ministerpräsident *Shamir*. Er sei überzeugt, daß der Bundeskanzler ein guter Freund sein könne.

VS-Bd. 14124 (010)

19

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem

VS-vertraulich **25. Januar 1984**[1]

Vermerk über das zweite Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir am 25. Januar 1984, von 8.15 Uhr bis 9.45 Uhr, in Jerusalem[2]

Teilnehmer: Y. Ben-Aharon, Leiter des Büros des Ministerpräsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Heinz Weber, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* befragte Ministerpräsident Shamir einleitend nach seiner Einschätzung der bevorstehenden Vertrauensabstimmung in der Knesset.[3] Der Ausgang sei noch nicht sicher, erwiderte Ministerpräsident *Shamir*, er hoffe jedoch, daß es gutginge. Er wünsche es ihm, erwiderte der *Bundeskanzler*.

21 William P. Rogers bzw. Henry A. Kissinger.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 8. Februar 1984 gefertigt und am 9. Februar 1984 an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung" übermittelt.
Hat Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 17. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Lautenschlager und Meyer-Landrut sowie die Ministerialdirektoren Ruhfus und Fischer „z[ur] pers[önlichen] Unterrichtung" verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14124 (010), B 150, Aktenkopien 1984.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. auch Dok. 18 und Dok. 20.

3 Am 25. Januar 1984 lehnte das israelische Parlament einen von der Opposition anläßlich der wirtschaftlichen Lage in Israel eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Regierung von Ministerpräsident Shamir ab. Vgl. dazu den Artikel „Regierung Shamir übersteht Mißtrauensantrag"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Januar 1984, S. 1.

Ministerpräsident *Shamir* gab einen Überblick über die wirtschaftliche Lage in Israel. Er sehe sich mit zwei Hauptproblemen konfrontiert: mit dem Defizit in der Handelsbilanz und mit dem Problem der Inflation. Seine Aufgabe sei es, beide Probleme zu lösen. Er habe deshalb sehr einschneidende Maßnahmen ergriffen. Das Budget sei um 2 Milliarden Dollar gekürzt worden. Dies sei ein sehr großer Betrag, bei dem es besonders schwierig gewesen sei, entsprechende Kürzungen im Verteidigungshaushalt durchzuführen. Der Verteidigungsetat habe den größten Umfang, Kürzungen seien dort jedoch besonders risikoreich. Insgesamt ginge es jedoch bei den Kürzungen im Etat um die Einschränkung des einheimischen Verbrauchs[4]. Gleichzeitig solle das israelische Industriepotential mehr auf den Export ausgerichtet werden, um das Handelsbilanzungleichgewicht mindestens um 1 Milliarde Dollar zu verringern. Im Dezember sei es bereits gelungen, das Ungleichgewicht in der Handelsbilanz um 200 Millionen zu verbessern. Dies sei eine sehr ermutigende Entwicklung.

Die Inflation versuche man durch eine Senkung des Lebensstandards um 7% zu bekämpfen. In den letzten Jahren sei der Lebensstandard in Israel ständig gestiegen. Besondere Schwierigkeiten gebe es mit den Gewerkschaften. Er müsse jedoch gegen diesen Druck festbleiben. Sein Ziel sei es, einen nationalen Konsens zwischen allen Beteiligten herbeizuführen: zwischen den Gewerkschaften, der Industrie und der Regierung mit dem Ziel, die Einkommen einzufrieren, ebenso die Preise und die Steuern. Sein Ziel sei es, normalere Verhältnisse zu erreichen. Dafür brauche er politische Stärke, insbesondere der Koalition. Bedauerlicherweise hätten die kleineren Koalitionspartner kein vergleichbares Interesse an einer nationalen Verantwortung. Die religiösen Parteien verlangen immer mehr Geld für die religiösen Institute, und sie konzentrieren sich in erster Linie auf ihre eigenen Interessen. Aufgabe sei es jetzt, eine Balance zwischen privatem und dem öffentlichen Verbrauch zu finden, in dem beide Bereiche reduziert würden.

Israel erhalte sehr große und außergewöhnliche Hilfe von den Vereinigten Staaten von Amerika. Dennoch müßte es gegenüber den USA beweisen, daß es die Wirtschaft wieder in Ordnung bringe. In diesem Zusammenhang sei der wirtschaftliche Aufschwung in Europa sehr hilfreich. Mit den USA würde Israel zur Zeit Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone führen. Es sei zum ersten Mal, daß die USA bereit seien, Verhandlungen über eine Freihandelszone zu führen, die vergleichbar mit den Vereinbarungen mit der Europäischen Gemeinschaft[5] wären. Die USA hätten dabei besonders rechtliche Schwierigkeiten, die sie aber überwinden. Er hoffe, daß es gelinge, noch 1984 eine entsprechende Vereinbarung zu erreichen und den Export in die USA zu erhöhen. Was den Export insgesamt betreffe, liege Europa deutlich vor den Ver-

4 Korrigiert aus: „Verbrauchers".

5 Die EWG und Israel unterzeichneten am 11. Mai 1975 ein Abkommen, das die schrittweise Einführung einer Freihandelszone vorsah. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 136 vom 28. Mai 1975, S. 1–190.
Das Abkommen wurde durch ein Zusatzprotokoll sowie durch ein Protokoll über finanzielle Zusammenarbeit erweitert, die am 8. Februar 1977 geschlossen wurden. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 270 vom 27. September 1978, S. 2–14.
Ein zweites Protokoll über finanzielle Zusammenarbeit wurde am 24. Juni 1983 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 335 vom 30. November 1983, S. 8–11.

einigten Staaten. Diese hätten hohe Zölle und ein schwieriges Zollsystem, das überwunden werden müsse. Sollte es zu einer Vereinbarung mit den USA kommen, wäre dies für Israel eine Revolution.

Der Gesamtexport Israels betrage 11 Milliarden Dollar. Das Defizit in der Handelsbilanz habe eine Höhe von 5 Milliarden Dollar erreicht. Dies sei eine unerträgliche Situation. Bedauerlicherweise seien die ausländischen Investitionen in Israel nicht ausreichend, um dieses Handelsbilanzdefizit abzubauen. Er hoffe, daß es Israel gelinge, in vier bis fünf Jahren ein Gleichgewicht in der Handelsbilanz zu erreichen.

Der *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Bundesrepublik Deutschland der größte Partner Israels sei. Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß es gegenüber der Bundesrepublik ein Handelsbilanzdefizit von 1 Milliarde DM gebe. Im Februar wolle er Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft führen. Er werde zu diesem Zweck persönlich nach Brüssel kommen.[6]

Er wolle eine offene Frage an den Ministerpräsidenten stellen, fuhr der *Bundeskanzler* fort. Er habe den Eindruck bei dem Treffen des Europäischen Rates[7] gewonnen, daß Präsident Mitterrand und er die größte Affinität zu Israel hätten. Dagegen habe der griechische Ministerpräsident Papandreou die größte Distanz zu Israel.

Ministerpräsident *Shamir* antwortete, daß Präsident Mitterrand ein guter Freund Israels sei. Frankreich sei politisch jedoch sehr launenhaft, und die Franzosen hätten sehr seltsame Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit der PLO. Sie messen Arafat eine zu große Bedeutung bei. Dies gelte besonders für den französischen Außenminister Cheysson, der zeitweise direkt fanatisch sei. Er habe mit der PLO nie gesprochen, warf der *Bundeskanzler* ein.

Ministerpräsident *Shamir* erklärte, daß die PLO immer schwächer werde und verschwinden werde. Je mehr man mit der PLO spreche, desto größer werden ihr Einfluß und ihr Prestige. Nach ihrer Vertreibung aus dem Libanon[8] habe die PLO viel an Prestige verloren. Jetzt hätten die gemäßigten Araber eine Chance, ihren eigenen Weg zu gehen.

6 Ministerpräsident Shamir nahm am 20. Februar 1984 an der dritten Sitzung des Kooperationsrats EWG-Israel teil. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 23. Februar 1984 mit, der Kooperationsrat habe „in guter Atmosphäre" stattgefunden: „Er gelangte auch in den für Israel besonders wichtigen und in der EG bis zuletzt umstrittenen Fragen (Folgen der EG-Erweiterung für Israel, Überprüfung des Kooperationsabkommens) zu einvernehmlichen Schlußfolgerungen: u. a. Kompromißformel, die israelischen Wunsch nach intensiveren und konkreteren Konsultationen parallel zu Beitrittsverhandlungen berücksichtigt, ohne Entscheidungsfreiheit der Gemeinschaft gegenüber SP und P einzuschränken." Vgl. den Runderlaß; Referat 410, Bd. 130268.

7 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 375.

8 Am 18. bzw. 19. August 1982 billigten der Libanon bzw. Israel einen Plan des Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Habib, über den Abzug der palästinensischen Organisationen aus Beirut, der von Truppen Frankreichs, Italiens und der USA überwacht werden sollte. Referat 310 vermerkte dazu am 31. August 1982, der Abzug verlaufe weitgehend reibungslos: „Nachdem bereits vorher eine Reihe hoher PLO-Funktionäre Beirut verließ, folgte Arafat am 30.8. zusammen mit weiteren führenden PLO-Mitgliedern." Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, werde sich nach Tunis ins Exil begeben: „Damit ist die politische Präsenz der PLO im Libanon zu Ende gegangen." Vgl. Referat 310, Bd. 135721.

Der *Bundeskanzler* berichtete dem Ministerpräsidenten Shamir, daß er am 2. Februar mit Präsident Mitterrand zusammentreffen werde.[9] Bei dieser Gelegenheit wolle er mit ihm auch über Israel sprechen. Was die Frage der Mittelmeerprodukte anginge, habe Präsident Mitterrand vor allem Probleme mit Südfrankreich.

Ministerpräsident *Shamir* wies darauf hin, daß sich Frankreich vor allem gegenüber der hohen Produktion Spaniens schützen müsse. Man müsse aber grundsätzlich gegenüber französischen Initiativen sehr vorsichtig sein. In den Vereinten Nationen habe Frankreich die Initiative ergriffen, um die Sicherheitsratsresolution 242[10] zu verändern.[11] Warum solle diese verändert werden? Damit würde ein sehr gefährlicher Weg eingeschlagen werden. Warum solle das Abkommen von Camp David[12] verändert werden? Dies seien für Israel sehr wichtige Fragen, weil sie eine Übereinstimmung gefährden, die bis zur Stunde noch gegeben sei.

Die Vorstellungen von Mrs. Thatcher umfassen ein großes arabisches Bild, in das Israel jedoch nicht hineinpasse. Die Erklärungen von Außenminister Howe in Riad[13] seien unverständlich. Warum habe er in Riad gefordert, daß Israel seine Positionen radikal ändern müsse, und warum habe er das nicht hier in Israel gesagt? Er habe gestern bei seiner Tischrede in Jerusalem[14] so gesprochen wie in Riad[15], warf der *Bundeskanzler* ein.

Ministerpräsident *Shamir* fuhr fort, Italien sei politisch sehr schwach, wenn auch der Außenminister Andreotti ein kluger Mann sei.

9 Für die Gespräche auf Schloß Ludwigshöhe vgl. Dok. 29 und Dok. 30.

10 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

11 Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete am 5. Januar 1984: „In Jerusalem wächst die Besorgnis, Frankreich könnte seine im Vorjahr erkennbar gewordene Absicht wieder aufleben lassen, zusammen mit Ägypten VN-Resolution 242 zu ergänzen. Der Versuch war damals am Widerspruch der USA gescheitert." Israel sei besorgt, daß „die Beschlüsse von Camp David ins Rutschen geraten könnten. Dies um so mehr, als man sich in Jerusalem dessen bewußt ist, daß die amerikanische Interpretation von 242 mit der israelischen nicht deckungsgleich ist". Vgl. den Drahtbericht Nr. 15; Referat 310, Bd. 137546.
Gesandter Rouget, Paris, übermittelte am 26. Januar 1984 Informationen aus dem französischen Außenministerium, wonach die französische Regierung noch nicht entschieden habe, „ob oder wann sie den französisch-ägyptischen Entschließungsantrag vom Sommer 1982 erneut im Sicherheitsrat einbringen werde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 202; Referat 310, Bd. 135751.

12 Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Für den Wortlaut der am 17. September 1978 in Washington unterzeichneten Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.
Nach weiteren Verhandlungen vom 21. bis 25. Februar 1979 in Camp David unterzeichneten Ägypten und Israel am 26. März 1979 in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

13 Der britische Außenminister Howe hielt sich am 10./11. Januar 1984 in Saudi-Arabien auf.

14 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundeskanzlers Kohl anläßlich eines Abendessens am 24. Januar 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 110–112.

15 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

Der *Bundeskanzler* unterstrich besonders die Bedeutung der Niederlande. Nach seinen Erfahrungen würden die Niederlande immer mehr an Gewicht gewinnen. Besonders Ministerpräsident Lubbers sei ein ausgezeichneter Mann. Er empfehle, daß Ministerpräsident Shamir mit ihm zusammentreffe. Lubbers verfüge in der Europäischen Gemeinschaft über eine wichtige Stimme. Dies gelte vor allem im Rahmen der kleineren europäischen Staaten, bei denen Ministerpräsident Lubbers eine bedeutende Rolle vor allem auch in moralischen Fragen spiele. Dies sei ein Kapital, das Israel auch zu wenig genutzt habe. Im übrigen wolle er darauf verweisen, daß in der Bundesrepublik Deutschland, in den Niederlanden, in Belgien, Luxemburg, Irland, Dänemark und Italien christlich-demokratische bzw. konservative Regierungen im Amte seien. Auch dort spiele Lubbers eine wichtige Rolle.

Ministerpräsident *Shamir* unterstrich seine Sorgen im Zusammenhang mit den israelischen Agrarexporten. Wenn Spanien der Europäischen Gemeinschaft beitrete, werde es entsprechende Vorteile haben. Spanien produziere die gleichen Agrarprodukte wie Israel. Es werde ein Desaster für Israel werden, wenn Spanien den israelischen Export vom europäischen Markt verdränge. Israel ohne seine Landwirtschaft sei nicht das Israel von heute. 50% der israelischen landwirtschaftlichen Produktion gingen in den Export. Ungefähr 15% der israelischen Einwohner arbeiten in der Landwirtschaft. Es handele sich dabei vor allem um Emigranten aus Marokko und anderen arabisch-afrikanischen Staaten. Es sei sehr schwierig gewesen, diese Einwanderer, die meistens Kleinhändler gewesen seien, zu Farmern auszubilden. Dies sei eine Art Revolution gewesen, die sich zu einer Katastrophe entwickeln werde, wenn sie scheitere. Die beste Lösung wäre, wenn Israel für seine Agrarprodukte mit der Europäischen Gemeinschaft eine Freihandelslösung erhalten könnte. Zeitlich müßte dies parallel zu den Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft mit Spanien und Portugal[16] erfolgen. Der *Bundeskanzler* versicherte, daß über diese Fragen seiner Ansicht nach beim Europäischen Rat im Juni[17] gesprochen werden könnte. Im übrigen müsse man bei Spanien den Zusammenhang mit dem beabsichtigten Referendum über den Verbleib in der NATO[18] in die Überlegungen miteinbeziehen. Spanien werde in der NATO bleiben, wenn der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft möglich wird.

Der Bundeskanzler gab einen Überblick über die Lage in der Europäischen Gemeinschaft. Er verwies darauf, daß insbesondere die finanzielle Situation in der Gemeinschaft katastrophale Formen annehme. Weitere Ausgabensteigerungen seien praktisch nicht mehr möglich. Es sei in Ordnung, daß die Bundesrepublik die höchsten Beiträge zur Europäischen Gemeinschaft zahle. Die Bundesregierung habe einer Erhöhung der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaft aber nur zugestimmt, wenn dies mit der Frage des Beitritts Spaniens und Portugals gekoppelt bleibe, weil dies sonst nicht politisch in der Bundesrepublik durchsetzbar sei.[19]

16 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 17, Anm. 15.

17 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 181.

18 Zur Stellung Spaniens in der NATO vgl. Dok. 26.

19 Vgl. dazu die Beschlüsse der Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart („Stuttgarter Paket"); Dok. 3, Anm. 10.

Er wolle nur noch einmal in Erinnerung rufen, daß die Bundesregierung seit ihrer Amtsübernahme rund 18 Milliarden im Haushalt eingespart habe. Dazu kämen Kürzungen von rund 20 Milliarden DM im Sozialsystem. Dies alles erfolge innerhalb von drei Jahren. Gleichzeitig verlange er von seinen Beamten eine sogenannte Null-Runde, d.h. einen Verzicht auf eine Erhöhung ihrer Einkommen. Zum Glück sei die Inflation in der Bundesrepublik relativ niedrig. Angesichts dieser Situation könne er jedoch einer ungehinderten Ausgabenpolitik der Europäischen Gemeinschaft nicht zustimmen. Die Probleme im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens seien insbesondere bilateraler Natur mit Frankreich. Italien selbst verstecke sich hinter der französischen Position. Entscheidend bleibe jedoch die Frage der Mittelmeerprodukte. Er sei bereit, Israel zu helfen, weil er Israel gewissermaßen als Nachbarn nicht abdrängen lassen wolle.

Ministerpräsident *Shamir* wies noch einmal darauf hin, daß Israel nicht gegen den Beitritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft sei. Er wolle jedoch ein Arrangement erreichen, um sicherzustellen, daß mit dem Beitritt Spaniens der israelische Export nach Europa nicht reduziert werde. Möglich sei eine Quotenregelung. Das israelische Problem sei verglichen mit den europäischen Maßstäben nicht besonders groß. Es handele sich um eine Größenordnung zwischen einer halben und einer Milliarde. Es dürfte deshalb nicht sehr schwierig sein, eine Lösung zu finden. Marokko und Tunesien werden vergleichbare Probleme beim Beitritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft bekommen. Sie verfügten jedoch über den Schutz Frankreichs. Dagegen sollte die Bundesrepublik Sorge für Israel tragen. Es handele sich zu einem guten Teil um ein existentielles Problem Israels.

Der *Bundeskanzler* wies noch einmal darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Entwicklungshilfe in vielen Fällen kürzen mußte. Sie hätte dies jedoch nicht gegenüber Israel getan. Es werde auch im nächsten Jahre keine Kürzungen im Falle Israels geben.

Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß sich die Lage verändert habe. Der Kredit von 140 Millionen, den die Bundesrepublik Israel zu günstigen Konditionen gewährt habe[20], stehe heute in vergleichbarer Relation zum israelischen Handelsbilanzdefizit.

Ministerpräsident Shamir leitete zu den Problemen der Nahost-Region über. Er kenne die PLO sehr gut. Die PLO sei heute eine schwache Organisation. Arafat reise herum, stifte jedoch nur Verwirrung. In der PLO sei ein Prozeß der Desillusionierung eingetreten. Die Palästinenser würden nicht länger glauben, daß die PLO eine Lösung ihrer Probleme herbeiführen könne. Arafat gelte zwar noch als Held. Das Ziel eines palästinensischen Staates würde jedoch nur noch als ein Traum, als eine Illusion verstanden werden. Dies sei der Unterschied zu früheren Jahren. Ebenso glaube niemand mehr daran, daß Gewalt

20 Die Bundesrepublik und Israel unterzeichneten am 29. November 1983 ein Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit, das Israel den Abschluß eines Darlehensvertrags mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 140 Mio. DM ermöglichte. Für das Abkommen vgl. Referat 310, Bd. 135756.
Referat 310 erläuterte am 28. November 1983, die jährlich in dieser Höhe abgeschlossenen Abkommen hätten seit 1976 einen Zinssatz von 4,5% bei einer Laufzeit von 20 Jahren, davon fünf Freijahre. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 135756.

gegen Israel einen Erfolg bringen könne. Die Palästinenser hätten eingesehen, daß Ägypten den Sinai zurückerhalten habe[21], ohne einen einzigen Schuß abgegeben zu haben. Dagegen kämpfe die PLO seit zwanzig Jahren ohne jeden Erfolg.

Der *Bundeskanzler* fragte nach der Rolle Syriens im Rahmen der Nahost-Entwicklung.

Ministerpräsident *Shamir* erklärte, daß es heute vor allem darauf ankomme, daß keine neuen Gewaltakte ausgelöst würden. Die lokalen Araber würden einen Weg vorziehen, der eine Lösung über Verhandlungen möglich mache. Wenn König Hussein den Eindruck gewinnen würde, daß die PLO kein wichtiger Faktor für eine Nahost-Regelung mehr sein könne und palästinensische Kräfte ihn unterstützen würden, werde er bereit sein, mit Israel zu verhandeln. Bisher sei er zu ängstlich gewesen, offizielle Verhandlungen aufzunehmen. König Hussein sei ein großer Überlebenskünstler. Er sei sich sehr bewußt, was mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat geschehen sei.[22] Wenn Arafat „kaputt" sei, werde König Hussein bereit sein zu verhandeln. Arafat sei für König Hussein gefährlich.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß auch er den Eindruck bei seinen Gesprächen in Amman[23] gehabt habe, daß sich König Hussein der Lage, wie sie Ministerpräsident Shamir geschildert habe, sehr bewußt sei. Er sollte zu Verhandlungen bereit sein, fügte Ministerpräsident *Shamir* hinzu. Der *Bundeskanzler* fragte den Ministerpräsidenten Shamir nach den möglichen Anreizen, die Israel Jordanien für die Aufnahme von Verhandlungen anbieten könne. Der ägyptische Ministerpräsident Sadat habe den Sinai zurückerhalten.

Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß Israel nur einen Sinai gehabt habe. Mit der Zurückgabe des Sinai habe Israel auf jährliche Einnahmen für Öl in der Größenordnung von 1 Milliarde Dollar verzichten müssen. Dieser Verlust sei ein Ergebnis des Abkommens von Camp David. Israel würde jetzt selbst nach Öl graben, habe bisher jedoch keines finden können.

Was die Frage der Verhandlungen mit Jordanien betreffe, so wolle er doch darauf hinweisen, daß der große Vorteil des Camp-David-Abkommens darin bestanden habe, daß nicht entschieden worden sei, wie der künftige Status der Westbank auszusehen habe. Sein Vorgänger Begin sei entschieden gegen einen palästinensischen Staat eingetreten und habe die volle israelische Souveränität über die Westbank gefordert. Am Ende sei ein Kompromiß gefunden worden in der Form einer Übergangslösung für fünf Jahre. Die Westbank sollte für fünf Jahre einen autonomen Status erhalten. In dieser Zeit sollte ein Klima des Vertrauens geschaffen werden, um am Ende eine dauerhafte Lösung herbeizuführen. Die lokale arabische Bevölkerung wäre durch gewählte Vertreter an der Lösung demokratisch beteiligt worden. Fünf Jahre seien kein sehr langer Zeitraum. Ägypten habe jedoch die Verhandlungen über die Autonomie der West-

21 Am 25. April 1982 wurde der im Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Israel und Ägypten ausgehandelte israelische Rückzug aus dem Sinai abgeschlossen.

22 Präsident Sadat wurde am 6. Oktober 1981 bei einem Attentat ermordet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 289.

23 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf und traf am 6. Oktober 1983 mit König Hussein zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1983, II, Dok. 291.

bank nach der Ermordung von Präsident Sadat unterbrochen. Präsident Mubarak habe inzwischen seine Haltung verändert.

Ägypten stelle heute drei Bedingungen: Erstens fordere es Verhandlungen gemeinsam mit Jordanien; zweitens sollen die Palästinenser, vertreten durch die PLO, einbezogen werden, und drittens solle Jordanien ein Mandat für die Palästinenser erhalten. Diese Forderungen Ägyptens stünden nicht in Übereinstimmung mit dem Abkommen von Camp David. Dieses Abkommen sehe bereits die Beteiligung der lokalen Palästinenser vor, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen. Entscheidend für Israel sei, daß die Westbank kein Ausland sei. Präsident Mitterrand verstünde diese Position Israels sehr gut. Diese Gebiete gehören zur Wiege der israelischen Nation. Dies seien die Worte von Präsident Mitterrand gewesen. Es sei deshalb selbstverständlich, daß diese Gebiete von Israel nicht abgeschnitten werden könnten. Darüber hinaus stelle sich das Problem der Sicherheit. Für Israel sei es unmöglich, sich in den Grenzen vor 1967 zu verteidigen. Israel brauche die Berge und die Tiefe des Raumes. Jeder Besucher, der aus dem Ausland komme, würde dies sofort erkennen. Deshalb könne eine Lösung des Konfliktes nur in der Form eines Kompromisses gefunden werden. Das mögliche Ergebnis könne nicht vor dem Beginn der Verhandlungen bekanntgegeben werden. Wenn er seine Vorstellungen auf den Tisch legen würde, würden die Gesprächspartner dies als die israelische Ausgangsposition betrachten. Dies könne man unmöglich von Israel erwarten. Verhandlungen sollten beginnen, jedoch ohne Vorbedingungen.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß es das Interesse Israels sein müsse, daß König Hussein stabilisiert werde. Eine solche Stabilisierung müsse das Ergebnis von Verhandlungen sein, fügte Ministerpräsident *Shamir* hinzu. Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß König Hussein für Israel akzeptabler sein müsse als jeder seiner Nachfolger.

Ministerpräsident *Shamir* erklärte, daß Israel gute Beziehungen zu König Hussein unterhalte. Es gebe praktisch einen De-facto-Frieden. Die Beziehungen zu Jordanien seien normaler als mit Ägypten. Mit Ägypten habe man zwar einen Friedensvertrag, aber auch nicht mehr. Dagegen habe man gemeinsame Interessen mit König Hussein. Gerade das wolle er unterstreichen, ergänzte der *Bundeskanzler*. Ministerpräsident *Shamir* fuhr fort, daß es für König Hussein ohne Zweifel ein Risiko gebe, sich in den Friedensprozeß einzuschalten. Jordanien habe 60% Palästinenser. Das Territorium von König Hussein sei größer als das von Israel. Er müsse jedoch ein Risiko auf sich nehmen und mit Israel zusammenarbeiten. Ohne Israel könne es keine Lösung geben.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß für König Hussein Syrien das größere Problem als Israel darstelle. Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß Syrien ein Problem für den ganzen Mittelosten und für alle freien Länder darstelle. Syriens Politik sei sehr aggressiv. Es schaffe mehr und mehr Waffen an. Es handele sich um ein totalitäres System, das von der Sowjetunion abhängig sei. Die syrische Baath-Partei erinnere ihn sehr an die Nazis und an deren Fanatismus. Ziel sei die Bildung von Großsyrien, das den Libanon, Jordanien und Israel einschließe. Zuerst wolle Syrien den Libanon beherrschen und sich von dort aus dann weiter ausdehnen. Es werde auch nicht zögern, neue Aggressionen gegen Jordanien zu unternehmen, wenn König Hussein bestimmte Schrit-

te einleiten würde. Dies wäre eine vergleichbare Situation wie 1970.[24] Aber damals sei Israel für Jordanien sehr hilfreich gewesen. Der *Bundeskanzler* fragte den Ministerpräsidenten Shamir, ob dies auch für heute gelten würde. Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß Israel auch heute wieder Jordanien helfen würde, Syrien einzudämmen und abzuschrecken. Sollte Jordanien in Verhandlungen mit Israel eintreten, werde Israel Syrien zu verstehen geben, daß es bei möglichen Schritten gegen Jordanien auch mit Israel rechnen müsse.

Der Bundeskanzler habe dargestellt, daß Europa an einer Friedenslösung im Nahen Osten interessiert sei, weil es gewissermaßen benachbart sei. Europa müsse wissen, daß es im Nahen Osten keinen Frieden gegen Israel geben könne. Deshalb seien Verhandlungen erforderlich. Der Bundeskanzler habe die Beschlüsse von Fes[25] erwähnt. Die Beschlüsse von Fes bedeuten für Israel in ihrer Konsequenz die Liquidation. Das Ziel von Fes sei ein Israel in den Grenzen vor 1967. Und dies sei das Maximum, das die arabischen Staaten bereit seien, Israel zuzugestehen. In den Grenzen vor 1967 könne Israel jedoch nicht existieren. In Fes hätten die arabischen Regierungen weder über mögliche Verhandlungen noch über Frieden gesprochen.

Die PLO, die Saudis wie alle anderen arabischen Regierungen verfolgen eine Stufentheorie: Da Israel nicht sofort zerstört werden könne, müsse man dies in Stufen zu erreichen versuchen. Die erste Stufe seien Grenzen für Israel, wie sie vor 1967 bestanden hätten. Danach werde eines Tages das restliche Israel zerstört werden können. Denn Israel sei dann in den Grenzen vor 1967 zu schwach, um sich verteidigen zu können. Dann werden die arabischen Staaten angreifen. Die Araber verfolgen die Methode der Doppelzüngigkeit: Gegenüber den Europäern würden sie für eine Verhandlungslösung mit Israel eintreten, gegenüber ihren arabischen Brüdern verfolgen sie eine aggressive Linie. Deshalb verfolgen sie diese Stufenlösung.

Aus diesen Gründen seien Verhandlungen unverzichtbar. Der Unterschied zwischen den pro- und den anti-westlichen arabischen Staaten bestünde nur darin, daß die letzteren[26] daran glauben, daß sie Israel nur mit Hilfe der Sowjetunion besiegen könnten. Die pro-westlichen arabischen Regierungen verfolgen das gleiche Ziel nur mit dem Unterschied, daß sie es mit westlicher Hilfe erreichen wollen.

Dies sei jedoch nicht die Politik von König Hussein, wandte der *Bundeskanzler* ein. In seinen Gesprächen mit der saudi-arabischen Regierung habe er den Eindruck gewonnen, daß dort ein starkes Gefühl der Angst vorherrsche. Man habe

24 In Jordanien kam es im Verlauf des Jahres 1970 zu wiederholten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und palästinensischen Organisationen. Am 6. bzw. 9. September entführte die „Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP) vier Maschinen amerikanischer, britischer und schweizerischer Fluggesellschaften nach Kairo bzw. auf den jordanischen Flughafen Zarqa bei Amman und erklärte den Norden Jordaniens zu „befreiten Gebieten". Am 16. September ernannte König Hussein eine Militärregierung und befahl die Niederschlagung des Aufstands („Schwarzer September"). Am 20./21. September 1970 überschritten syrische Einheiten zur Unterstützung der palästinensischen Freischärler die Grenze zu Jordanien.

25 Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan"). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

26 Korrigiert aus: „ersteren".

immer wieder an das Schicksal von Präsident Sadat erinnert. Sadat wirke gewissermaßen als Symbol. Dies gelte auch für König Hussein. Aber beide Regierungen, Saudi-Arabien wie Jordanien, wollten unter vernünftigen Bedingungen überleben. Es ginge ihnen vor allem um das Überleben des Königshauses. Dies sei verständlich. Die Saudis müßten ihre archaischen Strukturen überwinden und seien dabei, ihr Land zu modernisieren. Dies enthalte viele Gefahren. Allein die Tatsache, daß in Saudi-Arabien beispielsweise heute 400000 Mädchen die Schulen besuchen können, werde die Gesellschaft erheblich verändern. Sein Eindruck in Saudi-Arabien sei gewesen, daß die saudische Führung diese Probleme deutlich erkennen würde. Die Befürchtungen von Saudi-Arabien richten sich nicht auf Israel, sondern auf den Iran und den Irak. Dies verstünde er, erklärte Ministerpräsident *Shamir*. Es müsse deshalb das Interesse Israels sein, fuhr der *Bundeskanzler* fort, Fortschritte in den Beziehungen mit den gemäßigten arabischen Staaten zu erreichen.

Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß Israel bereit sei, mit allen arabischen Staaten zu verhandeln. Sie verfügten inzwischen über reiche Erfahrungen. Sie seien mit einer Reihe arabischer Staaten in offiziellen Kontakten. Gegenüber Saudi-Arabien gebe es nicht einmal inoffizielle Kontakte. Saudi-Arabien habe zu große Angst. Er wolle nur an das Beispiel von König Hassan in Marokko erinnern. Als er in diesen Tagen mit inneren Unruhen konfrontiert war[27], habe er sie damit begründet, daß sie von dem israelischen Geheimdienst ausgelöst worden seien. Wieder einmal habe Israel als Sündenbock dienen müssen. So sei es auch in Saudi-Arabien. Wenn Saudi-Arabien ein Abkommen mit Khomeini erreichen könnte, daß dieser sich auf Israel konzentriere und Saudi-Arabien ausspare, wäre es dazu bereit. Dasselbe gelte auch für den Irak. Dieser verfüge im Augenblick über 17 Divisionen, allein acht davon seien Panzerdivisionen. Die ganze arabische Welt würde sich auf ein solches Spiel mit Khomeini einlassen.

Saudi-Arabien bezahle viel Geld an die PLO und an Syrien. Dieses sehr viele Geld diene nur dazu, die radikalen Elemente gegen Israel auszurichten. König Fahd selbst wolle Ruhe. Er wolle nur daran erinnern, daß es König Faruk gewesen sei, der als erster den Krieg gegen Israel erklärt habe, obwohl es gegen seine Interessen gewesen sei. Israel bleibe das Ziel aller radikalen Elemente in der arabischen Welt. Dennoch hoffe er auf Fortschritte in Richtung einer Friedenslösung. Jedes Jahr gewinne Israel mehr Realität. Die Araber müßten mit Israel leben. Die einzige Möglichkeit, die für eine Regelung der Konflikte übrigbleibe, sei die von Verhandlungen.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß er überzeugt sei, daß es keinen Frieden ohne Israel geben könne. Dies habe er auch seinen arabischen Gesprächspartnern gesagt. Mit einem heiligen Krieg würde Saudi-Arabien alles verlieren.

27 Botschafter Jesser, Rabat, berichtete am 6. Februar 1984: „Vor dem Hintergrund befürchteter Preiserhöhungen ist es hauptsächlich in Nordmarokko am 19./20./21. Januar zu Unruhen gekommen, die von der Staatsmacht blutig niedergeschlagen worden sind. König Hassan hat das Land wieder unter Kontrolle. Geplante Preiserhöhungen sind abgesagt worden. Die Ursachen der Unruhen sind struktureller – wirtschaftlicher und sozialer – Natur. […] Nach offiziellen Angaben soll es 29 Tote und 114 Verwundete gegeben haben. Wahrscheinlich liegt die wirkliche Anzahl der Opfer höher.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 63; Referat 311, Bd. 137801.

Ministerpräsident *Shamir* forderte den Bundeskanzler auf, seinen arabischen Gesprächspartnern zu sagen, daß Israel zu Verhandlungen bereit sei. Sicherlich werde eine Lösung der Konflikte nicht einfach sein. Der ägyptische Präsident Sadat habe ihm einmal gesagt: Israel und Ägypten seien zwei alte Völker. Sie bräuchten viel Geduld, aber wenn beide den Frieden wollen, könnte eine Lösung gefunden werden, selbst für Jerusalem, das sicherlich das schwierigste Problem darstelle. Israel bleibe zu Gesprächen bereit. Kontakte zwischen Israel und den arabischen Staaten seien unverzichtbar.

Der *Bundeskanzler* berichtete dem Ministerpräsidenten Shamir, daß die Araber an dieser Haltung Israels Zweifel hegten, weil es Waffen an Khomeini liefere.

Ministerpräsident *Shamir* räumte ein, daß Israel Waffen exportiere. Es würde jedoch keine Waffen an den Iran verkaufen, wenn, dann vielleicht nur auf dem internationalen Waffenmarkt.

Im übrigen habe Israel Gesprächsbereitschaft selbst gegenüber Syrien bekundet. Der amerikanische Sonderbotschafter Rumsfeld habe entsprechende Vermittlungen eingeleitet.[28] Israel habe ihm einige Vorschläge für seine Gespräche mit Syrien mitgegeben, ihm jedoch gesagt, daß er diese israelischen Ideen als amerikanische Vorschläge vortragen sollte.

Zum Abschluß des Gespräches bat Ministerpräsident Shamir den Bundeskanzler, sich auch in Zukunft für die Auswanderung der Juden aus der Sowjetunion einzusetzen. Es sei ihm bekannt, daß dies der Bundeskanzler bereits bei seinen Gesprächen in Moskau getan hätte.[29] Es sei für ihn wichtig zu wissen, daß dies der Bundeskanzler auch in Zukunft tun werde.

VS-Bd. 14124 (010)

28 Der Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Rumsfeld, hielt sich am 14./15. Dezember 1983 sowie am 12./13. Januar 1984 in Syrien auf. Ein weiterer Besuch fand am 29./30. Januar 1984 statt.

29 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Die Frage der Ausreise sowjetischer Juden nach Israel wurde im Gespräch Genschers mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 5. Juli 1983 angesprochen. Vgl. AAPD 1983, II, Dok. 202.

20

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem

VS-vertraulich **26. Januar 1984**[1]

Vermerk über das dritte Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir am 26. Januar 1984, 10.45 bis 12.10 Uhr, in Jerusalem[2]

Teilnehmer: Y. Ben-Aharon, Leiter des Büros des Ministerpräsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Heinz Weber, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* berichtete einleitend über seinen Besuch der Universität von Tel Aviv, der ihn sehr beeindruckt habe. Er unterstrich dabei die Bedeutung der sehr engen wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Universität von Tel Aviv und deutschen Universitäten.

Der Bundeskanzler leitete anschließend auf die Fragen der europäischen Sicherheit über. Er berichtete über die intensive Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über den Doppelbeschluß der NATO, die von einer eindrucksvollen Desorientierungskampagne der Sowjetunion begleitet worden sei. Anschließend erläuterte der Bundeskanzler die Ziele und die Zusammensetzung der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Zusammenhang wies er auf die bedenkliche Entwicklung der SPD in den Fragen der Sicherheitspolitik hin. Er habe erst diesen Morgen mit Oppositionsführer Peres über die politische Entwicklung der SPD gesprochen. Die Tendenzen in Richtung einer Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland seien unübersehbar. Dafür gebe es auch das Wort der Finnlandisierung, warf Ministerpräsident *Shamir* ein.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er diesen Begriff nicht akzeptieren könne. Man werde mit diesem Vergleich der Politik Finnlands nicht gerecht. Der Bundeskanzler fuhr fort, daß eine Neutralisierung Deutschlands auch Auswirkungen auf die Nahost-Region haben werde.

Der Bundeskanzler trug eine ausführliche Analyse über die Entwicklungen in der Sowjetunion und in den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten vor. Es sei unübersehbar, daß die Zeit nicht für die Sowjetunion arbeite. Die politischen Veränderungen in Polen seien dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Er berichtete von seinen Gesprächen mit ungarischen Politikern, die ihn gebeten hätten, ihre

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 8. Februar 1984 gefertigt und am 9. Februar 1984 an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ übermittelt.
Hat Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 17. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Lautenschlager und Meyer-Landrut sowie die Ministerialdirektoren Ruhfus und Fischer „z[ur] pers[önlichen] Unterrichtung“ verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14124 (010), B 150, Aktenkopien 1984.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. auch Dok. 18 und Dok. 19.

Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft[3] zu unterstützen.[4] Die Sowjetunion werde sich auch in Kürze mit dem Problem des Fundamentalismus konfrontiert sehen. Zusammenfassend könne man feststellen, daß die kommunistische Ideologie verbraucht sei. Die sowjetische Politik von heute stehe vor allem in der Kontinuität russischer Großmachtpolitik. In diesem Zusammenhang werde es wichtig sein, daß es gelinge, die Sowjetunion aus der Nahost-Region herauszuhalten. Der Bundeskanzler fragte Ministerpräsident Shamir nach seiner Einschätzung des sowjetischen Einflusses in Syrien.

Ministerpräsident *Shamir* unterstrich, daß die Bindungen zwischen Syrien und der Sowjetunion sehr tief seien. Es entspreche dem syrischen nationalistischen Interesse, mit der mächtigen Sowjetunion verbunden zu sein. Dennoch hege Syrien keine Sympathie für den Kommunismus, weder als System noch als Ideologie. Der Grund für die engen Beziehungen Syriens mit der Sowjetunion bestünde in dem syrischen Wunsch, von der Sowjetunion die Unterstützung für die Erfüllung seiner[5] Interessen zu erhalten. Syrien glaube, daß dies in seinem nationalen Interesse läge, um gegen den Irak, gegen Jordanien, Israel und gegen Ägypten kämpfen zu können. Man könne jedoch nicht sagen, daß sich Syrien von der Sowjetunion dominiert fühle.

Syrien sei jedoch bereit, zur Erreichung seiner Ziele jeden Preis zu zahlen. Der Unterschied zwischen Syrien und den osteuropäischen Staaten bestünde darin, daß diese Nachbarländer der Sowjetunion seien und starke kommunistische Parteien hätten. Dies sei in Syrien anders: Syrien wolle engere Beziehungen zur Sowjetunion, als dies die Sowjetunion zu Syrien wolle. Die Sowjetunion zögere, weil sie nicht wolle, daß sie in militärische Konflikte hineingezogen werde. Gerade aber das wolle Syrien erreichen. Gerade dies aber befürchte die Sowjetunion, die jeder militärischen Konfrontation mit den Vereinigten Staaten von Amerika oder mit Israel aus dem Wege gehen wolle. Syrien verfolge ausschließlich nationalistische Interessen, und deshalb stelle es eine reale Gefahr dar.

Die Ägypter, Jordanier und Iraker hätten keine Sympathien für die Syrer. Zwischen Syrien und dem Irak herrsche ein tiefsitzender Familienstreit und

3 Ungarn strebte seit dem Frühjahr 1983 ein Handelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften an. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 50.
Am 19. Januar 1984 notierte das Bundesministerium für Wirtschaft, Gespräche des Bundesministers Graf Lambsdorff und des Mitglieds der EG-Kommission, Haferkamp, mit dem ungarischen Außenhandelsminister Veress am 16./17. Januar 1984 seien „sehr positiv" verlaufen und hätten „zu einer Annäherung der Standpunkte geführt, die so weit geht, daß mit einer baldigen Aufnahme der Verhandlungen gerechnet werden kann. […] In allen Gesprächen machte die ungarische Seite deutlich, daß sie in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen an dem Abkommen interessiert ist, politische Nebenwirkungen aber auch nicht unerwünscht sind (so Minister Lambsdorff)." Veress habe erklärt, nach ungarischer Auffassung „solle ein EG-Abkommen eine Brückenfunktion in den schwieriger gewordenen Ost-West-Beziehungen haben, nicht jedoch Ungarn aus dem RGW herauslösen". Vgl. Referat 411, Bd. 131181.

4 Bundeskanzler Kohl erörterte die Frage eines Handelsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn im Gespräch mit dem ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai am 13. Oktober 1983. Ministerialdirigent Loeck notierte dazu am 14. Oktober 1983: „Der Bundeskanzler äußerte sein starkes Interesse an baldiger Verhandlungsaufnahme und an einem für die ungarische Seite befriedigenden Ausgang. Er erbat vom Auswärtigen Amt einen Sachstandsbericht und sicherte der ungarischen Seite zugleich zu, daß sie nach Prüfung des Berichts von ihm hören werde." Vgl. Referat 421, Bd. 141387.

5 Korrigiert aus: „ihrer".

ein persönlicher Kampf. Der syrische Präsident Assad und der irakische Präsident Saddam Hussein wollten sich gegenseitig „an die Gurgel" gehen.

Die Sowjetunion verhalte sich gegenüber Syrien sehr ängstlich. Sie unterstütze Syrien mit viel Geld, um damit auf die syrische Politik mäßigend einwirken zu können. Dies sei jedoch eine Illusion. Die Sowjetunion habe letztlich überhaupt keinen Einfluß auf Syrien. Deshalb müsse Israel Syrien abschrecken. Präsident Assad sei kein Fanatiker, sondern ein kühler Rationalist. Dies mache ihn jedoch nur um so gefährlicher. Assad sei prinzipiell nicht zu Gesprächen mit Israel bereit. Er sei gefährlicher als Gaddafi. Er wirke kühl, sei jedoch sehr fanatisch. Assad hoffe, den Libanon erringen zu können und nach einiger Zeit auch Israel, Jordanien und vielleicht sogar den Irak erobern zu können. Die reguläre Armee Syriens umfasse zur Zeit 400 000 Soldaten. Dies sei eine große Armee. Syrien sei in der Lage, in wenigen Wochen einen Krieg zu beginnen. Deshalb müsse Israel Präsident Assad abschrecken. Der Ort dafür sei der Libanon.

Die Position der Vereinigten Staaten von Amerika im Libanon müsse so gestärkt werden, daß es Syrien nicht gelinge, Beirut zu erobern. Wenn Syrien Beirut bombardiere, müsse die amerikanische Marine zurückschießen. Dies würden die Amerikaner viel zu wenig tun. Man dürfe nicht vergessen, daß Syrien über Hilfskräfte wie die Schiiten und die Palästinenser verfüge, die jederzeit bereit seien, Überfälle zu inszenieren. Diese Kräfte müßten ihrer Bestrafung zugeführt werden. Israel sei in der Lage, Syrien in wenigen Monaten zu zwingen, Kompromisse zu schließen und flexibler zu werden.

Der *Bundeskanzler* fragte Ministerpräsident Shamir nach seiner Einschätzung der politischen Lage in Saudi-Arabien. Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß Saudi-Arabien militärisch sehr schwach sei. Sollte Saudi-Arabien jedoch eine Armee aufbauen, wäre sie eine Quelle der Gefahr. Saudi-Arabien bräuchte viele Techniker, die aber am Ende die Monarchie stürzen würden. Er sei davon überzeugt, daß Saudi-Arabien bei einem Angriff des Iran nicht kämpfen werde. Saudi-Arabien sei kein echter Staat wie vergleichsweise die übrigen Golfstaaten, sondern letztlich nur ein großer Wirtschaftskonzern. Diese Einschätzung hätte ihm gegenüber einmal der frühere amerikanische Außenminister Kissinger gemacht. Er teile dieses Urteil. Wenn der Iran Saudi-Arabien angreifen sollte, werde der Westen Saudi-Arabien verteidigen, weil dies in seinem Interesse sei.

Es sei kein Geheimnis, daß König Hussein viele Begegnungen mit israelischen Politikern gehabt habe. Dies gelte auch für andere arabische Führer, deren Gespräche mit Israel jedoch nicht öffentlich bekanntgeworden seien. Saudi-Arabien lehne jedoch Gespräche jeder Art ab. Es habe zu große Angst vor der PLO und vor anderen Extremisten, daß sie solche Gespräche mit Anschlägen in Saudi-Arabien beantworten könnten. Die entscheidende Waffe Saudi-Arabiens sei das Geld. Es gebe viel Geld an Syrien und an die PLO, und dies ohne Zögern. Dagegen erhalte Ägypten von Saudi-Arabien keine Unterstützung, und dies sei bis heute so. Woher er diese Informationen habe, fragte der *Bundeskanzler*.

Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, sie wüßten das. Wenn Saudi-Arabien mehr Waffen erhielte, würde es diese an Syrien und an die PLO weiterreichen. Saudi-Arabien wolle damit seine innere Stabilität erkaufen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß die Saudis entschieden bestreiten würden, daß sie Waffen an andere arabische Staaten weitergeben würden. Er wäre doch

sehr daran interessiert, über welche Beweise Israel verfüge. Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß Israel in Beirut einen Waffentransport entdeckt habe, bei dem es sich um amerikanische Waffen gehandelt habe, die an Saudi-Arabien geliefert werden sollten, aber direkt nach Beirut weitergeleitet worden seien. Der *Bundeskanzler* bat Ministerpräsident Shamir, ihm doch einen Bericht über diesen Vorfall zuzuleiten. Dieser Bericht sollte an ihn ganz persönlich oder an seinen Mitarbeiter Teltschik zugestellt werden.

Ministerpräsident *Shamir* sicherte dem Bundeskanzler zu, ihm einen solchen Bericht zuzusenden. Im übrigen wisse er sehr genau, daß auch Frankreich keine Skrupel habe, Waffen zu verkaufen. Er wolle jedoch dem Bundeskanzler ganz persönlich folgendes sagen: Wenn Deutschland Waffen an Saudi-Arabien verkaufen werde[6], werde dies eine schreckliche Auswirkung auf die israelische Stimmung haben und eine tiefe Verzweiflung auslösen. In Israel werden die Menschen kein Vertrauen mehr in die westliche Welt haben. Es werde der Eindruck entstehen, daß es keine Gerechtigkeit gebe. Es werde sich die Stimmung verbreiten, daß Israel von der Welt abgekapselt sei und auf sich selbst konzentrieren müsse. Er sei sehr darüber besorgt, daß sich eine solche Stimmung entwickeln könnte, eine Stimmung der Verzweiflung. Dies erschrecke ihn zutiefst. Das sei alles, was er dazu sagen könne.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sehr aufmerksam zugehört habe. Er nehme die Ausführungen von Ministerpräsident Shamir sehr ernst. Er wolle jedoch daran erinnern, daß er nicht von einer grünen Wiese aus gehandelt habe. In diesem Zusammenhang berichtete der Bundeskanzler über die Gespräche, die zwischen Saudi-Arabien und Bundeskanzler Schmidt stattgefunden haben.[7] Als Amtsnachfolger von Helmut Schmidt habe er deshalb alle Aspekte berücksichtigen müssen. Was die zukünftige Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien betreffe, seien noch keine konkreten Entscheidungen getroffen worden. Die Verhandlungen müßten erst noch geführt werden. Dabei werde eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen sein. Er könne nur feststellen, daß die jetzige politische Lage im Nahen Osten absurd sei. Vielleicht könne es gelingen, Saudi-Arabien und Israel zu gemeinsamen Gesprächen zu veranlassen. Er habe darüber auch mit König Hussein gesprochen.[8] Die Vorstellung, daß es Syrien gelingen könnte, ein großsyrisches Reich zu errichten, sei für ihn eine Schreckensvision. Wenn man die politischen Ziele des Iran hinzunähme, würde sich die Schreckensvision noch vergrößern. Dies alles habe aber schwerwiegende Folgen für Israel. Er habe jedoch keinen Zweifel, daß Israel politisch als Realität international akzeptiert sei. Die Welt würde es nicht zulassen, wenn versucht werden sollte, Israel auszulöschen. Dies gelte sowohl für die USA als auch für die Europäer. Die Folge wäre ein riesiger Konflikt. Im übrigen müsse er immer wieder feststellen, daß alles, was dem Königshaus in Saudi-Arabien nachfolgen würde, schlimmer als die jetzige Situation sei.

6 Zum möglichen Export von Panzern nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 5, besonders Anm. 4.

7 Die Frage des Exports von Panzern aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien wurde besonders während des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien erörtert. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 117–119.

8 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf und traf am 6. Oktober 1983 in Amman mit König Hussein zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1983, II, Dok. 291.

Ministerpräsident *Shamir* stimmte dieser Einschätzung zu. Er habe nichts gegen das saudi-arabische Königshaus. Israel würde mit allen zusammenarbeiten. Außerdem gebe es gemeinsame Interessen mit Saudi-Arabien. Er wolle aber noch einmal darauf hinweisen, daß Israel auch in Friedenszeiten eine starke Verteidigung brauche. Niemand hätte sich vorstellen können, daß es beispielsweise zwischen dem Irak und dem Iran zu einem Krieg kommen könnte.

Der *Bundeskanzler* fragte den Ministerpräsidenten, ob Israel Versuche unternommen habe, Gespräche mit Saudi-Arabien aufzunehmen. Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß es viele solcher Versuche gegeben habe, auch über Vermittler. Aber selbst wenn es zu Gesprächen kommen sollte, werde es ein sehr langer Weg sein, um einen Frieden zu erreichen. Ägypten sei ein gutes Beispiel. Zwischen Israel und Ägypten gebe es noch immer keinen richtigen Frieden. Die ägyptische Presse sei noch immer voller antisemitischer Äußerungen. Täglich könne man antisemitische Ausfälle lesen. Er habe den Präsidenten Mubarak gefragt, ob es nicht seine Aufgabe sei, die Bevölkerung zum Frieden zu erziehen. Mubarak habe ihm geantwortet, daß Ägypten über eine freie Presse verfüge. Dies sei jedoch nicht wahr.

Ob das nicht eher ein Zeichen der politischen Schwäche von Präsident Mubarak sei, fragte der *Bundeskanzler* den Ministerpräsidenten. Sicherlich sei dies ein Zeichen der Schwäche, erwiderte Ministerpräsident *Shamir*. Zur gleichen Zeit wolle Ägypten aber das führende Land der arabischen Welt sein. Der Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten sei der Preis für die Rückgabe des Sinai gewesen. Die Gespräche zwischen dem Präsidenten Mubarak und PLO-Chef Arafat[9] sollen nur dazu dienen, Ägypten von dem Camp-David-Abkommen[10] loszulösen. Arafat habe öffentlich erklärt, daß Ägypten die Normalisierung mit Israel nicht akzeptiert habe. Er hätte hinzugefügt, daß sich die PLO in dem Maße an Ägypten annähere, in dem sich Mubarak von Camp David entferne. Auch der marokkanische König Hassan hätte das Abkommen von Camp David als ein leeres Papier bezeichnet, und Ägypten habe dieser Erklärung nicht widersprochen.

Er könne nur noch einmal unterstreichen, daß Camp David ein gutes Abkommen sei. Die jüngsten Entwicklungen würden Israel jedoch nicht ermutigen, weitere Initiativen zu ergreifen oder gar neue Risiken einzugehen. Dennoch bemühe sich Israel um weitere Kontakte.

Der *Bundeskanzler* berichtete dem Ministerpräsidenten über sein Gespräch im Oktober mit Präsident Mubarak.[11] Er habe ihn gefragt, warum er die Politik gegenüber Israel nicht fortsetzen wolle. Zwei Sachen seien ihm bei seinem Gespräch mit Präsident Mubarak aufgefallen: Erstens habe er den Eindruck gehabt, daß Mubarak aus dem Schatten seines Vorgängers Sadat heraustreten wolle; zweitens, wenn Mubarak von dem Attentat an Sadat[12] erzähle, von Gad-

9 Präsident Mubarak und der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, trafen am 22. Dezember 1983 in Kairo zusammen.

10 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 19, Anm. 12.

11 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 7. bis 9. Oktober 1983 in Ägypten auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 295 und Dok. 312.

12 Präsident Sadat wurde am 6. Oktober 1981 bei einem Attentat ermordet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 289.

dafi und von dem Putschversuch in Katar[13], dann wirke das alles wie ein „Zeichen an der Wand“ und beweise das Gegenteil von Mut.

Ministerpräsident *Shamir* erläuterte, daß drei Persönlichkeiten in der arabischen Welt für den Frieden mit Israel von besonderer Bedeutung gewesen seien: Präsident Sadat; König Abdullah, der Großvater von König Hussein; Abdullah sei ermordet worden[14], weil er den Frieden mit Israel wollte; die dritte Persönlichkeit sei Gemayel gewesen, der Bruder des heutigen Präsidenten des Libanon. Gemayel sei zum Frieden mit Israel entschlossen gewesen und vermutlich deshalb von Syrien ermordet worden.[15] Der Preis für einen Frieden mit Israel sei immer wieder ein Attentat gewesen. Warum sollten deshalb die arabischen Führer für den Frieden mit Israel eintreten? Aber die Verhandlungen mit Israel blieben der einzige historische Weg für eine friedliche Lösung im Nahen Osten. Es gebe keine Alternative dazu. Sicherlich sei die Gefahr eines Attentates ein Preis dafür, dennoch sei der Preis noch höher, wenn dieser Weg nicht eingeschlagen werde. Israel werde nicht verzweifeln. Es werde sich weiterhin bemühen, Verhandlungen zu erreichen. Israel werde aber nur bereit sein, kalkulierbare Risiken einzugehen. Außerdem werde man immer für eine starke Armee Sorge tragen.

Der *Bundeskanzler* fragte den Ministerpräsidenten nach seiner Einschätzung der Politik des Iran. Er müsse zugeben, erwiderte Ministerpräsident *Shamir*, daß er über keine sehr guten Informationen über den Iran verfüge. Er sei jedoch davon überzeugt, daß sich an der Politik des Iran nichts ändern werde, solange Khomeini lebe. Solange er jedoch noch am Leben sei, bestehe die Chance, daß der Krieg abflauen werde. Was nach seinem Tod geschehen werde, sei nicht vorhersehbar. Das System, das Khomeini jedoch errichtet habe, sei sehr stark. Der Bundeskanzler fragte nach der Rolle der iranischen Armee. Ministerpräsident Shamir fuhr fort, daß der Schah die Moral der Armee gebrochen habe. Er habe es nicht zugelassen, daß seine Militärs zum selbständigen Denken erzogen werden konnten. Deshalb sei nach seinem Sturz[16] die iranische Armee auch sofort zerbrochen, und nichts sei übriggeblieben. Er sei deshalb sehr pessimistisch. Die Emigranten könnten nicht viel tun. Im übrigen habe man ja ähnliche Erfahrungen mit den Emigranten aus Kuba in den Vereinigten Staaten von Amerika machen müssen. Er glaube jedoch nicht, daß der Iran so stark sei, um den Irak überrennen zu können und einen Kreuzzug zu beginnen. Die Schiiten seien in der Lage, Terroranschläge durchzuführen, aber nicht mehr. Er glaube nicht, daß der Iran den Krieg gegen den Irak gewinnen könne.

13 Botschafter Mez, Doha, berichtete am 29. Oktober 1983: „Der Fund des für eine Aktion gegen das Sheraton-Hotel bestimmten Waffenarsenals im Juli 1983, vor ca. zwei Wochen Aushebung eines weiteren Waffenlagers (Libyen soll dafür verantwortlich sein) sowie die nächtliche Ausstreuung von Flugblättern, in denen die Ermordung des Emirs und des Kronprinzen gefordert wurde (25.10.83), haben deutliche Nervosität [...] ausgelöst.“ Vgl. denDrahtbericht Nr. 133; Unterabteilung 31, Bd. 137560.

14 König Abdullah fiel am 20. Juli 1951 in Jerusalem einem Attentat zum Opfer.

15 Der designierte libanesische Präsident Béchir Gemayel wurde am 14. September 1982 bei einem Attentat in Beirut getötet. Sein Bruder Amin Gemayel wurde am 23. September 1982 zum Präsidenten gewählt.

16 Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 340 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 103.

Der *Bundeskanzler* fragte nach dem Verhältnis von Khomeini zur Sowjetunion. Ministerpräsident *Shamir* antwortete, daß die Sowjetunion in ihren Beziehungen zu Khomeini keinen Erfolg gehabt habe. Khomeini sei gegen die Kommunisten wie gegen die westliche Welt. Es sei vielleicht möglich, daß er aus taktischen Gründen mit der Sowjetunion oder auch mit dem Westen zusammenarbeiten wolle. Aber dies gelte nicht grundsätzlich. Die Sowjetunion habe eingesehen, daß sie keinen Erfolg bei Khomeini haben könne. Das habe ihre Entscheidung begründet, jetzt mehr Waffen an den Irak zu liefern, trotz oder vielleicht sogar wegen der besseren Beziehungen, die der Irak jetzt auch zum Westen aufgenommen habe.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß der Iran dabei sei, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu verbessern. Dies sei sehr wichtig, erwiderte Ministerpräsident *Shamir*. Die westliche Welt müsse die Tür für den Iran geöffnet halten. Der italienische Außenminister Andreotti hätte ihm berichtet, daß die Beziehungen Italiens zum Iran sehr gut seien. Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Entscheidungen der iranischen Politiker häufig sehr irrational seien und deshalb ihre Aktionen nicht immer abzusehen seien. Ministerpräsident *Shamir* erwiderte, daß der gesamte Mittelosten eine ungeheuer labile Region sei. Nichts sei stabil, alles befände sich in Veränderung.

Der *Bundeskanzler* verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Lage in Ägypten. Sein Eindruck sei gewesen, daß auch dort die Lage sehr labil sei. Besonders die Bevölkerungsexplosion müsse Besorgnis hervorrufen. Ministerpräsident *Shamir* charakterisierte den Präsidenten Mubarak als einen Politiker, der in Ägypten nicht sehr populär sei. In einem Land wie Ägypten brauche die Politik eine Doktrin für die Bevölkerung, wie dies unter Präsident Nasser der Fall gewesen wäre. Die Doktrin Nassers habe sich gegen Israel gerichtet und Ägypten als führende Nation innerhalb der arabischen Welt und der blockfreien Länder herausgestellt. Präsident Sadat habe diese Politik verändert. Es sei ihm jedoch nicht gelungen, eine neue Doktrin zu schaffen. Die Haltung der ägyptischen Presse gegenüber Israel sei deshalb durchaus verständlich, andererseits sei es aufgrund der fehlenden Doktrin für die ägyptische Regierung schwierig, den Fundamentalismus zu bekämpfen. Solange Ägypten seine Agitation gegen Israel fortsetze, gebe es dem Fundamentalismus geradezu recht. Außerdem müsse man daran denken, daß viele über den Sozialismus enttäuscht seien und deshalb vielleicht zum Fundamentalismus überwechseln werden. Diese seien oft nicht die dümmsten, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Der Bundeskanzler gab einen ausführlichen Bericht über die geistigen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland. Es zeige sich, daß insbesondere die junge Generation immer deutlicher den Materialismus ablehne. Sie frage wieder stärker nach dem Sinn des Lebens. Diese antimaterialistische Grundhaltung, eine Folge der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, werde politische Folgen haben, weil sie manchmal dazu führe, politische Forderungen zu verabsolutieren.[17]

VS-Bd. 14124 (010)

17 Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Shamir führten am 29. Januar 1984 in Jerusalem ein weiteres Gespräch. Themen waren die Beziehungen Israels zu den Europäischen Gemeinschaften mit

21

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 ASAT-129/84 VS-vertraulich **26. Januar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: erste Erprobung eines Anti-Satelliten-Systems der USA;
hier: Bewertung aus rüstungskontrollpolitischer Sicht

Zweck der Vorlage: a) zur Information
b) zur Billigung des operativen Vorschlags unter 6)

1) ASAT-Test der USA

Die USA haben am 21.1.1984 einen ersten Testabschuß des von ihnen entwikkelten ASAT-Systems durchgeführt. Dieser Test war bereits für Dezember 1983 geplant, wurde aber aus technischen Gründen verschoben. Wir wurden von den USA über den geplanten Test vorab unterrichtet.

Mit der Entwicklung und Erprobung ihres ASAT-Systems verfolgen die USA erklärtermaßen zwei Ziele:

– die Abschreckung der SU von dem Einsatz ihres ASAT-Systems gegen amerikanische Satelliten,

– die Erlangung der Fähigkeit, Satelliten der SU zu bekämpfen, die deren – nukleare und konventionelle – Streitkräfte unterstützen.

2) Hintergrund

Die SU hat ihr ASAT-Programm in den 60er Jahren begonnen und verfügt über einsatzfähige erdgestützte Anti-Satelliten-Waffen, die gegen Satelliten in niedriger Umlaufbahn einsetzbar sind. Die USA hatten demgegenüber die Entwicklung von Anti-Satelliten-Waffen 1969 eingestellt und haben sie erst Ende der 70er Jahre in Reaktion auf die ASAT-Entwicklung und den Ausbau der militärischen Satellitenkapazitäten der SU wiederaufgenommen. Ein sachlicher Zusammenhang mit der von Präsident Reagan in seiner Rede vom 23.3.1983 eingeleiteten Initiative zur Abwehr ballistischer Raketen (DABM)[4] besteht nicht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 120

Blick auf den Beitritt Portugals und Spaniens, die Lage im Libanon und die Rolle der UdSSR im Nahen Osten sowie die Beziehungen Israels zur UdSSR, der Volksrepublik China und Indien, ferner die Politik Libyens und Syriens sowie der mögliche Export von Panzern aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14124 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Vortragendem Legationsrat Schmidt und Legationssekretär Meister konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 1. Februar 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 7. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 7. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Botschafter Ruth am 9. Februar 1984 erneut vorgelegen.

4 Defense Against Ballistic Missiles.
Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS,

Das amerikanische ASAT-System wird frühestens 1987 einsatzbereit sein. Es besteht aus dem von einem hochfliegenden F-15-Flugzeug abgeschossenen „Miniature Homing Vehicle“ (MHV), das sich dem Ziel mit Hilfe eines automatischen Steuerungssystems (Homing Device) nähert und dieses durch einen konventionellen Sprengkopf zerstört. Die Satelliten, um deren Bekämpfung es der Administration in erster Linie geht, sind die „Radar Ocean Reconnaissance Satellites“ (RORSAT) und „Electronic Intelligence Ocean Reconnaissance Satellites“ (EORSAT), die die NATO-Seestreitkräfte sehr genau überwachen können und damit im Fall einer militärischen Auseinandersetzung für diese eine erhebliche Bedrohung schaffen. Darüber hinaus ist ein Einsatz des US-ASAT gegen sowjetische Photoaufklärungssatelliten und vor allem gegen einen großen Teil der Frühwarnsatelliten möglich.

Das amerikanische System ist erheblich flexibler als das sowjetische, da es von jedem Flugplatz aus eingesetzt werden kann, von dem ein Start der F-15 möglich ist. Die Weiterentwicklung in einem System, mit dem auch höher stationierte Satelliten angegriffen werden können, wäre technisch leichter als bei dem sowjetischen ASAT. Das sowjetische System besteht aus einer SS-9-Rakete, die an stationäre Abschußrampen gebunden ist, und dem eigentlichen Abfang-Satelliten, der in der Nähe seines Ziels in eine Umlaufbahn gesetzt wird und dieses durch Explosionswirkung zerstört. Das System kann Satelliten bis zu einer Höhe von ca. 1500 km angreifen. Die USA stützen sich jedoch in weit größerem Maße als die Sowjetunion auf sehr hochfliegende Satelliten, so daß ein großer Teil der amerikanischen Satelliten, insbesondere die für das strategische Gleichgewicht entscheidenden Frühwarn- und Kommunikationssatelliten sowie die Navigationssatelliten für die strategischen U-Boote der USA (in 20–35 000 km Höhe), für das vorhandene sowjetische ASAT-System nicht erreichbar sind. Bei den gefährdeten amerikanischen Satelliten handelt es sich vor allem um Aufklärungs- und Wettersatelliten.

3) Stand der Diskussion in den USA

Im Kongreß, aber auch in der interessierten Öffentlichkeit, sieht sich die Administration wegen ihrer ASAT-Pläne erheblicher Kritik ausgesetzt:

– In einer im Auswärtigen Ausschuß des Senats verabschiedeten Resolution von Senator Pressler (Republikaner) wird der Präsident aufgefordert, ein unverzügliches gegenseitiges und verifizierbares Moratorium für den Test von ASAT im Weltraum vorzuschlagen und Verhandlungen über ein ASAT-Verbot aufzunehmen.
– Auf Initiative von Senator Tsongas (Demokraten) hat der Kongreß beschlossen, daß die Administration keine Mittel für einen Test von ASAT-Gefechtsköpfen gegen Ziele im Weltraum ausgeben darf, bevor der Präsident den Kongreß überzeugt hat, daß sich die USA ernsthaft um ein rüstungskontrollpolitisches Abkommen mit der SU zur ASAT-Begrenzung bemühen und daß ein solcher Test, falls das Abkommen noch nicht zustande gekommen sein sollte, für die nationale Sicherheit der USA unentbehrlich sei. Der jetzt vorgenommene Test richtete sich nicht gegen ein bestimmtes Ziel. Ein entsprechender

Fortsetzung Fußnote von Seite 121

REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

Bericht muß dem Kongreß bis zum 31. März 1984 vorgelegt werden.[5] Auch in der amerikanischen öffentlichen Diskussion haben sich zahlreiche Wissenschaftler für ein ASAT-Testmoratorium und die Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen zur ASAT-Begrenzung ausgesprochen.

4) Bedeutung rüstungskontrollpolitischer Regelungen

Für die Rüstungskontrolle im Weltraum relevant sind folgende Abkommen:

– Der begrenzte Teststoppvertrag (1963)[6] enthält u. a. das Verbot von Nuklearwaffentests und anderen Kernexplosionen im Weltraum.
– Der Weltraumvertrag (1967)[7] enthält das Verbot der Stationierung von Nuklear- u. a. Massenvernichtungswaffen im Weltraum.
– Der ABM-Vertrag (1972)[8] enthält u. a. ein Verbot der Störung nationaler technischer Mittel der Verifikation (inklusive Satelliten).

Diese Abkommen enthalten keine spezifischen Beschränkungen für erd- oder weltraumgestützte ASAT; inwieweit Satelliten nach dem Weltraumvertrag einen rechtlichen Schutz gegen Angriffe genießen, ist umstritten. Auf Drängen der USA kam es deshalb 1978/1979 zu drei Verhandlungsrunden mit der SU über eine ASAT-Begrenzung.[9] Die sowjetische Forderung nach einer Klausel, die Satelliten mit „illegalen Funktionen" vom Bekämpfungsverbot auszunehmen (dies hätte die Aufrechterhaltung einer Killer-Satelliten-Kapazität gestattet und den Vertragszweck unterlaufen), erwies sich dabei als besonderes Problem. Die Verhandlungen wurden nach der Invasion in Afghanistan[10] nicht wieder aufgenommen.

Die SU ergriff 1981 ihrerseits die Initiative und schlug bei der 36. GV der VN einen Vertrag über das Verbot der Anwendung von Gewalt im Weltraum vor[11], dessen Schwachpunkte aus westlicher Sicht vor allem in der ungenügenden Definition des Begriffs Waffen und in unzureichenden Verifikationsvereinbarungen bestanden.

5 Zu dem am 2. April 1984 vorgelegten Bericht der amerikanischen Regierung über Rüstungskontrolle auf dem Gebiet von Anti-Satelliten-Systemen vgl. Dok. 90, Anm. 35.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 907–910.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1968–1987.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

9 Die USA und die UdSSR führten vom 8. bis 16. Juni 1978 in Helsinki, vom 23. Januar bis 16. Februar 1979 in Bern und vom 23. April bis 20. Juni 1979 in Wien Gespräche über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 112.

10 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

11 In einem Schreiben vom 10. August 1981 an VN-Generalsekretär Waldheim schlug der sowjetische Außenminister Gromyko vor, die Frage eines Verbots der Stationierung von Waffen im Weltraum auf die Tagesordnung der VN-Generalversammlung vom 15. September bis 18. Dezember 1981 zu setzen, und fügte einen entsprechenden Vertragsentwurf bei. Für das Dokument A/36/192 vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/36/192.

Offensichtlich angesichts der fortschreitenden ASAT-Entwicklung auf amerikanischer Seite unterbreitete die SU im August 1983 in einem Schreiben an den VN-GS[12] einen erheblich verbesserten Vertragsentwurf über das „Verbot der Anwendung von Gewalt im Weltraum und aus dem Weltraum gegen die Erde“[13], in dem u. a. ein Testverbot für ASAT und die Verpflichtung, schon vorhandene Systeme zu beseitigen, vorgesehen sind. Der wesentliche Schwachpunkt auch dieses Entwurfs ist die unzureichende Verifikationsregelung. Aufgrund mehrerer Resolutionen der GV der VN hat der Genfer Abrüstungsausschuß (CD) ein allgemeines Mandat, über Maßnahmen zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum zu beraten. Die Konkretisierung dieses Mandats und die Errichtung einer entsprechenden CD-Arbeitsgruppe stießen jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere wegen der Haltung der USA. Diese sind bestrebt, eine substantielle Behandlung der ASAT-Problematik im CD soweit wie möglich zu vermeiden. Sie haben sich dementsprechend sowohl bei der Behandlung der entsprechenden Resolutionen der VN als auch bei den Beratungen des CD über den Inhalt des Mandats äußerst restriktiv verhalten. Ein solches Mandat ist bisher nicht zustande gekommen: Die USA sind dabei in den internen westlichen Beratungen insbesondere auch Bestrebungen ihrer Verbündeten entgegengetreten, das Mandat zunächst auf Ausarbeitung eines ASAT-Verbots und die Sicherung völkerrechtlichen Schutzes für Satelliten zu beschränken. Diese Haltung der USA hat die Position des Westens im CD und in den VN geschwächt. Falls die Haltung der USA nicht aufgeschlossener wird, werden die Schwierigkeiten des Westens in dieser Frage im laufenden Jahr weiter zunehmen.

Die SU hat uns angekündigt (sowjetischer Gesandter Terechow in einer Vorsprache bei mir am 24.1.84), daß sie sich im CD für ein Arbeitsgruppenmandat einsetzen werde, das effektive Maßnahmen zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum ermöglicht, und daß sie vorschlagen werde, den sowjetischen Vertragsentwurf zum Gegenstand der Beratungen der Arbeitsgruppe zu machen.[14] Dieser Vorschlag, mit dem die SU zugleich die Bereitschaft zu erkennen gibt, auf weitere ASAT-Entwicklungen zu verzichten und ihrerseits vorhandene Systeme zu beseitigen, wird seinen Eindruck auf die Blockfreien nicht verfehlen und den Westen im Falle einer rein negativen Haltung sowohl im CD als auch in den VN scharfer Kritik aussetzen.

In Teilen der US-Administration – insbesondere bei der ACDA – gibt es zwar Überlegungen über eine rüstungskontrollpolitische Begrenzung der ASAT, die darauf hinauslaufen, daß die SU und die USA über je ein gegen niedrig stationierte Satelliten einsetzbares ASAT-System verfügen dürfen, während die Entwicklung von gegen höher stationierte Satelliten einsetzbaren ASAT verboten wird; diese Überlegungen konnten sich jedoch gegen den Widerstand des Pentagon bislang nicht durchsetzen.

12 Javier Pérez de Cuéllar.

13 Zum sowjetischen Entwurf vom 19. August 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 242.

14 Botschafter Ruth vermerkte am 25. Januar 1984 zu dem Gespräch am Vortag, er habe zu den Ausführungen des sowjetischen Gesandten Terechow festgestellt: „Es müsse insbesondere eindeutig geklärt werden, daß sich der sowjetische Vertragsentwurf auch auf die Vernichtung des vorhandenen sowjetischen ASAT-Systems beziehe. Auch müsse die Verifikation befriedigend geregelt werden. Terechow erklärte, er könne in der Sache nichts hinzufügen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 128638.

5) Bewertung

Die Satelliten haben eine sehr große und immer noch wachsende Bedeutung im militärischen Bereich für die photographische und elektronische Überwachung der Erdoberfläche, die Nachrichtenübermittlung sowie die strategische Frühwarnung und Zielerfassung. Für die Verifizierung von Rüstungskontrollvereinbarungen sind sie unentbehrlich. In der Nachrichtenübermittlung sind die USA als Seemacht und das Bündnis insgesamt wegen seiner geographischen Struktur mehr von Satelliten abhängig als die SU und der WP. (Die USA wickeln mehr als zwei Drittel ihres grenzüberschreitenden militärischen Fernmeldeverkehrs über Satelliten ab.) Der wirksame Schutz der Satelliten ist deshalb von größter Bedeutung.

Die US-Administration sieht die Entwicklung einer eigenen amerikanischen ASAT-Kapazität als den Weg an, der ihren Sicherheitsinteressen am besten dient. Die doppelte Begründung, die sie dafür gibt, ist allerdings nicht ohne Widerspruch: Die USA können ihrem ASAT-System nicht die Funktion geben, die SU von dem Angriff auf amerikanische Satelliten abzuschrecken, und gleichzeitig erklären, sie wollten im Konfliktfall – und dann notwendigerweise in einem frühen Stadium – sowjetische Satelliten zerstören. Spätestens in diesem Augenblick würde die SU ihrerseits dann auch amerikanische Satelliten angreifen. Überdies ist die abschreckende Wirkung des amerikanischen ASAT-Systems zweifelhaft, wenn die SU zu dem Schluß kommt, daß sie in einer konkreten Situation durch die Ausschaltung von Satelliten weniger hart getroffen würde als die USA und das Bündnis. Vielmehr besteht, wenn beide Seiten über ASAT verfügen, eine starke Versuchung zum frühen Einsatz, der zur teilweisen Lähmung des Gegners führen könnte.

Der Schutz gegen die sowjetischen Aufklärungssatelliten RORSAT und EORSAT ist nach Auffassung von Fachleuten bis zu einem gewissen Grad auch ohne Vernichtung dieser Satelliten zwar theoretisch möglich (elektronische Gegenmaßnahmen, Störsender), würde aber einen immensen Aufwand erfordern.

Trotzdem hat die Entwicklung auf beiden Seiten offensichtlich bereits den Punkt überschritten, bis zu dem ein vollständiges Verbot von ASAT ein realistisches rüstungskontrollpolitisches Ziel hätte sein können. Hinzu kommt, daß die vollständige Vernichtung der schon vorhandenen sowjetischen ASAT-Kapazitäten schwer zu verifizieren wäre. Praktikabler erscheint daher ein westlicher rüstungskontrollpolitischer Ansatz, der die oben skizzierten amerikanischen Überlegungen – Beschränkung auf je ein System für USA und SU, vertragliches Verbot der weiteren Entwicklung, Erprobung und Dislozierung von ASAT-Systemen – zum Ausgangspunkt nimmt. Damit blieben wenigstens die Satelliten in höherer Umlaufbahn – deren Anteil sich in den nächsten Jahren noch vergrößern wird – unbedroht. Bei ungebremster Weiterentwicklung der ASAT-Technik würde eine Bedrohung aller Satelliten in höheren Umlaufbahnen spätestens in den 90er Jahren möglich.

Der baldigen Aufnahme von Verhandlungen über eine rüstungskontrollpolitische Regelung des ASAT-Problems kommt daher große Bedeutung zu. Entsprechende Vorschläge würden dem Westen auch im CD und in den VN Entlastung bringen.

Wir haben uns bisher ebenso wie unsere europäischen Verbündeten sowohl in den entsprechenden multilateralen Foren (CD, VN, NATO) als auch in bilateralen Gesprächen auf Arbeitsebene bemüht, die Berührungsangst der USA zu überwinden; der Erfolg war jedoch sehr begrenzt.

Wenn die USA zu der Einsicht kommen, daß eine vertragliche Regelung auch in ihrem Interesse liegt, wäre die Wiederaufnahme der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen vermutlich der beste Weg, um eine baldige Lösung zu erreichen.

6) Vorschlag

Es wird daher vorgeschlagen, die ASAT-Problematik auch bei bilateralen Begegnungen auf hoher Ebene anzusprechen. Dabei sollte auf folgende Punkte hingewiesen werden:

– In unseren Überlegungen steht die starke Abhängigkeit des Bündnisses von Satelliten sowohl für Nachrichtenübermittlung als auch für Aufklärung im Vordergrund. Nachdem die Entwicklung so weit vorangeschritten ist, daß ein vollständiges ASAT-Verbot nicht mehr realistisch wäre, sollte vor allem geprüft werden, ob eine Lösung möglich ist, die beiden Seiten je ein gegen Satelliten auf niedriger Umlaufbahn einsatzfähiges System beläßt, jedoch die Erprobung und Stationierung weiterer, vor allem höherfliegender Systeme verbietet.
– Der Westen wird sich der Erörterung dieses Themas in den VN und in der CD nicht entziehen können, nachdem die SU im August 1983 ihren Vertragsentwurf in die VN eingeführt hat. Ein amerikanischer rüstungskontrollpolitischer Vorschlag würde dem Westen in dieser Frage Entlastung bringen.
– Am erfolgversprechendsten für eine Lösung erscheinen uns allerdings bilaterale amerikanisch-sowjetische Verhandlungen, wie sie 1978/79 bereits geführt worden sind.

Diese Vorlage ist mit dem BMVg auf Arbeitsebene abgestimmt.

Ruth

VS-Bd. 11371 (220)

22

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

421-410.55 CHN-61/84 VS-vertraulich **26. Januar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: westliche Hochtechnologie-Exporte in die VR China;
hier: Schreiben von AM Shultz an BM des Auswärtigen vom 16.1.1984[4]

Anlg.: 2 (nur beim Original)[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und m. d. B. um Billigung und Zeichnung des anliegend beigefügten Entwurfs eines Antwortschreibens an AM Shultz

1) Am 23.11.1983 hat die Regierung der USA Richtlinien veröffentlicht, die vorsehen, daß die nationale amerikanische Genehmigungspraxis für Hochtechnologie-Exporte nach China flexibler gehandhabt werden soll.[6]

Dementsprechend erwartet die amerikanische Regierung von ihren COCOM-Partnern eine entsprechend „flexible Anwendung" der COCOM-Regeln für COCOM-pflichtige China-Exporte.

Die USA sind mit uns und den übrigen COCOM-Mitgliedstaaten einig, daß es nicht in Betracht kommt, für China eine spezifische COCOM-Liste aufzustellen, die eine Sonderbehandlung Chinas gegenüber den übrigen kommunistischen Ländern institutionalisiert. Demgemäß sollen nach wie vor für alle COCOM-pflichtigen Exporte nach China die vorgesehenen Ausnahmeanträge gestellt werden.

Für eine bedeutende Zahl von COCOM-Positionen der Industrieliste („dual use items") sehen die amerikanischen Richtlinien aber vor, daß künftig die nationale Genehmigung ohne jegliche Prüfung der militärischen Relevanz des Exportes automatisch erteilt wird (sog. „grüner Bereich"). Für den „grünen Bereich" soll aus amerikanischer Sicht also auch das COCOM-Verfahren zukünftig offenbar zu einem weitgehend formalen Prozeß werden, der vor allem den

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 3. Februar 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 421 verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 13. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Fischer am 13. Februar 1984 erneut vorgelegen.

4 Korrigiert aus: „16.1.1983".
Für das Schreiben vgl. den Drahterlaß Nr. 332 des Ministerialdirigenten Loeck vom 17. Januar 1984 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Stockholm; VS-Bd. 10915 (421); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Dem Vorgang beigefügt. Anlage 1 war das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 16. Januar 1984 an Bundesminister Genscher. Vgl. VS-Bd. 10915 (421).
Anlage 2 war der Entwurf eines Antwortschreibens von Genscher an Shultz. Vgl. VS-Bd. 10915 (421); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Für die Richtlinien vgl. Referat 424, Bd. 135888.

Zweck hat, die Sonderbehandlung Chinas zu verdecken. Für gewisse Positionen der Rüstungsgüterliste des COCOM stipulieren die US-Richtlinien ein absolutes Ausfuhr-Verbot („roter Bereich"). Für den zwischen diesen beiden Gruppen von COCOM-Positionen liegenden sog. „grauen Bereich" sollen alle COCOM-Mitgliedstaaten entsprechend dem üblichen COCOM-Verfahren in jedem Einzelfall in der Prüfung frei sein und ggf. Einwendungen erheben können.

2) Die amerikanische Initiative ist bei einer Grundsatzdiskussion im COCOM am 12. Dezember 1983 auf Kritik, insbesondere Frankreichs und Norwegens, in manchen Punkten aber auch anderer Länder gestoßen. Insbesondere wurde eingewandt:

– Einseitiges US-Vorgehen sei geeignet, COCOM zu unterminieren;
– dies gelte um so mehr, als die USA bereits durch ihre „no-exceptions policy" für Ausfuhren nach Polen den übrigen COCOM-Mitgliedstaaten praktisch einseitig ein Polen-Embargo für Hochtechnologie aufgezwungen haben;
– US-Initiative ziele darauf ab, amerikanischer Industrie Wettbewerbsvorteile in China zu verschaffen;
– unterschiedliche Behandlung Chinas gegenüber anderen kommunistischen Ländern im COCOM sei nicht zu rechtfertigen. (Hierzu NL: Die Tatsache der Besserstellung Chinas werde sich auf Dauer auch nicht gegenüber den übrigen kommunistischen Ländern verbergen lassen.)

3) Zum Inhalt des Schreibens von AM Shultz

Das Schreiben von AM Shultz, das offenbar an alle AM der COCOM-Länder gerichtet wurde, erläutert die amerikanische Haltung unter Bezugnahme auf die o. a. Kritik wie folgt:

– Unterschiedliche Sicherheitsinteressen des Westens im Hinblick auf die politische und strategische Rolle Chinas einerseits und der SU andererseits;
– Wunsch nach Erleichterung und Beschleunigung von Hochtechnologie-Exporten aller COCOM-Mitgliedstaaten nach China;
– Versicherung, daß USA ihre sensiblen China-Exporte nach wie vor der COCOM-Prüfung unterwerfen werden und durch diese Politik keine Handelsvorteile für US-Firmen anstreben.

4) Stellungnahme

Soweit die Kritik der Verbündeten sich darauf bezieht, daß die USA im COCOM ihrem Interesse im Falle der Exporte nach Polen durch einseitiges Vorgehen Geltung verschafft hätten, läßt sich ihre Berechtigung nicht von der Hand weisen.

Jedoch ist aus unserer Sicht folgendes zu bemerken: In außenpolitischer Hinsicht haben wir ebenso wie die USA Interesse daran, zur Hebung der industriellen Kapazität und der außenpolitischen Stabilität Chinas beizutragen (wobei wir allerdings den Export von Rüstungsgütern nicht genehmigen). Darüber hinaus besteht unter den beteiligten Bundesressorts Einvernehmen, daß das von den USA vorgesehene flexiblere Vorgehen auch im Interesse unserer Exportindustrie liegt.

Wir können der amerikanischen Initiative mit folgender Maßgabe zustimmen:

– konsequente Bemühungen, um zu vermeiden, daß die mit dieser Politik verbundene Ungleichbehandlung der SU und anderer Staaten Osteuropas nach außen hin deutlich werde;
– alle ins COCOM eingebrachten Anträge für Hochtechnologie-Exporte in die VR China, soweit gleiche tatsächliche Voraussetzungen bestehen, müssen gleich behandelt werden;
– es muß sichergestellt werden, daß es nicht zum Reexport westlicher militärisch relevanter Güter aus der VR China in andere kommunistische Staaten kommt;
– wir behalten uns vor, auch unsererseits Exportgüter zu definieren, die für eine flexiblere Handhabung in Frage kommen.

5) Es wird vorgeschlagen, dem Text beigefügten Antwortschreibens an AM Shultz zuzustimmen (Anlage 2). Die Antwort könnte, wie üblich, der Botschaft Washington zur Weiterleitung übermittelt werden. Der Text des Antwortentwurfs ist mit dem BMWi abgestimmt.[7]

D 2[8] und D 3[9] haben mitgezeichnet.

Per Fischer

VS-Bd. 10915 (421)

7 Für das Antwortschreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vgl. den am 6. Februar 1984 konzipierten und am 13. Februar 1984 übermittelten Drahterlaß Nr. 171 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerhardt; VS-Bd. 10915 (421); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Franz Pfeffer.

9 Jürgen Ruhfus.

23

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

510-515 JUG-52/84 VS-vertraulich **27. Januar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Ausstellung von Pässen für DDR-Deutsche durch unsere Vertretungen in Jugoslawien

Bezug: 1) Aufzeichnung der Abteilung 5 vom 11.1.84 – 510-515 JUG
2) Ihr Gespräch mit AM Mojsov am 16.1.84 am Rande der KVAE[4]

Anlg.: 2[5]

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu Ziffer 5 und zum anliegenden Drahterlaß[6]

1) Bei Ihrem Gespräch mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov am Rande der KVAE am 16. Januar d. J. in Stockholm hatten Sie mit großem Nachdruck die Erwartung ausgedrückt, daß Jugoslawien sicherstellt, daß DDR-Deutsche Jugoslawien – wie seit vielen Jahren – mit einem Paßpapier der Bundesrepublik Deutschland verlassen können.

2) Mit DB vom 24. Januar 1984 (Nr. 43[7] – Anlage 2) hat die Botschaft Belgrad das Auswärtige Amt über ein Gespräch von Botschafter Grabert mit Innenminister Dolanc vom selben Tage unterrichtet. Dolanc habe – trotz des Widerspruchs von Botschafter Grabert, der sich auf Ihre Unterredung mit Außenmi-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus und Legationsrat I. Klasse Radcke konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. Januar 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 28. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte: „Ich bin nicht bereit hinzunehmen, daß jugoslawische Seite das Stockholmer Gespräch verfälscht. Es muß sofort gehandelt werden. Mein Vorschlag: 1) Rückrufung von Botschafter Grabert nach Bonn. 2) Entsendung von Grabert nach Belgrad mit Abgabe einer Erklärung gegenüber AM, die vollständige Klarstellung beinhaltet. 3) Meine Bedenken gegen das von Botschaft vorgeschlagene Verfahren sind nicht überwunden. 4) Rücksprache."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 30. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS" sowie an Ministerialdirektor Bertele und Referat 510 verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 30. Januar 1984 vorgelegen, der auf einem Begleitvermerk die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte und handschriftlich vermerkte: „Abt. 5 wie bespr[ochen]."
Hat Lautenschlager am 31. Januar 1984 erneut vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 12417 (510); B 150, Aktenkopien 1984.
Hat Bertele am 16. Februar 1984 erneut vorgelegen.

4 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov in Stockholm vgl. Dok. 10.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6 und 7.

6 Die Wörter „Zustimmung" und „zum anliegenden Drahterlaß" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben.
Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf eines Drahterlasses an die Botschaft in Belgrad und das Generalkonsulat in Zagreb vgl. VS-Bd. 12417 (510); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Grabert, Belgrad, legte dar, aus den Äußerungen des jugoslawischen Innenministers Dolanc ergebe sich, „daß Jugoslawien, wie vermutet, gegenüber DDR Verpflichtung eingegangen ist, nach sich von Mannschaft entfernenden Personen zu fahnden und sie zurückzuführen". Vgl. VS-Bd. 12417 (510); B 150, Aktenkopien 1984.

nister Mojsov vom 16. Januar d.J. berief – auf der Meinung beharrt, daß der Zeitraum der Olympischen Winterspiele in Sarajevo[8] von der am 16. Januar mit AM Mojsov erzielten Übereinkunft ausgenommen sei. Innenminister Dolanc habe „Schwierigkeiten" vorausgesagt, wenn die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in dieser Zeit DDR-Bürger in der bisherigen Weise betreuen würden.

Botschafter Grabert hat gegenüber seinem Gesprächspartner dagegen nochmals unterstrichen, daß ein Abweichen von der bisherigen Betreuungspraxis auch während der Winterspiele nicht in Betracht komme; er hat aber gleichwohl zu erkennen gegeben, daß man sich für diesen Zeitraum „inoffiziell" verständigen könne, daß die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Jugoslawien DDR-Deutsche veranlassen könnten, Jugoslawien erst nach den Spielen zu verlassen.

3) Im einzelnen hat die Botschaft gegenüber dem Auswärtigen Amt für Sonderfälle folgendes Verfahren angeregt:

– sofortige Paßausstellung an DDR-Deutsche noch in der Außenstelle des GK Zagreb in Sarajevo;
– Transport mit Diplomatenfahrzeug mit Begleitung nach Belgrad oder Zagreb;
– Unterbringung in Unterkünften der Botschaft oder des GK Zagreb bis zur Abreise der DDR-Olympiamannschaft; anschließend Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland.

Um die erforderlichen Vorbereitungen in die Wege leiten zu können, bittet die Botschaft um baldmögliche Weisung zum weiteren Vorgehen.

4) Aus der Sicht des Auswärtigen Amts wird eine Unterbringung von DDR-Abspringern während der Olympischen Winterspiele in unseren Auslandsvertretungen oder in Wohnungen des diplomatischen Personals mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verschärfung der Probleme führen. Solange sich Abgesprungene noch in Jugoslawien aufhalten, wird der Druck der DDR (und voraussichtlich auch der Ostblockländer) auf Jugoslawien zunehmen, sie an die DDR zu überstellen. Je länger der Schwebezustand dauert, desto stärker wird voraussichtlich der Druck. Daher sollte versucht werden, entsprechende Fälle[9] so schnell und auch so geräuschlos wie irgend möglich zu lösen. Generallinie unseres Verhaltens sollte daher sein, abgesprungene DDR-Deutsche möglichst schnell außer Landes zu bringen. Wir würden dabei allerdings riskieren, daß die Jugoslawen eine entsprechende Person bei Verlassen des Landes festhalten. Nach Ihren Gesprächen mit dem jugoslawischen Außenminister und auch nach dem Gespräch von Botschafter Grabert mit dem jugoslawischen Innenminister ist dieses Risiko jedoch geringer einzuschätzen als dasjenige, das bei einem längeren Aufenthalt eines Abgesprungenen in Jugoslawien entsteht.

Wir sollten dabei alles uns Mögliche[10] tun, daß solche Absprungsfälle (mit nach-

8 Die XIV. Olympischen Winterspiele fanden vom 8. bis 19. Februar 1984 statt.

9 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „auch entsprechend der bisherigen Betreuungspraxis".

10 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unsere Möglichkeiten sind allerdings begrenzt."

folgender Ausreise) der Öffentlichkeit zumindest während der Olympischen Spiele nicht bekanntwerden.

5) Die Botschaft sollte daher angewiesen werden, nach Möglichkeit abgesprungenen DDR-Bürgern die Hilfestellungen zu leisten, die erforderlich sind, damit sie Jugoslawien möglichst schnell verlassen können. Falls die Botschaft im Einzelfall aufgrund der gegebenen Situation zu einer anderen Bewertung kommen sollte, müßte sie unter Abwägung aller Umstände eine eigene vorläufige Entscheidung treffen und sofort an das Auswärtige Amt berichten.[11]

Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Bertele

VS-Bd. 12417 (510)

24

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup

210-330.66-180/84 geheim **27. Januar 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Asylersuchen von DDR-Deutschen in unserer Ständigen Vertretung, westlichen Botschaften in Berlin (Ost) und in unseren Botschaften in sozialistischen Ländern

Zur Unterrichtung

I. In einer Besprechung im Bundeskanzleramt am 27.1.1984 unter Leitung von StM Jenninger, an der BM Windelen, StS Meyer-Landrut, StS Rehlinger und StS Bräutigam teilnahmen, wurde die Linie für das weitere Vorgehen bei Asylfällen abgestimmt. Als Ergebnis ist festzuhalten:

11 Staatssekretär Lautenschlager wies Botschafter Grabert, Belgrad, am 1. Februar 1984 an, beim jugoslawischen Außenminister Mojsov „persönlich umgehend nach dessen Rückkehr vorstellig zu werden", eine Erklärung vorzutragen und anschließend auch den jugoslawischen Innenminister Dolanc zu unterrichten. In der Erklärung solle dargelegt werden, daß im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 16. Januar 1984 in Stockholm keine Sonderregelung für die Ausreise von Personen aus der DDR während der Olympischen Winterspiele vom 8. bis 19. Februar 1984 in Sarajevo getroffen worden sei: „Auf deutscher Seite wird außerordentlich ernst genommen, daß von anderen jugoslawischen Stellen eine andere Darstellung des bei diesem Gespräch Gesagten gegeben wurde. Der Bundesaußenminister bedauert dies, da ein Abgehen von der bisher geübten Praxis, selbst wenn dies nur vorübergehend geschähe, nicht hingenommen werden kann und einen schweren Schatten auf die beidseitigen Beziehungen werfen würde." Die Bundesrepublik bestehe auf der Einhaltung früherer Vereinbarungen, sei jedoch zu einem diskreten Vorgehen bereit. Vgl. den Drahterlaß Nr. 46; VS-Bd. 12417 (510); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. Januar 1984 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 28. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ich bitte um Unterrichtung der unter II. genannten Einzelfälle. 2) W[ieder]v[orlage] 1.2." Vgl. Anm. 6.

1) Eine Schließung unserer Ständigen Vertretung für den Besucherverkehr – auch eine zeitweilige – oder Vorkehrungen zu einer Selektion der Besucher kommen für uns nicht in Betracht.

2) Wegen der seit heute morgen festgestellten verstärkten Kontrollen vor unserer Ständigen Vertretung, die zunächst zur Zurückweisung einiger Besucher führten (in einem Fall sogar zur Abführung), im Laufe des Vormittags wohl aber wieder gelockert wurden, wird Herr Moldt heute von StM Jenninger einbestellt.[3] In einem maßvollen Protest wird die DDR insbesondere unter Hinweis auf Madrid[4] (Erleichterung des Zugangs) ersucht, zum früheren Zustand zurückzukehren.

3) Gegenüber der Öffentlichkeit wird vorerst an der Sprachregelung festgehalten, daß die Bundesregierung zu den ganzen Vorgängen keine Stellungnahme abgibt.

4) Alle Fälle, unabhängig davon, ob sie in unserer Ständigen Vertretung, in westlichen Botschaften in Berlin (Ost) oder in unseren Botschaften in sozialistischen Ländern auftreten, sollen von uns nach den gleichen Maßstäben behandelt werden.

5) StS Rehlinger wird noch heute ein Gespräch mit RA Vogel darüber führen, wie die ganze Problematik weiter behandelt werden soll. Wenn – wie zu erwarten – hierbei noch kein Ergebnis erzielt werden kann, soll entsprechend der bisherigen Praxis verfahren werden (Ausreise nach Übergangsfrist im Rahmen der besonderen Bemühungen). StS Bräutigam wies darauf hin, daß RA Vogel selbst gegebenenfalls stärker als bisher in die Gespräche mit den Betroffenen eingeschaltet werden muß, da nach den Fällen der vergangenen Woche (unmittelbare Ausreise nach Berlin (West))[5] die Glaubwürdigkeit der Ständigen Vertretung gelitten hat.

Fortsetzung Fußnote von Seite 132

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 30. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Meyer-Landrut an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Pfeffer am 31. Januar 1984 vorgelegen.

3 Im Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt, am 27. Januar 1984 führte Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, aus: „Die Bundesregierung habe die Sorge, daß die Maßnahmen der DDR zu einer ernsten Belastung der beiderseitigen Beziehungen führen könnten. Sie erwarte, daß die Regierung der DDR unverzüglich die beanstandeten Maßnahmen aufhebe und sicherstelle, daß jeder, der die Ständige Vertretung besuchen wolle, dies auch tun könne, und daß die Arbeitsmöglichkeiten der Ständigen Vertretung nicht beeinträchtigt, sondern, wie dies auch das Schlußdokument des Madrider KSZE-Folgetreffens vorsehe, erleichtert werden." Jenninger führte ferner aus, es liege der Bundesregierung „sehr daran, daß aus dieser Entwicklung, die wir alle nicht wollten, keine für beide Seiten schwierige Lage entstehe". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 132585.

4 In Ziffer 7 des Abschnitts „Menschliche Kontakte", der Teil der Erklärung „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" des abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid war, verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten, „das normale Funktionieren" diplomatischer und anderer offizieller Missionen zu erleichtern: „Der Zugang von Besuchern zu diesen Missionen wird unter gebührender Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheitsbedürfnisse dieser Missionen gewährleistet." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 549.

5 Am 24. Januar 1984 wurde in der Presse berichtet, sechs Personen aus der DDR, die sich seit 20. Januar 1984 in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin aufgehalten und dort politisches Asyl erbeten hätten, seien am 22. Januar 1984 direkt nach Berlin (West) ausgereist. Sie hätten in Begleitung des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, und des Rechtsanwalts Vogel den Sektorenüber-

6) Das Auswärtige Amt soll den Botschaften der Drei Mächte in Bonn folgendes erklären:

– Wir bitten dringend, keinen asylsuchenden Deutschen abzuweisen oder gewaltsam aus der Botschaft zu entfernen.
– Unsere Ständige Vertretung sollte von jedem Fall so schnell wie möglich unterrichtet werden.
– Die betroffenen Personen sollten zunächst durch gutes Zureden veranlaßt werden, die Botschaft freiwillig zu verlassen.
– Erst wenn diese Bemühungen keinen Erfolg haben, soll Kontakt mit RA Vogel hergestellt werden. Dies kann entweder direkt durch die Botschaft geschehen oder, falls gewünscht, durch Einschaltung unserer Ständigen Vertretung.

7) StM Jenninger bat alle beteiligten Ressorts, sich stets unverzüglich gegenseitig zu unterrichten, damit immer ein gleicher Informationsstand gewährleistet ist.

II. RL 210 hat heute nachmittag die alliierten Sprecher in der Vierergruppe zu sich gebeten und ihnen unsere Haltung gemäß Ziffer 6 erläutert. Er hat dabei insbesondere darauf hingewiesen, daß es für uns nicht tragbar sei, wenn – wie es in Einzelfällen geschehen sei – Asylsuchende abgewiesen würden.[6] Bei Bekanntwerden derartiger Fälle hätten wir eine öffentliche Diskussion, an der auch den Drei Mächten nicht gelegen sein könne.

Kastrup

VS-Bd. 13350 (210)

Fortsetzung Fußnote von Seite 133

gang Invalidenstraße überquert. Vgl. dazu den Artikel „Weizsäcker: Geräuschlose Vernunft hat zu einer Regelung geführt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Januar 1984, S. 2.
Am 27. Januar 1984 wurde gemeldet, unbestätigten Presseberichten zufolge seien zwölf Personen aus der DDR, die am 24. Januar 1984 in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin geflüchtet seien, „nach längeren Verhandlungen heimlich nach West-Berlin abgeschoben worden". Vgl. dazu den Artikel „Bericht über ‚heimliche' Ausreise von DDR-Bewohnern"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Januar 1984, S. 3.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup notierte am 7. Februar 1984: „Nachdem die Freilassung der DDR-Deutschen aus der US-Botschaft in der Öffentlichkeit bekanntgeworden war, ist am Tage danach einigen Hilfesuchenden der Zutritt zur Botschaft verwehrt worden. Dies hat US-Botschafterin Ridgway StS Bräutigam in einem Gespräch unter vier Augen erklärt. Die britische Botschaft hatte am selben Tage Maßnahmen getroffen, welche die Botschaft praktisch für den Publikumsverkehr sperrten. Besucher wurden nicht hereingelassen." Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

25

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Bundeskanzleramt

Geheim **Aufgabe: 30. Januar 1984, 18.32 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 131

Betr.: Asylfälle in Ost-Berlin

Ich habe heute vormittag AL Seidel im DDR-Außenministerium aufgesucht und ihm eindringlich die schwierige Situation der StäV (und anderer Missionen) vor Augen geführt, die als Folge des bekanntgewordenen Ausganges der beiden Asylfälle in der letzten Woche[2] entstanden ist. Die Bundesregierung unternehme im Interesse aller Beteiligten, insbesondere auch der betroffenen Menschen, die äußersten Anstrengungen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, ohne daß die deutsch-deutschen Beziehungen Schaden nehmen. Wir bemühten uns, den Besuchern klarzumachen, daß Asyl nicht gewährt werden könne, über die StäV (oder andere Missionen) kein direkter Weg in den Westen führe und die Ausreise wie bisher in dem dafür vorgesehenen Verfahren gesucht werden müsse, so beschwerlich und bedrückend dieser Weg auch sei. Diese Überzeugungsarbeit habe aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die vor der StäV postierten Wachen sich korrekt verhielten, von Behinderungen sowohl beim Betreten wie auch beim Verlassen der Vertretung Abstand nähmen und Verhaftungen und Festnahmen wegen des Besuches der StäV unterlassen werden. Dies sei eine dringliche Bitte. Sollte ihr nicht entsprochen werden, könnte sich aus humanitären Problemen, die mit Geduld und Verständnis für die menschliche Problematik gelöst werden müßten, eine gefährliche politische Eskalation entwikkeln.

Seidel (der über andere Kontakte auf mein Petitum vorbereitet war) stellte aufgrund eines vorbereiteten Papiers folgendes fest:

1) In Übereinstimmung mit den Rechtsgrundlagen gebe es keine Behinderung beim Zugang der StäV. Es gebe auch keine Festnahmen oder Verhaftungen. Eine Ausnahme gelte allerdings für jene Fälle, in denen die Posten der Volkspolizei vor der StäV von Besuchern tätlich angegriffen bzw. bei ihrer Amtsausübung behindert würden.

2) Die StäV habe keine Zuständigkeit für DDR-Bürger.

1 Der Drahtbericht wurde von Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, am 1. Februar 1984 an Staatssekretär Meyer-Landrut „unter Bezugnahme auf die Besprechung unter Leitung von Herrn Staatsminister Dr. Jenninger am Freitag, dem 27. Januar 1984, im Bundeskanzleramt […] zu Ihrer Unterrichtung“ übermittelt.
Hat Meyer-Landrut am 1. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn Minister m[it] d[er] B[itte] um K[enn]t[ni]snahme. 2) 210.“
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Zur direkten Ausreise von Personen aus der DDR nach Berlin (West) vgl. Dok. 24, Anm. 5.

3) Seine Seite habe die gestrige Erklärung Staatsministers Jenningers[3] und die darin zum Ausdruck kommende „realistische Einschätzung der Situation" begrüßt.

4) Andererseits müsse er mit allem Nachdruck feststellen, daß sich „die DDR nicht erpressen lasse". Daraus müßten alle notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden. Die DDR habe sich, wie wir genau wüßten, in der jüngsten Zeit sehr großzügig verhalten. Diese Großzügigkeit habe aber ihre Grenzen. Er sagte dann noch einmal mit großer Bestimmtheit, die DDR werde sich nicht erpressen lassen.

Wie mir zuverlässig bekannt geworden ist, steht hinter dieser Antwort eine Entscheidung „der kollektiven Führung" der DDR, daß sich die Lösung des Asylfalles in der amerikanischen Botschaft und unseres Falles am 23./24. Januar (d.h. sofortige Abschiebung) nicht wiederholen wird. Es ist sogar fraglich geworden, ob in der jetzt eingetretenen Situation eine sog. „Fristenlösung" (d.h. Zusage der Ausreise in einer bestimmten Frist) noch möglich ist. In die gleiche Richtung deutet eine Mitteilung, die wir heute von RA Dr. Vogel erhielten. Im Zusammenhang mit Problemen der britischen Botschaft ließ uns Dr. Vogel wissen, daß er heute nicht mehr in der Lage sei, Zusagen mit bestimmten Fristen zu machen. Er sei allerdings weiterhin bereit, Fälle aus Botschaften zu bearbeiten, „und zwar mit positiver Tendenz". Es ginge auch nicht mehr, daß Asylanten in Fahrzeugen der jeweiligen Mission zu ihm gebracht würden. Die betreffenden Personen müssen das Botschaftsgebäude aus freien Stücken verlassen und dann selbst zu ihm kommen.

Dr. Vogel fügte hinzu, der Andrang von Übersiedlungswilligen in seinem Büro sei außerordentlich groß geworden. Vor seinem Haus habe sich bereits eine Schlange gebildet, die bis zur nächsten Straßenecke reiche.

Nach meinem Eindruck dient die Mitteilung Dr. Vogels in erster Linie dazu, die Mission zu mehr Resistenz gegenüber Asylsuchenden zu veranlassen. Dahinter steht aber wohl die Entschlossenheit der DDR-Führung, die jetzt auf die Missionen gelenkte Flut von Ausreisewilligen mit aller Macht einzudämmen. Die Lösung kritischer Fälle in den Missionen ist damit sehr viel schwieriger geworden.

Die Volkspolizeiposten vor dem Vertretungsgebäude haben sich heute im Rahmen der Feststellungen von Seidel gehalten. Die Wachen waren erheblich verstärkt, der Zugang wurde nicht direkt behindert; allerdings dürften manche Besuchswillige durch den abschreckenden Eindruck der Wachen von einem Betreten der Vertretung abgehalten worden sein. Festnahmen sind von uns heute nicht beobachtet worden.

[gez.] Bräutigam

VS-Bd. 13350 (210)

[3] Für die Äußerungen des Staatsministers Jenninger, Bundeskanzleramt, gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 29. Januar 1984 vgl. den Artikel „Bonn warnt vor Fluchtversuchen über Ost-Berliner Missionen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Januar 1984, S. 1f.

26

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz

201-360.90 SPA-167/84 VS-vertraulich **30. Januar 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 664 Plurez **Aufgabe: 31. Januar 1984, 09.37 Uhr**

Betr.: Spanien in der NATO[2];
hier: Zwischenbilanz

I. 1) Schwebezustand spanischer „Mitgliedschaft auf Widerruf" dauert nun bald zwei Jahre. Zwei weitere Jahre können bis zu endgültiger Entscheidung und Referendum verstreichen.

Derartige Lage birgt Gefahr des Arrangements mit dem Provisorium und der Aufgabe ursprünglicher Zielsetzungen. Anzeichen hierfür liegen vor. Entwicklung spanischer Haltung im vergangenen Jahr hat hier zudem – bei allem Verständnis für schwierige Situation und aller Bereitschaft zur Geduld – zu Ungewißheiten bei Einschätzung der von spanischer Regierung verfolgten Linie geführt.

Zwischenbilanz spanischer Mitgliedschaft soll oben erwähnter Gefahr begegnen, Standorte der Beteiligten klären und verhindern, daß Ungewißheiten Vertrauensbasis beeinträchtigen.

2) Vertretungen werden daher gebeten, je nach Zuständigkeit an erforderlicher faktischer Aufklärung mitzuwirken und zu nachstehenden Aspekten und Wertungen aus jeweiliger Sicht Stellung zu nehmen.

II. 1) Haltung Madrids

a) Entschließungen der Allianz

Dez. 1982 sprach AM Morán (DB Madrid Nr. 974 vom 6.12.1982 VS-v[3]), Mitte 1983 sprachen StS General Santos und VM Serra (DB Madrid Nr. 645[4] und

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß an die Botschaft in Madrid und die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel wurde von Vortragendem Legationsrat Kirstein konzipiert.
Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Die NATO-Mitgliedstaaten und Spanien unterzeichneten am 10. Dezember 1981 in Brüssel ein Protokoll zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 über den Beitritt Spaniens, der am 30. Mai 1982 erfolgte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 400–402.
Am 2. Dezember 1982 berichtete Botschafter Brunner, Madrid, der am selben Tag gewählte neue Ministerpräsident González habe im Parlament erklärt: „Die Beitrittsentscheidung der Regierung Calvo-Sotelo werde – ohne Hast – überprüft. In der Debatte wiederholte er die früheren Absichtserklärungen zum sofortigen Einfrieren des laufenden militärischen Integrationsprozesses und – ohne Zeitvorstellung – späterem Referendum." Vgl. den Drahtbericht Nr. 957; Referat 203, Bd. 124904.

3 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete, der spanische Außenminister Morán habe ihm gegenüber erklärt, Spanien könne das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel nicht unterzeichnen, da es an dessen Entstehung nicht beteiligt gewesen sei. Er, Morán, sei jedoch bereit, öffentlich die spanische Grundhaltung zur NATO zu erläutern. Diese Position „präjudiziere nicht die künftige Einstellung der Regierung González zu späteren Kommuniqués. Spanien werde dann voll an der Formulierung der darin zum Ausdruck kommenden Politik beteiligt sein und diese demgemäß auch mittragen können." Vgl. VS-Bd. 11978 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

4 Botschafter Brunner, Madrid, teilte mit, der Staatssekretär im spanischen Verteidigungsministerium, Santos, habe am Vortag erläutert, nach der Verabschiedung der beiden Studien über die sicher-

654[5] vom 8.6. bzw. 9.6.1983 VS-v) von zukünftiger fußnotenfreier spanischer Zustimmung zu Allianzentschließungen, da Madrid dann an der Formulierung der Politik beteiligt sein werde.

Haltung bei jüngstem AM-Treffen[6] (Vorbehalt zum gesamten Kommuniqué, Zustimmung zur – unüblichen – Erklärung mit Vorbehalt zu INF-Passus[7]) entspricht dem nicht und ist verschiedenartig deutbar, u. a.:

– Bis zu endgültiger Entscheidung sieht sich Spanien nicht mehr als dem Konsens verpflichtetes Vollmitglied, sondern eher als Beobachter (Widerspruch zu uneingeschränktem Beitritt und Abweichung von ursprünglicher Position).
– Vorbehalte haben Ursache nicht in Statusfrage (Schwebezustand, laufende Überprüfung), sondern in nuklearer Frage: Madrid baut Position genereller nuklearer Nichtbefassung auf.

b) Grundsatzentscheidung/Referendum

(1) Ursprünglich wollte Regierung Grundsatzentscheidung auf Basis zweier Studien über Sicherheitsinteressen und -optionen Spaniens treffen und dann Referendum durchführen.

Studien wurden zunächst als für Entscheidung sehr bedeutsam angesehen, später von VM Serra (!) abgewertet (DB Madrid Nr. 1226 vom 9.11.1983 VS-v[8]). Hier wird angenommen, daß Studien abgeschlossen sind.

(2) Anscheinend soll Grundsatzentscheidung jetzt nicht mehr nach Klärung der Interessen, Optionen und Beitrittsimplikationen, sondern in zeitlichem Zusammenhang mit Referendum, dieses in sachlichem Zusammenhang mit EG-Beitritt[9] erfolgen.

Zwar erscheint Aufschieben von Entscheidung und Referendum durch Erwartung günstigerer Bedingungen für positives Votum gerechtfertigt, doch dürften aus Sicht spanischer Regierung auch andere Gründe für ein Zuwarten sprechen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 137

heitspolitischen Interessen Spaniens durch die spanische Regierung vermutlich im Herbst 1983 sei „die Zeit der Zweideutigkeiten Spaniens gegenüber der NATO vorbei. Schon auf der Dezember-Tagung der NATO würden Verteidigungsminister, Außenminister, Militärs und Diplomaten sich aktiv an der Erarbeitung der Allianzbeschlüsse beteiligen." Vgl. VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

5 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete, der spanische Verteidigungsminister Serra habe ausgeführt: „Isoliert sei das Thema NATO-Zugehörigkeit in Spanien politisch nicht durchzusetzen. Man werde das leider unumgängliche Plebiszit zu dieser Frage nur bestehen, wenn a) Tatsachen gehäuft würden, die zusammengenommen einen Gewöhnungsprozeß an die Mitgliedschaft im Bündnis ausmachten; b) die NATO-Frage mit anderen politischen Fragen verbunden werden könne. Diese Sachlage sollte im Bündnis zur Kenntnis genommen werden, denn es gehe nicht nur um die NATO-Zugehörigkeit, sondern um Spaniens Position im Westen." Vgl. VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. AAPD 1983, II, Dok. 376.

7 Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 100–105 bzw. S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133–138.

8 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete, der spanische Verteidigungsminister Serra habe gegenüber den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten ausgeführt, Spanien müsse in der NATO bleiben. Bis 1985 brauche die spanische Regierung „sichtbare Ergebnisse, um der spanischen Bevölkerung durch Vorlage eines politischen Pakets bedeuten zu können, daß die NATO-Mitgliedschaft nationalen Interessen entspreche. Bis dahin müßten die EG-Beitrittsverhandlungen Spaniens abgeschlossen sein. Außerdem seien sichtbare Fortschritte in der Gibraltarfrage erforderlich." Vgl. VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

9 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 17, Anm. 15.

– Aktueller Schwebezustand hat außen- wie innenpolitisch sehr praktische Seiten: Er bietet Vorteile der Zugehörigkeit und Vorteile der Nichtzugehörigkeit, Annehmlichkeiten der Position des Umworbenen, erspart oder erleichtert den Umgang mit Konflikten.
– Die NATO-Karte kann weiter zugunsten EG-Beitritt und Gibraltar gespielt werden, auch wenn Entscheidung intern schon gefallen wäre, etwa im Sinne Mitgliedschaft ja, aber keine Integration.

(3) Erklärung AM Moráns im super restricted (DB Brüssel Nr. 2276 vom 9.12. 1983 VS-v[10]) kann vermuten lassen, Madrid habe sich bereits in diesem Sinne entschieden oder richte sich auf diesen Status (= aktueller Status) ein.

Andere Äußerungen deuten auf Status begrenzter Integration („eine gewisse Form der militärischen Integration" sei unerläßlich, so VM Serra lt. DB Madrid Nr. 1226) oder auf stufenweisen Integrationsprozeß (MP González lt. DB Madrid Nr. 99 vom 4.2.1983 VS-v[11]) als Zielvorstellung Madrids.

Beachtlich ist schließlich Positionsänderung VM Serras: Juni 1983 (DB Madrid Nr. 654) hielt er weiter Gespräche mit Bündnis über Kommandostruktur und spanischen Verteidigungsbeitrag für unerläßlich, im November (DB Madrid Nr. 1226) leugnete er jede Relevanz. Damit bleibt unklar, welche konkreten Vorstellungen von den Einzelheiten einer eventuellen Integration Madrid der Bewertung dieser Option zugrunde legt; daraus kann auch gefolgert werden, die Option sei hinfällig geworden.

c) Mitwirkung in Brüssel

Für Zwischenbilanz interessiert, welche spezifischen Interessen und Einschätzungen (etwa Bedrohungsperzeption) in Mitwirkung im Rat und Ausschüssen zum Ausdruck kommen. Wie ist Weisungslage der Vertretung, beteiligt sie sich engagiert oder distanziert?

Ist Madrid nach Umfang und Intensität seiner Mitwirkung in der Lage, fundierte Bewertung der Vor- und Nachteile seiner Mitarbeit vorzunehmen, und welche Elemente enthielten vermutlich Zwischenbilanz aus Sicht spanischer Vertretung (etwa zu Frage relativen Gewichts amerikanischen und europäischen Faktors im Bündnis)?

2) Haltung der Allianz und -partner

Mitte 1983 (DB Madrid Nr. 654) mahnte VM Serra, auch Allianz müsse das ihre für vollen Beitritt tun, z. B. Frage spanisch geführten Kommandos für Linie Balearen – Gibraltar – Kanaren klären.

10 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte den Wortlaut der Ausführungen des spanischen Außenministers Morán während der NATO-Ministerratstagung am 8. Dezember 1983 in Brüssel im kleinsten Kreis. Vgl. VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

11 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete über ein Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten: „MP González sagte eindeutig – soweit mir bekannt zum ersten Mal –, er werde weder 1983 noch 1984 ein Referendum über die spanische NATO-Zugehörigkeit abhalten. Zwar habe er die militärischen Integrationsverhandlungen einfrieren lassen, Spanien habe jedoch seinen festen Platz in der europäischen Verteidigungsstruktur und gehöre zum Westen." Er, González, wolle „die Spanier nach und nach an ihre Zugehörigkeit zur NATO gewöhnen. […] Nur als politisches Paket zusammen mit dem EG-Beitritt lasse sich die NATO-Mitgliedschaft einschließlich einer dann beginnenden militärischen Integration in der spanischen Öffentlichkeit absetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 99/100; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Offenbar gab es (gibt es?) spanischerseits auch Ungewißheit über Bedeutung voller Integration für Bündnis und -partner.

Dies gibt zu Frage Anlaß, wie Bündnis (IS)[12] Entwicklung in Madrid verfolgt, sie flankierend in seinem Sinne fördert, ob klare Positionen bestehen und Madrid vermittelt werden, etwa zur Kommandofrage, zur Relevanz der Integration, zur „Integration à la carte", zu spanischen Überlegungen, auf bilateralem Wege zu erreichen, was bei Nichtintegration entfällt.

Diese Positionen würden auch hier interessieren.

III. Gegen Erörterung angesprochener Fragen mit spanischer Seite auch unter Darlegung unserer Besorgnisse (Ziffer I) bestehen keine Bedenken. Berichte bis Mitte Februar und an gleichen Verteiler erbeten.[13]

Studnitz[14]

VS-Bd. 11978 (201)

27

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 START-259/84 VS-vertraulich **1. Februar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: START-Verhandlungen;
hier: sowjetische Sondierung eines Interimsabkommens

Zweck der Vorlage: a) zur Information
b) Billigung des operativen Vorschlags unter III. 2)[4]

I. 1) William Beecher, einflußreicher und sich stark auf Sicherheitsfragen konzentrierender Korrespondent des Boston Globe, hat in einem Artikel vom 24.1. 1984 über ein von ihm geführtes Gespräch mit einem „hochrangigen sowjetischen Regierungsvertreter" berichtet, in dem dieser ein START-Interimsabkom-

12 Internationaler Stab.

13 Für eine weitere Weisung an die Botschaft in Madrid vgl. Dok. 32.

14 Paraphe vom 31. Januar 1984.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Vortragendem Legationsrat Schmidt und Legationssekretär Meister konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 6. Februar 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 12. Februar 1984 vorgelegen, der Botschafter Ruth um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ruth „f[ür] Rückspr[ache] b[ei] BM" verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 13. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Ruth am 13. Februar 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat stattgefunden."

4 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Seite 8/9."

men, das Mitte dieses Jahres vereinbart werden könne, zur Diskussion gestellt habe.[5] Amerikanische Regierungsvertreter sähen in diesem informellen Annäherungsversuch ein mögliches diplomatisches Signal, um die festgefahrenen START-Verhandlungen[6] wieder in Gang zu bringen. Es sei nicht das erste Mal, daß neue Ideen der Sowjets zunächst in Interviews zutage getreten seien statt in einem diplomatischen Dialog.

Wie Beecher ausführt, sei sein sowjetischer Gesprächspartner davon ausgegangen, daß angesichts der derzeit vorliegenden sowjetischen und amerikanischen Vorschläge mit einem START-Abkommen nicht vor fünf Jahren zu rechnen sei. Sollte aber Präsident Reagan an einer begrenzten Vereinbarung interessiert sein, könne diese bis Mitte 1984 erreicht werden. Das Interimsabkommen könne nach den Ausführungen seines sowjetischen Gesprächspartners nichtkontroverse Elemente aus SALT II[7] enthalten und nukleare Reduzierungen gegenüber SALT II vorsehen, während überholte Teile von SALT II sowie Fragen, deren Lösung bei START besonders langwierig sei, ausgeklammert würden. Eine solche Vereinbarung könne „START-A-Abkommen" genannt und zur ersten Phase eines umfassenden START-Prozesses erklärt werden.

Beecher hat unserer Botschaft Washington erklärt, es sei sein deutlicher Eindruck gewesen, daß der sowjetische Gesprächspartner nicht von intellektuellen Hypothesen, sondern von operationellen Möglichkeiten gesprochen habe. Er habe auch nicht den Vorbehalt gemacht, nur auf persönlicher Grundlage zu sprechen. Der sowjetische Gesprächspartner habe an konkrete Rüstungskontrollabkommen und nicht an Prinzipien-Abkommen à la Wladiwostok[8] gedacht.

In einem zweiten Artikel am 26.1.1984[9] hat Beecher eine Stellungnahme eines Vertreters der US-Administration „aus dem Planungsbereich" wiedergegeben, die grundsätzlich auf den sowjetischen Gedanken eingeht und eine Reihe substantieller Elemente der amerikanischen START-Position (Reduzierung des Gesamtwurfgewichts der sowjetischen Raketen, Vereinbarungen von Begrenzungen für luftgestützte Marschflugkörper, Einführung einer Obergrenze für Raketengefechtsköpfe von je 6000) als Teil eines solchen Abkommens in Vorschlag bringt.

2) Wie Botschaft Washington im State Department erfahren hat, wird dort als sicher angesehen, daß Botschafter Dobrynin der sowjetische Gesprächspartner Beechers gewesen sei. Als bemerkenswert wurde amerikanischerseits bezeichnet, daß das Gespräch am 17.1.1984, also am Vorabend des Stockholmer Ge-

5 Vgl. den Artikel „Soviet aide hints pact on arms is possible"; THE BOSTON GLOBE vom 24. Januar 1984, S. 1 und 4.

6 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

8 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

9 Vgl. den Artikel „US planner outlines arms deal approach"; THE BOSTON GLOBE vom 26. Januar 1984, S. 4.

sprächs Gromyko–Shultz[10], stattgefunden habe und daß der dabei von sowjetischer Seite ausgegangene Sondierungsversuch sich von der reservierten Haltung Gromykos deutlich abhebe.

Wie auch der amerikanische Gesprächspartner Beechers zum Ausdruck gebracht hat, ist ein solches sowjetisches Verhalten tatsächlich jedoch keineswegs überraschend. So hat uns erst jüngst das sowjetische Versteckspiel um die Kwizinskij-Initiative vom 13.11.1983[11] vor Augen geführt, wie sehr sowjetischen Gesprächsführern daran gelegen sein kann, Sondierungen in einer Form zu führen, die ihnen gegebenenfalls erlaubt, sich von ihnen und dabei eingenommenen Standpunkten notfalls wieder zurückzuziehen.

Auch andere jüngste Äußerungen deuten darauf hin, daß auf sowjetischer Seite im START-Bereich allmählich etwas in Bewegung gerät. So brachte das Andropow-Interview vom 25.1.1984[12] insbesondere durch die Aussage, die Bemühungen „um schnellstmögliche Erreichung" eines Abkommens über die „wesentliche Begrenzung und radikale Reduzierung" von Kernwaffen müßten „aktiviert" werden, auch ohne direkte Bezugnahme auf START das sowjetische Interesse an der Wiederbelebung dieser Verhandlungen zum Ausdruck. Sagladin bezeichnete in einem Interview mit der Washington Post vom 26.1.1984[13] ausdrücklich eine Wiederaufnahme der START-Verhandlungen nach Abschluß der sowjetischen „Überprüfung" und der „Gegendislozierung" als möglich; er deutete an, daß dies relativ bald der Fall sein könne.

3) In diesem Zusammenhang ist ferner von Interesse, daß auch die amerikanische Administration seit einiger Zeit die Möglichkeit eines Interimsabkommens prüft. Im State Department wurde unserer Botschaft erklärt, möglicherweise habe Dobrynin bei seinen laufenden Kontakten hiervon Kenntnis erlangt und durch die Äußerung gegenüber Beecher beabsichtigt, diese Richtung der US-Überlegungen zu intensivieren. Gesprächspartner fügte hinzu, „dies sei ihm auf alle Fälle gelungen".

II. 1) Daß der Gedanke eines START-Interimsabkommens jetzt zur Diskussion gestellt wird, ist angesichts der Interessenlage beider Seiten außerordentlich bedeutsam:

10 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 13.

11 Am 14. November 1983 informierte Botschafter Hermes, Washington, über informelle Überlegungen des Leiters der sowjetischen INF-Delegation, die Kwizinskij am Vortag in Genf dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, vorgetragen habe („Parkspaziergang"): „Die Sowjets würden den gegenwärtigen Bestand an INF-Sprengköpfen einschließlich SS-4 und SS-5 um 572 Sprengköpfe vermindern mit dem Ergebnis, daß ca. 120 SS-20 verblieben. Die USA würden auf die geplante Dislozierung von 572 Systemen verzichten. Die formelle bisherige Bindung der sowjetischen Position an die Drittstaatensysteme Frankreichs und Großbritanniens würde fallengelassen, wenn diese Systeme als Teil des NATO-Arsenals in einem anderen angemessenen Verhandlungsforum berücksichtigt würden." Hermes teilte ferner aus dem amerikanischen Außenministerium mit: „Der Status der sowjetischen Überlegungen sei unklar, da Kwizinskij Nitze gegenüber gesagt habe, falls Nitze diese Überlegungen als Vorschlag einbringe, könnte die Sowjetunion sie annehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5174; VS-Bd. 12946 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

12 Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. den Artikel „Otvety Ju. V. Andropova na voprosy gazety ‚Pravda'"; PRAVDA vom 25. Januar 1984, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 115 f. (Auszug).

13 Vgl. den Artikel „Senior Moscow Party Official Conciliatory Toward the U.S."; THE WASHINGTON POST vom 26. Januar 1984, S. A 14.

Der Sowjetunion muß im nuklearen Bereich in der Perspektive der amerikanischen Wahlen[14] insbesondere an einer Fortschreibung des SALT-Prozesses gelegen sein. Der Abschluß eines START-Interimsabkommens in diesem Jahr würde nicht nur sicherstellen, daß das zum 31.12.1985 auslaufende unratifizierte, aber von beiden Seiten respektierte SALT-II-Abkommen[15] in der Substanz fortgilt, sondern auch, daß sich eine mögliche neue Administration weiter daran hält. Außerdem mögen sich die Sowjets aber auch ausrechnen, daß ein um seine Wiederwahl kämpfender Reagan eher als ein in seinem Amt bestätigter bereit sein könnte, die sowjetische Bereitschaft zu einem solchen, seine Wahlchancen verbessernden Abkommen zu honorieren.

Aus sowjetischer Sicht hat aber auch aus anderen Gründen ein neuer Einstieg in die nukleare Materie große Attraktivität, bei dem sich beide Seiten auf die Festschreibung unstrittiger SALT-II-Regelungen und die Ausarbeitung prozeduraler Vereinbarungen über die Weiterführung nuklearer Rüstungskontrollvereinbarungen beschränken, während die Behandlung der zentralen Substanzprobleme ausgeklammert bleibt. Denn eine Wiederaufnahme der START-Verhandlungen in der früheren Form würde beide Seiten automatisch nicht nur mit den schon bisher bestehenden START-Differenzen konfrontieren, sondern auch zusätzlich mit Problemen, die sich aus dem Beginn der Nachrüstung und dem Abbruch der INF-Verhandlungen durch die SU ergeben.

So sind z. B. folgende zentrale START-Positionen der USA bisher auf nachdrückliche sowjetische Ablehnung gestoßen:

– die Forderung nach Begrenzung des gesamten Wurfgewichts aller beiderseitigen ICBM und der substantiellen Verminderung des Gesamtwurfgewichts der sowjetischen ICBM (dahinter steht praktisch die Forderung nach erheblicher Reduzierung der modernsten sowjetischen ICBM der Typen SS-18 und SS-19);
– die Forderung nach Festlegung einer Obergrenze für die Gesamtzahl der beiderseitigen Gefechtsköpfe auf Raketen und nach deren substantieller Reduzierung (von der SU verlangen die USA GK-Reduzierungen um etwa ein Drittel);
– die Forderung nach besonderen Begrenzungen für strategische Bomber und auf ihnen installierte Kernwaffen.

Der SU dürfte es bei einem Interimsabkommen insbesondere darum gehen, gerade diese schwierigen Probleme auszuklammern; deshalb erscheinen die von dem amerikanischen Gesprächspartner Beechers angestellten Überlegungen über mögliche Elemente eines Interimsabkommens unrealistisch. Hinzu kommt, daß durch die Wiederaufnahme von START unvermeidlich die Frage des künftigen Verhältnisses zwischen diesem Forum und INF aufgeworfen und der SU

14 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

15 In einem Schreiben an den Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, bat Präsident Carter am 3. Januar 1980 darum, die Debatte im Senat über eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 auszusetzen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 12. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 59.

eine entsprechende Grundsatzentscheidung abverlangt wird, die – gleichgültig wie sie ausfällt – einen Gesichtsverlust für die SU impliziert. Auch aus diesem Grunde könnte der SU daran gelegen sein, ein START-Interimsabkommen anzustreben, das diese Entscheidung vertagt und ihr einen Zeitgewinn ermöglicht.

Bei einer Wiederaufnahme von START in der bisherigen Form müßte sich die SU unverzüglich erklären, ob sie tatsächlich – wie von ihr seit langem angekündigt – die Stationierung amerikanischer INF durch entsprechende Veränderung ihrer START-Position berücksichtigen will. (So zuletzt Gromyko gegenüber Shultz in Stockholm: Sollte START wieder beginnen, müßten die amerikanischen Systeme in Europa „eingeschlossen" werden.) Eine solche Entscheidung hätte aber unweigerlich Konsequenzen für die Frage, in welchem Forum künftig die INF-Thematik weiterverfolgt werden soll. (Shultz in seiner Antwort an Gromyko: Die USA können keine Verhandlungen nur über die amerikanischen Systeme in Europa ohne Berücksichtigung der sowjetischen SS-20 akzeptieren.) Die SU steht bei dieser Entscheidung vor folgendem Dilemma:

– Eine Berücksichtigung der amerikanischen INF im Rahmen von START würde die sowjetische „Anerkennung" der Stationierung bedeuten, also einen Schritt, den die SU im INF-Zusammenhang vehement zurückgewiesen hat.
– Hinzu kommt eine prozedurale Folge, an der der SU wenig gelegen sein kann: Die USA würden nach den Worten von Shultz im Gegenzug die Berücksichtigung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials fordern und damit de facto die Zusammenlegung der beiden bisherigen Verhandlungsforen bewirken. Die Behandlung der amerikanischen strategischen und Mittelstreckenwaffen in einem einzigen Verhandlungsforum würde aber die mit der Stationierung erfolgte sicherheitspolitische Ankopplung Europas an die USA durch eine rüstungskontrollpolitische Verkopplung noch verstärken und damit eine Fortsetzung sowjetischer Abkopplungsversuche zusätzlich erschweren. Die SU muß sich außerdem bewußt sein, daß jeder sachliche Fortschritt im nuklearen Bereich bei einer Zusammenlegung – insbesondere wegen der Drittstaatenproblematik – außerordentlich schwierig wäre.[16]
– Wenn dagegen die SU angesichts dieser Situation auf eine Berücksichtigung der amerikanischen INF bei START verzichtet, würde dies implizieren, daß sie über kurz oder lang doch wieder an einem separaten INF-Tisch verhandeln und damit ihre Erklärungen über die „Unmöglichkeit" solcher Verhandlungen beiseite schieben müßte. Aus diesen Komplikationen kann sich die SU letztlich nur durch ein – für sie möglichst gesichtswahrendes – Arrangement mit dem Westen hinsichtlich der Wiederaufnahme des nuklearen Rüstungskontrolldialogs befreien. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß sie neben dem Gedanken eines START-Interimsabkommens demnächst noch weitere Möglichkeiten sondieren wird. Hier liegt die Chance, unseren – inzwischen im Rahmen der SCG zur Diskussion gestellten – Gedanken von zwei Verhandlungen unter einem Dach ins Spiel zu bringen.[17]

16 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Fragezeichen hervorgehoben.
17 Vgl. dazu die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 10./11. Januar 1984 in Brüssel; Dok. 8.

2) Als Inhalt eines START-Interimsabkommens wären insbesondere folgende Elemente vorstellbar:

– Festschreibung der SALT-II-Obergrenze für strategische Systeme (2250) über 1985 hinaus, möglicherweise mit der Absprache, daß die dazu notwendigen, aber mangels Ratifizierung von SALT II nicht erfolgten Reduzierungen nunmehr vorgenommen werden sollen;
– die Festschreibung oder Abwandlung von SALT-II-Unterhöchstgrenzen für landgestützte Raketen (amerikanisches Interesse), für gemirvte seegestützte Raketen (Trident-II-Programm) und für mit Marschflugkörpern ausgerüstete strategische Bomber (sowjetisches Interesse);
– Vereinbarung von Richtlinien für die Fortführung der nuklearen Verhandlungen.

Allerdings würde ein Zwischenabkommen, das ausschließlich Elemente aus dem umstrittenen SALT-II-Abkommen herausgreifen und über die Geltungsdauer dieses Vertrages hinaus verlängern würde, der Administration kaum genügen und auch auf Widerstand im Kongreß stoßen. Wenn der politische Wille auf beiden Seiten vorhanden ist, sollte eine Kompromißlösung aber möglich sein.

III. 1) Für uns ist die wesentliche Frage in diesem Zusammenhang, ob ein START-Interimsabkommen unserem zentralen Interesse von Nutzen sein kann, daß Verhandlungen über die INF-Materie so bald wie möglich wiederaufgenommen werden, und jedenfalls auszuschließen, daß dieser Bereich für längere Zeit rüstungskontrollpolitisch unbehandelt bleibt. Dazu ist folgendes zu sagen:

Als unmittelbares Ergebnis eines solchen Abkommens würde durch Festschreibung bestimmter SALT-Elemente die Kontinuität des nuklearstrategischen Rüstungskontrollprozesses gesichert und eine ungebremste Rüstungsentwicklung nach 1985 ausgeschlossen. Wegen des Zusammenhangs der beiden nuklearen Materien würde ein START-Interimsabkommen mit einer gewissen Automatik aber auch in absehbarer Zeit zur Bewegung im INF-Bereich führen müssen.

Der Westen sollte diese Entwicklung aber noch dadurch fördern, daß er sowjetisches Interesse an einem START-Interimsabkommen für eine prozedurale Vereinbarung über die Weiterführung von INF-Verhandlungen im Rahmen dieses Abkommens nützt. Hierbei müßten für ihn drei Ziele im Vordergrund stehen:

– eine Beschleunigung der Wiederaufnahme von INF-Verhandlungen zu erreichen;
– die SU hinsichtlich des INF-Verhandlungsforums in eine Richtung zu drängen, die den westlichen Interessen am besten entspricht;
– der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß die INF-Materie nicht unverhandelt bleibt und daß damit START und INF (bzw. amerikanische und europäische Interessen) nicht auseinanderklaffen.

2) Ich schlage vor, daß wir zunächst auf Arbeitsebene sowohl bilateral mit den USA als auch im Rahmen der SCG (nächste Sitzung 20.2.1984[18]) den Gedanken eines START-Zwischenabkommens aufgreifen, uns grundsätzlich positiv dazu äußern und die Anregung geben, bei Zustandekommen eines solchen Ab-

18 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 51.

kommens die Aufnahme einer prozeduralen INF-Vereinbarung in vorstehendem Sinne anzustreben.

Ruth

VS-Bd. 11371 (220)

28

Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-10471/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 255
Cito

Aufgabe: 1. Februar 1984, 19.51 Uhr[1]
Ankunft: 1. Februar 1984, 21.36 Uhr

Betr.: Direktorenkonsultationen der Vier in Paris am 1.2.1984;
hier: Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Die wichtigsten Ergebnisse der Viererdirektoren-Besprechung in Paris vom 1.2. 1984 lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1) NATO/Ost-West-Studie

Wir konnten gewisse Annäherungen erzielen. Andréani zeigte sich flexibler als französische NATO-Delegation.

Vorläufige Verfahrenseinigung: Es wird eine vertrauliche Studie mit Analyse und Schlußfolgerungen angefertigt. Sobald sie vorliegt, soll die Frage der zu veröffentlichenden Fassung entschieden werden. Ich habe unsere Vorstellungen vorgetragen:

Konziser Bericht etwa vom Umfang des Harmel-Reports[2]; in die Zukunft gerichtete politische Guidelines auf der Grundlage des Mandats im Kommuniqué vom 9.12.83[3] und inhaltlich fußend auf der Brüsseler Erklärung vom 9.12.83[4].

Dieser Bericht sollte als „Signal von Washington" an den Osten gerichtet werden.[5]

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 2. Februar 1984 vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

3 In Ziffer 3 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel hieß es, der Ständige NATO-Rat werde beauftragt, bei der nächsten Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington einen Bericht über das Ost-West-Verhältnis zu erstatten. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 100 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 134 f. Zur NATO-Ministerratstagung vgl. ferner AAPD 1983, II, Dok. 376.

4 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

5 Zum geplanten „West-Ost-Bericht" der NATO („Tindemans-Initiative") vermerkte Ministerialdirigent

Niemand widersprach. Burt unterstützte mich ausdrücklich. (Staatssekretär-Weisung traf nach Diskussion dieses Punktes ein. In der Sache war ihr entsprochen.)

2) KVAE

Burt überraschte mit der Frage, ob die Sechzehn aus taktischen Gründen im Laufe des Jahres die „leichten" Vorschläge ihres Pakets[6] mit anderen „leichten" Vorschlägen (der N+N oder auch der Sowjetunion) kombinieren und dadurch ein Zwischenergebnis der Konferenz noch in diesem Jahr ermöglichen sollten. Französische und britische Reaktion war sehr reserviert: Wir sollten mindestens noch mehrere Monate am Paket festhalten. Andréani: Es frage sich, ob überhaupt ein Zwischenergebnis angestrebt werden sollte.

Ich habe mich dieser Auffassung angeschlossen und betont, daß die USA einen solchen Gedanken auf keinen Fall in anderen Kreisen „floaten" dürften. Die Konferenzstrategie könne im Viererrahmen weiter besprochen, aber nur von den Ministern entschieden werden.

Burt nahm diese Bemerkungen mit Befriedigung auf. Er hatte auch eine Andeutung von mir auf die amerikanischen Wahlen[7] als Motiv für diesen überraschenden Vorschlag sofort verstanden. Er fügte nämlich hinzu, im Kongreß werde die Frage erwogen, ob nicht ein „Kriseninstitut der 35" gegründet werden sollte. Andréani, unterstützt von Bullard, lehnte eine Maschinerie vor konkreten Ergebnissen ab.

3) SALT/INF

Ich habe die Frage nach der Bedeutung der Rowny-Erklärung nach New York Herald Tribune vom 31.1.1984[8] zur Sprache gebracht („Trade-offs" zwischen strategischem und INF-Bereich bei Zusammenlegung der beiden Verhandlungstische) und Burt gebeten, seine öffentliche Richtigstellung darzulegen. Andréani unterstützte mich sofort mit der Bemerkung, die Wiedergabe der Rowny-Erklärungen habe beunruhigt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 146

Edler von Braunmühl am 1. Februar 1984: „Wir streben ein kurzes Papier (etwa drei bis vier Druckseiten wie der Harmel-Bericht) an, das integral oder zumindest in seinen Schlußfolgerungen veröffentlicht wird, im wesentlichen operativ und nicht analytisch angelegt ist, eher politische Leitlinien als Einzelvorschläge zu konkreten Fragen enthält, auf der Grundlage des ausgewogenen Ansatzes des Harmel-Berichts von 1967 und im Sinne der Brüsseler politischen Erklärung vom 9.12.1983 die Bereitschaft des Westens zu Dialog und Zusammenarbeit demonstriert, […] die verschiedenen Gebiete der Zusammenarbeit behandelt (insbesondere auch die menschliche Dimension), in der Anlage auch des (u. E. an sich entbehrlichen) analytischen Teils nicht rein reaktiv an sowjetisches (Fehl-)Verhalten anknüpft […]. Wir haben den Franzosen unsere Vorstellungen wiederholt […] erläutert. Sie haben sich rezeptiv bis ablehnend verhalten und im Ständigen Rat eine inflexible Haltung eingenommen. Diese läuft darauf hinaus, den analytischen Teil des Papiers reaktiv auf sowjetisches Verhalten anzulegen, den operativen (zukunftsorientierten) Charakter zurücktreten zu lassen und eine Konditionalität zwischen sowjetischem Verhalten und westlicher Dialogpolitik zu implizieren." Vgl. Referat 212, Bd. 133446.

6 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

7 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

8 Vgl. den Artikel „Arms Negotiator Says More Talks Could Bring Pact"; THE NEW YORK TIMES vom 31. Januar 1984, S. A 1 und A 6.

Burt stellte fest, die Sowjetunion sei am Zuge. Die USA würden nicht den Vorschlag machen, die beiden Verhandlungen zusammenzulegen. Wenn die Sowjetunion einen solchen Vorschlag machen werde, sei er zu prüfen. Die Sowjets würden wahrscheinlich versuchen, die Pershing II und die CMs, nicht aber die SS-20, in der zusammengelegten Verhandlung zu behandeln. Das komme nicht in Betracht. Wenn US-INF einbezogen würden, müsse auch die SS-20 einbezogen werden. Wahrscheinlich würden die Sowjets sogar versuchen, die britischen und französischen Systeme bei einer Verhandlungsfusion mitzubehandeln. Die amerikanische Trade-off-Idee beziehe sich auf den strategischen Bereich. Ein Vorschlag dazu sei schon vor Unterbrechung der Verhandlungen[9] gemacht worden (amerikanische Konzessionen auf dem Gebiet der schweren Bomber und luftgestützter Cruise Missiles gegen sowjetischen Abbau landgestützter ICBMs). Die Trade-off-Möglichkeiten innerhalb der START-Kategorie seien inzwischen auf amerikanischer Seite noch verfeinert worden.

Im Anschluß daran haben wir Mutmaßungen über die sowjetische zeitliche Strategie und Taktik ausgetauscht (Näheres im ausführlichen Vermerk nach Rückkehr[10]).

Zur Nicht-Einhaltung von Rüstungskontrollvereinbarungen durch die SU[11]: Burt: Die amerikanische Regierung habe das Interesse des Kongresses nicht ignorieren können. Die Administration habe kein von der Reagan-Rede am Vorabend der KVAE[12] abweichendes Signal an Moskau geben wollen. Man habe sich von 41 Fällen auf 7 beschränkt. Burt gab zu, daß der Ton im Vergleich zur Reagan-Rede vom 16. Januar 1984 etwas verschieden geraten sei, weil „verschiedene Federn im Spiel gewesen“ seien.

4) Chemische Waffen

Ich habe die Frage gestellt, was es mit der Meldung auf sich habe, wonach die Sowjetunion einen neuen Sprengkopf auf ICBMs teste, mit dem chemische Kampfmittel bei Wiedereintritt in die Erdatmosphäre über große Flächen verteilt werden könnten. Wenn das zutreffe, sei ein Grund mehr gegeben, den rüstungskontrollpolitischen Bann chemischer Waffen mit höchster Priorität vorwärts zu treiben. In diesem Zusammenhang hätten wir ein gutes Argument gegen den sowjetischen Vorschlag einer CW-freien (regionalen) Zone in Europa.[13]

9 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk hielt am 4. Februar 1984 fest: „Burt meinte, die SU sei offenbar stark daran interessiert, mehr Klarheit über die amerikanischen Vorstellungen über die weitere Behandlung von INF und START zu erhalten. Es sei deutlich geworden, daß die SU noch keine grundsätzliche Entscheidung darüber getroffen habe, wie sie die Verhandlungen wiederaufnehmen könne, ohne zum Status quo ante zurückzukehren. Dobrynin habe erklärt, obwohl die SU nicht bereit sei, die Verhandlungen zu INF und START wiederaufzunehmen, sei man an den amerikanischen Vorstellungen hierzu interessiert. Er sei sogar soweit gegangen zu sagen, daß die amerikanischen Ideen für das sowjetische Überdenken des Problems hilfreich sein könnten. Er, Burt, bezweifle, daß die SU eine Zusammenlegung von INF und START direkt vorschlagen werde. […] Für die USA bleibe entscheidend, daß die transatlantische Verkopplung bewahrt und die Freiheit zum Waffenmix erhalten bleibe.“ Vgl. VS-Bd. 12953 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

11 Zur Einschätzung der amerikanischen Regierung über die Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen durch die UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 9.

12 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

13 Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Verbot chemischer Waffen in Europa vgl. Dok. 17, Anm. 3.

C-Waffen auf ICBMs machten ganz deutlich, daß nur eine globale Abschaffung dieser Waffen realistisch sei (Verifikationsproblem). Aus diesem Grunde sähen wir der Vorlage des amerikanischen Entwurfs eines CW-Vertrages mit großer Erwartung entgegen.

Burt nahm den Gedanken sofort auf und schlug vor, daß sich die Nachrichten-Dienste um die Verifikation der von „Aviation Week and Space Technology" behaupteten sowjetischen Entwicklungen kümmern. Die Vier sollten dann auf die politischen Implikationen zurückkommen.

Der amerikanische Entwurf eines CW-Vertrages werde wahrscheinlich noch vor Juni 1984 vorgelegt werden.[14] Vorher wolle amerikanische Seite konsultieren. Andréani warf die Frage auf, ob Vierexpertentreffen zu diesem Thema angeraten seien. Burt wandte sich gegen eine solche Proliferation von Vierertreffen und schlug vor, Italien, vielleicht aber auch andere, hinzuzuziehen.

5) West-Ost-Beziehungen

Burt legte noch einmal amerikanische Haltung auf der Grundlage der Reagan-Rede vom 16.1. dar. Washington werde bilaterale Kontakte mit der Sowjetunion zu allen von Shultz mit Gromyko in Stockholm[15] behandelten Themen weiterführen. Was die Krisengebiete angehe, so hege amerikanische Seite keine großen Erwartungen. Es gehe aber darum, sowjetische Fehlkalkulationen zu verhüten. Auch die Menschenrechtsfrage würde immer wieder angesprochen werden. Im bilateralen Bereich würden die Verhandlungen über den „Heißen Draht"[16] weitergehen, ebenso wie das Gespräch über die Seeabgrenzung in der Beringstraße[17] und das Problem der Flugsicherung in der ICAO, insbesondere für Pazifikrouten. Wahrscheinlich werde die Sowjetunion in aller Stille Schritte zur Verbesserung der Flugsicherheit unternehmen.[18] Shultz werde regelmäßig in Washington mit Dobrynin sprechen. Man werde über Botschafter Hartman zu arbeiten versuchen, aber das sei schwierig.

Washington werde die vertraulichen diplomatischen Kanäle benutzen und keine privaten Kanäle aufmachen. Dieser Gedanke tauche immer wieder auf, weil Gromyko als der große Bremser dargestellt werde.

14 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

15 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 13.

16 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verbesserung und Erweiterung des „Heißen Drahts" vgl. Dok. 13, Anm. 14.

17 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Seegrenze in der Beringstraße vgl. Dok. 13, Anm. 15.

18 Referat 232 legte am 17. Januar 1984 ein „am 9.1.1984 von der sowjetischen Botschaft übergebenes Papier mit einem sowjetischen Änderungsvorschlag zur ICAO-Konvention" vor. Vgl. dazu Referat 232, Bd. 135053 B.
In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Verkehr vom 9. Februar 1984 wurden die Vorschläge der UdSSR bewertet: „Insgesamt gesehen scheint der russische Vorschlag […] lediglich darauf hinzuzielen, eine nachträgliche Rechtfertigung des Abschusses der südkoreanischen Boeing 747 durchzusetzen. Aus diesem Grunde wird auch die offensichtliche Wiederholung des materiellen Inhalts bereits seit Jahrzehnten geltender Artikel des ICAO-Abkommens in Kauf genommen. Bei der Beratung des russischen Papiers […] ist jedoch besondere Vorsicht und wohlüberlegte Argumentation geboten, da erfahrungsgemäß die Staaten der Dritten Welt gegenüber Vorschlägen zum anscheinend besseren Schutz der staatlichen Souveränität und des nationalen Luftraums besonders aufgeschlossen und empfänglich sind." Vgl. Referat 232, Bd. 135053 B.

Ich habe hier eingeworfen, es stimme zwar, daß Gromyko sehr konservativ sei, aber um ihn gehe kein Weg herum.

Burt erwiderte, um so wichtiger seien dann die Beziehungen der beiden Minister und der Plan, daß sie sich noch vor der VN-GV[19] träfen.[20]

Bullard: In Großbritannien mache sich die Öffentlichkeit jetzt etwas zu große Hoffnungen, was den Dialog angehe. Diese seien vor allem durch die Reise von MP Thatcher nach Ungarn hervorgerufen.[21] Frau Thatcher werde durch sehr viele Journalisten begleitet werden. GB wolle die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion vor 60 Jahren begehen, allerdings auf unspektakuläre Weise. Howe glaube, daß es nicht ausreiche, sich mit Gromyko für eine gute Stunde, etwa in Madrid, Stockholm und New York, zu besprechen. Er habe deshalb ein besonderes Treffen mit Gromyko im Prinzip vereinbart. Der Zeitpunkt stehe noch nicht fest. Das Treffen könne in London oder Moskau stattfinden. Moskau sei Howes Präferenz, weil er dann auch noch andere sowjetische Führungsmitglieder treffen könne.[22]

Andréani erwähnte kurz den Besuch Archipows.[23] Es gehe vor allem um den Ausgleich des im Augenblick sehr defizitären Handelsaustauschs.

[24]6) Polen

Bullard erklärte, Howe wünsche eine Anhebung der Beamtenkontakte auf Direktoren-Niveau.

Ich habe erwähnt, der Minister werde mich wohl beauftragen, Anfang März nach Warschau zu reisen.[25] Andréani: Cheysson überlege, ob Andréani oder ein anderer Direktor nach Warschau reisen sollte. Pierre Joxe, Führer der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung, werde demnächst nach Warschau reisen.[26]

Burt stellte fest, die amerikanische Position zu derartigen Kontakten habe sich nicht geändert. Deshalb spare er bei seiner Reise im Februar (nach Ost-Berlin,

19 Korrigiert aus: „VN-SV".
Die XXXIX. VN-Generalversammlung fand vom 18. September bis 18. Dezember 1984 in New York statt.

20 Die Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) trafen am 26. September 1984 in New York sowie am 28./29. September 1984 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 259 und Dok. 265.

21 Premierministerin Thatcher besuchte Ungarn vom 2. bis 4. Februar 1984.

22 Der britische Außenminister Howe besuchte die UdSSR vom 1. bis 3. Juli 1984. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 12.

23 Der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Archipow hielt sich vom 29. Januar bis 3. Februar 1984 in Frankreich auf.

24 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 256 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

25 Die Reise des Ministerialdirektors Pfeffer nach Polen war für den 12./13. März 1984 geplant, kam jedoch nicht zustande. Pfeffer informierte die Botschaft in Warschau am 14. März 1984, „die Art und Weise, wie sich die Gespräche zur Vorbereitung der Konsultationen von D2 in Warschau entwickelt hätten, verständen wir nicht. […] Wir haben den Eindruck, daß es im P[olnischen]A[ußen]M[inisterium] Tendenzen gibt, im Vorfeld der beabsichtigten Kontakte aus taktischen Gründen Hindernisse aufzubauen, um die deutschen Gesprächspartner in die Rolle des Demandeurs und Canossagängers zu bringen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 135; Referat 214, Bd. 133045.
Pfeffer hielt sich schließlich vom 4. bis 6. Oktober 1984 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 267.

26 In der Presse wurde berichtet, der Vorsitzende der Fraktion der Sozialistischen Partei in der französischen Nationalversammlung, Joxe, halte sich ab 9. Februar 1984 zu einem drei- oder viertägigen Besuch in Polen auf. Vgl. dazu den Artikel „La visite de M. Pierre Joxe est accueillie comme un signe de dégel par les autorités de Varsovie"; LE MONDE vom 9. Februar 1984, S. 6.

Budapest und wahrscheinlich Sofia[27]) Warschau aus. Washington versuche weiter, das Agrément für Botschafter Scanlan in Warschau zu erreichen.[28]

Ich habe an dieser Stelle mitgeteilt, daß wir den Polen immer wieder nahelegten, ihre Beziehungen zu den USA zu verbessern. Auf meine Frage, wie sich die Haltung der drei anderen Regierungen zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche[29] entwickle, teilte Burt mit, daß sich der designierte Botschafter Scanlan mit der Frage befasse. Bullard und Andréani äußerten sich nicht.

7) Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern

Nach allgemeinen Ausführungen Burts über US-Politik der Differenzierung kam er auf vorher von mir gemachte Ausführungen über den Bumerang-Effekt und die Schwierigkeiten, welche die Sowjetunion mit der Dislozierung von Raketen kürzerer Reichweite auf dem Gebiet ihrer Verbündeten habe, zurück. Er wollte, ebenso wie die beiden anderen Direktoren, genau wissen, wie wir die Haltung der Fünf (Rumänien, Ungarn, Bulgarien, ČSSR und DDR) einschätzten.

Burt erklärte anschließend, die beiden sowjetischen Gegenmaßnahmen seien militärisch kontraproduktiv. Die nach vorn dislozierte SS-22 werde verwundbarer (amerikanische Luftwaffe), die Entsendung von U-Booten der Delta-Klasse in die Nähe der amerikanischen Westküste mache diese Boote entdeckungsfähiger. Militärisch sei diese nahe Dislozierung ganz unsinnig, weil die Reichweite der Raketen so groß sei. Es handele sich also nur um eine politische, gesichtswahrende Maßnahme. Er rechne sogar damit, daß die SU-Militärs drängen würden, diese Boote nach einiger Zeit wieder in die geschützteren Teile des Atlantiks zurückzunehmen.

8) Trudeau-Initiative[30]

Andréani äußerte sich ärgerlich darüber, daß Trudeau die Vorschläge der Pra-

27 Gesandter Wallau, Washington, informierte am 14. Februar 1984: „Assistant Secretary Burt, der sich zur Zeit noch in Moskau aufhält, wird im Anschluß an die SCG-Sitzung in Brüssel (20. Februar) zu jeweils eintägigen Kurzbesuchen nach Berlin (Ost), Budapest und Sofia reisen. […] Hauptziel der Reise sei der Wunsch Burts, persönliche Eindrücke von den zu besuchenden Ländern zu gewinnen. Daneben sei Burt vor allem interessiert an der Haltung der drei Länder zur INF- und Stationierungsfrage bzw. zu den Auswirkungen der sowjetischen Nachrüstung auf Regierungen und, soweit feststellbar, Bevölkerung in der DDR, Ungarn und Bulgarien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 717; Referat 210, Bd. 132598.

28 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 13. April 1983: „Der Botschafterposten in Warschau ist seit dem 14. Februar dieses Jahres vakant. Der Antrag auf Erteilung des Agréments für Scanlan, zuletzt Deputy Assistant Secretary für Osteuropa und Sowjetunion, wurde im Oktober letzten Jahres gestellt und am 14. Februar zurückgezogen, da die polnische Regierung keine Entscheidung traf. Scanlan ist jedoch weiterhin Kandidat des State Departments für den Warschauer Botschafterposten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1649; Referat 214, Bd. 133050.

29 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 12, Anm. 18.

30 Bei einer Rede am 13. November 1983 in Montreal schlug Ministerpräsident Trudeau vor, Frankreich, Großbritannien, die UdSSR, die USA und die Volksrepublik China sollten Verhandlungen über eine Reduzierung ihres Arsenals an Kernwaffen aufnehmen. In einer gemeinsamen Aufzeichnung der Referate 204 und 212 vom 4. April 1984 wurde vermerkt: „PM Trudeau hat in seiner Unterhausrede am 9.2. d. J. seine Friedensinitiative (Treffen der fünf Nuklearmächte = Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats), die bei seinen Gesprächspartnern im Westen eine zurückhaltende und im Osten eine freundlich-unverbindliche Aufnahme gefunden hatte, durch einen Katalog von ‚10 Prinzipien' (‚Dekalog') des West-Ost-Verhältnisses ergänzt. […] Die Fortschreibung der kanadischen Friedensinitiative durch die Einführung des Prinzipien-Dekalogs bedeutet eine stärkere Anerkennung der Schlüsselrolle der beiden Großmächte, deren Verantwortung von PM Trudeau unterstrichen wird. […]

ger Erklärung des Warschauer Pakts[31] als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet habe. Frankreich habe seine Botschaft in Ottawa angewiesen zu demarchieren. Burt vermutete, daß der Besuch Trudeaus in Prag und Ost-Berlin[32] eine Konzession Trudeaus gewesen sei, um den Besuch bei Andropow zu erreichen.

Ich habe über die Demarche der kanadischen Geschäftsträgerin[33] in Bonn berichtet.

Wir waren uns alle einig, daß für Trudeau innenpolitische Motive im Vordergrund stünden. Bullard berichtete, Trudeau wolle sich auf dem Wirtschaftsgipfel[34] stark auf West-Ost-Beziehungen konzentrieren.

Andréani zeigte sich einigermaßen verblüfft darüber, daß sich China gegenüber dem Trudeau-Vorschlag nach einer Konferenz der fünf Kernwaffenmächte derartig aufgeschlossen gezeigt habe. Bullard meinte dazu, die Chinesen verlangten, daß amerikanisch-sowjetische Reduzierungen als erster Punkt auf der Tagesordnung figurieren müßten. Sie wüßten ganz genau, daß damit die Ablehnung durch Moskau und Washington gesichert sei.

9) Griechenland und NATO

Bullard, der diesen Punkt auf die Tagesordnung hatte setzen lassen, rief dazu auf, Griechenland seiner Extratouren wegen schärfer anzufassen. Sonst bestehe die Gefahr der Ansteckung Dänemarks. Ich habe die beiden Verhaltensformen unseres Ministers beschrieben: sofort, klar und hart gegenüber dem Charalambopoulos-Brief in der Dislozierungsfrage[35], bei minder wichtigen Gelegenheiten eher die Ignorierung.

Burt nickte zustimmend und bemerkte, Papandreou habe den Einfluß der griechischen Lobby in den Vereinigten Staaten außerordentlich reduziert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 151

In der gleichzeitig erfolgten Abschwächung des Kernstücks der Friedensinitiative (statt Fünfer-Treffen nunmehr Konsultationen zwischen den Fünf), im Eintreten für die Weiterbehandlung kanadischer Rüstungskontrollvorschläge im Rahmen bestehender Verhandlungsgremien und in der Bereitschaft zu eingehenderen Konsultationen mit den Verbündeten vor weiteren Schritten kommt das kanadische Einlenken zum Ausdruck, die Initiative stärker in die Konsultationsmechanismen der Allianz einzubinden." Vgl. Referat 205, Bd. 135270. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 352.

31 Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 anläßlich seiner Tagung am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 104–116. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 40.

32 Ministerpräsident Trudeau besuchte am 25./26. Januar 1984 die ČSSR und vom 30. Januar bis 1. Februar 1984 die DDR.

33 Verona M. Edelstein.

34 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

35 Der griechischen Außenminister Charalambopoulos richtete am 13. August 1983 ein Schreiben an Bundesminister Genscher, das am 17. August 1983 vom griechischen Botschafter Tsamados übergeben wurde. Darin sprach sich Charalambopoulos für eine Verschiebung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa um sechs Monate aus. Botschafter Ruth übermittelte den Wortlaut des Schreibens zusammen mit der Antwort von Genscher am 18. August 1983 an die Botschaft in Athen. Genscher führte in der Antwort aus, daß er dem Vorschlag nicht folgen könne: „Meine Regierung steht ohne Vorbehalt hinter beiden Teilen des Doppelbeschlusses. Ich bin fest davon überzeugt, daß nur auf dieser Grundlage ein konkretes Verhandlungsergebnis erreicht werden kann. Dazu gehört auch die Einhaltung des im Dezember 1979 beschlossenen Zeitrahmens." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5208; Referat 220, Bd. 124523.

10) Zypern

Burt drängte darauf, die Kyprianou/Denktasch-Vorstellungen[36] durch indirekte Einflußnahme des Generalsekretärs der Vereinen Nationen[37] zu nutzen. Er und Bullard traten dafür ein, den Schreckeffekt der Unabhängigkeitserklärung der Zyperntürken[38] zu nutzen. Das Varosha-Angebot – so Burt – sei wichtig.

Die türkischen Separatisten setzten durch die Kraft des Faktischen ein neues Datum. Burt und Bullard dachten nicht an eine Rückkehr zum Status quo, Kyprianou sei insofern durch Zeitablauf auf der verlierenden Seite. Andréani möchte sich dieser Anschauung nicht anschließen.

Ich erwähnte den Schweizer Gedanken, daß sich der Europarat mit der Problematik beschäftigen sollte. Die drei übrigen Direktoren winkten ab.

11) Vierertreffen der Minister und Direktoren beim NATO-Ministertreffen in Washington[39]

Andréani erklärte, wegen des deutsch-französischen Gipfels[40] komme der 28. für das Dinner nicht in Frage, selbst das Luncheon am 29. stehe in Frage. Eine vorbereitende Sitzung der Direktoren könne man aus Zeitgründen nicht vorsehen. Der französische Gastgeber werde das Arrangement aber noch einmal zeitlich durchdenken. Die Frage blieb also offen.

Ich habe betont, nur in diesem einen Falle dürfe von der Tradition eines Dinners am Vorabend des Außenministertreffens abgegangen werden, und zwar nur wegen der zeitlichen Zwänge. Dem stimmten alle übrigen zu.[41]

12) Wirtschaftsgipfel, hier: politische Vorbereitung

Bullard schlug vor, daß sich die sieben Politischen Direktoren im Anschluß an das Politische Komitee am 17./18. Mai[42] in Paris treffen, um für die Beratungen der Minister eine annotierte Themenliste zu diskutieren. Es komme darauf

36 In einer Aufzeichnung des Referats 203 vom 18. Januar 1984 wurde vermerkt: „Am 2. Januar 1984 legte Denktasch seinen Vorschlag vom 17. November in erweiterter Form erneut als ‚Maßnahmen des guten Willens' vor: Unterstellung des Hotelbezirkes von Varosha […] unter vorläufige VN-Aufsicht und -Verwaltung; Öffnung und VN-Verwaltung des Internationalen Flughafens Nikosia; Wiederbelebung des Ausschusses für Vermißte; Vorschläge zur Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen, u. a. Handel, Reiseverkehr […]. Am 11. Januar machte Kyprianou dem GS der VN einen Gegenvorschlag (‚Rahmen für eine umfassende Lösung des Zypern-Problems'): Demilitarisierung Zyperns (erster Schritt: vollständiger Abzug der türkischen Truppen und Siedler). Stationierung von VN-Einheiten zur Verteidigung und zur inneren Sicherheit; internationale Garantien für Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Einheit (Blockfreiheit) unter Ausschluß von TUR und GRI". Präsident Kyprianou habe den „völlig unrealistischen Rückzug der türkischen Truppen" an den Beginn seiner Forderungen gestellt. Vgl. Referat 203, Bd. 150974.

37 Javier Pérez de Cuéllar.

38 Am 15. November 1983 erklärte die türkisch-zyprische Volksversammlung die Unabhängigkeit Nordzyperns als „Türkische Republik Nordzypern". Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 353.

39 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

40 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 28./29. Mai 1984 in Rambouillet vgl. Dok. 150 und Dok. 155.

41 Zum Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 29. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 156.

42 Zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1984 in Paris vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling am 21. Mai 1984, Schwerpunkte seien „die Themen Nah-/Mittelost, dabei besonders Konflikt Irak – Iran, Euro-Arabischer Dialog, Lateinamerika […], Internationaler Terrorismus, KSZE/KVAE, Anträge auf Ausschluß Israels und Südafrikas aus dem Weltpostverein […] sowie Demarche zugunsten der Eheleute Sacharow" gewesen. Vgl. den Runderlaß Nr. 12; Referat 200, Bd. 129519.

an, ob Burt und der japanische[43] und kanadische Direktor[44] zu diesem Datum nach Paris kommen oder sich vertreten lassen könnten.[45]

13) Iranisch-irakischer Krieg

Die Aussprache drehte sich um die Frage einer möglichst baldigen Kriegsbeendigung und unser aller Interesse daran, daß eine Seite nicht völlig unterliegt. Operative Schlüsse wurden nicht zutage gefördert.

14) DDR-Asylanten in westlichen Botschaften, in Ost-Berlin und osteuropäischen Hauptstädten[46]

Bullard schlug vor, daß sich Bräutigam und seine drei Kollegen[47] in Ost-Berlin über die praktischen Fragen aussprechen.

Ich habe den Partnern für ihre Hilfe gedankt und unterstrichen, welchen Wert wir darauf legten, daß kein Deutscher zurückgewiesen werde. Die Frage sei auch in der Vierergruppe zu behandeln.

15) Transatlantisches Verhältnis

Ich habe Burt auf die Eagleburger-Rede angesprochen.[48] Bullard schaltete sich sofort ein. Burt meinte, es komme darauf an, „not to talk us down".

Ich habe den Gedanken aufgenommen, es sei in der Tat die richtige Methode von Bundesgenossen, „to talk us up". Wir müßten vor allem Wege finden, damit Europa bei der technologischen Entwicklung nicht hinter den USA und Japan zurückbleibt. Hinweis auf Präsident Mitterrands Bemühungen im Rahmen der Zehn und die Rede unseres Ministers vom 13. Dezember[49] lösten eine sehr positive Reaktion Burts aus. Er hielt es für gut, wenn sich die vier Minister beim nächsten Treffen Zeit für eine Erörterung des Grundsätzlichen und von Problemen nähmen, die Minister Shultz besonders interessierten. Nach anfänglichem Schweigen fanden auch Bullard und Andréani den Gedanken sehr gut.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 12953 (204)

43 Takehiko Nishiyama.

44 Michael Shenstone.

45 Die Politischen Direktoren der Außenministerien der am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staaten trafen am 18. Mai 1984 in Paris zusammen. Vgl. dazu Dok. 122, Anm. 46.

46 Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR vgl. Dok. 24 und Dok. 25.

47 Maurice Deshors (Frankreich), Peter Maxey (Großbritannien) und Rozanne L. Ridgway (USA).

48 Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, vom 31. Januar 1984 vgl. Dok. 38.

49 Bundesminister Genscher hielt am 13. Dezember 1983 eine Rede zum Thema „Die technologische Herausforderung – Wirtschafts-, gesellschafts-, bildungs- und europapolitische Aufgaben der nächsten Jahre". Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1983, S. 1253–1259.

29

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Schloß Ludwigshöhe

VS-vertraulich **2. Februar 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 2. Februar 1984, 11.00 bis 15.40 Uhr, in Schloß Ludwigshöhe/Edenkoben[2]

Teilnehmer: Herr Jacques Attali, außenpolitischer Berater des Präsidenten; MD Horst Teltschik; Frau Bouverat, Dolmetscherin; Frau Brigitte Stoffaës, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* berichtete einleitend über die Affäre Kießling und ihre Auswirkungen.[3] Die Presse habe von ihm die Entlassung von Minister Wörner verlangt. Er habe dieser Forderung jedoch nicht nachgegeben, darüber gebe es jetzt eine große öffentliche Diskussion. Für einen Politiker jedoch gebe es Situationen, die man bestehen müsse. Es dürfe nicht soweit kommen, daß Leitartikler die Politik bestimmten. Bundesminister Wörner sei ein vorzüglicher Minister, der die Verantwortung für seine Fehler übernommen habe. „Wir schätzen Minister Wörner sehr", erklärte Präsident *Mitterrand*.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß seit Konrad Adenauer kein Bundeskanzler es gewagt habe, einen Minister nicht zu entlassen, wenn dies die Presse gefordert habe. Der Verteidigungsminister in der Bundesrepublik Deutschland müsse ein schwieriges Amt ausüben. In diesem Amt können einem Minister sehr leicht Fehler unterlaufen. Im jüngsten Falle seien vor allem dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) schwere Fehler unterlaufen, aus denen man Konsequenzen ziehen müsse. Wäre die jüngste Affäre nicht mit dem Thema der Homose-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 3. Februar 1984 gefertigt.
Hat Bundesminister Genscher am 4. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 9. Februar 1984 vorgelegen.

2 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 2. Februar 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 30.

3 In der Presse wurde am 5./6. Januar 1984 berichtet, Bundesminister Wörner habe den General der Bundeswehr und stellvertretenden Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, Kießling, zum 31. Dezember 1983 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Ein Sprecher des Bundesministeriums der Verteidigung habe zu den Hintergründen keine Angaben gemacht. Vgl. dazu den Artikel „Wörner entläßt General Kießling"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5./6. Januar 1984, S. 1.
Am 7./8. Januar 1984 wurde berichtet, Kießling habe ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt mit dem Ziel einer öffentlichen Rehabilitierung. Kießling weise den Vorwurf der Homosexualität und damit die Möglichkeit der Erpreßbarkeit zurück. Die Vorwürfe würden auf Ermittlungsergebnissen des MAD beruhen. Vgl. dazu den Artikel „Entlassener General wehrt sich"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7./8. Januar 1984, S. 1 f.
Am 2. Februar 1984 wurde in der Presse informiert, durch einen Briefwechsel zwischen Wörner und Kießling sei die Rehabilitierung des Generals vollzogen worden. Bundespräsident Carstens habe die Versetzung in den Ruhestand aufgehoben und diese auf Kießlings Wunsch auf den 31. März 1984 festgelegt. Bundeskanzler Kohl habe dazu mitgeteilt, die Schlußfolgerungen aus den Ermittlungen der Sicherheitsbehörden seien falsch gewesen. Wörner habe seinen Rücktritt angeboten. Kohl habe den Rücktritt nicht angenommen. Vgl. dazu den Artikel „Wörner bleibt – Kießling rehabilitiert"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 2. Februar 1984, S. 1 f.

xualität belastet gewesen, hätte es weniger Aufregung gegeben. Insgesamt sei viel Heuchelei im Spiel gewesen.

Der MAD habe inzwischen den vierten Bundesminister in eine schwierige Lage gebracht. Das habe bei Strauß begonnen und sich bei Leber, Apel und jetzt Wörner fortgesetzt. Ein Fehler beim MAD liege darin, daß die Spitze zu oft ausgewechselt worden sei. Der Chef des MAD dürfe keine Beförderungsstelle sein. Der Amtsinhaber müsse auf dieser Stelle verbleiben. Dies könne man dadurch erreichen, daß man die Stelle des Präsidenten des MAD anheben müsse.

Im übrigen müsse man wissen, daß die Probleme der Sicherheit aufgrund der Teilung Deutschlands schwieriger als in anderen europäischen Staaten seien. Aufgrund der gemeinsamen Sprache in der DDR wie in der Bundesrepublik Deutschland gebe es größere Erpressungschancen, die sich sehr häufig auch in dem[4] Bereich der getrennten Familien abspielen würden. Außerdem gebe es in Bonn seit dem Spionagefall von Guillaume bei Bundeskanzler Brandt[5] eine große Verunsicherung. Ein gewisses Trauma sei zurückgeblieben. Außerdem sei das Verhalten des Generals in vielfältiger Weise sehr merkwürdig gewesen, jedoch sei die Beweislage sehr schwierig. Leider konnte das Thema der Homosexualität nicht ausgeklammert bleiben. Die Versetzung in den Ruhestand hätte ausschließlich mit der mangelnden Vertrauensbasis begründet werden müssen. Für ihn als Bundeskanzler gelte es jetzt, gewissermaßen den Helm fester zu binden. Die Lage werde sich sicher wieder bald beruhigen, warf Präsident *Mitterrand* ein.

Der *Bundeskanzler* versicherte, daß er völlig davon überzeugt sei, daß die Mehrheit der Bevölkerung auf seiner Seite stünde. Es gebe einen deutlichen Unterschied zwischen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung. Vieles, was in der Presse berichtet worden sei, sei sehr unappetitlich gewesen. Einerseits sei viel über Moral geschrieben worden, gleichzeitig habe man genüßlich über alle Einzelheiten berichtet. Der Bundeskanzler berichtete, daß die englische Zeitung Guardian geschrieben habe, daß die Briten Skandale genießen würden, während die Deutschen Skandale erleiden.

Zum Ablauf der Gespräche schlug der Bundeskanzler vor, sich zuerst auf die Probleme des nächsten Europäischen Rates[6] zu konzentrieren und im zweiten Teil über die politischen Perspektiven Europas zu sprechen.

Präsident *Mitterrand* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Er wolle mit den Fragen, die auf dem nächsten Europäischen Rat zu erörtern seien,

4 Die Wörter „in dem“ wurden von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „im“.

5 Am 24. April 1974 wurde der Referent im Bundeskanzleramt, Guillaume, unter dem Verdacht der geheimdienstlichen Tätigkeit für die DDR verhaftet. Vgl. dazu den Artikel „Mitarbeiter des Bundeskanzlers unter Spionageverdacht“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. April 1974, S. 1.
Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf verurteilte Guillaume und dessen Ehefrau Christel am 15. Dezember 1975 wegen gemeinschaftlich begangenen Landesverrats zu 13 bzw. acht Jahren Gefängnis. Vgl. dazu den Artikel „Dreizehn Jahre Gefängnis für Guillaume. Das Gericht tadelt die Bonner Verantwortlichen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Dezember 1975, S. 1.
Nach der Begnadigung durch Bundespräsident Carstens konnte Guillaume im Zuge eines Agentenaustauschs am 1. Oktober 1981 in die DDR zurückkehren. Vgl. dazu den Artikel „Guillaume in die DDR überstellt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Oktober 1981, S. 1.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vgl. Dok. 88.

beginnen. Wenn es auf dem Europäischen Rat im März keinen Erfolg geben werde, dann werde es auch schwierig sein, auf dem Europäischen Rat im Juni[7] erfolgreich zu sein. Wenn es auch im Juni keinen Erfolg gebe, werde es für die nächste Präsidentschaft von Irland und Italien[8] noch schwieriger werden. Für einen Erfolg sei es aber besonders wichtig, daß es zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Übereinstimmung gebe.

Präsident Mitterrand kündigte an, daß er am Montag zu Gesprächen in die Niederlande reisen werde.[9] Dort werde er erstmals öffentlich über die Probleme im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat sprechen. Er habe bewußt mit diesen öffentlichen Äußerungen gewartet, bis das Treffen mit dem Bundeskanzler erfolgt sei. Für ihn stellen sich drei zentrale Fragen:

1) Wie können die Streitfragen gelöst werden?

2) Welche neuen Politiken sind wünschenswert und möglich?

3) Welche politischen Pläne gibt es?

Die ersten beiden Fragen seien ohne die Lösung der dritten Frage nicht möglich.

Der *Bundeskanzler* stimmte diesen Ausführungen von Präsident Mitterrand zu. Er wolle kein Hehl daraus machen, daß für ihn die dritte Frage von besonderer Bedeutung sei. Er wisse, daß diese Probleme jetzt sofort nicht gelöst werden könnten. Er sei Realist. Er wolle jedoch dem Präsidenten sagen, daß er ihm einen Erfolg wünsche, ihm, dem François, wie dem Präsidenten der Republik. Er sei deshalb bereit, auch noch einmal nach Paris zu kommen, um dort Gespräche fortzuführen, wenn sie heute nicht abgeschlossen werden könnten und wenn dies dem Präsidenten hilfreich sei.[10]

Präsident *Mitterrand* stimmte diesem Vorschlag zu. Dies sei sehr gut. Er selbst habe die Absicht, in alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu reisen. Er habe heute mit der Bundesrepublik Deutschland begonnen. Er werde in den nächsten zehn Tagen alle übrigen Staaten besuchen.[11] Die Ausnahme sei Großbritannien. Mrs. Thatcher habe ihn sofort sehen wollen.[12] Das Gespräch mit Mrs. Thatcher sei nützlich gewesen, doch seien mit ihr die Probleme in ihrer Gesamtheit nicht zu lösen. Sie werde jedoch sicherlich nachgeben, wenn sie sich mit den übrigen Mitgliedstaaten konfrontiert sehe. Sicherlich werde sie nicht in allen Punkten zu Kompromissen bereit sein. Kompromisse seien jedoch sicherlich möglich und vor allem notwendig. Er glaube, daß es diesmal zu einer ernsten Abstimmung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik und dann auch mit Großbritannien kommen könne. Diese vertrauliche Vereinbarung zwi-

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 181.

8 Irland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1984 inne, Italien vom 1. Januar bis 30. Juni 1985.

9 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am Montag und Dienstag, den 6./7. Februar 1984, in den Niederlanden auf.

10 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 24. Februar 1984 in Frankreich auf. Für das Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand in Paris vgl. Dok. 59.

11 Staatspräsident Mitterrand besuchte am 8. Februar 1984 Luxemburg, am 10. Februar Griechenland, am 15. Februar Belgien, am 17. Februar Dänemark, am 20. Februar Italien und am 21. Februar 1984 Irland.

12 Premierministerin Thatcher hielt sich am 23. Januar 1984 in Frankreich auf.

schen allen drei Staaten sei unerläßlich, wenn die strikten[13] Fragen gelöst werden sollten. Dabei ginge es um sehr sensible Probleme:

– um den Haushalt der Europäischen Gemeinschaft, um die obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben[14];
– um die Agrarpolitik, insbesondere um das Problem der Überschüsse, vor allem bei der Milch;
– um den Währungsausgleich; dies sei der sensibelste Punkt zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland.[15] Er stünde jedoch im Zusammenhang mit dem britischen Beitrag[16] und der Frage der Eigeneinnahmen[17]

13 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „schwierigen".

14 Legationsrat Timpe legte am 16. Februar 1984 dar: „Die Finanzsituation der Gemeinschaft ist 1984 äußerst prekär. Bestehender Finanzspielraum im EG-Haushalt 1984 i[n] H[öhe] v[on] 43 Mio. ECU ist keine ausreichende Risikovorsorge. Hauptrisiko sind die Agrarmarktausgaben (Ansatz 1984: 16,5 Mrd. ECU). Falls keine Agrareinsparungen getroffen werden, schätzt EGK, daß dieser Ansatz um rd. 10 %, d. h. 1,6 Mrd. ECU (mögliches Defizit), überschritten wird." Statt der Bereitstellung zusätzlicher Mittel böten sich „Umschichtungen im EG-Haushalt von nichtobligatorischen Ausgaben (insbesondere Regional- und Sozialfonds) zu den obligatorischen Agrarmarktausgaben" an. Die EG-Mitgliedstaaten könnten aber auch „den über die 1 %-MWSt.-Grenze hinausgehenden Mittelbedarf bis zum Inkrafttreten der Eigenmittelerhöhung der Gemeinschaft zur Verfügung" stellen. Vgl. Referat 410, Bd. 130354.

15 In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 17. Februar 1984 wurde zu einem Abbau der Währungsausgleichsbeträge (WAB) ausgeführt, derzeit würden drei Modelle diskutiert: „EGK-Vorschlag: echter Abbau – d. h. Aufwertung der Grünen DM – in zwei Schritten 1984 u. 1985 von je ca. 5 %. Franz[ösischer] Vorschlag: echter Abbau in drei Stufen von je 3 %, beginnend im laufenden Jahr. Deutscher Vorschlag (abhängig von Einkommensausgleich): unechter Abbau (d. h. Verlagerung von positiven auf negative WABe) von 3 % am 1.4.1984, echter Abbau von 4,2 % bis 5 % am 1.1.1986 (AA: 1.1.1985) und Abbau des Rests nach dem Gentlemen's Agreement von 1979. Eine Einigung über die Vermeidung des Entstehens künftiger positiver WABe nach deutschem Modell ist Voraussetzung, wird von F allerdings davon abhängig gemacht, daß auch der erste Abbauschritt auf jeden Fall ein echter Abbau sein müsse. Dies wird immer mehr zum Schlüsselproblem, dessen Lösung nur wenig dadurch erleichtert wird, daß F bereit ist, den deutschen Landwirten gemeinschaftliche oder nationale Beihilfen zur Kompensation der Preissenkungen in DM zuzugestehen. Erforderlich wären bereits 1984 ca. 800 Mio. DM, 1985 schon 2,4 Mrd. DM. Die mit dem Abbau der WABe verbundenen Einsparungen im EG-Haushalt […] würden zur Kompensation bei weitem nicht ausreichen." Vgl. Referat 411, Bd. 131246.

16 Premierministerin Thatcher forderte auf der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin einen Ausgleich des Nettosaldos des britischen Beitrags zum EG-Haushalt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 362.
Auf der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel wurde ein Kompromiß für die Jahre 1980/81 gefunden. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1980, S. 9 f.
Zum Stand der Verhandlungen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 375.
In einer Aufzeichnung des Referats 412 vom 20. Januar 1984 wurde dargelegt, Großbritannien wolle die Frage des britischen Haushaltsbeitrags weiter ansprechen: „GB hat seine Ansicht, daß ihm noch ca. 100 Mio. ECU Nachzahlung zustehen, mehrfach im Allg[emeinen] Rat vertreten, blieb aber stets isoliert. Politische Möglichkeiten für GB sind erschöpft". Druckausübung durch Drohungen mit Einbehaltung von Mehrwertsteuer-Einnahmen würde keinen Konsens herbeiführen. Ein anderes Problem sei die „Auszahlung des vom EP blockierten Ausgleichs 1983". Ein Rechtsanspruch auf Zahlung bis zu einem bestimmten Termin bestehe allerdings nicht. Vgl. Referat 412, Bd. 130599.

17 Artikel 2 des Beschlusses über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften, der auf der EG-Ministerratstagung am 20./21. April 1970 in Luxemburg angenommen wurde, legte fest, aus welchen Mitteln sich die EG-Eigeneinnahmen zusammensetzen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, Teil II, S. 1264. Zur EG-Ministerratstagung vgl. ferner AAPD 1970, I, Dok. 179.
In Artikel 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 wurde weiter festgelegt, daß ab 1. Januar 1975 „der Haushalt der Gemeinschaften vollständig aus eigenen Mitteln der Gemeinschaft finanziert" werden sollte und daß zu diesen Mitteln Mehrwertsteuereinnahmen gehören sollten, „die sich aus

der Europäischen Gemeinschaft[18]. Dabei ginge es sowohl um die Dämpfung der Agrarausgaben wie um die Frage der Mehrkosten bei der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft.

Dies sei die Bilanz aller strittigen Fragen, die man bereits in Kopenhagen[19], in Stuttgart[20] und in Athen[21] besprochen habe. Es sei jetzt an der Zeit, Ergebnisse zu erreichen, weil diese Probleme die Europäische Gemeinschaft belasten würden. Er bitte deshalb den Bundeskanzler, sich über einige dieser präzisen Punkte Gedanken zu machen. Ein Ergebnis sei nur dann möglich, wenn beide Seiten davon etwas hätten.

Das Hauptproblem der Bundesrepublik bestünde im deutschen Beitrag zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaft. Dieser Beitrag sei sicherlich zu hoch, und darin habe der Bundeskanzler nicht Unrecht. Dieser Punkt sei sehr wichtig für ihn[22], den Bundeskanzler, und deshalb zögere er vor neuen Ausgaben. Die Bundesregierung sei vorsichtiger geworden und wolle sich am Ausgleich für Großbritannien nicht beteiligen und die Entscheidung für die Erhöhung der Beiträge zur Gemeinschaft mit dem Beitritt Spaniens und Portugals[23] koppeln. Dieses Problem könne nicht gelöst werden, wenn man es nicht wie in Stuttgart von höherer Warte aus betrachte.

Er sei bereit, im Falle einer Einigung mit Großbritannien und der Bundesrepublik starken Einsparungen in der Europäischen Gemeinschaft sowohl bei den obligatorischen wie bei den nichtobligatorischen Ausgaben zuzustimmen. Er sei sich dabei bewußt, daß diese Beiträge insbesondere für die französische Agrarstruktur wichtig seien. Er wolle jedoch einen präzisen Vorschlag unterbreiten: Die Entlastung für Großbritannien sollte eine Größenordnung von 700 bis 750 Mio. ECU umfassen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich an diesem Ausgleich für Großbritannien in einer Größenordnung von 250 Mio. ECU beteiligen. Er sei bereit, zwei Drittel der britischen Forderung für mehrere Jahre zuzugestehen, wenn die Errechnung der britischen Ausgleichsforderungen ehrlich sei und nicht auch den Transit von Produkten einschließe, der zu einer Forderung Großbritanniens in der Höhe von 2 bis 3 Mrd. ECU führe. Gehe man

Fortsetzung Fußnote von Seite 158

der Anwendung eines Satzes ergeben, der 1% einer steuerpflichtigen Bemessensgrundlage nicht überschreiten darf". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, Teil II, S. 1268.

18 In einer undatierten Aufzeichnung des Referats 410 hieß es zur Frage der Erhöhung der EG-Eigenmittel: „Die französische Seite sieht die Notwendigkeit einer Erhöhung der MWSt.-Eigenmittel von 1 auf 1,4%. Stellungnahme: Deutsche Position ist die für den ER Athen erarbeitete Formel: ‚Sobald der Rat über eine bessere Beherrschung der Gemeinschaftsausgaben, die Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die ausgewogenere Lastenverteilung, die Entwicklung der Politiken und die Verbesserung der Effizienz der Strukturfonds entschieden und in Rechtsakte umgesetzt hat und die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen sind, wird er über die Erhöhung des Plafonds der MWSt.-Eigenmittel entscheiden. Er nimmt dabei eine Erhöhung des Plafonds der MWSt.-Eigenmittel auf bis zu 1,4% zum Zeitpunkt des Beitritts in Aussicht.'" Vgl. Referat 410, Bd. 130354.

19 Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. AAPD 1982, II, Dok. 335 und Dok. 336.

20 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

21 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 375.

22 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen.

23 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 17, Anm. 15.

nur von den Produkten aus, die in Großbritannien verblieben, ergebe sich eine Größenordnung für die Ausgleichsforderung von etwa 1,2 Mrd. ECU. Dies sei eine echte Berechnung, und mehr könne man nicht akzeptieren.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, ob er bereit sein könnte, eine Ausgleichsforderung Großbritanniens in der Größenordnung von 750 Mio. ECU für eine Dauer von fünf Jahren zu akzeptieren.

Präsident *Mitterrand* erklärte, daß er dazu bereit sei. Die Bundesregierung wolle sich jedoch am britischen Ausgleich nicht beteiligen. Er schlage jedoch vor, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in einer Größenordnung von 250 Mio. ECU an dem insgesamt 750 Mio.-ECU-Ausgleich für Großbritannien beteiligen sollte. Dafür schlage er vor, daß der Anteil der Bundesrepublik Deutschland am EG-Haushalt um 600 Mio. ECU verringert werde. Es sei nicht vernünftig, daß die Steigerung des französischen Haushalts nur 6% betrage, während die Steigerung des EG-Haushalts Jahr für Jahr 20 bis 30% betrage. Frankreich sei bisher nicht mit[24] einer Verminderung der jährlichen Steigerungen des EG-Haushaltes einverstanden gewesen, weil diese Erhöhungen insbesondere für die Agrarausgaben nützlich gewesen seien. Frankreich sei jedoch hier zu ernsthaften Einsparungen bereit. So solle der EG-Haushalt in diesem Jahr nur um 10% ansteigen. Eine Haushaltssteigerung von 10% würde für die Bundesrepublik Deutschland eine Einsparung von 650 Mio. ECU bedeuten. In diesem Zusammenhang wolle er daran erinnern, daß der Höchstsatz der Steigerungsrate für den jährlichen EG-Haushalt im EG-Vertrag[25] geregelt sei, jedoch vergessen wurde. Es müsse deshalb jetzt eine Höchststeigerungsrate für den EG-Haushalt eingeführt werden. Die bisher jährliche Steigerung des EG-Haushalts von 25/26% müsse auf 5 bis 10% Steigerungsrate zurückgeführt werden. In den kommenden Jahren dürfte die Höchststeigerungsrate beim EG-Haushalt nicht über 5% hinausgehen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diesen Vorschlag des Präsidenten als sehr interessant. Ziel der Bundesregierung sei es, eine wirksame Belastungsobergrenze zu erreichen. Grundsätzlich wolle er dazu sagen, daß er zu vielem bereit sei, wenn er eine Perspektive für die europäische Entwicklung erkennen könne. Dabei ginge es ihm vor allem um eine politische Perspektive für Europa und weniger um die Frage der Milch. Für ihn sei auf dem Europäischen Rat in Athen nicht die Uneinigkeit in den Fragen deprimierend gewesen, sondern die mangelnde politische Perspektive. Da müßten wir ansetzen, warf Präsident *Mitterrand* ein.

Der *Bundeskanzler* stimmte zu. Es sei Zeit für einen Vorstoß in der Europäischen Gemeinschaft. Dieser könnte jedoch nicht vor der Europawahl[26] erfolgen. Wenn ein solcher Vorstoß in der Gemeinschaft der Zehn nicht möglich sei, müßte er zwischen Frankreich und der Bundesrepublik erfolgen. Präsident *Mitterrand* stimmte zu.

24 Korrigiert aus: „an".

25 Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

26 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

In diesem Zusammenhang erinnerte der *Bundeskanzler* an den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag[27] und an die Fouchet-Pläne[28]. An diese Überlegungen könnte man gegebenenfalls anknüpfen. Es sei auf die Dauer sinnlos, wenn alle halbe Jahre ein Präsident durch Europa reisen müsse, um den nächsten Europäischen Gipfel nicht scheitern zu lassen.

Präsident *Mitterrand* erklärte, daß er auf diese Fragen der politischen Entwicklung Europas noch einmal zurückkommen wolle. Er habe in dieser Frage die gleiche Überzeugung wie der Bundeskanzler. Seiner Überzeugung nach müßten jedoch zuerst die aktuellen Streitfragen gelöst werden. Präsident Mitterrand forderte den Bundeskanzler auf, sich die französischen Vorschläge durch den Kopf gehen zu lassen. In zwei oder drei Wochen sollte man darüber dann noch einmal miteinander sprechen. Er wolle dem Bundeskanzler jedoch noch einmal die Zahlen in ihrer Größenordnung erläutern: Der deutsche Beitrag für die Entlastung Großbritanniens sollte rd. 200 Mio. ECU betragen. Angesichts des Vorschlages, daß die Steigerungsrate des EG-Haushaltes geringer ausfallen sollte, würde die Bundesrepublik 600 Mio. ECU einsparen. Am Ende gebe es einen Betrag von 300 bis 350 Mio. ECU, der zugunsten der Bundesrepublik Deutschland übrigbliebe.

Der *Bundeskanzler* wiederholte noch einmal den Vorschlag von Präsident Mitterrand, den EG-Haushalt für das kommende Jahr nur um 10% zu erhöhen. In den folgenden Jahren wäre die Steigerungsrate geringer als 10%, fügte Präsident *Mitterrand* hinzu, weil die Regierungen ja gemeinsam gegen die Inflation ankämpfen würden. Er hoffe, daß dann die Steigerungsrate für den EG-Haushalt nur noch etwa 6% betragen werde. Dies seien jedoch Eckdaten, die schwanken könnten. Sicher sei, daß die Steigerungsrate auf jeden Fall unter 10% liegen würde. Diese Eckdaten würden entsprechend dem EG-Vertrag festgelegt werden. Präsident Mitterrand wiederholte noch einmal, daß die Steigerungsrate für dieses Jahr unter 10% liegen müsse. Dies sei sicher. Für die restlichen Jahre seien nur Prognosen möglich. Im günstigsten Falle ergebe sich eine Haushaltssteigerungsrate von nur 5% bis maximal 10%. Man müsse dabei jedoch mit dem Widerstand des Europäischen Parlamentes rechnen, weil dieses Parlament sicherlich höhere Ausgaben wolle. Wenn jedoch die politische Entwicklung in Europa voranschreiten werde, werde man auch im Europäischen Parlament zufrieden sein. Im übrigen entspräche dies der Politik des Bundeskanzlers, wie er sie in Stuttgart erläutert habe und wie sie von seinem Minister Delors in Athen zum Ausdruck gebracht worden sei.

Der *Bundeskanzler* versprach, auf diese Vorschläge des Präsidenten bald zu reagieren.

27 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

28 Eine im Auftrag der EWG-Mitgliedstaaten eingesetzte und vom französischen Botschafter in Kopenhagen, Fouchet, geleitete Kommission legte am 19. Oktober 1961 Vorschläge zur Gründung einer „Union der Europäischen Völker" vor. Ein modifizierter französischer Entwurf vom 18. Januar 1962 sah eine Annäherung, Koordinierung und Vereinheitlichung der Außen-, Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspolitik vor. Auf einer Außenministerkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten am 17. April 1962 in Paris wurde jedoch keine Einigung über die Vorschläge erzielt, da sich Belgien und die Niederlande weigerten, dem Vertragsentwurf zuzustimmen, solange Großbritannien der EWG nicht beigetreten sei. Für den Wortlaut der beiden „Fouchet-Pläne" vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 466–485. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, I, Dok. 36 und Dok. 68, sowie AAPD 1962, II, Dok. 174.

Präsident *Mitterrand* unterstrich seine Bereitschaft, eine feste Vereinbarung für den britischen Ausgleich zu treffen. Jedoch sei eine Überprüfung in einem Abstand von vier Jahren wünschenswert. Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß er keine Regelung ad infinitum akzeptieren könne. Dies würde auch gegen den EG-Vertrag verstoßen, fügte Präsident *Mitterrand* hinzu.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß der Vorschlag der Bundesregierung für den britischen Haushaltsausgleich von einer Größenordnung von 750 bis 800 Mio. ECU ausginge, begrenzt auf fünf Jahre und verbunden mit einer jährlichen Degression.

Dies habe Mrs. Thatcher gegenüber Frankreich abgelehnt, erklärte Präsident *Mitterrand*. Er wolle außerdem darauf hinweisen, daß sein Vorschlag Vorteile für die Bundesrepublik Deutschland beinhalte. Auch für Großbritannien ergebe sich ein wichtiger Vorteil, denn auch Großbritannien werde viel Geld einsparen können. Denn auch der britische Beitrag am EG-Haushalt werde sich bei geringeren Steigerungsraten reduzieren. Dies gelte auch für Frankreich. Werde die Haushaltssteigerung beschränkt, sei dies eine Garantie für verringerte Beiträge für alle drei Staaten. Großbritannien müßte jedoch ebenfalls einer solchen Lösung zustimmen. Schwierigkeiten würden sich vor allem bei den kleineren Staaten ergeben. Je höher die Ausgaben steigen, desto vorteilhafter sei dies für die kleineren Staaten. Er verweise nur auf das Beispiel des Regionalfonds.

Präsident Mitterrand erklärte, daß es für ihn noch zwei weitere Besorgnisse gebe: das Problem der Überschüsse wie der Preis der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Für ihn sei das Problem der Reduktion der Überschüsse bei der Milch noch nicht gelöst. Frankreich könne keiner Lösung zustimmen, in einem Jahr die Überschußproduktion von über 100 Millionen Tonnen Milch auf 97 Millionen Tonnen zu reduzieren. Er sei jedoch gerne bereit, von einem Endziel von 97 Millionen Tonnen auszugehen. Dies könne jedoch nicht in einem Jahr erreicht werden. Im übrigen habe die Bundesrepublik die gleiche Milchproduktion wie Frankreich.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß 97 Millionen Tonnen Milch als Ziel angestrebt werden sollten. Dabei sollte jedoch das irische Problem ausgeklammert werden.[29] Er sei bereit, Irland zu helfen. Dazu sei auch er bereit, erklärte Präsident *Mitterrand*, Mrs. Thatcher sei jedoch dagegen. Es könne nicht seine Aufgabe sein, fügte der *Bundeskanzler* hinzu, die britische Geschichte aufzuarbeiten. Sein Vorschlag sei es, einen Zeitplan aufzustellen, wann das Ziel von 97 Millionen Tonnen Milch erreicht werden könne. Heute habe man immerhin eine Produktion von 108%.

Präsident *Mitterrand* unterstrich, daß ein finanzieller Ausgleich gefunden werden müsse. Mrs. Thatcher habe sich bereiterklärt, über eine Besteuerung der

29 In einer gemeinsamen Aufzeichnung der Referate 411 und 412 vom 20. Februar 1984 wurde die Haltung der Bundesregierung zur Milchproduktion in den EG-Mitgliedstaaten skizziert: „Quotenregelung mit stufenweisem Abbau der Garantiemenge (99 – 98 – 97 Mio. t) mit einer begrenzten Ausnahmeregelung für IRL. Bedeutet Entgegenkommen gegenüber F von D, GB, NL und DK und erfordert Nachgeben von I, GR und GB in der Ausnahmefrage. Zur Finanzierung müßte die Mitverantwortungsabgabe Milch um ca. 2% (= ca. 500 Mio. ECU) erhöht werden, wenn keine anderen Finanzierungs- oder Einsparmöglichkeiten gefunden werden." Vgl. Referat 410, Bd. 130350.

Milchfabriken zu sprechen, dagegen sei sie absolut gegen eine Fettsteuer.[30] Dies gelte auch für ihn, erklärte der *Bundeskanzler*.

Präsident *Mitterrand* berichtete, daß Mrs. Thatcher bereit sei, über die Frage der Substitute zu sprechen.[31] Sie habe es jedoch abgelehnt, über die bereits bestehenden Abkommen zu sprechen. Dies sei immerhin ein Fortschritt. Der *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß die Frage der Substitute angesichts der bevorstehenden Wahlen in den Vereinigten Staaten[32] kaum zu lösen sei. Präsident *Mitterrand* stimmte dieser Einschätzung zu. In diesem Jahr werde man gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika nichts erreichen können.

Präsident Mitterrand erinnerte daran, daß es in der europäischen Kasse noch Reserven gebe. Frankreich sei damit einverstanden, die Milchproduktion zu reduzieren, und zwar von 27 1/2[33] Tonnen auf 26 1/2[34] Tonnen in diesem Jahr. Diese Verminderung führe zu einem Ergebnis von 99 Millionen Tonnen, bezogen auf das Basisjahr von 1981. Heute produziere man mehr als 100 Millionen Tonnen Milch. Im nächsten Jahr könne man das Ziel von 98 Millionen Tonnen und 1986 97 Millionen Tonnen anstreben. Die Bezugszahl sei die von 1981 + 4%. Er sei also mit dem Endziel von 97 Millionen Tonnen Milchproduktion einverstanden.

Der *Bundeskanzler* wiederholte noch einmal den französischen Vorschlag: Reduktion der Milchproduktion in diesem Jahr auf 99 Millionen Tonnen mit dem Ziel, in zwei Jahren das Ergebnis von 97 Millionen Tonnen zu erreichen. Präsident *Mitterrand* bestätigte diesen Vorschlag. Das Endziel von 97 Millionen Tonnen Milchproduktion sollte innerhalb von drei Jahren erreicht werden. Er wolle nur daran erinnern, daß die Niederlande die Produktion um 30% gesteigert hätten.

30 Die EG-Kommission schlug am 30. September 1983 eine Verordnung vor, der zufolge eine Abgabe von 7,5 ECU je 100 Kilogramm auf pflanzliche Öle und tierische Fette, mit Ausnahme von nicht für die Ernährung bestimmten Fetten und Butter, eingeführt werden sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1983, S. 59 f.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann vermerkte am 12. Januar 1984: „Die Abgabe erscheint nicht geeignet, zur Lösung der Überschußprobleme des Agrarmarktes beizutragen. Sie würde eine zusätzliche Einnahme darstellen, mit der die Begrenzung der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft umgangen würde. Schwere handelspolitische Auseinandersetzungen vor allem mit den USA (Retorsionsmaßnahmen angekündigt), aber auch mit den Entwicklungsländern, wären zu erwarten. Eine Fettabgabe wirkt sich auf die Lebenshaltungskosten der Verbraucher, insbesondere der Haushalte mit geringem Einkommen, nachteilig aus." Für eine Fettabgabe habe sich vor allem Frankreich ausgesprochen. Vgl. Referat 411, Bd. 131367.

31 In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 24. Januar 1984 wurde zu den Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA bzw. zu den Vorschlägen der EG-Kommission, die Getreidesubstitutimporte zu begrenzen, festgestellt: „Die seit Nov[ember] 1982 verstärkten Auseinandersetzungen über Fragen des Agrarhandels sind für die USA wegen ihrer starken Exportorientierung (1981 Agrarexporte von 43,3 Mrd. Dollar), der schweren Krise der US-Landwirtschaft und des 1982 erstmaligen Rückgangs der US-Agrarexporte weltweit von besonderer Bedeutung. […] Deutsche Haltung ist, daß im Interesse einer Vermeidung unnötiger Problemzuspitzung statt einseitiger Maßnahmen Verhandlungslösung mit USA angestrebt werden muß." Vgl. Referat 411, Bd. 131189.

32 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

33 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat Jansen handschriftlich ein: „Mio."

34 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat Jansen handschriftlich ein: „Mio."

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten nach seiner Haltung zur Einführung von Garantieschwellen bei anderen Produkten außer der Milch. Er verwies noch einmal darauf, daß weniger die Milch als vor allem andere Produkte wie die Mittelmeerprodukte eine Gefahr für die Europäische Gemeinschaft darstellten.

Dazu könne er nichts sagen, erklärte Präsident *Mitterrand*, weil er mit den südlichen Ländern noch nicht gesprochen habe. Er wolle nur soviel sagen, daß sich sämtliche Steigerungen wieder im Rahmen der Haushaltssteigerung bewegen müßten und nicht darüber hinausgehen dürften. Es sei jedoch sicher, daß der Beitritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft zu höheren Ausgaben führen werde. Nach französischer Berechnung werden sich die Ausgaben für die Agrarpolitik um 0,2% erhöhen, dazu komme die Erhöhung nochmals um 0,2% im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Insgesamt werden sich also die Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft um 0,4% erhöhen müssen. Dies sei eine Prognose. Er stimme jedoch zu, daß die Überschüsse geregelt werden müßten. Ein Ausgleich könnte nicht über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen, sondern es müsse eine andere Lösung gefunden werden.

Der *Bundeskanzler* erläuterte noch einmal die deutsche Position: Er sei bereit, die Erhöhung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft um 0,4% zu akzeptieren. Diese Erhöhung müsse jedoch mit der Beitrittsfrage politisch gekoppelt bleiben. „Lieber Helmut“ erwiderte Präsident *Mitterrand*, „ich bin kein Teppichhändler, sondern ich will einen Beitrag für Europa leisten“. Er wolle jedoch nicht verhehlen, daß er große politische Probleme mit dem Beitritt Spaniens habe. Dies gelte nicht nur für die Bretagne, sondern werde auch zu Schwierigkeiten in Südfrankreich führen, wenn Spanien Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft werde. Er empfinde es aber als eine Pflicht Frankreichs, für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft einzutreten. Deshalb werde er sich dafür einsetzen, den Beitritt Spaniens zu erleichtern, und er stimme deshalb der Forderung zu, daß die Steigung[35] der eigenen[36] Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft mit dem Beitritt Spaniens und Portugals gekoppelt werde.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal, daß die Bundesrepublik Deutschland für den Beitritt Spaniens und Portugals eintrete, weil dies politisch versprochen worden sei. Er wolle jedoch mit Nachdruck unterstreichen, daß sich im Zusammenhang mit der Beitrittsfrage die Probleme nicht wiederholen dürften, wie sie beim Beitritt Griechenlands[37] entstanden seien. Er wolle dem Präsidenten versichern, daß dieser den Rücken frei habe, was die Bundesrepublik betreffe. Er sei bereit, die Position von Präsident Mitterrand zu unterstützen. Er werde den Präsidenten nicht drängen, solange Frankreich die Probleme mit Spanien nicht gelöst habe. Er wolle jedoch wissen, ob ein Zeitplan für den Beitritt Spaniens bis 1986 möglich sein könne.

35 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Erhöhung“.

36 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Eigen-“.

37 Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1981 bei.

Präsident *Mitterrand* versicherte, daß der Beitritt Spaniens und Portugals noch in diesem Jahr beschlossen werden könne, weil er für den Beitritt eintrete. Die Erweiterung sollte 1986 erfolgen, dies könne er akzeptieren, und er sei bereit, das Risiko zu tragen.

Für ihn sei ein Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft zum 1.1.1986 wünschenswert, erklärte der *Bundeskanzler*. Sollte es jedoch die Lage für Frankreich erleichtern, wenn der Beitritt erst 1987 erfolgen könnte[38], wäre er auch damit einverstanden. Er wolle in dieser Frage keinen Gegensatz zu Frankreich bewirken.

Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß dies sein Problem sei. Es wäre für ihn vielleicht besser, wenn er eine klare Absprache getroffen haben könnte und die Probleme gelöst seien. Was das heutige Gespräch betreffe, so sei er bereit, im März einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und der Aufstellung eines entsprechenden Zeitplanes gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland zuzustimmen. Die Verhandlungen könnten dann bis 1986 abgewickelt werden und der Beitritt dann zum 1.1.1987 wirksam werden. Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal, daß er in dieser Frage für Frankreich hilfreich sein wolle und keinen Gegensatz anstrebe.

Präsident *Mitterrand* erklärte, daß der politische Schock für ihn in dem Augenblick eintreten werde, wenn er jetzt sagen würde, daß er für den Beitritt Spaniens eintrete. Er sei jedoch dafür, daß die diplomatischen Vorbereitungen für den Beitritt Spaniens und Portugals anlaufen sollten. Vielleicht sollte man in der Tat den Beitritt etwas hinausschieben, am Ende vielleicht nur um sechs Monate.

Der *Bundeskanzler* erläuterte dem Präsidenten noch einmal, daß die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 1% auf 1,4% für die Bundesrepublik Deutschland eine Haushaltsbelastung von zusätzlich 4 Mrd. DM mit sich bringe.

„Ich glaube, lieber Helmut", erwiderte Präsident *Mitterrand*, „daß wir beide klare Vorstellungen von Europa haben". Es sollte jedoch keine Sonderregelungen für ein großes Land wie Großbritannien geben. Es sollte auch keine Sonderregelungen für Frankreich oder die Bundesrepublik geben. Wenn die Bundesrepublik Deutschland eine Garantie bekomme für weniger Ausgaben, dann sollte sie auch keine Sonderrechte verlangen wie z.B. ein Verzicht auf Beteiligung am Ausgleich für Großbritannien oder eine Erhöhung der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaft ablehnen[39]. Jede Sonderregelung zerstöre ein Stück Europa. In der Vergangenheit sei dies sicherlich verständlich gewesen. Heute sage er jedoch, daß die Bundesrepublik insgesamt weniger bezahlen solle, sich aber an allen Kosten beteiligen müsse.

Präsident Mitterrand leitete auf das Thema des Währungsausgleichs über. Es gebe in dieser Frage drei Positionen, die der Kommission, der Bundesrepublik und die Frankreichs. Die Kommission verlange den Abbau des Währungsaus-

38 Die Wörter „erst 1987 erfolgen könnte" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

39 Der Passus „wie z.B. … ablehnen" wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen wie folgt umformuliert: „wie z.B. den Verzicht auf Beteiligung am Ausgleich für Großbritannien oder die Ablehnung einer Erhöhung der Eigeneinnahmen für die Europäische Gemeinschaft".

gleichs zwischen der Bundesrepublik und Frankreich um neun positive Punkte für Deutschland. Frankreich solle den negativen französischen Währungsausgleich von z. Zt. −4,4% abbauen. Außerdem habe die EG-Kommission die Änderung der Berechnungsmethode bei Schweinefleisch vorgeschlagen.[40] Die Forderung sei jedoch, daß die Bundesrepublik Deutschland sofort fünf Punkte des Währungsausgleichs abbauen müsse.

Frankreich sei damit einverstanden, daß künftig nur noch negative Ausgleichsbeträge entstehen könnten. Frankreich verlange jedoch einen sofortigen Abbau des Währungsausgleichs um drei Punkte. Der Abbau des Währungsausgleichs um neun Punkte sollte in drei Schritten erfolgen: In 1984, 1985 und 1986 sollten jeweils drei Punkte abgebaut werden. Voraussetzung bleibe, daß künftig nur noch negative Ausgleichsbeträge entstehen können. Er sei nicht bereit, den deutschen Vorschlag zu akzeptieren, alle[41] positiven Ausgleichsbeträge in negative umzuwandeln. Er sei jedoch damit einverstanden, daß in Zukunft keine positiven Währungsausgleichsbeträge mehr entstehen können. Für die Bundesrepublik heiße das, daß die Agrarpreise um 4,2% herabgesenkt werden müßten. Er sei zu einer Vereinbarung bereit, die einen Ausgleich der drei Vorschläge der Europäischen Kommission, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland umfasse. Er sei auch mit einer Absprache einverstanden, daß die nächste Agrarpreisrunde in der Bundesrepublik Deutschland nicht unter Null ausfallen werde, z. B. könne man dabei an Beihilfen der Kommission wie an einen nationalen Ausgleich denken. Er wolle in diesem Zusammenhang ein Beispiel für Einsparungen nennen: Es sei die Gewohnheit der Kommission, den Mitgliedstaaten 10% des Beitrages zurückzuzahlen. Warum sollte man nicht an dieser Stelle oder an anderen Positionen mit Einsparungen ansetzen? Er wolle dabei nicht nur von Ersparnissen[42] der Kommission, sondern auch von solchen der nationalen Regionen[43] sprechen, um einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen.

Der *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß die erste Stufe des deutschen Vorschlages bereits eine Null-Runde für die deutschen Agrarpreise bedeute.

Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß der Vorschlag der Kommission eine Herabsetzung der deutschen Agrarpreise um 4,2% vorsehe. Der französische Vorschlag beinhaltet eine Senkung von 5% der Agrarpreise. Frankreich verlange jedoch von der Bundesrepublik nur einen Abbau des Währungsausgleichs um drei Punkte. Man sei bereit, in Zukunft die positiven Ausgleichsbeträge in ne-

40 Vortragender Legationsrat van Edig notierte am 15. Dezember 1983: „Bei Schweinefleisch handelt es sich um ein Interventionsprodukt, für das die Währungsausgleichsregelung gilt. Der W[ährungs]-a[usgleichs]b[etrag] wird auf der Grundlage eines Preises berechnet, der den Futtermittelanteil (‚Getreideanteil') und die Veredlungskosten enthält. EGK hat nunmehr vorgeschlagen, die fakultative Intervention für Schweinefleisch aufzuheben. Das würde bedeuten, daß nur noch der Futtermittelanteil berücksichtigt wird. Der Währungsausgleich würde von jetzt 36 DM/100 kg auf 20 DM/100 kg sinken. Für die deutsche Landwirtschaft wären damit Mindererlöse von 300 Mio. ECU verbunden. Die äußerst niedrigen Preise auf dem deutschen Markt würden durch zusätzliche Importe aus B und DK gedrückt werden. Mit erheblichen Unruhen unter den deutschen Schweinefleischzüchtern müßte gerechnet werden." Vgl. Referat 411, Bd. 131246.

41 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

42 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Einsparungen".

43 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Regierungen".

gative umzuwandeln. Außerdem sei Frankreich bereit, gemeinsam nach einem Ausgleich für die Bundesrepublik Deutschland zu suchen.

Der *Bundeskanzler* bat den Präsidenten, ihm seine Vorstellungen noch einmal schriftlich zuzuleiten. Er sei sich bewußt, daß er für den Abbau des Währungsausgleichs nach einem nationalen Ausgleich suchen müsse. Es bleibe jedoch wichtig, daß es künftig keine neuen positiven Währungsausgleichsbeträge mehr gebe. Er sei bereit, insgesamt zwei Milliarden DM als nationalen Ausgleich zur Verfügung zu stellen. Dies sei jedoch nicht für 1984 möglich. Er sei für einen Ausgleich im Rahmen von mehreren Jahren. 1984 werde die deutsche Landwirtschaft ein klares Minus verzeichnen müssen.

Dies gelte auch für die französische Landwirtschaft, erklärte Präsident *Mitterrand*. 1982 sei ein gutes Jahr gewesen. Inzwischen sei die Kaufkraft um 3 bis 4% gesunken. Er wolle jedoch noch eine letzte Bemerkung machen: Er schlage vor, den positiven Währungsausgleich der Bundesrepublik in drei Jahren jeweils um drei Punkte abzubauen. Wenn es in dieser Zeit zu neuen positiven Währungsausgleichsbeträgen kommen sollte, sei er bereit, sie in negative umzuwandeln. Darüber hinaus sei er bereit, über Einsparungen bei den Agrarpreisen nachzudenken.

Der *Bundeskanzler* fragte noch einmal den Präsidenten, wann der Abbau des positiven Währungsausgleiches beginnen sollte. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß der erste Schritt noch 1984 erfolgen müßte; der zweite sollte dann 1985 und der dritte 1986 erfolgen. In dieser Zeit würden jedoch keinen neuen positiven Währungsausgleichsbeträge mehr entstehen. Nach diesem Zeitraum müßte man dann weitersehen. Bis dahin hoffe er auf neue Abkommen.

Die jetzige Position in der Frage der Berechnungsmethode bei Schweinefleisch sei für ihn unmoralisch, weil es in Europa keine Interventionspreise gebe. Der Markt in Europa sei frei, deshalb würden auch amerikanische Futtermittel eingesetzt werden. Dies sei für ihn unmoralisch. Wenn er dies jedoch sage, wolle er nicht den Bundeskanzler beleidigen, weil der Einsatz von amerikanischen Futtermitteln französischen Ursprung habe. Da es jedoch einen freien Markt gebe, seien Kollektive nicht möglich, und dies sei wie immer jener französischer Sozialist[44]. Es bleibe schockierend, daß das Schwein in Europa mit Portprodukten[45] hergestellt werde. Die Deutschen seien mit Recht sehr eigensinnige Händler.

VS-Bd. 14123 (010)

44 Der Passus „seien … Sozialist“ wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen wie folgt umformuliert: „seien Korrektive nicht möglich, und dies sage immerhin ein französischer Sozialist“.

45 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Importprodukten“.

30

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Schloß Ludwigshöhe

VS-vertraulich **2. Februar 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand anläßlich ihres Treffens auf Schloß Ludwigshöhe am 2. Februar 1984[2]; hier: Nachmittagssitzung

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau VLR Bouverat als Dolmetscherin; auf französischer Seite: Herr Attali als Note-taker, Frau Stoffaës als Dolmetscherin.

Bundeskanzler eröffnet das Gespräch mit einem Hinweis auf die Sicherheitspolitik. Was Präsident Mitterrand zuletzt gesagt habe, sei für uns von größtem Interesse. Es entspreche seinen Ideen. Alles, was zur europäischen Integration beitrage, sei er bereit zu tun. Er sei jedoch skeptisch hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeiten. Alle Wege müßten ausgelotet werden. Er denke auch an eine Verstärkung des deutsch-französischen Vertrages[3].

Bundeskanzler verweist auf europäisch-amerikanisches Verhältnis. Wie die Wahl 1984[4] ausgehen werde, dazu habe er eine feste Meinung. Aber wie werde es in Amerika 1988 und wie gar 1992 aussehen? Die Vereinigten Staaten entwickelten sich in ihren Führungsstrukturen immer weiter vom Atlantik fort in Richtung Pazifik. Der Einfluß der alten Universitäten an der Ostküste lasse nach. Wir sähen das insbesondere an der deutschen Emigration, die langsam aussterbe. Die Kinder sprächen nicht mehr deutsch. Sie wüßten immer weniger von uns.

Wenn die waffentechnische Entwicklung so ihren Fortgang nehme, werde die „Festung Amerika“ zur realen Möglichkeit. Wo würden wir bleiben? Er, der Bundeskanzler, sei natürlich für eine enge Zusammenarbeit mit den USA. Aber eines Tages würden uns die Vereinigten Staaten die Frage stellen: „Was macht Ihr eigentlich?“ Wenn nicht Frankreich und Deutschland, wer solle dann auf europäischer Seite einen Anfang machen? Er, der Bundeskanzler, habe immer gehofft, daß Frau Thatcher sich auf Europa zubewegen würde. Da sie nicht in dem Ruf stehe, Traditionen aufzugeben, hätte sie in England eine Chance da-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 3. Februar 1984 gefertigt und am 16. Februar 1984 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, an Bundesminister Genscher zur „persönlichen Unterrichtung“ übermittelt.
Hat Genscher am 18. Februar 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 2. Februar 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 29.

3 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

für. Er habe mit ihr darüber ein offenes Gespräch geführt[5] und habe auch ein gutes Verhältnis zu ihr. Aber sie werde sich nicht bewegen.

Präsident *Mitterrand* antwortet, die Amerikaner würden sich von Europa entfernen. Wenn sie in Europa blieben, so würden sie dies tun, um zu befehlen, und zwar gemäß ihren wirtschaftlichen und strategischen Interessen. Über einen Zeitraum von 20 Jahren würden wir immer abhängiger werden, eine Abhängigkeit in der Freundschaft, nicht in der Gewalt. Eine solche Abhängigkeit sei angenehmer, aber sie sei eben doch auch wieder eine Abhängigkeit. Die Europäer würden unter diesem Prozeß leiden. Unsere geographischen Interessen seien nicht die gleichen. Entweder werde deshalb eine europäische Präsenz zur Realität oder unsere Länder würden als selbständige Mächte verschwinden, was sehr zu bedauern wäre.

Das Zusammengehen von Frankreich und Deutschland sei der Eckstein einer politischen Konstruktion Europas, die stark, originell und frei sein müsse. Eine solche Konstruktion hindere uns nicht daran, in Freundschaft mit den Vereinigten Staaten zu stehen. Auch müßten wir wissen, wo unser Ehrgeiz liege. Wir müßten Entscheidungen für die nächsten 20 bis 30 Jahre treffen. Man müsse sich endlich einmal in Bewegung setzen. 200 Meter auf einer 20 km langen Strecke sei besser, als ganz stehenzubleiben und den Rucksack abzusetzen.

Bundeskanzler erwidert, es gehe jetzt darum, den Zug in der richtigen Richtung in Bewegung zu bringen. Im Kabinett werde Mitte Februar der Beschluß über den Airbus 320 fallen.[6]

Präsident *Mitterrand* weist auf Bestellungen des Airbus durch Jugoslawien hin. (Herr *Attali* wirft ein, es seien jetzt 100 Airbus 320 bestellt.)

Der *Bundeskanzler* fragt nach der Stornierung französischer Schiffsbestellungen in Jugoslawien.

Präsident *Mitterrand* antwortet, man habe Jugoslawien Kompensationen angeboten. Die Gesellschaft solle jedoch die Schiffe in Frankreich bauen lassen. Der französische Schiffbau sei in Gefahr, könne aber überleben, wenn die französischen Gesellschaften ihre Schiffe in Frankreich bestellten. Im übrigen sei der französische Schiffbau stärker durch Südkorea als durch Jugoslawien bedroht. Es gebe mit Jugoslawien noch keine Vereinbarung. Er persönlich habe mit dem jugoslawischen Botschafter[7] die Angelegenheit besprochen.

5 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 22. April 1983 in London; AAPD 1983, I, Dok. 111.

6 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 22. Februar 1984 wurde notiert: „Das Bundeskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Entwicklung des deutschen Anteils am Airbus A-320 zu fördern. Bis 1990 sind, vorbehaltlich der Schaffung der haushaltsmäßigen Voraussetzungen, Zuschüsse in Höhe von bis zu 1,5 Mrd. DM vorgesehen, die aus Flugzeugverkäufen zurückzuzahlen sind. Darüber hinaus hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärt, bei der Finanzierung der Serienproduktion Hilfestellung zu leisten. Über die Modalitäten der Unterstützung soll zeitnah zum Beginn der Fertigung entschieden werden. Mit diesen Beschlüssen hat die Bundesregierung ihren Beitrag geleistet, damit die Airbus-Familie um den Typ A-320 erweitert werden kann. Das 150-sitzige Flugzeug soll 1988 auf den Markt kommen und die Großraumflugzeuge A-300 und A-310 ergänzen. Mit der Förderung der A-320 unterstreicht die Bundesregierung ihre Einschätzung der Bedeutung des Airbus-Programms für die Zukunft der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie und für die industrielle Zusammenarbeit in Europa.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160427.

7 Dušan Popovski.

Bundeskanzler fragt, ob er mit Frau Thatcher über den Airbus gesprochen habe.

Mitterrand antwortet, er habe dies getan. Sie habe hier keine Schwierigkeiten, wohl aber Schwierigkeiten bei der Ariane. Sie schwanke hier noch zwischen uns[8] und den Amerikanern[9], die jetzt starken Druck ausübten. Was die Flugzeuge anbeträfe, so würden wir bald nur noch eine einzige Gesellschaft, nämlich Boeing, haben, wenn wir nicht aufpaßten. Man müsse sich die Frage stellen, was die Auswirkung von einer solchen Entwicklung auf die Preise sein würde. Zur Zeit betriebe Boeing ein Dumping, wenn aber erst einmal das Monopol hergestellt sei…!

Bundeskanzler wirft ein, auch er argumentiere so.

Bundeskanzler fragt, ob Differenzen mit Spanien in der Basken-Frage beigelegt seien.

Präsident *Mitterrand* antwortet, dies sei zum Teil der Fall. Leider übertrügen die Basken jedoch einen Teil der Gewalt auf Frankreich. Man weise jetzt alle Gewaltverbrecher aus. Die Basken seien Leute, die sehr schnell töteten.[10]

Bundeskanzler fragt Präsident Mitterrand nach seiner Einschätzung des Iran-Irak-Konfliktes.[11]

Präsident *Mitterrand* antwortet, nach seiner Einschätzung habe der Irak eine gewisse militärische Kraft wiedergefunden. Jetzt überfliegen irakische Flugzeuge Teheran.[12] Verhandlungen zwischen Irak und Iran seien nicht zu erwarten, da die Iraner dies ablehnten. Man sage jedoch, daß der Sohn Khomeinis[13],

8 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 19. September 1984 wurde ausgeführt: „Von ebenso großer Bedeutung wie die Beteiligung an einer Raumstation ist für Europa die Weiterentwicklung der eigenen Raumtransportkapazitäten. Mit der unter französischer Führung mit deutscher Beteiligung entwickelten Trägerrakete Ariane und dem äquatornahen Startgelände in Kourou besitzt Europa heute auf diesem Sektor volle Unabhängigkeit. Steigende Anforderungen an die Transportkapazität erfordern jedoch spätestens Mitte der neunziger Jahre eine neue Generation der Weltraumträger. Der französische Ministerrat hat deshalb bereits im Juni 1984 die Entwicklung eines Hochleistungstriebwerks (HM-60) für diese neue Generation (Ariane 5) beschlossen. […] Innerhalb Europas werden die Hauptlasten der Entwicklung zu etwa gleichen Teilen von Frankreich und der Bundesrepublik zu tragen sein, beide Länder werden aber auch den größten wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen und politischen Nutzen davon haben." Vgl. Referat 431, Bd. 142057.

9 Vgl. dazu das Weltraumprogramm der USA; Dok. 31.

10 Botschafter Brunner, Madrid, übermittelte am 17. Januar 1984 eine Zusammenstellung des Generalkonsulats in Bilbao zu terroristischen Anschlägen in Spanien in der zweiten Hälfte des Jahres 1983: „70 Bombenanschläge und vergleichbare Angriffe, 28 Todesopfer, davon zwölf Angehörige der Sicherheitskräfte". Rund drei Viertel aller Fälle hätten sich im Baskenland ereignet. Die französische Polizei sei mit einer Verhaftungs- und Abschiebungsaktion gegen die ETA im französischen Baskenland vorgegangen: „Damit verliert die ETA ihr bisher weitgehend ungestörtes Rückzugsgebiet". Vgl. den Schriftbericht Nr. 91; Referat 203, Bd. 151003.

11 Vor dem Hintergrund des Konflikts um den Grenzverlauf am Schatt al-Arab griff der Irak am 22. September 1980 den Iran an. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286.

12 Botschafter Böcker, Bagdad, berichtete am 27. Januar 1984: „Nach dem hiesigen Frontbericht überflog am 26.1. […] eine nicht genannte Zahl irakischer Kampfflugzeuge demonstrativ […] 20 iranische Städte, Häfen und wichtige Anlagen (vital installations), um Iraks Fähigkeit zu demonstrieren, jedes Ziel tief im Innern Irans zu erreichen, und die iranische Führung zu warnen, daß jeder ‚aggressive attempt' mit ‚sehr starker irakischer Vergeltung' beantwortet würde. […] Die Flüge sind eine weitere Eskalation der Warnungen: Sie folgen unmittelbar den massiven verbalen Drohungen, die hauptsächlich mit der Rede Saddam Husseins am 6.1. begannen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 54; Referat 311, Bd. 137772.

13 Ahmad Khomeini.

der als sein Nachfolger im Gespräch sei, sehr viel pro-westlicher sei. Auch sein Schwiegersohn stehe in dem Ruf, pro-westlich zu sein. Er komme oft nach Paris. Khomeini sei insbesondere wegen der französischen Intervention im Libanon[14] gegen Frankreich. Syrer, Iraner und Libyer bildeten kasernierte Kamikazegruppen aus. In der Kaserne, die Frankreich bombardiert habe, habe es angeblich keine Opfer gegeben. Seitdem fänden jedoch ständig Beerdigungen statt von Leuten, die dort angeblich umgekommen seien. Präsident Mitterrand fragt nach den deutschen Beziehungen mit Iran, die angeblich gut seien.

Bundeskanzler antwortet, es gehe so. Er verweist auf das Problem der iranischen Studenten in Deutschland.[15]

Präsident *Mitterrand* äußert, wenn man sich wiedersehe, könne man sich vielleicht etwas mehr über militärische Probleme unterhalten, auch Rüstungsfragen. Er wolle hier nur etwas zu einem besonderen Problem sagen, dem Nuklearproblem. Es handele sich um Waffen, die so gefährlich seien, daß die Befehlsgewalt nicht teilbar sei. Deshalb wollte auch de Gaulle nicht mit den USA den Einsatz teilen. In Frankreich könne nur der Staatschef den Einsatz der Atomwaffen anordnen. Aber man könne Zwischenetappen finden, die es Deutschland ermöglichen könnten, seine Verteidigung besser zu beherrschen.

Bundeskanzler antwortet, er wünsche kein Zwei-Schlüssel-System. Aber der Präsident im Elysée müsse zusammen mit Weißenburg auch an die Gegend denken, in der man hier sitze. Gleiches gelte für Straßburg und Kehl.

Präsident *Mitterrand* stimmt zu: Die Dimensionen eines Nuklearkrieges würden keine Grenzen kennen.

Bundeskanzler äußert, es gebe eine kluge Absprache zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und ihm. Er werde mit dem Präsidenten sprechen und ihm sagen, daß er ihm, Präsident Mitterrand, seinen Brief zeigen wolle.

Präsident *Mitterrand* wirft ein, daß er den amerikanischen Präsidenten am 21. März sehen werde.[16]

Er fährt fort, wir müßten etwas Sinnfälliges im Jugendbereich tun, vielleicht die eine oder andere kulturelle Veranstaltung. Vielleicht könne man in dieser

14 Französische Streitkräfte waren im Rahmen von UNIFIL sowie der Multinationalen Streitmacht (MNF) im Libanon stationiert.

15 Die Wörter „es gehe so“ und „iranischen Studenten“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit teilte der Botschaft in Teheran am 23. Juni 1983 den „Stand des Strafverfahrens gegen die 1982 wegen einer Auseinandersetzung in einem Mainzer Studentenheim längere Zeit festgenommenen iranischen Studenten“ mit: „Aus Gesamtzahl von 87 Studenten werden zur Zeit 53 gerichtlich verfolgt, davon sind 33 bereits angeklagt, während gegen 20 noch Ermittlungsverfahren läuft. Gegen zwei Studenten ist das Verfahren bereits vor längerer Zeit eingestellt worden. […] Das Verfahren gegen 32 abgeschobene Studenten ruht zur Zeit. Es ist aber damit zu rechnen, daß es wiederaufgenommen wird, sobald sie in die Bundesrepublik zurückkehren.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 137767.
Das Bundesministerium der Justiz unterrichtete das Auswärtige Amt am 17. Dezember 1984, die Staatsanwaltschaft Mainz halte folgendes Ergebnis des Gesamtverfahrens fest: „48 Angeklagte sind zu Freiheitsstrafen zwischen vier und achtzehn Monaten, ein Angeklagter zu einer Jugendstrafe von zehn Monaten verurteilt worden. Die Vollstreckung der Strafen ist zur Bewährung ausgesetzt worden. Die Urteile sind rechtskräftig. Gegen die übrigen Angeklagten und Beschuldigten ist das Verfahren eingestellt worden“. Vgl. Referat 311, Bd. 137767.

16 Präsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 28. März 1984 in den USA auf.

Gegend etwas machen und 5000 oder 10 000 junge Menschen zusammenbringen.

Bundeskanzler stimmt zu.

Bundeskanzler und Präsident Mitterrand verabreden, ihr nächstes Treffen am 24. Februar stattfinden zu lassen.[17]

Präsident *Mitterrand* lädt Bundeskanzler zu einem Essen im Elysée-Palast um 19.00 Uhr ein. Er werde Bundeskanzler ermöglichen, auf einem Flugfeld in der Nähe des Weichbildes von Paris zu landen. Bis dahin wolle er alle europäischen Regierungschefs gesehen haben.[18] Er werde dann mit dem Bundeskanzler zusammen die „Ernte" prüfen können. Er habe heute dem Bundeskanzler alles gesagt, was aus seiner Sicht möglich sei, es gebe hier keine „mystères". Das Problem der Grenzausgleichsbeträge[19] sei im Grunde genommen ein bilaterales Problem, hänge aber mit den Agrarfragen zusammen, die nur zu zehnt geregelt werden könnten, was die Dinge nicht leichter mache.

In Paris wolle er das Gespräch über die Organisation Europas weiterführen. Ein weiterer Punkt, den er ansprechen wolle, sei, daß, wenn er sich als amtierender Vorsitzender[20] dafür ausgesprochen habe, die Progression des Haushalts der EG zu reduzieren, sich dann auch die drei Länder, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Deutschland, die alle dafür einträten, daran halten müßten. Auf Einwurf des Bundeskanzlers erwidert Präsident Mitterrand, Frau Thatcher reagiere gut, wenn es darum gehe, das Budget zu reduzieren.

Bundeskanzler erwidert lachend, ob sie dann aber wohl auch ihre Ansprüche reduziere?

VS-Bd. 14123 (010)

17 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris vgl. Dok. 59.

18 Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher trafen am 23. Januar 1984 bei Paris zusammen. Mitterand besuchte ferner am 6./7. Februar 1984 die Niederlande, am 8. Februar Luxemburg, am 10. Februar Griechenland, am 15. Februar Belgien, am 17. Februar Dänemark, am 20. Februar Italien und am 21. Februar 1984 Irland.

19 Zur Frage der Währungsausgleichsbeträge im Rahmen der EG-Agrarpolitik vgl. Dok. 29, besonders Anm. 15.

20 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

31

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

413-493.20/3 **2. Februar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: amerikanisches Weltraumprogramm;
hier: Bau einer amerikanischen Raumstation und europäische Beteiligung

Anlg.: Kurzfassung unserer Argumentation[4]

Zweck der Vorlage: Zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 8 und 9

1) In seiner Erklärung zur Lage der Nation hat Präsident Reagan am 25.1.1984[5] den Beschluß zum Bau einer amerikanischen Raumstation in den nächsten zehn Jahren bekanntgegeben. Die bisher vorliegenden Konzepte sehen bis zum Jahre 1992, der 500. Jahrfeier der Entdeckung Amerikas, den Aufbau einer Rumpfstruktur vor, die (vorläufig) ständig von sechs bis acht Mann bewohnt sein und alle 90 Minuten die Erde umkreisen soll. Die Organisation liegt in den Händen der NASA. Für den Bau der Station sind bis 1992 Mittel in Höhe von ca. 10 Mrd. Dollar veranschlagt.

2) Auch in Europa wird derzeit untersucht, welche Möglichkeiten sich längerfristig für die Fortsetzung der europäischen Aktivitäten in der bemannten Raumfahrt bieten.

Das Spacelab- und Arianeprogramm[6] stehen vor ihrem Abschluß. Werkstoffforschung, Verfahrenstechnik und Biotechnologie unter Schwerelosigkeit versprechen, wie u. a. die erste Spacelab-Mission gezeigt hat, ein erhebliches Entwicklungs- und Nutzungspotential.[7] Interessant sind jedoch auch die Erdbeob-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel und Legationsrat I. Klasse Bauer konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 8. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr interessante Aufzeichnung. Die vorgeschlagene Linie (Ziffer 8/Seite 5) berücksichtigt technische und finanzielle Aspekte u. weist zugleich einen vernünftigen Weg, der sowohl atlantische Partnerschaft fördert als auch eigene europäische Entwicklungen ermöglicht. Über die Gesamtproblematik wird im Laufe der Entwicklung weiter nachgedacht werden müssen."

3 Hat Bundesminister Genscher am 27. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 29. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Lautenschlager an Ministerialdirektor Fischer und Referat 413 verfügte.
Hat Lautenschlager am 29. Februar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Fischer am 2. März 1984 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 431, Bd. 142052.

5 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 25. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 87–94.

6 Zur Trägerrakete vom Typ „Ariane" vgl. Dok. 30, Anm. 8.

7 In einer Aufzeichnung des Referats 413 vom 6. Dezember 1983 wurde festgehalten: „Am 28.11.1983 ist von der Startrampe in Cape Canaveral das Europäische Weltraumlabor (Spacelab) mit der Weltraumfähre (Shuttle) Columbia zum ersten Mal in eine Erdumlaufbahn gebracht worden. Es handelt sich um den ersten Spacelab-Start. Die Landung ist für den 7.12. auf dem Luftwaffenstützpunkt Edwards in Kalifornien vorgesehen. Die Bedeutung des neunten Fluges der amerikanischen Welt-

achtung aus dem Weltraum unter Verwendung unbemannter Plattformen sowie der Aufbau intelligenterer Systeme von Nachrichtensatellitensystemen. Allerdings sind alle Nutzungsmöglichkeiten noch mit einem hohen Unsicherheitsrisiko behaftet.

Die amerikanischen Planungen setzen uns in Zugzwang. Es ist zu entscheiden, ob bzw. mit wem und in welchem Rahmen wir ein Spacelab-Nachfolgeprogramm durchführen wollen.

3) Die Bundesrepublik Deutschland als Hauptträger der Spacelab-Entwicklung hat zwischenzeitlich mit Italien ein „Columbus" genanntes Konzept entwickelt und es Ende Januar der Europäischen Weltraumorganisation (EWO, engl. ESA) vorgestellt, mit der es realisiert werden soll. „Columbus" baut auf der Spacelab-Entwicklung auf, die durch Ausbau einiger zentraler Systeme komplettiert wird. „Columbus" ist so konzipiert, daß es sowohl an die amerikanische Raumstation angedockt als auch im freien Flug für mehrere Monate unabhängig betrieben werden kann. Der Zeitplan für das Programm geht davon aus, daß eine erste Version der amerikanischen Raumstation Anfang der neunziger Jahre betriebsbereit ist. Der Missionsbeginn von „Columbus" ist daher für 1993 vorgesehen.

4) Während sich unsere Überlegungen vorwiegend an dem wirtschaftlich-wissenschaftlichen Nutzen orientieren, sind für die amerikanische Raumstation-Entscheidung zwei weitere Motive wichtig:

– Während die USA auf den meisten Gebieten der Raumfahrttechnologie führend sind, besitzt die UdSSR einen Vorsprung in der Raumfahrt-Medizin und -Biologie. Eine Shuttle-ähnliche wiederverwendbare Raumfähre befindet sich in der Entwicklung. Die Vision einer ersten außerirdischen Kolonie der Sowjetunion beunruhigt viele Amerikaner.
– Der Bau der Station soll die amerikanische Führungsrolle im Weltraum sichern und Nation, Wissenschaft und Wirtschaft mit neuem Schwung erfüllen. Natürlich erkennt Reagan, der für die Raumfahrt bislang aufgeschlossenste amerikanische Präsident, in der Station auch ein attraktives Wahlkampfthema.

Diese Motive haben letztlich über die inneramerikanische Kritik u. a. des Nationalen Forschungsrats, aber auch des Pentagons, gesiegt. Allerdings existieren im US-Verteidigungsministerium Pläne für eine eigene Raumstation als Grundlage eines neuartigen Verteidigungssystems. Es ist gegenwärtig nicht auszuschließen, daß sich das Pentagon zwar nicht am Bau, wohl aber an einer – streng getrennten – Nutzung der Station beteiligen wird.

5) Der amerikanische Präsident hat öffentlich und in einem Schreiben an den BK vom 25.1. interessierte und befreundete Länder zur Zusammenarbeit bei

Fortsetzung Fußnote von Seite 173

raumfähre liegt in der erstmaligen Erprobung des Spacelab im Weltall. Das im Auftrag der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) unter Federführung der deutschen Firmen MBB/ERNO entwickelte wiederverwendbare Weltraumlabor ermöglicht die Durchführung von wissenschaftlichen und technischen Versuchen im Weltall. Für die Entwicklung des Spacelab wurden etwa 1,8 Mrd. DM, davon 1 Mrd. DM von der Bundesrepublik Deutschland, aufgebracht. Das etwa fünfzig Mal einsetzbare Gerät geht nach dem ersten Freistart in das Eigentum der NASA über. […] Mit der Spacelab-Entwicklung hat die Bundesrepublik Deutschland den Nachweis erbracht, technisch zu dem Kreis der führenden Weltraumnationen zu gehören." Vgl. Referat 431, Bd. 142132.

der Raumstation eingeladen. Mit den Kooperationsverhandlungen ist NASA-Administrator Beggs beauftragt, der am 6. März nach Bonn kommt. Er wünscht Gespräche mit BM Riesenhuber[8] und sogar mit dem BK. Beggs sollte auch im AA empfangen werden.[9]

Der BMFT hat sich entschlossen, auf das amerikanische Kooperationsangebot positiv zu reagieren. BM Riesenhuber hat im Oktober 1983 gegenüber der NASA erklärt, daß Europa an einer partnerschaftlichen Beteiligung am amerikanischen Raumfahrtprogramm interessiert sei. Europa könne insbesondere seine mit Bau und Nutzung des Spacelab sowie der unbemannten Plattform SPAS[10] gewonnenen Erfahrungen einbringen.

6) Wir haben uns gefragt, ob die skizzierte Kooperation mit den USA tatsächlich die einzige und beste Möglichkeit für die nächste Stufe der europäischen Raumfahrtentwicklung sei. Der gegenwärtige politische Zustand Europas würde wohl eher ein Europa stimulierendes Gemeinschaftsprojekt nahelegen, z. B. eine europäische Raumstation. Außerdem könnten

– durch die Übernahme der französischen Überlegungen zur Entwicklung einer (bemannbaren) Ariane V mit Wiedereintrittsfahrzeug („Hermes“) durch uns das französische Prestigebedürfnis im Trägerbereich befriedigt und die Monopolstellung des Shuttle aufgebrochen sowie
– durch einen neuen Beweis unseres europäischen Engagements die partikularistische Tendenz der französischen Raumfahrtpolitik als Hindernis für eine stärkere Integration der europäischen Raumfahrtaktivitäten gedämpft werden.

7) Der BMFT hat diesen Überlegungen weitgehend zugestimmt, jedoch darauf hingewiesen, daß das „Columbus“-Konzept bereits eine europäische Raumstation sei, die lediglich auf einigen Gebieten (Kommunikation, Docken) auf die amerikanische Station ausgerichtet werden solle.

Für ein wirklich autarkes europäisches Gesamtkonzept fehlte im wesentlichen nur die Raumfähre und – für längerfristige Missionen – ein zentrales Versorgungssystem. Die Frage einer europäischen oder amerikanischen Option stelle sich deshalb nicht. Wollten wir bereits jetzt ein europäisches Großprojekt mit bemannbaren Trägerkapazitäten und einer Raumstation in der Größenordnung der amerikanischen in Angriff nehmen, so sei folgendes zu bedenken:

8 Der Direktor der NASA, Beggs, traf am 6. März 1984 mit Bundesminister Riesenhuber zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 15. März 1984; Referat 431, Bd. 142132.

9 Staatssekretär Lautenschlager führte am 6. März 1984 ein Gespräch mit dem Direktor der NASA, Beggs: „Auf Frage nach Beurteilung des deutsch-italienischen Projektes ‚Columbus‘ meinte Beggs, daß man dieses Konzept beachten (‚consider‘) werde, aber hierzu sich noch nicht verpflichten könnte. […] Sowohl amerikanische wie auch europäische Seite würden von ihren Konzepten Abstriche machen müssen. Im übrigen lobte Beggs Spacelab: Die USA würden bis zur Inbetriebnahme der Raumstation und damit zur Vorbereitung auf ihre Arbeiten mehr als 50 Flüge mit dem Spacelab durchführen. […] Auf den möglichen militärischen Nutzen der Raumstation angesprochen, wies amerikanische Seite auf Desinteresse des Verteidigungsministeriums wegen der niedrigen Inklination hin. Die Militärs würden auf polaren Umlaufbahnen bestehen. Auf Fragen nach französischen Autonomiebestrebungen in der bemannten Raumfahrt gab sich amerikanische Delegation gelassen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 8. März 1984; Referat 431, Bd. 142132.

10 Shuttle Pallet Satellite.

– Ein in allen Teilen eigenständiges Programm ist zwar in Europa realisierbar, übersteigt jedoch die finanziellen Möglichkeiten. „Columbus“ wird ca. 4 Mrd. DM kosten. Die Entwicklung einer bemannten Trägerrakete mit Wiedereintrittsfahrzeug erfordert weitere 6 Mrd. DM. Das jährliche deutsche Raumfahrtbudget (750 Mio. DM), von dem für die nächsten zehn Jahre bereits ein Drittel auf „Columbus“ entfallen wird, läßt sich nicht nennenswert steigern.
– Das Konzept Raumstation kann sich als Fehlschlag erweisen. Ein über „Columbus“ hinausgehendes ambitionierteres europäisches Projekt könnte unter diesen Umständen auch unserer Öffentlichkeit Ansatzpunkte für Kritik liefern. Das Mitfahren im Schatten des amerikanischen Projekts erscheint vorläufig die für den Augenblick ausgewogenste Politik.
– Mit „Columbus“ ist ein Konzept gefunden, das den sich entwickelnden Nutzerwünschen Rechnung tragen kann, ohne von der Größenordnung her allzu schwerwiegende Entscheidungen zu erfordern. Sollte sich das Konzept einer Raumstation als wirtschaftlich tragfähig erweisen, kann es später auch eine größere europäische Station geben; für diesen Fall wäre die Entwicklung bemannbarer europäischer Träger ins Auge zu fassen.
– Das französische Interesse an der bemannten Raumfahrt scheint sich in letzter Zeit erheblich verstärkt zu haben. Gleichzeitig wird auch in Frankreich das Geld für aufwendige Prestigeprojekte knapper. Eine durch den französischen Industrieminister Fabius eingesetzte Expertengruppe soll bis zum März das französische Trägerprogramm überprüfen und wird möglicherweise wie wir zu dem Ergebnis kommen, daß für die Neuentwicklung einer bemannbaren Ariane V angesichts der allen Bedarf deckenden Shuttle-Kapazitäten keine Notwendigkeit besteht. Für den Fall allerdings, daß die USA in den Kooperations-Verhandlungen unsere Shuttle-Abhängigkeit auszuspielen suchen sollten, wäre die Entwicklung einer bemannbaren Trägerkapazität erneut zu überdenken. Diese Argumente erscheinen überzeugend.

8) Unsere Planungen sind ausbalanciert zwischen Nutzungsrisiko, Schritthalten mit den fortschrittlichsten internationalen Entwicklungen und dem Offenhalten einer autonomen europäischen Option. Die transatlantischen Beziehungen werden durch eine großangelegte Zusammenarbeit mit neuem Leben erfüllt. „Columbus“ ist ambitioniert genug, das europäische Selbstbewußtsein in der Raumfahrt zu heben und damit auch ein politisches Zeichen für Europa zu setzen. Das Auswärtige Amt sollte den Entschluß des BMFT, als Spacelab-Nachfolgeprogramm ein europäisches Projekt in Zusammenarbeit mit den USA in Angriff zu nehmen, deshalb unterstützen.

9) Trotz der positiven Entscheidung Reagans zur internationalen Kooperation muß von einer harten amerikanischen Verhandlungsposition ausgegangen werden. Gleichzeitig rechnen wir mit Fragen nach der Ausrichtung unserer europäischen Weltraumpolitik, insbesondere von französischer Seite. Wir sind uns deshalb mit dem BMFT über die Notwendigkeit einer außenpolitischen Flankierung für die anstehenden Verhandlungen einig. Wir werden auf der Linie der Anlage argumentieren.

Per Fischer

Referat 431, Bd. 142052

32

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz

201-360.90 SPA-201/84 VS-vertraulich **2. Februar 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 781 Plurez **Aufgabe: 3. Februar 1984, 12.33 Uhr**

Betr.: Spanien in der NATO

Bezug: 1) DE vom 31.1.1984 – VS-v[2]
2) DB Madrid Nr. 67 vom 30.1.1984 – geheim[3]

1) Bezüge haben sich gekreuzt. Bezugsbericht hat wichtige Aufschlüsse, aber auch Anlaß zu weiterer Aufklärung gegeben.

2) Dezidierte Erklärungen Moráns und González', Spanien werde im Bündnis bleiben, lassen vermuten, daß interne Vorentscheidung in diesem Sinne gefallen ist.

Erklärungen vermitteln weiterhin Eindruck, daß Option uneingeschränkter militärischer Integration für Madrid nicht mehr gegeben ist. Für weiteres Vorgehen ist möglichst große Klarheit darüber erforderlich, ob dies aktueller Stand spanischen Entscheidungsprozesses ist und welche Faktoren ihm zugrunde liegen.

a) Hier wird bezweifelt, daß Option voller Integration bereits jetzt gänzlich aufgegeben ist, zumal Regierung Haltung der Allianz und insbesondere der USA zu berücksichtigen haben wird.

Unterstellt, es geht Madrid nicht nur um bargaining-Ansatz: Sind Konstellationen denkbar, in denen volle Integration doch in Frage kommen könnte (gün-

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß an die Botschaft in Madrid sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel wurde von Vortragendem Legationsrat Kirstein konzipiert.
Hat in Vertretung von Ministerialdirigent Schauer Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 2. Februar 1984 zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 2. Februar 1984 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Für den am 30. Januar 1984 konzipierten und am 31. Januar 1984 übermittelten Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz vgl. Dok. 26.

3 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete: „Amerikanischer Botschafter Enders suchte mich auf, um mir ‚privat' mit Bitte um Quellenschutz neue Erkenntnisse zu den spanischen NATO-Überlegungen mitzuteilen. […] Bei AM Morán stellte Enders einen Stimmungswechsel fest. Zum ersten Mal habe M[orán] eindeutig gesagt, Spanien werde an der NATO-Mitgliedschaft festhalten. Er verbinde dies jedoch mit einem klaren Schnitt zwischen NATO-Mitgliedschaft und militärischer Integration. Letztere könne nicht mit Aussicht auf Erfolg vorgeschlagen werden." Die Gesprächsführung von Ministerpräsident González sei die „klarste und prowestlichste" gewesen. González habe „ausdrücklich" erklärt, „Spanien werde in der NATO bleiben. An der militärischen Integration könne SP jedoch, wenn überhaupt, nur in Form eines lockeren Arrangements teilnehmen. […] González halte jedoch eine Beteiligung an einer integrierten Kommandostruktur nicht für möglich. Dies schon deshalb nicht, weil eine befriedigende Lösung der Kommandostruktur im Verhältnis zu Portugal seiner Meinung nach nicht zu finden sei. G[onzález] habe die Frage aufgeworfen, ob Spanien sich zu gegebener Zeit zu einem entnuklearisierten Land erklären könne. Weiterhin fragte er, ob nicht eine ‚rein defensive Beteiligung spanischer Streitkräfte im Konfliktfalle' vertraglich mit der NATO vereinbart werden könne." Vgl. VS-Bd. 11978 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

stige Entwicklungen bei EG[4], Gibraltar, Kommandostruktur oder anderen Bereichen, die volle Integration innenpolitisch annehmbar machen)?

b) Hat sich Madrid bereits jetzt gegen volle Integration entschieden, so dürfte Grund dafür in Entschlossenheit sozialistischer Regierung liegen, für Gestaltung eigener Außenpolitik „gewisses Maß an Autonomie" (Morán in Paris[5]) zu beanspruchen. Entscheidung erschiene als Kompromiß und Teilerfolg Moráns.

Nichtintegration wäre dann äußeres Zeichen, quasi Nachweis dieser Autonomie. Dies legt Frage nahe, ob Madrid unzutreffende Vorstellungen von Auswirkungen militärischer Integration auf außenpolitischen Handlungsspielraum hat oder lediglich Nimbus nutzt, der (durch französisches Beispiel?[6]) um Status der Nichtintegration inzwischen entstanden ist. González' – neues – Argument Portugal scheint nur Vorwand zu sein. Überzeugender erscheint Argument innenpolitischer Zumutbarkeit.

c) González' Bemerkungen zum atomwaffenfreien Spanien und zur „rein defensiven Beteiligung", die hiesige Befürchtungen bestätigen und in ihrer Direktheit verblüffen, geben dem Bündnis allen Anlaß, sich mit der Perspektive eines nicht oder „nur lose" integrierten, „eine gewisse Autonomie" beanspruchenden Spanien zu befassen und seine Vorstellungen zu präzisieren. Hierzu würde Bewertung aus Brüssel begrüßt.[7]

3) Es entspräche nicht unserem Interesse, uns jetzt mit Tendenz Madrids in Richtung Nichtintegration abzufinden oder bei spanischer Seite Eindruck zu erwecken, wir fänden uns mit derartiger Entscheidung ab. Dies auch, weil nicht auszuschließen ist, daß González Reaktionen sondiert und noch über Spielraum verfügt.

Botschaft Madrid wird gebeten, Erörterungen mit spanischer Seite auf dieser Linie vorzunehmen.[8]

4 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 17, Anm. 15.

5 Der spanische Außenminister Morán hielt sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris auf und äußerte sich am 9. Juni 1983 zur NATO-Mitgliedschaft Spaniens. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1198 des Botschafters Wieck, z. Z. Paris, vom 10. Juni 1983; VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1983.
In einer Aufzeichnung des Referats 201 vom 20. Februar 1984 wurde festgehalten: „AM Morán hebt immer wieder Anspruch auf gewisse Autonomie für span[ische] Außenpolitik, insbesondere gegenüber Dritter Welt hervor; er scheint Fernbleiben von militärischer Integration zu befürworten." Vgl. Referat 201, Bd. 130188.

6 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

7 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 9. Februar 1984 mit, die Fragen der militärischen Zusammenarbeit „unbehandelt zu lassen oder gar durch ausdrückliche Erwähnung […] oder im Wege stillschweigender Hinnahme den Eindruck aufkommen zu lassen, daß die Allianzpartner eine Abstinenz Spaniens im militärischen Bereich des Bündnisses tolerieren werden, ist in vielfacher Hinsicht unbefriedigend, ja sogar als kontraproduzent einzuschätzen. Es würde ein vielleicht folgenschwerer Präzedenzfall für die Allianz geschaffen werden. Auch könnte Resignation beim spanischen Militär aufkommen und damit der ohnehin schwierige Prozeß seiner Integration in ein demokratisch-rechtsstaatliches Umfeld erneut belastet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 255; VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Botschafter Brunner, Madrid, legte am 7. Februar 1984 dar, er werde „demnächst Gelegenheit zu Gespräch mit MP González nutzen, um weitere Aufklärung […] zu erhalten." Als „Hintergrund und für die weitere Behandlung bitte ich zu berücksichtigen, daß das Thema besonders delikat ist. Der Pfad zwischen genauer Erkundung der derzeitigen spanischen NATO-Politik und eines als Einmi-

Unsere Haltung, uns für volle Integration einzusetzen, dabei aber jeden Eindruck von Pression zu vermeiden, gilt weiterhin. Dem steht nicht entgegen, daß wir unsere Bedenken gegen bestimmte Konzepte oder Tendenzen zum Ausdruck bringen.

Im Vordergrund der Erörterungen soll aber Bemühen stehen, quasi in Fortsetzung und Vertiefung amerikanischer Sondierungen aktuellen Stand spanischen Entscheidungsprozesses und dessen Hintergründe aufzuklären.

Vor Gesprächen mit spanischer Seite sollte Botschafter Enders von unserer Haltung unterrichtet werden. Hier interessiert, wie USA auf Tendenz Madrids zu Nichtintegration zu reagieren beabsichtigen.[9]

Studnitz[10]

VS-Bd. 11978 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 178

schung empfundenen Druckes ist sehr schmal. […] Die Entwicklung des NATO-Themas gehört zu den ausschließlich von MP González wahrgenommenen Angelegenheiten, und nur von ihm selbst läßt sich Authentisches erfahren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 92; VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Botschafter Hermes, Washington, informierte am 8. Februar 1984: „Gespräche im NATO-Referat und dem für Spanien zuständigen Westeuropa-Referat des State Department ergaben, daß Administration ebensowenig wie wir davon ausgeht, daß Option voller militärischer Integration Spaniens in die NATO durch Regierung in Madrid bereits jetzt endgültig aufgegeben worden ist. […] Es komme deshalb darauf an, die Spanier in behutsamer Weise über die verschiedenen möglichen Ausformungen der vollen militärischen Integration Spaniens aufzuklären. Gesprächspartner nannten auf persönlicher Basis als Beispiel die Einrichtung eines […] spanisch geführten Kommandos für die Linie Balearen – Gibraltar – Kanarische Inseln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 601; VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1984.

10 Paraphe.

33

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ischinger

010-372/84 VS-vertraulich **3. Februar 1984**[1]

Betr.: Vier-Augen-Gespräch BM mit niederländischem AM van den Broek am 2.2.1984[2]

Aus dem etwa halbstündigen Vier-Augen-Gespräch teilt BM folgendes mit:

1) EG-Kommission

AM van den Broek habe sich dafür ausgesprochen, daß bei Bildung einer neuen EG-Kommission die Bundesrepublik Deutschland den Präsidenten stelle; NL würde einen deutschen Kandidaten unterstützen. Gleichzeitig sollte man, im Vorgriff auf die Erweiterung der Gemeinschaft, eine Entscheidung über die Begrenzung der Zahl der Kommissionsmitglieder auf eines pro Land vornehmen.

BM habe geantwortet, Bonn sei an der Besetzung des Postens des nächsten Kommissionspräsidenten interessiert. Zu der Frage einer Entscheidung über die Begrenzung der Zahl der Kommissionsmitglieder wolle er sich aber nicht so klar äußern wie sein niederländischer Kollege; bei der Frage der Effizienz der Kommission komme es nicht so sehr auf die Zahl der Kommissionsmitglieder, sondern vor allem auf deren Einstellung und Qualität an.

2) WEU

Zu der Frage einer Reaktivierung der WEU (die auch im größeren Kreis ausführlich erörtert wurde[3]) habe AM van den Broek sich nachhaltig skeptisch geäußert.

3) Libyen

NL sehe sich in der Frage der Flugzeuglieferungen an L. starkem Druck aus USA ausgesetzt.[4]

1 Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte am 6. Februar 1984 die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Horstmann und Jansen und vermerkte handschriftlich: „Hat L[eiter]M[inister]B[üro] vorgelegen."
Hat Horstmann und Jansen am 7. Februar 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 2. Februar 1984 in den Niederlanden auf.

3 Am 3. Februar 1984 übermittelte Botschafter von der Gablentz, Den Haag, die Gesprächsaufzeichnung über das Delegationsgespräch anläßlich des Aufenthalts von Bundesminister Genscher am Vortag in den Niederlanden: „NL fürchtet, franz[ösischer] Vorschlag Wiederbelebung WEU könne NATO aushöhlen, US-Widerstand wecken und SU falsches Signal geben. Europäische Sicherheitsprobleme sollten auf Grundlage der Genscher-Colombo-Formel besprochen werden. BM zeigt Verständnis für Revitalisierung WEU, da ‚Fußnotensitzungen' in Brüssel nicht weiterführen. Vorschlag und seine Motive sind gründlich zu prüfen, um jede Gefahr Spaltung EG oder NATO auszuschließen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 102; Referat 010, Bd. 178885.

4 In einer Aufzeichnung des Referats 200 vom 7. Februar 1984 wurde vermerkt, in der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 24./25. Januar 1984 in Paris hätten die niederländischen Vertreter mitgeteilt, „daß die Firma Fokker drei Zivilflugzeuge nach Libyen liefern wolle; 12 % des Materials dieser Flugzeuge stammen aus US-Zulieferungen." Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, „habe deshalb dafür gesorgt, daß dieses Geschäft gestoppt werde (amerikanische Drohung, Zulieferungen einzustellen und damit Produktion des Flugzeugs überhaupt lahmzulegen, falls NL trotz des dringenden Abratens nach Libyen exportiere)". Vgl. VS-Bd. 12912 (200); B 150, Aktenkopien 1984.

4) Kriegsverurteilte/Breda[5]

Auf Frage BMs habe AM van den Broek geäußert, er sehe angesichts der gegenwärtigen politischen Konstellation in NL keine Möglichkeit, sich in dieser Frage zu bewegen.

Ischinger

VS-Bd. 14124 (010)

34

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.31 HLG-180/84 geheim **4. Februar 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2] zur Unterrichtung

Betr.: Sitzung der High Level Group (HLG) am 1. und 2.2.1984

Bezug: StS-Vorlage vom 19.1.1984 – 201-363.31 HLG-104/84 VS-v (ist beigefügt[3])

1) Hauptpunkte der HLG-Sitzung am 1. und 2. Februar 1984 in Tampa/Florida waren die Entscheidung über den Fortbestand der Gruppe und die Festlegung ihres künftigen Arbeitsprogramms.

5 In einer Aufzeichnung des Referats 511 vom 10. Januar 1983 wurde dargelegt: „In den Niederlanden wurden nach dem Zweiten Weltkrieg 127 Niederländer und 18 Deutsche wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt. 35 Niederländer und fünf Deutsche wurden hingerichtet, 92 Niederländer und neun Deutsche – darunter auch die jetzt noch in Breda Inhaftierten – wurden zu lebenslanger Haftstrafe begnadigt. Im Laufe der Jahre wurden alle Verurteilten bis auf vier Deutsche freigelassen. Einer von ihnen, der frühere Dienststellenleiter der Sicherheitspolizei in Amsterdam, SS-Sturmbannführer Lages (ranghöher als die heute noch inhaftierten Kriegsverurteilten), wurde Mitte 1966 wegen schwerer Krankheit nach Deutschland abgeschoben, wo er 1971 verstorben ist. Josef Kotalla, einer der letzten drei Häftlinge, ist am 31.7.1979 in Breda verstorben. Die beiden heute noch im niederländischen Gefängnis in Breda inhaftierten Deutschen sind: Ferdinand aus der Fünten (73) und Franz Fischer (81). Die Botschaft Den Haag hat im Februar 1982 berichtet, daß sich der Gesundheitszustand der Inhaftierten […] erheblich verschlechtert hat." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1836.

1 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 6. Februar 1984 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 11. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 16. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.
Hat Pfeffer laut Vermerk vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 27. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer und Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.
Hat Schauer am 27. Februar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Seibert am 28. Februar 1984 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Pfeffer legte dar: „Für eine Auflösung der HLG spricht, daß die Gruppe die ihr gestellte Aufgabe – Vorbereitung der langfristigen TNF-Modernisierung – gelöst hat. Andererseits hat gerade die Entscheidung von Montebello den Nutzen eines Gremiums unterstrichen, das militärische Notwendigkeiten auch unter politischen Gesichtspunkten beurteilt. Ohne die Arbeit der HLG wäre der Reduzierungsbeschluß von Montebello nie zustande gekommen. Außer-

2) Der Fortbestand der Gruppe wurde von keiner Delegation und auch weder vom Vertreter des Militärausschusses[4] noch von den Repräsentanten von SHAPE und vom Internationalen Stab in Frage gestellt. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Gruppe eine gute Arbeit geleistet hat und auch in Zukunft auf ihren Beitrag zu den Diskussionen der Allianz über politisch-militärische Fragen nicht verzichtet werden sollte.

3) Die Eingrenzung der Themen war schwieriger. Einigkeit bestand darüber, daß bei ihrer Auswahl und Behandlung auf jeden Fall die Zuständigkeit anderer Gremien der Allianz zu beachten sei. Insbesondere solle die Bearbeitung rein militärischer Fragen vermieden werden.

In einer Vorbesprechung der Delegationsleiter traten der Leiter der amerikanischen Delegation, Perle, und der Vertreter von SHAPE dafür ein, der Gruppe die mit den chemischen Waffen verbundenen Fragen zuzuweisen. Ich habe mich diesem Vorschlag widersetzt und deutlich gemacht, daß wir – trotz des bedauerlichen Mangels klarer Konsultationsrichtlinien für den Einsatz von C-Waffen – zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Anlaß sähen, die Rolle der C-Waffen zur Erörterung zu stellen. Dies gelte sowohl unter rüstungskontrollpolitischen als auch unter allgemeinpolitischen Gesichtspunkten. Perle brachte daraufhin die Frage auf, ob die HLG nicht wenigstens den Ministern in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) gegenüber auf die Bedeutung der Frage hinweisen könne. Ich habe mich auch gegen diese Anregung ausgesprochen. Der Punkt wurde im weiteren Verlauf weder von Perle noch von SHAPE erneut aufgegriffen und kam auch im Plenum nicht zur Sprache.

Ebenfalls in der Vorbesprechung der Delegationsleiter kam das uns interessierende Thema der Initiative des Präsidenten zur Abwehr strategischer Systeme (Strategic Defense Initiative – SDI[5]) zur Erörterung. Die amerikanische Delegation reagierte auf diesen Themenvorschlag sehr zurückhaltend. Perle sagte mir in einem Gespräch am Rande der Sitzung, es stehe außer Zweifel, daß die HLG dieses Thema werde behandeln können und er die Gruppe über den Fortgang des amerikanischen Programms laufend informieren werde. Er werde das Thema aber nicht formell zu einem Besprechungspunkt der HLG machen können, da es sich um ein rein amerikanisches Programm handele und er deshalb keine entsprechende Ermächtigung der Administration erhalten werde. Da uns diese Antwort nicht befriedigen konnte, habe ich die Frage später trotzdem nochmals im Plenum zur Sprache gebracht. Wir konnten dort zwar nicht erreichen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 181

dem erscheint der Fortbestand der HLG als notwendiges Gegenstück zur Besonderen Beratungsgruppe (SCG) sinnvoll, die von der NPG 1979 in der Vorbereitungsphase des Doppelbeschlusses zur Ausarbeitung des rüstungskontrollpolitischen Ansatzes geschaffen worden war." Pfeffer kam zu dem Fazit: „Gegenstand künftiger HLG-Arbeit sollten weder rein militärische noch allgemein sicherheitspolitische Themen sein. […] Spezielle Einzelthemen könnten sein: Auswirkung der Strategic Defense Initiative (SDI) der US-Regierung auf die Nuklearstrategie der NATO; Nuklearstrategie der NATO im Lichte der waffentechnischen Entwicklungen in West und Ost; eine den Konsens in der Bevölkerung fördernde Darstellung der NATO-Strategie." Vgl. VS-Bd. 12060 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Klaus Wiesmann.

5 Zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan (SDI) vgl. Dok. 2 und Dok. 39.

daß das Thema in den Briefentwurf der HLG an den Generalsekretär[6] zur Weiterleitung an die NPG, in dem den Ministern das Mandat der Gruppe zur Billigung vorgelegt wird, speziell aufgenommen wurde. Übereinstimmung wurde aber darüber erzielt, daß die Gruppe bereits bei ihrer nächsten Sitzung über SDI unterrichtet und Gelegenheit haben wird, die Implikationen des Programms zu diskutieren. Für den Briefentwurf selbst wurde eine Formulierung akzeptiert, die die Unterrichtung über das Thema und seine Erörterung abdeckt.[7]

Die übrigen Themen waren weniger kontrovers. Die Amerikaner setzten sich dafür ein, Probleme der Sicherung nuklearer Waffen auf die Tagesordnung der Gruppe zu setzen. Ein sehr kompetenter Vortrag über diese Thematik durch den Leiter der zuständigen NATO-Arbeitsgruppe[8], in dem auch die politischen Implikationen der Sicherung nuklearer Waffen erläutert und unterstrichen wurden, überzeugte die HLG, den Vorschlag anzunehmen, dem sie zunächst deshalb zu folgen gezögert hatte, weil ihr das Thema zu technisch-militärisch erschien.

Ein anderer Programmpunkt, den die Gruppe ohne Vorbehalte akzeptierte, war die Beziehung zwischen nuklearen und konventionellen Waffen. Wie sich dieses Thema wird eingrenzen lassen, muß die Praxis erweisen. Nach unseren Vorstellungen sollte es bei seiner Behandlung u. a. darum gehen, die Möglichkeiten der Ablösung nuklearer durch konventionelle Waffen – wie z. B. Nike-Hercules durch Patriot – im einzelnen zu untersuchen. In diesem Zusammenhang werden auch Fragen der Strategie zur Erörterung stehen, die das Thema auch zu einem relativ kontroversen werden lassen könnten.

4) Das Ergebnis der Sitzung erscheint insgesamt akzeptabel:

– Unseren Intentionen entsprechend, wird die HLG fortbestehen. Das ist wichtig, da die Gruppe – angesiedelt zwischen der reinen Expertenebene und den Ministern – bewiesen hat, daß sie in der Lage ist, auch schwierige Fragen der Strategie aufzugreifen und weiterzuentwickeln.
– Das für uns bedeutsame Thema SDI und seine Implikationen für die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses wird zwar nicht gesondert in die von der HLG vorgeschlagene Agenda aufgenommen werden. Es besteht aber Übereinstimmung darüber, daß die USA die HLG zu diesem Thema informieren und die Gruppe Gelegenheit zur Diskussion der Implikationen dieses Themas haben wird.
– Die Aufnahme des Themas der Beziehungen zwischen nuklearen und konventionellen Waffen entspricht unseren Vorstellungen.
– Das Thema der Sicherung nuklearer Waffen ist zwar für uns nicht prioritär, es ist aber sicherlich wichtig, daß wir auch hierzu – auch unter politischen Gesichtspunkten – unsere Auffassungen zur Geltung bringen.
– Das Thema C-Waffen, dessen Behandlung zumindest in dieser Gruppe nicht unseren Vorstellungen entspricht, ist abgesetzt.

6 Joseph A. M. H. Luns.

7 Für den Entwurf des Schreibens des Abteilungsleiters im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, an NATO-Generalsekretär Luns sowie für das Schreiben vom 13. Februar 1984 vgl. VS-Bd. 12060 (201).

8 Richard L. Wagner.

– Alle Delegationen waren sich einig darüber, daß die zuständigen NATO-Gremien in ihrer Tätigkeit durch die HLG nicht tangiert werden sollen. Diese Auffassung wurde auch von den Vertretern des Internationalen Stabes und der militärischen Dienststellen der Allianz, die zwar nur beratende Funktion haben und nicht stimmberechtigt sind, aber bei den Sitzungen voll vertreten waren, für richtig gehalten und mitgetragen. Insofern dürfte den Bedenken unserer NATO-Vertretung Rechnung getragen sein.[9]

5) Nicht vertreten bei der Sitzung waren Spanien und Griechenland. Daraus politische Schlüsse zu ziehen, erscheint jedoch nicht gerechtfertigt. Zur Zeit haben wir keine Anzeichen dafür, daß die beiden Länder sich aus der HLG oder gar der NPG zurückziehen.

6) Die nächste Sitzung der HLG wird voraussichtlich am Rande der NPG[10] Anfang April stattfinden.[11]

Schauer

VS-Bd. 12060 (201)

9 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 27. Januar 1984, er müsse der Annahme, „wonach in der HLG informeller Gedankenaustausch möglich sei, bevor Fragen in die ‚formellen NATO-Kanäle' eingeführt werden könnten", widersprechen: „Für alle Fragestellungen – und das ergibt ein Studium der Arbeitsweise der NPG und ihrer Stabsgruppe sowie auch der anderen Gremien – bestehen Möglichkeiten des informellen Gedankenaustauschs und werden diese auch stets genutzt. Das wird auch durch die Entsendung von Sachverständigen aus den Hauptstädten – soweit gewünscht – unterstützt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 168; VS-Bd. 12060 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

10 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4. April 1984 in Çeşme vgl. Dok. 102.

11 Die nächste Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO fand am 17./18. Mai 1984 in Brüssel statt. Vortragender Legationsrats I. Klasse von Studnitz vermerkte dazu am 23. Mai 1984: „Die Sitzung der HLG am 17./18. Mai bestätigte einige der von Botschafter Wieck geäußerten Befürchtungen, daß die HLG zur Durchsetzung spezifischer amerikanischer Interessen dadurch besonders gut genutzt werden könnte, daß der ausgleichende Einfluß des internationalen Vorsitzes durch die Tatsache amerikanischen Vorsitzes eliminiert würde. Perle versuchte nämlich, von Anbeginn die Arbeit der HLG ausschließlich auf das Thema der Überlebensfähigkeit nuklearer Waffen zu steuern, und stellte das zweite Thema des NPG-Mandats betreffend das Verhältnis nuklearer und konventioneller Waffen mit der Begründung gar nicht zur Diskussion, daß für dieses Thema kein Arbeitspapier vorliege." Vgl. VS-Bd. 12060 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

35

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

202-321.00 FRA **6. Februar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 9. Januar 1984,
AZ: 202-321.00 FRA

Zweck der Vorlage: Kenntnisnahme und Zustimmung zu Ziffer IV

I. 1) Die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit, Kernstück unserer Außenpolitik, hat sich im Verhältnis Bundesrepublik Deutschland–Frankreich ebenso bewährt wie im europapolitischen Rahmen und in den West-Ost-Beziehungen. Die deutsch-französische Freundschaft ist heute als Selbstverständlichkeit[4] im Bewußtsein beider Völker verankert.

2) Unbeschadet einer ausgesprochen erfolgreichen Bilanz des bisher Erreichten bleibt Raum für eine Erweiterung und Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit. Diese ist vor dem Hintergrund der schwierigen West-Ost-Beziehungen und der kritischen Lage in der EG besonders wünschenswert. Darüber hinaus zeigt Frankreich gegenwärtig ein besonders ausgeprägtes Interesse an einer Intensivierung unserer bilateralen Beziehungen. Davon zeugen nicht nur die Rede Mitterrands vor dem Deutschen Bundestag vom 20. Januar 1983[5] und die lebhafte innerfranzösische Diskussion über die Frage, wie man der Bundesrepublik Deutschland als Partner besser gerecht werden könne, sondern auch die seit 1982 eingetretenen beachtlichen – zum Teil qualitativen – Verbesserungen der bilateralen Zusammenarbeit. Zu letzteren gehören vor allem die Intensivierung der Konsultationen über West-Ost-Fragen und die Ingangsetzung des Dialogs über Sicherheit und Verteidigung. Das hervorragende Klima der bilateralen Beziehungen hat es ferner erlaubt, das letzte deutsch-französische Kriegs-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 8. Februar 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die neuesten Erklärungen Mitterrands in den NL sind noch nicht eingearbeitet. Dazu folgt gesonderte Aufz[eichnung]."

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 9. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies ist eine Zusammenstellung von Möglichkeiten im deutsch-fr[an]z[ösischen] Verhältnis. Wenn man operative Schlußfolgerungen hieraus ziehen will, müßten Prioritäten aufgezeigt u. gesetzt werden. Insoweit sollte Entscheidung zu Ziffer IV zurückgestellt werden."

3 Hat Bundesminister Genscher am 16. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 202 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 16. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.
Hat Pfeffer am 17. Februar 1984 erneut vorgelegen.

4 Die Wörter „als Selbstverständlichkeit" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer eingeklammert.

5 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

folge-Problem (elsaß-lothringische Zwangsrekrutierte, Mundatwald und Sequesterland[6]) einer bevorstehenden Einigung zuzuführen.[7]

II. Nicht ohne Probleme sind die deutsch-französischen Beziehungen im Wirtschaftsbereich.

1) In den bilateralen Handelsbeziehungen empfinden die Franzosen das 1981 und 1982 stark gewachsene französische Defizit als belastend. Wir können im Grundsatz an diesem Defizit, das strukturbedingt ist, wenig ändern. Wir sind aber um aktive Solidarität mit dem französischen Partner bemüht. (Entgegenkommen bei Wechselkursanpassungen des Franc, deutsch-französische Arbeitsgruppe zur Beseitigung von Reibungsflächen im Normenbereich, der französischerseits – nach unserer Meinung nicht stichhaltig – als handelshemmend und für das französische Defizit mit ursächlich kritisiert wird.)

Die deutsch-französische industrielle Zusammenarbeit ist – als Folge unternehmerischer Initiative – weit vorangeschritten. F mißt aber ihrer Ausweitung – auch zur Beschleunigung des technologischen Fortschritts in Europa – besondere Bedeutung bei. Während wir den Ausbau der industriellen Kooperation primär als unternehmerische Aufgabe sehen, denken die Franzosen stärker an staatliche Förderung. Sie haben dazu in Brüssel neue Vorschläge vorgelegt[8] (s. auch II. 2, dritter Anstrich).

Insgesamt sind unsere Möglichkeiten, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen staatlich zu fördern, begrenzt. Wichtig ist allerdings, daß wir bei der für die

6 In einer Aufzeichnung des Referats 514 vom 23. Februar 1984 wurde vermerkt: „1) Mundatwald: Rd. 700 ha großes, unbewohntes Waldstück an Grenze zwischen Südpfalz und Elsaß. 1949 […] in französisches Staatsgebiet einverleibt. Mit Vertrag von 1962 (von Frankreich 1963, von uns nicht ratifiziert) verpflichteten wir uns, die Einverleibung des Mundatwalds anzuerkennen gegen französische Verpflichtung zur Aufhebung der Beschlagnahme deutschen Grundvermögens in Elsaß-Lothringen und Paris (evang[elische] Kirche), kurz als Sequesterland (über 600 ha) bezeichnet. Neuverhandlungsversuche deutscherseits bis Mitte der 70er Jahre erfolglos. 2) Zwangsrekrutiertenfrage: Aufgrund französischen Drängens auf deutsche Leistungen für französische Zwangsrekrutierte setzten ehem[aliger] BK Schmidt und ehem. Präsident Giscard d'Estaing bilaterale Arbeitsgruppe (Möller-Hoeffel-Ausschuß) zur Ausarbeitung Lösung ein, die im bilateralen Abkommen vom 31.3.1981 festgeschrieben wurde: Hiernach zahlt deutsche Seite insgesamt 250 Mio. DM (drei Jahresraten) an französische Stiftung ‚Deutsch-Französische Verständigung' mit Sitz in Straßburg, die gemäß ihrer Satzung Härtefälle aus dem Zwangsrekrutiertenbereich lindern soll. […] Das Abkommen ist noch nicht in Kraft getreten." Vgl. B 86 (Referat 503), Bd. 2016.
Für den Wortlaut des Abkommens vom 31. März 1981 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über einen Beitrag der Bundesrepublik für die Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung" vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 609.

7 Zum Sachstand hielt Referat 514 am 23. Februar 1984 fest: „Wenngleich formelles Junktim nicht besteht und französische Seite im übrigen auch ausdrücklich Anerkennung eines Zusammenhangs stets auswich, wurde ihr doch deutlich gemacht, daß Haushaltsausschuß Bundestags die qualifizierte Sperre für Zwangsrekrutiertenmittel nicht ohne befriedigende Regelung Mundatwald- und Sequesterlandfrage aufzuheben und damit Voraussetzung für Inkraftsetzung Abkommens vom 31.3.1981 zu schaffen bereit war. […] Französische Seite zeigte unter diesen Umständen weitgehendes Entgegenkommen: Verabschiedung Sequesterlandfreigabegesetzes (veröffentlicht im französischen Gesetzblatt vom 4. Januar 1984) sowie Bereitschaft, deutsche Souveränität über Mundatwald mit der Maßgabe anzuerkennen, daß Privateigentum am Wald – ausgenommen rd. 15 ha Streubesitz deutscher Privateigentümer – Frankreich zusteht. Deutsch-französische Expertengespräche am 9. Januar 1984 haben weitgehende Annäherung der Standpunkte über künftige Regelung erbracht; französischer Botschaft wurde am 30.1.1984 ein […] Entwurf entsprechenden Notenwechsels zugeleitet." Vgl. B 86 (Referat 503), Bd. 2016.

8 Vgl. dazu das Memorandum der französischen Regierung vom 12. September 1983 zur Industrie- und Forschungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; EUROPA-ARCHIV 1983, D 695–701.

deutsch-französischen Beziehungen besonders bedeutsamen industriellen Zusammenarbeit im Flugzeugbau (Airbus) den Gleichschritt mit F wahren, das auf eine positive deutsche (und britische) Entscheidung zum Bau des neuen Airbus A-320 drängt. Wir rechnen mit einer positiven Grundsatzentscheidung des Kabinetts Mitte Februar.[9]

2) Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bestehen zwischen F und D in einer Reihe wichtiger Fragen wesentliche Differenzen:

– In der Agrarpolitik gehen die Vorstellungen über den Abbau des positiven deutschen Grenzausgleichs wie auch über Art und Umfang notwendiger Einsparungsmaßnahmen auseinander.[10]
– Grundsätzliche Meinungsunterschiede bestehen in der Frage des Schutzes des Gemeinsamen Marktes gegenüber Drittlandsimporten sowohl auf dem Agrar- als auch auf[11] dem gewerblichen Sektor (Fettsteuer[12], Substitutenproblem[13], neues handelspolitisches Instrumentarium[14]). F fordert als Vorbedingung für substantielle Fortschritte beim Ausbau des Binnenmarktes eine Erweiterung der sogenannten Gemeinschaftspräferenz, die wir im Interesse unserer Exportwirtschaft und einer Offenhaltung des Gemeinsamen Marktes nach außen ablehnen müssen. F ist allerdings unser größter Handelspartner.
– Industriepolitisch sind beide Seiten an einer Intensivierung der Unternehmenskooperation, vor allem auf dem Gebiet der Spitzentechnologie, interessiert und befürworten die Verbesserung der rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen auf Gemeinschaftsebene. F denkt dabei auch an finanzielle Fördermaßnahmen (vor allem für die Bildung von Risikokapital), denen wir – wegen ihres Subventionscharakters – zurückhaltend gegenüberstehen.
– In wirtschaftspolitischen Fragen bestehen ähnliche grundlegende ordnungspolitische Differenzen, die eine Abstimmung etwa von haushalts- oder währungspolitischen Maßnahmen und Verhaltensweisen, wie sie eine auf das Konvergenzziel gerichtete Wirtschaftspolitik erfordert, wesentlich erschweren. Im Währungsbereich entstehen infolgedessen Spannungen, die von Zeit zu Zeit durch eine Anpassung der Umrechnungskurse im EWS abgebaut wer-

9 Zur Kabinettssitzung vom 22. Februar 1984 vgl. Dok. 30, Anm. 6.

10 Zur Frage der Währungsausgleichsbeträge im Rahmen der EG-Agrarpolitik vgl. Dok. 29, besonders Anm. 15.

11 Korrigiert aus: „als auf".

12 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Abgabe auf pflanzliche Öle und tierische Fette vgl. Dok. 29, Anm. 30.

13 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, die Getreidesubstitutimporte zu begrenzen, vgl. Dok. 29, Anm. 31.

14 Referat 411 erläuterte am 22. November 1983: „F hat 1982 Memorandum vorgelegt und darin neues Schutzinstrument zur Abwehr unlauterer Handelspraktiken von Drittstaaten gefordert. Um eine Diskussion hierüber zu erzwingen, hat F Zustimmung zu Fortschritten beim Ausbau des EG-Binnenmarktes von Verschärfung des bestehenden handelspolitischen Instrumentariums abhängig gemacht. […] EGK hat daraufhin im Febr[uar] 1983 in Anlehnung an franz[ösische] Vorstellungen den noch immer diskutierten Vorschlag vorgelegt." Letzterer sehe vor, daß die EG-Kommission „nach Konsultation mit den MS entscheidet und EGK-Entscheidung nur noch durch den Rat mit qualifizierter Mehrheit aufgehoben werden kann. Als Gegenmaßnahmen sollen alle bestehenden handelspolitischen Mittel in Frage kommen wie z. B. Zollerhöhungen, mengenmäßige Beschränkungen und andere handelspolitische Maßnahmen. […] Die Haltung der Bundesregierung bei den bisherigen Beratungen war grundsätzlich ablehnend. Das BMWi sieht in den Vorschlägen ein überflüssiges neues Instrument mit einseitig protektionistischer Ausrichtung." Vgl. Referat 411, Bd. 131246.

den müssen. Die tendenzielle Schwäche der französischen Währung bringt es außerdem mit sich, daß F bei der Fortentwicklung des EWS und der verstärkten Verwendung des ECU weiter gehen kann als die Bundesbank als Hüterin einer starken DM.

– Die Regionalpolitik betrachtet F, wenn auch uneingestanden, noch immer eher als ein Transferinstrument auch zu seinen eigenen Gunsten. Es zeigt deshalb bei der anstehenden Reform des Regionalfonds wenig Bereitschaft, zugunsten ärmerer MS Einbußen an der ihm zustehenden Quote hinzunehmen, wozu wir im Interesse der räumlichen Konzentration bereit sind. Auch die integrierten Mittelmeerprogramme scheint F vor allem danach zu beurteilen, in welchem Umfang französische Gebiete einbezogen werden sollen.
– Die Sozialpolitik der EG versucht F als Hebel zu benutzen, um eigene Vorstellungen (35-Stunden-Woche) gemeinschaftsweit durchzusetzen.

III. Eine weitere Festigung der deutsch-französischen Beziehungen sollte als Motor dienen für die europäische Einigung und die Stärkung der europäischen Komponente in den internationalen Beziehungen. Derartige Bemühungen dürften bei unseren EG- und Bündnispartnern bei entsprechender Unterrichtung, wo nicht begrüßt, zumindest verstanden werden. Wichtigster Ansatzpunkt für eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit bleibt der Elysée-Vertrag[15], in den sich – von der Belebung der WEU abgesehen – nahezu alle in Frage kommenden Projekte einordnen lassen.

Praktische Schritte zur weiteren Verbesserung der deutsch-französischen Zusammenarbeit bieten sich vor allem auf folgenden Kerngebieten an:

1) Außenpolitische Konsultationen

Das auf den Elysée-Vertrag aufgebaute dichte Netz bilateraler Konsultationen hat inzwischen ein so hohes Niveau erreicht, daß es möglich ist[16], die Sachfragen noch stärker als bisher schon operativ anzugehen und gemeinsame Überlegungen anzustellen, um sie bestmöglich in die EPZ einzuführen.

a) Der von Ihnen und AM Cheysson gebilligte Bericht vom Oktober 1982 über West-Ost-Fragen[17] hat zu der angestrebten engeren Abstimmung der gemeinsamen Politik gegenüber dem Osten geführt. Die Arbeit der mit dem Bericht eingesetzten Studiengruppe für West-Ost-Fragen ist zufriedenstellend und hat sich entsprechend positiv auf die EPZ-Arbeitsgruppen KSZE und Osteuropa ausgewirkt. Der eingehende Meinungsaustausch über wichtige ostpolitische Entwicklungen hat zu einem besseren gegenseitigen Verständnis geführt und dürfte

15 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

16 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sein sollte".

17 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl legte am 18. Oktober 1982 den Schlußbericht einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe unter seiner Leitung und der des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Dufourcq, vor. Der Bericht gliedere sich in vier Abschnitte: „I. Ursprüngliche Konzepte und aktuelle Bestandsaufnahme der Entspannungspolitik. II. Einschätzung der sowjetischen Strategie für die kommenden Jahre. III. Im Lichte dieser Bestandsaufnahme und dieser Einschätzung Prüfung der Ziele und Modalitäten der Politik der beiden Länder gegenüber der UdSSR und den Ländern des Ostens in den kommenden Jahren. IV. Konkrete Anregungen zur Harmonisierung dieser Politik." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140663.

dazu beitragen, auf französischer Seite gewisse latente Vorbehalte gegenüber unserer Politik abzubauen. Unser Ziel, aufgrund abgestimmter Haltung gemeinsame deutsch-französische Stellungnahmen in internationalen Gremien (insbesondere EPZ, NATO) einzubringen, sollten wir angesichts zögerlicher Reaktionen seitens Frankreichs pragmatisch und flexibel weiterverfolgen. So dient eine von uns angeregte aktuelle Ergänzung des Berichts von 1982 vor allem dem Zweck, eine Grundlage für eine gemeinsame Haltung zum West-Ost-Bericht der NATO (Tindemans-Vorschlag[18]) zu schaffen.

b) Im VN-Bereich bietet sich die Intensivierung der auf deutsche Initiative unter unserer Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1983 verstärkt angelaufenen Bemühungen um eine Harmonisierung des Zehnerverhaltens in Schwerpunktbereichen an. Hierbei könnten auch eventuell vorhandene Einwirkungsmöglichkeiten der französischen Präsidentschaft[19] auf Griechenland mit dem Ziel genutzt werden, die im Verhältnis zu den übrigen Neun extreme Außenseiterrolle Griechenlands (etwa bei Nahost-Abstimmungen) stärker an gemeinsame Grundpositionen (u. a. Venedig-Erklärung[20]) heranzuführen (besonderes Verhältnis F : GR).

c) Darüber hinaus könnte der Versuch unternommen werden, diesen Prozeß der qualitativen Verbesserung zu systematisieren und zu verstärken.[21] Dies ließe sich etwa durch eine Absprache zwischen den beiden Regierungen erreichen, wonach sie als wesentliche Aufgabe der bilateralen Konsultationen betrachten, die Beratungen und Beschlüsse in der EPZ zu erleichtern und insbesondere in deren Gremien möglichst keine gegensätzlichen Positionen zu beziehen, die einen Konsensus verhindern würden.

Eine derartige Absprache könnte – eine entsprechende Unterrichtung der übrigen EPZ-Partner vorausgesetzt – von diesen wohl kaum als Versuch der Bevormundung mißverstanden werden, da diese Absprache nur dann wirksam würde, wenn unter den Acht und uns oder Frankreich Einvernehmen herrscht. Hingegen dürfte sie auf die EPZ konsensstimulierend wirken.

2) Sicherheitspolitische Zusammenarbeit

Beide Seiten sehen in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit eine wichtige Klammer zwischen beiden Staaten, die weiter ausgebaut werden sollte. Sie sollte immer mehr[22] dazu führen, daß Frankreich Deutschland nicht als „Glacis“ in der Sicherheitsfrage betrachtet. Folgende Themen werden bereits bilateral besprochen und sollten weiterverfolgt werden:

– Zusammenarbeit der Streitkräfte,
– neue Technologien im Zusammenhang mit Strategiefragen,

18 Zum geplanten „West-Ost-Bericht“ der NATO vgl. Dok. 28, Anm. 5.

19 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

20 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

21 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Das geschieht praktisch, jedenfalls zwischen Andréani und mir im PK. Ich bin nicht sicher, ob wir ‚formalisieren‘ sollten.“

22 Die Wörter „immer mehr“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „möglichst bald auch“.

– Beobachtungssatelliten und satellitengestützte Aufklärungssysteme,
– gemeinsame Analyse von DABM[23]/SDI,
– Rüstungszusammenarbeit allgemein, z. Z. Panzerabwehrhubschrauber[24] und Seezielflugkörper ANS (Anti-Navire Supersonique).

Folgende Themen sollten[25] in Zukunft behutsam angegangen oder vertieft werden:

– französische Beteiligung an der Vorneverteidigung,
– operative Zusammenarbeit, Einsatzplanung der Streitkräfte einschließlich Schnelle Eingreiftruppe FAR[26],
– französische Nuklearplanung (Einsatzrichtlinien),
– Verwirklichung der Bestimmungen des Elysée-Vertrages (Teil II, B I 1), die die Errichtung deutsch-französischer Institute für operative Forschung im Bereich der Verteidigungsstrategie und Taktik vorsehen.[27]

Die bilaterale Zusammenarbeit sollte in der multinationalen Zugehörigkeit beider Staaten zur Atlantischen Allianz, zu EG (EPZ) und WEU eingebettet sein.

Belebung der WEU[28]

Teile der bilateralen Zusammenarbeit könnten „multilateralisiert" werden[29]. Ob das evtl. zu gründende Institut für operative Forschung im Bereich von Strategie und Taktik sich zur Einbringung in die WEU eignet, hängt davon ab, wie spezifisch diese Forschung vorgestellt wird, da strategische und operative Funktionen der WEU an die NATO abgegeben sind (Art. IV WEU-Vertrag[30]).

23 Defense Against Ballistic Missiles.

24 Bundesminister Wörner und der französische Verteidigungsminister Hernu unterzeichneten am 25. November 1983 eine Erklärung, in der beide Seiten ihre Absicht bekundeten, gemeinsam einen Panzerabwehrhubschrauber zu bauen. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 122 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 28. November 1983; Referat 012, Bd. 124453.

25 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „könnten".

26 Zur französischen „Force d'Action Rapide" (FAR) vgl. Dok. 1, Anm. 4.

27 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Dieser Eventualpunkt müßte zunächst mit BMVg besprochen werden. Außerdem: Kosten-Sache."

28 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „Eine Belebung der WEU ist in beiderseitigem Interesse. Wir sollten daher auf die französischen Gedankengänge zügig eingehen. Für uns steht allerdings an erster Stelle die Abschaffung der uns noch diskriminierenden Herstellungsbeschränkungen im konventionellen Bereich (nicht A-, B-, C-Waffen). Der französische Vorschlag, die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen in ein umfassenderes Paket, z. B. mit der Abschaffung der Mengenkontrollen, zu nehmen (denen Großbritannien nur auf dem Kontinent unterliegt, Frankreich jedoch wie alle anderen WEU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der gesamten Streitkräfte), wird weiter zu verfolgen sein. Die französische Überlegung für das Rüstungskontrollamt (etwa Verifikation im Abrüstungsbereich) […] müssen wir noch eingehend prüfen. Gründliche Vorklärung mit Bündnispartnern, insbesondere GB, NL, I und US, ebenfalls erforderlich. Unser Ziel ist es, durch eine Belebung der WEU, wobei wir in erster Linie an eine Stärkung des Ministerrats denken, unser bilaterales Verhältnis zu Frankreich zu festigen und durch ein Mitziehen der übrigen Fünf Europa sowie die Atlantische Allianz zu stärken (Organisation des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz)." Dazu vermerkte Pfeffer handschriftlich: „Hierzu präzisere Sonder-Aufzeichnung."

29 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „d. h. im Rahmen von WEU, EPZ und NATO fortgeführt werden, z. B. Rüstungszusammenarbeit, Aufklärungssatellitenprogramm; Gespräche über operative Zusammenarbeit der Streitkräfte."

30 Für den Wortlaut von Artikel IV des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 285.

3) Als „Krönung“ der deutsch-französischen Zusammenarbeit sollte sich Frankreich unsere Auffassung zur Wiedervereinigung (Brief zur deutschen Einheit[31]) auch innerlich zu eigen[32] machen. Die (übertriebene) französische Sorge vor neutralistischen Tendenzen bei uns und Frankreichs Ablehnung von Jalta[33] bieten Ansätze, um gemeinsam und langfristig auf die Aufhebung der europäischen Teilung und damit auch der deutschen Spaltung hinzuwirken. Europäischer Einigungsprozeß und westliche Sicherheit in der Allianz sind Grundlagen dieser Entwicklung, die im West-Ost-Verhältnis am vorteilhaftesten über die KSZE zu spulen ist.

4) Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Ansatzpunkte für eine Intensivierung der Zusammenarbeit bestehen in der Förderung der Unternehmenskooperation vor allem durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen auf Gemeinschaftsebene. Die von der französischen Seite in die Verhandlungen über das „Stuttgarter Paket“[34] eingeführten Vorschläge bieten hierfür eine geeignete Grundlage.

5) Wissenschaftlich-technologischer Bereich

– vgl. Anlage[35] –

IV. 1) Vor dem Hintergrund des manifestierten Interesses Frankreichs an einer Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit und der zu erwartenden positiven Auswirkungen auch auf die europäische Einigung, das Bündnis und die West-Ost-Beziehungen, bietet sich an, unsererseits eine entsprechende Initiative[36] zu ergreifen.

2) Sie könnte zunächst folgende Elemente umfassen:

a) Überprüfung des Elysée-Vertrags nach brachliegenden Feldern.

31 Im „Brief zur deutschen Einheit“, der anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 im sowjetischen Außenministerium übergeben wurde, stellte die Bundesregierung fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 407.
Einen wortgleichen Brief richtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, an den Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

32 Die Wörter „zu eigen“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zur eigenen Sache“.

33 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

34 Zum „Stuttgarter Paket“ vgl. Dok. 3, Anm. 10.

35 Dem Vorgang beigefügt. Als Möglichkeiten der deutsch-französischen Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technologischen Bereich nannte Ministerialdirektor Pfeffer die finanzielle Unterstützung der Deutsch-Französischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie, die Kooperation bei der Einrichtung von Großforschungsanlagen, den projektbezogenen Austausch von Forschern, die Zusammenarbeit in der Meeresforschung und die Schaffung einer Europäischen Satelliten-Kontrollorganisation. Vgl. dazu Referat 203 (202), Bd. 140623. Für einen Auszug vgl. Anm. 40.

36 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Einer gesonderten formalen Initiative bedarf es nicht. Man kann die Punkte einführen, soweit sie nicht längst praktiziert werden.“

b) Noch stärkere operative Gestaltung der bilateralen Konsultationen, um deren gemeinsame Ergebnisse bestmöglich in die EPZ einzubringen und gründliche bilaterale vorherige Abstimmung über sensitive Themen, die im kleineren Rahmen und im Rahmen der Sechzehn (NATO) zu behandeln sind.

c) Absprache zwischen beiden Regierungen, die Beratungen und Beschlüsse der EPZ zu erleichtern und insbesondere in deren Gremien möglichst keine gegensätzlichen Positionen zu beziehen, die einen Konsensus verhindern würden.[37]

d) Aufgreifen der WEU-Initiative Frankreichs[38] und Einbringung unserer eigenen Vorstellungen.

e) Intensivierung der bilateralen wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit im Sinne Ihrer Rede vom 13.12.1983[39], u. a. durch Eingehen auf französisches Memorandum zur Forschungspolitik der EG vom 12.9.1983 – vgl. Anlage Ziffer 1c) – (gleichzeitig sollte die Grundfinanzierung der AFAST[40] – vgl. Anlage Ziffer 1a) – sichergestellt werden).

f) Als notwendige Ergänzung zu d) Intensivierung der bilateralen kulturellen Zusammenarbeit (z. B. Kenntnis der Partnersprache zur Förderung der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit).

Anhand dieser Elemente könnten eine Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit laufend mit Frankreich erörtert und positive Ergebnisse in den Medien umgesetzt werden.

Abteilung 6 hat mitgewirkt.

D 4[41] hat mitgezeichnet (im Rahmen seiner Zuständigkeit)[42].

Pfeffer

Referat 203 (202), Bd. 140623

37 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Keine formelle Absprache; praktisches Verhalten."

38 Zu den französischen Überlegungen für eine Belebung der WEU vgl. Dok. 1.

39 Bundesminister Genscher hielt am 13. Dezember 1983 eine Rede zum Thema „Die technologische Herausforderung – Wirtschafts-, gesellschafts-, bildungs- und europapolitische Aufgaben der nächsten Jahre". Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1983, S. 1253–1259.

40 Association Franco-Allemande pour la Science et la Technologie.
Zur finanziellen Unterstützung der Deutsch-Französischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer in der als Anlage beigefügten Aufzeichnung, ihr Ziel sei „die Sicherung und Verbesserung des Innovationspotentials in beiden Ländern angesichts der Herausforderungen in der Spitzentechnologie durch Japan und die USA". Obwohl die politische Bedeutung von AFAST „auf dem letzten dt.-frz. Gipfel (24./25.11.1983) unterstrichen wurde, ist die Grundfinanzierung dieser Einrichtung über 1984 hinaus noch nicht sichergestellt. Da es sich hierbei um einen verhältnismäßig geringen Betrag (ca. 40 – 50 000 DM/Jahr) handelt, der aber einen hohen Nutzen verspricht, sollte diese Frage möglichst rasch gelöst werden." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140623.

41 Per Fischer.

42 Die Wörter „(im Rahmen seiner Zuständigkeit)" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

36

Botschafter Freiherr von Mentzingen, Khartum, an das Auswärtige Amt

114-10557/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 107
Cito

Aufgabe: 7. Februar 1984, 10.25 Uhr[1]
Ankunft: 7. Februar 1984, 11.34 Uhr

Betr.: Destabilisierung der politischen Lage im Sudan[2]

Bezug: DB Nr. 99 vom 4.2.1984 – Pol 320.10[3]

1) Südsudanesische Rebellen haben durch erneuten Schlag bewiesen, daß sie in der Lage sind, entscheidende Entwicklungsvorhaben der Regierung zu paralysieren. Die Entwicklung treibt auf eine für die Gesamtregion gefährliche Destabilisierung des Sudan zu. Einzige Möglichkeit, diesem Trend entgegenzuwirken, ist Einflußnahme auf Numeiri, Verhandlungslösung anzustreben, die allerdings erhebliche Konzessionsbereitschaft voraussetzt.

2) Die jüngsten Überfälle der Rebellen im Südsudan und in ihrer Folge die Einstellung der Arbeiten an Schlüsselprojekten künftiger Entwicklung des Landes (Ölprojektion und -förderung, Jonglei-Kanal) werfen ein Schlaglicht auf das Dilemma, in das sich das Regime in Khartum hineinmanövriert hat. Einflüsse und Einmischungen von außen (Äthiopien, Libyen) sind nicht Ursache bestehender Probleme, sondern die Folge hausgemachter Fehlentwicklungen.

Nord-Süd-Auseinandersetzung bedeutet akute Bedrohung der Stabilität des Sudan, die ihrerseits Voraussetzung für weitere Entwicklung des sich ohnehin in wirtschaftlicher und finanzieller Krise befindlichen Landes ist. Unstabiler

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schnittger am 7. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Fiedler und Parlamentarischen Staatssekretär Köhler, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, verfügte.

2 Ministerialdirektor Ruhfus vermerkte am 6. April 1984: „Die verfehlte Innenpolitik Präsident Numeiris, insbesondere die Aufhebung der 1972 vereinbarten Autonomie der nichtmoslemischen Südregion durch die Aufteilung in drei Provinzen (Regionalisierungspolitik), die Islamisierung des Rechts in ganz Sudan über das im Norden geltende islamische Familien- und Erbrecht hinaus, hat bewirkt, daß das latent immer vorhandene Revolutionspotential im Süden erneut virulent geworden ist. Überfälle der Rebellen auf Armee- und Polizeiposten haben weite Teile des Südens der staatlichen Kontrolle entrissen. […] Sind insoweit die Ursachen der Krise ‚hausgemacht', so wird diese durch die Intervention Libyens und – in geringerem Maße – Äthiopiens zugunsten der südsudanesischen Rebellen und anderer unzufriedener Elemente für eigene Zwecke genutzt. Es ist [zu] vermuten, daß Libyen mit der Destabilisierung des Sudan hauptsächlich Ägypten, seinen nahöstlichen Hauptgegner, treffen will, das den Sudan u. a. wegen seiner Nilwasser-Interessen als lebenswichtiges Sicherheitsvorfeld ansieht […]. Wir sollten für einen stabilen Sudan, nicht das Regime Numeiri, eintreten." Vgl. Referat 310, Bd. 137534.

3 Botschafter Freiherr von Mentzingen, Khartum, berichtete: „Bei einem nächtlichen Überfall am 2. Februar 1984 töteten südsudanesische Rebellen drei ausländische Angestellte der US-Ölgesellschaft Chevron und verwundeten sieben weitere. Der offenbar von schwer bewaffneten Angehörigen der Rebellenarmee Anyanya II verübte Überfall trifft eines der für Entwicklung des Landes wichtigsten Projekte und beweist erneut relativ ungehinderte Bewegungsmöglichkeiten der Rebellen im Süden des Landes. Ansätze für Versuche friedlicher Regelung der Streitigkeiten werden, bevor sie richtig begannen, zurückgeworfen. Schwerer Rückschlag für politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes." Vgl. Referat 310, Bd. 137534.

Sudan mit acht, einschließlich Saudi-Arabien neun Nachbarn kann nicht ohne Auswirkung auf politische Entwicklung in gesamter Region bleiben.

Zur Lösung des Problems gibt es nur Alternative zwischen militärischer Unterdrückung oder Verhandlung unter Gewährung von Konzessionen. Erste Alternative ist nach Erfahrung letzten Bürgerkrieges aussichtslos, würde das Land ruinieren und aller Voraussicht nach eine Internationalisierung des Konflikts mit sich bringen. Die zweite Alternative setzt voraus, daß Regime in entscheidenden Punkten (Islamisierung, Autonomiefrage, Beteiligung an Erträgen der natural resources) zu Rückziehern bereit wäre. Frage, ob Numeiri nach Bruch Abkommens von Addis Abeba[4] noch als Verhandlungspartner in Frage kommt, muß gestellt werden. Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß zunehmend isolierter und offenbar in Arbeitskraft durch Krankheit eingeschränkter Numeiri zu Konzessionen bereit und ohne gefährlichen Gesichtsverlust in der Lage ist.

In Khartum besteht unter kompetenten Beobachtern einhellig Auffassung, daß Führer südsudanesischer Rebellen nicht kommunistische Neigungen haben. Tatsache, daß sudanesische Regierung Rebellen stets in linke Ecke stellt, Unterstützung durch Zurverfügungstellung von Refugien und Waffenlieferungen sowie zu vermutende Indoktrinierungsversuche durch Äthiopien und Libyen können möglicherweise zunehmend eine Hinwendung der zahlreichen jugendlichen Rebellen zu kommunistischen Ideen bewirken. Hinzu kommt Vorwurf gegenüber Westen, vor allem USA, auf seiten Numeiri-Regimes zu stehen. Szenario, wo Freiheitskämpfer unter Führung fortschrittlicher Kräfte gegen Diktatur stehen, die sich Unterstützung durch reaktionäre westliche Regierungen erfreut, ist durchaus vorstellbar.

Bei dieser Sachlage müssen sich westliche Geberländer, die im Sudan engagiert sind, überlegen, wie Schlimmeres verhütet werden kann. Immerhin kann keine Regierung es verantworten, Entwicklungsgelder in ein Faß zu schütten, dessen Boden offensichtlich morsch ist.

Obwohl man geneigt ist anzunehmen, daß das gegenwärtige Regime die längste Zeit am Ruder gewesen ist, liegt der Schlüssel nach wie vor bei Numeiri. Eine klare Sprache haben bisher offenbar nur die britische Premierministerin[5] und Hosni Mubarak geführt. Überlegungen der amerikanischen Administration sind nicht bekannt. Angesichts eines Investitionsvolumens von Chevron von annähernd 1 Mrd. US-Dollar in der Ölexploration sollte man davon ausgehen, daß bei den USA nachgerade doch Bereitschaft besteht, Druck auf Numeiri in Richtung auf eine Verhandlungslösung auszuüben.

3) Ich rege an, mit Verbündeten, insbesondere USA, GB, F, I und NL, zu überlegen, in welcher Weise wir zur Erhaltung der politischen Stabilität des Sudan beitragen könnten. Ohne diese müssen auch Bemühungen Pariser Clubs letztlich ins Leere laufen. Bei Warten auf eine Ablösung gegenwärtigen Regimes könnte unwiederbringliche Zeit verlorengehen. Ansatzpunkt für Überzeugungs-

4 Legationsrat I. Klasse Steck, Khartum, wies am 24. Februar 1984 darauf hin, daß Präsident Numeiri im Februar 1972 den siebzehnjährigen Bürgerkrieg zwischen der sudanesischen Regierung und Aufständischen im Süden des Landes durch das Abkommen von Addis Abeba beendet habe, „durch das der Süden innere Autonomie erhielt". Vgl. den Schriftbericht Nr. 244 vom 8. März 1984; Referat 310, Bd. 137535.

5 Margaret Thatcher.

arbeit kann jedoch derzeit noch nur Präsident selbst sein, da mit Vorstellungen auf anderer Ebene entweder offene Türen eingerannt werden oder nicht geringster Effekt zu erwarten ist.

Ich stelle anheim, vorstehende Überlegungen noch vor seiner Abreise nach Khartum PStS Dr. Köhler, BMZ, zur Kenntnis zu bringen.[6]

[gez.] Mentzingen

VS-Bd. 13559 (310)

37

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort

310-322.00 LIA/SB **8. Februar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Lage und Entwicklung im Libanon

1) Die Lage

1.1) Eine Anti-Gemayel-Koalition von Schiiten (Berri), Drusen (Jumblat) und nasseristischen, von Libyen unterstützten Linken, den „Mourabitoun“ (Koleilat), hat am 7.2. West-Beirut in ihre Hand gebracht. Die libanesische Armee, deren konfessionelle Spaltung noch immer nicht überwunden war, wurde entweder abgedrängt, oder die überwiegend moslemischen Mannschaften gingen zu den Gegnern über. Es heißt, daß bis zu zwei Drittel der Armee desertiert sind.

6 Parlamentarischer Staatssekretär Köhler, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hielt sich vom 11. bis 13. Februar 1984 im Sudan auf. Botschafter Freiherr von Mentzingen, Khartum, teilte dazu am 14. Februar 1984 mit: „In offiziellen Gesprächen kam Unsicherheit über Numeiris Absichten zum Ausdruck. Numeiri selbst arbeitet nur stundenweise, unternimmt jedoch mehrstündige Überlandreisen, um mit einem Heiligen in Kosti zu beten. In sachlicher Hinsicht unserer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit waren Gespräche nützlich und offen. Ich bin auch der Auffassung, daß bei aller Behutsamkeit sehr offene Hinweise von PStS Köhler auf Zusammenhang zwischen Bewahrung politischer Stabilität mit friedlichen Mitteln (Verhandlungen) und Wirksamkeit entwicklungspolitischer Zusammenarbeit verstanden wurden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; Referat 310, Bd. 137538.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler und Vortragendem Legationsrat Schnittger konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 9. Februar 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 10. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine m. E. erstklassige Analyse.“
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Ruhfus, Ministerialdirigent Montfort und Referat 310 verfügte.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Februar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Ruhfus am 14. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Montfort am 14. Februar 1984 erneut vorgelegen.

Die bis zur israelischen Invasion 1982[4] bestehende „grüne Linie“ der Bürgerkriegsjahre, die Frontlinie zwischen West- und Ost-Beirut, trennt erneut beide Stadtteile. Nach den schweren Kämpfen herrscht in West-Beirut derzeit Anarchie. Erste Übergriffe iranisch beeinflußter Schiiten gegen Bars und Alkoholläden werden gemeldet. Die Zivilbevölkerung wagt sich erst zögernd auf die Straßen.

Weiterer Beschuß Ost-Beiruts aus den syrisch kontrollierten Gebieten löste am 8.2., wie von Reagan am 7.2. angekündigt[5], Gegenfeuer amerikanischer Schiffsartillerie aus. Die USA unterstützten damit erstmals militärisch unmittelbar die Reste der Regierungstruppen bzw. deren phalangistische Verbündete.

1.2) Das Schicksal der MNF[6] erscheint besiegelt. Entsprechend der Weisung Präsident Reagans haben die USA am 8.2. mit der „Relozierung“ ihres Kontingents auf die 6. Flotte begonnen. GB hat sein kleines Kontingent (100 Mann) ebenfalls auf ein Begleitschiff „reloziert“. VM Spadolini deutete am 8.2. den Abzug des italienischen Kontingents an. Er erinnerte jedoch an die Notwendigkeit, die Flüchtlingslager zu schützen. Washington reagierte allgemein mit Erleichterung. In London wurde festgestellt, daß die britische Einheit in ihrer exponierten Lage nicht mehr zu halten gewesen sei.

Frankreich hat sich noch nicht geäußert. Offenbar strebt Paris die Ablösung der MNF durch VN-Truppen an. Eine solche Lösung hängt jedoch von der sowjetischen Haltung im Sicherheitsrat ab.

1.3) Israel hat erklärt, nichts zur Rettung des Gemayel-Regimes unternehmen zu wollen, daß es vielmehr seine eigenen Wege zur Sicherung seiner Nordgrenze gehen werde. Minister Ne'eman sagte am 8.2.1984, notfalls würden sich israelische Truppen auch auf Dauer im Südlibanon einrichten. Israel dürfte nur dann erneut aktiv eingreifen, wenn vitale israelische Interessen berührt sind.

2) Hintergrund

2.1) Als regionaler Hauptgegenspieler der USA und, dank Interessenparallelität, Verbündeter der SU (nicht aber Satellit!) hatte Syrien in der Entwicklung eine Schlüsselrolle, wobei der Libanon nur eine seiner drei Operationsebenen ist:

– In der arabischen Welt hofft es, die Tradition des Vormachtstrebens Nassers fortzusetzen. Ideologische Grundlage und Alibi ist die Konfrontation mit Israel. Das Verhindern eines aus der arabischen „Mitte“ entstehenden Friedensprozesses bedingt die Ablehnung westlicher, besonders amerikanischer Initiativen, jedenfalls soweit sie Syriens Ziele außer acht lassen. Konkreter Ansatzpunkt ist der Camp-David-Prozeß[7].

4 Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 7. Februar 1984 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 185 f.

6 Eine aus amerikanischen, französischen und italienischen Truppen bestehende Multinationale Streitmacht (MNF) überwachte auf Ersuchen der libanesischen Regierung den am 21. August 1982 beginnenden Abzug der PLO aus Beirut, der am 30. August 1982 abgeschlossen wurde. Am 20. September 1982 gab Präsident Reagan bekannt, er habe auf Ersuchen der libanesischen Regierung mit den Regierungen Frankreichs und Italiens vereinbart, wegen der anhaltenden Unruhen im Libanon erneut eine Multinationale Streitmacht nach Beirut zu entsenden. Für den Wortlaut seiner Fernseh- und Rundfunkansprache vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1187–1189.
Die MNF wurde im Februar 1983 durch britische Truppen verstärkt.

7 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 19, Anm. 12.

– Die PLO mußte, soweit sie Abweichungstendenzen zur arabischen Mitte (König Hussein) zeigt, ausgeschaltet werden. Syrien unterstützt somit die Dissidenten gegen Arafat. Mit Hilfe der prosyrischen PLO will Damaskus Einfluß auf die Politik, insbesondere der gemäßigten arabischen Staaten, nehmen.
– Im Libanon verfolgt Syrien eine Linie der Verhinderung der Stärkung der prowestlichen Elemente zu seinen Lasten. Es bediente sich dabei derjenigen Gruppen, die, ohne notwendigerweise „antiwestlich" zu sein, aus ihren eigenen Gründen, vor allem aus Unzufriedenheit über das Ausbleiben von Reformen, das Gemayel-Regime frühzeitig (Jumblat, Linke) oder später (die an sich gemäßigten Schiiten der Amal-Bewegung Berris) ablehnten. Eine besonders bedrohliche Situation – auch für Syrien – entstand, als Syrien das Einfließen der extremistischen Khomeini-Iraner und das Anwachsen ihrer libanesischen Glaubensgenossen (Amal Islamique) begünstigte.

Ein Grundzug syrischen Verhaltens auf allen drei Operationsebenen ist, daß es jede Chance der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu seinen Gunsten nutzt. Im Hintergrund steht seit langem die syrische These, daß ein arabisch-israelisches Kräftegleichgewicht, zu dessen Schaffung es sowjetischer Hilfe bedarf, Voraussetzung jeder politischen Lösung im Nahen Osten, wenn schon nicht einer militärischen, ist.

2.2) Unmittelbare syrische Ziele im Libanon sind:

– Annullierung des libanesisch-israelischen Abkommens vom 17. Mai 1983[8], das Israels Position im Libanon gestärkt und zugleich diejenige Syriens geschwächt hätte (israelische Präsenz im Süden) und Libanon aus dem arabischen (sprich syrischen) Einflußbereich herausnehmen würde.
– Abzug der MNF als Manifestation amerikanisch-westlicher Unterstützung eines „freien" Libanon.
– Sicherstellung syrischer Kontrolle über den Libanon, die jedoch nicht gleichbedeutend mit Annexion ist (Annexion im Rahmen einer „Groß-Syrien"-Politik ist nicht aktuell, eher eine Vision), verbunden mit Wahrung verschiedener wirtschaftlicher und anderer Interessen. Zur Wahrung des Anspruchs auf Einheit gab es in beiden Hauptstädten nur Verbindungsbüros und keine Botschaften.
– Eliminierung dritter Kräfte, die mit syrischen Interessen konkurrieren oder kollidieren könnten.

Der innerlibanesische Dissens ermöglichte es Syrien, geeignete Erfüllungsgehilfen zu finden: Drusen, Schiiten, Nationale Errettungsfront als Vertretung

8 Für den Wortlaut des Abkommens vom 17. Mai 1983 zwischen Israel und dem Libanon über die Beendigung des Kriegszustands, die gegenseitige Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität sowie den Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Libanon vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1309–1322.
Referat 310 vermerkte am 12. März 1984, die libanesische Regierung habe am 5. März 1984 „die Truppenabzugsvereinbarung mit Israel vom 17.5.1983 für null und nichtig erklärt, indem sie ihren eigenen Beschluß vom 14.5.1983, die Vereinbarung zu billigen, widerrief. […] Der Kabinettsbeschluß vom 5.3. war bei dem Staatsbesuch Gemayels in Damaskus (29.2.–1.3.) vorbereitet worden. Es wurde berichtet, daß Assad sich als Gegenleistung verpflichtet habe, auf die libanesische Opposition einzuwirken, sich an einen Waffenstillstand zu halten, die Präsidentschaft Gemayels nicht mehr in Frage zu stellen und sich an der zweiten Phase der Versöhnungskonferenz zu beteiligen." Vgl. Referat 310, Bd. 137547.

des sunnitischen, teils auch christlichen (Frangieh) Establishments, auch wenn sie religiös und zum Teil ideologisch heterogen sind. Zu den „Hilfstruppen" gehören auch PLO-Reste und Iraner.

2.3) Die Reagan-Administration hat trotz Warnungen der US-Botschafter vor Ort[9] der negativen Entwicklung objektiv Vorschub geleistet. Nachdem sie aus Sharons Sicht vorzeitig den israelischen Vormarsch abstoppte, hat sie die Schlüsselrolle Syriens offenbar verkannt. Eine Konsultation Syriens während der monatelangen Verhandlungen über das Abkommen vom 17. Mai 1983 unterblieb. Die Administration vertraute zu sehr auf libanesisch-syrische und saudi-arabische Abstimmung. Darüber hinaus überschätzten die USA die Fähigkeit der libanesischen Armee, sich rasch zu einem schlagkräftigen, homogenen Instrument zu entwickeln. Auch die Israelis haben sich verschätzt.

Syrien hat jetzt den USA die Grenzen ihrer Möglichkeiten im Libanon klargemacht. Zugleich hat die SU durch die militärische Stärkung Syriens erreicht, daß die militärische Niederlage ihrer Waffen im Sommer 1982 durch eine politische Niederlage der USA wettgemacht worden ist. Auf eine[10] Niederlage der USA, damit des Westens, läuft die jetzige „Relozierung" der MNF jedoch hinaus. Der amerikanische Erfolg von 1958[11] hat sich nicht wiederholt.[12]

3) Perspektiven und Möglichkeiten

Die Ereignisse von Beirut bedeuten einen tiefgreifenden Einschnitt nicht nur in der libanesischen, sondern auch der nahöstlichen Entwicklung allgemein. Die Glaubwürdigkeit der USA und des Westens, die durch die Bewältigung der Libanon-Krise untermauert werden sollte, ist stark in Mitleidenschaft gezogen. Syrien hat mit bemerkenswertem Geschick Oberwasser behalten. Es behält den Schlüssel für die weitere Entwicklung in der Hand.[13]

3.1) Im gegenwärtigen Zeitpunkt muß der Versuch, das weitere Verhalten der Syrer vorauszusagen, Spekulation bleiben. Aus unserer Sicht der syrischen Interessenlage könnten wir folgern:

– Syrien hat kein Interesse an einem libanesischen Chaos, dessen islamisch-fanatische Elemente auf die syrische Szene übergreifen und dem ausgeprägt laizistischen Regime (Baath) gefährlich werden könnten. Dazu gehört insbesondere der von Iran beeinflußte schiitische Extremismus.
– Syrien kann im Libanon keine Gruppe heranwachsen lassen, durch die es zur Unzeit in eine Konfrontation mit Israel gezogen werden könnte.
– Syrien kann sich keine permanente Belastung durch die Dauerkonfrontation mit dem maronitischen „Mont Liban" leisten.

Aus dieser Sicht würde sich der Ausweg anbieten, Gemayel oder eine kooperationsbereite maronitische Alternative als Staatschef zu dulden, gleichzeitig aber

9 Robert Sherwood Dillon bzw. seit Oktober 1983 Reginald Bartholomew.
10 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „politische".
11 Die USA intervenierten am 15. Juli 1958 militärisch im Libanon, um Präsident Chamoun zu stützen. Am 25. Oktober 1958 verließen die letzten amerikanischen Truppen das Land.
12 Der Passus „Auf eine … wiederholt" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".
13 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

dafür zu sorgen, daß die Regierung sich aus neutralen bis prosyrischen, jedenfalls aber nicht ausgeprägt prowestlichen Kräften zusammensetzt.

Wählt Syrien diese Option nicht, so bleibt ihm das eigene Dauerengagement im Libanon, das die Gefahr der Konfrontation mit seinen derzeitigen Klienten, aber auch mit Israel, einschließt. Es ist nicht zu erwarten, daß Syrien als Besatzungsmacht wesentlich besser fährt als Israel. Die These, daß der Libanon alle Fremden, die sich einmischen, irgendwann „verschlingt", gilt wohl auch für Syrien. Mittelfristig wäre jedoch die libanesische Teilung festzementiert.

3.2) Ein pragmatisches, Chaos und Konfrontation soweit wie möglich vermeidendes Vorgehen Syriens würde voraussichtlich auch sowjetischen Interessen entsprechen. Moskau liegt nichts an unüberschaubaren, „komplizierten" Verhältnissen, die unkalkulierbare Risiken enthalten. Diesen Gesichtspunkt dürfte der stellvertretende Ministerpräsident Alijew nächste Woche während seines Arbeitsbesuches in Damaskus geltend machen.[14]

3.3) Für uns ergibt sich die Frage, wie der dem Westen aus der Beiruter Entwicklung entstandene Verlust an Glaubwürdigkeit soweit wie möglich begrenzt werden kann.

Vordergründig geht es zwar um die libanesische Verfassungsreform. Dahinter steht jedoch die Frage, welche Kräfte künftig die Vorherrschaft im Libanon erringen. Die Beantwortung dieser Frage wird erhebliche Auswirkungen auf die geostrategische Gesamtlage haben. Vor allem die gemäßigten Araber werden im schiitischen Vorrücken erste Anzeichen einer „islamischen Revolution" sehen und deshalb auch unter diesem Aspekt sowie im Hinblick auf den Friedensprozeß die amerikanische Nahostpolitik mit Sorge genau beobachten. Es gilt jetzt, eine politische Auffangposition zu schaffen.

Unterstützung verdienen französische Überlegungen, die Ablösung der MNF durch VN-Truppen zu erreichen.[15] Sie könnte ein gesichtswahrender Weg sein, den Eindruck der Schwäche des Westens zu mildern. Sie würde zugleich das Entstehen eines Vakuums verhindern. Ob der französische Plan durchführbar ist, hängt allerdings vom Verhalten der SU ab. Der stellvertretende GS Urquhart äußerte sich dazu vor kurzem skeptisch.

Ein weiterer Ansatzpunkt muß das Gespräch mit Syrien sein, ohne das im Libanon nichts zu erreichen sein wird. Kissinger sagte hierzu einmal: „Kein Krieg ohne Ägypten, kein Frieden ohne Syrien." Für die US-Administration ergibt sich jedoch das besonders im Wahljahr[16] unübersehbare Problem, daß das Gespräch mit Syrien zu diesem Zeitpunkt als Eingeständnis der Niederlage gewertet wird. Hierzu wäre u. U. die französische Präsidialmacht[17] noch am ehesten in der Lage, Hilfe zu leisten.

14 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 16. Februar 1984: „Ob uns vorliegende Informationen, wonach angekündigter Damaskus-Besuch Politbüromitglieds Alijew […] abgesagt ist, mit Ableben GS Andropows zu erklären oder Frage des Ersatzes MNF durch VN-Kontingente zurückzuführen ist, kann z. Z. von hier aus nicht beurteilt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 685; Referat 310, Bd. 135771.

15 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

16 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

17 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Da wir derzeit nicht die amerikanische Planung für die nächste Zeit kennen, ist die vorherige Konsultation mit Washington unabdingbar, gleichgültig welche Option sich für uns ergibt. In diesem Augenblick können wir uns einen europäisch-amerikanischen Gegensatz nicht leisten.

Da die Bundesrepublik Deutschland im Libanon nicht unmittelbar engagiert ist (MNF, UNIFIL[18]), sollten wir uns zurückhalten.

Montfort

Referat 310, Bd. 135771

38

Ministerialdirektor Pfeffer an Botschafter Hermes, Washington

204-322.00 USA/EUR-86/84 VS-vertraulich Aufgabe: 8. Februar 1984, 16.21 Uhr[1]
Fernschreiben Nr. 891 Plurez
Cito

Für Botschafter o. V. i. A.

Betr.: transatlantische Beziehungen;
hier: Rede Eagleburgers vom 31.1.1984[2]

Bezug: DB 499 und 500 vom 1.2.1984 – Pol 350.50 VS-v[3]

Die Rede Eagleburgers zum europäisch-amerikanischen Verhältnis hat hier überrascht. Sie steht – worauf die Botschaft mit Recht hinweist – im Widerspruch zu bisherigen Erklärungen der Administration. Burt hat zwar in seiner

18 Nach dem israelischen Einmarsch in den Libanon am 13./14. März 1978 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat am 19. März 1978 auf amerikanische Initiative eine Resolution, die u. a. die Einsetzung einer VN-Friedenstruppe vorsah. Das Mandat galt für zunächst sechs Monate und wurde in der Folgezeit immer wieder verlängert. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 426 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.
Am 18. Oktober 1983 beschloß der VN-Sicherheitsrat, das Mandat der „United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL) um ein weiteres halbes Jahr bis zum 19. April 1984 zu verlängern. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 538 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 4.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 8. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Ungerer in Vertretung von Ministerialdirektor Fischer am 8. Februar 1984 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Für die Rede vgl. Referat 411, Bd. 131190.

3 Botschafter Hermes, Washington, berichtete: „Under Secretary of State Eagleburger äußerte sich am 31.1. in einer Veranstaltung des republikanisch-konservativen John Davis Lodge Center for International Studies in Washington kritisch zum transatlantischen Verhältnis. […] In den nächsten zwei Jahrzehnten sei mit einer Verlagerung des Schwerpunktes der amerikanischen Außenpolitik von den transatlantischen Beziehungen zum pazifischen Raum, besonders zu Japan, zu rechnen. […] Eagleburger betonte zwar die Bedeutung der Allianz für die Sicherheit der USA […], ließ aber deutliche Enttäuschung über angeblich begrenztes Engagement der Europäer bei der Auseinander-

Mid-Atlantic-Club-Rede vom 22.9.83[4] einige Elemente der Eagleburgerschen Äußerungen vorweggenommen, aber gleichzeitig die Fähigkeit der Allianz betont, schwierige Situation zu meistern (Stationierung).

Eagleburger nimmt eine Reihe von Gravamina wieder auf (u. a. Einschätzung der Entspannungspolitik, europäische Verteidigungsleistungen, angeblich nur regionale Interessen der Europäer), die in der transatlantischen Diskussion der letzten Jahre häufiger eine Rolle gespielt haben. Da davon ausgegangen werden kann, daß Eagleburger mit der Diskussion bestens vertraut ist (was die Frage nach seinen Motiven aufwirft), dürfte es wenig Sinn haben, ihm gegenüber erneut die Argumente im einzelnen darzulegen, auch wenn wir einer solchen Diskussion nicht ausweichen sollten.

In das vorgesehene Gespräch mit Eagleburger sollten aber folgende Punkte mit eingebracht werden:

1) Wir sind überrascht, daß nach der für uns nicht einfachen Stationierungsentscheidung Verläßlichkeit unserer Politik in Zweifel gezogen und Kohärenz und Solidarität des Bündnisses angezweifelt werden; dies insbesondere vor dem Hintergrund der gemeinsamen Einschätzung, daß das Bündnis nach der Stationierungsentscheidung heute politisch gestärkt dasteht.

2) Wir haben auch das Gefühl, daß die amerikanische Regierung es positiv zu würdigen weiß, daß gerade die jetzige Bundesregierung in allen essentiellen Fragen sich als hilfreich erwiesen habe.

3) Auch wir sind immer dafür, die europäisch-amerikanischen Konsultationen, die sich insbesondere in der Abstimmung der amerikanischen Verhandlungsposition in Genf[5] und im KSZE-Rahmen hervorragend bewährt haben, noch weiter zu verbessern. Wir begrüßen jede freimütige Diskussion unter Freunden. Wir halten es aber den gemeinsamen Interessen für abträglich, wenn öffentlich Eu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 200

setzung des Westens mit der Sowjetunion erkennen. In der Sicht der Amerikaner – im Gegensatz zu derjenigen der Europäer – sei die Entspannungspolitik der 70er Jahre ein Fehlschlag gewesen […]. Was insbesondere die BR Deutschland angeht, spielt dabei in der Administration, im Kongreß und den Medien die Sorge um neutralistische und pazifistische Trends eine Rolle, die wesentlich als Probleme einer neuen, allmählich in politische Verantwortung hineinwachsenden deutschen Generation und nicht so sehr als Ausdruck taktischer Profilierungsbemühungen oppositioneller Parteien gesehen werden". Vgl. VS-Bd. 12941 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Botschafter Hermes, Washington, informierte am 26. September 1983, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe am 22. September 1983 „vor dem Mid-Atlantic-Club in Washington vor ca. 90 geladenen Journalisten, Beamten der Administration, Vertretern der Forschungseinrichtungen und westeuropäischen Diplomaten ‚off the record' über ‚US-European relations: a current appraisal'" gesprochen: „Burt äußerte sich sehr freimütig. Er bezeichnete den Konsultationsprozeß und die unter schwierigen Umständen bewiesene Fähigkeit der Allianz zu einer geschlossenen Haltung zu INF als positive Leistung, äußerte sich jedoch skeptisch zu den Aussichten eines INF-Abkommens. […] Längerfristig seien die transatlantischen Beziehungen erheblichen Problemen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Natur ausgesetzt. Burt führte folgende Faktoren an: wirtschaftliche Probleme, die auf beiden Seiten des Atlantiks politischen Egoismus und Provinzialismus förderten; Stagnation der EG und der europäischen Einigung; Antiamerikanismus in Westeuropa (Burt nannte die deutsche Jugend als Träger)". Weiter habe Burt das „Zurückbleiben Europas im technologischen Bereich" genannt und auf die „verminderte politische Bedeutung der traditionell nach Europa hin orientierten Ostküsten-Elite in den USA" sowie die Möglichkeit einer „stärkeren Orientierung der USA auf sich selbst und den Fernen Osten" hingewiesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4357; Referat 204, Bd. 135232.

5 In Genf fanden die INF-Verhandlungen statt. Zu ihrem Abbruch vgl. Dok. 6, Anm. 7.

ropa heruntergeredet und eine Krise der Allianz herbeigeredet wird (vgl. auch Burt–D2 bei Vierertreffen der Politischen Direktoren am 1.2.; DB 256 der Botschaft Paris vom 1.2.[6]). Wir sollten alles vermeiden, was Abkopplungstendenzen in den USA und in Europa Vorschub leistet. Mit unserer Stationierungsentscheidung haben wir einen wesentlichen Beitrag geleistet, um eine solche Abkopplung zu verhindern.

4) Die SU hat ihre Hoffnung auf ein Auseinanderdriften Europas von Amerika sicher noch nicht aufgegeben. Sie könnte sich durch[7] Äußerungen, daß Europa und Amerika im Begriff stünden, sich voneinander zu entfernen, in ihrer These von den angeblich unüberbrückbaren Widersprüchen innerhalb des Kapitalismus bestärkt fühlen, die angeblich zwangsläufig zu einer europäisch-amerikanischen Entfremdung führen (vgl. DB 410 der Botschaft Moskau vom 1.2.[8]).

5) Es kann keine Rede davon sein, daß Europa sich nur nach innen auf seine wirtschaftlichen Probleme konzentriert. Richtig ist allerdings, daß Europa im gesamtwestlichen Interesse intensive Anstrengungen unternimmt, seine schwierigen Wirtschaftsprobleme zu lösen. Die zahlreichen Konflikte in einer politisch und wirtschaftlich im Umbruch befindlichen Dritten Welt beunruhigen und beschäftigen uns. BM hat auf der NATO-Frühjahrstagung 1976[9] in Oslo eindringlich auf die äußeren Rahmenbedingungen unserer Sicherheit hingewiesen. Wir leisten wesentliche Beiträge zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung dritter Länder. Unser Eintreten für einen freien Welthandel und eine konstruktive Nord-Süd-Zusammenarbeit dient dem gleichen Ziel und damit dem gesamtwestlichen Interesse. (EG größter Geber von EH. Positive Beziehungen der EG zu EL tragen dazu bei, daß West-Süd-Beziehungen besser sind, als sie dies sonst wären.)

Im Kreuzpunkt des Ost-West-Gegensatzes steht aber nach wie vor in erster Linie Europa. Die politischen Anstrengungen der SU sind ganz stark nach Westeuropa hinein gerichtet. Das globale Gleichgewicht bleibt abhängig vom Gleichgewicht in Europa. Solange die USA ihre Führungsposition in einem System kollektiver Sicherheit erhalten wollen, gibt es keine Alternative zur Partnerschaft mit Europa. Ebenso gibt es keine Anzeichen, daß die SU die eindeutige Priorität ihrer Europapolitik zugunsten einer Asienpolitik vernachlässigen wird.

6) Man kann den Europäern nicht vorwerfen, im Nahen Osten nur in Grenzen bereit zu sein, aktiv zu handeln, und daß ihre Bereitschaft dazu abnehme. Die

6 Für den Drahtbericht des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Paris, vgl. Dok. 28.

7 Korrigiert aus: „in“.

8 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete, die „Zeitschrift des Instituts USA/Kanada“ habe einen Artikel mit dem Titel „‚USA–BRD – Neuer Anfang‘“ veröffentlicht: „Artikel, der mit bemerkenswerter Faktenkenntnis geschrieben ist, hat nicht nur für sein Thema – unsere Beziehungen zum Hauptverbündeten unter neuer Bundesregierung – Bedeutung, sondern spiegelbildlich auch für sowjetische Politik gegenüber Bundesrepublik Deutschland. […] Der von BK Kohl verkündete ‚neue Anfang‘ in Beziehungen zu USA wird im Atmosphärisch-Deklaratorischen gesehen: verstärkte Treuebekundungen der Bundesregierung und intensivierte Propaganda in der deutschen Bevölkerung, um Antiamerikanismus abzubauen und INF-Dislozierungen zu erleichtern.“ Kastl berichtete weiter: „Verfasser hält diese Bestrebungen ausweislich jüngster Meinungsumfragen für gescheitert. […] Diagnose langfristiger und nicht überbrückbarer Widersprüche in unserem Verhältnis zu USA bestätige die Lehre von den Widersprüchen innerhalb des Kapitalismus.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139345.

9 Korrigiert aus: „1975“.
Zur NATO-Ministerratstagung am 20./21. Mai 1976 vgl. AAPD 1976, I, Dok. 152 und Dok. 166.

europäische Zurückhaltung im Nahen Osten beruht nicht auf Mangel an eigenen Vorstellungen (Venedig-Erklärung[10]), sondern auf Rücksicht gegenüber den USA. Hierfür sollten sie nicht (wie seinerzeit für die Venedig-Erklärung) kritisiert werden.

Unser Interesse an der Region wird im übrigen durch den Besuch des Bundeskanzlers in Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien und Israel[11] deutlich.

7) Auch wir sehen in der Frage des raschen wirtschaftlichen und technologischen Wachstums des pazifischen Raums und im technologischen Wettbewerb mit den USA und Japan eine Herausforderung für Europa. In diesem Zusammenhang sollte auf die Bemühungen Mitterrands im Rahmen der Zehn[12] und die BM-Rede vom 13.12.[13] hingewiesen werden (so auch D2 gegenüber Burt am 1.2. in Paris). Die heutigen wirtschaftlichen Tatsachen sprechen für sich: Die EG ist größter, die Bundesrepublik Deutschland zweitgrößter Welthandelspartner. Zwischen EG und USA wird fast ein Drittel des gesamten Welthandels abgewikkelt. Für die USA ist die EG der größte Exportmarkt mit bisher traditionellem amerikanischen Exportüberschuß.

8) Sie könnten auf die Diskussion der vier Politischen Direktoren[14] vom 1.2. hinweisen, in der Burt vorgeschlagen hat, daß sich die vier Minister[15] beim nächsten Treffen einige Zeit für eine Erörterung der aufgeworfenen grundsätzlichen Probleme nehmen, und zwar in dem von uns angestrebten positiven Sinne: Bündelung der europäischen Energien in engster Zusammenarbeit mit den USA. Sie könnten hinzufügen, daß BM sich dafür einsetze, in der Bildungspolitik neue Impulse zu geben.

9) Nach Agenturmeldungen (Nachrichtenspiegel vom 8.2.) soll Burt vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses erklärt haben, der durch europäische Subventionen auf dem Weltagrarmarkt ausgelöste Wirtschaftskrieg zwischen Europa und den USA könnte zum Hauptproblem der westlichen Allianz werden.[16] Wir finden es mißlich, überhaupt von einem Wirtschaftskrieg Europa – USA zu sprechen und dies darüber hinaus noch mit der Allianz in Verbindung zu bringen.

10 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

11 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf, vom 7. bis 9. Oktober in Ägypten und vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 291, Dok. 295, Dok. 299, Dok. 307 und Dok. 312.
Vom 24. bis 29. Januar 1984 besuchte Kohl Israel. Vgl. dazu Dok. 18–20.

12 Vgl. dazu das Memorandum der französischen Regierung vom 12. September 1983 zur Industrie- und Forschungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; EUROPA-ARCHIV 1983, D 695–701.

13 Bundesminister Genscher hielt am 13. Dezember 1983 eine Rede zum Thema „Die technologische Herausforderung – Wirtschafts-, gesellschafts-, bildungs- und europapolitische Aufgaben der nächsten Jahre". Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1983, S. 1253–1259.

14 Jacques Andréani (Frankreich), Julian L. Bullard (Großbritannien), Richard Burt (USA) und Franz Pfeffer (Bundesrepublik).

15 Claude Cheysson (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien) und George P. Shultz (USA).

16 Für den Wortlaut der Äußerungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, vor dem Unterausschuß Europa und Naher Osten des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses am 7. Februar 1984 in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S.44–47.

Schließlich könnten Sie auch einfließen lassen, wir fragten uns, warum außerdem auch noch Kornblum sich bemüßigt gefühlt habe, am 7.2. in der Deutschen Welle ein nicht besonders freundliches Interview zu geben (u. a. „Frustration in Amerika über die Schwierigkeiten, die man mit den europäischen Verbündeten habe").

10) DB über Ergebnis des Gesprächs erbeten.[17]

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 12941 (204)

39

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek

201-360.90 USA/BMD-244/84 geheim **9. Februar 1984**[1]

Betr.: amerikanisches Projekt eines Raketenabwehrsystems;
hier: Deutsch-amerikanische Konsultationen über „Strategic Defense Initiative" (SDI)[2] am 7.2.1984 in Bonn

17 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 22. Februar 1984 mit: „Ich habe Eagleburger mehrfach auf seine Ausführungen […] angesprochen und deutlich gemacht, daß die öffentliche Form seiner europakritischen Bemerkungen der gemeinsame Sache nicht nützlich sein konnte. Eagleburger gab dies zu, wies aber darauf hin, daß er von einer Veröffentlichung seiner Ausführungen nicht ausgehen mußte. Zur Sache äußerte Eagleburger, es sei ihm darum gegangen, seine Sorge über gewisse Störungen des transatlantischen Verhältnisses zu äußern und auf eine Schwerpunktverlagerung der amerikanischen Interessen aufmerksam zu machen, die sich längerfristig abzeichne, wenn Europa als Partner der USA an politischer und wirtschaftlicher Stärke nachlasse. Keinesfalls habe er einer aktiven Richtungsänderung der amerikanischen Außenpolitik das Wort reden wollen. Nach meinem Eindruck hat Eagleburger verstanden, daß er in seiner Rede zu weit gegangen ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 832; VS-Bd. 12941 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 13. Februar 1984 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 20. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 22. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Offensichtlich gibt es doch kein vergleichbares sowj[etisches] System. 2) Frage muß auf die TO des BSR."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. Februar 1984 vorgelegen, die die Weiterleitung über Meyer-Landrut an Pfeffer, Ministerialdirigent Schauer und Referat 201 verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 22. Februar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Pfeffer am 23. Februar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Schauer am 27. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 7. März 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Studnitz verfügte.
Hat Seibert vorgelegen.
Ferner handschriftlicher Vermerk vom 8. März 1984: „Habe K[apitän] z[ur] S[ee] Weisser (BK-Amt) gebeten, SDI auf TO des nächsten BSR (evtl. Ende März/Anf[ang] April zu setzen."
Hat Studnitz am 12. März 1984 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12041 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan (SDI) vgl. Dok. 2.

1) Am 6.2.1984 in Bonn eingetroffenes US-Briefing-Team unter Leitung von Richard A. Clarke, State Department, führte am 7.2.1984 Unterrichtung über SDI Präsident Reagans durch. Die Unterrichtung, der sich eine kurze Aussprache anschloß, bestand aus zwei Teilen:

(1) Darstellung der amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem,

(2) Ausführungen zu den Entwicklungen in der Sowjetunion.

2) Die Informationen über die amerikanischen Pläne entsprachen weitgehend denjenigen, die die in Washington akkreditierten NATO-Verteidigungsattachés im Januar erhalten hatten (vgl. DB Nr. 134[3] und 162 vom 11. und 13.1.1984). Die hierbei benutzten Schaubilder waren umfangreicher und ausführlicher als das von der Botschaft Washington übersandte Material (vgl. Büronotiz Nr. 155 vom 17.1.1984[4]).

a) Politische Kernaussagen waren:

– SDI enthalte große Chancen, aber auch ungelöste Fragen (promises and uncertainties).
– Die Politik nuklearer Abschreckung werde nicht aufgegeben, vielmehr langfristig durch einen Mix offensiver und defensiver Systeme abgestützt.
– Die Schutzwirkung eines Raketenabwehrsystems soll auf Europa (gegen MRBM und IRBM) erstreckt werden.
– Die USA werden die Sicherheitsbelange der Verbündeten voll berücksichtigen.
– Bilaterale und multilaterale Konsultationen mit den Bündnispartnern wurden bereits für das Stadium von Forschung und Entwicklung zugesagt.

b) Im einzelnen:

Ausgangspunkt war SDI in der Rede US-Präsident Reagans vom März 1983[5] und die daraufhin getroffenen Entscheidungen: Durchführung von Studien, Fortführung der Forschung, Budget-Profil, Konsultationsangebot. Die Notwendigkeit eigener Anstrengungen der USA wurde aus Vorhandensein weltweit einzigen ABM-Systems sowie aktiver Forschung in SU begründet. Das Ziel sei die Wahrung der Sicherheit der Allianz. Das Risiko einer Aggression soll erhöht, der Schwerpunkt der Abschreckung von der offensiven auf die defensive Komponente verlagert und Präventivschläge (Überraschungsangriffe) aussichtslos gemacht werden. Mit einem Raketenabwehrsystem sollen vor allem die Counterforce-Fähigkeiten des Gegners neutralisiert werden. Konventionelle und nukle-

[3] Brigadegeneral Steinkopff, Washington, informierte am 11. Januar 1984, im amerikanischen Verteidigungsministerium habe es am selben Tag eine Unterrichtung über SDI gegeben: „Der Vortrag Frank Millers, der auf meine Anregung während der halbjährlich […] durchgeführten Besprechung mit den in Washington akkreditierten Verteidigungsattachés der NATO stattfand, war mit Prokifolien gut vorbereitet worden. […] Vermutlicher Zweck dieses Briefings war – neben der reinen Unterrichtung der Attachés – ein weiterer Versuch, die von den europäischen Bündnispartnern gegenüber SDI bisher vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen (z. B. Militarisierung des Weltraums und Nichtberücksichtigung der Verbündeten).“ Vgl. Referat 220, Bd. 128642.

[4] Die Botschaft in Washington übersandte die „angekündigten Gesprächsunterlagen“, die der Unterrichtung des CDU-Abgeordneten Rühe bei dessen Besuch vom 9. bis 12. Januar 1984 in den USA dienten. Es handelte sich um ein undatiertes Papier des amerikanischen Verteidigungsministeriums zu SDI. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 128642.

[5] Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

are Abschreckung würden nicht überflüssig, vielmehr auch künftig modernisiert werden. Da SDI bisher nur im Stadium der Forschung sei, würden Rüstungskontrollabkommen nicht verletzt. Ein konkretes Rüstungskontrollkonzept sei erst möglich, wenn man mehr über die in Betracht kommenden amerikanischen und sowjetischen Systeme wisse. Insgesamt erhöhe sich die Chance für eine Verringerung von Nuklearwaffen.

Es folgten Ausführungen zu den technischen Möglichkeiten eines Raketenabwehrsystems. Das Forschungsprogramm soll alle untersuchen und die vielversprechendsten ermitteln. Optionen sollen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre zur Entscheidung stehen. Wesentliches Ziel sei es, ein Raketenabwehrsystem zu schaffen, das ballistische Raketen als schnellste und damit gefährlichste Offensivwaffen in deren verschiedenen Flugphasen ausschalten könne. Dazu sei ein mehrschichtiges Abfangsystem erforderlich (Multi-Layer-System), das selbst überlebensfähig sei. Die Gewährleistung der Überlebensfähigkeit sei eine zentrale Aufgabe der Forschungsarbeiten.

3) Die Information über sowjetische Aktivitäten im Bereich der Raketenabwehr wurde aufgeteilt in

– traditionelle ABM-Systeme und

– Pläne auf nichtkonventionellem Gebiet (Laser-/Strahlenwaffen etc.).

Es wurden ebenfalls Schaubilder benutzt sowie einige interessante Luftaufnahmen von Radarstationen, Forschungseinrichtungen und Testobjekten gezeigt.

a) Ein sowjetischer Vorsprung bei traditionellen ABM-Systemen (Radar, Raketen) wurde hervorgehoben und die strategische Verteidigung als Teil einer sowjetischen Gesamtstrategie dargestellt. Diese Strategie schließe die Möglichkeit eines Nuklearkrieges nicht aus und lege Schwerpunkte auf Überlebensfähigkeit und Schadensbegrenzung. Das derzeitige, um Moskau stationierte ABM-System bestehe aus dem großen Puschkino-Radar sowie den Abwehrraketen des Typs „Galosh“ (Anzahl: 32). In wenigen Jahren werde die Abwehrfähigkeit durch neue SH-8-Raketen (für SH-8 und „Galosh“ zusammen 100 Silos) sowie sechs moderne Phased-array-Radare (derzeit im Bau u. a. an der Petschora und in Krasnojarsk) weiter verbessert. Außerdem könnte eine weitere (taktische) Rakete, die SA-X-12, für ABM-Zwecke nutzbar sein. Eine landesweite Dislozierung von ABM-Systemen sei bis Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre technisch möglich, aber durch ABM-Vertrag[6] verboten.

b) Auch die bereits in den 60er Jahren begonnenen Anstrengungen auf dem Gebiet nichtkonventioneller Abwehrsysteme seien beachtlich. An der Forschung seien vier Ministerien, zwei der wichtigsten Unionsforschungsinstitute und zwölf größere Forschungseinrichtungen (u. a. in Troizk bei Moskau, Krasnojarsk, Saryshagan) beteiligt. Die Bemühungen seien auf die Entwicklung von Hoch- und Niedrigenergie-Laser-, Radiofrequenz- sowie Partikel-Strahl-Waffen gerichtet. Die ersten Systeme sollen in etwa 10 bis 20 Jahren verfügbar sein. Im übrigen

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

habe die SU ein dem Space Shuttle vergleichbares Trägersystem entwickelt, mit dessen Tests 1980 begonnen worden sei.

4) Die Fragen der deutschen Seite (Teilnehmer u. a. StS Rühl, D 2[7], D 2 A[8]) in der anschließenden Aussprache konzentrierten sich auf:

– Möglichkeit der Bekämpfung auch von SNF/SRINF-Raketen.

  Antwort: Auch diese Waffensysteme sollen miteinbezogen werden. Konkrete Aussagen zur technischen Durchführbarkeit waren noch nicht möglich.

– Bekämpfungsschwerpunkt bei vier verschiedenen Phasen ballistischer Flugbahn.

  Antwort: Schwerpunkt liege auf „Boost"-Phase. Es sei das Ziel, 75 bis 80% gegnerischer Raketen in der Aufstiegsphase abzufangen.

– Einschätzung der nuklearen Bedrohung durch Marschflugkörper und Flugzeuge.

  Antwort: Diese Bedrohung bestehe bereits, sei aber geringer als die durch Raketen. Auch gebe es in Europa ein wirksames Luftabwehrsystem.

– Auswirkungen auf Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen.

  Antwort: Amerikanisches Angebot, Problem zwischen Regierungen statt Wissenschaftlern (so SU) zu erörtern, sei von Sowjetunion bisher nicht beantwortet worden. Amerikanische Seite müsse zunächst Klarheit haben, welche Systeme für eine Stationierung in Betracht kämen. Sie werde dann konkrete Rüstungskontrollvorschläge entwickeln. Amerikaner stimmten unserer Auffassung zu, daß Rüstungskontrollverhandlungen über Offensivsysteme dann noch wichtiger würden.[9]

– Auswirkungen auf sicherheitspolitische Diskussion in Europa.

  Von deutscher Seite wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß die gegen NATO-Strategie gerichtete Kritik durch amerikanische Pläne neuen Auftrieb erhalten könnte (Führbarkeit eines auf Europa begrenzten Nuklearkriegs, Forderung nach nuklearwaffenfreien Zonen in Europa). Öffentliche Präsentation amerikanischer Pläne müsse daher sorgfältig bedacht werden. Amerikaner erwiderten, daß sie öffentliche Präsentation im Zusammenhang mit NATO-Strategie für verfrüht hielten. Für Abkoppelungsdebatte gebe es jedenfalls keinen Anlaß. Es komme zunächst darauf an, in der Öffentlichkeit sowjetische Forschungsanstrengungen im ABM-Bereich herauszustellen.

Adamek

VS-Bd. 12041 (201)

7 Franz Pfeffer.
8 Friedrich Ruth.
9 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen.

40

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10617/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. Februar 1984, 19.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 635 **Ankunft: 10. Februar 1984, 02.04 Uhr**

Betr.: Besuch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. H.-J. Vogel in Washington vom 7.–9. Februar 1984;
hier: Gespräch mit AM Shultz am 9. Februar

Bezug: vorhergehende Berichterstattung

Zur Unterrichtung

Auch das halbstündige, offen und angenehm geführte Gespräch mit AM Shultz verlief wie die vorhergehenden Gespräche[2] mit dem offiziellen Amerika:

Die Erklärung der NATO-Verbundenheit der SPD wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, in den substantiellen Punkten zur NATO-Strategie und zur Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik gab es vorwiegend die Gegeneinandersetzung unterschiedlicher oder unvereinbarer Standpunkte. In der Ablehnung einiger von Herrn Vogel vorgetragener Anregungen war AM Shultz wohl der entschiedenste und unmißverständlichste amerikanische Gesprächspartner.

Im einzelnen:

Nach Eindrücken zu seiner kürzlich beendeten Lateinamerika-Reise befragt, äußerte AM Shultz, daß er im ganzen ermutigt zurückgekommen sei.[3] Es handele sich bei den besuchten Ländern nicht nur um solche, in denen man hoffen könne, eines Tages eine lebendige Demokratie zu erleben, sondern auch um solche, in denen die Demokratie schon funktioniere.

Selbst Nicaragua komme von der Zusage, Wahlen abzuhalten, nicht mehr herunter.[4] Die sandinistischen Führer wünschen allerdings keine „bürgerlichen“

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 10. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Pieck verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wie bespr[ochen].“ Hat Pieck am 10. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Schnelle verfügte und handschriftlich vermerkte: „Weiterleit[un]g an NATO Brüssel, London Diplo, Paris Diplo.“
Hat Schnelle am 10. Februar 1984 vorgelegen.

2 Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel führte am 7. Februar 1984 in Washington ein Gespräch mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush, das sicherheitspolitischen Fragen gewidmet war. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 588 des Botschafters Hermes, Washington, vom 7. Februar 1984; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1984.
Am 8. Februar 1984 berichtete Hermes: „Außer seinen Gesprächen mit VP Bush und dem Nationalen Sicherheitsberater McFarlane […] führte Herr Vogel am 7. und 8.2. im Beisein von MdB Karsten Voigt und MdB Stobbe jeweils knapp einstündige Gespräche mit ACDA-Direktor Adelman, INF-Delegationsleiter Nitze, dem Leiter der Abteilung für Internationale Sicherheitspolitik im Pentagon, Richard Perle, und – nur 20 Minuten – mit dem Unterabteilungsleiter […] der Europa-Abteilung des State Department, Tom Niles.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 604/605; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Der amerikanische Außenminister Shultz besuchte am 31. Januar 1984 El Salvador, vom 1. bis 3. Februar Venezuela, vom 3. bis 7. Februar Brasilien, am 7. Februar Grenada und am 7./8. Februar 1984 Barbados.

4 Legationsrat I. Klasse Knieß, Managua, teilte am 21. Februar 1984 mit: „Am 21.2.84 gab Junta-Koor-

Wahlen, sondern solche, die ihre Hegemonie bestätigten. Es sei trotzdem erfreulich festzustellen, daß der Versuch, die Wahlzusage rückgängig zu machen, gescheitert sei.

In den besuchten karibischen Staaten sei ohne jede Einschränkung die amerikanische Grenada-Aktion[5] begrüßt worden. Aber auch in den Lateinamerika-Staaten sei ihm hinter vorgehaltener Hand bedeutet worden, daß die Amerikaner in Grenada richtig gehandelt hätten.

Herr Vogel trug dann seine bekannten drei Punkte vor:

1) Fortbestehen der NATO-Verbundenheit der SPD,

2) Gesichtspunkte zur gemeinsamen Strategie-Diskussion,

3) Gesichtspunkte zu Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen.

Wortlaut und Duktus entsprachen denen in den vorhergehenden Gesprächen.

Da Herr Vogel seine Darlegungen eine „message" nannte, fragte AM Shultz, ob es sich bei dieser „message" um Ansichten und Gesichtspunkte oder um eine festgelegte Doktrin handele. Herr Vogel erwiderte, er sei kein Doktrinär und habe Ansichten geäußert, über die eine Diskussion geführt werden sollte.

AM Shultz nannte die Erklärung zur NATO-Verbundenheit der SPD beruhigend und willkommen. Bei jeder Diskussion zur NATO und zur NATO-Politik sollte man sich bewußt bleiben, daß das grundlegende Konzept der Abschreckung nicht geändert werden könne. Es handele sich um eine feste Grundlage, die nur durch technologische Entwicklungen und gewisse andere Elemente Anpassungen unterzogen werden sollte.

Die Erläuterungen zur stärkeren konventionellen Verteidigung leuchteten ihm ein; aber es habe nur Sinn, diese Gedanken zu unterstützen, wenn man bereit sei, mehr Geld für die Verteidigung bereitzustellen. Bei den bekannten allgemeinen Haushaltsengpässen müsse man daran Zweifel hegen.

Den Gedanken eines bilateralen nuklearen Einfrierens oder eines bilateralen nuklearen Moratoriums – beides war von Herrn Vogel angeregt worden, da die NATO mit dem Beginn der Nachrüstung ja die gewünschte politische Entscheidung, auf die es angekommen sei, vollzogen habe – lehnte AM Shultz ab. Das würde nur das sowjetische Übergewicht zementieren. Die Sowjets könnten jederzeit die INF-Verhandlungen wiederaufnehmen[6], in denen die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft zu einem vollen vertragsmäßig vereinbarten Abbau der Nuklearmittelstreckenwaffen vorgeschlagen hätten.

Auch eine Verbindung von START- und INF-Verhandlungen lehnte AM Shultz ab. Eine solche Verbindung würde das Problem der nuklearen Mittelstreckenwaffen nur noch schwerer lösbar machen. Bekanntlich wollten die Sowjets als strategische Waffen alle die einbeziehen, die die SU erreichen könnten, was be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 208

dinator Daniel Ortega auf Massenversammlung in Managua Regierungsdekret bekannt, in dem – wie erwartet – der Wahltermin auf dem 4. November 1984 festgesetzt wird. Präsident, Vizepräsident und neunzig Mitglieder der Nationalversammlung – die innerhalb von zwei Jahren neue Verfassung verabschieden soll – werden ihre Ämter am 10.1.1985 für eine Amtszeit von sechs Jahren antreten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 331, Bd. 136011.

5 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

6 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

deute, daß nach sowjetischem Verständnis die amerikanischen INF einbezogen, die sowjetischen SS-20 aber nicht einbezogen würden. Die USA seien weiterhin daran interessiert, die START-Verhandlungen fortzuführen. Bisher gebe es dazu keine sowjetische Antwort, weil die sowjetische Politik immer noch auf die Mittelstreckenwaffen ihr Hauptaugenmerk richte.

So sehr die Vereinigten Staaten eine Weiterführung der unterbrochenen Nuklearverhandlungen wünschten, so wenig seien sie jedoch bereit, die SU durch neue Konzessionen und substantielles Entgegenkommen zur Rückkehr an den Verhandlungstisch zu bewegen.

Entgegen den sowjetischen öffentlichen Äußerungen, die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten befänden sich in den entscheidenden Bereichen auf dem Gefrierpunkt, gebe es zahlreiche Themen, die fortlaufend mit der SU erörtert würden. Es tue sich viel mehr, als es nach außen den Anschein habe. Washington posaune das jedoch nicht aus, um Moskau nicht in Verlegenheit zu bringen. Es sei sicher sowjetische Politik, einen Zustand der Spannung zu schaffen oder zu erhalten, um den Westen dazu zu bringen, Konzessionen zu machen, um die Verhandlungen wieder in Gang zu setzen. Im übrigen sei für die jetzige sowjetische Haltung auch die schwere Erkrankung Andropows mit ursächlich.[7] Für den Westen komme es, so AM Shultz, darauf an, in dieser Zeit der sowjetischen Unsicherheit seine entschlossene Haltung zu bewahren.

Herr Vogel schnitt dann das Thema eines möglichen deutschen Waffenverkaufs an Saudi-Arabien an.[8] Die SPD sei dagegen, auch wegen gewisser Zweifel an der Festigkeit und Dauer des saudi-arabischen Establishments.

AM Shultz, der diese Andeutung als eine Frage nach der amerikanischen Beurteilung eines möglichen deutschen Waffenverkaufs an Saudi-Arabien verstand, meinte, daß jedes Land in dieser Frage selbst entscheiden müsse. Die Vereinigten Staaten gäben Israel starke Unterstützung und sorgten dafür, daß Israel immer einen Qualitätsvorsprung in der Region behalte.

Gleichzeitig seien die Vereinigten Staaten bemüht, ein gutes Verhältnis zu den gemäßigten arabischen Staaten aufrechtzuerhalten. Auch aus diesem Grund erhielten gemäßigte arabische Staaten amerikanische Waffen, die Israel nicht bedrohten. Darüber gebe es in den Vereinigten Staaten eine Auseinandersetzung. Wenn Waffen an ein gemäßigtes arabisches Land verkauft würden, sollte dabei sichergestellt werden, daß sie Israel nicht bedrohten.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 12939 (204)

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, verstarb am 9. Februar 1984. Vgl. dazu Dok. 42.
8 Zum möglichen Export von Panzern nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 48.

41

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit, Belgassem

311-321.00 LIY-102/84 VS-vertraulich **10. Februar 1984**[1]

Der Bundesminister empfing am Freitag, 10.2.1984, 16.00 Uhr, auf seinen Wunsch den libyschen Geheimdienstchef, Yunis Belgassem, zu einem etwa 30minütigen Gespräch.

Der *BM* erklärte, er habe die Anwesenheit Belgassems in Deutschland aus zwei Gründen zu einem Gespräch ausnützen wollen:

1) Er, der BM, plane, Libyen zu besuchen. Die Zeit sei reif für einen ausführlichen Meinungsaustausch über die Entwicklungen in der Region, vor allem im Mittleren Osten und Afrika, sowie über die bilateralen Beziehungen. Leider habe sein kürzlicher Unfall[2] seinen Terminkalender etwas in Unordnung gebracht. Er hoffe, den Besuch bald nachholen zu können, „spätestens im April".

Belgassem erwiderte, ein Besuch würde in Libyen sehr begrüßt werden. Er werde die Absicht des Ministers unverzüglich Gaddafi und Außensekretär Obeidi mitteilen. Die Beziehungen seien gut, könnten aber noch besser sein. Ein Besuch des BM wäre ein sehr positiver Schritt.

2) Der *BM* sagte dann, es gebe ein Problem, das die Beziehungen belasten könne. Gaddafi habe eine Neujahrsbotschaft an den Bundespräsidenten geschickt, die auch Formulierungen enthalte wie „ohne Sie würde Frieden in der Welt herrschen".[3] Er wolle diese Frage so behandeln, daß der Bundespräsident von der Notwendigkeit freigehalten werde, Oberst Gaddafi antworten zu müssen, denn eine Antwort würde nicht ohne Schärfe ausfallen. Dies läge aber nicht im Interesse der bilateralen Beziehungen. Er werde die Botschaft daher sozusagen ungelesen zu Seite legen.

Belgassem erwiderte, er werde Oberst Gaddafi von dieser Botschaft des BM unverzüglich und persönlich unterrichten.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 13. Februar 1984 gefertigt und über Ministerialdirektor Ruhfus an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung" geleitet.
Hat Ministerialdirigent Montfort am 13. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Ruhfus am 15. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 16. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Schlagintweit vermerkte: „Kann vorbehaltl[ich] Genehmigung durch BM mit kleinem Verteiler (s[iehe] u[nten]) verteilt werden."
Die Gesprächsaufzeichnung wurde an das Ministerbüro, das Büro Staatssekretäre, Ruhfus sowie an die Botschaft der Bundesrepublik in Tripolis „nach Genehmigung BM mit FS" geleitet.

2 Bundesminister Genscher erlitt am 3. Januar 1984 bei einem Autounfall in der Nähe von Nonnweiler im Saarland einen Brustbeinbruch sowie Blutergüsse. Vgl. dazu den Artikel „Genscher bei Autounfall verletzt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Januar 1984, S. 1.

3 Oberst Gaddafi richtete am 1. Januar 1984 eine Neujahrsbotschaft an die „Staatsoberhäupter der christlichen Staaten". Darin hieß es: „Ich will Sie nicht zum Frieden im Jahr 1984 anhalten, denn Sie sind es, die den Frieden bedrohen; ohne Sie würde Frieden in der Welt herrschen. Ich will Sie auch nicht zur Liebe anhalten, denn Sie verkörpern den Haß dermaßen, daß Sie die abscheulichsten Mittel der Massenvernichtung gegen diejenigen geschaffen haben, von denen Jesus zu Ihnen gesagt hat: ‚Wenn dir jemand einen Streich gibt auf deine rechte Backe, dem biete die andere auch dar.'" Vgl. die Übersetzung; Referat 311, Bd. 137793.

3) Abschließend fragte der *BM*, wie es um die Beziehungen Libyens zu den USA stehe. *Belgassem* antwortete, die diplomatischen Beziehungen seien zwar nicht abgebrochen, Reagan wünsche aber nicht, Libyen zu verstehen oder ein Gespräch zu führen. Er, Belgassem, habe versucht, Kontakte zu General Walters aufzunehmen, habe aber feststellen müssen, daß auf der anderen Seite keine Aufrichtigkeit herrsche. Die Amerikaner seien überzeugt, daß Libyen den internationalen Terrorismus finanziere und 27 Ausbildungslager unterhalte. Er habe Walters angeboten, sich persönlich oder durch Abgesandte von der Unrichtigkeit gerade des letzten Punktes zu überzeugen. Die Amerikaner seien nicht hierauf eingegangen.

Der *BM* sagte, bevor er nach Libyen reise, werde er mit den Amerikanern sprechen. Wir seien daran interessiert, daß auch in den Beziehungen zwischen Libyen und den USA eine gewisse Normalität eintrete.

Belgassem bedankte sich. Libyen sei überzeugt, daß gerade die Bundesregierung zu einer Bewegung in dieser Richtung beitragen könne. Libyen sei bereit, auf jeder erdenklichen Ebene mit den USA über alles zu sprechen. Bisher mangele es auf amerikanischer Seite aber an dem hierfür erforderlichen Goodwill.

VS-Bd. 13572 (311)

42

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 12. Februar 1984, 19.44 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 597 **Ankunft: 12. Februar 1984, 19.09 Uhr**
Citissime

Betr.: Führungswechsel in der SU – Rückblick und Ausblick[2]

Bezug: DB Nr. 5090 und 5098 vom 11.11.1983 – Pol 320.50[3]

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 13. Februar 1984 vorgelegen.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, starb am 9. Februar 1984 in Moskau. Am 13. Februar 1984 wählte das Zentralkomitee das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Tschernenko, zu dessen Nachfolger. Über Tschernenko informierte Botschafter Kastl, Moskau, am 13. Februar 1984: „1) Der Versuch eines politischen Profils Tschernenkos muß in die Umstände, die ihn an die Spitze der Partei geführt haben, eingeordnet werden. Tschernenko war 1982 nur die zweite Wahl. Er hat sich auch dieses Mal weniger wegen seiner die der anderen Politbüro-Mitglieder etwa weit überragenden Fähigkeiten durchgesetzt, sondern eher, weil ein Generationswechsel für die älteren Mitglieder der Führung (Tichonow, Ustinow, Gromyko) eine zu harte Zurücksetzung bedeutet hätte und weil keiner der jüngeren (Gorbatschow, Romanow, Worotnikow) die eigenen Chancen auf eventuell lange Zeit oder für immer völlig begraben wollte. 2) Tschernenko wird wegen seines Alters (72) wiederum nur eine Übergangsrolle spielen können. Seine Wahl ist Ausdruck einer allgemeinen Systemschwäche, nämlich der Unfähigkeit zu eventuell auch durchgreifenden Veränderungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 611; Referat 213, Bd. 139283.

3 In Drahtbericht Nr. 5090, der mit Drahtbericht Nr. 5098 fortgesetzt wurde, behandelte Botschafter Kastl, Moskau, das Thema „Ein Jahr Andropow – Versuch einer Bilanz". Kastl analysierte, der Ge-

Zur Unterrichtung

1) Die Andropow-Zeit, die mit Elan und Willen zu Veränderungen – im Bild der hier gefütterten westlichen Medien mit Zeichen von Liberalismus und Reform – begonnen hatte, endete in zunehmenden Widersprüchen und Anomalien. Diese Zeit wird nicht als Ära in die Geschichte des Sowjetstaats eingehen – ob sie als Episode abgetan werden muß, hängt davon ab, ob Andropows Programm Fortsetzer findet.

2) Die im System sowjetischer Machtausübung größte Anomalie war die lange Unsichtbarkeit des GS. Eine Fassade von Aktions-Nachweisen konnte die tatsächlich schwindende Gesundheit – und damit Autorität – je länger je weniger bemänteln. Wenn auch zu seinen Lebzeiten wegen der systeminhärenten Disziplin der Führungsspitze kein offener Machtkampf ausbrach, war doch in letzter Zeit erkennbar, daß die Mitglieder der engeren Führungsgruppe sich für den Eventualfall wappneten. Nach außen ergab sich allerdings ein Bild ausgleichender Gerechtigkeit in öffentlichen Auftritten und Medienpräsenz.

3) Seit dem vergangenen Herbst waren Koordinationsmängel und Stillstand in einigen Politikbereichen, Widersprüche in anderen nicht zu verdecken.

Widersprüche zeigten sich insbesondere

- zwischen einer zunehmend ideologisch verhärteten Innenpolitik mit nahezu neostalinistischen Disziplinierungsversuchen und dem Ausbleiben realer Leistungsanreize für die Bevölkerung,
- zwischen der Analyse von und Kritik an Fehlentwicklungen und dem Ausbleiben durchgreifender Reformen,
- zwischen einer auf die ausländische, insbesondere westeuropäische Öffentlichkeit gerichteten Kriegsgefahr-Propaganda und der tiefen Verunsicherung des eigenen Volkes,
- zwischen sowjetischem Festhalten an der Politik der Hochrüstung, in Verhandlungen mit den USA nie ernsthaft zur Diskussion gestellt, und einhelliger Abwehrreaktion der westlichen und östlichen Nachbarn („Selbsteinkreisung"),
- zwischen dem weltweiten Mitwirkungsanspruch der Großmacht SU und dem immer deutlicheren reaktiven Grundzug sowjetischer Außenpolitik (Iran/Irak, Libanon, PLO, Grenada, Mittelamerika),
- zwischen dem Führungsanspruch im sozialistischen Lager und zunehmenden Harmonisierungsschwierigkeiten im eigenen Block.

4) Zu den von Andropow gesehenen Fehlentwicklungen gehörte ohne Zweifel die Überalterung der Führung. Im zentralen Bereich gelangen ihm jedoch nur

Fortsetzung Fußnote von Seite 212

neralsekretär des ZK der KPdSU entziehe sich „auch ein Jahr nach Amtsübernahme der Popularität oder gar Vertrautheit als ‚Landesvater'. Seine Person löst im Volk Respekt, kaum Zuneigung, seine Erkrankung kaum Mitgefühl aus. Witze kursieren kaum über ihn. Es zeichnet sich das Bild eines distanzierten Herrschers ab, der intellektuelle Kühle und Strenge ausstrahlt." Andropow sei es gelungen, „seine Kontrolle über den Polizeiapparat und die inneren Organe (Staatsanwaltschaft) zu konsolidieren". Andropows Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik lasse „keine vorwärtsweisenden Entwürfe" erkennen. Seine „Stellung innerhalb der Führung hat sich bis in die letzten Wochen hinein kontinuierlich gefestigt. Seit Übernahme des Vorsitzes im Verteidigungsrat, dem ZK-Juni-Plenum sowie seiner Wahl zum Staatsoberhaupt verfügt er in Staat und Partei über eine unangefochtene Autorität." Vgl. Referat 213, Bd. 139283.

zaghafte Erweiterungen von Politbüro und ZK-Sekretariat, daneben mußte er überfällige Beförderungen nachholen (Solomenzew) und Führungskollegen, die bereits unter Breschnew starke Stellungen erworben hatten, weitere Wirkungskreise zugestehen (Tschernenko, Gorbatschow, Gromyko). So blieben nur wenige „Andropow-Leute", die jedoch in der Kürze seiner Amtszeit ihre Positionen – und damit Chancen für höheren Aufstieg – nur begrenzt ausbauen konnten (Alijew, Romanow, Worotnikow).

Deutlicher ablesbar waren Erfolge Andropowscher Kader-Verjüngung bei Ministerrat und Gebietssekretären (32 Neuernennungen) sowie im ZK-Apparat. Da dieser Personenkreis jedoch am ehesten von der Krankheit des GS erfahren haben mußte, waren hier keine personenbezogenen Loyalitäten auf Dauer zu erwarten, sondern eher das Bestreben, sich zu sichern.

Noch stärker trifft dies für die niedrigen Funktionskreise zu, die zusätzlich durch Ahndung von – unter Breschnew durchaus akzeptablen – Amtsmißbräuchen verunsichert waren.

5) Attentismus prägte auch die Haltung der sowjetischen Bevölkerung. Stand am Anfang der Andropow-Zeit der von ihr mehrheitlich begrüßte Aufruf zu mehr Disziplin und Produktivität, verbunden mit der Verheißung, den Arbeitslohn des einzelnen in engere Abhängigkeit von seiner Leistung zu bringen, so mündete diese Linie in eine nahezu neostalinistische Disziplinkampagne und kollektive Haftung für das Arbeitsergebnis. Begleitet wurde dies von zunehmender Hinwendung zu ideologischer Orthodoxie und Verschärfung des Kurses gegenüber Künstlern und Intellektuellen sowie einer Nationalitätenpolitik mit deutlichen großrussischen Akzenten.

6) In dieser Lage geriet die offizielle Propaganda an den Rand der Unglaubwürdigkeit. Nach ersten Disziplinierungserfolgen in Produktion und öffentlichem Leben sollte der wieder abflachende Leistungswille, verstärkt durch Appell an patriotische Gefühle, wachgehalten werden (40. Jahrestag wichtiger Kriegsereignisse, Anti-INF-Propaganda). Dies wiederum weckte in der Bevölkerung Angstgefühle, die eher lähmten als stimulierten. Kurz nach dem Höhepunkt dieser Kampagne im November 1983 folgte dann der unerwartete Akzentwechsel – Vorbote des Führungswechsels? – zu einer konsumorientierten Politik (Dezember-Plenum 1983[4]), verbunden mit offenkundigen Beschwichtigungsversuchen nach innen.

Nicht absehbar sind volkspsychologische Fortwirkungen der Andropow-Zeit. Dieser verharrte – seinem Naturell und Hintergrund entsprechend – in kühler, intellektueller Distanz zu den Regierten. Daß er in seiner Amtszeit nur einmal[5] mit dem „Volk" gesprochen hat, ist bezeichnend. So konnte ihm gegenüber keine

4 Über die Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU am 26./27. Dezember 1983 in Moskau berichtete Gesandter Huber, Moskau, am 27. Dezember 1983: „Die ‚Rede' Andropows, die am 26.12. auf dem ZK-Plenum verteilt und am 27.12. in der sowjetischen Presse verbreitet wurde, befaßt sich ausschließlich mit binnenwirtschaftlichen Fragen." Nach einer positiven Bilanz der sowjetischen Wirtschaftstätigkeit 1983 beschreibe der Generalsekretär des ZK auch die wirtschaftlichen Probleme, zeige aber „kaum Wege auf, wie die Mängel zu überwinden sind. Ebenso im allgemeinen bleiben A[ndropows] Ausführungen zur Notwendigkeit der besseren Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und zur Verbesserung des Systems der Wirtschaftslenkung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5821; Referat 213, Bd. 139283.

5 Korrigiert aus: „einem".

bodenständige Zuneigung als „Landesvater“ entstehen. Damit blieb die nach den Ereignissen in Polen vielbeschworene Parole von der Einheit von Volk und Partei eine blutleere Pflichtübung der propagandistischen Apparate.

[6]7) Die Außenpolitik Andropows bekannte sich von Anfang an zur Kontinuität der unter Breschnew angelegten Grundlinien und setzte nur wenige persönlich zurechenbare Akzente.

7.1) Die sowjetische Rüstung im Mittelstreckenbereich wurde ohne Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen der Nachbarn, insbesondere der Westeuropäer, fortgesetzt. In den parallel geführten Rüstungskontrollverhandlungen wurde unter Andropows Namen eine Serie von Initiativen eingebracht. Diese waren eher vom Willen geprägt, die westliche Allianz auseinanderzudividieren und die Friedensbewegung in Westeuropa zu munitionieren, als den Boden für Kompromisse zu bereiten. Im Ergebnis mündete diese Politik in außenpolitische Niederlagen der SU (INF-Nachrüstung, Zusammenrücken Peking/Tokio/Washington).

7.2) Während die SU weiter aus Lösungsbemühungen für DW-Krisen ausgeschlossen blieb, konnten Kompensationsversuche durch Rüstungslieferungen (Syrien, Angola) nicht als Gewinn für das eigene Prestige verbucht werden. Erfolgreicher war die SU hingegen bei Obstruktion der Lösungsbemühungen anderer, insbesondere im Nahen Osten.

7.3) Die Engagements in Afghanistan und Vietnam wurden entgegen frühen anderslautenden Erklärungen auf alten Gleisen fortgesetzt, ohne daß sich andere als Gewaltlösungen abzeichnen.

7.4) Im Verhältnis zu China wurde die von Breschnew vorgezeichnete Linie weiter vorangetrieben.

Geringe Terraingewinne Moskaus gegenüber Peking überrollte eine dynamische Entwicklung des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses.

8) Das sowjetisch-amerikanische Verhältnis blieb unter Andropow zentrales und ungelöstes Thema sowjetischer Außenpolitik:

– Als sich am Anfang der Amtszeit Präsident Reagans sowjetische Illusionen betr. Wiederbelebung der Nixon-Ära nicht bestätigten, wurde gegen amerikanische „reassertiveness“ scharfer Widerstand geleistet.
– Dieser von Andropow im Herbst 1982 übernommene Stand wurde unter seiner Ägide im Frühjahr/Sommer 1983 behutsam erwärmt. Früchte konnten nicht reifen.
– Der KAL-Abschuß[7] verschlechterte drastisch das Klima zwischen den Großmächten und zeigte überdies – in der Rückschau bereits krankheitsbedingt – Schwächen der zivilen Führung der SU.
– Mit Abbruch der Genfer Abrüstungsverhandlungen[8] wurde die harte Linie fortgesetzt, ohne daß dies jedoch das Ende aller Kommunikation zwischen Moskau und Washington bedeutet.

6 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 600 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
7 Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 17.
8 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

9) Auch die sowjetische Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland war während der Andropow-Zeit durch Phasenwechsel bestimmt:

– Dramatisierung von INF in unserem Bundestagswahlkampf[9].
– Erneute verschärfte Agitation in unserer Öffentlichkeit im Herbst 1983.
– Nach Beginn von INF-Dislozierung und entgegen eigenen „Kalte-Kriegs-Prognosen" wiederum Dialogbereitschaft und Betonung fortgesetzten Interesses an wirtschaftlicher Zusammenarbeit ohne „linkage".

Daneben wirkten als Konstanten:

– das beiderseitige Bekenntnis zu den abgeschlossenen Verträgen und Dokumenten,
– die Fortsetzung des hochrangigen politischen Dialogs (BK in Moskau, drei Treffen der AM[10]) und
– die sowjetische Hinnahme von deutsch-deutschen Sonderhilfsaktionen[11] und – nach INF-Dislozierung und östlichen Gegenmaßnahmen – Versuchen der Schadensbegrenzung.

10) Die neue sowjetische Führung wird, schon um ihre Legitimität abzustützen, wiederum unter dem Vorzeichen Kontinuität Außenpolitik betreiben. Dies bedeutet sowohl im Ost-West-Kontext wie in den Krisengebieten der DW die Vermutung für vorsichtig-konservative Politik.

Allerdings sind der Führungswechsel und die amerikanischen Präsidentenwahlen[12] – jedenfalls 1984 – kein Umfeld für sorgfältig ausgehandelte und langfristig berechnete Vereinbarungen der Großmächte. Als sowjetisches Grundinteresse ist jedoch auch in Zukunft vorauszusetzen, die Rüstungsprogramme der Administration im strategischen Bereich, im Kosmos und bei ABM-Systemen unter Kontrolle zu bringen und – auch gegen amerikanische Widerstände – einen Grundbestand an Kooperation mit westlichen Ländern aufrechtzuerhalten.

Genauso wird andererseits die SU fortfahren, Schwächen und Dilemmata der westlichen Führungsmacht, etwa im Nahen Osten, nach besten Kräften auszunutzen, um das Bündnis des Westens durch innere Agitation (zusätzlich zu INF: Strategiedebatte und C-Waffen) zu erschüttern.

Nach Konsolidierung der innenpolitischen Lage auf beiden Seiten des Atlantiks wird es für die Europäer darauf ankommen, ohne Preisgabe westlicher Sicherheitsinteressen Wege der Kommunikation und Kooperation zwischen den Großmächten zu fördern.

[gez.] Kastl

Referat 213, Bd. 139284

9 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

10 Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte die Bundesrepublik vom 16. bis 19. Januar 1983. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 10 und Dok. 15.
Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.
Genscher und Gromyko trafen zudem am 15./16. Oktober 1983 in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 303–306.

11 Zum „Milliardenkredit" an die DDR vom Juni 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 10.

12 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

43

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Moskau

VS-vertraulich **13. Februar 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretär der SED, Erich Honecker, am 13. Februar 1984, 19.00–20.45 Uhr, in Moskau[2]

Teilnehmer: Staatssekretär Frank-Joachim Herrmann, Botschafter Egon Winkelmann, Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, Staatsminister Philipp Jenninger, Ministerialdirektor Horst Teltschik.

Zwischen Pfälzern und Saarländern sollte es keine Förmlichkeit geben, eröffnete der *Bundeskanzler* das Gespräch. Trotz des traurigen Anlasses und trotz aller Gegensätze freue er sich, daß er Gelegenheit habe, den Generalsekretär persönlich kennenzulernen. Er hoffe auch sehr, daß der Generalsekretär in absehbarer Zeit in die Bundesrepublik kommen und seine Heimat besuchen werde. Vielleicht habe er noch den Ministerpräsidenten Röder vom Saarland gekannt.

Generalsekretär *Honecker* erwiderte, daß er Ministerpräsident Röder gekannt habe, ihn sehr gerne gehabt und sehr hoch geschätzt habe.

Der *Bundeskanzler* berichtete über sein sehr gutes persönliches Verhältnis zu Ministerpräsident Röder und über die Regelung seiner Nachfolge[3], die er entscheidend vorbereitet habe, was nicht immer besonders angenehm gewesen sei. Er habe Ministerpräsident Röder aufgrund seiner Objektivität sehr geschätzt, erwiderte Generalsekretär *Honecker*. Mit der Bitte, dies außerhalb des Protokolls tun zu können, berichtete der Generalsekretär ausführlich über seine persönlichen Erfahrungen im Saarland und in der Pfalz in den 30er und 40er Jahren. In einer sehr aufgelockerten Atmosphäre wurden Erinnerungen an Orte und Personen ausgetauscht.

Im Anschluß daran erklärte Generalsekretär Honecker, daß es sehr gut sei, daß diese erste Begegnung möglich geworden sei. Er sei auch bereit, eventuell zu einem Besuch in die BRD zu kommen. Er habe dies ja im Prinzip bereits zugesagt. Das entscheidende Problem sei, unter welchen Umständen ein solcher Besuch stattfinden werde. Ein solcher Besuch müsse zum beiderseitigen Vorteil gereichen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 20. Februar 1984 gefertigt.
Für das Gespräch vgl. ferner KOALITION DER VERNUNFT, S. 237–241.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 13./14. Februar 1984 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 9. Februar 1984 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 44 und Dok. 45.

3 Am 25. Juni 1979 gab der saarländische Ministerpräsident Röder bekannt, nicht mehr für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren zu wollen. Nach Röders Tod am 26. Juni 1979 wählte der Landtag am 5. Juli 1979 den Vorsitzenden der saarländischen CDU, Zeyer, zu dessen Nachfolger.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er den Generalsekretär nicht aus propagandistischen Gründen eingeladen habe. Sicherlich seien die kontroversen Standpunkte bekannt und müßten nicht wiederholt werden. Die entscheidende Frage sei, was man gemeinsam tun könne, um vernünftige Beziehungen zu entwikkeln, die für beide nützlich seien. Ein Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik müsse sicherlich sorgfältig vorbereitet werden und dürfe nicht dazu führen, daß die Beziehungen nach einem Besuch schlechter seien, als sie vorher gewesen sind. „Dann lassen wir es lieber", warf Generalsekretär *Honecker* ein.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß der Besuch des Generalsekretärs in der Gegend seiner früheren Heimat stattfinden sollte. Der Generalsekretär sollte die Möglichkeit haben, seine engere Heimat wiederzusehen. Dann könnte sich auch ein Besuch in Trier beim Karl-Marx-Museum anschließen, wenn dies der Generalsekretär wünsche. Es solle nichts inszeniert werden, was gegen die Interessen des Generalsekretärs sei. In diesem Zusammenhang berichtete der Bundeskanzler, wie er das Karl-Marx-Haus in Trier als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz einrichten ließ und die Originaldokumente von Karl Marx in einer Versteigerung erwerben ließ und dabei die Mitbewerber der SED und KPdSU überboten habe.

Generalsekretär *Honecker* berichtete von einem alten Witz in der DDR, der laute, wer Marx habe, habe das Kapital.

Bei seinem möglichen Besuch in der BRD ginge es jedoch nicht nur um persönliche Dinge, sondern um die politische Atmosphäre insgesamt. Auch er trete dafür ein, daß der politische Dialog weitergeführt werde. Es sei jedoch unübersehbar, daß sich die Lage durch die Stationierung der Mittelstreckenraketen verschärft habe. Dies sei die gegebene Lage, dennoch sei es notwendig, den politischen Dialog fortzusetzen. Man müsse dabei davon ausgehen, daß in Europa real zwei deutsche Staaten existieren. Die Zusammenarbeit dieser beiden deutschen Staaten habe jedoch günstige Auswirkungen für die Lage in Europa. Dies sei das „Glaubensbekenntnis" der DDR. Der politische Dialog bleibe entscheidend für die Weiterentwicklung der gesamten Ost-West-Beziehungen. Sobald es die Umstände erlauben, könne eine schnelle Einigung über seinen Besuch in der BRD erreicht werden. Es dürfe jedoch „kein toter Transitreisender dazwischentreten".[4] Er sei fest entschlossen, den Dialog fortzusetzen. Darüber wisse die ganze Welt Bescheid. Die Frage sei nur die, ob die Verbündeten diese Politik mittragen werden.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß seine Politik darauf gerichtet sei, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion wieder an einem Verhandlungstisch zusammenkommen. Er habe den Eindruck, daß Vizepräsident Bush einen solchen Vorschlag für ein Gespräch mit dem neuen Generalsekretär in der Tasche habe.[5] Er sei überzeugt, daß Generalsekretär Andropow und Präsident

4 Zu den Hintergründen der Absage des für 1983 geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 123.

5 Der amerikanische Vizepräsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, trafen am 14. Februar 1984 in Moskau zusammen. Gesandter Wallau, Washington, berichtete dazu am 16. Februar 1984, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums hätten Bush und der ihn begleitende Senator Baker folgenden Eindruck gewonnen: „Tschernenko habe intellektuell überzeugend (vigorous) und in jeder Hinsicht selbstsicher gewirkt (comfortable with himself and his

Reagan ein vernünftiges Gespräch miteinander hätten führen können. Der Bundeskanzler erläuterte noch einmal die Position seiner Bundesregierung: Gerade weil sie bereit gewesen sei zu stationieren und damit ihr Wort einzulösen, komme ihr heute in besonderer Weise der moralische Anspruch zu, für die Politik der Verständigung einzutreten. Er habe am 2. Februar darüber auch mit Präsident Mitterrand gesprochen.[6] In dieser Frage seien sich alle Europäer einig. Die Deutschen seien dabei gewissermaßen die Wortführer. Es sei wichtig, daß sich die USA und die Sowjetunion wieder an einem Tisch zusammensetzen und die Abrüstungsgespräche fortführen, wo und wann auch immer. In diesem Zusammenhang sei auch die KVAE in Stockholm wichtig. Insofern teile er die Meinung des Generalsekretärs, daß der Dialog fortgeführt werden müsse. Er wisse auch, daß Ungarn und selbst Bulgarien dieser Meinung seien.

Generalsekretär *Honecker* antwortete, daß es in der Frage der Stationierung unterschiedliche Positionen gebe. Er brauche sie nicht zu wiederholen. Durch die Stationierung sei die Lage in Europa unsicherer geworden, deshalb sei es jetzt notwendig, die Lage zu entkrampfen und zu dem Punkt zurückzuführen, an dem wieder „in großem Maße miteinander gesprochen werde". Deshalb sei es auch wichtig, daß die Konferenz in Stockholm stattfinde und die Verhandlungen in Wien am 16. März wiederaufgenommen würden[7].

Das eigentliche Problem liege darin, daß in der DDR und in der BRD stationiert werde. Das Beste wäre, wenn auf beiden Seiten keine Raketen aufgestellt werden würden. Deshalb sei es wichtig, daß die „Großen" wieder zueinanderfinden würden. Er habe heute ein Gespräch mit Außenminister Gromyko geführt. Es sei offensichtlich, daß die sowjetische Politik eine atomwaffenfreie Zone in Europa erreichen wolle. Die Sowjetunion wolle ernsthaft, daß aufeinander zugegangen werde. Er wolle dies nachdrücklich unterstützen. Beide Seiten müßten ihren Teil dazu beitragen, die Welt vernünftiger zu machen.

Der *Bundeskanzler* fragte nach der zukünftigen Politik des neuen Generalsekretärs Tschernenko. Dieser sei ein ausgezeichneter Mann, erwiderte Generalsekretär *Honecker*. Er werde die gleiche Richtung verfolgen. Er sei aus einem anderen Holz wie sein Vorgänger und werde seine persönliche Note haben. Auch er wünsche ernsthafte Verhandlungen, um reale Ergebnisse zu erreichen. Das Ziel sei eine kontrollierte Abrüstung im strategischen und Mittelstreckenbereich. Mit dem Krieg der Sterne müsse Schluß gemacht werden. Für beide deutschen Staaten bleibe wichtig, daß ein atomarer Krieg am meisten vor allem Europa schaden würde.

Jeder Krieg sei heute eine Katastrophe, auch der konventionelle, erwiderte der *Bundeskanzler*. Die Alternative stelle sich nur zwischen Krieg und Frieden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 218

position). Senator Baker, der ein guter Menschenkenner sei, habe den Eindruck geäußert, Präsident Reagan und der neue GS würden im Gespräch wahrscheinlich leicht Zugang zueinander finden. Das State Department lege Wert darauf, daß der BK und der BM dies erführen. VP Bush habe bei Tschernenko geringere anti-amerikanische Emotionen als bei Andropow und Breschnew festgestellt […]. Der Vizepräsident habe Präsident Reagan als Gesamteindruck mitgeteilt, ‚there is somebody to deal with'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 761; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Schloß Ludwigshöhe vgl. Dok. 29 und Dok. 30.

7 Die 32. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 16. März bis 19. April 1984 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 113.

Ein atomares Inferno sei das Ende der Menschheit in Europa wie in den USA, fügte Generalsekretär *Honecker* hinzu. Daraus leite sich die besondere Verantwortung ab, daß die Menschheit vom Krieg befreit werden müsse. Im übrigen wolle er daran erinnern, daß in Genf im Rahmen der Vereinten Nationen weiterverhandelt werde. Auch dies sei ein wichtiger Verhandlungstisch.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß er aufgrund des Todes von Generalsekretär Andropow und des Wahlkampfes in den Vereinigten Staaten von Amerika[8] zeitliche Verzögerungen erwarte. Seiner Meinung nach stünden jedoch die Wahlchancen für Präsident Reagan 7:3. Dies sei anzunehmen, erwiderte Generalsekretär *Honecker*. Wenn Präsident Reagan wiedergewählt werde, könnte Vizepräsident Bush möglicherweise im Rahmen der Legislaturperiode Nachfolger von Präsident Reagan werden, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Generalsekretär *Honecker* berichtete, daß er eine Einladung der Gesellschaft für internationale Beziehungen nach Kalifornien erhalten habe. Er habe jedoch noch davon abgesehen, diese Einladung anzunehmen. Der Wahlkampf in den USA schaffe doch eine bestimmte Lage. Er gehe davon aus, daß Präsident Reagan im Amt bleiben und mit Vizepräsident Bush auch die künftige Mannschaft stellen werde. Die Gegenseite (der Demokraten) sei nicht geschlossen. Dies alles sei jedoch eine Angelegenheit der USA.

Er wolle jedoch offen sagen, worin das Problem bestünde. Wenn der Bundeskanzler von der besonderen Verantwortung nach der Stationierung der Mittelstrekkenraketen spreche, so bestünde die Verantwortung darin, daß „diese Dinger wieder verschwinden". Er hätte häufig die Gelegenheit, viel mit Menschen und Bischöfen zu sprechen. Er kenne deren Gefühle. Es sei sicher richtig, wenn der Bundeskanzler sage, man müsse Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. In Wirklichkeit gebe es jedoch immer mehr Waffen, die eine große Gefahr für die Menschheit darstellten. Wenn man von der Gewinnbarkeit des Krieges spreche, von Krieg im Kosmos, müsse man doch wissen, was das bedeute. Es sei deshalb wichtig, daß ein Zustand wiederhergestellt werde, der Verhandlungen wieder zulasse.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß es das gemeinsame Ziel sein müsse, die USA und die Sowjetunion wieder an die Verhandlungstische zusammenzubringen. Notwendig sei jetzt eine realistische Politik.

Generalsekretär *Honecker* berichtete, daß er Gespräche mit dem französischen Außenminister Cheysson[9], dem kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau[10] und mit den Außenministern der nordischen Länder[11] geführt habe. Er begrüße die Bereitschaft aller dieser Gesprächspartner, den Dialog fortführen zu wollen. Er sei optimistisch, daß dies auch eintreten wird, weil die Menschen keine Alternative dazu hätten.

8 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

9 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich 26./27. Januar 1984 in der DDR auf.

10 Ministerpräsident Trudeau besuchte die DDR vom 30. Januar bis 1. Februar 1984.

11 Der schwedische Außenminister Bodström besuchte die DDR am 26./27. Oktober 1983, der norwegische Außenminister Stray vom 31. Oktober bis 2. November 1983.

Der *Bundeskanzler* erinnerte noch einmal an seine Begegnung mit Generalsekretär Andropow.[12] Er habe mit ihm wie mit Präsident Reagan darüber gesprochen, daß es darauf ankomme, welches Erbe ein Politiker hinterlasse, welches Geschichtsbild er geprägt haben wird. Niemand könne doch glauben, daß Präsident Reagan das Bild eines Kriegsfürsten hinterlassen wolle. Manche Worte des amerikanischen Präsidenten solle man genausowenig auf die Goldwaage legen wie die von sowjetischen Führern. Der Bundeskanzler berichtete über sein erstes Gespräch nach seiner Wahl zum Bundeskanzler mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Kostandow.[13] Sie hätten damals über ein Bild von Adenauer gesprochen, das in seinem Arbeitszimmer hänge. Er habe damals Kostandow gesagt, wenn er einmal in der Prawda einen ähnlichen Nachruf erhalten würde, wie ihn Adenauer erhalten habe, werde er sehr zufrieden sein. Dieser Nachruf sei in der Prawda erfolgt, obwohl die Sowjetunion über viele Jahre Adenauer immer heftig angegriffen habe.

Der Bundeskanzler schlug Generalsekretär Honecker vor, Staatsminister Jenninger und einen weiteren Gesprächspartner nach Ost-Berlin zu entsenden, um in sehr vertrauensvoller Weise ein gemeinsames Arbeitsprogramm durchzusprechen. Er wolle dies im Auge behalten, erwiderte Generalsekretär *Honekker*. Der *Bundeskanzler* fuhr fort, beide Seiten müßten das in Bewegung setzen, was möglich sei. Wie sie es bereits beim letzten Telefongespräch[14] besprochen hätten, sei seine Idee die, gemeinsam darüber zu sprechen, wo solche Anfänge für gemeinsame Überlegungen und Initiativen gefunden werden könnten.

Generalsekretär *Honecker* erinnerte daran, daß er bei diesem Telefongespräch bereits zugestimmt habe. Man könne ein solches Verfahren vereinbaren. Es müßte jedoch ein diskreter Vorgang bleiben, sonst werden Ergebnisse nicht möglich. Es sei eine historische Verpflichtung zu prüfen, was machbar sei und was nicht. Sicherlich müsse dabei auch etwas für die Presse herauskommen, der Rest müsse jedoch vertraulich bleiben. Es dürften jedoch öffentlich keine Vorbedingungen erhoben werden in der Form, daß verlangt werde, daß die oder die Voraussetzung gegeben sein müsse, wenn das eine oder andere Ergebnis erreicht werden sollte.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß es ihm vor allem darauf ankomme, daß einmal gemeinsam alle Probleme aufgelistet werden würden, die gelöst werden müßten. Dies sollte selbstverständlich ohne Öffentlichkeit stattfinden. Er stelle sich beispielsweise vor, daß man eine Gruppe von Maßnahmen zusammenstelle, die man gemeinsam anpacken könne; eine zweite Gruppe von Maßnahmen, die möglicherweise in Angriff genommen werden sollten, und eine dritte Gruppe, deren Lösung erst in der Zukunft angestrebt werden könne.

12 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200 und Dok. 204.

13 Der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Kostandow hielt sich anläßlich der 11. Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die am 11./12. Oktober 1982 in Bonn stattfand, in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1982 wurden vor allem deren Ergebnisse erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1982.

14 Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honekker, am 19. Dezember 1983 vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 224–236.

Staatsminister *Dr. Jenninger* wies darauf hin, daß es besonders wichtig sei, daß keine falschen Erwartungen geweckt würden.

Generalsekretär *Honecker* stimmte zu. Erwartungen sollten nicht geweckt werden. Er wolle noch einmal mit Nachdruck darauf hinweisen, daß es wichtig und für viele eine Überraschung gewesen sei, daß „wir nach der Aufrüstung diesen Kurs gefahren haben". In der Tat sei es seine Auffassung, daß aufgrund der gemeinsamen Verantwortung jetzt erst recht die Beziehungen fortgeführt werden müßten. Herr Genscher werde sich mit seinem Kollegen Fischer in vielen Fragen leichter einigen können als mit Gromyko. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß Kostandow auch Vorsitzender der gemeinsamen Wirtschaftskommission der DDR mit der Sowjetunion sei.

Außenminister *Genscher* erklärte, daß er mit Außenminister Fischer[15] und Außenminister Gromyko[16] gute Gespräche geführt habe. Auch das Gespräch zwischen Außenminister Gromyko und dem amerikanischen Außenminister Shultz[17] sei sehr gut gewesen. Dieses Gespräch habe eine gute Voraussetzung dafür geschaffen, die Beziehungen fortzuentwickeln.

Der *Bundeskanzler* erinnerte noch einmal an die Bemühungen der Bundesregierung für das Zustandekommen der KVAE-Konferenz in Stockholm. Davon ginge er aus, warf Generalsekretär *Honecker* ein, aber sie gehörten auch dazu. Er sei über den Einsatz von Außenminister Genscher und von dem des Bundeskanzlers unterrichtet.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete die Erfahrungen im Vorfeld der Stockholm-Konferenz als besonders typisch. Er habe im April letzten Jahres Außenminister Shultz beschworen[18] und dies auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg[19] wiederholt, die Folgekonferenz in Madrid zu einem Abschluß zu bringen[20]. Sicherlich habe auch er Zweifel über manche Ergebnisse gehabt, insbesondere in der Frage der Menschenrechte. In Washington habe es sehr unterschiedliche Meinungen darüber gegeben, ob die Folgekonferenz der KSZE in Madrid schon zum Abschluß gebracht werden solle oder nicht. Die Entscheidung habe dann Präsident Reagan persönlich getroffen. Die Beziehungen zwischen ihm und Präsident Reagan seien persönlich sehr freundschaftlich, auch gegenüber Präsident Mitterrand. Gerade weil er Präsident Reagan persönlich sehr gut kenne, halte er eine Begegnung zwischen dem neuen Generalsekretär Tschernenko und Präsident Reagan für besonders wichtig. Er kenne den neuen Generalsekretär sehr gut, warf Generalsekretär *Honecker* ein.

15 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 14, Anm. 15.

16 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 14.

17 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13.

18 Bundeskanzler Kohl besuchte die USA vom 14. bis 16. April 1983. Zum Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 14. April 1983 in Washington vgl. AAPD 1983, I, Dok. 101.

19 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

20 Die KSZE-Folgekonferenz wurde mit einem Außenministertreffen vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid abgeschlossen.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal die Bedeutung, die ein Zusammentreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Tschernenko haben werde. Die Führungspersönlichkeiten beider Staaten sollten sich persönlich kennen. Ein solcher Gipfel sollte von keiner Seite als ein „Propagandacoup" mißbraucht werden.

Generalsekretär *Honecker* erwiderte, daß er seine eigenen Erfahrungen hätte machen können. Als er in Mexiko gewesen sei[21], sei er mit dem damaligen Präsidenten[22] zusammengetroffen, der ein persönlicher Bekannter von Präsident Reagan gewesen sei. Trotz der Erklärungen, die er damals erhalten habe, habe er feststellen müssen, daß mit dem Amtsantritt von Präsident Reagan eine Verschärfung der internationalen Lage eingetreten sei. Wenn Präsident Reagan jedoch seine Position wechseln würde und in stärkerem Maße den europäischen Interessen entgegenkäme, könnte dies die Lage verändern. Er könne sich jedoch nur schwer vorstellen, daß Präsident Reagan während der Wahlen seine Position verändern könne. Besonders wichtig bleibe für die Beziehungen die Berechenbarkeit. Er sei kein Verteidiger der Sowjetunion, wer aber vom Reich des Bösen spreche, einen Enthauptungsschlag verkünde, verschärfe die Lage. Er könne sich deshalb nur schwer vorstellen, daß Präsident Reagan bereit sein könnte, eine „Rochade zu vollziehen", so notwendig dies auch wäre. Was erreicht werden müsse, sei gegenseitiges Vertrauen und Berechenbarkeit.

Außenminister *Genscher* verwies auf die Rede von Präsident Reagan vor dem Beginn der Konferenz von Stockholm.[23] Sie sei besonders wichtig gewesen, weil sie an die Politik von Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnew angeknüpft habe. Wichtig sei auch das Signal der NATO von Brüssel.[24] Im übrigen wolle er daran erinnern, daß der Doppelbeschluß[25] keine Erfindung von Präsident Reagan gewesen sei. Er sei eine Erfindung der Europäer gewesen, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Außenminister *Genscher* fuhr fort, daß es ein Fehler wäre, Präsident Reagan als „lahme Ente" zu halten. Er habe die Wahlen fast schon gewonnen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß Präsident Reagan nach seiner Wiederwahl sehr souverän sein werde. Dafür sprechen allein schon seine wirtschaftlichen Erfolge. Probleme werde er in der Frage des Haushaltsdefizits haben, diese seien jedoch lösbar.

Der Bundeskanzler gab einen Überblick über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Man sei noch nicht über den Berg, aber die Entwicklung sei günstiger als erwartet. Die Aufgabe bestünde jetzt darin, den Prozeß der wirtschaftlichen Erholung zu verstetigen. Die Defizite im Haushalt habe man in

21 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 9. bis 13. September 1981 in Mexiko auf.

22 José López Portillo y Pacheco.

23 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

24 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

25 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

den Griff bekommen. Die Forschung müsse intensiviert und die Investitionen weiter gefördert werden. Probleme werde es noch mit der Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche geben. Die Koalitionsregierung verfüge für ihre Politik über eine breite Wählerbasis. Die jüngsten Umfragen würden dies erneut beweisen. Dagegen sei die SPD nur bedingt einsatzfähig. Er sei über diese Lage der Opposition nicht erfreut, weil es für die CDU besser sei, wenn sie unter Druck stehe.

Er wolle sich nicht einmischen, erklärte Generalsekretär *Honecker*. Er wisse, daß Helmut Schmidt mit seiner ganzen Existenz für den Doppelbeschluß gekämpft habe. Er würde es nur begrüßen, wenn Präsident Reagan eine solche Bewegungsfreiheit erhalten würde, wie dies der Bundeskanzler berichtet habe. Er gehe davon aus, daß Präsident Reagan ein entsprechendes Echo erhalten würde. Dafür müsse der Generalsekretär sorgen, warf Außenminister *Genscher* ein. An den Außenminister gewandt, erklärte Generalsekretär *Honecker*, daß er für Anfang März ein Treffen mit Herrn Mischnick zugesagt habe.[26] Generell sei er dafür, daß die Regierungen miteinander sprechen müßten.

Er habe den Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg sehr aufmerksam verfolgt. Er habe dabei festgestellt, daß Präsident Reagan gegen die Absprache von Williamsburg Maßnahmen ergriffen habe. Er wolle nur daran erinnern, daß die amerikanische Politik dazu führe, daß die Europäer jährlich ein Defizit von 50 Mrd. US-Dollar auf sich nehmen müßten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß Präsident Reagan sicherlich eine andere Rechnung aufstellen würde. Im übrigen sei es so, daß die Europäer an der amerikanischen Hochzinspolitik durchaus mitverdienen würden.

Dies solle er nicht so laut sagen, erwiderte Generalsekretär *Honecker*. Frankreich sei in dieser Frage sicherlich anderer Meinung. Die amerikanische Hochzinspolitik wirke sich für Westeuropa ungünstig aus. Das zweite Problem sei aber die Frage der Zuverlässigkeit der USA.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß die Vereinigten Staaten von Amerika immer zuverlässig gewesen seien, wenn es wirklich darauf angekommen wäre. Im Umgang mit den Weltmächten würden ja beide deutsche Staaten Bescheid wissen. Beide Weltmächte hätten ihre eigenen Probleme, mit denen man leben müsse. Man dürfe sich jedoch nicht alles gefallen lassen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland ein Kontinent seien.

Generalsekretär *Honecker* erwiderte, daß seine Erfahrungen im Umgang mit den Weltmächten nicht schlecht seien. Seit seinem 18. Lebensjahr habe er Erfahrungen mit der Sowjetunion. Er habe schon 1930 begriffen, daß die Sowjetunion den Frieden wolle. Das Problem bestünde darin, daß mehr Waffen nicht

[26] Der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick traf am 5. März 1984 in Ost-Berlin zu einem Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am selben Tag, Mischnick, der zu einem privaten Aufenthalt nach Dresden weiterreise, habe ihn über das Gespräch informiert. Themen seien Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die innerdeutschen Beziehungen, vor allem die Ausreise von Personen aus der DDR in die Bundesrepublik, sowie mögliche Kontakte von FDP-Politikern mit Mitgliedern der Volkskammer der DDR gewesen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 289; VS-Bd. 13349 (210); B 150, Aktenkopien 1984. Für das Gespräch vgl. ferner KOALITION DER VERNUNFT, S. 242–254.

mehr Vertrauen schaffen. Der Vertrauensschwund sei heute unübersehbar. Er habe Generalsekretär Breschnew wie auch Generalsekretär Andropow sehr gut gekannt. Den neuen Generalsekretär kenne er seit 15 Jahren ebenfalls sehr gut. Dieses Land (die Sowjetunion) wolle den Frieden. Das entscheidende Problem bestehe darin, daß beide Weltmächte zusammenkämen und gemeinsam die Probleme lösen.[27] Man müsse in solchen Fragen zusammenarbeiten, wo dies möglich sei, vor allem in den Fragen des Friedens. Auf beiden Seiten müßten die Raketen abgezogen werden. Die Tatsache des heutigen Zusammentreffens werte er als sehr positiv.

Nach diesem Gespräch wurde in gleicher Besetzung gemeinsam zu Abend gegessen. Im Rahmen des Abendessens las Generalsekretär Honecker eine vorbereitete Presseerklärung vor und bat den Bundeskanzler um Zustimmung. Nach einer Überarbeitung der Presseerklärung durch Staatssekretär Herrmann und Ministerialdirektor Teltschik wurde vereinbart, daß beide Seiten den gleichen Text getrennt der Presse übergeben.[28]

Im Rahmen des Abendessens unterstrich Generalsekretär *Honecker*, daß für die DDR die Vereinbarungen, die man mit Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff getroffen habe, immer vorbildlich gewesen seien. Er sei eine sehr zuverlässige Persönlichkeit. Er habe ihn immer sehr gerne auf der Leipziger Messe gesehen. Graf Lambsdorff habe sich um die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sehr verdient gemacht. Gute Beziehungen habe die DDR auch zu Niedersachsen. Obwohl Bundeskanzler Schmidt den Swing herabgesetzt habe[29], konnte der Wirtschaftsaustausch verstärkt werden.

In diesem Zusammenhang wies Generalsekretär Honecker noch einmal darauf hin, daß öffentliche Kampagnen für den Wirtschaftsaustausch nicht förderlich seien. Er erinnerte daran, daß die DDR seinerzeit 10 000 Golf-Autos von VW gekauft habe. Ursprünglich sei es seine Absicht gewesen, 100 000 PKWs zu kaufen, jedoch sei dieses Geschäft durch die öffentliche Propaganda verhindert worden. Dabei hätte er damals nicht einmal sein Politbüro um Einverständnis gefragt.[30]

27 So in der Vorlage.

28 Für den Wortlaut der Mitteilung über das Gespräch vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXII (1984), S. 462.

29 Bundesminister Franke gab am 18. Juni 1982 den Abschluß von Gesprächen mit der Regierung der DDR über eine Verlängerung des zinslosen Überziehungskredits („Swing") bekannt. Gemäß der neuen Regelung sollte dieser bis 1985 um 250 Millionen Verrechnungseinheiten auf 600 Millionen Verrechnungseinheiten herabgesetzt werden. Außerdem wurden Neuregelungen im Bereich des nichtkommerziellen Zahlungsverkehrs vereinbart. Für den Wortlaut der Erklärung Frankes sowie der Vereinbarung und der dazugehörigen Dokumente vgl. BULLETIN 1982, S. 545–549.

30 Am 1. Dezember 1977 wurde in der Presse berichtet, daß das Volkswagenwerk mit der Firma „Außenhandelsbetrieb Transportmaschinen Export und Import" aus Ost-Berlin einen Vertrag über die Lieferung von 10 000 PKW vom Typ „Golf", beginnend ab dem Frühjahr 1978, abgeschlossen habe. Die Wagen würden von der DDR-Staatsfirma in Form eines Kompensationsgeschäfts bezahlt. Schätzungen zufolge werde der Verkaufspreis in der DDR für einen Wagen bei ca. 30 000 Mark liegen. Vgl. dazu den Artikel „VW durchbricht eine Barriere: 10 000 Golf rollen in die ‚DDR'"; DIE WELT vom 1. Dezember 1977, S. 1.
Am 13. Februar 1978 wurde berichtet, daß nach „teilweise heftigen Unmutsäußerungen" in der Bevölkerung der Verkaufspreis auf ca. 19 000 Mark gesenkt worden sei. Vgl. dazu den Artikel „Ansturm in der DDR auf VW-‚Golf'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Februar 1978, S. 2.

Er könne deshalb auch nicht voraussehen, ob die neuen Verhandlungen mit VW erfolgreich sein werden, wenn es weiterhin in der Öffentlichkeit so „aufgeplustert“ werde. Die DDR müßte sich in einem solchen Fall eine andere Firma suchen.[31]

Generalsekretär Honecker kam noch einmal auf den Vorschlag des Bundeskanzlers zurück, vertrauliche Gespräche über die zukünftige Zusammenarbeit aufzunehmen. Er werde durch seinen Außenminister einladen lassen. Der *Bundeskanzler* bat den Generalsekretär, eine solche Vereinbarung persönlich zu treffen und keine Behörden einzuschalten. Generalsekretär *Honecker* erklärte sich damit einverstanden. Er werde für entsprechende Gesprächspartner Sorge tragen.

Das Gespräch endete mit dem Ausspruch von Generalsekretär Honecker: „Wir leben aus dem Leben.“

Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl

44

Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt

114-10697/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 14. Februar 1984, 17.35 Uhr**
Fernschreiben Nr. 632 **Ankunft: 14. Februar 1984, 16.41 Uhr**
Citissime

Betr.: Randgespräch des Bundeskanzlers und des Bundesministers in Moskau[1]
Gespräch mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush

I. Zusammenfassung

1) Bundeskanzler und Bundesminister führten am 13.2.1984 mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush ein Gespräch am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten in Moskau. Vizepräsident Bush war u. a. vom republikanischen Mehrheitsführer im Senat, Senator Baker, und dem Abteilungsleiter Europa im State Department, Richard Burt, begleitet.

31 Am 9. Februar 1984 wurde in der Presse berichtet, das Volkswagenwerk und die DDR seien übereingekommen, einen Vertrag über die Lizenzproduktion von VW-Motoren in der DDR für den Eigenbedarf sowie über die Lieferung von jährlich ca. 100 000 Rumpfmotoren an VW ab 1988 abzuschließen. Im Gegenzug werde VW bei Vertragsunterzeichnung einmalig 2000 VW-Transporter sowie ab 1988 jährlich 2000 VW-Transporter liefern. Die Verhandlungen über den bis 1993 gültigen Vertrag mit einem Finanzvolumen von ca. 600 Mio. DM sollten bis Mitte 1984 abgeschlossen sein. Vgl. dazu den Artikel „VW-Motoren künftig auch aus der DDR? Wolfsburg und Ost-Berlin verhandeln“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Februar 1984, S. 1.

1 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 13./14. Februar 1984 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 9. Februar 1984 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 45.

2) Gesprächsgegenstand waren
– die Gestaltung der West-Ost-Beziehungen, insbesondere die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der amerikanische Präsident eine Gipfelbegegnung mit dem neuen sowjetischen Generalsekretär suchen solle;
– die Situation in Nahost;
– das transatlantische Verhältnis.

3) Bundeskanzler und Bundesminister sprachen sich dezidiert für eine Begegnung Präsident Reagans mit GS Tschernenko aus.

II. Im einzelnen wird aus dem Gespräch festgehalten:

1) Nach der Auffassung des Bundeskanzlers ist der wichtigste Punkt bei der Beurteilung der politischen Absichten der neuen sowjetischen Führung die Tatsache, daß der GS aus der alten, etablierten Garde des Politbüros ausgewählt wurde und daß damit der Prozeß der Machterhaltung dieser älteren Generation andauert. Eine solche kollektive Führung sei gefährlichen Experimenten nicht zugeneigt. Die sowjetische Politik als Fortsetzung der russischen imperialen Politik sei zudem von Sicherheitsdenken geprägt und stets auf der Suche nach berechenbaren Partnern. Auch aus dem Gespräch mit Staatsratsvorsitzendem Honecker habe Bundeskanzler den Eindruck gewonnen, daß dieser die Linie der neuen sowjetischen Führung nicht konfrontativ einschätze.[2]

Bundeskanzler begrüßte ausdrücklich Ton und Inhalt der Rede Präsident Reagans vor Beginn der Stockholmer Konferenz.[3] Ihm liege daran, daß Präsident Reagan möglichst bald GS Tschernenko begegne. Er werde dies dem amerikanischen Präsidenten bei seinem bevorstehenden Besuch in Washington sagen.[4]

2) Der Vizepräsident führte aus, Präsident Reagan liege sehr viel an der Meinung des Bundeskanzlers zur Frage eines Gipfeltreffens. Man frage sich in Washington, ob die Begegnung durchgeführt werden solle
– zum gegenseitigen Kennenlernen und auf alle Fälle,
– nur bei Aussicht auf einen gewissen Erfolg oder
– lediglich, wenn ein bedeutender Fortschritt erzielt werden könne.

Der Bundeskanzler möge bei seinem Besuch in Washington auf diese Frage detailliert eingehen.

Die Tatsache, daß der Präsident nicht zu den Beisetzungsfeierlichkeiten gekommen sei, könne nicht als Desinteresse an einer Gipfelbegegnung gewertet werden. Der Präsident habe sich alle Für und Wider genau überlegt. Eine Reise zum jetzigen Zeitpunkt hätte als Propaganda oder als Vorwegnahme der Gipfelbegegnung gedeutet werden können.

3) Bundeskanzler und Bundesminister waren der Auffassung, daß für das Zustandekommen eines Gipfeltreffens eine mittlere Linie eingehalten werden sol-

[2] Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 13. Februar 1984 in Moskau vgl. Dok. 43.

[3] Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

[4] Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 70–72 und Dok. 75.

le. Aus dem Treffen dürfe weder eine Propagandabegegnung gemacht werden, noch solle man sich unbedingt vom Erfolg eines Treffens und damit in gewisser Weise von den Positionen der anderen Seite abhängig machen. Dem neuen GS müsse schon aufgrund der aus Altersgründen wohl kurzen Amtszeit daran gelegen sein, so bald als möglich seine politischen Akzente zu setzen. Darum sei ein Interesse des GS an einer Begegnung wahrscheinlich. Nicht sicher sei, ob die sowjetische Führung im amerikanischen Wahljahr[5] das Zugeständnis einer Begegnung machen wolle. Sie kenne aber die realen Wahlchancen Präsident Reagans und werde dies in Rechnung stellen.

Der amerikanische Präsident sei eine eindrucksvolle Persönlichkeit. Er könne dem neuen GS wertvolle Einsichten in die auf Verständigung gerichtete Politik der Administration geben. Der Wechsel in der sowjetischen Führung eröffne die Möglichkeit, die Frage einer Gipfelbegegnung völlig neu aufzurollen. Ein Treffen würde nach Auffassung des Bundeskanzlers in einigen westeuropäischen Ländern (Niederlande) große Wirkung erzielen. Auch dürfe man die Auswirkungen auf die übrigen WP-Staaten nicht übersehen.

4) Der Vizepräsident gab – soweit unter den gegebenen Umständen überhaupt vertretbar – eine vorsichtig-optimistische Einschätzung zur Libanon-Krise. Nach neuesten Erkenntnissen sei es denkbar, daß sich Syrien, das eine totale Anarchie im Libanon nicht wünschen könne, mittelfristig mit Gemayel oder einem Präsidenten nach dessen politischem Zuschnitt abfinden werde. Die Möglichkeit sei nicht auszuschließen, daß sich daraus ein neuer Anfang entwickle.

Der Bundeskanzler berichtete über Eindrücke seiner Israel-Reise.[6] Er habe Shamir gesagt, daß die Bundesrepublik Deutschland Israel in einer wirklichen Existenzfrage nicht im Stich lassen werde. Es werde aber immer schwieriger, Israel, wo sich Festungsmentalität entwickle, den eigenen Standpunkt der Bundesregierung zu erläutern oder gar politische Ratschläge zu erteilen. Im Westen sollten zwei Entwicklungen im Nahen Osten nicht unterschätzt werden: Der iranisch-irakische Krieg und das Streben nach einem auf Libanon ausgreifenden Groß-Syrien. Ausgleichende Elemente seien im Nahen Osten immer gefährdet, um so mehr müßten sie unterstützt werden (Mubarak).

5) Der Bundeskanzler zeigte sich erstaunt über die Äußerung Eagleburgers zum europäisch-amerikanischen Verhältnis und zur möglichen Verlagerung amerikanischer Interessen in den pazifischen Raum.[7] Solche Äußerungen seien kontraproduzent und überraschten nach der für uns nicht einfachen Stationierungsentscheidung, die solchen Tendenzen habe entgegenwirken wollen.

Bundeskanzler wies vor allem auf negative Auswirkungen auf bestimmte europäische Länder (Niederlande) hin. Er erläuterte sodann dem amerikanischen Vizepräsidenten die Bemühungen um eine Intensivierung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit: Dies sei ein wichtiger Punkt in seinen Gesprä-

5 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

6 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel auf. Vgl. dazu Dok. 18–20.

7 Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 31. Januar 1984 in Washington vgl. Dok. 38.

chen mit Mitterrand gewesen.[8] Europa müsse nach den Europa-Wahlen[9] einen neuen Anlauf nehmen. Es sei beabsichtigt, unter den Europäern Konsens herzustellen in der Aussage, daß die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft irreversibel sei, daß eine politische Integration angestrebt werden solle und daß man sich mit einer bloßen Freihandelszone nicht zufriedengeben könne. Es gehe darum, an der atlantischen Brücke den europäischen Pfeiler zu festigen. Für die Bundesrepublik Deutschland sei das transatlantische Verhältnis eine politische Existenzfrage. Die von Adenauer eingeleitete Westorientierung sei irreversibel. Dabei stünden die Ebenen der europäischen Beziehungen (Kern Deutschland–Frankreich) und der europäisch-amerikanischen Beziehungen gleichberechtigt nebeneinander. So denke heute auch Mitterrand. Hinter dieser Politik stünde selbst die Mehrheit der SPD-Wähler in der Bundesrepublik Deutschland. Es komme darauf an, die große Linie im transatlantischen Verhältnis beizubehalten und zu festigen. Dann könne man in den Detailfragen durchaus verschiedener Meinung sein.

Vizepräsident Bush betonte, unterstützt von Richard Burt, daß Eagleburger überwiegend falsch interpretiert worden sei. Es bestehe die Gefahr, daß von demokratischer Seite im Wahlkampf antieuropäische Parolen aufgegriffen würden, weil sie für populär gehalten würden. In Wirklichkeit sei aber das europäisch-amerikanische und insbesondere das deutsch-amerikanische Verhältnis in keinem wesentlichen Bereich gefährdet. Die Allianz sei gefestigter denn je. In der amerikanischen Administration und in der Bevölkerung empfinde man Hochschätzung und Dankbarkeit für die Art und Weise, mit der Bundeskanzler und Bundesregierung die letzten Monate bewältigt hätten.

[gez.] Roßbach

VS-Bd. 14125 (010)

8 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 2. Februar 1984 auf Schloß Ludwigshöhe; Dok. 29.

9 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

45

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, in Moskau

VS-vertraulich **14. Februar 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Generalsekretär Tschernenko am 14. Februar 1984, 18.45 Uhr bis 19.15 Uhr, im Kreml, Moskau[2]

Teilnehmer: Außenminister Gromyko, Botschafter Semjonow, der außenpolitische Berater Alexandrow und ein neuer Berater des Generalsekretärs, Pribytkow, Dolmetscher Smirnow; Außenminister Genscher, Staatssekretär Boenisch, Botschafter Kastl, Ministerialdirektor Teltschik, Dolmetscher Weiß.

Nach einleitenden Bemerkungen über das Klima in Moskau und Sibirien, wo er gelebt habe, verlas Generalsekretär *Tschernenko* folgende Erklärung: Er wolle den Dank und die Anerkennung der sowjetischen Seite zum Ausdruck bringen, daß der Bundeskanzler nach Moskau gekommen sei, um das Andenken Jurij Andropows zu ehren. Der Verstorbene habe den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland und den Perspektiven ihrer Entwicklung große Bedeutung beigemessen. Der Bundeskanzler habe im Sommer vergangenen Jahres Gelegenheit gehabt, mit dem Verstorbenen einen ausführlichen Gedankenaustausch zu führen.[3] Andropow habe damals betont, daß seit Abschluß des Moskauer Vertrages im Jahre 1970[4] die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland einen weiten und fruchtbaren Weg zurückgelegt hätten. Er habe hervorgehoben, daß es erforderlich sei, mit dem, was in gemeinsamer Arbeit an Positivem erreicht worden sei, äußerst pfleglich umzugehen und die bilaterale Zusammenarbeit stetig fortzuentwickeln.

Hauptthemen der Gespräche seien die Grundsorgen gewesen – der Herr Bundeskanzler werde sich daran erinnern – betreffend die Erhaltung des Friedens, die Beendigung des Wettrüstens und die Abwendung der Gefahr eines Nuklearkrieges.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 16. Februar 1984 gefertigt und am 17. Februar 1984 an Bundesminister Genscher zur Unterrichtung übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 17. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Genscher verfügte.
Hat Genscher am 18. Februar 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 13./14. Februar 1984 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 9. Februar 1984 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 43 und Dok. 44.

3 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200 und Dok. 204.

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Heute sei wohl nicht die Zeit, um konkret zu erörtern, warum sich die internationale Lage drastisch verschlechtert habe. Wir wüßten die sowjetische Ansicht hierzu. Die sowjetische Seite wolle jedoch nachdrücklich betonen, daß ihr Kurs, gerichtet auf die Verhinderung eines Krieges, auf die Beendigung des atomaren und konventionellen Wettrüstens, auf Abrüstung, bestehenbleibe. Wichtig sei, daß auch die andere Seite, insbesondere die USA, aber auch die Bundesrepublik Deutschland könne hierbei eine bedeutsame Rolle spielen, mit praktischen Taten nach demselben strebe. Die Situation könne nicht dadurch besser werden, daß man in einigen westlichen Hauptstädten den Anschein erwecken wolle, als sei nichts Besonderes passiert, als sei es nicht nötig, irgendwelche Änderungen vorzunehmen. Nicht nur falsch, sondern gar gefährlich sei es, wenn man sage, es komme nun darauf an, den Dialog fortzusetzen und die Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen wiederaufzunehmen.

Es sei nicht nötig, die sowjetische Seite von der Notwendigkeit und Nützlichkeit von Verhandlungen zu überzeugen. Sie sei immer dafür gewesen. Aber Verhandlungen verlören ihren Sinn, wenn eine Seite bestrebt sei, einseitige Vorteile für sich zu erlangen und die andere Seite vor vollendete Tatsachen zu stellen – so könne man beiderseits akzeptable Vereinbarungen nicht erreichen. Genau dies habe die NATO mit dem Beginn der Stationierung von Mittelstreckenraketen, auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, getan.

Die Position der sowjetischen Seite in bezug auf die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen[5] sei uns bekannt. Er wolle betonen, daß alle konkreten sowjetischen Vorschläge, die darauf gerichtet seien, die Welt davor zu bewahren, in den Abgrund eines Krieges abzugleiten, und die Spannungen zu verringern, in Kraft blieben. In Kraft bleibe auch die einseitige Verpflichtung, daß die sowjetische Seite Nuklearwaffen nicht als erste anwenden werde.[6] Die sowjetische Seite warte noch darauf, daß auch die westlichen Nuklearmächte den gleichen Schritt unternähmen. Dies würde die Atmosphäre bereinigen und Vertrauen schaffen. Kein vernünftiger Mensch verstehe, warum die NATO es ablehne, dies zu tun, warum sie den sowjetischen Vorschlag für einen allgemeinen Gewaltverzichtsvertrag zwischen NATO und Warschauer Pakt[7] ablehne.

Was die bilateralen Beziehungen, vor allem die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen angehe, so trete die sowjetische Seite für deren weitere Entwicklung auf der Grundlage der Gleichheit und des gleichen Nutzens ein.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die Ausführungen des Generalsekretärs. Er wünsche dem neuen Generalsekretär – auch im Namen des Bundespräsidenten – für seine neue und verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und eine glückliche Hand. Der Generalsekretär habe in einer schwierigen Zeit eines der wichtigsten Ämter der Welt übernommen, und damit trage er eine große Verantwortung für das eigene Land wie für die Welt.

Der Generalsekretär habe in der Spanne seines Lebens viel erleben, sicherlich auch erleiden müssen. Friede sei für ihn sicherlich das wichtigste Wort, das

5 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

6 Zum sowjetischen Vorschlag für den Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen vgl. Dok. 14, Anm. 23.

7 Vgl. dazu die „Politische Deklaration" der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag; Dok. 11, Anm. 14.

wichtigste Ziel für seine Generation. Der Generalsekretär habe an das Gespräch mit Andropow erinnert. Der Bundeskanzler erklärte, daß er bereit sei, das Gespräch auf dieser Ebene auch in Zukunft fortzuführen. Ausgangspunkt der bilateralen Beziehungen seien die geschlossenen Verträge. Darin stimme er dem Generalsekretär zu. Ziel müsse es sein, die Verträge so lebendig wie möglich und in allen Bereichen, auch im wirtschaftlichen, auszugestalten und fortzuentwickeln. Er empfinde große Genugtuung über die positive Entwicklung des deutsch-sowjetischen Handels.

Der Generalsekretär habe darüber hinaus in seiner Rede andere wichtige Fragen angesprochen. Entscheidend bleibe, den anderen zu respektieren, so wie er ist und so wie er sein möchte. Deshalb könne der Krieg kein Mittel der Politik sein. Krieg bedeute heute die Apokalypse. Ein Krieg könne von keiner Seite gewonnen werden. Anzustreben seien konkrete Ergebnisse in Abrüstungsverhandlungen. Deshalb sei er als Bundeskanzler nachdrücklich für den Abschluß der Folgekonferenz in Madrid[8] und für das Zustandekommen der KVAE in Stockholm eingetreten. Er begrüße es, daß bei dem Treffen zwischen Außenminister Gromyko und Außenminister Shultz[9] vereinbart worden sei, die Verhandlungen in Wien (MBFR) fortzuführen.

Er fühle sich vom Generalsekretär ganz persönlich angesprochen. Er wolle deshalb etwas zu seiner Position sagen: Mit der Entscheidung zur Stationierung habe er ein gegebenes Wort eingehalten. Aus diesem Grunde verfüge die Bundesregierung gegenüber ihren Freunden über eine besondere politische Position. Sie gelte vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika: Die Bundesregierung werde konkrete Fortschritte in der Rüstungskontrolle und in der Abrüstung fordern[10]. Fortschritte in diesen Verhandlungen seien zutiefst unser Wunsch. Wenn er in drei Wochen nach Washington reisen werde, werde er in diesem Sinne mit Präsident Reagan sprechen.[11] Er wolle jedoch kein Mißverständnis aufkommen lassen: Er sei überzeugt, daß weder die Sowjetunion noch die USA einen Dolmetscher brauchen. Sein Ziel sei es jedoch, Ergebnisse in den Abrüstungsverhandlungen zu erreichen. Der Bundeskanzler erinnerte daran, daß er bereits Generalsekretär Andropow gesagt habe, daß ein Gespräch zwischen ihm und dem amerikanischen Präsidenten nützlich wäre. Er befürworte auch heute ein möglichst baldiges Gipfeltreffen zwischen dem Generalsekretär und dem amerikanischen Präsidenten. Ein solches Treffen sollte jedoch ohne jede Propaganda stattfinden. Dies werde er seinen amerikanischen Freunden sehr deutlich sagen.

Was die bilateralen Beziehungen betreffe, so wolle er den Generalsekretär an das Thema der Familienzusammenführung erinnern. Dieses Problem bleibe auf

8 Die zweite KSZE-Folgekonferenz fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

9 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13.

10 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

11 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 70–72 und Dok. 75.

der Tagesordnung. Der Bundeskanzler bat den Generalsekretär, dieses Thema freundlich zu behandeln.

Außenminister *Gromyko* antwortete, daß alle Fragen der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung immer aufmerksam geprüft worden seien. Oft habe sich jedoch ergeben, daß die gestellten Anträge mit der wirklichen Lage nicht übereinstimmen würden. Es seien Namen von Personen genannt worden, die entweder nicht ausreisen wollten oder nicht aufzufinden gewesen seien. Die übrigen Anträge seien genehmigt worden. Er habe Außenminister Genscher einen zusammenfassenden Bericht überreichen lassen, der deutlich mache, daß Tausende ausreisen konnten.

Außenminister *Genscher* erwiderte, daß die Zahl der Ausreisebewilligungen „kolossal" zurückgegangen sei.[12] Während früher Tausend und mehr ausreisen konnten, sei die Zahl heute im Monat unter Hundert gesunken. Diese Entwicklung habe für uns eine große Bedeutung, während sie für die große Sowjetunion sicherlich nur von kleiner Bedeutung sei. Generalsekretär *Tschernenko* warf ein, daß die Zahl der Ausreisen sicherlich nicht unendlich sein könne. Außenminister *Gromyko* fügte hinzu, daß es in der Natur der Dinge läge, daß die Zahlen zurückgingen. Generalsekretär *Tschernenko* sagte eine Prüfung zu.

Der *Bundeskanzler* erinnerte an seine Einladung an den Generalsekretär Andropow zum Besuch der Bundesrepublik, die er jetzt gegenüber dem neuen Generalsekretär erneuern wolle. (Generalsekretär Tschernenko und Außenminister Gromyko nickten beide zustimmend mit dem Kopf.) Generalsekretär *Tschernenko* bedankte sich beim Bundeskanzler, ohne sich festzulegen, und wünschte ihm zum Abschluß alles Gute.

VS-Bd. 14125 (010)

12 Der Präsident des DRK, Prinz zu Sayn-Wittgenstein, teilte Bundeskanzler Kohl mit Schreiben vom 22. Juni 1983 mit: „Nach dem Stand vom 1.1.1983 sind beim Deutschen Roten Kreuz 87 065 Personen als ausreisewillig registriert. Vor dem 1.1.1978 haben sich weitere 94 740 Personen als ausreisewillig registrieren lassen. Diese können zwar nicht gänzlich den aktuellen Ausreiseanliegen zugerechnet werden, doch ist davon auszugehen, daß aus der Sowjetunion weit mehr als 100 000 Deutsche auszureisen wünschen." Vgl. Referat 213, Bd. 133278.
Bundesminister Zimmermann informierte Bundesminister Genscher mit Schreiben vom 11. September 1984, die Zahl der Aussiedler aus der UdSSR sei „leider weiterhin zurückgegangen; in diesem Jahr werden voraussichtlich erstmals seit 1970 wieder deutlich weniger als 1000 Deutsche ihren Aussiedlungswunsch erfüllt erhalten. Seit 1980 – damals durften noch 6954 Deutsche ausreisen – ist damit die Zahl der jährlichen Aussiedler um ca. 87 % zurückgegangen." Vgl. Referat 213, Bd. 133278.

46

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

402-440.94 **15. Februar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: der Nord-Süd-Dialog zu Beginn des Jahres 1984;
hier: Stand und Ausblick

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu der in Ziffer II dargestellten Linie.

Kurzfassung

I. Stand des Dialogs

Seit der konfrontativen Phase Mitte der 70er Jahre (6. SGV[4]) ist der Nord-Süd-Dialog kooperativ und pragmatischer geworden, obwohl die G 77 am bekannten Forderungskatalog festhält und die IL kaum mehr Spielraum für Konzessionen haben. Gründe: gewisse Resignation der EL, Anerkennung schwieriger Lage auch der IL, zunehmende Differenzierung innerhalb der G 77.

Die kooperativ-pragmatische Haltung der G 77 ist allerdings nicht unbegrenzt belastbar. Sorge macht deshalb, daß besonders infolge restriktiver US-Haltung neuerdings erzielte Fortschritte geringer ausfallen als für übrige IL möglich (z. B. Quotenerhöhung des IWF nur um 47 %), in einigen Bereichen Stagnation eingetreten ist (z. B. Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe[5]), in anderen Erosion festzustellen ist (z. B. geringere Ausstattung von IDA VII[6]; US-Beteiligung an

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Reichenbaum konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 17. Februar 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 22. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Lautenschlager an Ministerialdirektor Fischer, Ministerialdirigent Sulimma und Referat 402 verfügte.
Hat Lautenschlager am 23. Februar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Fischer am 23. Februar 1984 erneut vorgelegen.

4 Die sechste VN-Sondergeneralversammlung fand vom 9. April bis 2. Mai 1974 in New York statt.

5 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 27. Juni 1980 zur Gründung eines Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vgl. UNTS, Bd. 1538, S. 4–334.
Botschafter Arnold, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 22. Februar 1984 mit, einer Liste des UNCTAD-Sekretariats zufolge hätten bislang 70 Staaten das Übereinkommen ratifiziert, was 44,09 % des Pflichtkapitals entspreche. Bis Mitte 1984 werde mit einer Ratifizierung durch insgesamt 90 Staaten gerechnet, bis Ende 1984 würden voraussichtlich 100 Staaten das Übereinkommen ratifiziert haben: „Eine der Bedingungen für das Inkrafttreten des Gemeinsamen Fonds (90 Ratifizierungen) wird damit bald erfüllt sein." Eine weitere Bedingung, die Zeichnung von zwei Dritteln des Pflichtkapitals, werde aber nur erfüllt werden, wenn z. B. die USA und weitere Staaten ratifizierten. Die bevorstehende Ratifizierung durch die Bundesrepublik werde den Anteil des gezeichneten Pflichtkapitals auf knapp 50 % des Gesamtkapitals steigern. Vgl. den Schriftbericht Nr. 398; Referat 402, Bd. 134026.

6 Zu den Verhandlungen über die siebte Auffüllung der Kreditmittel für die International Development Association (IDA VII) vgl. AAPD 1983, II, Dok. 348.
In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. Mai 1984 wurde notiert: „Am 14.1.1984 gelangten in Washington die mehr als einjährigen Verhandlungen über die siebte Mittelauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation IDA zu einem Abschluß. Die Verhandlungen waren von Anfang an geprägt von dem Gegensatz zwischen dem gestiegenen Mittelbedarf –

IFAD II fraglich[7]). (Zur US-Philosophie siehe im einzelnen Ziffer 3 der Langfassung.[8])

Hinzu kommt US-Tendenz zu Austritt oder Einstellung der Mitarbeit in einzelnen VN-Organisationen (z. B. UNESCO[9], UNCTAD[10]).

US-Zurückhaltung gegenüber der multilateralen Zusammenarbeit ist beson-

Fortsetzung Fußnote von Seite 234

resultierend aus der desolaten Lage der ärmsten Entwicklungsländer und dem um die Volksrepublik China vergrößerten Empfängerkreis – einerseits und den Haushaltsproblemen der meisten Geberländer andererseits. Die vorangegangene sechste Mittelauffüllung hatte noch 12 Mrd. US-Dollar erbracht. […] Weltbankpräsident Clausen hielt ein Auffüllungsvolumen von mindestens 15 Mrd. US-Dollar für nötig, um das IDA-Programm real konstant fortsetzen zu können. Die USA haben dagegen seit Beginn der Verhandlungen erklärt, daß sie jährlich 750 Mio. US-Dollar und nicht mehr als einen Anteil von 25 % am Gesamtbetrag, d. h. 9 Mrd. US-Dollar, beitragen würden. […] Die Lastenverteilung für die Auffüllung von 9 Mrd. US-Dollar hat sich im Vergleich zur Anteilsregelung der vorangegangenen Auffüllung (IDA VI) insbesondere unter den großen Beitragszahlern erheblich verändert. Die USA haben ihren Anteil von 27 % bei IDA VI auf nunmehr 25 % gesenkt." Vgl. Referat 402, Bd. 133881.

7 International Fund for Agricultural Development.
Botschafter Hermes, Washington, teilte am 23. Januar 1984 mit: „Wie New York Times […] zutreffend berichtet, ist die weitere Beteiligung der USA an IFAD (2. Auffüllung) zwischen Landwirtschafts- und Finanzministerium umstritten. Gegenwärtig besteht jedoch, wie uns das State Department heute (23.1.) versicherte, nicht die Absicht, die amerikanische IFAD-Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Eine neue Lage, so der IFAD-Referent des State Department, könne jedoch entstehen, wenn die OPEC-Staaten bei der nächsten Auffüllungsverhandlung für IFAD am 29. Februar in Rom keine Bereitschaft zeigen sollten, ihren bisherigen Anteil aufrechtzuerhalten. Ohne den OPEC-Beitrag sei es ‚hard, if not impossible', die Bewilligung der Mittel für den amerikanischen IFAD-Beitrag im Kongreß durchzusetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 312; Referat 402, Bd. 133881.

8 In der Langfassung dieser Aufzeichnung vom 15. Februar 1984 legte Ministerialdirektor Fischer dar, in der Entwicklungspolitik vertrete die amerikanische Regierung die Überzeugung, daß „a) es für die Lösung der Probleme der Dritten Welt ausreichend ist, die Weltwirtschaft wiederzubeleben (vor allem in den westlichen IL), den Welthandel zu liberalisieren, in den EL selbst energische Anpassungen vorzunehmen, öffentliche Entwicklungshilfe allenfalls für die ärmsten EL vorzusehen; b) zur Förderung der Entwicklung vor allem folgende Instrumente geeignet sind: bilaterale öffentliche Zusammenarbeit […], die (Auflagen-)Politik des IWF und die Tätigkeit der Weltbank; privatwirtschaftliche Zusammenarbeit; c) ein multilateraler Dialog dagegen im Grunde zu nichts führt, weil die EL nach Gruppen und Ländern zunehmend differenzierte Interessen haben." Vgl. Referat 402, Bd. 133907.

9 Zum Austritt der USA aus der UNESCO legte Referat 611 am 18. Januar 1984 dar: „Die Kündigung der USA, zum 31.12.1983 ausgesprochen, wird mit 1.1.1985 wirksam. 1984 wollen die USA noch Vollmitglied sein (so AM Shultz an VN-GS). Begründung der Kündigung (in Regierungserklärung) der USA: Politisierung jedes Gegenstandes, Feindseligkeit gegenüber grundlegenden Einrichtungen einer freien Gesellschaft (freie Marktwirtschaft, freie Presse), ungehemmte Budgetexpansion. […] Ungeachtet unseres Verständnisses für die Besorgnisse der USA bedauern wir den Austritt. Internationales Ansehen der Organisation wird durch Austritt der westlichen Führungsmacht beeinträchtigt. Universalitätsprinzip würde aufgegeben. UNESCO verlöre an Effektivität durch den Einnahmeausfall von 25 %. Westliche Position würde geschwächt." Vgl. Referat 232, Bd. 135043.

10 In einer Aufzeichnung des Referats 402 vom 27. Februar 1984 wurde vermerkt, die USA hätten „scharfe Kritik an der UNCTAD geübt und sie in erster Linie für die negative Entwicklung im Nord-Süd-Dialog verantwortlich gemacht. Der UNCTAD werden vor allem vorgeworfen: Überschreiten des Mandats (vor allem im Währungs- und Finanzbereich), mangelnde Transparenz, Verhärtung des Gruppensystems, unsolides Finanzgebaren, eigenwillige Personalpolitik, Überbewertung staatlicher Lenkungsmöglichkeiten, Einseitigkeit der Dokumente, Abgehen vom Konsensprinzip, Politisierung. USA forderten die OECD-Partner zur Unterstützung ihrer Bemühungen um Reform der UNCTAD auf. Falls gemeinsam anzustrebende Änderungen nicht erreicht werden könnten, stünden USA vor Wahl, Mitarbeit in UNCTAD zu reduzieren (nicht ausdrücklich: einzustellen) oder allein gegen Mißstände anzugehen. […] Die Lage für uns und unsere EG-Partner in der UNCTAD würde noch schwieriger werden, da wir dann Hauptadressat aller Forderungen der EL wären." Vgl. Referat 402, Bd. 133878.

ders deutlich bei den Globalen Verhandlungen.[11] Jedenfalls bis zu den US-Wahlen[12] ist deshalb nicht mit substantiellen Fortschritten hierzu zu rechnen.

II. Perspektiven unserer Nord-Süd-Politik

1) Wir müssen versuchen, die USA von dem drohenden Teilrückzug aus der multilateralen Zusammenarbeit abzuhalten durch:

– gemeinsame Bemühungen um Entpolitisierung und Verbesserung der Arbeit der VN-Unter- und Sonderorganisationen;
– Überzeugungsarbeit gegenüber den USA auch auf politischer Ebene (z. B. BK und Sie gegenüber Präsident Reagan sowie AM Shultz im März[13]).

Bemühungen um spektakuläre sachliche Fortschritte sind dagegen gegenwärtig nicht aussichtsreich, weil

– der Spielraum auch in anderen wichtigen IL begrenzt ist;
– es den Ressorts hierdurch erleichtert wird, US-Vorstellungen, denen sie ohnehin zuneigen, zu vertreten. Sie geben den Widerstand in der Regel erst bei Isolierung zumindest in der EG auf. Ähnlich zurückhaltend sind dort jedoch GB, zunehmend auch NL und DK.

Wichtig ist aber schon die Bereitschaft, auf den Wunsch der G 77 nach politischem Dialog über wirtschaftliche Fragen einzugehen. Wir sollten darüber hinaus weiterhin engagiert unsere Vorstellungen vertreten und Erosion des acquis zu verhindern suchen.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert deshalb:

– Setzung neuer Akzente in der bilateralen Zusammenarbeit (z. B. erneute Stärkung der Lieferbindung, Zurückhaltung bei Entwicklungshilfe an Nicaragua);
– Gefährdung der angemessenen Rolle der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wegen Haltung der USA (z. B. IDA VII, IFAD II).

Wir sollten deshalb u. a. weiteren Kürzungen des bilateralen Zusagerahmens entgegentreten und das BMZ ermutigen, für multilaterale Verpflichtungen notwendige Mittel ggf. zusätzlich anzufordern (siehe im einzelnen Seite 8 der Langfassung[14]).

11 Die VN-Generalversammlung verabschiedete am 14. Dezember 1979 die Resolutionen Nr. 34/138 und Nr. 34/139, mit denen die Einrichtung eines Globalen Dialogs über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklung im Rahmen des VN-Systems beschlossen wurde. Für ihren Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 229 f.
Mit Blick auf das Thema „Nord-Süd-Dialog in der 38. VN-GV, insbesondere Globale Verhandlungen“ wurde in einer Aufzeichnung des Referats 402 vom 27. Februar 1984 dargelegt: „Die G 77 hatte auf ihrem AM-Treffen Anfang Oktober 1983 in New York ihr Festhalten an Begriff und Konzept der Globalen Verhandlungen bestätigt und den Zwei-Phasen-Vorschlag des B[lock]F[reien]-Gipfels von Neu Delhi eingeführt. (Nach dem Zwei-Phasen-Vorschlag sollen in einer ersten Phase die für die IL besonders sensiblen Themen ausgeklammert werden; hierdurch soll das für den Stillstand bei der Vorbereitung der Globalen Verhandlungen ursächliche Problem des Schutzes der Kompetenz und Integrität der Sonderorganisationen entschärft werden. Die problematischen Strukturfragen des Weltwirtschaftssystems und seiner Institutionen sollen in einer zweiten – nicht terminierten – Verhandlungsphase behandelt werden.)“ Vgl. Referat 402, Bd. 133878.

12 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

13 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 70–72 und Dok. 75.

14 Auf Seite 8 der Langfassung dieser Aufzeichnung legte Ministerialdirektor Fischer dar: „Wir soll-

Insgesamt sollten wir nicht nachlassen, im Ressortkreis und bei unseren westlichen Partnern für eine aufgeschlossenere Haltung im Nord-Süd-Dialog zu werben.

Der Gedanke eines Cancún II[15] – Impulse der politischen Ebene zur Förderung des Dialogs – sollte auch in der Zeit bis zu den US-Wahlen am Leben gehalten werden[16].

2) Ob sich die Globalen Verhandlungen in der ursprünglichen Form der Resolution 34/138 verwirklichen lassen, ist fraglich. Der Zwei-Phasen-Gedanke könnte brauchbaren Ansatz bieten. G77 konnte allerdings bislang Fragen westlicher IL nicht ausreichend beantworten. Auch dann jedoch wäre Einigung auf Eröffnung wegen amerikanischer Haltung z. Z. eher unwahrscheinlich.

Wir bemühen uns, trotz Reserven der Ressorts bei Gesprächen in New York aktive und konstruktive Rolle im EG-Verbund zu spielen. Unsere Haltung im Nord-Süd-Dialog wird wieder positiv gewertet. Deutsche Sonderinitiative zur Beschleunigung einer Einigung hätte jedoch z. Z. kaum Aussicht auf Erfolg. Unser Verhandlungsziel sollte deshalb sein, Zeit zu gewinnen, den multilateralen Gesprächsfaden aufrechtzuerhalten und negative Festlegungen zu vermeiden. Dies zu erreichen, wird wahrscheinlich auch eine etwas größere Aufgeschlossenheit der Ressorts erfordern. Das AA wird sich zu gegebener Zeit dafür einsetzen.

Per Fischer

Referat 402, Bd. 133907

Fortsetzung Fußnote von Seite 236

ten weiteren Kürzungen des Zusagerahmens für die bilaterale Entwicklungshilfe entgegentreten und den BMZ ermutigen, die für die Erfüllung multilateraler Verpflichtungen notwendigen Mittel (außerplanmäßige Anforderungen aus IDA-VI-Verpflichtungen infolge Wechselkursveränderungen) zusätzlich anzufordern. Einschnitte im bilateralen Bereich oder bei neuen Verpflichtungen im multilateralen Bereich würden angesichts der Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft und der fast spektakulären Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung außenpolitisch besonders schwer zu vertreten sein. 1985 sollte mindestens der BSP-Anteil unserer Entwicklungshilfe des Jahres 1984 gehalten werden. (Er wird vom BMZ z. Zt. auf 0,47 % geschätzt, was bereits Rückgang gegenüber 1983/0,48 % bedeuten würde.) Der BMZ wird hierfür massive Unterstützung des AA brauchen." Vgl. Referat 402, Bd. 133907.

15 Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

16 Die Wörter „am Leben gehalten werden" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Lebt der Gedanke?"

47

Deutsch-belgisches Regierungsgespräch in Brüssel

16. Februar 1984[1]

Vermerk über die Plenarsitzung anläßlich des offiziellen Besuches des Bundeskanzlers in Belgien am 16. Februar 1984 von 19.30 bis 20.45 Uhr

Nach einleitenden Worten PM Martens' führt *Bundeskanzler* aus, daß er eine gute Chance sehe, daß man sich über die jetzt in Europa anstehenden Probleme einige. Dies seien die Hausaufgaben, die wir zu machen hätten. Nach der Wahl[2] gelte es jedoch dann, einen neuen Anlauf zu unternehmen. Die Fragen, die sich stellten, seien, ob die EG irreversibel sei und ob dies die Gemeinschaft sei, die wir wollten. Sei es genug, wenn wir die Probleme des Stuttgarter Paketes[3] lösten? Seine Antwort darauf sei Nein. Der Geist von Messina[4] sei nicht erfüllt. Vor der Stationierungsentscheidung im November[5] hätten wir das sehr genau verspürt, als einige Regierungen es an der nötigen Solidarität hätten fehlen lassen. Dies sei nicht sein Europa. Es stelle sich weiter die Frage, ob wir bereit seien, zu einer politischen Integration aufzubrechen. Einige würden sagen: Nein. Sein Herangehen sei dabei ganz undogmatisch. Er verweise auf den Tindemans-Bericht.[6] Er könne sich sehr wohl vorstellen, daß einige Länder mit anderen vorangingen. Er sei hier in ganz undogmatischer Weise bereit, alles zu prüfen. Doch hätten wir nicht mehr viel Zeit. Es sei sein Eindruck, daß Präsident Mitterrand in dieser Frage bereit sei, einen weiten Schritt zu tun. Er, der Bundeskanzler, sei der Auffassung, daß, wenn überhaupt niemand mitmache, wir allein mit den Franzosen gehen müßten. Dies sei nicht sein Ziel. Er gebe einer Lösung, die insbesondere auch die Benelux-Staaten einbeziehe, den Vorzug. Europa dürfe kein Europa der Großen sein. Es dürfe kein Europa sein, in

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 22. Februar 1984 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor Teltschik und Staatssekretär Schreckenberger an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung" geleitet.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 66; B 150, Aktenkopien 1984.

2 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

3 Zum „Stuttgarter Paket" vgl. Dok. 3, Anm. 10.

4 Auf der Konferenz von Messina vom 1. bis 3. Juni 1955 beschlossen Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande die Einsetzung einer Kommission unter Vorsitz des belgischen Außenministers Spaak, die Maßnahmen zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa bis hin zu einem Gemeinsamen Markt ausarbeiten sollte. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7974 f.
Der „Spaak-Bericht" wurde am 21. April 1956 veröffentlicht und legte die Grundlagen für die am 25. März 1957 unterzeichneten Römischen Verträge. Für den Wortlaut des Berichts vgl. BERICHT DER DELEGATIONSLEITER, S. 15–142. Vgl. dazu ferner SPAAK, Memoiren, S. 317–319.

5 Zur Entscheidung des Bundestags vom 22. November 1983 über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 1, Anm. 8.

6 Auf ihrer Konferenz am 9./10. Dezember 1974 in Paris beauftragten die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten Ministerpräsident Tindemans mit der Erstellung eines Berichts über die Europäische Union. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 369.
Für den Wortlaut des Berichts vom 29. Dezember 1975 vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 55–84. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 1.

dem der Begriff der Quantität die Qualität totschlage. Er, der Bundeskanzler, sei sofort nach seiner Wahl als erste Auslandsreise nach Luxemburg gegangen.[7] Dies sei eine Demonstration gewesen. Europa sei ein bunter Blumenstrauß, und darin liege seine Stärke. Wie, so fragt Bundeskanzler, werde sich der Wahlkampf, z. B. im Vereinigten Königreich, gestalten? Die einen würden sagen, man solle überhaupt aus Europa austreten. Europa sei aber auch nicht eine Extension der Bank von England, ebensowenig wie der Deutschen Bank.

Bundeskanzler geht dann auf die Lage in der Bundesrepublik Deutschland ein. In der Wirtschaft würden wir gut vorankommen. Ein Wachstum von 2,5% sei vorausgesagt, doch werde tatsächlich vermutlich ein höheres Wachstum stattfinden. Die EG nehme 50% unserer Industrieprodukte auf. Dies sei jedoch nicht sein Hauptpunkt. Sein Hauptpunkt sei, daß die DDR versuche, Kommunismus und Nationalgefühl miteinander zu verschmelzen. Unsere Antwort könne nicht darin bestehen, noch mehr Autos, Wohnungen usw. zu produzieren. Unsere Antwort könne nicht sein, einem kommunistisch verfaßten Nationalismus einen demokratisch verfaßten Nationalismus entgegenzusetzen. Die deutsche Frage sei nur zu lösen im Einvernehmen mit unseren Nachbarn. Wir brauchten Europa, nicht jedoch das Europa von Athen[8].

PM *Martens* dankt dem Bundeskanzler für sein Bekenntnis zur Einbeziehung kleinerer Länder. Die belgische Regierung wolle gerne Europa mit der Bundesrepublik gemeinsam voranbringen.

Er erteilt AM Tindemans das Wort.

AM *Tindemans* führt aus, er habe eigentlich nichts hinzuzufügen. Er verweist auf den Versuch am Ende des Krieges, aus den drei Ländern Belgien, Niederlande und Luxemburg einen Verbund herzustellen. Kürzlich sei er in Norwegen gewesen und habe daran erinnert, daß in den dreißiger Jahren die Großmächte versucht hätten, sich durch Währungsmanipulationen und Tricks aus der Wirtschaftskrise zu retten. Damals sei der Versuch unternommen worden, eine Zollunion zu errichten, der Belgien, die Niederlande und skandinavische Länder angehörten. Dieser Versuch sei in der Konvention von Oslo[9] niedergelegt gewesen. Er sei am Einspruch Großbritanniens gescheitert. Damals habe sich auch eine politische Zusammenarbeit entwickelt. Deren letzte Manifestation sei ein Aufruf des belgischen Königs und der Königin Wilhelmina an die Großmächte 1939 gewesen, den Krieg zu vermeiden.[10] Trotzdem sei der Krieg ausgebrochen. Es sei wichtig, daß wir weiterkämen. Das Stuttgarter Paket müsse gelöst werden. Er zitiert den Bundeskanzler mit den Worten: Wir brauchen Europa, wenn wir noch eine Zukunft haben wollen.

Hin und wieder seien die kleinen Länder ängstlich. Sie fänden Europa ein Mei-

7 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 5. November 1982 in Luxemburg auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 292.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 375.

9 Für den Wortlaut der Konvention vom 22. Dezember 1930 zwischen Belgien, Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Schweden über die „wirtschaftliche Annäherung" (Konvention von Oslo) vgl. LNTS, Bd. 126, S. 341–349.

10 König Léopold III. und Königin Wilhelmina boten am 28. August 1939 ihre guten Dienste zur Verhinderung eines Kriegsausbruchs an. Vgl. dazu ADAP, D, VII, Dok. 408.

sterstück, sehr ausgewogen. Jeder Versuch, den Vertrag[11] zu ändern, errege bei ihnen Mißtrauen. Als er seinen Bericht schreiben sollte, habe er auch zunächst an eine Vertragsänderung gedacht, sei aber dann davon abgekommen. Erst müßten wir Stuttgart lösen, das sei klar. Dann aber müßten wir sehen, wie wir Europa voranbringen. Auch Belgien sei nicht über die gegenwärtige Lage begeistert. Was wir wollten, sei erstens die Versöhnung. Diese sei gelungen. Wir wollten zweitens endgültig mit der Ketzerei des Protektionismus aufräumen. Schon hier sei uns kein voller Erfolg beschieden und ein Rückfall nicht ausgeschlossen. Drittens wollten wir politisch etwas darstellen, damit die Supermächte nicht über unseren Kopf hinweg bestimmen. Heute bestehe die Gefahr, daß wir zum Europa des einen Prozentpunktes würden, dem Europa der kleinlichen Streitigkeiten. Wir müßten ein Europa schaffen, das für die nächste Generation gelte. In der Tat müßten wir uns wirklich die Frage stellen, wer dabei mitmacht. In Belgien würde Deutschland einen getreuen Partner finden, wenn wir das Europa unseres Ideals schaffen wollten.

StS *De Keersmaeker* berichtet über die Gespräche mit StS Lautenschlager. Dabei sei weitgehende Übereinstimmung in den meisten Punkten, wenngleich nicht in allen, festzustellen gewesen.[12]

PM *Martens* geht auf die Ost-West-Fragen ein. Die belgische Regierung wisse, daß ihre öffentliche Meinung sich mit der Stationierung befasse. Die wichtige Debatte in der Stationierungsfrage sei geführt worden, und aus dieser Debatte sei die Regierungsmehrheit gestärkt hervorgegangen.[13] Die von der NATO für Ende 1985 vorgesehene Stationierung werde durchgeführt. Das Land akzeptiere, daß alle vorbereitenden Arbeiten durchgeführt würden. Die Haltung der belgischen Regierung sei klar. Selbstverständlich fänden noch Wahlen statt, und die Mehrheit, die hinter dieser Entscheidung stehe, müsse aus diesen Wahlen siegreich hervorgehen.[14] Da gebe es Probleme. Die Entscheidung müsse von der Bevölkerung neu bekräftigt werden.

Er stellt sodann dem Bundeskanzler die Frage, was er von den Problemen halte. Er, der Bundeskanzler, habe mehr Kontakte und Erfahrung. Welche Möglichkeiten sehe er, welche Ergebnisse bzw. Teilergebnisse sehe er voraus?

11 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

12 Staatssekretär Lautenschlager führte am 16. Februar 1984 in Brüssel ein Gespräch mit dem belgischen Staatssekretär für Europa- und Landwirtschaftsfragen, De Keersmaeker, und dem belgischen EG-Botschafter Noterdaeme. Es war Fragen der Europapolitik gewidmet: „Beide belgische Gesprächspartner ließen bei Behandlung der finanziellen Leitlinien durchblicken, daß man sich zunehmend sorge, Bundesrepublik Deutschland könne wegen ihrer finanziellen Zurückhaltung ihre strategische Mittel-Position verlieren, die sie bisher zum Nutzen der EG traditionell eingenommen habe. Dies sei vor dem Hintergrund einer unverkennbaren Entwicklung zur Polarisierung besonders bedauerlich." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Holderbaum vom 20. Februar 1984; Referat 203 (202), Bd. 140572.

13 Oberst i. G. Adam, Brüssel, berichtete am 12. November 1983: „Unter dem Eindruck der Friedensdemonstration am 23.10.83 haben die Fraktionsvorsitzenden der Abgeordnetenkammer vereinbart, am 8. und 9. November 1983 im Plenum eine Debatte über die INF-Stationierung abzuhalten. […] Bei der abschließenden Stimmabgabe stimmte die Kammer mit 112 gegen 84 Stimmen für die Billigung der Regierungsposition." Vgl. den Einzelbericht Nr. 25/83; Referat 201, Bd. 125631.

14 Am 13. Oktober 1985 fanden in Belgien vorgezogene Parlamentswahlen statt, aus denen die Christliche Volkspartei als Siegerin hervorging. Regierungschef blieb der bisherige Ministerpräsident Martens.

Der *Bundeskanzler* erläutert, er sehe eine reelle Chance, zur Reduktion von Waffen zu kommen, wenn der Westen es klug anfange. Es sei ganz falsch, dabei den Blick auf die Nuklearwaffen zu verengen. Neue Waffengenerationen würden das Kriegsbild auch konventionell völlig verändern. Wie sehe er Moskau? Die Sowjetunion sei als ein Koloß so groß wie nie zuvor. Sie sei militärisch mächtig, aber ideologisch schwach. Ein großer Teil der sowjetischen Politik sei russische Großmachtpolitik.

Der Bundeskanzler unterstreicht dann die Bedeutung der Ereignisse in Polen. Nach vierzig Jahren kommunistischer Diktatur habe hier das Militär die Macht übernehmen müssen.[15] Auf Bajonetten könne man jedoch nicht sitzen. In Polen habe sich gezeigt, daß der Papst[16] keine Divisionen brauche, um doch mächtig zu sein.

Im Politbüro säßen heute alte Leute, die machtbewußt und kastenbewußt seien, die aber auch Frauen, Kinder und Enkel hätten. Es seien keine Vierzigjährigen, die die Welt verändern wollten. Im Vergleich zum jetzigen Generalsekretär[17] sei wahrscheinlich der verstorbene Andropow der intellektuell Bedeutendere gewesen. Jetzt werde man es mit einer kollektiven Führung zu tun haben. Die Sowjetunion sei jetzt in einer schwierigen Lage, und wir müßten dies den USA auch verdeutlichen. Die Sowjets hätten nicht geglaubt, daß wir Mittelstreckenwaffen stationieren würden. Sie hätten viel Geld in die Bundesrepublik Deutschland gepumpt (im Jahr 100 Mio. DM), um den Stationierungsbeschluß zu kippen. Es habe zwar Großdemonstrationen gegeben, und man habe vermutlich in Moskau geglaubt, der Staat werde nachgeben. Die Sowjets hätten bei uns viele Agenten. Es sei jedoch solchen Agenten eigen, daß sie schlechte Nachrichten nicht weitergäben.

Nun habe auch eine Diktatur im Innenverhältnis eine öffentliche Meinung und sei angewiesen auf einen Konsens. Hier sei die Meßlatte sehr hoch gelegt worden, auch im Bereich der Satelliten. Was sollte die Sowjetunion nun sagen, nachdem die Stationierung begonnen habe? Tichonow habe gesagt, es werde ein Raketenzaun heruntergehen. Tatsächlich habe es kaum Reaktionen gegeben. Die Sowjets müßten verarbeiten, daß sie hoch gepokert und verloren hätten. Dies sei das Aktuelle an der Bewertung der Sowjetunion.

Es gebe aber auch Altes. Die Sowjets hätten ein uraltes irrationales Sicherheitsbedürfnis. Man könne darüber lachen. Dieses Sicherheitsbedürfnis sei jedoch eine Realität und gehe auf die geschichtlichen Traumata zurück. Die Sowjets dächten traditionell in den Kategorien des Glacis. Polen sei traditionell sowjetisches Glacis gewesen. Es sei unser deutsches Elend, daß nun dazu Leipzig, Weimar usw. gehörten. Wir Deutsche müßten auch diese Sowjetunion in unsere Rechnung einsetzen. In Leningrad seien 600 000 Menschen umgekommen. Im übrigen brauche die Sowjetunion als Diktatur auch ein Feindbild. Man müsse in dieser Frage die sowjetische Politik begreifen.

15 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

16 Johannes Paul II.

17 Konstantin Ustinowitsch Tschernenko.

Er wolle noch auf eine weitere Änderung im Ostblock hinweisen. Honecker z. B. spreche jetzt mit Distanz von den sowjetischen Raketen. Ceauşescu sage dies, Schiwkow sage etwas anderes. Es sei Bewegung in den Ostblock gekommen.

Bundeskanzler erläutert dann, daß alle Allianzmitglieder ihre Pflichten hätten. Wir hätten in der Stationierungsfrage unsere Pflicht getan. Jetzt kämen schwierige Entscheidungen in der Wehrpflichtfrage auf uns zu.[18] Auch Belgien sei gefordert. Es sei jedoch nicht klug, die Schwäche der anderen Seite jetzt auszunutzen. Sicher müßten wir den Sowjets klarmachen, wo der Punkt des „bis hierher und nicht weiter" liege. Wir müßten aber auch auf den anderen zugehen. Wenn er, der Bundeskanzler, nach Washington reise[19], werde er den USA in diesem Sinne gut zureden. Ein Treffen des amerikanischen Präsidenten[20] mit Generalsekretär Tschernenko wäre gut.

Auch in den USA gebe es die verschiedensten Strömungen. Für die USA gelte das von Prof. Haushofer entwickelte Konzept der Gegenküste. Hier habe eine Verschiebung nach Westen stattgefunden, die Amerikaner sähen jetzt mehr und mehr in Richtung der pazifischen Gegenküste (Japan). Eagleburger habe dies kürzlich nicht sehr geschickt ausgedrückt.[21] Wir müßten das zur Kenntnis nehmen. Die Entwicklung eines amerikanischen Anti-Satelliten-Systems sei im übrigen ein entscheidender Schritt in Richtung des Konzepts einer Festung Amerika.[22] Hier bestehe die Gefahr einer Abkopplung Europas, und wir müßten darüber mit den USA sprechen.

Langfristig sei er optimistisch und glaube, daß die Idee der Freiheit gewinnen werde. Unser Fernsehen könne in weiten Teilen der DDR gesehen werden. Wir hätten Grund zur Annahme, daß der DDR-Regierung 150 000 Ausreiseanträge vorlägen. Nur könnten wir eben unsere Karten geschickt spielen oder auch nicht.

Abschließend fragt AM *Tindemans* nach der Entwicklung der West-West-Beziehungen. Er stellt die Frage, ob man ein Forum schaffen könne, in dem wir gemeinsam mit den Amerikanern über unsere Probleme sprächen. Die Notwendigkeit eines solchen Dialogs mit Amerika unterstreiche die Notwendigkeit der Einigung Europas.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 66

18 Ministerialdirigent Schauer notierte am 21. Dezember 1983, die am 6. März 1981 von Bundesminister Apel eingesetzte „Kommission für Langzeitplanung der Bundeswehr", die ihre Tätigkeit am 21. Juni 1982 beendet habe, sei zum Ergebnis gekommen, „daß infolge des ‚Pillenknicks' das jährliche Aufkommen an wehrpflichtigen Männern von 1984 an sinken werde. Im Jahr 1995 würde, gemessen am jährlichen Gesamtbedarf, ein Fehl von 104 000 Wehrdienstfähigen bestehen. Ohne entsprechende Maßnahmen würde der Friedensumfang der Streitkräfte von derzeit 495 000 auf 290 000 Soldaten im Jahr 1995 absinken." Als mögliche Gegenmaßnahmen habe die Kommission eine Erhöhung des Anteils der Langzeitdienenden, eine Verlängerung des Grundwehrdienstes, eine Reduzierung von Wehrdienstausnahmen und einen freiwilligen Dienst von Frauen in den Streitkräften ins Gespräch gebracht. Vgl. VS-Bd. 11967 (201); B 150, Aktenkopien 1983.
Zur Wehrpflichtfrage vgl. ferner Dok. 251.

19 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 70–72 und Dok. 75.

20 Ronald W. Reagan.

21 Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 31. Januar 1984 in Washington vgl. Dok. 38.

22 Zu den amerikanischen Plänen für die Einrichtung eines Anti-Satelliten-Systems vgl. Dok. 21.

48

Bundeskanzler Kohl an König Fahd

17. Februar 1984[1]

Majestät,

die öffentliche Diskussion, die namentlich nach meiner Erklärung vor dem Deutschen Bundestag am 9. Februar 1984 über meine Israelreise[2] hier und im Königreich Saudi-Arabien zu verzeichnen ist, veranlaßt mich, ein persönliches, klärendes Wort an Sie zu richten.

Lassen Sie mich angesichts gewisser, in der Presse Ihres Landes abgedruckter Äußerungen schon an dieser Stelle wiederholen, was ich bei unseren Gesprächen in Djidda[3] gesagt habe, nämlich daß ich, wenn ich etwas verspreche, es auch halte. Nach dieser Maxime handle ich als Politiker und im privaten Leben, und daran wird sich nichts ändern.

Ich gestehe, daß mir die Erklärung der amtlichen Presseagentur SPA vom 10. Februar und einige der in jüngster Zeit in der Presse Saudi-Arabiens erschienenen Artikel nicht verständlich sind.[4] Meine Erklärungen während meines Israelbesuchs und meine Erklärung im Deutschen Bundestag am 9. Februar konnten bei niemandem, der meine tatsächlichen Äußerungen gelesen hat, irgendeinen Zweifel an meiner unveränderten Entschlossenheit wecken, voll und ganz zu allen Teilen des Gemeinsamen Kommuniqués von Djidda vom 11. Oktober 1983[5] zu stehen. Ich beschränke mich auf die zwei Punkte, die den Kern offensichtlicher Mißverständnisse bilden.

Aus der aus historischen Gründen selbstverständlichen deutschen Verantwortung, die Sicherheit Israels zu berücksichtigen, habe ich in öffentlichen Äußerungen vor und nach meinem Besuch in Saudi-Arabien und Ihnen gegenüber nie einen Hehl gemacht. Ebenso deutlich aber habe ich – in Israel wie auch nach meiner Rückkehr vor dem Deutschen Bundestag – immer dann, wenn ich

1 Ablichtung.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20. Für den Wortlaut seiner Erklärung im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 127, S. 3725–3729.

3 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

4 Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, berichtete am 11. Februar 1984: „Namentlich nicht genannter saudischer Regierungssprecher hat am 10.2.1984 folgende, durch amtliche Presseagentur S[audi]P[ress]A[gency] verbreitete Erklärung zu der Rüstungslieferungen nach SA[udi-]A[rabien] betreffenden Passage der Regierungserklärung des BK vom 9. Februar abgegeben […]: ‚Wir haben die widersprüchlichen Erklärungen, die in der westdeutschen Hauptstadt zur Frage deutscher Waffenverkäufe an SAA abgegeben wurden, mit tiefem Bedauern verfolgt. Die westdeutschen Vertreter (officials) in Bonn wissen sehr gut, daß SAA der deutschen Regierung das Recht der freien Entscheidung über die Frage des Angebots und Verkaufs von Waffen an das Königreich zugestanden hat. Dieses hat sich wiederum das Recht vorbehalten, diejenigen Waffen zu erwerben, die es benötigt, und diejenigen Rüstungsgüter zu verweigern, die es nicht braucht. […] Das Königreich weist jede Bedingung oder Beschränkung zurück, die ihm auferlegt würde, da dies sein legitimes Recht der Selbstverteidigung beschneiden würde‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 98; Referat 311, Bd. 137831.

5 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués vom 11. Oktober 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 966 f.

von den im Gemeinsamen Kommuniqué von Djidda festgehaltenen Möglichkeiten der Lieferung deutscher Rüstungsgüter an Saudi-Arabien gesprochen habe, die wichtige und zentrale Aussage gemacht, daß die Entscheidungen der Bundesregierung in Berücksichtigung der legitimen Interessen aller unserer Freunde in der Region getroffen werden würden. Mit dieser Aussage waren die arabischen und namentlich die legitimen Interessen des Königreichs Saudi-Arabien deutlich zum Ausdruck gebracht.

Dieselbe Eindeutigkeit kennzeichnet meine Aussage vor dem Bundestag, daß nach meiner Überzeugung keines der Waffensysteme jemals bei einem Angriff gegen Israel zum Einsatz kommen werde. Mit dieser Formulierung habe ich das unzweifelhafte Recht Saudi-Arabiens auf Selbstverteidigung betont. Ich habe die Selbstverständlichkeit hinzugesetzt, daß dies für mich ein entscheidender Gesichtspunkt sei. Hiermit habe ich – im Zusammenhang mit dem Bericht an das Parlament über meine Israelreise – in die allgemeine Erinnerung gerufen, daß im Gemeinsamen Kommuniqué von Djidda von der Möglichkeit der Lieferung von Rüstungsgütern, die für die Verteidigung bestimmt sind, die Rede ist.

Zugleich habe ich hierdurch mein volles Vertrauen in das Gemeinsame Kommuniqué und in die Worte Seiner Königlichen Hoheit, Prinz Saud al-Faisal, auf der gemeinsamen Pressekonferenz in Djidda am 11. Oktober 1983 zum Ausdruck gebracht, daß Saudi-Arabien nicht darauf bedacht sei, gegenüber anderen Staaten Aggression zu betreiben.

Erlauben Sie mir, Majestät, eine arabische Übersetzung des genauen Wortlauts meiner Ausführungen vor dem Deutschen Bundestag diesem Brief beizufügen, um jede Möglichkeit eines Irrtums über das, was ich tatsächlich gesagt habe, auszuschließen.

Ich habe, lassen Sie mich dies hinzufügen, auch in meinen Gesprächen mit Ministerpräsident Shamir keinen Zweifel daran gelassen, daß ich von der mit Saudi-Arabien in Djidda erzielten Verständigung nicht abgehen werde.

Ihnen, Majestät, ist sicherlich berichtet worden, daß die Einbeziehung von Fragen des Verteidigungsbereichs in unsere Zusammenarbeit, wie sie im Gemeinsamen Kommuniqué von Djidda zum Ausdruck gekommen ist, heftige Kontroversen ausgelöst hat – bei der Opposition und den Medien meines Landes, aber auch international, vor allem in der Öffentlichkeit und Presse der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir stehen hier am Anfang einer Kampagne, die nach meiner Einschätzung ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht hat und uns noch schwierige Situationen bringen wird. Ich halte es daher für besonders wichtig, daß beide Seiten – was immer politische Notwendigkeit und Klugheit ihnen jeweils zu tun und zu sagen gebieten – Vertrauen in die Haltung und in die Verläßlichkeit der anderen haben und daß beide darauf bedacht sind, der von mir genannten Kampagne nicht zusätzlich Nahrung zu geben. Dann, das ist mein fester Wille und meine Überzeugung, werden wir alle Schwierigkeiten meistern.

Mit diesem Ziel vor Augen sollten wir, wenn künftig wichtige Fragen auftauchen, die unsere Zusammenarbeit berühren, unmittelbar miteinander in Verbindung treten, um sie auf der Grundlage des Vertrauens zu behandeln, die unse-

re eingehenden und freundschaftlichen Gespräche in Djidda zwischen uns geschaffen haben.[6]

Mit meinen aufrichtigsten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und für das Wohl des befreundeten Königreichs Saudi-Arabien bin ich, Majestät,

[Ihr Helmut Kohl]

Referat 311, Bd. 137831

49

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 411 **Aufgabe: 18. Februar 1984, 20.45 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 18. Februar 1984, 21.25 Uhr**

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf[2];
hier: Begegnung BM mit Nujoma am 18. Februar 1984 in Paris[3]

Bezug: DB Nr. 70 vom 16.2.84 aus Lusaka[4]

In vom beiderseitigen Anliegen baldiger 435-Ausführung[5] geprägtem Gespräch stellte Nujoma kategorisch klar, daß SWAPO das militärische Auseinanderrücken in Südangola respektiere. Er wiederholte dies gegenüber der Presse. SWAPO verlange aber, daß es spätestens innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf der 30-Tage-Frist zu Gesprächen zwischen Südafrika und SWAPO über den Waffenstillstand gemäß 435 komme. Die Ausführungen Nujomas waren von

6 Das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl wurde am 20. Februar 1984 im saudi-arabischen Außenministerium zur Weiterleitung an König Fahd übergeben. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 208 des Botschaftsrats Rau, Djidda, vom 20. Februar 1984; Referat 311, Bd. 137831.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Horstmann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Horstmann am 22. Februar 1984 vorgelegen.

2 Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. AAPD 1983, II, Dok. 313.

3 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 18./19. Februar 1984 in La Celle Saint-Cloud in Frankreich auf.

4 Botschafter Wasserberg, Lusaka, übermittelte das Kommuniqué des Treffens von Vertretern Angolas, Südafrikas und der USA am 16. Februar 1984 in Lusaka, bei dem militärische Entflechtungsmaßnahmen für den Süden Angolas festgelegt wurden. Vgl. dazu Referat 320, Bd. 138101.
Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 468 f.

5 Mit Resolution Nr. 435 beschloß der VN-Sicherheitsrat am 29. September 1978 die Einrichtung einer United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten, die der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der VN dienen sollte. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

Unruhe und Sorge darüber gekennzeichnet, man könne beim Disengagement stehenbleiben und SWAPO damit unter militärischen Aktionszwang setzen.

BM erläuterte Nujoma eindringlich die Notwendigkeit, immer wieder auch öffentlich zu bestätigen, daß SWAPO für Namibia Blockfreiheit und einen demokratischen Rechtsstaat wolle. Nujoma kam zu beiden Punkten auf seine bekannten positiven Zusicherungen zurück, unterstrich aber auch, SWAPO würde sich nicht eine außerhalb des 435-Prozesses vorgefertigte Verfassung diktieren lassen.

Der SWAPO-Präsident bat BM, auf ein nachdrückliches Engagement der europäischen Zehn zugunsten der unmittelbaren Überleitung des Disengagements in die 435-Ausführung hinzuwirken und den VN-Generalsekretär[6] in diesem Sinne zu unterstützen.

Im einzelnen:

1) Auf Einladung von BM kam Nujoma am 18. Februar 1984 von London nach Paris, um im Palais Beauharnais zu einem Gespräch (und Mittagessen) mit BM im Beisein von Kapuka Nauyala und RL 320[7] zusammenzutreffen. Obwohl Nujoma bedrückt und sehr sorgenvoll wirkte, war von Anfang an wieder seine persönliche Sympathie für BM deutlich und stellte sich – wie früher – die Atmosphäre des ganz offenen und auf Verständigung bedachten Meinungsaustauschs ein. Nujoma war sichtlich erfreut, den Rahmen des Palais Beauharnais, wo er im August 1982 eine lange Begegnung mit Namibia-Deutschen (IG) hatte, wieder betreten zu dürfen. Journalisten gegenüber sprach er von Freude, diese „hier in Deutschland" sprechen zu können.

2) Ausgehend von Antwort auf SPD-Anfrage[8] und BT-Debatte[9] erklärte BM, Bundesregierung wolle 435 „so wie sie ist", ohne Vorbedingungen. Sie stehe hierzu sowohl international als auch innenpolitisch.

3) Breiten Raum nahm die Lusaka-Vereinbarung vom 16.2. über das Disengagement ein.[10] BM führte Nujoma vor Augen, daß es hier darum gehe, die für 435 unentbehrliche Vertrauensgrundlage zu schaffen. Daran müsse SWAPO ein Interesse haben, und es wäre für 435 äußerst gefährlich, wenn SWAPO sich jetzt als Friedensstörer isolieren würde. Die FLS[11] stünden unterstützend hin-

6 Javier Pérez de Cuéllar.

7 Hans-Joachim Vergau.

8 Für den Wortlaut der Großen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion vom 6. Juli 1983 zur Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/230.
Für die Antwort der Bundesregierung vom 20. Dezember 1983 vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 299, Drucksache Nr. 10/833 vom 21. Dezember 1983.

9 Der Bundestag debattierte am 10. Februar 1984 über die Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 127, S. 3863–3892.

10 In einer Aufzeichnung des Referats 320 vom 16. Februar 1984 wurde dazu ausgeführt: „Positives Eingehen Luandas auf US-Initiative und S[üd]A[frika]-Disengagement-Angebot geben Anlaß zu Hoffnungen, daß auch weitergehende Fortschritte im Verhältnis Angolas zu USA möglich sein könnten. Die Aussichten, hierüber auch zu einer Vereinbarung über Kubaner-Abzug und zu einer Verwirklichung von S[icherheitsrats]R[esolution] 435 in Namibia zu kommen – beides wird weiterhin von SA und US fest miteinander verknüpft –, lassen sich jedoch gegenwärtig noch nicht abschätzen. Unsicherheitsfaktoren bleiben die Haltung von UNITA, deren Stillhalten nach unserer Kenntnis von niemand garantiert wird, und auch die Frage der Einbindung von SWAPO." Vgl. Referat 320, Bd. 138101.

11 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

ter SWAPO. Ganz klar sähen weder Angola noch Sambia einen Widerspruch hierzu in dem Bemühen, jetzt das Disengagement abzusichern. Wir wüßten, daß auch Tansania und Mosambik diesen Weg gutheißen. SWAPO dürfe nicht einen Vorgang gefährden, in dem ihre besten Freunde eine echte Chance für 435 sähen.

Nujoma sagte, für SWAPO könne es nach allen bisherigen Erfahrungen gegenüber SA[12] kein „confidence building" geben. Er räumte auf weitere Vorhaltungen aber ein, daß es für alle, die SA beeinflussen sollen, entscheidend darauf ankomme, sich auf vertrauensbildendes SWAPO-Verhalten berufen zu können.

Zum militärischen Auseinanderrücken in Südangola erklärte Nujoma mehrfach mit Nachdruck, SWAPO werde es nicht stören. Alle dies vernebelnden Pressemeldungen seien falsch. Schließlich ließ er BM hierzu den in Anlage 1[13] folgenden offiziellen SWAPO-Text übergeben, den wir m.E. schon aus Lusaka und aus einer AFP-Meldung aus Rom wörtlich kennen.

Nujoma bestand darauf, daß nach Ablauf der 30 Tage bald sichtbare Maßnahmen in Richtung auf die 435-Ausführung folgen müßten. Er wisse sonst nicht, wie er seinen Leuten das Disengagement erklären solle. Im übrigen müsse klar bleiben, daß das Gebot der militärischen Zurückhaltung für das angolanische Gebiet, nicht für Namibia, gelte.

BM versicherte, auch unseres Erachtens dürfe das Disengagement nicht Selbstzweck sein. Wir nützten unsere Kontakte (insbesondere auch mit US), damit es in der Tat die 435-Ausführung näher bringe, wozu aber Voraussetzung sei, daß das Disengagement im vertrauensbildenden Sinne funktioniere, wozu umfassender Gewaltverzicht am besten beitrage.

4) Nujoma schloß einen Appell an BM an, seinen Einfluß einzusetzen, damit die europäischen Zehn gemeinsam für die 435-Konsequenz aus dem Disengagement sorgten. Die Zehn sollten sich voll und ostentativ hinter die Bemühungen des VN-GS stellen.

BM sagte, angesichts der F-Präsidentschaft[14] wolle er dies mit seinem Freund Cheysson besprechen. Er glaube an eine Bereitschaft der EG-Partner in diesem Sinne. Auch weiterhin müsse man aber Funktionen der Zehn von denen der KG unterscheiden.

[15]5) Das zweite Hauptthema waren die SWAPO-Vorstellungen von der politischen und Verfassungsordnung in einem unabhängigen Namibia. BM lobte die SWAPO-Gespräche mit der IG als im besten Sinne vertrauensbildend. In der Politik bedürfe vieles der beharrlichen öffentlichen Wiederholung. Das gelte hier für die SWAPO-Bereitschaft zu echter Blockfreiheit und Einhaltung der Verfassungsprinzipien. Hilfreich wäre auch eine klare Aussage, daß SWAPO die Fortexistenz der deutschen Schulen gewährleisten würde, sofern für alle Namibianer zugänglich. Zum letzten Punkt sagte Nujoma: „We have no problem with that." Im übrigen bleibe es bei der SWAPO-Zielsetzung, zwar die Rassen-

12 Südafrika.

13 Dem Vorgang beigefügt. Für das Papier „SWAPO's reaction to the offer of troops disengagement by South Africa" vgl. Referat 010, Bd. 178885.

14 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 412 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

diskriminierung zu beseitigen, jedoch für alle Namibianer eine Ordnung zu schaffen, in der für jeden die Grundrechte gesichert und lohnender wirtschaftlicher Aufbau möglich sein werde. „We are fighting for democracy." Als Richtlinie der Außenpolitik komme nur „non-alignment" in Betracht.

Nujoma bekräftigte sein Interesse an weiteren Begegnungen mit der IG. Kaunda habe den IG-Vorstand auf seine Bitte hin nach Lusaka eingeladen und halte dies nach wie vor aufrecht.

Nujoma sprach mit Respekt von der mutigen IG-Haltung. Diese wichtigen Vertreter der Weißen seien nicht nur intelligent und von der Unverzichtbarkeit des 435-Weges überzeugt, sondern besäßen auch das Augenmaß dafür, was die notwendige Vertrauensbildung fördere und was sie gefährdet. Jetzt liefere die IG den Beweis ihrer Glaubwürdigkeit, indem sie sich nicht in die „Vielparteienkonferenz" (MPC[16]) hineinziehen lasse. Bei der Diskussion hierzu in Harare habe er den IG-Vertretern bereits darzulegen versucht, warum eine SWAPO-Mitwirkung an MPC mit Sicherheit ausscheide.[17] Er glaube, damals verstanden worden zu sein.

6) Abschließend verband BM mit seinem Dank für Nujomas Kommen und das wertvolle Gespräch den Wunsch, ihn schon recht bald wiedersehen zu können, und zwar in der BR Deutschland: „Paris ersetzt nicht Bonn."

7) BM ließ eine Presseerklärung herausgeben, die als Anlage 2[18] folgt.

Nujoma selbst stellte sich Fragen von einigen deutschen Journalisten und Vertretern von AFP und Reuters. In der Hauptsache bestätigte er dabei seine Aussagen zum Disengagement und der Notwendigkeit, daraus zur Überleitung in die 435-Ausführung zu kommen. Verhandlungen in anderen Teilen der Region (Mosambik) seien für SWAPO nahezu irrelevant, solange die SA-Unterdrückung in Namibia fortdauere.

8) Wertung

SWAPO ist zutiefst beunruhigt durch die Vorstellung, der gegenwärtige Prozeß werde nur dem Interesse Südafrikas am militärischen Auseinanderrücken[19] genügen, aber dabei stehenbleiben. Diese Sorge wächst und kann zu gefährlichen Fehlleistungen führen, je mehr es (wie offenbar jetzt) an Kommunikation zwischen FLS und SWAPO mangelt. Die FLS müssen sehen, daß das Bequeme in diesem Fall nicht auch das Richtige ist. Zugleich hat sich unser Eindruck verstärkt, daß SWAPO jetzt noch nicht mit SA am Verhandlungstisch zusammengebracht werden darf.

SWAPO kann ihrer Natur nach nicht von der Parole abgehen, der Kampf gehe weiter. Dies ist zwar ebensowenig hilfreich wie einzelne Guerillaakte in Namibia, die niemanden überraschen sollten, kann aber schwerlich als direkte Sabo-

16 Multi-Party Conference.

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau informierte am 26. August 1983, am Vortag sei das Mitglied des Politbüros der SWAPO, Hamutenya, zu Gesprächen mit ihm, Ministerialdirektor Gorenflos und Ministerialdirigent Haas zusammengetroffen: „SWAPO-Kontakte mit Interessengemeinschaft wurden von H[amutenya] sehr positiv bewertet. Nach Harare-Treffen Anfang Mai 1983 habe Kaunda bei einer ausführlichen Unterrichtung hierüber durch Nujoma enthusiastisch reagiert." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5386; Referat 320, Bd. 138097.

18 Dem Vorgang beigefügt. Für die Presseerklärung vgl. Referat 010, Bd. 178885.

19 Korrigiert aus: „Auseinandersetzen".

tage des Disengagements gewertet werden. Insoweit ist SWAPO schon deshalb schwer ansprechbar, weil UNITA nach uns von ihr selbst zugeleiteten Belegen ziemlich ungeniert den Krieg in Teilen Angolas weiterführt. Der Wille Nujomas, SWAPO in Sachen Disengagement keinesfalls am Pranger zu sehen, schien uns glaubwürdig. Gewiß sind für ihn die zeitlichen Möglichkeiten des Stillhaltens begrenzt, doch sehen wir auch Möglichkeiten von Verlängerungen, wenn nur in den nächsten Wochen überzeugende Bewegung in den US-Bemühungen[20] bei Angola um Parallelismus sichtbar wird.

Hinsichtlich der Kontinuität des IG-Dialogs wird bei Nujoma eine gewisse Ungeduld spürbar.

Die MPC ist für SWAPO der SA-genehme Versuch, Kräften, die keine demokratische Legitimation besitzen, einen Einfluß auf die Verfassungsbildung zu verschaffen, der in keinem Verhältnis zur wirklichen Stärke dieser Splittergruppen steht. Nachdem bereits Verfassungsprinzipien vereinbart sind und die Verfassunggebende Versammlung gemäß 435 ausdrücklich Wahlen voraussetzt, sieht SWAPO keine vernünftige Gesprächsbasis mit denen, die sich mit der MPC identifizieren oder deren angebliche SA-Unabhängigkeit zu propagieren versuchen.

9) Nur für Washington, London, Ottawa:

Botschaften werden gebeten, dortige Außenministerien in dort geeignet erscheinendem Umfang über die Begegnung BM–Nujoma zu unterrichten.

10) Nur für Washington:

Bitte im State Department mitteilen, Nujoma habe uns gegenüber sein Interesse an baldiger Begegnung mit Crocker und die Hoffnung erkennen lassen, diesen am 20. oder 21. Februar in Ottawa sprechen zu können.[21] Wir haben ihm nahegelegt, sein Interesse doch den Amerikanern klar und unmittelbar mitzuteilen. Jedenfalls war deutlich, daß es nur eines kleinen Anstoßes von US-Seite bedürfte, um Treffen zustande zu bringen.

[gez.] Vergau

Referat 010, Bd. 178885

20 Korrigiert aus: „US-Berührungen".

21 Botschafter Hermes, Washington, informierte am 24. Februar 1984 über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Wisner, am Vortag: „Wisner unterrichtete uns über die Unterredung Nujomas mit Chester Crocker und ihm selbst am selben Tage (23.2.) in Crockers Büro: […] Er habe sich die trilaterale Vereinbarung von Lusaka sehr eingehend erläutern lassen und seinerseits versichert, SWAPO werde das Disengagement respektieren und nicht stören. Er habe sich ferner über die amerikanischen Vorstellungen für die nächsten Schritte auf dem Wege zur Implementierung von 435 […] ins Bild setzen lassen und auf einen verbindlichen Zeitplan gedrängt. Crocker und Wisner hätten ihm auseinandergesetzt, daß sie keine festen Daten nennen könnten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 878; Referat 320, Bd. 138101.

50

Botschafter Wegener, Genf (CD), an das Auswärtige Amt

114-10798/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 282
Citissime

Aufgabe: 20. Februar 1984, 16.20 Uhr[1]
Ankunft: 20. Februar 1984, 16.52 Uhr

Betr.: chemische Waffen[2];
hier: neue sowjetische Vorschläge zur Verifikation

Zur Unterrichtung

I. US-Botschafter Fields unterrichtete westliche Delegationskollegen heute, 20.2.1984, streng vertraulich wie folgt: Sein sowjetischer Kollege Israeljan habe ihn während des Wochenendes um eine Unterredung gebeten und ihm bei einem Spaziergang folgendes mitgeteilt: Die sowjetische Regierung ziehe ihre Vorschläge zur Überwachung der Vernichtung von CW-Beständen vor Ort gemäß sogenannten „agreed quota" zurück[3] und sei jetzt bereit, den amerikanischen Ansatz einer kontinuierlichen Überwachung des Prozesses durch Inspekteure zu übernehmen. Diese Entscheidung sei auf der höchsten sowjetischen Entscheidungsebene nach schwierigen Diskussionen („considerable turbulence") gefallen. Die SU wolle mit ihren neuen Vorschlägen, die sie als wesentliche Konzession betrachte, einen Ölbaumzweig zu den USA ausstrecken, obwohl sie auch weiterhin Zweifel an der Aufrichtigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens nicht unterdrücken könne. Zur Erleichterung der Überwachung planten die Sowjets im übrigen die zentrale Lagerung der vorhandenen CW-Vorräte in unmittelbarer Nähe der ebenfalls zentralen Vernichtungsanlage(n) statt der bisherigen dezentralisierten, mit anderen Munitionsformen vermischten Lagerform.

Israeljan brachte zum Ausdruck, daß die Sowjets nunmehr ein kooperatives Gegensignal der Amerikaner erwarteten, ohne sich, auch auf Befragen, zur erwarteten Gegenleistung zu äußern. Im zeitlichen Zusammenhang mit diesen Ausführungen sprach er jedoch u. a. von der weitgehenden Entbehrlichkeit der

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Der SU-Schritt ist bedeutsam und sollte positiv gewürdigt werden." Hat Genscher am 21. Februar 1984 vorgelegen, der zu Ischingers Einschätzung handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]".

2 In einer Aufzeichnung des Referats 222 vom 25. Januar 1984 wurde vermerkt: „Trotz aller Anstrengungen der westlichen CD-Mitgliedstaaten brachte die Sitzungsperiode 1983 in Genf keine nennenswerten Fortschritte in den Kernfragen eines CW-Abkommens. […] Die Gründe hierfür liegen in erster Linie in der starren Haltung der Sowjetunion, die nach ihrer Initiative von 1982, die auch in der Verifikationsfrage eine gewisse Bewegung erkennen ließ, keine weiteren Schritte und Zugeständnisse unternahm." Vgl. Referat 222, Bd. 126951.

3 In einer Aufzeichnung des Referats 222 vom 25. Januar 1984 wurde dargelegt: „Nach jahrelangem westlichen Drängen erklärte sich die SU erstmals 1982 mit einigen ‚systematischen' internationalen Ortsinspektionen ‚nach einem zu vereinbarenden Schlüssel' einverstanden. Diese sollen allerdings nur einen Teilbereich der Verpflichtungen eines C-Waffen-Abkommens abdecken. Sie beziehen sich nicht auf die Zerstörung der C-Waffen-Produktionsstätten und die Kontrolle der für eine potentielle C-Waffen-Produktion in Frage kommenden phosphororganischen Industrie. Die Bundesregierung wertet jedoch diesen ersten sowjetischen Schritt als Annäherung an den von ihr seit langem vertretenen Standpunkt, daß bei C-Waffen regelmäßige und verbindliche Ortsinspektionen notwendig, durchführbar und zumutbar sind." Vgl. Referat 222, Bd. 126951.

Verifizierung der Bestandserklärungen (verification of declaration). Zur Prozedur führte Israeljan aus, daß er die neuen sowjetischen Vorschläge in einer CD-Plenumsrede am 21.2.1984 präzisieren werde[4]; am gleichen Tage werde die Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz unterrichtet. Die SU werde gleichzeitig auf die sofortige Wiederbegründung des CW-Verhandlungsorgans dringen, das nach ihrer Vorstellung vorzugsweise als „committee on chemical weapons" bezeichnet werden und unmittelbar mit der Entwurfsarbeit (drafting) für die Konvention beginnen solle.

II. Die sowjetische Ankündigung stellt – und dies wurde auch von anderen westlichen Delegationsleitern einmütig unterstrichen – eine mindestens zu diesem Zeitpunkt unerwartete, bedeutsame Konzession dar. Sie ist nicht nur das erste Abrüstungssignal der neuen sowjetischen Führung[5], sondern beinhaltet die Aufgabe eines lange und beharrlich vertretenen sowjetischen Standpunkts in einem der sensitivsten Bereiche der Abrüstungspolitik, dem der Ortsüberprüfung durch kontinuierliche Anwesenheit auswärtiger Inspektoren. Selbst wenn die Abstriche, die die neuen Vorschläge von der sowjetischen Gesamtlinie beinhalten, vergleichsweise gering sind (wenige Inspektoren, die bei einer oder ganz wenigen zentralen Vernichtungsanlagen zugelassen werden), sind die Auswirkungen für das sowjetische Rüstungskontrollkonzept auch in anderen Bereichen offensichtlich und vermutlich kaum zu unterschätzen. Ein weiteres wichtiges Konzessionselement liegt in der Tatsache, daß die SU nunmehr zum ersten Mal im multilateralen Verhandlungsprozeß über chemische Waffen ein bedeutsames Zugeständnis einbringt.

In der sowjetischen Motivation für diesen Schritt haben zweifellos die Bedrängnis, in der sie durch den CW-Verhandlungsprozeß 1983 geraten ist, das geschickte und entschlossene Vorgehen der USA (Inaussichtstellung eines Gesamtvertragsentwurfs durch Shultz[6]), aber auch die defensive Lage, in der sich die Sowjets nach ihrer Niederlage in der Nachrüstungsfrage und dem Verlassen nuklearer Verhandlungsforen[7] befinden, eine wichtige Rolle gespielt. Die Sowjets versuchen, durch ihre jetzige Konzession das Momentum in der CW-Frage wiederzugewinnen und sich in einem begrenzten, aber wichtigen Bereich der Verhandlungen als besonders vorwärtsdrängend und kooperativ zu profilieren. In diesem Sinne werden sie auch alle Möglichkeiten ihrer Informationspolitik zu nutzen versuchen.

III. Aus unserer Sicht und aus der westlichen Perspektive insgesamt verdient der sowjetische Vorschlag eine fast uneingeschränkte positive Bewertung, vorausgesetzt, die nunmehr angekündigte kooperative Absicht der Sowjets wird auch bei technischen Details entsprechend umgesetzt.[8] Der neue sowjetische

4 Für den Wortlaut der Ausführungen des Leiters der sowjetischen Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Israeljan, vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 548–550.

5 Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

6 Zur Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 17. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13, Anm. 7.

7 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

8 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

Ansatz kommt unseren Verifikationsanliegen gerade für die kritische Vertragsphase entgegen, in dem es um die Zerstörung der vorhandenen Bestände und damit die Beseitigung der auf den Völkern lastenden CW-Bedrohung geht. Trotz der positiven, auch in unserer Reaktion hervorzuhebenden Elemente (zu denen auch gehört, daß die SU sich hier dem hartnäckigen Drängen der anderen Vertragspartner unter Führung der USA nicht verschlossen hat), werden wir – wie andere westliche Delegationen – in unserer Wertung jedoch auch hervorheben müssen, daß die SU hier nur einen ersten, wichtigen Schritt in Richtung auf die Lösung der Verhandlungsprobleme getan hat. Ihre volle Wirksamkeit können die neuen sowjetischen Vorschläge nur entfalten, wenn sie Teil eines zuverlässigen, alle Überprüfungsprobleme der künftigen Konvention überspannenden Verifikationsansatzes bilden, zu dem insbesondere die Frage der Überprüfung der Nichtproduktion und die Frage obligatorischer Verdachtskontrollen gehören. So wie wir dies bei der Würdigung der Gromyko-Vorschläge vom Juni 1982 getan haben (mit dem erstmals die Tür zu Ortsüberprüfungen im CW-Bereich aufgestoßen wurde[9]), sollte unsere öffentliche Reaktion deshalb sowohl die Befriedigung über den jetzt vollzogenen Schritt wie auch die Erwartungen, daß sich dieser Schritt in weitere notwendige Schritte harmonisch eingliedere, hervorheben. Dies ist um so wichtiger, als zu befürchten ist, daß die erhebliche Konzession, zu der sich die SU jetzt durchgerungen hat, auf lange Zeit die einzige erreichbare sowjetische Bewegung bleiben wird. Es wird der SU jetzt darum gehen, unter Hinweis auf das jetzige Zugeständnis einen in ihrer Optik gleich hohen Preis bei den anderen Verifikationsproblemen zu erwirken. Bei dem Thema „verification of declaration" hat der Westen dabei – jedenfalls nach unserer Ansicht – noch erhebliche Spielräume; indessen dürfte es der SU vor allem darum gehen, sich dem Obligatorium bei den künftigen Verdachtskontrollen vor Ort zu entziehen. Insofern erleichtert der sowjetische Schritt die künftigen Verhandlungen zwar auf der einen Seite, stellt aber an das Durchhaltevermögen und die konzeptionelle Klarheit der westlichen Verhandler auf der anderen erhebliche zusätzliche Anforderungen.

IV. Auf besonderen amerikanischen Wunsch ist dieser Bericht als VS-v eingestuft; eine Herabstufung nach Offenlegung der sowjetischen Vorschläge, voraussichtlich am 21.2. gegen 11.00 Uhr, erscheint jedoch unbedenklich.

[gez.] Wegener

VS-Bd. 14126 (010)

9 Der sowjetische Außenminister Gromyko äußerte sich am 15. Juni 1982 vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York zu einem Verbot chemischer Waffen. Für den Wortlaut der Rede vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 12th Special Session, S. 195–203. Für den deutschen Wortlaut vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 180–193.
Vgl. dazu ferner den sowjetischen Entwurf vom 21. Juli 1982 für eine Konvention über das Verbot chemischer Waffen („Basic Provisions of a Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Chemical Weapons and on their Destruction"); DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XX, S. 358–362.

51

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-10817/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 312
Cito

Aufgabe: 20. Februar 1984, 20.35 Uhr[1]
Ankunft: 20. Februar 1984, 21.07 Uhr

Betr.: Sitzung der Besonderen Beratungsgruppe (SCG) in Brüssel am 20.2.1984

I. Zusammenfassung

Hauptthema der Erörterungen im kleinen Kreis (Quint) war die Frage der sowjetischen Optionen hinsichtlich einer Wiederaufnahme der nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen[2] und die sich daraus für die westliche Haltung ergebenden Konsequenzen. Es bestand Übereinstimmung in der Einschätzung, daß eine Fortführung des nuklearen Rüstungskontrolldialogs für die SU, ganz abgesehen vom möglichen Einfluß auf US-Wahlkampf[3] und westeuropäische Friedensbewegung, eine Reihe schwieriger prozeduraler wie substantieller Probleme aufwirft, deren gedankliche Durcharbeitung noch anhält.

– Burt berichtete, daß Kontakte zwischen AM Shultz und Dobrynin in Washington im Anschluß an das Treffen Gromyko–Shultz in Stockholm[4] gezeigt hätten, daß SU gegenwärtig noch nicht in der Lage ist, diese Frage im Detail zu erörtern. Die in US-Presse berichtete Möglichkeit eines START-Interimsabkommens noch in diesem Jahr bezeichnete Burt als „science fiction".
– Es bestand Übereinstimmung, daß Bündnis – ohne Konzession in der Sache – es der SU so schwer wie möglich machen sollte, an ihrer Verweigerungstaktik festzuhalten.
– Ich unterstrich, daß wir jede Art von Fortschritt auch bei START begrüßen würden, INF-Thematik jedoch andererseits nicht ausgeklammert werden dürfte (keine rüstungskontrollpolitische Abkoppelung Europas von den USA).

II. Im einzelnen

1) Burt zog eingangs ein Resümee der amerikanisch-sowjetischen Kontakte seit dem AM-Treffen in Stockholm. Die SU deute an, daß bei Fortschritten in anderen Feldern auch im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle Fortschritte möglich seien; sie lasse sich andererseits gegenwärtig auf keine ins einzelne gehende Substanzdiskussion ein. Dobrynin habe gegenüber Shultz bestritten, daß „Beecher-Artikel" im „Boston Globe" über mögliches START-Interimsabkommen von sowjetischer Seite „inspiriert" sei.[5]

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen.
2 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.
3 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.
4 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 13.
5 Vgl. dazu den Artikel von William Beecher „Soviet aide hints pact on arms is possible"; THE BOSTON GLOBE vom 24. Januar 1984, S. 1 und 4. Vgl. dazu ferner Dok. 27.

Eine wichtige Rolle in der sowjetischen Argumentation spiele das Thema des Gewaltverzichts (no first use). Die SU werde westliche Konzessionsbereitschaft u. a. in dieser Frage möglicherweise zum Gradmesser für den „guten Glauben" des Westens im INF- und START-Bereich hochstilisieren (linkage zwischen KVAE und START/INF).

Insgesamt habe man in Washington den Eindruck, daß der Führungswechsel in Moskau[6] den Einfluß von Gromyko und Ustinow verstärkt habe und deshalb von daher keine größere Kompromißbereitschaft zu erwarten sei. Andererseits liege es in der Logik der bisherigen Entwicklung, daß die SU beginne, ihre Position zu START und INF zu differenzieren, um aus der längerfristig unattraktiven „Nein-Sager-Ecke" herauszukommen.

In meiner kurzen Darstellung der Unterredung des BK mit Tschernenko[7] wies ich auf das Fehlen von Schärfen auf sowjetischer Seite hin. Der Westen müsse jetzt alles tun, um die in dem Moskauer Führungswechsel innewohnenden Chancen für Fortschritte im Rüstungskontrollbereich auszuloten. Wir befürworteten keine Konzessionen in der Sache; der Westen müsse jedoch alles tun, um der SU eine Nicht-Rückkehr an den Verhandlungstisch so schwer wie möglich zu machen. Der Westen habe seine Handlungsfähigkeit durch die Stationierung unter Beweis gestellt. Jetzt müsse er auch seine Glaubwürdigkeit im Rüstungskontrollbereich nachweisen. Erst dadurch ließen sich aus der Standfestigkeit des Bündnisses die politischen Früchte in vollem Umfang ziehen. Hierin wurde ich insbesondere von GB unterstützt.

In der weiteren Erörterung dieses Themas bestand Übereinstimmung, daß Westen gegenwärtig bei den nicht-nuklearen Themen (CW, MBFR) durch eigene neue Substanzvorschläge die Initiative ergreifen sollte. Burt unterstützte dies ausdrücklich auch hinsichtlich MBFR, wies aber auf die nach wie vor in Washington bestehenden Schwierigkeiten hin.

Als weiteres wichtiges Feld für eine aktive westliche Politik zur Überwindung der gegenwärtigen Unterbrechung des nuklearen Rüstungskontrolldialogs wurde übereinstimmend der vertiefte Kontakt mit den NSWP-Staaten[8] angesehen.

2) Die sehr eingehende Erörterung der sowjetischen Optionen für eine Wiederaufnahme der nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen im einzelnen kristallisierte sich um die Frage einer möglichen Zusammenführung von START und INF (merger) sowie eines erneuten sowjetischen Moratoriums bzw. Freeze-Vorschlags.

Burt erklärte, nach seiner Auffassung sprächen drei Gründe gegen die Annahme, daß die SU in Kürze einen „merger" vorschlagen würde:

– Aus Gesichtswahrungsgründen müsse die gegenwärtige Pause noch andauern.
– Die SU habe ihre Hoffnung auf die westeuropäische Friedensbewegung noch nicht aufgegeben. In diesem Zusammenhang sei das weitere Verhalten von B und NL hinsichtlich der Stationierung von großer Bedeutung.

6 Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

7 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 14. Februar 1984 in Moskau vgl. Dok. 45.

8 Nicht-sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

– Ein merger schaffe für die SU auch in der Substanz Probleme: Sie müsse sich beispielsweise entscheiden, ob sie einer globalen INF-Begrenzung zustimmen oder auf regionalem Ansatz bestehen wolle.

Anschließend trat Burt dafür ein, innerhalb des Bündnisses keine festen Positionen zu beziehen, solange noch nicht klar sei, wofür sich die SU entscheide.

UK stellte heraus, daß SU jedenfalls in den nächsten zwölf Monaten wenig Anreiz zum Abschluß einer INF-Vereinbarung habe. Ihr Ziel bleibe jedoch, wenigstens einen Stopp der Stationierung zu erreichen. Dies könne sie dadurch versuchen, daß sie eine Stationierungspause zur Vorbedingung für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch mache.

Jeder sowjetische Vorschlag für eine Fortführung der Verhandlungen könne vom Westen nur schwer zurückgewiesen werden, wenn er nicht völlig unakzeptable Vorbedingungen enthalte.

Ein „merger" habe Vorteile (rüstungskontrollpolitische Ankoppelung Europas an USA; Wahrung der Einbeziehung der SS-20-Bedrohung in nukleare Rüstungskontrollverhandlungen), aber auch Nachteile: erhöhte Konsultationsprobleme, verstärkter Druck in Richtung der Lösung des Drittstaatenproblems, mehr Möglichkeiten der SU, latente europäisch-amerikanische Interessenunterschiede zu nutzen. Diese Probleme, die ein merger aufwerfe, seien andererseits nicht unüberwindlich. So lasse sich beispielsweise die Drittstaatenfrage zahlenmäßig in einer vergrößerten Verhandlungsmasse leichter behandeln als im INF-Kontext.

Ich erinnerte daran, daß im Doppelbeschluß[9] verankert ist, daß die INF-Verhandlungen im SALT/START-Rahmen stattfinden sollen. Diese der strategischen Einheit des Bündnisterritoriums[10] entsprechende rüstungskontrollpolitische Verklammerung von INF und START gelte nach wie vor. Die Frage zweier getrennter oder eines gemeinsamen Verhandlungsforums sei nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten zu entscheiden. Bündnis müsse deshalb für jeden prozeduralen Weg offen sein, der konkrete Fortschritte erhoffen lasse. Die Vermeidung einer Ausklammerung der INF-Problematik sei dabei ein wichtiger Gesichtspunkt. Die Aufgabe, die von der SCG jetzt in Angriff genommen werden müsse, sei die Ausarbeitung von Argumenten gegen unannehmbare Elemente denkbarer sowjetischer Initiativen.

IT wies auf die Möglichkeit hin, daß SU einen Vorstoß mehr propagandistisch-politischer Natur unternehmen könnte, z. B. den Vorschlag wieder auftischen, ganz Europa von Nuklearwaffen mittlerer und taktischer Reichweite zu befreien oder auf den Einsatz von Kernwaffen überhaupt zu verzichten.[11]

9 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

10 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

11 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann handschriftlich: „r[ichtig]". Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, sprach sich am 21. Dezember 1982 für einen Verzicht auf alle Arten von Kernwaffen aus, die geeignet seien, „Ziele in Europa zu treffen". Vgl. dazu ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 24. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 360.

3) Im großen Kreis erbrachte die Debatte keine neuen Gesichtspunkte zu diesem Punkt. Ich unterstrich, daß es weitgehend gelungen sei, die INF-Debatte zu rationalisieren. Nach meiner Auffassung komme eine Stationierungspause („freeze“) als Dreingabe für die Rückkehr der SU an den Verhandlungstisch nicht in Frage. Ein solcher Schritt würde die Diskussion des vergangenen Herbstes wieder erneut entfachen und den Verhandlungsdruck von der SU nehmen. Andererseits könne die INF-Debatte wieder aufbrechen, wenn es der Westen unterlasse, rüstungskontrollpolitisch aktiv und einfallsreich zu sein.

Es herrschte Übereinstimmung, die Frage neuer sowjetischer SS-20-Dislozierungen (hierzu folgt gesonderter Bericht[12]) in der Öffentlichkeit sehr behutsam zu behandeln. Folgende Linie wurde von USA empfohlen:

– Neue sowjetische Stellung ist Teil des seit 1977 fortlaufenden Ausbauprogramms.
– Keine Überraschung angesichts Aufkündigung des Moratoriums.
– Angesichts des schon erreichten Stationierungsumfangs wird hierdurch militärisch keine qualitativ neue Bedrohung geschaffen.

4) Nächste SCG-Sitzung soll Ende März stattfinden.[13]

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11369 (220)

12 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 20. Februar 1984: „Erstmals seit dem Breschnew-Moratorium vom März 1982 wurde in der westlichen Sowjetunion bei Krolewez (südl[ich] Moskau) der Beginn von Bauarbeiten an einem neuen (zweiten) SS-20-Komplex mit 19 IRBM erwartet. Die Fertigstellung wird bis zum Jahresende erwartet. Krolewez 1 war bei Verkündung des Moratoriums im Bau und wurde im Laufe 1982 fertiggestellt. In der östlichen Sowjetunion wird an zwei SS-20-Komplexen gearbeitet. Fertigstellung in Kansk 2 bis September 1984 und in Barnaul 4 bis Ende 1984. Die neuen Stellungskomplexe sind keineswegs sensationell, sondern Teil eines lange vorbereiteten Programms, und führen keineswegs zu einer qualitativen Bedrohungsveränderung gegenüber der NATO. […] Das gesamte SS-20-Programm könnte bis 1987 auf 350 gegen Europa und 270 gegen Asien gerichtete Raketen anwachsen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 311; VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

13 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 27. März 1984 in Brüssel vgl. Dok. 91.

52

Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-10822/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 20. Februar 1984, 20.34 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 423 **Ankunft: 20. Februar 1984, 22.03 Uhr**

Betr.: Deutsch-französische Direktorenkonsultationen in Paris vom 20.2.1984

Das Hauptergebnis der deutsch-französischen Direktorenkonsultationen in Paris am 20.2.1984 läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

I. West-Ost-Beziehungen

1) Neue sowjetische Führung[2]

Andréani gab eine Beurteilung der inneren Lage in der Sowjetunion und des neuen Generalsekretärs Tschernenko. Die Unterhaltung mit Ministerpräsident Mauroy und Gromyko sei sehr allgemein gewesen.[3] Tschernenko habe in diesem Gespräch rüstiger und entschiedener gewirkt als während seiner Trauerrede[4]. Neues Element sei die geforderte Trennung von Administration und Partei. Es werde sich herausstellen müssen, ob dieser „Abbau einer doppelten Bürokratie" sich durchsetzen lasse und, wenn das geschehe, welche Wirkungen dadurch erzielt würden.

Ich habe die Frage gestellt, ob die französische Seite bestätigen könne, daß Tschernenko noch in der Amtszeit Andropows und unter dem Eindruck der polnischen Entwicklung eine Diskussion über die Widersprüche im Sozialismus habe in Gang setzen wollen und daß Andropow ihn gestoppt habe. Andréani will dieser Sache nachgehen.

Wir waren uns einig, daß der neue GS die Reformpolitik im Inneren und die Disziplinierung wahrscheinlich mit etwas weniger Nachdruck fortführen werde, wie denn überhaupt Tschernenko in manchem die Breschnewsche Orientierung wiederaufnehmen werde.

In der Außen- und Sicherheitspolitik ist mit Kontinuität zu rechnen. Die Stellung Gromykos und Ustinows ist nun stärker. Die westliche Strategie muß die

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.
Hat Vortragendem Legationsrat Holderbaum am 21. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holthoff und Legationsrätin I. Klasse Völkel verfügte.
Hat Holthoff am 23. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Völkel vorgelegen.

2 Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

3 Ministerpräsident Mauroy und der französische Außenminister Cheysson hielten sich am 13./14. Februar 1984 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 9. Februar 1984 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in der UdSSR auf.

4 Der verstorbene Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, wurde am 14. Februar 1984 an der Kreml-Mauer in Moskau bestattet. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 21. Februar 1984 über die Traueransprache von dessen Nachfolger Tschernenko: „Der ‚Trauermarsch' von Chopin beherrscht Radio und Fernsehen, das Auftreten des neuen Generalsekretärs beherrscht die Aufmerksamkeit. Tschernenko hustet, verhaspelt sich in seiner Gedenkrede. Er stützt sich auf die Balustrade des Lenin-Mausoleums, wirkt unsicher und physisch beeinträchtigt. Die Auguren sagen Schlimmes voraus und sehen eine kurze Amtszeit." Vgl. den Schriftbericht Nr. 587; Referat 213, Bd. 139412.
Für den Wortlaut der Rede Tschernenkos vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 14. Februar 1984, S. 3 f.

gleiche bleiben: Wir sollten uns der Sowjetunion gegenüber ruhig, selbstsicher und dialogbereit zeigen. Es ist zu hoffen, daß der neue Mann im Kreml noch rascher als sein Vorgänger an die verlassenen Verhandlungstische[5] zurückkehrt, da er sich nach außen nicht so ausdrücklich festgelegt hat.

Meine Frage, welche Erkenntnisse die französische Seite über die Aufnahme des Moskauer Führungswechsels in den übrigen Staaten des Warschauer Pakts habe, beantwortete Andréani mit der Vermutung, die Polen seien wohl besorgt, die Ungarn würden nach seiner Ansicht Andropow eher nachtrauern. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Rumänen nach Meinung unserer Botschaft in Bukarest verhältnismäßig zufrieden seien; ähnliches könne man von der ČSSR annehmen.

2) West-Ost-Studie der NATO („Tindemans-Initiative")[6]

Andréani, auf dieses Thema angesprochen, erklärte, Frankreich wünsche, daß zunächst eine vertrauliche Gesamtstudie gefertigt werde, in der die Bilanz über die Erfolge und Rückschläge der Entspannungspolitik gezogen werde und die, darauf fußend, zu operationellen Vorschlägen komme. Frankreich werde demnächst ein Papier einbringen, das in seinem analytischen Teil weitgehend auf den Vorarbeiten der deutsch-französischen Gruppe (Braunmühl/Dufourcq[7]) basiere.

Ich habe erläutert, daß unser Entwurf in seinen Abschnitten A–C die Analyse enthalte und daß der kurze und operative Text des Teils D als „Signal von Washington" veröffentlicht werden könnte.

Andréani erklärte, die französische Seite wolle nicht von vornherein einen zu veröffentlichenden Text in die Studie inserieren. Das „Signal von Washington" sollte vielmehr – wenn man sich dazu entschlösse – aufgrund der Studie gesondert entworfen werden.

Ich habe Andréani soweit gebracht, daß er gegen eine gleichzeitige Arbeit an einem zu veröffentlichenden Text keine Einwendungen mehr erhob.[8]

3) Polen

Andréani äußerte sich zum Verhältnis polnische Kirche/polnische Regierung/Vatikan. Der Vatikan unterstütze offenbar die Bedingungen der polnischen Bischöfe, die vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und

5 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

6 Zum geplanten „West-Ost-Bericht" der NATO vgl. Dok. 28, Anm. 5.

7 Zum deutsch-französischen Bericht vom 18. Oktober 1982 über Ost-West-Fragen vgl. Dok. 35, Anm. 17.

8 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 28. Februar 1984 mit: „In der Sitzung des Rats im kleinsten Kreise (private luncheon) am 28.2.1984 äußerte der Ständige Vertreter der USA, zunächst solle eine Studie ohne Schlußfolgerungen erarbeitet werden, diese würden sich dann aus der Studie selbst ergeben. Ich hielt dem entgegen, wir hätten Beiträge sowohl zur Analyse wie auch zu den Schlußfolgerungen zirkuliert, da es für die Regierungen nützlich sei, sich auch mit den beabsichtigten Schlußfolgerungen rechtzeitig auseinanderzusetzen. Ich schloß mit der Bitte an die übrigen, auch ihrerseits Beiträge zu den Schlußfolgerungen zu zirkulieren." Wieck legte dar: „Ich befürchte, daß die USA und F sich zunächst bedeckt halten, um dann in einer relativ späten Phase die Bündnispartner mit ihren Vorstellungen zu überraschen. Dieser Gefahr kann nur durch rechtzeitige Konsultation unter den Bündnispartnern wirksam begegnet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; VS-Bd. 13374 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

dem Vatikan erfüllt werden sollten.[9] Er wiederholte sodann die bereits im letzten PK[10] erwähnten französisch-polnischen Kontakte (Joxe in Warschau[11] und polnische Parlamentarier in Paris[12]). Im März werde man auf Referatsleiterebene miteinander sprechen. Frankreich bewege sich also „langsam und vorsichtig".

Ich habe auf die Klage der polnischen Regierung über die Lage der Partei (außerordentlich geringe Mitgliederzahl in der Altersgruppe unter 30 Jahren) und auf die Tatsache hingewiesen, daß verglichen zu Solidarität nur etwa ein Viertel der Arbeiterschaft in die neuen Branchengewerkschaften eingetreten sei.

Zum Landwirtschaftsprojekt habe ich den Stand erläutert (bald zu erwartende Verabschiedung des Stiftungsgesetzes durch den Sejm).[13] Ich habe die Frage gestellt, welche Rolle der Ausschuß privater Persönlichkeiten in Frankreich bei der Realisierung des Projektes spielen werde. Andréani wußte nichts von der Existenz einer solchen Gruppe.

Ich habe mitgeteilt, daß ich am 11./12. März zu Konsultationen auf der Direktoren-/Vize-Außenministerebene nach Warschau reisen würde.[14]

II. Sicherheitspolitik

1) KVAE

Andréani äußerte sich sehr befriedigt über die Rolle der Schweiz. Die N+N-Staaten hätten weit auseinander liegende Interessen. Jugoslawien wünsche aus seiner Interessenlage besonders einschneidende „constraints" in Grenznähe.

9 Nach einem Aufenthalt des Primas von Polen, Kardinal Glemp, vom 16. bis 19. Januar 1984 im Vatikan teilte Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), am 23. Januar 1984 zu einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und dem Heiligen Stuhl mit, Glemp habe gegenüber der Presse erklärt, „er halte es für möglich, daß sie noch innerhalb des Jahres 1984 aufgenommen würden. Vertraulich ließ der Kardinal erkennen, daß das Junktim zwischen dem Status der Kirche in Polen und der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen weiterbestehe. Dem die Stellung der Kirche regelnden Gesetz werde wahrscheinlich eine gemeinsame Erklärung von Episkopat und Regierung vorausgehen, die die Grundzüge der Rechtsstellung der Kirche festlege." Vgl. den Drahtbericht Nr. 13; Referat 214, Bd. 133050.

10 Die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand am 24./25. Januar 1984 in Paris statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 2/3/4 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling vom 26. Januar 1984; VS-Bd. 12912 (200); B 150, Aktenkopien 1984.

11 In der Presse wurde berichtet, der Vorsitzende der Fraktion der Sozialistischen Partei in der französischen Nationalversammlung, Joxe, halte sich ab 9. Februar 1984 zu einem drei- oder viertägigen Besuch in Polen auf. Vgl. dazu den Artikel „La visite de M. Pierre Joxe est accueillie comme un signe de dégel par les autorités de Varsovie"; LE MONDE vom 9. Februar 1984, S. 6.

12 Gesandter Rouget, Paris, berichtete am 16. November 1984, der französische Außenminister Cheysson habe am 7. November 1984 in der Nationalversammlung zu den französisch-polnischen Beziehungen dargelegt: „Die politischen Beziehungen seien ‚distanziert'. […] Eine polnische Parlamentarier-Delegation sei am 27.3.1984 in Paris gewesen, und es gebe Kontakte auf Arbeitsebene." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2627; Referat 214, Bd. 133049.

13 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 12, Anm. 18.
Botschafter Röding, Warschau, berichtete am 1. März 1984: „Der Regierungsentwurf des Stiftungsgesetzes war am 29.2.1984 Gegenstand der Beratung der Sejm-Kommissionen für Plan, Budget und Finanzen sowie für Gesetzgebungsarbeiten. Wie der Zentralpresse zu entnehmen war, schlug der von beiden Sejm-Kommissionen eingesetzte Unterausschuß […] geringfügige Änderungen und Präzisierungen vor". Es sei beschlossen worden, dem polnischen Parlament den Regierungsentwurf vorzulegen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 259; Referat 421, Bd. 140341.

14 Zum geplanten Besuch des Ministerialdirektors Pfeffer in Polen vgl. Dok. 28, Anm. 25.

Ich habe betont, daß die Sowjetunion ihren Gewaltverzichtsvorschlag[15] in jüngster Zeit unpolemisch und sehr geschickt vortrage; sie versuche, die westlichen Gegenargumente auszuräumen. Hier zeige sich, daß die Forderung unseres Ministers nach „offensiver Behandlung" dieses Themas durch den Westen richtig sei. Zwischen Frankreich und uns gelte es eigentlich nur noch, die Form der Inaussichtstellung und die Zeitplanung abzustimmen.

2) SDI

Mein Versuch eines Gedankenaustauschs mußte, da Andréani an dem Treffen mit dem amerikanischen Team[16] nicht teilgenommen hatte, auf die nächste Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit (Mitte März[17]) vertagt werden.

Bei dieser Gelegenheit soll auch erst über die Passage „europäische Weltraumstation" in der Rede Präsident Mitterrands vor dem niederländischen Parlament[18] gesprochen werden, da Andréani hierzu noch autoritative Interpretationen einholen muß.

3) Chemische Waffen

Ich habe die Sprache auf dieses Thema gelenkt:

Es sei für die Bundesregierung von großer Bedeutung, hier voranzukommen. Wir hätten deshalb die Amerikaner zur baldigen Vorlage ihres Entwurfs eines weltweiten Ächtungsvertrages ermutigt.[19] Es bestehe die Chance, eine bisher nicht erfaßte Waffenkategorie von besonderer Scheußlichkeit durch Rüstungskontrolle vollkommen aus der Welt zu schaffen. Interessanterweise habe sich Gromyko gegenüber Shultz nicht ganz ablehnend gezeigt.[20] Auch innenpolitisch würde die weltweite Ächtung von C-Waffen in unseren Ländern Entlastung bringen.

Andréani fand dies im Prinzip richtig, beschwerte sich allerdings darüber, daß die Amerikaner in Stockholm ihre Absicht ohne vorhergehende Konsultationen bekanntgegeben hätten.[21] Wir müßten nun auf Konsultationen dringen. Er verstünde nicht ganz, weshalb man nicht zu viert konsultieren könne, aber wenn die Amerikaner die Italiener und vielleicht auch noch die Kanadier dabeihaben

15 Vgl. dazu die „Politische Deklaration" der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag; Dok. 11, Anm. 14.

16 Zur Unterrichtung der Bundesregierung über SDI durch eine amerikanische Expertengruppe vgl. Dok. 39.
Die Expertengruppe besuchte auch Frankreich.

17 Zur Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 14. März 1984 vgl. Dok. 84.

18 Staatspräsident Mitterrand besuchte die Niederlande am 6./7. Februar 1984. In seiner Rede vor dem niederländischen Parlament am 7. Februar 1984 in Den Haag schlug er als Beitrag zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der EG-Mitgliedstaaten eine bemannte Weltraumstation vor. Ferner sprach er sich für ein Ständiges Sekretariat der Europäischen Gemeinschaften aus. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (Januar/Februar), S. 64–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 195–199.

19 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

20 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13.

21 Zur Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 17. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13, Anm. 7.

wollten, so brauche man dagegen nichts einzuwenden, nur müßten die Konsultationen auch wirklich bald stattfinden.

4) START/INF

Andréani konstatierte, die USA und die Sowjetunion sprächen eigentlich doch schon recht detailliert über die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen (in wahrscheinlich etwas veränderter Form). Die Initiativen Trudeaus[22] seien störend. (Andréani bestätigte auf meine Frage, daß Trudeaus Wiederwahlchancen gering seien[23] und daß Trudeau durch außenpolitische Extratouren seine Chancen zu verbessern hoffe.) Andréani äußerte sich enttäuscht über die nachgebende Haltung Chinas gegenüber dem Vorschlag einer Konferenz der fünf Kernwaffenstaaten. Wahrscheinlich handele es sich um chinesische Taktik, da Peking genau wisse, daß Frankreich und Großbritannien einer Fünfer-Konferenz nur nach Erfüllung ihrer Bedingungen zustimmen würden.

[24]III. Europa

1) Mitterrand-Vorschlag (Ständiges Sekretariat)

Meine Frage, ob Andréanis Vermutung zutreffe, Präsident Mitterrand habe in Den Haag den Vorschlag einer personell und zeitlich verdoppelten EPZ-Troika gemacht oder machen wollen, konnte Andréani nicht beantworten. Eine Bestätigung aus dem Elysée liege noch nicht vor.

Ich habe noch einmal wiederholt, was ich Andréani schon fernmündlich gesagt hatte: Daß wir nämlich eine Interpretation des Vorschlages in diesem Sinne für realisierbar hielten und gerne unterstützen würden. Wir gingen also davon aus, daß die Troika von drei auf sechs Beamte vergrößert werden sollte und daß diese Beamten drei statt eineinhalb Jahre in ihrer Funktion bleiben würden. Zu meiner Frage, ob die neu Hinzutretenden aus anderen Hauptstädten als denen der vorhergehenden, der gegenwärtigen und der zukünftigen Präsidentschaft kommen sollten, was wir der verlängerten Kontinuität wegen für gut hielten, äußerte sich Andréani positiv, ohne sich festlegen zu können.

2) Wiederbelebung der WEU[25]

Dieses Thema nahm während des Mittagessens erheblichen Raum ein. Ich habe über das Gespräch BM/NL-AM[26], meine Unterhaltungen mit dem niederländischen Politischen Direktor[27] in Den Haag und am Rande der Wehrkundetagung[28] in München, über das Gespräch StS Lautenschlager/D 2/StS Keersmaeker/Generalsekretär des B-AM[29]/Politischer Direktor Cahen[30] während

22 Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Trudeau für ein Treffen der fünf Nuklearmächte vgl. Dok. 28, Anm. 30.

23 Ministerpräsident Trudeau trat am 30. Juni 1984 von seinem Amt zurück. Bei den Parlamentswahlen am 4. September 1984 siegte die Progressiv-Konservative Partei. Neuer Ministerpräsident wurde deren Vorsitzender Mulroney.

24 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 424 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

25 Zu den französischen Überlegungen für eine Belebung der WEU vgl. Dok. 1.

26 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van den Broek am 2. Februar 1984 in Den Haag vgl. Dok. 33.

27 Adriaan Jacobovits de Szeged.

28 Die XXI. Internationale Wehrkunde-Begegnung fand am 11./12. Februar 1984 in München statt.

29 François Roelants.

30 Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, teilte am 21. Februar 1984 mit, er habe in dem Gespräch am 16. Februar 1984 in Brüssel bezüglich der französischen Überlegungen zu einer Belebung der WEU

des Bundeskanzlerbesuchs in Brüssel am 16.2.[31], über die Unterhaltung unseres Botschafters in London mit Bullard[32] und schließlich über meine Unterredungen mit dem Gesandten Mallaby am 17.2.[33] informiert.

Wir waren uns mit der französischen Seite einig über die Haltung und Motive der niederländischen Seite, aber nicht sicher, aus welchen Gründen Großbritannien sich so schwierig zeigt. Das Motiv der Sparsamkeit könne nicht der wahre Grund sein. Eher schon scheine London durch den Verdacht deutsch-französischer Vorab-Zusammenarbeit irritiert, vielleicht sogar schrecke es vor einer weiteren zu starken Verdichtung der europäischen Zusammenarbeit zurück. An der Diskussion beteiligte sich übrigens auch der Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Botschafter Senard.

Ich habe wegen der Absicht, möglichst bis zum 30. Jahrestag des WEU-Vertrages[34] zu Rande zu kommen, mitgeteilt, daß wir zur Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen[35] demnächst das Verfahren einleiten müßten, da es bis zum Abschluß sechs bis neun Monate in Anspruch nehmen könne.[36] Andréani nahm dies mit dem Bemerken zur Kenntnis, es sei gut, daß ich an diese Zeitspanne erinnere, man müsse da in der Tat wohl voranmachen. Im übrigen, so meinte er, komme es hauptsächlich darauf an, die Beratungen im Ministerrat zu revitalisieren. Die organisatorischen Veränderungen (Rüstungskontrollamt) sollten wir mit leichter Hand betreiben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 261

erklärt: „Wir begrüßten die franz[ösische] Initiative und prüften sie eingehend. Nach der wirtschaftlichen und (außen)politischen ‚Dimension' (EG + EPZ) müsse nun auch die sicherheitspolitische angegangen werden. […] F, B und D wollten dabei die Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz. Eine Abkoppelung von den USA dürfe auf keinen Fall eintreten." Der Abteilungsleiter im belgischen Außenministerium, Cahen, habe zugestimmt und berichtet, „daß Belgien und Frankreich sich über die Frage konsultiert hätten. Über die Grundsätze sei man weitgehend einig, die Einzelheiten bedürften noch weiterer Prüfung. […] Eine Aktivierung der WEU sollte, wie von D 2 stipuliert, nicht dazu führen, die Diskussion politischer Aspekte der Sicherheit in der EPZ zu verdrängen. Man könnte sogar daran denken, in der EPZ eine Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen zu gründen. Die Einbindung aller europäischen Sicherheitsdiskussionen in den Allianzrahmen müsse auch aus belg[ischer] Sicht sichergestellt bleiben." Staatssekretär Lautenschlager habe eine Einwirkung Belgiens auf die Niederlande vorgeschlagen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 434; Referat 203 (202), Bd. 140572.

31 Für das deutsch-belgische Regierungsgespräch vgl. Dok. 47.

32 Zum Gespräch des Botschafters Freiherr von Wechmar, London, mit dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, am 17. Februar 1984 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

33 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 1. März 1984, in seinen Gesprächen mit dem britischen Gesandten Mallaby und dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, habe er wie folgt argumentiert: „GB möge nicht den Fehler der fünfziger Jahre wiederholen und bei der nun bevorstehenden neuerlichen Bündelung der europäischen Energien abseits stehen, sondern im Gegenteil aktiv mitarbeiten und zusammen mit den sechs Gründungsmitgliedern eine bewußte, vorwärts gerichtete Politik betreiben und damit endgültig den Anschluß an den europäischen Bewußtseinsstand der Gründungsmitglieder […] erreichen." Vgl. Referat 209, Bd. 128400.

34 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

35 Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen vgl. Dok. 1, Anm. 6.

36 Vortragender Legationsrat Hilger vermerkte am 25. Januar 1984, Voraussetzungen für eine Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen seien „eine Empfehlung des NATO-Oberbefehlshabers und ein Antrag der Bundesregierung. Ergänzungen oder Streichungen können dann durch eine Entschließung des WEU-Rates, die mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßt werden muß, erfolgen." Vgl. Referat 209, Bd. 128400.

Wir haben verabredet, am Rande des Politischen Komitees zu zweit mit Bullard zu sprechen.[37] Wir werden, wenn es Bullard recht ist, auch den niederländischen Direktor hinzuziehen.

3) Türkisch-französische Beziehungen

Ich habe unter Hinweis auf die Bitte Halefoglus gegenüber BM am 17.1. in Stockholm[38] das Interesse der türkischen Regierung an einer Verbesserung der türkisch-französischen Beziehungen signalisiert. Die Entwicklung der Türkei gehe in die richtige (demokratische) Richtung und sollte ermutigt werden. Frankreich könne wertvolle Hilfe leisten, wenn es seinen griechischen Freunden klarmache, daß eine Politik der Förderung der türkischen Westorientierung auch im griechischen Interesse liege. Die Türken wären auch sehr dankbar, wenn öffentliche, die Türkei belastende Äußerungen französischer Politiker zur Armenier-Frage unterblieben.

Andréani nahm dies kommentarlos zur Kenntnis, ebenso wie die türkische Bitte, Frankreich möge Verkäufe des Waffensystems Roland an Zypern überdenken.

Meine Bemerkungen über die türkische Rolle in der Expertenkonferenz über Balkan-Kooperation in Athen[39] (türkischer Widerstand gegen die nuklearwaffenfreie Zone auf dem Balkan und Konzentration auf die Möglichkeiten der Zusammenarbeit) quittierte Andréani mit der Bemerkung, die Rolle der Türkei in dieser Sache sei nützlich.

4) Die Sowjetunion und die EPZ

Ich habe die Frage gestellt, ob es zutreffe, daß sich die sowjetische Botschaft in Paris an die französische Präsidentschaft[40] gewendet habe, um Näheres über die Arbeit der EPZ zu erfahren.

Andréani erklärte, ein Beamter der sowjetischen Botschaft habe sich bei dem französischen Europa-Korrespondenten nach der Wirkungsweise der EPZ erkundigt.

Ich habe vorgeschlagen, im PK festzustellen, ob dies der erste Fühler dieser Art seit Bestehen der EPZ ist, und auch auf mein Gespräch mit Botschafter

37 In einer Aufzeichnung des Referats 200 vom 28. Februar 1984 wurde notiert, zur Frage der Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik hätten „bilaterale Gespräche mit F, GB, NL, IT am Rande des 138. PK in Paris am 22./23.2.1984“ stattgefunden. Vgl. dazu Referat 209, Bd. 128404.

38 Bundesminister Genscher traf mit dem türkischen Außenminister Halefoglu am Rande der Eröffnungssitzung der KVAE zusammen. Gesprächsthemen waren die Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Gemeinschaften, die Lage in der Türkei, eine Wiederentsendung türkischer Parlamentarier in die Parlamentarische Versammlung des Europarats und der irakisch-iranische Krieg. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 26 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz, z. Z. Stockholm, vom 19. Januar 1984; VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

39 Vertreter Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei berieten vom 16. bis 18. Januar sowie vom 13. bis 18. Februar 1984 in Athen über die Umwandlung des Balkans in eine kernwaffenfreie Zone. Botschafter Sigrist, Athen, berichtete dazu am 20. Februar 1984: „Konferenzergebnis eher noch dünner als erwartet. Nichtssagendes Kommuniqué legt dafür beredtes Zeugnis ab. Symptomatisch, daß ursprüngliches Hauptthema der Konferenz (Denuklearisierung) im weiteren Verlauf wie auch im Kommuniqué immer weiter nach hinten rutschte. Hierüber war, zumal nach Durchsetzung Einstimmigkeitsgrundsatzes durch Türkei, keinerlei Einigung zu erzielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 98; Referat 221, Bd. 128680.

40 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Nitze in München aufmerksam gemacht, der die Darstellung der EPZ als einer für die Sowjets nützlichen Einrichtung als faszinierend bezeichnet habe.

5) Aspen-Institut Berlin

Andréani teilte auf meine Frage mit, daß wahrscheinlich Gergorin, der Leiter des Planungsstabes, an der Tagung des Aspen-Instituts „France and the Future" in der Zeit vom 9. bis 11.3.84 in Berlin teilnehmen wird.

IV. Krisengebiete

1) Libanon

Andréani stellte noch einmal die französische Rolle und die französischen Absichten nach dem nicht konsultierten Abzugsbeschluß der Amerikaner dar.[41] Es komme jetzt darauf an, den Text einer Sicherheitsratsresolution auszuarbeiten, der die Rolle der MNF auf eine noch aufzustellende UNO-Truppe übertrage. Man bedürfe der sowjetischen Zustimmung zur Resolution und der syrischen Zustimmung zur Sache.

Die Amerikaner seien wahrscheinlich nicht unglücklich darüber, daß die Franzosen diesen Versuch unternähmen, aber andererseits auch wiederum besorgt, daß auf diese Weise die Sowjetunion in eine Lösung einbezogen würde. Dies sei aber nach dem Scheitern des amerikanischen Versuchs, ohne, ja gegen Syrien zurechtzukommen, unvermeidlich geworden.

2) Iranisch-irakischer Krieg

Andréani erklärte auf Frage, er habe nicht den Eindruck, daß sich das Kriegsglück stark zur iranischen Seite neige. Frankreich halte allerdings daran fest, daß die Balance im Nahen Osten auf keinen Fall durch eine Niederlage des Irak tiefgehend gestört werden dürfe. Der Irak sei das natürliche Gegengewicht zu Syrien. Die Bindung des Irak durch den Golfkrieg habe Syrien erlaubt, eine große Rolle im Libanon zu spielen.

3) Südliches Afrika, Namibia

Wir haben das Treffen des BM mit Nujoma in Paris angesprochen.[42] Andréani erklärte, es seien in der Tat interessante Entwicklungen zu verzeichnen, die Gegenstand der nächsten EPZ-Arbeitsgruppe sein sollten.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 12921 (202)

41 Zum Abzug des amerikanischen MNF-Kontingents aus dem Libanon vgl. Dok. 37.

42 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, am 18. Februar 1984 vgl. Dok. 49.

53

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Traoré

21. Februar 1984[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Staatspräsidenten von Mali, General Moussa Traoré, am 21. Februar 1984 von 11.30 bis 12.30 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Das Gespräch, an dem außerdem teilnahmen

auf seiten des Bundeskanzlers: StS Dr. Meyer-Landrut, Botschafter Dr. Seemann, der Unterzeichnende[3] als Note-taker;

auf malischer Seite: Herr Ag Hamani, Sekretär für Auswärtiges im Zentralbüro der malischen Einheitspartei; Herr Coulibaly, Staatsminister für Wirtschaft und Planung; Außenminister Blondin; Botschafter Koreissi,

hatte folgenden wesentlichen Inhalt:

Der *Bundeskanzler* schlug Präsident Traoré vor, daß man sich ohne diplomatische Rücksichten[4] ganz offen unterhalte. Er habe vor allem zwei Fragen an den Präsidenten: nach der Entwicklung in Mali und nach der Entwicklung in Libyen.

Der *Präsident* würdigte zunächst die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen, die zu immer besserem gegenseitigen Verständnis führten. Die Entwicklung in Mali könne nach seiner Überzeugung trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor allem der Dürrekatastrophe, positiv vorangetrieben werden. Zu diesem Zweck habe man die Bevölkerung in Genossenschaften organisiert, die die Entwicklung in die Hand nehmen sollten. Was die Organisation der Wirtschaft angehe, sei man in Mali der Auffassung, daß es einen dynamischen privaten Sektor, daneben einen gemischten staatlich-privaten und einen staatlichen Sektor geben solle.

Die Bundesrepublik Deutschland helfe der malischen Entwicklung sehr, ob nun auf dem Gebiet der Getreideproduktion oder dem der Nutzbarmachung von

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 22. Februar 1984 gefertigt und am 27. Februar 1984 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amts“ übermittelt.
Hat York am 28. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Fischer am 28. Februar vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Sulimma am 29. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Dingens, Enzweiler, Messer, Nagel und Reichenbaum „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Lesenswert!“
Hat Dingens am 29. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Enzweiler am 1. März 1984 vorgelegen.
Hat Reichenbaum am 2. März 1984 vorgelegen.
Hat Nagel am 6. März 1984 vorgelegen.
Hat Messer am 7. März 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 400, Bd. 182168.

2 Präsident Traoré hielt sich vom 20. bis 23. Februar 1984 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 21./22. Februar 1984 Berlin (West).

3 Klaus Max Franke.

4 Die Wörter „ohne diplomatische Rücksichten“ wurden von Ministerialdirigent Sulimma hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Wasservorräten gegen die Dürre oder bei der Erschließung des Zugangs zum Meer. Hierfür seien Regierung und Volk Malis uns sehr dankbar.

Die Außenpolitik Malis sei eine gegen niemanden gerichtete Politik der Ungebundenheit, die Mali aus der Auseinandersetzung zwischen den Blöcken heraushalten solle. Jedes afrikanische Land, das Mitglied der OAE sei, sollte nach malischer Auffassung grundsätzlich ungebunden sein. Mali trete dafür ein, auf dieser Grundlage alle afrikanischen Probleme ohne äußere Einmischung durch afrikanische Weisheit zu lösen. Auf Einwurf des Bundeskanzlers zum Tschad erwiderte der Präsident: Leider existiere dieses Problem, das die Afrikaner lösen könnten, wenn es keine Einmischung von außen gäbe.[5] Auf Frage des Bundeskanzlers nach dem Wie: Mali habe dazu im letzten Oktober einen konkreten Vorschlag vorgelegt mit folgenden Elementen: Waffenstillstand; Rückzug der ausländischen Truppen – auf Frage des Bundeskanzlers präzisierte der Präsident: aller ausländischen Truppen, d.h. der libyschen, französischen, zairischen Truppen usw.; eine afrikanische Interventionstruppe; eine neue Verfassung und ein Referendum über diese neue Verfassung. Mali habe vorgeschlagen, hierbei den mauretanischen Präsidenten[6] einzuschalten und die OAE mit der Durchführung der Vorschläge zu beauftragen. Bis November 1983 hätten alle Konfliktbeteiligten im Tschad diesem Vorschlag zugestimmt. Entgegen dem malischen Vorschlag sei das Treffen zur Implementierung dieses Lösungsplans dann allerdings nicht in Nouakchott, sondern in Addis Abeba veranstaltet worden[7], wo Hissène Habré nicht vertreten gewesen sei. Mali habe dann sein Projekt nicht weiterverfolgt.

Zur Westsaharafrage[8] habe die OAE im Juli 1983 eine Resolution angenommen, nach der die Konfliktbeteiligten zwecks Verwirklichung des Selbstbestimmungs-

5 In einer Aufzeichnung des Referats 321 vom 18. Oktober 1983 wurde dargelegt: „Im Tschad herrschen seit Ende der sechziger Jahre, mit Schwerpunkt im Norden des Landes, bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen. […] Die heutigen Rivalen – Staatspräsident Hissène Habré und Ex-Präsident Goukouni – rebellierten gemeinsam gegen die den Norden diskriminierende Zentralregierung.“ Libyen habe die innenpolitischen Spannungen im Tschad für seine Interessen genutzt, was zu „höchst unübersichtlichen Machtwirren zwischen bis zu elf bewaffneten Fraktionen“ geführt habe: „Seit Juli 1983 hat Libyen mit eigenen Truppen auf seiten der libysch voll unterstützten Truppen der aus dem libysch besetzten Nordtschad operierenden Oppositionskoalition unter Goukouni im Tschad interveniert und fast die ganze Nordhälfte Tschads besetzt.“ Frankreich habe „im August 1983 unter großem finanziellen und militärischen Aufwand ein modern ausgerüstetes Expeditionskorps von etwa 3000 Mann in den Tschad entsandt, das seitdem eine Linie quer durch das Land sichert und die Einstellung der Kämpfe auslöste. Paris strebt eine Verhandlungslösung unter Führung der OAU an, die die territoriale Integrität des Tschad und die Unabhängigkeit und Stabilität der tschadischen Regierung gewährleisten soll.“ Vgl. Referat 321, Bd. 141045.

6 Mohamed Khouna Ould Haidalla.

7 Botschafter Meurer, N'Djamena, informierte am 13. Januar 1984, die am 9. Januar 1984 eröffneten Gespräche zwischen den verschiedenen Gruppierungen im Tschad seien gescheitert. Dies sei „die zwangsläufige Folge einer von Libyen betriebenen Politik, die von vornherein den Erfolg der Konferenz im Sinne einer wirklichen Versöhnung unter den tschadischen Opponenten nicht wünschte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 6; Referat 321, Bd. 141040.

8 Zum Westsahara-Konflikt führte Referat 311 am 27. Juli 1983 aus: „Unter dem Druck Marokkos, Mauretaniens, Algeriens, der Polisario-Front und der Vereinten Nationen leitete die Kolonialmacht Spanien im August 1974 den Rückzug aus der Westsahara ein und kündigte eine Volksabstimmung an. Der Internationale Gerichtshof stellte in einem Gutachten vom 16.10.1975 zwar historische Bindungen der Westsahara zu Marokko und Mauretanien fest, plädierte aber für die Selbstbestimmung der dortigen Bevölkerung […]. In einem Geheimvertrag einigten sich Marokko und Mauretanien über die Aufteilung des Gebietes. […] Am 5.8.1979 schied Mauretanien nach einem Regimewechsel aus dem Konflikt aus, schloß einen Separatfrieden mit der Polisario-Front und verzich-

rechts des saharischen Volkes in direkte Verhandlungen treten sollten.[9] Wenn König Hassan von Marokko dies akzeptiere, werde der Konflikt seine Lösung finden. Zwar habe ihm König Hassan bei einer Begegnung im Sommer letzten Jahres seine Bereitschaft zu einem Referendum erklärt, aber nach seiner, des Präsidenten, Überzeugung werde er einem Referendum nie zustimmen, da er damit seinen Thron riskiere, nachdem er ursprünglich sein ganzes Volk für den Marsch in die Sahara[10] mobilisiert habe.

Was Namibia angehe, beglückwünsche sich[11] Mali, daß die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Kontaktgruppe sei und mit den Afrikanern für die Unabhängigkeit Namibias eintrete. Der südafrikanische Truppenrückzug aus Angola[12] wecke Hoffnungen. Deutschland könne gegenüber den USA, Großbritannien und Frankreich in dieser Frage eine große Rolle spielen.

Der *Bundeskanzler* stellte zum Dürreproblem die Frage, welche Chancen bestünden, an ihm etwas zu ändern. Der *Präsident* erwiderte, daß die Dürre ein Problem sei, mit dem Mali stets rechnen müsse („eine endemische Katastrophe"). Wichtig sei die Nutzung des Oberflächenwassers durch Staudämme und die des Grundwassers. Es gebe die beeindruckende Institution des „Office du Niger". Mit Hilfe dieser Organisation könne man eine Million Hektar Land mittels Staudämmen über ein Kanalsystem bewässern.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach dem Verhältnis Malis zu Gaddafi: Ursprünglich sei Gaddafi mit großen Füßen in zu kleine Schuhe gestiegen. Sogar Mali habe seinerzeit dazu beitragen müssen, daß der libysche Haushalt ausgeglichen werden konnte. Dann habe man in Libyen viel Öl gefunden, und da die Welt dieses Öl gebraucht habe, habe Libyen ein riesiges Vermögen gewonnen, mit dem Gaddafi nicht umzugehen wisse. Er veranlasse terroristische Akte in Europa, Amerika und Asien, selbst Algerien habe in dieser Hinsicht unter ihm zu leiden – von afrikanischen Ländern wie Niger, Mauretanien und Mali ganz zu schweigen. Vor nicht ganz sechs Monaten habe ihm der Präsident des Niger[13] malische Nomaden zugeführt, die nach ihrer Rückkehr aus Tripolis in nigrischen Uranbergwerken mit dem libyschen Auftrag gearbeitet hätten, diese zu zerstören. Ebenfalls vor sechs Monaten sei man auf von Gaddafi ausgebilde-

Fortsetzung Fußnote von Seite 266

tete auf seinen Anteil an der Westsahara […]. Die Polisario-Front, die einer radikalen Ideologie folgt, beansprucht, die Bevölkerung der ehemals spanischen Kolonie zu vertreten. Der größte Teil, 1973 etwa 75 000 Menschen, ist allerdings unter marokkanischer Verwaltung geblieben. Die über 100 000 Flüchtlinge, auf die die Polisario-Front sich beruft und die in Lagern in Algerien leben, kommen auch aus Mauretanien, Mali oder anderen Sahel-Staaten. Ihr Ziel ist die Anerkennung und die Unabhängigkeit einer ‚Demokratischen Saharischen Arabischen Republik'." Vgl. Referat 311, Bd. 137839.

9 Referat 311 vermerkte am 22. November 1983: „Auf dem 18. OAE-Gipfel (Nairobi, Juni 1981) wurde mit marokkanischer Zustimmung eine Resolution angenommen, die ein Referendum unter der Westsahara-Bevölkerung und einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien vorsah. Die Resolution des 19. OAE-Gipfels (Addis Abeba, Juni 1983) ging über die Linie von Nairobi noch hinaus, indem sie auf direkte Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen den ‚Konfliktparteien', d. h. Marokko und der Polisario-Front, drängte." Vgl. Referat 311, Bd. 137839.

10 Am 16. Oktober 1975 rief König Hassan II. das marokkanische Volk zu einem friedlichen Marsch in die Westsahara auf.

11 Die Wörter „beglückwünsche sich" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Enzweiler hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Se félicite = begrüßt."

12 Zu dem am 16. Februar 1984 in Lusaka vereinbarten schrittweisen Abzug südafrikanischer Truppen aus Angola vgl. Dok. 49, besonders Anm. 4 und 10.

13 Seyni Kountché.

te Malier gestoßen, die unter der Ägide der Islamischen Legion eine von Gaddafi beherrschte Saharische Republik schaffen wollten. Diese Probleme kämen zu dem Dürreproblem in Mali noch hinzu.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß bei seinen Besuchen in Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien im letzten Herbst[14] und jetzt in Israel[15] die Auswirkungen dieser Destabilisierungsversuche zu spüren gewesen seien. Auch wir hätten etwas von ihnen zu spüren bekommen, zur Zeit aber sei es relativ ruhig. Wie lange dies dauere, sei eine andere Frage. Es gebe gewissermaßen eine Grundsubstanz des Destruktiven, die sich in der ganzen Region des Präsidenten bemerkbar mache – der Tschad sei da ein Beispiel. Der *Präsident* wies darauf hin, daß sich für den Tschad das Problem noch schärfer stelle als für Mali.

Der *Bundeskanzler* begrüßte die vom Präsidenten bekräftigte Politik malischer Blockfreiheit. Wir seien durch unsere geopolitische Situation in einer anderen Lage. Unser Land sei geteilt. Der Präsident werde davon in Berlin einen anschaulichen Begriff bekommen. Er sei dem Präsidenten dankbar, daß er auch Berlin besuche. Aus seiner Sicht heraus wisse er vielleicht gar nicht, wie wichtig dies für uns sei, nicht nur für die Bundesregierung, sondern auch für den Mann auf der Straße. Er bitte ihn, die Lage dort ganz jenseits des Politischen in ihrer Wirkung auf die Menschen zu sehen. Es habe vom Zufall abgehangen, auf welcher Seite des Eisernen Vorhangs die Deutschen lebten. Der Bruder wohne in Bonn, die Schwester in Leipzig. Der Eiserne Vorhang gehe mitten durch die Familien. Liege eine Mutter im Sterben, wisse sie nicht, ob ihr Sohn sie besuchen könne. Der Präsident werde in Berlin die Mauer sehen. Es gebe nichts Aberwitzigeres, als eine Stadt zu teilen. Zwischen Leuten, die Nachbarn gewesen seien und deren Kinder zusammen gespielt hätten, verlaufe jetzt eine Mauer, hinter der eine andere Welt existiere.

Wir strebten eine Änderung dieser Verhältnisse allein mit friedlichen Mitteln an. Wir wüßten, was Krieg, Leid und Elend bedeuteten. Er selbst sei darin ein typischer Deutscher. Im Ersten Weltkrieg sei ein Bruder seiner Mutter, im Zweiten sein Bruder gefallen, sein ältester Sohn sei zur Zeit als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr. Für die Generation, die mit 15 bei der Heimatflak gedient habe, seien Abrüstung und Entspannung keine theoretischen Fragen. Wir wollten Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Wir sähen sehr wohl, daß der Ost-West-Konflikt nur ein Konflikt und daß der Nord-Süd-Konflikt, langfristig gesehen, der größere Konflikt sei. Die Industrieländer könnten nicht sagen, er gehe sie nichts an. Das würde falsch und unmoralisch sein.

Der *Präsident* stimmte dem Bundeskanzler zu. Sie litten mit dem deutschen Volk.[16] Mali sei mit uns für eine völlige Abrüstung und Entspannung zwischen Ost und West, die für die ganze Welt von Nutzen sein werde. Die Trennung der Deutschen müsse jedermann nachempfinden. Die Situation könne nicht mit Gewalt gelöst werden. Nur eine geduldige Suche könne eine Lösung bringen. Eine

14 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf, vom 7. bis 9. Oktober in Ägypten und vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 291, Dok. 295, Dok. 299, Dok. 307 und Dok. 312.

15 Vom 24. bis 29. Januar 1984 besuchte Bundeskanzler Kohl Israel. Vgl. dazu Dok. 18–20.

16 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Reichenbaum hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Lösung aber werde schließlich gefunden werden, dessen sei er, da er die Deutschen kenne, sicher. Vielleicht sei das unter Entspannung zu verstehen, nämlich durch die Lösung des Deutschlandproblems die Entspannung zu stärken.

Der *Bundeskanzler* verdeutlichte, daß wir nicht irgendeine und schon gar keine einseitige Abrüstung wollten. Wir wollten unsere Zukunft nach eigenen Vorstellungen bestimmen, wofür Freiheit die Grundlage sei. Ein Frieden ohne Freiheit sei für uns kein Frieden (dem stimmte der Präsident ausdrücklich zu). In diesem Sinne habe er sich vor acht Tagen auch gegenüber dem neuen Generalsekretär in Moskau geäußert[17]: Wir wollten nicht in die Angelegenheiten der Sowjetunion hineinreden, akzeptierten aber auch nicht, daß man sich in unsere Angelegenheiten mische.

Die Sowjetunion habe ein anderes System als wir. Er sei Christdemokrat. Wenn er aber an das Begräbniszeremoniell auf dem Roten Platz denke, könne er nur sagen, daß er sich als Kind eine kommunistische Beerdigung ganz anders vorgestellt habe (diese habe ihn mehr an die Bestattung eines Papstes erinnert), bis hin zum Abschied der Frau und der Kinder Andropows von dem Toten. Vielleicht sei Frau Andropow in jenem Augenblick mehr seiner Mutter ähnlich gewesen als einer Kommunistin. Das habe er sehr sympathisch gefunden.

Nach einer einleitenden Bemerkung, daß offenbar in der ganzen Welt eine Besinnung auf die geistig-religiösen Grundlagen – nicht so sehr auf die Religion im üblichen Sinne, sondern auf Grundwerte – zu verzeichnen sei, bemerkte der Bundeskanzler, daß er mit Interesse die Welle des Fundamentalismus verfolge, die ja sehr unterschiedliche Formen habe. Ob diese Entwicklungen auch in Afrika und der engeren Region des Präsidenten aufträten? (Es zeigte sich, daß der Begriff des Fundamentalismus im Französischen mit „intégrisme“ zu übersetzen ist, was der Bundeskanzler aufschlußreich fand, weil mit diesem Fremdwort bei uns eine Verengung des religiösen Horizonts bezeichnet werde.) Der *Präsident* entgegnete, daß, was die monotheistischen Religionen wie Islam oder Christentum angehe, die Entwicklung in Afrika unterschiedlich verlaufe. Der Fundamentalismus, der sich in arabischen Ländern entwickelt habe, habe Ägypten und den Sudan erfaßt und auch Algerien. In Algerien sei er allerdings zu einem Element des Gegensatzes zwischen Arabern und Berbern geworden. Im Afrika südlich der Sahara habe man wegen der Unterschiede zwischen Afrikanern und Arabern nicht dasselbe Konzept des Islam wie in Nordafrika. Die Afrikaner seien für tolerante Lösungen. Der islamische Fundamentalismus wolle mit Gewalt an die Macht. Er glaube nicht, daß der Fundamentalismus südlich der Sahara in naher Zukunft viel erreichen werde. Natürlich treffe man Vorsichtsmaßnahmen.

Auf Frage des *Bundeskanzlers*, ob nicht auch Gaddafi fundamentalistische Neigungen habe, erwiderte der *Präsident*, daß Gaddafi im Gegenteil Angst vor dem Fundamentalismus, vor allem in Gestalt der Moslembrüder, habe. 1982 hätten Fundamentalisten in seiner Armee, als er nach der Rückkehr von einer Auslandsreise aus dem Flugzeug gestiegen sei, auf ihn geschossen. Gaddafi habe daraufhin alle Offiziere ausgewechselt. Seine Beziehungen zu Khomeini (dies

17 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 14. Februar 1984 in Moskau vgl. Dok. 45.

auf Zwischenfrage des Bundeskanzlers), der eine bestimmte Form des Fundamentalismus vertrete, hätten politischen, nicht religiösen Charakter, seien von der Vernunft, nicht vom Gefühl bestimmt. Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Ausführungen als sehr interessant. Wir in Europa beobachteten die Entwicklung im Nahen Osten sehr aufmerksam und mit großer Sorge, insbesondere was den Libanon betreffe und die Auseinandersetzung zwischen Iran und Irak, die wegen ihrer Implikationen für die Ölversorgung Europas ein großes Problem sei.

Zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sagte der Bundeskanzler, daß sie gut anlaufe. Wir hätten Probleme, kämen aber voran.[18]

Der Präsident dankte für die Möglichkeit seines Besuchs, der unseren Beziehungen sehr förderlich sei.

Referat 400, Bd. 182168

54

Botschafter Grabert, Belgrad, an das Auswärtige Amt

114-10833/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. Februar 1984, 12.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 108 **Ankunft: 21. Februar 1984, 12.48 Uhr**

Betr.: Ausstellung von Pässen und Paßersatzpapieren für DDR-Deutsche[2]

1) Nach Rückkehr aus Sarajevo[3] berichte ich ergänzend, daß BM Dr. Zimmermann am Sonntag, den 12.2.1984, beim Delegationsgespräch mit Innenminister Dolanc Angelegenheit im Sinne des an ihn gerichteten Schreibens[4] vorgebracht hat.[5]

Nach dem Mittagessen am gleichen Tage hat Dolanc dem BMI in einem Vier-Augen-Gespräch versichert, daß abgesprungene DDR-Sportler in einem diplomatischen Fahrzeug transportiert die jugoslawische Grenze überschreiten könnten. Er bäte jedoch dringend um absolute Diskretion. BM Zimmermann hat mir die-

18 Der Passus „daß sie gut … kämen aber voran“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Reichenbaum unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 22. Februar 1984 vorgelegen.

2 Zur Ausstellung von Pässen für Personen aus der DDR durch die Vertretungen der Bundesrepublik in Jugoslawien vgl. Dok. 10 und Dok. 23.

3 In Sarajevo fanden vom 8. bis 19. Februar 1984 die XIV. Olympischen Winterspiele statt.

4 Bundesminister Genscher teilte Bundesminister Zimmermann am 8. Februar 1984 mit: „Nach meiner Einschätzung, die sich auch auf Gespräche von Botschafter Grabert in den letzten Tagen stützt, steht die jugoslawische Führung in der Sache unter einem fortdauernden Druck der DDR. Wir sollten deshalb keine Gelegenheit versäumen, unseren Standpunkt zu bekräftigen und die Bedeutung zu unterstreichen, die wir der ungeschmälerten und ununterbrochenen Aufrechterhaltung der bisherigen Praxis beimessen.“ Vgl. VS-Bd. 13405 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Bundesminister Zimmermann hielt sich vom 11. bis 13. Februar 1984 in Jugoslawien auf.

se Versicherung sofort übermittelt und mich ebenfalls zu absoluter Diskretion verpflichtet.

2) Nach dem Abendessen am gleichen Tage teilte mir Innenminister Dolanc in einem Vier-Augen-Gespräch mit, daß er persönlich dafür sorgen wolle, einem abgesprungenen DDR-Mannschaftsmitglied die Ausreise zu ermöglichen. Die Ausreise müsse mit einem unserer diplomatischen Fahrzeuge erfolgen, und er bat, bevor eine solche Fahrt stattfindet, um persönliche Information unter der Telefonnummer 011 (Belgrad) 682-688. Es sei ferner erforderlich, daß über die ganze Angelegenheit – auch gegenüber der jugoslawischen Seite – strikte Diskretion gewahrt bleiben müsse.

Wie mir bekannt wurde, hatte das IOC von der jugoslawischen Seite verlangt, daß innerhalb des Olympischen Dorfes die Freizügigkeit aller Mannschaftsmitglieder gewährleistet sein müsse. Insbesondere der indische Delegierte hat energisch auf dieser Position bestanden. Es sei vereinbart worden, daß ggf. nur minderjährige Mannschaftsmitglieder im Fluchtfalle ihrer Mannschaft rücküberstellt würden, allen anderen Obdach bei jeder Mannschaft ihrer Wahl gewährt würde. Der Präsident des Organisationskomitees, Mikulić, habe schließlich diese Position akzeptiert.

4) Dolanc mußte also davon ausgehen, daß ein Abspringen eines Sportlers aus der DDR im Olympischen Dorf möglich war. Er hat demzufolge organisatorisch seine Maßnahmen darauf gerichtet, unsere Außenstelle des GK abzuschirmen. Ich dagegen habe mit unserer Mannschaftsführung alles Erforderliche veranlaßt, um ggf. deutsche Reisedokumente auch im Olympischen Dorf ausstellen zu lassen. Ein entsprechender Fall ist jedoch nicht eingetreten[6].

5) Dolanc hat offenbar darauf vertraut, daß ein Abspringen eines DDR-Sportlers nicht eintreten wird oder, sollte es eintreten, er außerhalb des Olympischen Dorfes vor Erreichen des Deutschen Hauses inhibiert werden könnte. Anders ist seine Zusage an BM Zimmermann, die er offensichtlich auf eigene Gefahr hin gegeben hat und die mit der aufrechterhaltenen offiziellen jugoslawischen Position nicht in Einklang steht, nicht zu erklären.

6) Wir sollten die erbetene Vertraulichkeit wahren, zumal unser Standpunkt vom BM persönlich deutlich gemacht worden ist. Wir können auch davon ausgehen, daß die jugoslawische Miliz in keinem Fall einen abspringenden DDR-Sportler behindert hat, denn mit Sicherheit hätte sich ein solcher zunächst bei unserer Olympia-Mannschaft im Olympischen Dorf gemeldet. Im übrigen hat mir der Generalsekretär unseres NOK[7] versichert, daß dort auch keine Hinweise vorgelegen haben. Wir können die Angelegenheit also auf sich beruhen lassen. Ob die jugoslawische Seite zum alten Verfahren zurückkehrt, wird sich in Kürze bei einem bereits laufenden Einzelfall herausstellen.[8]

[gez.] Grabert

VS-Bd. 13350 (210)

6 Korrigiert aus: „eingetroffen".

7 Walther Tröger.

8 In einer Aufzeichnung des Referats 214 vom 26. März 1984 wurde dargelegt: „Wir begrüßen die von jugoslawischer Seite zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, in der Frage der Ausstellung von Paß-

55

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10862/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. Februar 1984, 19.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 330 **Ankunft: 22. Februar 1984, 19.36 Uhr**

Betr.: europäische Zusammenarbeit und Nordatlantisches Bündnis

I. Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament[2] und die stets wiederkehrenden Belastungen im transatlantischen Verhältnis geben Anlaß zur Prüfung der Frage, ob nicht Formen für eine politisch und militärisch relevante Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich gefunden werden können. Substantielle Vereinbarungen auf diesem Gebiet könnten den wünschenswerten europäischen Pfeiler im Bündnis schaffen und dem Bündnis die fehlende innere Ausgewogenheit geben. Es müßte sich aber auch um konkrete Maßnahmen handeln, d. h. nicht nur um verbale Zielbestimmungen. So könnte der Einfluß der europäischen Partner bei der Herausbildung von gemeinsamen Allianz-Positionen dauerhaft verstärkt werden. Oft wird als Rechtfertigung dieser Bemühungen auf die wirtschaftliche Stärke Europas hingewiesen und daran die Frage geknüpft, warum eigentlich Europa nicht ein stärkeres Gewicht im Ost-West-Verhältnis zur Geltung bringe und die Entwicklung von Positionen gegenüber Problemen in der Dritten Welt nicht wirksamer und intensiver beeinflusse.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten solchen Entwicklungen positiv gegenüberständen, u. a. weil eine Entlastung ihrer Leistungen für die europäische Sicherheit erwartet werden könnte.

II. In jüngster Zeit sind von französischer Seite erneut die deutsch-französische Komponente[3] und das Forum der Westeuropäischen Union[4] mit dem Ziel in die Diskussion eingeführt worden, der europäischen Komponente im Bündnis sicht-

Fortsetzung Fußnote von Seite 271
papieren an Deutsche aus der DDR durch unsere Auslandsvertretungen in Jugoslawien die seit vielen Jahren geübte Praxis fortzuführen. […] Um so mehr ist die Bundesregierung über die Behandlung von zwei Fällen beunruhigt, in denen Deutschen aus der DDR, die nach Jugoslawien gekommen waren, nicht die Möglichkeit gewährt wurde, sich mit der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad zum Zwecke der Ausreise in Verbindung zu setzen (Fall Jörg Heikal vom September 1981, Fall Jens Wieker aus der zweiten Hälfte Februar 1984). Die Bundesregierung kann die Verweigerung des Rechts konsularischer Betreuung […] nicht hinnehmen und muß auf der ausnahmslosen Gewährung konsularischen Schutzes für die DDR-Deutschen bestehen, die sich der Bundesrepublik Deutschland in einem dritten Land wie Jugoslawien zuordnen". Vgl. Referat 214, Bd. 133012.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Klaiber am 24. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schilling und Legationssekretärin Hertrampf verfügte.
Hat Schilling am 24. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Hertrampf am 27. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schramm am 27. Februar 1984 vorgelegen.

2 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

3 Zum Wunsch der französischen Regierung nach einer Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen vgl. Dok. 35.

4 Vgl. dazu die französischen Überlegungen für eine Belebung der WEU; Dok. 1.

barere Kontur zu geben. Solche Hinweise erfolgen nicht das erste Mal aus Paris. Das geschah schon Anfang der siebziger Jahre sowie vor einiger Zeit gelegentlich der deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Akte[5], in der auch die Sicherheitspolitik ihren Niederschlag finden sollte. Paris äußerte sich aber stets reserviert gegenüber Überlegungen, dem Europäischen Parlament größere Kompetenz in sicherheitspolitischer Hinsicht einzuräumen.

III. Die leidvolle Geschichte europäischer Initiativen auf sicherheits- und verteidigungspolitischem Gebiet verdeutlicht eine Reihe von Umständen, die häufig das Scheitern der Initiativen verursachten. Bei Überlegungen in dieser Richtung müßten auch Wege gefunden werden, um Nachteile für die strategische Lage des Bündnisses im allgemeinen und für einzelne Bündnisländer im besonderen zu vermeiden.

Gelegentlich werden diese Gefahren übersehen. Nachstehend bringe ich sie in Erinnerung:

1) Ungeachtet vielfältiger öffentlicher Kritik an den Vereinigten Staaten und vielfältiger Bekenntnisse zur europäischen Zusammenarbeit regeln die europäischen Partner des Bündnisses alle sicherheits- und verteidigungspolitisch wirklich relevanten und entscheidungsbedürftigen Fragen jeweils im bilateralen Gespräch mit den Vereinigten Staaten direkt.

Sie lassen sich in diesen Fragen nicht auf einen zeitlich vorangehenden Abstimmungsprozeß im europäischen Rahmen ein, weil sie fürchten, daß die Solidarität und Hilfe der europäischen Partner gegenüber der Bedrohung unzureichend ist und ihre spezielle Lage in erster Linie die glaubwürdige Abstützung auf die Vereinigten Staaten verlangt.

Diese Vorgehensweise findet auch in konkreten Fragen der nuklearen Abschreckung und der Verteidigungsstrategie statt. Ebenso ist dies in der Regel auf rüstungsindustriellem Gebiet der Fall sowie bei der Behandlung von Fragen der Verstärkungskräfte für Europa.

Das große Gewicht und die tatsächliche Präponderanz der bilateralen transatlantischen Zusammenarbeit gegenüber multilateraler Abstimmung und das Vertrauensdefizit bezüglich der Wirksamkeit kollektiver europäischer Zusammenarbeit gilt besonders für die strategisch extrem gefährdeten Bündnisländer – wie Deutschland, Norwegen und Türkei.

2) Frankreich nimmt an der Mehrzahl der Planungsarbeiten des Bündnisses auf verteidigungspolitischem Gebiet nicht teil. Die Bildung einer WEU-bezoge-

[5] Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Colombo verständigten sich am 3. Oktober 1981 in Rom auf einen Vorschlag für eine Europäische Akte, mit der die Integration der Europäischen Gemeinschaften vertieft und der Weg zur Bildung einer Europäischen Union beschritten werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 282.
Am 26./27. November 1981 unterbreiteten die Bundesrepublik und Italien auf der Tagung des Europäischen Rats in London den Entwurf einer politischen Grundsatzerklärung zur Europäischen Union (Europäische Akte). Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 332, Dok. 348 und Dok. 349.
Für den Wortlaut des „Entwurfs einer Europäischen Akte“ und des „Textentwurfs einer Erklärung zu Fragen der wirtschaftlichen Integration“ vgl. BULLETIN DER EG 11/1981, S. 99–104.
Auf seiner Tagung vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart verabschiedete der Europäische Rat am 19. Juni 1983 eine Feierliche Deklaration zur Europäischen Union. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 185.

nen verteidigungspolitischen Gesamtheit würde deshalb substantielle Gegensätze im Bündnis aufkommen lassen oder aber eine weitgehende Veränderung der französischen Haltung zugunsten der militärischen[6] Integration in der Allianz voraussetzen.

3) Die Übernahme weiterer verteidigungspolitischer Aufgaben durch die europäischen Bündnispartner müßte mit der Bildung einer europäischen verteidigungspolitischen Identität (WEU) einhergehen, wenn diesem Nukleus eines geeinten Europa Vertrauen und Glaubwürdigkeit zuwachsen soll. Der Beitritt anderer europäischer Staaten (TUR, NWG, DK, PTG, GRI, E) müßte vorgesehen werden. In keinem europäischen Bündnisland zeichnet sich Bereitschaft ab, eine solche Identität mit allen – auch budgetären – Konsequenzen zu schaffen.

Im Gegenteil, die europäischen Partner nehmen eine relative Schwächung ihres Verteidigungspotentials in Kauf (B, NL, DK, GB, F), auch bei nominell und geringfügig real wachsenden Verteidigungsaufwendungen.

Am Beispiel der Bundeswehrplanung ließe sich nachweisen, daß

(1) in personeller Hinsicht der Friedens- und Kriegsumfang der Bundeswehr in dem nächsten Jahrzehnt nur bei Anhebung der realen finanziellen Aufwendungen (Langdiener-Anteil, Reservisten-Anteil, Verlängerung der Wehrdienstdauer[7]) erhalten werden kann,

(2) das gegenwärtige Modernisierungsprogramm bei Zugrundelegung der gegenwärtigen Planung mit einem realen Nullwachstum nach unten revidiert werden muß, und

(3) die Bundesrepublik Deutschland, für deren Verteidigung bekanntlich andere Länder erhebliche Aufwendungen aufbringen (z. B. alliierte Friedenspräsenz in der Bundesrepublik Deutschland in der Größenordnung von fast 400000 Soldaten), nicht bereit ist, den ihr zufallenden, keineswegs zu hoch bemessenen Anteil an den auch in unserem Interesse und zu unserem Vorteil betriebenen NATO-integrierten oder NATO-finanzierten Projekten (Infrastruktur[8], AWACS[9],

6 Korrigiert aus: „multilarischen“.

7 Zur Wehrpflichtfrage vgl. Dok. 47, Anm. 18. Vgl. dazu ferner Dok. 251.

8 Auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel wurde Einigung über die gemeinsame Finanzierung eines auf fünf Jahre angelegten Infrastrukturprogramms der NATO für 1980 bis 1984 in Höhe von einer Milliarde International Accounting Units (IAU) bzw. rund 8,45 Milliarden DM erzielt. Vgl. dazu Ziffer 15 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 110. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 324. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 140.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 22. Februar 1984: „Die Verteidigungsminister werden auf ihrer Frühjahrssitzung im Mai 1984 den vorläufigen finanziellen Rahmen des NATO-Infrastrukturprogramms 1985 – 1990 (36. bis 41. Tranche) festlegen müssen. Die Diskrepanz zwischen dem Umfang, den die militärischen Befehlshaber für notwendig halten (5,6 Milliarden IAU), und dem Rahmen, den die Vereinigten Staaten für realisierbar halten (3,8 Mrd. IAU), ist schon erheblich, aber er wird durch die Diskrepanz zu dem Umfang in den Schatten gestellt, den Deutschland, die Niederlande und Italien für möglich halten (2 Mrd. IAU).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 326; Referat 201, Bd. 130201.

9 Auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 5./6. Dezember 1978 in Brüssel wurde ein Programm zur Einführung eines luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystems (AWACS) gebilligt und eine entsprechende multilaterale Grundsatzvereinbarung unterzeichnet. Vgl. dazu Ziffer 16 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 101. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 104 f.
Legationsrat I. Klasse Wagner vermerkte am 16. Februar 1982, es würden „zur Verbesserung der

etc.) auch in Zukunft ausreichend zu bedienen, d.h. den unabweisbaren, aber erheblichen nominellen Anstieg der Infrastrukturaufwendungen zu honorieren.

4) Den europäischen Initiativen im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich fehlen daher die realen materiellen Grundlagen und die Bereitschaft der beteiligten Länder, diese zu schaffen.

Angesichts einer solchen Lage ist aus meiner Sicht den WEU-bezogenen Initiativen der französischen Seite kaum eine über die taktische Betrachtung hinausgehende substantielle Bedeutung beizumessen.

IV. 1) Zweckmäßig könnte es aber sein, durch intensivere Behandlung von Sicherheitsfragen im Europäischen Parlament größeres und breiter verankertes Verständnis in der europäischen Öffentlichkeit für Verteidigungsfragen zu schaffen.

2) Der Einfluß der europäischen Partner auf das Bündnis hängt im erheblichen Maße davon ab, ob die europäischen Partner sich dazu entschließen, einen der Bedrohung entsprechenden Verteidigungshaushalt, also real steigende Aufwendungen, zu erbringen und für die Sicherheitsfragen außerhalb des Bündnisses größere politische Handlungsbereitschaft zu entwickeln.

V. Ich rege an, diesen Bericht der politischen Leitung vorzulegen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12912 (200)

Fortsetzung Fußnote von Seite 274

NATO-Luftverteidigung in Westeuropa 18 E-3A-Flugzeuge beschafft, die das NATO-AWACS bilden sollen. […] Das AWACS-Programm wird von der hierfür geschaffenen NATO Programme Management Agency (NAPMA) durchgeführt […]. Programmdauer 1978–1985. Gesamtkosten voraussichtlich rund US-Dollar 2,8 Mrd.; hauptsächlich aufgebracht von USA (42%), D (31%), UK (10%). […] Generalunternehmer ist Boeing, Hersteller der Boeing 707, in die der wichtigste Unterauftraggeber, Dornier, die Einsatzelektronik einbaut. Das erste vollausgerüstete E-3A-Flugzeug wurde von Dornier am 22.1.1982 der NATO übergeben." Haupteinsatzort sei Geilenkirchen mit zwölf Flugzeugen, weitere Einsatzorte befänden sich in Griechenland, Italien, Norwegen und der Türkei. Vgl. Referat 209, Bd. 125489.

56

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi

VS-vertraulich **23. Februar 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi am 23. Februar 1984, 19.15 Uhr bis 20.25 Uhr, im Bundeskanzleramt[2]

Teilnehmer: Antonio Badini, außenpolitischer Berater, Ministerialdirektor Horst Teltschik, zwei Dolmetscher.

Ministerpräsident *Craxi* begrüßte den Bundeskanzler mit dem Hinweis, daß er sich freue, in einem Land zu weilen, das keinen Streik habe.[3]

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß ihm der Streik der Lastwagenfahrer an der italienischen Grenze große Sorgen bereite. Der Streik müßte morgen zu Ende sein, antwortete Ministerpräsident *Craxi*.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß der Streik an der Brenner-Grenze in der Bundesrepublik Deutschland sich wie eine Lawine auszuwirken beginne. Die LKW-Fahrer hätten jetzt begonnen, auch die deutschen Grenzen zu blockieren. Zwar hätten die italienischen Zöllner erklärt, daß der Streik beendet werde, die Fahrer hätten diesen Erklärungen jedoch keinen Glauben geschenkt.

Ministerpräsident *Craxi* berichtete, daß er unmittelbar nach seiner Ankunft vom Flughafen aus seinen Finanzminister[4] angerufen habe, um sich unterrichten zu lassen. Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er von Ministerpräsident Craxi anläßlich der morgigen Pressekonferenz eine entschiedene Erklärung zur Beendigung des Streiks erwarte.[5] Dies sei nur natürlich, erwiderte Ministerpräsident *Craxi*. Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß eine solche Erklärung besonders wichtig für den Ministerpräsidenten selbst sei, um seine Autorität als Regierungschef deutlich zu unterstreichen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 3. April 1984 gefertigt und am folgenden Tag an Bundesminister Genscher übermittelt.
Hat Genscher am 7. April 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14124 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Ministerpräsident Craxi hielt sich am 23./24. Februar 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 58.

3 Botschafter Lahn, Rom, berichtete am 14. Februar 1984 über Streiks im öffentlichen Dienst Italiens, insbesondere beim Zoll und bei der Finanzverwaltung: „Die italienischen Zoll- und Finanzbediensteten kämpfen um Personalverstärkung (nach ihren Darstellungen seien von 4400 an den Grenzen eingesetzten Zollbediensteten nur 300 unter 60 Jahren alt) und um geregelte Arbeitszeit […]. Mit dem grenzüberschreitenden Verkehr befaßte Stellen in Rom rechnen mit Behinderungen bis zur völligen Stillegung des Güterverkehrs auf der Straße, auf See und in der Luft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 208; Referat 203, Bd. 140526.

4 Bruno Visentini.

5 Bei einer Pressekonferenz erklärte Ministerpräsident Craxi am 24. Februar 1984, die italienische Regierung werde am folgenden Tag zusammentreten, um „neue Normen und Bestimmungen“ zu verabschieden, von denen er überzeugt sei, daß sie zu einer Normalisierung der Zollabfertigung an den Grenzen führen werden. Vgl. den Artikel „Craxi verspricht Maßnahmen für zügige Zollabfertigung“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 25./26. Februar 1984, S. 1.

Ministerpräsident *Craxi* berichtete, daß er neueste Informationen über den augenblicklichen Stand des Streiks erhalten habe. Die Gewerkschaft wolle um 21.00 Uhr den Streik einstellen. Seit 14.00 Uhr hätten jedoch bereits solche Beamte den Dienst übernommen, die nicht der Disziplin der Gewerkschaften unterworfen seien und sich freiwillig zur Verfügung gestellt hätten. Die Grenze sei praktisch bereits geöffnet, jedoch sei der Verkehr noch blockiert. Sollte der Streik wieder aufflammen, habe die Regierung einen Notplan vorbereitet. Dieser Notplan sehe klare Anordnungen für die Zollbeamten vor. Gegebenenfalls könnte noch die Finanzpolizei eingesetzt werden. Er werde öffentlich jedoch nur berichten, daß ein solcher Notplan vorgesehen sei, ohne auf Einzelheiten einzugehen.

Sein Problem sei es, daß er sich mit den Gewerkschaften auseinandersetzen müsse. Am kommenden Samstag vormittag[6] werde in Rom der Ministerrat zusammentreten, um ein entsprechendes Gesetz zu beschließen. Dieses werde jedoch nicht ausreichen, alle Forderungen der Zöllner zu erfüllen. Die Zöllner wollten die Regierung erpressen. Würde die Regierung jedoch alle Forderungen der Zöllner erfüllen, würde sie ein Präjudiz für andere Berufsgruppen schaffen. Der *Bundeskanzler* warf ein, daß in der Bundesrepublik Deutschland Beamte über keinerlei Streikrecht verfügen.

Ministerpräsident *Craxi* wies darauf hin, daß in Italien sogar die Diplomaten streiken könnten. Was die Lage der Zöllner betreffe, so müsse er zugeben, daß die Personalausstattung effektiv zu gering sei. Dieses Problem müsse er stufenweise zu lösen versuchen. Dazu gehöre auch, daß man über die geltenden Verfahren bei der Zollabfertigung sprechen müsse. Er sei in diesem Zusammenhang für entsprechende Vorschläge der Bundesregierung dankbar.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich dazu bereit. Die gegenwärtige Situation an den Grenzen sei im Vorfeld der Europawahl[7] besonders bedauerlich und angesichts der Urlaubsreisenden ökonomisch nicht sehr klug.

Ministerpräsident *Craxi* unterstrich noch einmal seine Bereitschaft, energisch eingreifen zu wollen. Der gegenwärtige Streik sei zu diesem Zeitpunkt besonders ungünstig, da er mit seiner Regierungserklärung über die Arbeitskosten zusammenfalle. Die Gewerkschaften seien in dieser Frage gespalten. Der Streik stelle für ihn ein sehr heikles Problem dar, weil er keine Militarisierung des halben Landes wolle. Die Erfahrung zeige einmal wieder, daß kleine Gruppen ganze Bereiche blockierten. So habe zwar der Streikaufruf der Kommunisten in Rom keinen Erfolg gehabt, dies würde sich jedoch anders darstellen, wenn ein solcher Streik auf den Flughäfen oder bei den Zollbeamten erfolge. Seine Regierung habe deshalb die Entscheidung getroffen, daß der Finanzminister von Amts wegen Maßnahmen ergreifen solle, wenn der Streik nicht abgebrochen werden sollte. Er werde sich morgen vor der Pressekonferenz noch einmal zu Hause unterrichten lassen und anschließend eine entsprechende Erklärung abgeben. Er gehe jedoch davon aus, daß die Abfertigung an den Grenzen ab morgen wieder normal verlaufen werde.

6 25. Februar 1984.

7 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

Ministerpräsident Craxi leitete anschließend auf das Thema der Ost-West-Beziehungen über. Es bleibe bei seiner Absicht, die nuklearen Mittelstreckenraketen zu stationieren. Es könne lediglich eine Verzögerung um einige wenige Tage oder Wochen aufgrund technischer Probleme geben. Die Gründe dafür lägen jedoch bei der NATO. Er habe in der internationalen Presse, z.B. in Il Tempo, gelesen, daß der Bundeskanzler gegenüber der Sowjetunion eine neue Initiative ergreifen wolle.

Der *Bundeskanzler* berichtete über seine Gespräche in Moskau anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten für Generalsekretär Andropow[8] und über seine Gespräche in Washington[9]. Entgegen aller Prophezeiungen sei keine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen eingetreten. Sicherlich habe es vor Beginn der Stationierung starke Emotionen und gewaltige Desorientierung gegeben. Dennoch wäre es falsch, alle Mitglieder der Friedensbewegung in einen Topf zu werfen. Der Bundeskanzler erläuterte ausführlich, aus welchen Gruppen sich die Friedensbewegung zusammensetze. Jetzt sei ein Prozeß der Frustration bei der Friedensbewegung eingetreten.

Der Bundeskanzler verwies auf das Beispiel der DDR. Sie verfolge einen Kurs, der mit einem Kalten Krieg nichts zu tun habe. Angesichts ihrer großen ökonomischen Probleme wolle die DDR eine gemäßigte Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Die wirtschaftlichen Beziehungen entwickelten sich gut. Besonders eindrucksvoll sei das Ansteigen der Zahl der Ausreisenden. Allein am heutigen Tage konnten 400 DDR-Bürger in die Bundesrepublik ausreisen. Die Bundesregierung habe davon Kenntnis, daß etwa 150000 DDR-Bürger einen Antrag auf Ausreise gestellt hätten, bei einer Gesamteinwohnerzahl von 16,5 Millionen. Es handele sich dabei um Leute, die bereit gewesen seien, bei den amtlichen Stellen der DDR einen offiziellen Antrag zu stellen, und sich dabei häufig auf die KSZE[10] berufen hätten. In der Regel müßten diese Antragsteller unmittelbar mit persönlichen Konsequenzen rechnen. Sie seien häufig Schikanen ausgesetzt. Seit vier Wochen kämen jetzt vermehrt Bürger der DDR in die westlichen Botschaften, um auf diese Weise ihre Ausreise zu erzwingen.[11] Dies führe zu schwierigen Verhandlungen mit der DDR.

Diese Entwicklung in den innerdeutschen Beziehungen entspräche nicht der vorausgegangenen Propaganda, daß nach der Stationierung der Mittelstrekkenraketen ein Raketenzaun zwischen beiden deutschen Staaten errichtet werde und die Beziehungen vereisen würden.

Der Bundeskanzler berichtete über die politische Entwicklung der SPD, die ihm Sorge bereite. Er sei über diese Entwicklung der SPD nicht sehr glücklich, aus

8 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 13. Februar 1984 vgl. Dok. 43.
Zum Gespräch Kohls und Genschers mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 13. Februar 1984 vgl. Dok. 44.
Für das Gespräch Kohls mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 14. Februar 1984 vgl. Dok. 45.

9 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 70–72 und Dok. 75.

10 Vgl. dazu die KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

11 Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR vgl. Dok. 24 und Dok. 25.

Gründen der staatlichen Stabilität wie aufgrund seiner Erfahrung, daß die CDU einem politischen Druck ausgesetzt bleiben müsse, um nicht zu bequem zu werden.

Was die Politik der Sowjetunion betreffe, so habe diese die Lage falsch eingeschätzt und geglaubt, sie könne den Doppelbeschluß[12] zum Scheitern bringen. Er habe Generalsekretär Tschernenko daran erinnert, daß er bei seinem Besuch im Juli 1983[13] dem damaligen Generalsekretär Andropow die Wahrheit gesagt habe, daß deutsche Politik nicht auf der Straße entschieden werde. Die sowjetische Führung habe die Westeuropäer unterschätzt. Sie brauche jetzt Zeit zur Besinnung und zur Gesichtswahrung. Generalsekretär Tschernenko sei intellektuell sicher nicht so stark einzuschätzen wie sein Vorgänger. Die sowjetische Führung müsse sich jetzt jedoch neu orientieren. Er glaube nicht, daß der Einfluß der Militärs auf die sowjetische Politik zugenommen habe. Im übrigen stehe man einer kollektiven Führung gegenüber. Die Perspektive sei offensichtlich: Nach Tschernenko werde es zu einem Generationswechsel in der sowjetischen Führung kommen. Deshalb seien die jüngeren Mitglieder des Politbüros jetzt sicher dabei, ihre Ausgangspositionen zu ordnen.

Ministerpräsident *Craxi* fragte den Bundeskanzler nach dem Einfluß von Außenminister Gromyko. Der *Bundeskanzler* berichtet von seinem Gespräch mit Generalsekretär Andropow im Juli 1983. Damals sei es eindeutig gewesen, wer der „Chef" gewesen sei. Er habe Außenminister Gromyko zusammen mit Breschnew, mit Andropow und jetzt mit Generalsekretär Tschernenko erlebt. Es sei offensichtlich gewesen, daß Außenminister Gromyko bei Andropow einen geringeren Einfluß gehabt habe als bei den anderen beiden Generalsekretären. Die Entscheidung für Generalsekretär Tschernenko sei jedoch systemkonform. Er warne vor der These, Tschernenko sei nur ein Übergangspapst. Er erinnere nur an das Beispiel von Papst Johannes XXIII., der als solcher gegolten habe und dann die weitreichendsten Reformen der katholischen Kirche eingeleitet habe.

Die Sowjetunion sei heute dabei, einen Weg aus der politischen Sackgasse zu suchen. Er glaube nicht an eine schwere Krise zwischen Ost und West. Dafür gebe es zwei Gründe: Erstens seien die Warschauer-Pakt-Staaten heute selbstbewußter denn je. Dies gelte besonders für Generalsekretär Honecker, aber auch für Kádár und selbst für Schiwkow. Sie alle träten dafür ein, daß die Verhandlungen[14] fortgeführt würden. Sie kritisierten zwar heftig die Stationierung der Pershing II, sie seien aber auch in gleichem Maße dafür, daß die sowjetischen Nuklearkampfraketen abgebaut werden sollten. Der Westen dürfe deshalb nicht ungeduldig werden. Wenn er eine vernünftige Politik verfolge, gebe es durchaus eine Chance für eine positive Entwicklung. Die sowjetische Führung starre auf die Wahlen in den Vereinigten Staaten[15]. Er werde den amerikanischen Präsidenten bei seinem bevorstehenden Besuch auffordern, seine Chance ge-

12 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

13 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

14 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

15 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

genüber der Sowjetunion zu nutzen. Die USA müßten erkennen, daß die Sowjetunion ein irrationales Streben nach Sicherheit habe. Dies sei ein typisch russisches Problem. Rußland habe nie eine natürliche Westgrenze gehabt. Seit Peter dem Großen strebe Rußland nach einem Glacis im Westen. Dies sei für die USA schwer verständlich, weil sie nie ein vergleichbares Problem gekannt haben. Wenn ein solches Problem aufgetreten sei, hätten die USA es zu Lasten ihrer Nachbarn gelöst. Wenn man vom Moskauer Flughafen in die Stadt fahre, passiere man das sowjetische Mahnmal von aufgerichteten Panzersperren, die den Ort kennzeichnen, bis zu dem die deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg vorgedrungen seien. Mit dieser Entschuldigung ihres Sicherheitsbedürfnisses seien die Sowjets heute in Afrika, Mittelamerika und anderswo, warf Ministerpräsident *Craxi* ein.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß es eine gute Chance gebe, daß die Verhandlungen fortgeführt würden, wenn der Westen geschlossen, entschieden, ruhig und nicht aufgeregt gegenüber der Sowjetunion agiere. Besondere Möglichkeiten sehe er bei den MBFR-Verhandlungen in Wien. Die Sowjetunion müsse begreifen, daß sie bis zu einem bestimmten Punkt gehen könne und nicht weiter. Deshalb sei es beispielsweise besonders wichtig, daß auch die Niederlande wie beschlossen den Doppelbeschluß der NATO vollziehen. Dies sei weniger eine Frage der Anzahl der zu stationierenden Raketen als eine Prinzipienfrage.

Der Bundeskanzler wies noch einmal auf die Bedeutung hin, die einem Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Tschernenko zukomme. Ein solches Treffen dürfte von keiner Seite zu Propagandazwecken mißbraucht werden. Er habe ein solches Treffen Generalsekretär Tschernenko genauso nahegelegt wie im Juli letzten Jahres dem Generalsekretär Andropow, der jedoch aus Gründen seiner Krankheit einen solchen Vorschlag nicht weiterverfolgen konnte. Aus seiner Kenntnis sei Präsident Reagan in der Frage eines Gipfeltreffens hin- und hergerissen. Dagegen würden sowohl Vizepräsident Bush wie Senator Baker als Mehrheitsführer im Senat ein solches Treffen unterstützen. Er sei zutiefst davon überzeugt, daß Präsident Reagan klug handeln würde, wenn er dem Gedanken eines Zusammentreffens mit Tschernenko nähertreten würde. Dies könnte seine Position im Wahljahr stärken.

Der Bundeskanzler erläuterte, warum er gegenwärtig keine Chancen für neue westliche Initiativen gegenüber der Sowjetunion im Bereich der nuklearen Waffen für nützlich halte. Möglicherweise könne der Vorschlag von Ministerpräsident Trudeau einer Konferenz der fünf Nuklearmächte[16] eine Chance für Gespräche bieten. Sicherlich sei jedoch auch für diesen Vorschlag die Zeit noch nicht reif. Alle diese Überlegungen hingen auch von den Entwicklungen in anderen Regionen ab. Er wolle nur an die Situation im Libanon und im iranisch-irakischen Konflikt erinnern. Er selbst wolle noch einmal festhalten, daß seine Regierung Wort gehalten und alle Risiken auf sich genommen habe. Dies werde auch für die Zukunft gelten. Daraus leite er aber auch die moralische Pflicht ab, verstärkte Reduzierung von Waffen auf allen Ebenen einzufordern. Er unterstütze wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion, die einen solchen

16 Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Trudeau für ein Treffen der fünf Nuklearmächte vgl. Dok. 28, Anm. 30.

Austausch brauche. Diese wirtschaftlichen Beziehungen sollten möglichst frei von Einschränkungen sein. Die Sowjetunion selbst sehe sich vor allem in Polen mit einer katastrophalen Entwicklung im Bereich der Ideologie konfrontiert. Er sei überzeugt, daß diese Entwicklung fortschreiten werde.

Ministerpräsident *Craxi* fragte den Bundeskanzler, ob die Bundesregierung die wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen wiederaufgenommen habe. Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er für eine allmähliche Normalisierung eintrete. In diesem Zusammenhang sei es für ihn besonders wichtig, daß das kirchliche Projekt zur Unterstützung der polnischen Landwirtschaft[17] durchgeführt werden könne. Es stelle sich jetzt die Frage, ob General Jaruzelski sein Wort halte und möglichst bald das Stiftungsgesetz verabschieden werde. Sobald dies erfolgt sei, sollten die westlichen Regierungen dieses kirchliche Projekt unterstützen, das vor allem dem Ziel diene, dem polnischen Volk direkt zu helfen. Damit könnte zugleich die Basis geschaffen werden, auf der die übrigen Beziehungen geführt werden könnten. Es habe keinen Sinn, Polen vom Westen abzuschneiden. Ziel müsse es jedoch sein, den Menschen und nicht dem Regime zu helfen.

Ministerpräsident *Craxi* bestätigte noch einmal, daß Italien die amerikanischen Mittelstreckenraketen im vorgesehenen Zeitraum aufstellen werde. Es gebe zwar an Ort und Stelle Schwierigkeiten, weniger von seiten der Bevölkerung als von Demonstranten, die aus anderen Regionen und zum Teil sogar aus dem Ausland anreisen würden. Eine Reihe solcher Gruppen sei dabei, Aktionen gegen die Stationierung vorzubereiten. Er habe Befürchtungen, daß in diesem Zusammenhang der Terrorismus wiederaufleben könnte.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß die Bundesregierung jederzeit bereit sei, ihre Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Er sei gerne bereit, seinen Innenminister[18] dazu zu beauftragen. Schließlich gebe es große Ähnlichkeiten der Drehbücher für solche Aktionen.

Ministerpräsident *Craxi* wiederholte seine Befürchtung des Wiederaufflammens des Terrorismus. Er könne nicht ausschließen, daß es dabei zu Kontakten zwischen arabischen Terroristen und den Resten der Roten Brigaden kommen werde. Die Ermordung des amerikanischen Diplomaten[19] sei wahrscheinlich von italienischen Terroristen durchgeführt worden. Er wisse jedoch, daß arabische Terroristen die Weisung erteilt und die Unterstützung gegeben hätten.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß sich ähnliche Befürchtungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht bewahrheitet hätten. Er müsse zugeben, daß man in Wirklichkeit sehr wenig über den harten Kern des Terrorismus wisse. Ein Teil der Mitglieder dieses harten Kerns sei ins Ausland gegangen, andere seien in die normale Kriminalität übergewechselt. Er könne nicht ausschließen, daß der Terrorismus auch in der Bundesrepublik wieder in Erscheinung treten werde. In diesem Zusammenhang könne man die Rolle Gaddafis nicht unterschätzen.

17 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 52, Anm. 13.

18 Friedrich Zimmermann.

19 Am 15. Februar 1984 wurde der Generaldirektor der Multinational Force and Observers (MFO), Hunt, von Mitgliedern der „Roten Brigaden“ in Rom ermordet.

Ministerpräsident *Craxi* fragte den Bundeskanzler nach der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Der *Bundeskanzler* erläuterte die wirtschaftliche Entwicklung. Erfreulicherweise könne man nach einem Jahr feststellen, daß mehr erreicht werden konnte, als erhofft und erwartet worden war. Außerdem bewiesen die Umfragen, daß die Prophezeiung nicht eingetreten sei, daß die Bürger die Opfer nicht honorieren würden, die von ihnen verlangt werden mußten, um den riesigen Schuldenberg in Angriff zu nehmen. 30 Millionen Bürger seien von diesen Maßnahmen der Bundesregierung betroffen worden, Studenten wie Rentner. Die Beamten hätte eine Null-Runde für 18 Monate in Kauf nehmen müssen. Dies sei sicherlich eine sehr harte Linie gewesen, der Erfolg sei jedoch deutlich spürbar. Es sei doch beachtlich, wenn die Bundesregierung nach ihrem ersten Jahr und mit solchen Maßnahmen eine Zustimmung von rund 50% erhalte. Bedingung sei dafür gewesen, daß man von vornherein alle Bürger offen auf die notwendigen Opfer angesprochen habe.

Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes schreite voran. Die wirtschaftliche Entwicklung entwickle sich positiv. Für 1984 würde eine Zuwachsrate für das Bruttosozialprodukt von 2,5% gerechnet. Für das Jahr 1983 hätte man mit einer Wachstumsrate von null Prozent gerechnet. Am Jahresende hätte sich erfreulicherweise eine Wachstumsrate von 1,2% ergeben. Es gebe Experten, die für 1984 ein Wachstum von 3% voraussagten. Er bliebe lieber bei einer Voraussage von 2,5%; es sei besser, am Ende des Jahres diese Rate nach oben als nach unten zu korrigieren. Die Inflationsrate liege bei 3%, was vor allem für die bevorstehenden Tarifverhandlungen wichtig sei. Große Sorge bereite ihm nach wie vor das Problem der Arbeitslosigkeit. Da sie zwar zu einem großen Teil strukturell bedingt sei, könne man sie nicht über Nacht abbauen. Der jetzigen Arbeitslosigkeit lägen mittel- und langfristige Fehler früherer Regierungen zugrunde. Die regionale und sektorale Arbeitslosigkeit spiegle sich in Regionen wie z. B. in Bremen und im Ruhrgebiet in der Stahl-, Werften-, Fischerei- und Kohleindustrie wider. Im großen und ganzen handele es sich um Industrien herkömmlicher Art.

Das zentrale Problem sei es, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies könne man aber nicht in der Stahlindustrie, sondern müsse man vor allem in den Zukunftsindustrien erreichen. Die Bundesrepublik brauche eine Existenzgründungswelle, einige Zehntausende neue Betriebe. Die USA hätten beispielsweise in den letzten fünf Jahren über zehn Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, vor allem in den mittelständischen Betrieben.

Für das Jahr 1984 gebe es eine Unbekannte: Dies sei die Forderung von Gewerkschaften, die Lebens- und Wochenarbeitszeit zu verkürzen und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen. Diese Forderung sei undiskutabel. Dies könne man nur machen, wenn sich die Europäer mit Japan und den USA über die jeweilige Produktion geeinigt hätten, warf Ministerpräsident *Craxi* ein.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sehr zuversichtlich sei. Er sei sich der großen Mehrheit auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern sicher. Im Augenblick seien die Gewerkschaftsführungen mit dem Problem konfrontiert, wie sie von ihrer Maximalforderung wieder herunterkämen.

Ministerpräsident *Craxi* erklärte, daß eine Diskussion der 35-Stunden-Woche prinzipiell vielleicht richtig sei. Hier stelle sich jedoch das Problem der Wettbewerbsfähigkeit. Im übrigen könne sehr schnell der Zeitpunkt erreicht werden, zu dem man die Lebensarbeitszeit wieder verlängern müßte.

Dieses Problem stelle sich auch für die Bundesrepublik angesichts ihrer Bevölkerungsentwicklung, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er könne nicht ausschließen, daß in acht oder neun Jahren die Lebensarbeitszeit wieder verlängert werden müsse. Ein ähnliches Problem stelle sich für ihn auch in der Frage der Wehrdienstdauer, die er aufgrund der Bevölkerungsentwicklung wahrscheinlich verlängern müsse.[20]

Ministerpräsident *Craxi* bezeichnete ein wirtschaftliches Wachstum von 2,5 bis 3% als sehr gut. Dieses Wachstum müsse noch verstetigt werden, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

VS-Bd. 14124 (010)

57

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

413-491.09 **23. Februar 1984**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: erneute amerikanische Bemühungen, ein nukleares Exportembargo über die Länder der Dritten Welt zu verhängen, die nicht auf Kernwaffen verzichten

Vorschlag: Zustimmung zu IV

Vorbemerkung: Diese Vorlage bedarf keiner raschen Entscheidung, sie ist aber von grundsätzlicher Bedeutung für die künftige Haltung des Auswärtigen Amts

20 Zur Wehrpflichtfrage vgl. Dok. 47, Anm. 15. Vgl. dazu ferner Dok. 251.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel und Vortragendem Legationsrat Dahlhoff konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Fischer vermerkte: „Die generelle Linie erscheint mir vernünftig u. vertretbar. Die Aufzeichnung bedarf der Ergänzung im Hinblick auf Euratom: Spielt die Gemeinschaft eine Rolle? Soll u. kann sie eine spielen? Gibt es Grenzen für unsere Politik, die sich aus unserer Zugehörigkeit zu Euratom ergeben? Spielt hier die Frage des Kap[itels] VI hinein? Alsdann sollte in der Tat der BM mit einer gekürzten Aufzeichnung befaßt werden zur Billigung der politischen Gesamtlinie."
Weiter vermerkte Lautenschlager: „P.S. Es sollte auch ein Wort zu den bilateralen Konsultationen gesagt werden, die wir durchgeführt haben, unterhalten oder planen, insbesondere auch im Hinblick auf die Sowjetunion."
Hat Fischer am 24. Februar 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Ungerer und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel vermerkte: „Beantwortung der Fragen entweder sofort (Aufz[eichnung] für StS) oder in gekürzter Aufz. für BM."
Hat Ungerer am 27. Februar 1984 vorgelegen.

auf dem Gebiet der nuklearen Exportkontrollen. Die Vorlage ist mit den Ressorts noch nicht abgestimmt. Sie dient zunächst der internen Meinungsbildung.

I. Vorgeschichte

Seit 1975 besteht zwischen den nuklearen Hauptlieferländern eine Meinungsverschiedenheit über die Frage, welchen Beitrag die nukleare Exportpolitik zur Nichtverbreitung von Kernsprengkörpern leisten kann und soll, nämlich:

– Soll sie den Exporteur lediglich von dem Vorwurf freistellen, seine Lieferung habe zur Verbreitung von Kernsprengkörpern beigetragen (Stichwort: liefergebundene, anlagenbezogene Safeguards, diese sind der Regelfall der Londoner Richtlinien der nuklearen Hauptlieferländer von 1976[3]), oder
– soll sie das wesentlich weitergehende Ziel verfolgen, das Importland vor die Wahl zu stellen, auf Kernsprengkörper oder auf die Lieferung nuklearer Anlagen und Materialien zu verzichten (Stichwort: umfassende Safeguards, diese gelten bei Parteien des NV-Vertrages[4] und sind der Regelfall des amerikanischen Nuclear Non-Proliferation Act von 1978, NNPA[5])?

Umfassende Safeguards verlangen die USA, im Westen unterstützt von Kanada, Australien, Großbritannien, Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Österreich. Die Forderung richtet sich vor allem an die Adresse der sogenannten nuklearen Schwellenländer Israel, Südafrika, Indien, Pakistan, Argentinien, Brasilien, Spanien und Algerien, die weder dem NV-Vertrag noch dem Vertrag von Tlatelolco über eine kernwaffenfreie Zone Lateinamerika[6] beigetreten sind.

Liefergebundene, anlagenbezogene Safeguards verlangen im Westen Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz und wir.

Die Sowjetunion behauptet, sie würde umfassende Safeguards verlangen, wenn auch Frankreich und wir sie verlangten (was unglaubwürdig ist, wie weiter unten ausgeführt). Die G 77 lehnt nach außen einhellig umfassende Safeguards ab, gleichviel, ob sie Parteien oder nicht Parteien des NV-Vertrages sind.

3 Auf amerikanische Einladung trat am 23. April 1975 in London eine Konferenz von Vertretern der sieben wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, UdSSR, USA) zusammen, um Maßnahmen zur Verhinderung nuklearer Proliferation zu prüfen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 104.
Auf ihrer vierten Konferenz am 4./5. November 1975 in London verabschiedete die sogenannte „Suppliers' Group" ad referendum Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.
Nach dem Beitritt weiterer Staaten und verschiedener Textänderungen und -ergänzungen wurden die Richtlinien am 11. Januar 1978 der IAEO übergeben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 171–181.

4 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

5 Am 7. bzw. 9. Februar 1978 wurde der „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978" vom amerikanischen Repräsentantenhaus und Senat verabschiedet. Das Gesetz trat nach Unterzeichnung durch Präsident Carter am 10. März 1978 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 92, S. 120–152. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 102.

6 Für den Wortlaut des am 14. Februar 1967 von vierzehn lateinamerikanischen Staaten unterzeichneten Vertrags über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) vgl. UNTS, Bd. 634, S. 281–423. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 152–165.

Bei unseren Nuklearexporten nach Brasilien[7] und Argentinien[8] ist es uns bisher gelungen, unsere Politik der liefergebundenen Safeguards beizubehalten. Die USA forderten 1975 und 1980 massiv von uns, von Brasilien und Argentinien umfassende Safeguards zu verlangen[9], was diese Länder ablehnten. Wir vereinbarten daher mit ihnen lieferbezogene Safeguards. Gegenüber den USA haben wir argumentiert, sie könnten von uns nicht mehr verlangen, als es das amerikanische Nukleargesetz von 1978 tut: umfassende Kontrollen zur Zeit des Exports. Diese Bedingung war zur Zeit der Erteilung der Exportgenehmigungen de facto gegeben.

II. Neue Lage

1) Mit unserer bisherigen Argumentation von „de facto full scope safeguards" können wir gegenüber den USA in der Zukunft weitere KKW-Exporte an Argentinien und Brasilien nicht mehr rechtfertigen, weil Argentinien sich auf den Weg zum Besitz eines unkontrollierten geschlossenen Brennstoffkreislaufs begeben hat und weil Brasilien nach amtlichen brasilianischen Erklärungen an der Entwicklung einer unkontrollierten Anreicherungsanlage arbeitet.

Wenn unsere Meinungsverschiedenheit mit den USA nur bilateral ausgetragen würde, könnten wir einer Diskussion mit dem Hinweis ausweichen, daß konkrete Exportfälle nach Argentinien und Brasilien nicht anstehen. Zu den pakistanischen Bemühungen, mit uns über die NV-politischen Lieferbedingungen eines KKW zu sprechen, könnten wir gegenüber den USA gemäß Schreiben des Herrn Bundesministers an AM Shultz vom Oktober 1982 Stellung nehmen, und zwar unter dem Aspekt der „Solidarität der Lieferländer".[10] Das ist eine auslegungs-

7 Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.
In einer Aufzeichnung des Referats 413 vom 17. November 1983 wurde zu der deutsch-brasilianischen Kooperation dargelegt: „Auf der Grundlage des Nuklearabkommens und der bilateralen Erklärungen wurden 1975 elf Industrie-Rahmenvereinbarungen (package deal) geschlossen, die bei einer Laufzeit von 15 Jahren umfassen sollten: die Lieferung von acht Leichtwasserreaktoren mit einer Leistung von je 1250 Megawatt; die Prospektierung, den Abbau und die kommerzielle Nutzung von brasilianischem Natururan; eine Fabrik zur Uranerzverarbeitung; eine Fabrik zur Herstellung von Brennelementen; eine Urananreicherungsanlage […]; eine Pilotanlage für die Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennelemente; Technologietransfer für die Errichtung einer Schwerkomponentenfabrik. Gleichzeitig wurden zwei Vorverträge (letter of intent) für die Lieferung von zwei Kernkraftwerken (Angra 2 und 3) zwischen der brasilianischen Firma Nuclebras und einem deutschen Firmenkonsortium unter Führung von KWU geschlossen." Das Kernkraftwerk „Angra 2" solle im Juni 1989 fertiggestellt werden, „Angra 3" im Dezember 1990. Vgl. Referat 431, Bd. 129466.

8 In einer Aufzeichnung des Referats 413 vom 2. Februar 1984 hieß es zur argentinischen Nuklearpolitik: „Die industrielle Nuklearzusammenarbeit mit der BR Deutschland (KWU) erstreckt sich auf die Errichtung zweier Natururanreaktoren, Atucha I (in Betrieb) und Atucha II (im Bau), sowie auf die Herstellung von Brennelementen. Auf dem Forschungssektor besteht eine Zusammenarbeit zwischen dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und der argentinischen Kernenergiekommission (C[omisión]N[acional de]E[nergía]A[tómica]). […] Die überraschende Ankündigung im November 1983, daß Argentinien eine Anlage zur Urananreicherung nach dem Gasdiffusionsverfahren baut, hat eine neue Lage geschaffen. Danach würde Argentinien etwa ab 1986 über den gesamten Brennstoffkreislauf und über die Grundlagen zur Herstellung von Kernsprengkörpern verfügen." Vgl. Referat 431, Bd. 145535.

9 Zu den Forderungen der amerikanischen Regierung gegenüber der Bundesregierung hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Brasilien im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. AAPD 1975, I, Dok. 46, 59 und 157.

10 In einer Aufzeichnung des Referats 413 vom 6. April 1983 wurde vermerkt: „AM Shultz hatte dem Herrn Bundesminister mit Schreiben vom 20.9.1982 die Haltung der amerikanischen Regierung zur

fähige Formel, unter der wir vor allem das Gesamtengagement der USA in Pakistan und für die Sicherheit in der Region in Rechnung stellen.

2) Die amerikanischen Aktivitäten zwingen uns jedoch, uns auch in multilateralen Verhandlungen mit der amerikanischen Forderung nach umfassenden Safeguards („comprehensive safeguards“) auseinanderzusetzen. In diesen Gremien verfolgen wir die beiden Ziele, unser lieferpolitisches Ermessen zu wahren und die Beziehungen zu den USA nicht zu belasten. Es handelt sich um folgende Gremien:

a) Reagan-Initiative für ein Lieferländertreffen und Einführung von „comprehensive safeguards“ (erstes innerwestliches Treffen voraussichtlich im Juli 1984[11]),

b) Dritte Konferenz zur Überprüfung des NV-Vertrages, Sommer 1985[12],

c) VN-Konferenz über friedliche Nutzung der Kernenergie (PUNE[13]), voraussichtlich 1986[14],

d) IAEO-Ausschuß für Versorgungssicherheit (CAS[15]), tagt seit 1981.

3) Frankreich und wir gehen gegenüber der amerikanischen Politik besonders eng abgestimmt vor und verfolgen als erstes taktisches Ziel, in Anwesenheit anderer (Frankreich nimmt allerdings an der Überprüfungskonferenz nicht teil) eine substantielle Diskussion mit den USA mindestens während des laufenden Präsidentschaftswahljahres[16] zu vermeiden, weil in dieser Zeit die amerikanische Haltung besonders unflexibel ist. Wir wollen daher – mit voraussichtlicher Unterstützung der Briten, möglicherweise der Zehn – das Juli-Treffen der Lieferländer in die Richtung der Vorbereitung der vorstehend unter II. 2 a) bis d) genannten multilateralen Veranstaltungen lenken und bei Bekanntwerden nach außen auch so deklarieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 285

möglichen Lieferung eines KKW an Pakistan mitgeteilt: Erteilung einer Exportgenehmigung nur dann, wenn Pakistan unter anderem bereit ist, IAEO full scope safeguards für alle seine nuklearen Aktivitäten zu akzeptieren; […] Appell an die westlichen Lieferländer, sich in Sachen Pakistan solidarisch zu verhalten. […] Das Antwortschreiben des Herrn Bundesministers wurde Botschafter Kennedy am 5.11.1982 von unserer Botschaft Washington mit der Bitte um Weiterleitung an AM Shultz übergeben. Das Antwortschreiben legt den Schwerpunkt auf folgende zwei Aspekte: Übereinstimmung mit der Feststellung von AM Shultz, daß ‚Pakistan's Chasma bid is a major test of our common commitment to non-proliferation goals'; Feststellung, daß es für die potentiellen Lieferländer sehr darauf ankommen werde, eine eng abgestimmte NV-politische Haltung einzunehmen: ‚Es wird in Bezug auf Pakistan wichtig sein, durch Geschlossenheit aller Lieferländer zu demonstrieren, daß die nationalen nuklearen Exportpolitiken sich in diesem Fall an dem gemeinsamen Verständnis NV-politischer Verantwortung orientieren.'“ Vgl. Referat 431, Bd. 129511.

11 Mit Schreiben vom 28. Juli 1983 an Bundeskanzler Kohl schlug Präsident Reagan ein baldiges Treffen der Hauptlieferländer von nuklearem Material vor. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 283. Zur Konferenz von 13 westlichen Nuklearlieferländern vom 11. bis 13. Juli 1984 in Luxemburg vgl. Dok. 194.

12 Vom 27. August bis 21. September 1985 fand in Genf die Dritte Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 statt.

13 Peaceful Use of Nuclear Energy.

14 Die VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie wurde vom 23. März bis 10. April 1987 in Genf durchgeführt.

15 Committee on Assurances of Supply.

16 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

III. Weiteres Vorgehen

Wir stellen uns das weitere Vorgehen wie folgt vor:

1) Ausgangspunkt ist, daß wir mit den USA in dem Ziel übereinstimmen, Nuklearexporte dürften nicht zur Verbreitung von Kernsprengkörpern führen. Auch sind wir mit den USA grundsätzlich der Meinung, bei „sensitiven" Exporten, d.h. für Anlagen zur Anreicherung oder Wiederaufarbeitung, sei „restraint" (d.h. in der Regel Verweigerung der Ausfuhrgenehmigung, ausgenommen EG-Staaten und evtl. Japan) erforderlich. (Vgl. Erklärung der Bundesregierung vom 17.6.77 über Verzicht auf weitere Exporte im Zusammenhang mit der Wiederaufarbeitung[17]; auf dem Gebiet der Anreicherung besteht für unsere nationale Technologie der „Trenndüse" keine internationale Nachfrage außerhalb Brasiliens, die Technik der „Gas-Ultrazentrifuge" können wir ohnehin nur mit Zustimmung von GB und NL exportieren.[18])

2) Wir stimmen jedoch nicht mit den USA darin überein, daß die „nuklearen Schwellenländer" durch die Verweigerung von „nicht-sensitiven" Nuklearexporten (insbesondere Kernkraftwerken, Forschungsreaktoren, Brennelementfabriken) dazu veranlaßt werden sollen oder könnten, dem NV-Vertrag oder dem Vertrag von Tlatelolco beizutreten oder in anderer Form international verbindlich auf Kernwaffen zu verzichten. Die USA selbst haben dies einsehen müssen, wie folgende Auswahl von Fällen zeigt:

– Indien: Die USA haben Frankreich und uns gebeten, das 1963 aus den USA gelieferte KKW Tarapur mit Brennstoff und Ersatzteilen zu versorgen.
– Pakistan: Da Islamabad an geheimen Anlagen zur Urananreicherung und Wiederaufarbeitung baut, verbot das amerikanische Auslandshilfegesetz[19] Wirtschafts- und Militärhilfe an Pakistan. Nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979 suspendierte der Kongreß dieses Verbot für sechs Jahre.
– Spanien: Die amerikanischen KKW-Lieferungen an Spanien werden vom State Department gegenüber dem Kongreß mit den gleichen Argumenten gerechtfertigt, mit denen wir gegenüber den USA unsere KKW-Lieferungen an Argentinien und Brasilien rechtfertigten (de facto full scope safeguards).

Hinzu kommt, daß die von den USA betriebene Embargopolitik zur Entstehung eines Weltnuklearmarktes der Nichtparteien des NV-Vertrages führt, auf dem schon jetzt als Anbieter auftreten: Frankreich, Spanien, China, Südafrika, Argentinien, Brasilien und vielleicht auch Indien. Die deutsche Industrie und die Ressorts bestehen auf Wettbewerbsgleichheit, besonders mit Frankreich.

3) Andererseits müssen wir die amerikanische Haltung in Rechnung stellen, wonach unsere Nichtübereinstimmung mit ihrer nuklearen Politik zeige, daß wir

– wegen der Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht „seriously concerned" seien,

17 Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung zur Nuklearexportpolitik vom 17. Juni 1977 vgl. BULLETIN 1977, S. 613.

18 Die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande unterzeichneten am 4. März 1970 in Almelo ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gasultrazentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherten Urans. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1971, Teil II, S. 930–949.

19 Für den Wortlaut des „Foreign Assistance Act" vom 4. September 1961 vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 75, S. 424–465.

– unsere kommerziellen Interessen höher schätzten und
– wir bei unserer nuklearen Exportpolitik nicht genügend Rücksicht darauf nehmen, daß „non-proliferation remains a fundamental foreign policy and national security objective of the United States“ (vgl. Grundsatzerklärung von Präsident Reagan vom 16. Juli 1981[20]).

Wir weisen diese Unterstellungen zwar zurück, schaffen sie aber dadurch nicht aus der Welt. Wir müssen daher mit Umsicht vorgehen.

4) In den weltweiten multilateralen Gremien ist es ausgeschlossen, das Schema der umfassenden Kontrollen durchzusetzen, weil die Staaten der G 77 dies nicht akzeptieren. Jedoch hoffen die USA, dies bei dem für Juli geplanten ersten „innerwestlichen“ Treffen im Rahmen der Reagan-Initiative tun zu können. Wir wollen daher das Treffen auf die weltweiten multilateralen Treffen ausrichten, an denen die Staaten der G 77 teilnehmen. Aber auch dabei werden uns die USA auf ihre Linie festlegen wollen, was wir wegen der darin liegenden Bindung unserer nuklearen Exportpolitik vermeiden müssen. In den innerwestlichen Treffen können wir jedoch freier sprechen, als wenn die SU und die G 77 anwesend wären. Dort wollen wir wie folgt verfahren:

5) Wir wollen darauf abstellen, daß wegen der Zahl und der politischen Bedeutung der nuklearfähigen Staaten der Dritten Welt, die dem NV- oder dem Tlatelolco-Vertrag nicht beigetreten sind, weder die USA noch Frankreich noch wir – geschweige die Sowjetunion – die nukleare Exportpolitik isoliert von der Gesamtpolitik gegenüber diesen Staaten durchführen können. Zur Illustrierung des Punktes wird auf folgendes aufmerksam gemacht:

– USA: In ihrer Nukleargesetzgebung von 1978 (NNPA) haben die USA das Dilemma bereits zu lösen versucht, und zwar im Sinne eines Vorrangs für die Gesamtpolitik vor der NV-Politik: Von der Forderung umfassender IAEO-Kontrollen kann der Präsident aus Gründen der „non-proliferation objectives“ oder der Gefährdung von „common defense and security“ absehen.
– SU und Frankreich: Beide Staaten behalten sich je auf ihre Weise vor, ihre nukleare Exportpolitik an den Erfordernissen ihrer Gesamtpolitik auszurichten (z. B. genehmigte F KKW-Export nach Südafrika, aber nicht nach Israel, die Sowjetunion beliefert Indien, Kuba, Argentinien und bietet Pakistan KKW an).
– Wir selbst haben bis heute unsere gesamte Exportpolitik einschließlich der Nuklearexporte gemäß § 7 AWG[21] in unsere Gesamtpolitik eingeordnet. Beispiele: Wir haben die KWU wissen lassen, daß sie mit Exportgenehmigungen für Südafrika, Israel, Libyen und Iran (z. Z.) nicht rechnen könne, wobei Libyen und Iran Parteien des NV-Vertrages sind. Wir rechtfertigen unsere Lieferbeziehungen zu Argentinien und Brasilien letzten Endes damit, daß wir dort vorerst nicht mit dem Entstehen von Kernwaffenstaaten rechnen. In Pakistan stehen wir vor dem Problem, den pakistanischen Wunsch nach einem

20 Präsident Reagan gab am 16. Juli 1981 eine Erklärung zur künftigen amerikanischen Nichtverbreitungspolitik ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 630 f.

21 Für den Wortlaut von § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

KKW in Einklang zu bringen mit unseren Beziehungen zu den USA und Frankreich (und evtl. Indien).

IV. Zielsetzung

Wir sollten anstreben, bei den USA zunächst auf bilateraler Basis Verständnis auf folgender Linie zu finden:

1) Die Bundesregierung wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, daß alle Staaten dem NV-Vertrag beitreten oder, soweit in Betracht kommend, den Vertrag von Tlatelolco über eine kernwaffenfreie Zone Lateinamerika für sich in Kraft setzen.

2) Die Bundesregierung wird, wie bisher, Beitritt zu dem einen oder anderen dieser Verträge oder andere Formen des Verzichts auf Kernsprengkörper und der Annahme von entsprechenden Kontrollen als Voraussetzung für die Erteilung einer Exportgenehmigung für einen „significant" Nuklearexport (z. B. ein KKW) verlangen. Sie behält sich jedoch vor, in besonders gelagerten Fällen im Rahmen ihres politischen Ermessens von dieser Forderung – im Wege der Ausnahme und ohne Präzedenzwirkung – abzusehen, wenn dadurch

a) die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland (und diejenige des Westens) nicht beeinträchtigt wird,

b) die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland oder das friedliche Zusammenleben der Völker nicht erheblich gestört werden,

c) wenn durch eine Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit einem Land, das auf Kernwaffen oder Kernsprengkörper bisher nicht verzichtet hat, den Zielen einer wirksamen Nichtverbreitungspolitik besser gedient werden kann als durch Verweigerung einer Zusammenarbeit.

Anmerkung: a) und b) ergeben sich aus dem AWG, a) und c) sind analog zum amerikanischen Nukleargesetz.

Die Bundesregierung wird bedeutende Nuklearexportfälle in Staaten, die nicht Partei des NV- oder des Tlatelolco-Vertrages sind, mit ihren westlichen Partnern, insbesondere den USA, Frankreich und Großbritannien, konsultieren. Entsprechendes gilt bei Entscheidungen über Genehmigungen für Nuklearexporte in Länder, die dem NV- oder dem Tlatelolco-Vertrag beigetreten sind, aber an deren NV-politischer Zuverlässigkeit Zweifel bestehen.

3) Die Bundesregierung unterstützt in Abstimmung mit den USA im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Internationalen Atomenergie-Organisation die Bemühungen lateinamerikanischer Staaten, ein dem Tlatelolco-Vertrag entsprechendes Kontrollabkommen auszuhandeln. Dabei wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die IAEO sich grundsätzlich bereit erklärt, der Forderung des Tlatelolco-Vertrages zu entsprechen, Vorbereitung und Durchführung von Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken und die Nichtverbringung von Kernwaffen nach Lateinamerika zu kontrollieren. Der Widerstand der IAEO gegen diese Forderung beruht insbesondere auf der Haltung der USA.

4) Die Bundesregierung ist überzeugt, daß die Londoner Richtlinien sich bewährt haben und daß eine Bestandsaufnahme im Kreise der Staaten, die die Richtlinien im Rahmen ihrer nationalen Exportpolitik anwenden, zu dem gleichen Ergebnis kommen wird. Die Bundesregierung wird sich daher im Rahmen

– der Internationalen Atomenergie-Organisation (Ausschuß für Versorgungssicherheit),
– der 1985 vorgesehenen Dritten Konferenz zur Überprüfung des NV-Vertrages und
– der 1986 vorgesehenen VN-Konferenz über die friedliche Nutzung der Kernenergie (PUNE)

dafür einsetzen, daß Nukleargüter exportierende Länder, die bisher die Londoner Richtlinien nicht anwenden, sich ebenfalls an diese Richtlinien halten.

5) Die Bundesregierung wird sich bei der Genehmigung von Exporten auf dem Gebiet der Wiederaufarbeitung und der Anreicherung zurückhalten. Sie bestätigt die Erklärung der Bundesregierung zur Nuklearexportpolitik vom 17. Juni 1977, in der es unter anderem heißt, daß sie bis auf weiteres keine Genehmigung für die Ausfuhr von Wiederaufarbeitungsanlagen und -technologien erteilen werde und daß bestehende Verträge und deren Durchführung hiervon nicht berührt werden. Soweit Genehmigungen für Exporte auf den genannten Gebieten in

– ein Land der Europäischen Gemeinschaft oder
– ein Land, das sich anderen internationalen Kontrollen unterworfen hat und kein Proliferationsrisiko darstellt, oder
– ein Land mit weit fortgeschrittenem Kernenergieprogramm, dessen gesamte nukleare Tätigkeit internationalen Kontrollen unterliegt und das kein Proliferationsrisiko darstellt,

beantragt werden, behält sie sich die Erteilung der Genehmigung nach Konsultation mit den wichtigsten westlichen Verbündeten, besonders den USA und Frankreich, vor.

6) Bestehende Verträge werden eingehalten.

7) Die Bundesregierung stellt fest, daß diese Politik im Einklang steht mit den von ihr übernommenen Pflichten aus dem Nichtverbreitungsvertrag, den Londoner Richtlinien der nuklearen Hauptlieferländer sowie mit dem Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

V. Wenn Sie mit den vorstehenden Ausführungen einverstanden sind, rege ich an, sie in verkürzter Form dem Bundesminister vorzulegen, nachdem wir sie zuvor mit den Ressorts abgestimmt haben.[22]

Per Fischer

Referat 431, Bd. 145532

[22] Ministerialdirektor Fischer legte Bundesminister Genscher am 16. Juni 1984 eine Aufzeichnung vor, in der als Anlage mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie dem Bundesministerium für Wirtschaft abgestimmte „Grundsätze für die Genehmigung von Nuklearexporten in Nicht-Kernwaffen-Staaten“ übermittelt wurden. Vgl. dazu Referat 431, Bd. 145532.

58

Deutsch-italienisches Regierungsgespräch

VS-NfD **24. Februar 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit MP Craxi am 24. Februar 1984 von 9.30 bis 10.00 Uhr[2]

Anwesend auf italienischer Seite: Herr Badini als Note-taker, Frau Civelli als Dolmetscherin; auf deutscher Seite: MDg Dr. Stabreit als Note-taker, Frau Bouverat als Dolmetscherin.

MP *Craxi* äußert Besorgnis über Zustand der Gemeinschaft. Wenn vor Brüssel[3] keine Einigung zustande komme, werde man in Brüssel selbst auch nichts erreichen. In den Europawahlen[4] würden die Regierungen für ein Fiasko verantwortlich gemacht werden. Auch diejenigen, die im Grunde gegen Europa seien, würden die Regierungen mit Vorwürfen überschütten, daß nichts getan worden sei.

Bundeskanzler fragt MP Craxi nach seiner Einschätzung der Lage in Nahost.

MP *Craxi* weist auf Gerüchte hin, daß Präsident Gemayel demissioniert habe. Das Problem sei folgendes: Entweder gelinge es den libanesischen Gruppen, sich zu einigen, oder der Krieg gehe weiter. Italien habe den Syrern mitgeteilt, sie sollten sich nicht darin täuschen, daß eine syrische Lösung für den Libanon möglich sei. Die USA würden dies nicht zulassen. Die USA könnten kein zweites Vietnam zulassen. Präsident Reagan werde die Flotte vor dem Libanon halten und könne mit der Flotte eine syrische Lösung verhindern. Wenngleich in Israel die öffentliche Meinung dagegen sei, würde die israelische Armee intervenieren, wenn es zu einer amerikanisch-syrischen Auseinandersetzung käme. Man müsse deshalb sehen, ob jetzt eine neue Lösung möglich sei, z. B. mit einer neuen libanesischen Regierung. Dies sei auch die Voraussetzung für eine Involvierung der UNO.

Wie Italien auch Vizepräsident Bush gesagt habe, müsse als Voraussetzung für die Entsendung von UNO-Truppen mindestens ein Verhandlungsrahmen innerlibanesisch fest umrissen sein. Es müsse sich im übrigen um ein wichtiges Kontingent handeln, das an sämtlichen neuralgischen Punkten des Libanon präsent sein könne. Nur dann könne auch daran gedacht werden, daß die amerikanische Flotte abgezogen wird. Es müßten echte, seriöse Garantien bestehen, daß es nicht zu einer syrischen Lösung kommt.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 24. Februar 1984 gefertigt und am 27. Februar 1984 „zur Unterrichtung der Amtsleitung“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Dazu vermerkte Stabreit, die Aufzeichnung sei von Bundeskanzler Kohl noch nicht genehmigt worden.
Hat York am 28. Februar 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178885.
Hat Bundesminister Genscher am 2. März 1984 vorgelegen.

2 Ministerpräsident Craxi hielt sich am 23./24. Februar 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 56.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vgl. Dok. 88.

4 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

Bundeskanzler fragt, ob Italien gute Beziehungen mit Syrien habe.

MP *Craxi* antwortet, man habe mit Syrien einen guten Gesprächskontakt. Dies bedeute nicht, daß die Syrer, denen eine gewisse Doppelzüngigkeit nicht abgehe, Italien alles sagten. Auch die Sowjets hätten in dieser Region einiges zu sagen. Die Lage sei schwierig, weil es auf dem Boden viele unkontrollierte, von Libyen und Iran beeinflußte bewaffnete Gruppierungen gebe. Italien habe seine Truppen zurückgezogen, weil die Palästinenser-Lager nun unter muselmanischer, insbesondere schiitischer Kontrolle stünden. Tausend Italiener seien weiter auf Schiffen vor der Küste stationiert. Die USA ihrerseits könnten ihre große Flotte nur zurückziehen, wenn es im Libanon zu einer garantierten Lösung komme. Die Sowjetunion könne versucht sein, die USA im Libanon einer längeren Zermürbungsprobe auszusetzen.

Bundeskanzler führt aus, es gebe in dieser Region vier Unbekannte. Die Gefährlichkeit der Lage könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Zunächst versuche die Sowjetunion, fortdauernd dort einzusickern. Zum zweiten nenne er die uralte Vorstellung eines großsyrischen Reiches. Zum dritten müsse man an den Konflikt Iran/Irak denken. Zum vierten müsse die Rolle von Gaddafi gesehen werden. Es sei jetzt gerade 100 Jahre her, daß der Mahdi-Aufstand stattgefunden habe. Bestürzend fände er, daß trotz der Gefahrenzusammenballung im Nahen Osten kein echtes Gespräch zwischen den moderaten Arabern und Israel zustande komme. Schuld liege hier nicht nur auf einer Seite. Die israelische Position gegenüber Hussein sei ganz verrückt. Was immer nach Hussein oder nach dem saudischen Königshaus komme, könne für Israel nur schlechter sein.

MP *Craxi* äußert, Israel wolle eben die Westbank annektieren.

Bundeskanzler erwidert, wer glaube, die Probleme im Nahen Osten nur mit Gewalt lösen zu können, täusche sich.

Herr *Craxi* antwortet hierauf, es sei noch niemandem gelungen, Israel in den Grundlinien seiner Politik zu beeinflussen.

Bundeskanzler fragt nach italienischen Kontakten mit Gaddafi.

MP *Craxi* antwortet, Andreotti sei bei Gaddafi gewesen.[5] Man verstehe ihn jedoch nicht. Gaddafi streite ab, daß er mit dem internationalen Terrorismus etwas zu tun habe. Er wolle mit Europa zusammenarbeiten. Er wolle auch nach Italien eingeladen werden. Er wolle eine Entschädigung für den Kolonialkrieg 1911. Für Italiener sei dies eine riskante Situation, weil Italien große Interessen in Syrien habe. Man habe ihm eine moralische Genugtuung vorgeschlagen in Form des Baus eines Krankenhauses. Die Entschädigung sei bereits an König Idris bezahlt worden.

Das italienische Problem sei es, daß Italien (die ENI[6]) an großen Ölfeldern beteiligt sei. Ein Teil der italienischen strategischen Ölreserve liege in Libyen. Libyen könne Italien deshalb erpressen. Gleichzeitig habe Italien beschlossen, Irak zu Hilfe zu kommen. Man habe dem Irak eine Kreditlinie in Höhe von 500

5 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich am 4./5. Februar 1984 in Libyen auf.
6 Ente Nazionale Idrocarburi.

Mio. Dollar eröffnet. Politik in diesem Bereich sei äußerst schwierig. Es sei klar, daß Gaddafi weiter terroristische Gruppen in der arabischen Welt speise.

Auf Fragen des *Bundeskanzlers*, ob auch der italienische Terrorismus von Gaddafi gefördert werde, antwortet MP *Craxi*, dies sei nicht der Fall. Man habe nur Verbindungen zum palästinensischen Terrorismus feststellen können. Libysche Terrorgruppen hätten jedoch Verbrechen gegen Libyer in Italien durchgeführt. So sei der libysche Botschafter in Rom ermordet worden[7], und man halte es für möglich, daß es sich um eine Abrechnung innerhalb der Regierung handele. Eine dieser Mordgruppen sei festgenommen worden. Gaddafi wolle die Leute jetzt zurückhaben, er betrachte sie als Patrioten. Gaddafi sei auch mit 10% an Fiat beteiligt, habe aber im übrigen seine Finger nicht in der italienischen Wirtschaft (etwas Landkauf auf Pantelleria usw.). Gaddafi werde ein Problem für uns alle bleiben. Wir sollten das Gespräch mit Gaddafi offenhalten. Es sei auch möglich, daß er einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber den früheren Kolonialmächten habe.

Bundeskanzler äußert, es sei die Frage, was er überhaupt für einen Geisteszustand habe. Mubarak könne darüber ganze Nächte sprechen.

Auf Fragen des Bundeskanzlers, ob Italiener mit Khomeini Beziehungen unterhielten, antwortet MP *Craxi* verneinend. Der Krieg zwischen Iran und Irak füge jedoch Italien schwere Schäden zu. Khomeini sei dabei, in den verschiedensten Ländern des arabischen Raumes Probleme zu schaffen. Es gebe z. B. Verbindungen zu den Unruhen in Tunis[8] und Marokko[9]. MP Craxi stellt die Frage, auf welche Länder in Afrika die Bundesrepublik Deutschland insbesondere blicke.

Bundeskanzler antwortet, daß wir, anders als frühere Kolonialmächte, keine vorgegebenen Schwerpunkte hätten. Im nachhinein sei es natürlich ein Vorteil gewesen, daß wir die Kolonien 1918 verloren hätten. Ein besonderes Problem sei für uns Südafrika, weil im Süden Afrikas eben noch viele Deutschstämmige wohnten. Zu den gemäßigten Staaten Afrikas hätten wir allgemein gute Beziehungen.

Bundeskanzler vergleicht dann unsere Beziehungen zu Afrika, zu Lateinamerika und zu gewissen Bereichen Asiens. Er verweist auf wachsende Bedeutung Japans in der deutschen Außenpolitik. Hier spiele auch seine persönliche Freundschaft mit Nakasone eine Rolle. Im Vordergrund stehe natürlich unsere Beziehung zu Japan als führender Industriemacht. Er selbst sei nicht so besorgt wie manche anderen Beobachter. Die Japaner arbeiteten mehr, im sozia-

7 Der libysche Botschafter in Italien, al-Taggazy, wurde bei einem Mordanschlag am 21. Januar 1984 in Rom schwer verletzt und erlag seinen Verletzungen am 10. Februar 1984. Botschafter Enders, Tripolis, teilte am 6. Februar 1984 mit, die libysche Regierung erhebe den Vorwurf, die PLO sei für den Anschlag verantwortlich. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 53; Referat 311, Bd. 137797.

8 In einer Aufzeichnung des Referats 311 vom 17. Januar 1984 wurde ausgeführt: „Am 29.12.1983 brachen im Süden Tunesiens schwere Unruhen aus, nachdem die Regierung die Verdopplung der Preise für Brot und Teigwaren angekündigt hatte. Sie breiteten sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land aus und führten vor allem in Tunis zu erheblichen Sachbeschädigungen und schweren Zusammenstößen mit den Ordnungskräften, darunter erstmals in der Geschichte des Landes Einheiten der Armee. Nach Angaben der Regierung sind dabei 80 Menschen ums Leben gekommen". Vgl. Referat 311, Bd. 137840.

9 Zu den Unruhen in Marokko im Januar 1984 vgl. Dok. 19, Anm. 27.

len Bereich seien sie auch rücksichtsloser. Wir könnten uns aber diesem Problem stellen.

An dieser Stelle stoßen BM Genscher (begleitet von MD Dr. Pfeffer, MD Dr. Fischer und Botschafter Lahn) sowie AM Andreotti (begleitet von Botschafter Ferraris, Herrn Ruggiero und Herrn Bottai) zu dem Gespräch hinzu. Das Gespräch wendet sich jetzt EG-Fragen zu.

BM *Genscher* berichtet zunächst über Ergebnisse des Gesprächs der Minister zu EG-Fragen.

AM *Andreotti* ergreift das Wort. Er führt aus, es gebe nach italienischer Auffassung zwei Probleme. Das erste Problem sei das der Relance Europas, das Problem unserer Haltung zur Europäischen Union und zur Spinelli-Initiative.[10] Hierzu müsse man auch die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal[11] zählen. Das zweite Problem habe sofortige Auswirkungen. Hier gehe es wegen der Haushaltsprobleme darum, wie Ersparnisse erzielt werden könnten. Italien sei einverstanden, daß die Milchproduktion nicht gesteigert werden dürfe. Reduktionen sollten aber diejenigen treffen, die Überschüsse erzeugten. Es sei einfach nicht richtig, wenn einzelne Betriebe, die über keinen eigenen Boden verfügten, mit Hilfe von eingeführten Ölkuchen riesige Milchmengen erzeugten (Milchfabriken). Diese solle man treffen, nicht hingegen linear alle Betriebe. Man müsse nicht notwendigerweise einen Unterschied zwischen Selbstversorgern und Nichtselbstversorgern machen, man müsse aber doch das Verursacherprinzip im Auge haben.

Bundeskanzler erwidert, es gebe im Blick auf die EG zwei Probleme. Das erste Problem sei, was jetzt im Hinblick auf Brüssel geschehen müsse. Das zweite Problem, das er für sehr viel wichtiger ansehe, sei, was man nach den europäischen Wahlen mache. Das heutige EG-Europa habe mit seiner Vorstellung von Europa, mit der Inspiration von Messina[12], nur noch wenig zu tun. Wir müßten uns darüber klarwerden, welche Antwort wir auf eine Reihe von Fragen geben wollten:

a) Sei die Gemeinschaft irreversibel? Es gehe nicht, daß bei jedem Gewitter der eine oder andere sage, da wolle er nun nicht mehr mitmachen. Natürlich werde es in jeder Gemeinschaft Probleme geben, aber man müsse sich aufeinander verlassen können.

b) Was sei die Gemeinschaft eigentlich? Sei sie eine gehobene Freihandelszone? Die Minister Genscher und Colombo hätten versucht, einen Schritt weiter zu gehen.[13] Wenn bei dieser zweiten Frage ein Teil sage, wir wollen nicht, müßten

10 Der Institutionelle Ausschuß des Europäischen Parlaments legte am 8. November 1983 den unter Leitung des italienischen Abgeordneten Spinelli als Koordinierendem Berichterstatter erstellten „Entwurf eines Berichts über den Vorentwurf eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union" vor. Für den Entwurf vgl. Referat 410, Bd. 130356.
Am 14. Dezember 1983 billigte der Institutionelle Ausschuß eine überarbeitete Fassung vom 9. Dezember 1983. Für den Entwurf vgl. Referat 200, Bd. 144205. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 382. Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vom 14. Februar 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 209–229.

11 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 17, Anm. 15.

12 Zur Konferenz von Messina vom 1. bis 3. Juni 1955 vgl. Dok. 47, Anm. 4.

13 Zum Vorschlag für eine Europäische Akte (Genscher-Colombo-Initiative) vgl. Dok. 55, Anm. 5.

wir die direkte Frage stellen: Wer von Euch will weiter gehen? Er, der Bundeskanzler, wolle dies. Es dürfe einfach nicht das langsamste Schiff die Geschwindigkeit des Konvois bestimmen. Natürlich werde das seine Konsequenzen haben. Er sei im übrigen bei der Frage, welche Schritte nach vorn man gehen könne, ganz undogmatisch. Er halte es jedoch für ausgeschlossen, daß wir bei der übernächsten Europawahl[14] den gleichen Zustand wie heute hätten. Wir hätten nur noch ein paar Jahre Zeit, nämlich die 80er Jahre. In der Sicherheitspolitik seien wir gezwungen, uns zusammenzufinden. Das Bild von der transatlantischen Brücke sei falsch, denn eine Brücke müsse an beiden Enden feste Widerlager haben. Hier funktioniere jedoch das europäische Widerlager nicht. Er sage das deshalb, um ganz klar zu machen, daß das, was wir jetzt in Brüssel täten, aus deutscher Sicht eine Vorleistung auf die politische Integration sei, sonst gebe das Ganze keinen Sinn mehr. Was den Brüsseler Gipfel angehe, so sei es für ihn ausgeschlossen, daß Stuttgart[15] nur zum Teil verwirklicht würde. Wir hätten in Stuttgart beschlossen, den Etat in Ordnung zu bringen. Das müßten wir halten.

Wir hätten heute eine Milchproduktion von 150 Mio. Tonnen in der EG, dies sei 26% mehr, als wir verbrauchten. Das könne kein Mensch verstehen. Jetzt kämen andere Produktüberschüsse hinzu. Wo sollten wir mit den Überschüssen hin? Da gäbe es Leute, die uns den Ratschlag gäben, die Überschüsse zu vernichten. Mit ihm werde das nicht gehen. Wir hätten es heute mit einer anderen Generation zu tun, die einen schärferen Blick für Hunger und Leid in der Dritten Welt hätte. Deswegen müßten wir Obergrenzen finden. Damit es ganz klar sei: Er sei nicht wie sein Vorgänger. Er werde nicht sagen, daß die Deutschen nicht Zahlmeister Europas sein sollten. Europa koste Opfer. Wir Deutsche brauchten auch Europa, wegen unserer Teilung besonders. Was AM Andreotti über die Milchfabriken gesagt habe, damit sei er einverstanden. Jedoch löse das nicht das Problem. Wir müßten auf 97 Mio. Tonnen herunterkommen, auch wenn dies vielleicht mit einer kleinen Zwischenstufe geschehen müsse. Auch die Frage der anderen Produkte müßte geregelt werden.

Wir müßten mit Obergrenzen die Produktion unter Kontrolle halten. Wenn wir dieses Problem beherrschten, sehe er auch Chancen, das britische Problem zu lösen, allerdings sicher nicht à la Thatcher, das sei wohl ausgeschlossen. Wir Deutschen hätten ein Sonderproblem mit den Franzosen und würden versuchen, dies zu lösen. Dies werde uns viel Geld kosten. Das Ganze sei jedoch ein Paket, und er, der Bundeskanzler, könne nur in den Bundestag gehen, wenn dieses Paket insgesamt überblickbar sei.

BM *Genscher* fügt hinzu, wenn man zu einer Reduktion auf 97 Mio. Tonnen Milch kommen wolle, so bedeute dies für die Bundesrepublik Deutschland eine Reduktion von 25,2 auf 23,3 Mio. Tonnen, bei Italien werde die Reduktion von 8,3 auf 7,9 Mio. Tonnen betragen. Die Unterschiede hätten etwas mit der Struktur zu tun, nicht mit der absoluten Höhe der Milchproduktion. Der Anteil der Milchfabriken an der gesamten Produktion betrage ca. 13,8%. Bundesminister erläutert dann Vorschlag der Kommission (Heranziehung der Betriebe, die mehr

14 Die übernächsten Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 15. und 18. Juni 1989 statt.
15 Zum „Stuttgarter Paket“ vgl. Dok. 3, Anm. 10.

als 15000 Kilo pro ha Landfläche produzieren).[16] Das Vereinigte Königreich, Dänemark und die Niederlande hätten jedoch diesen Vorschlag der Kommission bereits abgelehnt. Bundesminister weist darauf hin, daß auch für die Mittelmeerprodukte Garantieschwellen bei Überproduktion oder bei sprunghaftem Ansteigen der Ausgaben eingeführt werden müßten.

AM *Andreotti* führt aus, wir sollten auf 97 Mio. Tonnen reduzieren, und zwar in einem Schritt. Aber selbst dann würden wir Überschüsse produzieren. Bei den Sparmaßnahmen sollten wir uns nicht zu sehr auf große landwirtschaftliche Betriebe konzentrieren, gegen die er nichts habe, wohl aber gegen pseudolandwirtschaftliche Betriebe. Wenn mehr als 13% der Produktion aus solchen Betrieben kämen, dann solle man hier mit den Sparmaßnahmen ansetzen. Was das britische Problem anbetreffe, so würden entweder die Römischen Verträge[17] respektiert oder nicht. Dann dürfe es eigentlich auch keine Rückzahlung an das Vereinigte Königreich geben. Es sei auch nicht möglich, daß ein Teil der Römischen Verträge respektiert würde und andere Teile nicht. Großbritannien kannte die Regeln, als es beitrat[18] und die Eigenfinanzierungsregelung[19] vom britischen Parlament ratifiziert wurde. Er frage sich, ob die Opfer, die den einzelnen abverlangt würden, nicht im Verhältnis zu den Auslagen stehen sollten, die von der Milchproduktion des jeweiligen Landes für die Gemeinschaftskasse verursacht würden. Was die Mittelmeerprodukte anbetreffe und den Gedanken einer Vernichtung von Überschüssen, so habe er natürlich recht. Es sei unmoralisch, Lebensmittel zu vernichten. Man müsse das Ganze aber auch unter dem außenpolitischen Aspekt sehen. Die Gemeinschaft habe eine Reihe von Abkommen mit Staaten, von denen wir Produkte einführten, die zu den unseren in Konkurrenz stünden. Es stelle sich die Frage, ob man hier nicht kürzen müsse. Die Überschüsse müsse man im übrigen auch unter dem Aspekt einer möglichen Lebensmittelhilfe an die Dritte Welt sehen, insbesondere pulverisierte Produkte.

Bundeskanzler stellt die Frage, wie MP Craxi das Problem von gleichgewichtigen Sparmaßnahmen bei anderen Produkten sehe.

MP *Craxi* verweist auf den Vorschlag der Kommission für die Reduzierung von Ausgaben für Mittelmeerprodukte.

Bundeskanzler fragt, wie MP Craxi das Problem der Beitragserhöhung sehe.

MP *Craxi* antwortet, Italien sei für die weitreichendsten Vorschläge, die gemacht wurden. Man müsse einen Punkt finden, der langfristig ein Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben ermöglicht.

BM *Genscher* fragt, ob es richtig sei, daß der französische Präsident in Mailand

16 Die EG-Kommission schlug am 14. September 1983 vor, eine Sonderabgabe von 4% des Richtpreises zu erheben, die von jedem Milcherzeuger gezahlt werden sollte, der jährlich mehr als 60000 kg Milch liefere und mehr als 15000 kg Milch je Hektar Futteranbaufläche und Jahr erzeuge. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1983, S. 57.

17 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

18 Großbritannien trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1973 bei. Für den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

19 Zu den Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 29, Anm. 17.

erklärt habe, Frankreich sei bereit, auf 1,6% zu gehen.[20] Unser Eindruck sei es, daß die Franzosen auch 1,4% haben wollten.

MP *Craxi* bestätigt, daß dieser Eindruck richtig sei. Präsident Mitterrand habe im übrigen gesagt, daß auch andere 1,6% befürworteten. Er könne vieles von dem, was der Bundeskanzler über die Gemeinschaft gesagt habe, unterstreichen. Eine Gemeinschaft mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter habe keine Zukunft. Deshalb sei die Frage wichtig, wie sich Europa zukünftig politisch, rechtlich, wirtschaftlich, aber auch institutionell gestalte. Es seien auch keine ausreichenden Mittel für die kulturelle Zusammenarbeit bereitgestellt. Entsprechend seiner Tradition sei Italien fasziniert von dem Gedanken einer Relance-Politik.

Was die praktischen Fragen angehe, so sei Italien dafür, daß der Haushalt der Gemeinschaft wieder in Ordnung gebracht werde. Man sei für eine Haushaltsregelung auf der Grundlage einer bedeutsamen Anhebung der Eigenmittel. Man sei auch für die Erweiterung der Gemeinschaft und sei bereit, über die Reduktion der Ausgaben zu sprechen, einschließlich der Ausgaben für den landwirtschaftlichen Bereich. Was für Italien unerträglich sei, weil in sich widersprüchlich und ungerecht, das sei das Problem der Milch. Italien sei in der Milchproduktion defizitär. Italien sei der Hauptkunde der großen Milchausfuhrländer. Wenn Italien seine Produktion drosseln solle, so werde dies das Handelsbilanzdefizit vergrößern. Was die aktive und passive Bilanz angehe, so sei nach italienischen Berechnungen die Stellung Italiens in der Gemeinschaft in landwirtschaftlichen Produkten die ungünstigste Position überhaupt. Das Defizit sei weitaus größer als die Aktiva in der Bilanz mit der Gemeinschaft. Italien sei aber bereit, im Hinblick auf die Gesamtheit der anderen Probleme auch einen Beitrag zu leisten.

Er sei überzeugt davon, daß man noch vor Brüssel zu einer Einigung kommen müsse. Es sei ein großes Risiko, wenn man nicht vorher wisse, wie der Rat laufen werde. Hier hänge das Damoklesschwert der Europawahlen über uns. Wenn Brüssel ein Fehlschlag werde, so werde die Regierung im Wahlkampf auf der Anklagebank sitzen. Auch Europa-Gegner würden daraus Munition beziehen. Wir sollten deshalb einen Kompromiß finden.

Bundeskanzler antwortet, dies sei jetzt keine Frage mehr von schlauen Formulierungen. Seine Frage sei, was man wirklich wolle. Wir sollten das Menschenmögliche versuchen und die Vorarbeiten für Brüssel soweit wie möglich vorantreiben, damit ein Erfolg zustande komme. Für Bundeskanzler Schmidt sei die Lage noch völlig anders gewesen als für ihn. Er konnte noch auf jeden EG-Gipfel gehen und hatte in der Öffentlichkeit mehr Unterstützung als im Parlament. Bei ihm sei es umgekehrt. Deshalb müsse das, was wir machten, einen Sinn geben. Was wir in Stuttgart beschlossen hätten, werde uns nach heutiger Berechnung einschließlich notwendiger nationaler Ausgleichsmaßnahmen ca. 6 Mrd. DM kosten, ausgehend von einer Anhebung der Mehrwertsteuer-Grenze um 0,4%. Er, der Bundeskanzler, sei überrascht, daß Mitterrand gesagt habe,

[20] Staatspräsident Mitterrand traf am 20. Februar 1984 in Mailand mit Ministerpräsident Craxi zusammen.

1,6% sei eine negotiable Größe. Vor 14 Tagen sei man sich noch mit ihm über 1,4% einig gewesen. Hier sehe er große Probleme.

MP *Craxi* antwortet, Mitterrand habe gesagt, 1,6% sei eine ausgewogene Zahl, die zwischen den Minimal- und den Maximalpositionen liege.

Bundeskanzler äußert, unsere Partner müßten unsere Position als Nettozahler sehen.

MP *Craxi* antwortet, wir müßten das Ganze in der Perspektive sehen, daß wir dann auch für zehn Jahre Ruhe hätten.

Bundeskanzler erwidert hierauf, wenn die These heißen sollte, wenn man jetzt mehr gebe, werde es länger halten, so sei dies eine totale Verkennung der Mentalität der Politiker. Je mehr man gebe, um so schneller werde auch verbraucht. Italien und die Bundesrepublik Deutschland stünden jetzt vor dem gleichen Problem. Die Wirtschaft müsse angekurbelt, die Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Wir müßten für die Wirtschaft vernünftige Rahmenbedingungen schaffen, Schulden abbauen, vom konsumtiven Teil der Haushalte in den investiven umschichten. In Europa könnten wir nicht das Gegenteil davon machen.

AM *Andreotti* äußert, er glaube nicht, daß man von gegenläufigen Politiken sprechen könne. In letzter Zeit werde immer mehr von neuen Politiken in Europa gesprochen, damit Europa nicht hinter den Rest der Welt zurückfalle. Es gehe nicht um 1,4 oder 1,6%, es gehe darum, wie die Mittel ausgegeben würden. Zum Teil würden neue Politiken in der Gemeinschaft auch Ersparnisse in nationalen Haushalten ermöglichen, dann nämlich, wenn die Gemeinschaft einspringe.

Bundeskanzler antwortet, das Hauptproblem sei die Beherrschung der Agrarproduktion. Er glaube nicht, daß wir neue Politiken finanziell beherrschen könnten, wenn wir die vorhandenen Politiken nicht beherrschten.

AM *Andreotti* fordert Bundeskanzler auf, mit seiner großen Autorität die Dinge voranzutreiben. Wenn Dänen und Holländer weinten, müsse man sagen, es tue Kindern hin und wieder gut, wenn sie weinen müßten. Die Niederlande produzierten 200% ihres Milchkonsums, die Dänen siebenmal mehr, als sie selbst verbrauchten. Der Gedanke, daß für alle ausgewogene Positionen gefunden würden, Italien dann aber mit dieser Frage isoliert dastehe und für den Fehlschlag verantwortlich gemacht würde, sei widerwärtig. Das würde auch sehr ungerecht sein.

Bundeskanzler äußert, ihm scheine, daß wir noch ein gewaltiges Aufgabengebiet vor uns hätten. Er werde mit Präsident Mitterrand heute abend darüber sprechen.[21]

Abschließend fragt AM *Andreotti*, ob der Bundestag noch vor der Europawahl das Projekt eines Vertrages zur Europäischen Union (Spinelli-Initiative) diskutieren werde.

Bundeskanzler antwortet, wir könnten das jederzeit machen.

21 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 24. Februar 1984 in Paris vgl. Dok. 59.

MP *Craxi* gibt einen kurzen Sachstandsbericht über die Lage an den italienischen Grenzen.[22] Er erläutert, der italienische Finanzminister[23] habe eine Erklärung abgegeben. Die italienische Regierung werde morgen einen Gesetzesentwurf prüfen, der Bestimmungen vorsehe, die erforderlich seien, die Kontinuität der normalen Abfertigung an den Grenzen sicherzustellen. Die Regierung sichere auf jeden Fall für die nächste Zeit die Effizienz der Dienstleistungen zu.

Ohne daß dies an die Öffentlichkeit dringen müsse, wolle er darauf hinweisen, daß die Regierung zukünftig im Falle neuer Streiks entweder auf eine Dienstverpflichtung zurückgreifen oder aber die Beamten des Zolls durch die Finanzpolizei ersetzen wolle.

AM *Andreotti* fügt hinzu, dies seien Sofortmaßnahmen, um das akute Problem zu regeln. Psychologisch aber sei vielleicht der Moment günstig, um zu einer gemeinschaftlichen Zollabfertigung zu kommen.

Bundeskanzler erklärt sich einverstanden. Die Minister sollten so schnell wie möglich zusammenkommen. Diese Angelegenheit schade dem Europa-Gedanken in der Öffentlichkeit mehr als die übrigen EG-Probleme.

Referat 010, Bd. 178885

59

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

24. Februar 1984[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 24. Februar 1984, 19.15 Uhr bis 22.30 Uhr, in Paris

Teilnehmer: Jacques Attali, Chef des diplomatischen Beraterstabes des Präsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; zwei Dolmetscher.

Präsident *Mitterand* gab einleitend einen ausführlichen Bericht über seine Gespräche mit den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Sein erstes Gespräch habe er mit Mrs. Thatcher geführt.[2] Danach sei er am 2. Fe-

22 Zum Streik der italienischen Zollbeamten vgl. Dok. 56, Anm. 3.

23 Bruno Visentini.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 27. Februar 1984 gefertigt und am selben Tag an Bundesminister Genscher zur „persönlichen Unterrichtung“ übermittelt.
Hat Genscher am 27. Februar 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178884.

2 Premierministerin Thatcher hielt sich am 23. Januar 1984 in Frankreich auf.

bruar mit dem Bundeskanzler auf Schloß Ludwigshöhe zusammengetroffen.[3] Danach habe er seine Gespräche in folgender Reihenfolge geführt: Niederlande, Luxemburg, Griechenland, Belgien, Dänemark, Italien und Irland.[4] Alle diese Gespräche habe er in der gleichen Weise eingeleitet wie auf Schloß Ludwigshöhe. Im Mittelpunkt habe die Frage der Begrenzung des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft gestanden, wie es von Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland verlangt werde.

Für die Begrenzung des EG-Haushalts gebe es drei Kriterien: Das erste sei die Berufung auf Artikel 203 der Römischen Verträge.[5] Die Erhöhung des EG-Haushalts sollte im Jahre 1984 anstelle der ursprünglich geplanten 20–23% Steigerungsrate nur eine solche von 10–12% vorsehen. Der Römische Vertrag sage zwar nichts über die obligatorischen Ausgaben aus. Diese sollten jedoch nicht über 10% steigen.

Das zweite Kriterium sei der Beschluß des Europäischen Rates vor zweieinhalb Jahren in London[6], daß die Agrarausgaben nicht die Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaft übersteigen dürften. Daraus ergebe sich eine Steigerungsrate von etwa 7%. Er habe die Kurve für die Bundesrepublik Deutschland überprüfen lassen und feststellen lassen, daß sie einen beeindruckenden Verlauf nehme, wenn man dieses Grundprinzip zugrunde lege. So weise die Kurve für die Bundesrepublik im Jahre 1992 ein Defizit von 3,5 Milliarden ECU aus. Dies sei doch sehr eindrucksvoll. Nach seinen Kriterien, die er für die zukünftigen Haushaltseinsparungen zugrunde legen wolle, ergeben sich für die Bundesrepublik erhebliche Einsparungen:

Für 1986 850 Millionen ECU Einsparungen.

Für 1989 1400 Millionen ECU Einsparungen.

Für 1992 2300 Millionen ECU Einsparungen.

Diese Einsparungen für die Bundesrepublik Deutschland ergeben sich, wenn das Junktim des Londoner Beschlusses zugrunde gelegt werde, daß die Agrarausgaben die Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaft nicht übersteigen dürfen. Diese Zahlen, die er genannt habe, stellten keinen absoluten Wert dar, könnten jedoch eine Grundlage für die weiteren Überlegungen sein.

Der *Bundeskanzle*r wies darauf hin, daß eine Begrenzung der Steigerungsrate des EG-Haushalts der Zustimmung des Europäischen Parlaments bedürfe. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß dies davon abhinge, was man politisch wolle. Auch das Europäische Parlament müsse sich an die Bestimmungen der Römischen Verträge halten und dürfe deshalb nicht über 10–12% für die Steigerung des EG-Haushalts hinausgehen. Wenn in der Vergangenheit die Steigerungsraten 23% erreicht hätten, dann habe dies daran gelegen, daß das Europäische

3 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 2. Februar 1984 auf Schloß Ludwigshöhe vgl. Dok. 29 und Dok. 30.

4 Staatspräsident Mitterrand besuchte am 6./7. Februar 1984 die Niederlande, am 8. Februar Luxemburg, am 10. Februar Griechenland, am 15. Februar Belgien, am 17. Februar Dänemark, am 20. Februar Italien und am 21. Februar 1984 Irland.

5 Für den Wortlaut von Artikel 203 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 884.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vgl. AAPD 1981, III, Dok. 348 und Dok. 349.

Parlament freie Hand erhalten hätte. Er wolle keinen Konflikt mit dem Europäischen Parlament, aber dessen Position sei unvernünftig.

Sein Vorschlag entspreche den Interessen der Bundesrepublik und Großbritanniens. Er müsse darauf hinweisen, daß die kleinen Mitgliedstaaten über diese Überlegungen sehr beunruhigt seien. Dies gelte für Irland und Griechenland, aber auch für Frankreich, das ein Agrarland sei. Dennoch glaube er, daß seine Überlegungen eine Grundlage sein könnten, über die auch Frankreich verhandeln könne. Seine Vorschläge führen dazu, daß zwei Nettozahler beträchtliche Summen einsparen könnten. Wenn sich Großbritannien und die Bundesrepublik mit seinen Vorschlägen einverstanden erklären könnten, dann würden beide einen größeren Spielraum erhalten für Konzessionen in anderen Bereichen. Beide könnten beispielsweise vor ihren Parlamenten und vor der öffentlichen Meinung darauf hinweisen, daß größere Sparmaßnahmen als vorgesehen erreicht werden konnten.

Es sei jedoch unerläßlich, daß die Bundesrepublik einen Teil des britischen Ausgleichs übernehme. Nach seinen Vorschlägen würde die Bundesrepublik rund 600 Millionen ECU einsparen. Davon könnte sie einen Anteil von etwa 250 bis 300 Millionen ECU für die Entlastung Großbritanniens übernehmen. Die Bundesrepublik würde dann immer noch rund 300 Millionen ECU einsparen. Die Entlastung für Großbritannien müßte insgesamt geringer ausfallen, als dies Mrs. Thatcher fordere. Die meisten Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft seien absolut gegen jede Entlastung Großbritanniens, weil diese nicht in der Logik der Römischen Verträge läge. Aber 1980 habe man sich schließlich mit der britischen Forderung abgefunden.[7] Man müsse jedoch bei den britischen Berechnungen Berichtigungen vornehmen. Mrs. Thatcher spreche von einer Entlastung in der Größenordnung von etwa 200 Milliarden ECU. Sie täusche sich jedoch, sie habe Waren einbezogen, die Großbritannien nur für den Transit erreichen. Dagegen habe die Europäische Kommission die Ausgangslage richtig analysiert. Die Entlastung für Großbritannien könne real nur etwa 1,2 Milliarden ECU betragen. Die deutsche Berechnung habe eine Größenordnung von 1,4 Milliarden ECU ergeben, weil sie auf dem Prinzip der Mehrwertsteuer beruhe. Die Griechen hätten wieder eine andere Berechnungsgrundlage herangezogen. Frankreich sei ursprünglich gegen jede Form einer Erstattung für Großbritannien eingetreten. Es sei aber jetzt bereit, einen Anteil an zwei Dritteln der 1,2 Milliarden ECU zu übernehmen. Das britische Problem könnte also mit einer solchen realistischen Zahl gelöst werden. Mrs. Thatcher sei jedoch nicht nur über die Größenordnung der vorgesehenen Entlastung beunruhigt, sondern auch über den vorgesehenen Zeitraum. Sie wolle eine dauerhafte Lösung erreichen, und die scheint für sie heute wichtiger zu sein als die Höhe der Entlastung. Es gebe jedoch kein Land in der Europäischen Gemeinschaft, das für eine Dauerlösung eintrete.

Er habe Mrs. Thatcher zwei Hypothesen vorgeschlagen: Er habe eine Lösung vorgeschlagen, die bis zum Beitritt Spaniens gelten sollte. Ein weiterer Gedanke sei gewesen, die britische Entlastung so lange fortzuführen, bis die Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft nach der Erhöhung von 1% auf 1,4–1,6%

[7] Zur EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel vgl. Dok. 29, Anm. 16.

erschöpft seien. Sollten diese erhöhten Eigenmittel durch neue Politiken erschöpft werden, müsse über die politische Entlastung neu verhandelt werden. Er halte diese Überlegung für einen interessanten Vorschlag. Die kleineren Mitgliedsländer der Gemeinschaft denken bereits über eine stärkere Erhöhung der Eigenmittel nach, z. B. von 1% auf 1,6%. In einem solchen Falle würde die Dauer für die britische Entlastung verlängert werden können.

Er habe genau das umgekehrte Interesse, erklärte der *Bundeskanzler*. Die Erhöhung der Eigenmittel darf 1,4% nicht überschreiten. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß er zwei Möglichkeiten sehe: 1) Die Dauer der britischen Entlastung wird mit dem Beitritt Spaniens gekoppelt und würde dann einen Zeitraum von sieben Jahren umfassen. 2) Die Dauer der Entlastung werde von der Erhöhung der Eigenmittel auf 1,4% abhängig gemacht. Dies ergebe einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren.

Nach seiner Ansicht müßte auf dieser Grundlage eine Einigung möglich sein, weil insbesondere Frankreich in dieser Frage eine große Konzession machen würde. Frankreich sei ja ursprünglich gegen eine erneute Entlastung für Großbritannien gewesen.

Der *Bundeskanzler* fragte nach der Haltung von Mrs. Thatcher. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß es noch zu früh sei, die Haltung von Mrs. Thatcher einzuschätzen. Beim ersten gemeinsamen Gespräch sei Mrs. Thatcher für die Abschaffung der Luxemburger Vereinbarung[8] eingetreten und habe einen anderen Mehrwertsteuer-Schlüssel gefordert. Wenn sie auf dieser Meinung beharren werde, werde sie die anderen acht Mitgliedstaaten gegen sich haben. Er wisse ja nicht, welche Position die Bundesrepublik einnehmen wolle. Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er für diese Überlegungen von Mrs. Thatcher keine Sympathie hege.

Präsident *Mitterrand* wiederholte noch einmal, daß er mit einer Entlastung für Großbritannien in einer Höhe von 700–750 Millionen ECU einverstanden sei, und zwar für eine Dauer von fünf bis zehn Jahren in gleichbleibender Höhe. Er werde am 5. März erneut mit Mrs. Thatcher zusammentreffen[9] und ihr sagen, daß sie ihre Forderungen nicht übertreiben solle. Er sei jedoch bei den EG-Partnern bei dieser Frage nicht auf erhebliche oder dramatische Hindernisse gestoßen. Die Bundesrepublik würde starke Einsparungen gegenüber dem heutigen Stand erreichen können. Dies gelte auch für den Fall, daß die Bundesrepublik erneut einen Anteil an der britischen Entlastung übernehmen würde. Er halte deshalb seinen Vorschlag für eine diskutable Grundlage.

Präsident Mitterrand leitete auf die Agrarfragen über. Er habe bei den großen Agrarproduzenten viele Sorgen gegenüber der Begrenzung des Anstiegs des Europäischen Haushalts angetroffen. Aus seiner Sicht stelle die Begrenzung der Milchproduktion das größte Problem dar. Großbritannien und die Bundesrepublik würden in dieser Frage eine strikte Position einnehmen: Sie wollen keine Überschußproduktion und fordern, daß die Erhöhung der Eigenmittel nicht für

8 Zum Beschluß der EG-Ministerratstagung am 20./21. April 1970 in Luxemburg über die Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 29, Anm. 17.

9 Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher trafen am 5. März 1984 in Chequers zusammen.

die Überschüsse verwandt werde. Er wolle dazu nur feststellen, daß die Europäische Gemeinschaft bereits Überschüsse produziere, die bezahlt werden müßten.

Die Kommission habe deshalb beispielsweise eine Fettsteuer vorgeschlagen.[10] Diese Fettsteuer solle Einnahmen in der Höhe von 600 Millionen ECU erbringen. Falle die Fettsteuer weg, fehlten Einnahmen von 600 Millionen ECU, die anderweitig nicht gedeckt seien. Sollte eine Begrenzung der Milchproduktion auf 97,2 Millionen Tonnen erreicht werden, sei dennoch nicht das Problem der bereits bestehenden Überschüsse in der Milchproduktion gelöst. In dieser Frage gebe es verschiedene Positionen:

Frankreich sei der größte Milchproduzent in der Größenordnung von 27,5 Millionen Tonnen. Deutschland produziere etwa 25 Millionen Tonnen. Die Begrenzung der Milchproduktion müsse deshalb auf zwei Jahre verteilt werden. Eine sofortige Begrenzung würde einen Schock auslösen. Es sei denn, man würde sich auf spezielle Maßnahmen zur Erleichterung einigen, z. B. könnte man überlegen, ob Landwirte mit 55 Jahren ihre Arbeit einstellen könnten. Dies würde die Milchproduktion um 25–30% reduzieren. Er könnte sich auch eine Kompensation für Bergbauern vorstellen. Die größten Überschüsse würden jedoch nicht von Frankreich und der Bundesrepublik produziert, sondern von Großbritannien und den Niederlanden. Großbritannien und die Niederlande hätten in den letzten drei Jahren ihre Produktion um rund 30% gesteigert, Frankreich und Deutschland dagegen nur um 7%. 1981 habe er auf dem Europäischen Rat in London die Bestimmung annehmen lassen, daß Steuervorteile nur den kleinen Milchproduzenten zukommen sollten. Er habe dabei eine Mindestgrenze von 60 000 Kilo Jahresproduktion vorgeschlagen. Wer mehr produziere, solle keine Steuervorteile erhalten. Von anderen Ländern sei jedoch die Berechnung der Milchmenge auf einer anderen Grundlage durchgeführt worden. Dänemark unterstütze den französischen Vorschlag, eine Quotenregelung von 60 000 Kilo Jahresproduktion einzuführen. Andere Länder hätten auf diesen französischen Vorschlag noch nicht geantwortet. Er könne nur noch einmal darauf hinweisen, daß er in Frankreich mit sozialen Unruhen rechnen müsse, wenn die Milchproduktion sofort begrenzt werden würde.

Von zwei Mitgliedsländern habe er zwei andere Denkmodelle vorgetragen bekommen. Irland, dessen Milchproduktion 12% der Agrarproduktion ausmache, trete für eine Begrenzung in einem Zeitraum von drei bis vier Jahren ein. Der italienische Ministerpräsident Craxi habe ihm erläutert, daß Italien nur 60% des Eigenbedarfs an Milch produziere und deshalb jede Begrenzung ablehne. Italien sei nur bereit, die Steigerung der Milchproduktion zu begrenzen. Dies sei das einzige Zugeständnis, zu dem Ministerpräsident Craxi bereit sei. Wenn Italien an dieser Haltung festhalten werde, sei es wahrscheinlich, daß der griechische Ministerpräsident Papandreou eine ähnliche Haltung einnehmen werde. Die Frage der Begrenzung der Milchproduktion stelle für ihn deshalb das schwierigste Aktenstück dar.

Der *Bundeskanzler* fragte, ob das Ziel, die Milchproduktion auf 97,2 Millionen Tonnen zu begrenzen, unbestritten sei. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß die-

10 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Abgabe auf pflanzliche Öle und tierische Fette vgl. Dok. 29, Anm. 30.

ses angestrebte Ziel zu den politischen Folgen führen werde, die er geschildert habe. Wenn man die 97 Millionen Tonnen ausschließlich als mathematischen Begriff sehe, sei diese Forderung indiskutabel. Wenn man jedoch über diese Zahl hinausgehen wolle, müsse man die Mittel dafür aufbringen. Frankreich nehme in dieser Frage eine versöhnliche Haltung ein, müsse jedoch die Vor- und Nachteile abwägen. Für Frankreich sei in dieser Frage das Fenster nicht geschlossen. Dies gelte jedoch für Italien und Griechenland.

Präsident Mitterrand berichtete über die Position der europäischen Mitgliedstaaten in der Frage der Substitutionsprodukte.[11] Alle Mitgliedsländer seien damit einverstanden, daß Verhandlungen mit den USA über eine zukünftige Lösung aufgenommen werden sollten. Damit seien auch Großbritannien, die Niederlande und Dänemark einverstanden. Diese Verhandlungen sollten möglichst bald beginnen.

Was die Fettsteuer betreffe, habe er feststellen müssen, daß die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande absolut gegen die Einführung dieser Steuer seien. Er selbst wolle sich auf die Fettsteuer nicht versteifen, müsse jedoch darauf hinweisen, daß in einem solchen Falle Einnahmen in der Höhe von 600 Millionen ECU fehlen würden, für die ein Ersatz gefunden werden müßte.

Präsident Mitterrand sprach als nächstes Thema den Währungsausgleich an.[12] Er habe festgestellt, daß dieses Thema nicht viele Partner interessiere. Der Währungsausgleich sei vor allem von Italien, Griechenland und den Niederlanden angeprangert worden. Im großen und ganzen sei jedoch der Währungsausgleich auf ein deutsch-französisches Problem reduziert.

Der *Bundeskanzler* bat den Präsidenten, vor dieser Frage das Problem der Garantieschwellen abzuhandeln. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß er auf diese Frage im Zusammenhang mit der Diskussion über neue Ressourcen zurückkommen wolle. Generell wolle er nur soviel sagen, wenn der Anstieg des Haushalts begrenzt werden solle, würden nicht mehr viele Mittel übrigbleiben. Griechenland hoffe jedoch, daß die Europäische Gemeinschaft Mittel für die Mittelmeerprodukte und für die integrierten Mittelmeerprogramme zur Verfügung haben werde. Griechenland trete deshalb für eine Erhöhung der Eigenmittel um 0,6% auf 1,6% ein. Davon sollen nach Griechenland für Spanien und Portugal 0,2% zur Verfügung gestellt werden, der Rest solle für die Mittelmeerprodukte abgezweigt werden, was verständlich wäre.

Präsident Mitterrand wies noch einmal darauf hin, daß die meisten EG-Partner in der Frage des Währungsausgleichs ihre Besorgnisse äußern würden, dennoch handle es sich dabei um ein bilaterales deutsch-französisches Problem. Die Position Frankreichs sei unverändert: Es wolle einen Abbau des Währungsausgleichs innerhalb von drei Jahren. Frankreich sei dafür bereit zu akzeptieren, daß in Zukunft nur noch negative Währungsausgleichsbeträge entstehen sollen. Soviel er wisse, verlange die Bundesrepublik als erste Stufe eine Um-

11 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, die Getreidesubstitutimporte zu begrenzen, vgl. Dok. 29, Anm. 31.

12 Zur Frage der Währungsausgleichsbeträge im Rahmen der EG-Agrarpolitik vgl. Dok. 29, besonders Anm. 15.

wandlung positiver Währungsausgleichsbeträge in negative. Dem Bundeskanzler sei auch die besondere Lage in der Frage des Schweinefleisches[13] bekannt.

Als nächstes Thema sprach Präsident Mitterrand die Frage neuer Ressourcen an. Dieses Thema stehe für ihn im Zusammenhang mit der Frage über die Zukunft Europas. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und das damit verknüpfte Problem der Mittelmeerprodukte würden neue Ausgaben erforderlich machen. Darüber hinaus müsse man mit neuen Vereinbarungen rechnen, z. B. für eine europäische Zusammenarbeit im Weltraum, bei der Entwicklung neuer Technologien, der Intensivierung des Sprachunterrichts und bei gemeinsamen Industrieprojekten. Man müsse auch mit neuen Kosten rechnen, wenn man die Struktur für ein politisches Europa verstärken und erweitern wolle. Nach seinen Erfahrungen treten Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Deutschland und Frankreich, weniger jedoch Italien, für eine Verstärkung des politischen Europa ein. Griechenland und Großbritannien seien dagegen. Vielleicht sei auch Irland dazu bereit. Dänemark sei aufgeschlossener dafür gewesen, als er erwartet hätte. Wie die Lage auch immer sei, wenn Deutschland und Frankreich vorangehen, werde es einen Durchbruch geben.

Präsident Mitterrand erinnerte an seine Rede in Den Haag.[14] Er habe dort angedeutet, daß es in diesen Fragen eine Vereinbarung von sechs, sieben oder acht Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft geben könne. Auch ein Kern von sechs Mitgliedstaaten sei für ihn möglich. Er sei sich sicher, daß in einem solchen Fall andere Mitgliedstaaten nachziehen würden.

Was die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft betreffe, so habe es bei der letzten Ministerratssitzung[15] einen echten Fortschritt gegeben. Frankreich habe seinen Widerstand fallengelassen, verlange jedoch eine Regelung für Obst und Gemüse. Auch die Steigerung der Weinproduktion in Spanien, Italien und Frankreich müsse eingestellt werden, wenn nicht die Europäische Gemeinschaft nach der Erweiterung zahlungsunfähig werden solle. Die Gespräche Frankreichs mit Spanien seien sehr hoffnungsvoll verlaufen, daß Spanien dazu bereit sein könnte. Seit Frankreich seinen Widerstand eingestellt habe, habe er jedoch feststellen müssen, daß jetzt Widerstand von anderen Mitgliedsländern bemerkbar wird. Die Probleme mit Spanien müßten in sieben bis zehn Jahren zu lösen sein, wobei die Fristen für die landwirtschaftlichen Fragen anders ausfallen müßten wie für die Probleme im industriellen Bereich. Spanien fordere jedoch gleiche Fristen sowohl für die Landwirtschaft wie für die Industrie. Die französischen Unterhändler seien jedoch gegen solche Regelungen. Er sei sich jedoch darüber im klaren, daß Frankreich den spanischen Stolz berücksichtigen müsse.

Er sei bereit, für beide Komplexe der Landwirtschaft wie der Industrie eine Frist von sieben Jahren zu akzeptieren. Er könne mit Befriedigung feststellen, daß in der Frage der Erweiterung große Fortschritte erreicht werden konnten. Wenn der Rest noch geregelt werde, könnten die Verhandlungen mit Spanien im September bis November abgeschlossen werden.

13 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Änderung der Währungsausgleichsregelung bei Schweinefleisch vgl. Dok. 29, Anm. 40.

14 Zur Rede des Staatspräsidenten Mitterrand vor dem niederländischen Parlament am 7. Februar 1984 in Den Haag vgl. Dok. 52, Anm. 18.

15 Die EG-Ministerratstagung fand am 20./21. Februar 1984 in Brüssel statt.

Abschließend gab Präsident Mitterrand einen Überblick über den Stand der Probleme, wie er sich ihm nach Abschluß der ersten Gesprächsrunde zusammenfassend darstelle. In der Frage der Begrenzung des Anstiegs des EG-Haushaltes sei es wichtig, daß es zwischen Frankreich, Großbritannien eine Übereinstimmung gebe[16], damit andere Mitgliedstaaten sich einer solchen Lösung anschließen werden. Eine solche Übereinstimmung mache jedoch einen Beitrag für die Entlastung Großbritanniens erforderlich.

Drei Fragen seien noch offen: 1) die jährliche Milchproduktion, 2) Währungsausgleich, 3) die Erhöhung der Eigenmittel.

Am 5. März werde er noch einmal mit Mrs. Thatcher zusammentreffen. Er werde dann unmittelbar seinen Europaminister Dumas zu einem Bericht nach Bonn entsenden. Seine Absicht sei es, bis zum 10. März eine abschließende Übersicht darüber zu bekommen, ob auf dem Europäischen Rat in Brüssel[17] eine Einigung möglich sein werde. Sollte keine Einigung in Aussicht stehen, werde es keinen Europäischen Rat in Brüssel geben. In einem solchen Fall werde es auch im Juni auf dem Europäischen Rat[18] zu keiner Lösung kommen. Das Ergebnis wäre ein Fiasko.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er seine Antwort nur als eine erste Reaktion verstanden wissen wolle. Sollte es zu keiner Einigung kommen, wäre dies mit Sicherheit ein Fiasko. Er wisse nicht, ob sich alle Partner dessen bewußt seien.

Generell wolle er sagen, daß für ihn ein enger Zusammenhang bestünde in der Frage der politischen Perspektive Europas und der Lösung der anstehenden Probleme des Stuttgarter Paketes[19]. Er sei sich sicher, daß in der Frage neuer politischer Initiativen am Ende nur sehr wenige bereit sein werden, einen gemeinsamen Weg zu gehen. Diesen gemeinsamen Weg wollten Frankreich und Deutschland gehen, Belgien und Luxemburg ebenfalls, wahrscheinlich auch die Niederlande, dies hänge jedoch von der Stabilität der jetzigen Regierung ab, die sich in der Stationierungsfrage noch beweisen werden müsse. Was die Haltung der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft betreffe, sei er sehr skeptisch. Seine Gespräche mit Ministerpräsident Craxi und Außenminister Andreotti hätten ihn nicht sehr optimistisch gestimmt.[20] Beide seien nicht vom Geist von Messina[21] geprägt. Fanfani und Colombo seien im stärkeren Maße davon geprägt gewesen, warf Präsident *Mitterrand* ein.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß ihn die Haltung Dänemarks in dieser Frage überrasche. Er hoffe, daß Präsident Mitterrand recht behalte. Er wolle aber noch einmal darauf hinweisen, daß dieser Teilkomplex vor der Europawahl[22] öffentlich nicht zur Debatte stehen sollte. Nach den Europawahlen sollte man sich jedoch intensiv an die Arbeit machen. Er sei jedoch bereit, nach dem Europäischen Rat in Brüssel auf vertraulicher Ebene zwei bis drei Mitarbeiter zu be-

16 So in der Vorlage.
17 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vgl. Dok. 88.
18 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 181.
19 Zum „Stuttgarter Paket" vgl. Dok. 3, Anm. 10.
20 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi am 23. Februar 1984 und das deutsch-italienische Regierungsgespräch am 24. Februar 1984 vgl. Dok. 56 und Dok. 58.
21 Zur Konferenz von Messina vom 1. bis 3. Juni 1955 vgl. Dok. 47, Anm. 4.
22 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

nennen, die entsprechende Gespräche und Beratungen mit französischen Kollegen aufnehmen sollten.[23] Präsident *Mitterrand* erklärte sich dazu bereit.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal, daß für ihn entscheidend sei, daß die katastrophale finanzielle Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft unter Kontrolle komme. In diesem Zusammenhang gebe es für ihn keinen Grund, über eine Erhöhung der Eigenmittel auf 1,4% hinauszugehen. Eine weitere Erhöhung sei für ihn nicht überzeugend. Generell gelte für ihn jedoch, daß die Erhöhung der Eigenmittel in einem engen Zusammenhang stehen müsse mit der Begrenzung des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß Frankreich nicht eine Erhöhung auf 1,6% fordere. Für Frankreich komme eine Erhöhung auf 1,4 oder 1,6 in Betracht, je nachdem, worauf sich die Partner einigen würden. Wenn der Bundeskanzler auf 1,4% bestehen werde, werde er darüber nicht diskutieren.

Der *Bundeskanzler* erklärte seine Bereitschaft, die französischen Vorschläge für die Begrenzung des Anstiegs des EG-Haushaltes zu überprüfen. Ihm kommt es darauf an, eine Lösung zu erreichen, die keine weiteren Imponderabilien enthalte. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß er für seine Zahlenmodelle eine Garantie übernehmen könne. Die Bundesrepublik werde 600 Millionen ECU einsparen können und zukünftig 2,5 Milliarden ECU in den weiteren folgenden Jahren.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an der britischen Entlastung entscheidend von der Frage der zukünftig geringeren Belastung der Bundesrepublik abhänge. In diesem Geiste habe er mit dem Bundeskanzler gesprochen, erwiderte Präsident *Mitterrand*. Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß er nicht bereit sei, eine höhere Entlastung für Großbritannien als von 750 Millionen ECU anzuerkennen. In diesem Zusammenhang stelle sich auch für ihn die Frage der Dauer der britischen Entlastung. Er müsse darauf hinweisen, daß in der Bundesrepublik kaum jemand begreifen werde, daß sich die Bundesregierung an einer Entlastung Großbritanniens beteiligen solle; daß der größte Nettozahler der Europäischen Gemeinschaft dem zweitgrößten helfen solle.

Präsident *Mitterrand* erklärte, daß der Bundeskanzler völlig recht habe, jedoch die französische Öffentlichkeit verstehe ebensowenig, warum Frankreich bereit sei, 50% der britischen Entlastung zu tragen.

Der *Bundeskanzler* sprach noch einmal den Komplex der Agrarpolitik an. Er bleibe bei seiner Auffassung, daß die Milchproduktion auf 97 Millionen Tonnen begrenzt werden müsse, wie es die Kommission vorgeschlagen habe. Er verstehe, daß Frankreich eine Stufenlösung anstrebe. Drei Stufen seien jedoch nicht akzeptabel. Entscheidend sei für ihn auch, von welcher Zahl Präsident Mitterrand ausgehen wolle. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß die Bundesrepublik wie Frankreich die Produktion um zwei Millionen Tonnen einschränken müsse. Der Bundeskanzler habe von drei Stufen gesprochen, er sei bereit, eine Reduktion der Milchproduktion in einem Zeitraum von zwei Jahren zu akzeptieren. Auf eine Nachfrage des Bundeskanzlers bestätigte Präsident Mitterrand,

23 Vgl. dazu die am 17. Mai 1984 in Paris ausgearbeiteten Papiere; Dok. 137, Anm. 13. Vgl. dazu ferner Dok. 240.

daß er bereit sei, eine Grenze von 97 Millionen Tonnen in zwei Jahren zu akzeptieren. Dies sei für ihn keine ideologische Frage. Man könne jedoch eine Ausnahmeregelung für Irland nicht abschlagen. Wenn es die einzige Ausnahme bleibe, sei er damit einverstanden, erklärte der *Bundeskanzler*. Präsident *Mitterrand* fuhr fort, daß man von Italien erwarten könne, daß es seine Produktion einfriere, jedoch nicht reduziere. Außerdem solle es eine Freigrenze bis zu einer Jahresproduktion von 60 000[24] Kilo pro Jahr geben, um vor allem die Großproduzenten zu treffen. Die Niederlande hätten diesen Vorschlag vor zwei Jahren in London akzeptiert. Ein solcher Vorschlag entspreche auch dem Geiste der Römischen Verträge, die keine Milchfabriken vorsehen würden, sondern von einer wirklichen landwirtschaftlichen Produktion ausgingen. Wer mehr als 60 000 Kilo pro Jahr produziere, müsse dafür entsprechende Zahlungen leisten.

Der *Bundeskanzler* verwies noch einmal auf die Gefahr der Überschußproduktion im Bereich der Mittelmeerprodukte. Es würde nicht ausreichen, nur eine Begrenzung der Milchproduktion zu vereinbaren. Präsident *Mitterrand* erklärte, daß er überrascht gewesen sei, wie wenig mit ihm darüber gesprochen worden sei. Der *Bundeskanzler* gab zu bedenken, daß nicht eine Entwicklung eintreten dürfe, wenn Frankreich in dieser Frage zustimme, plötzlich von anderen Mitgliedstaaten Einwände erhoben würden. Diesen Eindruck habe er nicht, erwiderte Präsident *Mitterrand*. Dies hänge jedoch davon ab, ob man bereit sei, gewisse Ressourcen für die integrierten Mittelmeerprogramme bereitzustellen.

Als nächstes Thema sprach der *Bundeskanzler* noch einmal die Frage des Währungsausgleichs an. Er wies darauf hin, daß Voraussetzung für die Lösung des Währungsausgleichsproblems sei, daß künftig kein neuer positiver Währungsausgleich für Deutschland entstehe. Damit sei er einverstanden, erklärte Präsident *Mitterrand*. Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß er mit einem echten Abbau der Währungsausgleichsbeträge in der Höhe von 5% zum 1. Januar 1985 sich bereit finden könnte. Ein früherer Zeitpunkt sei ausgeschlossen, weil das deutsche Haushaltsjahr nicht mit dem Haushaltsjahr der Europäischen Gemeinschaft übereinstimme. Der nationale Haushalt für 1984 sei bereits abgeschlossen. Ein solcher konkreter Abbau erfordere für die eintretenden Einkommensminderungen nationale Ausgleichszahlungen in Höhe von rund zwei Milliarden DM durch eine entsprechende Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Umsatzsteuer zugunsten der Landwirtschaft bis zu drei Punkten. Außerdem müssen aus dem EG-Haushalt eine Gemeinschaftshilfe und ein noch zu vereinbarender Betrag für sozialpolitische Maßnahmen zugunsten kleinerer und mittlerer Betriebe bereitgestellt werden. Eine zweite Stufe könnte die Umwandlung von 3% positiven in 3% negativen Währungsausgleich beinhalten. Der restliche deutsche Währungsausgleich sollte nach den Regeln des Gentlemen's Agreement abgebaut werden. Dieser dreistufige Abbau müsse eine Frist von mindestens vier Jahren umfassen. Die französischen Bedenken in der Frage des Währungsausgleichs für Schweinefleisch sollten damit praktisch gelöst sein. Für ihn als Bundeskanzler bedeute ein solcher Vorschlag eine Haushaltsbelastung von insgesamt sechs Milliarden DM, die er im Parlament vertreten müsse. Er sei jedoch entschlossen, dieses Problem zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zu bereinigen. Der Präsident müsse jedoch wissen, daß dies für ihn zu Hause

[24] Korrigiert aus: „6000".

eine große Kraftanstrengung bedeuten werde. Der Bundeskanzler verwies dabei auf die Haltung der SPD. Präsident *Mitterrand* warf ein, daß demgegenüber die Franzosen dächten, daß er immer Helmut Kohl nachgeben würde.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal nachdrücklich, daß seine Haltung zu den Fragen des Stuttgarter Paketes sehr stark bestimmt werde von der politischen Perspektive, die damit für Europa eröffnet werden könnte. Er sei zu einer schnellen Regelung bereit. Präsident *Mitterrand* schlug vor, daß Roland Dumas jederzeit bereit sei, nach Bonn zu kommen. Er habe sich erst gestern mit Sir Geoffrey Howe getroffen.

Der *Bundeskanzler* wies noch einmal darauf hin, daß für ihn eine Entscheidung in dem spezifisch deutsch-französischen Problem eingebettet bleibe und bleiben müsse in die Entscheidung für das Gesamtpaket von Stuttgart. Überraschend bleibe für ihn der Bericht des Präsidenten, daß die südlichen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die Frage der Mittelmeerprodukte nicht stärker in das Gespräch eingeführt hätten. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß das griechische Memorandum[25] erwähnt worden sei. Präsident Papandreou brauche jedoch einen politischen Erfolg. Er habe ihm erklärt, daß alle seine Vorschläge von einer strikten Begrenzung der Steigerungsrate des Haushalts der Gemeinschaft ausgingen. Auf dieser Grundlage bleibe nicht mehr viel Spielraum für Sonderinteressen.

Um 21.00 Uhr gingen der Bundeskanzler und Präsident Mitterrand gemeinsam vor die Presse.

Um 21.30 Uhr wurde das Gespräch im Rahmen eines gemeinsamen Essens fortgeführt. An diesem Essen nahm der französische Europaminister Roland Dumas teil. Minister *Dumas* berichtete, daß er am Vortage ein dreistündiges Gespräch mit Sir Geoffrey Howe geführt habe. Im Mittelpunkt habe die Begrenzung der Haushaltsausgaben gestanden. Es sei gelungen, eine Übereinstimmung in den Grundprinzipien zu erreichen. Die Entlastung Großbritanniens soll sich danach im Rahmen der Erhöhung der Eigenmittel von 1% auf 1,4% bewegen. Die Entlastung soll solange erfolgen, bis die Mittel im Rahmen der Erhöhung der Eigeneinnahmen auf 1,4% erschöpft seien. Dann sollten neue Verhandlungen stattfinden. Diesem Vorschlag habe Großbritannien zugestimmt.

In der Frage der Begrenzung der Milchproduktion lehne Großbritannien eine plötzliche Absenkung ab. Es sei eine Einigung erreicht worden, daß eine Begrenzung in zwei oder drei Jahren erreicht werden solle. Das Ziel bleibe eine Begrenzung auf 97 Millionen Tonnen.

Auf Wunsch des Präsidenten gab Minister Dumas einen Bericht über die Verhandlungen mit Spanien. Die Debatte in Brüssel sei schwieriger als erwartet verlaufen.[26] Die europäischen Partner hätten gegenüber Spanien härtere For-

25 Für den Wortlaut des griechischen Memorandums („Standpunkte der griechischen Regierung betreffend die Beziehungen Griechenlands mit den Europäischen Gemeinschaften"), das am 22. März 1982 übergeben wurde, vgl. BULLETIN DER EG 3/1982, S. 100–104.

26 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 17, Anm. 15.
Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 21. Februar 1984 über die 19. Ministertagung mit Spanien am selben Tag in Brüssel: „In heutiger Ministertagung, die von beiden Seiten übereinstimmend als Einleitung der entscheidenden Phase der Beitrittsverhandlungen gewürdigt wurde, übergab Gem[einschaft] nach gestriger Einigung im AM-Rat grundsätzliche Landwirtschaftserklärung, während SPA seinerseits Erklärungen zu Sozialfragen und zu dem Status der Kanarischen

derungen gestellt als Frankreich. So hätten sie auch eine Agrarhilfe für Spanien für die ersten fünf Jahre abgelehnt. Spanien sei darüber sehr betroffen gewesen. Dennoch habe sich inzwischen Ministerpräsident González öffentlich sehr zufrieden geäußert. Er könne insgesamt sagen, daß er wisse, daß Spanien am Ende sehr zufrieden gewesen sei. Was Portugal anginge, gebe es keinerlei Probleme.[27]

Im Verlaufe des Gesprächs wiederholte Präsident *Mitterrand* noch einmal seinen Wunsch, den direkten Kontakt mit Bonn zu verstärken. Er werde den Auftrag an Roland Dumas erteilen, wann immer es nötig sei, nach Bonn zu reisen. Auf jeden Fall solle Dumas nach seinem Gespräch mit Mrs. Thatcher berichten.

Die Beitrittsfrage Spaniens werde im wesentlichen mit Frankreich geregelt werden. Zwischen der Bundesrepublik und Frankreich gebe es eigentlich kein echtes Problem mehr. Er ginge davon aus, daß die Frage des Währungsausgleichs noch vor dem 5. März geregelt werden könne. Das größte Problem stelle noch Mrs. Thatcher dar. Mrs. Thatcher sollte sich jedoch nicht hinter den Problemen der anderen verstecken können.

Präsident *Mitterrand* und der *Bundeskanzler* verabredeten, daß Minister Dumas telefonisch Kontakt mit Horst Teltschik aufnehmen solle, um die weiteren Kontakte abzustimmen.

Präsident *Mitterrand* sprach noch einmal kurz das Problem der neuen Politiken an. Er vertrat die Auffassung, daß der Schwerpunkt auf die sprachliche Ausbildung gelegt werden solle. Der *Bundeskanzler* erklärte sich damit sehr einverstanden. Er sei überzeugt, daß dies am Ende mehr Erfolg bringen würde als Vereinbarungen über technische Projekte.

Zum Abschluß schlug der Bundeskanzler vor, daß er bereit sei, noch einmal mit dem Präsidenten persönlich zusammenzutreffen, wenn sich weitere Schwierigkeiten ergeben sollten. Der Europäische Rat in Brüssel müsse zu einem Erfolg geführt werden. Dies sei vor allem im Hinblick auf die politische Perspektive von großer Bedeutung. Entsprechende Initiativen sollten im Herbst eingeleitet werden. Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal, daß in dieser Frage nicht das langsamste Schiff das Tempo des gesamten Geleitzuges bestimmen dürfe. Präsident *Mitterrand* erwiderte, wenn Frankreich und die Bundesrepublik vorgingen, würden die anderen Partner folgen.

Das gesamte Gespräch verlief in einer sehr aufgelockerten und zuversichtlichen Stimmung.

Am Rande der Begegnung erläuterte *Attali* mir gegenüber noch einmal die Auffassung der französischen Seite:

Fortsetzung Fußnote von Seite 309

Inseln vorlegte. […] In erster Reaktion wies SPA darauf hin, daß nach wie vor sehr große Meinungsunterschiede bestünden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 639; Referat 410, Bd. 130429.

27 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 17, Anm. 15.
Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), informierte am 24. Februar 1984: „28. Tagung der Beitrittskonferenz EG – PTG auf Stellvertreter-Ebene am 24.2.84 in Brüssel erlaubte weitere Fortschritte der Beitrittsverhandlungen im Landwirtschaftsbereich. Während Gem[einschaft] Teilerklärung zu den Agrarsektoren übergab, legte PTG erste Stellungnahme zu der Agrarstruktur-Erklärung der Gem. vom Januar 1984 vor. […] Gem. übergab Erklärung zu den Zielen und Modalitäten der Übergangszeit für einzelne Agrarsektoren". Vgl. den Drahtbericht Nr. 705; Referat 410, Bd. 130425.

1) Die Bundesregierung sollte die voraussichtliche Agrarpreiserhöhung zum 1. April 1984 um 0,8% nutzen, um den Währungsausgleich in einem ersten Schritt konkret abzubauen.

2) Die Begrenzung der obligatorischen Einnahmen und die Festschreibung des Prinzips, daß die Agrarkosten weniger steigen als die eigenen Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft, entsprechen der Forderung der Bundesrepublik nach einer zu bestimmenden Obergrenze.

Referat 010, Bd. 178884

60

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

511-531 E-2015/83 **24. Februar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Strafverfolgung Walther Rauff, Chile

Anlg.: 1[4]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des als Anlage beigefügten Drahterlasses an die Botschaft Santiago de Chile

I. Im Jahr 1962 hat die Bundesregierung die chilenische Regierung um Auslieferung des ehemaligen SS-Standartenführers Walther Rauff, der des Mordes in ca. 97000 Fällen beschuldigt ist[5], zur Strafverfolgung ersucht. Das deutsche Ersuchen wurde 1963 von der chilenischen Regierung mit der Begründung abgelehnt, daß die dem Verfolgten zur Last gelegten Straftaten nach chilenischem

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schober und Legationsrat Krapp konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. Februar 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 25. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 511 verfügte.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. Februar 1984 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Redies am 28. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Bertele am 2. März 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schober und Legationsrat Krapp verfügte.
Hat Schober am 2. März 1984 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 12.

5 Walther Rauff wurde beschuldigt, „in der Zeit von Herbst 1941 bis mindestens Mitte 1942 in Berlin, Rußland und Serbien durch eigene Initiative und Planung, gemeinschaftlich handelnd mit den Machthabern des NS-Staates […] mindestens 97 000 Menschen grausam und aus niedrigen Beweggründen getötet zu haben“. Er sei in der fraglichen Zeit „Gruppenleiter der Gruppe II D des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin“ gewesen. Dieser Gruppe habe das Referat II D 3 a (Kraftfahrwesen) unterstanden: „In diesem Referat wurden die sogenannten ‚Gaswagen‘ entwickelt, mit denen vorwiegend in den besetzten Ostgebieten Menschen meist jüdischer Abstammung ermordet wurden.“ Vgl. den Haftbefehl des Amtsgerichts Hannover vom 21. Februar 1984; B 83 (Referat 511), Bd. 1743.

Recht verjährt seien. Gleichwohl sind später weitere Prüfungen durchgeführt worden, um die Auslieferung von Rauff in die Bundesrepublik Deutschland doch noch zu erreichen. Nach deren Ergebnis muß aber davon ausgegangen werden, daß mit Rücksicht auf die formelle Rechtskraft eines Urteils des Obersten Gerichtshofs von Chile vom 26.4.1963, das der Entscheidung der chilenischen Regierung über die Ablehnung des deutschen Auslieferungsersuchens zugrunde liegt, keine begründete Erfolgsaussicht für ein erneutes Auslieferungsersuchen besteht.

II. Eine weitere Möglichkeit, die Strafverfolgung Walther Rauffs zu erreichen, wäre die Ausweisung bzw. Abschiebung aus Chile. Zwar hat der chilenische Außenminister[6] kürzlich der Presse gegenüber erklärt, daß die Sache vom Obersten Gericht im Jahr 1963 entschieden worden sei, insoweit sei auch eine Ausweisung untunlich. Dennoch ist nicht auszuschließen, daß sich die chilenische Regierung aufgrund erneuter nachdrücklicher Bemühungen der Bundesregierung und anderer Staaten zur Abschiebung entschließt.

III. Das Ehepaar Klarsfeld aus Paris und Simon Wiesenthal haben sich in letzter Zeit mit erheblicher Resonanz an die internationale Öffentlichkeit gewandt und auf den Fall Rauff hingewiesen. Während Frau Klarsfeld in Chile Demonstrationen organisierte, mobilisierte Herr Klarsfeld während des Bundeskanzlerbesuchs in Israel[7] von dort aus die internationale Presse.

Simon Wiesenthal wurde am 16.2.1984 von Präsident Reagan empfangen. Er äußerte sich anschließend gegenüber der Presse befriedigt über Präsident Reagans Interesse an den Bemühungen, die Ausweisung Walther Rauffs aus Chile zu erreichen. Simon Wiesenthal bemüht sich jetzt um einen Termin bei Bundeskanzler Kohl für den 1. oder 2. März 1984. Falls der Termin zustande kommt, sollte die Bundesregierung vorher an die chilenische Regierung herangetreten sein und das nach wie vor bestehende Interesse der Bundesregierung an einer Strafverfolgung Walther Rauffs betont haben.

Inzwischen haben sich auch amerikanische Kongreßabgeordnete und britische Unterhausabgeordnete, u. a. Denis Healey, an unsere Botschaften in Washington bzw. London gewandt. Anläßlich der Plenartagung des Europaparlaments in Straßburg vom 13. – 17.2.1984 wurde eine Entschließung angenommen, in der Chile aufgefordert wird, Walther Rauff auszuweisen.[8]

Am 23.2.1984 haben zwei Vertreter der amerikanischen Botschaft im Auswärtigen Amt ein Non-paper übergeben. Es heißt darin, daß die amerikanische Regierung bereit sei, ein deutsches Ersuchen um Ausweisung zu unterstützen.[9]

IV. Der BMJ hat mit Schnellbrief vom 23.2.1984 vorgeschlagen, daß die Bundesregierung im Hinblick auf die politische Bedeutung des Falles Rauff an die chilenische Regierung herantreten und mit Nachdruck um eine Abschiebung Rauffs

6 Jaime del Valle Alliende.

7 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel auf. Vgl. dazu Dok. 18–20.

8 Für den Wortlaut der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Februar 1984 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 77 vom 19. März 1984, S. 76 f.

9 In dem undatierten Non-paper hieß es: „We believe that if anything is to be done, it should be done quickly. We are concerned that Israeli approaches in the last few weeks may precipitate a formal and irreversible Chilean stand. We would also suggest that keeping any approach to the Chileans confidential will assure the best opportunity for success." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1743.

in die Bundesrepublik Deutschland ersuchen solle.[10] Aus dem BMJ verlautet, daß die zuständige Staatsanwaltschaft davon ausgehe, daß es im Falle einer Überstellung Rauffs an die deutschen Behörden zu einer Verurteilung kommen werde. Die Frage, wie die Überstellung Rauffs in die Bundesrepublik durchzuführen wäre, sei zwar technisch kompliziert, könne aber durchaus gelöst werden (evtl. Zwischenlandung in den Vereinigten Staaten, notfalls Direktabholung durch Bundeswehrmaschine[11]).

V. Abteilung 5 schlägt daher vor, den in der Anlage beigefügten Drahterlaß an die Botschaft Santiago de Chile zu richten. Die Botschaft wird darin gebeten, an die chilenische Regierung heranzutreten und in dort geeignet erscheinender Weise um Abschiebung Walther Rauffs in die Bundesrepublik Deutschland zu ersuchen.[12]

Bertele

B 83 (Referat 511), Bd. 1743

10 Für das Schreiben des Bundesministers Engelhard vom 23. Februar 1984 an das Auswärtige Amt vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1743.

11 Die Wörter „notfalls … Bundeswehrmaschine“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die Kostenfrage müßte noch geklärt werden, müßte aber lösbar sein.“

12 Ministerialdirektor Bertele teilte der Botschaft in Santiago de Chile am 24. Februar 1984 mit, gegenüber der chilenischen Regierung solle „in dort geeignet erscheinender Weise mit Nachdruck“ das „nach wie vor bestehende erhebliche deutsche Interesse an einer Strafverfolgung von W[alther] Rauff betont und darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Behörden im Fall der Abschiebung in die Bundesrepublik Deutschland bereit seien, W. Rauff von deutschen Beamten abholen und auf deutsche Kosten hierher überstellen zu lassen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1398; B 83 (Referat 511), Bd. 1743.
Auf eine entsprechende Verbalnote der Botschaft in Santiago de Chile vom 1. März 1984 teilte das chilenische Außenministerium in einer am 8. März 1984 dort eingegangenen Antwortnote mit: „Die chilenische Regierung kann dem Ersuchen […] nicht entsprechen, da im Fall des Walther Rauff ein 1963 ergangenes vollstreckbares Urteil des Obersten Gerichtshofs vorliegt, mit dem ein Auslieferungsantrag abgewiesen wurde […]. Das Ministerium für Auswärtige Beziehungen kann nicht umhin, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland ihr tiefes Befremden angesichts der Tatsache zum Ausdruck zu bringen, daß dieser Antrag 21 Jahre nach Ergehen des Urteils gestellt wird, nachdem vier Präsidentschaften in der Ausübung der Obersten Staatsgewalt einander abgelöst haben, ohne daß die Bundesregierung sich jemals während dieser zwei Jahrzehnte auf die in der Note […] angeführten Gründe berufen hätte.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1743.
Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, berichtete am 14. Mai 1984: „Hiesige Presseorgane melden soeben vorab, daß Walther Rauff an Lungenkrebs gestorben ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 113; B 83 (Referat 511), Bd. 1743.

61

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort

311-321.00 JEM-145/84 geheim **24. Februar 1984**[1]

Herrn Staatssekretär mit der Bitte, am Rande des Treffens der beamteten Staatssekretäre am Montag, den 27.2.1984, auf StS Fröhlich, BMI, im Sinne des Punktes 6 unten einzuwirken.[2]

Betr.: Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich mit der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen)

Anlg.:1[3]

1) Der jemenitische Präsident Ali Abdullah Saleh hat unseren Botschafter in Sanaa[4] im November 1983 in einem sehr vertraulichen Gespräch um unsere Hilfe bei einer umfassenden Reorganisation der jemenitischen Geheimdienste gebeten.[5] Es ging dem Präsidenten dabei vor allem um Beratung in organisatorischen Fragen. Er wandte sich in dieser sehr wichtigen und sensitiven Angelegenheit an uns, weil er, wie er sagte, uns vertraue und als Freund betrachte, der keine eigenen Interessen in Jemen verfolge.

2) Das Auswärtige Amt hat die Erfüllung dieses Wunsches wegen der großen politischen Bedeutung des Landes, das auch von der Sowjetunion heftig umworben wird, und des westlichen Interesses an seiner Stabilität und echten Unabhängigkeit gegenüber den zuständigen deutschen Stellen nachdrücklich befürwortet.

3) Am 31. Januar 1984 ist auf einer Besprechung im Auswärtigen Amt (Teilnehmer: Auswärtiges Amt, BMI, BND, BfV) beschlossen worden, eine Fach-Delegation, bestehend aus je einem Vertreter des BMI, BND, BKA und BfV, in den Jemen zu entsenden.

Zweck der Reise soll es sein, ein umfassendes Bild von der gegenwärtigen Situation der Sicherheitsdienste und vor allem von den Wünschen und Vorstellungen des Präsidenten zu gewinnen, damit in einer zweiten Phase Empfehlungen für die geplante Reorganisation ausgearbeitet werden können.

In der Besprechung herrschte Einverständnis darüber, daß die Mitglieder der Delegation erfahrene Beamte, möglichst auf Referatsleiterebene oder darüber, sein und umfassende organisatorische Kenntnisse sowie Verständnis für fremde Strukturen und Erfordernisse besitzen sollten.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit und Legationsrat I. Klasse Riedler konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Lautenschlager am 27. Februar 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Mit StS Fröhlich b[e]spr[ochen]. 2) H[errn] Dg 31 wie tel[efonisch] bspr."
Hat Ministerialdirigent Montfort erneut vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6.

4 Peter Metzger.

5 Zum Gespräch des Botschafters Metzger, Sanaa, mit Präsident Saleh am 23. November 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 358.

4) Die jemenitische Seite wurde über unsere grundsätzliche Bereitschaft, eine Evaluierungsdelegation zu entsenden, unterrichtet.

5) Das BMI, das wegen der Mitreise nicht nur seiner eigenen Beamten, sondern auch der des BKA und des BfV zustimmen muß, hat dem Auswärtigen Amt am 24.2.1984 in einem mit StS Fröhlich abgestimmten Schreiben (liegt an[6]) mitgeteilt, daß es zunächst Erkundungen durch eine zweiköpfige technische Delegation, bestehend aus einem Polizeipraktiker und einem Nachrichtentechniker, für ausreichend hält. Durch eine zu große und zu hochrangige Delegation würden die Erwartungen auf jemenitischer Seite zu hochgeschraubt.

6) Dieser Vorschlag des BMI ist sowohl politisch als auch taktisch nicht akzeptabel. Da der Delegation als Gesprächspartner außer dem Präsidenten Persönlichkeiten im StS-Rang gegenüberstehen würden, müßte sich die jemenitische Seite durch eine zu niedrigrangige Delegation brüskiert fühlen. Eine Delegation von Technikern wäre mit Sicherheit nicht in der Lage, die erwartete konzeptionelle Arbeit zu leisten. Es bestünde für die Jemeniten Grund, die Ernsthaftigkeit unseres Willens zu einer besonders wichtigen und delikaten Zusammenarbeit anzuzweifeln und sich in ihrem in uns gesetzten Vertrauen getäuscht zu fühlen. Ein solches Ergebnis des Delegationsbesuchs würde angesichts der Bedeutung, die dem Sicherheitswesen von jemenitischer Seite zugemessen wird, unsere bilateralen Beziehungen belasten.

Wir plädieren daher mit Nachdruck für eine Zusammensetzung der Delegation, die den fachlichen Erfordernissen und den Erwartungen der Jemeniten gerecht wird (d. h. möglichst Referatsleiterebene).

Eine nochmalige Erkundigung bei LR I Erbel, der an dem Gespräch mit Präsident Saleh teilgenommen hatte, ergab, daß dieser prioritär nicht materielle Geschenke, sondern hochqualifizierte, konzeptionelle Beratung erwartet.

7) StS Fröhlich sollte zunächst informell am Rande des Treffens der beamteten Staatssekretäre über unsere Haltung zur Frage des Niveaus der Delegation unterrichtet und gebeten werden, seine restriktive Haltung zu revidieren. Die Bekanntgabe des Termins der Delegationsreise sollte möglichst nicht verzögert werden. Daher wäre eine rasche Entscheidung erwünscht. Falls eine Einigung informell nicht zustande kommt, müßte dem Innenministerium unser Votum allerdings schriftlich mitgeteilt werden.[7]

Montfort

VS-Bd. 13569 (311)

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Bundesministeriums des Innern an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schlagintweit vgl. VS-Bd. 13569 (311).

7 Staatssekretär Meyer-Landrut teilte Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, mit Schreiben vom 9. März 1984 mit: „Sehr geehrter Herr Kollege, ich nehme Bezug auf das Gespräch, das StS Lautenschlager am 27.2.1984 über die Entsendung einer deutschen Expertenkommission nach Nordjemen mit Ihnen geführt hat. […] Es würde sich vielleicht eine befriedigende Lösung ergeben, wenn Sie grundsätzlich der Entsendung eines verantwortlichen Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zustimmen, der die Delegationsleitung übernehmen könnte, falls hierfür nicht ein Herr Ihres Hauses in Frage kommt, und daß über die Entsendung von Herren aus dem BKA im Rahmen Ihrer Weisung auf Arbeitsebene entschieden wird. Wegen einer geeigneten Persönlichkeit aus dem BND wird das Auswärtige Amt direkt mit diesem in Verbindung treten." Vgl. VS-Bd. 13569 (311); B 150, Aktenkopien 1984.
Zu den Ergebnissen des Besuchs einer Expertenkommission aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 332.

62

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kroneck

513 VS-NfD **Aufgabe: 25. Februar 1984, 19.43 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1383 Plurez
Citissime nachts

Betr.: Hilfe für Deutsche aus der DDR

Bezug: dortige Berichterstattung

1) Verbringung der zur Zeit in der Botschaft befindlichen Deutschen[2] aus der DDR direkt in die Bundesrepublik Deutschland ist nicht möglich. Es besteht jedoch Grund zur Annahme, daß DDR damit einverstanden ist, Übersiedlung der Betroffenen in die Bundesrepublik zu erlauben, sofern diese vorher unverzüglich in die DDR zurückkehren.

DDR wird folgende Zusicherungen geben:

– Straffreiheit,

– Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik innerhalb von zwei bis drei Monaten.

DDR verlangt unbedingtes Stillschweigen der Betroffenen nach deren Rückkehr in die DDR. Empfohlen wird Kontaktaufnahme mit Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Vogel unter der der Botschaft bekannten Adresse.

2) Bitte Betroffene von dieser Möglichkeit unterrichten mit der Erklärung, daß Zusicherungen dieser Art bisher immer von DDR eingehalten worden sind. Andere Lösungen des Problems nicht sichtbar.

3) Mit endgültiger Zustimmung der DDR-Behörden zu dem geschilderten Verfahren ist am Montag, den 27.2.1984, gegen Mittag zu rechnen. Botschaft wird telefonisch unterrichtet werden. Bitte dann sofort Daten über Ausreise und voraussichtlichen Grenzübergang durchzugeben. Wegen Nachricht an DDR-Grenz-

[1] Durchdruck.
Drahterlaß an die Botschaft in Prag, Staatssekretär Rehlinger und Ministerialdirektor Baumgärtel, beide Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ministerialrat Plewa, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Dienststelle Berlin), und Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt.
Hat Legationsrat I. Klasse Walbroel, Bereitschaftsdienst, am 25. Februar 1984 vorgelegen.

[2] In einer Aufzeichnung des Referats 513 vom 13. Februar 1984 wurde vermerkt: „In den letzten Jahren ist es mehrfach vorgekommen, daß DDR-Deutsche nicht nur in der Ständigen Vertretung in Berlin, sondern auch in unseren Vertretungen im Ostblock Zuflucht gesucht haben. Sie haben dabei erklärt, die Botschaft nicht verlassen zu wollen – es sei [denn], sie dürften in die Bundesrepublik reisen. Eine solche unmittelbare Reise in die Bundesrepublik aus diesen Staaten ist nicht möglich. Über das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und dessen Kanäle zu den DDR-Behörden konnte aber erreicht werden, daß die betreffenden Personen die Zusicherung erhielten, innerhalb einer gewissen Zeit nach Rückkehr in die DDR die Ausreiseerlaubnis in die Bundesrepublik zu erhalten. Sie wurden im Rahmen der ‚besonderen Bemühungen' des BMB später in die Bundesrepublik gebracht. Die DDR hatte in allen Fällen die Zusagen eingehalten. Unter Berufung auf die Fluchtfälle in die US-Botschaft in Berlin (Ost) häuften sich die Fälle der Zuflucht der DDR-Deutschen insbesondere in unsere Botschaft in Prag (insgesamt ca. 30 Personen in den letzten drei Wochen)." Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1680.

behörden soll zwischen Durchgeben der Daten und Grenzübertritt Frist von 36 Stunden liegen.

4) Presseanfragen und Erwähnungen in morgigen Medien sind zu erwarten, insbesondere im Hinblick auf Äußerungen von Bundesminister Windelen.[3] Bitte auf Anfrage erklären, daß Botschaft zu solchen Anfragen grundsätzlich nicht Stellung nehme.[4]

5) Nur zur Unterrichtung der Botschaft zum Fall Berg/Stoph[5]: Ministerpräsident Stoph ist unterrichtet. Er erklärt, daß er seit langem keine Beziehungen zu seiner Nichte unterhalte. Deshalb wird auch eine besondere Regelung dieses Falles abgelehnt. Familie Berg wird behandelt wie andere DDR-Bürger in gleicher Lage.

[gez.] Kroneck

B 85 (Referat 513), Bd. 1680

3 In der Presse wurde berichtet, Bundesminister Windelen habe sich zu den in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag geflüchteten Personen aus der DDR geäußert: „‚Wir werden uns auf dem anwaltschaftlichen Wege um die Lösung der Probleme bemühen.' Auf die Frage, ob er optimistisch sei, sagte er: ‚Die Entscheidung liegt nicht bei uns; der Fall ist natürlich schwieriger als diejenigen, die bisher anstanden.'" Vgl. den Artikel „Nichte von Stoph floh aus ‚DDR' in deutsche Botschaft nach Prag"; WELT AM SONNTAG vom 26. Februar 1984, S. 1.

4 Ministerialdirigent Redies notierte am 2. März 1984: „Die Zufluchtfälle in unserer Botschaft in Prag dauern weiterhin an. Gegenwärtiger Stand: 22 DDR-Bürger, bisweilen hielten sich jedoch bis zu 30 Zufluchtsuchende dort auf." Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1680.

5 Botschafter Meyer, Prag, berichtete am 26. Februar 1984: „Ehepaar Berg, die über von ihnen benutztes Radiogerät über Medienecho ihres Falles in der Bundesrepublik unterrichtet waren, wiesen bei zwei eingehenden Gesprächen, die ich mit ihnen führte, nachdrücklich darauf hin, daß die Bedingung des unbedingten Stillschweigens nach ihrer Rückkehr in die DDR durch die Meldungen der Medien in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr erfüllbar ist. […] Reaktion der Bevölkerung ihres Wohnortes werde sein, daß ‚Prominentenverwandten' die Übersiedlung ermöglicht würde, während die Anträge ‚normaler' DDR-Bürger keine Aussicht hätten. […] Ehepaar Berg hat sich nach eindringlichem Zureden schließlich bereit erklärt, auf ihre Forderung einer direkten Ausreise in die Bundesrepublik zu verzichten, aber nur unter der Bedingung, daß sie lediglich in die DDR zurückkehren, um sofort weiter in die Bundesrepublik ausreisen zu können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 172; VS-Bd. 13417 (214); B 150, Aktenkopien 1984.
Am 28. Februar 1984 teilte Meyer mit, das Ehepaar Berg weigere sich, „auf die von DDR gestellten Bedingungen einzugehen […]. Sie sehen die reale Gefahr, daß in der DDR von ihnen durch familiären oder polizeilichen Druck eine Erklärung erzwungen werde, daß sie freiwillig in der DDR bleiben wollten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 189; VS-Bd. 13417 (214); B 150, Aktenkopien 1984.
Meyer informierte am 29. Februar 1984, nach „mehreren eingehenden Gesprächen" habe sich das Ehepaar Berg nun doch bereit erklärt, zu den „‚Normalbedingungen' der DDR" an seinen Wohnort in die DDR zurückzukehren. Vgl. den Drahtbericht Nr. 201; B 85 (Referat 513), Bd. 1681.
Das Ehepaar Berg traf am 20. März 1984 in der Bundesrepublik ein. Vgl. dazu den Artikel „Mit Pantoffeln"; DER SPIEGEL, Nr. 16 vom 16. April 1984, S. 128–131.

63

Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 333
Cito

Aufgabe: 27. Februar 1984, 17.30 Uhr[1]
Ankunft: 27. Februar 1984, 19.36 Uhr

Betr.: neue Akzente der britischen Außenpolitik

Bezug: DB 288 vom 17.2.84 – Pol 369.40 VS-NfD[2]
DB 325 vom 24.2.84 – AZ: Pol 321.32[3]
Telefongespräch MDg Stabreit/Botschafter vom 24.2.84

Zur Unterrichtung

Die britische Außenpolitik ist in den letzten Monaten in eine Bewegung geraten, die uns dazu zwingt, ihre Rückwirkungen auf Deutschland vor eigenen Entscheidungen einzukalkulieren. Trotz mancher neuer Aspekte bleibt die britische Politik gleichwohl berechenbar.

Augenfälliges Zeichen einer veränderten Außenpolitik ist das Engagement, mit dem die Regierung Thatcher die Öffnung nach Osten betreibt. Diese Bereitschaft, unserem Eintreten für einen intensiven Ost-West-Dialog nun nach langem Zögern ebenfalls zu folgen, paart sich allerdings mit zunehmend spürbarer Irritation, ja Sorge, sich auf dem Weg nach Europa von einer aus Londoner Sicht

1 Hat Vortragendem Legationsrat Ehni am 28. Februar 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zepter am 29. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert und Legationsrat I. Klasse Cuntz „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Seibert am 1. März 1984 vorgelegen.
Hat Cuntz am 2. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr interessanter Bericht.“

2 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte mit, der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, habe ihn am selben Tag um Erläuterungen zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl in dessen Rede auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 15. Februar 1984 in Travemünde gebeten. Presseberichten entnehme er, Bullard, „daß die Bundesregierung eine neue Initiative zur politischen Einigung Europas beabsichtige, die aber zugleich auch darauf abziele, die Krise der EG zu überwinden. Die geplante Initiative beziehe sich anscheinend in erster Linie auf eine engere Zusammenarbeit der Westeuropäer im Bereich der Sicherheitspolitik. Besonders herausgestellt habe der Bundeskanzler offenbar die deutsch-französische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.“ Bullard habe sich erkundigt, wann die Bundesregierung Konsultationen hierüber plane und „ob die Bundesregierung eine Initiative zur Fortentwicklung der EPZ beabsichtige oder ob sie evtl. mit Frankreich abgestimmte Überlegungen zu einer Wiederbelebung der WEU vortragen wolle“. Wechmar berichtete weiter: „Wie wir dazu auf Arbeitsebene erfuhren, liegen der Anfrage Bullards hauptsächlich britische Bedenken gegen eine Wiederbelebung der WEU zugrunde. Nach britischer Ansicht müsse bei einer Wiederbelebung dieser Organisation mit Umsicht vorgegangen werden, damit nicht bei den Amerikanern der Eindruck entstehe, sie würden ausgeschlossen. Briten seien auch besorgt wegen einer möglichen Entstehung eines ‚Europe à deux vitesses‘, bei dem GB zu dem sich langsamer auf Europa zu entwickelnden Teil der Gemeinschaft gerechnet würde.“ Vgl. Referat 200, Bd. 148656.

3 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete: „Für das Gespräch BK – PM am 28.2. regte D[eputy]U[nder]S[ecretary of]S[tate] Bullard an, der Bundeskanzler möge gegenüber Mrs. Thatcher klarstellen, daß die im Elysée-Vertrag vorgesehene enge deutsch-französische Zusammenarbeit sich nicht gegen Großbritannien richte. Umgekehrt schlug ich Bullard vor, bei der Gesprächsvorbereitung darauf zu achten, daß die PM sich nicht nur auf die Teilfragen der Gemeinschaftsprobleme konzentriert, sondern ihre ‚Vision‘ eines künftigen Europa entwickeln möge.“ Vgl. Referat 205, Bd. 135278.

allzu engen deutsch-französischen Zusammenarbeit an den Rand gedrängt zu sehen.

Die neue „Ostpolitik" Margaret Thatchers ist sowohl das Ergebnis einer realistischen Überprüfung der Ost-West-Beziehungen, die ihren Niederschlag auch in einem vertraulichen Bericht des Planungsstabs des Foreign Office fand, als zugleich der steten Bemühungen Bonns, in London Verständnis für die Fortsetzung des Dialogs mit Moskau und dessen Verbündeten zu finden. Washingtons Ungeschicklichkeiten („Schock von Grenada"[4], Libanon-Abenteuer, Wiederaufnahme von Waffenlieferungen der USA an Argentinien) mögen mit dazu beigetragen haben, sich in der Frage der Beziehungen zum Osten vorsichtig von der Reagan-Administration abzusetzen.

Sir Julian Bullard berichtete mir hierzu vertraulich, daß PM Thatcher nach wochenlanger Prüfung im Anschluß an die Unterhauswahlen im Juni 1983[5] die Richtungsänderung mit AM Howe und unter Beteiligung von VM Heseltine ohne ausdrücklichen Kabinettsentscheid beschlossen habe.

Frau Thatchers eigene Erfahrungen während ihres Ungarn-Besuchs[6] haben den Prozeß beschleunigt. Der Tod Andropows erlaubte ihr kurz darauf, selbst nach Moskau zu fahren[7], was sie beim Ableben Breschnews noch unterlassen hatte.

Die jüngsten Erklärungen von Staatsminister Luce vor dem Genfer VN-Abrüstungsausschuß über die Notwendigkeit der Fortsetzung des Dialogs mit dem Osten[8] (nach Rückkehr der PM von Moskau und gewiß nicht als beiläufige private Meinung vorgetragen) unterscheiden sich deutlich von Äußerungen der Regierung Thatcher bis etwa zum Sommer vorigen Jahres, als London die damals ebenfalls noch härtere Haltung Washingtons voll unterstützte, ja sogar gelegentlich darüber hinausging. Sie gehen, laut Bullard, auf die Entscheidung der PM zurück, daß auch Abrüstung nur in einer Atmosphäre des Vertrauens möglich sei. Gewiß ist dies auch Teil eines Versuchs einer innenpolitischen Profilierung. Unter dem Strich bleibt jedoch eine Entwicklung, die uns künftig in dieser Frage – den Ost-West-Beziehungen – mit der britischen Regierung in einem Boot zu finden scheint.

Begleitet, in den Augen einiger Beobachter sogar überschattet, wird dieses positive, offensive Element jedoch gegenwärtig von sichtbarer Besorgnis wegen der Anzeichen einer weiter intensivierten Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn. Das ständige Trauma der Italiener, aus Entscheidungsprozessen ausgeschlossen zu sein, scheint sich nun auch den Briten mitgeteilt zu haben.

Im Ton zwar höfliche, in der Sache jedoch erkennbar beunruhigte Anfragen leitender Persönlichkeiten des Foreign Office zu deutschen Äußerungen über mög-

4 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

5 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

6 Premierministerin Thatcher besuchte Ungarn vom 2. bis 4. Februar 1984.

7 Premierministerin Thatcher hielt sich am 13./14. Februar 1984 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 9. Februar 1984 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in der UdSSR auf.

8 Für den Wortlaut der Ausführungen des Staatsministers im britischen Außenministerium, Luce, am 14. Februar 1984 vor der Genfer Abrüstungskonferenz vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 537–541 (Auszug).

liche deutsch-französische Initiativen hinsichtlich einer Europäischen Union nach den Wahlen zum Europaparlament[9] und erklärte Skepsis im Zusammenhang mit Pariser Bemühungen um eine Revitalisierung der WEU[10] vermitteln gelegentlich den Eindruck einer Furcht vor Isolation.

Dieser Eindruck paart sich allerdings mit dem entschiedenen Festhalten Londons an der britischen Haltung hinsichtlich des EG-Haushalts – eine Position, deren Isolationscharakter (unter Umständen innerhalb der Gemeinschaft zu einer Neun-zu-eins-Konstellation führend) auch den Briten klar ist. Unzweifelhaft spielt dabei auch eine Rolle, daß Großbritannien als EG-Spätling[11] noch immer das Gefühl einer gewissen Zweitklassigkeit gegenüber den Gründer-Sechs nicht ganz los wird. Um so mehr schärfen sich hier die Konturen des Gedankens, man könne gezwungen sein, neben der selbst gewählten Einzelgänger-Rolle auch in eine von außen herbeigeführte Isolierung zu geraten.

Diesen möglichen Spannungen entgegenzuwirken, muß unsere Aufgabe bleiben. Die PM setzt, wie ich aus mir berichteten Äußerungen Frau Thatchers gegenüber kanadischen Regierungsmitgliedern weiß, dabei in erster Linie auf den Bundeskanzler und den Bundesminister des Auswärtigen. Beide wurden bei einer Beschreibung der restlichen EG-Partner gegenüber den kanadischen Besuchern von der PM mit den besten Noten bedacht. Präsident Mitterrand, PM Papandreou und Craxi schnitten ganz schlecht ab (Bullard: „Sozialisten"!). Dieses Vertrauen gälte es zu nutzen, die Engländer so früh und so eng wie möglich einzubinden. London muß Gewähr gegeben sein, daß wir es solange nicht als langsames oder gar langsamstes Schiff des europäischen Geleitzugs betrachten, als es nicht von selbst vor Anker geht.

Die Intensität, mit der britische Gesprächspartner von Rang gerade in diesen Tagen die Europafreundlichkeit der jetzigen Regierung unterstreichen – wobei man den Eindruck einer Sprachregelung aus 10 Downing Street gewinnt – läßt natürlich auch den Verdacht zu, daß hier eine spätere Schuldzuweisung („an uns hat es ja nicht gelegen") vorbereitet werden könnte.

Im FCO wird uns gesagt, daß zunächst einmal die gegenwärtigen Schwierigkeiten der EG überwunden sein müßten, ehe man sich anderen Zielen zuwenden sollte. Derzeit gelte es, den schon eingelieferten Patienten zu heilen, ehe man sich anderen Krankheiten und künftigen Gesundungsprozessen zuwende. Natürlich wird die Existenz des Elysée-Vertrages[12] nicht übersehen. Sie wird vielmehr ausdrücklich respektiert. Mit einer Mischung aus Eifersucht, Mißtrauen und Sorge wird mancherorts hier allerdings verfolgt, wie sehr die sicherheitspolitische Zusammenarbeit Bonn/Paris im Rahmen dieses Vertrages in den vergangenen Monaten in den Vordergrund getreten ist.[13] Die herausgehobene Stellung Großbritanniens (Nuklearmacht, ständiges Mitglied des Sicherheitsrats,

9 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

10 Zu den französischen Überlegungen für eine Belebung der WEU vgl. Dok. 1.

11 Großbritannien trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1973 bei. Für den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

12 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

13 Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik vgl. Dok. 9 und Dok. 16.

für Deutschland und Berlin verantwortlich u. a.) müßte allerdings, so wird dabei betont, auch in diesem Zusammenhang in Rechnung gestellt werden.

Es geht (noch) nicht darum, daß London eine enge deutsch-französische Kooperation zu hintertreiben sich anschickt. Viel lieber würden die Engländer beteiligt sein. Der Gedanke eines Zweier-Direktoriums in Europa, einer „Achse" Bonn/Paris, erschreckt vor allem jene, die sich ehrlich um Europa bemühen und die mannigfachen Widerstände im eigenen Land überwinden möchten. Mitterrand würde als Mittler Schwierigkeiten haben. Der Bundeskanzler und sein Außenminister könnten einen Ausgleich herbeiführen. Zur Zeit ist allerdings angesichts der strengen und starren Haltung in der Finanzfrage eine Verhärtung eher nicht auszuschließen.

Die britischen Irritationen ließen sich am besten durch einen klaren Hinweis ausräumen, daß jede deutsch-französische Zusammenarbeit aus der Natur der Sache keinen anti-britischen Aspekt und kein gegen London gerichtetes Motiv habe, sondern vielmehr ein Schlüsselbeitrag für die Schaffung Europas sei. Umgekehrt wird von uns aber auch mehr Verständnis für die britische Haltung in der Haushaltsfrage erwartet, wo wir in den Verdacht geraten sind, Kompromißformeln „with a German wrapping around French ingredients" anzubieten (z. B. Revisionsklausel nach fünf Jahren Laufzeit Finanzregelung).

[gez.] Wechmar

Referat 209, Bd. 128400

64

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London

VS-NfD **28. Februar 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Frau Premierminister Thatcher am 28. Februar 1984

Anwesend auf britischer Seite: Herr Coles als Note-taker, Herr Lederer als Dolmetscher; auf deutscher Seite: Herr MDg Stabreit als Note-taker, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 29. Februar 1984 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor Teltschik und Staatssekretär Schreckenberger an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung" geleitet. Dazu vermerkte Stabreit: „BM Genscher hat vorbehaltlich Ihrer Genehmigung Kopie des Vermerks erhalten."
Hat Teltschik vorgelegen.
Hat Schreckenberger am 2. März 1984 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 66; B 150, Aktenkopien 1984.

Auf Frage von Frau Thatcher äußert sich *Bundeskanzler* zunächst zur inneren Lage in der Bundesrepublik. Er sei sehr zufrieden, die Dinge liefen gut. Wenn heute Wahl wäre, würde er besser als vor einem Jahr[2] abschneiden. Dies alles, obwohl seine Regierung den Leuten habe Geld abnehmen müssen und er über die 35-Stunden-Woche eine Konfrontation mit den Gewerkschaften durchstehen müsse.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß neben den jetzt zu erörternden Fragen der Gemeinschaft auch die Frage der politischen Entwicklung in Europa besprochen werden müsse. Er habe Präsident Mitterrand gesehen[3] und werde in einigen Tagen nach Washington gehen[4]. Uns interessiere, wie sich die Lage in Europa nach den Wahlen[5] darstelle.

Frau *Thatcher* fragt, ob der Bundeskanzler von Präsident Mitterrand einen Eindruck darüber gewonnen habe, wie die Vorbereitungen für den Europäischen Rat[6] liefen.

Bundeskanzler erwidert, sein Eindruck sei, daß sich Präsident Mitterrand Mühe gebe. Frau Thatcher werde ihn ja am Montag sehen.[7] Unter Freunden wolle er sagen, was er bereits Herrn Mitterrand gesagt habe, daß es nämlich ungeheuer wichtig sei, daß die drei Länder Deutschland, England und Frankreich zusammenblieben. Dies müsse in psychologisch geschickter Weise geschehen. Sie dürften nicht als „die Großen" auftreten.

Frau *Thatcher* antwortet, in der Tat sollten die drei Länder zusammenbleiben. Aber dann müsse man sich auch über die Budget-Frage[8], die Währungsausgleichsbeträge[9] und die Agrarpolitik einig sein.

Bundeskanzler erläutert, für ihn bleibe alles jetzt Besprochene Zwischenstation. Das in Stuttgart vereinbarte Paket[10] müsse geschnürt bleiben. Er sei bereit, sich zu bewegen, dies jedoch nur im Rahmen einer umfassenden Lösung. Präsident Mitterrand sehe sich vor einer schwierigen Lage. Der französischen Wirtschaft gehe es nicht gut. Er brauche einen Erfolg. Es gäbe ein Problem, das insbesondere Deutschland und Frankreich anbetreffe, den Grenzausgleich, über das er jetzt mit Präsident Mitterrand gesprochen habe.

Frau *Thatcher* weist darauf hin, daß auch Großbritannien positive Währungsausgleichsbeträge habe und damit berührt sei.

Bundeskanzler erläutert, die Bundesregierung wolle zu einer Regelung kommen, die uns zwar viel Geld kosten werde, die die Sache aber aus der Welt

2 Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt, bei denen CDU (38,2%) und CSU (10,6%) zusammen 48,8% der abgegebenen Stimmen erreichten.

3 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 24. Februar 1984 in Paris vgl. Dok. 59.

4 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 70–72 und Dok. 75.

5 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vgl. Dok. 88.

7 Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher trafen am 5. März 1984 in Chequers zusammen.

8 Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 29, Anm. 16.

9 Zur Frage der Währungsausgleichsbeträge im Rahmen der EG-Agrarpolitik vgl. Dok. 29, besonders Anm. 15.

10 Zum „Stuttgarter Paket" vgl. Dok. 3, Anm. 10.

schafft. Eine solche Regelung gehe nur, wenn wir gegenüber unseren Bauern national einen Ausgleich schüfen, um die Auswirkungen abzufedern, zumal die Bauern ohnehin in diesem Jahr eine Null-Runde zu erwarten hätten. Dies werde ihn 2 Mrd. DM kosten.

Frau *Thatcher* fragt, ob er damit eine nationale Subvention geben wolle.

Bundeskanzler antwortet bejahend. Er erläutert seinen Vorschlag gegenüber Präsident Mitterrand vom 24. Februar 1984.

Frau *Thatcher* stellt die Frage, was diese Regelung für Auswirkungen auf die inflationäre Entwicklung in einzelnen EG-Staaten und auf Großbritannien insbesondere haben werde. Sie müsse dies prüfen.

Bundeskanzler schlägt vor, daß deutsche und britische Experten sich vor dem Europäischen Rat noch einmal zusammensetzen sollten. Er gehe davon aus, daß man bei der Erhöhung der Eigenmittel von 1 auf 1,4% gehen werde, nicht mehr.

Frau *Thatcher* antwortet, dies sei das Maximum. Zahlen, die von dieser oder jener Seite genannt würden und die sich in dem Bereich 1,6 bis 2% bewegten, seien für sie völlig indiskutabel.

Bundeskanzler weist Frau Thatcher darauf hin, in Europa werde kolportiert, sie wolle sich von dieser Position wegbewegen.

Frau *Thatcher* antwortet, dies werde nicht geschehen. 1,4% sei für sie das Maximum, und zwar „if we get everything else".

Bundeskanzler äußert, Präsident Mitterrand habe ihm gesagt, er werde das mittragen. Wenn die drei Länder in dieser Frage zusammenblieben, werde das laufen.

Bundeskanzler erläutert weiter, in der Frage der Agrarproduktion habe sich Präsident Mitterrand bewegt. Er sei bereit, 97 Mio. Tonnen Milchproduktion zu akzeptieren, aber in zwei Stufen. Im nächsten Jahr solle die Milchproduktion auf 98,5 heruntergefahren werden, im Jahr darauf auf 97 Mio. Tonnen. Dies sei ein großer Fortschritt. Er, der Bundeskanzler, habe eingesehen, daß es nicht in einem Jahr auf 97 Mio. Tonnen gehe. Eine Riesengefahr drohe von den Italienern. Ministerpräsident Craxi habe sich bei ihm massiv dagegen ausgesprochen.[11] Diese Milchregelung könne er akzeptieren. Was die Fettsteuer[12] angehe, sei er strikt dagegen. (Frau *Thatcher* äußert sich zustimmend: Eine „tax on oil and fats" komme überhaupt nicht in Frage.) *Bundeskanzler* äußert, Präsident Mitterrand habe dies wohl, wenn auch ohne Begeisterung, auch akzeptiert. Was das Substitutenproblem[13] anbetreffe, so solle nach Artikel 28 GATT[14] verfahren werden. Auf diese Weise könne man eine befriedigende Lösung bekommen.

Frau *Thatcher* antwortet hierauf, wenn man mit den Amerikanern zu einem freiwilligen Arrangement käme, so würden sie nach den Regeln des GATT Kom-

11 Vgl. dazu das deutsch-italienische Regierungsgespräch am 24. Februar 1984; Dok. 58.

12 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Abgabe auf pflanzliche Öle und tierische Fette vgl. Dok. 29, Anm. 30.

13 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, die Getreidesubstitutimporte zu begrenzen, vgl. Dok. 29, Anm. 31.

14 Für den Wortlaut von Artikel 28 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom 21. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, Teil II, Anlagenband I, S. 45.

pensationen verlangen. Sie fragt, ob der Bundeskanzler mit Präsident Mitterrand auch über Substitute gesprochen habe, wie z. B. Tapioka, die nicht aus den USA kämen.

Bundeskanzler verneint dies. Man habe nur über Substitute aus den USA gesprochen. Doch sei diese Frage nicht vertieft worden. Bundeskanzler fährt fort, es gebe noch einen Hauptpunkt, wo er nicht zufrieden sei. Er wolle deshalb unterstreichen, daß alles, was er bisher gesagt habe, nur vorläufiger Natur sei und eine umfassende Einigung voraussetze. (Frau *Thatcher* unterbricht zustimmend: „We agree nothing, unless we agree everything.") *Bundeskanzler* fährt fort, es gehe um die Mittelmeerprodukte. Präsident Mitterrand glaube, er könne mit seinen Überlegungen zur Einschränkung des EG-Haushaltes die Sache in den Griff bekommen. Die Überproduktion von Milch sei schon ein Wahnsinn. Aber wir würden in eine Überproduktion von Mittelmeerprodukten hineinwachsen. Fett und Milchpulver könne man noch lagern, aber Oliven könne man schon nicht mehr lagern. Solle man sie, frage er, etwa vernichten? Bei uns gehe das nicht. Die junge Generation sei sehr sensibel gegenüber den Problemen der Dritten Welt, und die Vernichtung von Lebensmitteln werde sich nicht durchsetzen lassen. Es wäre ein großes politisches Problem für ihn. Er sei nicht dogmatisch: Ob man dieses Problem mit Garantieschwellen oder einem anderen Begrenzungssystem angehe, sei ihm gleich. Tatsache sei, daß die Stunde der Wahrheit jetzt geschlagen habe.

Frau *Thatcher* erinnert daran, daß MP Craxi und AM Andreotti in Athen[15] sich nahezu geweigert hätten, Begrenzungen auch nur ins Auge zu fassen. Bei Olivenöl sei das schwierig, weil man schon die Bäume begrenzen müsse. Im übrigen sei aber schon Butter schwer zu lagern. Wir hätten jetzt über 1 Mio. Tonnen Butter in den Lagerhäusern. Im übrigen würden wir die Olivenölschwemme nicht stoppen, wenn wir nicht die Butterschwemme stoppen könnten.

Bundeskanzler sagt, in der Frage der gerechteren Lastenverteilung sei er seit dem vergangenen Freitag[16] nicht sehr klüger geworden. Hier müsse offensichtlich noch am härtesten gearbeitet werden. Was die Frage des britischen Ausgleichsproblems angehe, so sei sein Eindruck, daß Mitterrand sich hier mehr als in Stuttgart[17] bewegt habe.

Frau *Thatcher* antwortet, sie habe eine lange Diskussion mit Präsident Mitterrand darüber gehabt. Sie habe ihm gesagt, Himmel und Erde könnten sie nicht bewegen, eine zeitlich begrenzte Lösung, und sei es für fünf Jahre, zu akzeptieren, dies sei „not on". Das Finanzierungssystem der Römischen Verträge[18] sei verschieden von dem System, das wir jetzt hätten. Die Verträge hätten einen bestimmten Prozentsatz für jedes Land vorgesehen. Das jetzige System sei später gekommen und erweise sich jetzt als nicht mehr ausreichend. Deshalb brauchten wir eine Erhöhung der Eigeneinnahmen[19]. Sie werde jedoch einer solchen

15 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 375.

16 24. Februar 1984.

17 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

18 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

19 Zu den Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 29, Anm. 17.

Erhöhung nicht zustimmen, wenn es nicht eine faire Lastenverteilung in der Gemeinschaft gebe. Holland, Dänemark und Belgien sowie Luxemburg würden mehr zahlen müssen. Auch Frankreich werde Nettozahler werden. „This will be a new experience for her." Der Bundeskanzler wünsche eine obere Begrenzung des deutschen Beitrags. Sie finde das richtig. Die heranwachsende Generation in Deutschland wolle einen fairen Deal, auch die junge Generation in Großbritannien. Sie seien bereit zu zahlen, aber nicht unlimitiert. Seit vier Jahren habe sie versucht, das System radikal zu reformieren. Sie habe vorläufige Lösungen akzeptiert, da man die Finanzierungsgrenze noch nicht erreicht habe. Jetzt sei jedoch eine fundamentale Änderung in den Grundvoraussetzungen eingetreten, denn jetzt müßten die Eigeneinnahmen erhöht werden. Eine zeitlich begrenzte Lösung werde einfach nicht durchgehen („will not sink"). Präsident Mitterrand habe gesagt, er sei bereit, nach einem System zu suchen, das auf der Grundlage der individuellen Zahlungsfähigkeit beruhe. Es gäbe im übrigen Gerüchte, daß man dem Vereinigten Königreich zumuten wolle, einen Nettobeitrag etwa in Höhe von 1 Mrd. ECU jährlich zu zahlen. Dies sei gänzlich absurd. Das Parlament werde hier nicht mitmachen. Nach ihrer Vorstellung werde Großbritannien Nettozahler bleiben, aber etwa in der Größenordnung von 500 Mio. ECU. Wenn natürlich eines Tages das Bruttosozialprodukt steige, dann werde auch Großbritannien mehr zahlen. Sie habe vorgeschlagen, daß im ersten Jahr Frankreich und Großbritannien den gleichen Nettobeitrag leisten sollten. Dann könne man ja sehen, wie die Dinge sich weiterentwickeln. Der deutsche Beitrag müsse begrenzt sein.

Bundeskanzler fragt, ob sie über eine Entlastung in Höhe von 750 Mio. ECU über acht Jahre gesprochen habe.

Frau *Thatcher* antwortet, sie spreche überhaupt nicht über Zeitperioden. Man verlange jetzt eine andauernde Erhöhung in den Eigeneinnahmen und wolle ihr dafür eine zeitlich begrenzte Entlastung bieten. Jede Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft müsse jedoch mit einem neuen System verbunden sein, nach dem die Beiträge an die Zahlungsfähigkeit gebunden würden. Hier handele es sich um eine „total linkage". In Athen habe man schon fast das gewünschte Ergebnis gehabt.

Bundeskanzler sagt, er sehe das ganze Problem eingebettet in das Gesamtproblem, wie man nämlich die Kosten insgesamt beherrsche. Die französische These sei, daß, je geringer der Zuwachs des Budgets, um so geringer auch der Beitrag der Nettozahler sein werde. Nettozahler seien jetzt Deutschland und das Vereinigte Königreich sowie, nach dem Beitritt von Portugal und Spanien[20], wohl auch Frankreich. Dieser Satz sei nur logisch, wenn die Ausgabenstruktur des Haushaltes nicht geändert werde, wenn die Einnahmenstruktur des Haushaltes nicht geändert werde und wenn die Verteilung von Ausgaben und Einnahmen auf die Länder sich in gleicher Weise entwickelte wie bisher.

Frau *Thatcher* antwortet, man müsse eine strikte Kontrolle sowohl über die Gesamtausgaben wie auch über die einzelnen Ausgabentitel behalten. Aber auch dann sei das Problem keineswegs gelöst, denn das System sei jetzt fundamental ungerecht. Man müsse im übrigen auch sehen, wie beim Mittelaufkommen

[20] Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 59, Anm. 26 bzw. 27.

eine gerechte Lastenverteilung bewerkstelligt werden könne. Dies sei nicht eine Frage des Vertrages. Man habe das Vertragssystem geändert, als es uns paßte. Das gegenwärtige neue System habe sich jetzt als „unsuitable" herausgestellt. Für sie sei das ein sine qua non. In drei Europäischen Räten habe sie sich mit dieser Frage herumgeschlagen. Sie wolle jetzt keine temporäre Lösung mehr haben. Der Preis, der für eine Erhöhung der Eigenmittel aus ihrer Sicht zu zahlen sei, sei eine Änderung des Systems. Im Rahmen des neuen Systems sei sie bereit, 500 Mio. ECU zu zahlen. Sie verstehe im übrigen nicht die Ansichten einiger EG-Mitglieder, die einem Club angehören wollten, ohne aber Mitgliedsbeiträge zu bezahlen. Natürlich werde Großbritannien einen Mitgliedschaftsbeitrag bezahlen, das sei nie bestritten worden. Es gebe auch Völker in der Gemeinschaft, die noch ärmer seien. Wenn wir jetzt aber nicht grundsätzlich dieses Problem lösten, werde man keinen Schritt nach vorwärts tun. Europa habe ein großes Potential, und dieses Potential werde nicht ausgenutzt, solange wir uns über diese Fragen stritten. Die ganze Entwicklung sei eine Tragödie. Seit des Bundeskanzlers kraftvoller Führerschaft in Stuttgart seien die Vorbereitungsarbeiten über das Budget weit fortgeschritten gewesen. Man habe sich bereits über ein System geeinigt, nur die Frage der Höhe blieb noch offen. Präsident Mitterrand habe ihr zugesichert, er würde dieses System sich noch einmal ansehen. Er sei sich der Notwendigkeit, diese Frage zu lösen, bewußt.

Bundeskanzler antwortet, er glaube, daß sich Präsident Mitterrand bewege. Er würde es begrüßen, wenn in der zweiten Hälfte der nächsten Woche nach dem Besuch Präsident Mitterrands bei Frau Thatcher einer ihrer Mitarbeiter diskret nach Bonn kommen könne, um noch einmal über diese Frage zu sprechen. Die große Chance liege in einem Zusammengehen der drei Länder. Seinen guten Willen sehe sie an seinem Angebot in der Frage der Grenzausgleichsbeträge. Dieses Problem mußte vom Tisch. Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die Null-Runde für Bauern in diesem Jahr und Null-Runde für Beamte.

Frau *Thatcher* antwortet, die deutsche Inflationsrate sei eben auch sehr gering, nämlich nur 2,8%. Hier könne man der Hausfrau Null-Runden schon einmal zwei Jahre zumuten.

Bundeskanzler erläutert, sein Problem sei es, den jetzt in Gang gekommenen Aufschwung zu stabilisieren. Wichtig sei es gewesen, das Klima zu verbessern. In der Wirtschaft sei die Psychologie äußerst wichtig. Während der letzten Zeit der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt sei die Stimmung, insbesondere in den Mittelschichten, sehr schlecht gewesen. Nachdem er zum Kanzler gewählt wurde, hätten die Leute zum Teil irrationale Hoffnungen an diese Wahl geknüpft, als könne er die Dinge über Nacht verändern. Nach der Wahl im März habe er deshalb ein Problem gehabt, weil sich die Lage nicht sofort verbesserte. Die Wirtschaft sei jedoch gut angelaufen. Man rechne für dieses Jahr mit 2,5% realem Wachstum. Obwohl viele Voraussagen darüber hinausgingen, halte er selbst daran fest. Es sei besser, man täusche sich nach unten als umgekehrt. Dies würde noch bis 1985 gehen, doch dann kämen viele Unbekannte. Eine davon sei die Budgetpolitik der USA nach den dortigen Wahlen.[21]

21 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Frau *Thatcher* antwortet, dies zeige sich schon jetzt. Die D-Mark steige im Kurs. Die Befürchtungen, die sich an die amerikanischen Budget-Defizite knüpften, schlügen durch. Deutschland und Großbritannien würden beide unmittelbar berührt. Wenn ihre Währungen im Wert stiegen, würde dies die Exporte dämpfen und amerikanische Exporte nach Europa fördern. Sie selbst bete, daß der Wechsel der Währungsparitäten nicht allzu schnell und abrupt stattfinde. Ein großes Problem bleibe die Arbeitslosigkeit. Sie selbst sehe nicht, daß die Arbeitslosenzahlen in diesem Jahr wesentlich nachgäben. Es gäbe noch zu viele strukturelle Umstellungen. Die Investitionen seien zum großen Teil arbeitskraftsparend. Neue Industrien gebe es mehr und mehr, aber sie resorbierten nicht schnell genug.

Bundeskanzler führt aus, wir hätten das gleiche Problem. Dennoch werde im Juni die Arbeitslosenzahl vielleicht unter 2 Mio. sinken, und wenn wir Glück hätten, bekämen wir vielleicht einen Jahresdurchschnitt von 2,1 Mio. Bundeskanzler führt anhand von Autoindustrie und chemischer Industrie aus, daß auch florierende Industriezweige bei Steigerung der Produktion Arbeitskräfte freisetzen und ihre Produktivität erhöhen könnten. Sie täten dies jedoch in der jetzigen Konjunkturlage nicht. Auch die gut laufenden Industrien würden schmaler werden. Was die alten Industrien wie Kohle und Stahl anbetreffe, biete sich bei uns dasselbe Bild. Im Prinzip machten wir den gleichen Fehler und würfen schlechtes Geld dem guten hinterher.[22]

Frau *Thatcher* antwortet, dies sei so, aber man könne den Prozeß der Umstrukturierung nicht allzusehr beschleunigen. Sie verweist auf Stahl, die Werften und die Überbesetzung des britischen Eisenbahnsystems.

Bundeskanzler weist auf 13 Mrd. Defizit der Bundesbahn hin. Auch hier müßte Personal abgebaut werden.

Frau *Thatcher* führt aus, sie lese jetzt eine Menge über die japanische und die amerikanische Wirtschaft. Bis zu einem gewissen Grade sei die Arbeitslosigkeit eine Krankheit Westeuropas. Dies sei so, weil wir nicht so sehr wie die Vereinigten Staaten eine „Unternehmenskultur" hätten. Wir hätten eingebaute Rigiditäten. Wir hätten auch nicht den Anschluß an die letzten technologischen Entwicklungen gewonnen. Deshalb sei sie sehr froh, daß das ESPRIT-Programm jetzt in Brüssel angenommen worden sei.[23] Wir müßten einen grundlegenden Wechsel in der Einstellung herbeiführen.

Bundeskanzler antwortet, unser Problem sei nicht so sehr ein ökonomisches, vielmehr ein geistig-moralisches. Nach den Aufbaujahren, wo die ältere Generation viel getan habe, habe eine Entwicklung eingesetzt, wo zuviel von Rechten, nicht aber mehr von Pflichten die Rede gewesen sei. Dies habe zu Fehlentwicklungen in allen sozialen Bereichen, vom Beamten bis zum Facharbeiter, geführt. Die Ansprüche seien gestiegen, damit seien die Kosten gestiegen, all dies habe zu höheren Geldforderungen des Staates gegenüber den Bürgern ge-

22 So in der Vorlage.

23 Zum Europäischen Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) vgl. Dok. 3, Anm. 9.
Das Programm wurde auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 28. Februar 1984 in Brüssel verabschiedet, nachdem zuvor eine Einigung über die Finanzierung der ersten Phase des Programms (1984–1988) erzielt worden war. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1984, S. 36–40.

führt, und das Geld habe man schließlich von den Leistungswilligen nehmen müssen. Dies habe zu einem allgemeinen Verdruß geführt. Vor der japanischen Konkurrenz habe er keine Angst. Japan erlaube sich schreckliche ökologische Fehler, die es in zehn Jahren sehr viel kosten würden. Die Japaner hätten eine grundsätzlich andere Einstellung zur Familie und zum Betrieb.

Frau *Thatcher* sagt, die japanische Gesellschaft sei im Grunde genommen feudalen Typs. Es werde jedoch dort größte Schwierigkeiten geben, wenn das System eines Tages reiße. Frau Thatcher kommt auf Europa zurück und fragt, ob der Bundeskanzler meine, daß man sich bis zum 19. März einigen könne. Selbst wenn Deutschland, Frankreich und Großbritannien sich einigten, gebe es immer noch die Niederländer, die Iren und die Griechen, mit denen gesprochen werden müsse.

Bundeskanzler antwortet, man müsse unbedingt versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen.

Frau *Thatcher* äußert, wenn es nicht zu schaffen sei, müsse Präsident Mitterrand gleichwohl doch einen Erfolg haben. Das letzte Mal habe man sich nicht zu internationalen Problemen geäußert. Man müsse deshalb für das Gespräch am Kamin internationale Themen vorsehen. Sie habe auch wenig Lust, zwei Tage ergebnislos in Brüssel zu sitzen.

Der *Bundeskanzler* spricht im weiteren die zukünftige Entwicklung in Europa an. Er sei entschlossen, die Frage zu stellen, wie es in Europa weitergehen solle. Er würde vorschlagen, daß er Frau Thatcher im Herbst besuche, um sich mit ihr eingehend über diese Frage zu unterhalten.

Bundeskanzler führt aus, die deutsche Politik gehe von zwei Grundpositionen, die irreversibel seien, aus. Das erste sei die Bindung in der Allianz, das zweite die Bindung in der Europäischen Gemeinschaft. Wir brauchten beides, weil wir auf keinen Fall mehr zwischen die Stühle geraten dürften. Ein großer Teil des Elends unserer Geschichte resultiere daraus, daß wir unseren Platz in Europa nicht gefunden hätten. Bundeskanzler geht im folgenden auf die Politik Stresemanns und Briands ein, die auch an britischem Desinteresse und an amerikanischem Isolationismus gescheitert sei. Die Statik Europas werde von dem bestimmt, was in seinem Zentrum geschehe. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe Adenauer die These aufgestellt, daß der Freiheit für den größeren Teil Deutschlands Vorfahrt vor dem Gedanken der Einheit gelte. Die Idee der politischen Integration Westeuropas sei bei den Vätern der europäischen Einigung nie gegen die USA gerichtet gewesen. Es habe sich stets um ein Sowohl-als-Auch gehandelt. Für uns stellten sich diese Fragen heute härter denn je, weil in weiten Teilen der Bevölkerung Westeuropas die sowjetische Expansionspolitik verharmlost werde und neutralistische Tendenzen sichtbar geworden seien. Die Verwirrung der Geister habe zugenommen. Hinter dem östlichen Gerede von Frieden verberge sich der Wunsch, den Neutralismus zu fördern. Dies ziele auf Deutschland, das aus seiner Westbindung gelöst werden solle. Jeder Nagel, der jetzt hier eingetrieben werde, sei eine Investition in die Zukunft.

Wie sehe es in Wirklichkeit aus? Angenommen, wir regelten die EG-Probleme, so bleibe doch die Gemeinschaft politisch immobil. Das Bild von der atlantischen Brücke stimme nicht. Eine Brücke müsse auf beiden Seiten eine feste Auflage

haben. Dies sei in Europa nicht der Fall. Die Idee der Römischen Verträge sei nicht nur ein gemeinsamer Markt gewesen, sondern sei es auch gewesen, eine politische Entwicklung in Gang zu setzen. Zentral sei dabei die Frage der Sicherheitspolitik, wir müßten uns hier einigen.

In USA seien Entwicklungen im Gange, die das Zentrum von Macht und Einfluß von Osten nach Westen verschieben ließen. Man brauche nur die Rangliste der amerikanischen Universitäten, die jedes Jahr veröffentlicht werde, zu sehen. Die pazifischen Universitäten stiegen immer weiter auf.

Wir würden Präsident Reagan noch für vier Jahre haben, niemand aber wisse, was 1988 kommen werde. Die Amerikaner hätten in ihrer Rüstungspolitik bereits 6 Mrd. Dollar für Forschung und Entwicklung eines Raketenabwehrsystems investiert.[24] Am Ende der nächsten Amtszeit würden 30 Mrd. investiert sein. Dann sei der point of no return erreicht. Die letzten 20 Mrd. würden von selbst folgen. Wenn sie aber erst einmal Raketen abfangen könnten, werde sich die Mentalität einer „Festung Amerika" breitmachen. Wir müßten deshalb Europa und die USA so dicht wie möglich zusammenbringen, sonst würden wir eines Tages aufwachen und eine Präsidentschaftskampagne vor uns haben, wo einer der Kandidaten den Abzug der USA aus Europa befürworte. Dies treibe ihn um. Er wolle die Äußerung Kissingers[25] nicht überbewerten, aber sie sei eine Realität. Insbesondere im Kongreß gebe es viele Leute, die sich mehr auf den Pazifik hin orientierten. Präsident Mitterrand begreife das auch. Wir sollten zu dritt auf diesem Weg vorangehen, dann würden die anderen mitgehen. Es sei keine Politik, wenn man nur bis zum kommenden Weihnachten denke.

Bundeskanzler verweist auf die Entwicklung in Osteuropa. Er verstehe nicht den Spott der Journalisten über das Alter der sowjetischen Führung. Gott sei Dank sei dies so. Er sehe dies lieber als eine Reihe von 35-jährigen Generälen im Politbüro. Aber in das Gefüge sei Bewegung gekommen. Der polnische Virus gehe weiter. Es gebe auch keine Möglichkeit mehr, die Zügel wirklich straff anzuziehen. Eine neue Generation sei herangewachsen, die mehr Luft haben wolle. Die Ideologie habe ihre Kraft verloren. Was die DDR anbetreffe, so habe es noch im November geheißen, wenn die Bundesrepublik Mittelstreckenwaffen stationiere, werde ein Raketenzaun heruntergehen und es eine Eiszeit geben. Das sei alles Unsinn gewesen, die dortige Führung habe die Grenzen erkannt. Die DDR habe im Februar 1600 Leute herausgelassen, im Januar 1200. Bundeskanzler und Frau Thatcher erörtern den Fall der Stoph-Nichte.[26]

24 Zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan (SDI) vgl. Dok. 2 und Dok. 39.

25 Ministerialdirektor Pfeffer teilte Bundesminister Genscher, z. Z. Luxemburg, am 28. Februar 1984 mit: „Henry Kissinger hat im auf den 5.3.1984 datierten Time Magazine seine Gedanken zur Neugestaltung der NATO (‚A Plan to Reshape NATO') dargestellt. […] Neubelebung der NATO müsse aus folgenden Komponenten bestehen: eine bedeutendere Rolle Europas innerhalb der NATO, eine Reform der Organisation der NATO, eine neue Bewertung der gegenwärtigen NATO-Streitkräfteverteilung (deployment)." Zur Strukturreform der NATO schlage Kissinger vor, bis 1990 müßten die europäischen Mitgliedstaaten die Hauptverantwortung für die konventionelle Verteidigung Europas übernehmen. Ein Europäer solle den Posten des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) übernehmen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1441/1442; Referat 201, Bd. 130190. Für den Artikel des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger vgl. TIME, Atlantic Edition, vom 5. März 1984, S. 14–18. Vgl. ferner den Artikel „Ein Umbau-Plan für die NATO"; DIE ZEIT, Nr. 10 vom 2. März 1984, S. 3 f.

26 Zur Flucht des Ehepaares Berg in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 62, Anm. 5.

Bundeskanzler äußert, er habe Anlaß zu der Annahme, daß der DDR-Führung jetzt 150 000 Ausreiseanträge vorlägen. Was heiße das? Wenn ein solcher Antrag gestellt werde, dann sei die erste Reaktion, daß der Mann in seinem Betrieb degradiert werde, der Sohn könne nicht mehr studieren. Trotzdem riskierten die Leute es. Natürlich sitze das Regime fest im Sattel, es werde keine Revolution geben, aber es sei eine Entwicklung in Gang gekommen. Und hier liege unsere Chance. Die Idee der Freiheit sei stärker als die Marschälle.

Frau *Thatcher* stellt die Frage, was denn nun geschehen werde. Sie würden doch nicht 150 000 Menschen ausreisen lassen.

Bundeskanzler sagt, dies sei sicher richtig, aber hierin komme eben doch eine latente Infragestellung des Staates zum Ausdruck. Man müsse auch sehen, daß sie de facto die D-Mark als Währung anerkannt hätten. (Bundeskanzler führt Beispiele für bevorzugte Abfertigung von Aufträgen in der DDR an, wenn in D-Mark bezahlt wird.) Wenn wir klug seien und unsere Position fest und entschieden verträten, hätten wir in den nächsten fünf oder sechs Jahren eine gute Chance, ein Stück Stabilität zu gewinnen. Die Sowjetunion werde weiter verhandeln und werde auch ein Abkommen schließen, wenn sie wisse, daß wir einig bleiben. Allerdings seien wir gerade in Europa in diesen Fragen nicht einig, wie ein Blick auf die Dänen, Holländer, Iren und Griechen zeige.

Frau *Thatcher* antwortet, was denn das heiße? Wenn wir die europäische Säule stärkten, müßten wir äußerst vorsichtig vorgehen, um nicht die ganze Struktur in Gefahr zu bringen und den USA den Eindruck zu vermitteln, als wollten wir fortan alleine marschieren. Man sähe sich auch mit den amerikanischen Politikern nicht so oft wie unter Europäern. Kissingers Bemerkungen zeigten, daß wir noch dichter an die USA heranrücken müßten. Wir müßten durch die NATO arbeiten, insbesondere jetzt, wo die NATO einen besonders guten und aktiven Generalsekretär in Lord Carrington bekommen habe. Frau Thatcher weist hier auf inhärente Schwächen Europas hin (auf ihren ausdrücklichen Wunsch kein Protokoll). Sie fährt fort, der größte Fortschritt wäre es, wenn Frankreich in die NATO zurückkomme.[27] Frankreichs Fehlen stelle eine große militärische Schwäche dar. Außerdem sei die Nordflanke nach wie vor exponiert. Ihre Sorge sei, daß, wenn man versuche, die Einheit Europas zu festigen, die Amerikaner dies als Distanzierung von den USA mißverstehen würden. Sie wisse, daß dies nicht die Meinung des Bundeskanzlers sei, denn sie habe seine Travemünder Rede[28] gelesen. Soeben habe eine Debatte in der Oxford Debating Union stattgefunden, wo der amerikanische Verteidigungsminister einen Punktsieg gegen einen hervorragend debattierenden Professor[29], der ein Abrüstungsfan sei, errungen habe.[30] Weinberger habe ganz einfach gesagt: „Any day you tell us to go, we will go." Er habe auch die Studenten für sich gewonnen, da er sehr bescheiden auf-

27 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

28 Bundeskanzler Kohl hielt am 15. Februar 1984 auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Travemünde eine Rede über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1984, S. 181–188. Vgl. dazu auch Dok. 63, Anm. 2.

29 Edward Palmer Thompson.

30 Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger sprach am 27. Februar 1984 in der University of Oxford.

getreten sei. Wir sollten sehr vorsichtig sein, wenn wir unter Europäern über Verteidigung redeten, und sollten zumindest die Amerikaner von jedem Schritt informiert halten.

Frau Thatcher schlägt vor, gemeinsam ein Papier auszuarbeiten über das, was möglich sei. Die Europäer müßten gewisse strategische Fähigkeiten behalten. Auch müsse die technologische Lücke geschlossen werden.

Bundeskanzler führt aus, man müsse in den USA auch die Frage des Protektionismus ansprechen.

Frau *Thatcher* antwortet, Europa sei der größte protektionistische Club in der Welt. Präsident Mitterrand blicke nach innen und sei ein Protektionist. Wir sollten in der Tat die USA darauf ansprechen, daß sie nicht zu protektionistisch würden. Frau Thatcher kommt dann noch einmal auf ihren Vorschlag zurück, ein gemeinsames Papier auszuarbeiten. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, die kleinen europäischen Länder, die in der Verteidigung schwach seien, einzubinden.

Im Anschluß geht Frau Thatcher auf ihren Besuch in Ungarn über.[31] Sie habe ein langes Gespräch mit Kádár gehabt. In einem Tête-à-tête mit MP Lázár habe dieser ihr gesagt, Ungarn erkenne an, daß ihr Besuch Teil einer neuen politischen Phase sei. Man schätze dies und bitte sie aber, davon auszugehen, daß Ungarn ein sozialistisches Land im sozialistischen Block sei. Dies werde auch so bleiben. Man bitte sie deshalb, nicht auf einzelne, vom üblichen Bild des Blocks abweichende „kapitalistische Züge" öffentlich hinzuweisen. Sie sei von Ungarn fasziniert gewesen. Das dortige Regime sei zu 90% sozialistisch, der Rest sei „negotiable". Das sei die Basis gewesen, auf der sie mit den Ungarn gesprochen habe. Wir hätten unsere Lebensweise, sie hätten ihre. Man müsse sich in diesen verschiedenen Lebensweisen gegenseitig respektieren. Aber es sei unser gemeinsames Interesse, auf beiden Seiten so wenig Waffen wie möglich zu haben. Dies sei ja auch die Einstellung der Bundesrepublik gegenüber der DDR. Auf diese Weise komme man mit den Ostblockstaaten weiter, als wenn man mit ihnen gleich über Menschenrechte spreche. Dies habe sie auch in ihrem Gespräch mit Tschernenko beherzigt.[32] Dort gebe es einen Inferioritätskomplex. Sie glaubten, daß die USA überlegen sein wollten. Die Sowjets hätten erwartet, daß sie Menschenrechtsfälle mit ihnen aufnehme. Sie habe das nicht getan. AM Howe habe diese Fälle bereits mit AM Gromyko aufgenommen. Selbstverständlich sei dies für uns eine schwierige Position. Natürlich warteten wir auf den Tag, wo es im Ostblock mehr Menschenrechte gebe. Aber wir könnten diesen Tag nicht beschleunigen.

In Ungarn hätte die Bevölkerung ihre Freude über ihren Besuch unverhohlen gezeigt.

Frau Thatcher macht dann einige nicht zu protokollierende Ausführungen über die Ostpolitik der USA.

31 Premierministerin Thatcher besuchte Ungarn vom 2. bis 4. Februar 1984.

32 Premierministerin Thatcher hielt sich am 13./14. Februar 1984 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 9. Februar 1984 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in der UdSSR auf und führte am 14. Februar 1984 ein Gespräch mit dem neuen Generalsekretär Tschernenko.

Bundeskanzler antwortet, dies entspreche im wesentlichen seiner Einschätzung. Die Ungarn seien in einer schwierigen Lage. Kádár habe ein gutes Verhältnis zu Andropow gehabt. Es liege umgekehrt wie bei Honecker, für den das Ableben Andropows wohl kein Trauertag gewesen sei. Nur die von Frau Thatcher genannte Quote halte er für falsch. Frau Thatcher unterschätze die Geschichte. Ungarn sei Teil der K. u. K.-Monarchie gewesen. Der Kaiser sei auch König von Ungarn gewesen. Sie fühlten sich direkt als Europäer. Bundeskanzler verweist auf den Heiligen Stephan. In Budapester Zeitungen würden die Programme des Wiener Fernsehens und Radios abgedruckt.

Frau *Thatcher* weist darauf hin, daß das Regime aber eine feste Kontrolle ausübe.

Bundeskanzler antwortet, natürlich sollten wir kein Ostblockland dazu verleiten, den Block zu verlassen, weil dies zu einem Kollaps führen würde und wir ihnen nicht helfen könnten. Aber im Rahmen dessen, was sie tun könnten (wohl eher 20% als 10%), könnten wir Tore aufstoßen. Er verweise auf die Gespräche zwischen der EG und Ungarn.[33] Wir dürften hier nicht wie die Buchhalter reagieren.

Frau *Thatcher* äußert, wir könnten die Gemeinschaft sehr gut dazu benutzen, um auf den Osten einzuwirken.

Bundeskanzler äußert abschließend, damit seien wir wieder bei Europa. Ungarn habe am weitesten liberale Ideen verwirklicht. Jeden Schritt sollten wir ermutigen. Wir hätten gute Karten, und die USA müßten das auch begreifen.

Frau *Thatcher* äußert, sie habe es als sehr ermutigend gefunden, was der Kanzler über Präsident Mitterrands Einstellung zu den USA gesagt habe. Vielleicht solle man als Gremium für die transatlantischen Fragen die „Berlin Four" nehmen. Das integriere dann die drei wichtigsten Länder Europas und die USA. Soweit sie sich entsinne, habe es bei jedem Wirtschaftsgipfel immer ein Frühstück der vier unmittelbar an Berlin interessierten Mächte gegeben. Dies sei dann für die Besprechung aller möglichen Gegenstände benutzt worden.

Bundeskanzler äußert abschließend den Entschluß, im Sommer noch einmal nach Großbritannien zu kommen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 66

[33] Zu den Gesprächen über ein Handelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 20, Anm. 3 und 4.

65

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 IRK-167/84 geheim **28. Februar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Export einer chemischen Anlage aus der Bundesrepublik nach Irak, mit der möglicherweise chemische Kampfstoffe produziert werden könnten

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

I. Sachverhalt

1) Die amerikanische Regierung (State Department) hat am 12.1.1984 gegenüber der Botschaft Washington folgendes anhängig gemacht:

– USA haben Informationen, daß Irak im Krieg mit Iran chemische Waffen einsetzt.[4]
– USA haben Irak zur Beendigung des C-Waffen-Einsatzes aufgefordert.
– USA haben Informationen aus Wirtschaftskreisen, wonach Irak versucht, eine eigene C-Waffen-Produktion aufzubauen. Irak habe zu diesem Zweck chemische Forschungs- und Produktionsanlagen von der deutschen Fa. Karl Kolb zur Herstellung großer Mengen von Nervengas erworben.

2) Die Fa. Karl Kolb, Dreieich/Frankfurt, ist ein Consulting-Unternehmen und exportiert in diesem Rahmen Spezialausrüstungen für chemische Anlagen sowie wissenschaftliche Geräte und komplette Geräteausrüstungen für Laboratorien und Industrie nach Irak. Sie hat auch ein technisches Büro in Irak. Bislang erfolgten Zulieferungen für ein seit zehn Jahren laufendes Chemie-Projekt. Eine Anlage zur Herstellung von Pestiziden wurde bereits geliefert. Bei dieser Produktion fällt als Zwischenprodukt eine chemische Substanz an, die Bestand-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze und Legationsrat I. Klasse Lauk konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 2. März 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 5. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Vorlage des Prüfungsergebnisses bis 15.3. 2) Welche Maßnahmen sind schon jetzt möglich?“
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Fischer verfügte.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 6. März 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erste operative Folgerungen Ziffer III – Seite 4.“
Hat Ministerialdirektor Fischer am 7. März 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 422 „z[ur]w[eiteren]V[eranlassung]“ verfügte.
Für die von Genscher erbetene Vorlage des Prüfungsergebnisses vgl. Dok. 81.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit teilte der Botschaft in Washington am 27. Januar 1984 mit: „Meldungen, daß Irak Hautkampfstoffe (Gelbkreuzgas) im Krieg gegen Iran eingesetzt habe, sind auch hier bekannt. Iran hat gleichlautende Beschuldigungen bei den VN erhoben und Untersuchung durch eine internationale Kommission gefordert. Irak hat die Anwendung von Hautkampfstoffen allerdings stets bestritten. Nach hier vorliegenden Erkenntnissen dürfte es jedoch zutreffen, daß Irak Hautkampfstoffe (‚Lost‘) zumindest in geringer Menge bei zwei bis drei Angriffen eingesetzt hat. Ob diese chemischen Kampfstoffe aus eigener Produktion oder aus Lieferungen der SU oder anderer östlicher Staaten stammen, ist nicht geklärt. Soweit hier bekannt, verfügt Irak jedoch nicht über Nervengas.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 222, Bd. 128695.
Zum Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vgl. ferner Dok. 86.

teil eines Nervengases sein kann. Nach Auskunft von Fachleuten kann mit einer solchen Anlage bei entsprechender Modifizierung, Verwendung entsprechender Chemikalien und mit entsprechendem Fachwissen auch Nervengas hergestellt werden. Ergänzende Hinweise des BND deuten darauf hin, daß in Irak bereits jetzt der chemische Kampfstoff „Lost" hergestellt wird.

Eine Anlage dieser Art ist nur ausfuhrgenehmigungspflichtig, wenn sie speziell für die Herstellung chemischer Kampfstoffe konstruiert ist. Dies ist nach den bis jetzt vorliegenden Erkenntnissen hinsichtlich der gelieferten Pestizid-Produktionsanlage nicht der Fall.

Die amerikanische Regierung wurde durch die Botschaft Washington unterrichtet, daß die Fa. Karl Kolb eine Anlage zur Produktion von Pestiziden nach Irak geliefert hat und die Bundesregierung den Vorgang weiter prüft.

3) Am 17.2.1984 trat das State Department erneut an die Botschaft Washington heran und bat unter Hinweis auf die amerikanischen Besorgnisse über den möglichen Einsatz von Nervengas durch Irak,

a) die Bundesregierung möge in der ihr geeignet erscheinenden Weise auf die irakische Regierung einwirken mit dem Ziel, sie zum Verzicht auf den Einsatz von C-Waffen zu bewegen (man habe dies auch mit GB und NL aufgenommen);

b) Informationen über Technologie und Kapazität der von der Fa. Kolb nach Irak gelieferten Anlage zu beschaffen und durch Einwirkung auf das Unternehmen Irak von der Produktion von C-Waffen, insbesondere Nervengas, abzuhalten;

c) medizinische Informationen über die Behandlung irakischer Opfer eines (angeblichen) C-Waffen-Einsatzes, die in Hamburg behandelt wurden, zur Verfügung zu stellen. Die amerikanische Seite trug erneut vor, daß – Erkenntnissen des (amerikanischen) Geheimdienstes zufolge – die von der Fa. Kolb an Irak gelieferte Anlage zur Erzeugung von Nervengas bestimmt sein soll.

4) Der iranische Außenminister Velayati hat am 16.2.1984 in einer Erklärung vor der Genfer Abrüstungskonferenz die irakische Regierung beschuldigt, chemische Waffen gegen iranische Soldaten und Zivilisten einzusetzen. Velayati griff auch die dahinterstehenden „internationalen Händler des Todes" an. Er bezeichnete in diesem Zusammenhang den Irak als einen Aggressor zweiten Grades und die Lieferländer der chemischen Waffen als Aggressoren ersten Grades.

Als Lieferanten von Waffen aller Art an den Irak griff er SU, USA, F und GB namentlich an. GB wurde in diesem Zusammenhang als möglicher Lieferant chemischer Waffen an den Irak ausdrücklich erwähnt. Velayati hat in seiner Erklärung nicht behauptet, daß die eingesetzten CW im Irak hergestellt würden.[5] Das vom Iran vorgelegte Bildmaterial über Verwundete zeigt deutlich Ver-

[5] Für den Wortlaut der Ausführungen des iranischen Außenministers Velayati vor der Genfer Abrüstungskonferenz am 16. Februar 1984 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 541–544.
Botschafter Wegener, Genf (CD), berichtete am 16. Februar 1984, die iranischen Anschuldigungen könnten „nicht ohne weiteres als Propagandaaktion abgetan werden, sondern bedürfen h[iesigen] E[rachtens] durchaus der ernsthaften Prüfung, zumal die Fertigung und Anwendung kleinerer Vorräte an Senfgas innerhalb der irakischen (und iranischen) Leistungsfähigkeit liegen dürften". Vgl. den Drahtbericht Nr. 251; Referat 222, Bd. 128695.

letzungen, die nach Ansicht von Experten vom Einsatz des chemischen Kampfstoffes „Lost“ herrühren. Der Irak ist seit 1931 Vertragsstaat des Genfer Protokolls von 1925[6], das den Einsatz von chemischen Waffen im Kriege verbietet.

II. Rüstungskontrollpolitische Aspekte

Wir müssen größten Wert darauf legen, daß die Vorwürfe gegen die Firma Kolb so schnell wie möglich aufgeklärt werden. Wir haben uns in der Genfer CD bisher stets für die Erarbeitung eines weltweiten und verläßlich verifizierbaren Verbots aller chemischen Waffen eingesetzt. Dabei haben wir auch stets darauf hingewiesen, daß wir bereits 1954 auf die Herstellung chemischer Waffen verzichtet haben.[7]

Sollte sich tatsächlich herausstellen, daß eine deutsche Firma eine Anlage zur Herstellung chemischer Kampfstoffe in den Irak verkauft hat, würde unsere Rüstungskontrollpolitik im CW-Bereich Schaden nehmen. Wir haben deshalb auch unseren CD-Botschafter Wegener angewiesen, in seiner dem CW-Thema gewidmeten Rede vor dem Plenum der CD am 28.2.1984 auf die Vorwürfe des iranischen Außenministers Velayati kurz einzugehen und sich für eine objektive Aufklärung dieser Vorwürfe einzusetzen.[8] Ein Bestehen auf einer objektiven Aufklärung des Sachverhalts steht der Bundesregierung gerade auch für den Fall gut an, daß sich die Verdachtsmomente gegen die deutsche Firma als zutreffend erweisen sollten.

III. Erste operative Folgerungen

1) Die Fa. Kolb hat in den vergangenen Jahren keine Ausfuhrgenehmigungsanträge für Exporte nach Irak gestellt. Das BMWi wurde daher gebeten, bei der Fa. Kolb eine Außenwirtschaftsprüfung durchzuführen. Damit soll festgestellt werden, ob die Firma genehmigungspflichtige Waren ohne Ausfuhrgenehmigung geliefert und damit gegen das Außenwirtschaftsgesetz[9] verstoßen hat.

2) Es wird geprüft, ob und in welcher Weise auf Irak eingewirkt werden soll mit dem Ziel, den[10] Einsatz von C-Waffen zu unterlassen. Eine Möglichkeit wür-

6 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

7 Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

8 Für den Wortlaut der Ausführungen des Botschafters Wegener, Genf (CD), vor der Genfer Abrüstungskonferenz am 28. Februar 1984 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 551–553.
Wegener berichtete am 29. Februar 1984: „Im Anschluß an unsere Erklärung dankte mir der iranische Delegierte für die Aufmerksamkeit, die unsere Delegation dem iranischen Anliegen geschenkt habe. Er führte mir gegenüber Klage, daß die iranische Regierung bisher beim VN-GS mit ihrem Petitum, Fälle des CW-Einsatzes zu untersuchen, kein ausreichendes Echo gefunden habe.“ Wegener legte dazu dar: „Unter den obwaltenden Umständen dürfte es in unserem politischen Interesse liegen, der iranischen Seite Hilfestellung bei der Aufklärung behaupteter CW-Einsätze zu geben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 386; Referat 222, Bd. 128695.

9 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

10 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(einen)“.

den die Gespräche bieten, die mit dem irakischen AM bei dessen geplantem, aber noch nicht terminierten Besuch in der Bundesrepublik geführt werden.[11]

3) Der amerikanischen Seite wird zunächst mitgeteilt, daß

– bisher keine Hinweise darauf vorliegen, daß genehmigungspflichtige Anlagen für die Herstellung chemischer Kampfstoffe exportiert wurden und die Bundesregierung bei Lieferung genehmigungsfreier Anlagen keine Möglichkeit zur Überprüfung habe, wir jedoch Prüfung der Angelegenheit fortsetzen,
– die Möglichkeit eines Einwirkens auf den Irak geprüft wird.

D 2 A[12] und D 3[13] haben mitgezeichnet.

Per Fischer

VS-Bd. 14123 (010)

66

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.76 INF/START-507/84 VS-vertraulich **29. Februar 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Optionen für die Wiederaufnahme der nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen (INF/START)

Bezug: Vorlage vom 1.2.1984 – 220-371.80 START-259/84 VS-v[4]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung und Billigung des in I. vorgeschlagenen operativen Vorgehens

I. Zusammenfassung

Eine Prüfung der für die Wiederaufnahme der nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der SU[5] bestehenden Möglichkeiten führt

11 Der irakische Außenminister Aziz hielt sich vom 4. bis 6. September 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 235.
12 Friedrich Ruth.
13 Jürgen Ruhfus.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationsrat I. Klasse Erath konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 2. März 1984 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher am 5. März 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 6. März 1984 vorgelegen.
4 Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vgl. Dok. 27.
5 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Optionen, die Aussicht auf Fortschritte bieten, äußerst begrenzt ist. Am meisten Attraktivität hätte für beide Seiten auf kurze Sicht die Option eines START-Zwischenabkommens, das die Fortsetzung des nuklearen Rüstungskontrollprozesses gewährleisten, die am schwierigsten zu lösenden Fragen – einschließlich der INF-Thematik – zunächst aber ausklammern würde. Falls die SU in diesem Jahr eine Initiative für die Wiederaufnahme des nuklearen Rüstungskontrolldialogs ergreift, ist am ehesten mit einem Vorschlag dieser Art zu rechnen. Für die USA bietet sich diese Option an, wenn sie bei Ausbleiben eines sowjetischen Vorschlags ihrerseits die Initiative ergreifen wollen, worüber zur Zeit in Washington nachgedacht wird.

Aus unserer Sicht ist ein solches Zwischenabkommen akzeptabel, wenn es unserem fundamentalen Interesse Rechnung trägt, daß die INF-Thematik nicht für längere Zeit unbehandelt bleibt. Dafür würde jedoch eine Formel ausreichen, die im Zusammenhang mit den in ein solches Abkommen aufzunehmenden Regeln für die Weiterbehandlung der START-Materie beide Seiten außerdem verpflichtet, demnächst erneut über die INF-Thematik Verhandlungen aufzunehmen. Es wird vorgeschlagen, daß wir hinsichtlich des Inhalts der anzustrebenden Formel bilateral und im Rahmen der SCG Einfluß nehmen, sobald die amerikanischen Überlegungen sich zu konkretisieren beginnen.

Neben einem START-Zwischenabkommen kommt für den Westen – wenn es bei der sowjetischen Ablehnung einer Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen bleibt – die Option getrennter START- und INF-Verhandlungen unter einem Dach in Betracht. Bei dieser Option steht allerdings der Gesichtswahrungscharakter stark im Vordergrund; deshalb könnte die SU gegenwärtig zögern, hierauf einzugehen.

Die in der westlichen Öffentlichkeit befürwortete Verschmelzung der INF- und START-Verhandlungsmasse würde zwar ebenfalls eine Nicht-Behandlung von INF verhindern, hätte aber auch erhebliche Nachteile und birgt die Gefahr, daß die Erreichbarkeit von nuklearen Rüstungskontrollergebnissen auf längere Zeit sehr erschwert wäre.

II. Im einzelnen

1) Eine Reihe sowjetischer Äußerungen in jüngster Zeit hat – beginnend mit dem Andropow-Interview vom 25.1.84[6] – die Bedeutung einer Begrenzung und Reduzierung von Kernwaffen für die SU unterstrichen. Es ist deshalb möglich, daß sich die SU in absehbarer Zeit mit Vorschlägen für die Wiederaufnahme von nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen offiziell an die USA wenden wird; informelle Kontakte bestehen offenbar schon.

Die Frage der künftigen westlichen Haltung im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle hat außerdem durch die in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen nach Zusammenführung der INF- und START-Verhandlungen Aktualität gewonnen. Die folgende Analyse des möglichen sowjetischen Verhaltens im nuklearen Bereich geht aus vom Stand der in[7] der Besonderen Beratungs-

6 Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. den Artikel „Otvety Ju. V. Andropova na voprosy gazety ‚Pravda'"; PRAVDA vom 25. Januar 1984, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 115 f. (Auszug).

7 Korrigiert aus: „Stand in".

gruppe des Bündnisses (SCG) zu dieser Frage geführten Diskussion und zieht daraus Schlußfolgerungen. Sie untersucht ferner, wie der Westen reagieren kann und welche Optionen für westliche Initiativen bestehen, falls die SU im Laufe dieses Jahres keine Vorschläge für die Wiederaufnahme der nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen macht.

2) Die Ausgangssituation ist dadurch gekennzeichnet,

– daß die SU den Dialog unterbrochen hat und aus der Sicht des Bündnisses damit zuerst am Zuge ist;
– daß die erklärte Verhandlungsbereitschaft des Bündnisses die defensive Lage der SU verstärkt;
– daß die SU eine Fortsetzung der INF-Verhandlungen rebus sic stantibus gegenwärtig als unmöglich betrachtet.

In dieser Situation hat die SU hinsichtlich ihres grundsätzlichen Verhaltens zur nuklearen Rüstungskontrolle zwei Möglichkeiten:

a) Sie legt nicht nur die INF-, sondern auch die START-Verhandlungen für längere Zeit auf Eis in der Hoffnung, dadurch die Kohärenz des Bündnisses zu untergraben und von ihm substantielle Konzessionen zu bekommen. Negative Folgen einer solchen Taktik – vor allem Kritik in der Weltöffentlichkeit – könnte sie durch Neuauflage propagandistischer Vorstöße (Vorschlag der Beseitigung sämtlicher Kernwaffen mittlerer und taktischer Reichweite aus Europa[8], Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen[9]) in den laufenden Verhandlungen (KVAE, CD und VN) aufzufangen suchen.

In diesem Falle würde sich für das Bündnis in den nächsten Monaten die Frage stellen, ob es durch einen eigenen prozeduralen und/oder Substanzvorschlag den Druck auf die Sowjetunion steigern soll. Über diese Möglichkeit wird in Washington in der Perspektive einer Wiederaufnahme von START nachgedacht.

b) Die SU unternimmt im Laufe dieses Jahres den ernsthaften Versuch, in Verhandlungen trotz der westlichen Nachrüstung eine Begrenzung der nuklearen Rüstung zu erreichen. Hierzu könnte sie durch strategische und rüstungskontrollpolitische Erwägungen, durch die Absicht der Verbesserung der Beziehungen zu den USA und durch die Befürchtung negativer Auswirkungen einer länger anhaltenden Dialogverweigerung in der Weltöffentlichkeit bewogen werden.

Für sowjetische Wiederaufnahme der nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen gibt es verschiedene mögliche Optionen, die sich grundlegend vor allem darin unterscheiden, daß sie entweder eine sofortige Behandlung der INF-Materie ermöglichen oder daß der Versuch unternommen wird, INF einstweilen zurückzustellen.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, sprach sich am 21. Dezember 1982 für einen Verzicht auf alle Arten von Kernwaffen aus, die geeignet seien, „Ziele in Europa zu treffen“. Vgl. dazu ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 24. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 360.

9 Der Vorschlag für eine Erklärung, in der der Ersteinsatz von Kernwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet werden sollte, wurde vom sowjetischen Außenminister Gromyko in seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 22. September 1981 in New York unterbreitet. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 93. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 637 f.

3) Optionen, die die INF-Thematik in die Verhandlungen sofort einbeziehen

A. Verschmelzung der INF- und START-Verhandlungsmasse (integrierter Ansatz)

a) Nach sowjetischer Betrachtungsweise zählen die in Europa stationierten amerikanischen Pershing II und landgestützten Marschflugkörper (GLCM) deshalb zu den strategischen Waffen, weil sie sowjetisches Territorium erreichen können. Deshalb wäre es nur folgerichtig, wenn die SU bei einer Wiederaufnahme der START-Verhandlungen diese westlichen INF dem amerikanischen interkontinentalstrategischen Arsenal hinzurechnen würde. Den Grundstein für ein solches Vorgehen hat sie in ihrer bisherigen START-Position gelegt.

Shultz hat gegenüber Gromyko in Stockholm[10] dazu jedoch erklärt, die USA könnten sich nicht mit Verhandlungen einverstanden erklären, die nur die amerikanischen, nicht aber die sowjetischen INF berücksichtigen. Die SU muß deshalb, falls sie eine solche Forderung erhebt, entweder mit Zurückweisung oder mit der Gegenforderung der USA rechnen, daß das sowjetische Mittelstreckenpotential ebenfalls einbezogen wird. Damit wäre die Zusammenlegung von INF und START praktisch kaum noch zu vermeiden.

So sehr die SU aber an einer Einbeziehung der amerikanischen INF bei START interessiert wäre, so wenig Interesse kann sie an einer Einbeziehung ihrer eigenen Mittelstreckenraketen haben:

- Da die Mittelstreckenraketen der SU nicht die USA selbst, sondern deren Verbündete bedrohen, handelt es sich bei ihnen in sowjetischer Sicht anders als bei den amerikanischen INF nicht um „strategische“ Waffen; ließe die SU dennoch ihre Einbeziehung in den START-Rahmen zu, würde sie die für sie bisher fundamentale Unterscheidung zwischen „strategischen“ und Mittelstreckenwaffen aufgeben.
- Da die eigenen Mittelstreckenraketen in der Argumentation der SU ein Gegengewicht zu den britischen und französischen Systemen darstellen, wäre es für die SU in einem solchen Fall nur logisch, ihrerseits auch die Einbeziehung der Drittstaatensysteme zu verlangen.

  Die SU weiß aber, daß ein Aufwerfen der Drittstaatenfrage in einem integrierten Rahmen angesichts der sehr dezidierten Haltung der USA ein Verhandlungsergebnis blockieren würde; sie müßte daher – wenn sie überhaupt ein Verhandlungsergebnis im nuklearen Bereich erreichen will – diese Forderung zurückstellen.
- Die Behandlung aller für das Bündnis sicherheitspolitisch relevanten Nuklearsysteme in einem einzigen Forum würde die Verkopplungswirkung der Stationierung auch rüstungskontrollpolitisch untermauern und künftige erneute Abkopplungsversuche der SU – d. h. die Weiterverfolgung ihrer bisherigen INF-Politik – außerordentlich erschweren.
- Die SU müßte sich überlegen, daß die USA als Ergebnis integrierter Verhandlungen sehr wahrscheinlich eine gemeinsame Gefechtskopfobergrenze für interkontinental-strategische und INF-Systeme verlangen würden. Die SU müß-

10 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 13.

te sich dann entscheiden, ob sie weiterhin Parität bei strategischen Systemen oder weiterhin Überlegenheit bei INF will. Beides zusammen kann sie nicht behalten.

Hieraus ergibt sich, daß die SU an einer Integrierung der beiden Verhandlungsmaterien wenig Interesse haben kann und deshalb auch einem entsprechenden westlichen Vorschlag – wenn dieser unterbreitet würde – kaum zustimmen dürfte. Daher ist auch nicht überraschend, daß es trotz der starken öffentlichen Diskussion dieses Themas im Westen keine sowjetische Äußerung gibt, die einen Zusammenschluß der INF- und der START-Thematik befürwortet. Vorstellbar ist allerdings, daß die SU einen Eröffnungszug macht, der dann erst über den westlichen Gegenzug zur Verschmelzung der Verhandlungsmaterien führt. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß sich beide Seiten in diesem Fall darum bemühen, ein solches Ergebnis abzuwenden.

b) Denn auch für den Westen würden durch einen Zusammenschluß der INF- und der START-Verhandlungen neben Vorteilen gewichtige Nachteile entstehen, die es nicht angezeigt erscheinen lassen, einen solchen Ansatz zu wählen. Diese Nachteile bilden den wesentlichen Grund dafür, daß im Bündnis namentlich die USA einer INF-START-Verschmelzung kritisch gegenüberstehen. Die Vorteile des integrierten Ansatzes für den Westen bestehen – sieht man von der Frage der britischen und französischen Systeme ab – zunächst in allen Aspekten, die oben als für die SU nachteilig bezeichnet wurden. Hinzu kommt, daß die sowjetische Gesichtswahrung bei der Wiederaufnahme von Verhandlungen über die INF-Thematik erleichtert würde. Außerdem könnte der Westen im Rahmen von Verhandlungen, die auf ein nukleares Gesamtergebnis abzielen, das Interesse der SU an einer Begrenzung der amerikanischen strategischen Rüstungen nutzen, um sie zu erfolgsorientiertem Verhandeln auch über die INF-Thematik zu veranlassen.

Dem allen steht jedoch gegenüber, daß auch der Westen die drohende Blockierung integrierter Verhandlungen durch das Drittstaatenproblem befürchten muß; er hat außerdem zu berücksichtigen, daß ihre große Komplexität baldige Ergebnisse ausschließt. Damit würde insbesondere ein frühzeitiges START-Abkommen, wie es die USA anstreben, unmöglich.

Den Befürwortern eines Zusammenschlusses der INF- und START-Verhandlungen in der westlichen Öffentlichkeit muß deshalb entgegengehalten werden: Es ist keineswegs sicher, daß die SU auf einen entsprechenden Vorschlag eingehen würde. Davon abgesehen, steht manchen theoretischen Vorteilen der entscheidende Nachteil gegenüber, daß eine Zusammenlegung die Ergebnisaussichten verschlechtert.

B. Getrennte Verhandlungen über INF und START mit veränderter Verhandlungssubstanz

a) Die SU könnte statt dessen die Wiederaufnahme von START und dazu parallel ein „eurostrategisches“ Forum vorschlagen. Hier hätte sie folgende Optionen:

– Verhandlungen im INF-Bereich über amerikanische Pershing II und GLCM; auf sowjetischer Seite aber nur noch über „Gegenmaßnahmen“ (SS-12/22, nach Stationierungsbeginn dislozierte SS-20, künftige eigene GLCM-Statio-

nierung; d. h. Ausklammerung der „alten“ sowjetischen Mittelstreckenraketen und der Drittstaatenpotentiale).

– Neuverteilung der Verhandlungsmasse zwischen INF und START: westliche Pershing II und GLCM werden im START-Rahmen verhandelt; am INF-Tisch würde dann nur noch die Restmasse (sowjetisches Mittelstreckenpotential, INF-Flugzeuge und Drittstaatensysteme) verbleiben.

Kern beider Optionen wäre der Versuch, Verhandlungen über die Mittelstrekkenthematik zu verhindern, in denen im wesentlichen die amerikanischen INF und die sowjetischen Mittelstreckenraketen einander gegenüberstehen. Die SU könnte entsprechende Vorschläge in beiden Fällen mit ihrem Gleichgewichtsargument zu begründen suchen (INF-Stationierung hebt bisher bestehendes Gleichgewicht auf und muß durch sowjetische „Gegenstationierung“ ausbalanciert werden), die zweite zusätzlich mit ihrer Auffassung vom „strategischen“ Charakter der amerikanischen INF. In der Sache könnten diese Vorschläge jedoch nur zu westlicher Ablehnung oder durch entsprechende amerikanische Reaktionen zu von der SU nicht beabsichtigten integrierten Verhandlungen führen; deshalb würde auch hier gelten, was in Ziffer 3 ausgeführt worden ist.

b) Demgegenüber würden zwei weitere in diesem Zusammenhang für die SU mögliche Optionen zu anderen Folgerungen führen;

– START-Verhandlungen mit unverändertem Gegenstand plus ein „europäisches“ Forum, in dem über die bisherige INF-Thematik verhandelt wird, aber unter Beteiligung Großbritanniens und Frankreichs.

Hier würde die SU wahrscheinlich von vornherein eine Ablehnung seitens der europäischen Nuklearmächte einkalkulieren; der Vorschlag kann daher auch als Versuch der Ausklammerung der INF-Thematik bei Schuldzuweisung an den Westen angesehen werden. Für die SU wäre mit ihm aber vor allem der Nachteil verbunden, daß neben den Drittstaatenpotentialen auch die amerikanischen INF den sowjetischen Mittelstreckenraketen gegenübergestellt würden und damit das hinter dem Begriff „strategisch“ stehende Konzept nicht aufrechtzuerhalten wäre; deshalb ist dieser Vorschlag gegenwärtig kaum wahrscheinlich. Sollte ihn die SU trotzdem vorbringen, müßte der Westen seine – angesichts der britischen und französischen Haltung unvermeidliche – Ablehnung mit einem Gegenvorschlag verbinden.

– Vorschlag getrennter Verhandlungen „unter einem Dach“; d. h., die beiden Verhandlungsforen würden unter Beibehaltung des bisherigen Verhandlungsgegenstands rein prozedural verknüpft (etwa durch Ernennung eines einzigen Verhandlungsführers), finden jedoch weiterhin inhaltlich voneinander unabhängig statt. In Aussicht genommen wird eine künftige Verbindung der Ergebnisse beider Verhandlungen zu einem Gesamtresultat, doch bleibt bis zum Vorliegen dieser Ergebnisse offen, wie das geschehen soll.

Eine solche Verhandlungsform käme praktisch einer Neuauflage der bisherigen getrennten Verhandlungen gleich; der Gesichtswahrungseffekt ist allerdings sehr begrenzt. Dies macht unwahrscheinlich, daß ein solcher Vorschlag von der SU ausgeht; auch wenn er vom Westen kommt, könnte die SU gegenwärtig damit Schwierigkeiten haben.

Aus westlicher Sicht bietet diese Option dagegen zumindest auf längere Sicht

eine realistische Option, um an in den bisherigen Verhandlungen Erreichtes anzuknüpfen und so konkrete Ergebnisse wenigstens in einem der beiden nuklearen Bereiche möglich zu machen. Anders als in strikt getrennten Verhandlungen wären die USA außerdem nicht mehr aufgrund des „Second-to-none"-Prinzips gehalten, Parität sowohl bei START als auch bei INF anzustreben; vielmehr könnten sie auf eine Gesamtparität für INF und START abzielen.

Zu befürchten ist allerdings, daß für derartige Verhandlungen die Chance, durch Verlagerung des Drittstaatenproblems in den START-Bereich ein INF-Ergebnis zu erreichen, im Vergleich zu 1983 abgenommen hätte.

4) Optionen, die die Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen hinausschieben

A. Wiederaufnahme von START unter Verweigerung von INF-Verhandlungen

a) Die SU kann ferner versuchen, die INF-Thematik zurückzustellen. So könnte sie sich zur Wiederaufnahme von START bereit erklären und ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme von INF von für den Westen schwer annehmbaren Bedingungen abhängig machen. Einen Ansatz würde die jetzige sowjetische Haltung bieten, wonach eine Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen an die westliche Bereitschaft zur Rücknahme der Stationierungen geknüpft ist. Die SU könnte diese Formel auch weiterentwickeln und sich zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen unter der Bedingung eines westlichen Stationierungsstopps bereit erklären in der Erwartung, daß der Westen darauf nicht eingehen wird. In jedem Fall würde sie sich davon Reibungen innerhalb des Bündnisses und neuen Druck der westlichen Öffentlichkeit auf die Regierungen versprechen.

Ein derartiger Vorschlag würde die sowjetische Grundentscheidung implizieren, daß es bei der bisherigen Trennung der Materien START und INF bleiben soll; Verhandlungen über INF würde es allerdings für unbestimmte Zeit nicht geben. Da die SU aber schon 1981 mit dem Versuch gescheitert ist, Verhandlungen über INF für längere Zeit auszuweichen, erscheint zweifelhaft, ob die SU eine solche Haltung diesmal durchstehen könnte. Doch ist eine sowjetische Entscheidung zugunsten dieser Option nicht auszuschließen.

b) Der Westen müßte darauf mit verstärktem Druck zur Rückkehr an den INF-Tisch antworten; insbesondere müßte ein „linkage" von START und INF in dem Sinne zum Ausdruck gebracht werden, daß für den Westen keine START-Ergebnisse vor Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen in Betracht kommen.

B. START-Interimsabkommen

a) Schließlich könnte die SU versuchen, die START-Verhandlungen von vornherein mit begrenztem Ziel wiederaufzunehmen und sowohl die schwierigen START-Probleme als auch die INF-Problematik einschließlich der Drittstaatenfrage bis auf weiteres auszuklammern. Angestrebtes Ergebnis wäre ein START-Zwischenabkommen, wie Dobrynin es in verhüllter Form in Washington sondiert hat (vgl. Bezugsaufzeichnung). Der Hauptinhalt könnte in einer Festschreibung unumstrittener SALT-Elemente über den Ablauf von SALT II[11]

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

(31.12.1985) hinaus und der Vereinbarung eines prozeduralen Rahmens für künftige nukleare Rüstungskontrollverhandlungen bestehen. Die Wiederaufnahme nuklearer Verhandlungen mit dem beschränkten Ziel eines solchen Abkommens böte der SU in der gegenwärtigen Situation große Vorteile. Insbesondere würde sie auf diese Weise aus der Sackgasse herauskommen, in die sie sich mit der Unterbrechung von INF und START selbst hineinmanövriert hat, ohne sich sofort der für sie derzeit kritischen INF-Problematik stellen zu müssen. Außerdem erscheint allein bei dieser Option zumindest ein nukleares Teilergebnis relativ bald erreichbar.

b) Wie Burt mir am 27.2.1984 bestätigt hat[12], gewinnt der Gedanke eines START-Zwischenabkommens für die amerikanische Administration gleichfalls an Anziehungskraft, speziell unter dem Aspekt möglicher Auswirkungen auf die Wahlen[13]. Dabei wird nicht ausgeschlossen, daß die USA ihrerseits im Lauf der nächsten Monate ein START-Zwischenabkommen vorschlagen könnten, sofern bis dahin sowjetische Initiativen im nuklearen Bereich ausbleiben. Die Konkretisierung der amerikanischen Überlegungen über ein Zwischenabkommen wird jedoch von der weiteren sowjetischen Haltung abhängig gemacht. Das Hauptproblem für die USA besteht darin, daß ein solches Abkommen außer den oben genannten Punkten auch ein substantielles Element – in Gestalt prinzipiellen sowjetischen Eingehens auf zentrale amerikanische START-Forderungen – enthalten sollte, damit Kritik im Kongreß und in der Öffentlichkeit vermieden wird. In diesem Zusammenhang wird vor allem an eine Obergrenze für Gefechtsköpfe auf Raketen (bei 6–7000 GK) gedacht.

Wie in der Bezugsvorlage ausgeführt, würde ein START-Zwischenabkommen dadurch, daß es die Kontinuität des nuklearstrategischen Rüstungskontrollprozesses sichert, auch in unserem Interesse liegen. Doch wäre für uns außerdem wichtig zu erreichen, daß ein solches Abkommen die Wiederaufnahme von Verhandlungen über die INF-Materie fördert, zumindest, daß es ausdrücklich ausschließt, daß der INF-Bereich für längere Zeit rüstungskontrollpolitisch unbehandelt bleibt. Dies könnte durch Aufnahme einer prozeduralen Vereinbarung über die Weiterführung von INF-Verhandlungen in ein START-Zwischenabkommen erreicht werden; wünschenswert wäre eine möglichst große Konkretisierung, doch könnten wir in dieser Hinsicht flexibel sein. Längerfristig wären dann auch getrennte Verhandlungen mit unveränderter Substanz möglich. In diesem Sinne habe ich die Frage eines START-Zwischenabkommens inzwischen Burt gegenüber aufgenommen. Außerdem wurde dem Bundeskanzler vorgeschlagen, das Thema in Washington anzusprechen[14] und unser Interesse an einer entsprechenden prozeduralen INF-Vereinbarung zum Ausdruck zu bringen.

12 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, hielt sich am 27. Februar 1984 in der Bundesrepublik auf, um die Reise des Bundeskanzlers Kohl vom 3. bis 6. März 1984 in die USA vorzubereiten. Er traf unter anderem mit Staatssekretär Meyer-Landrut zusammen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 236 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 28. Februar 1984 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 12938 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

13 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

14 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 70–72 und Dok. 75.

Sobald sich die amerikanischen Überlegungen über ein Zwischenabkommen weiter verdichten, sollten wir das Thema vertiefen und auch über mögliche Formulierungen des INF-Passus mit den USA sprechen.

5) Zusammenfassend ist festzustellen, daß dem Westen und der SU nur wenige Optionen offen sind, die eine Wiederaufnahme der nuklearen Verhandlungen ohne Nachteile für die eigene Position und mit Aussicht auf Ergebnisse ermöglichen würden. Größte Attraktivität für beide Seiten hat unter diesem Aspekt die Option eines START-Zwischenabkommens. Daneben käme für den Westen nur die Option getrennter Verhandlungen unter einem Dach in Frage, und zwar sowohl als Reaktion auf einen inakzeptablen sowjetischen Vorschlag als auch für eine eigene Initiative.

Die SU könnte alternativ eine Wiederaufnahme von START unter Ausklammerung von INF versuchen, sähe sich dabei allerdings dem Risiko ausgesetzt, eine solche Position nicht allzulange durchstehen zu können.

Die Verschmelzung von START und INF hätte für beide Seiten schwer akzeptable Nachteile; falls dennoch eine solche Situation herbeigeführt würde, geschähe dies durch eine für unvermeidlich angesehene Reaktion der einen Seite auf einen Eröffnungszug der anderen. Besser wäre in einem solchen Fall jedoch eine Einigung beider Seiten, die verhindern würde, daß nach einer Verschmelzung der INF- und der START-Materie zunächst alle Bemühungen darauf gerichtet werden müßten, durch sinnvolle Ausgliederung einzelner Bereiche überhaupt Verhandlungsergebnisse zu ermöglichen.

Ruth

VS-Bd. 11357 (220)

67

Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt

114-10982/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 29. Februar 1984, 16.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 162 **Ankunft: 29. Februar 1984, 17.05 Uhr**
Cito

Betr.: Besuch von Verteidigungsminister Dr. Wörner vom 24.–28.2.1984 in Spanien

Zur Unterrichtung

1) Der Aufenthalt von Bundesverteidigungsminister Wörner in Spanien, zugleich der erste offizielle Besuch eines deutschen Verteidigungsministers in Madrid, hat nützliche Erkenntnisse und Ergebnisse gezeitigt. Bundesminister Wörner führte außer mit seinem spanischen Kollegen Serra Gespräche mit König Juan

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna vorgelegen.

Carlos, Außenminister Morán und der militärischen Spitze der Streitkräfte. Er nahm die Gelegenheit wahr, um Betriebe der Panzer- und Flugzeugherstellung zu besichtigen.

2) Die Anwesenheit des Ministers hat zu einer erfreulichen Belebung der Beziehungen zwischen den Verteidigungsressorts beigetragen. Sie ist publizistisch von Presse und Fernsehen breit registriert worden und hat das Verständnis für unsere Verteidigungsbelange und die des NATO-Bündnisses gestärkt.

3) Zur Frage des Verhältnisses Spaniens zur NATO brachte die Aussprache mit Verteidigungsminister Serra eine interessante neue Variante. Serra bezog sich dabei auf ein Gespräch, das er wenige Tage vorher mit MP González gehabt hatte, und meinte mit der Bitte, „dies gleich wieder zu vergessen", möglicherweise werde das NATO-Referendum[2] doch nicht in dieser Legislaturperiode stattfinden.

Die öffentliche Meinung sei nicht ausreichend vorbereitet. Die spanische Regierung werde das NATO-Thema auf absehbare Zeit sehr vorsichtig behandeln müssen. Im Bündnis werde man es beim jetzigen Stand der spanischen Mitarbeit belassen. (Er werde aus diesem Grunde auch auf absehbare Zeit nicht an Tagungen der Nuklearen Planungsgruppe teilnehmen können.)

Serra hat damit eine einschneidende Wende in der innenpolitischen Strategie der sozialistischen Regierung zur NATO-Frage angedeutet. Wie neu diese Orientierung ist, geht auch daraus hervor, daß AM Morán gegenüber BM Wörner noch entschieden ein NATO-Referendum in der laufenden Legislaturperiode (bis 1986) voraussagte.

4) Durch die Gespräche sind die Grundlagen für eine technologische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern im Rüstungsbereich erheblich gestärkt worden:

a) Es wurden Möglichkeiten einer gemeinsamen bilateralen Entwicklung bei der Panzerherstellung erörtert. Spanien ist an der Entwicklung eines leichteren Panzers für die 90er Jahre auf der Grundlage der Leopard-II-Technologie interessiert und möchte nach deutscher Genehmigung baldmöglichst ein Angebot mit Einzelheiten über Technik, Einsatz und Kosten hierzu erhalten.[3]

b) Bei der Entwicklung der Fregatte 90 möchte Spanien eine hervorgehobene Beteiligung in den Management-Teams.

c) Zum Jagdflugzeug der 90er Jahre[4] möchte Verteidigungsminister Serra An-

2 Zum beabsichtigten Referendum über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 26, Anm. 2.

3 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 23. März 1984: „Staatssekretär im spa[nischen] Verteidigungsministerium, Eduardo Serra, sagte mir am 22.3. zum Thema der Zusammenarbeit im Panzerbereich, daß er sehr froh sei über das Schreiben von MD Schnell, BMVg, vom 29.2. (Dankschreiben nach Besuch BM Wörner), welches eine Klarstellung der deutschen Absichten beinhalte. Die deutschen Erläuterungen erleichterten breitangelegte Zusammenarbeit in allen Phasen und öffneten auch den Weg für die Wiederaufnahme der Erörterung der Modernisierung des spa. Panzers AMX-30 in allen ihren Aspekten. Von den bevorstehenden Gesprächen mit deutschen Rüstungsfachleuten in Madrid (Delegation BMVg mit AA-Beteiligung) erhoffe er sich, daß man die Thematik so weit führen könne, um zu einem klaren Zeitplan zu kommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 228; Referat 201, Bd. 143403.

4 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 23. Januar 1984 wurde dargelegt: „Nach intensiven Verhandlungen haben die Chefs der Luftwaffen von Frankreich, Großbri-

fang Juli eine Besprechung der Verteidigungsminister der beteiligten fünf Länder anberaumen.

d) Es gelang, einige Mißverständnisse über den Export der 25-mm-Kanone von Rheinmetall[5] zu bereinigen.

[gez.] Brunner

VS-Bd. 12931 (203)

Fortsetzung Fußnote von Seite 345

tannien, Italien, Spanien und der Bundesrepublik Deutschland am 16.12.1983 die von den Luftwaffenstäben – unter Beteiligung der Rüstungsbereiche – harmonisierten Forderungen, niedergelegt in einem quintolateralen Outline European Staff Target (OEST), unterzeichnet. Das OEST legt die operativen Merkmale und Leistungseckwerte sowie Zielsetzungen für ein neues Jagdflugzeug fest. Es stellt noch keine Beitrittsverpflichtung für ein multilaterales Programm dar. Im einzelnen beschreibt das OEST ein einsitziges, sehr manövrierfähiges, zweimotoriges Flugzeug, welches für die Jagdrolle optimiert ist und den fliegenden Verbänden ab 1995 zur Verfügung stehen soll." Vgl. Referat 209, Bd. 130022.

5 Zur Lizenzfertigung von 25-mm-Maschinenkanonen der Firma Rheinmetall durch die spanische Firma Santa Bárbara vermerkte Ministerialdirigent Loeck am 25. April 1983: „Ausfuhrgenehmigung nach Kriegswaffenkontrollgesetz, KWKG, wirft erhebliche rechtliche Probleme auf. Kernpunkt ist die Frage der mangelnden Zuverlässigkeit nach § 7 Abs[atz] 3 KWKG […]. Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen Verantwortliche der Fa. Rheinmetall wegen Verbrechens (sic!) nach dem KWKG soll nach Auskunft der Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung führen; dabei besteht der Verdacht der Beteiligung der Fa. Santa Bárbara an KWKG-widrigem Export von Maschinenkanonen über Spanien nach Argentinien. Spanische Seite ist mit gegenseitigem Veto bei Export der gemeinsam gefertigten M[aschinen]k[anonen] in Drittländer einverstanden. […] BSR-Entscheidung für Mai 83 vorgesehen." Vgl. Referat 424, Bd. 135830.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze teilte der Botschaft in Madrid am 6. Juli 1983 mit: „Die spanische Note vom 1.7.83 zur Endverbleibsregelung sollte mit Antwortnote unter Wiederholung des Wortlauts […] zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Dabei ist hinzuzufügen, daß wir die spanischen Erklärungen als Grundlage für die nach unserem Kriegswaffenkontrollgesetz der Firma Rheinmetall zu erteilenden Ausfuhrgenehmigungen betrachten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4241; Referat 424, Bd. 135830.

68

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-11026/84 geheim
Fernschreiben Nr. 284
Citissime

Aufgabe: 2. März 1984, 20.01 Uhr[1]
Ankunft: 2. März 1984, 21.25 Uhr

Betr.: Asylfälle in Prag[2] und Ost-Berlin

1) Am 29. Februar erfuhr die Ständige Vertretung von Rechtsanwalt Dr. Vogel, daß DDR-Bürger, die die Ständige Vertretung oder andere diplomatische Missionen in Übersiedlungsangelegenheiten aufsuchen, mit Gefängnis bestraft werden sollen. In einem Gespräch am 1. März bestätigte Dr. Vogel mir gegenüber diese Hinweise. Ich habe den Rechtsanwalt mit großer Eindringlichkeit vor derartigen Maßnahmen gewarnt. Die Asylfälle würden nach meinem Eindruck unter solchen Umständen eher noch zunehmen. Für die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung werde es schon aus moralischen Gründen nahezu unmöglich werden, Besucher, die uns um Hilfe bitten, zum Verlassen der Vertretung zu bewegen.

Dr. Vogel bat mich heute nachmittag erneut zu einem Gespräch in seine Kanzlei. Er wies eingangs darauf hin, er habe heute mit Generalsekretär Honecker über die Problematik der Asylfälle gesprochen. Für Honecker sei der entscheidende Punkt, daß in der Ständigen Vertretung und anderen Missionen DDR-Bürger in Ausreisefragen beraten würden. Diese Beratungen hätten wesentlich zu einem Ansteigen der Ausreiseanträge beigetragen. Die DDR könne das nicht länger hinnehmen. Er habe deshalb den Auftrag erhalten, mir folgende Mitteilung zu machen:

Eine entsprechende Lösung sogenannter Botschaftsfälle kann künftig nur noch erfolgen, wenn diplomatische Vertretungen DDR-Bürger, die wegen Übersiedlung vorstellig werden, auf die alleinige Kompetenz der DDR verweisen und sie auffordern, unverzüglich die diplomatische Vertretung zu verlassen. Wenn die diplomatischen Vertretungen so handelten, werden keine Festnahmen mehr erfolgen und auch keine Strafverfahren eingeleitet werden.

Dr. Vogel fügte hinzu, im Falle einer „positiven Reaktion" unserer Seite werde er, Vogel, in der Lage sein, „letztmalig" eine Erklärung abzugeben hinsichtlich der 22 DDR-Bürger, die sich gegenwärtig in unserer Botschaft in Prag aufhalten, wie auch hinsichtlich der zwei DDR-Bürger, die sich in der Ständigen Vertretung befinden.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 3. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ex[emplar] No. 3 für 010 entn[ommen]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 6. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) H[errn] Dg 21 zur Kenntnis, 2) W[ieder]v[orlage]: RL 210."
Hat Ministerialdirigent Edler von Braunmühl am 7. März 1984 vorgelegen.

2 Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin bzw. in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 25 bzw. Dok. 62.

Ich habe Dr. Vogel zunächst einige Fragen zum Verständnis seiner Mitteilung gestellt. Zur Frage, was „unverzüglich" bedeute, sagte er, er verstehe darunter Stunden, „es könne aber auch einmal etwas länger dauern". Auf meine weitere Frage, was „letztmalig" bedeute, sagte Vogel, er müsse davon ausgehen, daß er künftig nicht mehr in der Lage sein werde, in den sogenannten Asylfällen Erklärungen der bisherigen Art abzugeben. Die Missionen seien dann gehalten, die Besucher an die Abteilung Inneres bei den Räten der Städte oder Kreise zu verweisen. Nur in schwierigen Ausnahmefällen könne man DDR-Bürger nach vorheriger Absprache auch an ihn verweisen. Im übrigen würden wir sicher bemerkt haben, daß Antragsteller von den zuständigen Stellen jetzt anders behandelt und nicht mehr unter Druck gesetzt würden.

Vogel wies dann noch darauf hin, daß der Leiter der Ständigen Vertretung, Moldt, eine Weisung erhalten werde, Staatsminister Jenninger eine entsprechende Mitteilung zu übermitteln.[3]

Ich habe Dr. Vogel die Weiterleitung der Mitteilung zugesagt, vorsorglich aber darauf hingewiesen, daß eine schnelle Antwort bei der Tragweite der von uns geforderten Erklärung nicht ohne weiteres zu erwarten sei. Ich könne andererseits nicht beurteilen, ob die Situation in Prag einen weiteren Aufschub zulasse. Aus meiner Sicht müsse für die jetzt bestehenden Asylfälle schnell eine Lösung gefunden werden. Über die Erklärung müsse man nachdenken und ggf. dann auch sprechen.

2) Mit der von Dr. Vogel abgegebenen Mitteilung verfolgt die DDR offenbar in erster Linie das Ziel, unsere Gesprächsführung gegenüber DDR-Bürgern in Übersiedlungsangelegenheiten wesentlich zu beschneiden und insbesondere zu erreichen, daß sich unsere Missionen in solchen Fällen für unzuständig erklären und auch Informationen über die besonderen Umstände des jeweiligen Falles (z. B. Behandlung durch DDR-Stellen) ablehnen. Dafür ist man offenbar bereit, Straffreiheit wegen des Aufenthaltes in der Ständigen Vertretung einschließlich eines Asylbegehrens zu gewährleisten. Erst wenn über die allgemeinen Fragen Übereinstimmung erzielt ist, will man offenbar die Asylfälle in Prag und in der Ständigen Vertretung lösen. Für künftige Fälle werden schon jetzt Übersiedlungszusagen, wie sie uns in der Vergangenheit gegeben worden sind, abgelehnt. Insgesamt signalisiert diese Mitteilung gegenüber den früheren Asylfällen in der Ständigen Vertretung eine erhebliche Verhärtung, die nach den spektakulären Prager Fällen allerdings nicht überraschend kommt.

[3] Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup vermerkte am 8. März 1984, der Gesandte an der Ständigen Vertretung der DDR, Schindler, sei am 6. März 1984 im Bundeskanzleramt vorstellig geworden und habe ein Non-paper übergeben. Dazu habe er ausgeführt, „die DDR sei der Auffassung, daß die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland den Bürgern der DDR, die beabsichtigten, mit Unterstützung dieser Botschaften ihre Ausreise aus der DDR zu erlangen, mitteilen müßten, daß die Botschaften dafür nicht zuständig seien. Es sei nicht zulässig, diese Bürger zu registrieren oder ihnen zu erklären, daß man sich für ihre Anliegen einsetzen wolle, bzw. ihnen sogar den Aufenthalt in der Botschaft zu gewähren". Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.
In dem Non-paper hieß es u. a.: „Namens der Regierung der DDR möchte ich die Erwartung zum Ausdruck bringen, daß sich die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in den genannten Fragen strikt an die Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen halten." Vgl. die Anlage 1 zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup vom 8. März 1984; VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

Ob die DDR auf den jetzt geforderten Voraussetzungen für die Lösung der Asylfälle in Prag und Ost-Berlin bestehen wird, bleibt abzuwarten. Die Mitteilung des Rechtsanwalts läßt immerhin erkennen, daß man grundsätzlich zur Lösung dieser Fälle bereit ist. Ich schließe nicht aus, daß sich bei entsprechendem politischen Druck die DDR auch ohne die von uns verlangte Erklärung bewegen wird.

Unabhängig davon gebe ich zu bedenken, ob nicht eine Erklärung oder zumindest eine Erörterung der Behandlung von DDR-Bürgern in unseren Missionen auch in unserem Interesse liegt. Sie müßte allerdings anders und weiter gefaßt sein, als es die DDR jetzt von uns fordert. Vielleicht ist es auf diesem Wege möglich, ein Verfahren abzusichern, mit dem auch in Zukunft schwierige Fälle gelöst werden können. Außerdem wäre so eine Zusicherung zu erreichen, daß DDR-Bürger, die in den Missionen um Hilfe bei ihrer Übersiedlung bitten, nicht deswegen bestraft werden. Diesen Punkt halte ich auch deshalb für wichtig, weil wir sonst DDR-Bürger guten Gewissens gar nicht mehr nach Hause schicken können.

Ich schlage vor, den gesamten Komplex möglichst bald zum Gegenstand einer Besprechung zu machen.[4]

[gez.] Bräutigam

VS-Bd. 13350 (210)

[4] Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup notierte am 8. März 1984: „In einer Besprechung im BMB am 7.3.1984 unter Leitung von StS Rehlinger, an der StS Meyer-Landrut teilnahm, führte StS Rehlinger aus, nach seinen Gesprächen mit RA Vogel in den letzten Tagen komme er zu dem Schluß, daß die ganze Problematik in der Führung der DDR auf hoher Ebene diskutiert worden sei und die DDR offensichtlich nicht mehr bereit sei, derartige Fälle entsprechend der bisherigen Praxis zu regeln. Wir hätten es deshalb mit einer neuen Lage zu tun.“ In der Diskussion habe Einvernehmen bestanden, daß es zunächst darauf ankomme, die noch nicht erledigten Fälle in Prag und Ost-Berlin „auf dem üblichen Wege anwaltlich zu regeln. Gleichzeitig aber kämen wir nicht umhin, unsererseits Anstrengungen zu unternehmen, um den Zustrom von Zufluchtssuchenden einzudämmen.“ Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

69

Botschaftsrat I. Klasse Rapke, Teheran, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 261 **Aufgabe: 5. März 1984, 11.25 Uhr**[1]
Ankunft: 5. März 1984, 10.07 Uhr

Betr.: Golfkrieg;
hier: zunehmendes amerikanisches Interesse

Bezug: laufende Berichterstattung

Zur Unterrichtung

Während die Auseinandersetzung auf den Schlachtfeldern sich bis jetzt nicht wesentlich vom bisherigen Verlauf des Krieges unterscheiden dürfte, auch wenn der Propagandakrieg neue Dimensionen gewonnen hat, tritt mit dem zunehmenden Interesse der USA an dem Konflikt, das sich u. a. in ihrer demonstrativen Flottenpräsenz am Persischen Golf[2] manifestiert, ein neues Element in die Vorgänge ein.

1) Die iranische Seite hat offensichtlich seit langem erkannt, daß ihr durch ein stärkeres Engagement der Amerikaner in der Region ernsthafte Gefahren drohen könnten. Ihr Bemühen ging daher schon seit einiger Zeit dahin, den USA keinen Ansatz und keinen Vorwand für ein Eingreifen zu liefern. Aus diesem Grund hatte Iran seine frühere Drohung, man werde die Straße von Hormuz schließen[3], längst modifiziert und praktisch zurückgenommen.

Die letzte Stufe in der Deeskalation war eine Erklärung von Staatspräsident Khamenei am 28. Februar. Darin kündigte er nun eine Schließung der Meerenge nur noch für den Fall an, daß die iranische Schiffahrt im Golf und durch die besagte Straße von Hormuz gefährdet werden würde. Die Schließung der Straße von Hormuz erscheint jetzt nicht mehr als mögliche isolierte Vergeltungsmaßnahme Irans auf Vorgänge irgendwo im Kriegstheater am Golf, sondern vielmehr als eine bedingte Gegenmaßnahme auf eine gegen Iran gerichtete Schließung der Straße durch andere Mächte, insbesondere durch die westliche Vormacht. Die Kausalität wird in dieser neuesten iranischen Erklärung sozusagen umgekehrt.

Dies ist dann aber ein weiter Weg von der ursprünglichen Drohung Irans, man werde die Straße im Falle französischer Waffenlieferungen an Irak schließen, die zunächst dahingehend modifiziert wurde, nur im Falle der Zerstörung der Ölanlagen auf Kharg werde man die bewußte Maßnahme ergreifen, und die als vorletzte Stufe weiter dahingehend abgeschwächt wurde, man werde nur für den Fall einer Behinderung der iranischen Ölausfuhr in diesem Sinne aktiv werden.

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Hoessle am 6. März 1984 vorgelegen.

2 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 28. Februar 1984 mit, ein Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums habe erklärt, „es befänden sich gegenwärtig vier Schiffe […] der US Navy im Golf. Darüber hinaus befinde sich eine Trägergruppe, bestehend aus dem Träger ‚Midway' und vier Begleitbooten, im Raum des Golfs von Oman." Vgl. den Drahtbericht Nr. 932; Referat 311, Bd. 137772.

3 Zu den iranischen Drohungen, die Straße von Hormuz zu schließen, vgl. AAPD 1983, II, Dok. 302.

2) Viele Beobachter in Teheran sind davon überzeugt, daß die Iraner tatsächlich nicht die Absicht haben, die Straße von Hormuz zu schließen. Fast einhellig ist die Auffassung, daß Iran dazu auch technisch nicht, im Höchstfalle nur vorübergehend, in der Lage wäre. Über diesen Sachverhalt dürfte sich die iranische Führung sehr wohl im klaren sein.

Es ist aus hiesiger Sicht auch nur schwer vorstellbar, daß die beteiligten Stellen in den USA diesen Zusammenhang nicht ebenfalls erkannt hätten. Ihre Behauptung, die freie Schiffahrt in der Straße von Hormuz sei ernsthaft gefährdet[4], muß daher wohl in erster Linie taktisch verstanden werden. Es ist nicht auszuschließen, daß die Amerikaner die künstliche Krise um die Meerenge als einen Ansatzpunkt ansehen, vom dem aus sie auf den Verlauf des Golfkrieges Einfluß nehmen könnten.

3) Es kann ja kein Zweifel darüber bestehen, daß die USA über die Entwicklung in der Golfregion beunruhigt sein müssen. Diese Beunruhigung geht über die relativ unwichtige Frage, ob die Durchfahrt durch die Straße von Hormuz vorübergehend gefährdet sein könnte, hinaus. Die USA sehen den Status quo im Persischen Golf durch den iranischen Fundamentalismus offensichtlich grundsätzlich und durchaus nicht zu Unrecht gefährdet. Sie dürften sich bewußt sein, daß ihre konservativen Verbündeten in der Region von ihnen eine Erhaltung dieses Status quo erwarten. Hier steht ja auch die amerikanische Glaubwürdigkeit in der Region auf dem Spiel, die nach dem Fallenlassen des letzten Schahs[5] durch die Carter-Administration ohnehin einen schweren Schlag erlitten hat.

Die diplomatische Annäherung zwischen Washington und Bagdad, die sich in den letzten Monaten abgezeichnet hat, ist wohl in erster Linie unter diesem Aspekt zu bewerten. Die USA wollten das Bollwerk gegen die fundamentalistische Flut, als das Saddam Hussein seine Regierung ja auch selbst versteht, stärken. Ein zweites Motiv für die amerikanische Politik ist sicherlich auch der Wunsch Washingtons, den Einfluß der SU in Bagdad zurückzudrängen.

4) Die Entschlossenheit der USA, in diesem Krieg Flagge zu zeigen, dürfte auch durch das vorläufige Scheitern der amerikanischen Libanon-Politik mitbestimmt sein. Die USA wollen offensichtlich zeigen, daß sie in der Region präsent bleiben. Zusätzlich dürfte bei den amerikanischen Überlegungen der Wunsch eine Rolle spielen, den schiitisch inspirierten Terrorismus, der wohl auch nach ihrem eigenen Verständnis zum Scheitern der USA in Beirut beigetragen hat, an seinem Ausgangspunkt zu treffen.

Es sollte auch nicht von vornherein die Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß bei dem amerikanischen Vorgehen das Iran-Trauma eine untergründige Rolle spielt. Der unglaubliche Vorgang der Geiselnahme[6] kann in den USA ja noch

4 Präsident Reagan erklärte am 22. Februar 1984 in einer Pressekonferenz auf die Frage nach einer möglichen Schließung der Straße von Hormuz: „But there's no way that we could allow that channel to be closed." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 251.

5 Zum Sturz von Schah Pahlevi vgl. Dok. 20, Anm. 16.

6 Die amerikanische Botschaft in Teheran wurde am 4. November 1979 von Demonstranten besetzt; 63 Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen, um die Auslieferung des Schahs Reza Pahlevi zu erzwingen, der sich seit 22. Oktober 1979 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Die USA lehnten dies ab. Nach dem Scheitern eines militärischen Befreiungsversuchs am 24./25. April 1980 bemühten sich u. a. die Bundesrepublik und Algerien um eine Vermittlung. Vgl.

nicht vergessen sein. Allerdings wären von solchen Gedanken beeinflußte politische Entscheidungen für eine Lösung der Probleme wenig hilfreich. Dies um so weniger, wenn eine solchermaßen teilmotivierte Politik zusätzlich noch durch eine falsche Beurteilung der augenblicklichen Situation in Iran beeinflußt würde.

Viele Beobachter, und gerade die Freunde der USA in Teheran, befürchten nämlich, daß deren Lagebild, nicht zuletzt infolge mangelnder diplomatischer Präsenz in Iran, den Realitäten nicht entsprechen könnte. Die starke Beachtung, die z. B. die Menschenrechtsverletzungen der islamischen Führung im Westen gefunden haben, könnte nämlich zur Annahme führen, das Regime des Ayatollah Khomeini sei unpopulär. Entscheidungen, die von einer solchen unzutreffenden Annahme ausgingen, könnten nur zu einer falschen Politik führen.

5) Die USA könnten durch ihre deutlich gegen den islamischen Iran geführte Politik nur dazu beitragen, die Teheraner Führung zu stärken. Die Anwesenheit von US-Flottenverbänden im Persischen Golf, die bereits zu einem Zwischenfall geführt hat[7], wird, wenn sie denn schon nicht als Provokation gemeint gewesen wäre, in Teheran jedenfalls als solche gesehen. Der hier so verstandene „große Satan", dessen Hand man in Teheran von Anfang an hinter der irakischen Aggression zu spüren glaubte, hat sich nach hiesiger Auffassung damit erneut deutlich manifestiert. Das Feindbild der islamischen Führung hat dadurch nur zusätzlich Konturen bekommen.

In dieser Situation von der islamischen Führung ein Einlenken zu erwarten, wäre angesichts der schiitischen Mentalität illusionär. Khomeini wird in solcher Situation vielmehr von seinem Volk zusätzliche Opfer fordern und dabei entsprechend der bisherigen Erfahrung auch auf die gewünschte Bereitschaft stoßen. Einen solchen Vorgang als religiös-mittelalterlichen Fanatismus zu bezeichnen, wäre möglicherweise nicht ganz unrichtig. Dies würde allerdings an der Tatsache nichts ändern, daß Iran entschlossen ist, äußersten Widerstand zu leisten, vor allem dann, wenn es direkt oder indirekt gegen die USA geht.

Von hier aus ist daher auch nicht zu erkennen, wie die amerikanische Politik im Golf, deren Intentionen allmählich erkennbar werden, zu einer Lösung des Konflikts beitragen könnte.

Rapke

Referat 311, Bd. 137772

Fortsetzung Fußnote von Seite 351

dazu AAPD 1979, II, Dok. 323, Dok. 324, Dok. 331, Dok. 333, Dok. 339, Dok. 348 und Dok. 357, AAPD 1980, I, Dok. 88 und Dok. 95, sowie AAPD 1980, II, Dok. 265, Dok. 275, Dok. 291 und Dok. 306. Am 19. Januar 1981 wurden in Algier durch amerikanische und iranische Vertreter verschiedene Vereinbarungen unterzeichnet. Dies führte zur Freilassung der Geiseln am 20. Januar 1981. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2047, S. 1–5 bzw. S. 9.

7 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 28. Februar 1984 mit, ein Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums habe Meldungen bestätigt, „daß gestern ein amerikanischer Zerstörer durch Warnschüsse ein iranisches P-3 Aufklärungsflugzeug abgelenkt habe. Er bestätigte ferner, daß der amerikanische Zerstörer ‚Lawrence' eine iranische Fregatte und ein nicht näher identifiziertes Schiff" ebenfalls durch Warnschüsse vertrieben habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 932; Referat 311, Bd. 137772.

70

Staatssekretär Meyer-Landrut, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher

114-11046/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. März 1984, 20.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1051 **Ankunft: 6. März 1984, 02.11 Uhr**
Citissime nachts

Für Bundesminister[1]

Betr.: Gespräch BK mit Präsident Reagan am 5.3.1984[2]

Teilnehmer: Vizepräsident Bush, AM Shultz, Sicherheitsberater McFarlane, Staatssekretär[3], Botschafter Hermes, MD Teltschik.

Gespräch im Oval Office des Präsidenten begann mit etwa einstündigem Vortrag des Bundeskanzlers entsprechend dem Exposé, das er beim Frühstück mit AM Shultz entwickelt hatte (vgl. nachfolgenden DB).

Themen:

1) Deutschland: ermutigende Wirtschaftsentwicklung, aber Probleme Arbeitslosigkeit, Forderung nach 35-Stunden-Woche, Exportprobleme, insbes. Protektionismus. Bereitschaft, gegen Fettsteuer[4] zu votieren, doch muß dieses Zweibahnstraße sein, d. h., auch USA dürfen nicht in protektionistische Politik verfallen. Auf dem Gipfel in London[5] müsse die antiprotektionistische Politik bekräftigt werden. AM Shultz dankt für feste Haltung in der Fettsteuer-Frage. Auch Japan gegenüber trete er, BK, für offene Konkurrenz ein. Problem der hohen US-Zinsen werde zunehmend belastend, darüber werde 1985 zu sprechen sein. Innenpolitische Lage in D sei gut. Stationierungsgegner zerstritten, allerdings keine Gemeinsamkeit mit Opposition in Sicherheitspolitik, dies auch in näherer Zukunft nicht zu erwarten.

2) EG-Probleme: Gipfel im März[6] müsse Erfolg werden. D habe bereits seinen Beitrag bezüglich Grenzausgleich[7] geleistet, GB müsse noch etwas tun. Man

1 Hat Bundesminister Genscher am 6. März 1984 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 71, Dok. 72 und Dok. 75.

3 Andreas Meyer-Landrut.

4 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Abgabe auf pflanzliche Öle und tierische Fette vgl. Dok. 29, Anm. 30.
Auf der Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel fand sich keine Mehrheit für die Einführung einer solchen Abgabe. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1984, S. 58.

5 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vgl. Dok. 88.

7 Zur Frage der Währungsausgleichsbeträge im Rahmen der EG-Agrarpolitik vgl. Dok. 29, besonders Anm. 15.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann vermerkte am 28. Februar 1984, beim Abbau der Währungsausgleichsbeträge werde der Vorschlag der Bundesregierung „zunehmend als Diskussionsgrundlage akzeptiert". Bislang habe kein EG-Mitgliedstaat „eindeutige Ablehnung des deutschen Vorschlags erkennen" lassen, auch wenn Großbritannien „große Bedenken wegen der Haushaltsauswirkungen habe". Vgl. Referat 411, Bd. 131246.
Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), teilte am 6. März 1984 mit, während der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 5./6. März 1984 habe die französische Präsidentschaft

könne die Gemeinschaft nicht ohne Opfer haben. (Erwünschter Beitritt Spaniens und Portugals[8] werde 4 Mrd. DM kosten, Grenzausgleich 2 Mrd. DM.) Nächstes Ziel nach Europawahl[9] sei es, Politische Union weiterzubringen, nicht gegen USA, sondern als europäischen Pfeiler transatlantischer Brücke, auch in Sicherheitspolitik. Insofern auch Kissinger[10] berechtigt, wenn auch Schlußfolgerungen nicht akzeptabel. Gemeinsame Politik sei in gegenwärtiger Lage, in der Westen an Stärke gewonnen habe, vielversprechend. Auf sicherheitspolitischem Gebiet müßte jetzt NL geholfen werden (auf Nachfrage von Shultz, durch entlastende Politik, z. B. im C-Waffen-Bereich).

3) DDR: schwierige Lage für Honecker, Ausreisegenehmigungen wohl Ventilfunktion.

4) SU: Tschernenko solle man mit Courtoisie begegnen. Es werde kollektive Führung weiterhin dominieren, aber Kanalisierung der Vorstellungen der Außenwelt durch Gromyko müsse durchbrochen werden, deshalb Empfehlung Gipfelbegegnung, gut vorbereitet, ohne Propaganda.

Wichtig sei Weiterverfolgung der C-Waffen-Initiative von Shultz.[11] (Auf dem Wege zum Essen erklärt der Präsident, er werde in den nächsten Tagen eine Erklärung zu C-Waffen abgeben.[12]) Auch in MBFR sei eine Initiative erforderlich, hier müsse Kompromiß zwischen deutschen und US-Vorstellungen gefunden werden. In der Kernwaffenfrage seien Sowjets am Zuge.

5) Zu Polen Verweis auf Kirchenprojekt[13], das vom Präsidenten indossiert werden sollte; würde ihm auch in der katholischen Welt und bei US-Polen Stimmen eintragen.

Präsident Reagan dankt für Ausführungen. In den meisten Fragen Positionen dicht beieinander.

Zum Eingangsthema des Protektionismus: Er sei ein entschiedener Gegner des Protektionismus und werde dieses auch bleiben. AM Shultz: Es sei zu empfehlen, daß BK seine diesbezügliche Haltung auch im Gespräch mit Kongreßabgeordneten[14] bekräftige.

Fortsetzung Fußnote von Seite 353

zwar konzediert, daß der Abbau der Währungsausgleichsbeträge nicht allein zu Lasten der Landwirtschaft in der Bundesrepublik erfolgen dürfe, zu einer Einigung sei es jedoch nicht gekommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 838; Referat 411, Bd. 131246.

8 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 59, Anm. 26 bzw. 27.

9 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

10 Zu den Überlegungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger für eine Reform der NATO vgl. Dok. 64, Anm. 25.

11 Zur Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 17. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13, Anm. 7.

12 In einer Pressekonferenz am 4. April 1984 kündigte Präsident Reagan an, daß der amerikanische Vizepräsident Bush der Genfer Abrüstungskonferenz den Entwurf eines Vertrags für ein umfassendes, weltweites Verbot chemischer Waffen vorlegen werde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 460 f.

13 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 52, Anm. 13.

14 Bundeskanzler Kohl traf am 5. März 1984 mit Mitgliedern des amerikanischen Repräsentantenhauses zusammen. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am selben Tag mit, neben den bilateralen Beziehungen seien die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, mögliche Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien, die Ost-West-Beziehungen sowie Überlegungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger für eine Reform der NATO erörtert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1054; Referat 204, Bd. 135257.
Am 6. März 1984 fand ein Gespräch mit Mitgliedern des amerikanischen Senats statt. Staatssekre-

Die Fortsetzung des Gesprächs fand beim Mittagessen statt. Hierzu bes. Drahtbericht.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 14125 (010)

71

Staatssekretär Meyer-Landrut, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher

114-11047/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1052
Citissime nachts

Aufgabe: 5. März 1984, 20.06 Uhr[1]
Ankunft: 6. März 1984, 02.24 Uhr

Für Bundesminister[2]

Betr.: Besuch Bundeskanzler in Washington[3];
hier: Gespräch mit Präsident Reagan bei Mittagessen (12.20–13.50)

El Salvador

Der Bundeskanzler unterrichtete den Präsidenten, daß unser Botschafter inzwischen in El Salvador eingetroffen sei.[4] Er, der Bundeskanzler, habe sich für Duarte sehr engagiert, auch über die Parteischiene.

Präsident Reagan äußerte sich erfreut über die Entsendung des deutschen Botschafters nach El Salvador, die er als besonders hilfreich empfinde.

Der Bundeskanzler bat darum, Duarte nach Kräften zu unterstützen. Es sei von großer Bedeutung, daß sich die Lage in El Salvador beruhige und daß diese Beruhigung ausstrahle.

Fortsetzung Fußnote von Seite 354
tär Meyer-Landrut, z. Z. Washington, berichtete dazu am selben Tag, besprochen worden seien die bilateralen Beziehungen, die innerdeutschen Beziehungen, Überlegungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger für eine Reform der NATO, die Frage eines Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, und mögliche Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1065; Referat 204, Bd. 135257.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

2 Hat Bundesminister Genscher am 6. März 1984 vorgelegen.

3 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 70, Dok. 72 und Dok. 75.

4 Die Regierung von El Salvador erteilte Botschafter Dodenberg im Januar 1984 das Agrément. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 19.
Vortragender Legationsrat Jansen notierte am 8. Februar 1984, Bundesminister Genscher habe mitgeteilt, daß Dodenberg „in den ersten Märztagen" nach El Salvador ausreisen solle. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178884.
Dodenberg übergab sein Beglaubigungsschreiben im April 1984. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 379.

Polen, besonders Landwirtschaftsprojekt der Kirche[5]

Der Bundeskanzler kam auf die Entwicklung in Polen zu sprechen, die gerade auch für die DDR schwierige Probleme aufwerfe. Die polnischen Ereignisse gingen in ihren Wirkungen weit über Polen hinaus. Deshalb sei die Initiative der katholischen Kirche so bedeutungsvoll. Shultz sprach an dieser Stelle den Präsidenten an: Nach Verabschiedung des Stiftungsgesetzes durch die Polen werde eine Bewegung im Kongreß notwendig sein. Der Bundeskanzler erklärte, er halte es für außerordentlich wichtig, daß der Präsident mit seinem eigenen Namen für das Projekt eintrete. Es wäre für die katholische Weltkirche eine ganz entscheidende Hilfe.

Die weitere Bemerkung, vielleicht sei dies auch eine Hilfe im November[6], quittierte der Präsident mit einem Lachen.

Reagan äußerte sich dann wie folgt: Er habe bereits einige Sanktionen aufgehoben, und zwar, nachdem Wałęsa öffentlich darum gebeten habe, weil diese Sanktionen die polnische Bevölkerung mehr getroffen hätten als die Regierung.[7]

Einwirken auf die neue sowjetische Führung[8]

Der Präsident erkundigte sich danach, in welcher Form man am besten auf die neue sowjetische Führung einwirken sollte.

Der Bundeskanzler sagte, er halte an seiner These fest, daß es gut wäre, wenn der Präsident den neuen Generalsekretär persönlich träfe. Ein solcher Gipfel müsse sorgfältig vorbereitet sein, aber es sollte auch nicht zu viel im vorhinein verlangt oder erwartet werden, etwa in dem Sinne, daß bei einem solchen Gipfel Verhandlungen abgeschlossen werden müßten. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Führer der beiden Weltmächte über die zu diskutierenden oder zu verhandelnden Themenfelder einig würden. Er, der Bundeskanzler, habe dies Tschernenko gesagt[9], wie bei seinem Besuch im Juli[10] auch schon Andropow.

Tschernenko habe bei der Begegnung am Rande der Trauerfeierlichkeiten in Moskau einen Text verlesen. Der Bundeskanzler habe ihm gesagt, über diesen Text solle man nicht diskutieren, da er nur die bekannten Gegensätze enthalte. Er habe ihn von einer anderen Seite zu nehmen versucht: Der Generalsekretär habe sicher in den über sieben Dekaden seines Lebens manches Hoch und man-

5 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 52, Anm. 13.

6 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

7 Am 6. Dezember 1983 wurde in der Presse berichtet, der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, habe am Vortag in Danzig die Aufhebung von Sanktionen gegen Polen gefordert, da diese ihren Nutzen verloren hätten. Ferner habe er erklärt, westliche Regierungen sollten vor der Vergabe neuer Kredite an Polen Garantien verlangen, daß die Gelder tatsächlich dem polnischen Volk zugute kämen und nicht verschwendet würden wie frühere Kredite. Vgl. dazu den Artikel „Walesa Urges Lifting Of Economic Sanctions"; THE WASHINGTON POST vom 6. Dezember 1983, S. A 25. Zur teilweisen Aufhebung amerikanischer Sanktionen gegen Polen am 16. Januar 1984 vgl. Dok. 12, Anm. 15.

8 Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

9 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 14. Februar 1984 in Moskau vgl. Dok. 45.

10 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

ches Tief erlebt. Nun sei er neben dem Präsidenten der USA der mächtigste Mann der Welt. In dieser verantwortungsvollen Stellung helfe Ideologie nicht viel. Er werde sicher darüber nachdenken, wie er vor der Geschichte dastehen wolle, nämlich als ein Mann, der seinen Kindern und Enkeln den Frieden erhalten habe. Deshalb setze er, der Bundeskanzler, sich für ein Treffen Tschernenkos mit Reagan ein. Die Reaktion Tschernenkos sei nicht ablehnend, eher unsicher gewesen. Nun sei es ja so, daß Gromyko das Bild des Auslandes für den Generalsekretär aufbereite. Aber gerade das sei ein Hindernis. Der Generalsekretär der Sowjetunion müsse ein eigenes Bild von den führenden Männern und vor allem vom Präsidenten der Vereinigten Staaten bekommen. Hier liege eine große Chance für Reagan, das Propagandabild über sich selbst zu durchbrechen. Tschernenko müsse erkennen, wer Ronald Reagan wirklich ist. Kurz, er rate sehr zu einer sorgfältig vorbereiteten Gipfelbegegnung, und er könne anfügen, daß er dies auch im Namen von Frau Thatcher tue. Diese stehe, obwohl sie ihre Meinung zu den Ost-West-Beziehungen geändert habe[11], sicher nicht in dem Verdacht, sich vom Falken zur Taube gemendelt zu haben. Sie sei mit interessanten Beobachtungen von Ungarn zurückgekommen[12], sie wünsche einen entschiedenen Kurs, aber auch eine kluge Sprache.

Der Präsident: Er sei an einem solchen Treffen interessiert, wolle aber nicht öffentlich darüber sprechen. Es könne ja sein, daß sich die Sowjetunion dazu entschließe, auf diese Sache einzugehen, nur um einen Propaganda-Coup zu landen. Schließlich habe Moskau kein Interesse daran, ihm bei der Wiederwahl zu helfen.

Der Bundeskanzler entgegnete, er sage den Sowjets, Präsident Reagan werde auf jeden Fall wiedergewählt werden. Sie könnten seiner Prognose trauen, denn auch in der Dislozierungsfrage habe er recht behalten. Nach seiner Ansicht weiche die sowjetische Analyse über die Wahlaussichten von der unseren nicht ab. Man müsse den Sowjets also sagen, sie verlören, wenn sie anders handelten, nur Zeit.

Shultz gab zu bedenken, ob Tschernenko sich gegen Gromyko werde durchsetzen können. Gromyko, der sich in seinen Reden besonders negativ äußere, hüte die Tür vor dem Generalsekretär.

Der Bundeskanzler faßte seine Erfahrungen mit den drei Generalsekretären zusammen: Dem alternden Breschnew[13] habe Gromyko ständig hineingeredet, bei Andropow, dessen Autorität absolut spürbar gewesen sei, habe Gromyko immer geschwiegen, bei Tschernenko müsse man davon ausgehen, daß Gromyko das Monopol auf die Außenpolitik habe. Aber das müsse man erproben. Er müßte sich täuschen, wenn Tschernenko nicht auf ein Gipfelangebot einginge. Die Osteuropäer wollten einen Gipfel, und sie hätten immer ein feines Gespür für den Wind aus Moskau.

11 Zu neuen Akzenten in der britischen Ostpolitik vgl. Dok. 63.

12 Premierministerin Thatcher hielt sich vom 2. bis 4. Februar 1984 in Ungarn auf.

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl am 24. November 1981 vgl. KOHL, Erinnerungen 1930–1982, S. 603–605. Zum Besuch Breschnews vgl. ferner AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

Vizepräsident Bush erkundigte sich nach der Haltung Honeckers und der Meinung des Bundeskanzlers zu einer möglichen Verbesserung der Beziehungen Washington–Ost-Berlin.

Der Bundeskanzler erwiderte, es komme darauf an, worauf sich diese Verbesserung beziehe. Er sei nicht gegen eine Verbesserung, denn sie könne durchaus ihre Wirkung im ganzen WP-Block tun. Er sei innerlich in einer schwierigen Lage. Sein Herz sage ihm: Hoffentlich kommen viele aus der heraus.[14]

Man dürfe nie vergessen, daß man es mit einem totalitären Regime zu tun habe, das unsere Werte ablehne.

Aber man dürfe auch nicht vergessen, daß unter diesem Regime über 16 Millionen unserer Landsleute lebten. Der Verstand sage ihm auch folgendes: Wenn es wieder einen Aufstand gebe wie 1953[15], könne auch heute niemand vom Westen wirklich helfen. Deshalb müsse man immer eine politische Gratwanderung machen, nämlich den Menschen zu helfen versuchen, ohne dem Regime zu helfen.

Um zur Frage des Präsidenten zurückzukommen: Wenn etwas mehr Reputation in den USA für Honecker dazu führen würde, daß Honecker mehr menschliche Erleichterungen zulasse, dann wäre der deutsche Bundeskanzler dafür. Honecker sei geradezu „versessen“ darauf, seine Beziehungen zu Washington zu verbessern. Das sei bei seinem Gespräch in Moskau[16] offensichtlich gewesen.

Er habe Honecker zum ersten Mal gesehen, Honecker habe einen unsicheren Eindruck gemacht und von einer Einladung nach San Francisco gesprochen und auch dazu einige Erkenntnisse gewinnen wollen.

Der Präsident stellte die Frage, wie viele unserer Landsleute in der DDR die westliche Lebensform wählen würden, wenn sie könnten.

Der Bundeskanzler erwiderte, er glaube, das seien mehr als 90 Prozent. Die Engagierten und Profiteure des Regimes beliefen sich wohl auf nicht mehr als zehn Prozent. Unter den 90 Prozent müsse man allerdings differenzieren. Sie wollten nicht alle automatisch unser demokratisches und wirtschaftliches System, sie könnten es auch gar nicht wollen, denn sie kennten es nicht. Ein 1930 Geborener habe nur drei Jahre (unbewußt) in einer Demokratie, zwölf Jahre unter der Diktatur Hitlers und seitdem 34 Jahre unter kommunistischer Diktatur gelebt.

Die Kraft der Kirchen nehme in der DDR zu. Viele Eltern erzögen ihre Kinder religiös und ließen sie nicht in kommunistische Organisationen eintreten. Diese Kinder könnten dann allerdings nicht studieren. Wie viele Menschen aus unserem eigenen Bekanntenkreis würden sich dies zutrauen? Das Regime sitze auf Bajonetten, aber die Menschen hätten weitgehend resigniert. Sie wüßten, daß ihnen bei einem Aufstand niemand helfen könne. Sie hofften allerdings, daß die Zeit für sie arbeite.

Shultz warf die Frage auf, weshalb der Bundeskanzler Kontakte zwischen hohen amerikanischen und sowjetischen Militärs für wünschenswert halte.

14 So in der Vorlage.

15 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

16 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 13. Februar 1984 vgl. Dok. 43.

Der Bundeskanzler erwiderte, Kenntnisse über den Westen liefen nur über zwei Kanäle nach Moskau. [17]Die zwei Kanäle seien der sowjetische Auswärtige Dienst und der KGB. An der Spitze des Auswärtigen Diensts stehe der dienstälteste Außenminister der Welt, ein außerordentlich kenntnisreicher Mann, aber auch ein hinderlicher Klotz.

Was den zweiten Kommunikationskanal betreffe, so kennten wir zwar Namen, wüßten aber nicht viel über die eigentliche Spitze. Sein, des Bundeskanzlers, Eindruck nach seinem Gespräch im Juli mit Ustinow, den Marschällen und Generälen sei gewesen, daß deren Kenntnis von den führenden Persönlichkeiten im Westen außerordentlich begrenzt sei. Nun gebe es unter den hohen amerikanischen Offizieren ganz ausgezeichnete Männer, unter den sowjetischen hohen Militärs seien ebenfalls sehr ernstzunehmende Professionelle.

Diese sowjetischen Militärs interessierten sich in erster Linie für die amerikanischen und die deutschen Streitkräfte. In den USA sähen sie natürlich den stärksten und eigentlichen potentiellen Gegner. Bei den deutschen klängen viele Reminiszenzen aus der Geschichte mit an. Jedenfalls bleibe er dabei, daß es nicht ohne Nutzen wäre, Verbindungen zwischen den Militärs herzustellen.

Der Präsident meinte, es sei für ihn schwierig zu verstehen, weshalb die Sowjetunion, deren „record" als Aggressor feststehe, glauben könne, daß die USA sich je zu einer Aggression gegen die Sowjetunion entschließen würden, da Moskau doch wissen müsse, daß die Vereinigten Staaten nur auf ihre Verteidigung bedacht seien.

Der Bundeskanzler erwiderte, leider kämen hier irrationale Kräfte ins Spiel. Es gebe dafür weit in die Geschichte zurückreichende Gründe. Rußland habe keine natürlichen Grenzen. Peter der Große habe schon Polen als Pufferzone zwischen sich und den Westen gelegt. Heute reiche diese Zone bis weit nach Deutschland hinein. Die Sowjets brauchten auch ein Feindbild. Diktatoren brauchten immer Feinde, um ihre eigenen Fehler von sich selbst ablenken zu können. Deshalb brauchten sie auch die Bundesrepublik Deutschland immer wieder als eine Art Sündenbock. Vom Verstand her sei es ja lächerlich, daß die Moskauer Führung Sorge vor der Bundeswehr haben sollte. Aber nicht von ungefähr werde die Panzersperre vor Moskau, bis zu der 1941 die deutschen Truppen vorgedrungen seien, jedem anreisenden Besucher gezeigt. Da sei der Stolz, diesen Gegner dennoch im Großen Vaterländischen Krieg geschlagen zu haben, und da sei immer noch eine irrationale untergründige Furcht.

Der Präsident entgegnete, die Sowjets müßten doch wissen, daß wir alle leben wollen. Wie können sie dann glauben, daß wir Krieg wünschen? Sie haben doch das offensive marxistische Ziel der Weltrevolution erfunden.

Der Bundeskanzler: Die kommunistische Ideologie verflache immer mehr. Aber die hegemonialen (russischen) Bestrebungen blieben. Die Zeit arbeite eben nicht für die Sowjetunion. Dieser Meinung sei übrigens auch Mitterrand. Dies sei eine große Chance für Präsident Reagan, unter dessen Führung die USA ihr Selbstbewußtsein wiedergefunden hätten. Wenn wir gegenüber dem Osten wie in der Dislozierungsfrage unseren klaren Stand behaupteten, wenn wir weiter eng in der Allianz zusammenarbeiteten, wenn die USA in Europa präsent

[17] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1053 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

blieben und wenn Europa klarmache, daß es diese Präsenz der Amerikaner weiter wünsche, dann würden wir die Partie gewinnen. Er sehe da keinerlei Gegensatz zum amerikanischen Engagement im Pazifik und amerikanischer Zusammenarbeit mit Japan. Amerika habe aus seiner geographischen Lage heraus den Blick auf zwei Ozeane gerichtet, und dies sei um so wichtiger, je mehr der Kommunismus in der Welt seine Anziehungskraft verliere. Diese Wirkungen ließen sich auch an den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens ablesen. Berlinguer habe für Polen und gegen Moskau votiert. Er habe das tun müssen, um in Italien politisch zu überleben. Die Idee der Freiheit sei eben stärker, auch sei eine Wiederbelebung des Religiösen auf dem ganzen Globus zu sehen. In vielen Fällen bringe das neue Schwierigkeiten mit sich. Er erinnere an den – freilich gefährlichen – iranischen Fundamentalismus. Aber diese Wiederbelebung habe auch sehr gute Seiten. Sie sei in Deutschland gerade bei jungen Leuten zu beobachten. Viele junge Menschen sähen im Materiellen und in der Freizeit nicht mehr alles. Sie fragten nach Werten. Vor zehn Jahren sei das Wort Konservativer noch ein Schimpfwort gewesen. Das sei jetzt vorbei.

Der Präsident meinte hierzu, jeder brauche etwas, woran er glauben könne. Wenn die Ideologie zusammenbreche, kehre die Religion zurück.

StS Meyer-Landrut, um seine Bewertung gebeten, wies darauf hin, daß zu wirtschaftlichen und die anderen skizzierten Probleme die sowjetische Führung wahrscheinlich zur Rüstungskontrolle und zur Kooperation mit dem Westen drängen würde.[18] Es sei ganz wichtig, daß die sowjetischen Führer kein verzerrtes Bild des Westens und der westlichen Führer hätten. Je mehr richtige Information wir ihnen, aber auch den Bürgern der SU verschaffen könnten, desto eher werde aufgrund dieser Informationen das Vertrauen wachsen können.

Shultz erkundigte sich nach dem Einfluß der vielen deutschen Touristen in der Sowjetunion auf die sowjetische Bevölkerung.

Der Bundeskanzler stellte fest, die Touristen hätten sicher einen erheblichen Einfluß auf die Meinungsbildung der Russen, die mit ihnen in Kontakt kämen. Schon die Vergleiche der materiellen Bedingungen täten ihre Wirkung.

Der Bundeskanzler schloß mit der Bitte, in dieser komplexen internationalen Lage in Schulterschluß Europa/USA zu bleiben, eng zu konsultieren und eng zu kooperieren. Wir würden uns freuen, wenn das amerikanische Engagement wie bei den 300-Jahres-Feiern[19] immer wieder auch durch hohe Besuche optisch sichtbar gemacht werde. Vizepräsident Bush habe auf diesem Feld ganz außerordentliche Arbeit geleistet, und jeder neuerliche Besuch wäre besonders willkommen.

Der Präsident stimmte spontan zu.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 14125 (010)

18 So in der Vorlage.

19 Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich am 25. Juni 1983 anläßlich der Feierlichkeiten zum 300. Jahrestag der Einwanderung Deutscher nach Amerika in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl in Krefeld vgl. AAPD 1983, I, Dok. 189.

72

Staatssekretär Meyer-Landrut, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher

114-11049/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1060
Citissime nachts

Aufgabe: 5. März 1984, 21.42 Uhr[1]
Ankunft: 6. März 1984, 04.02 Uhr

Für Bundesminister ctn[2]

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Washington, 4.–6. März 1984[3];
hier: Frühstück des Bundeskanzlers mit AM Shultz am 5.3.84

I. BK empfing AM Shultz am 5.3. zu einem Gespräch beim Frühstück (8.15–9.35 Uhr). Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Stv. AM Dam, Botschafter Burns, Burt, Niles, Dolmetscher Obst; auf deutscher Seite: StS Meyer-Landrut, Botschafter Hermes, Teltschik, Pfeffer und Dolmetscher Weber.

II. Der Bundeskanzler hat folgende Hauptthemenbereiche abgehandelt:

1) Innenpolitische und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland, Beziehungen mit der DDR,

2) Situation in Europa; Perspektiven,

3) West-Ost-Beziehungen; insbesondere

– Einwirkungen auf die neue sowjetische Führung; psychologische Behandlung von GS Tschernenko,

– Rüstungskontrolle, besonders chemische Waffen und MBFR,

– Polen, besonders Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche.

III. Im einzelnen

1) Innenpolitische und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland; Beziehungen zur DDR

Der Bundeskanzler führte folgendes aus: Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland entwickle sich ganz gut und besser, als er zu hoffen gewagt habe. In seinen öffentlichen Äußerungen halte er sich zurück. Es sei besser, von einer erwarteten Wachstumsrate von 2,5 Prozent für 1984 zu sprechen und am Ende des Jahres bei drei Prozent anzukommen als umgekehrt. Neue Firmen würden gegründet. Er stehe mit Arthur Burns in Verbindung, um eine Konferenz über Wirtschaftspolitik mit amerikanischer Unterstützung zustande zu bringen.

AM Shultz gab den Rat, David Packard und führende Herren des „Venture Capital Field“ dazu einzuladen.

1 Das Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10, 29 und 42.

2 Citissime nachts.
Hat Bundesminister Genscher am 6. März 1984 vorgelegen.

3 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 70, Dok. 71 und Dok. 75.

Die Bundesregierung mache auch große Anstrengungen zur Entbürokratisierung. Bis zum Sommer hoffe er, ein bedeutendes Gesetzwerk vorlegen zu können, durch das neue politische Rahmenbedingungen für die Wirtschaft festgelegt würden.[4] Außerdem gehe es darum, eine Steuerentlastung zustande zu bringen.[5] Die gegenwärtige Steuerrate wirke leistungshemmend. Die Bevölkerung nehme die einschneidenden Sparmaßnahmen[6] erstaunlich gut auf. In den neuesten Umfragen rangiere die CDU/CSU bei 49,5 Prozent. Das sei ein Jahr nach der Wahl[7] und trotz der schmerzlichen Sparmaßnahmen ein gutes Ergebnis. Immerhin seien 30 Mio. Menschen, also etwa die Hälfte der Bevölkerung, von den Sparmaßnahmen betroffen.

Die sogenannte Friedensbewegung sei ruhiger geworden. Das Phänomen sei nicht verschwunden, aber nehme in seiner Wirkung ab. Innerhalb der Friedensbewegung gebe es viel Streit, da die Prognosen sich alle als falsch erwiesen hätten: Der Dritte Weltkrieg sei nicht ausgebrochen, die SU habe nicht mobilisiert, der Himmel sei nicht eingestürzt. Im Gegenteil, die deutsch-deutschen Beziehungen seien keineswegs schlechter geworden. Alles in allem sehe er die Lage mit einem gewissen Optimismus. Bei einem, wenn nicht dem wirtschaftlichen Hauptproblem, der Arbeitslosigkeit, seien wir allerdings noch nicht weit vorangekommen. Immerhin beginne sie, langsam zu sinken. Er hoffe, die Arbeitslosigkeit bis zum Sommer unter 2 Mio. zu bringen. Das entspräche prozentual der derzeitigen in den USA. Die Inflationsrate könne wohl bei 2,8 bis 3 Prozent gehalten werden.

AM Shultz warf hier ein, das sei ausgezeichnet.

Der Bundeskanzler fuhr fort, seine große Sorge gelte den jungen Menschen. Wir hätten noch zwei sehr große Jahrgänge vor uns. Dann würde die Zahl der in das Berufsleben Eintretenden jäh abfallen (Pillenknick). Für diese zwei großen Jahrgänge müßten noch zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Wir brauchten die Arbeitskraft aller dieser jungen Leute, aber eigentlich erst in fünf Jahren.

Der Bundeskanzler betonte, er werde seine ganze Energie auf diese zwei kapitalen Punkte in der Wirtschaftspolitik richten, nämlich auf die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für junge Menschen und auf die Neugründung kleiner und mittelständischer Betriebe.

4 Eine von der Bundesregierung eingesetzte Unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Waffenschmidt, Bundesministerium des Innern, legte am 23. August 1984 eine Initiative zur Entbürokratisierung vor. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 861 f.
Für einen Überblick über daraus hervorgegangene Gesetzesentwürfe und Verordnungen vgl. BULLETIN 1984, S. 983.

5 Die Bundesregierung beschloß am 28. März 1984 den Entwurf eines Steuerbereinigungsgesetzes für 1985. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 295.
Ferner beschloß das Kabinett am 3. Juli 1984 den Entwurf des Bundeshaushalts für 1985 und den Finanzplan 1984 bis 1988. Darin war u. a. eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer ab 1986 vorgesehen. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 738.

6 Am 18. Mai 1983 faßte das Kabinett Grundsatzbeschlüsse zum Bundeshaushalt 1984. Bei vorgesehenen Ausgabensteigerungen für 1984 von 2% und die Folgejahre bis 1987 von jährlich 3% sollte die Neuverschuldung sinken, was mit Ausgabenkürzungen von 6 bis 7 Mrd. DM bereits 1984 erreicht werden sollte. Vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers Stoltenberg; BULLETIN 1983, S. 465–476.

7 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

Was die Ausbildungsplätze angehe, so habe er viel Glück gehabt. Er sei weit gesprungen, aber gut aufgekommen. In einem Jahr seien 60 000 neue Plätze geschaffen worden, und das Ergebnis liege bei 705 000 insgesamt. Dadurch seien nahezu alle jungen Leute untergebracht. Das alles sei ohne Gesetz auf freiwilliger Basis durch psychologische Massage gelungen. Er sehe dies als einen Triumph für die freie Wirtschaft an. Was die Neugründungen angehe, so müsse man eine Welle in Gang setzen. Nur über neue Betriebe lasse sich die Arbeitslosigkeit aufsaugen. Die großen Industrien müßten ja gerade, um wettbewerbsfähig zu bleiben, Personal abbauen. Da er aus der chemischen Industrie komme, hätten ihn die Proporzzahlen chemischer Forscher zu Hilfskräften besonders beschäftigt. Diese Zahlen lägen in Deutschland ungünstiger als z. B. in den USA und in Japan. Und da er gerade von Japan spreche: Wir müßten den Japanern in Japan mit guten Produkten Konkurrenz machen.

Shultz bemerkte an dieser Stelle, der Bundeskanzler sei der einzige europäische Staatsmann, der die richtige Einstellung zu diesem Problem habe. Die Japaner seien sehr fähig und sehr kompetitiv. Wir müßten mit ihnen im Wettbewerb bleiben oder in den Wettbewerb treten.

Der Bundeskanzler erwiderte, protektionistische Maßnahmen gegen Japan würden zu nichts führen. Er sei im Oktober in Tokio gewesen[8] und habe dort mit den großen Managern gesprochen. Er habe ihnen deutlich gesagt, die Japaner irrten, wenn sie glaubten, daß die Europäer „out“ seien. Die Europäer seien vielleicht ein bißchen zu bequem geworden. Wir müßten abspecken, aber wir kämen wieder. Bei seinem Besuch in Berlin habe er die BMW-Motorradfabrik besucht[9], die in den letzten zwei Jahren einen Marktanteil von über 15 Prozent auf dem japanischen Markt erzielt habe, einfach weil sie Spitzenmotorräder herstelle. Die Japaner würden noch einige Preise zahlen müssen, die wir schon bezahlt hätten, z. B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Jedenfalls: Das Schlimmste, was wir tun könnten, wäre der Versuch, uns durch protektionistische Maßnahmen und Schutzzölle gegen die japanische Konkurrenz schützen zu wollen. Das sei im übrigen eines seiner Dauerthemen mit Präsident Mitterrand.

[10]2) Zur Situation in Europa

Zur Situation in Europa sei folgendes festzustellen: Wir gingen im Augenblick durch schwierige Prozeduren bei der Vorbereitung des Brüsseler Gipfels.[11] Er finde überall viel guten Willen. Niemand wolle den Fehlschlag von Athen[12] wiederholen. Aber wir seien noch nicht über den Berg. Wir Deutschen müßten am meisten in die EG zahlen, aber wir hätten auch den größten Nutzen von ihr. Im Jahr 1983 seien über 50 Prozent der deutschen Industrieexporte in den Raum der Gemeinschaft gegangen. Mit Frau Thatcher werde es schwierig werden. Sie sei streitbar wie zu ihren besten Zeiten.

8 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 31. Oktober bis 4. November 1983 in Japan auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 322 und Dok. 323.

9 Bundeskanzler Kohl nahm am 1. März 1984 an der Einweihung des neuen BMW-Motorrad-Werkes in Berlin (West) teil. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1984, S. 221–226.

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1061 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 vgl. Dok. 88.

12 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 375.

Bei der landwirtschaftlichen Produktion gebe es immer noch eine Dreiviertelmehrheit in der EG, die einen Steuerausgleich suche. Er, der Bundeskanzler, werde die Fettsteuer[13] nicht mitmachen; er werde überhaupt nichts mitmachen von dem, was die Protektionisten fordern. Sein Wort gegenüber den Partnern wäre natürlich gewichtiger, wenn die USA sich ebenso verhielten. Diesen Punkt wolle er auch beim Präsidenten betonen. Über das Wirtschaftliche hinaus laufe der Protektionismus unseren Grundgedanken zuwider. Er sei Gift für den Geist der Allianz. In einem Wahljahr[14] wolle er nicht jeden Sündenfall hochspielen. Aber die Grundlinien müßten stimmen.

Shultz erklärte, er teile die Meinung des Bundeskanzlers völlig. Es gebe einen erheblichen Druck auf protektionistische Gesetzgebung in den USA. Er gehe vor allem von den Gegnern des Präsidenten aus. Viele hätten das Gefühl, es müsse jedenfalls zeitweise und für gewisse Bereiche (etwa Textil) etwas geschehen. Da gebe es Strömungen, die der Präsident nicht vollkommen kontrollieren könne. Aber der Präsident habe die gleichen Grundkonzeptionen wie der Bundeskanzler. Es wäre gut, wenn der Bundeskanzler in dem bevorstehenden Gespräch den Präsidenten ermutigen würde. Man müsse sich in der antiprotektionistischen Haltung gegenseitig stützen. Das sei auch wichtig für den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel.[15] Trotz allen Drucks verteidige sich Reagan auf diesem Gebiet gut. Er habe bisher jeden Einbruch verhindert.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, er habe sich auch schon in der Fernsehsendung entsprechend geäußert. Hier gehe es nicht um eine taktische Frage, sondern um eine strategische. Protektionismus vertrage sich einfach nicht mit unseren Ideen. Er sage das hier übrigens auch im Namen von Frau Thatcher, mit der er gerade darüber gesprochen habe.[16] Beim Europäischen Rat in Brüssel müsse auch der Beitritt Spaniens und Portugals[17] festgemacht werden. Auf die Frage von Shultz, ob es schon beim nächsten Rat definitive Festlegungen geben könne, meinte der Bundeskanzler, vielleicht würde man erst im Sommer die endgültigen Entscheidungen treffen können. Die Implementierung sei für 1986 anvisiert. Unter Freunden wolle er hier noch folgendes hinzufügen: Man müsse die Haltung Spaniens zur NATO im Auge behalten. Gerade er habe sich in der EG außerordentlich stark für Spanien engagiert, nicht zuletzt wegen des spanischen NATO-Aspekts. Wenn er jetzt höre – und er hoffe, dies sei nur ein Gerücht –, daß Spanien eine Art französischen Status in der NATO[18] einnehmen wolle, dann würde er durchaus Konsequenzen für seine Haltung in der EG ziehen. Bei seinem Besuch in Madrid im Mai[19] werde er mit González klar sprechen.[20] Er verstehe sich mit dem sozialistischen Ministerpräsidenten gut und

13 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Abgabe auf pflanzliche Öle und tierische Fette vgl. Dok. 29, Anm. 30.

14 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

16 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 28. Februar 1984 in London vgl. Dok. 64.

17 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 59, Anm. 26 bzw. 27.

18 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

19 Korrigiert aus: „November".

20 Für das Gespräch am 18. Mai 1984 vgl. Dok. 143.

habe ihm ja auch in den letzten Monaten mehr geholfen als dessen eigene Genossen.

Nun wolle er auf die weitere Perspektive der Zehnergemeinschaft zu sprechen kommen. Er wolle diesen Gedanken auch mit dem Präsidenten aufnehmen. Nach den Europa-Wahlen im Juni[21], die ja auch stark unter nationalen Gesichtspunkten geführt würden, müsse man diese Sache anfassen. Jedenfalls sei er fest entschlossen, danach einen neuen Anlauf im europäischen Einigungsprozeß zu nehmen. Der jetzige Zustand sei nicht akzeptabel. Wir müßten den Geist der Verträge[22] weiterentwickeln und dürften nicht bei einer höheren Form der Freihandelszone stehenbleiben. Einige unserer Partner seien in erster Linie damit beschäftigt, möglichst wenig Geld in die Gemeinschaft zu zahlen und möglichst viel Geld herauszuholen.

Wirtschaft und Sicherheit ließen sich aber nicht voneinander trennen. Es sei unzulässig, daß Papandreou in großem Maße Geld aus der Gemeinschaft ziehe und gleichzeitig seine Häfen der Sowjetunion öffne. Ihm, dem Bundeskanzler, schwebe also eine Grundsatzdiskussion in der Gemeinschaft nach den europäischen Wahlen vor, in der man sich unterhalten müsse über die Frage, ob wir alle eine irreversible Gemeinschaft wollten, die in guten und schlechten Zeiten zusammenhalte, oder ob wir erlauben wollten, daß einzelne in schlechten Zeiten nicht mehr mitzögen. Wir müßten auch über die Bereitschaft sprechen, über den Text der Römischen Verträge hinauszugehen und z. B. mehr Gemeinsamkeit in der Sicherheitspolitik zu suchen. Er benutze in diesem Zusammenhang immer gern das Bild von der atlantischen Brücke, die zwei kräftige Pfeiler brauche. Wenn man Kissinger einiges Richtige in seiner Analyse[23] zubillige, so seien seine Konklusionen doch ganz falsch. Der Vorschlag, einen Europäer zum SACEUR zu machen, sei völlig unverständlich. Alles, was wir täten, wollten wir gemeinsam mit den USA tun. Es gebe für uns da kein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-Als-auch.

Im europäischen Rahmen werde man herausfinden müssen, wer die neue Initiative mitzumachen bereit ist. Die Gründungsländer würden mittun. Mit Frau Thatcher habe er ein erstes Gespräch geführt. Er sei nicht bereit, die Geschwindigkeit des europäischen Einigungsprozesses durch Papandreou und vielleicht einige andere bestimmen zu lassen. Die Schaffung eines stärkeren Europa sei, wie schon gesagt, auch wichtig für die Stärkung der Atlantischen Allianz. Im Herbst wolle er mit der amerikanischen Seite noch einmal intensiver über diese Entwicklung sprechen.[24] Jedenfalls dürfe Washington sich von niemandem einreden lassen, diese Absichten seien gegen die USA gerichtet. Genau das Gegenteil sei der Fall. Nicht zuletzt im Hinblick auf mögliche Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik bis zum Jahre 2000 sei es wichtig, daß die Europäer sich enger zusammenschlössen und insgesamt näher an die USA heran-

21 Korrigiert aus: „Juli".
Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

22 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

23 Zu den Überlegungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger für eine Reform der NATO vgl. Dok. 64, Anm. 25.

24 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

rückten. Für die USA müsse sichtbar werden, daß die Europäer viel selbst tun, damit die Mansfield-Theorie[25] endgültig verblasse. Der angestrebte Fortschritt sei also wichtig für beide, für die Europäer und die Amerikaner.

Beziehungen zwischen der BR Deutschland und der DDR

Die deutsch-deutschen Beziehungen seien, mitverursacht durch die KSZE, die verharrende sowjetische Position während der Krankheit Andropows und die polnischen Ereignisse, in eine ziemliche Bewegung geraten. Die polnischen Ereignisse könne man nicht hoch genug einschätzen. Sie wirkten auf die DDR zurück. Wir hätten Grund zu der Annahme, daß etwa 150000 Menschen in der DDR den Antrag auf Ausreise gestellt hätten. Diese Leute müßten automatisch Nachteile in Kauf nehmen. Sie bekämen schlechtere Arbeit im Betrieb, ihre Kinder könnten nicht studieren. Trotzdem seien es 150000. Es gebe sogar eine DDR-Studie, die natürlich schwer zu verifizieren sei, wonach die Führung davon ausgehe, daß sich bis zu fünfmal mehr Menschen in der DDR mit dem Gedanken trügen, Ausreiseanträge zu stellen. Das müsse man wissen, auch wegen der Asylsuchenden in den Botschaften. Ost-Berlin habe das Tor etwas aufgemacht und im Januar/Februar 1984 die wohl höchste Zahl von Ausreisen seit dem Bau der Mauer genehmigt. Die Zahl habe sich gegenüber der normalen Quote der letzten Jahre ungefähr vervierfacht. Wir könnten nicht sagen: „Bleibt drüben." Es seien unsere Landsleute mit vielfältigen verwandtschaftlichen Beziehungen in der BR Deutschland.

Auf die Frage von Shultz, wie sich die Ausreisenden altersmäßig und soziologisch zusammensetzten, antwortete der Bundeskanzler, die Ausreisenden gäben einen Querschnitt durch die Bevölkerung. Es seien viele Probleme zu bewältigen. Honecker glaube, seine Position durch den Tod Andropows[26], mit dem er nicht gekonnt habe, verbessert zu haben. Für Honecker sei die Lage gerade umgekehrt wie für Kádár. Honecker habe die Ventile etwas geöffnet, aber er könne natürlich nicht alle herauslassen. Wenn der innere Druck zu groß werde, müsse man wieder mit Gegenmaßnahmen, vielleicht irrationalen, rechnen. Es sei nicht leicht, die Bewegung zu dämpfen. Wir müßten ja froh sein über jeden, der herauskomme. Aber wenn die Welle zu groß würde, käme der Gegenschlag. Er müsse deshalb die dringende Bitte äußern, daß die amerikanischen Botschaften, z. B. in Prag und Ost-Berlin, angewiesen würden, sich eng mit uns abzustimmen. Wenn ein psychologischer Fehler in den Botschaften passiere, und er meine damit alle westlichen Botschaften, dann würde ein solcher Fehler von den Medien hochgespielt werden.

Shultz stellte die Frage, welche Art Fehler der Bundeskanzler meine.

Der Bundeskanzler erwiderte, niemand dürfe aus den Botschaften hinausgeworfen werden.[27] Die ganze Situation sei äußerst fragil. Auch für unsere Aus-

25 Der amerikanische Senator Mansfield brachte zwischen 1966 und 1974 mehrfach Resolutionen im amerikanischen Senat ein, in denen eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa gefordert wurde.

26 Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

27 Zur Frage der Behandlung von Zufluchtsuchenden aus der DDR in amerikanischen Botschaften in Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 92.

landsvertretungen sei die Lage sehr schwierig. Man müsse auch damit rechnen, daß die DDR Provokateure und Agenten untermische.

Der Bundeskanzler berichtete sodann über eine ergreifende Begegnung mit einer Siebzehnjährigen auf dem Kurfürstendamm, die 24 Stunden vorher in die Freiheit gekommen sei. Der neue Regierende Bürgermeister Diepgen, der demnächst in die USA komme[28], habe diesen Vorgang miterlebt. Diepgen sei ein sehr guter Mann, den er besonders empfehle.

[29]3) Ost-West-Beziehungen

Er wolle sich nun, fuhr der BK fort, dem zentralen Thema der West-Ost-Beziehungen zuwenden. Er sei folgender Meinung: Wenn wir jetzt einig blieben, klug und entschieden handelten und langen Atem hätten, würden wir die Partie gewinnen. Dafür müßten wir einiges tun. Er habe mit Genugtuung die gute Rede des AM gelesen, in der er zu den chemischen Waffen Stellung genommen habe.[30] Washington solle nun möglichst schnell den Vertragsentwurf vorlegen.[31]

Shultz riet dazu, diesen Punkt dem Präsidenten mit besonderer Betonung vorzutragen.

Der BK erwiderte, das wolle er tun.

Auch bei MBFR müßten wir zu einem Kompromiß kommen. Es sei notwendig, daß wir ganz eng konsultierten und die Initiative nicht an die SU abgäben. Mit dem neuen GS Tschernenko müßten wir für einige Jahre rechnen. Wir sollten nicht den Fehler machen, ihn zu unterschätzen, wie dies in einigen Leitartikeln geschehe.

Tschernenko führe in einer kollektiven Gruppe, vielleicht sei der Jüngere (Gorbatschow) als Nachfolger schon bestimmt. Wir sollten deshalb auch versuchen, Kontakte zu ihm aufzunehmen.

Er hielte es außerdem für gut, wenn sich hohe amerikanische Militärs mit sowjetischen auf irgendeine, vielleicht nicht einmal offizielle Weise in Verbindung setzten, wie dies beim letzten Gespräch in Bonn[32] schon besprochen worden sei. Der Informationsfluß sollte nicht allein über Gromyko und den KGB gehen. Dem neuen GS sollten wir mit Courtoisie begegnen, gerade weil sein Prestige, seine natürliche Autorität, nicht so groß sei wie die seines Vorgängers. Diese

28 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, hielt sich vom 7. bis 13. April 1984 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am 9. April 1984 mit, Diepgen sei von Präsident Reagan, dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush sowie Außenminister Shultz empfangen worden. In Gesprächen mit Mitarbeitern des amerikanischen Außenministeriums habe Diepgen erklärt, der „bemerkenswerte Anstieg der DDR-Ausreisegenehmigungen" diene offenbar der Druckentlastung: „Derzeitige flexiblere Praxis sei offensichtlich innerhalb des SED-Politbüros nicht unumstritten. Man dürfe derzeitige Ausreisewelle jedoch nicht als Indiz echter Liberalisierung der DDR verstehen, sondern lediglich als Ausdruck innerer Probleme. Die Ausreisewelle werde vermutlich auch demnächst wieder abflachen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1611/1612; Referat 210, 132643.

29 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1062 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

30 Zur Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. Dok. 13, Anm. 7.

31 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

32 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 371.

Bemerkung mache er auch im Namen von Frau Thatcher, die ihre Position bekanntlich geändert habe. Ihr Besuch in Ungarn[33] sei ein Beweis dafür.

Polen

Zum Thema Polen führte Shultz aus, daß die USA den Versuch machen, sich positiv zu bewegen (to be responsive). Sie glaubten allerdings, daß die Zeit für größere Bewegungen auf dem wirtschaftlichen Gebiet noch nicht gekommen sei.

Der Bundeskanzler hob die Bedeutung der Initiative der katholischen Kirche[34] hervor. Die Sache sei von europäischen Bischöfen inspiriert und stehe gewissermaßen unter der Federführung des deutschen Episkopats. Dies sei eine Sache vor allem auch für den amerikanischen Präsidenten.

Shultz erwiderte: „Wir versuchen, sie zu unterstützen."

Der Bundeskanzler antwortete, er rate Präsident Reagan dringend, dies selbst nach außen sichtbar zu tun.

In der Stationierungsfrage hätten sich die deutschen Bischöfe hervorragend bewährt. Sie hätten sich in Rom mit den amerikanischen Bischöfen auseinandergesetzt.[35] Wenn die Initiative der Kirche durchdringe, der Präsident sich hinter sie stelle, dann werde dies von den USA auf Europa und von dort zurück auf die USA wirken, und das werde auch im Wahljahr sicher kein Fehler sein.

Es handle sich um ein hochinteressantes Experiment. Es sei eine Initiative, die der polnischen Bevölkerung, nicht aber der Militärregierung, zugute kommen werde. Das Regime stehe vor einem Dilemma. Es müsse ein Stiftungsgesetz verabschieden, um das Landwirtschaftsprojekt zu ermöglichen. Das sei politisch eine Teil-Bankrotterklärung.

Shultz meinte, die USA würden sich bewegen, sobald das Stiftungsgesetz verabschiedet sei.

Der Bundeskanzler wiederholte noch einmal: Präsident Reagan solle im eigenen Namen an diese Sache herangehen, das wäre hilfreich in vielerlei Hinsicht: außenpolitisch, europapolitisch, kirchenpolitisch und wahrscheinlich auch im Hinblick auf den November. Der einzelne Pole habe auch heute mehr Freiheit als irgend jemand im WP, sogar mehr als der Ungar. Polen sei eine latente Gefahr für das ganze sozialistische System. Vor allem für die DDR sei die Lage außerordentlich beunruhigend. Vor sich habe sie die Bundesrepublik Deutschland, im Rücken das unruhige Polen. Die polnischen Gewerkschaftsfragen seien für die DDR geradezu „fürchterlich". Der polnische Virus könne auf lange Frist vielerlei Wirkungen haben. Er wirke z. B. schon auf die kommunistischen Parteien in Italien, Frankreich und Spanien.

Der Außenminister erkundigte sich bei Burt, wie Washington sich nach Verabschiedung des Stiftungsgesetzes bewegen könne.

33 Premierministerin Thatcher hielt sich vom 2. bis 4. Februar 1984 in Ungarn auf.

34 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 52, Anm. 13.

35 Am 18./19. Januar 1983 fand im Vatikan ein Treffen zwischen Vertretern der amerikanischen Bischofskonferenz, der Deutschen Bischofskonferenz, den Bischofskonferenzen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Niederlande sowie Vertretern des Heiligen Stuhls statt, bei dem moralische und theologische Aspekte eines möglichen Einsatzes von Nuklearwaffen erörtert wurden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 12 des Botschafters Gehlhoff, Rom (Vatikan), vom 20. Januar 1983; Referat 201, Bd. 125683.

Burt gab die Auskunft, daß dann ein Anstoß für eine Budgetinitiative aus dem amerikanischen Kongreß hervorgerufen werden solle.

Shultz fügte hinzu, man brauche für das Pilotprojekt ja nicht zuviel Geld. Washington erwarte Führung von uns („look to you to give the lead").

Der Bundeskanzler konstatierte, er setze sich für dieses Projekt ein. Der Westen könne hier, eigentlich ohne Risiko, ein wichtiges Signal senden, das viele Menschen bewegen werde. Die Polen würden erfahren, daß die Amerikaner ihre Freunde seien. Die Polen hätten auch uns gegenüber eine ganz wichtige Erfahrung gemacht: In den letzten zwei bis drei Jahren seit Einführung des Kriegsrechts[36] seien etwa 300 Mio. DM von Privaten für Polen gesammelt worden. Wenn jetzt die polnische Regierung noch Propaganda gegen uns machen wolle, dann stünden die Hilfssendungen im Bewußtsein der Polen dagegen. Im Landwirtschaftsprojekt liege eine große Chance für die USA und den Präsidenten der USA persönlich.

Shultz dankte für diese „außerordentlich klare Darstellung". Der Präsident freue sich auf das Gespräch mit dem Bundeskanzler und werde sicher besonderen Wert auf den Gedankenaustausch über die West-Ost-Beziehungen legen. Aber auch die starke Verteidigung des Freihandels und die Bewertung der deutsch-deutschen Beziehungen würden bei ihm auf größtes Interesse stoßen, da der Bundeskanzler hier bedeutsame Einsichten vermitteln könne. Die positive Entwicklung der Wirtschaftslage in Deutschland und in Amerika sollte sich gegenseitig verstärken. Das sei insgesamt eine gute Nachricht für die Weltwirtschaft. Bei allgemeinem Aufschwung werde es auch leichter sein, Lösungen für die riesigen Schuldenprobleme dritter Länder zu finden.

Kugelsichere Westen für Syrien[37]

Nun wolle er (Shultz) noch zwei Punkte etwas geringeren Gewichts aufgreifen, die nicht unbedingt mit dem Präsidenten besprochen werden müßten. Einmal bedanke er sich für unsere Reaktion auf die amerikanische Bitte wegen des Exports kugelsicherer Westen nach Syrien. Vielleicht lasse sich eine Lösung finden, das Ausgangsmaterial zurückzukaufen.

El Salvador

Es sei sehr erfreulich, daß wir wieder einen Botschafter nach El Salvador schicken wollten.[38]

36 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

37 Referat 422 erläuterte am 10. Januar 1984: „Die Firma Mehler, Fulda, beantragte im März 1983 die Genehmigung für den Export von 30 000 Schutzwesten und Zubehör im Wert von 34,1 Mio. DM nach Syrien. Die Schutzwesten werden auf der Basis von Kevlar-Fasern produziert (Weltmonopol der Firma DuPont). Die amerikanische Regierung hatte dem deutschen Produzenten am 24. März 1983 die Genehmigung für den Reexport der mit dem amerikanischen Vorprodukt gefertigten Schutzwesten nach Syrien erteilt." Das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft habe den Export am 31. März 1983 genehmigt. Im Dezember 1983 habe jedoch das amerikanische Handelsministerium mitgeteilt, daß die Reexportgenehmigung mit Blick auf die Lage im Libanon suspendiert sei, und die Bundesregierung gebeten, die Ausfuhr nicht zuzulassen. Nach Auskunft der Firma seien die Schutzwesten noch nicht fertiggestellt. Das Bundesministerium für Wirtschaft stehe mit der Firma in Kontakt, „um eine laufende Information der Bundesregierung zum Fortgang der Angelegenheit sicherzustellen". Vgl. Referat 422, Bd. 135832.

38 Zur Entsendung des Botschafters Dodenberg vgl. Dok. 71, Anm. 4.

Der Bundeskanzler teilte mit, daß der Botschafter bereits entsandt sei. In El Salvador habe es Leute gegeben, die dies konterkarieren wollten. Sie hätten eine Bedrohung für den Botschafter vorgegeben. Duarte sei ein alter Freund. Niemand in Europa habe ihn, auch über die Partei, so unterstützt wie er. Er hoffe, daß Duarte die Wahlen gewinne.[39] Die USA sollten ihm jede Unterstützung zuteil werden lassen. Das sei für die Beruhigung der Region von großer Bedeutung.

Shultz erklärte, je mehr Beobachter nach El Salvador geschickt würden, desto besser. Wenn sich Duarte auf eine anerkannte Wahl berufen könne, sei er viel weniger verwundbar. Gerade aus diesem Grunde wolle die Opposition, wollten die Guerilleros, die Wahlen verhindern.

Boxenlösung[40]

Auf die Erkundigung von Shultz, wie es mit der Boxenlösung stehe, stellte der Bundeskanzler fest, die Sache müsse bei uns noch einmal ins Kabinett. Er kenne die amerikanische Sorge in diesem Zusammenhang. Unsere Sorge sei eine ökologische; alles müsse getan werden, um einer Katastrophe vorzubeugen.[41]

Shultz kam sodann auf die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zu sprechen. Wir sollten auch in Zukunft wie bei seinem Besuch in Bonn und jetzt hier vor allem unsere Ost-Erkenntnisse vergleichen und die gemeinsame Richtung festlegen.

Der Bundeskanzler meinte, von allen Sachfragen abgesehen, dürften wir auf keinen Fall zulassen, daß zwischen Europäern und Amerikanern ein Gefühl der Entfremdung aufkomme. Es könne einmal Familienstreit geben, der nach der Versöhnung den Zusammenhalt [42]sogar noch mehr stärke. Auf keinen Fall dürfte man sich gleichgültig werden. Die Atlantische Allianz sei für uns eine existentielle Frage.

Shultz dankte für diese Auffassung, die auch die seine sei. Er wolle dem BK sagen, daß gewisse Artikel oder Äußerungen, z. B. auf einer Konferenz in Brüssel[43],

39 Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 25. März 1984 in El Salvador erzielte kein Kandidat die notwendige absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang am 6. Mai 1984 siegte der Kandidat der christdemokratischen Partei, Duarte.

40 Referat 500 legte am 20. Februar 1984 dar, das Kabinett habe am 12. Oktober 1983 entschieden, das Küstenmeer der Bundesrepublik in einem Teilbereich der deutschen Nordseeküste zu erweitern. Diese Erweiterung habe die Form einer Box („Boxenlösung"): „Grund für diese Entscheidung ist die hohe Gefahr eines Tankerunfalls und einer Ölverseuchung des Meeres und der Küsten in der Deutschen Bucht." Zwar habe es völkerrechtliche und sicherheitspolitische Bedenken innerhalb der Bundesregierung gegeben, der Beschluß sei jedoch einstimmig gefaßt worden. Die Nordsee-Anrainerstaaten, mit denen die Frage konsultiert worden sei, hätten keine Bedenken erhoben. Dagegen hätten die USA „außenpolitische Risiken und Folgeaktionen anderer Staaten" befürchtet, zuletzt in einem Schreiben des Präsidenten Reagan vom 14. Dezember 1983 an Bundeskanzler Kohl. Vgl. Referat 504, Bd. 194271.

41 Mit Schreiben vom 10. April 1984 an Präsident Reagan teilte Bundeskanzler Kohl mit: „Das Bundeskabinett wird sich erneut mit der Angelegenheit befassen. Bis zur erneuten Beratung wird der Beschluß des Bundeskabinetts vom 12. Oktober 1983 nicht in die Praxis umgesetzt." Vgl. Referat 504, Bd. 194271.

42 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1063 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

43 Vom 12. bis 14. Januar 1984 fand in Brüssel die Konferenz „The Future of NATO and Global Security" statt, die vom „Georgetown Center for Strategic and International Security" veranstaltet wurde. Referat 201 notierte dazu am 14. Februar 1984, für Aufsehen habe eine kontroverse Diskussion zwischen dem ehemaligen Bundeskanzler Schmidt und dem ehemaligen amerikanischen Verteidigungsminister Schlesinger zum europäisch-amerikanischen Verhältnis gesorgt. Auch insgesamt

nicht die Meinungen der Administration widerspiegelten, sondern eben die Privatmeinungen von Ehemaligen seien. Falsch sei besonders auch das Argument, die USA beschäftigten sich nun immer mehr mit Japan und wendeten sich in gleichem Maße von Europa ab. Davon könne gar keine Rede sein. Richtig sei, daß Japan ein Verbündeter und ein Konkurrent sei. Deshalb müßten sich die USA eben auch mit Japan beschäftigen. Aber das sei keine Alternative zu Europa. In Williamsburg[44] sei ein Durchbruch gelungen. Die Zusammenarbeit mit Japan habe sich von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch auf die sicherheitspolitische ausgedehnt.

Der Bundeskanzler erklärte, er sei nicht besorgt. Keine US-Stimme könne ihn von seiner pro-amerikanischen Haltung abbringen. Diese pro-amerikanische Haltung sei durch Verstand und Herz bestimmt. Von diesem Fundament aus könne man über alles reden. Auch für seine Gespräche mit Mitterrand habe er eine gute Plattform gefunden. Mitterrand stimme in zwei zentralen Fragen mit ihm überein: in der Sicherheitspolitik und in der „europäischen Inspiration". Mitterrands erstes Regierungsamt sei das des Parlamentarischen StS bei Robert Schuman gewesen. Von dieser alten europäischen Garde seien nur noch ganz wenige übrig. Mitterrand sei nicht anti-amerikanisch. Wenn Mitterrand demnächst nach Washington komme[45], sollten die Amerikaner möglichst viele Fahnen aufziehen. Präsident Reagan solle seinen Charme auf Mitterrand wirken lassen, der sich in klassischer Tradition als Präsident der Republik fühle.

Der AM sagte, Washington wolle sich gerne nach diesem Rat richten.

Im übrigen, so der Bundeskanzler, wolle er noch einmal unterstreichen, wie wichtig eine schnelle Initiative für die Ächtung der chemischen Waffen sei. Dies müsse ein amerikanischer, ein westlicher Erfolg, werden. Wir dürften nicht eines Tages aufwachen und feststellen, daß die SU dieses Thema „psychologisch gestohlen" habe.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 14125 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 370

seien „die unterschiedlichen Ansichten von Europäern und Amerikanern über die Zukunft des Bündnisses und die Lastenteilung" deutlich geworden sowie „ein gewisses Maß an mangelndem gegenseitigen Vertrauen wegen einerseits nachlassender Verteidigungsbereitschaft und Neutralismustendenzen, andererseits wegen mangelnden amerikanischen Verständnisses für die Situation in Europa und der Hochzinspolitik. Mißtrauen wurde durch H. Kissinger sogar noch angeheizt, als er auf die europäische ‚Illusion' verwies, die USA würden zur Abwehr eines Angriffs die ‚ultimate weapon' einsetzen." Vgl. Referat 201, Bd. 143445.

44 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

45 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 28. März 1984 in den USA auf.

73

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-11077/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 6. März 1984, 14.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1068 **Ankunft: 6. März 1984, 20.52 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Washington, 3.–6.3.1984[2];
hier: Gespräch AM Shultz und Botschafter Ruth

Bitte BM vorlegen

Beim Essen des Bundeskanzlers für VP Bush hatte ich Gelegenheit zu einem relativ ausführlichen Gespräch mit AM Shultz. Der AM nutzte die Gelegenheit, mich nach meiner Einschätzung rüstungskontrollpolitischer Verhandlungen zu befragen. Ich berichtete ihm über unsere Haltung zu MBFR und meine während des Tages geführten Gespräche mit Vertretern der Administration.

Aus dem Gespräch halte ich folgendes fest:

1) MBFR

Im Anschluß an die Äußerungen des Bundeskanzlers gegenüber AM Shultz und dem amerikanischen Präsidenten stellte ich den Inhalt unserer Überlegungen für eine amerikanisch-deutsche Kompromißlösung[3] dar (vgl. DB Nr. 1044 vom 5.3.84 – Pol 372.00-1329/84 VS-v[4]). Der AM nahm meine Ausführungen mit Interesse und offenkundiger Sympathie zur Kenntnis. Ich habe den Eindruck, daß wir eine Chance haben, auf der Grundlage der von mir vorgetragenen Elemente eine Lösung zu finden.

2) KVAE

AM Shultz fragte mich nach meiner Einschätzung des bisherigen Verlaufs der Stockholmer Konferenz. Ich habe folgendes ausgeführt:

– Hinweis auf die Bedeutung der AM-Teilnahme,
– Bedeutung der Geschlossenheit der westlichen Position in den ersten Wochen,
– Konkretisierung der östlichen Position als Versuch, das Nuklearthema zu reaktivieren.

Auf die Frage von AM Shultz nach der möglichen Weiterentwicklung der KVAE sagte ich: M.E. werde es zu gegebener Zeit wichtig sein, daß der Westen in der Lage ist, eine Verbindung zwischen den vertrauensbildenden Maßnahmen und

1 Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 7. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „C[i]t[issime]n[achts]."

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vgl. Dok. 70–72 und Dok. 75.

3 Zum Stand der Bemühungen um eine neue Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 79.

4 Botschafter Ruth, z.Z. Washington, berichtete über Gespräche mit Mitarbeitern des amerikanischen Außen- sowie des Verteidigungsministeriums. Er habe dafür plädiert, „die konsensfähigen Elemente unseres MBFR-Ansatzes mit dem neuen amerikanischen Datenansatz zu verbinden", und Vorschläge zu den Grundlagen bzw. zum Inhalt eines MBFR-Abkommens unterbreitet. Die amerikanische Seite habe sich zu einer Prüfung der Vorschläge bereit erklärt und werde sich bei den trilateralen Gesprächen mit Großbritannien am 6./7. März 1984 in Washington äußern. Vgl. VS-Bd. 11455 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

dem Gewaltverzicht herzustellen. Es könne an eine Argumentation gedacht werden, wonach in Übereinstimmung mit dem Mandat für die KVAE[5] die vertrauensbildenden Maßnahmen eine Konkretisierung des Gewaltverzichts darstellten. Bei Einigung über CBMs sei eine Feststellung denkbar, daß damit der Gewaltverzicht bekräftigt werde. Dies könne in einer Präambel zum CBM-Verhandlungsergebnis gesagt werden. AM Shultz bezeichnete diese Argumentation als interessant und einleuchtend. Er fragte, ob wir darüber auch mit seinen Mitarbeitern gesprochen hätten.

3) C-Waffen

AM Shultz unterstrich ausdrücklich, wie sehr er das Eintreten des Bundeskanzlers für den von ihm in Stockholm gemachten Vorschlag der Vorlage eines amerikanischen CW-Vertragsentwurfs[6] schätze. Dies werde sich günstig auf den hiesigen Entscheidungsprozeß auswirken. (In der ACDA hörte ich, daß der Vertragsentwurf in etwa zwei Wochen den Bündnispartnern zur Stellungnahme gegeben werden könne.)[7]

4) INF/START

AM Shultz fragte mich nach den Erwartungen in der BR Deutschland hinsichtlich der INF/START-Verhandlungen nach Stationierungsbeginn. Ich wies darauf hin, daß die Bundesregierung gerade wegen des erfolgreichen Abschlusses der Debatte über die INF-Stationierung gegenüber der Öffentlichkeit im Wort sei, eine aktive Rüstungskontrollpolitik zu betreiben. Dies betreffe nicht nur INF, sondern alle anderen aktuellen Themen. Gegenwärtig stehen dabei operativ im Vordergrund KVAE, MBFR und C-Waffen-Verhandlungen. Es sei aber unzweifelbar, daß Bundesregierung und Öffentlichkeit eine Wiederaufnahme der INF- und START-Verhandlungen[8] erhofften. Die Bundesregierung sei der Ansicht, daß dafür kein Preis in der Substanz gezahlt werden könne. Wichtig sei jedoch für uns, daß wir mit den USA in beiden Themen in einem laufenden Konsultationskontakt blieben. Es sei nicht auszuschließen, daß die Sowjetunion ein Interesse daran habe, zunächst und möglicherweise vor der amerikanischen Wahl[9] START wieder in Gang zu setzen. Dann dürfte nicht wieder eine INF-Grauzone entstehen. Eine Abkoppelung von INF vom START-Prozeß müsse verhindert werden. AM Shultz sagte, daß dies voll der Auffassung der amerikanischen Regierung entspreche. Ich berichtete in diesem Zusammenhang, daß ich am Rande des Besuchs des Bundeskanzlers mit den Botschaftern Nitze und Rowny gesprochen habe.

AM Shultz beendete das Gespräch mit dem Hinweis auf das amerikanische Interesse an engen Rüstungskontrollkontakten. Er sagte, im Außenministerium

5 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

6 Zur Ankündigung des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. Dok. 13, Anm. 7.

7 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

8 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

9 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

werde der Beitrag der Bundesregierung (in diesem Zusammenhang wies er auch auf meine persönliche Rolle hin) sehr geschätzt. Ich berichte dies, weil frühere Kommentare von einer gewissen Verstimmung im State Department über deutsches Drängen in der Rüstungskontrolle wissen wollten.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14125 (010)

74

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-11078/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 6. März 1984, 19.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1071 **Ankunft: 7. März 1984, 02.14 Uhr**

Betr.: Gespräch D 2[2]/D 2 A[3] mit Stellvertreter Burts, Palmer, Dobbins und Niles am 4.3. in Washington

Zur Information

Während eines vom Gesandten Wallau gegebenen Abendessens trafen D 2 und D 2 A mit Palmer, Niles, Dobbins und Kornblum zusammen.

Aus dem Meinungsaustausch über transatlantische Fragen, Ost-West-Beziehungen (insbesondere Polen), Abrüstungs- und Rüstungskontrolle (hierzu gesonderter Vermerk von D 2 A) wird festgehalten:

1) Transatlantische Beziehungen – Eagleburger-Rede[4]

Amerikanische Gesprächspartner erklärten nachdrücklich, Eagleburger-Rede gebe nicht die Auffassung der Administration wieder. Präsident Reagan sehe in der Geschlossenheit und der politischen Stärke der Allianz, wie sie sich in der INF-Diskussion eindrucksvoll bewährt habe, ebenso wie in den Ergebnissen der engen Bündniskonsultationen einen besonderen außenpolitischen Erfolg seiner Administration. Dies bleibe auch für den Wahlkampf[5] wichtig.

Auf die Frage nach Eagleburgers Motiven äußerten amerikanische Gesprächspartner die Vermutung, Eagleburgers Äußerungen könnten auch mit seiner Ent-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 7. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister (Ziff[er] 2,3)."
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Franz Pfeffer.

3 Friedrich Ruth.

4 Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 31. Januar 1984 in Washington vgl. Dok. 38.

5 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

täuschung über die Reaktion der Europäer auf Grenada[6] und mit der Entwicklung im Libanon zusammenhängen. Auch ein Zusammenhang mit dem voraussichtlich für Ende April vorgesehenen Ausscheiden Eagleburgers aus dem State Department wurde nicht ausgeschlossen.

Zur Nachfolge Eagleburgers: In der engeren Wahl sei der jetzige Botschafter in Manila, Armacost (persönliche Wahl von AM Shultz). Armacost habe sich bisher mit europäischen Fragen nicht näher befaßt. Er kenne jedoch Europa. Er habe sich u. a. Mitte der 60er Jahre zu einem Studienaufenthalt in Bonn aufgehalten.

2) WEU – engere europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit

Eine der ersten Fragen der amerikanischen Teilnehmer (Dobbins) galt den Überlegungen zur Neubelebung der WEU und zur engeren deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. D 2 erläuterte die Erfahrungen bei der Ausarbeitung der „Feierlichen Deklaration“[7] und die Praxis in der EPZ danach. Die Zehn könnten wegen der Hemmungen dreier Regierungen keine wirklichen Fortschritte machen. Die französischen Überlegungen zur Wiederbelebung der WEU hätten das Ziel, eine stärkere sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der dazu fähigen sieben Staaten in Gang zu setzen. D 2 unterstrich unsere grundsätzlich positive Haltung zu den französischen Überlegungen. Es gehe uns darum, den europäischen Pfeiler der Bündnisse zu stärken. Dies solle in engster Abstimmung mit den USA erfolgen. Er wies auf den Brief des amerikanischen Präsidenten vom 10. März 1955 (?)[8] an die sieben WEU-Regierungen hin.

Die amerikanische Reaktion war gelassen. Dobbins beanstandete lediglich, daß das State Department von den europäischen Überlegungen zuerst in der Zeitung gelesen habe. Er unterstrich die Notwendigkeit rechtzeitiger Unterrichtung der USA. Das State Department habe nach den ersten Presseberichten über die französischen Pläne vorsorglich eine Presseerklärung vorbereitet. Diese sei jedoch nicht verwendet worden, da es eine entsprechende Frage nicht gegeben habe. In der Erklärung sei die Bedeutung des Bündnisses als Grundlage für die gemeinsame europäische Sicherheit herausgestellt worden. Alle Bemühungen der Europäer, die europäischen Verteidigungsanstrengungen zu stärken, kämen der Allianz zugute. D 2 erklärte, daß die Minister Cheysson und Hernu zunächst in öffentlichen Reden die Revitalisierung der WEU angesprochen hätten.[9] Das französische Memorandum[10] werde in den übrigen Haupt-

6 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

7 Für den Wortlaut der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 80 und Dok. 185.

8 Für die Mitteilung des Präsidenten Eisenhower vom 10. März 1955 an die Staats- und Regierungschefs der WEU-Mitgliedstaaten vgl. PUBLIC PAPERS, EISENHOWER 1955, S. 325–328. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7453 f.

9 Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Cheysson vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU am 7. Juni 1983 in Paris vgl. WEU PROCEEDINGS, 29th session, First Part (June 1983), II, S. 65–69 und S. 71 f.
Für den Wortlaut der Rede des französischen Verteidigungsministers Hernu vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU am 1. Dezember 1983 in Paris vgl. WEU PROCEEDINGS, 29th Session, Second Part (November 1983), IV, S. 166–170.

städten noch national geprüft. Sobald mehr Klarheit über die Reaktionen der Partner bestünde, würden wir und die Franzosen natürlich die amerikanische Seite konsultieren. Es werde darauf ankommen, eine Revitalisierung der WEU auch öffentlich als einen Erfolg für die Europäer und die USA darzustellen. Die amerikanischen Gesprächspartner betonten das Problem der Präsentation. Dobbins unterstrich auch in diesem Zusammenhang, daß der Präsident auf die neugewonnene Stärke und Geschlossenheit der Allianz und die Dichte und Ergebnisse der Bündniskonsultationen besonders stolz sei. Vor diesem Hintergrund gelte es, alles zu vermeiden, was den Eindruck erwecken könnte, die europäischen Bemühungen um engere sicherheitspolitische Abstimmung seien gegen die USA gerichtet. Falls man deutlich herausstelle, daß diese Bestrebungen in enger Abstimmung mit den USA erfolgten mit dem Ziel der Stärkung des Bündnisses insgesamt, könne man der amerikanischen Unterstützung sicher sein.

3) Feierlichkeiten aus Anlaß des 40. Jahrestages der amerikanischen Invasion am 6.6.1984

Präsident Reagan wird an den Feierlichkeiten teilnehmen. (Eintägiger Aufenthalt, Hin- und Rückflug von bzw. nach England.[11]) D2 wies auf die Bedeutung hin, daß die Feier sich nicht zu sehr an der Vergangenheit orientieren sollte, sondern gegenwartsbezogen sein sollte. (Jetzt sind wir Bundesgenossen.) Amerikanische Gesprächspartner stimmten dem zu: Der Tenor der amerikanischen Erklärungen aus diesem Anlaß würde sein, daß die Invasion den Beginn der amerikanischen Verpflichtung gegenüber Europa symbolisiere. Auf die Frage von D2 nach möglicher sowjetischer Beteiligung meinten Dobbins und Palmer, hierzu gebe es noch keine konkreten Überlegungen. Man gehe jedenfalls von keiner hochrangigen sowjetischen Beteiligung aus.[12]

[gez.] Schenk

VS-Bd. 14125 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 375

10 Für das französische Memorandum, das am 30. Januar 1984 den übrigen WEU-Mitgliedstaaten übermittelt wurde, vgl. Referat 209, Bd. 128400.

11 Präsident Reagan hielt sich vom 4. bis 10. Juni 1984 in Großbritannien auf.

12 Zu den Feierlichkeiten am 6. Juni 1984 anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") vgl. Dok. 164.

75

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-11080/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 6. März 1984, 20.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1083 **Ankunft: 7. März 1984, 03.16 Uhr**

Betr.: Bundeskanzlerbesuch in Washington[2];
hier: Gespräch mit SecDef[3] Weinberger

1) Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl empfing heute nachmittag (6. März) den amerikanischen Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger zu einem knapp einstündigen Gespräch im Hotel Watergate in Washington, D.C. Beherrschendes Thema war die militärische Entwicklung im Mittleren Osten.

2) Im einzelnen:

Nach der Begrüßung betonte der Bundeskanzler (BK), daß er die Zusammenarbeit mit dem US-Verteidigungsminister (SecDef) immer besonders geschätzt habe.

3) Der BK erwähnte dann den – vor etwa vier Wochen erfolgten – Anruf von SecDef, ohne sich über den Inhalt zu verbreiten. SecDef habe das Resultat seines Anrufs in der Zwischenzeit gesehen. BK forderte SecDef auf, ihn immer anzurufen, wenn SecDef es für notwendig erachte.

4) Anschließend äußerte BK seine große Sorge über die krisenhafte Zuspitzung im Nahen und Mittleren Osten. Er sei kein Anhänger der Baath-Partei, habe aber Angst, daß der Iran den Irak überrennen könne.

SecDef wies auf die Gefährdung hin, die im Nahen und Mittleren Osten entstehen würde, wenn sich Iran und Syrien über einen geschlagenen Irak hinweg verbinden könnten. Er hoffe, daß der Irak zukünftigen iranischen Angriffen standhalten könne. Der letzte, nördlich Basra durch sumpfiges Gelände vorgetragene Angriff habe die Iraner personelle Verluste in Höhe von 15–20 000 Mann gekostet. Die militärischen Operationen im iranisch-irakischen Konflikt hätten Ersten-Weltkrieg-Charakter (no air-cover). Falls dem Iran kein Durchbruch gelänge, wäre nicht auszuschließen, daß er dann die Straße von Hormuz zu sperren versuche.

Wichtig sei jetzt, sowohl in der NATO wie auch individuell Planungen für diesen Eventualfall zu entwickeln.[4] Befreundete arabische Staaten würden von den USA erst nach Krisenbeginn größere Unterstützung akzeptieren.

5) BK informierte SecDef anschließend über sein Gespräch mit dem israelischen PM Shamir.[5]

1 Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 7. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 8. März 1984 vorgelegen.
Hat Genscher am 9. März 1984 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 70–72.

3 Secretary of Defense.

4 Dieser Satz sowie die Wörter „in der NATO“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.

Es sei hinsichtlich möglicher deutscher Waffenexporte an gemäßigte arabische Länder ohne Ergebnis verlaufen. SecDef berichtete von den großen Schwierigkeiten, die man mit Israel beim amerikanisch-saudi-arabischen AWACS-Geschäft[6] gehabt habe. Wahrscheinlich werde man es in dieser Beziehung mit einer israelischen Labour-Regierung einfacher haben. Israel brauche selber nicht mehr Waffen, sondern mehr freundlich gesonnene Nachbarn.

BK betonte anschließend die Notwendigkeit einer Unterstützung König Husseins, um die Lage in Jordanien stabil zu halten. Der Tod des Königs könnte schlimme Folgen haben.

6) BK äußerte dann seine Unzufriedenheit mit der europäischen Haltung zum Mittleren Osten. Sie erinnere ihn an den deutschen Spruch: „Spritz mich, aber mach mich nicht naß." Er sei kein Anhänger von Monarchien, aber was bei ihrem Sturz nach ihnen käme, könne nur schlimmer sein.

7) Auf die Frage nach der Lage in Afghanistan antwortete SecDef, daß die Sowjets jetzt weniger Territorium kontrollierten als vor vier Jahren. Die Sowjets hätten bisher Verluste von ca. 6000 Toten und 13–14000 Verwundeten erlitten. Um endgültig zu siegen, brauche die Sowjetunion das Drei- bis Vierfache der jetzt eingesetzten Truppen. Dazu wäre man aber in Moskau nicht bereit. Seit dem Zweiten Weltkrieg wäre dies der erste Konflikt außerhalb des Ostblocks, in dem die Sowjets eigene Truppen einsetzen. Vielleicht wäre dies ein Grund für ihre Zurückhaltung. Die afghanischen Freiheitskämpfer würden sich sehr gut schlagen.

Den Sowjets wäre sehr viel daran gelegen, Zugang zu den Ölfeldern des Mittleren Ostens zu erhalten bzw. dem Westen den Zugang strittig zu machen.

8) Im Anschluß trug SecDef zum Master Restationing Plan (MRP)[7] vor. Es sei für das Pentagon außerordentlich wichtig, dem Kongreß einen Fortschritt in dieser Angelegenheit aufzeigen zu können.

BK verwies auf die zahlreichen ungelösten Probleme der Bundeswehr – vor allem im personellen Bereich (Überaltern der militärischen Führer) –, die auf

6 Am 21. April 1981 gab das amerikanische Präsidialamt bekannt, daß nach Zustimmung durch den amerikanischen Kongreß fünf mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem (AWACS) ausgerüstete Flugzeuge an Saudi-Arabien geliefert werden sollten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1233.
Der amerikanische Senat billigte die Lieferung am 29. Oktober 1981 mit 52 gegen 48 Stimmen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4326 des Botschafters Hermes, Washington, vom selben Tag; Referat 311, Bd. 137698.

7 Am 4. November 1980 übergab der amerikanische Botschafter Stoessel Bundesminister Apel einen acht Punkte umfassenden amerikanischen Forderungskatalog im sicherheitspolitischen Bereich, für den die Bundesregierung finanzielle Leistungen erbringen sollte. Punkt 2 des Katalogs war der „Master Restationing Plan" (MRP). Dieser sah über einen Zeitraum von 30 Jahren die Verlegung amerikanischer Truppen aus Ballungsgebieten näher an die innerdeutsche Demarkationslinie vor. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 45.
Referat 514 vermerkte am 15. Februar 1984, die Bundesregierung sei „zur Mitwirkung bei MRP auf der Basis der Verträge, die deutscherseits parlamentarisch ratifiziert sind, bereit; dies hat am 20.4.83 der Bundessicherheitsrat erneut bestätigt". Die finanziellen Erwartungen der USA gingen jedoch „über die multilateralen Vereinbarungen hinaus". Auf der „Basis geltender Verträge" trage die Bundesrepublik „bereits in finanzieller Hinsicht in großem Umfang zu der Stationierung amerikanischer Truppen bei". Vgl. Referat 201, Bd. 143458.

der Anfang Februar auf der Hardthöhe durchgeführten Kabinettssitzung[8] deutlich angesprochen worden seien. Er wisse nicht, wie dies alles zu finanzieren wäre. Eine zufriedenstellende Lösung der personellen Probleme der Bundeswehr müsse auch im Sinne der NATO sein. BM Dr. Wörner habe Mittel für MRP in dem Haushalt 1985 vorgesehen. Man werde darüber bei den im kommenden Mai vorgesehenen Beratungen für den Haushalt 1985 sprechen.

SecDef erwähnte seine Gespräche mit BM[9] Dr. Wörner über einen möglichen Erlös bei der Rückgabe einiger den Amerikanern zur Verfügung gestellten Liegenschaften der Bundesrepublik. Es wäre sehr wichtig, im Bereich MRP Bewegung zu zeigen.

9) Weiteres Anliegen von SecDef war die Einrichtung einer militärischen Beratergruppe für das Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM) in Paris[10]. AsstSecDef[11] Richard N. Perle ergänzte und sprach die Hoffnung aus, daß die Bundesrepublik den amerikanischen Vorschlag unterstützen werde.

BK sagte zu, daß er sich mit der Materie vertraut machen wolle. Er sei im Prinzip für einen offenen Handel, jedoch nicht für die Weitergabe von Dingen, die den Interessen des Westens widersprechen würden.

10) Als nächsten Punkt sprach BK die Erweiterung der EG um Spanien[12] an, die mit der vollen spanischen Mitgliedschaft in der NATO korrespondieren müsse. SecDef wies auf den für die kommende Woche geplanten Besuch des spanischen Verteidigungsministers hin.[13] BK informierte SecDef, daß sein spanischer Kollege wegen des unterbliebenen Kaufs spanischer Transportflugzeuge durch die USA sehr verärgert sei. SecDef zeigte sich informiert und erklärte, daß das spanische Modell aufgrund objektiver Bewertung nicht den Zuschlag erhalten habe.

8 Am 1. Februar 1984 fand im Bundesministerium der Verteidigung eine Kabinettssitzung statt. Referat 011 vermerkte dazu am 10. Februar 1984, Bundesminister Wörner habe einführend erklärt, der Schwerpunkt der Diskussion solle, „dem Wunsche des Bundeskanzlers entsprechend, bei den Alltagssorgen der Soldaten liegen". Generalinspekteur Altenburg habe die innere Lage der Bundeswehr und „Aspekte der Inneren Führung" dargelegt. Ausführlich seien die mit dem Begriff „Verwendungsstau" verbundenen Probleme erörtert worden. Bundeskanzler Kohl habe angeregt, „dieses Thema noch einmal gesondert im Kabinett zu behandeln". Vgl. VS-Bd. 11967 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Korrigiert aus: „BMI".

10 Referat 421 erläuterte am 15. März 1984, die USA hätten seit Oktober 1982 wiederholt den Vorschlag eines militärischen Unterausschusses bei COCOM zur Diskussion gestellt, der jedoch nicht die Zustimmung der anderen Staaten gefunden habe. Die Bundesregierung habe folgende Bedenken: „Ziel des amerikanischen Vorschlages ist nicht nur eine stärkere, sondern eine faktisch prioritäre Berücksichtigung militärischer Gesichtspunkte im COCOM. Damit bestünde die Gefahr, daß der in den USA zwischen verschiedenen Gruppen (insbesondere Pentagon einerseits, State Department und Handelsministerium andererseits) bestehende Zielkonflikt vor einer Bereinigung innerhalb der US-Regierung in das COCOM getragen würde. Würde ein gesonderter Militärausschuß (oder eine -gruppe) im COCOM die Sicherheitsrelevanz eines Exportgutes bejahen, könnten demgegenüber kaum noch außenwirtschaftliche, außenpolitische und technologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Damit entstünde die Gefahr, daß die Aufgabe des COCOM, die genannten vielfältigen Aspekte gegeneinander abzuwägen, weitgehend i. S. der militärischen Gesichtspunkte präjudiziert würde." Vgl. Referat 424, Bd. 135862.

11 Assistant Secretary of Defense.

12 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 59, Anm. 26.

13 Der spanische Verteidigungsminister Serra hielt sich vom 12. bis 17. März 1984 in den USA auf.

11) Als letzten Punkt sprach BK den deutschen Wunsch nach Bündelung der westlichen Vorschläge zu den MBFR-Gesprächen aus. SecDef erklärte hierzu, daß man sowjetische Daten und die notwendige Verifikation.[14]

12) Am Ende des offenen und in herzlicher Atmosphäre verlaufenen Gesprächs sprach BK eine Einladung an SecDef nach Bonn und den Wunsch nach privater Fortsetzung des Gesprächs aus (you owe us a visit in Bonn).

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14125 (010)

76

Aufzeichnung der Abteilung 2

212-340.05 VS-NfD **9. März 1984**[1]

Über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Überlegungen zur weiteren Behandlung des Gewaltverzichtes bei den West-Ost-Beziehungen

Bezug: a) Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 28.12.1983 (Anlg. 2)[3]
b) Weisung von BM in der Hausbesprechung am 15.2.1984

Anlg.: 3[4]

14 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze und Vortragendem Legationsrat Haak konzipiert.

2 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) W[ieder]v[orlage] mit Stellungnahme D 2 A, 2) Wv. 19.3."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 13. März 1984 vorgelegen.
Hat Ruth am 14. März 1984 vorgelegen.
Für die Stellungnahme von Ruth vom 19. März 1984 vgl. Dok. 85.

3 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Pfeffer gab eine Vorschau auf die KVAE in Stockholm und legte dar, beim Thema Gewaltverzicht müsse „jetzt mit einer neuen Angriffsrichtung gerechnet werden: Die Sowjets werden die Raketen-Debatte politisch zu verlängern suchen, indem sie den Westen mit großen Initiativen zur Lösung der europäischen Sicherheitsfragen konfrontieren, um ihn bei ablehnender Reaktion mangelnder Bereitschaft zu kooperativer Lösung der Sicherheitsprobleme zu bezichtigen." Dennoch dürften sich die NATO-Mitgliedstaaten nicht in die Defensive drängen lassen: „Zunächst kommt es darauf an, zu verhindern, daß sich unsere wichtigsten Bündnispartner auf uneingeschränkt ablehnende Stellungnahmen gegenüber den östlichen Vorschlägen fixieren. Den Gedanken einer positiven westlichen Antwort werden wir je nach dem Gang der Konferenz später möglicherweise mit größerer Erfolgsaussicht weiterverfolgen können." Vgl. Referat 212, Bd. 133520.

4 Dem Vorgang beigefügt. Zu Anlage 1 und 2 vgl. Anm. 3 bzw. 32.
Anlage 3 war der Drahtbericht Nr. 137 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 8. März 1984. Darin gab Citron einen Überblick über den Stand der Erörterung des Themas Gewaltverzicht auf der KVAE und unterbreitete Vorschläge für das weitere Vorgehen. So werde „der Westen

Zweck der Vorlage: Aufbereitung der Thematik im Hinblick auf spätere EPZ- und Bündniskonsultationen

I. Zur Lage

Die gegenwärtige Lage hat sich gegenüber Dezember 1983 (Bezugsaufzeichnung) wie folgt weiterentwickelt:

– Der Warschauer Pakt hat das Thema in Stockholm aktiviert.
– Bei unseren Bündnispartnern zeigt sich bisher noch kaum Bewegung.
– Die Neutralen und Blockfreien haben das Thema in ihrem Vorschlag vom 9.3.1984 in einer dem Konferenzmandat Rechnung tragenden Form aufgegriffen.
– In der innenpolitischen Diskussion ist die CDU/CSU aktiv geworden.

1) Der WP-Vorschlag eines Gewaltverzichtsvertrages (letzte Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses, sog. „Prager Erklärung" vom 6. Januar 1983[5]) ist jetzt von der SU in einer der KVAE angepaßten Form in Stockholm näher erläutert, jedoch immer noch nicht in Form eines Vertragsentwurfes präsentiert und auch noch nicht förmlich als Vorschlag eingebracht worden.

Der sowjetische Delegationsleiter Grinewskij hat am 16. Februar 1984 die östlichen Vorstellungen wie folgt dargelegt:

– gegenseitige Verpflichtung der KVAE-Staaten, als erste gegeneinander weder Kernwaffen noch konventionelle Waffen und folglich nicht als erste militärische Gewalt überhaupt gegeneinander anzuwenden; dies soll die zentrale Verpflichtung sein; Fortschritte bei Rüstungskontrolle und Abrüstung erscheinen dagegen nur als Bemühungsverpflichtungen;
– Einbeziehung der Verpflichtung, die Sicherheit internationaler Verbindungswege, einschließlich des Weltraumes, nicht zu bedrohen (entspricht Prager WP-Vorschlag);
– östliche Bereitschaft zur „Zusammenarbeit, um die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu gewährleisten" (entspricht Prager WP-Vorschlag), ist offenbar als sowjetisches Alibi in der Verifikationsfrage zu verstehen;
– ebenfalls offenbar Alibi-Funktion hat die – wie in Prag – beschworene Stärkung der VN als „internationales Instrument der kollektiven Sicherheit";
– mit einer „Verpflichtung zur Nichtanwendung von Gewalt gegen dritte Länder" (wie Prag) würde die SU erreichen, daß ihre Intervention in Afghanistan[6], falls nicht erwähnt, implizit als berechtigt erscheinen würde;

Fortsetzung Fußnote von Seite 380
nicht umhinkönnen, die Thematik des Gewaltverzichts in der zweiten Konferenzrunde aus seiner Sicht offensiv anzusprechen". Aus verschiedenen Gesprächen ergebe sich, „daß viele unserer Partner und Verbündeten die Behandlung des Themas ‚Gewaltverzicht' als mögliche Schlüsselfrage für einen Erfolg der Stockholmer Konferenz zu betrachten beginnen". Vgl. dazu Referat 212, Bd. 133520.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 anläßlich seiner Tagung am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 104–116. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 40.

6 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

– nicht erwähnt ist ein in der Prager Erklärung enthaltener Passus, nach dem das Recht der VN-Mitglieder auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 VN-Charta[7]) unberührt bleiben soll.[8]

Die SU wirbt in Stockholm für ihr Anliegen vor allem mit dem Argument: Vor der Vereinbarung konkreter vertrauensbildender Maßnahmen müsse das angeblich durch die westliche Nachrüstung geschaffene Mißtrauen wieder abgebaut werden.

Der sowjetische Delegationsleiter in Stockholm, Grinewskij, deutete gegenüber unserem Delegationsleiter Citron an, daß auch eine politische Absichtserklärung zum Gewaltverzicht aus sowjetischer Sicht ausreichen könnte, um das seiner Ansicht nach von den USA in Moskau hervorgerufene Mißtrauen abzubauen.[9] Er zog in diesem Zusammenhang eine Parallele zur amerikanisch-sowjetischen Erklärung von 1972.[10]

2) Im Bündnis setzt sich die Erkenntnis, daß eine Bekräftigung des Gewaltverzichtes eines – späten – Tages als Konzessionsmaterie in Stockholm unter Ausnutzung sowjetischen Prestigedenkens in Frage kommt, nur langsam durch. Der „deklaratorische" Vorschlag der SU wird von allen, besonders von USA und Frankreich, weiterhin abgelehnt.

Die Franzosen haben uns erklärt (insbesondere im Gespräch D 2 mit Andréani am 22.12.1983[11]), daß sie unsere Überlegungen zu einer instrumentalen Behandlung des Themas im Prinzip teilen („die Sowjets mehrfach zahlen lassen"). Die französische Position (Gewaltverzicht als „Krönung am Ende des KVAE-Prozesses", eventuell sogar noch nach Fortschritten bei MBFR und Menschenrechtsfragen) ist allerdings sehr langfristig angelegt.

Präsident Reagan hat in seiner die Grundlagen der Brüsseler Erklärung des Bündnisses vom 9.12.1983[12] aufnehmenden Grundsatzrede vom 16.1.1984 erklärt:

7 Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464 f.

8 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 16. Februar 1984, der Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation, Grinewskij, habe in „sachbezogener und weitgehend unpolemischer Rede" in der Plenarsitzung am selben Tag die sowjetischen Vorstellungen zu einem Gewaltverzicht präzisiert und anschließend „öffentlichkeitswirksam" vor der Presse die Bereitschaft erklärt, „noch heute mit eigentlichen Verhandlungen zu beginnen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 103; Referat 212, Bd. 133520.

9 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), teilte am 23. Februar 1984 aus einem Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation mit, Grinewskij habe „auf westliches Entgegenkommen beim Gewaltverzicht" gedrängt, „da nur so östliches Eingehen auf westliche VSBM-Vorstellungen zu erreichen sei. INF-Stationierung und US-Nuklearplanung […] habe in Moskau sehr viel Mißtrauen aufgebaut". Vgl. den Drahtbericht Nr. 112; Referat 212, Bd. 133520.

10 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

11 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Pfeffer mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, vgl. AAPD 1983, II, Dok. 394.

12 Korrigiert aus: „10.12.1983".
Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

„First, we need to find ways to reduce – and eventually to eliminate – the threat and use of force in solving international disputes."[13]

BM hat an diesen Gedanken in seiner Rede in Stockholm[14] angeknüpft. Die US-Administration verhält sich jedoch insgesamt in ihren öffentlichen Äußerungen (Shultz-Interview vor Eröffnung der KVAE, Shultz-Rede in Stockholm[15]) zum Gedanken einer Bestätigung des Gewaltverzichtes in Stockholm ablehnend. Im laufenden Kontakt mit uns (Gespräch D 2/Burt am 6.3.1984[16]) zeichnet sich in jüngster Zeit allerdings eine gewisse Auflockerung der amerikanischen Haltung ab (Bekräftigung des Gewaltverzichtes als „Chapeau" einer Vereinbarung konkreter VSBM in der ersten Phase der KVAE).

3) Die N+N haben das Thema in ihrem Vorschlag vom 9.3.[17] in einer für den Westen durchaus annehmbaren Form aufgegriffen. Der Vorschlag der N+N sieht die Möglichkeit der „Erwägung" einer Neubestätigung des Gewaltverbotes in „geeigneter Weise und Form" vor, aber zusammen mit dem Gebot der friedlichen Streitregelung und nur unter der Voraussetzung einer mandatskonformen Vereinbarung konkreter VSBM.

4) Für die CDU/CSU-Fraktion haben der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rühe und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Außenpolitik der Fraktion, Hans Klein, in einer Pressekonferenz vom 20.2.1984 einen Gewaltverzichtsvertrag im Rahmen der KSZE befürwortet, allerdings erst als Ergebnis eines längerfristigen Prozesses, in dem zunächst zumindest „Zwischenergebnisse" in folgenden Bereichen erzielt worden sein sollen:

– politische Vertrauensbildung (Ost-West-Dialog, KSZE-Prozeß),
– militärische Vertrauensbildung (KVAE),
– konkrete Abrüstungsergebnisse (amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über Nuklearwaffen mittlerer und kürzerer Reichweite; MBFR).[18]

II. Bewertung der sowjetischen Vorschläge

Der sowjetische Gewaltverzichtsvorschlag (GV) steht in dialektischem Zusam-

13 Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 41. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 110.

14 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 19. Januar 1984 in Stockholm vgl. BULLETIN 1984, S. 68–71.

15 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

16 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 7. März 1984, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe im Gespräch am Vortag in Washington erklärt: „Er halte die Verbindung eines Chapeaus, in dem der Gewaltverzicht bekräftigt werde, mit dem Katalog konkreter Confidence Building Measures für gut. Er sei durchaus dafür, diesen Gedanken schon bald in Stockholm einzuführen. Man könnte womöglich eine Grundsatzvereinbarung über das Procedere treffen. In jedem Falle werde so für die SU, die osteuropäischen und die N+N-Staaten das Ziel erkennbar, das wir bis zum Ende der ersten Phase erreichen wollen, und der sowjetische Vorschlag sei positiv kanalisiert." Vgl. Referat 212, Bd. 133520.

17 Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Maltas, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns vom 9. März 1984 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (CSCE/SC/3) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 364–367.

18 Für die Stellungnahme der Abgeordneten Klein und Rühe vgl. „CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Pressedienst vom 20. Februar 1984"; Referat 212, Bd. 133520.

menhang mit dem sowjetischen Vorschlag für einen nuklearen Ersteinsatzverzicht (no first use – NFU)[19].

1) Das Gewaltverbot schließt an sich ein absolutes Angriffsverbot ein. Es schneidet dem Opfer eines konventionellen Angriffes nicht die nukleare Verteidigung ab, da der Angreifer die GV-Verpflichtung für den Angegriffenen außer Kraft setzen würde. Der Gewaltverzicht schafft deshalb an sich keine Probleme für die westliche Sicherheit. Die SU verfolgt mit dem Vorschlag eines deklaratorischen Gewaltverzichtes jedoch – seit jeher – den Zweck, von der militärischen Überlegenheit der SU in Europa abzulenken, den „Mythos der sowjetischen Bedrohung" in den Augen der westlichen Öffentlichkeit dadurch zu zerstören und den westlichen Regierungen damit die Rechtfertigung am militärischen Gleichgewicht orientierter Verteidigungsanstrengungen zu erschweren. Der Vorschlag zielt als psychologisches Mittel auf eine generelle Schwächung der westlichen Sicherheit ab.

2) Der sowjetische Vorschlag eines nuklearen Ersteinsatzverzichtes enthält zwei Komponenten:

a) Ein Verbot nuklearer Aggression, das allerdings schon im allgemeinen Gewaltverzicht enthalten ist und gegenüber dem völkerrechtlichen Gewaltverbot keine neue Verpflichtung einführt.

b) Ein Verbot nuklearer Verteidigung gegen einen konventionellen Angriff. Diese Komponente würde eine echte neue Verpflichtung einführen. Sie würde eine Aggression der konventionell überlegenen SU begünstigen, indem sie deren Aggressionsrisiko drastisch herabsetzt. Sie würde die Verteidigung der konventionell unterlegenen NATO erschweren. Unter den gegebenen Verhältnissen würde sie die westliche Strategie aus den Angeln heben, die Abschreckung untergraben und einen konventionellen Krieg in Europa wieder lohnender und damit wahrscheinlicher machen.

Die SU benutzt die erste Komponente (Verbot nuklearer Aggression), um unter Ausnutzung von Ressentiments im Westen gegen die Nachrüstung Stimmung für ihren NFU-Vorschlag zu machen. Sie erklärt, daß die Aufstellung neuer amerikanischer „Erstschlagswaffen" in Westeuropa einen Ersteinsatzverzicht noch dringlicher mache. Hier wird die bei der Verwischung des Unterschiedes zwischen Erstschlag und Ersteinsatz bewußt herbeigeführte Begriffsverwirrung zur vordergründigen Durchsetzung sowjetischer Machtinteressen benutzt.

Bemerkenswert ist, daß die Sowjets in dem Prawda-Interview vom 25.1.84 von Andropow[20], mit dem Moskau auf die Reagan-Rede vom 16.1.84 antwortete, einen bilateralen sowjetisch-amerikanischen Ersteinsatzverzicht vorgeschlagen haben. Dies würde es den Sowjets ermöglichen, gegenüber allen anderen Ländern außer den USA nicht nur die konventionelle, sondern auch die nukleare Bedrohung aufrechtzuerhalten (die einseitige sowjetische Verzichtserklärung läßt sich jederzeit zurückziehen). Kissinger hat kürzlich daran erinnert, daß

19 Zum sowjetischen Vorschlag vom 22. September 1981 vgl. Dok. 14, Anm. 23.

20 Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. den Artikel „Otvety Ju. V. Andropova na voprosy gazety ‚Pravda'"; PRAVDA vom 25. Januar 1984, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 115 f. (Auszug).

die Sowjets bereits 1973[21] in ihren Vorschlägen für eine sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über die Vermeidung des Nuklearkrieges[22] einen bilateralen Ersteinsatzverzicht vorgeschlagen haben, der auf eine weitgehende Teilung der Welt hinausliefe.

(Dem steht nicht entgegen, daß die SU den NFU auch in anderen Varianten anbietet: westliche Nuklearmächte, alle Nuklearmächte.)

Es besteht wenig Zweifel, daß es den Sowjets tatsächlich auf die zweite Komponente (Verbot nuklearer Verteidigung gegen konventionelle Angriffe) ankommt. Mit der Vermengung beider Teile versuchen die Sowjets, die Friedenssehnsucht im Westen auszunutzen, um die westliche Verteidigung zu schwächen. Der Vorschlag soll den Eindruck der Friedfertigkeit des Vorschlagenden und der Unfriedlichkeit des Ablehnenden erzeugen, wobei der wahre Charakter, die Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten des Schwächeren, vertuscht wird.

3) Auf Stockholm bezogen ist festzustellen:

a) Der NFU-Vorschlag als partielles Verteidigungsverbot und als Begünstigung konventioneller Aggression widerspricht direkt den Zwecken der Konferenz und dem Mandat[23]. Er verdient eine eindeutige, kompromißlose Ablehnung. In der öffentlichen Darstellung sollte sich der Westen allerdings nicht in die ihm von der SU zugedachte Negativrolle drängen lassen, sondern die wahre Natur des Vorschlages entblößen. Wir sollten mit Nachdruck deutlich machen, daß der NFU-Vorschlag in Wahrheit auf einen nuklearen Verteidigungsverzicht bzw. auf aggressionsbegünstigende Verteidigungsbeschränkungen hinausläuft. Dies wäre das Gegenteil des Konferenzzweckes, der auf Vertrauensbildung und Sicherheitsbildung, u. a. durch die Erschwerung von Überraschungsangriffen, nicht aber die Erschwerung der Verteidigung, abstellt. Wir sollten den Begriff „Erst-" für unsere Ablehnung jedes Angriffes, mit welchen Waffen auch immer, in Anspruch nehmen und klarmachen, daß die Bonner Gipfelerklärung:

„Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff"[24],

im Unterschied zu den im NFU implizierten Verteidigungsbeschränkungen die richtige Form ist, um Kriegsverhinderung und Friedenserhaltung zu fördern. Dies hat BM bereits in seiner Regierungserklärung vom 20.1.1984 vor dem Deutschen Bundestag über die Eröffnung in Stockholm mit der Feststellung getan:

„Damit haben die Bündnispartner feierlich bekräftigt, keine ihrer Waffen – nukleare wie konventionelle – als erste, d. h. ohne angegriffen zu sein, einzu-

21 Korrigiert aus: „1974".

22 Die USA und die UdSSR schlossen am 22. Juni 1973 ein Abkommen zur Verhinderung eines Atomkriegs. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 917, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 418 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 204. Zur Verhandlungsgeschichte vgl. auch AAPD 1974, II, Dok. 348.

23 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

24 Vgl. Ziffer 5 a der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anläßlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 343. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

setzen. … es würde der Vertrauensbildung dienen, wenn alle KSZE-Teilnehmerstaaten zu einem so umfassenden Verzicht bereit wären."[25]

b) Bezüglich des Gewaltverzichtes sind unsere Vorbehalte nicht derart grundsätzlicher Art, sondern betreffen

- den Umfang des Verbotes (keine Vorbehalte: Afghanistan, Breschnew-Doktrin[26]), Klarstellung des Verbotes der Gewaltandrohung als integraler Bestandteil des Gewaltverzichtes;
- die Glaubwürdigkeit (keine deklaratorische Wiederholung; keine Ablenkung von den realen Fakten der Bedrohung; kein Ersatz für Verteidigungs- noch für Abrüstungsmaßnahmen);
- Mandatskonformität (kein Ersatz für konkrete vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen).

Demgemäß ist vorstellbar, den Gewaltverzicht in eine Form zu bringen, die den Konferenzzwecken, dem Mandat und den westlichen Interessen entspricht. Unseren Vorbehalten muß durch geeignete Maßnahmen Rechnung getragen werden (vertrauensbildende Maßnahmen, Abbau militärischer Ungleichgewichte, realistische Präsentation in der Öffentlichkeit). Die Tatsache, daß der Gewaltverzicht bereits in anderen wichtigen Dokumenten verankert ist, kann nicht als absoluter Hinderungsgrund angesehen werden: Die Verankerung des Gewaltverbotes in der CVN[27] hat weder die Bestätigung in unseren bilateralen Ost-Verträgen[28] noch die in der KSZE-Schlußakte[29] verhindert.

Eine bedingt positive westliche Einstellung zum Gewaltverzicht könnte drei Zwecken dienen:

- Unter Ausnutzung des sowjetischen Prestige-Bedürfnisses Erwirkung sowjetischer Konzessionen zugunsten der westlichen Vorschläge;
- unter Berücksichtigung des sowjetischen Bedürfnisses der Gesichtswahrung („Notwendigkeit, das gestörte Vertrauen wiederherzustellen") Erleichterung einer sowjetischen Rückkehr zum Verhandlungstisch über nukleare Waffen[30];
- Druck auf die Beseitigung des in der Breschnew-Doktrin bestehenden Gewaltvorbehaltes und bestehender Gewaltanwendung wie in Afghanistan. Beides wird äußerst schwer zu erreichen sein, aber offensives westliches Argu-

25 Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 3475.

26 Zur „Breschnew-Doktrin" vgl. Dok. 3, Anm. 22.

27 Korrigiert aus: „SVN".
Vgl. dazu Artikel 2 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 435–437.

28 Vgl. dazu Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.
Vgl. dazu ferner Artikel II Absatz 2 des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 363.
Vgl. dazu ferner Artikel 3 des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423.
Vgl. dazu außerdem Artikel III Absatz 2 des Vertrags vom 11. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über die gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 991.

29 Vgl. dazu Punkt II der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

30 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

mentieren ermöglichen. Wenn die anderen Zwecke erreicht werden sollen, wird man auf der Verbindung mit Afghanistan möglicherweise nicht bis zum Ende bestehen müssen.

III. Überlegungen zur Entwicklung der westlichen Haltung zum Gewaltverzicht

Für eine positivere Befassung des Westens mit dem GV bieten sich verschiedene Möglichkeiten an:

1) Hohe politische Bedeutung und feierliche Form, aber Verschiebung in die ferne Zukunft (etwa als „Krönung" eines längerfristigen Prozesses mit erheblichen Fortschritten bei der politischen und militärischen Vertrauensbildung und der Abrüstung; so etwa der Vorschlag von Rühe/Klein; in ähnliche Richtung gehen die französischen Vorstellungen).

Vorteile:

– Ermöglichung einer „Ja, aber"-Position (statt der öffentlichkeitspolitisch nachteiligeren „Nein, denn"-Position) ohne wirkliche eigene Zugeständnisse;
– im Bündnis vermutlich relativ wenige Schwierigkeiten.

Nachteile:

– Möglichkeit, dafür substantielle sowjetische Konzessionen zu erhalten, dürfte in der näheren Zukunft minimal sein;
– Überhöhung der Bedeutung eines Gewaltverzichtes kann schon im Vorfelde den Eindruck aufkommen lassen, daß dadurch die europäischen Sicherheitsprobleme im wesentlichen gelöst sein würden. Dieses könnte Illusionen erzeugen, die unsere Sicherheitspolitik erschweren.

2) Geringes Profil und dafür Einbeziehung schon in die erste Phase von Stockholm (etwa GV-Bestätigung in der Präambel eines Abschlußdokumentes).

Vorteile:

– Auch hier könnten wir „Ja, aber" sagen.
– Erleichterung der Lösung aktueller Probleme.
– Keine wesentlichen westlichen Konzessionen.
– Deshalb vermutlich wenig Schwierigkeiten im Bündnis.

Nachteile:

– Handelswert gering, da weit entfernt von den sowjetischen Vorstellungen.

3) Höheres Profil und Einbeziehung in die erste Phase von Stockholm (etwa GV-Bestätigung in operativer Form, in oder in Verbindung mit einem Abschlußdokument).

Vorteile gegenüber 2):

– Erhöhung des Handelswertes gegenüber der Sowjetunion.

Zu 2) Die Sowjets haben bisher keinen konkreten Vorschlag unterbreitet. Entgegen früheren Ankündigungen haben sie bis heute nicht konkretisiert, wie ein Gewaltverzichtsvertrag nach ihren Vorstellungen aussehen könnte. Wir haben dies als Erfolg unserer flexiblen Reaktion verbucht. Die SU weiß, daß ein konkreter Vorschlag ihrer Seite zu Diskussionen über Afghanistan und die Breschnew-Doktrin führen würde. Sie versucht, öffentlichkeitspolitischen Gewinn zu verbuchen, indem sie mit einer vagen, friedfertig klingenden Konzeption

wirbt und den Westen in eine Neinsager-Position zu bringen versucht. Die Sowjets drängen den Westen, seine Vorstellungen auf den Tisch zu legen. Wir haben jedoch keinen Grund, die SU aus dem Obligo zu entlassen, die eigenen Vorstellungen zunächst selbst zu konkretisieren. Für den Westen genügt es zunächst, nicht a limine Nein zu sagen, die Mandatskonformität zu verlangen und in diesem Sinne seine Prüfungsbereitschaft bezüglich aller konkreten Vorschläge zu betonen.

Schon eine generelle, unverbindliche „Ja, aber"-Position kann gegenüber der SU nützlich sein, da ihr dies bei dem Problem der Gesichtswahrung hilft. So hat die sowjetische Delegation in Stockholm sich auf die Ausführungen von BM zum Gewaltverzicht 1983 in Genf[31] berufen.

Ob der Westen in einer späteren Phase ein Interesse haben könnte, die Konferenz einem Kompromiß näherzubringen, indem er in der GV-Frage eine eigene Initiative ergreift, kann späterer Beurteilung vorbehalten bleiben.

Zu 3) Verhandlungstaktisch spricht manches dafür, zu gegebener Zeit zunächst ein Minimalangebot (Bezugnahme auf das Gewaltverbot in der Präambel eines Entwurfes für ein Abschlußdokument) zu unterbreiten. Dies würde erlauben, die sowjetische Gegenleistungsbereitschaft auszuloten und die Optionen für die Zukunft – in Stockholm und über Stockholm hinaus – aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Einigungsschwelle im Bündnis relativ niedrig zu halten. Ein entsprechender Text ist als illustratives Modell beigefügt (Anlage 1)[32].

Zu 4) Angesichts des frühen Konferenzstandes in Stockholm und angesichts der zögernden Haltung vieler unserer Partner sollten wir im Bündnis und im Zehnerkreis zunächst in der GV-Frage nicht drängen. Das Wichtigste ist zunächst, das spätere westliche Verhalten in dieser Frage offenzuhalten. In Gesprächen über die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten in Stockholm sollten wir dagegen vorsichtig unsere Überlegungen einführen:

Botschafter Citron hat (DB 115 vom 23.2. aus Stockholm) darauf hingewiesen, daß noch vor Ende dieser Runde[33] in Stockholm im NATO-Caucus vorläufige Überlegungen im Hinblick auf die zweite Runde[34] angestellt werden, wobei auch die künftige Behandlung des Themas Gewaltverzicht zur Sprache kommen dürfte. Dabei dürfte auch mit Fragen an unsere Delegation zu dem CDU/CSU-Papier zu rechnen sein.[35]

Wir sollten unseren westlichen Partnern gegenüber die Übereinstimmung hinsichtlich der negativen Beurteilung der sowjetischen Intentionen bezüglich des GV und hinsichtlich der Nichtannehmbarkeit der gegenwärtigen sowjetischen Vorschläge einer lediglich deklaratorischen Bestätigung des GV betonen. Wir

31 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor dem Abrüstungsausschuß (CD) am 3. Februar 1983 in Genf vgl. BULLETIN 1983, S. 149–152.

32 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf der Präambel einer Abschlußerklärung der KVAE vgl. Referat 212, Bd. 133520.

33 Zur ersten Runde der KVAE vom 17. Januar bis 16. März 1984 vgl. Dok. 87.

34 Zur zweiten Runde der KVAE vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 vgl. Dok. 191.

35 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), teilte mit Drahtbericht Nr. 115 vom 23. Februar 1984 mit, die Leiter der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten seien zu dem Ergebnis gekommen, „daß die bisherige Linie sich bewährt habe und im großen und ganzen beibehalten werden sollte". Vgl. Referat 212, Bd. 133520.

sollten aber gleichzeitig auf die sich zu gegebener Zeit bietenden Möglichkeiten einer Nutzung des sowjetischen Prestigebedürfnisses für substantielle westliche Interessen und für einen Konferenzerfolg hinweisen.

RL 500[36] hat mitgezeichnet.

Referat 212, Bd. 133520

77

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **9. März 1984**[1]
Fernschreiben Ortex

Betr.: Besuch BM in Ankara am 6./7. März 1984

Zur Unterrichtung

1) BM hielt sich auf Einladung türkischen AM Halefoglu am 6. und 7. März 1984 zu offiziellem Besuch in Ankara – als erster hochrangiger westlicher Politiker bei neuer Zivilregierung[2] – auf. Dabei Gelegenheit zu ausgedehnten Gesprächen mit AM Halefoglu, MP Özal, Präsidenten der Nationalversammlung, Karaduman[3], sowie Staatspräsident Evren. Darüber hinaus Gelegenheit zu privaten Kontakten mit früheren Ministerpräsidenten Ecevit und Demirel sowie früherem AM Çaglayangil[4].

Drei Hauptpunkte der offiziellen Gespräche:

– Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten,

36 Jürgen Oesterhelt.

1 Durchschlag als Konzept.
Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna konzipiert.

2 Bei den Wahlen zum türkischen Parlament am 6. November 1983 erzielte die Mutterlandspartei des ehemaligen stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten Özal 45% der Stimmen und erreichte damit die absolute Mehrheit der Mandate. Die neue türkische Regierung unter Özal trat am 13. Dezember 1983 ihr Amt an.

3 Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des türkischen Parlaments, Karaduman, am 7. März 1984 in Ankara wurden die weitere Demokratisierung in der Türkei und die Frage der Menschenrechte sowie die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich, erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 151038.

4 Botschafter Oncken, Ankara, teilte am 8. März 1984 mit, im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit am 6. März 1984 seien die weitere Demokratisierung in der Türkei, die amerikanisch-türkischen Beziehungen, der irakisch-iranische Krieg und der Zypern-Konflikt besprochen worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 596; Referat 206 (203), Bd. 151038.
Am 9. März 1984 berichtete Oncken, im Gespräch mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel und dem ehemaligen türkischen Außenminister Çaglayangil am 7. März 1984 seien die Lage in der Türkei, wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen, die amerikanisch-türkischen Beziehungen sowie die Bedingungen in türkischen Haftanstalten angesprochen worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 605; Referat 206 (203), Bd. 151038.

– Demokratisierung und Menschenrechtslage in Türkei,
– Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer in EG.

2) Im einzelnen

Schon bei Mittagessen mit AM Halefoglu (Delegationskreis) unmittelbar nach Ankunft ergab sich Gelegenheit zu ausführlichem Meinungsaustausch über türkische Einschätzung der

– Entwicklungen in islamischer Welt,
– Auseinandersetzung Iran/Irak (besonders auch im Hinblick auf unmittelbar anschließenden Teheran-Besuch von AM Halefoglu am 7./8. März),
– Lage im Libanon.

Türkische Seite legte Auffassung dar, daß angesichts schwelender Konflikte im Nahen und Mittleren Osten Entwicklung in islamischer Welt besondere Aufmerksamkeit gebühre. Türkei sei durch ihre Lage an Schnittstelle zwischen europäischer und islamischer Welt und als Nachbar von Iran, Irak und Syrien hiervon besonders betroffen. BM hob Bedeutung der Position Türkei als NATO-Staat, als Assoziationspartner der EG[5] und als Mitglied der Islamischen Konferenz hervor. Damit komme Ankara einzigartige Mittlerrolle zu.

Zum Konflikt Iran/Irak betonten türkische Gastgeber, sie hätten sich stets darum bemüht, zu beiden Ländern gleich gute Beziehungen aufrechtzuerhalten. Beide AM waren sich einig, daß weitere Entwicklung Sorge verursache. Hierbei nicht nur Gefährdung Ölversorgung etwa durch Sperrung der Straße von Hormuz zu bedenken, sondern bedrohliche Gesamtsituation der Region. BM unterstrich unser Interesse an Ergebnissen Teheran-Besuchs von AM Halefoglu. Es bestand Übereinstimmung, daß wirtschaftliche Infrastruktur im Iran in Zukunft möglichst gestärkt werden sollte. Hier könnte deutsch-türkische Zusammenarbeit zum Tragen kommen.

Übereinstimmung, daß Syrien in künftige Lösung des Libanon-Konflikts einbezogen werden muß und nicht weiter in Arme der Sowjetunion getrieben werden darf.

3) Vier-Augen-Gespräch mit AM Halefoglu (in Anwesenheit D 4[6]) diente in erster Linie Erörterung wirtschaftlicher Fragen.

BM wies auf unsere umfassende Wirtschafts- und Verteidigungshilfe für Türkei hin und erläuterte beide Türkei-Berichte der Bundesregierung[7]. Aufhebung des Kriegsrechts in 13 von 67 türkischen Provinzen bestätige die darin enthaltenen positiven Tendenzen. In diesem Zusammenhang bat BM um türkische Intervention in einer Reihe von humanitären Einzelfällen (deutsche Inhaftier-

5 Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.
Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet, das in Artikel 36 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen dem Ende des 12. und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. September 1963 vorsah. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.

6 Per Fischer.

7 Für den Wortlaut der Berichte der Bundesregierung vom 2. Dezember 1982 bzw. vom 10. Februar 1984 zur Entwicklung in der Türkei vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 289, Drucksache Nr. 9/2213, bzw. BT DRUCKSACHEN, Bd. 301, Drucksache Nr. 10/998.

te), deren Regelung in deutscher Öffentlichkeit als positive Geste aufgefaßt werden würde. Hierfür zeigte türkische Seite Verständnis.

An türkischen Wünschen auf wirtschaftlichem Gebiet wurden vorgetragen:

– Fortsetzung jährlicher Projekthilfe in Höhe von 130 Mio. DM;
– Wiederaufnahme zusätzlicher Sonderhilfe aus OECD-Programm[8] (zur Finanzierungserleichterung großer Projekte wie Kernkraftwerke, Ausbau Fernmeldeeinrichtungen);
– Unterstützung von Dreiecks-Kooperationen im Nahen Osten (deutsche Technologie, türkische Bauindustrie, Finanzierung durch Drittland).

In dem Gespräch wurde deutlich, daß Türkei auch zusätzliche Rüstungssonderhilfe für den Ankauf von weiteren 105 Kampfpanzern Leopard I von uns wünscht. Dieses Thema soll bei Besuch von Verteidigungsminister Wörner Ende März 84 vertieft werden.[9] BM wies auf große Leistungen unserer jährlichen Projekt- und Verteidigungshilfe hin. Man müsse neben erweiterter Hermes-Deckung ggf. auch an Mischfinanzierungen unter Einsatz von Marktkrediten (unser Marktzins günstig) denken.

4) Gespräch mit MP Özal bei ausgedehntem Abendessen am 6.3. diente ausschließlich Erörterung des Freizügigkeitsproblems EG/Türkei.[10] Dabei erwies sich, daß AM Halefoglu und Mitglieder des TAM[11] es vorgezogen hätten, Vereinbarung des BM mit Präsident Evren vom 20.11.82[12] (Ausübung der Freizügigkeit nur in Übereinstimmung mit unseren Vorstellungen als hauptbetroffenes

8 Die Botschaft in Ankara legte im April 1984 dar, die Sonderhilfsaktion der OECD für die Türkei habe zwischen 1979 und 1982 Mittel in Höhe von fast 4 Mrd. Dollar erbracht, davon ca. 3 Mrd. Dollar Programm- und Projekthilfe und 914,5 Mio. Dollar Exportkredite. Geldgeber seien 16 westliche Industrieländer sowie die Europäischen Gemeinschaften gewesen. Aus dem Kreis der OECD-Mitgliedstaaten habe die Türkei 1983 weitere 220 Mio. Dollar Projekt- und Programmhilfe sowie 450 Mio. Dollar an mittel- und langfristigen Exportkrediten erhalten. Wichtigste Geldgeber seien neben der Weltbank die USA und die Bundesrepublik. Dagegen hätten z. B. Frankreich, Großbritannien und Japan „nach dem Auslaufen der OECD-Sonderhilfeaktion keine weiteren Mittel mehr reserviert". Vgl. den Schriftbericht; Referat 420, Bd. 130004.

9 Bundesminister Wörner hielt sich vom 29. März bis 4. April 1984 in der Türkei auf. Das Bundesministerium der Verteidigung notierte am 17. April 1984, bezüglich des sowohl gegenüber Bundesminister Genscher als auch gegenüber Wörner geäußerten Wunschs der Türkei nach einer Rüstungssonderhilfe zur Beschaffung von bis zu 108 Kampfpanzern des Typs „Leopard I" im Wert von 350 bis 650 Mio. DM seien unter Hinweis „auf die eigene schwierige Haushaltslage" von seiten der Bundesregierung „keine Zusagen gemacht oder auch nur konkrete Hoffnungen erweckt" worden. Vgl. Referat 209, Bd. 128396.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Kyaw notierte am 18. November 1982: „Grundlage für die Einräumung der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer in der Gemeinschaft ist Art. 12 des Assoziationsabkommens zwischen der EG und der Türkei vom 12.9.1963 i[n] V[erbindung] m[it] Art. 36 des Zusatzprotokolls vom 23.11.1970. Hiernach wollen sich die Vertragsparteien von den Art. 48–50 EWG-Vertrag ‚leiten lassen', um untereinander schrittweise die Freizügigkeit der Arbeitnehmer herzustellen. Die Freizügigkeit tritt hiernach nicht automatisch zum 1.12.1986 in Kraft. […] Völkerrechtlich hat die Türkei ab dem 1.12.1986 zwar keinen Anspruch auf volle, unbeschränkte Freizügigkeit, wohl aber auf ein Zugangsrecht in einem gewissen Ausmaß ab diesem Datum. […] Ziel der Bundesregierung muß sein: Verlängerung des bestehenden standstill auch für die Phase 83–86 und eine Zugangsbegrenzung auch für die Zeit nach dem 30.11.86 im Wege einer einvernehmlichen, eingrenzenden Interpretation des Freizügigkeitsbegriffs und Anreiz zu freiwilliger Rückkehr". Vgl. Referat 410, Bd. 130293.

11 Türkisches Außenministerium.

12 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren in Ankara vgl. AAPD 1982, II, Dok. 314.

Zuzugsland) weitgehend ungeschehen zu machen, während MP Özal pragmatische Übereinkunft im Austausch gegen wirtschaftliche Zusagen anstrebte. BM gelang es, nach schwierigen Diskussionen neue Zivilregierung zur Wiederholung Vereinbarung vom November 1982 zu veranlassen, verbunden mit Erklärung, daß Gespräche zwischen beiden Regierungen hierüber in naher Zukunft fortgesetzt würden.

MP Özal wies wiederholt auf Problem Arbeitslosigkeit in Türkei hin, das durch Rückwanderung türkischer Arbeitnehmer aus dem Ausland noch verschärft werde. Gleichwohl habe man Verständnis auch für unsere Probleme. Eine einvernehmliche Regelung könne und müsse getroffen werden. Er erwarte jedoch dabei auch Verständnis der Bundesregierung für die berechtigten Anliegen der Türkei. BM stellte demgegenüber klar, daß keine weitere Erhöhung türkischer Wohnbevölkerung in D, nicht nur wegen Situation des Arbeitsmarktes, sondern wegen Erschöpfung unserer Aufnahmefähigkeit, mehr möglich sei. Regelung der Freizügigkeit und wirtschaftliche Hilfe gegenüber Türkei müßten im übrigen strikt voneinander getrennt werden. Wirtschaftshilfe sei keineswegs als Gegenleistung für türkisches Entgegenkommen bei Freizügigkeit zu bewerten. Türkische Seite stimmte mit dieser Beurteilung überein. Bitte um Unterstützung türkischer Bemühungen um vollen Wiedereintritt in multilaterale westliche Zusammenarbeit – insbesondere in Assoziationsverhältnis zur EG – wurde von allen türkischen Gesprächspartnern – bei ausdrücklicher Würdigung bisherigen Eintretens, insbesondere seitens des BM – wiederholt.

5) Gespräch mit Staatspräsident Evren: Sachlich, realitätsbezogen. BM stellte in Mittelpunkt Erfordernis weiterer Fortschritte bei Demokratisierung und Abstellung noch immer vorhandener Mißachtung der Menschenrechte (wie Folterungen in Gefängnissen). Evren verwies auf bisherige Fortschritte und weiterbestehende subversive, von ausländischen Zentren gesteuerte Tätigkeit, stellte jedoch klar, daß auch er den einmal beschrittenen Weg fortsetzen wolle.

E. zeigte Verständnis für unser Hauptanliegen, Freizügigkeit auch nach 1986 nur in beiderseitigem Einvernehmen auszuüben. Hierfür müsse zwischen beiden Regierungen Lösung entsprechend Absprache vom November 82 gefunden werden.

6) Bewertung

Bei offiziellem Besuch BM in Ankara konnte für unser spezifisches Anliegen – Bestätigung Freizügigkeitsregelung auf Basis Gesprächs BM/Präsident Evren vom 20.11.82 – Verständnis türkischer Gastgeber erneut geweckt und vertieft werden. Dabei wurde deutlich, daß türkischer Regierung Bestätigung Evren-Zusage von 1982 (Übereinstimmung beider Seiten darüber, daß bei Anwendung des Assoziierungsabkommens und der Zusatzprotokolle hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte abträgliche Auswirkungen zu vermeiden sind) nicht leichtfiel. Der Umstand, daß es BM in teilweise langwierigen und zähen Verhandlungen gelungen ist, türkische Seite zum Festhalten an gegebenen Zusagen und zu weiteren Detailgesprächen über Implementierung der Freizügigkeitsbestimmungen zu bewegen, zeugt davon, daß letztlich realitätsbezogene pragmatische Einstellung in neuer Regierung Oberhand gewinnen dürfte.

Positiv auch verständnisvolle Aufnahme unserer zahlreichen humanitären Einzelanliegen. In Ankara weiß man, daß wir und übriges befreundetes Ausland

merkbare Fortschritte im Demokratisierungsprozeß und bei Schutz der Menschenrechte erwarten. Nur auf dieser Grundlage kann Unterstützung türkischer Anliegen im Bündnis westlicher Demokratien wiedergewonnen werden. BM-Besuch in Ankara hat deutlich gemacht, daß sich im jüngsten Türkei-Bericht der Bundesregierung aufgezeigte positive Tendenzen fortsetzen und durch offene und mitunter kritische Kooperation unsererseits gefördert werden können. Vor diesem Hintergrund erscheint auch weitere Förderung wirtschaftlicher Entwicklung zur Stabilisierung türkischer Demokratie sinnvoll.

[gez.] Steinkühler

Referat 206 (203), Bd. 151038

78

Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem mexikanischen Außenminister Sepúlveda

331-321.11 MXI **13. März 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung des Gesprächsvermerks

Gespräche des Herrn Bundesministers mit dem mexikanischen Außenminister Sepúlveda Amor am 13. März 1984[3]

I. AM *Sepúlveda* äußerte sich verhalten optimistisch über die Erfolgsaussichten der Contadora-Initiative[4], kritisch zur Lage in El Salvador und positiv zur Entwicklung in Nicaragua. Die Zentralamerikapolitik der USA wurde von ihm in zurückhaltender Form kritisiert und ein Dialog USA–Kuba befürwortet. Wir wurden gebeten, uns für eine wirtschaftliche Unterstützung Zentralameri-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 15. März 1984 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann vorgelegen, der handschriftlich für Referat 331 vermerkte: „1) Kann vorbehaltlich der Genehmigung des BM verteilt werden. 2) Bitte Ref[erat] 402 sowie VN-N[ew] Y[ork] bei Verteiler berücksichtigen."
Hat Richter am 16. März 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 331, Bd. 136191.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 15. März 1984 vorgelegen.

3 Der mexikanische Außenminister Sepúlveda hielt sich vom 13. bis 15. März 1984 in der Bundesrepublik auf.

4 Am 8./9. Januar 1983 trafen die Außenminister Kolumbiens, Mexikos, Panamas und Venezuelas auf der Insel Contadora in Panama zusammen, um über Möglichkeiten einer Lösung verschiedener Konflikte in Mittelamerika zu beraten. Vgl. dazu das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1983, D 557 f.
Referat 331 erläuterte am 10. Januar 1984: „Die Außenminister der Contadora- und zentralamerikanischen Staaten haben am 7./8.1.84 vereinbart, drei Arbeitsgruppen (Sicherheit, Politik, Wirtschaft und Soziales) einzurichten, die bis spätestens Ende April 1984 über konkrete Maßnahmen Bericht erstatten sollen." Vorgesehen seien u. a. die Abschaffung illegaler Waffentransfers, der schrittweise Abzug ausländischer Militärberater, die Garantie der Menschenrechte, Wahlgesetze sowie Hilfe für Flüchtlinge. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 136672.

kas im Rahmen von CADESCA[5] einzusetzen. Darüber hinaus forderte er verstärkte Anstrengungen der IL im Rahmen Globaler Verhandlungen und bat um unser Eintreten für die Belange der EL auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel[6].

Der Herr *Bundesminister* sicherte unsere fortdauernde Unterstützung für die Contadora-Initiative zu, schilderte seine Bemühungen um engere Kooperation zwischen EG und Zentralamerika[7] und sicherte wohlwollende Prüfung betr. Zusammenarbeit mit CADESCA zu. Hinsichtlich El Salvadors seien wir etwas optimistischer, hinsichtlich Nicaraguas etwas pessimistischer als Sepúlveda. Er versprach, sich für eine Belebung des Nord-Süd-Dialogs und dabei insbes. für ein „Follow-up" zu Cancún[8] (in Kontakten mit dem österreichischen BK[9] als Ko-Präsidenten) einzusetzen[10]. Auf Wunsch Sepúlvedas gab er eine ausführliche Analyse des Ost-West-Verhältnisses einschließlich der Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung und der Haltung der neuen sowjetischen Führung.

II. Im einzelnen

1) BM war Gastgeber eines anderthalbstündigen Arbeitsessens (mexikanische Teilnehmer: AM, Botschafter[11], Generaldirektor de la Pedraja, Persönlicher Referent AM[12]; auf deutscher Seite: D 3[13], stellv. RL 013[14], VLR Horstmann, RL 331[15]).

BM erläuterte unser großes Interesse an ZA[16], das aus Ost-West-Gegensatz herausgehalten werden sollte, und würdigte Rolle Mexikos im Nord-Süd-Dialog.

5 Comité de Acción de Apoyo del Desarrolo Económico y Social de America Central. Ministerialdirektor Ruhfus erläuterte am 12. März 1984, der Ausschuß sei im Dezember 1983 im Rahmen des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems SELA (Sistema Económico Latinoamericano y del Caribe) gebildet worden: „Gründungsmitglieder sind 17 Staaten Lateinamerikas. Zielsetzung ist die Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Zentralamerikas." Eine erste Sitzung habe vom 1. bis 6. März 1984 in Mexiko-Stadt stattgefunden: „Der bisherige Maßnahmenkatalog ist eher eine Auflistung von Notwendigkeiten als konkrete Projekte. Wegen möglicher Gegenposition zu US-Plänen ist sorgfältige Prüfung geboten." Vgl. Referat 331, Bd. 136192.

6 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 2. Dezember 1983 mit, auf der EG-Ministerratstagung am 29. November 1983 in Brüssel sei der Vorschlag der Bundesregierung für eine „Intensivierung der Zusammenarbeit EG-Mittelamerika durch Abschluß von Kooperationsabkommen" erörtert worden: „StS Lautenschlager legte dar, daß nach unseren Vorstellungen diese Abkommen möglichst allen zentralamerikanischen Staaten südlich Mexikos sowie den Karibik-Staaten Haiti und Dominikanische Republik (keine Lomé-Partner) angeboten werden sollen". Vgl. den Runderlaß Nr. 127; Referat 012, Bd. 124453.
Am 27. Februar 1984 erläuterte Referat 411, nach Vorstellung der Bundesregierung solle das Angebot folgende Punkte umfassen: „Exportförderung für wichtige Produkte Zentralamerikas durch gezielte, möglicherweise präferentielle Zollsenkungen der EG; Maßnahmen der Wirtschafts- und Investitionsförderung; deutliche entwicklungspolitische Anstrengungen der Gemeinschaft in der Region über den jetzigen Rahmen hinaus." Vgl. Referat 331, Bd. 136191.

8 In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

9 Fred Sinowatz.

10 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Horstmann handschriftlich eingefügt: „wenn dies von Mexiko gewünscht werde".

11 César Sepúlveda.

12 Manuel Rodríguez Arriaga.

13 Jürgen Ruhfus.

14 Jürgen Chrobog.

15 Wilfried Richter.

16 Zentralamerika.

Sepúlveda äußerte Bereitschaft zur Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, deren Grundlage bereits vorzüglich sei. Wichtige Themen der Gespräche wären Zusammenarbeit IL/EL und Abrüstung.

BM betonte Bedeutung regionaler Zusammenschlüsse (Hinweis auf EG) und fragt, ob ASEAN-Modell[17] zur Zusammenarbeit EG-ZA hilfreich wäre.

Sepúlveda bedauerte, daß Abkommen der EG mit MXI[18], ARG[19] und BRA[20] „tote Buchstaben" geblieben seien. Wiederbelebung notwendig.

Amtsantritt Alfonsíns[21] werde bald positive Auswirkungen in Uruguay haben; in Chile werde Demokratie wegen Konsolidierung Militärregimes aber wohl noch drei bis vier Jahre warten müssen.

In ZA sei militärische Lösung, die leider durchaus Anhänger habe, unmöglich. Gefahr bewaffneter Auseinandersetzung sei groß. Man solle nicht zwischen „Guten" und „Bösen" unterscheiden wollen.

Entwicklung in Nicaragua werde „in vernünftigem Maße optimistisch" (razonablemente optimista) beurteilt. Mexiko habe zu jüngsten Maßnahmen (Wahlen[22], Dialog) geraten. Irrtum der USA, die Wahlen in Frage zu stellen. Sandinisten sollten ihren guten Willen unter Beweis stellen können. Vollständige Demokratie gebe es in keinem ZA-Staat. Contadora habe 1983 dreimal bewaffneten Konflikt in letzter Minute verhindert. Risiko bestehe weiter, sei aber bis US-Wahlen[23] gering. Verifizierbare Verhandlungslösung habe jetzt eine Chance.

In El Salvador habe Contadora leider nichts erreicht. Fehlender innenpolitischer Dialog beunruhige außerordentlich. Magaña verhalte sich wegen Ablauf seines Mandats völlig passiv. Wertvolle Zeit gehe bis Amtsantritt neuen Präsidenten im Juni[24] verloren. Duarte habe zwar gute Aussichten, aber ein Putsch gegen

17 Seit 1978 fanden zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den ASEAN-Mitgliedstaaten Außenministerkonferenzen statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353, AAPD 1980, I, Dok. 84, AAPD 1981, III, Dok. 300, und AAPD 1983, I, Dok. 86.
Zur Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 15./16. November 1984 in Dublin vgl. Dok. 308.
Ferner schlossen die EWG und die ASEAN-Mitgliedstaaten am 7. März 1980 ein Kooperationsabkommen. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

18 Für den Wortlaut des Abkommens vom 15. Juli 1975 zwischen der EWG und Mexiko vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 247 vom 23. September 1975, S. 11–16.

19 Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann erläuterte am 21. Dezember 1983: „Das am 8.11. 1971 in Brüssel unterzeichnete Handelsabkommen, das neben einer allgemeinen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Wirtschaft mit dem Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen insbes[ondere] Zugeständnisse für die argentin[ischen] Rindfleisch-Exporte seitens der EG enthielt […], wurde von Argentinien als unzureichend betrachtet, ein Umstand, der dazu beigetragen hat, daß Argentinien diesen Vertrag zum 31.12.1980 hat auslaufen lassen." Vgl. Referat 411, Bd. 131123.

20 Für den Wortlaut des Rahmenabkommens vom 18. September 1980 zwischen der EWG und Brasilien über Zusammenarbeit vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 281 vom 4. Oktober 1982, S. 2–7.

21 Nach den Wahlen in Argentinien am 30. Oktober 1983 übernahm am 10. Dezember 1983 eine zivile Regierung unter Präsident Alfonsín die Regierungsgeschäfte. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 383.

22 Zur Ankündigung von Wahlen in Nicaragua vgl. Dok. 40, Anm. 4.

23 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

24 Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 25. März 1984 in El Salvador erzielte kein Kandidat die notwendige absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang am 6. Mai 1984 siegte der Kandidat der christdemokratischen Partei, Duarte.

ihn sei möglich. D'Aubuisson als Präsident wäre wie „Jack the Ripper als Äbtissin eines Nonnenklosters". Militär sei letztlich entscheidende Kraft des Landes.

Enorme Aufrüstung von Honduras bedrohe Gleichgewicht in gesamter Region und gefährde auch Interessen Mexikos, das deshalb energisch gegensteuere.

BM: Wir beurteilen Entwicklung in NIC etwas pessimistischer und in ELS etwas optimistischer. Wir wenden uns weltweit gegen übermäßige Aufrüstung. Rivalität USA–SU in ZA würde ernste Konsequenzen nach sich ziehen. Frage nach Rolle Kubas.

Sepúlveda: Kuba hat fundamentales Interesse an politischer Verhandlungslösung in ZA, da militärische Lösungen seine Sicherheit bedrohten (Hinweis auf Grenada[25]). Eine Kompromißlösung dürfe allerdings Kuba nicht demütigen. Da ELS und NIC „kommunizierende Röhren" seien, wäre folgendes denkbar: Abzug Militärberater, kein Revolutionsexport, innenpolitische Öffnung in NIC; Machtbeteiligung der revolutionären Linken in ELS. Integrität Kubas und Nicaraguas müßte garantiert werden. Unverständlich, daß USA zwar mit SU, aber nicht mit Kuba funktionierende Kontakte hätten. Mexiko habe 1982 ernsthafte Vermittlungsversuche USA/Kuba unternommen. Seit März 1982 (Treffen VP Rodríguez–Haig und General Walters–Castro[26]) laufe nichts mehr. Entspannung in ZA leide schwer darunter.

BM: Wir befürworteten Kontakte USA/Kuba sehr: Mexiko habe hier wichtige Aufgabe. Aktivitäten Kubas in DW stießen allerdings auf unsere Kritik.

BM schilderte eigene Bemühungen um Kooperationsabkommen zwischen EG und allen ZA-Staaten, die dies wünschten. Wirtschaftliche und soziale Ursachen der Konflikte könnten so entschärft und neue Abhängigkeiten ZAs vermieden werden. Wir seien an Demokratie in ZA interessiert. Wahlvorgänge in ELS und NIC würden aufmerksam verfolgt. Zeit bis dahin solle nicht ungenutzt verstreichen.

BM bedauerte, daß das vorzügliche Ergebnis von Cancún kein „Follow-up" hatte und nun als „Ruine" dastehe. Er frage, ob nicht ein Cancún II vorbereitet werden solle. Gleiche Frage werde er auch österreichischem BK als Ko-Präsidenten stellen.

Sepúlveda lobte Rolle BM und Bundesregierung in Cancún. Leider bestehe tatsächlich Gefahr, daß Cancún „Ruine" bleibe. EL seien zutiefst frustriert über Verschuldungsproblematik, Protektionismus und Rückgang Warenaustauschs und Auslandsinvestitionen. Zunächst müßten IL Voraussetzungen für konkrete Erfolge schaffen, sonst gebe es kein Klima für neues Cancún. Wirtschaftsgipfel in London solle diese Voraussetzungen schaffen, wozu auch Erörterung des Verschuldungsproblems der EL gehöre.

BM äußerte Verständnis für Frustration der EL, die aber nicht zu Resignation führen dürfe. Wir seien stets für Erörterung der EL-Probleme im Kreis der Sie-

25 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

26 Im November 1981 fand in Mexiko ein Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem kubanischen Vizepräsidenten Rodríguez statt. Im März 1982 hielt sich der amerikanische Sonderbotschafter Walters in Kuba auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ederer vom 9. April 1982; Referat 331, Bd. 136019.

ben. Man müsse jetzt dort anfangen, wo man in Cancún aufgehört habe. Wenn Österreich und Mexiko Cancún II wollten, würden wir dies unterstützen.

Sepúlveda bat abschließend EG und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, CADESCA als Instrument bei ihrer Unterstützung für ZA zu nutzen. Projekte und Programme seien bei CADESCA vorhanden.

BM sicherte dem Außenminister zu, daß er damit offene Türen finde.

2) Gespräch wurde von 16.00 bis 17.45 Uhr im erweiterten Kreis (D4[27], Dg33[28]) fortgesetzt.

BM gab auf Wunsch Sepúlvedas einen umfassenden Überblick über Vorgeschichte und Stand des Ost-West-Verhältnisses unter Einbeziehung der deutschen Ostpolitik, der KSZE und der Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung. Er schilderte eingehend unser Eintreten für möglichst umfassende Zusammenarbeit mit den WP-Staaten, für Entspannung und für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Auf eine entsprechende Frage gab er außerdem eine Einschätzung der neuen sowjetischen Führung[29] und ihrer voraussichtlichen Politik. Wir erwarteten keine fundamentalen Änderungen. Tschernenko sei an der Erhöhung des Lebensstandards in der SU interessiert, wolle das Erreichte nicht aufs Spiel setzen und keine Abenteuer suchen (was jedoch Fehlspekulationen wie Afghanistan und die SS-20-Stationierung nicht ausschließe).

Sepúlveda dankte für die ausführliche Unterrichtung, die eine erfreulich positive Sicht der Zukunft vermittle. Er stellte dann die Frage nach Fortschritten bei den Globalen Verhandlungen über Weltwirtschaftsfragen.

BM warnte davor, den Nord-Süd-Dialog zu pessimistisch zu beurteilen. Die wirtschaftliche Erholung in den IL werde auch den EL zugute kommen. Die politische Entwicklung (z. B. südliches Afrika, ASEAN) gebe auch positive Anstöße.

Sepúlveda verwies auf noch sehr delikate Erholungsphase der mexikanischen Wirtschaft und kritisierte die Hochzins- und Defizitpolitik der USA, die eng mit den übermäßigen Rüstungsausgaben zusammenhinge. Europa solle die USA warnen, da es durch eigene Kapitalabflüsse das US-Haushaltsdefizit mitfinanzieren müsse.

D4 verwies auf positive Anzeichen (Kapitalrückflüsse aus USA, Ende des Dollarhöhenflugs) und sicherte zu, daß wir auf Londoner Gipfel durchaus Forderungen an die Adresse Washingtons vorbringen würden. (Einwurf BM: „Wir vertreten Sie also in London.“) Er würdigte außerdem den positiven Ansatz der Erklärung von Quito.[30]

BM bat abschließend im Hinblick auf gute Beziehungen um Überprüfung der Entscheidung, Herrn Mertins und seinem Sohn kein Einreisevisum mehr zu

27 Per Fischer.

28 Horst Kullak-Ublick.

29 Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

30 Vom 9. bis 13. Januar 1984 fand in Quito die Lateinamerikanische Wirtschaftskonferenz statt. Ministerialdirektor Ruhfus vermerkte dazu am 18. Januar 1984, die 27 Teilnehmerstaaten hätten in der „Erklärung von Quito“ einen Aktionsplan zur Überwindung der wirtschaftlichen Probleme in Lateinamerika verabschiedet, der u. a. gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der Verschuldung vorsah. Vgl. dazu Referat 330, Bd. 136663.
Für die Erklärung von Quito vom 13. Januar 1984 vgl. Referat 422, Bd. 149038.

gewähren. Die Gründe für die damalige Ausweisung seien uns nicht bekannt. Eine Verärgerung in unseren Wirtschaftskreisen könne der Investitionsbereitschaft abträglich sein.

AM *Sepúlveda* entgegnete, Mertins sei unzutreffenderweise als Tourist eingereist und habe seine Bergbaugesellschaft ohne die notwendige Genehmigung gegründet. Von den behaupteten 8 Mio. Dollar Investitionen seien in den Büchern der Gesellschaft nur 1 Mio. Pesos nachgewiesen. Der mexikanische Partner sei nur ein Strohmann gewesen. Herr Mertins habe somit gegen die Einwanderungs-, Bergbau- und Investitionsgesetze verstoßen. Er werde sich jedoch gleichwohl beim Innenminister[31] dafür verwenden, daß Herr Mertins Gelegenheit erhalte, seine Probleme zu regeln. Er erwarte eine positive Reaktion des Innenministers.

Die Gespräche endeten um 17.45 Uhr.

Referat 331, Bd. 136191

79

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.15-584/84 geheim **13. März 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu dem Briefentwurf an AM Shultz

Betr.: MBFR;
hier: trilaterale Konsultationen über eine neue westliche Initiative

Bezug: 1) Aufzeichnung vom 29.2.84 – 221-372.15-497/84 geh.[4]
2) DB Nr. 1094 vom 7.3.[5] aus Washington – 372.00 VS-v[6]

31 Manuel Bartlett Díaz.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Neubert konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 14. März 1984 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. März 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 15. März 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 15. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth und Referat 221 verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Ruth am 16. März 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 16. März 1984 erneut vorgelegen.

4 Botschafter Ruth informierte über Gespräche mit Großbritannien und den USA am 27. Februar 1984. Die amerikanische Delegation habe über den Inhalt eines von Präsident Reagan gebilligten Vorschlags informiert und dargelegt, „es ginge den USA vor allem darum, Bewegung in die MBFR-Verhandlungen zu bringen, westliche Flexibilität zu zeigen und MBFR als das Forum konventioneller Rüstungskontrolle zu erhalten und dabei westliche Sicherheitsinteressen zu wahren“. Vgl. VS-Bd. 11455 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Korrigiert aus: „8.3.“

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik, z. Z. Washington, berichtete über die Sitzung einer Ar-

Anlg.: 2 – Briefentwurf BM an AM Shultz – 221-372.15-591/84 geh.[7]
– Brief AM Shultz an BM v. 24.2. – 221-475/84 geh.[8]

I. Zusammenfassung

Wir haben seit Sommer 1983 für unsere Auffassung geworben, der Westen müsse einen eigenen neuen Verhandlungsvorschlag in Wien einführen[9], um:

– die Initiative in den Verhandlungen wieder an sich zu ziehen,
– sein Eintreten für eine aktive Rüstungskontrollpolitik in die Tat umzusetzen,
– eine Lösung für den Datenstreit im Zusammenhang mit der Verifikationsfrage zu suchen,
– hierfür die östlichen Vorschläge vom Februar und Juni 1983[10] als Anknüpfungspunkt zu nutzen und ihnen ein westliches Gegenkonzept gegenüberzustellen.

Die trilateralen Konsultationen in Bonn (27.2.), Washington (6./7.3.) und auch die in London (12.3.) haben keine Einigung über eine westliche Initiative erbracht, obwohl in den Gesprächen Bundeskanzler–Präsident Reagan[11] Einvernehmen bestand, daß hierfür ein Kompromiß zwischen amerikanischen und deutschen Vorschlägen erforderlich sei.

Die USA halten im Grundsatz eine neue westliche Initiative – und auch Flexibilität in der Datenfrage – ebenso wie wir für erforderlich. Sie sind aber wegen des Widerstands des Pentagons nicht in der Lage, sich hier wirklich zu bewegen. Die Briten sind in beiden Punkten, besonders aber bezüglich westlicher Flexibilität, offen skeptisch, im Grunde ablehnend.

Wir haben auf US-Bedenken zu unseren Vorschlägen (Bonn, 27.2.) Kompromißbereitschaft und Berücksichtigung amerikanischer Kernanliegen erklärt.

Bundeskanzler hat in Washington Notwendigkeit eines Kompromisses unterstrichen. US haben in Bonn Interesse an Kompromiß gezeigt, sich in Washington eher allgemein geäußert. In London (12.3.) haben sie Festhalten an ihren

Fortsetzung Fußnote von Seite 398

beitsgruppe mit Großbritannien und den USA am 6./7. März 1984: „Während die Arbeiten im technischen Bereich voranschritten, ist eine Einigung im konzeptionellen Bereich nach wie vor offen." Die Delegation der Bundesrepublik habe den Entwurf einer Kompromißlösung im Daten- und Verifikationsbereich vorgelegt. Vgl. VS-Bd. 11455 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf vgl. VS-Bd. 11455 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 11455 (221).
Botschafter Ruth legte dazu am 24. Februar 1984 dar, das Schreiben gehe „mit keinem Wort auf die Substanz unserer Überlegungen ein". Die amerikanischen Vorstellungen seien „in sich nicht schlüssig und nicht eindeutig verständlich". Vgl. VS-Bd. 11453 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, und dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 1. Juli 1983; AAPD 1983, II, Dok. 195.
Vgl. dazu auch die Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 18. Oktober bzw. 1. Dezember 1983 an Präsident Reagan; AAPD 1983, II, Dok. 311 und Dok. 366.
Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 379.

10 Korrigiert aus: „Juli 1983".
Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten legten am 17. Februar 1983 neue Vorschläge vor und unterbreiteten am 23. Juni 1983 den Entwurf für ein MBFR-Abkommen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 51, und AAPD 1983, II, Dok. 224.

11 Bundeskanzler Kohl erörterte das Thema MBFR mit Präsident Reagan, dem amerikanischen Außenminister Shultz sowie Verteidigungsminister Weinberger am 5./6. März 1984. Vgl. dazu Dok. 70, Dok. 72 und Dok. 75.

eigenen Vorschlägen erklärt, die von Briten unterstützt werden, und unsere Kompromißvorstellungen abgelehnt. Nach unseren Informationen sind eigene US-Überlegungen für eine für uns akzeptable Lösung am Widerstand des Pentagons gescheitert.

II. Im einzelnen

1) Die Vorschläge

a) Unser eigener Vorschlag i. S. des BSR-Beschlusses vom 13.7.83[12] berücksichtigte bereits amerikanische Bedenken, indem er alle Einzelelemente durch ein Junktim in Form eines Interims-Abkommens absicherte. Kernelemente dieser Vereinbarung sollten folgende Schritte sein:

– in einer ersten Phase Vorwegabzüge von 13 000 Mann US- und 30 000 Mann SU-Landstreitkräften;
– danach eine Verifikationsphase mit Informationsaustausch über die Truppenumfänge und Überprüfung dieser Information durch vereinbarte Maßnahmen, verbunden mit einer Nichterhöhungsverpflichtung während dieser Zeit, um sichere Ergebnisse zu gewährleisten;
– auf der so festgestellten Datenbasis Abschluß eines MBFR-Hauptabkommens zwecks Herstellung übereinstimmender, kollektiver Gesamthöchststärken von 900 000 Mann Land- und Luftstreitkräften, davon 700 000 Mann Landstreitkräfte.

Die USA haben hierzu Bedenken wegen der Ausgliederung von US/SU-Vorwegabzügen aus dem eigentlichen Hauptabkommen und des Beginns dieser Reduzierungen vor Klärung der Streitkräftedaten.

b) USA haben folgende Vorstellungen entwickelt:

– Absprache zwischen NATO und WP über ein neues Schema der Aufschlüsselung der Gesamtstärke nach (insgesamt 21) funktionalen Einzelkategorien;
– neuer Datenaustausch nach diesem neuen Schema, zunächst beschränkt auf Kampf- und Kampfunterstützungstruppen (Zweck: Verhinderung von Diskrepanzen, die durch unterschiedliche Zählweisen entstehen; Überwindung des mit bisherigem Schema verknüpften Datenstreits);
– Bewertung der Korrektheit der neuen östlichen Daten im Vergleich mit westlichen Erkenntnissen: Wenn die Abweichungen sich in einem „annehmbaren Rahmen“ halten – der von US nicht präzisiert wurde –, könnte auf dieser Datenbasis ein MBFR-Abkommen abgeschlossen werden.
  USA wollen ausdrücklich Verzicht auf „formelle Dateneinigung“ erklären, dies als großes Entgegenkommen darstellen und dafür strengere Verifikationsregelungen fordern.

c) Bewertung:

Wir können den US-Vorschlag in dieser Form nicht unterstützen, weil:

– die einseitige US-Entscheidung darüber, ob neue östliche Zahlenangaben sich im Rahmen westlicher (d. h. US-) Erkenntnisse halten, nicht negotiabel erscheint, zumal angesichts der derzeitigen US/SU-Beziehungen;

12 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vgl. AAPD 1983, II, Dok. 237.

– dieser Vorschlag deshalb nicht „die neue westliche Initiative“ darstellt, mit der der Westen die SU in der Daten- und Verifikationsfrage ernsthaft auf die Probe stellen kann;
– die einseitige US-Entscheidung auch uns als Hauptbetroffene de facto von der Entscheidung, wie MBFR nach einem neuen Datenaustausch weitergeführt wird, ausschließt;
– die förmliche Konzentration von Datenvergleich, Reduzierungen und Verifikation auf Kampf- und Kampfunterstützungstruppen zu einer Beschränkung des Kampftruppenanteils führen würde, der nachteilig für die Vorneverteidigung sein könnte;
– weil die Konzentration auf Kampf- und Kampfunterstützungstruppen als Maßstab für die Reduzierungsumfänge wegen des höheren Kampftruppenanteils auf sowjetischer Seite eine gegenüber den bisherigen westlichen Vorstellungen (1:2,5) deutlich höhere asymmetrische Reduzierungsproportion (1:4) ergeben würde.

Der Westen würde insgesamt, obgleich die Amerikaner von einem Verzicht auf die westliche Forderung nach förmlicher vorheriger Dateneinigung sprechen, mit einem gegenüber der bisherigen Position kaum negotiableren Vorschlag aufmuntern[13]. Der amerikanische Vorschlag ist deshalb – worauf es letztlich ankommt – politisch nicht glaubwürdig.

d) Wir haben Berücksichtigung der US-Bedenken zugesagt und folgenden Kompromiß vorgeschlagen:

– Abzüge nur im Rahmen eines formellen MBFR-Vertrags, Verzicht auf Interimsabkommen, wie von USA gewünscht.
– Datenvergleich Ost/West vor einem Vertrag, gemäß neuem US-Vorschlag, aber beschränkt auf US- und SU-Kampfunterstützungstruppen. Wir halten einseitige US-Entscheidung über Korrektheit neuer östlicher Daten allenfalls in diesem engen US/SU-Rahmen für negotiabel, nicht als Grundlage für die Reduzierungsverpflichtungen aller anderen MBFR-Teilnehmer.
– Wenn dieser Datenvergleich befriedigend verläuft, Abschluß eines MBFR-Vertrags mit folgenden Elementen:
  – in erster Phase Abzug von 13000 Mann US- und 30000 Mann SU-Truppen;
  – danach Verifikationsphase (mit Nichterhöhungsverpflichtung) mit Informationsaustausch über alle Streitkräfte und Verifikation dieser Daten. Wir wollen hier nicht mehr die von USA vorgeschlagene formelle Beschränkung auf Kampf- und Kampfunterstützungstruppen, da die zu einer besonderen und förmlichen Beschränkung des Anteils der Kampftruppen am Gesamtpersonalbestand – vor allem der Bundeswehr – geführt hatte, die für die Vorneverteidigung nachteilig sein könnte;
  – auf der so festgestellten Datenbasis Reduzierung auf die übereinstimmenden, kollektiven Höchststärken von 900000 Mann Land- und Luftstreitkräfte.

13 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Horstmann gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „aufwarten“.

Uns kommt es letztlich darauf an, das Datenproblem nicht über vorherige einseitige Datenbewertung, sondern zumindest teilweise durch kooperative Verifikationsmaßnahmen zu lösen. Wir könnten damit an die östlichen Vorschläge anknüpfen und unsere Forderung nach verläßlichen Verifikationsmaßnahmen besser begründen.

III. Weiteres Vorgehen

Wir halten bei der gegenwärtigen Konstellation in Washington einen deutsch-amerikanischen Kompromiß, der unsere substantiellen Bedenken ausräumen würde, derzeit nicht für möglich.

Wir sollten ansonsten unsere Bedenken im westlichen Interesse bündnisintern nicht hochspielen. Ich schlage deshalb vor, daß Sie AM Shultz folgendes Vorgehen nahelegen:

– Die USA erläutern ihre Vorschläge im Bündnis und suchen Einvernehmen herzustellen, ihre Ideen bilateral mit SU zu sondieren.
– Wir halten unsere Vorschläge zurück, erheben keine Einwände im Bündnis gegen US/SU-Sondierungen und behalten uns vor, im Lichte der Sondierungsergebnisse darauf zurückzukommen.[14]

Es ist nicht auszuschließen, daß dieser Vorschlag zu einer substantiellen Überprüfung der amerikanischen Haltung und zur Überwindung der Widerstände des Pentagons gegen einen deutsch-amerikanischen Kompromiß führen könnte.[15]

Ruth

VS-Bd. 11455 (221)

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde übermittelte der Botschaft in Washington am 15. März 1984 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz und bat darum, dieses „so schnell wie möglich“ im amerikanischen Außenministerium zu übergeben, um den amerikanischen Entscheidungsprozeß noch beeinflussen zu können. In dem Schreiben schlug Genscher vor, daß die USA „ihre Vorstellungen nunmehr im Bündnis zur Diskussion stellen“, und legte dar: „Ich halte es für wichtig, daß jetzt keine Zeit mehr verloren wird und die Diskussion mit allen Bündnispartnern beginnt.“ Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11455 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

15 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 19. März 1984 mit, die USA hätten in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag eine neue amerikanische Initiative zu MBFR eingeführt. Er, Wieck, habe dies begrüßt und erklärt, „daß wir eigene Vorstellungen zur Fortsetzung der Verhandlungen entwickelt hätten, die wir im Zusammenhang mit der Diskussion um die amerikanischen Vorschläge näher erläutern würden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 446; VS-Bd. 11484 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

80

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-11165/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 352
Citissime

Aufgabe: 13. März 1984, 00.46 Uhr[1]
Ankunft: 13. März 1984, 04.03 Uhr

Betr.: Gespräch Honecker – BM Graf Lambsdorff am 11. März 1984 in Leipzig[2]

I. Der Staatsratsvorsitzende Honecker empfing am Sonntag abend um 20.00 Uhr BM Graf Lambsdorff zu einem einstündigen Gespräch im Leipziger Gästehaus des Ministerrats. Daran nahmen auf seiten Honeckers Dr. Mittag und StS Frank-Joachim Herrmann, auf seiten des Bundesministers StS von Würzen, MDg Vogel und ich teil. Honecker begrüßte Graf Lambsdorff in einer betont herzlichen Weise. Es sei ihm, so sagte er, eine „außerordentliche Freude", den Minister wiederzusehen. Er habe eigens deshalb seine Abreise nach Berlin verschoben.

Honecker wirkte trotz des für ihn sehr anstrengenden Tages frisch, konzentriert und gelöst. Er benutzte keine Unterlagen.

Im Gespräch wurden in allgemeiner Form die Gesamtheit der Beziehungen, die Besuchsfrage sowie Fragen der Sicherheit und Rüstungskontrolle erörtert. Honecker machte dabei wiederholt das starke Interesse der DDR an Fortschritten und Ergebnissen in den anstehenden Verhandlungen deutlich. Dr. Mittag habe dafür, so sagte er, die entsprechenden Vollmachten und seine volle Billigung.

Im einzelnen

1) Allgemein

Honecker betonte, die Entwicklung der Beziehungen Bundesrepublik – DDR habe für seine Seite einen „besonderen Stellenwert". Sie sei ein Gradmesser dafür, ob sich im Ost-West-Verhältnis allgemein die Dinge zum Guten oder zum Schlechten entwickelten. Gegenwärtig seien die Ost-West-Beziehungen „sehr zugespitzt". Aber die Situation sei „nicht ausweglos". Die DDR-Führung habe sich nach der Entscheidung über die Nachrüstung[3] schon Ende November dafür ausgesprochen, daß man „jetzt erst recht" für Rüstungskontrolle kämpfen und den Schaden begrenzen müsse. Seine damalige Erklärung vor dem ZK-Plenum[4] sei sowohl in der DDR als auch international gut aufgenommen worden. Aber er habe dabei „nicht losgelöst" von den Verbündeten der DDR gehandelt.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 14. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte von Berg, Krieghoff und Mulack, die Legationsräte I. Klasse Pauls und Burkart und Attaché Weil verfügte.
Hat Berg am 14. März 1984 vorgelegen.
Hat Krieghoff, Mulack, Pauls, Burkart und Weil am 15. März 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 11. bis 18. März 1984 stattfand, vom 11. bis 13. März 1984 in der DDR auf. Für das Gespräch vgl. auch KOALITION DER VERNUNFT, S. 255–260.

3 Zum Beschluß des Bundestags vom 22. November 1983 vgl. Dok. 1, Anm. 8.

4 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 25. November 1983 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden, Bd. 10, S. 8–38.

Insgesamt sei die Entwicklung 1983, ungeachtet der Veränderungen, wobei er auch auf den Führungswechsel in Moskau anspielte, positiv zu werten. Die DDR hoffe, daß sie die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten „in gesunden Bahnen" entwickeln könne.

2) Innerdeutscher Handel

Honecker äußerte sich befriedigt über das Ergebnis 1983. Er halte es auch für möglich, den Handel weiter auszubauen. Wichtiges Thema seien dabei die Struktur des Handelsaustausches und die Bankenbeziehungen. (Die Frage neuer Kredite[5] erwähnte Honecker nicht.) Eine Umorientierung der Handelspolitik der DDR weg von der Bundesrepublik zu anderen westlichen Staaten werde nicht in Betracht gezogen.

Graf Lambsdorff wertete die Entwicklung im innerdeutschen Handel ebenfalls positiv, merkte aber kritisch an, daß sich im Austausch eine Tendenz zu einem wachsenden Anteil der Konsumgüter bei abnehmendem Anteil der Investitionsgüter zeige. Insofern sei das VW-Geschäft[6] ein wichtiges Signal. Dieses Geschäft sei eine gute Form für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit. Die Bundesregierung begrüßte, daß die DDR das Geschäft politisch gebilligt habe. Die Befürchtung, daß aus einem solchen Geschäft Abhängigkeit entstehe, halte er für unbegründet. Das gelte auch nicht für unser Erdgasgeschäft mit der Sowjetunion.[7]

3) Umweltpolitik

Honecker hob das „starke Interesse" der DDR an ernsthaften und umfassenden Verhandlungen hervor, wobei er sowohl die Luftreinhaltung, das Waldsterben als auch die Elbe-Verschmutzung erwähnte.[8]

Graf Lambsdorff erklärte, wir seien in diesem wichtigen Bereich aufgeschlossen für alle Lösungsmöglichkeiten.[9]

5 Zum „Milliarden-Kredit" an die DDR vom Juni 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 10.

6 Zu den Verhandlungen zwischen dem Volkswagenwerk und der DDR vgl. Dok. 43, Anm. 31.

7 Die Referate 405 und 421 vermerkten am 26. November 1981: „Ruhrgas und Sojusgasexport haben am 20. November 1981 am Sitz der Ruhrgas in Essen eine Übereinkunft über zusätzliche Erdgaslieferungen unterzeichnet, die neben entsprechende Übereinkünfte mit anderen westeuropäischen Staaten tritt. Nach dem Inhalt dieser Übereinkunft wird die Ruhrgas AG ab 1984/85 jährlich statt der ursprünglich in Erwägung gezogenen 12 Mrd. cbm Erdgas nur 10,5 Mrd. cbm beziehen. Damit ist sichergestellt, daß wir im Rahmen der uns selbst gesetzten Abhängigkeitsgrenzen bleiben." Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

8 Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen gab am 8. Februar 1984 einen Überblick über Gespräche mit der DDR zu Umweltfragen. So habe es eine Verhandlungsrunde über grenzüberschreitenden Kali-Abbau gegeben, ferner zwei Expertengespräche über die Verschmutzung der Elbe. Nach vier Gesprächsrunden über Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität habe die DDR „um eine Denkpause gebeten". Außerdem habe im Juni 1983 ein Gespräch über das Waldsterben stattgefunden sowie im Oktober 1983 ein Gespräch über kerntechnische Anlagen. Vgl. Referat 210, Bd. 132688.

9 Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, berichtete am 21. März 1984, am selben Tag seien im Außenministerium der DDR Papiere zu den Themen Verschmutzung der Elbe, Luftreinhaltung und Sicherheit von Kernanlagen übergeben worden. Der Gesprächspartner habe erklärt, „die angesprochenen Themen befänden sich auf seiten der DDR noch im Stadium der Prüfung. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß es in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ‚hemmende Elemente' gegeben habe." Auf den Hinweis, „daß das Umweltthema bei den Gesprächen in Leipzig eine wichtige Rolle gespielt habe", sei erklärt worden, die DDR wolle nicht „irgendwelche Junktims" herstellen. Hellbeck führte dazu aus: „Die Vorsprache im MfAA hat deutlich gemacht, daß die positiven Akzente in Leipzig zum Thema Umweltschutz auf der hiesigen Arbeitsebene noch keine kon-

4) Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Dazu sagte Honecker, die DDR wünsche, daß wir mit der Sowjetunion in den Wissenschaftsverhandlungen[10] „zu Rande kommen". Allerdings müsse das Problem der Einbeziehung von West-Berlin gelöst werden. Dies könne aber nur mit der Sowjetunion geklärt werden, die – anders als die DDR – Vertragspartner des Vierseitigen Abkommens[11] sei. Die DDR wünsche eine „praktische Lösung". Man solle auf alle Fälle das Wissenschaftsabkommen Bundesrepublik–DDR „fertig machen", auch wenn das Berlin-Problem noch offen sei. Der Bundeswirtschaftsminister erwiderte, in den Gesprächen mit der Sowjetunion habe sich bisher nichts gerührt. Solange sich das nicht ändere, solle man unterhalb der zwischenstaatlichen Ebene pragmatische Lösungen, etwa zwischen Wissenschaftsorganisationen beider Seiten, suchen.

5) Kulturverhandlungen[12]

Honecker erklärte, er sehe keinen Hinderungsgrund, das Abkommen abzuschließen. Die Verhandlungen sollten „intensiv weitergeführt werden".

Der Bundeswirtschaftsminister bat zu prüfen, ob die DDR für eine geplante Ausstellung des Kölner Schnütgen-Museums einige wertvolle Leihgaben zur Verfügung stellen könnte. Honecker sagte eine wohlwollende Prüfung zu und regte an, den Wunsch über die Ständige Vertretung an die zuständigen Stellen heranzutragen.[13]

6) Ausreisen

Zur Familienzusammenführung erklärte Honecker, „hier laufen die Dinge jetzt gut". Allerdings seien die Berichte in unseren Medien wenig förderlich für das Bestreben der DDR, noch mehr Genehmigungen zu erteilen, um „diese Frage endgültig vom Tisch zu bekommen".

Graf Lambsdorff sprach sich dafür aus, das Problem diskret und behutsam zu behandeln, damit kein politischer Schaden entstehe.

7) Reiseverkehr

Graf Lambsdorff erklärte nachdrücklich, daß die derzeitige Mindestumtausch-

Fortsetzung Fußnote von Seite 404
kreten Auswirkungen erkennen lassen. Dort wird bisher weiterhin eine eher abwartende Haltung praktiziert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 413; Referat 210, Bd. 132688.

10 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 3, Anm. 29.

11 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

12 Die Bundesrepublik und die DDR nahmen im September 1983 ihre 1975 abgebrochenen Verhandlungen über ein Kulturabkommen wieder auf. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 5. März 1984 über die dritte Verhandlungsrunde am selben Tag, er habe den Entwurf für die Präambel sowie für die Artikel 1 bis 3 eines Abkommens übergeben. Ferner sei die Frage von während des Zweiten Weltkriegs verlagertem Kulturgut angesprochen worden: „Die Verhandlungen haben in der Sache ein Stück weitergeführt, lassen aber auch die Unterschiedlichkeit der Interessenlagen beider Seiten erkennen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 290; Referat 210, Bd. 132729.

13 Vom 7. März bis 9. Juni 1985 fand in Köln die Ausstellung „Ornamenta Ecclesiae – Kunst und Künstler der Romanik" des Schnütgen-Museums statt. Gezeigt wurden u. a. auch Exponate aus dem Domschatz in Halberstadt. Vgl. dazu Anton LEGNER (Hrsg.), Ornamenta Ecclesiae – Kunst und Künstler der Romanik, Katalog zur Ausstellung des Schnütgen-Museums in der Josef-Haubrich-Kunsthalle, Köln 1985, Band 1, S. 11.

regelung[14] trotz geringfügiger Verbesserungen für uns nicht befriedigend sei. Auch bei den Reisemöglichkeiten von Ost nach West wünschten wir „großzügigere Maßnahmen". Dies bleibe für die Bundesregierung ein wichtiges Thema.

Honecker ging darauf nicht ein.

8) Honecker-Besuch

Graf Lambsdorff sagte, wir sähen dem Besuch des Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland mit Erwartungen entgegen. Wir würden den Besuch sorgfältig vorbereiten. Der Termin könne dann vielleicht auch kurzfristig vereinbart werden. Honecker erwiderte, er hoffe, daß diesmal nicht wieder der „Tod eines Transitreisenden"[15] dazwischenkomme.[16] Der Termin für seinen Besuch müsse noch festgelegt werden. Er fasse ihn aber für den Herbst dieses Jahres ins Auge. Aus seiner Sicht sei der September objektiv der beste Zeitpunkt. Danach stehe für ihn ein Besuch in Äthiopien[17] auf dem Programm. Im Oktober seien zudem die Feiern zum 35. Jahrestag der DDR. Anschließend sei ein Besuch in Finnland[18] vorgesehen.

Graf Lambsdorff erwiderte, er werde die Terminvorstellung Honeckers gern mit nach Hause nehmen.

Der Bundeswirtschaftsminister begrüßte, daß Dr. Mittag Anfang April im Anschluß an die Hannover-Messe[19] zu einem Besuch nach Bonn kommen werde, und wies darauf hin, daß der Bundeskanzler für ein Gespräch zur Verfügung stehe.[20]

9) Internationale Sicherheit und Rüstungskontrolle

Honecker wies darauf hin, daß es bei der Andropow-Beisetzung[21] zwischen den WP-Spitzen eine „Verständigung über politische Eckdaten" gegeben habe. Die Prager Vorschläge der Warschauer-Pakt-Staaten[22] und deren Moskauer Vorschläge von 1983[23] seien weiter auf dem Tisch. Jetzt sei es wichtig, in Stockholm

14 Am 9. Oktober 1980 gab die DDR bekannt, daß mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 der Mindestumtauschsatz für Besuche in die DDR von 13 DM auf 25 DM und nach Ost-Berlin von 6,50 DM auf 25 DM angehoben werde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen vom 10. Oktober 1980; Referat 210, Bd. 132464.
Am 27. September 1983 teilte Staatssekretär Boenisch, Presse- und Informationsamt, mit, die DDR habe am selben Tag „Jugendliche bis zum vollendeten 14. Lebensjahr vom verbindlichen Mindestumtausch bei Reisen in die DDR" befreit. Vgl. BULLETIN 1983, S. 915.

15 Zu den Hintergründen der Absage des für 1983 geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 123.

16 Zu diesem Satz vermerkte Attaché Weil handschriftlich: „Death of a salesman."

17 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 11. bis 13. September 1984 in Äthiopien auf.

18 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte Finnland vom 16. bis 19. Oktober 1984.

19 Die Hannover-Messe fand vom 4. bis 11. April 1984 statt.

20 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Staatsrats der DDR, Mittag, am 6. April 1984 vgl. Dok. 103.

21 Die Trauerfeierlichkeiten für den am 9. Februar 1984 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, fanden am 13./14. Februar 1984 in Moskau statt.

22 Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 anläßlich seiner Tagung am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 104–116. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 40.

23 Am 28. Juni 1983 fand in Moskau ein Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten statt, an dem auch die Außen- und Verteidigungsminister teilnahmen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 501–505.

die Verhandlungen über ein Gewaltverzichtsabkommen zu „forcieren“ und auf ein Verbot der chemischen Waffen hinzuwirken. In der Bundesrepublik gebe es offenbar viele dieser Waffen. Wie viele es in der DDR gebe, wisse er nicht, aber es seien sicher weniger als bei uns. Er, Honecker, habe es begrüßt, daß sich AM Genscher in Madrid[24] und jetzt auch in Stockholm[25] so stark engagiert habe. Dort gehe es darum, mehr Vertrauen zu schaffen, aber es gehe nicht alles „auf einen Hieb“. Auch in Wien[26] müsse ernsthaft verhandelt werden. Beide deutsche Staaten könnten „in einem gewissen Maße zusammenarbeiten“ (was Honecker wohl ganz allgemein auf Sicherheit und Rüstungskontrolle bezog).[27]

Graf Lambsdorff betonte, daß auch aus unserer Sicht ein Verbot chemischer Waffen ein wichtiger Punkt sei. Auch ein neues Gewaltverzichtsabkommen sei für uns ein „diskussionswürdiges und nachdenkenswertes Thema“. Allgemein gehe es darum, das Niveau der Rüstungen herunterzubringen.

[gez.] Bräutigam

VS-Bd. 13348 (210)

81

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 IRK-246/84 geheim **15. März 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister[2]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Export einer chemischen Anlage aus der Bundesrepublik nach Irak, mit der möglicherweise chemische Kampfstoffe produziert werden könnten; hier: Weisung BM hinsichtlich erneuter Unterrichtung bis 15.3.1984

24 Vom 7. bis 9. September 1983 fand in Madrid ein Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz statt.

25 Zum Stand der KVAE vgl. Dok. 87.

26 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 113.

27 Zu diesem Absatz vermerkte Attaché Weil handschriftlich: „Basic data, pitch marking, field making, basic guidelines.“

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze und Legationsrat I. Klasse Lauk konzipiert.
Hat dem Büro Staatssekretäre am 15. März 1984 vorgelegen, das die Weiterleitung einer Ablichtung an das Ministerbüro „vorab“ veranlaßte.

2 Hat Bundesminister Genscher am 16. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Lautenschlager vermerkte: „1) Es ist sofort alles Erforderliche zu unternehmen, um eine Untersuchung durch die zuständigen Behörden zu ermöglichen. 2) W[ieder]v[orlage] 26.3.“
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „z[ur] Vorlage b[ei] StS“ verfügte.

Bezug: Aufzeichnung 422-411.10 IRK-167/84 geheim vom 28.2.1984[3]

I. Sachstand

1) Nach derzeitigem Stand der dem Auswärtigen Amt bekanntgewordenen Erkenntnisse sollen im Irak an drei[4] Orten Anlagen bereits fertiggestellt oder noch im Bau sein, in denen C-Waffen hergestellt werden könnten:

a) In einer Anlage soll bereits Senfgas produziert werden. Die Belüftungsanlagen dafür sollen von einer deutschen[5] Firma geliefert worden sein.

b) Bei einer zweiten Anlage in Salmanpak soll es sich um eine Versuchsanlage zur Herstellung von Nervengas handeln, die von einer bisher nicht näher bekannten Firma aus der Bundesrepublik geliefert worden sein soll und bei deren Betrieb rd. 20 Fachleute aus der DDR mitarbeiten sollen.

c) Anlage zur Herstellung von Nervengas, die von der deutschen Firma Kolb geliefert worden sein soll, in Samarra (ca. 100 km nordwestlich von Bagdad).

Bei dieser Anlage kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, daß dort bislang Nervengas oder andere C-Waffen produziert werden, da die Anlage erst in etwa einem Jahr betriebsbereit sein soll. Nach Angaben der Botschaft halten sich dort „fünf oder sechs Elektriker bzw. Monteure“ auf, die die elektrischen Installationen eines Laboratoriums besorgen, das zum pharmazeutischen Komplex Samarra gehören soll.

Die amerikanische Administration teilte dazu weiter mit:

Der CIA lägen eindeutige Beweise dafür vor, daß die Firma Kolb vier gleiche Sätze von Anlagen zur Herstellung von Nervengas an den Irak geliefert habe. Man habe sowohl ihre Verschiffung als auch ihre Ankunft in zwei Euro-Containern in Samarra/Irak eindeutig festgestellt (letzteres auch durch Satellitenaufklärung). Bei diesen Anlagen handle es sich um solche zur Herstellung von Nervengas, das etwa zehnmal tödlicher als das bisher vom Irak eingesetzte Senfgas[6] sei.

Bisher lägen amerikanischer Seite noch keine Erkenntnisse über eventuelle irakische Importe von chemischen Zwischenprodukten vor, mit denen Nervengas hergestellt werde könne.

Nach deutschen Erkenntnissen werden keine Einfuhren von Vorprodukten erforderlich, weil die Anlage auf der Basis von im Irak vorhandenem Chlor und Phosphat arbeiten soll.

Fortsetzung Fußnote von Seite 407

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sofort: H[errn] D 4 b[itte] R[ücksprache].“

Hat Lautenschlager am selben Tag erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) R[ück]spr[ache] hat stattgefunden. 2) H. D 4 wie b[e]spr[ochen] sofort z. w[eiteren] V[eranlassung].“

Hat Ministerialdirektor Fischer am 16. März 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe MD Steeg (BMWi) heute von Weisung BM unterrichtet und auf sofortige Aktion gedrängt.“

3 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. Dok. 65.

4 Die Wörter „Erkenntnisse“ und „drei“ wurden von Ministerialdirektor Fischer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aus besonderer Quelle.“

5 Die Wörter „Belüftungsanlagen“ und „deutschen“ wurden von Ministerialdirektor Fischer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Latafia. Firma Krantz, Aachen, Monteur: schlechtes Gewissen, militärischer Komplex.“

6 Zum Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vgl. Dok. 65, Anm. 4.

2) Die Außenwirtschaftsprüfung durch die Oberfinanzdirektion Frankfurt bei der Fa. Karl Kolb ist angelaufen. Es steht fest, daß das Unternehmen Anlagen (bzw. Teile dazu), die zur Pestizidherstellung verwendet werden können, nach Irak geliefert hat. Vom Fortgang der Prüfung wird Aufschluß dazu erwartet, ob diese Anlage auch zur unmittelbaren oder mittelbaren (durch die Produktion von Vorprodukten) Herstellung von C-Waffen (Nervengas) verwendet werden kann und ob dies der Firma bekannt war[7]. Gegenüber dem BMWi als zuständigem Ressort wurde mehrfach auf bevorzugte und schnelle Durchführung der Außenwirtschaftsprüfung bei der Fa. Karl Kolb gedrängt. Es besteht Aussicht, erste Ergebnisse dieser Prüfung bis zum 25.3.84 zu erhalten.[8]

3) Die Erkenntnisse über die Herkunft des im Golfkrieg angeblich von Irak eingesetzten Senfgases (auch Lost oder Gelbkreuz genannt) sind nicht gesichert. Es gibt aber Hinweise, daß Irak versucht hat, Vorprodukte für die Produktion von Senfgas in der Bundesrepublik zu erwerben. Der Irak hat behauptet, die betroffenen Iraner wären bei der Explosion von LKWs im Iran verletzt worden, die chemische Kampfstoffe aus der Bundesrepublik transportiert hätten. Es gibt dazu bisher unbestätigte Hinweise, daß mit Schweizer LKWs Vorprodukte aus der Bundesrepublik nach Iran transportiert wurden.[9] Dazu liegen bislang keine gesicherten Erkenntnisse vor, die Behauptung wird jedoch geprüft. Ausfuhrgenehmigungen wurden in keinem Fall erteilt.[10]

4) Die Leiter der Botschaften Bagdad[11] und Teheran[12] wurden zur ausschließlich persönlichen Unterrichtung über die Angelegenheit informiert. Da die Washington Post vom 8.3.84 Gerüchte kolportierte, wonach angeblich von Irak eingesetztes Senfgas mit Zulieferung von Chemikalien aus der Bundesrepublik hergestellt sein könnte[13], wurde an die Vertretungen in Washington, New York, Bagdad und Teheran am 9.3.84 folgende Sprachregelung herausgegeben:

„Bundesregierung hat Export genehmigungspflichtiger Chemikalien oder Anlagen nach Irak, die zur Herstellung von Nervengas oder anderen chemischen Kampfstoffen dienen könnten, nicht genehmigt. Dazu lagen auch weder Voranfragen noch Ausfuhrgenehmigungsanträge deutscher Firmen vor. Die Bundesregierung würde Ausfuhren dieser Art weder nach Irak noch in andere Länder genehmigen.“[14]

II. Operative Folgerungen

1) Sollte sich herausstellen, daß mit der von der Fa. Karl Kolb gelieferten Anlage tatsächlich Nervengas produziert werden kann und noch nicht alle Zulieferungen die Bundesrepublik verlassen haben, wird mit dem BMWi geprüft, ob

7 Der Passus „und ob … bekannt war“ wurde von Ministerialdirektor Fischer handschriftlich eingefügt.

8 Zu den Ergebnissen der Außenwirtschaftsprüfung bei der Firma Kolb vgl. Dok. 99.

9 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Fischer gestrichen: „Ausfuhrgenehmigungen wurden in keinem Fall erteilt.“

10 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Fischer eingefügt.

11 Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 40 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze vom 8. März 1984 an Botschafter Böcker, Bagdad; VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Jens Petersen.

13 Vgl. dazu den Artikel „Toxic Agent Produced Locally“; THE WASHINGTON POST vom 8. März 1984, S. A 1 und A 27.

14 Für den Drahterlaß Nr. 1742 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze vgl. Referat 424, Bd. 135866.

sich weitere Ausfuhren noch verhindern lassen. Schwierigkeiten könnten darin liegen, daß es sich möglicherweise um nicht genehmigungspflichtige Ausfuhren handelt.

2) Die Referate 422 und 222 beabsichtigen die Einladung von Experten mit dem Ziel, eine Liste solcher Chemikalien aufzustellen, die als Vorprodukte für die Herstellung von C-Waffen gebraucht werden. Danach soll das BMWi gebeten werden, diese Chemikalien in die Liste der ausfuhrpflichtigen Güter (Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung[15]) aufzunehmen.

Referat 222 wurde beteiligt.

Per Fischer

VS-Bd. 10919 (422)

82

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

210-330.66-552/84 VS-vertraulich **16. März 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Zuflucht von DDR-Deutschen in unsere Ständige Vertretung in Berlin (Ost) und in unsere Botschaften in Staaten des WP[4]

Bezug: Vorlage vom 12. März 1984, AZ: 210-330.66-522/84 VS-vertraulich (liegt wieder bei)[5]

Anlg.:[6]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

15 Korrigiert aus: „zum Außenwirtschaftsgesetz".
Für den Wortlaut der Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung vom 3. August 1981 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1981, Teil I, S. 853–883.
Für den Wortlaut der Achtundvierzigsten Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 10. November 1981 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 217 vom 20. November 1981, Beilage 42/81.
Die Ausfuhrliste wurde am 14. Mai 1984 entsprechend geändert. Vgl. dazu BUNDESANZEIGER 1984, S. 4509.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 16. März 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. März 1984 vorgelegen.

4 Vgl. dazu das Non-paper der DDR vom 6. März 1984; Dok. 68, Anm. 3.

5 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Pfeffer legte Entwürfe vor für eine Weisung an die Ständige Vertretung in Ost-Berlin und die Botschaften in Warschauer-Pakt-Staaten sowie für eine Antwort an die DDR auf deren Non-paper vom 6. März 1984 und unterbreitete Vorschläge zum weiteren Vorgehen. Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Vgl. Anm. 5, 7 und 8.

1) Die Antwort der Bundesregierung (Anlage 1)[7] ist der DDR am 14. März 1984 im Bundeskanzleramt übermittelt worden. Vorher und nachher führte StS Rehlinger mehrere Telefongespräche mit RA Vogel. Während RA Vogel zunächst zu erkennen gab, damit könne „die Kuh vom Eis gebracht" werden, wurde er im Verlauf der Unterredungen immer zurückhaltender. Bei einem Gespräch am 15. März gewann StS Rehlinger den Eindruck, daß RA Vogel durch die DDR-Regierung über unsere Antwort unvollständig, wenn nicht gar irreführend, unterrichtet worden sei. Er schilderte ihm daraufhin in einem Schreiben (vgl. Anlage 2[8]) noch einmal zusammenfassend unsere Position.

2) Am 16.3. um 10.00 Uhr meldete sich RA Vogel wieder telefonisch bei StS Rehlinger und führte aus:

Seine Seite habe den kürzlichen Protest der Bundesregierung über die Behinderung des Zugangs zu unserer Vertretung mit Unmut aufgenommen. Die DDR habe damit nur weitere Fälle verhindern wollen. Es sei nie daran gedacht gewesen, den Zugang zu unterbinden. Verstärkte Kontrollen seien auch nur für eine Übergangszeit ins Auge gefaßt gewesen. Die anderen Staaten, bei denen die gleichen Maßnahmen durchgeführt worden seien, hätten mehr Verständnis gezeigt und von einem Protest abgesehen.

Anmerkung: Hierzu ist die Ständige Vertretung inzwischen vom Bundeskanzleramt um Bericht gebeten worden.

Aus Gesprächen, die mit DDR-Bürgern geführt worden seien, welche die Ständige Vertretung aufgesucht hätten, wisse man, daß die Ständige Vertretung die Besucher nicht nur anhöre, sondern in einer Weise berate, die eindeutig eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR darstelle. Auch in der Botschaft Prag sei mit Besuchern in dieser Weise gesprochen worden. Die DDR-Regierung sei deshalb verärgert, wenn in unserer Antwort vom 14.3.84 so lapidar jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR bestritten werde.

Das Außenministerium arbeite gegenwärtig an einer Antwort. Anhand von Beispielen werde dargelegt werden, in welcher Weise wir uns in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischten.[9] Die Angelegenheit sei jetzt zu einer politischen Frage geworden. Er, Vogel, habe Weisung erhalten, sich nunmehr aus

7 Dem Vorgang beigefügt. In der Erklärung wies die Bundesregierung den Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR zurück. Ferner wurde mit Blick auf Berichte über strafrechtliche Verfolgung von Personen nach einem Besuch in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin erklärt: „Die Bundesregierung erwartet, daß dies in Zukunft unterbleibt. Ebenso erinnert die Bundesregierung an ihre Forderung, daß der freie und ungehinderte Zugang zur Ständigen Vertretung für alle Besucher gewährleistet wird und Maßnahmen, die damit im Widerspruch stehen, aufgehoben werden." Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984

8 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben vom 15. März 1984 vgl. VS-Bd. 13350 (210).

9 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 20. März 1984, der Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel, habe ihm am selben Tag ein Papier übergeben, in dem detailliert dargelegt werde, daß die Ständige Vertretung der Bundesrepublik besonders seit Januar 1984 „im Zusammenhang mit dem Aufsuchen der Vertretung durch Bürger der DDR Aufgaben wahrnimmt, die in der alleinigen Kompetenz staatlicher Organe der DDR liegen". Die Bundesregierung entziehe durch „die Anwendung solcher völkerrechtswidriger Praktiken, insbesondere durch die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR, die Grundlage dafür, daß weiterhin eine wohlwollende Prüfung entsprechender Ersuchen erfolgen kann". Vgl. den Drahtbericht Nr. 404; VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

der Sache herauszuhalten. Er müsse ihm, Rehlinger, mitteilen, daß er im Augenblick nichts weiter machen könne.

StS Rehlinger wies sehr nachdrücklich darauf hin, daß die DDR sich nicht auf die Informationen von Zufluchtsuchenden stützen könne, da jene sich in einer psychischen Ausnahmesituation befunden hätten. Er, Rehlinger, habe mit seinem Schreiben unsere Position klargestellt. RA Vogel entgegnete, die Ausführungen seien zwar hilfreich gewesen, mehr könne er gegenwärtig allerdings nicht sagen.

3) Bundeskanzleramt und BMB wollen zunächst die weitere Reaktion der DDR abwarten.[10]

Pfeffer

VS-Bd. 13350 (210)

10 Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, wies Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, am 22. März 1984 an, die in dem Papier vom 20. März 1984 geäußerten Vorwürfe der DDR zurückzuweisen und zu erklären, daß die Ständige Vertretung „strikt die für sie geltenden Vereinbarungen und Regeln beachtet". Vgl. den Schrifterlaß; VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.
Bräutigam teilte am 24. März 1984 mit, er habe am Vortag gegenüber dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel, erklärt: „DDR-Bürgern, die wegen Übersiedlungsfragen in die Ständige Vertretung kommen, würden entgegen den Behauptungen der DDR keine Fragebogen vorgelegt, von ihnen würden lediglich Name, Geburtsdatum, Anschrift, Beruf, Beschäftigungsstelle sowie die Anschrift der Bezugsperson aufgenommen. Da wir wüßten, daß einige dieser Fragen für die DDR sensitive Bereiche berührten, wären wir bereit, auf die Frage nach dem Arbeitgeber sowie auch auf eine Diskussion über Ausreisegründe und über die Frage, ob ein Ausreiseantrag gestellt sei, zu verzichten. […] Da wir nicht an einer Ausweitung der bestehenden Schwierigkeiten interessiert seien, seien wir zu einer Selbstbeschränkung, wie ich sie dargelegt hätte, bereit. Das von mir skizzierte Verfahren stelle aber das Minimum dessen dar, was wir tun müßten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 433; VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

83

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an Staatssekretär Meyer-Landrut

VS-vertraulich **16. März 1984**[1]
Schriftbericht

Betr.: Out-of-area-Problematik

Bezug: 1) DMV/MC[2] NATO, Tgb.-Nr. 1246/83 geheim vom 21.4.1983
2) DNV[3] – DB Nr. 1192, AZ: II-363.11.1.9-2364/83 VS-v vom 20.6.1983[4]

I. Die gegenwärtige Ruhe um den Problemkomplex, der mit dem Stichwort Out-of-area bezeichnet wird, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in naher Zukunft aus einer Reihe von Gründen erneut zu diesem Thema Stellung beziehen und in die Diskussion eintreten müssen.

Erstens steht die Behandlung derjenigen Streitkräftevorschläge/Streitkräfteziele an, die als Kompensationen für die Einplanung amerikanischer Bündniskräfte für Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes[5] von den obersten Befehlshabern identifiziert worden sind; hierfür fehlt z. Z. noch die formale Grundlage, d. h. das Entscheidungspapier des Generalsekretärs über die DPC-Sitzung vom 29.11.83[6], in dem unsere sogenannten „essentials“ enthalten sind.

1 Der Schriftbericht wurde ferner an Staatssekretär Rühl, General Altenburg und Ministerialdirektor Rühle (alle Bundesministerium der Verteidigung) sowie an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, übermittelt.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 22. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer, Ministerialdirigent Schauer und Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1) Wie kommt ein derartiger Verteiler zustande? An wen berichtet die NATO-Vertretung? 2) Bei aller Bedeutung von ‚Handel und Wandel‘ dürfen verfassungsrechtliche Fragen nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden. 3) Die Vorschläge von Ziff[er] 3 scheinen mir in diesem Zus[ammen]hang (Verf[assung]) bedenklich. 4) Erbitte Stellungn[ahme].“
Hat Pfeffer am 23. März 1984 vorgelegen.
Hat Schauer am 27. März 1984 vorgelegen, der Referat 201 um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 30. März 1984 vorgelegen, der zum Rücksprachewunsch von Schauer handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“ Ferner vermerkte er für Legationsrat I. Klasse Cuntz: „Wie bespr[ochen].“
Hat Cuntz am 2. April 1984 vorgelegen.
Für die Stellungnahme des Ministerialdirigenten Schauer vom 18. April 1984 vgl. Dok. 112.

2 Deutscher Militärischer Vertreter/Military Committee.

3 Deutsche NATO-Vertretung.

4 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete: „Auch nach Abschluß der NATO-Frühjahrskonferenzen bleibt die Frage der Kompensationen als einer der wichtigsten und sensitivsten Aspekte der Out-of-area-Planung ungelöst.“ Eine NATO-Studie zu Südwestasien stelle Kompensationsforderungen zur Debatte, die selbst langfristig „das personelle, materielle und finanzielle Leistungsvermögen der europäischen Bündnispartner“ überforderten: „Dies trifft auch auf die Bundesrepublik Deutschland zu, die aufgrund ihrer geostrategischen Lage damit rechnen muß, mit einem erheblichen Teil der Kompensationsmaßnahmen konfrontiert zu werden.“ Wieck regte an zu erklären, daß die „politische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung in Südwestasien“ für die Bundesrepublik Vorrang vor dem Einsatz militärischer Macht habe. Die Bundesrepublik werde daher „bei der Prüfung der Kompensationserfordernisse die vorliegende Studie als Anhalt, nicht jedoch als verbindliche Planungsgrundlage ansehen“. Vgl. VS-Bd. 11984 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

5 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

6 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 30. November 1983 über die Sitzung des Aus-

Zweitens ist bekannt, daß bei einer Reihe von Bündnispartnern (z. B. GB) ein Nachholbedarf an inhaltlich politischen Erklärungen oder Erläuterungen besteht, der vor oder während der Ministersitzung des DPC im Frühjahr[7] abgearbeitet werden wird.[8]

Drittens ist die Frage des politischen Konsultationsverfahrens, das 1982 im SPC behandelt wurde, nicht abschließend und entscheidungsreif geregelt; auch hier wird, von welcher Seite auch immer, auf Weiterführung der Arbeit gedrungen werden.

II. Wir sollten die Zeit bis zur Wiederaufnahme der Diskussion nutzen, um im Lichte der inzwischen offengelegten Argumente und Entwicklungen unsere Gesamtposition zu überprüfen und, wo notwendig, zu berichtigen, damit wir gerüstet in die nächste Diskussionsrunde gehen. Die nachfolgenden Überlegungen sollen – im Anschluß an die im Bezug genannten Berichte und Empfehlungen – als Beitrag zu dieser Überprüfung verstanden werden:

1) Ein Kernpunkt, der vielen europäischen Bündnispartnern bei der Formulierung ihrer Position immer wieder Schwierigkeiten bereitet, ist die richtige Einordnung der Existenz und Anwendung militärischer Machtmittel in diesem Problemkreis. So wird gelegentlich von einer „militärischen Option" gesprochen, die formal gleichberechtigt als die schlechtere Alternative neben der besseren „politischen Option" steht. Gelegentlich wird – über die Kritik an einer gewissen Unausgewogenheit zwischen militärischen und politischen Maßnahmen hinaus – der US-Administration unterstellt, sie wolle Krisen in für westliche Interessen sensitiven Gebieten vornehmlich mit militärischen Mitteln lösen. Solche Tendenzen sind, selbst wenn sie nur unterschwellig in die Bewertung des Gesamtproblems einfließen, der Lagebeurteilung und nachfolgend der Identifizierung und Formulierung einer sachgerechten eigenen Position nicht dienlich, weil sie den Blick für die tatsächlichen Relationen versperren.[9]

2) Die existierende Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropas insgesamt von der politischen Stabilität in den Räumen, aus denen Rohstoffe bezogen werden und die als Absatzmärkte von Bedeutung sind, sowie der Transportwege dorthin in weltweitem Maßstab ist unbestritten. Unbestritten ist auch die Bedeutung Südwestasiens in diesem Zusammenhang. Sicherheit und Stabilität dieser Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Verbindungswege sind gefährdet durch[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 413

schusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am Vortag, in der mögliche Implikationen der Stationierung amerikanischer RDF außerhalb des Bündnisgebiets sowie daraus resultierende Kompensationsmaßnahmen erörtert worden seien. Er, Wieck, habe den Vorrang politischer vor militärischen Maßnahmen betont. NATO-Generalsekretär Luns habe empfohlen, die grundsätzlichen Gesichtspunkte der Bundesregierung („essentials") und anderer Staaten in einem „decision sheet" darzulegen. In der Anlage übermittelte Wieck ferner das Papier „Basic German Considerations" zur Frage eines möglichen RDF-Einsatzes in Südwestasien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2166; VS-Bd. 11984 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

7 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 16./17. Mai 1984 in Brüssel vgl. Dok. 142.

8 Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz durch Fragezeichen hervorgehoben.

9 Der Passus „Position nicht … Relationen versperren" wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz durch Fragezeichen hervorgehoben.

10 Der Passus „der Transportwege … gefährdet durch" sowie die Wörter „Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland" und „ist unbestritten" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von

(1) vorhandenes und wachsendes sowjetisches Interventionspotential,

(2) regionale Instabilitäten und

(3) die Kombination beider Faktoren.

Dem können und müssen wir in unserem Interesse begegnen durch ein politisch-strategisches Gesamtkonzept, das politische und wirtschaftliche Stabilität fördert, regionales militärisches Gleichgewicht erhalten hilft und die Versuchung zu Intervention durch sowjetische militärische Interventionskräfte ausschaltet (strategische Projektion von Machtmitteln). Ein solches Gesamtkonzept muß daher politische, wirtschaftliche, rüstungswirtschaftliche und militärische Aspekte in einen Gesamtzusammenhang bringen.

Der Existenz mit uns verbündetem glaubwürdigen militärischen Interventionspotentials kommen in einem solchen Gesamtkonzept zwei wesentliche Funktionen zu:

Zum einen neutralisiert es das vorhandene und eventuell wachsendes sowjetisches Interventionspotential. Zum zweiten kann es helfen, regionale militärische Auseinandersetzungen in Grenzen zu halten, in deren Zusammenhang die essentiellen westlichen Interessen beeinträchtigt werden könnten (Seestraße Hormuz). Insofern ist die sichtbare Fähigkeit der USA, in globalem Maßstab wo notwendig zu intervenieren, eine der wesentlichen Grundlagen unseres weltweiten Handels und Wandels.[11] Sie liegt im Interesse unserer Politik, und wir sollten dies vor uns selbst zugeben.[12]

III. 1) Auf der Grundlage solchen Verständnisses der Existenz militärischen Interventionspotentials stellt sich die zweite Frage, ob und in welcher Weise wir die Regeln über den Gebrauch dieses Potentials in unserem Sinne beeinflussen wollen und können. Daß dieser Gebrauch immer nur „Ultima ratio" sein kann, ist dabei selbstverständlich und unbestritten.[13] Davon abgesehen, müssen wir uns darüber klar sein, daß der Grad der uns tatsächlich zufallenden Mitsprache in einem direkten Verhältnis zu unserer Bereitschaft zur Mitwirkung stehen wird.[14] Mitwirkung, gemeint als Mittragen politischer Verantwortung, ist m. E. in drei Stufen zu sehen:

(1) Beteiligung mit eigenen militärischen Kräften;

(2) Unterstützung mit eigenen Kräften im weiteren logistischen Sinne;

(3) Kompensation für den Abzug von Bündniskräften zu Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes.[15]

Diese Stufen drücken eine Reihenfolge im Grade der politischen Mitverantwortung und damit zugleich im Anspruch auf Mitsprache aus.

Fortsetzung Fußnote von Seite 414

Studnitz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie groß ist unsere Abhängigkeit vom Golf-Öl tatsächlich? Welche Bedeutung hat der Golf für unsere Exporte?"

11 Der Passus „Fähigkeit der USA … Handels und Wandels" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Osthandel funktioniert ohne amerikanische Machtprojektion."

12 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz durch Fragezeichen hervorgehoben.

13 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz durch Fragezeichen hervorgehoben.

14 Der Passus „direkten Verhältnis … stehen wird" wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz durch Fragezeichen hervorgehoben.

15 An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Cuntz handschriftlich: „Nicht abschließend! Z. B. Verbringung US-Materials von deutschem Boden aus!"

2) Beteiligung mit eigenen Kräften drückt durch Übernahme eigenen, physischen Risikos für Leib und Leben die Bereitschaft zur Mitverantwortung am deutlichsten und damit am wirksamsten aus.

Das gilt sowohl gegenüber den betroffenen Staaten der Region als auch gegenüber dem Hauptverbündeten USA, es gilt aber auch gegenüber der Weltöffentlichkeit. Mit gleicher Deutlichkeit wie die Mitverantwortung kann indessen auf der Basis eigener Beteiligung auch Distanzierung ausgedrückt werden[16], indem die in einer Eventualfallplanung in Aussicht gestellte Beteiligung im aktuellen Fall nicht oder nur mit Einschränkungen durchgeführt wird. Vor allem mit Seestreitkräften lassen sich Abstufungen im Grade der Beteiligung (z. B. durch Seegebietsbeschränkungen, Einsatzartenbeschränkung, räumliche Distanz zu verbündeten Verbänden etc.) ausdrücken.

Dem Grade mitgetragener Verantwortung durch Beteiligung mit eigenen Kräften entspricht der Anspruch auf Mitbestimmung bei der Planung und auf detaillierte Abstimmung im Falle der Implementierung.[17]

Die Bundesrepublik Deutschland hat – wie einige ihrer europäischen Bündnispartner – von Anbeginn der Out-of-area-Diskussion an immer wieder erklärt, daß Beteiligung mit eigenen Kräften für sie nicht in Frage kommt. Dies ist verstanden und akzeptiert worden. Wir haben uns dadurch allerdings auch des stärksten Hebels für Mitbestimmung und Konsultation von vornherein begeben. Wir sollten das Gewicht der Gründe, die gegen diese Form der Mitwirkung sprechen, immer wieder von neuem gegen das Gewicht der Mitgestaltung dieses Teilelementes politischer Gesamtstrategie in unserem Sinne abwägen, eines Teilelementes, von dessen richtigem Einsatz auch unsere Sicherheit zu einem nicht unwesentlichen Teil abhängt.

3) Unterstützung im weiteren logistischen Sinne drückt ebenfalls, wenn auch in geringerem Grade, politische Mitverantwortung aus. Sie kann vom Einsatz eigenen Luft- und/oder Seetransportraumes über die zeitweise Überlassung logistischer Bestände bis hin zu Überflug- und Landerechten ein breites Spektrum unterschiedlich wichtiger Maßnahmen umfassen. Die Wirksamkeit eigenen Anspruches auf Mitgestaltung der Planung und auf echte Konsultation im Falle der Implementierung wird vom Gewicht der Unterstützungsmaßnahmen einerseits und von dem Grade der Abhängigkeit des jeweiligen Out-of-area-Einsatzes von dieser Unterstützung andererseits bestimmt werden.[18] Ich halte es für mit unserer bisherigen Grundlinie nicht unvereinbar, wenn wir die Möglichkeiten dieser Stufe von Mitwirkung stärker als bisher sowohl bilateral im Gespräch mit den USA als auch in der Bündnisdiskussion nutzen. Einsatzmöglichkeiten unserer Transportfliegerflotte (z. B. für Truppentransport zwischen Bundesrepublik Deutschland und Türkei als Zwischenstation) und der Hilfsschiffe unserer Marine als Seetransportraum bis ins östliche Mittelmeer sollen hier nur als Schlagwortbeispiele für Möglichkeiten signifikanter Unterstützungs-

16 Zu dem Passus „Mit gleicher Deutlichkeit … Distanzierung ausgedrückt werden“ vermerkte Legationsrat I. Klasse Cuntz handschriftlich: „Ist das so erwünscht?“

17 Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Libanon?“

18 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Theorie.“

maßnahmen für Einsätze außerhalb unseres Territoriums dienen. Sie sind mit unserer bisherigen Position, daß für uns Einsätze nur innerhalb des Bündnisgebietes in Frage kommen, vereinbar. Ich rege an, Möglichkeiten dieser Art offensiver als bisher zu nutzen, wenn uns Mitgestaltung und Konsultation auf diesem Gebiet wirklich von Bedeutung sind.

4) Kompensation für den anderweitigen Einsatz bisher für NATO vorgesehener Kräfte im Rahmen des Out-of-area-Problems kann Bündnissolidarität, vor allem mit den Vereinigten Staaten als Hauptträger der Out-of-area-Präsenz, ausdrücken helfen. Dazu enthält die SWA-Studie[19] der MNCs/des MC konkrete Empfehlungen. Der überwiegende und finanziell gewichtigste Teil bestehender und möglicher weiterer Forderungen der Vereinigten Staaten und/oder der Major NATO Commanders sind dieser Stufe der Mitwirkung zugeordnet.[20]

Unsere bisherige Planung und zugleich Sorge hat ihren Schwerpunkt auf diesem Aktionsfeld. Dabei muß im Sinne realistischer Einschätzung Klarheit darüber bestehen, daß Leistungen auf diesem Aktionsfeld zwar die Bindung der Vereinigten Staaten an die bündnisgemeinsame Verteidigung und damit die transatlantische Brücke erhalten helfen, nicht aber Mitsprache und echte Konsultation bei Planung und Durchführung von Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes zwingend bewirken können.

Auf dem Aktionsfeld der Kompensation sehe ich noch ungenutzte Möglichkeiten, im Rahmen von „low cost – no cost" signifikante Zeichen des guten Willens zu setzen, die vor allem inneramerikanisch hilfreich für die Argumentation der Administration gegenüber einem oft zögernden und an der Zukunft des amerikanischen Beitrages für die europäische Verteidigung zweifelnden Kongreß sein können. Dazu können beispielhaft folgende Maßnahmen genannt werden:

(1) die Einrichtung von Dispersed Operating Bases (DOBs) für die Tornados der Marine in Südnorwegen, um für den Fall der Nichtverfügbarkeit von US-Trägern Marinejagdbomber in der Norwegensee verfügbar machen zu können;[21]

(2) die Aktivierung ohnehin geplanter Übungstätigkeiten von Luftwaffen- und/oder Marinefliegerstaffeln von der Basis Decimomannu, wenn US-Träger für Präsenz im Indischen Ozean aus aktuellem Anlaß aus dem Mittelmeer abgezogen werden müssen, im Rahmen eines Contingency-Planes;[22]

(3) die Assignierung von Marineeinheiten zu SACLANT für den Fall der vorübergehenden Nichtverfügbarkeit von US-Einheiten aufgrund von aktuellen Out-of-area-Einsätzen.[23]

5) Insgesamt erscheint es im Sinne einer realistischen Einschätzung eigener Möglichkeiten wichtig, zwischen zwei wesentlichen Zielsetzungen zu unterscheiden:

(1) Erhaltung der transatlantischen Bindung innerhalb des Bündnisses. Dies

19 Südwest-Asien-Studie.

20 An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Cuntz handschriftlich: „Kosten. Abnahme US-Engagements in Europa?"

21 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Cuntz handschriftlich: „Kostet Geld!"

22 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Cuntz handschriftlich: „Zweckmäßigkeit?"

23 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Cuntz handschriftlich: „Frage der Opportunität, nicht auf gesamtes Zuständigkeitsgebiet."

wird besonders wichtig angesichts eines sich globaler stellenden Sicherheitsproblems und eventueller Gewichtsverlagerungstendenzen innerhalb der USA (Eagleburger-Rede[24]).

(2) Mitsprache bei Planung und Durchführung von eventuellen Einsätzen militärischer Kräfte des größten Bündnispartners außerhalb des Bündnisgebietes, mit denen auch unsere Interessen verfolgt werden sollen.

Unser bisheriger Ansatz kann insgesamt nur der ersten dieser beiden Zielsetzungen zugeordnet werden; dabei haben wir bisher eine ausgesprochen defensive Grundhaltung gezeigt. Unsere häufig geäußerte Forderung nach Konsultationen kann auf dieser Basis allenfalls verbal in Grundsatzpapieren, nicht aber mit einiger Sicherheit im akuten Fall durchgesetzt werden.[25] Tatsächliche Mitsprache und Konsultation werden wir nur in dem Maße durchsetzen können, wie wir bereit sind, die Frage der Mitwirkung über die Zielsetzung der Erhaltung der transatlantischen Solidarität innerhalb des Bündnisses hinaus durch Übernahme zusätzlicher eigener Leistung und Verantwortung zu untermauern. Ist diese Bereitschaft nicht gegeben, müssen wir uns mit dem Vertrauen auf die richtige Handhabung durch die Bündnispartner abfinden.

6) Ich empfehle daher, den Themenkomplex Out-of-area künftig aktiver anzugehen.[26] Damit meine ich, daß wir unter Ausschöpfung des Rahmens unserer Möglichkeiten die von uns erbringbaren Kompensationen und Unterstützungsmaßnahmen sowohl bilateral mit den USA als auch im Bündnisrahmen konstruktiv anbieten. Zugleich sollten wir unter Wahrung deutscher essentieller sicherheitspolitischer Interessen administrative Hindernisse so gering wie möglich halten.[27]

7) Die erste, konkret zur Behandlung heranstehende Teilfrage ist die der Kompensations-Streitkräfteziele im Defence Review Committee. Dazu fehlt nach wie vor als formale Grundlage das Entscheidungspapier des GS über die Sitzung des DPC vom 29.11.1983, weil von griechischer Seite die Zustimmung zum Formulierungsentwurf des Generalsekretariates bisher nicht erteilt worden ist. Es steht zu vermuten, daß sich hieran vorläufig nichts ändert. Damit muß, wenn die Behandlung der Streitkräfteziele nicht blockiert werden soll, ein alternativer Weg gefunden werden, wie der Fortgang der Arbeit sichergestellt werden kann. Wir sollten hierbei hinsichtlich der Form, in der unsere essentiellen Verständnispunkte als Voraussetzung für die Zustimmung zu Streitkräftezielen eingebracht werden, flexibel sein. Es sollte jede Form, die einen Bedingungszusammenhang zwischen den von uns formulierten essentiellen Interessen und den als Kompensation vorgesehenen Streitkräftezielen herstellt, für uns akzeptabel sein. Wir sollten uns aktiv an der Suche des geeigneten Weges beteiligen.

8) Darüber hinaus rege ich an, direkt mit den USA bilateral zu prüfen, ob und in welchem Grade zusätzliche Möglichkeiten der Kompensation im Rahmen von

24 Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 31. Januar 1984 in Washington vgl. Dok. 38.

25 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz durch Fragezeichen hervorgehoben.

26 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz angeschlängelt.

27 An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Cuntz handschriftlich: „Politische Mitsprache bei Maßnahmen von deutschem Boden aus sind keine ‚administrativen Hemmnisse'".

„low cost – no cost“ als Zeichen guten Willens dem transatlantischen Verhältnis förderlich[28] und für die Argumentation der Exekutive gegenüber dem Kongreß in den USA hilfreich sein können. Zu den Möglichkeiten s. o. Ziffer 4.

9) Ebenso schlage ich vor, mögliche Unterstützungsmaßnahmen, wie ich sie beispielhaft in Ziffer 3 angedeutet habe, bilateral mit den USA auf ihre Zweckmäßigkeit und auf die Möglichkeit zu prüfen, sie als Eventualfallplanung einschließlich entsprechender Konsultationsvorbehalte vorzusehen.

10) Schließlich halte ich es für sinnvoll, die jährlichen Ausbildungsreisen von Kampfverbänden der Flotte, wie z. B. die für den Spätsommer 84 geplante Reise einer Zerstörer-Gruppe in den Indischen Ozean, offensiver als bisher in den Zusammenhang des Out-of-area-Themenkomplexes zu stellen, wie dies der Beschluß des Bundessicherheitsrates[29] hierzu auch vorsieht. Dabei könnte auch geprüft werden, inwieweit ein planerischer Zusammenhang zwischen dieser Art zeitweiser Mitwirkung an westlicher maritimer Friedenspräsenz und dem von uns gebilligten Eventualfallplan des SACLANT für Out-of-area-Einsätze „Hula Bell“ hergestellt werden kann, an dem wir uns mit eigenen Kräften außerhalb des Bündnisgebietes (wenn auch bisher nicht im Indischen Ozean) unter bestimmten Bedingungen zu beteiligen zugesagt haben. In dieser Richtung sehe ich ungenutzte Möglichkeiten, auch im Bereich der Beteiligung mit eigenen Kräften ohne Veränderung bisheriger Positionen und ohne Kostenrelevanz positive Zeichen zu setzen und zugleich dem Konsultationserfordernis zusätzlichen Sachzwang hinzuzufügen.

11) Die Bundesregierung sollte die mit der Out-of-area-Problematik verbundenen Fragen, Perspektiven, Interessen sowie deutsche Beteiligungen systematisch, wenn auch vorsichtig, in das Bewußtsein unserer Bevölkerung und meinungsbildender Gremien bringen.[30]

Wieck

VS-Bd. 11984 (201)

28 Der Passus „prüfen … förderlich“ wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz angeschlängelt. Dazu Fragezeichen.

29 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. Dok. 5, Anm. 15.

30 Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz durch Fragezeichen hervorgehoben.

84

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.92 FRA-480/84 VS-vertraulich **19. März 1984**[1]

Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: 4. Sitzung der politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 14.3.1984 in Bonn

I. Aus der Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe halte ich folgendes fest:

1) Tagesordnung

TOP I Aktuelle sicherheitspolitische Aspekte der West-Ost-Beziehungen

a) militärische Reaktion des WP auf INF-Stationierung (militärisch-strategische Bewertung),

b) aktuelle Rüstungskontroll- und Abrüstungsperspektiven (START/INF, KVAE);

TOP II Abwehr ballistischer Raketen (DABM[2]/SDI);

TOP III WEU – weiteres Vorgehen;

TOP IV Sonstiges:

Streitkräftevergleich,

Benennung von Experten zur Erörterung Thema Aufklärungssatelliten.

2) Teilnehmer

Deutsche Delegation

AA: MDg Dr. Schauer; MDg Dr. Seitz; D 2 A i. V., Dr. Holik; LR I Cuntz, 201.

BMVg: StS Dr. Rühl; GM Tandecki, Fü S III; OTL i. G. Dr. Schwartz, Planungsstab; Major i. G. Dr. Wittmann.

Französische Delegation

Quai: M. Dejean de la Bâtie, stellv. Politischer Direktor; Mme Renouard; M. Guelluy.

[1] Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 20. März 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 20. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer und Referat 201 verfügte.
Hat Schauer am 21. März 1984 erneut vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Cuntz am 22. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) H[errn] v. Studnitz z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme] (H. Seibert hat Kenntnis), H. Ehni, H. Zepter, H. Adamek. 2) 200 z. g. K."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 23. März 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ehni vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Zepter am 28. März 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 29. März 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 2. April 1984 vorgelegen. Vgl. die beigefügte Kurzfassung; VS-Bd. 11989 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

[2] Defense Against Ballistic Missiles.

Verteidigungsministerium: M. Heisbourg, Ministerberater; BG[3] Zwingelstein; M. Rabault.

3) Im einzelnen

a) Zu TOP I a)

StS Rühl und GM Tandecki erläuterten unsere militärische Bewertung der Maßnahmen des Warschauer Paktes im Anschluß an die INF-Stationierung. Die sowjetischen Maßnahmen bestünden in:

– Dislozierung neuer operativ-taktischer Raketen in der DDR und der ČSSR. Vermutlich handele es sich um die Vorverlegung von operativ-taktischen SS-12/SS-22 („Scaleboard")-Raketenbrigaden aus der Sowjetunion in die beiden neuen Stationierungsgarnisonen in der DDR und der ČSSR;
– neue Seestationierungen von Raketen vor der amerikanischen Küste (3 U-Schiffe der Delta-Klasse (SS-9 BN) auf die Höhe Neufundlands vorverlegt);
– das durch Andropow am 24.11.1983 aufgehobene Breschnew-Moratorium[4] sei bisher erst durch den Bau einer neuen SS-20-Stellung im Militärbezirk Kiew faktisch überschritten worden.

Die militärischen Maßnahmen der SU haben in der Einschätzung des BMVg in erster Linie gesichtswahrenden Charakter und wären, was die Stationierungen in der DDR und ČSSR betrifft, auch ohne die INF-Stationierung realisiert worden. Dennoch sei festzustellen, daß die militärische Bedrohung Westeuropas weiter gestiegen sei. Ich betonte, daß wir, falls wirklich neue Systeme mit größerer Reichweite und größerer Präzision festgestellt worden seien, unsere eigene militärische und politische Reaktion auf die Maßnahmen der SU neu überdenken müßten.

Dejean de la Bâtie und Heisbourg, die im wesentlichen mit unserer Wertung übereinstimmten, strichen heraus, daß der Westen es nicht zulassen dürfe, daß die SU ihre neuen Stationierungen als „Retorsion" auf die INF-Stationierung ausgibt. Die Bedrohung sei größer geworden.

Besonderer Diskussionspunkt war die Frage, ob die SU auch in Ungarn, das sich eventuellen Stationierungen eher abgeneigt gezeigt habe, SS-12/SS-22 stationieren werde. Bisher liegen jedoch keine Informationen zu beabsichtigten Stationierungen in Ungarn vor.

b) Zu TOP I b)

Zu den nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen (INF/START Vortrag D 2 A i. V. Dr. Holik) bestand Einigkeit zwischen beiden Seiten, daß in absehbarer Zeit nicht mit einer Rückkehr der SU an den Genfer Verhandlungstisch[5] zu rechnen sei, auch wenn SU-Interesse an Fortsetzung des Rüstungskontrolldialogs ge-

[3] Brigadegeneral.

[4] Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, kündigte am 16. März 1982 ein einseitiges Moratorium hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen, einschließlich der Ersetzung von SS-4- und SS-5- durch SS-20-Raketen, im europäischen Teil der UdSSR an. Vgl. dazu BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 238 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 89 und Dok. 97.
Für den Wortlaut der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 24. November 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107.

[5] Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

nauso groß wie unseres sei. In der SU-Haltung sei in letzter Zeit, manifestiert auch anläßlich des Vogel-Besuches in Moskau[6], zumindest verbal eine gewisse Verhärtung zu beobachten. Wir machten deutlich, daß wir grundsätzlich zu keinen Konzessionen an die SU für die Wiederaufnahme von Verhandlungen bereit, hinsichtlich der Modalitäten aber flexibel seien.

Hinsichtlich KVAE wurde beiderseits Genugtuung über den Verlauf der ersten Runde in Stockholm[7] geäußert. Grundsätzlich begrüßt wurde von beiden Seiten auch der Paketvorschlag der N+N-Staaten[8], auch wenn einzelne Vorschläge nicht akzeptabel seien. Das westliche Vorgehen solle weiterhin möglichst eng im 10er- und 16er-Rahmen koordiniert werden. Die Franzosen legten Wert auf die Feststellung, daß in der zweiten Runde der KVAE[9] die Schaffung von Arbeitsgruppen über vom Westen unerwünschte Themen verhindert werden müsse.

MDg Dr. Seitz berichtete von seinen kürzlichen Planungsstabgesprächen mit den Sowjets in Bonn.[10] Die sowjetischen Gesprächspartner hätten erklärt, daß der Weg zur Wiederaufnahme von Verhandlungen entscheidend durch die Statusfrage versperrt sei, da die Amerikaner der SU die gleichberechtigte Anerkennung als Weltmacht („Gleichgewicht und gleiche Sicherheit") verweigerten. Übereinstimmend interpretierten deutsche und französische Seite diese sowjetische Darstellung als Propagandathese der SU, die in Wahrheit nicht gleiche Sicherheit, sondern Überlegenheit über die USA anstrebe. Dejean de la Bâtie unterstrich, daß die SU ebenso stark wie USA und die anderen Nuklearmächte F, GB und China zusammengenommen sein wolle. Ernst zu nehmen sei freilich – das wurde von beiden Seiten anerkannt – das sowjetische Gefühl, als Großmacht politisch nicht gleichrangig behandelt zu werden, zumal sich – das meinte Heisbourg – die politischen Entwicklungen der letzten Zeit (INF-Stationierung, Mittelamerika, Äthiopien, Angola/Namibia und Mosambik) nicht zugunsten der SU entwickelt hätten.

6 Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hielt sich vom 11. bis 14. März 1984 in der UdSSR auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot teilte dazu am 14. März 1984 mit, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, habe Vogel gegenüber am 12. März 1984 ausgeführt: „Es sei eine Illusion anzunehmen, daß SU an Verhandlungstisch über nukleare Rüstungsbeschränkungen zurückkehren werde, so als sei nichts geschehen. SU sei zu Verhandlungen bereit, wenn Hindernisse auf dem Wege zum Verhandlungstisch aus dem Weg geräumt würden. Zusammenlegung der Verhandlungskomplexe – europäische und strategische Waffen – sei keine Lösung." Arnot legte dar: „Sämtliche sowjetischen Gesprächspartner wiederholten mehr oder weniger intensiv übliche Krisendarstellung und antiamerikanische Schuldzuweisung hierfür. Am pointiertesten äußerte sich auf dieser Linie Arbatow, der in längerer Polemik USA vorwarf, Sowjetunion totrüsten zu wollen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1857; Referat 213, Bd. 139277.

7 Zur ersten Runde der KVAE vom 17. Januar bis 16. März 1984 vgl. Dok. 87.

8 Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Maltas, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns vom 9. März 1984 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (CSCE/SC/3) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 364–367.

9 Zur zweiten Runde der KVAE vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 in Stockholm vgl. Dok. 191.

10 Die deutsch-sowjetischen Planungsstabgespräche fanden am 9. und 12. März 1984 statt. Ministerialdirigent Seitz vermerkte dazu am 30. März 1984, die sowjetischen Äußerungen hätten den „Eindruck der Immobilität" vermittelt. In den zentralen Bereichen der Ost-West-Beziehungen sei „kein in die Zukunft gerichtetes Nachdenken zu erkennen. Es kann sein, daß die Sowjets abwarten, wie die amerikanischen Präsidentenwahlen ausgehen, bevor sie mit neuen Überlegungen herausrücken. Das Wahrscheinliche aber ist, daß es solche neuen Überlegungen bis jetzt noch gar nicht gibt." Bezüglich der Beziehungen zur Bundesrepublik habe sich „keinerlei Trübung" erkennen lassen, „sondern im Gegenteil der Wille zu engen Kontakten". Vgl. Referat 02, Bd. 178516.

c) Zu TOP II

Heisbourg hielt einen ausführlichen Vortrag über die militärisch-technische Bewertung der amerikanischen und sowjetischen Raketenabwehrpläne „Strategic Defense Initiative" (SDI).[11] Er kam zu dem Schluß, daß die Raketenabwehrpläne in ihrer Effektivität und Realisierbarkeit ungewiß erschienen und die Gefahr einer politischen Destabilisierung groß sei.

Es wurde auf französischen Wunsch beschlossen, Experten beider Seiten zu benennen, die die militärisch-technische Bewertung vertieft in einer Ad-hoc-Fachgruppe vornehmen sollen. BMVg wird sich hierzu wie zum Mandat der Gruppe in ca. zwei Wochen äußern.

d) Zu TOP III

Zum Thema WEU trug Dejean de la Bâtie im wesentlichen die bereits aus dem französischen Memorandum[12] bekannten Thesen vor. Zwei Gesichtspunkte seien von Bedeutung:

– Die Europäer brauchten ein Forum für sicherheitspolitische Gespräche (pour évoquer les questions de sécurité).
– In der WEU sei bereits ein Organismus vorhanden, der genutzt werden solle.

Für das Rüstungskontrollamt (RKA) habe F als neue Aufgabe eine Verifikationstätigkeit im Zusammenhang mit Rüstungskontrollverhandlungen vorgeschlagen. Man stehe aber anderen Anregungen offen gegenüber. Auch der Ständige Rüstungsausschuß bedürfe neuer Aufgaben. Die Daten des 24. Mai (WEU-Ministerrat)[13] und der 30. Jahrestag der WEU am 23.10.1984 seien Gelegenheiten, um die Belebung der WEU manifest zu machen.[14]

Ich betonte, daß auch wir die Belebung der WEU wünschten. Die Detaildiskussion hierüber solle möglichst im Rat fortgesetzt werden, und zwar am 30.3. unter Beteiligung der Politischen Direktoren.[15] Wir seien bereit, die französischen Pläne für neue Aufgaben des RKA konstruktiv zu prüfen. Wir dächten in diesem Zusammenhang vornehmlich an die Beauftragung des Amtes mit Studien und konzeptionellen Arbeiten.

Zunächst gehe es für uns jetzt darum, nach einem BSR-Beschluß das Verfahren über die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen einzuleiten.[16] (Diese

11 So in der Vorlage.

12 Für das französische Memorandum, das am 30. Januar 1984 den übrigen WEU-Mitgliedstaaten übermittelt wurde, vgl. Referat 209, Bd. 128400.

13 Die für den 24. Mai 1984 vorgesehene WEU-Ministerratstagung fand erst am 12. Juni 1984 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 140, Anm. 15.

14 Am 26./27. Oktober 1984 fand in Rom eine Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 290.

15 Am 30. März 1984 wurde in London ein Treffen der Ständigen Vertreter bei der WEU mit den Politischen Direktoren der Außenministerien der WEU-Mitgliedstaaten abgehalten. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. London, teilte dazu am selben Tag mit, es habe folgende Ergebnisse gegeben: „Alle sprachen sich für Vitalisierung der WEU aus. Kernstück dieser Vitalisierung soll die Belebung des WEU-Rats vor allem auf Ministerebene sein (persönliche Teilnahme, vertiefte und erweiterte Diskussion über Sicherheitspolitik)." Es habe Übereinstimmung bestanden, daß „enge Konsultation und Kooperation" mit den USA nötig seien: „Ziel ist die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO." Alle Teilnehmer seien einverstanden, daß die Bundesregierung das Verfahren zur Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen einleite. Vgl. den Drahtbericht Nr. 557; Referat 209, Bd. 128404.

16 Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 15. Mai 1984, der Bundessicherheitsrat habe am 8. Mai 1984 im Umlaufverfahren und nach Änderungswünschen des Bundesministeriums der Verteidigung ei-

Feststellung wurde von französischer Seite unwidersprochen zur Kenntnis genommen.)

Ich warf außerdem die Frage auf, ob die völlige Abschaffung der Mengenkontrollen[17] auch ohne Vertragsänderung[18] möglich sei. Unsere Juristen hätten gewisse Zweifel. Mme Renouard erklärte, daß diese Frage von Frankreich noch nicht eingehend geprüft worden sei. Man sei jedoch der Auffassung, daß die Abschaffung der WEU-Mengenkontrollen in erster Linie eine Frage des politischen Willens und weniger der juristischen Machbarkeit sei.

StS Rühl äußerte sich zur französischen WEU-Initiative aus der „Sicht des BMVg". Er betonte, er bewerte die Belebung der WEU positiv, wolle jedoch auch auf einige Probleme aufmerksam machen:

– Die WEU-Belebung dürfe die NATO nicht schwächen.
– Im Verhältnis zu NATO-Organen sollten Überschneidungen, z. B. bei der IEPG, vermieden werden.
– Flankenstaaten wie Portugal, Türkei, Norwegen dürften durch eine WEU-Belebung nicht – wie in einem Magnetfeld – abgestoßen werden, Länder wie Spanien oder Griechenland nicht mit einer für das Bündnis negativen Wirkung magnetisch angezogen werden.
– Schließlich dürfe die WEU auch nicht in Konkurrenz zur EPZ treten.

Dejean de la Bâtie und Heisbourg unterstrichen auf diese Äußerungen hin, daß in französischen Augen die Belebung der WEU eine „komplementäre" Funktion und keine „alternative" Funktion zu NATO und EPZ haben solle. Frankreich wolle keine Alternative zur NATO und zur EPZ. Vielmehr gehe es darum, die aktiveren Mitglieder, die in der WEU versammelt seien, zu mobilisieren.

e) Zu TOP IV (Sonstiges)

– Aufklärungssatellit

  Es wurde vereinbart, in den nächsten Wochen Experten zur Prüfung des Themas „Aufklärungssatellit" zu benennen. Frankreich übergab dem BMVg den Namen eines Ansprechpartners. Die Franzosen wünschen einen ersten Sachstandsbericht für die nächste Tagung des Lenkungsausschusses im Mai.[19]

Fortsetzung Fußnote von Seite 423

ner Vorlage vom 16. April 1984 zur Frage der Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen zugestimmt: „Damit sind die innerstaatlichen Verfahrensvoraussetzungen für den Antrag der Bundesregierung beim WEU-Rat auf Aufhebung der konventionellen Herstellungsbeschränkungen erfüllt." Vgl. Referat 209, Bd. 128400.

17 Zu den WEU-Mengenkontrollen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

18 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

19 Ministerialdirigent Ungerer vermerkte am 7. Mai 1984, ein erster „exploratorischer Meinungsaustausch" über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Aufklärungssatelliten habe am 25. April 1984 stattgefunden. Die französische Seite habe ihr 1982 wegen finanzieller Schwierigkeiten vorläufig unterbrochenes Projekt SAMRO (Satellite militaire de reconnaissance et d'observation) vorgestellt, das für Entwicklung und Fertigung von zwei Satelliten und weiterer Komponenten ein Volumen von ca. 2 Mrd. DM habe. Für eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik seien folgende Bedingungen genannt worden: „keine grundlegende Änderung des französischen Konzepts; Verwendung des französischen Aufzeichnungsgeräts und des Teleskops; nach Möglichkeit Verwendung einer französischen Plattform". Ungerer führte dazu aus: „Unsere Annahme, daß F in erster Linie an deutschen Finanzbeiträgen interessiert sein könnte, wurde durch die formulierten Bedingungen eher verstärkt." Dennoch solle das Auswärtige Amt das Projekt mit Blick auf eine Erhöhung der Sicherheit der Bundesrepublik durch eigene Aufklärungsmittel, neue Im-

– Streitkräftevergleich NATO – WP

StS Rühl appellierte – in sehr überzeugender Weise unter Hinweis auf die französische Mitgliedschaft im Bündnis und die physische Präsenz der französischen Truppen auf deutschem Boden – an Frankreich, in irgendeiner Form am Streitkräftevergleich teilzunehmen. Wenn französische und spanische Streitkräfte besonders im Streitkräftevergleich ausgewiesen wären, könne man leichter auch entferntere SU-Streitkräfte einrechnen, die für Einsatz in Europa vorgesehen seien.

Ich habe besonders auf das Problem der Glaubwürdigkeit des Streitkräftevergleichs hingewiesen, die ohne die Mitzählung der französischen und spanischen Streitkräfte entscheidend geschwächt würde.

Dejean de la Bâtie erklärte, daß die „alteingefahrene, geradezu klassische" Nichtberücksichtigung der französischen Streitkräfte auch jetzt nicht aufgegeben werden könne. Diese Einrechnung sei vor allem eine sowjetische Forderung, der man nicht nachgeben wolle. Er versprach jedoch, über unser Anliegen zu Hause zu berichten und sich erneut zu äußern.

– Termin nächster Ausschußsitzung

Nach Prüfung aller Möglichkeiten verblieben nur noch der 21. und 23. (Ausweichtermin) Mai 1984 für die nächste Sitzung des deutsch-französischen (Lenkungs-)Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung in Bonn[20] (D 2[21], StS Rühl, Generalinspekteur[22]). Dieser Termin liegt knapp vor dem nächsten Treffen der Außen- und Verteidigungsminister am 28. Mai 1984.[23]

Schauer

VS-Bd. 11989 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 424

pulse für eine europäische Sicherheitspolitik sowie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Raumfahrtindustrie in der Bundesrepublik unterstützen. Eine „einseitige Realisierung der bereits weitgehend festgelegten französischen Vorstellungen" liege jedoch nicht im Interesse der Bundesregierung. Vielmehr solle eine „gleichberechtigte Beteiligung" angestrebt werden. Vgl. VS-Bd. 10897 (413); B 150, Aktenkopien 1984.

20 Die Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung fand am 14. Mai 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 140.

21 Franz Pfeffer.

22 Wolfgang Altenburg.

23 Für das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu in La Celle Saint-Cloud vgl. Dok. 149.

85

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-370.20/02-620/84 VS-vertraulich **19. März 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Überlegungen zur weiteren Behandlung des Gewaltverzichts bei den West/Ost-Beziehungen;
hier: Stellungnahme der Abteilung 2A

Bezug: Ihre Weisung zur Vorlage der Abteilung 2 vom 9.3.84 – 212-340.05 VS-NfD[4]

Zur Vorlage der Abteilung 2 vom 9. März 1984 nehme ich wie folgt Stellung:

Den Ausführungen der Abteilung 2 zu den politischen und rechtlichen Aspekten der Gewaltverzichtsthematik (Abschnitte I und II) stimme ich generell zu. Meine Bemerkungen beziehen sich vor allem auf die Überlegungen zur weiteren Entwicklung der westlichen Haltung zum Gewaltverzicht (Abschnitt III), bei der der Akzent m.E. mehr operativ als analytisch gesetzt werden sollte.

1) Die Gewaltverzichtsthematik erhält ihre gegenwärtige sicherheitspolitische Relevanz und Aktualität im Zusammenhang mit der KVAE. An sich schafft der Gewaltverzicht, wie in der Bezugsvorlage zu Recht festgestellt wird, keine Probleme für die westliche Sicherheit. Er ist Teil unserer Politik und wurde von uns mehrfach förmlich bestätigt.

Durch die Rolle, die die Sowjetunion dem Gewaltverzicht in ihrem Konferenzkonzept zugemessen hat, ist er jedoch zu einer Schlüsselfrage für die Entwicklung der KVAE geworden.

– Mit ihrer Insistenz auf dem deklaratorischen Gewaltverzicht zielt die Sowjetunion darauf ab, die Konferenz in Richtung ihres Konzepts der „militärischen Entspannung“ zu lenken: Förderung eines Sicherheitssystems, das nicht auf militärischem Gleichgewicht unter amerikanischer Beteiligung aufbaut, sondern auf gegenseitig deklarierten friedlichen Absichten. Mit dem Angebot „politischer Sicherheit“ will die Sowjetunion von den realen militärischen Rahmenbedingungen der Sicherheit in Europa ablenken und ihre konventionelle Übermacht aus der Diskussion heraushalten.
– Für den Westen kommt es darauf an, sich der Diskussion zum Gewaltverzichtsthema in Stockholm offensiv zu stellen und es mit seinem eigenen Si-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. März 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 1. April 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) M[ein] E[rachten] spricht dafür, die für bilaterale Gespräche angeratene ‚Ja-aber-Position‘ in die Washingtoner Erklärung aufzunehmen. 2) Erbitte Stellungnahme. 3) W[ieder]v[orlage] 5.4.“ Vgl. Anm. 13.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über „H[errn] StS“ an Botschafter Ruth verfügte.
Hat in Vertretung von Staatssekretär Meyer-Landrut Staatssekretär Lautenschlager am 2. April 1984 vorgelegen.

4 Für die Aufzeichnung sowie die Weisung des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 76, besonders Anm. 2.

cherheitskonzept zu verbinden. Wenn die KVAE sicherheitspolitisch relevant sein soll und wir das konventionelle Ungleichgewicht in Europa als Hauptursache der europäischen Sicherheitsprobleme in den Griff bekommen wollen, dürfen wir der Sowjetunion keinen Vorwand geben, ihren Beitrag zur Konferenz auf deklaratorische Zusagen friedlichen Verhaltens zu beschränken.

Stockholm wird deshalb in den nächsten 1 1/2 Jahren das Forum sein, auf dem die Auseinandersetzung zwischen West und Ost über die Konkretisierung des geltenden Gewaltverbots ausgetragen wird. Daraus folgt, daß wir unsere operativen Vorstellungen zum Gewaltverzicht im Blick auf die Verhandlungssituation in Stockholm definieren müssen. Es liegt auf der Hand, daß dabei unseren politischen und rechtlichen Interessen an der Gestaltung des Gewaltverzichts Rechnung getragen werden muß.

2) Für die Bestimmung des Stellenwertes des Gewaltverzichts in Stockholm haben wir als erste im Bündnis den Weg aufgezeigt. In dem von uns im vergangenen September in Brüssel zirkulierten Strategiepapier[5] haben wir aus dem Konferenzmandat einen Zusammenhang zwischen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und dem Gewaltverbot i. S. eines Mittel/Zweck-Verhältnisses hergeleitet:

– Das Verhandlungsergebnis einer KVAE muß einen Beitrag zur Konkretisierung des zwingenden völkerrechtlichen Gewaltverbots in der Praxis der gegenseitigen Beziehungen aller Teilnehmerstaaten untereinander leisten.
– Ein Verhandlungsergebnis einer KVAE, das in sich eine Konkretisierung des Gewaltverzichts darstellt, kann mit einer Bekräftigung dieses Prinzips verbunden werden.

Dieses Konzept ist inzwischen in Stockholm von allen Bündnispartnern im Prinzip ebenso übernommen worden wie von den N+N-Staaten. Offen ist im wesentlichen nur noch die taktische Frage des richtigen Zeitpunkts für ein westliches Angebot zur Bekräftigung des Gewaltverbots (vgl. DB Nr. 137 aus Stockholm[6], Anl. 3 zur Bezugsvorlage). Mein Gespräch mit Außenminister Shultz am 5.3.[7] ließ dessen Aufgeschlossenheit unseren faktischen und inhaltlichen Überlegungen gegenüber erkennen.

3) Die Wahl des richtigen Zeitpunkts bedarf in der Tat sorgfältiger Prüfung, um optimale Wirkung zu erreichen und das sowjetische Interesse an einer Bekräftigung des Gewaltverzichts doppelt zu nutzen:

– zunächst als Hebel für sowjetische Konzessionen bei der Erarbeitung konkreter vertrauensbildender Maßnahmen i. S. des westlichen Paketvorschlags[8];
– wenn dies gelungen ist, um in Formulierungen zum Gewaltverzicht Klarstel-

5 Zum Strategiepapier der Bundesregierung für die KVAE vgl. Dok. 4, Anm. 12.
6 Zum Drahtbericht des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 8. März 1984 vgl. Dok. 76, Anm. 4.
7 Zum Gespräch in Washington vgl. Dok. 73.
8 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

lungen einzubringen, die im westlichen Sinne geboten erscheinen (Breschnew-Doktrin[9], Beendigung andauernder Gewalt).

Es geht also um die Umformung des sowjetischen Gewaltverzichtsanliegens in einem Zwei-Stufen-Verfahren, wie dies bereits in Madrid erprobt worden ist. Dort hat der Westen zunächst das sowjetische Interesse an einer „Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa" als Hebel für Konzessionen der Sowjetunion in anderen Bereichen der Schlußakte[10] genutzt und es trotzdem fertiggebracht, auch bei der Ausgestaltung des KVAE-Mandats[11] sein sicherheitspolitisches Konzept zur Geltung zu bringen. Ein solches Verfahren würde auch dem von osteuropäischen Gesprächspartnern geäußerten Interesse an einer Verbindung zwischen konkreten vertrauensbildenden Maßnahmen und Gewaltverzicht gerecht werden.

4) Dieses Ziel wird sich nur erreichen lassen, wenn das westliche Eingehen auf die Bekräftigung des Gewaltverzichts zeitlich und inhaltlich möglichst zurückhaltend dosiert wird. Eine Parallelität bei der Ausarbeitung konkreter vertrauensbildender Maßnahmen und der Bekräftigung des Gewaltverzichts würde der Sowjetunion in die Hände spielen. Die Vorstellung von zwei Körben, in denen parallel ausgewogene Fortschritte zu erzielen wären, würde unserem Konzept für die KVAE nicht gerecht werden. Wir müssen uns demgegenüber auf das Mandat berufen, das die Ausarbeitung konkreter vertrauensbildender Maßnahmen als prioritäre und eigentliche Konferenzaufgabe definiert. Sie sollen dem Gewaltverzicht Ausdruck und Wirkung verleihen.

Um den notwendigen Druck auf den Osten in diesem Sinne aufrechtzuerhalten, ist engste Koordinierung im Bündnis und Abstimmung mit den N+N-Staaten unabdingbar. Daraus folgt, daß von den in Ziffer III der Bezugsvorlage aufgeführten theoretischen Optionen für die Praxis nur eine Stufenform folgenden Inhalts in Frage kommen dürfte:

– Gewaltverzichtsbestätigung in der Präambel des Schlußdokuments einer ersten KVAE-Phase als allianzinternes Nahziel;
– sollte sich in den Schlußverhandlungen der ersten Phase eine Behandlung des Gewaltverzichts im operativen Teil des Schlußdokuments als notwendig erweisen, um wichtige westliche Positionen durchzusetzen, wäre erneute Prüfung in der Allianz erforderlich.

Wenn wir uns damit begnügen und darauf verzichten, unsere Bündnispartner zu drängen, arbeitet die Zeit für uns. Die bevorstehenden Konsultationen zwischen den ersten beiden Verhandlungsrunden in Stockholm[12] dürften dies bestätigen.

9 Zur „Breschnew-Doktrin" vgl. Dok. 3, Anm. 22.

10 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

11 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

12 Zur Bewertung der am 16. März 1984 beendeten ersten Runde der KVAE fand am 20. März 1984 in Brüssel eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 87.
Zur Vorbereitung der am 8. Mai 1984 beginnenden zweiten Runde traf sich der gleiche Kreis am 3. Mai 1984. Vgl. dazu Dok. 124.

5) Dem steht eine offene Diskussion des Gewaltverzichtsthemas in hochrangigen politischen Gesprächen mit den Sowjets nicht entgegen. Der Bezugsvorlage ist darin zuzustimmen, daß schon eine generelle, unverbindliche „Ja, aber"-Position gegenüber der Sowjetunion nützlich sein kann, da sie ihr beim Problem der Gesichtswahrung helfen könnte. Aus unserer Sicht sollten jedoch in solchen Gesprächen wie auch in öffentlichen Äußerungen zum Gewaltverzicht Hinweise auf unsere künftige Position in Stockholm noch vermieden werden.[13]

Ruth

VS-Bd. 11425 (221)

86

Gespräch des Staatsministers Möllemann mit dem irakischen Botschafter al-Tai

422-411.10 IRK **20. März 1984**[1]

Bei einem Gespräch mit dem irakischen Botschafter am 20.3.1984 erklärte StM *Möllemann*, die Bundesregierung hoffe, daß der irakisch-iranische Krieg bald beendet werde. Die zahlreichen Vermittlungsbemühungen sollten bei gutem Willen einen Erfolg bringen, damit der Irak seine friedliche Entwicklung vorantreiben könne. Wir seien bereit, bei dieser Entwicklung mitzuarbeiten.

Der *Botschafter* bedankte sich für die Erklärung. Irak brauche den Frieden. Er sei bereit, jeder Vermittlung zuzustimmen, und habe alle VN-Resolutionen angenommen. Der Iran lehne alles ab. Er wolle die Invasion im Irak und den Sturz der irakischen Regierung. Er (der Botschafter) bitte die Bundesregierung, zusammen mit ihren europäischen Partnern zum Frieden in der Region beizutra-

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik vermerkte am 4. April 1984: „Nach gemeinsamer Auffassung der Abteilungen 2/2A sollte im Hinblick auf die Erklärung von Washington eine ‚Ja-aber-Position' angestrebt werden, die sich nicht auf die östliche Forderung nach Bekräftigung des Gewaltverzichts bezieht, sondern auf die politische Bedeutung des Prinzips vor dem Hintergrund der KVAE. Gestützt auf den Wortlaut des KVAE-Mandats, könnte das Bündnis feststellen, daß es ein Verhandlungsergebnis anstrebt, das einen Beitrag zur Konkretisierung des Gewaltverbots in der Praxis der gegenseitigen Beziehungen aller Teilnehmerstaaten untereinander darstellt; ein Ergebnis, das der ‚Pflicht der Staaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu enthalten, Wirkung und Ausdruck verleiht'." Vgl. VS-Bd. 11425 (221); B 150, Aktenkopien 1984. Vgl. Anm. 3.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 21. März 1984 gefertigt.
Hat laut Vermerk des Legationsrats I. Klasse Zeisler vom 23. März 1984 Staatsminister Möllemann vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 26. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister (S. 2)." Vgl. Anm. 3 und 9.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Horstmann am 2. April 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[um] Vorg[ang] (CW i[n] Iran/Irak)."

gen. Er sei dankbar für die von Presseagenturen berichtete Erklärung von StM Möllemann, daß die Bundesrepublik Deutschland für eine friedliche Lösung des Konflikts und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eintrete.

Er wolle StM Möllemann als Vorsitzenden der Deutsch-Arabischen Gesellschaft über das Treffen der arabischen Außenminister in Bagdad am 14.3.1984 und den dort gefaßten Beschluß zum irakisch-iranischen Krieg unterrichten. Wesentliche Punkte des Beschlusses seien die Aufforderung an den Iran, einen Waffenstillstand anzunehmen, und die Verurteilung des Irans wegen der Fortsetzung des Kriegs. Außerdem sei eine Kommission aus acht Ländern eingesetzt worden, um Empfehlungen für Friedensbemühungen auszuarbeiten, darunter auch die Empfehlung, keine Waffen an den Iran zu liefern. Vertreter der acht Länder würden befreundete Länder, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, besuchen und Anregungen unterbreiten.[2] Der Botschafter überreichte eine inoffizielle Übersetzung der Beschlüsse.

[3]Der Botschafter erklärte weiter, die Presse berichte über die Verwendung von Giftgas durch den Irak.[4] Er möchte nicht sagen, daß der Irak keine solche Waffen benutze. Der Irak habe genügend konventionelle Waffen. Er lasse sich jedoch nicht vorschreiben, welche Waffen er gegen einen Feind einsetzen solle, der das Land und seine Sicherheit bedrohe. Der Irak sei erstaunt, daß in öffentlichen Erklärungen die Hauptfrage in den Hintergrund trete und daß, anstatt für den Frieden einzutreten, das Nebenthema des Einsatzes von Waffen behandelt würde. Wenn man den Irak wegen des Einsatzes chemischer Waffen verurteile, ohne zugleich den Iran wegen der Aggression zu verurteilen, dann sei das entweder Heuchelei oder pro-iranisch.

Schließlich wies der Botschafter dann darauf hin, daß es 10000 irakische Gefangene gebe, von denen keine Nachrichten vorliegen. Man wisse nicht, ob sie noch lebten, verwundet seien und wie es ihnen ginge. Man habe das IKRK gebeten, den Iran nach dem Schicksal der Gefangenen zu fragen und auf die Einhaltung der Genfer Konvention von 1949[5] zu drängen. Die Mission des IKRK sei jedoch gescheitert, sie sei aus dem Iran vertrieben worden. Der Irak hingegen habe die Einreise einer Delegation, Besuche bei iranischen Gefangenen und Gespräche mit ihnen gestattet.[6] Der Irak habe auch eine größere Zahl

2 Bundesminister Genscher empfing am 2. Mai 1984 eine Delegation der Arabischen Liga zur Erörterung der Lage im irakisch-iranischen Krieg. Vgl. dazu Dok. 125, Anm. 2.

3 Beginn der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

4 Zum Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vgl. Dok. 65, Anm. 4.

5 Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.
Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.

6 Botschaftsrat I. Klasse Rapke, Teheran, berichtete am 28. Juli 1983, der Vertreter des IKRK im Iran, Kanne, sei zur Persona non grata erklärt worden. Ihm werde vorgeworfen, heimlich mit der irakischen Regierung zusammengearbeitet und dieser Listen irakischer Überläufer übergeben zu haben. Das iranische Außenministerium habe allerdings der Entsendung eines Nachfolgers zugestimmt und versichert, die Arbeit des IKRK nicht behindern zu wollen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 700; Referat 311, Bd. 137770.
Der Präsident des IKRK, Hay, hielt sich vom 29. November bis 1. Dezember 1983 im Irak auf. Bot-

von Gefangenen über die Türkei ausgeliefert. Er sei zu weiteren Auslieferungen bereit. Der Präsident des IKRK[7] habe jedoch nur die irakische Anwendung von chemischen Waffen verurteilt und vergessen, die iranischen Verstöße gegen die Genfer Konvention zu erwähnen.[8] Der Irak sei weiterhin zur Zusammenarbeit mit dem IKRK bereit. Er sei auch bereit, VN-Vertreter einreisen zu lassen. Man müsse jedoch über alle Probleme im Zusammenhang mit dem Konflikt sprechen. Abschließend übergab der Botschafter inoffizielle Übersetzungen einer Stellungnahme zu den Erklärungen des IKRK sowie einer Note an das IKRK.

StM *Möllemann* wies noch einmal darauf hin, daß es wichtig sei, daß alle konstruktiv an einer friedlichen Lösung mitarbeiten. Zu den chemischen Waffen machte er darauf aufmerksam, daß die Bundesregierung für ein weltweites, kontrolliertes Verbot eintrete. Sie hoffe, daß die Verhandlungen in Genf erfolgreich seien und daß weltweit chemische Waffen nicht angewendet würden.[9]

VS-Bd. 14123 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 430

schafter Böcker, Bagdad, teilte dazu am 7. Dezember 1983 mit, Hay habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten informiert, daß er zuvor im Iran gewesen sei. Dort sei das IKRK „schweren Behinderungen durch die iranischen Behörden ausgesetzt". Vgl. den Schriftbericht Nr. 874; Referat 311, Bd. 137771.

7 Alexandre Hay.

8 Gesandter Höynck, Genf (Internationale Organisationen), übermittelte am 12. März 1984 eine Presseerklärung des IKRK vom 7. März 1984 zum Einsatz chemischer Kampfstoffe im irakisch-iranischen Krieg und teilte dazu mit, die Formulierungen der Erklärung zeigten erneut „das Bemühen des IKRK um Neutralität im Iran-Irak-Konflikt". Dennoch habe der Irak dem IKRK „absence de neutralité" vorgeworfen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 509; Referat 311, Bd. 137775.

9 Ende der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

87

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-11302/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 20. März 1984, 20.01 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 456 **Ankunft: 20. März 1984, 20.27 Uhr**

Betr.: KVAE;
hier: Konsultationen in der Allianz

Bezug: DB Nr. 412 vom 13.3.1984 – I-341.44-1069/84 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

I. In der Sitzung des Rats mit den Leitern der westlichen KVAE-Delegationen am 20.3.1984 gab Botschafter Citron als letzter Tagesvorsitzender des Stockholmer NATO-Caucus im Namen der westlichen DL einen nicht im einzelnen abgestimmten Bericht über den Verlauf der ersten Konferenzphase[3], schloß einen Ausblick auf die zweite Phase (8.5.–6.7.1984) an und verband dies mit Anregungen für die in der Sitzungspause in der Allianz zu leistenden Arbeiten. In der anschließenden Diskussion, an der sich bis auf Island und auf Ständigen Vertreter GRI[4] alle beteiligten, bezogen sich sämtliche Sprecher auf die Ausführungen Botschafter Citrons und stimmten ihnen ausdrücklich zu. Insgesamt wurde der bisherige Verhandlungsverlauf positiv beurteilt. Nuancen waren in der Einschätzung der künftigen östlichen Verhandlungsführung sowie hinsichtlich der Dringlichkeit erkennbar, mit der Beschränkungsmaßnahmen und „Gewaltverzicht“ (GV) in der Allianz behandelt werden sollten. Zur künftigen Konferenzstruktur fand der Gedanke weitgehende Unterstützung, im Laufe der zweiten Verhandlungsrunde von Plenardebatten zu Diskussionen im Rahmen einer Arbeitsgruppe überzugehen. Die Delegationsleiter versprechen sich hiervon eine Erleichterung des sachbezogenen Dialogs.

II. Im einzelnen

1) Botschafter Citron hob im Namen des Caucus im wesentlichen folgende Punkte hervor:

a) Positiver Verlauf der ersten Verhandlungsrunde:

– Übernahme der Initiative durch Einführung des westlichen Verhandlungspakets als erstes Dokument[5] und Aufrechterhaltung der vorteilhaften westlichen Verhandlungsposition während der gesamten ersten Runde.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.

2 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte mit, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis am selben Tag seien Termin und Tagesordnung für eine gemeinsame Sitzung mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten vereinbart worden. Vgl. dazu VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Die erste Runde der KVAE fand vom 17. Januar bis 16. März 1984 in Stockholm statt.

4 Stylianos Vassilicos.

5 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

– Begleitung der Entstehung des NNA-Pakets.[6]
– Vereitelung östlicher Propaganda, Konzentration auf sachlichen Gedankenaustausch.
– Nutzung des starken und positiven Medieninteresses zu Konferenzbeginn, das gegen Ende geringer wurde.

b) Ziele für die zweite Runde:

– Aufrechterhaltung der westlichen Initiative.
– Weiterhin Konzentration des Interesses der Konferenz und der Öffentlichkeit auf unser Verhandlungskonzept.
– Fortführung des engen Kontakts zu den NNA, Unterstreichung der Gemeinsamkeiten.

c) Mögliche Problemfelder:

– Der WP könnte in frühem Stadium der zweiten Runde ein eigenes Papier einführen und sich weigern, auf unser Paket einzugehen, solange wir uns nicht mit seinen Vorschlägen beschäftigen, insbesondere mit Gewaltverzicht[7] und Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz[8].
– Zu starke Betonung der Beschränkungsmaßnahmen des NNA-Papiers durch Unterstützung des WP für diese Vorschläge.
– Offizieller WP-Vorwurf der Unausgewogenheit des westlichen Pakets (z. B. Ausschluß von See- und Luftaktivitäten/Transit), wie er bereits am Rande der Konferenz in Gesprächen erhoben wurde.

d) Demzufolge sollte das westliche Vorgehen in der zweiten Runde konzentriert werden auf:

– Unser Paket, das weiter detailliert erläutert und durch zusätzliche Angaben ergänzt werden sollte.
– Unterstreichung von Gemeinsamkeiten mit den ersten neun Maßnahmen des NNA-Papiers.
– Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft – „Arbeitsplenum“ – zur Förderung des sachbezogenen Dialogs.
– Keine Ablehnung fremder Vorschläge, solange sie möglicherweise unseren Interessen dienen könnten.

e) Zur Vorbereitung hierauf während der Sitzungspause Vorantreiben folgender Arbeiten im NATO-Hauptquartier:

– Fertigstellung der Studien durch die militärische CSBM-AG (insbesondere zu den Inspektionsquoten).
– Schließung der Lücken im westlichen Verhandlungspaket.
– Prüfung der NNA-Vorschläge, insbesondere zu „constraints“.

6 Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Maltas, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns vom 9. März 1984 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (CSCE/SC/3) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 364–367.

7 Vgl. dazu die „Politische Deklaration“ der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag; Dok. 11, Anm. 14.

8 Zum sowjetischen Vorschlag vom 22. September 1981 vgl. Dok. 14, Anm. 23.

– Schließlich Überlegung, wie das WP-Interesse an einer Bekräftigung des Gewaltverzichts von uns genutzt werden könnte.

2) Zum Thema der „Beschränkungsmaßnahmen" sowohl in den NNA-Vorschlägen als auch der Entwicklung eigener sowie zum GV ergab sich folgendes Meinungsbild:

a) PTG erklärte, man solle „constraints" studieren, aber es habe damit keine Eile. GB wollte nur solche Maßnahmen berücksichtigt sehen, die zu unserem Vorteil zu verändern sind. Sofern dies nicht möglich sei, solle man sie ablehnen und die Gründe dafür erklären. Der Vorrang gebühre eindeutig der Vereinbarung und Implementierung von „Transparenzmaßnahmen".

Der niederländische DL[9] äußerte sich befriedigt, daß „constraints" nun in der Allianz geprüft würden. Darauf habe man nie verzichtet. Es müsse überlegt werden, ob es Maßnahmen dieser Art gebe, die den WP mehr treffen als uns oder zumindest beide Seiten zu gleichen Teilen treffen. Man solle keine Konzessionen machen, aber etwas finden, was uns hilft, die NNA zu gewinnen, ohne uns zu schaden. Ähnlich äußerten sich DK, NWG und KAN. F führte allgemein aus, eine konstruktive Antwort auf die „constraints"-Vorschläge der NNA könne dem Westen deren Unterstützung erhalten (ähnlich auch I). Der US-DL[10] trat für eine Überprüfung der NNA-Vorschläge ein, warnte jedoch davor, diesen gegenüber anzudeuten, daß die Prüfung zu positiven Ergebnissen führen könnte. Nach seinem Eindruck seien die NNA bereit, „constraints" zurückzustellen und zunächst über ihre übrigen Vorschläge zu verhandeln.

b) Zum „Gewaltverzicht" wies der US-DL darauf hin, daß die Position des WP noch absolut unklar sei. GS Tschernenko habe dieses Thema in seiner Rede vom 2. März 1984[11] nicht erwähnt. Sein Stellenwert bleibe daher noch zu bestimmen. Man solle vorsichtig sein, solange nicht sicher ist, was der Westen letztendlich für ein mögliches Eingehen auf den GV erhalten werde. Auch F warnte vor einer Diskussion des GV mit dem WP und sah darin den ersten Schritt zu einem kollektiven Sicherheitssystem in Europa, wie es von der SU seit langem angestrebt werde. Der belgische Ständige Vertreter[12] sagte, unterstützt durch F, wenn man den GV zum Hauptgegenstand eines Vertrages mit der SU mache, legitimiere man die sowjetische Präsenz in Afghanistan und verliere das Verifikationsargument in anderen Foren. Demgegenüber meinte der luxemburgische Ständige Vertreter[13], der GV sei wohl weniger problematisch, man habe ihn schon oft unterschrieben. I führte aus, man könnte nicht erwarten, daß der WP bereit sei, unsere Vorschläge zu diskutieren, sofern er nicht sicher sei, daß auch der GV später behandelt werde. Man könne dem Thema daher nicht entgehen. An Vereinbarungen dieser Art sei aber allenfalls nach der Einigung über ein konkretes Maßnahmenpaket zu denken. Eventuell könne der GV in dessen Präambel verankert werden. Auch DK und NWG meinten, man werde auf die Gedanken des WP reagieren müssen, wenn dies auch nicht so dringend sei. E (ähn-

9 Petrus Buwalda.
10 James E. Goodby.
11 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, in Moskau vgl. TSCHERNENKO, Reden, S. 248–263.
12 Juan Cassiers.
13 Pierre Wurth.

lich TUR) vertrat die Ansicht, man solle sich auf den GV-Vorschlag eine Antwort überlegen, denn dies sei der einzige Preis, den die Allianz eines Tages zahlen könnte.

GB regte demgegenüber an zu entscheiden, ob die Allianz überhaupt bereit sei, sich in Richtung auf diesen Vorschlag zu bewegen.

3) Besonders ausführlich äußerten sich eingangs F (Anlage) und die USA gegen Ende der Diskussion. Der französische Ständige Vertreter[14] teilte ausdrücklich die positive Einschätzung des Verlaufs der ersten Runde, warnte aber vor übertriebenem Optimismus, da die eigentliche Debatte noch nicht begonnen habe. Er sah eine ganze Reihe von Obstruktionsmöglichkeiten des WP voraus, um den Konferenzverlauf negativ zu beeinflussen, solange der Westen sich nicht zu einer parallelen Diskussion deklaratorischer Maßnahmen bereit findet. Auch seitens der NNA sei der Westen verwundbar. Besonders bestimmte Nuklear-Vorschläge könnten deren Interesse finden.

Der US-DL unterstrich die Notwendigkeit von Geduld in der zweiten Verhandlungsrunde. Der WP sei schlecht vorbereitet in die Konferenz gegangen. Erst das WP-Treffen im April[15] werde möglicherweise Aufschlüsse über die weitere Konferenzstrategie geben. Besonders interessant im Verlauf der ersten Runde sei für ihn gewesen, daß die übrigen WP-Staaten sich neben der SU wesentlich freier bewegt hätten, als dies je zuvor im KSZE-Prozeß der Fall gewesen sei.

Der WP habe durch ständiges Betonen des Gewaltverzichts in Verbindung mit dem Verzicht auf nuklearen Erstschlag versucht, die Öffentlichkeit zu beeindrucken. Ebenso durch die ständige Schilderung Europas als Krisenregion. Der Erfolg dieser Bemühungen sei nicht abzusehen. Auch der Westen solle in Stockholm seine Bemühungen in einen weiteren Rahmen stellen. Die Ost-West-Studie der Allianz[16] sei möglicherweise hierfür ein gutes Instrument. Im übrigen sei auf das kommende NATO-Ministertreffen[17] hinzuweisen, das etwa zur Hälfte der nächsten Runde stattfinden werde und möglicherweise öffentlichkeitswirksam genutzt werden könne.

[gez.] Wieck

Folgt Anlage:

[…][18]

VS-Bd. 11520 (221)

14 Jean-Marie Mérillon.

15 Am 19./20. April 1984 fand in Budapest eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt.

16 Zum geplanten „West-Ost-Bericht" der NATO vgl. Dok. 28, Anm. 5.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 21. März 1984 mit: „In der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreise (private luncheon) am 20. März einigte sich der Rat auf den 18. April als Termin für die erste Erörterung der Ost-West-Studie durch den Rat." Er, Wieck, habe erklärt, „daß die Bundesregierung davon ausgehe und Wert darauf lege, daß der zu erarbeitende Ost-West-Bericht in Schlußfolgerungen münde". Diese Schlußfolgerungen sollten „auf jeden Fall, vorzugsweise anläßlich der Washingtoner Ministerratskonferenz, und zwar als getrenntes Dokument und nicht als Teil des Kommuniqués veröffentlicht werden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 463; VS-Bd. 13374 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

17 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

18 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 457 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

88

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **22. März 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 24 Ortex

Zum Europäischen Rat am 19./20.3.1984 in Brüssel

1) Trotz guter Vorbereitung (Agrarminister, Außenminister, vielfältige bilaterale Kontakte), trotz entschlossener und einfühlsamer Bemühungen der französischen Präsidentschaft[2], die wir voll unterstützt haben, konnte ER in Brüssel nicht zum Erfolg geführt werden. Er ging nach zweitägigen eingehenden Erörterungen ergebnislos auseinander. Streitpunkte irisches Milchproblem[3] und Haushaltsausgleich für GB konnten nicht ausgeräumt werden und führten zum Abbruch. Zuvor waren – wenn auch bedingt durch Gesamtlösung – alle anderen Fragen, wie sie sich aus dem Stuttgarter Paket[4] ergeben, einvernehmlich geregelt worden. Entwurf der Schlußfolgerungen über neue Politiken, GAP, Strukturfonds, Haushalts- und Finanzdisziplin sowie eigene Mittel und Erweiterung (Abschluß der Verhandlungen am 30.9.84) ist verabschiedungsreif erarbeitet worden.[5] Die fertig formulierten EPZ-Texte[6] wurden unter diesen Umständen ebenfalls nicht verabschiedet.

2) Präsident Mitterrand (zur Zeit in USA[7]) wird nächste Woche in bilateralen Kontakten prüfen, ob die beiden offenen Probleme sich vor normalem ER im Juni[8] lösen lassen und ggf. Sonder-ER vor Juni einberufen. Inzwischen ist es Sache des Rates, die Durchführung vereinbarter Maßnahmen in eigener Verantwortung zu übernehmen und auch die damit zusammenhängenden weiteren Entscheidungen zu treffen.[9] Wir werden darauf dringen, daß dies zügig geschieht

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 26. März 1984 vorgelegen.

2 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

3 Zur Milchproduktion in Irland vgl. Dok. 29, Anm. 29.

4 Zum „Stuttgarter Paket" vgl. Dok. 3, Anm. 10.

5 Für den Entwurf der Schlußfolgerungen der EG-Ratspräsidentschaft vom 20. März 1984 vgl. Referat 410, Bd. 136098.

6 Die ursprünglich für die Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vorgesehenen Erklärungen zu den Ost-West-Beziehungen, zum Libanon, zur Lage im Nahen Osten, zum irakisch-iranischen Krieg, zu Lateinamerika und zu Zypern wurden von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten am 27. März 1984 in Brüssel abgegeben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 430–433.

7 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 28. März 1984 in den USA auf.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 181.

9 Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister einigte sich am 31. März 1984 in Brüssel auf ein Agrarpaket. Ministerialdirigent Loeck vermerkte dazu am 3. April 1984: „Die Beschlüsse haben in drei Bereichen eine grundsätzliche Wende in der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeleitet: Erstmalig wurden die Agrarpreise in ECU für die Mehrzahl der Produkte, insbesondere der nördlichen Überschußprodukte, gesenkt; die unbegrenzte Garantie für eine unbegrenzte Produktionsmenge wird in fast allen bedeutenden Marktordnungen durch Garantiebegrenzungen in der einen oder anderen Form ersetzt. […] Im agrarmonetären Bereich wurde ein System zum Abbau der bestehenden und zur Verhinderung künftiger Währungsausgleichsbeträge vereinbart. Die Beschlüsse, die mit Mehrheit gefaßt wurden […], vermögen zwar die durch das Anwachsen der Agrarausgaben verursachte

und Rat im übrigen die ihm nach dem Entwurf der ER-Schlußfolgerungen ohnehin obliegenden Detailarbeiten im Vertrauen auf spätere Gesamteinigung unverzüglich ausführt.

3) Zum Haushaltsausgleich für GB bestand Einvernehmen über Korrekturprinzipen, die prinzipiell für alle MS anwendbar sein sollen. Zu seiner Ausarbeitung haben wir erheblich beigetragen. Über die für das Haushaltsjahr 1984 an GB zu leistende Erstattung – und damit über Ausgestaltung der Korrekturmodalitäten – bestand jedoch zwischen GB einerseits (letzte Forderung 1250 Mio. ECU) und den anderen Delegationen (1000 Mio. ECU) eine nicht mehr zu überbrükkende Divergenz. BK schlug daher gegen Ende der Tagung vor, fünf Jahre lang an GB je 1000 Mio. ECU zu zahlen und danach Mechanismus anzuwenden. Hierbei bestand Einvernehmen, daß D nur zwei Drittel des Anteils zu zahlen haben sollte, der uns nach dem üblichen Haushaltsschlüssel zukommt.

Dieses allgemein begrüßte Angebot, das BK mit eindringlichem politischem Appell an GB verbunden hatte, wurde von allen Delegationen als ein angemessenes letztes Wort bezeichnet. Lediglich britischer Premierminister lehnte es als unzureichend ab, Frau Thatchers Forderungen richten sich nach wie vor auf ein dauerhaftes System und auf höhere Beträge.

Letztlich ist Gipfel aber nicht an vordergründigen Finanzfragen gescheitert, vielmehr ging es um Frage, wie innere Ausgewogenheit in der Gemeinschaft auf Dauer erreicht werden kann.

4) BK und BM haben in Bundestag und öffentlichen Äußerungen[10] deutlich gemacht, daß bei aller Enttäuschung über Brüsseler ER Resignation jetzt fehl am Platze wäre.[11] Vielmehr kommt es darauf an, die greifbar nahen Ergebnisse in den vielen schwierigen Teilbereichen des Stuttgarter Pakets nicht wieder entgleiten zu lassen, sondern bald definitiv zu sichern.

Vgl. auch Infofunk-Meldungen: Nr. 1061 d/o vom 20. und 1062 d/o vom 21.3.1984.

[gez.] Steinkühler

Referat 410, Bd. 136098

Fortsetzung Fußnote von Seite 436

akute Finanzkrise der Gemeinschaft 1984 und voraussichtlich 1985 nicht zu beheben, doch wird die Grundlage geschaffen, um die Produktions- und Ausgabensteigerungen unter Kontrolle zu bringen, damit ein besseres Haushaltsgleichgewicht zu erreichen und die Gemeinsame Agrarpolitik unter Respektierung ihrer grundlegenden Prinzipien auf einer gesunden wirtschaftlichen Basis fortzuführen." Die wichtigste Entscheidung zur Begrenzung bisher unbeschränkter Garantien sei im Milchsektor gefallen: „Es wurde für 1984/54 eine Garantiemenge von 99,57 Mio. t festgelegt. Darüber hinaus produzierte Mengen werden entweder beim einzelnen Erzeuger mit einer Abgabe von 75 % oder bei der Molkerei mit einer Abgabe von 100 % belegt." Vgl. Referat 416, Bd. 130907.

10 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher äußerten sich am Abend des 20. März 1984 in einer Pressekonferenz in Brüssel. Vgl. dazu das Manuskript; Referat 410, Bd. 136098.
Genscher äußerte sich ferner am 21. März 1984 in der Bundespressekonferenz. Vgl. dazu das Manuskript; Referat 410, Bd. 136098.

11 Bundeskanzler Kohl gab erst am 28. März 1984 eine Regierungserklärung zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 127, S. 4229–4233.
Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher am selben Tag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 127, S. 4244–4247.

89

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.31 NDL-517/84 geheim **23. März 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2] mit der Bitte um Entscheidung

Betr.: INF-Stationierung in den Niederlanden

I. 1) Hauptthema der deutsch-niederländischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 22.3. in Bonn war erwartungsgemäß die Durchführung der GLCM-Stationierung in den Niederlanden. Die niederländische Delegation trug u. a. vor, daß die Regierung, die sich selbst noch keine endgültige Meinung gebildet habe, bald eine Entscheidung treffen müsse, da die konkreten, die Infrastruktur betreffenden Vorbereitungen für die Stationierung, falls die ersten Systeme Ende Dezember 1986 einsatzbereit sein sollten, Mitte 1984 beginnen müßten. Vorher, spätestens im Juni, solle das Parlament befaßt werden. Dort werde man keinesfalls eine unkonditionierte Zustimmung erhalten wegen der bekannten Spaltung innerhalb der Volkspartei (CDA). Ein klares Nein zur Stationierung werde die Regierung ebenfalls nicht durchsetzen können, weil dazu die Stimmen der Rechtsliberalen (VVD) notwendig seien, die nicht zur Verfügung stünden. Es gehe also darum, sich auf eine Teilstationierung festzulegen, und zwar voraussichtlich auf 16 Systeme. Die Entscheidung über die übrigen 32 Systeme sollte einer späteren Abstimmung vorbehalten bleiben.

Die detaillierten Darlegungen überzeugten nicht in allen Punkten. Wir haben insbesondere auf die großen Schwierigkeiten für uns und die Allianz hingewiesen, falls die Niederlande sich praktisch vom Doppelbeschluß[3] lösen würden. Wir haben deutlich gemacht, daß wir, falls die Regierung Lubbers wirklich nicht anders, als von der niederländischen Delegation dargestellt, handeln könne, eine Verschiebung der Entscheidung im Sinne der Solidarität und zur Vermeidung eines falschen Signals an Moskau für richtiger halten würden.

Über die ausführliche niederländische Darstellung der innenpolitischen Situation und unsere Gegenargumente folgt gesonderte Vorlage.[4]

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M. E. ist die Zeit noch nicht gekommen, mit den Niederländern Rückfallpositionen zu diskutieren. Der Vorschlag aus dem NL-Verteidigungsministerium muß im Lichte der Haltung des dortigen Ministers gesehen werden; doch nicht er, sondern der Premierminister muß unterstützt werden."

2 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir dürfen keinesfalls durch Erwägung von Rückfallpositionen den NL ein Alibi bieten."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Schauer verfügte.
Hat Schauer am 4. April 1984 erneut vorgelegen.

3 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

4 Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 23. März 1984 über die deutsch-niederländischen sicherheitspolitischen Gespräche vom Vortag: „Die Niederländer stellten prekäre Situation ihrer Regierungskoalition dar, in der eine Partei – die liberale VVD – eine positive Stationierungsentscheidung voll unterstütze, der größere Partner CDA jedoch gespalten sei. Sieben CDA-Abgeordnete

2) Am Rande der Konsultationen fragte mich der Abteilungsleiter van der Put im niederländischen Verteidigungsministerium, der u. a. für Nuklearfragen zuständig ist und den ich in seiner Eigenschaft als Delegationsleiter in der High Level Group (HLG) näher kenne, ob uns statt der dargestellten Teilentscheidung mit einem grundsätzlich positiven Votum der Niederlande gedient sei, das allerdings eine Festlegung zu den einzelnen Daten des Stationierungsplans vermeiden würde. Er sei nicht sicher, ob er seinen Minister de Ruiter zu einer solchen Haltung überreden könne, glaube jedoch, daß, falls ein solcher Vorschlag aus einem anderen Stationierungsland, z. B. von uns, käme, er seinen Eindruck auf de Ruiter nicht verfehlen würde. Er selbst könne sich, da er durch Ressortabsprachen, insbesondere mit dem Außenministerium, mehr oder weniger auf die 16er-Lösung festgelegt sei, nur schwer bewegen. Ich habe erwidert, daß wir einem solchen Vorschlag gegenüber selbstverständlich eine Reihe von Bedenken hätten und aus unserer Lage heraus nur zum unbedingten Festhalten am Doppelbeschluß raten könnten, ich aber auf den ersten Blick ein solches Vorgehen für weniger schädigend als die vorgeschlagene Entscheidung für eine Teilstationierung hielte. Auf jeden Fall würde ich diesen Gedanken der Leitung des Hauses vortragen.

II. Die niederländische Präsentation überzeugte, wie gesagt, nicht in allen Punkten. Auf jeden Fall scheint das Problem für eine Reihe von Abgeordneten weniger im Gewissensbereich (für oder gegen Nuklearwaffenstationierung) als im taktisch-rüstungskontrollpolitischen Bereich zu liegen. Die schwankenden Abgeordneten der CDA scheinen wohl vor allem auf die künftige westliche Verhandlungsführung Einfluß nehmen zu wollen. Falls diese Bewertung zutrifft, sollte man den Niederländern gegenüber nicht nur darauf hinweisen, daß eine Entscheidung für die Stationierung einer begrenzten Zahl von GLCM nicht nur eine Loslösung vom Doppelbeschluß und einen Bruch der Bündnissolidarität darstellen würde, sondern sicherlich auch das falsche Signal an den Osten wäre und damit schwerwiegende Folgen für den rüstungskontrollpolitischen Ansatz haben könnte. Zudem wäre höchst zweifelhaft, ob die USA, die sich jetzt schon große Sorgen um die niederländische Haltung machen, durch eine derartige Entscheidung im Sinne der niederländischen Intentionen beeinflußt werden könnten.

Es erscheint sehr wichtig, den Niederländern jetzt auf hoher Ebene unseren Standpunkt deutlich zu machen. Ich rege deshalb an, daß Sie bei nächster Gelegenheit den niederländischen Außenminister[5] ansprechen. Sie könnten dabei den Gedanken van der Puts, ohne van der Put zu nennen, in das Gespräch einführen, d. h., eine positive Grundsatzentscheidung für die Stationierung ohne

Fortsetzung Fußnote von Seite 438

(darunter VM de Ruiter) seien eingeschworene Gegner der Stationierung". Sowohl eine vollständig positive als auch eine vollständig negative Stationierungsentscheidung würde zu einem Zerbrechen der Regierung führen: „Das Bündnis sei aufgerufen, durch neue Anstrengungen im Rüstungskontrollbereich behilflich bei der Meisterung dieser Schwierigkeiten zu sein." Schauer notierte, die Delegation der Bundesregierung habe erklärt: „Eine Reduzierung oder eine sonstige Beschränkung einmal vereinbarter GLCM-Stationierung in den Niederlanden müsse bei uns sehr ernste innenpolitische Auswirkungen haben. […] Auch die Montebello-Entscheidung über den Abzug von taktischen Nuklearwaffen aus Europa sei auf der Grundlage der vollen Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses gefallen." Vgl. VS-Bd. 11996 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Hans van den Broek.

Festlegung hinsichtlich der Daten hielten wir trotz einer Reihe von Bedenken für akzeptabler als eine Entscheidung für die Stationierung einer begrenzten Zahl von GLCM. Falls Sie einverstanden sind, würde ich im BMVg anregen[6], daß BM Wörner seinen niederländischen Kollegen bei der NPG Anfang April[7] in ähnlicher Weise anspricht.

Schauer

VS-Bd. 12047 (201)

90

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

D2-204-322.00 SO-250/84 VS-vertraulich **26. März 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Direktorenkonsultationen der Vier am 26. März 1984 in Bonn

Hiermit lege ich Aufzeichnungen über die Direktorenkonsultationen der Vier am 26. März 1984 in Bonn vor.

Ich mache besonders aufmerksam, daß die USA am 18. April 1984 ihren Vertragsentwurf zur Ächtung chemischer Waffen in Genf vorlegen wollen (Einfüh-

6 Ministerialdirigent Schauer notierte am 27. März 1984, er habe am selben Tag in einer Besprechung zur Vorbereitung der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4. April 1984 in Çeşme Bundesminister Wörner gebeten, „sehr deutlich zu machen, daß die niederländische Regierung von uns keinerlei Unterstützung für eine Entscheidung finden könne, die die Stationierung von weniger als 48 Marschflugkörpern vorsehen würde. Ich habe insbesondere darauf hingewiesen, daß ein solcher Schritt der Niederländer ein falsches Signal an die Sowjetunion darstellen würde und eine grundsätzlich positive Entscheidung ohne Festlegung zu den einzelnen Terminen des Stationierungsplans immer noch jeder Teilentscheidung vorzuziehen wäre. Bundesminister Wörner hat dieser Auffassung zugestimmt." Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4. April 1984 in Çeşme vgl. Dok. 102.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. März 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 31. März 1984 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut und Ministerialdirektor Pfeffer um Rücksprache bat, „insbes[ondere] zu Washington-Signal, WEU u. Weltwirtschaftsgipfel in London".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz vorgelegen, der die Weiterleitung an Meyer-Landrut und Pfeffer verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Ploetz am 2. April 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ück]spr[ache] wurde am 2.4. von D 2 u. Dg 21 wahrgen[ommen]."
Hat in Vertretung von Pfeffer Ministerialdirigent Schauer am 4. April 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 21 z[ur] K[enntnisnahme], D 2 n[ach] R[ückkehr] z. K."
Hat Ministerialdirigent Edler von Braunmühl am 5. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schenk verfügte.
Hat Pfeffer erneut vorgelegen.
Hat Schenk erneut vorgelegen.

rung durch Vizepräsident Bush persönlich). Wir sollen in der nächsten Woche konsultiert werden. Die Verifikationsklauseln seien strikt.

Pfeffer

[Anlage 1]

Betr.: Direktorenkonsultationen der Vier am 26. März 1984 in Bonn;
hier: West-Ost-Beziehungen

1) Beziehungen zur Sowjetunion

Burt äußerte sich auf Bitte von D 2 zum Verhältnis US–SU wie folgt:

SU bleibe durch den Beginn der westlichen Dislozierung „frustriert". Das sei einer der Gründe, weshalb sie nicht an die Tische von Genf zurückkehre.[4] Sie wolle die Berechtigung der Dislozierung nicht öffentlich anerkennen. Dazu kämen andere Gründe, die keine ganz klare Strategie hervorbrächten: Hoffnung auf Erosion in der NATO oder auf Konzessionen der NATO; niederländische Haltung zu INF; Tschernenko weder nach intellektueller Durchdringung des Stoffes noch in seiner Führungsqualität mit Andropow zu vergleichen; schwierige Erbschaft in Personal- und Administrationsfragen aus der Andropow-Zeit; das kollektive Team mit dem Gewicht der einzelnen Führungsfiguren noch nicht ganz aufeinander eingespielt (Platz Gorbatschows; Gromykos harte Linie).

Alle diese Gründe führten zur Einigung auf den kleinsten Nenner und zu einem gewissen Immobilismus. Außerdem wolle der Kreml Reagan im Wahlkampf[5] nicht helfen.

Deshalb gebe es zur Zeit nur die Möglichkeit auf Bewegung in folgenden nichtnuklearen Feldern:

– chemische Waffen,
– KVAE,
– MBFR,
– bilaterale Gegenstände.

Unter den bilateralen Themen seien zu nennen:

– Heißer Draht (nächstes Treffen Ende April, dann wohl schon Vertragsentwurf)[6],
– Abgrenzung im Bering-Meer (bald neues Treffen)[7],
– Fortsetzung der Arbeiten für ein Konsular- und ein Kulturabkommen,
– Diskussion regionaler Fragen (Shultz habe sich kürzlich mit Dobrynin über den iranisch-irakischen Krieg unterhalten).

4 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

5 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

6 Zur nächsten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verbesserung und Erweiterung des „Heißen Drahts" vgl. Dok. 107, Anm. 7.

7 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Seegrenze in der Beringstraße vgl. Dok. 13, Anm. 15.

Zu START und INF seien USA bereit, eine Diskussion über die diplomatischen Kanäle zu führen. Scowcroft habe entsprechende Botschaft übermitteln sollen.[8] Es sei schwierig, SU von der Ernsthaftigkeit der Linie zu überzeugen, die Präsident Reagan in seiner Rede vom 16. Januar 1984[9] angeschlagen habe. In den Briefen Reagan–Tschernenko[10], die weitgehend „philosophischer Natur" seien, spiele diese Frage eine Hauptrolle. Reagan habe versucht darzustellen, daß Washington trotz ideologischer Unterschiede das sowjetische System nicht bedrohen wolle.

Wegen INF signalisiere Moskau über verschiedene Quellen, daß ein Moratorium den Weg für die Wiederaufnahme von INF freimachen könne. Die Ungarn hätten vorgeschlagen, daß sich Washington in folgenden Feldern oder in einem von ihnen bewegen möge, um Moskau die Gesichtswahrung zu erleichtern:

– Gewaltverzicht,

– Rüstungskontrolle im Weltraum,

– „nukleare Normen" (code of conduct der Supermächte).

Wir waren uns einig, daß die Reisen der europäischen Minister (Bundesminister[11], Andreotti[12], Howe[13], der portugiesische Außenminister[14]) in engster Abstimmung untereinander durchgeführt werden sollen. Burt bot neueste Informationen aus amerikanischen Quellen vor jedem Besuch an und erbat genaue Information nach den Besuchen. Die Frage, ob schon bestimmte Vorstellungen für die Reise Mitterrands nach Moskau bestünden, verneinte Dejean de la Bâtie (F).[15]

Kornijenko besucht in dieser Woche London.[16] Bullard betonte, daß britische Seite Linie der Allianz wiederholen werde, insbesondere, daß es „keinen Ersatz für die Rückkehr an den Genfer Verhandlungstisch gebe".

8 Zum Aufenthalt des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, Ende März 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 107, Anm. 6.

9 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

10 Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 29. März 1984 mit, obwohl sich die amerikanischen Gesprächspartner „sehr schweigsam zeigen, schält sich heraus, daß Reagan sich, beginnend mit dem von VP Bush im Febr[uar] überbrachten Schreiben, zweimal schriftlich an GS Tschernenko gewandt und dabei Verhandlungswilligkeit der USA im Rüstungskontrollbereich betont und Dialog-Offerten seiner Januar-Rede wiederholt hat. Tschernenko hat auf erstes Schreiben offensichtlich im Ton nicht unfreundlich, in Sache mit Darlegung bekannter Positionen geantwortet. Ob Tschernenko zweites Reagan-Schreiben beantwortet hat, wollen hiesige US-Diplomaten weder bestätigen noch dementieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1320; Referat 213, Bd. 139346.
Für die zwischen 11. Februar und 19. März 1984 ausgetauschten Schreiben vgl. THE REAGAN FILES, Bd. 1, S. 213–217 (Auszug). Für die ungekürzte Fassung vgl. http://www.thereaganfiles.com/letters-between-president.html.

11 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

12 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 22. bis 24. April 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 139, Anm. 9.

13 Der britische Außenminister Howe besuchte die UdSSR vom 1. bis 3. Juli 1984. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 12.

14 Jaime Gama.

15 Der Besuch des Staatspräsidenten Mitterrand in der UdSSR fand vom 20. bis 23. Juni 1984 statt.

16 Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Kornijenko hielt sich vom 27. bis 30. März 1984 in Großbritannien auf.

2) Beziehungen zu Polen

D 2 brachte die Frage der NATO-Studie über Polen[17] auf und plädierte dafür, das Papier nicht auf Lageanalyse zu beschränken, sondern den operativen Teil zu erhalten. US und GB unterstützten dies. F blieb bei seiner ablehnenden Haltung.[18]

Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche bat D 2 darum, auch in diesem Stadium, also vor Verabschiedung des Stiftungsgesetzes und Fertigstellung des Statuts, in allen Gesprächen mit Polen unser Interesse zu betonen, damit die Sache positiv vorangehe.[19] Bullard erklärte, als protestantisches Land sei GB zurückhaltend; London frage sich, ob man sein Geld nicht besser in industrielle Entwicklungen in Polen investieren solle. D 2 hat dagegen, zusammen mit den USA und F, die politische Zielrichtung (Stärkung des Reformpotentials) in den Vordergrund gestellt. Burt bekräftigte das persönliche Interesse des Präsidenten. Man spreche bereits mit dem Kongreß, um im Bedarfsfall Geld für das Pilotprojekt bereit zu haben.

US haben einen „privaten Kanal" durch „eine bekannte Persönlichkeit" zu Jaruzelski eröffnet. Bisher sei es vor allem um die Freilassung der Solidaritäts- und KOR-Mitglieder gegangen. US wollen diesen „privaten Kanal" weiter benutzen und die Thematik ausweiten (Lockerung der Sanktionen im Gegenzug zu positiven polnischen Schritten).[20]

17 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 29. November 1983, der britische NATO-Botschafter Graham habe angeregt, eine Studie über die gegenwärtige Lage in Polen zu erarbeiten: „Es könne für die Allianz schädlich werden, wenn der gegenwärtige, etwas diffuse Zustand der Haltung der Allianz zu diesem wichtigen Thema noch längere Zeit andauere." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2153; Referat 214, Bd. 133048.
Referat 214 vermerkte am 1. Februar 1984: „Vor allem aufgrund französischen Einspruchs soll sich dieses Papier allein auf eine Darstellung der gegenwärtigen Lage und auf eine Prognose beschränken, d. h. keine operativen Schlußfolgerungen ziehen." Vgl. Referat 214, Bd. 133033.

18 Am 27. März 1984 teilte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), mit, der Politische Ausschuß auf Gesandtenebene (SPC) der NATO habe in einer Sitzung am Vortag, an der auch Experten aus den Hauptstädten teilgenommen hätten, einen Entwurf des Internationalen Stabs für eine Polen-Studie erörtert: „Die Sitzung ließ keine Änderung der Standpunkte hinsichtlich der von uns angestrebten operativen Anreicherung der Polen-Studie erkennen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 498; Referat 214, Bd. 133033.
Wieck berichtete am 23. Mai 1984: „In seiner Sitzung am 23.5.1984 verabschiedete der Rat die Polen-Studie der Allianz (Dok. C-M (84) 35). In der Aussprache […] bestand Einigkeit über die Notwendigkeit der Abstimmung der zukünftigen Politik der Bündnispartner gegenüber Polen." Alle Mitgliedstaaten außer den Niederlanden und den USA hätten sich für eine „stufenweise Intensivierung der Kontakte mit Polen" ausgesprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 934; Referat 214, Bd. 133033.

19 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 52, Anm. 13.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann vermerkte am 9. April 1984: „Das polnische Parlament hat am 6.4.84 das Stiftungsgesetz verabschiedet, das allgemein die Errichtung von Stiftungen in Polen regelt. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist gleichzeitig eine weitere rechtliche Voraussetzung für die Gründung einer Stiftung der katholischen Kirche für die private polnische Landwirtschaft und das Handwerk erfüllt. Es bedarf jetzt noch der Genehmigung der Statuten der Stiftung, die nach unseren Informationen gegenwärtig zwischen Kirche und polnischer Regierung erörtert werden." Vgl. Referat 421, Bd. 140341.

20 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 5. Mai 1984 in Washington berichtete der ehemalige Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, „von einem vertraulichen Anlauf Jaruzelskis, die Beziehungen zu Washington zu verbessern. Ein 1968 angesichts der damaligen auch stark antisemitischen Entwicklungen aus Polen emigrierter Jude namens Schaf, der noch heute Marxist sei, in Wien lebe und als enger Vertrauter Jaruzelskis gelte, habe ihn Anfang 1984 um ein Gespräch gebeten, das er mit Autorisation Jaruzelskis führen wollte. Präsident Reagan und AM Shultz hätten ihn, E[agleburger], ihrerseits zu einem solchen Gespräch ermächtigt, das in Wien

US haben beim letzten Pariser Treffen unsere Haltung bei der Umschuldungsfrage unterstützt.[21] Die USA seien allerdings weiterhin strikt gegen neue Kredite und polnische IWF-Mitgliedschaft[22]. Dazu bedürfe es weiterer Fortschritte in Polen. Der „Streit um die Kruzifixe" könne, wenn er weitergehe, sehr unangenehme Auswirkungen auf die Haltung der amerikanischen Bevölkerung haben.

3) West-Ost-Bericht der NATO[23]

Bitte von D 2, das zu veröffentlichende „Signal von Washington" bald zu entwerfen, stieß auf die Präferenz der drei übrigen: Zunächst müßten Analyse und vertrauliche Schlußfolgerungen behandelt sein, erst dann könne man sich an die öffentliche Erklärung machen.

Burt schlug vor, in der zweiten Hälfte April 1984 eine Sitzung des NATO-Rats mit Politischen Direktoren abzuhalten, um den West-Ost-Bericht voranzutreiben.[24] Die Erklärung von Washington sollte im übrigen mehr als ein Signal sein, nämlich die Allianzpolitik für konstruktivere West-Ost-Beziehungen langfristig definieren.

Wichtig sei die Behandlung der Out-of-area-Thematik im Bericht. Beim Besuch Lord Carringtons in Washington sei eingehend über das Thema gesprochen worden. Carrington habe den Gedanken ventiliert, ob sich die Politischen Direktoren drei- oder viermal im Jahr zur Diskussion dieser Thematik treffen sollten.

Dejean de la Bâtie machte Bedenken dagegen geltend.

Fortsetzung Fußnote von Seite 443

stattgefunden habe. […] In für Washington noch heute unerklärlicher Weise hätten die Polen das Gespräch dann abgebrochen und sich zurückgezogen." Vgl. VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

21 Zur Frage einer Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 12, Anm. 17.
Referat 422 vermerkte am 27. März 1984, zur Überwindung des Verhandlungsstillstands sei in einer Sitzung der Gläubigerstaaten am 6. Februar 1984 in Paris auf Vorschlag der Bundesregierung der Plan entwickelt worden, „der polnischen Seite ein paralleles Vorgehen vorzuschlagen, d. h. Regelung der Rückstände aus dem Umschuldungsabkommen 1981 bei gleichzeitigen Verhandlungen für die Fälligkeiten der Jahre 1982 bis 1984. Dieser Linie schlossen sich aufgrund persönlicher Entscheidung Präsident Reagans vom 20.3.1984 auch die USA an." Bei einem Treffen der 17 Gläubigerstaaten mit Polen am 21. März 1984 in Paris sei es zu keiner Einigung gekommen. Der französische Vorsitz habe einen Kompromiß vorgeschlagen, zu dem sich alle Teilnehmer bis 10. April 1984 äußern sollten: „Gläubigerregierungen sollen sich zu einer Gesamtregelung für die Jahre 1982 bis 1984 bereit erklären, und zwar zu günstigeren Bedingungen, als sie für 1981 vereinbart wurden; bezüglich der Zahlungsrückstände aus dem 81er-Abkommen sollen sie einer zeitlichen Streckung zustimmen. Die polnische Seite soll sofort 20 % der Rückstände aus dem 81er-Abkommen zahlen, weitere 30 % bei Paraphierung der Umschuldungsvereinbarung für 1982 bis 1984 und die restlichen 50 % bei Unterzeichnung dieser Vereinbarung." Vgl. Referat 422, Bd. 140137.

22 Referat 412 erläuterte am 1. März 1984: „Polen hat am 10.11.1981 den Beitritt zum IWF beantragt. Die Delegation des IWF-Stabes zur Vorbereitung der Beitrittsverhandlungen (Sammlung statistischen Materials, Errechnung der Quote) führte im November 1981 erste Gespräche in Warschau. Diese sind nach Ausrufung des Kriegsrechts im 13.12.1981 praktisch nicht weitergeführt worden." In der Folgezeit sei erkennbar geworden, „daß die USA dem polnischen Beitritt unter den gegebenen Umständen nicht zustimmen würden; sie besitzen bei Entscheidungen über den Beitritt eines neuen Mitglieds eine Sperrminorität. Bis zum Frühjahr 1983 unternahm auch die polnische Seite keine neuen Initiativen in dieser Frage. Mittlerweile hat Polen – u. a. bei den Umschuldungsverhandlungen in Paris – aber klar gemacht, daß es den Beitrittsantrag aktivieren will; es erhofft sich bei seinen Bemühungen besonders auch Unterstützung von seiten der Bundesregierung. Der sachliche Zusammenhang zwischen Umschuldung und IWF-Beitritt Polens ist unabweisbar." Die Bundesregierung stehe dem polnischen Antrag „grundsätzlich aufgeschlossen" gegenüber: „Sofern Polen die üblichen Verpflichtungen eines IWF-Mitglieds übernimmt (was z. Z. eher unwahrscheinlich ist), kann ihm nach den IWF-Statuten der Beitritt auch nicht verwehrt werden." Vgl. Referat 412, Bd. 130470.

23 Zum geplanten „West-Ost-Bericht" der NATO vgl. Dok. 87, Anm. 16.

24 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 25. April 1984 in Brüssel vgl. Dok. 117, Anm. 3.

[Anlage 2]

Betr.: Direktorenkonsultationen der Vier am 26. März 1984;
hier: Abrüstung und Rüstungskontrolle

1) KVAE

Der Gedanke, einen Katalog konkreter CBMs mit einer Bestätigung des Gewaltverzichts zu verbinden, wurde von den übrigen als zur Zeit verfrüht bezeichnet. Man müsse sehen, wie sich in der nächsten Phase die Konferenzlage entwickele. Burt ging im Vergleich zu seiner Einlassung in Washington[25] einen Schritt zurück und erklärte, dies sei für US nicht nur eine Sache des Timing, sondern auch der Substanz. Er könne nicht garantieren, daß sich die Amerikaner tatsächlich auf eine solche Lösung einlassen würden.

Der Erörterung von Beschränkungsmaßnahmen durch die NATO könne USA zur Zeit nicht zustimmen. Einrichtung einer einzigen Arbeitsgruppe sei vorzuziehen, falls sich das Problem in der nächsten Verhandlungsrunde[26] stelle (Vermeidung paralleler Diskussion östlicher und westlicher Vorschläge). Burt bemerkte, daß Goodby den sowjetischen Delegationsleiter[27] für April nach Washington eingeladen habe.

2) Chemische Waffen

Burt wies darauf hin, daß die USA beabsichtigen, am 18. April den angekündigten CW-Vertragsentwurf[28] in Genf vorzulegen. Vizepräsident Bush werde persönlich nach Genf reisen und dort eine einführende Rede halten.[29] US werden in der nächsten Woche mit uns und einigen ausgewählten NATO-Partnern über den Entwurf konsultieren.[30] Der amerikanische Entwurf werde „strikte Verifikationsregeln“ enthalten.

Zur Frage der Anwendung chemischer Waffen im Golfkrieg:

Bullard machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß die VN jetzt mit Entschiedenheit handeln müßten (ohne hierbei notwendigerweise den Irak zu beschuldigen[31]). Es sei jetzt wichtig, daß die Staatengemeinschaft ihre Haltung zur Frage der Anwendung chemischer Waffen deutlich mache. Andernfalls könne dies zu einer Eskalation der Anwendung chemischer Waffen im Golfkrieg führen (u. a. Anwendung durch Iran) und schlechtes Beispiel für andere regionale Konflikte geben.

Burt unterstützte Bullard, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß man gegenüber der SU Beweise für die Anwendung chemisch-biologischer Waffen in Süd-

25 Zu den Äußerungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, gegenüber Ministerialdirektor Pfeffer am 6. März 1984 vgl. Dok. 76, Anm. 16.

26 Zur zweiten Runde der KVAE vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 in Stockholm vgl. Dok. 191.

27 Oleg Alexejewitsch Grinewskij.

28 Zur Ankündigung des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. Dok. 13, Anm. 7.

29 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 18. April 1984 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329.

30 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

31 Zum Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vgl. Dok. 65, Anm. 4, und Dok. 86.

ostasien und Afghanistan[32] habe und ihr gegenüber ebenso fest hätte auftreten sollen. Die USA hätten ihre Besorgnis gegenüber Irak mit Nachdruck vorgetragen. Es sei wichtig, daß kein Land Irak mit Stoffen beliefere, die eine Produktion chemischer Waffen ermöglichten.

D 2 erklärte, noch seien die Beweise nicht erhärtet, so daß in Erklärungen und Demarchen zwar auf den Verdacht hingewiesen, aber die Verurteilung der Anwendung nur prinzipiell ausgesprochen werden könne.

Dejean de la Bâtie äußerte sich ebenso.

Bullard meinte, falls der UN-Bericht die Anwendung chemischer Waffen bestätige, sei dies für den Sicherheitsrat der Zeitpunkt, entschieden zu handeln und dies mit einem Appell zur Beendigung des Krieges zu verbinden.[33]

3) Rüstungskontrolle im Weltraum

Auf eine Frage von D 2 nach einer möglichen amerikanischen Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag eines völligen ASAT-Verbots[34] meinte Burt, die Administration werde am 31. März dem Kongreß einen Bericht über die Rüstungskontrolle im Weltraum vorlegen.[35] Dieser Bericht sei vom Kongreß als Voraussetzung für die weitere Finanzierung des ASAT-Programms angefordert worden. Hauptproblem für eine Rüstungskontrolle im Weltraum sei die Verifikation. Jede sowjetische ICBM-Rakete könne benutzt werden, um ein Anti-Satelliten-System in den Weltraum zu transportieren. Das amerikanische ASAT-System bestehe dagegen aus einer Rakete, die von einem Flugzeug abgeschossen werden könne. Die USA seien außerdem dabei, in einer weiteren Studie die

32 Die USA übermittelten den Vereinten Nationen am 22. März 1982 einen Bericht, in dem der UdSSR der Einsatz chemischer Waffen in Afghanistan vorgeworfen wurde. Ferner wurde dargelegt, die UdSSR habe Laos und Vietnam mit toxischen Kampfmitteln versorgt und deren Einsatz überwacht. Ein weiterer ergänzender Bericht wurde am 29. November 1982 vorgelegt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982, S. 103.

33 Vom 13. bis 19. März 1984 hielt sich eine von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar eingesetzte Expertenkommission im Iran auf, um den Vorwurf des Einsatzes chemischer Waffen durch den Irak zu untersuchen. In ihrem am 21. März 1984 übergebenen und am 26. März 1984 veröffentlichten Bericht stellten die Experten fest, daß es zu einem Einsatz chemischer Waffen gekommen sei, u. a. von Senfgas und Tabun. In einer Erklärung des VN-Sicherheitsrats vom 30. März 1984 wurden der Einsatz chemischer Waffen verurteilt und die beteiligten Konfliktparteien zur Einhaltung des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 aufgefordert. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1984, S. 232 f.
Für den Bericht vom 21. März 1984 (Dokument S/16433) vgl. http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=S/16433.

34 Die UdSSR unterbreitete am 20. März 1984 in der Genfer Abrüstungskonferenz den Entwurf eines Vertrags über das Verbot der Anwendung von Gewalt im Weltraum und vom Weltraum gegen die Erde. Artikel 2 sah ein Verbot aller Anti-Satelliten-Systeme vor. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 495–497.

35 Zu den amerikanischen Plänen für die Einrichtung eines Anti-Satelliten-Systems vgl. Dok. 21.
Botschafter Hermes, Washington, teilte am 4. April 1984 mit, der Bericht der amerikanischen Regierung über Rüstungskontrolle auf dem Gebiet von Anti-Satelliten-Systemen sei dem Kongreß am 2. April 1984 übergeben worden: „Bei einer ersten Bewertung ist festzustellen, daß der Bericht ganz auf seinen Zweck, nämlich auf die Bewilligung von Mitteln für den Bau eines amerikanischen ASAT-Systems, abgestellt ist." Die Beschreibung der Bedrohung durch sowjetische Systeme stehe eindeutig im Vordergrund: „Mögliche rüstungskontrollpolitische Ansätze werden dem prioritären sicherheitspolitischen Ziel der Bekämpfung der niedrig fliegenden sowjetischen Satelliten untergeordnet. Rüstungskontrollpolitische Möglichkeiten sieht der Bericht […] nicht in einem generellen Verbot von Anti-Satelliten-Waffen, sondern in begrenzten Abkommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1518; VS-Bd. 11371 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

Rüstungskontrolloptionen im Weltraum zu untersuchen. Hierbei denke man u. a. an einen no-first-use-pledge und an VBMs. Die USA seien sich des Problems der Rüstungskontrolle im Weltraum bewußt. Sie suchten nach Möglichkeiten, die mit den militärischen Erfordernissen in Einklang zu bringen seien. Die USA hätten dem Expertentreffen am 11. April 1984 in Brüssel zugestimmt. Die USA entsenden eine interministerielle Gruppe, die eine ausführliche Unterrichtung über die derzeitigen ASAT-Kapazitäten und über das Problem der Rüstungskontrolle im Weltraum vornehmen werde.[36]

4) CD-TOP: Verhütung eines Nuklearkrieges

Dejean de la Bâtie wies auf die französischen Vorbehalte gegenüber dem TOP: „Prevention of nuclear war including all related matters" hin. Frankreich sei aber bereit, einer Arbeitsgruppe mit dem Mandat „Conditions de la sécurité internationale à l'ère nucléaire" zuzustimmen. Dazu bitte F um die Unterstützung der übrigen.

[Anlage 3]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 26.3.1984 in Bonn;
hier: WEU

Burt und Dejean de la Bâtie bestätigten, daß WEU-Frage nicht zwischen Mitterrand und Reagan[37], sondern nur zwischen Andréani und Eagleburger angesprochen worden sei.

Burt wies auf die Möglichkeit hin, daß ein WEU-Ministerrat am 24.5.[38], der überwiegend von den Ministern selbst wahrgenommen werde, wenige Tage vor dem NATO-Ministertreffen[39] in manchen Kreisen in Washington zu Unbehagen führen könnte. Bisher seien die USA (außer durch ein Gespräch von D2 mit ihm, Burt, und anderen in Washington am 5.3.[40]) nicht unterrichtet worden. Burt bat nochmals um baldige eingehende Unterrichtung.

D2, unterstützt durch Dejean de la Bâtie und Bullard, unterstrich, auf dem WEU-Ministerrat am 24.5. werde sich öffentlich herausstellen lassen, daß die

36 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 12. April 1984 zur Sitzung der Abrüstungsexperten der NATO-Mitgliedstaaten am Vortag mit, eine amerikanischen Regierungsdelegation habe „eine ausführliche Unterrichtung über das sowjetische ASAT-Potential, über amerikanische Maßnahmen und über Möglichkeiten von Rüstungskontrollmaßnahmen gegeben" und erklärt: „Ein umfassendes ASAT-Verbot-Abkommen würde nach amerikanischer Auffassung höchstwahrscheinlich nicht dem Sicherheitsinteresse der USA und des Bündnisses entsprechen, da es einerseits kaum verifizierbar wäre und andererseits die Möglichkeit der USA beschränken würde, Satelliten der SU im Konfliktfall auszuschalten, von denen eine Bedrohung der Seeverbindungen des Bündnisses ausgeht. Jedoch werden Optionen für begrenzte Rüstungskontrollvereinbarungen und für VBMs weiter geprüft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 619; VS-Bd. 13396 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

37 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 28. März 1984 in den USA auf.

38 Die für den 24. Mai 1984 vorgesehene WEU-Ministerratstagung fand erst am 12. Juni 1984 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 140, Anm. 15.

39 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

40 Für die Unterrichtung von Mitarbeitern des amerikanischen Außenministeriums am 4. März 1984 vgl. Dok. 74.

WEU-Partner in enger Abstimmung mit den USA und mit dem Ziel der Stärkung des europäischen Pfeilers des Bündnisses die WEU revitalisieren wollten.[41]

(Für die Vorab-Unterrichtung der USA hatten wir zunächst einen Brief des Bundesministers an Shultz ins Auge gefaßt, der aber nicht ohne Abstimmung mit Frankreich abgehen sollte. Französischer Direktor hat vorsichtig reagiert. Wahrscheinlich ist es das Beste, der Bundesminister unterrichtet Shultz beim Besuch in Washington[42] mündlich.)[43]

[Anlage 4]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 26.3.1984 in Bonn; hier: Frühjahrstagung der NATO-AM (29.–31.5.1984) in Washington

– Vierer-AM-Essen am 29.5., 12.00 Uhr[44] (Abflug BM und AM Cheysson mit Concorde von Paris).
– Vorhergehendes Treffen Politischer Direktoren aus zeitlichen Gründen nicht möglich (Anflug D 2 und Andréani von deutsch-französischem Gipfel[45] wie die beiden Minister).
– Amerikanische Seite (Kornblum) beabsichtigt, Berlin-Experten für den 27./28.5. nach Washington einzuladen, damit diese Gelegenheit erhalten, drahtlich die Ergebnisse ihrer Beratungen vor dem Vierer-AM-Treffen am 29.5. zu übermitteln.
– Burt wird die Politischen Direktoren der Sechzehn am 29.5. zum Abendessen einladen.[46]

[Anlage 5]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 26. 3.1984 in Bonn; hier: Türkei

Bullard berichtete über seinen jüngsten Türkei-Besuch und seine Eindrücke:

41 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

42 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

43 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

44 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) vgl. Dok. 156.

45 Am 28. Mai 1984 fand in La Celle Saint-Cloud ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu statt. Vgl. dazu Dok. 149.
Im Anschluß daran fanden die deutsch-französischen Konsultationen am 28./29. Mai 1984 in Paris bzw. Rambouillet statt. Vgl. dazu Dok. 150 und Dok. 155.

46 Ministerialdirigent Schauer, z. Z. Washington, berichtete am 30. Mai 1984, am selben Tag habe ein Arbeitsessen der Politischen Direktoren der Außenministerien der NATO-Mitgliedstaaten stattgefunden. Erörtert worden seien die Ost-West-Beziehungen sowie die Belebung der WEU. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2452; Referat 204, Bd. 135258.

– große türkische Befriedigung über die Erfolge der Bekämpfung des Terrorismus, die erfolgreiche Ablösung des Militärregimes[47] und die Verbesserung der Wirtschaftslage;
– türkisches Bemühen, für diese Leistungen im Ausland Anerkennung zu finden (Andeutung, daß Einladungen an Evren zu Staatsbesuchen im Ausland willkommen wären);
– nachdrückliche Betonung der westlichen Orientierung der Türkei und der Wunsch, „die Beziehungen mit der EG zu normalisieren";
– offene Diskussion über Menschenrechtsverletzungen. Westliche Medienberichte über Menschenrechtsverletzungen würden als unfair empfunden, aber die türkischen Gesprächspartner kennten wohl nicht alle Fakten. Es sei daher wichtig, diese Frage gegenüber türkischen Gesprächspartnern immer wieder anzusprechen.

Burt teilte mit, daß Shultz im Juni in die Türkei reisen werde.[48] Einladung an Evren zu einem Staatsbesuch in Washington werde erwogen.

[Anlage 6]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 26.3.1984 in Bonn; hier: Naher Osten

Auf entsprechende Frage von Bullard wies Burt auf starken innenpolitischen Druck (u. a. demokratische Vorwahlen in New York am 3.4.) hin, die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Hart und Mondale unterstützten einen entsprechenden Gesetzesantrag des Senators Moynihan. Die Administration werde sich dem widersetzen. Er, Burt, erwarte keine Änderung der amerikanischen Haltung. Was die Frage eines Jordan Logistic Package[49] angehe, so bemühe sich die Administration um die Zustimmung des Kongresses. Die Aussichten seien ungewiß.

Zu der von D 2 aufgeworfenen Frage nach den Motiven Husseins für dessen scharfe öffentliche Kritik an der Nahost-Politik der USA[50] meinte Burt, Hussein sei über die amerikanischen Bindungen an Israel besorgt. Er bemühe sich auch, stärker von den Palästinensern akzeptiert zu werden. Schließlich rechne er wegen des amerikanischen Wahlkampfes 1984 nicht mehr mit Fortschritten im

47 Zur Bildung einer Zivilregierung in der Türkei vgl. Dok. 77, Anm. 2.
48 Ein Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in der Türkei fand erst vom 22. bis 25. März 1986 statt.
49 Die amerikanische Regierung beantragte im März 1984 beim Kongreß Hilfsgelder an Jordanien in Höhe von knapp 117 Mio. Dollar. Davon war ein Betrag von 95 Mio. Dollar zum Kauf von defensiven Waffen, Fahrzeugen, Kommunikationssystemen und Munition vorgesehen. Ferner sollte die Ausbildung der jordanischen Streitkräfte unterstützt werden. Ein Teil des Geldes sollte ferner zur Unterstützung der jordanischen Landwirtschaft verwendet werden. Vgl. dazu die Äußerungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Murphy, vor einem Unterausschuß des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses am 15. März 1984; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2086, S. 69.
50 Zu den Äußerungen des Königs Hussein vgl. Dok. 104.

Nahost-Friedensprozeß. Die Aussichten für solche Fortschritte seien im übrigen durch die Äußerungen des Königs noch weiter gemindert worden.

[Anlage 7]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 26.3.1984 in Bonn;
hier: Iran-Irak/Lage am Golf

Burt wies auf die Konsultationen mit Großbritannien über eine evtl. Krisenfallplanung im Golf hin. Auch mit Frankreich stehe man in dieser Frage in Kontakt. Insgesamt sei die französische und britische Einschätzung hinsichtlich einer möglichen Eskalation des Krieges am Golf weniger pessimistisch als die amerikanische. Trotzdem sei es wichtig, daß die USA, Großbritannien und Frankreich die politische und militärische Krisenfallplanung fortführten. Die USA hätten auch mit den Golfstaaten über eine engere militärische Kooperation gesprochen. Diese sähen die Notwendigkeit, seien aber nicht bereit, Verpflichtungen zu übernehmen. Die Bereitschaft hierzu werde – so Burt – gefördert, wenn die USA gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien aufträten. Die Koordinierung der politischen Kontakte mit den Golfstaaten sei ebenso wichtig wie eine Erörterung militärischer Fragen mit ihnen. Eine enge Koordinierung sei notwendig. Die USA hätten auch mit der SU über die Lage am Golf gesprochen und der SU klargemacht, daß die USA entschlossen seien, die freie Schiffahrt in der Straße von Hormuz zu schützen und den Golfstaaten beizustehen, falls diese darum bäten. Desgleichen habe man der SU klargemacht, daß die USA eine Krise nicht zur Erreichung eigener politischer Ziele ausnützen würden und daß sie das gleiche von der SU erwarteten. Die SU habe zwar deutlich gemacht, daß nach ihrer Auffassung eine amerikanische militärische Präsenz die Lage in der Region verschärfen werde; sie habe aber an der amerikanischen Erklärung, die freie Schiffahrt im Golf und in der Straße von Hormuz sichern zu wollen, nur verhaltene Kritik geäußert.

Bullard stellte die Haltung Großbritanniens, das in jüngster Zeit einige Minensuchboote näher an den Golf herangerückt habe, wie folgt dar:

– Vorrang diplomatischer Mittel,
– militärische Aktionen nur bei offiziellen Hilfeersuchen eines oder mehrerer Golfstaaten,
– Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel (Mindestmaß an Gewaltanwendung),
– enge Kooperation (jedoch keine Integration), insbesondere der militärischen Krisenfallplanung mit USA und Frankreich.

Burt: Es sei wichtig, daß die westlichen Regierungen – je für sich – eine beruhigende öffentliche Erklärung bereithielten für den Fall einer Unterbrechung der Schiffahrt im Persischen Golf und damit der Ölzufuhr. Da es erhebliche strategische Ölreserven gebe, komme es darauf an, eine Überreaktion im Westen zu verhüten, die zu einem ungerechtfertigten Ansteigen der Erdölpreise führen könnte.

[Anlage 8]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 26.3.1984 in Bonn;
hier: südliches Afrika

D 2 würdigte den amerikanischen Beitrag zu den Vereinbarungen Südafrika–Mosambik[51] und Südafrika–Angola[52]. Er unterstrich die Notwendigkeit, Fortschritte auch in Richtung auf eine Namibia-Lösung (SR 435[53]) zu erreichen. Dejean de la Bâtie, auf eine erneute aktive französische Mitarbeit in der Fünfergruppe angesprochen, meinte, Frankreich neige dazu, zunächst die Entwicklung zwischen Angola und Südafrika abzuwarten.

Burt wies darauf hin, daß man mit einem Antrag Mosambiks auf Beitritt zum IMF und zur Weltbank rechnen könne. Ein solcher Antrag verdiene Unterstützung. Die Ernsthaftigkeit des angolanischen Bemühens, mit Südafrika zusammenzuarbeiten und einen Abzug der Kubaner zu erreichen, unterstreiche den angolanischen Wunsch nach einer friedlichen Lösung des Konflikts. Südafrika habe seine Unterstützung für Res. 435 betont. Die USA seien vorsichtig optimistisch. Die SU habe bisher kein Interesse gezeigt, sich an der Entwicklung im südlichen Afrika im positiven Sinne zu beteiligen. Sie habe auf entsprechende Gesprächsangebote von Crocker nicht reagiert. Die USA erwarteten für Ende März/Anfang April weitere Gespräche mit der MPLA. Die USA würden ihre Bemühungen um eine Angola-Namibia-Lösung fortsetzen.

Bullard stimmte D 2 zu, daß man in Pretoria weiterhin auf die baldige Durchführung von SR 435 drängen müsse.

Burt meinte, die Fünfergruppe solle erst nach den amerikanischen Gesprächen mit der MPLA wieder an Südafrika herantreten. Nach amerikanischen Erkenntnissen bestehe in Luanda eine große Bereitschaft, auf die Europäer zu hören. Die portugiesische Regierung habe ausgezeichnet mit den USA zusammengearbeitet. Ihre Unterstützung sei sehr wertvoll gewesen.

[Anlage 9]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren;
hier: Zentralamerika

D 2 stellte die Frage, ob die CADESCA-Gruppe (Lateinamerika und Mexiko), auf die der mexikanische Außenminister hingewiesen habe[54], als Partner der Zehn für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralamerika in Frage komme. Die übrigen drei wollen der Frage nachgehen.

51 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

52 Zu dem am 16. Februar 1984 in Lusaka vereinbarten schrittweisen Abzug südafrikanischer Truppen aus Angola vgl. Dok. 49, besonders Anm. 4 und 10.

53 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 49, Anm. 5.

54 Zur Bitte des mexikanischen Außenministers Sepúlveda um Unterstützung des Ausschusses für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Zentralamerikas (CADESCA) vgl. Dok. 78, besonders Anm. 5.

Burt äußerte sich auf Frage von Bullard skeptisch zu der Entwicklung der Beziehungen USA–Kuba: Solange Castro an der Macht sei, stünden einer Normalisierung auf kubanischer Seite wohl kaum überwindbare psychologische Schwierigkeiten entgegen. Zu Nicaragua bat Burt die Europäer um Unterrichtung, falls sie beabsichtigten, Wahlbeobachter[55] zu entsenden.

[Anlage 10]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 26.3.1984 in Bonn;
hier: Weltwirtschaftsgipfel[56] (Politischer Teil)

Bullard unterrichtete über die britische Absicht, am 18.5. zu einem Treffen der sieben Politischen Direktoren in Paris einzuladen, um dort eine annotierte politische Themenliste für die Minister und die Staats- und Regierungschefs zu erarbeiten, die dann den Persönlichen Beauftragten am 19./20.5. vorgelegt werden könne. Attali habe diesem Treffen zugestimmt. Bisher stehe aber die Zustimmung Andréanis noch aus.[57]

Dejean de la Bâtie wiederholte die französischen Vorbehalte gegenüber der Erörterung politischer Themen auf dem Weltwirtschaftsgipfel: Williamsburg[58] sei angesichts des damals sehr ernsten Problems der INF-Stationierung eine Ausnahme gewesen. Über die französische Haltung zu einem Siebener-Vorbereitungstreffen der Politischen Direktoren werde er Bullard so bald wie möglich unterrichten.

D 2 regte gemäß Sprechzettel der Abteilung 5 an, daß sich der Wirtschaftsgipfel mit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus befassen möge.

Burt äußerte sich zustimmend: Man beabsichtige auf amerikanischer Seite keine Erklärung zu diesem Thema; Präsident Reagan würde aber eine Diskussion über das Thema begrüßen und es wahrscheinlich selber aufgreifen.

Dejean de la Bâtie äußerte sich zurückhaltend: Man solle zunächst die Überlegungen des Expertentreffens am 12./13.4. in London[59] abwarten. Es gebe wohl bessere Foren als die Sieben, um diese Frage zu diskutieren.

55 Zur Ankündigung von Wahlen in Nicaragua vgl. Dok. 40, Anm. 4.

56 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

57 Zur Sitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staaten am 18. Mai 1984 in Paris vgl. Dok. 122, Anm. 46.

58 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

59 Ministerialdirektor Bertele vermerkte am 26. April 1984 zu dem Treffen von Terrorismusexperten der am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staaten, erörtert worden seien die Sicherheitslage im internationalen Luftverkehr sowie der Schutz vor Terroranschlägen gegen diplomatische Missionen und die Terrorismusbekämpfung insgesamt. Die amerikanischen Vertreter hätten auf die Zunahme von Anschlägen seit 1978 hingewiesen und erklärt, es zeige sich „immer stärker staatlich unterstützter Terrorismus, und zwar seitens Libyens, Irans, Syriens (das jedoch weniger aktiv als der Iran sei, der bei den Anschlägen in Beirut beteiligt gewesen sein dürfte), Nordkoreas und auch der Sowjetunion. Die US erklärten sich bereit, ihre Erkenntnisse über die Terrorszene im Detail den Sechs zugänglich zu machen“. Vgl. Referat 412, Bd. 130543.

[Anlage 11]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 26.3.1984 in Bonn;
hier: nächstes Vierertreffen

Bullard beabsichtigt, in der zweiten April-Hälfte im zeitlichen Zusammenhang mit einem durch die Politischen Direktoren verstärkten Treffen des NATO-Rats in Brüssel zu einem nächsten Vierertreffen der Politischen Direktoren (nach Brüssel oder London) einzuladen.[60]

VS-Bd. 12953 (204)

91

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-11401/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. März 1984, 19.21 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 504 **Ankunft: 27. März 1984, 19.47 Uhr**
Cito

Betr.: Sitzung der SCG am 27.3.1984

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Schwerpunkte der Erörterungen im kleinen Kreis (Quint) waren eine Analyse der gegenwärtigen sowjetischen Haltung hinsichtlich der nuklearen Rüstungskontrolle (INF/START), Diskussion der weiter vom Bündnis zu verfolgenden Linie sowie eine Aussprache über bereits bilateral von NL vorgetragenen Gedanken einer neuen INF-Initiative[2] zur innenpolitischen Entlastung der nieder-

60 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 24. April 1984 in London vgl. Dok. 117.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Weiß am 28. März 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Vogel und Ministerialdirigent Edler von Braunmühl sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich für Arnot: „Wir sollten röm[isch] 2 besprechen.“
Hat Vogel am 28. März 1984 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 29. März 1984 vorgelegen.
Hat Arnot am 30. März 1984 vorgelegen, der den handschriftlichen Vermerk von Weiß mit Häkchen versah.

2 Botschafter Ruth vermerkte am 15. März 1984, der Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, Vos, habe ihn am 13. März 1984 aufgesucht, um Überlegungen für eine neue INF-Initiative zu sondieren: „Den Kern dieser Überlegungen bildet der Gedanke, das Bündnis solle noch vor der im Juni d. J. anstehenden Stationierungsdebatte im niederländischen Parlament seine Bereitschaft erklären – unter der Bedingungen sowjetischer Reduzierungen bis zu einem bestimmten Niveau –, die Stationierung auf westlicher Seite an einem entsprechenden Punkt anzuhalten. Diese Bereitschaft soll möglichst an ein bestimmtes Datum Ende 1985 geknüpft werden (Beginn der niederländischen Stationierung ist 1986 vorgesehen), so daß die zugrunde zu legenden Zahlen sich an der

ländischen Regierung bei der im Frühsommer beabsichtigten Stationierungsentscheidung.

Es bestand Übereinstimmung, daß gegenwärtige offizielle kompromißlose sowjetische Haltung dem Versuch dienen dürfte, durch eine evtl. länger dauernde Politik des leeren Stuhls im nuklearen Kernbereich der Rüstungskontrolle die Kohäsion des Bündnisses zu unterminieren und für die Rückkehr an den Verhandlungstisch[3] einen möglichst hohen Preis zu erlangen.

Burt bestätigte, daß sowjetische Regierung in den laufenden vertraulichen Kontakten in Moskau und Washington ablehnt, über nukleare Rüstungskontrolle in einen substantiellen Dialog einzutreten.

NL-Vorschlag für eine neue INF-Initiative (einseitige Erklärung des Bündnisses, Stationierung bei Zahl X zu stoppen, wenn SU auf Zahl X+Y reduziert) wurde von allen Stationierungsländern und USA als nicht opportun und zu riskant abgelehnt. Auf Anregung von D2A[4] werden Partner im Kreise der Quint sich um Formel bemühen, die ohne Konzession in der Substanz der NL-Regierung eine gewisse Hilfestellung gegenüber dem Parlament geben könnte.

II. Im einzelnen

1) Burt bestätigte Pressemeldungen, wonach es Scowcroft bei dem kürzlichen Moskau-Besuch der sog. Dartmouth-Gruppe nicht gelungen sei, einen hochrangigen sowjetischen Regierungsvertreter zu sprechen und den Inhalt des von ihm übergebenen Briefs Präsident Reagans zu erläutern.[5]

Sowohl in Moskau wie in Washington habe amerikanische Regierung ihre Bereitschaft bekräftigt, mit der SU, wann immer diese dazu bereit sei, auch vertrauliche Gespräche über nukleare Rüstungskontrolle ohne förmliche Wiederaufnahme von Verhandlungen zu führen.

Die Kontakte mit der SU, die einen weiten Bereich von Fragen auch außerhalb der Rüstungskontrolle behandelten, verliefen auf drei Ebenen, nämlich regelmäßige Treffen zwischen Shultz und Dobrynin, häufige Zusammenkünfte von Hartman und Gromyko und Botschaften, die zwischen dem Präsidenten und Tschernenko[6] gewechselt würden. Dies sei jüngst mehrfach der Fall gewesen. Die USA hätten dabei die Sowjets auch wissen lassen, daß sie unabhängig von Bewegung im nuklearen Bereich zu aktivem Vorgehen im nichtnuklearen Rüstungskontrollbereich entschlossen seien. (Burt erläuterte in diesem Zusammenhang während des Mittagessens der Delegationsleiter, die USA legten größten Wert darauf, daß ein neuer MBFR-Vorschlag noch in dieser Verhandlungsrunde in Wien eingeführt werde.[7] Der amerikanische C-Waffenvertragsentwurf

Fortsetzung Fußnote von Seite 453

dann erreichten Höhe der amerikanischen Stationierungen zu orientieren hätten." Vgl. VS-Bd. 11357 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

4 Friedrich Ruth.

5 Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Weiß hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist das die vollständige Inform[ation]?"
Zum Aufenthalt des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, Ende März 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 107, Anm. 6.

6 Zum Briefwechsel zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vgl. Dok. 90, Anm. 10.

7 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten legten am 19. April 1984 neue Vorschläge vor. Vgl. dazu Dok. 113.

werde wahrscheinlich am 18.4.1984 in Genf eingeführt.[8] Vorher seien Konsultationen mit den Verbündeten vorgesehen.[9])

Unter Hinweis auf die von Gromyko in Stockholm gegenüber Shultz[10] eingenommene Haltung lehne die SU aber gegenwärtig solche Verhandlungen ab. Angesichts einer Reihe von Unwägbarkeiten wie US-Wahlkampf[11], NL-Stationierungsentscheidung, noch unklare Stellung Tschernenkos u. a. sei eine Voraussage, wann die SU ihre Verweigerungstaktik aufgeben werde, kaum möglich.

Von seiten UK und IT wurde besonders die Ambiguität der sowjetischen Position abgehoben.[12] Offizielle Stellungnahmen forderten zwar immer wieder die Rücknahme der Stationierung als Bedingung für die Wiederaufnahme der INF- und START-Verhandlungen, gleichzeitig ventilierten Arbatow, Dawydow und andere sowjetische „Experten" aber gegenüber westlichen Gesprächspartnern den Gedanken eines „freeze" mit dem Ziel, die westeuropäische öffentliche Diskussion zu beeinflussen.

D 2 A wies darauf hin, daß der Besuch Dr. Vogels in Moskau[13] eine Verhärtung der sowjetischen Position aufgezeigt habe. Auf die von der SU eingeschlagene Taktik eines länger anhaltenden Vakuums innerhalb des Rüstungskontrolldialogs müsse der Westen mit Initiativen im nicht-nuklearen Bereich (CW, MBFR, KVAE) antworten.

IT wies in dem Zusammenhang darauf hin, daß der Westen auf ganze Serien sowjetischer Rüstungskontrollinitiativen (CW, Weltraum, MBFR, Gewaltverzicht) fast immer nur negative Antworten bereithalte. Es frage sich, wie sich dies langfristig auf die öffentliche Meinung des Westens auswirke. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob im Rahmen der Diskussionen der SCG nicht auch das rüstungskontrollpolitische Umfeld von INF und START berücksichtigt werden sollte. Dieser Gedanke wurde später in der SCG vertieft und grundsätzlich befürwortet.

2) USA und Stationierungsländer waren sich einig, daß NL-Vorschlag für eine neue INF-Initiative für das Bündnis mit zu großem Risiko behaftet sei. Als Hauptnachteile des niederländischen Vorschlags wurden gesehen:

– das darin liegende Abgehen vom Beschluß vom 12. Dezember 1979[14], wonach lediglich ein konkretes Verhandlungsergebnis eine Überprüfung des Stationierungsumfangs möglich macht,
– die Gefahr, daß in anderen Stationierungsländern die Grundsatzdebatte über INF neu eröffnet werde.

8 Vgl. dazu die Rede des amerikanische Vizepräsidenten Bush; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329.

9 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 9. April 1984 in Brüssel vgl. Dok. 106.

10 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 13.

11 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

12 So in der Vorlage.

13 Zum Besuch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel vom 11. bis 14. März 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 84, Anm. 6.

14 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Andererseits waren sich alle einig, daß hier nicht nur ein Problem der Niederländer, sondern der gesamten Allianz vorliege und das Bündnis alles tun müsse, um NL-Regierung Rücken zu stärken. Auf Vorschlag von D2A wurde im kleinen Kreise vereinbart, weiter nach einer Formel zu suchen, die ohne Veränderung der Bündnisposition in der Substanz den Willen des Bündnisses zur nuklearen Abrüstung herausstellen und der niederländischen Regierung so Flankenschutz geben könnte.

3) In der Vollsitzung der SCG wurden auf der Grundlage eines amerikanischen und eines italienischen Papiers die Frage sowjetischer Optionen für eine Wiederaufnahme der nuklearen Verhandlungen und die sich daraus für die westliche Position ergebenden Konsequenzen erörtert. Es bestand Einvernehmen, daß in der Öffentlichkeit von zeitlichen Voraussagen über die mögliche Rückkehr der SU an die nuklearen Verhandlungstische abgesehen werden sollte, da dies von zu vielen Unbekannten abhänge und außerdem den Druck auf die SU schwächen könnte.

4) Nach US-Erkenntnissen sind alle SS-5-Raketen jetzt aus dem Verkehr gezogen. Die neue offene Zahl für die SS-4 ist 224. Die SS-20-Zahl ist unverändert 378.[15]

5) Die nächste SCG-Sitzung soll nach dem Moskaubesuch Andreottis[16] Anfang Mai stattfinden.[17]

6) Im Kreise der Delegationsleiter teilte Burt ferner mit, in der Frage Rüstungskontrolle im Weltraum prüften die USA z.Z. eine Reihe möglicher Optionen. Ende März müsse dem Senat außerdem ein Bericht über die ASAT-Problematik erstattet werden.[18] Dieser komme zu dem Ergebnis, daß einem Vorschlag für ein völliges ASAT-Verbot im Weg stehe, daß dieses nicht verifizierbar sein würde.[19]

Aus diesem Bericht dürfe aber nicht geschlossen werden, daß die USA jede Form einer ASAT-Beschränkung ausschlössen. Die USA blieben auch weiterhin dem Gedanken weltraumbezogener Rüstungskontrollvereinbarungen verpflichtet.

Hartmann

VS-Bd. 13395 (213)

15 Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Weiß hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber Burt sprach doch noch von Aufwuchs: 2 Stellungen in Fernost, 1 Stellung westl[ich] Ural."

16 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 22. bis 24. April 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 139, Anm. 9.

17 Am 25. April 1984 fand in Brüssel eine kurzfristig einberufene Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinsten Kreis (Quint) statt. Vgl. dazu Dok. 116.
Die nächste Sitzung der SCG fand am 15. Mai 1984 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 139.

18 Zu dem am 2. April 1984 vorgelegten Bericht der amerikanischen Regierung über Rüstungskontrolle auf dem Gebiet von Anti-Satelliten-Systemen vgl. Dok. 90, Anm. 35.

19 Der Passus „daß einem Vorschlag … verifizierbar sein würde" wurde von Legationsrat I. Klasse Weiß hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies scheint auch sowjetische Ansicht zu sein. Vgl. Neue Zeit v. 23.3."

92

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz

VS-vertraulich **28. März 1984**[1]

Lieber George,

der Bundeskanzler hat bei seinem Frühstück mit Ihnen am 5. März 1984 in Washington[2] die dringende Bitte geäußert, keinen Deutschen aus der DDR, der in US-Botschaften in Staaten des Warschauer Paktes Zuflucht sucht, gegen seinen Willen aus dem Gebäude der Vertretung zu entfernen, und ferner gebeten, sich in allen Fällen eng mit uns abzustimmen. Die amerikanische Regierung hat uns zu der Problematik nunmehr durch ihre Botschaft in Bonn am 19. März 1984 eine Mitteilung zukommen lassen[3], die wir eingehend geprüft haben.[4]

Die Bundesregierung würdigt das Verständnis der Regierung der USA für die Ausreisebestrebungen von Deutschen aus der DDR ebenso wie das Verständnis für die Sorge und Verantwortung, welche die Bundesregierung diesen Personen gegenüber trägt, die sich uns zuordnen, um ihre Rechte aus der deutschen Staatsangehörigkeit in Anspruch zu nehmen. Sie ist dankbar für die Bereitschaft Ihrer Regierung, sich für Ausreisen auf normalem Wege nach Kräften einzusetzen.

1 Durchdruck.
Das Schreiben wurde mit Drahterlaß Nr. 375/376/377 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup vom 28. März 1984 an die Botschaft in Washington übermittelt. Dazu vermerkte Kastrup, das Schreiben solle „unverzüglich in dort geeignet erscheinender Weise“ weitergeleitet werden: „Um Bericht über das Veranlaßte wird gebeten.“ Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Zum Gespräch vgl. Dok. 72.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup teilte Ministerialdirektor Meichsner, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, und Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, am 19. März 1984 mit, der amerikanische Gesandte Woessner habe Staatssekretär Meyer-Landrut am selben Tag über die amerikanische Haltung zur Frage von zufluchtsuchenden Deutschen aus der DDR in amerikanischen Botschaften unterrichtet und dazu ausgeführt: „Die von AM Shultz gebilligte Linie sei das Ergebnis einer ‚policy review‘ und bestätige die grundsätzliche Position, die das State Department seit 1978 gegenüber Personen einnehme, die über US-Botschaften ihre Ausreise erzwingen wollten. Gesandter Woessner hob hervor, daß die amerikanische Seite bereit sei, den Besorgnissen der Bundesregierung Rechnung zu tragen und als Ausnahme von der Regel Deutsche aus der DDR nicht zwangsweise aus der Botschaft zu entfernen, vorausgesetzt, daß die Bundesregierung in jedem Fall zustimme, die betroffenen Personen noch am selben Tag zu übernehmen […]. Falls dies nicht möglich sei, aber Arrangements für den nächsten Tag eingeleitet worden seien, werde man sich bemühen, flexibel zu sein.“ Kastrup stellte fest, die amerikanische Haltung „wird hier als sehr unbefriedigend empfunden und erfordert eine Reaktion von unserer Seite“. Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl legte am 26. März 1984 dar, die vom amerikanischen Gesandten Woessner am 19. März 1984 gegenüber Staatssekretär Meyer-Landrut dargelegten Bedingungen, daß eine Regelung mit der DDR noch am selben Tag, spätestens am nächsten Tag, erreicht werden müsse und die betroffenen Personen von der Vertretung der Bundesrepublik übernommen werden müssen, bedeuteten praktisch: „Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind, werden die betreffenden Personen zwangsweise aus den amerikanischen Botschaften entfernt.“ Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung der amerikanischen Regierung, daß die Zufluchtsuche in Botschaften kein geeignetes Mittel zur Durchsetzung der Ausreise ist. Sie hat dies wiederholt öffentlich erklärt.

Sie respektiert die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten, daß es Ausreisewilligen in osteuropäischen Staaten normalerweise nicht gestattet wird, sich über den Zeitpunkt der Beendigung der Dienstgeschäfte hinaus in den US-Botschaften aufzuhalten.

Die Bundesregierung ist darum bemüht, zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR mit großem Ernst von der Notwendigkeit zu überzeugen, im eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Erhaltung und Verbesserung der Ausreisemöglichkeiten, die Gebäude der Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland aus freien Stücken wieder zu verlassen.

Die Regierung kann sich jedoch in derartigen Fällen aus rechtlichen und moralischen Gründen nicht dazu verstehen, Deutsche aus der DDR gegen ihren Willen aus den Vertretungen zu entfernen. Sie nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß auf seiten der amerikanischen Regierung Bereitschaft besteht, für diese Personen besondere Regelungen gelten zu lassen. Ich möchte allerdings darum bitten, die Bedingungen, die von Ihrer Seite daran geknüpft werden, noch einmal zu überprüfen.

Die von Ihnen festgelegten bestimmten Fristen können zu Situationen führen, die eine wirksame Hilfe für die betreffenden Personen unmöglich machen. In allen Fällen, in denen die Zufluchtsuchenden nicht dazu bewogen werden können, die Vertretungen aus eigenem Entschluß wieder zu verlassen, bemüht sich die Bundesregierung, ein Arrangement mit den Dienststellen der DDR zu treffen, wobei die Gewährleistung des Schutzes vor Strafverfolgung durch DDR-Behörden im Vordergrund steht. Die Dauer dieser Bemühungen kann sehr unterschiedlich sein. Sie haben bisher aber stets zum Erfolg geführt.

Wenn Sie ferner verlangen, die Zufluchtsuchenden in die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland zu überführen, so ist dies nicht nur praktisch außerordentlich schwierig, sondern auch den Interessen der Betroffenen abträglich. Nach unseren Erörterungen mit der DDR-Regierung müssen wir davon ausgehen, daß dadurch unüberwindbare Hindernisse für eine effektive Regelung der Fälle entstehen.

Die Bundesregierung ist bereit, die Botschaften der Vereinigten Staaten in allen Fällen, in denen Deutsche aus der DDR Zuflucht suchen, nach Kräften zu unterstützen. Wir wären deshalb dankbar, wenn wir unverzüglich über jeden auftretenden Fall unterrichtet werden könnten, um zu prüfen, was von unserer Seite aus am wirksamsten geschehen kann. Angehörige unserer Vertretungen stehen zur Verfügung, um an Ort und Stelle gegebenenfalls Gespräche mit den Zufluchtsuchenden zu führen. Sie können notfalls auch den Kontakt mit dem für die DDR-Behörden tätigen Rechtsanwalt[5] vermitteln. Die Bundesregierung ist schließlich bereit, Leistungen zu erbringen, die zur Lösung der Fälle gegebenenfalls erforderlich sind.

5 Wolfgang Vogel.

Ich fürchte, daß ein gewaltsames Vorgehen gegenüber einem Deutschen, der Hilfe sucht, um in die Freiheit zu gelangen, schon in einem Einzelfall heftige Reaktionen in unserer Öffentlichkeit auslösen würde, die dem Ansehen der Vereinigten Staaten als unserem wichtigsten Bündnispartner, als Staat, der für Deutschland als Ganzes die Verantwortung trägt, und als Schutzmacht für Berlin Schaden zufügen könnte.

Die Bundesregierung wäre dankbar, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Haltung zu diesen Fällen im Licht meiner Ausführungen noch einmal überprüfen und insbesondere sicherstellen würde, daß keine Gewalt gegen zufluchtsuchende Deutsche angewandt wird.[6]

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 13350 (210)

6 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 29. März 1984, das Schreiben sei am selben Tag dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Kornblum, übergeben worden. Dieser habe erläutert: „Man möge die amerikanischen innenpolitischen Schwierigkeiten nicht unterschätzen, die es mit sich bringe, wenn wir eine Regelung vorschlügen, die Deutschen aus der DDR zeitlich unbefristeten Verbleib in einer US-Vertretung ermögliche, während Polen, Ungarn, Tschechen etc. bei Dienstschluß aus der Vertretung entfernt würden. Heftige Proteste der jeweiligen (politisch einflußreichen) Emigrantenorganisationen wären die Folge." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1455; VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.
In seinem am 10. April 1984 übergebenen Antwortschreiben an Bundesminister Genscher betonte der amerikanische Außenminister Shultz die Bereitschaft zu einem flexiblen Vorgehen: „If arrangements for the individuals' departure are underway and success is imminent – through the Federal Republic's taking the individual from the Embassy, through persuasion by the Federal Republic's authorities, or through the intervention of intermediaries engaged by the GDR – our Ambassadors may allow the individuals to remain temporarily pending completion of arrangements. We do not, however, foresee allowing such persons to remain indefinitely in the uncertain hope that in several days or weeks efforts to arrange their departure may succeed. […] I would like also to reassure you that forcing persons physically from our premises is an action we would take only with the greatest reluctance as a last resort. One such circumstance would clearly arise when the safety of our Embassy personnel is at stake." Vgl. den Drahterlaß Nr. 428 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup vom 11. April 1984; VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

93

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl

28. März 1984[1]

Herrn D 5[2]

Betr.: Fluchtversuche von Deutschen aus der DDR über unsere Auslandsvertretungen;
hier: „Selbstbeschränkung" im Verhalten unserer Auslandsvertretungen gegenüber Deutschen aus der DDR[3]

Anlg.: 1[4]

MDg von Richthofen, BK-Amt, hat am 28.3.1984 bei der Übermittlung der zwischen den Ressorts abgesprochenen Antwort auf die DDR-Demarche vom 23. März 1984[5] eine mündliche Zusatzerklärung abgegeben, in der es heißt, daß sich auch die „in Betracht kommenden Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Staaten des Warschauer Paktes so verhalten werden, wie es in unserer Mitteilung vom 23.3.1984 dargelegt sei".[6]

1 Ablichtung.
Hat Bundesminister Genscher am 2. April 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Es handelt sich um einen – nach Substanz und Verfahren – schwerwiegenden Vorgang. 2) Ich bitte um Vorschläge für den Inhalt einer ev[en]t[uellen] Weisung, dabei sind die Pflichten der Bu[ndes]r[e]g[ierung] aus dem GG und den entspr[echenden] Urteilen des Bu[ndes]v[erfas]s[ungs]ge[richts] zu beachten, auch deshalb sollten BMI u. BMJ beteiligt werden."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut und Ministerialdirigent Edler von Braunmühl verfügte.
Hat in Vertretung von Meyer-Landrut Staatssekretär Lautenschlager am 2. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Meyer-Landrut „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.

2 Franz Bertele.

3 Vgl. dazu die Erklärung des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, gegenüber dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel, am 23. März 1984; Dok. 82, Anm. 10.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.

5 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 26. März 1984: „Die Ständige Vertretung der DDR ist am 23. März 1984 ein weiteres Mal im Bundeskanzleramt vorstellig geworden und hat die beigefügte Erklärung abgegeben". Braunmühl legte einen Antwortentwurf vor und vermerkte dazu handschriftlich: „Die Antwort bedeutet, daß die von StS Bräutigam am 23.3. gegenüber der DDR erklärte ‚Selbstbeschränkung' (DB 433 vom 24.3. aus Berlin-Ost geh.) trotz entspr[echender] Forderungen der DDR nicht auf unsere Auslandsvertretungen ausgedehnt wird." Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.
In der der Aufzeichnung beigefügten Erklärung der DDR vom 23. März 1984 wurde die Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag als „unbefriedigend" bezeichnet: „Die DDR muß nach wie vor darauf bestehen, daß Bürger der DDR, die diplomatische Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland aufsuchen, 1) nicht registriert werden, 2) nicht befragt werden, 3) nicht beraten werden, 4) unverzüglich aus der diplomatischen Vertretung verwiesen werden, wenn ersichtlich ist, daß die betreffenden Besucher die Frage der Übersiedlung stellen wollen." Die Bundesrepublik entziehe durch „die Anwendung völkerrechtswidriger Praktiken, insbesondere durch eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR, die Grundlage dafür, daß weiterhin eine wohlwollende Prüfung entsprechender Ersuchen erfolgen kann. Die DDR wird auf der Grundlage ihrer Rechtsvorschriften gegen die betreffenden Bürger der DDR entsprechende Maßnahmen einleiten." Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Zum Gespräch des Ministerialdirigenten Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, mit dem Ge-

Damit ist der DDR mitgeteilt worden, daß sich auch unsere Auslandsvertretungen die „Selbstbeschränkungen" auferlegen würden, die StS Bräutigam am 23.3.1984 in bezug auf die Ständige Vertretung Abteilungsleiter Seidel im MfAA mitgeteilt hat.

In dem Non-paper vom 23.3.84 hieß es u. a. „Besucher werden nicht befragt, ob sie einen Ausreiseantrag gestellt haben, auch nicht veranlaßt, einen solchen Antrag zu stellen, oder aufgefordert, bestehende Anträge weiterzuverfolgen. Besucher werden nicht darüber beraten, wie sie sich gegenüber den zuständigen Dienststellen der DDR verhalten sollen … etc."

In der von MDg von Richthofen in Form eines Non-paper übermittelten Antwort war nur die Rede davon, daß wir unsere Haltung in den bisherigen Mitteilungen vom 14.[7] und 23. März 1984 erschöpfend dargelegt hätten.

Die Erklärung vom 23.3.84 bezog sich ausschließlich auf die Ständige Vertretung. Die Mitteilung vom 14.3.1984 enthielt nicht die später für die Ständige Vertretung mitgeteilte „Selbstbeschränkung", sondern beschränkte sich auf die Feststellung, daß alle Besucher nach Anhörung ihres Anliegens darauf hingewiesen würden, „daß Entscheidungen über Ausreisen aus der DDR zum Zwekke der Übersiedlung allein von den zuständigen DDR-Dienststellen getroffen werden".

BM hatte die am 28.3.1984 der DDR in Form eines Non-paper übergebene Mitteilung vorher aufgrund einer Aufzeichnung gebilligt, in der am Schluß festgestellt worden war, der Antworttext bedeute, daß die der DDR in bezug auf die Ständige Vertretung mitgeteilten „Selbstbeschränkungen" nicht auf unsere Auslandsvertretungen übertragen würden. Herr von Richthofen hat mir heute auf Rückfrage erklärt, daß in allen Besprechungen der letzten Zeit von dem Verständnis ausgegangen worden sei, daß die Ständige Vertretung und die Auslandsvertretungen insoweit gleich zu behandeln seien und daß StS Rehlinger besonderen Wert auf seine mündliche Zusatzerklärung gelegt habe. Ich habe darauf hingewiesen, daß, anders als bei der Demarche von StS Bräutigam am 23.3.1984, mündliche Zusatzerklärungen in den von den Ressorts ausgearbeiteten Papieren nicht enthalten gewesen und daß BM eine solche Zusatzerklärung bei seiner Entscheidung über das Non-paper nicht vorgelegen habe. Auch der von BM gebilligte Entwurf einer Weisung an unsere Vertretungen enthalte die detaillierten „Selbstbeschränkungen" nicht.

M. E. bestehen zwei wichtige Unterschiede zwischen der Ständigen Vertretung und unseren Auslandsvertretungen in bezug auf die Behandlung dieser Frage:

– Es ist nicht genau das gleiche, ob ein DDR-Deutscher, der sich mit der Bitte um Hilfe an uns wendet, sich auf dem Territorium der DDR befindet oder auf dem Territorium eines dritten Staates, auch wenn dieser in besonders engen Beziehungen zur DDR steht;

Fortsetzung Fußnote von Seite 460

sandten an der Ständigen Vertretung der DDR, Schindler, vgl. die Aufzeichnung von Richthofen vom selben Tag; VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Zur Erklärung der Bundesregierung vom 14. März 1984 vgl. Dok. 82, Anm. 7.

– bei der Mitteilung vom 23.3.1984 unterrichtete StS Bräutigam die DDR über ein bereits tatsächlich praktiziertes Verfahren der Ständigen Vertretung; bei der Umsetzung der mündlichen Mitteilung von Herrn von Richthofen müßten wir jedoch die Praxis unserer Auslandsvertretungen ändern bzw. präzisieren.

Ich habe davon abgesehen, in der Vorlage mit dem Text der von StS Bräutigam in bezug auf die Ständige Vertretung mitzuteilenden „Selbstbeschränkungen" Bedenken geltend zu machen, obwohl mir eine so detaillierte Aufführung dessen, was wir nicht tun, als recht weitgehend erschien, weil die Praxis der Ständigen Vertretung nicht in erster Linie im Verantwortungsbereiche des Auswärtigen Amtes liegt.

Unsere Auslandsvertretungen verwenden bei der Befragung von zufluchtsuchenden Deutschen aus der DDR bisher Fragebögen, die zum Teil Fragen enthalten, die nach der „Selbstbeschränkungsmitteilung" künftig nicht mehr gestellt werden dürfen. Außerdem spielen sich in der Praxis Gespräche mit Zufluchtsuchenden tatsächlich so ab, daß ihnen Ratschläge erteilt werden, auch in bezug auf die beharrliche Weiterverfolgung ihrer Anträge, und daß über ihre Ausreisegründe gesprochen wird. (StS Bräutigam hat am 23.3.84 der DDR ausdrücklich unsere Bereitschaft mitgeteilt, u.a. „auf eine Diskussion über Ausreisegründe und über die Frage, ob ein Ausreiseantrag gestellt sei, zu verzichten".)

Die DDR beharrt darauf, daß DDR-Deutsche, die in Übersiedlungsangelegenheiten unsere Vertretungen aufsuchen, „nicht registriert, nicht befragt und nicht beraten werden". Es wird sich jetzt die Frage stellen, ob wir, um diesen Forderungen entgegenzukommen, unsere Auslandsvertretungen anweisen, daß die mit den Zufluchtsuchenden aus der DDR befaßten Beamten künftig das nicht mehr tun dürfen, was in den „Selbstbeschränkungen" beschrieben ist. Es wird sich die Frage stellen, ob eine solche Weisung eine Einschränkung der Pflichten impliziert, die Dienststellen der Bundesregierung gegenüber deutschen Staatsangehörigen obliegen. M.E. stellt sich auch die Frage, ob an dieser Prüfung nicht das BMI beteiligt werden und eine politische Entscheidung auf höchster Ebene herbeigeführt werden muß. Da bisher eine Billigung von BM für die Ausdehnung der „Selbstbeschränkungen" auf unsere Auslandsvertretungen nicht vorliegt, müßte in jedem Falle die Zustimmung von BM für die Umsetzung gegenüber unseren Auslandsvertretungen gesucht werden. Da es sich im Kern um rechtliche, wenn auch außerdem politisch äußerst brisante Fragen handelt, schlage ich vor, daß Abteilung 5 es übernimmt, eine rechtliche Analyse mit einem begründeten Entscheidungsvorschlag BM vorzulegen, wobei Abteilung 2 für Beteiligung dankbar wäre.

Dabei sollte folgendes berücksichtigt werden:

Die DDR geht mit ihren Forderungen darüber hinaus, was zur Einschränkung der Benutzung unserer Auslandsvertretungen als Ausreiseschleuse erforderlich (und insoweit verständlich) wäre. Sie versucht, uns unter Ausnutzung unserer Notlage auf diesem Wege ihren Standpunkt in der Staatsangehörigkeitsfrage aufzuzwingen. Wenn wir einmal beginnen, auf Forderungen der DDR in dieser Frage eingehend, die im Einklang mit unserem Standpunkt in der Staatsangehörigkeitsfrage stehende Praxis einzuschränken, könnte die DDR ermuntert werden, immer weitergehende Forderungen zu stellen. Im übrigen wird man

sich kaum darauf verlassen können, daß die „Selbstbeschränkungen“ vertraulich bleiben.[8]

Braunmühl

VS-Bd. 13350 (210)

94

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Eanes in Lissabon

VS-vertraulich **29. März 1984**[1]

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Herr Freudenstein als Dolmetscher;

auf portugiesischer Seite: der Persönliche Referent des Präsidenten als Note-taker.

Präsident *Eanes* eröffnet das Gespräch. Er bedaure, daß der Besuch des Bundeskanzlers so kurz ausgefallen sei.[2] Man habe sich auf portugiesischer Seite gewünscht, der Bundeskanzler werde sich etwas mehr Zeit nehmen, um die Realitäten des Landes kennenzulernen. Dies sei mehr ein Blitzbesuch.

Bundeskanzler antwortet, ihm sei es darum gegangen, den Besuch überhaupt möglich zu machen. Er sei froh, daß dieser Besuch jetzt stattfinde, damit nach

8 Ministerialdirektor Bertele wies die Botschaften in den Warschauer-Pakt-Staaten und das Generalkonsulat in Leningrad am 9. April 1984 an, „Besuchern aus der DDR“ nach Anhörung ihres Anliegens deutlich zu machen: „Entscheidungen über Ausreisen aus der DDR zum Zwecke der Übersiedlung werden allein von den zuständigen DDR-Dienststellen getroffen. […] Die Botschaft/das Generalkonsulat nimmt die Absicht der Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland zur Kenntnis und notiert Vor- und Zunamen, Geburtsdatum, Anschrift und ggf. Name und Anschrift der Bezugsperson in der Bundesrepublik Deutschland.“ Die DDR habe die Bundesregierung wissen lassen, „daß Besucher wegen ihrer Vorsprache nicht festgenommen und gegen sie keine Strafverfahren eingeleitet werden, wenn sie die Botschaft/das Generalkonsulat nach dem Gespräch unverzüglich wieder verlassen. Daraus folgt, daß die Erfolgsaussichten ihres Anliegens durch ein Verbleiben in der Botschaft/dem Generalkonsulat eher beeinträchtigt werden. […] Sollte sich ein Zuflucht suchender Deutscher aus der DDR durch Überzeugen nicht davon abbringen lassen, in der Botschaft/dem Generalkonsulat zu verbleiben, so darf er auf keinen Fall mit Gewalt hieraus entfernt werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 2599; B 85 (Referat 513), Bd. 1712.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 30. März 1984 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Dazu vermerkte er, daß die Gesprächsaufzeichnung von Bundeskanzler Kohl noch nicht genehmigt sei, und bat darum, „den Verteiler der Aufzeichnung über das Eanes-Gespräch klein zu halten“.
Hat York vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 2. April 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14124 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 28./29. März 1984 in Portugal auf. Vgl. dazu auch Dok. 95.

den konfusen Diskussionen in und über Brüssel hier die Dinge zurechtgerückt werden könnten. Es sei wichtig, daß die Menschen in Portugal erkennten, daß wir den festen Willen hätten, die Verhandlungen im September abzuschließen und den Beitritt zum 1. Januar 1986 vorzunehmen.[3] Er würde sehr gerne einmal acht Tage durch das Land reisen.

Bundeskanzler übermittelt herzliche Grüße von Bundespräsident Carstens, der zum 1. Juli aus seinem Amt ausscheiden werde.

Präsident *Eanes* bittet, diese Grüße zu erwidern. Er würde sich sehr freuen, Präsident Carstens noch während oder nach seiner Amtszeit in Portugal wiederzusehen.

Präsident Eanes sagt, was den Beitritt zur EG anbetreffe, so sei er dankbar für alles, was Deutschland in dieser Hinsicht getan habe, um diesen Beitritt zu erleichtern. Was Portugal beunruhige, seien die internen, gleichsam eingebauten Widersprüche in der EG. Diese hätten sich in letzter Zeit wieder klar gezeigt. Es sei der Eindruck Portugals, daß Europa Schwierigkeiten habe bei der Überwindung der Hindernisse, die sich aus dem technologischen Vorsprung der USA und Japans ergäben. Er vergesse dabei nicht die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die EG arbeite, aber der Haushalt der EG betrage nur 1% des Bruttosozialprodukts aller EG-Länder. Mit einem solchen Haushalt könne man nicht arbeiten.

Portugiesischerseits sei man nicht der Auffassung, daß das Vereinigte Königreich, das Forderungen erhebe, in allen Punkten recht behalten müsse. Der Punkt, wo man auf britischer Seite sicher recht habe, sei jedoch, daß die Gemeinschaft, die sich mit dem technologischen Vorsprung der USA und Japans auseinandersetzen müsse, nicht 60% ihres Haushalts für die Landwirtschaft verbrauchen dürfe. Das sei im übrigen auch ein Problem, das sich ganz konkret auf die Beziehungen Europas zu Afrika auswirke. Er spreche häufig mit afrikanischen Staatsmännern. Die Afrikaner betrachteten inzwischen Europa mit einem gewissen Mißtrauen. Wenn Europa nicht einmal in der Lage sei, mit dem Problem der Süderweiterung fertigzuwerden, wie sollte es dann die Probleme der Afrikaner lösen helfen?

Der *Bundeskanzler* erwidert, er wolle unsere Position kurz skizzieren. Es sei schlimm, daß wir uns in Brüssel[4] nicht hätten einigen können. Dennoch sei hier ein falsches Bild entstanden. Im Gegensatz zu Athen[5] seien gewaltige Fortschritte gemacht worden. Von zehn Punkten seien acht erledigt worden, zwei seien offengeblieben.

Er wolle jedoch etwas Prinzipielles sagen. Er könne ja verstehen, daß man angesichts des Ergebnisses von Brüssel enttäuscht, ja deprimiert sei. Das sei je-

3 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 59, Anm. 27.
Am 13. März 1984 fand die 17. Verhandlungsrunde auf Ministerebene statt. Die EG-Mitgliedstaaten übergaben eine Erklärung zu bestimmten Bereichen der Landwirtschaft. Ferner wurden die Hauptverhandlungen für das Kapitel Landwirtschaft für Mai 1984 in Aussicht genommen. Außerdem beschloß der EG-Ministerrat am 13. März 1984 eine nicht zurückzahlbare Finanzhilfe in Höhe von 50 Mio. ECU „für die Finanzierung spezifischer Aktionen zur Verbesserung der Agrar- und Fischereistrukturen". Vgl. BULLETIN DER EG 3/1984, S. 72.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 vgl. Dok. 88.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 375.

doch falsch. Er komme aus einer deutsch-französischen Grenzregion und lebe nur wenige Dutzend Kilometer von der Grenze. 350 Jahre hindurch habe es hier ständig Kriege und Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Franzosen gegeben. Heute sei das undenkbar. Sein Vater habe noch als Leutnant zwei Jahre vor Verdun gelegen. Sein ältester Sohn sei bei der Bundeswehr Fähnrich. Für ihn sei es bereits undenkbar, daß wir je wieder gegen Frankreich kämpfen könnten. In 70 Jahren habe sich das alles völlig verändert. Es sei keine Sache von Regierungen, sondern der Menschen selbst. Viele hundert Jahre nationalstaatlicher Geschichte könne man nicht ohne weiteres rückgängig machen. Man könne die Menschen nicht in einer Generation ändern. Als Margaret Thatcher eine Studentin war, war der König von England noch Kaiser von Indien. 60% der Engländer hätten auch heute noch nie ihre Insel verlassen. Er, der Bundeskanzler, sage zu seinen Landsleuten, daß wir nach zwei Weltkriegen gute Europäer geworden seien, da wir keine Alternative gehabt hätten. Auch sein Besuch könne als Beweis dafür dienen. Er käme zwar jetzt nur für 24 Stunden. Unsere Geschichte sei nie miteinander gelaufen. Und dennoch sei es für ihn natürlich, daß sich Deutschland jetzt für den Eintritt Portugals nachhaltig einsetze.

Natürlich verlaufe der Prozeß des Denkens in den einzelnen europäischen Ländern unterschiedlich. Seit Jahrhunderten sei Großbritannien gewohnt, seine Bedingungen zu diktieren. Jetzt müsse es verhandeln. In Stuttgart[6] habe Frau Thatcher an einem Punkt von einer Beleidigung der Ehre Großbritanniens gesprochen. Er habe ihr gesagt, es sei aber offenbar vereinbar mit der Ehre Großbritanniens, 750 Mio. zu benötigen. Jetzt wolle sie 1,5 Mrd. Sie werde sie nicht bekommen. In keiner Ehe, in keiner Partei, in keinem menschlichen Verband könne man sich stets mit 100% durchsetzen. Sie werde dies lernen.

All dies sei nicht sein Problem, was Europa anbetreffe. Er habe sich sehr weit bewegt. Er sage nicht: Die Bundesrepublik sei Zahlmeister Europas, wie dies sein Vorgänger[7] getan habe. Natürlich müßten wir am meisten zahlen. Der Stärkere müsse für die Schwachen mit eintreten. In einem dreiviertel Jahr oder auch vielleicht in einem Jahr werde jedoch ein kritischer Moment kommen. Er sei fest entschlossen, die Frage nach der Zukunft Europas zu stellen. Die erste Frage sei die, ob die Gemeinschaft irreversibel sei oder nicht oder ob bei jeder Schwierigkeit der eine oder andere sagen könne: Ich mache nicht mit. Die zweite Frage sei, wohin die Gemeinschaft sich bewege. Seien die Römischen Verträge[8] gültig, und zwar nicht nur der Text, sondern auch die Inspiration der Verträge, die die politische Einigung gewesen sei?

Aus seiner Sicht sei jede Mark, die in die Zukunft Europas investiert werde, eine Abschlagszahlung auf unsere Freiheit. Sein Europa sei jedoch nicht das einer Freihandelszone. Wenn einige das sagten, so müsse man das hinnehmen. Aber die, die mehr machen wollten, müßten in der Lage sein, dies zu tun. Er habe in Brüssel zu PM Papandreou gesagt: Dies sei für ihn nicht Europa, wenn

6 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

7 Helmut Schmidt.

8 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

man bei Oliven und Geld für Europa sei, bei der Sicherheitspolitik und der Nutzung der Häfen aber bei der Sowjetunion. Dies sei eine absurde Situation. Deshalb sei er, der Bundeskanzler, auch sehr dafür, daß Portugal und Spanien zu Europa stießen. Dabei wolle er die Hoffnung ausdrücken, daß Spanien seine Haltung zur NATO in dem von uns gewünschten Sinne kläre. Er hoffe, daß Portugal in der Frage der politischen Einigung die deutsche Position unterstützten werde. Dies sei doch letztlich auch der Hintergrund der Frage der Afrikaner und Asiaten.

Was die USA und Japan anbetreffe, so sei er optimistisch. Aus deutscher Sicht stelle sich die Lage wie folgt dar: Wir hätten die letzten Jahre verschlafen und mehr über Freizeit als über Arbeit gesprochen. Er wolle das umdrehen. Die Japaner seien im Grunde auch nicht besser. Wir müßten uns auf unsere Kraft besinnen, hart arbeiten und den Japanern Konkurrenz machen, und zwar in Japan selbst. Wenn wir uns auf unsere Kräfte besännen, könnten wir Nummer 1 in der Welt sein.

Präsident *Eanes* dankt für die einleitenden Ausführungen des Bundeskanzlers. Was er über die Synthese Europas gesagt habe, sei eine unbezweifelbare Wahrheit. Dies erinnere ihn an eine Stellungnahme, die er vor einigen Tagen gehört habe: Europa habe das Zeug, Weltmacht zu sein. Was ihm fehle, sei der Wille. (Einwurf Bundeskanzler: Genauso ist es.) Portugal wünsche nun, daß seine Integration in Europa Wirklichkeit werde. Portugal wolle Europa beitreten wegen seiner Zukunft. Was Portugal Sorge mache bei diesem Prozeß, sei, daß man zwar wisse, daß es die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gebe, die Europa schaffen wollten. Es gebe aber auch das Vereinigte Königreich, um den Prozeß zu bremsen. Natürlich konnte in Brüssel fast alles abgehakt werden. So sei der europäische Wagen nach Brüssel startbereit gewesen, aber er sei nicht abgefahren. (Einwurf *Bundeskanzler*: Er wird fahren.) Präsident *Eanes* fährt fort, man habe über die Brüsseler Ereignisse aus der Presse eine ganze Menge Fragen entnommen. Die erste Frage sei ganz einfach. Werde es möglich sein, die Politik der kleinen Schritte zu verwirklichen in der Hoffnung, daß sich dann auch die großen Fragen lösen ließen? Oder könne man auf einem Gipfel, z. B. in Fontainebleau[9], auch die großen Fragen gleich auf einen Schlag mit lösen? (Einwurf *Bundeskanzler*: Nein, das geht nicht.) Oder werde es, so fährt Präsident *Eanes* fort, wegen der Unreife der Briten zu einem kleineren Europa kommen, das dann auf eine echte politische Integration hinwirke?

Bundeskanzler erwidert, Staats- und Regierungschefs würden möglicherweise vor Fontainebleau noch einmal zusammenkommen. Er habe Präsident Mitterrand dazu ermutigt. Die irische Frage wäre ohnehin zu lösen gewesen. Die Briten seien dann aber besonders aggressiv gegen die Iren gewesen, und plötzlich habe man die ganze europäische Geschichte bis zurück zur Schlacht von Hastings wieder auf dem Tisch gehabt. Seiner Meinung nach verfolge Frau Thatcher einen Plan, den sie zwar bestreite, der allein aber ihrem Vorgehen einen Sinn geben könne. Es gebe die Europawahlen am 17. Juni.[10] De facto seien dies

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.
10 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

in jedem Land nationale Wahlen. Die Reaktion der Menschen daheim sei eben national, und die Wahlen würden als Test für die jeweilige Regierung angesehen. Die Lage der Regierungen sei hier sehr unterschiedlich. In Brüssel mußte man beim Herumschauen in der Runde immer die nationale Lage sehen. Viele hätten Angst vor den Wahlen. Er, der Bundeskanzler, sei hier in einer sehr glücklichen Lage. Von ihm aus könnten die Wahlen morgen stattfinden. Allerdings könne sich das auch bei uns einmal ändern. Man brauche nur einmal die französische Karte zu betrachten: 35 Wahlkreise von François Mitterrand lägen in der Nähe der spanischen Grenze. Im Vereinigten Königreich lägen die Labour-Partei und die Konservativen etwa gleichauf. Die Taktik von Frau Thatcher sei, daß sie frontal gegen Labour vorgehe, unter anderem deshalb, weil Labour aus der EG austreten wolle. Sie sage zur EG ja, doch zu britischen Bedingungen. Großbritannien müsse gleichsam Europa in Ordnung bringen. Der Daily Mirror habe neulich offen davon gesprochen, daß die alten Gegner Großbritanniens, die Franzosen und die Deutschen, wieder aufgestanden seien. Die Eiserne Lady werde die britischen Interessen retten.

Seine eigene Position sei klar. Er, der Bundeskanzler, wolle keine Achse Bonn–Paris. Dies könne für ihn nur die Ultima ratio sein. Wenn nichts anderes mehr gehe, würden wir das machen. Nein, er wolle das politische Europa mit jedem, der mitmache, schaffen. Es würden sicher mitmachen Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, evtl. auch Italien. Einer der Gründe für sein Drängen auf den Beitritt Portugals sei die Hoffnung gewesen, daß auch Portugal dabeisein werde. Andere würden nicht mitmachen. Aber ein Satz gelte für ihn nicht: Das langsamste Schiff dürfe nicht die Geschwindigkeit des Konvois bestimmen. Sonst würden auch unsere Enkel noch über die Milchquoten sprechen.

Präsident *Eanes* antwortet, er teile die Einschätzung des Bundeskanzlers, daß die politische Integration eine unausweichliche Notwendigkeit sei. Das Problem müsse bald gelöst werden. Was den portugiesischen Beitritt angehe, so seien alle bestimmenden politischen Kräfte in Portugal für den Eintritt mit Ausnahme der Kommunisten. Im eigenen Lande sei es jedoch bisher nicht gelungen, der Bevölkerung klar und systematisch zu verdeutlichen, was Portugals Eintritt in Europa bedeute. Die Option für Europa müsse eine nicht umkehrbare Option sein. Er, Präsident Eanes, sei für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Integration Europas. Deshalb meine er auch, wenn die Integration vor der Tür stehe, müsse man allen Portugiesen die Frage stellen, ob sie die Integration wollten. Wenn dies der Fall sei, müßten sie wissen, daß diese Integration unumkehrbar sei.

Der portugiesische Beitritt zum integrierten Europa sei nicht nur eine Notwendigkeit, er müsse auch bald geschehen. Der nächste Schritt sei dann einer, in dem nach dem Verfassungsrecht eine Befragung des Volkes über die politische Integration notwendig werde. Er, Präsident Eanes, sei sich ganz sicher, daß die portugiesische Bevölkerung ja sagen würde, und zwar aus drei Gründen: Erstens lebten im Europa der EG 1,5 Mio. Portugiesen, d.h. ca. 10% der Bevölkerung. Jede portugiesische Familie habe einen Angehörigen in Europa. Dies habe ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit mit Europa geschaffen. Als zweiter Grund komme hinzu, daß das portugiesische Volk aus seiner Geschichte heraus eine Neigung habe, auf den anderen zuzugehen. Wenn man Portugal

verlasse, gehe man heute ohnehin in irgendein europäisches Land. Drittens habe Portugal außerhalb des europäischen Rahmens keine wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Ein Markt mit wenig mehr als 10 Mio. Menschen biete keine Entwicklungsmöglichkeit für eine Industrie. Hin und wieder werde in Portugal behauptet, es gäbe auch andere Optionen. Er, Präsident Eanes, meine nein. Es gebe keine anderen Optionen. Nur im europäischen Kontext habe auch die afrikanische Komponente der portugiesischen Außenpolitik Entwicklungsmöglichkeiten. Außer der politischen Integration müsse man aber auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit schaffen. Diese müsse kommen, selbstverständlich in enger Zusammenarbeit mit den USA.

Was die Konkurrenz gegenüber den USA und Japan angehe, so könne man sie sicher bestehen. Wir hätten aber einige Dinge schleifen lassen, wir hätten sehr viel weniger investiert, und unsere Produktionsmittel seien veraltet. Die USA glaubten, auf den lateinamerikanischen Märkten hätten sie eine vererbte Domäne. Die Japaner hätten sich im asiatischen Bereich eine privilegierte Stellung geschaffen, und sie eroberten jetzt den chinesischen Markt. Es gebe Anzeichen dafür, daß die USA in Zusammenarbeit mit Südafrika jetzt die afrikanischen Märkte aufzubrechen begännen. Auf allen diesen Märkten sei die europäische Position nach wie vor stark, aber nachgebend.

Was Afrika anbetreffe, so sollte Europa sich ihm aus wirtschaftlichen, historischen und geostrategischen Gründen näher anschließen. Es sei schließlich eine Art Verlängerung von Europa. Eine engere Anbindung Afrikas an Europa würde Europa weniger abhängig machen von Energiezufuhren aus Nahost. Diese Abhängigkeit sei sehr gefährlich wegen der sowjetischen Politik.

In diesem Zusammenhang wolle er eine Bitte an den Bundeskanzler herantragen, die über ihn an den Bundeskanzler gerichtet werde. Sie betreffe die Republik São Tomé und Príncipe. Er habe sich mit dem Präsidenten der Republik von São Tomé und Príncipe[11] über die Politik Europas unterhalten, dabei auch über die Bundesrepublik. Er habe insbesondere die Bedeutung erwähnt, die er der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik beimesse. Er habe dem Präsidenten die Frage gestellt, ob er auch mit der Bundesrepublik zusammenarbeite. Der Präsident habe ihm geantwortet, dies sei nicht der Fall, doch sei São Tomé und Príncipe sehr daran interessiert. Es gebe hier ein Hindernis für die Zusammenarbeit, und zwar einen Streitfall, der ein deutsches Unternehmen betreffe, das dort offenbar verstaatlicht worden sei. Es handele sich wohl um keinen Fertigungsbetrieb, sondern um ein Ferienunternehmen. Der Präsident habe ihn gebeten, dem Bundeskanzler mitzuteilen, die Regierung von São Tomé und Príncipe sei bereit, in aller Offenheit darüber zu sprechen und sich auch kompromißbereit zu zeigen. Präsident Eanes fährt fort, die politischen Verhältnisse in São Tomé hätten sich seit 1975 wesentlich bewegt. Ursprünglich sei das dortige Regime sehr radikal gewesen und habe zur Sowjetunion und Kuba geneigt. Hier sei eine Änderung eingetreten. Sie versuchten jetzt, einer blockfreien Politik zu folgen, und öffneten sich auch gegenüber dem Westen allgemein und den USA. Doch sei São Tomé und Príncipe in einer schwierigen wirtschaftli-

11 Manuel Pinto da Costa.

chen Situation, an der die frühere Kolonialmacht nicht ganz unschuldig sei, habe doch dort stets eine Monokultur bestanden. Der Preisverfall für Kakao habe nun katastrophale Auswirkungen auf São Tomé. São Tomé sei an einer Zusammenarbeit mit der EG interessiert. Die Insel, das müßten wir sehen, habe eine große strategische Bedeutung. Außerdem hätte sie auch eine wirtschaftliche Bedeutung, weil man nämlich dort 365 Tage des Jahres fischen könne. Könne er dem Präsidenten von São Tomé auf seine Bitte etwas schreiben?

Der *Bundeskanzler* antwortet, Präsident Eanes möge ihm schreiben. Der Bundeskanzler würde sich um diese Frage kümmern und sich gegenüber Präsident Eanes hierzu bald äußern.

Präsident *Eanes* erwidert, er schlage vor, daß er jetzt schon an den Präsidenten schreibe und ihn bitte, ihm eine Aufzeichnung mit den Einzelheiten des Streitfalles zu geben und dabei ggf. gleich Lösungsversuche vorzuschlagen und im übrigen zu sagen, wo er Möglichkeiten der Zusammenarbeit sehe.

Bundeskanzler sagt, er würde dann jetzt nichts unternehmen, bis er den Brief von Präsident Eanes mit den Äußerungen des Präsidenten von São Tomé habe. Dann werde Präsident Eanes eine Antwort von ihm bekommen.

Bundeskanzler äußert zum Abschluß, er danke für diesen Empfang. Er hoffe, den Präsidenten bald einmal wiederzusehen, vielleicht in der Bundesrepublik Deutschland.

Präsident *Eanes* antwortet, noch angenehmer wäre es ihm, wenn Europa sich inzwischen intern einig geworden sei und die Beitrittsfrage laufe.

Bundeskanzler versichert beruhigend, diese Frage werde laufen. Die Erhöhung der deutschen Beiträge werde er nur im Zusammenhang mit dem Beitritt von Portugal und Spanien dem deutschen Parlament vorlegen. Dies sei eine starke Waffe.

Präsident *Eanes* äußert, er freue sich, daß der Bundeskanzler so optimistisch sei. Im übrigen hoffe er, daß der Bundeskanzler in naher Zukunft wieder nach Portugal komme und dann auch einmal mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften spreche, um sich ein klareres Bild von der Lage in Portugal zu verschaffen. Man würde sich in Portugal auch sehr über den Besuch einer deutschen Unternehmerdelegation freuen, die prüfen sollte, wo in Portugal Investitionen möglich seien. Die deutsche Industrie solle wieder, wie vor 1975, den ersten Platz als Investor in Portugal erhalten. Es gebe durchaus Wirtschaftssektoren, wo die deutsche Industrie ein Interesse an Investitionen haben müßte, auch im Hinblick auf Absatzmärkte in Afrika.

Bundeskanzler äußert abschließend, der Beitritt Portugals zur EG werde auch hier psychologisch einen Durchbruch bringen.

VS-Bd. 14124 (010)

95

Deutsch-portugiesisches Regierungsgespräch in Lissabon

203-321.10 PTG **29. März 1984**[1]

BK-Besuch in Portugal am 28./29. März 1984[2];
hier: 2. Delegationsgespräch am 29.3.1984

Fortsetzung des Delegationsgesprächs vom 28.3.1984.[3] Gleicher Teilnehmerkreis.

I. MP *Soares* schlägt vor, die Erörterung bilateraler Fragen sowie die Möglichkeiten trilateraler Zusammenarbeit in afrikanischen Staaten und EG-Fragen in den Vordergrund der Delegationsbesprechung zu stellen.

BK stimmt dem zu und schlägt Reihenfolge EG, Afrika, West-Ost-Beziehungen vor.

FM *Lopes* eröffnet mit EG-Problematik. Wichtig für die EG-Verhandlungen Portugals[4] sei der politische Aspekt, da Wirtschaftsentwicklung entscheidend für Konsolidierung des demokratischen Systems sei. EG habe nur Sinn, wenn sie zur portugiesischen Wirtschaftsentwicklung beitragen könne. Portugiesische Regierung wolle mittelfristig ihre Politik auf Beitritt zum 1. Januar 1986 ausrichten, um dem politischen Willen auch praktischen Inhalt zu geben.

An konkreten Fragen hebt FM Lopes hervor:

– Strukturhilfe für Landwirtschaft. Man bitte, daß Strukturhilfeplan bei nächster Sitzung der Vertreter im April in Brüssel[5] eingebracht werde. Portugiesische Regierung stelle sich EG-Finanzhilfe in Höhe von jährlich 700 Mio. bis 1 Mrd. ECU über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg vor. Gemeinschaftsbeteiligung hierzu solle sich auf etwa 65–75% belaufen. Mehr am Rande weist er zusätzlich auf die Notwendigkeit von Fischereihilfe für portugiesische Sardinenfischer in Mittelmeer und Atlantik hin.

FM Lopes hob Bedeutung der Sozialfragen im EG-Bereich hervor. Hier seien keine technischen Fragen mehr offen, nur noch politische Fragen:

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 30. März 1984 gefertigt und von Ministerialdirigent Schauer am 2. April 1984 an Staatssekretär Meyer-Landrut „m[it] d[er] B[itte] um Billigung“ geleitet.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 3. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Schauer an Referat 203 verfügte.
Hat Schauer am 4. April 1984 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 206 (203), Bd. 140505.

2 Zum Besuch vgl. auch Dok. 94.

3 Im ersten Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Soares im Kreis der Delegationen in Lissabon wurden die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich, der EG-Beitritt Portugals sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 140505.

4 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 94, Anm. 3.

5 In der 29. Tagung auf Stellvertreterebene am 13. April 1984 in Brüssel legten die EG-Mitgliedstaaten eine Erklärung zur Landwirtschaft vor, in der Portugal ein Programm zur Entwicklung der Agrarstrukturen vorgeschlagen wurde. Die Kosten sollten sich auf 700 Mio. ECU belaufen, „die sich nach dem Beitritt über einen Zeitraum von zehn Jahren verteilen“. Vgl. BULLETIN DER EG 4/1984, S. 55.

– Freizügigkeit,
– Luxemburger Klausel,
– Kindergeld.

P sei bereit, in der Frage der Freizügigkeit (Übergangszeit von sieben Jahren) Flexibilität zu zeigen.

Die sog. Luxemburger Klausel[6] sei für P unannehmbar, da sie verhindere, daß bereits in EG-Ländern tätige portugiesische Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz wechseln könnten. Hierdurch würden Menschenrechtsfragen berührt. Man folge der Haltung der EGK, Möglichkeit einer Sonderklausel einzuführen, um Gleichgewicht auf luxemburgischem Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Luxemburger Klausel insgesamt müsse jedoch gestrichen werden.

Beim Kindergeld trete P für Wahrung des Acquis ein, obwohl man die Bedenken des BMA kenne. Hier hoffe man auf Flexibilität und Hilfe seitens der Bundesregierung.[7]

FM Lopes wies anschließend auf einige spezifische Probleme hin, an denen die Bundesrepublik Deutschland kein vitales Interesse habe, für die er aber gleichwohl um Unterstützung bitte:

– Übergangszeit von sieben Jahren für Tomatenkonzentrat sei nicht akzeptabel. P brauche für diesen wichtigen Exportartikel Freigabe zum Beitrittsdatum.
– Dies gelte auch für den Export von Portwein, für den Übergangszeit von drei Jahren nicht akzeptabel sei.
– Freier Export von Fischkonserven ab Beitrittsdatum.

Die gesamte portugiesische Politik sei auf Beitritt zum 1. Januar 1986 fixiert.

Hinsichtlich weiterer von FM Lopes angesprochener Fragen der Investitionshilfe und Zusammenarbeit KfW siehe besonderen Vermerk.

BK hob Interesse an Fortgang der EG-Verhandlungen hervor. Interessen Portugals müßten mit gewahrt werden. Derzeitige Schwierigkeiten lägen mehr bei Frankreich und Spanien. Er habe in Paris wiederholt auf Notwendigkeit der EG-Süderweiterung hingewiesen, zumal wir selbst vor 25 Jahren ähnliche Er-

6 In Artikel 1 („Luxemburger Klausel") des Protokolls zum Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen hieß es: „Jede Person, die ihren Wohnsitz in Luxemburg hat und vor dem Gericht eines anderen Vertragsstaats auf Grund des Artikels 5 Nr. 1 verklagt wird, kann die Unzuständigkeit dieses Gerichts geltend machen. Läßt sich der Beklagte auf das Verfahren nicht ein, so erklärt sich das Gericht von Amts wegen für unzuständig. Jede Gerichtsstandsvereinbarung im Sinne des Artikels 17 ist für eine Person, die ihren Wohnsitz in Luxemburg hat, nur dann wirksam, wenn diese sie ausdrücklich und besonders angenommen hat." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 808.

7 In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. April 1984 wurde dargelegt: „Eine Anwendung der geltenden EG-Regelung auf Port[ugal] und Sp[anien] hätte zur Folge, daß einem in Deutschland beschäftigten port[ugiesischen] oder span[ischen] Arbeitnehmer das Kindergeld von den deutschen Arbeitsämtern bzw. öffentlichen Dienstherrn auch für seine in der Heimat zurückgebliebenen Kinder nach den deutschen Sätzen (Beschäftigungsland-Prinzip) gezahlt werden müßte. Die Mehraufwendungen gegenüber einer Zahlung nach dem Wohnlandprinzip (bzw. den günstigeren bilateralen Abkommen) würden jährlich jeweils ca. 9 Mio. DM im Falle Port. und im Falle Sp. betragen (Vervierfachung der jetzigen Beträge). Der deutsche Vorschlag für die Sachverhandlungen mit Port. und Sp. sieht bislang vor, mit den Beitrittsländern abweichend vom derzeitigen EG-Recht bis zu dessen Vereinheitlichung (also als Übergangsregelung) die Zahlung des Kindergeldes nach dem Wohnlandprinzip zu vereinbaren." Vgl. Referat 410, Bd. 130408.

fahrungen mit F gemacht hätten. Man müsse allerdings auch auf französische Schwierigkeiten Rücksicht nehmen. Ein Blick auf die französische Landkarte zeige, wo Mauroy und Mitterrand ihre Stimmen herbekämen.

StS *Lautenschlager* erläutert sodann unsere Haltung zum EG-Beitritt: In der Strukturpolitik müsse etwas getan werden, um Portugal zu helfen. Wir hätten Vor-Beitrittshilfe beschlossen. Das zeige unsere Aufgeschlossenheit. Jetzt gehe es um Höhe der Eigenmittel. EGK habe Vorschläge gemacht. Portugiesische Seite habe 700 Mio. bis 1 Mrd. ECU jährlich genannt. Dies sei höher, als wir dächten. Bei uns sei Meinungsbildungsprozeß noch nicht beendet, wir seien aber aufgeschlossen und hielten langfristige Lösung für wichtig. Manche Einzelaspekte seien schwierig:

– Die Beteiligungssätze müßten im vernünftigen Rahmen bleiben.
– Im Sozialbereich könnten wir bei Freizügigkeitsfrage Übergangszeit von sieben Jahren nicht verkürzen. Diese Position sei nicht veränderbar, da wir selbst Probleme hätten. Die Luxemburger Klausel sei kein Thema für uns. Man müsse darüber nachdenken. Die Interessen Luxemburgs müßten gesehen und angemessen berücksichtigt werden.
– Auch das Kindergeld sei ein altes Thema in der EG. Es sei richtig, daß Acquis für Beitrittsländer in Betracht käme. Man müsse aber wissen, daß wir uns für das Wohnlandprinzip weiter einsetzten. (Hier Hinweis auf Präzedenzfall Türkei als politisches Problem für Bundesregierung.)

StS L. fügte hinzu, die anderen von FM Lopes angesprochenen Fragen (Tomaten, Portwein, Fischkonserven) seien weniger ein deutsches Problem. Bei Tomaten könnte möglicherweise eine Lösung durch gegenseitiges Entgegenkommen zwischen Gemeinschaft und Portugal gefunden werden. Dies berühre besonders Italien und Griechenland. Bei Portwein halte er drei Jahre Übergangszeit für gutes Angebot. Für Fischkonserven habe die Kommission noch keinen Vorschlag gemacht. Zu Sardinen-Problem müsse man sagen, EGK sei gerade dabei, Beihilfen abzuschaffen. Restriktive Haltung sei daher sinnvoll. Angesichts der für Portugal aufzuwendenden begrenzten Summen lasse sich aber möglicherweise eine Lösung finden. Man hoffe, diese Fragen im April zur Sprache zu bringen und den Verhandlungszeitplan einzuhalten.

Zu bilateralen Fragen bemerkte StS L.: In Bundesrepublik Deutschland sei Interesse an Steigerung der Investitionen vorhanden. Man habe hier eine Reihe von Erfolgen vorzuweisen, zumal die Handelsbilanz sich positiv entwickelt habe. Andererseits bildeten aber die fortbestehenden Handelshemmnisse bei Einfuhrlizenzen einen Anlaß zur Sorge. Es sei notwendig, das portugiesische Einfuhrsystem mit der EG abzustimmen.

An spezifischen Projekten wolle er erwähnen: Portugiesische Absicht zur Einführung der digitalen Fernsprechelektronik. Wir bäten um Berücksichtigung deutscher Firmen.[8] Hier biete sich die Möglichkeit zur Mischfinanzierung zu günstigen Kreditkonditionen. Abstimmung mit Botschaft sei ratsam.

[8] Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erläuterte am 14. März 1984, die portugiesische Regierung plane die Einführung der digitalen vollelektronischen Fernsprechtechnik. Aus der Bundesrepublik bemühten sich die Firmen Siemens und Standard Elektrik Lorenz um den Auf-

Fischereihafen Sesimbra[9]: Schon jetzt sei die Finanzhilfe weitgehend absorbiert, sie sei auch ausgewogen zur Exportförderung zu verwenden. Problematisch auch Frage der Diversifizierung (schon wieder ein Hafen in Portugal). Aber das BMZ werde entsprechend unterrichtet werden.[10]

Hotel Alfa[11]: Deutsche Seite hoffe nach Einsetzung einer portugiesischen Sonderkommission nunmehr auf guten Abschluß. BK fügte hinzu, das Projekt Alfa sei zwar nicht groß, aber wichtig für das bilaterale Investitionsklima. Lösung dieser Frage könne große psychologische Auswirkungen haben.

MP *Soares* weist ergänzend darauf hin, Alfa sei bei seinem Regierungsantritt eigentlich abgeschlossen gewesen. Auf seine Weisung habe Finanzministerium jedoch neue Kommission einberufen. Deren Bericht müsse nunmehr abgewartet werden. Er hoffe auf eine Lösung.[12]

BK sprach sodann das Schulproblem[13] an (hierzu gesonderter Vermerk für Referat 612[14]). Positive Reaktion von MP Soares.

Fortsetzung Fußnote von Seite 472

trag, der ab 1985 realisiert werden und zunächst ein Volumen von 200 Mio. DM haben solle: „Wenn die Systementscheidung zugunsten eines deutschen Anbieters gefallen ist, sind Anschlußaufträge zwangsläufig." Auch Firmen aus Frankreich und den USA bemühten sich mit Unterstützung ihrer Regierungen um den Auftrag. Vgl. Referat 420, Bd. 129959.

9 Vom 5. bis 7. Dezember 1983 fanden in Lissabon deutsch-portugiesische Gespräche über Finanzielle und Technische Zusammenarbeit statt. Dabei wurde auch eine Reihe möglicher neuer Projekte erörtert, darunter ein Fischereihafen in Sesimbra, für den 25 Mio. DM Finanzhilfe veranschlagt wurden. Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1190 des Botschafters Schattmann, Lissabon, vom 9. Dezember 1983; Referat 420, Bd. 129965.

10 In den deutsch-portugiesischen Regierungsverhandlungen vom 19. bis 23. November 1984 wurde die Bereitstellung von 25 Mio. DM für den Fischereihafen in Sesimbra beschlossen. Vgl. dazu das Ergebnisprotokoll; Referat 420, Bd. 129966.

11 Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 13. März 1984: „Über Alfa Touristik Investition GmbH & Co. KG, Hamburg, haben 270 deutsche Investoren seit 1971 insgesamt 25 Mio. DM investiert, um ein Hotel ersten Ranges (28 Stockwerke, 500 Zimmer) zu bauen. Infolge Revolutionswirren kam es nur zu teilweiser Fertigstellung. Endgültige Fertigstellung hängt von Abschluß eines Sanierungsvertrages mit portugiesischer Regierung ab. Soweit Hotel fertig ist, arbeitet es mit Gewinn. Problem sind Altlasten." Auf Vorschlag des Bundesministers Graf Lambsdorff sei im November 1983 eine portugiesische Kommission unter Beteiligung von Alfa eingesetzt worden. Vgl. Referat 420, Bd. 129959.

12 Am 14. November 1984 teilte das Bundesministerium für Wirtschaft mit, „daß der Versuch, über die von der portugiesischen Regierung eingesetzte Kommission zu einer Lösung zu gelangen, trotz unserer Interventionen auf hoher und höchster Ebene offenbar gescheitert sei", weil sich die portugiesische Regierung gegenüber der beteiligten Bank nicht habe durchsetzen können, die das Hotel „anscheinend einem arabischen Interessenten in die Hände spielen" wolle. Vgl. Referat 420, Bd. 129959.

13 Botschafter Schattmann, Lissabon, berichtete am 2. März 1984, das Grundstück der Deutschen Schule Lissabon sei Eigentum der Bundesrepublik. Ein Teil der Gebäude sei jedoch auf Grundeigentum der Stadt Lissabon errichtet worden. Diese habe im Gegenzug eine öffentliche Straße teilweise über das Schulgelände geführt. Die Botschaft bemühe sich seit Jahren erfolglos um einen Grundstückstausch. Nun habe die Stadt Lissabon unmittelbar an der Schule mit dem Bau einer neuen U-Bahn begonnen. Dieses Vorhaben und Planungen über weitere Tief- und Hochbaumaßnahmen ließen befürchten, daß eines Tages Maßnahmen ergriffen würden, die das Grundeigentum der Bundesrepublik und den Betrieb der Schule beeinträchtigten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 88; B 93 (Referat 612), Bd. 1485.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna vermerkte am 30. März 1984, im deutsch-portugiesischen Regierungsgespräch am 29. März 1984 in Lissabon habe Ministerpräsident Soares „wohlwollende Prüfung" des Schulproblems zugesagt: „Er werde persönlich sich um die Angelegenheit kümmern und ein Gespräch mit dem Schulleiter führen. Er versicherte, man werde eine einvernehmliche Regelung des Schulproblems erreichen." Vgl. B 93 (Referat 612), Bd. 1485.

II. Erörterung internationaler Fragen

MP *Soares* erteilt AM Gama das Wort zur Darlegung portugiesischer Haltung gegenüber West-Ost-Beziehungen.

AM *Gama* betont, Portugal habe Entwicklung der West-Ost-Beziehungen als maritimes Land mit einer gewissen Distanz verfolgt. In der Stationierungsfrage könne man feststellen, daß SU es nicht geschafft habe, die Friedensbewegungen in ihrem Sinne zu manipulieren. Durch Wahlkampagne in den USA[15] und Machtwechsel in der SU[16] sei nunmehr ein Vakuum entstanden, in dem die Angst vor dem Atomkrieg als Vehikel der Manipulation benutzt werde. Er glaube, daß Zeit für Fortsetzung direkter Kontakte in der Stationierungsfrage noch nicht reif sei. Positive Ansätze hätten sich allerdings in Stockholm[17] ergeben.

Haltung der USA gegenüber SU und Ostblock befinde sich zur Zeit im Wandel. Präsident Reagan verhalte sich am Ende seiner ersten Wahlperiode anders als am Beginn. P halte es für wichtig, daß europäische Länder intensive Kontakte zu Ostblockländern unterhielten. Man sei dabei, eigene Ostkontakte zu intensivieren. Erweiterte Konsultationsrunden zwischen den europäischen Ländern, USA und NATO seien möglich und nötig. Der NATO-GS müsse die Konsultationsmechanismen besser nützen. Im übrigen habe man im Westen der SU zuviel Initiative bei der Entwicklung von Vorschlägen überlassen. Dies sei optisch schlecht auch angesichts der Überlegenheit des Westens auf dem Gebiet der Militärtechnologie und bei dem globalen militärischen Kräfteverhältnis. Gama zu den Verhandlungen in Stockholm: Das Verbot chemischer Waffen sei ein guter Weg, um Abrüstungsfragen nicht ausschließlich der Ostblock-Initiative zu überlassen. Man habe die deutsche Haltung gegenüber SU und Ostblock aufmerksam beobachtet und sei an unserer Einschätzung besonders interessiert.

BK erläutert daraufhin deutsche Position an Nahtstelle zwischen West und Ost. Wir seien sofort betroffen wie ein Seismograph. Hinweis auf Teilung der alten Hauptstadt Berlin mit allen humanitären Aspekten. Dies bleibe fortdauerndes Geschwür.

Man müsse alles tun, um die Probleme für die Menschen zu erleichtern, dürfe aber nie vergessen, daß man mit kommunistischen Diktaturen spreche. Dabei mache es einen Unterschied, ob man den Kommunismus im eigenen Land oder in einem Drittland habe.

Auf der Grundlage der Politik Konrad Adenauers wolle und werde die Bundesrepublik Deutschland ein treuer Partner der Allianz bleiben. Die Atlantische Allianz unter Einschluß der USA und Kanadas sei wichtiger Pfeiler unserer Politik. Antiamerikanismus sei Vehikel für Neutralismus. Auch dürfe man die Hilfe der USA für Deutschland nach dem Kriege nicht vergessen.

Zweiter Pfeiler deutscher Außenpolitik bleibe EG, auch als politische Gemeinschaft. D bleibe treuer Partner westlicher Allianz und habe sich eindeutig für

15 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

16 Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

17 Zum Stand der KVAE vgl. Dok. 87.

den Westen entschieden. Neutralismus wäre absurd. D sei nicht Österreich oder die Schweiz. Kein Land sei soviel Desorientierung ausgesetzt wie D, schon allein durch Agenten der DDR und den hohen Anteil von Industriespionage.

BK zum Verhältnis USA–Sowjetunion: Die Weltmächte waren nie Weltmeister in Psychologie. Man müsse die Entwicklung in USA richtig einschätzen. Die USA seien ein Kontinent, der auf zwei Weltmeere schaue.

Wir träten für wirkliche Abrüstung ein. Die Gespräche in Stockholm und Wien[18] liefen gut. Enge Abstimmung mit den USA sei hier notwendig. Wegen des Problems der Lagerung[19] sei für uns die C-Waffen-Frage wichtig. Bei INF sei jetzt SU am Zuge. SU verkenne die Realität, wenn sie Rückgängigmachung der Stationierung zur Vorbedingung für Fortsetzung von Abrüstungsgesprächen mache.

Besonders wichtig sei eine klarsichtige Haltung der US-Regierung und eindeutige Position der europäischen Länder einschließlich Spaniens und Portugals. Keine Sympathie habe er für die griechische Position (Geld von EG, psychologische Unterstützung der SU).

BK weist weiter darauf hin, daß die Zeit für den Westen arbeite. Der Papst habe erst kürzlich in Polen eine Million junge Leute auf die Beine gebracht.[20] Die DDR habe 17 Millionen Einwohner, von denen mehr als 150 000 Anträge auf Auswanderung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt hätten. Dies sei eine gewaltige Zahl, die SED rechne sogar mit einer vierfachen Zahl von Auswanderungswilligen. Daher halte er Lage im Ostblock für nicht stabil. Man dürfe aber bei der Ostblockbevölkerung keine Illusionen wecken, da niemand dort helfend eingreifen könne. Nicht Säbelrasseln, sondern Klugheit und Zurückhaltung seien notwendig. Es sei gut, daß in der SU 70jährige, nicht 35jährige, an der Regierung seien. Keiner der sowjetischen Politiker, auch nicht Tschernenko, habe an die Stationierung geglaubt. Aber es bestehe eine gute Chance, mit Geduld zu einem Einvernehmen zu gelangen.

MP *Soares* dankt BK für seine Ausführungen und bittet AM Gama, portugiesische Haltung zum südlichen Afrika zu erläutern.

Gama: Jüngster Nichtangriffspakt zwischen Südafrika und Mosambik[21] sei hoffnungsvolles Zeichen. Er habe die Unterstützung der gemäßigten afrikanischen Regierungen. SU sei völlig überrascht worden. Dies werde Auswirkungen

18 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 113.

19 Botschafter Ruth vermerkte am 3. Februar 1984: „Unabhängig davon, ob die Lagerung von C-Waffen bei uns militärisch noch notwendig und sinnvoll ist, würde ein deutscher Vorschlag, diese Lagerung einseitig zu beenden, vermutlich das deutsch-amerikanische Verhältnis belasten. Wir würden damit über die Weigerung hinausgehen, eine Modernisierung dieser hier lagernden amerikanischen C-Waffen-Bestände hinzunehmen. […] M.E. sollten wir uns mit großer Intensität und mit Einfallsreichtum der Frage des weltweiten Verbots chemischer Waffen widmen. Dabei können wir im westlichen Rahmen und insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten eine aktive Rolle spielen, eben weil wir das einzige C-Waffen-Stationierungsland der NATO sind. Diesen Faktor gilt es, im Interesse von Fortschritten in den Genfer Verhandlungen und mit dieser Zielrichtung in unseren Gesprächen mit den Vereinigten Staaten zu nutzen." Vgl. VS-Bd. 12069 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

20 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 197 und Dok. 216.

21 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

auch auf Botsuana, Swasiland und Malawi haben, vielleicht sogar in weiterer Phase auf Simbabwe.

Mosambik könne seine Wirtschaft nur durch Verständigung mit Südafrika verbessern. Wirtschaftsstabilisierung und Anreiz für ausländische Investoren, ggf. sogar die Rückkehr portugiesischer Staatsangehöriger an die Ostküste Afrikas sei dringend notwendig. Dies werde Auswirkungen auch auf die Westküste Afrikas haben, einschließlich Namibia und Angola.

Angola sei durch den Bürgerkrieg gelähmt, namentlich auch in der Erdölregion. UNITA werde von SA und von Zaire unterstützt. Auch die Diamantenregion sei betroffen. Portugal sehe das Gesamtprojekt: Abzug südafrikanischer Truppen, Lösung der Namibia-Frage, Rückzug der Kubaner, innere Stabilisierung Angolas und letztlich auch Südafrikas.

Ostblock habe im südlichen Afrika folgende Aufgaben aufgeteilt: SU liefere militärische Ausrüstungen, Kuba garantiere Ausbildung und stelle Truppenausbilder, DDR den Geheimdienst, portugiesische Kommunisten hätten Informationswesen und Medien durch Intellektuelle infiltriert. Man habe aber den Eindruck, daß SU an Abbau ihrer Präsenz denke. Auch Kuba sei durch Mißerfolg der wirtschaftlichen und finanziellen Kooperation in der Region entmutigt. Beide Länder wollten sich aus der Region zurückziehen, die Geheimdienste jedoch präsent lassen.

Westen solle dieses Vakuum in geeigneter Weise ausnützen. Man dürfe keine Kredite geben, solange Polizei und Medien unter kommunistischem Einfluß stünden. Wichtig sei es, keine Kredite für Konsum zu geben, sondern nur für Exporte zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Fortsetzung AM Gama: Militärischer Einfluß in der Region sei von großer Bedeutung. Hier sehe Portugal Schwerpunkt, da in den betroffenen Ländern politische Parteien nicht existierten. Der einzige Weg der Beeinflussung gehe über die Streitkräfte. Man müsse die Afrikaner mit patriotischer Linie motivieren. Er sehe eine Chance, die Ostblock-Abhängigkeit allmählich zu lockern, z.B. durch die Lieferung von gebrauchtem Militärmaterial. Wir alle müßten uns die im südlichen Afrika eintretende Entspannung zunutze machen. Aber Vorsicht bei weiterem Vorgehen. Am besten sei es, Europäer in der Region anzusiedeln und den Einfluß allmählich zu vergrößern.

Zwei Punkte seien wesentlich: Die enge Abstimmung mit den USA. USA hätten auch bei der Annäherung zwischen Südafrika und Mosambik geholfen. Ebenso bei dem Abzug der Kubaner aus Angola.[22]

MP *Soares*: Ähnlich enge Kontakte wünsche sich Portugal mit Deutschland, um konkrete Zusammenarbeit bei gemischten Unternehmen in Angola und Mosambik zu erreichen.

BK: Letzterer Punkt sollte mit Parlamentarischem StS Köhler/BMZ in Kürze in Lissabon vertieft werden.

22 So in der Vorlage.
Zu dem am 16. Februar 1984 in Lusaka vereinbarten schrittweisen Abzug südafrikanischer Truppen aus Angola vgl. Dok. 49, besonders Anm. 4 und 10.

MP *Soares*: Die Lage in Mosambik sei nicht mehr reversibel, da Samora Machel durch die Hungersnot gezwungen worden sei, einzulenken. Dies werde letztlich nicht ohne Einfluß auf Südafrika bleiben und dessen Rassenpolitik kanalisieren. Dies sei für übrigen Westen positiv.

Zu Angola bemerkte MP Soares: Die Sowjetunion befinde sich in dem Dilemma, die Regierung nachhaltiger zu unterstützen. Hierbei müßten sich entweder DDR und Kuba militärisch stärker engagieren. Oder es bleibe nur allmählicher Rückzug. Dies tue SU zur Zeit, ebenso die Kubaner.

Zu Lateinamerika wolle er nur ganz kurz folgendes bemerken: Portugal habe enge Beziehungen zu und große Gemeinden in Brasilien, Argentinien, Uruguay, Kolumbien, Ecuador. Zu Chile habe man die Beziehungen auf Botschafterebene abgebrochen, wolle sie aber demnächst wieder normalisieren. In Zentralamerika verfolge Portugal gemäßigte Linie. Insbesondere habe man in Nicaragua nie die Sandinistische Front deutlich unterstützt. Portugal habe dies vielmehr immer als neues Kuba angesehen.

BK: Die Auffassung bezüglich der Sandinistischen Front teile Bundesregierung. Ebenso habe man die gleiche Auffassung hinsichtlich Brasiliens und Argentiniens: Man müsse das Interesse in den Vordergrund stellen, daß diese großen Schwellenmächte einen demokratischen Prozeß mitmachten.

In Chile sehe er sich persönlich engagiert als Parteiführer, zumal er mit dem Vorsitzenden der Schwesterpartei in der Opposition sehr verbunden sei. Er hoffe, daß die Stichwahl in El Salvador zum Sieg von Napoléon Duarte führen werde.[23]

MP *Soares* schließt mit der Bemerkung, er vertrete seit langem die These, die großen politischen europäischen Strömungen (Sozialisten und Christdemokraten) sollten in angemessener Form an dem politischen Willensbildungsprozeß in Lateinamerika beteiligt werden. Dies gelte insbesondere auch für El Salvador.

Referat 206 (203), Bd. 140505

[23] Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 25. März 1984 in El Salvador erzielte kein Kandidat die notwendige absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang am 6. Mai 1984 siegte der Kandidat der christdemokratischen Partei, Duarte.

96

Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt

114-11433/84 geheim **Aufgabe: 29. März 1984, 16.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 250 **Ankunft: 29. März 1984, 16.42 Uhr**

Betr.: Spanien und die NATO

Bezug: DE Nr. 333 v. 13.2.84 – geheim[2]

MP González empfing mich gestern zu einem einstündigen Gespräch, bei dem das NATO-Thema eine wesentliche Rolle spielte. Der MP war gut in Form, trotz Anzeichen starker Überarbeitung. Er legte die Unterhaltung so an, daß sie als Vorbereitung der Konsultationen mit Bundeskanzler[3] und Bundesminister dienen sollte.

1) MP González gab unumwunden zu, daß seine Regierung einem starken Verschleiß ausgesetzt sei. Dennoch sei der Zusammenhalt der Regierungsmannschaft gut. Bei der großen Arbeitslosigkeit und den Sozialkonflikten um den Abbau von Betrieben der Stahl- und Schiffsbauindustrie sei dies nicht erstaunlich. Er müsse zusehen, daß er bis zum sozialistischen Parteikongreß im Dezember 1984[4] etwas vorzeige. Dies könne in erster Linie der EG-Beitritt[5] sein, der bis dahin hoffentlich perfekt sei. Er hege jedoch keine übertriebenen Erwartungen hinsichtlich dessen Öffentlichkeitswirkung. In Unternehmerkreisen rege sich schon jetzt starkes Widerstreben.

Bei den noch bevorstehenden Verhandlungen könnten auch Großbritanniens Forderungen im industriellen Bereich unerwartete Schwierigkeiten bereiten. Deutschland halte er für stark genug, hinsichtlich der Übergangsfristen im gewerblichen Sektor großzügig verfahren zu können.

2) Bei dem Parteikongreß im Dezember werde die NATO-Frage unvermeidlich eine große Rolle spielen. Er könne sich daher vorläufig keine präzisen Festlegungen erlauben.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 2. April 1984 vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz wies die Botschaft in Madrid an, „in geplantem Gespräch mit MP González nur insoweit auf dessen Vorstellungen kritisch" zu reagieren, „wie geboten erscheint, um unzutreffenden Eindruck einer Billigung zu vermeiden. So wäre Eindruck unzutreffend, wir stünden span[ischer] Mitgliedschaft ohne militärische Integration positiv gegenüber oder billigten spanische Haltung zu Atomwaffen, wenn sie durchgängig in Distanzierung von jeder Aussage des Bündnisses zu Nuklearfragen ihren Niederschlag fände." Nach Möglichkeit solle in Erfahrung gebracht werden, wie Ministerpräsident González zu einer – durch die USA oder NATO-Stellen zu führenden – exploratorischen Erörterung der Modalitäten einer militärischen Integration Spaniens und Elementen eines spanischen Verteidigungsbeitrags stehe. Vgl. VS-Bd. 11978 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González 18. Mai 1984 in Madrid vgl. Dok. 143.

4 Der XXX. Parteitag der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) fand vom 13. bis 16. Dezember 1984 in Madrid statt.

5 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 59, Anm. 26.

Mein Einwurf, präzise Festlegungen im Sinn einer drastischen Grenzziehung zwischen politischer Mitgliedschaft und militärischer Integration im Bündnis seien auch nicht empfehlenswert, wurde von G. positiv aufgenommen.

Ich erwähnte anschließend, daß es wohl nicht gut sei, wenn Spanien, dessen nicht-nuklearer Status von keinem bestritten werde, sich allzu stark von allen nuklearen Aspekten des Bündnisses distanziere. González' Reaktion hierauf war Ausweichen. Er betonte lediglich, daß er dies bisher gerade im Hinblick auf die Stationierungsschwierigkeiten bei Mittelstreckenwaffen vermieden habe.

Für ihn spiele, fuhr er fort, in der Bündnisfrage eine politische Überlegung eine wesentliche Rolle. Es sei gelungen, bei der Wahl im Oktober 1982 die Kommunistische Partei klein zu halten.[6] Wenn er bei der nächsten Wahl[7] die absolute Mehrheit verliere und die KPS ihren Stimmenanteil bis auf 12 Prozent erhöhen könne, dann werde der Druck auf eine Koalition nach französischem Muster[8] unter deren Einbeziehung sehr stark werden. Mit ihm sei eine solche Koalition nicht zu machen. Der Preis, den Mitterrand dafür zahlen müsse, sei abschreckend. Er ziehe es daher vor, den Fall gar nicht erst eintreten zu lassen. Dies müsse ihm jedoch ein Grund zur Vorsicht bei der Behandlung des NATO-Themas sein, denn dieses gebe neben der Arbeitslosigkeit den Kommunisten den stärksten Auftrieb.

Wir könnten uns auf ihn verlassen. Er sei sich dessen bewußt, daß Spanien einen Beitrag zur Verteidigung im Bündnis zu leisten habe. Er werde sich keinesfalls zu innenpolitischer Stimmungsmache auf dem Rücken der Bündnispartner nach dem Muster Papandreous hinreißen lassen.

Er habe die Hoffnung, mit einigem Geschick vom sozialistischen Parteitag ein Mandat zur weiteren Ausgestaltung der spanischen Präsenz im Verteidigungsgefüge zu erhalten.

Da G. es vermied darzulegen, was dieser Parteitagsbeschluß beinhalten solle, erkundigte ich mich danach, ob ein solches Mandat des Parteitages nicht in gewisser Weise an die Stelle eines NATO-Referendums[9] treten könne, zumal wenn die Absicht bestehe, statt im Jahr 1986 schon 1985 allgemeine Wahlen auszuschreiben. Ein Parteitagsmandat, das zu allgemeinen Wahlen überleite, komme letztendlich einer Volksbefragung gleich. Eine solche Hilfskonstruktion sei möglicherweise einem spezifischen Referendum zur NATO-Frage vorzuziehen, dessen Ausgang, wie Umfragen zeigten, äußerst riskant sei. Ich fügte scherzweise hinzu, schließlich pflege man auch kein Referendum darüber abzuhalten, ob die Bevölkerung Steuern zahlen wolle oder nicht.

G. erwiderte lachend, er könne einen solchen „andalusischen" Gedankengang nicht von vornherein verwerfen. Vielleicht sei es in der Tat besser, mit den Wah-

6 Bei den Parlamentswahlen am 28. Oktober 1982 in Spanien erzielte die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) die absolute Mehrheit. Die Kommunistische Partei kam auf knapp 4% der Stimmen.

7 Die Parlamentswahlen in Spanien fanden am 22. Juni 1986 statt. Die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) erreichte 44% der Stimmen. Die Kommunistische Partei trat als Teil des Wahlbündnisses „Vereinigte Linke" an, das 4,63% bekam.

8 Nach den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 14. bzw. 21. Juni 1981 stellte die KPF ab 22. Juni 1981 in der Regierung des Ministerpräsidenten Mauroy vier Minister.

9 Zum beabsichtigten Referendum über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 26, Anm. 2.

len nicht bis 1986 zu warten, wenn die Regierung schon vorher ihr Arbeitsprogramm erschöpft habe. Er gebe zu, daß es äußerst schwierig sei, die im Isolationsdenken der Vergangenheit verhaftete öffentliche Meinung Spaniens von der Ablehnung der NATO auf Zustimmung umzugewöhnen.

Wenn er die Gesamtentwicklung zur NATO-Frage bewerten müsse, so würde er den Begriff „fließend, aber nicht aussichtslos" wählen.

Ich fragte an dieser Stelle danach, ob nicht in informeller Weise Gespräche über die Fortentwicklung der spanischen militärischen Präsenz in der NATO geführt werden könnten. Dabei könnten auch Fragen der Kommandostruktur und um Gibraltar vertieft werden. Vielleicht könnten die Amerikaner dabei Hilfestellung leisten.

G. meinte, in gewisser Weise spielten solche Kontakte schon jetzt, wenn auch nicht direkt auf den NATO-Beitrag bezogen.[10] So führe man mit den Amerikanern diskrete Gespräche über eine Reduzierung ihrer Stützpunktnutzung in Spanien. Von deren positivem Ergebnis erwarte er eine nützliche öffentliche Wirkung. Auf die Möglichkeit darüber hinausgehender exploratorischer Gespräche ging er nicht ein.

Er kam dann wieder auf seinen Parteitag und die Stimmungslage des Landes gegenüber seiner Regierung zu sprechen. Er hoffe, noch 1985 einige Erfolge vorzeigen zu können. Es sei immerhin bezeichnend, daß seine sozialistische Regierung es fertiggebracht habe, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Streitkräften zu bereinigen, deren Besoldung zu verbessern und ihnen in Ansätzen eine moderne Struktur zu geben. Es sei auch keine Selbstverständlichkeit, daß eine Regierung der Linken es schaffe, eine wirtschaftliche Politik der monetären Stabilität durchzuhalten und die Inflationsmentalität der spanischen Bevölkerung zu brechen. Niemand habe noch vor einem Jahr geglaubt, daß es gelingen werde, die Inflationsrate 1983 von 14,5 Prozent auf 12,5 Prozent zu senken.

G. bedankte sich abschließend für unsere konstruktive Einstellung zu seinen Bedürfnissen. Auf absehbare Zeit gebe es in Spanien zu seiner „Mitte-Links-Regierung" keine vernünftige Alternative. Die nächste Wahl werde dies, davon sei er überzeugt, bestätigen.

Er freue sich auf den Besuch des BK und des BM im Mai.

Bewertung folgt gesondert.[11]

[gez.] Brunner

VS-Bd. 12931 (203)

10 Unvollständiger Satz in der Vorlage.
11 Für die Bewertung vgl. Dok. 97.

97

Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt

114-11434/84 geheim **Aufgabe: 29. März 1984, 16.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 251 **Ankunft: 29. März 1984, 16.51 Uhr**

Betr.: Spanien in der NATO;
hier: Bewertung des Gesprächs mit MP González am 28.3.84[2]

Bezug: DB Nr. 250 v. 29.3.84 geh.[3]

1) Nach meinem Eindruck möchte MP González, wenn irgend möglich, ein NATO-Referendum[4] vermeiden. Er fühlt sich angesichts des Popularitätsschwundes der Regierung (nach internen PSOE-Umfragen in den letzten acht Wochen Verlust von 1 Mio. Stimmen, Erwartung eines weiteren Verlustes von 1 Mio. Stimmen in den nächsten drei Monaten) zu schwach, um eine solche Kraftprobe zu bestehen.

Er will das Referendum durch einen positiven Parteitagsbeschluß zu seiner Verteidigungs- und Bündnispolitik und durch eine vorgezogene Wahl (wohl Ende 1985) ersetzen.

2) Den EG-Beitritt[5] betrachtet er als das diese Entwicklung entscheidend erleichternde Element.[6]

3) González will gegenwärtig keine Festlegung auf bestimmte Formen der militärischen Integration im Bündnis.[7]

Zu diskreten exploratorischen Gesprächen über Spaniens militärische Präsenz im Bündnis ist er noch nicht bereit.

4) Auch von einer aus spanischer Sicht befriedigenderen Regelung der Kommandostruktur in der NATO oder von Erleichterungen in der Gibraltarfrage erwartet er für die nächste Zeit keine Linderung seiner innenpolitischen Schwierigkeiten.

5) G. fällt es nach wie vor schwer, darauf zu verzichten, eine gewisse Distanz zu den nuklearen Aspekten des Bündnisses kundzutun.

6) Eine gewisse innerparteiliche und innenpolitische Entspannung erhofft sich der MP von einer „Verdünnung" der amerikanischen Präsenz auf amerikanischen Stützpunkten in Spanien. Hierüber möchte er noch mehr als bisher mit den Amerikanern sprechen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 2. April 1984 vorgelegen.
2 Korrigiert aus: „27.3.84".
3 Für den Drahtbericht des Botschafters Brunner, Madrid, vgl. Dok. 96.
4 Zum beabsichtigten Referendum über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 26, Anm. 2.
5 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 59, Anm. 26.
6 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „I."
7 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „II."

7) G. behandelt nach wie vor die NATO-Politik als seinen ausschließlichen Zuständigkeitsbereich. Eine Abstimmung hierzu im Kabinett unterbleibt bewußt. (So erklären sich die divergierenden Ansichten zu diesem Stoff. So sagte mir Arbeitsminister Almunia noch am 22.3., die NATO-Frage werde auf dem Parteitag keine Rolle spielen.)

Vizepräsident Alfonso Guerra sagte hingegen am gleichen Tag im Kreise der EG-Botschafter, die NATO-Frage sei das zentrale Thema des Parteitags. In seiner persönlichen Bewertung führe an einem baldigen NATO-Referendum mit wahrscheinlich negativem Ausgang kein Weg vorbei.

Außenminister Morán scheint hingegen wiederum einen Schwenk in Richtung auf die Linie von G. zu vollziehen. Er spricht neuerdings nicht mehr von NATO-Referendum, sondern von „Einbeziehung des Volkswillens in die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik". (Dies könnte strikt genommen auch ohne Referendum durch Einschaltung des Parlaments geschehen.)

8) Bei dieser Lage der Dinge empfiehlt es sich, bei dem Gespräch des Herrn Bundeskanzlers am 17./18. Mai[8] González noch einmal unser Interesse an zwei Punkten zu verdeutlichen:

a) Die spanische Regierung solle nach Möglichkeit von dem überholten Konzept einer NATO-Mitgliedschaft nach französischem Muster[9] absehen, dem zufolge Spanien im wesentlichen nur eine politische Mitgliedschaft ohne Beteiligung an der militärischen Integration innehätte.

b) Die Regierung G. möge eine sichtbare Distanzierung gegenüber dem nuklearen Bereich des Bündnisses unterlassen.

9) Zusätzliche Detailinformationen über sein beabsichtigtes Vorgehen dürfte G. in nächster Zeit nicht geben können. Er hat kein vorbereitetes Drehbuch, sondern paßt sich nach Gefühl der jeweiligen innerparteilichen und innenpolitischen Stimmungslage an.

[gez.] Brunner

VS-Bd. 12931 (203)

8 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González am 18. Mai 1984 in Madrid vgl. Dok. 143.

9 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

98

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 477
Citissime

Aufgabe: 29. März 1984, 17.52 Uhr[1]
Ankunft: 29. März 1984, 19.57 Uhr

Betr.: zur Deutschlandpolitik der DDR

1) Bisherige Linie

Nach den Bundestagswahlen vom März 1983[2] erklärte die DDR ihre Bereitschaft, das beide deutsche Staaten Trennende zunächst zurückstellen und sich auf jene Bereiche konzentrieren zu wollen, wo Fortschritte möglich sind. Honekker auf der Leipziger Frühjahrsmesse: „Das Machbare machen".[3]

Seit dem Milliardenkredit[4] und im Anschluß an den Besuch zahlreicher Politiker in der DDR ist diese Bereitschaft zum vorläufigen Ausklammern von grundsätzlichen Forderungen auch vielfach praktisch geworden. Öffentlich wird gegen die Bundesregierung kaum noch polemisiert. Im zwischenmenschlichen Verkehr zwischen beiden Staaten ist eine deutliche Entspannung festzustellen; Schikanen an der Grenze haben abgenommen. Darüber hinaus zeigt sich die DDR in einigen Bereichen gesprächsbereit, in denen sie sich vorher deutlich zurückgehalten hatte (Umweltschutz[5], Kultur[6]).

Nach dem Beginn der Nachrüstung im Herbst 1983 forderte Honecker auf dem 7. Plenum des Zentralkomitees (25.11.83)[7] zu einer Politik der „Schadensbegrenzung" auf. Zugleich sprach sich Honecker dafür aus, im Interesse des Friedens und der friedlichen Koexistenz den Dialog zwischen Ost und West und insbesondere zwischen den beiden deutschen Staaten fortzusetzen. Im humanitären Bereich wurden gewisse Unzuträglichkeiten abgebaut; wichtigstes Beispiel war die Genehmigung einer Vielzahl von Übersiedlungen für Personen, denen dies zuvor teilweise jahrelang verweigert worden war. Äußeres Zeichen dieses Kurses war auch die demonstrative Gesprächsbereitschaft der Führung der DDR auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse.[8]

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 30. März 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wichtiger Bericht für Sprechzettel etc."

2 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

3 Die Leipziger Frühjahrsmesse fand vom 13. bis 19. März 1983 statt. Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vgl. den Artikel „Honecker schlägt sanfte Töne an"; DIE WELT vom 14. März 1983, S. 10.

4 Zum „Milliarden-Kredit" an die DDR vom Juni 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 10.

5 Zu den Gesprächen mit der DDR zu Umweltfragen vgl. Dok. 80, Anm. 8 und 9.

6 Zu den Verhandlungen mit der DDR über ein Kulturabkommen vgl. Dok. 80, Anm. 12.

7 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 25. November 1983 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden, Bd. 10, S. 8–38.

8 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, führte während der vom 11. bis 18. März 1984 stattfindenden Leipziger Frühjahrsmesse am 11. März 1984 in Leipzig ein Gespräch mit Bundesminister Graf Lambsdorff. Vgl. dazu Dok. 80.
Ferner fand am 12. März 1984 in Leipzig ein Gespräch zwischen Lambsdorff und dem Mitglied des Staatsrats der DDR, Mittag, statt. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, teilte dazu am 13. März 1984 mit: „Die Atmosphäre war, wie schon im vorangegangenen Gespräch mit Honecker, wiederum

2) Interessenlage

Für diesen Kurs der DDR dürften folgende Überlegungen maßgebend gewesen sein:

a) Deutschlandpolitisch

wünscht die DDR eine Fortsetzung der bisherigen Bonner Deutschlandpolitik auf breiterer Grundlage und möglichst von allen im Bundestag und anderen gesellschaftlichen Gruppen vertretenen Parteien getragen. Dabei spricht auch die Erwartung mit, in einzelnen Bereichen über das hinausgelangen zu können, was in der Vergangenheit möglich war (Volkskammerkontakte[9], Statusfragen wie Salzgitter[10] oder Elbe-Grenze[11]).

b) Wirtschaftspolitisch

kann eine aktive Deutschlandpolitik der DDR Devisenzuflüsse im bisherigen Umfang oder sogar darüber hinaus eröffnen. Die außenwirtschaftliche Stellung der DDR (Verschuldung) wird durch eine enge Zusammenarbeit mit der Bun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 483

betont freundlich. Mittag war bemüht, jeden negativen Akzent in seiner Gesprächsführung zu vermeiden und für die anstehenden Fragen im Bereich von Handel und Wirtschaft, aber auch im Umweltschutz, eine möglichst positive Perspektive zu geben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 351; VS-Bd. 13348 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Die DDR übergab dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß bei dessen Besuch im Juli 1983 in der DDR zwei Papiere zu den innerdeutschen Beziehungen. Darin wurde u. a. die Herstellung offizieller Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer vorgeschlagen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 229.

10 Vortragender Legationsrat Krieghoff notierte am 23. März 1984: „1) Die Zentrale Erfassungsstelle ist eine Einrichtung der Bundesländer, die nach dem Mauerbau 1961 geschaffen wurde, um Gewaltakte an der Grenze und in der DDR zu registrieren. Dienstherr ist der niedersächsische Minister der Justiz, die Dienstaufsicht führt der Generalstaatsanwalt in Braunschweig. Die Finanzierung der Einrichtung erfolgt ebenfalls durch die Länder; der Bund gibt einen jährlichen Zuschuß von 50 000 DM. Erfaßt werden Tötungshandlungen einschließlich deren Versuch durch DDR-Organe, politische Terrorurteile, Mißhandlungen bei strafrechtlichen Ermittlungen sowie im Strafvollzug und ähnliches. 2) Im Laufe der Zeit ist eine Schwerpunktverschiebung bei der Aufgabenstellung für die Zentrale Erfassungsstelle eingetreten: Ursprünglich ging es um die Erfassung von Gewaltakten in unmittelbarer Grenznähe. Deren Zahl ist zurückgegangen. Der Schwerpunkt der Arbeit der Erfassungsstelle liegt jetzt auf der Ermittlung von Taten innerhalb der DDR (insbesondere exzessiv harte Strafurteile, politische Verdächtigungen und Mißhandlungen im Strafvollzug, die als Ausdruck des Gewaltsystems erkennbar sind)." Vgl. Referat 210, Bd. 132719.

11 Im Zusatzprotokoll zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde festgelegt, daß eine Kommission aus Beauftragten der Regierungen beider Staaten die Markierungen der innerdeutschen Grenze überprüfen und gegebenenfalls erneuern oder ergänzen solle. Im März 1977 unterbreitete die Bundesregierung den Vorschlag, die Frage des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe aus den Verhandlungen der Grenzkommission auszuklammern. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 392, AAPD 1976, I, Dok. 112, sowie AAPD 1977, I, Dok. 48.
Ministerialdirektor Blech legte am 11. November 1977 dar, daß das Präsidium des Obersten Gerichts der DDR am 9. November 1977 zum Grenzverlauf im Bereich der Elbe entschieden habe, „daß die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte des Talwegs verläuft". Vgl. Referat 210, Bd. 115052.
Am 29. November 1978 unterzeichneten die Bundesrepublik und die DDR ein Protokoll über die Überprüfung, Erneuerung und Ergänzung der Markierung der bestehenden Grenze, die Grenzdokumentation und die Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme und weitere dazugehörige Dokumente. In einem Protokollvermerk zu Artikel 1 dieses Protokolls wurde festgestellt, daß die „Arbeiten zur Feststellung, Markierung und Dokumentation des Verlaufs der Grenze" im Bereich der Elbe noch nicht abgeschlossen seien und daher fortgesetzt würden. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 3–11 (Auszug). Vgl. dazu ferner BULLETIN 1978, S. 1321–1324.

desrepublik Deutschland verbessert und ihr der Zugang zu westlichen Finanzmärkten erleichtert.

c) Außenpolitisch

mindert eine aktive Deutschlandpolitik der DDR das Risiko, daß eine weitere Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses voll auf ihre Westbeziehungen durchschlägt. Gute Beziehungen zu Bonn erleichtern zudem eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den anderen westeuropäischen Staaten.

d) Innenpolitisch

entspricht eine Politik der Schadensbegrenzung und der Konzentration auf das Machbare den Mindesterwartungen der eigenen Bevölkerung hinsichtlich menschlicher Kontakte, Versorgungslage, Grenzsystem und bei anderen Problemgebieten.

3) Außenpolitische Vorgaben

Auch nach dem Führungswechsel[12] bleibt die Sowjetunion wegen ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten daran interessiert, daß ihre Bündnispartner ihre Probleme ohne materielle Hilfe der SU regeln.

Da zentrale Probleme der sowjetischen Außenpolitik nach wie vor ungelöst sind (Verhältnis zu den USA, China, auch Polen) hat die DDR als stabiler und wichtigster Bündnispartner noch an Bedeutung gewonnen. Sie soll offenbar im sowjetischen Auftrag ihre Möglichkeiten nutzen, die Bundesrepublik auf einem Kurs der Entspannung und der Kooperation zu halten und auch für die sicherheitspolitischen Vorstellungen des Warschauer Paktes zu werben.

Der Spielraum der DDR ist allerdings begrenzt und kann sich je nach den taktischen Bedürfnissen Moskaus auch schnell wieder verengen. Im übrigen beobachtet Moskau eine dynamische Deutschlandpolitik der DDR stets mit wachem Mißtrauen. Die sowjetischen Instanzen befürchten insbesondere, daß die DDR durch eine engere Zusammenarbeit mit dem größeren und wirtschaftlich potenten deutschen Nachbarn in eine zunehmende Abhängigkeit geraten könnte. Dieser Gefahr wird Moskau gegenzusteuern versuchen. Retardierende Einflüsse der Sowjetunion sind daher zu keiner Zeit auszuschließen.

4) Innenpolitische Motivation

Über die Hintergründe der offenbar im Januar getroffenen Ausreiseentscheidung wissen wir wenig. Äußerungen Honeckers in Leipzig lassen vermuten, daß die DDR glaubt, mit der Ausreise von 20000 Menschen – von dieser Zahl ist von DDR-Seite gesprochen worden – das Überdruckventil ausreichend geöffnet zu haben. Die DDR hat dabei möglicherweise zwei Faktoren nicht ausreichend bedacht:

– Der gegenwärtige Ausreisestrom ist zum Gesprächsthema Nr. 1 in der DDR geworden, und viele Menschen, die bisher keinen Antrag gestellt hatten, fragen sich, ob sie nicht ebenfalls diesen Weg gehen sollen, ehe es zu spät ist. Mit der Ausreiseaktion wäre dann nicht Druck abgebaut, sondern zusätzlich Unruhe in der Bevölkerung geschaffen worden. Noch ist aber ein klares Bild über die Auswirkungen nicht zu gewinnen.

12 Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

– Mit der Öffnung des Ventils sind die Gründe, die zum Ausreisedruck geführt haben, keineswegs beseitigt. Vielmehr wirken Perspektivlosigkeit, Versorgungsprobleme und vielfache Repressionen zusammen, um immer wieder Menschen zur Übersiedlung zu veranlassen. Daran wird sich angesichts der angespannten Wirtschafts- und Versorgungslage kaum etwas ändern.

Die DDR steht deshalb vor der Frage, wie sie sich zu weiteren Ausreisewünschen stellen soll. Manches spricht dafür, daß die seit Januar geübte großzügigere Praxis nicht von Dauer sein wird. Schon jetzt wird berichtet, daß einer zunehmenden Zahl von DDR-Bürgern „Westkontakte" untersagt werden.

5) Der weitere Kurs

Der weitere deutschlandpolitische Kurs der DDR wird auch in den nächsten Monaten von dem Interesse geprägt sein, die Lage an der innerdeutschen Grenze ruhig zu halten, die wirtschaftliche und innenpolitische Lage auch mit Hilfe der Beziehungen zu uns zu stabilisieren sowie im eigenen Interesse und auch im übergeordneten Interesse der Sowjetunion die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik weiter auszubauen.

Allerdings können sich auch gegenläufige Tendenzen bemerkbar machen. Vermutlich wird in der DDR befürchtet, daß wir den Honecker-Besuch mit für die DDR nicht oder nur schwer annehmbaren Forderungen befrachten könnten. Darauf könnte es zurückzuführen sein, daß von DDR-Gesprächspartnern (aber auch von osteuropäischen Diplomaten) die offenen Fragen „Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft", „Elbegrenze" und „Salzgitter" hervorgehoben werden. Damit wird frühzeitig eine Verhandlungsposition bzw. ein Sperriegel gegen Forderungen im Bereich des Reiseverkehrs aufgebaut. Ohne Zweifel ist ein großer Teil der Führung und der aktiven SED-Mitglieder nur allzu geneigt, alle mit den Ausreisefragen im Zusammenhang stehenden Problemen der Bundesrepublik eine unerwünschte Einwirkungsmöglichkeit verschafft wird.[13] Innenpolitische Kontroversen über den deutschlandpolitischen Kurs der DDR und die richtige Dosierung werden deshalb anhalten. Honecker dürfte aber weiterhin bemüht bleiben, die retardierenden Momente in Grenzen zu halten und seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland wenn irgend möglich nicht in Frage stellen zu lassen.

Er wird an seiner Besuchsabsicht aber nur festhalten können, wenn der politische Preis dafür von unserer Seite nicht zu hoch geschraubt wird und er mit einem für ihn persönlich günstigen Klima in der Bundesrepublik rechnen kann.

[gez.] Bräutigam

Referat 210, Bd. 139186

[13] So in der Vorlage.

99

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

Dg 42/422-411.10 IRK-314/84 geheim **30. März 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

Betr.: Behauptungen des State Department gegenüber unserer Botschaft Washington über die angebliche Lieferung einer Anlage zur Herstellung von Nervengas an Irak[3] und heutige Veröffentlichung in der New York Times[4]

1) Das AA hat BMWi über oben bezeichnete Behauptungen alsbald nach Vorliegen unterrichtet und darauf hingewirkt, daß durch eine umfassende Außenwirtschaftsprüfung möglichst rasch der Sachverhalt festgestellt wurde.

Die Prüfung ist jetzt, soweit möglich, abgeschlossen. Sie hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

Die Firma Karl Kolb (bzw. ihre Tochter Pilot Plant) in Dreieich hat in Verhandlungen mit dem irakischen öffentlichen Rüstungsunternehmen Saad die Lieferung einer „multi-purpose pilot plant" für die Herstellung von Vorprodukten für Pestizide vereinbart. Die Anlage besteht aus zwei identischen Produktionseinheiten. Der Export einer derartigen Anlage ist nach unserem Außenwirtschaftsrecht nicht genehmigungspflichtig. Die Anlage ist im Februar d. J. an Irak aus-

1 Hat den Staatssekretären Lautenschlager und Meyer-Landrut am 30. März 1984 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der Ministerialdirektor Fischer um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Fischer und Ministerialdirigent Loeck verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 2. April 1984 vorgelegen.
Hat Fischer am 3. April 1984 erneut vorgelegen.
Hat Loeck am 3. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 422 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 4. April 1984 vorgelegen.

3 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 29. März 1984, der Botschaft sei im amerikanischen Außenministerium am selben Tag mitgeteilt worden, „daß nach neuesten amerikanischen Erkenntnissen ein Teil der von der Firma Kolb gelieferten Anlage soweit fertiggestellt sei, daß damit Nervengas produziert werden könne". Hermes faßte die bisher durch die USA übermittelten Erkenntnisse zusammen. So sei am 28. März 1984 dargelegt worden, „daß gesamte Baustelle in Samarra durch Stacheldrahtzäune und andere Schutzmaßnahmen hermetisch von der Außenwelt abgeschirmt sei und durch militärische Kräfte bewacht werde. Auf dem Baugelände befänden sich Entgiftungsfahrzeuge sowjetischer Bauart, wie sie von sowjetischen Truppen, die mit chemischen Waffen ausgerüstet seien, benutzt würden." Nach amerikanischen Erkenntnissen seien zudem zumindest einige Angehörige der Firma Kolb darüber informiert, daß es sich um eine Anlage zur Herstellung von Giftgas handele: „Alles in allem bestehe für die amerikanischen Stellen kein Zweifel daran, daß in dieser Anlage Nervengas in größeren Mengen hergestellt werden solle." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1443; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Vgl. dazu den Artikel „U.S. Aides Say Iraqis Made Use Of a Nerve Gas: Assert Lab Gear Came From West Germans"; THE NEW YORK TIMES vom 30. März 1984, S. A 1 und S. A 6.
Botschafter Hermes, Washington, führte dazu am 30. März 1984 aus, der Artikel greife „weder die Bundesregierung noch die deutsche Firma an und enthält in dieser Richtung noch nicht einmal Vorwürfe. […] Die deutsche Beteiligung bleibt ein Randthema. Hauptanliegen des Artikels richtet sich an die amerikanische Regierung – Aufforderung zu sofortigen Maßnahmen – und – als zweiter Schritt – Überprüfung der Exportbestimmungen für Chemikalien. Wir werden mit erheblichem öffentlichen Druck zu rechnen haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1459; Referat 424, Bd. 135866.

geliefert worden. Die Montage ist noch nicht abgeschlossen, Betriebsbereitschaft voraussichtlich im Herbst 1984.

2) Die Prüfung hat ergeben, daß der Firma Kolb ein Verstoß gegen das Außenwirtschaftsrecht nicht nachzuweisen ist. Die gelieferte Anlage erlaubt die Herstellung von chemischen Produkten, die sowohl für die Herstellung von Pestiziden als auch von chemischen Kampfstoffen (Nervengas Tabun) als Vorprodukte benötigt werden.

Sowohl für die Herstellung von Pestiziden als auch von Nervengas kann die Anlage nur eingesetzt werden, wenn sie mit zusätzlichen technischen Einrichtungen versehen wird, die zur Zuleitung der für die Pestizid- bzw. Kampfgasherstellung benötigten verschiedenen weiteren chemischen Produkte erforderlich sind. Es gibt überhaupt keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß solche Zulieferungen[5] durch die Firma Kolb oder von einer anderen Firma erfolgen sollen. Auch sonstige Zusatzeinrichtungen (Abluft- und Abwasserentsorgung, Dichtungen), die für eine risikolose Herstellung von Nervengas erforderlich wären, sind weder kontrahiert noch geliefert worden.

3) Das State Department behauptete am 29.3. gegenüber unserer Botschaft Washington, nach neuesten US-Erkenntnissen sei ein Teil der Anlage soweit fertig, daß damit Nervengas produziert werden könne. Diese Annahme geht offenbar auf folgendes zurück:

Irak hatte die Firma Kolb in Jahre 1981 um Lieferung einer Pestizid-Anlage gebeten, die nach ihrer Auslegung für die Herstellung von Tabun geeignet gewesen wäre. Diese Lieferung ist jedoch weder vereinbart noch ausgeführt worden.

4) Demgegenüber geht die New York Times in ihrem heutigen Artikel davon aus, daß zwar die amerikanischen nachrichtendienstlichen Erkenntnisse über die Erstellung einer Nervengasanlage eindeutig seien, jedoch die Firma Kolb offenbar unwissentlich der irakischen Seite dazu verholfen habe, Nervengas zu produzieren. Dementsprechend wurden keine ausdrücklichen Vorwürfe gegen die Bundesregierung erhoben.

5) Unser weiteres Vorgehen:

a) Wir werden unsere bisherige Sprachregelung

– Hinweis auf unseren C-Waffen-Verzicht[6] und Haltung der Bundesregierung zu Kontrollen,
– Ausfuhrgenehmigungspflicht für C-Waffen-Anlagen,
– Prüfung der Bundesregierung hat ergeben, daß Fa. Kolb an Irak eine normale Anlage (nicht genehmigungspflichtig) zur Herstellung von Pestiziden geliefert hat

an die in der Pressediskussion verwendeten Argumente anzupassen haben.

b) Botschafter Böcker (Bagdad) soll in Abstimmung mit Abt. 3 und 2A noch heute Weisung erhalten, bei irakischer Regierung vorzusprechen:

5 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was will man denn dann mit der Anlage?“

6 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf atomare, biologische und chemische Waffen vgl. Dok. 65, Anm. 7.

– Veröffentlichung der New York Times vom 30.3.1984 sei für irakische Position abträglich und könnte möglicherweise auch unser Ansehen beeinträchtigen.
– Aufgrund unseres Verzichts auf die Herstellung von C-Waffen haben wir uns bereit erklärt, die Nichtherstellung von C-Waffen durch ein internationales Gremium kontrollieren zu lassen.
– Angesichts unserer guten Erfahrungen mit diesem Instrument liegt es nach unserer Ansicht im wohlverstandenen irakischen Interesse, die irakische Bereitschaft zu erklären, die von der New York Times genannte Anlage durch eine international anerkannte Persönlichkeit prüfen zu lassen, um die Haltlosigkeit der dort erhobenen Vorwürfe darzutun.[7]

6) Überlegungen zur Wahrung der deutschen Position in der durch die New York Times begonnenen internationalen öffentlichen Diskussion und gegenüber der amerikanischen Regierung:

a) Die Ergebnisse der von kompetenten Chemiefachleuten durchgeführten Außenwirtschaftsprüfung dürften nach bisherigem Eindruck verläßlich sein. Es ist nicht erkennbar, daß der Firma Kolb (und der Firma Pilot Plant) ein Verstoß gegen Ausfuhrbestimmungen nachzuweisen ist. Dementsprechend ergibt sich keine rechtliche Handhabe der Bundesregierung gegen diese Firmen (insbesondere keine Möglichkeit, die ohnehin vor dem Abschluß stehenden Montagearbeiten durch Abzug der in Irak tätigen Techniker der Firma Kolb zu stoppen).

b) Daß die Firma Kolb (bzw. Pilot Plant)

– die Lieferung mit dem irakischen öffentlichen Rüstungsunternehmen Saad kontrahiert und die Anlage an dieses Unternehmen ausgeliefert hat,
– die Anlage auf dem offensichtlich militärischen Komplex Samarra errichtet wird,

macht die Anlage nicht genehmigungspflichtig und ihre Ausfuhr demgemäß nicht strafbar. Dennoch ergeben sich hieraus Zweifel von mir hinsichtlich der Gutgläubigkeit der Firma. Es muß damit gerechnet werden, daß diese Fakten in der internationalen Diskussion der Firma Kolb angelastet werden.

Mit D 3 i.V. und D 2 A[8] abgestimmt.

Per Fischer

VS-Bd. 10919 (422)

7 Für die Weisung an Botschafter Böcker, Bagdad, vgl. den Drahterlaß Nr. 2334 des Ministerialdirektors Fischer vom 30. März 1984; VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.
Böcker teilte am 1. April 1984 mit, er habe am Vortag die Weisung gegenüber dem Abteilungsleiter im irakischen Außenministerium, al-Hidawi, ausgeführt, der erklärt habe: „Irak bestreite kategorisch, CW eingesetzt zu haben. Er versichere, daß auch in Zukunft keine chemischen Kampfstoffe eingesetzt würden. Es würde sowohl die irakische Souveränität beeinträchtigen (infringe) als auch dem irakischen Ansehen abträglich sein, wenn die irakische Regierung sich unter den gegebenen Umständen mit einer Sur-place-Inspektion der Anlage, die im N[ew]Y[ork]T[imes]-Artikel erwähnt ist, einverstanden erklärte. […] Er werde unseren Vorschlag seinem Minister vortragen und ihn um Entscheidung bitten. Er glaube jedoch, sicher zu sein, daß der Minister nicht anders entscheiden werde als er.“ Böcker führte dazu aus: „Ich bin überzeugt, daß eine irakische Haltungsänderung zur Frage der freiwilligen Kontrolle nicht zu erreichen ist. Andererseits kann man aus der Ablehnung nicht ohne weiteres den Schluß ziehen, daß darin ein Eingeständnis im Sinne des NYT-Artikels liegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 299; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Friedrich Ruth.

100

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.14 USA-738/84 VS-vertraulich **30. März 1984**[1]

Betr.: MBFR;
hier: amerikanische Demarche bei Staatssekretär Meyer-Landrut

Am 28.3. empfing StS Meyer-Landrut den amerikanischen Gesandten Woessner, der auf Weisung um dieses Gespräch nachgesucht hatte.

Woessner trug die amerikanische Besorgnis über die MBFR-Diskussion im Bündnis, insbesondere die Erörterung im SPC am 26.3.[2], vor. Washington sei der Auffassung, daß entgegen der Aussage im Brief des Bundesministers an AM Shultz[3] die deutsche Delegation eine Alternative zum amerikanischen Vorschlag[4] vorgetragen habe.[5] Er übermittelte die Bitte, von einer Formalisierung dieser Alternative in der nächsten Sitzung abzusehen.

1) StS Meyer-Landrut stellte fest:

– Die Vertreter der Bundesregierung argumentierten in den Gesprächen im

1 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 2. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 3. April 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Hier bahnt sich eine kontroverse Diskussion zwischen US/GB einerseits und dem Rest des Bündnisses andererseits an.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 3. April 1984 vorgelegen.
Hat Genscher am 4. April 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 4. April 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Meyer-Landrut und Botschafter Ruth verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 4. April 1984 erneut vorgelegen.
Hat Ruth am 5. April 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 221 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 6. April 1984 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 26. März 1984 zur Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene (SPC) der NATO am selben Tag: „Wir erläuterten in Grundzügen unsere eigenen Vorstellungen für eine Lösung des Datenproblems mit Hilfe der Verifikation, erklärten uns jedoch bereit, zunächst auf Basis der amerikanischen Vorstellungen in die Diskussion einer westlichen Initiative einzutreten.“ Ferner habe sich die Delegation der Bundesrepublik bereit erklärt, bis zur nächsten Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene (SPC) der NATO am 29. März 1984 den Entwurf einer Verhandlungsweisung einzuführen, „die einen ersten Datenschritt auf Grundlage des amerikanischen Vorschlages mit der Übernahme des traditionellen westlichen Ansatzes für Reduzierungen und Begrenzungen (d. h. keine Beschränkung auf Kampf- und Kampfunterstützungstruppen) verbindet“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 497; VS-Bd. 11462 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Zu dem am 15. März 1984 übermittelten Schreiben vgl. Dok. 79, besonders Anm. 14.

4 Zu der am 19. März 1984 vorgelegten amerikanischen MBFR-Initiative vgl. Dok. 79, Anm. 15.

5 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 27. März 1984 mit, der Botschaft sei im amerikanischen Außenministerium am selben Tag erklärt worden, „man sei über die von uns im SPC am 26.3. vertretene Haltung zur amerikanischen MBFR-Initiative aufgebracht (very upset). […] Ein in der Sache alternativer deutscher Vorschlag wäre aus amerikanischer Sicht ein wesentliches Hindernis für eine schnelle Einigung in Brüssel, die erforderlich sei, um dem WP eine NATO-Initiative noch in dieser MBFR-Runde vorlegen zu können.“ Zwar seien die USA zu einer Erörterung von Einzelfragen mit der Bundesregierung bereit: „Es sei jedoch nicht möglich, die von Präsident Reagan gebilligte Position in wesentlichen Punkten zu verändern oder auf wesentliche Bestandteile zu verzichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1402; VS-Bd. 11462 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

Bündnis auf der Grundlage des Schreibens des Bundesministers an AM Shultz.

– Es habe sich nicht darum gehandelt, eine Alternative zur Diskussion zu stellen, sondern auf der Grundlage des amerikanischen Papiers eine gemeinsame Position zu entwickeln. Dabei würde es auch in Zukunft bleiben.
– In der Sache seien wir bereit, der amerikanischen Methode für den Datenaustausch zuzustimmen.
– Große Schwierigkeiten hätten wir jedoch mit den von den Vereinigen Staaten vorgeschlagenen Reduzierungs- und Begrenzungsmodalitäten. Diese Bedenken seien von sicherheits- und verteidigungspolitischer Natur.

2) D2A[6] ergänzte:

a) Wie im Brief des Bundesministers an AM Shultz angekündigt, hätte unsere Delegation sich bereit erklärt, die Diskussion auf der Grundlage des amerikanischen Papiers zu führen, dabei aber in genereller Weise unsere eigenen Überlegungen dargestellt. Dabei habe es sich für uns nicht darum gehandelt, eine alternative und parallele Diskussion einzuleiten, sondern die Erörterung einer neuen westlichen Initiative zu fördern.

b) Von Teilnehmern des SPC sei die Frage gestellt worden, ob nicht ein nächster MBFR-Schritt sich auf den Datenaustausch nach amerikanischem Muster begrenzen lasse oder ob sich dieser Datenaustausch mit deutschen Überlegungen verbinden lasse. Auf Frage des Vorsitzenden habe sich die deutsche Delegation bereit erklärt, eine solche denkbare Verbindung illustrativ zu entwerfen und sie den SPC-Mitgliedern auf der nächsten Sitzung (am 29.3.) zur Kenntnis zu geben. Der amerikanische Vertreter habe dem nicht widersprochen.

c) Unsere Delegation habe auf der Sitzung am 26. unsere sachlichen Bedenken dargestellt und unterstrichen, daß diese Frage sorgfältig geprüft werden müßte. Dabei handele es sich um folgende Elemente des amerikanischen Papiers:

– Reduzierungen nur bei den Kampf- und Kampfunterstützungsverbänden,
– Begrenzung dieser Streitkräftekategorie auch bei den nichtamerikanischen Streitkräften,
– Reduzierung in Einheiten statt Verdünnungen (9:1),
– Nichtumgehungsklausel mit negativen Konsequenzen für die Ausbildung unseres Territorialheeres.

D2A wies darauf hin, daß inzwischen das BMVg unsere Bedenken bekräftigt und festgestellt habe, daß die vorgesehenen Reduzierungsmodalitäten schwerwiegende sicherheitspolitische Einbußen für die einheimischen Streitkräfte im Raum der Reduzierungen nach sich ziehen müßten.[7]

6 Friedrich Ruth.

7 Botschafter Ruth wies die Botschaft in Washington am 30. März 1984 an, gegenüber dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, zu erklären, die Bundesregierung habe sich „mit der Einführung der amerikanischen Vorstellungen in das Bündnis einverstanden erklärt, obgleich die amerikanische Seite – entgegen einer zwischen BK und Präsident Reagan am 6. März getroffenen Absprache – zu keinem Kompromiß in der Sache bereit war." Die Bundesregierung habe jedoch nie zugesagt, „die US-Vorschläge im Bündnis zu unterstützen, sondern nur Beteiligung an ihrer Diskussion angekündigt". Die Bundesregierung habe daher „entsprechend der Anregung anderer Bünd-

d) D 2 A übergab Herrn Woessner den Sprechzettel[8], der den Ausführungen von Dr. Holik zugrunde lag.

e) Mit Zustimmung von StS Meyer-Landrut erklärte sich D 2 A bereit, nach Washington zu reisen, wenn dies in Washington für hilfreich und wünschenswert gehalten werde.[9] Uns komme es darauf an, den neuen MBFR-Schritt in enger Abstimmung und auf der bewährten Vertrauensbasis zwischen uns zu entwickeln.[10]

Ruth

VS-Bd. 11453 (221)

Fortsetzung Fußnote von Seite 491

nispartner am 29. März eine Draft Guidance im SPC eingeführt, die amerikanische Vorstellungen für einen Datenschritt vor Unterzeichnung des Abkommens mit Regelungen zum Ablauf des Reduzierungsprozesses verknüpft, wie sie der bisherigen Allianz-Position entsprechen. Wir haben klargestellt, daß es sich dabei nicht um einen deutschen Gegenvorschlag handelt, sondern um den Versuch, auf der Grundlage der verteidigungspolitisch nicht problematischen Teile des amerikanischen Vorschlags möglichst bald zu einer gemeinsamen Position im Bündnis zu gelangen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2355; VS-Bd. 11453 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Für den beigefügten Sprechzettel vgl. VS-Bd. 11453 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Botschafter Ruth führte am 4. April 1984 Gespräche mit amerikanischen Regierungsvertretern. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am selben Tag mit, es sei kurzfristig ein Besuch amerikanischer Militärexperten in der Bundesrepublik vereinbart worden, um die Frage möglicher militärischer Auswirkungen beim Thema Begrenzung von Kampf- und Kampfunterstützungstruppen zu erörtern. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1539; VS-Bd. 11484 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

10 Am 11. April 1984 vermerkte Botschafter Ruth, nach seinem Besuch am 4. April 1984 in den USA und dem Besuch einer amerikanischen Expertendelegation am 5./6. April 1984 in der Bundesrepublik habe die amerikanische Regierung „hinsichtlich der von uns vorgebrachten Bedenken gegenüber ihrem ursprünglichen Konzept rasch und positiv reagiert. Sie hat am 10.4. über ihre Botschaft in Bonn und am 11.4. im Bündnis in Brüssel einen Textentwurf für eine Bündnisweisung an die Unterhändler in Wien vorgelegt, der im wesentlichen dem von uns angebotenen Kompromiß entspricht und der unsere Bedenken so weitgehend berücksichtigt, daß eine Einigung auf dieser Basis möglich ist." Vgl. VS-Bd. 11484 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

101

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl

210-331.45-660/84 VS-vertraulich **5. April 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Luftraumreservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin

Bezug: Weisung des Ministerbüros vom 5. April 1984

3 Anlagen[4]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

1) Seit dem Jahre 1980 ist ein zunehmender Trend von Luftraumreservierungen in den Flugkorridoren von und nach Berlin durch die sowjetische Seite zu beobachten. Abgesehen von einer kurzfristigen Totalsperrung des mittleren Korridors am 2.4.83[5] hielten sich diese Reservierungen jedoch an das gewohnte Schema, nach dem nur ein Teil der geographischen Länge der Korridore in unteren Flughöhen (in der Regel bis 3500 Fuß) reserviert wurde und dafür kompensatorisch höhere Flugebenen angeboten wurden.

Demgegenüber reservierte (nach alliierter Rechtsauffassung: beantragte die Reservierung) die sowjetische Seite am 20. Februar d. J. zum ersten Mal die unteren Flughöhen auf der gesamten geographischen Länge der Korridore. Hierdurch ergaben sich für die zivilen Verkehrsflugzeuge Probleme beim Ein- bzw. Ausflug aus dem Berliner Luftraum (Berlin Control Zone – BCZ), in dem sie durch Kreisen in der BCZ auf höhere Flugebenen gelangen bzw. von diesen herabkommen mußten.

Vorangegangen waren am 27. und 31.1. d. J. mehrere Fälle gefährlichen Heranfliegens von sowjetischen und möglicherweise DDR-Militärflugzeugen an zivile Verkehrsmaschinen von Pan Am sowie ein Beinahe-Zusammenstoß zwischen zwei sowjetischen MiGs mit einem British-Airways-Flugzeug am 16.2. d. J. Hiergegen hatten die Alliierten sowohl in der Berliner Luftsicherheitszentrale (Berlin Air Safety Center – BASC) als auch auf der Ebene der Politischen Berater in Berlin protestiert.

2) Nachdem die alliierten Proteste gegen das neue „Reservierungsschema" im BASC und auf der Ebene der Politischen Berater in Berlin zu keiner zufriedenstellenden Reaktion der sowjetischen Seite führten, vielmehr die sowjetische Seite weitere Luftraumreservierungen vornahm, die sich wiederum auf die gesamte geographische Länge der Korridore erstreckten, haben die Drei Mächte am 27. bzw. 28. Februar d. J. in den Hauptstädten auf Gesandtenebene protestiert

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Krieghoff und Legationsrat I. Klasse Burkart konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 5. April 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 7. April 1984 vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6, 7 und 11.

5 Zur Schließung des mittleren Luftkorridors nach Berlin durch die UdSSR vgl. AAPD 1983, I, Dok. 95.

(Text siehe Anlage 1[6]). Die sowjetische Seite hat am 23.3. d.J. in Washington und London den alliierten Protest beantwortet (zur Antwort in London siehe Anlage 2[7] – sowjetische Erklärung in Washington entsprechend). In Paris hat die sowjetische Seite bisher (nach französischer Vermutung aufgrund des Zwischenfalls mit einer Patrouille der französischen Militärmission, bei der ein französischer Soldat getötet wurde[8]) nicht geantwortet. Die Alliierten sehen die sowjetische Antwort als unbefriedigend an, obwohl dort die Luftraumreservierungen als „temporary and technical" bezeichnet werden. Allerdings hat die sowjetische Seite in Berlin zwischenzeitlich erkennen lassen, daß „temporary" nicht im Sinne von „vorübergehend", sondern als „jeweils zeitlich befristete Luftraumreservierung" zu verstehen sei.

Die Alliierten prüfen derzeit weitere diplomatische Schritte.

3) Auch in der Folgezeit nach dem 20. Februar bis zu dieser Woche hat die sowjetische Seite zahlreiche Luftraumreservierungen vorgenommen. Die Alliierten widersprechen im BASC regelmäßig diesen Reservierungen, respektieren sie jedoch in der Praxis aufgrund der Priorität der Sicherheit der Passagiere.

Als neue Entwicklung ist zu vermerken, daß die sowjetische Seite aufgrund erneuter alliierter Proteste im BASC am 30.3. eine Reservierung des mittleren Korridors in Höhe von bis zu 7500 Fuß erstmals wieder auf die ursprüngliche geographische Länge (d.h. von der innerdeutschen Grenze bis ungefähr nach Genthin) beschränkt hat.

4) Am 2.3. d.J. hat die sowjetische Seite im BASC (in außergewöhnlicher Anwesenheit von zwei sowjetischen Generälen) den Alliierten vorgeschlagen, die Luftraumkorridore insgesamt um 1000 bis 2000 Fuß anzuheben (womit die untere Flughöhe bis ca. 3500 Fuß nicht mehr als Korridorluftraum anzusehen wäre) und hierüber eine Vereinbarung abzuschließen. Die Alliierten sind hierauf bisher nicht eingegangen. Des weiteren hat die sowjetische Seite in Berlin (Gesandter Kosobrodow) erkennen lassen, daß die neue Form der Reservierungen auf eine Überprüfung von Luftsicherheitsfragen im allgemeinen durch die sowjetische militärische Seite nach dem KAL-Zwischenfall über Sachalin[9] zurückgehe.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die „Allied demarche on Soviet air reservations to be delivered in capitals on February 27 and 28" vgl. VS-Bd. 13352 (210).
Am 6. April 1984 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup den Botschaften in London, Moskau, Paris und Washington den Text der Demarche. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2503/2505; VS-Bd. 13352 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für die Antwort der sowjetischen Regierung vgl. VS-Bd. 13352 (010).
Am 6. April 1984 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup den Botschaften in London, Moskau, Paris und Washington den Text der Antwort. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2503/2505; VS-Bd. 13352 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

8 In der Presse wurde berichtet: „Beim Zusammenstoß eines Fahrzeugs der Nationalen Volksarmee der DDR mit einem französischen Militärauto sind nach Angaben des Außenministeriums in Paris am 22. März ein französischer Soldat getötet und zwei seiner Kameraden verletzt worden. Wie das Ministerium mitteilte, wurde die sowjetische Botschaft in Ostberlin um Erklärung für den Zwischenfall gebeten. Das französische Fahrzeug befand sich entsprechend den in Potsdam nach dem Zweiten Weltkrieg vereinbarten Abkommen der vier Siegermächte auf einer Routinestreife in der DDR." Vgl. den Artikel „Französischer Soldat in der DDR getötet"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 2. April 1984, S. 2.

9 Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 17.

5) Unklar ist, ob die erfolgten Luftraumreservierungen tatsächlich durch Manövertätigkeiten der Luftstreitkräfte der anderen Seite gerechtfertigt sind. Die Alliierten haben erhöhte Manövertätigkeiten registriert, ohne daß diese im Einzelfall jeweils mit den Reservierungen in Verbindung zu bringen sind. Allerdings habe es genügend Aktivitäten gegeben, um der sowjetischen Seite das subjektive Bedürfnis nach den Reservierungen zuzugestehen.

6) Nachdem die Vorgänge in den Luftkorridoren trotz der vertraulichen Behandlung der Angelegenheit am 4.4. in der Presse ihren Niederschlag gefunden haben[10], wurde für die Bundespressekonferenz am selbigen Tage, da die Drei Mächte zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich Stellung genommen hatten, folgende Sprachregelung entwickelt:

Es handelt sich um eine Frage, die in der ausschließlichen Zuständigkeit der Drei Mächte liegt. Die Bundesregierung ist unterrichtet und steht in ständigem Kontakt mit den Drei Mächten.

Zwischenzeitlich haben die Alliierten am gestrigen Abend folgende Sprachregelung erlassen und (auf Anfrage) durch die vorsitzführende Seite in Berlin benutzt:

Recently the Russians have notified the three Allied Powers in the Berlin Air Safety Center of Soviet air exercise activities in the areas of the three Berlin air corridors. Such Soviet exercise activities have taken place in the past. In order to ensure adequate air traffic separation, Allied aircraft have been requested on such occasions to fly at higher altitudes along the air corridors to and from Berlin. The Allies have expressed their dissatisfaction to the Soviet authorities at such requests.

Flight schedules have not been affected. The movement of aircraft to and from Berlin along the air corridors remains the responsibility of the three Western Allies and the Soviet Union in accordance with long standing quadripartite agreements and practices.

Der Pressesprecher des State Department hat auf gleicher Linie Fragen beantwortet (Text der Sprachregelung siehe Anlage 3[11]).

7) Wie uns die Alliierten auf Arbeitsebene mitteilen, bestehen ihrerseits keine Bedenken, wenn von deutscher Seite die Vorgänge nunmehr entsprechend der in Ziffer 6 beschriebenen Linie der Alliierten bestätigt werden. Aus Sicht der Unterabteilung 21 könnte es zweckmäßig werden[12], kurzfristig ein Presse-Hintergrundgespräch mit Vertretern der wichtigsten Medien zu führen, um weiteren

10 In der Presse wurde berichtet: „Seit langen Wochen sehen sich nunmehr die westlichen Alliierten bei der Ausübung ihrer Rechte in den drei Luftkorridoren von und nach Berlin einem neuen Druck der Sowjetunion ausgesetzt. Es vergeht fast kaum ein Tag, in dem der sowjetische Vertreter in der alliierten Luftsicherheitszentrale in Berlin nicht Manöver von Militärflugzeugen in den Berliner Luftkorridoren ankündigt. Sogar mehrmals am Tage erklärt er, die Sicherheit alliierter Flugzeuge in bestimmten Höhen nicht garantieren zu können. Er empfiehlt dann ein Ausweichen in andere Höhen, auch über 3000 Meter hinaus". Vgl. den Artikel „In den drei Luftkorridoren"; DER TAGESSPIEGEL vom 4. April 1984, S. 1.

11 Dem Vorgang beigefügt. Für die Sprachregelung des amerikanischen Außenministeriums vom 4. April 1984 vgl. VS-Bd. 13352 (210).

12 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sein".

Spekulationen entgegenzuwirken. Aus der Sicht des Referates 013 ist ein Bedürfnis hierfür allerdings derzeit noch nicht gegeben.

Braunmühl

VS-Bd. 13352 (210)

102

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ehni

201-363.21 VS-NfD **5. April 1984**[1]

Notiz für 010

Betr.: 35. NPG-Ministerkonferenz am 3./4.4.1984 in Çeşme/Türkei;
hier: Vorabinformation nach Abschluß der NPG-Konferenz

Bezug: telefonische Anforderung Ministerbüro am 5.4.84
Termin 15.00 Uhr

Anlg.: Kommuniqué (vorläufige Übersetzung)[2]

I. 1) Die wesentlichen Gesprächspunkte waren:

– INF-Stationierung in den Niederlanden,

– US-Programm zur Abwehr ballistischer Raketen (Strategic Defense Initiative – SDI) und Anti-Satelliten-Waffen (ASAT),

– Zukunft der High Level Group (HLG).

2) Das Kommuniqué der Tagung liegt bei.

II. Im einzelnen

1) INF-Stationierung in den Niederlanden[3]

Die Niederlande wurden von vielen Seiten aufgefordert, die Stationierung der Cruise Missiles durchzuführen. Insbesondere äußerten sich GB, USA, Belgien, Italien, Norwegen, Kanada und auch wir deutlich zu dieser Frage. Der britische VM Heseltine bemerkte, daß die Friedensbewegung nach Beginn der Nachrüstung entschieden an Schwung verloren habe. Auch in GB seien nach Meinungs-

1 Durchschlag als Konzept.
Vortragender Legationsrat Ehni verfügte die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer, Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Studnitz und Legationsrat I. Klasse Adamek „n[ach] R[ückkehr]“.
Hat Adamek am 6. April 1984 vorgelegen.
Hat Studnitz am 9. April 1984 vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für die vorläufige Übersetzung des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4. April 1984 in Çeşme vgl. Referat 201, Bd. 143460.
Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 109 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 360–362.

3 Zur Frage der INF-Stationierung in den Niederlanden vgl. Dok. 89.

umfragen seinerzeit 70% der Bevölkerung gegen die Stationierung gewesen. Insofern sei dieses Argument, das gegen die Stationierung vorgebracht werde (gemeint: durch die Niederländer), nicht schlüssig.

Auch GS Luns drängte die Niederländer zu einer positiven Entscheidung.

BM Wörner wies darauf hin, daß bei uns noch nicht mit der Stationierung der Cruise Missiles begonnen worden sei. Durch negative Entscheidungen in den Niederlanden könnten die Schwierigkeiten auch bei uns wieder aufflammen.

Der niederländische Verteidigungsminister de Ruiter legte sich nicht fest. Die notwendigen Entscheidungen würden Mai/Juni getroffen werden.

2) Strategic Defense Initiative (SDI)[4]

Die Amerikaner informierten ausführlich über ihre Pläne und – anhand ihres Nachrichtenmaterials – auch über die sowjetischen Fähigkeiten und Absichten. Sie erwähnten – wie bereits auch BND-Berichte – die große Radarstation Sary Shagan[5]. Die Sowjets seien sehr weit, man dürfe ihnen daher das Feld nicht allein überlassen.

Die Amerikaner betonten, daß die SDI-Forschungen sich auf alle Abschnitte der Raketensysteme richten, auch Kurzstreckenwaffen. Kurzstreckenwaffen seien langsamer als Langstreckensysteme und könnten prinzipiell ebenfalls bekämpft werden. Die rüstungskontrollpolitische Problematik wurde von den Amerikanern zumindest verbal anerkannt.

Gegen das Argument der Destabilisierung durch SDI wandten sich die Amerikaner u. a. mit dem Hinweis, daß beide Seiten ja mit der Entwicklung der Raketenabwehrsysteme befaßt seien. Notfalls seien sie – dies klang nicht sehr überzeugend – auch bereit, die Technologie (mit dem sowjetischen Gegner) zu teilen.

Die Kosten für SDI – so die Amerikaner – würden weit übertrieben. Für 1985 seien 2 Mrd. US-Dollar für SDI-Forschungen geplant, ein Teil im Haushalt des Department of Energy, der größere Teil im Haushalt des Department of Defense.

Insgesamt haben die Ausführungen der Amerikaner ihren Eindruck nicht verfehlt. Laut Presseberichterstattung hat BM Wörner sich aber auch skeptisch dazu geäußert.[6]

4 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz handschriftlich: „Lt. Auskunft OTL Hene, BMVg, unterschied sich diese Information nicht wesentlich vom Briefing im Februar."

5 Die Wörter „Sary Shagan" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Radarstation Krasnojarsk u. Sary Shagan sind Laser-Versuchsanlagen."

6 In der Presse wurde über Äußerungen des Bundesministers Wörner berichtet: „Als einziger NATO-Minister stellte sich Wörner bei der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe im Seebad Çeşme dem Star-Wars-Konzept der Amerikaner entgegen. […] Unmittelbar nach dem Jonglieren mit utopischen Konzepten und Milliardenbeträgen mußte Manfred Wörner nach der Rückkehr in Bonn seinen Staatssekretär Joachim Hiehle verabschieden, eines der bisher wenigen Opfer des Skandals um die Entlassung General Kießlings. […] Die sicherheitspolitische Kompetenz Wörners, derentwegen ihn Kanzler Kohl offiziell im Amt hielt, wurde in Çeşme weder von ausländischen Journalisten noch von Delegationsmitgliedern anderer NATO-Staaten angezweifelt. Im Gegenteil: Diese Einschätzung erfuhr eher eine Aufwertung durch Wörners dezidierte Kritik an den Star-Wars-Plänen. Bei der NPG-Tagung waren allerdings auch Stimmen zu hören, die Wörners Auftreten dort im Zusammenhang mit seiner angegriffenen Position zu Hause sahen." Vgl. den Artikel „Nach außen stark"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7./8. April 1984, S. 9.

3) Anti-Satelliten-Waffen (ASAT)[7]

Die Amerikaner betonten, daß die Sowjets auf diesem Gebiet weit voraus seien. Auch hier dürfe man ihnen das Feld nicht allein überlassen. Es wurde zugegeben, daß die rüstungskontrollpolitischen Aspekte von ASAT sehr schwierig seien. Durch die Verifikation bei ASAT können u. U. andere Verifikationsmittel (bei START, Aufklärungsmittel) beeinträchtigt werden. Die Frage der rüstungskontrollpolitischen Auswirkungen würden sowohl für SDI als auch für ASAT geprüft[8].

4) Fortexistenz der HLG

Es wurde beschlossen, daß die HLG ihre Arbeit bei konkretem Mandat fortsetzen solle. Ihre Arbeit im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß[9] wurde gewürdigt. Es gab aber auch Einwände von militärischer Seite (insbesondere SACEUR und Military Committee); sie sollen berücksichtigt werden.

Bis Herbst 1984 soll sich die HLG mit den Fragen der „survivability of nuclear systems" (Überlebensfähigkeit nuklearer Systeme) und dem Verhältnis konventioneller und nuklearer Waffen befassen.[10]

5) Strategische Modernisierung

Die Amerikaner informierten über ihre laufenden Programme, was unserem Kenntnisstand entsprach (z. B. MX, B-1-Bomber, Stealth, Cruise Missiles usw.).

6) Rüstungskontrollfragen

Hierzu Kommuniqué (Ziffer 4).

gez. Ehni

Referat 201, Bd. 143460

7 Zu den amerikanischen Plänen für die Einrichtung eines Anti-Satelliten-Systems vgl. Dok. 90, Anm. 35.

8 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kürzliche (negative) Äußerung Reagans deutet auf Abschluß der Prüfung."

9 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

10 Zum diesbezüglichen Bericht der High Level Group (HLG) der NATO vgl. Dok. 250.

103

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Staatsrats der DDR, Mittag

VS-NfD **6. April 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Mitglied des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Günter Mittag, am 6. April 1984, 9.30 Uhr bis 10.10 Uhr, im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Teilnehmer: Bundesminister Graf Lambsdorff, Staatsminister Dr. Jenninger, Ministerialdirektor Horst Teltschik; Staatssekretär Dr. Beil, Mitglied des Ministerrates der DDR; Dr. Moldt, Leiter der Ständigen Vertretung der DDR; Professor Krömke, Leiter des Büros von Günter Mittag.

Der *Bundeskanzler* hieß Dr. Mittag herzlich willkommen. Er hoffe sagen zu können, was lange währt, werde endlich gut. Er wisse von Graf Lambsdorff, der ja der Hauptgesprächspartner von Dr. Mittag sei, daß bei allen Gegensätzen die wirtschaftlichen Beziehungen sich positiv entwickeln würden. Er sei darüber sehr erfreut. Der Staatsratsvorsitzende Honecker habe ja in seinem Gespräch in Moskau eine große „Liebeserklärung" für Graf Lambsdorff abgegeben.[3] Er könne diese jedoch nicht in der Öffentlichkeit wiederholen, da ihm dies sonst als parteischädigend von seinen eigenen Parteimitgliedern ausgelegt werden würde.

Dr. Mittag bedankte sich für die Möglichkeit dieses gemeinsamen Gespräches und übermittelte dem Bundeskanzler „herzliche Grüße" vom Generalsekretär. Der *Bundeskanzler* bat Dr. Mittag, diese Grüße zu erwidern.

Dr. Mittag bezeichnete das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Generalsekretär Honecker in Moskau für die Fortentwicklung positiver Beziehungen als wichtig. Trotz der bekannten unterschiedlichen Standpunkte würden sich die Beziehungen konstruktiv entwickeln. Die unterschiedlichen Standpunkte seien ja in dem Brief vom 17. Februar niedergelegt.[4] Davon ausgehend, sei man bereit, die Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen Gebiet fortzu-

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 9. April 1984 gefertigt und am 7. Mai 1984 an Bundesminister Genscher zur „persönlichen Unterrichtung" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 10. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vgl. auch Schreiben StM Jenninger v. 8.5." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178884.
Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, übermittelte Genscher die Gesprächsaufzeichnung am 8. Mai 1984. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178884.
Für das Gespräch vgl. auch VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 179–190.

[2] Das Mitglied des Staatsrats der DDR, Mittag, hielt sich am 5./6. April 1984 in der Bundesrepublik auf.

[3] Bundeskanzler Kohl und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, trafen am 13. Februar 1984 zu einem Gespräch zusammen. Vgl. dazu Dok. 43.

[4] Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, an Bundeskanzler Kohl vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 175–179.

führen. Dies sei in Leipzig[5] und Hannover[6] erneut zum Ausdruck gekommen. Dies habe für beide Seiten positive Auswirkungen, wie dies ja Graf Lambsdorff auch im Bundestag festgestellt habe.[7] Wichtig sei dabei das Prinzip der gegenseitigen Verläßlichkeit.

Dr. Mittag unterstrich, daß er bei seinen Gesprächen in Hannover vor allem mit Herrn Beitz und Herrn Otto Wolff von Amerongen festgestellt habe, daß auf beiden Seiten das Interesse für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen vorhanden sei. Dies hätte man sowohl atmosphärisch wie auch anhand des Inhalts der Gespräche feststellen können. Es werde auch eine positive Wirkung haben, daß zukünftig in vermehrtem Maße mittlere und kleinere Betriebe einbezogen werden sollen. Dies sei bereits in Leipzig eingeleitet worden. Erforderlich sei dafür, daß die Liberalisierung fortschreite. Besonderen Dank habe er auch dafür zu spüren bekommen, daß Aufträge an die Stahlindustrie der Bundesrepublik vergeben werden konnten. Selbst Betriebsräte hätten ihm ihren Dank zum Ausdruck gebracht. Er wolle jedoch diesem Eindruck keine Publizität geben. Dennoch sei diese Atmosphäre sehr wichtig gewesen.

Dr. Mittag unterstrich noch einmal, daß er den gestrigen Tag auf der Hannover-Messe sehr positiv einschätze. Dies gelte auch für die Entwicklung der Beziehungen zum Land Niedersachsen und zu VW[8]. Was sich jedoch im einzelnen entwickle, sollte nicht zerredet werden. Die Messe in Hannover habe wichtige technologische Ergebnisse aufgezeigt, die für die DDR außerordentlich interessant seien. Dies gelte im besonderen für bestimmte Verfahren im Bereich des Umweltschutzes, z. B. bei der Rauchgasentschwefelung. Wenn es möglich sei, aus Umweltschutzmaßnahmen Schwefel für die Industrie zurückzugewinnen, könne man neue Arbeitsplätze schaffen. Außerdem würden sich Maßnahmen für den Umweltschutz in kurzer Zeit amortisieren. Er habe ja von den Herren Diepgen und Albrecht eine Reihe von Beschwerden über Umweltbelastungen aus der DDR erhalten, die mit solchen Verfahren sicherlich gelöst werden könnten. Dann würden selbst die Grünen zukünftig keine Arbeit mehr haben. Graf Lambsdorff habe ja mit Recht in seiner Rede im Bundestag gesagt, Wachstum sei nicht alles, aber ohne Wachstum gehe nichts. Dies sei in der Tat die Wahrheit.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er die Ausführungen von Dr. Mittag mit großem Interesse und Sympathie gehört habe. Er wolle jedoch noch einmal einige grundsätzliche Ausführungen machen. Dr. Mittag solle wissen, daß er einer Regierung gegenübersitze, die eine außerordentliche Beständigkeit aufweise. Er müsse wissen, daß die Hauptverantwortlichen dieser Bundesregierung alles

5 Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 11. bis 18. März 1984 stattfand, am 11./12. März 1984 in der DDR auf. Zu seinem Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 11. März vgl. Dok. 80.
Zu seinem Gespräch mit dem Mitglied des Staatsrats der DDR, Mittag, am 12. März 1984 vgl. Dok. 98, Anm. 8.

6 Die Hannover Messe fand vom 4. bis 11. April 1984 statt.

7 Bundesminister Graf Lambsdorff äußerte sich am 15. März 1984 im Bundestag zur Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 127, S. 4196–4198.

8 Zu den Verhandlungen zwischen dem Volkswagenwerk und der DDR vgl. Dok. 43, Anm. 31.

getan hätten, diese Regierung zu bilden. Sie verfüge über eine breite Basis und über ein hohes Maß an persönlichen Bindungen sowie über eine starke Unterstützung in der Bevölkerung.

Die Bundesregierung habe eine Reihe schwerwiegender Probleme vorgefunden, aber es gehe inzwischen aufwärts. Die Bundesregierung werde keinerlei Experimente unternehmen, sondern ihre Linie der Vernunft fortsetzen. Voraussetzung dafür sei jedoch auch, daß in der internationalen Politik ein Klima herrsche, das die wirtschaftliche Entwicklung in allen Ländern begünstige.

Dr. Mittag gehöre ja dem Jahrgang 1926 an und habe noch persönlich in Stettin Auswirkungen des Krieges erleben können. Seine, des Bundeskanzlers, Erfahrungen seien die eines Mannes vom Jahrgang 1930 und konzentrierten sich auf die Erlebnisse in Ludwigshafen. Beide wüßten aufgrund ihrer persönlichen Eindrücke, welche Verantwortung sie für die friedliche Entwicklung in Europa tragen müßten. Sicherlich werde man sich auch in Zukunft in entscheidenden Grundsatzfragen zum Teil in schroffer Weise gegenüberstehen. Es habe jedoch wenig Sinn, ständig darüber zu reden. Er sei überzeugt, daß Dr. Mittag niemals ein Christdemokrat werde und er niemals die Chance habe, Mitglied des Zentralkomitees der SED zu werden. Deshalb werde es auch niemandem nützen, ständig über diese grundsätzlichen Unterschiede zu sprechen. Beide Seiten hätten jedoch eine gemeinsame Verantwortung zu tragen. Er stimme mit dem Satz von Willy Brandt überein, daß von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgehen dürfe.[9] Lieber sage er noch, von deutschem Boden müsse Frieden ausgehen. Er sei sich auch bewußt, daß die deutschen Kernfragen derzeit nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik stünden. Dennoch sei es wichtig, daß beide deutsche Staaten fähig seien, vernünftig miteinander zu reden. Beide Seiten müßten auch wissen, was man sich gegenseitig zumuten könne.

In diesem Zusammenhang verwies der Bundeskanzler auf die Probleme der Medien in der Bundesrepublik Deutschland und wies darauf hin, daß die Bundesregierung auf die Veröffentlichungen keinen Einfluß habe. Manchmal stünden sogar Dinge in der Zeitung, die überhaupt noch nicht gedacht worden seien. Auch die Illustrierte „Stern“ wie „Der Spiegel“ gäben nicht die Wirklichkeit der Bundesrepublik wieder, sonst hätte er auch kein Bundeskanzler werden können. Er wolle deshalb vorschlagen, daß beide Seiten direkt miteinander reden sollten und nicht jede Nachricht in den Zeitungen als von der Regierung nuanciert betrachten sollten.[10]

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Ebenso wichtig sei die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes. Der Bundeskanzler erläuterte die Probleme des Waldsterbens in der Bundesrepublik. Das Problem vergrößere

9 Bei seinem Treffen mit dem Vorsitzenden des Ministerrats, Stoph, am 21. Mai 1970 in Kassel unterbreitete Bundeskanzler Brandt „Vorstellungen über Grundsätze und Vertragselemente für die Regelung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ („20 Punkte von Kassel“). Punkt 7 lautete: „Die vertragschließenden Seiten erklären, daß niemals wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen darf.“ Vgl. BULLETIN 1970, S. 670 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 200.

10 So in der Vorlage.

sich, weil aufgrund der Übersäuerung der Böden die Wiederaufforstung sich sehr schwierig gestalte. Aufgrund der Bedeutung des Waldes für die Menschen und die Deutschen im besonderen könnte in diesem Bereich in besonderer Weise Gemeinsamkeit demonstriert werden. Viele gemeinsame Schritte zur Lösung dieser Probleme wären möglich. Es gäbe viele Dinge, die beide Seiten trennten. Die Probleme des Umweltschutzes sollten jedoch von beiden Seiten sehr ernst genommen werden.

Der Bundeskanzler wies noch einmal mit Nachdruck darauf hin, daß die Bundesregierung ein verläßlicher Partner sein wolle. Er wisse auch von seinem letzten Gespräch mit dem Generalsekretär, daß dies auch der Wunsch von Herrn Honecker sei. Man solle deshalb auch über solche Punkte offen sprechen, die nicht durchsetzbar seien. Nur auf einer seriösen Basis gebe es eine reelle Chance für vernünftige Beziehungen. Dies mache auch den Wert und die Bedeutung der Kontakte zwischen Dr. Mittag und Graf Lambsdorff aus.

Dr. Mittag dankte für die Ausführungen des Bundeskanzlers. Er verwies darauf, daß die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen seit dem Regierungswechsel besser verlaufen sei, als viele erwartet hätten. Er könne nur sagen, daß andere „Schauerdinge" erwartet hätten. Die DDR-Führung hätte jedoch die Signale verstanden, daß die Bundesregierung bereit sei, bei allen Unterschieden einen Weg der vernünftigen Zusammenarbeit einzuschlagen. In diesem Zusammenhang seien die Handelsbeziehungen und die Beziehungen anderer Art wichtig gewesen. Er könne nur noch einmal wiederholen, daß andere etwas ganz anderes erwartet hätten, und diese hätten die tatsächliche Entwicklung auch noch nicht verdaut. Dabei seien auch Neid und Mißgunst deutlich zu verspüren. Die positive Entwicklung sei jedoch nicht nur für beide Seiten, sondern auch für die internationale Lage wichtig. Er könne von Hunderten von internationalen Gesprächen berichten, bei denen gesagt worden sei, daß beide deutsche Staaten sich der Verantwortung bewußt seien. Sicherlich würden auch in Zukunft auch bestimmte Reibungen auftreten. Bestimmte Ebenen müßten deshalb herausgenommen werden. In diesem Zusammenhang wolle er auch darauf hinweisen, daß für den Besuch des Generalsekretärs eine bestimmte Atmosphäre vorausgesetzt werden müsse.[11]

Viele hätten nicht geglaubt, daß nach der Stationierung der Raketen und den Gegenmaßnahmen diese eingetretene Entwicklung hätte möglich werden können. Generalsekretär Honecker habe jedoch auf dem 7. Plenum im November gesagt, daß eine Schadensbegrenzung erforderlich sei.[12] Eine Entwicklung der Beziehungen sei nur im Rahmen des Dialoges möglich. Sicherlich werde es auch in Zukunft unterschiedliche Meinungen geben. Jedes Gespräch in Leipzig sei von unterschiedlichen Grundsätzen aus geführt worden. Aber es sei besser, lieber zehnmal miteinander zu sprechen, als einmal aufeinander zu schießen. Niemand sollte die Illusion haben, wenn es einmal geknallt habe, daß er anschließend aus seinem Bunker herauskommen könne und in der bisherigen Weise weitermachen könne.

11 Zu einem Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 80 und Dok. 98.

12 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 25. November 1983 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden, Bd. 10, S. 8–38.

Dr. Mittag erklärte sich damit einverstanden, das Thema Umweltschutz aufzugreifen und darüber nachzudenken, was man in der nächsten Zeit tun könne. Er schlug vor, in den nächsten Wochen eine gemeinsame Bestandsaufnahme über alle möglichen Einzelfälle anzufertigen. Gleichzeitig sollte man die Möglichkeiten prüfen, was man gemeinsam in Angriff nehmen könne. Um den Idealzustand zu erreichen, seien ja manchmal Milliarden-Beträge erforderlich. Dies könne man jedoch weder heute noch morgen erreichen. Es sei aber wichtig, die gegenwärtige Situation über die Grenzen hinweg zu verbessern. Dies gelte auch für Berlin. Am Beispiel der S-Bahn sei ja bewiesen worden, daß man wichtige Probleme in wenigen Monaten lösen konnte.[13] Dies sei eine gute Sache gewesen. Sie habe bewiesen, was alles möglich sei. Deshalb solle man in den nächsten Wochen zusammenkommen und einzelne Projekte im Bereich des Umweltschutzes besprechen. Dabei ginge es nicht um eine Auflistung der Probleme. Er sei damit einverstanden, daß weitere Schritte vereinbart würden. Beide Seiten sollten sich darüber einigen, was zuerst in Angriff genommen werden solle. Er erinnere an das Beispiel, wie man das Problem der Röden gelöst habe und welch positives Echo dies gefunden habe.[14] Wenn der Bundeskanzler damit einverstanden sei, könne man nach seinem Besuch gemeinsam Projekt für Projekt besprechen.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit diesem Vorschlag sofort einverstanden und schlug vor, diese Verabredung anschließend der Presse bekanntzugeben.[15]

Graf Lambsdorff sprach das Problem von Staaken an.[16] Er verwies darauf, daß diese Frage für West-Berlin ein besonderes Problem darstelle und ob es darauf bereits eine Antwort der DDR gebe.

13 Seit 1974 forderte die DDR den Senat von Berlin auf, sich an den Kosten des durch die Deutsche Reichsbahn betriebenen S-Bahn-Verkehrs zu beteiligen. Ministerialdirigent Schauer vermerkte dazu am 30. Dezember 1983: „Nach Genehmigung des Verhandlungsergebnisses durch die Drei Mächte ist die Vereinbarung über die Einbeziehung der S-Bahn in das Nahverkehrssystem von Berlin (West) am 30.12.1983 durch die Beauftragten des Senats von Berlin und der Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn in Berlin (Ost) unterzeichnet worden […]. Die Deutsche Reichsbahn stellt den Betrieb der S-Bahn in Berlin (West) am 9.1.1984 ein. Zum gleichen Zeitpunkt nehmen die Berliner Verkehrsbetriebe den Betrieb der S-Bahn in eigener Regie auf. […] Streckenführung bis Bahnhof Friedrichstraße gegen Kostenbeteiligung der Berliner Verkehrsbetriebe (DM 1,1 Mio. für 1984, später Anpassung entsprechend Preisindex in Berlin (West)). […] Die Haltung der Deutschen Reichsbahn in den Verhandlungen ist in erster Linie mit dem dringenden Wunsch der DDR zu erklären, den defizitären S-Bahn-Betrieb (Verlust 1983: DM 80 Mio.) so schnell wie möglich einzustellen." Vgl. Referat 210, Bd. 132633.

14 Die Bundesrepublik und die DDR schlossen am 12. Oktober 1983 in München eine Vereinbarung „über die Regelung von Fragen, die mit der Abwasserableitung und Abwasserbehandlung für die Stadt Sonneberg (Deutsche Demokratische Republik) zur Verbesserung der Gewässergüte der Röden zusammenhängen". Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1983, S. 970 f.

15 In der Presse wurde berichtet, Staatssekretär Boenisch, Presse- und Informationsamt, habe am 6. April 1984 erklärt, im Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Staatsrats der DDR, Mittag, am selben Tag sei vereinbart worden, „im Umweltschutz eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und dann zu prüfen, welche gemeinsamen Projekte in Angriff genommen werden könnten". Vgl. den Artikel „Mehr Zusammenarbeit beim Umweltschutz"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. April 1984, S. 1 f.

16 Die Regierung der DDR teilte am 25. Juni 1984 mit, „daß der im Protokollvermerk Nr. 1 zum Briefwechsel vom 16. November 1978 über den Bau einer Autobahn zwischen Berlin und Hamburg festgelegte Zeitraum für die Öffnung der Grenzübergangsstelle Staaken über den 31. Dezember 1984 hinaus bis zum 31. Dezember 1987 für den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) verlängert wird". Vgl. BUNDESANZEIGER 1984, S. 10865.

Dr. Mittag erklärte sich bereit, beim gemeinsamen Mittagessen mit Graf Lambsdorff darüber zu sprechen.

Referat 010, Bd. 178884

104

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus

310-322.00 JOR **6. April 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Aufforderung König Husseins an Europa, bei der Konfliktlösung im Nahen Osten eine positivere Rolle zu übernehmen;
hier: Stellungnahme

Bezug: 1) DB Nr. 186 vom 3.4.1984 aus Amman[4]
2) Weisung BM vom 4.4.1984[5]

Kurzfassung

1) Jordanische Seite kam nach König Husseins Besuch in Washington[6] am 14.2.1984 zu dem Schluß, daß die USA es angesichts des überstürzten Rückzugs der USA aus dem Libanon[7] und im Hinblick auf die Präsidentschaftswah-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. April 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 7. April 1984 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut und Ministerialdirektor Ruhfus um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „Ist diese Einschätzung nicht doch zu defensiv?“
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 310 vermerkte: „B[itte] m[it] 010 Möglichkeit Besuchs jordan[ischen] AM aufnehmen.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler erneut vorgelegen.

4 Botschafter Munz, Amman, berichtete, König Hussein habe die EG-Mitgliedstaaten aufgefordert, „im Interesse des Friedens eine positivere Rolle bei der Konfliktlösung zu übernehmen. Europa habe die Wahl, die weitere Entwicklung entweder den USA zu überlassen, deren regionale Bedeutung schwinde, oder aber über die Abgabe von Erklärungen hinaus die Herbeiführung einer internationalen Konferenz mit Beteiligung aller Betroffenen zu unterstützen. Das europäische Zögern beeinträchtige die Chance einer regionalen Friedensregelung“. Vgl. Referat 310, Bd. 135760.

5 Bundesminister Genscher vermerkte am 4. April 1984 auf dem Drahtbericht Nr. 186 des Botschafters Munz, Amman, vom 3. April 1984 handschriftlich: „1) Erbitte Stellungnahme zum Vorschlag des Königs. 2) W[ieder]v[orlage] 6.4.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135760.

6 König Hussein hielt sich vom 12. bis 14. Februar 1984 in den USA auf.

7 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 2. April 1984: „Mit Wirkung vom 30.3. hat Präsident Reagan die amerikanische Beteiligung an der MNF beendet. In einem Schreiben an den Kongreß vom gleichen Tag, in dem er den Kongreß über seine Entscheidung unterrichtet, unterstreicht der Präsident zugleich, daß die Ziele amerikanischer Libanon-Politik unverändert seien: Wiederherstellung eines souveränen, unabhängigen und geeinten Libanon; Abzug aller fremden Truppen und Sicherheit der Nordgrenze Israels. Präsident Reagan begründet seine Entscheidung damit, daß eine fortgesetzte amerikanische Beteiligung an der MNF nicht mehr ein notwendiges oder geeignetes Mittel sei, diese Ziele zu erreichen. Er fügte hinzu, er habe seine Entscheidung mit der Regie-

len[8] aufgegeben haben, eine selbständige vermittelnde Nahostpolitik zu führen, sondern im Gegenteil nunmehr völlig auf die israelische Karte setzen.

2) König Hussein ist tief besorgt über den Glaubwürdigkeitsverlust der USA und damit des Westens im Nahen Osten, die Verschärfung des Golfkonflikts[9] und die Zunahme fundamentalistischer Strömungen in der arabischen Welt.

3) In einer Reihe von Äußerungen, insbesondere in dem „New York Times"-Interview vom 15.3.1984[10], fordert Hussein Europa angesichts dieser Lage auf, eine positivere Rolle zu spielen und eine Lösung durch eine internationale Nahost-Konferenz zu suchen. Hussein ist damit zu seiner Position zurückgekehrt, die er vor dem Reagan-Plan[11] im September 1982 eingenommen hat.

4) Hussein zog damit die Konsequenz aus seiner Einschätzung, daß in diesem Jahr mit einer Überwindung der Stagnation des Friedensprozesses nicht zu rechnen sei. Er hält die Rahmenbedingungen für einen Eintritt in den Friedensprozeß nicht für gegeben und signalisierte den USA, daß er sich z. Z. nicht bewegen wolle und – weil existenzbedrohend – nicht bewegen könne. Diese Rahmenbedingungen sind: Rückzug der Israelis aus Libanon, Einstellung der Siedlungspolitik, Glaubwürdigkeit der USA, Verhandlungsmandat der Palästinenser (Arafat oder Parlament) und Rückendeckung zumindest durch die gemäßigten Araber.

5) Hussein ist ein viel zu großer Realist, als daß er eine Lösung von den Sowjets und den Europäern erwartet, die beide die USA nicht ersetzen können. Trotz aller Enttäuschung bleibt für Jordanien ein enges freundschaftliches Verhältnis zu den USA die wichtigste außenpolitische Grundlage und Bestandsgarantie. Das Verhältnis zur SU bleibt von Mißtrauen geprägt. Daraus folgt, daß es keine echte Alternative zu den USA gibt. Dies schließt aber Kritik und Drohungen an die Adresse der USA nicht aus, um sie zu einer Modifizierung ihrer Nahostpolitik zu veranlassen. Für weitergehende Schlußfolgerungen gibt es gegenwärtig keine Grundlage.

6) Die Möglichkeiten der Europäer sind begrenzt. Sie sollten keine Erwartungen wecken, die sie nicht erfüllen können, da Enttäuschungen den Sowjets in die Hände arbeiten würden. Sie können jedoch dazu beitragen, das Vakuum im Wahljahr 1984 zu überbrücken durch Abstimmung mit den USA, durch Kontakte, insbesondere Besuchsdiplomatie mit allen Parteien, durch Offenhaltung aller Optionen und Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen für einen Eintritt in den Friedensprozeß. Ziel muß unverändert die Erweiterung des Friedensprozesses auf der Grundlage des Erreichten durch Einbeziehung zunächst Jordaniens und der Palästinenser sein. Eine internationale Konferenz

Fortsetzung Fußnote von Seite 504

rung des Libanon und den anderen MNF-Staaten, die ähnliche Entscheidungen getroffen hätten, erörtert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1499; Referat 310, Bd. 135764.

8 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

9 Zum irakisch-iranischen Krieg bzw. zum Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vgl. Dok. 86.

10 Vgl. den Artikel „Excerpts From Interview With the King of Jordan"; THE NEW YORK TIMES vom 15. März 1984, S. A 10.

11 Präsident Reagan verkündete am 1. September 1982 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache einen Friedensplan für den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1093–1097. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 557–562. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 239.

vermag ebensowenig wie die Genfer Konferenz 1973[12] den Nahostkonflikt zu lösen. Israel und die USA würden nicht teilnehmen. Beide Großmächte haben zwar keinerlei Interesse an einer Eskalation der Spannungen, für eine darüber hinausgehende Gemeinsamkeit im Friedensprozeß sind derzeit die Voraussetzungen nicht günstig. Es führt vielmehr kein Weg daran vorbei, daß sich die unmittelbar Betroffenen über ein Ergebnis einigen, das später durch die internationale Gemeinschaft indossiert werden könnte.

Wo immer wir können, müssen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Stabilität der Region beitragen.

Ruhfus

Referat 310, Bd. 135760

105

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1212/84 geheim **Aufgabe: 6. April 1984, 19.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1590 **Ankunft: 7. April 1984, 02.45 Uhr**

Betr.: angebliche Lieferung einer CW-Anlage durch deutsche Firma

Bezug: DB 1540 vom 4.4.84 – Pol 32 IRK VS-v[2]

Bitte um Weisung

1) Wir haben gestern (5.4.) mit dem Stellvertreter Admiral Howes, Bob Dean, das von ihm angebotene ergänzende Gespräch geführt.

12 Am 21. Dezember 1973 wurde in Genf die Friedenskonferenz für den Nahen Osten auf Außenministerebene eröffnet, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie VN-Generalsekretär Waldheim teilnahmen. Die Konferenz beschloß eine Fortsetzung der Verhandlungen auf Botschafterebene. Außerdem wurde die Bildung militärischer Arbeitsgruppen beschlossen, die über ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Streitkräfte am Suez-Kanal verhandeln sollten. Vgl. dazu den Artikel „Nahost-Konferenz beschließt Militärgespräche in Genf“; DIE WELT vom 24./25. Dezember 1973, S. 1 f.
Die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppen wurden am 9. Januar 1974 unterbrochen. Vgl. dazu den Artikel „Mideast Talks Recessed for Consultations“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 10. Januar 1974, S. 1 f.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 7. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 7. April 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 9. April 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Meyer-Landrut an Referat 422 „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ sowie die Wiedervorlage im Ministerbüro verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] S[eite] 3.“ Vgl. Anm. 3.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer verfügte.
Hat Fischer am 8. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Loeck und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Henze verfügte und handschriftlich vermerkte: „Siehe letzte Seite.“ Vgl. Anm. 3.
Hat Loeck am 9. April 1984 vorgelegen.

2 Botschafter Hermes, Washington, berichtete, man habe „die in Frage stehenden Exporte der Fa. Kolb

Auf der Basis des Bezugs-DB haben wir zunächst verglichen, in welchen Punkten sich die uns und den Amerikanern vorliegenden Informationen unterscheiden:

a) Anlagen

Wir sagen, mit den gelieferten Anlagen kann nicht nur kein Nervengas, sondern auch kein Pflanzenschutzmittel in seiner Endform produziert werden. Mit der gelieferten Anlage können gewisse Vorprodukte für die Herstellung von Pestiziden hergestellt werden.

Die Amerikaner sagen, daß mit der in Samarra befindlichen Anlage Nervengas produziert werden kann. In beschränktem Umfange sei die Produktion schon angelaufen.

Unsere Frage, ob nur Teile der Anlage aus Deutschland geliefert worden seien und andere evtl. aus anderen Ländern, die dann erst im Irak zur in Frage stehenden Gesamtanlage zusammengesetzt worden seien, konnte Dean nicht beantworten. Er sagte zu, diese Möglichkeit überprüfen zu lassen.

b) Größe der Anlage

Wir sagen, daß die Firma Kolb eine aus zwei identischen Teilen bestehende chemische Kleinanlage für die Herstellung von Vorprodukten für die Pestizidenproduktion geliefert hat.

Die Amerikaner sagen, daß die Firma eine aus vier identischen Teilen bestehende Anlage zur Herstellung von Nervengas geliefert hat.

Wir wiesen Dean darauf hin, daß nach unseren Informationen vor einigen Jahren eine US-Consultingfirma für Irak die Unterlagen für eine Anlage zur Herstellung von bis zu fünf verschiedenen Pestiziden geliefert habe. Möglicherweise seien die unterschiedlichen Informationen der Administration auf diesen länger zurückliegenden Vorgang zurückzuführen. Dean sagte zu, diese Frage zu prüfen.

c) Bewachung der Anlage

Wir sagen, daß es sich bei dem Industriekomplex Samarra nicht um einen militärisch bewachten Komplex handle.

Die Amerikaner sagen, daß die in Frage stehende Anlage in Samarra durch dreifachen Stacheldrahtzaun hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt sei, daß sich militärische Fahrzeuge und andere Einrichtungen auf dem Gelände befänden, die auf eine militärische Bewachung der Anlage hindeuteten. Außerdem seien auf dem Gelände Entgiftungsfahrzeuge sowjetischer Bauart stationiert. Die Amerikaner berufen sich dabei auf Erkenntnisse, die sie vor allem aus entsprechenden Satellitenaufnahmen gewonnen haben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 506

erneut im State Department – militärpolitische Abteilung – angesprochen (Botschafter Ruth bei Admiral Howe, Mitarbeiter auf Arbeitsebene). […] Obwohl wir in beiden Gesprächen (zum wiederholten Male) dargelegt haben, daß wir – um etwas gegen die Fa. Kolb unternehmen zu können – konkrete Beweise dafür benötigten, daß es sich bei den von der Fa. Kolb exportierten Anlagen um solche zur Herstellung von Nervengas handele und Vertreter der Firma Kolb gewußt haben, daß es sich um solche Anlagen handele, haben diese Gespräche keine zusätzlichen, über den bisherigen Erkenntnisstand hinausgehenden Informationen erbracht. Stellvertreter Howes hat uns ergänzendes Gespräch für morgen (5.4.) angeboten." Vgl. VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

Wir sagten Dean zu, uns um Aufklärung darüber zu bemühen, woher wir unsere Informationen haben. Um entsprechende Weisung wird gebeten.

d) Wissensstand der Firma Kolb

Wir sagen, daß es völlig unbewiesen sei, daß Angehörige der Firma Kolb die mit der Angelegenheit befaßten deutschen Stellen bewußt täuschten.

Die Amerikaner sagen, daß sie eindeutige Beweise dafür hätten, daß Angehörige der Firma Kolb über die wahren Zusammenhänge und über den wahren Verwendungszweck der gelieferten Anlagen Bescheid wüßten. Die Firma Kolb betreibe ein bewußtes Täuschungsmanöver („cover up").

Auf unseren Hinweis, daß dies ein entscheidender und besonders wichtiger Punkt sei, über den unbedingt Klarheit geschaffen werden müsse, gab Dean nach längerem Zögern zu verstehen, daß die Amerikaner ihre diesbezügliche Information aus erster Hand hätten. Einer der „am Gesamtprozeß Beteiligten" arbeite auch für eine amerikanische Dienststelle. Er bat eindringlich um Quellenschutz und um besonders sorgfältigen Umgang mit dieser Information.

2) Dean ist seit langem einer unserer wertvollsten Gesprächskontakte im State Department. Er ist uns freundlich gesonnen und versuchte in diesem Gespräch, soweit er irgend konnte, mit zusätzlichen Informationen zu helfen.

Wir halten es für möglich, daß amerikanische Seite nach dem Gespräch erwägt, deutsche und amerikanische Experten (z. B. Chemiker) zusammenzubringen, um die vorhandenen Unklarheiten aufzuklären.[3]

Wenn Amerikaner mit einem entsprechenden Vorschlag an uns herantreten, sollten wir ihn aus hiesiger Sicht positiv aufnehmen.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 10919 (422)

[3] Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]". Weiter vermerkte er: „Sollte man sicher tun." Vgl. Anm. 1.

106

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1223/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. April 1984, 19.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 579 **Ankunft: 9. April 1984, 19.30 Uhr**

Betr.: amerikanischer Entwurf für ein CW-Verbotsabkommen;
hier: Einführung in der Ratssitzung am 9.4.1984

Bezug: Plurex Nr. 2566[2] vom 6.4.1984 – 222-370.45-787/84 VS-v[3]

Zur Unterrichtung

I. In der Sitzung des NATO-Rats am 9.4.1984 führten hochrangige US-Experten den amerikanischen Entwurf für ein CW-Verbotsabkommen ein. Eine besondere Unterrichtung erfolgte zu den Themen: sowjetische CW-Kapazität, Bedrohung der Allianz durch sowjetische CW, US-Überlegungen zum Vertragsentwurf und besondere Verifikationsprobleme. Danach kam es zu einer kurzen Aussprache, die nicht auf Einzelheiten einging.

Die amerikanische Initiative wurde durchweg begrüßt, zugleich aber der Wunsch nach eingehender Diskussion geäußert. Die Sorge um die Verhandelbarkeit der Verifikationsbestimmungen fand deutlichen Ausdruck. Die Aussprache soll in der Sitzung der Abrüstungsexperten am 9.4. nachmittags und am 10.4. fortgesetzt werden.

II. Im einzelnen

Sämtliche Sprecher (US, F, NWG, NL, wir, GB, DK, I, B, KAN) verwiesen zur Klärung von Einzelfragen auf die Expertensitzung am Nachmittag.

Die beabsichtigte Einführung des Entwurfs noch während der laufenden Sitzungsperiode der CD in Genf wurde von allen begrüßt. Im einzelnen traten folgende Nuancen hervor:

1) F sah Passagen des Entwurfs als problematisch an, die Verpflichtungen für die Zeit vor Inkrafttreten des Vertrages schaffen sollen. Bei Lösung des Verifikationsproblems kommt es nach den Worten des französischen Ständigen Vertre-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Pöhlmann am 11. April 1984 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „2506".

3 Botschafter Ruth teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel und der Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz mit: „In der Diskussion der westlichen Gruppe am kommenden Samstag in Genf sowie in den Erörterungen der Ratssitzung sowie der Sitzung der Abrüstungsexperten am 9. und 10. April im Bündnis sollte zum amerikanischen Entwurf eines C-Waffen-Verbotsabkommens auf folgender Linie Stellung genommen werden: […] Wir begrüßen es, daß es der US-Administration gelingt, den im Januar 1984 angekündigten CW-Abkommensentwurf noch vor Ende der CD-Frühjahrssitzungsperiode offiziell in die Genfer Abrüstungskonferenz einzuführen. […] Wir müssen erreichen, daß der amerikanische Entwurf mit der vollen Unterstützung der Bündnispartner in Genf eingeführt werden kann." Zugleich informierte Ruth über „unsere kritischen Anmerkungen" zum amerikanischen Vertragsentwurf: „Das Vertragswerk erscheint uns noch nicht ganz ausgereift und einer redaktionellen Überarbeitung bedürftig. So sind z. B. in Artikel I die Grundverbote (z. B. Herstellung von CW etc.), nicht jedoch die ebenso wichtigen Grundgebote (wie Vernichtung von CW-Beständen und Vernichtung bzw. Unbrauchbarmachen von CW-Produktionsanlagen) enthalten." Vgl. den am 5. April 1984 konzipierten und am folgenden Tag übermittelten Drahterlaß; VS-Bd. 11554 (222); B 150, Aktenkopien 1984.

ters[4] auf das Gleichgewicht zwischen der zentralen Notwendigkeit nach wirksamer Verifikation und der Wahrung unserer eigenen Interessen an. Unter diesem Gesichtspunkt hielt er ein unbegrenztes Inspektionsrecht ohne begründete Ablehnungsmöglichkeit für problematisch.

2) NWG regte an, in der Präambel auf die Bedeutung des Genfer Protokolls von 1925[5] hinzuweisen und die Verifikationsregelung auf die geleistete Arbeit im CD zu gründen.

3) NL bedauerte ausdrücklich, daß nur eine Woche für Konsultationen bleibe. Im einzelnen bemängelte der niederländische Ständige Vertreter[6] das Fehlen von Vorschriften über Streitschlichtung und die bilaterale Regelung im Konsultationsverfahren (Art. 9, Abs. 2), wo doch alle betroffen seien. Zur Verifikation verwies er auf den Verhandlungsstand in Genf und drückte Zweifel aus, ob die Formulierung des Art. 10 nicht kontraproduzent sei und den Fortschritt gefährde, der bisher erreicht wurde. Es stelle sich die Frage der Verhandelbarkeit.

4) Wir unterstrichen unser Interesse, auch als CW-Stationierungsland, einen Fortschritt in Richtung auf ein weltweites Verbotsabkommen zu erreichen. Die beabsichtigte Präsentation durch Vizepräsident Bush gäbe dem Entwurf das gebührende Gewicht.[7] Es liege uns daran, daß dies in einer Form geschehe, die Flexibilität und wirklichen Verhandlungswillen erkennen lasse.

Öffentliche Äußerungen der B-Regierung[8] hätten den Entwurf unterstützt, und wir legten Wert darauf, dies auch in den Verhandlungen tun zu können. Es läge uns daran, daß der Westen in Genf, wie bisher, von einer gemeinsamen Basis her argumentiere und so ein Zeichen seiner Entschlossenheit setze, zu wirklichen Ergebnissen zu kommen. Dazu bedürfe es aber noch gemeinsamer Arbeit an dem Entwurf. Unsererseits wollten wir in den anschließenden Expertengesprächen auf die folgenden Themen eingehen: die bisherige Arbeit im CD, die Beiträge anderer, die Verifikationsfrage, die Grunddefinitionen, die Grundverbote und die Transferproblematik.

Wie immer im VN-Bereich komme es darauf an, die NNA von unserem Vorgehen zu überzeugen. Insbesondere in der Verifikationsfrage müßten wir unseren Willen, Resultate zu erreichen, in einer jedes Mißverständnis ausschließenden Weise verdeutlichen. Der Entwurf solle nach unseren Vorstellungen ein Meilenstein der westlichen Bemühungen werden, einen Vertrag zu erreichen. Mit dieser Zielsetzung wollten wir uns an der weiteren Diskussion beteiligen. DK unterstützte generell die Niederlande und uns.

4 Jean-Marie Mérillon.

5 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

6 Jakob G. de Hoop Scheffer.

7 In einer Pressekonferenz am 4. April 1984 kündigte Präsident Reagan an, daß der amerikanische Vizepräsident Bush der Genfer Abrüstungskonferenz den Entwurf eines Vertrags für ein Verbot chemischer Waffen vorlegen werde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 460 f.
Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 18. April 1984 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329.
Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vom 18. April 1984 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446.

8 Bundesregierung.

5) GB äußerte Zweifel, ob spezifische Definitionen wie in Art. 2 sinnvoll seien, da sie die Möglichkeit von Vertragslücken schüfen. Durch eine generelle Formulierung könnte dem entgegengewirkt werden. Zu Art. 7 in Verbindung mit Annex II wünschte der britische Vertreter[9] eine genauere Definition der Befugnisse der Konsultationskommission. Zur Verifikation schloß er sich den französischen Bedenken an und hielt die Möglichkeit von Ausnahmen für notwendig.

6) I unterstrich die Notwendigkeit, die Unterstützung der NNA zu gewinnen. Ihm wurde hierin von B beigepflichtet, dessen Ständiger Vertreter[10] die Verhandelbarkeit der Verifikationsregelung und die Präsentation durch Vizepräsident Bush hervorhob. Unter Bezugnahme auf unsere Äußerung legte er der US-Seite nahe, den Entwurf nicht – wie im Rat – im Ost-West-Kontext zu präsentieren, sondern einen auch für die NNA attraktiven Rahmen zu wählen.

7) Auf britische Fragen erklärte der amerikanische CD-Botschafter Fields:

– Bis zur Einführung durch Vizepräsident Bush solle der Entwurfstext vertraulich behandelt werden. Dies schon deshalb, damit die Beiträge der Alliierten berücksichtigt werden könnten.
– Aus den gleichen Gründen seien vorherige bilaterale Gespräche mit der SU nicht beabsichtigt. Die Verhandlungen sollten im CD konzentriert sein.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11554 (222)

107

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

213-322.00 USA-654/84 VS-vertraulich **10. April 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des Vorschlags zu Ziffer 4[3]

Betr.: restriktive amerikanische Informationsbereitschaft zu ostpolitischen Fragen

9 John Graham.
10 Juan Cassiers.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot und Legationsrat I. Klasse Weiß konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 10. April 1984 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher am 11. April 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 11. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut und Referat 213 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] S[eite] 3." Vgl. Anm. 15.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

Bezug: DB Nr. 1591 der Botschaft Washington vom 6.4.1984
– Pol 322 USA – VS-v[4]

Anlg.: 1 (nur beim Original)[5]

1) Der Informations- und Meinungsaustausch mit den USA über ostpolitische Fragen, der im allgemeinen offen und in zufriedenstellender Breite erfolgt, erfährt gelegentlich eine Eintrübung infolge mangelnder amerikanischer Kommunikationsbereitschaft in bestimmten Einzelfragen. Einige Beispiele der letzten Wochen:

– Botschaft Washington versuchte am 26.3. im State Department die Hintergründe der gescheiterten Übergabe eines Schreibens von Präsident Reagan an GS Tschernenko durch General a. D. Scowcroft zu erhellen[6], wurde jedoch mit der Bemerkung „kein Kommentar" abgewiesen. Ein erneuter Versuch der Botschaft am 28.3. wurde ebenfalls zurückgewiesen. Erst beim dritten Versuch am 6.4. erhielt die Botschaft eine ausreichende Information.
– Deputy Assistant Secretary of State Palmer sprach am 23.3. gegenüber der Botschaft Washington von der sowjetischen Bereitschaft nicht nur zur Fortsetzung des politischen Dialogs, sondern auch zu praktischen Vereinbarungen, wobei er neben Rüstungskontrolle, MBFR, Hot-line[7] und Abgrenzung in

4 Botschafter Hermes, Washington, berichtete, die Botschaft habe „den Eindruck gewonnen, daß die amerikanische Informationspraxis in Fragen amerikanisch-sowjetischer Beziehungen in den letzten Monaten restriktiver geworden ist. […] Wie uns von zuständiger Seite versichert wurde, hat die sowjetische Seite eindringlich klargemacht, daß ein Fortschritt in der Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ausgeschlossen sein würde, wenn die absolute Vertraulichkeit der amerikanisch-sowjetischen Gespräche nicht gewährleistet sei. […] Zur richtigen Einschätzung der amerikanischen Sorge um die Gefährdung der Gespräche mit der Sowjetunion erscheint mir nicht zuletzt der Hinweis auf die bekanntermaßen große Durchlässigkeit des amerikanischen Behördenapparates relevant, die die Reagan-Administration zur Einführung einer scharfen, die Informationspolitik generell einengenden Übung veranlaßt hat." Vgl. VS-Bd. 12940 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Dem Vorgang beigefügt. Zum Drahtbericht Nr. 1591 des Botschafters Hermes, Washington, vgl. Anm. 4.

6 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 29. März 1984: „Nach öffentlicher Festschreibung orthodoxer rüstungskontrollpolitischer Positionen während letzter Wochen scheinen Sowjets nunmehr dazu übergegangen zu sein, selbst Anschein fortbestehender Gesprächskontakte mit USA zu bestreiten oder zu minimieren. […] TASS-Meldung (SU-Zentralpresse 28.3.84), wonach Scowcroft während Moskau-Aufenthalts mit Dartmouth-Group ‚Empfehlungsschreiben' Reagans mitgebracht, aber von Möglichkeit zur Übergabe an stv. AM keinen Gebrauch gemacht habe, wird von US-Botschaft (bitte Quellenschutz) im großen und ganzen bestätigt. Scowcroft habe Schreiben Reagans mitgeführt, das fortbestehende amerikanische Gesprächsbereitschaft über Abrüstungsfragen betont und Scowcroft als Interpreten der Rüstungskontrollpolitik der Administration vorgestellt habe. Scowcroft habe Gesprächsangebot mit stv. AM Komplektow (zuständig für USA und Rüstungskontrolle) nicht wahrgenommen, weil er – weisungsgemäß? – auf Termin mit höhergestelltem Partner gesetzt habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1320; Referat 213, Bd. 139346.

7 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verbesserung und Erweiterung des „Heißen Drahts" vgl. Dok. 13, Anm. 14.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 2. Mai 1984, vom amerikanischen Außenministerium sei mitgeteilt worden, die gerade abgeschlossene Verhandlungsrunde habe „zu einer weitgehenden Einigung" über die erforderlichen technischen Maßnahmen geführt. Beide Seiten hätten übereingestimmt, „daß es nun möglich sei, von einer grundsätzlichen Einigung zu sprechen". Die öffentliche Bekanntgabe in Form einer politischen Erklärung sei von der UdSSR jedoch abgelehnt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1958; Referat 213, Bd. 139346.

der Beringstraße[8] auf „einige andere bilaterale Bereiche“ hinwies, „über die er aber noch nicht sprechen könne“.

– Im gleichen Gespräch weigerte sich Palmer, etwas über den Inhalt des laufenden Briefwechsels zwischen Reagan und Tschernenko (bisher offenbar drei Schreiben, weiteres Antwortschreiben Tschernenkos noch ausstehend[9]) zu sagen.
– Über den Inhalt der regelmäßigen Kontakte AM Shultz/Dobrynin wird die Botschaft Washington qualitativ sehr unterschiedlich unterrichtet. In einem Falle (Gespräch vom 3.1.84) lehnte das State Department eine Unterrichtung unter Hinweis auf die Absicht von AM Shultz ab, die westlichen Außenminister hierüber zu gegebener Zeit persönlich unterrichten zu wollen. Dies ist nach hiesiger Kenntnis anschließend nicht erfolgt.
– US-Botschafter Hartman, der die Viererrunde in Moskau auf eigene Initiative über sein Gespräch mit Gromyko am 11.3.[10] unterrichtete, bat darum, von dieser Information nur intern Kenntnis zu nehmen, da er nicht wisse, wie Washington die Verbündeten unterrichten wolle. Eine solche – offizielle – Unterrichtung über dieses wichtige Gespräch, welches die Verhärtung der sowjetischen Haltung gegenüber den USA bestätigte, ist bisher nicht erfolgt.
– Mangelnde amerikanische Kommunikationsbereitschaft zeigte sich auch bei der Behandlung unseres Ausgangspapiers für den West-Ost-Bericht der NATO.[11] Wir hatten dieses Papier im Zusammenhang mit der Einführung in der NATO Ende Februar bilateral den Amerikanern in Washington zur Stellungnahme gegeben – ebenso wie den Franzosen in Paris und den Briten in London. Während wir von letzteren rasch Stellungnahmen erhielten, steht die amerikanische Stellungnahme trotz mehrfacher Nachfragen unserer Botschaft weiterhin aus und ist wohl auch nicht mehr zu erwarten. Die Botschaft Washington vermutet, daß die dilatorische Behandlung der Angelegenheit mit internen amerikanischen Abstimmungsschwierigkeiten zusammenhängt. Für uns ist jedoch eine derartige Gesprächsverweigerung sehr unbefriedigend.

Die hier nur exemplarisch aufgeführten Beobachtungen jüngeren Datums könnten durch weitere, davorliegende Beispiele ergänzt werden. Zu erwähnen wären auch Fälle aus dem Bereich der hier nicht berücksichtigten Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen (z. B. amerikanische Informationspolitik

8 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Seegrenze in der Beringstraße vgl. Dok. 13, Anm. 15.

9 Zum Briefwechsel zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vgl. Dok. 90, Anm. 10.

10 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 16. März 1984: „Im Gespräch Gromyko/US-Botschafter Hartman am 11.3. präsentierte sich der sowjetische Außenminister intransigent und konfrontativ. Er ließ keinerlei Bewegung erkennen und kritisierte die USA hart, wobei er sich auf verschiedene rüstungskontrollpolitische Themen beschränkte (Vorwürfe u. a.: USA hätten alle früheren Abkommen getötet; es gebe keine neuen US-Vorschläge; Dialog ohne Substanz sei sinnlos). Anschließend wurde Hartman durch eine in dieser Form bisher nicht übliche TASS-Verlautbarung über das Gespräch brüskiert: Aus den Erklärungen Hartmans lasse sich nicht die Schlußfolgerung ziehen, ‚daß die US-Administration eine besonnene Haltung … einzunehmen begonnen hat‘.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139346.

11 Zum geplanten „West-Ost-Bericht“ der NATO vgl. Dok. 87, Anm. 16.

zu den Umständen des „Waldspaziergangs“[12], Art und Weise der sowjetisch-amerikanischen Terminvereinbarung zur Wiederaufnahme der MBFR-Runde ab dem 16.3.1984[13]).

2) Botschaft Washington hat auf Weisung mit Bezugsbericht zum Hintergrund der restriktiver gewordenen amerikanischen Informationsbereitschaft u. a. folgendes ausgeführt:

– Die unter Ziffer 1 aufgeführten Beobachtungen treffen zu, beschränken sich jedoch auf die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Die Administration nimmt dabei Rücksicht auf den eindringlichen sowjetischen Hinweis, daß ein Fortschritt in der Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ausgeschlossen sein würde, wenn die absolute Vertraulichkeit der amerikanisch-sowjetischen Gespräche nicht gewährleistet sei.
– Um die Entwicklung und den Erfolg der Gespräche nicht zu gefährden, habe das Weiße Haus sowohl eine außerordentliche Beschränkung des administrationsinternen Informationsflusses als auch ein generelles Informationsverbot zu den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen angeordnet.
– Die Botschaft schließt (allerdings ohne konkrete Anhaltspunkte hierfür) nicht aus, daß ein aus amerikanischer Sicht unerwünschtes Verhalten von verbündeter europäischer Seite zu der Verhärtung des amerikanischen Informationsverhaltens beigetragen haben könnte.

3) Die restriktive amerikanische Informationsbereitschaft zu Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen fügt sich in auffälliger Weise zusammen mit einer dem Auswärtigen Amt bekanntgewordenen Äußerung eines sowjetischen Diplomaten zum Briefwechsel Reagan/Tschernenko. Laut dieser sowjetischen Quelle habe der Brief Reagans offenbar einige Vorschläge zum Abrüstungsdialog enthalten, die von sowjetischer Seite als sensationell empfunden würden. Die sowjetische Führung sei sich offensichtlich noch nicht im klaren, ob die amerikanische Initiative als unseriöse Propaganda abgetan oder ernstgenommen werden müsse. Ein Prüfstein werde die Vertraulichkeit der Behandlung sein.

4) Das restriktivere amerikanische Informationsverhalten uns gegenüber ist nicht befriedigend. Wir haben ein natürliches und legitimes Interesse an einer vertrauensvollen Kooperation mit den USA in ostpolitischen Fragen. Insbesondere die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen beeinflussen in besonderer Weise unsere eigenen Handlungsmöglichkeiten gegenüber der SU.

Andererseits sind wir nach Lage der Dinge gehalten, unser Informationsinteresse gegenüber einem verständlichen außenpolitischen Anliegen der USA zurückzustellen und zu akzeptieren, daß die Administration angesichts derzeit möglicherweise wesentlicher Entwicklungen im Verhältnis zur SU ein besonderes Interesse an Vertraulichkeit hat. Wir schließen uns deshalb dem Rat von

12 Zum Gespräch des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. AAPD 1983, I, Dok. 22 und Dok. 93.

13 Im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 18. Januar 1984 in Stockholm schlug der sowjetische Außenminister Gromyko den 16. März 1984 als Termin für die Wiederaufnahme der MBFR-Verhandlungen vor. Vgl. dazu Dok. 13.
Die 32. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 16. März bis 19. April 1984 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 113.

Botschafter Hermes an, zum jetzigen Zeitpunkt gegenüber der amerikanischen Seite nicht auf eine Lockerung ihrer Informationspraxis zu drängen. Wir halten es aber für geboten, als enger Verbündeter der USA zu gegebener Zeit, z. B. beim bevorstehenden Besuch des Ministers in Washington[14], vollständig ins Bild gesetzt zu werden.[15] Mit dieser Zielsetzung sollte die Angelegenheit in den laufenden Gesprächen zwischen Dg 20 und Gesandtem Woessner aufgenommen werden. Dabei sollte nachdrücklich auch auf unser generelles Interesse an einer Verstärkung der direkten ostpolitischen Konsultationen hingewiesen werden, die bisher hinter dem regelmäßigen Meinungsaustausch mit Paris und London zurückbleiben.

Referate 204 und 212 haben im Entwurf mitgezeichnet.

i. V. Schauer

VS-Bd. 13387 (213)

108

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Botschafter Burns

VS-vertraulich **13. April 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten, Herrn Burns, am 13. April 1984

Anwesend auf amerikanischer Seite: Botschaftsrat Richard Barkley als Notetaker; auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, VLR I Weber als Dolmetscher.

Botschafter *Burns* dankt Bundeskanzler einleitend für Einladung zur Berliner Wirtschaftskonferenz.[2] Er führt aus, sein eigentliches Petitum betreffe die NATO-Finanzierung. Er wolle jedoch zunächst mit einigen guten Nachrichten kommen.

14 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

15 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „R[ichtig]. Dafür Vorlage mitnehmen." Vgl. Anm. 3.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 16. April 1984 gefertigt und am 17. April 1984 von Kapitän zur See Weisser, Bundeskanzleramt, an Brigadegeneral Behrendt, Bundesministerium der Verteidigung, übermittelt. Dazu vermerkte Weißer: „Der Gesprächsvermerk liegt dem Bundeskanzler zur Billigung vor, so daß diese Ausfertigung als Vorabinformation zu verstehen ist." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11982 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Die Wirtschaftskonferenz Berlin 1984 fand am 19./20. Juni 1984 statt. Für den Wortlaut der Abschlußerklärung vgl. BULLETIN 1984, S. 669–671.

Was das vom BMFT veranstaltete Seminar über Technologie anbetreffe, so habe die amerikanische Seite Herrn David Packard bewegen können, nach Deutschland zu kommen und einen Einleitungsvortrag zu halten (to lead off the conference). Packard sei ein ungeheuer erfolgreicher Mann. Er habe in den 30er Jahren mit wenigen Hundert Dollar angefangen, heute sei er wahrscheinlich der reichste Mann Amerikas, und sein Vermögen werde auf 1 Mrd. Dollar geschätzt. Er sei einfach und bescheiden geblieben und zeige viel Bürgersinn. Scherzhaft bemerkt Botschafter Burns, daß auch Packard Aquarien liebe und jetzt in Kalifornien dabei sei, für 35 Mio. Dollar ein Aquarium zu bauen.

Botschafter Burns führt sodann aus, der Besuch des Regierenden Bürgermeisters Diepgen in Washington sei äußerst erfolgreich gewesen.[3] Der Präsident habe sich unzweideutig zu Berlin geäußert. Er habe ausgeführt, auch er „sei ein Berliner".[4]

Der Botschafter fährt fort, er wolle darauf hinweisen, daß die deutsch-amerikanischen Differenzen zu MBFR nun ausgebügelt seien.[5] Präsident Reagan messe seiner Initiative zur Abschaffung der chemischen Waffen große Bedeutung bei und werde Vizepräsident Bush auf eine Reise senden, um die amerikanischen Vorschläge zu erläutern.[6]

In Südafrika habe die amerikanische Politik insofern einen Erfolg verzeichnen können, als Südafrika sich jetzt bereit erklärt habe, sich aus Angola zurückzuziehen.[7] Hier handele es sich um einen großen Schritt in Richtung auf die Unabhängigkeit von Namibia.

Botschafter Burns führt sodann aus, der amerikanische Präsident werde demnächst eine Reise nach China antreten.[8] In China wolle er auch die europäischen Interessen vertreten.

Botschafter Burns erläutert, auch was das amerikanische Budgetdefizit angehe, habe er gute Nachrichten. Sowohl das Repräsentantenhaus wie der Senat seien jetzt mit Gesetzentwürfen befaßt. Es sehe so aus, als werde man bis zum Sommer dieses Jahres definitiv Fortschritte gemacht haben. (Einschränkend setzt Herr Burns hinzu: In jedem Falle bis zum nächsten Frühjahr!) Der dem Senat vorliegende Gesetzentwurf, der auf eine Initiative des Präsidenten zurückgehe, sehe Budgetkürzungen von 25 Mrd. Dollar in diesem Jahr und 50 Mrd. Dollar im nächsten Jahr und 75 Mrd. Dollar im dritten Jahr vor. Wenn man Überschüsse,

3 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, hielt sich vom 7. bis 13. April 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 72, Anm. 28.

4 Anläßlich seines Aufenthalts vom 23. bis 26. Juni 1963 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) führte Präsident Kennedy am 26. Juni 1963 vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin aus: „All free men, wherever they may live, are citizens of Berlin, and, therefore, as a free man, I take pride in the words ‚Ich bin ein Berliner'." Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 525.

5 Zur Haltung der Bundesrepublik und der USA bezüglich einer neuen Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 100.

6 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 18. April 1984 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329. Vgl. dazu auch Dok. 106.

7 Zu dem am 16. Februar 1984 in Lusaka vereinbarten schrittweisen Abzug südafrikanischer Truppen aus Angola vgl. Dok. 49, besonders Anm. 4 und 10.

8 Präsident Reagan hielt sich vom 26. April bis 1. Mai 1984 in der Volksrepublik China auf.

die die Gliedstaaten und Gemeinden in reichem Maße erwirtschafteten, in Rechnung stelle, so werde das gesamtstaatliche Defizit auf 130 Mrd. Dollar zurückgeführt. Dies sei eine Ziffer, die den jetzt in Europa gängigen Budgetdefiziten vergleichbar sei. Tatsächlich würden jedoch verschiedene Faktoren (die Botschafter Burns im einzelnen erläutert) dazu führen, daß das Budgetdefizit auf 100 Mrd. Dollar gedrückt werde.

Was die Finanzprobleme der NATO anbetreffe, so habe Präsident Reagan dem Bundeskanzler ja bereits einen Brief geschickt.[9] Der Präsident und der Außenminister[10] hätten ihn gebeten, diesen Brief mit einigen weiteren Worten zu erläutern. Die Mitglieder des Kongresses seien unzufrieden, daß die Bundesrepublik kein Geld zur Unterstützung des „Master Restationing Plan“[11] aufgebracht habe. Sie hofften jedoch, daß wir ein starkes NATO-Infrastrukturprogramm unterstützten.[12] Der Kongreß drohe, die amerikanischen Budgetzuweisungen zu kürzen, wenn die Europäer sich nicht bewegten. Er wolle darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik, Italien und Belgien am unteren Rande der für das NATO-Infrastrukturprogramm erörterten Ziffern ständen.

Er verstehe unsere Probleme, sehe auch, daß aus dem Bereich der Gemeinschaft neue Kosten auf die Bundesrepublik zukämen. Aber der Kongreß sehe Deutschland am unteren Ende des Spektrums und finde dies wenig befriedigend. Der größere Teil des Geldes werde in Deutschland ausgegeben werden, z. B. für Flugplätze, d. h. für die deutsche Verteidigung. Er hoffe, daß der Bundeskanzler in der Lage sein werde, über die Ziffer von 2 Mrd. IAU zu gehen.[13]

Bundeskanzler antwortet, das Problem sei ihm gut bekannt. Er arbeite an diesem Problem im Rahmen der Gesamtfinanzplanung. Er habe die Absicht, Ende Mai eine Antwort zu geben, wenn er alle Probleme auf dem Tisch und einen Überblick gewonnen habe. Er könne jedoch schon jetzt sagen, daß er etwas tun werde, nicht jedoch, was er tun werde.

Bundeskanzler weist sodann darauf hin, daß die Entwicklung der Bundeswehr politisch schwer zu vertretende Maßnahmen erforderlich mache: Er habe zwei riesige Personalprobleme, die beide enorm Geld kosten würden. Zunächst gebe es den Beförderungsstau. Dieses Problem gehe auf Helmut Schmidt zurück,

9 Brigadegeneral Steinkopff, Washington, berichtete am 5. April 1984: „Im Pentagon konnten wir heute vertraulich auf der Arbeitsebene den Entwurf eines Briefes von Präsident Reagan an Bundeskanzler Kohl zum Thema ‚NATO-Infrastruktur‘ erhalten. Der Brief soll – nur geringfügig abgeändert – am 4. oder 5. April an BK Kohl übermittelt worden sein.“ Steinkopff übermittelte den Briefentwurf, in dem es hieß: „The NATO Infrastructure Program has been underfunded during the past ten years. We cannot catch up immediately with the resulting backlog of required works. Nevertheless, Major NATO Commanders have stated that at the very least 3,8 Billion IAU (US-Dollar 9,9 Billion or DM 27,8 Billion) will be required for the next six years. I believe we must support these top NATO military priorities. […] In this regard, I would remind you that the 3,8 Billion IAU ceiling for all NATO countries represents only a German contribution of about 1,5 percent of annual German defense spending.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1568; Referat 201, Bd. 130201.

10 George P. Shultz.

11 Zum „Master Restationing Plan“ vgl. Dok. 75, Anm. 7.

12 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 55, Anm. 8.

13 Zur Erörterung des Infrastrukturprogramms der NATO auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 16./17. Mai 1984 in Brüssel vgl. Dok. 142, besonders Anm. 44.

der 1970 bei vollen Kassen nach dem Motto „mach dir Freunde mit dem ungerechten Mammon“ eine Beförderungswelle vorgenommen habe ohne Rücksicht auf die demographische Struktur des Offizierscorps. Die Folgen zeigten sich insbesondere im Bereich der Feldwebel und Kompaniechefs. Es gebe jetzt in der Bundeswehr einige Hundert Hauptleute, die mit 28, 29 oder 30 Jahren Hauptmann geworden seien und nunmehr mit 42, 43 und 44 Jahren immer noch Hauptmann seien. Dasselbe gelte für die Feldwebel. Dies demotiviere natürlich diese Personen, was katastrophale Auswirkungen haben könne, da bekanntlich die Rekruten nicht mit dem General oder dem Obristen in Berührung kämen, sondern mit den Unteroffizieren, Leutnants und Kompaniechefs. Es sei nicht damit getan, diese Hauptleute zum Major zu befördern, denn sie würden ja dann immer noch Kompaniechef bleiben. Das Problem sei nur lösbar, wenn man sie mit Abfindungsbeträgen ins Zivilleben zurückschleusen könne. Dies müsse getan werden, weil man Luft brauche. Dies sei ein Programm von drei bis vier Jahren, das wir schon deshalb durchführen müßten, weil hier die Motivation der Rekruten in Frage stehe.

Ein zweiter Punkt sei politisch noch schwieriger und für ihn sehr riskant. Die Bundeswehr habe sich verpflichtet, eine Stärke von 495 000 Mann zu unterhalten. Wenn er nichts tue, d. h. der gegenwärtige Gesetzes- und Verordnungsstand der gleiche bleibe und alles so weiterliefe, würden wir 1991[14] statt 495 000 Mann nur noch 260 000[15] Mann in der Bundeswehr haben, weil die Demographie so heruntergehe.[16] Es seien gewaltige Änderungen nötig, wenn wir den Mannschaftsstand halten wollten. Wir müßten daran denken, Frauen ohne Kombattantenstatus einzustellen. Wir müßten alle Erleichterungen abschaffen. Z. B. sei es jetzt so, daß, wer freiwillig zur Feuerwehr gehe, nicht zur Bundeswehr müsse. Oder wer sich verpflichte, 15 Jahre für das Technische Hilfswerk tätig zu sein, brauche auch nicht zur Bundeswehr. Es gebe noch mehr Dinge, die man tun könne, aber es werde alles nicht reichen. Wir müßten die Wehrpflicht auf mindestens 18 Monate erhöhen. Auch dann werde man jedoch nicht hinkommen. Man müsse überlegen, ob man die Übungszeiten für Reservisten anhebt, so daß in jedem Monat 25 000[17] Reservisten einzurücken hätten. Dies sei sehr teuer, auch hätten wir die Anlagen dafür nicht. Man müsse im übrigen sehen, daß auch die Wirtschaft zum gleichen Zeitpunkt die gleichen Personalprobleme haben werde.

Wenn er das Reservistenprogramm nicht über die jetzigen laufenden Reservisteneinberufungen aufstocken wolle, müsse er beim Wehrdienst auf 20 Monate gehen. Das heiße aber, daß er auf jeden Fall auch den Wehrsold anheben müsse. Man könne nicht das gleiche Geld für 15 Monate wie für 18 oder 20 Monate Wehrdienst geben. Dies müsse er noch in dieser Wahlperiode machen. Die Beschlüsse müßten bis 1987 getroffen werden, damit sie 1991 wirksam werden. Er, der Bundeskanzler, werde dies auch tun, aber der Botschafter könne sich vorstellen, was das für einen Aufruhr gebe. In Amerika habe man nicht einmal die

14 Diese Zahl wurde gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „1998“.
15 Diese Zahl wurde gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „297 000“.
16 Zur Wehrpflichtfrage vgl. Dok. 47, Anm. 18. Vgl. dazu ferner Dok. 251.
17 Diese Zahl wurde gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „15 000“.

„inscription“ einführen können.[18] Er werde das durchstehen und gebe seine Ziele nicht auf. Wir würden unsere NATO-Verpflichtungen halten. Wir würden dann die längste Wehrpflicht in Europa haben, aber die Freiheit koste eben ihren Preis.

Bundeskanzler äußert Wunsch, bei nächster Gelegenheit führenden Kongreßmitgliedern die Problemlage zu erläutern. Vielleicht könne man nach den Wahlen[19] führende Kongreßabgeordnete, deren Spezialität Verteidigung und Budget seien, nach Deutschland einladen.

Botschafter *Burns* verweist in diesem Zusammenhang auf die nächste Wehrkundetagung[20], zu der stets führende Senatoren kämen.

Bundeskanzler antwortet, es sei vielleicht besser, dies vorher zu tun. Er denke an acht oder neun führende Leute, denen er auch etwas von der Bundeswehr zeigen wolle. Abschließend versichert Bundeskanzler, daß er glaube, wir würden uns mit den Amerikanern zusammenfinden. Er könne dem Botschafter versichern, daß er hier etwas tun wolle.

Botschafter *Burns* versichert, er sei mit dieser Auskunft sehr zufrieden.

VS-Bd. 11982 (201)

18 Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA bis Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.
Am 29. März 1975 gab Präsident Ford bekannt, daß auch die Erfassung („registration“) männlicher Jugendlicher im Alter von 18 bis 26 Jahren eingestellt werde. Vgl. dazu FEDERAL REGISTER 40 (1975), S. 14567.
Am 2. Juli 1980 unterzeichnete Präsident Carter die „Proclamation 4771“, mit der die Registrierung der Wehrpflichtigen wieder eingeführt wurde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 1275–1277.

19 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

20 Die XXII. Internationale Wehrkunde-Begegnung fand am 9./10. Februar 1985 in München statt.

109

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 ASAT-881/84 VS-vertraulich **16. April 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: rüstungskontrollpolitische Begrenzungen von Anti-Satelliten-Systemen

Zweck der Vorlage: a) zur Information
b) Vorschlag in Ziffer I. 3)

I. Zusammenfassung

1) Am 11. April 1984 haben die USA die Verbündeten erstmals ausführlich über das bereits vorhandene sowjetische ASAT-System und über ihre Pläne für die Errichtung eines eigenen spezifischen ASAT-Systems unterrichtet. Sie haben ihre Auffassung begründet, daß ein umfassendes ASAT-Verbot nicht den Sicherheitsinteressen der USA und des Bündnisses dienen würde.

Gleichzeitig haben sie ihre Bereitschaft bekräftigt, weiterhin Möglichkeiten für weniger umfassende Regelungen zu prüfen. Sie sind außerdem bereit, der Errichtung einer Arbeitsgruppe bei der Genfer Abrüstungskonferenz zuzustimmen.

2) Wir haben – ebenso wie eine Reihe anderer Verbündeter – auf Fortsetzung des Konsultationsprozesses gedrängt und haben angeregt, insbesondere die Möglichkeit eines Verbots von ASAT, die gegen Satelliten auf höherer Umlaufbahn einsetzbar sind, zu prüfen.

3) Es wird vorgeschlagen, daß Sie bei Ihren bevorstehenden Gesprächen in Washington[4]

– unser besonderes Interesse an der Vermeidung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum unterstreichen,
– unseren Wunsch bekräftigen, daß die Konsultationen über die Begrenzung von ASAT-Systemen bald weitergeführt werden und daß wir Gelegenheit erhalten, unseren Standpunkt darzulegen, bevor Entscheidungen getroffen werden.

Ein entsprechender Gesprächsvorschlag wird Ihnen vorgelegt werden.

II. Im einzelnen

1) Die USA führen folgende Gründe dafür an, daß ein umfassendes Verbot von Anti-Satelliten-Systemen nicht im amerikanischen Interesse und auch nicht im Interesse des Bündnisses liege:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. April 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Für Gesprächsführung in den USA schlage ich ein Gespräch unter Ihrer Leitung vor Antritt der USA-Reise vor: StS Lautenschlager, D 2, D 2 A, Dg 20 und Fachreferenten sowie L[eiter] Pl[anungsstab] und Mitarbeiter."

3 Hat Bundesminister Genscher am 24. April 1984 vorgelegen, der die handschriftliche Bemerkung von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorhob und dazu handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]".
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Botschafter Ruth am 27. April 1984 erneut vorgelegen.

4 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

a) Die „inhärenten ASAT-Kapazitäten“ in bereits vorhandenen Waffensystemen seien kaum erfaßbar. So könnten das sowjetische ABM-System Galosh, aber auch modifizierte Interkontinentalraketen gegen Satelliten auf niedriger Umlaufbahn eingesetzt werden.

b) Die Vernichtung des vorhandenen sowjetischen ASAT-Systems sei nicht mit ausreichender Sicherheit zu verifizieren, da die Zahl der sowjetischen Abfangkörper nicht bekannt und auch nicht zu ermitteln sei. Die Rakete, mit der der Abfangkörper in eine Umlaufbahn gebracht wird, finde auch für Satellitenstarts Anwendung.

c) Der dritte und wohl entscheidende Grund ist, daß die USA ihr im Januar 1984 erstmals erprobtes ASAT-System bis zur Einsatzreife entwickeln wollen.[5] Sie wollen dieses System benutzen, um die SU vor dem Einsatz ihrer ASAT-Waffe abzuschrecken und vor allem, um sowjetische Ozeanaufklärungssatelliten bekämpfen zu können, von denen eine Bedrohung der Seeverbindungen über den Atlantik ausgeht.[6] Die USA mußten in den Konsultationen im Bündnis einräumen, daß diese Bedrohung wegen der geringen Zahl sowjetischer Satelliten (Radaraufklärungssatelliten setzt die SU zur Zeit überhaupt nicht ein) derzeit noch gering ist und daß Gegenmaßnahmen anderer Art (elektronische Maßnahmen, Attrappen, Tarnung) grundsätzlich möglich sind. Es wurde jedoch deutlich, daß die USA nicht bereit sind, die Risiken, die mit einem umfassenden ASAT-Verbot zweifellos verbunden wären, hinzunehmen.

2) Die Aussagen der USA zu den Möglichkeiten für weniger ehrgeizige Rüstungskontrollvereinbarungen zur Begrenzung von ASAT-Systemen blieben weiterhin vage. Die Verifizierung ist auch für solche Regelungen schwierig, möglicherweise sogar schwieriger als für ein umfassendes ASAT-Verbot. Der erfolgversprechendste Ansatzpunkt ist ein Testverbot, dessen Einhaltung auch nach dem gegenwärtigen Stand der Technik recht zuverlässig überprüft werden könnte. Wir halten ein Verbot der Erprobung und Stationierung von ASAT-Systemen gegen Satelliten auf höheren Umlaufbahnen für besonders wichtig, weil die Frühwarnsatelliten, die für die Wahrung der Stabilität eine entscheidende Rolle spielen, dadurch geschützt würden.

Bei einer Anhörung vor dem amerikanischen Senat am 13. April traten erneut Meinungsverschiedenheiten zutage, die hierzu innerhalb der amerikanischen Administration bestehen. Während der Vertreter der ACDA ein Abkommen dieser Art als grundsätzlich wünschenswert bezeichnete, war Richard Perle, Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium, auch hierzu skeptisch. Die von ihm vertretene Denkschule neigt dazu, in einseitiger Weise die Risiken zu sehen, die mit Rüstungskontrollvereinbarungen verbunden sind. Dagegen[7] haben mehrere Verbündete und auch wir bei den Konsultationen betont, daß auch die Risiken eines vollkommen ungeregelten Wettbewerbs bei der Entwicklung und Stationierung von ASAT-Systemen berücksichtigt werden müßten.

3) Sobald das amerikanische ASAT-System einsatzbereit sein wird (voraussichtlich 1987), wird die derzeit bestehende Asymmetrie zugunsten der SU in

5 Zu den amerikanischen Plänen für die Einrichtung eines Anti-Satelliten-Systems vgl. Dok. 21.
6 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut angeschlängelt. Dazu Ausrufezeichen.
7 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

eine Asymmetrie zugunsten der USA umschlagen, weil das amerikanische System wesentlich flexibler und zuverlässiger ist als das derzeit vorhandene sowjetische System. Die SU wird deshalb, wenn ein vollständiges ASAT-Verbot nicht zu erreichen ist, auf einer Regelung bestehen, die auch ihr die Entwicklung eines leistungsfähigeren Systems gestattet.

4) Solange die USA nicht in der Lage sind, konkrete Vorschläge für eine Begrenzung von ASAT auf den Tisch zu legen, und solange sie sich deshalb Verhandlungen entziehen, bleibt der Westen in der Defensive. Indessen kann die SU auf ihren Vorschlag eines Abkommens über ein Verbot der Anwendung von Gewalt im Weltraum[8], das ein vollständiges ASAT-Verbot einschließt, sowie auf die Erklärung Andropows vom August 1983 hinweisen, die SU werde nicht als erste ASAT in den Weltraum bringen[9]. Die Bereitschaft der USA, in der Genfer Abrüstungskonferenz als erstem Schritt einer Untersuchung der schon bestehenden rechtlichen Regelungen zuzustimmen, wird dem Westen nur geringe und vorübergehende Entlastung bringen.

5) In dieser Lage sollten wir fortfahren, die USA zur baldigen Vorlage konkreter Vorschläge zu drängen. Konsultationen im Bündnis in kürzeren Abständen würden uns Gelegenheit geben, unsere Vorstellungen einzubringen. Wir würden damit die Kräfte in der Administration und im Kongreß stärken, die – wie wir – der Auffassung sind, daß es noch Chancen gibt, einen unbegrenzten Rüstungswettlauf im Weltraum zu vermeiden.

Ruth

VS-Bd. 11371 (220)

8 Zum sowjetischen Entwurf vom 10. August 1981 für einen Vertrag über ein Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum vgl. Dok. 21, Anm. 11.
Am 19. August 1983 legte die UdSSR einen weiteren Vertragsentwurf zur Rüstungskontrolle im Weltraum vor. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 242.

9 Am 19. August 1983 berichtete Gesandter Huber, Moskau, über ein Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, mit Senatoren der amerikanischen Demokratischen Partei am Vortag: „Er versuchte deutlich, die Demokratische Partei gegen die Administration auszuspielen, indem er von ihr verfolgte Anliegen (Weltraumabrüstung, Freeze) besonders ansprach.“ Weiter teilte Huber mit: „Mit der Verkündigung einer neuen ‚einseitigen‘ Verpflichtung, nämlich, daß die SU nicht als erste irgendeinen Typ von Anti-Satelliten-Waffen im Weltraum stationieren werde, versucht die SU, dem Besuch einen besonderen Höhepunkt zu geben. Nach bewährtem Muster hat die SU damit einen Bereich gewählt, in dem sie selbst sich als zurückliegend einschätzt und ein für sie fühlbares Opfer, wie etwa den Verzicht auf vom Boden aus startende Anti-Satelliten-Waffen, bei denen sie seit Jahren Tests durchführt, gezielt vermieden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3699; Referat 220, Bd. 124498.
Zu dem Gespräch vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1983, D 509–511 (Auszug).

110

Ministerialdirektor Ruhfus, z. Z. Buenos Aires, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 353 **Aufgabe: 17. April 1984, 00.25 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 17. April 1984, 14.42 Uhr**

Betr.: Besuch BM Argentinien[2];
hier: Gespräch BM mit Präsident Alfonsín

Delegationsbericht

Zur Information

BM traf mit Präsident Alfonsín um 12 Uhr Ortszeit zu Gespräch von 70 Minuten zusammen. Nachstehender Bericht ist von BM noch nicht genehmigt.

BM eröffnete Gespräch mit Übermittlung von Grüßen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers. Sieg Demokratie in ARG habe weltweite Bedeutung.[3] Alfonsín dankte. Er wünsche, auf dem Wege der Demokratie Argentinien Frieden und Gerechtigkeit zu bringen. Er sei mehrfach nach D eingeladen worden, habe viele Städte und Regionen besucht, an Kongressen politischer und wissenschaftlicher Organisationen teilgenommen, Sitze von Parteien (besonders der FDP) und Stiftungen besucht. Er kenne das große Interesse, das in der deutschen Öffentlichkeit an den Entwicklungen in LA bestehe.

BM überbrachte sodann Grüße des Präsidenten der Internationalen Liberale, Malagodi, und überreichte einen Brief von diesem an Alfonsín. Selten sei ein Ereignis mit solcher Befriedigung in D und Europa aufgenommen worden wie Wahl Alfonsíns. Bundesregierung wolle neues Kapitel bilateraler Beziehungen, sein Besuch diene auch Vorbereitung Besuches des Bundeskanzlers[4], stärke auch allgemein Bande zu Europa. Alfonsín stimmte lebhaft zu und lenkte sodann Gespräch auf Wirtschaftspolitik. Ihm sei bekannt, daß D stets verständnisvolle Haltung gegenüber Sorgen ARG hinsichtlich EG-Agrarpolitik eingenommen habe. Schwierigstes Problem sei jetzt Außenschuld. ARG sei in letzten Jahren hohe Außenschuld eingegangen, ohne daß Produktion und soziale Lage verbessert. Wirtschaft sei zerstört. ARG brauche Fristen, Hilfe, hoffe auf den Pariser Club. ARG mache außerordentliche Anstrengungen, Begrenzung öffentlicher Ausgaben, Zurückstellung staatlicher Projekte. Er sei aber nicht bereit, der Arbeitnehmerschaft weitere Minderungen der Reallöhne zuzumuten. Als Beispiel nannte er, daß Präsident 1000 Dollar verdiene. Wirtschaft in tiefer Rezession. Tiefer könne das Land nicht sinken. Hieran könne Demokratie zugrunde gehen. Haushaltsdefizit werde von 17 Prozent auf 9 Prozent des Bruttosozialpro-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 17. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Horstmann und Jansen verfügte.
Hat Jansen am 18. April 1984 vorgelegen.
Hat Horstmann am 19. April 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 14. bis 19. April 1984 in Argentinien auf.

3 Nach den Wahlen in Argentinien am 30. Oktober 1983 übernahm am 10. Dezember 1983 eine zivile Regierung unter Präsident Alfonsín die Regierungsgeschäfte. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 383.

4 Bundeskanzler Kohl besuchte Argentinien vom 4. bis 8. Juli 1984.

duktes gesenkt werden. Kriegshaushalt. Privatsektor müsse wieder in die Lage versetzt werden, wieder Kredite aufzunehmen. Demokratie müsse gepflegt werden, um politische Instabilität, Pendeln zwischen Militärregierungen und zivilen Regierungen zu verhindern. Er hoffe auf deutsche Solidarität in dieser schwierigen Lage. ARG werde seine Schulden zahlen. BM erwiderte, Erfolg Demokratie liege auch in unserem Interesse. Worte Alfonsíns hätten zur Schaffung notwendigen Vertrauens beigetragen. Tatsache, daß er von einer Delegation von Vorstandsmitgliedern bedeutender deutscher Unternehmen begleitet werde, zeige Vertrauen deutscher Wirtschaft. Jüngste EG-Entscheidungen in Agrarpolitik[5], drastischer Abbau Überschüsse würden zu einer Verbesserung der Exportbedingungen für ARG führen. BM wies auf Interdependenz aller Länder in Weltwirtschaft hin. Sogar SU und andere kommunistische Länder hätten dies gelernt. Auch wir hätten drastische Haushaltsbeschränkungen auf uns genommen. Positive Auswirkungen zeigten sich. Hofften auf Impulse für Welthandel. Bei Wirtschaftsgipfel im Juni in London[6] würden wir USA dazu drängen, Haushaltsdefizit zu mindern und Zinsen zu senken. ARG könne auf konstruktive Haltung der Bundesrepublik im Pariser Club rechnen. Wir hofften auf Einigung mit IMF. Dies werde die Tür für weitere Entwicklung aufschließen. Alfonsín stimmte zu. Argentinischer Wirtschaftsminister[7] sei gerade aus USA zurückgekehrt. Expertengruppe, die Letter of Intent vorbereite, sei zurückgeblieben. Schwierigkeit mit IMF liege in Frage der Forderung nach Senkung Realeinkommen. Einigung sei gleichwohl zu erwarten. BM fügte hinzu, Wirtschaftspolitik müsse akzeptabel sein und von den Menschen verstanden werden. Mittelwege seien notwendig. Alfonsín stimmte dem zu.

BM regte Kooperationsabkommen mit EG an. Noch vor BK-Besuch sollten deutsch-argentinische gemischte Kommissionen (Wirtschaft, Wissenschaft-Technologie, Kultur) zusammentreten. Dies werde Beispiel für andere Länder sein. BK-Besuch solle Höhepunkt des Neubeginns der deutsch-argentinischen Beziehungen werden.

BM fragte sodann nach Einschätzung Alfonsíns zur Lage in Zentralamerika. Er habe immer die Auffassung vertreten, daß Lösungsvorschläge aus der Region kommen müßten. Alfonsín erwiderte, daß generell eine Unterstützung der Contadora-Gruppe[8] geboten sei. Einmischung der Großmächte müsse entgegengetreten werden.

Es dürfe keine kommunistischen Satelliten in LA geben, aber auch keine Interventionen der USA. ARG habe sich für Pluralismus und Demokratie im eigenen Land entschieden. Dies bestimme auch seine Haltung zu Zentralamerika. Ursachen der Spannungen lägen in wirtschaftlicher und sozialer Lage. ARG fordere soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde.

Militärische Intervention würde zu Flächenbrand führen, Demokratisierung in Brasilien, Chile, Uruguay gefährden. Durch Repressionsmaßnahmen verwan-

5 Vgl. dazu das auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30./31. März 1984 in Brüssel verabschiedete Agrarpaket; Dok. 88, Anm. 9.

6 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

7 Bernardo Grinspun.

8 Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Beilegung der Konflikte in Mittelamerika vgl. Dok. 78, Anm. 4.

delten sich Streitkräfte in Besatzungsmächte. Großmächte unterstützten immer gerade die Kräfte, die ihnen ideologisch paßten. Dadurch werde der ideologische Streit nur vertieft, würden die innenpolitischen Auseinandersetzungen nur noch hoffnungsloser, das Schema der Gewalt vertieft. Contadora-Initiative sei der richtige Ausweg. ARG verstehe amerikanische Sicherheitsinteressen. Es sei aber absurd, wenn USA bereits an Eingreifen denken, wenn eine sozialistische Regierung ans Ruder gelange.

Alfonsín drückte sodann Bewunderung für Friedenspolitik der Bundesregierung aus. D befinde sich im Sturmzentrum Ost-West-Konfliktes.

BM erwiderte, daß wir an der Schnittlinie des Ost-West-Gegensatzes lägen. Unser Volk lebe in zwei Staaten. Daraus besondere Verantwortung. Wir hätten festen Platz in Europäischer Gemeinschaft, westlichem Verteidigungsbündnis. Doch sei andererseits soviel Zusammenarbeit wie möglich mit Osten notwendig, mit DDR, mit SU, mit Warschauer-Pakt-Staaten. Er sei im Mai in Moskau[9] und werde über alle Aspekte des Ost-West-Verhältnisses sprechen, natürlich besonders in bezug auf Bundesrepublik Deutschland. Abrüstungsgespräche müßten wieder gefördert werden, KSZE-Prozeß. Dieser habe entscheidend zur politischen Bewußtseinsbildung und zur Erinnerung an nationale Identität im Osten beigetragen, besonders in Polen. Ideologische Teilung Europas und D könne nicht letztes Wort der Geschichte sein.

Gespräch auf Zentralamerika zurücklenkend, sagte BM, daß auch wir Verständnis für Sicherheitsbedürfnisse USA hätten. Wirtschaftliche und soziale Lage sei Hauptursache Spannungen. Wirtschaftliche und soziale Verzweiflung führten zu Extremismus, Destabilisierung. Zentralamerikanische Staaten seien zu klein, um Zukunft zu meistern. EG sei ein Beispiel für Zentralamerika. Vor zehn Jahren habe er (BM) als Vorsitzender EG-Ministerrat[10] ein Kooperationsabkommen EG–ASEAN[11] zustande gebracht. Bei letztem Treffen der Außenminister von EG und Contadora[12] habe er ebensolches Abkommen für Region vorgeschlagen. Costa Rica sei Motor.

Alfonsín hielt dies für eine wichtige Initiative, leitete sodann zum Malvinenkonflikt über.[13] Verstehe Solidarität der europäischen Partner. In GB werde

9 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 148 und Dok. 153.

10 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1978 inne. Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

11 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

12 Das Treffen der von Bundesminister Genscher und den Außenministern Cheysson (Frankreich) und Charalambopoulos (Griechenland) gebildeten EPZ-Troika mit den Außenministern der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 29. September 1983 in New York statt. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, berichtete am 30. September 1983, die Vertreter der Contadora-Gruppe hätten dargelegt, die beste Unterstützung ihrer Bemühungen durch die Europäischen Gemeinschaften sei ein Ausbau der Handelsbeziehungen zu Mittelamerika. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2008; Referat 230, Bd. 128049.

13 In der Nacht vom 1. auf den 2. April 1982 besetzten argentinische Streitkräfte die von Argentinien als Malvinen beanspruchten, unter britischer Hoheit stehenden Falkland-Inseln. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 108 und Dok. 110.
Am 21. Mai 1982 landeten britische Truppen auf den Falkland-Inseln. Am 15. Juni 1982 kapitulierten

aber jetzt von NATO-Interessen an Malvineninseln gesprochen. Militärische Ausschlußzone, Befestigung der Inseln bringe schwerwiegende Probleme. Konfliktpotential für Südatlantik. ARG wolle friedliche Lösungen. Letzte britische Antwort sei sehr enttäuschend.[14]

BM erwiderte, daß die akute militärische Auseinandersetzung für uns schmerzlicher Abschnitt in unseren Beziehungen gewesen sei. Botschafter beider Länder hätten wesentlich dazu beigetragen, Dauerschäden in unseren Beziehungen zu vermeiden. Solidarität mit GB sei keine Folge der NATO gewesen. Inseln lägen außerhalb des NATO-Gebiets.[15] GB sei aber wichtiger Bündnispartner, trage völkerrechtliche Verantwortungen in Deutschland und Berlin. Hieran habe Bundesregierung nicht vorbeigehen können. Der Präsident könne aber sicher sein, daß Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf London jetzt und künftig Einfluß dahin ausübe, mit der neuen argentinischen Demokratie eine Lösung des Problems zu suchen. Wir möchten nicht, daß Malvinenfrage zu einer Dauerbelastung des europäisch-argentinischen Verhältnisses führe.

BM versicherte, daß Bundesregierung ARG in seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten helfen wolle. Besuch BK solle eine eindrucksvolle Bestätigung deutsch-argentinischer Freundschaft werden.

Alfonsín schloß das Gespräch mit Grüßen an Bundesregierung und Bundespräsident.

[gez.] Ruhfus

Referat 010, Bd. 178884

Fortsetzung Fußnote von Seite 525

die dortigen argentinischen Truppen; zeitgleich trat ein Waffenstillstand in Kraft. Am 20. Juni 1982 erklärte die britische Regierung einseitig die Kampfhandlungen für beendet.

14 Am 17. Februar 1984 akzeptierte Argentinien die Vorschläge Großbritanniens für eine Tagesordnung betreffend argentinisch-britische Direktgespräche über die Zukunft der Falkland-Inseln. Zugleich formulierte Argentinien drei weitere Tagesordnungspunkte: „Aufhebung der Ausschlußzone um die Falkland-Inseln/Malvinen; Beendigung der militärischen Befestigung der Inseln, des Baus eines strategischen Flughafens und der kriegsmäßigen Konzentration (von Truppen und Material) in der Region, und Garantie, daß Nuklearwaffen und sonstiges nukleares Gerät aus der Region entfernt wird." Vgl. die Aufzeichnung des Referats 330 vom 30. August 1984; Unterabteilung 33, Bd. 146512.
Referat 330 vermerkte am 18. Juni 1984, Argentinien sei enttäuscht über die britische Antwort vom 6. April 1984, „mit der argentinische Zusatzvorschläge für Tagesordnung abgelehnt worden seien". Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146512.

15 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

111

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

Dg 42/422-411.10 IRK-381/84 VS-vertraulich **18. April 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: angebliche Lieferung einer Anlage zur Herstellung von Nervengas durch die deutsche Firma Kolb-Pilot Plant (wegen wirtschaftlicher Einheit der beiden Firmen im folgenden als „Firma Kolb“ bezeichnet)

Bezug: Ihr Randvermerk vom 7.4.84 auf dem DB der Botschaft Bagdad Nr. 304 vom 4.4.84[3] geheim[4]

Anlg.: 1[5]

Zweck der Vorlage: Unterrichtung und Bitte um Billigung des vorgeschlagenen Schreibens des StS an den StS des BMWi.

1) Amerikanische Behauptungen und Ergebnis unserer Außenwirtschaftsprüfung

Die vom BMWi veranlaßte und unter Hinzuziehung kompetenter Experten bei der Firma Kolb durchgeführte Außenwirtschaftsprüfung hat bisher keine Beweise dafür geliefert, daß die amerikanischen Behauptungen (US-Interessenvertretung in Bagdad und State Department),

– das deutsche Unternehmen habe der irakischen Seite wissentlich eine zur Herstellung von Nervengas bestimmte und geeignete Anlage geliefert,

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. April 1984 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 20. April 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Soweit noch eigene Aufklärungen sachdienlich erscheinen, sollten sie durchgeführt werden.“
Hat Oberamtsrat Kusnezow vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Meyer-Landrut an Ministerialdirektor Fischer verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Fischer am 25. April 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Loeck und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Henze verfügte.
Hat Loeck am 25. April 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Schreiben ist unverändert abgegangen.“ Vgl. Anm. 8.

3 Korrigiert aus: „5.4.84“.

4 Botschafter Böcker, Bagdad, berichtete am 4. April 1984: „Leiter hiesiger US-Interessenvertretung, Bill Eagleton, sprach mich am 3.4.84 unter Bezugnahme auf den N[ew]Y[ork]T[imes]-Artikel erneut auf die Angelegenheit an. Er sagte eingangs, der Artikel enthalte eine Fülle von faktischen Unrichtigkeiten. Gänzlich falsch sei die Passage über einen mit der amerikanischen Seite abgestimmten eventuellen israelischen Angriff auf die Anlage. […] Zur Sache selbst sagte Eagleton, er wisse nicht, ob Washington unsere Botschaft davon unterrichtet habe, daß nach amerikanischer Auffassung die Fa. Kolb in dem Artikel der NYT besser weggekommen sei, als es der wirklichen Beteiligung entspreche. Denn starke Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Fa. Kolb sehr viel mehr involviert sei, als sie uns glauben mache. Besonders belastend sei, daß sie seit längerer Zeit hauptsächlich mit Militärs als Verhandlungspartnern zu tun habe. […] Er wisse nicht, ob er zu der Aussage befugt sei, aber Washington sei der Meinung, daß es zur Vermeidung eines größeren CW-Einsatzes durch die Iraker besser sei, wenn die Kolb-Leute abgezogen würden.“ Vgl. VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.
Bundesminister Genscher vermerkte dazu handschriftlich für Staatssekretär Lautenschlager: „Was soll geschehen?“

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8.

– die Produktion von Nervengas mit dieser Anlage sei bereits angelaufen,

der Wahrheit entsprechen. Vielmehr ist die Darstellung der Fa. Kolb,

– sie habe eine handelsübliche, in der chemischen Industrie in dieser Form auch sonst benutzte Anlage zur Herstellung von Vorprodukten für Pestizide geliefert, mit der Nervengas nicht produziert werden könne,

– die Montage der Anlage werde nicht vor September 1984 abgeschlossen sein,

durch das Ergebnis der Außenwirtschaftsprüfung nicht widerlegt worden.

Die zugezogenen Experten haben zwar erläutert, daß es möglich sei, die gelieferte Anlage nach entsprechenden technischen Veränderungen (Hinzufügung nicht allzu umfangreicher technischer Einrichtungen) für die Herstellung von Nervengas zu benutzen, jedoch verfügen wir nicht über Beweise dafür, daß die irakische Seite eine entsprechende Veränderung der Anlage betreibt. Insbesondere gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß die Fa. Kolb oder ein anderes deutsches oder ausländisches Unternehmen die erforderlichen Zusatzeinrichtungen nach Irak geliefert hätte.

2) Weitere Schritte

a) Unsere Botschaft Bagdad hat offensichtlich die ihr zur Verfügung stehenden, angesichts der Interessenlage der irakischen Regierung beschränkten Möglichkeiten für Nachforschungen soweit wie möglich genutzt. Der von ihr weisungsgemäß der irakischen Regierung übermittelte Vorschlag, die Anlage in Samarra durch einen international anerkannten Fachmann inspizieren zu lassen, ist von der irakischen Regierung abgelehnt worden.[6]

Aufgrund der Ermittlungsergebnisse der Botschaft erscheint es zweckmäßig, im Rahmen der auf Anregung des AA vom BMWi noch nicht förmlich abgeschlossenen Außenwirtschaftsprüfung eine weitere Befragung der führenden Vertreter der Firma Kolb vorzusehen. Aufklärungsbedarf ergibt sich bezüglich einiger Hinweise in Irak tätiger Angestellter der Fa. Kolb und anderer deutscher Unternehmen gegenüber unserer Botschaft, insbesondere:

– „In zwei früher errichteten Hallen auf dem Gelände des Komplexes Samarra befänden sich Anlagen, die bereits in früheren Jahren von der Fa. Kolb geliefert worden seien. Dort solle bereits mehr schlecht als recht produziert werden." (Keine Angabe, was produziert wird.)

– Die bisher gelieferten technischen Einrichtungen „seien nicht ausreichend für den gesamten Produktionsprozeß zur Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln. Ein vom irakischen Auftraggeber angefordertes Zusatzangebot könne von der Fa. Kolb nicht ausgearbeitet werden, da die irakische Seite wesentliche Einzelheiten der chemischen Prozesse, insbesondere Drücke und Temperaturen, nicht genannt habe". (Höhe des Drucks und der Temperaturen sind nach Hinweis der zugezogenen Fachleute wesentliche Kriterien für die zur Herstellung von Nervengas erforderlichen technologischen Einrichtungen.)

6 Vgl. dazu die Äußerungen des Abteilungsleiters im irakischen Außenministerium, al-Hidawi, gegenüber Botschafter Böcker, Bagdad, am 31. März 1984; Dok. 99, Anm. 7.

Zu den in den beiden oben genannten Hinweisen bezeichneten Zusammenhänge ist die Fa. Kolb in der Außenwirtschaftsprüfung weder befragt worden, noch hat sie hierzu von sich aus Angaben gemacht.

Aufklärungsbedürftig erscheinen auch gewisse Abweichungen zwischen den Einlassungen der Geschäftsleitung der Fa. Kolb und Hinweisen, die sich aus der Befragung des leitenden Angestellten einer in Samarra tätigen deutschen Baufirma durch die Botschaft Bagdad ergeben haben, insbesondere

– Bauweise der Gebäude, in denen die von der Fa. Kolb gelieferte Anlage errichtet wird,
– Art und Weise der Bewachung des Komplexes Samarra. (Ergibt sich aus der Art der Bewachung, daß es sich um einen militärischen Komplex handelt?)

b) Dem BMWi ist unser Vorschlag zur Fortsetzung der Außenwirtschaftsprüfung auf AL-Ebene übermittelt worden. BMWi sieht aber gegenwärtig keinen dringenden Klärungsbedarf bezüglich der oben angegebenen offenen Fragen. Es möchte vielmehr zunächst abwarten, ob uns von amerikanischer Seite neue Aufschlüsse und gegebenenfalls Beweismittel an die Hand gegeben werden.

3) Die amerikanische Seite ist durch die hiesige US-Botschaft und unsere Botschaft in Washington eingehend von dem oben bezeichneten bisherigen Ergebnis der Untersuchung unterrichtet worden. Sie hat dennoch unverändert an ihren obigen Behauptungen festgehalten, ohne diese auch nur spezifizieren zu können. Auf amerikanisches Angebot gegenüber dem AA (Abt. 2A und 4) werden, voraussichtlich Anfang Mai, Vertreter des State Department und amerikanische Fachleute im BMWi (unter Mitwirkung von Vertretern der Abt. 4 und 2A) die der amerikanischen Seite angeblich vorliegenden Erkenntnisse (darunter Luftaufnahmen der Anlage Samarra) erläutern. Die amerikanische Expertengruppe wird unter Leitung des stellvertretenden Direktors der Militärpolitischen Abteilung des State Department stehen.[7]

Da die amerikanische Seite noch nicht in der Lage ist, für ihren angekündigten Besuch einen definitiven Termin mitzuteilen, erscheint es unerläßlich, nunmehr die offengebliebenen Fragen durch Fortsetzung der Außenwirtschaftsprüfung zu klären. Um das BMWi hierzu zu veranlassen, sollte ihm unser hierauf gerichteter Wunsch auf StS-Ebene übermittelt werden. Entwurf eines entsprechenden Schreibens zur Unterzeichnung durch StS Meyer-Landrut an StS Schlecht ist mit der Bitte um Genehmigung beigefügt.[8]

Per Fischer

VS-Bd. 10919 (422)

7 Vgl. dazu das Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Dean, am 2. Mai 1984; Dok. 136, Anm. 9.

8 Dem Vorgang beigefügt. Staatssekretär Meyer-Landrut teilte Staatssekretär Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft, am 24. April 1984 mit: „Die Ihrem Hause vorliegende Berichterstattung unserer Botschaft Bagdad enthält einige Hinweise deutscher Firmenvertreter, die uns erst nach der bei den Firmen Kolb und Pilot Plant vorgenommenen Prüfung zugegangen sind. Diese Hinweise sind Ihrem Hause auf Abteilungsleiterebene bereits im einzelnen bezeichnet worden. Ihnen sollten wir im Interesse der auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten erforderlichen gründlichen Klärung des Sachverhalts schon vor den Gesprächen mit der amerikanischen Delegation nachgehen. Ich möchte Sie deshalb darum bitten, die Außenwirtschaftsprüfung hinsichtlich dieser Punkte in geeig-

112

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.90 USA/out of area-589/84 VS-vertraulich **18. April 1984**[1]

Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung wie erbeten[2]

Betr.: Out-of-area-Problematik

Bezug: Ihre Fragen auf Bericht der NATO-Vertretung vom 16.3.1984 – II-363.11.1.9-1118/84 VS-v (liegt bei)[3]

A. Zusammenfassende Stellungnahme

1) Der Bericht der NATO-Vertretung enthält eine Reihe von Anregungen, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Er kommt jedoch zu einem politisch insofern ungünstigen Zeitpunkt, als gerade vor kurzem die westlichen Verbündeten ihre Friedenstruppen aus Beirut abgezogen haben[4] und die Verminung der Häfen Nicaraguas[5] gegenwärtig Gegenstand internationaler Kritik geworden ist.

2) Out-of-area-Maßnahmen kosten in der Regel Geld. „Low cost/no cost" ist die Ausnahme. Wir müssen im Auge behalten, daß wir zugleich erhöhten Anforderungen auf anderen Gebieten gegenüberstehen:

– Erhöhung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit;
– Erhöhung des Beitrages zur NATO-Infrastruktur[6];
– US-Forderungen im Zusammenhang mit dem Master Restationing Plan.[7]

Fortsetzung Fußnote von Seite 529

net erscheinender Weise fortzusetzen. Der Herr Bundesminister des Auswärtigen legt größten Wert auf eine vorbehaltlose Aufklärung des gesamten Tatbestandes." Vgl. VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Schauer am 25. April 1984 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 24. April 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Erlaß an NATO-V[er]t[retun]g: 1) Kopie dieser Aufzeichnung. 2) Hinweis auf unkorrekten Verteiler."

3 Dem Vorgang beigefügt. Für den Schriftbericht des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 83.

4 Zum Abzug der MNF-Kontingente aus dem Libanon vgl. Dok. 104, Anm. 7.

5 Ministerialdirektor Ruhfus vermerkte am 12. April 1984: „Durch Verminung nicaraguanischer Häfen in den letzten Wochen sind u. a. ein britisches (Flagge von Liberia), niederländisches, sowjetisches und panamaisches Schiff beschädigt worden. Tote hat es bisher nicht gegeben. Die Minen sind offensichtlich von antisandinistischen Gruppen gelegt worden; Steuerung und Durchführung nach vertraulichen Angaben durch ein US-Schiff, das Schnellboote mit nicaraguanischen Exilanten absetzte und wieder aufnahm. […] Nicaragua erhob beim Internationalen Gerichtshof Klage gegen die USA und stellte Forderung auf Schadenersatz. US-Regierung hat VN-GS Pérez de Cuéllar mitgeteilt, daß sie die Jurisdiktion des Haager Gerichtshofs in allen Mittelamerika betreffenden Fragen für die Dauer von zwei Jahren nicht anerkennen werde. Heftige innenpolitische Kritik aus dem Kongreß. […] Die Verminung der nicaraguanischen Häfen innerhalb der Hoheitsgewässer von NIC ist eine Eskalation der bisherigen ‚Covered-aid-Politik' seitens der USA. Es ist auch nicht mehr dementiert worden, daß Präsident Reagan über diese Aktion informiert war und sie gebilligt hat. Zweifel ist angebracht, ob einem möglichen Waffentransfer von NIC nach ELS nicht operativ statt präventiv hätte begegnet werden können." Vgl. Referat 331, Bd. 136374.

6 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 55, Anm. 8.

7 Zum „Master Restationing Plan" vgl. Dok. 75, Anm. 7.

– Im Bereich Wartime Host Nation Support haben wir jetzt schon Leistungen versprochen (u. a. 90 000 Soldaten im Ernstfall), die uns erhebliche Anstrengungen abverlangen.[8]
– Hinzu kommen die ebenfalls kostenträchtigen Probleme der Wehrpflichtlükke.[9]

Wir können zusätzliche Pflichten nur in engen Grenzen eingehen, wollen wir unsere Verteidigungsbereitschaft in Mitteleuropa voll erhalten.

3) Die Vorschläge der NATO-Vertretung gehen – soweit sie eine unmittelbare Beteiligung der Bundeswehr an Out-of-area-Maßnahmen vorsehen – z. T. weit über die vom Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes (Art. 87 a Abs. 2 GG[10]) gesetzten Grenzen hinaus. Demnach ist ein Auslandseinsatz der Bundeswehr verfassungsrechtlich nicht gedeckt, wenn die Bundesrepublik Deutschland – ohne selber angegriffen zu sein und außerhalb der Bündnisverpflichtungen von NATO und WEU – einem Drittstaat zur Hilfe kommen möchte. Auch ein Einsatz zur logistischen Unterstützung durch eigene Kräfte im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung außerhalb des NATO-Gebietes wäre demnach nicht zulässig.

Die Vorschläge überschreiten außerdem den durch den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3.11.1982 gesetzten Rahmen unserer Out-of-area-Politik.[11]

4) Die uns im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorschriften und des BSR-Beschlusses möglichen Maßnahmen zur Unterstützung amerikanischer Out-of-area-Aktivitäten könnten bestehen in:

– Beiträgen zur Stabilisierung von Regionen außerhalb Europas durch politische und wirtschaftliche Maßnahmen sowie militärische Ausbildungs- und Materialhilfe;
– Kompensationsleistungen zum Ausgleich eines evtl. Abzugs von US-Truppen oder US-Militärmaterial im Falle einer Krise;
– Genehmigung von Transitrechten für die Amerikaner;
– Genehmigung von US-Maßnahmen, die vom Bundesgebiet ausgehen, z. B. Verbringung von Material in die betroffenen Kriegsregionen.

Darüber hinaus wäre es zweckmäßig, derartige Absprachen mit generell im Bündnis vereinbarten Konsultationen bei Out-of-area-Einsätzen zu verknüpfen.

5) Bei der Genehmigung von Transitrechten und von US-Maßnahmen, die vom Bundesgebiet ausgehen (z. B. Verbringung von Waffen in den Nahen Osten), sollten wir eine generelle Absprache mit den Amerikanern anstreben, wonach

8 Am 4. November 1980 legte der amerikanische Botschafter Stoessel den Wunsch der amerikanischen Regierung dar, die Bundesregierung möge ihre Leistungen für die in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräfte erhöhen. Priorität besaßen dabei Unterstützungsleistungen für im Krisen- oder Kriegsfall auf dem Territorium der Bundesrepublik einzusetzende US-Verstärkungsstreitkräfte. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 370.
Ein entsprechendes deutsch-amerikanisches Abkommen über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg („Wartime Host Nation Support Agreement“) wurde am 15. April 1982 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 451–454.

9 Zur Wehrpflichtfrage vgl. Dok. 47, Anm. 18. Vgl. dazu ferner Dok. 251.

10 Für den Wortlaut von Artikel 87a des Grundgesetzes in der Fassung vom 24. Juni 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

11 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. Dok. 5, Anm. 15.

wir so frühzeitig über geplante Aktionen unterrichtet werden, daß ausreichend Zeit für eine politische Beurteilung durch die Bundesregierung bleibt.[12] Wir sollten – wie bisher – bei Genehmigungen nicht kleinlich sein. Es ist aber unbefriedigend, daß amerikanische Anträge häufig erst einen Tag vor Durchführung der geplanten Aktion eingehen. Im Rahmen der Absprache sollte klargestellt werden, daß es uns nicht um das Zustimmungserfordernis bei rein technischen Durchführungsmaßnahmen geht, sondern um die politische Bewertung. Auf diesem Wege könnte eine auch für die Amerikaner vorteilhaftere, weil grundsätzlichere Lösung dieser Fragen gefunden werden.

B. Im einzelnen

I. 1) Die NATO-Vertretung greift mit ihrem Bericht zur Out-of-area-Problematik einen Fragenkomplex auf, der uns nicht erst in jüngster Zeit beschäftigt hat. Im Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949, Artikel 6, umrissen die Bündnispartner das Vertragsgebiet sehr genau:

„Im Sinne des Art. 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien jeder bewaffnete Angriff auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departements Frankreichs (1963 entfallen), auf die Besatzungsstreitkräfte einer Partei in Europa, auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im Nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses oder auf die Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien in diesem Gebiet.“[13]

Die 1949 noch zahlreichen überseeischen Gebiete der europäischen Partner waren mit Absicht nicht in das Vertragsgebiet einbezogen worden.

Es war die Out-of-area-Krise in Korea[14] gewesen, die die NATO-Partner im Jahre 1950 dazu bewog, integrierte Streitkräfte zu schaffen – aber nur zur Verteidigung Westeuropas. Die Begrenzung auf den schlimmsten Fall der Bedrohung der Mitglieder – dem eines Angriffs auf ihre Kerngebiete – erfolgte in Übereinstimmung der NATO-Partner einschließlich der USA. Die USA sowie auch Großbritannien und Frankreich haben jedoch stets militärpolitische Interessen auch außerhalb Europas gehabt und diese in eigener Verantwortung vertreten.

2) Vor dem Hintergrund des Öl-Embargos 1973/74[15], der Ereignisse im Iran[16]

12 Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage der Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik für Flüge in den Nahen Osten vgl. Dok. 268.

13 Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

14 Am 25. Juni 1950 griffen Truppen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) die Republik Korea (Südkorea) an. Am selben Tag forderte der VN-Sicherheitsrat mit Resolution Nr. 82 eine Einstellung der Kampfhandlungen und den Rückzug der nordkoreanischen Truppen hinter die Demarkationslinie entlang des 38. Breitengrades. Am 27. Juni 1950 stellte der VN-Sicherheitsrat in Resolution Nr. 83 fest, daß Nordkorea der Aufforderung nicht nachgekommen sei und daß Südkorea die Vereinten Nationen um Hilfe ersucht habe. Alle VN-Mitgliedstaaten wurden um Unterstützung Südkoreas gebeten, um Frieden und Sicherheit in der Region wiederherzustellen. Nachdem mehrere Mitgliedstaaten Truppen zur Verfügung gestellt hatten, wurde den USA mit Resolution Nr. 84 vom 7. Juli 1950 der Oberbefehl über diese Truppen übertragen, die unter der VN-Flagge kämpfen sollten. Für den Wortlaut der Resolutionen vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. II, S. 84–86.
Am 27. Juli 1953 wurden in Panmunjon ein Waffenstillstandsabkommen und ein ergänzendes Abkommen über die Kriegsgefangenen abgeschlossen. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 29 (1953), S. 132–140.

15 Zur Ölkrise 1973/74 und zur Entwicklung der OPEC vgl. Dok. 215.

16 Zum Sturz von Schah Pahlevi vgl. Dok. 20, Anm. 16.

und der Besetzung Afghanistans[17] entwickelten die USA in den letzten Jahren mit Nachdruck eine Strategie weltweiter flexibler Aktion. Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß amerikanische und damit auch Bündnisinteressen zunehmend auch außerhalb des vertraglichen NATO-Geltungsbereiches bedroht sind. Dabei steht das Krisengebiet des Nahen und Mittleren Ostens (Südwestasien) im Vordergrund. In dem bis 1987 terminierten Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe (Rapid Deployment Force – RDF) und eines zentralen Kommandobereiches für Südwestasien (USCENTCOM[18]) in Tampa/Florida mit Verbindungskommandos auf Schiffen im Golf fanden solche strategischen Planungen ihren Niederschlag. Das Out-of-area-Konzept der Amerikaner, insbesondere die RDF, dient Abschreckungszwecken vor Ort. Ein Gesichtspunkt für die Amerikaner ist dabei gewesen, daß die Sowjets den nordkoreanischen Angriff auf Südkorea genehmigt hatten, nachdem US-Außenminister Dean Acheson in einer Rede am 12. Januar 1950[19] ausdrücklich erklärt hatte, daß Südkorea außerhalb der amerikanischen Verteidigungssphäre liege.[20] Ähnliche Vorfälle sollen nunmehr durch eine wirksame Abschreckung, insbesondere durch die Möglichkeit des Einsatzes der RDF in Südwestasien, verhindert werden. In diesem Zusammenhang ist Präsident Carters Erklärung, mit der er den Persischen Golf dem amerikanischen Interessengebiet zurechnete, zu sehen.[21]

Die USA haben von ihren Bündnispartnern keine unmittelbare Beteiligung an ihren Out-of-area-Aktivitäten gefordert, jedoch konkrete Beiträge wie z.B. kompensatorische Maßnahmen, Gewährung von Überflug- und Zwischenlanderechten, Wirtschafts- und Militärhilfe an Länder der Region.

3) Das Bündnis hat sich mit der Out-of-area-Problematik mehrfach befaßt. In den Kommuniqués des Bonner Gipfels vom 10.6.1982[22] und der Außenminister vom 9./10.12.1982[23], 9./10.6.1983[24] und zuletzt im Kommuniqué des Außenministertreffens vom 8./9.12.1983 in Brüssel erscheint die Out-of-area-Thematik:

„Die Bündnispartner fordern zur Respektierung der staatlichen Souveränität überall in der Welt und der echten Blockfreiheit auf. Sie erkennen an, daß ihre

17 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

18 United States Central Command.

19 Korrigiert aus: „17. Januar 1950".

20 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Acheson vor dem „National Press Club" in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 22 (1950), S. 111–118.

21 In seiner Rede zur Lage der Nation vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses am 23. Januar 1980 erklärte Präsident Carter mit Blick auf die sowjetische Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 und deren strategische Implikationen: „An attempt by any outside force to gain control of the Persian Gulf region will be regarded as an assault on the vital interests of the United States of America, and such an assault will be repelled by any means necessary, including military force." Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 197. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 104. Zur sogenannten „Carter-Doktrin" vgl. ferner AAPD 1980, I, Dok. 17.

22 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anläßlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

23 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 62–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 344–346.

24 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 85–92. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 391–397. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 178 und Dok. 179.

gemeinsamen Interessen als Mitglieder des Bündnisses durch Ereignisse außerhalb des Vertragsgebietes berührt werden können. Sie werden in rechtzeitige Konsultationen über solche Ereignisse eintreten, wenn festgestellt wird, daß ihre gemeinsamen Interessen involviert sind. Genügende militärische Fähigkeiten müssen innerhalb des Vertragsgebietes gewährleistet sein, um eine ausreichende Verteidigung aufrechtzuerhalten. Bündnispartner, die dazu in der Lage sind, werden sich bemühen, diejenigen souveränen Staaten zu unterstützen, die bei der Abwehr von Bedrohungen ihrer Sicherheit und Unabhängigkeit um Hilfe bitten. Diejenigen Bündnispartner, die in der Lage sind, die Verlegung von Streitkräften außerhalb des Vertragsgebietes zu erleichtern, können dies auf der Grundlage nationaler Entscheidung tun."[25]

Der NATO-Militärausschuß hat auch auf unser Betreiben eine Untersuchung über die Auswirkungen der militärischen Planungen der USA für Südwestasien auf die NATO vorgelegt (South West Asia Impact Study[26]). Da die Türkei bestimmte Passagen betreffend die Südostflanke der NATO ablehnt, konnte die Studie im Verteidigungsplanungsausschuß (DPC) nicht verabschiedet werden. Auch die Entscheidung über das Papier des Generalsekretärs[27] vom 29.11.1983, in dem die Behandlung des Themas Streitkräfteplanung in Zusammenhang mit Kompensationsmaßnahmen für Out-of-area-Aktivitäten der Amerikaner eine formale Grundlage erhalten sollte, steht noch aus, weil von griechischer Seite die Zustimmung fehlt.

4) Unsere vorläufige Haltung zur Out-of-area-Problematik wurde in einem Beschluß des Bundessicherheitsrats (BSR) am 3.11.1982 festgelegt, in dem wir grundsätzlich Solidarität mit den USA bei der Wahrnehmung gesamtwestlicher Interessen in Südwestasien ausdrücken, jedoch gleichzeitig auf das Erfordernis rechtzeitiger Konsultationen hinweisen. Im BSR-Beschluß heißt es wörtlich:

„Für uns können militärische Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs grundsätzlich nicht in Frage kommen, es sei denn, es läge ein Konflikt zugrunde, der sich gleichzeitig als ein völkerrechtswidriger Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland darstellt. Diese Beschränkung ergibt sich aus grundgesetzlichem Auftrag und war ein Ausgangspunkt bei den Überlegungen, die zur heutigen Struktur und Ausbildung unserer Streitkräfte geführt haben".

Als Beteiligungsmöglichkeiten nennt der BSR-Beschluß vom 3.11.1982[28]

- Gewährung von Überflug- und Zwischenlanderechten für US-Streitkräfte;
- Gewährung von Wirtschafts- sowie Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe an Länder in Südwestasien;

25 Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 103 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 137. Zur NATO-Ministerratstagung vgl. ferner AAPD 1983, II, Dok. 376.

26 Für die Analyse des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SHAPE) vom 1. Dezember 1983 betreffend „United States Central Command (CENTCOM) – Combat Support (CS) and Combat Service Support (CSS). Implications and Compensation Analysis" vgl. VS-Bd. 11984 (201). Zur undatierten Stellungnahme des NATO-Militärausschusses zur Analyse von SHAPE vgl. VS-Bd. 11984 (201).

27 Joseph A. M. H. Luns.

28 Korrigiert aus: „4.11.1982".

– als Kompensationsmaßnahme Bereitstellung von ziviler See- und Lufttransportkapazität für die Zuführung externer Verstärkungskräfte nach Europa;
– Beiträge zur NATO-Infrastruktur im Rahmen der eingegangenen Verpflichtungen;
– weitere noch nicht identifizierte Kompensationsmaßnahmen; sobald neue Kompensationsforderungen vorliegen, erneute Befassung BSR;
– Fortführung von Flottenbesuchen auch im Raum Südwestasien;
– Unterstützung aller Bemühungen in den NATO-Gremien, die auf die Entwicklung eines abgestimmten sicherheitspolitischen Konzeptes für Eventualfälle außerhalb des NATO-Vertragsgebietes abzielen (nicht beschränkt auf Südwestasien).

An dieser Haltung und der in ihr enthaltenen politischen und rechtlichen Beurteilung der Out-of-area-Problematik hat sich bisher nichts geändert. Bundeskanzler Kohl sagte zuletzt auf der 27. Kommandeurtagung in Travemünde am 15.2.1984[29]:

„Bei aller Konzentration unseren strategischen Denkens und unserer Verteidigungsanstrengungen auf Mitteleuropa dürfen wir nicht übersehen, daß Konflikte heute zunehmend in anderen Teilen der Welt entstehen, die für uns, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, von größtem Interesse sind. Dabei spielt auch die expansive Flottenpolitik der Sowjetunion eine Rolle, die zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Ich habe im Deutschen Bundestag in meiner Regierungserklärung nach der Neuwahl im Mai[30] gesagt: ‚Jeder weiß, daß unsere vitalen Interessen über den NATO-Vertragsbereich hinausreichen. Krisenhafte Entwicklungen in anderen Teilen der Welt wirken sich auch auf uns aus. Deshalb brauchen und üben wir Solidarität und enge Abstimmung mit den Verbündeten, die weltweite Verantwortung übernommen haben.‘“

II. 1) Der Bericht der NATO-Vertretung enthält viele wertvolle Anregungen, kommt jedoch jetzt, da die westlichen Friedenstruppen aus Beirut abgezogen wurden und die Verminung der Häfen Nicaraguas Gegenstand internationaler Kritik wurde, zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Bei der Beurteilung der Vorschläge müssen wir bündnispolitische, gesamtwestliche sowie amerikanische und unsere eigenen Interessen werten und abwägen.

2) Unser Interesse ist u. a. von folgenden Faktoren bestimmt:
– Priorität der Erhaltung von Sicherheit und voller Verteidigungsfähigkeit in Europa;
– Erhaltung der US-Militärpräsenz in Europa;
– wirtschaftliche Abhängigkeit vom Welthandel. Dabei haben die arabischen Staaten zwar im letzten Jahr an Bedeutung für unseren Außenhandel verloren (minus 30,5% Einfuhr, minus 21,4% Ausfuhr, Export nach Iran jedoch plus 126,7%), unsere Abhängigkeit vom Golf hinsichtlich der gesamten Öl-

29 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 15. Februar 1984 in Travemünde vgl. BULLETIN 1984, S. 181–188.

30 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 56–74.

versorgung ist aber ohne Zweifel noch immer größer als die der weniger importabhängigen Amerikaner (jedoch geringer als die der Japaner), auch wenn wir Erdöl mehr und mehr auch aus anderen Regionen, z. B. der Nordsee, beziehen (hierzu ergeht besondere Aufzeichnung durch Referat 405[31]):

Abhängigkeit bezogen auf die Importmengen an Erdöl			Abhängigkeit vom Import aus dem Golf	
3. Quartal 1983		Januar 1984	3. Quartal 1983	
D	16 %	7 % Tendenz fallend	D	ca. 13 %
USA	14 %	Tendenz fallend	USA	3,6 %
Italien	37 %		OECD Europa	28,0 %
F	35 %		OECD Pazifik	55,0 %
Japan	65 %			

– Förderung der wirklichen Blockfreiheit der Staaten der Dritten Welt und Bewahrung des Friedens auch außerhalb der NATO. Dabei hat jedoch politische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung für uns Priorität, Hilfeleistung im militärischen Bereich kann hier lediglich eine ergänzende Funktion haben.

– Wir wollen uns nicht in einen Konflikt außerhalb des NATO-Vertragsgebiets – z. B. zwischen Israel und den arabischen Staaten – hineinziehen lassen, indem etwa Waffen von unserem Gebiet aus an eine der Konfliktparteien geliefert werden. In einem solchen Fall muß Mitsprache gesichert sein.

Wir müssen bei der Bewertung unserer Interessen auch im Auge behalten, daß wir einer Reihe von zum Teil sehr kostenträchtigen Forderungen unserer Bündnispartner im Verteidigungsbereich gegenüberstehen:

– Erhöhung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit.

– Erhöhung des NATO-Infrastrukturhaushaltes, zu dem wir den nach den USA zweithöchsten Beitrag leisten müssen.

– Forderungen der USA im Zusammenhang mit dem Master Restationing Plan (ostwärtige Verlegung von Einrichtungen der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland).

31 In einer von Referat 405 konzipierten Aufzeichnung vermerkte Ministerialdirektor Fischer am 17. April 1984: „Die Energieimport- und die dabei dominierende Ölimportabhängigkeit der westlichen Industriestaaten ist sowohl bei zusammengefaßter Betrachtung der IEA- bzw. EG-Staaten wie auch bei Einzelbetrachtung der wichtigsten westlichen Industriestaaten in den vergangenen zehn Jahren deutlich zurückgegangen. […] Dennoch besteht, auch wenn wichtige westliche Industriestaaten wie Kanada, Großbritannien, Norwegen zur Zeit Ölexporteure sind und in nächster Zukunft bleiben werden, bei den einzelnen Staaten eine unterschiedlich stark ausgeprägte Ölimportabhängigkeit. Öl machte 1982 immer noch 96 % der Gesamt-Nettoenergieimporte aus den Nicht-IEA-Staaten aus. […] Im Spektrum dieser Abhängigkeiten nehmen Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland einen Mittelplatz ein […]. Trotz dieser von der Größenordnung durchaus vergleichbaren Abhängigkeiten gibt es in der Struktur der Öllieferstaaten beträchtliche Unterschiede. Frankreichs Ölimporte kamen 1982 noch zu 74 % aus OPEC-Staaten, die der Bundesrepublik Deutschland zu 61 %. Aus den Golfstaaten bezog die Bundesrepublik Deutschland im 1. Halbjahr 1983 lediglich noch 18 %, Frankreich aber noch 53 % seiner Rohölimporte“. Vgl. Referat 405, Bd. 141691.

– Auf dem Gebiet des Host Nation Support haben wir jetzt schon Leistungen versprochen (u. a. 90 000 Soldaten im Ernstfall), die uns erhebliche Anstrengungen abverlangen.
– Hinzu kommen ebenfalls die Probleme der Wehrpflichtlücke. Wir können zusätzliche Verpflichtungen nur in engen Grenzen eingehen, wollen wir unsere Verteidigungsbereitschaft in Mitteleuropa voll erhalten.

2) Reine Bündnisinteressen sind in erster Linie auf die Erhaltung und womögliche Stärkung der Verteidigungsfähigkeit innerhalb des Bündnisgebietes gerichtet. Das Bündnis hat jedoch als solches anerkannt, daß gesamtwestliche Interessen auch außerhalb des engeren Vertragsgebietes betroffen sein können. Frieden und Stabilität können nicht ausschließlich begrenzt auf das Bündnisgebiet, das gleich einer Insel ohne Verbindung zu anderen Regionen der Welt wäre, gesehen werden.

3) Das amerikanische Interesse ist in politischer und militärischer Hinsicht weit mehr als unseres auf global-strategische Aspekte ausgerichtet. Diese globale Sicht hat politische und wirtschaftliche Gründe. Zwar genießt die Sicherheit Westeuropas für die USA nach wie vor Priorität. Uns Europäern wird jedoch immer wieder vorgehalten, daß die USA, soweit sie im Golf tätig werden, weit mehr in europäischen als in amerikanischen wirtschaftlichen Interessen handelten. Im Jahresbericht von Verteidigungsminister Weinberger an den Kongreß für das Haushaltsjahr 1985[32] heißt es zu Südwestasien: „Es ist unsere Politik, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität befreundeter Staaten in dieser politisch labilen Region zu unterstützen und einer weiteren[33] Ausdehnung der sowjetischen Dominanz vorzubeugen. Zusätzlich zu unserem Interesse an der Sicherheit einiger befreundeter Länder in der Region macht die Tatsache, daß 2/3 der Ölversorgung der freien Welt in Südwestasien produziert werden, das Gebiet (Südwestasiens) vital für das Interesse der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten." Die Amerikaner handeln auch, aber eben nicht nur, im Interesse der Europäer, sondern im eigenen politischen und wirtschaftlichen Interesse und nicht zuletzt für die Japaner, wenn sie in Südwestasien Out-of-area-Politik betreiben. Die USA glauben daher bei der Wahrnehmung gesamtwestlicher Interessen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes Solidarität fordern zu können. Sie verlangen Solidarität aber auch außerhalb der Golfregion: Grenada[34] wird uns zum Teil zum Vorwurf gemacht.

Die Out-of-area-Politik der amerikanischen Administration findet Unterstützung auch im Kongreß. Erst kürzlich äußerte Senator Biden gegenüber SPD-Politikern, daß aus seiner Sicht die Allianz gefährdet wäre, wenn die USA etwa bei der Verteidigung westlicher Interessen (z. B. bei einer Schließung der Straße von Hormuz) im Golfgebiet von den europäischen Verbündeten im Stich gelassen würden. Den Amerikanern geht es damit um eigene Interessen im Golf, die sie durch hinreichende, schnell aktivierbare Abschreckungsmacht sichern wol-

32 Für den Wortlaut des Berichts des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 1. Februar 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 389–414 (Auszug).
33 Korrigiert aus: „weiten".
34 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

len, nicht aber um die Schaffung eines Stolperdrahts, um damit eine horizontale Eskalation auszulösen.

Gewisse Teile ihrer Materialbestände in Europa (critical items) wollen die Amerikaner nötigenfalls auch nutzen können, um in Südwestasien eingreifen zu können. Wir, denen an der Erhaltung der vollen Truppenpräsenz in Europa gelegen ist, sollten den Amerikanern daher ein gewisses Maß an Bewegungs- und Nutzungsfreiheit für ihr Potential in Europa zugestehen. Dies bedeutet nicht, daß wir auf unser Zustimmungsrecht bei Maßnahmen der Amerikaner, die vom Bundesgebiet ausgehen, verzichten.

III. 1) Der Einsatz der Bundeswehr, und zwar auch im Ausland, ist verfassungsrechtlich immer dann zulässig, wenn die Bundesrepublik Deutschland selbst angegriffen wird und sich mithin im Zustand der Ausübung des individuellen Selbstverteidigungsrechts befindet, sei es allein oder sei es gemeinsam mit anderen gleichzeitig angegriffenen Staaten (Art. 87 a Abs. 2 GG). Darüber hinaus wird ein[35] Auslandseinsatz im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung verfassungsrechtlich insoweit mit abgedeckt, als es sich um einen Einsatz im Rahmen von Bündnissystemen wie NATO und WEU handelt, die den Merkmalen des Art. 24 Abs. 2 GG[36] entsprechen und die in der Kollektivität der Bündnispartner auch der Bundesrepublik Deutschland unmittelbaren Schutz vor Angriffen von außen bieten. Verfassungsrechtlich nicht gedeckt wäre dagegen ein Auslandseinsatz der Bundeswehr, wenn die Bundesrepublik Deutschland – ohne selber angegriffen zu sein und außerhalb der vorerwähnten Bündnisverpflichtung – einem angegriffenen Drittstaat zu Hilfe käme (völkerrechtlich würde allerdings auch dies unter den Begriff der kollektiven Selbstverteidigung fallen). Der Begriff des (Auslands-)Einsatzes bezieht sich auf alle Verwendungen der Bundeswehr als Mittel der vollziehenden Gewalt, wobei es nicht allein darauf ankommt, ob die Bundeswehr als Waffenträger eingesetzt wird oder nicht. Reine Transportaufgaben der Bundeswehr für VN-Friedenstruppen werden daher nicht als unter den Einsatzbegriff fallend angesehen.

Eine Unterstützung militärischer Out-of-area-Aktionen etwa der US-Streitkräfte in Südwestasien durch den Einsatz von Transportkapazitäten der Bundeswehr wäre aber jedenfalls dann nicht durch das Grundgesetz gedeckt, wenn es zu kriegerischen Auseinandersetzungen in der Region kommt.

2) Die Empfehlungen der NATO-Vertretung gehen über den durch das Grundgesetz und den durch den BSR-Beschluß vom 3.11.1982 gesetzten Rahmen hinaus, wenn vorgeschlagen wird:

– Beteiligung mit eigenen militärischen Kräften (Seite 4 f. im Bericht),
– logistische Unterstützung der Out-of area-Aktionen verbündeter Streitkräfte mit eigenen Kräften (z. B. Einsatz Transportfliegerflotte – Seite 6 im Bericht).

Einzelvorschläge im Bereich der logistischen Unterstützung im weiteren Sinne, wie sie die NATO-Vertretung vorschlägt, bedürften näherer Prüfung. Bisher liegen hierzu jedoch keine amerikanischen Bitten um Unterstützung vor.

35 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

36 Für den Wortlaut von Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 4.

3) Allgemein geht die Vertretung nicht genügend auf die konkreten Sachverhalte ein:

– Die USA werden die unmittelbare Einbeziehung anderer NATO-Nationen in ihre militärischen Planungen nicht akzeptieren wollen und haben eine Beteiligung auch nie gefordert.
– Die USA wollen im Rahmen ihrer globalen Strategie Entlastung von Bündnispflichten, um Handlungsspielraum zu gewinnen.

  Daraus folgt aus militärischer Sicht, daß die Frage von substantiellen Kompensationen, insbesondere von Kampfkraftersatz, das vordringlichste Problem ist.
– Wenn wir das Thema „Out of area" offensiv aufgreifen, könnte dies von amerikanischer Seite so interpretiert werden, als ob wir bereit seien, personal- und kostenträchtige Kompensationsleistungen, wie sie in der South West Asia Impact Study empfohlen werden, zu erbringen. Dies übersteigt bei weitem unsere Möglichkeiten.

All das schließt nicht aus, daß wir uns mit dem Thema „Out of area" intensiver als bisher beschäftigen. Wir müssen uns dabei jedoch stets unserer eigenen Interessenlage bewußt bleiben. Mitwirkung und Mitsprache haben nur dann einen Sinn, wenn unsere Interessen unmittelbar betroffen sind, z. B. bei Verbringung von Material vom Bundesgebiet aus. Wir sollten uns jedoch nicht unnötig und ungefragt bei militärischen Aktionen (Beispiel Nicaragua) – und sei es auch nur durch Unterstützungsmaßnahmen – beteiligen, solange die Belange der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Sicherheit, nicht unmittelbar betroffen sind.

IV. Im Rahmen unserer verfassungsrechtlichen und durch den Beschluß des Bundessicherheitsrates vom 3.11.1982 gesetzten politischen Möglichkeiten lägen folgende Maßnahmen:

a) Beiträge zur Stabilisierung der Regionen außerhalb Europas durch politische und wirtschaftliche Maßnahmen. Fortsetzung unserer Verteidigungshilfe an die Türkei. Vermehrte Ausbildungs- und Materialhilfe für Staaten der Dritten Welt

Bei der Bewertung derartiger Maßnahmen, die wir bereits im Verhältnis zu vielen Ländern praktizieren, müssen Finanzierbarkeit, Neutralitätspflichten und politische Opportunität berücksichtigt werden.

Wir haben im vergangenen Jahr den Amerikanern eine Aufstellung unserer Leistungen für die Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens zur Verfügung gestellt.

b) Kompensationsleistungen

Zum Ausgleich eines Abzugs von US-Truppen oder US-Militärmaterial im Falle einer Krise.

Auch die Durchführbarkeit dieser Maßnahmen ist von der Kostenfrage abhängig. „Low cost/no cost", wie von der NATO-Vertretung vorgeschlagen (Seite 7), wird in den wenigsten Fällen möglich sein. So wird die Einrichtung von „dispersed operating bases" (DOBs) für die Tornados der Marine in Südnorwegen mit Sicherheit Geld kosten. Ob Übungstätigkeiten im Mittelmeer durchgeführt werden sollten oder Marine-Einheiten nicht mehr dem SACEUR, sondern dem

SACLANT assigniert werden sollten, ist weniger eine militärische als eine politische Frage (Einspruch SACEUR/Reaktion Dänemark). Aus militärisch operativer Sicht könnte dies bei Begrenzung auf den Nordflankenraum durchaus sinnvoll sein. Zu bedenken bleiben auch die neben den Kompensationsleistungen laufenden kostenintensiven Forderungen der Amerikaner auf anderen Gebieten, wie Master Restationing Plan, Infrastruktur, Erhöhung der konventionellen Bereitschaft.

c) Genehmigung von Transitrechten (Überflug- und Landegenehmigungen) für amerikanische Streitkräfte

d) Genehmigung der Verbringung von militärischem Material aus der Bundesrepublik Deutschland in Krisenregionen durch amerikanische Streitkräfte

e) Reisen von Flottenverbänden eventuell auch im Zusammenhang mit dem Out-of-area-Fragenkomplex (Auswirkungen der Manifestierung militärischer Macht auf die Öffentlichkeit sind zu berücksichtigen; es wird von den konkreten Umständen abhängen, ob rechtliche Bedenken bestehen)

Mitwirkung bei der Vertretung gesamtwestlicher Interessen außerhalb des NATO-Gebietes durch die o. a. Maßnahmen – je nach Lage des Einzelfalles – kann durchaus auch mit unseren eigenen Interessen vereinbar sein. Insofern kann – wie es auch der Bundeskanzler bereits anläßlich der Kommandeurtagung in Travemünde getan hatte – entsprechend der Anregung der NATO-Vertretung das Thema „Out of area" in der Öffentlichkeit aufgegriffen werden.

V. 1) Unter den o. a. Möglichkeiten einer Mitwirkung bei der Out-of-area-Politik der Amerikaner hat uns vor allem die[37] Frage der Zustimmung zu Transitflügen (z. B. für AWACS-Flugzeuge oder Übungen) und zur Verbringung von militärischem Material der US-Streitkräfte aus dem Bundesgebiet in Regionen außerhalb des NATO-Vertragsbereiches, z. B. Libanon, Ägypten, Sudan, Tschad usw., beschäftigt. Dies ist unter den gegenwärtigen Umständen zugleich das einzige Mittel, bei Out-of-area-Aktionen der Amerikaner unmittelbar mitzusprechen.

Im Jom-Kippur-Krieg[38] gab es eine ernstliche Verstimmung zwischen Deutschen und Amerikanern, als israelische Schiffe, ohne uns zu fragen, amerikanische Panzer aus Wilhelmshaven abholen wollten.[39] Damals war die Frage, inwieweit die Bundesregierung bei solchem Vorgehen der Amerikaner beteiligt werden muß, zwischen beiden Seiten noch sehr umstritten[40]. In den letzten Jahren hat sich mit den Amerikanern allerdings ein Verfahren eingespielt, wonach bei solchen Maßnahmen dem völkerrechtlichen Erfordernis einer Zustimmung durch die Bundesregierung durch die Amerikaner Rechnung getragen wird. Wenn also z. B. Material aus US-Beständen im Bundesgebiet in den Nahen Osten geflo-

37 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

38 Am 6. Oktober 1973, dem israelischen Feiertag Jom Kippur, begannen ägyptische Angriffe am Suez-Kanal auf das Sinai-Gebiet sowie syrische Angriffe auf israelische Stellungen auf den Golan-Höhen. Nachdem erste Bemühungen um einen Waffenstillstand am 22./23. Oktober 1973 erfolglos geblieben waren, wurde am 11. November 1973 eine ägyptisch-israelische Vereinbarung über einen Waffenstillstand unterzeichnet. Vgl. dazu den Artikel „Israel und Ägypten unterzeichnen Waffenstillstand"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. November 1973, S. 1.

39 Während des Jom-Kippur-Kriegs lieferten die USA Rüstungsgüter vom Bundesgebiet aus an Israel. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 322, Dok. 335, Dok. 337, Dok. 342 und Dok. 343.

40 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Schauer gestrichen: „gewesen".

gen wird, holen die Amerikaner jetzt regelmäßig eine förmliche Zustimmung ein. Gleiches gilt, wenn amerikanische Basen in der Bundesrepublik Deutschland zum Transit für US-Übungen im Nahen oder Mittleren Osten, z. B. Bright Star, genutzt werden. Aus dieser jetzt eingeübten Praxis läßt sich schließen, daß die Amerikaner unsere Position – d. h. also Zustimmung durch die Bundesregierung ist erforderlich – anerkannt haben.

Wir sollten angesichts dieses positiven Verhaltens der Amerikaner bei der Genehmigung von Materialflügen vom Bundesgebiet aus nicht kleinlich sein. Unbefriedigend ist es für uns jedoch immer wieder gewesen, daß die Antragstellung der Amerikaner oft so spät kam, daß wir faktisch nur noch einen Tag oder weniger für politische Entscheidungen zu den amerikanischen Anfragen hatten. Wir standen angesichts der genau terminierten Transportzeiten faktisch vor vollendeten Tatsachen. Tatsächlich aber hatten wir auch in den letzten Jahren kaum einmal Bedenken an einer der amerikanischen Aktionen äußern können, mit Ausnahme freilich der geplanten Ausbildung von israelischen Offizieren in US-Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland.[41]

2) Um beiden Interessen optimal gerecht zu werden, d. h. ausreichend Zeit für politische Entscheidungen der Bundesregierung einerseits, ausreichende Bewegungsfreiheit für die Amerikaner bei Out-of-area-Maßnahmen vom Bundesgebiet aus andererseits[42] zu gewinnen, sollten wir eine generelle Absprache mit den USA anstreben. Eine Gelegenheit für eine derartige Absprache könnte z. B. der bevorstehende Besuch des Bundesministers in Washington[43] bieten. Eine Absprache könnte wie folgt aussehen:

– Wir bestätigen unsere prinzipielle Unterstützung für amerikanische Out-of-area-Politik.
– Wir anerkennen das US-Interesse, im Ernstfall auch Material in begrenztem Umfang aus dem Bundesgebiet in andere Regionen zu verbringen, wenn dabei die Verteidigungsbereitschaft in Europa nicht geschwächt wird.
– Wir sind auch weiterhin zur Gewährung von Überflug- und Landegenehmigungen bereit. Wir müssen jedoch auf der Entscheidung durch die Bundesregierung beharren, wenn Flüge aus der Bundesrepublik Deutschland in die Krisenregionen gehen. Im umgekehrten Falle einer Rückverlegung von Material aus den Krisengebieten über die Bundesrepublik Deutschland in die USA wäre jedoch eine Zustimmung im Einzelfall nicht unbedingt erforderlich, sondern könnte durch eine allgemeine Regelung abgedeckt werden.
– Die USA anerkennen ausdrücklich, daß alle Out-of-area-Maßnahmen, die vom Bundesgebiet ausgehen oder dieses berühren, der Zustimmung durch die Bundesregierung bedürfen.
– Eine echte, politisch abgewogene Entscheidung der Bundesregierung in solchen Fällen ist nur dann möglich, wenn ausreichend Zeit für eigene Erwägungen gelassen wird. So wird in der Regel eine Antragstellung spätestens

41 Zur Frage der Ausbildung israelischer Piloten an Flugsimulatoren der US Air Force in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1978, II, Dok. 368, und AAPD 1979, II, Dok. 235 und Dok. 257.

42 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

43 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

eine Woche vor Beginn der Maßnahmen erforderlich sein. Einzelheiten der Durchführung wie genaue Flugzeiten und ähnliches sind weniger bedeutsam als unsere Kenntnis von Umfang und Bestimmungsort sowie Informationen über die mögliche Mitwirkung anderer Bündnispartner.

– In Eilfällen ist auch eine kurzfristigere Entscheidung denkbar, aber das Prinzip der Zustimmung durch die Bundesregierung muß gewahrt bleiben.
– Auch wenn noch keine Einzelheiten bekannt sind, sollten wir mit angemessener Vorlauffrist über geplante Maßnahmen unterrichtet werden, so daß politische Entscheidungen mit all ihren Auswirkungen ausreichend abgewogen werden können. Die bloße Durchführung der einmal angekündigten Maßnahme ist für die politische Ebene weniger relevant als die Grundentscheidung, daß Waffen bestimmter Art in einem bestimmten Umfang in ein Land des Nahen oder Mittleren Ostens verbracht werden.

  Uns muß es dabei darauf ankommen, daß wir nicht ungewollt in einen Konflikt hineingezogen werden. Umgekehrt aber sollten wir die Amerikaner, die in vielen Fällen auch in unserem Interesse außerhalb des NATO-Vertragsgebietes tätig werden, nicht behindern.

3) Darüber hinaus wäre es zweckmäßig, bilaterale Absprachen mit generell im Bündnis vereinbarten Konsultationen bei Out-of-area-Einsätzen zu verknüpfen. Hierzu wäre es nötig, daß die vom NATO-Rat geforderte Entwicklung von Konsultationsmechanismen/-verfahren durch das Senior Political Committee (SPC) vorangetrieben wird. Hier müßte die NATO-Vertretung aktiv werden.

VI. 1) Solange wir uns im Rahmen der oben erwähnten Unterstützungsmaßnahmen bewegen, ist zunächst keine Revision des BSR-Beschlusses vom 3.11. 1982 und damit unserer politischen Position vonnöten. Lediglich im Falle von Kompensationsmaßnahmen müßte der BSR erneut befaßt werden. Eine andere Frage ist es, ob man den Bundessicherheitsrat, wenn wir in der Out-of-area-Politik aktiver werden sollten als bisher, zumindest über die geplanten Maßnahmen unterrichten sollte. Die Beteiligung der Bundeswehr an Out-of-area-Aktionen kann für uns bei der gegenwärtigen Lage jedoch nicht in Frage kommen.

Da der BSR-Beschluß auf rechtlichen Erwägungen beruht, die dem übereinstimmenden Verfassungsverständnis von AA, BMI, BMJ und BMVg entsprechen und die dem Auslandseinsatz der Bundeswehr rechtliche Schranken ziehen, wäre der Spielraum bei einer Revision des BSR-Beschlusses im übrigen auch aus Rechtsgründen sehr begrenzt.

VII. Die Vorlage wurde mit dem BMVg – Fü S III 6 – abgestimmt.

Referat 500 hat mitgezeichnet

Zur Frage der Adressierung des Berichtes durch die NATO-Vertretung vgl. beiliegenden Vermerk.[44]

i.V. Schauer

VS-Bd. 11984 (201)

44 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz vermerkte am 19. April 1984: „1) Gemäß § 22 Abs. 2 G[eschäfts]o[rdnungs]v[orschriften] im Merkblatt 6 (zu § 22 GOV), hier: Nr. 2, sind die Berichte der Auslandsvertretungen grundsätzlich stets an ‚das für den Berichtsgegen-

113

Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-1436/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. April 1984, 19.32 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 268 **Ankunft: 19. April 1984, 21.50 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 17/84

Betr.: MBFR;
hier: Abschlußbericht der 32. Verhandlungsrunde (16.3.–19.4.84)

Zur Information

I. Überblick

1) Die 32. Verhandlungsrunde, deren durch den Osten verzögerter Beginn am 16. März 1984 unter ungewöhnlich starkem, bald darauf jedoch wieder abflauendem publizistischen Interesse gestanden hatte, ist am 19. April 1984 abgeschlossen worden. Diese nur fünf Wochen andauernde Runde stand im Zeichen des zu erwartenden neuen westlichen Verhandlungsschritts. Ihr Ablauf war daher von beiden Seiten vornehmlich von hinhaltender Taktik bestimmt und brachte inhaltlich keine neuen Aspekte. Die Runde verlief in der Form geschäftsmäßig und sachlich.

2) Mit Einführung der neuen Initiative am 18. und 19.4.1984 wurde von westlicher Seite in den Verhandlungen ein neuer Akzent gesetzt.[2] Welche Konsequenzen sich hieraus für den weiteren Verhandlungsablauf ergeben, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht im ganzen abzuschätzen. Allerdings deuten die ersten vorliegenden Reaktionen des Ostens auf eine Ablehnung hin, die kaum Raum für Kompromisse – jedenfalls in der Datenfrage und bei begleitenden Maßnahmen – übrigläßt.

II. Der Rundenverlauf bis zur Vorlage des neuen westlichen Verhandlungsvorschlags läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Die westliche Verhandlungsführung konzentrierte sich darauf, den Osten zu drängen, die Gespräche auf diejenigen Gebiete zu lenken, in denen eine Annähe-

Fortsetzung Fußnote von Seite 542
stand federführende Referat der Zentrale' zu richten. 2) Die Berichte der Auslandsvertretungen sind auch dann an das Auswärtige Amt und hier wieder an das federführende Referat zu richten, wenn ihr Inhalt für eine andere oberste Bundesbehörde bestimmt ist (§ 22 Abs. 2 Satz 1 GOV). 3) Nur in besonderen Ausnahmefällen können die Berichte der Auslandsvertretungen direkt an den Staatssekretär gerichtet werden. Dies ist dann der Fall, wenn es sich um solche politischen Angelegenheiten handelt, ‚die sich ihrem Inhalt nach nicht dazu eignen, in den Geschäftsgang zu gelangen' (§ 22 Abs. 2 Satz 2 GOV). 4) Die deutsche NATO-Vertretung in Brüssel ist wiederholt seitens des Referats 201 um Beachtung dieser Bestimmungen und Wege gebeten worden." Vgl. VS-Bd. 11984 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 24. April 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Neubert „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Neubert am 7. Mai 1984 vorgelegen.
Hat Botschafter Ruth am 1. Juni 1984 vorgelegen.

2 Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten, die am 19. April 1984 offiziell eingeführt wurde, vgl. Dok. 79 und Dok. 100.

rung in der Sache möglich erscheint – so vor allem eine vertiefte Diskussion in Fragen der Verifikation. Der Osten blieb jedoch bei seiner im Herbst 1983 eingenommenen Position, eine solche detaillierte Erörterung dieses Sachbereichs von der grundsätzlichen Akzeptierung seines neuen Ansatzes[3] durch den Westen abhängig zu machen. Er beschuldigte darüber hinaus den Westen, durch eine Diskussion der „sekundären und untergeordneten" Verifikationsfragen von den offenen Hauptproblemen ablenken zu wollen. Als der Westen diese abwertende Klassifizierung zurückwies und dem Osten die Aufstellung von Vorbedingungen für die Fortsetzung der Gespräche vorhielt, schwächte dieser seine kategorische Position dahin ab, er sei zur Erörterung aller Fragen einschließlich der Verifikation bereit, halte die Diskussion der letzteren jedoch wegen des ungeklärten Reduzierungsprozesses für verfrüht.

2) Die westliche Forderung nach Klärung der Ausgangsdaten wies der Osten wie bisher mit der Behauptung zurück, daß letztlich hierdurch nur das Konzept asymmetrischer Reduzierungen zum Zwecke einseitiger westlicher militärischer Vorteile durchgesetzt werden solle. In kategorischer Form erklärte er jeden Versuch zur Wiederaufnahme der Datendiskussion – unter welchem Vorwand und in welcher Form auch immer – für aussichtslos. Als ihm der Westen vorwarf, er lasse bei den Daten – wie auch bei der Verifikation – weitere Verhandlungen überhaupt nur zu seinen Bedingungen zu, milderte er seine Aussage auch hier in der Form ab, er sei bereit, neuen westlichen Kompromißvorschlägen zuzuhören; in der Sache müßten diese aber, wie der östliche Ansatz, aus der Sackgasse führen und nicht erneut in eine Diskussion über Ausgangsdaten einmünden.

3) Als einzigen nennenswerten polemischen Punkt in dieser Runde griff der Osten seine bereits im Herbst 1983 erhobene Behauptung wieder auf, daß der Westen durch die INF-Stationierung und seine konventionellen Rüstungsprogramme die Wiener Verhandlungen erschwere; dementsprechend suche sein hinhaltendes, die östlichen Vorschläge übergehendes Verhalten in Wien das Ziel der Erlangung einseitiger militärischer Überlegenheit zu bemänteln und die öffentliche Meinung hierüber irrezuführen.

4) Der Osten hat keinen Zusammenhang zwischen dem Rundenverlauf – ausstehende Vorlage einer westlichen Antwort auf den östlichen Ansatz – und der weiteren Terminierung der Verhandlungen hergestellt. Zwar kritisierte er den Westen, die Zeit der verlängerten Pause zwischen den Runden nicht zu einer Prüfung und konstruktiven Revision seiner Haltung genutzt zu haben. Auch stellte er fest, ein westlicher Attentismus sei ungeeignet, in Wien neue östliche Konzessionen hervorzulocken. Jedoch verband er mit seinen mehrfachen Hinweisen, daß ein „Verhandeln um des Verhandelns Willen", ein Auf-der-Stelle-Treten, auf die Dauer nicht tragbar sei, keine Drohung, die Verhandlungen erneut zu unterbrechen. Vielmehr wog er solche Bemerkungen immer wieder mit der Feststellung auf, er sei zu weiteren Verhandlungen auf ein Abkommen hin bereit.

[3] Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten legten am 23. Juni 1983 einen Entwurf für ein MBFR-Abkommen vor. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 224.

5) Der Osten hat in der 32. Runde – bei voller Wahrung seiner Positionen – sein Interesse an einer routinemäßigen Fortführung der Wiener Verhandlungen bekundet. Die kategorische Zurückweisung jeder Datendiskussion konnte bereits als eine vorsorglich ablehnende Reaktion auf die neuen westlichen Vorschläge interpretiert werden.

III. 1) Der Osten hat bei der Präsentation der westlichen Initiative im Informal am 18.4. und in der abschließenden Plenarerklärung dieser Runde am 19.4.84 erste Stellungnahmen abgegeben. Dabei hat der Osten genaue Prüfung und Analyse zugesagt. Während die östlichen Vertreter noch im Informal auf die Initiative zwar in negativem Tenor, aber mit Zurückhaltung eingingen, hat der Osten in der Plenarerklärung eine deutlich ablehnende Haltung zu erkennen gegeben.[4]

Der Osten begründet die in dieser Deutlichkeit zu diesem frühen Zeitpunkt fast überraschende Ablehnung der westlichen Initiative damit, daß die westliche Seite nun versuche, die unlösbare Datendiskussion auf veränderter Grundlage weiter zu betreiben, und dafür auch noch das vom Osten seit langem als überzogen und daher unannehmbar verworfene westliche AM-Paket[5] sogar noch weiter ausbauen wolle. Ferner beanstandet der Osten, daß die Initiative auf in östlicher Sicht fundamentale Elemente – wie Rüstungsreduzierungen, Obergrenzen für Luftwaffen-Mannschaftsstärken, 50-Prozent-Klausel, Beschränkung militärischer Aktivitäten – überhaupt nicht eingehe und damit für keine dieser wesentlichen Verhandlungsfragen eine Lösung anbiete.

2) Gemessen an der östlichen Plenarerklärung vom 19.4. erscheint es unwahrscheinlich, daß die westliche Initiative die Verhandlungen weiterführt. Eher ist zu erwarten, daß der Osten nach gründlicher Analyse an Einzelpunkten aufzuzeigen suchen wird, wo in östlicher Sicht Ungereimtheiten in der Initiative liegen, um damit seine negative Reaktion zu untermauern und u. U. auch eine gegen den Westen gerichtete Argumentationsbasis für die Öffentlichkeit aufzubauen.

3) Für den Westen wird es darauf ankommen, sich verhandlungstaktisch auf diese zu erwartenden östlichen Angriffspunkte einzustellen und dabei zu versuchen, sich nicht in die Defensive drängen zu lassen. Hierfür erscheint es aus Wiener Sicht ratsam, daß man sich auf westlicher Seite zeitgerecht überlegt, wie die westliche Position zukünftig in der Sache und in der Argumentation zu behandeln, zu entwickeln und zu vertiefen sein wird.

4 Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 19. April 1984 über die Erklärung des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation am selben Tag: „Michajlow erklärte, daß die Vorschläge selbstverständlich studiert würden. […] Eine erste Analyse ergebe, daß der Westen die Möglichkeiten der östlichen Vorschläge für den Fortschritt in den Verhandlungen ignoriere. Von neuem stoße der Westen die Verhandlungen auf den falschen Weg. Wenn auch in veränderter Form, so belebten doch die NATO-Vorschläge erneut den Datenstreit. […] Nachdem der Westen schon keinen realistischen Weg zur Lösung des Datenproblems vorlege, fordere er zusätzlich eine wesentliche Verstärkung der Verifikationsmaßnahmen.“ Doch schon das am 20. Dezember 1979 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vorgelegte Paket begleitender Maßnahmen sei „in unannehmbarer Weise aufgebauscht“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 267; Referat 221, Bd. 128661.

5 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten unterbreiteten am 20. Dezember 1979 Vorschläge für ein Paket begleitender Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

Die Delegation schlägt vor, in der Ressortbesprechung am 16.5.84[6] das Hauptgewicht auf diesen für die Vorbereitung der westlichen Verhandlungsführung in der Sommerrunde[7] entscheidenden Fragenkomplex zu legen.

[gez.] Boss

VS-Bd. 11473 (221)

114

Botschafter Ruth, z.Z. London, an das Auswärtige Amt

114-1455/84 geheim
Fernschreiben Nr. 677
Citissime nachts

Aufgabe: 24. April 1984, 14.10 Uhr[1]
Ankunft: 24. April 1984, 15.40 Uhr

Betr.: INF;
hier: Sitzung der SCG-Quint am 25.4. in Brüssel

I. Da ich an der für morgen geplanten Quint-Sitzung in Brüssel[2] nicht teilnehmen kann, hat auf Wunsch Burts heute in London ein Gespräch über Thematik der Brüsseler Sitzung stattgefunden. Burt will in Anwesenheit der fünf SCG-Vertreter (ohne NL) die amerikanische Position zur Entwicklung der Stationierungsdebatte in Den Haag darlegen. Außer Burt werden Cartledge, de la Barre und voraussichtlich Danovi teilnehmen. Ich habe Herrn Holik als unseren Vertreter angemeldet. (Von unserer Seite sollte außerdem ein Vertreter von Abt. 2 und BMVg teilnehmen.)

II. Burt wird folgendes ausführen:

1) Zwischen den Vereinigten Staaten und der NL-Regierung haben in den letz-

6 In einer Aufzeichnung des Referats 221 vom 21. Mai 1984 wurde notiert, am 16. Mai 1984 habe im Auswärtigen Amt eine Ressortbesprechung vor Beginn der 33. Runde der MBFR-Verhandlungen stattgefunden. Übereinstimmung habe in folgenden Punkten erzielt werden können: „Die Maximalforderungen in Sachen Verifikation, die insbesondere von UK vertreten werden, sind geeignet, die neue westliche Initiative bezüglich ihrer Verhandelbarkeit zu überladen und angesichts des allgemein gespannten Ost-West-Verhältnisses zu einem erneuten Festfahren der Verhandlungen beizutragen. Von daher haben wir kein Interesse, zu früh ein nicht hinreichend im Bündnis konsultiertes und deshalb unausgewogenes AM-Paket einzubringen. In der Substanz müssen wir – auch in unserem eigenen sicherheitspolitischen Interesse als Hauptbetroffener – versuchen, als Ausgleich für die verschärften Forderungen des Westens in einigen Punkten […] das AM-Paket daraufhin zu überprüfen, wo westliche Forderungen neu formuliert werden können […]. Insofern ginge es nicht nur darum, die westliche ‚Enhancement'-Forderung einzugrenzen, sondern eine Überprüfung des westlichen AM-Konzepts vorzunehmen." Vgl. VS-Bd. 11428 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Die 33. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 24. Mai bis 19. Juli 1984 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 204.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen.

2 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im Fünfer-Kreis am 25. April 1984 vgl. Dok. 116.

ten sechs Wochen intensive Kontakte stattgefunden. Niederländer hätten zunächst ein Dreierpaket vorgeschlagen, bestehend aus

– Reduzierung der Zahl der in den NL zu stationierenden CM,

– Reduzierung der nuklearen Rolle (bei der nuklearen Artillerie),

– Vorschlag eines substantiellen Rüstungskontrollschrittes.

Die Vereinigten Staaten hätten darauf geantwortet, daß sie dieses Paket nicht unterstützen könnten. Sie wollten jedoch in jeder Weise hilfreich sein.

2) In den letzten Wochen habe Burt zweimal mit dem NL-Außenminister[3] gesprochen. Dabei sei deutlich geworden, daß auch nach NL-Auffassung der Paketgedanke tot sei. Das treffe auch für den Wunsch zu, mit Rücksicht auf NL ein rüstungskontrollpolitisches Angebot auszuarbeiten. Nach NL-Auffassung sei ein solches Angebot nur wirksam, wenn es von den Sowjets akzeptiert werde. Damit sei derzeit nicht zu rechnen.

3) Die Niederländer dächten jetzt über neue Möglichkeiten nach:

a) PM[4] und Verteidigungsminister[5] überlegten, ob eine Lösung im Sinne einer Krisendislozierung in den NL sinnvoll sei. Danach solle in bestimmter Weise mit dem Bau der CM-Basen begonnen werden mit der Maßgabe, daß in spannungsfreien Zeiten keine Raketen dislozíert werden. Sie sollen erst in Krisenzeiten eingeführt werden.

Die Vereinigten Staaten haben hiergegen starke Bedenken vorgebracht. Ein solches Verfahren würde in Krisenzeiten Spannungen verstärken und ein Crisis Management erschweren. Dieses Verfahren sei für die Vereinigten Staaten daher nicht attraktiv.

b) Ein weiteres Modell, das überlegt werde, sei, die Entscheidung über die Dislozierung zu vertagen, aber mit dem Bau der CM-Basen zu beginnen.

c) Schließlich werde noch die Möglichkeit erörtert, die Dislozierungsentscheidung zu verschieben, ohne eine Entscheidung über den Baubeginn zu treffen. Das Problem dieser Option sei, daß sie darauf hinauslaufe, daß keine Entscheidungen getroffen werden und daß dies für den Außenminister, vermutlich auch für den Ministerpräsidenten, nicht akzeptabel sei.

4) Nach amerikanischer Auffassung stelle sich die Lage wie folgt dar: Die NL hätten die Entwicklung der Angelegenheit erheblich beschleunigt. Heute finde in Den Haag ein Treffen der Steering Group der Regierung statt. Man plane für Freitag[6] eine Kabinettssitzung. Es sei möglich, daß dann schon eine Entscheidung falle, mindestens aber präjudiziert werden könne.

Der amerikanische Botschafter in Den Haag[7] habe MP Lubbers aufgesucht, um ihm das Petitum nahezubringen, noch keine Entscheidung zu fällen, sondern die Angelegenheit mit den Bündnispartnern weiter zu diskutieren. (Es sei zu erwarten, daß sich die NL in dieser Frage noch in dieser Woche mit uns in Verbindung setzen.)

3 Hans van den Broek.
4 Ruud Lubbers.
5 Job de Ruiter.
6 27. April 1984.
7 Lewis Paul Bremer.

Nach amerikanischer Auffassung sei es wünschenswert, daß die Regierungschefs an MP Lubbers schreiben. Der amerikanische Präsident[8] habe vor, dies morgen, Mittwoch, zu tun. Amerikanische Seite wird vorschlagen, daß wir uns dieser Aktion mit einem Schreiben des BK anschließen.

In einem solchen Schreiben werde amerikanischerseits auf folgende Punkte hingewiesen:

– Notwendigkeit, weitere Gespräche zu führen und noch keine abschließende Entscheidung zu fällen.
– Bedeutung der NL-Entscheidung für die Allianz insgesamt.
– Hinweis auf die Gefahr, daß eine negative NL-Entscheidung die Bereitschaft der SU stark beeinträchtigen werde, zum Verhandlungstisch zurückzukehren[9], und daß damit auch die Aussichten für ein Rüstungskontrollergebnis beeinträchtigt werden.

5) Burt fügte hinzu, daß es in den kommenden Wochen von besonderer Bedeutung sein werde, daß alles getan wird, um den Schaden zu begrenzen, falls eine positive Entscheidung in Den Haag nicht möglich sei. Dazu gehöre auch, daß MP und AM ermutigt werden, im Falle einer negativen Entscheidung keine Rücktrittskonsequenzen zu ziehen.

III. Ich habe Burt zugesagt, die Bundesregierung über seine Ausführungen zu unterrichten, und ihm vorgeschlagen, Herrn Pfeffer am Rande des heutigen Vierertreffens[10] persönlich zusätzlich zu unterrichten. Nach meiner eigenen Auffassung komme es darauf an, sicherzustellen, daß die Bemühungen um eine tragbare Entscheidung in den NL vertraulich stattfinden und daß jetzt unakzeptable Optionen eliminiert werden. Im übrigen läge es in unserem gemeinsamen Interesse, eine öffentliche Dramatisierung der NL-Entwicklung zu vermeiden. Burt stimmte dem zu.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11369 (220)

8 Ronald W. Reagan.
9 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.
10 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 24. April 1984 in London vgl. Dok. 117.

115

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Prem in Lindau

25. April 1984[1]

Treffen des Bundeskanzlers mit dem thailändischen PM Prem am 25. April 1984 im Hotel Bad Schachen/Lindau von 12.00 bis 14.00 Uhr[2]

Teilnehmer:

Deutsche Seite: StM Dr. Jenninger, StS Dr. Meyer-Landrut, VLR I Dr. Neuer (Note-taker), VLR I Weber als Dolmetscher; thailändische Seite: Außenminister Siddhi, StS Arsa, Botschafter Kosol, Herr Krit; beim Arbeitsessen zusätzlich: Regierungssprecher Trairong.

Nach der Begrüßung der thailändischen Gäste brachte der *Bundeskanzler* seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die thailändische Delegation auch Berlin einen Besuch abgestattet habe. Er unterstrich die guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Thailand. Es sei unser Interesse, diese Beziehungen noch zu verbessern, wo dies möglich sei.

PM *Prem* dankte dem Bundeskanzler für die Einladung, nach Deutschland zu kommen. Er sei überall mit großer Freundlichkeit begrüßt worden. Er freue sich seinerseits über die guten bilateralen Beziehungen und wolle zu einer weiteren Entwicklung beitragen. Er bezog sich in allgemeiner Form auf sein Gespräch mit dem Bundespräsidenten[3] und BM Genscher[4] und bemerkte, er wolle sich jetzt auf einige Punkte beschränken.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 30. April 1984 gefertigt und am 4. Mai 1984 „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk zugestimmt."
Hat Legationssekretär Wittig am 4. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 340 „m[it] d[er] B[itte] um Übernahme" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente am 16. Mai 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 341, Bd. 133574.

2 Ministerpräsident Prem besuchte die Bundesrepublik vom 24. bis 26. April 1984 und hielt sich am 24./25. April 1984 in Berlin (West) auf.

3 Bundespräsident Carstens traf am 24. April 1984 mit Ministerpräsident Prem zusammen. Carstens legte dar, Thailand sei „eine Säule der Stabilität in der südostasiatischen Region, deren anhaltende Schwierigkeiten und kriegerische Auseinandersetzungen Anlaß zu Sorge böten. Mit Bedauern habe man von den jüngsten Übergriffen vietnamesischer Streitkräfte und der Verletzung thailändischen Territoriums gehört." Prem erwiderte, die „Invasionskräfte seien bereits mit Erfolg zurückgedrängt worden. […] Die jüngsten militärischen Maßnahmen der Kommunisten hätten einen Strom von 80 000 zivilen Flüchtlingen ausgelöst, die nach Thailand gekommen seien." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 340, Bd. 127143.

4 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 24. April 1984 auf Schloß Gymnich erklärte Ministerpräsident Prem: „Die Lage in Kambodscha sei nur ein Aspekt der Ost-West-Beziehungen. Nach Einschätzung Bangkoks seien die jüngsten vietnamesischen Einfälle in thailändisches Territorium mit Vorbedacht erfolgt. Ziel sei es, Thailand zu veranlassen, seine feste Haltung zu modifizieren und es für Gespräche mit Hanoi gefügig zu machen. Dahinter stehe die Sowjetunion. […] In seiner Antwort führte der BM aus, daß die Sorgen Thailands über die Entwicklung in seiner Region von uns geteilt würden. Auch wir könnten das Vorgehen Vietnams in Kambodscha nicht hinnehmen. Wir gewährten daher diesem Land keine Hilfe." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 340, Bd. 127143.

Eines der Probleme, das Thailand bedrücke, sei die Besetzung Kambodschas durch Vietnam.[5] ASEAN habe versucht, bei der Lösung dieser Frage zu helfen. Die UN-Resolutionen müßten durchgeführt werden.[6] Hierfür bitte er um Unterstützung. PM Prem legte kurz die Haltung der ASEAN zu dem Problem dar. Er würdigte in diesem Zusammenhang auch die deutsche Haltung und betonte, daß die Zusammenarbeit aller Länder in bezug auf eine Lösung der Kambodscha-Frage erforderlich sei.

Der *Bundeskanzler* stellte die Übereinstimmung unserer Haltung mit der von ASEAN, insbesondere was die Durchführung der UNO-Resolutionen angehe, fest. Allgemein wolle er bemerken, daß die Zusammenarbeit ASEAN–Europäische Gemeinschaft besonders wichtig sei. Nicht alle seiner europäischen Kollegen nehmen hier den gleichen Standpunkt ein. Der Bundeskanzler trete immer wieder werbend für eine enge Zusammenarbeit auf. Hierfür gebe es auch ein spezielles deutsches Argument. Die EG setze sich in der Hauptsache aus Ländern zusammen, die zum Teil starke Interessen in Afrika hatten und haben. Er sei nicht dagegen; aber das Interesse des deutschen Bundeskanzlers sei besonders auch auf Asien und Lateinamerika gerichtet. Für alle Fragen, die ASEAN beträfen, finde man bei ihm offene Türen. Dies gelte für Asien überhaupt. In den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten sei engste Zusammenarbeit zwischen ASEAN und den europäischen Ländern besonders bedeutsam.

PM *Prem* unterstrich seinerseits die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der EG und ASEAN. Bezüglich des Kambodscha-Problems brachte er seinen Dank für die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Deutschland zum Ausdruck. Er wies darauf hin, daß allein als Folge der letzten Angriffe 80 000 Zivilisten als Flüchtlinge nach Thailand gekommen seien.[7]

Der *Bundeskanzler* sicherte unsere weitere Hilfe bei der Bewältigung des Flüchtlingselends im Rahmen der deutschen Möglichkeiten zu. Er brachte auch die Hoffnung zum Ausdruck, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit Thailand noch intensiviert werden könnten. Wir seien stark daran interessiert, in Asien wirtschaftlich sehr präsent zu sein. Vor der japanischen Konkurrenz hätten wir keine Angst. Wir betrachteten sie als Herausforderung. Die Deutschen hätten eine Zeitlang geschlafen, stünden jetzt aber früher auf. Es gehe wieder aufwärts.

5 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine pro-vietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea“ ausgerufen.

6 Vgl. dazu die Resolution Nr. 38/3 der VN-Generalversammlung vom 27. Oktober 1983, in der unter anderem der Rückzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha gefordert wurde. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXII, S. 228 f.

7 In einer Aufzeichnung des Referats 340 vom 19. April 1984 wurde dargelegt: „Seit Samstag, dem 14. April 1984, ist eine zweite Welle vietnamesischer Angriffe auf Flüchtlingslager an der thai[ländisch]-kambodschanischen Grenze im Gang. In deren bisherigem Verlauf wurde ein Thai-Aufklärungsflugzeug an der Grenze über Thai-Territorium abgeschossen, ein Flüchtlingslager der kommunistischen Roten-Khmer-Widerstandsgruppe attackiert, in der Hauptsache aber das zentrale Flüchtlingslager der nicht-kommunistischen Gruppe Son Sanns in Ampil angegriffen und überrannt. Allein als Folge der Angriffe seit Samstag sollen weitere 75 000 kambodschanische Zivilisten nach Thailand geflohen und mindestens 85 Zivilisten getötet oder verwundet worden sein.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127143.

Der Bundeskanzler teilte PM Prem mit, daß die gewünschte Entscheidung bezüglich der gemeinsamen Entwicklung eines gepanzerten Mannschaftstransportwagens für die thailändischen Streitkräfte inzwischen gefallen sei.[8]

PM *Prem* bedankte sich.

Das Gespräch wurde bei dem Arbeitsessen fortgesetzt.

Der *Bundeskanzler* ging auf die Situation Berlins als geteilte Stadt ein. Die Deutschen wüßten, was Krieg bedeute und was Frieden bedeute. Sie wollten aber nicht irgendeinen Frieden, sondern einen Frieden in Freiheit. Wir wollten und brauchten viele Freunde. Die Teilung unseres Landes werde noch lange währen. Zur Lage in Deutschland bemerkte der Bundeskanzler, in der Wirtschaft gehe es wieder aufwärts, die Arbeitslosenzahlen reduzierten sich.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Beurteilung der chinesischen Politik durch PM *Prem* führte dieser aus, es gebe in China gewisse Änderungen, etwas Liberalisierung und etwas mehr Freiheit.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob dies auch für die Zeit nach Deng weitergelten werde.

PM *Prem* bejahte diese Frage. Er habe den Eindruck, die chinesische Politik sei sehr gut koordiniert und abgestimmt. Jedenfalls höre man aus dem Munde der chinesischen Führung einstimmig, daß die gegenwärtige Politik so weiterbetrieben werden solle.

Auf die Bemerkung des *Bundeskanzlers*, er verfolge mit Interesse den Besuch Reagans in China[9], bemerkte PM *Prem*, es sei wichtig und notwendig für die freie Welt, daß der Reagan-Besuch gute Ergebnisse haben werde.

Der *Bundeskanzler* schloß sich dieser Auffassung an. Er bemerkte, er sehe nicht wie andere die Beziehungen zu China nur unter dem Aspekt Sowjetunion. Die deutschen Probleme mit Moskau könnten nicht über Peking gelöst werden. Gleichzeitig seien für uns freundschaftliche Beziehungen zu China notwendig. China sei eine Weltmacht von großer Bedeutung. Natürlich betrachte die Sowjetunion jeden Schritt, den wir in bezug auf China unternehmen, mit größtem Mißtrauen.

Das Gespräch wandte sich dann der sowjetischen Politik zu. Der Bundeskanzler bemerkte, diese sei im Augenblick etwas unklar. Offensichtlich befinde sich die Sowjetunion in einer Zwischenphase. Die Sowjetunion habe angenommen, in der Frage der Stationierung würden wir dem Druck der Straße weichen. Andropow habe es im vergangenen Sommer nicht glauben wollen, daß die Bundesrepublik stationieren werde, als der Bundeskanzler ihm dies versichert habe.[10]

8 In einer undatierten Erklärung gab Referat 422 bekannt: „The Government of the Federal Republic of Germany has agreed to the development of an armored vehicle and the production of a prototype to be carried out by the German Blohm and Voss Company together with a Thai company. The venture is being undertaken at the request of the Royal Thai Army and in accordance with their technical specifications providing for a lightly armored vehicle (front protection shield against cal[iber] 20 mm) able to carry up to 15 people. At the present stage a production of up to 500 vehicles is being projected." Vgl. Referat 424, Bd. 135834.

9 Präsident Reagan besuchte die Volksrepublik China vom 26. April bis 1. Mai 1984.

10 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200 und Dok. 204.

Der Bundeskanzler stellte die Frage, welche Entwicklung die Roten Khmer nehmen.

PM *Prem* äußerte die Auffassung, die Roten Khmer hätten etwas aus ihren Untaten gelernt. Sie hätten gemerkt, daß sie in Kambodscha unbeliebt seien. Die Koalitionsregierung[11] habe jetzt mehr Unterstützung. Er glaube, die Situation bessere sich. Wenn die Kambodschaner über ihr Schicksal bestimmen könnten, würde die Entscheidung nicht zugunsten der Roten Khmer ausfallen. Auch die Chinesen würden das so sehen. ASEAN dränge immer wieder auf einen Zusammenschluß des kambodschanischen Widerstandes. Er glaube, sobald Sihanouk die Koalitionsregierung anführe, werde der Einfluß der Roten Khmer immer geringer. Dennoch müsse man sehen, daß die Roten Khmer die stärkste Gruppe seien.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie sich das in Anbetracht der Taten der Roten Khmer erkläre, führte PM *Prem* aus, sie hätten sich etwas geändert. Außerdem verfügten sie über mehr Bewaffnete und könnten eine stärkere Kontrolle ausüben als die anderen beiden Gruppen. Er habe Prinz Sihanouk erklärt, er müsse die Herzen der Menschen gewinnen. Fest stehe auf jeden Fall, daß die Kambodschaner gegen die Vietnamesen eine Abneigung hätten.

Auf Frage des Bundeskanzlers fuhr PM Prem fort, die Chinesen verstünden die Situation jetzt besser.

AM *Siddhi* bemerkte, ASEAN könne eine Rückkehr der Roten Khmer nicht tolerieren. Auf die diesbezügliche Frage des Bundeskanzlers bezifferte der Außenminister die Anzahl der Opfer der Roten Khmer auf 1 bis 3 Millionen (bei 6 Millionen Einwohnern).

Zur inneren Entwicklung Thailands bemerkte PM *Prem*, seine Regierung gebe sich große Mühe, das Land allmählich zu industrialisieren und weg von der Landwirtschaft zu kommen. Er hoffe, daß über die nächsten fünf Jahre ein gewisser Strukturwandel erfolgreich durchgeführt werden könne. Es komme darauf an, wie schnell der Strukturwandel durchgeführt werde. Wichtig seien Investitionen, auch deutsche Investitionen. Die Lage im Lande sei im übrigen stabil.

Die Stärke der thailändischen Streitkräfte bezifferte PM Prem auf etwa 400 000 bis 500 000 Mann. Ein Austausch von Offizieren mit den USA finde statt. Das Programm sei unterbrochen gewesen, jedoch seit etwa zwei Jahren wiederaufgenommen worden.

AM *Siddhi* bemerkte, das dafür ausgegebene Geld sei gut angelegt.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu und fand es bedauerlich, daß die USA dies nicht in größerem Umfang durchführen.

AM *Siddhi* bemerkte, die Indonesier würden ihre Offiziere nicht nach Moskau schicken, da sie sonst zu Hause zunächst einmal einer „Gehirnwäsche" unterzogen werden müßten.

11 Am 22. Juni 1982 wurde in Kuala Lumpur eine Exilregierung aus Vertretern von drei kambodschanischen Widerstandsgruppen gebildet, die von dem früheren König und Staatschef Sihanouk, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Khieu Samphan als Vertreter der Roten Khmer und dem früheren Ministerpräsidenten Son Sann angeführt wurde.

StS Dr. *Meyer-Landrut* stellte fest, ein Aufenthalt in der Sowjetunion könne auch einen anderen als den bezweckten Erfolg haben.

Das Gespräch wandte sich dann den sowjetischen Waffenlieferungen zu. Der *Bundeskanzler* führte hierzu aus, die Waffenlieferungen zu Dumping-Preisen seien geschickte sowjetische Propaganda. Das Problem seien allerdings die Ersatzteile. Dadurch werde eine Abhängigkeit erzeugt.

Auf die Frage, mit welchem Land Thailand die besten Beziehungen in der Region unterhalte, bemerkte PM *Prem*: Dies sei Malaysia. Die Beziehungen mit Burma seien „o.k.“, aber die Burmesen redeten nicht viel. Laos sei ein kommunistisches Land; es bestünden jedoch viele verwandtschaftliche Beziehungen. Jedenfalls gebe es keine Probleme mit den Laoten, einige mit der Regierung von Laos. Mit Indonesien gebe es keine Probleme.

Der *Bundeskanzler* teilte eine Beobachtung aus seinem letztjährigen Besuch in Indonesien mit.[12] Er kenne Suharto gut und habe es interessant gefunden, wachsende Zurückhaltung gegenüber Japan vorzufinden. Dies sei zwar nicht offen gesagt worden, jedoch deutlich zu spüren gewesen. Eine Chance für die Bundesrepublik sei es, daß es viele Länder in Asien gebe, die zwar gute Beziehungen, auch wirtschaftliche Beziehungen, mit den USA und Japan unterhalten wollten, daneben aber noch ein drittes Land besonders einbeziehen möchten.

PM *Prem* führte hierzu aus, die meisten Länder seien abhängig und nicht sehr reich. Thailand werde nicht von Japan beherrscht. Es habe eine freie Wirtschaft. Es möchte aber jedoch seine Beziehungen diversifizieren. Deshalb sei er in die Bundesrepublik gekommen.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß er ähnliche Gedanken habe. Wichtig sei es, daß sich kein Protektionismus breitmache. Bei einer Güterabwägung seien die Chancen eines freien Welthandels erheblich größer als dessen Risiken.

StS Dr. *Meyer-Landrut* wies auf den Besuch Rodenstocks mit einer Wirtschaftsdelegation in Thailand hin.[13] Es sei auch wichtig, daß PM Prem sich durch Wirtschaftler begleiten lasse.

Der *Bundeskanzler* betonte erneut, welches Gewicht er einer Intensivierung der Beziehungen zu Thailand beimesse. Er bot seine Hilfe an, wenn er hierbei persönlich von Nutzen sein könne. Die Bundesrepublik müsse ihren Einfluß in Europa zugunsten verstärkter Beziehungen mit Asien einsetzen. Es sei ihm ein Anliegen, mit unseren Freunden in Asien zusammenzuarbeiten. Eine vorrangige Rolle nehme hierbei ASEAN ein.

Die Politik leide heute darunter, die Beziehungen hauptsächlich unter politischen, militärischen und wirtschaftlichen Aspekten zu sehen. Natürlich seien diese entscheidend, aber die kulturellen Beziehungen dürften dennoch nicht ver-

12 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 4./5. November 1983 in Indonesien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 328.

13 Eine Delegation des BDI hielt sich vom 19. bis 22. November 1983 in Thailand auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vermerkte dazu am 9. Dezember 1983: „Im wirtschaftlichen Bereich bietet das marktwirtschaftlich ausgerichtete Thailand für Handel und Investitionen hervorragende Möglichkeiten. Dies hat soeben eine hochrangige Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie unter Prof. Rodenstock festgestellt, die mit sehr positiven Eindrücken aus Bangkok zurückkehrte. Die Delegation wurde von PM Prem empfangen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127143.

nachlässigt werden. Sie seien von längerer Dauer und größerer Tiefe im Bewußtsein der Völker. Dies könne man immer wieder unter kritischen Bedingungen feststellen. Nicht nur die militärische Macht sei entscheidend. Die Macht des Geistes sei eine sehr starke Kraft. Er glaube, es werde in den nächsten 15 Jahren in den verschiedenen Weltreligionen eine Erneuerung geben. Teilweise allerdings auch in einer falschen Richtung, wie z. B. die Auswüchse des Fundamentalismus. Dies sei jedoch als Reaktion auf die totale Materialisierung unserer Welt zu sehen.

Der Bundeskanzler dankte PM Prem nochmals für seinen Besuch, PM *Prem* brachte seine Freude über das Gespräch mit dem Bundeskanzler zum Ausdruck. Er lud den Bundeskanzler zu einem Besuch Thailands ein.[14]

Referat 341, Bd. 133574

116

Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-1482/84 geheim
Fernschreiben Nr. 700
Citissime nachts

Aufgabe: 25. April 1984, 14.13 Uhr[1]
Ankunft: 25. April 1984, 14.27 Uhr

Betr.: INF;
hier: Sitzung der SCG/Quint (ohne NL) am 25.4.1984 in Brüssel

Bezug: DB Nr. 677 aus London Diplo vom 24.4.1984[2]

Zur Unterrichtung

I. In einer von der amerikanischen Seite kurzfristig einberufenen Sitzung der SCG/Quint ohne NL am 25.4.1984 in Brüssel stellten die USA zunächst den Stand der Stationierungsdiskussion in den Niederlanden aus ihrer Sicht dar. Dabei ergaben sich folgende neue Erkenntnisse gegenüber dem Bezugsdrahtbericht:

(1) Bei der Kabinettssitzung am 27.4. wird voraussichtlich die Option des sog. „crisis deployment" im Vordergrund stehen (vgl. Ziffer II. 3 a des Bezugsdrahtberichts).

(2) Noch vor dieser Kabinettssitzung wird zuständiger Unterabteilungsleiter im NL-Außenministerium, Vos, Hauptstädte der Stationierungsländer besuchen

14 Bundeskanzler Kohl besuchte Thailand vom 30. April bis 3. Mai 1986.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Erath „n[ach] R[ückkehr]" verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Erath vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht des Botschafters Ruth, z. Z. London, vgl. Dok. 114.

und Auffassungen zu dieser Option erkunden. (Vos hat sich bereits für den 26.4. bei Botschafter Ruth angesagt.[3])

II. Als Ergebnis der Diskussion ist festzuhalten:

1) In den weiteren Kontakten mit NL sollte nach Auffassung aller Teilnehmer, bei allem Verständnis für die schwierige Lage der niederländischen Regierung in dieser Frage, klargemacht werden, daß die Verbündeten NL nicht aus der Bindung durch den Doppelbeschluß[4] entlassen können. Es ist deshalb anzustreben, daß die von den NL in nächster Zeit zu treffenden Entscheidungen am Prinzip des Doppelbeschlusses festhalten und diesen, wenn möglich, bekräftigen (Aufhebung des Vorbehalts[5]).

2) Gleichzeitig sollte den Niederländern klargemacht werden, daß Optionen, die im Gegensatz zum Doppelbeschluß stehen, für ihre Bündnispartner nicht akzeptabel sind. Dies gilt in erster Linie für die sog. „crisis deployment option". Diese würde dem Ziel des Doppelbeschlusses widersprechen, durch eine Stärkung der Abschreckungskapazität des Bündnisses jede Krise zu verhindern. Überdies würde eine Verlegung von Cruise Missiles auf niederländisches Territorium im Krisenfalle eskalatorisch wirken und das Crisis Management erschweren.

3) Es überwog die Auffassung, daß eine koordinierte Briefaktion der Regierungschefs der Stationierungsländer vor der Kabinettssitzung am 27.4.1984 nicht opportun wäre. Die USA insistierten nicht.

4) NL sollen zu fortgesetzten Konsultationen im bilateralen und multilateralen Rahmen ermutigt werden. Diese Konsultationen sollen weiterhin benutzt werden, um solche Optionen, die für das Bündnis inakzeptabel sind, zu vermeiden und die politischen Kräfte in NL, die den Doppelbeschluß unterstützen, zu stärken. Ziel ist jedenfalls, eine Grundsatzentscheidung zugunsten des Doppelbeschlusses herbeizuführen. Wenn irgend möglich, sollten gleichzeitig konkrete

3 Botschafter von der Gablentz, Den Haag, berichtete am 26. April 1984, die Stationierungsdebatte in den Niederlanden konzentriere sich auf die „Krisenvariante": „Aufnahme der Vorbereitungsarbeiten in Woensdrecht, Lagerung der GLCM im Ausland, Einfliegen im Krisenfall. Dieses Lösungsmodell, dem VM de Ruiter im engsten Beratungskreis am 24.4. zugestimmt haben soll, scheint in allen Einzelfragen noch völlig unklar zu sein." Die USA hätten am 26. April 1984 „schriftlich demarchiert (‚Krisenvariante' steht im Gegensatz zum Doppelbeschluß und ist für die Bündnispartner nicht akzeptabel. Gleichzeitig großes Interesse am Zustandekommen einer positiven Kompromißlösung)". Weiter berichtete Gablentz: „Wir sind bisher nicht direkt gegenüber der NL-Regierung tätig geworden. Wir haben in diskreten Gesprächen mit britischer und amerikanischer Botschaft sowie vor allem Vertretern der VVD und des rechten CDA-Flügels im Sinne des DB NATO 700 argumentiert. Die dort angekündigte Konsultationsreise von Joris Vos bei Botschafter Ruth am 26.4. scheint nicht stattzufinden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 301; VS-Bd. 12923 (202); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

5 Nachdem sich das niederländische Parlament am 6. Dezember 1979 gegen die Stationierung von Mittelstreckensystemen der NATO in den Niederlanden ausgesprochen hatte, gab die niederländische Regierung auf der Gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel bekannt, daß sie eine Entscheidung hierüber erst Ende 1981 treffen werde. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 371 und Dok. 373.
Anläßlich der NATO-Ministerratstagung in Brüssel erklärte der niederländische Außenminister van der Stoel am 10. Dezember 1981, die INF-Verhandlungen hätten noch zu keinem Ergebnis geführt. Die niederländische Regierung könne daher noch keine Entscheidung zur Stationierung von Mittelstreckensystemen treffen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 362.

Maßnahmen zur Implementierung ergriffen werden. Als geringstes Übel könnte u. U. ein weiterer Aufschub der Implementierung hingenommen werden. Gegenüber den NL sollte jedoch jeder Eindruck vermieden werden, die Verbündeten würden einen solchen Ausweg von sich aus vorschlagen.

[gez.] Holik

VS-Bd. 11369 (220)

117

Drahterlaß des Ministerialdirektors Pfeffer

204-321.00 SO-327/84 VS-vertraulich **25. April 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 2922 Plurez **Aufgabe: 26. April 1984**

Nur für Botschafter[2]

ChBK: MD Dr. Teltschik o. V. i. A.

Betr.: Konsultationen der vier Politischen Direktoren, London, 24.4.1984

I. Die vier Direktoren behandelten am 24.4.84 in London folgende Themen:
- West-Ost-Bericht der NATO
- Weltwirtschaftsgipfel in London (politische Aspekte)
- Sowjetisch-amerikanisches Verhältnis
- Neubelebung der WEU
- DDR
- Iranisch-irakischer Krieg
- Britisch-libysche Beziehungen
- Internationaler Terrorismus
- Hongkong
- Präsident Reagan in China.

Wegen des französischen Fluglotsenstreiks konnten die Gespräche erst mit anderthalbstündiger Verspätung beginnen, so daß nur viereinhalb Stunden zur Verfügung standen.

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Graf von Bassewitz konzipiert.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 26. April 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 30. April 1984 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk des Ministerialdirektors Pfeffer vom 26. April 1984; VS-Bd. 12953 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Peter Hermes (Washington), Franz Joachim Schoeller (Paris) und Rüdiger Freiherr von Wechmar (London).

II. Folgendes ist festzuhalten:

1) West-Ost-Studie der NATO und öffentliche Erklärung der Außenminister[3]

Die drei übrigen, besonders Burt und Andréani, traten dafür ein, die West-Ost-Studie zunächst abzuschließen, ehe man an die Formulierung einer öffentlichen Erklärung gehen könne.

D 2[4] hat ausgeführt, öffentliche Erklärung sei unverzichtbar. Sie sollte sich auf der Linie der Bonner Erklärung vom Juni 1982[5], des NATO-Kommuniqués vom 9.12.83[6] und der Reagan-Rede vom 16.1.84[7] halten und dadurch die Stetigkeit der westlichen Politik unterstreichen. Dies sei um so wichtiger, als die SU immer wieder Zweifel an der Ernsthaftigkeit besonders der amerikanischen Politik äußere. Die Erklärung sollte schon jetzt entworfen werden, um Zeitdruck zu vermeiden. Den übrigen, gerade auch den kleineren Allianzmitgliedern, sollte das Gefühl der vollen Mitsprache gegeben werden. Die Erklärung müsse eine „positive Herausforderung" an die Sowjetunion sein und die ganze Breite des westlichen Angebots enthalten. Wir wollten aber auch Wirkung auf die zum Teil mit der sowjetischen Position nicht ganz zufriedenen kleineren WP-Staaten erzielen, denen an der Fortsetzung der Dialog- und Kooperationspolitik besonders gelegen sei. Das Kommuniqué der Außenminister des WP vom 20.4.84[8] reflektiere dies offenbar mit. Es sei in nicht-polemischem Ton gefaßt und nehme bemerkenswerterweise auf die NATO-Erklärung vom Dezember 1983 Bezug. Das „Signal von Washington" werde außerdem dazu dienen, die Unterstützung unserer Bevölkerungen für die bewährte, auf dem Harmel-Konzept[9] beruhende Politik weiterhin zu erhalten.

3 Zum geplanten „West-Ost-Bericht" der NATO vgl. Dok. 87, Anm. 16.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 25. April 1984: „Sitzung des Rats am 25.4.1984 diente einer weiteren Erörterung der inhaltlichen Leitlinien des Ost-West-Berichts sowie des weiteren Prozedere bei Erstellung des Berichts." Es habe sich „weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der grundsätzlich positiven Bewertung des zweiten Entwurfs des Internationalen Stabes" ergeben. Die vom Abteilungsleiter im Außenministerium, Burt, geleitete amerikanische Delegation habe die bekannten Vorbehalte der USA wiederholt. Eine Mehrheit der Teilnehmer habe sich für die baldige Erarbeitung einer öffentlichen Erklärung ausgesprochen: „Ständiger Vertreter F erklärte, daß zunächst Studie abgeschlossen werden müsse und erst dann über öffentliche Erklärung entschieden werden könne. Um auf jeden Fall die Fertigstellung einer öffentlichen Erklärung sicherzustellen, behielten wir uns (auch für andere Delegationen) das Recht vor, zu gegebener Zeit Entwürfe für öffentliche Erklärung im Rat einzubringen. Damit wird der Übergang zur Erörterung der öffentlichen Erklärung auch schon vor Abschluß der Studie eröffnet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 702/703; VS-Bd. 13375 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Franz Pfeffer.

5 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anläßlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

6 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 100–105. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 134–138. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 376.
Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

7 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

8 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. April 1984 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 319–322.

9 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel bei-

Burt und Andréani hielten zäh an der Sequenz: erst Abschluß der Studie, fest.

Nach wiederholten Interventionen von D 2 schlug Burt schließlich vor, GB möge kurzfristig Elemente einer öffentlichen Erklärung an die drei Hauptstädte schicken, damit zunächst die Vier ihre Meinung abstimmen könnten. Dann ließe sich der Text von einer der vier Delegationen in der NATO einführen.

Zur Studie richtete sich die amerikanische Kritik vor allem gegen die Kapitel I und IV des IS-Entwurfes mit den aus Washington und Brüssel berichteten Argumenten.

2) Politische Erklärung Londoner Wirtschaftsgipfel[10]

D 2 hat unser großes Interesse an einer politischen Erklärung des Wirtschaftsgipfels betont. Eine solche Erklärung sollte die Zusammenarbeit der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen im Dreieck Amerika – Europa – Japan hervorheben. Diese Sieben hätten die wirtschaftliche Kraft, die dritte industrielle Revolution zu bewältigen, und das politische Gewicht, zur Stabilisierung des Friedens und zur Kooperation (West-Ost und Nord-Süd) entscheidend beizutragen. Gleichzeitig würden durch eine solche Erklärung Mißverständnisse ausgeräumt, wonach sich die USA angeblich stärker dem Pazifik zuwendeten und deshalb Europa zu vernachlässigen im Begriffe seien. Die Erklärung sei psychologisch um so wichtiger, als der Wirtschaftsgipfel einen Tag nach den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Landung in der Normandie[11] stattfinde. Es gehe darum, die vorwärtsgewandte, demokratisch verfaßte Gruppierung der Sieben von diesem historischen Hintergrund abzuheben.

Burt und Bullard äußerten sich vorsichtig wohlwollend. Bullard betonte allerdings, Premierminister Thatcher sei befaßt worden und wolle sich nicht festlegen, ehe sich nicht ein Konsens abzeichne. Unter Umständen müsse man bis zum letzten Augenblick warten.

Andréani verhielt sich ablehnend (Priorität: Wirtschaftsfragen).

Bullard deutete schließlich an, daß diese Angelegenheit offenbar nur durch Intervention auf höchster Ebene in Bewegung gebracht werden könne.

3) Sowjetisch-amerikanisches Verhältnis

Burt betonte, daß man auf verschiedensten Wegen versuche, die Sowjets von dem ernsthaften Wunsch nach einem konstruktiveren Verhältnis zu überzeugen. Es sei bis jetzt keine ermutigende Reaktion zu verzeichnen. Es sei andererseits auch keine konkrete Entscheidung Moskaus gegen eine Normalisierung des Verhältnisses zur USA zu erkennen.

In den letzten Wochen habe sich in Washington der Eindruck verstärkt, daß von einer Rückkehr der Sowjets zu den Genfer Verhandlungen[12] in diesem Jahr nicht ausgegangen werden könne.

Fortsetzung Fußnote von Seite 557

gefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

10 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

11 Zu den Feierlichkeiten am 6. Juni 1984 anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") vgl. Dok. 164.

12 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

Insgesamt scheine die Meinungsbildung in Moskau nach der politischen Niederlage bei der INF-Stationierung noch nicht abgeschlossen. Sowjetische Reaktionen auf amerikanische Initiativen seien uneinheitlich (ambiguous). State Department wisse von Dobrynin, daß dieser mit einer Wiederwahl Präsident Reagans[13] rechne und so auch nach Moskau berichte.

Burt informierte über folgende amerikanische Schritte:

a) Zur Verbesserung des „Heißen Drahtes" habe man Sowjets einen Vertragsentwurf übergeben.[14]

b) Washington habe angeboten, während der CD-Pause in Genf bilateral über CW-Verbot zu sprechen.

c) Der Delegationsleiter bei der KVAE, Goodby, werde am 26.4.1984 nach Moskau reisen, um dort informell mit Grinewskij über den Fortgang in Stockholm zu sprechen.[15] Grinewskij habe eine entsprechende Einladung nach Washington nicht angenommen (offenbar aus Sorge, für Zwecke des amerikanischen Wahlkampfes „mißbraucht" zu werden). Goodby sei ermächtigt, die Einrichtung von zwei Arbeitsgruppen vorzuschlagen, die eine für alte, die andere für neue Vorschläge. Auf diese Weise lasse sich auch die Frage einer Konkretisierung des Gewaltverzichts erörtern.

d) Der Afrikabeauftragte Crocker stehe zu Gesprächen mit sowjetischer Seite bereit. Auch über Nahost und den Konflikt am Golf könne man sprechen.

e) Auch die älteren bilateralen Vorhaben wie Einrichtung von Konsulaten in Kiew und New York, Kulturabkommen, Revitalisierung der Abkommen über Umwelt[16], Wohnungsbau[17] usw. würden wieder weiterbehandelt. Botschafter Hartman habe sich die Gegebenheiten in Kiew schon angesehen.

f) Auf Frage von D 2, ob Sowjets auf Gespräche über Rüstungskontrolle im Weltraum gedrungen hätten, erwiderte Burt, US hätten den Sowjets gesagt, sie seien bereit, vertraulich und bilateral über das Thema zu sprechen. Ein ganz schwieriges Problem sei, daß das sowjetische ASAT-System, das von ICBMs gestartet werden könne, praktisch nicht verifizierbar sei.

Bullard begrüßte das sich abzeichnende „Muster" vertraulicher US-SU-Diplomatie.

Andréani, der noch keinen Termin für den Besuch Mitterrands in Moskau mitteilen konnte[18], meinte, die Sowjets würden noch einmal versuchen, über die europäische Öffentlichkeit Positionsvorteile zu erzwingen.

13 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

14 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verbesserung und Erweiterung des „Heißen Drahts" vgl. Dok. 107, Anm. 7.

15 Zum Gespräch des Leiters der amerikanischen KVAE-Delegation, Goodby, mit dem Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation, Grinewskij, vgl. Dok. 124, Anm. 26.

16 Für den Wortlaut des Abkommens vom 23. Mai 1972 zwischen der UdSSR und den USA über die Zusammenarbeit beim Umweltschutz vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 921–923.

17 Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juni 1974 zwischen der UdSSR und den USA über Zusammenarbeit im Wohnungsbau und anderen Bereichen des Bauwesens vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 221 f.

18 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 in der UdSSR auf.

D 2 teilte einige Aspekte unserer Analyse des Kommuniqués der WP-Außenminister vom 20.4.84 mit und skizzierte die Stellungnahme des Bundesministers dazu.[19] Die übrigen trugen zu diesem Punkt nichts bei.

Beim Besuch des BM in Moskau[20], so führte D 2 zu einer entsprechenden Bitte von Burt aus, werde BM das ernsthafte Interesse des amerikanischen Präsidenten an einem konstruktiveren Verhältnis zu Moskau mit Nachdruck ansprechen.

[21]4) Neubelebung der WEU

Burt meinte, für sich persönlich, aber in der Tendenz wohl auch für seine Regierung, könne er sagen, daß Washington den Plänen für eine Neubelebung der WEU mit Sympathie gegenüberstehe, wenn sie zu größerer Solidarität und zu vermehrten Verteidigungsanstrengungen der Europäer führen. Die Formel des Bundeskanzlers in Washington[22], daß die europäische Säule des Bündnisses gestärkt werden solle, treffe den Punkt.

Eine Befassung der WEU mit Rüstungskontrollfragen würde Washington allerdings höchst ungern sehen. Dies sei eine Aufgabe der NATO. Bei allen Erörterungen sollte auch der Eindruck in der Öffentlichkeit vermieden werden, als ob die WEU eine Alternative zur NATO sei oder daß die NATO stagniere, während sich die eigentliche Dynamik in der WEU entfalte.

Die europäischen Direktoren haben die vorläufigen europäischen Vorstellungen erläutert, wobei Andréani auch klarstellte, daß das Rüstungskontrollamt der WEU keine Aufgaben in West-Ost-Rüstungskontrollverhandlungen, sondern interne Analysen zur Verifikations-Problematik übernehmen solle. Burt war für den Hinweis dankbar, daß z. B. ein möglicher Beitritt Spaniens zur WEU auf keinen Fall als Ersatz für aktive NATO-Mitgliedschaft in Betracht komme.

Bullard schlug vor, daß die Amerikaner ihre grundsätzlich positive Haltung auch den leicht beunruhigten Flankenstaaten wie Norwegen und der Türkei mitteilen.

5) DDR

D 2 gab auf Einladung Bullards unsere Einschätzung der jüngsten Entwicklung, an der sich die übrigen sehr interessiert zeigten. Dabei standen Fragen nach dem Spielraum Ost-Berlins, seines wegen der Lage in Polen veränderten Gewichts, der wirtschaftlichen Lage und den Motiven für die Gewährung von Ausreisen in größerem Umfang im Vordergrund.

19 Zum Kommuniqué der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. April 1984 in Budapest erklärte Bundesminister Genscher am 23. April 1984, die Bundesregierung sehe „ein gutes Zeichen darin, daß die Außenminister des Warschauer Paktes das Signal der Brüsseler Erklärung des Bündnisses vom Dezember 1983 ausdrücklich aufnehmen. […] Demgegenüber ist mit Bedauern festzustellen, daß nach dem Warschauer-Pakt-Kommuniqué offenbar daran festgehalten wird, die Wiederaufnahme der Verhandlungen über nukleare Mittelstreckensysteme von Vorbedingungen abhängig zu machen. Die Bundesregierung appelliert daher an die Sowjetunion, die bestehenden Chancen zu nutzen." Vgl. die Information Nr. 1992/84 des Pressereferats vom 23. April 1984; Referat 212, Bd. 133456.

20 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 148 und Dok. 153.

21 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 2921 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. März 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 70–72 und Dok. 75.

6) Iranisch-irakischer Krieg

Burt verwies auf Meinung der Militärs, daß die Iraner mit der großen Offensive möglicherweise zu lange gewartet hätten und daß der Regen sie jetzt für etwa sechs Wochen daran hindern werde. Die verschiedenen Friedensinitiativen (Indien, Japan, Ägypten) würden allgemein als wenig aussichtsreich eingeschätzt. Bullard teilte mit, daß eine AM-Delegation der Arabischen Liga demnächst London und wohl auch Paris besuchen werde.[23]

Bullard bat diejenigen, die in Bagdad Einfluß haben, Irakern von Angriffen auf die Schiffahrt wie am 27.3.[24] und 17.4.1984[25] abzuraten, zumal Iraner im Augenblick nicht angriffen.

Andréani fragte, ob Meldungen bestätigt werden könnten, wonach am 24.3.84 ein Luftangriff auf das „nukleare Zentrum" in Buschehr stattgefunden habe, für das deutsche Firmen „feasibility studies" ausgeführt hätten. Er bat die übrigen um Unterrichtung, falls Näheres bekannt sei.

Bullard und Burt wiesen darauf hin, daß bei Unterbrechung der Ölversorgung die Situation beherrscht werden könne. Es gelte, mit allen Mitteln Panik zu vermeiden (Preissteigerungen). Die Vorkehrungen der IEA sollten zunächst nicht in Anspruch genommen werden. Die Lage sei mit 1973 nicht vergleichbar.

Burt verwies darauf, daß wegen nachrichtendienstlicher Erkenntnisse über eine Fertigungsstätte für CW im Irak demnächst ein amerikanisches Experten-Team in die Bundesrepublik reisen werde.[26] Die Iraker behaupteten, daß diese Fertigungsstätte noch nicht produziere, dies aber in Zukunft tun könne.

Er, Burt, sehe die Gefahr des Einsatzes von C-Waffen in größerem Ausmaß gegen iranische Truppenansammlungen. Für den bisherigen geringen Einsatz von CW durch die Iraker[27] gebe es zwei Interpretationen: Die Irakis hätten mit dem Kampfmittel Erfahrungen sammeln müssen (Schutz der eigenen Truppen, Wettereinflüsse), und sie hätten einen begrenzten Abschreckungseffekt erzielen wollen.

7) Internationaler Terrorismus

Burt unterrichtete über die National Security Directive 138[28], die CIA, Depart-

23 Eine Delegation der Arabischen Liga wurde am 2. Mai 1984 von Bundesminister Genscher empfangen. Vgl. dazu Dok. 125, Anm. 2.

24 Botschafter Petersen, Teheran, berichtete am 5. April 1984: „Zu dem Angriff am 27.3.84 auf den griechischen Tanker ‚Filicon L' war hier zusätzlich zu erfahren, daß es sich um einen 80 000-T[onnen]-Tanker handelte, der angeblich voll beladen war mit Benzin. Der Tanker befand sich zwar innerhalb der von Irak proklamierten Kriegszone, aber außerhalb der Hoheitsgewässer auf dem Weg von Kuwait nach Europa. Die irakische Rakete habe durch Zufall lediglich das Oberdeck getroffen und dort einen Brand ausgelöst, der aber schnell gelöscht werden konnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 379; Referat 311, Bd. 137773.

25 Botschafter Böcker, Bagdad, informierte am 20. April 1984: „Erstmals seit längerer Zeit meldet die irak[ische] Seite erneute Angriffe auf Tanker im Golf. Nach Angaben Militärsprechers wurde im Seegebiet zwischen Kharg Island und der nordwestlichen Golfküste ein Tanker angegriffen. Ein weiterer sei in den Gewässern vor Buschehr versenkt worden. Beide Luftangriffe sollen um 4.00 Uhr morgens am 18.4. stattgefunden haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 354; Referat 311, Bd. 137773.

26 Zum Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Dean, am 2. Mai 1984 vgl. Dok. 136, Anm. 9.

27 Zum Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vgl. Dok. 65, Anm. 4, Dok. 86 und Dok. 90, Anm. 33.

28 Für die National Security Decision Directive Nr. 138 „Combatting Terrorism" vom 3. April 1984 vgl. http://www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

ment of Defense und andere Behörden auffordere, die Abwehr von Terrorismus zu organisieren und Vorschläge für „preventive and preemptive" Maßnahmen zu unterbreiten. Die Direktive autorisiere solche Maßnahmen nicht, sie gebe der Administration nur Optionen. Die Administration sei bereit, hierüber bilateral oder auch im Rahmen der Vier zu konsultieren. Bilaterale Gespräche seien wohl einfacher.

Bullard deutete an, daß wegen des neuen Falles von staatlich gefördertem Terrorismus (libysches Volksbüro in London[29]), aber auch wegen des IRA-Terrors, die Frage für GB besonderes Gewicht habe und daß erwogen werde, in Whitehall ein Sekretariat einzurichten. Man werde auf das amerikanische Angebot zurückkommen.

Andréani äußerte sich sehr skeptisch. D 2 hat Antwort an Burt in Aussicht gestellt.

8) Britisch-libysche Beziehungen[30]

Bullard unterrichtete über die neueste Entwicklung und wies darauf hin, daß die Libyer in der „Botschaft" offenbar mit Ausschreitungen der Demonstranten gerechnet hatten. Sie hätten deshalb noch am Vorabend Kontakt zum Foreign Office aufgenommen. Die Entscheidung zum Schießen sei nach seinem Eindruck in der „Botschaft", nicht in Tripolis gefallen. Die Dauer der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen lasse sich z. Z. noch nicht abschätzen.

9) Hongkong

Bullard unterrichtete kurz über die Reise AM Howes nach Hongkong und Peking und wies darauf hin, daß die Briten sehr spezifische Abmachungen über die Zeit nach 1997[31] wünschten, während die Chinesen sich lediglich auf all-

29 Nach Demonstrationen gegen Oberst Gaddafi vor der libyschen Vertretung am 17. April 1984 in London wurde eine britische Polizistin durch Schüsse, die aus dem Gebäude heraus abgegeben wurden, tödlich getroffen. Daraufhin riegelten Polizisten die libysche Vertretung ab; ebenso wurde die britische Botschaft in Tripolis von Sicherheitskräften umstellt. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 18. April 1984: „Nach den Ereignissen des gestrigen Tages vor dem libyschen Volksbüro am St. James's Square haben sich britisch-libysche Beziehungen krisenhaft zugespitzt. Britische Regierung steht in intensiven Verhandlungen mit hiesigem Volksbüro und mit Regierung in Tripolis, über deren Ausgang noch Ungewißheit schwebt. Das Los der brit[ischen] Botschaftsangehörigen in Tripolis und rund 8000 brit. Staatsangehöriger in Libyen zwingt hiesige Regierung zu größter Behutsamkeit." Vgl. den Drahtbericht Nr. 663; Referat 311, Bd. 137797.

30 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 23. April 1984 mit: „Am gestrigen Nachmittag (22.4.) hat britische Regierung beschlossen, diplomatische Beziehungen zu Libyen abzubrechen. In einer Frist von sieben Tagen, die am 29.4. um 24 Uhr abläuft, muß gesamter Stab des Volksbüros GB verlassen haben. Freies Geleit wurde zugesagt. Diplomatisches Gepäck darf mitgenommen werden, allerdings soll auf Waffen und Sprengstoff kontrolliert werden. Nach Fristablauf wird diplomatische Immunität des libyschen Volksbüros erlöschen. Es kann danach, wie britische Seite bekanntgab, ohne weiteres durchsucht werden. […] GB hat sich zu diesem einseitigen Schritt entschlossen, nachdem in den vorausgegangenen fünftägigen Verhandlungen deutlich wurde, daß Libyen in keiner Weise auf britische Bedingungen eingehen würde. […] Mit dieser Entscheidung wird Mörder der britischen Polizistin wahrscheinlich unbestraft entkommen. Innenminister Brittan unterstrich in gestriger Pressekonferenz, daß es in den letzten Tagen nicht gelungen sei, Identität Mörders britischer Polizistin festzustellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 676; Referat 311, Bd. 137797.

31 Am 9. Juni 1898 pachtete Großbritannien von China für 99 Jahre Gebiete nördlich der Stadt Hongkong, welche in der Folge des Vertrags von Nanking von 1842 seit 1843 britische Kronkolonie war, sowie zahlreiche Hongkong vorgelagerte Inseln. Diese sogenannten „New Territories" sicherten die Versorgung Hongkongs mit Wasser und Lebensmitteln.

gemeine Grundsätze festlegen lassen wollten.[32] Noch in diesem Jahr solle es zu einer Einigung kommen (im September Debatte im Unterhaus[33]). London wäre dankbar, wenn die übrigen gelegentlich in Peking darauf hinweisen würden, daß Kontinuität für Hongkong über 1997 hinaus für die Prosperität der Stadt notwendig und deshalb auch im Interesse Pekings sei. Chinesen hofften wohl auch, daß Hongkong-Lösung Einfluß auf eine Regelung der Taiwan-Frage in ihrem Sinne haben könnte.

10) Präsident Reagan in China[34]

Burt erläuterte, daß Präsidenten-Besuch in Peking keine strategische Bedeutung habe wie die Nixon-Reise[35], sondern daß es in erster Linie um wirtschaftliche und technologische Fragen (Zusammenarbeit im zivilen Kernkraft-Bereich) gehen werde. Bemerkenswert scheine ihm, daß die Chinesen weniger als früher vor den Sowjets warnten. Washington und Peking sähen ihr Verhältnis zueinander nüchterner und nicht mehr so stark auf das jeweilige Verhältnis zur SU bezogen.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 12953 (204)

32 Der britische Außenminister Howe besuchte die Volksrepublik China vom 16. bis 18. April 1984 und hielt sich anschließend in Hongkong auf. Botschafter Schödel, Peking, berichtete am 24. April 1984, Howe habe sich am 20. April 1984 bei einer Pressekonferenz zum Status von Hongkong geäußert: „Während Erklärungen des AM zu Souveränitätsübergang und Beendigung englischer Rolle in H[ong] K[ong]-Administration im Jahre 1997 für chinesische Seite befriedigend gewesen sein dürften, bestand laut Mitteilung britischer Kollegen die Befürchtung, daß Äußerungen Howes über Autonomie HKs nach 1997 von Chinesen als Einmischung in Souveränität betrachtet werden könnten. Bisher fehlende chinesische Reaktion auf Hinweis des AM, daß bilateraler völkerrechtlicher Vertrag über Zukunft HKs angestrebt werde, hat Briten befriedigt […]. Dies sei nicht selbstverständlich, da es sich ab '97 bei Vertragsgegenstand um ein Territorium unter ausschließlicher chinesischer Souveränität handele." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1087; Referat 205, Bd. 135277.

33 Für die Debatte über den künftigen Status von Hongkong am 25. Oktober 1984 im britischen Unterhaus vgl. HANSARD, Commons, 1983/84, Bd. 65, Spalte 819–828.

34 Präsident Reagan hielt sich vom 26. April bis 1. Mai 1984 in der Volksrepublik China auf.

35 Präsident Nixon besuchte die Volksrepublik China vom 21. bis 28. Februar 1972. Vgl. dazu FRUS 1969–1976, XVII, besonders S. 677–752, 761–801 und 816–824.

118

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bente

341-321.00 CHT-309/84 VS-vertraulich **26. April 1984**[1]

Über Dg 34[2] D 3[3] Herrn Staatssekretär[4]

Zur Information

Betr.: Deutsche Lieferung von F-104 an Taiwan

Botschaftsrat Farrar von der Botschaft der Vereinigten Staaten trug heute auf Weisung des State Department folgendes vor:

Die Botschaft sei angewiesen worden, den Wunsch des State Department, die Bundesregierung möge auszusondernde F-104-Militärflugzeuge an Taiwan liefern[5], nun auch bei der zuständigen Politischen Abteilung vorzutragen. Mit einer „scharfen Reaktion von seiten der VR China sei nicht zu rechnen", eventuelle Kritik könnte auf die Regierung der Vereinigten Staaten abgelenkt werden. Schließlich hätte die Bundesregierung schon früher einem ähnlichen Geschäft zugestimmt.[6]

Die Bitte wurde mit wenig Nachdruck vorgebracht.

Ich antwortete ihm sinngemäß wie folgt:

– Die Haltung des Auswärtigen Amtes, die der amerikanischen Botschaft bisher von der sachlich zuständigen Abteilung 4 mitgeteilt worden sei, entspräche selbstverständlich auch der der Politischen Abteilung und sei mit dieser abgestimmt.
– Dem amerikanischen Wunsch könne nicht entsprochen werden. Taiwan werde von der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkannt, diplomatische Beziehungen hätten zu diesem Territorium nie bestanden. China habe im Zweiten Weltkrieg die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Sie seien 1972 mit Peking wiederaufgenommen worden.[7] Eine Militärmissi-

1 Durchschlag als Konzept.
Hat Legationsrat I. Klasse Moese am 3. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Bundesminister Genscher am 5. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte. „1) Eine solche Lieferung kommt unter keinen Umständen, weder direkt noch indirekt, auch nicht über Umweg USA, in Frage. 2) Was steht hinter der Behauptung, wir hätten das früher getan? 3) W[ieder]v[orlage]."

2 Joachim Peckert.

3 Jürgen Ruhfus.

4 Andreas Meyer-Landrut.

5 Zum Wunsch der amerikanischen Regierung, die Bundesregierung möge ihr ausgemusterte Flugzeuge vom Typ „F-104" verkaufen, um diese an die Republik China (Taiwan) weiterverkaufen zu können, vgl. AAPD 1983, II, Dok. 355.

6 In einem Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 11. März 1983 an das Auswärtige Amt wurde dargelegt: „Die Behauptung der Firma MTU, die deutsche Luftwaffe habe ‚37 Starfighter F-104, die zur Schulung von Luftwaffen-Piloten in den USA stationiert waren, über die USAF an Taiwan verkauft', ist unrichtig. Die von der Firma genannten Flugzeuge sind von der Bundeswehr an die amerikanische Regierung verkauft worden, nicht an Taiwan." Vgl. Referat 424, Bd. 135788.

7 Die Bundesrepublik und die Volksrepublik China nahmen am 11. Oktober 1972 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 328.

on, die China in Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg als Siegermacht unterhalten habe, sei 1949 geschlossen worden.

– Unsere Rüstungsexportpolitik sei der amerikanischen Regierung bekannt.[8] Sie ließe Rüstungsexporte weder an die VR China, deren Zuständigkeit auch für Taiwan wir bei Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen implizite anerkannt hätten, noch erst recht nicht an Taiwan zu. Im übrigen müßten wir mit einer spürbaren Reaktion Pekings rechnen. Die chinesische Reaktion auf die Lieferung holländischer U-Boote an Taiwan sei ein deutliches Beispiel gewesen.[9] Die Ablenkung chinesischer Kritik auf die amerikanische Regierung würde an der chinesischen Reaktion uns gegenüber wohl kaum etwas ändern.
– Auf die Frage, warum dann das erste Geschäft genehmigt worden sei, antwortete ich, dazu könne ich nicht Stellung nehmen. Mir sei es nicht bekannt gewesen.
– Auf die Frage, ob das Auswärtige Amt einer Lieferung über die USA nicht zustimmen könne:

  Meines Wissens sei vorgesehen, daß taiwanische Offiziere die Flugzeuge auf deutschen Flughäfen unmittelbar in Augenschein nehmen und sie mit taiwanischen Schiffen unmittelbar aus Deutschland nach Taiwan verschifft würden. Dies könne kaum als Lieferung über die USA bezeichnet werden. Ob die Bundesregierung eine andere Haltung einnehmen würde, wenn die amerikanische Regierung die Maschinen kaufen, sie nach USA verschiffen und dort später nach Taiwan weiterverkaufen würde, wüßte ich nicht. Dies erschiene mir aber sehr fraglich.

gez. Bente[10]

VS-Bd. 14123 (010)

8 Die Ausfuhr von Rüstungsgütern war geregelt durch das Ausführungsgesetz vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) sowie durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452 bzw. S. 481–495.
Ferner verabschiedete der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 2. Februar 1977 den Entwurf vom 16. Juni 1976 einer Richtlinie für den Rüstungsexport („Flächenpapier“). Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 195, und AAPD 1977, I, Dok. 16.
Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

9 Am 20. Januar 1981 berichtete Botschafter Schödel, Peking, daß die Regierung der Volksrepublik China die niederländische Regierung zur „Aufnahme von Verhandlungen zur Herabstufung der diplomatischen Beziehungen auf die Ebene von Büros unter Leitung von Geschäftsträgern“ aufgefordert habe. Hintergrund sei der Beschluß der niederländischen Regierung, die Genehmigung zur Lieferung von zwei U-Booten an die Republik China (Taiwan) aufrechtzuerhalten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; Referat 341, Bd. 125317.
Die chinesische Botschafterin in Den Haag, Ding Xuesong, wurde im Mai 1981 abberufen und die diplomatische Vertretung herabgestuft. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 785 des Gesandten Nölle, Peking, vom 6. Mai 1981; Referat 341, Bd. 125317.

10 Paraphe vom 27. April 1984.

119

Gesandter Graf von Brühl, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-1516/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. April 1984, 14.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 490 **Ankunft: 27. April 1984, 14.54 Uhr**

Betr.: politische Gefangene;
hier: Verhandlungen zur Freilassung der elf Solidarność/KOR-Führer[2]

1) Wie hier zu erfahren war, fand in der Osterzeit ein weiterer Versuch statt, die elf gefangenen Solidarność/KOR-Führer zur Annahme ihrer Freilassung zu bewegen. Sie sollen aus dem Gefängnis in ein größeres Gebäude gebracht worden sein, um dort mit kirchlichen Laien und Beratern zusammenzukommen. Dazu gehörten auch Prof. Geremek und Herr Mazowiecki. Es seien parallele Einzelgespräche mit den Elf geführt worden. Zehn von ihnen hätten das Angebot der Regierung einer Freilassung ohne Emigration annehmen wollen, Michnik hingegen nicht. Bedingung der Regierung war jedoch, daß alle das Angebot annehmen. Ein Gespräch Kuroń mit Michnik habe nicht zu einer Umstimmung Michniks geführt, sondern zu einer Haltungsänderung Kuroń, der nun auch für ein Verbleiben im Gefängnis plädiere.

2) Die Informationen erscheinen glaubwürdig. Michnik und bedingt auch Kuroń scheinen ihr Verbleiben im Gefängnis als politisches Druckmittel genutzt wissen zu wollen. Der bisherige Verlauf der Bemühungen um eine Freilassung der Elf legt es nahe, daß die Verbindung von weiteren westlichen Normalisierungsschritten mit deren Freilassung einer Unterstützung der Forderung nach ihrer völlig bedingungslosen Freilassung gleichkommt, was der Regierung nicht möglich sein kann. Bereits mit ihrer Bereitschaft zur Freilassung unter der Bedingung einer politischen Enthaltsamkeitserklärung der Elf geht sie weiter, als es sowjetische Prozeß-Forderungen (Radio Moskau im Februar, polnischer Dienst) möglich erscheinen lassen. Michnik scheint der Regierung keine Möglichkeit der Gesichtswahrung einräumen, sondern ihre bedingungslose Kapitulation in dieser Sache zu wollen.[3]

[gez.] Brühl

VS-Bd. 13409 (214)

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Treskow am 30. April 1984 vorgelegen.

2 Gesandter Graf von Brühl, Warschau, berichtete am 16. Juni 1984, die Anklage gegen die vier ehemaligen KOR-Mitglieder Jacek Kuroń, Adam Michnik, Zbigniew Romaszewski und Henryk Wujec stütze sich auf „Art. 128 Para[graph] 1 in Verbindung mit Artikel 123 des polnischen StGB. Dieser Tatbestand ist erfüllt, wenn Vorbereitungshandlungen getroffen werden, um in der Absicht eines gewaltsamen Umsturzes des Systems der Volksrepublik Polen im Einverständnis mit anderen auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Die Strafdrohung hierfür beträgt ein Jahr bis zehn Jahre Freiheitsentziehung. Das Amnestiegesetz vom 22.7.1983 nimmt diese Straftatbestände ausdrücklich von der Amnestie aus.“ Den Angeklagten werde insbesondere die „Vorbereitung der ‚Solidarność‘-Bewegung und ihre Beratung in den Jahren 1980/81“ vorgeworfen. Brühl legte weiter dar: „Die Regierung muß den Prozeß durchführen, weil ihre bisherige Propagandakampagne ihren Sinn sonst endgültig verliert […]. Sie wird aber bei einer Intervention des Westens darauf hinweisen, daß sie alles getan hat, die Angeklagten durch Vermittler aus Kirche und UN dazu zu bringen, einer Freilassung zu gesetzten Bedingungen zuzustimmen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 683; Referat 214, Bd. 133054.

3 In einer gemeinsamen Aufzeichnung der Referate 214 und 421 vom 18. Juni 1984 wurde festgehal-

120

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik

222-370.27/02-914/84 VS-vertraulich **30. April 1984**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung von III.

Betr.: VN-Waffenübereinkommen (Artikel II Absatz 2 des Protokolls III über Brandwaffen[3]);
hier: Entwicklung der Bündnisdiskussion im NATO-Militärausschuß

Bezug: gemeinsame Beschlußvorlage des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung an den Bundessicherheitsrat vom 15. Dezember 1983 (gebilligt am 27.1.1984)[4]

Anlg.: 1 (Bezugsvorlage, nur für Herrn Staatssekretär)[5]

Fortsetzung Fußnote von Seite 566

ten: „Die Ankündigung der polnischen Militärgerichtsbehörden, das Verfahren gegen Jacek Kuroń, Adam Michnik, Zbigniew Romaszewski sowie Henryk Wujec am 13. Juli zu eröffnen, kam überraschend. Die vier KOR- (‚Komitee zum Schutze der Arbeiter') Mitglieder haben damit als Ergebnis ihrer unbeugsamen Haltung einen moralischen Erfolg errungen. Am 11. Juni hatte Jacek Kuroń einen Hungerstreik begonnen, um die Behörden zu zwingen, ihn entweder vor Gericht zu stellen oder aus der Haft zu entlassen. Dieses Ziel hat er erreicht. Die monatelangen Verhandlungen mit Vertretern der katholischen Kirche sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen waren praktisch dem Eingeständnis gleichgekommen, daß die polnische Führung eine Gefährdung ihrer innenpolitischen Lage durch diese ‚KOR'- und Solidaritäts-Führer für möglich hielt. Die Anklageschrift wirft den vier Gründungsmitgliedern vor, ‚Vorbereitungen zum Versuch eines politischen Umsturzes' getroffen zu haben. Bleibt die Frage offen, was aus den sieben ehemals führenden ‚Solidaritäts'-Führern werden soll. […] Indizien, daß die Sieben mit Hilfe eines neuen Amnestie-Erlasses aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik Polen (22. Juli) freikommen werden, liegen bislang jedoch nicht vor." Vgl. Referat 214, Bd. 133031.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Pöhlmann und Legationssekretär Luy konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. Mai 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 3. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holik an Referat 222 verfügte.
Hat Holik am 4. Mai 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Pöhlmann am 4. Mai 1984 erneut vorgelegen.

3 Für den Wortlaut von Artikel II Absatz 2 des Protokolls Nr. III des Übereinkommens vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen) vgl. UNTS, Bd. 1342, S. 172.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik teilte Bundesminister Genscher am 15. Dezember 1983 mit: „1) Als Anlage wird ein vom BMVg gebilligter, mit BMI und BMJ abgestimmter Entwurf für eine Gemeinsame Beschlußvorlage der Bundesminister des Auswärtigen und der Verteidigung vorgelegt, die der Bundessicherheitsrat im Umlaufverfahren beschließen soll. 2) Mit der Beschlußvorlage soll der Bundessicherheitsrat die Absicht der Bundesregierung bekräftigen, das von ihr 1981 unterzeichnete VN-Waffenübereinkommen und seine drei Waffenprotokolle vorbehaltlos zu ratifizieren. […] 3) Ich bitte, den Entwurf zu billigen". Vgl. VS-Bd. 11550 (222); B 150, Aktenkopien 1983.
Für die Beschlußvorlage des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung vom 22. Dezember 1983 vgl. VS-Bd. 11550 (222).

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4.

I. Zusammenfassung

Die Bündnisdiskussion über eine vorbehaltlose Annahme von Artikel II Absatz 2 des Protokolls III (Brandwaffen) zum VN-Waffenübereinkommen hält an. Auch die jüngsten Bündniskonsultationen (Sitzungen des NATO-Militärausschusses im Februar und April 1984) führten nicht zu der notwendigen allianzeinheitlichen Position. Der mit der militärischen Bewertung des Artikels II Absatz 2 und der damit zusammenhängenden Fragen beauftragte Militärausschuß gibt sein Mandat nun an den Politischen Ausschuß zurück, ohne sich auf eine Bewertung oder gar eine Lösung der militärischen Problematik dieser Vorschrift geeinigt zu haben.

Fortdauernde Ursache der Bündnisdiskussion ist die Weigerung der amerikanischen Streitkräfte, auf die nach Artikel II Absatz 2 verbotene Option (Einsatz von Brandwaffen aus der Luft gegen militärische Ziele innerhalb einer Konzentration von Zivilpersonen) ausnahmslos zu verzichten. Obwohl die USA sich bemühen, den Bündnispartnern durch eine Akzentverschiebung ihrer Argumentation und durch verbale Zugeständnisse Entgegenkommen zu beweisen, zeigen sie in der Sache keine Bewegung.

Demgegenüber haben wir entsprechend unserer vom Bundessicherheitsrat gebilligten Linie (vgl. Bezugsvorlage) deutlich gemacht, daß wir von der auf der VN-Waffenkonferenz 1980[6] gefundenen und damals auch von den USA noch mitgetragenen bündniseinheitlichen Zustimmung zu Artikel II Absatz 2 nicht abweichen wollen. Mit gleicher Offenheit erklärten dies Großbritannien und die Niederlande. Auch die übrigen Bündnispartner (außer Kanada) teilen unseren Standpunkt, wenngleich in zurückhaltender Form.

Eine bündniseinheitliche Ratifizierung des VN-Waffenübereinkommens ist damit weiterhin nicht möglich. Ein gemeinsamer Standard für den Einsatz von Brandwaffen in integrierten Bündnisstrukturen ist aber aus Gründen der militärisch-operativen Praktikabilität unerläßlich. Umgekehrt wird sich eine weitere Verzögerung unserer Ratifizierung innenpolitisch immer schwerer begründen lassen. Darüber hinaus könnte ein Fortdauern der Kontroverse die deutsch-amerikanischen Bündnisbeziehungen belasten.

Weitere politische Schritte sind daher notwendig (s. III.).

II. Konsultationen im Militärausschuß

1) Der Militärausschuß erörterte die Frage des Artikels II Absatz 2 in seinen

6 Nach Vorkonferenzen vom 28. August bis 15. September 1978 und vom 19. März bis 12. April 1979 in Genf fand die erste Session der VN-Waffenkonferenz „über Einsatzverbote und Anwendungsbeschränkungen bestimmter konventioneller Waffen, die unterschiedslos wirken oder unverhältnismäßig schwere Verletzungen hervorrufen“, vom 10. bis 28. September 1979 in Genf statt. Die zweite Session wurde am 15. September 1980 in Genf eröffnet und endete am 10. Oktober 1980. Referat 220 vermerkte am 14. Oktober 1980, die Konferenz, an der 85 Staaten teilgenommen hätten, habe Konsens erzielt „über einen Rahmenvertrag (Konvention) und die Waffenprotokolle über ein Einsatzverbot von Geschossen, deren Primärwirkung auf Splittern beruht, die im menschlichen Körper durch Röntgenstrahlen nicht entdeckbar sind (Prot[okoll] I); Einsatzbeschränkungen und -verbote von Landminen und anderen Kampfmitteln (booby traps) (Prot. II); Einsatzbeschränkungen von Brandwaffen (Prot. III)“. Die Konvention enthalte die für alle Protokolle gemeinsamen Regeln. Sie beschränke den Anwendungsbereich „materiell auf internationale bewaffnete Konflikte i[m] S[inne] des Art. 2 der vier Genfer Konventionen einschließlich der in Art. 1 Abs. 4 des ersten Zusatzprotokolls (ZP I) definierten Befreiungskriege“. Vgl. Referat 220, Bd. 116878.

Sitzungen am 24. Februar und 12. April 1984. Wir waren durch BMVg (Fü S III 5) und Referat 222 (als Beobachter) vertreten.

Außerhalb des Plenums sprachen wir die Problematik mit USA und Großbritannien in gesonderten Treffen auch bilateral an.

2) Es gelang in diesen Sitzungen, ein von den USA bisher betontes Bedenken gegen Artikel II Absatz 2 auszuräumen. Die USA befürchteten, daß Artikel II Absatz 2 durch seine einerseits strikte („unter allen Umständen") und andererseits unbestimmte Formulierung („innerhalb einer Konzentration von Zivilpersonen") die Ermessensanforderungen an militärische Befehlshaber und Piloten überspannen könnte. Wir (und auch andere Bündnispartner) haben uns daraufhin bereit erklärt, durch eine Interpretationserklärung, wie wir sie auch zum Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen von 1949[7] abgeben wollen, bei der Ratifizierung des VN-Waffenübereinkommens klarzustellen, daß Entscheidungen des verantwortlichen Soldaten nur auf der Grundlage aller Informationen, die ihm im Zeitpunkt des Handelns zur Verfügung standen, und nicht nach dem nachträglich erkennbaren tatsächlichen Verlauf zu bewerten sind („rule of hindsight").

Die USA sehen eine solche Interpretationserklärung als ausreichend an.

3) Die Bündniskontroverse spitzt sich damit auf den amerikanischen Versuch zu, das Einsatzverbot von Artikel II Absatz 2 des Brandwaffenprotokolls auf das Verbot der Verursachung übermäßiger ziviler Kollateralschäden zu reduzieren. Die entsprechende amerikanische Argumentation erscheint jedoch rechtlich nicht tragfähig.

Die USA gehen davon aus, daß in bestimmten Fällen Brandwaffen aus der Luft präziser und schadenbegrenzender eingesetzt werden können als alternative Waffenarten, die vom VN-Waffenübereinkommen nicht erfaßt werden (z. B. Spreng- und Splitterwaffen, aber auch Waffen, die Brandwirkungen nur als zusätzliche bzw. als Nebenwirkungen erzielen – kombinierte Waffen).

Der von Artikel II Absatz 2 bezweckte Schutz würde aber – so die Argumentation der USA – in sein Gegenteil verkehrt, wenn in diesen Fällen statt der Brandwaffen, deren Einsatz hier verboten ist, die schadenintensivere, vom Brandwaffenprotokoll nicht erfaßte Alternativmunition verwendet werden müßte. Ein solches Ergebnis verletze den traditionellen, gewohnheitsrechtlich verankerten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der auch in Artikel 57 des (allerdings auch von den USA noch nicht ratifizierten) Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen von 1949 seinen Niederschlag gefunden habe. Dieser Grundsatz beanspruche vorrangige Geltung. Es sei daher zwingend erforderlich, durch eine Interpretationserklärung bzw. einen Vorbehalt zu Artikel II Absatz 2 si-

7 Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.
Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.
Die Bundesrepublik zeichnete die Zusatzprotokolle am 23. Dezember 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 344 und Dok. 361.
Zur Frage der Ratifizierung vgl. Dok. 234.

cherzustellen, daß dieser die Verantwortlichen nicht hindere, die Waffe mit vorhersehbar geringeren zivilen Kollateralschäden (und das sind im Verständnis der USA ggf. auch Brandwaffen) einzusetzen.

Damit hätten die USA jedoch im Ergebnis das absolute Einsatzverbot des Artikels II Absatz 2 durchbrochen und wären auf den völkergewohnheitsrechtlichen Schutz der Zivilbevölkerung zurückgefallen, wie er auch ohne das VN-Waffenübereinkommen besteht. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist im allgemeinen Völkerrecht verankert und damit von genereller Gültigkeit. Über den damit gesetzten Schutzstandard wollte jedoch das VN-Waffenübereinkommen mit Artikel II Absatz 2 gerade hinausgehen. Dieser enthält einen spezifischen Schutz von Zivilpersonen, indem er generell verbietet, ein innerhalb einer Konzentration von Zivilpersonen gelegenes militärisches Ziel zum Ziel eines Angriffs mit Brandwaffen aus der Luft zu machen. Wir haben im Bündnis darauf hingewiesen, daß selbstverständlich auch bei uneingeschränkter Geltung des Artikels II Absatz 2 der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten sei. Wenn im Einzelfall die Verwendung von Alternativmunition die Zivilbevölkerung übermäßig gefährde, müsse daher ein solcher Angriff im Hinblick auf das aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit folgende Verbot der Verursachung ziviler Kollateralschäden, die außer Verhältnis zum angestrebten militärischen Vorteil stehen, ggf. ganz unterbleiben.

Nach dem Urteil unserer militärischen Experten überwiegt im übrigen eindeutig der durch eine strikte Anwendung des Artikels II Absatz 2 erreichte Schutz der Zivilbevölkerung gerade im dicht besiedelten Europa und insbesondere in Deutschland mögliche Gefährdungen der Zivilbevölkerung durch den Einsatz von Alternativmunition unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.

Unsere Luftwaffe kann sich mit den in Artikel II Absatz 2 normierten Optionseinschränkungen einverstanden erklären. Sie strebt langfristig eine Substituierung der Brandwaffen an.

4) Wir haben im Bündnis und bilateral den USA darüber hinaus noch folgende Argumente für eine bündniseinheitliche, vorbehaltlose Ratifizierung vorgetragen, für die die USA Verständnis äußerten:

a) Artikel II Absatz 2 ist das Ergebnis eines Kompromisses, den auf der VN-Waffenkonferenz 1980 gerade die USA mit den Ungebundenen erreicht haben.

Die Ungebundenen verzichteten in diesem Kompromiß auf die von ihnen lange geforderte Kombattantenschutzklausel für Brandwaffen und stimmten einer sehr engen Definition von Brandwaffen zu, die den Schutzeffekt des Brandwaffenprotokolls auf Waffen mit primärer Brandwirkung begrenzt. Umgekehrt erklärten sich die USA daraufhin mit dem strikten Verbot des luftgestützten Brandwaffeneinsatzes in Konzentrationen von Zivilpersonen (Art. II Abs. 2) einverstanden.

Würden die USA nun nachträglich diesen Kompromiß durch eine eingeschränkte Ratifizierung antasten, müßten sich die Ungebundenen hintergangen fühlen.

b) Die von den USA erwogene „Interpretationserklärung“, die das strikte Einsatzverbot des Artikels II Absatz 2 durchbricht, müßte als Vorbehalt qualifiziert werden, da sie eine Umgestaltung des Vertragsinhalts des Brandwaffen-

protokolls bedeutet. Bei einem solchen Vorbehalt, der auf den Ausschluß einer tragenden Norm der Vertragsregelung vom Vertragsband zielt, bestünde die Gefahr, daß er als mit Ziel und Zweck des Vertrags unvereinbar und damit als völkerrechtlich unzulässig angesehen würde.

c) Die historische und emotionale Belastung der Brandwaffen macht diese Waffenart für uns zu einem heiklen innenpolitischen Thema. Eine gezielte amerikanische Einschränkung des durch das VN-Waffenübereinkommen konstituierten Brandwaffenschutzes könnte von interessierter Seite öffentlichkeitswirksam gegen die USA ausgenützt werden.

d) Im Kriegsfall wäre gerade die deutsche Zivilbevölkerung von Brandwaffeneinsätzen unmittelbar betroffen. Der von Artikel II Absatz 2 gewährte Schutz würde ihr daher in besonderem Maße zugute kommen. Als der insoweit meistbetroffene Bündnispartner haben wir ein besonders ausgeprägtes Interesse an der vorbehaltlosen Geltung des Artikels II Absatz 2.

5) Die Bündnispartner halten mit uns ganz überwiegend an dem Ziel einer vorbehaltlosen Geltung des Artikels II Absatz 2 fest. Großbritannien und die Niederlande haben sich wie wir zu einer vorbehaltlosen Ratifizierung dieser Vorschriften bekannt. Nur Kanada ließ erkennen, daß es sich in der Frage des Artikels II Absatz 2 dem Standpunkt der USA anschließen wolle.

Allerdings deutete sich auf der ersten Sitzung eine Verengung des Bündnisstreits auf eine bilaterale Kontroverse zwischen den USA und uns an. Um einer solchen Entwicklung im Bündniskreis entgegenzuwirken, baten wir – allerdings ohne großen Erfolg – vor der zweiten Sitzung des Militärausschusses andere Bündnispartner um stärkere Stützung der gemeinsamen Position. In dieser Sitzung verhielten wir uns dann zurückhaltend, ließen aber an unserer Position keinen Zweifel.

6) Einigung gelang im Militärausschuß lediglich auf einen Auftrag an SHAPE, eine Studie über bestimmte militärische Aspekte des Artikels II Absatz 2 (einschließlich der Interoperabilitätsprobleme bei divergierenden Rechtsstandards) zu erstellen. Für weitergehende Empfehlungen an den Politischen Ausschuß kam ein Konsens nicht zustande.

III. Weiteres Vorgehen

1) Mit der erneuten Befassung des Politischen Ausschusses, der die abweichenden Ansichten zu Artikel II Absatz 2 bereits seit 1981 ergebnislos diskutiert, dürfte eine Lösung des Problems nicht näherrücken, das zumindest auf militärischer Ebene die deutsch-amerikanischen Bündnisbeziehungen ernsthaft zu belasten droht.

2) Obwohl wir eine offene Bilateralisierung des Konflikts im Bündniskreis weiterhin vermeiden wollen, erscheint es allein sinnvoll und aussichtsreich, Lösungswege zunächst bilateral mit den USA bzw. im kleinsten Kreis vertraulich zu suchen.

3) Dabei empfiehlt es sich, unseren Standpunkt nun auch auf höherer politischer Ebene in Washington nachdrücklich vorzutragen. Nach unserem in den bisherigen Konsultationen gewonnenen Eindruck ist nicht auszuschließen, daß die von den amerikanischen Streitkräften vertretene harte Linie auf hoher po-

litischer Ebene noch nicht tief verankert ist. Hier sollten unsere weiteren Bemühungen ansetzen.

Als erster Schritt ist eine ausführliche Demarche im State Department beabsichtigt.[8]

4) Sollten der beabsichtigte und eventuelle Anschlußschritte erfolglos bleiben, müßten weitere Versuche, auf den amerikanischen Bündnispartner in dieser Frage einzuwirken, auf die Zeit nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl[9] verschoben werden.

5) Eine vorbehaltlose Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland kann bei fortdauernder amerikanischer Ablehnung des in Artikel II Absatz 2 normierten Standards noch nicht eingeleitet werden.

Eine solche Verzögerung ist wegen der auch im Bundestag (Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle) laut werdenden Fragen nach den Gründen für die Verschiebung der Ratifizierung des VN-Waffenübereinkommens bedauerlich. Sie ist aber wegen der unüberwindlichen Interoperabilitätsprobleme, die aus der Geltung unterschiedlicher Einsatzstandards für Brandwaffen in den integrierten Bündnisstrukturen resultieren würden, nicht zu vermeiden.

Referat 500 hat mitgezeichnet, das BMVg (Fü S III 5) hat dem Inhalt der Vorlage zugestimmt.

i. V. Holik

VS-Bd. 11550 (222)

8 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 22. Mai 1984, die angeordnete Demarche sei am Vortag „bei dem ranghöchsten sachkundigen Beamten des State Department, Dep[uty] Legal Advisor Matheson, ausgeführt" worden: „Matheson sagte Unterrichtung der Leitung des State Department über unsere Demarche und eine Antwort zu. Er vertrat die bekannte amerikanische Linie, die er, ohne sich persönlich zu engagieren, als von den Militärs bestimmt bezeichnete. […] Matheson räumte ein, daß die USA außer von Kanada – ‚das uns ohnehin folgt' – keine Unterstützung im Bündnis haben, erklärte jedoch, daß er derzeit keine bessere Möglichkeit sehe, als die Herbeiführung einer negativen amerikanischen Entscheidung – Einleitung des Ratifikationsverfahrens mit Vorbehalt – zu verhindern. Er erklärte, er werde vorschlagen, die Entscheidung über die amerikanische Ratifikation bis zum kommenden Jahr aufzuschieben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2302; VS-Bd. 11550 (222); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

121

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-9-369.00-697/84 VS-vertraulich **1. Mai 1984**[1]
200-369.40

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Bitte um Genehmigung

Betr.: Belebung der WEU;
hier: Entwicklung unserer Konzeption

Bezug: Bundesminister-Weisungen vom 22.[2] und 26. April 1984

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Schilling und von Studnitz, Legationsrat I. Klasse Zepter und Legationssekretärin Hertrampf konzipiert.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 1. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich auf einem Begleitvermerk für Bundesminister Genscher vermerkte: „1) Worauf es m. E. jetzt stark ankommt, ist, daß die WEU sich mit eigenen Rüstungsprogrammen i[n] d[er] NATO durchsetzt. Z. B. hat M[esserschmitt]B[ölkow]B[lohm] Spitzenerzeugnisse, die von der NATO wegen der US-Konkurrenz abgelehnt werden (auch Krupp). Dies ist viel besser, als auf den Weltmarkt zu gehen! 2) Im FS aus London sind noch eine Reihe von Anregungen, die wir prüfen müssen. 3) Ziff[er] I (Zielvorstellungen) scheint mir jetzt befriedigend gelungen."
Hat Bundesminister Genscher am 1. Mai 1984 vorgelegen, der Ziffer 1 des Vermerks von Meyer-Landrut hervorhob. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]". Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10885 (209); B 150, Aktenkopien 1984.
Ferner vermerkte Genscher handschriftlich auf der Vorlage: „1) Die Vorlage schafft eine gute Grundlage für das Gespräch mit BK u. B[undes]M[inister der]V[erteidigung]. 2) Der konzeptionelle Artikel sollte schnellstens vorgelegt werden. 3) Welche Vorschläge kamen von unserer Vertretung bei der WEU?"
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 2. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Meyer-Landrut an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 3. Mai 1984 erneut vorgelegen.
Hat Pfeffer am 3. Mai 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 200 und 201 verfügte.
Hat Schilling am 3. Mai 1984 erneut vorgelegen.
Hat Studnitz am 4. Mai 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Zepter vermerkte: „B[itte] Vorlage f[ür] Gespräch mit BK und BMVg."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ehni am 8. Mai 1984 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10885 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Ministerialdirigent Schauer legte am 18. April 1984 eine Aufzeichnung zur Belebung der WEU vor. Zu dieser vermerkte Bundesminister Genscher am 22. April 1984 handschriftlich: „Die Vorlage kann nicht befriedigen, der seit langem erbetene konzeptionelle Artikel fehlt. Der Tindemans-Artikel, der sich selbst nur als einen schüchternen Versuch betrachtet, wird nicht beachtet. Die sehr umfangreiche seriöse Literatur bleibt außer Betracht, die jüngsten Betrachtungen von Miksche werden nicht berücksichtigt. Inzwischen, d. h. nach Abfassung des Artikels, sind die Anregungen von François-Poncet zur Atomgemeinschaft hinzugekommen. Wie steht es überhaupt mit der Strategie des Bündnisses? Können wir uns auf die Dauer die Schwäche leisten, daß US und GB keine Wehrpflicht haben? Was wird mit der Personalstärke der Bundeswehr in den 90er Jahren? Welche Auswirkungen und politischen Strategien müssen für MBFR und KVAE beachtet werden? Seit Monaten bitte ich, über WEU nachzudenken; nachdem zunächst grundsätzliche Ablehnung kam, sind die jetzigen prozeduralen Vorschläge gänzlich unbefriedigend. Ich bitte sofort, d. h. beginnend am 23.4., eine umfassende Durchdringung der Probleme für erforderliche Alternativen zu erarbeiten, die Literatur ist zu sichten und zu bewerten. Wir sind an einem entscheidenden Wegende. Der WEU-Botschafter ist einzubeziehen. Ich erbitte einen ersten Bericht am Freitag, 27.4., abschließenden Bericht am 3.5." Vgl. Referat 209, Bd. 128400.

I. Unsere sicherheitspolitischen Zielvorstellungen für eine Belebung der WEU

1) Unsere umfassende Zielvorstellung für die Belebung der WEU ist die Notwendigkeit der Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz.

Diese Notwendigkeit wird – von wenigen Ausnahmen abgesehen – heute durchgehend in der Literatur und in zahlreichen öffentlichen Äußerungen westlicher Politiker anerkannt (z. B. Tindemans am 5.4.1984[3] vor Journalisten in Knokke[4]). Sie läßt sich in der Formel von Miksche zusammenfassen, daß das Schicksal der westlichen Gemeinschaft davon abhängt, ob die Europäer die Kraft finden, dem Atlantischen Pakt eine neue, dynamische Zukunft zu geben, die nicht von einer Allianz von 16 einzelnen Staaten, sondern in einem Bündnis zwischen Amerika und Westeuropa, also zwischen zwei Kontinenten, liegt (Miksche, Moskaus indirekte Strategie, S. 431[5]). Entscheidend ist also die Lebensfähigkeit der Allianz. Das Bündnis sollte sich in eine Richtung bewegen, die die Übernahme größerer Verantwortung und einer stärkeren Führungsrolle im Bündnis durch Westeuropa bedeutet (Sloan, Europa-Archiv 7, 1983, S. 206[6]).

Das im Rahmen der WEU zu entwickelnde größere Gewicht der Sieben soll zu einer besseren Balance innerhalb des Bündnisses zwischen den USA und den Europäern führen und damit der europäischen Stimme besseres Gehör verschaffen.

2) Die WEU bietet sich als Forum der europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit an, weil sie vertraglich[7] und institutionell[8] eng an die NATO gekoppelt ist.[9] Erfahrungen mit der Europäischen Akte[10] haben gezeigt, daß die Zehn zur Zeit zu einer solchen Zusammenarbeit nicht fähig sind (Widerstand von DK, IRL und GR). Wir erhoffen uns von der Belebung der WEU langfristig eine Zugwirkung für die europäische Einigung.

3) Die abzusehende Aufhebung der diskriminierenden Bestimmungen des WEU-Vertrages[11] und die neuerdings erklärte Bereitschaft Frankreichs, die WEU als einen Pfeiler der NATO (vgl. z. B. Mauroy im NATO-Brief 5/1983, S. 23–27[12]) zu aktivieren, haben aus unserer Sicht den Weg für eine langfristige und dauerhafte Belebung der WEU freigegeben. Der homogene Kreis der sieben WEU-

3 Korrigiert aus: „6.4.1984".

4 Legationssekretärin Hertrampf vermerkte am 13. April 1984, der belgische Außenminister Tindemans habe vor der achten Jahreskonferenz europäischer und amerikanischer Journalisten am 5. April 1984 in Knokke die Errichtung eines europäischen Pfeilers in der NATO zur Stärkung der atlantischen Partnerschaft angeregt und vorgeschlagen, „die WEU zum Forum der Diskussion und Koordination der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Sieben zu machen, untereinander ihre Politik hinsichtlich Entwicklung, Produktion und Kauf von Rüstungsgütern zu koordinieren und ein Forum zur Konzertierung und Analyse von Abrüstungsfragen zu konstituieren". Vgl. Referat 209, Bd. 128404. Für die Rede vgl. Referat 209, Bd. 128404.

5 Vgl. Ferdinand Otto MIKSCHE, Moskaus indirekte Strategie: Erfolge und Niederlage, Stuttgart 1983.

6 Vgl. Stanley R. Sloan, Wege zu einem neuen transatlantischen Übereinkommen: Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) als Instrument der Konsensbildung; EUROPA-ARCHIV 1983, S. 205–214.

7 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1".

8 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „2".

9 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Inwiefern? 1 u. 2."

10 Zum Vorschlag für eine Europäische Akte (Genscher-Colombo-Initiative) vgl. Dok. 55, Anm. 5.

11 Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen bzw. zu den Mengenkontrollen vgl. Dok. 1, Anm. 6 und 9.

12 Vgl. Pierre Mauroy, Frankreich und die westliche Sicherheit; NATO-BRIEF, 5/1983, S. 23–27.

Mitgliedstaaten soll ein europäisches Gemeinschaftsgefühl und eine möglichst weitgehende Interessenidentität in Sicherheitsfragen entwickeln und dadurch den Kern einer dritten, sicherheitspolitischen Dimension im europäischen Einigungsprozeß schaffen.[13]

4) Die Aktivierung der WEU sollte auch dazu dienen, das Selbstvertrauen der europäischen Verbündeten zu stärken und europäische Abhängigkeitskomplexe von den USA zu mindern.[14] Damit wird auch amerikanischer Kritik entgegengewirkt, Europa sei nicht bereit, genügend für seine Verteidigung zu tun (Kissinger), und weiche zunehmend sowjetischem Druck.

5) Die Formulierung der sicherheitspolitischen Interessen Europas erfordert eine umfassende Diskussion aller für die Sicherheit Europas relevanter Themen auf politischer Ebene. Grundlage sollte zunächst eine übereinstimmende europäische Bewertung der sowjetischen Bedrohung sein. Auf dieser Grundlage aufbauend, sind die Mittel zu beraten, mit denen die europäischen Verbündeten am wirkungsvollsten ihren Beitrag zur Abwehr dieser Bedrohung leisten können. Im Bündnis und auch im Verhältnis zu den USA dürfen kontroverse Themen aus der Diskussion nicht ausgeklammert werden. Die Sorge vor einer Doppelarbeit[15] in WEU und NATO ist kein überzeugendes Argument. Prinzip sollte sein, daß die WEU Abstimmungsforum der Europäer für alle Themen ist, für die sich eine gemeinsame Haltung der Europäer im Bündnis empfiehlt. Um der WEU als europäisches Koordinationsorgan für die NATO volle Wirksamkeit zu geben, ist die Einbeziehung der Verteidigungsminister von Anbeginn unerläßlich.

6) Die WEU sollte sich vorrangig mit der für die europäische Sicherheit vitalen Frage nach dem richtigen Strategiekonzept der Allianz befassen.

Nicht nur im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte sind in der europäischen Öffentlichkeit Zweifel an der Wirksamkeit der Abschreckung und der Verläßlichkeit des amerikanischen Nuklearschutzes geäußert worden. Genährt wird dieser Zweifel auch von amerikanischen Stimmen, darunter von hochrangigen Mitgliedern früherer US-Administrationen, die davor warnen (zuletzt Komer in EA 8/1984, S. 249–258[16]), die Europäer dürften sich nicht einseitig auf die amerikanische Nukleargarantie verlassen und ihre eigenen Verteidigungsanstrengungen insbesondere auf dem Gebiet der konventionellen Bewaffnung vernachlässigen.

Die Frage der Interaktion von nuklearem Schutzschirm und Stärkung der konventionellen Komponente der Verteidigung bedarf einer sorgfältigen und kritischen Bestandsaufnahme in der WEU. Aus europäischer Sicht kann kein Konzept überzeugen, das einen auf Europa beschränkten konventionellen Krieg über

13 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Keine bloße Addierung, sondern Umschlag in eine neue, höhere Qualität."

14 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Neutralistische und anti-amerikanische Tendenzen sollten dadurch von sich aus zurückgehen. Darüber hinaus: Aktives Zusammenwirken der WEU-Staaten in der ‚psychologischen Schlacht um Europa'."

15 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Thematische Doppelbehandlung ist unumgänglich."

16 Vgl. Robert W. Komer, Sicherheitsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa; EUROPA-ARCHIV 1984, S. 249–258.

längere Dauer impliziert. Die amerikanischen Aufforderungen an die Europäer, mehr für die Stärkung der konventionellen Komponente der Verteidigung zu tun, können gleichwohl nicht unbeachtet bleiben.[17] Es sollte jedoch Aufgabe der WEU sein, eine Diskussion der Europäer über die europaspezifische Implikation der Allianzstrategie der flexiblen Antwort[18] zu führen und gemeinsam darauf zu dringen, daß mögliche Änderungen oder Adaptierungen mit Washington intensiv konsultiert und europäische Interessen berücksichtigt werden. In jedem Fall sollte die WEU dafür Sorge tragen, daß in diesem Zusammenhang Überraschungen, Bilateralismus und abrupte Wendungen vermieden werden.[19]

In dem Maße, wie sich die WEU-Zusammenarbeit konsolidiert, besteht auch die Möglichkeit, über die Sonderrolle der beiden europäischen Nuklearmächte im WEU-Kreis mit dem Ziel einer stärkeren Angleichung der Taktik und Strategie zu sprechen. In diese Richtung zielen auch die Überlegungen François-Poncets (Die Welt vom 21.4.1984[20]), wenn er auch an ein auffälligeres Forum (Nuklearrat der europäischen Stationierungsländer) denkt. Todenhöfers institutionelle Vorstellungen sind nicht schlüssig, obwohl auch er die Frage des europäischen Pfeilers mit nuklearer und konventioneller Komponente zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht (Die Welt vom 17.4.1984, S. 6[21]). Zum Verhältnis zwischen konventioneller und nuklearer Abschreckung vgl. auch Stratmann, NATO-Strategie in der Krise, Nomos, 1981.[22] Spezifische deutsche Interessen (z. B. Vorneverteidigung[23], Eskalationsbereitschaft bei Gefahr eines lang anhaltenden regional begrenzten Krieges in Mitteleuropa) wären auch im Rahmen der WEU immer wieder in Erinnerung zu rufen.[24]

7) Was die West-Ost-Beziehungen anbetrifft, müssen die Sieben im Rahmen der NATO auf Stetigkeit in der Behandlung der SU und der Staaten des WP dringen und die ausgewogene Politik, die auf dem Harmel-Bericht[25] fußt, gegen alle Pendelausschläge verteidigen. Dies gilt insbesondere für die Frage der unterschiedlichen Einschätzung der Entspannungspolitik und ihrer Erfolge. Die For-

17 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Sie entsprechen unserer eigenen Überzeugung."

18 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 2, Anm. 12.

19 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Z. B. Wehrpflichtfrage!"

20 Vgl. dazu den Artikel „François-Poncet fordert Nuklearrat Westeuropas"; DIE WELT vom 21./22. April 1984, S. 1 und 8.

21 Vgl. den Artikel von Jürgen Todenhöfer „Eine europäische Atomstreitmacht als zweite Säule"; DIE WELT vom 17. April 1984, S. 6

22 Der Passus „In diese Richtung … Krise, Nomos, 1981" wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit eckigen Klammern versehen.
Vgl. Karl-Peter STRATMANN, NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, Baden-Baden 1981 (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 5, hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen).

23 Zu diesem Wort vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Auch Zielplanung."

24 Die Wörter „wieder in Erinnerung zu rufen" wurden von Bundesminister Genscher unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zu schwach!"

25 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

mulierung eines einheitlichen europäischen Standpunktes könnte eine Reihe von transatlantischen Mißverständnissen und Irritationen ausräumen, selbst wenn die Standpunkte nicht deckungsgleich werden. Die historischen und kulturellen Verbindungen mit den osteuropäischen Staaten bieten den Sieben eine gute Grundlage, als Motor der West-Ost-Verständigung zu fungieren. Dieses auf Dauer angelegte Konzept darf nicht durch kurzfristige Rücksichtnahme auf Stimmungen und Strömungen der Innenpolitik und ein gewisses Auf und Ab in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ins Schwanken gebracht werden.

8) Die WEU sollte sich auch des Themas der Beziehungen zur Dritten Welt annehmen. Auch hier zeichnet sich die Möglichkeit wachsender Meinungsunterschiede zwischen Europa und den USA ab: Die USA reagieren mit Irritation auf europäische Abweichung von der amerikanischen Neigung, Krisen und Konflikte in der Dritten Welt vorwiegend unter dem Aspekt des Ost-West-Konfliktes zu betrachten und entsprechend zu reagieren. Die Europäer müssen daher gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um der Gefahr eines möglichen Auseinanderdriftens zwischen Europa und Amerika zu begegnen. Die Sieben müssen ihr primär regional ausgerichtetes sicherheitspolitisches Interesse sowie ihr globales politisches Interesse gemeinsam formulieren, um den Dialog mit den auch sicherheitspolitisch global denkenden USA klarer als bisher führen zu können. Was die Out-of-area-Problematik angeht, werden wir auch im WEU-Rahmen verschiedene Rollenverständnisse[26] konstatieren. Die Beratung und Abstimmung in diesem Kreis hat allerdings den großen Vorteil, die Meinung der Partner von Lage zu Lage genau zu kennen und sich gegenseitig stützen zu können. Man könnte daran denken, daß die Sieben die Grundprinzipien zur Dritte-Welt-Politik, die in den letzten NATO-Kommuniqués niedergelegt sind, gemeinsam weiterentwickeln.[27]

9) Die Diskussion rüstungskontrollpolitischer Themen kann von der Natur der Sachzusammenhänge her nicht aus der WEU ausgeklammert werden und wird in vielen Bereichen zu einer Vorformulierung gemeinsamer europäischer Positionen führen. Allerdings müssen wir hier mit besonderen Empfindlichkeiten der USA rechnen und sollten diesen, wo immer möglich, Rechnung tragen.

10) Im Bereich der Rüstungskooperation stellt sich die Aufgabe, im WEU-Rahmen die vorhandenen europäischen Ressourcen für die konventionelle Komponente der Verteidigung stärker zu nutzen. Ein gemeinsames Vorgehen der Sieben könnte die Forderung der Europäer nach einer europäisch-amerikanischen Zweibahnstraße im Bereich der Rüstungskooperation und nach freiem Technologietransfer stärken.[28] Allerdings sollen die bereits vorhandenen Institutionen

26 Die Wörter „verschiedene Rollenverständnisse“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „unterschiedliches Rollenverständnis“.

27 Der Passus „NATO-Kommuniqués … weiterentwickeln“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Soweit nicht in EPZ abgedeckt wie Nahost oder Iran/Irak.“

28 Der Passus „könnte die Forderung … freiem Technologietransfer stärken“ und das Wort „Zweibahnstraße“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M. E. ein zentraler Punkt.“
Dieser Vermerk von Meyer-Landrut wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

der europäischen Verbündeten, IEPG und[29] Eurogroup, in ihrer Arbeit nicht beeinträchtigt werden.

11) Die WEU sollte sich auch bald der Frage widmen, wie das Problem der Wehrstruktur der neunziger Jahre gelöst werden kann (Rückgang der wehrfähigen Bevölkerung[30]). Wenn es[31] nicht gelingt, durch einen erfolgreichen Abschluß der MBFR-Verhandlungen eine Reduzierung der militärischen Präsenz in Europa zu erreichen[32], müßten andere Mechanismen gefunden werden, um die zu erwartenden personellen Defizite auszugleichen. Die WEU könnte über Verlängerung und Erweiterung der Wehrpflicht in Europa konsultieren.[33] Damit könnten langfristig Ansätze für eine gemeinsame europäische Verteidigungsstruktur im Rahmen des Bündnisses geschaffen werden.

12) Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung wird als eine Art Kristallisationskern innerhalb der Sieben ihren besonderen Stellenwert haben. Unser Interesse wird es sein, Fortschritte im bilateralen Verhältnis (z. B. französische Überlegungen zur faktischen Teilnahme an der Vorneverteidigung oder gar die Ausdehnung des französischen strategischen Sanktuariums[34]) in der WEU einzubringen.

13) Das Verhältnis der WEU zu den europäischen Flankenstaaten der NATO wird aus sachlichen Gründen als besondere Herausforderung vor die WEU treten: Die maritime Bedrohung Europas im Nordmeer (Norwegen), das gemeinsame deutsch-dänische Kommando in Schleswig-Holstein, die gemeinsame Rüstungsproduktion mit Spanien beim Jäger für die 90er Jahre[35] wird die jeweils hauptbetroffenen Staaten im Rahmen wachsender WEU-Kooperation nach Einfluß auf die Meinungsbildung verlangen lassen. Vor einer Konsolidierung der neubelebten WEU sollte an deren Erweiterung nicht gedacht werden. Es kann sich jedoch die Notwendigkeit pragmatischer Ad-hoc-Lösungen ergeben, die von der WEU entwickelt werden müssen.

14) Die Politik der Belebung der WEU und die Abschaffung der Herstellungsbeschränkungen werden der SU und den Staaten des WP in sachlicher Form zu erläutern sein. Dabei ist darauf abzuheben, daß eine von Moskau möglicherweise erhoffte Abkoppelung von den USA nicht stattfinden wird, wohl aber eine im Interesse des Ostens liegende und von der WEU mitbewirkte Stabilisierung der Beziehungen zwischen West und Ost, die auch dem Osten zugute kommt.

29 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „der".

30 Zur „Wehrpflichtlücke" vgl. Dok. 251.

31 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „beispielsweise".

32 Der Passus „eine Reduzierung … zu erreichen" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist leider nicht das Ziel der MBFR-Verhandlungen, sie sind auf Mitteleuropa beschränkt. Reduzierung der militärischen Präsenz wird praktisch nur für USA u. Bundesrep[ublik] Deutschland wirksam werden."

33 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das kann nicht die einzige Antwort auf die Personalprobleme sein."

34 Die Wörter „Ausdehnung des französischen strategischen Sanktuariums" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bundesrepublik?"

35 Zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens bei der Entwicklung eines Jagdflugzeugs für die 90er Jahre („Jäger 90") vgl. Dok. 67, Anm. 4.

15) Die Aktivierung der WEU hat somit zwei Hauptziele: Ungleichgewichte, Unstimmigkeiten und Divergenzen in der NATO und im Rahmen der transatlantischen Beziehungen abzubauen und einen ersten Schritt in Richtung auf eine sicherheitspolitische Dimension des europäischen Einigungsprozesses zu tun. Der psychologische Augenblick ist günstig: In Europa gibt es eine breite Bewegung, die sich für ein engeres sicherheitspolitisches Zusammengehen der Europäer ausspricht. Die großen Probleme der kommenden Jahrzehnte, die möglichen Veränderungen der Strategie durch neue Technologien oder neue Konzepte wie SDI, die Möglichkeiten einer Verlagerung amerikanischer Interessen in den pazifischen Raum lassen ein Zusammengehen der Europäer auf sicherheitspolitischem Gebiet geboten erscheinen. Bei alledem darf nicht in Vergessenheit geraten, daß die WEU nur ein Pfeiler des Bündnisses ist, der ohne den amerikanischen Pfeiler nicht tragfähig ist. Schließlich: Eine belebte WEU könnte Agens für eine Dynamisierung der NATO werden.[36]

II. Positionen der WEU-Partner

1) Frankreich

F ist Initiator der derzeitigen Bestrebungen um eine Belebung der WEU.[37] Es sieht die WEU zum einen als Diskussions- und Konsultationsforum, das dazu genutzt werden sollte, durch Förderung der europäischen Solidarität und Formulierung spezifischer gemeinsamer Interessen auch die atlantische Solidarität zu fördern.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für F die mögliche Nutzung des Ständigen Rüstungsausschusses (SRA) für eine engere Rüstungskooperation unter den Mitgliedstaaten. Schließlich ist auch die Aufhebung der Mengenkontrollen ein französisches Ziel, da F sich gegenüber GB durch die Vertragsbestimmungen diskriminiert fühlt.

Die französischen Zielsetzungen fanden Niederschlag im französischen Memorandum, das am 1.2.84 im Ständigen Rat in London vorgelegt wurde[38] und – mit deutscher, belgischer und italienischer Unterstützung – Grundlage der jetzigen Diskussion wurde. F hat dabei unsere Vorstellung, den Ministerrat zum Kernstück der WEU-Belebung zu machen, aufgenommen.

Hintergrund der französischen Initiative dürfte das stärkere Interesse Frankreichs an der NATO sein, die das Ergebnis veränderter Bedrohungsperzeptionen ist (Zweifel an der nuklearen Schutzgarantie der USA; Sorge über Entwicklungen in Deutschland; Infragestellung der Force de dissuasion und deren Modernisierung durch die sowjetische INF-Politik). Als operative Konsequenz wird eine Kooperation ohne Reintegration angestrebt und in diesem Zusammenhang die WEU als geeigneter institutioneller Rahmen gesehen.[39]

36 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

37 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Es scheint Meinungsverschiedenheiten in der franz[ösischen] Führung zu geben, so Dumas am 28.4."

38 Für das französische Memorandum, das am 30. Januar 1984 den übrigen WEU-Mitgliedstaaten übermittelt wurde, vgl. Referat 209, Bd. 128400.

39 Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Obwohl Initiator, drängt F nicht sonderlich."

2) Großbritannien

GB hat seine anfangs sehr reservierte Haltung inzwischen aufgegeben. Deutlichstes Zeichen dafür war eine Rede von AM Howe am 22.3.84[40] (drei Tage nach gescheitertem ER 20.3.84![41]) vor dem Unterhaus, nach der folgende Elemente für die britische Haltung wesentlich sind:

– Engere europäische Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich ist wünschenswert.
– Mögliche Felder der Zusammenarbeit sind: Politische Konsultationen in sicherheitsbezogenen Fragen, Zusammenarbeit in Strategiefragen, Zusammenarbeit bei der Bereitstellung von Ressourcen und Streitkräften und bei der Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern.[42]

Allerdings besteht noch immer Zurückhaltung in der Frage, ob die WEU dazu das geeignete Forum sei. Idealvorstellung der Briten wäre statt dessen die Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration der NATO[43] bzw. in die Eurogroup. Die jetzt dennoch positivere Haltung gegenüber der WEU (die u. a. wohl darauf zurückzuführen ist, daß auch nach US-Einschätzung die Europäer ihre sicherheitspolitischen Anliegen stärker in die eigene Hand nehmen sollten) verbindet GB mit der Vorstellung, daß die USA ebenso wie die europäischen Nicht-WEU-Mitglieder der NATO laufend unterrichtet werden.

Unsicherheit besteht bei GB darüber, welche Themen in der WEU behandelt werden sollten. Britische Prämisse ist Vermeidung eines „double emploi". Positiv wertet GB Themen wie eine Analyse der sowjetischen Bedrohung Europas und der Out-of-area-Problematik. Gänzlich negativ sieht man dagegen die von Frankreich gewünschte Rüstungskooperation im WEU-Rahmen, da man eine Konkurrenz zu IEPG und CNAD vermeiden will.[44]

3) Italien

Die italienische Haltung zum französischen Memorandum war von Anfang an positiv, wobei im Vordergrund des italienischen Interesses die Schaffung eines europäischen Forums für Rüstungskooperation steht. IT sieht darin die Möglichkeit zur Abschaffung des deutsch-französisch-britischen Trilateralismus, auf dessen Beseitigung es drängt.

IT hat mit der Einladung zu einem gemeinsamen Treffen der AM und VM am 26./27. Oktober in Rom[45] (30. Jahrestag der WEU) einen wichtigen Beitrag zur WEU-Belebung geleistet.

Problematisch ist derzeit noch die italienische Haltung zur Reform des Rüstungskontrollamtes (RKA): Während auf höherer Ebene keine Einwände gegen die französischen Forderungen nach Abschaffung aller Mengenkontrollen

40 Korrigiert aus: „23.3.84".
41 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vgl. Dok. 88.
42 Für den Wortlaut der Ausführungen des britischen Außenministers Howe vgl. HANSARD, Commons, 1983/84, Bd. 56, Sp. 1195.
43 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.
44 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut angeschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier müssen wir die Engländer überzeugen!"
45 Zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 290.

erhoben wurden, betreibt IT auf Arbeitsebene (in AG zur Reform des RKA in London) eine Obstruktionspolitik, die personalpolitische Gründe hat (Wegfall italienischer Stellen im RKA).

4) Belgien

B hat den Gedanken einer Belebung der WEU von Anfang an unterstützt und die gleichen Prioritäten wie wir gesetzt:

– Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO,

– keine Abkoppelung von den USA,

– keine Beeinträchtigung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der Zehn.

In seiner Rede am 5.4.84[46] machte AM Tindemans deutlich, daß B eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit im WEU-Rahmen als ersten Schritt in Richtung auf eine sicherheitspolitische und verteidigungspolitische Zusammenarbeit der Zehn betrachtet. Als Reaktion auf das französische Memorandum hat B am 27.3.84 ein eigenes Memorandum vorgelegt[47], das diese Grundsätze betont und eine Reihe von nützlichen Vorschlägen für die technische Ausgestaltung der Revitalisierung enthält.

Auch Belgien betrachtet den Ministerrat als Kernstück der WEU-Belebung, betont außerdem die besondere Bedeutung einer Rüstungskooperation – Rolle des Ständigen Rüstungsausschusses (SRA) – und wünscht eine stärkere Rolle für die WEU-Versammlung.

5) Niederlande

Weiterhin am skeptischsten bleibt die Haltung der[48] NL, obwohl die anfängliche starke Ablehnung nachgelassen hat. Die anfängliche Ablehnung war durch Mißtrauen hinsichtlich der französischen Motive bestimmt. Die Niederländer befürchteten, die WEU könne als Alternative zur NATO in die Diskussion gebracht worden sein. Neuere Äußerungen (StS van Houwelingen am 29.3.84 in Den Haag[49]) erwecken den Eindruck, daß diese Befürchtung nicht mehr besteht. Starker Widerstand besteht jedoch nach wie vor im Hinblick auf eine Belebung des SRA und seine Nutzung für europäische Rüstungskooperation. Ebenso wie GB lehnt NL alles ab, was geeignet sein könnte, die Arbeit der IEPG[50] zu stören.[51]

46 Korrigiert aus: „6.4.84".

47 Für das belgische Memorandum vgl. Referat 209, Bd. 128404.

48 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „von".

49 Fregattenkapitän Hammer, Den Haag, teilte am 29. März 1984 mit, der Staatssekretär im niederländischen Verteidigungsministerium, van Houwelingen, habe in einem Interview mit der niederländischen Tageszeitung „NRC Handelsblad" für eine neue europäische Initiative auf dem Gebiet der Rüstungskooperation plädiert: „Französische Bemühungen zur Wiederbelebung der WEU werden zu Unrecht als gegen USA gerichtet gesehen. Sie zielen nach Auffassung van Houwelingens eher darauf ab, mit einer kleinen Gruppe von Ländern schneller zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Van Houwelingen strebt an, IEPG-Beratungen auf politisch höhere Ministerebene zu heben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 229; Referat 209, Bd. 128400.

50 Die Wörter „lehnt NL alles ab, was" und „IEPG" wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Weil sie auf der Ebene der Rüstungsdirektoren eher mauern können!"

51 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Offensichtlich befürchtet

6) Luxemburg

LUX hat sich während der Diskussion um die Belebung der WEU zurückgehalten; gelegentliche Äußerungen waren jedoch zustimmend.

Ministerpräsident Werner hat in einem Interview vom 22.4.84 die WEU als Grundlage bezeichnet, auf der man aufbauen und mit deren Hilfe man den transatlantischen Dialog in der NATO beleben könne.

7) Zusammenfassung

Alle WEU-Partner haben, wenn auch in unterschiedlichen Abstufungen, ihre Unterstützung für den Versuch einer WEU-Belebung bekundet. Alle sind darin einig, daß es darum geht, den europäischen Pfeiler der NATO und das Bündnis insgesamt dadurch zu stärken, daß die Europäer im sicherheitspolitischen Bereich handlungsfähiger werden. Übereinstimmung besteht[52] in den Forderungen,

– daß die Unterrichtung der USA und
– die Unterrichtung der Flankenstaaten der NATO gewährleistet sein muß, und
– daß die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Zehn nicht beeinträchtigt werden soll.

Die Vorstellungen über die zu behandelnde Thematik und über Ziele und Wege zu deren Erreichen gehen jedoch noch weit auseinander.[53]

Besondere Schwierigkeiten sind in der Frage der Rolle des SRA zu erwarten.

8) Stellungnahme der USA

Die USA haben – so zuletzt Burt gegenüber StM Mertes – die Initiative zur Stärkung des europäischen Pfeilers der transatlantischen Brücke grundsätzlich begrüßt.

Burt beanstandete jedoch, daß die Konsultationen mit den USA bisher nicht ausreichend gewesen seien. Außerdem müsse klar sein, daß die WEU kein Konkurrent zur NATO sei, sondern im Gegenteil zur Förderung des transatlantischen Zusammenhalts beitrage. Schließlich sei für die USA wichtig, daß sich die WEU keine rüstungskontrollpolitische Funktion zuschreibe. Rüstungskontrollpolitik müsse exklusiv in der Allianz behandelt werden.[54]

III. Mögliche Wege zur Erreichung der angesprochenen Ziele:

1) Entwicklung der WEU zu einem hochrangigen Konsultations- und Diskus-

Fortsetzung Fußnote von Seite 581

NL, im Kreis der 7 das sicherheitspolitische Schlußlicht zu werden, während es sich sonst hinter DK u. GR verstecken kann."

52 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „zwar".

53 Die Wörter „weit auseinander" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Deshalb ist auch die Frage des optimalen Tempos nicht leicht abzuschätzen. Die meisten sind auf ‚Schritt für Schritt' eingestellt. Wir dürfen nichts verschütten. Ein zupackender Versuch sofort kann vielleicht die Übrigen mitziehen."

54 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das gilt aber auch für die USA!"
Gesandter Wallau, Washington, teilte am 27. April 1984 mit, im Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, am selben Tag habe Staatsminister Mertes die Haltung der Bundesregierung zu einer Belebung der WEU erläutert und sich „nachdrücklich für vollständige Transparenz der europäischen Absichten" ausgesprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1911; VS-Bd. 12938 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

sionsforum, in dem gemeinsame europäische Ziele und Standpunkte erarbeitet werden können:

a) Als Kernstück dieser Entwicklung sehen wir die Aktivierung des Ministerrats der WEU, d. h.

– Teilnahme der Außen- und Verteidigungsminister,
– Ausweitung des Themenkatalogs i. S. der Zielvorstellungen unter I.,
– Erhöhung der Sitzungsfrequenz (zweimal statt bisher einmal pro Jahr).

b) Von dem derart aktivierten Ministerrat werden automatisch Impulse für die Arbeit des Ständigen Rats ausgehen, der sich mit Fragen von erheblichem sicherheitspolitischem Inhalt befassen müßte.

Angesichts der umfangreichen Themenstellung werden die Sitzungen des Ministerrats wie auch des Ständigen Rats der Zuarbeit von fachlicher militärischer Seite bedürfen. Als organisatorische Lösungen kommen in Betracht: ad hoc von Hauptstädten entsandte Experten oder Beauftragung der Attachés der WEU-Botschaften am Sitz des Ständigen Rats in London oder eine zusätzliche militärische Unterorganisation des Ständigen Rats (Finanzproblem).[55]

Der Ständige Rat könnte zum Lenkungsausschuß für neu einzusetzende Arbeitsgruppen entsprechend der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit für

– politisch-strategische Fragen,
– militärische Zusammenarbeit (Verbesserung der Zusammenarbeit der Streitkräfte),
– Rüstungszusammenarbeit[56]

aufgewertet werden. Zur Besetzung dieser Arbeitsgruppen kommen entweder Ad-hoc-Vertreter aus den Hauptstädten oder Botschaftsangehörige in Betracht.

2) Neue und zusätzliche Aufgaben für den SRA

Der kostenbedingte Zwang zur Standardisierung und Spezialisierung macht eine europäische Agentur für Rüstungsbeschaffung (als Pendant zu einem im Entstehen begriffenen Gremium in den USA) notwendig und bietet die Möglichkeit zur Durchsetzung der „Zweibahnstraße“.[57] Diese Aufgabe könnte der SRA übernehmen.[58]

Um die Konkurrenz zur IEPG zu vermeiden, könnte der SRA auch als Sekretariat der IEPG, die selbst über kein Sekretariat verfügt, fungieren. Es wäre eine rechtliche Konstruktion denkbar, nach der die IEPG als Agentur der WEU tätig wird, obwohl sie mehr Mitglieder umfaßt als die WEU (vgl. Internationale Energieagentur der OECD).[59]

55 Der Passus „militärische Unterorganisation … (Finanzproblem)“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nach meiner Ansicht z. Zt. nicht konsensfähig.“

56 Der Passus „Der Ständige Rat könnte … Rüstungszusammenarbeit“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

57 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Fragezeichen hervorgehoben.

58 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Ich glaube nicht, daß BMVg den Vorschlägen unter 2) zustimmen wird.“

59 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher durch Fragezeichen hervorgehoben.

3) Rüstungskontrollamt

Das Rüstungskontrollamt könnte die Erarbeitung von Studien und Analysen im Bereich Verifikation und Rüstungskontrolle für die Mitgliedstaaten übernehmen. Es müßte dazu personell neu strukturiert werden.

4) WEU-Versammlung

Nach einer Belebung der WEU ist damit zu rechnen, daß sicherheitspolitische Experten aus den nationalen Parlamenten verstärktes Interesse an der Versammlung zeigen werden.[60]

IV. Vorstehende Überlegungen in den Abschnitten I und III sind bisher nicht mit dem BMVg, aber auch nicht mit den WEU-Partnern besprochen worden. Es wird vorgeschlagen, daß Sie hierüber so bald wie möglich mit dem Bundeskanzler und BM Wörner, anschließend zunächst mit den Ministern Howe und Cheysson und danach mit den übrigen WEU-Partnern in einen Gedankenaustausch eintreten.[61]

Es kommt darauf an, mit BM Wörner Einvernehmen über das breite Themenspektrum gemäß Ziffer I zu erzielen, dessen Behandlung eine sehr aktive Mitarbeit des BMVg erfordert, und insbesondere festzustellen, ob sich das BMVg zu einem Vorantreiben der Rüstungskooperation im Rahmen der WEU entschließen kann. Aus dem Umfang der akzeptierten Thematik ergeben sich organisatorische Notwendigkeiten, die in Abschnitt III nur skizziert sind.[62]

Pfeffer

VS-Bd. 10885 (209)

60 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Botschaft London hat mit beiliegendem DB 720 eine Reihe weiterer Vorschläge bis hin zu WEU-Generalstabsbesprechungen gemacht, die näherer Prüfung bedürfen."

61 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

62 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.
Bundesminister Genscher hob diesen Absatz hervor. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

122

Deutsch-britisches Regierungsgespräch in Chequers

VS-vertraulich **2. Mai 1984**[1]

Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Frau PM Thatcher anläßlich der deutsch-britischen Gipfelkonsultationen am 2. Mai 1984, vormittags

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Dr. Stabreit als Note-taker, VLR I Weber als Dolmetscher;

auf britischer Seite: Herr Coles als Note-taker, Herr Lederer als Dolmetscher.

Nach kurzen einleitenden Bemerkungen eröffnet PM *Thatcher* das Gespräch mit dem Gemeinschaftsthema. Sie sei tief besorgt, insbesondere darüber, daß das Gefühl entstanden sei, die EG könne ihre Probleme nicht lösen. Vor den Wahlen[2] sei dies besonders unangenehm, aber auch vor dem Hintergrund der weltpolitischen Lage (sie erwähnt den Terrorismus, die Ost-West-Beziehungen und die bevorstehenden Wahlen in den Vereinigten Staaten[3]). Sie wolle die noch ausstehenden Probleme gelöst sehen, bevor die Wahlkampagne anlaufe.

Der *Bundeskanzler* antwortet, er fände diese Ausführungen von Frau PM Thatcher sehr interessant. Wir sollten unter Freunden offen reden. Ihm sei nicht klar gewesen, ob Frau Thatcher das britische Beitragsproblem überhaupt vor der Wahl gelöst sehen wollte.

Frau *Thatcher* antwortet, sie habe es bereits in Brüssel[4] lösen wollen.

Bundeskanzler weist darauf hin, deutsche Journalisten in London hätten spekuliert, es sei die Taktik der Premierministerin, die Frage bis zu den Wahlen offenzulassen, um dann acht Tage später in Fontainebleau[5] zu einem Abschluß zu kommen. Unser Interesse sei es, die EG-Probleme so schnell wie möglich zu lösen. Dies habe überhaupt nichts mit der Europawahl zu tun. Die Europawahl werde vor allem unter innenpolitischen Gesichtspunkten ausgefochten, und die Regierungskoalition habe hier eine gute Position. Bundeskanzler weist auf deutsche Wirtschaftsdaten hin (3% Wachstum, im Juni vermutlich unter 2 Mio. Arbeitslose, 3% Inflation, bevorstehende Entscheidung über die Steuerreform[6]). Alles sei auf gutem Wege. Er wolle die Europawahl sehr offensiv führen und

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 3. Mai 1984 gefertigt und am folgenden Tag „vorbehaltlich der Genehmigung des Bundeskanzlers […] zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt.
Hat Ploetz am 4. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 5. Mai 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

3 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 vgl. Dok. 88.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.

6 Zu den steuerpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung vgl. Dok. 72, Anm. 5.

sei optimistisch, da die Sozialdemokraten nach wie vor eine schlechte Politik machten. Sie hätten sich noch nicht gefangen. Die gegen die Nachrüstung gerichtete Kampagne sei zusammengebrochen. Zur Zeit hätten wir ein wichtiges Problem zu lösen. Es gehe um die Forderung der Gewerkschaften nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Die Gewerkschaftsfront sei in dieser Frage auseinandergebrochen. Einige Gewerkschaften folgten seinen Argumenten. Einige ganz Linke wollten die 35-Stunden-Woche jedoch erzwingen. Man müsse diese Frage aussitzen. Er selbst werde nicht nachgeben. Wenn es zu einem Streik käme, würde dieser ein Mißerfolg werden. Er sei gespannt, wie die Lage im Falle eines Streiks nach acht Tagen aussähe. Die Sache sei auch bei den Arbeitern völlig unpopulär.

Was er, der Bundeskanzler, schlecht finden würde, sei, wenn die Debatte darauf hinauslaufe, daß man das Vereinigte Königreich zum alleinigen Schuldigen erkläre. Selbstverständlich brauche Europa das Vereinigte Königreich. Er habe im Bundestag sehr offen über diese Fragen gesprochen.[7] In Brüssel sei in Wirklichkeit sehr viel erledigt worden. Was das Obergrenzen-Modell anbetreffe, so könne dies von den Finanzministern bis zum Juni zu einem guten Ende gebracht werden.

Frau *Thatcher* antwortet, sie wisse nicht, wo die Idee hergekommen sei, daß sie ein Ergebnis erst nach den Europawahlen anstrebe. Sie habe nach dem Frühstück des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand in Brüssel am zweiten Tag des Europäischen Rates den französischen Präsidenten gebeten, Beamte sollten sich zusammensetzen, um an einem System zu arbeiten, das insbesondere die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien als Nettozahler schützen würde. Dieses System habe auch die Interessen Portugals berücksichtigen sollen. Dies sei geschehen. Dann habe Großbritannien sich zu bewegen angefangen. Sie sei von 1500 Mio. ECU auf 1300 und schließlich auf 1250 heruntergegangen. Dieses letztere Angebot habe sie nur gemacht, weil sie fälschlicherweise davon ausgegangen sei, daß es für die Bundesrepublik akzeptabel sein würde. Auch bei der Ziffer von 1250 Mio. ECU wäre Großbritannien in bedeutendem Umfange Nettobeitragszahler geblieben.

Natürlich sei Großbritannien ein loyales Mitglied Europas. Sie könne jedem ihrer Kollegen in Europa ins Gesicht sehen und sich, was die Eigenschaft als gute Europäer anbetreffe, mit ihm vergleichen lassen (challenge them on who is a better European). Großbritannien unterhalte 65 000 Mann in vorderster Front. Es gebe nur eine „common resource“ in Europa, dieses seien die Meere. 66% des Fischereimeeres stelle Großbritannien, entnehme jedoch nur 33% des Fisches. Großbritanniens Handelsbilanz mit den übrigen EG-Staaten sei um 8 Mrd. Dollar defizitär. Großbritannien stelle einen großen Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom Kontinent dar. Auf der anderen Seite verweigere man GB den Zugang zum Binnenmarkt in wichtigen Bereichen, z.B. in der Versicherungswirtschaft. GB sei loyal und verläßlich. Es werde auch in Zukunft ein großer Nettozahler bleiben. Es sei doch absolut grotesk, wenn die Nettoempfänger, darunter

[7] Vgl. dazu die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 28. März 1984 zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 127, S. 4229–4233.

Länder wie Dänemark, insgesamt mehr britisches Geld bekämen als die große Zahl bedürftiger Länder in der Dritten Welt, wie Simbabwe, Bangladesch etc.

Wer sich in Europa beklage, tue meist gar nichts. Die Briten seien nicht Demandeur, und sie seien keine Empfänger, sondern gäben Geld. Das gleiche gelte für Deutschland.

Was den Vorwurf britischer Lebensmittelimporte aus Drittländern anbetreffe, so sei Neuseeland im Krieg England zu Hilfe gekommen. GB könne Neuseeland jetzt nicht im Stich lassen. Trotzdem habe sie in der Frage der „levies" (Abschöpfungen) als Faktor der Berechnung des Nettosaldos nachgegeben.

Sie wolle zugeben, Präsident Mitterrand habe sich große Mühe gegeben. Man solle nun versuchen, am 14. Mai beim Außenministertreffen zu einem Ergebnis zu kommen.[8]

In GB gebe es jetzt drei by-elections.[9] Die Leute wählten nicht nur auf der Grundlage wirtschaftlicher Gesichtspunkte, die Bevölkerung habe vielmehr das Gefühl, daß GB übers Ohr gehauen werde (gets a raw deal). Man sei jedoch leidenschaftlich Europäer („we are passionate Europeans"). Der Grund, warum GB sich Europa angeschlossen habe, sei der gewesen, daß es nie wieder zwischen Westeuropäern einen Krieg habe geben sollen. Präsident Mitterrand unterstelle seine Truppen nicht der NATO[10], was bekanntlich eine ungeheure Schwäche des westlichen Verteidigungsbündnisses sei. Sie sage: Was könne nicht Europa alles darstellen und bewirken! Aber die Bevölkerung antworte ihr: Wie könne sie das sagen, wenn sie nicht einmal einen „fair deal" für das Vereinigte Königreich aus Europa bekäme?

Sie habe sich strikt an das internationale Recht gehalten und die britischen Beiträge nicht einbehalten. Europa sei gegenüber GB rechtlich nicht „in technical default" (in Zahlungsverzug). Aber Europa habe gegenüber GB sein Wort gebrochen. Die Labour Partei werde ihr vorwerfen, daß sie keine ausreichend gute Lösung bekommen habe, weil sie die britischen Beiträge nicht einbehalten habe.

Der Bundeskanzler und sie glaubten, daß Europa eine Rolle spielen müsse und stärker sein könne. Wenn die drei großen Länder sich einig seien, würden die anderen mit ihnen mitgehen. Es sei einfach so, daß die Grundlage des jetzigen Arrangements unfair sei und GB keinen Handel akzeptieren könne, den es als unfair betrachte. Sie könne nicht weiter nachgeben. Sie sei auf 1250 Mio. ECU heruntergegangen, weil sie geglaubt habe, mit dieser Summe abschließen zu können. Ihr sei in dieser Hinsicht ein schlechter Rat gegeben worden. Wenn

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 21. Mai 1984 mit, auf der EG-Ministerratstagung am 14./15. Mai 1984 in Brüssel seien die bevorstehende Verhandlungsrunde mit Portugal, die Änderung der Marktordnung für Obst und Gemüse, der Regionalfonds sowie die zu erwartende Finanzierungslücke im EG-Haushalt erörtert worden. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 45; Referat 410, Bd. 130332.

9 Am 5. Mai 1984 wurde in der Presse berichtet, die Konservative Partei habe bei Gemeinde- und Unterhausnachwahlen am Vortag zwei bislang von ihr gehaltene Wahlkreise trotz Stimmeneinbußen gehalten; ein dritter Wahlkreis sei bei der Labour Party geblieben. In verschiedenen Städten habe die Konservative Partei jedoch ihre Mehrheit in den Stadträten verloren. Vgl. dazu den Artikel „Rückschlag für die Konservativen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Mai 1984, S. 4.

10 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

man sich jetzt nicht auf eine Ziffer einigen könne, dann solle man bis spätestens zum Europäischen Rat wenigsten über Prozentsatz und Schwelle einig werden. Sie habe aber die Sorge, daß Präsident Mitterrand nicht vor Fontainebleau abschließen wolle.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß jeder Tag, an dem wir früher abschlössen, ein gewonnener Tag sei. Dies wegen des erbärmlichen Bildes, das Europa biete. Er glaube in keiner Weise, daß Präsident Mitterrand auf Verzögerung hinarbeite. Auch Präsident Mitterrand könne innenpolitisch einen Einigungserfolg gut gebrauchen. Wenn man die Sache vorher aushandele, ließe sich dies auf einem Treffen, das auf einen Abend reduziert sei, regeln.

Frau *Thatcher* fährt fort, sie habe sich in Brüssel sehr weit bewegt. Das System, das man gefunden habe, gelte auch für Deutschland. Sie sei bereit, sich von ihrer Brüsseler Position noch ein klein wenig zu bewegen. Es gebe aber Nationen, die sehr viel reicher seien als das Vereinigte Königreich und Nettoempfänger seien. Frankreich unterhalte keine Truppen in der NATO. Irlands Einstellung zu Neuseeland sei erschreckend (appalling), so jedenfalls sehe man das in GB. GB habe seine Stahlproduktion mehr als irgend jemand anders in Europa zurückgefahren. GB habe seine Fischgründe zur Verfügung gestellt. Sie könne nicht einen unausgeglichenen Handel abschließen. Die britischen Opfer lohnten sich wegen der größeren Vision Europas. Man sollte sich deshalb auch auf Ziffern einigen, und vor dem nächsten Gipfel müsse die Sache abgeschlossen sein. Sonst habe es gar keinen Sinn, dorthin zu gehen. Wie Deutschland habe auch GB seine landwirtschaftliche Produktion um mehrere Prozentpunkte zurückgeschnitten. Dabei sei GB ein Importeur von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und hätte durchaus seine Produktion erhöhen können. Wir müßten in der EG auch strikte Budget-Richtlinien haben, da andernfalls die Agrarprobleme wieder explodieren würden. In Brüssel habe sie unter den kleineren EG-Staaten keinen Kompromißgeist feststellen können.

Bundeskanzler antwortet, auch er sei der Auffassung, es müsse unser Ziel sein, vor den Wahlen die Sache zu erledigen. Er werde morgen Präsident Mitterrand anrufen. Auch er sei der Auffassung, daß man darauf bestehen müsse, daß die Finanzminister bis Paris Richtlinien über die von der EG einzuhaltende Finanzdisziplin vorlegten. Präsident Mitterrand sei in dieser Frage heute mit uns einig.

PM *Thatcher* führt aus, Präsident Mitterrand sei bereit, die Einhaltung der finanziellen Richtlinien zu garantieren. Aber was heiße das? Sie sei der Auffassung, daß es wichtig sei, daß Spanien und Portugal jetzt beiträten. Die Verhandlungen mit Spanien[11] über die Zölle hätten bisher zu nichts geführt.

11 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 59, Anm. 26.
Am 10. April 1984 fand in Luxemburg die 20. Verhandlungsrunde auf Ministerebene statt. Botschafter Poensgen, z. Z. Luxemburg, teilte dazu am selben Tag mit: „Ministertagung erreichte heute nach schwierigen vorangegangenen Verhandlungen Abschluß des Patentkapitels und im Bereich Außenbeziehungen grundsätzl[iches] Einvernehmen über Modalitäten der Anwendung der Präferenzbeziehungen der Gem[einschaft] gegenüber AKP- und Mittelmeerländern sowie der Übernahme des gemeinschaftl[ichen] Systems der allgemeinen Präferenzen durch SPA. […] Sowohl Gem. als auch SPA wie Kom[mission] stellten Vorbereitung der entscheidenden Verhandlungen im Mai/Juni über die Kernkapitel des Beitritts (Landwirtschaft, Fischerei, Sozialfragen, Industrie) in den Vordergrund ihrer Stellungnahmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 71; Referat 410, Bd. 130429.

An dieser Stelle wirft *Bundeskanzler* ein, er werde noch einmal mit Mitterrand sprechen.

PM *Thatcher* fährt fort, Minister Dumas sei ein guter Mann. Kurz vor dem letzten Außenministertreffen[12] sei jedoch in den Bemühungen der Präsidentschaft[13] ein Stillstand eingetreten.

Bundeskanzler äußert, er sehe eine Chance für eine Einigung.

Frau *Thatcher* antwortet, sie habe nicht mehr sehr viel Manövrierraum.

Bundeskanzler äußert, ein zentraler Punkt sei das Ausgangsjahr, weil sich von dort aus die Ziffern errechneten.

Frau *Thatcher* antwortet, man müsse bei 1983 bleiben, weil man nur für 1983 sichere Ziffern habe. Wenn man eine Ziffer habe, müsse man die Höhe der Schwelle festlegen und wieviel wir davon bereit seien zu zahlen. Sie sei bitter enttäuscht worden. Sie habe vor dem letzten Außenministertreffen in zahllosen internen Sitzungen eine Linie festgelegt, um diese Fragen zu klären in der Erwartung, daß das zweite Sondertreffen der Außenminister die Sache erledigen würde. Sie habe jedoch aus dem Verhalten von AM Cheysson auf diesem Treffen den Schluß gezogen, daß Mitterrand keine Einigung wolle. Man solle sich nur einmal vorstellen, was für eine gute Nachricht es für Europa sein würde, wenn man sich einige.

Bundeskanzler erläutert, er werde noch einmal mit Mitterrand sprechen und darauf hinwirken, daß noch ein Versuch unternommen werde. Vom Technischen her seien die Fragen ja unproblematisch.

Frau *Thatcher* erläutert, GB arbeite an einem Papier über die Aufgaben der Gemeinschaft in der Welt. In diesem Papier könne man natürlich nicht alles offen sagen, z. B. was Ungarn und seine Probleme angehe. Die Europäer hätten auch eine Menge mit den USA zu besprechen, z. B. wie sie ihr Ost-West-Verhältnis regeln sollten. Es sei interessant gewesen, Reagan in China[14] zu beobachten. Er sei dort an eine Mauer gelaufen, und dies werde vielleicht eine wichtige psychologische Wirkung haben. Wenn man früher den USA etwas über die Ost-West-Beziehungen gesagt habe, so hätten sie nie hingehört. Das könne sich jetzt unter dem Eindruck von China vielleicht ändern. GB arbeite an einem sehr detaillierten Papier über diese Frage. Man könne dann eventuell Fontainebleau benutzen, um der Gemeinschaft neuen Schwung zu verleihen (to relaunch the Community).[15]

12 Ministerialdirektor Fischer faßte am 10. April 1984 die Ergebnisse der EG-Ministerratstagung am 9./10. April 1984 in Luxemburg zusammen: „Brit[ischer] AM Howe beteuerte auf Frage von AM Cheysson nach etwaigen neuen Vorstellungen zwar Wunsch nach baldiger Einigung, wich aber nicht von bisherigem Standpunkt ab. Er regte jedoch an, EGK um neuen Lösungsvorschlag zu bitten. EGK sah sich jedoch nicht in Lage, im Augenblick neue Vorschläge oder Berechnungsunterlagen vorzulegen. AM waren sich einig, daß sie im Rahmen des Auftrags des ER baldmöglichst Einvernehmen über Referenzbetrag für brit. Entlastung erzielen wollen. Sie stellten ferner einmütig fest, daß die Finanzminister, wie im ECOFIN-Rat vereinbart, rasch die Einzelheiten zur Haushaltsdisziplin ausarbeiten sowie die technischen Aspekte des Haushaltsausgleichs weiter prüfen und konkretisieren werden." Vgl. Referat 412, Bd. 130600.

13 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

14 Präsident Reagan hielt sich vom 26. April bis 1. Mai 1984 in der Volksrepublik China auf.

15 Die britische Regierung legte auf der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau ein Arbeitspapier über die Zukunft Europas vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 434–440.

Sie wolle ein weiteres Problem ansprechen: Unmittelbar nach den Wahlen werde sich die Frage stellen, wer der nächste Kommissionspräsident sein solle. Es gebe bisher noch nicht genug Abstimmung unter den Partnern.

Frau Thatcher spricht dann die Zusammenarbeit zwischen den konservativen Parteien im Europäischen Parlament an. Diese arbeiteten nicht so zusammen, wie sie könnten und sollten. Das liege zum Teil an einem Vorurteil hinsichtlich des Wortes „konservativ". Zentrum und Rechte müßten jedoch zusammenarbeiten, da sonst ein Sozialist als Parlamentspräsident gewählt werde. Die Sozialisten arbeiteten enger zusammen.

Bundeskanzler antwortet, man werde im Europäischen Parlament nichts bestellen, wenn man nicht sogar zu einer gemeinsamen Fraktion komme. Bei den Deutschen würden diese Probleme jedoch nicht auftauchen. Probleme sehe er vielmehr bei Chirac.

Im folgenden erörtern *Bundeskanzler* und PM *Thatcher* die Lage im Europäischen Parlament sowie die französische Einheitsliste.

Bundeskanzler fährt fort, er habe die Absicht, einen Präsidenten für die Kommission vorzuschlagen. Er habe allerdings gehört, es bestehe die Absicht, die Kommission zu verlängern.

Frau *Thatcher* antwortet, dies käme nicht in Frage. Thorn tauge nichts, die deutschen Kommissionsmitglieder[16] taugten nichts und die britischen Kommissionsmitglieder[17] taugten auch nichts.

Bundeskanzler führt aus, er habe gehört, daß jedes Land nur noch ein Kommissionsmitglied haben solle. Er fände dies nicht gut.

Frau *Thatcher* antwortet, ja. Dies sei wohl richtig, aber man dürfe keine Posten schaffen, für die keine Arbeit da sei.

Bundeskanzler fährt fort, es gehe nicht, daß das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland ebenso wie Luxemburg, Dänemark usw. mit einem Kommissionsmitglied auskommen sollten.

Frau *Thatcher* antwortet, wenn man alles so lasse wie bisher und Spanien und Portugal dazu stießen, müsse man die Strukturen ändern. Wenn die Kommission nicht verlängert werde, dann müsse man sich bald über einen neuen Kandidaten einigen. Davignon sei eine sehr starke Persönlichkeit und ein guter Mann.

Bundeskanzler antwortet, Herr Davignon werde unter keinen Umständen seine Zustimmung finden. Er sehe auch nicht ein, warum jetzt schon wieder ein Benelux-Mann die Präsidentschaft bekommen solle.

Bundeskanzler spricht im folgenden die Frage der Teilnahme am Weltwirtschaftsgipfel[18] an. Er habe nicht die Absicht, wegen Williamsburg[19] seine Kabinettstruktur zu ändern. Bisher sei es immer so gewesen, daß Finanz- und Wirtschaftsminister teilgenommen hätten, und zwar immer dann, wenn ihre Punkte drangekommen seien. Es sei richtig, es seien stets immer nur drei Leute im

16 Wilhelm Haferkamp und Karl-Heinz Narjes.
17 Ivor Richard und Christopher Tugendhat.
18 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.
19 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

Saal, von denen jedoch einer sich abwechseln können müsse. Er bitte Frau Thatcher, daß es in London in dieser Frage keine Komplikationen gebe.

Frau *Thatcher* antwortet, das Problem liege darin, daß andere dem deutschen Beispiel folgen könnten, Japan zum Beispiel, andere würden nachkommen. Sie würden im Plenarsaal drei Plätze reservieren, wen die Bundesrepublik dort hinsetze, sei ihre Sache. Das Problem stelle sich bei den Essen. Hier sei es eben nicht möglich, daß man bei der Suppe die Wirtschaftsfragen, beim Hauptgang die Finanzfragen bespreche.

Bundeskanzler antwortet, es könne sich doch nur um ein japanisches und deutsches Problem handeln.

Er habe es im übrigen als sehr günstig empfunden, daß man in Williamsburg zur Sicherheitspolitik mit den Japanern eine gemeinsame Erklärung abgegeben habe.[20]

Frau *Thatcher* antwortet, damals habe man eben auch eine Erklärung benötigt.

Bundeskanzler faßt anschließend zusammen: Er werde Präsident Mitterrand anrufen und ihn von dem gemeinsamen Interesse, noch vor der Europawahl eine Regelung anzustreben, in Kenntnis setzen. Frau Thatcher werde am Freitag noch einmal mit Präsident Mitterrand sprechen[21] mit dem Ziel, einen Versuch zu unternehmen, eine Einigung zu erreichen. Bis zum Juni sollten die Finanzminister sich über die Fragen strikter Haushaltsdisziplin geeinigt haben. In jedem Falle solle das Paket zusammenbleiben.

Frau *Thatcher* äußert hierauf, man habe das Stuttgarter Paket[22] schon aufgeschnürt, denn die Agrarfragen seien vorgezogen worden.

Bundeskanzler antwortet, sowohl das Obergrenzen-Modell wie auch die Frage des britischen Beitrages seien Teil des Stuttgarter Pakets. Ohne eine Regelung der Haushaltsdisziplin würden alle anderen Fragen auch nicht funktionieren. Z. B. sei im Agrarbereich noch manches hinsichtlich der Mittelmeerprodukte offen. Sein Mißtrauen bestehe hier deshalb in der Agrarpolitik unverändert fort. Hinsichtlich der Mittelmeerpolitik habe er bisher nur Wortgeklingel gehört.

PM *Thatcher* und *Bundeskanzler* einigen sich, daß man gegenüber der Presse[23] zwei Dinge herausstellen solle: exzellente und sehr freundschaftliche bilaterale Beziehungen. Im übrigen Tour d'horizon aller Probleme (auch Weltwirtschaftsgipfel). Sehr restriktive Äußerungen zu Fragen der Europapolitik. Man strebe eine Lösung so bald wie möglich an. (Frau Thatcher möchte nicht, daß davon

20 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f.

21 Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher trafen am 4. Mai 1984 in Paris zusammen. Mitterrand teilte Bundeskanzler Kohl dazu am 7. Mai 1984 telefonisch mit: „Die Begegnung sei nicht schlecht gewesen, PM Thatcher sei aber immer noch von Zahlen ausgegangen, die übertrieben hoch seien. […] Er glaube, PM Thatcher sei nicht fest entschlossen, an ihrer Position festzuhalten, wenn sie merke, daß das von D und F als unvernünftig betrachtet werde. Er glaube nicht, daß PM Thatcher diese Linie durchhalte. Jedenfalls habe er am Ende des Gesprächs den Eindruck gehabt, PM Thatcher sei etwas weniger entschlossen gewesen als zu Beginn." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178884.

22 Zum „Stuttgarter Paket" vgl. Dok. 3, Anm. 10.

23 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl und der Premierministerin Thatcher gegenüber der Presse am 3. Mai 1984 in Chequers vgl. den Artikel „‚Exzellente Beziehungen' ohne Einigkeit"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Mai 1984, S. 6.

gesprochen wird, daß man eine Lösung vor der Wahl anstrebe, da hier ein Erwartungshorizont geschaffen werde.)

An dieser Stelle stoßen BM Genscher und AM Howe zu dem Gespräch dazu.

AM *Howe* berichtet über die Gegenstände, die von den Außenministern behandelt worden seien:

1) Südliches Afrika: Es sei wichtig, Druck auf Südafrika, SR 435[24] zu implementieren, aufrechtzuerhalten. Es sei ferner wichtig, die bisherigen Beziehungen mit Präsident Samora Machel in Mosambik weiterzuführen.

2) Kurze Behandlung von Zypern: Hier seien Probleme am Entstehen, die sehr schnell aus dem Ruder laufen könnten (could go wrong quickly). BM *Genscher* wirft hier ein, PM Özal dürfe von uns nicht überfordert werden. In Zypern-Frage hätten sich Militärs und hier insbesondere Staatspräsident Evren Entscheidungen vorbehalten.

3) Iran/Irak: Es gebe kein Zeichen für eine Beendigung des Krieges. Auf Frage des *Bundeskanzlers*, wie britische Seite die militärische Lage einschätzt, antwortet AM *Howe*, das Verteidigungspotential des Irak sei bedeutend. Keiner scheine jetzt in der Lage zu sein, den Sieg davonzutragen. Frau *Thatcher* äußert, es sei von größter Wichtigkeit, daß der Irak nicht zusammenbreche. Ein solcher Zusammenbruch würde eine Katastrophe bedeuten. *Bundeskanzler* fügt hinzu, wenn der Iran nach Bagdad durchbreche, werde sich über Nacht die ganze Gegend auf den Kopf stellen. Er habe PM Shamir[25] gesagt, er möge nicht glauben, daß dann in Jerusalem alles so bliebe wie bisher.

Frau *Thatcher* äußert, die Schiiten würden dann überall unruhig werden. Die britische Seite sei der Auffassung, auch wenn Khomeini sterbe, würde Iran ein mächtiges und einflußreiches Land bleiben. Sie habe mit den Amerikanern gesprochen. Es müsse gegenüber den Russen klargestellt werden, daß, was immer der Westen dort zu unternehmen gezwungen sei, nicht im Ost-West-Konfliktrahmen geschehe. Die Sowjets müßten wissen, was geschehe und warum es geschehe. Was den Irak anbetreffe, so müsse er in einer Position sein, die Angriffe zurückzuschlagen. Gleichzeitig müsse der Westen jedoch seinen Einfluß im Iran halten, was sehr schwierig sein werde.

Bundesminister führt aus, es werde viel zu viel von den Gefahren in der Straße von Hormuz gesprochen. Wir hätten es mit irrationalen Regimen zu tun. Man solle nicht durch Reden eine Situation herbeiführen, die für solche Regime geradezu einen Sachzwang schaffe.

4) Libyen: Frau *Thatcher* führt aus, daß sie dankbar sei dafür, daß der Bundesminister seinen Besuch nach Libyen abgesagt habe.[26] Man müsse jedoch auf

24 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 49, Anm. 5.

25 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.

26 Ein Aufenthalt des Bundesministers Genscher in Libyen war für die Zeit vom 30. April bis 1. Mai 1984 geplant. Nach Demonstrationen gegen Oberst Gaddafi vor der libyschen Vertretung am 17. April 1984 in London, in deren Verlauf eine britische Polizistin durch Schüsse, die aus dem Gebäude heraus abgegeben wurden, tödlich getroffen wurde, erfolgte die Verschiebung des Besuchs. Auf Frage des libyschen Botschafters Imberesh gegenüber Staatsminister Möllemann am 2. Mai 1984, ob die Verschiebung „mit Gefühlen der Solidarität mit Großbritannien“ zusammenhänge, antwortete Möllemann, es seien „ausschließlich Termingründe“ ausschlaggebend gewesen. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlagintweit vom 4. Mai 1984; Referat 311, Bd. 137793.
Staatssekretär Meyer-Landrut entschied am 16. Mai 1984, daß der libyschen Seite „angesichts der

dem Gipfel über den Staatsterrorismus reden. Es gebe ein Phänomen des Mißbrauches der diplomatischen Immunität. Wir müßten deshalb die Wiener Konvention[27] genau prüfen, dürften aber nichts tun, was uns selbst Schaden zufügt. Frau Thatcher weist in diesem Zusammenhang auf den Aufenthalt Kardinal Mindszentys in der amerikanischen Botschaft in Budapest[28] sowie der Sektenangehörigen in der amerikanischen Botschaft in Moskau[29] hin. Wir müßten uns insbesondere genau überlegen, wie wir den Fall eines Landes handhaben, das seine Diplomaten durch Terroristen (revolutionäre Ausschüsse) ersetzt. Es sei im übrigen schrecklich, wie viele Diplomaten ermordet würden. Wir müßten die stärksten Proteste gegen den Mißbrauch der Botschaften anbringen.

5) Seerecht: AM *Howe* führt aus, es bestehe Einigkeit darüber, das Gegenseitigkeitsabkommen[30] zu unterzeichnen.

BM *Genscher* führt aus, er selbst trete auch für die Unterzeichnung der Seerechtskonvention[31] ein, sei aber hier innerhalb seiner eigenen Regierung in einer Minderheit.[32]

Fortsetzung Fußnote von Seite 592

gegenwärtigen Situation – Spannungen mit Großbritannien, interne Auseinandersetzungen in Libyen – gegenwärtig kein neuer Termin angeboten" werden solle. Es solle nur mitgeteilt werden, daß Genscher an seiner Besuchsabsicht festhalte. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus vom 25. Mai 1984; Referat 311, 137793.

27 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

28 Der Erzbischof von Esztergom und Primas von Ungarn, József Kardinal Mindszenty, flüchtete 1956 nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands in die amerikanische Botschaft in Budapest, wo er sich bis 1971 aufhielt.

29 1978 hatten mehrere Familien, die zu den christlichen Pfingstkirchlern gehörten, Zuflucht in der amerikanischen Botschaft gefunden. Seit Anfang 1983 bemühte sich die amerikanische Regierung verstärkt um eine Ausreise der Familien. Vgl. dazu SHULTZ, Turmoil and Triumph, S. 167–171.
Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 21. Juli 1983 mit, nachdem bereits im Frühjahr 1983 eine der Familien ausgereist sei, habe die zweite Familie die UdSSR am 18. Juli 1983 verlassen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3255, Referat 213, Bd. 139289.

30 Ministerialdirigent Redies erläuterte am 8. Februar 1984, am 1. Februar 1984 seien in Den Haag Verhandlungen zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, den Niederlanden und den USA über ein besonderes Übereinkommen zum Tiefseebergbau abgeschlossen worden: „Das Übereinkommen trägt die Bezeichnung ‚Provisional Understanding Regarding Deep Seabed Matters'. Kern ist die gegenseitige Verpflichtung der Parteien, Lizenzen zur Exploration und – mit Wirkung nicht vor dem 1.1.1988 – zur Exploitation der mineralischen Ablagerungen des Tiefseebodens (Manganknollen) nur unter Respektierung der entsprechenden Lizenzen der jeweils anderen Parteien zu erteilen (Paragraph 1). […] Das Übereinkommen deckt materiell die Interessen des am Tiefseebergbau interessierten deutschen Konsortiums A[rbeitsgemeinschaft]M[eerestechnisch gewinnbare]R[ohstoffe] ab. Größte sachliche Nutznießer werden allerdings JAN, möglicherweise auch F sein. Rechtlich steht das Übereinkommen nicht im Widerspruch zum S[ee-]R[echts]-Ü[bereinkommen]. Politisch stellt es andererseits ein Entgegenkommen gegenüber den USA dar und wird insofern von der Dritten Welt und vom Ostblock sicher als ‚mini-treaty' angegriffen werden." Vgl. Referat 500, Bd. 194000.
Die „Vorläufige Absprache über Fragen des Tiefseebodens" und die dazugehörigen Dokumente wurden am 3. August 1984 in Genf unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 748–757.

31 Für den Wortlaut des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 vgl. UNTS, Bd. 1833–1835.

32 Zur Frage der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 durch die Bundesrepublik vgl. AAPD 1982, II, Dok. 352.
Arbeitsstab 50 legte am 1. März 1984 dar, das Seerechtsübereinkommen (SRÜ) liege noch bis 9. Dezember 1984 zur Zeichnung auf. 130 Staaten hätten bislang unterzeichnet: „18 Staaten, darunter wir, die USA, GB und I (auch die EWG), haben lediglich die Schlußakte, nicht aber das SRÜ selbst gezeichnet." Die USA hätten beispielsweise Zeichnung und Ratifizierung für die Zukunft ausge-

Der *Bundeskanzler* wirft ein, es sei in der Tat klar, wo die Mehrheit sei.

Der *Bundesminister* führt aus, die Japaner würden dann wohl das Geschäft machen.

6) Argentinien: BM Genscher führt aus, er sei sehr davon angetan gewesen, daß die Argentinier sich bei seinem Besuch in Argentinien[33] hinsichtlich der Falkland-Frage sehr zurückgehalten hätten.

Frau *Thatcher* äußert, es gehe hier um eine prinzipielle Frage: Argentinien wolle die Normalisierung der Beziehungen zu GB als Hebel benutzen, um die Falkland-Inseln ins Gespräch zu bringen. GB könne dies nicht mitmachen. „It would turn a knife in the heart of the Falklanders." Frau Thatcher fragt, wie stark die Stellung von Präsident Alfonsín sei.

Der *Bundesminister* antwortet, noch sei sie stark.

Frau *Thatcher* äußert, Argentinien sei ein finanziell äußerst gefährdetes Land. Man müsse Argentinien daran hindern, zahlungsunfähig zu werden.

Bundesminister äußert, Argentinien habe hervorragende wirtschaftliche Voraussetzungen (kein Rassenproblem, Facharbeiter, natürliche Ressourcen), doch habe sich ein falsches wirtschaftliches Denken eingenistet.

Frau *Thatcher* fügt hinzu, es sei Perón gewesen, der die Wirtschaft und auch die wirtschaftlichen Denkweisen ruiniert habe.

7) AM *Howe* verweist auf Unterhaltung der Außenminister zu Ost-West-Fragen. In den Rüstungskontrollverhandlungen sei die Allianz in einer starken Position. In allen Bereichen lägen westliche Vorschläge auf dem Tisch. Was den Weltraum angehe, so sei man sich einig, daß die USA Forschungen durchführen müßten. Aber der Rüstungskontrollaspekt dürfe unter keinen Umständen mißachtet werden.

Bundesminister fügt hinzu, beim Weltraum müsse man zwischen den Killersatelliten unterscheiden, wo die Russen den Vereinigten Staaten um Jahre voraus seien. Etwas anderes sei das Anti-Raketen-System. Hier müßten wir aufpassen, daß nicht eine Abkopplung Europas stattfinde.

Frau *Thatcher* fügt hinzu, es sei der Öffentlichkeit vielfach nicht bewußt, daß die Russen in der Killersatelliten-Technik dem Westen voraus seien und zu einem gewissen Zeitpunkt auch in der Lasertechnik (spacebeams) dem Westen voraus gewesen seien. Als Reagan sein Programm ankündigte[34], haben sie sofort einen Stopp vorgeschlagen, um diesen Vorsprung halten zu können.

Fortsetzung Fußnote von Seite 593

schlossen: „In einer Erklärung vom 10.3.1983 haben sie deutlich gemacht, daß sie sich auf der Basis der Gegenseitigkeit an die übrigen Regelungen des SRÜ halten wollen; zur Regelung des Tiefseebergbaus schlagen sie gesonderte Vereinbarungen zwischen den interessierten Staaten vor." Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125440.

Vortragender Legationsrat Merkel notierte am 11. April 1984, am Vortag habe ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff stattgefunden, „bei dem in der Frage der Zeichnung des SRÜ keine Einigung erzielt werden konnte. Beide Minister beharrten auf ihren jeweiligen Standpunkten, wobei jeder darauf verweisen konnte, daß er in der Koalition nicht alleine stehe. Es wurde erörtert, daß angesichts der Meinungsverschiedenheiten wohl der Herr Bundeskanzler persönlich eingeschaltet werden müsse." Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125440.

33 Bundesminister Genscher hielt sich vom 14. bis 19. April 1984 in Argentinien auf. Vgl. dazu Dok. 110.

34 Zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan (SDI) vgl. Dok. 2.

Frau Thatcher wiederholt dann noch einmal den britischen Standpunkt zu den Europafragen. Sie sei erstaunt gewesen, daß Bundeskanzler Kohl die Auffassung geäußert habe, GB habe unter Umständen in Brüssel keine Lösung haben wollen. Dies sei nicht richtig. GB habe sich mehrfach bewegt. Es habe eine verschiedene Berechnungsgrundlage für die Nettozahlerposition akzeptiert. Es habe ein Obergrenzen-Modell mit ausgearbeitet. Es sei von 1500 Mio. ECU heruntergegangen auf 1250, weil sie geglaubt habe, daß dies für die Partner akzeptabel sei. GB stelle 66% des EG-Fischereimeeres, entnehme dem aber nur 33% der Fischfänge. GB habe eine siebenprozentige Kürzung der Milchproduktion hingenommen. Die britische Bevölkerung sei der Auffassung, daß GB keinen „fair deal" bekomme. Im Versicherungswesen, im Luftverkehr und in der Frage der Lastwagenquoten sei für GB der Binnenmarkt gesperrt. Sie wünsche eine Lösung des britischen Problems vor der Wahl. Sie habe nur noch wenig Manövrierraum. Sie wünsche, daß Minister Dumas (sowie Kommissar Davignon, der hinter den Kulissen tätig gewesen sei) ein Arrangement zwischen Kanzler Kohl, Präsident Mitterrand und ihr zustande bringe. Nach dem letzten außerordentlichen Außenministertreffen sei man zutiefst verletzt und enttäuscht gewesen. Sie würde es begrüßen, wenn Präsident Mitterrand einen Erfolg in dieser Frage für sich in Anspruch nehmen könne. Wenn GB, Frankreich und Deutschland zusammenhielten, würden die anderen mitziehen müssen. GB habe sich enorm bewegt. Nachdem sie Präsident Mitterrand gesehen habe, werde sie sofort Bundeskanzler Kohl anrufen. GB habe sich nicht ins Unrecht gesetzt, weder was die Frage angehe, ob es sein Wort gehalten habe, aber auch im Hinblick auf seine internationalen Rechtsverpflichtungen. GB halte sein Wort, die Gemeinschaft habe gegen GB ihr Wort gebrochen, obwohl sie nicht gegen das geltende Recht verstoßen habe.

Bundesminister äußert, die deutsche Seite habe die Tätigkeit von Herrn Davignon nicht als sehr hilfreich empfunden.

Frau *Thatcher* antwortet, man habe sehr viel mit Herrn Davignon hinter den Kulissen gearbeitet.

Bundesminister antwortet, daß dies das Problem sei. Er habe in Wien[35] ihren Vorgänger (PM Callaghan) getroffen und sich gewünscht, daß der Bundeskanzler von seinem eigenen Vorgänger[36] ebensoviel Unterstützung erfahren hätte wie Frau Thatcher durch Herrn Callaghan.

Während des Mittagessens spricht PM *Thatcher* noch einmal den Wirtschaftsgipfel an. Die Regie sei in Williamsburg gut gewesen. Es habe insbesondere in der Frage der Mittelstreckenwaffen die Notwendigkeit einer politischen Erklärung bestanden. Ihre Auffassung sei, daß es unmöglich sei, einen Gipfel abzuhalten, ohne eine politische Erklärung abzugeben. Sie sei jedoch nicht sicher, daß diese Meinung von allen Teilnehmern geteilt werde. Die Japaner würden sie vermutlich nicht teilen, bei Frankreich müsse man ein Fragezeichen machen.

Der *Bundeskanzler* führt aus, die öffentliche Erwartung sei so groß, daß wir es uns nicht leisten können, sie nicht zu erfüllen. Er wolle noch einmal auf Williamsburg zurückkommen. Dort habe es ein großes Kapitel über den Protek-

35 Bundesminister Genscher hielt sich am 12./13. April 1984 in Österreich auf.
36 Helmut Schmidt.

tionismus gegeben.[37] Kaum sei man wieder daheim gewesen, habe die US-Regierung das Gegenteil von dem getan, was in diesem Kapitel drinstehe.[38] Diese Frage müsse ausgetragen werden. Er sei dafür, daß darüber offen geredet werde. GB und Deutschland hätten sich in dieser Frage nichts vorzuwerfen. Wenn wir einen Gartenzaun um unsere Länder errichteten, könnten wir zumachen. Wir müßten aber unbedingt auch über politische Fragen sprechen. Die Stationierungsfrage sei in den Niederlanden noch nicht abschließend geregelt.[39] Wir sollten MP Lubbers helfen.

Er wolle noch eine weitere Frage ansprechen. Er könne verstehen, daß man den Tag der Invasion begehe.[40] In Deutschland und Japan werde dies jedoch genau beobachtet, und er könne nur dringend den Rat geben, vor diesem Hintergrund eine in die Zukunft gerichtete Erklärung abzugeben. Wenn man im Juni nur die Geschichte beschwöre, so sei dies zu wenig. Wir brauchten eine Perspektive für die Zukunft. Darüber werde er auch mit Präsident Mitterrand sprechen.[41]

Frau *Thatcher* äußert, auch der internationale Terrorismus müsse behandelt wenden. Im übrigen könnten ja auch die Außenminister neben den Staats- und Regierungschefs sich zu bestimmten Themen äußern. Was den Protektionismus angehe, so sei auch Europa ein protektionistischer Klub, zumindest in gewisser Hinsicht. Sie verweise auf die Pläne einer Fettsteuer[42] und auf die Diskussion über Korngluten[43].

Auf den letzten vier Gipfeltreffen[44] habe man mit den Japanern diskutiert, und dieses Gespräch müsse intensiv weitergeführt werden, nicht zuletzt, um eine Öffnung der japanischen Kapitalmärkte zu erreichen. Man dürfe der japanischen Frage nicht ausweichen. Im übrigen müsse man im Auge behalten, daß Präsi-

37 In Ziffer 3 der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 30. Mai 1983 beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg verpflichteten sich die Teilnehmer u. a. dazu, „den protektionistischen Tendenzen Einhalt zu gebieten und sie mit fortschreitender Gesundung durch Abbau der Handelsschranken umzukehren". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 334–336.

38 Am 5. Juli 1983 verkündete Präsident Reagan Einfuhrbegrenzungen und die Erhebung von Zöllen für Edelstahleinfuhren in die USA für den Zeitraum von vier Jahren. Für den Wortlaut des Memorandums vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1015 f.
Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 20. Juni 1984, die EG-Kommission habe die EG-Mitgliedstaaten am 15. Juni 1984 informiert, „daß USA z. Z. die Schutzmaßnahmen bei Edelstahl überprüften. Dabei sei es unwahrscheinlich, daß die Maßnahmen reduziert würden." Vgl. Referat 411, Bd. 131191.

39 Zur INF-Stationierung in den Niederlanden vgl. Dok. 114 und Dok. 116.

40 Zu den Feierlichkeiten am 6. Juni 1984 anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") vgl. Dok. 164.

41 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 20. Mai 1984 in Saarbrücken; Dok. 146.

42 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Abgabe auf pflanzliche Öle und tierische Fette vgl. Dok. 29, Anm. 30.
Auf der Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel fand sich keine Mehrheit für die Einführung einer solchen Abgabe. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1984, S. 58.

43 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, die Getreidesubstitutimporte zu begrenzen, vgl. Dok. 29, Anm. 31.

44 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. AAPD 1980, I, Dok. 184 und Dok. 185.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. AAPD 1981, II, Dok. 218 und Dok. 220.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. AAPD 1982, I, Dok. 180.

dent Reagan im August eine Wahl zu bestehen habe.[45] Man dürfe gegenüber den Amerikanern nicht zu kritisch sein. Wir müßten auch wissen, daß die Amerikaner eine Anzahl von Kritikpunkten gegenüber den Europäern hätten.

AM *Howe* äußert, er hoffe, daß die Politischen Direktoren die in Betracht kommenden Themen im politischen Bereich identifizieren würden.[46] Die Aussicht, daß man jedes Jahr eine politische Erklärung abgebe, beunruhige ihn etwas. Unsere französischen Freunde würden daran vermutlich wenig Gefallen finden.

Der *Bundeskanzler* äußert, Präsident Mitterrand habe schon beim letzten Mal ein großes Problem mit einer politischen Erklärung gehabt, und er habe lange mit ihm über diese Frage sprechen müssen. Die Amerikaner seien in Williamsburg allerdings auch nicht sehr diplomatisch vorgegangen. Man hätte Präsident Mitterrand als ersten ansprechen müssen.

Frau *Thatcher* fügt hinzu, das Wichtigste sei es jetzt, den Westen mit den USA zusammenzuhalten. Belgien[47] und die Niederlande müßten in der Marschflugkörper-Frage gestützt werden. Präsident Mitterrand müsse das Delikate dieser Frage sehen. Auch sie werde mit ihm sprechen.

Bundeskanzler äußert, es sei töricht, wenn wir den Gipfel nicht zu einer politischen Erklärung benutzten. Er vermöge nicht zu sehen, daß sich die sowjetische Politik in wesentlichen Punkten geändert habe.

Frau *Thatcher* fragt, warum die DDR so viele Leute aus Ostdeutschland herausgelassen habe.

Bundeskanzler erläutert, daß die DDR vermutlich eine Reihe von Gründen dafür gehabt habe (Eliminierung von politisch unzuverlässigen Elementen, wirtschaftliche Gründe etc.). Bundeskanzler erläutert die Lage in der DDR.

Frau *Thatcher* fragt nach den Schwerpunkten der Wirtschaftsthemen auf dem Londoner Gipfel.

BM *Stoltenberg* weist darauf hin, daß die Probleme des Welthandels und des Protektionismus in Verbindung mit der Dritte-Welt-Schuldenkrise[48] gebracht werden müßten. Das Management in der Schuldenkrise gehe pausenlos weiter.

BM *Genscher* äußert in diesem Zusammenhang, eine Zinssenkung von 1% werde den Schuldnerländern mehr helfen als alle sonstigen Stützungsaktionen.

VS-Bd. 14123 (010)

45 So in der Vorlage.

46 Am 18. Mai 1984 fand in Paris eine Sitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staaten statt. Ministerialdirektor Pfeffer notierte dazu am 19. Mai 1984, es sei eine Liste möglicher politischer Themen für die Gespräche der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister zusammengestellt worden. Der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, habe ihm anschließend Entwürfe für eine politische Erklärung sowie für eine Erklärung zum Terrorismus übergeben, die auf der Sitzung der Persönlichen Beauftragten („Sherpas“) am 20. Mai 1984 in Chevening erörtert werden sollten. Vgl. dazu Referat 204, Bd. 135267.

47 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 28. März 1984, in einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis am Vortag habe der niederländische NATO-Botschafter de Hoop Scheffer auf die innenpolitischen Probleme im Zusammenhang mit der geplanten INF-Stationierung in den Niederlanden hingewiesen: „Der belgische Ständige Vertreter wies auf die klare Haltung seiner Regierung in dieser Frage hin, bemerkte aber, daß ein Abrücken der niederländischen Regierung von der INF-Stationierung der belgischen Regierung erhebliche Probleme bereiten würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 520; VS-Bd. 12923 (202); B 150, Aktenkopien 1984.

48 Zur Erörterung der Verschuldungsproblematik am 8. Juni 1984 in London vgl. Dok. 165.

123

Gespräch des Ministerialdirektors Fischer mit dem israelischen Botschafter Ben-Ari

422-411.10-434/84 VS-vertraulich **2. Mai 1984**[1]

Lieferung von Anlagen zur Herstellung chemischer Waffen nach Irak;
hier: Demarche des israelischen Botschafters

Der *israelische Botschafter* suchte am 2.5.1984 auf eigenen Wunsch D4 auf und trug zur Herstellung chemischer Waffen (CW) im Irak vor, die deutschen Erkenntnisse aus der Untersuchung der Fa. Kolb[2] entsprächen nicht den Tatsachen. Der Irak produziere bereits CW. Die Anlage wäre in Zusammenarbeit mit dem Al-Hassan-Institut errichtet worden. Für den Betrieb wäre zunächst eine besondere Organisation (Saad 19) errichtet worden, die zur irakischen Militärindustrie gehöre. Später wäre die Anlage zur Tarnung auf die SEPP (State Enterprise for the Production of Pesticides) übertragen worden, die dem Ministerium für chemische Industrie unterstehe. Die vom Irak eingesetzten CW[3] stammten aus irakischer Produktion. Die SEPP betreibe 75 km nördlich von Bagdad am Tharthar-See auf einem 150 km² großen[4] Gelände mit gesamter Infrastruktur (einschl. Lager, Straßen, Wohnhäuser für die Beschäftigten) eine moderne Produktionsanlage, die wichtige „chemische Mittel in Tausenden von Tonnen" herstelle. Aufgabe der SEPP wäre

1) die Beschaffung von Thiodiglycol und Thionylchlorid in Tausenden von Tonnen für die Herstellung von S-Lost,

2) der Erwerb von Chloro-Benzoldehyd sowie von Malono Dimethyl in Dutzenden von Tonnen als Zwischenprodukt für „CS" (?),

3) die Beschaffung von Zwischenprodukten für die Herstellung von Hunderten von Tonnen Tabun wie Phosphoroxychlorid, Dimethyl Amin und Potassium Cyanid,

4) die Beschaffung von Hunderten von Zwischenprodukten für die Herstellung von Sarin, wie Phosphor Tri-Chlorid, Sodium-Fluorid, Isopropanol, Tri-Methyl Phosphat und Methyl Iodin,

5) die Beschaffung und Installation einer Pilotanlage mit entsprechender Größe für industrielle Produktion.

Die Anlage solle nach Beschreibung und Spezifikation in industrieller Form Kampfgas herstellen. Die Fa. Kolb müßte in „gewissen Fällen" klare Anzeichen dafür gehabt haben, daß die Anlage der Herstellung von Kampfgas dienen solle; bei einigen Teilen sei eine Verwendung zur Herstellung ziviler Produkte logisch nicht erklärbar. Die Anlage sei mit allen erforderlichen Sicherheitsein-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 3. Mai 1984 gefertigt und am selben Tag an Ministerialdirektor Fischer „mit der Bitte um Genehmigung" geleitet. Hat Fischer am 3. Mai 1984 vorgelegen.

2 Zur Außenwirtschaftsprüfung bei der Firma Kolb vgl. Dok. 99.

3 Zum Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vgl. Dok. 65, Anm. 4, Dok. 86 und Dok. 90, Anm. 33.

4 Korrigiert aus: „150 m² großen".

richtungen sowie der Möglichkeit zur „Neutralisierung von Gas bei Entweichen" ausgerüstet. Außerdem bestehe die Möglichkeit, Gas in kleinere, mittlere und große Behälter abzufüllen.

Der größte Teil der Anlage sei von deutschen Firmen exportiert worden. Die Fa. Kolb sei Hauptunternehmer mit dem Auftrag für Planung, Beschaffung und Nutzung der Anlage im Irak. Beteiligt seien außerdem die Firmen Heberger, Quast, Schott sowie andere deutsche Firmen für die Verlegung von Röhren, die Air Condition sowie sanitäre Einrichtungen.

In einem Vertrag von 1983 habe die Fa. Kolb den Auftrag erhalten, zwei industrielle Produktionslinien der SEPP „anzupassen", um Thionylchloride, Phosphoroxychlorid, Dimethyl und Hydrochloride herzustellen. Das sei ein klares Anzeichen für die Produktion von Tabun.

Ziel der Unterrichtung der Bundesregierung sei, eine Fortsetzung der Untersuchung der Fa. Kolb und die Verhinderung weiterer Ausfuhren zu erreichen.

(Für die Richtigkeit der chemischen Bezeichnungen kann keine Gewähr übernommen werden; die Angaben des Botschafters waren auch in anderen Punkten nicht ganz klar.)

Der Botschafter ließ Zweifel erkennen, ob die bisher durchgeführte Untersuchung durch die deutschen Behörden seriös war. *D4* wies diesen Vorwurf deutlich zurück. Die deutsche Seite hätte eindeutig reagiert und im Hinblick auf den Irak den Einsatz von CW eindeutig verurteilt.[5] Sie werde die Ausfuhr von fünf Vorprodukten, davon Thiodiglycol, das für die Herstellung von S-Lost verwendet werden könne, sowie Phosphoroxychlorid, das bei der Herstellung von Tabun eingesetzt werde, und von Vorprodukten für Sarin nach Irak unterbinden[6], letzteres, obwohl nach bisheriger Kenntnis Sarin im Irak nicht produziert werde. Der Bundesminister habe persönlich größtes Interesse an einer vollen Aufklärung. Die Untersuchung der Fa. Kolb sei durch das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft unter Beteiligung von Chemikern, die Experten für Anlagen dieser Art seien, erfolgt. Die Fa. Kolb habe zwei Anlagen zur Herstellung von Vorprodukten in kleinen Mengen geliefert, die sowohl für die Produktion von Pestiziden wie von CW verwendet werden könnten. Die Vorprodukte könnten durch zusätzliche Anlagen weiter erarbeitet werden. Er wisse nicht, ob der Irak die Anlagen ausgebaut habe. Die Fa. Kolb sei nach zusätzlichen Anlagen gefragt worden. Eine Lieferung sei nicht erfolgt. Samarra sei nicht als militärisches Gelände erkennbar. Es sei mit einem normalen Doppelzaun versehen, habe eine zivile Bewachung. Soweit bekannt, gäbe es dort keine unterirdischen Bauten. Auf dem Gelände arbeiteten auch Firmen aus anderen Ländern wie Belgien, Großbritannien und Kanada. Bisher habe die Untersuchung der Fa. Kolb keine Beweise dafür ergeben, daß eine Anlage zur Herstellung von CW geliefert

5 Für die Presseerklärung der Bundesregierung vom 27. März 1984 vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom selben Tag; Referat 424, Bd. 135866.

6 Für den Wortlaut der Achtundvierzigsten Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 10. November 1981 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 217 vom 20. November 1981, Beilage 42/81.
Die Ausfuhrliste wurde am 14. Mai 1984 entsprechend geändert. Vgl. dazu BUNDESANZEIGER 1984, S. 4509.

worden sei. Falls es zu einem Gerichtsverfahren gegen die Firma kommen sollte, müßten Beweise dafür vorgetragen werden, daß die Firma unter Umgehung des Außenwirtschaftsgesetzes[7] Anlagen geliefert habe, deren Ausfuhr ausfuhrgenehmigungspflichtig sei, oder daß sie hätte erkennen müssen, daß die Anlagen zur Herstellung von CW bestimmt sind. Die Bundesregierung werde jedoch jeder weiteren Information nachgehen.

Der *Botschafter* erwiderte, er sei davon überzeugt, daß deutsche Firmen und Fachleute im Irak an der Herstellung von Kampfgasen beteiligt seien.

D4 wies noch einmal darauf hin, daß wir die Möglichkeit nicht ausschließen könnten, daß der Irak die von der Fa. Kolb gelieferten Anlagen durch zusätzliche Einrichtungen zur Herstellung von CW ergänzt habe. Außerdem unterrichtete er den Botschafter über den Stand der Arbeiten bei der Einführung einer Genehmigungspflicht für chemische Vorprodukte unter Hinweis auf die EG-Probleme (EG-Verordnung nach Art. 113 EG-Vertrag oder nationale Verordnung nach Art. 224[8]).

Der *Botschafter* behauptete abschließend, deutsche Firmen wüßten mehr über die Art der Anlagen, und bat, den Bundesminister über die Demarche zu unterrichten.

Das sagte *D4* zu mit der Bitte, dem israelischen Außenminister[9] mitzuteilen, daß der Bundesminister größten Wert auf eine volle Aufklärung lege.

VS-Bd. 10919 (422)

7 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

8 Nach Artikel 113 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 sollte nach Ablauf einer Übergangszeit die gemeinsame Handelspolitik nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet werden. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 846.
Artikel 224 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 sah eine Abstimmung der EG-Mitgliedstaaten vor im Falle von Maßnahmen eines EG-Mitgliedstaats „bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernsten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der Verpflichtungen […], die er im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit übernommen hat“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 892–894.

9 Yitzhak Shamir.

124

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1597/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. Mai 1984, 21.28 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 762 **Ankunft: 3. Mai 1984, 21.56 Uhr**

Betr.: KVAE;
hier: Ratssitzung am 3.5.1984 mit Delegationsleitern aus Stockholm

Zur Unterrichtung

I. Rat beriet auf Sitzung am 3.5.1984, die unter Teilnahme der Stockholmer Delegationsleiter stattfand, über Aspekte der zweiten Verhandlungsrunde der KVAE, die am 8.5.1984 in Stockholm beginnt.

Folgende Themen standen im Vordergrund:

1) östliche Strategie und westliche Haltung zum Gewaltverzicht,

2) beschränkende Maßnahmen (constraints),

3) prozedurale Fragen (Errichtung von Arbeitsgruppen),

4) noch offene Fragen des westlichen Maßnahmenpakets[2].

Zu Beginn der Sitzung hatte der Tagesvorsitzende der Stockholmer Delegationsleiter (Botschafter Citron) den Rat über die Beratungen der Delegationsleiter am Vortag unterrichtet (s. DB Nr.[3] vom 3.5.1984 – I-341.44-1849/84 VS-v[4]). Wortlaut wird nachstehend in Anlage 1 übermittelt.[5]

II. Zu 1) Östliche Strategie und westliche Haltung zum Gewaltverzicht

Von unserer und von italienischer Seite wurde der Gewaltverzicht in konstruktiver Weise in das westliche substantielle und taktische Vorgehen eingebracht. Diese Gedanken fanden ein interessiertes, zum Teil schon positives Echo (Wiedergabe meiner Erklärung vgl. Ziffer IV dieses Telegramms).

IT Ständiger Vertreter[6] unterschied zwischen dem Gewaltverzicht als besonderer CSBM-Maßnahme und dem Gewaltverzicht als Zielsetzung der KVAE. Die-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 5, 14 und 29.
Hat Vortragendem Legationsrat Haak am 8. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Edler von Braunmühl verfügte.
Hat Braunmühl am 8. Mai 1984 vorgelegen.

2 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

3 Auslassung in der Vorlage.

4 Korrigiert aus: „1802/84 VS-v".
Botschafter Citron, z. Z. Brüssel, teilte mit, die Leiter der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten seien sich „im Grundsatz" einig gewesen, „daß der Westen auch in der nächsten Runde die Initiative behalten solle, und zwar bei der Schaffung von Arbeitsstrukturen für die Konferenz. Über die Einzelheiten, insbesondere die Einrichtung von Arbeitsgruppen, ist der Meinungsbildungsprozeß noch im Gang und wird in Stockholm fortgesetzt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 761; VS-Bd. 13388 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Erklärung des Botschafters Citron, z. Z. Brüssel, vgl. den Drahtbericht Nr. 762/763 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 3. Mai 1984; VS-Bd. 13372 (212); B 150, Aktenkopien 1984. Vgl. Anm. 1.

6 Sergio Romano.

ser Form der Behandlung des Gewaltverzichts stehe man positiv gegenüber. Bei einem solchen Verfahren würden keine negativen militärischen Auswirkungen entstehen. Die Verhandlungen würden erleichtert. Ein solches Herangehen sei für den Westen politisch vorteilhaft. Selbstverständlich sei der Zeitpunkt eines entsprechenden westlichen Angebots sehr wichtig. Die Erklärung der westlichen Bereitschaft, über das Thema in Stockholm zu sprechen, würde Neigung der SU, sich mit unseren Vorschlägen zu befassen, erhöhen. Afghanistan[7] würde damit nicht indossiert, ebensowenig wie Ungarn (1956)[8] und Prag (1968)[9] durch die Schlußakte von Helsinki[10] hingenommen worden seien. Andreotti habe bei seinem Besuch in Moskau (22.–24.4.1984[11]) von Gromyko den Eindruck gewonnen, daß die SU bereit sei, eine Trennung der Forderung nach einer Vereinbarung über den Nichtersteinsatz von nuklearen Waffen von einer solchen nach einem allgemeinen Gewaltverzicht vorzunehmen.[12] Er habe den Eindruck erweckt, in Stockholm nur über einen allgemeinen Gewaltverzicht sprechen zu wollen.[13] (Text der italienischen Intervention wird als Anlage 2 übermittelt.[14])

Mehrere Delegationen (B, DK, L, E) stimmten in der Tendenz (Gewaltverbot als Ziel, nicht als Maßnahme) den italienischen Überlegungen zu. Ständiger Vertreter GB[15] erklärte, Gewaltverzicht könne am Ende der Verhandlungen die vereinbarten Maßnahmen krönen. Es könne daran gedacht werden, in Stockholm schon jetzt über diese westlichen Vorstellungen zu sprechen, ohne dabei zu sagen, zu welchem Zeitpunkt darüber verhandelt werden könne.

Ständiger Vertreter B[16] wies darauf hin, eine Erörterung der westlichen Vorstellungen zum Gewaltverzicht mit den NNA würde die Position der Allianz bei späteren sowjetischen Vorschlägen verbessern.

Ablehnend argumentierten NWG, NL und PTG. Man solle zunächst die weiteren Schritte der SU abwarten. Es frage sich, was die Allianz für ein solches An-

7 Zum Eingreifen sowjetischer Streitkräfte am 24. Dezember 1979 in Afghanistan vgl. AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

8 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

9 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

10 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

11 Zum Besuch des italienischen Außenministers Andreotti in der UdSSR vgl. Dok. 139, Anm. 9.

12 Am 8. Mai 1984 legte die UdSSR auf der KVAE in Stockholm Vorschläge für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vor. Darin enthalten waren 1) der Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, 2) der Abschluß eines Vertrags über den Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt, und zwar sowohl mit konventionellen als auch nuklearen Waffen, 3) das Einfrieren bzw. die Reduzierung von Rüstungsausgaben, 4) die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa, 5) die Bildung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen Europas sowie 6) der Ausbau der in der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vorgesehenen vertrauensbildenden Maßnahmen hinsichtlich des Umfangs und der Ankündigung von Manövern und Truppenbewegungen. Für den Wortlaut des Dokuments CSCE/SC/4 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 368–370.

13 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Haak handschriftlich: „Nichts Neues."

14 Dem Vorgang beigefügt. Für den Sprechzettel des italienischen NATO-Botschafters Romano vgl. den Drahtbericht Nr. 763 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 3. Mai 1984; VS-Bd. 13372 (212); B 150, Aktenkopien 1984. Vgl. Anm. 1.

15 John Graham.

16 Juan Cassiers.

gebot jetzt als Gegenleistung erhalte. Sache sei nicht reif für Entscheidungen der Allianz.

US und F äußerten sich in der Sache nicht. Außerhalb der Sitzung sagte mir Goodby, daß er mit den deutschen und italienischen Vorstellungen konform gehe.[17]

Zu 2) Beschränkende Maßnahmen (constraints)

NWG vertrat nachdrücklich Auffassung, Allianz sollte alle Anstrengungen unternehmen zu prüfen, ob die von NNA[18] und Rumänien[19] vorgeschlagenen constraints für den Westen vorteilhaft oder wenigstens akzeptabel seien. Ggf. müßten Parameter so gesetzt werden, daß die Auswirkungen für NATO und WP ausgewogen seien. Weiterhin sei zu fragen, ob weitere Beschränkungen entwickelt werden könnten, die den westlichen Interessen bei den weiteren Erörterungen in Stockholm dienen könnten. Thema könne in Stockholm nicht mehr ausgewichen werden. IT und NL in der Sache sowie hinsichtlich der Fragestellung auch DK, E und L stimmten mit dieser Auffassung überein. Zurückhaltender äußerten sich GB, B, KAN und PTG. Ich erklärte, daß wir die Analyse von beschränkenden Maßnahmen, auch unter Einbeziehung des Kataloges von 1980[20], fortsetzen sollten. Es bestand Übereinstimmung, zunächst die Ergebnisse der militärischen Untersuchungen des MC abzuwarten und diese sodann in der Allianz politisch zu bewerten.

Ständiger Vertreter USA[21], der darauf hingewiesen hatte, daß MC nur Mandat habe, sich mit Begrenzungen zu befassen, die in Stockholm bereits auf dem Tisch lägen (d.h. Vorschläge NNA und Rumänien), widersprach nach entsprechender Intervention des norwegischen Ständigen Vertreters[22] nicht der Zusammenfassung des Vorsitzenden, der eine Aufgabenstellung an das MC im norwegischen Sinne formulierte.

Zu 3) Prozedurale Fragen (Errichtung von Arbeitsgruppen)

Rat war sich einig, daß mit der Frage von Errichtung von Arbeitsgruppen (AG) Substanzfragen angesprochen seien, die von Bedeutung für die Verhandlung der sowjetischen deklaratorischen Vorschläge und für ein späteres KVAE-Dokument.[23] Alle Sprecher räumten ein, daß jede Lösung Vor- und Nachteile aufweise. Es komme darauf an, die für die Durchsetzung der westlichen Vorschläge günstigste Lösung zu finden. Konsens bestand darüber, daß Lösung auf der Grundlage des weiteren Verlaufs der Beratungen in Stockholm gefunden wer-

17 Die Wörter „Goodby“ und „konform“ wurden von Vortragendem Legationsrat Haak hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

18 Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Maltas, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns vom 9. März 1984 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (CSCE/SC/3) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 364–367.

19 Rumänien legte am 25. Januar 1984 Vorschläge für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vor (CSCE/SC/2). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 361–364.

20 Ministerialdirektor Blech notierte am 20. Januar 1981, der Ständige NATO-Rat habe am 8. Dezember 1980 einem Paket vertrauensbildender Maßnahmen für eine Konferenz über Abrüstung in Europa zugestimmt. Vgl. dazu VS-Bd. 11531 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

21 David M. Abshire.

22 Kjeld Vibe.

23 So in der Vorlage.

den müsse. Enge Abstimmungen sollen mit den NNA erfolgen. Im Ergebnis votierten für eine AG NWG, GB, DK, PTG und wir, für zwei AGs F, NL und L. Goodby erklärte mir gegenüber außerhalb der Sitzung, daß er jetzt abweichend von seiner bisherigen Haltung mehr der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zuneige.

Zu 4) Noch offene Fragen des westlichen Maßnahmenpakets

Alle Delegationen sprachen sich für baldige Lösung der vier noch offenen Fragen im Maßnahmenpaket aus (Frage der Definitionen in Maßnahme 1 – türkisches Problem[24] –, materielle Schwellenwerte, Inspektionsquoten, Ausgestaltung des Kommunikationssystems).

III. US hielten sich sehr zurück. Botschafter Goodby unterrichtete Rat über seine Moskauer Konsultationen. Unterrichtung stimmte inhaltlich mit der den Delegationsleitern am Vortag gegebenen überein (Ber. Nr. ….[25] vom 3.5.1984)[26].

IV. Ich habe meine Bemerkungen auf Äußerungen zum Gewaltverzicht konzentriert und dargelegt, daß der Vorschlag der SU, einen Gewaltverzichtsvertrag abzuschließen, nicht annehmbar sei. Der Gewaltverzicht sei jedoch im Mandat der KVAE[27] in einer Mittel-/Zweckrelation erfaßt und sei damit ein Thema der Konferenz, das wir in unserem Sinne nutzen und dem Osten nicht zu Propagandazwecken überlassen sollten. Da Gewalt Bestandteil sowjetischer, nicht aber westlicher Politik sei, sollte der Osten, nicht aber der Westen, prinzipielle Schwierigkeiten mit diesem Thema haben. Wir müßten vermeiden, daß das Thema einseitig von der SU besetzt werde. Wenn wir uns in dieser Thematik auf eine bloß ablehnende Haltung beschränkten, liefen wir Gefahr, daß die westliche Politik in unserer Öffentlichkeit nicht voll gewürdigt werde. Da das Thema für die SU aus ihrer Strategie heraus, der wir entgegenwirken müßten, von großen Interesse sei, biete sich die Möglichkeit an, es auch in unserer Argumentation stärker zu verwenden und zu gegebener Zeit konstruktiv zur Durchsetzung westlicher Interessen auf der KVAE zu nutzen. Wir könnten

– bei der KVAE auf konkrete Maßnahmen der Vertrauensbildung drängen, die – entsprechend dem Mandat – dem Gewaltverzicht Ausdruck und Wirkung verleihen;
– unter Berufung auf den Gewaltverzicht der Breschnew-Doktrin[28] in Osteuropa und der sowjetischen Gewaltanwendung in Afghanistan entgegentreten.

24 Zur türkischen Haltung bezüglich des Austauschs von Informationen über die Struktur von Streitkräften vgl. Dok. 4, Anm. 15, und Dok. 6, Anm. 11.

25 Auslassung in der Vorlage.

26 Botschafter Citron, z. Z. Brüssel, teilte am 3. Mai 1984 mit, der Leiter der amerikanischen KVAE-Delegation, Goodby, habe über „sein etwa achtstündiges Gespräch in Moskau mit dem sowjetischen DL Grinewski, das in relativ guter Atmosphäre im kleinen Kreis ohne Militärberater stattgefunden, kaum INF-Polemik, aber auch wenig neue Einsichten gebracht habe", berichtet: „Die Sowjetunion habe die westlichen VBMs als einseitig kritisiert […]. Der Gewaltverzichtsvertrag sei den Sowjets sehr wichtig. Nach ihrer Vorstellung könnten VBMs in einem gesonderten Abkommen vereinbart werden, was – im Verhältnis zum Gewaltverzichtsvertrag – einen minderen Status bedeute." Vgl. den Drahtbericht Nr. 761; VS-Bd. 13388 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

27 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

28 Zur „Breschnew-Doktrin" vgl. Dok. 3, Anm. 22.

Die Frage des Zeitpunktes, d.h. wann wir die Frage in der KVAE aufgriffen, sei von hoher politischer und taktischer Bedeutung und sollte zu gegebener Zeit vertieft erörtert werden.

V. Vorsitzender faßte Ergebnis der Sitzung wie folgt zusammen:

1) Allianz muß in Stockholm die Initiative behalten.

2) Das Maßnahmenpaket muß vervollständigt werden.

3) Die Frage der Begrenzungen muß in den zuständigen Allianz-Gremien geprüft werden. Zunächst wird sich MC anhand der norwegischen Überlegungen mit dem Thema aus militärischer Sicht befassen.

4) Der Gewaltverzicht wird als Ziel der Stockholmer Konferenz in Verbindung mit den Vereinbarungen von CSBMs angesehen und könnte mit dieser Maßgabe unter Berücksichtigung des Stockholmer Verhandlungsverlaufs in die Diskussion eingeführt werden.

5) Die Frage der Errichtung von Arbeitsgruppen soll unter Berücksichtigung des weiteren Verlaufs in Stockholm entschieden werden (vgl. Anlage 3 – Zusammenfassung des Internationalen Stabes[29]).

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13372 (212)

29 Dem Vorgang beigefügt. Für die Zusammenfassung vgl. den Drahtbericht Nr. 763 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 3. Mai 1984; VS-Bd. 13372 (212); B 150, Aktenkopien 1984. Vgl. Anm. 1.

125

Bundesminister Genscher an den irakischen Außenminister Aziz

VS-vertraulich **6. Mai 1984**[1]

Sehr geehrter Herr Kollege,

der Besuch einer Delegation der Arabischen Liga vor einigen Tagen[2] hat mir Gelegenheit gegeben, mich über die gegenwärtige Lage am Golf unterrichten zu lassen und mein großes Interesse an einem baldigen Ende des Krieges zwischen Ihrem Land und Iran erneut zum Ausdruck zu bringen. Ich werde auch, einer Anregung der Delegation folgend, mit meinen europäischen Kollegen die Frage erörtern, wie Europa weitere Beiträge hierzu leisten kann – über die zahlreichen Erklärungen und Initiativen hinaus, die Sie kennen und die eine eindeutige Sprache sprechen.

Ich habe darüber hinaus die Anwesenheit ihres Mitarbeiters Wissam al-Zahawie zum Anlaß genommen, um erneut ein Problem an Sie und Ihre Regierung heranzutragen, das einen Schatten auf unsere freundschaftlichen Beziehungen wirft. Ich meine die fortdauernde Inhaftierung von Herrn Jacob Petross.[3]

Ich habe mich stets persönlich als Freund Ihres Landes betrachtet und dies durch aktives Handeln wiederholt unter Beweis gestellt. Es fällt mir daher nicht leicht zu verstehen, daß Bitten abgelehnt werden, die der Präsident der Bundesrepublik Deutschland am 15.12.1982 an S.E. den Präsidenten der Irakischen Republik[4] und ich selbst an verschiedene Mitglieder Ihrer Regierung gerichtet

1 Das Schreiben wurde mit Drahtbericht Nr. 2018 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt übermittelt „mit der Bitte um möglichst baldige Zustellung an den Empfänger".
Hat Vortragendem Legationsrat von Hoessle vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Arab[ische] Übersetzung (handschriftl[ich]) wurde Bo[tschafter] Böcker mitgegeben."

2 Bundesminister Genscher empfing am 2. Mai 1984 eine Delegation der Arabischen Liga zur Erörterung der Lage im irakisch-iranischen Krieg. Der jordanische Botschafter Sharaf erklärte, es „erfülle die Delegation mit Genugtuung, daß die Bundesregierung kein Kriegsmaterial liefere. Er bitte die Bundesregierung, sich auch im Rahmen der EG in diesem Sinne einzusetzen. Der BM erklärte, er könne nur für sein Land sprechen. Waffen deutscher Herkunft würden weder direkt noch indirekt geliefert. Er sei gerne bereit, dieses Thema mit seinen europäischen Partnern zu erörtern." Der jordanische Außenminister Masri schlug vor, „einen Ausschuß aus den Botschaftern Jordaniens, Nordjemens, Saudi-Arabiens und Iraks sowie den zuständigen deutschen Arbeitseinheiten zu bilden, um gemeinsam zu prüfen, was weiter getan werden könne. Der BM stimmte zu." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Unterabteilung 31, Bd. 137559.

3 Der irakische Staatsangehörige Jacob Petross, der mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet und seit 1969 für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung tätig war, wurde am 11. Juli 1981 in Bagdad verhaftet und später wegen Spionage verurteilt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 124.
Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 29. Februar 1984, nach Auskunft von Frau Petross, die ihren Mann habe besuchen dürfen, sei dessen Gesundheitszustand „miserabel": „Frau Petross fragt sich, ob ihr Mann die Drangsalierungen und die entwürdigenden Haftbedingungen noch lange überlebt." Vgl. VS-Bd. 13571 (311); B 150, Aktenkopien 1984.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit notierte am 4. Mai 1984, in einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im irakischen Außenministerium, al-Zahawie, habe Bundesminister Genscher erklärt, er sei „zutiefst enttäuscht", daß der Bitte um eine Begnadigung von Petross bislang nicht entsprochen worden sei. Vgl. VS-Bd. 13571 (311); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Mit Drahterlaß Nr. 288 übermittelte Ministerialdirigent Montfort Botschafter Holzheimer, Bagdad, ein Schreiben des Bundespräsidenten Carstens an Präsident Hussein, in dem Carstens darum bat,

haben. Diese Bitten betreffen einen Mann, der Ihr Land als Gast Ihrer Regierung und als Mitglied einer deutschen Delegation betrat, der seit vielen Jahren einer deutschen Regierungsbehörde angehört und der mit einer Deutschen verheiratet ist. Natürlich können Sie sich demgegenüber formell darauf berufen, daß er irakischer Staatsbürger ist. Ich erkenne das ohne Vorbehalt an.

Freundschaft zwischen Staaten, ebenso wie zwischen Menschen, beruht aber auf Gesten, die Formen und Äußerlichkeiten zurücklassen und von einem Geist des Entgegenkommens geprägt sind. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie sich bei S.E. dem Präsidenten der Republik Irak[5] dafür einsetzen würden, daß Herr Jacob Petross endlich zu seiner Familie zurückkehren kann.[6]

Ich habe bedauert, daß mein Unfall[7] sowie krisenhafte Erscheinungen in den innereuropäischen Beziehungen es mir schwergemacht haben, einen neuen Termin für Ihren Besuch vorzuschlagen. Der nachlassende Termindruck in den kommenden Monaten würde es mir aber erlauben, Sie in der ersten Hälfte des Monats Juli als Gast in Bonn zu sehen. Ich hoffe, daß dieser Termin auch Ihnen angenehm ist.[8]

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Dietrich Genscher
Außenminister der Bundesrepublik Deutschland

VS-Bd. 13571 (311)

Fortsetzung Fußnote von Seite 606

Jacob Petross „im Gnadenweg aus dem Gefängnis zu entlassen und ihm die Möglichkeit zur Rückkehr zu seiner Familie nach Deutschland zu geben". Vgl. VS-Bd. 13571 (311); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 23. Februar 1983 lehnte Hussein das Gesuch ab. Für das Schreiben an Carstens vgl. den Drahterlaß Nr. 47 von Montfort vom 11. März 1983 an die Botschaft in Bagdad; VS-Bd. 13571 (311); B 150, Aktenkopien 1983.

5 Korrigiert aus: „Iran".

6 Botschafter Böcker, Bagdad, berichtete am 14. Mai 1984, er habe das Schreiben des Bundesministers Genscher an den irakischen Außenminister Aziz am 12. Mai 1984 dem Staatssekretär im irakischen Außenministerium übergeben: „Sahaf nahm den Brief ohne Kommentar zur Kenntnis." Er, Böcker, habe es „als positiv gewertet, daß Sahaf auf den Passus über Petross ebenso wie auf das ihm bekannte Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Wisam Zahwi am 2.5. nicht abweisend reagiert hat. Er erklärte zum Gesamtinhalt, daß er mich über die Reaktion seines Ministers informieren würde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 425; VS-Bd. 13571 (311); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Bundesminister Genscher erlitt am 3. Januar 1984 bei einem Autounfall in der Nähe von Nonnweiler im Saarland einen Brustbeinbruch sowie Blutergüsse. Vgl. dazu den Artikel „Genscher bei Autounfall verletzt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Januar 1984, S. 1.

8 Der Besuch des irakischen Außenministers Aziz in der Bundesrepublik fand vom 4. bis 6. September 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 235.

126

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington

VS-vertraulich **7. Mai 1984**[1]

Gespräch BM mit AM Shultz am 7.5.1984, 11.00 Uhr[2]

Von BM noch nicht genehmigt

Das halbstündige Gespräch, bei dem auf amerikanischer Seite Niles und bei uns Ploetz als Note-taker anwesend waren, eröffnete offizielle Gespräche BMs mit der Administration. Es diente der Vorbesprechung des für den Nachmittag vorgesehenen Gesprächs mit dem Präsidenten sowie einem ersten Meinungsaustausch, insbesondere über das West-Ost-Verhältnis. Das Gespräch war sehr freundschaftlich und ergab, daß die besprochenen Fragen übereinstimmend eingeschätzt wurden.

Im einzelnen:

1) West-Ost- und Allianz-Fragen

BM stellte einleitend mit Shultz fest, daß Besuch zu einem günstigen Zeitpunkt stattfinde.

- Es werde sichtbar gemacht, daß vor seiner Moskau-Reise[3] ein Meinungsaustausch stattfinde.
- Mit Blick auf das NATO-AM-Treffen in Washington[4] und den anschließenden Weltwirtschaftsgipfel[5] – Shultz nannte auch das OECD-Ministertreffen[6], an dem die USA durch Dam vertreten werden – könnten Vorbereitungen getroffen werden.

BM begrüßte die Reagan-Erklärung zur Fortsetzung der KVAE[7], insbesondere, daß sie sich nicht auf Stockholm beschränkt, sondern die ganze Breite der Ver-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Washington, mit Drahtbericht Nr. 2044/2045 vom 8. Mai 1984 an das Auswärtige Amt übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 9. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Isch[inger] zum V[organ]g."
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 9. Mai 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 127–129 und Dok. 133.

3 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

4 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

5 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

6 Am 17./18. Mai 1984 fand in Paris eine Ministertagung der OECD statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte dazu am 25. Mai 1984 mit, erörtert worden seien Nord-Süd-Fragen, insbesondere die Verschuldung der Entwicklungsländer, die Vorbereitung einer neuen GATT-Verhandlungsrunde, internationale Investitionen und transnationale Unternehmen, Möglichkeiten zur Erzielung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums sowie die Wahl eines neuen OECD-Generalsekretärs. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 50; Referat 422, Bd. 135535.

7 Präsident Reagan gab am 5. Mai 1984 eine Erklärung zu der am 8. Mai 1984 beginnenden zweiten Runde der KVAE in Stockholm ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 632 f.

handlungen unterstreicht, was ganz unserer Auffassung entspreche und seine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Europa haben werde.

BM erinnerte an seine Prognose im letzten Sommer, daß die Nachrüstungsdebatte bei uns schwierig werde, aber nicht so schwierig, wie manche befürchteten, und daß 1984 ganz andere Themen im Vordergrund stehen würden.[8] Dies sei so eingetreten, die Bundesregierung habe beim Doppelbeschluß kein inneres Problem. Dies werde er auch in Moskau deutlich sagen.

Anders verhalte es sich in einigen Nachbarländern. Craxi habe sich nicht zum ersten Mal so wie in Lissabon geäußert.[9] Er habe auch in Rom einigen christdemokratischen Regierungschefs – in unterschiedlich konkreter Weise – den Moratoriumsgedanken vorgetragen. BK habe deutlich gegengehalten, Martens ebenso. Die Reaktion von Lubbers sei nicht bekannt. Craxis Vorschlag entspreche dem, was man im WP sage und was die Amerikaner auch in China[10] gehört hätten.

Der Sprecher des AA in Bonn[11] habe Weisung zu erklären, daß der Vorschlag zwar bisher nicht offiziell an uns herangetragen sei, daß wir aber an dem Beschluß der Allianz festhielten. Craxis Vorschlag würde ein falsches Signal geben: Nach unserem Eindruck würden die kleineren WP-Staaten unruhig, beim WP-AM-Treffen in Budapest[12] scheine ein gewisser Unwille über die sowjetische Verhandlungsverweigerung artikuliert worden zu sein. Es wäre auch daher ein Fehler, jetzt auf die Linie von Craxi zu gehen.

Die Allianz habe mit der Durchführung des Doppelbeschlusses[13], der NATO-Erklärung vom Dezember 1983[14] und der Reagan-Rede vom 16. Januar[15] die Offensive gewonnen, wir sollten uns nicht selbst in die Defensive bringen. Eben dies solle die NATO auch bei dem AM-Treffen in Washington Ende Mai sagen:

8 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundesministers Genscher gegenüber den Außenministern Cheysson (Frankreich) und Shultz (USA) sowie dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, am 8. Juni 1983 in Paris; AAPD 1983, I, Dok. 175.

9 Ministerpräsident Craxi führte am 16. September 1983 in London ein Gespräch mit Premierministerin Thatcher. Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 19. September 1983, laut Presseberichten habe Craxi bei einer anschließenden Pressekonferenz erklärt, „falls die INF-Verhandlungen sich aufgrund neuer Vorschläge bewegen würden, setze sich Italien dafür ein, daß man bei dem Dislozierungsbeginn der Cruise Missiles nicht nach der Uhr gehe". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1042; Referat 204, Bd. 135243.
Am 3. Mai 1984 hielt sich Craxi in Portugal auf. Botschafter Lahn, Rom, teilte am 4. Mai 1984 mit: „Heutige italienische Tageszeitungen berichten in großer Aufmachung über Äußerungen Craxis zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen in Genf. Craxi habe Soares über die Absicht der italienischen Regierung unterrichtet, auf der nächsten NATO-Ministerratssitzung Ende Mai in Washington eine Erklärung der NATO zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen anzuregen. Nach Auffassung Craxis solle die NATO ihre Absicht bekunden, die Verhandlungen mit dem Ziel, ein Gleichgewicht auf möglichst niedriger Ebene zu erreichen, wiederaufzunehmen und während der Zeit der Verhandlungen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen nicht fortzusetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 614; Referat 220, Bd. 128640.

10 Präsident Reagan hielt sich vom 26. April bis 1. Mai 1984 in der Volksrepublik China auf.

11 Karl-Theodor Paschke.

12 Am 19./20. April 1984 fand in Budapest eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt.

13 Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

14 Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 100–105 bzw. S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133–138.

15 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

Nicht sie verweigere die Verhandlungen, sie sei vielmehr bereit, in allen Bereichen zu verhandeln und zusammenzuarbeiten.

BM verwies auf die Änderung der sowjetischen Strategie, die 1983 über die Bundesrepublik, jetzt aber über NL, B und I versucht, den Doppelbeschluß auszuhebeln. Eine sehr offensive Erklärung in Washington werde es erleichtern, gegenzuhalten. In diesem Zusammenhang unterstrich BM den letzten Satz der Reagan-Erklärung vom 5.5., daß die USA bereit seien, der anderen Seite auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in Verhandlungen auf halbem Wege entgegenzukommen. Dies entspreche der Brüsseler Dezember-Erklärung, in der Bereitschaft erklärt wurde, die Sicherheitsinteressen der anderen Seite zu berücksichtigen.

Shultz fragte nach BMs Erwartungen bei seiner Moskau-Reise. Washington habe viel über seine Beziehungen zur SU nachgedacht und versuche, die Brüsseler Erklärung und die Präsidentenrede in die Tat umzusetzen und ihrer Beziehung zur SU einen konstruktiven Inhalt und Bedeutung zu geben. Dies habe sich als sehr schwierig erwiesen; in Moskau scheine entschieden worden zu sein, nicht darauf einzugehen. Die Erklärungen lauteten zwar anders, aber die Sowjets reagierten nicht. Ob dies ein taktischer Zug sei oder das Ergebnis der neuen Führung[16] oder ob es in Moskau zwei Schulen gebe, sei nicht klar. Offenbar wolle die SU jedenfalls weiterhin Europa und die USA trennen. Sie habe zwar mehrere europäische AMs eingeladen, bliebe aber bei ihrer negativen Haltung zu den USA.

BM meinte, die sehr positive Kommentierung seines Gesprächs mit Tschernenko durch Bush bei der Beisetzung Andropows[17] habe uns erstaunt: Wir hätten unsererseits keine Veränderung der sowjetischen Politik, weder zum Positiven noch zum Negativen, erkennen können. Tschernenko werde sicher sehr stark nach innen wirken, um den Lebensstandard zu verbessern. Unter normalen Umständen würde dies das Interesse an Rüstungskontrollverhandlungen intensivieren, aber bei Regierungen wie in Moskau habe stets die militärische Seite Vorrang. Interessant sei, daß Gromyko die Kollegen aus den drei Ländern eingeladen habe, in denen die Stationierung bereits begonnen habe.[18] Offenbar wolle er deren Festigkeit prüfen.

BM sprach Überzeugung aus, daß SU letztlich an konstruktiven Beziehungen zu den USA interessiert sei: Für Gromyko sei ohne Zweifel das Verhältnis USA–SU von entscheidender Bedeutung. Die Vereinbarung der Nixon-Breschnew-Erklärung von 1972[19] habe für ihn einen Höhepunkt gebildet, weil in ihr die SU als gleichberechtigte Weltmacht anerkannt und die gemeinsame Verantwortung für weltpolitische Fragen festgehalten gewesen sei. Zweifelsohne sei es für die Sowjets aber immer wichtig, europäisch-amerikanische Gegensätze zu erken-

16 Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

17 Zum Gespräch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 14. Februar 1984 in Moskau vgl. Dok. 43, Anm. 5.

18 Außer Bundesminister Genscher besuchten vom 22. bis 24. April 1984 der italienische Außenminister Andreotti bzw. vom 1. bis 3. Juli 1984 der britische Außenminister Howe die UdSSR. Vgl. dazu Dok. 139, Anm. 9, bzw. Dok. 195, Anm. 12.

19 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

nen, herbeizuführen oder aufzublähen. Daher müsse auf beiden Seiten des Atlantiks darauf geachtet werden, daß solche Gegensätze nicht entstünden oder in konstruktiver Weise beseitigt würden. So sei es wichtig, daß die USA die vitale Bedeutung der SDI-Forschung nicht nur für die Sicherheit der USA, sondern auch für die Europas anerkennten und sich bewußt würden, daß dies nicht nur Gegenstand amerikanisch-sowjetischen Interesses sein könne. BK habe Shultz bei seinem letzten Besuch in Bonn[20] unsere Auffassung dargelegt. Es sei wichtig, einen guten Konsultationsmechanismus zu entwickeln, wir müßten laufend voll informiert sein. Daher sei das vorgesehene Briefing zu begrüßen. Wir hätten besonders gut gefunden, daß General Abrahamson bei einem Kongreß-Hearing erklärt habe, die Stabilität lasse sich nur erhöhen und das Risiko eines nuklearen Konflikts lasse sich nur verhindern durch die Verfolgung von Rüstungskontrollstrategien in Übereinstimmung mit den technologischen Entwicklungen.[21] Dies sei ein sehr wichtiger Punkt.

BM hielt es für wahrscheinlich, daß die Sowjets den amerikanischen Wahlausgang[22] abwarten wollten, obwohl – wie er Gromyko in Stockholm gesagt habe[23] – kein Anlaß zur Annahme bestehe, daß Reagan nicht wiedergewählt werde. Er habe empfohlen, sich schon jetzt so zu verhalten, als ob eine weitere Amtszeit von Reagan Gewißheit wäre.

Sofern die SU die amerikanischen Mittelstreckenraketen tatsächlich als militärische Bedrohung ansehe, müßte sie eigentlich an einer Beendigung der Dislozierung interessiert sein. Im Augenblick arbeite die Zeit gegen die SU.

BM vermutete, daß das gegenwärtige Verhalten der SU gegenüber Washington vorübergehender Natur ist, vielleicht benötige Moskau auch noch Zeit für die weitere Meinungsbildung. Gegenwärtig würden auch wir stark angegriffen, sogar mit dem Vokabular der 60er Jahre.

Shultz unterstrich Interesse Präsident Reagans an BMs Einschätzung der SU und der übrigen WP-Staaten.

Zusammenfassend meinte Shultz:

Der Westen habe gegenüber der SU eine ganz gute Position.

– Er habe seine militärische Stärke wiederhergestellt und erhalte sie aufrecht.
– Er sei bereit, vernünftige Positionen vorzutragen und sich zu einigen, dies aber nicht zu unvernünftigen Bedingungen.

20 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 6./7. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher am 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 371.

21 Gesandter Wallau, Washington, teilte am 27. April 1984 mit, in einer Anhörung des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats am 25. April 1984 habe der Leiter des SDI-Programms, Abrahamson, ausgeführt, die „verringerte Bedeutung von offensiven Nuklearwaffen" im Falle der Errichtung von SDI werde es „militärisch und wirtschaftlich sinnvoll erscheinen lassen, diese Waffen beiderseits auf dem Wege von Verhandlungen zu reduzieren". Die Kosten würden auf 2 Mrd. Dollar für das Haushaltsjahr 1985 sowie weitere 24 Mrd. Dollar für die Haushaltsjahre 1986 bis 1989 geschätzt: „Das Raketenabwehrsystem würde auch die Verbündeten einbeziehen, da es sich gegen ballistische Raketen aller Reichweiten richte, einschließlich taktischer Raketen und Mittelstreckenraketen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1898/1899/1900; Referat 220, Bd. 128642.

22 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

23 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 14.

Der Westen könne also ganz entspannt sein.

BM faßte wie folgt zusammen:

– Der Westen sei an der Fortsetzung der Verhandlungen interessiert und solle dies deutlich sagen.
– Er könne aber keinen Preis für die Rückkehr der SU an den Verhandlungstisch[24] zahlen. Anderenfalls würde das ermutigen, auch andere Verhandlungstische zu verlassen.

Shultz stimmte dem nachdrücklich zu.

2) Wirtschaftsfragen

BM bezeichnete unsere Wirtschaftsentwicklung als besser, als in zurückhaltenden Prognosen der Bundesregierung vorausgesagt. Wir würden wahrscheinlich eine Steuersenkung zum 1. Januar 1986 vornehmen, weil wir dann einen Bedarf an binnenwirtschaftlicher Konjunkturstützung (auf Investitions- wie auf Verbraucherseite) erwarteten. Wir seien an der Auffassung von Shultz über die wirtschaftliche Entwicklung der USA in der zweiten Jahreshälfte 1985 und in 1986 interessiert.

Zum Verhältnis EG–USA verwies BM auf britische und deutsche Anstrengungen – die Shultz dankbar anerkannte –, eine Fett- und Ölsteuer[25] zu verhindern. Über die Importe von US-Getreidesubstituten in die EG[26] sowie agrarischer EG-Veredlungsprodukte in die USA[27] müsse gesprochen werden.

Wir seien in unseren Beziehungen in einer Phase, wo wir unsere Anstrengungen vor allem darauf richten müßten, das Entstehen neuer Probleme zu verhindern.

Shultz bestätigte, daß sich auch nach amerikanischen Beobachtungen die deutsche Wirtschaft ganz gut entwickele, auch wenn die Arbeitslosenzahlen noch relativ hoch seien.

24 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

25 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Abgabe auf pflanzliche Öle und tierische Fette vgl. Dok. 29, Anm. 30.
Auf der Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel fand sich keine Mehrheit für die Einführung einer solchen Abgabe. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1984, S. 58.

26 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, die Getreidesubstitutimporte zu begrenzen, vgl. Dok. 29, Anm. 31.
Der EG-Ministerrat erteilte der EG-Kommission am 31. März 1984 das Mandat, mit verschiedenen GATT-Mitgliedstaaten, „die in den Genuß der Freistellung von den – im GATT konsolidierten – Zöllen für bestimmte Getreideaustauscherzeugnisse kommen, im Hinblick auf eine teilweise und vorläufige Aussetzung dieses Zugeständnisses Konsultationen aufzunehmen". Vgl. BULLETIN DER EG 3/1984, S. 55.
Eine erste Verhandlungsrunde fand am 12. Juni 1984 in Genf statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1984, S. 82.

27 Vortragender Legationsrat van Edig notierte am 4. Mai 1984, die Einfuhr von Veredlungsprodukten aus den Europäischen Gemeinschaften in die USA unterliege aus verschiedenen Gründen „erheblichen Behinderungen". So hätten die USA 1955 im GATT eine Ausnahmegenehmigung erwirkt, die zu Importquoten bei Käse, weiteren Milchprodukten, Schlachtvieh, Fleisch, Weizen und Weizenerzeugnissen, Kartoffeln und Zucker geführt habe. Die USA seien nicht bereit, auf diese Ausnahmegenehmigung zu verzichten. Ferner wendeten die USA bei der Einfuhr tierischer Veredlungsprodukte „besonders harte Hygiene-, Qualitäts- und Prüfbestimmungen an. Dies führt dazu, daß z. B. frisches Fleisch, Fleischwaren und Milcherzeugnisse nur in geringem Umfang in die USA exportiert werden können." Vgl. Referat 411, Bd. 144250.

3) WEU

BM kündigte an, daß er sich zur Stärkung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit äußern werde[28], die wir im Sinne wiederholter Erklärungen des BK mit dem Ziel anstrebten, den europäischen Pfeiler im Bündnis zu stärken. Es sei wichtig, die europäischen Stimmen zu konzertieren.

4) China

Shultz stellte fest, daß der Besuch in China dem Präsidenten ein gutes Bild von der Haltung seiner Führung und ihrer Probleme vermittelt habe. Er habe darüber hinaus die Beziehungen in ihrer ganzen Breite gefestigt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit laufe gut, einiges werde im COCOM zu besprechen sein, sei aber nicht problematisch. Im militärischen Bereich werde man fallweise vorgehen.

In den chinesisch-sowjetischen Beziehungen bewege sich nichts Grundsätzliches. Die SS-20-Bedrohung sei der Führung in Peking ebenso bewußt wie der sowjetische Truppenaufbau und Afghanistan. Insgesamt habe sich der Besuch gelohnt.

VS-Bd. 14125 (010)

127

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington

204-321.00 USA-358/84 VS-vertraulich **7. Mai 1984**[1]

Gespräch des Bundesministers mit Außenminister Shultz am 7.5.1984 in Washington[2];
hier: Behandlung von Bürgern der DDR in den amerikanischen Botschaften im Ostblock[3]

BM sagte, er wolle nochmals die Frage der Behandlung von DDR-Bürgern in amerikanischen Botschaften im Ostblock ansprechen. Was hierzu bisher in den deutsch-amerikanischen Gesprächen erreicht worden sei, sei nicht ganz zufriedenstellend. Es handele sich hierbei um eine Frage von großer prinzipieller und – im Falle eines Fehlschlages – von großer emotionaler Bedeutung.

28 Bundesminister Genscher äußerte sich am 20. Juni 1984 vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris zu einer verstärkten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der WEU. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1984, S. 662–665.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 126, Dok. 128, Dok. 129 und Dok. 133.

3 Zur Frage der Behandlung von Zufluchtsuchenden aus der DDR in amerikanischen Botschaften in Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 92.

Shultz: Die USA hätten hierzu eine bestimmte Politik. Wenn man eine Lage schaffe, die DDR-Bürger einlade, in amerikanische Botschaften zu kommen und dort zu bleiben, so könne sich dies als eine Falle für die USA, aber auch für die DDR-Bürger selbst herausstellen. Die amerikanische Regel bestimme, daß ein Aufenthalt über Nacht nicht gewährt werde. Er könne aber zusichern, daß man in diesen Fragen schnell und unbürokratisch mit uns zusammenarbeiten wolle.

BM wies darauf hin, daß es nicht um die Frage einer Einladung an DDR-Bürger gehe. Man dürfe keinen Unterschied in der Behandlung machen, je nachdem, ob die Betreffenden um 7 Uhr vormittags oder um 19 Uhr abends in der Botschaft erschienen. Wir würden uns größte Mühe geben, bei der Lösung solcher Fälle zu helfen. Man könne nicht davon ausgehen, daß wir immer innerhalb einer Stunde zu erreichen seien oder gar bei so kurzer Frist in der Lage wären, die Zufluchtsuchenden zum freiwilligen Verlassen der US-Botschaft zu bewegen. Bei einer Ausweisung aus der Botschaft könne das Gefängnis für die Betreffenden bedeuten, was bei uns zu großer Erregung führen könne. Er plädiere daher dafür, daß die USA in dieser Frage flexibler seien. Einen Automatismus dürfe es nicht geben. DDR-Bürger könnten im übrigen nicht mit den Staatsangehörigen anderer osteuropäischer Länder oder der Sowjetunion gleichgestellt werden: Die Drei Mächte hätten mit der Bundesrepublik Deutschland Abkommen[4] abgeschlossen, in denen die einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft anerkannt werde.[5]

Shultz erwiderte, die amerikanischen Botschafter seien ermächtigt, auf einer Fall-zu-Fall-Basis im Rahmen der allgemeinen Regeln zu entscheiden. (*Niles* wies auf die Gespräche zwischen ihm und RL 210[6] hin, die am 10.5. in Bonn fortgesetzt würden.[7])

4 Korrigiert aus: „ein Abkommen".

5 Mit Schreiben vom 12. Mai 1949 an den Präsidenten des Parlamentarischen Rats, Adenauer, genehmigten die Militärgouverneure Clay (USA), Koenig (Frankreich) und Robertson (Großbritannien) das am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat in Bonn beschlossene Grundgesetz, dessen Artikel 116 die Frage der Staatsangehörigkeit regelte. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 130 f. Für den Wortlaut von Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15 f.
Artikel 1 Absatz 4 des Konsularvertrags vom 30. Juli 1956 zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien stellte u. a. fest, Staatsangehörige bedeute „alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes". Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 286.
Ferner hieß es in Artikel 2 Absatz 1 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (Truppenstatut): „In diesem Abkommen bedeutet der Ausdruck a) ‚Deutscher' einen Deutschen im Sinne des deutschen Rechts". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1220.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup führte am 4. Mai 1984 Gespräche im amerikanischen Außenministerium zur Frage der Behandlung von Zufluchtsuchenden aus der DDR in amerikanischen Botschaften in Warschauer-Pakt-Staaten. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am selben Tag mit, die Gespräche hätten auf amerikanischer Seite „keine Bewegung" gezeigt: „US-Gesprächspartner sahen sich nicht in der Lage, unsere Vorschläge substantiell zu erörtern. Sie wiederholten vielmehr unverändert die amerikanische Position, wie sie uns in dem Non-paper vom 19. März 1984 und in dem Schreiben von AM Shultz an BM vom 10. April 1984 mitgeteilt worden war. Zu dem Versuch, eine informelle Absprache über einen Verfahrensmodus zu formulieren, kam es deshalb nicht. Die amerikanische Seite unterstrich mehrfach, daß sie sich aus innenpolitischen Gründen gehindert sehe, uns bei der Behandlung von DDR-Deutschen in US-Botschaften weiter entgegenzukommen, als dies bisher vorgesehen sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2011; VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup vermerkte am 17. Mai 1984, im Gespräch mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Niles, am 11. Mai 1984 habe

BM meinte, er verstehe, daß es sich hierbei um eine sensitive Frage handele. Er sei aber sehr besorgt, daß eine falsche Behandlung dieser Fälle große negative Auswirkungen in unserer Öffentlichkeit haben könnte.

D2 erinnerte an unseren Vorschlag, daß der amerikanische Botschafter in jedem Fall berichten und das State Department entscheiden sollte.

Shultz: Die USA hätten diesen Vorschlag abgelehnt, und zwar auch aus praktischen Gründen (erhebliche Zeitdifferenz; 19 Uhr in Osteuropa bedeute Mitternacht in den USA[8], d.h. eine Zeit, in der im State Department kaum noch jemand zu erreichen sei).

VS-Bd. 12938 (204)

128

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington

VS-vertraulich **7. Mai 1984**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Nach einigen einleitenden Worten über seine Reise nach China[2] dankte der *Präsident* dem Bundesminister dafür, daß er vor seiner Moskau-Reise[3] zu Konsultationen nach Washington gekommen sei.[4] Die Sowjets blieben stumm. Die Amerikaner versuchten auf einer ganzen Reihe von Feldern, mit ihnen zu sprechen. Was die Wiederaufnahme der START- und INF-Verhandlungen angehe, so könn-

Fortsetzung Fußnote von Seite 614

Ministerialdirektor Pfeffer noch einmal den Standpunkt der Bundesregierung dargelegt: „Niles wiederholte alle uns bereits bekannten amerikanischen Gesichtspunkte. Er wies darauf hin, daß die Linie des State Department nach Auffassung Washingtons ein erhebliches Entgegenkommen uns gegenüber darstelle. AM Shultz sei nicht bereit, zuzustimmen, daß Zufluchtsuchende aus der DDR sich mehrere Tage in einer US-Botschaft aufhalten dürften. Die letzte Entscheidung müsse im übrigen beim Botschafter vor Ort liegen; die Zentrale wolle und könne nicht in jedem Einzelfall Weisung erteilen. Der amerikanischen Seite sei daran gelegen, nicht negativ in die Schlagzeilen zu geraten. Bisher sei schließlich auch niemand gegen seinen Willen aus einer amerikanischen Botschaft entfernt worden." Vgl. VS-Bd. 13350 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

8 So in der Vorlage.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Washington, mit Drahtbericht Nr. 2046 vom 8. Mai 1984 an das Auswärtige Amt übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 9. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Isch[inger] zum V[organ]g."
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 9. Mai 1984 vorgelegen.

2 Präsident Reagan hielt sich vom 26. April bis 1. Mai 1984 in der Volksrepublik China auf.

3 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

4 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 126, Dok. 127, Dok. 129 und Dok. 133.

ten die USA nicht mit dem Hut in der Hand auf die Sowjets zugehen. Schließlich hätten die Sowjets die Verhandlungstische verlassen.[5]

Der *Bundesminister*, der die Grüße des Bundeskanzlers überbracht hatte, erwiderte, wir hätten schon bei der letzten NATO-Ministertagung[6] festgestellt, daß kein Preis für die Rückkehr der Sowjetunion an die Verhandlungstische zu bezahlen sei. Wenn wir einen Preis bezahlen würden, wäre das eine Ermutigung für die SU, auch noch andere Tische zu verlassen. Der Westen müsse jedoch immer wieder seine Verhandlungsbereitschaft bekunden. Deshalb sei die Erklärung des Präsidenten vom 5.5.1984[7] besonders zu begrüßen. Der Präsident habe in seiner Erklärung unter Anknüpfung an die KVAE die ganze Breite der Abrüstungsangebote erwähnt. Das liege ganz in der Linie der Brüsseler Erklärung vom Dezember 1983.[8] Im gleichen Sinne müßten sich nun die NATO-AM bei ihrer Frühjahrstagung in Washington[9] äußern.

Er sei vor seinem Moskauer Besuch nach Washington gekommen, um deutlich zu machen, daß er seine Gespräche in Moskau in Übereinstimmung mit dem amerikanischen (und den europäischen) Verbündeten führe. Die SU habe drei europäische Außenminister eingeladen: Der italienische Außenminister sei schon in Moskau gewesen[10]; er selbst reise im Mai, der britische Außenminister etwas später.[11] Es handelte sich um diejenigen Außenminister, deren Länder sich für die Stationierung entschieden haben. Man müsse den Sowjets zwei Dinge klarmachen:

1) Wir würden mit der Stationierung fortschreiten, bis ein konkretes Verhandlungsergebnis vorliegt.

2) Wir seien bereit, mit ihnen auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten und ernsthaft zu verhandeln, und zwar an den besetzten Tischen und an den Tischen, zu denen die Sowjets zurückkehren müßten. Die West-Ost-Beziehungen dürften auch nicht auf Abrüstungsfragen reduziert werden. Es gebe andere Bereiche von großer Bedeutung. Für die SU stünden die Beziehungen zur USA an der Spitze. Die Beziehungen zu Europa seien für sie aber auch wichtig, und sie versuchten, diese Beziehungen auch dazu zu nutzen, um zwischen den USA und Europa Schwierigkeiten zu schaffen. Für sie vital bliebe aber, wie gesagt, das Verhältnis der SU zu den USA. Diese Auffassung bestimme auch Gromykos Verhalten. Er sei immer noch von seiner Zeit als Botschafter in Washington[12] geprägt. Er habe die Kraft der USA im Kriege kennengelernt. Damals sei die SU weitgehend besetzt gewesen. Die SU habe nur mit Hilfe der USA überlebt.

5 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. AAPD 1983, II, Dok. 376.

7 Präsident Reagan gab am 5. Mai 1984 eine Erklärung zu der am 8. Mai 1984 beginnenden zweiten Runde der KVAE in Stockholm ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 632 f.

8 Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 100–105 bzw. S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133–138.

9 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

10 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 22. bis 24. April 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 139, Anm. 9.

11 Der britische Außenminister Howe besuchte die UdSSR vom 1. bis 3. Juli 1984. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 12.

12 Andrej Andrejewitsch Gromyko war von 1943 bis 1946 sowjetischer Botschafter in Washington.

Die USA hätten den Krieg gleichzeitig im pazifischen Raum und Europa führen müssen und dennoch einen Lebensstandard gehalten, den die SU bis heute nicht erreicht habe. Gromyko möchte einen Zustand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen herstellen, den er im Jahre 1972 schon erreicht zu haben glaubte[13], den Zustand einer gemeinsamen Verantwortlichkeit der beiden Supermächte in der großen Politik. Er, der Bundesminister, glaube deshalb, daß die gegenwärtige Zurückhaltung der SU gegenüber den USA vorübergehender Natur sein werde. Die Prognose, daß Moskau vor den amerikanischen Wahlen[14] keine größere Bewegung machen werde, sei sicher richtig. Diese Tatsache dürfe uns nicht davon abhalten, immer wieder klarzumachen, daß wir uns nicht verweigern. Man müsse auch wissen, daß die SU zunehmend Schwierigkeiten mit ihren kleineren Verbündeten habe. Die Konferenz der WP-AM in Budapest[15] sei offenbar nicht ohne Auseinandersetzungen verlaufen. Gleichzeitig müsse man die Situation in Westeuropa im Auge behalten. Er spreche nicht von uns, denn es sei genau das eingetreten, was der Bundeskanzler und er selbst vorausgesagt hätten, daß nämlich nach der Dislozierung Ruhe eintreten werde. Im Augenblick stünden innenpolitische Themen ganz im Vordergrund. Die Niederlande und Dänemark hätten jedoch Probleme, neuerdings auch Italien. Wir hätten heute als Reaktion auf die Erklärung Craxis[16] in Bonn öffentlich festgestellt, wir würden einem Moratorium nicht zustimmen[17]. Wir würden zum NATO-Doppelbeschluß stehen. Für die genannten europäischen Länder sei es ganz wichtig, daß die Außenminister der NATO eine klare politische Erklärung in Washington abgeben.

Im State Department sei er soeben über die Strategic Defense Initiative (SDI) unterrichtet worden. Es sei entscheidend, daß wir über diesen Fragenkomplex in engster Konsultation blieben. In Europa dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß sich hier eine Entwicklung anbahne, welche die USA unverwundbar machen, aber Europa nicht wirklich mitschützen würde. Wenn sich dieser Eindruck festsetze, würde eine Art geistiger Abkoppelung stattfinden. Nun hätten die Mitarbeiter im State Department erklärt, die amerikanische Seite habe der SU zweimal angeboten, über diese Problematik zu sprechen. Diese Tatsache sollte der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden. Auch hier gehe es darum, deutlich zu machen, daß die andere Seite ein westliches Angebot ablehne. (AM *Shultz* betonte gegenüber BM nach dem Gespräch mit dem Präsidenten, die amerikanische Seite habe der SU Gespräche (talks), nicht etwa Verhandlungen angeboten.)

Der *Präsident* erwiderte scherzend, der Bundesminister könne Gromyko mitteilen, er sei ihm sehr dankbar dafür, daß Gromykos Politik ihm helfe, wiedergewählt zu werden.

13 Vgl. dazu die Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

14 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

15 Am 19./20. April 1984 fand in Budapest eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt.

16 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Craxi am 3. Mai 1984 in Lissabon vgl. Dok. 126, Anm. 9.

17 Zur Erklärung des Ministerialdirektors Sudhoff, Presse- und Informationsamt, vgl. den Artikel „Bonn hält Stationierungsstopp nicht für den richtigen Weg"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Mai 1984, S. 1.

Er frage sich immer wieder, ob sich die Sowjets tatsächlich durch uns bedroht fühlten. Die Chinesen hätten ihm dies bestätigt. Die Sowjets hätten seit Lenin die Weltrevolution als ihr Ziel verkündet. Dieses Ziel, das andere bedrohe, sollten sie aufgeben und das auch öffentlich erklären.

Der *Bundesminister* erwiderte: Weil sich die Sowjets bedroht fühlten, sei es so wichtig, ihnen immer wieder zu sagen, daß wir keine bedrohlichen Absichten gegen sie hätten. Wie für die SU und besonders für Gromyko die Beziehungen zur USA erste Priorität hätten, so habe die Bundesrepublik Deutschland für die SU die zweite Priorität. Die Sowjets hätten erlebt, daß Deutschland sie fast besiegt habe. Sie hätten nur mit amerikanischer Hilfe überlebt. Jetzt sähen sie die Bundesrepublik Deutschland und die USA als Verbündete. Das erzeuge einen Inferioritätskomplex. In jüngster Zeit hätten sie die USA öffentlich vor uns gewarnt. Die USA müßten dafür sorgen, daß der deutsche Militarismus nicht wiederkehre. Dieser Propagandaangriff habe natürlich damit zu tun, daß wir den europäischen Pfeiler in der Allianz stärken wollten. Das führe die Sowjets in ihre Denkvorstellung von 1972 zurück, wonach die SU und USA das Weltgeschehen bestimmen sollten. Was die Angriffe auf uns angehe, so wisse Moskau, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Atomwaffen besitze. Sie wüßten aber auch, daß, wenn sie die Implementierung des Doppelbeschlusses in der Bundesrepublik Deutschland hätten verhindern können, der Doppelbeschluß zu Fall gekommen wäre. Umgekehrt werde von den Niederlanden eine solche Wirkung nicht ausgehen.

Der Bundesminister wendete sich sodann dem Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen[18] zu. Der Präsident habe vor kurzem den Papst in Fairbanks getroffen.[19] Im Juli werde er, der Bundesminister, ein Gespräch mit dem Papst in Rom führen.[20] Er möchte die endgültige Einschätzung des Papstes über das Landwirtschaftsprojekt kennen. Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, habe den Präsidenten auf das Projekt angesprochen. Inzwischen sei in Polen das Stiftungsgesetz verabschiedet worden. Die polnische Kirche verhandele im Augenblick mit dem Staat über das Stiftungsstatut für das Projekt. Wenn diese Verhandlungen zu einem guten Resultat führten, dann lasse sich mit staatlicher und kirchlicher Hilfe des Westens wirklich etwas für die Menschen in Polen tun. Für die polnische Regierung sei dies ein schmaler Pfad: Sie habe ein Interesse daran, die Lebensbedingungen für die Bevölkerung zu verbessern, gleichzeitig würde jedoch die Autorität der katholischen Kirche und der privaten Landwirtschaft gestärkt. Bekanntlich seien 85 Prozent des Bodens in der Bewirtschaftung kleinerer Bauern und nur 15 Prozent in der Hand der Kollektive. Auf diese Weise könne der Westen den polnischen Menschen unmittelbar helfen.

Der *Präsident* bestätigte, daß auch die USA den polnischen Menschen helfen wollen.

18 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 90, Anm. 19.

19 Auf dem Weg zu einer Reise nach Südostasien legte Papst Johannes Paul II. am 2. Mai 1984 eine Zwischenlandung in Fairbanks/Alaska ein und traf dort mit Präsident Reagan zusammen, der sich auf der Rückreise von der Volksrepublik China befand.

20 Das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Papst Johannes Paul II. fand am 3. September 1984 in Castel Gandolfo statt.

Außenminister *Shultz* bemerkte, die amerikanische Seite habe dem Bundesminister schon gesagt, daß sie zur Hilfe bereit sei, aber die Polen gingen auf Angebote nicht ein (Shultz bezog sich wohl auf die bilateralen Beziehungen). Der *Bundesminister* erwähnte, daß wir über die Ergebnisse des Besuchs von Jaruzelski in Moskau[21] noch keine Erkenntnisse hätten; ihm komme es darauf an festzustellen, ob der Papst mit seiner ganzen Autorität hinter dem Landwirtschaftsprojekt stehe. In Polen gebe es offenbar verschiedene Denkschulen. Kardinal Glemp habe Probleme in der Kirche. Deshalb sei das Urteil des Papstes so wichtig.

VS-Bd. 14125 (010)

129

Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington

8. Mai 1984[1]

Gespräche des Herrn Bundesministers mit AM Shultz in Washington am 8.5.1984[2] (Delegationsgespräch von 10.30 Uhr bis 12.30 Uhr mit anschließendem Mittagessen)[3]

Folgende Themen wurden angesprochen:

– Stand und Perspektiven der West-Ost-Beziehungen, einschließlich bevorstehender BM-Besuch in Moskau[4], Lage in Osteuropa, insbesondere Polen (Landwirtschaftsprojekt katholische Kirche[5]),
– Abrüstung und Rüstungskontrolle,
– NATO-AM-Frühjahrstagung in Washington[6] (insbesondere „Signal von Washington"),
– Strategisches Raketenabwehrsystem,
– Handelsbeziehungen EG–USA,

21 Ministerpräsident Jaruzelski besuchte die UdSSR am 4./5. Mai 1984.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 9. Mai 1984 gefertigt und am 10. Mai 1984 an das Ministerbüro geleitet. Dazu vermerkte er: „Es wird gebeten, für den anliegenden Gesprächsvermerk die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen. D 2 und D 2 A haben den Gesprächsvermerk gebilligt." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 204, Bd. 135258.

2 Korrigiert aus: „7.5.1984".

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 126–128 und Dok. 133.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

5 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 90, Anm. 19.

6 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

– Bedeutung des Dreiecks Europa–Amerika–Japan,
– Wirtschaftliche Entwicklung in USA und der Bundesrepublik,
– Seerechtsabkommen.

Im einzelnen:

1) Stand und Perspektiven der West-Ost-Beziehungen

BM meinte, die SU sei mittelfristig daran interessiert, ihre Beziehungen zu den USA auf den Standard zu bringen, wie er in der Nixon-Breschnew-Erklärung von Moskau[7] (1972)[8] nach Auffassung der SU erreicht worden war. Es könne durchaus sein, daß die Alliierten bei ihren Feierlichkeiten aus Anlaß des 40. Jahrestages der Landung in der Normandie[9] Beifall von der falschen Seite bekämen. In einer kürzlichen TASS-Erklärung werde die Frage gestellt, wie die USA ihre Verantwortung wahrnehmen wollten, den westdeutschen Militarismus zu bändigen. Diese Erklärung solle an die Kriegskoalition und an die Nixon-Breschnew-Erklärung von 1972 erinnern, nach der beide Supermächte eine gemeinsame Verantwortung in der Welt tragen müßten. Diese sowjetische Politik werde wesentlich mitgeprägt durch Gromyko, der während seiner Zeit als Botschafter in Washington[10] bleibende Eindrücke über die Stärke der USA erhalten habe. Für Gromyko sei die Bundesrepublik Deutschland das wichtigste Land in Europa (u. a. konventionelle militärische Stärke, wirtschaftlicher Status). Die SU habe derzeit nicht die Wankelmütigen nach Moskau eingeladen, sondern die, die mit der Stationierung begonnen hätten. Mit den drei Einladungen (Andreotti, Howe[11], BM) solle noch einmal der Test gemacht werden, ob die Stationierung durchgeführt werde. Außerdem komme in den Einladungen die realistische sowjetische Politik zum Ausdruck, daß man mit denen spricht, die man ernst nehmen muß. Der SU müsse man folgendes deutlich machen:

– Nur konkrete Verhandlungsergebnisse haben Einfluß auf die Stationierung, nicht der Beginn von Verhandlungen.
– Die Zeit arbeitet für den Westen, nicht für die Sowjetunion.
– Bekräftigung der Bereitschaft zu langfristiger Zusammenarbeit in allen Bereichen.
– Appell, die beiderseitigen Vorteile einer solchen Zusammenarbeit zu erkennen.
– Es ist an der SU, die Entscheidung zu treffen, an die Verhandlungstische zurückzukehren.[12] Der Westen wird hierfür keinen Preis zahlen, aber er wird weiterhin unterstreichen, daß er immer verhandlungsbereit ist.

7 Korrigiert aus: „Wien".
8 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.
9 Zu den Feierlichkeiten am 6. Juni 1984 anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") vgl. Dok. 164.
10 Andrej Andrejewitsch Gromyko war von 1943 bis 1946 sowjetischer Botschafter in Washington.
11 Der italienische Außenminister Andreotti besuchte die UdSSR vom 22. bis 24. April 1984, der britische Außenminister Howe vom 1. bis 3. Juli 1984. Vgl. dazu Dok. 139, Anm. 9, bzw. Dok. 195, Anm. 12.
12 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

Die SU sei an den langfristigen Zielen des Westens interessiert. Es liege ihr daran, von ihrer Entscheidung des letzten Herbstes herunterzukommen, nach der Verhandlungen nur möglich seien, wenn die Stationierung rückgängig gemacht werde. Bezeichnend sei der Beschluß der Budapester AM-Konferenz vom 19./20.4. mit dem Vorschlag des Abschlusses eines Vertrages über ein Gewaltverbot in den beiderseitigen Beziehungen.[13] Dieser Vorschlag werde von den kleineren WP-Staaten als klassische Gesichtswahrung für die SU hingestellt. Der Westen habe diesen Gedanken bisher zu wenig genutzt. Man solle nicht mit einem glatten Nein, sondern mit einem „Ja, aber" antworten. Man müsse die Frage nach dem Sinn einer neuen GV-Bekräftigung stellen, wenn damit nicht gleichzeitig substantielle Fortschritte erzielt würden: Der Gewaltverzicht müsse innerhalb der Bündnissysteme (Absage an die Breschnew-Doktrin[14]) und gegenüber dritten Staaten gelten (Abzug der Sowjets aus Afghanistan). Insbesondere der erste Aspekt sei für die kleineren Partner der SU von großem Interesse.

Zur Lage in den osteuropäischen WP-Staaten:

Am gefügigsten sei derzeit – auch aus inneren Gründen – die ČSSR. Diese sei das einzige Land, das noch eine starke Moskau-Fraktion innerhalb des Politbüros habe. Deshalb habe die SU durch Rudé Právo zum gemeinsamen Handeln aufgefordert[15], um die DDR und Ungarn zu warnen.

BM wies darauf hin, daß sich an dem Vorbereitungstreffen für die geplante Umweltkonferenz in München nur zwei WP-Staaten, nämlich die DDR und Ungarn, beteiligt hätten.[16] Offenkundig beanspruchten beide Staaten einen gewissen Manövrier-Raum für ihre inneren Angelegenheiten, Ungarn für die Wirtschaft und die DDR für die deutsch-deutschen Beziehungen. Hier seien die Bewegungen der DDR in den letzten zwölf bis fünfzehn Monaten beachtlich.

Bulgarien nehme in Sicherheitsfragen eine etwas unabhängigere Position ein. Dies sei vor allem bei der bulgarischen Weigerung, sowjetische Atomraketen zu stationieren, deutlich geworden. BM wies in diesem Zusammenhang auf sei-

13 Am 19./20. April 1984 fand in Budapest eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 319–322.

14 Zur „Breschnew-Doktrin" vgl. Dok. 3, Anm. 22.

15 Am 27. April 1984 wurde in der Presse berichtet, die sowjetische Wochenzeitschrift „Neue Zeit" habe einen Artikel der tschechoslowakischen Tageszeitung „Rudé Právo" nachgedruckt, in dem vor „separatistischen" und „partikularistischen" Tendenzen im Warschauer Pakt gewarnt werde: „Der Artikel, der offenkundig gegen die Westpolitik Ungarns, der ‚DDR' und Rumäniens gerichtet war, hat durch die Moskauer Wochenschrift – die dem sowjetischen Außenministerium nahesteht – zusätzliches Gewicht erhalten. Die tschechoslowakischen Autoren hatten einige Bruderparteien bezichtigt, durch das Betonen ‚nationaler Interessen' die ‚Rangfolge der Werte' durcheinander zu bringen." Vgl. den Artikel „Moskau warnt vor ‚Revisionismus'"; DIE WELT vom 27. April 1984, S. 1.

16 Vom 2. bis 4. Mai 1984 tagte in München eine Vorbereitungskonferenz auf Abteilungsleiterebene für die multilaterale Umweltkonferenz vom 24. bis 27. Juni 1984 in München. Vortragender Legationsrat Aurisch, z. Z. München, teilte dazu am 4. Mai 1984 mit, die Teilnehmer hätten sich über „die wesentlichen Elemente des organisatorischen Rahmens und über ein Arbeitspapier zu den Substanzfragen" geeinigt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 9999; Referat 415, Bd. 132208.
Referat 414-9 vermerkte am 8. Mai 1984 ergänzend, der sowjetische Botschafter Semjonow habe am Vortag gegenüber Staatssekretär Meyer-Landrut ausgeführt, „das Fernbleiben der UdSSR sei ein administrativer Fehler gewesen, und die Verantwortlichen würden zur Rechenschaft gezogen werden. Er (Semjonow) gehe davon aus, daß die UdSSR an der Hauptkonferenz teilnehme." Vgl. Referat 415, Bd. 132208.
Zur multilateralen Umweltkonferenz in München vgl. Dok. 187.

ne letzten Gespräche mit Schiwkow in Sofia hin.[17] Dieser sei bald auf die Mittelstreckenraketen zu sprechen gekommen mit dem Hinweis, Bulgarien setze sich für eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan ein und habe sich daher nicht entschließen können, der Stationierung sowjetischer Waffen zuzustimmen. Dies sei – so BM – ein Hinweis darauf, daß die SU in Sofia wegen der Stationierung angefragt habe. Jaruzelski habe wohl seine Bereitschaft zur Stationierung erklärt, aber gewußt, daß die SU die Lage in Polen dafür als zu ungewiß angesehen habe. Insgesamt werde deutlich, daß die SU bis zu einem gewissen Grade Rücksicht auf die kleineren WP-Partner nehmen müsse.

Rumänien sei ein Sonderfall. Seine Aktionsbasis sei durch die katastrophale wirtschaftliche Lage eingeengt.

Angesichts dieser erkennbaren Differenzierung in Osteuropa sollte die Washingtoner Erklärung der NATO-AM nicht nur Moskau, sondern auch die übrigen Adressaten im WP im Auge behalten.

Was die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen angehe, habe es bei den Gesprächen der letzten zehn Jahre in einer Reihe von stagnierenden Vertragsverhandlungen (wissenschaftlich-technisches Abkommen, Rechtshilfe- und Kulturabkommen) wegen der Einbeziehung Berlins keine Fortschritte gegeben. Allerdings zeichne sich in jüngster Zeit eine leichte sowjetische Bewegung ab.[18] Wir verhielten uns gelassen. Er, BM, habe schon 1974 erklärt, daß die Verträge, so wie sie vorlägen, nicht unterzeichnet würden, weil die Einbeziehung Berlins nicht befriedigend geregelt sei. Daran erinnere er, BM, immer wieder Gromyko, wenn er mit diesem zusammentreffe, und er frage ihn, ob es in dieser Frage Neues aus Moskau gebe. BM betonte, wir hätten nicht die Absicht, in die Rolle des Bittstellers zu geraten; wir könnten ohne die Verträge leben, obwohl wir ein Zustandekommen begrüßen würden.

BM erinnerte an den signifikanten Rückgang der Ausreisen Deutschstämmiger aus der SU. Dies werde ein wichtiger Punkt seiner Gespräche in Moskau sein. Andropow sei in dieser Frage wohl aus Sicherheitsüberlegungen unerbittlich gewesen. Nachwirkungen dieser Haltung schlügen noch heute durch.

17 Bundesminister Genscher besuchte Bulgarien vom 13. bis 17. Juli 1983. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 218 und Dok. 219.

18 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen sowie das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 3, Anm. 29.
Eine weitere Verhandlungsrunde fand vom 2. bis 4. Mai 1984 statt. Ministerialdirektor Pfeffer notierte dazu am 8. Mai 1984, die Gespräche hätten sich auf das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit konzentriert. Es sei ad referendum folgender Lösungsansatz abgestimmt worden: „a) Es wird ein Rahmenabkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen. Der Text liegt bereits vor. b) Gleichzeitig werden ein Ressortabkommen, z. B. über Agrarforschung, oder einige wenige Ressortabkommen abgeschlossen. c) Gleichzeitig werden je Ressortabkommen zwei Programmabreden – oder einige mehr – getroffen, wobei in mindestens einer Programmabrede auf deutscher Seite ein Angehöriger einer Bundesinstitution in Berlin (West) ad personam benannt wird (d. h. [daß] in anderen Programmabreden im Rahmen des gleichen Ressortabkommens keine Angehörigen des in Berlin (West) gelegenen Forschungspotentials benannt werden). d) Diese Konstruktion dient als Modell auch für später zu schließende Ressortabkommen und Programmabreden. Die sowjetische Seite erklärte, diesen Ansatz mit dem Ziele einer beiderseits annehmbaren Regelung weiter prüfen zu wollen. […] Wir haben den Eindruck, daß die sowjetische Seite an einer Einigung über den Abschluß eines wissenschaftlich-technischen Abkommens ernsthaft interessiert ist.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132677.

Er, BM, werde in Moskau auch über die westliche Position bei den verschiedenen Verhandlungen sprechen. Er werde darauf hinweisen, daß wir bei der KVAE in Stockholm konkrete, nachprüfbare Ergebnisse und keine Deklarationen brauchten. Konkrete Ergebnisse in Stockholm würden auch Fortschritte bei den Wiener MBFR-Verhandlungen erleichtern, denn je größer der Raum der Vertrauensbildung sei, um so besser ließen sich die Risiken abschätzen, die sich aus Wien ergeben könnten. Insgesamt werde es wichtig sein, der SU klarzumachen, daß der Westen fest, aber verhandlungsbereit sei.

Shultz äußerte sich besorgt über die Entwicklung im Fall Sacharow[19]: Frau Sacharow sei krank; sie benötige medizinische Betreuung im Ausland. Sie sei vor kurzem verschwunden. Sie stehe unter Anklage, die ihr bis zu drei Jahre Haft einbringen könnte. Sacharow befinde sich im Hungerstreik. Die USA würden zu diesem Fall eine öffentliche Erklärung herausgeben.[20]

Er, Shultz, wolle eine sowjetische Entscheidung, nicht an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilzunehmen, nicht ausschließen (noch während des Gesprächs wurde die Meldung über den sowjetischen Boykott von Los Angeles[21] bekannt). Er, Shultz, sehe nach wie vor das sowjetische Bestreben, die USA von ihren europäischen Verbündeten durch eine Mischung von Anreizen und hartem Auftreten (enticement and bullying) zu trennen.

2) Abrüstung und Rüstungskontrolle

BM bezog sich auf eine Äußerung des nationalen Sicherheitsberaters McFarlane vom Vortage, der erklärt habe, er sei vom Präsidenten beauftragt worden, bei START und INF Kompromißelemente für den Fall der Wiederaufnahme von Verhandlungen zu identifizieren.[22] BM unterstrich die Notwendigkeit früh-

19 Gesandter Huber, Moskau, teilte am 10. Mai 1984 mit, die Ehefrau des sowjetischen Dissidenten Sacharow, Jelena Bonner, halte sich nach zuverlässigen Berichten bei ihrem nach Gorki verbannten Ehemann auf. Reisen nach Moskau seien ihr untersagt. Sie sei „wegen Art. 190 Strafgesetzbuch (Verbreitung wissentlich falscher Unwahrheiten, die den sowjetischen Staat und Gesellschaft verleumden, Höchststrafe drei Jahre Freiheitsentzug) bereits angeklagt. Weitere Anklageerhebung wegen Art. 64 Strafgesetzbuch (Landesverrat, Freiheitsentzug zehn bis 15 Jahre bzw. Todesstrafe) sei ihr angedroht worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1875; VS-Bd. 13380 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

20 Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Hughes, erklärte am 8. Mai 1984 die Besorgnis der USA über Meldungen, der sowjetische Dissident Sacharow befinde sich seit dem 2. Mai 1984 im Hungerstreik, um die Ausreise seiner Ehefrau Jelena Bonner zur medizinischen Behandlung im Ausland zu erreichen, sowie über Meldungen einer Anklageerhebung gegen Bonner. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2088, S. 91.

21 Das Nationale Olympische Komitee der UdSSR beschloß am 8. Mai 1984, keine sowjetischen Sportler zu den Olympischen Sommerspielen vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles zu entsenden. In der Presse wurde dazu berichtet, in einer von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS verbreiteten Erklärung werde als Begründung „die arrogante Haltung der amerikanischen Behörden gegenüber der Olympischen Charta" sowie die „grobe Mißachtung der Ideale und Traditionen der olympischen Bewegung" angeführt. „Extremistische Organisationen" seien mit Duldung der amerikanischen Regierung bestrebt, „unerträgliche Bedingungen" für den Aufenthalt der sowjetischen Mannschaft zu schaffen. Vgl. dazu den Artikel „Moskau sagt Teilnahme an den Olympischen Spielen in Los Angeles ab"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Mai 1984, S. 1.

22 Botschafter Ruth, z. Z. Washington, teilte am 8. Mai 1984 mit, im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, am Vortag seien neben Möglichkeiten zur Fortsetzung der INF-Verhandlungen und START die Äußerungen des Ministerpräsidenten Craxi am 3. Mai 1984 in Lissabon über ein zweiseitiges Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen im Fall der Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen, die geplante Dislozierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in den Niederlanden, die Ratifizierung der sogenannten „Schwellenverträge" durch die USA, der Gewaltverzicht sowie die Lage in Mittel-

zeitiger Information über die amerikanischen Zeitvorstellungen und die Substanz solcher Kompromißmöglichkeiten. Wir seien daran interessiert zu erfahren, in welche Richtung die amerikanischen Überlegungen gingen.

Shultz: Es gehe bei START im Grunde um die Frage der trade-offs. Man habe der SU am Ende der letzten Verhandlungsrunde entsprechende Überlegungen mitgeteilt. Diese habe jedoch nicht reagiert und nicht einmal Fragen gestellt. Man denke in der Administration jetzt darüber nach, wie dieses Konzept weiterentwickelt werden könne. Offenbar habe sich die SU entschieden, daß sie derzeit weder ein Abkommen noch eine Diskussion über substantielle Fragen in nahezu allen Bereichen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wünsche. So hätten sich auf Einladung der Federation of American Scientists vor wenigen Tagen sowjetische Wissenschaftler in Washington aufgehalten, um an einem Symposium über strategische Raketenabwehrsysteme und Rüstungskontrolle teilzunehmen. Der Leiter der sowjetischen Delegation, das Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften Welichow, sei zu einem Gespräch im State Department eingeladen worden, habe aber abgesagt.

Zum amerikanischen C-Waffen-Verbotsvorschlag[23] wies *BM* darauf hin, daß dieser in Europa, auch in der Bundesrepublik Deutschland, positiv aufgenommen worden sei. Der amerikanische Vorschlag sei eine gute Abrundung der westlichen Verhandlungspalette.

Shultz: Wie schon in früheren Fällen habe die Sowjetunion negativ reagiert, bevor der Vorschlag auf dem Tisch gelegen habe.

BM meinte, solche sowjetischen Reaktionen seien immer ein Zeichen dafür, so die SU den verwundbaren Punkt sehe.[24] So sei er am 5.5. in der sowjetischen Presse attackiert worden, weil er erneut auf die westliche Verhandlungsbereitschaft hingewiesen habe. Dabei sei ihm vorgeworfen worden, er verschleiere die westliche Verhandlungsposition durch gute Worte. Die SU reagiere immer nervös, wenn sie mit einer offensiven Politik konfrontiert würde.

Shultz übergab in diesem Zusammenhang ein Papier über das, was der SU zu SDI gesagt worden sei. Er wies ferner darauf hin, daß die USA im vergangenen Jahr der SU mitgeteilt hätten, daß eine Diskussion über Verteidigungstechnologien, die beide Seiten entwickelten, im gegenseitigen Nutzen wäre. Damit diese Gespräche nützlich sein könnten, sollten sie nach US-Auffassung auf Regierungsebene stattfinden. Die USA hätten den Sowjets einen Gesprächsvorschlag unterbreitet, auf den sie jedoch nicht eingegangen seien. Das amerikanische Angebot sei vor kurzem noch einmal erneuert worden.

Adelman unterrichtete (während des Mittagessens) über die Haltung des Kongresses zu einer Reihe von Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen wie folgt:

a) SDI

Weitverbreitete Irritation im Kongreß. Teilweise ziemlich starke Opposition aus den gleichen Gründen, die BM erwähnt habe. Es werde nicht einfach sein, die

Fortsetzung Fußnote von Seite 623

amerika erörtert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2042/2043; VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

23 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

24 So in der Vorlage.

beantragte Rate von 250 Mio. Dollar für das SDI-Forschungsprogramm zu erhalten. Die Federführung für diese Forschungsprogramme sei jetzt dem Pentagon als zentrale Stelle übertragen worden. Dies mache es andererseits aber den Gegnern des Programms einfacher, ihre Opposition effektiver zu konzentrieren.

b) ASAT

Die Administration habe gegenüber dem Kongreß dargelegt, daß Schwierigkeiten in der Frage der Verifikation Verhandlungen über ein umfassendes ASAT-Abrüstungsabkommen (comprehensive stop) derzeit unmöglich machten, daß die Administration aber nach potentiellen Themen in Einzelbereichen suche (Vermeidung von Zwischenfällen, Vertrauensbildung, Beschränkung der Umlaufbahnen usw.).

Shultz wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die USA der Auffassung seien, es sei nicht ratsam, in Verhandlungen über ein Abkommen zu ihrer Begrenzung einzutreten, bevor sie einen verifizierbaren und ausgewogenen Vorschlag entwickelt hätten, der mit ihren Sicherheitsinteressen vereinbar wäre. Die USA setzten ihre Suche nach solchen Maßnahmen fort, hätten aber noch keine Maßnahmen identifiziert, die diesen Grunderfordernissen gerecht würden.

c) MX

Die Frage bleibe im Kongreß ein ständiges Thema. Es gehe vor allem um die militärische Zweckmäßigkeit, aber auch um die Verwundbarkeit des Systems. Die Administration habe gegenüber dem Kongreß bisher argumentiert, daß das MX-System die Grundlage für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen mit der SU sei. Der derzeitige Stillstand der Genfer Verhandlungen könnte daher im Kongreß die Kräfte stärken, die schon früher Zweifel an dem MX-Programm geäußert hätten, aber wegen der Verhandlungen stillgehalten hätten. Er, Adelman, halte es für wahrscheinlich, daß die Administration in der MX-Frage im Abgeordnetenhaus verlieren, aber im Senat gewinnen werde.[25]

d) Amerikanisch-chinesisches Nuklearabkommen[26]

Das Abkommen sei ein wichtiger Schritt in Richtung Nichtverbreitung. Es beinhalte Kontrollen (safeguard controls) chinesischer Nuklearexporte. Man müsse damit rechnen, daß es im Kongreß Widerstand geben werde. Die Linke sehe in

25 Botschafter Ruth vermerkte am 25. Mai 1984: „Am 16.5.1984 nahm das amerikanische Repräsentantenhaus mit knapper Mehrheit einen vom dem Abgeordneten Aspin eingebrachten Zusatzantrag an, zwar Mittel für die Produktion von 15 weiteren MX-Raketen zu bewilligen, sie aber mit Beginn des Haushaltsjahres 1985 (1.10.1984) zunächst für sechs Monate einzufrieren. Nach Ablauf dieser Zeit hängt die Freigabe von einem Bericht des Präsidenten an den Kongreß […] ab, ob die SU Bereitschaft zur Begrenzung von der MX entsprechenden strategischen Waffensystemen erkennen läßt. […] Sollte der Senat in seiner noch ausstehenden Entscheidung einen anderslautenden Beschluß fassen, müßte der Vermittlungsausschuß entscheiden. Die Weiterentwicklung des MX-Systems und die vorbereitenden Arbeiten an den Silos zur Stationierung der bisher bewilligten 21 Raketen werden nicht beeinträchtigt." Zwar werde mit der Entscheidung ein Anreiz für die UdSSR zur Rückkehr zu START geschaffen, doch könne der Beschluß „möglicherweise die Kräfte in den Stationierungsländern" stärken, „die mit dem Gedanken eines INF-Moratoriums spielen". Vgl. Referat 220, Bd. 128640.

26 Botschafter Schödel, Peking, berichtete am 5. Mai 1984 über das am 30. April 1984 paraphierte Abkommen zwischen den USA und der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie: „Sachkundige Beobachter zweifeln […] wegen unzureichender Ver-

dem Abkommen eine Schwächung des NV-Regimes. Die Rechte sei dagegen, weil die VR China involviert sei. Es handle sich um ein Executive Agreement, das nicht ratifikationsbedürftig sei. Shultz meinte, die VR China habe sich verpflichtet, keinen anderen Ländern bei der militärischen Nutzung der Kernenergie zu helfen. Dies sei in einem Toast des chinesischen Ministerpräsidenten im Weißen Haus unterstrichen worden.[27] Er, Shultz, kenne die Diskussion über die Verbindlichkeit eines solchen Toasts. Man müsse aber bedenken, daß diesem Toast eine längere interne chinesische Diskussion vorangegangen sei und der Toast sorgfältig ausgearbeitet worden sei. Ein Toast sei in China durchaus ein Mittel, wichtige politische Entscheidungen bekanntzugeben. Insgesamt bewerte er, Shultz, die bisherige Reaktion im Kongreß als durchaus ermutigend.

e) Produktion von chemischen Waffen

Der Kongreß habe seit 1969 keine Mittel mehr für die Produktion chemischer Waffen bereitgestellt. Angesichts der emotionalen Bedeutung dieser Frage sei es unwahrscheinlich, daß der Kongreß im laufenden Jahr solche Mittel zur Verfügung stellen werde.

f) Schwellenverträge[28]

Auf eine Frage von D 2 A[29] meinte Adelman unter Hinweis auf die Reisen der Senatoren Percy, Cohen und Biden nach Moskau, daß im Kongreß die politische Bedeutung der Schwellenverträge gesehen werde.[30] *Shultz* unterstrich die Bedeutung des Verifikationsproblems: USA hätten die SU mehrfach darauf hingewiesen, daß ohne eine Verbesserung der Verifikation eine Ratifizierung nicht möglich.[31] Die SU habe stets auf die abgeschlossenen Verträge hingewiesen und den Standpunkt vertreten, erst müßten diese ratifiziert werden, dann könne man weiter über Verifikationsverbesserungen sprechen.

BM wies darauf hin, daß man mit einer sowjetischen Kampagne gegen die amerikanische Nichtratifizierung der Schwellenverträge rechnen müsse mit dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 625

pflichtungen Chinas hinsichtlich Nichtverbreitung und ausschließlich friedlicher Nutzung der Kernenergie daran, daß es die vor Unterzeichnung noch bestehenden inneramerikanischen Hürden bald passieren kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1223; Referat 204, Bd. 135262.

27 Für den Wortlaut der Ausführungen des Ministerpräsidenten Zhao Ziyang anläßlich eines Abendessens am 10. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 25.

28 Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.
Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 28. Mai 1976 über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

29 Friedrich Ruth.

30 Botschafter Ruth vermerkte am 30. März 1984, das Ratifizierungsverfahren der sogenannten „Schwellenverträge" sei in den USA zwar eingeleitet, jedoch 1977 unterbrochen worden und liege seitdem dem zuständigen Ausschuß des amerikanischen Senats zur Prüfung vor: „Die Frage einer Ratifizierung der Schwellenverträge als ‚Zeichen des guten Willens' war von den Senatoren Cohen und Biden nach ihrem Moskau-Besuch im Februar 1984 dem amerikanischen Präsidenten auf sowjetische Anregung hin vorgeschlagen worden. Sie wird gegenwärtig in der amerikanischen Regierung auf verschiedenen Ebenen erörtert." Das amerikanische Außenministerium habe die Frage einer Ratifizierung im März 1984 erneut geprüft und sich dagegen ausgesprochen. Vgl. Referat 201, Bd. 130191.

31 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Argument, daß die USA ein unzuverlässiger Vertragspartner seien. In Gesprächen mit Vertretern der WP-Staaten wiesen diese stets auf eine Liste von Verträgen hin, die die USA nicht ratifiziert hätten. Auch er, BM, sehe in den Schwellenverträgen eine Frage von großer politischer Wichtigkeit, die über die rüstungskontrollpolitische Bedeutung hinausgehe.

Shultz: Der Präsident werde ohne eine Verbesserung der Verifikationsfragen die Verträge im Senat nicht zur Ratifizierung vorlegen.

D2A wies darauf hin, daß die Frage auf der nächsten NPT-Konferenz[32] unter Hinweis auf Art. 6 des NV-Vertrages[33] aufgeworfen werden und[34] zu Angriffen auf die Vereinigten Staaten führen könnte.

3) NATO-AM-Frühjahrstreffen in Washington, insbesondere „Signal von Washington"

BM kam auf den bisherigen Stand der Bündnisberatungen über eine NATO-AM-Erklärung[35] zu sprechen: Die Schlußfolgerungen, die die amerikanische Seite aus der Bündnispolitik ziehe, wie sie sich aus dem Harmel-Bericht[36] ergebe, seien zu negativ. Bei der Erörterung des Erklärungsentwurfs sei die unterschiedliche Beurteilung des Harmel-Berichts deutlich geworden. Die Bundesrepublik Deutschland befinde sich hier in einer anderen Ausgangsposition als die USA. Wenn die USA jetzt im Hinblick auf die Entspannungspolitik von Enttäuschung und zu großen Hoffnungen sprächen, so treffe dies auf die amerikanische Politik der Vergangenheit zu, nicht aber auf die deutsche. Wir seien in den 70er Jahren nicht damit einverstanden gewesen, daß die Verteidigungsausgaben nach unten gefahren würden. Wir hätten diese Ausgaben in dieser Zeit ständig erhöht. Die finanziellen Probleme des Bundesministers der Verteidigung[37] rührten heute weitgehend daher, daß er Mittel bereitstellen müsse für kostspielige Waffenprogramme, die in den 70er Jahren bestellt worden seien. Der deutsche Bundeskanzler habe damals als erster auf die Mittelstrekkenproblematik hingewiesen.[38] Wir hätten Präsident Carter ferner gesagt, daß die einseitige Einstellung der Produktion des B-1-Bombers[39] ein Fehler sei. BM wies ferner auf die Neutronenwaffenentscheidung von Präsident Carter hin.[40] Er, BM, sei 1978 nach Washington gereist, um Präsident Carter davon

32 Die Dritte Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 fand vom 27. August bis 21. September 1985 in Genf statt.

33 Für den Wortlaut von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

34 Korrigiert aus: „aufgeworfen und".

35 Zum geplanten „West-Ost-Bericht" der NATO vgl. Dok. 134.

36 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

37 Manfred Wörner.

38 Vgl. dazu den Vortrag des Bundeskanzlers Schmidt vor dem International Institute for Strategic Studies am 28. Oktober 1977 in London; BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

39 Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1" mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

40 Der Bundessicherheitsrat traf am 14. März 1978 in Vorbereitung einer für den 20./22. März 1978 vorgesehenen Erörterung in der NATO Beschlüsse zur Neutronenwaffe. Am 19./20. März 1978 teilte die amerikanische Regierung eine Verschiebung der Diskussion auf unbestimmte Zeit mit. In einem

zu überzeugen, wenigstens die Neutronenwaffenoption offenzuhalten.[41] Es sei damals seine Sorge gewesen, die von Vance und Harold Brown geteilt worden sei, daß der Westen die falschen Signale an die SU gebe. Eine gewisse Kritik an der westlichen Haltung der 70er Jahre könne nicht die Bundesrepublik Deutschland treffen. Unsere Erwartungen an die Entspannungspolitik seien nie sehr hoch angesiedelt gewesen. Es gebe aus dieser Zeit keine Erklärung des Deutschen Bundestages, in der nicht auf die unveränderte sowjetische Überlegenheit hingewiesen werde. Wir hätten nie Illusionen über das sowjetische Vormachtstreben in Europa gehabt. Wir könnten daher keiner Formulierung zustimmen, in der etwas kritisiert werde, was wir nicht getan hätten. Wir könnten uns nicht im Rückblick selbst als Illusionäre bezeichnen. Es sei besser zu sagen, daß die SU aus der Politik der Entspannung nicht die Konsequenzen gezogen habe, die dem Geist der Entspannung entsprochen hätten. Damit zeige man, wo die Verantwortung liege.

Über die politische Bedeutung einer NATO-AM-Erklärung seien wir uns mit den USA einig. Wir wollten gemeinsam die politisch-offensive Position bewahren, wie Präsident Reagan sie in seiner letzten Erklärung vom 5.5.[42] erneut bekräftigt habe. Eine Reihe von Elementen dieser Erklärung könnte in die NATO-Erklärung übernommen werden. Mit einer solchen Erklärung könnten wir auch die Stimmung der Bündnispartner positiv beeinflussen, die Probleme hätten. Dies treffe für die Niederlande und Dänemark zu. Ob dies auch für Italien gelte (Craxi-Erklärung[43]), müsse man sehen. Die Erklärung müsse nach vorwärts weisen, die Allianz zusammenhalten und die kleineren Länder des WP als Adressaten besonders im Auge haben.

Shultz meinte, die amerikanische Enttäuschung über die Entspannungspolitik beruhe vor allem auf folgenden Gründen:

– Die Rüstungskontrollabkommen mit der SU hätten keine Auswirkungen auf das sowjetische Verhalten und die sowjetische militärische Hochrüstung gehabt.
– Die aufgebaute sowjetische militärische Macht sei zur Bedrohung dritter Länder, u. a. in Afghanistan und in Polen, benutzt worden.

Zu den wenigen erkennbaren Ergebnissen der Entspannungspolitik gehörten ein gewisser Ausbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und für die Bundesrepublik Deutschland bessere Beziehungen zur DDR.

BM entgegnete, daß die polnische Entwicklung ohne die Entspannungspolitik anders verlaufen wäre. Die Gewerkschaft Solidarität hätte sich dann nicht so

Fortsetzung Fußnote von Seite 627

Gespräch am 31. März 1978 in Hamburg informierte der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher Bundeskanzler Schmidt über die Entscheidung des Präsidenten Carter, den Bau der Neutronenwaffe auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Diese Entscheidung wurde am 7. April 1978 öffentlich bekanntgegeben. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 77, Dok. 82, Dok. 92, Dok. 93 und Dok. 108.

41 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher über die Neutronenwaffe am 4. April 1978 in Washington vgl. AAPD 1978, I, Dok. 95–97.

42 Präsident Reagan gab am 5. Mai 1984 eine Erklärung zu der am 8. Mai 1984 beginnenden zweiten Runde der KVAE in Stockholm ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 632 f.

43 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Craxi am 3. Mai 1984 in Lissabon vgl. Dok. 126, Anm. 9.

weit entwickeln können. Die Entspannungspolitik habe nicht zu einer Schwächung des Westens geführt, wohl aber für kommunistische Länder viele Probleme mit sich gebracht.

Die Schlußakte von Helsinki[44] verlange ja keine Änderungen auf westlicher Seite, wohl aber auf östlicher. Er, BM, sei nie über die Entspannungspolitik enttäuscht worden, weil er sie nie anders eingeschätzt habe: Die SU reagiere nicht auf Vorleistungen, sondern nur, wenn sie auf Entschlossenheit und Festigkeit stoße.

Im Hinblick auf die NATO-AM-Tagung Ende Mai werde man sich auch noch mit der Frage befassen müssen, wie die NL-Angelegenheit[45] behandelt werden solle, ob man mit einem italienischen Moratorium zu rechnen habe und welche Haltung wir gegenüber Dänemark einnehmen sollten. Wir müßten darauf achten, daß die Zahl der Fußnoten in NATO-Kommuniqués nicht größer werde als die Zahl der Länder, die keine Fußnoten verlangten.

BM meinte zum vorgesehenen Ablauf der NATO-AM-Tagung, daß diese ursprünglich bereits am 30.5. hätte zu Ende gehen sollen. Jetzt sei noch von einem Zusammentreffen mit Präsident Reagan am 31.5. vormittags die Rede. Ob es dabei bliebe, daß die Tagung selbst am 30.5. beendet werde? Für ihn, BM, stelle sich das Problem, daß er am 30.5. abreisen müsse, um rechtzeitig an der FDP-Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung (vor dem FDP-Parteitag[46]) teilnehmen zu können.

Shultz erklärte, daß nach dem Zusammentreffen mit dem Präsidenten am 31. vormittags die Kommuniqué-Verhandlungen abgeschlossen werden sollten. Die amerikanische Seite wird der Terminfrage noch einmal nachgehen.

4) US-Strategisches Raketenabwehrsystem (SDI)

BM dankte für die amerikanische Unterrichtung vom Vortage über SDI und ASAT. Er regte an, daß die USA auch öffentlich immer wieder sagten, daß man bei SDI die vitalen europäischen Sicherheitsinteressen sehe. Außerdem müßten engste bilaterale und multilaterale Konsultationen laufend geführt werden. Wenn man auch in der Öffentlichkeit sagen würde, daß man der SU zweimal Gespräche über SDI angeboten habe, so würde dies in Europa vieles erleichtern. In ihren Gesprächen mit der SU sollten die USA eine Gefahr nicht übersehen: Es klinge zwar verantwortungsbewußt, wenn die SU die derzeitigen amerikanisch-sowjetischen Gespräche nicht öffentlich behandelt wissen wolle. Hierin liege aber ein Risiko: Die SU erhalte die Möglichkeit, über vieles zu sprechen, gleichzeitig die USA aber zu attackieren als ein Land, das nicht verhandeln wolle. Hier gelte es, einen vernünftigen Mittelweg zu finden.

5) Handelsbeziehungen EG–USA

BM wies auf die großen Anstrengungen in der EG im Hinblick auf eine GAP-Reform und die Probleme hin, die diese Reform für unsere Bauern mit sich bringe.

44 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

45 Zur INF-Stationierung in den Niederlanden vgl. Dok. 114 und Dok. 116.

46 Der 35. Bundesparteitag der FDP fand vom 1. bis 3. Juni 1984 in Münster statt.

Wir hätten uns gegen eine Öl- und Fettsteuer[47] ausgesprochen, weil es sich hierbei um eine prohibitive Steuer handele, die praktisch nur ausländische Produkte treffe und mit GATT[48] nicht vereinbar sei.

BM kam dann auf die im Kongreß in Aussicht genommene Begrenzung der Abschreibungsmöglichkeiten für geschäftlich genutzte hochwertige PKWs zu sprechen: Es sei wichtig, daß die Administration ihre ablehnende Haltung gegenüber Versuchen, eine 21000-Dollar-Grenze einzuführen, aufrechterhalte. Dies sei eine klare, auf ausländische Kraftfahrzeuge gezielte Steuer, die zu 75% deutsche Autoimporte in die USA betreffe.

Bei der Frage des Exports amerikanischer Getreidesubstitute in die EG[49] sei es wichtig, daß diese Exporte in Grenzen gehalten würden. Wir wüßten, daß die Landwirtschaft für die USA wichtig sei. Mit diesen Exporten werde aber in Europa die Überproduktion von Milch gefördert, die die EG dann wieder subventionieren müsse. Die Lage werde dadurch erschwert, daß der Import landwirtschaftlicher Veredlungsprodukte[50] (u. a. Käse und Wurst) in die USA nicht in ausreichender Weise sichergestellt sei. Der Import dieser Produkte werde in den USA durch ein kunstvolles Gebäude nicht-tarifärer Hindernisse beschränkt. Es sei wichtig, daß in den Verhandlungen zwischen den USA und der EGK nicht nur die Frage amerikanischer Exporte von Getreidesubstituten in die EG, sondern auch der Weg der Veredlungsprodukte zurück in die USA behandelt werde. Der Export amerikanischer Getreidesubstitute in die EG dürfe keine Einbahnstraße sein.

6) Wirtschaftsgipfel London[51]; Dreiecksbeziehungen Europa–Amerika–Japan

BM wies auf Presseberichte hin, in denen von einer möglichen Neuorientierung der amerikanischen Politik zum Pazifik hin gesprochen werde. Er, BM, habe öffentlich gesagt, man müsse klar sehen, daß die technische Entwicklung in Amerika und in Japan in bestimmten Bereichen fortgeschrittener sei als in Europa.[52] Dies sei Schuld der Europäer. Auch die Deutschen hätten sich ein solches Verschulden selbst zuzuschreiben. Er, BM, beteilige sich z. Z. aktiv an einer Diskussion, wie man in der Bundesrepublik Deutschland den Rückstand in der Biotechnik und der Mikrotechnologie aufholen könne. Eine stärkere technologische Zusammenarbeit im Dreieck Europa–Amerika–Japan (wobei er ASEAN immer hinzurechne) sei zu begrüßen. Diesem Dreieck müsse größere Beachtung geschenkt werden, denn dies sei die künftige politische und wirtschaftliche Konstellation. Es sei gut, wenn dies auch in Amerika artikuliert werden könnte. Es sei nicht gut, wenn das Gerede über die angebliche pazifische

47 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Abgabe auf pflanzliche Öle und tierische Fette vgl. Dok. 29, Anm. 30.
Auf der Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel fand sich keine Mehrheit für die Einführung einer solchen Abgabe. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1984, S. 58.

48 Für den Wortlaut des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom 21. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, Teil II, Anlagenbände I–III.

49 Zu den Bemühungen um eine Begrenzung der Getreidesubstitutimporte vgl. Dok. 126, Anm. 26.

50 Zur Einfuhr von Veredlungsprodukten in die USA vgl. Dok. 126, Anm. 27.

51 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

52 Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Genscher in einer Rede vor der Carl-Schurz-Gesellschaft am 10. April 1984 in Bremen; BULLETIN 1984, S. 365.

Neuorientierung Amerikas in Europa das Gefühl fördere, die USA seien kein verläßlicher Partner. Die Diskussion erinnere ihn, BM, im übrigen an die deutsche Diskussion aus den 60er Jahren zwischen Gaullisten und Atlantikern, als ob dies für die Bundesrepublik Deutschland eine Alternative gewesen wäre. Dies sei ein klassischer Fall falschen Denkens gewesen. Auch im Dreieck Europa–Amerika–Japan gehe es nicht um Alternativen, sondern um lebenswichtige Additive. Auch aus diesen Gründen sei eine politische Erklärung des Londoner Wirtschaftsgipfels von Bedeutung.

BM fuhr fort, in London werde daran erinnert werden, daß die Europäer erwarteten, daß die Vereinigten Staaten ihre Zinsen senkten. Dies sei richtig und unbedingt erforderlich. Für die Europäer sei das hohe amerikanische Zinsniveau eine Last, auch wenn wir unter ihr nicht zusammenbrechen würden. Noch spürbarer seien die Auswirkungen der hohen amerikanischen Zinsen bei den Hauptschuldnerländern der Dritten Welt. Dies habe auch psychologische Auswirkungen im Hinblick auf die Beziehungen dieser Länder zu den USA. (Shultz stimmte der Argumentation von BM ausdrücklich zu.) So würde 1% mehr Zinsen in den USA die Zinslast für Argentinien um etwa 300 Mio. Dollar und für Brasilien um etwa 650 Mio. Dollar jährlich erhöhen.

7) Wirtschaftliche Lage in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland

Shultz bewertete die amerikanische Wirtschaftsentwicklung in diesem und im kommenden Jahr wie folgt:

– Inflationsrate unter 5%.
– Die Geldmengen-Vermehrung werde im großen und ganzen der Inflationsrate angepaßt sein.
– 1985 würden die Bemühungen um eine Senkung des Defizits intensiviert werden. Es sei die Politik der Administration, 1985 Kongreß und Regierung zusammenzubringen, um das Defizit unter Kontrolle zu bringen.
– Sorge mache das wachsende Handelsdefizit. Es fördere protektionistische Tendenzen, auch wenn sich die Tatsachen ergäben, daß in den letzten Jahren in den USA über 4 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien.

BM gab auf eine entsprechende Frage eine Einschätzung der deutschen Wirtschaftslage, insbesondere vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Zur Frage des Standes der technologischen Entwicklung in Deutschland meinte BM, wenn die Bundesrepublik Deutschland in etwa 15 bis 20 Jahren tatsächlich technologisch zurückfallen sollte und nur noch Produkte produziere, die nicht mehr dem letzten technologischen Stand entsprächen, werde sie möglicherweise gezwungen sein, auf den östlichen Markt auszuweichen, wo für solche Produkte unterhalb der Spitzentechnologie immer Bedarf bestehe. Die möglichen politischen Folgen einer solchen Entwicklung zeigten sich heute am Beispiel Jugoslawiens, das wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit seiner Produkte auf westlichen Märkten immer mehr in die Sowjetunion exportiere. Hieraus ergebe sich die Gefahr zunehmender Abhängigkeit.

Shultz: Er sei über Möglichkeit der deutschen Industrie, in der Spitzentechnologie mitzuhalten, keineswegs besorgt. Er habe stets Bewunderung für deutsche wissenschaftliche Leistung und Erfindergeist gehabt.

8) Tiefsee-Bergbau-Übereinkommen[53]

Shultz fragte nach der deutschen Zeichnung des Tiefsee-Bergbau-Übereinkommens.

BM wies darauf hin, daß die Frage noch innerhalb der Bundesregierung diskutiert werde. Am Ende würden wir uns wohl für die Unterzeichnung des mit den USA ausgehandelten Abkommens entscheiden. In diesem Zusammenhang werde auch die Frage diskutiert, ob wir das Seerechtsübereinkommen[54] unterzeichnen sollten. Er, BM, fürchte, daß es nicht zu einer deutschen Zeichnung kommen werde, was er allerdings für einen schweren Fehler halte. Er, BM, wolle in diesem Zusammenhang einen weiteren Punkt ansprechen, weil er glaube, daß das deutsche und amerikanische Verteidigungsministerium in dieser Frage einen schweren Fehler gemacht hätten. Es gehe um die Regelung der freien Durchfahrt durch die Meeresengen. Wenn man sich einen Weltatlas ansehe, so erkenne man, daß sich die Regelung in neun von zehn Fällen zum Vorteil der SU und zum Nachteil des freien Westens auswirke.

Referat 204, Bd. 135258

130

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau an die Botschaft in Lusaka

320-381.40 NAM-338/84 geheim **Aufgabe: 9. Mai 1984, 11.13 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 85
Citissime

Betr.: SWAPO;
hier: Kontakt mit Pastor Hendrik Witbooi, National Chairman der SWAPO in Namibia

Auf BM-Weisung haben wir durch einen Sonderemissär einen persönlichen und streng vertraulichen Kontakt mit Witbooi aufzunehmen. Dieser Kontakt könnte an einem der Tage vom 19.–22. Mai in Namibia stattfinden.

Falls Witbooi, wie zur Zeit geplant, der SWAPO-Delegation in Lusaka[2] angehört, wird Botschafter um unauffälliges Gespräch nur mit ihm gebeten. Dabei ist der Eindruck zu vermeiden, es gehe um hohe Politik.

53 Zur Vorläufigen Absprache über Fragen des Tiefseebodens vgl. Dok. 122, Anm. 30.

54 Zur Frage der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 122, Anm. 32.

1 Durchdruck.

2 Vom 11. bis 13. Mai 1984 fand in Lusaka auf Einladung des Präsidenten Kaunda eine Konferenz der SWAPO, des südafrikanischen Generalverwalters für Namibia, van Niekerk, sowie von Vertretern der in der „Vielparteien-Konferenz" zusammengeschlossenen Parteien aus Namibia statt. Botschaf-

Wir brauchen von Witbooi eine zuverlässige Auskunft, zu welchem genauen Zeitpunkt dieser den Emissär (als privaten Besucher, der Brief von mir überbringt) bei sich in Gibeon (Namaland) zu persönlichem Gespräch empfangen kann. Ersatzlösung wäre, daß Witbooi sich in der fraglichen Zeit in Windhuk aufhielte. In diesem Fall bitten wir um zuverlässige Auskunft, zu welchem genauen Zeitpunkt er sich ins Calahari Sands-Hotel begeben und bei Hotelgast Dr. Seidt melden könnte. Nur bei dieser erst in zweiter Linie anzustrebenden Verabredung den Namen erwähnen.

Wir müssen von der Zuverlässigkeit der Verabredung abhängig machen, ob die Reise des Emissärs stattfindet. Kenntnis von der Absicht soll außer Witbooi niemand erhalten.[3]

Vergau[4]

VS-Bd. 13580 (320)

Fortsetzung Fußnote von Seite 632

ter Wasserberg, Lusaka, teilte dazu am 14. Mai 1984 mit, die Konferenz habe nicht den erhofften Erfolg gebracht. Weder hätten sich die Teilnehmer auf ein Kommuniqué noch auf einen Termin für eine Fortsetzung der Gespräche einigen können. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 137; Referat 320, Bd. 138102.

Am 17. Mai 1984 legte Wasserberg dar, gegenüber der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post" habe Kaunda nach der Konferenz erklärt, man sei einem Abkommen über die Unabhängigkeit Namibias „greifbar nahe (tantalisingly close) gewesen. Die Lusaka-Gespräche hätten einen neuen Verhandlungsprozeß eingeleitet, der zu einer Lösung führen könne." Wasserberg führte dazu aus: „Westliche Beobachter in Lusaka glauben, daß Kaunda zwar die Idee einer Folgekonferenz weiterverfolgen wird, sie aber gründlicher vorbereiten muß als die erste." Vgl. den Drahtbericht Nr. 147; Referat 320, Bd. 138102.

3 Botschafter Wasserberg, Lusaka, berichtete am 14. Mai 1984: „Kontaktaufnahme mit Witbooi gestaltete sich schwierig, da er nicht, wie ursprünglich angenommen, mit der SWAPO-Delegation in einem Hotel, sondern als Gast Kaundas im State House wohnte. Ich konnte ihm bei der Eröffnungssitzung am 11. Mai lediglich kurz die Hand schütteln, den Brief erwähnen und ihn fragen, wo er sich vom 19.–22. Mai aufhalte. Er meinte, er sei dann, vor allem am 21./22. Mai, voraussichtlich wieder in Gibeon (Namaland). Die Zusatzfrage konnte ich ihm nicht mehr stellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 139; VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1984.

Vom 17. bis 23. Mai 1984 hielt sich Legationsrat Seidt in Namibia auf und traf am 21. Mai 1984 in Gibeon mit dem Vizepräsidenten der SWAPO, Witbooi, zusammen. Dazu vermerkte Seidt am 28. Mai 1984: „Witbooi zeigte sich am weiteren Gespräch mit der Bundesregierung sehr interessiert. Er wolle möglichst noch dieses Jahr nach Bonn kommen. Allerdings seien Kontakte zur Bundesregierung schwierig, wenn er als Mitglied einer SWAPO-Delegation nach Europa reise. Einzelgespräche mit der Bundesregierung seien dann nur sehr schwer möglich." Vgl. VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Paraphe.

131

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow

10. Mai 1984[1]

Gespräch BM – AM Mladenow anläßlich des Mittagessens am 10. Mai 1984 von 12.50 Uhr bis 14.20 Uhr im AA[2]

Teilnehmer: BM, AM Mladenow, Botschafter Eftimow, Botschafter Dr. Thomas, Dolmetscher Prof. Filipow, Dolmetscher Hille.

AM *Mladenow* knüpfte an eine Bemerkung des BM in der Vormittagsbesprechung[3] an und meinte, die SU und ihre Verbündeten schätzten Reagan nur nach seinen Taten und nach seiner Politik ein. Persönlich sei er ihm, Mladenow, sogar sympathisch; er glaube aber kaum, daß er wisse, wo Bulgarien liege.

Die US-Wahlen[4] haben für die sowjetische Politik keine entscheidende Bedeutung. BM werde Gromyko in Kürze sprechen.[5] Er werde bestätigt finden, daß die SU die INF-Verhandlungen nicht wiederaufnehmen würde[6], bevor die bisher in Stellung gebrachten US-Waffensysteme nicht wieder abmontiert seien. Es sei eine grobe Fehlkalkulation gewesen, die Aufstellung dieser Systeme in der Bundesrepublik Deutschland zuzulassen, um aus einer Position der Stärke heraus verhandeln zu können. Seine Empfehlung sei, Verhandlungen über GV vorzuschalten.

BM erwiderte, er könne dieser Analyse nicht beipflichten. Grund für die Nachrüstung sei nicht das Erreichen einer Position der Stärke gewesen, sondern die notwendige Reaktion auf SS-20. Wir könnten und wollten die SU nicht unter Druck setzen und seien bereit, die Verhandlungen jederzeit ohne Vorbedingungen wiederaufzunehmen. Die SU werde die USA am Verhandlungstisch konstruktiv, ideenreich und zu flexibler Verhandlungsführung bereit finden. Von westlicher Seite werde es keine Verhandlungsführung des Alles oder Nichts geben.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Thomas, z. Z. Bonn, am 11. Mai 1984 gefertigt. Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 11. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt!"
Hat Ischinger am 14. Mai 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Vortragenden Legationsrat Horstmann verfügte.
Hat Ploetz am 15. und Horstmann am 16. Mai 1984 vorgelegen.

2 Der bulgarische Außenminister Mladenow hielt sich am 10./11. Mai 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 132.

3 Im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow im Beisein der Delegationen standen die Ergebnisse der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. April 1984 in Budapest und der Stand der Ost-West-Beziehungen, insbesondere Rüstungskontrollfragen, ferner die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132997.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

6 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

Verhandlungen über GV seien wichtig; sie könnten aber weder INF-Verhandlungen noch konkrete Resultate in Stockholm[7] ersetzen. GV statt VBM sei eine auf Sand gebaute Politik. Die nach der Art tibetanischer Gebetsmühlen zu wiederholenden Formeln, die multilateral und bilateral bereits kodifiziert seien, bringen uns dem Frieden auch nicht näher.

Dennoch habe sich an unserem Interesse an einer Konkretisierung des GV nichts geändert, das sei nicht nur seine Meinung (Verweis auf BK-Rede in Moskau[8] und Erklärung des außenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Rühe[9]). Aber: Verträge könnten nicht am Anfang der Stockholmer Konferenz stehen. Es bestünden auch Unklarheiten hinsichtlich der inhaltlichen Vorstellungen des WP, Verhandlungsort, Teilnehmerkreis (N+N-Staaten?) u. ä.

Im übrigen gebe es im Bündnis noch keine einheitliche Meinung, was mit seiner Struktur zusammenhänge: Für einige unserer Bündnispartner hätten die West-Ost-Fragen nicht die zentrale Bedeutung wie für uns. Im WP sei das anders: Es gebe dort weniger Teilnehmer, für diese alle seien die West-Ost-Fragen aber wichtig.

Auf eine Zwischenfrage von *Mladenow*, ob auf der NATO-AM-Tagung Ende Mai[10] Entscheidungen zu erwarten seien, antwortete *BM*, vielleicht tendenzielle Entscheidungen.

AM *Mladenow* fuhr zum GV fort, wenn der Westen bereit sei, zu verhandeln, stünden alle Möglichkeiten offen. Der Umstand alleine, daß in Stockholm darüber gesprochen würde, werde im VBM-Sinne wichtig sein. Der WP habe mit Absicht bisher keinen GV-Entwurf vorgelegt, um auch psychologisch nichts zu präjudizieren und um alle Möglichkeiten offenzuhalten. Seines Erachtens komme der Bundesrepublik eine entscheidende Bedeutung zu, da sie im Hinblick auf die USA die Initiative ergreifen müsse.

BM kehrte zur Frage der Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen zurück und meinte, wir verlangten ja auch nicht, daß zuvor die SS-20 abgebaut werden müßten. Diese seien schließlich ja auch nicht wegen der britischen und französischen Systeme disloziert worden. Man könne doch nicht jemandem, der den Verhandlungstisch verlasse, einen Preis dafür zahlen, daß er wieder zurückkehre. Im übrigen sei er sehr überrascht, daß Mladenow in der Vormittagssitzung gesagt habe, die Nachrüstung habe die schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg heraufbeschworen. Das halte er für eine unangemessene Einschätzung.

7 In Stockholm fand seit 17. Januar 1984 die KVAE statt.

8 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juli 1983 in Moskau anläßlich seines Besuchs vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. BULLETIN 1983, S. 706–710. Zum Besuch vgl. AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

9 Am 20. Februar 1984 stellten die Abgeordneten Klein und Rühe die Haltung der CDU/CSU-Fraktion zur KVAE und zum Gewaltverzicht dar. In der Presse wurde dazu berichtet, Rühe habe ausgeführt: „‚Ein Gewaltverzichtsvertrag muß also […] mit greifbaren Fortschritten im Ost-West-Verhältnis verbunden sein: politisch, rüstungspolitisch und atmosphärisch … Gemäß dem Mandat müssen die Teilnehmerstaaten der KVAE zunächst den Nachweis erbringen, daß sie sich auf begrenzte, aber konkrete Maßnahmen der Sicherheits- und Vertrauensbildung einigen können'." Vgl. den Artikel „Gewaltverzichtsabkommen als Schlußpunkt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Februar 1984, S. 3.

10 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

Er wolle ihm nun einige Fragen über Ereignisse der letzten Tage stellen, deren Bedeutung ihm unklar sei.

1) Eine amtliche sowjetische Publikation habe kürzlich die Behauptung aufgestellt, in der Bundesrepublik erhebe der Militarismus wieder sein häßliches Haupt. Die USA sollten daher ihrer Verantwortung in der Bundesrepublik gerecht werden.

Was solle eine solche Äußerung bedeuten, da man in Moskau doch genau wisse, daß wir die Lehren aus unserer Vergangenheit gezogen hätten. Wir bedürften hierzu nicht des Zeigefingers aus Moskau oder aus Washington.

2) Was sei der Hintergrund der sowjetischen und bulgarischen Entscheidung, nicht an Olympischen Sommerspielen in LA teilzunehmen?[11] Sei diese Entscheidung reversibel?

3) Was sei der Grund für die überraschende Absage der China-Reise des Stellvertretenden MP Archipow?[12]

Wir rätselten daran herum, was diese Signale bedeuteten. Politik müsse geradlinig und voraussehbar sein. Man solle den Partner nicht vor Rätsel stellen.

AM *Mladenow* entgegnete scherzhaft, BM verwechsle ihn wohl mit Gromyko. Er wolle gleichwohl erläutern:

1) Der sowjetische Kommentar zum deutschen Militarismus habe die Versammlung der Veteranen der SS-Division „Totenkopf" und ähnliche Veranstaltungen zum Gegenstand gehabt, die die sozialistischen Länder sehr beunruhigten.

2) Ein Boykott der Olympischen Spiele sei nicht neu. Im vorliegenden Fall handele es sich nicht um eine Gegenmaßnahme auf den US-Boykott von 1980[13] wegen Afghanistan. Es sei auch keine aus anderen Gründen motivierte politische Geste.

Grund sei allein die Verletzung der verbrieften olympischen Verfahrensnormen durch die amerikanische Regierung, wie die Kommerzialisierung, Gewährleistung der Sicherheit der Sportler aus sozialistischen Ländern u. ä. Das habe

11 Zum sowjetischen Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles vgl. Dok. 129, Anm. 21.
Bulgarien sagte am 9. Mai 1984 die Teilnahme ab. Vgl. dazu den Artikel „Worontsow: Endgültig"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Mai 1984, S. 2.
In den folgenden Tagen sagten schließlich u. a. alle Warschauer-Pakt-Staaten mit Ausnahme Rumäniens ihre Teilnahme ab. Vgl. dazu den Artikel „Zusage von Rumänien nicht offiziell. Nordkorea sagt als zwölftes Ostblock-Land ab"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Mai 1984, S. 24.

12 Gesandter Huber, Moskau, teilte am 9. Mai 1984 mit, der für den Folgetag vorgesehene Besuch des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Archipow in der Volksrepublik China sei „kurzfristig ohne Angabe von Gründen gegenüber chinesischer Regierung ‚für einige Zeit'" verschoben worden: „Persönliche/gesundheitliche Gründe Archipows sind nicht anzunehmen. Vielmehr dürfte Reiseabsage zum jetzigen Zeitpunkt direkte Folgewirkung des China-Besuchs Reagans sein und Beweis für das Ausmaß der Irritation der sowj[etischen] Führung hinsichtlich der Substanz der chinesisch-amerikanischen Beziehungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1855; Referat 213, Bd. 139331.

13 Am 20. Januar 1980 bat Präsident Carter das amerikanische Nationale Olympische Komitee, wegen der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 auf die Entsendung amerikanischer Sportler zu den Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu verzichten, wenn die sowjetischen Truppen nicht innerhalb eines Monats aus Afghanistan abgezogen seien. In einem Fernseh- und Rundfunkinterview machte Carter am selben Tag diese Forderungen öffentlich. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 106–114.

es noch nie gegeben. Eine Aufhebung der Entscheidung könne er sich schwer vorstellen. Der IOC-Präsident habe alles in seiner Macht Stehende getan. Insofern werde sein Besuch in Moskau[14] kaum eine Änderung bewirken.

3) Zu Archipow wolle er sagen, es sei nicht das erste Mal, daß ein hochrangiger Besuch kurzfristig abgesagt werde. Man solle nicht gleich nach politisch bedeutsamen Gründen suchen. Mit dem Besuch Reagans[15] habe das gewiß nichts zu tun. Vielleicht sei die Zeit für die Vorbereitungen wirklich zu kurz gewesen.

BM antwortete, die Treffen der sog. Traditionsverbände hätten jedes Jahr stattgefunden. Sie richteten sich nicht gegen ein anderes Land oder gegen die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik. Beides würden wir sehr ernst nehmen. Angesichts der geringen Zahl und des hohen Alters der Teilnehmer käme den Veranstaltungen kein repräsentativer Charakter für die Gesamtbevölkerung zu. Zwei Drittel dieser Bevölkerung sei bei Kriegsende jünger als 18 Jahre gewesen.

Zur Frage der Olympiade spreche er als ehemaliger Innenminister, der von 1969–72 Vizepräsident des Organisationskomitees der Olympischen Spiele in München[16] gewesen sei. Er habe sich auch gewundert, daß das IOC diesmal das akzeptiert habe, was er Kommerzialisierung nenne. Das IOC sei eine unabhängige Einrichtung, in der alle NOKs ihre Meinung zur Geltung bringen könnten.

Das IOC vergebe die Spiele an eine Stadt, nicht an einen Staat. Die Konditionen würden vorher vereinbart. Entweder billigten die NOKs diese Vereinbarungen oder sie lehnten sie ab. Insofern sei eine nachträgliche Ablehnung durch Staaten überraschend und enttäuschend.

Zu München hätten ja auch Besorgnisse bestanden, daß Emigranten Zwischenfälle gegen Sportler aus sozialistischen Ländern provozieren würden. Man habe aber offen darüber gesprochen, und wir hätten Wege gefunden, um unseren Verpflichtungen gerecht werden zu können. Er könne nicht sagen, ob die Beschwerden der sozialistischen Länder über Los Angeles berechtigt oder unberechtigt seien. Unser Interesse sei es jedenfalls, daß doch noch Mittel und Wege für eine Teilnahme gefunden werden können.

Er halte im übrigen das Herumwandern der Spiele nicht mehr für zeitgemäß. Nur noch wenige Städte oder Länder in der Welt seien heutzutage aus finanziellen Gründen in der Lage, die Spiele auszurichten. Er selbst befürworte die Idee, eine extraterritoriale Stätte im Ursprungsland der Spiele zu schaffen und die so eingesparten beträchtlichen Mittel für die Sportförderung in den Entwicklungsländern aufzuwenden.

14 Am 10. Mai 1984 wurde gemeldet, IOC-Präsident Samaranch plane für den 11. Mai 1984 eine Reise in die UdSSR, um die sowjetische Regierung zur Entsendung von Sportlern zu den Olympischen Sommerspielen vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles zu bewegen. Vgl. dazu den Artikel „Samaranch am Freitag nach Moskau"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Mai 1984, S. 24. Der Besuch kam erst am 30./31. Mai 1984 zustande, führte jedoch nicht zur Zurücknahme des Boykott-Beschlusses vom 8. Mai 1984. Vgl. dazu den Artikel „Mission von Samaranch gescheitert"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. Juni 1984, S. 24.

15 Präsident Reagan hielt sich vom 26. April bis 1. Mai 1984 in der Volksrepublik China auf.

16 Die XX. Olympischen Sommerspiele fanden vom 26. August bis 11. September 1972 statt.

AM *Mladenow* stellte sodann die Frage, wie BM die Lage in Zentralamerika, insbesondere die Verminung der Häfen[17], die Invasion auf Grenada[18] und die ständige Bedrohung Kubas einschätze.

BM antwortete, es sei wichtig, wie sich die Lage in Nicaragua in den nächsten Monaten entwickle. Er hoffe, daß die Erklärung der sandinistischen Führung zum Wahlprozeß[19] eingehalten werde, nämlich, daß verschiedenen Gruppierungen gestattet werden solle, den Wahlkampf frei zu führen. Ein pluralistischer Wahlprozeß könne beruhigend wirken.

Wir wollten gute Beziehungen auch mit den Staaten Zentralamerikas. Er habe in der EG den Vorschlag unterbreitet, es sollten Kooperationsabkommen mit den zentralamerikanischen Staaten abgeschlossen werden, die daran interessiert seien.[20] BM erläuterte sodann die Bedeutung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Region. Voraussetzung für die Lösung der politischen Probleme sei eine solide wirtschaftliche Grundlage. Am besten wäre es natürlich, wenn niemand mehr Waffen in das Spannungsgebiet liefern werde.

BM ging sodann auf die Umweltkonferenz in München ein und wies darauf hin, daß Vertreter der DDR und Ungarns an der Vorbereitungskonferenz teilgenommen hätten.[21] Diese oder wir könnten BG alle Informationen zur Verfügung stellen. Er sei der Meinung, daß es keine kapitalistischen und keine marxistischen Bäume, sondern nur bedrohte Bäume gebe. Insofern würden wir eine Teilnahme Bulgariens begrüßen.

AM *Mladenow* antwortete, BG werde an der Hauptkonferenz teilnehmen.

BM sagte abschließend, AM Mladenow werde nachmittags den BK sehen.[22] Dieser werde eine Einladung für einen Besuch von Präsident Schiwkow im Sep-

17 Zur Verminung nicaraguanischer Häfen vgl. Dok. 112, Anm. 5.

18 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

19 Zur Ankündigung von Wahlen in Nicaragua vgl. Dok. 40, Anm. 4.

20 Bundesminister Genscher unterbreitete den Vorschlag von Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und zentralamerikanischen Staaten während des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22./23. Oktober 1983 in Vouliagmeni. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 314.
Zum Stand der Initiative legte Referat 411 am 9. Mai 1984 dar: „Innerhalb der EPZ – zuletzt Befassung auf Ministerebene am 9.4.1984 – besteht grundsätzlich Einvernehmen, daß eine solche Zusammenarbeit zur Unterstützung des Contadora-Prozesses und zur Stabilisierung der Region wünschenswert ist. Der EG-Rat hat am 29.11.1983 die EG-Kommission aufgefordert, Vorschläge für eine derartige Vertragspolitik zu machen. Die EGK hat im Januar 1984 entsprechende Vorschläge vorgelegt." Als Reaktion auf die Vorschläge der EG-Kommission sei deutlich geworden, „daß die Mehrheit der EG-MS eine Klärung der Substanzfragen innerhalb der Gemeinschaft für unerläßlich hält, bevor die EGK exploratorische Gespräche aufnimmt. Die Beratungen in Brüssel konzentrieren sich seitdem auf die besonders schwierigen Fragen des Teilnehmerkreises und des Umfangs der bereitzustellenden Finanzmittel. Zu unserer Initiative haben sich bisher F und I grundsätzlich positiv, andere MS aber eher zurückhaltend geäußert. Insbes[ondere] GB hat wenig Neigung zu einer Aufstockung der finanziellen Hilfeleistungen der EG und dürfte auch Schwierigkeiten bzgl. Einbeziehung Nicaraguas haben." Vgl. Referat 411, Bd. 131162.

21 Zur Vorbereitungskonferenz vom 2. bis 4. Mai 1984 in München vgl. Dok. 129, Anm. 16.
Zur multilateralen Umweltkonferenz vom 24. bis 27. Juni 1984 in München vgl. Dok. 187.

22 Bundeskanzler Kohl und der bulgarische Außenminister Mladenow trafen am 10. Mai 1984 am Rande des CDU-Parteitags in Stuttgart zusammen. Im Mittelpunkt standen die bilateralen Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen, insbesondere Rüstungskontrollfragen, sowie der Boykott der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178884.

tember 1984 aussprechen. Er würde es begrüßen, wenn diese Einladung angenommen würde und wenn er ihn, Mladenow, bei dieser Gelegenheit wiedersehen könne.

AM *Mladenow* erwiderte, obwohl er keine Vollmacht habe, könne er jetzt schon sagen, daß die Einladung angenommen werde. Er werde Schiwkow begleiten, wenn er bis dahin nicht abgelöst sei.

BM gab zum Schluß eine Meldung bekannt, wonach der Internationale Gerichtshof die USA aufgefordert habe, die Verminung der Häfen einzustellen. Diese Entscheidung sei mit der Stimme des amerikanischen Richters gefällt worden.[23]

Referat 010, Bd. 178884

23 Ministerialdirektor Ruhfus notierte am 12. April 1984, Nicaragua habe die USA wegen der Verminung nicaraguanischer Häfen verklagt und Schadenersatzforderungen erhoben. Die amerikanische Regierung habe daraufhin VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar mitgeteilt, „daß sie die Jurisdiktion des Haager Gerichtshofs in allen Mittelamerika betreffenden Fragen für die Dauer von zwei Jahren nicht anerkennen werde“. Vgl. Referat 331, Bd. 136374.
Ministerialdirektor Bertele erläuterte am 16. Mai 1984, der IGH habe am 10. Mai 1984 in einer Entscheidung zur Anordnung einstweiliger Maßnahmen einstimmig die Verminung der nicaraguanischen Häfen untersagt. Der amerikanische Richter Schwebel habe jedoch gegen den Passus des Urteils gestimmt, in dem dargelegt werde, „daß die nic[araguanische] Souveränität und polit[ische] Unabhängigkeit wie die jedes Staates zu achten und nicht durch militärische oder paramilitärische Aktionen zu gefährden sei, die durch das Völkerrecht, insbesondere das Gewalt- und Einmischungsverbot, untersagt seien“. Das Gericht sei im wesentlichen den nicaraguanischen Argumenten gefolgt. Mit einem endgültigen Urteil sei erst im Herbst zu rechnen. Die USA hätten sich bereit erklärt, die Anordnungen des IGH zu respektieren: „Nach Pressemeldungen haben die USA die Hafenverminung inzwischen eingestellt.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1402.

132

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow in Wachtberg-Pech

10. Mai 1984[1]

Gespräch BM mit AM Mladenow in Pech, 10. Mai 1984, 22.30 Uhr bis 23.15 Uhr[2]

BM eröffnet das Gespräch mit der Bemerkung, es müsse im West-Ost-Verhältnis vor allem Mißtrauen abgebaut werden.

AM *Mladenow* stimmt zu; es sei aber viel Mißtrauen gesät worden. Die INF-Stationierung habe die Lage kompliziert. Was den Stand der Rüstung in beiden deutschen Staaten angehe, so könne man feststellen, daß auf deutschem Boden heute mehr Waffen gelagert seien, als Bismarck sich dies je hätte erträumen können, auch mehr als je zu Hitlers Zeiten. Die beiden deutschen Staaten könnten sich mit den Systemen auf ihrem Boden nicht nur gegenseitig vernichten, sondern ganz Europa.

Er wolle ganz offen sprechen: Lösungen seien möglich und denkbar, wenn man von den Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit ausgehe. Diese Prinzipien seien allerdings unabdingbar. Durch die Stationierung habe der Westen die Rüstungsspirale einfach eine Stufe höher geschraubt. Man müsse sich fragen, wem das nützen könne.

Er habe die Erklärungen BMs in Washington, es werde für die Wiederaufnahme von INF-Verhandlungen[3] kein Preis gezahlt werden können[4], sorgfältig studiert. Er frage sich, was damit gemeint sei. Er habe auch die Erklärungen Craxis zu einer neuen Initiative[5] mit Interesse gelesen.

BM erläutert seine Aussage von Washington: Natürlich komme es nicht in Frage, Vorleistungen einseitiger Art für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu erbringen. Vielmehr komme es darauf an, zu verhandeln und auf diesem Wege nach Kompromißmöglichkeiten zu suchen. Zu Berichten über Äußerungen von PM Craxi und ähnlichen Meldungen wolle er nur sagen, man möge sich an die offiziellen Aussagen des Bündnisses halten. Er wolle mit aller Deutlichkeit feststellen, wir halten an dem Doppelbeschluß[6] fest.

Wie er oft gesagt habe, komme es jetzt nicht auf Pressemitteilungen an, sondern darauf, konkrete Verhandlungsergebnisse bei INF zu erzielen, denn nur

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger am 11. Mai 1984 gefertigt. Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Der bulgarische Außenminister Mladenow hielt sich am 10./11. Mai 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 131.

3 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

4 Für das Manuskript der Äußerungen des Bundesministers Genscher in einem Hörfunkinterview für die Sendung „Frühkurier“ des NDR am 8. Mai 1984 vgl. Referat 013, Bd. 179054.

5 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Craxi am 3. Mai 1984 in Lissabon vgl. Dok. 126, Anm. 9.

6 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

solche konkreten Verhandlungsergebnisse könnten zur Reduzierung oder gar Abschaffung der Mittelstreckenwaffen führen. An diesem Ziel hielten wir fest.

Aber natürlich könne der Westen nicht zu dem Status quo ante zurückkehren. Schon während der Laufzeit des Doppelbeschlusses seien ständig SS-20 stationiert worden, die Stationierung liefe ungehindert weiter; heute seien schon mehr SS-20 stationiert, als das Bündnis bei der Annahme des Doppelbeschlusses als Endziffer angenommen habe. Schon die SS-4- und SS-5-Rüstung der SU sei für uns beunruhigend gewesen; wir hätten aber keine Gegenmaßnahmen ergriffen. Bei der SS-20 hingegen sei uns keine Wahl geblieben, wir mußten reagieren.

Dazu AM *Mladenow*: Man müsse sich fragen, worauf der Westen wirklich hinauswolle. Wenn man die Prinzipien von Gleichheit und gleicher Sicherheit zugrunde lege, könne es jedenfalls nicht richtig sein, daß man sich weigere, die französischen und britischen Systeme mit einzubeziehen. (Einwurf BM: F hat 18 Systeme!) Außer den landgestützten Systemen füge F seinem seegestützten Potential jedes Jahr ein neues U-Boot hinzu, in wenigen Jahren werde man über sieben Boote verfügen.

BM: Dem seegestützten Potential Fs und GBs setze die Sowjetunion ihre eigenen U-Boote gegenüber. Darüber brauche man gar nicht zu reden. Wichtig sei: Die landgestützten französischen Waffen seien von ihrer Zahl und von ihrem Alter her in gar keiner Weise in ein Verhältnis zu der sowjetischen SS-20-Rüstung zu bringen.

AM *Mladenow* entgegnet, die Sowjetunion sei immer zu Kompromissen bereit gewesen. Zunächst habe man angeboten, über eine Beschränkung der Raketen auf der Basis der Zahlen der Trägersysteme zu sprechen.[7] Das sei vom Westen mit Hinweis auf die drei Sprengköpfe der SS-20 abgelehnt worden. Daraufhin habe man vorgeschlagen, auf die Zahl der Sprengköpfe abzustellen. Auch hierauf habe der Westen negativ reagiert. Man müsse sich fragen, was man noch tun solle oder könne, um weiterzukommen.

BM: Wenn die SU zur Verschrottung der SS-20 bereit ist, gibt es auch bei uns kein einziges derartiges System. Wir sind nicht raketensüchtig. Wenn wir sagen, wir wollen und können keinen Preis bezahlen, dann bedeutet das nicht, daß wir Vorbedingungen stellen. Man wolle die Rückkehr an den Verhandlungstisch nicht erschweren. Man brauche sich nicht am selben Ort oder in demselben Forum zu treffen. Das könne die Gesichtswahrung erleichtern. Es könne über alles geredet werden. Aber wichtig sei, daß man wieder verhandele.

Dazu AM *Mladenow*: Das Forum sei nicht das eigentliche Problem. Das Problem liege in der Substanz der Verhandlungsmaterie. Und da müsse man den Eindruck haben, daß es auf amerikanischer Seite einfach an der Bereitschaft zu konstruktiven Lösungen fehle. Die Sowjetunion ihrerseits wolle verhandeln, aber sie wolle konstruktiv und zielgerichtet verhandeln. Man könne nicht Verhandlungen führen, wissend, daß man kein Ergebnis anstrebe.

BM erinnert AM Mladenow an die Unterhaltung beim Essen; er habe ihn an den Brief Reagans an Breschnew nach dem Attentatsversuch vom Frühjahr

[7] Für eine Zusammenfassung verschiedener sowjetischer Vorschläge im Rahmen der INF-Verhandlungen vgl. AAPD 1983, I, Dok. 135.

1981[8] erinnert. Dies sei eine bedeutende Geste gewesen, die leider nicht aufgenommen worden sei. Man könne von Reagan nicht einfach Wiederholungen derartiger Gesten erwarten.

Im übrigen: Die beiden Seiten seien sich ja in Genf bei bestimmten Gesprächen schon recht nahegekommen.[9] Es sei zu bedauern, daß man diesen Faden habe abreißen lassen.

AM *Mladenow*: Es sei zweifelhaft, ob Nitze überhaupt Verhandlungsvollmachten besessen habe.

Dazu *BM*: Beide Seiten haben keine Verhandlungsvollmachten vorgelegt, um eine Desavouierung ihrer Regierungen zu verhindern. Das ist nicht der eigentliche Punkt.

Er, Genscher, kenne beide Verhandlungsführer – Nitze und Kwizinskij – und ihre Qualitäten persönlich gut. Nach seiner Überzeugung sei damals eine wichtige Möglichkeit eröffnet worden. Er selbst habe noch im vergangenen Sommer – in Varna – in einem Interview hierauf hingewiesen. Leider sei dies ohne Echo geblieben.

Er werde, wenn er in einer Woche nach Moskau fahre[10], Gromyko mit großer Aufmerksamkeit zuhören. Die sowjetische Seite könne sicher sein, daß, falls Gromyko ihm andeuten wolle, ob und in welche Richtung eine Bewegung möglich sei, man dies hinterher nicht in der Zeitung lesen würde. Es sei wichtig, herauszufinden, ob und wie Bewegung in die Sache gebracht werden könne.

AM *Mladenow*: Wenn Sie in Moskau nur zuhören wollen, werden Sie nichts hören. Sie müssen etwas mitbringen, damit Bewegung eintreten kann. Wenn Sie Ideen, Vorschläge mitbringen, werden Sie in Gromyko einen aufgeschlossenen Gesprächspartner vorfinden.

Hilfreich wäre es auch, wenn der Westen sich in anderen Fragen bewegen würde.

BM: Man wird zum Beispiel über den Gewaltverzicht durchaus miteinander reden können.

Zum Abschluß des Gesprächs beteuert AM *Mladenow* noch einmal den guten Willen der sowjetischen Seite. Um wieder verhandeln zu können, müsse jedoch ein Vorschlag gemacht werden, müsse ein erster Schritt getan werden: „AM Gro-

8 Botschafter Hermes, Washington, meldete am 30. März 1981: „Präsident Reagan wurde am 30. März 81 gegen 14.30 OZ verletzt, als er seinen Wagen vor dem Hotel Washington Hilton besteigen wollte. Nachdem es zunächst hieß, der Präsident sei unverletzt geblieben, bestätigte das Weiße Haus später, Reagan sei von einer Kugel in die linke Brustseite getroffen worden." Im Krankenhaus sei Präsident Reagan sofort operiert worden. Sein Zustand werde als „stabil" beschrieben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1331; Referat 204, Bd. 123311.
Für das handschriftliche Schreiben des Präsidenten Reagan vom 24. April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. http://www.thereaganfiles.com/letters-between-president.html.

9 Vgl. dazu das Gespräch des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang"); AAPD 1983, I, Dok. 22 und Dok. 93.
Vgl. dazu ferner das Gespräch zwischen Nitze und Kwizinskij am 13. November 1983 in Genf („Parkspaziergang"); Dok. 27, Anm. 11.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

myko wird Sie gut empfangen. Bringen Sie etwas mit, und man wird Ihnen einen noch besseren Empfang bereiten!“

Referat 010, Bd. 178884

133

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1717/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Mai 1984, 18.18 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2102 **Ankunft: 11. Mai 1984, 00.29 Uhr**

Betr.: Besuch von BM Genscher in Washington vom 4.–8.5.84[2];
hier: Unterrichtung über die Strategic Defense Initiative (SDI) im State Department am 7.5.

Bezug: 1) DB 2061 vom 8.5.1984 – Pol 321.32 VS-v[3]
2) von RL 204 am 10.5.1984 übermittelte Weisung

Auf Weisung

In Ergänzung der mit Bezugs-DB gegebenen Zusammenfassung der Unterrichtung über SDI im State Department vom 7. Mai folgt nachstehend ausführliche Darstellung des Diskussionsteils der Unterrichtung:

BM ging zunächst auf den von Frank Miller, Pentagon/ISP[4], in seinem Vortrag für INF verwendeten Begriff „theater weapons“ ein. Amerikanische Seite räumte ein, hier einen terminologischen Fehler begangen zu haben. Wiederholung werde vermieden werden.

BM wies darauf hin, daß bei Gewährleistung eines umfassenden Schutzes gegen nukleare Waffen die Strategie der Abschreckung hinfällig würde. Damit würde das Ungleichgewicht im konventionellen Bereich in den Vordergrund ge-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Pieck am 14. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schenk und Legationsrat I. Klasse Schnelle verfügte.
Hat Schenk vorgelegen.
Hat Schnelle am 16. Mai 1984 vorgelegen.

2 Zum Besuch vgl. auch Dok. 126–129.

3 Botschafter Hermes, Washington, berichtete, die amerikanische Regierung habe Bundesminister Genscher mitgeteilt, sie habe der UdSSR sowohl nach der Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 als auch „erneut vor kurzem“ eine allgemeine Erörterung von SDI angeboten, worauf jedoch keine Reaktion erfolgt sei. Genscher habe zu SDI ausgeführt: „Durch SDI dürften in der Öffentlichkeit weder übertriebene Erwartungen geweckt werden, noch dürfte es zu einer bewußtseinsmäßigen Abkoppelung kommen, die dadurch eintreten könnte, daß sich die Europäer durch ballistische Raketenabwehr weniger geschützt fühlten als die Amerikaner.“ Hermes führte aus, im amerikanischen Außenministerium sei das Gespräch mit Genscher über SDI als „außerordentlich nützlich“ bezeichnet worden: „Die deutschen Sorgen würden ernstgenommen und geteilt. Die Umsetzung der Vorstellungen des Ministers zu Konsultationen und zur Information der Öffentlichkeit werde von amerikanischer Seite mit Nachdruck betrieben werden.“ Vgl. VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

4 International Security Policy.

rückt. Für den Westen würde sich in großer Schärfe das Problem stellen, wie in Europa der konventionellen Überlegenheit des Ostens begegnet werden kann.

Frank Miller erwiderte, es gehe bei SDI um die Suche nach Mitteln, die gegen SS-20 und Systeme kürzerer Reichweite in allen Flugphasen wirksam eingesetzt werden können. Gegen Cruise Missiles und Bomber würden andere Technologien entwickelt. Die Durchbrechung der modernen Abwehrsysteme werde jedoch mittels Stealth-Technik und anderer Entwicklungen möglich bleiben. Die Strategie der Abschreckung und der flexiblen Verteidigung[5] brauche deshalb nicht aufgegeben zu werden.

Ron Lehman vom NSC ergänzte, SDI bedeute keine Änderung der NATO-Doktrin. Die Sowjetunion würde nicht in der Lage sein, die Durchbrechung ihres ABM-Schutzes auszuschließen. Das amerikanische Abwehrsystem werde mit Sicherheit sehr wirksam sein, jedoch werde auch dieses einen hundertprozentigen Schutz nicht geben können. Das Abwehrsystem wirke trotzdem gegen den Aggressor, weil es seine Kalkulation erschwere, wie er wirksam angreifen könnte, und damit auch seine Entscheidung erschwere, ob er überhaupt angreifen sollte.

BM bemerkte, eine Abschreckungswirkung entfalle, wenn beide Seiten, wie offenbar von VM Weinberger in die Debatte geworfen, ihre technologischen Kenntnisse austauschen würden.

Dobbins (State Department, EUR[6]) präzisierte, zwar werde keine technologische Entwicklung eine Durchbrechung der Verteidigung an einigen Stellen verhindern können. Mit der Verwirklichung von SDI würde jedoch ein weltweiter Nuklearkrieg (all-out nuclear war) ausgeschlossen werden können. Die Sorgen und Auffassungen seien deshalb beiderseits des Atlantiks verschieden.

BM legte die Reaktion der europäischen Öffentlichkeit auf SDI dar. Er sehe drei Reaktionen:

– Die Befürworter der Strategie der Abschreckung würden fragen, was aus der Abschreckung werde.
– Ihre Gegner würden nach neuen Wegen suchen, nachdem sie die bisherige Strategie von den Amerikanern selbst in Frage gestellt sähen.
– Eine zahlenmäßig nicht unbedeutende Gruppe werde sagen, es entstehe eine Lage, in der zwar ICBMs, jedoch nicht Systeme kürzerer Reichweite bekämpft werden könnten. Damit entstünden in der Allianz zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit. Die Sicherheit des Bündnisses würde untergraben.

Es sei deshalb, so BM, notwendig, enge und laufende Konsultationen über den Fortschritt der Entwicklung zu führen. Sonst entstünden falsche Besorgnisse. Er, BM, sehe die Gefahr, daß konventionelle Kriege wieder wahrscheinlicher würden.

BM kam auf die Mitteilung zurück, die Amerikaner hätten den Sowjets nach der „Star Wars"-Rede des Präsidenten[7] zweimal vorgeschlagen, über die moder-

5 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 2, Anm. 12.

6 European Affairs.

7 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

nen Verteidigungstechnologien zu sprechen. Er fragte, ob sich dies nicht in der Öffentlichkeit darlegen ließe.

Dobbins erwiderte, man werde diesem Gesichtspunkt in Zukunft größere Bedeutung beimessen.

D2A[8] bemerkte, die Sowjetunion könnte in der europäischen öffentlichen Meinung die Befürchtungen wieder aufrühren, die 1983 in Deutschland erfolgreich neutralisiert worden seien. Daher sei es wichtig, die Bevölkerung nicht nur über die technischen Entwicklungen zu unterrichten, sondern ihr auch den Sinn und Zweck der amerikanischen Pläne zu erklären. Dabei müßten die Auswirkungen von SDI auf Abschreckung und Verteidigung sowie die rüstungskontrollpolitischen Möglichkeiten herausgearbeitet werden.

General Abrahamson fragte, wie und in welchen Foren diese Thematik vertieft werden könnte.

BM betonte die Notwendigkeit eines ständigen Dialogs. Für die Konsultationen gebe es eine ausreichende Zahl möglicher Gremien. Behandlung der verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Aspekte sei von größter Bedeutung. Es dürften keine unerfüllbaren Erwartungen in dem Sinne geweckt werden, daß an einem System gearbeitet werde, das den nuklearen Angriff fast unmöglich mache. Er, BM, werde in seinen bevorstehenden Gesprächen den amerikanischen Partnern sagen, daß vitale europäische Sicherheitsinteressen tangiert seien. Es wäre gut, wenn dies nicht nur von europäischer, sondern auch von amerikanischer Seite geäußert werde.

D2A ergänzte, durch die Debatte um die INF-Stationierung sei die europäische Öffentlichkeit in diesen Fragen kundiger geworden. Dies wirke in zwei Richtungen: Zum einen würden weniger stichhaltige Argumente jetzt eher durchschaut, zum anderen würden richtige Argumente jetzt eher verstanden und akzeptiert.

BM erklärte abschließend, die europäische Öffentlichkeit verstehe und akzeptiere in ihrer Mehrheit die Strategie der Abschreckung als eine Strategie der Verhinderung sowohl nuklearer als auch konventioneller Kriege. Wenn sich eine Stimmung verbreite, daß die Gefahr eines konventionellen Krieges wieder zunehme, würden erneut Zweifel an der Notwendigkeit der Stationierung von Pershing II geweckt.[9]

[gez.] Wallau

VS-Bd. 12938 (204)

8 Friedrich Ruth.

9 Der Passus „Gefahr eines konventionellen … von Pershing II geweckt“ wurde von Vortragendem Legationsrat Pieck hervorgehoben. Dazu Pfeil.

134

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

212-362.02-951/84 VS-vertraulich **13. Mai 1984**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: West-Ost-Bericht des Bündnisses (sog. „Tindemans-Initiative")

Bezug: Vorlage vom 12.5.1984 betreffend „Signal von Washington"[3]

Anlg.: 1 (nur bei Original)[4]

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu dem Vorschlag unter III.[5]

I. Wir streben bei der Arbeit am West-Ost-Bericht der NATO, der auf eine vom BM unterstützte Initiative des belgischen Außenministers Tindemans zurückgeht, einen Text an, der unser operatives politisches Anliegen einer Aufrechterhaltung des westlichen Dialog- und Kooperationsangebots an den Osten klar zum Ausdruck bringt und damit auf der Frühjahrstagung[6] eine öffentliche Erklärung der Minister zum West-Ost-Verhältnis („Signal von Washington") ermöglicht, die nicht hinter der Brüsseler Erklärung vom 9.12.1983[7] zurückbleibt. Besondere Bedeutung kommt dem Teil IV des Berichts zu, der die politischen Schlußfolgerungen aus den mehr analytisch-deskriptiv angelegten Teilen I bis III enthält und damit für das „Signal von Washington" und für künftige Texte des Bündnisses im Bereich der West-Ost-Beziehungen in erster Linie heranzuziehen sein wird.

1) Nachdem das Internationale Sekretariat am 11.4.1984 einen Entwurf der Schlußfolgerungen vorgelegt hatte[8], der uns und der Mehrzahl der Bündnispartner durchweg als gute Arbeitsgrundlage erschien, führten die Amerikaner

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Haak konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 14. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigent Edler von Braunmühl an Referat 212 verfügte.
Hat Pfeffer am 15. Mai 1984 erneut vorgelegen.
Hat Braunmühl am 18. Juni 1984 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. Mai 1984 vorgelegen.

3 Ministerialdirektor Pfeffer legte den Stand der Bemühungen um eine Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten anläßlich der NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington dar. Da die geplante West-Ost-Studie vom Ständigen NATO-Rat am 10. Mai 1984 beschlossen worden sei, hätten nun Belgien und Großbritannien Entwürfe für eine Erklärung vorgelegt. Pfeffer schlug vor, die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel anzuweisen, „behutsam" zu versuchen, „einen eher dem belgischen Papier entsprechenden Duktus" des „Signals von Washington" zu erreichen. Vgl. Referat 212, Bd. 133445.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.

5 Der Passus „Zustimmung … III" wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben.

6 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

7 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

8 Für das Papier „Appraisal of east-west relations with a view to achieving a more constructive east-west dialogue" vom 11. April 1984 (ISD/338 (revised)) vgl. VS-Bd. 13375 (212).

einen sehr harten eigenen Text ein[9] und entsandten Assistant Secretary of State Burt nach Brüssel, um im Rat als Hintergrund dieses Textes noch einmal die amerikanische Politik gegenüber der SU darzulegen.[10]

Wie uns von amerikanischer Seite hierzu erläutert wurde, lag diesem amerikanischen Vorstoß folgende Überlegung zugrunde: Präsident Reagan werde sich öffentlich auf das „Signal von Washington" beziehen wollen. Dies könne er nicht, wenn eine solche, auf der Grundlage des West-Ost-Berichts verfaßte Erklärung überwiegend ein Angebot zur Zusammenarbeit an den Osten enthalte und zu wenig die Lehren reflektiere, die der Westen aus dem sowjetischen Verhalten seit der Annahme des Harmel-Berichts im Jahre 1967[11] ziehen müsse.

Während die Franzosen an der Ausarbeitung des Teiles IV des West-Ost-Berichts nur sehr zurückhaltend teilgenommen haben (ihrer Auffassung nach sollte der deskriptiv-analytische Teil des Berichts im Vordergrund stehen), haben die Briten eine differenzierte, der amerikanischen Linie nur teilweise folgende Haltung angenommen.

2) Bei der Fortsetzung der Arbeit am West-Ost-Bericht gelang es zwar, eine Abschwächung der amerikanischen Textvorschläge insofern zu erreichen, als sie auf eine Kritik an der vergangenen westlichen Politik (als „überoptimistisch" bis „illusionär") und damit indirekt auf die Frage der Fortgeltung des ausgewogenen Harmel-Konzepts zielten. Aber in dem jetzt am 10.5. mit Zustimmungsverfahren durch Fristablauf bis 17.5., 12.00 Uhr, vom Rat angenommenen Text[12] ist nunmehr das westliche Dialog- und Kooperationsangebot insgesamt gesehen weniger stark zum Ausdruck gekommen, als es unserer zuletzt vom BM in seinem Namensartikel vom 30.3.[13] noch einmal dargelegten Linie entspricht, die in der Brüsseler Erklärung vom 9.12.1983 öffentlich zum Ausdruck gekommen war und für die wir in der Rede von Präsident Reagan vom 16.1.1984[14] eine weitgehende Bestätigung gesehen hatten.

II. Die Bewertung des jetzt vorliegenden Berichts und insbesondere der Schlußfolgerungen (Teil IV des Berichts) im einzelnen ergibt folgendes Bild:

1) In folgenden Punkten können wir mit dem Ergebnis der Beratungen zufrieden sein:

9 Für den amerikanischen Entwurf vom 24. April 1984 für Teil IV des „West-Ost-Berichts" der NATO („conclusions") vgl. VS-Bd. 13375 (212).

10 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 25. April 1984 in Brüssel vgl. Dok. 117, Anm. 3.

11 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

12 Für das Papier „Appraisal of east-west relations with a view to achieving a more constructive east-west dialogue" (C-M (84) 30 (revised)) vom 11. Mai 1984 vgl. VS-Bd. 13375 (212).
Mit Drahtbericht Nr. 803/804 vom 10. Mai 1984 übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), die Neufassung von Kapitel IV („conclusions") des „West-Ost-Berichts" der NATO (Ziffern 101–108). Vgl. dazu VS-Bd. 13375 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

13 Für den Artikel „Grundsätze für die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen. Wie geht es 1984 mit den West-Ost-Beziehungen weiter?" vgl. BULLETIN 1984, S. 381–384.

14 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

a) Der ausgewogene Ansatz des Harmel-Konzepts als Grundlinie der Politik des Bündnisses wird ausdrücklich bestätigt.

Hinzugefügt wird allerdings: Dabei sei davon auszugehen, daß Entwicklungen im sowjetischen politischen System sehr langsam und in der voraussehbaren Zukunft kaum grundlegend sein dürften (Nr. 107). Kommentar dazu: Diese Aussage trifft zweifellos zu, ist aber nicht sehr relevant, weil unsere praktische Politik nicht auf Beseitigung des sowjetischen Systems, sondern nur auf Beeinflussung des außenpolitischen Handelns der SU gerichtet sein kann.

Ein Hauptpunkt der Diskussionen war das amerikanische Anliegen, die Bilanz der Entspannungspolitik in der Vergangenheit als für den Westen negativ darzustellen und aus einer Kritik der vergangenen Allianz-Politik, insbesondere während der zweiten Hälfte der seit Annahme des Harmel-Berichts verstrichenen Zeit („überoptimistisch", „Illusionen"), Lehren für die Zukunft abzuleiten. Der damit implicite ausgesprochenen Kritik am Harmel-Konzept haben wir erfolgreich mit der Argumentation entgegengehalten, daß es auf die richtige, nämlich ausgewogene, in der Vergangenheit im Sicherheitsbereich teilweise vernachlässigte (aber nicht von allen Bündnispartnern) Anwendung des Harmel-Konzepts ankommt: Versäumnisse im Sicherheitsbereich angesichts der sowjetischen SS-20-Hochrüstung sind durch ein Mehr an Verteidigungsanstrengung, aber nicht durch ein Weniger an Dialog und Zusammenarbeit auszugleichen. Wir hätten uns keinen Illusionen hingegeben, sondern die Harmel-Politik als realistische Politik verfolgt.

Insbesondere ist den diesbezüglichen Beanstandungen des BM Rechnung getragen worden.

b) Das von den Amerikanern verfolgte und auch z. B. von den Briten und den Franzosen besonders unterstützte, von uns selbstverständlich mitgetragene Anliegen der Herausstellung der sowjetischen Bedrohung ist zum Ausdruck gekommen, aber jedenfalls in den Schlußfolgerungen nicht im Sinne einer Fundamentalkritik, die den Dialog gegenstandslos machen würde. Der amerikanische Entwurf für die Konklusionen hatte insbesondere für den Bereich der Rüstungskontrolle das grundsätzliche Problem aufgeworfen, daß angesichts der äußerst negativen Darstellung der sowjetischen Haltung das westliche Bekenntnis zur Rüstungskontrolle entweder unrealistisch oder unaufrichtig erschienen wäre.

(Andererseits hat der Gedanke des Verzichts, die Beseitigung des Systems der jeweils anderen Seite anzustreben, keinen Ausdruck in dem West-Ost-Bericht gefunden.)

c) Der Osteuropa-Teil der Schlußfolgerungen sieht ausdrücklich keine Sonderbehandlung für Polen vor und enthält die von uns vorgeschlagene Notwendigkeit behutsamen Vorgehens. Deshalb erscheint uns der an sich nicht sonderlich überzeugende Passus insgesamt tragbar, daß die Differenzierung ein Mittel zur Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands sei (Nr. 106 i).

cc) Im Abrüstungsbereich sind unsere Vorschläge weitgehend aufgenommen worden.

d) Die Formulierungen zur Funktion des Dialogs im West-Ost-Verhältnis, insbesondere auch des hochrangigen politischen Dialogs gerade auch in Spannungszeiten, entsprechen weitgehend unseren Vorstellungen.

Besonders hervorzuheben: „political dialogue can help to generate forward momentum in East-West-relations“ (Nr. 106 b).

Allerdings enthält der Text auch gewisse Qualifizierungen und Bedingungen.

Insbesondere haben wir uns nicht durchsetzen können, einen der amerikanischen Politik folgenden Satz zu streichen, daß für Gipfeltreffen „careful preparation and fair prospects“ wichtig seien. Dieser Satz fehlt übrigens in den Hauptteilen des Berichts; insofern gehen also die Schlußfolgerungen über den eigentlichen Bericht hinaus (vgl. Nr. 75 ff. des Berichts).

e) Der West-Ost-Bericht enthält eine uns voll zufriedenstellende, ausführliche Formulierung zu Berlin und zur deutschen Frage, die in der Bonner Vierergruppe abgestimmt worden ist (Nr. 65, 66).

f) Der Dritte-Welt-Passus (Nr. 106 k) enthält die Achtung des „genuine nonalignment“, wenn auch nur als „wünschenswert“.

2) In folgenden Punkten haben wir noch Schwierigkeiten:

a) Das westliche Kooperationsangebot an den Osten ist insgesamt weniger stark betont worden, als es unseren Vorstellungen entsprechen würde.

Zwar wird im ersten, das langfristige Grundkonzept des Bündnisses gemäß Harmel beschreibenden Absatz der Konklusionen das Ziel eindeutig bestimmt: „The pursuit of a more stable relationship through dialogue and cooperation“ (Nr. 101). Aber in der operativen Nr. 106 wird der Gedanke der Zusammenarbeit nur in sehr qualifizierter und bedingter Form angesprochen.

– In Nr. 106, Buchstabe d, heißt es: „creating conditions in which cooperation becomes more attractive than confrontation“. Dies könnte dahingehend mißverstanden werden, als wäre zur Zeit die Konfrontation attraktiver.[15]
– In Nr. 106, Buchstabe e: „could help to give East-West-relations a more cooperative character“. Hier erscheint die Zusammenarbeit nur als Ziel, nicht auch als Mittel zur Verbesserung der West-Ost-Beziehungen.

Zwar finden sich im Gesamtbericht auch klarere Aussagen zum westlichen Kooperationsangebot:

Nr. 90: „provisions of Basket II of the Final Act[16] offer possibilities, which are far from exhausted, to develop further cooperation between West and East as an element of stable relations“, und in Nr. 93: „the members of the alliance acknowledge that all Warsaw Pact States should be included in their offer of dialogue and cooperation“.

Aber für die Ausarbeitung des „Signals von Washington“ und anderer künftiger NATO-Texte wird in erster Linie der Teil IV des Berichts (conclusions) herangezogen werden.

b) Die Aussage zum KSZE-Prozeß in Nr. 105 ist mißverständlich ausgefallen; es werden einseitig die Evolution und die menschliche Dimension betont.

15 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Auch ist nicht klar, für wen.“

16 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

Nr. 105: „the CSCE-process has helped to demonstrate that it is possible to make progress towards the establishment in Europe of a situation in which the aim is by peaceful evolution to ensure respect for the human dimension of East-West-relations including freer movement of persons and ideas“.

Auch insofern gibt es im Gesamtbericht bessere Formulierungen.

(Andererseits wird im Schlußteil IV des Berichts das Ziel der friedlichen Evolution, einschließlich der Milderung und Überwindung der Spaltung Europas, einschließlich insbesondere Deutschlands, klar in unserem Sinne herausgestellt.)

c) In zweiter Linie ist noch anzumerken, daß die Formulierung in Nr. 106c in der von uns offengehaltenen Perspektive der Wiedervereinigung Deutschlands etwas mißverständlich wirken könnte: „The preservation of the identities and diversity of the States in East and West“.

Es gibt aber andererseits die sehr klare Aussage zur deutschen Frage in Teil III des Berichts (Nr. 66).

III. Es wird daher vorgeschlagen, die am Donnerstag, 17.5., 12.00 Uhr, ablaufende Zustimmungsfrist zur Geltendmachung folgender Anliegen zu unterbrechen:

1) Zum westlichen Kooperationsangebot an den Osten:

a) Den einleitenden Satz der operativen Nr. 106 streichen: „for a policy of more constructive dialogue with members of the Warsaw Pact, the following elements are particularly relevant:“

Statt dessen folgende Formulierung setzen, die sich an eine an anderer Stelle des Berichts bereits enthaltende Formulierung (Nr. 93) anschließt:

„The members of the alliance reaffirm their offer of dialogue and cooperation to all Warsaw Pact States with a view to achieving more constructive East-West-relations. The following elements are particularly relevant:“

b) In Nr. 106d den Satzteil „creating conditions in which cooperation becomes more attractive than confrontation“ streichen (vgl. oben zu II, 2a).

Zur Begründung können wir auf die Schlüsselbedeutung der Zusammenarbeit im KSZE-Prozeß („Sicherheit und Zusammenarbeit“) und insbesondere auf das die Kooperation betreffende Prinzip IX der Schlußakte von Helsinki[17] hinweisen, das gleichen Rang hat wie z.B. das die Menschenrechte betreffende Prinzip VII[18]. Wir sollten insofern insbesondere mit der Unterstützung durch die Briten rechnen können, die die „Zusammenarbeit“ auf unseren Wunsch hin in den von ihnen jetzt eingebrachten Vorschlag eines „Signals“[19] aufgenommen haben.

2) Zum KSZE-Prozeß

Wir schlagen vor, den ersten Satz der Nr. 105 (vgl. oben II, 2b) in Anlehnung an eine Formulierung an anderer Stelle des Berichts (Nr. 86) wie folgt neu zu redigieren:

17 Für den Wortlaut von Punkt IX der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 918f.

18 Für den Wortlaut von Punkt VII der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917f.

19 Für den undatierten britischen Entwurf vgl. Referat 212, Bd. 133445.

„The process initiated by the signature in 1975 of the CSCE Final Act serves as an important means to promote stable and constructive East-West-relations on a long term basis. The allies support the continuation and strengthening of the CSCE process. They insist on the implementation of the Helsinki Final Act and the Madrid concluding document[20] in all their parts."

Begründung: Der exakten Formulierung der Haltung des Bündnisses zum KSZE-Prozeß kommt für die Zukunft besondere Bedeutung zu. Wir meinen, daß kein Zweifel darüber gelassen werden darf, daß die Allianz auch weiterhin für die Verwirklichung aller Teile der Schlußakte, einschließlich der menschlichen Dimension, eintritt.

3) In zweiter Linie könnten wir noch einführen, die Nr. 106 c wie folgt neu zu fassen (vgl. oben II, 2 c):

„The awareness of the common history and traditions of all European peoples, from which the diversity of the States in East and West flows" (der Rest des Satzes, beginnend mit „and respect" würde erhalten bleiben).

Wir müssen allerdings damit rechnen, daß bei einem Wiedereintreten in die Textberatungen auch von anderer Seite Änderungswünsche eingeführt werden, mit denen wir Schwierigkeiten haben.[21] Der dadurch entstehende Zeitdruck geht nicht auf uns zurück; wir hatten uns von Anfang an (gegen Widerstand von USA und F) für eine frühzeitige Behandlung des Teiles IV (conclusions) eingesetzt. Dieses Bedenken sollte angesichts unseres politischen Anliegens zurücktreten, Texte zu vermeiden, die hinter der Brüsseler Erklärung vom 9.12.1983 zurückbleiben und nicht genügend unsere Politik reflektieren, die beim gegenwärtigen schwierigen Stand der West-Ost-Beziehungen darauf gerichtet ist, dem Auseinanderdriften zwischen West und Ost Einhalt zu gebieten und eine neue, konstruktivere Richtung anzuzeigen (BM-Namensartikel vom 30.3.1984).

Die Ausführungen von Burt und die amerikanischen Tendenzen während der gesamten Beratung über den West-Ost-Bericht zeigen, daß es um eine grundsätzliche Weichenstellung für die künftige West-Ost-Politik geht. Hierbei stehen sich gegenüber:

a) zum KSZE-Prozeß:

– unsere Auffassung, daß der KSZE-Prozeß durch Interessenausgleich auf eine europäische Friedensordnung zulaufen soll;
– eine Tendenz in der amerikanischen Administration, den KSZE-Prozeß als Instrument zur Systemveränderung im Osten über die Menschenrechte zu betrachten;

b) zur Kooperation:

– unsere Auffassung, daß neben dem Dialog die nicht von Vorbedingungen abhängige Kooperation in allen in der Schlußakte genannten Bereichen ein Mittel zur Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses in beiderseitigem Interesse ist;

20 Für den Wortlaut des Schlußdokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

21 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses Risiko gehen wir ein."

– Tendenzen in der amerikanischen Administration, die Kooperation von einer Änderung des sowjetischen Verhaltens in wichtigen, auch für uns wesentlich angesehenen Prinzipienfragen abhängig zu machen.

Wir können damit rechnen, daß in diesen Fragen die Mehrheit der Bündnispartner unserer Linie folgt. Es ist für uns wichtig, keine Grundlage für Behauptungen zu geben, daß der West-Ost-Bericht in diesen zentralen Fragen eine Korrektur der westlichen Haltung gegenüber dem Osten eingeführt habe.[22]

RL 220[23] wurde beteiligt. RL 201[24] hat mitgezeichnet.

Pfeffer

VS-Bd. 13376 (212)

135

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 SCG/INF-1082/84 VS-vertraulich **14. Mai 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: zur Information und mit der Bitte um Billigung von Ziffer 5

Betr.: unsere Haltung zu amerikanischen Überlegungen über eine westliche Initiative bei INF

Bezug: Vorlage vom 27.4.1984 – 220-370.70 USA-949/84 VS-vertr. (liegt dem Original bei)[4]

Anlg.: 1[5]

22 Vgl. dazu weiter Dok. 138.

23 Rüdiger Hartmann.

24 Ernst von Studnitz.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 15. Mai 1984 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 15. Mai 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 19. Mai 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 19. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Meyer-Landrut an Referat 220 verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11369 (220).
Botschafter Ruth informierte über amerikanische Überlegungen, die Initiative zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen und von START zu ergreifen, und unterbreitete Vorschläge für die bevorstehenden Gespräche des Bundesministers Genscher vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA. Vgl. VS-Bd. 11317 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Vgl. Anm. 4.

1) Wie McFarlane Ihnen gegenüber am 7. Mai 1984[6] ausgeführt hat, ist er von Präsident Reagan mit einer Analyse beauftragt, welche START- und INF-Elemente sich als Ausgangspunkt für die Entwicklung von Kompromißvorschlägen im Rahmen einer möglichen amerikanischen nuklearen Initiative eignen. McFarlane erklärte dabei, er beabsichtige nicht, eine neue Position zu entwikkeln, sondern Kompromißmöglichkeiten zu identifizieren. Vorschläge, die nicht in einem Verhandlungskontext stehen, lehnte er ausdrücklich ab.

Mit diesen Ausführungen bestätigte McFarlane die in der Bezugsvorlage wiedergegebene Mitteilung Burts, Washington denke daran, im Laufe des Sommers unter Umständen eine Initiative zur Wiederaufnahme der nuklearen Verhandlungen[7] zu ergreifen.

2) Die endgültige amerikanische Entscheidung über eine solche Initiative wird entscheidend von der weiteren innenpolitischen Entwicklung in den USA abhängen. Die künftige Haltung der SU dürfte für die Administration vor allem unter diesem Gesichtspunkt von Bedeutung sein. So hat die sowjetische Entscheidung, nicht an den Olympischen Spielen teilzunehmen[8], das amerikanisch-sowjetische Verhältnis weiter abgekühlt und damit auch die Erwartungen der amerikanischen Öffentlichkeit an die Administration, von sich aus Anstrengungen für eine Wiederaufnahme der nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen zu unternehmen, sicherlich gedämpft.

3) Zum Inhalt einer möglichen Initiative wurde unserer Botschaft Washington inzwischen bestätigt, daß die USA im Rahmen ihrer vertraulichen Bemühungen um Belebung der beiderseitigen Beziehungen der SU – allerdings ohne konkrete sowjetische Reaktion – ein START-Rahmenabkommen angeboten haben.[9] Man kann daher davon ausgehen, daß eine offizielle amerikanische Initiative zur Wiederaufnahme der nuklearen Verhandlungen das gleiche Angebot enthalten würde; dabei wurde amerikanischerseits angedeutet, daß der von Brzezinski Anfang des Jahres gemachte Kompromißvorschlag, die strategischen Systeme der USA und der SU bei 1800 Trägern und 7000 GK zu begrenzen[10], die Basis des Vorschlags darstellen würde. (In den START-Verhandlungen war die SU zu Reduzierungen auf 1800 strategische Träger bereit, hatte aber eine Obergrenze für Gefechtsköpfe nicht akzeptiert. Die USA hatten eine Obergrenze der GK auf Raketen von 6000 vorgeschlagen.)

6 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, in Washington vgl. Dok. 129, Anm. 22.

7 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

8 Zum sowjetischen Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles vgl. Dok. 129, Anm. 21.

9 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 9. Mai 1984 mit, die Botschaft sei am 4. Mai 1984 im amerikanischen Außenministerium über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen unterrichtet worden: „Gesprächspartner bemerkte, der sowjetischen Seite seien zu Beginn des Jahres ‚etwa 15' Vorschläge übermittelt worden. Zu allen Vorschlägen, mit Ausnahme der die Verbesserung der ‚Hot Line' betreffenden, schweige sich die sowjetische Seite derzeit aus." Vorgeschlagen worden seien u. a. Verhandlungen über ein START-Rahmenabkommen. Diskutiert würden z. Z. noch zwei weitere mögliche Initiativen: „Ein Vorschlag zu ASAT; die Ratifizierung der beiden Testschwellenverträge". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2068; VS-Bd. 12940 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

10 Für die Überlegungen des ehemaligen Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, vgl. den Artikel „Moving From Standoff To an Interim Accord"; THE NEW YORK TIMES vom 29. Januar 1984, S. 19.

Die amerikanischen Überlegungen über eine Weiterentwicklung der INF-Verhandlungsposition lassen darauf schließen, daß Washington eine START-Initiative ohne gleichzeitige INF-Vorschläge nicht als zweckmäßig ansieht. Angesichts der von McFarlane gemachten Ausführungen bietet für eine solche Weiterentwicklung die im vergangenen Herbst im Bündnis intensiv diskutierte Frage eines regionalen Subceiling für Europa am ehesten einen Ansatz. Bekanntlich hatten sich die USA am 26.9.1983 bereit erklärt, im Rahmen für beide Seiten gleicher globaler GK-Obergrenzen nicht das gesamte sowjetische INF-Potential durch Stationierungen in Europa auszugleichen[11]; sie hatten ferner am 14.11.1983 eine globale Obergrenze von 420 GK für jede Seite vorgeschlagen.[12] Zu einer Entscheidung, wie viele INF-Systeme die USA im Falle der Vereinbarung einer Obergrenze von 420 GK in Europa stationieren würden, ist es dann nicht mehr gekommen; daher bietet sich eine Weiterentwicklung der westlichen Position zu diesem Punkt an. Bei den amerikanischen Überlegungen spielt offenbar das in dem in der Bezugsvorlage erwähnten Artikel von Beecher im „Boston Globe" vom 10.4.1984[13] erwähnte Modell eine wesentliche Rolle, wonach an ein Anhalten der amerikanischen INF-Stationierung bei 236 gedacht werde, d. h. der voraussichtlich Ende 1985 erreichten Stationierungszahl.

Der McFarlane vorschwebende Vorschlag könnte daher wie folgt aussehen: Wenn die SU an den Verhandlungstisch zurückkehrt, sind die USA bereit anzubieten, daß die INF-Stationierung in Europa bei 236 gestoppt wird, sofern die SU die bereits vorgeschlagene globale Obergrenze von 420 akzeptiert und bereit ist, die Zahl ihrer SS-20-GK binnen einer bestimmten Frist entsprechend zu reduzieren.[14]

Ein solcher Vorschlag würde zugleich eine Unterstützung für die niederländische Regierung bedeuten; die Stationierung in den Niederlanden beginnt erst 1986, d. h. nur dann, wenn die Zahl 236 überschritten werden müßte.

4) Für unsere Interessenlage gegenüber einer amerikanischen Initiative für die Wiederaufnahme der nuklearen Verhandlungen kommt auch weiterhin zwei Punkten entscheidendes Gewicht zu, die schon bisher unsere Haltung bestimmt haben:

– INF darf nicht ausgeklammert werden.
– Ein Stationierungsstopp ist nur aufgrund eines Verhandlungsergebnisses möglich.

In beiden Punkten stimmen die USA offenbar voll mit uns überein.

11 Präsident Reagan gab am 26. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York bekannt, die USA hätten bei den INF-Verhandlungen in Genf Vorschläge für eine verbesserte Zwischenlösung vorgelegt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1351 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 624 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 267.

12 Zu den Vorschlägen des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, vom 14. November 1983 vgl. die Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom selben Tag; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI, S. 255.

13 Vgl. den Artikel „Plan would halve missile warhead deployment"; THE BOSTON GLOBE vom 10. April 1984, S. 1 und 7.

14 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich: „Gegenwärtiger SS-20-Stand: 378 Systeme mit 1134 G[efechts]köpfen. 420 Gköpfe = 140 SS-20-Systeme, also Reduzierung auf etwa 1/3 des Status quo."

Eine Initiative der oben skizzierten Art, mit der die INF-Position des Bündnisses weiterentwickelt würde, wäre dagegen auch aus unserer Sicht nützlich, ohne daß für uns selbst gegenwärtig Veranlassung bestünde, auf einen solchen Schritt zu drängen. Bedeutung hätte eine solche Initiative dagegen für die Niederlande; es liegt auch in unserem Interesse, durch eine INF-Initiative des Bündnisses die Zustimmung des niederländischen Parlaments zur Stationierung[15] zu erleichtern.

Ein solcher Schritt würde uns selbst insoweit betreffen, wie er sich auf den Pershing-II-Anteil an der Nachrüstung auswirken würde. Insofern müßte in einem entsprechenden Vorschlag zum Ausdruck kommen, daß der Anteil der Pershing II nicht gegenüber dem im Doppelbeschluß[16] festgelegten Verhältnis zwischen Pershing II und Cruise Missiles erhöht wird.[17]

Eine andere, für uns bei den letztjährigen bündnisinternen Beratungen über einen regionalen Subceiling wichtige Frage war, welche Begrenzungen für die in Europa und welche für die in Asien stationierten sowjetischen Mittelstreckenraketen vorgesehen werden sollten. Damals befürchteten wir, daß eine Forderung nach hohen sowjetischen Reduzierungen in Asien (entsprechend den amerikanischen Vorstellungen) in der europäischen Öffentlichkeit als unrealistisch angesehen und entsprechend kritisiert werde. (Nach amerikanischer Auffassung sollten sich die Subceilings für sowjetische Raketen in Europa und Asien wie 2:1 verhalten; danach hätten die damals in Asien stationierten SS-20 um über 50 % reduziert werden müssen.)

Diese Befürchtungen haben inzwischen aber ihre Aktualität verloren. Im übrigen sind die USA jetzt offenbar selbst bereit, von einem Verhältnis 2:1 für sowjetische Raketen in Europa und Asien abzugehen.

Schließlich würde der oben skizzierte Vorschlag die Frage aufwerfen, welche Auswirkungen sich bei einer Stationierung von nur etwa 236 Nachrüstungssystemen für die Verteilung auf fünf Stationierungsländer ergeben. Die Stellungnahme hierzu kann jedoch zurückgestellt werden, bis sich die USA tatsächlich für eine derartige Initiative entscheiden.

5) Ich beabsichtige deshalb, gegenüber Burt bei einem für morgen, 15. Mai 1984, am Rande der SCG-Sitzung in Brüssel[18] vereinbarten Gespräch unter vier Augen die Frage einer möglichen amerikanischen Initiative zur Wiederaufnahme der nuklearen Verhandlungen gemäß folgender Linie anzusprechen:

– Wir würden eine solche Initiative innerhalb der nächsten Monate grundsätzlich begrüßen.
– Wir gehen davon aus, daß

15 Zur INF-Stationierung in den Niederlanden vgl. Dok. 142, Anm. 36 und 37.

16 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

17 Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich: „Wichtiger Punkt! Derzeitiger Stand P[ershing] II: ca. 30 Systeme; bei 236 insgesamt dürften dann nicht mehr als etwa 45 P II stationiert werden. Diese Zahl wird noch 84 erreicht werden."
Der Passus „Vorschlag zum Ausdruck … Missiles erhöht wird" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

18 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO vgl. Dok. 139.

- eine solche Initiative einen INF-Teil enthält,
- die Position des Bündnisses zugrunde gelegt wird, wonach die Stationierung angehalten oder umgekehrt werden kann, wenn ein konkretes Verhandlungsergebnis dies zuläßt.

– Der INF-Teil einer solchen Initiative sollte die Situation in den Niederlanden berücksichtigen und für eine positive niederländische Stationierungsentscheidung unterstützend wirken.
– Soweit die Initiative den Pershing-II-Anteil an der Nachrüstung berührt, gehen wir davon aus, daß der Anteil der Pershing II nicht gegenüber dem im Doppelbeschluß festgelegten Verhältnis erhöht wird.
– Wir sehen rechtzeitigen Bündniskonsultationen entsprechend dem bewährten Verfahren entgegen.
– Wir hätten aber auch Verständnis, falls die USA mit Rücksicht auf das sowjetische Verhalten von einer solchen Initiative absehen würden.[19]

Das BMVg hat mitgewirkt.

Ruth

VS-Bd. 11369 (220)

136

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma

422-411.10 IRK-497/84 VS-vertraulich **14. Mai 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: angebliche Lieferung von Anlagen zur Herstellung von Nervengas an den Irak durch die deutsche Firma Kolb;
hier: Gespräch mit Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister[4] am 16.5.84, 17.30 Uhr

19 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut eingeklammert.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze und Legationsrat I. Klasse Horsten konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Vortragendem Legationsrat Horstmann am 16. Mai 1984 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 15. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Diese Aufzeichnung beruht auf einer Hausbespr[echung] mit beiden Staatssekretären, D 3, D 2 A i. V., RL 422, Botschafter Böcker u. a. Sprechzettel siehe Anlage (letzten beiden Seiten)."

3 Hat Bundesminister Genscher am 24. Mai 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Ungerer am 28. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Loeck und Referat 422 verfügte.
Hat Henze am 29. Mai 1984 erneut vorgelegen.

4 Otto Graf Lambsdorff.

Bezug: Randweisung auf Vorlage Abt. 4 vom 18.4.84 (liegt bei)[5]

Anlg.: 2[6]

Zweck der Vorlage: Unterrichtung und Zustimmung zum Gesprächsvorschlag

I. Ermittlungsstand und rechtliche Würdigung

1) Die von der Oberfinanzdirektion Frankfurt auf Veranlassung und unter Beteiligung des BMWi (einschl. des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft/BAW) durchgeführte Außenwirtschaftsprüfung bei der Firma Kolb hat nach Auskunft des BMWi keinen Anhaltspunkt für einen Verstoß gegen das AWG[7] bei der Lieferung chemischer Anlagen in den Irak ergeben. Alle Unterlagen betreffen den Export handelsüblicher Chemieanlagen. Das gelte sowohl für acht seit 1975 nach Irak in den Komplex Samarra gelieferte gläserne Laboranlagen wie auch für die zwei seit Anfang 1984 in der Installation befindlichen Anlagen aus Metall. Befragungen der sehr kooperationswilligen Firmenvertreter haben ebenfalls keine Anhaltspunkte für einen AWG-Verstoß ergeben.

2) Eine Ausfuhrgenehmigung ist nur für „Ausrüstungen, besonders konstruiert für die Herstellung" von CW erforderlich (Ziffer 0018 der Ausfuhrliste[8]). „Besonders konstruiert" ist ein objektives Merkmal. Es ist unerheblich, ob die von Kolb gelieferten, nach dem Ergebnis der Prüfung handelsüblichen Anlagen bei der Produktion von CW eingesetzt werden und die Firma davon Kenntnis hat. Im übrigen gibt es nicht einmal beweiskräftige Hinweise auf Kenntnis der Firma von einer Verwendung der Anlagen zur CW-Herstellung.

3) Eine amerikanische Delegation unter Leitung von Robert Dean[9] (Assistant Secretary im State Department) hat zwar am 2.5.84 im BMWi vorgetragen, die Anlage in Samarra diene ausschließlich der CW-Herstellung, und zum Beweis Satellitenbilder vorgelegt, auf denen nach Auskunft von Experten auf zwei Gebäuden Luftverbrennungsanlagen zu erkennen sind. Diese werden nur bei CW-Produktionsanlagen installiert. Die amerikanische Seite behauptet weiter, die chemischen Anlagen seien sämtlich von Kolb geliefert worden; die Firma sei sehr stark in Samarra engagiert und müsse auch von der CW-Herstellung Kenntnis haben. Die amerikanische Delegation deutete an, daß ein Informant (möglicherweise in der Firma?) hierzu Erkenntnisse gebracht habe.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. Dok. 111.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für Anlage 1 vgl. Anm. 5.
Anlage 2 war ein Sprechzettel für Bundesminister Genscher. Vgl. VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

8 Für den Wortlaut von Ziffer 0018 der Achtundvierzigsten Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 10. November 1981 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 217 vom 20. November 1981, Beilage 42/81, S. 7.

9 Am 2. Mai 1984 fand ein Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Dean, statt. Meyer-Landrut erklärte: „Wir würden bemüht sein, darauf hinzuwirken, daß die Firma Kolb ihre Aktivitäten in Samarra einstelle, keine Lieferungen dorthin mehr vornehme und ihr dort tätiges Personal abziehe. Für den Erfolg solcher Bemühungen sei es aber mit Rücksicht auf zu erwartende irakische Reaktionen von größter Bedeutung, daß nichts in die Presse gelange. […] Dean bemerkte, die amerikanische Seite habe die Sorge, daß ‚ein anderes Land der Region' einen Luftangriff auf Samarra vorbereite, wodurch die dort tätigen Deutschen mit betroffen sein würden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

Dem hält das BMWi entgegen, Aussagen von Firmenangehörigen hätten die amerikanischen Verdachtsmomente (neben der Luftverbrennungsanlage Bunkeranlagen zur Einlagerung der Produkte) entkräftet[10].

Wichtiger ist, daß die amerikanische Seite trotz deutlicher Bitten von BMWi und uns nicht bereit oder in der Lage ist, beweiskräftiges Material vorzulegen.

Auch die Satellitenbilder können vor Gericht nicht verwendet werden. Sie erlauben zudem nicht den sicheren Schluß, daß Kolb Ausrüstungen, besonders konstruiert zur Herstellung von CW, geliefert hat. Falls die von Kolb gelieferten Anlagen bei der Herstellung von Vorprodukten eingesetzt werden, ist damit noch nicht erwiesen, daß die für die Weiterverarbeitung zu CW erforderlichen Zusatzanlagen ebenfalls von Kolb geliefert wurden oder[11] die ganze Anlage auf Konstruktionsunterlagen von Kolb beruht.

4) BMWi will die Außenwirtschaftsprüfung abschließen, da sie weder Hinweise noch Beweise für einen Verstoß gegen das AWG erbracht hat. Es sieht im Rahmen dieses Verfahrens, das wie eine Steuerprüfung nur Nachforschungen bei der Firma zuläßt, keine weiteren Erkenntnismöglichkeiten.

Wir haben, zuletzt im Brief an MD Steeg vom 11.5.1984, gebeten, das Verfahren zunächst noch offenzuhalten.[12] Wir können allerdings die Rechtsauffassung des BMWi, nach der formell und materiell alle Erkenntnismöglichkeiten ausgeschöpft worden sind und die Prüfung keine Hinweise auf einen AWG-Verstoß erbracht hat, nicht widerlegen. Wir sollten jedoch den Eindruck gegenüber Öffentlichkeit und Ausland (USA, Israel) vermeiden, daß wir uns mit dem bisherigen Ermittlungsergebnis zufriedengeben.

II. Weitere Untersuchungsmöglichkeiten, insbesondere Inspektion der Anlagen in Samarra durch Experten

1) Außerhalb der formal engen Grenzen der Außenwirtschaftsprüfung sollte weiter versucht werden, den Sachverhalt aufzuklären. Dazu bietet sich an, auf ein Angebot der Firma Kolb einzugehen, ihre Anlagen in Samarra selbst zu prüfen. Voraussetzungen dafür sind

– möglichst qualifizierte Experten, die verläßlich feststellen können, ob mit Anlagen von Kolb in Samarra CW hergestellt werden oder werden können,
– irakische Zustimmung,
– Sicherheit der Experten.

  Kolb muß die Experten bei der irakischen Regierung anmelden und ihre Zustimmung sowie die Zusicherung einholen, daß diese unbehindert arbeiten

10 Korrigiert aus: „entkräftigt".

11 Korrigiert aus: „geliefert oder".

12 Ministerialdirigent Ungerer bat Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, „die Außenwirtschaftsprüfung noch nicht formell abzuschließen. Angesichts der großen außen- wie innenpolitischen Bedeutung der Angelegenheit scheint mir für einen solchen Schritt kein zwingender Grund vorzuliegen. Hinzu kommt, daß auf Weisung des Bundeskanzlers, allen Erkenntnismöglichkeiten nachzugehen, auf das Angebot der Fa. Kolb zu einer Untersuchung ihrer Anlagen vor Ort in Samarra durch eine Expertengruppe eingegangen werden soll. Ergebnisse dieser Untersuchung, bei der zum ersten Mal die Anlagen selbst und nicht nur technische Zeichnungen untersucht werden sollen, könnten u. U. noch für die Betriebsprüfung wichtige Hinweise geben, selbst wenn diese Untersuchung nicht in dem vom AWG gesetzten Rahmen erfolgt." Vgl. Referat 424, Bd. 135866.

und wieder ausreisen können. Die Zusagen der irakischen Seite sollen durch Nachfragen der Botschaft verifiziert werden. Nach der von Abteilung 3 und 4 geteilten Auffassung von Botschafter Böcker besteht damit eine ausreichende Gewißheit für die Sicherheit, da Irak eine Inspektion nur zulassen wird, wenn sicher ist, daß keine CW-Produktionsanlagen entdeckt werden und der Irak im übrigen aus außenpolitischen Gründen eine Bedrohung der Sicherheit der Experten vermeiden wird.

2) Die irakische Reaktion dürfte davon abhängen, ob in Samarra tatsächlich CW hergestellt werden und ob, falls das zutrifft, die irakische Seite glaubt, entsprechende Anlagen verbergen zu können. Muß sie befürchten, daß die Experten Anlagen entdecken, wird sie einer Besichtigung nicht zustimmen. Hat sie ein reines Gewissen, dürfte ihr die Zustimmung leichter fallen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß sie auch bei gutem Gewissen eine Besichtigung nicht akzeptiert, weil sie ablehnt, sich kontrollieren zu lassen. Gegenüber der Botschaft hatte sie bereits eine offizielle, internationale Prüfung abgelehnt.[13] Einem britischen „Experten" (pensionierter Offizier) wurde hingegen der Besuch eines Chemiekomplexes, bei dem ähnliche Vorwürfe erhoben worden waren, gestattet.[14]

III. Weiteres Vorgehen, insbesondere Einwirkung auf die Firma Kolb

1) Sollten die Experten feststellen, daß die von Kolb gelieferten Anlagen bei der CW-Herstellung eingesetzt werden oder sich in einem Komplex befinden, in dem CW hergestellt werden (auch ohne unmittelbare Verbindung mit der Produktion), muß geprüft werden, wie die Firma Kolb zum Abbruch der Arbeit veranlaßt werden kann. Das gilt auch dann, wenn der Irak einer Besichtigung nicht zustimmt. Eine Weigerung läßt zwar nicht den sicheren Schluß zu, daß die amerikanischen Behauptungen begründet sind, verstärkt jedoch den Verdacht einer CW-Herstellung in Samarra und zwingt uns damit zum Handeln.

2) Rechtliche Mittel, Kolb zum Abbruch der Arbeiten und Abzug der Techniker, die die Anlagen montieren, zu zwingen, hat die Bundesregierung nach dem Ergebnis der Außenwirtschaftsprüfung (kein Nachweis für einen Verstoß gegen das AWG oder andere Vorschriften) nicht. Es kann nur versucht werden, die Firma von der Notwendigkeit eines Abbruchs zu überzeugen. Dazu könnte sie hingewiesen werden auf möglichen Druck durch Veröffentlichungen von interessierter Seite, die den Ruf der Firma und damit ihre Geschäftstätigkeit beeinträchtigen, sowie auf das Risiko für ihre Experten (israelischer Angriff auf Samarra).

Die Hinweise müßten verbunden werden mit dem Angebot, finanzielle Schäden auszugleichen.

13 Zum Gespräch des Botschafters Böcker, Bagdad, mit dem Abteilungsleiter im irakischen Außenministerium, al-Hidawi, am 31. März 1984 vgl. Dok. 99, Anm. 7.

14 Am 20. März 1984 berichtete der ehemalige britische Offizier Fursdon, der für die Tageszeitung „The Daily Telegraph" arbeitete, über einen Besuch in den Chemie-Anlagen in Al-Qa'im und Akashat. Dort tätige britische und amerikanische Staatsbürger hätten bestätigt, daß die Anlagen zur Herstellung chemischer Waffen nicht geeignet seien. Auch er selbst habe keine derartigen Anzeichen sehen können. Vgl. dazu den Artikel „Briton on the spot rejects ‚Iraqi nerve gas' claims"; THE DAILY TELEGRAPH vom 20. März 1984, S. 4.

Die Höhe möglicher Schäden ist nicht bekannt. 85% der Anlagen sollen bezahlt sein. Bei einem von der Firma erwähnten Lieferwert von etwa 10 Mio. DM verblieben 1,5 Mio. DM. Unbekannt ist auch, ob und in welcher Höhe (10 oder 20% des Lieferwerts) Kolb Liefer- und Leistungsgarantien gestellt hat, die bei Abbruch vom Irak einbehalten werden.

Offen ist, ob der Irak die Mitarbeiter der Firma ausreisen läßt. Botschafter Bökker hält das für möglich. Die Frage müßte nach seiner Ansicht von der Firma geklärt werden, da eine offizielle Intervention den Irakern eine gesichtswahrende Lösung schwerer macht. Es ist nicht auszuschließen, daß der Irak dafür finanzielle Leistungen verlangt. Da die Sicherheit der Mitarbeiter gefährdet werden könnte, ist ein sehr behutsames Vorgehen geboten. Eine Verweigerung der Ausreise oder gar Verhaftung der Mitarbeiter könnte darüber hinaus unsere bilateralen Beziehungen erheblich belasten. Daher müssen auch nach amerikanischer Ansicht weitere Veröffentlichungen über die Angelegenheit möglichst vermieden werden.

Da die Anlagen bis September 1984 fertiggestellt sein sollen, ist nicht auszuschließen, daß die Gespräche mit der irakischen Seite nicht vor Ende der Installation abgeschlossen werden können.

3) Kolb sollte auch gebeten werden, keine weiteren Anlagen und Ausrüstungen nach Irak zu liefern. Die Firma soll nach Auskunft Anfragen nach Lieferung von Chemie-Ausrüstungen für 10 Mio. DM erhalten haben. Die Art der Ausrüstungen ist nicht bekannt, aber es ist nicht auszuschließen, daß sie im Zusammenhang mit Samarra stehen.

IV. Folgerungen für die Zukunft

Bei der nach dem Ergebnis der Prüfung von Kolb gelieferten Anlage handelt es sich um Einrichtungen, wie sie bei vielen Unternehmen zur Herstellung von Pestiziden verwendet werden. Sie können jedoch nach Auskunft von Sachverständigen mit einigen, nicht sehr umfangreichen Zusatzeinrichtungen zur CW-Herstellung ausgerichtet werden.

Tabun wurde bei der Entwicklung neuer Pestizide entdeckt.

Ein militärischer Erfolg durch CW-Einsatz im Irak könnte auch andere Länder zu CW-Herstellung und -Einsatz verleiten (Atombombe des kleinen Mannes).

Die Ausfuhrliste erlaubt nicht, die Ausfuhr der Anlagen zur Herstellung von Vorprodukten zu verbieten. Nach den Erfahrungen im Irak sollte geprüft werden, ob eine Ergänzung der Ausfuhrliste möglich ist. Die Ergänzung wirft allerdings schwierige Fragen auf. Jede Erweiterung behindert den Außenhandel mit Anlagen und chemischen Ausrüstungen, der gerade für die BR Deutschland Bedeutung hat. Wir würden damit außerdem eine Genehmigungspflicht für Anlagen einführen, die im Normalfall friedlichen Zwecken dienen, aber auch im Rahmen der CW-Herstellung verwendet werden können (dual purpose), und damit einen Schritt tun, den wir im Nuklearbereich und im COCOM entgegen amerikanischem Drängen zu vermeiden suchen. Das könnte unsere Argumentation in diesen beiden Bereichen schwächen.

Wegen der weltweiten Gefahr einer CW-Proliferation sollte trotzdem geprüft werden, ob und welche weiteren chemischen Anlagen und Ausrüstungen auf die Ausfuhrliste gesetzt werden sollen.

V. Verfahren

BMWi sieht nach Abschluß der Betriebsprüfung keine Zuständigkeit mehr für eine weitere Tätigkeit.

Da weitere Untersuchungen außerhalb dieses Verfahrens laufen und aus außenpolitischen Gründen erfolgen, kann das AA sich einer Mitwirkung schwer entziehen.

BMWi sollte gegenüber Kolb das ihm bzw. seiner Unterbehörde BAW gemachte Angebot annehmen, die Anlage in Samarra durch Experten zu prüfen. Es sollte in Zusammenarbeit mit dem AA die Experten auswählen.

AA muß die Frage der Sicherheit der Experten beurteilen und hierzu auch die Gespräche mit irakischen Stellen führen.[15]

Ein Gespräch mit Kolb über den Abbruch der Arbeiten sollte vom AA gemeinsam mit BMWi geführt werden. AA müßte, unterstützt von ChBK und BMWi, mit BMF über die Möglichkeit einer Entschädigung aus dem Bundeshaushalt verhandeln.[16]

D 2 A[17] und D 3[18] haben mitgezeichnet.

Sulimma

VS-Bd. 10919 (422)

15 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Horstmann handschriftlich: „Ggfls. auf AM-Ebene, auch im Vorfeld eines Besuches von Tariq Aziz."

16 Ministerialdirektor Fischer notierte am 25. Mai 1984, das vorgesehene Gespräch des Bundesministers Genscher mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Graf Lambsdorff habe bislang nicht stattfinden können: „Das BMWi ist auf Abteilungsebene ohne Weisung der Leitung zu keinen weiteren Schritten, insbesondere nicht zu einem Gespräch mit der Fa. Kolb über ihr Angebot bereit, die Anlagen im Irak durch Experten prüfen zu lassen." Vgl. Referat 424, 135866.

17 Friedrich Ruth.

18 Jürgen Ruhfus.

137

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Europaminister Dumas

Dg 41-505/84 VS-vertraulich **15. Mai 1984**[1]

Teilnehmer auf französischer Seite: Europaminister Dumas; M. Legras; Persönlicher Referent;

auf deutscher Seite: Bundesminister, D 4 i. V.[2], VLR Jansen.

Im Zentrum des Gesprächs stand der nächste ER in Fontainebleau.[3]

Dumas erläuterte die Gründe seines Besuchs: Vorbereitung des Gesprächs BK mit Präsident Mitterrand am 20.5.[4] und des ER. Insofern wolle er das Gespräch vom 28.4.[5] mit dem BM vertiefen.

Dumas berichtete zunächst über Ergebnis des Gesprächs Mitterrand/Thatcher[6] und von ihm selbst mit Howe. Dabei hätten sich die Briten nicht bewegt. Mitterrand habe Mrs. Thatcher erklärt, daß jetzt nur noch zwei Vorschläge auf dem Tisch lägen:

– der von BK Kohl, in dem eine Gesamtsumme für drei bis vier Jahre genannt sei,
– das System des Korrekturmechanismus, das 1985 beginne und für das 1 Mrd. ECU genannt worden sei.

Mitterrand habe klargestellt, daß alle anderen auf dem ER[7] erörterten Ideen null und nichtig seien. Eine höhere Zahl als 1 Mrd. könne nicht in Frage kommen.

Da nicht zu vermuten sei, daß GB einlenke, müsse nunmehr überlegt werden, was getan werden kann, wenn auf dem ER keine Einigung erfolgt. Es müsse

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Ungerer am 16. Mai 1984 gefertigt und an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung“ geleitet.

2 Werner Ungerer.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.

4 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Saarbrücken vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

5 Im ersten Teil ihres Gesprächs befaßten sich Bundesminister Genscher und der französische Europaminister Dumas mit dem britischen Beitrag zum EG-Haushalt, Agrarfragen sowie Maßnahmen zur Belebung der Europäischen Gemeinschaften, wie z. B. Jugendaustausch, Fremdsprachenunterreicht, einer Paßunion, dem Abbau von Grenzkontrollen und industriepolitischen Projekten. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178891.
Im zweiten Teil des Gesprächs wurden Möglichkeiten einer engeren europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund der amerikanischen SDI-Pläne erörtert. Genscher führte aus: „Europa müsse zu diesen Fragen Position beziehen. Aber er frage sich, ob Europa hierzu eine einheitliche Meinung vertreten könne. […] Müßten nicht vielmehr die sieben Staaten, die in der WEU zusammengefaßt seien, ihre Vorstellungen ausformulieren, ihre Meinungen bilden, ihre Kräfte bündeln, um sie dann in die Waagschale zu werfen?“ Dumas erklärte: „Präsident Mitterrand wolle vorsichtig zu Werke gehen. Es sei klar, daß es aufgrund der jüngsten Entwicklung eine Konzentration der europäischen Kräfte geben müsse.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178890.

6 Zum Gespräch des Staatspräsidenten Mitterrand mit Premierministerin Thatcher am 4. Mai 1984 in Paris vgl. Dok. 122, Anm. 21.

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vgl. Dok. 88.

alles versucht werden, um das Jahresende zu erreichen, ohne einer Erpressung von GB ausgesetzt zu werden. Einige kleinere MS würden sicher nach dem ER unruhig werden. Darauf würden die Briten zählen.

Auf Fragen des BM präzisierte Dumas, daß die ins Auge genommenen Aktionen sowohl für den ER als auch für die Zeit danach vorbereitet werden sollten. Mitterrand werde die von ihm ursprünglich verabschiedete Erklärung vor dem ER nicht abgeben. Überhaupt sollten vor dem ER keine solchen Erklärungen abgegeben werden. Falls eine Erklärung nach dem ER abgegeben werden müßte, dann nur in völliger Übereinstimmung mit uns. Als Inhalt käme der Hinweis auf die Schwierigkeiten der EG und die Einladung zu einer Konferenz der Gründerstaaten in Frage, wozu auch die MS aufgefordert werden sollten, die daran teilnehmen wollen. Der Einladende wäre dann nicht der Präsident des ER[8], sondern der Präsident der Französischen Republik.

BM bemerkte, daß nach einem Scheitern des ER beschwörende Formeln in der bisherigen Art in der Öffentlichkeit nur Gelächter erzeugten. Er glaube auch, daß man operativ werden müsse, wobei man sich auf die MS konzentrieren solle, die bereit seien, über den Status quo hinauszugehen. Allerdings gebe es ein institutionelles Problem: das Verhältnis zu den MS, die nicht mitmachen. Damit verbunden sei auch ein finanzielles Problem.

Die Frage von *Dumas*, ob er dem Gedanken zustimme, daß nach einem Scheitern des ER eine solche Erklärung abgegeben werden solle, bejahte der *BM* für seine Person.

Dumas wies noch darauf hin, daß GB wahrscheinlich eine Politik betreiben werde, die dem Spiel amerikanischer Jugendlicher entspreche, mit dem Auto aufeinander loszurasen, bis einer ausweiche. GB werde sicher mit dem Ausbleiben eigener Finanzmittel der EG spielen und damit die GAP und die Verhandlungen mit Spanien[9] und Portugal[10] stören. F, D und I müßten daher ein Schema der Zusammenarbeit für die Sechs entwickeln. In Frage kämen Verteidigung, Politische Union, Kultur, Kommunikation, der europäische Sozialraum und Raumfahrt. Für den 20.5. sollte beiden Regierungschefs bereits ein Skelett eines solchen Schemas vorgelegt werden.

8 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

9 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 122, Anm. 11.
Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 15. Mai 1984 mit, der Vizepräsident der EG-Kommission, Natali, habe auf der EG-Ministerratstagung am 14./15. Mai 1984 in Brüssel seine Besorgnis über einen immer größer werdenden Rückstand gegenüber dem selbst gesetzten Beitrittskalender geäußert: „Die Verhandlungen seien an den Kapiteln angelangt, in denen die MS rein nationale Interessen verteidigten. Kom[mission] appellierte mit Unterstützung des Vors[itzenden] eindringlich an alle MS, im Juni (Ministertagung mit SPA 18./19.6.) durch politische Entscheidungen die Einleitung echter Verhandlungen in den Kernkapiteln zu erlauben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1564; Referat 410, Bd. 130429.

10 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 94, Anm. 3, und Dok. 95, Anm. 5.
Am 15. Mai 1984 fand in Brüssel die 18. Verhandlungsrunde auf Ministerebene statt. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete dazu am selben Tag, die Europäischen Gemeinschaften hätten eine Erklärung zum Fischereikapitel abgegeben. In einer ersten Reaktion habe der portugiesische Delegationsleiter, Finanzminister Lopes, seine „ernste Besorgnis" über die EG-Standpunkte zum Ausdruck gebracht. Ferner sei eine gemeinsame Erklärung zur Landwirtschaft verabschiedet worden, in der „die wichtigsten Punkte zusammengefaßt werden, in denen bereits jetzt Einvernehmen besteht". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1565; Referat 410, Bd. 130425.

BM erwiderte, die sich abzeichnende Entwicklung lasse die EG auseinanderbrechen. Er sehe auch keine Möglichkeit zu einem Kompromiß nach dem Scheitern des ER. Dann müsse man wirklich etwas Neues beginnen. Die Auswirkungen könnten jedoch noch nicht abgesehen werden, insbesondere auch im finanziellen Bereich. Das müsse alles durchgerechnet werden. Auch die Folgen eines Stillstands müßten berechnet werden. Er sei zwar auch für eine Vorwärtsstrategie, aber man müsse überlegen, wie sie im einzelnen aussehe. Was müssen F und D tun? Was könnte mit anderen MS gemacht werden? Man könne durchaus an einen Kern Europas denken, bestehend aus F und D, um die sich andere konzentrieren. Anstatt von einem Europa von zwei Geschwindigkeiten, wäre es besser, von verschiedenen Zonen unterschiedlich intensiver Zusammenarbeit zu sprechen. Es gebe auch Bereiche, in denen die Zusammenarbeit nur mit einigen MS erfolgen könne, ja selbst Bereiche, in denen uns GB näherstehe als z. B. NL (Sicherheitspolitik).

Aus seinem heutigen Gespräch mit Lord Carrington[11] habe er den Eindruck gewonnen, daß Mrs. Thatcher bei 1 Mrd. ECU nicht abschließe. Sie sei das Opfer zu großer Erwartungen geworden.

Dumas meinte, deshalb brauche man eine Alternative. Er stimme dem Gedanken zu, daß man ein neues Europa mit dem Kern um F und D bauen solle. Es sei nützlich, den beiden Regierungschefs dazu ein vertrauliches Papier vorzulegen. Beide, Mitterrand und der BK, seien gute Europäer. Insofern sei eine ähnliche Konstellation gegeben wie mit Adenauer, de Gasperi und Schuman.

D4 i.V. wies auf die Schwierigkeiten hin, die bei neuen Aktionen eines beschränkten Kreises von MS im Verhältnis zur EG entstünden. Die EG sei als nicht auflösbar konzipiert. Auch ein Austritt sei nicht vorgesehen. Auf die Bemerkung von Dumas, man müsse dann eben die EG auf dem derzeitigen Stand halten, machte er auf einige Probleme aufmerksam, die daraus entstehen könnten: Minderung des Prestiges der Gemeinschaft nach außen in Verbindung mit mangelnder Durchsetzungskraft in der Handelspolitik und der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik, mangelnde Mittel für die GAP, fehlender Impetus zur Durchsetzung neuer Aufgaben wie ESPRIT-Programm[12], Abbröckeln des Bestehenden.

Dumas meinte dazu, eben diese Probleme müßten in dem von ihm erwähnten Arbeitspapier untersucht werden.

BM verwies darauf, daß gewisse Opfer, die wir bisher gemacht hätten, nur aus dem Festhalten an der europäischen Idee heraus verständlich sind. Rein nationale Interessen hätten uns z. B. nicht erlaubt, dem Abbau des Grenzausgleichs zuzustimmen.

11 Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem designierten NATO-Generalsekretär Lord Carrington wurden neben dem britischen Beitrag zum EG-Haushalt die Möglichkeiten einer Belebung der WEU angesprochen, ferner Schwerpunkte der künftigen Tätigkeit von Carrington, Konsultationsmechanismen in der NATO, die sowjetische Außenpolitik, SDI sowie die Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und mittelamerikanischen Staaten. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14126 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Zum Europäischen Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) vgl. Dok. 64, Anm. 23.

Dumas erwiderte, dasselbe gelte auch für F, das Opfer bei der Reduzierung der Milchproduktion gebracht habe. Deshalb sei es so wichtig, daß F und D sich aufeinander abstützten. Nur so könne man Europa retten. I werde mitmachen.

Die Frage des BM, ob von französischer Seite schon ein Arbeitspapier erstellt worden sei, verneinte er.

BM stellte daraufhin die Frage, ob es nicht zweckmäßig sei, persönliche Beauftragte zu benennen, die – ohne ihre Regierung zu verpflichten – für die beiden Regierungschefs eine erste Skizze machen würden. In Frage kämen zwei Beauftragte pro Land, die jeweils das Vertrauen des Regierungschefs und des AM hätten.

Dumas bejahte, worauf *BM* für die deutsche Seite MD Teltschik und MDg Ungerer benannte. *Dumas* erwiderte, für die französische Seite kämen Attali sowie ein noch zu benennender Beamter in Frage.

Beide Minister waren der Auffassung, daß die persönlichen Beauftragten sich schon am Donnerstag früh treffen sollten.[13] Für das Treffen der Regierungschefs genüge eine erste Skizze, die dann im Hinblick auf den deutsch-französischen Gipfel am 28./29. Mai[14] zu einem Arbeitspapier ausgestaltet werden könnte.

VS-Bd. 14127 (010)

13 Ministerialdirigent Ungerer vermerkte am 18. Mai 1984, am Vortag habe in Paris ein Treffen zwischen ihm, Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, dem außenpolitischen Berater von Staatspräsident Mitterrand, Morel, und dem Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, Legras, stattgefunden. Es seien zwei Papiere erarbeitet worden: „Im ersten Papier sind in Form von Fragestellungen die Probleme eines letzten Angebots an GB, der Orientierung zur Schließung der Haushaltslücke 1984, der Reaktion auf eine Sperrung britischer Zahlungen an den EG-Haushalt und einer politischen Initiative zur Förderung des europäischen Aufbaus enthalten. Das zweite Papier beschreibt summarisch die in den letzten Monaten in der EG erzielten Erfolge und die noch offene Finanzierungsfrage, zeigt die Grenzen einer politischen Initiative auf, an der nicht alle MS teilnehmen, und geht dann auf den französischen Konferenzgedanken und die dafür außerhalb der Rechtsordnung der EG in Frage kommenden Zielsetzungen ein.“ Es sei klargestellt worden: „Beide Papiere sind das Ergebnis eines Brainstorming und binden ihre Regierungen nicht; sie sind ausschließlich für die beiden Staats- und Regierungschefs bzw. AMs bestimmt; an Dritte soll darüber keinerlei Auskunft gegeben werden.“ Vgl. VS-Bd. 10893 (410); B 150, Aktenkopien 1984.

14 Am 28. Mai 1984 fand in La Celle Saint-Cloud ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu statt. Vgl. dazu Dok. 149.
Im Anschluß daran fanden die deutsch-französischen Konsultationen am 28./29. Mai 1984 in Paris bzw. Rambouillet statt. Vgl. dazu Dok. 150 und Dok. 155.

138

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

212-362.02-951 I/84 VS-vertraulich **15. Mai 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: West-Ost-Bericht des Bündnisses (sog. „Tindemans-Initiative“);
hier: Frage nach einer Unterbrechung der Silence Procedure im NATO-Rat in Brüssel bis Donnerstag, 17. Mai 1984, 12.00 Uhr

Bezug: StS-Vorlage vom 13. Mai 1984 – 212-362.02-951/84 VS-v[3]

Zweck der Vorlage: Bitte um Entscheidung gemäß Ziffer 4

1) In der von StS bewilligten Bezugsvorlage hatten wir vorgeschlagen, die in Brüssel laufende Silence Procedure zu unterbrechen, um in zwei wichtigen Punkten in den Konklusionen des Berichtes noch Korrekturen zu erreichen. Diese betreffen:

a) Die Verkürzung des KSZE-Prozesses auf die menschliche Dimension (Ziffer 105) und

b) die Verkürzung der operativen West-Ost-Politik auf den Dialog, während die Kooperation von einer Änderung des Verhaltens der SU abhängig gemacht wird (Ziffer 106 d).

In beiden Punkten stehen Tendenzen der amerikanischen Politik, die in den gegenwärtigen Fassungen einen Niederschlag finden, der grundsätzlichen Haltung der Bundesregierung und der Mehrheit der Europäer gegenüber. Die Amerikaner hatten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie als Grundlage eines für Präsident Reagan berufungsfähigen „Signales von Washington“ eine Fassung des West-Ost-Berichtes wünschten, die nicht überwiegend ein Angebot zur Zusammenarbeit an den Osten, sondern „Lehren“ aus den Erfahrungen seit 1967 enthalte.

2) Botschafter Wieck hat inzwischen von einer Unterbrechung der Silence Procedure mit der Begründung abgeraten, daß in einem solchen Falle auch andere Bündnispartner, insbesondere die Amerikaner, aber auch die Briten, substantielle Nachbesserungsvorschläge machen würden und damit die Ausarbeitung des „Signales“ verzögert würde. USA, GB und Belgien haben nach Informationen aus Brüssel eigene Änderungsvorschläge im Interesse einer schnellen Verabschiedung des West-Ost-Berichtes zurückgestellt. Botschafter Wieck meint,

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 16. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Angesichts unserer isolierten Lage und der Argumentation in 3 b) könnten wir wohl mit dem vorliegenden Ergebnis leben, so daß von einer Unterbrechung der ‚silent procedure‘ abgesehen werden könnte – ein schlechter Nachgeschmack bleibt freilich bestehen.“

2 Hat Bundesminister Genscher am 17. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wegen der Bedeutung der Sache ist eine Unterbrechung erforderlich.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 17. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 212 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 17. Mai 1984 vorgelegen.

3 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. Dok. 134.

daß man als Ersatz für eine Nachbesserung zum jetzigen Zeitpunkt eine periodische Überprüfung des Berichtes vorschlagen könne.

3) Bei jeder Entscheidung wären Risiken gegeben:

a) Eine Unterbrechung könnte in der Tat dazu führen, daß vor allem Frankreich (gemäß seiner bisherigen, für uns nicht ganz verständlichen Haltung) die Mitarbeit am Text eines „Signales" verweigert. Dies könnte zur Folge haben, daß der Signaltext in Washington[4] unter Zeitdruck im wesentlichen von den Ministern selbst ausgearbeitet werden müßte. Im schlimmsten Falle – wenn keine Einigung über den West-Ost-Bericht zustande kommt – könnte die Ausarbeitung eines „Signales" am Widerstand Frankreichs scheitern. Wir sind dagegen stets der Auffassung gewesen, daß man frühzeitig mit dem Ausarbeiten des „Signales" beginnen sollte und den Bericht notfalls nach dem Ministertreffen ohne Zeitdruck fertigstellen könnte. Es zeigt sich, daß die gegenwärtige Fassung für mehrere Bündnispartner unbefriedigend ist und in wichtigen Punkten keinen wirklichen Konsensus widerspiegelt. Bei einem Dokument von dieser Bedeutung, das praktisch an die Stelle des Harmel-Berichtes[5] treten wird, ist dieser Abschluß einer unvollkommenen Fassung unter Zeitdruck zu bedauern. Die Überprüfungsmöglichkeit ist für die genannten Punkte, die nicht die tatsächliche Lage, sondern die Haltung des Bündnisses betreffen, nicht das geeignete Mittel.

Es ist wahrscheinlich, daß die Amerikaner aus Lokalinteresse[6] auf der Verabschiedung eines besonderen „Signales" bestehen und auch Frankreich dafür gewinnen werden. Notfalls wäre zu überlegen, ob wir das „Signal" nicht in dem Kommuniqué[7], dessen bisheriger Text recht positiv ist, sehen könnten.

b) Ohne Unterbrechung müßten wir damit rechnen, daß die in der jetzigen Fassung der beiden genannten Punkte zum Ausdruck kommende amerikanische Tendenz als Berufungsgrundlage für spätere Allianz-Texte benutzt und möglicherweise auch zur Verbreitung der These herangezogen wird, daß das Bündnis die Lehren aus der Vergangenheit gezogen habe und die künftige Ost-Politik mit einer „realistischeren" Linie betrieben wird. Wir brauchten uns dadurch allerdings nicht binden zu lassen. Wir finden für unsere Linie zufriedenstellende Berufungsgrundlagen in anderen Teilen des Gesamtberichtes. Außerdem können wir darauf bestehen, daß die entsprechenden Teile des Kommuniqués und des „Signales" zufriedenstellend gefaßt werden. Bei einer Unterbrechung, die nach dem jetzigen Stand allein von uns kommen dürfte, müßten wir mit einer gewissen Verärgerung, jedenfalls bei den Delegationen des Bündnisses in Brüssel, zum Teil auch in den Hauptstädten, rechnen.

4 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

5 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

6 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Eigeninteresse".

7 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 115–121. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 370–374.

4) Konsequenter wäre die Unterbrechung, unproblematischer der Verzicht auf Unterbrechung. Nach Abwägung aller Umstände würden wir weiterhin der Unterbrechung einen leichten Vorzug geben; aber im Hinblick auf die Risiken möchten wir auf ein uneingeschränktes Votum verzichten und um Ihre Entscheidung bitten.[8]

Pfeffer

VS-Bd. 13375 (212)

139

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-1786/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 846
Cito

Aufgabe: 15. Mai 1984, 19.15 Uhr
Ankunft: 15. Mai 1984, 19.46 Uhr

Betr.: SCG-Sitzung am 15.5.1984 in Brüssel

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Vor dem Hintergrund des jüngsten Craxi-Vorstoßes in Moratoriumsfrage[1] und NL-Drängen auf rüstungskontrollpolitische Entlastung in der innenpolitischen Auseinandersetzung um die Stationierung bildete die von Burt aufgeworfene Frage nach der weiteren westlichen INF-Strategie den Schwerpunkt der Erörterungen im kleinen Kreis (Quint).

2) Alle DL mit Ausnahme NL[2] und I[3] unterstützten ein Festhalten an der bisherigen Linie der Festigkeit und der gleichzeitigen prononcierten Verhandlungsbereitschaft ohne Vorleistungen in der Sache.

3) I regte Initiative zu Gewaltverzicht an. NL warb erneut, wenn auch ohne konkreten Vorschlag, um ein über die bisherige Position hinausgehendes „INF-Signal“ an die SU.[4]

8 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 17. Mai 1984 an, „wegen der Bedeutung der Angelegenheit die silence procedure zu unterbrechen. Bei aller Würdigung der erzielten Beratungsergebnisse scheint es uns besser, den ganzen, in der jetzigen Fassung noch nicht reifen und nicht ein wirkliches Einvernehmen der Bündnispartner widerspiegelnden Bericht ohne Zeitdruck nach dem Ministertreffen in Washington, das von den Fortschritten mit Befriedigung Kenntnis nehmen könnte, fortzusetzen. Uns liegt insbesondere daran, den Bericht nicht zum Gegenstand von Kontroversen werden zu lassen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3451; Referat 212, Bd. 133446.

1 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Craxi am 3. Mai 1984 in Lissabon vgl. Dok. 126, Anm. 9.
2 Joris M. Vos.
3 Giancarlo Danovi.
4 Zu den niederländischen Überlegungen für eine INF-Initiative vgl. Dok. 91, Anm. 2.

4) Ich befürwortete mit Nachdruck die Weiterentwicklung der in der KVAE, bei MBFR und im C-Waffen-Bereich vom Westen eingenommenen Positionen. Die Demonstration einer aktiven, ideenreichen und solidarischen westlichen Verhandlungsführung in Genf (CW), Stockholm und Wien sei gegenwärtig das beste Gegenmittel gegen die sowjetische Politik des leeren Stuhls im Nuklearbereich.[5] Bei INF sollten wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit darauf achten, die Verhandlungsbereitschaft des Westens überzeugend darzustellen und klarzumachen, daß es die SU ist, die Verhandlungen verweigert. Auch müßte sichergestellt werden, daß die Perspektiven der westlichen INF-Position nicht in Vergessenheit geraten.

5) Burt würdigte unter Hinweis auf unsere Konsultationsbereitschaft ausdrücklich den Besuch des BM in Washington.[6]

6) Burt zitierte Bericht aus besonderer Quelle, wonach SU von WP-Mitgliedern in Budapest[7] Unterstützung der kompromißlosen Haltung (keine Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen, bevor USA nicht mit Abbau der neuen Systeme begännen) gefordert habe. Diese harte Haltung habe sich bewährt und begänne in einigen Stationierungsländern erste Früchte zu tragen. Mit sowjetischer Propagandakampagne in nächster Zeit sei zu rechnen.

Zu Craxis Moratoriumsvorstoß[8] und Moskau-Besuch Andreottis[9] vgl. gesonderte DB.

5 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

6 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

7 Am 19./20. April 1984 fand in Budapest eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt.

8 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, teilte am 15. Mai 1984 mit, der italienische Delegationsleiter Danovi habe erläutert, die italienische Regierung frage sich, „ob bisherige westliche Strategie des ‚wait and see' im INF-Bereich nicht geändert werden müsse. Die Aussichten für eine Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen seien gegenwärtig sehr schlecht. Deshalb müsse man sich überlegen, wie diese Chancen durch eine westliche Initiative verbessert werden könnten. Craxis Überlegungen gingen davon aus, daß nach einer evtl. Wiederaufnahme der Verhandlungen die Frage eines beiderseitigen Stationierungsstopps ohnehin auf den Tisch käme. Die Frage sei lediglich, ob man dies bereits vor Verhandlungen signalisieren sollte." Ministerpräsident Craxi habe inzwischen klargestellt, „eine solche Maßnahme 1) komme erst nach Wiederaufnahme von INF-Verhandlungen und konkreten Fortschritten in Frage; 2) müsse von kurzer Dauer sein; 3) und könne nur in der Perspektive eines baldigen Verhandlungsabschlusses stehen. Ital[ienische] Regierung sei überzeugt, daß Westen die gegenwärtige Phase des Vakuums in der nuklearen Rüstungskontrolle besser überstehe, wenn er sich im INF-Bereich nicht nur passiv verhalte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 848; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 15. Mai 1984, der italienische Delegationsleiter Danovi habe zum Besuch des italienischen Außenministers Andreotti vom 22. bis 24. April 1984 in der UdSSR ausgeführt: „a) Stärkster Eindruck für ital[ienische] Delegation sei absolut negative Haltung sowohl Gromykos wie Tschernenkos (letzterer habe lediglich vorbereitete Stellungnahme abgelesen) zu INF gewesen. Dies gelte sowohl für die Substanz der sowjetischen Erklärungen wie für die Art der Präsentation. Gromyko habe erklärt, daß SU in Genf unter einem US-Ultimatum verhandelt hätte. Die SU weigere sich, Verhandlungen zu führen, solange dieses Ultimatum fortbestehe. b) Andererseits sei sowjet[isches] Bemühen auffallend gewesen, Andreotti-Besuch zum Erfolg zu machen. c) Bemerkenswert sei Gromykos Betonung der potentiellen Rolle der KVAE auf dem Wege der Wiederherstellung des Vertrauens im West-Ost-Verhältnis gewesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 853; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1984.

II. Im einzelnen

1) Quint

Unter Hinweis auf offensichtlich zunehmende „Nervosität" in einigen Stationierungsländern bat Burt im kleinen Kreis um einen freimütigen Meinungsaustausch über die Frage der weiteren westlichen Strategie im INF-Bereich. Er zirkulierte hierzu einen Bericht aus besonderer Quelle, wonach SU in einer Direktive an die WP-Staaten die Beibehaltung einer kompromißlosen INF-Linie gefordert und auf erste sichtbare Erfolge dieser harten Haltung in einigen Stationierungsländern hingewiesen hat. Die SU werde in Bälde insbesondere in diesen Staaten eine konzertierte Propagandainitiative mit dem Ziel eines Stationierungsstopps in Gang setzen. Diese Kampagne sei ein Thema der für Ende Mai oder Anfang Juni in Warschau geplanten Tagung der stellvertretenden AM der WP-Staaten.

UK, B und wir sprachen sich übereinstimmend für ein Festhalten an der bisherigen Linie aus. Insbesondere UK wies mit Nachdruck darauf hin, daß jedes westliche Schwanken in jetziger Phase die SU zur Fortsetzung ihres harten Kurses ermutigen müßte. Westliche Vorleistungen außerhalb von Verhandlungen würden die Chancen für sowjetische Kompromißbereitschaft mit Sicherheit schmälern. Deshalb seien auch italienische Überlegungen einer Inaussichtstellung eines Moratoriums für den Fall des Wiederbeginns von Verhandlungen kontraproduzent. Lediglich das Festhalten an der Stationierung eröffne nach den US-Wahlen[10] eine Chance für einen Wiederbeginn der nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen.

Ich befürwortete mit Nachdruck, daß Westen in den laufenden Verhandlungen weiter die Initiative behält und durch eine Demonstration der Glaubwürdigkeit der westlichen Rüstungskontrollbemühungen insgesamt der sowjetischen Verweigerungstaktik im Nuklearbereich die Wirksamkeit nimmt. Gleichzeitig müßten wir ohne Veränderungen unserer Position in der Öffentlichkeit den Spielraum deutlich machen, den die westliche INF-Position für weitreichende Reduzierungen auf der Basis der Gleichheit enthält. Die Bereitschaft des Bündnisses zum fairen Kompromiß bei Verhandlungen müsse deutlich werden.

I regte vor Hintergrund der Erfahrungen des Andreotti-Besuches in Moskau (vgl. gesonderter DB) eine Abkehr von der bisherigen „passiven" westlichen Linie an. Zu denken sei etwa an einen Vorstoß zum Thema Gewaltverzicht.

NL gab eine pessimistische Schilderung der internen Debatte um CM-Stationierung.[11] Die Situation habe sich in den letzten Wochen eher verschlechtert. Die Parlamentsdebatte über die Stationierung sei jetzt auf den 18. Juni festgesetzt. Die Regierung bemühe sich nach wie vor um eine Entscheidung vor diesem Termin. Pressespekulationen, wonach die Regierung an eine erneute Verschiebung dieser Entscheidung dächte, seien unrichtig.

Die Craxi-Initiative werde dazu führen, daß sich das NL-Parlament erneut mit der Moratoriumsfrage befasse. Der Außenminister[12] müsse dazu schon am 16.5.

10 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

11 Zur INF-Stationierung in den Niederlanden vgl. Dok. 142, Anm. 36 und 37.

12 Hans van den Broek.

Stellung nehmen. In NL glaube niemand mehr daran, daß die volle Durchführung des Doppelbeschlusses[13] unumgänglich sei.

NL-DL plädierte nachdrücklich für ein über die bisherige Position des Bündnisses hinausgehendes INF-Signal.

Ich wies zum Abschluß der Quint-Sitzung unter Hinweis auf die BM-Gespräche in Washington auf die Bedeutung hin, die engen Konsultationen in der Frage einer weltraumgestützten Raketenabwehr für die Einschätzung der Qualität der amerikanisch-europäischen Partnerschaft insgesamt zukomme. Wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstünde, die USA könnten sich mit ihren Programmen in diesem Bereich verselbständigen, so hätte dies sehr ungünstige Rückwirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Gemeinsamkeit der westlichen Position im nuklearen Bereich insgesamt.

Der dem BM gegebene Hinweis auf die in der Vergangenheit bereits zweimal ergebnislos gezeigte Bereitschaft seitens der USA, mit der SU über dieses Thema in einen Dialog einzutreten, sei für unsere Öffentlichkeitsarbeit sehr hilfreich gewesen.

Burt räumte ein, daß die Konsultationspraxis in dieser Frage in der Vergangenheit nicht immer ausreichend gewesen sei. USA seien jedoch bereit, diese zu verbessern.

II. SCG

1) In der Vollsitzung der SCG berichtete US-Delegation über Stand sowjetischer militärischer Gegenmaßnahmen (hierzu erfolgt gesonderter DB[14]).

Ich unterstrich im Rahmen der Erörterung der westlichen Öffentlichkeitsarbeit die im Laufe der letzten Jahre gewachsene Sensibilisierung der westlichen Öffentlichkeit im sicherheitspolitischen Bereich. Die Erwartungen hinsichtlich konkreter Ergebnisse in der Rüstungskontrolle seien hierdurch bedeutsam gestiegen. Dem müsse der Westen in der jetzigen Phase durch ideenreiche und flexible Verhandlungsführung in den laufenden nicht-nuklearen Verhandlungen Rechnung tragen. Die gegenwärtige Pause im Nuklearbereich dürfe nicht zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrolle insgesamt führen. Deshalb hätten wir uns für die jüngsten westlichen Initiativen bei CW[15] und

13 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

14 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 15. Mai 1984: „Seit März 1984 wurde mit dem Bau von vier neuen SS-20-Komplexen im europäischen Teil der SU begonnen. Damit beträgt die Gesamtzahl der im Bau befindlichen SS-20-Komplexe jetzt sieben (davon fünf in Europa). Die Zahl der einsatzbereiten SS-20 ist unverändert 378. Nach Abschluß der Bauarbeiten wird sie auf 441 anwachsen, davon 288 im europäischen Teil der SU. […] Die Verlegung von SS-12/22 in vier Standorte in der DDR und einen Standort in der ČSSR ist abgeschlossen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 851; VS-Bd. 13395 (213); B 150, Aktenkopien 1984.
Am 22. Mai 1984 teilte Botschafter Hermes, Washington, ergänzend mit, die UdSSR habe am 14. Mai 1984 verkündet, „daß sie eine zusätzliche Anzahl neuer nuklearer Raketen in der DDR stationieren werde". Eine Nachfrage im amerikanischen Verteidigungsministerium habe ergeben, „daß nach neuesten Erkenntnissen neben den bekannten SS-12/22-Standorten in der DDR (Neustrelitz, Königsbrück, Fürstenberg, Templin) und in der ČSSR (Hranice) offensichtlich ein sechster in Bischofswerder (DDR) eingerichtet wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2301; VS-Bd. 11358 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

15 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

MBFR[16] besonders eingesetzt. In diesen Bereichen und auf der KVAE müsse Westen Initiative behalten.

2) Die Erörterungen hinsichtlich der weiteren westlichen Position brachten keine neuen Aspekte. Der von den USA vorgelegte „Progress Report to SCG-Ministers“[17] wurde gebilligt. Die nächste SCG-Sitzung ist für Ende Juni vorgesehen.[18]

[gez.] Ruth

VS-Bd. 13363 (212)

140

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-360.92 FRA-788/84 VS-vertraulich **16. Mai 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: 6. Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 14. Mai 1984 in Bonn/BMVg

Anlg.: Bericht des Ausschusses an die Außen- und Verteidigungsminister – nur bei Original[4]

I. Am 14. Mai 1984 hat in Bonn/BMVg die 6. Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung stattgefunden.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Auswärtiges Amt: MD Dr. Pfeffer; LR I Cuntz, 201; Bundesministerium der Verteidigung: StS Dr. Rühl; GI[5] Altenburg; OTL Lahl, Adjutant Altenburg; Major Dr. Wittmann, Fü S III 1.

16 Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten, die am 19. April 1984 offiziell eingeführt wurde, vgl. Dok. 113.

17 Für das amerikanische Papier vom 10. Mai 1984 vgl. VS-Bd. 11369 (220).

18 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 25. Juni 1984 in Brüssel vgl. Dok. 177.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 23. Mai 1984 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. Mai 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 24. Mai 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 31. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 1. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer verfügte.
Hat Schauer am 4. Juni 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Cuntz am 7. Juni 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.
Hat Seibert erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für den Bericht vgl. VS-Bd. 11986 (201).

5 Generalinspekteur.

Auf französischer Seite: Quai d'Orsay: M. Andréani, Politischer Direktor; M. Gergorin, Leiter Planungsstab; M. Delbourg, Kabinett AM; Verteidigungsministerium: General Lacaze, Generalstabschef; M. Bureau, Berater Minister Hernu; Flottillenadmiral Bétermier, Kabinett Lacaze.

Schwerpunktthemen waren:

1) Sicherheitspolitische Aspekte der West-Ost-Beziehungen (INF-Stationierung, Maßnahmen der SU, KVAE),

2) Strategic Defense Initiative (SDI),

3) Belebung der WEU,

4) Militärische Zusammenarbeit, u. a. Schnelle Eingreiftruppe FAR (Force d'Action Rapide) und französische Nuklearplanung,

5) Behandlung des Themas Neue Technologien (Emerging Technologies) in der NATO,

6) Bericht des Ausschusses an die Außen- und Verteidigungsminister.

II. Im einzelnen

Zu 1) Sicherheitspolitische Aspekte der West-Ost-Beziehungen

Der Ausschuß befaßte sich eingehend mit dem von der politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 14. März[6] behandelten Thema der sicherheitspolitischen West-Ost-Beziehungen. Beiderseits wurde eine Verhärtung der sowjetischen Haltung gegenüber den USA festgestellt; die Sowjetunion warte offensichtlich die weiteren Entwicklungen des amerikanischen Wahlkampfes[7] ab. Die Franzosen stimmten jedoch mit der von uns vorgetragenen Einschätzung überein, daß der mäßigende Einfluß der kleineren osteuropäischen Bündnispartner auf die Sowjetunion bewirkt hat, daß in Budapest ein im Ton moderates Kommuniqué der WP-Außenminister verabschiedet worden ist.[8]

Beide Seiten waren der übereinstimmenden Auffassung, daß die Sowjetunion im Westen nicht mehr so sehr in der Bundesrepublik Deutschland als in den sich zur INF-Stationierung zögerlich bis ablehnend verhaltenden Ländern Niederlande, Italien und Dänemark Einfluß zu nehmen suche. StS Rühl berichtete, daß die Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland zeitgerecht verlaufe, daß IOC[9] (erste Einsatzbereitschaft der Pershing II) im Dezember 1983 erreicht wurde und bis Ende des Jahres zwei Bataillone der 56. Brigade mit 72 Pershing-II-Systemen ausgerüstet und einsatzbereit seien. Auch die technische Vorbereitung für CM Tomahawk werde in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Zu den Vorwärtsdislozierungen sowjetischer operativ-taktischer Raketen größerer Reichweite in der DDR und der ČSSR wurde – insbesondere von GI Altenburg – festgestellt:

– Bisher sind 44 SS-21 (von insgesamt 56) in der DDR disloziert. Die SS-21 hat

6 Zur Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe vgl. Dok. 84.

7 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

8 Am 19./20. April 1984 fand in Budapest eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 319–322.

9 Initial Operational Capability.

eine Reichweite von ca. 120 km und einen CEP (circular error probable) von 50 m. Sowohl konventionelle als auch nukleare Nutzung möglich.

– 96 SS-22 (Nachfolge SS-12) von weltweit insgesamt 144 SS-22 waren bisher in westrussischen Militärbezirken dislozierť; Reichweite ca. 900–1000 km, CEP wurde von 600 auf 300 m verringert. Bisher konnten SS-22 nicht positiv in der DDR und der ČSSR verifiziert werden, wohl aber gibt es starke Indizien für Umrüstung Königsbrück/DDR und Ranicka/ČSSR auf SS-22. SS-22 sind nuklear und konventionell nutzbar. Mit konventionellem Kopf könnte SS-22 wegen CEPs allerdings nur für Flächenziele verwandt werden.
– SS-23, Reichweite ca. 500 km. Über Dislozierungen besteht sehr geringer Informationsstand.

StS Rühl sprach die Franzosen auf ihre Haltung zur Frage der Inspektionsquoten im Rahmen der KVAE-Verhandlungen an: Wir setzten uns für ein differenziertes Quotensystem ein, das heißt, daß z. B. Luxemburg nicht ebenso weitgehenden Inspektionen unterworfen werden dürfe wie die Sowjetunion.

Andréani und Lacaze erklärten, daß F in dieser Frage nicht festgelegt sei; man werde das deutsche Anliegen prüfen und könne in der politisch-strategischen Arbeitsgruppe weiter darüber sprechen.

Zu 2) Strategic Defense Initiative (SDI)

Am 29. Mai soll sich zum ersten Mal die vom Ausschuß eingesetzte deutsch-französische Expertengruppe zum Thema SDI treffen.[10]

Andréani warnte vor Abkoppelungseffekten, einem zügellosen Rüstungswettlauf im Weltraum, einer Störung von Gleichgewicht und Abschreckung und bezweifelte technische Perfektion und Unverwundbarkeit der Systeme. Er und Lacaze machten darauf aufmerksam, daß die französische Nuklearmacht (Force de dissuasion) mit ihrem relativ geringen Umfange durch eine Fortentwicklung der Weltraumsysteme besonders betroffen sei.[11] Die technische Wirksamkeit von SDI-Waffen werde auch in USA zunehmend skeptischer eingeschätzt. Laserstrahlwaffen seien zwar machbar, Teilchenstrahlwaffen seien jedoch eine Sache des dritten Jahrtausends – ca. 2010, 2015. Deutsche und Franzosen, die Europäer überhaupt, nähmen zur Frage der Weltraumwaffen den von den Amerikanern abweichenden Standpunkt ein, daß umfassende Rüstungskontrollverhandlungen zu SDI und ASAT (Anti-Satelliten-Waffen) notwendig seien.

GI Altenburg bemerkte, daß in USA die Tendenz bestehe, SDI weniger zum Schutz der Zivilbevölkerung vorzusehen, sondern mehr und mehr zur Erhaltung der Zweitschlagsfähigkeit. Hochgesteckte Ziele müßten zurückgenommen werden.

Ich berichtete über Ihren Besuch in den Vereinigten Staaten[12] und Ihre SDI-Gespräche im State Department. Mit Interesse wurde Ihre Erklärung (Sprach-

10 Zur Arbeit der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Bewertung von SDI vgl. Dok. 211.

11 Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich: „Dies trifft F und GB gleichermaßen! Sie sind die eigentlich Betroffenen."

12 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

regelung[13]) zu SDI, ASAT und vorsorgender Rüstungskontrolle aufgenommen. Die Franzosen stimmten mit uns überein, daß den USA immer wieder klargemacht werden muß, daß hier vitale Interessen der Europäer betroffen sind, die engste Konsultation erforderlich machen. Wir stellten fest, daß die technischen SDI-Aussagen der Amerikaner viele Fragen offenlassen (Wirksamkeit gegen Kurzstreckensysteme? Härtung von Weltraumsystemen möglich? u. ä.). Jedenfalls sei die große Vision eines totalen Schutzes (und damit auch der Bevölkerung) eher eine Illusion.

Zu 3) Belebung der WEU

Andréani faßte die (bekannten) Ziele der französischen WEU-Initiative nochmals zusammen:

Es gehe um die „réanimation" (Wiederbelebung) oder „révitalisation" der WEU. Im Vordergrund stehe für F die Schaffung eines Forums für die sicherheitspolitische Konzertation der Europäer, die sich in erster Linie im WEU-Rat als Organ der Regierungen und der WEU-Versammlung als Vertretung der Parlamentarier vollziehen solle. Wir müßten uns außerdem mit der Zukunft des Rüstungskontrollamts (RKA), des Ständigen Rüstungsausschusses (SRA) und der Abschaffung der Mengenkontrollen[14] befassen. Noch wichtiger für die Beschlußfassung über die Zukunft der WEU als das Ministertreffen am 12. Juni[15] sei das WEU-Jahrestreffen im Oktober.[16]

Über die Abschaffung der Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland solle möglichst zwischen dem geplanten Ministertreffen am 12. Juni (Termin-Bestätigung durch GB und NL steht noch aus) und dem WEU-Jahres-

13 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 9. Mai 1984: „Folgt Text der hier am 8.5. festgelegten Sprachregelung, wie von RL 204 erbeten: ‚Ich wurde während des SDI-Briefings davon unterrichtet, daß die USA den Sowjets im vergangenen Jahr mitgeteilt haben, daß eine Diskussion über die Verteidigungstechnologien, die beide Seiten entwickeln, von gegenseitigem Nutzen wäre. Damit diese Gespräche nützlich sein können, sollten sie nach amerikanischer Auffassung auf Regierungsebene stattfinden. Die USA haben den Sowjets einen Gesprächsvorschlag unterbreitet, auf den sie jedoch nicht eingegangen sind. Dieses Angebot wurde vor kurzem erneuert. Zum Thema ASAT-Rüstungskontrolle sind die USA der Auffassung, daß es nicht ratsam ist, in Verhandlungen über ein Abkommen zu ihrer Begrenzung einzutreten, bevor sie einen verifizierbaren und ausgewogenen Vorschlag entwickelt haben, der mit ihren Sicherheitsinteressen vereinbar wäre. Die USA setzen ihre Suche nach solchen Maßnahmen fort, haben aber noch keine Maßnahmen identifiziert, die diesen Grunderfordernissen gerecht würden.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 2063; Referat 220, Bd. 128642.
Zu den Äußerungen des Bundesministers Genscher nach seinem Besuch vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA vgl. den Artikel „‚Vertrauensvolle' Gespräche in Washington"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Mai 1984, S. 5.

14 Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen bzw. zu den Mengenkontrollen vgl. Dok. 1, Anm. 6 und 9.

15 Referat 200 vermerkte am 5. Juli 1984, an der WEU-Ministerratstagung am 12. Juni 1984 in Paris hätten erstmals seit Jahren fast alle Außenminister der WEU-Mitgliedstaaten teilgenommen: „Formelle Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Beratungen erbrachten Übereinstimmung aller Partner darüber, die WEU verstärkt zu nutzen zur Stärkung des europäischen Pfeilers des atlantischen Bündnisses; zur Abstimmung der spezifisch europäischen Positionen innerhalb der Allianz." Der Ständige WEU-Rat sei beauftragt worden, bis zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 26./27. Oktober 1984 in Rom Vorschläge vorzulegen „zur Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen Rat und Versammlung; zur Aktivierung des Rats; zur Reform des Rüstungskontrollamts und zur künftigen Rolle des Ständigen Rüstungsausschusses; zur Gestaltung des Kontakts zwischen WEU und den nicht der WEU angehörenden europäischen NATO-Mitgliedern". Vgl. Referat 209, Bd. 128404.

16 Am 26./27. Oktober 1984 fand in Rom eine Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 290.

tagstreffen im Oktober vollzogen werden.[17] Auf meine Frage stellte Andréani klar, daß F offenbar einen Beschluß der Ständigen Vertreter in London (und nicht der Ministerkonferenz) über die Abschaffung der Herstellungsbeschränkungen wünscht, der nicht allzuviel Publizität erhält. Die französische Seite nahm billigend zur Kenntnis, daß wir demnächst das Verfahren zur Abschaffung der Herstellungsbeschränkungen bei SACEUR einleiten.[18]

Ich habe auch – nach Zustimmung von StS Rühl – die Anregung eingebracht, den Ständigen Rüstungsausschuß (SRA) als Sekretariat für das weitere NATO-Gremium IEPG, das auch die nicht der WEU zugehörigen europäischen NATO-Partner umfaßt, vorzusehen und dem SRA so eine Scharnierfunktion zwischen WEU und IEPG zu geben.

StS Rühl erwähnte, daß BM Wörner die Gelegenheit der (am 15./16.5.) bevorstehenden Eurogroup-Tagung[19] wahrnehmen werde, um die NATO-Partner über die WEU-Initiative in allgemeiner Form zu unterrichten. Er werde dabei darauf abstellen, daß durch die WEU der europäische Pfeiler der Allianz gestärkt werden solle.

Zu 4) Militärische Zusammenarbeit

GI Altenburg trug einen Vorschlag des BMVg für ein erweitertes Mandat der Arbeitsgruppe „Militärische Zusammenarbeit“ vor, die sich vermehrt mit Fragen der Einsatzplanung der französischen Schnellen Eingreiftruppe FAR[20] (Force d'Action Rapide) befassen solle. Wir müßten über operative Einsatzmöglichkeiten der FAR von den Franzosen auf deutschem Boden unterrichtet werden, wenn wir logistische Unterstützung geben sollten. (Hintergrund: Wir wollen auf diese Weise erfahren, ob und inwieweit wir mit einer Beteiligung der FAR – 47 000 Mann – an der Vorneverteidigung rechnen können.) Die Franzosen zeigten sich über den ausführlich formulierten deutschen Vorschlag überrascht, sagten jedoch zu, ihn eingehend zu prüfen.

StS Rühl sprach die Frage der französischen Nuklearplanungen und die deutsche öffentliche Diskussion hierüber an (Schmidt[21], Dregger[22], Strauß[23]). Die-

17 So in der Vorlage.

18 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 8. Mai 1984 zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens für die WEU-Herstellungsbeschränkungen vgl. Dok. 84, Anm. 16.
Ministerialdirigent Schauer wies Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 25. Mai 1984 an, dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, ein Schreiben des Bundesministers Genscher zu überreichen. In dem Schreiben bat Genscher darum, einen Antrag der Bundesregierung bei der WEU auf Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen zu befürworten, und führte dazu aus: „Die Bundesregierung beabsichtigt nicht die Herstellung strategischer Waffen. Der im WEU-Vertrag ebenfalls enthaltene, ausschließlich von der Bundesrepublik Deutschland übernommene Verzicht auf die Herstellung von A-, B- und C-Waffen wird durch den Antrag nicht berührt.“ Vgl. die Anlage 1 zu dem am 25. Mai konzipierten und am 26. Mai 1984 übermittelten Drahterlaß Nr. 3680; Referat 209, Bd. 128401.
Mit Schreiben vom 8. Juni 1984 an Genscher teilte Rogers mit, daß er einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung bei der WEU befürworte. Für das Schreiben vgl. Referat 209, Bd. 128401.

19 Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 15. Mai 1984 in Brüssel vgl. Dok. 142, besonders Anm. 38.

20 Zur französischen „Force d'Action Rapide“ (FAR) vgl. Dok. 1, Anm. 4.

21 Der ehemalige Bundeskanzler Schmidt sprach sich in einem am 11. April 1984 geführten Interview für eine „sehr viel engere französisch-deutsche militärische Zusammenarbeit“ aus und erklärte: „Die Franzosen müßten – mehr aus psychologisch-strategischen Gründen – bereit sein, durch einseitigen Akt die Aufgabenstellung der Force de frappe auf das deutsche Territorium zu erweitern – ohne deutsche Finger am Abzug oder am Sicherheitshebel, ohne deutsches Mitspracherecht bei der

ses sensitive, aber politisch bedeutsame Thema solle von den Außen- und Verteidigungsministern am 28. Mai 1984[24] besprochen werden.

Die französische Seite war zwar auf diesen Punkt nicht vorbereitet; Andréani erklärte jedoch, daß hier französische Gesprächsbereitschaft bestehe, zumal man schon im Oktober 1982 anläßlich des ersten Ministertreffens[25] über diese Frage gesprochen habe.

Zu 5) Behandlung des Themas Neue Technologien (Emerging Technologies) in der NATO

Die Franzosen hatten sich in der letzten Ausschußsitzung am 19.1.[26] beklagt, daß das zukunftsweisende und für die europäische Rüstungsindustrie wichtige Thema „Neue Technologien" (Emerging Technologies) in der vom DPC abhängigen Executive Working Group (EWG), in der F nicht vertreten ist, behandelt wird. StS Rühl schlug nunmehr vor, die EWG zur Behandlung der „Emerging Technologies" ad hoc dem NATO-Rat zu unterstellen, so daß F teilnehmen könnte.[27]

Die französische Seite nahm den Vorschlag, den sie als schwer realisierbar bezeichnete, mit Zurückhaltung auf. F zöge es vor, das Thema, soweit irgend mög-

Fortsetzung Fußnote von Seite 676

Entscheidung. Sie müßten darüber hinaus eine Verlagerung des Schwergewichts von den nuklearen zu den konventionellen Bewaffnungen vornehmen. Die Deutschen müßten das dafür notwendige Territorium bereitstellen, und sie müßten ihrerseits das Schwergewicht viel stärker von nuklearer auf konventionelle Bewaffnung verlagern". Vgl. den Artikel „Für eine neue Strategie. Gespräch mit Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt"; EVANGELISCHE KOMMENTARE, Nr. 5/1984, S. 263.
Ähnlich äußerte sich Schmidt im Rahmen einer Expertendiskussion. Vgl. dazu den Artikel „Wir reden uns in den Pessimismus hinein"; DIE ZEIT, Nr. 20 vom 11. Mai 1984, besonders S. 19–21.

22 Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger legte in einem Zeitungsbeitrag dar: „Während die Hauptstreitkräfte der Bundeswehr, Heer und Luftwaffe, mit der Verteidigung des eigenen Landes automatisch Frankreich verteidigen, ist die Hauptstreitkraft Frankreichs, die nukleare Force de frappe, der Aufgabe, Deutschland zu schützen, ausdrücklich entzogen. Sie dient ausschließlich dem Schutz des Sanktuariums, und das ist Frankreich. An der Zielplanung, geschweige denn am Einsatzverfahren der Force de frappe sind die Deutschen nicht beteiligt, ja sie sind im einzelnen nicht einmal informiert, obwohl doch Deutschland diesseits und jenseits der Zonengrenze zum Zielgebiet der französischen Nuklearwaffen gehören würde, sollte sie im Interesse Frankreichs eingesetzt werden." Dregger forderte, daß Frankreich und die Bundesrepublik bzw. Frankreich und die NATO zu einer gemeinsamen Verteidigungskonzeption finden müßten. Vgl. dazu den Artikel: „Paris muß Farbe bekennen"; DIE ZEIT, Nr. 13 vom 23. März 1984, S. 4.

23 Ministerialdirigent Schauer notierte am 10. April 1984, der bayerische Ministerpräsident Strauß habe sich am Wochenende vor dem wehrpolitischen Kongreß der CSU in München zur französischen Nuklearpolitik geäußert. Presseberichten zufolge habe er erklärt: „Er glaube nicht, daß es schon eine ausreichende Absprache mit Frankreich über den Einsatz seiner Atomwaffen gebe. Da mit Sicherheit französische Atomwaffen auch gegen Ziele auf dem Boden Deutschlands gerichtet seien, und zu Deutschland gehöre natürlich auch die DDR, sei hier noch ‚ein weites Feld nicht nur für Informationen, sondern auch für Abstimmung, für gegenseitige Aufklärung und gemeinsame Planung' gegeben. Eine europäische Sicherheitspolitik setze auch eine gemeinsame Verantwortung voraus, und dies wiederum bedinge eine ‚lückenlose gegenseitige Information'. Strauß setzte sich außerdem für eine gemeinsame Verteidigungsstreitmacht der Europäer ein." Vgl. Referat 201, Bd. 130196.

24 Am 28. Mai 1984 fand in La Celle Saint-Cloud ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu statt. Vgl. dazu Dok. 149.

25 Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 21. Oktober 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 284.

26 Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung in Paris vgl. Dok. 16.

27 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich: „Thema: Ersatz schwindender Personalstärke durch bessere Technik!"

lich, in der Konferenz der Rüstungsdirektoren (CNAD, 16er Rahmen) zu behandeln.

Hintergrund: BMVg bevorzugt EWG, in der militärpolitische und strategische Fragen besser aufgehoben sind als im ziviltechnisch ausgerichteten Gremium der CNAD. F möchte andererseits wohl eine augenfällig fortschreitende Integration in die Militärorganisation der NATO, die auch bei einer Ad-hoc-Beauftragung der EWG gegeben wäre, vermeiden.

Zu 6) Bericht des Ausschusses an die Außen- und Verteidigungsminister

Der Ausschuß einigte sich über die endgültige Fassung des Berichtes (französischer Entwurf), an dem noch einige Änderungen vorgenommen wurden. Der Bericht soll anläßlich des bevorstehenden Treffens der deutschen und französischen Außen- und Verteidigungsminister vor dem deutsch-französischen Gipfel[28] am 28. Mai behandelt werden. Der Text liegt als Anlage bei.

Im Bericht wird auch erwähnt, daß ein erstes Treffen der Experten zum Thema „Beobachtungssatellit" stattgefunden hat[29], dessen Ergebnisse positiv bewertet wurden. Über das für die deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit wichtige Projekt Panzerabwehrhubschrauber (PAH), das ebenfalls im Bericht aufgeführt ist, wurde während der Ausschußsitzung nur kurz gesprochen. Im Rahmen des bevorstehenden Gipfels soll das Ressortabkommen der Verteidigungsminister über dieses Projekt unterzeichnet werden[30], falls bis dahin die notwendigen parlamentarischen Beratungen (Haushaltsausschuß des Bundestages) stattgefunden haben.

Pfeffer

VS-Bd. 11986 (201)

28 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 28./29. Mai 1984 in Paris bzw. Rambouillet vgl. Dok. 150 und Dok. 155.

29 Zum ersten Gespräch über eine mögliche deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Aufklärungssatelliten am 25. April 1984 vgl. Dok. 84, Anm. 19.

30 Bundesminister Wörner und der französische Verteidigungsminister Hernu unterzeichneten am 29. Mai 1984 in Rambouillet eine Kooperationsvereinbarung über die Entwicklungsphase eines Hubschrauberprogramms zur Bekämpfung von Panzern. Diese sah für die Bundeswehr ab 1993 212 Hubschrauber vor, die für das Panzerabwehrsystem vom Typ „Hot" und künftige Panzerabwehrflugkörper ausgelegt sein sollten. Für das französische Heer waren ab 1992 75 Hubschrauber in einer Schutz- bzw. Unterstützungsversion sowie ab 1996 140 Hubschrauber mit den Panzerabwehrflugkörpern der dritten Generation vorgesehen. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 564.

141

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler

310-321.00 AGY-365/84 VS-vertraulich **16. Mai 1984**

Über Dg 31 i. V. und D 3[1] an Referat 422[2] im Hause

Betr.: Rüstungsexporte nach Ägypten;
hier: Stellungnahme

Bezug: 1) DB Nr. 699 vom 11.5.1984 aus Kairo VS-v[3]
2) DB Nr. 633 vom 30.4.84 VS-v[4]

1) Der ägyptische Verteidigungsminister Abu Ghazala hat Herrn StM Möllemann am 28.4.1984 in Kairo auf mögliche deutsche Rüstungsexporte nach Ägypten angesprochen. Ergebnis des Gesprächs war, daß die ägyptische Seite unserer Botschaft eine Wunschliste übersenden werde.

StM Möllemann hat klargestellt, daß der Leo II oder die Einrichtung einer Fabrik zur Fertigung des Leo II nicht in die verteidigungspolitische Zusammenarbeit einbezogen werden können, da der BK für die Lieferung von Panzern wie im Falle Saudi-Arabiens[5] gegenwärtig keine Mehrheit finde. Zwar sei eine Zustimmung des Bundestages nicht erforderlich. Bei der Lieferung von Waffen im sensitiven Bereich werde er aber nicht ohne breite parlamentarische Absicherung handeln. Der BK habe die Lieferung von Panzern an arabische Länder (Saudi-Arabien) auf seinen Pressekonferenzen in Djidda[6] und Jerusalem[7] abgelehnt.

1 Hat Ministerialdirektor Ruhfus am 17. Mai 1984 vorgelegen.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 17. Mai 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Legationsrat I. Klasse Horsten vermerkte: „Ich habe D 3 gesagt, daß wir eine Ressortbesprechung planen – er ist einverstanden."
Hat Horsten am 5. Juni 1984 vorgelegen.

3 Botschafter Müller, Kairo, übermittelte eine vom ägyptischen Verteidigungsminister Ghazala übersandte Liste mit gewünschten Rüstungsgütern. Neben Panzern waren darauf Fernmeldegeräte sowie Geräte zur elektronischen Kriegführung verzeichnet. Vgl. dazu VS-Bd. 10917 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Staatsminister Möllemann, z. Z. Kairo, berichtete, der ägyptische Verteidigungsminister Ghazala habe erklärt, daß Ägypten am Ausbau seiner Rüstungsindustrie interessiert sei. Er, Möllemann, habe auf die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung hingewiesen und dargelegt: „Er müsse mit aller Klarheit sagen, daß es für den Export des Leo II gegenwärtig keine Mehrheit im Bundestag gäbe." Ghazala habe ausgeführt, „auch er sei für Klarheit von vornherein. Deshalb sei er auch gegen lange Vorgespräche mit Rüstungsfirmen, die nachher u. U. keine Genehmigung für den Export erhielten." Er werde der Botschaft eine „präzise Liste über die Bereiche übergeben, in denen er eine Zusammenarbeit für wünschenswert halte". Vgl. VS-Bd. 13559 (310); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Zur Frage von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 159.

6 Vortragender Legationsrat Karkow informierte am 18. Oktober 1983, Bundeskanzler Kohl habe in einer Pressekonferenz am 11. Oktober 1983 in Djidda zu möglichen Exporten von Kampfpanzern vom Typ „Leopard" nach Saudi-Arabien erklärt: „Ich darf zu diesem Gesamtthema überhaupt sagen, ich bin keinerlei Verpflichtung eingegangen, den Leo II zu liefern. Wir haben darüber gesprochen, aber bisher keine Einigung erzielt." Vgl. den Runderlaß Nr. 106; Referat 012, Bd. 124453.
Zum Besuch von Kohl vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien vgl. AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

2) Die ägyptische Wunschliste ist der Botschaft Kairo am 11.5.84 übermittelt worden. Der Lieferung von Kampfpanzern (Position 1 der Wunschliste) kann unter Bezugnahme auf diese Argumente nicht zugestimmt werden.

3) Hingegen bestehen keine Bedenken hinsichtlich der Positionen 2 (stationäres und mobiles abhörsicheres Fernmeldegerät) und 3 (stationäres und mobiles elektronisches Gerät).

Begründung:

a) Es gibt zwar zwischen und in einer Reihe von Ländern des Nahen Ostens Spannungen. Zu diesen Ländern gehört nicht Ägypten. Ägypten ist seit dem Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages[8] das einzige Land des Nahen Ostens, das sich mit keinem Drittstaat im Kriegszustand befindet. Spannungen werden mithin nicht erhöht.

b) Wir können Ägypten Mittel zur Selbstverteidigung nicht verwehren. Das Gerät mit Ausnahme der Position 1) dürfte unter Verteidigungsgerät zu subsumieren sein. Ägypten ist für uns ein befreundetes blockfreies Land mit prowestlicher Orientierung. Die Zusammenarbeit mit den USA auf allen Gebieten ist besonders eng. Wie die verteidigungspolitische Zusammenarbeit auch mit GB und F zeigt, ist Ägypten als blockfreies Land an einer Diversifizierung der Bezugsquellen interessiert. Wegen seiner strategischen Bedeutung liegt uns besonders daran, daß Ägypten ein Faktor der Stabilität im Nahen Osten bleibt. Ziel unserer Politik gegenüber Ägypten muß daher sein, einen Beitrag zu seiner Stabilität zu leisten.

c) Da die Lieferung in ein Nicht-NATO-Land erfolgt, kann gemäß Richtlinien[9] eine Genehmigung nur bei Vorliegen einer amtlichen Endverbleibserklärung erfolgen. Verteidigungsminister Abu Ghazala hat gegenüber StM Möllemann erklärt, daß die Endverbleibsklausel für Ägypten kein Problem sei, da selbst mit der SU solche Klauseln vereinbart seien. Es wird in diesem Zusammenhang der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, daß Ägypten und Sudan durch ein Integrations- und Verteidigungsbündnis miteinander verbunden sind.[10]

d) Da die Zusammenarbeit mit Ägypten nach Saudi-Arabien der zweite Präzedenzvorgang im Nahen Osten ist, sollten wir gleichzeitig klarstellen, daß wir an unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik weiterhin festhalten und die Schleusen nicht öffnen wollen. Solange der Nahost-Konflikt nicht gelöst ist, ist äußerste Zurückhaltung geboten.

e) Anders als im Falle Saudi-Arabiens dürfte es Israel im Falle Ägyptens schwerfallen, Argumente gegen deutsche Lieferungen geltend zu machen. Es wird vermutlich auf den „kalten Frieden", d. h. auf den unbefriedigenden Stand der Beziehungen, verweisen und uns auffordern, auf Ägypten im Sinne Israels einzu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 679

7 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 29. Januar 1984 in Jerusalem vgl. BULLETIN 1984, S. 119 f.
Zum Besuch von Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.

8 Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

9 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 118, Anm. 8.

10 Für den Wortlaut der Charta vom 12. Oktober 1982 zwischen Ägypten und Sudan über Integration vgl. UNTS, Bd. 1331, S. 329–339.

wirken. Im Ergebnis wird Israel deutsche Lieferungen nicht gern sehen, aber schließlich hinnehmen.[11]

Fiedler

VS-Bd. 10917 (422)

142

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1825/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. Mai 1984, 22.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 869 **Ankunft: 17. Mai 1984, 07.23 Uhr**

Betr.: Bericht über DPC-Ministerkonferenz am 16.5.1984 in Brüssel

Restricted Session

TOP I: Bericht des Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses (MC)[2]

Ausgehend von der Bedrohung, die ständig wachse und die in einem weltweiten Kontext gesehen werden müsse, forderte der Vorsitzende des MC Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit unserer Verteidigung und damit auch der Abschreckung. Hierzu gehöre die Verbesserung der Fähigkeit zur Implementierung der Strategie der flexible response[3]. Zwar gebe es derzeit keinen Grund für die Annahme, daß der Warschauer Pakt die Umsetzung seiner militärischen Überlegenheit gegen die NATO tatsächlich plane, dennoch seien aber einige militärische Aktivitäten des WP bemerkenswert. Dies gelte ins-

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze wies die Botschaft in Kairo an: „Ägyptischer Seite sollte mitgeteilt werden, daß Bundesregierung Mitwirkung bei Rüstungsantrag auf Erteilung der Genehmigung beschränkt. Voraussetzung für Entscheidung über Ausfuhrgenehmigung sind Anträge deutscher Firmen mit genauen technischen Angaben." Eine endgültige Entscheidung über die einzelnen Positionen der mit Drahtbericht Nr. 699 vom 11. Mai 1984 übermittelten Liste sei daher „nicht möglich, zumal Liste teilweise unklare Angaben enthält und keine Prüfung zuläßt, ob darin Material enthalten ist, das aus Sicherheitsgründen geschützt werden muß". Die gewünschte Lieferung von Kampfpanzern oder eine Kooperation bei Entwicklung und Bau komme nicht in Betracht. Hinsichtlich der gewünschten Verschlüsselungsanlagen erscheine eine Ausfuhrgenehmigung möglich, ebenso für die gewünschten Geräte zur elektronischen Kriegführung, allerdings mit Einschränkungen: „Falls ägyptische Seite weiterhin an Lieferungen interessiert, sollte sie deutsche Firmen bitten, möglichst bald Voranfragen oder Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen bei zuständigen deutschen Stellen einzureichen." Vgl. den am 29. Mai 1984 konzipierten und am 1. Juni 1984 übermittelten Drahterlaß Nr. 149; Referat 424, Bd. 135775.

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7 und 34.
Hat Legationsrat I. Klasse Cuntz am 17. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Studnitz verfügte.
Hat Seibert am 18. Mai 1984 vorgelegen.
Hat Studnitz am 21. Mai 1984 vorgelegen.

2 Cornelis de Jager.

3 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 2, Anm. 12.

besondere für die großen Seemanöver dieses Frühjahrs[4], die nach Art und Umfang und in ihrer Zielsetzung neue Akzente enthalten hätten, die noch geprüft würden und über die später zu berichten sei.

Die Schwerpunkte der Sorgen, die er hier vortragen müsse, seien in den verschiedenen Tagesordnungspunkten enthalten:

Die force goals enthielten lediglich Maßnahmen zur Beseitigung der „most critical deficiencies" und berücksichtigten z. B. nicht die Folgerungen aus möglichen Einsätzen von Streitkräften außerhalb des NATO-Vertragsgebietes[5].

Die Munitionsbevorratung sei ein großes Problem; die NATO verfüge nur über geringe Vorräte.

Die Situation bei der Infrastruktur sei ebenfalls besorgniserregend. Folgen aus früheren zu geringen Finanzierungen hätten sich inzwischen summiert. Man müsse diese drei Schwerpunkte im Zusammenhang sehen, Mängel in einem Bereich hätten Mängel in den anderen Bereichen zur Folge, zumal es gelte, die geringer werdenden Ressourcen richtig zu verteilen. Wenn dies nicht gelänge, liefe die Allianz Gefahr, sich einem besonderen Risiko zu früher nuklearer Eskalation in einem konventionellen Konflikt auszusetzen (Wortlaut Anlage 1).

Folgt Anlage 1: […][6]

[7]TOP II: Allgemeine Aussprache

Verteidigungsminister Weinberger wies in seiner Erwiderung auf den kürzlich dem Kongreß zugeleiteten Bericht über die Lastenteilung im Bündnis hin. Er habe die Leistungen der Allianzpartner voll gewürdigt, müsse aber dennoch auf Unterschiede hinweisen. Alle Mitglieder, auch die USA, müßten insgesamt mehr für die Verteidigung tun, wenn Abschreckung erhalten bleiben solle. Ein Beispiel sei der Infrastrukturbericht, der eine Mängelliste darstelle. Für den Kongreß sei Infrastruktur ein Testfall, und von der Art der Behandlung hinge

4 Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 18. April 1984, in der Zeit vom 28. März bis 5. April 1984 hätten in nordeuropäischen Gewässern die bislang größten sowjetischen Seemanöver stattgefunden: „Für die NATO kamen die gemeinsamen Manöver der Nordflotte und der Baltischen Flotte überraschend. So hat die NATO ca. vier Tage zu spät erkannt, daß das Manöver anlief. Vorbereitende Aktivitäten wurden nicht mit Manövervorbereitungen in Verbindung gebracht. Die NATO wird umfassende Anstrengungen unternehmen müssen, um die Warnzeiten hier zu verbessern. […] Das bislang größte sowjetische Seemanöver in den nordeuropäischen Gewässern, an dem 140 Schiffseinheiten beteiligt waren, darunter der mit 150 Raketen bestückte atomgetriebene Kreuzer ‚Kirow' sowie zehn Backfire-Überschallbomber, muß im Zusammenhang gesehen werden mit dem Ringen zwischen NATO und Warschauer Pakt um die Kontrolle der Norwegensee." Ziel der UdSSR sei der Beweis gewesen, daß sie in der Lage sei, die Norwegensee zu beherrschen: „Die Beherrschung der Norwegensee ist in jedem Konflikt zwischen NATO und Warschauer Pakt von allergrößter Bedeutung. Kontrollieren die Sowjets die Norwegensee, so verfügen sie über die Voraussetzung, die der Verstärkung Europas dienende Seebrücke zwischen Amerika und Europa zu bedrohen und zu unterbrechen. Kontrolliert die NATO die Norwegensee, so kann sie mit Aussicht auf Erfolg die größte sowjetische Offensivkraft, die in Murmansk konzentriert ist, dort einschließen." Vgl. VS-Bd. 10847 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Erklärung des Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO, de Jager, vgl. den Drahtbericht Nr. 869 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 16. Mai 1984; VS-Bd. 12019 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 870 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

die Bereitschaft zur weiteren Finanzierung, zum Beispiel für Verstärkungskräfte, ab. Die USA seien nicht bereit, diese Kräfte in Regionen zu schicken, in denen die infrastrukturellen Voraussetzungen nicht ausreichend gewährleistet seien. Er verwies auf die isolationistischen Tendenzen in den USA, die leicht zu negativen Stimmen im Kongreß werden könnten, wenn die Solidarität der Alliierten sich als nicht ausreichend erweise. Wenn hie und da über die mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung geklagt werde, zusätzlich Lasten für die Verteidigung zu tragen[8], so müsse dem mit einer klaren Darstellung der Bedrohung geantwortet werden. Zu diesem Zwecke hätten die USA kürzlich die Broschüre „Soviet Military Power" herausgegeben.[9] Im übrigen gelte nach wie vor das Drei-Prozent-Ziel[10], weswegen die USA mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen hätten, daß in den force goals 1985–90 dies für einige Partner nicht zugrunde gelegt worden sei.

Er habe dem Kongreß einen Bericht über konventionelle Verstärkung vorgelegt, in dem er die Bedeutung der MC-14/3 herausgestellt habe, in deren Rahmen allerdings konventionelle Streitkräfte eine entscheidende Rolle spielten. Er sei bereit, in den zuständigen NATO-Gremien Einzelheiten dieses Berichts zur Diskussion zu stellen.[11]

Der norwegische Verteidigungsminister[12] unterstrich in seinem Beitrag ebenfalls die Bedeutung einer angemessenen Ausstattung der Infrastruktur-Slice-Gruppe und die Notwendigkeit, gemeinsame Anstrengungen für eine angemessene Lastenteilung zu unternehmen. Er wies weiterhin auf die Notwendigkeit hin, den Ost-West-Dialog wieder in Gang zu bringen, und nannte die bei der kommenden NATO-Ratsministertagung[13] zu beratende Ost-West-Studie[14] „encouraging".

8 Korrigiert aus: „fragen".

9 Die Studie „Soviet Military Power" wurde am 10. April 1984 vorgelegt. Für eine Zusammenfassung vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 197–209.

10 In der „Ministerial Guidance 1977", die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle NATO-Mitgliedstaaten angesichts nachteiliger Tendenzen im Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

11 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 14. Juli 1984, der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO sei am 11. Juli 1984 durch einen Mitarbeiter des amerikanischen Verteidigungsministeriums über den Bericht des Verteidigungsministers Weinberger an den Kongreß zur Stärkung der konventionellen Verteidigung unterrichtet worden. Der Bericht habe die Gültigkeit der seit 1967 geltenden Strategie der „flexible response" bestätigt. Vorgeschlagen würden insgesamt 57 Maßnahmen zur Verbesserung der Streitkräfte der NATO-Mitgliedstaaten. Der amerikanische Vertreter habe erklärt: „Von Allianzpartnern werde bei Verwirklichung dieser Maßnahmen kein wesentlicher, bisherige Verpflichtungen überschreitender Aufwand gefordert, wohl aber werde Einhaltung Drei-Prozent-Verpflichtung und Erfüllung Streitkräfteziele erwartet." Gegenüber den Teilnehmern aus der Bundesrepublik habe die amerikanische Delegation inoffiziell erklärt, „daß Administration keine spektakulären und schmerzlichen Maßnahmen, wohl aber deutliche und politisch sichtbare Zeichen erwarte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1213; VS-Bd. 12023 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Anders C. Sjaastad.

13 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

14 Zum geplanten „West-Ost-Bericht" der NATO vgl. Dok. 138.

Der italienische Verteidigungsminister[15] erklärte zu Beginn seiner Ausführungen, daß Italien zu keiner Zeit einen förmlichen Vorschlag auf ein Moratorium im Bereich der LRINF-Systeme gemacht habe.[16] Im Gegenteil habe Italien mit der Stationierung der ersten GLCM-Einheit (IOC[17]: 31.3.1984) und mit dem Beginn der Vorbereitungen für die weiteren Einheiten seine Bereitschaft zur Einhaltung seiner eingegangenen Verpflichtungen unter Beweis gestellt. Die Chancen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen[18] hingen von der Standhaftigkeit der Allianz in dieser Frage ab; politische Haltungen, die als wankelmütig bezeichnet werden müßten, kämen lediglich dem WP entgegen. Italien unterstütze alle Maßnahmen und Möglichkeiten, das Gespräch zwischen den Blökken wieder in Gang zu bringen; dies gelte für Stockholm[19] ebenso wie für INF und START. Alle politischen und diplomatischen Anstrengungen müßten weitergehen.

Der dänische Verteidigungsminister[20] erläuterte seinen Kollegen, daß seine Regierung trotz der jüngsten Resolutionen nicht beabsichtige, neue unilaterale Schritte zu gehen. In bezug auf die Resolution vom 3. Mai 1984 (zu Rüstungskontrollfragen[21]) prüfe die Regierung derzeit, wie sie die vom Parlament aufgetragenen Verpflichtungen bilateral oder multilateral am zweckmäßigsten behandeln könne. Einzelheiten würden derzeit noch untersucht. Hinsichtlich der Resolution vom 10. Mai (zur LRINF-Infrastruktur[22]) erwähnte er besonders, daß die dort betroffenen ca. zwei Millionen IAU im Verteidigungshaushalt verblieben. Obwohl die Regierung bei deren Nutzung gebunden sei, hoffe sie noch immer, eine Lösung zu finden „which can meet general understanding".

BM Dr. Wörner drückte seine Unterstützung für das allgemeine Interesse aus, die Ost-West-Beziehungen wieder zu verbessern. Allerdings dürfe dies nicht von falschen Fakten ausgehen: Es sei die SU gewesen, die den Verhandlungstisch verlassen habe, und es gebe keinen Grund, einen zusätzlichen Preis für ihre

15 Giovanni Spadolini.

16 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Craxi am 3. Mai 1984 in Lissabon vgl. Dok. 126, Anm. 9.

17 Initial Operational Capability.

18 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

19 In Stockholm fand seit 17. Januar 1984 die KVAE statt.

20 Hans Engell.

21 Das dänische Parlament stimmte am 3. Mai 1984 einem Antrag der Sozialdemokraten zu, der der Regierung auferlegte, „in der NATO und anderen internationalen Organen dafür zu arbeiten, daß Dänemark in Friedens-, Krisen- und Kriegszeiten atomwaffenfrei verbleibt". Ferner wurde die Regierung verpflichtet, „einen Aufstellungsstopp für Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen zu unterstützen, so daß eine bessere Grundlage für Verhandlungen geschaffen werden kann; für ein Einfrieren aller Kernwaffenlager zu wirken, um durch Verhandlungen eine nachfolgende Reduzierung herbeizuführen; an der Durchführung eines internationalen Verbots von Kernwaffenexplosionen mitzuwirken; am Versuch teilzunehmen, eine internationale Absprache über ein Verbot gegen die Stationierung von Kernwaffen im Weltraum durchzuführen; für eine internationale Absprache u. a. zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt über ein Nein zum Ersteinsatz von Kernwaffen jeder Art zu arbeiten; ein internationales Verbot der Produktion, Lagerung und Anwendung von chemischen und bakteriologischen Waffen zu unterstützen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 195 des Botschafters Jestaedt, Kopenhagen; Referat 201, Bd. 130180.

22 Referat 201 notierte am 16. Mai 1984, am 10. Mai 1984 habe das dänische Parlament eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Entschließung angenommen, „die Regierung auferlegt, für INF-Infrastrukturvorhaben bereitgestellten Restbetrag von 48 Mio. DKR (ca. 13 Mio. DM) nicht an NATO weiterzuleiten. Damit wird dänischer Finanzbeitrag zum INF-Nachrüstungsprogramm (insgesamt 72 Mio DKR) entsprechend reduziert." Vgl. Referat 201, Bd. 130201.

Rückkehr zu bezahlen. Im Gegenteil bestehe die Gefahr, daß, je mehr der Westen anbiete, desto mehr vom Osten verlangt werde. Sicher sei, daß der geringste Anreiz für die Sowjetunion, den Dialog wiederaufzunehmen, in einer Schwäche des Westens liege. Die richtige Basis sei, die Verteidigungsfähigkeit zu verstärken und den Faktor Zeit ins Kalkül zu ziehen: Wir müßten uns in Geduld üben und abwarten können; dies sei um so leichter möglich, als wir nicht unter Zeitdruck stehen. Es gehe auch nicht darum, über Ost-West-Beziehungen allzuviel zu sprechen, sondern vielmehr darum, dafür alles im politischen und militärischen Bereich Notwendige zu tun.

Der Vorsitzende[23] dankte dem italienischen Verteidigungsminister für seine klaren Ausführungen zur LRINF-Frage.

Er leitete dann über auf das Problem, was den Rest der Diskussion bestimmte: die Stationierung von LRINF-Systemen in den Niederlanden.[24] Er drückte in aller Deutlichkeit seine tiefe Sorge aus, daß eines der fünf Stationierungsländer seiner eingegangenen Verpflichtung nicht nachkommen könnte. Diese Haltung würde die Sowjetunion daran hindern, an den Verhandlungstisch zu kommen; sie sei in besonderem Maße dazu angetan, die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zu erhöhen[25], denn die (nukleare) Abschreckung werde geschwächt. Daraus könnte die Sowjetunion die falschen Rückschlüsse ziehen. Die ganze Situation sei eine Folge davon, daß die Regierungen es versäumt hätten, die öffentliche Diskussion in ihren Ländern zu steuern. Sie hätten vielmehr den Friedensbewegungen die Führungsrolle überlassen. Am meisten störe ihn dabei, daß diese Bewegungen die moralische Seite der Argumentation für sich okkupiert hätten. Die Sowjetunion wisse, daß ein nuklearer Krieg nicht gewonnen werden könne, sie wisse aber auch, daß ein Krieg dann gewonnen werden könne, wenn eine Seite nicht mehr bereit wäre, sich zu verteidigen. Um dies zu verhindern, bedürfe es der ganzen Abschreckung!

Es sei unerheblich, aus welchem Grund die Friedensbewegungen ihre Argumente so oder so formulierten – insgesamt würden sie nur der Sowjetunion nützen. Die NATO habe ihre Verteidigungsfähigkeit ohnehin schon auf ein Minimum reduziert; deshalb gingen wir, falls die Stationierung nicht zustande kommen sollte, auf eine unsichere Welt zu.

Der britische Verteidigungsminister unterstrich die Ausführungen des Vorsitzenden mit dem unmißverständlichen Hinweis darauf, daß jedes Land in der Allianz nicht nur Verantwortung für sich selbst, sondern auch für alle anderen habe. Keiner könne sich alleine verteidigen, nur gemeinsam sei Abschreckung zu gewährleisten. Großbritannien sei, unabhängig von Entwicklungen in anderen Ländern, bereit, seinen Beitrag zu leisten. Dennoch stehe aber auch dort die Regierung in einer gleich schwierigen Position gegenüber der Öffentlichkeit wie in anderen Ländern auch. Seine Regierung sei sich der Gefahr bewußt, die aus dem Übergreifen negativer Entwicklungen aus einem Land auf sein Land erwachsen könnten. Es sei leicht, Entschuldigungen für Versäumnisse zu finden.

23 Joseph A. M. H. Luns.

24 Zur INF-Stationierung in den Niederlanden vgl. Dok. 114 und Dok. 116.

25 Der Passus „sei in besonderem … Auseinandersetzung zu erhöhen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

BM Dr. Wörner ergänzte, daß die Diskussion um den Frieden unvermindert weitergehe. Zwar sei das Thema Doppelbeschluß[26] heute nicht mehr im Mittelpunkt, dafür habe sich die Diskussion aber insgesamt ausgeweitet und stelle nun die Strategie in Frage, wobei allerdings Nuklearwaffen Hauptgegenstand der Diskussion geblieben seien. Man müsse sich darüber klar sein, daß Abschrekkung nur mit Nuklearwaffen funktionieren könne, und zwar die Abschreckung jedes Krieges. Wenn in einem Land eine Politik betrieben werde, die gegen Nuklearwaffen gerichtet sei, habe das Rückwirkungen auf alle; insofern sei kein Land eine Insel. Die Risiken, die es zu tragen gelte, lägen nicht nur im finanziellen und strategischen Bereich, sondern auch im politischen und moralischen. Die Strategie sei nach wie vor geeignet, ihre Zielsetzung zu erreichen. Er warne vor allen Versuchen, die zu einer Unterminierung unserer Strategie führen könnten.

Auch der luxemburgische Verteidigungsminister[27] wies auf die Gefahr hin, die aus einer negativen oder teilweise negativen Entscheidung der Niederlande in dieser Frage erwachsen könnte. Niemand wolle die Niederlande unter einen unangemessenen Druck setzen, aber es sei notwendig, daß Verteidigungsminister de Ruiter nach Hause berichte, als wie entscheidend seine Kollegen diese Frage für die Allianz insgesamt einschätzten. Er appelliere an Verteidigungsminister de Ruiter, diese Botschaft auch der niederländischen Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten. Im gleichen Sinne appelliere er auch an Dänemark.

Der belgische[28], portugiesische[29] und kanadische[30] Verteidigungsminister stimmten diesen Ausführungen ausdrücklich zu.

In Erwiderung auf die Bemerkungen seiner Kollegen wiederholte der NL Verteidigungsminister seinen schon bei der NPG-Ministersitzung in Çeşme[31] gemachten Hinweis auf die niederländische Reservation vom Dezember 1979.[32] Die Vorbereitungen für die Stationierung der GLCM in den Niederlanden verliefen planmäßig; die Regierung wolle im nächsten Monat ihren Beschluß fassen. Sie versuche dabei eine Lösung zu finden, die sowohl die Kohäsion in der Allianz als auch die innenpolitischen Bedürfnisse berücksichtige. An BM Dr. Wörner gewandt, fügte er ein, daß die niederländische Regierung keineswegs eine Anti-Nuklearpolitik verfolge, wie es auch das jüngste Weißbuch[33] ausweise.

26 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

27 Émile Krieps.

28 Alfred Vreven.

29 Carlos Mota Pinto.

30 Jean-Jacques Blais.

31 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4. April 1984 vgl. Dok. 102.

32 Zum Vorbehalt der niederländischen Regierung vom Dezember 1979 vgl. Dok. 116, Anm. 5.

33 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 2. Dezember 1983 mit, die Ständige Vertretung bei der NATO sei von niederländischer Seite über den Nuklearteil des am 28. November 1983 herausgegebenen Weißbuchs der niederländischen Regierung unterrichtet worden: „Insgesamt scheint der nukleare Teil (Zusammenfassung und besonderer Teil, beide recht umfangreich) eine Mischung von klaren Bekenntnissen zum Bündnis und zur Notwendigkeit von nuklearen Waffen einerseits und einer Reihe von Infragestellungen andererseits zu sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2186; VS-Bd. 11974 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Der Vorsitzende stellte – wie schon in Çesme – fest, daß der NL-Vorbehalt eine Entscheidung 1981 erfordert hätte und daß es bis heute keinen Grund gebe, keine politische Entscheidung getroffen zu haben, da nachweislich [34]Fortschritte in den Rüstungskontrollverhandlungen zu INF nicht erzielt werden konnten.

Verteidigungsminister Heseltine ergänzte mit dem Hinweis, daß die Nichtstationierung in den Niederlanden nicht nur einen großen Sieg für die Friedensbewegungen darstellen würde, weil damit dann der Nachweis geliefert wäre, daß man den politischen Willen einer Regierung unterminieren könne, sondern daß darüber hinaus der Ansatzpunkt für weitere Bemühungen, andere Nuklearsysteme zu Gegenständen der Diskussion auf der Straße zu machen, gegeben wäre. Die eigentliche (Überzeugungs-)Schlacht werde auf der Straße geschlagen.

Der niederländische Verteidigungsminister verwahrte sich gegen die Unterstellung, daß in den NL die Politik dem Druck der Straße folge. Die Debatte um Nuklearwaffen sei so alt, wie es Nuklearwaffen gebe; über LRINF werde seit 1979 diskutiert. Dies gelte für alle Parteien und stelle keine besondere Schwäche dieser Regierung dar. Es müsse erlaubt sein, auch über solche Waffensysteme zu diskutieren, über die man selbst verfüge. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß gerade die NL im nuklearen Bereich erheblich belastet seien und daß es andererseits NATO-Partner gebe, die Nuklearwaffen völlig ablehnten und nicht auf ihrem Territorium stationierten. Er akzeptiere die Forderung nach Solidarität und Kohäsion – die Entscheidung müsse jedoch auch vom Parlament getragen werden können.

Hierauf erwiderte der Vorsitzende, aufgrund seiner langjährigen Erfahrung mit der NL-Regierung wisse er, daß es darauf ankomme, daß die Regierungen nicht schweigend zusehen, wie die Mehrheitsmeinungen auf der Straße entstünden und dort Positionen vertreten würden, die nur der Sowjetunion nützen.[35]

Der italienische Verteidigungsminister erläuterte die Schritte, die seine Regierung gehe, um die in Italien schwierige parlamentarische Situation zu bewältigen. Er stimme ausdrücklich der Beurteilung zu, daß die Stationierungsfrage ein Prüfstein für die Allianz sei, insbesondere für die Art des weiteren Vorgehens gegenüber der Sowjetunion. Deren Ziel sei es zweifellos, die NATO insgesamt zu schwächen, und es sei in ihrem Interesse, wenn aufgrund wechselseitiger Zweifel u. a. der latente amerikanische Isolationismus gefördert werde. Er stimme der Äußerung von BM Dr. Wörner zu, daß es die Europäer gewesen seien, die die USA um die Aufstellung von LRINF-Systemen gebeten hätten.

Abschließend anerkannte der amerikanische Verteidigungsminister die vereinten Bemühungen seiner Kollegen, auf den Fortgang des Entscheidungsprozesses in den NL im Sinne der Allianz einzuwirken. Vor dem Hintergrund neuer Stationierung von sowjetischen Raketensystemen und des Fortgangs der Stationierung von SS-20-Systemen sei Solidarität besonders notwendig.

Alle Allianzpartner hätten zu Hause oppositionelle Gruppen und lautstarke Kritiker. Es gelte, dies nicht zu beklagen; es gelte vielmehr, eine klare politische Führung zu demonstrieren. Die Bevölkerung von der Bedrohung zu überzeugen, sei weder leicht noch einfach. Dennoch müßten alle Anstrengungen in die-

[34] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 871 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
[35] Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

ser Richtung gemacht werden. In bezug auf die NL dankte er dem Regierungschef und dem Außenminister ausdrücklich für ihre Äußerungen zur LRINF-Stationierung[36] und drückte die Hoffnung aus, daß nicht einige wenige Parlamentarier letztlich die Entscheidung der Regierung bestimmten.[37]

Plenary Session

TOP III: Statement by the Chairman of the Eurogroup

Der Vorsitzende der Eurogroup, der britische Verteidigungsminister Heseltine, berichtete über den Verlauf der Eurogroup-Sitzung vom Vortag.[38] Aus den Ergebnissen der Arbeit der Untergruppen hob er die Forderung nach einer 30-Tage-Bevorratung der NATO-Streitkräfte und nach Intensivierung der Zusammenarbeit der NATO-Staaten bei der Herstellung militärischer Ausrüstung hervor. Er würdigte die Arbeit der Independent European Programme Group (IEPG), insbesondere im Hinblick auf die Formulierung einer europäischen Antwort auf die „Weinberger-Initiative", durch die eine stärkere Nutzung modernster Technologien („emerging technologies") zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit vorgeschlagen wurde. Allerdings müsse die Absichtserklärung, mit den USA auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten[39], jetzt in die Realität umgesetzt werden; auch Frankreich müßte einbezogen werden.

36 Botschafter von der Gablentz, Den Haag, teilte am 19. April 1984 mit, Ministerpräsident Lubbers habe sich in der Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in den Niederlanden für eine „baldige Lösung eingesetzt und betont, daß sie ihm auch das Risiko einer ernsten Kabinettskrise wert sei. Für eine Entscheidung genüge in einer Demokratie notfalls eine Stimme Mehrheit." Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 220, Bd. 128640.
Am 17. Mai 1984 berichtete Gablentz, der niederländische Außenminister van den Broek habe in Interviews mit dem Deutschlandfunk am 6. Mai bzw. mit der niederländischen Tageszeitung NRC Handelsblad am 9. Mai 1984 erklärt, „daß für ihn Glaubwürdigkeit und Solidarität der Allianz entscheidender Maßstab für Stationierung sind. Nationales Interesse der NL, sich nicht in der NATO zu isolieren, müsse dem Parteiinteresse vorgehen. Deutlich wird der Wunsch, Stationierungsentscheidung mit Rüstungskontrollsignal zu verbinden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 348; Referat 220, Bd. 128640.

37 Am 1. Juni 1984 traf die niederländische Regierung eine Entscheidung zur INF-Stationierung. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl legte dazu am 6. Juni 1984 dar, Kernaussagen des Beschlusses seien, „wenn es zu einem sowjetisch-amerikanischen INF-Rüstungskontrollabkommen bis 1.11.85 kommt, wird NL den auf ihn entfallenden INF-Anteil akzeptieren und 1986 mit Aufstellung (d. h. mit Bauarbeiten am Stationierungsort) beginnen. Wenn es bis zum 1.11.85 nicht zu einem solchen Abkommen kommt, wird NL-Regierung Vertrag mit USA über Stationierung von 48 GLCM abschließen, falls dann die Zahl sowjetischer SS-20 den am 1.6.84 erreichten Stand übersteigt." Braunmühl legte dazu dar: „Dies bedeutet einen erneuten Aufschub der NL-Stationierungsentscheidung um eineinhalb Jahre. Der Termin der endgültigen Einsatzbereitschaft aller Systeme (Dezember 1988) soll im Falle der Stationierung nicht berührt werden; ob diese Vorstellung realistisch ist, bleibt abzuwarten. Der Beschluß stellt erstmals ein von westlicher Seite eindeutig erklärtes Moratorium dar. Er erweckt den Eindruck, als fänden sich die NL mit dem bestehenden Ungleichgewicht zwischen SS-20-Rüstung und unvollständiger Nachrüstung ab." Vgl. Referat 220, Bd. 128640.

38 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 16. Mai 1984, in der Ministersitzung der Eurogroup der NATO am Vortag sei die Arbeit der IEPG erörtert worden. Großbritannien habe einen Vorschlag vorgelegt, der eine stärkere Beteiligung der Verteidigungsminister vorsehe, „um die europäische und transatlantische Rüstungszusammenarbeit möglichst rasch voranzutreiben". Der britische Verteidigungsminister Heseltine und Bundesminister Wörner hätten dargelegt, daß man die Initiative des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom November 1982 zur Stärkung der konventionellen Verteidigung durch Nutzung moderner Technologien „vornehmlich als ‚Vehikel' zur Realisierung einer ausgewogeneren Rüstungszweibahnstraße nutzen wolle". Vgl. den Drahtbericht Nr. 858/859; VS-Bd. 10849 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

39 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk notierte am 6. April 1984, die IEPG habe am 2./3. April

Verteidigungsminister Heseltine wies abschließend auf die Öffentlichkeitsarbeit der Eurogroup hin, vor allem auf den Eurogroup-Film „The war which never happened", der jetzt in den USA angelaufen sei und von dem er sich starke Beachtung in der Öffentlichkeit erhoffe.

In der Aussprache bat der kanadische Verteidigungsminister, sein Land in die europäisch-nordamerikanische Zusammenarbeit zur Nutzung modernster Technologien einzubeziehen. Der Vorsitzende der Eurogroup sagte dies zu.

TOP IV: NATO Defence Planning

A. NATO Common-funded Infrastructure Programme – Slice Group 36–41 (1985–1990)[40]

1) Cost Sharing Arrangements (Vereinbarung eines neuen Kostenteilungsschlüssels)

a) Einleitend faßte der GenSek[41] die belgische Position kurz zusammen. Er äußerte die Auffassung, daß nach den vorangehenden Gesprächen im DPC (Botschafterebene) zwar eine große Mehrheit für eine Entlastung Belgiens zu finden sei, daß aber die belgische Forderung nach einer Reduzierung seines Anteils an der Finanzierung der gemeinsamen NATO-Infrastruktur um 1,5 Prozentpunkte nicht konsensfähig sein werde.

b) In der Diskussion zeigte sich Hinnahme einer Pro-Rata-Aufteilung (nur Griechenland werde sich nicht finanziell beteiligen wollen) und Widerstand gegen eine Verringerung um mehr als 1 Prozentpunkt (Norwegen, Portugal, Kanada, USA). Der GenSek schlug vor, sich auf 1 Prozentpunkt zu einigen und die Pro-Rata-Aufteilung als Empfehlung zu beschließen. Großbritannien forderte eine definitive Entscheidung.

c) Italien bot eine Verringerung des belgischen Anteils um 0,75 Prozentpunkte an, wenn sein eigener Anteil ebenfalls überprüft würde. Der GenSek nahm diese Erklärung mit Bedauern zur Kenntnis.

d) Bundesminister Dr. Wörner stimmte einer Verringerung des belgischen Kostenanteils im Grundsatz zu, sofern eine Einigung auf den Umfang der Verringerung und auf die Pro-Rata-Aufteilung des wegfallenden belgischen Anteils auf die anderen Länder zustande käme; mit Hinweis auf seine Bindung durch einen Beschluß des Haushaltsausschusses bot er 0,5 Prozentpunkte Verringerung für Belgien an. Im übrigen sollten feste Zahlen noch während dieser Sitzung und nicht, wie vom GenSek zwischendurch angeregt, in der Herbstsitzung

Fortsetzung Fußnote von Seite 688

1984 auf Staatssekretärsebene in Den Haag getagt. Die Teilnehmer hätten eine Antwort auf die Initiative des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom November 1982 zur Stärkung der konventionellen Verteidigung durch Nutzung moderner Technologien verabschiedet: „Wichtigste Elemente der Antwort sind: Notwendigkeit zur Stärkung der konventionellen Kampfkraft wird im Grundsatz bejaht. Festlegung der konzeptionellen Rahmenbedingungen für Mitteleuropa, die Flanken und den maritimen Bereich. […] Aussage über Schwerpunkte neuer Technologien, die aus Sicht der europäischen NATO-Länder von besonderem Nutzen für künftige Waffensysteme sind. Erarbeitung einer Liste mit europäischen Waffensystemen, mit der den USA Kooperationsvorhaben europäischen Ursprungs angeboten werden". Vgl. Referat 209, Bd. 128386.

40 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 55, Anm. 8.

41 Generalsekretär.

des DPC[42] beschlossen werden. Dänemark schloß sich dieser Auffassung an und erklärte sich ebenfalls bereit, einer Verringerung des belgischen Anteils um 0,5 Prozentpunkte zuzustimmen.

e) Belgien bekräftigte seine Auffassung, daß eine Verringerung seines Kostenanteils eigentlich 3 Prozentpunkte betragen müßte und daß daher die Forderung nach einer 1,5prozentigen Verringerung ein weitgehendes Entgegenkommen und ein Zeichen seiner Solidarität sei – dies insbesondere im Lichte der Tatsache, daß die belgische Forderung schon vor sechs Jahren erhoben worden und bis jetzt unbeantwortet geblieben sei. Auf die Frage des GenSek, ob Belgien auch eine Verringerung seines Anteils um 1 Prozentpunkt akzeptieren könnte, erwiderte der belgische Verteidigungsminister, er könne dem zustimmen, wenn ein einstimmiger Beschluß zustande käme.

f) Nachdem Bundesminister Dr. Wörner in Aussicht gestellt hatte, beim Haushaltsausschuß zu versuchen, die Zustimmung zu 0,75 Prozentpunkten zu erhalten, Belgien diese Entlastung aber als unzureichend zurückgewiesen hatte, brach der NATO-GenSek die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ab und kündigte an, das Thema am nächsten Tag wieder zur Diskussion zu stellen.

g) Der Tagesordnungspunkt wurde wenige Stunden später erneut aufgerufen. Belgien bekräftigte erneut, daß eine Entlastung um 1 Prozentpunkt das Minimum sei, daß dann aber jeder Infrastrukturplafond für die nächste Slice-Gruppe akzeptiert werden könnte.

Dänemark stellte daraufhin fest, daß es auch einer Entlastung Belgiens um 0,75 Prozentpunkte zustimmen könne.

h) In dieser offensichtlich nicht mehr auflösbaren Konfliktsituation stellte der GenSek die Frage, welche Nationen bereit wären, die Differenz zu 1 Prozentpunkt von den Ländern zu übernehmen, die weniger als 1 Prozentpunkt zustimmen würden. Dazu erklärte sich SecDef[43] Weinberger bereit.

Der italienische Antrag auf Überprüfung seines Kostenanteils wurde fallengelassen.

Damit war eine Einigung über die Reduzierung des belgischen Kostenteilungsschlüssels von 5,5912 auf 4,5912 erreicht worden.

2) Über TOP IV A.2 – Plafond für die Tranchengruppe 1985–90 – wurde am 16.5.1984 noch keine Einigung erzielt. Über diesen Tagesordnungspunkt wird später zusammenfassend berichtet.[44]

42 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 329.

43 Secretary of Defense.

44 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 17. Mai 1984 mit, in der Diskussion über den Plafond für die Infrastruktur-Tranchengruppe 1985–1990 habe der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger darauf hingewiesen, „daß mit Einschnitten im Infrastrukturhaushalt erhebliche Gefahren für die gemeinsame Verteidigung verbunden seien". Bundesminister Wörner habe ausgeführt, er könne einen Plafond in Höhe von 2,3 Mrd. IAU mittragen. Dies bedeute gegenüber einem Plafond von 2 Mrd. IAU eine Mehrbelastung für die Bundesrepublik in Höhe von 570 Mio. DM: „Er habe diesen Mehrbetrag erst nach harten Verhandlungen mit dem Bundeskanzler und dem Haushaltsausschuß durchsetzen können." Dänemark, Italien und die Niederlande hätten sich dem Vorschlag Wörners angeschlossen, den Plafond bei 2,3 Mrd. IAU festzuschreiben: „Die anderen Regierungen blieben bei ihren schon vorher bekannten Positionen, die einen höheren Plafond vorsahen."

TOP IV B.[45] wird gesondert übermittelt.[46]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12019 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 690

Da keine Einigung habe erzielt werden können, sei der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO mit der Ausarbeitung eines Berichts über die verschiedenen Lösungsmodelle beauftragt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 874; VS-Bd. 12019 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

Am 21. Mai 1984 legte Wieck ergänzend dar, die verschiedenen Lösungsvorschläge seien „immer sichtbarer an mangelnder Flexibilität unserer Position" gescheitert: „So blieb am Ende der Diskussion der Eindruck vorherrschend, daß eine Einigung über das NATO-Infrastrukturprogramm an der Bundesrepublik Deutschland gescheitert sei. Damit ist nicht nur unserer Position im Bündnis zumindest vorübergehend Schaden zugefügt worden; wir haben auch die Glaubwürdigkeit unseres politischen Willens zur Stärkung der konventionellen Verteidigung relativiert und die Position der US-Administration in der Verteidigung ihres europäischen Engagements gegenüber einem zweifelnden Kongreß geschwächt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 895/896; VS-Bd. 12019 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

45 Korrigiert aus: „TOP von IV B."

46 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 17. Mai 1984, im Zuge der Erörterung des Tagesordnungspunkts IV. B („NATO Force Goals for the Period 1985–1990") hätten sich mehrere Verteidigungsminister grundsätzlich zur Verteidigungspolitik ihrer Staaten geäußert. So habe Bundesminister Wörner angesichts der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik und der damit verbundenen Haushaltslage auf die Probleme verwiesen, „die in einer solchen Situation mit der angestrebten Stärkung der konventionellen Verteidigung entstehen". Ferner habe er die demographischen Aussichten dargelegt, die es zunehmend schwieriger machten, „den Friedensumfang der Bundeswehr unverändert hoch zu halten". Er habe jedoch versichert, „daß der Kriegsumfang der Bundeswehr unverändert bleiben werde". Der niederländische Verteidigungsminister de Ruiter habe erklärt, bei den geplanten Einschnitten in den niederländischen Streitkräften würden die Bedenken der Verbündeten „im größtmöglichen Umfang berücksichtigt". Der belgische Verteidigungsminister Vreven habe den belgischen Beitrag zur Luftverteidigung in Mitteleuropa erläutert: „Alle sechs BE-Hawk-Batterien verbleiben im Gürtel, zwei der sechs BE-Nike-Batterien werden seit April 1984 denuklearisiert und bis Mitte 1984 aufgelöst werden, Verhandlungen zwischen BE und US zwecks Ersatz Nike durch Patriot sind im Gange, Auflösung der restlichen vier Nike-Batterien richte sich nach den Ergebnissen der Patriot-Verhandlungen, werde aber spätestens bis 1990 vollzogen, auch wenn zu diesem Zeitpunkt Patriot nicht verfügbar sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 872; VS-Bd. 12019 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

143

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González in Madrid

VS-vertraulich **18. Mai 1984**[1]

Fortsetzung des Gesprächs des Bundeskanzlers mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe González Márquez am 18. Mai 1984, 10.15 Uhr bis 11.15 Uhr, im gleichen Teilnehmerkreis[2]

Ministerpräsident *González* sprach einleitend noch einmal seine Besorgnisse über die Beitrittsverhandlungen Spaniens mit der Europäischen Gemeinschaft[3] an. Seine Sorge sei, daß auch bei der nächsten Sitzung des Europäischen Rates in Fontainebleau[4] keine „Deblockierung" erfolgen könne und dies erhebliche Konsequenzen für Spanien haben könnte. Er könne sich nicht vorstellen, daß während der Präsidentschaft Irlands[5] die Verhandlungen erleichtert werden würden. Die Beitrittsverhandlungen verliefen sehr langsam. Sie hätten einen neuen Impuls nötig. Es müsse verhindert werden, daß Ende September noch ein großes Paket unerledigter Fragen auf dem Verhandlungstisch läge.

Besorgt sei er aber auch über die Verhandlungsteile, die bereits abgeschlossen seien; dies gelte vor allem für die Verordnung über Obst und Gemüse[6] und deren soziale Auswirkungen auf Spanien. Er wolle auch darauf hinweisen, daß er auch gegenüber seiner eigenen Bevölkerung erfolgreiche Ergebnisse vorweisen müsse. Die Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft dürften keine neuen Frustrationen in Spanien auslösen. Verhandlungsergebnisse dürften deshalb für Spanien nicht ungleichgewichtig sein. Die Gefahr sei sonst zu groß, daß die positive Grundstimmung in der spanischen Bevölkerung zerstört werden könnte. Der Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft sei von historischer Bedeutung, und er könne deshalb immer nur wiederholen, daß am Ende der Verhandlungen keine neue Frustration stehen dürfe.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 24. Mai 1984 gefertigt.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 17. bis 19. Mai 1984 in Spanien auf. Am Abend des 17. Mai 1984 fand ein Gespräch zwischen Kohl und Ministerpräsident González statt, an dem Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und der außenpolitische Berater von González, Yáñez-Barnuevo, sowie Dolmetscherin Lehnhardt teilnahmen. Themen waren die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und Spanien, das spanische Parteiensystem, die Rolle der spanischen Armee, der EG-Beitritt Spaniens, der britische Beitrag zum EG-Haushalt, das Problem der „Wehrpflichtlücke" in der Bundesrepublik sowie eine Vertiefung der europäischen Integration. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 137, Anm. 9.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.

5 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

6 Referat 410 erläuterte am 28. Mai 1984: „F und I haben sich im Rat am 14. Mai durchgesetzt (D wurde überstimmt): Die Anpassung der Marktordnungen vom Oktober 1983 wird am 1. Juni 1984 in Kraft treten. Durch Hochsetzen der Referenzpreise insbes[ondere] Nachteil für Spanien. Auf unser Drängen hielt der Rat andererseits fest, daß die EG den Spaniern bald (vorgesehen ist Ministertreffen 18./19. Juni) eine Agrarerklärung übergibt. EGK hat Arbeitsunterlage hierfür am 25.5. vorgelegt. Wir setzen uns dafür ein, daß die EG den Spaniern größere Möglichkeiten bei Export und GAP-Integration anbietet (Widerstand F!)." Vgl. Referat 410, Bd. 130429.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß der Ministerpräsident ja seine Grundhaltung kenne. Er habe und werde auch zukünftig alles tun, damit der Beitritt Spaniens und Portugals[7] zur Europäischen Gemeinschaft möglich werde. Deshalb habe er auch die Erhöhung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft mit der Beitrittsfrage verknüpft.[8] Dabei werde er bleiben. Am kommenden Sonntag werde er mit Präsident Mitterrand zusammentreffen.[9] Er werde ihn erneut auffordern, die Beitrittsverhandlungen zu beschleunigen. Die Probleme von Präsident Mitterrand seien ja bekannt. Die französische Innenpolitik stehe vor schwierigen Problemen, die sich vor allem im Süden Frankreichs konzentrierten, wo die französischen Sozialisten über Mehrheiten in den Wahlkreisen verfügten. Sein Ziel sei es jedoch, in der Frage des Beitritts während der französischen Präsidentschaft[10] so weit wie möglich zu kommen. Die irische Präsidentschaft dürfe auch nicht überfordert werden. Dies gelte auch für die ungelöste britische Ausgleichsfrage. Außerdem bedürften die Mitgliedstaaten auch ausreichender Zeit für das Ratifikationsverfahren. Die Bundesregierung werde dies so schnell wie möglich vollziehen. Er wolle aber dem Ministerpräsidenten versichern, daß er selbst noch einmal seine Kollegen in der Europäischen Gemeinschaft drängen werde, die Verhandlungen mit Spanien und Portugal zu beschleunigen. Es sei wichtig, daß Spanien und Portugal zum 1. Januar 1986 als Vollmitglieder der Europäischen Gemeinschaft beitreten könnten.

Dieser Beitritt Spaniens und Portugals sei auch unter politischen Gesichtspunkten besonders wichtig. Er habe den Eindruck, daß in Spanien eine große Bereitschaft bestehe, an der politischen Fortentwicklung Europas mitzuwirken. Wenn Spanien bereit sei, gemeinsam mit Frankreich, den Benelux-Staaten und Italien neue politische Initiativen zu ergreifen, werde dies der Europäischen Gemeinschaft einen großen politischen Impuls geben. Es bleibe aber wichtig, die Tür für Großbritannien offenzuhalten.

Der Bundeskanzler leitete auf das Thema der NATO-Mitgliedschaft Spaniens über. Er wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten Spaniens einmischen. Er gehe jedoch davon aus, daß Ministerpräsident González in der NATO bleiben wolle. Er wolle dies jedoch offen ansprechen: Ein kraftvolles Europa brauche ein starkes Spanien. Ein solches Spanien könne es aber nur innerhalb der NATO geben.

Ministerpräsident *González* erwiderte, daß er offen zugeben müsse, daß in der spanischen Öffentlichkeit die Mitgliedschaft in der NATO[11] eine große Ablehnung finde. Diese Ablehnung folge mehr instinktiv als überlegt. Die Frage der NATO-Mitgliedschaft könne die politischen Kräfte in Spanien erneut aufspalten. Er schließe nicht aus, daß die Kommunisten aufgrund dieser Diskussion wieder 10 bis 12% Wähleranteile erringen könnten. Zweifellos könne ein erfolgreicher Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft eine psychologi-

7 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 137, Anm. 10.

8 Vgl. dazu die Beschlüsse der Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart („Stuttgarter Paket"); Dok. 3, Anm. 10.

9 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 20. Mai 1984 in Saarbrücken vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

10 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

11 Korrigiert aus: „Mitgliedschaft der NATO".

sche „Deblockierung“ bewirken. Aber es dürfe nicht ein zu enger Zusammenhang zwischen dem EG-Beitritt und der NATO-Mitgliedschaft hergestellt werden. Er wolle offen sagen, was sein zukünftiger Weg und seine Absicht seien. Es sei ihm bisher vor allem darum gegangen, das Thema in der Öffentlichkeit abzukühlen.

Im Sommer 1982 habe Spanien den Vertrag mit dem Beitritt zum atlantischen Bündnis unterzeichnet.[12] Im Oktober 1982 haben die Wahl und der Regierungswechsel stattgefunden.[13] Nach dieser Wahl sei es ihm darum gegangen, die im Wahlkampf erhitzten Gemüter über die Frage der Mitgliedschaft Spaniens in der atlantischen Gemeinschaft abzukühlen. Gleichzeitig sei es ihm darum gegangen, einen geeigneten Rahmen für die spanischen Sicherheitsinteressen zu suchen. Er wolle auf der einen Seite nicht der Versuchung der Neutralität erliegen und auf der anderen Seite einen Beitrag zur kollektiven Sicherheit Europas leisten. Er diskutiere sehr bewußt öffentlich die Frage des spanischen Beitrags zur kollektiven Sicherheit Westeuropas. Spanien müsse einen solchen Beitrag für die europäische Sicherheit leisten. Seine Regierung werde ihre eigene Haltung klar definieren, und zwar sehr genau, und dann darüber das Volk befragen.[14] Er hoffe, daß er diese Diskussion innerhalb seiner eigenen Regierung ohne großen Verschleiß voranbringen könne, ohne die erklärten Alternativen der politischen Rechten oder der Kommunisten übernehmen zu müssen.

Im Augenblick werde in Spanien viel über diese Frage diskutiert. Er wolle dem Bundeskanzler zum ersten Male sagen, wann die europäischen Partner der spanischen Regierung erstmals helfen sollten. Man müsse sich dabei der psychologischen Lage in Spanien in der Frage der europäischen Sicherheit bewußt sein. Es sei z. B. falsch gewesen, was Fraga Iribarne vorgestern im spanischen Parlament gesagt habe, daß der Preis für die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft der Verbleib Spaniens in der NATO sei. Ihm ginge es darum, diesen unmittelbaren Zusammenhang zwischen EG-Mitgliedschaft und NATO zu durchbrechen und der Bevölkerung den Gesamtzusammenhang zwischen den wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Interessen Spaniens in Europa deutlich zu machen. Er gehe dabei von folgender Überlegung aus: Spanien werde sich in den nächsten Jahren an die Europäische Gemeinschaft anpassen und dafür mit einem Schock bezahlen müssen. Wenn man jetzt bereits sage, daß der Preis für die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft das Verbleiben Spaniens in der NATO sei, dann könne er gegenüber den Bürgern in den folgenden Jahren nicht begründen, warum sie einen solchen Schock ertragen und vor allem wofür sie ihn erleiden müßten. Er wolle keinen Zweifel daran lassen, was in den nächsten Monaten geschehen werde. Die Frage der spanischen NATO-Mitgliedschaft sei ein Kampfthema. Auf seinem Parteitag im Dezember[15] werde es darüber heftige Diskussionen geben. Sollte der Beitritt

12 Die NATO-Mitgliedstaaten und Spanien unterzeichneten am 10. Dezember 1981 in Brüssel ein Protokoll zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 über den Beitritt Spaniens, der am 30. Mai 1982 erfolgte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 400–402.

13 Nach den Parlamentswahlen in Spanien am 28. Oktober 1982 wurde am 2. Dezember 1982 eine neue Regierung unter Ministerpräsident González vereidigt.

14 Zum beabsichtigten Referendum über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 26, Anm. 2.

15 Der XXX. Parteitag der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) fand vom 13. bis 16. Dezember 1984 in Madrid statt.

Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft erfolgen, werde der Zusammenhang zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der europäischen Sicherheit deutlich werden. Werde seine Partei für die Mitgliedschaft votieren, werde damit das Thema in der Öffentlichkeit deblockiert und das Referendum erleichtert. Werde sich jedoch seine Partei gegen die Mitgliedschaft in der NATO aussprechen, werde es zu einer ernsthaften Krise zwischen der Regierung und der Partei kommen. Wenn man deshalb sage, Spanien müsse selbst entscheiden und man wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten Spaniens einmischen, dürfe man dennoch Spanien nicht mit seinen inneren Problemen alleine lassen.

Der *Bundeskanzler* fragte Ministerpräsident González, ob er glaube, daß es hilfreich sein könnte, wenn andere europäische Regierungen öffentlich erklärten, daß Spanien in der NATO verbleiben solle.

Ministerpräsident *González* erwiderte, daß dies dann nicht nützlich sei, wenn ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und der in der NATO hergestellt werde. Es könne jedoch sehr hilfreich sein, wenn gesagt werde, man begrüße, daß Spanien Mitglied in der NATO und dort herzlich willkommen sei.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er gerne bereit sei, sich dazu öffentlich zu äußern, wenn dies der Ministerpräsident für nützlich halte. Eine solche öffentliche Erklärung könne jederzeit über seinen Mitarbeiter Teltschik und die Mitarbeiter des Ministerpräsidenten kurzfristig vorbereitet und abgestimmt werden.

Ministerpräsident *González* antwortete, daß er den Bundeskanzler indirekt ja bereits gebeten habe. Er möge jedoch nicht vergessen, daß diese Frage in Spanien eine sehr sensible sei und die Gefahr bestehe, daß die Kommunisten ihren Einfluß verstärken und wieder 10% der Wählerstimmen erringen könnten. Dies würde die psychologische Lage verschlechtern.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er die Rolle der Bundesrepublik nicht überschätzen wolle, aber vielleicht könne das Wort der Bundesregierung besonders nützlich sein, weil es zwischen der Bundesrepublik und Spanien keine bilateralen Probleme gebe. Er erinnere nur an die engen Verbindungen, die zwischen beiden Ländern bestünden, über die zahlreichen Urlauber bzw. Gastarbeiter. Auch die Mentalitäten der beiden Völker würden sich nicht ausschließen. Er wolle deshalb nur das tun, was für Ministerpräsident González nützlich sei. Er solle ihn wissen lassen, wenn er z. B. einmal ein Interview im spanischen Fernsehen geben solle.

Ministerpräsident *González* erläuterte seine Absicht, führende europäische Politiker zu einer Fernsehdiskussion einzuladen, die darüber sprechen sollten, wie Spanien aus der Isolierung herausgeholt werden könnte. Das Ziel sei, von wichtigen europäischen Politikern in der Öffentlichkeit gute Argumente zu erfahren. Er wolle mit einer Kampagne für die NATO-Mitgliedschaft im Oktober beginnen. Seine Vorstellungen dazu seien bereits ziemlich klar.

Das Thema EG-Beitritt und NATO-Mitgliedschaft sei von hoher Sensibilität. Probleme ergäben sich auch aus den neuen Verordnungen über Obst und Gemüse. Sorge bereite ihm auch die Frage, ob sich aus der EG-Mitgliedschaft neue soziale Probleme für die spanischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik ergeben können.

Der *Bundeskanzler* erläuterte die Ausländerpolitik der Bundesregierung. Er könne zusichern, daß sich im Verlauf des Sommers die Frage der spanischen Gastarbeiter entkrampfen werde. Es gebe in der Bundesrepublik keine Probleme mit den spanischen Gastarbeitern. Er wolle offen sagen, daß sich die Probleme der Bundesrepublik vor allem auf die türkischen Gastarbeiter konzentrierten. Der Bundeskanzler schilderte ausführlich die aktuellen Probleme mit den türkischen Gastarbeitern. Die Bundesrepublik sei kein Einwandererland und könne auf Dauer nicht 1,8 Millionen Türken verkraften. Er selbst habe keine persönlichen Probleme mit Türken. Zwischen der Türkei und Deutschland gebe es alte traditionelle und gute Beziehungen, die er weiter pflegen wolle. Das entscheidende Problem der Türken sei, daß sie aus einer anderen Hochkultur kämen als z. B. die Spanier, Italiener oder Jugoslawen. Der Bundeskanzler verwies auf das Problem der Koranschulen und der Moscheen in Deutschland. Allein in Frankfurt gebe es heute 17 Moscheen. Berlin sei heute die drittgrößte Türkenstadt nach Istanbul und Ankara. Er frage beispielsweise seine türkischen Gesprächspartner, vor welchen Problemen sie denn stünden, wenn in einer anatolischen Stadt 17 katholische Kirchen eingerichtet würden. Der Bundeskanzler erläuterte in diesem Zusammenhang die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur Integration bzw. Rückführung[16] der Türken. Ziel seiner Regierung sei es, zu erreichen, daß etwa die Hälfte der Türken wieder in ihre Heimat zurückkehre und die andere Hälfte integriert werde. Den spanischen Gastarbeitern stelle sich kein vergleichbares Problem. Er könne dem Ministerpräsidenten versichern, daß dieser keine Probleme haben werde.

Ministerpräsident *González* ging noch kurz auf die Ost-West-Beziehungen ein. Der Besuch des spanischen Königs in Moskau[17] habe gezeigt, daß die Sowjetunion ihre Position nicht ändern werde. Zugleich sei der Besuch aber ein Beweis für die Dialogbereitschaft Moskaus gewesen. Die Rede des Königs[18] sei gut aufgenommen worden. Sie sei in der Sache klar, aber in der Form höflich gewesen.

Der *Bundeskanzler* bat den Ministerpräsidenten, ihn auf einen wichtigen Punkt ansprechen zu dürfen. Er berichtete von seinen heftigen Diskussionen in Israel mit der dortigen Regierung.[19] Im Augenblick würden Wahlen stattfinden, und obwohl er ein christlicher Demokrat sei, hoffe er dieses Mal, daß die Arbeiterpartei die Wahl gewinnen werde.[20] Obwohl er Sozialist sei, habe er sich für den

16 Das Gesetz vom 28. November 1983 zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern (Rückkehrhilfegesetz) sah für arbeitslose ausländische Arbeitnehmer, die bis zum 30. Juni 1984 einen Antrag stellten, die Möglichkeit einer Rückkehrhilfe in Höhe von 10500 DM zuzüglich 1500 DM für jedes zurückkehrende Kind vor. Vorgesehen war ferner die Beratung dieser Personen über „Möglichkeiten der beruflichen Eingliederung einschließlich der Gründung einer selbständigen Existenz in den Heimatländern". Rückkehrwillige Personen konnten sich außerdem geleistete Beiträge zur Rentenversicherung, zur betrieblichen Altersvorsorge und zu staatlich begünstigten Spareinlagen zurückzahlen lassen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil I, S. 1377–1380.

17 König Juan Carlos hielt sich vom 10. bis 15. Mai 1984 in der UdSSR auf.

18 Für den Wortlaut der Tischrede des Königs Juan Carlos am 10. Mai 1984 in Moskau vgl. den Artikel „V družestvennoj obstanovke"; PRAVDA vom 11. Mai 1984, S. 2.

19 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.

20 Zu den Parlamentswahlen am 23. Juli 1984 in Israel vgl. Dok. 224, Anm. 10.

Wahlerfolg von Duarte in El Salvador[21] eingesetzt, warf Ministerpräsident *González* ein. Der *Bundeskanzler* fragte den Ministerpräsidenten, warum seine Regierung keine diplomatischen Beziehungen mit Israel aufgenommen habe.

Ministerpräsident *González* erwiderte, daß er auf die geschichtlichen Gründe nicht eingehen wolle. Die israelische Regierung habe das Franco-Regime nicht anerkannt, und deshalb habe es keine diplomatischen Beziehungen gegeben, dabei sei es auch nach Franco geblieben. Seine Regierung sei die erste spanische Regierung, die sich mit dieser Frage befasse. Er wolle dem Bundeskanzler vertraulich sagen, daß er davon ausgehe, daß in ein bis zwei Jahren die diplomatischen Beziehungen aufgenommen werden könnten.[22] Die Araber seien sich dessen bereits bewußt, dennoch werde er darüber im Augenblick noch nicht öffentlich reden. Für ihn sei es eine unnatürliche Sache, daß es zwischen Spanien und Israel noch keine diplomatischen Beziehungen gebe, weil es bereits zwischen beiden Staaten einen sehr intensiven Austausch gebe.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er dem Ministerpräsidenten sehr zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen rate. Er verwies dabei auf das starke Agitationspotential, über das Israel weltweit und vor allem in den USA verfüge. Im Anschluß daran erläuterte der Bundeskanzler ausführlich das Verhältnis der Deutschen zum Staat Israel seit Konrad Adenauer.

Abschließend sprach Ministerpräsident *González* noch einmal kurz die Probleme in Zentral- und Südamerika an. Die Lage sei sehr besorgniserregend. Er halte es deshalb für sehr wünschenswert, wenn es zwischen den Christdemokraten und den Sozialdemokraten in Europa zu einer Zusammenarbeit kommen könnte. Er wolle noch einmal nachdrücklich sagen, daß er alles tun werde, um den neugewählten Präsidenten von El Salvador, Duarte, zu unterstützen.

Der Bundeskanzler und Ministerpräsident González begaben sich im Anschluß zum Delegationsgespräch.[23]

VS-Bd. 14125 (010)

21 Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 25. März 1984 in El Salvador erzielte kein Kandidat die notwendige absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang am 6. Mai 1984 siegte der Kandidat der christdemokratischen Partei, Duarte.

22 Israel und Spanien nahmen am 17. Januar 1986 diplomatische Beziehungen auf.

23 Im ersten Teil des deutsch-spanischen Regierungsgesprächs unter Leitung des Bundesministers Genscher und des spanischen Außenministers Morán wurden der EG-Beitritt Spaniens und der Status Gibraltars erörtert. Nach Hinzutritt von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident González wurden die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich und auf dem Gebiet der Verteidigung, besprochen, ferner Probleme des Terrorismus und die wirtschaftliche Lage in Mittelamerika. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 150997.

144

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow

012-312.74 VS-NfD **18. Mai 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 44 Ortex

Zum Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China, Li Peng, in der Bundesrepublik Deutschland vom 6.–16.5.1984

I. Anlaß des Besuches war die Unterzeichnung des deutsch-chinesischen Abkommens über die friedliche Nutzung der Kernenergie am 9. Mai 1984.[2] BM als Gastgeber führte mit Li Peng einen eineinhalbstündigen Meinungsaustausch über politische Fragen, in dem die Grundlinien der chinesischen Politik, sino-sowjetisches und sino-amerikanisches Verhältnis, DW-Politik, internationale und bilaterale Fragen erörtert wurden.[3] Li Peng wurde vom Bundespräsidenten[4] und Bundeskanzler[5] empfangen und führte Gespräche mit BMWi, BMV, BMFT[6] und BMP[7]. Bei einer sich anschließenden Informationsreise durch mehrere Bundesländer konnte der Gast in sehr intensiven Besichtigungen und Fachgesprächen neue Bereiche der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit erörtern und einen guten Eindruck von der technologischen Leistungsfähigkeit und dem Willen zur Partnerschaft der deutschen Industrie gewinnen.

Der Besuch war die wichtigste deutsch-chinesische Begegnung seit dem Staatsbesuch des Bundespräsidenten in China 1982.[8] Er bot die Gelegenheit, mit einem hochrangigen chinesischen Politiker, der – wenn auch Experte im Ener-

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des Abkommens vom 9. Mai 1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 555–558.

3 Für das Gespräch am 9. Mai 1984 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 421, Bd. 141368.

4 Bundespräsident Carstens und der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Li Peng trafen am 15. Mai 1984 zusammen und befaßten sich mit den bilateralen Beziehungen, den chinesisch-sowjetischen Beziehungen, den Europäischen Gemeinschaften sowie Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 421, Bd. 141368.

5 Das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng fand am 10. Mai 1984 in Stuttgart statt. Erörtert wurden die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich, besonders die Frage der Errichtung von Kernkraftwerken in der Volksrepublik China, sowie die amerikanisch-chinesischen bzw. chinesisch-sowjetischen Beziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178884.

6 Ministerialdirigent Berendonck notierte am 21. Mai 1984, gegenüber Bundesminister Dollinger habe der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Li Peng am 7. Mai 1984 den geplanten Ausbau der Eisenbahn, des Straßennetzes und der Binnenschiffahrt in der Volksrepublik China angesprochen. Im Gespräch mit Bundesminister Graf Lambsdorff am selben Tag habe Li Peng erläutert, die Volksrepublik China plane bis zum Jahr 2000 den Bau von sechs Kernkraftwerken. Über die ersten drei werde bereits mit Frankreich, Japan und den USA verhandelt. Ferner seien die Zusammenarbeit im Kohlebereich und die Möglichkeit der Lieferung von Flugzeugen vom Typ „Airbus“ besprochen worden. Auch mit Bundesminister Riesenhuber sei im Gespräch am 10. Mai 1984 in Stuttgart die Kernenergie thematisiert worden, insbesondere das chinesische Interesse an der Gaszentrifugentechnologie. Vgl. dazu Referat 341, Bd. 133581.

7 Christian Schwarz-Schilling.

8 Bundespräsident Carstens hielt sich vom 11. bis 17. Oktober 1982 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 269.

gie- und Verkehrsbereich – der Erörterung internationaler und breit angelegter bilateraler Fragen aufgeschlossen war, den politischen Dialog weiterzuführen und einen großen Bereich gemeinsamer oder dicht beieinanderliegender Auffassungen festzustellen. Die VR China sieht dem Besuch des Bundeskanzlers im Oktober 1984[9] mit Erwartung entgegen.

II. Im einzelnen

1) Sino-sowjetische Beziehungen

Veränderung der bisherigen chinesischen Ansicht, nach der hegemonistische Politik von SU als offensiv, USA als defensiv eingeschätzt wird. Beide Supermächte sind nach Lis Aussagen jetzt (wenn auch auf verschiedenen Gebieten) sowohl offensiv wie defensiv. Für China und seine Sicherheit wird ebenso wie für Europa Hauptgefahr jedoch weiterhin in SU gesehen. Li betonte die mangelnde Konzessionsbereitschaft der SU bei den drei bekannten Hindernissen für eine Normalisierung (Abzug aus Afghanistan, Einstellung Unterstützung Vietnams bei Kambodscha-Okkupation[10], Truppenreduzierung in Mongolei und an chinesischer Nordgrenze). China strebt langfristig Verbesserungen in staatlichen Beziehungen mit SU an, die jedoch keinesfalls in Zustand enger Kooperation der 50er Jahre zurückführen werden. Plötzliche Absage des Chinabesuchs von Stv. SU-MP Archipow[11] wurde als „unglückliche Verhaltensweise" der SU bezeichnet.

2) Sino-amerikanische Beziehungen

Li nannte den Reagan-Besuch in China[12] erfolgreich, stimmte der amerikanischen Bewertung, die Beziehungen seien in eine „reifere Phase" eingetreten, nicht zu. Es könne durch diesen Besuch zu einer Phase der Entwicklung stabiler Beziehungen kommen, vorausgesetzt, daß von US-Seite nichts geschehe, was diese Stabilität unmöglich mache. China hoffe, daß der US-Präsident nach dem Besuch China besser verstehe, was gut sei für die künftige Handhabung der amerikanischen China-Politik. Hauptdifferenzen bestünden in der Taiwanfrage und in der Politik gegenüber der DW, besonders in Nahost und Mittelamerika.

3) Dritte-Welt-Politik

Li und BM sprachen ausführlich über die Verantwortung für die Entwicklung der Länder der DW zu Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Hier gebe es, so BM, enge Berührungspunkte, über die zwischen der VR China und uns ausführlicher gesprochen werden sollte. BM würdigte dabei die Teilnahme chinesischen MP[13] an dem Gipfel von Cancún[14] als Zeichen dafür, daß Cancún über die Grenzen der politischen Systeme hinausreiche.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

10 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine provietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea" ausgerufen.

11 Zur Absage des für den 10. Mai 1984 geplanten Besuchs des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Archipow in der Volksrepublik China vgl. Dok. 131, Anm. 12.

12 Präsident Reagan hielt sich vom 26. April bis 1. Mai 1984 in der Volksrepublik China auf.

13 Zhao Ziyang.

14 In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

BM trat für regionale Zusammenschlüsse ein, die kleinen und mittleren Staaten ermöglichen, sich aus der Schwerkraft der großen zu befreien. Er würdigte den wichtigen regionalen Zusammenschluß der ASEAN-Länder und bezeichnete auch in Mittelamerika regionale Zusammenarbeit für ein geeignetes Mittel der Stabilisierung der Lage.

4) Europa

Li wiederholte den chinesischen Wunsch nach einem starken, einigen Europa, in dem die BR Deutschland eine ihrem Gewicht angemessene, noch größere Rolle spielen sollte. Er wünschte sich auch eine gute Zusammenarbeit zwischen EG und VR China.

5) Abrüstung

China sieht in der Eskalation des Wettrüstens eine Hauptgefahr für den Weltfrieden und würde deshalb begrüßen, wenn SU und USA, die über 95 Prozent der Nuklearwaffen verfügen, zu ernsthaften Verhandlungen zurückkehrten. China tritt für baldige Fortsetzung der Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und über strategische Waffen[15] ein.

6) Bilaterale Fragen

Im bilateralen Bereich würdigten BK, BM und Stv. MP Li den guten Stand der Handelsbeziehungen (D drittgrößter Handelspartner Chinas mit 4,71 Mrd. DM 1983 – nach Japan und USA, ohne Hongkong) und sprachen sich für weitere Fortschritte in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aus. BK und BM äußerten den Wunsch nach einer Intensivierung der kulturellen Beziehungen und des Studentenaustauschs, der nicht nur Sprach-, sondern besonders Fachstudenten, Ingenieure etc. umfassen solle.

III. Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie

Es wurde am 9. Mai 1984 von BM Genscher und Riesenhuber einerseits und Stv. MP Li Peng andererseits unterzeichnet. Das Abkommen definiert den Rahmen der künftigen Zusammenarbeit. Es stellt insbesondere sicher, daß die beiderseitige Zusammenarbeit nur friedlichen Zwecken dient und nicht zur Herstellung und Verbreitung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern beiträgt, weder in China noch in dritten Ländern. Kontrollen sind mit China nicht vereinbart worden, weil China ein Kernwaffenstaat ist. Dies steht im Einklang mit dem NV-Vertrag[16] und den Londoner Richtlinien der nuklearen Hauptlieferländer.[17] Wir respektieren die chinesische Souveränität, behandeln die VR China als gewissenhaften Vertragspartner und betrachten die Unterschrift ihrer Regierung als eine bona fide eingegangene Verpflichtung.

IV. Besonders hervorzuheben bleibt:

Mit dem Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie wurde ein weiterer bedeutender Baustein zur wissenschaftlich-

15 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

16 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

17 Zu den Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 57, Anm. 3.

technologischen Zusammenarbeit mit der VR China gelegt. Es ist das erste derartige Abkommen Chinas mit einem westlichen Land (sino-amerikanisches Abkommen[18] wurde bisher nur paraphiert). Die Unterzeichnung bot eine gute Gelegenheit zur Darstellung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gegenüber einem hochrangigen chinesischen Politiker.

Die politischen Gespräche unterstrichen die hohe Qualität der deutsch-chinesischen Beziehungen. Sie fanden in einer offenen und herzlichen Atmosphäre statt. Zu allen wichtigen internationalen Fragen bestehen gleiche oder ähnliche Ansichten.

Vgl. auch Infofunk-Meldungen: Nr. 2093 d/o, 1042 d/o, 2081 d/o und 1034 d/o vom 9.5. Nr. 1041 d/o, 1043 d/1-2, 2099 d/o und 1052 d/o vom 10.5.1984. Nr. 2157 d/o, vom 15.5., 2171 d/o vom 16.5. sowie Nr. 2190 d/o vom 17.5.1984.

[gez.] Karkow

Referat 421, Bd. 141368

145

Botschafter Verbeek, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt

114-1856/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 18. Mai 1984, 10.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 409 **Ankunft: 18. Mai 1984, 17.01 Uhr**

Betr.: deutsche und deutschstämmige Verschwundene in Argentinien;
hier: Klaus Zieschank[2]

Bezug: DB Nr. 312 vom 6.4.1984 – RK 531.45 VS-v[3]

1) Wochenlange Bemühungen der beiden Anwälte und der Botschaft, Einsicht in die Gerichtsakten der Causa Nr. 42414 am Strafgericht in La Plata zu erhalten,

18 Zu dem am 30. April 1984 paraphierten amerikanisch-chinesischen Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 129, Anm. 26.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Kausch am 21. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat Haller verfügte.
Hat Haller am 21. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Schubert vorgelegen.

2 Klaus Zieschank, der die deutsche und argentinische Staatsangehörigkeit besaß, verschwand am 26. März 1976 in Buenos Aires. Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Aufklärung seines Schicksals vgl. AAPD 1977, II, Dok. 169, und AAPD 1983, I, Dok. 122.

3 Botschafter Verbeek, Buenos Aires, berichtete, die argentinische Anwältin Maratea sei in der Botschaft vorstellig geworden und habe mitgeteilt, daß bei ihrem Kollegen Baños die Mutter des in Argentinien verschwundenen Hector René Navarro vorgesprochen habe. Diese habe um Unterstützung bei der Einleitung eines Strafverfahrens wegen Totschlags an ihrem Sohn gebeten und einen Gerichtsregisterauszug vorgelegt, aus dem hervorgehe, daß seit dem 27. Mai 1976 beim Strafrichter Mayón ein Ermittlungsverfahren wegen der Tötung von Navarro und des ebenfalls verschwundenen Klaus Zieschank anhängig gemacht worden sei. Maratea und Baños seien der Ansicht, daß Klaus

waren gestern endlich erfolgreich. Die Gerichtsakten, die angeblich bereits vor über drei Wochen dem Gerichtsarchiv in La Plata entnommen und nach Buenos Aires versandt worden waren, trafen gestern im Gericht in Buenos Aires ein. Anwalt Dr. Baños und Leiter RK[4] konnten die Akte sofort nach Eintreffen in Augenschein nehmen und erhielten auch Kopien der wichtigsten Dokumente (amtliche Todesbescheinigung, Ermittlungsergebnis) ausgehändigt.

2) In der Gerichtsakte befinden sich entsetzliche Fotos, die unmittelbar nach Entdeckung der beiden Leichen aufgenommen wurden. Dr. Baños und Leiter RK sind davon überzeugt, daß es sich bei einem der beiden Opfer um Zieschank handelt (der andere Tote ist Navarro, vergleiche Bezugs-DB). Laut Gerichtsakten waren beide Opfer auf der Höhe von Quilmes am 27.5.1976 an das Ufer des Rio de la Plata geschwemmt worden. Laut Obduktionsbefund waren sie zu diesem Zeitpunkt etwa 20 Tage tot (amtliche Todesursache: Strangulierung). Die Körper der beiden Leichen waren mit Draht zusammengekettet. Beide Opfer waren am Hals und an den Fußgelenken mit Draht gefesselt. Während ein Opfer darüber hinaus noch an Brust, Händen und Oberschenkeln mit Draht gefesselt war, war über den Kopf des anderen Opfers eine Plastikkapuze gezogen worden.

Aus den Gerichtsakten ergibt sich weiter, daß der das Ermittlungsverfahren leitende Richter Dr. Mayón nach Vergleich der Fingerabdrücke zu dem Ergebnis kam, daß es sich bei den Toten um Zieschank und Navarro handelt. Dabei befinden sich auch in den Gerichtsakten die von Richter Mayón ermittelten Namen der Eltern der beiden Opfer, ohne daß diese jedoch über den Tod ihrer Söhne informiert worden wären. Die Akte endet mit dem förmlichen vorläufigen Einstellungsbeschluß des Verfahrens vom 24. November 1976, wobei sich in der Akte keinerlei Hinweise auf konkrete Ermittlungsbemühungen gegen die Täter finden.

3) Frau Zieschank, die bereits aus anderem Anlaß einen Gesprächstermin mit Leiter RK für gestern nachmittag vereinbart hatte, wurde am 16.5. nachmittags in meinem Dienstzimmer in meiner Anwesenheit von Dr. Baños über den wesentlichen Inhalt der Gerichtsakten in Kenntnis gesetzt. (Leiter RK war ebenfalls zugegen.) Sie nahm den Bericht von Dr. Baños mit einer Mischung aus Mißtrauen, Fassungslosigkeit und schließlich kopfschüttelndem Unglauben auf und verwies darauf, daß schon das offizielle Todesdatum 7. Mai 1976 (so ist es in der amtlichen Todesbescheinigung festgehalten!) nicht stimmen könne, da eine französische Zeugin, die mit ihrem Sohn zusammen in der fraglichen Zeit inhaftiert gewesen sei, ihren Sohn noch Mitte Mai 1976 lebend gesehen habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 701

Zieschank „mit allergrößter Wahrscheinlichkeit zusammen mit Navarro sehr bald nach seiner Verhaftung getötet worden sei. Allerdings sei ein abschließendes Urteil erst möglich, wenn die Identität Zieschanks anhand der Gerichtsakten zweifelsfrei festgestellt worden sei." Vor Eintreffen der Akten und der dadurch möglichen abschließenden Feststellung der Identität Zieschanks sollten weder seine Mutter noch das argentinische Außenministerium informiert werden. Verbeek legte dar, daß die Botschaft diese Ansicht teile: „Sie ist aber entschieden der Ansicht, daß Frau Zieschank zum frühestmöglichen Zeitpunkt, d.h. unmittelbar nach Gewißheit über die Identität von Zieschank anhand der Akten, über die traurige Wahrheit in Kenntnis gesetzt werden muß. Unter allen Umständen muß Eindruck vermieden werden, daß Frau Zieschank mit Rücksicht auf Besuch BM wichtige Informationen vorenthalten werden." Vgl. VS-Bd. 13588 (330); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Bernd Sproedt.

4) Botschaft geht davon aus, daß Frau Z. in den nächsten Tagen doch Einsicht in die Gerichtsakten nehmen wird. Sie steht mit den beiden Anwälten der Familienangehörigen über die dann zu ergreifenden Maßnahmen in ständigem Kontakt. Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß an die deutsche oder argentinische Öffentlichkeit irgendeine Nachricht vom Tode Klaus Zs. gelangt, bevor nicht Frau Z. selbst die Identität ihres Sohnes anhand der Gerichtsakten und damit dessen Tod bestätigt hat.

5) Ich werde in der kommenden Woche die Angelegenheit im argentinischen AM auf hoher Ebene (möglichst Frau Kelly) aufnehmen und dabei besonders auf die Bedeutung des aktuellen kollektiven Habeas-Corpus-Verfahrens hinweisen.

[gez.] Verbeek

VS-Bd. 13588 (330)

146

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Saarbrücken

VS-vertraulich **20. Mai 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand in Saarbrücken am 20. Mai 1984[2]

Anwesend auf französischer Seite: Herr Attali als Note-taker, Frau Stoffaës als Dolmetscherin.

Auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Bouverat als Dolmetscherin.

Bundeskanzler eröffnet das Gespräch mit Hinweis auf Äußerung Ustinows über Raketenstationierung vor amerikanischen Küsten.[3] Dies werde dazu füh-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 21. Mai 1984 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 4. Juni 1984 zur „persönlichen Unterrichtung“ an Bundesminister Genscher übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 4. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BK hat BM persönl[ich] informiert.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 20. Mai 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 147.

3 Am 21. Mai 1984 wurde in der Presse gemeldet, der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow habe am Vortag gegenüber der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS erklärt, die UdSSR habe die Zahl ihrer mit Nuklearraketen bestückten U-Boote vor den Küsten der USA erhöht, „um die Bedrohung des sowjetischen Territoriums“ auszugleichen, „die von den in Westeuropa stationierten amerikani-

ren, daß Präsident Reagan 2% Stimmen mehr bekomme.[4] Die Reaktion werde hier die gleiche sein wie beim Olympia-Boykott.[5] Er habe den bulgarischen Außenminister[6] gefragt, ob beim Olympia-Boykott die Wahlkampfhelfer von Reagan Pate gestanden hätten. Er glaube, daß in diesem Jahr im Verhältnis zur Sowjetunion nichts mehr laufe. Die anderen Ostblockstaaten bemühten sich um Kontakte. Schiwkow habe ihm zwei Botschaften geschickt.[7] Er wolle in Bonn einen Besuch abstatten.[8] Dies sei ein besonders interessanter Mann und einer der größten Überlebenskünstler im Ostblock. Er habe schon im letzten Jahr kommen wollen, doch sei dann eine Verschiebung eingetreten. Jetzt sei er auf der Krim gewesen und habe geschaut, woher der Wind weht. Auch Honecker wolle kommen.[9] Es gäbe mithin keine Anzeichen dafür, daß sich die Dinge verhärteten. Natürlich werde gedroht.

Bundeskanzler berichtet, er habe soeben mit MP Lubbers gesprochen. Dieser sehe noch nicht, wie er die Dinge mit der Stationierung ins Lot bringen könne. Die jetzt ins Auge gefaßte Lösung sei unakzeptabel, daß man nämlich die Sprengköpfe erst im Moment der Gefahr einfliege. Darin liege jedoch dann ein Element der Eskalation. Auch Craxi scheine Schwierigkeiten zu haben.

Präsident *Mitterrand* antwortet, die Schwierigkeiten Craxis seien wohl nicht so groß. Schwierigkeiten werde es aber in Belgien geben, wenn Lubbers keine Mehrheit bekomme.

Bundeskanzler äußert, Lubbers fehlten 14 Stimmen in seiner eigenen Partei, insgesamt fehlten an einer Mehrheit vier Stimmen.

Präsident *Mitterrand* fragt erneut nach der Haltung Belgiens.

Fortsetzung Fußnote von Seite 703

schen Mittelstreckensystemen ausgehe". Vgl. den Artikel „Moskau schickt weitere U-Boote vor die Küste Amerikas"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Mai 1984, S. 4.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5 Zum sowjetischen Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles vgl. Dok. 129, Anm. 21.

6 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 10. Mai 1984 in Stuttgart vgl. Dok. 131, Anm. 22.

7 In einem Schreiben vom 9. Februar 1984 an Bundeskanzler Kohl, das am 16. Februar 1984 übergeben wurde, thematisierte Staatsratsvorsitzender Schiwkow die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, die INF-Verhandlungen, die MBFR-Verhandlungen, ein Verbot chemischer Waffen, die KVAE sowie die bilateralen Beziehungen. Vgl. dazu das Schreiben; Referat 221, Bd. 128667.
Der bulgarische Außenminister Mladenow übergab Kohl am 10. Mai 1984 in Stuttgart ein Schreiben Schiwkows vom Vortag. Darin äußerte sich Schiwkow zum Stand der Ost-West-Beziehungen, insbesondere zur INF-Stationierung, den chemischen Waffen, der Rüstungskontrolle im Weltraum und dem Gewaltverzicht. Ferner sprach er die bilateralen Beziehungen an und legte dar: „Man hat Sie bereits informiert, daß ich mit Genugtuung Ihren Vorschlag für ein Treffen mit Ihnen Anfang März in Bonn akzeptiert hätte, wenn einige von mir im voraus angenommene internationale Engagements und Verpflichtungen in meinem Land nicht wären." Schiwkow schlug vor, „auf diplomatischem Wege" einen Termin zu bestimmen. Vgl. Referat 010, Bd. 178884.

8 Für den 8. März 1984 war ein Arbeitsbesuch des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik geplant. Botschaftsrat I. Klasse Laub teilte am 1. Februar 1984 mit, er sei am Vortag von bulgarischer Seite darüber informiert worden, daß es Schiwkow aufgrund internationaler Verpflichtungen und wegen der Vorbereitung der Landeskonferenz der Bulgarischen Kommunistischen Partei am 22./23. März 1984 in Sofia nicht möglich sei, die Bundesrepublik zu besuchen. Schiwkow sei jedoch bereit, den Besuch nachzuholen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 60; Referat 214, Bd. 132994.

9 Zu einem Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 80 und Dok. 98.

Bundeskanzler äußert, im Prinzip hätten die Belgier kein Problem. Ein Problem werde aber entstehen, wenn die Holländer kippten. Dann bestehe die Gefahr eines Flächenbrandes.

Präsident *Mitterrand* äußert, man werde noch einige schwierige Monate in dieser Frage durchleben müssen.

Das Gespräch wendet sich dann den EG-Fragen zu.

Präsident Mitterrand geht noch einmal auf die Genesis ein: In Stuttgart[10] habe man viel geregelt. In Athen[11] sei dann nicht viel geregelt worden, aber die Geister hätten sich doch weiterentwickelt. In Brüssel[12] habe man nun für fast alle Fragen Lösungen gefunden. AM Cheysson habe ihm berichtet, daß jetzt im Außenministerrat fast stets Ergebnisse von neun oder sogar zehn zustande kämen, um anstehende Fragen zu regeln. Es bleibe das britische Ausgleichsproblem. Dieses ziehe zwei weitere nach sich, nämlich die Frage der Erhöhung der Eigeneinnahmen und damit auch die Frage der Erweiterung[13]. Was die Position Großbritanniens anbetreffe, so sei sie in sich widersprüchlich. Durch seine Haltung verschiebe nämlich Großbritannien die Erweiterung, für die es ja andererseits auch eintrete. Über diese Erweiterung seien innerhalb der Gemeinschaft auf drei Gipfelkonferenzen alle einverstanden gewesen. Wenn man jetzt mit dem Vereinigten Königreich in den vor uns liegenden 18 Monaten nicht zu einer Regelung komme, würde uns 1986 das Geld für die Erweiterung fehlen. Während eines oder vielleicht auch eineinhalb Jahren störe das Problem nicht die Erweiterung. Auch jetzt brauchten wir natürlich schon mehr Geld, aber für andere Dinge. GB blockiere im Grunde genommen in seiner Haltung auch die eigene Lösung. Alle anderen Probleme seien gelöst. (Präsident Mitterrand zählt hier die Probleme auf, wie Agrarfragen, Währungsausgleich, Acquis etc.) Der Schwung, der in Stuttgart in die Gemeinschaft hineingekommen sei, habe in Brüssel einen nicht unbeträchtlichen Erfolg gehabt.

Dennoch bleibe das britische Problem. Frau Thatcher riskiere, gar nichts zu bekommen. Wenn es nur um das französische nationale Interesse ginge, würde ihn dies nicht stören. Aber das britische Problem vergifte uns als Europäische Gemeinschaft, und es gebe eben auch das europäische Interesse, dem er sich verpflichtet fühle. Wenn man dieses Problem isoliere, werde es immer schwerer zu lösen sein. Im übrigen dürfe Frau Thatcher nicht den Eindruck gewinnen, daß, wenn nicht in Fontainebleau[14], sie doch jedenfalls drei Monate später eine Lösung bekäme. Als er Frau Thatcher das letzte Mal gesehen habe[15], habe sie ihm gesagt, es genüge, wenn Deutschland, das Vereinigte Königreich und Frankreich einig seien. Er habe ihr geantwortet, er sei bereit, Konzessionen zu machen, aber nicht in der Frage der Gemeinschaftsprinzipien. Für ihn sei es ein großes Opfer, daß er bereits den Gedanken eines Systems akzeptiert habe. Der französische Vorschlag habe bekanntlich Fixbeträge vorgesehen. Er habe auch

10 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.
11 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 375.
12 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 vgl. Dok. 88.
13 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 137, Anm. 9 und 10.
14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.
15 Zum Gespräch des Staatspräsidenten Mitterrand mit Premierministerin Thatcher am 4. Mai 1984 in Paris vgl. Dok. 122, Anm. 21.

den Kompromißvorschlag Thorn/Lubbers akzeptiert, nämlich einen Festbetrag für zwei Jahre festzusetzen anstelle von fünf und dann das System einsetzen zu lassen. Jetzt verlange Frau Thatcher weitere Konzessionen. Als Berechnungsgrundlage soll das Jahr 1983 dienen, d.h., das System solle sofort einsetzen. Als Franzose sei er dagegen, das System könne erst ab 1986 gelten. Es gebe keinen Grund für ein früheres Einsetzen, da erst nach der Erweiterung die Ausgaben GBs größer würden. Als zweites Prinzip habe er gegenüber Frau Thatcher klargemacht, daß die Römischen Verträge[16] nicht berührt werden dürften. Es könne keine Rückerstattung an GB von Beträgen geben, die der Gemeinschaft gehörten, d.h. Zölle und Abschöpfungen. Wir hätten eine gemeinsame Außengrenze, auch die Belgier verlangten nicht Rückerstattung für Waren, die über Antwerpen hereinkämen. Dieser ganze Gedanke verstoße gegen das Prinzip der gemeinsamen Handelspolitik. Ein weiteres Gebiet, das für ihn prinzipielle Bedeutung habe, seien die Agrarabschöpfungen. Wenn man diese Regelung nicht aufrechterhalte, lade man jedes Land ein, außerhalb der Gemeinschaft zu kaufen. Er habe das Frau Thatcher gesagt. Wenn man nun von den von ihr geforderten 2 Mrd. ausgehe und 400 bis 500 Mio. ECU für Zölle und Abschöpfungen, die darin enthalten seien, abziehe, komme man auf einen Grundbetrag für mögliche Rückerstattung an das Vereinigte Königreich von 1500 bis 1600 Mio. ECU. Frau Thatcher selbst habe eine Rückerstattung von zwei Dritteln vorgeschlagen. Nach den Zahlen, die uns die Kommission auf den Tisch gelegt habe, handele es sich hier also um eine Milliarde, evtl. 1,4 oder 1,5 Mrd. ECU. Er halte die Grundsätze fest. Es könnten nur Summen erstattet werden, die vom VK selbst stammten, d.h. die Mehrwertsteuer, alles andere nicht. Wenn wir auf Frau Thatcher hörten, würde sie 90% zurückbekommen, und das sei „pas sérieux“.

Der *Bundeskanzler* erwidert, man müsse das politische Umfeld beachten. Er habe Margaret Thatcher gesagt[17], es sei eine katastrophale Politik von ihr zu glauben, daß unter irischer Präsidentschaft die Dinge besser gehen könnten als unter französischer[18]. Man müsse die Dinge klar sehen. Komme es nicht unter französischer Präsidentschaft zu einem Abschluß, dann könne die Lösung sehr lange dauern. Die Problematik des Verhältnisses Irland/Vereinigtes Königreich sei bekannt. Das Gespann Craxi/Thatcher werde bestimmt auch nicht gut funktionieren.

Präsident *Mitterrand* antwortet, wenn die Italiener die britischen Berechnungsmodalitäten annähmen, müßten sie sehr viel mehr bezahlen. Im übrigen werde 1985 ein italienischer Präsident gewählt[19], was die Konzessionsfreudigkeit der italienischen Regierung nicht erhöhen werde.

Bundeskanzler fährt fort, uns laufe die Zeit davon. In Portugal und Spanien gebe es zunehmend psychologische Probleme im Hinblick auf den EG-Beitritt.

16 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

17 Für das deutsch-britische Regierungsgespräch am 2. Mai 1984 in Chequers vgl. Dok. 122.

18 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne, Irland vom 1. Juli bis 31. Dezember 1984.

19 Am 24. Juni 1985 wurde der Präsident des italienischen Senats, Cossiga, zum Staatspräsidenten gewählt.

Auch müsse man die NATO-Probleme in Spanien sehen. Wir müßten zu einem Abschluß mit den Engländern kommen, um das Thema vom Tisch zu bekommen, weil es uns zu viel Kraft koste.

Präsident *Mitterrand* antwortet, als er gewählt worden sei[20], sei Frankreich gegen den Beitritt Spaniens und Portugals gewesen. Auch heute noch sei eine Mehrheit der Franzosen dagegen. Er habe jedoch sein Wort gegeben, weil er im Beitritt Spaniens und Portugals eine Frage von weltpolitischer Bedeutung sehe.

Bundeskanzler äußert, wir hätten eine ganz absurde Lage. Wie er auch zum Oppositionsführer Vogel im Bundestag[21] gesagt habe, seien unter französischer Präsidentschaft Dinge erledigt worden, die in den zehn Jahren vorher nicht gelöst werden konnten. Sein Vorgänger[22] habe zwar mit dem Vorgänger von Präsident Mitterrand[23] jede Woche telefoniert, doch seien die Probleme nicht gelöst worden, z. B. das Problem der Agrarüberproduktion, der Haushaltsdisziplin usw. Seine eigene Einschätzung sei, daß Frau Thatcher lieber vor der Wahl[24] als danach abschließen wolle. Ein Ausbleiben des Abschlusses sei für sie in der Wahl nicht nützlich. Sie habe auch begriffen, daß sie nachgeben müsse, aber sie wolle es nicht zugeben. Sie habe einfach im Unterhaus zu viel dazu gesagt. Sie habe dort gesagt, das und das müsse GB mindestens bekommen. Jetzt nagelten sie die Labour-Leute aus politischen Gründen auf ihre Äußerungen fest, auch einige Ultra-Tories. Auf der anderen Seite aber bedrängten sie die Europäer in der Konservativen Partei, sie dürfe Europa nicht aufs Spiel setzen. Er habe den Eindruck, daß Frau Thatcher sich bewege, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie eines Ergebnisses sicher sein könne. Sie wolle keine lange Diskussion mehr. Sie hoffe, daß ihr von Deutschland oder Frankreich gesagt werde, man werde die und die Lösung vorschlagen, und daß das dann auch funktioniere. Sie habe Angst, einen Fehler zuzugeben.

Präsident *Mitterrand* antwortet, dies sei vielleicht richtig, aber wo sei der Punkt, bis zu dem man nachgeben könne? Man könne vielleicht das eine oder andere etwas verhüllen, einkleiden.

Bundeskanzler äußert, Frau Thatcher sehe mit Mißbehagen, daß Deutschland und Frankreich in der nächsten Stufe eine politische Initiative vorbereiteten. Er habe Frau Thatcher gesagt, er sei durchaus pragmatisch, sei jedoch entschlossen, einen Schritt in Richtung auf das politische Europa zu tun. Dabei werde niemand ausgeschlossen, die Tür werde für die, die nicht gleich mitmachen wollten, offen bleiben. Jeder könne kommen. Und es würden viele kommen. Die Benelux-Staaten würden mitmachen, Spanien und Portugal vielleicht noch vor Griechenland und Dänemark. Präsident Eanes habe ihm gesagt, daß er in Por-

20 Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 10. Mai 1981 in Frankreich setzte sich François Mitterrand mit 51,75 % der Stimmen gegen Valéry Giscard d'Estaing durch, der 48,25 % erreichte. Mitterrand übernahm das Amt des Staatspräsidenten am 21. Mai 1981.

21 Bundeskanzler Kohl gab am 28. März 1984 eine Regierungserklärung zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 127, S. 4229–4233.

22 Helmut Schmidt.

23 Valéry Giscard d'Estaing.

24 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

tugal eine Vierfünftel-Mehrheit für die politische Einheit Europas habe.[25] Für MP González sei dieser Gedanke vielleicht für die politische Stabilisierung seiner Position wesentlich. Die Rechte würde sich in Spanien nicht gegen solche Pläne querlegen (mit Ausnahme vielleicht einiger Ultrarechter), zumal die spanische Industrie auf Europakurs gehe. In Italien wisse augenblicklich niemand, wie es weitergehe. Dies liege zum Teil am schlechten Zustand der Democrazia Cristiana. Auch die Präsidentenwahl spiele dabei eine Rolle. Wenn Präsident Pertini es schlau anfange und wiedergewählt werden wolle, so werde er bleiben.

Präsident *Mitterrand* äußert, wenn es nicht Pertini sei, dann werde vermutlich Andreotti gewählt werden. Einziger sonstiger Mitbewerber sei Spadolini.

Bundeskanzler stellt die Frage, ob Präsident Mitterrand die Chance sehe, noch vor der Wahl mit Frau Thatcher etwas zu erreichen. Er sei bereit mitzuspielen, aber hinsichtlich der Erfolgsaussichten eher skeptisch. Wo bleibe für Fontainebleau die Möglichkeit, weiterzukommen? Präsident Mitterrand habe gesagt, das System solle ab 1986 gelten. Also müsse man für 1984/85 einen Fixbetrag festsetzen. Aber schon jetzt müsse man sich über den Basisbetrag im klaren sein.

Präsident *Mitterrand* antwortet, Frau Thatcher spiele jetzt mit Zahlen. Wenn man für 1983 eine Milliarde als Basisbetrag nehme, dann würden die Rückerstattungen an Großbritannien sehr schnell ansteigen. Deutschland werde dann einen Plafond verlangen, Frankreich werde in die Position eines Nettozahlers geraten und auch einen Plafond verlangen. Ob er, der Bundeskanzler, glaube, daß die anderen den Ausgleich zahlen würden?

Bundeskanzler weist darauf hin, er habe nachts in Brüssel einen Kompromißvorschlag gemacht. Glaube der Präsident, daß Frau Thatcher einschlagen würde, wenn man ihr jetzt über mehrere Jahre fixe Beträge anbiete, die etwas höher seien? Er glaube, daß Frau Thatcher an 1100 denke. Das werde zwar viel Aufhebens geben, auch in der Bundesrepublik, aber wenn wir jetzt auf eine fixe Summe kämen, würden die anderen sicher zuschlagen.

Präsident *Mitterrand* fragt, ob der Bundeskanzler an fünf Jahre denke.

Bundeskanzler antwortet, man könne an drei oder vier Jahre denken. 1100 unter Zugrundelegung der von ihm in Brüssel gebotenen deutschen Beteiligungsquote könne er machen. Es müsse sich jedoch um einen Fixbetrag handeln. Es dürfe sich keinesfalls um Referenzbeträge für das System handeln.

Präsident *Mitterrand* fragt, ob man nicht über vier Jahre Steigerungen vorsehen könne.

Bundeskanzler äußert, ihm gehe es darum: Der Präsident habe gesagt, er sei nicht bereit, ein System vor 1986 zu akzeptieren. Wir müßten die Zeit bis 1986 überbrücken. Er wolle, daß Fontainebleau Erfolg habe. Wir brauchten den Erfolg in Fontainebleau, um im Winter darauf eine politische Initiative lancieren zu können. Wenn er Martens, Lubbers und die Italiener betrachte, so habe er eher den Eindruck, daß sie eine fixe Summe zu akzeptieren bereit seien. Konkret gesprochen: Er sei bereit, seine Zusage von einer Milliarde unter Beibehaltung des Prozentsatzes der deutschen Beteiligung auf 1,1 Milliarden auszudehnen.

[25] Bundeskanzler Kohl und Präsident Eanes trafen am 29. März 1984 in Lissabon zusammen. Vgl. Dok. 94.

Präsident *Mitterrand* weist darauf hin, daß Frau Thatcher größten Wert auf die Einführung eines Systems lege. Das Problem für Frau Thatcher sei, wie sie unsere Bedingungen akzeptieren könne, ohne zuzugeben, daß sie dies getan habe.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß man ihr ja mehr als eine Milliarde bieten werde. Er wolle allerdings hier kein Mißverständnis aufkommen lassen. Wenn die Summe höher sei als eine Milliarde, dürfe sie nicht Basissumme für das System werden. Das sei für ihn unakzeptabel. Er warne davor, in Jahresraten eine Steigerung einzubauen. Dann werde am Ende gesagt, daß man von diesen Zahlen nicht mehr zurück könne. Wenn man sich dann in einigen Jahren auf 1,25 gesteigert habe, sagten die Engländer, dies sei die Basissumme.

Präsident *Mitterrand* äußert, für 1983 habe Frau Thatcher eine Milliarde akzeptiert. Sie erwarte nicht mehr. Ab 1984 könne man an 1,1 für drei bis vier Jahre denken.

Der *Bundeskanzler* äußert, man solle das Gespräch jetzt hier abbrechen und die Mitarbeiter noch einmal rechnen lassen. Es solle die Möglichkeit geprüft werden, ob für einige Jahre ein Fixbetrag möglich sei. Dieser Fixbetrag dürfe aber nicht der Referenzbetrag für das System werden.

Präsident *Mitterrand* antwortet, die Schwierigkeit mit Frau Thatcher sei, daß sie den Vorschlag in die Tasche stecken werde und dann die Summe als Basissumme nehmen wolle. Ihr sollte ein fest vereinbarter deutsch-französischer Vorschlag offiziös unterbreitet werden. Das Papier dürfe natürlich nicht bekanntwerden, sondern müsse vertraulich bleiben. Er sei bereit, Herrn Dumas mit einem solchen Vorschlag vertraulich nach London zu schicken. Es habe keinen Sinn, solch einen Vorschlag zu veröffentlichen, wenn man nicht des Erfolges sicher sei.

Der Bundeskanzler habe eben etwas Interessantes gesagt, als er auf eine politische Initiative hinwies. Man könne darüber bei Tisch noch einmal sprechen. Wenn man sich in Fontainebleau mit Frau Thatcher nicht einige, so würden die politischen Vorschläge große Bedeutung gewinnen. Frau Thatcher werde vor die Entscheidung gestellt, entweder einzusteigen oder draußen zu bleiben. Man solle ihr das deutlich sagen.

Bundeskanzler antwortet, er glaube, es sei optimal, wenn man in Fontainebleau Erfolg haben könne, damit dieses Kapitel endlich abgeschlossen werde. Dann sei die französische Präsidentschaft vorbei. Dies habe den großen Vorteil, daß Präsident Mitterrand dann in nationaler Eigenschaft mit Vorschlägen für das politische Europa hervortreten könne.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er habe vor, bereits in Fontainebleau Vorschläge zu machen.

Bundeskanzler äußert, daß solche Vorschläge natürlich anders aussehen würden, je nachdem, ob man Erfolg habe oder nicht. Bundeskanzler spricht dann Londoner Gipfel[26] an. Ein Punkt, wo wir möglicherweise noch Differenzen hätten, sei die Frage einer politischen Erklärung. Vor dem Londoner Gipfel lägen die Feierlichkeiten aus Anlaß des 40. Jahrestages der Invasion in der Norman-

[26] Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

die.[27] Hier werde Geschichte wieder lebendig, werde der Krieg beschworen. Er, der Bundeskanzler, würde es für sehr gut halten, für uns, aber auch für die Japaner und die Italiener, wenn einige Tage nach der Konfrontation mit der Vergangenheit auch die Gegenwart und Zukunft lebendig würden.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er sei nicht a priori gegen eine politische Erklärung. Das hänge davon ab, was drinstehe. Er wolle sich nicht von Präsident Reagan in inneramerikanische Dinge hineinziehen lassen. Das Zusammenfallen der Invasionsfeierlichkeiten und des Londoner Gipfels störe ihn (me gêne). Er habe mit MP Craxi darüber gesprochen.[28] Er sei in einer echten Verlegenheit, denn man feiere den Sieg einiger großer europäischer Länder über andere große europäische Länder. 1984 sei Europa aber völlig anders als 1944. Er habe an sich auf den Zuschnitt dieser Feierlichkeiten keinen großen Wert gelegt, sei aber von den Angelsachsen gedrängt worden. Es sei völlig paradox, man feiere mit Präsident Reagan, PM Trudeau und der englischen Königin[29] den Sieg, dann fliege man nach London und treffe sich mit Bundeskanzler Kohl, MP Craxi und MP Nakasone. Ihm gefalle das nicht. Er habe MP Craxi gesagt, er werde schon am 6. Juni eine Initiative ergreifen, die sich an die 1944 besiegten heutigen Verbündeten wende. Er könne darüber noch nichts Genaues sagen und mache sich auch noch Gedanken, ob dies bereits am 5. Juni oder 6. Juni geschehen solle. Man könne auch daran denken, dies am 7. Juni zu tun.

Was man in London vermeiden solle, sei, daß Präsident Reagan antisowjetische Dinge in die Erklärung stopfe. Dies würde nämlich wieder nicht zu den Invasionsfeierlichkeiten passen, da die Sowjets damals Verbündete gewesen seien. Aber man müsse eben einen Unterschied machen: Der 40. Jahrestag der Invasion werde begangen, um einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu machen. Die Londoner Erklärung sei für Gegenwart und Zukunft gedacht. Die drei Länder seien heute große Verbündete, und das Zusammentreffen sei etwas beleidigend. Auch fürchte er, daß hier ein besonderer Stich in die deutsch-französische Freundschaft getan werde.

Der *Bundeskanzler* äußert, er habe noch eine Idee für den Herbst. Könnten nicht der Präsident und er einmal beide auf einem Soldatenfriedhof auftreten? Es gebe Friedhöfe, auf denen Deutsche und Franzosen beerdigt seien.

Präsident *Mitterrand* antwortet spontan, er könne dem Bundeskanzler dies zusagen. Wir brauchten uns der Dinge nicht zu schämen, die wir gemeinsam tun.

Bundeskanzler äußert, dies würde eine große Wirkung haben.

Präsident *Mitterrand* äußert, man solle dieses Projekt noch geheimhalten. Aber wir würden das machen.[30]

Bundeskanzler äußert, er denke dabei immer an die Generation der Eltern.

Bundeskanzler und Präsident erheben sich und gehen zu Tisch.

VS-Bd. 14123 (010)

27 Zu den Feierlichkeiten am 6. Juni 1984 anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") vgl. Dok. 164.

28 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 27. April 1984 in Italien auf.

29 Elizabeth II.

30 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

147

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Saarbrücken

VS-vertraulich **20. Mai 1984**[1]

Treffen des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 20. Mai 1984; hier: Gespräch während des Mittagessens[2]

Während des Mittagessens sprach Präsident *Mitterrand* die Frage der Kommission (Präsidentschaft und Zusammensetzung) an. Er wies darauf hin, es müsse ein neuer Präsident gewählt werden. Einige Mitgliedsländer dächten an eine Verlängerung des Mandats des gegenwärtigen Präsidenten[3]. Damit solle man aber vorsichtig sein. Ihn beunruhige dieser Plan, denn wenn wir uns nicht an die Dauer des Mandats hielten, würden sich alle zukünftigen Präsidenten darauf berufen.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden. Auch er sei gegen eine Verlängerung des Mandats.

Mitterrand fuhr dann fort, es gäbe einen dänischen Kandidaten.[4] Die Idee einer dänischen Kandidatur begeistere ihn nicht. Gerade wenn man der EG neuen Elan geben wolle, dürfe man sich nicht einen Dänen holen, da Dänemark nicht als übermäßig europafreundlich bekannt sei.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Aussage als äußerst euphemistisch.

Präsident *Mitterrand* fuhr dann fort, für Europa würden die nächsten fünf Jahre wichtig sein. Dänemark stelle sich den politischen Fortschritten in Europa entgegen. Frankreich habe keinen eigenen Kandidaten. Er wolle hier die Frage stellen, ob er, Präsident Mitterrand, einen Vorschlag machen solle, oder ob Deutschland einen Vorschlag machen wolle. Auch ein englischer Kandidat wäre der gegenwärtigen Lage nicht sehr angemessen. Es gäbe Herrn Davignon. Davignon sei ein guter Mann. Er sei ein wenig gezeichnet und sehr bestimmten Einflüssen unterworfen. Aber er sei ein Mann von Wert. Könnte man sich jetzt nicht zwischen Deutschland und Frankreich darauf einigen, die beiden nächsten Präsidenten zu stellen, erst einen französischen, dann einen deutschen, um der EG politischen Elan zu geben? Wenn der Bundeskanzler einverstanden wäre, würde er daran denken, jemanden aus Frankreich zu benennen, wage

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 21. Mai 1984 gefertigt.

2 Für den ersten Teil des Gesprächs vgl. Dok. 146.

3 Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 14. Dezember 1982 mit, das Mandat des EG-Kommissionspräsidenten Thorn und der fünf Vizepräsidenten der EG-Kommission sei am Rande der EG-Ministerratstagung am 13. Dezember 1982 in Brüssel für zwei weitere Jahre vom 6. Januar 1983 bis 5. Januar 1985 verlängert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4568; Referat 410, Bd. 130336.

4 Mit Schreiben vom 5. April 1984 an Bundeskanzler Kohl teilte Ministerpräsident Schlüter mit, die dänische Regierung benenne Finanzminister Christophersen als Kandidaten für das Amt des EG-Kommissionspräsidenten, und bat um Unterstützung dieser Kandidatur. Vgl. dazu Referat 410, Bd. 130336.
In seinem Antwortschreiben vom 14. Mai 1984 informierte Kohl, die Bundesregierung habe beschlossen, einen eigenen Kandidaten zu nominieren. Vgl. dazu Referat 410, Bd. 130336.

aber im Grunde genommen nicht, den Namen zu nennen, denn der Betreffende sei noch nicht gefragt. Es handele sich um Jacques Delors.

Unter Bezugnahme auf eine Anekdote, die der Kanzler vorher im Zusammenhang mit Präsident Pertini geäußert hatte, sagte Präsident Mitterrand, es gebe auch in Frankreich Leute, die sich „nach seiner Gesundheit erkundigten". Delors könnte zu diesen gehören. Präsident Mitterrand deutete an, Delors wolle sich möglicherweise um die Präsidentschaft 1987 bewerben. Vielleicht wolle er gar nicht EG-Präsident werden. In keinem Falle dürfe sein Name bekanntwerden. Delors würde sich dann von seinem Posten in Brüssel zurückziehen zugunsten eines Mannes, den Deutschland in der Zwischenzeit aufgebaut habe. Wenn Jacques Delors diesen Auftrag annehmen würde, könnte er trotzdem noch in vier Jahren Präsident von Frankreich werden. Er denke an diesen Namen, weil Frankreich sonst keinen Kandidaten habe. Frankreich sei aber auch kein Demandeur in dieser Frage. Man könnte ohne weiteres einem kleinen Land den Platz einräumen, aber im Interesse Europas sei es vielleicht ganz gut, das von ihm vorgeschlagene Schema zu verfolgen. Wenn man heute auseinandergehe, dann solle man sich das noch einmal gut überlegen, doch solle nichts aus diesem Raum getragen werden.

Der *Bundeskanzler* äußerte sich in diesem Zusammenhang gegen einen dänischen und gegen den belgischen Kandidaten. Wir hätten lange darüber nachgedacht und seien zu dem Schluß gekommen, daß wir einen deutschen Kandidaten präsentieren wollten. Dies sei wichtig für die deutsche öffentliche Meinung. Der letzte deutsche Präsident sei Hallstein gewesen. Die Komposition Deutschland/Frankreich sei ein reizvoller Gedanke. Über die Reihenfolge müsse man nachdenken. Man könne auch daran denken, erst einen Deutschen, dann einen Franzosen zu nehmen.

Präsident *Mitterrand* antwortete darauf, man habe nicht auf einen Franzosen gesetzt. Er habe nicht gewußt, daß eine deutsche Kandidatur vorliege. Es müsse sich wohl um einen bemerkenswerten Kandidaten handeln. Er wünsche, daß wir für die nächsten Jahre Präsidenten hätten, die absolut europäisch engagiert seien. Er fragte den Bundeskanzler, ob wir denn einen guten Kandidaten hätten.

Der *Bundeskanzler* antwortete an dieser Stelle, er werde noch einmal über die Komposition nachdenken.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, die Frage müsse in Fontainebleau[5] entschieden werden. Eine zweite Frage betreffe die Aufnahme von Spanien und Portugal[6] und die Anzahl der Kommissionsmitglieder. Man habe ihm gesagt, 14 seien besser als 17. Er sehe nicht ganz den Grund ein, denn auch 17 Leute um einen Tisch, das sei noch nicht zu viel.

Der *Bundeskanzler* antwortet hierauf, es sei für ihn völlig unakzeptabel, daß große Länder nur noch einen Vertreter in Brüssel haben sollten.

Präsident *Mitterrand* stellte fest, auch der Bundeskanzler sei also für die Zahl 17. Man solle das festhalten. Wir würden das zusammen in die Waagschale werfen.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.
6 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 137, Anm. 9 und 10.

Bundeskanzler sagte, wir sollten dieses Gespräch an der Tür vergessen.

Das Gespräch wendete sich dann den Überlegungen über die politische Zukunft Europas zu.

Der Bundeskanzler führte aus, unsere Mitarbeiter hätten zusammengesessen und gute Gedanken zusammengebracht.[7] Es sei wichtig, daß hier mit Diskretion gearbeitet werde. Man müsse im Falle eines Fehlschlages von Fontainebleau eine Rückfallposition haben. Ihm erscheine die juristische Basis noch nicht genügend ausgeleuchtet. Welche Auswirkungen würde eine politische Initiative auf geltende Verträge haben? Unsere Gespräche sollten fortgesetzt werden, und zwar vor Fontainebleau. Er selbst werde auch gern noch einmal nach Paris kommen, und die Sache sei ihm so wichtig, daß er gern an einem Abend nach Paris kommen werde.

Präsident *Mitterrand* antwortete, ihm sei das recht. Gestaltung wie in Saarbrücken.

Bundeskanzler führte dann aus, es müsse auch in der Öffentlichkeit ein Gegengewicht zu dem jetzt miserablen Bild Europas geschaffen werden.

Präsident *Mitterrand* antwortete, man solle den jetzigen Rahmen beibehalten, aber darüber hinausgehen und mehr machen. Das Europa der Sechs mit Spanien und Portugal, das würde auf jeden Fall gehen.

Bundeskanzler antwortete hier, wir seien uns im Ziel einig. Schon in Edenkoben[8] habe er gesagt, der jetzige Zustand sei inakzeptabel.

Präsident *Mitterrand* fuhr dann fort, was das politische Europa angehe, so habe er die Absicht, zweimal zu intervenieren. Einmal in Straßburg vor dem Europäischen Parlament am Donnerstag früh.[9] Dort werde er im Namen Frankreichs sprechen und sich für eine aktive politische Rolle Europas engagieren, und zwar unter Bezugnahme auf Stuttgart[10]. Er habe aber auch die Absicht, in Fontainebleau Vorschläge zu machen. Ziel sei, daß „l'Europe prenne consistance".

Bundeskanzler stellte eine sofortige deutsche Antwort auf französische Vorschläge in Aussicht. Auch andere würden kommen.

Präsident *Mitterrand* kam dann noch einmal auf die EG-Fragen zurück und

7 Zu den am 17. Mai 1984 in Paris ausgearbeiteten Papieren vgl. Dok. 137, Anm. 13.

8 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 2. Februar 1984 auf Schloß Ludwigshöhe vgl. Dok. 29 und Dok. 30.

9 In seiner Rede am 24. Mai 1984 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg sprach sich Staatspräsident Mitterrand dafür aus, wieder verstärkt Mehrheitsentscheidungen im EG-Ministerrat zu treffen. Dem Europäischen Rat solle ein Ständiges Sekretariat für die politische Zusammenarbeit zugeordnet werden. Ferner sollten die Arbeit von Ministerrat, Kommission und Parlament mit Blick auf die Feierliche Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 besser koordiniert und die Römischen Verträge vom 25. März 1957 gestärkt werden. Mitterrand erwog ferner die Idee eines „Europa mit mehreren Geschwindigkeiten" und unterstützte den Entwurf des Europäischen Parlaments zur Gründung der Europäischen Union vom 14. Februar 1984: „Deshalb schlage ich vor, daß vorbereitende Gespräche eingeleitet werden, die in eine Konferenz der interessierten Mitgliedstaaten münden könnten, wobei der Entwurf einer Europäischen Union und die Feierliche Erklärung von Stuttgart als Grundlage für diese Arbeiten dienen könnten." Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 331–338.

10 Für die in Stuttgart verabschiedete Feierliche Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 80 und Dok. 185.

sagte, Frau Thatcher setze darauf, daß die kleineren EG-Staaten nachgeben würden, wenn sie bis Oktober blockiere.

Der *Bundeskanzler* antwortete, diese Rechnung werde nicht aufgehen.

Präsident *Mitterrand* fügte hinzu, wenn Frau Thatcher dank der kleinen Länder Genugtuung in der Erstattungsfrage bekäme, würden dieselben kleinen Länder auch mehr zahlen müssen. Sie setze insbesondere auf die Haushaltsschwierigkeiten. Die jetzige Lage sei jedoch nicht die, die sie sich wünsche. Es beunruhige sie, daß die Neun solidarisch seien. In Brüssel[11] sei sie ratlos gewesen. Sie habe weitermachen wollen. Sie sei wie ein Kind, das sein Brot zweimal mit Konfitüre gestrichen haben wolle und dann sehe, daß es statt des zweifachen Aufstrichs überhaupt kein Brot mehr bekomme.

Bundeskanzler antwortet, Frau Thatcher habe ihm bittere Vorwürfe gemacht: Ohne seine Vorschläge wäre sie besser herausgekommen.

Präsident *Mitterrand* erläuterte, daß sie im ersten Jahr 1,1, im zweiten 1,25 haben wollte und schließlich 1,25 Mrd. als Grundlage des Systems.

Bundeskanzler warf hier ein, dies sei genau der Punkt. Das gehe nicht. Er habe lange mit Herrn Howe gesprochen. Er glaube nicht, daß sie auf ihre Mitarbeiter viel gehört habe.

Präsident *Mitterrand* sagte, er werde sich überlegen, was der Bundeskanzler vorgeschlagen habe, aber wie könne man es Frau Thatcher ermöglichen, das Gesicht zu wahren?

Herr *Attali* wirft hier ein, dann werde es allerdings für vier Jahre kein System geben.

Präsident *Mitterrand* fährt fort, er werde Anfang kommender Woche Herrn Dumas nach London schicken. Frau Thatcher sei in einer sehr schwierigen Position. Sie habe in ihrer eigenen Partei eine europäische Opposition.

Bundeskanzler wiederholt, wir sähen besser aus, wenn wir auf dem politischen Weg vorankämen, ohne vorher in der Sachfrage gescheitert zu sein. Sonst sähe unsere politische Initiative eher wie ein Verzweiflungsschritt aus.

Präsident *Mitterrand* weist darauf hin, Frau Thatcher habe im Januar die innere Verteilung der Mehrwertsteuer ändern wollen. Der Ausweg aus dem Drama sei jedoch nicht eine Neuverteilung der Mehrwertsteuer. Eine solche würde außerordentlich komplizierte Verhandlungen notwendig machen.

Bundeskanzler fügt hinzu, man sehe daran, wieviel Kraft wir auf diese Frage verschwendeten. Im Grunde handele es sich um ein Randproblem. Kern dieser Geschichte sei das Gefühl der Solidarität.

Wenn europäische Solidarität gegeben sei, könnte man nicht immer nur nehmen, man müsse auch einmal etwas geben.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 66

11 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 vgl. Dok. 88.

148

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, in Moskau

Dg 21-321.11 SOW **22. Mai 1984**[1]

Gespräch BM mit Generalsekretär Tschernenko in Moskau am 22. Mai 1984, 12.00 Uhr bis 13.10 Uhr[2]

Teilnehmer:

Auf deutscher Seite: Staatssekretär Meyer-Landrut, Botschafter Kastl, Dg 21[3], Dolmetscher Hartmann.

Auf sowjetischer Seite: AM Gromyko, Botschafter Semjonow, Berater des GS: Alexandrow-Agentow, Dolmetscher Smirnow.

Tschernenko las zunächst eine vorbereitete Erklärung vor, verfolgte danach aufmerksam, zum Teil durch Kopfnicken, die Ausführungen von BM und beteiligte sich lebhaft, interessiert und entspannt an der anschließenden Unterhaltung. Gromyko gab ihm dabei hin und wieder Antworten vor oder korrigierte ihn. Der Generalsekretär ließ außer der bekannten Kurzatmigkeit keine auffälligen Zeichen eingeschränkter Gesundheit erkennen.

Die Eingangserklärung *Tschernenkos* hatte folgenden Inhalt:

Das Treffen falle in eine Zeit ernster Erhöhung der Kriegsgefahr. Er wolle das Bild nicht zu düster zeichnen, jedoch lägen die Verschärfungen auf der Hand, besonders nach dem Auftauchen der amerikanischen Erstschlagsraketen in Westeuropa. Man müsse sehen, daß das Wettrüsten nach allen Richtungen außer Kontrolle geraten sei. Die Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen seien torpediert. Andere Verhandlungen, wie die über chemische Waffen, lägen „tot oder auf Anker". Die USA trügen sich mit dem Gedanken einer Ausdehnung des Wettrüstens in den Kosmos. Ausmaß und Folgen einer solchen Entwicklung seien nicht voraussehbar. Der sowjetische Vorschlag zum Ausschluß der Militarisierung des Kosmos[4] sei von der Reagan-Administration zurückgewiesen

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl am 24. Mai 1984 gefertigt und am Folgetag über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung" geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 25. Mai 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 12. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Braunmühl verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 12. Juni 1984 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 13. Juni 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 13. Juni 1984 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 213, Bd. 139315.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 153.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Zum sowjetischen Entwurf vom 10. August 1981 für einen Vertrag über ein Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum vgl. Dok. 21, Anm. 11.
Einen weiteren Vertragsentwurf zu diesem Thema legte die UdSSR am 19. August 1983 vor. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 242.

worden. Immer offener unterminierten die USA den Vertrag über ABM[5] und die vorgesehenen Einschränkungen über strategische Angriffswaffen[6]. Dies alles seien Tatsachen, die nicht vertuscht werden könnten.

Jetzt werde der Anschein erweckt, als sei dies alles nichts Besonderes, als genügten einige Botschaften, Staatsbesuche oder Abkommen über bilaterale Zusammenarbeit, damit wieder alles in Ordnung sei. Die SU sei nicht gegen sachliche Kontakte und Dialog, aber gegen einen Scheindialog und für einen ernsten Dialog. Sie sei nicht gegen die Entwicklung praktischer Zusammenarbeit. Dies könne aber dringende Maßnahmen zur Verbesserung der Lage und zur Abwendung der Gefahr für die Menschheit nicht ersetzen.

Vor allen Fragen stünden die amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa. In der NATO habe man sich inzwischen überzeugen können, daß der Versuch, durch die Stationierung die SU zu erpressen und zu einseitigen Zugeständnissen zu bewegen, zu nichts geführt habe und zu nichts führen werde. Sollten aber die USA weitere nukleare Gefahren für die SU schaffen, so würden auch die Gegenmaßnahmen fortgesetzt. Militärische Überlegenheit werde der Westen nicht erlangen. Auch die SU strebe keine militärische Überlegenheit an. Das habe sie mehrfach bestätigt. Jetzt stelle sich die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, vernünftige Positionen einzunehmen. Die SU sei dafür, daß dies schnellstens getan werde. Die Schlüsselfrage sei die Zustimmung der USA zum Abzug der Pershing II und der Cruise Missiles aus Europa. Das sei nicht zuviel verlangt. Es wäre naiv und kurzsichtig zu glauben, die Beseitigung der amerikanischen Raketen wäre ein Geschenk für die SU. Die Raketen stellten genauso eine Gefahr für den Westen dar. Solange die Raketen in Europa stünden, bestehe ein Risiko für die SU, die USA und Westeuropa. Dieses Risiko zu beseitigen, läge im allgemeinen Interesse. Wenn die Raketen abgezogen würden, so würde die SU auch ihre Gegenmaßnahmen rückgängig machen. Der Weg für Verhandlungen wäre dann frei. Wenn die USA die Bereitschaft zeigten, an die Problematik der nuklearen Rüstung in Europa von einer realen Position aus und mit der Bereitschaft zu ehrlichen Lösungen heranzugehen, wobei das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beachtet werden müsse, dann könne eine drastische Reduzierung der Raketen auf beiden Seiten und damit ein Beitrag zur Sicherheit für die europäischen Völker auf beiden Seiten erreicht werden. Der Abzug der amerikanischen Raketen würde auch bedeuten, daß die USA den Versuch beendeten, die Parität im strategischen Bereiche durch die Stationierung neuer Raketen in der Nähe der SU zu verändern. Dann könnten die Versuche fortgesetzt werden, in den Verhandlungen über die strategischen Waffen weiterzukommen. Wenn die Bundesregierung nicht ein Interesse habe, in allem ohne Vorbehalte die gefährliche Politik Washingtons zu unterstützen, son-

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

6 Vgl. dazu den Vertrag vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und die dazugehörigen Dokumente; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

dern zur Herbeiführung einer Lösung der Mittelstreckenraketenfrage beizutragen, könnte die Bundesrepublik Deutschland selbst und zusammen mit den anderen europäischen NATO-Staaten viel tun, um im Prozeß der Einschränkung des Wettrüstens insgesamt Fortschritte zu erreichen. Dies würde die SU begrüßen. Zugleich müsse offen gesagt werden, daß die SU Appelle zur Wiederaufnahme der Verhandlungen[7] nicht als seriös betrachte, wenn sie unter der Bedingung der amerikanischen Weigerung eines Abzuges der Raketen und der Absicht erfolgten, die Stationierung weiterzuführen, selbst wenn die Verhandlungen fortgesetzt würden. Außerdem klammerten sich die USA an die völlig unannehmbaren Verhandlungsvorschläge einer Null-Lösung[8] und einer Zwischenlösung[9]. Deshalb fehle die Sachgrundlage für Verhandlungen mit den USA. Sie sei vom Westen vernunftwidrig zerstört worden. Es sei notwendig, daß die USA ihre tatsächlichen Positionen änderten und zu konkreten Verhandlungen übergingen. Es müßte gezeigt werden, daß die USA und die NATO bereit seien, den Weg der Einschränkung des Wettrüstens zu gehen. Sollte diese Bereitschaft gezeigt werden, würde die SU am nächsten Tage zum Verhandlungstisch zurückkehren.

Dies alles bedeute nicht, daß das ganze Problem der Senkung der internationalen Spannungen sich auf die Fragen der amerikanischen Raketen in Europa reduziere. Anstrengungen seien auf weiten Gebieten notwendig. Es gebe einen ganzen Komplex von sowjetischen Vorschlägen, die alle reale Maßnahmen beträfen und uns wohlbekannt seien. Washington reagiere darauf jedoch so, als ob diese Vorschläge gar nicht existierten. Die Amerikaner versuchten, die Öffentlichkeit zu überzeugen, daß die USA den Dialog wünschten und alles daran liege, daß die SU Verhandlungen nicht wolle. Tatsächlich liege die Sache jedoch anders: Die SU sei für einen ernsten und inhaltsreichen Dialog. Sie habe konkrete Vorschläge für praktische Vereinbarungen gemacht und den USA übergeben. Sie habe die Wiederaufnahme offizieller Verhandlungen über die Nichtzulassung einer Militarisierung des Kosmos vorgeschlagen. Sie habe auch die Fortsetzung der Verhandlungen mit den USA und Großbritannien über einen umfassenden Kernwaffenstopp[10] vorgeschlagen. Sie habe angeregt, daß die USA endlich die Verträge von 1974 und 1976[11] über unterirdische Kernversuche[12]

7 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

8 Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 17, Anm. 10.

9 Präsident Reagan gab am 26. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York bekannt, die USA hätten bei den INF-Verhandlungen in Genf Vorschläge für eine verbesserte Zwischenlösung vorgelegt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1351 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 624 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 267.

10 Großbritannien, die UdSSR und die USA verhandelten seit 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360.
Botschafter Ruth notierte am 16. Februar 1981, die letzte Sitzung habe im November 1980 stattgefunden. Vgl. dazu VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

11 Korrigiert aus: „1979".

12 Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.
Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 28. Mai 1976 über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

ratifizierten. Die SU habe immer wieder die Frage eines gegenseitigen Einfrierens der nuklearen Arsenale vorgebracht. Auf alle Vorschläge höre man von den USA nur ein Nein. In Washington wolle man nicht zu Vereinbarungen kommen. Man rede nur über den Nutzen des Dialoges.

Dies alles berühre nur einige Fragen, die man lösen könnte, wenn der gegenseitige Wunsch dazu bestünde. Es gebe auch andere Fragen: Z. B. wäre es wichtig, daß die Nuklearmächte vereinbart hätten, sich besonderen Verhaltensnormen zu unterwerfen. Davon würden alle Staaten profitieren, denn es gehe um die Verhinderung eines Nuklearkrieges. Es gebe auch Möglichkeiten für nützliche Ergebnisse bei der Stockholmer Konferenz, auf der Grundlage einer Verbindung der von der östlichen Seite vorgeschlagenen politischen vertrauensbildenden Maßnahmen[13] mit konkreten Maßnahmen militärisch-technischen Charakters. Dies würde große Bedeutung haben. Die SU hoffe, daß ihre Vorschläge auch von der Bundesregierung aufmerksam geprüft würden, um zu gegenseitig annehmbaren Vereinbarungen zu kommen. Die SU sei zuversichtlich, daß es zwischen der SU und der Bundesrepublik Deutschland deckungsgleiche, objektive Interessen gebe: z. B. in dem Wunsche, Europa vor einer nuklearen Katastrophe zu retten; auch in der Verhinderung eines militärischen Konfliktes in Europa. Beide Seiten wünschten, die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit fortzusetzen. Der Moskauer Vertrag[14] sei keine Zufallserscheinung, sondern spiegle das gegenseitige Bedürfnis wider, in Frieden und in Entspannung zu leben. Dieses Bedürfnis bestehe auch heute. Von einer Konfrontation könne niemand gewinnen, deshalb sollte man diese Entwicklung stoppen und das Wettrüsten einstellen. Beiderseitige Anstrengungen in dieser Richtung würden ohne Zweifel für die bilateralen Beziehungen nützlich sein. Die Verbesserung der Beziehungen werde allerdings behindert durch die allgemeine Verschärfung der internationalen Situation, besonders durch die Verwandlung des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland in eine Startrampe gegen die SU und ihre Verbündeten. Wie früher, so sei die SU auch heute dafür, zwischen beiden Staaten gute Beziehungen zu entwickeln. Dazu brauche man den guten Willen beider Seiten und die gegenseitige Achtung der Sicherheitsinteressen. Wenn das gewährleistet sei, könne man zuversichtlich in die Zukunft schauen. Im Westen diskutiere man viel über die Bedeutung der Vorhersehbarkeit der Politik der Staaten. Er könne mit aller Verantwortung erklären: Die sowjetische Politik sei auf die Friedenssicherung und die Verhinderung des Wettrüstens gerichtet, um eine Katastrophe für die Welt zu vermeiden.

BM erwiderte: Er danke dem Generalsekretär für die klare Darlegung der sowjetischen Position. Er hätte lieber über die großen Aufgaben gesprochen, die die Bundesrepublik Deutschland und die SU zusammen leisten könnten: in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, beim Schutze des natürlichen Lebensraumes und bei der Entwicklung in beiden Ländern. Die Bundesrepublik Deutschland und die SU seien in vielem komplementär. Sie könnten sich gegenseitig viel geben. Dies hätten wir uns beim Abschluß des Langfristigen Kooperati-

13 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 8. Mai 1984 für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vgl. Dok. 124, Anm. 12.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

onsabkommens[15] vorgenommen. Dies entspreche auch dem Geiste des Moskauer Vertrages, der unverändert unsere Handlungsweise und Politik gegenüber der SU bestimme.

Im Schlechten – wie die Geschichte gezeigt habe – wie im Guten – wie die jüngste Gegenwart belege – gelte, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen im wesentlichen Maße die Lage in Europa bestimmten. Deshalb habe der Moskauer Vertrag zu einer positiven Entwicklung in Europa geführt. In diesem Bewußtsein werde die Bundesregierung auch künftig handeln. Dem entsprechen auch die Gefühle der Menschen bei uns; sie wollten nicht Haß und Feindschaft gegenüber der SU, sondern Zusammenarbeit und Freundschaft mit den Völkern des Ostens, Sicherheit und Frieden. Wir seien jedoch Realisten. Wir wüßten, daß die internationale Lage Besorgnis erwecke. Davor dürfte man die Augen nicht verschließen. Deshalb wolle er sich den Themen zuwenden, die Tschernenko angesprochen habe, und unsere Position dazu erklären. Dies täten wir mit Ernst und Nüchternheit und ohne die Sprache der Konfrontation.

Die Lage sei ernst genug; sie sollte nicht durch Worte noch verschärft werden. Der Generalsekretär habe gesagt, man müsse die gegenseitigen Sicherheitsinteressen sehen und respektieren. Dies entspreche auch unserer Auffassung. Dies habe uns veranlaßt, unsere Bemühungen zu Verhandlungslösungen in allen Fragen, auch den Sicherheitsfragen, zu verstärken. Man müsse sehen, daß gerade wir, die wir uns mit Nachdruck für den Abschluß des Moskauer Vertrages eingesetzt haben, erschrocken und bedrückt gewesen seien durch die Mittelstrekkenrüstung der SU, die unsere Sicherheit bedrohe und einschränke und die uns veranlaßt habe, in angemessenem Umfange eine begrenzte Antwort zu geben, die nicht auf eine Erhöhung der Spannungen, sondern auf ein ungefähres Gleichgewicht gerichtet sei. Wir seien der Meinung, daß es unverändert am besten wäre, wenn es weder amerikanische noch sowjetische Mittelstreckenraketen gebe, die Europa bedrohen könnten. Die über Mittelstreckensysteme geführten Verhandlungen hätten gezeigt, daß Annäherungen möglich seien. Es habe Phasen gegeben, wo die Verhandlungsführer[16] geglaubt hätten, einer Lösung nahe zu sein. Es seien Verhandlungen denkbar, die nicht illusionär seien, und solche Verhandlungen sollten baldmöglichst aufgenommen werden. Er stimme dem Satz in dem kürzlichen WP-Kommuniqué zu, daß es keine Frage gebe, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden könne.[17]

Der Generalsekretär habe die Bedeutung von Stockholm hervorgehoben; wir hätten eine Menge getan, um diese Konferenz zustande zu bringen, und würden eine Menge tun, um ihr zum Erfolg zu verhelfen. Das gelte auch für die Verhandlungen in Wien[18] und Genf.

15 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.
Vgl. dazu ferner das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie"; Referat 421, Bd. 141310.

16 Julij Alexandrowitsch Kwizinskij (UdSSR) bzw. Paul H. Nitze (USA).

17 Vgl. dazu Ziffer 2 des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. April 1984 in Budapest; EUROPA-ARCHIV 1984, D 320.

18 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 113.

Große Aufmerksamkeit verdienten die Beziehungen zwischen SU und USA. Wir seien uns bei aller Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen auch ihrer Grenzen bewußt; sie könnten die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht ersetzen. Es sei notwendig, daß die Beziehungen zwischen SU und USA eine Qualität bekommen, die international zur Stabilität beitrage. Es sei wichtig, auch auf die Grundsätze zurückzuverweisen, nach denen man 1972 habe zusammenleben wollen.[19] Tschernenko habe harte Worte über die USA gebraucht; Gromyko am Vortage auch. Er habe gestern gesagt: Wir empfänden die Vorwürfe als ungerecht und ungerechtfertigt. Aber wir begnügten uns damit nicht. Wir Deutschen seien Verbündete der USA und wollten mit der SU ehrlich zusammenarbeiten, um in Europa den Frieden zu sichern. Die SU habe Schreckliches erlebt. Wir hätten gleichfalls schlimme Erfahrungen. Wir hätten die Lehren aus der Geschichte gezogen. Wir seien uns bewußt, was folgen werde, wenn sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen weiter verschlechterten. Er habe in Washington mit Präsident Reagan ein breites Gespräch über den Stand der West-Ost-Beziehungen und der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen geführt.[20] Aus unserer Sicht habe er versucht zu erläutern, mit welchen Erwartungen und Hoffnungen die SU auf die USA blicke und daß sie interessiert sei an guten Beziehungen. Er sei erneut mit dem festen Eindruck aus den USA zurückgekommen, daß Präsident Reagan und seine Regierung, besonders sein Amtskollege, Außenminister Shultz, aufrichtig mit der sowjetischen Führung Dialog und Zusammenarbeit wollten. Die Phase der gegenseitigen Vorwürfe und öffentlichen Erklärungen müsse überwunden werden. Man müsse feststellen, worin die Unterschiede bestünden, um dann zur Kernfrage vorzudringen, wie man gemeinsam die Dinge in der Welt künftig wahrnehmen könne, mit der Verantwortung, wie sie 1972 festgestellt und als Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zwischen den beiden Großen verabredet worden sei. Wir sagten dies als Europäer, die eine Rolle in der Welt spielten, aber nicht das ersetzen könnten, was zwischen SU und USA notwendig sei. Er bitte, bei allen Entscheidungen miteinzubeziehen, daß die Führung der USA zur Zusammenarbeit kommen wolle, die vom gegenseitigen Vertrauen gekennzeichnet sei. Es sei ein neuer Anfang nötig, zu dem beide Seiten Beiträge leisten müßten. Er bitte, die vom Westen gegebenen Zeichen, das Signal von Brüssel[21] und die Rede des amerikanischen Präsidenten[22], ernst zu nehmen. An der Spitze beider Großmächte stünden Männer mit großer Lebenserfahrung. Die Völker in der Welt erwarteten, daß ein mutiger Schritt getan werde. Man solle beiseite legen, was sich an Meinungsverschiedenheiten aufgestaut habe, und versuchen, Vertrauen zu bilden. Der Zeitpunkt für eine solche Bewegung sollte nahe sein.

19 Vgl. dazu die Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

20 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 7. Mai 1984 vgl. Dok. 128.

21 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

22 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

Abschließend erklärte BM, der BK habe ihn gebeten, noch einmal die Einladung zu bestätigen, die er bei dem letzten Gespräch[23] ausgesprochen habe. Wir mäßen einem Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung zu, im Bewußtsein der gemeinsamen Aufgaben, im Bewußtsein der Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen für das West-Ost-Verhältnis. In einigen bilateralen Fragen hätten wir Fortschritte erzielt, die wir sehr begrüßten. Er wolle aber noch einmal die Aufmerksamkeit des Generalsekretärs auf die Ausreiseproblematik richten und um wohlwollende Prüfung und Entscheidung bitten. (*Gromyko* schaltete sich hier ein und sagte zu Tschernenko: Diese Fragen seien bereits besprochen.)

BM fügte in Anspielung auf den Fall Sacharow[24] hinzu: Wir würden uns wünschen, wenn auch in den anderen besprochenen Fragen ein positives Signal erfolgen könne. Manchmal sei auch eine Entscheidung über ein Einzelschicksal von Bedeutung für alle.

BM appellierte noch einmal zum Abbau des Mißtrauens. Vertrauensbildung sei eine ganz wichtige Aufgabe für die Entwicklung in Europa. Unsere Teilnahme daran werde nicht beeinträchtigt durch unsere Mitgliedschaft im westlichen Bündnis und unsere Freundschaft zu den USA. Der alles beherrschende Gedanke des Gewaltverzichtes müsse überall Ausdruck finden. (Hier flüsterte Gromyko wieder Tschernenko zu, das Thema sei besprochen worden.) Über diese Fragen müsse weiter gesprochen werden.

Tschernenko dankte für die Erklärung von BM zu Fragen, die beide Seiten interessierten. Vor allem wolle er betonen, daß der Besuch von BM und seine Gespräche mit Gromyko und ihm sehr ernst genommen würden. Dabei sei ein weites Feld abgesteckt worden, wo „wir und Sie etwas unternehmen sollten". Jede Seite solle noch einmal überlegen, wo sie etwas unternehmen könne. Es sei notwendig und nützlich, die Meinungen darüber auszutauschen. Er nehme die Einladung mit Dank an. Zum Termin begann Tschernenko etwas vom Ende des Jahres zu sagen, als *Gromyko* ihn (vor der Übersetzung) unterbrach und feststellte, man müsse sehen, wie sich die Umstände entwickelten. Diese Formulierung übernahm *Tschernenko*.

Zur Ausreise erklärte der Generalsekretär, er glaube, diese Frage sei eingehend in dem Meinungsaustausch mit Gromyko behandelt worden, der den sowjetischen Standpunkt klar dargelegt habe. Es gelte also (hier fiel *Gromyko* wieder ein: „was gesagt worden ist", und *Tschernenko* übernahm): Was gesagt worden sei.

Zur Frage der Vertrauensbildung meinte Tschernenko: Er frage sich, ob dieses Wort im Deutschen eine andere Bedeutung habe als im Russischen, denn BM rede von Vertrauen und die sowjetische Seite von aufrichtigem Vertrauen, und doch komme man nicht zusammen. Es komme jetzt darauf an, daß keine Spaltung der Worte entstehe. Man spreche über Vertrauen, doch werde getan, was

23 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 14. Februar 1984 in Moskau vgl. Dok. 45.

24 Zum Fall des Ehepaars Sacharow/Bonner vgl. Dok. 129, Anm. 19 und 20.
Ministerialdirigent Edler von Braunmühl notierte am 17. Mai 1984, seit dem 12. Mai 1984 befinde sich auch Jelena Bonner im Hungerstreik. Pressemeldungen zufolge sei „der Tod Sacharows nach zuverlässigen Informationen nur noch eine Frage weniger Tage". Vgl. Referat 213, Bd. 139298.

Mißtrauen schaffe. Abschließend bat der Generalsekretär um herzliche Grüße an den Bundeskanzler.

BM bat, noch eine Bemerkung zur Bedeutung des Wortes Vertrauen in der deutschen Sprache machen zu können: Er wisse nicht mehr genau, wie oft er mit Gromyko gesprochen habe, aber aufgrund der sehr vielen Gespräche hätten sich beide besser kennengelernt. Gromyko habe nie versucht, aus ihm einen Kommunisten zu machen (was auch nicht gelungen wäre), und er habe nie versucht, aus Gromyko einen Liberalen zu machen. Aber man müsse Vertrauen fassen können, auch wo man unterschiedlicher Meinung sei. Vertrauensbildung durch gegenseitiges Verstehen und Erproben der Absichten sei jedoch im Verhältnis zwischen SU und USA vernachlässigt worden. Dieses Verhältnis sei aber zu wichtig für uns alle. Jeden Weg, jeden Schritt in diesem Bereiche solle man versuchen. Auch wo die Gegensätze unüberwindlich schienen, solle man nach Wegen suchen. Er sei sicher, daß zwei Männer, die über eine so lange Lebenserfahrung verfügten, bei allen Gegensätzen den Ehrgeiz hätten, für ihre Völker eine friedliche Zukunft zu schaffen. Deshalb wiederhole er seinen Appell, nichts unversucht zu lassen.

Referat 213, Bd. 139315

149

Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu in La Celle Saint-Cloud

201-360.92 FRA-938/84 geheim **28. Mai 1984**[1]

Deutsch-französisches Treffen der Außen- und Verteidigungsminister am 28.5. 1984 in Paris (La Celle Saint-Cloud) von 11.30 Uhr bis 13.30 Uhr

Teilnehmer:

Deutsche Seite: Auswärtiges Amt: Bundesminister Genscher, MDg Schauer; Bundesministerium der Verteidigung: Bundesminister Dr. Wörner, Brigadegeneral Oppermann; Dolmetscherin: VLRin Frau Siebourg.

Französische Seite: Quai: Außenminister Cheysson, M. Andréani, Politischer Direktor; Verteidigungsministerium: Minister Hernu, M. Bureau, Berater Hernus; zwei Dolmetscher auf französischer Seite.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 1. Juni 1984 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Zustimmung des Herrn Ministers einzuholen".
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 12. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Schauer verfügte.
Hat Schauer am 21. Juni 1984 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11986 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

1) Bericht des Ausschusses über die sicherheitspolitische Zusammenarbeit[2]

Der Bericht wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. VM *Hernu* unterstrich besonders die Bedeutung der bevorstehenden Unterzeichnung der Vereinbarung über die gemeinsame Produktion des Panzerabwehrhubschraubers der zweiten Generation.[3] Hervorzuheben sei außerdem der Meinungsaustausch zum Thema Beobachtungssatellit.[4]

2) Allgemeine Fragen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit

AM *Cheysson* sagte, es sei notwendig, sich über die Möglichkeiten der europäischen Verteidigung (défense européenne) Gedanken zu machen. Man müsse sich klar darüber werden, was machbar sei und was nicht und was man der Öffentlichkeit darüber mitteilen wolle. Die Situation beider Länder in der Allianz sei bekanntermaßen unterschiedlich. Trotzdem könnten wir gemeinsam Fragen der Strategie erörtern. In der Öffentlichkeit würden die Dinge oft nicht genügend differenziert. Einerseits werde beklagt, es geschehe gar nichts, andererseits fordere man, daß wir alles gemeinsam machten. Auch er halte die Zusammenarbeit beim Hubschrauber und die Gespräche über den Beobachtungssatelliten für gut. Hinsichtlich der Nuklearfragen sei eine gewisse Zurückhaltung geboten. Es sei wichtig, dem Gegner, aber auch den Verbündeten gegenüber eine klare Haltung einzunehmen. Insbesondere dürfe den USA kein Vorwand geliefert werden, die eigene Rolle zu reduzieren.

Hernu wies darauf hin, kürzliche Umfragen in Frankreich hätten ergeben, daß 59 % der Franzosen für eine militärische Zusammenarbeit mit Deutschland seien. 52 % hätten sich sogar dafür ausgesprochen, die Deutschen mit in eine nukleare Zusammenarbeit einzubeziehen. Kürzlich habe er im übrigen eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages empfangen.[5] Das Gespräch sei sehr fruchtbar gewesen. Auch die SPD-Mitglieder hätten mit Interesse teilgenommen, und die Vertreter der Grünen hätten keine aggressive Haltung gezeigt.

BM *Genscher* sagte, sehr häufig würden heutzutage falscherweise die Fortschritte in der europäischen Zusammenarbeit unterschätzt. Im deutsch-französischen Verhältnis sei man am weitesten gekommen. Sicher würden Umfragen bei uns ähnliche Ergebnisse haben – abgesehen von der nuklearen Zusammenarbeit. Darüber, daß der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit eine ganz besondere Bedeutung zukomme, seien sich alle Parteien einig; jedenfalls – abgesehen von den Regierungsparteien – auch die SPD.

2 Für den am 14. Mai 1984 verabschiedeten Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung vgl. VS-Bd. 11986 (201). Vgl. dazu ferner Dok. 140.

3 Zu der am 29. Mai 1984 in Rambouillet unterzeichneten deutsch-französischen Kooperationsvereinbarung über die Entwicklung eines Panzerabwehrhubschraubers vgl. Dok. 140, Anm. 30.

4 Zum ersten Gespräch über eine mögliche deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Aufklärungssatelliten am 25. April 1984 vgl. Dok. 84, Anm. 19.

5 Vom 13. bis 15. Mai 1984 hielt sich eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags in Frankreich auf und traf am 14. Mai 1984 in Paris mit dem französischen Verteidigungsminister Hernu zusammen. Botschafter Schoeller, Paris, teilte dazu am 17. Mai 1984 mit, der Besuch sei insgesamt „als voller Erfolg, ja als ein historisches Datum“ in den bilateralen Beziehungen zu werten, da es sich um den ersten Besuch einer solchen Delegation gehandelt habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1135; Referat 202, Bd. 140667.

BM *Wörner* unterstrich die Fortschritte, die im Rahmen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in den letzten eineinhalb Jahren gemacht worden seien. Vielleicht müsse man aber der Öffentlichkeit gegenüber noch stärker betonen, welche Bedeutung der Panzerabwehrhubschrauber-Kooperation zukomme. Er sage das im Hinblick auf einen etwas skeptischen Artikel im „Figaro", den er gerade gelesen habe. Schließlich liege diesmal im Gegensatz zum Panzerprojekt[6] bereits jetzt die Zustimmung beider parlamentarischer Körperschaften vor. Abgesehen von der Rüstungskooperation habe sich in der Öffentlichkeit aber auch eine Erwartungshaltung zur Zusammenarbeit auf dem rein militärischen Gebiet aufgebaut. Zwar sei klar, daß auf dem nuklearen Sektor – wenigstens nach außen – eine gewisse Zurückhaltung geboten sei. Dies gelte aber nicht für die Vorneverteidigung. Darüber müsse gesprochen werden. Auch darüber, wie die französische Beteiligung in die europäische Verteidigung einzufügen sei und welche Rolle die WEU spielen solle. Bei einigen europäischen Partnern – z. B. bei den Flankenstaaten und Großbritannien – gebe es zur WEU-Belebung Reserven.

AM *Cheysson* sagte, es sei sicherlich richtig, die Rüstungskooperation gegenüber der Presse stark herauszustellen. Außerdem sei es selbstverständlich notwendig, die bilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit und deren europäische Perspektive zu erörtern.

VM *Hernu* trug daraufhin zum Thema Modernisierung der französischen Streitkräfte vor. Er erläuterte das U-Boot-Programm, insbesondere die Ablösung der ballistischen Raketen vom Typ M-20 durch die M-4-Raketen ab Mitte der 80er Jahre. Er erwähnte einen kürzlichen Besuch in den USA[7], bei dem er mit der neuesten Entwicklung im amerikanischen U-Boot-Bau vertraut gemacht worden sei. Weinberger habe ihm erläutert, daß dieses U-Boot-Programm die Abschreckung voll aufrechterhalten werde, bis das vom Präsidenten angestrebte militärische Weltraumprogramm[8] realisiert werden könne. VM Hernu äußerte sich im übrigen zur Präzision und zur Durchdringungsfähigkeit der französischen nuklearen Waffen und sagte, daß die Glaubwürdigkeit der französischen Abschreckung bis zum Jahre 2010 gesichert sei. Außerdem äußerte er sich kritisch zum Thema antiballistische Systeme.

VM Hernu legte anschließend einige Grundsätze der französischen Nuklearstrategie dar. Er betonte, daß die taktischen Nuklearwaffen als ein Mittel der letzten Warnung gegenüber dem Gegner gedacht seien. Sie seien keine Super-

6 Die Bundesrepublik und Frankreich erörterten seit Anfang 1979 die Frage eines gemeinsamen Kampfpanzers für die neunziger Jahre. Eine Vereinbarung über die Entwicklung und den Bau des Panzers wurde am 5. Februar 1980 in Paris unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 72, AAPD 1979, II, Dok. 311 und Dok. 364, sowie AAPD 1980, I, Dok. 43.
In der Folgezeit kam es jedoch wegen einer veränderten Bundeswehrplanung sowie aus wirtschaftlichen Gründen zu zunehmendem Widerstand im Verteidigungsausschuß des Bundestags. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 64.
Im Gespräch mit Bundesminister Genscher, dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 21. Oktober 1982 teilte Bundesminister Wörner mit, daß sich für das Projekt keine parlamentarische Mehrheit in der Bundesrepublik finden lasse. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 284.

7 Der französische Verteidigungsminister Hernu hielt sich vom 24. bis 27. Februar 1984 in den USA auf.

8 Zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan (SDI) vgl. Dok. 2.

gefechtsfeldwaffen, sondern dienten lediglich der Abschreckung. Für uns stelle sich die Frage, wann sie zum Einsatz gelangten und ob sie weiter vorn dislozierten würden. Er wisse, daß unsere öffentliche Meinung an diesem Thema besonders interessiert sei. Eine präzise Beantwortung könne jedoch die Abschrekkung schwächen und die USA eventuell zu der falschen Annahme verleiten, ihr eigenes Engagement reduzieren zu können. Wie wir wüßten, werde im übrigen von Pluton auf Hades umgerüstet, die 1992 verfügbar sein werde. Außerdem sei man dabei, eine neue Luft-Boden-Rakete mittlerer Reichweite zu entwickeln, die voraussichtlich 1988 einsatzbereit sein werde. Durch diese Modernisierung werde das Volumen der taktischen Nuklearwaffen prinzipiell nicht verändert. Im übrigen sei das französische Verteidigungskonzept global. Auch der konventionelle Bereich werde gestärkt. Die Schnelle Eingreiftruppe (FAR)[9] sei vor allem für Afrika bestimmt. Das schließe jedoch nicht aus, daß sie auch in Deutschland eingesetzt werde. Sicher müsse mit uns darüber geredet werden, wo und wann dieser Einsatz erfolgen könne. Dies könne nicht in der Allianz erörtert werden, aber die Generalstäbe Deutschlands und Frankreichs könnten untersuchen, wie sich die Situation für den Fall darstelle, daß der Präsident eine entsprechende Entscheidung treffe. Auch Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung in Deutschland könnten besprochen werden. Hernu ging abschließend auf die Reorganisation der französischen Streitkräfte und insbesondere auf die Fähigkeiten der „Blitztruppe“ der FAR ein, die bei einer Übung in vier Stunden 400 km transportiert worden sei und in einer Stunde eine Warschauer-Pakt-Division zerstört habe. Im September werde eine weitere Übung abgehalten werden, an der eventuell BM Wörner teilnehmen könne.

BM *Wörner* sagte, im konventionellen Bereich sei eine sichtbare Beteiligung Frankreichs an der Verteidigung der Bundesrepublik notwendig. Man solle noch deutlicher machen, daß die FAR für einen Einsatz in Mitteleuropa in Betracht komme. Er nähme auch gerne das Angebot an, daß die Generalstäbe den Einsatz der FAR – jenseits der bekannten Linie – untersuchen sollten. Im übrigen sei es auch wichtig, ein Zeichen begrenzter tatsächlicher Kooperation zu setzen. Dies sei von besonderer Bedeutung, solange die konventionellen Schwächen des Bündnisses nicht ausgeglichen seien. Schon die Klarstellung der Option einer solchen militärischen Kooperation wäre gut. Entscheidend sei für uns zu wissen, ob auf Frankreich auch in dem Falle zu zählen sei, daß Frankreich selbst nicht direkt angegriffen werde. Zum nuklearen Bereich sagte BM Wörner, die Strategie der Allianz für den Einsatz taktischer Nuklearwaffen komme der französischen immer näher. Auch für uns seien die entsprechenden Gefechtsfeldwaffen keine Superartillerie und kein Mittel der Kriegführung, obwohl es gegenläufige Tendenzen gäbe. Wir wollten diese Waffen zur Wiederherstellung der Abschreckung nutzen. Deshalb stehe der selektive Einsatz im Vordergrund. Dieser Gedanke breche sich immer mehr Bahn. Hier liege im Grunde genommen der Hauptfortschritt von Montebello[10], nämlich, daß erstmalig schriftlich gemeinsame Richtlinien für den Einsatz taktischer Nuklearwaffen festgelegt worden seien. In diesem Punkte näherten sich also Allianz

9 Zur französischen „Force d'Action Rapide“ (FAR) vgl. Dok. 1, Anm. 4.

10 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

und Frankreich. Trotzdem sei die Abstimmung bilateral wichtig, insbesondere soweit deutsches Territorium betroffen sei.

VM *Hernu* sagte, wenn ein Angriff der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik Deutschland erfolge, müsse mit dem Einsatz taktischer Nuklearwaffen gerechnet werden. Sie seien dazu bestimmt, einem Vormarsch auf Deutschland Einhalt zu gebieten. Für diesen Fall müsse besprochen werden, wann und wo sie einzusetzen seien. Aber er müsse noch einmal betonen, daß die Strategie Frankreichs global sei und beide Bereiche – den nuklearen und den konventionellen – umfasse und im nuklearen sowohl die taktischen als auch die strategischen Systeme.

AM *Cheysson* sagte, die konventionelle Abschreckung unterscheide sich von der nuklearen. Auch er halte Gespräche der Generalstäbe über den möglichen Einsatz der FAR für richtig.

VM *Hernu* ergänzte, die USA hätten ihn gefragt, ob man nicht eine gemeinsame Übung mit der FAR durchführen könne. Er habe geantwortet, dies sei noch verfrüht. Er sei jedoch für eine gemeinsame Übung mit Deutschland.

AM *Cheysson* präzisierte: eine französische Übung (exercice français) auf deutschem Boden mit deutscher logistischer Unterstützung.

BM *Wörner* begrüßte diesen Gedanken und fügte hinzu, wir könnten den Meinungsaustausch zu den behandelten Fragen in den Arbeitsgruppen vertiefen. Er erläuterte anschließend den Grundgedanken der Umstrukturierung der taktischen nuklearen Waffen in der Allianz: weniger, aber weiter reichend. Er betonte, daß man auf nukleare Gefechtsfeldwaffen trotzdem nicht verzichten könne.

VM *Hernu* warf ein, wir müßten aufpassen, daß die USA die nukleare Schwelle nicht zu hoch ansetzten und Moskau dadurch zu einem konventionellen Angriff ermuntert werden könne.

BM *Genscher* sagte, die deutsch-französische Kooperation und die europäische Zusammenarbeit seien von allergrößter Bedeutung, auch gerade der Sowjetunion gegenüber. Früher habe Moskau immer die Richtung verfolgt, Europa zur eigenen Verteidigung zu ermuntern, um es aus der NATO herauszulösen. Nun sehe Moskau, daß Europa seine Kräfte bündeln und den europäischen Pfeiler der NATO stärken wolle. Deshalb habe man in einem TASS-Artikel an die USA appelliert, ihre Verantwortung für Deutschland wahrzunehmen. Daß die Frage bei seinem Besuch in Moskau[11] nicht angesprochen worden sei, empfinde er als Bestätigung der dortigen Sorgen und als Beweis dafür, daß man sich in Moskau noch keine endgültige Meinung zu diesem Thema gebildet habe. Im übrigen habe er eine Frage: Sollten die französischen strategischen Waffen gegen einen Angriff auf Frankreich abschrecken und die taktischen nur eine Zündschnur bilden? Wirke die Abschreckung sozusagen zu Fuß oder durch die Luft oder durch beides? Die französische Antwort war: durch beides.

VM *Hernu* erwähnte anschließend, daß die nukleare Abschreckung auch gegenüber den chemischen Waffen Platz greifen solle. Die französischen Truppen würden sowohl gegen chemische wie gegen bakteriologische Angriffe durch Ausrü-

11 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

stung und entsprechende Übungen geschützt. Das gleiche gelte hinsichtlich der Ausstattung der Panzer.

AM *Cheysson* ging noch einmal auf die Rolle der taktischen Nuklearwaffen ein und unterstrich, daß sie als letzte Warnung gedacht seien. Er verstehe die Besorgnisse derer, die wissen wollten, wo diese Warnung Platz greifen solle. Es sei jedoch wichtig, weder der SU noch den USA in dieser Frage irgendeine Sicherheit zu geben; den USA deshalb nicht, damit sie nicht an eine Reduzierung ihrer eigenen nuklearen Rolle dächten. Letztlich könne es eine griffige Antwort von französischer Seite nicht geben, weil die französischen Streitkräfte nicht integriert seien.[12]

3) Abwehr ballistischer Raketen (SDI)

AM Cheysson äußerte sich sehr besorgt über SDI. Zwar dürften diese Sorgen nicht dazu führen, zu unterschätzen, was die Amerikaner gegenwärtig – z. B. im U-Boot-Bereich – an Waffen entwickelten. Es werde aber, wenn SDI weiterverfolgt werde, zu einem unterschiedlichen Schutz der USA und Europas kommen. Ihm scheine, daß Frankreich und Deutschland hier gleiche Interessen hätten, nämlich Verhandlungen über eine Entmilitarisierung des Weltraums in Gang zu setzen. Das Abkommen von 1967[13] sei nur ein partielles Übereinkommen. Wir müßten mehr anstreben und deutlich machen, daß sonst ein Wandel in der Natur der Abschreckung erfolge. Er habe vor, dieses Thema beim Viereressen am 29. Mai[14] aufzugreifen und Außenminister Shultz die französischen Bedenken deutlich zu machen. Anschließend stellte er die Frage nach der britischen Haltung.

BM *Wörner* erläuterte, daß auch London starke Zweifel gegenüber SDI habe, sich aber in der Öffentlichkeit nicht so besorgt wie wir geäußert habe.

VM *Hernu* sagte, selbst wenn die US[15] einen 95%igen Schutz aufbauen würde, könnten immer noch ca. 500 SU-Raketen[16] durchkommen. Das sei ein miserabler Schutz.

BM *Wörner* riet zur Vorsicht in diesem Punkt. Iklé habe ihm kürzlich gesagt, wenn man einen 90%igen Schutz realisiere, sei das bereits ein Fortschritt, der jeden möglichen Aufwand rechtfertige. Sicher sei aber auf jeden Fall, daß, falls die US[17] 95% der angreifenden Raketen abfange, die französische Gleichung nicht mehr aufgehe.

AM *Cheysson* warf ein, die europäischen Verteidigungsanstrengungen seien dann umsonst gewesen.

BM *Wörner* entgegnete, die Amerikaner hätten ihm hierzu gesagt, daß das Sy-

12 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

13 Für den Wortlaut des Vertrags vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1968–1987.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Washington vgl. Dok. 156.

15 Korrigiert aus: „SU".

16 Korrigiert aus: „US-Raketen".

17 Korrigiert aus: „SU".

stem den Schutz der europäischen Alliierten mit sichern solle. Er selbst habe allerdings auch Zweifel in diesem Punkt.

BM *Genscher* fügte hinzu, daß im Falle der Realisierung von SDI die Stationierung der SS-21 und SS-22 im östlichen Vorfeld eine ganz andere Relevanz erhalte. Auch werde die Beherrschbarkeit der Auseinandersetzung sehr schwierig werden. Angesichts der kurzen Fristen könne die Befehls- und Kommandogewalt des amerikanischen Präsidenten zur Illusion werden.

4) WEU

AM *Cheysson* berichtete von einer kleinen Sitzung am Rande des informellen Ministertreffens in Salon-de-Provence[18] zum Thema WEU. Er sei erstaunt gewesen, daß sein italienischer Kollege[19] sich über die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen und Mengenkontrollen weitgehend unorientiert gezeigt habe.[20]

BM *Genscher* erläuterte kurz die Notwendigkeit der Aufhebung der uns diskriminierenden Herstellungsbeschränkungen.

AM *Cheysson* stimmte zu und sagte, daß es ihm vor allem um zweierlei gehe: die Aufhebung der Kontrollen und die Belebung der WEU-Versammlung. Sie zu stärken, sei ihm deshalb wichtig, weil er nicht wolle, daß sich das Europäische Parlament der Verteidigungsfragen als großem Thema annehme. Irland sei neutral und Griechenland und Dänemark keine Gesprächspartner für diese Fragen. Außerdem halte er es für gut, wenn strategische Fragen im kleineren Kreise (eher kleiner als der der Sieben, „zu zweit, zu dritt") erörtert werden könnten. Er sehe allerdings einige terminliche Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der WEU-Aktivierung. Die wichtigste sei der Wahlkampf vor den Europawahlen.[21] In diesen passe das WEU-Thema nicht hinein. Er sei deshalb dafür, die Ministertagung am 12.6.[22] „low key" ablaufen zu lassen und dafür die Veranstaltung aus Anlaß des 30. Jahrestages in Rom[23] etwas größer herauszustellen.

VM *Hernu* fragte, ob die Verteidigungsminister[24] auch eingeladen seien.

BM *Genscher* sagte, davon gehe er aus. Spadolini habe ihm das persönlich gesagt.[25]

AM *Cheysson* schloß sich der Auffassung von BM Genscher an.

BM *Wörner* fügte an, man solle die Aktivierung der WEU pragmatisch angehen. (BM *Genscher*: Richtig!) Anschließend äußerte BM *Wörner* Zweifel an der

18 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 25. bis 27. Mai 1984 vgl. Dok. 152.

19 Giulio Andreotti.

20 Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen bzw. zu den Mengenkontrollen vgl. Dok. 1, Anm. 6 und 9. Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen vgl. Dok. 140, Anm. 18.

21 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

22 Zur WEU-Ministerratstagung am 12. Juni 1984 in Paris vgl. Dok. 140, Anm. 15.

23 Am 26./27. Oktober 1984 fand eine Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 290.

24 Korrigiert aus: „Außenminister".

25 Bundesminister Genscher und der italienische Verteidigungsminister Spadolini trafen am 12. Januar 1984 in Wachtberg-Pech zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 209, Bd. 128400.

Fähigkeit der Mitglieder der WEU-Versammlung, verteidigungspolitische Probleme intensiv zu erörtern.

5) IEPG

VM *Hernu* erkundigte sich nach einer niederländisch-britischen Initiative zur Einberufung einer IEPG-Ministerkonferenz.[26]

BM *Wörner* äußerte sich positiv zu dem Gedanken, die IEPG durch Teilnahme der Minister aufzuwerten. Es sei wichtig, den USA deutlich zu machen, wo unsere eigenen Interessen lägen. Er befürworte die Teilnahme von VM Hernu.

VM *Hernu* sagte, er werde diese Initiative sehr sorgfältig prüfen, habe aber einige Vorbehalte. Eine solche Sitzung müsse sorgfältig vorbereitet werden, eine im vornhinein abgestimmte Haltung sei notwendig. Er neige dazu, etwas abzuwarten – vielleicht bis zum Oktober.

BM *Wörner* entgegnete, dadurch könne eventuell wertvolle Zeit verlorengehen, da die USA in der IEPG bald wichtige Produktionsprogramme umsetzen wollten.

VS-Bd. 11986 (201)

150

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

VS-vertraulich **28. Mai 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand anläßlich der deutsch-französischen Gipfelkonsultationen am 28. Mai 1984 nachmittags[2]

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Bouverat als Dolmetscherin;

auf französischer Seite: Herr Attali als Note-taker, Frau Stoffaës als Dolmetscherin.

26 Zu niederländischen bzw. britischen Überlegungen für eine Sitzung der IEPG auf Ministerebene vgl. Dok. 121, Anm. 49, bzw. Dok. 142, Anm. 38.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 29. Mai 1984 gefertigt und am 7. Juni 1984 zusammen mit der Gesprächsaufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Mauroy am 29. Mai 1984 in Rambouillet „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt.
Hat Ploetz am 8. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 28./29. Mai 1984 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 155.

Präsident Mitterrand und der Bundeskanzler führen zunächst ein Vier-Augen-Gespräch ohne die Anwesenheit von Note-takern.

Bei Fortsetzung des Gespräches stellt Präsident *Mitterrand* die Frage, welche Schwerpunkte man setzen wolle. Man könne nicht acht oder neun Gesprächsthemen behandeln. Er fragt *Bundeskanzler*, worauf dieser den Akzent legen wolle.

Bundeskanzler antwortet, man werde ja morgen den Bericht der Minister bekommen.[3] Im bilateralen Bereich sehe er keine großen Probleme. Er wolle noch einmal über die Gemeinschaft und den Wirtschaftsgipfel[4] sowie die Straßburger Rede des Präsidenten[5] sprechen. Er habe noch einmal überlegt und sei heute mehr denn je der Meinung, daß es ein Fiasko für die EG sein würde, wenn man unter französischer Präsidentschaft[6] nicht zu einem Abschluß komme. Wenn Iren oder Italiener[7] dieses Problem lösen sollten, würde für die EG eine schlimme Zeit hereinbrechen. Was, so frage er, könne man tun, um vor dem Treffen das Notwendige an Bewegung hereinzubringen? Er habe mit Frau Thatcher nicht direkt gesprochen. Er wolle ihr aber in London noch einmal sagen, daß die Dinge sich zum Schlechten entwickelten. Was er im Hinblick auf die Gemeinschaft unternommen habe, sei in Deutschland nur verständlich, wenn es zu einem Erfolg käme. Dies sei für ihn heute noch wichtiger als vor einem Jahr. Wir hätten in Deutschland riesige Probleme mit den Bauern. Hier gäbe es Einkommenseinbrüche bis zu 20%, und wir müßten helfen. Die Bundesregierung sei mit entsprechenden Beschlüssen ins Parlament gegangen.[8] Das könne man jedoch nur machen, wenn am Ende ein Erfolg vorzuzeigen sei.

Präsident *Mitterrand* antwortet, dies sei ganz sicher so. Er fragt Herrn Attali, welche Ziffern die Beamten errechnet hätten.

Herr *Attali* antwortet, die Mitarbeiter arbeiteten jetzt daran.

Bundeskanzler fährt fort, was die Rede des Präsidenten in Straßburg anbetreffe, so werde er, der Bundeskanzler, in seiner Tischrede seine volle Unterstützung zum Ausdruck bringen. Wir wollten voranschreiten.

3 In der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 29. Mai 1984 in Rambouillet wurden Fragen der Europäischen Gemeinschaften, die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und Frankreich, Währungsfragen, die Zusammenarbeit im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich sowie bei der Raumfahrt und beim Umweltschutz, die Stahlproblematik, das Satellitenfernsehen, Telekommunikationsfragen sowie eine mögliche neue GATT-Verhandlungsrunde erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 66; B 150, Aktenkopien 1984.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

5 Zur Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 24. Mai 1984 vor dem Europäischen Parlament vgl. Dok. 147, Anm. 9.

6 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

7 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne, Italien vom 1. Januar bis 30. Juni 1985.

8 In der Presse wurde berichtet, zum Ausgleich der Einkommensverluste plane die Bundesregierung zusätzliche Einnahmen für Landwirte aus einer entsprechenden Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes der Landwirte. Ferner seien eine Prämie für die Aufgabe der Milcherzeugung für die Dauer von zehn Jahren sowie eine Erhöhung der Bundeszuschüsse an die landwirtschaftliche Unfallversicherung vorgesehen. Vgl. dazu den Artikel „Noch eine Milliarde mehr für die deutschen Bauern“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Mai 1984, S. 13.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er habe auf die gleiche Linie gesetzt wie in Stuttgart[9], um die Kontinuität aufzuzeigen. Die Spinelli-Initiative[10] und die Genscher-Colombo-Initiative[11] sollten als Grundlage der Gespräche dienen. Man werde sicher nur die Zustimmung der sechs Gründerstaaten gewinnen, später wohl auch Spaniens und Portugals. Beim Treffen der sozialistischen Regierungschefs Westeuropas in Paris[12] habe er die 15 Delegierten eine Dreiviertelstunde hindurch empfangen. An den Sitzungen selbst habe er natürlich nicht teilgenommen. Man habe auch über dieses Thema gesprochen. Brandt habe ihm ins Ohr gesagt, man sei in Deutschland damit einverstanden. Soares und González seien sehr dafür. Der Däne Jørgensen habe ihm gesagt, Dänemark könne solche Gedanken nicht akzeptieren. Auch die Einstimmigkeitsregel für alle Entscheidungen müsse bleiben.

K.[13] habe nicht viel gesagt. Er sei froh, wenn Frau Thatcher Schwierigkeiten habe.

Hier zeichne sich eine gewisse Trennung ab. Es gehe jedoch nicht darum, irgend jemanden auszuschließen.

Bundeskanzler äußert, es sei seine Einschätzung, daß, wenn wir nach dieser Linie verführen, Deutschland und Frankreich vorangehen würden, Belgien, Luxemburg und Niederlande würden mitmachen. (Niederlande würden sich etwas schwerer tun als Belgien, aber auch kommen.) Italien sei erst handlungsfähig, wenn die Frage des Präsidenten der Republik gelöst sei.[14] Es sei seine Einschätzung, daß Portugal sofort kommen werde, Spanien dann auch, aber etwas abgesetzt. Dänemark werde nicht kommen, Griechenland auch nicht, Irland sicher noch vor dem Vereinigten Königreich. Hier bedinge sich beides etwas. Am Ende werde man mit 6+2 dastehen.

Präsident *Mitterrand* äußert, es sei wichtig, daß Deutschland und Frankreich sich instand setzten, einen Vorschlag zu machen. Man müsse die Hoffnung am Leben erhalten. Man müsse einen politischen Akt setzen. Im Spannungsfeld zwischen den USA und der Sowjetunion müsse man nicht nur beweisen, daß man dem Bündnis treu bleibe, sondern auch, daß Europa handeln könne. Im Moment seien wir ja noch im Stadium der bloßen Überlegungen.

Bundeskanzler äußert Skepsis hinsichtlich der Einschätzung der Lage durch Willy Brandt. Mit Brandt selbst wäre er sofort einig. Brandt könnte der unangefochtene Führer der Partei sein, aber er halte sich weit entfernt von den Details. Die SPD sei weit nach links gegangen. Links sei Deutschland ganz früher nicht pro-europäisch gewesen. Dies habe sich erst mit Bebel geändert. Heute hätten wir in der Bundesrepublik einen neuen Nationalismus, der aus der DDR komme. Man könne streiten, ob rechts oder links. Die DDR investiere in der

9 Vgl. dazu die in Stuttgart verabschiedete Feierliche Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983; EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 80 und Dok. 185.

10 Zur Spinelli-Initiative vgl. Dok. 58, Anm. 10.

11 Zum Vorschlag für eine Europäische Akte (Genscher-Colombo-Initiative) vgl. Dok. 55, Anm. 5.

12 Am 25. Mai 1984 fand in Paris ein Treffen der Parteivorsitzenden von 14 sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien aus neun EG-Mitgliedstaaten sowie aus Portugal und Spanien statt.

13 Neil Kinnock.

14 Am 24. Juni 1985 wurde der Präsident des italienischen Senats, Cossiga, zum Staatspräsidenten gewählt.

Bundesrepublik gewaltige Geldmittel, und ihre fellow traveller seien sehr antieuropäisch. Ferner hätten wir eine freischwebende linke Intelligenz, die auch nicht für Europa sei, eine Art linker Schickeria, die sich in „Stern" und „Spiegel" wiederfinde. Sie habe ein ganz absurdes Bild von der Sowjetunion, kultiviere es. Dies sei jedoch nicht die Mehrheit. Für ihn sei es eine positive Erfahrung, daß trotz aller Rückschläge in der Gemeinschaft die Grundüberzeugung, daß es nämlich zur Gemeinschaft keine Alternative gebe, keine Einbußen habe hinnehmen müssen. Wir müßten allerdings mehr tun, damit die Leute Europa auch begriffen, z. B. an den Grenzen.

Präsident *Mitterrand* äußert, man sollte auch noch einmal über den Wirtschaftsgipfel am 6./7. Juni sprechen. Welches seien die vorgesehenen politischen Entschließungen? Er kenne den Entwurf noch nicht.

Herr *Attali* trägt vor, es seien ursprünglich vorgesehen gewesen vier Erklärungen, eine über die großen Grundsätze der Freiheit, eine über den Terrorismus, eine über Mittelstreckenwaffen und eine über die europäische Beteiligung an der amerikanischen Raumstation[15]. Jetzt sei nur noch ein Text übrig, die sog. Charta von London über die großen Prinzipien der Freiheit der Demokratien und die Menschenrechte.[16] Nach Frau Thatcher sollte dieser Text auf dem ersten Abendessen besprochen werden und dann als einziger herausgegeben werden. Im Anschluß wolle sie über den Terrorismus sprechen. Über dieses Gespräch solle jedoch gegenüber der Presse nur durch den Vorsitzenden referiert werden. Frau Thatcher glaube nicht, daß man über den Terrorismus einen Text verabschieden solle. Zur Mittelstreckenraketenfrage gebe es keinen Text. Die amerikanische Raumstation solle im Wirtschaftsteil angesprochen werden, und zwar in der Form, daß man vom amerikanischen Vorschlag Kenntnis nehme. Jetzt gebe es einen fünften Vorschlag, einen Text über den Golfkrieg[17] zu verabschieden.

Auf Bitten des Präsidenten referiert Herr Attali über den Text zu den großen Prinzipien der Freiheit.

Präsident *Mitterrand* fragt, wozu das gut sein solle.

Herr *Attali* antwortet, dies hänge zusammen mit den Feierlichkeiten zum 6. Juni.[18]

Bundeskanzler äußert, der Text müsse dann schon etwas Konkreteres bringen.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er kenne diesen Text noch gar nicht.

Bundeskanzler fragt, ob Herr Attali eine Chance für die Einigung auf einen Text zum Terrorismus sehe.

Herr *Attali* antwortet, Frau Thatcher wolle bei Tisch ein sehr eingehendes Gespräch über diese Frage führen. Sie wolle sich dabei ganz auf die Wiener Kon-

15 Zu den amerikanischen Plänen für den Bau einer Raumstation vgl. Dok. 31.
Zu einer möglichen Beteiligung der Bundesrepublik und weiterer Staaten vgl. Dok. 178.

16 Für den britischen Entwurf einer „Charta von London" vgl. den Drahterlaß Nr. 3716 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 28. Mai 1984; VS-Bd. 12943 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

17 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 152, Anm. 16.

18 Zu den Feierlichkeiten anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") vgl. Dok. 164.

vention[19] konzentrieren. Sie habe dabei Änderungen der Bestimmungen über den Status der Diplomaten im Auge. Im ursprünglichen Entwurf sei sogar eine Verurteilung der sog. „terroristischen Staaten" enthalten gewesen.

Bundeskanzler fragt, welche Veränderung Frau Thatcher wünsche.

Herr *Attali* berichtet, zunächst wolle Frau Thatcher die Anwendung einiger Bestimmungen, die in Vergessenheit geraten seien. Zum zweiten wolle sie aber die Veränderung bestimmter Artikel über die diplomatischen Privilegien. Keines der anderen Länder habe dabei jedoch mitgemacht. Sie habe darauf ihre Absichten aufgegeben, weil sie keinen Mißerfolg riskieren wolle.

Bundeskanzler äußert, er sei sehr dafür, daß alle Artikel der Wiener Konvention angewendet würden, sei jedoch gegen jede Änderung. Wir hätten sehr viele Vertretungen in riskanten Gebieten, und wenn wir hier ein Tor aufstießen, bekämen wir es nicht wieder zu. Man brauche nur an die DDR denken.

Präsident *Mitterrand* fragt Herrn Attali nach der Haltung der USA zu den wirtschaftlichen Fragen.

Herr *Attali* antwortet, die Amerikaner seien sehr verlegen, und deshalb hätten sie sich zurückgehalten und wollten möglichst jede Diskussion vermeiden. Dies gelte insbesondere für die Zusammenhänge zwischen der Lage in der Dritten Welt, der jetzigen Situation des Dollars und der Zinsen. Sie wollten keine Verbindung herstellen zwischen ihren Budgetdefiziten und der Lage in der Dritten Welt. Die Amerikaner wollten alles auf die Frage des Welthandels und die Verschuldung der Dritten Welt konzentrieren, die Zinsfrage aber nicht ansprechen.

Bundeskanzler äußert, die Zinsfrage werde zentral sein. Hier werde sich zwar in diesem Jahr nichts ändern, aber es sei schon gut, wenn sich wenigstens im kommenden Jahr Änderungen ergäben.

Bundeskanzler spricht dann die Entwicklung im Ost-West-Verhältnis an. Man werde in London am Rande auf dieses Thema zu sprechen kommen. Wegen der amerikanischen Wahlen[20] werde in diesem Jahr nichts mehr laufen. Wir müßten jedoch den Amerikanern klarmachen, daß sie nach den Wahlen nicht zu viel Zeit verstreichen lassen dürften. Der Schock in der Sowjetunion lasse nach. Sie hätten einfach nicht geglaubt, daß wir stationieren würden. Jetzt hofften sie auf die Niederlande, vielleicht auch Belgien und evtl. Italien. Er, der Bundeskanzler, hoffe, daß die Sowjets umsonst darauf setzten. Wir blieben jedenfalls bei unserer Position stehen, so oder so. Doch sei es wichtig zu sehen, ob sich jetzt etwas bewege. Augenblicklich sei die Sowjetunion schwer durchschaubar. BM Genscher habe den Eindruck mitgebracht, daß Tschernenko viel beweglicher als Gromyko operiere.[21] Gromyko habe bei dem Gespräch mit Tschernenko stets dazwischen geredet. Übersetzt sei im übrigen das worden, was Gromyko gesagt habe. Offenbar sei die Position von Gromyko sehr stark. Gromyko

19 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

20 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

21 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

und die Militärs hätten in der Sowjetunion das Sagen. Die Position Tschernenkos sei schwächer als die von Andropow.

Präsident *Mitterrand* äußert, Gromyko habe schon bei Breschnew dazwischengeredet.

VS-Bd. 14123 (010)

151

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 BMD-1224/84 VS-vertraulich **28. Mai 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: rüstungskontrollpolitische Aspekte der „Strategic Defense Initiative"

Zweck der Vorlage: Vorschlag für Expertenkonsultationen mit den USA über rüstungskontrollpolitische Aspekte von SDI

I. Die USA haben die Verbündeten – nachdem Präsident Reagan in seiner Rede vom 23. März 1983[4] nicht nur für das Bündnis, sondern auch für weite Teile der Administration vollkommen überraschend seine Entscheidung zur Erforschung neuer Raketenabwehrtechnologien bekanntgegeben hatte – nach und nach über ihre Pläne unterrichtet. Anfang 1984 hatte ein „briefing team" die Hauptstädte der wichtigsten Verbündeten besucht[5] und auch den NATO-Rat[6] unterrichtet. Dabei ergab sich die Gelegenheit, Fragen und Bedenken zu formulieren. Dies geschah auch durch Bundesminister Wörner und andere europäische Verteidigungsminister bei der NPG-Tagung in Çeşme.[7]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 28. Mai 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 31. Mai 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 31. Mai 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 2. Juni 1984 vorgelegen.

4 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

5 Zur Unterrichtung der Bundesregierung über SDI durch eine amerikanische Expertengruppe am 7. Februar 1984 vgl. Dok. 39.

6 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 10. Februar 1984, der Politische Ausschuß auf Gesandtenebene (SPC) der NATO sei am Vortag über SDI informiert worden. Inhaltlich hätten die Ausführungen denen gegenüber der Bundesregierung am 7. Februar 1984 entsprochen. Hinsichtlich der Substanzfragen hätten sich keine neuen Gesichtspunkte ergeben: „Konsultationsbedürfnis der Allianzpartner und Konsultationsbereitschaft der USA wurden jedoch unterstrichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 268; VS-Bd. 13397 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4. April 1984 vgl. Dok. 102.

Erst bei Ihren Gesprächen in Washington am 7. Mai 1984[8] erkannten die USA jedoch ausdrücklich die Berechtigung unserer Fragen und Bedenken an. Sie stellten von sich aus die Frage, wie die Konsultationen, gerade über die rüstungskontrollpolitischen Aspekte von SDI, intensiviert werden könnten.

Es ist offensichtlich, daß konkrete Vorschläge für eine rüstungskontrollpolitische Begrenzung erst vorgelegt werden können, wenn sich klarer abzeichnet, wie die neuen Raketenabwehrsysteme ausgestaltet sein würden. Die Konsultationen würden also eher den Charakter von gemeinsamen konzeptionellen Überlegungen haben. Bündnisgremien eignen sich dafür erfahrungsgemäß nicht, weil der Teilnehmerkreis zu groß ist und weil in der Regel nur abgestimmte Regierungspositionen vorgetragen werden.

Wir sollten deshalb, die Anregung aus Washington aufgreifend, dort vorschlagen, die USA sollten zu informellen Expertentreffen über rüstungskontrollpolitische Aspekte von SDI einladen. Dabei sollten in erster Linie diejenigen Verbündeten berücksichtigt werden, die sich an der Diskussion bisher aktiv beteiligt haben.[9]

Unser Ziel sollte dabei sein, bisher wirksame Begrenzungen der Offensiv- und Defensivsysteme einerseits über eine schwierige Periode der Ost-West-Beziehungen hinwegzuretten, andererseits auf lange Sicht auch an die technische Entwicklung anzupassen. Das kann eine der wichtigsten Aufgaben der Rüstungskontrolle für den Rest der 80er Jahre sein.

II. Wir sollten in diesen informellen Konsultationen unsere Bemühungen fortsetzen, in den USA die Einsicht in die Notwendigkeit von und in die Möglichkeiten für Rüstungskontrolle auch im Bereich der Raketenabwehrsysteme zu stärken.

1) Dabei sollten wir auf der wachsenden Einsicht in den USA – die auch in Ihren Gesprächen in Washington am 7.5.1984 deutlich geworden ist – aufbauen, daß ein absolut wirksamer Schutz gegen Raketen auch durch ein Abwehrsystem neuer Art nicht möglich sein wird. Dies bedeutet aber, daß – entgegen den Hoffnungen, die Präsident Reagan in seiner Rede vom 23. März 1983 wekken zu dürfen glaubte – Sicherheit nicht einseitig verwirklicht werden kann, daß sie vielmehr, auch nach dem Aufbau eines Raketenabwehrsystems neuer Art, letztlich auf glaubwürdiger gegenseitiger Abschreckung beruhen würde.

Sollten sich die Vereinigten Staaten zur Entwicklung eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems entscheiden, wäre allenfalls mit einem besseren Schutz als bisher, nicht aber mit vollständigem Schutz zu rechnen. Dadurch würden auch die landgestützten strategischen Waffen unverwundbarer gemacht. Das würde bedeuten, daß die Gefahr eines Erstschlags beseitigt oder wesentlich vermindert werden könnte. Die Fähigkeit, einen Zweitschlag zu führen, würde erhalten bleiben.

Dies bedeutet aber auch: Zwischen der Art und Wirksamkeit eines Raketenabwehrsystems einerseits und der Zahl, Sprengkraft und Zielgenauigkeit der Offensivwaffen andererseits wird ein enger Zusammenhang bestehen. Einerseits

8 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

9 Am 17./18. Juli 1984 fanden in Washington Gespräche zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA über SDI statt. Vgl. dazu Dok. 208.

schafft der unbegrenzte Aufbau von Defensivwaffen einen Anreiz für die Entwicklung und Stationierung weiterer Offensivsysteme, mit denen die Defensivwirkung unterlaufen werden könnte. Andererseits verursacht die durch die MIRVung eingetretene ungünstige Entwicklung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Abschußgestellen und Gefechtsköpfen, die durch Rüstungskontrolle bisher nicht verhindert werden konnte, einen Anreiz zur Entwicklung und zum Bau von Defensivsystemen, durch welche die Verwundbarkeit der ICBM gemindert werden kann.

Daraus folgt: Ein stabiles Gleichgewicht kann nur hergestellt werden, wenn in die Rüstungskontrolle Defensiv- und Offensivsysteme einbezogen werden. Vorteile einer Seite in einem Bereich ziehen jeweils eine Reaktion der Gegenseite im anderen Bereich nach sich. Daraus würde sich ein äußerst labiler Zustand ergeben, vor allem deshalb, weil jede Seite sich jeweils auf den ungünstigsten Fall einrichten müßte, nämlich auf einen sehr raschen Aufbau des gegnerischen Potentials. Dadurch würde sich das Wettrüsten der Tendenz nach ständig beschleunigen. Auf längere Sicht läßt sich durch einen unbegrenzten Wettlauf in beiden Bereichen kein Mehr an Sicherheit erzielen. Es besteht daher jedenfalls längerfristig ein gemeinsames Interesse an vereinbarten Beschränkungen, die beide Bereiche betreffen.

Auf dieser Grundlage ist 1972 das SALT-I-Abkommen abgeschlossen worden[10], in dem für die Defensivsysteme eine langfristige, für die Offensivsysteme eine Interimslösung gefunden wurde. Der SU kam es damals in erster Linie auf den ABM-Vertrag[11] an. Um ihn zu ermöglichen, akzeptierte sie auch ein Interimsabkommen, das praktisch nur ihr selbst Beschränkungen auferlegte: Die USA planten damals keinen Aufbau zusätzlicher strategischer Systeme.

2) Diese Einsichten sollten auch der Ausgangspunkt für eine Einschätzung der sowjetischen Haltung sein. Wir nehmen die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse ernst, aus denen die USA den Verdacht ableiten, daß die SU sich die Möglichkeit schafft, eventuell den Aufbau eines umfassenden ABM-Systems vorzubereiten. Wir fragen uns jedoch, ob die SU daran wirklich ein Interesse haben kann. Sie würde damit nicht nur die Grundlage des ABM-Vertrags beseitigen, es würde auch das strategische Gleichgewicht zwischen USA und SU, das derzeit noch besteht, aufs Spiel gesetzt. Würde die SU den Aufbau eines umfassenden ABM-Systems heimlich betreiben und damit den ABM-Vertrag unterhöhlen, so würde sie sich damit als Partner für Rüstungskontrollvereinbarungen selbst diskreditieren und damit Rüstungskontrollvereinbarungen mit den USA gerade im strategischen Bereich auch auf längere Sicht unmöglich machen. Eine Kündigung des ABM-Vertrags (sie ist nach Art. XV, Ziffer 2 mit ei-

10 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

ner Sechsmonatsfrist möglich, wenn eine Vertragspartei der Auffassung ist, daß außerordentliche Ereignisse, die mit dem Gegenstand des Vertrages in Beziehung stehen, ihre höchsten Interessen gefährden) würde die Chancen für künftige Rüstungskontrollvereinbarungen erheblich mindern. In jedem Fall müßte die SU damit rechnen, daß die USA große Anstrengungen entfalten würden, um das strategische Gleichgewicht zu wahren. Sie würden vermutlich die schon vorhandene Technologie zum Aufbau eines eigenen ABM-Systems verwenden und gleichzeitig solche Offensivsysteme rasch ausbauen, gegen die das sowjetische ABM-System nicht wirkt, insbesondere Marschflugkörper.

Mit der sowjetischen Interessenlage eher vereinbar und daher wahrscheinlicher erscheint uns, daß die SU die Option eines umfassenden ABM-Systems so weit vorbereitet, wie es ohne einen klaren und eindeutig nachweisbaren Verstoß gegen den ABM-Vertrag geht. Sie würde diese Option aber wohl nur dann nutzen, wenn sie

– keine Möglichkeit mehr sähe, ihre Interessen durch Rüstungskontrolle fördern oder jedenfalls wahren zu können;
– sicher sein könnte, in einem unbegrenzten Rüstungswettlauf mit den USA obsiegen zu können;
– befürchten müßte, daß die USA bei der Aufstellung von Abwehrsystemen einen Vorsprung erlangen.

Es liegt im Interesse des Westens zu verhindern, daß diese Bedingungen eintreten. Dazu ist es notwendig, Verhandlungsbereitschaft zu beweisen, gleichzeitig aber deutlich zu machen, daß der Westen auch in der Lage und entschlossen wäre, sich auf einen Wettbewerb einzulassen, wenn die SU nicht zu Verhandlungen und ausgewogenen Vereinbarungen bereit ist.

3) Forschungsarbeiten, die zur Entwicklung von Raketenabwehrsystemen neuer Art führen könnten, werden bekanntlich auf beiden Seiten seit langem durchgeführt. Dazu gehört insbesondere die Erforschung von Lasersystemen und Teilchenstrahlensystemen. Offensichtlich können es die USA nicht riskieren, in diesen Forschungsarbeiten zurückzufallen. Sie sollten aber alles tun, um auf sowjetischer Seite den Eindruck zu vermeiden, als seien sie bereits entschlossen, den ABM-Vertrag zu beenden. Wir begrüßen deshalb besonders, daß die USA der SU bereits Gespräche auf Regierungsebene über SDI angeboten haben. Daß dieses Angebot nun auch öffentlich bekanntgeworden ist[12], hat wesentlich zur Beruhigung der Öffentlichkeit beigetragen. Dadurch ist auch der Druck auf die SU erhöht worden, sich dem Gespräch nicht zu entziehen. Bei Ihrem Besuch in Moskau[13] haben Sie in diesem Sinne auf die SU eingewirkt.

Die beste Vorbeugung gegen ein Ausbrechen der SU aus dem ABM-Vertrag scheint uns zu sein, daß ihr die unausweichlichen Folgen verdeutlicht werden.

4) Wir teilen die Einschätzung der USA, daß die SU früher oder später zu den Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffen zurückkehren wird.[14]

12 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundesministers Genscher nach seinem Besuch vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA; Dok. 140, Anm. 13.

13 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

14 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

Möglicherweise könnte die SDI-Option in diesen Verhandlungen genutzt werden. Man könnte der SU bedeuten, daß ein wesentliches Ergebnis von SDI, nämlich die erhöhte Überlebensfähigkeit der eigenen strategischen Waffen, auch durch qualitative und quantitative Begrenzungen dieser Waffen erreicht werden könnte. Je größer die Bereitschaft der SU zu einer solchen Regelung wäre, um so größer wäre auch der Spielraum, um das Problem neuer Abwehrsysteme rüstungskontrollpolitisch zu erfassen.

Referat 201 hat mitgezeichnet.

Ruth

VS-Bd. 11373 (220)

152

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jansen

28. Mai 1984[1]

Betr.: informelles Treffen der EG-Außenminister in Salon-de-Provence;
hier: Ergebnisse

Nach Angaben BM wurden bei o. a. Treffen folgende Themen besprochen:

1) Beziehungen West-Ost

BM[2] und AM Andreotti[3] berichteten über ihre Besuche in Moskau. In der Analyse waren sich Außenminister einig, daß vor den US-Wahlen[4] kaum mit Bewegung der SU zu rechnen sei. Konzessionen an die SU, um sie an den Verhandlungstisch zurückzubringen[5], wurden von allen abgelehnt. Besonders nachdrücklich in dieser Frage AM Howe, der Politik der SU gegenüber Westeuropa als Versuche, das Bündnis zu desintegrieren, bezeichnete („they try to frighten us into concessions").

Im Zusammenhang mit der Erörterung der West-Ost-Beziehungen sprach BM Ost-West-Studie der NATO[6] an. Alle Minister stimmten darin überein, daß Stu-

1 Vortragender Legationsrat Jansen verfügte die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Horstmann, Legationsrat I. Klasse Ischinger sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „n[ach] R[ückkehr]". Ferner maschinenschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht gebilligt."
Hat Horstmann und Ischinger am 29. Mai 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 18. Juni 1984 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

3 Zum Besuch des italienischen Außenministers Andreotti vom 22. bis 24. April 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 139, Anm. 9.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

6 Zum geplanten „West-Ost-Bericht" der NATO vgl. Dok. 138.

die noch nicht ausgereift sei. Neuer NATO-GS Lord Carrington solle Gelegenheit erhalten, sich Studie anzusehen und zu bearbeiten. Deshalb zunächst keine Verabschiedung der Studie beim Frühjahrstreffen der AM in Washington.[7] Allerdings solle Erklärung (Signal) jetzt abgegeben werden.[8]

AM Cheysson sprach im Zusammenhang der Ost-West-Beziehungen die Fälle Sacharow[9] und Schtscharanskij[10] an. Bemühungen um diese Menschenrechtsfälle sollten so diskret wie möglich vorgenommen werden. Je weniger westliche Regierungen sagten, um so besser sei es. AM waren sich einig, daß öffentliche Erklärungen der Regierungen hierzu schädlich seien. Reine Propagandaaktionen seien für die Betroffenen eher gefährlich.

AM Cheysson brachte im Zusammenhang der Ost-West-Beziehungen die Sprache auf die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Er bat um enge Zusammenarbeit und gemeinsames Vorgehen gegen sowjetische Versuche – unterstützt von Staaten der Dritten Welt –, die jährlichen Berichte der ILO über die Einhaltung internationaler Arbeitsnormen in den Mitgliedsstaaten abzuschaffen.[11] AM erklärten sich mit enger Abstimmung im Kreis der Zehn in dieser Frage einverstanden.[12]

2) Polen

BM kündigte an, daß er im Spätsommer oder Frühherbst nach Polen reisen werde, falls dies für die Verhandlungen über das Kirchenprojekt[13] hilfreich sein könne. Seine Entscheidung mache er abhängig von folgenden drei Kriterien:

7 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

8 Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

9 Zum Fall des Ehepaars Sacharow/Bonner vgl. Dok. 148, Anm. 24.
Referat 213 erläuterte am 5. Juni 1984: „Am 19.5. wurde in Moskau eine Demarche der Zehn in Form eines Schreibens von AM Cheysson an Gromyko durchgeführt, in der um die Ausreise für Frau Bonner zur medizinischen Behandlung und um eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen Sacharows gebeten wurde." Vgl. Referat 213, Bd. 139305.

10 Zum Fall des sowjetischen Dissidenten Schtscharanskij vgl. Dok. 13, Anm. 11.

11 Referat 232 erläuterte am 16. März 1984 zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), diese sehe „ein Kontrollsystem zur Überwachung der Einhaltung von IAO-Konventionen und Empfehlungen vor. Es schließt eine Pflicht der Mitgliedstaaten ein, regelmäßig über die Anwendung der Konventionen zu berichten, denen sie beigetreten sind." Außerdem bestehe die Möglichkeit von Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberseite, ein Beschwerdeverfahren gegen eine Regierung wegen Nichteinhaltung ratifizierter IAO-Konventionen einzuleiten: „Der Ostblock wendet sich gegen das bestehende Kontrollsystem, da es – jedenfalls bei seiner bisherigen Handhabung – den Westen einseitig begünstige, von diesem für politische Zwecke mißbraucht werde und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten führe." Vgl. Referat 232, Bd. 135073.

12 Am 20. Juni 1984 notierte Referat 232: „Am 11.5.1984 hat der Ostblock einen Entschließungsantrag eingereicht, der auf die Änderung des Normensystems der IAO abzielt und die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Untersuchung von Strukturfragen verlangt." Der Antrag sei jedoch in einer entsprechenden Abstimmung am 14. Juni 1984 auf der Prioritätenliste für die Internationale Arbeitskonferenz vom 6. bis 26. Juni 1984 in Genf nur auf dem sechsten Platz gelandet und habe somit keine Aussicht, dort behandelt zu werden. Vgl. Referat 232, Bd. 135073.

13 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 90, Anm. 19.
Ministerialdirektor Fischer legte am 22. Mai 1984 dar, in den Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und der katholischen Kirche über die Satzung der einzusetzenden Stiftung seien Fortschritte erzielt worden, so daß die Stiftung „nach den Sommerferien arbeitsfähig werden könnte". Nach Berechnungen der Kirche entstünden in der Pilotphase des Projekts Kosten in Höhe von 28 Mio. Dollar: „Für Ausdehnungsphase setzen polnische Experten jetzt wieder 5 Mrd. DM für fünf

– eigene Beurteilung über den Fortgang der Verhandlungen zwischen Kirche und Staat;
– Einschätzung der Lage durch die Kirche;
– Einschätzung der Lage durch Papst Johannes Paul II.

Auf entsprechende Fragen führte BM aus, daß Stiftung sich aus drei Quellen finanzieren werde, nämlich durch ökumenische Sammlung in D, durch eigene Finanzmittel der Kirchen sowie durch staatliche Mittel. Wichtig sei es, Kirchen und Regierungen vieler Staaten sowie die Gemeinschaft zu beteiligen.

AM Cheysson gab zu erkennen, daß der Stand des Projekts ihm nicht bekannt gewesen sei. Er wolle sich jetzt persönlich aktiv einschalten.

EGK-Präsident[14] Thorn äußerte eine gewisse Skepsis, ob Polen organisatorisch in der Lage sei, das Projekt durchzuführen, war dem Projekt gegenüber aber nicht ablehnend.

BM unterstrich deshalb die Notwendigkeit, zunächst Modellprojekte durchzuführen. Sein Besuch solle deutlich machen, daß er die Kirche unterstütze. Die Unterstützung für die polnische Kirche müsse auch in der Programmgestaltung zum Ausdruck kommen, z. B. durch einen Besuch in Tschenstochau.

3) Handelsabkommen EG – Ungarn[15]

AM Cheysson und EGK-Präsident Thorn berichteten über den letzten Stand der Verhandlungen. Außenminister waren sich einig, daß Verhandlungen positiv weitergeführt werden sollten.

4) Naher Osten und Situation am Golf[16]

AM stimmten darin überein, alles zu vermeiden, was dem Irak ermögliche, den Krieg zu internationalisieren. Es müsse alles vermieden werden, um die Europäer in die Auseinandersetzungen hineinzuziehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 739

Jahre an." Die Beteiligung der Bundesregierung in der Pilotphase läge somit bei ca. 8 Mio. DM. Fischer vermerkte: „Nachdem die Stiftung möglicherweise schon im Spätsommer operativ werden kann, sollte auch im Westen der Abstimmungs- und Entscheidungsprozeß beschleunigt werden. Erschwerend steht dem entgegen, daß die neuen Projektvorschläge der polnischen Kirche sowohl in Bundesregierung als auch in EG erst geprüft werden müssen und daß die erhöhten Kosten und der veränderte Schlüssel für die Aufbringung der Mittel neue Überlegungen erfordern. Voraussetzung ist ohnehin, daß die westlichen Kirchen sich die neuen Vorschläge zu eigen machen." Vgl. Referat 421, Bd. 140341.

14 Korrigiert aus: „EG-Präsident".

15 Zu den Gesprächen über ein Handelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 20, Anm. 3 und 4.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann notierte am 25. Mai 1984, eine weitere Gesprächsrunde zwischen der EG-Kommission und Ungarn habe vom 15. bis 18. Mai 1984 in Brüssel stattgefunden. Nach ungarischer Auffassung seien damit „Vorgespräche über den Inhalt eines Handelsabkommens abgeschlossen. Die Entscheidung über die Aufnahme offizieller Verhandlungen sei nunmehr politischen Instanzen vorbehalten. Ungarn benötigt also eine weitere Bedenkpause." Ursache für das ungarische Zögern seien vermutlich politische Motive: „Es ist nicht auszuschließen, daß Ungarn das bisherige Verhandlungsergebnis auf dem Mitte Juni bevorstehenden RGW-Gipfel von seinen Verbündeten absegnen lassen will. Möglicherweise steht das ung[arische] Zögern auch im Gesamtzusammenhang verschlechterter Ost-West-Beziehungen." Vgl. Referat 411, Bd. 131182.

16 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 86 und Dok. 117, Anm. 24 und 25.
Referat 311 stellte am 4. Juni 1984 fest, der Krieg sei „in eine neue gefährliche Phase getreten. Die entscheidenden Kampfhandlungen haben sich von der Land- auf die Seefront verlagert. Irak begann die Eskalationsschraube zu drehen durch verstärkte Angriffe auf neutrale Großtanker inner-

5) Mitterrand-Rede vor dem EP[17]

Auf Vorschlag BM befaßt sich Runde der AM ausgiebig mit Mitterrand-Rede. BM brachte zum Ausdruck, daß Bundesregierung Vorschläge und Bemühungen von Präsident Mitterrand zur Europäischen Union nachdrücklich unterstütze. Besonders würdigte er das Bekenntnis zu der Notwendigkeit, zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen, und die angesprochene notwendige Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Gemeinschaftsorganen Rat, Parlament und Kommission. Ferner begrüßte er, daß Präsident Mitterrand die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik hervorgehoben habe.

AM Howe wies darauf hin, daß ein Vertrag über die Europäische Union nicht die Römischen Verträge[18] ersetzen dürfe. Verbesserung der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen wäre hilfreich. Vorschläge müßten insgesamt effizient sein, um nicht erneut zu hohe Erwartungen zu wecken. Außerdem müsse man, um voranzukommen, eindeutig definieren, was unter vitalen Interessen zu verstehen sei. Entscheidend für die Fortschritte innerhalb der Gemeinschaft sei es, Vorschläge nicht nur „semantisch" zu meinen, sondern sie im Blick auf die Möglichkeit ihrer Verwirklichung zu machen.

Zur Frage eines „Sekretariats" erläuterte AM Cheysson die französischen Vorstellungen, wie sie in der Rede von Präsident Mitterrand zum Ausdruck kommen. Minister waren sich einig, daß hierüber noch weiter nachgedacht werden müsse.[19]

6) Zusammensetzung der EG-Kommission

Hierzu kurze Aussprache. EGK-Präsident Thorn meinte, es sei nicht unmöglich, mit einer Kommission zu arbeiten, die aus 17 Mitgliedern bestehe, mit weniger Mitgliedern lasse sich allerdings besser arbeiten. Er wies im übrigen darauf hin, daß es bei dieser Frage auch um seine Nachfolge gehe. Am besten wäre es, wenn diese Frage bis September geregelt werden könne, um dem neuen Präsidenten einen Einfluß auf die Zusammensetzung der neu zu bildenden Kommission zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 740

halb, aber auch außerhalb des von ihm zur militärischen Sperrzone erklärten Seegebiets um die iranische Ölverlade-Insel Kharg. Irans Reaktion, zum ersten Mal kuwaitische und saudische Tanker anzugreifen, hat die Lage zunächst weiter verschärft. Seit 25.4.84 sind elf Tanker im Golf angegriffen und beschädigt worden, davon sieben durch irakische und vier durch iranische Flugzeuge. Daneben hat Irak seine Angriffe auf Frachtschiffe, die den iranischen Hafen Bandar Khomeini – ebenfalls in der Sperrzone – anliefen, verstärkt fortgesetzt." Vgl. Referat 311, Bd. 137773.

17 Zur Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 24. Mai 1984 in Straßburg vor dem Europäischen Parlament vgl. Dok. 147, Anm. 9.

18 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

19 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling teilte am 18. Juni 1984 mit, die Frage eines Politischen Sekretariats sei in der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 14. Juni 1984 in Paris erörtert worden: „Andréani berichtete, der Quai habe für den Elysée folgende Optionen erarbeitet, wobei er noch nicht sagen könne, welche Gedanken der Präsident in Fontainebleau aufgreifen werde: a) Verstärkung des derzeitigen EPZ-Systems durch: aa) Erweiterung der Troika von drei auf fünf Beamte, oder bb) Einsetzung eines Generalsekretärs für mehrere Jahre, oder cc) Schaffung einer EPZ-‚équipe permanente' mit Sitz in Brüssel. […] b) Verstärkung des EG-Ratssekretariats durch eine ‚équipe pour les questions politiques' (von Andréani mit weniger Nachdruck vertreten). Wir haben uns diesen Überlegungen gegenüber grundsätzlich positiv geäußert, aber auch betont, daß die Vor- und Nachteile der einzelnen Lösungsvorschläge gründlicher Abwägung bedürfen. Dies entsprach der ersten Reaktion auch anderer Partner." Vgl. den Runderlaß Nr. 15/16; Referat 200, Bd. 129545.

geben. AM Cheysson sagte, dies sei Sache der Regierungschefs. Er gehe davon aus, daß Frage der Nachfolge des Kommissionspräsidenten in Fontainebleau[20] behandelt werde. Die Kandidatenfrage wurde ansonsten nicht behandelt.

7) WEU

Am Rande des Treffens sprach AM Cheysson mit BM, AM Andreotti und AM Howe über für den 12. Juni vorgesehenen WEU-Ministerrat in Paris.[21] F sei interessiert, hierbei alle Fragen zu diskutieren. Wegen des Wahlkampfes[22] in Paris solle Ministerrat allerdings möglichst nicht spektakulär sein. AM Andreotti wies darauf hin, daß er selbst nicht teilnehmen könne, da er terminlich verhindert sei.

Jansen

Referat 010, Bd. 178891

153

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **28. Mai 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 52 Ortex

Betr.: zum Besuch des BM in Moskau vom 20. bis 22.5.1984[2]

1) BM hatte zwei Gesprächsrunden mit Gromyko (insgesamt 5 1/4 Stunden) sowie ein Gespräch mit Tschernenko (1 1/4 Stunden).

Tschernenko bezeichnete BM-Besuch als von großem Gewicht und für beide Seiten nützlich und notwendig. So zuvor auch Gromyko. Wir teilen diese Auffassung. Gespräche fanden in sachlicher, offener und entspannter Atmosphäre statt. Sowjetische Gesprächspartner waren trotz sachlicher Schärfen in Tischrede Gromykos[3] und bei Darlegungen zu einzelnen Themen um gute persönliche Atmosphäre bemüht. Dabei kam Umstand Bedeutung zu, daß BM als einziger westlicher AM nunmehr ein Jahrzehnt lang Meinungsaustausch mit sowjetischer Führung pflegt.

2) Gespräche waren von tiefer Störung sowjetisch-amerikanischer Beziehungen überschattet. Sie hatten die West-Ost-Beziehungen einschließlich der verschie-

20 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 181.
21 Zur WEU-Ministerratstagung vgl. Dok. 140, Anm. 15.
22 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

1 Ablichtung.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt am 4. Juni 1984 vorgelegen.
2 Zum Besuch vgl. auch Dok. 148.
3 Für den Wortlaut der Tischrede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 21. Mai 1984 in Moskau vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 443–446.

denen Verhandlungen im Rüstungskontrollbereich zum Gegenstand, Krisenherde der Dritten Welt sowie Stand und Perspektiven des bilateralen Verhältnisses.

3) Gromyko beschuldigte USA, danach zu streben, die Oberhand in der Welt erreichen zu wollen, um der SU und anderen Staaten die Politik zu diktieren. Dialog zwischen SU und USA müsse angeknüpft werden. SU sei zu ehrlichen und ernsthaften Verhandlungen bereit. Washington versage sich jedoch konsequent. Amerikanische Beteuerungen stünden in offenem Widerspruch zu Handlungen der USA. Washington lehne alles ab, was SU auf Grundlage des Prinzips der Gleichberechtigung, der Gleichheit und gleichen Sicherheit vorschlage. SU habe kein Vertrauen in Erklärungen aus Washington: „Wir glauben ihnen nicht." Von früheren Administrationen geschlossene Verträge über Wirtschaftsbeziehungen würden von der gegenwärtigen Administration gekündigt oder de facto begraben. Zu sowjetisch-amerikanischen Gesprächskontakten: Was die Substanz der Dinge angehe, gebe es nicht einen Millimeter Bewegung.

BM widersprach sowjetischer Kritik sowohl in Tischrede[4] (improvisierend und hierdurch besonders wirkungsvoll) als auch in Gesprächen nachdrücklich. Er betonte unzweideutige Eindrücke von jüngstem USA-Besuch[5], daß Präsident Reagan und AM Shultz aufrichtig die Zusammenarbeit mit SU wollten. Führung der USA wünsche neuen Anfang in ihren Beziehungen zur SU. Nach BM notwendig, Phase der öffentlichen Vorwürfe zu überwinden und sich auf Grundsätze von 1972[6] zu besinnen.

4) Zu einzelnen Rüstungskontrollthemen:

– KVAE

SU ist nach Gromyko nicht dagegen, sich über „militärtechnische Aspekte" zu einigen. Dies müsse aber gleichzeitig mit Vereinbarungen über wichtige politische Fragen geschehen (genannt in diesem Zusammenhang: Nichterstsatz von Nuklearwaffen, Gewaltverzicht). Er wertete es als positives Zeichen, daß einige westliche Teilnehmerstaaten zur Diskussion über GV bereit seien. BM unterstrich, daß GV Kernstück unserer Friedenspolitik sei. GV in unserer Sicht verbesserungsfähig und konkretisierbar. Deshalb für uns zentrales Thema in Stockholm. Hinweis auf BK-Tischrede Moskau Juli 1983[7] (konkrete Verhinderung Gewaltanwendung und Beendigung dort, wo sie andauert).

– MBFR

Gromyko wies auf letzte Vorschläge der WP-Staaten[8] hin und unterstellte USA mangelnden Einigungswillen. BM forderte östliche Seite auf, westliche

4 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher am 21. Mai 1984 in Moskau vgl. BULLETIN 1984, S. 518–520.

5 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

6 Vgl. dazu die Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

7 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juli 1983 in Moskau anläßlich seines Besuchs vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. BULLETIN 1983, S. 706–710. Zum Besuch vgl. AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

8 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten legten am 17. Februar 1983 neue Vorschläge vor und unterbreiteten am 23. Juni 1983 den Entwurf für ein MBFR-Abkommen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 51, und AAPD 1983, II, Dok. 224.

Vorschläge vom 19.4.[9], die von Bundesrepublik Deutschland maßgeblich mitgestaltet, ernst zu nehmen. Unsere Flexibilität in Datenfrage müsse SU mit Flexibilität bei Verifikation beantworten.

– CW

Gromyko behauptete, Washington wolle kein Abkommen und betreibe reine Obstruktion. US-Vorschläge[10] seien – milde ausgedrückt – nicht seriös. Er lehnte im übrigen Teilnahme am CW-Workshop 12.–14.6. in Munster[11] ab. BM würdigte positiv, daß sich SU mit Nachprüfung bei CW-Vernichtung einverstanden erklärt habe, sprach Erwartung Bundesregierung aus, daß SU zu konstruktiven Verhandlungen über amerikanischen Vorschlag für weltweite Ächtung der CW bereit sei. (Es liege an SU, Ergänzungen und Änderungsvorschläge zu unterbreiten.)

– Weltraum

Nach sowjetischem Verständnis gebe es keinen US-Wunsch zu ernsthaften Verhandlungen, allenfalls Erklärungen, daß man SU etwas zur Verifikation sagen wolle. Alle Länder der Welt müßten USA zwingen, auf Militarisierung des Weltraums zu verzichten. Bundesrepublik habe gewichtiges Wort zu sagen. BM wies darauf hin, USA hätten Gespräche auf Regierungsebene über neue Technologien weltraumgestützter Abwehrwaffen von ballistischen Raketen vorgeschlagen.[12] Bundesregierung erwarte, daß SU auf dieses Angebot eingehe.

– INF

SU sei USA in Genfer Verhandlungen weit entgegengekommen. US-Vorschläge jedoch auf Unterminierung des Gleichgewichts gerichtet. Verhandlungen zudem unter ultimativen Forderungen Washingtons. BM äußerte dagegen dringenden Wunsch, daß Fragen der Mittelstrecken- und strategischen Waf-

9 Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten, die am 19. April 1984 offiziell eingeführt wurde, vgl. Dok. 113.

10 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

11 In einer Rede vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 14. Juni 1982 in New York kündigte Bundeskanzler Schmidt die Durchführung eines Workshops über chemische Waffen in der Bundesrepublik an. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 215.
Mit Rundschreiben vom 20. März 1984 lud Botschafter Wegener, Genf (CD), die Leiter der übrigen Mitglieder- und Beobachterdelegationen bei der Genfer Abrüstungskonferenz zu einem Workshop über Probleme der Verifikation bei der Zerstörung von Chemiewaffen nach Munster, den Standort einer Bundeswehranlage zur Vernichtung von Chemiewaffenbeständen aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, ein. Für das Schreiben vgl. Referat 222, Bd. 128732.
Am 13. April 1984 teilte Wegener mit, der Leiter der sowjetischen CD-Delegation, Israeljan, habe am 11. April 1984 schriftlich abgesagt: „In einem persönlichen Gespräch mit der Delegation bedauerte er die Entscheidung und versicherte, daß er sich gegenüber Moskau um eine Teilnahme der SOW am Workshop bemüht habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 779; Referat 222, Bd. 128732.
Am 18. Juni 1984 legte Botschafter Ruth dar, die Veranstaltung in Munster sei trotz der Abwesenheit von Vertretern aus Warschauer-Pakt-Staaten mit Ausnahme Rumäniens erfolgreich gewesen. Die Vorträge und Demonstrationen hätten deutlich gemacht, „daß die Verifikation der Vernichtung chemischer Waffen, die nach dem Inkrafttreten eines CW-Abkommens beginnen soll, grundsätzlich lösbar ist". Die Bundesregierung habe ihre bisherigen Beiträge zur Verifikationsfrage „in sinnvoller Weise ergänzt" und gehöre damit zu den aktivsten Staaten im Rahmen der Genfer Chemiewaffenverhandlungen. Vgl. Referat 222, Bd. 128732.

12 Zum amerikanischen Gesprächsangebot an die UdSSR vgl. Dok. 133, Anm. 3.

fen möglichst bald wieder Gegenstand von Verhandlungen werden. USA dazu ohne Vorbedingungen jederzeit und an jedem Ort bereit. SU werde am Verhandlungstisch westlichen Partner finden, der mit konstruktiven Ideen und gutem Willen bereit sei, so schnell wie möglich zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

5) Krisenherde

– Nahost

Gromyko verurteilte kategorisch Politik der USA im Nahen Osten, insbesondere im Libanon als Unterstützung des Aggressors, und verlangte Abzug israelischer Truppen aus Libanon sowie Rückzug US-Seestreitkräfte vor Küste Libanons. BM bezeichnete ungelöste Palästinenserfrage als Ursache gegenwärtiger Lage. Hinweis auf Recht Israels auf staatliche Existenz und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Nahost-Lösung setze Ende israelischer Besetzung und Siedlung in besetzten Gebieten voraus.

– Iran/Irak

Beide Seiten sprachen sich für Beendigung des Krieges aus. SU verurteilte iranische Weigerung, Kampf einzustellen, und forderte USA sowie Verbündete auf, auf Iran einzuwirken. BM wies auf unsere entsprechenden Bemühungen gegenüber beiden Seiten, auch Iran, hin.

– Afghanistan

Gromyko behauptete, politische Lösung sei nur möglich, wenn Staaten, die an von außen organisierten Interventionen teilnähmen, nüchternere Positionen einnähmen. Sowjetische Haltung zu Rückzug SU-Truppen sei bekannt. BM betonte Notwendigkeit politischer Lösung (Selbstbestimmung des afghanischen Volkes, Rückzug SU-Truppen, echte Blockfreiheit für das Land).

– Kambodscha

Nach sowjetischer Auffassung sollten Kambodschaner ohne Diktat von außen innere Angelegenheiten selbst entscheiden. Wenn sie sich zu Verteidigungszwecken mit Vietnam[13] verbündeten, sei das ihre Sache. BM unterstützte dagegen nachdrücklich Bemühungen der ASEAN-Staaten um politische Lösung und trat für Rückzug fremder Truppen ein.

– Südliches Afrika

Gromyko behauptete, RSA[14] sei Stützpunkt der Aggression gegenüber einer Reihe afrikanischer Staaten. Was Abkommen mit Mosambik[15] und Angola[16] angeht: „Wir werden sehen, was das bringt“ (skeptischer Unterton). BM wer-

13 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen am 25. Dezember 1978 in Kambodscha schlossen Vietnam und Kambodscha am 18. Februar 1979 einen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 305–307.

14 Republik Südafrika.

15 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

16 Zu dem am 16. Februar 1984 in Lusaka vereinbarten schrittweisen Abzug südafrikanischer Truppen aus Angola vgl. Dok. 49, besonders Anm. 4 und 10.

tete kürzliche Abkommen als positiven Schritt und unterstützte Namibia-Initiative Präsident Kaundas.[17]

– Zentralamerika

Nach sowjetischer Auffassung seien US-Handlungen in der Region pures Abenteurertum. USA wollten Nicaragua andere soziale Ordnung aufzwingen. Verbündete der USA legten Gleichgültigkeit und Toleranz an den Tag, was faktische Unterstützung bedeute. BM drückte Unterstützung ohne jede Einschränkung für Bemühungen der Contadora-Staaten[18] aus. EG leiste Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung. Duarte verdiene Unterstützung. BM gab Sorge zum Ausdruck wegen sandinistischer Politik.

[19]6) Bilaterale Beziehungen

Beide Seiten würdigten Bedeutung des Moskauer Vertrages[20] auch für Fortgang der Beziehungen. Gromyko meinte, es gebe Gebiete in den Beziehungen, wo die Dinge, wenn nicht ausgezeichnet, so doch gut und befriedigend stünden. Er bat, Bundeskanzler und Bundesregierung sowjetische Bereitschaft auszurichten, wirtschaftliche, wissenschaftlich-technologische und kulturelle Beziehungen auszuweiten und zu vertiefen. SU verschließe nicht den Blick vor der Notwendigkeit, Punkte der Annäherung bzw. des Zusammenfallens der Positionen zu suchen.

Bundesrepublik Deutschland habe Gewicht und Einfluß in der Welt und besonders in Europa. Einfluß sollte in positiver und konstruktiver Richtung im Interesse des Friedens und zur Verstärkung der Zusammenarbeit genutzt werden. Gromyko teilte mit, daß SU an Münchener Umweltkonferenz[21] teilnehmen werde. Er erklärte sowjetische Bereitschaft, das Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage vorausgegangener Expertengespräche abschließend zu verhandeln.[22] Sowjetischer AM erklär-

17 Zu den Bemühungen des Präsidenten Kaunda um eine Lösung des Namibia-Konflikts vgl. Dok. 130, Anm. 2.

18 Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Beilegung der Konflikte in Mittelamerika vgl. Dok. 78, Anm. 4.
Referat 331 erläuterte am 15. Juni 1984: „Am 30. April und 1. Mai 1984 haben die AM der Contadora-Staaten und der Z[entral-]Amerika-Staaten auf Treffen in Panama die Berichte der im Januar eingesetzten Arbeitsgruppen zur Kenntnis genommen und zur Konkretisierung an die Vize-AM zurückverwiesen. Anfang Juni 1984 haben die Außenminister der Contadora-Staaten den mittelamerikanischen Regierungen einen Entwurf für eine Friedensregelung übermittelt, der vorsieht: beschleunigte Abrüstung in Mittelamerika, Reduzierung der Zahl ausländischer Militärberater auf 50 pro Land, Einstellung jeglicher Unterstützung für Terroristengruppen, Verhinderung von Sabotageakten und Grenzzwischenfällen. Ferner sind ein Verbot ausländischer Militärstützpunkte, Maßnahmen des wirtschaftlichen Aufbaus und die Garantie politischer Freiheiten vorgesehen." Vgl. Referat 331, Bd. 136328.

19 Beginn des mit Runderlaß Nr. 53 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

20 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

21 Vom 24. bis 27. Juni 1984 fand in München eine multilaterale Umweltkonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 187.

22 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 129, Anm. 18.
Vortragender Legationsrat von Berg notierte am 23. Juli 1984, das sowjetische Außenministerium habe Botschafter Kastl, Moskau, am 2. Juli 1984 mitgeteilt, „man studiere noch mit anderen Ressorts den bisherigen Verhandlungsstand und werde voraussichtlich erst nach den Ferien einen Termin für die nächste Verhandlungsrunde vorschlagen". Vgl. Referat 213, Bd. 139385.

te auch Einverständnis mit Fortsetzung von bilateralen Rüstungskontrollkonsultationen. In der Frage der Ausreisen von Deutschen zeigte er sich völlig negativ.[23] Er kritisierte angebliche vorbehaltlose und unbedingte Unterstützung amerikanischer Weltpolitik, Stationierung von Mittelstreckenraketen auf unserem Territorium sowie angebliche revanchistische und neonazistische Erscheinungen in unserem Land. BM unterstrich seinerseits Bereitschaft zum Ausbau der Beziehungen unter besonderem Hinweis auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie unseren Willen zum politischen Dialog. Er wies entschieden und ausführlich Revanchismusvorwurf zurück (Zerrbilder). Sowjetischem Stationierungsvorwurf trat BM mit Darlegung der Bedrohung entgegen, die für uns von SS-20 ausgeht. BM plädierte eingehend für großzügige Behandlung der Ausreisewünsche von Sowjetbürgern deutscher Nationalität und wies auf außerordentlich große Bedeutung hin, die wir diesem Komplex beimessen. Er unterstützte die Wünsche der Familie Sacharow[24] und ließ eine Reihe von Interventionen zugunsten von Dissidenten deutscher und nichtdeutscher Nationalität übergeben. Gromyko weigerte sich, solche Fragen innerer Ordnung der SU zu erörtern.

7) BM lud namens des BK GS Tschernenko erneut zum Besuch der Bundesrepublik Deutschland ein. Termin soll später vereinbart werden. Er lud außerdem Gromyko zur Fortsetzung der Gespräche nach Bonn ein.

8) Wir haben Gesprächen des BM mit sowjetischer Führung von vornherein den Charakter eines Meinungsaustausches und nicht einer auf bestimmte operative Ergebnisse ausgerichteten Aktion zugewiesen. Besuch hat bestätigt, daß SU Stand und Entwicklung der bilateralen Beziehungen hohen Wert beimißt und internationale Rolle der Bundesrepublik Deutschland gerade auch in gegenwärtiger Weltlage gebührend zu würdigen weiß. Erwartungsgemäß war keine sowjetische Bereitschaft zu einer Veränderung ihrer Beurteilung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen festzustellen. Mit deren Stagnation muß bis mindestens nach den Präsidentschaftswahlen in den USA[25] gerechnet werden. Sowjetische Führung ist aber offensichtlich weiterhin an einer Bereinigung des Verhältnisses zu den USA – aus ihrer Sicht – interessiert. In dieser Situation kommt es uns darauf an, die bestehenden West-Ost-Verbindungen zu wahren und den Boden für eine konstruktivere Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses, das die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen einbeziehen muß, durch richtige Signale vorzubereiten.

23 Zur Ausreise von Deutschen und deutschstämmigen Personen aus der UdSSR vgl. Dok. 45, Anm. 12. Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 7. August 1984: „Vom 1.1.1984 bis zum 30.6.1984 erhielten insgesamt 450 Personen die Ausreiseerlaubnis aus der UdSSR zur ständigen Wohnsitznahme in der Bundesrepublik Deutschland. Im ersten Halbjahr 1983 erhielten noch 605 Personen eine Ausreiseerlaubnis. […] Mit nur 58 Aussiedlern im Mai 1984 erreichte die Monatsstatistik den tiefsten Stand seit 1971. […] Eine offizielle Antwort auf die im Mai von Bundesaußenminister Genscher übergebene Liste liegt nicht vor.“ Trotz der von sowjetischer Seite stets zugesagten „wohlwollenden Prüfung“ der übergebenen Härtefallisten „läßt sich dies in den Ausreisezahlen der ab 1981 übergebenen Listen kaum erkennen. So wurde bislang nur in 15 % der Fälle der von Bundeskanzler Kohl im Juli 1983 übergebenen Liste eine Ausreisegenehmigung erteilt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 2372; Referat 213, Bd. 133279.

24 Zum Fall des Ehepaars Sacharow/Bonner vgl. Dok. 152, Anm. 9.

25 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Vgl. auch Infofunkmeldungen Nr. 1094 d/o und 1095 d/1-2-3 vom 21.5.1984.

[gez.] Steinkühler

Referat 421, Bd. 140476

154

Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze an die Botschaft in Neu Delhi

422-411.10 INI-558/84 VS-vertraulich **28. Mai 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 224 **Aufgabe: 29. Mai 1984, 11.06 Uhr**

Betr.: Rüstungskooperation;
hier: indischer Wunsch nach MoU

Nur zur eigenen Unterrichtung

Indischer Botschafter[2] trug im Juni 1983 BM Wörner Wunsch nach allgemeinem Memorandum of Understanding über Zusammenarbeit in weiten Bereichen der Rüstungsproduktion vor. Indischer Entwurf[3] enthielt weitgehende Forderungen, u. a. Verpflichtung der Bundesregierung, alle erwähnten Waffensysteme und Rüstungsgüter indischer Regierung zur Verfügung zu stellen, alle Informationen über Verbesserungen und Änderungen von Systemen, die geliefert wurden oder für die Nachbaurechte erteilt wurden, indischer Regierung weiterzugeben sowie zu keiner Zeit Lieferungen zu verbieten oder zu beschränken.[4]

Bei Ministergespräch unter Kanzlervorsitz wurde entschieden, daß indischem Wunsch nicht entsprochen wird und indischer Botschafter durch BMVg entsprechend unterrichtet wird. Unterrichtung soll demnächst erfolgen.

Dort sollte nichts veranlaßt werden.

Henze[5]

VS-Bd. 10920 (422)

1 Durchschlag als Konzept.
2 R. D. Sathe.
3 Für den undatierten indischen Entwurf eines „Memorandum of Understanding“ vgl. VS-Bd. 10920 (422).
4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze vermerkte am 11. Mai 1984: „Indien möchte nicht nur die Abhängigkeit von der Sowjetunion bei Rüstungslieferungen mindern. Es ist auch an Technologietransfer interessiert, um die eigene Industrie auszubauen. Das Hauptgewicht dürfte auf der Ausrüstung der eigenen Streitkräfte liegen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß Indien zu einem späteren Zeitpunkt auch Rüstungsgüter exportieren möchte.“ Vgl. VS-Bd. 10920 (422); B 150, Aktenkopien 1984.
5 Paraphe.

155

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Mauroy in Rambouillet

VS-vertraulich **29. Mai 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand anläßlich der deutsch-französischen Gipfelkonsultationen in Rambouillet am 29. Mai 1984 vormittags[2]

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Bouverat als Dolmetscherin;

auf französischer Seite: Herr Védrine als Note-taker, Frau Stoffaës als Dolmetscherin.

Unter Bezugnahme auf das Gespräch am Vortage weist Präsident *Mitterrand* eingangs darauf hin, er werde zu den Feierlichkeiten deutscher Veteranenverbände auf dem deutschen Kriegerfriedhof in der Normandie einen hochrangigen Vertreter der Regierung entsenden. Man wolle das Thema 6. Juni[3] gegenüber der Presse offensiv behandeln.

Bundeskanzler fragt, ob es für den Präsidenten denkbar sei, daß Präsident und Bundeskanzler zusammen nach Verdun gingen.

Präsident *Mitterrand* antwortet spontan: Ja, ohne weiteres.[4]

Bundeskanzler fährt fort, der Irrsinn der Kriege sei dort am deutlichsten zutage getreten. Dort lägen 1 Mio. Tote aus beiden Kriegen.

Präsident *Mitterrand* fügt hinzu, die Erinnerung sei noch sehr wach. Die ganze Gegend vermittle einen grandiosen Eindruck. Man habe dort so hart und verbissen gegeneinander gekämpft, daß die Gegner füreinander gegenseitig Achtung gehabt hätten. Er selbst sei dort 1940 verletzt worden.

Bundeskanzler fragt, ob Präsident Mitterrand dies nicht heute bereits in der Pressekonferenz sagen wolle.

Präsident *Mitterrand* erklärt sich einverstanden.[5] Er weist darauf hin, daß in Verdun bis heute die Natur sich von den Kriegsschäden des Ersten Weltkrieges nicht erholt habe. Immer noch finde man dort Munition und Tote.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 30. Mai 1984 gefertigt und am 7. Juni 1984 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt. Vgl. dazu Dok. 150, Anm. 1.

2 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 28./29. Mai 1984 vgl. auch Dok. 150.

3 Zu den Feierlichkeiten anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day“) vgl. Dok. 164.

4 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

5 Für die Ankündigung des Staatspräsidenten Mitterrand in einer Pressekonferenz am 29. Mai 1984 in Rambouillet vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (Mai/Juni), S. 68.

Das Gespräch wendet sich dann europäischen Dingen zu. *Bundeskanzler* äußert, er wolle noch einmal wiederholen, daß alle Anstrengungen unternommen werden müßten, um das britische Beitragsproblem unter französischer Präsidentschaft[6] zu lösen. Jetzt wolle er noch eine zusätzliche Frage stellen: Was könnten wir an den Grenzen tun? Polizeiverwaltung und Zoll seien sehr gegen eine Aufhebung der Grenzkontrollen. Aber er sei nicht überzeugt, daß es nicht doch gehe.

Bundeskanzler verweist darauf, daß in den Ferienmonaten zumeist Wagen einfach durchgewinkt würden. Wirklich kontrolliert werde nur während der restlichen acht Monate. Hier könnten wir etwas tun, was dem Bürger ein Stück greifbares Europa vermittle.

Präsident *Mitterrand* antwortet, man könnte daran denken, gleichzeitig die Grenzkontrollen auf beiden Seiten zu liberalisieren und die Polizeiverwaltungen enger zusammenarbeiten zu lassen.

Bundeskanzler fragt, wie das initiiert werden solle.

Präsident *Mitterrand* weist darauf hin, daß es beim Straßenverkehr im Bereich des Schwerlastverkehrs ein Problem gäbe. Die Niederlande verfügten über eine Armada von Großlastwagen. Französische Unternehmer hätten Angst, an die Wand gedrückt zu werden. Für die LKWs müsse man deshalb eine Frist setzen, solange, bis Europa sich besser organisiert habe. Es gebe noch ein weiteres Problem, das der Einwanderung. Hier könnte man evtl. an ein „régime spécial" denken. Frankreich leide sehr unter dem Problem illegaler Einwanderer.

Bundeskanzler fügt hinzu, auch wir hätten das Problem des nicht-legalen Zuzugs von Ausländern. Bei uns seien es insbesondere die Türken.

Präsident *Mitterrand* äußert, man könnte diesem Problem u. U. durch gesonderte Funktionen der Polizei beikommen.

Bundeskanzler äußert, ob man nicht in Stufen vorgehen solle, etwa so, daß man zunächst PKWs mit deutschen und französischen Kennzeichen durchlaufen lasse, Lastwagen jedoch wie bisher behandle.

Präsident *Mitterrand* antwortet, dies könne man schon in der Pressekonferenz ankündigen.[7]

Bundeskanzler fügt hinzu, die Benelux-Staaten würden dann bald nachkommen.

Präsident *Mitterrand* äußert im Hinblick auf die Pressekonferenz, man solle sagen, es sei bereits jetzt eine Grundsatzentscheidung getroffen, die auf die PKWs anwendbar sei. Eine Arbeitsgruppe werde dann daran arbeiten, diese Regelung etappenweise auch auf andere Fahrzeuge anzuwenden. Privatwagen sollten in einer ersten Etappe erfaßt werden.

6 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

7 In einer Pressekonferenz am 29. Mai 1984 in Rambouillet kündigte Staatspräsident Mitterrand Erleichterungen im Personen- und Güterverkehr zwischen der Bundesrepublik und Frankreich an. Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (Mai/Juni), S. 69.
Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze wurde am 11. Juli 1984 in Bonn paraphiert und am 13. Juli 1984 in Saarbrücken unterzeichnet. Es sah einen Stufenplan zur Abschaffung der Grenzkontrollen für Staatsangehörige von EG-Mitgliedstaaten bis Ende 1986 vor. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 768–771. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1984, S. 764 f.

Das Gespräch wendet sich dann dem Nahen Osten zu.

Bundeskanzler verweist auf Frühnachrichten. Angeblich plane Präsident Khomeini jetzt eine Großoffensive.

Präsident *Mitterrand* antwortet, Khomeini habe das schon oft gesagt. Frankreich verfüge über andere Nachrichten. Irak beabsichtige, den Ölverladehafen Kharg zu zerstören. Der Iran sei jetzt in einer sehr schlechten Lage. Natürlich könne man sich vorstellen, daß Khomeini eine Gegenoffensive plane. Es gebe jetzt eine US-Initiative. Frankreich sei noch nicht offiziell angesprochen worden, aber auf niederer Ebene hätten die Amerikaner sich bereits mit den Franzosen und vermutlich auch den Engländern in Verbindung gesetzt. Frage der Amerikaner sei, ob Frankreich bereit sei, sich an navalen Operationen im Golf zu beteiligen. Er, Präsident Mitterrand, würde sich nicht wundern, wenn er bald einen Brief von Präsident Reagan erhalten würde. Im Grundsatz sei dagegen nichts einzuwenden, praktisch sei die Geschichte aber schwierig. Das NATO-Bündnis decke den Golf nicht.[8] Die NATO dürfe nicht als Gendarm in der ganzen Welt auftreten. Es sei auch eine Gefahr für den Gipfel.[9] Der Siebener-Gipfel dürfe nicht zum Weltdirektorium werden. Die Amerikaner würden dann in diesem Direktorium eine dominierende Rolle spielen, weil sie überall auf der Welt über militärische Fähigkeiten verfügten. Wir könnten kein Interesse daran haben, uns überall in amerikanische Händel hineinreißen zu lassen. Im übrigen würden wir die Empfindlichkeiten anderer Länder, Chinas, Indiens, aber auch kleiner Länder wie der Niederlande, erregen. Alle amerikanischen Texte gingen in diese Richtung. Andererseits sei es richtig, daß die Siebener-Gipfel sich auch zu politischen Fragen äußern müßten. Wenn Reagan sich noch vor dem kommenden Dienstag (Weltwirtschaftsgipfel) an Frankreich wende, um gemeinsam etwas im Golf zu unternehmen, z. B. Flottenbewegungen, so sei keineswegs ausgemacht, wie insbesondere die Sowjetunion darauf reagieren würde. Auch die Russen stünden auf seiten des Iraks. Ihr Denken sei aber kompliziert. Sie könnten das Vorgehen der Westmächte als aggressive Handlung ansehen. Wir sollten uns im übrigen auch nicht in persisch-arabische Händel hineinziehen lassen.

Bundeskanzler fragt, ob Präsident Mitterrand die Chance einer Beilegung des Konfliktes sehe.

Präsident *Mitterrand* antwortet, diese Chance sehe er in naher Zukunft nicht. Es handele sich um ein religiöses Problem.

Bundeskanzler äußert, wenn der Krieg sehr lange dauerte, werde das Gesetz der Zahl zum Zuge kommen. Der Iran habe 45 Mio. Einwohner, der Irak nur 15.

Präsident *Mitterrand* antwortet, dies sei richtig. Deshalb wolle Khomeini nicht verhandeln. Der Irak wolle verhandeln. Khomeini sei einer von vier Imams. Man könne das etwa mit vier Päpsten vergleichen. Er halte sich für von Gott aufgerufen, den Irak zu zerstören (il s'estime investi par Dieu à détruire l'Iraq). Heute werde Gott in jede Soße eingerührt. Habe Präsident Reagan sich in dieser Angelegenheit bereits an die Bundesregierung gewandt?

8 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

9 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

Bundeskanzler antwortet, dies sei bisher nicht geschehen.

Präsident *Mitterrand* fährt fort, militärisch sei die Lage so, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich dort unten Flottenkräfte stehen hätten. Ihnen gegenüber liege die sowjetische Flotte. Die Russen hätten keinerlei Interesse, die Lage zu verschärfen (…[10] la situation). Im Grunde genommen hätten sie Angst vor einem iranischen Sieg und einem Übergreifen des islamischen Fanatismus auf ihre Gebiete.

Bundeskanzler äußert, ihn fasziniere, daß die Israelis so täten, als könne sich die Welt hier nicht grundlegend verändern.

Präsident *Mitterrand* sagt, die Israelis hülfen Iran, aus Haß gegen die arabische Welt. Sie sähen gerade nur bis zu ihrer eigenen Nasenspitze. Wenn der Iran den Irak schlagen werde, trenne nichts mehr den Iran von Israel. Frankreich verfüge über Informationen, daß der Iran dann das Gleiche vorhabe wie König Hassan in bezug auf die Spanische Sahara.[11] Man werde dann 300 000 unbewaffnete Menschen über die Grenzen schicken.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß zunächst Jordanien angegriffen werde.

Präsident *Mitterrand* äußert Besorgnis über Zustand Saudi-Arabiens. Es gebe hier ein Problem der allgemeinen Ansteckung. Saudi-Arabien sei dabei sehr schwach. Die Bevölkerung habe einen hohen Anteil von Ausländern. Bei dem geringsten Stoß könne dort alles zusammenbrechen, einschließlich der Monarchie. Saudi-Arabien könnte die Westmächte um Hilfe bitten, und es würde schwierig sein, diese Hilfe zu verweigern. Dann werde man aber schon im Räderwerk drinstecken. Frankreich mache man heute schon Vorwürfe wegen der Hilfe an Irak. Ein Drittel der Waffenlieferungen käme aus Frankreich. Die Russen lieferten die übrigen zwei Drittel. Die französischen Waffenlieferungen gingen auf Verträge aus dem Jahre 1976 zurück. Frankreich sei mehr engagiert, als ihm lieb sei. Wenn Frankreich jetzt noch Saudi-Arabien helfe, sei es völlig involviert.

Bundeskanzler stellt die Frage nach Ägypten.

Präsident *Mitterrand* fährt fort, er wolle Anfang Juli nach Amman fahren. Mubarak, der über die Lage sehr besorgt sei, habe ihn gebeten, in Kairo einen stop-over zu machen.[12] Er, Präsident Mitterrand, glaube, im Golfkrieg gebiete die Weisheit, mit den Russen zu sprechen. Die Dinge im Golf interessierten sie ebenso wie uns. Wenn sie zu dem Schluß kämen, daß der Golf zum Gegenstand (gage) des Ost-West-Konfliktes gemacht werde, könne man nicht mehr mit ihnen darüber sprechen. Wenn sie andererseits glaubten, daß wir lediglich unsere legitimen Erdölinteressen verteidigten, würden wir bei ihnen auf Verständnis stoßen.

Bundeskanzler äußert, er hoffe, daß die Wahlen in Israel[13] Veränderungen

10 Auslassung in der Vorlage.

11 Am 16. Oktober 1975 rief König Hassan II. das marokkanische Volk zu einem friedlichen Marsch in die Westsahara auf.

12 Im Anschluß an einen Besuch vom 9. bis 11. Juli 1984 in Jordanien hielt sich Staatspräsident Mitterrand am 11. Juli 1984 in Ägypten auf.

13 Zu den Parlamentswahlen am 23. Juli 1984 in Israel vgl. Dok. 224, Anm. 10.

bringen würden. Bei seinem Gespräch mit Shamir[14] sei es so gewesen, als liefe er gegen eine Wand.

Präsident *Mitterrand* antwortet, Shamir habe zwar die Ansichten, aber nicht das Format seines Vorgängers[15].

Bundeskanzler äußert, Israel werde zugrunde gehen, wenn es nicht sein Wahlrecht ändere. Es gäbe dort zehn oder zwölf Parteien, die z. T. nur drei oder vier Abgeordnete hätten. Die Regierung könne jederzeit über eine lächerliche Kleinigkeit fallen. Dies entspreche im übrigen jüdischer Tradition. Die jüdische Geschichte sei eine solche ständigen bitteren Bruderstreits.

Präsident *Mitterrand* schneidet dann erneut das Thema des Wirtschaftsgipfels an. Die Amerikaner würden ihre Wirtschaftspolitik wohl nicht ändern.

Bundeskanzler äußert, daß damit erst nach den Wahlen[16] zu rechnen sei.

Präsident *Mitterrand* wiederholt, in jedem Fall werde in London nichts passieren.

Bundeskanzler äußert, dies sei für unsere Konjunktur ein ganz großes Problem.

Präsident *Mitterrand* erzählt, er habe von einem der wichtigsten amerikanischen Finanzleute eine Botschaft bekommen, wonach die Lage der amerikanischen Banken äußerst schwierig sei. Es genüge, daß eine Großbank zusammenbreche, dann würde der gesamte amerikanische Aufschwung in sich zusammenfallen. Reagan habe vor einem solchen Ereignis soviel Angst, daß er bis November alles tun werde, um die Banken am Leben zu erhalten. Man werde das genau verfolgen müssen. Wir gingen schweren Zeiten entgegen. Deshalb sei es wichtig, daß wir wieder in eine Wachstumsphase hineingingen.

Bundeskanzler antwortet, er sei hinsichtlich der deutschen Wirtschaftslage optimistisch, wenn wir die Streikphase[17] hinter uns brächten. Jetzt finde in Deutschland eine Kraftprobe statt, aber dann könne es ganz positiv weitergehen.

Präsident *Mitterrand* erkundigt sich nach dem Streik. Seien es nicht nur einige Arbeiter aus der Metallurgie, die streikten?

Bundeskanzler erläutert, die Gewerkschaften hätten mit einem Trick gearbeitet. Sie hätten ursprünglich nur relativ wenig Leute streiken lassen wollen, dies jedoch in Schlüsselbetrieben, die Zulieferbetriebe für weitere große Betriebe, insbesondere der Autoindustrie, seien. Diese größeren Betriebe seien nun durch

14 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.

15 Menachem Begin.

16 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

17 Am 14. Mai 1984 begann im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden ein Streik in der Metallindustrie zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, dem sich weitere Tarifgebiete anschlossen. Vgl. dazu den Artikel „In der Metallindustrie streiken 13 000 Arbeitnehmer“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Mai 1984, S. 1.
Am 28. Juni 1984 stimmten die Tarifparteien in Nordwürttemberg/Nordbaden einem Kompromißvorschlag des ehemaligen Bundesministers Leber zu, der als Schlichter fungierte. Dieser sah die Einführung der 38,5-Stunden-Woche vor. In der Presse wurde dazu berichtet, mit der Übernahme dieses Kompromisses in anderen Streikbezirken werde gerechnet. Die Arbeit werde voraussichtlich am 3. Juli 1984 wiederaufgenommen. Vgl. dazu den Artikel „Der längste und teuerste Arbeitskampf der Nachkriegszeit geht zu Ende“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Juni 1984, S. 1.

den Streik der Zulieferbetriebe lahmgelegt und müßten schließen. Die Gewerkschaften hätten damit gerechnet, daß der Staat den solchermaßen freigesetzten Arbeitern Arbeitslosenunterstützung zahlen werde. Dies geschehe jedoch nicht. Der Streik sei in Deutschland total unpopulär. Gestern habe man in Bonn eine Demonstration von 250 000 Menschen geplant. Gekommen seien etwa 80 000. Wenn die Streikfrage sich innerhalb der nächsten zehn Tage regeln ließe, dann hätten wir bis jetzt noch kein Problem für unsere Wirtschaft. Für ihn sei günstig, daß sich die Gewerkschaften nicht einig seien. Ein Teil habe bereits Abschlüsse unter Außerachtlassung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche getätigt.

Bundeskanzler erläutert Präsident Mitterrand, daß die 35-Stunden-Woche in Deutschland auch im Zusammenhang mit einer schwierigen demographischen Lage, die bereits in einigen Jahren entstehen werde, gesehen werden müsse.

An dieser Stelle tritt PM Mauroy zu dem Gespräch hinzu.

PM *Mauroy* berichtet über das Gespräch, das am Morgen mit den Ministern über Wirtschaftsfragen geführt wurde. Er geht dabei insbesondere auf Weltwirtschaftsfragen und den Londoner Gipfel ein.

Präsident *Mitterrand* äußert, was die Raumstation[18] angehe, würden die Amerikaner ihren Partnern auf dem Londoner Gipfel eine sehr präzise Forderung auf den Tisch legen. Er sei der Auffassung, daß dies ein Thema sei, das Europa als solches angehe und von Europa behandelt werden solle. Es handele sich hier um eine Frage, die sich erst in den nächsten zehn oder 15 Jahren entwikkeln werde. Europa habe die Wissenschaftler, es habe die Techniker, es habe auch bereits eine Trägerrakete, um ein eigenes Programm zu entwickeln. Natürlich sei die Finanzierung schwierig. Doch könne man sie über zehn oder 15 Jahre staffeln, und dann gehe es. Es sei nicht gut, wenn man lediglich Hilfsdienste für die Amerikaner leiste. In der Presse solle man die Sache allerdings vorsichtig behandeln.

Bundeskanzler äußert, wir stünden in dieser Frage nicht unter Zeitdruck. Er sei dafür, die Angelegenheit dilatorisch zu behandeln.

Präsident *Mitterrand* fährt fort, wenn wir Europa voranbringen wollten, wie der Bundeskanzler und er selbst das wollten, dann biete sich hier ein Projekt, das die Jugend besonders begeistern werde. Wenn es darauf hinausliefe, daß die USA lediglich mit unserer Hilfe eine Raumstation bauten, wäre dies eine zerstörte europäische Hoffnung.

Was die Luxemburger Satellitenentscheidung[19] anbetreffe, so müsse man vermeiden, daß Europa in Stücke zerfalle. Graf Lambsdorff habe ihm gesagt, es gebe noch viele Möglichkeiten, die Sache zu verhindern.

18 Zu den amerikanischen Plänen für den Bau einer Raumstation vgl. Dok. 31.
Zu einer möglichen Beteiligung der Bundesrepublik und weiterer Staaten vgl. Dok. 178.

19 Ministerialdirektor Witte erläuterte am 28. Mai 1984: „In Luxemburg stehen gegenwärtig miteinander konkurrierend zwei Projekte zur internationalen Verbreitung von Fernsehprogrammen zur Entscheidung an: 1.1.: Je ein deutsch- und französischsprachiges Programm, die bisher nur terrestrisch mit begrenzter Reichweite verbreitet werden können (deutsches Programm seit 1.1.1984: ‚RTL-plus' mit 40 % Beteiligung von Bertelsmann), sollen über direkt sendenden Satelliten in den gesamten jeweiligen Sprachraum ausgestrahlt werden. Träger: die ‚Compagnie Luxembourgeoise de Télévision' (CLT), Teil des RTL-Konzerns, an dem der französische Staat maßgeblich beteiligt ist.

PM *Mauroy* äußert, die beste Weise, dagegen Stellung zu nehmen, sei zu erklären, daß wir uns unverändert an unseren Satellitenfahrplan halten würden.

Präsident *Mitterrand* bekräftigt: Deutschland und Frankreich halten an ihren Plänen fest und fordern Luxemburg auf, mitzumachen. Wir würden uns nicht überrollen lassen. Auf Frage des *Bundeskanzlers*, wer in Luxemburg der Betreiber dieses Vertrages mit den Amerikanern gewesen sei, antwortet Präsident *Mitterrand*, MP Werner scheide demnächst aus dem Amt.[20] Er habe den Eindruck, daß dieser Vertrag das Ergebnis eines internen Machtkampfes sei. Werner habe seinem Nachfolger zuvorkommen wollen. Es wäre in jedem Fall demütigend für Frankreich und Deutschland, wenn unser Luftraum durch Vermittlung eines so kleinen Landes wie Luxemburg von den Amerikanern übernommen werde.

Bundeskanzler fügt hinzu, es gäbe bei uns ein zusätzliches Problem. Die jetzt geplante Aktivität gehe nur über Kabel und erreiche die DDR nicht. Es müsse unser Interesse sein, daß die Sender in Westeuropa technisch so strukturiert seien, daß man sie auch in der DDR empfangen könne. Die DDR könne den Empfang des Westfernsehens nicht mehr verhindern. Dies sei vielleicht die entscheidendste Veränderung der letzten 30 Jahre. Das Westfernsehen habe im Osten eine große Wirkung, über die er immer wieder überrascht sei.

PM *Mauroy* fragt, ob man nicht den Antennenbau im Osten verhindern könne.

Bundeskanzler antwortet, man könne dort die Entwicklung nicht stoppen. Bundeskanzler geht erneut auf die Entwicklung in der DDR ein. Generalsekretär Honecker habe ihm selbst gesagt, daß er Bundestagsdebatten im Fernsehen verfolge. Es sei ein Riesenproblem für die Kommunisten, bis nach Polen hinein. Wenn der Ostbeam zur Verfügung stehe, könnten selbst in der westlichen Sowjetunion noch Sendungen empfangen werden. Er habe deshalb bewußt das Zweite Deutsche Fernsehen (das nicht staatlich sei) dazu veranlaßt, mit der Schweiz und Österreich zusammenzuarbeiten.[21] Man solle ruhig die Schweizer die Nachrichten machen lassen. Während des Krieges habe man in Deutschland Radio Beromünster gehört, das als zuverlässigste Nachrichtenquelle gegolten

Fortsetzung Fußnote von Seite 754

Vorgesehen und zwischen Paris und Luxemburg fast fertig verhandelt ist die Nutzung von zwei Kanälen des französischen Satelliten (TDF 1), der ab Frühjahr 1986 mit zunächst drei Kanälen in Probebetrieb gehen soll. […] 1.2: Stationierung eines luxemburgischen Vielzwecksatelliten (Lux-SAT) im All […]. Hinter diesem Projekt stehen amerikanische Finanziers und amerikanische Technologie. Die luxemburgische Regierung (Pierre Werner, Colette Flesch) hat sich öffentlich für dieses Projekt und gegen die RTL-Planung erklärt, weil dies den Interessen des Landes besser entspreche." Vgl. Referat 431, Bd. 142066.

20 Botschafter Knackstedt, Luxemburg, teilte am 19. Dezember 1983 mit, Ministerpräsident Werner habe angekündigt, sein Amt nach den Parlamentswahlen am 17. Juni 1984 niederzulegen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 261; Referat 203 (202), Bd. 140575.
Am 20. Juli 1984 übernahm die neue Regierung ihr Amt. Ministerpräsident wurde der bisherige Finanzminister Santer.

21 Am 13. Juli 1984 wurde in Mainz ein Vertrag zwischen dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF), dem Österreichischen Rundfunk (ORF) und der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) über ein gemeinsames deutschsprachiges Satelliten-Fernsehprogramm unterzeichnet. Vgl. dazu den Artikel „Drei Länder senden ein Fernsehprogramm über Satelliten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Juli 1984, S. 3.
Der Fernsehsender 3sat nahm am 1. Dezember 1984 den Sendebetrieb auf. Vgl. dazu den Artikel „Erstes übernationales Satelliten-Fernsehen in Europa"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. Dezember 1984, S. 4.

habe. Im Osten verstünden noch viele Leute deutsch. Wir hätten z. B. festgestellt, daß der Sonntagsgottesdienst, den die Deutsche Welle ausstrahle, bis weit in die Sowjetunion gehört werde.

Im Anschluß berichtet PM *Mauroy* weiter über die Gespräche der Minister. Ein Punkt, bei dem „unterschiedliche Empfindlichkeiten" weiterbeständen, sei die Frage der großen multilateralen Handelsverhandlungen (GATT).[22]

Zum Abschluß schneidet Präsident *Mitterrand* das Thema der militärischen Zusammenarbeit an. Noch vor Ende des Jahres sollten Deutschland und Frankreich eine klarere Konzeption ihrer militärischen Zusammenarbeit erarbeitet haben. Diese Konzeption müsse ein fortgeschritteneres Konzept der Rolle der Atomwaffen unter Berücksichtigung der bestehenden rechtlichen und vertraglichen Lage enthalten. Für Frankreich gebe es hier gewisse Fixpunkte. Insbesondere sei der Einsatz der Atomwaffen in Frankreich ausschließlich auf alleinige Weisung des Präsidenten möglich. Wir stünden jedoch in einer Phase, in der ständig neue Waffen entwickelt würden. Hinsichtlich einer ganzen Reihe solcher neuer Waffen unterliege Deutschland keinerlei Beschränkungen. (Präsident Mitterrand verweist hier auf Laserwaffen.) Es sei nötig, daß wir eine sehr genaue Untersuchung darüber anstellten, was man machen könne und was nicht. Diese Analyse solle vor Ende des Jahres fertiggestellt sein. Deutschland brauche eine neue Perspektive, auch müsse das deutsch-französische Bündnis eine Sicherheitsperspektive haben. Es sei schon eine Menge Nützliches gesagt und gedacht worden. Doch hätten wir keine echte Strategie entwickelt.

Bundeskanzler erklärt sich einverstanden. Er weist auf die große psychologische Bedeutung für die Bundesrepublik hin. Das Ergebnis der Arbeiten dürfe jedoch keine anti-amerikanischen Akzente enthalten. Mit Frau Thatcher gebe es ein Problem. Er habe mit ihr gesprochen.[23] Sie hänge jedoch weit hinter den Überlegungen, die er und Präsident Mitterrand anstellten, zurück. Sie sei weit entfernt von Gedanken, wie wir sie hier anstellten.

Präsident *Mitterrand* stimmt dem Kanzler zu. Die deutsch-französische Zusammenarbeit solle weder einen anti-amerikanischen noch einen anti-sowjetischen Akzent bekommen. Es handele sich um eine schwierige Operation, sei jedoch eine Kernfrage für die Zukunft Europas.

Bundeskanzler erläutert, in der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich würden Deutschland und Frankreich weniger Zuspruch bekommen als in der Fra-

22 Referat 411 erläuterte am 8. Mai 1984, die Frage einer neuen multilateralen Verhandlungsrunde (MVR) im Rahmen des GATT sei durch entsprechende amerikanische bzw. japanische Vorschläge vom November 1983 wieder in Gang gekommen: „Innerhalb der EG überwiegen bisher Skepsis und Zurückhaltung, es gibt noch keine Gemeinschaftshaltung zu diesem Thema. Als Protagonisten des Freihandels stehen wir mit unserer Unterstützung der MVR zur Zeit etwas exponiert da." Vgl. Referat 411, Bd. 131320.
In der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 29. Mai 1984 in Rambouillet legte die französische Ministerin für Außenhandel und Tourismus, Cresson, dar: „Wir sind übereingekommen, daß das schon beschlossene Programm vom November 1982, Ministerratsrunde des GATT, weitergeführt wird und daß man auch das in die Tat umsetzt, was beim Wirtschaftsgipfel in Williamsburg beschlossen worden ist." Bundesminister Graf Lambsdorff ergänzte: „Eine gewisse unterschiedliche Betonung gibt es bei der Frage, ob und wann man mit Vorbereitungsarbeiten für eine neue GATT-Runde beginnen soll." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 66; B 150, Aktenkopien 1984.

23 Für das deutsch-britische Regierungsgespräch am 2. Mai 1984 in Chequers vgl. Dok. 122.

ge einer allgemeinen politischen Initiative. Schwierigkeiten würde es z. B. bei den Niederlanden geben.

Präsident *Mitterrand* äußert, die politische Initiative müsse den Partnern kühn vorgeschlagen werden. Die militärische Zusammenarbeit könne zunächst nur deutsch-französisch sein. Die Realität der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit werde jedoch die anderen schließlich nachziehen.

Bundeskanzler äußert abschließend, man habe darüber ja schon in Edenkoben gesprochen.[24] Er sei erstaunt, wie fern Frau Thatcher unseren Gedanken stehe, wie wenig sie die Veränderungen sehe.

VS-Bd. 14123 (010)

156

Ministerialdirigent Schauer, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-2046/84 geheim
Fernschreiben Nr. 2459
Citissime

Aufgabe: 30. Mai 1984, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 31. Mai 1984, 02.50 Uhr

Betr.: Viereressen der Außenminister am 29. Mai 1984 am Rande der NATO-Außenministerkonferenz in Washington[2]

Von BM noch nicht genehmigt

1) Zur Lage in Berlin

Bundesminister sagte, wir machten uns große Sorge um Berlin, da sich in unserer Ständigen Vertretung zur Zeit eine größere Anzahl (zwölf) Zufluchtsuchender aufhalte. Es sei bisher möglich gewesen, die Betroffenen davon zu überzeugen, daß ihre Fälle leichter gelöst werden könnten, wenn sie sich nicht bei uns aufhielten. Leider könnten wir nicht wie früher mit der Zurückhaltung der Presse rechnen. Im Augenblick seien die Fälle noch nicht in der Öffentlichkeit bekanntgeworden.[3] Damit müsse jedoch gerechnet werden, wodurch sich die La-

24 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 2. Februar 1984 auf Schloß Ludwigshöhe vgl. Dok. 29 und Dok. 30.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 1. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Horstmann verfügte und handschriftlich vermerkte: „Reg[istratur]: Sonderband anlegen!“
Hat Horstmann am 1. Juni 1984 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

3 Am 5. Juni 1984 wurde in der Presse gemeldet, daß sich seit z. T. zwei Wochen 18 Personen aus der DDR in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin aufhielten. Darunter sei auch ein ehemaliger Hauptmann der Nationalen Volksarmee, der von der DDR als Geheimnisträger betrachtet werde. Vgl. dazu den Artikel „18 Flüchtlinge in Ständiger Vertretung“; DIE WELT vom 5. Juni 1984, S. 1.

ge komplizieren könne. Cheysson fragte, warum zur Zeit so viele die DDR verlassen wollten. Bundesminister wies darauf hin, daß es sich bei den Betroffenen vielfach um Menschen handele, die bereits seit längerer Zeit die DDR verlassen wollten und vergeblich Ausreiseanträge gestellt hätten. Außenminister Shultz bemerkte, es sei interessant, die sowjetischen Westbeziehungen zu betrachten. Bei drei vorangegangenen Krisen sei Berlin wesentlich einbezogen gewesen.

Auch dieses Mal seien Spannungen um Berlin erzeugt, dann jedoch zurückgenommen worden.[4] Wegen der historischen Erfahrung müsse man aber die Angelegenheit sorgfältig im Auge behalten.

2) Die Behandlung von Menschenrechtsfällen im allgemeinen

Außenminister Cheysson erläuterte, daß er sich in seiner Amtszeit sehr stark auf die Lösung von Menschenrechtsfällen konzentriert habe. Sehe man von Südafrika ab, so helfe Publizität nie. Nur solange die Vertraulichkeit garantiert sei, könne man etwas erreichen. Er habe in seiner Amtszeit etwa 1000 Gefangene aus Gefängnissen und anderem Gewahrsam herausgeholt, und zwar aus einer Reihe von Ländern, u. a. Chile, Vietnam, Südafrika, Afghanistan, Kuba und sogar der SU und Osteuropa. Sobald derartige Fälle Publizität erlangten, blieben die Betroffenen – von Südafrika abgesehen – im Gefängnis oder sogar länger im Gefängnis oder sogar für immer dort. Auf der anderen Seite sei es schwer, Publizität zu vermeiden. Es würde gefragt, was getan würde und was erreicht wurde. Im Falle Sacharow[5] könne man mit den Mitteln der Publizität arbeiten, weil er keine Chance habe, herauszukommen. Er halte den Fall Schtscharanskij[6] für noch schlimmer, weil er Auswirkungen auf die Emigration der Juden habe. Auch in diesem Falle sei Publizität schadlos, weil für S. keine Chance der Ausreise bestehe. Damit komme er zurück auf die deutschen Fälle. Solange die Aktionen zur Befreiung Deutscher aus der DDR lautlos vor sich gegangen seien, sei die Sache gelaufen. Nun sei sie durch die Medien kompliziert worden. Seine Schlußfolgerung sei, daß jeder versuchen solle, den Medien diese Interdependenz zu verdeutlichen.

AM Shultz erkundige sich nach den Chancen für Frau Bonner. AM Cheysson meinte, daß auch sie keine Chance habe. Vielleicht hätte sie eine gehabt, wenn sie früher versucht hätte auszureisen.

AM Shultz wies auf den Zynismus der Sowjets in diesen Fragen hin. Gromyko habe in Stockholm ausdrücklich eine Verbesserung der Menschenrechtslage von Verbesserungen der Ost-West-Beziehungen abhängig gemacht.[7]

BM sagte, seiner Auffassung nach habe die härtere Linie mit Andropow begonnen. Dies habe mit dessen KGB-Vergangenheit zu tun gehabt. Er erinnere sich, wie lebhaft Andropow anläßlich der Beisetzung von Breschnew auf die vom Bundespräsidenten angesprochene Ausreiseproblematik Deutscher aus der SU eingegangen sei.[8] Es werde sich zeigen, ob die harte Linie beibehalten werde, wo-

4 Vgl. dazu die sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin; Dok. 101.

5 Zum Fall des Ehepaars Sacharow/Bonner vgl. Dok. 152, Anm. 9.

6 Zum Fall des sowjetischen Dissidenten Schtscharanskij vgl. Dok. 13, Anm. 11.

7 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 13.

8 Für das Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 15. November 1982 in Moskau vgl. AAPD 1982, II, Dok. 302.

bei es nicht nur um spektakuläre Fälle gehe, sondern um die zahllosen unbekannten Deutschen und Juden.

AM Shultz berichtete, vier bis fünf Monate vor Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens[9] habe Kampelman mit der Nummer zwei der sowjetischen Delegation, einem KGB-Mann, einige Ausreisefälle ausgehandelt.[10] Dann sei die koreanische Maschine abgeschossen worden[11], und Gromyko habe die Implementierung der Vereinbarung glattweg mit dem Hinweis abgelehnt, es habe keine Absprache bestanden.[12] Dieser sowjetische Zynismus habe Präsident Reagan besonders verärgert.

3) Themen für das Treffen der Außenminister in Wye Plantation

AM Shultz sagte, es liege ihm sehr daran, möglichst informell die wirklich wichtigen Themen ausführlich zu erörtern. Er denke an die Ost-West-Beziehungen, die NATO und den Golf. (Später präzisierte AM Shultz die Themen wie folgt: West-Ost-Beziehungen einschließlich Osteuropa, Rüstungskontrolle, Out-of-area, insbesondere Golf, dieses Mal fehlte die NATO). Er denke daran, daß heute abend bereits beim Abendessen Bundesminister[13], AM Morán[14] und AM Andreotti[15] über ihre Moskau-Besuche berichten könnten. Bei der Erörterung der Lage in Osteuropa sei es wichtig, das oft von den dortigen Ländern gegenüber Moskau zum Ausdruck gebrachte Mißtrauen zu berücksichtigen. Dies sei ihm gegenüber in einer Reihe von Gesprächen in Stockholm zum Ausdruck gebracht worden, aber auch z. B. gegenüber Botschafter Hartman in Moskau. AM Cheysson fügte hinzu, eine freie Aussprache sei notwendig, im übrigen dürfe auch das sowjetisch-chinesische Verhältnis nicht unberücksichtigt bleiben.

4) Wirtschaftsgipfel in London[16]

AM Howe trug vor, auch dort solle eine möglichst ungezwungene Diskussion geführt werden. Die Wirtschaftserklärung[17] und die Londoner Erklärung zu

9 Die zweite KSZE-Folgekonferenz fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

10 Zu den Gesprächen zwischen dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, und dem stellvertretenden Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kondraschow, über die Lösung humanitärer Härtefälle in der UdSSR vgl. AAPD 1983, II, Dok. 196 und Dok. 206.

11 Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 17.

12 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 27. September 1983, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums habe der amerikanische Außenminister Shultz in einem Vier-Augen-Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. September 1983 in Madrid auf die Lösung bekannter Menschenrechtsfälle in der UdSSR gedrungen: „Gromyko sei in keiner Weise auf die Argumente von Shultz eingegangen und habe u. a. bestritten, daß die Sowjetunion sich im Zusammenhang mit dem Abschluß des KSZE-Folgetreffens in irgendeiner Weise verpflichtet hätte, bestimmten sowjetischen Bürgern eine Ausreisegenehmigung zu erteilen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4368; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

13 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

14 Der spanische Außenminister Morán hielt sich vom 10. bis 16. Mai 1984 in der UdSSR auf.

15 Zum Besuch des italienischen Außenministers Andreotti vom 22. bis 24. April 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 139, Anm. 9.

16 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

17 Für die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staaten über Wirtschaftsfragen vom 9. Juni 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 375–379.

den politischen Themen[18] sollten als Signal gelten. Hinsichtlich der Erklärung zum Terrorismus denke man jetzt an ein Chairman's Statement am Ende des Gipfels.[19] Im übrigen sollten am Freitag morgen[20] die wichtigsten außenpolitischen Fragen erörtert werden: Ost-West, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Golf, besonders aber auch Themen, die Japan einbezögen, also Südostasien und der Ferne Osten. AM Shultz unterstrich, daß Japan expandiere und von Monat zu Monat mehr begreife, daß es als zweite Wirtschaftsmacht der Welt auch außerhalb seiner wirtschaftlichen Entwicklung einen Beitrag leisten müsse.

Das Verständnis dafür wachse besonders unter dem Eindruck des Problems der SS-20. AM Cheysson bemerkte, dieses wachsende Verständnis hätten wir der sowjetischen Haltung zu verdanken. Auf den Gebieten, auf denen die Sowjets die japanische Meinung nicht beeinflußten, sehe er allerdings in Japan nur wenig Verständnis für die dem Lande zukommende Rolle. AM Shultz kam noch einmal auf die Erklärung zum Terrorismus zurück, die amerikanischerseits begrüßt werden würde. AM Howe erklärte, daß man eine eigenständige Erklärung deshalb zurückgezogen habe, weil einige Länder wenig Enthusiasmus gezeigt hätten. AM Cheysson erwiderte, eine öffentliche Erklärung auch auf diesem Gebiet könne nur deklaratorisch sein. Man müsse sich aber fragen, ob solche Erklärungen wirklich sinnvoll seien. Taten seien wichtiger als Worte, z. B. bessere Zusammenarbeit der Dienste, und hierüber könne man nichts verlautbaren. Als Beispiel möge auch die britische Erklärung über die Eindämmung des Mißbrauchs diplomatischer Privilegien[21] gelten. Das Problem liege nicht darin, die Wiener Übereinkunft[22] zu ändern, sondern darin, sie hart und kompromißlos anzuwenden. Es gebe auch einfach Löcher in unserem Rechtssystem.

5) Nord-Süd-Fragen

Bundesminister stellte die Frage, welche Rolle die Nord-Süd-Problematik in London spielen solle. AM Howe sagte, das Thema sei wichtig, er habe gegenüber diesem Begriff aber eine gewisse Zurückhaltung, weil er in seinen Augen die Blocksolidarität der 77 fördere und die Unterschiedlichkeit der Entwicklungsländer nicht genügend berücksichtige. BM erläuterte, daß ihm von einem Mitarbeiter unserer VN-Vertretung berichtet worden sei, daß der Ton uns gegenüber schärfer geworden sei und daß – in Übereinstimmung mit den Ausführungen von AM Howe – die verschiedenen Gruppen der Entwicklungsländer sich

18 Für den britischen Entwurf einer „Charta von London" vgl. den Drahterlaß Nr. 3716 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 28. Mai 1984; VS-Bd. 12943 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

19 Für die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staaten über den internationalen Terrorismus vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 379 f.

20 8. Juni 1984.

21 Der britische Innenminister Brittan legte am 25. April 1984 im Unterhaus dar, die Tötung einer britischen Polizistin durch Schüsse aus der libyschen Vertretung am 17. April 1984 in London habe bezüglich des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen Fragen aufgeworfen „as to the adequacy of the convention, its operation and enforceability". Außenminister Howe werde die Frage prüfen, ob Großbritannien sich international um eine Änderung des Übereinkommens bemühen solle. Vgl. dazu HANSARD, Commons, 1983/84, Bd. 58, Sp. 740.
Am 1. Mai 1984 gab Howe im Unterhaus bekannt, die britische Regierung habe bei verschiedenen Regierungen um Unterstützung ihrer Bemühungen gebeten, den Mißbrauch diplomatischer Einrichtungen für Terrorismus zu unterbinden. Vgl. dazu HANSARD, Commons, 1983/84, Bd. 59, Sp. 219.

22 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

ihrer unterschiedlichen Interessen auch stärker bewußt würden. So widmeten sich z. B. die südamerikanischen Staaten besonders den Verschuldungsproblemen, die afrikanischen primär der Entwicklungsstrategie (Ernährungsproblematik). In anderer Lage seien die arabischen und ASEAN-Länder. Dies sei eine positive Entwicklung, weil man so zu den eigentlichen Ursachen der Nord-Süd-Probleme vorstoße. Er frage sich, ob eine neue Cancún-Konferenz[23] von Nutzen sein könne. AM Howe war skeptisch, weil er die Konsolidierung der DW-Interessen befürchte. Nach seiner persönlichen Auffassung sollte man sich beim Gipfel in London insoweit prioritär auf Fragen wie Handel und Verschuldung konzentrieren und dort Fortschritte erzielen.

AM Shultz ergänzte, er habe damals Cancún als Außenseiter beobachtet und die Diskussion unter Teilnahme von Reagan recht überzeugend und vernünftig gefunden. Sie habe die Aufmerksamkeit auf diese großen Fragen gelenkt. Zu einem neuen Cancún habe er sich noch keine Meinung gebildet.

Auch er sprach sich dafür aus, Probleme des Handels und der Verschuldung in den Vordergrund zu stellen. AM Cheysson schloß sich dieser Auffassung an und meinte, ein neues Cancún solle erst dann in Angriff genommen werden, wenn sicher sei, daß es zu Ergebnissen führe.

AM Shultz sagte, es sei wichtig, die Stabilität zu erhalten, wofür schließlich in der Zeit die Industrieländer etwas getan hätten, in der der Welthandel geschrumpft sei. Nur durch Expansion könne man das Schuldenproblem in den Griff bekommen. Leider tue z. B. die gegenwärtige argentinische Regierung nicht genug, um ihre eigenen Probleme einer Lösung zuzuführen. Nur zu fordern, daß die Zinsen gesenkt werden sollten, sei nicht genug. Das Zinsproblem müsse den kommerziellen Banken überlassen bleiben. Letztlich ständen sich in dieser Frage die Banken und die Schuldnerländer gegenüber.

AM Shultz warnte vor einer Entwicklung, für die er Indizien zu haben glaubte, in deren Ergebnis eine Zinsobergrenze vereinbart werde und darüber hinausgehende Kreditkosten auf Rechnung des IWF und der Länder, die hier am Tische vertreten seien, gehen sollten.

AM Cheysson brachte unter Erwähnung indischer Wünsche die Frage auf, ob der Siebener-Gipfel um weitere Länder erweitert werden solle. Die Frage wurde nicht vertieft.

Abschließend fragte AM Schultz, wer die Gemeinschaft beim nächsten Treffen mit den ASEAN-Staaten vertrete. AM Cheysson antwortete, daß die Gemeinschaft auf der AM-Ebene durch die Präsidentschaft, d. h. den irischen AM, vertreten sein werde.[24]

[gez.] Schauer

VS-Bd. 14126 (020)

23 In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

24 Am 12./13. Juli 1984 fand in Jakarta das Dialog-Treffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit den Außenministern Abe (Japan), Chrétien (Kanada), Hayden (Australien) und Shultz (USA) statt. Neuseeland wurde durch Verteidigungsminister Thomson vertreten; die Europäischen Gemeinschaften durch den irischen Außenminister Barry und den Vizepräsidenten der EG-Kommission, Haferkamp. Botschafter Matthias, Jakarta, teilte dazu am 13. Juli 1984 mit, erörtert worden seien

157

Botschafter Wieck, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-2055/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 31. Mai 1984, 03.35 Uhr**
Fernschreiben Nr. 2466 **Ankunft: 31. Mai 1984, 09.52 Uhr**

Betr.: NATO-AM-Frühjahrstreffen am 29./31.5.1984 in Washington[1];
hier: Berichterstattung über Aussprache im kleinsten Kreise (AM und Ständige Vertreter) (super-restricted session),
Erklärung von Bundesminister Genscher

Zur Unterrichtung

Bundesminister Genscher unterstrich den hohen politischen Nutzen der offenen und freien Aussprachen im Kreise der Außenminister des Bündnisses, wie sie mit den Treffen im kleinsten Kreise möglich geworden sind.

Einleitend gab er seiner Übereinstimmung mit der Beurteilung des Ost-West-Verhältnisses, wie sie Außenminister Shultz vorgetragen hatte[2], Ausdruck: Die Entwicklung der letzten Jahre, ja des letzten Jahrzehnts, habe nicht in die Hände der Sowjetunion gespielt, sondern sei zugunsten des Westens verlaufen. Es habe sich als richtig erwiesen, fuhr BM Genscher fort, was wir auf der Grundlage des Harmel-Berichts[3] getan haben. Wir haben auf diesem Wege im Bündnis eine politische Strategie entwickelt, die wir von Zeit zu Zeit überprüfen und den notwendigen Korrekturen unterwerfen, nämlich die Stärke des Westens zu erhalten und die Verhandlungsbereitschaft in konkrete Schritte zu übertragen.

Mit Blick auf die Erklärung des französischen Außenministers[4], der darauf hingewiesen hatte, daß die Länder in Osteuropa heute gegenüber Moskau in man-

Fortsetzung Fußnote von Seite 761
der Konflikt in Kambodscha sowie Wirtschaftsfragen, insbesondere die Möglichkeit einer neuen multilateralen Verhandlungsrunde im Rahmen den GATT und die Zinsproblematik. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 771; Referat 342, Bd. 144448.

1 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 vgl. auch Dok. 160 und Dok. 161.

2 Botschafter Wieck, z. Z. Washington, berichtete, der amerikanische Außenminister Shultz habe in seiner Erklärung im kleinsten Kreis auf Besorgnisse der Volksrepublik China wegen der sowjetischen Politik hingewiesen. Ferner habe er dargelegt, die „Führung in Moskau werde durch die altersbedingten Unsicherheiten geprägt. In relativ kurzer Zeit habe die sowjetische Führung drei Spitzenmänner durch Tod verloren. Der neue Vorsitzende zeichne sich nicht durch Führungsdynamik aus." Aus amerikanischer Sicht sei der „Europa-Schwerpunkt der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik bemerkenswert". Shultz sei außerdem auf die wirtschaftliche Lage der UdSSR sowie auf die sowjetischen Probleme in Polen, Afghanistan und im südlichen Afrika eingegangen. Weitere Themen seines Vortrags seien die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die konventionelle Verteidigung der NATO-Mitgliedstaaten gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2462; VS-Bd. 14126 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

4 Botschafter Wieck, z. Z. Washington, berichtete am 31. Mai 1984, der französische Außenminister Cheysson habe in seiner Erklärung im kleinsten Kreis eine Verhärtung der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik konstatiert und eine Intensivierung der Kontakte der NATO-Mitgliedstaaten zu

chen Bereichen eine unabhängigere und selbständigere Politik führten, als dies früher möglich war, erklärte BM Genscher, daß die Grundtendenz der internationalen Politik nach stärkerer nationaler Identität auch in Osteuropa ihren Widerhall finde. Diese Entwicklung werde durch die multilateralen Verhandlungsforen (CSCE, KVAE, MBFR) gefördert. Wir sollten diese Entwicklung begrüßen. Das werde auch von den N+N-Ländern positiv gesehen. Bundesminister Genscher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die sowjetischen Vorstellungen für Stockholm mit der Forderung nach Verzicht auf Ersteinsatz nuklearer Waffen und mit dem allgemeinen Gewaltverzicht[5] einen Kompromiß zwischen Moskau und den osteuropäischen Ländern darstellten. Die Sowjetunion verfolge das primäre Ziel, de jure oder de facto im Westen den Verzicht auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen durchzusetzen. Würde das gelingen, wäre es das Ende der Strategie der Abschreckung. Über diese Zielsetzung der Sowjetunion müßten wir uns vollkommen im klaren sein. Sie sei ganz und gar unannehmbar. Demgegenüber verfolgten die osteuropäischen Länder das Gewaltverzichtsprojekt, weil sie damit die Hoffnung verbänden, die sowjetische Interventionspolitik in Osteuropa (Breschnew-Doktrin[6]) abzuwürgen.

Zu dem Gewaltverzichtsprojekt sei zu bemerken, daß man dies ja schon in vielen Dokumenten vereinbart habe – der Charta der Vereinten Nationen[7], der CSCE-Schlußakte[8] und in den Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Moskau, Warschau und Prag[9]. Es werde nichts damit erreicht, dies ein weiteres Mal zu tun. Notwendig und möglich sei es aber, den Gewaltverzicht und die Gewaltandrohung in konkreter Weise zu verdeutlichen, z. B. durch das Verbot der Breschnew-Doktrin. Der Westen solle in dieser Frage nicht nur reagieren, sondern mit seinen konkreten Vorschlägen den Gang der Verhandlung initiativ beeinflussen. Die Sowjetunion müsse in dieser Frage schon jetzt aus der Defensive operieren.

Die politische Strategie des Bündnisses habe sich, so fuhr BM Genscher fort, bewährt und habe auch zur Festigung des Bündnisses selbst beigetragen. Auch in der Entspannungspolitik habe die Zeit für den Westen gearbeitet. Aber es sei nicht alles befriedigend verlaufen. Im humanitären Bereich stehe es nicht überall zum Besten. Sacharow[10] sei der bekannteste Fall, aber viele Unbekannte müßten auch leiden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 762

den osteuropäischen Staaten empfohlen. Ferner habe er auf die Bedeutung der nuklearen Abschreckung hingewiesen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2467; VS-Bd. 13377 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 8. Mai 1984 für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vgl. Dok. 124, Anm. 12.

6 Zur „Breschnew-Doktrin" vgl. Dok. 3, Anm. 22.

7 Vgl. dazu Artikel 2 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 435–437.

8 Vgl. dazu Punkt II der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

9 Vgl. dazu Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.
Vgl. dazu ferner Artikel II Absatz 2 des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 363.
Vgl. dazu außerdem Artikel III Absatz 2 des Vertrags vom 11. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über die gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 991.

10 Zum Fall des Ehepaars Sacharow/Bonner vgl. Dok. 152, Anm. 9.

Zu der vorliegenden Ost-West-Studie[11] über den Harmel-Bericht meinte der BM, daß die Schlußfolgerungen besser seien als manche Abschnitte im Hauptteil des Berichts. Es sei aber gut, daß wir diese Arbeit geleistet und die bisherige Entwicklung in dieser Studie zusammenfassend dargestellt haben. Nun gelte es, in die Zukunft zu schauen, und er schlage daher vor, daß die NATO-Botschafter den Ministern einmal jährlich, erstmals im Dezember 1984[12], einen Bericht über den Stand aller Ost-West-Projekte, insbesondere auch auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vorlegten. Mit diesen Berichten sei die Grundlage dafür gegeben, unsere politische Strategie zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

BM Genscher stellte anschließend fest, daß die Sowjetunion auch in der Dritten Welt das von ihr erhoffte Ergebnis eines dauerhaften Bündnisses mit der Blockfreien-Bewegung nicht erreicht habe. Die Sowjetunion sei heute davon weiter entfernt als je zuvor. Im Falle einer Regelung in Angola könnte es auch zu einer Lösung in Namibia kommen.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Ost-West unterstrich BM Genscher die Notwendigkeit, auch diesen Bereich in die Gesamtheit der Ost-West-Beziehungen fest einzubinden und weiterzuentwickeln. Abhängigkeiten seien zu vermeiden wie auch der Transfer von militärisch relevanter Technologie.

Die Entwicklung der politischen Strategie stelle einen parallelen Vorgang zu der militärischen Strategie der Abschreckung dar. Sie könne auch im eigenen Lande dazu beitragen, breitere Zustimmung für die Gesamtheit der Allianzpositionen zu erwirken. In dieser Hinsicht wies BM Genscher darauf hin, daß die dramatisierte Thematik im nuklearen Bereich, wie wir sie bei der INF-Debatte im vergangenen Jahr erlebten, heute im öffentlichen Bewußtsein weit in den Hintergrund getreten sei.

Insgesamt stellte der deutsche Diskussionsbeitrag auf die Tatsache ab, daß sich die Allianzkonzeption des Harmel-Berichts bewährt und daß die Bündnispartner mit gewisser Zuversicht und mit Vertrauen auf die weitere Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses zugehen können.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14126 (010)

11 Zum geplanten „West-Ost-Bericht" der NATO vgl. Dok. 138.
12 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

158

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Monge

4. Juni 1984[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Staatspräsidenten von Costa Rica, Luis Alberto Monge, im Bundeskanzleramt am 4. Juni 1984, 15.00–16.00 Uhr[2]

Das Gespräch, an dem außerdem teilnahmen

auf costaricanischer Seite: Außenminister Gutiérrez, Planungsminister Villasuso, Minister für Information und Kommunikation Vargas;

auf seiten des Bundeskanzlers: Staatssekretär Meyer-Landrut, Auswärtiges Amt, Frau A. Lehnhardt als Dolmetscherin, der Unterzeichnende[3] als Notetaker,

hatte folgenden Inhalt:

Der *Bundeskanzler* begrüßte Präsident Monge sehr herzlich. Es sei sehr wichtig, daß sie miteinander sprächen. Er, der Bundeskanzler, sei kein Mann diplomatischer Floskeln. Es solle sogleich über das gesprochen werden, was den Präsidenten bewege. Ihn interessiere Monges Einschätzung der Lage bei sich und das Verhältnis zu seinen Nachbarn. Wir hätten stets auf Costa Rica und die demokratische Entwicklung dort gesetzt. Die Entwicklung in Mittelamerika sei einer der kritischen Punkte der Weltpolitik. In der Politik gebe es erfreuliche und weniger erfreuliche Nachrichten. Zu den erfreulichen und wichtigen zähle der Wahlsieg seines langjährigen Freundes Duarte in El Salvador.[4] Die Welt sei sehr viel schwieriger geworden, was auch auf Europa zutreffe. Es sei der Ort, der am meisten von Waffen starre – jedoch, so seltsam es klinge, sei Europa gegenwärtig der sicherste Punkt, weil jeder, der hier eine militärische Auseinandersetzung wage, damit rechnen müsse, das Inferno, die Apokalypse, auszulösen. Was sich in Mittelamerika, im Nahen Osten und in Teilen Asiens ereigne, könne große Gefahren für den Weltfrieden bringen. Daher sei es auch für uns wichtig, was in Mittelamerika geschehe – und umgekehrt –, und folglich sei es wichtig, daß man sich gegenseitig ausspreche.

Der *Präsident* dankte für die Gesprächsgelegenheit, die Costa Rica wirklich benötigt habe. Deutschland müsse seine Rolle in Mittelamerika spielen, damit dort

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 5. Juni 1984 gefertigt und am 13. Juni 1984 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt.
Hat Legationssekretär Wittig am 14. Juni 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Referat 331 m[it] d[er] Bitte um Übernahme."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 15. Juni 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 331, Bd. 135960.

2 Präsident Monge hielt sich vom 4. bis 6. Juni 1984 in der Bundesrepublik auf.

3 Klaus Max Franke.

4 Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 25. März 1984 in El Salvador erzielte kein Kandidat die notwendige absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang am 6. Mai 1984 siegte der Kandidat der christdemokratischen Partei, Duarte.

kein Krieg mit internationalen Auswirkungen entstehe. Costa Rica brauche mehr denn je Deutschlands Verständnis und Unterstützung, damit es seine Rolle im mittelamerikanischen Drama spielen könne. Die explosive Lage in Mittelamerika sei auf eine jahrzehntelange Realität zurückzuführen, an der nur verwundere, daß sie nicht schon eher zur Explosion geführt habe. Die Länder im Norden Costa Ricas hätten in einer Unterdrückung gelebt, deren Ausmaß in Europa nie so recht erkannt worden sei. Costa Rica allerdings sei seit langem einen historisch anderen Weg als das übrige Mittelamerika gegangen, was ihm früher den Vorwurf des Separatismus eingetragen habe. Wenn es das aber nicht getan hätte, hätte es dieselben wirtschaftlich-sozialen Probleme wie die anderen Länder bekommen.

Diese Probleme hätten bei den Nachbarländern nördlich von Costa Rica zu Guerilla-Bewegungen geführt, was kein Wunder gewesen sei. Kleine Minderheiten, mit denen sich die Streitkräfte verbündet hätten, hätten die gesamte wirtschaftliche Macht in den Händen gehalten und die Mehrheit an den Rand gedrängt. In den letzten zwei Jahrzehnten seien die Guerilla-Bewegungen in die Hände von Marxisten-Leninisten geraten und hätten ausschließlich Hilfe von Kuba erhalten. Die Völker nördlich Costa Ricas hätten mit ihnen zunächst sympathisiert in dem Glauben, durch sie befreit zu werden. Die Sandinisten in Nicaragua hätten diesen Hoffnungen den ersten Schlag versetzt. Auch in Costa Rica seien sie alle mit dem nicaraguanischen Volk gegen Somoza gewesen. Die antidemokratische Natur der Sandinisten habe man damals nicht gesehen.

Auf Frage des *Bundeskanzlers*, ob sie in Anbetracht der Personen nicht voraussehbar gewesen sei, entgegnete *Monge*, daß die Euphorie über den Sturz der vierzigjährigen Somoza-Herrschaft[5] zunächst alles überdeckt habe. Nach einem Jahr seien einigen, anderen erst nach zwei oder vier Jahren, die Augen aufgegangen, und noch heute leugneten viele, daß die Sandinisten diese Richtung genommen hätten.

Er, Monge, habe schon früh klar gesehen und deshalb auch nie eine Einladung zu einem Besuch Nicaraguas angenommen. Er habe Erfahrungen mit Fidel Castro gesammelt, dem er bereits ein Jahr nach dessen Sieg auf Kuba[6] gesagt habe, daß er seinen politischen Kurs nicht mittragen könne.

Costa Rica habe ein Problem mit Europa. Man habe gewußt, daß es in Lateinamerika – außer in Costa Rica – eine anti-amerikanische Haltung gebe. Man habe aber nicht gewußt, daß dies auch für Europa gelte. In einigen demokratischen Parteien Europas gebe es einen linken Flügel, der mit romantischen Gefühlen die Auseinandersetzung in Nicaragua als einen vermeintlichen Kampf zwischen David und Goliath betrachtet habe und betrachte. Costa Rica habe diesen Kreisen gegenüber immer Schwierigkeiten, die marxistisch-leninistische Tendenz Nicaraguas klarzumachen.

5 Infolge des Bürgerkriegs in Nicaragua trat Präsident Somoza am 17. Juli 1979 zurück und verließ das Land; die Sandinistische Befreiungsfront übernahm die Regierung. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 207 und Dok. 279, sowie AAPD 1980, I, Dok. 74, und AAPD 1980, II, Dok. 255.

6 Nach über zweijährigem Guerillakrieg gegen kubanische Regierungstruppen und der Flucht des Präsidenten Batista am 1. Januar 1959 proklamierte Fidel Castro am 2. Januar 1959 den Richter Urrutia zum provisorischen Präsidenten von Kuba. Am 13. Februar 1959 ernannte Präsident Urrutia Castro zum Ministerpräsidenten.

Der *Bundeskanzler* sagte mit Nachdruck, daß das, was Monge gesagt habe, sie beide verbinde. Er könne Monge eine Reihe von Adressen geben, denen seine Ausführungen über die romantischen Gefühle guttun würden. Er und Monge seien beide keine Anbeter der USA, und beide sähen, was dort gut und was dort schlecht sei – aber, wenn man vergleiche, wie gut schnitten da die USA ab. In der Politik sei Romantik eine große Gefahr. Sie führe zu Haltungen wie „russische Raketen sind gut, amerikanische Raketen sind schlecht". Bei uns gebe es einen noch dümmeren Spruch: „Lieber rot als tot."

Präsident *Monge* sagte, auch Costa Rica sei ein oft unbequemer Partner für die USA. Aber es habe gezeigt, daß es gegen den kommunistischen Einfluß sei. Die US-Präsenz in Mittelamerika werde viel kritisiert – keinerlei Kritik aber richte sich gegen die Präsenz der Sowjetunion, Kubas, Rumäniens, der DDR. Costa Rica sage nicht, die Amerikaner sollten abziehen, sondern es sage, alle sollten abziehen. Es wisse, daß seine Haltung idealistisch sei – aber sie sei für sein Land der einzige Weg. Costa Rica denke nicht daran, einen einseitigen amerikanischen Abzug zu predigen.

Costa Rica glaube nicht daran, daß Kriege Probleme lösen könnten. Die Neutralität, die Costa Rica für sich erklärt habe, gelte aber nur in bezug auf kriegerische Handlungen. Man wolle sich mit ihr nicht aus der ideologischen Auseinandersetzung heraushalten. Da trete Costa Rica entschieden für die Demokratie ein. Costa Rica wolle einen Beitrag zur Lösung leisten. Mit Waffen könne es schon mangels eigener Streitkräfte nicht eingreifen und wolle das auch nicht. Man sei für einen Dialog Duartes mit der Guerilla (auch wenn er wenig aussichtsreich sei) und hoffe, daß Duarte sich dem nicht verschließe, und man sei ferner für einen Dialog der Commandantes in Nicaragua mit Edén Pastora.

Zu den Erwartungen Costa Ricas an Deutschland und die europäische Demokratie: Es habe immer Solidaritätserklärungen der Europäer für Nicaragua gegeben (ohne auf die nicaraguanische Politik zu blicken). Er wolle die Europäer nicht zu Kritik an Nicaragua auffordern, aber – (auch) Costa Rica brauche Solidarität.

Der *Bundeskanzler* pflichtete Monge ausdrücklich bei. Er könne alles unterschreiben, was der Präsident sage. Er bedauere einen Teil der Diskussion bei uns, die so tue, als bestehe die Welt nur aus Nicaragua. Der Präsident habe den Begriff des Idealismus verwendet. Das sei ihm keineswegs unsympathisch. Wir befänden uns an einer Nahtstelle der Weltpolitik, und folglich sei unsere Lage notwendig eine andere. Daher sei es aber gut, wenn es Länder wie Costa Rica und Männer wie Präsident Monge gebe. An Aufgeschlossenheit für Costa Rica fehle es uns nicht. Die EG müsse die politische Komponente der Zusammenarbeit und die Bemühungen Costa Ricas stärker unterstützen. Dafür würden wir eintreten – auch für das Ministertreffen in San José.[7] Diese Idee Präsident Monges sei sehr vernünftig.

Auf die Bemerkungen Monges über das Verhältnis Costa Ricas zu den USA bemerkte der Bundeskanzler, daß unsere Beziehungen entspannt und freund-

[7] Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 vgl. Dok. 260.

schaftlich seien. Sein ständiges Motto sei, daß man mit, nicht über seine Freunde rede. Wenn uns etwas nicht gefalle, sagten wir es. So würden Präsident Reagan, mit dem er wirklich befreundet sei, einige Passagen der Rede, die er im Bundestag am Vorabend des Londoner Weltwirtschaftsgipfels[8] halten werde, nicht gefallen.[9] Aber die amerikanische Zinspolitik sei für uns nun einmal nicht akzeptabel (wie für Costa Rica auch nicht). Das könne er nicht verschweigen. Die USA machten vieles gut und richtig und vieles schlecht – wie jedermann, wie wir auch. Die amerikanische Haushaltspolitik bringe viele Länder der Welt in Schwierigkeiten. Ein oder zwei Prozent Zinsen mehr oder weniger machten einen großen Unterschied. Auch seien die Amerikaner gute Geschäftsleute. So habe es auf dem letzten Gipfel feierliche Bekundungen gegen den Protektionismus gegeben[10], und er, der Bundeskanzler, habe gegen alle europäischen Kollegen, allen voran François Mitterrand, durchgesetzt, daß wir keine Steuern gegen amerikanische Futtermittel[11] und keine Fettsteuer[12] einführten. Kaum sei man von Williamsburg nach Hause zurückgekehrt, hätten die USA eine Edelstahllösung gegen die Europäer gemacht.[13] Sie hätten eine Luxussteuer für Autos eingeführt, die genau zufällig Mercedes und BMW getroffen habe.[14] Es sei wie beim Fußball – wenn der Schiedsrichter einmal wegsehe, werde das

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

9 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 6. Juni 1984 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 128, S. 5187–5197.

10 Vgl. dazu Ziffer 3 der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 30. Mai 1983 beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg; Dok. 122, Anm. 37.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

11 Zu den Bemühungen um eine Begrenzung der Getreidesubstitutimporte vgl. Dok. 126, Anm. 26.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 25. Juni 1984 über Ausführungen des Bundesministers Kiechle im Gespräch mit dem Handelsbeauftragten der amerikanischen Regierung, Brock, am selben Tag. Er, Kiechle, halte es „aus der Sicht der USA für prüfenswert, ob die Begrenzung der Exporte bestimmter Substitute auf dem Niveau von 1983 nicht eine im Umfang geringfügige Konzession sei, mit der die gegenwärtige Verhandlungsproblematik wesentlich entspannt werden könne". Brock habe dargelegt: „Über eine Begrenzung der Exporte von corn gluten feed könne man gemäß Artikel XXVIII des GATT reden, er halte jedoch keine isolierte Lösung bei diesem Problem für möglich." Die USA seien bereit, den Europäischen Gemeinschaften für die Anpassung der GAP eine Frist von fünf bis zehn Jahren zuzubilligen, doch sie müßten wenigstens den Eindruck gewinnen, „daß der Wille zu einer Lösung vorhanden sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2855; Referat 411, Bd. 131191.

12 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Abgabe auf pflanzliche Öle und tierische Fette vgl. Dok. 29, Anm. 30.
Auf der Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel fand sich keine Mehrheit für die Einführung einer solchen Abgabe. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1984, S. 58.

13 Zu den amerikanischen Einfuhrbegrenzungen und Zöllen für Edelstahleinfuhren in die USA vgl. Dok. 122, Anm. 38.

14 Referat 420 notierte am 6. Juni 1984: „Im Rahmen der Überlegungen zu Haushaltseinsparungen hat der Kongreß sich in Gesetzentwürfen für die Begrenzung der steuerlichen Abschreibung von geschäftlich genutzten Luxus-Pkws ausgesprochen. Vorlage des Repräsentantenhauses sieht Begrenzung der Abschreibungshöhe auf 21 000 Dollar, Vorlage des Senats auf 15 000 Dollar vor. […] Maßnahme würde sich formal sowohl gegen einheimische wie gegen importierte Automobile richten, de facto aber vor allem importierte Fahrzeuge treffen, da bei den teureren Preisklassen der Anteil der Importwagen relativ hoch liegt." Vgl. Referat 411, Bd. 131191.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 19. Juni 1984: „Der Vermittlungsausschuß von Senat und Repräsentantenhaus hat sich am 18. Juni […] auf einen Kompromiß bei der Steuervorlage zur Beschränkung der Steuerabschreibung bei Geschäftswagen geeinigt. Danach ist der Abschreibungsplafonds auf 16 000 Dollar für drei Jahre mit einer jährlichen Staffelung von 4000 Dollar, 6000 Dollar, 6000 Dollar festgelegt worden." Vertreter der Daimler-Benz AG hielten diese Entscheidung für eine „akzeptable Lösung". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2775; Referat 411, Bd. 131191.

sofort ausgenutzt. Man dürfe das alles nicht so ernst nehmen, müsse aber aufpassen.

Der *Präsident* erklärte, daß Costa Rica sich in den wesentlichen Dingen von uns verstanden fühle. Er wolle uns auch keine Vorschläge zur Behandlung Nicaraguas machen; das müsse jede Regierung für sich selbst entscheiden. Er wolle lieber sagen, was Costa Rica von uns erhoffe. Sehr zu wünschen wäre ein nationaler Konsens (wobei man wisse, daß die SPD mehr den romantischen, den „David-und-Goliath-Aspekt" sehe). Er bitte uns um klare Solidarität mit Costa Rica.

Der *Bundeskanzler* knüpfte an die letzten Worte Monges an und bat ihn, davon auszugehen, daß er Monge auf das Entschiedenste unterstützen werde. Er sage das nicht, weil Monge jetzt gerade hier sei. Costa Rica gehe einen beeindruckenden Weg, an dem Monge einen wichtigen Anteil habe. Er respektiere das sehr. Er sei viel zu lange Parteiführer, um nicht zu wissen, wie schwierig dieser Weg sei. Die deutschen und die costaricanischen Verhältnisse seien zwar verschieden, die menschliche Natur hingegen sei seit Adam und Eva die gleiche.

Man stoße immer mehr auf Feigheit als auf Mut, mehr auf Ungeduld als auf Geduld, vor allem auf die Neigung zur Anpassung an den Zeitgeist. Wir hätten da einige geschichtliche Erfahrungen. Er sei bei Kriegsende 15 Jahre alt gewesen und habe die Nazi-Zeit als Kind erlebt. Seine Eltern seien keine Nazis gewesen. Er komme aus einem sehr religiösen Haus. Er begreife, was Costa Ricas Haltung für Probleme mit sich bringe. Wenn man die Welt von dem Platz aus betrachte, an dem Costa Rica sich befinde, sei die Haltung Costa Ricas ungewöhnlich und verdiene um so mehr Respekt. Er wolle Costa Rica gern unterstützen als Bundeskanzler, aber auch als Parteiführer, der die größte europäische Parteiengruppe führe. Er werde auch in diesem Bereich im Sinne Präsident Monges sprechen. Wenn auch unsere Verhältnisse nicht die gleichen seien, die Grundordnung und die Wertvorstellungen, d.h. das Menschliche, sie seien gleich.

Der Bundeskanzler meinte dann, wenn es Monge gelinge, einige bei uns zu überzeugen, wäre das gut – er mache ihm aber nicht viel Hoffnung. Bei uns gebe es einen Prozeß der Verdrängung, obwohl wir ja unseren eigenen Anschauungsunterricht hätten und gar nicht nach Kuba zu schauen brauchten. In einer Hubschrauberstunde stehe man von hier aus an der DDR-Grenze. Von seinem Schreibtisch im Reichstagsgebäude in Berlin aus sehe er etwa so weit, wie jener Baum im Park dort entfernt sei, die Mauer und das Wasser und fünf bis sechs Kreuze, die an die jungen Leute erinnerten, die beim Versuch erschossen worden seien, schwimmend von der anderen Seite zu entkommen. Natürlich müsse man mit der Sowjetunion reden, um die Raketen zu reduzieren. Das sei eine Sache der Vernunft. Das Herz aber sei bei den Erschossenen, die Deutsche gewesen seien. Das würden wir nicht vergessen. Aus dieser Erfahrung heraus habe Costa Rica unsere Sympathie: Die Freiheit auf der Welt sei unteilbar.

Der *Präsident* erwiderte, daß er den Bundeskanzler vollkommen verstanden habe. Er wisse, daß wir ermessen könnten, was Costa Rica empfinde.

Monge setzte dann hinzu, daß er von der moralischen Unterstützung gesprochen habe, die Costa Rica brauche. Mit den Vertretern der Regierung des Bundeskanzlers werde er auch über die Krise Costa Ricas und darüber sprechen, was

sein Land benötige, um sie zu bestehen.[15] Der *Bundeskanzler* entgegnete, daß wir tun würden, was wir könnten, um Costa Rica zu unterstützen.

Referat 331, Bd. 135960

159

Aufzeichnung des Staatssekretärs Meyer-Landrut

014-StS-534/84 geheim **4. Juni 1984**

Herrn Minister[1]

Betr.: Reise nach Saudi-Arabien 28./29.5.1984

1) Ausgangslage

Im Kommuniqué des Kanzlerbesuchs in Saudi-Arabien[2] vom 11. Oktober 1983 ist der Satz enthalten: „Beide Seiten verständigen sich darüber, auch Fragen des Verteidigungsbereichs in die Zusammenarbeit einzubeziehen."[3]

In Gesprächen sowohl mit König Fahd als auch mit Verteidigungsminister Prinz Sultan wurde der saudischen Seite eine Liste von Rüstungsgütern präsentiert, die nach deutscher Auffassung für eine Ausfuhr nach Saudi-Arabien in Frage kämen. Der Kampfpanzer Leo II wurde ausdrücklich ausgenommen.

2) Als nächster Schritt in dieser Entwicklung wurde im Dezember 1983 eine Delegation saudischer Offiziere in Deutschland empfangen[4] und mit hier produzierten Rüstungsgütern bekanntgemacht. In der anschließend von den Saudis übergebenen Wunschliste rangierten wieder der Leo II sowie eine große Anzahl von Systemen, für die die Saudis Interesse hätten.

15 Präsident Monge traf am 5. Juni 1984 auf Schloß Gymnich mit Bundesminister Genscher zu einem Gespräch zusammen. Themen waren die Neutralitätspolitik Costa Ricas, die Politik der Bundesrepublik bzw. der Europäischen Gemeinschaften gegenüber den zentralamerikanischen Staaten sowie ein Investitions-Förderungsvertrag. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 135960.
Ebenfalls am 5. Juni 1984 traf Monge auf Schloß Gymnich mit Bundesminister Warnke zu einem Gespräch zusammen. Themen waren die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und die Lage in Mittelamerika. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 135960.

1 Hat Bundesminister Genscher am 6. Juni 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte. „W[ieder]v[orlage] mit Gesprächsaufzeichnung."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „zur Vorlage b[ei] StS" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 6. Juni 1984 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

3 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués vgl. BULLETIN 1983, S. 966 f.

4 Zum Aufenthalt einer saudi-arabischen Delegation vom 4. bis 20. Dezember 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 5, Anm. 4.

3) Am 14.5. erfolgte dann ein Gespräch beim Bundeskanzler unter Teilnahme des Herrn Ministers und von StS v. Würzen als Vertreter des BMWi, als dessen Ergebnis folgende Punkte festgehalten wurden:

a) Bei Lieferungen an Saudi-Arabien soll in die Endverbleibsklausel aufgenommen werden: „Nur für saudische Streitkräfte und nur auf saudischem Territorium."

b) Keine deutschen Soldaten als Ausbilder in Saudi-Arabien.

c) Hinweis auf unsere Erwartung, daß eine Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet auch bedeutende Auswirkungen auf die Zivilwirtschaft haben werde.

d) Hinweis des BM, daß in Israel[5] PM Shamir „Konsultationen vor Entscheidung" angeboten[6] worden seien.[7]

Im übrigen habe der Herr Minister auf Probleme hingewiesen, die sich bei Entwicklung einer Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien auf militärischem Gebiet für unsere Beziehungen mit Iran (nach Kriegsschluß), Libyen und den Golfstaaten ergeben würden, falls denen eine solche Zusammenarbeit verweigert werde.

4) Ausgangslage für den Besuch

Da die Zusammenarbeit nicht auf ein bestimmtes System beschränkt werden soll, habe ich ein politisches Grundsatzübereinkommen aus Elementen entwikkelt, um unseren Interessen gerecht zu werden. Diese Elemente habe ich Ihnen auf dem Rückflug aus Moskau am 22.5. d.J.[8] vorgelegt. Sie haben insbesondere bei der Endverbleibsklausel Korrekturen angebracht, die in den beigefügten Text aufgenommen wurden (Anlage).

Insbesondere zwei Elemente standen im Vordergrund:

a) eine möglichst weitgehende und der Absprache mit dem Herrn Bundeskanzler entsprechende Endverbleibsklausel zu entwickeln,

b) eine Aussage im Hinblick auf das Existenzrecht Israels zu erhalten.

5) Besuchsablauf

Weisungsgemäß habe ich zusammen mit StS Rühl (BMVg), StS v. Würzen (BMWi) sowie MD Teltschik (Bundeskanzleramt) am 28. und 29. Mai zunächst in Taif und dann in Djidda mit Verteidigungsminister Prinz Sultan und Außenminister Prinz Saud Gespräche geführt. Die saudische Seite erklärte, daß sie seit dem Besuch von König Khalid in Deutschland[9] eine Rüstungszusammenarbeit vorgeschlagen habe und hierfür positive Signale von Bundeskanzler Schmidt erhalten habe. Es gäbe einen Brief von Bundeskanzler Schmidt an Prinz Sultan, in dem die Rüstungszusammenarbeit begrüßt worden sei, dann allerdings sei diese Frage von deutscher Seite dilatorisch behandelt worden und schließlich durch den Regierungswechsel eingeschlafen. Nach dem Besuch von Bun-

5 An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „mit".

6 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „vereinbart".

7 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel auf. Vgl. dazu Dok. 18–20.

8 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 148 und Dok. 153.

9 König Khalid hielt sich vom 16. bis 19. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 176.

deskanzler Kohl habe es erneut Irritationen im Zusammenhang mit dem Israel-Besuch des Kanzlers gegeben, die jedoch von deutscher Seite ausgeräumt worden seien.[10] Saudi-Arabien sei an einer Rüstungszusammenarbeit interessiert. Die saudische Delegation habe eine Liste[11] von Systemen zusammengestellt, die der deutschen Seite bekannt seien. Die saudische Seite erwarte nun die Zustimmung zur Lieferung der auf dieser Liste aufgeführten Güter.

Ich habe der saudischen Seite eine englischsprachige Fassung des als Anlage beigefügten Papiers übergeben und mitgeteilt, daß wir eine Rüstungszusammenarbeit nur dann ins Auge fassen könnten, wenn dieser politische Rahmen von den Saudis angenommen werde. Darüber hinaus müsse noch einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine Lieferung des Leo II nicht in Frage komme und daß sich eine Rüstungskooperation nur allmählich entwickeln könne und deshalb von saudischer Seite eine Prioritätenliste entsprechend den Möglichkeiten erstellt werden müsse, die wir für eine Rüstungskooperation sähen. Eine deutsche Liste in Frage kommender Systeme sei den Saudis beim Kanzlerbesuch übergeben worden.

Der saudischen Seite wurde nachdrücklich erklärt, daß wir erwarteten, daß eine Rüstungskooperation sich auch in erhöhten Aufträgen im zivilen Sektor auswirken werde.

Nach mehrstündigen Diskussionen waren die Saudis bereit, folgenden Ablauf zu akzeptieren:

a) Politische Vereinbarungen als Grundlage der Zusammenarbeit.

b) Eine saudische Delegation kommt nach Bonn und bespricht mit dem BMVg eine Prioritätenliste.

c) Die Bundesregierung prüft diese Liste und gibt hierzu eine Stellungnahme ab (BSR).

d) Die saudische Seite wendet sich an die deutschen Firmen, um entsprechende Lieferungen zu vereinbaren, bei denen mit einer Genehmigung der Bundesregierung gerechnet werden kann.

AM Prinz Saud erhob zu den von mir übergebenen Elementen für eine politische Rahmenvereinbarung das Bedenken, daß der Absatz 4 betreffend eine Aussage über die Lage in Nahost und im Golf in einer solchen Vereinbarung nicht figurieren könne, da sie eine einseitige Festlegung der saudischen Seite enthalte.

Er habe zum Inhalt der Aussage keine Bedenken und sei gern bereit, dieses auch öffentlich zu erklären, beispielsweise auch vor unserem Bundestag[12]; aber in einem Abkommen der vorgesehenen Art werde die saudische Seite von uns politisch in einer für sie unerträglichen Weise festgelegt. Die Sachaussagen seien im übrigen in den Absätzen 2 und 5 ausreichend geklärt. In keinem der Abkommen, die Saudi-Arabien im Zusammenhang mit Rüstungslieferungen mit anderen Ländern geschlossen habe, seien derartige politische Aussagen enthalten. Es stelle sich die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland in

10 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 17. Februar 1984 an König Fahd; Dok. 48.

11 Die Wörter „eine Liste“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Mir nicht! Beifügen!“

12 Die Wörter „beispielsweise auch vor unserem Bundestag“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Will er da sprechen?“

irgendwelchen Abkommen entsprechender Art derartige politische Aussagen verlangt habe, beispielsweise, daß Indien eine bestimmte Politik gegenüber Pakistan zu verfolgen habe o. ä.

Ich habe darauf erwidert, daß es sich hier, anders als bei Indien oder anderen vergleichbaren Fällen der Kooperation, um ein langfristiges und umfangreiches Programm handle, für das wir eine derartige Aussage bräuchten. Auf die Anregung, die Aussage des Absatzes 4 in einen Begleitbrief zu nehmen, den wir allerdings als Teil der Vereinbarung betrachten würden, erklärte Prinz Saud, daß er über diese Möglichkeit nachdenken werde.

6) Als Ergebnis halte ich fest:

a) Die Saudis sind nach wie vor an einer breit angelegten Rüstungskooperation interessiert.

b) Die Saudis sind bereit, einer Endverbleibsklausel zuzustimmen, die erheblich weiter geht als alle entsprechenden Texte dieser Art, die wir mit Nicht-NATO-Staaten vereinbart haben.

c) Zur wichtigen Frage einer Aussage über das Existenzrecht Israels steht die Antwort der Saudis (Briefwechsel) noch aus.

d) Zum weiteren Ablauf hinsichtlich der Prioritätenliste und ihrer Behandlung durch die Bundesregierung haben die Saudis keine Einwendungen gegen unsere Vorstellungen erhoben.

7) Für Ihr Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler besteht folgender Entscheidungsbedarf:

a) Ist ein politisches Rahmenabkommen mit begleitendem Briefwechsel, wie oben beschrieben, für uns ausreichend und auch im Hinblick auf das vorgesehene Gespräch mit Israel tragbar?

b) Kann, sollte dieses positiv entschieden werden, der oben unter Ziffer 5 geschilderte Ablauf vorgesehen werden?

c) Wann und mit welcher Vorgabe soll das Gespräch mit Israel geführt werden, ggfs. durch wen?

d) Welche Form soll das mit den Saudis abzuschließende Rahmenabkommen haben: Notenwechsel oder Ressortabkommen?

Die Ziffern b) und d) stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Saudis, den Briefwechsel in der für uns notwendigen Form durchzuführen.[13]

Meyer-Landrut

[13] Staatssekretär Meyer-Landrut nahm am 13. Juni 1984 zu den von Bundesminister Genscher aufgeworfenen Fragen Stellung: „Zu Ihren Fragen betreffend die Listen von Systemen, die für eine Kooperation in Frage kommen, verweise ich erstens auf die dem Ministerbüro vorliegende Liste, die der Bundeskanzler bei seinem Besuch im Oktober 1983 den Saudis übergeben hat, und zweitens auf die als ‚Arbeitspapier' diesem Vorgang beiliegende saudi-arabische Liste, die nach dem Besuch der saudi-arabischen Offiziersdelegation in Deutschland dem Bundeskanzleramt zugeleitet worden war. Diese Liste ist während des Gesprächs mit Prinz Sultan von den Saudis noch einmal verlesen worden […]. Ich habe daraufhin nachdrücklich erklärt, daß es mir unmöglich erschiene, eine so breit angelegte Kooperation von einem Tag zum anderen zu beginnen, und daß deshalb die Saudis eine Prioritätenliste entwickeln sollten. Diese meinte Prinz Sultan, als er von der ‚verkleinerten' Prioritätenliste sprach". Vgl. VS-Bd. 14124 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

[Anlage]

Politisches Rahmenabkommen über Rüstungs- und Verteidigungszusammenarbeit zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Saudi-Arabien

Ausgehend von dem ausgezeichneten Stand ihrer bilateralen Beziehungen, bekräftigen beide Seiten ihre Absicht, die Zusammenarbeit auf allen Gebieten weiter auszubauen.

Auf der Grundlage des gemeinsamen Kommuniqués vom 11. Oktober 1983 sind sie entschlossen, auch Fragen des Verteidigungsbereichs in diese Zusammenarbeit einzubeziehen.

Die Politik beider Staaten beruht auf der Satzung der Vereinten Nationen[14] und der Überzeugung, daß bewaffnete Auseinandersetzungen kein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten sind; Frieden kann aber nur dann gesichert werden, wenn jeder Staat in der Lage ist, Angriffe auf das eigene Staatsgebiet abzuwehren.

Das Streben nach einer gerechten Lösung des Nahostkonflikts mit friedlichen Mitteln ist Ziel beider Regierungen. Dabei muß das Recht aller Staaten der Region auf gesicherte Existenz genauso Beachtung finden wie das Recht auf Selbstbestimmung. Beide Regierungen sind sich einig im Wunsch nach Frieden am Golf und Stabilität in der Region.

Das Material ist bestimmt für die Verteidigung des saudi-arabischen Königreichs. Es wird beschafft für den ausschließlichen Gebrauch der saudi-arabischen Streitkräfte. Eine Ausfuhr oder eine Weitergabe in ein anderes Land oder ein Gebrauch durch die saudi-arabischen Streitkräfte außerhalb der Grenzen von Saudi-Arabien ist ausgeschlossen. Die Ausbildung an dem gelieferten Material durch die Bundeswehr ist ausgeschlossen.

Gleichzeitig mit diesem Notenwechsel ist, ebenfalls durch Notenwechsel, ein Geheimschutzabkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Saudi-Arabien abzuschließen.

VS-Bd. 14124 (010)

14 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

160

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312-74 VS-NfD **4. Juni 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 56 Ortex

Zur NATO-Frühjahrskonferenz am 29.–31.5.1984 in Washington[2]

1) Die aus Anlaß des 35. Jahrestages der Gründung in Washington durchgeführte Frühjahrstagung der NATO gestaltete sich zu einem bedeutenden Erfolg für die politische Geschlossenheit der Allianz. Nach der erfolgreichen Raketenstationierung im Herbst 1983 hat das Bündnis erneut in eindrucksvoller Weise seinen Friedenswillen und seine Bereitschaft bewiesen, in seinem Bemühen um eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion nicht nachzulassen. Aus intensiven und vor der Konferenz streckenweise kontroversen Beratungen über die Fortführung der Politik des Harmel-Berichts[3] ergaben sich zwei zukunftsweisende Ergebnisse:

– die Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen[4];
– die Entscheidung des Ministerrats, die Fortentwicklung der Strategie des Westens gegenüber dem Osten zum Gegenstand eines jährlichen Berichts des NATO-Rats an die Minister zu machen.

2) Die NATO-Außenminister haben die Washingtoner Erklärung zu den West-Ost-Beziehungen verabschiedet. Sie wird im Bulletin veröffentlicht.[5] Zur Erläuterung der Erklärungen ergeht ein gesondertes Ortex.

3) Das West-Ost-Verhältnis stand im Zentrum der Frühjahrskonferenz. Aus der Tindemans-Initiative von der Herbstkonferenz 1983[6] ist eine (interne) Ost-West-Studie der NATO hervorgegangen, die die Minister zur Kenntnis nahmen.[7] Die Minister haben beschlossen, diese Studie in einen kontinuierlichen Prozeß überzuleiten. Deshalb werden die Studie sowie ihre Schlußfolgerungen einer fortwährenden Beobachtung unterzogen. Auf deutschen Vorschlag werden die NATO-Botschafter alljährlich, erstmals im Dezember 1984, über die Fortentwicklung der westlichen Strategie für den Fortgang der West-Ost-Verhandlungen berichten.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat Daum am 14. Juni 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. ferner Dok. 157 und Dok. 161.

3 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

4 Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

5 Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1984, S. 573–575.

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. AAPD 1983, II, Dok. 376.

7 Zum „West-Ost-Bericht“ der NATO vgl. Dok. 138.

4) Das West-Ost-Thema war auch eindeutiger Schwerpunkt der vertraulichen Beratungen der Außenminister im engsten Kreise. Die Einschätzung der sowjetischen Politik gegenüber dem Westen war von großer Nüchternheit geprägt. Diese läßt nicht auf baldigen Wandel in der sowjetischen Außenpolitik hoffen, deren Schwerpunkt Europa und dort vor allem der Versuch bleibt, über die westliche Öffentlichkeit die Regierungen zur Revision ihrer INF-Entscheidung[8] zu bewegen. Der Rückschlag der sowjetischen INF-Einschüchterungspolitik reiht sich ein in Probleme mit den eigenen Verbündeten in Osteuropa, die mehr Selbständigkeit anstreben, in Rückschläge in der Dritten Welt (Mosambik, eventuell Angola) oder zumindest nicht überwindbare Schwierigkeiten (Afghanistan-Krieg) und ein ungeklärtes Verhältnis zu China.

Hieraus muß der Westen die Konsequenzen ziehen:

– Er muß der eigenen Öffentlichkeit die Ziele der westlichen Sicherheitspolitik intensiver erläutern.
– Er muß auf mehr Kontakte zu Osteuropa dringen, um die eigenen Positionen offensiv darzustellen.
– Er muß das Streben der Osteuropäer fördern, über die Gewaltverzichtsdiskussion in der KVAE zu einer Auflösung der Breschnew-Doktrin[9] zu kommen.
– Er muß vorsichtig die Polenpolitik überdenken, um einerseits die Widerstandsbewegung nicht zu enttäuschen, aber andererseits auch keine Einwirkungsmöglichkeit zu verlieren; das kirchliche Agrarprojekt[10] bietet gute Einstiegsmöglichkeiten wie auch die vorsichtige Wiederaufnahme hoher Besuchskontakte.

5) Die USA erläuterten, daß es mannigfache Kontakte zur SU bilateral und im multilateralen Bereich gebe, denen wenig Publizität gegeben werde. Insbesondere sei es um eine Verbesserung des Heißen Drahts[11], aber auch die Implikation des Golfkrieges gegangen. In den Gesprächen sei auch ein gewisses sowjetisches Verständnis für den US-Ansatz bei START erkennbar geworden, d. h. für das amerikanische Interesse an der Reduzierung von Raketen und Sprengköpfen und der Verrechnung nicht vergleichbarer Waffensysteme (trade-offs). Die Verbündeten zeigten große Genugtuung über die Information.

Die USA forderten, ausdrücklich unterstützt von Norwegen, deutlich größere Leistungen für konventionelle Bewaffnung, um die Nuklearschwelle zu heben. Das Thema wurde nicht vertieft.

6) Die Niederlande informierten über das INF-Stationierungsproblem und betonten, sie seien von dem Wunsch geleitet, durch ihre Entscheidung der NATO keinen Schaden zuzufügen.[12] Dänemark erläuterte die Folketing-Entscheidung,

8 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

9 Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 3, Anm. 22.

10 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 152, Anm. 13.

11 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verbesserung und Erweiterung des „Heißen Drahts“ vgl. Dok. 107, Anm. 7.

12 Zum Beschluß der niederländischen Regierung vom 1. Juni 1984 über die INF-Stationierung vgl. Dok. 142, Anm. 37.

durch die die Regierung sich nicht in Gegensatz zur NATO bringen lassen wolle.[13] Griechenland blieb bei seiner distanzierten Haltung, was sich einmal mehr in Fußnoten (auch von Spanien) ausdrückte[14], aber auch in der Forderung, der Westen müsse sowjetischem Mißtrauen und dortiger Furcht stärker Rechnung tragen.

7) Die große Kohärenz des Bündnisses bewies sich schließlich auch an der positiven Aufnahme folgender Forderungen:

– Prüfung der bisherigen Handhabung und Implementierung des Art. 2 des NATO-Vertrags[15] (italienischer Vorschlag);
– Prüfung, wie in der eigenen Öffentlichkeit mehr Verständnis für die NATO entwickelt werden kann (USA, GB);
– Prüfung, ob MBFR-Delegationen auf Ministerebene zusammentreten können (DK, Kanada).

8) Thema von besonderer Aktualität war der Golfkonflikt. Die Diskussion brachte kein konkretes Ergebnis. Die USA hielten westliche Koordination der Golfpolitik für unerläßlich. Hierzu bedürfe es weitergehender, gesonderter Konsultationen. Sie erwähnten, daß die Kontakte zur SU nichts erbracht hätten. Als bedenklich wurde die wieder wachsende Abhängigkeit des Irak von der SU (Waffenlieferungen) bezeichnet. Der Einsatz von chemischen Waffen[16] und Angriffe auf neutrale Schiffe[17] wurden allseits als unannehmbar angesehen. Konkrete Vorschläge wurden nicht unterbreitet. Alle Vermittlungsbemühungen zwischen Iran und Irak sind bisher fehlgeschlagen.

9) Der harmonische Verlauf der Frühjahrstagung und der breite Konsens in allen behandelten Fragen läßt erwarten, daß die NATO, aufgrund neu empfangener Impulse als politisches Konsultationsorgan neu belebt, auch in anderen Bereichen, wo es voneinander abweichende Positionen gibt, zu größerer Einigkeit zurückfindet. Jedenfalls gilt es, die neuen Initiativen für die Kräftigung des Bündnisses zu nutzen.

Vgl. auch Infofunk-Meldung Nr. 1008 d/o vom 1.6.1984.

[gez.] Steinkühler

Referat 421, Bd. 141411

13 Zu den Beschlüssen des dänischen Parlaments vom 3. und 10. Mai 1984 vgl. Dok. 142, Anm. 21 und 22.

14 Vgl. dazu das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 115–120. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 370–374.

15 Für den Wortlaut von Artikel 2 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

16 Zum Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vgl. Dok. 65, Anm. 4, Dok. 86 und Dok. 90, Anm. 33.

17 Zu den irakischen Angriffen auf Schiffe im Persischen Golf vgl. Dok. 152, Anm. 16.

161

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **4. Juni 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 57 Ortex

Zur NATO-Frühjahrskonferenz vom 29.–31.5.1984[2] in Washington, West-Ost-Beziehungen

Auf der Washingtoner Frühjahrstagung der Außenminister des Bündnisses wurde der Behandlung des West-Ost-Verhältnisses besondere Bedeutung eingeräumt. In dem politischen Meinungsaustausch der Minister bestand Übereinstimmung über die schwierige, durch die Verweigerungshaltung der SU gegenüber den USA, insbesondere bezüglich der zentralen rüstungskontrollpolitischen Fragen, bedingte Lage. Die Minister nahmen einen auf Initiative des belgischen AM Tindemans vom Ständigen Rat ausgearbeiteten Bericht zur Kenntnis, der eine gründliche Untersuchung des West-Ost-Verhältnisses mit der Perspektive der Herbeiführung eines konstruktiveren West-Ost-Dialogs enthält. Sie verabschiedeten auf dieser Grundlage am 31.5.1984 die „Washingtoner Erklärung über die West-Ost-Beziehungen".[3] In diesem Dokument wird die langfristige Bündniskonzeption des Harmel-Berichts[4] bestätigt und, anknüpfend an die Brüsseler Erklärung vom 9.12.1983[5], das westliche Dialog- und Kooperationsangebot an den Osten unterstrichen.

Dies bedeutet volle Kontinuität der Bündnispolitik gegenüber dem Osten (über Fortgeltung von Harmel gab es immer wieder Unklarheiten, die jetzt beseitigt sind). Andererseits behält der Westen die Initiative, die wir uns nach Beginn der INF-Stationierung durch das Dialogangebot an den Osten (Brüsseler Erklärung, Rede von Präsident Reagan am 16.1.1984[6]) gesichert haben. Für das Si-

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat Daum am 14. Juni 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „28.–31.5.1984".
Zur NATO-Ministerratstagung vgl. ferner Dok. 157 und Dok. 160.

3 Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

4 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

5 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

6 Korrigiert aus: „16.6.1984".
Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vom 16. Januar 1984 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

gnal an den Osten ist wichtig, daß die auf Kontinuität beruhende Bündnislinie von den USA (auch während des Wahlkampfes[7]) voll mitgetragen wird.

Für die Zukunft wurde auf Initiative von BM der Ständige Rat beauftragt, jährlich einen Bericht über den Fortgang der West-Ost-Verhandlungen einschließlich insbesondere der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu erstellen.

Im einzelnen ist aus den Erklärungen folgendes festzuhalten:

1) In der Erklärung kommt der Konsens aller Mitgliedstaaten des Bündnisses in den Fragen der West-Ost-Politik zum Ausdruck. Diese Einheit ist für uns das wesentliche Element der Erklärung. Der erzielte Konsens ist, wie es dem Wesen des Bündnisses als einer Partnerschaft demokratischer Staaten entspricht, auf der Grundlage sehr intensiver, die ganze Breite der Auffassungen der Mitgliedstaaten reflektierender Beratungen erzielt worden. Die von der Bundesregierung in den West-Ost-Beziehungen verfolgte Linie hat sich in der Erklärung voll niedergeschlagen.

2) Ein wesentlicher Punkt für uns Deutsche ist, daß bei der „Bilanzierung der Entspannungspolitik" das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin[8] und unsere Vertragspolitik im innerdeutschen Bereich als Erfolge der Entspannungspolitik gewürdigt worden sind. Es wird in dem Rückblick auch hervorgehoben, daß die durch die Entspannungspolitik erreichte Möglichkeit zu mehr Kontakten und Kommunikation ganz konkret den einzelnen Menschen in Europa zugute gekommen ist. Die weitere Unterstützung der deutschen Anliegen wird eindeutig klargestellt (Formulierung in Nr. 7 entsprechend Brief zur deutschen Einheit[9]).

3) Bei dem Rückblick auf die vergangenen Jahre ist die sowjetische Überrüstung nicht verschwiegen worden, ebensowenig wie die sowjetische Invasion in Afghanistan[10] und der von der Sowjetunion auf Polen ausgeübte Druck. (Wir hatten niemals Verniedlichung sowjetischen Fehlverhaltens gewünscht und selbst immer klare Sprache dazu geführt, z. B. zu Afghanistan BM in Stockholm 18.1.[11] und Moskau 21.5.1984[12].)

4) Die Kernaussage der Erklärung, die auf einer gründlichen Untersuchung der Periode seit dem Harmel-Bericht 1967 beruht, ist: Der ausgewogene doppelte Ansatz des Harmel-Berichts wird als langfristige Bündniskonzeption bekräftigt, d. h. angemessene militärische Verteidigung und politische Solidarität einerseits, Streben nach einem stabileren West-Ost-Verhältnis durch Dialog und Zusammenarbeit andererseits.

7 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

8 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

9 Zum „Brief zur deutschen Einheit" vgl. Dok. 35, Anm. 31.

10 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

11 Korrigiert aus: „19.1."
Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 14.

12 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 153.

Es bleibt richtig: Sicherheit kann nicht durch Entspannung ersetzt werden, andererseits reicht eine starke Verteidigung nicht aus, um die sowjetische Weltmacht zu einem Verhandlungskurs zu bewegen. Die Erklärung sagt dies so: „Militärische Stärke allein kann keine friedliche Zukunft garantieren."

5) Als wichtiger Ansatz für eine konstruktivere Gestaltung der West-Ost-Beziehungen wird entsprechend unserer Linie (vgl. Namensartikel BM vom 30.3. 1984[13]) der objektive Bestand an gemeinsamen Interessen in West und Ost ungeachtet der fortbestehenden grundsätzlichen Unterschiede in Nr. 5 herausgestellt.

6) Es entspricht voll unserer Einschätzung der zentralen Bedeutung des KSZE-Prozesses, wenn die Verbündeten sich für die Fortsetzung und Verstärkung einsetzen und seine Bedeutung für die Förderung stabiler und konstruktiver West-Ost-Beziehungen auf langfristiger Grundlage unterstreichen. Implementierung der Schlußakte von Helsinki[14] in allen Teilen bedeutet Einbeziehung auch insbesondere von Korb II, an dem die osteuropäischen Staaten besonderes Interesse haben. (Wir machen die konsequente Durchführung der Schlußakte, die in überwiegendem westlichen Interesse liegt, nicht vom sowjetischen Wohlverhalten abhängig. Diese deutsche Linie hat sich schon in Madrid[15] durchgesetzt und bewährt, Beginn der Konferenz trotz Afghanistan, Fortsetzung trotz Polens[16], Abschluß Madrid und Gang nach Stockholm auf Ministerebene[17] trotz KAL-Abschusses[18].)

7) Von grundsätzlicher Bedeutung ist die in Nr. 8 der Erklärung enthaltene Feststellung von Prinzipien des Staatenverhaltens, wie sie z. B. in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung aus dem Jahre 1972[19] zwischen den Weltmächten USA und Sowjetunion niedergelegt worden waren: Keine Seite darf einseitige Vorteile anstreben, d. h. beide Seiten müssen Mäßigung und Zurückhaltung üben. Gegenseitige Anerkennung der Sicherheitsinteressen der anderen Seite auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Die Bundesregierung hat wiederholt ihrer Auffassung Ausdruck verliehen, daß eine Ausrichtung des praktischen Verhaltens beider Seiten an solchen Grundsätzen zu einer nachhaltigen Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses führen könnte.

8) Von operativer, in die Zukunft weisender Bedeutung ist es, daß in der Erklärung unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Brüsseler Erklärung vom 9.12. 1983 das Angebot der Bündnispartner an den Osten zu Dialog und Zusammenarbeit auf allen Ebenen und auf allen Sachgebieten ohne Vorbedingungen und

13 Für den Wortlaut des Artikels „Grundsätze für die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen. Wie geht es 1984 mit den West-Ost-Beziehungen weiter?" vgl. BULLETIN 1984, S. 381–384.

14 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

15 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

16 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

17 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm auf Außenministerebene eröffnet.

18 Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 17.

19 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

Einschränkungen erneut bekräftigt wird. (Insgesamt wird damit auch die östliche Propagandathese widerlegt, daß die neuen US-Raketen in Europa nicht nur für Sicherheitszwecke stationiert wurden, sondern als Instrumente einer neuen Politik der Stärke und Konfrontation benutzt werden sollen.)

[gez.] Steinkühler

Referat 421, Bd. 141411

162

Deutsch-südafrikanisches Regierungsgespräch

5. Juni 1984[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten der Republik Südafrika, Pieter Willem Botha, am 5. Juni 1984, 11.00 Uhr bis 13.30 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Teilnehmer: Albert Leslie Manley, Leiter des Büros des Ministerpräsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Gisela Siebourg, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* hieß den südafrikanischen Ministerpräsidenten willkommen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß das Gespräch in freundschaftlicher Offenheit und bei kritischen Fragen ohne diplomatische Umschweife geführt werden könnte. Dies entspreche seiner Einschätzung des Ministerpräsidenten. Dieses Gespräch sei besonders wichtig, weil er nicht daran interessiert sei, daß die beiderseitigen Beziehungen unnötigerweise belastet würden. Dem Ministerpräsidenten sei sicher bekannt, daß es aufgrund seines Besuches öffentliche Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland gebe. Diese Diskussionen sollten jedoch nicht stören; wichtiger sei, daß miteinander gesprochen werde und Zukunftsperspektiven entwickelt werden könnten. Er freue sich, den Ministerpräsidenten persönlich kennenzulernen. Er wisse, daß dieser persönlich einen sehr risikoreichen Weg gehen müsse. Er selbst verstehe etwas davon, was es heiße, schwierige Entscheidungen zu treffen

Ministerpräsident Botha bedankte sich sehr herzlich für die Einladung des Bundeskanzlers, die es ihm ermöglicht habe, in die Bundesrepublik zu kommen. Er käme immer sehr gerne nach Deutschland und erinnere sich an frühere Gele-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 6. Juni 1984 gefertigt.

2 Ministerpräsident Botha hielt sich im Rahmen einer Europa-Reise vom 4. bis 6. Juni 1984 in der Bundesrepublik auf. Vom 29. bis 31. Mai 1984 besuchte er Portugal, vom 31. Mai bis 2. Juni die Schweiz, am 2./3. Juni Großbritannien, am 6./7. Juni Belgien, vom 7. bis 10. Juni Österreich und vom 10. bis 13. Juni 1984 Italien. Am 11. Juni 1984 wurde er von Papst Johannes Paul II. empfangen.

genheiten, die immer positiv verlaufen seien.[3] Er hoffe, daß er auch diesmal mit guten Erinnerungen nach Südafrika zurückkehren könne.

Für die beiderseitigen Beziehungen sei von größter Bedeutung die industrielle Kooperation. Er habe deshalb gestern eine Reihe führender Wirtschaftler und Industrieller getroffen. Diese seien an einer Zusammenarbeit sehr interessiert. Er sei bereit, die Beziehungen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern weiter auszubauen. Südafrika werde dafür alle Voraussetzungen schaffen.

Er wolle ein aktuelles Problem ansprechen. Es würden Gespräche geführt mit dem Ingenieurkontor Lübeck. Diese könnten jedoch nur fortgesetzt werden, wenn der Bundessicherheitsrat dem Projekt zustimmen werde. Von der industriellen Seite sei bereits alles in Ordnung. Er wolle den Bundeskanzler davon überzeugen, wie wichtig dieses Projekt für Südafrika sei, und an ihn appellieren, baldmöglichst eine positive Entscheidung zu treffen. Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er das Projekt prüfen werde.

Ministerpräsident Botha fuhr fort, daß es ausschließlich dem nationalen Interesse der Küstenverteidigung dienen solle. Mit dem Know-how der Bundesrepublik Deutschland könnten die südafrikanischen Werften diese U-Boote selbst bauen.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte noch einmal, daß er das Projekt prüfen und bald von sich hören lassen werde.

Ministerpräsident Botha sprach anschließend über die Lage in Südwest-Afrika. Südafrika habe der Resolution 435 der Vereinten Nationen[4] zugestimmt. Aufgrund intensiver Überlegungen sei die südafrikanische Regierung jedoch in der Zwischenzeit der Auffassung und stimme darin mit den Vereinigten Staaten von Amerika überein, daß die Erfüllung der Sicherheitsratsresolution nur möglich werde, wenn die Kubaner Angola verließen. Alles andere würde für die Bevölkerung in Südwest-Afrika nur ein sehr großes Chaos und Verwirrung bewirken. Er hoffe, daß die USA die Unterstützung der westlichen Verbündeten erhalten und gemeinsam auf Angola einwirken werden, damit die Kubaner das Land verlassen. Südafrika selbst müsse große Belastungen tragen. Ministerpräsident Botha erläuterte die Budgetausgaben Südafrikas für Südwest-Afrika. Die Hälfte des Etats von Südwest-Afrika werde von Südafrika finanziert. Südafrika bringe 658 Millionen Rand als direkte Unterstützung für die Administration von Südwest-Afrika auf. Darin seien die Verteidigungsausgaben noch nicht eingeschlossen. In Südafrika wachse das Gefühl und nehme der Druck zu, daß Südafrika Südwest-Afrika verlassen und die Unabhängigkeit gewähren solle. Er sehe jedoch niemanden, der dann diese Budgetlast für Südwest-Afrika übernehmen wolle. Eine Ausnahme seien die spezifischen Projekte, die die Bundesrepublik Deutschland in Südwest-Afrika finanziere, und dafür wolle er sich auch bedanken.

[3] Botschafter Lahusen, z. Z. Kapstadt, berichtete am 23. Mai 1984: „P[ieter] W[illem] Botha hat Mitte der sechziger Jahre (1967?) in Begleitung seiner Ehefrau die Bundesrepublik besucht. Er traf dabei mit dem damaligen Bundesminister Lücke zusammen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 145; Referat 320, Bd. 138147.
Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem südafrikanischen Verteidigungsminister Botha am 14. April 1967 vgl. AAPD 1967, II, Dok. 213.

[4] Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 49, Anm. 5.

Er wolle klarstellen, daß Südwest-Afrika in schwierigste Verhältnisse zurückfallen würde, wenn sich Südafrika militärisch und finanziell zurückziehen würde. Dies müsse man wissen. Er habe deshalb vorgeschlagen, daß die fünf Kontaktgruppen-Mächte[5] die Verwaltung übernehmen sollten. Er selbst müsse derzeit in Südafrika einen hohen Preis für sein Engagement in Südwest-Afrika bezahlen, weil er Kapital, das er für die Entwicklung Südafrikas benötige, in Südwest-Afrika ausgebe. Dafür würde er keinen Dank in Südafrika ernten.

Es sei nicht korrekt, daß Südafrika eine Million Menschen unterstützen solle und gleichzeitig als Störenfried gelte, der nicht bereit sei, eine friedliche Entwicklung zuzulassen. Dies solle[6] er gegenüber der Weltöffentlichkeit deutlich machen, warf der *Bundeskanzler* ein. Er habe dies im Parlament oft erläutert, fuhr *Ministerpräsident Botha* fort. Auch sein Besuch hier in der Bundesrepublik gelte diesem Zweck.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß Ministerpräsident Botha damit ein für ihn günstiges Argument in der Hand habe. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten ließen den Schluß zu, daß für die Erfüllung des Sicherheitsratsbeschlusses 435 es nur eine einzige Bedingung gebe, und dies sei der parallele Abzug der Kubaner aus Angola. Ihn interessiere, wie der Ministerpräsident die Chance dafür realistisch einschätze. Er wisse, daß er darüber auch mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen gesprochen habe.[7]

Ministerpräsident Botha erläuterte, daß er, bevor er Ministerpräsident geworden sei, als Verteidigungsminister gegen den Sicherheitsratsbeschluß 435 votiert habe, weil es aus seiner Sicht ein nicht sehr wohlbegründeter Vorschlag gewesen sei. Er wolle nur als Erläuterung ein Beispiel anführen: Wenn die Vereinten Nationen eine Friedenstruppe aufstellen wollten, bräuchten sie dafür 7000 Personen. Er halte die Kosten dafür für zu hoch. Eine solche Friedenstruppe für die Dauer von neun Monaten würde 500 Millionen US-Dollar erfordern, aber was käme nach diesen neun Monaten? Würden die Kubaner nicht aus Angola abgezogen, bestünde die Gefahr, daß sie nach Südwest-Afrika gingen und dort dieselben Probleme wie in Angola schaffen würden. Als er jedoch Premierminister geworden sei, habe er erklärt, daß er das Versprechen einlösen werde. Dabei bleibe er. Er werde es jedoch nicht zulassen, daß Südwest-Afrika gegen den Willen seiner Bevölkerung den Gewehren ausgeliefert werde. Der einzige Weg zu fairen Wahlen sei der Abzug aller ausländischen Streitkräfte und entsprechende Anstrengungen, sie an der Rückkehr zu hindern. Er kenne die Geschichte von Südwest-Afrika sehr gut. Es sei die Geschichte von Kriegen und gegenseitiger Zerstörung. Er wolle nicht, daß sich diese Geschichte wiederhole. Es würde auch der Vorstellung Südafrikas von der Stabilität dieser Region widersprechen. Südafrika wolle Frieden mit allen Nachbarn und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Südafrika habe Erziehungs- und Ausbildungsprogramme beschlossen und werde die Gesundheitseinrichtungen verbessern. Südafrika solle eine Festung des Fortschritts werden. Die Anwesenheit von Kubanern in dieser Region leiste jedoch keinen Beitrag dazu.

5 Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und USA.

6 Korrigiert aus: „wolle".

7 VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 22. bis 26. August 1983 in Südafrika, Namibia und Angola auf.

Der *Bundeskanzler* stimmte diesen Ausführungen zu, daß die Anwesenheit von Kubanern ein großes Problem darstelle. Welche realistische Chance gebe es aber für den Abzug der Kubaner? Er forderte den Premierminister auf, die USA in ihren Bemühungen zu unterstützen. Der Bundeskanzler fragte den Premierminister nach seiner Einschätzung der UNITA.

Ministerpräsident Botha erwiderte, daß er über gute Informationen über die UNITA verfüge. Es sei kein Geheimnis, daß er Dr. Savimbi sehr gut kenne. Er sei eine der stärksten politischen Kräfte in ganz Afrika. Er bedaure es deshalb, daß Savimbi nicht mehr Möglichkeiten habe, mit westlichen Politikern zu sprechen. Beispielsweise sei Sir John Lee aus Großbritannien sehr beeindruckt von seinen Gesprächen mit Savimbi gewesen. Er glaube, daß UNITA gewinnen und Angola kontrollieren werde. Der Westen könne dazu beitragen, Dos Santos davon zu überzeugen, daß er sich mit der UNITA und nicht mit den Kubanern einigen müsse. Dos Santos müsse für die Präsenz der Kubaner in Angola vier Milliarden Dollar bezahlen. Das sei der Betrag, den die Sowjetunion als Unterstützung für Kuba bezahle.

Um 11.35 Uhr traten die Außenminister Roelof Frederik Botha und Hans-Dietrich Genscher zu dem Gespräch der Regierungschefs hinzu.

Ministerpräsident Botha setzte das Gespräch fort. Die Regierung Südafrikas kenne Afrika sehr gut. Er zögere deshalb nicht, in diesem Moment davor zu warnen, daß der Friede in Namibia in der richtigen Weise vorbereitet werde und daß die Sicherheitsratsresolution 435 dafür die geeignete Grundlage sei. Er habe erläutert, daß Südafrika die Bürde in Südwest-Afrika loswerden wolle. Wenn die fünf Kontaktgruppen-Mächte erklären würden, sie seien bereit, die Verantwortung für Südwest-Afrika zu übernehmen, werde Südafrika innerhalb von zwei Monaten Südwest-Afrika verlassen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß es für ihn wichtig sei, daß Ministerpräsident Botha dem Generalsekretär der Vereinten Nationen im letzten Jahr das Wort gegeben habe, die Sicherheitsratsresolution 435 einzuhalten. Dies träfe zu, erwiderte *Ministerpräsident Botha*. Wenn die USA die Unterstützung des gesamten Westens erhalten würden, wären sie in einer starken Position, die Kubaner aus Angola herauszudrängen. Es gebe Kräfte in Luanda, die bereit wären, sich mit der UNITA zu einigen.

Außenminister Botha äußerte sich besorgt über den Einfluß der Sowjetunion in Afrika. Der Hauptunterschied in der Situation von Mosambik und Angola sei, daß Machel von Mosambik stark genug gewesen sei, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Dies träfe jedoch für Dos Santos in Angola nicht zu. Es gebe im Politbüro von Angola Kräfte, die bereit seien, mit der UNITA zu sprechen. Das Politbüromitglied Lara würde jedoch sofort immer Moskau unterrichten.

Als die Vielparteien-Konferenz in Lusaka stattgefunden habe, sei alles gut verlaufen. Die Grundsatzerklärung sei mit der SWAPO ausgearbeitet worden.[8] Präsident Kaunda sei sehr glücklich darüber gewesen. Er sei drei Tage lang Gastgeber gewesen und spiele sehr gerne den Friedensstifter. Als er erkannt habe,

8 Zur „Vielparteien-Konferenz" vom 11. bis 13. Mai 1984 in Lusaka vgl. Dok. 130, Anm. 2.
Für die Erklärung vom 13. Mai 1984 über die Unabhängigkeit Namibias vgl. Referat 320, Bd. 138102.

daß ein positives Ergebnis möglich werden könne, habe Nujoma die Position entscheidend verändert. Vor zehn Tagen habe ihm Präsident Kaunda selbst berichtet, daß er Nujoma seit 15 Jahren kenne und von dessen Haltung überrascht gewesen sei. Bevor Nujoma seine Haltung so plötzlich verändert habe, hätte er den Besuch eines Diplomaten gehabt. Es gebe keinen Zweifel, daß es sich dabei um eine Macht gehandelt habe, die stärker als Luanda sei. Südafrika sei jedoch dankbar, daß Luanda im Rahmen dieser Konferenz eine positive Rolle gespielt habe. Kaunda habe ihm berichtet, daß die Vertreter von Luanda gegenüber der SWAPO sehr hilfreich gewesen seien. Assistant Secretary Crocker vom State Department habe ihm einen Bericht über die Konferenz zukommen lassen. Er habe sich sehr zufrieden über die südafrikanischen Vorschläge an Rodrigues geäußert, eine friedenserhaltende Kommission einzurichten und unsere Gesprächsbereitschaft mit Luanda über die weitere Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Er habe Luanda mitgeteilt, daß die Zeit jedoch abliefe. Die Angolaner hätten jedoch gesagt, daß sie nur bereit seien, die Kubaner abzuziehen, wenn die MPLA nicht von der UNITA bedroht werde. Er habe jedoch Zweifel an dieser Bereitschaft Angolas, fügte Außenminister Botha hinzu. Rodrigues habe gesagt, daß es zwei Bedrohungsquellen gebe: Südafrika und die UNITA.

Außenminister Botha fuhr fort, wenn Südafrika sich zurückziehe, würden die Kubaner wegen der UNITA dennoch in Angola bleiben, solange keine Verständigung mit ihr erfolgt sei. Eine Chance für einen kubanischen Abzug würde es nur geben können, wenn die USA stärkere Unterstützung erfahren würden. Er wisse, daß Premierministerin Thatcher dafür sei. Sie lehne es aber ab, eine direkte Verbindung herzustellen zwischen dem Abzug der Kubaner und einer Regelung von Namibia. Was auch immer für Gründe vorhanden seien, wichtig sei die Forderung nach Abzug der Kubaner. Diese Forderung unterstütze vor allem die gemäßigten Kräfte im Politbüro in Angola. Die UNITA selbst könne nicht zerstört werden. Er habe keinen Zweifel daran. Als Ministerpräsident Botha mit Präsident Eanes von Portugal gesprochen habe, habe dieser zu ihm gesagt, daß er noch im Dezember über die UNITA als Verbrecher gesprochen habe. Heute wisse er, daß die UNITA nicht mehr zerstörbar sei. Präsident Machel wie Kaunda würden eine solche Politik unterstützen. Dies gelte auch für Togo und die Elfenbeinküste. Alle gemäßigten Staaten würden die Forderung nach einem Abzug der Kubaner unterstützen. Sie seien jedoch zu schwach, wenn sie nicht die Unterstützung der Europäer erhielten.

Außenminister *Genscher* berichtete, daß es vor drei Jahren ein erstes Gespräch auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Kanada gegeben habe.[9] Dort habe Außenminister Haig gemeinsam mit Crocker die neuen Vorschläge erläutert. Sie liefen darauf hinaus, die Sicherheitsratsresolution 435 nicht zu verändern, jedoch alles zu tun, um den Abzug der Kubaner zu erreichen. Zwei Voraussetzungen müßten jedoch erfüllt werden: Erstens müßte ein nationaler Versöhnungsprozeß in Angola eingeleitet werden, weil die Kubaner die MPLA gegen die UNITA unterstützen würden. Zweitens müßten die Vereinigten Staaten von Amerika der Sowjetunion klarmachen, daß diese sich nicht einem Abzug der Kubaner entgegenstellen dürfte. Darüber habe es bereits viele Gespräche gegeben. Es habe eine

9 Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels fanden vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa Gespräche über Namibia statt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 216.

Phase gegeben, in der die Sowjetunion versucht habe, diese Frage zu verknüpfen mit Bedingungen an die amerikanische Position gegenüber den Entwicklungen in Polen nach dem Motto: Die Sowjetunion gewähre freie Hand in Angola und die USA freie Hand in Polen. Diese Verknüpfung sei für die Vereinigten Staaten von Amerika nicht akzeptabel gewesen.

Außenminister Genscher betonte, daß es vor allem wichtig sei, daß die Regierung in Lissabon in Paris tätig werde, weil die Zurückhaltung Frankreichs in der Kontaktgruppe in Angola falsche Erwartungen wecke.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte, daß Außenminister Genscher die Position der Bundesregierung korrekt dargestellt habe. Er wies darauf hin, daß seine Beziehungen zu Präsident Mitterrand ausgezeichnet seien und er deshalb bereit sei, mit diesem persönlich über diese Fragen zu sprechen. Außenminister *Genscher* bat den Bundeskanzler, dies bereits bei seinem nächsten Gespräch mit Präsident Mitterrand zu tun[10], damit dieser diese Frage auch in Moskau[11] offensiv ansprechen werde und keine falschen Erwartungen dort wecke. Mitterrands Erklärungen wären sicherlich von großer Bedeutung für die Sowjetunion.

Ministerpräsident Botha erklärte, daß er keinen Zweifel habe, daß die fünf Mitglieder der Kontaktgruppe dafür seien, daß die Sicherheitsratsresolution 435 weiterhin ihre Gültigkeit behielte und tatsächlich ausgeführt werde. Er selbst habe seine Position nicht verändert. Es werde bei der Durchführung dieser Resolution 435 keine Probleme geben, wenn die Vereinten Nationen damit aufhören würden, die SWAPO jährlich mit 18 Millionen US-Dollar zu unterstützen, wie sie dies auch gegenüber anderen Gruppen täten.

Außenminister *Genscher* richtete eine Frage an Präsident Botha: Südafrika habe inhaftierte SWAPO-Führer freigelassen.[12] Habe diese Entscheidung dazu geführt, daß sich innerhalb der SWAPO Veränderungen abzeichnen würden?

Ministerpräsident Botha antwortete, daß es noch zu früh sei, eine Einschätzung darüber abzugeben, was geschehen werde. Er glaube nicht, daß Toivo Ja Toivo Einfluß habe. *Außenminister Botha* fügte hinzu, daß Toivo in Lusaka gewesen sei. Dort sei deutlich geworden, daß er über keinen Einfluß verfüge. Er habe keine Rolle gespielt und kein einziges Wort geäußert. Er sei kopflos und verwirrt herumgelaufen. Niemand habe nach seinem Rat gefragt. Er werde jetzt ins Ausland gesandt, um dort Einfluß auszuüben.

10 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand führten am 19. Juni 1984 ein Telefongespräch. Themen waren der Termin für die Abschaffung der Grenzkontrollen, der künftige Präsident der EG-Kommission sowie Fragen der EG-Haushalts- und Agrarpolitik. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 28-30 100 (56), Bd. 67; B 150, Aktenkopien 1984.

11 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 in der UdSSR auf.

12 Botschafter Lahusen, z. Z. Kapstadt, berichtete am 1. März 1984, der Mitbegründer der SWAPO, Toivo Ja Toivo, „seit 1968 auf Robben Island bei Kapstadt gefangengehalten, und vier seiner Mithäftlinge […] wurden am 29.2.1984 in Gefängnis nach Namibia verlegt". Dies werde in der Presse „als erster Schritt auf dem Wege zu Gnadenerlaß für Toivo Ja Toivo angesehen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 34; Referat 320, Bd. 138098.
Am 5. März 1984 informierte Lahusen, Toivo Ja Toivo habe am 2. März 1984 nach seiner Freilassung eine Presseerklärung in Windhuk-Katatura abgegeben: „Toivo gilt als relativ moderater, nicht-marxistischer, nationalistischer Führer der SWAPO, mit einem Führungscharisma, dessen fortdauernde Kraft der enthusiastische Empfang in Windhuk-Katatura unter Beweis gestellt hat." Sein „Eigengewicht" werde sich aber „erst langsam entwickeln" können. Vgl. den Drahtbericht Nr. 36; Referat 320, Bd. 138098.

Ministerpräsident Botha wies darauf hin, daß die fünf Mitglieder der Kontaktgruppe die Durchführung des Sicherheitsratsbeschlusses 435 wünschten. Solange dessen Durchführung ausgesetzt sei, sei Südafrika gezwungen, das Niveau der Zivilisation in Südwest-Afrika zu erhalten. In Südafrika wachse das Gefühl, daß die dafür erforderlichen Mittel nicht länger zur Verfügung gestellt werden sollten. Deshalb werde eine Entscheidung immer dringlicher: Entweder ziehe sich Südafrika zurück mit dem Risiko des Zusammenbruchs in Südwest-Afrika, oder die fünf Mitglieder der Kontaktgruppe übernähmen die Verantwortung. Es gebe jedoch noch eine zweite Denkschule, die nicht nur auf eine Partei begrenzt sei. Diese Denkschule vertrete die Auffassung, daß Südafrika als regionale Macht den Entwicklungen nicht länger zusehen dürfe, wie sie jetzt verliefen. Deshalb hätte seine Regierung jetzt Schritte unternommen, um einen Waffenstillstand mit der MPLA zu erreichen. Wenn diese jedoch nicht in der Lage sei, die SWAPO zu kontrollieren, noch verhindern könne, daß sie wieder die Grenze überschreite, dann müßte Südafrika wieder zurückkehren.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es eine Summe von Gründen gebe, warum die Bundesregierung entschlossen sei, die amerikanische Politik zu unterstützen. Ein Erfolg der amerikanischen Politik im südlichen Afrika wäre aus vielerlei Gründen von großer Bedeutung. Er könnte am Ende auch ein Erfolg des südafrikanischen Ministerpräsidenten sein.

In Deutschland gebe es zwei Redensarten: Die erste laute: Viel Feind, viel Ehr'. Mit diesem Wahlspruch sei Deutschland am Ende immer kleiner geworden. Die andere Redensart laute: Viele Hunde sind des Hasen Tod. Der Ministerpräsident müsse wissen, daß die Wahrheit bekanntlich in der Mitte läge. Der Bundeskanzler wiederholte noch einmal seine Bereitschaft, mit Präsident Mitterrand zu sprechen. In Frankreich seien solche Fragen wahrscheinlich mehr ein Problem der Innenpolitik. Dennoch bleibe es entscheidend, alles zu unternehmen, damit die Kubaner Angola verlassen würden. Außenminister *Genscher* fügte hinzu, daß diese Forderung unabhängig vom Namibia-Problem zu sehen sei.

Außenminister Botha erklärte, selbst wenn die Parteien in Namibia sagen würden, daß die Kubaner in Angola bleiben sollten, würde Südafrika dennoch für den Abzug eintreten.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte noch einmal die völlige Übereinstimmung der beiderseitigen Positionen in der Frage eines Abzugs der Kubaner aus Angola. Es gebe jedoch noch ein anderes wichtiges Problem, das auch in der innenpolitischen Diskussion der Bundesrepublik eine große Rolle spiele. Es handele sich dabei um einen Bereich, bei dem auch in der Bundesrepublik viel Desorientierung erfolge. Es ginge um die innere Entwicklung in Südafrika selbst. Er wolle dabei klarstellen, daß ihn weniger die Protestdemonstrationen stören würden. In Europa herrsche ständig irgendwo Wahlkampf, der immer wieder mit Demonstrationen verbunden sei. Aber er habe vor dem Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten einen Stapel von Briefen, auch von sehr seriösen Leuten, erhalten von vernünftigen Vertretern der Kirchen, bei denen es sicherlich auch andere gebe. Er wisse auch, daß der Ministerpräsident bereits eine Reihe von wichtigen Schritten eingeleitet habe. Für ihn als Bundeskanzler sei es deshalb sehr wichtig, von ihm eine Einschätzung über die innere Entwicklung seines Landes zu erfahren.

Ministerpräsident Botha erwiderte, daß er die Frage des Bundeskanzlers nicht als innere Einmischung verstehen wolle, sondern als Frage von Freunden an Freunde.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß die Bundesregierung ihre Gäste selbst einlade, sonst wäre der Premierminister auch nicht hier. Er spreche solche Einladungen auch nur in der Erwartung aus, daß man offen miteinander spreche. Dies sei sehr wichtig.

Ministerpräsident Botha berichtete, daß er vor einer Woche anläßlich der Feier zum 36. Jahrestag der Regierungsamtszeit seiner Partei eine Rede gehalten habe. Es gebe eine Oppositionspartei, die stünde rechts von ihm. Diese wolle jedoch im „Laager" verbleiben. Diese Partei hätte seine Europareise kritisiert und ihm vorgeworfen, einen Ausverkauf der Interessen der weißen Leute zu betreiben. Er habe sich jedoch an einen großen Mann erinnert, der ein „Laager" gebildet habe. Er verließ es, als er erkennen konnte, daß er die Schlacht gewinnen würde. Es sei ihm darum gegangen, eine Zivilisation zu begründen. Auf diesen Vergleich habe er sich in seiner Rede bezogen.

Südafrika stelle die einzige Kraft südlich der Sahara dar, die für das Wohlergehen des afrikanischen Kontinents beitrage. Südafrika sei aber nicht bereit, Fehler, die anderswo, wie z. B. in Simbabwe oder im Kongo, gemacht worden seien, zu wiederholen. Südafrika sei ein Staat von Minderheiten. Es gebe dort nicht nur eine weiße Minderheit, sondern auch farbige Minderheiten; so z. B. eine südafrikanische indische Minderheit und eine Reihe von schwarzen Minderheiten. Es sei deshalb falsch zu sagen, Südafrika habe eine weiße Minderheit und eine schwarze Mehrheit. Die Zulus würden sich beispielsweise nicht von den Xhosa regieren lassen. Das gilt auch für andere Stämme. Deshalb müßte der Gedanke verbannt werden, daß es in Südafrika darum ginge, daß eine Minderheit über eine andere herrsche. Auch die Strukturen der Schweiz seien auf Südafrika nicht übertragbar. Er wolle dies an einem Beispiel erläutern. In der Schweiz hätte es Jahrhunderte gebraucht, bis die verschiedenen Minderheiten die gemeinsamen Strukturen errichtet hätten. Man würde ja auch nicht vorschlagen wollen, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Landtage über Nacht abschaffen solle. Ziel müsse es sein, die Stabilität in Südafrika zu bewahren, eine Konföderation südafrikanischer Staaten zu schaffen und eine Zusammenarbeit zu ermöglichen, die sich auf das Prinzip gründe, Macht abzubauen und Selbstverwaltungsrechte zu gewähren. Es müßten Strukturen geschaffen werden, die die gegenseitige Konsultation ermöglichen. Südafrika versuche, sich aus dem Westminster-System zu befreien, das es als Kronkolonie akzeptieren mußte. Veränderungen seien nur allmählich möglich. Es bedürfe einer großen Vielfalt von Organisationen, um dieses Ziel zu erreichen. Seine Regierung befasse sich mit einer Vielzahl städtischer Organisationen, insbesondere mit schwarzen Gruppierungen. Sein Außenminister sei Mitglied eines Ausschusses, der mit Vertretern der Gemeinden, der Selbstverwaltungsorgane und der Staaten spreche, um entsprechende gemeinsame Strukturen bilden zu können.

Ministerpräsident Botha wies darauf hin, daß erstens Ergebnisse über Nacht nicht möglich seien; zweitens dürfe die Stabilität nicht zerstört werden; drittens habe man es einerseits mit der hochentwickelten südafrikanischen Gemeinschaft und andererseits mit Ländern der Dritten Welt zu tun. Er wisse, daß einige Kir-

chen gegen seine Regierung seien, weil die Entwicklungen zu langsam voranschritten. Es gebe aber andere, die die Regierung unterstützen würden, darunter seien auch schwarze Kirchen. Er wolle zwei führende Persönlichkeiten nennen, die in Europa weniger bekannt seien: Bischof Mokoena, der über einige Millionen Anhänger verfüge; Bischof Lekganyane, der der Führer der Zion-Christian-Church sei. Letzterer habe Ostern mehr als eine halbe Million Anhänger versammeln können. Beide Bischöfe seien starke Leute, die jedoch nicht gegen seine Regierung eingestellt seien. Bischof Lekganyane[13] habe ihn für nächstes Jahr zu Ostern eingeladen.

Ministerpräsident Botha erklärte, daß er sich der Tatsache bewußt sei, daß sie als Leute gelten würden, die nicht bereit seien, die Menschenrechte zu gewähren. Zur gleichen Zeit hielten sich jedoch in Südafrika 1 1/2 Millionen illegaler Arbeiter auf, weil sie in ihren Ländern keine Arbeit finden würden. Er verweise nur auf das Beispiel von Lesotho. 140 000 Arbeiter aus Lesotho befänden sich in Südafrika. Sie erhielten jährlich ein Einkommen von 300 Millionen Rand; dies entspräche 50 % des Nationaleinkommens.

Er habe mit Präsident Machel die Vereinbarung von Nkomati getroffen.[14] Machel habe ihn gebeten, Tausende von Arbeitern aus Mosambik wieder in seine Bergwerke zu übernehmen, wie dies vor der Revolution gewesen sei. In der Geschichte Südafrikas habe es niemals mehr Gespräche und Begegnungen zwischen den verschiedenen Gruppen gegeben als heute. So hätte die Regierung von Südafrika z. B. nicht nur den Kabinettsausschuß für Verfassungsfragen eingerichtet, sondern auch eine Entwicklungsbank für das südliche Afrika. Die Idee dieser Bank sei, in den verschiedenen Ländern gemeinsame Entwicklungsprojekte durchzuführen. Außerdem habe man für Erziehungsmaßnahmen aller Bevölkerungsgruppen höhere Etatausgaben als für die Verteidigung des Landes.

Der *Bundeskanzler* wies noch einmal darauf hin, daß man als Freunde auch über schwierige Themen sprechen müsse. Dazu gehörten die Fragen über die innere Entwicklung Südafrikas. Die Bundesrepublik sei nicht automatisch gegen Südafrika eingestellt. Wäre Südafrika nicht bereit, eine positive Entwicklung einzuleiten, könnte sich dies als ein gefährlicher und schwerer Fehler herausstellen. Er wolle nur daran erinnern, daß Deutschland ein geteiltes Land sei, im anderen Teil Deutschlands würden die Menschenrechte auch nicht gewährt. Die Bundesregierung wolle Südafrika nicht in der Nähe eines solchen Systems sehen. Der Ministerpräsident berufe sich auch bewußt auf die christlichen Grundlagen seiner Regierung. Er wisse auch, daß es in Südafrika ein hohes Maß an Sturheit und Engstirnigkeit gebe und daß der Ministerpräsident eine Gratwanderung vollziehen müsse. Dennoch müsse er darauf hinweisen, daß z. B. die Zwangsumsiedlung[15] nicht verständlich gemacht werden könne, weil diese Poli-

13 Korrigiert aus: „Leganjandre".

14 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

15 Attaché Tempel vermerkte am 15. Oktober 1984, die gesetzlichen Grundlagen für die „räumliche Segregation" der schwarzen ländlichen und der schwarzen städtischen Bevölkerung seien in den Jahren 1913 bis 1945 geschaffen worden. Zudem ziele der 1950 erlassene „Group Areas Act" auf eine vollständige Aufteilung aller Ortschaften nach Vierteln mit dauerhafter Besiedlung durch Weiße, „Mischlinge" und Asiaten: „Die Durchführung dieser Gesetze, die die Einrichtung eines umfangreichen Be-

tik im grundsätzlichen die Frage der Menschenrechte berühre. Dies sei auch ein wichtiger Punkt, der auch von den vernünftigen Kirchenleuten immer wieder aufgeworfen werden würde. Eine andere Frage sei, warum die Regierung Südafrikas immer wieder Ausreisen verweigern würde. Zum Beispiel sei Dr. Naudé zum 50. Jahrestag der Barmer Kirche eingeladen gewesen. Er hätte jedoch keine Erlaubnis zur Ausreise erhalten.[16] Er selbst habe noch keine Gelegenheit gehabt, Dr. Naudé kennenzulernen, und könne ihn deshalb auch nicht einschätzen. Aber Ministerpräsident Botha sei ja vormals auch Verteidigungsminister gewesen und habe sicherlich Clausewitz gelesen und seine Aussagen über die Verhältnismäßigkeit von Mitteln. Er sei gegenüber Südafrika nicht feindlich eingestellt, wenn er solche Fragen aufwerfe. Vielmehr kritisiere er die Linke in der Bundesrepublik immer wieder, daß sie zwar gegen Südafrika demonstrieren würde, jedoch nicht gegen Afghanistan.

Ministerpräsident Botha erwiderte, daß er den Worten des Bundeskanzlers große Sympathie und Respekt entgegenbringe.

Um 12.40 Uhr begann ein gemeinsames Mittagessen, an dem Bundesminister Otto Graf Lambsdorff teilnahm.

Während des gemeinsamen Mittagessens sprach Bundesminister *Genscher* noch einmal das Thema der Zwangsumsiedlungen an. Er erinnerte daran, daß diese Frage aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs in der Bundesrepublik Deutschland mit großer Sensibilität verfolgt werde.

Ministerpräsident Botha kam noch einmal auf den Fall von Dr. Naudé zurück. Er kenne diesen Mann sehr gut. Sie würden beide derselben Kirche angehören. Sein Schwiegervater sei ein großer Freund des Vaters von Dr. Naudé gewesen. Seine Frau hätte mit seiner Schwester gemeinsam an der Universität studiert. Er könne deshalb beweisen, daß sie sich lange Zeit kennen würden. Über viele Jahre seien sie Freunde gewesen. Nach einiger Zeit hätten sie jedoch[17] erfahren müssen, daß Naudé immer häufiger in Gerichtsverfahren gemeinsam mit subversiven Kräften aufgetaucht sei. Man habe deshalb seinen Aufenthalt auf bestimmte Gebiete beschränkt. Das Oberste Gericht habe diese Entscheidung aus Sicherheitsgründen aufrechterhalten. Dennoch sei gleichzeitig der Revisionsgerichtshof angerufen worden, diese Entscheidung zu überprüfen. Naudé habe aber diese Möglichkeit nicht genutzt. Er sage das mit schmerzlichem Gefühl, weil er gegenüber dem Menschen Naudé wie gegenüber seiner Familie hohe Achtung

Fortsetzung Fußnote von Seite 789

hördenapparats erforderlich machten (‚Group Areas Board' und ‚Community Development Board'), führte bis heute zu einer riesigen Welle von Zwangsumsiedlungen." Bisher seien etwa drei Millionen Menschen umgesiedelt worden; 1,5 Millionen seien von Umsiedlungsmaßnahmen bedroht. Weiße Südafrikaner betreffe die Gesetzgebung kaum. Vgl. Referat 320, Bd. 138141.

16 Der Theologe Beyers Naudé war mehrfach wegen Verstößen gegen Apartheid-Gesetze angeklagt. Botschafter Lahusen, Pretoria, berichtete am 2. August 1984, ein Angehöriger der Botschaft habe am Vortag ein Gespräch mit Beyers Naudé geführt. Dieser habe dargelegt, „daß ihm die im vergangenen Jahr gewährten Bannerleichterungen wenigstens ein menschlicheres Leben im Freundes- und Familienkreis erlaubten. Er könne auch Versammlungen besuchen, ohne allerdings selbst das Wort zu ergreifen (auch in der Universität), und seine sozialen Kontakte seien nicht mehr beschränkt. Zwar dürfe er wohl offiziell nicht über Politik reden, aber was sei schon in S[üd]A[frika] ‚unpolitisch'? Leider könne er nach wie vor den Magistratsbezirk Johannesburg nur mit Sondergenehmigung verlassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 463; Referat 320, Bd. 138141.

17 Korrigiert aus: „doch".

empfinde und es deshalb bedaure, daß Dr. Naudé die Möglichkeit der Anrufung des Revisionsgerichtshofes nicht nutze.

Außenminister Botha erklärte, daß er sich als Außenminister der Wirkungen solcher Restriktionen sehr bewußt sei. Der Ministerpräsident sei bereit gewesen, alles zu tun, um diese Restriktionen aufzuheben. Als aber im Kabinett darüber debattiert worden sei, wäre die Sicherheitsakte von Dr. Naudé eröffnet worden. Er sei mit einer Vielzahl von Fakten konfrontiert worden, die es ihm nicht möglich gemacht hätten, der Aufhebung der Restriktionen zuzustimmen. Beispielsweise seien ihm Beweise über Gespräche Dr. Naudés mit Bombenlegern vorgelegt worden.

Er sei sich sehr bewußt, was damals in Europa geschah, als drei Uhr morgens die Glocken geläutet und Menschen in Ghettos verschleppt worden seien. Auch Premierministerin Thatcher habe ihm zwei Fälle genannt, die er sehr gut kenne. In dem einen Fall habe es sich um die Umsiedlung eines Elendsviertels gehandelt, das vorher in der internationalen Propaganda eine große Rolle gespielt habe. Die Regierung habe bereits die Zusage von zwei Schulen, einer Klinik und anderen Einrichtungen gehabt. Zwei Drittel seien umgezogen, ein Drittel sei jedoch zurückgeblieben. Dabei sei es um die Rivalität zweier Brüder um den Anspruch als Häuptling gegangen. Einer der Brüder sei zurückgeblieben, habe die Presse mobilisiert, daß er zwangsumgesiedelt werden solle. Diese Kampagne war der Ausdruck des Machtkampfes zwischen diesen beiden Brüdern. Inzwischen hätten sie zugegeben, daß die Presse falsch informiert worden sei.

Im zweiten Fall habe es sich um ein Schreiben eines Häuptlings an die britische Königin[18] gehandelt. Hierbei sei es um den Bau eines Staudamms für die Wasserversorgung gegangen und um das Problem der möglichen Auswirkungen für die betroffenen Schwarzen, die besonders erdverwurzelt seien. Die Regierung habe ein Ersatzangebot vorgeschlagen von besser versorgten Gebieten. Daß die südafrikanische Regierung in diesem Zusammenhang mit Hitler verglichen werde, verletze sie sehr. Der Ministerpräsident sei sogar bereit gewesen, eine Spaltung der Partei zu akzeptieren, um seine Politik fortführen zu können. Man sei bereit, so schnell voranzugehen, wie es möglich sei. Es könne jedoch auch nicht im europäischen Interesse liegen, daß die jetzige südafrikanische Regierung stürze.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte noch einmal, daß dieses Gespräch für ihn von großer Bedeutung sei. Es sei ein eindrucksvolles Gespräch. Er sei sich darüber im klaren, daß die südafrikanische Regierung in Europa attackiert werde, weil sie nicht progressiv genug sei, während sie zu Hause als Überläufer angeklagt werde. Es könne aber nur einen Weg der Evolution in Südafrika geben. Wenn die südafrikanische Regierung solche Fragen wie der Ein- oder Ausreise zu entscheiden habe, müsse sie sich nicht nur der inneren, sondern auch der äußeren Wirkungen gewärtig sein. Sie könne sich dabei nicht nur auf die Antworten der Sicherheitskräfte verlassen. Das stärkste Argument für die südafrikanische Regierung sei die Frage nach der Alternative.

Ministerpräsident Botha verwies auf das Beispiel von Bischof Tutu. Er habe mit diesem zwei Gespräche geführt. Er habe ihm gesagt, daß er es nicht zulassen

18 Elizabeth II.

werde, daß ausländische Kräfte nach Südafrika kämen, um sich dort einzumischen. Bischof Tutu habe in Südafrika Kampagnen organisiert und Organisationen im Ausland gefunden, die ihn eingeladen hätten. Er habe einen Paß für die Ausreise erhalten, jedoch bei seinen Auslandsreisen Kampagnen gegen Investitionen in Südafrika durchgeführt. Solche Kampagnen würden weniger die Weißen in Südafrika als die armen Schwarzen treffen, die besonders darunter leiden müßten, wenn keine Investitionen in Südafrika erfolgen würden. Sie hätten Bischof Tutu aufgefordert, sich auf religiöse Fragen zu beschränken und nicht über Investitionen in Südafrika zu sprechen. Er habe auch beim nächsten Mal einen Paß für eine Auslandsreise erhalten, aber erneut seine Kampagne wiederholt. Deshalb sei man nicht länger bereit, ihm zukünftig erneut einen Paß auszustellen.

Graf *Lambsdorff* fragte den Ministerpräsidenten, warum er mit der Kampagne von Bischof Tutu Probleme habe. Sie hätte doch keinerlei Effekt. Die Zahlen über die Investitionen in Südafrika würden dies beweisen.

Ministerpräsident Botha wies darauf hin, daß sein Problem in der Reaktion seiner Bürger bestünde, die ihn danach befragen würden, warum er solche Kampagnen zulasse. Graf *Lambsdorff* erwiderte, daß solche Kampagnen in der Bundesrepublik Deutschland üblich und nicht ungewöhnlich seien. Im letzten Jahr hätte es dennoch über 230 Millionen deutscher Nettoinvestitionen in Südafrika gegeben. Dies beweise, daß solche Kampagnen keinen Effekt hätten. *Ministerpräsident Botha* warf jedoch ein, daß Bischof Tutu unter einem kirchlichen Deckmantel handele. Manchmal habe er das Gefühl, daß er den afrikanischen Weg gehen sollte; dann hätte er sicherlich mehr Freunde.

Der *Bundeskanzler* widersprach: In einem solchen Fall hätte die Regierung von Südafrika sicherlich weniger Freunde. Außerdem spräche die Intelligenz des Ministerpräsidenten gegen einen solchen Weg. Andere Afrikaner würden jedoch in Europa freundlicher empfangen werden, warf *Ministerpräsident Botha* ein.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er den Ministerpräsidenten nicht unter Anklage stellen wolle. Als er gefragt worden sei, ob er zu diesem Gespräch bereit sei, habe er sofort zugestimmt. Es gebe keine Alternative zu einer Politik der Evolution. Darin ausschließlich läge die Zukunft Südafrikas. Die Bundesregierung sei bereit, Südafrika auf diesem Wege zu helfen. Deshalb werde er auch darüber mit Präsident Mitterrand sprechen. *Ministerpräsident Botha* erwiderte, daß er sich dessen sehr bewußt sei. Was er erreichen wolle, sei nichts anderes, als die Lage und Entwicklung in Südafrika realistisch darzustellen und in ein korrektes Licht zu rücken. Südafrika sei kein perfektes Land. Darauf hätte er auch Anspruch, erwiderte der *Bundeskanzler*.

Ministerpräsident Botha erklärte, daß seine Regierung viel getan habe, den Lebensstandard der Schwarzen zu heben. Sie hätten keine Kosten gescheut, weil sie sich bewußt seien, daß sie um ihre eigene Freiheit kämpfen würden. Es sei jedoch nicht möglich, die Situation in Südafrika über Nacht zu ändern. Dies würde die Bundesregierung auch nicht erwarten, erwiderte der *Bundeskanzler*.

Außenminister Botha erklärte, daß die Bundesrepublik Deutschland auch Mosambik unterstützen sollte. Er wies darauf hin, daß in Namibia eine Million Menschen leben würden. Kaunda verfüge über sechs Millionen Menschen, die Hälfte seines Budgets sei aber von der Unterstützung von außen abhängig. Die

USA und die Europäer müßten etwas für diese Länder tun. Wenn Südafrika sich aus Namibia zurückziehen würde, würde dieses Land zusammenbrechen. Auch Deutsche würden dort leben. Namibia sei ja einmal deutsche Kolonie gewesen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß die Bundesregierung ihre Pflicht sehe und deshalb bereit sei, im Rahmen des Prozesses der Unabhängigkeit Namibias etwas zu tun. Außenminister *Genscher* ergänzte, daß die Bundesregierung ein unabhängiges Namibia massiv unterstützen werde unter der Voraussetzung, daß es eine demokratische Entwicklung nehme. Dies habe er auch der SWAPO gesagt.

Der *Bundeskanzler* sprach noch einmal die Sicherheitsratsresolution 435 an. Er erklärte, daß heute nicht mehr das gelten sollte, was noch ein Verteidigungsminister Botha dazu gesagt habe, sondern nur noch das, was ihm heute der Ministerpräsident Botha dazu erläutert habe. Für ihn selbst bleibe es wichtig, daß die Rechte der Minderheiten geschützt bleiben müßten.

Außenminister Botha verwies noch einmal auf das Beispiel von Mosambik. Es hätte zehn Jahre gedauert, bis Mosambik sich zu diesem Schritt bereit gefunden habe, sich mit Südafrika zu arrangieren. Es werde noch Jahre dauern, bis Mosambik entwickelt sein werde.

Der *Bundeskanzler* erklärte abschließend, daß sich freundschaftliche Beziehungen vor allem darin ausdrücken würden, wie man besonders über kontroverse Fragen miteinander sprechen würde. Er sei sich bewußt, daß Südafrika aufgrund der geschichtlichen Belastungen einen schwierigen Weg vor sich habe. Er wünsche dem Ministerpräsidenten Glück und eine glückliche Hand. Die Kritik der Bundesregierung wolle er als eine Kritik von wohlmeinenden Freunden verstehen. *Ministerpräsident Botha* bedankte sich herzlich für das offene und freundschaftliche Gespräch. Er habe immer daran geglaubt, daß Deutschland aus „zivilisatorischen Gründen“ stark bleiben solle.

Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl

163

Bundesminister Genscher an Bundesminister Wörner

201-9-363.60/2-1207/84 VS-vertraulich **6. Juni 1984**[1]

Sehr geehrter Herr Kollege,

in Ihrem Schreiben vom 17. April 1984[2] haben Sie mich über die Ergebnisse Ihrer Türkeireise[3] und über den türkischen Wunsch nach Erhöhung der deutschen

1 Ablichtung.

2 Für das Schreiben des Bundesministers Wörner vom 17. April 1984 an Bundesminister Genscher vgl. Referat 209, Bd. 128396.

3 Zum Besuch des Bundesministers Wörner vom 29. März bis 4. April 1984 in der Türkei vgl. Dok. 77, Anm. 9.

NATO-Verteidigungshilfe und nach Gewährung einer Rüstungssonderhilfe[4] unterrichtet. Inzwischen hat die türkische Regierung ihre Wünsche präzisiert und nach Prioritäten geordnet.

Nach eingehender Prüfung der türkischen Wunschliste möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Ich halte die türkischen Wünsche für sehr weitgehend und selbst bei einer Reduzierung auf nur ein Projekt in Anbetracht der gespannten Haushaltslage des Bundes für nicht realisierbar. Gegen eine solche Hilfe spricht auch, daß sich Portugal und Griechenland, die ebenfalls bereits seit Jahren auf Erhöhung der deutschen Verteidigungshilfe dringen, bei einer erneuten einseitigen Bevorzugung der Türkei übergangen fühlen müßten. Dies gilt um so mehr, als wir dem portugiesischen Wunsch auf Sonderhilfen für den Bau von drei Fregatten nicht entsprechen konnten.[5]

Die türkische Haltung in der Freizügigkeitsfrage[6] hat bisher enttäuscht; auch deshalb ist eine erneute Rüstungssonderhilfe an die Türkei nicht zu rechtfertigen. Meinen Gesprächen mit Außenminister Halefoglu am 22. Juni 1984 messe ich in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung bei.[7]

Sollte sich in der Freizügigkeitsregelung eine für uns befriedigende Lösung finden lassen, so könnten wir der Türkei die entsprechende Anerkennung auch im Rahmen der Verteidigungshilfe ausdrücken. So könnten die Mittel für die deutsche Verteidigungshilfe, die seit 1980 nicht mehr geändert wurden, ab 1986 (d. h. ab der übernächsten Tranche) generell um einen substantiellen Betrag, etwa um ein Viertel, angehoben werden. Wir würden auf diese Weise auch den anderen Verteidigungshilfeempfängern entgegenkommen und den von keiner Seite gewünschten Eindruck vermeiden, als bestünde zwischen der Vergabe von Verteidigungshilfe und Freizügigkeitsregelung ein Junktim.[8]

4 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 30. Mai 1984: „Bei den deutsch-türkischen Vorbesprechungen über die Fortsetzung der deutschen NATO-Verteidigungshilfe (VH) im Rahmen der 14. Tranche am 25./26. April 1984 in Izmir wurde im Einvernehmen mit BMVg und BMF vereinbart, entsprechend der bisherigen Übung die Abschlußgespräche in der letzten Juni-Woche 1984 in der Bundesrepublik Deutschland zu führen. […] Parallel zu diesen Verhandlungen hat sich die türkische Regierung in den letzten Monaten mehrfach an die Bundesregierung mit der Bitte gewandt, die deutsche VH zu erhöhen und eine neue Rüstungssonderhilfe (RSH) zu gewähren. (1980–1983 wurde eine RSH in Höhe von DM 600 Mio. abgewickelt.) Auf entsprechende Bitte von BM Wörner hat der türkische Verteidigungsminister Yavuztürk inzwischen in einem Brief an BM Wörner die türkischen Vorstellungen präzisiert und nach Prioritäten geordnet. Danach braucht die Türkei 29 L[uft-]V[erteidigungs]-Batterien Roland, ca. 2332 Mio. DM; 362 Waffenanlagen Milan, ca. 606 Mio. DM; 105 Kampfpanzer Leopard I A 3, ca. 389 Mio. DM; 324 Schützenpanzer Marder, ca. 749 Mio. DM. Das entspricht einem Gesamtbetrag von DM 4076 Mio. Außerdem hat Yavuztürk Interesse an der Beschaffung von 40 Tornado gezeigt, wobei ein Anteil im Werte von 2 Mrd. DM aus deutschen VH-Mitteln zu finanzieren wäre. (Zum Vergleich: Zur Zeit beträgt die deutsche VH 130 Mio. DM pro 18-monatiger Tranche.)“ Bundesminister Genscher habe Weisung erteilt, den Termin für die Abschlußgespräche über die 14. Tranche der Verteidigungshilfe zunächst offenzulassen. Vgl. VS-Bd. 10880 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Zu den portugiesischen Bemühungen um die Beschaffung von drei Fregatten vgl. Dok. 284, Anm. 8+9.

6 Zur Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 77, Anm. 10.

7 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Halefoglu vgl. Dok. 174 und Dok. 175.

8 Ministerialdirigent Schauer notierte am 19. Juli 1984: „In seinem Schreiben vom 27. Juni 1984, mit dem er Ihr Schreiben vom 6. Juni 1984 beantwortet, setzt sich BM Wörner für die Gewährung einer von der Türkei erbetenen Rüstungssonderhilfe ein. Die Hilfe sei für die dringend gebotene Modernisierung der türkischen Streitkräfte besonders wichtig. Auf diese Weise könnte auch ein Beitrag

Einen Durchdruck dieses Schreibens übersende ich dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bundesminister der Finanzen[9].

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 10880 (209)

164

Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1342 **Aufgabe: 7. Juni 1984, 12.42 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 7. Juni 1984, 13.09 Uhr**

Betr.: Feierlichkeiten anläßlich des 40. Jahrestages der Alliierten-Landung in der Normandie;
hier: Rolle der Bundesrepublik Deutschland in diesem Rahmen[2]

Bezug: DB Nr. 1237 vom 25.5.1984
DB Nr. 1115 vom 16.5.1984[3]

Fortsetzung Fußnote von Seite 794
zur indirekten Unterstützung der amerikanischen Anstrengungen für die regionale Stabilität und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten geleistet werden. BM Wörner schlägt außerdem ein Chefgespräch über dieses Problem vor." Vgl. VS-Bd. 10880 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Gerhard Stoltenberg.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 7. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Holderbaum verfügte.
Hat Holderbaum am 7. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatsminister Mertes verfügte.

2 Botschafter Schoeller, Paris, informierte am 11. Mai 1984, die Botschaft sei am Vortag vom „Staatssekretariat für ehemalige Frontkämpfer und Deportierte" über folgende Entscheidungen des Staatspräsidenten Mitterrand unterrichtet worden: „Ausländische Persönlichkeiten, die zu den von der Regierung veranstalteten Feiern am Mittwoch, 6. Juni, eingeladen worden sind: die Staats- bzw. Regierungschefs der sechs an der Landung beteiligten Länder – Präsident Reagan, die britische Königin, Premierminister Trudeau, die Könige von Norwegen und Belgien und die Königin der Niederlande. Ferner wurde der Großherzog von Luxemburg eingeladen, der als Offizier der britischen Armee an der Landung teilgenommen hat; die Verteidigungsminister der Länder, aus denen größere Kontingente an der Landung beteiligt waren – Polen, Dänemark, Griechenland und Tschechoslowakei; alle in Paris akkreditierten Botschafter." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1074; Referat 203 (202), Bd. 140618.
Referat 202 vermerkte dazu am 14. Mai 1984: „Wir waren von Anfang an bestrebt, auf den Gastgeber Frankreich und eingeladene Verbündete (USA und UK) einzuwirken, damit die Gedenkfeiern nicht nur vergangenheitsbezogen, sondern insgesamt zukunftsorientiert gestaltet werden, um vor allem der gegenwärtigen Stellung der Bundesrepublik Deutschland als einem demokratischen Rechtsstaat und loyalen Partner in der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft gerecht zu werden." Die vorgesehene Programmgestaltung „trägt unseren Sorgen offenbar nicht Rechnung". Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140618.

3 Botschafter Schoeller, Paris, berichtete über die französische Haltung bezüglich eines gemeinsamen deutsch-französischen Auftretens bei einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof La Cambe am 6. Juni 1984. Er, Schoeller, wolle dort einen Kranz niederlegen. Der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Gutmann, habe sich „reserviert" gezeigt und bemerkt, „es sei besser,

1) Die die ehemaligen Feinde betreffenden Ausführungen Mitterrands in seiner Ansprache anläßlich der Feierlichkeiten[4] – und hier insbesondere die Deutschland betreffende Passage – zeigen, daß sich der französische Staatspräsident der Implikationen bewußt gewesen ist, die als Folge einer ungeschickten Behandlung dieser Thematik hätten eintreten können. Abgesehen von der Reverenz gegenüber den deutschen Gefallenen und Widerstandskämpfern möchte ich folgender Aussage Mitterrands eine historische Bedeutung beimessen: „L'ennemi de l'époque n'était pas l'Allemagne mais le pouvoir, le système, l'idéologie qui s'étaient emparés d'elle."[5] Diese Passage der Rede Mitterrands ist die einzige gewesen, die im französischen Fernsehen mehrfach ausgestrahlt wurde.

2) Bereits im Vorfeld der Feierlichkeiten und als Folge der Kontroverse über eine Teil- bzw. Nichtteilnahme der Bundesrepublik Deutschland an diesen Feierlichkeiten zeichnete sich im französischen Meinungsbild eine Tendenz des Unbehagens über einen deutschen Ausschluß ab. Es wurde die Frage gestellt, ob im Monat Juni – ein Monat intensiver europäischer und atlantischer Begegnungen – die Feierlichkeiten anläßlich der Landung nicht genutzt werden sollten, diesen Vorgang in die Dimension einer neuen freiheitlichen westlichen Ordnung zu stellen. In diesem Zusammenhang ist aufschlußreich, daß die Botschaft von Franzosen spontan in der Absicht angesprochen wurde, um das Bedauern über eine deutsche Nichtteilnahme zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig zu unterstreichen, daß die Bundesrepublik Deutschland ein vollwertiger europäischer Partner sei.

3) Abschließend kann festgehalten werden, daß die Art und Weise, wie von unserer Seite die Frage einer Teil- bzw. Nichtteilnahme der Bundesrepublik Deutschland an diesen Feierlichkeiten gehandhabt worden ist, sich als richtig erwiesen hat. Unsere Linie der Zurückhaltung, gekoppelt mit dem Selbstverständnis der politischen Rolle der Bundesrepublik Deutschland in Europa und im atlantischen Verteidigungsbündnis, dürfte auf der französischen Seite zu den Formulierungen geführt haben, die Mitterrand uns gegenüber verwandt hat. Wir haben politisch mehr bekommen, als eine Teilnahme hätte einbringen können.

4) Eine Bestätigung dieser Einschätzung dürfte auch in der Botschaft von Präsident Mitterrand an den Bundespräsidenten[6] (AFP-Meldung vom 7.6.1984) zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 795

die Kranzniederlegung am Vorabend oder nach dem 6. Juni vorzunehmen. Wir sollten nicht zuviel verlangen. Herr Gutmann erklärte dies damit, daß Mitterrand dem 6. Juni 1984 einen besonderen Charakter beimesse, der große Versöhnungstag werde der 8. Mai 1985 sein." Gutmanns Angaben zufolge wolle Staatspräsident Mitterrand die Bundesrepublik bei seiner Festansprache in der Normandie „mit keinem Wort" erwähnen. Schoeller regte an, Bundeskanzler Kohl solle bei seinem Treffen mit Mitterrand am 20. Mai 1984 in Saarbrücken folgende Haltung einnehmen: „Es wäre schlechthin schwer verständlich, warum der 6. Juni und der 8. Mai […] politisch unterschiedlicher Qualität in bezug auf die Bundesrepublik seien. Am 6. Juni werde die Bundesrepublik Deutschland nicht erwähnt. Am 7. Juni sei sie Teilnehmer am Weltwirtschaftsgipfel in London." Es stelle sich die Frage nach ihrer Rolle „im Verhältnis zu ihren Verbündeten". Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140618.

4 Zum Ablauf der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") am 6. Juni 1984 in Pointe du Hoc vgl. den Artikel „Reagan ruft die Sowjetunion zur Aussöhnung auf"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Juni 1984, S. 1.

5 Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (Mai/Juni), S. 86.

6 Staatspräsident Mitterrand ließ Bundespräsident Carstens am 7. Juni 1984 folgende Botschaft übermitteln: „Monsieur le Président, ce six juin qui rappelle aux Français le début de la libération de leur pays évoque aussi un combat ou tant de votre et de notre sont tombés au service de leur patrie dans

sehen sein. Dieser Botschaft sollten wir pressemäßig eine möglichst große Verbreitung geben.

5) Über meine Teilnahme an den Feierlichkeiten in La Cambe am 8. Juni folgt gesonderter Drahtbericht.[7]

[gez.] Schoeller

Referat 203 (202), Bd. 140618

165

Gespräch der Außenminister der G-7 in London

8. Juni 1984[1]

Wirtschaftskonferenz der Sieben in London vom 7. bis 9. Juni 1984[2];
hier: Gespräch der Außenminister am Vormittag des 8. Juni 1984 im Lancaster House (Zusammenfassung der Diskussion zu internationaler Verschuldung)

Teilnehmer: AM Howe (GB), Vorsitzender, AM Genscher (D), AM Shultz (USA), AM Cheysson (F), AM Andreotti (IT), AM Abe (JAN), AM MacEachen (CDN), plus je Land ein Note-taker.

AM *Howe* weist auf Intervention von BM Genscher beim Abendessen des Vortags zugunsten intensiver Behandlung Verschuldensproblematik durch AM und inzwischen vorgetragene entsprechende Wünsche von AM Andreotti und AM MacEachen hin.

Andreotti verlangt in kurzer Intervention, Londoner Erklärung über Wirtschafts-

Fortsetzung Fußnote von Seite 796

une guerre insensée entre frères d'Europe. Notre continent en est resté blessé et partagé, heureusement entre nos peuples s'est affirmée une communauté de destin. Allemands et Français ont la volonté, j'en suis sûr, de poursuivre et de réussir avec leurs partenaires de la communauté l'œuvre entreprise pour que l'Europe un jour soit par elle-même un gage de paix et d'équilibre si nécessaire au monde. J'adresse par ce message au people allemand comme à vous même mes vœux de prospérité et le témoignage de la France, la leçon des luttes passées nous apprend que l'avenir dépend de nous." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140618. Für den deutschen Wortlaut vgl. den Artikel „Brief Mitterrands an Carstens"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Juni 1984, S. 1.

7 Botschafter Schoeller, Paris, informierte am 8. Juni 1984, an der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge initiierten Gedenkfeier auf dem Friedhof La Cambe am selben Tag hätten hohe französische zivile und militärische Vertreter teilgenommen. Die Feierlichkeiten seien in einem würdigen Rahmen verlaufen und hätten ganz im Zeichen der deutsch-französischen Aussöhnung und Freundschaft gestanden: „Nach einer gemeinsamen Kranzniederlegung folgten eine Gedenkminute und die Nationalhymnen." Schoeller resümierte, der würdige Ablauf habe gezeigt, „daß unsere von Zurückhaltung geprägte Linie zum Fragenkomplex 40. Jahrestag positiv verstanden wurde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1364; Referat 203 (202), Bd. 140618.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Fischer am 12. Juni 1984 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 15. Juni 1984 vorgelegen.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

fragen[3] müsse Botschaft der Hoffnung für Dritte Welt und neue Initiative für Nord-Süd-Dialog bringen. Dialog bestehe zur Zeit nicht, dies sei unerträglich, er müsse so schnell wie möglich neu belebt werden.

Shultz legt in längeren Ausführungen amerikanische These dar, daß jedes Land für eigene Schwierigkeiten und deren Lösung verantwortlich sei. EL müßten sich um eigene Angelegenheiten besser als bisher kümmern. Sie könnten nicht einerseits zusätzliche Hilfe von außen anfordern und gleichzeitig Empfehlungen, die ihnen für ihre Wirtschafts- und Währungspolitik gegeben würden, in den Wind schlagen. Die Frage der Verschuldung sei im IWF zu behandeln. Mehr Bereitschaft zu privaten Investitionen müsse von EL aufgebracht werden. Diese seien auch außerordentlich protektionistisch, womit sie sich ins eigene Fleisch schnitten. Der Handel unter ihnen sei ebenfalls zu gering. Nicht zu leugnen sei, daß Anpassungsprogramme des IWF gelegentlich zu hart seien – als Beispiel Argentinien und Dominikanische Republik. Dennoch führe kein Weg herum. Neben IWF müßten regionale Entwicklungsbanken stärker genutzt werden.

BM *Genscher* greift früheren Hinweis von Howe auf, daß der Begriff Nord-Süd-Dialog keine Realität abdecke. Keinesfalls dürften IL diesen für Dritte Welt wichtigen Ausdruck fallenlassen; dies werde als Versuch der IL gesehen, sich Verantwortung zu entziehen. Sicher sei es richtig, daß falsche Wirtschafts- und Währungspolitik der EL Ursache für manche Schwierigkeiten darstelle; daneben müsse man auch die Auswirkungen politischer Instabilität sehen, die, wie z. B. in Argentinien, zu Kapitalflucht führe, insbesondere bei der Militärherrschaft, was Wiederaufbaulast heutiger demokratischer Regierung erheblich erschwere. Fehler, die in EL gemacht worden seien, könnten nur dort behoben werden – dabei müsse IWF Hilfe leisten, wobei die jeweiligen Bedingungen den Umständen anzupassen seien. Neben hausgemachten Fehlern gebe es aber auch Gründe, die IL mit zu verantworten hätten. Energiepreiserhöhungen träfen zwar auch IL, aber EL fünfmal stärker. Rezession in IL hat in EL verheerend gewirkt. Wirtschaftsaufschwung in IL könnte gewisse Hilfe bringen – steigende Zinsen verringerten diese Möglichkeit wieder. 1% Zinserhöhung bedeute für Brasilien 700 Mio. Dollar höhere Zinsen, für Argentinien 350 bis 400 Mio. Dollar: unglaubliche und unvorstellbare Beträge. Hoher Dollarkurs bringe für Export der IL Vorteile, für EL habe er umgekehrt vernichtende Wirkung. Marktöffnung der IL bringe ebenfalls Erleichterung; dies aber auch nur, wenn Schritt konsequent getan werde – und zwar für Fertigwaren und Halbfertigwaren der EL neben Rohstoffen und Agrarwaren.

Verschuldung: IWF müsse größere Flexibilität zeigen – Dominikanische Republik, Tunesien, Marokko sind am Rand politischen Zusammenbruchs. Dies schädige nicht EL allein, sondern – und dies müßte auch unsere Öffentlichkeit klarer erkennen – auch unsere Interessenlage. Stagnation und Chaos in EL bedeute Verlust von Exportmärkten für uns, Gefahr für internationales Bankensystem und Verlust politisch-strategischer Stabilität. Beispiel Argentinien: Rückkehr zur Demokratie dürfe nicht in Augen dortiger Öffentlichkeit mit sinkendem Lebensstandard gleichgesetzt werden. Wenn Alfonsín scheitert, ist Nachfolge nicht rechte, sondern linke Diktatur. Sicher richtig, daß EL ihre unter-

[3] Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in London teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 9. Juni 1984 über Wirtschaftsfragen vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 375–379.

schiedlichen regionalen Interessen unterschiedlich definieren, Tansania anders als Argentinien, Indonesien oder Syrien. Deshalb auch von uns unterschiedliche Strategien anzuwenden. Dennoch ändere dies nichts an Notwendigkeit gemeinsamen Dialogs. Atmosphäre zwischen EL und IL habe sich im letzten Jahr versachlicht; dies müsse fortgesetzt werden. Um so wichtiger: von London klares Signal setzen mit folgendem Inhalt:

– Flexible Weiterentwicklung der Strategie über Verschuldung.
– Bekräftigung, daß wir alles tun wollen, um Zinserhöhungen nach unten zu beeinflussen.
– Vollständige Marktöffnung insbesondere für Fertigwaren und Halbfabrikate.
– Besser auf Verschuldenssituation abgestimmte Finanzhilfe, um finanzielle Konsolidierung zu erleichtern.
– Erhöhung und/oder zusätzliche private Investition – dabei klarmachen, wie wenig östliche Staaten zu geben bereit sind.

Shultz und *Howe* äußern sich allgemein positiv über Darlegungen.

Cheysson erklärt volle Übereinstimmung mit Ausführungen deutschen AM und weist insbesondere auf strategische Gefährdung der EL hin: Größte Gefahr sehe er in städtischen Ansammlungen, wo kommunistische Parolen leichten Ansatz fänden. Daneben dürften LLDCs nicht vergessen werden. Richtig, daß EL selbst verantwortlich seien. Sie erkennten inzwischen auch an, daß marktwirtschaftliche Methoden besser zum Ziel führten, sie seien auch aufgeschlossener gegenüber privaten Investitionen. Dies zeige sich insbesondere in wachsender Bereitschaft AKP-Länder bei Vergleich zwischen erster[4], zweiter[5] und dritter Verhandlungsrunde[6]. Derartige Entwicklung müsse von IL unterstützt werden. Ferner müßte finanzielle Hilfe berechenbarer und für mehrere Jahre festge-

4 Seit dem 25./26. Juli 1973 verhandelte die EWG mit zunächst 41 Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean über ein Nachfolgeabkommen zum Assoziierungsabkommen vom 29. Juli 1969 zwischen der EWG und 17 afrikanischen Staaten und Madagaskar (II. Abkommen von Jaunde) sowie zum Assoziierungsabkommen vom 24. September 1969 zwischen der EWG und den Staaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft, Kenia, Tansania und Uganda (Abkommen von Arusha), die beide am 31. Januar 1975 ausliefen.
Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 und der dazugehörigen Dokumente (Lomé I) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

5 Die Eröffnungskonferenz auf Ministerebene zur Neuverhandlung des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 fand am 24. Juli 1978 in Brüssel statt.
Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehörigen Dokumente (Lomé II) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, II, S. 966–1088.

6 Am 6./7. Oktober 1983 wurden mit einer Ministerkonferenz in Luxemburg die Verhandlungen über ein Folgeabkommen für das am 28. Februar 1985 auslaufende AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31. Oktober 1979 eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1983, S. 11–13.
Vortragender Legationsrat Karkow informierte am 15. Mai 1984 über die AKP-EWG-Ministerkonferenz vom 2. bis 5. Mai 1984 in Suva: „Durch Festschreibung gemeinsamer bzw. klärende Gegenüberstellung abweichender Positionen wurde gute Arbeitsgrundlage für weitere Verhandlungen geschaffen. Verhandlungsgruppen in Brüssel wurden beauftragt, für die nächste Ministerkonferenz am 28./29. Juni 1984 in Luxemburg Vertragstextentwurf auszuarbeiten. […] Zentrale Forderungen der AKP wurden durch die Gemeinschaft erneut abgelehnt, ohne daß es dadurch zu einer Verstimmung kam: Vereinbarung von Kriterien zur Festlegung des Finanzvolumens; Preisgarantien für Rohstoffe; unlimitierte Ausdehnung des STABEX-Systems und der Bergbau-Förderungsfazilität SYSMIN [System of Stabilization of Export Earnings from Mining Products]; Investitionsgarantiesystem; Sonderfonds für die Bekämpfung der Wüstenausbreitung sowie für Transport und Verkehr; Zahlungsbilanzhilfe und Schuldenentlastung.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 413, Bd. 144862.

legt werden. Hinweis auf EG, die mit ihrem GSP-System[7] sich für zehn Jahre verpflichtet habe. Größte Schwierigkeit noch immer finanzielles Problem. Deshalb kein Wunder, daß Blockunabhängige[8] in Neu-Delhi Weltwährungskonferenz verlangt hätten.[9] Vorschlag sei absurd, aber nicht verwunderlich, daß EL weiterhin hierauf insistierten. IL müßten zu Dialog bereit sein, wobei Entwicklungsausschuß der Weltbank richtiger Platz sei. Größtes Übel sei hoher Realzins, Kapitalien gingen selbstverständlich nach USA, solange dort so hohe Zinsgewinne möglich seien. Dann von Investitionen in EL zu sprechen, überzeuge nicht.

AM *Abe* verlangt bessere Koordinierung westlicher Politik. ODA[10] müsse auf LLDCs konzentriert werden. Verschuldung könne nicht mehr als wirtschaftliches Problem gesehen werden, sondern bedrohe heute politische und strategische Stabilität. Ohne Aufschwung im Süden sei auch Wohlstand des Nordens bedroht. Dazu müßte echte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen IL und EL gefunden werden. Nord-Süd-Dialog sei ein Instrument hierfür. Forderungen an IL:

– Nicht-inflationäres, langfristiges Wachstum müsse auf EL übertragen werden.
– Handelsschranken gegen Waren der EL einschließlich tropischer Produkte abbauen.
– NICs[11] heute bei Stahl und Textilien voll wettbewerbsfähig, IL müßten sich an neuen Zustand anpassen und nicht versuchen, alte Industrien aufrechtzuerhalten.
– Zustrom von Kapitalflüssen wieder in EL lenken, zur Zeit umgekehrt.
– ODA ausbauen und besser koordinieren. Gutes Beispiel sei Mosambik.
– Forum für Nord-Süd-Dialog festlegen und bisheriges Zögern aufgeben.
– Verschuldung: Williamsburg-Strategie[12] ausbauen, Bedingungen erleichtern, mehrjährige Lösungen.

Londoner Wirtschaftskonferenz müsse vorliegende Schreiben verschiedener EL beantworten.[13]

AM *MacEachen* verweist ebenfalls auf vorliegende Schreiben, denen dringender Wunsch nach systematischerer Form des Nord-Süd-Dialogs gemeinsam sei. Mit-

7 Generalized System of Preferences.

8 Korrigiert aus: „Blockabhängige".

9 In der Schlußdeklaration der siebten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi wurde die Einberufung einer internationalen Konferenz über Währungs- und Finanzfragen der Entwicklungspolitik vorgeschlagen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1983, D 365 f.

10 Official Development Assistance.

11 Newly Industrialized Countries.

12 Vgl. dazu die Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 30. Mai 1983 beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg; EUROPA-ARCHIV 1983, D 334–336.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

13 Zu den Schreiben des indonesischen Außenministers Kusumaatmadja und des thailändischen Außenministers Siddhi vom 9. bzw. 18. Mai 1984 an Bundesminister Genscher vgl. Dok. 170, Anm. 5.
Zum Schreiben der Ministerpräsidentin Gandhi vom 16. Mai 1984 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 170, Anm. 6.
Zum Schreiben der Präsidenten Alfonsín, Belaúnde, Betancur, Figueiredo, Hurtado, Lusinchi und de la Madrid vom 6. Juni 1984 an Kohl vgl. Dok. 170, Anm. 7.

te der 70er Jahre sei mit Pariser KIWZ[14] Weg gefunden worden, der allerdings EL nicht befriedigte. EL ziehen Globale Verhandlungen[15] eindeutig vor. Versailles-Formulierungen[16] leider nicht von Gruppe der 77 angenommen; Neubelebung heute schwierig. Deshalb zunächst beschränkter Ansatz in Finanzfragen. Interimsausschuß und Entwicklungsausschuß vielleicht am geeignetsten. Aufruf deutschen Außenministers nach größerer Flexibilität bei IWF-Auflagen richtig: z. B. IWF-Forderung an bestimmte EL, Budget-Defizit in zwei Jahren zu reduzieren, sei in Kanada nicht durchführbar.[17] Besonders tragisch, daß Kanada ebenso wie andere Länder wegen eigener Schwierigkeiten ODA reduzieren mußte. Diese Tendenz muß umgekehrt werden. Anzufangen sei mit mehr TZ und Expertenentsendung. Hunger in Afrika dringendstes Problem.

AM *Cheysson* schlägt vor, daß zahlreiche, an Teilnehmer der Konferenz gerichtete Schreiben am besten von Präsidentschaft im Namen aller beantwortet werden sollten.

BM *Genscher* präzisiert noch einmal: Londoner Konferenz muß Finanzminister beauftragen, Williamsburg-Strategie zur Bewältigung der Verschuldungskrise in langfristiger Perspektive und in Dialog mit Schuldnerländern flexibel weiterzuentwickeln. Teilnehmerstaaten müßten Willen zu konstruktiver Haltung deutlich machen.

AM *Shultz* warnt vor zu konkreten Formulierungen. Falls Eindruck erweckt werde, daß Sieben neue Wege zur Bewältigung Verschuldungsprobleme beschreiten wollten, dann würde sich daraus Belastung zukünftiger Verhandlungen ergeben. Selbst US Treasury sei zu gewissen Schritten bereit, solange diese nicht öffentlich angedeutet würden.

AM *Andreotti* insistiert noch einmal, daß positive Antworten gegeben werden, zu denen Fixpunkte festgelegt werden müßten. Aussagen dürften nicht zu sehr verallgemeinert werden. Sieben müßten wiederholen, wieviel sie ohnehin schon zur Unterstützung der EL leisteten. Wir dürften nicht nur sagen, daß wir neue Verfahren prüften, sondern müßten auch konkrete Lösungsmöglichkeiten zum Ausdruck bringen, wobei zwischen LLDC und Schwellenländern sowie jenen, die aus politischen Gründen stärkeren Anschluß an Westen suchen (Mosambik gutes Beispiel), unterschieden werden müsse. Außerdem: In Sahel-Zone Hilfsmaßnahmen dringend notwendig, sie müssen koordiniert werden.

AM *Howe* erkennt viel Gemeinsames in Äußerungen der Teilnehmer. GB sei als Präsidentschaft zur Beantwortung vorliegender Schreiben im Lichte in London zu verabschiedender Schlußerklärung bereit. AM Shultz habe recht: Bei Hinweisen auf Neuerungen im Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern müsse vorsichtig vorgegangen werden. Jedenfalls Lösungen nur von Fall zu Fall: Marktwirtschaft müsse stärker auch von EL übernommen werden.

14 Die Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) wurde am 16. Dezember 1975 in Paris eröffnet. Die abschließende Ministertagung der KIWZ fand vom 30. Mai bis 2. Juni 1977 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 167.

15 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 46, Anm. 11.

16 Vgl. dazu die Schlußerklärung vom 6. Juni 1982 der am Weltwirtschaftsgipfel in Versailles teilnehmenden Staats- und Regierungschefs; EUROPA-ARCHIV 1982, D 324–327. Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. ferner AAPD 1982, I, Dok. 180.

17 So in der Vorlage.

Mangelnde Hilfe des Ostens muß angeprangert werden, Handel stärker liberalisieren. Selbsthilfe und Hilfe von außen in ausgewogenem Verhältnis zueinander. Konditionalität von Fall zu Fall verschieden. Verschuldensstrategie des IWF richtig. Interimsausschuß richtiger Ort für weitere Gespräche. Nord-Süd-Dialog: nicht-globales Forum wiederherstellen, Fortschritte wurden durch Einrichtung verschiedener Verhandlungsforen gemacht, Fragmentierung sei also richtig. Um so wichtiger jeweilige Koordinierung.

AM Howe weist darauf hin, daß seine Intervention britischen Standpunkt darstelle und nicht Zusammenfassung sei.

Außenminister gingen sodann zu Terrorismusfrage über (siehe Vermerk von Dg 20 vom 11. Juni 1984).[18]

Referat 010, Bd. 178891

166

Gespräch der Außenminister der G-7 in London

204-321.10 Allg. VS-NfD **8. Juni 1984**[1]

Gespräch der Außenminister auf dem Siebener-Gipfel am 8.6. vormittags[2];
hier: Terrorismus

Außenminister *Shultz* führte das Thema ein und unterstrich besonders die Schwierigkeit, die Tätigkeit der Botschaften genauer zu kontrollieren. Ohne Frage seien eine Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten und ein möglichst dichter Informationsaustausch unter den Sieben notwendig.

Bundesminister sprach sich für eine möglichst effektive Bekämpfung des Terrorismus aus. Allerdings müsse er darauf hinweisen, daß vor allem die Sicherheitsorgane und nicht die Außenminister zuständig seien. Umfangreiche Erklärungen zum Thema Terrorismus nützten wenig. Wichtiger seien praktische Maß-

18 Für die von Ministerialdirigent Schauer gefertigte Gesprächsaufzeichnung vgl. Dok. 166.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 11. Juni 1984 gefertigt und am selben Tag mit der Bitte an das Ministerbüro geleitet, „die Billigung des Herrn Bundesministers einzuholen".
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 12. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher mit der Bitte um Zustimmung verfügte.
Hat Genscher am 12. Juni 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Schauer verfügte.
Hat Schauer am 13. Juni 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Pieck am 14. Juni 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 25. Juni 1984 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 204, Bd. 135268.

2 Für das Gespräch der Außenminister der G-7 vgl. auch Dok. 165.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

nahmen, z. B. eine strikte Kontrolle des Botschaftspersonals. Auch er halte den Informationsaustausch für wichtig.

AM *Shultz* sagte, er stimme überein, müsse jedoch betonen, daß die Geißel des Terrorismus auf einer viel breiteren Basis als bisher bekämpft werden müsse. Notwendig sei u. a. eine öffentliche Denunzierung der Urheber terroristischer Gewaltakte. Es gehe auch darum, Erkenntnisse der Nachrichtendienste auszutauschen, was oft nur ungern praktiziert werde. Außerdem sei es oft schwierig, mit derartigen Erkenntnissen vor Gericht aufzutreten. In diesem Zusammenhang gäbe es eine ganze Reihe von Fragen, die gestellt und beantwortet werden müßten. Aus seiner Sicht seien die Gefahren in Europa größer als in den Vereinigten Staaten. Aber leider müsse man feststellen, daß der Terrorismus weltweit erfolgreich sei.

AM *Andreotti* bekundete die Entschlossenheit der italienischen Regierung, den Terrorismus zu bekämpfen. Allerdings solle man sich nur auf solche Vorschläge konzentrieren, die realisierbar seien. Es sei z. B. richtig gewesen, eine Vereinbarung über die Behandlung entführter Flugzeuge zu treffen.[3] Und selbst wenn sich im Ernstfall nicht alle an die Vereinbarung hielten, sei der Abschreckungswert nicht zu unterschätzen. Andreotti setzte sich außerdem für eine Verbindung der Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenhandels ein. Italienischerseits habe man feststellen können, daß Drogen aus der Türkei über Bulgarien und Jugoslawien in andere westliche Länder gelangten und mit den erwirtschafteten Geldern Terroristen unterstützt würden. Er müsse im übrigen auf die Schwierigkeiten hinweisen, die bei der Bekämpfung des politischen Terrorismus dadurch entstünden, daß zwischen politischer und krimineller Tätigkeit oft schwer zu unterscheiden sei. Dies habe dann Auswirkungen auf die Auslieferungsentscheidung. Was die Tätigkeiten der Botschaften anbetreffe, müsse man auf Reziprozität bestehen und im übrigen die Kontrollen des Personals verstärken. Man könne sicherlich nicht verhindern, daß ein KGB-Mann Botschafter werde. Das sei auch im Prinzip nicht so schlimm. Wichtig sei vielmehr, daß diejenigen Diplomaten, deren Akkreditierung einmal abgelehnt worden sei oder die bereits einmal ausgewiesen worden seien, nicht wieder akkreditiert würden. Gerade hierüber sei ein ständiger Informationsaustausch wichtig.

AM *Cheysson* sagte, wir müßten uns völlig klar darüber sein, daß der Gipfel kein Entscheidungsgremium, kein Weltdirektorium sei. Jede Regierung trage auf diesem Gebiet eigene Verantwortung. Trotzdem wolle er drei Dinge herausstellen:

– Frankreich sei durchaus bereit, sich einer Erklärung gegen den Terrorismus anzuschließen, die Gefahren könnten gar nicht oft genug deutlich gemacht werden.

[3] Vgl. dazu das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (Übereinkommen von Den Haag); BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1506–1512.
Vgl. dazu auch das Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (Übereinkommen von Montreal); BUNDESGESETZBLATT 1977, Teil II, S. 1230–1237.
Vgl. dazu außerdem die Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu Flugzeugentführungen; BULLETIN 1978, S. 766.

– Sicherlich ließen sich in den zuständigen Gremien, z.B. in den Vereinten Nationen, noch Fortschritte bei der Entwicklung der entsprechenden Völkerrechtsnormen erreichen. Er denke in diesem Zusammenhang an die gut gelungene Verbesserung der Konvention von Chicago.[4]
– Das Wichtigste sei aber drittens, ganz konkret und vorsichtig, ohne große Beteiligung der Öffentlichkeit, gegen den Terrorismus vorzugehen. Das gelte z.B. für die Auslieferungspraxis. Man könne auch Terroristen nicht in Länder ausliefern, in denen gefoltert werde. Ein Auslieferungsersuchen Irans müsse anders beurteilt werden als ein solches aus Italien oder Spanien.

Er sei nicht dafür, sich durch Sanktionen die Hände zu binden. Deshalb habe sich z.B. Frankreich nach dem Abschuß des koreanischen Flugzeugs[5] nicht an der Unterbrechung der Flüge nach Moskau beteiligt. Aus solchen Regelungen komme man oft nur schwer wieder heraus, wie das Beispiel Afghanistan zeige. Auch er halte eine enge Zusammenarbeit bei der Akkreditierung von Diplomaten für notwendig. Frankreich sei z.B. Italien sehr dankbar für entsprechende Hinweise bei Agrémentersuchen von Ostblock-Diplomaten.

AM *Howe* sagte, es sei sicher nicht immer einfach, die Grenze zu ziehen zwischen dem, was zum Schutz gegen Terroristen notwendig sei, und dem, was sich mit unserer freiheitlichen Lebensordnung vertrage. Wichtig sei für ihn, die Beziehung zu den Ländern, die den Terrorismus unterstützten, wie z.B. Libyen, genau zu kontrollieren. Der Abbruch sei einfach, aber damit gingen auch die Schutzmöglichkeiten für die eigenen Staatsangehörigen weitgehend verloren.

AM *Shultz* stimmte zu und sagte, sie hätten sich hinsichtlich der verbliebenen amerikanischen Staatsangehörigen[6] darauf beschränken müssen, ihnen von einem Verbleiben in Libyen dringend abzuraten.

AM *Howe* kam nochmals auf die ständige Kontrolle der Beziehungen zu derartigen Ländern zu sprechen und fragte, ob der Bundesminister seinen Besuch in Libyen nur verschoben habe. Der *Bundesminister* stimmte zu[7], worauf AM *Howe* sagte, er habe diese Frage nicht kritisch gestellt, denn auch er sei nicht für Sanktionen, aber z.B. für den Stopp von Waffenlieferungen an Länder wie Libyen.

4 Für den Wortlaut des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (Konvention von Chicago) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 412–441.
Die ICAO-Versammlung verabschiedete am 10. Mai 1984 ein Protokoll, mit dem ein Artikel in das Abkommen vom 7. Dezember 1944 eingefügt wurde, in dem es hieß, daß die Vertragsstaaten anerkennen, „daß sich jeder Staat der Anwendung von Waffen gegen im Flug befindliche Zivilluftfahrzeuge enthalten muß“. Für den Wortlaut des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1996, Teil II, S. 211–214.

5 Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 17.

6 Botschafter Enders, Tripolis, berichtete am 15. April 1984 mit Blick auf die Schließung der amerikanischen Botschaft in Tripolis am 2. Mai 1980 und die amerikanisch-libyschen Beziehungen: „Die Gültigkeit amerikanischer Pässe muß im Einzelfall ausdrücklich auf Libyen erstreckt werden. Gaddafi reagiert darauf mit dem üblichen Säbelrasseln, vermeidet aber tunlichst jede offene Provokation. Hinter dem propagandistischen Nebelvorhang bestehen weiterhin umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen; so basiert z.B. das Projekt des ‚Großen Künstlichen Flusses‘ auf amerikanischer Technologie. Amerikanische Techniker sind, z.T. mit stillschweigender Duldung Washingtons, weiterhin im Lande. Mit Besorgnis betrachtet Libyen den – allerdings hauptsächlich wirtschaftlich motivierten – Rückzug amerikanischer Erdölfirmen (Mobil, geplant Occidental).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 162/163; Referat 311, Bd. 137797.

7 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Libyen vgl. Dok. 122, Anm. 26.

AM *Cheysson* brachte die Sprache auf die Abfassung einer Erklärung der Sieben. AM *Howe* sagte, dieser Punkt sei von den Staats- und Regierungschefs besprochen worden.[8]

AM *Abe* unterstrich, wie wichtig der Kampf gegen den Terrorismus sei. Auch er spreche sich für eine enge Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen aus.

AM *MacEachan* äußerte sich in einem ähnlichen Sinne. Er unterstrich, daß es keine Allheilmittel gebe, er jedoch für eine politische Erklärung zu diesem Thema sei.

AM *Howe* sprach sich dafür aus, die bestehende Sachverständigengruppe mit einer detaillierten Untersuchung der anstehenden Fragen zu beauftragen. Auch andere Gremien, wie die Justizminister des Europarats oder die Außenminister der Zehn, könnten eingeschaltet werden. Er zögere allerdings, die Vereinten Nationen intensiver mit der Problematik zu befassen, obwohl dort durchaus kompetente Gremien vorhanden seien.

Bundesminister betonte, man müsse praktisch vorgehen. Die Bundesrepublik habe z.B. eine Übereinkunft mit europäischen Ländern über den Austausch von Fingerabdrücken. Aufgrund dieser Vereinbarung könnten Abdrücke in einer Minute zur Prüfung übermittelt werden. Es gäbe andere Länder, die auch hier am Tisch vertreten seien, mit denen man wie zu Zeiten der Postkutsche verkehre, nämlich Fingerabdrücke per Post übersende. Es gehe wirklich darum, alle technischen Möglichkeiten zu nutzen.

AM *Shultz* stimmte dem britischen Vorschlag zu, die bestehende Gruppe erneut zu beauftragen, vielleicht auch den Auftrag selbst zu erweitern und ihr auch die Ergebnisse der heutigen Diskussion zugänglich zu machen. Aufgrund der Arbeiten der Gruppe könne möglicherweise beim nächsten Treffen[9] noch konstruktiver gesprochen werden.

AM *Andreotti* setzte sich abschließend noch einmal dafür ein, Terrorismus- und Drogenbekämpfung zu kombinieren. Auch er habe Bedenken, die Vereinten Nationen mit der Angelegenheit zu befassen.

Referat 204, Bd. 135268

8 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in London teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 9. Juni 1984 zum internationalen Terrorismus vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 379 f.

9 Das nächste Treffen der Außenminister der G-7 fand am 27. September 1984 in New York statt. Vgl. dazu Dok. 257.

167

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik

D 2 A i. V. 370.20/02-1308/84 VS-vertraulich **8. Juni 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

Betr.: Rede Präsident Reagans in Dublin vom 4. Juni 1984[3];
hier: Erklärung zum Gewaltverzicht und Auswirkungen für Stockholm

Anlg.: 1[4]

1) Rüstungskontrollpolitisch war das Kernstück der Rede Reagans in Dublin sein Angebot, auf der KVAE über die Bekräftigung des Gewaltverzichtsprinzips zu sprechen, wenn dies die Sowjetunion zu Verhandlungen über Absprachen bringt, die diesem Prinzip konkreten Ausdruck verleihen. Noch bei den Beratungen über die Erklärung von Washington[5] hatten die Vertreter der amerikanischen Administration weniger weitgehende, von den Italienern und von uns vorgeschlagene Formulierungen abgelehnt. Die Aufnahme der jetzigen Passage in die Erklärung von Washington hätte die westliche Bereitschaft zu Verhandlungsfortschritten bei der KVAE sicher noch stärker unterstrichen.

2) Dennoch hat die Herausstellung des Angebots durch den Präsidenten selbst auch Vorteile:

– Auftakt der Europareise des Präsidenten[6] mit erheblicher Öffentlichkeitswirkung;
– seine Identifizierung mit der KVAE sowie deren Instrumentalisierung für einen Dialog mit der Sowjetunion;
– Einschwenken auf eine von den meisten Bündnispartnern und insbesondere von uns seit langem befürwortete Position und damit Demonstrieren der Geschlossenheit des Bündnisses;
– Herausstellung amerikanischer Kompromißbereitschaft in einem Punkt, der dem Prestigebedürfnis der Sowjetunion in einer kritischen Phase der bilateralen Beziehungen entgegenkommt.

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. Juni 1984 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 22. Juni 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

3 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vor dem irischen Parlament vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 804–811. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 482–484 (Auszug).

4 Dem Vorgang beigefügt. Für das von der amerikanischen Botschaft am 6. Juni 1984 übergebene Papier „President's Dublin Speech – CDE and Non-Use of Force" vgl. VS-Bd. 11293 (220).

5 Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

6 Präsident Reagan hielt sich vom 1. bis 4. Juni in Irland und vom 4. bis 10. Juni 1984 in Großbritannien auf. Am 6. Juni 1984 nahm er in Frankreich an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") teil.

3) Überhaupt muß die Erklärung Reagans zum Gewaltverzicht im Gesamtzusammenhang einer sicherlich beabsichtigten Signalsetzung in Richtung Moskau gesehen werden, die über den KVAE-Rahmen hinausgeht. Dabei fällt vor allem der nachdrückliche Appell zur Rückkehr an den nuklearen Verhandlungstisch[7] ins Auge, den Reagan in Dublin an die Sowjetunion gerichtet hat. Die angebotene Gesprächsbereitschaft zum Gewaltverzicht könnte darauf abzielen, der prestigebewußten Sowjetunion die Wiederaufnahme der nuklearen Verhandlungen zu erleichtern.

Auch wenn die innenpolitische Wirkung in der gegenwärtigen Phase des amerikanischen Wahlkampfes[8] sicher einkalkuliert war, scheint den Amerikanern an der Seriosität dieses Signals gelegen zu sein. Wie die Botschaft Washington im State Department erfuhr, soll Reagan bereits in seinem einen Monat zurückliegenden Brief an Tschernenko[9] amerikanische Gesprächsbereitschaft in dieser Frage ausgedrückt haben, während die Entscheidung über die Aufnahme des Angebots in die Rede von Dublin erst kurz vor Abreise Reagans nach Europa gefallen sei.

4) Trotzdem erscheint fraglich, ob das Angebot Reagans in der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation nachhaltig positive Wirkungen auf die sowjetische Verhandlungsbereitschaft in Stockholm oder gar in Genf haben wird.

Die bisherige Reaktion in den sowjetischen Medien war grobflächig-polemisch: „Olivenzweig-Schwenkerei" zur Tarnung der obstruktiven Position der USA, Wahlkampfpropaganda, Beschwichtigung der europäischen Öffentlichkeit. Reagans Bereitschaft, in Stockholm über den Gewaltverzicht zu sprechen, wird abgewertet, da sie mit einer Reihe von Vorbedingungen verknüpft sei und insbesondere unter dem Vorbehalt stehe, daß „ein solches Abkommen" nicht die Kernwaffen betreffen dürfe.

In Stockholm widmete der militärische Berater der sowjetischen Delegation, General Tatarnikow, seine Plenarerklärung am 6. Juni, ohne die Rede Reagans zu erwähnen, ausschließlich dem Verzicht auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen, den er als zentrales Element eines Gewaltverzichtsvertrages darstellte.[10] Hier zeichnet sich die Tendenz ab, das Angebot Reagans als unzureichenden Schritt ohne Gegenleistung, ja unter Heraufschrauben der eigenen Forderungen zu kassieren.

5) Das weitere Vorgehen in Stockholm wird deshalb sorgfältiger Abstimmung im Bündnis bedürfen.

7 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

8 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

9 Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Reagan vom 16. April 1984 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vgl. THE REAGAN FILES, Bd. 1, S. 224 f. (Auszug).

10 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 6. Juni 1984, in der Plenarsitzung der KVAE am selben Tag habe der militärische Berater der sowjetischen Delegation, Tatarnikow, eine „Philippika gegen nukleare Rüstung des Westens" zur „Unterstützung der Forderung nach westlichem Verzicht auf Ersteinsatz (N[o]F[irst]U[se])" gehalten: „Bemerkenswert waren auch Hinweise auf Forderung nach NFU innerhalb des westlichen Lagers. […] Zur Untermauerung der sowjetischen Haltung verwies Gen[eral] Tatarnikow auf Tschernenkos Antwort an Petra Kelly, wonach die SU keine Kernwaffen gegen solche Länder einsetzen werde, die ihrerseits auf Produktion, Erwerb und Stationierung solcher Waffen verzichten würden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 200; Referat 221, Bd. 128666.

Die bisherigen amerikanischen Erläuterungen zur Erklärung Reagans sind nicht sehr klar:

– Goodby beschränkte sich im westlichen Caucus wie auch im Plenum der Konferenz im wesentlichen darauf, die Formulierungen Reagans zu wiederholen;
– die amerikanische Botschaft in Bonn war – offenbar im Rahmen einer Demarchen-Aktion in allen Hauptstädten des Bündnisses – bemüht, die Konsistenz der Erklärung Reagans mit der von den Außenministern und insbesondere in der Erklärung von Washington vertretenen Linie zu betonen und ihre Bedeutung eher herunterzuspielen (vergleiche Anlage);
– in Washington vertrat der zuständige Referatsleiter im State Department gegenüber unserer Botschaft die Auffassung, das Angebot Reagans laufe auf eine parallele Diskussion der Themenkreise Gewaltverzicht und konkrete vertrauensbildende Maßnahmen heraus.[11]

6) Nach unserer Auffassung wird es darauf ankommen, für die westliche Verhandlungsführung in Stockholm die richtige Mittellinie zu finden: Bereitschaft zur Diskussion über die Bekräftigung des Gewaltverbots, aber keine Anerkennung einer Parallelität bei der Ausarbeitung konkreter VSBM und den Formulierungen zum Gewaltverzicht. Denn das Konzept von zwei „Körben", in denen ausgewogen Fortschritte zu erzielen wären, würde uns daran hindern, das sowjetische Interesse am Gewaltverzicht doppelt zu nutzen:

– zunächst als Hebel für Konzessionen bei der Erarbeitung konkreter VSBM;
– und wenn dies gelungen ist, um in Formulierungen zum Gewaltverzicht im westlichen Interesse gebotene Klarstellungen zu erreichen (Breschnew-Doktrin[12], Beendigung andauernder Gewalt).

Daß diese Erwartung nicht unrealistisch ist, zeigt die Erfahrung von Madrid[13]. Dort hat der Westen zunächst das sowjetische Interesse an einer „Konferenz über die militärische Entspannung und Abrüstung in Europa" als Hebel für Konzessionen der SU in anderen Bereichen der Schlußakte[14] genutzt und es trotzdem fertiggebracht, auch bei der Ausgestaltung des KVAE-Mandats[15] sein sicherheitspolitisches Konzept zur Geltung zu bringen. Allerdings sollte das Ziel

11 Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 5. Juni 1984 über Gespräche mit Mitarbeitern des amerikanischen Außenministeriums und des Nationalen Sicherheitsrats: „Zum Hintergrund der Rede meinten Gesprächspartner, daß Charakter der Ausführungen zur Sowjetunion zunächst umstritten gewesen sei. State Department habe sich schließlich mit seiner Befürwortung eines konzilianten Duktus durchgesetzt. Dies habe es auch möglich gemacht, in die Rede ein konkretes Angebot an die Sowjetunion aufzunehmen. […] Die Entscheidung, die bisherige amerikanische Haltung zu einer Gewaltverzichtsdiskussion in Stockholm zu ändern, sei nicht zuletzt aufgrund der seit längerem von den Bündnispartnern, insbesondere Deutschland, vorgebrachten Argumente getroffen worden. […] Wichtig sei, daß die USA sich zu einer gleichzeitigen Behandlung der beiden Themenkreise (konkrete vertrauensbildende Maßnahmen und Gewaltverzicht) in Stockholm durchgerungen haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2576; VS-Bd. 12947 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Zur „Breschnew-Doktrin" vgl. Dok. 3, Anm. 22.

13 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

14 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

15 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

der Klarstellung des Gewaltverzichtsprinzips behutsam verfolgt werden, damit nicht bei etwaigen Kompromißformulierungen der Eindruck stillschweigender Billigung sowjetischer Positionen entsteht.

Voraussetzung für den Erfolg in Stockholm ist jedenfalls, daß der Westen das östliche Konzept zweier gleichberechtigter Kategorien von „politischen" und „militärischen" Maßnahmen weiterhin ablehnt und sich auf das Mandat beruft, das die Ausarbeitung konkreter VSBM als prioritäre Konferenzaufgabe definiert.

7) Diese taktischen Erwägungen werden in den Beratungen über die Arbeitsstruktur der KVAE in den nächsten Wochen von aktueller Bedeutung sein. Dabei kann der Westen nach Reagans Angebot die gleichzeitige Behandlung von Gewaltverzicht und konkreten Maßnahmen nicht mehr verweigern. Die Sowjetunion darf jedoch keine prozeduralen Handhaben erhalten, um gleichgewichtige Verhandlungsfortschritte und -ergebnisse im Hinblick auf ihre eigenen Vorschläge und die des Westens zu fordern.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint der von den meisten westlichen Delegationen in Stockholm favorisierte Gedanke einer einzigen Arbeitsgruppe nach wie vor zweckmäßig. Als Alternative könnte aber auch eine mehr differenzierte Struktur geprüft werden, die von drei Arbeitsgruppen ausgeht:

– AG I: Fortentwicklung der VBM von Helsinki; hier ist an Fortschreibung der Parameter und an die Anpassung an die Kriterien des Mandats von Madrid zu denken (insbesondere Verbindlichkeit und Anwendung in ganz Europa).
– AG II: Verhandlung über neue Vorschläge; hierunter würden aus dem westlichen Paket[16] die kalendermäßige Vorankündigung militärischer Aktivitäten sowie der Informationsaustausch über militärische Strukturen und Inspektionen zählen, die von N+N[17] und von vorgeschlagenen Beschränkungsmaßnahmen[18], aber auch die Masse der für den Westen nicht akzeptablen Vorschläge des WP.
– AG III: Diskussion über die Frage, wie – entsprechend dem Konferenzmandat – dem geltenden Gewaltverbot Wirkung und Ausdruck verliehen werden soll.

Diese Konstruktion hätte den Vorteil, daß die Forderung nach parallelen Fortschritten schon im Hinblick auf die schwierige Verhandlungsmaterie in AG II wenig plausibel wäre. Sie würde es erleichtern, als erstes Verhandlungsergebnis ein kleines Paket von VSBM zu verabschieden, die Weiterentwicklungen gegenüber der Schlußakte von Helsinki darstellen. Da in diesem Bereich alle Teilnehmer bereits Vorschläge gemacht haben, wäre dies ein Zwischenergebnis, wie es das Konferenzmandat gestattet, als kleinster gemeinsamer Nenner. Für uns wäre ein solches Ergebnis, vor allem die Erstreckung der VSBM auf ganz Europa, bereits ein erheblicher sicherheitspolitischer Gewinn. Über weitergehende westliche Vorschläge müßte dann in AG II unter Berücksichtigung der Vor-

16 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

17 Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Maltas, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns vom 9. März 1984 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (CSCE/SC/3) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 364–367.

18 So in der Vorlage.

stellungen der anderen Teilnehmerstaaten, insbesondere der N+N, verhandelt werden. Zusätzlich ließe sich das sowjetische Interesse an Fortschritten im Bereich der AG III gezielter als beim Zustandekommen einer einzigen Arbeitsgruppe nutzen.
D 2 i. V.[19] hat mitgezeichnet.

Holik

VS-Bd. 11293 (220)

168

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 8. Juni 1984, 20.42 Uhr**
Fernschreiben Nr. 2350 **Ankunft: 8. Juni 1984, 21.48 Uhr**
Citissime

Betr.: Erklärung von Washington vom 31.5.1984[1];
hier: Demarche bei AM Gromyko

Bezug: DE Nr. 614 vom 8.6.1984 –213-362.00 SOW[2]

Zur Unterrichtung

1) Heutiges 1 3/4stündiges Gespräch wurde von AM Gromyko in der Sache hart und zurückweisend, im Ton im allgemeinen ruhig und sachlich (wenn auch vereinzelt mit ironischem und belehrendem Unterton) geführt.

2) Nach Einleitung trug ich mit Bezugserlaß genehmigten Sprechzettel vor (den ich anschließend nebst Höflichkeitsübersetzung überließ) und schloß unmittelbar die beiden weiteren Gesprächspunkte gemäß Bezugs-DE an (insgesamt ca. 25 Minuten). Gromyko antwortete mit Monolog von 1 Stunde 10 Minuten, in

19 Hans Schauer.

1 Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

2 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl bat Botschafter Kastl, Moskau, im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko „folgende weitere Punkte vorzutragen: Die Bemühungen der Bundesregierung, die Wege für ein besseres Ost-West-Verhältnis zu ebnen, stoßen auf immer offenere Ablehnung in den sowjetischen Medien. Radio Moskau hat sich in seiner Sendung vom 7. Juni (in deutscher Sprache) sogar dazu verstiegen zu behaupten, BM Genscher werde als einer der Totengräber der Entspannung in die Geschichte eingehen. Bei dieser Sachlage fragen wir uns, welches die weitere Linie der sowjetischen Führung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ist […]. Wir haben festgestellt, daß auch nach den Ausführungen von BM Genscher während seines Besuches in Moskau die unhaltbaren Vorwürfe wegen eines angeblichen Revanchismus in der BR Deutschland fortgesetzt werden. Wir bedauern dies. Eine Debatte, die am Donnerstag, den 7.6., im Deutschen Bundestag über die Bedeutung der Grenzfrage im deutsch-polnischen Verhältnis stattfand, zeigt die tatsächliche Haltung der Bundesregierung". Vgl. Referat 213, Bd. 139367.

dem er schwerpunktmäßig gegen westliche Sicherheitskonzeptionen polemisierte, Washingtoner Signal als Rückschritt und Dubliner GV-Angebot[3] als Sophismus bezeichnete, uns vor Revanchismus warnte und zu nüchterner Politik mahnte. Gromykos Ausführungen waren überwiegend geläufige Standardformulierungen, zum Thema Revanchismus brachte er neue harte Töne.

Ich replizierte für weitere 15 Minuten.

3) Gromyko in Stichworten

3.1) Washingtoner Erklärung: Nicht nur keine Vorwärtsbewegung zur Verbesserung Ost-West-Beziehungen, sondern Rückschritt. Formulierungen wohl flexibler aufgrund Einfluß einiger NATO-Mitglieder, aber keine Substanzänderung der Politik. Erklärung setzt hundert Prozent auf Rüstung und militärische Macht, null Prozent auf Dialog und Zusammenarbeit.

3.2) Westliches Sicherheitsverständnis: Geprägt durch US-Bestrebungen nach militärischer Überlegenheit und Rüstungswettlauf in immer neuen Bereichen. Dazu Riesenbudgets. „Sicherheitsinteressen" der USA, GB und F veranlassen diese, keine Nicht-Ersteinsatzverpflichtung von Nuklearwaffen auf sich zu nehmen. US-Konzept von „Sicherheitsinteressen" und „Gebiet lebenswichtiger Interessen" erlauben Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, auch militärisch (Nicaragua, Libanon).

Derartige Konzeption leider zunehmend auch von anderen NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere Bundesrepublik Deutschland, unterstützt.

3.3) Genfer Verhandlungen, insbesondere INF: US-Vorschläge waren von vornherein unannehmbar, USA wollten Verhandlungen um der Verhandlungen willen. SU bereit zu ernsthaften Verhandlungen auf Grundlage von Gleichheit und gleicher Sicherheit. SU-Bedingungen für Wiederaufnahme Genfer Verhandlungen[4] sind bekannt, gelten unverändert.

Dublin-Rede hinsichtlich Raketendislozierung in Westeuropa ultimativ: USA stoppe nur, wenn SU amerikanische Positionen übernimmt. USA sind SU nicht „auf halbem Wege" entgegengekommen, sondern „nicht einmal ein Hundertstel des Weges".

3.4) Weitere Abrüstungsthemen: CW-Vertragsentwurf[5] Zeichen für fortgesetzte US-Obstruktion.

Während SU Entmilitarisierung des Kosmos und Verbot von Dislozierung Massenvernichtungswaffen vorgeschlagen hat[6], machen USA Weltraum zur „Arena neuen Rüstungswettlaufs".

3.5) Reagan-Rede in Dublin zeige nach sorgfältiger Analyse überhaupt keine positive Änderung amerikanischer Politik, im Gegenteil (zu INF s. o.).

3 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni 1984 in Dublin vgl. Dok. 167.

4 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

5 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

6 Zum sowjetischen Entwurf vom 10. August 1981 für einen Vertrag über ein Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum vgl. Dok. 21, Anm. 11.
Einen weiteren Vertragsentwurf zu diesem Thema legte die UdSSR am 19. August 1983 vor. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 242.

3.6) Gewaltverzicht: Reagans Äußerung enthält nichts „in bezug auf unseren Vorschlag, Vertrag über Nicht-Anwendung von Gewalt jeglicher Art zwischen den beiden militärischen Gruppierungen abzuschließen“.[7] Hauptsache für SU: Abschluß eines besonderen Vertrages. Umgehen dieser Frage wird von SU kategorisch abgelehnt.

3.7) CBM: Polemik gegen „militärisch-technische Maßnahmen“ – diese sollen „Spionage zugunsten Pentagon“ in SU und anderen WP-Staaten legalisieren. Nicht ausgeschlossen dagegen, daß über einzelne Maßnahmen der Art, wie bereits in Schlußakte Helsinki enthalten[8], Einigkeit erzielt werden könnte. Erneutes Insistieren auf „besonderem“ GV-Vertrag.

3.8) Politik der Bundesrepublik Deutschland: Ernstes Bedauern, daß diese in letzter Zeit in sehr wichtigen Fragen – Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt – immer mehr nach „militaristischen“ Kurs US-Administration einschwenkt. Hoffnung, daß nüchterne Erwägungen wieder Oberhand gewinnen. SU für Friede und Zusammenarbeit, aber nicht auf dem Wege des Rüstungswettlaufs.

3.9) Revanchismus: Derartige „Ideechen“ werden Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zunehmend von jenseits des Ozeans untergeschoben. Haben leider auch in Erklärung von Washington Eingang gefunden. Diese sind phantastische Konstruktionen – „ihnen gehört die Zukunft nicht“. Versuch, sie in die Tat umzusetzen, nicht nur riskant, sondern verderblich.

Aufruf zu Realismus und Einhaltung geschlossener Verträge und Dokumente. „Realismus ist (Anerkennung von) Existenz von zwei deutschen Staaten – eine Rückwärtsbewegung ist nicht möglich.“ Moniert, daß Bundesregierung zögert, zweiten deutschen Staat völkerrechtlich anzuerkennen.[9]

7 Zum Vorschlag für einen Gewaltverzichtsvertrag zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 11, Anm. 14.

8 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

9 Am 12. Juni 1984 legte Botschafter Kastl, Moskau, zu seinem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. Juni 1984 dar: „Seine Drohung, Versuch, ‚fantastische‘ Forderung der Wiedervereinigung zu verwirklichen, werde ‚unheilvoll‘ sein, dient dem auch sonst erkennbaren sowjetischen Ziel unserer Einschüchterung. […] Mit seinen Äußerungen stellt er Grundlagen des Moskauer Vertrages in Frage. Dieser Versuch kann nicht ernst genug genommen werden und verlangt, so bald und so eindringlich wie möglich zurückgewiesen zu werden. […] Zum Verfahren rege ich an: Botschafter Semjonow einzubestellen und an Vertragsrechtslage im Licht des Briefs zur deutschen Einheit zu erinnern“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2355; Referat 210, Bd. 132602.
Am 4. Juli 1984 wurde der sowjetische Botschafter Semjonow von Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, einbestellt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, vermerkte dazu am 5. Juli 1984, Schreckenberger habe ein Non-paper überreicht und ausgeführt: „Erstaunen der Bundesregierung über Äußerungen Außenminister Gromykos gegenüber Botschafter Kastl am 8. Juni 1984 in Moskau, daß unser Wunsch nach staatlicher Einheit Revisionismus sei. Rechtliche und politische Zugehörigkeit des Briefes zur deutschen Einheit zu Moskauer Vertragswerk (von der Sowjetunion als auf den Vertrag bezogen angenommen). Frage, ob mit Äußerungen Gromykos von Vertragsgrundlagen abgewichen werden soll, was deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht nützen würde.“ Semjonow habe ausgeführt: „Brief zur deutschen Einheit habe sowjetische Seite zwar erhalten. Es handle sich hierbei um ein einseitiges Dokument: Darstellung der Ansichten der Bundesregierung zur Frage der Selbstbestimmung. Angesichts klar formulierten Vertrages kein Platz für einseitige ‚entstellende‘ Auslegungen. […] Interpretation der sowjetischen Seite hat sich im Verhältnis zur bisherigen sowjetischen Auslegung des Moskauer Vertragswerkes nicht verändert. Sowjetische Äußerungen bei der Ratifizierung sind noch immer offizielle sowjetische Position. Von so-

3.10) Zukunft der Ost-West-Beziehungen: Antwort nur für SU: Für gute, gutnachbarliche, normale Beziehungen. In dieser Hinsicht mit Bundesrepublik Deutschland schon viel Positives geleistet – „dieses bleibt in Kraft". „Aber wir können nicht für beide Seiten sprechen."

4) In meiner Erwiderung unterstrich ich:

4.1) Passus Washingtoner Erklärung betreffend Einheit des deutschen Volkes entspricht wörtlich „Brief zur deutschen Einheit"[10], der im Kontext Moskauer Vertrag[11] ausgehandelt, übermittelt und bestätigt wurde. Zugrundeliegendes politisches Ziel ist Grundgesetzauftrag seit 1949[12] und Teil unseres Verständnisses unserer Zugehörigkeit zur freien Welt. Von Anfang an verknüpft mit Gewaltverzicht, der bilateral in Moskauer Vertrag festgelegt und in Schlußakte Helsinki[13] bestätigt wurde.

4.2) Dringendes Plädoyer, Washingtoner Erklärung und Rede Dublin als Entgegenkommen auf halbem Wege zu würdigen und nicht unbeachtet beiseite zu legen.

4.3) Westliche CBM-Vorschläge Stockholm[14] entsprechen präzis Madrider Mandat[15], Verwahrung gegen Spionage-Vorwurf der WP-Staaten.

4.4) Sowjetisches Insistieren auf Vorbedingung für Wiederaufnahme Genfer Verhandlungen – was wir unsererseits als ultimativ empfinden müssen – zutiefst bedauerlich. Bei Fortbestand dieser Haltung faktisch keine rasche Einigung möglich.

4.5) Wert aller Vorschläge – wie z. B. CW – kann nur am Verhandlungstisch ausgelotet werden.

4.6) Verwahrung gegen Vorwurf der Politik „aus Position der Stärke": SU führt keine Politik aus Position der Schwäche – notwendig für beide Seiten eine Politik des Gleichgewichts und dessen Stabilisierung auf möglichst niedrigem Niveau der Rüstungen.

5) Bei Verabschiedung wies ich AM Gromyko unter Bezug auf mit BM verabredetes Treffen[16] auf vorläufige Terminplanung BM für Anwesenheit bei VN-

Fortsetzung Fußnote von Seite 812

wjetischer Seite erhobener Vorwurf des Revanchismus und Revisionismus hat nicht dazu geführt, dem Vertrag eine andere Auslegung als ursprünglich zu geben. Unter Revanchismus und Revisionismus versteht die sowjetische Seite Vorbereitung bzw. Vorhaben der Veränderung der bestehenden Grenzen, Leugnung der Existenz von zwei souveränen deutschen Staaten." Vgl. Referat 210, Bd. 132602.

10 Zum „Brief zur deutschen Einheit" vgl. Dok. 35, Anm. 31.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

12 Vgl. dazu die Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

13 Vgl. dazu Punkt II der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

14 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 auf der KVAE ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

15 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

16 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1984 in New York vgl. Dok. 244 und Dok. 246.

GV – ab 24.9.84 – hin (DE Nr. 588 vom 4.6.84 – 230-381.10[17]). Gromyko entgegnete, wenn er nach New York komme, werde es auch etwa um diese Zeit sein.

[gez.] Kastl

Referat 210, Bd. 132602

169

Botschafter Böcker, Bagdad, an Ministerialdirektor Ruhfus und Ministerialdirigent Loeck

114-2188/84 geheim **Aufgabe: 12. Juni 1984, 13.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 531 **Ankunft: 12. Juni 1984, 15.53 Uhr**
Citissime nachts

Bitte sofort D 3[2] und Dg 42[3] vorlegen.

Betr.: Sicherheitsmaßnahmen für Deutsche in Irak;
hier: Samarra[4]

Bezug: DE 111 vom 9.6.84 – 311-320.00 IRK geheim[5]

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers teilte der Botschaft in Moskau in dem am 30. Mai 1984 konzipierten und am 4. Juni 1984 übermittelten Drahterlaß mit: „Nach vorläufiger Terminplanung ist BM-Reise zur 39. VN-GV in New York für die Woche ab 24.9.1984 vorgesehen." Vgl. Referat 230, Bd. 142175.

1 Hat Bundesminister Genscher am 12. Juni 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Unterrichtung der deutschen Beschäftigten ist durch Botschaft vorzunehmen."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Ruhfus und Referat 311 „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]" verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wegen W[ei]s[un]g BM Ablichtung für 010 fertigen."

2 Jürgen Ruhfus.

3 Hans Werner Loeck.

4 Zur Frage der Herstellung chemischer Waffen durch den Irak in Samarra mittels Lieferungen der Firma Kolb vgl. Dok. 123 und Dok. 136.
Am 30. Mai 1984 teilte Ministerialdirektor Ruhfus Botschafter Böcker, Bagdad, mit: „Es gibt Hinweise, daß in Zusammenhang mit der erwarteten iran[ischen] Großoffensive möglicherweise ein Angriff von dritter Seite auf das Projekt Samarra geplant wird, um allgemeine Verwirrung durch Offensive auszunutzen. Auf Vorfall im Jahre 1981 wird verwiesen. Da deutsche Mitarbeiter der Firma K[olb] besonders gefährdet, wird gebeten, diesen eine Warnung zukommen zu lassen. Dies muß aber in einer Form geschehen, die bei irak[ischen] Stellen keinen Verdacht entstehen läßt." Vgl. den Drahterlaß Nr. 100; VS-Bd. 13570 (311); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Ministerialdirektor Ruhfus teilte der Botschaft in Bagdad mit: „BM legt größten Wert darauf, daß alle im Projekt Samarra arbeitenden Deutschen umgehend, im gleichen Sinne und in gleichem Umfang, wie bereits gegenüber den dortigen Firmenvertretern geschehen, über die besondere Gefährdung unterrichtet werden. Es ist daher unerläßlich, daß Botschaft Unterrichtung nochmals selbst gegenüber allen Betroffenen durchführt. Botschaft wird gebeten, zu diesem Zweck sofort entweder alle Deutschen aus Samarra nach Bagdad zu holen oder einen Mitarbeiter der Botschaft in die Stadt Samarra zu entsenden. Falls dortige Leiter der betroffenen deutschen Firmen dies nicht zulassen wollen, sollte Informierung der deutschen Öffentlichkeit durch Presse-Erklärung des AA angedroht werden." Vgl. VS-Bd. 13570 (311); B 150, Aktenkopien 1984.

Zur Information

1) Sofort nach Eingang des Bezugserlasses hat Wirtschaftsreferent[6] die hiesigen Niederlassungen der Firmen Kolb, Heberger-Bau und Ludwig Hammer GmbH zu einer dringenden Erörterung am 10.6.84 einzeln in die Botschaft gebeten. Er hat die Vertreter der Firmen (es handelt sich außer Herrn Kegel von Heberger-Bau um die stv. Niederlassungsleiter, die wie Kegel deutsche Staatsangehörige sind) darüber unterrichtet, daß nach Informationen der Bundesregierung der Komplex Samarra in besonderer Weise durch Angriffe von dritter Seite gefährdet sei. Der Hinweis auf die „besondere Weise" soll klarmachen, daß nicht die Gefahr, die allgemein bei irakischen Industrieanlagen infolge des Golfkrieges besteht, gemeint ist.

Die Firmenvertreter wurden dringend aufgefordert, dazu beizutragen, daß schnellstmöglich alle deutschen Staatsangehörigen der drei genannten Firmen über diese Warnung unterrichtet werden, und die Botschaft Wert darauf lege, den Deutschen diese Warnung auch persönlich auszusprechen. Die Firmen Heberger und Hammer haben zugesagt, ihre Mitarbeiter (insgesamt etwa 25 Deutsche) am Nachmittag des 1… .6.[7] zur Botschaft zu fahren. Die Firma Kolb steht wegen der Angelegenheit mit dem Niederlassungsleiter Fraenzel, der sich zur Zeit in Frankfurt aufhält, in Verbindung und behält sich die endgültige Antwort auf unsere Bitte vor, um zunächst eine anscheinend für heute (12.6.) vorgesehene Erörterung zwischen Fraenzel und dem AA abzuwarten. Eine Reise eines Botschaftsangehörigen zum Komplex Samarra entfiel wegen der Notwendigkeit einer Reisegenehmigung (Anmeldefrist zehn Tage) und wegen des zusätzlichen Erfordernisses, den Komplex Samarra betreten zu dürfen.

2) Während von den Firmen Heberger und Hammer bisher keine Reaktionen zur Sache vorliegen, ist aus einem weiteren Gespräch mit dem amtierenden Niederlassungsleiter von Kolb, Herrn Herrmann, am 12.6. folgendes festzuhalten:

(1) Wie zu erwarten war, bat Herrmann, ihm konkrete Einzelheiten hinsichtlich der anscheinend nunmehr stärker gewordenen Bedrohung mitzuteilen. Ferner versuchte Herrmann, hinsichtlich der zugrundeliegenden Frage (CW-Produktion) Auskünfte über konkrete Vorwürfe und Beweise zu erhalten. In dem Gespräch, das ich zum Teil selbst geführt habe, haben wir Herrn Herrmann gesagt, daß die Gefahr immerhin für so konkret gehalten werde, daß das AA es für notwendig halte, die deutschen Belegschaftsmitglieder in der vorgesehenen Weise zu warnen. Wir haben ihn ferner darauf hingewiesen, daß die Ernsthaftigkeit der Warnung zwar mit der zugrundeliegenden Behauptung der CW-Produktion zusammenhänge, aber für uns allein die Tatsache der Bedrohung maßgebend sei. In einer solchen Situation nutze es nichts, die zugrundeliegende Frage in Einzelheiten aufrollen zu wollen. Auch für ihn persönlich müßte das Element der Gefahr allein maßgebend sein.

(2) Herr Herrmann sagte, er sei über das Vorgehen des Auswärtigen Amts erstaunt. Es stelle sich die Frage, warum nicht die Firmenleitung in Frankfurt in gleicher Weise auf die offenbar erhebliche Gefahr hingewiesen worden sei und auf diese Weise bereits in Deutschland nach Irak ausreisende Mitarbeiter un-

6 Werner Hachmeier.
7 Verstümmelte Übermittlung des Drahtberichts.

terrichten könne. Herr Fraenzel habe bei telefonischen Anfragen beim AA nur allgemeine Hinweise erhalten, die an sich eine Ausreise der Deutschen nicht gerechtfertigt erscheinen ließen. Aus diesem Grunde werde Fraenzel heute (12.6.) persönlich beim AA vorsprechen.

(3) Er müsse Wert darauf legen, von der Botschaft oder vom AA schriftlich eine auch für die irakische Seite vorlegbare Erklärung zu erhalten, die den Inhalt der von der Botschaft geäußerten Gefahr wiedergebe.

Zu diesem Punkt haben wir ihn darauf hingewiesen, daß wir uns an ihn als deutschen Staatsangehörigen wendeten. Wenn wir die Iraker informieren wollten, könnten wir das auf unserem Wege tun. Wenn er, wie er sagte, über jedes Wort, das wir ihm mitteilten, die irakische Seite aufgrund einer Weisung von Herrn Fraenzel unterrichten müsse, müßten wir das bedauern. (Anmerkung: Es ist anzunehmen, daß Fraenzel seine Haltung in bezug auf die Unterrichtung der Iraker nicht ändern wird.) Wir haben Herrn Herrmann gesagt, daß die Iraker sicherlich über die Gefährdung informiert seien. Es sei in gewisser Hinsicht unfair, wenn man ihn darüber nicht unterrichte. Daß die Iraker die Gefährdung kennten, gehe aus den zusätzlichen militärischen Schutzmaßnahmen hervor.

(4) Herr Herrmann meinte, erstaunlich sei für Kolb ferner, daß nur die Deutschen (aus der Bundesrepublik) über die Gefährdung unterrichtet würden, nicht aber die vielen Briten, Polen, Jugoslawen, Deutschen aus der DDR und Türken, die auf der Baustelle – zum Teil bei Kolb und den anderen deutschen Firmen – arbeiteten. Wir haben Herrn Herrmann geantwortet, daß wir über die Unterrichtung anderer Staatsangehöriger nicht informiert seien; wir als deutsche Botschaft sähen eine Mitteilungspflicht gegenüber den Deutschen der genannten Firmen.

(5) Ein weiterer Grund für sein Erstaunen liege darin, daß seine Firma durch das BAW[8] sehr sorgfältig überprüft worden sei. Als Ergebnis dieser Überprüfung, so sagte Herrmann sinngemäß, sei die Firma Kolb gerechtfertigt und gegen die amerikanischen Vorwürfe in Schutz genommen worden.

Im Verlauf des Gesprächs tauchte auch der Artikel der NYT vom 30.3.84[9] auf, den Herr Herrmann nicht kannte. Wir haben ihm eine Kopie des Artikels gegeben.

3) Aus hiesiger Sicht ist es dringend erforderlich, die drei genannten Firmen in Bonn mit gleichem Nachdruck zu warnen. Nach meinem Eindruck wird es schwierig sein, speziell die Kolb-Mitarbeiter aus dem Projekt herauszulösen. Wenn überhaupt, kann ein Erfolg nur erzielt werden, wenn die Bedrohungssituation mit Nachdruck, wenn auch ohne Konkretisierung, dargestellt wird. Wirksam, wenn auch auffällig, dürfte besonders die Androhung sein, notfalls den Weg über eine öffentliche Warnung zu gehen.

Die Firma Kolb versucht nach Mitteilung von Herrn Herrmann, sich dadurch abzusichern, daß sie neuerdings ihren Beschäftigten mitteilt (anscheinend bei Neuverträgen auch als Teil des Vertrages), die Anlage in Samarra gehöre zu den speziell durch Kriegshandlungen gefährdeten Industrieprojekten Iraks. Die For-

8 Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft.

9 Zum Artikel in der Tageszeitung „The New York Times“ vom 30. März 1984 vgl. Dok. 99, Anm. 4.

mulierung ist so gewählt, daß sie als Warnung gilt, andererseits nicht als Eingeständnis in bezug auf CW-Aktivitäten gewertet werden kann.[10]

[gez.] Böcker

VS-Bd. 14123 (010)

170

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312-74 VS-NfD **13. Juni 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 60 Ortex

Zum Wirtschaftsgipfel London vom 7.–9.6.1984, politischer Teil[2]

I. Allgemeine Wertung

Wie bei früheren Gipfeln nahm auch in London der politische Meinungsaustausch breiten Raum ein. Im Mittelpunkt der politischen Aussprache standen

– die West-Ost-Beziehungen,
– politische Aspekte der Beziehungen zu den EL (insbesondere politische Dimension der Verschuldungsfrage),
– Iran/Irak/Golf,
– internationaler Terrorismus.

Die Ergebnisse der Diskussion sind zusammengefaßt in vier politischen Erklärungen:

– über die demokratischen Werte,
– zu den Ost-West-Beziehungen,
– zum irakisch-iranischen Konflikt,
– zum internationalen Terrorismus.[3]

10 Ministerialdirektor Fischer teilte der Botschaft in Bagdad am 13. Juni 1984 mit: „Bundeskabinett hat heute für Sicherheit der in Samarra beschäftigten deutschen Staatsbürger folgende Entscheidung getroffen: Es soll morgen (14.6.1984) eine Betriebsversammlung aller deutschen Beschäftigten in Samarra in der Botschaft Bagdad stattfinden. Ihnen soll gesagt werden: ‚Die Bundesregierung sieht eine akute Gefahr für Leib und Leben der dort Beschäftigten, weil ein Präventivschlag gegen die Anlage möglich erscheint.' Angaben über Herkunft eines möglichen Angriffs und Hintergrund der Meldung können hierbei nicht gemacht werden. Es muß bei der Erklärung bleiben, daß es sich um deutliche Hinweise an die Bundesregierung mit direktem Bezug auf Samarra handelt." Vgl. den Drahterlaß Nr. 114; VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt am 19. Juni 1984 vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten Daum und Wagner am 22. Juni 1984 vorgelegen.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. ferner Dok. 171.

3 Für den Wortlaut der Erklärungen der Staats- und Regierungschefs vom 8. bzw. 9. Juni 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 375 und D 379 f.

Das Ergebnis des Gipfels bemißt sich jedoch nicht nur nach den verabschiedeten Erklärungen. Sinn des Gipfels lag vor allem – wie BK hervorhob – in den vielstündigen informellen Gesprächen[4], in denen die Beziehungen weiter vertieft werden konnten.

II. Im einzelnen

1) Erklärung zu den demokratischen Werten

Wir haben uns vor dem Hintergrund der Diskussion der letzten Monate über eine angebliche Neuorientierung der amerikanischen Politik zum Pazifik nachdrücklich für diese Gipfelerklärung eingesetzt: Sie unterstreicht Übereinstimmung, daß weltpolitisches Kraftdreieck Europa–USA–Japan zukunftsorientierte Konstellation, die durch gemeinsame Grundwerte und wachsende gegenseitige wirtschaftliche und politische Verflechtungen gekennzeichnet ist. Erklärung stellt Willen zu enger Partnerschaft im Dreieck Europa–Amerika–Japan (nicht Alternative, sondern lebenswichtige Additive) heraus: Freiheitliche Gesellschaften der sieben großen Industrienationen besitzen Willen, Fähigkeiten und Möglichkeiten, wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Veränderungen der kommenden Jahrzehnte mit dem Ziel zu meistern, wirtschaftliche und soziale Stabilität auch unter schwierigen Umständen zu gewährleisten.

Bereitschaft zum Ausbau der Beziehungen mit EL. Respektierung echter Ungebundenheit.

In der Aussprache – vor dem Hintergrund von Interventionen aus EL (ASEAN[5], MP Gandhi[6], LA-Schuldnerländer[7]) – haben insbesondere BK und BM politische Dimension Verschuldungskrise Dritter Welt herausgestellt: nicht nur wirtschaft-

4 Vgl. die Gespräche der Außenminister der G-7 am 8. Juni 1984 in London; Dok. 165 und Dok. 166.

5 Der indonesische Außenminister Kusumaatmadja und der thailändische Außenminister Siddhi richteten am 9. bzw. 18. Mai 1984 Schreiben an Bundesminister Genscher, mit denen sie jeweils verschiedene Positionspapiere der ASEAN-Mitgliedstaaten übermittelten. Für die Schreiben vgl. Referat 412, Bd. 130543.
In einer undatierten Aufzeichnung legte Referat 340 dazu dar: „ASEAN hat in seinen Anregungen zum Wirtschaftsgipfel hingewiesen auf die Bedeutung einer neuen Runde der multilateralen Handelsverhandlungen und eines offenen Welthandelssystems; die wichtige Rolle der Rohstoffexporte für viele Entwicklungsländer; die Zusammenhänge zwischen Wachstum, Handel und Finanzierung für die weltwirtschaftliche Entwicklung; die notwendige Reform des Weltwährungssystems; die Notwendigkeit der Wiederbelebung des Nord-Süd-Dialogs." Vgl. Referat 412, Bd. 130543.

6 Ministerpräsidentin Gandhi richtete am 16. Mai 1984 ein Schreiben an Bundeskanzler Kohl. Für das Schreiben vgl. Referat 412, Bd. 130543.
Referat 402 vermerkte dazu am 5. Juni 1984, Gandhi setze auf neue Impulse für den Nord-Süd-Dialog, insbesondere durch „Einsetzung kleiner informeller Gruppe auf Ministerebene zum Thema ‚Währung und Finanzen', Durchführung eines Sofortprogramms und Eröffnung Globaler Verhandlungen". Vgl. Referat 412, Bd. 130543.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze notierte am 6. Juni 1984, am Vortag hätten die Botschafter Argentiniens, Brasiliens, Ecuadors, Kolumbiens und Venezuelas sowie die Geschäftsträger von Mexiko und Peru Staatssekretär Lautenschlager aufgesucht, um ihm einen Brief der Präsidenten ihrer Staaten an Bundeskanzler Kohl und eine begleitende Verbalnote zu übergeben: „Der brasilianische Botschafter erklärte als Sprecher, man wolle noch einmal kurz vor dem Gipfel die Aufmerksamkeit auf die Probleme der lateinamerikanischen Länder lenken. Die Demarche erfolge in den sieben Gipfel-Ländern. […] Damit solle erreicht werden, daß die Verschuldungsprobleme ihrer Länder auf dem Gipfel nicht nur ein Thema unter mehreren seien, sondern höchste Priorität erhalten. Die Zinsrate habe jetzt eine unerträgliche Höhe erreicht." Vgl. Referat 412, Bd. 130543.
Für das Schreiben der Präsidenten Alfonsín, Belaúnde, Betancur, Figueiredo, Hurtado, Lusinchi und de la Madrid vom 6. Juni 1984 an Kohl vgl. Referat 412, Bd. 130543.

lich-monetäres Problem. Frage der Durchsetzungsgrenze gewisser Forderungen an EL. Hohe US-Zinsen treffen EL noch ungleich schwerer als Europa.

2) Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen

Westliche Grundpositionen werden – wie zuletzt in der Washingtoner NATO-AM-Erklärung[8] – angesichts sowjetischer Verweigerungshaltung nochmals (unter Einbeziehung Japans) deutlich gemacht: wirksame Verteidigungsfähigkeit, breit angelegter Dialog, Verhandlungen ohne Vorbedingungen, Bereitschaft zu langfristiger, konstruktiver Zusammenarbeit.

Erklärung nimmt zum Gewaltverzicht Aussage Präsident Reagans in Dubliner Rede vom 4.6.84[9] auf und bestätigt aktive Politik der Bundesregierung zur Stärkung des GV: Behandlung GV mit dem Ziel seiner Konkretisierung durch konkrete VSBM, in GV-Frage nicht nur reagieren, sondern Frage offensiv und initiativ aufzunehmen. Erklärung ist in Ton und Inhalt maßvoll. Bedeutung auch im Hinblick auf bevorstehende Moskaureise Mitterrands.[10] Von Trudeau geäußerte kritische Bewertung der Erklärung berührt nicht gemeinsame Grundsatzpositionen, sondern hängt mit kanadischem Wunsch zusammen, zehn Punkte der Trudeau-Initiative[11] in Erklärung aufzunehmen. Elemente der Trudeau-Initiative sind in Ziffer 4 der Erklärung enthalten.

3) Erklärung zum irakisch-iranischen Konflikt

Erklärung macht deutlich, daß Iran und Irak von vorneherein bei der Suche nach Lösungen gleichberechtigt beteiligt und in den Beratungsprozeß internationaler Gremien, insbesondere VN, gleichberechtigt eingebunden werden müssen. Nur dann Chance, daß zumindest Teillösungen erreichbar. Appell zur Mäßigung und Vermeidung einer Ausweitung des Konflikts, Aufforderung, Grundsatz der freien Schiffahrt zu achten. Zuversicht, daß Aufrechterhaltung ausreichender Ölversorgung während beträchtlichen Zeitraums gesichert.

4) Internationaler Terrorismus

Terrorismusproblem auf Wirtschaftsgipfeln wiederholt behandelt. In London vor allem von GB vor Hintergrund der Ereignisse um libysche Botschaft[12] aufgenommen. Sieben unterstreichen Entschlossenheit zu enger Zusammenarbeit, insbesondere dichter Informationsaustausch und Abstimmung konkreter Maßnahmen durch jeweils zuständige Behörden. Allerdings kein Automatismus, sondern flexible Behandlung künftiger Einzelfälle. Konsequente Anwendung der im WÜD[13] vorgesehenen Abwehrmaßnahmen gegen Mißbrauch diplomatischer Privilegien. Italienische Seite unterstrich Zusammenhang Finanzierung Terrorismus und Drogenhandel.

8 Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

9 Zur Rede des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 167.

10 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 in der UdSSR auf.

11 Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Trudeau vgl. Dok. 28, Anm. 30.

12 Zum Tod einer britischen Polizistin durch Schüsse, die aus dem Gebäude der libyschen Vertretung in London heraus abgegeben wurden, vgl. Dok. 117, Anm. 29.

13 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

5) BK führte am Rande des Gipfels bilaterale Gespräche mit Präsident Reagan[14] (an dem auch BM teilnahm), Präsident Mitterrand, MP Trudeau, MP Thatcher und MP Nakasone.

[gez.] Steinkühler

Referat 421, Bd. 141419

171

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **14. Juni 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 62 Ortex

Rückblick auf den Wirtschaftsgipfel London vom 7.–9.6.1984 (wirtschaftlicher Teil, zum politischen Teil vgl. Ortex Nr. 60[2])

Sachstand

1) Im Mittelpunkt des Wirtschaftsgipfels in London (7.–9. Juni 1984) standen wie üblich wirtschaftliche Probleme. Der Gipfel erhielt allerdings einen besonderen Akzent durch die anläßlich des zehnten Zusammentreffens der Staats- und Regierungschefs verabschiedete Erklärung über demokratische Werte (im politischen Bereich daneben Erklärungen über Ost-West-Beziehungen, zur Lage am Golf und zum internationalen Terrorismus).[3] Der Gipfel fand vor dem Hintergrund der mit Genugtuung festgestellten und sich verfestigenden weltwirtschaftlichen Erholungstendenzen statt. Er stand aber zugleich auch im Zeichen der von allen Teilnehmern gleichermaßen empfundenen, wachsenden Sorge über die Bedrohung der Funktionsfähigkeit des internationalen Finanzsystems und die soziale und politische Stabilität in der Dritten Welt durch die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer. Bei der Strategie zur Bewältigung dieser Krise lag der Schwerpunkt der Aussprache.

2) In der allgemeinen wirtschaftspolitischen Diskussion war die Frage, ob das US-Budgetdefizit die Ursache des hohen Zinsniveaus in den USA ist oder nicht und welche Schritte die USA im bejahenden Fall zur Senkung der Zinsen tun müssen, wichtigster Gegenstand der Diskussion. Der Zusammenhang wurde

14 Im deutsch-amerikanischen Regierungsgespräch am 7. Juni 1984 in London wurden die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie am Vortag, der bevorstehende Weltwirtschaftsgipfel, die Ost-West-Beziehungen, der Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles durch die UdSSR sowie verschiedene Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178891.

1 Ablichtung.

2 Für den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vgl. Dok. 170.

3 Für den Wortlaut der Erklärungen der Staats- und Regierungschefs vom 8. bzw. 9. Juni 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 375 und D 379 f.

von US-Seite gegenüber der geschlossenen Front aller übrigen Teilnehmer entschieden bestritten und alle Folgerungen daraus deshalb auch abgelehnt. Die Aussagen im Kommuniqué[4] verdecken die Meinungsunterschiede durch abgewogene, die USA nicht isolierende Formulierungen, bringen die Problematik aber mit ausreichender Deutlichkeit zum Ausdruck. Dies erfolgte auch durch den Bundeskanzler in multilateralen und bilateralen Begegnungen. Im übrigen reflektiert die Londoner Erklärung die breite Übereinstimmung aller Teilnehmer über die konsequente Fortsetzung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Strategie, die sich an den Prinzipien der Marktwirtschaft orientiert (Bekämpfung von Inflation, Senkung der Zinsen, Konsolidierung öffentlicher Haushalte, positive strukturelle Anpassung, Stärkung des freien Welthandels).

3) Im Währungsbereich wurden die Finanzminister aufgefordert, ihre laufenden Arbeiten an Möglichkeiten zur Verbesserung der Funktionsweise des internationalen Währungssystems vordringlich und gründlich fortzusetzen und den gegenwärtigen Abschnitt ihrer Arbeiten im ersten Halbjahr 1985 abzuschließen, damit eine Erörterung auf einer baldigen Tagung des IWF-Interimsausschusses stattfinden kann.

4) Im Handelsbereich ging es vor allem um die Frage des Beginns einer neuen GATT-Verhandlungsrunde. Dabei konnten sich die USA und Japan mit ihrer Forderung nach fester Terminierung (1986) gegenüber der EG nicht durchsetzen (wobei D – wie bekannt – in der Lage gewesen wäre, weiterzugehen).[5] Ein Kompromiß wurde durch eine allgemeine Formulierung gefunden.

5) Im Hinblick auf die Verschuldungsfrage und die Probleme der Entwicklungsländer ist es aus außenpolitischer Sicht besonders begrüßenswert, daß vom Gipfel ein Signal an die Länder der Dritten Welt ausging, die sich in verschiedenen Initiativen (lateinamerikanische Präsidenten[6], ASEAN-Wirtschaftsminister[7], PM Gandhi[8], VN-GS[9], Präsident von Panama[10] als Vorsitzender der 38. VN-GV[11]) an die Teilnehmer gewandt hatten.

4 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in London teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 9. Juni 1984 über Wirtschaftsfragen vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 375–379.

5 Zur Frage einer neuen multilateralen Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT vgl. Dok. 155, Anm. 22.
Referat 411 erläuterte am 12. Juli 1984 die amerikanische bzw. japanische Interessenlage: „Washington möchte Ausdehnung der GATT-Regeln auf die Gebiete Dienstleistungen, hochtechnologische Produkte und Auslandsinvestitionen sowie eine Verbesserung der GATT-Regeln für den Agrarhandel; in allen diesen Bereichen sind die USA stark. Tokio benutzt den Vorschlag vor allem zum Schulterschluß mit den USA und um von seinen riesigen Außenhandelsüberschüssen und seiner noch immer ungenügenden Marktöffnung abzulenken. USA und Japan befürworten ein Vorbereitungstreffen auf hoher Ebene schon Mitte 1985“. Vgl. Referat 411, Bd. 131321.

6 Zum Schreiben der Präsidenten Alfonsín, Belaúnde, Betancur, Figueiredo, Hurtado, Lusinchi und de la Madrid vom 6. Juni 1984 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 170, Anm. 7.

7 Zu den Schreiben des indonesischen Außenministers Kusumaatmadja und des thailändischen Außenministers Siddhi vom 9. bzw. 18. Mai 1984 an Bundesminister Genscher; Dok. 170, Anm. 5.

8 Zum Schreiben der Ministerpräsidentin Gandhi vom 16. Mai 1984 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 170, Anm. 6.

9 Botschafter van Well, New York (VN), übermittelte am 30. Mai 1984 ein Schreiben des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom Vortag an Bundeskanzler Kohl und teilte dazu mit, als besonders wichtige Themenbereiche für das Nord-Süd-Verhältnis würden herausgestellt: „Handel: Vorbereitungen für multilaterale Verhandlungsrunde sollten unmittelbaren Abbau von Protektionismus nicht

Die Aussagen zur Schuldenstrategie haben aus außen- und wirtschaftspolitischer Sicht mehr als nur Signalcharakter. Zu erwähnen ist hier insbesondere:

– der Auftrag an die Finanzminister, Finanzprobleme der EL für eine vertiefte Erörterung im Entwicklungsausschuß der Weltbank vorzubereiten sowie
– die Bekräftigung der bisherigen Schuldenstrategie bei Bereitschaft zu ihrer Weiterentwicklung;
– die Absicht, den Schuldnerländern bei den notwendigen Änderungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik unter angemessener Berücksichtigung politscher und sozialer Schwierigkeiten beizustehen;
– die Absicht, den IWF zu stärken und ein engeres Zusammenwirken mit der Weltbank zu fördern;
– die Bereitschaft, mehrjährige Umschuldungen im kommerziellen und öffentlichen Bereich bei entsprechendem wirtschaftlichen Verhalten sowie
– die Ersetzung kurzfristiger Bankanleihen durch stabilere langfristige Finanzierung zu fördern. Schließlich soll
– die Frage einer weiteren Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) durch den IWF im September 1984 vom Interimsausschuß[12] erneut geprüft werden.

Zwar fehlt in der Schlußerklärung ein Passus zum Nord-Süd-Dialog, und die Distanz der USA zur Aktivierung des Gemeinsamen Rohstoff-Fonds[13] bleibt unbefriedigend. Andererseits sind die Aussagen zur öffentlichen Entwicklungshilfe sowie zu Ressourcenschonung, Nahrungsmittel- und Energieerzeugung in den EL aus nord-süd-politischer Sicht befriedigend. Begrüßenswert ist die Aussage zur Afrikahilfe.

6) Zur Lage im Golf und den sich daraus ergebenden möglichen Konsequenzen für die Ölversorgung bestand Einvernehmen darüber, daß die Voraussetzungen für ausreichende Versorgung gegeben sind.

7) Die West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen spielten bei der Gipfeldiskussion keine Rolle. Das Kommuniqué erwähnt, daß die laufenden Arbeiten in gegenseitiger Übereinstimmung fortgesetzt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 821

verzögern. Afrika: Aufruf zu zusätzlichen Nothilfeleistungen, Ausgleich der IDA-VII-Entscheidung durch Supplementary Funding Arrangement oder Erhöhung geeigneter anderer Beiträge, Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffmärkte. Verschuldung: Ermäßigung der Zinsen, Umschuldung auf längere Fristen, zusätzliche Liquidität z. B. durch SZR-Neuzuteilung, langfristige Finanzierung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 971; Referat 412, Bd. 130543.

10 Jorge Enrique Illueca Sibauste.

11 Die XXXVIII. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 20. Dezember 1983 in New York statt.

12 Die Sitzung des Interimsausschusses des Gouverneursrats des IWF fand am 22. September 1984 in Washington statt.

13 Zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vgl. Dok. 46, Anm. 5.
Gesandter Höynck, Genf (Internationale Organisationen), berichtete am 23. Juni 1984, das UNCTAD-Sekretariat habe mitgeteilt, bis 6. Juni 1984 hätten „110 Staaten das Abkommen unterzeichnet und 76 Staaten Ratifizierungsurkunden hinterlegt, was 213,64 Mio. US-Dollar bzw. 45,46% des Pflichtkapitals entspricht". Ferner sei der baldige Beitritt von 29 weiteren Staaten angekündigt worden. Höynck legte dar: „Solange die USA oder die Sowjetunion nicht ratifizieren, und hierfür gibt es aus Sicht der Vertretung derzeit keine Anzeichen, bleibt Inkrafttreten des Gemeinsamen Fonds fraglich." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1279; Referat 402, Bd. 134026.

8) Der Zwischenbericht der auf dem Versailler Wirtschaftsgipfel[14] eingesetzten Arbeitsgruppe „Technologie, Wachstum und Beschäftigung“ wurde – ebenso wie die Einladung der italienischen Regierung zu einer internationalen Konferenz über das Thema der technologischen Innovation und die Schaffung neuer Arbeitsplätze für 1985 – begrüßt. Die Arbeitsgruppe wird ihre Arbeit fortsetzen und den Persönlichen Beauftragten vor dem nächsten Wirtschaftsgipfel[15] erneut berichten.

9) Die Umweltprobleme waren ein wichtiges Gipfelthema. Bemerkenswert war die schließliche Zustimmung auch der USA zu einer Zusammenarbeit, die nicht nur Forschung (z. B. Beauftragung der Arbeitsgruppe „Technologie, Wachstum und Beschäftigung“ für die Erforschung der Ursachen, Wirkungen und Möglichkeiten der Eindämmung der Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung), sondern auch gemeinsame Maßnahmen umfaßt (die von den Umweltministern behandelt werden sollen).

10) Im Hinblick auf die Einladung der USA an die anderen Teilnehmerstaaten zur Mitarbeit an einer bemannten Weltraumstation[16] kam es zu der erwarteten Formulierung in der Abschlußerklärung, wonach sich die übrigen eigenständige Entwicklungen offenhalten wollen, was eine Annahme des amerikanischen Angebots nach gründlicher Prüfung nicht ausschließt.

11) Insgesamt machte das Treffen noch mehr als vorausgegangene Wirtschaftsgipfel die Übereinstimmung aller Teilnehmer in dem Bewußtsein deutlich, daß die Akzeptanz des technologischen Wandels und die Beherrschung seiner unvermeidbaren Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft vorrangig auch als gemeinsame Aufgabe begriffen werden muß.

Hinweis: Kommuniqué folgt mit Informations-Briefdienst.

[gez.] Steinkühler

Referat 430, Bd. 145423

14 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. AAPD 1982, I, Dok. 180.
15 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 in Bonn statt.
16 Zu den amerikanischen Plänen für den Bau einer Raumstation vgl. Dok. 31.

172

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit an die Botschaft in Tripolis

311-321.11 LIY VS-NfD **Aufgabe: 18. Juni 1984, 17.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 100
Citissime

Betr.: Gespräch des BM mit dem libyschen Sekretär für Äußere Sicherheit, Yunis Belgassem, am 13.6.84

Der BM empfing am 13.6. den libyschen Sekretär (=Minister) für Äußere Sicherheit, Yunis Belgassem, zu einem etwa achtzigminütigen Gespräch. Weitere Teilnehmer: RL 311[2], Dolmetscher Twal, LR I Horstmann.

Belgassem berichtete zunächst auf Wunsch des BM über den Hergang der Unruhen in Tripolis vom 8. Mai[3] und erklärte dann, den libyschen Behörden sei bei den Verhaftungen umfangreiches Material in die Hand gefallen; außerdem hätten gefangene Regimegegner breit ausgesagt, darunter solche, die vor einem Jahr aus Braunschweig verschwunden waren und später im Sudan bei der „Nationalen Front zur Errettung Libyens“ auftauchten.[4]

Aus diesem Material habe sich ergeben, daß deutsche Behörden von der Flucht der Libyer aus Braunschweig weder gewußt noch Hilfe geleistet hätten. Hiervon sei zwar er stets überzeugt gewesen, keineswegs aber andere führende Persönlichkeiten seines Landes. Die jungen Libyer seien von in Deutschland lebenden

1 Durchdruck.

2 Reinhard Schlagintweit.

3 Legationsrat I. Klasse Heinsberg, Tripolis, berichtete am 8. Mai 1984, in einem Gebiet in der Nähe der Botschaft, in dem sich Wohnhochhäuser befänden, hätten gegen 9 Uhr Schießereien begonnen. Sie seien gegen 14 Uhr abgeklungen. Auf den Straßen lägen mehrere Tote. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 214; Referat 311, Bd. 137792.
Botschafter Enders, Tripolis, resümierte am 16. Mai 1984: „Ereignisse im Zusammenhang mit den Vorfällen vom 8.5.84 stellen schwere Herausforderung libyschen Regimes dar.“ Es habe sich eine Gruppe von Oppositionellen in Libyen etablieren können, „um aktiv gegen libysches Regime vorzugehen“. Ziel sei es gewesen, „Gaddafi selbst zu treffen“. Die libysche Führung habe die Ereignisse auf die Tätigkeit libyscher Oppositioneller im Ausland zurückgeführt und in diesem Zusammenhang die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik, den Sudan und Tunesien genannt. Sie gehe „hart und unerbittlich“ bei der „Eliminierung von Regimegegnern“ vor. Vgl. den Drahtbericht Nr. 232; Referat 311, Bd. 137792.

4 In einer Aufzeichnung vom 18. Juni 1984 über ein Gespräch des Präsidenten des Bundeskriminalamts, Boge, mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit, Belgassem, am 12. Juni 1984 in Wiesbaden hieß es: „Unter Bezugnahme auf das Verschwinden libyscher Auszubildender aus Braunschweig im Frühjahr 1983, bei dem deutsche Behörden von libyscher Seite bezichtigt worden waren, die Ausreise von ca. acht Libyern nach Khartoum/Sudan unterstützt zu haben, berichtete Herr Belgassem über die Festnahme von drei dieser Auszubildenden in Libyen. Es habe sich nunmehr herausgestellt, daß die Personen mit Unterstützung der sudanesischen Botschaft zunächst von Frankfurt über Kairo nach Sudan gereist waren, um danach zur Begehung von Anschlägen nach Libyen eingeschleust zu werden. Bei ihrer Festnahme hätten sich die Personen im Besitz sudanesischer Pässe mit Falschnamen, ausgestellt von der sudanesischen Botschaft in Bonn, befunden.“ Vgl. die vom Bundesministerium des Innern am 27. Juni 1984 an das Auswärtige Amt übermittelte Aufzeichnung; Referat 311, Bd. 137793.

Mitgliedern der Front angesprochen und abgeworben worden. Sie hätten zunächst im Islamischen Zentrum in Aachen Unterricht über den Umgang mit Sprengstoff erhalten, dann in einem Dorf in der Nähe von Hamburg in der Handhabung von Waffen. Hierbei habe der Exil-Libyer al-Garyani eine führende Rolle gespielt.

In Libyen sei einer der Führer der „Nationalen Front" ein libysches Mitglied der Firma Babcock gewesen; bei den Kämpfen um die von Oppositionellen besetzte Wohnung sei er ums Leben gekommen. Babcock selbst träfe keine Schuld, außer einem fahrlässigen Umgang mit Telefonapparaten, die allen zugänglich gewesen wären.

BM sagte, er sei erfreut und befriedigt über die Feststellung, daß weder deutsche Behörden noch deutsche Firmen die Opposition unterstützt hätten. Wenn Ermittlungen in Libyen ergäben, daß in Deutschland lebende Personen sich strafbar gemacht hätten, so bäten wir, dies den deutschen Behörden mitzuteilen. Wir wollten nicht, daß in der Bundesrepublik Deutschland kriminelle Akte begangen würden, auch nicht gegen Libyen.

B. erwiderte, er habe mit dem Bundeskriminalamt vereinbart, daß er Fotokopien entsprechender Dokumente und Aussagen übersenden werde, damit hier weitere Nachforschungen angestellt würden. Es gäbe in der Bundesrepublik zehn Libyer, die wegen solcher Handlungen von den Volkskongressen verurteilt worden seien. Diese Namen seien dem BKA übermittelt worden. Libyen bitte zu prüfen, ob man sie nicht ausweisen oder ausliefern könne. Anderenfalls befürchte er, daß unkontrollierbare Handlungen gegen sie nicht vermieden werden könnten. Er habe sich dafür eingesetzt, daß es in Deutschland nicht zu Liquidationen komme – bis jetzt mit Erfolg. Angesichts der jüngsten Ereignisse wisse er nicht, ob er sich weiter durchsetzen könne. Das Material, das das BKA erhalte, werde ausreichend Beweise liefern.[5]

Bundesminister sagte, wir wollten nicht, daß in Deutschland innenpolitische Gegensätze eines anderen Landes ausgetragen würden. Wir würden Akte nicht dulden, die von hier aus gegen andere Staaten gerichtet würden, aber auch nicht solche anderer Staaten gegen Personen, die sich in Deutschland aufhalten. Die libysche Führung müsse wissen, daß jeder Akt dieser Art schwerwiegende Folgen nach sich ziehen würde. Daher könne er nur den dringenden Rat geben, daß Libyen sich an den ordentlichen Weg halte, nämlich den deutschen Sicherheitsbehörden Beweise zur Verfügung zu stellen. Wir würden alle uns überlassenen Unterlagen ernst nehmen. Es könne nicht im Interesse Libyens und Gaddafis sein, ein Land zu verlieren, das bisher in der Staatenwelt immer ein gutes Wort für Libyen eingelegt habe. Die Ereignisse in London[6] hätten international einen schweren Schock ausgelöst. Beim Wirtschaftsgipfel in London[7] seien gewisse Beschlüsse nur deshalb nicht gefaßt worden, weil wir nicht einverstanden waren. Die Bundesregierung würde mit großer Entschiedenheit reagieren, wenn sich Vorfälle wie in Großbritannien in Deutschland wiederholten.

5 Zu den Untersuchungen im Zusammenhang mit den Unruhen in Libyen am 8. Mai 1984 vgl. Dok. 205.

6 Zum Tod einer britischen Polizistin durch Schüsse, die aus dem Gebäude der libyschen Vertretung in London heraus abgegeben wurden, vgl. Dok. 117, Anm. 29.

7 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

In aller Freundschaft erlaube er sich noch die Anregung, Libyen möge eine Geste gegenüber London machen. Dort sei ein Fehler gemacht worden. Es könne nicht im Interesse Libyens liegen, viele Feinde zu haben. Was seinen Besuch in Libyen angehe, sei dieser leider nicht zustande gekommen, weil wegen eines Mißverständnisses das libysche Außenministerium den Termin nicht bestätigt habe.[8] Er sei daran interessiert, den Besuch nachzuholen, wahrscheinlich im Herbst, entweder vor oder nach der GV der VN[9]. Er könne noch keinen Termin nennen, möchte den Besuch aber schon jetzt ankündigen. Er sei befriedigt von den Informationen, daß Libyen seine Beziehungen zu Saudi-Arabien und Marokko verbessere. Belgassem bestätigte dies und sagte, auch mit Jordanien habe ein Gespräch über die Wiederaufnahme der Beziehungen begonnen. In London hätten nicht Mitglieder des Volksbüros geschossen, sondern unkontrollierte Anhänger Gaddafis, die unbeobachtet in das Gebäude des Volksbüros gelangt wären.

Bundesminister erklärte abschließend, er stehe gern zur Verfügung, wenn Libyen gegenüber Großbritannien etwas tun wolle. Er bat, Gaddafi zu grüßen und ihm zu sagen, daß er seinem Besuch im Herbst mit großer Erwartung entgegensehe.

BM bat RL 311, Belgassem von einigen Haftfällen zu unterrichten, bei denen wir um das libysche Wohlwollen bäten. RL 311 erläuterte den Fall Rath. Herr Hohmann sei, wie B. mitteilte, am gleichen Tag aus der Haft entlassen worden.

Schlagintweit[10]

Referat 311, Bd. 137793

8 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Libyen vgl. Dok. 122, Anm. 26.

9 Die XXXIX. VN-Generalversammlung fand vom 18. September bis 18. Dezember 1984 in New York statt.

10 Paraphe.

173

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Lázár in Budapest

VS-NfD **21. Juni 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Premierminister Lázár am 21. Juni 1984[2]

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Dr. Stabreit als Note-taker, Herr Aufricht als Dolmetscher; auf ungarischer Seite: Abteilungsleiter Nagy als Note-taker und ein Dolmetscher.

Premierminister *Lázár* eröffnet das Gespräch, indem er Bundeskanzler begrüßt und seine Freude zum Ausdruck bringt, daß er dieser Einladung folgen konnte, und seinen Dank für das Verständnis, das die deutsche Seite im Hinblick auf den Zeitpunkt des Besuches gezeigt habe. Er verweist auf die ungarische öffentliche Meinung, die, wie der Kanzler sicher gehört habe, den Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung beimesse. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern erführe eine weite Förderung. Zahlreiche Menschen seien an dieser Zusammenarbeit beteiligt. Es gäbe aber auch zahlreiche direkte Kontakte. Viele Deutsche besuchten Ungarn und umgekehrt viele Ungarn die Bundesrepublik Deutschland. So gebe es direkte zwischenmenschliche Beziehungen. PM Lázár verweist auf den Austausch im Bereich der Wirtschaft und Kultur. In Ungarn sehe man dem Kommen des Bundeskanzlers mit großer Erwartung entgegen. Gespräche würden in nicht gerade leichter Zeit geführt werden. Er heiße den Bundeskanzler nochmals herzlich willkommen und würde sich freuen, wenn dieser sich während des Aufenthalts in Ungarn wohlfühlen würde.

Bundeskanzler antwortet, er danke herzlich für die freundlichen Worte des Premierministers. Er habe sich auf diese Reise gefreut. Zu den Ämtern der Regierungschefs gehörten eine Menge Pflichten, notwendige Pflichten und angenehme Pflichten. Die Reise nach Ungarn falle für ihn unter die letzte Kategorie, zum einen aus persönlichen Gründen, da er zum ersten Male in Ungarn sei. Schon als Student habe er sich viel mit ungarischer Geschichte beschäftigt. Er wolle dem Premierminister seinen besonderen Respekt für die Leistungen Ungarns der letzten Jahre ausdrücken. Dabei denke er an die Leistung insgesamt. Man könne dies aus deutscher Perspektive recht gut beurteilen. Aber auch aus all-

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 25. Juni 1984 gefertigt und am 29. Juni 1984 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Kenntnisnahme des Auswärtigen Amtes“ übermittelt.
Hat Legationssekretär Wittig am 2. Juli 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte. „Ref[erat] 214 m[it] d[er] B[itte] um Übernahme.“
Hat Vortragendem Legationsrat von der Heyden am 2. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Keil „n[ach] R[ückkehr] z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Keil am 8. Juli 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 214, Bd. 139487.

[2] Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 in Ungarn auf.

gemeinen Gründen handele es sich um eine angenehme Pflicht. Ungarn und Deutsche hätten über die Donau eine tausendjährige Verbindung. Von der Türkenzeit abgesehen, sei dies immer gemeinsame abendländische Geschichte gewesen. Der heilige Stephan sei auch für die Deutschen nicht irgendwer. Er sei eine populäre Figur, und sein Name komme jetzt wieder sehr in Mode. Vieles hätten Ungarn und Deutsche gemeinsam in der Geschichte durchgestanden, in Höhen und in Tiefen. Die Entwicklung der letzten Hälfte dieses Jahrhunderts habe es so gefügt, daß sich Ungarn und die Bundesrepublik Deutschland in zwei verschiedenen Paktsystemen befänden. Dies sei eine Realität. Aber eingedenk auch dieser Tatsache gebe es ein breites Feld, wo man sich bewegen könne. Man dürfe die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, müsse aber das Mögliche tun, die Chancen, die sich einem böten, nutzen. Man dürfe dabei natürlich den anderen nicht überfordern. Bundeskanzler stellte die Frage, was sei schon die Zeit, die einem Regierungschef zur Verfügung stände, in historischer Perspektive? Man müsse tun, was einem zu tun aufgegeben möglich sei.

Bundeskanzler schlägt vor, zunächst einige bilaterale Fragen zu besprechen, um dann auf die weltpolitischen Fragen überzugehen.

Bilateral wolle er folgendes sagen: Soweit er sehe, hätten sich die bilateralen Beziehungen gut entwickelt. Es gebe über 300 Kooperationsvorhaben, vorwiegend mit mittelständischen Unternehmen. Dies sei eine gute Sache und solle gefördert werden.

Ein zweiter Punkt, wo er hilfreich sein wolle, sei die Europäische Gemeinschaft. Die Europäische Gemeinschaft habe jetzt große Probleme. Wir würden diese Probleme lösen. Wir würden aber nie vergessen, daß die EG nicht allein Europa sei. Auch hier in Ungarn sei Europa. Es sei ihm deshalb wichtig, die ungarische Haltung kennenzulernen. Wir groß sei das ungarische Interesse an der EG?[3]

Bundeskanzler sagt dann, es gäbe eine Reihe von humanitären Einzelfällen, in denen er den Ministerpräsidenten um Hilfe bitte.

PM *Lázár* antwortet, er wolle bestätigen, daß die Bundesrepublik Deutschland für Ungarn ein wichtiger Partner sei. Im Kreise der westlichen Länder stehe sie an erster Stelle. Ungarn habe ein Interesse daran, daß diese Situation nicht nur erhalten, sondern sogar verbessert werde. In den Beziehungen beider Länder gebe es keine besonderen Probleme. Allerdings könne man nicht von der allgemeinen Situation absehen, die von Einfluß sei.

Was die Wirtschaftsfragen anbetreffe, so müsse Ungarn besseren Zugang zu den Märkten erlangen, bessere Wettbewerbsbedingungen. Der Export decke den Import nur zu 80%, Ungarn habe ein großes, beständiges Defizit. Natürlich könne die Differenz nicht schnell und vollständig abgebaut werden. Ungarn würde aber gerne bessere Möglichkeiten erhalten, um das Auseinanderklaffen abzubauen. Ungarn sei daran interessiert, auf diesem Wege vorzugehen, um nicht die Einfuhren einschränken zu müssen. Es wolle mehr exportieren. Im übrigen bevorzuge Ungarn eine solche Zusammenarbeit, die über den bloßen Handel hinausführe.

[3] Zu den Gesprächen über ein Handelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 152, Anm. 15.

Bundeskanzler wirft ein, an diesem Morgen sei Ministerpräsident Späth bei ihm gewesen. Man habe über ein bestimmtes Projekt im Hinblick auf Ungarn gesprochen.

Premierminister *Lázár* fährt fort, indem er auf die Zahl der ungarischen Facharbeiter in Deutschland hinweist, 1700. Ungarn sähe keine Schwierigkeiten, den Rahmen auszunutzen. Was die EG anbetreffe, so erkläre sich die ungarische Seite im eigenen Namen und nicht im Namen vom COMECON. Allerdings gebe es auch Kontakte EG/COMECON. Diese ruhten aber zur Zeit.[4] Das Interesse gehe von Ungarn aus. Vereinbarungen müßten aber dem Inhalt nach „meritorisch" sein und die Bedingungen des Zugangs zum Markte erleichtern. Es müßten generelle Voraussetzungen für die Erweiterung des Handels mit dem EG-Raum geschaffen werden. Im Plenum wolle er hierzu aber keine langen Ausführungen machen. In Parenthese wolle er folgendes sagen: Der stellvertretende Ministerpräsident[5] werde den Bundeskanzler auf seiner Reise über das Land begleiten und könne sich mit ihm über diese Fragen noch eingehender unterhalten.

Im Zusammenhang mit verschiedenen Kommentaren in der Presse wolle er folgendes sagen: Man höre hier und da, Ungarn halte sich zurück, es gebe Schwierigkeiten etc. Es sei jedoch Ungarns prinzipielle Entscheidung, so wie bisher vorzugehen. Von allem Anfang an, als man Kontakte mit der EG aufgenommen habe, wie auch in bilateralen Gesprächen, habe man immer gesagt, es sei die ungarische Absicht, besseren Zugang für ungarische Waren zu erreichen. Ungarn wolle auch nicht auf seine Rechte als GATT-Mitglied verzichten. Insofern seien die Ungarn vielleicht etwas stur. Ungarn wünsche auch den Abbau der Agrarschranken. Wenn es generell eine Möglichkeit zu einer Übereinkunft geben sollte, sollten wir sehen, was für beide Seiten von gegenseitigem Nutzen sei. Die Ungarn seien nicht ungeduldig. Natürlich würde man am liebsten schon heute ein Abkommen abschließen. Aber wenn es keine Möglichkeit zum Abschluß eines Abkommens gebe, dann solle man sich auch dadurch nicht irritieren lassen.

Bundeskanzler antwortet, das Ganze werde nicht einfach sein. Nicht alle seine Kollegen in der EG teilten seine Meinung hinsichtlich Ungarns. Er wiederum habe eine Menge Gründe für seine Auffassung, die andere nicht hätten. Vielleicht seien diese Gründe, die er habe, dem Ministerpräsidenten nicht unsympathisch, vielleicht unterschieden sie sich auch nicht so sehr von den ungarischen Gründen. Die geopolitische Lage habe etwas damit zu tun. Im Januar werde man in Brüssel eine neue Kommission haben, und bis dahin sollten auch die anderen EG-Probleme gelöst sein. Im neuen Jahr müsse man dann energisch an die

4 In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 19. Juni 1984 wurde vermerkt: „EG und RGW sind seit 1973 über ein Rahmenabkommen im Gespräch. Die Expertenverhandlungen zwischen EG-Kommission und RGW-Sekretariat ruhen jedoch seit 1980. Zuletzt hatten beide Seiten in einem Briefwechsel zwischen dem damaligen Vorsitzenden des RGW-Exekutivrats, dem bulgarischen V[ize]P[remier]M[inister] Lukanow (Schreiben vom Oktober 1980 an Ratspräsident Thorn), und VP Haferkamp (April 1981) ihre Positionen dargelegt, ohne jedoch weitere konkrete Schritte zu vereinbaren. Im Juli 1981 schlug VPM Lukanow gegenüber BM Genscher in Sofia eine gemeinsame politische Erklärung beider Organisationen sowie die Einsetzung eines Gemischten Ausschusses ohne vertragliche Grundlage vor, weil er wegen Widerständen in beiden Lagern keine Chance zur Realisierung des Rahmenabkommens sah. Dieser Gedanke wurde von uns nicht weiterverfolgt, u. a. wegen des Problems der Einbeziehung Berlins". Vgl. Referat 411, Bd. 131205.

5 József Marjai.

übrigen Probleme herangehen. Er, der Bundeskanzler, wolle hilfreich sein. Er wolle dabei nicht wie ein Buchhalter vorgehen, so daß auf beiden Seiten sich die Ziffern decken müßten. Wer keine weitergehende Sicht von den Dingen habe, der solle zurücktreten.

Bundeskanzler verweist auf das besondere Problem der DDR. Die DDR habe im Hinblick auf die EG eine besondere Stellung.[6] Wir würden das nicht ändern, aber weil es so sei, gebe es in der EG Partner, die sagten, ein solcher Fall genüge. Wir sollten über diese Frage in Kontakt bleiben, nicht im vollen Lichte der Öffentlichkeit, sondern diskret. Man könne ja schnell Mitarbeiter hin und her schicken.

Premierminister *Lázár* dankt dem Bundeskanzler. Es sei den Ungarn bekannt, wie er zu der Sache stehe. Ungarn danke für das, was er bisher geleistet habe, aber auch für das, was er in Aussicht gestellt habe. Er danke vor allem für den Vorschlag des Bundeskanzlers hinsichtlich der Art und Weise, wie man zukünftig vorgehen soll.

Bundeskanzler wirft ein, unbürokratisch und diskret.

Premierminister *Lázár* fährt dann fort, was die humanitären Fälle angehe, so wolle Ungarn humanitäre Gründe berücksichtigen. Seine Mitarbeiter würden die von deutscher Seite übergebenen Fälle prüfen, und er werde sich persönlich in der Sache einsetzen.[7]

Bundeskanzler eröffnet dann das Gespräch zur allgemeinen Lage. Er erläutert, einer seiner engsten Mitarbeiter sei gestern abend aus Moskau zurückgekommen.[8] Ungeachtet der allgemeinen Lage sei es gelungen, einen direkten Kon-

6 Abschnitt 1 des „Protokolls über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen“ zum EWG-Vertrag vom 25. März 1957 bestimmte: „Da der Handel zwischen den deutschen Gebieten innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den deutschen Gebieten außerhalb dieses Geltungsbereichs Bestandteil des innerdeutschen Handels ist, erfordert die Anwendung dieses Vertrags in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 984.

7 Referat 513 vermerkte am 4. Juni 1984: „In Ungarn leben noch schätzungsweise 220 000 deutsche Volkszugehörige meist bäuerlicher Herkunft. Ein Ausreisedruck unter ihnen ist wegen der ungarischen Nationalitätenpolitik, einer flexiblen Reisepraxis und des starken Heimatgefühls der Ungarndeutschen nicht vorhanden. […] Härten entstehen allerdings in Fällen von Familienzusammenführung mit Angehörigen, die anläßlich genehmigter Besuchsreisen im Bundesgebiet verblieben, also nicht legal ausgesiedelt sind. In diesen sog. ‚Illegalen-Fällen‘ (1983: 418) ist mit ‚Wartezeiten‘ von (bis zu) fünf Jahren zu rechnen.“ Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1715.
In einem Gesprächsführungsvorschlag vom 4. Juni 1984 vermerkte Referat 513, die Bundesregierung bitte darum, „den Ausreiseanträgen der Familien Guette und der Frau Kumli, die in der hiermit überreichten Härtefallliste aufgeführt sind und am 21.12.1983 schon Herrn Außenminister Várkonyi empfohlen wurden, ehestmöglich zu entsprechen“. Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1715.
Botschafter Dencker, Budapest, informierte am 18. Juni 1984 vor dem Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Ungarn: „Herr Kumli teilte der Botschaft telefonisch mit, daß seine Frau und das Kind von der ung[arischen] Fremdenpolizei die Ausreiseerlaubnis erhalten hätten und Ungarn am 19. Juni 1984 verlassen würden. Herr Kumli hatte Ungarn im April 1980 illegal verlassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 426; Referat 214, Bd. 139521.

8 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 20. Juni 1984 über den Besuch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, in der UdSSR: „Offener Schlagabtausch in Debatte zwischen MD Teltschik und 1. Stv. Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, Sagladin, am 19.6.84 in Moskau bei einem Symposium des Bergedorfer Gesprächskreises bewegte sich für anwesende Sowjets oft an Schmerzgrenze. Zwar reagierte Sagladin darauf in der Sache hart (‚Kalte-Kriegs-Rhetorik‘), diese Reaktion baute er aber in seine Erwiderung so ein, daß auf Werbung um Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen gerichteter Duktus seines Vortrages dadurch nicht verlorenging. […] Am vergleichsweise empfindlichsten reagierte Sagladin auf MD Teltschiks Ausführungen zur deutschen Fra-

takt aufzubauen. Besonders gut habe dies mit Andropow funktioniert. Er habe sehr bedauert, daß die Ära Andropows nicht so lange gedauert habe. Hier befinde er sich möglicherweise in Übereinstimmung mit der ungarischen Auffassung. Sein Mitarbeiter sei nun mit wichtigen Erkenntnissen zurückgekommen. Insbesondere seien alle sowjetischen Gesprächspartner davon überzeugt, daß die USA zum Krieg rüsteten. Dies sei absurd. Er verstehe in gewisser Weise das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Dieses Sicherheitsbedürfnis sei jedoch mit dem Verstand nicht zu fassen. Die Sowjetunion sei die stärkste Militärmacht der Welt, und es drohe ihr kein Angriff. Man müsse aber dafür Verständnis haben, daß die Sowjetunion keine natürliche Westgrenze habe und zweimal in 120 Jahren durch Napoleon und Hitler einem Angriff ausgesetzt gewesen sei. Insbesondere der Zweite Weltkrieg habe sie ungeheure Opfer gekostet. Dennoch bleibe die Tatsache bestehen, daß es bei gutem Willen auf beiden Seiten möglich sein müsse, zu einem Ausgleich zu kommen. Dieser dürfe nicht darin bestehen, daß eine Seite der anderen ihr System aufzwinge. Gewalt als Mittel der Politik müsse ausscheiden. Dies sei seine Grundposition. Er wolle ein verläßlicher Partner sein. Er habe Andropow gesagt, er habe keine Chance, Politbüromitglied zu werden, und Andropow habe keine Chance, in das Präsidium der CDU aufgenommen zu werden. Er, der Bundeskanzler, werde nie Kommunist werden. Seine Grundposition sei nicht zu erschüttern. Er werde sich aber auch nicht mit der Teilung Deutschlands abfinden. Auch ein Russe würde das nicht tun, wenn die Mauer an der Moskwa entlangliefe.

Natürlich wisse er, daß die Teilung eine Realität sei. Die Aufhebung der Teilung sei nur mit friedlichen Mitteln möglich, d. h. mit Zustimmung der Nachbarn. Dies wiederum heiße, daß es sich um ein Thema handele, das nicht auf der Tagesordnung stehe. Langer Atem sei nötig. Die ungarische Geschichte sei voller Beispiele für solche Situationen. Aber man müsse das Nötige tun. In wenigen Monaten werde er sich mit Herrn Honecker in der Bundesrepublik Deutschland treffen.[9] Er habe Honecker gesagt, wir müßten jetzt etwas für die Menschen tun. In ganz Europa stürben die Bäume, die Flüsse hätten schlechtes Wasser. Vieles sei machbar. Man müsse miteinander sprechen.

Bundeskanzler fährt fort, die zwei Blöcke seien eine Realität. Wir seien wohl der engste Partner der USA, in diesem Verhältnis jedoch Verbündete und keine Vasallen. Was das von ihm vorher erwähnte deutsch-ungarische Projekt angehe, so möge sein, daß die USA anderer Meinung seien, aber wir hätten unse-

Fortsetzung Fußnote von Seite 830

ge und zum Brief zur deutschen Einheit. Er warf uns eine auf ‚Liquidierung der DDR' gerichtete Politik vor. Sichtlich betroffen war auch seine Reaktion auf Forderung, ihren Verbündeten im WP Spielraum für eigene Westpolitik zu gewähren. Forderung nach Verzicht auf sozialistischen Internationalismus sei Forderung nach Aufgabe ideologischer Grundprinzipien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2501; Referat 213, Bd. 139305.

Am 26. Juni 1984 informierte Kastl: „Die sowjetische Wahrnehmung von MD Teltschik zeugte weder von Aufmerksamkeit noch von Gesprächsbereitschaft. […] Seine Gesprächswünsche im S[owjetischen]A[ußen]M[inisterium] und ZK-Sekretariat wurden negativ beschieden, zum Teil mit unrichtiger Begründung". Der Grund könnte darin liegen, „daß die Sowjets derzeit keine politischen Hintergrund-Gespräche mit uns führen wollen. Dahinter mag aber auch – so die Andeutung eines ZK-Mitarbeiters – das Bestreben AM Gromykos stehen, neben Gesprächskanälen über SAM keine weiteren, direkteren zu GS Tschernenko zuzulassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2557; Referat 201, Bd. 130189.

9 Zu einem Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 80 und Dok. 98.

re Meinung. Gerade weil er ein so enges und gutes Verhältnis mit den USA habe, könne er mit den USA auch offen sprechen. Er stehe nicht in Verdacht, zwischen den Fronten zu stehen. Im Sommer 1983 habe er Andropow gesagt, daß die Bundesrepublik Deutschland stationieren werde, wenn die Verhandlungen kein Ergebnis brächten.[10] Der Generalsekretär solle sich nicht durch Fotos täuschen lassen, auf denen 500 000 Demonstranten zu sehen seien. Dies sei aber nicht das Ziel seiner Politik. Sein Ziel sei es, keine amerikanischen und keine sowjetischen Raketen zu haben. Jetzt müsse man freilich sehen, daß vor den amerikanischen Wahlen[11] nichts mehr laufe. Dann wolle er einen Beitrag leisten zu diesem seinem Ziel. In allen vorhandenen Gremien könne etwas getan werden, z. B. im Hinblick auf die C-Waffen, aber auch im Hinblick auf die Raketen. Es gebe eine Chance, eine reale Chance, auch mit Präsident Reagan. Das Bild des Präsidenten in der sowjetischen Presse sei falsch. Jetzt sehe es so aus, als werde er die Wahlen gewinnen. Seine Chancen stünden wohl 7 : 3. Dann habe er noch vier Jahre vor sich. Er kenne Reagan gut. Präsident Reagan wolle am Ende seiner Präsidentschaft – er sei dann 76 Jahre alt – als Friedensfürst in die amerikanische Geschichte eingehen. Er dränge den Präsidenten seit langem zu einem Gipfeltreffen. Andropow habe den Gedanken an ein solches Treffen nicht abgelehnt. Er habe es auch Tschernenko gesagt.[12] Präsident Reagan habe jetzt eine lange Erklärung abgegeben[13], und man habe auch in London[14] über diese Frage gesprochen. Er habe dem Präsidenten gesagt, er solle ein Treffen ohne jede Vorbedingung suchen. Wenn der Präsident jetzt auf den Gedanken eines solchen Treffens eingegangen sei, so handele es sich nicht um ein Wahlkampfmanöver.

Sein Vorgänger[15] habe Dolmetscher sein wollen. Dies sei lächerlich, denn die Sowjetunion und die USA brauchten weder Deutsche noch Ungarn als Dolmetscher. Wenn sie wollten, könnten sie in einer Stunde miteinander Kontakt aufnehmen und sprechen. Aber man könne Einfluß nehmen. Es sei eben ein Unterschied, ob man in Bonn oder in Washington sitze. Gerade habe er mit Premierminister Lubbers telefoniert. Das Gespräch habe sich im wesentlichen um EG-Fragen gedreht. Doch habe man auch über diese Fragen gesprochen. Er, der Bundeskanzler, habe noch zusätzliche Funktionen, die ihn dazu legitimierten. Er sei der Vorsitzende der CDU, der größten Partei in Westeuropa. Deshalb wolle er zu einem Ausgleich beitragen. Wenn die Sowjetunion sich verkrampfe und wirklich glaube, daß die USA einen Krieg wollten, so werde dies eine schwierige Sache sein. Natürlich wollten die USA keinen Krieg. Dies sei eine absurde Vorstellung. Seine Bitte sei es, daß Ungarn die Chancen wahrnehme, die es ohne Zweifel habe. Ungarn möge der Sowjetunion signalisieren, daß es Chancen gebe und daß eine Verhärtung nicht zwingend sei. Die Sowjets dürften nicht Opfer ih-

10 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200 und Dok. 204.

11 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

12 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 14. Februar 1984 in Moskau vgl. Dok. 45.

13 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni 1984 in Dublin vgl. Dok. 167.

14 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

15 Helmut Schmidt.

rer eigenen Propaganda werden. Wenn Iswestija und Prawda schrieben, daß er, der Bundeskanzler, ein Kriegstreiber sei, so habe er nichts dagegen, solange sie nicht selbst daran glaubten.

Premierminister *Lázár* dankt dem Bundeskanzler für seinen Überblick. Der Bundeskanzler habe viele Themen angeschnitten. In einigen Teilen sei er mit ihm einig. Das Thema werde ja auch bei den anderen Gesprächen[16] aufkommen. Ungarn sei bekannt, welche Rolle die Bundesrepublik Deutschland gespielt habe, als der Prozeß im Verhältnis zum Osten, d.h. die Ostpolitik, die Ungarn sehr hoch eingeschätzt habe, einsetzte. Die damals ergriffenen Schritte bewiesen, daß man mit Sinn für Realität an die Dinge herangehen kann. Er wolle nicht verschweigen, daß die ungarische Öffentlichkeit unangenehm davon berührt worden sei, daß sich die Bundesrepublik Deutschland für den Doppelbeschluß[17] eingesetzt habe. Auch die Begründung habe bei den Ungarn Befremden ausgelöst. Ungarns Auffassung dazu sei folgende: Die Konfliktgefahr sei gesteigert, die Lage habe sich verschärft. Es könne auch schon einmal „in unseren Kreisen" Bewertungsunterschiede geben. Nach dem, was der Bundeskanzler gesagt habe, sehe man das offenbar „bei uns" falsch. Aber es sei doch wohl so, daß eine Gefahr für den Frieden vorhanden und die Lage explosiv sei. Der Bundeskanzler habe ausgeführt, daß er in gewisser Weise für die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion Verständnis aufbringe. Damit habe er der Sache einen guten Dienst erwiesen. Auch die sozialistischen Länder einschließlich Ungarn seien betroffen. Auch Ungarn habe historische Erfahrungen. Premierminister Lázár verweist auf die Jahre 1917 und 1918. Einem Land gegenüber, das historisch die Erfahrung gemacht habe, daß es bedroht und auch angegriffen werde, müsse man Verständnis haben. Insbesondere aber müsse es tatsächlich doch so sein, daß Worte und Taten näher beieinander liegen. Der Bundeskanzler habe seine Grundposition klar beschrieben. Das mache die Position berechenbar. Man müsse auch die Position der UdSSR und die Reaktionen des Warschauer Paktes mit berücksichtigen. Die neuere Geschichte habe Fälle mit sich gebracht, die zu der Konsequenz geführt hätten, daß Vereinbarungen mit Fragezeichen versehen werden mußten. Premierminister Lázár erwähnt das SALT-II-Abkommen.[18] Es gebe auch andere Situationen, wo man sich frage, ob der Wille maßgebend sei oder die Ausführungen. (*Bundeskanzler* wirft ein: In der Politik sei dies der Wille.)

16 Bundeskanzler Kohl traf am 22. Juni 1984 in Budapest mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, zusammen. Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch vermerkte am 29. Juni 1984, auf Wunsch Kohls habe der Hauptteil des Gesprächs nicht mitgeschrieben werden dürfen. Nach Auskunft des Bundeskanzleramts vom 26. Juni 1984 seien folgende Themen erörtert worden: die Ost-West-Beziehungen, eine deutsche Wiedervereinigung, die Beziehungen Ungarns zu den Europäischen Gemeinschaften, deutsche Kriegsgräber in Ungarn, die Stellung der Bundesrepublik in der NATO, die ungarische Außenpolitik, die Führung der UdSSR, Abrüstungsfragen sowie die KVAE. Vgl. Referat 214, Bd. 139487.

17 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

18 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197. Zur Aussetzung der Ratifizierung in den USA vgl. Dok. 27, Anm. 15.

Premierminister *Lázár* fährt fort, es sei leicht darstellbar, daß Präsident Reagan für den Frieden eintrete. Er sei der gleichen Auffassung wie der Bundeskanzler: Die Lage, so wie sie jetzt bestehe, könne nicht lange weiter so bestehen. Schon jetzt überschreite die Aufrüstungsspirale alles Rationale. Einen Ausweg gebe es nur über Verhandlungen. Da denke er wie die deutsche Seite. In erster Linie müßten die Sowjetunion und die USA ihr Verhältnis regeln, und zwar so, daß es bald zu Verhandlungen komme.

Der Bundeskanzler habe Andropow und Tschernenko erwähnt. Er könne dem Bundeskanzler versichern, daß er nicht im Namen der Sowjetunion spreche. Er spreche aber als Vertreter eines Landes im Warschauer Pakt und als Kenner der Sowjetunion. Auch die Sowjetunion bestreite nicht, daß Persönlichkeiten in der Politik eine gewisse Rolle spielten. Entscheidend sei jedoch die politische Linie, die ein Land vertrete, unabhängig von den Personen, die es leiteten. Bei der Sowjetunion folge daraus die Berechenbarkeit ihrer Politik. Das Verhalten der Sowjetunion sei auch damit erklärbar, daß sie zahlreiche Versäumnisse und historisch bedingte Verluste aufzuholen habe. Die Sowjetunion sei daran interessiert, möglichst viele Ressourcen in den Dienst der Gesellschaft einzusetzen. Premierminister Lázár verweist auf die kürzlichen Verhandlungen im Rahmen des COMECON.[19] Dort habe man Entschließungen verabschiedet und beschlossen, die Zusammenarbeit untereinander zu verstärken, aber zugleich auch den Zugang zu den Weltmärkten und zum Welthandel zu suchen. Die Sowjetunion habe keine aggressiven Absichten. Es sei absurd zu glauben, daß sie den Krieg wolle. Nein, sie wolle den Frieden. Wir müßten gemeinsam versuchen, das Schloß zu der Tür, die zu Verhandlungen hinführe, zu öffnen, damit vernünftige und tragfähige Abkommen vereinbart werden können. Ministerpräsident Lázár verweist auf zahlreiche Vorschläge des Ostblocks, die das Ziel gehabt hätten, eine Basis für Verhandlungen zu schaffen, um auf dem Wege von Verhandlungen ein Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen. *Bundeskanzler* äußert, dies sei auch seine Politik. Ministerpräsident *Lázár* fährt fort, der Bundeskanzler habe erwähnt, die Bundesrepublik Deutschland könne kein Dolmetscher sein. Dies sei richtig. Aber Ungarn und Deutschland verhandelten in zahlreichen Gremien. Ungarn gehe dabei überall von der gleichen Auffassung aus. Dies sei die ungarische, nicht die sowjetische Auffassung, von der man sich leiten lasse. Es sei wichtig, den Dialog zu führen. Die USA und die Sowjetunion hätten eine bestimmte Rolle zu spielen. Sie könnten nicht übergangen werden. Aber auch die mitteleuropäischen, die kleineren Länder hätten eine Rolle zu spielen, auch sie könnten einen Beitrag zum Dialog leisten.

Bundeskanzler dankt für diese interessanten Ausführungen. Es werde sehr schwer sein, etwas zu bewegen, aber wir hätten keine Alternative. Das Denken von Maginot biete keine Lösung. Im Deutschen spreche man vom Rad der Geschichte. Ein Rad müsse sich aber stets bewegen. Das Ungarn der letzten 20 Jahre biete ein interessantes Beispiel für diese These. Er hoffe, daß es gelingen werde, in die Lage Bewegung hineinzubringen. Er wolle noch eine Bemerkung zur

[19] Vom 12. bis 14. Juni 1984 fand in Moskau eine Konferenz der Staats- und Parteichefs der RGW-Mitgliedstaaten statt. Für den Wortlaut der Pressemitteilung, der Erklärung und der Deklaration vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 513–527.

Sowjetunion machen: Natürlich sei in der sowjetischen Außenpolitik eine Linie erkennbar, doch gebe es auch große Nuancen. Unser Problem sei, daß wir die jetzigen Nuancen noch nicht recht erkennen würden. Er erinnere sich gut an sein Gespräch mit Andropow. Er sei der einzige westliche Staatsmann gewesen, der so viel Zeit in einem Gespräch mit Andropow verbracht habe. Daraus sei dann die Dialogidee entstanden. Er habe damals auch mit den Marschällen gesprochen.[20] Dies seien sehr interessante, um nicht zu sagen amüsante Gespräche gewesen. Ustinow sei ein eindrucksvoller Mann. Bei uns in Deutschland könne man ihn sich als großen Bauernführer vorstellen. Ogarkow entspreche mehr einem Offizier deutscher Generalstabstradition. Sowjetische Sicherheitsdoktrin entspreche jedoch nicht der Realität. Gegenüber der NATO habe die Sowjetunion ein ganz falsches Feindbild. Weder die USA noch die Deutschen noch die NATO als solche wollten einen Krieg anfangen. Wir würden jedoch jeden Meter Boden verteidigen, wenn wir angegriffen würden. Wir wollten so viel wie möglich Zusammenarbeit. Wir seien Realisten, und es gebe bei uns keinen Revanchismus. Was er dazu in der sowjetischen Presse lese, sei Unfug.

1944 bis 1950 hätten 12 Millionen Deutsche ihre Heimat verloren. Dies sei eine psychologisch äußerst schwierige Sache. Nicht einmal die Gräber der Eltern könnten sie mehr besuchen. Von diesen 12 Millionen lebten vielleicht noch fünf Millionen, aber sie hätten Kinder gehabt und Enkel, und es bleibe die Erinnerung. Blut dürfe nicht durch Blut vergolten werden. Das müsse jeder begreifen. Nachdem General Jaruzelski das Kriegsrecht ausgerufen habe[21], sei die wirtschaftliche Lage in Polen katastrophal gewesen. Wir hätten ein besonderes Verhältnis zu Polen. Deutsche und Russen hätten sich wiederholt Polen geteilt.[22] Schreckliches hätten sich Polen und Deutsche gegenseitig zugefügt. Und dennoch, als diese Lage in Polen entstand, habe auf seine, des damaligen Oppositionsführers, Initiative, Bundestag einen Gesetzesantrag verabschiedet, wonach in der Weihnachtszeit für die Dauer von sechs Wochen Pakete nach Polen portofrei geschickt werden konnten.[23] Im Jahr darauf habe sich dies wiederholt.[24]

20 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. AAPD 1983, II, Dok. 205.

21 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

22 Polen-Litauen wurde 1772, 1793 und schließlich vollständig 1795 aufgeteilt. An den Teilungen waren 1793 das Königreich Preußen und das Russische Reich sowie 1772 und 1795 das Königreich Preußen, das Russische Reich und die habsburgisch-lothringische Monarchie beteiligt.
Das mit dem Wiener Kongreß, der vom 18. September 1814 bis 9. Juni 1815 tagte, errichtete „Kongreß-Polen“ verlor 1831 seinen autonomen Status innerhalb des Russischen Reiches.
In einem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 zum Nichtangriffsvertrag vom selben Tag steckten das Deutsche Reich und die UdSSR ihre Interessensphären unter anderem in Polen ab und einigten sich auf eine Teilung, die „ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San“ bestimmt wurde. Vgl. ADAP, D, VII, Dok. 229.
Eine genaue Festlegung der „Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates“ wurde im Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vorgenommen. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157.

23 In einem Entschließungsantrag vom 13. Januar 1982 forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, „sicherzustellen, daß Hilfspakete nach Polen vorläufig auf die Dauer von sechs Monaten von der Deutschen Bundespost portofrei nach Polen befördert werden“. Vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 280, Drucksache Nr. 9/1265 (neu).
In der Beschlußempfehlung des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen vom 3. Februar 1982 hieß es: „Der Bundestag wolle beschließen: Für Geschenkpakete privater Versender nach Polen werden ab 8. Februar 1982, befristet bis zum 30. Juni 1982, von den Einlieferern keine Gebühren er-

Private Gruppen, insbesondere Studenten und Jugendliche, hätten in diesen wenig mehr als zwei Jahren 300 Millionen DM für Polen gesammelt und in Form von Lebensmittelpaketen, Medikamenten etc. dort hingeschickt. Man könne aus der Geschichte lernen. Er, der Bundeskanzler, hoffe, daß es uns gelinge, das Verhältnis zu Polen zu normalisieren. Daß er in der polnischen Presse kritisiert werde, störe ihn nicht.

Ministerpräsident *Lázár* antwortet, auch Ungarn habe seinen geschichtlichen Zusammenhalt unter Beweis stellen müssen. Die Geschichte sei ein großer Lehrmeister. Er habe kürzlich gelesen, daß der Vatikan Galileo Galilei rehabilitieren wolle. Schließlich sei es gleich, ob dies geschehe oder nicht, die Menschheit habe schon vorher seine Bedeutung erkannt.

Was die NATO anbetreffe, so sei zunächst die NATO und dann der Warschauer Pakt gegründet worden. Wie es zur Gründung der NATO kam, das habe sicher seine Vorgeschichte gehabt. Zum KSZE-Prozeß in Helsinki kam es nach dem Budapester Appell der Warschauer-Pakt-Staaten[25]. Dies sei eine historische Tatsache, darüber ließe sich nicht diskutieren. Er sei sicher, daß der Zielbegriff, man solle die Sicherheit auf möglichst niedrigem Niveau stabilisieren, auch aus einem sozialistischen Land stamme. Der Bundeskanzler werde in der Prawda niemals einen Artikel finden, der zu einem militärischen Konflikt aufrufe, sei es auch nur zu einem begrenzten Konflikt. Er möge seine Mitarbeiter beauftragen, die Prawda zu lesen. Es sei auch keine Entgleisung eines Journalisten, daß man davon gesprochen habe, daß die Sowjetunion eine teuflische Macht sei. Deutsche, die Polen hülfen, verdienten unsere Hochachtung. Die westlichen Regierungen hätten gegenüber Polen jedoch eine andere Linie verfolgt. Sie hätten Sanktionen ergriffen und ein Embargo verhängt.[26] Polen, das seien aber 35 Millionen Menschen, die eine nationale Würde hätten. Dieses Land habe große Menschen für Europa hervorgebracht.

Der *Bundeskanzler* antwortet, in unserem Land sei die Regierung nicht für die Presse verantwortlich. Er müsse sich jede Woche mit Journalisten balgen. Was Polen anbetreffe, so komme in die gegenwärtige Lage Bewegung. Die Polen machten es uns jedoch nicht leicht. Wie die Deutschen stünden sie sich oft selbst im Weg.

Zum Abschluß bemerkt Bundeskanzler, er habe noch einen Punkt vergessen. Es sei keine sehr große Sache, bewege ihn jedoch aber persönlich, da in jedem

Fortsetzung Fußnote von Seite 835

hoben. Diese sollen aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden." Vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 280, Drucksache Nr. 9/1313.
Der Bundestag nahm die Beschlußempfehlung am 4. Februar 1982 bei einer Enthaltung an. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4888.

24 Das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen gab Ende Oktober 1982 bekannt, daß vom 1. November 1982 an alle Postämter im Bundesgebiet und in Berlin (West) Geschenkpakete nach Polen gebührenfrei annehmen werden. Die Gebührenbefreiung sei bis zum 31. Dezember 1982 befristet. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 919.

25 Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 17. März 1969 in Budapest wurde ein Appell an alle europäischen Staaten verabschiedet mit dem Vorschlag einer gesamteuropäischen Konferenz zur Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut des „Budapester Appells" vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 151–153. Vgl. dazu auch AAPD 1969, I, Dok. 116.

26 Vgl. dazu die Sanktionen der USA gegen Polen; Dok. 12, Anm. 15.

Krieg dieses Jahrhunderts Angehörige seiner Familie gefallen seien. Er fühle sich persönlich einer privaten Organisation verbunden, die die Kriegsgräber betreue. Diese Organisation unterhalte gute Beziehungen zum Roten Kreuz in Ungarn und verhandle gegenwärtig. Er habe den Eindruck, daß die Verhandlungen etwas stockten. Für uns sei das eine psychologisch wichtige Sache. Viele Leute wollten einmal das Grab ihrer Angehörigen besuchen. Er bittet den Ministerpräsidenten, dem Roten Kreuz einen Hinweis zu geben, daß man dort zu einer einvernehmlichen Lösung komme. In Budapest im X. Bezirk gebe es einen Friedhof mit 6000 deutschen Soldaten. In der Diskussion sei man sich über die Art der Pflege klar, es bestehe jedoch keine Einigung über die Inschrift. Er wolle wiederholen: Es sei keine bedeutsame Sache, aber psychologisch sehr wichtig.[27] Er werde sich im Herbst mit Präsident Mitterrand in Verdun treffen.[28] Auch das sei ein wichtiges Treffen: Er wolle mit Präsident Mitterrand deutlich machen, daß unter die Vergangenheit ein Schlußstrich gezogen werde.

Ministerpräsident *Lázár* sagt zu, er werde sich um die Angelegenheit kümmern. Vielleicht sei der Bundeskanzler nicht auf dem letzten Stand der Information. Die ungarische Seite habe einen Vorschlag unterbreitet. Er wolle jedoch darauf hinweisen, daß es kein ungarisches Denkmal für gefallene Soldaten mit den Namen darauf gebe. Die deutsche Seite wolle alle Namen auf der Gedenktafel aufführen.

Referat 214, Bd. 139487

27 Referat 513 erläuterte am 10. Mai 1984: „Das Ungarische Rote Kreuz erteilt keine Zustimmung zur Anbringung eines Hinweises am deutschen Soldatenfriedhof im X. Bezirk der Stadt Budapest. Zunächst war die Anbringung einer Tafel mit den Namen aller dort beerdigten Gefallenen, deren Namen zwar bekannt sind, nicht jedoch die genaue Grablegung, vorgesehen. Ersatzweise wurde zuletzt vergeblich versucht, die Zustimmung zur Anbringung einer Bronzetafel mit dem Text ‚Auf diesem Gräberfeld ruhen 6000 deutsche Soldaten, 1939–1945' zu erhalten. Aufgrund unserer ständigen Bemühungen, die Arbeit und die Pläne des V[olksbundes]D[eutsche]K[riegsgräberfürsorge] zu unterstützen, erklärte sich die ungarische Seite kürzlich über unserer Botschaft Budapest zu folgendem Zugeständnis bereit: Im Eingangsbereich des Gräberfeldes könne eine ein mal zwei Meter große Steinplatte mit der Inschrift in Deutsch und Ungarisch: ‚Hier ruhen deutsche Soldaten, 1944–1945' angebracht werden." Ungarn wolle keinen Hinweis auf die Jahreszahl 1939, um nicht den Anschein der „Errichtung einer ‚Gedenkstätte des Zweiten Weltkrieges'" zu erwecken. Auf Anregung des Auswärtigen Amts werde jetzt folgender Gegenvorschlag erwogen: „Die Namen aller dort liegenden namentlich bekannten Toten werden auf einigen Bronzetafeln festgehalten und diese am Eingang des Gräberfeldes verlegt. Auf Jahreszahlen, die den Krieg betreffen, soll überhaupt verzichtet und nur geschrieben werden: ‚Hier liegen deutsche Soldaten'." Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 2251.

28 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

174

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Halefoglu

010-1605/84 VS-vertraulich **22. Juni 1984**[1]

Von BM noch nicht genehmigt.

Gespräch BM–AM Halefoglu am 22.6.1984 von 8.15 Uhr bis 9.45 Uhr im AA[2]; hier: Nahostfragen

AM leitet ein mit dem Hinweis, daß die Beziehungen der Türkei zu Iran wie zu Irak ganz gut stehen. Ankara versucht, laufende Kontakte weiterzuführen und seine Bereitschaft zu dokumentieren, im Bedarfsfall tätig zu werden. Die Entwicklung ist noch nicht so weit fortgeschritten, daß Iran zu Friedensgesprächen bereit ist. AM sieht auch nicht ab, wann dieser Punkt erreicht sein wird.

AM bestätigt den Einwurf BMs, daß Iran Saddam Hussein beseitigt sehen will, macht aber auf eine Nuance bei jüngsten iranischen Äußerungen aufmerksam: Während Teheran früher die Bestrafung des Aggressors Saddam Hussein forderte, heißt es heute nur, daß er gehen muß.

Zu den politischen Zielen des Iran bemerkt AM: Seine eigenen Gesprächspartner in Teheran im März[3] und die von PM Özal im Mai[4] – sie waren weitgehend identisch – verneinten die türkische Frage, ob im Irak ein ähnliches Regime wie im Iran angestrebt werde; über das Regime im Irak solle der Irak selbst und seine Nachbarn entscheiden.

AM bestätigt, daß Khomeini persönlich gegen Saddam Hussein eine Feindschaft empfindet, die auf die Zeit seines Exils in Bagdad zurückgeht.[5] Außerdem wird die Feindschaft dadurch genährt, daß die Iraner Saddam Hussein und den von ihm geführten Irak als Angreifer betrachten.

AM bezweifelt, daß die letzte SR-Resolution[6] die Friedensbemühungen gefördert hat. AM verweist auf seine engen Kontakte zu Washington, in denen er wiederholt die Warnung ausgesprochen hat, sich vor Ort zu engagieren, weil ein – Vietnam und Libanon vergleichbarer und auch für die Verbündeten der USA schäd-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 25. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Jansen und Legationsrat I. Klasse Ischinger „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Jansen am 27. Juni 1984 vorgelegen.
Hat Ischinger am 9. Juli 1984 vorgelegen.

2 Der türkische Außenminister Halefoglu hielt sich vom 20. bis 23. Juni 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 175.

3 Der türkische Außenminister Halefoglu hielt sich vom 7. bis 9. März 1984 im Iran auf.

4 Ministerpräsident Özal besuchte den Iran vom 27. April bis 1. Mai 1984.

5 Ayatollah Khomeini befand sich von 1965 bis 1978 im Irak im Exil.

6 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 540 des VN-Sicherheitsrats vom 31. Oktober 1983 zum irakisch-iranischen Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 6 f.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 552 des VN-Sicherheitsrats vom 1. Juni 1984 zu den iranischen Angriffen auf Schiffe im Persischen Golf und in der Straße von Hormuz vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1984, S. 15.

licher – amerikanischer Gesichtsverlust unausweichlich erscheint. Daß die USA bei der SR-Resolution dennoch in der letzten Minute ihre Haltung änderten, führt AM auf einen Anruf von König Fahd bei Präsident Reagan zurück, bei dem auf eine US-Annäherung an Irak gedrängt wurde.

AM hält als positiv fest, daß nicht direkt etwas gegen Iran getan wurde. Er ist besorgt, daß zu viel Druck auf Iran bei diesem das Gefühl der internationalen Isolierung verstärken und ihn in die Arme der SU treiben könnte. AM berichtet, daß Syrer neuerdings Teheran beraten, wie mit den Sowjets ein Kontakt hergestellt werden könnte. Die um Vermittlung gebetenen Ungarn haben abgelehnt, Schiwkow engagiert sich im Augenblick. Wahrscheinlich wird der iranische AM[7] im September nach Moskau gehen.

AM unterstreicht, was er bereits im Januar AM Shultz in Stockholm[8] sagte, daß nicht nur die Öllieferungen ein Problem darstellen, sondern auch die Frage, wer das Vakuum im Iran ausfüllt. Shultz räumte ein, diesen Punkt nicht bedacht zu haben.

Auf den Hinweis *BMs*, daß Iran nicht zu besiegen ist, erklärt *AM*: Der Krieg muß ohne Sieger und Besiegte beendet werden. Dafür ist die Zeit noch nicht reif. Immerhin sprechen die Iraner mit der Türkei, während die Schweden und Japaner keine Rolle mehr spielen und die Algerier nach dem seinerzeitigen Verlust ihres AMs[9] wenig tun.

Die Möglichkeiten des Friedenskomitees der Islamischen Konferenz beurteilt AM negativ, weil es im Iran nicht akzeptiert wird. Auch der pakistanische Staatspräsident[10] kommt nicht mehr in Betracht, weil Pakistan in den VN gegen Iran gestimmt hat. Als einzige bleiben die Türken, mit denen Teheran noch spricht.

BM hält fest, daß sich die Bundesrepublik Deutschland im Kreis der Westeuropäer in einer ähnlichen Lage befindet. Aus diesem Grunde hält BM unverändert an dem Gedanken fest, nach Teheran zu gehen.[11] Er will dort nicht vermitteln, sondern das Gespräch fortführen. Er hat keine Illusion, daß jetzt etwas zu erreichen wäre, die Zeit ist noch nicht reif zum Friedensschluß. Deshalb müssen sich die Bemühungen darauf konzentrieren, die Entwicklung in einem gewissen Rahmen unter Kontrolle zu halten. Eine Verbesserung der Beziehungen Iran–SU liegt außerhalb dieses Rahmens, BM stimmt deshalb der Einschätzung von AM zu.

Aus diesem Grund hat die Bundesregierung auch Erklärungen der Zehn widersprochen, die nichts bewirken könnten außer einer Entfremdung des Iran.

AM begrüßt dies: Es ist notwendig, einen kühlen Kopf zu bewahren, abzuwarten, den Dialog weiterzuführen und den richtigen Zeitpunkt zum Handeln zu

7 Ali Akbar Velayati.

8 In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE auf Außenministerebene eröffnet.

9 Der algerische Außenminister Benyahia, der sich auf dem Weg nach Teheran befand, starb am 3. Mai 1982 bei einem Flugzeugabsturz. In der Presse wurde dazu berichtet, der Iran beschuldige den Irak, die Maschine angegriffen zu haben. Vgl. dazu den Artikel „Benyahia bei Flugzeugabsturz getötet"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Mai 1982, S. 4.

10 Mohammad Zia ul-Haq.

11 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.

erkennen. Staatspräsident Evren verfolgt die Entwicklung genau und ist bereit, eine positive und friedensstiftende Rolle zu spielen, wenn es soweit ist.

Die Iraker sind durch die letzte SR-Resolution ermutigt worden, sie haben sogar einen großen türkischen Tanker versenkt.[12] Die Türkei hat Bagdad wissen lassen, daß sie weiter Öl aus Kharg beziehen wird. AM teilt die Sorge BMs, daß Irak auf eine Internationalisierung des Konflikts hinarbeiten könnte und daß Iran aus einer Isolierung unberechenbar werden und sein Verhältnis zur SU ändern könnte.

BM stellt fest, daß Ankara und Bonn mit dieser Sicht im Westen ziemlich alleine stehen.

AM hält die plötzliche saudi-arabische Härte für falsch, man führt sie auf den Druck anderer Araber zurück, bei denen sich allerdings auch die Erkenntnis breitmacht, daß diese Härte falsch ist.

Die SU hält AM für sehr flexibel; wenn es ihren Interessen dient, ist sie auch zur Umarmung der Iraner bereit. AM stimmt dem Hinweis BMs auf den Hitler-Stalin-Pakt[13] zu und meint, nach Afghanistan ist der Iran das nächste sowjetische Ziel.

AM hält für notwendig, dies immer wieder unseren Verbündeten darzulegen. Er führt ein laufendes Gespräch mit dem US-Botschafter in Ankara[14], den er auch mit türkischen Analysen versorgt. Dies hilft in Grenzen.

Zu einem angekündigten Arafat-Plan bemerkt AM vertraulich: Der Plan zur Bildung eines islamischen Friedenscorps, das wie eine Friedenstruppe der VN das Disengagement garantieren und, falls eine Seite dem Disengagement nicht zustimmt, bei der anderen Kriegspartei in vorderster Front kämpfen soll, hält er für verrückt. Militärisch ist von den anderen Arabern ohnehin nichts zu erwarten, sie sind zu Lippenbekenntnissen oder – aus Sorge vor einem iranischen Sieg – zu Geldleistungen bereit, Truppen kann ernsthaft nur die Türkei stellen. Hierauf und auf die Fähigkeit der Türkei, als stabilisierender Faktor zu wirken, führt AM die arabische finanzielle Hilfsbereitschaft gegenüber der Türkei zurück.

Hierauf führt AM es auch zurück, daß Iran bisher die vom Irak ausgehende und in der Türkei endende Pipeline nicht beschädigt hat, zumal Ankara das eigene nationale Interesse an dieser Pipeline gegenüber Teheran ausdrücklich angemeldet hat. Er ist aber besorgt, daß Iran seine Zurückhaltung aufgeben könnte.

BM hebt hervor, daß Ankara und Bonn innerhalb des westlichen Bündnisses, aber auch im Verhältnis zu den arabischen Freunden, eine gemeinsame Verantwortung haben, darauf hinzuwirken, daß ein mittlerer Weg eingehalten wird. Die arabische Sorge vor dem Fundamentalismus ist verständlich, auch wir sind

12 Zu den irakischen Angriffen auf Schiffe im Persischen Golf vgl. Dok. 152, Anm. 16.
Botschafter Böcker, Bagdad, berichtete am 6. Juni 1984: „Die Angriffe auf zwei türkische Tanker südöstlich von Kharg am 3.6. sind nunmehr bestätigt. […] Es ist nicht anzunehmen, daß angesichts der außerordentlichen Bedeutung, die gute Beziehungen zu Ankara für den Irak haben, die Angriffe bewußt gegen türkische Schiffe gerichtet waren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 513; Referat 311, Bd. 137773.

13 Für den Wortlaut des Nichtangriffsvertrags vom 23. August 1939 zwischen den Deutschen Reich und der UdSSR mit Geheimem Zusatzprotokoll über die Abgrenzung von Interessensphären vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

14 Robert Strausz-Hupé.

interessiert an Stabilität in der Golfregion; aber die arabischen Staaten geben die falsche Medizin. BM unterstreicht in diesem Zusammenhang die persönliche Rolle des AM, die AM Shultz in einem bilateralen Gespräch in Washington[15] auch ausdrücklich anerkannt hat. Shultz hat sich dabei der früher geäußerten Auffassung BMs angeschlossen, daß die Türkei als Bündnispartner an der NATO-Südost-Flanke, aber auch als Brückenpfeiler zum Nahen Osten eine wichtige Position und Funktion hat.

AM meint, daß die Bundesrepublik die besondere Aufgabe hat, diese gemeinsamen Auffassungen auch im Zehnerrahmen zu vertreten.

BM kommt auf Libyen zu sprechen, wo die Problematik zwar nicht vergleichbar ist, aber doch gewisse Parallelen bestehen. Beim Weltwirtschaftsgipfel in London[16] hat die Bundesrepublik markige Erklärungen zu Libyen verhindert. BM erläutert eingehend unsere Bedenken gegen Änderungen des Wiener Übereinkommens.[17] BM unterstreicht, daß das laufende Gespräch mit Libyen wichtig ist, an seiner Besuchsabsicht hält er fest, auch wenn der Besuch wegen des Londoner Zwischenfalls[18] verschoben werden mußte.[19] In diesem Gespräch machen wir – wie kürzlich er, BM, gegenüber einem Vertrauten Gaddafis[20] – unmißverständlich klar, daß wir zwar nicht öffentlich laut reden, aber hart handeln, wenn wir dazu gezwungen werden. Trotz aller Unterschiede hält BM es bei Libyen ebenso wie bei Iran für einen Fehler, diese Länder zu isolieren.

AM stimmt zu. Er distanziert sich von dem naiven Ansinnen der USA, Ankara solle Libyen davon abhalten, den Iran zu unterstützen. Einen solchen Schritt hält AM nicht nur für kontraproduzent, er verbaut auch der Türkei alle künftigen Gesprächsmöglichkeiten im Iran. Die Türkei hält – obwohl ihr der Verzicht auf Kontakte auf PM- und AM-Ebene nahegelegt wird – die Tür offen.

BM hebt hervor, daß Libyen trotz aller sowjetischen Bemühungen um einen Flottenstützpunkt dort bisher die Zustimmung nicht gegeben hat. Durch Einrichtung eines solchen Stützpunktes würde sich nach Auffassung BMs die strategische Lage im Mittelmeer dramatisch verändern, und der Wert der 6. Flotte würde erheblich reduziert. Auch aus diesem Grund hält BM es für falsch, Libyen in die Ecke zu drängen: Die Sowjets bemühen sich weiter; es muß eine Situation vermieden werden, in der die SU Gaddafi als einzige Option erscheint.

AM stimmt nachdrücklich zu und hofft, daß der Westen aus den Erfahrungen mit Nasser beim Bau des Assuan-Staudamms lernt.[21]

VS-Bd. 14125 (010)

15 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 9. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

16 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

17 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

18 Zum Tod einer britischen Polizistin durch Schüsse, die aus dem Gebäude der libyschen Vertretung in London heraus abgegeben wurden, vgl. Dok. 117, Anm. 29.

19 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Libyen vgl. Dok. 122, Anm. 26.

20 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit, Belgassem, am 13. Juni 1984 vgl. Dok. 172.

21 Am 19. Juli 1956 zog die amerikanische Regierung ihr Angebot an Ägypten zurück, den Bau des Assuan-Staudamms finanziell zu unterstützen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1956, S. 9122.
Am 27. Dezember 1958 unterzeichneten die VAR und die UdSSR ein Abkommen, in dem die sowje-

175

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Halefoglu

22. Juni 1984[1]

Von BM noch nicht gebilligt.

Gespräch BM mit AM Halefoglu am 22.6.84 von 8.15 Uhr bis 9.45 Uhr im AA[2]; hier: bilaterale und EG-Fragen (zu Freizügigkeitsproblematik siehe gesonderten Vermerk[3])

BM verweist darauf, daß wir nochmals im EG-Kreis die Initiative zu einer schrittweisen Ingangsetzung der EG-Hilfe ergriffen haben, daß dies aber kein einfacher Prozeß sein wird. BM unterstreicht die Bedeutung, die auch in diesem Zusammenhang Fortschritten bei Menschenrechtsfragen in der Türkei zukommt. Er spricht in diesem Zusammenhang die Hungerstreiks von politischen Häftlingen in der Türkei[4] an und verliest eine gerade eingegangene Agenturmeldung aus Washington über ein Hearing in einem Unterausschuß des Re-

Fortsetzung Fußnote von Seite 841

tische Seite finanzielle Unterstützung und technische Hilfe bei der Errichtung des Assuan-Damms zusagte. Dazu stellte die sowjetische Regierung am 25. Mai 1964 einen Kredit von 225 Mio. Rubel in Aussicht. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 133, und EUROPA-ARCHIV 1965, Z 19.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 22. Juni 1984 gefertigt.
Hat Ministerialdirektor Fischer vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 410 und 420 „z[ur] K[enntnis]“ verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Kaufmann-Bühler am 27. Juni 1984 vorgelegen.

2 Der türkische Außenminister Halefoglu hielt sich vom 20. bis 23. Juni 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 174.

3 Zur Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 77, Anm. 10.
Ministerialdirigent Ungerer legte Bundesminister Genscher am 26. Juni 1984 einen Sprechzettel für die Kabinettssitzung am 27. Juni 1984 zum Thema „Freizügigkeit EG – Türkei“ vor, in dem auf die Gespräche Genschers mit dem türkischen Außenminister Halefoglu am 22. Juni 1984 Bezug genommen wurde. Darin hieß es: „Ich habe der türkischen Regierung eindringlich die Gründe für die Haltung der Bundesregierung dargelegt, die es erforderlich machen, den Zuzug von Arbeitnehmern aus der Türkei auf Dauer auszuschließen. Die Türkei hat Verständnis für unsere Probleme gezeigt. […] Die Gespräche haben aber auch deutlich gemacht, daß der Handlungsspielraum der türkischen Regierung begrenzt ist. Sie ist nicht bereit, auf das in ihren Augen bestehende Recht auf Freizügigkeit zu verzichten. Sie begründet dies mit notwendiger Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung. Jedoch hat sich der türkische Außenminister zu einem Aufschub des Zieldatums bereit gefunden, was er vertraulich behandelt wissen möchte“. Die türkische Regierung wolle „‚auf die Freizügigkeit nicht pochen‘, wofür sie die politische und wirtschaftliche Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland erwartet“. Vgl. Referat 420, Bd. 129988.

4 Referat 203 legte am 14. Juni 1984 dar: „Seit Regierungsantritt Özal Jahreswechsel 83/84 gab es bisher drei Hungerstreiks in türkischen Militärgefängnissen; seit 12. September 1980 sind insgesamt acht Hungerstreiks bekanntgeworden. […] An Hungerstreik im Militärgefängnis Mamak/Ankara vom 29. Februar bis 4. April nahmen 300–500 Häftlinge teil; gegen Ende des Streiks waren ca. 46 Häftlinge hospitalisiert. Angaben zu Streikzielen schwanken, übereinstimmend jedoch Beendigung der Mißhandlungen (Folter/Prügel) und des militärischen Drills.“ Der jüngste Hungerstreik in Militärgefängnissen in Istanbul habe am 11. April 1984 begonnen. Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151010.

präsentantenhauses (Reuters vom 22.6., 1.22 Uhr). BM macht deutlich, daß er diese Entwicklungen in den türkischen Gefängnissen für schrecklich hält.

AM bestätigt, daß der in der Agenturmeldung genannte Abteilungsleiter des State Department, Abrams, in Kürze nach Ankara kommen wird. Er verweist auf seine eigenen Bemühungen gegenüber Cheysson, Dialogbereitschaft zu demonstrieren, und erwähnt anerkennend die hilfreichen Bemühungen BMs bei Cheysson. Ein türkischer und ein französischer Beauftragter sollen sich demnächst vertraulich treffen.

AM hebt unter Bezugnahme auf die Politik der Regierung Özal hervor, daß die bilateralen und die Menschenrechtsprobleme an Bedeutung verlieren werden, wenn sich die Türkei durch wirtschaftlichen Aufschwung und effektivere Verwaltung in den bevorstehenden fünf Jahren stabilisieren wird (eine neue Türkei!): Eine solide Regierung fühlt sich sicherer und kann Maßnahmen ergreifen, zu denen eine schwache Regierung nicht in der Lage ist. Im Augenblick befindet sich die Türkei im Stadium des Rekonvaleszenten. Oft geht die Regierung aber bereits jetzt weiter, als es die noch nicht gesunde innere Lage in der Türkei erlaubt.

Nachdem durch Wiederherstellung der Demokratie[5] dieses Thema erledigt ist, versuchen die verschiedenen Gegner, unter der Firma Menschenrechte – hier operieren auch Kurden, Sunniten und andere – die Türkei zu schwächen. Die großen Ideale der Menschenrechte bilden den Vorwand, in Wirklichkeit geht es um politische Ziele.

AM zeigt Verständnis für die deutschen Stellungnahmen zur inneren Lage in der Türkei, er warnt aber davor, zu weit zu gehen. Äußerungen BMs als eines in der Türkei weithin bekannten Freundes des Landes haben besonderes Gewicht.

BM verweist auf den zweiten Türkeibericht[6], der auch in anderen westlichen Hauptstädten stark beachtet wurde und der Türkei geholfen hat – *AM* bestätigt dies ausdrücklich. *BM* hält aber fest, daß die Türkei es ihren Freunden nicht leichtmacht: Z. B. hätten diejenigen, die eine frühere Entlassung von Rautenberg verhindert hätten, dem türkischen Ansehen bei uns in allen politischen Gruppierungen von rechts bis links tief geschadet.[7] Zusätzlich hätten sie denen

5 Bei den Wahlen zum türkischen Parlament am 6. November 1983 erzielte die Mutterlandspartei des ehemaligen stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten Özal 45 % der Stimmen und erreichte damit die absolute Mehrheit der Mandate. Die neue türkische Regierung unter Özal trat am 13. Dezember 1983 ihr Amt an.

6 Für den Wortlaut des Berichts der Bundesregierung vom 10. Februar 1984 zur Entwicklung in der Türkei vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 301, Drucksache Nr. 10/998.

7 In einem Schreiben des Auswärtigen Amts vom 19. Juni 1984 an den Petitionsausschuß des Bundestags wurde mitgeteilt, der Speditionsunternehmer aus der Bundesrepublik sei am 18. Oktober 1983 in der Türkei inhaftiert worden: „Das Generalkonsulat Istanbul hat unverzüglich nach Bekanntwerden der Inhaftierung die konsularische Betreuung aufgenommen und sich für einen baldigen Abschluß des Verfahrens eingesetzt. Nachdem eine kurzfristige Lösung des Falles nicht erkennbar war, haben sich das Auswärtige Amt und die Botschaft Ankara ebenfalls für eine Freilassung von Herrn Rautenberg gegen Kaution eingesetzt. Die türkische Seite hat sich jeweils auf die Unabhängigkeit der türkischen Justiz berufen. […] Bundesminister Genscher hat sich bei seinem Besuch in Ankara am 6. und 7. März 1984 gegenüber seinem türkischen Amtskollegen für Herrn Rautenberg eingesetzt und hat, nachdem Herr Rautenberg wegen seines sich verschlechternden Gesundheitszustandes aus der Vollzugsanstalt in die Universitätsklinik Edirne verlegt worden war, am 19.4. und 19.5.1984 in Briefen an den türkischen Außenminister um baldmögliche Freilassung gebeten. […] Am 28.5.1984 wurde der Haftbefehl gegen Herrn Rautenberg durch das Gericht in Edirne gegen Hinterlegung ei-

geholfen, die mit einer ausländerfeindlichen Politik innenpolitische Vorteile anstrebten.

BM hält fest, daß bei uns

– Menschrechtsfragen als solche durchaus differenziert gesehen werden;
– die Öffentlichkeit bei Inhaftierung von Deutschen vielfach emotional reagiert und nicht verständlich gemacht werden kann, warum ein uns verbündetes Land deutsche Staatsbürger so behandelt. BM kündigt in diesem Zusammenhang an, daß er einen weiteren konkreten Fall ansprechen wird. Unterschiede der Justizsysteme und der Lebensbedingungen sind nicht klarzumachen. Dem Ansehen der Türkei wird dadurch mehr geschadet, als durch Durchsetzung des Rechts in der Türkei gewonnen wird.

AM sieht dies durchaus, er plädiert aber dafür,

– „kleine Probleme" herunterzuspielen: Er selbst spricht öffentlich nicht – auch wenn ihm dies positiv angerechnet würde – von den 15 Türken, die in deutschen Gefängnissen ihr Leben verloren haben.
– Das Recht in der Türkei ist, wie es ist.
– Die türkischen Richter machen keinen Unterschied, wenn eine Straftat von einem Ausländer begangen ist.

Die Regierung bemüht sich aber, den entstandenen Problemen insofern Rechnung zu tragen, als sie ausländische Häftlinge auf zwei Gefängnisse (Izmir und Istanbul) mit besseren Lebensverhältnissen konzentriert, wodurch gleichzeitig auch eine bessere konsularische Betreuung ermöglicht wird.

AM schildert sodann seinen persönlichen Einsatz für die Freilassung von Rautenberg.

BM bittet dringend, in diesem Bereich keine zusätzlichen Probleme zu schaffen.

Im wirtschaftlichen Bereich sieht *AM* große Kooperationsmöglichkeiten:

– In der Türkei: Deutsche Investitionen oder gemeinsame deutsch-türkische Investitionen können hier besonders das Ziel haben, den Export in arabische Länder gemeinsam zu forcieren; AM sieht auch Möglichkeit, für solche Investitionen arabisches Kapital zu gewinnen;
– In arabischen Ländern: Deutsch-türkische Firmen können dort mit guter Aussicht auf Erfolg tätig werden. AM verweist in diesem Zusammenhang auf sein kürzliches Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden von Hochtief[8].

AM rechnet insbesondere damit, daß beim Wiederaufbau von Iran und Irak nach Kriegsende erhebliche Aufträge zu gewinnen sein werden; die Vorbereitungen dafür müssen bereits jetzt getroffen werden.

AM meint, daß die Gemischte Wirtschaftskommission, die im September oder Oktober zusammentreten und vor allem bilaterale Wirtschaftsfragen erörtern

Fortsetzung Fußnote von Seite 843

ner Kaution von ca. 80 000 DM aufgehoben. Herr Rautenberg wurde noch am gleichen Tag in die Bundesrepublik Deutschland zurückgeflogen. Bedauerlicherweise ist Herr Rautenberg am 7.6.1984 in der Bundesrepublik verstorben." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1738.

8 Enno Vocke.

soll, sich auch mit diesem Thema befassen muß.[9] AM setzt in die Belebung dieser Kommission große Erwartungen.

BM hält dies für eine gute Idee und verweist darauf, daß Bundesrepublik und Türkei gute Beziehungen zu den in Frage kommenden Ländern unterhalten. BM hält fest, daß beide Länder sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich Aufgaben haben, die in Angriff genommen werden müssen.

AM sieht auch im Rüstungsbereich Kooperationsmöglichkeiten, zumal dann, wenn die Bundesrepublik selbst beim Export bestimmter Rüstungsgüter Probleme sieht.

AM nimmt Bezug auf sein Gespräch mit BM Zimmermann am 21.6. und überläßt BM die Kopie von „Gesprächspunkten", die er dem BMI übergeben hat (Anlage[10]).

AM hält fest, daß er gelegentliche Begegnungen der Innen-, Justiz- und Arbeitsminister für nützlich hält, um laufende Probleme zu erörtern.

BM stimmt zu und empfiehlt insbesondere Innenministergespräche.

AM versteht diesen Hinweis und erwähnt, daß er BM Zimmermann zur Nachzugsproblematik[11] dargelegt hat,

– daß die deutsche Seite vielleicht recht hat und daß es wichtig ist, Kinder – wenn überhaupt – so früh wie möglich nach Deutschland zu holen;
– daß eine gesetzliche Regelung aber gegen alle internationalen Regeln verstößt und daher unmöglich ist.

Referat 420, Bd. 129988

9 Referat 420 vermerkte am 19. Dezember 1984 zur Sitzung der deutsch-türkischen Wirtschaftskommission am 12./13. Dezember 1984: „Erörtert wurden internationale Wirtschaftsentwicklung, Wirtschaftslage beider Länder, besonders eingehend Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wie Handel, Investitionen und industrielle Kooperation. Türkischerseits angesprochen wurden auch Fragen der Handelsbeziehungen sowie des Assoziationsverhältnisses EG – Türkei." Vgl. Referat 420, Bd. 129999.

10 Dem Vorgang nicht beigefügt.

11 In einer ungezeichneten Aufzeichnung vom 22. März 1984 wurde dargelegt: „Gegenwärtig gilt im Verhältnis EG/Türkei der Assoziationsratsbeschluß 1/80 vom 30.6.1980, mit dem die Rechtsstellung der in der EG ordnungsgemäß beschäftigten türkischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen verbessert wurde. Formell beschränkt sich der Beschluß auf den Zugang zum Arbeitsmarkt. Die aufenthaltsrechtliche Regelung des Zuzugs blieb weiter in nationaler Zuständigkeit der MS. Es gilt der seit 1974 bestehende Anwerbestopp weiter. Ferner hat die Bundesrepublik Deutschland den Familiennachzug mit Kabinettsbeschluß vom 2.12.1981 durch Senkung des Nachzugsalters für Jugendliche von 18 auf 16 Jahre und Einführung von Wartezeiten für den Ehegattennachzug der zweiten Generation eingeschränkt." Mit Schreiben des Bundesministers Genscher vom 1. Juni 1981 habe die Bundesregierung der EG-Kommission ein Konzept übermittelt „mit dem Ziel, eine Regelung der Freizügigkeit mit folgenden Elementen zu erreichen: Ausschluß des weiteren Zuzugs von Arbeitnehmern aus der Türkei; Gleichbehandlung der hier befindlichen Türken mit Staatsangehörigen aus EG-MS; Aufrechterhaltung eines begrenzten Familiennachzugs". Weiter hieß es: „Eine gewisse Zuzugskomponente muß gegenüber der Türkei offengehalten werden, die AA (und BMA) im wesentlichen in einem – begrenzten – Familiennachzug sehen. BMI sieht dagegen aufgrund der hohen Anzahl der hier befindlichen Türken die Freizügigkeit im Verhältnis zur Türkei als hergestellt an". Vgl. Referat 413, Bd. 144906.

176

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert

340-320.15 AFG-456/84 VS-vertraulich **22. Juni 1984**

1) Vermerk

Betr.: meine Gespräche im State Department;
hier: Bewaffnung der afghanischen Widerstandskämpfer

Bei meinen Gesprächen im State Department über Afghanistan sagte mir der zuständige Deputy Assistant Secretary Schaffer, über die Lieferung von Waffen, die zum Abschuß von Hubschraubern geeignet seien, habe es kürzlich in Bonn[1] Gespräche gegeben. Da ich über diesen Vorgang nicht unterrichtet bin, habe ich das Gespräch darüber nicht vertieft.

Ich habe keinen Grund, die Richtigkeit der amerikanischen Angaben zu bezweifeln. Ich halte es nicht für gut, daß über diese Frage, von wem auch immer, unter Ausschaltung des Auswärtigen Amts gesprochen wird.

2) Hiermit über Herrn D 3[2] Herrn Staatssekretär[3] vorgelegt.[4]

Peckert

VS-Bd. 13596 (340)

1 Die Wörter „in Bonn“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zwischen wem?“

2 Hat Ministerialdirigent Haas am 22. Juni 1984 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. Juni 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „M. E. muß dieser Sache nachgegangen werden.“
Hat Meyer-Landrut am 26. Juni 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Haas und Ministerialdirigent Peckert vermerkte: „In BND-Lage 26.6. angesprochen. BMVg wird der Sache nachgehen u. uns informieren.“
Hat Haas am 28. Juni 1984 erneut vorgelegen.
Hat Peckert am 28. Juni 1984 erneut vorgelegen.

4 Botschafter van Well, Washington, informierte am 14. Dezember 1984: „In einem jüngst erschienenen Artikel in der New York Times berichtete der frühere (Carter-Administration) Abteilungsleiter im State Department, Leslie Gelb, daß die Administration für das Haushaltsjahr 1985 insgesamt 280 Millionen Dollar zur Unterstützung des afghanischen Widerstands vorgesehen habe. […] Zuständiger Gesprächspartner im State Department wollte in dem Artikel genannte Hilfszahlen wegen der Sensitivität der Angelegenheit und weil es sich um den CIA-Haushalt handele weder dementieren noch bestätigen, ließ aber erkennen, daß zumindest die Größenordnung richtig sei.“ Der Gesprächspartner habe zu verstehen gegeben, „daß die amerikanische Hilfe in den letzten Jahren immer signifikanter geworden sei, sowohl was die Ausbildung von Widerstandskämpfern als auch ihre Ausrüstung angehe. Er verwies auf die zunehmende Zahl der Abschüsse von sowjetischen Kampfhubschraubern. Die Politik der Administration folge einem schmalen Grat. Sie könne und wolle weder zuviel noch zu wenig tun. Ziel müsse es bleiben, mit den zur Verfügung stehenden militärischen und politischen Mitteln einen Zustand zu erreichen, in dem der Sowjetunion ein Abzug aus Afghanistan vorteilhafter erscheine als eine weiter andauernde Besetzung des Landes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5383; Referat 340, Bd. 136774.

177

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-2377/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1083
Citissime

Aufgabe: 25. Juni 1984, 17.56 Uhr[1]
Ankunft: 25. Juni 1984, 18.35 Uhr

Betr.: SCG-Sitzung am 25.6.1984 in Brüssel;
hier: niederländische Haltung

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Bei dem Treffen der Stationierungsländer im Rahmen der SCG am 25.6. erläuterte der NL-Vertreter die niederländische Entscheidung vom 1.6.1984.[2] Er führte aus, daß die niederländische Regierung im Parlament die Verpflichtung übernommen habe, die Entscheidung aktiv zur Förderung der Rüstungskontrolle zu benützen. Ein Besuch von AM van den Broek in Moskau sei aber deshalb nicht opportun, weil bereits seit längerer Zeit eine Einladung an AM Gromyko zu einem Besuch in den Niederlanden vorliege.[3] Es werde damit gerechnet, daß der Besuch im Herbst d. J. stattfinde. Es sei nunmehr beabsichtigt, daß AM van den Broek an AM Gromyko einen Brief richte. Darin solle die niederländische Entscheidung dargestellt und an die SU appelliert werden, die Stationierung von SS-20 einzustellen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.[4]

Ich äußerte auf persönlicher Basis ernste Bedenken gegen diesen Schritt, der bedeute, daß NL in Moskau einseitig eine Position präsentiere, die dem Doppelbeschluß[5] nicht entspreche und von der SU als NL-Bereitschaft gesehen werden könne, bilaterale INF-Verpflichtungen einzugehen.

USA und GB nahmen diese Bedenken auf.

Ich rege an zu prüfen, ob die Bundesregierung in dieser Frage an die NL-Regierung herantreten soll, den beabsichtigten Schritt noch einmal zu überprüfen.

II. Im einzelnen

NL-Vertreter trug aus dem offenbar bereits vorliegenden Briefentwurf folgende Elemente vor:

– Bezugnahme auf die Unterredung der beiden Außenminister bei der Eröffnung der KVAE in Stockholm.[6]
– Überzeugung, daß durch Rüstungskontrolle ein stabiles Kräftegleichgewicht hergestellt werden müsse.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 26. Juni 1984 vorgelegen.
2 Zum Beschluß der niederländischen Regierung über die INF-Stationierung vgl. Dok. 142, Anm. 37.
3 Der niederländische Außenminister van den Broek besuchte die UdSSR am 9./10. April 1985.
4 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.
5 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
6 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 auf Außenministerebene eröffnet.

– NL habe zum Doppelbeschluß vom Dezember 1979 gerade wegen der Bedeutung der Rüstungskontrolle einen Vorbehalt eingelegt und habe versucht, zum Verhandlungserfolg beizutragen.
– Die für 1981 vorgesehene niederländische Entscheidung sei damals verschoben worden, um die Verhandlungen nicht zu stören.[7]
– Der Abbruch der Verhandlungen durch die SU werde bedauert.
– Die fortgesetzte Stationierung von SS-20 sei inakzeptabel; SU solle die Stationierung beenden, an den Verhandlungstisch zurückkehren und dort über Reduzierung und später mögliches vollständiges Verbot von INF verhandeln.
– Genaue Schilderung der niederländischen Entscheidung. Dazu soll auch die Feststellung der Bereitschaft gehören, in den NL keine CM zu stationieren, wenn die SU bis 1. November 1985 keine weiteren SS-20 aufstelle oder zum Stand vom 1.6.1984 zurückkehre.
– Hinweis auf Gelegenheit zum Gespräch über dieses Thema bei Besuch von AM Gromyko in NL.

Niederländischer Vertreter fügte hinzu: Der Brief solle in der nächsten Woche abgehen. Es sei jedoch nicht beabsichtigt, ihn zu veröffentlichen.

Ich hob in der Diskussion hervor, die entscheidenden Bedenken gegen den beabsichtigten Brief seien,

– daß es ein einseitiger Schritt von seiten der NL sei und damit die Allianz-Solidarität gefährde,
– daß damit eine Position präsentiert werde, die dem Doppelbeschluß nicht entspreche,
– daß die SU diesen Schritt benützen könnte, um die Moratoriumsdiskussion in der westlichen Öffentlichkeit wieder anzuheizen.

Die NL-Entscheidung sei bisher interner Natur. Wenn sie jedoch offiziell und schriftlich an AM Gromyko herangetragen werde, gewinne sie eine andere Qualität. Sie würde außerdem die bisher benützten Argumente gegen ein Moratorium beeinträchtigen oder unglaubwürdig machen.

GB und US griffen die Bedenken auf. Dobbins, der die Sitzung in Vertretung von Burt leitete, warnte vor allem davor, Vertragssprache zu benützen und dadurch den Anschein zu erwecken, daß NL mit SU verhandeln wolle. Dies geschehe aber, wenn an ein gewisses sowjetisches Verhalten gewisse Konsequenzen von niederländischer Seite geknüpft würden.

GB fragte, ob ein Hinweis auf die Gelegenheit zu Gesprächen bei dem Besuch von AM Gromyko in den NL nicht genüge oder ob eine Demarche des niederländischen Botschafters in Moskau[8] als Alternative in Frage komme.

Darauf erwiderte der niederländische Vertreter, er werde seine Regierung genau unterrichten. Er glaube nicht, daß seine Regierung die Absicht aufgeben werde, einen Brief zu schreiben. Sie werde darüber nicht überhastet entscheiden, sondern die Haltung der Verbündeten in Betracht ziehen. Er werde sich

7 Zu den Beschlüssen der niederländischen Regierung vom Dezember 1979 bzw. Dezember 1981 vgl. Dok. 116, Anm. 5.
8 Frans J. T. J. van Agt.

für vorsichtigere Formulierungen einsetzen, um nach Möglichkeit den geäußerten Bedenken Rechnung zu tragen.[9]

[gez.] Ruth

VS-Bd. 12923 (202)

178

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

413-493.00 **26. Juni 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: zukünftige europäische Präsenz im Weltraum und daraus folgende praktische Konsequenzen

Anlg.: 2[3]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu dem Vorschlag in Ziffer 5 und mit der Bitte um Unterzeichnung beiliegenden Schreibens an den Bundeskanzler

1) Mit der Entscheidung Präsident Reagans zum Bau einer Raumstation in den nächsten zehn Jahren tritt die Weltraumfahrt in eine neue Phase. Die amerikanischen Raumstationspläne und die von Präsident Reagan am 25.1.1984 an-

9 Botschafter von der Gablentz, Den Haag, berichtete am 2. Juli 1984: „NL-Vertreter in SCG, Vos, teilte mit, daß AM van den Broek inzwischen an AM Gromyko mit dem Ziel geschrieben habe, die NL-Entscheidung als aktiven Beitrag zur Rüstungskontrolle zu nutzen. Vos fügte hinzu, daß der ursprüngliche Entwurf noch einmal sorgfältig im Sinne der Diskussion in SCG am 25.6. überarbeitet wurde, um jeden Eindruck zu vermeiden, als wolle NL gegenüber der SU bilaterale INF-Verpflichtungen eingehen. […] Unter den hiesigen innenpolitischen Umständen erscheint ein solcher Brief des AM tatsächlich als das Minimum dessen, was die Regierung dem Parlament schuldet. PM Lubbers und seine Koalitionsregierung haben ihr innenpolitisches Überleben gesichert mit einem Kompromiß gegenüber einer Handvoll CDA-Abgeordneter. Der Kompromiß fordert von der Regierung, in den 18 Monaten bis zum 1.1.85 NL-Sonderleistungen für das Zustandekommen von Rüstungskontrolle im INF-Bereich vorzuweisen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 455; VS-Bd. 12923 (202); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel und Legationsrat I. Klasse Bauer konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 29. Juni 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Fischer vermerkte: „Ich bin auch der Meinung, daß eine Meinungsbildung der Bu[ndes]Regierung in dieser Frage dringlich ist. Ich frage mich aber, ob der vorgeschlagene Weg der richtige ist. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der BK eine Min[ister-]B[e]spr[echun]g mit fünf Ministern ohne Unterlagen u. ohne Optionen einberuft. Ich halte es daher für besser, zunächst mit einem Brief an BM Riesenhuber heranzutreten mit der Bitte, unter seiner Federführung auf hoher Beamtenebene zwischen den Ressorts eine Unterlage mit Optionen für ein Gespräch beim BK erarbeiten zu lassen. Der BK sollte Kopie dieses Schreibens erhalten.“ Vgl. Anm. 16.
Hat Fischer am 3. Juli 1984 erneut vorgelegen.

3 Korrigiert aus: „1“.
Vgl. Anm. 12 und 13.

gebotene internationale Beteiligung[4] kommen in einem Augenblick, in dem Europa nach Abschluß der Ariane I–IV und der Spacelab-Entwicklung über die Zukunft seines Raumfahrtprogramms eine Entscheidung treffen muß.

Auf dem letzten deutsch-französischen Gipfel am 28./29.5.1984 haben sich Präsident Mitterrand und BK Kohl in Ansätzen auf eine autonome europäische Raumfahrtstrategie verständigt.[5] Dieses Bekenntnis zur Rolle Europas ist auch von den Forschungsministern der wichtigsten ESA-Mitgliedstaaten (F[6], GB[7], I[8]) während der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der europäischen Raumfahrt am 10.5.1984 abgelegt worden.[9]

In den letzten Monaten haben sich die Überlegungen auch auf die sicherheitspolitische Nutzung des Weltraums ausgedehnt. Die Verteidigungsminister Wörner und Hernu haben sich am 28.5.1984 in Paris auf die Einsetzung einer gemeinsamen Expertengruppe zur Prüfung eines Projektes „Aufklärungssatellit" geeinigt.[10]

Es gilt nunmehr, die auf höchster Ebene getroffenen Grundsatzentscheidungen in die Tat umzusetzen. Sollte dies nicht geschehen, wird Europa

– den mit großen Investitionen erreichten Stand der europäischen Raumfahrt nicht halten können;
– Chancen einer eigenständigen Entwicklung verspielen;
– mit anwachsendem Technologiegefälle, insbesondere zu den USA, aber auch zu der SU, politischen Handlungsspielraum einbüßen.

Die Ausgangssituation für einen zukunftsgerichteten europäischen Schritt ist nicht ungünstig. Europa verfügt heute über einen Technologiestand, der die Realisierung anspruchsvoller Raumfahrtkonzepte erlaubt. Voraussetzung hierfür ist allerdings eine Entscheidung über die Grundlinien unserer Raumfahrtpolitik für die nächsten zehn Jahre und eine substantielle Anhebung der Investitionsmittel.

2) Über ein klares Konzept für die Fortsetzung eines Raumfahrtprogramms verfügt derzeit nur Frankreich. Es strebt die Entwicklung eines autonomen europäischen Systems an, das eine europäische Raumstation, einen dem Shuttle leistungsgleichen Träger (Ariane V) und ein bemannbares, rückkehrfähiges Verbindungsfahrzeug (Hermes) vorsieht. Eine zeitweilige Zusammenarbeit mit den USA beim Bau der bemannten Raumstation wird nicht ausgeschlossen. F ist bereit, sein bei 1,5 Mrd. DM jährlich liegendes Raumfahrtbudget weiter anzuheben. Definitive Entscheidungen stehen allerdings noch aus.

4 Zu den amerikanischen Plänen für den Bau einer Raumstation vgl. Dok. 31.

5 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Mauroy am 29. Mai 1984 in Rambouillet; Dok. 155.

6 Laurent Fabius.

7 Keith Joseph.

8 Luigi Granelli.

9 Am 10. Mai 1984 fand im technischen Weltraumzentrum der ESA in Noordwijk eine Podiumsdiskussion über die Zukunft der europäischen Weltraumprogramme statt. Vgl. dazu den Artikel „Die besten Türen zum Weltraum finden"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Mai 1984, S. 10.

10 Vgl. dazu das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 28. Mai 1984 in La Celle Saint-Cloud; Dok. 149.

Ein autonomes europäisches Raumfahrtkonzept wird generell auch von Italien (das ebenfalls seine Mittel aufstocken will) und – neuerdings – von GB unterstützt (kleinere ESA-Mitgliedstaaten sind in diesem Punkt zurückhaltender).

3) Demgegenüber ist die deutsche Haltung zur Stunde unklar:

– Die Fachleute des BMFT und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) votieren für europäische Autonomie, mindestens bei der bemannten Raumstation (Columbus-Projekt) und bei einem Teil der unbemannten Trägertechnologie (Verbesserung der Ariane durch Entwicklung des hochenergetischen Triebwerkes HM-60).
– Vertreter aus dem wissenschaftlichen Lager unterstreichen zwar die Notwendigkeit autonomer Schritte, widersprechen jedoch einzelnen Lösungsansätzen der Regierung.
– Ein Teil der deutschen Raumfahrtindustrie wendet sich gegen hohe und langfristige Engagements bei Großprojekten.

Von der Leitung des BMFT fehlen bislang Hinweise, daß man sich anschickt, den gordischen Knoten der Expertendiskussion durch eine politische Entscheidung aufzulösen. Wir haben darüber hinaus den Eindruck, daß außenpolitische, europapolitische und innenpolitische Aspekte der deutschen Beteiligung an der Raumfahrtpolitik noch kaum aufeinander abgestimmt worden sind.

4) Die Kosten für die nächste Raumfahrtphase sind hoch. Die USA rechnen für die erste Stufe ihrer Station mit ca. 8 Mrd. US-Dollar. Für ein autonomes europäisches System (Träger, Rückflugkörper und Raumstation) sind Aufwendungen zwischen 20 bis 25 Mrd. DM zu veranschlagen.

Kostenkalkulationen des BMFT haben ergeben, daß mit dem jetzigen deutschen Raumfahrtbudget von derzeit ca. 900 Mio. DM selbst kleinere semiautonome Lösungsansätze nicht durchführbar sind. Ohne erhebliche deutsche Budgetaufstockung werden wir weder die Mittel für eine zufriedenstellende Zusammenarbeit mit den USA noch gar für eine europäische, von den USA unabhängige Raumfahrt haben.

5) Bei dieser Sachlage erscheint es erforderlich, die Entscheidungsfindung im BMFT mit der politischen Perspektive der europäischen Raumfahrt zu konfrontieren und ein langfristig angelegtes, umfassendes, finanziell abgesichertes Weltraumkonzept zu entwickeln. Angesichts des zunehmenden Entscheidungsdrucks (europäisches Träger- und Columbus-Programm soll Ende Juni in der ESA vorgestellt werden; USA werden versuchen, Beteiligungsfestlegung für US-Raumstation noch vor Präsidentschaftswahlen[11] durchzusetzen) sollte unverzüglich und auf Kabinettsebene eine Grundsatzentscheidung des künftigen deutschen als Teil des europäischen Rahmfahrtprogramms getroffen werden. Inhalt dieser Entscheidung sollte vor allem der künftige politische Wert der Raumfahrt als einer fundamentalen, zukunftsorientierten Spitzentechnologie und die Festlegung von Indikatoren für den Finanzrahmen sein, in denen sich die Planungen in den nächsten Jahren bewegen können. Mangels einer solchen Entscheidung ist zu befürchten, daß

11 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

– sich die derzeit stockenden Planungen im BMFT und BMVg weiter festfahren;
– Verhandlungspositionen im ESA-Rahmen und mit den USA beeinträchtigt werden;
– einer in den USA bestehenden Tendenz, autonome europäische Bestrebungen zu konterkarieren, Vorschub geleistet wird;
– unsere engen Beziehungen zu Frankreich Schaden leiden.

Als erster Schritt wird ein Schreiben an den BK vorgeschlagen, in dem dieser gebeten wird, umgehend zu einer Weltraumbesprechung der verantwortlichen Bundesminister, darunter BMVg, BMFT, BMF, BMP und BMWi, einzuladen (vgl. Anlage 1[12]). Unsere Haltung für dieses Gespräch könnte von den in Anlage 2 dargestellten Überlegungen ausgehen, die wir in mehreren Kontakten mit dem BMFT und BMVg entwickelt haben.[13] Es wird vorgeschlagen, diese Überlegungen dem Brief an den BK beizufügen.

D 2[14] hat mitgezeichnet. Abstimmung mit LPl[15] wurde am 24.6.1984 vorgenommen.[16]

Per Fischer

Referat 431, Bd. 142060

12 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf eines Schreibens des Bundesministers Genscher an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 431, Bd. 142060.

13 Dem Vorgang beigefügt. In den „Überlegungen zur europäischen Raumfahrtpolitik" hieß es: „Eine Lösung, die Europa in den Stand versetzt, mit eigener Initiative auf künftige kommerzielle, wissenschaftliche oder sicherheitspolitische Forderungen zu antworten, verlangt außerordentliche technologische, vor allem aber finanzielle Anstrengungen. Für die Bundesrepublik Deutschland ist eine substantielle Aufstockung des Raumfahrtbudgets von z. Zt. 900 Mio. DM jährlich in die Nähe des jetzigen – ebenfalls weiter ansteigenden – französischen Raumfahrtetats von 1,5 Mrd. DM unumgänglich." Im Gegensatz zu anderen Staaten verfüge die Bundesregierung derzeit über kein ressortübergreifendes Gremium zur Koordinierung ihrer Raumfahrtaktivitäten. Die Einsetzung eines „interministeriellen Weltraumausschusses" erscheine wünschenswert. Vgl. Referat 431, Bd. 142060.

14 Franz Pfeffer.

15 Konrad Seitz.

16 Bundesminister Genscher teilte Bundesminister Riesenhuber am 9. Juli 1984 mit: „Sehr geehrter Herr Kollege, mit der Entscheidung Präsident Reagans und den Plänen der Sowjetunion für den Bau von Raumstationen tritt die Weltraumfahrt in eine neue Phase. […] Meiner Überzeugung nach bietet sich für Europa im gegenwärtigen Zeitpunkt die große Chance, die Möglichkeiten, die sich für unsere Europapolitik, die Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen wie auch im Sicherheits- und Abrüstungsbereich ergeben, durch Verabschiedung eines umfassenden Programmes auszuschöpfen. […] Bei dieser Sachlage halte ich es für erforderlich, daß im Kreise der Bundesregierung umgehend eine Grundsatzentscheidung über den künftigen Rang der Raumfahrt – als eines wesentlichen Elements unserer Vorstellungen von der Förderung der Zukunftstechnologie, aber auch als eines Mobilisierungsfaktors für die europäische Integration – und eine ihrer Bedeutung angemessene finanzielle Ausstattung getroffen wird. […] Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie, sehr geehrter Herr Kollege, unter Ihrer Federführung zu einer Weltraumbesprechung auf hoher Beamtenebene einladen könnten." Vgl. Referat 431, Bd. 142053.

179

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

500-310.07-354/84 VS-vertraulich **27. Juni 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Haltung der Reagan-Administration zum Gewalt- und Interventionsverbot sowie deren völkerrechtlicher Justiziabilität seit Grenada[4]

Anlg.: 1 (offen)[5]

Zweck der Vorlage: zur Information

1) Die Haltung der amerikanischen Regierung zum Gewalt- und Interventionsverbot sowie zur völkerrechtlichen Justiziabilität behaupteter Verletzungen dieser Verbote gibt in jüngster Zeit zunehmend Anlaß zu gewisser völkerrechtspolitischer Besorgnis:

1.1) Gewaltverbot

Im Rahmen der 38. GV[6] (Abrüstungsproblematik) bemühten sich die USA im November 1983, also kurz nach Grenada, in US-Formulierungsvorschlägen die Gewaltanwendung, die völkerrechtlich nur zum Zweck der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung oder bei Maßnahmen des Sicherheitsrats nach Kap. VII VN-Charta[7] erlaubt ist, auch für Maßnahmen zu legitimieren, die „anderen in der VN-Charta anerkannten Zielen" dienen. Einen ähnlichen Vorstoß unternahmen die USA auch im Rahmen der Vorbereitungen der diesjährigen ICAO-Sonderversammlung.[8]

Diese amerikanischen Bemühungen müssen gesehen werden vor dem Hintergrund von Ausführungen der US-Botschafterin Kirkpatrick etwa in der SR-De-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterhelt und Legationsrat Steiner konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 3. Juli 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine zutreffende völkerrechtliche Darstellung, die allerdings nur mit der Betrachtung der politischen Gesichtspunkte ein vollständiges Bild geben kann."

3 Hat Bundesminister Genscher am 6. Juli 1984 vorgelegen, der Staatssekretär Ruhfus um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS R[uhfus] bei BM" verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 30. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Bertele und Referat 500 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."
Hat Bertele am 31. Januar 1985 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterhelt am 1. Februar 1985 erneut vorgelegen.

4 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317.
Zu einer völkerrechtlichen Bewertung dieser Intervention vgl. AAPD 1983, II, Dok. 337.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 10.

6 Die XXXVIII. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 20. Dezember 1983 in New York statt.

7 Für den Wortlaut von Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 459–465.

8 Vom 24. April bis 10. Mai 1984 fand in Montreal eine außerordentliche Sitzung der ICAO-Versammlung statt.

batte zu Grenada am 28.10.1983, wonach das Gewaltverbot der VN-Charta „nicht absolut“ gesetzt werden dürfe.[9] Die VN-Charta sei vielmehr „im Kontext“ zu begreifen: Neben den Prinzipien Nichteinmischung und Gewaltverbot seien u. a. auch Freiheit und Demokratie oberste Maximen der Charta.

Sollte dieses Rechtsverständnis allgemein an Boden gewinnen, so würde die wichtigste Errungenschaft des modernen Völkerrechts verspielt, die auf der Erfahrung beruht, daß Gewaltaktionen regelmäßig mit lauteren Absichten gerechtfertigt wurden: Gewaltanwendung ist heute nur noch zum Zwecke der Selbstverteidigung oder aufgrund von Maßnahmen des SR nach Kap. VII der VN-Charta zulässig.

Die völkerrechtliche Ächtung der Gewalt als Mittel der Politik würde also in empfindlicher Weise ausgehöhlt; letztlich wäre ein Ansatzpunkt für die alte Maxime geschaffen, wonach der Zweck die Mittel heilige.

1.2) Interventionsverbot

Auch Verlautbarungen von Vertretern der gegenwärtigen US-Administration zum völkerrechtlichen Interventionsverbot begegnen rechtlichen Bedenken. Bereits die Intervention in Grenada wurde u. a. mit der Notwendigkeit der Wiederherstellung von Recht und Ordnung gerechtfertigt. Inzwischen gibt es Äußerungen genereller Natur, die darauf hinauslaufen, daß sich die USA – offensichtlich unter Hintanstellung von Bindungen des Völkerrechts und der VN-Charta – Zurückhaltung nur insoweit auferlegen sollten, als auch die Sowjetunion dies tut. Dabei werden nicht die vom Völkerrecht bereitgestellten Gegenrechte (Selbstverteidigung, Repressalien) beansprucht, vielmehr ein unspezifiziertes Recht auf analoges Verhalten in geeigneten Fällen. So erklärte Botschafterin Kirkpatrick nach einem Zeitungsbericht vor der American Society of International Law vom 12.4.1984:

„Unilateral compliance with the (UN) Charter principles of non-intervention and non-use of force may make sense in some specific, isolated cases but are hardly a sound basis for either U.S. policy or for international peace and stability.“ (Anlage 1[10])

Derartige Äußerungen der Administration werden begleitet von Forderungen in der amerikanischen politikwissenschaftlichen Literatur, das Mittel der Intervention als „legitimes und unverzichtbares Instrument der Staatskunst“ unter Zurückstellung „legalistischer und moralistischer“ Bedenken einzusetzen. Eine neue Philosophie „selektiver Interventionen“ zur Demonstration amerikanischer Entschlossenheit und Erhöhung des US-Prestiges sei notwendig (Foster, On Selective Intervention, Strategic Review 1983 IV[11]).

9 Die Debatte des VN-Sicherheitsrats über Grenada begann am 25. Oktober und endete am 28. Oktober 1983. Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 28. Oktober 1983: „Botschafterin Kirkpatrick bemühte sich erst am letzten Tag der Debatte um eine zusammenhängende und überzeugendere Darstellung der US-Motive. […] Als legale Basis für die Intervention nannte sie nur noch die einzigartige Situation, die durch Machtvakuum und Anarchie, Gefahr für eigene Staatsbürger und die Aufforderung von Nachbarstaaten zum Handeln entstanden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2384; Referat 230, Bd. 142215.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für den Artikel „Mrs. Kirkpatrick Chides Latin Critics“ vgl. THE NEW YORK TIMES vom 13. April 1984, S. A 3.

11 Für den Artikel von Gregory D. Foster „On Selective Intervention“ vgl. STRATEGIC REVIEW XI (1983), Nr. 4, S. 48–63.

1.3) Justiziabilität außenpolitischer Aktionen

Der am 9.4.1984 beim IGH erhobenen nicaraguanischen Klage gegen die USA sollte deren Teilwiderruf der Unterwerfung unter die IGH-Gerichtsbarkeit zuvorkommen. (Zwischenzeitlich stützen sich die USA auch auf die angeblich mangelnde Unterwerfung Nicaraguas unter die Jurisdiktion des IGH.) Dies wurde politisch damit begründet, daß der Contadora-Prozeß[12] nicht gestört und der IGH nicht als nicaraguanisches Propagandaforum mißbraucht werden dürfe. In der Sitzung des IGH am 27.4.1984 über die Zulässigkeit der nicaraguanischen Klage erklärte der US-Vertreter, daß es sich um einen politischen, nicht rechtlichen Streitgegenstand handele.[13]

Präsident Reagan erklärte dazu in einer Rundfunkansprache vom 14.4.1984:

– „Aber die Sandinisten – wenig erfreut über den prüfenden Blick und die Besorgnis ihrer Nachbarn – haben sich einen wohlwollenderen Zuhörer“ (als die USA) „ausgesucht. Sie haben den Fall vor die VN und nunmehr vor den IGH gebracht. Das trägt wenig zu einer Verhandlungslösung bei. Aber es macht Sinn, wenn einer versucht, dem hellen Licht der Verantwortung zu entgehen.“[14]

Noch deutlicher heißt es in einer Erklärung des Weißen Hauses vom 10.4.1984:

– „Jetzt wird in zynischer Weise versucht, Verhandlungen dadurch auszuweichen, daß der IGH angerufen wird... Diese Administration läßt sich nicht täuschen und wird dieses Spiel auch nicht mitspielen. Dem Beispiel anderer Länder folgend, haben die Vereinigten Staaten diesem Manöver durch eine temporäre und begrenzte Einschränkung unserer Akzeptierung der Rechtsprechung des Gerichts Einhalt geboten.“[15]

Dies bedeutet konkludent die – zumindest derzeitige – Verneinung der Justiziabilität der amerikanischen Aktionen gegen Nicaragua aufgrund ihrer politischen Qualität. Dieses Völkerrechtsverständnis würde jedoch den Grundsatz, daß der zulässige außenpolitische Aktionsradius der Staaten heute durch das geltende Gewalt- und Interventionsverbot begrenzt wird und eine Verletzung dieser Normen zu völkerrechtlicher Verantwortung führt, seines praktischen Werts entkleiden. Es entstände eine Art „rechtsfreier Raum“, der den Großteil des außenpolitischen Handelns eines Staates umfassen würde.

Unter diesen übergeordneten rechtspolitischen Gesichtspunkten ist es daher zu begrüßen, daß der IGH sich dieser amerikanischen Argumentation in dem Verfahren Nicaragua/USA jedenfalls bisher nicht angeschlossen hat.

2) Die vorstehenden Äußerungen etc. von Vertretern der gegenwärtigen US-Administration zielen insgesamt auf eine Relativierung des völkerrechtlichen Interventions- und Gewaltverbots und stehen damit im Widerspruch zu zentralen völkerrechtspolitischen Anliegen der Bundesrepublik Deutschland.

12 Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Beilegung der Konflikte in Mittelamerika vgl. Dok. 153, Anm. 18.

13 Zur Klage Nicaraguas vor dem IGH und zur Entscheidung des IGH vom 10. Mai 1984 vgl. Dok. 131, Anm. 23.

14 Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 536.

15 Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 504.

Als Mittelmacht, deren Deutschland- und Außenpolitik auf strikter Beachtung des Gewalt- und Interventionsverbots beruht, haben wir ein elementares Interesse an der unangetasteten Geltung dieser Verbote. Auch ist zu bedenken, daß ihre Relativierung nicht nur die westliche Argumentation gegenüber der sowjetischen Außenpolitik schwächen, sondern auch mit dem Selbstverständnis des Bündnisses und damit der Legitimierung unserer Bündnispolitik nach innen in Widerspruch geraten könnte.

Die damit unabhängig von der US-LA-Politik aufgeworfene eigenständige Problematik sollte daher weiter sorgfältig beobachtet werden.

D 2[16] und LPl[17] haben mitgezeichnet.

Bertele

VS-Bd. 12384 (500)

180

Botschafter Wegener, Genf (CD), an das Auswärtige Amt

114-2419/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. Juni 1984, 20.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1178 **Ankunft: 27. Juni 1984, 21.01 Uhr**

Betr.: Stand der Arbeiten in der Genfer Abrüstungskonferenz;
hier: zögernde Haltung der USA

Bezug: fernmündliche Weisung D 2 A[2]

Zur Unterrichtung

In vertraulichen Gesprächen unter den westlichen Delegierten wird z. Z. große Besorgnis über den Stand der Arbeiten in der Abrüstungskonferenz geäußert. Diese Besorgnisse konzentrieren sich vor allem auf die amerikanische Haltung, die praktisch auf allen Gebieten das beharrende, raschen Fortschritt erschwerende Moment darstellt.

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Bemühungen des Konferenzvorsitzes[3] und der allgemeinen Aufmerksamkeit stehen die Versuche, für die drei schwierigen

16 Franz Pfeffer.

17 Konrad Seitz.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Erath „n[ach] R[ückkehr]“ und an Legationssekretär Meister „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Erath am 2. Juli 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Zu Weltraum. 2) Kopie zu P[revention of]N[uclear]W[ar].“
Hat Meister vorgelegen.

2 Friedrich Ruth.

3 Die Sommersitzung der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) begann am 12. Juni 1984 und endete am 31. August 1984. Vom 12. bis 30. Juni 1984 hatte Schweden den Konferenzvorsitz inne, ab 1. Juli die UdSSR und ab 1. August 1984 Großbritannien.

Arbeitsgebiete Weltraum, Nukleartests und Verhütung eines Nuklearkrieges Formeln zu finden, die die Beauftragung entsprechender Arbeitsausschüsse erlauben. In allen drei Bereichen drängen nicht nur die Ostblockstaaten, sondern noch stärker die nichtgebundenen Staaten (ebenso wie die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern) auf eine argumentative Behandlung des Stoffes und wenn möglich neue Verhandlungslösungen. In allen drei Gebieten ist es jedoch die US-Delegation, die es nicht vermag, durch Vorschlag geeigneter Formulierungen unter Wahrung ihrer essentiellen Sicherheitsinteressen mindestens der Aufnahme eines für den Westen vorteilhaften Dialogs ohne Präjudizierung späterer Verhandlungen zuzustimmen.

In den Weltraumfragen ist die amerikanische Position starr. Über den Mandatsvorschlag des letzten Jahres[4] scheint es den Amerikanern nicht möglich hinauszugehen. Sie können zwar, wie es auch das Abschlußkommuniqué der NATO-Ministertagung Washington[5] zum Ausdruck bringt, zur Geltung bringen, daß bei den komplizierten Weltraumfragen, die sich für eine verhandlungsmäßige Erledigung stellen, zunächst die Materie aufzuarbeiten und zu systematisieren ist. Insofern hat die amerikanische Delegation bei ihrem Vorschlag, die Arbeit eines entsprechenden Arbeitsausschusses zunächst auf eine Identifikationsaufgabe zu begrenzen, im Grundsatz auch die solidarische Unterstützung der anderen westlichen Staaten. Auch die nichtgebundenen Staaten wären bereit, sich in einer ersten Phase mit einer derartigen begrenzten Aufgabe zufriedenzugeben, wenn darüber hinaus die Perspektive für eine spätere Verhandlungsöffnung erkennbar wird. Hier wären die westlichen Staaten zu gewissen Formulierungshilfen bereit. Die Amerikaner ziehen jedoch z. Z. weder eine flexible – auch nur symbolische – Anpassung des ihnen von Washington zugestandenen Mandatstexts in Betracht noch eine hinreichende Flexibilität bei der Formulierung einer präsidentiellen Erklärung – bei Annahme des Ausschußmandats zu verlesen –, in der in vager Form eine künftige echte Verhandlungsperspektive eröffnet werden könnte.

In der Frage „Verhütung eines Nuklearkrieges“ sind die Amerikaner in ihrem häuslichen Abstimmungsprozeß offensichtlich völlig lahmgelegt. Obwohl sie dem Drängen westlicher Partner auf Zustimmung zur Einrichtung eines Arbeitsausschusses und der Vereinbarung eines rein argumentativen Mandats (hier existiert ein sorgsam formulierter, mit den Nichtgebundenen abgestimmter, von uns voll mitgetragener Mandatsentwurf[6]) kein sachliches Argument entge-

4 Australien, Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande und die USA legten dem Genfer Abrüstungsausschuß (CD) am 17. August 1983 den Entwurf eines Mandats für eine Arbeitsgruppe vor, die Themenbereiche benennen sollte, die für die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum wichtig seien. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI, S. 499 f.

5 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 115–120. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 370–374.

6 Botschafter Wegener, Genf (CD), informierte am 15. Juni 1984, die „westliche Gruppe“ habe am 15. Juni 1984 Fragen des Mandats einer künftigen Arbeitsgruppe zum Thema „Prevention of Nuclear War“ erörtert. Belgien habe einen Text vorgelegt, „der Frucht von informellen Besprechungen mit dem – für die Nichtgebundenen federführenden – indischen Delegierten ist. Belgien hob die Eilbedürftigkeit einer raschen zustimmenden Entscheidung hervor. Nur ein frühzeitiger Zusammentritt einer Arbeitsgruppe könne es dem Westen erlauben, in einer für die Sommersitzung prägen-

gensetzen können, scheint es den Washingtoner Stellen nicht möglich, sich auf eine irgendwie geartete Entscheidung zu einigen, sei diese negativer oder positiver Art. In regelmäßiger Folge berichtet die amerikanische Delegation, daß im gegenwärtigen Stadium Washington weder zustimmen noch ablehnen könne. Sie kann jedoch auch keinen Zeitraum für eine letztliche Entscheidung in dieser Frage in Aussicht stellen. Während sich die Geduld der in dieser Frage interessierten und wohlmeinenden nichtgebundenen Staaten zunehmend abnützt, drehen sich die Erörterungen um ein Mandat und um die Frage der Gründung eines Arbeitsausschusses seit Monaten im Kreise.

In der Frage Nukleartests hat Washington eine Miniaturbewegung vollführt und sich – auch dies nur aufgrund einer Entscheidung im Weißen Haus! – zugunsten einer Mandatsformulierung ausgesprochen, die neben den Verifikationsfragen u. a. auch Fragen der institutionellen Gestaltung eines künftigen Verifikationssystems ins Auge faßt.[7] Mit der von Washington vorgegebenen Formulierung, die offensichtlich jeden weiteren Spielraum ausschließt, sind die Handlungsmöglichkeiten der amerikanischen Delegation jedoch erschöpft. Gegenüber der gemischten Aufnahme, die der Vorschlag in der Gruppe der Nichtgebundenen gefunden hat (BRA und andere gemäßigte Staaten sprechen sich für Annahme, MXI und ARG bisher dagegen aus), können die Amerikaner keine überzeugende Eigenaktion mehr entfalten. Noch besorgniserregender: Hinter dem Zugeständnis eines Mandats im Teststoppbereich steht keinerlei Planung für eine dynamische Verhandlungsführung in einer möglicherweise zustande kommenden Arbeitsgruppe. Auf Befragen in der westlichen Gruppe haben die Amerikaner zugeben müssen, daß sie im Verifikationsbereich keinerlei technische Vorarbeiten geleistet haben, mit denen sie eine argumentative Verhandlungsposition in den nächsten Wochen aufbauen und durchhalten können.

Bei der Erarbeitung ihrer Haltung zu diesen drei besonders sensitiven Themen verdrängen die Amerikaner den ihnen immer wieder von westlichen Partnern nahegebrachten Tatbestand, daß der Westen nur dann bei dem vordringlichen Verhandlungsgegenstand chemische Waffen auf Unterstützung durch die nichtgebundenen Staaten zählen kann, wenn auch eine Gesamtbewegung in allen

Fortsetzung Fußnote von Seite 857

den und atmosphärisch positiven Weise das Kriegsverhütungsthema argumentativ und umfassend anzugehen. Würde die Entscheidung des Mandats weiter verzögert, so werde der Komplex in die Hände des Monatsvorsitzenden für Juli, des sowjetischen Botschafters Israeljan, fallen. […] Lediglich die US-Delegation war noch ohne Hinweis auf den Gang der Washingtoner Entscheidungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1099; Referat 220, Bd. 128654.

7 Der Passus „auch Fragen … faßt" wurde von Legationsrat I. Klasse Erath hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
Botschafter Wegener, Genf (CD), berichtete am 20. Juni 1984 über die Sommersitzung der Genfer Abrüstungskonferenz: „In westlicher Koordinierung am 20.6.1984 legte amerikanischer Delegationsleiter, Botschafter Fields, einen vom Weißen Haus genehmigten Mandatstext zur Gründung eines NTB-Ad-hoc-Ausschusses vor." Dies signalisiere aber keine Änderung in der Haltung der amerikanischen Regierung zu nuklearen Tests: „USA sind derzeit nicht bereit, Verhandlungen über einen CTB wiederaufzunehmen. Ein CTB bleibt Langzeitziel amerikanischer Politik, das nur im Zusammenhang mit signifikanten und umfassenden Abrüstungsmaßnahmen, erweiterten vertrauensbildenden Maßnahmen, verbesserten Verifikationsmöglichkeiten und unter der Bedingung einer verminderten Notwendigkeit zur nuklearen Abschreckung verwirklicht werden könne. […] Die Arbeit im NTB-Ausschuß solle sich zunächst auf Verifikationsfragen konzentrieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1132; Referat 222, Bd. 128700.

anderen wichtigen Abrüstungsbereichen, einschließlich der für die Amerikaner heiklen Materien, erkennbar wird.[8]

Jedoch ist es keinesfalls so, daß die Amerikaner nun gerade bei den chemischen Waffen eine dynamische und neuartige Verhandlungsstrategie entfalteten. Sie scheinen auch hier zurückhaltend und ohne eine ausgeprägte echte Verhandlungsbereitschaft. Ein im Vergleich zu anderen Delegationen übergroßes, ja aufgebläht erscheinendes Verhandlungsteam (sechs bis sieben Verhandler auch in kleineren Verhandlungsgruppierungen) scheint überwiegend damit beschäftigt, sich gegenseitig zu belauern und zur Wahrung einer spezifischen „reinen Lehre" aufzurufen. Ausgesprochen oder unausgesprochen kommen die amerikanischen Verhandler immer wieder auf die für sie zentralen, aber gerade besonders sensitiven Verhandlungsgegenstände zurück. Sie vernachlässigen dabei die lähmende Wirkung, die diese Insistenz gerade auf die sowjetische Delegation hat. Die Sowjets sind angesichts der Moskauer Weisungen bei dieser Form der Schwerpunktbildung durch die US-Delegation zu einer eigenen konstruktiven Verhandlungsanstrengung nicht in der Lage. Wir wissen allerdings aus unseren privaten Kontakten mit den Ostblockdelegationen, daß die Sowjets z. Z. durchaus zu einer konstruktiven Teilerledigung anderer, für sie weniger sensitiver Verhandlungsaspekte bereit wären. Mehrfach haben wir die Amerikaner auf die Notwendigkeit hingelenkt, in privaten Konsultationen mit den Sowjets (die bisher ungeachtet der verkündeten Absichten noch nicht aufgenommen worden sind) und in den öffentlichen Verhandlungsgängen eine konstruktivere Tonart anzuschlagen und zunächst die Zurückhaltung der Sowjets und ihre psychologischen Traumata dadurch zu überkommen, daß sie weniger kontroverse, aber auch wichtige Verhandlungspunkte aufgreifen. Bisher hat die von uns sehnlich erwartete Vorlage des amerikanischen CW-Entwurfs[9] nicht nur den belebenden Effekt vermissen lassen, sondern zu einer Stagnation dieser wichtigen Verhandlungen geführt.

Insgesamt ergibt sich dabei – ohne daß die westliche Gruppe bisher in der Lage gewesen wäre, durch Überzeugungsarbeit zu einer Auflockerung beizutragen – eine fast völlige Erstarrung des Genfer Verhandlungsprozesses, die durch die negative Gesamthaltung der SOW im Abrüstungsbereich noch verstärkt wird. Die Bewertung im westlichen Kreise ist dabei, daß die beharrenden, der Rüstungskontrolle skeptisch gegenüberstehenden Kreise in Washington in einer Phase, in der der Präsident auf hoher Ebene in besonders öffentlichkeitswirksamer Form der SOW Offerten im Rüstungskontrollbereich unterbreitet[10], ihre Bremswirkung auf die Arbeitsebene verlagern. Die Chancen des Westens bleiben damit ungenutzt.

[gez.] Wegener

VS-Bd. 11335 (220)

8 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Erath durch Fragezeichen hervorgehoben.

9 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

10 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni 1984 in Dublin vgl. Dok. 167.

181

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen

012-312.74 VS-NfD **3. Juli 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 67 Ortex

Zum ER Fontainebleau

1) Mit der Einigung über den britischen Haushaltsausgleich auf dem Europäischen Rat in Fontainebleau am 25./26. Juni wurde die „breit angelegte Verhandlung" über die drängendsten Probleme der Gemeinschaft, die auf dem ER in Stuttgart im Juni 1983 zu einem Verhandlungspaket zusammengefaßt worden waren[2], erfolgreich abgeschlossen. Über die meisten der Probleme war bereits auf dem ER in Brüssel im März d. J.[3] Verständigung erreicht worden, die aber notgedrungen noch unter Vorbehalt stand und wieder auseinanderzubrechen drohte. Mit der jetzt erreichten Einigung sind auch die damaligen Zwischenergebnisse endgültig. Die Schlußfolgerungen des ER in Fontainebleau (Text Bulletin Nr. 77, S. 684 vom 29.6.1984) bestätigen die Ergebnisse von Brüssel ausdrücklich. Damit hat die Gemeinschaft nicht nur eine der schwersten Krisen seit ihrem Bestehen überwunden, es wurde zugleich der Weg zu neuen Gemeinschaftspolitiken, namentlich in zukunftsorientierten Bereichen, zum Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien[4] und zu Fortschritten bei der politischen Einigung in Europa geebnet. Dies wird auch die Stellung der Gemeinschaft nach außen stärken.

2) Der Bundeskanzler hat das Ergebnis des ER Fontainebleau dahin zusammengefaßt, daß Europa um einen deutlichen und entscheidenden Schritt nach vorn gebracht wurde.[5] Das Ergebnis besteht – unter Einbeziehung der Zwischenergebnisse des ER Brüssel – aus folgenden Hauptelementen:

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat Kaufmann-Bühler am 6. Juli 1984 vorgelegen.

2 Zum „Stuttgarter Paket" vgl. Dok. 3, Anm. 10.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vgl. Dok. 88.

4 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 137, Anm. 9 und 10. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), legte am 4. Juli 1984 dar: „Es bedarf großer Anstrengungen auf allen Seiten, um die in den Kernkapiteln noch offenen Fragen zu lösen. Auch wir werden schon bald in Grundsatzfragen (Sozialkapitel) wie in kostenträchtigen und anderen Übergangsmaßnahmen (Landwirtschaft, Fischerei, Stahlindustrie) gefordert sein." So seien z. B. im Bereich der Landwirtschaft „von EG-Seite noch erhebliche Zugeständnisse notwendig […], um ein für SPA innenpolitisch hinnehmbares Ergebnis zu erreichen. […] Die Tragweite und Komplexität der noch zu lösenden Fragen machen deutlich, daß die Verhandlungspartner zunehmend unter Zeitdruck geraten, um die Inkraftsetzung des vom Gipfel in Fontainebleau bestätigten Stuttgarter Pakets – Beitritt und gleichzeitige Erhöhung der eigenen Einnahmen der Gem[einschaft] – zum 1.1.1986 zu verwirklichen. Dies gilt insbes[ondere] im Verhältnis zu SPA." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2129/2130; Referat 410, Bd. 130408.

5 Bundeskanzler Kohl gab am 28. Juni 1984 im Bundestag eine Regierungserklärung zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London sowie zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 128, S. 5589–5596.

– Einleitung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik durch Abkehr von bisher unbeschränkter Abnahmegarantie, Einführung der Mengenbegrenzung für Überschußprodukte sowie Einfrieren bzw. Senkung der Preise für wichtige Produkte in diesjähriger Preisrunde;
– Überprüfung bestehender und Einstieg in neue Gemeinschaftspolitiken, u. a. auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Technologie, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, wobei frühere Aussagen verstärkt wurden, speziell auch zum Sozialbereich;
– verstärkter Haushaltsdisziplin, namentlich im Agrarbereich;
– Abbau der Haushaltsungleichgewichte unter den MS sowie Haushaltsentlastung für Großbritannien, zu dem die BR Deutschland nur in Höhe von zwei Dritteln ihres normalen Anteils beiträgt;
– Erhöhung der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft durch Anhebung des Abführungssatzes der Mehrwertsteuer auf 1,4 Prozent spätestens zum 1.1.1986 und Inaussichtnahme einer weiteren Erhöhung auf 1,6 Prozent zum 1.1.1988;
– Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien zum 30.9. 1984, wobei die Verknüpfung mit der Erhöhung der eigenen Einnahmen aufrechterhalten bleibt;
– Verständigung über die Deckung der Haushaltslücke 1984, um das normale Funktionieren der Gemeinschaft sicherzustellen.

Der ER hat schließlich in partnerschaftlicher Solidarität die nationalen Ausgleichsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft[6] gebilligt, mit denen drastische Einkommenseinbußen infolge des Abbaus der Währungsausgleichsbeträge, der Nullrunde bei den Preisbeschlüssen und besonderer Beschränkungen bei der Milchproduktion[7] ausgeglichen werden.

3) Der ER hat für die schwierigen Probleme vernünftige, ausgewogene und faire Regeln entwickelt. Alle Partner haben hierzu beigetragen. Das Ergebnis ist aber insbesondere das Verdienst der französischen Präsidentschaft[8] und des persönlichen Einsatzes des französischen Staatspräsidenten Mitterrand. Für das britische Haushaltsproblem, das die Tagungen des ER seit 1979 beschäftigt hat, wurde eine mittelfristige Lösung entwickelt, die den Interessen aller Beteiligten gerecht wird. Im Unterschied zu den bisherigen Ad-hoc-Regelungen von Jahr zu Jahr erhält GB künftig alljährlich eine Erstattung in Höhe von 66 Prozent seiner Rückflußlücke, d. h. der Differenz zwischen britischem MWSt-Anteil und den Rückflüssen an GB aus Gemeinschaftspolitiken, wobei für 1984 letztmals eine pauschale Entlastung in Höhe von 1000 Mio. ECU vereinbart wurde. Der britische Ausgleich wird nicht über dem Durchschnitt der tatsächlichen Erstattungen der Jahre 1980–83 liegen. Für die Bundesrepublik Deutschland, die mit eigenen Vorschlägen zur Lösung der schwierigen Frage beigetragen hat, ist der Kompromiß tragbar, weil unsere Beteiligung auf zwei Drittel der normalen deutschen Beteiligung begrenzt ist. Das Prinzip der Minderbeteiligung, die wir bis-

6 Zu den Hilfsmaßnahmen für Landwirte in der Bundesrepublik vgl. Dok. 150, Anm. 8.
7 Vgl. dazu das auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30./31. März 1984 in Brüssel verabschiedete Agrarpaket; Dok. 88, Anm. 9.
8 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

her nur für 1982 und 1983 erreichen konnten, wird für eine Mehrjahresregelung verankert. Die vereinbarte Regelung wird solange gelten wie die neue 1,4-Prozent-MWSt-Regelung. Der gewählte Zeitraum ist überschaubar, eine spätere erneute Aufnahme des Themas wird unter veränderten und dann neu zu bewertenden Umständen erfolgen können. Es ist aber der Grundsatz festgeschrieben worden, daß jeder MS, der gemessen an seinem relativen Wohlstand eine zu hohe Haushaltslast trägt, zu gegebener Zeit in den Genuß einer Korrekturmaßnahme gelangen kann.

4) Die Staats- und Regierungschefs trafen auch Grundsatzentscheidungen in Bereichen, die die Bürger Europas unmittelbar angehen. Sie setzten einen Ausschuß aus Vertretern der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten[9] ein, der praktische Maßnahmen prüfen soll, die den Erwartungen der Völker Europas gerecht werden und die europäische Identität stärken und fördern sollen. Hierzu gehören u. a.

– die beschleunigte Einführung eines europäischen Passes,
– die Einführung eines Einheitsdokuments für den Warenverkehr,
– der Wegfall von Polizei- und Zollformalitäten für den innergemeinschaftlichen Personenverkehr,
– ein allgemeines System für die Gleichwertigkeit der Hochschuldiplome,
– die Einführung von Symbolen für die Existenz der Gemeinschaft, insbesondere einer Fahne und einer Hymne,
– die Zusammenarbeit im Sport durch Bildung von Europa-Mannschaften,
– die Prägung einer europäischen Münze, nämlich des ECU.

Ein weiteres Anliegen des Europäischen Rates war es, die Jugend in diesen Prozeß einzubeziehen. Deshalb wurde der Ad-hoc-Ausschuß ferner damit beauftragt, sich mit

– der Partnerschaft zwischen Schulklassen,
– gemeinsamen Aktionen der Jugend, etwa im Bereich der Entwicklungshilfe,
– sowie der Rauschgiftbekämpfung

zu befassen.

5) Schließlich hat der Europäische Rat die Einsetzung eines weiteren Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen aus persönlichen Vertretern der Staats- und Regierungschefs nach dem Muster des „Spaak-Ausschusses“[10] beschlossen. Dieser soll Vorschläge zum besseren Funktionieren der europäischen Zusammenarbeit im Gemeinschaftsbereich, in der politischen Zusammenarbeit und in anderen Bereichen erarbeiten.[11] Der Beschluß geht auf Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Mitterrand zurück[12], die ihrerseits auf einer engen Abstimmung mit der Bundesregierung beruhen. Nachdem die überaus schwierigen aktuellen Probleme der Gemeinschaft gelöst werden konnten, sollen neue

9 Korrigiert aus: „Mitgliedschaften“.
10 Zum „Spaak-Ausschuß“ vgl. Dok. 47, Anm. 4.
11 Zum Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) vgl. Dok. 218 und Dok. 305.
12 Vgl. dazu die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 24. Mai 1984 in Straßburg vor dem Europäischen Parlament; Dok. 147, Anm. 9.

Anstrengungen auf dem Weg zur europäischen Einigung unternommen werden. Alle Teilnehmer stimmten darin überein, daß hierüber intensive Beratungen in den nächsten Monaten stattfinden sollen. Die Bundesregierung wird an der weiteren Ausgestaltung dieser Vorstellungen aktiv mitwirken.

6) Zu Beginn seiner Beratungen hatte sich der Europäische Rat mit EPZ-Themen befaßt. Im Vordergrund stand eine ausführliche Erörterung der West-Ost-Beziehungen. Präsident Mitterrand berichtete über seine Reise in die Sowjetunion[13], der Bundeskanzler unterrichtete die Partner über seinen Besuch in Ungarn[14]. Eine Erörterung der Ergebnisse des Londoner Wirtschaftsgipfels[15] schloß sich an, in deren Verlauf die Nichtteilnehmer an der Londoner Begegnung über deren Verlauf und Ergebnisse informiert wurden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Vgl. auch Infofunk-Meldungen: Nr. 1090 d/1-2 vom 27.6. sowie Nr. 1096 d/x und 1097 d/1-2-3 vom 28.6.1984.

[gez.] Schneppen

Referat 410, Bd. 136099

182

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südkoreanischen Außenminister Lee Won-kyung

341-321.11 KOR **4. Juli 1984**[1]

Gespräch zwischen dem Bundesminister und dem koreanischen Außenminister Wong-kyung Lee am 4. Juli 1984, 8.00 bis 9.10 Uhr[2]

Nach der Begrüßung eröffnete der *BM* das Gespräch mit der Versicherung, daß die BR Deutschland am Geschick Koreas großen Anteil nehme. Sie empfinde

13 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 in der UdSSR auf.

14 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 21. bis 23. Juni 1984 in Ungarn vgl. Dok. 173.

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente gefertigt und am 9. Juli 1984 über das Büro Staatssekretäre „mit der Bitte um Genehmigung“ an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Staatssekretär Ruhfus am 9. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 12. Juli 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Bente vermerkte: „Kann vorbehaltlich der Zustimmung des BM verteilt werden.“
Hat Bente am 16. Juli 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorzimmer bitte verteilen mit den Vermerken von Botschafter Eger auch nach Seoul!“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 341, Bd. 142704.

2 Im Rahmen einer Europareise hielt sich der südkoreanische Außenminister Lee Won-kyung am 3./4. Juli 1984 in der Bundesrepublik auf. Ferner besuchte er vom 21. bis 24. Juni 1984 die Niederlande, vom 24. bis 26. Juni Österreich, vom 26. bis 30. Juni Italien sowie vom 30. Juni bis 3. Juli Belgien. Am 4./5. Juli 1984 hielt er sich in Frankreich auf.

auch großes Mitgefühl an den schweren Schicksalsschlägen, die das koreanische Volk in der letzten Zeit erlitten habe. Er erwähnte die Opfer des KAL-Abschusses[3] und des Attentats gegen die Delegation des koreanischen Präsidenten in Rangun.[4]

Korea teile mit der BR Deutschland das Schicksal, in zwei Staaten geteilt zu sein. Beide versuchten sie, die Folgen dieser Teilung zu mildern, seien in gleicher Weise engagiert, hätten dabei aber nicht die gleichen Ergebnisse erzielt. Den koreanischen Bemühungen stünde die Unbeweglichkeit der nordkoreanischen Seite gegenüber.

Die BR Deutschland verfolge mit großer Aufmerksamkeit die wirtschaftliche Entwicklung Koreas, die sie mit großem Respekt erfülle. Sie sei auch eine Herausforderung für Deutschland. Denn die Deutschen seien nicht nur Beobachter, sondern auch Konkurrenten. Auf diese koreanische Entwicklung reagierten sie als Anhänger der Marktwirtschaft und nicht als Sozialisten. Letztere schlössen ihre Märkte, erstere aber riefen dazu auf, sich an der koreanischen Entwicklung ein Beispiel zu nehmen.

Die Haltung, die in Deutschland gegenüber Korea empfunden werde, sei durch Mitgefühl und Respekt gekennzeichnet. Er, der BM, möchte die koreanische Regierung ermutigen, auf dem Wege der Demokratisierung voranzugehen. Beide Länder hätten die Aufgabe, den ihnen so nahe liegenden kommunistischen Systemen das Beispiel der Freiheit zu zeigen. Je freiheitlicher die Ordnung in den eigenen Ländern sei, desto anziehender sei sie für die Umwelt.

Es gäbe daher keinen besseren Ort für einen koreanischen Ministerbesuch als die BR Deutschland.

Der *koreanische AM* erwiderte, es sei für ihn eine große Ehre, in Deutschland empfangen zu werden. Er bedankte sich für die Gastfreundschaft und die nachhaltige Unterstützung und Sympathie, die Korea nach dem Abschuß der KAL-Maschine und nach Rangun in der BR Deutschland zuteil geworden sei. Er äußerte sich des längeren über die Ereignisse in Rangun und wiederholte, wie sehr man gerade die deutsche Haltung nach diesen Ereignissen als Stärkung empfunden habe.

Der *BM* erkundigt sich, wie die koreanische Regierung heute die Motive der sowjetischen Regierung für den Abschuß der KAL-Maschine beurteile.

Der *AM* wiederholte die bekannten sowjetischen Äußerungen und Behauptungen (die er als totalen Unsinn bezeichnete) und stellte fest, daß keine neuen Erkenntnisse vorlägen. Die koreanische Seite bemühe sich im übrigen weiterhin um Kompensation, ohne daß Ergebnisse erzielt worden seien.

Die koreanische Wirtschaft habe in der Tat Fortschritte gemacht. Vergleiche man die heutige mit der wirtschaftlichen Lage Koreas nach dem Korea-Krieg[5],

3 Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 17.

4 Am 10. Oktober 1983 meldete Botschafter Eger, Seoul, am Vortag sei auf eine südkoreanische Regierungsdelegation in Rangun ein Bombenattentat verübt worden, bei dem 16 Personen, darunter mehrere Regierungsmitglieder, getötet und weitere 15 Personen verletzt worden seien. Präsident Chun Doo-hwan sei dem Anschlag entgangen, „weil er sich um einige Minuten verspätet hatte oder Bombe zu früh gezündet wurde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 260; Referat 340, Bd. 127270.

5 Zum Korea-Krieg vgl. Dok. 112, Anm. 14.

könne man mit Recht von einem Wirtschaftswunder sprechen. Die Ölkrisen der siebziger Jahre hätten erhebliche Rückschläge mit hoher Inflation und vielen Wirtschaftsproblemen gebracht; sie seien inzwischen überwunden. Es sei der koreanischen Regierung gelungen, 1983 die Inflation in den Griff zu bekommen und sie bereits 1983 auf 3% herabzudrücken. In diesem Jahr betrage sie sogar weniger als 3%, und man erwarte eine Wachstumsrate zwischen 8 und 9%. Allerdings solle man sich durch diese Zahlen nicht täuschen lassen. Das Pro-Kopf-Einkommen der koreanischen Bevölkerung betrage auch heute erst 1800 US-$, und das Bruttosozialprodukt belaufe sich lediglich auf 75 Mrd. US-$. Verglichen mit der Wirtschaftskraft der BR Deutschland sei die der koreanischen Wirtschaft also noch gering, und Korea könne nicht als starker Wettbewerber Deutschlands angesehen werden.

Auch bei der Entwicklung der Demokratie seien in Korea Fortschritte erzielt worden. Es dürfe aber nicht übersehen werden, daß es viel schwieriger sei, in einer orientalischen Gesellschaft die Demokratie zu errichten als im Westen. Korea gehe von ganz anderen Voraussetzungen aus. Dennoch funktioniere das koreanische demokratische System sehr gut, und die koreanische Regierung werde die Politik der Demokratisierung fortsetzen. Korea werde ein „shining example" sein.

Was die Beziehungen zu Nordkorea anbelange, so sehe Korea das Beispiel Deutschlands. Die koreanische Regierung versuche, sich nach deutschen Vorbildern bei der Gestaltung der Beziehungen zum Norden auszurichten. Leider reagiere der Norden Koreas nicht wie der Osten Deutschlands.

Der *BM* erkundigt sich nach den Kenntnissen der südkoreanischen Regierung über Nordkorea.

Der *AM* unterstreicht, daß Südkorea von Nordkorea ebenso getrennt sei wie die übrige Welt. Die Regierung verfüge zwar über die Informationen ihrer Experten und Geheimdienste, auch verfolge sie genau nordkoreanische Radio- und Fernsehsendungen, dennoch müsse im Auge behalten werden, daß die nordkoreanische Gesellschaft von der übrigen Welt abgeschlossen sei.

Die Politik Nordkoreas sei eine Politik der Gewalt. Südkorea bemühe sich, Nordkorea zu veranlassen, diese Politik aufzugeben. Bisher aber ohne Erfolge. Die Lage sei ganz anders als in D, „so hätten die Ostdeutschen nie Westdeutschland besetzt". Die koreanische Regierung werde den Nordkoreanern nicht die Gelegenheit geben, ihre Ziele durchzusetzen. Die Voraussetzungen hierfür seien gut. Die Wirtschaftskraft Südkoreas übertreffe die Nordkoreas um das Fünf- bis Sechsfache, und es werde die Zeit kommen, in der Nordkorea gezwungen sei, seine jetzige Politik allein schon aus wirtschaftlichen Gründen aufzugeben. Bisher aber verfolgten die Nordkoreaner eine Politik der Subversion und der Kommandounternehmen im Süden. Was erzielt werden müsse, sei ein Dialog zwischen beiden „Zonen".

Um Vertrauen zu bilden, müsse es zu Begegnungen auf hoher Ebene kommen. Einladungen der südkoreanischen Regierung zu Gesprächen seien aber leider nicht befolgt worden.

Bisher gäbe es zwischen Nord und Süd noch nicht einmal einen Postverkehr, Familienbesuche seien unmöglich, obwohl 10 Mio. Familien getrennt seien. Sport-

begegnungen fänden ebensowenig statt wie Handelsbeziehungen. Nur wenn eine oder mehrere dieser Maßnahmen durchgesetzt würden, könnte Vertrauen zwischen beiden „Zonen" wachsen.

BM fragt den AM, ob er im Falle des Todes von Kim Il-sung einen Wandel in der nordkoreanischen Politik erwarte.

AM: Ein solcher Wandel werde erwartet und erhofft. Im Augenblick sei aber die nordkoreanische Regierung damit beschäftigt, Kims Sohn[6] als Nachfolger aufzubauen und ihre Politik der Gewalt fortzusetzen. Die Politik Südkoreas sei eine Politik des Friedens. So habe die koreanische Regierung vorgeschlagen, beide koreanische Staaten in die VN aufzunehmen und den Weg der „cross recognition" zu beschreiten. Er müsse dazu führen, daß kommunistische Staaten Seoul anerkennen und westliche Staaten Pjöngjang. Leider stimme Nordkorea auch mit diesen Vorschlägen nicht überein. So bliebe nur die Möglichkeit, sich in Geduld zu fassen. Die koreanische Regierung bitte die Bundesregierung, über die Regierungen osteuropäischer Länder die nordkoreanische Regierung aufzufordern, den von Südkorea vorgeschlagenen Weg zu beschreiten.

BM: „Glauben Sie, daß diese Regierungen starken Einfluß in Pjöngjang haben?"

AM verneint diese Frage.

BM äußert die Auffassung, daß die eigenartige Philosophie Kims der Grund für die Abschließung von der Welt sein könne. Er wisse nicht, in welcher Weise Seoul auf die Bevölkerung Nordkoreas Einfluß nehmen könne. Der deutsche Erfolg sei darauf zurückzuführen, daß 85% der Bevölkerung der DDR das Fernsehen der BR Deutschland und 100% ihre Radiosendungen empfangen. Deswegen sei die DDR-Regierung gezwungen, mit der BR Deutschland unter einigermaßen annehmbaren Beziehungen zu leben.

AM: Die BR Deutschland könne sich glücklich schätzen. Korea wünschte sich in ähnlicher Lage. Die Empfangsgeräte in Nordkorea seien aber so gebaut, daß weder Rundfunk noch Fernsehsendungen aus Südkorea zu empfangen seien.

Der AM erläuterte dies an dem Beispiel junger Nordkoreaner, die, in Japan wohnhaft, eingeladen worden seien, sich in Nordkorea niederzulassen. Dort angekommen, hätten sie feststellen müssen, daß ihre aus Japan mitgebrachten Geräte in Nordkorea nutzlos seien. So sei es z.B. möglich gewesen, daß die Auswahl Seouls zum Austragungsort der Olympischen Spiele 1988[7] den Nordkoreanern einige Zeit verborgen geblieben sei. Eine für Korea so wichtige Nachricht sei erst über eine nordkoreanische Fußballmannschaft, die in Bangkok mit südkoreanischen Fußballspielern zusammengetroffen sei, in Nordkorea bekanntgeworden. Nur auf Umwegen könnten Informationen aus dem Westen in Nordkorea bekanntwerden.

Es müsse das Ziel der internationalen Politik sein, Nordkorea zu beeinflussen. Seoul habe daher die Gelegenheit des Besuches von Präsident Reagan[8] und

6 Kim Jong-il.

7 Das IOC wählte am 30. September 1981 in Baden-Baden Seoul zum Austragungsort der XXIV. Olympischen Sommerspiele. Vgl. dazu den Artikel „Olympische Spiele 1988 in Seoul und Calgary"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. Oktober 1981, S. 1.
Die Spiele fanden vom 17. September bis 2. Oktober 1988 statt.

8 Präsident Reagan hielt sich vom 26. April bis 1. Mai 1984 in der Volksrepublik China auf.

von Ministerpräsident Nakasone[9] in Peking benutzt, um die Regierung der VR China zu bitten, gegenüber Seoul eine konstruktivere Haltung einzunehmen.

BM erkundigt sich nach der Bewertung der Verbindung zwischen Pjöngjang und Peking, ob der Minister glaube, daß Peking Nordkorea beeinflussen könne.

AM: Die Einflußmöglichkeiten seien gering. Es bleibe also dabei, wenn keine Vertrauensgrundlage geschaffen würde, könne es auch keine Fortschritte in den Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea geben. Da es aber bisher nicht gelungen sei, zu Gesprächen zu kommen, müsse noch eine schwierige Periode erwartet werden.

BM fragt, wie weit es der Führung in Pjöngjang gelungen sei, Verstand und Herzen der Bevölkerung Nordkoreas zu gewinnen. In der DDR habe die Führung dabei keinen Erfolg gehabt.

AM: In Nordkorea sei die Lage anders. Wegen der völligen Abschließung der Bevölkerung und dem Fehlen jeglicher Vergleichsmöglichkeiten verharre sie in Gehorsam gegenüber der Führung. Aber die Lage könne sich ändern; sollte es gelingen, auf die Bevölkerung Einfluß zu nehmen, werde sie ihrerseits auf ihre Führung Einfluß nehmen.

BM erkundigt sich sodann nach den Eindrücken des Ministers auf der Reise durch Europa.

AM: Korea benötige die Unterstützung des Westens. Es sei von der westlichen Welt abhängig. Die EG-Länder würden von der koreanischen Regierung als die wichtigsten Verbündeten angesehen. Die Reise sei sehr erfolgreich gewesen. Er, der Minister, habe gewichtige Zusicherungen erhalten, daß diese Länder an der Seite Südkoreas bleiben, es sei denn, die Sowjetunion erkläre sich bereit, ihre Beziehungen zu Seoul zu verbessern. Da letzteres in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei, bitte Korea darum, daß auch die EG-Länder ihr Verhältnis zu Nordkorea nicht verändern.

BM betont, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit dasselbe von ihren Freunden verlangt habe.

AM bittet um Auskünfte über kürzliche Reise des BM nach Moskau.[10]

BM: Es habe sich um eine der regelmäßigen Konsultationen zwischen dem sowjetischen AM[11] und ihm, dem BM, gehandelt. In der Regel reise er einmal im Jahr nach Moskau und das andere komme der sowjetische AM nach Deutschland. Das Treffen in diesem Jahr sei wegen des Beginns der Raketenstationierung in Westeuropa[12] sehr wichtig gewesen. Bei den Beratungen habe sich herausgestellt, daß sich die Sowjets in einer schwierigen außenpolitischen Lage befinden. Die sowjetische Regierung habe sich in der Stationierungsfrage verkalkuliert. Sie sei davon ausgegangen, mit den SS-20-Mittelstreckenraketen alle Länder um die Sowjetunion herum bedrohen zu können, und habe erwartet, daß diese Nachbarn nicht reagieren würden. Sie habe feststellen müssen, daß es Länder gebe, die bereit seien, zu reagieren.

9 Ministerpräsident Nakasone besuchte die Volksrepublik China vom 23. bis 26. März 1984.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

11 Andrej Andrejewitsch Gromyko.

12 Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

Im Augenblick sei die sowjetische Regierung damit beschäftigt, sich darüber klarzuwerden, wann sie zu den Verhandlungen zurückkehren könne.[13] Dies sei aus wirtschaftlichen Gründen für die Sowjetunion von großer Bedeutung, denn die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Ländern habe ein solches Maß erreicht, daß sie den Prozeß nicht zurückdrehen könne.

Meldungen der letzten Zeit bestätigten, daß sich die Sowjetunion mitten in einem Meinungsbildungsprozeß befände. Sie wisse, daß sie einer großen Herausforderung gegenüberstehe und ihre Politik nicht die volle Unterstützung der übrigen kommunistisch regierten Staaten Osteuropas finde. Denn auch diese hofften und setzten ihre Zukunft auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen. Diejenigen, die den Wettstreit suchten, sollten ihn in den Bereichen suchen, in denen sie am stärksten sind. Dies sei im Westen die Wirtschaftskraft. Deswegen komme es darauf an, in diesem Bereich die Kräfte mit der Sowjetunion zu messen.

AM: Auf die Frage des AM, was dem BM über die Reise von Kim Il-sung[14] bekanntgeworden sei, weist dieser auf die sehr spärlichen Informationen hin, die hierüber vorliegen.

AM: Die Bundesregierung habe einen großen Beitrag zur Entspannung geleistet, und Korea würde mit ihr gern noch engere Kontakte herstellen, insbesondere um über die Vorgänge in Osteuropa besser unterrichtet zu sein.

BM erklärte die deutsche Bereitschaft hierzu und verwies auf seine Begrüßungsworte. Sie seien keine Höflichkeitsfloskeln gewesen, sondern so gemeint, wie sie gesagt worden seien. Die Bundesregierung sei bereit, überall dort zusammenzuarbeiten, wo die koreanische Regierung es wünsche.

Der *AM* bedankt sich für diese Zusage und kommt auf die deutsche Wirtschaftshilfe für Korea zu sprechen. Die Projekte der deutschen Entwicklungshilfe seien ein fruchtbarer Beitrag zur koreanischen Entwicklung gewesen. Es seien diese Erfahrungen mit Deutschland, die Korea veranlaßten, enge Beziehungen zu suchen, und zwar in allen Bereichen.

Der AM kam in diesem Zusammenhang auch auf die Kunstausstellung „5000 Jahre koreanische Kunst“ zu sprechen, die demnächst in Hamburg eröffnet und auch in Köln gezeigt werden wird.[15] Diese Ausstellung habe große Bedeutung für die Koreaner, zeige sie doch, daß Koreaner weder die Chinesen noch die Japaner kopiert, sondern eigenständige Leistungen erbracht hätten, die von letzteren nachgeahmt worden seien.

In diesem Zusammenhang wurde auch erwähnt, daß die Berliner Philharmoniker im Herbst d. J. unter Karajan Gastkonzerte in Korea geben.[16]

13 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

14 Präsident Kim Il-sung führte vom 23. bis 25. Mai 1984 Gespräche in der UdSSR, ferner hielt er sich vom 27. bis 29. Mai in Polen, vom 29. Mai bis 4. Juni in der DDR, vom 4. bis 6. Juni in der ČSSR, vom 7. bis 9. Juni in Ungarn, vom 9. bis 11. Juni in Jugoslawien, vom 12. bis 17. Juni in Bulgarien sowie vom 18. bis 21. Juni 1984 in Rumänien auf.

15 Die Ausstellung „Kunstschätze aus Korea“ wurde vom 15. Juni bis 16. September 1984 im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg und anschließend vom 13. Oktober 1984 bis 13. Januar 1985 im Museum für Ostasiatische Kunst in Köln gezeigt.

16 Die Berliner Philharmoniker traten am 27. und 29. Oktober 1984 in Seoul auf.

Zum Abschluß des Gespräches lud der koreanische AM den BM zu einem Besuch Koreas ein. Der *BM* nahm die Einladung an und dankte mit der Bemerkung, es sei in der Tat höchste Zeit, daß er nach Korea reise.[17]

Referat 341, Bd. 142704

183

Ministerialdirigent Loeck an die Botschaft in Bagdad

422-411.10 IRK-659/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. Juli 1984, 16.14 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 145
Cito

Betr.: Lieferung chemischer Anlagen durch Fa. Kolb

Bezug: DB 595 vom 29.6.1984[2]

I. Für aktuellen Sachstand sind folgende Entwicklungen wesentlich:

1) Nach Erörterung im Kabinett am 19.6.1984 wird Außenwirtschaftsprüfung[3], obwohl wir uns sehr begrenzter Erkenntnismöglichkeiten dieses Verfahrens bewußt sind, noch nicht abgeschlossen. Kabinett gab Auftrag, Inspektion der Kolb-Anlagen in Samarra durch deutsche Expertengruppe mit Nachdruck zu versuchen. Entsprechend Angebot Fa. Kolb wurde mehrfach auf sie eingewirkt, die Zustimmung der irakischen Seite über Projektträger in Samarra (SEPP[4]) beizubringen. Verzögerung wurde mit Abwesenheit des irakischen Projektleiters erklärt, der aber in diesen Tagen zurückkommen soll. Geschäftsführer der Fa.

17 Bundesminister Genscher hielt sich vom 6. bis 9. Juli 1985 in der Republik Korea (Südkorea) auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 26/27 des Ministerialdirigenten Keil, z. Z. BM-Delegation, vom 10. Juli 1985; AAPD 1985.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Horsten konzipiert.

2 Korrigiert aus: „DE 595 vom 29.6.1984".
Botschafter Böcker, Bagdad, berichtete über Gespräche mit Vertretern der Firma Kolb sowie der Firma Heberger Bau, „um Fragen nach der Entwicklung seit der von der Botschaft am 14./15.6. ausgesprochenen Warnung zu beantworten. Beide Firmen haben nach der Darstellung der Firmenvertreter ihren Mitarbeitern die Heimreise freigestellt. […] Kolb-Vertreter Fraenzel berichtete über die Gespräche, die er und seine Firmenleitung im Auswärtigen Amt und im BMWi geführt hätten. Seine Firma habe dabei die Haltlosigkeit erhobener Vorwürfe eindeutig belegen und CIA-Darstellung als völlig abwegig entkräften können. Verlassen der Baustelle durch Kolb-Personal, dessen Grund ja auch irakischer Seite bekannt sei, stelle seine Firma vor kaum lösbare Probleme. Irakischer Partner bestehe auf Vertragserfüllung, force majeure könne aufgrund derart allgemein gehaltener Warnung nicht geltend gemacht werden. Seine Firma riskiere, bei festgestelltem Vertragsbruch auf ‚Schwarze Liste' gesetzt zu werden und damit auch alle anderen – viel umfangreicheren – Aufträge im Irak zu verlieren." Vgl. VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Zu den Ergebnissen der Außenwirtschaftsprüfung bei der Firma Kolb vgl. Dok. 99.

4 State Establishment for Pesticide Production.

Kolb, H. Maier, hat uns zugesagt, H. Fraenzel nochmals aufzufordern, Zustimmung irakischen Projektleiters umgehend zu erbitten bzw. anzumahnen. Botschaft soll – wie ihr bekannt – nach irakischer Zustimmung um offizielle Bestätigung bitten und bei weiterer Durchführung der Mission assistieren.

2) Überraschend haben wir von Fa. Kolb erfahren, daß sie inzwischen weitere Lieferungen von Chemieausrüstungen nach Samarra auf den Weg gebracht hat. BMWi wurde auf StS-Ebene erneut nachdrücklich gebeten, auf Fa. Kolb einzuwirken, alle weiteren – auch bereits vertraglich vereinbarten – Zusatzlieferungen zu unterlassen.[5] Die Problematik fehlender rechtlicher Einwirkungsmöglichkeiten bei nicht AWG[6]-genehmigungspflichtigen Gütern ist dabei offensichtlich.

3) Nach Bericht Botschaft Washington kam Angelegenheit am 28.6.84 im zuständigen Senatsausschuß zur Sprache. Administration habe dabei Situation in Samarra als unverändert ernst geschildert und auf Ausbau der Anlage mit Hilfe deutscher Techniker hingewiesen. Botschaft wurde inzwischen über Fortgang unserer Bemühungen um Abzug der Fa. Kolb aus Samarra unterrichtet.[7]

Auch Leiter Europa-Abteilung im State Department, Burt, und US-Gesandter Woessner haben am 2.7. gegenüber StS Meyer-Landrut entsprechende Besorgnis geäußert. StS M.-L. hat Gesprächspartner davon unterrichtet, daß Stammbelegschaft der Fa. Kolb Projekt verlassen habe. Bundesregierung bleibe weiterhin um Aufklärung der tatsächlichen Verwendung der Kolb-Anlagen in Samarra bemüht.

II. Darstellung des Gespräches mit Vertretern der Fa. Kolb im AA am 13.6.84 durch H. Fraenzel (Ziffer 4) wird unter Bezugnahme auf Vermerk vom 14.6.84[8]

5 In einem Schreiben an Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, wies Staatssekretär Ruhfus darauf hin, daß Bundeskanzler Kohl in der Kabinettssitzung vom 19. Juni 1984 festgestellt habe, daß „schwerwiegende außen- und sicherheitspolitische Gesichtspunkte gegen jegliche Anschlußlieferungen für das Projekt Samarra" sprächen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 839 vom 4. Juli 1984; VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

7 Ministerialdirigent Loeck informierte die Botschaft in Washington am 2. Juli 1984 über die Bemühungen der Bundesregierung, über die Firma Kolb eine Zustimmung des irakischen Projektträgers zu einer Inspektion der Anlage in Samarra durch eine Expertengruppe aus der Bundesrepublik zu erreichen: „Irakische Antwort steht noch aus. Bundesregierung wird nichts unversucht lassen, technische Spezifikationen und tatsächliche Verwendung der von der Fa. Kolb in Samarra errichteten Anlagen aufzuklären." Vgl. den Drahterlaß Nr. 798; VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Legationsrat I. Klasse Horsten notierte: „Die Vertreter der Fa. Kolb stellten sich auf den Standpunkt, bislang sei nicht einmal der Einsatz von CW durch Irak nachgewiesen. Selbst wenn in Irak CW produziert werden oder werden sollten, so doch jedenfalls nicht mit den von Fa. Kolb gelieferten Anlagen." Ministerialdirigent Loeck habe festgestellt, der Einsatz chemischer Waffen durch den Irak im Krieg mit dem Iran sei durch VN-Experten nachgewiesen: „Hinzu komme die uns gegenüber von seiten mehrerer Länder geäußerte Überzeugung, daß diese CW aus Samarra stammen. Die Bundesregierung könne die Fa. Kolb nicht gegen Vorwürfe in diesem Zusammenhang in Schutz nehmen, da ihr nur das Resultat der Außenwirtschaftsprüfung in der Firma vorliege. Wie die in Samarra installierten Anlagen tatsächlich zusammengesetzt seien und wofür sie verwendet würden, entzieht sich unserer Kenntnis. Die von der Firma Kolb gegebene Darstellung der Art und Zweckbestimmung der von ihr im Komplex Samarra installierten Anlagen vermöge die Annahme mehrerer Länder, in Samarra würden CW produziert, schon deshalb nicht zu widerlegen, weil die Fa. Kolb bislang nicht einmal habe erklären können, was mit den kleinen Anlagen produziert werde, die sie seit 1975 installiert habe und die längst in Betrieb seien. Die Vertreter der Fa. Kolb wiederholten, daß ihnen hier-

(mit Kurier vom 24.6. abgesandt) nachdrücklich richtiggestellt. Dg 42 legte bei Gespräch eindeutig klar, daß Verdacht gegen mögliche Verwendung der Kolb-Anlagen in Samarra für CW-Herstellung durch die Außenwirtschaftsprüfung nicht ausgeräumt sei und die Fa. Kolb gegen solche Vorwürfe durch die Bundesregierung nicht in Schutz genommen werden könne.

III. Es wird gebeten, auf H. Fraenzel im Sinne möglichst beschleunigter Einholung irakischer Äußerung einzuwirken[9] und zu berichten. Es wird gebeten, zu verfolgen, ob Fa. Kolb anstelle abgereister Belegschaft neue Monteure in das Projekt entsendet. Auch diese wären sodann, soweit sie deutsche Staatsangehörige sind, vor möglichem Präventivschlag zu warnen. Auch hierzu zu gegebener Zeit Bericht erbeten.[10]

Loeck[11]

VS-Bd. 10919 (422)

Fortsetzung Fußnote von Seite 871

zu in der Tat nichts bekanntgeworden sei. Sie verfügten nach wie vor nicht über Anhaltspunkte, daß in Samarra CW produziert würden. Falls sie solche Anhaltspunkte feststellen könnten, würden sie sich aus dem Samarra-Projekt zurückziehen!" Vgl. VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Korrigiert aus: „einzuholen".

10 Botschafter Böcker, Bagdad, teilte am 9. Juli 1984 mit, der Vertreter der Firma Kolb in Bagdad, Fraenzel, sei gegenwärtig in Samarra und kehre erst am 12. Juli 1984 zurück. Beobachtungen durch „Vertreter der Fachstelle" hätten ergeben, „daß das Luftverteidigungspotential im Chemiekomplex aufwendig verstärkt worden ist. Zu den Flakgeschützen sind Roland-Stellungen (Boden-Luft-Raketen) hinzugekommen. Dies läßt den Schluß zu, daß die Iraker der Anlage hohe Priorität im Rahmen des militärischen Objektschutzes geben." Einige Angehörige der Firma Heberger Bau seien inzwischen nach Samarra zurückgekehrt; über die Angehörigen der Firma Kolb könne nur Fraenzel Auskunft geben. Die irakische Zustimmung zu einer Inspektion sei im übrigen „mehr als fraglich". Vgl. den Drahtbericht Nr. 617; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

11 Paraphe.

184

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2526/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. Juli 1984, 17.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1156 **Ankunft: 5. Juli 1984, 17.44 Uhr**

Betr.: Ratskonsultationen zu „Strategic Defense Initiative“ am 4.7.1984

Bezug: 1) DB Nr. 1071 vom 22.6.1984 – IX-363.21 VS-NfD[2]
2) DE Nr. 4566 vom 2.7.1984 – 220-370.73/10 SDI-1420/84 VS-v[3]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Der Beauftragte für die „Strategic Defense Initiative“ (SDI), General Abrahamson, sowie Assistent Secretary R. Perle haben den Rat am 4.7.1984 über SDI unterrichtet. Dabei wurde das Bemühen der amerikanischen Seite deutlich, bestehende Fehlinformationen und daraus resultierende Befürchtungen bei den europäischen Bündnispartnern aufzufangen und in engere Bündniskonsultationen über dieses Thema einzutreten. Es wurde betont, daß

a) es sich bei SDI um ein langfristiges Forschungsprogramm handele, bei dessen positiver Entwicklung Stationierungsentscheidungen nicht vor dem Jahr 2000 anstünden,

b) das Forschungsprogramm ABM[4]-konform sei,

c) die Strategie der Abschreckung weiterhin Bestand habe und SDI einen Beitrag zu ihrer Verbesserung leisten könne,

d) es zum SDI-Programm keine Alternative gebe, weil die SU auf diesem Gebiet sehr deutlich fortgeschritten sei.

2) In der anschließenden Aussprache wurde die amerikanische Unterrichtung begrüßt und die Fortsetzung von intensiven Konsultationen als notwendig bezeichnet. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die USA zu einem frühen

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte mit, nach Ankündigung der amerikanischen Regierung werde der Leiter des SDI-Programms, Abrahamson, den Ständigen NATO-Rat am 4. Juli 1984 über den aktuellen Stand der Arbeiten an SDI unterrichten. Wieck übermittelte ferner Überlegungen für mögliche Fragen an Abrahamson. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 128642.

3 Vortragender Legationsrat Schmidt übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel Fragen, die der amerikanischen Seite beim Besuch des Leiters des SDI-Programms, Abrahamson, am 4. Juli 1984 gestellt werden könnten, so etwa, ob die UdSSR bereit sei, auf das amerikanische Angebot zu Gesprächen über SDI einzugehen. Dazu führte er aus: „Diese Fragen unterstreichen die Bedeutung bilateraler Gespräche US-SU über diesen Themenkreis, um destabilisierende Entwicklungen zu vermeiden. Das Gesprächsangebot der USA, das im Kommuniqué der NATO-AM hervorgehoben wurde, ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung.“ Vgl. VS-Bd. 11373 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

Zeitpunkt den Dialog mit der SU über diese Thematik suchen müssen, damit die Konzepte beider Seiten sich nicht so weit auseinanderentwickelten, daß eine einvernehmliche rüstungskontrollpolitische Behandlung unmöglich werde. Die amerikanische Bereitschaft zu Gesprächen mit der SU in Wien im September d. J.[5] wurde in diesem Zusammenhang positiv gewürdigt.

II. Im einzelnen

1) Der Ständige Vertreter der USA[6] bedauerte eingangs, daß es im Zusammenhang mit SDI in Europa zu Fehlinformationen und Befürchtungen gekommen sei. Es könne keine Rede davon sein, daß z. B. der ABM-Vertrag durch das SDI-Forschungsprogramm verletzt werde oder daß SDI das Ende von Rüstungskontrolle bedeute. Ausdrücklich wies er auf den Fortbestand der Strategie der Abschreckung hin und auf die Verpflichtung der USA zu dieser Strategie, was insbesondere auch dadurch zum Ausdruck komme, daß kürzlich LRINF stationiert und konventionelle Verstärkungen vorgenommen worden seien. Die erst in ferner Zukunft anstehenden Entscheidungen zu SDI würden die USA erst nach intensiven Konsultationen mit den Alliierten treffen.

2) Aus dem Vortrag von General Abrahamson wird festgehalten (Gesprächsunterlage Abrahamson folgt mit Büronote[7]):

a) Intelligence briefing zum sowjetischen Entwicklungsstand

Die Sowjetunion betreibe die Entwicklung ihrer defensiven Waffen mit dem gleichen Nachdruck wie die ihrer offensiven Waffen. Das ABM-System um Moskau sei kürzlich erweitert worden (sieben ABM-Silos seien neu einsatzbereit gemacht worden und 16 Galosh-Launcher seien mit neuen Abfangraketen ausgestattet).

Die SU habe die Fristen für die Herstellung der Einsatzbereitschaft ihrer ABM-Systeme drastisch verkürzt und dürfte jetzt in der Lage sein, innerhalb eines Jahres 50–100 ABM-Komplexe aufzustellen. Die SU investiere in die Erforschung neuer Techniken (Laser und Partikelwaffen) dreimal soviel wie die USA. Man habe zwölf Forschungslaboratorien erkannt. Die Forschung erstrecke sich auf boden- und luftgestützte sowie auf weltraumgestützte Systeme. Eine Statio-

5 Die UdSSR schlug den USA am 29. Juni 1984 in einer Erklärung die Aufnahme von Verhandlungen über die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums vor, die im September 1984 in Wien beginnen könnten. Im Rahmen solcher Verhandlungen müsse auch „die Frage eines gegenseitigen und vollständigen Verzichts auf Satellitenabwehrsysteme gelöst werden". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 495 f.
In einer am selben Tag veröffentlichten Erklärung des Nationalen Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, bekundeten die USA ihre Bereitschaft zu Gesprächen mit der UdSSR im September, in denen die Frage einer Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen und von START sowie die Begrenzung von Anti-Satelliten-Waffen erörtert werden sollten. Ferner wurde die Bereitschaft erklärt, andere Fragen der Rüstungskontrolle sowie sonstige Themen von beiderseitigem Interesse zu erörtern. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2090, S. 24 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 496 f.
In einer Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 1. Juli 1984 wurde die amerikanische Erklärung vom 29. Juni 1984 als „völlig unbefriedigend" zurückgewiesen. Diese sei „klar darauf angelegt […], den Weltraum in eine Arena für die Stationierung von Massenvernichtungsmitteln zu verwandeln". Die UdSSR weise den Versuch zurück, Vorbedingungen aufzustellen. Der sowjetische Vorschlag vom 29. Juni 1984 bleibe jedoch in Kraft. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 497 f.

6 David M. Abshire.

7 Für die Gesprächsunterlage des Leiters des SDI-Programms, Abrahamson, vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 905 der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel vom 6. Juli 1984; Referat 220, Bd. 128642.

nierung von weltraumgestützten Systemen könne noch nicht nachgewiesen werden. Forschung bei ASAT richte sich auf die Zerstörung der Elektronik und die physische Zerstörung von Satelliten auf eine Entfernung von 100–1000 km. Der Energiebedarf hierfür sei sehr hoch; die Nutzlast der vorhandenen Raketen reiche aber aus, um entsprechende Raumstationen in die Umlaufbahn zu befördern.

b) SDI-Entstehungsgeschichte

Nach seiner Rede vom 23.3.1983[8] habe Präsident Reagan parallel zwei Studien in Auftrag gegeben und damit die Bedeutung von beiden Themenkreisen unterstrichen: Eine Studie habe sich mit den technischen Aspekten befaßt (defensive technology) und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß angesichts der schnell fortschreitenden technischen Entwicklung der Zeitpunkt für den Beginn eines langfristigen Forschungsprogrammes gekommen sei. Die andere Studie habe die strategischen und politischen Aspekte untersucht und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß Defensivsysteme einen Beitrag zur Verbesserung von Abschreckung und Stabilität leisten und Rüstungskontrolle bei offensiven Waffen erleichtern können.

c) Auswirkungen von SDI auf die Verbündeten

Präsident Reagan habe sich ausdrücklich verpflichtet, den Schutz eines Defensivsystems auch auf die Verbündeten auszudehnen. Die Hauptbekämpfungsphase gegen Raketen sei [9]die Start- und die Post-Boost-Phase. Hier werde die Rakete zerstört, unabhängig davon, ob sie auf das Territorium der USA oder auf das der europäischen Bündnispartner gerichtet sei. Dies gelte nicht nur für strategische Raketen, sondern auch (was für die europäischen Alliierten von besonderer Bedeutung sei) für die Bekämpfung der SS-20, SS-22 und SS-23 (möglicherweise auch für die SS-21).

d) Auswirkungen von SDI auf Rüstungskontrolle

Bei der Fortführung des Projekts stehen die USA zu allen vertraglich eingegangenen Verpflichtungen, darüber hinaus auch zur Fortführung von START- bzw. INF-Verhandlungen. Die Einführung eines SDI-Systems würde die Reduzierung von Offensivwaffen erleichtern, weil u.a. der militärische Wert ballistischer Raketen abnehmen werde.

3) R. Perle ging unter dem Hinweis auf die Verhandlungsgeschichte von SALT I und ABM auf die amerikanischen Motive ein, die hinter SDI stehen.

1969, zu Beginn der Verhandlungen mit der SU[10] über SALT I und ABM, hätten die USA die Technik für den Aufbau eines ABM-Systems gehabt, die SU dagegen nicht. Die USA hätten damals der SU vorgeschlagen, im Austausch zu einer Begrenzung von offensiven Waffen auf die Defensivtechnologie zu verzichten. Im Laufe der Verhandlungen hätten die USA im übrigen seiner Ansicht

8 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1157 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

10 Nach Vorgesprächen vom 17. November bis 22. Dezember 1969 in Helsinki begannen am 16. April 1970 in Wien Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 6 und Dok. 26, AAPD 1971, III, Dok. 399, AAPD 1972, I, Dok. 26 und Dok. 75, sowie AAPD 1972, II, Dok. 176.

nach den Fehler begangen, dem ABM-Vertrag zuzustimmen, bevor Begrenzungen bei SALT I[11] vereinbart worden waren. Damit hätten sie ein Druckmittel verloren, um die von ihnen gewünschte niedrigere Obergrenze bei SALT I zu erhalten. Heute habe die SU die technische Fähigkeit, innerhalb kurzer Zeit ein ABM-System aufzubauen. Seit 1972 seien in der SU ständig steigende Ausgaben für ABM, in den USA dagegen ein gegenläufiger Trend zu verzeichnen gewesen. Die USA wollten nun sicherstellen, daß sie nicht endgültig in technologischen Rückstand gerieten. Vielfältige Probleme im Zusammenhang mit SDI seien nicht abzustreiten. Eine Situation, in der aber alleine die SU ein ABM-System besitze, sei unendlich viel gefährlicher.

4) In der anschließenden intensiven Aussprache, an der sich neben mir die Ständigen Vertreter von NL[12], UK[13], DK[14], E[15], B[16], NWG[17] und F[18] beteiligten, wurde übereinstimmend die Notwendigkeit von engen Konsultationen zu SDI unterstrichen, da hier essentielle Fragen mit Auswirkung auf die künftige Entwicklung der Strategie sowie der Erhaltung der Stabilität berührt seien. Die amerikanische Bereitschaft, im September in Wien mit der SU Gespräche zu ASAT und SDI aufzunehmen, wurde allgemein begrüßt.

Ich habe auf folgende Punkte hingewiesen:

(1) Es sei wichtig, genauer zu untersuchen, welchen Umfang die sowjetischen Aktivitäten in diesem Felde hätten und vor allen Dingen, welches strategische Rational dahinterstehe.

(2) Der Doppelansatz, wonach die USA neben den technischen Problemen auch die strategischen und politischen Implikationen von SDI untersucht hätten, sei zu begrüßen. Dieses parallele Vorgehen biete auch einen guten Ansatz für die Konsultationen im Rahmen der Allianz zu diesem Thema.

(3) Die Konsultationen müßten in Zukunft vertieft werden, um auch spezifisch Europa betreffende Fragen zu erörtern: Bleibt die nukleare Bedrohung durch Flugzeuge und Marschflugkörper trotz SDI erhalten? Wird damit die Gefahr regionaler konventioneller oder regionaler nuklearer Kriege erhöht? Wird ein konventioneller Krieg möglich ohne Risiko für das Sanktuarium (Territorium) des Aggressors?

(4) Das Gespräch mit der SU über technologische Konzepte und Rüstungskontrolle müsse in jeder Phase der Entwicklung gesucht werden, d.h., auch bevor ein Zeitpunkt erreicht sei, zu dem die Konzepte und Systemoptionen beider Seiten schon soweit entwickelt und damit inflexibel seien, daß sie nur schwer oder gar nicht mehr in Rüstungskontrollgesprächen vereinbar seien. Die Auf-

11 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

12 Jakob G. de Hoop Scheffer.

13 John Graham.

14 Otto Rose Borch.

15 Jaime de Ojeda y Eiseley.

16 Juan Cassiers.

17 Kjeld Vibe.

18 Jean-Marie Mérillon.

nahme von Verhandlungen etwa erst am Vorabend einer Entscheidung über die Zukunft des ABM-Vertrages sei zu spät.

5) In der weiteren Diskussion kam der Gedanke auf, die Konsultationen im Rat zu SDI mit dem Ziel fortzusetzen, eine Möglichkeit für die kontinuierliche Einführung von Anregungen der europäischen Bündnispartner zu schaffen.

Dieser Aspekt sollte m. E. weiter im Rat erörtert werden.[19]

6) Aus den übrigen Stellungnahmen und Fragen bzw. amerikanischen Antworten wird festgehalten:

a) Problem der Übergangsphase (transition) von Abschreckung mit Offensivwaffen zu SDI-Systemen (UK, DK)

Abrahamson wies darauf hin, daß es einen abrupten Übergang nicht geben werde, sondern eine von den Forschungsergebnissen abhängige stufenweise Entwicklung. Präsident Reagan und Verteidigungsminister Weinberger hätten es als erwägenswerte Überlegung bezeichnet, amerikanische SDI-Technologie auch der SU zugänglich zu machen, wenn damit das Risiko geringer werden könne. Die USA werden in dieser Frage flexibel sein, ohne aber jetzt schon eine Verpflichtung eingehen zu können.

b) Problem der automatischen Reaktion von SDI-Systemen für politische Kontrolle (UK, E)

Dieses Problem wurde von den amerikanischen Vertretern anerkannt. Perle gab aber zu bedenken, daß es sich bei SDI um eine nicht-nukleare Verteidigung gegen einen nuklearen Angriff der SU handele.

Die westlichen Vorkehrungen für die Reaktion auf nukleare Überraschungsschläge seien in Betracht zu ziehen.

c) Verifikationsproblematik

Perle wies auf die vielfältigen Definitions-/Abgrenzungsprobleme hin (z. B. bei Laser) und äußerte sich skeptisch zur Erreichbarkeit wirksamer Verifikationsvereinbarungen. Es sei schwierig, die jeweiligen Definitionen zu finden und die Komponenten mit ausreichender Sicherheit zu verifizieren.[20]

7) Ich halte es für geboten, zur Unterrichtung der Verbündeten über den Fortgang der relevanten Technologieforschung wie auch besonders zur Meinungs- und Willensbildung des Bündnisses in diesen Fragen eine fortlaufende, gewissermaßen institutionalisierte Konsultation mit den Vereinigten Staaten im

19 Die Wörter „weiter im Rat erörtert werden" wurden von Vortragendem Legationsrat Schmidt hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz legte am 6. Juli 1984 zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 4. Juli 1984 in Brüssel ergänzend dar: „General Abrahamson machte deutlich, daß das SDI-Forschungsprogramm notwendigerweise beschränkt sein müsse, so daß es sich nicht auf die Bedrohung durch Marschflugkörper und Nuklearbomber erstrecke. Die USA seien sich dieser Begrenzung bewußt, hätten sich aber auf die schwerwiegendste Bedrohung, die durch die Interkontinentalraketen repräsentiert werde, konzentrieren müssen. Demgegenüber trete die Bedrohung durch Marschflugkörper und Nuklearbomber deutlich zurück." Zur Kostenfrage hätten die amerikanischen Vertreter erklärt: „Durch ein Funktionieren des SDI-Systems würden die Aufwendungen für Angriffswaffen so in die Höhe getrieben werden, daß auch die Sowjets bald an die Grenze wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gelangen würden und daher sich genötigt sehen könnten, sich auf eine drastische Reduzierung der Angriffssysteme im Wege von Abrüstungsverhandlungen einzulassen." Vgl. VS-Bd. 12041 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

Bündnis herbeizuführen. Hiermit könnten der Ständige Rat und die NPG-Stabsgruppe beauftragt werden. Ich werde mich in diesem Sinn einsetzen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11373 (220)

185

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

213-321.00 SOW **6. Juli 1984**[1]

Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Semjonow am 6.7.1984 von 9.00 Uhr bis 10.00 Uhr

Anwesend waren außerdem: Dolmetscher Kurpakow, VLR I Dr. Arnot.

Der *BM* erkundigte sich eingangs nach der Entwicklung in der Sowjetunion.

Botschafter *Semjonow* verwies auf die Arbeit an den verschiedenen Wirtschaftsplänen einschließlich solcher, die über das Jahrhundert hinausgehen, und hob dabei auf die Bereiche Energie, Nahrungsmittel, Konsum und Transport ab.

Auf die Frage des *BM*, wie es in der SU mit der Entwicklung der Gen-Technologie stehe, der sehr große Bedeutung insbesondere für die Landwirtschaft zukomme, meinte der *Botschafter*, die SU nehme in der Welt in bezug auf diese Technologie eine gute Position ein.

BM bat sodann den Botschafter um eine Bewertung der Ost-West-Lage aus seiner Sicht.

Botschafter *Semjonow*: In der letzten Zeit habe es eine Serie von Besuchen in Moskau gegeben. Dabei habe GS Tschernenko zahlreiche Reden gehalten. Die Situation sei gespannt, kompliziert. Die Kriegsgefahr sei gewachsen. Dies zwinge die SU, Gegenmaßnahmen einzuleiten, um diese Gefahr zu eliminieren. Die Tagung des RGW auf höchster Ebene[2] markiere eine neue, bedeutende Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft. Die Beziehungen der SU zu den westeuropäischen Ländern seien aktiv. Mit ihnen werde der Dialog geführt. Was die USA betreffe, könne er nichts Gutes sagen. (Auf den Einwurf des BM, daß die SU anscheinend auch mit den USA einen Dialog führe:) Der Dialog mit

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 6. Juli 1984 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Genehmigung des Bundesministers herbeizuführen".
Hat Bundesminister Genscher am 7. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 10. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Arnot verfügte.
Hat Arnot am 10. Juli 1984 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 213, Bd. 139305.

2 Vom 12. bis 14. Juni 1984 fand in Moskau eine Konferenz der Staats- und Parteichefs der RGW-Mitgliedstaaten statt.

den USA sei nicht unterbrochen worden. Man tausche Botschaften aus. Aber der Ton sei nicht so, wie man es wünschen möchte. Der Dialog gehe nicht in die richtige Richtung. Er, der Botschafter, wisse, daß der BM der Abwehr der Militarisierung des Kosmos große Bedeutung beimesse. Dem BM seien gewiß die konkreten sowjetischen Vorschläge gut bekannt. Es habe eine TASS-Erklärung mit einer Bewertung der Antwort der USA gegeben.[3] Die sowjetische Regierung halte diese Antwort für nicht befriedigend. Die USA hätten nicht von Verhandlungen gesprochen, sondern von Sondierungen bezüglich des Herangehens an diese Frage, und hätten dies noch mit INF und START verbunden, Verhandlungen, die doch von den USA selbst gesprengt worden seien.

BM: Der Bewertung, daß die Lage kompliziert sei, könne man gewiß zustimmen. Doch besage dies nicht viel. Man müsse vielmehr die verschiedenen Elemente der West-Ost-Beziehungen sortieren und sehen, wo es positive und negative Bereiche gebe und wo Bereiche existierten, in denen weder das eine noch das andere überwiege. Worauf es jedoch vor allem ankomme, sei die Tendenz bzw. die Frage, welche Perspektiven man sehe. Uns falle auf, daß sich die sowjetische Politik im Augenblick wenig mit Perspektiven befasse. Eine stärkere Betonung von Perspektiven würde es indessen erleichtern, Hindernisse zu überwinden.

Wenn er eine Bewertung der Ost-West-Beziehungen vom Standpunkt der Bundesrepublik als Teil des Westens vornehme, so müsse er sagen, daß unsere Verträge mit den osteuropäischen Staaten[4] sich als ein stabilisierendes und ausbaufähiges Element erwiesen, und wir und die osteuropäische Seite machten auch davon Gebrauch. Das gelte für den deutsch-sowjetischen Vertrag sowohl im bilateralen Verhältnis als auch in bezug auf die West-Ost-Beziehungen. Dasselbe treffe für den Warschauer Vertrag zu, für den Vertrag mit der ČSSR sowie den Grundlagenvertrag mit der DDR. Dies seien feste Elemente mit guter Perspektive. Sie würden genutzt, und das drücke sich sowohl in der Zusammenarbeit mit der SU aus als auch in der Zusammenarbeit mit unseren engsten Nachbarn, der DDR, der ČSSR und der Volksrepublik Polen.

Dann sei an die Schlußakte von Helsinki[5] als eines Elements des West-Ost-Verhältnisses zu erinnern. Die Konferenz von Madrid[6] sei positiv verlaufen und habe die Dynamik des KSZE-Prozesses unterstrichen.

3 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juni 1984 für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen sowie zur Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 1. Juli 1984 vgl. Dok. 184, Anm. 5.

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

5 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

6 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

Außerdem gebe es den Dialog, den wir führten, aber auch den Dialog zwischen den USA und der SU, den wir begrüßten, auch wenn seine Bewertung unterschiedlich sei.

Wir glaubten, daß die Perspektiven des deutsch-sowjetischen Verhältnisses größer seien, als man dies im Moment aus Moskau höre. Die Möglichkeiten der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit, aber auch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, seien bei weitem nicht ausgeschöpft. Er wolle noch einmal betonen, was er schon früher immer herausgestellt habe, daß für uns bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der ökonomische Aspekt nicht in allererster Linie wichtig sei. Die politische Bedeutung der Zusammenarbeit schätzten wir noch höher ein als ihre wirtschaftliche Bedeutung. Unter diesem Gesichtspunkt hätten wir das Langfristige Abkommen[7] abgeschlossen. Die Gedanken, die er hierzu damals öffentlich geäußert habe, seien heute Allgemeingut geworden. Dasselbe gelte für die wissenschaftliche Zusammenarbeit. Auch die kulturelle Zusammenarbeit könnte stärker ausgebaut werden. Für die Völker sei es wichtig, die großen Beiträge zur europäischen Kultur herauszustellen. Die großen Beiträge der sowjetischen Völker seien hier genauso bedeutsam wie die der anderen Völker einschließlich unseres eigenen. Vielleicht seien wir besonders geprägt durch die Zeit, in der kulturelle Leistungen anderer Völker bei uns herabgesetzt worden seien. Die Versuche, das eigene Volk gegen andere Völker aufzuhetzen, hätten automatisch dazu geführt, daß andere Völker herabgesetzt worden seien. Die kulturelle Herabsetzung auch des russischen Volkes durch den Faschismus sei ein Element bei der Vorbereitung des Krieges gewesen. Deshalb sei der Respekt der kulturellen Würde anderer Völker ein friedenssicherndes Element. Wir sollten daher die kulturelle Zusammenarbeit sehr hoch einschätzen.

Perspektiven der Zusammenarbeit hätte gerade die Umweltkonferenz in München[8] aufgezeigt. Hier sei ein neues Tor der Zusammenarbeit im Hinblick auf eine große Zukunftsaufgabe aufgetan. Er habe sich in den letzten zwölf Monaten sehr intensiv mit den Möglichkeiten der Gen-Technologie befaßt. Sie werde dazu beitragen, sowohl Umweltprobleme als auch das Welternährungsproblem zu lösen. Andererseits könnten ihre Möglichkeiten auch große Gefahren heraufbeschwören. Im Blick auf die Dritte Welt könne man mehr gemeinsam tun. Das gelte aber auch für Europa. Er habe des öfteren in der letzten Zeit die europäische Friedensordnung angesprochen. Es gehe darum, daß Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Pluralität friedlich zusammenlebten und die Zukunft gemeinsam gestalteten.

Perspektiven dieser Art seien von großer Wichtigkeit, um die bestehenden Probleme leichter lösbar zu machen. Letzten Endes seien sie auch ein Stück der Vertrauensbildung.

7 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.
Vgl. dazu ferner das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie“; Referat 421, Bd. 141310.

8 Zur multilateralen Umweltkonferenz vom 24. bis 27. Juni 1984 vgl. Dok. 187.

Die jetzige Stockholmer Phase[9] sei nicht sehr befriedigend beendet worden. Ihr Ergebnis sei nicht ermutigend. Man müsse überlegen, wie im Herbst in Stockholm ein neuer politischer Anfang gemacht werden könne[10], welche Möglichkeiten bestünden, um die Konferenz mit einem gewissen Schub zu versehen. Wir würden darüber gern mit der sowjetischen Seite sprechen und gingen davon aus, daß beim Treffen mit Gromyko in New York[11] Gelegenheit dazu bestehen werde.

Was die Entwicklung der Rüstungen im Weltraum angehe, so sei dies nicht ein amerikanisch-sowjetisches Problem, sondern ein Menschheitsproblem und dadurch auch ein europäisches Problem. Er habe bei seinem letzten Besuch in den USA[12], aber auch bei seinen Gesprächen in Moskau[13], gesagt, daß man über beide Elemente, nämlich über die Killersatelliten und über die weltraumgestützten Raketenabwehrwaffen, sprechen müsse. Man könne zur Frage, wieweit Weltraumverhandlungen mit START und INF verbunden werden sollten, unterschiedlicher Meinung sein. Wir gingen davon aus, daß die USA Dobrynin hätten wissen lassen, daß ein Zusammenhang nicht bestehen müsse. Wir begrüßten, daß die USA und die SU bald in Gespräche und Verhandlungen eintreten würden.

Wir glaubten, daß man alle Bereiche, auch die der langfristigen Entwicklung, im Auge haben müsse. In seinen Gesprächen in Washington und Moskau habe er keinen Zweifel daran gelassen, daß der Bezug auf alle Elemente der Nixon-Breschnew-Erklärung[14] ein „gutes Formular" für die Zusammenarbeit zwischen den USA und der SU wäre. Die Grundelemente der Erklärung, nämlich Gleichheit, gemeinsame Verantwortung, ein Verhalten überall auf der Welt entsprechend dem Kodex dieser Erklärung, könnten eine gemeinsame Definition des langfristigen Verhältnisses beider Staaten zueinander sein. Eine Rückkehr zu dieser Erklärung könne einen Ansatz zu einer neuen Phase in den Beziehungen der USA und SU bilden.

Der Botschafter habe das Verhältnis der SU zu Westeuropa positiver bewertet als das zu den USA. Dies sei sicher richtig. Hier gebe es eine Reihe von Dingen, die wir regional bewegen müßten. Die Umweltkonferenz sei ein Beispiel. Wir hätten frühzeitig gesagt, daß wir uns vorstellen könnten, daß die Bekräftigung und die Konkretisierung des Grundsatzes des Gewaltverzichts zu Fortschritten führen könnten. Schon nach der AM-Konferenz in Brüssel[15], aber besonders nach der von Washington[16], sei ganz klar gewesen, daß sich unsere Position durchgesetzt habe. In der Behandlung des Grundsatzes des Gewaltverzichts könne man ein weiteres Element für die Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses

9 Zur zweiten Runde der KVAE vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 vgl. Dok. 191.

10 Die dritte Runde der KVAE fand vom 11. September bis 12. Oktober 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 275.

11 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1984 vgl. Dok. 244 und Dok. 246.

12 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 126–129 und Dok. 133.

13 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

14 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

15 Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 376.

16 Zur NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 vgl. Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

sehen, auch im Blick auf eine Friedensordnung für ganz Europa. Es sei heute, ebenso wie in der Vergangenheit, notwendig, die multilaterale Entwicklung zum Erfolg zu führen. Doch könne dies nicht gelingen, wenn sie nicht durch eine gute bilaterale Entwicklung unterlegt sei. In diesem Sinne sei unser Verhältnis zur SU von Bedeutung für die Lage in Europa. Die verantwortungsvolle Gestaltung unseres Verhältnisses zur DDR sei ein Teil solcher Entwicklung. In der Vergangenheit seien vom deutsch-deutschen Verhältnis Belastungen ausgegangen. Heute sei dies umgekehrt: Aus diesem Verhältnis strahlten positive Impulse auf die Ost-West-Beziehungen aus. Es werde eine gemeinsame Verantwortung sichtbar. Dies sei gut für Europa. Deshalb sei es richtig, wenn wir sagten, daß unsere Deutschlandpolitik zugleich europäische Friedenspolitik sei. Wir leisteten damit Beiträge zur Förderung der Lage in Europa. Genauso geschehe dies durch unsere Beziehungen zur VR Polen und zur ČSSR. Viele Länder in Westeuropa unterhielten ein eher unterkühltes Verhältnis zur ČSSR. Wir hätten den Dialog und den Besuchsverkehr mit ihr in allen Phasen aufrechterhalten. Auch das Verhältnis zu Ungarn sei gut, ebenso zu Bulgarien. Schiwkow habe recht, wenn er sage, daß Bulgarien freundschaftliche Bande zu Russen und Deutschen pflege.

Es sei wichtig, daß die Perspektiven untersucht würden, die sich böten, um in Europa weiterzukommen. Im Moment scheine es so, als ob der bestehende europäische Zustand lediglich verwaltet werde. Gewiß sei es richtig, wenn man sage, Schäden müßten begrenzt werden. Man müsse aber auch über dieses Status-quo-Denken hinauskommen. Es gelte, die Sommerpause für solche Überlegungen zu nutzen.

Botschafter *Semjonow*: Er danke dem Minister für die umfassenden Darlegungen. Er werde Gromyko berichten. Dieser werde am 18.7. 75 Jahre alt. Er selbst reise am 17.7. nach Moskau. Dort, wo der Minister die positive Seite der Beziehungen angesprochen habe, seien die Auffassungen, die in Moskau auch bestünden, nahe oder identisch. Allerdings klappe es noch nicht ganz bei der Konkretisierung der gemeinsamen Pläne, z. B. beim Vertrag über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit[17]. Obwohl die Konsultationen beide Seiten nahe an die Möglichkeit herangeführt hätten, Schwierigkeiten zu beheben, sei nichts weiter geschehen. Vielleicht sollte man über Fortschritte auf diesem Gebiet nachdenken. Gute Reserven gebe es auch für den Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit. In der SU werde die Konferenz von München positiv eingeschätzt, und besonders auch die Rolle, die die Delegation der Bundesrepublik dort ge-

17 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 153, Anm. 22.
Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 25. Juli 1984 über ein Gespräch im sowjetischen Außenministerium. Der stellvertretende Abteilungsleiter Ussytschenko habe ausgeführt: „Notwendig sei nicht nur wissenschaftlich-technisches Abkommen mit der üblichen Ausdehnung auf Berlin (West), sondern auch zwei oder drei Ressortabkommen, z. B. im Bereich der Landwirtschaft, und mehrere konkrete Programmabsprachen unter Benennung von Teilnehmern. Absprachen in diesem Bereich seien nicht einfach. Dazu müßten auch andere Ressorts eingeschaltet werden. Es habe keinen Sinn weiter zu verhandeln, bevor interne Vorbereitung abgeschlossen sei. Dies brauche noch Zeit, in der SU wie sicherlich auch in Bonn." Huber legte dar: „Mitarbeiter hatte den Eindruck, daß es Sowjets nicht um Verzögerung aus politischen Gründen geht, sondern sie tatsächlich bei der nächsten Expertenrunde ein abschlußfähiges Paket auf den Tisch legen wollen. Die erforderliche Abstimmung in Moskau wird durch die begonnene Sommerpause aber natürlich erschwert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3006; Referat 213, Bd. 139385.

spielt habe. Ebenso dächten auch andere sozialistische Länder. Der Minister habe recht, wenn er meine, daß diese Richtung für die Zusammenarbeit aussichtsreich sei. Auch er halte die Perspektiven der Beziehungen für wichtig. Es gebe große Möglichkeiten, wenn man umfassend und sachlich an die Dinge herangehe. Im Hinblick auf die Kommissionstagung im Oktober[18] habe er mit BM Bangemann gesprochen. Die Handelsvertretung in Köln habe für uns wachsende Auftragsbestände, während die Handelsbeziehungen mit anderen Ländern hinuntergingen.

Was die Nixon-Breschnew-Erklärung angehe, so sei damals das Prinzip der Gleichheit und der unverminderten Sicherheit vereinbart worden. Damals habe es keine Bestrebung zur Überlegenheit gegeben. Heute sagten die Amerikaner das eine und täten das andere. Was die multilateralen Prozesse sowie die bilateralen Beziehungen betreffe, so wäre es gut, all dies weiterzuentwickeln. Dies beziehe sich auch auf den Gewaltverzicht. Wenn man es nicht zu kompliziert mache, könne man diese Frage lösen.

Er finde in den Darlegungen des Ministers nichts, dem er widersprechen müßte. Dies sei die eine Seite der Angelegenheit. Die andere Seite sei kompliziert. Sie enthalte die Sicherheitsfrage, die Frage der Raketen. Er wolle dies jedoch nicht wiederholen.

BM: Er habe beim Botschafter bezüglich des wissenschaftlich-technologischen Abkommens eine pessimistische Note entdeckt. Er erinnere daran, daß AM Gromyko und er sich in Moskau positiv geäußert hätten. Wir könnten das Projekt heute, morgen oder übermorgen beenden. Jedenfalls hätten wir es vor der Sommerpause abschließen können. Dies sei auch jetzt noch immer möglich. Der Botschafter möge in Moskau fragen, warum uns die sowjetische Seite keinen Gesprächstermin nenne. Er möge nach Moskau so berichten, daß wir in der nächsten Woche eine Resonanz fänden.

Botschafter *Semjonow* dankt für das konstruktive Frühstück und sagt dem Minister seine guten Wünsche.

BM wünscht dem Botschafter seinerseits alles Gute für dessen bevorstehenden Urlaub, bittet, den Jubilar zu grüßen und ihm seine besten Wünsche zum Geburtstag, aber auch ganz allgemein, zu übermitteln. Vielleicht werde man, bemerkt der BM abschließend, nach der Rückkehr des Botschafters Gelegenheit zu einem breiteren Gespräch finden.[19]

Referat 213, Bd. 139305

18 Die ursprünglich für den 24./25. September 1984 vorgesehene 13. Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wurde wegen des Todes des sowjetischen Delegationsleiters, des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kostandow, am 5. September 1984 verschoben und fand erst am 21./22. Januar 1985 statt. Vgl. dazu den Artikel „Kohl will Antonow auf Widersprüche in Moskaus Politik hinweisen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. Januar 1985, S. 1.

19 Ein weiteres Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow fand am 14. September 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 249, Anm. 18.

186

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.30-1077/84 geheim **6. Juli 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Beschluß des US-Senats zur Produktion von nuklearer 155-mm- und 203-mm-Artilleriemunition

Bezug: 1) DB Nr. 2948 vom 29.6.1984 aus Washington – Pol 360.90[4]
2) Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 19.12.1983
– 201-363.31-3886I/83 geh.[5]

Anlg.: Bezugsvorgänge (nur bei Original)

I. 1) Botschaft Washington (Bezug zu 1) berichtet, daß der US-Senat am 20./21.6. 1984 ein von Senator Johnston (D-Louisiana) eingebrachtes Amendment zur „Authorization Bill" des US-Verteidigungshaushalts 1985 angenommen hat. Das Amendment sieht vor, daß die US-Regierung unter Einhaltung bestimmter Bedingungen bis zu 925 nukleare Gefechtsköpfe für die 155-mm- und 203-mm-Artillerie beschaffen kann. Die zu beachtenden Bedingungen sind:

– kein Überschreiten der Produktionszahl 925,
– Gesamtkostengrenze bei 1,1 Mrd. US-Dollar,
– keine Produktion von Neutronenmunition für die Artillerie,
– besondere Betonung der Verbesserung von Sicherheit, Reichweite und Überlebensfähigkeit,
– Austausch gegen veraltete nukleare Artilleriemunition in Europa im Rahmen der von der Montebello-Entscheidung[6] für das Nukleararsenal gesetzten Grenze.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 6. Juli 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS bei BM" verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 18. Juli 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM bittet um laufende Unterrichtung in dieser Sache."
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 18. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent Schauer an Referat 201 verfügte.
Hat Schauer am 21. Juli 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 25. Juli 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 20. August 1984 vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12047 (201).
Für den Drahtbericht des Botschafters Hermes vgl. auch Referat 201, Bd. 130192.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. AAPD 1983, II, Dok. 381.

6 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

2) Der US-Verteidigungsminister hatte in seinem Bericht an den Kongreß über den Verteidigungshaushalt 1985 (Fiscal Year Book 1985 – FYB 85)[7] unter Hinweis auf eine erhebliche Ausweitung des sowjetischen Bestandes an nuklearfähiger Artillerie die Modernisierung der eigenen nuklearen Gefechtsfeldsysteme zur Verbesserung der Abwehrfähigkeit und damit der Abschreckung gefordert. Er hatte daher Mittel beantragt, um die Produktion neuer Gefechtsköpfe des Typs W-79 für die 203-mm-Artillerie fortsetzen sowie von solchen des Typs W-82 für die 155-mm-Artillerie aufnehmen zu können. Diese neuen nuklearen Gefechtsköpfe sollen veraltende des Typs W-33 (durch W-79) und des Typs W-48 (durch W-82) ersetzen. Konkrete Angaben über beabsichtigte Mittelausgaben und Produktionszahlen sind im hier vorliegenden FYB 85 nicht enthalten.

3) Über eine spezifische Reaktion des Repräsentantenhauses (Ablehnung oder Amendment) auf diesen konkreten Haushaltsansatz ist nicht berichtet worden. Da das Johnston-Amendment des Senats vom Verhalten des Repräsentantenhauses insoweit also abweicht, muß die endgültige Entscheidung im Vermittlungsausschuß des Kongresses noch herbeigeführt werden.

4) Im Vorjahr hatte der Kongreß auf Initiative aus dem Senat, nachdem das Repräsentantenhaus zwar die Pläne der Regierung insoweit gebilligt hatte, es letztlich abgelehnt, Mittel für die Herstellung von Neutronenmunition für die 155-mm-Artillerie zu bewilligen. Dies war mit abnehmendem Abschreckungswert nuklearer Gefechtsfeldwaffen und der Notwendigkeit, die verweigerten Mittel der konventionellen Verteidigung zuzuführen, begründet worden.

II. 1) Das Johnston-Amendment, sollte es im Vermittlungsausschuß des Kongresses Bestand haben, ist zunächst in zweierlei Hinsicht bemerkenswert:

– Erstens legt es die US-Regierung dahingehend fest, keine Neutronengefechtsköpfe für die Artillerie herzustellen;
– zweitens bindet es einen Austausch vorhandener Artilleriemunition gegen neue Gefechtsköpfe in Europa ausdrücklich an die von der Montebello-Entscheidung gesetzte Grenze.

a) Der Senat erkennt mit seinem Beschluß das von der Regierung dargelegte Modernisierungserfordernis für die Artilleriemunition an. Gleichzeitig stellt er klar, daß die Mittelbewilligung nicht zur Produktion von Neutronenmunition verwandt werden darf. Dies trägt der Erkenntnis Rechnung, daß eine Einführung von Neutronenwaffen in der NATO derzeit nicht durchsetzbar ist. Die US-Regierung hatte allerdings in der Erläuterung der Mittelbeantragung für die nukleare Artilleriemunition im FYB 85 eine Produktion von Neutronengefechtsköpfen nicht erwähnt. Ein wesentliches Ziel des Senatsbeschlusses könnte daher sein, die bereits im Vorjahr für die 155-mm-Artillerie durchgesetzte Verhinderung der Herstellung von Neutronenmunition für das Modernisierungsprogramm insgesamt festzuschreiben. Der bereits aus früherer Produktion vorhandene und in den USA gelagerte Bestand an Neutronengefechtsköpfen für die 203-mm-Artillerie bleibt hiervon jedoch unberührt.

b) Der Senatsbeschluß bestätigt die Montebello-Entscheidung in zwei Punkten, in der Modernisierungs- und in der Reduzierungsfrage.

[7] Für den Wortlaut des Jahresberichts des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 1. Februar 1984 an den amerikanischen Kongreß vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 389–414 (Auszug).

– Die dieser Entscheidung zugrundeliegenden Untersuchungen der High Level Group (HLG)[8] hatten deutlich gemacht, daß in näherer Zukunft auch Verbesserungs- und Modernisierungsmaßnahmen, z. B. durch Austausch veralteter Gefechtsköpfe für nukleare Artillerie, auf das Bündnis zukommen (Bezug zu 2, S. 4/5). In der Entscheidung heißt es insoweit, daß die NPG-Minister „sich über eine Reihe von möglichen Verbesserungen verständigt hätten" (identified a range of possible improvements). Bevor jedoch Maßnahmen von der NATO auf diesem Gebiet ergriffen werden, müßte erst SACEUR einen Bericht über die künftige Zusammensetzung des Nukleararsenals in Europa sowie über Maßnahmen zur Durchführung der Montebello-Entscheidung der NPG vorlegen.
– Wesentliches Ziel dieser Entscheidung ist die Reduzierung des Nuklearwaffenbestandes in Europa um 1400 Gefechtsköpfe in einem Zeitraum von fünf bis sechs Jahren. Besondere Berücksichtigung sollen dabei Systeme kurzer Reichweite erfahren. Dies bedeutet, daß neben nuklearer Sperrmunition (ADM) und Flugabwehrraketen (Nike) auch ein Teil der Gefechtsköpfe für nukleare Artillerie abzuziehen sein wird. Die Bestätigung des von Montebello gesetzten Rahmens für das in Europa gelagerte Nukleararsenal dürfte als Bedingung für eine Bewilligung der zur Produktion notwendigen Mittel die US-Regierung dahingehend binden, nicht über Produktionsentscheidungen eine Ausweitung dieses Rahmens anzustreben.

2) Die Entscheidung über die Produktion nuklearer Artilleriemunition ist zunächst eine nationale amerikanische Entscheidung. Sie betrifft jedoch auch das Bündnis und vor allem uns, weil Systeme für den Einsatz dieser Munition überwiegend in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik (ca. 90%), stationiert sind.

Für uns ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß

– das künftige Nuklearpotential in Europa konsequent an den Vorgaben der Montebello-Entscheidung ausgerichtet wird,
– von der HLG-Studie in Aussicht genommene künftige Modernisierungsentscheidungen nicht eine weitere Nachrüstungsdebatte auslösen und
– eine neuerliche Diskussion über Neutronenwaffen vermieden wird.

3a) Unser Interesse ist es, das Nuklearpotential in Europa gemäß der von Montebello vorgegebenen Linie auf ein notwendiges Mindestmaß zu führen. Dies wird auch eine Verringerung der nuklearen Artillerie einschließen müssen, die der Bundeskanzler in seinem Schreiben an BM Wörner vom 4.10.1983[9] ausdrücklich gefordert hat (Bezug zu 2). Ein völliger Wegfall nuklearer Artillerie würde jedoch auf absehbare Zeit eine ungedeckte Lücke in der Abwehrfähigkeit der NATO schaffen und damit die Abschreckung schwächen.

Durch die Zustimmung zur HLG-Studie hat die Bundesregierung die darin enthaltene Aussage mitgetragen, daß die Entwicklung einer – gerade hinsicht-

8 Für den „Final High Level Group Report to the NPG Ministers" vom 5. Oktober 1983, der NATO-Generalsekretär Luns am 7. Oktober 1983 zugeleitet wurde, vgl. VS-Bd. 12037 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 280.

9 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 12057 (201); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 342.

lich der Reichweite – verbesserten Artilleriemunition eine prioritäre Angelegenheit sei. Eine Verbesserung von Sicherheit, Reichweite und Überlebensfähigkeit bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl nuklearer Artilleriemunition erhält den für eine wirksame Gesamtabschreckung notwendigen Beitrag der Kurzstreckensysteme. In militärischen Fachkreisen wird die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Neuentwicklungen der Artilleriemunition bis zu einer Verdoppelung der bisherigen Reichweite (14 bzw. 18 km) führen könnten. Die Inaussichtnahme künftiger Verbesserungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der auf der HLG-Studie fußenden Montebello-Entscheidung hat letztlich die militärischen Fachleute den Reduzierungsbeschluß mittragen lassen. Gerade SACEUR hatte erhebliche Bedenken geäußert, daß Verbesserungen und Modernisierungen nicht oder nicht im erforderlichen Umfang durchgeführt werden würden.

Bevor im Bündnis jedoch Modernisierungs- bzw. Austauschmaßnahmen durchgeführt werden, wird SACEUR erst seinen Bericht vorlegen und werden die NPG-Minister diesen beurteilen müssen. In diesem Zusammenhang werden wir auf die Einbeziehung der nuklearen Artillerie in den Reduzierungsumfang achten müssen. Die Einbindung einer amerikanischen Produktionsentscheidung in den Montebello-Beschluß sollten wir als Bestätigung unserer Auffassung nutzen, daß eine Modernisierung nur im Rahmen eines verminderten Gesamtbestandes nuklearer Artillerie in Betracht kommt.[10]

b) In der öffentlichen Darstellung der Montebello-Entscheidung ist bisher das Gewicht auf den Reduzierungsteil gelegt worden. Die auf Verbesserung des Nuklearpotentials zielende Aussage hat hingegen weniger Beachtung gefunden. Eventuellen Versuchen, künftige Modernisierungsmaßnahmen der NATO zum Anlaß einer weiteren Nachrüstungsdebatte zu machen, muß mit den Argumenten entgegengewirkt werden, daß

– Verbesserungen bei Waffensystemen grundsätzlich üblich sind, um die Verteidigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten,
– die Absicht, künftige Modernisierungsmaßnahmen bei den in Europa gelagerten Nuklearwaffen durchzuführen, Grundlage für die Reduzierungsentscheidung war,
– Verbesserungen bei der nuklearen Artillerie der Anhebung der Nuklearschwelle dienen, indem das Bündnis durch verbesserte Sicherheit, Reichweite und Überlebensfähigkeit dieser Waffen eine Möglichkeit erhält, vom Zwang zu einem frühen Nukleareinsatz freizukommen.

c) Auch ein Wiederaufleben der in starkem Maße emotional geprägten Diskussion über Neutronenwaffen könnte den Gegnern der Sicherheitspolitik des Bündnisses nach dem Scheitern der Kampagnen gegen die Verwirklichung des Doppelbeschlusses[11] neuen Auftrieb geben. Eine vom Kongreß auf der Linie des Johnston-Amendments gefaßte Entscheidung würde einer solchen Diskussion

10 Der Passus „Auffassung nutzen … Betracht kommt“ wurde von Ministerialdirigent Schauer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Darauf wird es entscheidend ankommen.“

11 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

jedoch die Grundlage nehmen, ohne dadurch für erforderlich erachtete Modernisierungsmaßnahmen (Verbesserung von Sicherheit, Reichweite und Überlebensfähigkeit) zu verhindern.[12]

In Vertretung
Schauer

VS-Bd. 12047 (201)

187

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

414-9-495.20 SB1 **7. Juli 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Multilaterale Umweltkonferenz München vom 24. bis 27. Juni 1984; hier: Ergebnis

Anlg.: 4 (nur beim Original)[4]

Zweck der Vorlage: Information

1) Das Konferenzergebnis kann umweltpolitisch und außenpolitisch als großer Erfolg gewertet werden. Die Konferenz hat die erwarteten umweltpolitischen Im-

12 Am 5. Oktober 1984 vermerkte Ministerialdirigent Schauer, daß der amerikanische Kongreß nach einem Verfahren im Vermittlungsausschuß beschlossen habe, „die von der US-Regierung beantragten 50 Mio. US-Dollar für den Bau von Produktionsanlagen zur Herstellung nuklearer Artilleriemunition" zu bewilligen: „Diese Bewilligung ist aber an die vom Johnston-Amendment aufgestellten fünf Bedingungen […] gebunden worden. Der Kongreß hat sich somit das Amendment voll zu eigen gemacht. Vor einer Freigabe der bewilligten Mittel muß der Verteidigungsminister darüber hinaus den Verteidigungsausschüssen von Senat und Repräsentantenhaus darlegen, wie er den Kongreßbeschluß durchzuführen und dabei den Bedingungen zu entsprechen beabsichtigt." Schauer führte aus, die Entscheidung dürfte die Bundesregierung „vor einem Wiederaufleben der unseligen Neutronenwaffendiskussion bewahren". Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Aurisch und von Graevenitz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 11. Juli 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 14. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 414-9 verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 17. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Fischer am 17. Juli 1984 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Ungerer vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt.
Anlage 1 war eine Teilnehmerliste.
Zu Anlage 2 vgl. Anm. 11.
Anlage 3 war eine Aufzeichnung des Referats 414-9 vom 2. Juli 1984 zum außenpolitischen Ergebnis der multilateralen Umweltkonferenz vom 24. bis 27. Juni 1984 in München.
Anlage 4 war der Entwurf eines Runderlasses zur Konferenz. Vgl. Referat 415, Bd. 132209.

pulse insbesondere zur Reduzierung von Schwefeldioxid und Stickoxiden sowie der Schadstoffe in Kfz-Abgasen gebracht. Trotz Schwierigkeiten ist es gelungen, in einer Zeit abgekühlter Beziehungen Minister aus West und Ost ins Gespräch zu bringen.

2) Die Multilaterale Umweltkonferenz fand auf Einladung der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem ES der ECE[5] unter dem Vorsitz von Bundesinnenminister Dr. Zimmermann (stv. Vorsitzender der bulgarische Delegationsleiter Pawlow) vom 24. bis 27. Juni 1984 in München statt. An ihr nahmen etwa 250 Delegierte von 32 Signataren (31 Staaten und EG) der Genfer ECE-Luftreinhaltekonvention[6] teil sowie Vertreter von ECE, UNEP und OECD. Damit waren fast alle europäischen Staaten sowie die Vereinigten Staaten und Kanada vertreten (Liste s. Anlage 1, Bulletin Nr. 79, S. 702).

3) Westliche wie östliche Staaten, darunter die UdSSR und DDR, leisteten engagierte Beiträge zum West-Ost-Umweltschutzdialog. Auf der Konferenz erklärten sich 18 Staaten einschließlich UdSSR und DDR bereit, ihre nationalen jährlichen Schwefelemissionen oder deren grenzüberschreitende Ströme bis spätestens 1993 um mindestens 30% zu verringern. Hauptergebnis der Konferenz ist eine umfassende, im Konsens angenommene Entschließung mit 18 Einzelpunkten.[7] Danach soll u.a. vom Exekutivorgan der Genfer Luftreinhaltekonvention auf seiner zweiten Sitzung im September 1984 eine besondere Vereinbarung über die Verminderung der jährlichen nationalen Schwefelemissionen oder ihrer grenzüberschreitenden Ströme bis spätestens 1993 beschlossen werden.[8] Die jährlichen Gesamtemissionen von Stickstoffoxiden aus stationären und mobilen Quellen sollen bis 1995 wirksam verringert werden. Zur Reduzierung der Schadstoffe in Kraftfahrzeugabgasen sollen vom Exekutivorgan und von zuständigen Organen der ECE gemeinsame Strategien erarbeitet werden. Neben anderen Maßnahmen werden die Verwendung unverbleiten Benzins und die Katalysatortechnik genannt.

4) Die Konferenz als wichtigstes Ost-West-Treffen auf Ministerebene in der Bundesrepublik Deutschland demonstrierte Umweltzusammenarbeit im gesamteuropäischen Rahmen trotz des abgekühlten Ost-West-Klimas.

Der Konferenzerfolg wurde ermöglicht:

– mit dem Konzept der Einladungsformel der Konventions-Signatare,
– mit der Formel einer Zusammenarbeit mit der ECE, die unseren Handlungsspielraum nicht einengte,

5 Exekutivsekretär der Economic Commission for Europe. Klaus A. Sahlgren.

6 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 374–382.

7 Für den Wortlaut der am 27. Juni 1984 verabschiedeten Entschließung der multilateralen Umweltkonferenz sowie des Kommuniqués vgl. BULLETIN 1984, S. 699–702.

8 Die Tagung des Exekutivorgans des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung fand vom 25. bis 28. September 1984 in Genf statt. Gesandter Höynck, Genf (Internationale Organisationen), berichtete dazu am 28. September 1984, es sei ein erster Entwurf für ein Protokoll zur Reduzierung von Schwefelemissionen angenommen worden. Nötig seien jedoch noch weitere Verhandlungen. Die Unterzeichnung solle voraussichtlich im Juli 1985 in Helsinki erfolgen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1693; Referat 433, Bd. 132318.

– mit einer pragmatischen, innen- wie außenpolitisch vertretbaren Mitwirkung des Umweltbundesamtes
– und mit einer Entschärfung des von der Sowjetunion in den Umweltzusammenhang eingebrachten Rüstungsthemas.

In diesem Rahmen konnten ein Umweltminister der Sowjetunion[9] und der Administrator des amerikanischen Umweltamtes EPA (Environmental Protection Agency)[10] ohne politischen Gesichtsverlust zusammentreffen.

5) Probleme mit der UdSSR wegen der Bezeichnung der Bundesrepublik Deutschland in russischsprachigen Texten, Bestehen auf Ost-West-Ausgewogenheit der Konferenzleitung nach ECE-Üblichkeit sowie hinsichtlich der Teilnahme von Mitarbeitern des Umweltbundesamtes konnten zufriedenstellend geregelt werden (Einzelheiten s. Anlage 2, Aufzeichnung über bilaterale Umweltgespräche mit der Sowjetunion[11]).

6) Die Konferenz wurde von der nationalen und internationalen Presse (etwa 270 akkreditierte Pressevertreter) stark beachtet und kommentiert. Sie fand eine, wenn auch regional unterschiedliche, so doch überdurchschnittliche internationale Reaktion in der Öffentlichkeit.

Per Fischer

Referat 415, Bd. 132209

9 Leiter der sowjetischen Delegation war der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle, Jurij A. Israel.

10 William D. Ruckelshaus.

11 Vortragender Legationsrat Aurisch notierte am 4. Juli 1984, vom 23. bis 25. Juni 1984 hätten insgesamt drei bilaterale Gespräche mit der sowjetischen Delegation stattgefunden. Diese habe moniert, daß in einigen Konferenzdokumenten die Bezeichnung der Bundesrepublik im Nominativ stehe. Ferner sei von sowjetischer Seite auf „absoluter Gleichberechtigung und Ausgewogenheit“ bei der Wahl oder Bestellung des Konferenzpräsidenten und seines Stellvertreters bestanden worden. Die Frage der Teilnahme von Vertretern des Umweltbundesamts sei dagegen nicht angesprochen worden. Vgl. Referat 415, Bd. 132209.

188

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-410.11 IRK-668/84 VS-vertraulich **9. Juli 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Lieferung chemischer Anlagen durch die Firmen Kolb/Pilot Plant für das Projekt Samarra/Irak

Bezug: Ihr Telefongespräch mit dem Bundesminister für Wirtschaft vom 4.7.1984[3]
beigefügte FS des AA vom 4.7.84 VS-v[4] sowie des BMWi vom 7.7.84 VS-NfD[5]

Zweck: zur Unterrichtung und Bitte um Zustimmung zu c)

a) Aufgrund des von Ihnen im oben bezeichneten Gespräch und parallel auf StS-Ebene mit FS dem BMWi übermittelten Wunschs des Auswärtigen Amts hat der zuständige AL des BMWi[6] mit den Geschäftsführern der Firmen Kolb/Pilot Plant am 6.7.84 unter Beteiligung des AA (Dg 42[7]) ein eingehendes Gespräch geführt. Das BMWi hat das Ergebnis in dem beigefügten FS vom 7.7.84 dargestellt.

b) Zur Erläuterung und in Ergänzung des FS des BMWi wird folgendes festgehalten:

1) Im Gespräch vom 6.7. stellte sich heraus, daß es dem BMWi entgegen unserem Verständnis der uns seinerzeit hierzu gemachten Mitteilungen nicht mög-

1 Hat Staatssekretär Ruhfus am 9. Juli 1984 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der Staatssekretär Ruhfus um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS R[uhfus] bei BM“ verfügte.
Hat Ruhfus am 12. Juli 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich auf einem Begleitvermerk für Ministerialdirektor Fischer vermerkte: „BM erbittet Vorlage Brief an BM Bangemann. Zunächst soll allerdings abgewartet werden, ob es zu der Reise der Experten nach Irak kommt.“
Hat Fischer erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Er will insbesondere sichergestellt sehen, daß nichts mehr geliefert wird.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Im Telefongespräch mit Bundesminister Bangemann wies Bundesminister Genscher „auf Sensitivität des Falles Kolb hin. AA habe gehört, daß Firma vor kurzem erneut Lieferungen nach Nahost auf den Weg gebracht habe, ohne daß AA hiervon unterrichtet gewesen sei; auch StS von Würzen habe von dieser Sachlage keine Kenntnis. BM bittet, sich der Angelegenheit anzunehmen und insbesondere Frage zu prüfen, ob es Möglichkeit gibt, solche Lieferungen im Rahmen der der Bundesregierung zur Verfügung stehenden gesetzlichen Möglichkeiten zu verhindern. BM Bangemann sagt zu, sich umgehend persönlich sachkundig zu machen und sein Haus zu einer intensiven Prüfung zu veranlassen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 424, Bd. 135866.

4 Dem Vorgang beigefügt. Zu dem mit Drahterlaß Nr. 839 übermittelten Schreiben des Staatssekretärs Ruhfus an Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, vgl. Dok. 183, Anm. 5.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für das Fernschreiben Nr. 9-10 des Staatssekretärs von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, an Staatssekretär Ruhfus vgl. Referat 424, Bd. 135866.

6 Lorenz Schomerus.

7 Hans-Werner Loeck.

lich gewesen ist, entsprechend unserer Bitte mit der Fa. Kolb eine ausdrückliche Absprache zu treffen, daß die für das Samarra-Projekt schon kontraktierten, aber noch nicht erfolgten Lieferungen („Anschlußlieferungen") „vorerst" zurückgehalten werden. Tatsächlich hatte sich die Absprache des BMWi mit der Firma mangels jeglicher rechtlicher Grundlage für ein Verbot der Exporte auf folgenden Inhalt beschränken müssen:

– Die Durchführung der „Anschlußlieferungen" solle „soweit irgend möglich zeitlich gestreckt werden". Das heißt, sie sollten Schritt für Schritt nur erfolgen, sobald der Verfall zugunsten der Fa. Kolb eröffneter irakischer Akkreditive bzw. der von der Fa. Kolb gestellten Garantien drohte oder sobald die Firma Forderungen vom Zulieferant zu begleichen hatte.
– Verzicht auf Abschluß neuer vertraglicher Vereinbarungen mit Irak für Lieferungen in das Samarra-Projekt.

2) Diese Absprache hat Fa. Kolb nach Feststellung des BMWi eingehalten. Sie hat inzwischen schrittweise einen großen Teil der „Anschlußlieferungen", jedoch bei weitem noch nicht alle, durchgeführt. Nach Behauptung der Geschäftsführer hätten der Firma, wenn sie die Lieferungen vorerst völlig ausgesetzt hätte, schon jetzt finanzielle Schäden in Höhe „einer zweistelligen Millionenziffer" entstehen müssen, da sie sich gegenüber dem irakischen Vertragspartner nicht auf höhere Gewalt berufen könne, solange die Bundesregierung ihr die Lieferung nicht regelrecht verbiete. Die Geschäftsführer ließen durchblicken, daß sie für diesen Fall mit staatlicher Entschädigung rechnen.

3) Die in dem bezeichneten Rahmen erfolgten „Anschlußlieferungen" enthielten nach Feststellung des am Gespräch teilnehmenden Vertreters des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft (BAW) ausschließlich Gegenstände, die bereits von der seinerzeit bei der Fa. Kolb durchgeführten Außenwirtschaftsprüfung[8] erfaßt und als nicht genehmigungspflichtig befunden worden waren (vgl. die dem FS des BMWi vom 7.7. beigefügte Liste). Sie waren sämtlich nicht für die beiden „Metallanlagen" bestimmt, mit denen nach amerikanischer Behauptung das Nervengas Tabun erzeugt wird bzw. erzeugt werden soll, sondern sollen zusätzliche chemische Schritte im Zusammenhang mit dem Betrieb der seit 1975 gelieferten Glas-Laboranlagen ermöglichen. (Diese Anlagen dienen nach amerikanischer Hypothese der chemisch-technisch sehr viel einfacheren Herstellung von Senfgas.) Sämtliche Teile werden serienmäßig von allen Herstellern medizinischer und chemischer Laboreinrichtungen produziert und nach Katalog angeboten. Alle diese Lieferungen sind daher beliebig substituierbar.

4) Fa. Kolb bestätigte, daß inzwischen alle ihre sechs im Projekt Samarra tätigen Mitarbeiter (Montage) aufgrund der Warnung vor einem Präventivschlag[9] das Projekt und Irak verlassen hätten (im Gegensatz zu den deutschen Mitarbeitern der Baufirma Heberger und der Klimaanlagenfirma Hammer, die im Projekt geblieben seien). Als Ersatz habe Fa. Kolb zwei polnische Techniker eingestellt, die die nötigsten Montagearbeiten ausführten. Auf Frage erklärten die Geschäftsführer, es werde keine Schwierigkeiten bereiten, die abgereisten deut-

8 Zu den Ergebnissen der Außenwirtschaftsprüfung bei der Firma Kolb vgl. Dok. 99.
9 Zu Warnungen vor einem möglichen Angriff auf die Anlage in Samarra vgl. Dok. 169.

schen Mitarbeiter je nach Bedarf durch Einstellung weiterer in Irak aufhältlicher polnischer Techniker voll zu ersetzen.

5) Seitens AA wurde unterstrichen, daß jegliche Fortsetzung der Lieferungen dem weithin bestehenden Verdacht, in Samarra würden Produktionskapazitäten für C-Waffen errichtet bzw. erweitert, neue Nahrung geben würde. Dies zu vermeiden, liege nicht nur in unserem außenpolitischen Interesse, sondern im Hinblick auf die damit verbundene erhöhte Gefährdung für das Projekt und die in ihm Beschäftigen auch im Interesse der Fa. Kolb. Die Geschäftsführer wiesen demgegenüber darauf hin, daß auch bei Berücksichtigung dieser Umstände ein völliger Lieferstopp für sie aus den dargelegten finanziellen Gründen nicht in Betracht komme.

Es gelang, mit der Firma folgende Absprachen zu treffen:

– Die Firma wird hinsichtlich einzelner Komponenten der „Anschlußlieferung" die Auslieferung über den normalen Termin hinaus verzögern, soweit dies ohne gravierende Geschäftsschädigung möglich ist. (Bei „normalem" Lieferrhythmus wäre nach Hinweis der Firma die „Anschlußlieferung" bis September d. J. abgeschlossen.)
– Es bleibt dabei, daß die Firma Kolb/Pilot Plant keine neuen Lieferverträge für das Samarra-Projekt abschließt.
– Die Firma wird die irakische Seite auffordern, ihre Bitte um Zustimmung zur Entsendung einer Expertengruppe der Bundesregierung zur Inspektion des Samarra-Projekts beschleunigt zu prüfen. (Die Fa. legte ein FS des irakischen Projektleiters vor, nach dem dieser „den Besuch der deutschen Experten seinen Vorgesetzten empfohlen hat und über Informationen verfügt, daß das irakische Industrieministerium das irakische Außenministerium gebeten hat, die nötigen Arrangements mit der deutschen Seite zu treffen, wobei der irakische Projektleiter eingehendere Information für diese Woche in Aussicht stellt".[10])

c) Aus diesem Sachverhalt ergeben sich für unser weiteres Vorgehen folgende Folgerungen:

1) Da sich herausgestellt hat, daß

– die Frage der Exportgenehmigungspflicht für alle in der Liste der Firma Kolb bezeichneten „Anschlußlieferungen" nicht nur in summarischer Weise, sondern im Rahmen der seinerzeitigen förmlichen Außenwirtschaftsprüfung unter Mitwirkung des fachkundigen BAW erfolgt ist,
– und diese Prüfung ergeben hat, daß es sich ausnahmslos um serienmäßig produzierte, für allgemeine chemische Versuchszwecke konstruierte und deshalb nicht exportgenehmigungspflichtige Laboreinrichtungen handelte,

wird eine erneute rechtliche Prüfung nicht zu abweichenden Ergebnissen führen können. Dem Auswärtigen Amt fehlen hierfür schon die als Grundlage der Prüfung erforderlichen Fachkenntnisse, so daß es eine solche rechtliche Prüfung nur unter Mitwirkung von BMWi/BAW durchführen könnte, die eine solche aber nicht als erforderlich erachten.

10 Für das Fernschreiben vom 5. Juli 1984 vgl. Referat 424, Bd. 135866.

2) Von vordringlicher Bedeutung bleibt die geplante Entsendung der Expertengruppe, zumal die israelische Seite uns nunmehr Vorlage und Erläuterung der für eine C-Waffen-Produktion in Samarra sprechenden Erkenntnisse ihres Geheimdienstes angeboten hat.

Dies gilt trotz unserer Annahme, daß es der irakischen Seite, sofern sie hierzu Anlaß hat, keine größeren Schwierigkeiten bereiten dürfte, der Expertengruppe zu verschleiern, was tatsächlich mit den von der Fa. Kolb/Pilot Plant gelieferten Anlagen produziert wird oder produziert werden soll.

Um zu vermeiden, daß im Falle irakischer Zustimmung zur Entsendung der Prüfungsgruppe unnötig weitere Zeit verlorengeht, sollte die Auswahl der Experten so rasch wie möglich erfolgen. Auf entsprechende Bitte AA hat BMWi sich bereit erklärt, die Auswahl der Experten noch in dieser Woche gemeinsam mit AA vorzunehmen. In Betracht kommen hierfür:

– der Chemieexperte des BAW, Dr. Ruck, der an der Außenwirtschaftsprüfung teilgenommen hat,
– Prof. Dr. Pfirschke, Streitkräfteamt der Bundeswehr,
– Prof. Hoffmann, Bayer AG (Hinweis von Dr. Ruck, daß dies ein renommierter Fachmann sei).

Falls die Annahme der Fa. Kolb zutreffen sollte, daß die irakische Seite nicht mehr als zwei Experten zulassen werde, werden wir uns notfalls hierauf beschränken müssen.

D 5[11] hat mitgezeichnet.

Per Fischer

VS-Bd. 10919 (422)

11 Franz Bertele.

189

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

9. Juli 1984[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3]

Zweck der Vorlage: Unterstützung und Ergänzung der Vorlage der Abteilung 4 vom 26.6.1984 – 413-493.00[4]

Betr.: deutscher Beitrag zur europäischen Raumfahrt

Bezug: Vorlage der Abt. 4 vom 26.6.1984 – 413-493.00

1) Der Planungsstab möchte aus seiner Sicht die in der Bezugsvorlage geschilderten Entscheidungsnotwendigkeiten nachdrücklich unterstreichen. Die Chancen einer Einigung auf ein europäisches Raumfahrtkonzept, das europäische Autonomie in Kernbereichen mit atlantischer Kooperation verbindet, sind gut. Wenn wir aber weiterhin keine Vorbereitungen für eine angemessene Steigerung unseres finanziellen Beitrags treffen und den konkreten Entscheidungsprozeß – ob in der ESA oder im deutsch-französischen Verhältnis – eher verschleppen als vorantreiben, läßt sich nicht einmal ein in sich schlüssiges Minimalprogramm sichern.

2) Folgende Gründe sollten uns zu einem aktiven, zielbewußten Engagement in Raumfahrtprojekten veranlassen:

a) Schlüsselindustrie Raumfahrt: In keinem anderen Bereich laufen so viele Spitzentechnologien zusammen, die für unsere Zukunft als Industrienation von entscheidender Bedeutung sind (Mikroelektronik, Sensortechnik, Robotik, Materialforschung, Energie- und Nachrichtentechnik). Innovationsrate, Impulse für andere Industrien, personelle Qualifikation, Investitionen und Wertschöpfung sind überdurchschnittlich hoch.

b) Nutzungspotential: Einige Anwendungsbereiche sind bereits wirtschaftlich rentabel (Nachrichtenübermittlung, Erdbeobachtung) und haben eindrucksvolle Wachstumsraten, bei anderen zeichnen sich die bedeutenden Nutzungsmöglichkeiten deutlich ab (Umweltschutz, Materialforschung). Europa muß mehr als nur Nischen dieses Nutzungsspektrums besetzen.

c) Staatliche Rolle und Signalwirkung: Während bei anderen wichtigen Zukunftstechnologien wie Biotechnik und Informatik der Staat der privatwirtschaftlichen Initiative den Vortritt lassen und sich primär auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen konzentrieren kann, ist er in der Raumfahrt zu-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daerr konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 13. Juli 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 20. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre und Referat 413 an den Planungsstab verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 20. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel am 20. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bazing am 25. Juli 1984 vorgelegen.

4 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. Dok. 178.

nächst einmal selbst gefordert. Weitblick und Aufgeschlossenheit für technologische Innovation müssen hier staatliches Handeln bestimmen.

d) Politische Öffentlichkeitsarbeit: Eine entscheidende Aufgabe ist, Europa eine Zukunftsorientierung zu geben. Die Europäer brauchen Zielvorgaben, mit denen eine Mehrheit sich positiv identifizieren kann, sowohl national wie als Gemeinschaft. Die Raumfahrt ist sichtbarer als Biotechnik oder Informatik und populärer als Rüstungskooperation. Auch wenn Europa unterhalb der Dimension eines Apollo-Projektes[5] bleiben muß, kann die Raumfahrt ein europäisches Erfolgssymbol abgeben. Ihr politisch-psychologisches Potential sollte nicht unterschätzt werden.

Was nach innen gilt, gilt auch nach außen: Unser in einzelnen Sektoren gefährdetes Ansehen als führende Industrienation würde durch Leistungen in der Raumfahrt sowohl gegenüber Japan und den USA als auch in der Dritten Welt am nachhaltigsten aufgebessert.

e) Deutsch-französische sowie europäische Kooperation: Frankreich hat die Raumfahrt hoch oben auf der Liste seiner politischen Prioritäten angesiedelt und erwartet, daß wir mitziehen. Versagen wir uns, kann der politische Schaden für das deutsch-französische Verhältnis erheblich sein.

Eine gemeinsame Schrittmacherrolle könnte hingegen auch die anderen neun ESA-Mitglieder zu größerem Engagement anspornen, die sich bisher meist unter ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen.

f) Internationale Zusammenarbeit: Eine gleichberechtigte Weltraumkooperation mit den USA wird zunehmend durch Technologietransferprobleme aus Wettbewerbs- und Sicherheitsgründen gefährdet sein, und Japan hat sich erklärtermaßen für langfristige Autonomie entschlossen. Unter diesen Umständen wäre Europa schlecht beraten, wenn es sich in einseitige Abhängigkeit begäbe. Es hat in der Raumfahrt – im Gegensatz zu anderen Spitzentechnologien – einen guten zweiten Platz im westlichen Lager zu verschenken, in den bereits viel Mühe und Geld investiert worden ist. Auf der Basis eigener Leistungsfähigkeit wird dann durchaus auch wechselseitig vorteilhafte internationale Kooperation möglich sein.

g) Sicherheitspolitische Dimension: Die verteidigungs- und rüstungskontrollpolitische Bedeutung von Raumfahrttechnologien wird schnell wachsen. Investitionen im zivilen Bereich kommen gleichzeitig der Sicherheit zugute (integriertes Nutzungskonzept) bzw. halten Optionen offen, ohne die eine Profilierung der europäischen Komponente westlicher Sicherheit langfristig nicht möglich ist. Frankreich ist sich dieser Aspekte in besonderem Maße bewußt und hofft auch hier auf eine wirksame Zusammenarbeit mit uns.

h) Nord-Süd-Aspekt: Die Weltraumtechnologien können in den infrastrukturschwachen Ländern der Dritten Welt einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung leisten (Kommunikation, Ressourcenerschließung, Katastrophenwarnung). Europa darf sich aus diesen Bereichen nicht durch eigene Untätigkeit ausschließen.

5 Name des amerikanischen Raumfahrtprogramms zwischen 1961 und 1972, in dessen Verlauf mit der Raumfahrtmission „Apollo 11“ am 21. Juli 1969 die erste Mondlandung gelang.

3) Wenn wir uns an der Größenordnung der französischen Leistungen orientieren (was eigentlich normal wäre) und so sicherlich auch noch einige andere ESA-Mitglieder stimulieren, wäre ein Programm durchführbar, das aus einer leistungsfähigeren Trägerrakete (Ariane V) für die 90er Jahre, einer Raumfähre (franz. Konzept Hermes), einer bemannten Raumstation und der Fortführung aller laufendem Satellitenentwicklungen und Forschungsprogramme bestünde. Aber selbst eine geringere Steigerung unseres Einsatzes (in der Größenordnung von 200–300 Mio. DM jährlich) dürfte ein tragfähiges und ausbaubares Minimalpaket ermöglichen. Dazwischen sind alle möglichen Abstufungen denkbar. Wir sollten auf jeden Fall unsere eigene Position bis zur Raumfahrtkonferenz der ESA Ende Oktober/Anfang November[6] klären. Dabei sollten wir auch überlegen, ob eine langfristige Verfolgung unserer Weltrauminteressen und eine integrierte Nutzung nicht doch eine Raumfahrtbehörde oder ein ständiges ressortübergreifendes Regierungsgremium verlangen.

Seitz

Referat 02, Bd. 178516

190

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.26 SDI VS-NfD **9. Juli 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Information

Betr.: amerikanische Pläne für ein Raketenabwehrsystem;
hier: Möglichkeiten einer europäischen Beteiligung

Bezug: Vorlage des Planungsstabs vom 25.6.1984 – 02-493.04[4]

6 Die 65. ESA-Ratstagung fand am 17./18. Oktober 1984 in Paris statt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 10. Juli 1984 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 11. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Bundesminister Genscher am 14. Juli 1984 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS M[eyer]-L[andrut] b. BM“ verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 17. und erneut am 18. Juli 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM bittet, diese Angelegenheit genau zu verfolgen und jeden Schritt ihm vorzulegen.“
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 18. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent Schauer an Referat 201 verfügte.
Hat Schauer am 20. Juli 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 2. August 1984 vorgelegen.
Hat Pfeffer am 6. August 1984 vorgelegen.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bazing berichtete über Gespräche mit amerikanischen bzw. französischen Experten über SDI. Die amerikanischen Experten hätten ausgeführt, daß die Rede des Prä-

1) Die in der Bezugsaufzeichnung dargestellten nebeneinander herlaufenden Tendenzen der amerikanischen SDI-Forschung (schnelle Nutzung schon vorhandener und Erforschung künftiger Technologien) entsprechen auch hiesiger Erkenntnis. Bei dem jüngst erfolgreich durchgeführten Versuch, eine Interkontinentalrakete mit einer anderen Rakete abzuschießen, legten die amerikanischen Behörden besonders auf die Feststellung Wert, daß die Abfangrakete mit bereits vorhandenen Technologien ausgerüstet gewesen sei und nur im Sinne eines Bausteinprinzips für diesen besonderen Zweck hätte zusammengesetzt werden müssen. Ähnliches gilt für den erfolgreichen ASAT-Versuch[5], der auf einen F-15-Abfangjäger gestützt worden war.

Neben dieser sog. „off the shelf"-Technologie laufen die intensiven Bemühungen zur Entwicklung eines SDI-Systems fortgeschrittener, neuer Technologien weiter. Dabei sind die jetzt durchgeführten erfolgreichen Versuche auch als flankierende psychologische Maßnahme zu verstehen, die – gerade angesichts auch der schwierigen technologischen Probleme – die Machbarkeit und Erfolgsaussichten der sehr viel weiterreichenden SDI-Bemühungen gegenüber der Öffentlichkeit unter Beweis zu stellen geeignet sind.

2) Für die Europäer stellt sich die Frage der Beteiligung an der amerikanischen SDI-Forschung und Entwicklung unter zweierlei Gesichtspunkten:

a) die finanzielle, vor allem aber wissenschaftliche Beteiligung an den Entwicklungsvorhaben, um an der Technologieentwicklung teilzuhaben und nicht hoffnungslos zurückzubleiben. Dieses ist letztlich eine wissenschaftspolitische Entscheidung.

b) Beteiligung aus euro-strategischen Überlegungen.

Auch wenn, wie die Bezugsaufzeichnung feststellt, der technologische Gewinn angesichts fortgeschrittener amerikanischer Vorhaben bei der Erforschung der Technologie zur Abwehr von Kurzstreckenraketen nicht so bedeutend sein mag wie in dem Forschungsbereich betreffend Interkontinentalraketen, so könnte aus strategischen Überlegungen, die in der frühen SDI-Diskussion bereits sich in der Sorge artikuliert haben, die Europäer würden von dem Raketenabwehrsystem ausgeschlossen bleiben und damit mit höheren Risiken belastet werden, gerade dieser Entwicklungsbereich für die Europäer von besonderem Interesse sein.

Aus verteidigungspolitischen Überlegungen wird daher im folgenden, ungeachtet des möglichen geringeren technologischen Gewinns, einer intensiveren eu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 897

sidenten Reagan vom 23. März 1983 „nur Vehikel für ein großes Forschungsprogramm gewesen sei, dessen Hauptnutzen durchaus ganz woanders liegen könne (terrestrische Waffensysteme und zivil-technologischer Spin-off wie Großrechnerentwicklung, Systemmanagementerfahrung und Durchbrüche bei der Energiegewinnung durch Kernfusion wurden ausdrücklich erwähnt). Ohne Reagans Begeisterung und die positive Aufnahme seiner ‚Vision' in der Bevölkerung hätte man nie Mittel in einem solchen Umfang mobilisieren können." Bazing führte aus, die Realisierbarkeit bzw. Finanzierbarkeit einer wirksamen Raketenabwehr werde in den USA trotzdem „eher skeptisch" beurteilt. In Frankreich sei dagegen die Sorge über eine Benachteiligung im technologischen Wettlauf „mindestens so groß wie die über direkte Auswirkungen auf Frankreichs Verteidigungsstrategie". Die Debatte zeige jedoch, „daß man sich in Frankreich parallel zur Kritik am BMD-Engagement der Supermächte auf eine als unaufhaltsam eingeschätzte strategische Entwicklung rechtzeitig einstellen will". Vgl. Referat 02, Bd. 178516.

5 Zum ersten Test eines Anti-Satelliten-Systems am 21. Januar 1984 vgl. Dok. 21.

ropäischen Studie der Abwehrmöglichkeiten gegen Mittel- und Kurzstreckensysteme der Vorzug gegeben.

3) Ein funktionsfähiges Abwehrsystem gegen Kurz- und Mittelstreckenraketen könnte in der Tat zu einer bedeutenden Veränderung der strategischen Grundbedingungen für Europa führen. Bisher beruht die strategische Gleichung zwischen der Sowjetunion und Amerika auf der schon in den fünfziger Jahren entwickelten Annahme, daß nur Großflächenstaaten gegebenenfalls in der Lage wären, eine gewisse Anzahl von Nuklearschlägen zu absorbieren, daß aber Europa wegen seiner räumlichen Enge und dichten Bevölkerung hierzu nicht in der Lage ist. Deshalb haben auch das französische und britische Nuklearpotential nur den Charakter einer Waffe der letzten Zuflucht, können aber keine Funktion auf niederen Eskalationsstufen übernehmen. Dies wird auch letztlich jeder Überlegung zu einer integrierten europäischen Nuklearstreitkraft immanente Grenzen setzen.

Wenn aber für den Europa besonders bedrohenden Kurz- und Mittelstreckenbereich ein wirksames Raketenabwehrsystem entwickelt werden kann, könnte Europa in anderer Weise eine ähnliche nukleare Unverwundbarkeit gewinnen, wie sie die Sowjetunion und die USA aufgrund der geographischen Gegebenheiten schon immer besessen haben. Wenn die Europäer dieses Ziel erreichen könnten, würden sie strategisch eine ganz andere Position im Verhältnis zur Sowjetunion, aber auch im Verhältnis zu den USA, als ein wirklicher, eigenständiger zweiter Pfeiler der Allianz gewinnen können. Diese weitreichenden strategischen Verbesserungsmöglichkeiten für Europa rechtfertigen es, daß die Europäer dem Raketenabwehrsystem für den Kurz- und Mittelstreckenbereich erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

4) Die hierbei in Frage kommenden Forschungsvorhaben werden im Rahmen des amerikanischen SDI-Programms vor allem durch die Überlegungen abgedeckt, inwieweit Raketen in der sog. Wiedereintrittsphase (terminal defense) bekämpft werden können. Die Forschungsvorhaben richten sich vor allem auf Sensortechniken für zeitgleiche Datenerfassung, Hochgeschwindigkeitsrechenanlagen und -geschütze, die wegen der knappen zur Verfügung stehenden Zeit von ausschlaggebender Bedeutung sind. Auch in diesem Bereich verfolgen die Amerikaner einen doppelten Ansatz: Zum einen wollen sie weitreichende technologische Optionen ergründen, zugleich aber auch vorhandene Technologien im Sinne des Baukastenprinzips einsetzen. In den letzteren Bereich gehören die Überlegungen, das Patriot-Luftabwehrsystem zu einem Kurzstreckenraketenabwehrsystem (Anti Tactical Missile (ATM)- System) fortzuentwickeln. In dem Bericht des US-Heeres an den Kongreß für den Haushalt 1985 wird festgestellt, daß im Haushaltsjahr 1983 das Heer ein ATM-Programm begonnen hat, um den wachsenden Drohungen taktischer Boden-Boden-Raketen zu begegnen. Kurzfristig werde angestrebt, bestehende Luftverteidigungssysteme schnell zu einer ersten Raketenabwehrfähigkeit zu entwickeln. Nach den derzeitigen amerikanischen Vorstellungen sollen im Haushaltsjahr 1987 die ersten ATM-Systeme beschafft werden (vgl. DB 1486 aus Washington vom 2.4.1984[6]).

6 Botschafter Hermes, Washington, berichtete, vor dem Hintergrund eines Artikels in der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ vom 2. April 1984, wonach das Luftabwehrsystem

5) Wenn auch angesichts der fortgeschrittenen amerikanischen ATM-Entwicklung auf der Grundlage des Patriot-Systems europäischer Beteiligung nicht mehr übermäßig viel Raum gegeben werden könnte, so gilt dies nicht für die Fortentwicklung des ATM-Systems in der Zukunft. Auch hier haben die amerikanischen Forschungen erst begonnen, so daß der technologische Gewinn für die Europäer durchaus noch beträchtlich sein kann.

6) Es versteht sich, daß solche Entwicklungsvorhaben die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen europäischen Staates übersteigen würden. Um so mehr stellt sich die Frage, ob wegen der weitreichenden strategischen Implikationen sich hier nicht ein Aufgabengebiet eröffnet, das entweder zunächst in der deutsch-französischen Verteidigungszusammenarbeit vorbesprochen werden kann und danach entweder in die neu zu belebende WEU oder die IEPG der NATO einzuführen wäre. Die vorliegende Aufzeichnung kann dazu nur einen ersten Denkanstoß geben. Bevor weiterführende Entscheidungen im Hinblick auf die europäischen Verbündeten getroffen werden, wäre eine Abklärung innerhalb der Bundesregierung, vor allem mit dem BMVg, geboten.

i. V. Schauer

Referat 201, Bd. 130206

Fortsetzung Fußnote von Seite 899

„Patriot" gegenwärtig „zu einer anti-taktischen Rakete weiterentwickelt werde, die in der Lage sei, einfliegende sowjetische Kurzstreckenraketen abzufangen", habe das amerikanische Außenministerium eine Sprachregelung entworfen, in der erklärt werde, „daß die USA zur Zeit an der Entwicklung eines ATM-Systems arbeiten. Das Verteidigungsministerium prüfe, ob es in der Zukunft möglich sein werde, dem Patriot-System eine Rolle in der Verteidigung von Bodenstreitkräften gegen die Art von taktischen Kurzstreckenraketen zu geben, welche die Sowjets zur Zeit stationiert hätten und modernisierten". Hermes wies darauf hin, daß Gesprächspartner im Außen- bzw. im Verteidigungsministerium nicht hätten bestätigen können, „daß bereits 1987 die ersten ATM-Systeme beschafft werden sollen. Sie wiesen darauf hin, daß der Stand der Entwicklungsarbeiten nicht erwarten lasse, daß bis 1987 das System einsatzbereit sei." Vgl. Referat 201, Bd. 130191.

191

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2613/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 11. Juli 1984, 20.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1198 **Ankunft: 11. Juli 1984, 21.10 Uhr**

Betr.: Ratssitzung am 11.7.84;
hier: Konsultationen mit westlichen KVAE-Delegationsleitern

Bezug: DE Nr. 125 vom 10.7.84 – 221-341.44-1465/84 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

In der Sitzung am 11.7.84 konsultierte der Rat mit westlichen KVAE-Delegationsleitern, die nahezu vollzählig vertreten waren. Der französische[3] und der spanische DL[4] waren wie angekündigt abwesend, jedoch beteiligte sich der französische Ständige Vertreter an der Aussprache.

Der Generalsekretär[5] stellte als Ergebnis der Sitzung Einigkeit in folgenden Fragen fest:

a) Vordringliche Fertigstellung des westlichen Verhandlungspakets[6].

b) Untersuchung von „Beschränkungsmaßnahmen".

c) Entwicklung einer gemeinsamen Haltung zum Gewaltverzicht (GV).

d) Interesse an der angekündigten US-Fassung des Verhandlungspakets in Vertragssprache und Beratung darüber im Politischen Ausschuß.

e) Konzentration in der dritten Verhandlungsrunde auf Substanzfragen[7], weniger auf die Prozedur.

f) Weiterentwicklung von Überlegungen zur öffentlichen Präsentation der westlichen Verhandlungsposition.

g) Ratskonsultation am 7.9.1984 zur Vorbereitung der dritten Verhandlungsrunde.[8]

1 Hat Vortragendem Legationsrat Haak am 12. Juli 1984 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „165/84 VS-v".
Vortragender Legationsrat Neubert übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel Gesprächsvorschläge für die bevorstehende Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten. Vgl. VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Jacques Lecompt.

4 Máximo Cajal y López.

5 Lord Carrington.

6 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

7 Die Wörter „auf Substanzfragen" wurden von Vortragendem Legationsrat Haak hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

8 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 231.
Die dritte Runde der KVAE fand vom 11. September bis 12. Oktober 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 275.

II. Im einzelnen

1) Die Beiträge der Delegationsleiter und Ständigen Vertreter konzentrierten sich auf die Bewertung des Verlaufs der zweiten Verhandlungsrunde[9] und auf Aufgabenstellungen zur Vorbereitung der dritten Verhandlungsrunde. Diesem Aufbau folgte schon der einleitende Beitrag des kanadischen DL[10], während ein von der belgischen Vertretung zirkuliertes Papier sich mit der Frage des GV im Rahmen der KVAE befaßt.[11] Beide Beiträge werden gesondert an Bonn und Stockholm übermittelt.

2) Die Bewertung des Verlaufs der zweiten Verhandlungsrunde ergab folgendes Bild:

a) erfolgreiche Erhaltung der westlichen Solidarität trotz zeitweiliger Differenzen (Arbeitsstrukturen),

b) Erweiterung der Kooperation mit den NNA und damit Schaffung eines für die westlichen Vorschläge günstigen Verhandlungsklimas,

c) Blockierung von Fortschritten durch die SU. Über deren Motive wurden unterschiedliche Ansichten geäußert, auch hinsichtlich der Verweigerung einer Einigung auf Arbeitsstrukturen am Ende der zweiten Runde.[12]

Hierzu wurden folgende Meinungen vertreten:

(1) Blockierung der Entscheidungsprozesse in Moskau erlaube derzeit keinerlei Bewegung.

(2) Taktische Überlegungen führen die SU dazu, sich nicht zu früh festzulegen.

(3) Das gegenwärtig schwierige Ost-West-Klima wirkt sich negativ auf die Konferenz aus.

(4) In der Arbeitsgruppenfrage waren letztlich die Unterschiede zwischen den ursprünglichen sowjetischen Vorstellungen und dem schwedischen Vorschlag größer als für die SU tolerierbar.

9 Die zweite Runde der KVAE in Stockholm fand vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 statt.

10 William Thomas Delworth.

11 Die Wörter „belgischen Vertretung“ sowie der Passus „des GV … KVAE befaßt“ wurden von Vortragendem Legationsrat Haak hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Müssen wir auch sehen.“

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Becker legte am 6. Juli 1984 zur Ablehnung des schwedischen Vorschlags vom 27. Juni 1984 zur Einsetzung von zwei Arbeitsgruppen durch die Warschauer-Pakt-Staaten dar: „Sachlicher Hintergrund ist, daß die N+N, im wesentlichen Schweden und Finnland, sowohl östliche wie westliche Vorstellungen von zwei Arbeitsgruppen aufgegriffen hatten und eine Aufteilung der Arbeit zur Debatte gestellt hatten, die eine Arbeitsgruppe zur Fortentwicklung der Bestimmungen der Schlußakte vorsah sowie eine weitere für alle neuen Vorschläge, also nicht nur der deklaratorischen östlichen Vorschläge, sondern auch der Vorschläge für konkrete mandatskonforme VSBM-Maßnahmen des Westens und der N+N selbst. Nach einigen internen Erörterungen war Westen gestern zu Konsens auf dieser Grundlage bereit. Der Osten hatte mit dem Vorschlag offenbar größere Substanzprobleme, da er in seinen Augen nicht die gleichberechtigte Behandlung seiner deklaratorischen Vorschläge garantiert. Nach vorschnellen positiven Äußerungen zu Wochenbeginn, von dem (falschen) taktischen Kalkül ausgehend, daß der Westen den Konsens verweigern würde, machte der Osten gestern einen spektakulären Rückzieher. Damit wurden die Konsensbemühungen der N+N und insbesondere Schwedens desavouiert und das östliche Desinteresse an dem baldigen Beginn intensiver Sacherörterungen deutlicher sichtbar, als dem Osten lieb ist. […] Der Osten hat allerdings ausdrücklich klargestellt, daß er die schwedischen Vorschläge weiterhin als Grundlage einer Diskussion betrachtet, die er fortführen will, für die er aber Zeit zur Klärung offener Fragen wünscht.“ Vgl. Referat 221, Bd. 128662.

d) Es wurde festgestellt, daß die westliche Position durch die Verbindung des Gewaltverzichts mit konkreten vertrauensbildenden Maßnahmen, wie sie im Kommuniqué des NATO-Ministerrats von Washington[13] und in der Dubliner Rede Präsident Reagans vom 4.6.84[14] zum Ausdruck kommt, erheblich gestärkt wurde.

Es komme darauf an, die sowjetische Idee einer Verbindung des Gewaltverzichts mit dem Verbot des atomaren Ersteinsatzes mit dem Ziel einer Unterminierung der westlichen Abschreckungsstrategie zu verhindern.[15]

3) Vorbereitung der dritten Verhandlungsrunde

a) Der US-DL kündigte „in einigen Wochen" die Einführung eines US-Papiers in die Gremien der Allianz an, mit dem das westliche Verhandlungspaket in die Sprache eines Abschlußdokuments umgesetzt wird.[16] Botschafter Goodby bezeichnete es als vorteilhaft, wenn der Westen diesen Vorschlag als zusammenhängendes Dokument zu Beginn der dritten Verhandlungsrunde am 11.9.84 in Stockholm einführen könnte. Wolle der Westen in Substanzfragen die Initiative behalten, so brauche er mehr, als derzeit zur Verfügung stehe. Wir müßten die Substanzfragen durch eine überzeugende Präsentation im Vordergrund der Debatte halten.

Zum Zeitpunkt führte der amerikanische DL aus, es sei müßig, auf bessere Zeiten zu warten. Vielmehr solle der Westen durch eine fortgesetzte Substanzdiskussion die NNA an sich ziehen, wie dies schon im Verlauf der zweiten Runde zunehmend geschehen sei.

Die Ankündigung der USA wurde allgemein mit Interesse aufgenommen. Die übrigen Bündnispartner vermieden es jedoch ebenso wie wir, sich auf das von den USA beabsichtigte Vorgehen festzulegen.

b) Insbesondere NWG, DK und F gingen auf die Notwendigkeit ein, die Meinungsbildung innerhalb des Bündnisses zu „Beschränkungsmaßnahmen" voranzutreiben. Wir äußerten uns zurückhaltend.

c) Italien trug erneut sein Konzept einer Fortentwicklung des GV vor. NWG sagte, derzeit sei der Westen gegen einen gesonderten GV-Vertrag. Die Äußerungen von Washington und Dublin enthielten aber eine weitgehende Festlegung. Das Bündnis müsse daher ein Konzept taktischer und inhaltlicher Art zum Gewaltverzicht entwickeln. Der Gewaltverzicht sei ein Mittel, um vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu erreichen. Dabei müsse darauf geachtet werden, daß keine Verbindung zwischen Gewaltverzicht und Nichtersteinsatz nuklearer Waffen hergestellt werden und bestehende Verpflichtungen nicht

13 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 115–121. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 370–374.
Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

14 Zur Rede des Präsidenten Reagan in Dublin vgl. Dok. 167.

15 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Haak durch Kreuz hervorgehoben.

16 Zu dem zunächst beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am 19. Juli 1984 in Paris und schließlich am 1. August 1984 in der NATO eingeführten Papier vgl. Dok. 198, besonders Anm. 9, und Dok. 209, Anm. 14.

abgeschwächt würden. Demgegenüber äußerte sich niederländischer KVAE-DL[17] ausführlich auf unserer Linie ablehnend zu einem solchen Vorhaben.[18]

4) Aus den übrigen Äußerungen sind folgende Punkte von Interesse:

a) Der französische Ständige Vertreter begrüßte ausdrücklich die Gelegenheit zu KVAE-Konsultationen im Rat, auch wenn der französische KVAE-DL aufgrund von Reservationen formeller Art und zur Vermeidung eines Automatismus an der Sitzung nicht teilnehme. Botschafter Mérillon führte aus, die Bilanz der zweiten Runde sei keineswegs positiv, sondern komme einem Fehlschlag gleich. Dies beruhe zwar im wesentlichen auf dem allgemeinen Ost-West-Klima und sei daher der Konferenz nicht unmittelbar anzulasten, desto mehr aber hätte der Westen Einigkeit demonstrieren sollen. Dies sei leider während der Prozedurdebatte nicht gelungen. Westliche Delegationen hätten zu sehr auf die Öffentlichkeit geblickt, die sich indes für Prozedurfragen nicht interessiere. Die Uneinigkeit sei nach außen gedrungen und habe die Erreichung des Zieles einer Arbeitsgruppe verhindert.[19]

F fühle sich in seiner Bevorzugung des Systems zweier Arbeitsgruppen bestätigt, das es erlaube, die westlichen Vorschläge ohne Vermischung mit östlichen deklaratorischen Vorschlägen zu behandeln, und so verhindere, daß diese sich gegenseitig neutralisieren. Es müsse jedoch sichergestellt werden, daß die Entscheidung über die Arbeitsstruktur in keiner Weise das im Einzelfall zu treffende Urteil über die Konformität eines Vorschlags mit dem Mandat vorwegnehme. Daher bleibe F an den schwedischen Vorschlägen vom 27.6.84 interessiert, die auch von sowjetischer Seite nicht endgültig zurückgewiesen worden seien.

Für den Fortgang der Konferenz sah der französische Ständige Vertreter die Gefahr eines reduzierten und in den Parametern aufgeblähten westlichen „Mini-Pakets“, für dessen Annahme der Osten als großes Entgegenkommen ein Eingehen des Westens auf seine Gewaltverzichtsvorstellungen erreichen könnte. In prozeduraler Hinsicht sei eine Struktur von drei Arbeitsgruppen, von denen notwendigerweise zwei den westlichen Interessen entgegengerichtet wären, unbedingt zu vermeiden.

b) In der Frage der Arbeitsstruktur vertrat der norwegische DL[20] wie F die Ansicht, daß der Westen an dem schwedischen Vorschlag festhalten solle. Andere, insbesondere kanadischer DL und Botschafter Citron, führten aus, der Westen sei in dieser Frage völlig frei und stehe unter keinem Druck, sich zu bestimmten Vorschlägen zu äußern oder eigene Vorschläge vorzubringen. Da die SU den Kompromiß verhindert habe, sei es nun an ihr, Vorschläge für das weitere Vorgehen zu machen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13372 (212)

17 Petrus Buwalda.

18 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Haak durch Fragezeichen hervorgehoben. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Juli 1984: „Zur Klarstellung von Ziffer II 3c) des Bezugsberichts wird ergänzt, daß die ablehnende Haltung des niederländischen KVAE-DL sich besonders auch auf den Abschluß eines gesonderten Gewaltverzichtsvertrages bezog.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1203; VS-Bd. 13372 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

19 Der Passus „desto mehr … Arbeitsgruppe verhindert“ wurde von Vortragendem Legationsrat Haak hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber F war doch gegen eine AG.“

20 Leif Mevik.

192

Botschafter Dittmann, Mexiko-Stadt, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 462 **Aufgabe: 12. Juli 1984, 18.30 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 13. Juli 1984, 12.52 Uhr**

Betr.: Besuch BK in Mexiko vom 8. bis 11.7.84

Zur Unterrichtung

1) BK Kohl besuchte vom 8. bis 11.7. Mexiko. Er war begleitet von PStS Köhler, StS Meyer-Landrut. Zu den Sondergästen gehörten Vertreter der deutschen Wirtschaft, des kulturellen Lebens, der Gewerkschaften und der Kirchen.

BK führte zwei ausführliche Gespräche mit Staatspräsident de la Madrid, empfing den mexikanischen Außenminister Sepúlveda und hielt eine Ansprache vor dem Ständigen Ausschuß des mexikanischen Kongresses.[2] BK hielt ferner Rede in einer Festveranstaltung der deutsch-mexikanischen Handelskammer[3], gab einen Empfang für die deutsche Gemeinschaft, bei dem er Gespräche mit Angehörigen aus allen Schichten führte, und hatte einen Gedankenaustausch mit dem Schulvorstand der Deutschen Schule.

Schließlich gab BK Pressekonferenz für in- und ausländische Presse.[4]

2) Besuch war von Freundschaft und Herzlichkeit geprägt. BK und Präsident de la Madrid stellten auf Anhieb vertrauensvolles freundschaftliches Verhältnis her. Es bestand Übereinstimmung, daß gute bilaterale Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ausgebaut und erweitert werden könnten. Dazu gaben beide Staatsmänner konkrete Anweisungen an beiderseitige Delegationen. Gedankenaustausch über Stand der West-Ost-Beziehungen, Abrüstung, internationale Wirtschaftslage und Verschuldung erbrachte weitgehende Übereinstimmung in Analyse und einzuschlagenden Aktionen.

3) Mexikanische Presse berichtete ausführlich und positiv über Besuch (s. gesonderte Berichterstattung).

4) Besuch hat den insgesamt guten, aber nicht immer problemlosen Stand der deutsch-mexikanischen Beziehungen unterstrichen. Er trägt dazu bei, deutsch-mexikanische Beziehungen zu festigen, und legt Grundlage für positiven weiteren Ausbau. Dies ist angesichts Anstrengungen anderer Länder für unsere weitere Präsenz in Mexiko von großem Wert und wird unsere künftige Stellung stärken.

5) Im einzelnen

a) BK und Präsident zeigten sich über Stand der bilateralen Beziehungen befriedigt. Sie betonten, daß der politische Dialog durch Intensivierung und Sy-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 13. Juli 1984 vorgelegen.
2 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 11. Juli 1984 in Mexiko-Stadt vgl. BULLETIN 1984, S. 791 f.
3 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 9. Juli 1984 in Mexiko-Stadt vgl. BULLETIN 1984, S. 789–791.
4 Für das Manuskript der Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl am 11. Juli 1984 in Mexiko-Stadt vgl. Referat 331, Bd. 136329.

stematisierung vertieft werden sollte, um zu besserer Abstimmung zwischen beiden Ländern zu gelangen. Sie bedauerten, daß Handelsaustausch angesichts mexikanischer Krise zurückgegangen sei, und gaben Hoffnung Ausdruck, daß mit wieder steigender mexikanischer Wirtschaftsaktivität auch Einfuhren aus Deutschland wieder alten Stand erreichen würden. Großen Raum nahm Diskussion über von Mexiko gewünschte deutsche Investitionen ein. Präsident zeigte sich an deutschen Investitionen interessiert, BK brachte deutsche Wünsche vor und plädierte für großzügigere Genehmigungspraxis für ausländische Investitionen.

b) Diskussion über Ost-West-Verhältnis nahm breiten Raum ein, wobei Präsident und mexikanische Delegation an deutscher Einschätzung zu Fragen Ost-West-Verhältnis und Abrüstung besonders interessiert waren. BK erläuterte in diesem Zusammenhang auch deutschen Standpunkt zu Fragen der Abrüstung (Sicherheit durch Gleichgewicht auf niedrigem Niveau) und war mit Präsident einig in Vorrang der Erhaltung des Friedens und Notwendigkeit des Dialogs der Weltmächte.

c) Ein ausführlicher Gedankenaustausch fand über Lage in Mittelamerika statt. BK erläuterte geplantes Treffen der EG-Außenminister mit Außenministern Mittelamerikas und der Contadora-Staaten.[5] Präsident und BK waren sich einig, daß Krise in Mittelamerika nur durch Dialog und Kooperation überwunden werden könne. Aufschlußreich war neue positive Einstellung des Präsidenten zu El Salvador. BK erneuerte deutsche Unterstützung für Contadora-Initiative.[6]

d) BK machte grundsätzliche Ausführungen zu deutsch-deutschen Beziehungen, zeigte sich befriedigt über das von Präsident bekräftigte Recht aller Völker auf Selbstbestimmung, das gerade für das deutsche Volk von besonderer Bedeutung sei.

e) Diskussion über internationale Wirtschaftslage war von Verschuldungssituation überschattet. BK erläuterte Ergebnis des Londoner Gipfels[7], sagte für Lösung des Schuldenkomplexes konstruktive Unterstützung zu, insbesondere gegenüber Ländern, die eigene Anstrengungen unternehmen.

f) Präsident plädierte für Wiederaufnahme des Nord-Süd-Dialogs, BK betonte Gewicht der Nord-Süd-Beziehungen, die eigene Qualitäten hätten und verbessert werden müßten.

g) Beide Staatsmänner waren sich einig, die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern auszubauen.

6 a) Die Ansprache des BK vor der deutsch-mexikanischen Handelskammer unter Anwesenheit zahlreicher wichtiger Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Industriebereichen fand große Aufmerksamkeit. Das Plädoyer des BK für die Notwendigkeit der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas wurde mit großem Beifall bedacht.

5 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 in San José vgl. Dok. 260.

6 Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Beilegung der Konflikte in Mittelamerika vgl. Dok. 153, Anm. 18.

7 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

b) Die Tischrede des BK anläßlich des Abendessens[8], gegeben von Präsident de la Madrid, stach gegenüber den sonst bei diesen Anlässen üblichen Tischreden durch ihre hier sonst nicht gewohnte direkte Herausstellung der Problematik hervor. Besonders vermerkt wurden die Ausführungen des BK zur deutschen Wiedervereinigung und zu den Leistungen der Bundesrepublik auf dem Entwicklungssektor.

c) Der Besuch im VW-Werk Puebla fand ein herzliches Echo bei den dortigen Arbeitern. BK verabschiedete den 100 000. in Puebla gefertigten VW-Exportkäfer auf seiner Reise nach Europa. Insbesondere die Facharbeiterausbildungsstätte fand das besondere Interesse des BK.

d) Der Gouverneur des Staates Puebla[9], der BK und Delegation ein Mittagessen gab, vermittelte BK einen kleinen Einblick in die Vielfalt und Farbenfreude mexikanischer Folklore. Der Empfang des BK für die deutsche Gemeinschaft im Deutschen Klub war von weit über 2000 Gästen besucht. Spontanen Beifall fand insbesondere die Ankündigung des BK, daß das Wahlrecht für im Ausland lebende Deutsche erweitert werden sollte.[10]

7) Am Rande des offiziellen Besuchsprogramms führte Staatssekretär Dr. Meyer-Landrut gesonderte Gespräche mit dem mexikanischen Außenminister Sepúlveda sowie StS Rosenzweig-Díaz.[11] Der PStS Köhler hatte Unterredungen mit StS Rosenzweig-Díaz[12], dem Präsidenten der Oppositionspartei PAN[13] sowie dem Rektor der Universität Monterrey. Über diese Gespräche wird getrennt berichtet.

Die Botschaft wird ebenfalls gesondert über die von einem Teil der Sondergäste des BK abgehaltenen Gespräche berichten, so vor allem der Gewerkschaftsvertreter mit den hiesigen Spitzenvertretern der Staatsgewerkschaften.[14]

8 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundeskanzlers Kohl am 9. Juli 1984 in Mexiko-Stadt vgl. BULLETIN 1984, S. 786–789.

9 Guillermo Jiménez Morales.

10 Am 8. März 1985 wurde durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 § 12 des Bundeswahlgesetzes geändert, der die Frage des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche betraf. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 522.

11 Ministerialdirigent Kullak-Ublick, z. Z. Mexiko-Stadt, berichtete am 10. Juli 1984 über ein Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem mexikanischen Außenminister Sepúlveda und dem Staatssekretär im mexikanischen Außenministerium, Rosenzweig-Díaz, am Vortag. Erörtert worden seien die Frage eines Investitionsförderungsabkommens, die Beziehungen zwischen Mexiko und den Europäischen Gemeinschaften, die bilateralen Kulturbeziehungen und die innerdeutschen Beziehungen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 11; Referat 331, Bd. 136327.

12 Im Mittelpunkt des Gesprächs des Parlamentarischen Staatssekretärs Köhler, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit dem Staatssekretär im mexikanischen Außenministerium, Rosenzweig-Díaz, am 9. Juli 1984 standen die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die Situation von Flüchtlingen aus Guatemala in Mexiko, Investitionen von Firmen aus der Bundesrepublik in Mexiko sowie die mexikanische Außenpolitik. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 506; Referat 331, Bd. 136327.

13 Botschafter Dittmann, Mexiko-Stadt, berichtete am 16. Juli 1984 über ein Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs Köhler, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit dem Präsidenten des „Partido Acción Nacional", Madero, am 11. Juli 1984. Erörtert worden seien das Wahlsystem in der Bundesrepublik sowie die mexikanische Innen- und Außenpolitik. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 531; Referat 331, Bd. 136327.

14 Botschafter Dittmann, Mexiko-Stadt, übermittelte am 16. Juli 1984 einen Bericht über Gespräche des Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Schmidt, und des Vorsitzenden der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Lojewski, mit Vertretern des mexikanischen Gewerkschaftsdach-

8) Der mexikanische Staatspräsident hat die ihm im Namen des Bundespräsidenten ausgesprochene Einladung nach Deutschland angenommen. Wie vertraulich aus der Präsidialkanzlei in Erfahrung gebracht werden konnte, ist geplant, diese Reise im Rahmen der ersten Europareise des Präsidenten durchzuführen. Neben Bonn sollen Paris, London und Madrid besucht werden.[15]

9) Gesamtwertung: Erste Besuchsreise eines deutschen BK nach Mexiko ist voller Erfolg. Herzliche, freundschaftliche und konstruktive Gespräche. Erwartungen beider Seiten sind voll erfüllt worden.

[gez.] Dittmann

Referat 331, Bd. 136329

193

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek

VS-NfD **13. Juli 1984**[1]

Von BM (noch) nicht genehmigt!

Gespräch BM mit AM Chňoupek (ČSSR) beim Frühstück am 13.7.1984, 8.30 Uhr bis 9.30 Uhr[2]

Aus dem Gespräch ist folgendes festzuhalten:

1) WEU[3] (sowjetisches Memorandum[4])

BM erläutert unsere Haltung. Man könne nicht ein Land selektiv einer Diskri-

Fortsetzung Fußnote von Seite 907

verbands „Confederación de Trabajadores de México“ (CTM) am 9. Juli 1984. Vgl. dazu die Anlage zum Schriftbericht Nr. 530; Referat 331, Bd. 136327.

15 Präsident de la Madrid hielt sich vom 5. bis 10. Juni 1985 in Spanien auf, vom 11. bis 13. Juni in Großbritannien, vom 13. bis 17. Juni in Belgien, vom 18. bis 20. Juni in der Bundesrepublik sowie vom 20. bis 23. Juni in Frankreich.
Für das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit de la Madrid am 18. Juni 1985 vgl. AAPD 1985.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger am 13. Juli 1984 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat Jansen sowie an Vortragenden Legationsrat Horstmann und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „n[ach] R[ückkehr]“ geleitet.
Hat Jansen am 16. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Horstmann am 17. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 24. Juli 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[iedervorlage] 3 Mo[nate] (wg. letztem Satz).“

2 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich vom 12. bis 14. Juli 1984 in der Bundesrepublik auf.

3 Der WEU-Rat hob am 27. Juni 1984 die letzten Herstellungsbeschränkungen bei konventionellen Waffen für die Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat Karkow teilte dazu am 28. Juni 1984 mit, die Bundesregierung beabsichtige nach dieser Entscheidung jedoch nicht „die Herstellung von Raketen oder Bombern für strategische Zwecke“. Ferner berühre der Beschluß nicht „den im WEU-Ver-

minierung unterwerfen. Unsere Entscheidung, auch nach Aufhebung der Beschränkungen keine entsprechenden Waffen zu bauen, sei eine von uns souverän getroffene Entscheidung. Jeden Versuch der Einflußnahme hierauf müßten wir entschieden zurückweisen.

Wir seien verwundert, daß die SU von Waffen, die sie in großen Mengen selbst besitze, als Offensivwaffen spreche.

Im übrigen sollte man jetzt zur Tagesordnung übergehen.

2) Stockholm/KVAE/Gewaltverzicht

BM: Das Thema der konventionellen Rüstung und Abrüstung sei das Thema für die zweite Phase der Stockholmer Konferenz. Wichtig sei, die erste Phase rasch zu beenden, damit man mit der zweiten anfangen könne. Wir sollten die Zeit bis zum Beginn der nächsten Runde[5] aktiv nutzen, um Möglichkeiten zu suchen, um in der nächsten Runde konkrete Ergebnisse zu erzielen.

AM *Chňoupek* weist darauf hin, daß der Osten den N+N-Vorschlag[6] keineswegs, so wie dies von der Presse behauptet würde, abgelehnt habe. Vielmehr halte man den Vorschlag für einen guten Startplatz, in dessen Rahmen auch ein Ausweg gefunden werden könne. Es sei nicht richtig, daß der Osten alles abgelehnt habe.

Im übrigen hätten die eigentlichen Verhandlungen in Stockholm bisher noch nicht begonnen. Bisher habe man sich nur mit prozeduralen Fragen befaßt. Diese müßten jetzt rasch und konstruktiv gelöst werden.

Man habe gestern im Vier-Augen-Gespräch auch über die Frage des Gewaltverzichts gesprochen. Wir seien uns einig, daß die Lage sich zum Positiven verändert habe. BM Genscher sei einer der ersten im Westen, die sich hierzu realistisch geäußert hätten. Inzwischen kämen auch aus Griechenland, Italien, Spanien und auch aus Dänemark positive Stimmen. Die Situation sei günstiger geworden. Dies sei wichtig für Stockholm. Hinsichtlich der konkreten Behandlung in Stockholm sei aber entscheidend, daß dieser östliche Vorschlag[7] eine den westlichen Vorschlägen gleichwertige Behandlung erfahre. Dies sei auch einer der Gründe, warum der Osten nicht auf den schwedischen Vorschlag eingegangen sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 908

trag ebenfalls enthaltenen Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die Herstellung von A-, B- und C-Waffen. Die Bundesregierung hält an diesem Verzicht fest und leistet damit einen besonders wichtigen und beispielhaften Beitrag zu Frieden, Abrüstung und Rüstungskontrolle". Vgl. den Runderlaß Nr. 64; Referat 431, Bd. 142056.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot informierte am 10. Juli 1984, der sowjetische Botschafter Semjonow habe Bundesminister Genscher am selben Tag ein Aide-mémoire übergeben, in dem gegen die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik am 27. Juni 1984 protestiert werde. Semjonow habe dazu ausgeführt: „Die Bundesregierung müsse sich darüber im klaren sein, daß, wenn sie den Weg zur Herstellung strategischer Angriffswaffen einschlagen sollte, auf sowjetischer Seite entsprechende Schlußfolgerungen bezüglich der Bewertung der Politik der Bundesrepublik Deutschland als auch in praktischer politischer Hinsicht gezogen werden würden. Es handele sich um eine ernste Frage, die von der Sowjetunion nicht zum Zwecke der Polemik aufgeworfen werde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4729; Referat 213, Bd. 139367.
Für den Wortlaut des sowjetischen Aide-mémoire vom 10. Juli 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 457.

5 Die dritte Runde der KVAE fand vom 11. September bis 12. Oktober 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 275.

6 Zum Vorschlag der Bildung von zwei Arbeitsgruppen vgl. Dok. 191, Anm. 12.

7 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 8. Mai 1984 für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vgl. Dok. 124, Anm. 12.

BM: Der östliche Doppelvorschlag Gewaltverzicht/Ersteinsatzverzicht sei für ihn ein Rätsel. Richtig betrachtet umfasse doch der Gewaltverzicht schon begrifflich den Verzicht auf Ersteinsatz von Waffen, aller Waffen, also auch der nuklearen. Warum also beides nebeneinandersetzen? Bedeutet dies nicht, daß man das Bekenntnis zum Gewaltverzicht doch nicht so ernst meine? Der No-first-use-Vorschlag stifte nur Verwirrung. Es wäre besser, sich auf den Gewaltverzicht zu konzentrieren. Auf diese Fragen fehle es bisher an befriedigenden Erläuterungen des Ostens. Man müsse überlegen, wie man den Gewaltverzicht konkretisieren könne; dabei müsse man mehr bieten, als etwas zu bekräftigen, was man schon hundertmal erklärt habe.

AM: Die von BM aufgeworfenen Fragen müßten in multilateralen Verhandlungen geklärt werden. Warum können ein Gewaltverzichtsvertrag und ein Vertrag über den Verzicht auf die Erstanwendung von Nuklearwaffen nicht nebeneinandergestellt werden?

Ergänzend Botschafter *Spačil*: Die Genesis des Ganzen sei eigentlich so: Von östlicher Seite sei der No-first-use-Vorschlag gemacht worden. Dem habe der Westen das konventionelle Ungleichgewicht entgegengehalten. Daraufhin habe man in logischer Reaktion das No-first-use-Angebot durch das Angebot eines Gewaltverzichtsvertrags ergänzt.

BM: Das zweite Angebot macht das erste Angebot überflüssig.

3) MBFR

AM äußert sich enttäuscht. Nach all den positiven Signalen sei man doch überhaupt nicht weitergekommen. Die westliche Antwort[8] sei nicht gut. Alle hätten gesagt, der Osten möge die neuen westlichen Gedanken nicht ablehnen, so etwa besonders auch Herr Bahr, aber die westlichen Vorschläge seien so ausgefallen, daß wir wieder da angekommen sind, wo wir begonnen haben.

BM: Er halte dies für Zweckpessimismus. In einer Reihe von Fragen seien wir östlichen Vorstellungen entgegengekommen, so vor allem in der Datenfrage.

Der Wert der Wiener Verhandlungen werde im übrigen dann besonders deutlich werden, wenn wir in Stockholm in die zweite Phase eintreten. Wir hätten in Wien für konventionelle Reduzierungsmaßnahmen viele Erfahrungen gesammelt und gute Kriterien gefunden. Beide Verhandlungen ergänzten sich fruchtbar, und die Teilnehmer von Wien seien die Experten in Stockholm.

AM *Chňoupek*: Die Verbindung Wien/Stockholm habe auch Trudeau ausführlich erläutert. Er selbst neige ebenfalls dieser Philosophie zu. Das eine wird das andere beeinflussen.

4) Weltraumwaffen

BM erläutert US-Verhandlungsbereitschaft ohne Vorbedingungen. Er stimmt Feststellung Botschafter Spácils zu, daß man davon ausgehen könne, daß es im Herbst in Wien zu Gesprächen kommen könne.[9]

8 Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten, die am 19. April 1984 offiziell eingeführt wurde, vgl. Dok. 113.

9 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juni 1984 für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen vgl. Dok. 184, Anm. 5.

5) Chemische Waffen

AM *Chňoupek*: Seine Informationen besagten, daß die amerikanischen Diplomaten für Komplizierung eintreten, während die amerikanischen Militärs stärker an einem Erfolg interessiert seien. Die Militärs hätten die richtige Erkenntnis, nämlich daß chemische Waffen vollkommen unkontrollierbar seien. Sie müssen abgeschafft werden.

BM: Er könne nicht verstehen, warum man sich nicht auf eine weltweite Ächtung chemischer Waffen einigen könne. Nicht nur werde das Problem der Nachprüfbarkeit dadurch erleichtert. Auch gegenüber der Dritten Welt sei eine Position überhaupt nicht vertretbar, die chemische Waffen zwar für Europa ausschließe, sie aber für einen Einsatz etwa in der Dritten Welt durchaus bereithalte. Dies könne keine realistische Haltung sein.

AM *Chňoupek* wendet ein, Vizepräsident Bush habe einen schlechten Vertragsentwurf vorgelegt.[10] Es sei nicht hinnehmbar, staatliche Betriebe, nicht aber Privatbetriebe Kontrollen zu unterwerfen.

BM wirft ein, wenn dies das einzige Problem sei, sei es lösbar.

AM *Chňoupek*: Die Frage der Verifizierbarkeit, der Kontrolle, sei zu einer Art Fetisch geworden. In einem Land wie der ČSSR ließe sich kein einziges Raketenbataillon irgendwo verstecken. Wenn die USA von Transparenz sprechen, so sei dies als ein Mittel gegen die SU gedacht. Umgekehrt finde das Prinzip aber nicht Anwendung.

BM widerspricht mit Nachdruck: Alle von uns vorgeschlagenen Regeln sollten natürlich gegenseitig und allgemein Anwendung finden.

AM *Chňoupek*: Hierüber müsse verhandelt werden. Diese Frage hänge eng mit der Formel der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zusammen. In dieser Formel liege der Ausweg. Gleichheit und gleiche Sicherheit sei die Formel nicht nur für Stockholm, sondern auch für Wien. AM Chňoupek erinnert an ein Gespräch mit dem früheren BK Schmidt 1976, als dieser ihm gesagt habe, er könne wegen der SS-20 nicht schlafen. Er habe entgegnet, auch er könne angesichts der westlichen Waffen nicht schlafen. Also: Vorher war das Gleichgewicht da, jetzt ist es gestört. Das zentrale Problem sei die strategische Bedrohung durch die Pershing II, die auf westlicher Seite immer verharmlost werde. Die Pershing II bedrohe die SU, die SS-20 könne aber nicht die USA erreichen.

BM weist diese Kategorisierung zurück. Natürlich sei die SS-20 für uns, da sie uns bedrohe, eine strategische Waffe.

AM *Chňoupek* entgegnet, die Pershing II fliege bis Wolgograd, die SS-20 eben nur bis Bonn. Die SU wird aber das Prinzip der Gleichheit auch in diesem Bereich haben wollen. Sie wird anstreben, genauso die Tiefe der USA bedrohen zu können wie umgekehrt. Man müsse sich nur fragen wie. Er sei nicht General Ustinow, aber man könne an viele Möglichkeiten denken, Kamtschatka und andere den USA nahegelegenen Orte, ebenso wie an U-Boote. Von U-Booten aus könne man eben auch Pittsburgh und Cleveland bedrohen. Er wolle mit Nach-

10 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

druck wiederholen: Das entscheidende Problem sei die Pershing II. Deshalb werde es auch keine Einigung geben, auch nicht über Waldspaziergänge[11].

BM: Das Problem liegt woanders. Das sowjetische WEU-Memorandum zeigt, daß die sowjetische Position die Abrüstungsbemühungen in Europa kompliziere. Die SU halte es für selbstverständlich, daß sie bestimmte Waffen besitzen könne, stelle aber in Abrede, daß andere solche Waffen haben dürften. Dies sei wohl nicht in Einklang mit dem von der SU selbst beschworenen Prinzip der Gleichheit. Es könne für uns keine unterschiedliche Behandlung von Großmächten und anderen Staaten geben. Für uns gebe es nur eine Ausnahme, und das sei die von uns freiwillig übernommene Verpflichtung, auf Nuklearwaffen zu verzichten.[12] Deshalb seien wir dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten.[13] Die SU ihrerseits habe die sich aus dem Nichtverbreitungsvertrag ergebenden Pflichten jedoch nicht erfüllt. Die SS-20-Aufrüstung stelle eine Verletzung des Nichtverbreitungsvertrags dar; wir könnten den Anspruch erheben, mit solchen Waffen nicht bedroht zu werden.

Für uns könne es nicht in Frage kommen, als Land mit geringerem Sicherheitsgrad als die SU zu gelten. Gleiche Sicherheit müsse heißen, gleiche Sicherheit für alle. Nur dann mache das Prinzip einen Sinn. Der Grundsatz der Gleichheit muß für alle ohne Ausnahme und gleichermaßen gelten.

Dies nicht anzuerkennen, sei ein schwerer, politisch-strategischer Fehler der SU, der sich in der INF-Politik deutlich zeige. Die Modernisierung der SS-4 und SS-5 durch die Dislozierung der SS-20 sei ein erster sowjetischer Fehler gewesen, mit dem die SU einen Riegel für die Abrüstung in Europa vorgeschoben habe.

Jetzt drohe sie einen zweiten Fehler zu machen, indem sie Verhandlungen verweigere. Er habe gestern aus dem Kommuniqué des Warschauer Pakts zitiert, wonach es keine Fragen gebe, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden könnten.[14] Dies sei wichtig. Je früher, desto besser. Wir behandelten diese Frage, da sie sehr ernst sei, ohne Polemik. Wir wollten die Lage nicht verschärfen. Wir würden aber auch in Zukunft genau darauf achten, daß wir Sicherheit zu denselben Bedingungen wie die SU und wie alle anderen bekämen. Die sowjetischen Sicherheitsinteressen ihrerseits würden wir durchaus sehen. Es dürfe jedoch nicht so weit kommen, daß das sowjetische Sicherheitsdenken so expandiere, daß es Unsicherheit für andere schaffe.

11 Zum Gespräch des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang") vgl. AAPD 1983, I, Dok. 22 und Dok. 93.

12 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf atomare, biologische und chemische Waffen vgl. Dok. 65, Anm. 7.

13 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.
Die Bundesrepublik trat dem Nichtverbreitungsvertrag am 28. November 1969 bei. Das Ratifizierungsgesetz wurde am 4. Juni 1974 unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 383, bzw. AAPD 1974, I, Dok. 143.

14 Vgl. dazu Ziffer 2 des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. April 1984 in Budapest; EUROPA-ARCHIV 1984, D 320.

6) Politik der USA

AM *Chňoupek*: Er sehe das Hauptproblem in der Politik des amerikanischen Präsidenten. (Einwurf BM: Die Pershing II ist keine Erfindung von Präsident Reagan.)

Woher komme die Überzeugung Reagans, eine Politik der Stärke führen zu müssen?

Er, Chňoupek, glaube durchaus, daß Reagan subjektiv nicht als Friedensstörer in die Geschichte eingehen wolle. Vielleicht wolle er das Gute. Er habe manchmal den Eindruck, daß Reagan sich an der biblischen Moral orientiere. Aber es bleibe die Politik der Stärke, die Politik, die auf das Übergewicht gerichtet sei. Wie sehe die Bilanz Reagans aus? Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen seien noch nie so schlecht gewesen. Die außenpolitische Bilanz sei katastrophal. Die Welt zittere angesichts der Aussicht, daß der Präsident, da die amerikanischen Wähler innenpolitisch motiviert wählten, wahrscheinlich wiedergewählt werde.[15]

Bei Gesprächen mit Führern der Dritten Welt habe er noch nie so konzentriert Befürchtungen zu hören bekommen wie jetzt, so z. B. von Betancur, von Alfonsín, von Mugabe und von Nyerere. Die Überzeugung von der Unteilbarkeit des Friedens sei noch nie so stark gewesen. Die ökonomischen und sozialen Aufgaben könnten von den Führern der Dritten Welt nicht erfüllt werden, da es an den ökonomischen Voraussetzungen fehle. Damit werde die Dritte Welt zum natürlichen Verbündeten der Kräfte, die sich für den Frieden einsetzen.

BM: Niemand kann für sich alleine in Anspruch nehmen, für den Frieden zu sein. Er wolle hier an Afghanistan[16] erinnern. (Auf Einwurf: Grenada![17]) Die Afghanen wären sicher froh, wenn sie mit der Bevölkerung von Grenada tauschen könnten.

Wir dürften die Abrüstung nicht nur als einen Teilbereich isoliert betrachten. Wir müßten dies in der Perspektive einer Politik sehen, die auf eine europäische Friedensordnung gerichtet sei. Eine solche Friedensordnung müsse eine Überwindung des Zustands des Nichtkriegs mit sich bringen. Es sei eine alte Erfahrung, daß unlösbar erscheinende Probleme durch politische, ökonomische, technische und kulturelle Zusammenarbeit schließlich gelöst werden könnten. Man brauche nur an die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses zu erinnern. So wie wir die Aussöhnung mit Frankreich betrieben haben, so wollten wir das auch mit den anderen Staaten versuchen, obwohl dies vielfach komplizierter sei. Dabei müsse immer der Grundsatz absoluter Gleichheit aller Staaten berücksichtigt werden. Es könne keine Privilegien geben. Die SU müsse ihr Supermachtproblem bilateral mit den USA lösen. Hierfür gebe es einen Ansatz,

15 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

16 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

17 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

nämlich den Nixon-Breschnew-Ansatz von 1972.[18] Komme man hierauf zurück, so würde auch unser Problem, das europäische Problem, lösbar.

AM *Chňoupek* entgegnet, er könne mit allem einverstanden sein, aber seien auch die USA einverstanden?

Seit der Oktoberrevolution gehe der Kreml davon aus, daß jeder amerikanische Präsident auf einem antikommunistischen Pferd ins Weiße Haus einreite. Danach würde man dann pragmatischer, realistischer. Man könne an Nixon, Roosevelt, auch an Kennedy denken. Bei Reagan dauere dieser Prozeß allerdings sehr lange. Man habe nicht damit gerechnet, daß man volle vier Jahre Reagan auf dem antikommunistischen Pferd sehen werde.

Er gebe zu, daß man inzwischen nicht mehr als Gangster oder als Abfallhaufen der Geschichte[19] bezeichnet werde, aber es habe sich nichts Wirkliches geändert.

BM: Anklagen helfen nicht weiter. Auch die SU muß ein Zeichen setzen, um im West-Ost-Verhältnis bzw. im bilateralen Verhältnis zu den USA etwas zu bewegen. Er wolle klar sagen: Afghanistan sei ein besonders schlimmer Zustand. Hier werde viel zerstört, und man könne trefflich über dieses Thema polemisieren.

AM *Chňoupek*: Wenn Reagan nach seiner Wiederwahl seine Politik ändern sollte, wird er sehen, daß die Türen für ihn geöffnet werden. Man müsse aber leider damit rechnen, daß sich der bisherige Zustand fortsetzen werde.

7) Zum Abschluß des Gesprächs erinnert *BM* nochmals an die übergebenen und besprochenen Haftfälle, insbesondere an die Fälle Langhans[20] und Javorsky[21], und bittet um möglichst rasche Behandlung. AM *Chňoupek* sichert zu, sich hierfür einsetzen zu wollen.

18 Korrigiert aus: „1971".
Vgl. dazu die Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

19 Präsident Reagan erklärte am 8. Juni 1982 in einer Rede vor Mitgliedern beider Häuser des britischen Parlaments in London: „What I am describing now is a plan and a hope for the long term – the march of freedom and democracy which will leave Marxism-Leninism on the ash heap of history as it has left other tyrannies which stifle the freedom and muzzle the self-expression of the people." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 747. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 421.

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch vermerkte am 14. Juni 1984, Daniel Langhans sei am 2. März 1984 verhaftet worden „wegen versuchten Schmuggels eines Fotokopiergeräts, das für religiöse Gruppen in der ČSSR bestimmt war. Langhans ist jüngster Delegierter der Sudetendeutschen Landsmannschaft." Vgl. Referat 214, Bd. 139638.
Botschaftsrat I. Klasse Siemes, Prag, berichtete am 3. August 1984, das Bezirksgericht Pilsen habe am Vortag die Berufung von Langhans zurückgewiesen und das erstinstanzliche Urteil von zehn Monaten Freiheitsentzug und Ausweisung bestätigt. Das Urteil sei damit rechtskräftig. Langhans werde in den nächsten Tagen in die Haftanstalt in Prag überwiesen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 654; Referat 214, Bd. 139663.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, vermerkte am 11. Juli 1984, Jaroslav Javorsky sei 1978 bei dem Versuch, seine Verlobte in die Bundesrepublik nachzuholen, verhaftet und zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden: „Seit 1978 bemüht sich das Auswärtige Amt um seine Entlassung in die Bundesrepublik Deutschland. Diese Bemühungen werden behindert durch den Umstand, daß Javorsky tschechischer Staatsangehöriger ist." Seine Eltern seien 1980 eingebürgert worden und hätten für ihren Sohn ebenfalls einen Einbürgerungsantrag gestellt. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1684.

BM stellt baldige Vorschläge zu den Terminen BK-Besuch und BM-Besuch in Prag in Aussicht. Falls BK nicht mehr in diesem Jahr nach Prag kommen könne, werde er an der Übung, einen Besuch vor Weihnachten zu machen, gerne festhalten.[22]

Referat 010, Bd. 178888

194

Drahterlaß des Ministerialdirigenten Ungerer

Dg 41/413-491.09 **17. Juli 1984**[1]
Fernschreiben Plurez

Betr.: Treffen westlicher Nuklearlieferländer in Luxemburg

Die Botschaft wird gebeten, in einem Gespräch die zuständige Arbeitsebene des dortigen Außenministeriums in vertraulicher Form über das o. g. Treffen in folgender Weise zu unterrichten:

1) Die Beschlüsse von Luxemburg

Vom 11. bis 13. Juli fand in Luxemburg auf amerikanische Anregung hin ein Treffen von westlichen nuklearen Lieferländern (Australien, Belgien, Kanada, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Schweden, Schweiz, Großbritannien und USA) statt.

Dabei wurden folgende Themen erörtert:

– eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen, von den traditionellen Lieferländern beachteten Regelungen zur Kontrolle von Nuklearexporten,
– ein US-Vorschlag für die Einführung umfassender Kontrollen (comprehensive safeguards),
– das Verhältnis der Teilnehmer zu den Schwellenländern in der Dritten Welt (Abnehmer und sog. Lieferländer der zweiten Generation).

Die Sowjetunion, die ebenfalls zu der Nuclear Suppliers' Group (Londoner Club) gehört, war zu dem Treffen nicht eingeladen.

Die Teilnehmer stellten fest, daß sich das bisherige Instrument der „Londoner Richtlinien"[2] bewährt habe. Eine Änderung dieser Richtlinien oder der sog. Trigger-Liste, die die Gegenstände enthält, deren Lieferung bestimmte NV-politische

22 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR vgl. Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

1 Durchschlag als Konzept.
Drahterlaß an die Botschaften in Belgrad, Brasilia, Buenos Aires, Madrid und Peking.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel am 17. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Fischer am 17. Juli 1984 vorgelegen.

2 Zu den „Londoner Richtlinien" vgl. Dok. 57, Anm. 3.

Maßnahmen auslöst, wurde nicht beschlossen, nur eine Präzisierung der Trigger-Listen, wie sie in Dokument INFCIRC 209[3] der IAEO enthalten sind, im Bereich der Anreicherungstechnologie.

Der amerikanischen Initiative für die Einführung von comprehensive safeguards (CSG) traten die Teilnehmer nicht näher. (Bei CSG handelt es sich um eine Politik gegenüber Nicht-MS des Nichtverbreitungsvertrages[4], von denen Lieferanten von nuklearen Stoffen, Ausrüstungen und Technologie für eine „signifikante neue Lieferverpflichtung" die Hinnahme von IAEO-Kontrollen auf alle gegenwärtigen und zukünftigen nuklearen Aktivitäten und den Verzicht auf nukleare Sprengkörper verlangen sollen, anderenfalls den potentiellen Empfängern nur noch die Möglichkeit zum Eigenbau von Anlagen bliebe.) Zwar haben alle Teilnehmer umfassende Kontrollen in allen Nichtkernwaffenstaaten als wünschbares Endziel bezeichnet, doch bleibt es auf absehbare Zeit beim jetzigen, als befriedigend empfundenen nichtverbreitungspolitischen Regime der anlagebezogenen Kontrollen nuklearer Lieferungen. Die Handlungsfreiheit der Lieferländer bleibt in den gegenwärtigen Grenzen gewahrt. Umfassende Kontrollen aller nuklearen Aktivitäten werden wie bisher freiwillig sein.

Diese Haltung wurde wesentlich durch Rücksichtnahme auf die Beziehungen zu den Schwellenländern und die anstehenden internationalen Konferenzen (Überprüfungskonferenz des NV-Vertrages im Frühjahr 1985[5], VN-Konferenz für die friedliche Nutzung der Kernenergie in 1986[6]) bestimmt. Mehrere Delegationen betonten, das Problem der horizontalen Proliferation sei unter Kontrolle, da seit Inkrafttreten des NV-Vertrags kein Staat zum Kernwaffenstaat geworden sei. Problematisch sei dagegen die vertikale Proliferation, d.h. die Zunahme der Atomwaffenbestände der Kernwaffenstaaten.

Ein von uns besonders begrüßter Beschluß wurde im Verhältnis zu den nuklearen Schwellenländern gefaßt. Die Teilnehmer wollen in bilateralen Gesprächen zur Übernahme der von ihnen selbst geübten NV-politischen Disziplin raten und für eine Annahme des Nichtverbreitungsvertrages oder des Vertrages von Tlatelolco[7] werben. Kollektive Aktionen sind nicht vorgesehen.

Im übrigen werden die Lieferländer Informationen über ihre nationalen Exportkontrollisten und abgelehnte Exportanträge austauschen.

2) Wertung

Für unser Verhältnis zu den Schwellenländern ist es wichtig, daß das bisherige System unverändert bestehen bleibt und den Ländern auf dieser Basis der Weg zur Teilnahme eröffnet werden soll. Wir werden den Dialog mit ihnen im Geiste gleichberechtigter Partnerschaft fortsetzen und hoffen auf ihr Verständnis

3 Für das „Information Circular" 209 vom 3. September 1974 vgl. http://www.iaea.org/Publications/Documents/Infcircs/Others/inf209.shtml.

4 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

5 Vom 27. August bis 21. September 1985 fand in Genf die Dritte Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 statt.

6 Die VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie wurde vom 23. März bis 10. April 1987 in Genf durchgeführt.

7 Für den Wortlaut des am 14. Februar 1967 von vierzehn lateinamerikanischen Staaten unterzeichneten Vertrags über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) vgl. UNTS, Bd. 634, S. 281–423. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 152–165.

für die als Lieferanten von Nukleargütern in der Zukunft auf sie zukommende große Verantwortung. Das Ergebnis von Luxemburg bestätigt unsere Meinung, daß das gegenwärtige nukleare Exportkontrollsystem ausreichend und befriedigend ist.

Es kann auf Rückfragen gesagt werden, daß in Luxemburg keinerlei Geheimabsprachen getroffen wurden.

Es wird gebeten, der Presse in dieser Angelegenheit keine Auskünfte zu geben, aber über etwaige Anfragen drahtlich zu berichten.

Ungerer[8]

Referat 431, Bd. 145532

195

Aufzeichnung des Referats 204

204-321.00/SO-530/84 geheim **20. Juli 1984**[1]

Betr.: Vierergespräche der Politischen Direktoren am 19.7.1984 in Paris[2];
hier: amerikanisch-sowjetische Beziehungen

Burt sieht möglichen Wendepunkt der Beziehungen nahen. Sowjets lösten sich vielleicht aus Selbstisolierung. Jüngst zeigten sie Bereitschaft, über zweitrangige Fragen zu sprechen. USA bemühten sich, bilaterale Beziehungen und einige Abkommen zu beleben. Sowjets reagierten hierauf positiv (z. B. Seegrenzen[3]

8 Paraphe.

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 20. Juli 1984 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher „zur Unterrichtung" geleitet zusammen mit Aufzeichnungen über folgende weitere Themen des Vierertreffens der Politischen Direktoren am Vortag in Paris: Ost-West-Beziehungen, WEU-Herstellungsbeschränkungen, Lage im Nahen Osten, Terrorismus, chemische Waffen, Spanien in der NATO, Verhinderung eines Nuklearkriegs, KVAE, osteuropäische Staaten und Lage in Mittelamerika.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 25. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 25. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Meyer-Landrut an Schauer und Referat 204 verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Schauer am 26. Juli 1984 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Edler von Braunmühl am 8. August 1984 vorgelegen. Vgl. dazu den Begleitvermerk; VS-Bd. 12953 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. auch Dok. 196–200.

3 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Seegrenze in der Beringstraße vgl. Dok. 13, Anm. 15.
Gesandter Huber, Moskau, teilte am 3. August 1984 mit, in der Woche vom 23. bis 27. Juli 1984 hätten in Moskau weitere Verhandlungen stattgefunden: „Gesprächspartner in der USA-Botschaft zeigte sich über Einzelheiten nicht näher informiert. US-Delegation habe aus Spezialisten für Völker- und Seerecht bestanden. Verhandlungen seien sachlich verlaufen. SU habe keine nicht zur Sache gehörenden Elemente eingeführt. Ein Ergebnis sei noch nicht zu verzeichnen. Die nächste Verhandlungsrunde

und Heißer Draht[4]). Washington frage sich, ob sich Sowjets selbst in Sackgasse wähnten. Privat gäben sie zu verstehen, daß sie sich um innere Lage der USA nicht kümmerten, es ihnen gleich sei, ob sie Wahlchancen Reagans[5] verbesserten. Sie hätten sogar Wiederwahl als wahrscheinlich bezeichnet. Es gebe gewisse Anzeichen, daß sie über Fragen diskutieren wollten, an denen sie und USA interessiert seien. USA wünschten Diskussion beiderseits interessierender Fragen. Sie sagten Sowjets, innere Rücksichten dürften nicht stören, und Reagan sei auf sowjetische Hilfe nicht angewiesen.

Amerikaner spürten Kritik jüngerer Diplomaten und von KGB-Beamten an Gromyko und Tschernenko. Vielleicht drücke sich darin Sorge aus, daß Verweigerungshaltung nichts bringe (Weggang aus Genf[6], Olympia-Boykott[7]). Sie fühlen sich offenbar in der Defensive. Vielleicht sei das Hintergrund der Wien-Initiative vom 29. Juni, bei der sie u. U. mit US-Ablehnung gerechnet haben. USA sei daran gelegen gewesen, schnell positiv zu antworten.[8] USA seien bereit, am 18. September in Wien zu sein, wenn nötig auch später. (Am Rande zog Burt uns gegenüber September-Termin etwas in Zweifel, er meinte, Sowjets würden evtl. nicht erscheinen. Er hielt November-Datum für wahrscheinlicher und bestätigte auch Existenz Reagan-Briefs an Tschernenko, in dem Möglichkeit des November-Termins angeboten worden sei.) USA würden mit konkreten Ideen nach Wien gehen. Diskussionen dürften nicht präjudiziert werden. USA hätten sowjetische einschränkende Thematik nicht akzeptiert, die bestehende Ungewißheit sei zu nutzen.

Es gebe zwingende Gründe, offensive Nuklearwaffen zu diskutieren. Aber weder privat noch öffentlich hätten USA gegenüber SU von Wiederaufnahme von INF oder START gesprochen. Wenn Sowjets anderen Ansatz vorzögen, wollten USA das prüfen, aber Nutzung des Weltraums für Raketen, Existenz von Aufklärungssatelliten seien nicht zu übersehende Elemente der Frage Militarisierung des Weltraums.

Bei jüngsten Kontakten hätten USA Sowjets bedeutet, Frage der offensiven Weltraumwaffen könne auch anderswo als in Wien besprochen werden. Burt be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 917

werde in naher Zukunft in Washington stattfinden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3123; Referat 213, Bd. 139346.

4 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verbesserung und Erweiterung des „Heißen Drahts" vgl. Dok. 107, Anm. 7.
Die USA und die UdSSR paraphierten am 17. Juli 1984 in Washington ein Abkommen über die Modernisierung des „Heißen Drahts". Botschafter Ruth notierte dazu am 18. Juli 1984: „Gegenstand der Übereinkunft ist die Einführung amerikanischer Geräte zur Übermittlung von Textseiten, Graphiken und Statistiken (‚Faksimile-Link'), wodurch die Übermittlungsgeschwindigkeit gegenüber der Fernschreibverbindung, die etwa 60 bis 70 Wörter pro Minute überträgt, wesentlich erhöht wird. Diese Übereinkunft ist nach dem Abkommen vom 30.9.1971 über die Erweiterung der Fernschreib- und Funkverbindung um eine ständige Satellitenverbindung die zweite Zusatzvereinbarung zum Abkommen über den ‚Heißen Draht' vom 20.6.63." Vgl. Referat 220, Bd. 144754.

5 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

6 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

7 Zum sowjetischen Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles vgl. Dok. 129, Anm. 21.

8 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juni 1984 für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen sowie zur amerikanischen Antwort vom selben Tag vgl. Dok. 184, Anm. 5.

tonte, USA gingen ohne Vorbedingungen nach Wien. Alliierte hätten Hoffnung geäußert, USA sollen nach Wien gehen und auch nur Defensivwaffen diskutieren, wenn Sowjets mehr ablehnten. Er forderte Geduld von Verbündeten. Sowjets hätten großes Interesse daran, SDI und ASAT-Rüstung zu stoppen. Das gelte es zu nutzen. US-Interesse an Beschränkung der Offensivwaffen stelle möglichen Ausgleich dar. Ähnliche Balance habe Ende der 60er Jahre bei ABM und SALT I bestanden. Man müsse jetzt diesen breiteren Ansatz sehen und sich von Einzelverhandlungen lösen.

Vielleicht seien Sowjets erst nach den Wahlen bereit, wieder über Offensivwaffen zu sprechen. SDI könnte möglicherweise den Anreiz dazu bieten.

Auf unsere Fragen betonte Burt, er habe nicht von Rückkehr zu START und INF gesprochen. Für mögliches sowjetisches Interesse an neuem Ansatz gebe es bisher nur wenige Indizien. In Stockholm[9] habe Shultz Gromyko Details über Einzelfragen zu START angeboten, die dieser brüsk abgewiesen habe. Unmittelbar danach hätten Sowjets auf niederer Ebene Inhalt solcher neuer Ideen zu ergründen gesucht.

Auf britische Frage, ob Begrenzung auf Defensivwaffen sowjetische Bedingung für Wien sei, entgegnete Burt, es sei so gut wie eine Bedingung (tantamount).

Jenkins hielt sowjetische Sorge vor wirtschaftlichen Lasten von SDI für gewichtig. Vielleicht wollten Sowjets mit September-Datum vorgesehenen US-Test blockieren.

Burt stimmte zu, daß ASAT-Moratorium für Sowjets wichtig sei, obwohl sie es bisher nicht verlangt hätten. Aber vielleicht würden sie Test als Grund für Absage von Wien benutzen.

Auf französische Frage meinte Burt, es sei offen, wie weit USA in Verhandlungen über Defensivwaffen gehen wollten. Verhandlungsstrategie werde noch ausgearbeitet. USA fragten sich, wie könne man SDI, ASAT und Offensivwaffen sinnvoll verbinden. Der auf Defensivwaffen beschränkte sowjetische Ansatz sei offensichtlich sehr eigennützig.

Andréani wandte ein, dieses Vorgehen könne USA zu Einlenken bei SDI nötigen. Burt erwiderte, er habe dies nicht ausgeschlossen. Andréani faßte nach, also US-Bereitschaft zu verhandeln.

Burt: Wir prüfen alle Ansätze für ASAT-Verhandlungen. Man werde sich z. B. auf Abfangwaffen gegen Satelliten (koorbitale Systeme) konzentrieren können und Strahlenwaffen ausklammern. USA wie SU verfügten über solche Systeme, nicht hingegen über Strahlenwaffen.

Andréani fragte nach Verifikation.

Burt sagte, man könne über einige Begrenzungen sprechen. Er kritisierte sodann die europäische Rolle. Die uninformierte Debatte in Europa sei wenig hilfreich, sie begünstige die Sowjets, die die Meinungsunterschiede zwischen Europa und USA zu SDI als Druck auf Washington nutzten. Die Europäer sollten die Sowjets drängen, ohne Vorbedingungen nach Wien zu gehen.

9 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 13.

Die Washingtoner Gespräche in dieser Woche[10] seien nützlich gewesen. Sie sollten fortgesetzt werden. Einseitige Initiativen müßten vermieden werden. So sei die französische Initiative in Genf[11] keineswegs hilfreich, während die USA die Haltung Howes in Moskau[12] als sehr nützlich empfunden hätten.

Auf unseren Hinweis, BM hätte Wichtigkeit der Wiener Gespräche gegenüber Semjonow[13] und Chňoupek[14] betont, sagte Burt, solche Unterstützung solle möglichst auch öffentlich geschehen. Den Sowjets dürfe keine Gelegenheit gegeben werden, weitere Keile zwischen Europa und Amerika zu treiben.

Jenkins betonte, 20% der Gespräche von Howe in Moskau seien Wien gewidmet gewesen. Howe und PM Thatcher hätten das auch öffentlich ausgesprochen (an die SU: „join the invited guest in Vienna"). Für nachhaltige Unterstützung der USA müßten wir Fortentwicklung amerikanischen Denkens kennen. Washingtoner Information müsse fortgesetzt werden.

Andréani verteidigte die französische Initiative in Genf. Frankreich sei besorgt gewesen über das US-SDI-Vorhaben und die Art seiner Präsentation. Frankreich habe das Gefühl gehabt, seine Bedenken würden nicht gehört. Wegen interner Kritik sei Frankreich an die Öffentlichkeit gegangen. Im übrigen sei die Sache in Genf nur prozedural aufgenommen worden. Schon seit langem sei es zwischen USA und Frankreich streitig, ob die CD-Arbeitsgruppe ein Mandat erhalten solle. Der französische Antrag habe diese Streitfrage nicht weiter kompliziert. Wir müßten nur verhindern, daß Sowjets bestehende Auffassungsunterschiede für sich nutzten. Hierfür forderte auch Andréani bessere Konsulta-

10 Am 17./18. Juli 1984 fanden Gespräche zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA über SDI statt. Vgl. dazu Dok. 208.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik vermerkte am 12. Juni 1984, der französische Gesandte Bernière habe am selben Tag ein Memorandum übergeben, das „in diesen Tagen" in der Genfer Abrüstungskonferenz eingeführt werden solle. Darin werde vorgeschlagen: „1) Strenge Begrenzung der Anti-Satellitensysteme, insbesondere das Verbot aller Systeme, die Satelliten auf hohen Umlaufbahnen erreichen könnten, 2) Verbot der Aufstellung von Waffen, die mittels gelenkter Energie aus großer Entfernung ballistische Raketen und Satelliten zerstören könnten, 3) Stärkung der bestehenden Regelungen für die Ankündigung von Starts in den Weltraum, 4) Verpflichtung der USA und der SU, die bilateral vereinbarte Immunität gewisser Weltraumobjekte auf Satelliten von Drittstaaten auszudehnen." Vgl. Referat 220, Bd. 130133.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann legte dazu am 18. Juni 1984 dar, die Initiative habe die USA „sehr verärgert. Das State Department bezeichnete sie gegenüber unserer Botschaft als ‚unfreundlichen Akt'." Vgl. VS-Bd. 11335 (220); B 150, Aktenkopien 1984.
Für den Wortlaut der französischen Erklärung vor der Genfer Abrüstungskonferenz vom 12. Juni 1984 sowie der Erklärung des französischen Außenministeriums vom selben Tag vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (Mai/Juni), S. 107–110.

12 Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 5. Juli 1984 mit, aus der britischen Botschaft sei zum Gespräch des britischen Außenministers Howe mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 3. Juli 1984 zu erfahren gewesen: „Howe habe erklärt, er habe die Zeit seit erstem Gespräch mit Gromyko am 2.7. genutzt, um Kontakt mit Weißem Haus aufzunehmen. Er könne danach kategorisch erklären, daß USA keinerlei Vorbedingungen für von SU vorgeschlagene Gespräche im September stellten. […] Tschernenko habe Howe dann gefragt, ob er sein Wort als britischer AM geben könne, daß USA bereit seien, Frage der Verhandlung der Militarisierung des Weltraums ‚unabhängig' zu behandeln. Howe habe geantwortet, er sei nicht Vermittler zwischen SU und USA. Es läge an SU, ihr Mißverständnis über amerikanische Haltung aufzuklären." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2722; VS-Bd. 13396 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

13 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 6. Juli 1984 vgl. Dok. 185.

14 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 13. Juli 1984 vgl. Dok. 193.

tionen. Mitterrand habe in Moskau[15] übrigens keine antiamerikanischen Positionen akzeptiert.

Burt sagte, es müsse deutlich werden, daß Genf nur der Schadensbegrenzung diene. Ernsthafte Verhandlungen gebe es nur bilateral. Die USA wollten in Genf nicht zu Verhandlungen gedrängt werden, da sie dort ihre Interessen nicht hinreichend schützen könnten.

Andréani hielt Genf für die Erörterung weitergehender Probleme für wichtig, z. B. die Registrierung von Objekten im Weltraum.

Burt meinte, mit der Eröffnung neuer Debatten laufe man Gefahr, Sowjets Weggang aus Genf vergessen zu helfen. Der Druck müsse erhalten bleiben. Man müsse sehen, daß Sowjets mit Wien-Vorschlag ihren Fortgang verdecken wollten. Dies gelte es zu verhindern.

Burt äußerte Unverständnis für europäische SDI-Diskussion. Jede Abwehrmöglichkeit, die Erstschlag unwahrscheinlicher mache, stärke die Abschreckung. Es genüge, wenn die Sowjets jetzt Erstschlag nicht mit Erfolgsaussicht planen könnten. Wenn die USA verletzlich seien gegenüber sowjetischem Nuklearangriff, bestehe Gefahr, daß USA für Europa eine Nichtersteinsatz/NEE-Politik annehme. Je glaubwürdiger die Vergeltungsmöglichkeit, um so glaubwürdiger der Ersteinsatz.

Auf unseren Einwand, so sei SDI nicht dargestellt worden, entgegnete Burt, hier habe man Fehler gemacht, die jetzt korrigiert würden.

Jenkins unterstrich, daß der Begriff des vollständigen SDI-Schirms viel Verwirrung gestiftet habe.

Burt pflichtete bei, Militärs und Techniker hätten europäische strategische Besorgnisse nicht genügend beachtet.

Wir ergänzten, die jüngste Äußerung von Keyworth über Stationierung von SDI-Komponenten in Europa[16] sei nicht hilfreich gewesen. Burt zeigte Verständnis.

VS-Bd. 12953 (204)

15 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 in der UdSSR auf.

16 Brigadegeneral Steinkopff, Washington, informierte am 10. Juli 1984: „Baltimore Sun berichtete gestern über ein Interview mit Dr. George A. Keyworth, Science Advisor to the President […]. Wesentliche Aussagen von Dr. Keyworth: 1) Die USA würden vielleicht Strategic-Defense-Stellungen in Europa in Erwägung ziehen, so daß der europäische Kontinent in die geplante Verteidigung gegen sowjetische Raketen einbezogen werden könnte. 2) Der Schutz der NATO-Verbündeten sei immer schon ein Schlüsselelement in amerikanischen Überlegungen gewesen. 3) ‚Star Wars'-Technologie, die in SDI-Programmen der USA erforscht werden soll, sei auch für die strategische Verteidigung Europas anwendbar. 4) Die Technologie erfordere sogar einige Basen in Europa". Ein Gesprächspartner im amerikanischen Verteidigungsministerium habe gegenüber der Botschaft erklärt: „Zum jetzigen Zeitpunkt bereits von europäischen SDI-Stellungen zu sprechen, wäre verfrüht und voreilig". Etwaige Entscheidungen würden „mit allen notwendig werdenden Konsultationen frühestens Anfang der 90er Jahre fallen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3084; Referat 220, Bd. 128642.

196

Aufzeichnung des Referats 204

204-321.00/SO-532/84 geheim **20. Juli 1984**[1]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 19.7.1984 in Paris[2]; hier: WEU-Herstellungsbeschränkungen

Andréani weist auf Vier-Mächte-Abkommen (Potsdam[3] und spätere) als Grundlage sowjetischer Proteste in Paris[4], London[5] und Washington[6] hin. Er empfiehlt Koordination einer Antwort der Drei in Bonner Vierergruppe. Inhaltlich sei auf zwei Punkte einzugehen:

– Konsequenzen aus Potsdamer Abkommen,
– im Falle von Großbritannien und Frankreich auf Interpretation des WEU-Vertrages[7].

Jenkins sieht Unterschiede in sowjetischer Reaktion:

– stärkster Protest in Bonn[8],
– Vier-Mächte-Verantwortung gegenüber Großbritannien, Frankreich, USA,

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 20. Juli 1984 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 1.

2 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. auch Dok. 195 und Dok. 197–200.

3 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen") vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz informierte am 13. Juli 1984, der sowjetische Botschafter in Paris, Woronzow, habe am 11. Juli 1984 beim Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Gutmann, demarchiert und erklärt, die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen „als solche sei sicherlich nicht schwerwiegend, man könnte aber nicht ausschließen, daß in absehbarer Zeit auch die ABC-Restriktionen aufgehoben würden und die BR Deutschland dann über die Möglichkeit verfüge, gefährliche Waffen zu bauen." Vgl. den Runderlaß Nr. 4885; Referat 209, Bd. 128401.

5 Gesandter von Alten, London, teilte am 12. Juli 1984 mit, der sowjetische Botschafter in London, Popow, habe am selben Tag beim britischen Außenminister Howe demarchiert und ein Aide-mémoire überreicht, jedoch keine mündlichen Erläuterungen dazu abgegeben. Alten berichtete, aus britischer Sicht „hatte die Demarche Routinecharakter und Anstrich einer Pflichtübung. GB hat vorerst nicht die Absicht, die Angelegenheit weiterzuverfolgen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1250; Referat 209, Bd. 128401.

6 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 13. Juli 1984, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums habe die UdSSR am 10. Juli 1984 wegen der Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik am 27. Juni 1984 demarchiert: „Die Demarche sei von den Sowjets in relativ hartem Ton vorgetragen und von Dam in knapper, aber entschiedener Form zurückgewiesen worden. Mit besonderer Aufmerksamkeit sei von amerikanischer Seite der sowjetische Hinweis auf das Potsdamer Abkommen aufgenommen worden, nach dem es nicht erlaubt werden könne, daß von deutschem Boden jemals wieder eine Drohung für die Nachbarländer oder die Welt im allgemeinen ausgehen dürfte. Die Sowjetunion habe vor, in dieser Hinsicht ein verantwortliches Beispiel zu setzen – zusammen mit anderen Vertragsparteien oder, falls notwendig, alleine." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3142/3143; VS-Bd. 12914 (200); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

8 Zur Demarche des sowjetischen Botschafters Semjonow bei Bundesminister Genscher am 10. Juli 1984 vgl. Dok. 193, Anm. 4.

– pro forma Proteste ohne Nachdruck bei übrigen WEU-Partnern,

hält trotzdem förmliche Antwort für ratsam, um Sowjets nicht das Feld zu überlassen. Es dürfe kein Anlaß zu unnötiger Polemik gegeben werden. Im übrigen wolle polnischer Botschafter in London[9] auch wegen WEU demarchieren. Er werde ihm sagen, das gehe ihn nichts an.

Burt stimmte Koordination in Vierergruppe zu. Demarche in Washington sei ohne viel Engagement ausgeführt worden. Antwort solle

– drohenden Ton und Sachvortrag zurückweisen,
– sowjetischen Vorwurf gegen WEU als unannehmbar bezeichnen, die wegen NATO-Verbindung der WEU auch USA interessiere,
– darstellen, daß Belebung der WEU nur defensive Zwecke verfolge,
– feststellen, daß WEU nicht gegen Potsdamer Vertrag verstoße.

Andréani riet ab, WEU anzusprechen, da Sowjets Frage der Wiederbelebung nicht angeschnitten hätten.

Burt stimmte zu.

Wir erläuterten, daß sofortige Reaktion nötig gewesen sei.[10] Semjonow sei von scharfer Antwort überrascht gewesen. Für uns sei Sache erledigt. Im übrigen hielten wir eine Antwort der Drei Mächte für geboten und deren Koordinierung in der Vierergruppe für gut.

Andréani hielt westliche Antwort für erforderlich, aber Sache solle nicht überbetont werden.[11]

Jenkins berichtete, auch SU messe der Sache mehr politische als militärische Bedeutung bei. Dies habe ZK-Mitglied gegenüber Egon Bahr in Moskau[12] ausdrücklich bestätigt.

VS-Bd. 12953 (204)

9 Stefan Staniszewski.

10 Ministerialdirigent Schauer teilte am 12. Juli 1984 mit, Staatssekretär Ruhfus habe dem sowjetischen Botschafter Semjonow am selben Tag ein Aide-mémoire überreicht: „StS wies darauf hin, daß Wichtigkeit der Frage sofortige Antwort erforderlich gemacht habe. Semjonow entgegnete, Moskau werde das Aide-mémoire prüfen und falls notwendig seine Haltung dazu darlegen. Er könne jetzt schon sagen, daß der Ton und viele der Behauptungen definitiv als unannehmbar zurückzuweisen seien. […] Semjonow wiederholte, daß der Versuch der Bundesrepublik, sich eine offensiv-strategische Rüstung zuzulegen, in Widerspruch stehe sowohl zum Potsdamer Abkommen, zum Moskauer Vertrag und zur KSZE-Akte.“ Auch könne niemand die Bundesrepublik „von den Vier-Mächte-Beschlüssen freistellen“. Vgl. den Runderlaß Nr. 4817; Referat 209, Bd. 128401.
Für den Wortlaut des Aide-mémoire vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 458.

11 Legationssekretärin Blümm vermerkte am 3. September 1984, in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 29. August 1984 sei von Großbritannien bzw. den USA mitgeteilt worden, daß die abgestimmten Antwortnoten an die UdSSR übergeben worden seien, und zwar in Washington am 14. August 1984 bzw. in London am 16. August 1984. Frankreich habe am 3. September 1984 nachträglich informiert, daß die französische Antwortnote am selben Tag übergeben worden sei. Vgl. dazu Referat 209, Bd. 128401.

12 Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 17. Juli 1984, der SPD-Abgeordnete Bahr habe am Vortag ein Gespräch mit dem Mitglied im ZK der KPdSU, Sagladin, geführt und dabei auch das Thema WEU erörtert: „Sagladin habe darauf hingewiesen, der ganze Vorgang erinnere die SU an die EVG, jetzt aber unter deutscher Führung. SU wisse auch, daß zur Zeit noch keine militärischen Wirkungen entstünden. Politische Folgen gebe es aber bereits jetzt. Vor dem Hintergrund ihrer historischen Erfahrung und dem gegenwärtigen Stand der Ost-West-Beziehungen sei dies für SU beunruhigend.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2878; Referat 209, Bd. 128401.

197

Aufzeichnung des Referats 204

204-321.00/SO-536/84 geheim **20. Juli 1984**[1]

Betr.: Vierergespräche der Politischen Direktoren am 19.7.1984 in Paris[2];
hier: Spanien in der NATO

Burt äußerte Sorge, spanische Regierung zeige abnehmende Entschlossenheit, NATO-Mitgliedschaftsfrage positiv zu lösen. Spanien müsse in der Allianz bleiben und letztlich in die militärische Integration eintreten. USA hätten Sorge, González stelle sich dieser Frage jetzt weniger entschlossen. Natürlich sei es keine Alternative, das Verbleiben in der NATO gegen den Abzug der US-Basen erkaufen zu wollen.[3] Beides ergänze sich vielmehr. Er zeigte sich befriedigt über deutsches Bemühen in dieser Frage.

Wir bestätigten unsere engen Kontakte mit den Spaniern in dieser Frage (u. a. sicherheitspolitische Konsultationen im März[4], BK-Besuch mit BM im Mai[5]) und unterstrichen, daß wir die Lage etwas weniger pessimistisch als die Amerikaner sähen. Wir erinnerten an die grundsätzlich positive Stellungnahme von MP González beim BK-Besuch im Mai. Wir hielten es im übrigen für denkbar, daß der PSOE-Kongreß im Dezember[6] ein Mandat für ein Referendum[7] formuliere und daß das Referendum 1985 vor den Wahlen 1986 stattfinde.[8] Die Frage werde gewiß von großer Bedeutung für den PSOE-Kongreß sein. Wir hätten

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 20. Juli 1984 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 1.

2 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. auch Dok. 195, Dok. 196 und Dok. 198–200.

3 Gesandter Trefftz, Madrid, informierte am 2. August 1984, in der Presse sei am 30. Juli 1984 ein internes Arbeitspapier der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) erschienen: „Bemerkenswert ist die Behandlung der seit 1953 bestehenden US-Stützpunkte: Die Sozialistische Partei habe sie als den spa[nischen] Beitrag zur westlichen Verteidigung seinerzeit nicht in Frage gestellt, obwohl es an sich ihr Ziel sei, auf die Entfernung fremder Stützpunkte auf spa. Boden hinzuwirken. Wenn Spanien seinen Beitrag aber kollektiv leiste, komme zu gegebener Zeit und ohne Eile der Punkt, den 1953 geschaffenen Zustand zu beenden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 587; Referat 201, Bd. 130188.

4 Am 7. März 1984 fanden in Madrid deutsch-spanische sicherheitspolitische Gespräche statt. Ministerialdirigent Schauer vermerkte dazu am 15. März 1984: „Die Gesprächsführung ließ eine positive Grundeinstellung der Gesprächspartner zum Bündnis erkennen; sie war bei dem Vertreter des Verteidigungsministeriums (‚NATO gibt uns Sicherheit') am deutlichsten. Vorbehalte gegenüber USA oder amerikanischem Übergewicht im Bündnis wurden auch nicht andeutungsweise geäußert. Am Thema ‚europäischer Pfeiler' bestand jedoch sehr deutliches Interesse." Die spanische Seite sei „erkennbar bemüht" gewesen, „eine Entwicklung der Gespräche in operativ-politische Richtung zu vermeiden". In Gesprächen am Rande sei deutlich geworden, „daß die innenpolitische Situation zur Zeit für die Regierung wohl eine Festlegung in Sachen Integration nicht zuläßt". Vgl. Referat 201, Bd. 143403.

5 Zum Gespräch des Bundeskanzler Kohl mit Ministerpräsident González am 18. Mai 1984 in Madrid vgl. Dok. 143.

6 Der XXX. Parteitag der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) fand vom 13. bis 16. Dezember 1984 in Madrid statt.

7 Zum beabsichtigten Referendum über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 26, Anm. 2.

8 Das Referendum über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens fand am 12. März 1986 statt. Die Parlamentswahlen in Spanien wurden am 22. Juni 1986 abgehalten.

übrigens den Spaniern verdeutlicht, daß EG-Beitritt[9] und NATO-Mitgliedschaft getrennt zu sehen seien, auch wenn sie politisch zusammenhingen. Über Ausmaß der Integration könne später entschieden werden. Hier könne Drängen nur schaden.

Jenkins berichtete über die ersten britischen sicherheitspolitischen Konsultationen mit Spanien. Britischerseits habe man deutlich gemacht, daß Spanien letztlich volle Integration akzeptieren müsse. Spanien sieht Verbindung zum EG-Beitritt. Voller Beitritt müsse durch politische und wirtschaftliche Teilnahme an Europa ausgeglichen werden.

Burt ergänzte, er habe Spaniern erklärt, erst militärische Integration rechtfertige vollen EG-Beitritt.

Jenkins warnte vor Rückwirkungen auf die NATO, wenn der EG-Beitrittsfahrplan gestört werde. Erfolgreicher EG-Beitritt würde NATO-Frage wesentlich erleichtern.

Auf Burts Frage nach Stand der Beitrittsfrage erläuterten Andréani, Jenkins und wir die bestehenden Schwierigkeiten, die einem Abschluß der Verhandlungen noch entgegenstehen, und machten auf die Bedeutung aufmerksam, die die Einhaltung des Beitrittsdatums am 1.1.1986 auch für die NATO-Frage habe.

Jenkins meinte, im Prinzip sei das EG-Beitrittsproblem gelöst, es sei nur noch eine Zeitfrage.

Andréani warnte vor zu starkem Druck in der NATO-Integrationsfrage, sonst würden spanische Bürger zur Gegenstimme gedrängt.

Burt stimmte zu, forderte aber, daß Integration nicht ausgeschlossen werden dürfe.

Andréani bemerkte, sie hätten Spaniern erklärt, Rückzug aus der NATO würde Katastrophe bedeuten.

VS-Bd. 12953 (204)

9 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 181, Anm. 4.

198

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz

204-321.00/SO-538/84 geheim **20. Juli 1984**[1]

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 19.7.1984 in Paris[2]; hier: KVAE

Andréani äußerte französische Enttäuschung über Verlauf der zweiten Runde in Stockholm.[3] Westen habe seine Karten nicht gut gespielt. Man habe zu viel sich auf Taktik und zu wenig auf die Substanz konzentriert. Vor Wiederbeginn im September[4] müsse sich Westen besser vorbereiten.

Wir pflichteten bei, auch wir wollten mehr Konzentration auf Sachfragen. Wir hielten GV für wichtige Frage. Unsere Position dazu müsse fortentwickelt werden.

Burt schätzte zweite Runde als schwach ein, doch sei sie befriedigend zu Ende gegangen, die SU sei in der Defensive und die N+N auf unserer Seite. Auch USA wünschten Fortschritt, Frage, ob bei GV Signal gesetzt werden könne. Im übrigen hätten USA etwa März bis April sowjetische Haltungsänderung zu größerer Zurückhaltung erkannt. Vor diesem Datum habe Grinewskij Goodby nach möglichem Paket von GV und VSBM gefragt, US habe positiv reagiert, SU sei dann aber, noch vor Reagans Dublin-Rede[5], nicht mehr darauf zurückgekommen. In Moskau habe Goodby mit der gleichen Message wie Reagan in Dublin nichts ausrichten können.[6] Angesichts sowjetischer Zurückhaltung solle Westen im September oder Oktober westliches Dokument einbringen, um die Initiative zu behalten. Hierzu übergab Burt amerikanischen Entwurf, den er im Viererkreis vor Einführung in die NATO erörtern will.[7]

Andréani fragte, warum Entwurf nichts zu GV sage.

Burt erwiderte, Bereitschaft auf GV einzugehen, sei gezeigt worden, wenn SU Interesse an VSBM zeige. Man könne ja eine GV-Präambel in das Dokument einfügen. Eine solche habe es übrigens in einem früheren Entwurf gegeben. Erst müßten die Sowjets Interesse zeigen, dann könne GV geprüft werden.

Andréani fragte, ob Goodby die Frage einer Präambel ergründen wolle.

Burt sagte, jüngst seien Sowjets wenig interessiert gewesen.

Andréani hielt Vorgehen für nützlich, Einbeziehung GV als Kompromiß anzubieten.

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 20. Juli 1984 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 1.
2 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. auch Dok. 195–197, Dok. 199 und Dok. 200.
3 Zur zweiten Runde der KVAE vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 vgl. Dok. 191.
4 Die dritte Runde der KVAE fand vom 11. September bis 12. Oktober 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 275.
5 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni 1984 vgl. Dok. 167.
6 Zum Besuch des Leiters der amerikanischen KVAE-Delegation, Goodby, am 26. April 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 124, Anm. 26.
7 Für das am 19. Juli 1984 übergebene amerikanische KVAE-Papier vgl. VS-Bd. 12953 (204).

Er fragte weiter, ob auch Vorschläge zu Beschränkungen (constraints) gemacht werden sollten; N+N hätten, anders als Sowjets, daran Interesse gezeigt. Hier müßten aber Unterschiede in der Allianz überwunden werden. Ebenso müßten Auffassungsunterschiede in der Allianz über GV beigelegt werden. Wir brauchten einheitliche Auffassung zu Strategie und Taktik. Vor allem dürfe es keine widersprüchlichen Aussagen geben. Die nötige Abstimmung müsse im NATO-Rat erfolgen, eventuell verstärkt durch Experten aus den Hauptstädten, sie dürfe aber nicht den Stockholmer Delegationsleitern überlassen werden. Er regte zunächst Abstimmung im Kreis der Vier an, bevor es in die NATO geht.

Burt bejahte diesen Vorschlag und bot an, Entwurf zu schicken. Das müsse dann aber binnen des nächsten Monats geschehen. Goodby habe Grinewskij für August nach Washington eingeladen.[8] Es sei gut, wenn dann ein Papier vorliege.

Jenkins fragte nach Zeitrahmen für Kommentare zum amerikanischen Dokument.

Burt: Es solle möglichst bald vor die NATO gehen. Baldige Kommentare, möglichst nächste Woche, seien willkommen.[9]

Jenkins bemerkte, das Problem der Türken[10] müsse vor der dritten Runde gelöst werden. Vielleicht gelinge das durch die Beschränkungen.

Studnitz

VS-Bd. 12953 (204)

8 Die Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen KVAE-Delegationen, Goodby bzw. Grinewskij, trafen am 21./22. August 1984 in Washington zusammen.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde übermittelte der Botschaft in Washington am 31. Juli 1984 eine Stellungnahme. Das amerikanische Papier sei „verdienstvoll". Allerdings sei die „Substanz des westlichen Vorschlagdokuments SC/1 noch nicht ausgeschöpft, zumal Osten sich damit noch nicht eingehend beschäftigt hat. Fraglich ist, ob Einbringung eines umfassenden Papiers, das gesamte westliche Verhandlungsmasse auf einen Schlag offenlegen, in Details festlegen und sich damit die notwendige Flexibilität nehmen würde, zu dem von den USA erwogenen Zeitpunkt der nächsten Runde die Verhandlungen fördern würde; denn: Die Sowjetunion ist noch nicht verhandlungsbereit und könnte Initiative als Wahlkampfpropaganda abtun; das Risiko besteht, daß damit die Initiative auch in der westlichen Öffentlichkeit verpufft. Dem Papier, das notwendigerweise sehr technisch ist und keine Präambel enthält, müßte die politische Zielsetzung des westlichen Konzepts noch hinzugefügt werden, andernfalls würde der schon bestehende Vorwurf der Technizität des westlichen Entwurfs unterstrichen." Vgl. den Runderlaß; VS-Bd. 11523 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

10 Zur türkischen Haltung bezüglich des Austauschs von Informationen über die Struktur von Streitkräften vgl. Dok. 4, Anm. 15, und Dok. 6, Anm. 11.

199

Aufzeichnung des Referats 204

204-321.00/SO-539/84 geheim **20. Juli 1984**[1]

Betr.: Vierertreffen der Politischen Direktoren am 19.7.1984 in Paris[2];
hier: osteuropäische Staaten

Andréani erwartet Amnestie für Angeklagte des KOR-Prozesses zum 22. Juli.[3]

Burt bestätigte, ihnen lägen Informationen vor, daß alle elf (KOR und „Solidarität") Angeklagten und weitere 600 bis 700 politische Gefangene amnestiert werden sollten.

Andréani ergänzte, die Zehn in Dublin hätten Demarche in Warschau abgesprochen für die KOR-Angeklagten[4], wollten nun aber Amnestieentscheidung abwarten.

Die polnischen Umschuldungsgespräche[5] gingen nicht gut. Unterschiede des polnischen Angebots für die Altschulden und den Forderungen der Gläubiger seien zu groß.

Jenkins fügte hinzu, Unwille, neue Kredite zu geben, wenn alte nicht bedient würden, sei keine Sanktionshaltung.

Burt fragte nach Fortschritten beim Landwirtschaftsprojekt.[6]

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 20. Juli 1984 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 1.

2 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. auch Dok. 195–198 und Dok. 200.

3 Zum Prozeß gegen elf angeklagte Mitglieder der Gewerkschaft Solidarność und des „Komitees zum Schutz der Arbeiter" (KOR) vgl. Dok. 119.
Referat 214 schilderte am 5. September 1984 die Lage nach der Amnestie vom 22. Juli 1984: „Die Amnestie wurde von den polnischen Behörden zügig und umfassend durchgeführt. Bis auf die ehemaligen Führungsmitglieder der ‚Solidarität', Bogdan Lis und Piotr Mierzejewski, über deren Freilassung Kirche und Staat intensive Gespräche führen, wurden alle prominenten politischen Gefangenen aus der Haft entlassen." Die polnische Regierung habe erklärt, damit sei der „Prozeß der gesellschaftlichen Verständigung" abgeschlossen: „Kirche und Opposition sehen dagegen in der Amnestie nur einen ersten Schritt auf dem Wege zu einer gesellschaftlichen Aussöhnung". Vgl. Referat 214, Bd. 133031.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling teilte am 19. Juli 1984 zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 17./18. Juli 1984 in Dublin mit: „Es wurde beschlossen, unverzüglich in Warschau eine Demarche der Zehn zum KOR-Prozeß durchzuführen. Ferner wird den Außenministern, die am 23.7. im Allgemeinen EG-Rat zusammentreten, vorgeschlagen, eine Erklärung zu der erwarteten Amnestie-Entscheidung der polnischen Regierung abzugeben." Vgl. den Runderlaß Nr. 17/18; Referat 200, Bd. 129545.

5 Zur Frage einer Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 90, Anm. 21.
Ministerialdirektor Fischer legte am 13. Juli 1984 dar, Polen habe am Vortag in London mit den privaten Gläubigerbanken eine Übereinkunft über die Umschuldung der Fälligkeiten für 1984 bis 1987 erzielt. Außerdem hätten sich die Banken zu neuen Krediten in Höhe von 320 Mio. Dollar für 1984/85 bereit erklärt. In der letzten Sitzung des „Pariser Clubs" mit Polen am 6. Juli 1984 in Paris hätten die USA erkennen lassen, „daß sie formellen Umschuldungsverhandlungen mit Polen nicht zustimmen werden, solange sie nicht wie die anderen Gläubigerregierungen auch die 10%ige Barquote sowie 20% der Rückstände aus den Fälligkeiten des Umschuldungsabkommens 1981 erhalten haben". Ohne entsprechende polnische Zahlungen an die USA seien die Umschuldungsgespräche daher blokkiert. Vgl. Referat 422, Bd. 140137.

6 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 152, Anm. 13.
Botschafter Röding, Warschau, legte am 5. Juli 1984 zum Stand des Projekts dar: „1) Sowohl in der

Wir erläuterten, daß es möglicherweise noch Widerstände in der Regierung gäbe, insgesamt die Berichte von kirchlicher Seite jedoch ermutigend seien. Wir rechneten mit baldiger Reaktivierung und bemühten uns um eine ausreichende und rechtzeitige Finanzierung. Nach wie vor hielten wir das Projekt für politisch sehr wichtig, da es darauf gerichtet sei, nicht das Regime, sondern den privaten Sektor der polnischen Wirtschaft und damit möglichst viele nichtorganisierte Kleinverdiener zu unterstützen.

Burt stimmte zu und sagte, USA wollten finanziellen Beitrag leisten.

Zu Besuchsabsichten bemerkten wir, Bundesminister denke weiter an Besuch im November. Eine Festlegung sei jedoch noch nicht erfolgt. Davor werde es Gespräche über Rechtshilfe[7] im September und eventuell später auch über Kulturfragen geben. Überraschend zeigten Polen Interesse an den Rechtshilfegesprächen, obwohl dabei wenig Fortschritte zu erwarten seien.[8] Auch seien sie für Gespräche der Politischen Direktoren vor dem Ministerbesuch.[9]

Jenkins bestätigte polnisches Interesse an bilateralen Gesprächen. Hierüber werde im Lichte der Amnestie entschieden.

Andréani verwies auf bilaterale Probleme mit Besuchen, Visakrieg zwischen den Botschaften und polnische Beschwerden über polnischsprachige Radiosendungen. Polnischer Regierungssprecher Urban habe Pressekonferenz in Paris veranstalten wollen, dafür aber kein Visum erhalten. Dann sei er privat gekommen und habe die französische Presse angegriffen.

Wir verwiesen auf polnische Presseangriffe gegen uns wegen angeblichem Revanchismus.[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 928

PVAP und wahrscheinlich ‚in Moskau' sind zweifellos weiter starke Reserven gegen das Projekt vorhanden. Auch bei Bischöfen bestehen Bedenken. Der Primas steht aber nach meinem Eindruck mit seinem ganzen Gewicht hinter dem Vorhaben. Die fachlich befaßten kath[olischen] Laien (Beratungsgremium, dem Prälat Orszulik vorsitzt) stehen eindeutig auf dem Standpunkt, daß Durchführung der Pilotphase sichergestellt ist. 2) Diese Ansicht teile ich. Von Vertretern des Regimes, insbes[ondere] der PVAP und auch der Bauernpartei, ist nicht zu erwarten, daß sie das Projekt aus vollem Herzen begrüßen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 761; Referat 421, Bd. 140342.

7 Ministerialdirektor Bertele vermerkte am 10. April 1984, daß im Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen mit Polen „wegen der fehlenden Einbeziehungen von Berlin (West) und der Frage der Ortsbezeichnungen erhebliche Schwierigkeiten" bestünden. Polen habe in beiden Fragen keine Gesprächsbereitschaft gezeigt. Bertele empfahl daher, den Rechtshilfeverkehr mit Polen in Zivilsachen „vorläufig einzustellen". Vgl. Referat 512, Bd. 169033.
Am 15. Mai 1984 notierte Vortragende Legationsrätin González-Schmitz, Bundesminister Genscher habe dem Vorschlag zugestimmt. Vgl. dazu Referat 512, Bd. 169033.
Am 15. Juni 1984 legte Bertele dar, Polen habe am 12. Juni 1984 erklärt, „daß wegen der angeblichen Verschleppung polnischer Rechtshilfeersuchen durch deutsche Justizbehörden und wegen der ungelösten Ortsbezeichnungsfrage ab sofort von der polnischen Seite keine deutschen Rechtshilfeersuchen in Strafsachen mehr erledigt werden". Vgl. Referat 512, Bd. 169033.

8 Vortragender Legationsrat Bosch informierte am 19. September 1984, vom 11. bis 13. September 1984 hätten Gespräche mit Polen über den Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Strafsachen stattgefunden. Die Delegation der Bundesrepublik habe zur Frage der Ortsbezeichnungen und der Einbeziehung von Berlin (West) Kompromißvorschläge unterbreitet. Die polnische Seite habe sich jedoch nicht in der Lage gesehen, dazu „konkret Stellung zu nehmen, deutete aber an, daß man über sie sprechen könne. Sie bat um schriftliche Übermittlung unserer Vorschläge." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6288; B 83 (Referat 511), Bd. 1662.

9 Zum Besuch des Ministerialdirektors Pfeffer vom 4. bis 6. Oktober 1984 in Polen vgl. Dok. 267.

10 Gesandter Graf von Brühl, Warschau, berichtete am 28. Juni 1984: „Die Revisionismus- und Revanchismuskampagne in den poln[ischen] Medien hält mit unverminderter Intensität an. Dabei ist das Strickmuster unverändert, demzufolge im Schatten der Nachrüstung eine Zunahme bzw. Aktivie-

Burt schilderte differenzierende US-Haltung zu Osteuropa. Er sei in Budapest, Sofia und Ostberlin gewesen[11], Dobbins in Prag[12]. Ausführungen über INF seien auf großes Interesse gestoßen. Offensichtlich verfügten die osteuropäischen Länder über wenig Informationen. Ungarischer Stv. AM Nagy habe guten Besuch in Washington gehabt, sei auch von Shultz empfangen worden. Stockholmer Delegationsleiter Goodby soll osteuropäische Hauptstädte bereisen.[13] Ostdeutsche hätten Interesse an politischen Gesprächen mit Niles gezeigt.[14]

Jenkins berichtete aus Gesprächen mit ungarischem Außenhandelsminister[15] über Interesse an Kontakten zur EG.[16] Gespräche EG–RGW sollten wieder in Gang gesetzt werden.[17] Rumänen hätten ähnlich gesprochen. Offenbar sei Frage der Beziehungen zur EG bei RGW-Gipfel[18] erörtert worden. EG-Kommission sollte das aufnehmen. Bilaterale Abkommen der osteuropäischen Staaten mit der EG seien wichtig.

Fortsetzung Fußnote von Seite 929

rung revisionistischer und revanchistischer Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden habe und noch anhalte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 725; Referat 214, Bd. 133036.

11 Zum Aufenthalt des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, Ende Februar 1984 in Bulgarien, der DDR und Ungarn vgl. Dok. 28, Anm. 27.

12 Der stellvertretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Dobbins, besuchte die ČSSR am 2. Mai 1984.

13 Der Leiter der amerikanischen KVAE-Delegation, Goodby, hielt sich zwischen dem 27. August und 6. September 1984 in Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Österreich und der DDR auf.

14 Am 15. Mai 1984 hielt sich der stellvertretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Niles, in der DDR auf. Botschafter Hermes, Washington, übermittelte dazu am 22. Mai 1984 amerikanische Informationen: Der Besuch habe „DDR-Interesse an politischem Dialog und fachlicher Zusammenarbeit" gezeigt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2314; Referat 210, Bd. 132598.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup teilte am 8. Juni 1984 mit, der Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Barth, habe am 29. Mai 1984 in Washington ein Gespräch mit Niles geführt. Nach Auskunft der amerikanischen Regierung habe Barth eine „Fortsetzung und Erweiterung des Dialoges" vorgeschlagen und den Wunsch der DDR nach regelmäßigen Konsultationen vorgebracht. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4000; Referat 210, Bd. 132598.

15 Péter Veress.

16 Zu den Gesprächen über ein Handelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 152, Anm. 15.
Im Gespräch mit Staatssekretär Ruhfus am 18. Juli 1984 teilte der ungarische Botschafter Kővári mit, „daß man in den Gesprächen Bundeskanzler – Lázár in Budapest in bezug auf das Handelsabkommen EG-Ungarn zu dem Ergebnis gekommen sei, beide Seiten müßten nun nochmals nachdenken. Ungarn sei zwar bereit, sich den vorgegebenen Regeln und Marktverhältnissen anzupassen, sehe aber ein, daß der gegenwärtige innere Zustand der EG ein solches Abkommen nicht verhandelbar erscheinen lasse. Es sei einfach zu früh dafür gewesen. StS fragte, ob diese ungarische Auffassung der EG mitgeteilt worden sei. Der Botschafter sagte, man habe mit Kommissar Haferkamp und anderen gesprochen und dabei die ungarischen Ziele (Behandlung wie ein GATT-Mitglied; Abkommenstypus wie EG-EFTA-Staaten) erläutert." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 411, Bd. 131182.

17 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 173, Anm. 4.
Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), teilte am 27. Juli 1984 mit, aus Sicht der Gesprächspartner in der EG-Kommission bestünden gegenwärtig „kaum Ansatzpunkte" für eine Wiederaufnahme von Gesprächen, „da die beiderseitigen Haltungen sich seit 1980 nicht geändert hätten. Für die Kernfragen handelspolitische Zusammenarbeit, Gemischte Kommission und Geltungsbereichsklausel sei der jeweilige Bewegungsspielraum nach wie vor äußerst begrenzt." Für die EG-Kommission bestehe daher „kein konkreter Handlungsbedarf". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2408; Referat 411, Bd. 131205.

18 Vom 12. bis 14. Juni 1984 fand in Moskau eine Konferenz der Staats- und Parteichefs der RGW-Mitgliedstaaten statt. Für den Wortlaut der Pressemitteilung, der Erklärung und der Deklaration vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 513–527.

Andréani bemerkte, die Sowjets wünschten das nicht, aber trotzdem sollte es, so Jenkins, weiterverfolgt werden.

Wir berichteten über guten Verlauf BK-Besuchs in Budapest[19] sowie über Chňoupek-Besuch in Bonn[20] und kündigten Schiwkow-Besuch für September[21] an.

Burt deutete an, daß Anklageerhebung gegen Papst-Attentäter[22] amerikanisch-sowjetische Beziehungen belasten werde. Der US-Kongreß verlange Strafmaßnahmen gegen Bulgarien.

VS-Bd. 12953 (204)

19 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 21. bis 23. Juni 1984 in Ungarn vgl. Dok. 173.

20 Zum Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek vom 12. bis 14. Juli 1984 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 193.

21 Zu einem möglichen Besuch des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik vgl. Dok. 146, Anm. 8.
Botschaftsrat I. Klasse Laub, Sofia, berichtete am 12. Juni 1984, er sei am selben Tag vom bulgarischen Außenministerium unterrichtet worden, daß Schiwkow die Einladung von Bundeskanzler Kohl für den 20. September 1984 annehme. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 270; Referat 214, Bd. 132994.

22 Am 13. Mai 1981 wurde Papst Johannes Paul II. während einer Generalaudienz auf dem Petersplatz in Rom von Mehmet Ali Agca durch mehrere Schüsse lebensgefährlich verletzt. Am 22. Juli 1981 wurde Agca in Rom zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 142.
Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), teilte am 15. Dezember 1982 mit, daß im Zuge der Ermittlungen mehrere bulgarische Staatsangehörige unter dem Verdacht der Mithilfe verhaftet worden seien. In Kreisen der italienischen Regierung werde die Frage gestellt, „ob es vorstellbar sei, daß der bulgarische Geheimdienst ein Attentat auf den Papst vorbereite und durchführen lasse, ohne daß der sowjetische KGB davon Kenntnis habe, ja ohne daß er dem Plan zugestimmt habe. Andererseits frage man sich, ob es in der Linie des KGB und der Moskauer Regierung liege, einen solchen Akt eines individuellen Terrorismus gegen eine derart herausragende internationale Persönlichkeit wie den Papst zu organisieren, und ob sich die sowjetische Führung tatsächlich eine nachhaltige Beruhigung der Lage in Polen aufgrund eines geglückten Mordanschlages auf den Wojtyła-Papst habe ausrechnen können." Vgl. den Schriftbericht Nr. 524; Referat 203, Bd. 124901.

200

Aufzeichnung des Referats 204

204-321.00/SO-540/84 geheim **20. Juli 1984**[1]

Betr.: Vierergespräche der Politischen Direktoren am 19. Juli 1984 in Paris[2]; hier: Lage in Mittelamerika

Burt zeigte Genugtuung über Duarte-Besuch in Europa.[3] Unterstützung sei nötig. Lob für deutsche Haltung. In El Salvador erstarke die Regierung, die Guerillas dehnten sich nicht aus, d'Aubuisson lasse Duarte Spielraum.

Die Gespräche mit Nicaragua[4] hätten keine Resultate gebracht, aber USA wollen Kanal offenhalten. Er forderte, Freunde sollten keine Wahlbeobachter nach Nicaragua[5] schicken, wenn sie nicht zu deren Entsendung zu den Wahlen in El Salvador[6] bereit waren.

Wir haben Bedeutung des Duarte-Besuchs bei uns unterstrichen und die Aufstockung unserer Entwicklungshilfe erläutert. Eine Einladung offizieller deutscher Wahlbeobachter nach Nicaragua sei nicht erfolgt.

Andréani versicherte, Frankreich werde keine Beobachter schicken, könne jedoch die Reise selbsternannter Beobachter nicht verhindern. Frankreich sei jedoch um geringfügige materielle Hilfe gebeten worden. Die werde gewährt.

Mit Einschätzung der Lage in Nicaragua durch USA stimme er nicht überein, hoffe jedoch, daß die Kontakte zur Minderung der Spannungen beitragen.

Der Duarte-Besuch in Frankreich sei privater Natur. Er habe gefragt, ob er kommen könne. Nach französischer Auffassung bedürfe es vor allem einer politischen Lösung. Die Aussagen der französisch-mexikanischen Erklärung von 1981[7] sei-

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 20. Juli 1984 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 1.

2 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. auch Dok. 195–199.

3 Zum Besuch des Präsidenten Duarte vom 16. bis 22. Juli 1984 in der Bundesrepublik, Frankreich, Belgien, Großbritannien und Portugal vgl. Dok. 210.

4 Botschafter Heubaum, Managua, berichtete am 8. April 1984, am 4./5. April 1984 habe sich der Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für Mittelamerika, Shlaudeman, in Nicaragua aufgehalten. Nach amerikanischen Informationen sei das Gespräch mit dem Koordinator der Regierungsjunta, Ortega, „hart" gewesen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 84; Referat 331, Bd. 136371.
Am 1. Juni 1984 besuchte der amerikanische Außenminister Shultz Nicaragua und traf mit Ortega zusammen. Heubaum teilte dazu am 4. Juni 1984 mit, Shultz habe weitere Treffen zwischen Shlaudeman und dem stellvertretenden nicaraguanischen Außenminister Tinoco angekündigt: „Besuch AM Shultz wurde von USA und Nic[aragua] insgesamt als positiv gewertet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 137; Referat 331, Bd. 136371.
Nach einem ersten Treffen zwischen Shlaudeman und Tinoco Ende Juni 1984 in Manzanillo/Mexiko übermittelte Botschafter Hermes, Washington, eine Einschätzung des amerikanischen Außenministeriums. Das Treffen „habe von der ganzen Anlage der Verhandlungsserie her nicht zu Ergebnissen führen können. Man rechne damit, daß die Verhandlungspositionen, wenn überhaupt, so allenfalls nach dem vierten oder fünften Treffen in Bewegung kämen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2957 vom 29. Juni 1984; Referat 331, Bd. 136371.

5 Zur Ankündigung von Wahlen in Nicaragua vgl. Dok. 40, Anm. 4.

6 Am 25. März bzw. 6. Mai 1984 fanden in El Salvador Präsidentschaftswahlen statt.

7 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 30./31. Juli 1981 in Mexiko auf. Für den Wort-

en für Frankreich nach wie vor gültig. Er hoffe, Duarte schaffe Bedingungen zu Verhandlungen mit allen politischen Kräften (auch mit den Guerillas).

Auf Frage nach Rolle der Contadora[8] erklärt Burt, die 21 Prinzipien der Gruppe müßten operativ umgesetzt werden. Bisher könne sich Nicaragua hinter den Prinzipien gut verstecken. Wenn Nicaragua mitarbeite, könne aus den Prinzipien etwas werden.

Er fragte nach dem EG-Treffen mit Mittelamerika.[9]

Andréani erläuterte, dies sei ursprünglich ein Gedanke von Präsident Monge von Costa Rica. Die EG habe Interesse, mit Mittelamerika ins Gespräch zu kommen. Vielleicht sei dies Anreiz für Mittelamerika, Schwierigkeiten untereinander beizulegen. Monge habe dann die Anregung aufgenommen, auch die Contadora-Staaten in das Treffen einzubeziehen. Schließlich sollten möglicherweise auch Spanien und Portugal dabeisein. Bei größerer Teilnahme ändere sich die politische Zielrichtung. Ziel sei es aber, größeres Interesse zu dokumentieren.

Burt fragte nach finanziellen Leistungen.

Wir erläuterten die finanziellen Vorstellungen der Kommission, denen wir im Prinzip zustimmten.

Jenkins deutete nicht nur budgetäre Zurückhaltung an. Andere Länder brauchten Hilfe dringender.

Burt bemerkte zu El Salvador, im Grunde komme es weniger auf finanzielle Hilfe als auf eine Beruhigung des Landes und seine effektive Verwaltung an. Sobald die politische Lage stabil sei, kämen auch wieder Investitionen.

Andréani fragte, warum Mexiko an Gesprächen USA–Nicaragua nicht mehr teilnehme.

Burt: Mexiko könne keine Schiedsrichterrolle haben.

Jenkins berichtete über Beginn britisch-argentinischer Gespräche in Bern. Schweizer Vermittlung sei sehr hilfreich gewesen. Souveränitätsfrage solle mit der Formel ausgeklammert bleiben: „Einige Fragen könnten sofort aufgegriffen werden“. Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen sei noch nicht akut, da Argentinien Feindseligkeiten noch nicht als beendet erklärt habe. Gespräche dienten nur Herstellung eines Kanals. Gespräche seien populär in England. Davon sei auch Entlastung in den VN zu erwarten. Argentinien habe absolutes Stillschweigen bis zum Beginn der Gespräche verlangt, da Lage in Argentinien sehr prekär sei.[10]

VS-Bd. 12953 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 932

laut der am 28. August 1981 veröffentlichten Erklärung zu El Salvador vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Juli/August), S. 53.

8 Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Beilegung der Konflikte in Mittelamerika vgl. Dok. 153, Anm. 18.

9 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 in San José vgl. Dok. 260.

10 Ministerialdirigent Kullak-Ublick vermerkte am 23. Juli 1984, die argentinisch-britischen Gespräche über die Falkland-Inseln am 18./19. Juli 1984 in Bern seien nach drei Gesprächsrunden ohne Ergebnis abgebrochen worden: „Grund: Unvereinbarkeit der Standpunkte über den Inhalt der Ge-

201

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani in Teheran

311-321.11 IRN **21. Juli 1984**[1]

Besuch des Bundesministers in Iran 20.7.1984–22.7.1984[2];
hier: Gespräch mit Parlamentspräsident Rafsandjani am 21.7.1984, 18.00 Uhr

Teilnehmer:

auf deutscher Seite: Botschafter Dr. Petersen, Dg 31[3], RL 013[4]; auf iranischer Seite: AM[5], Botschafter Salari, einige Beamte.

Der *Bundesminister* erwähnte eingangs, die Beziehungen beruhten auf einer guten Tradition. Wir wollten sie in Zukunft auf der Basis der Gleichberechtigung entwickeln. Wir seien daran interessiert, daß jedes Volk seine Identität findet und in Unabhängigkeit und selbständig lebt. Beide Staaten könnten sich viel geben. Wir wollten ein Kulturabkommen und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ausbildung auf eine breitere Grundlage stellen. Wir wollten auch den politischen Dialog. Dabei wollen wir das sagen, was wir denken, und erwarteten das gleiche von der anderen Seite. Wir seien daran interessiert, daß der Krieg zwischen Iran und Irak[6] bald ein Ende finde. Er wies dabei auf unsere Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und die Gefahr, daß Dritte von dem Krieg profitieren, hin.

Fortsetzung Fußnote von Seite 933

sprächе: GB: Sachfragen – unter Ausklammerung der Souveränitätsfrage, ARG: Souveränitätsfrage – unter Hintanstellung der Sachfragen." Es sei unübersehbar, daß die Falkland-Frage für die argentinische Regierung „nicht negotiabel ist. Es ist letztlich das einzige Problem, das die ganze argentinische Nation eint und bei dem Alfonsín der Zustimmung aller Gruppierungen des Landes sicher sein kann. Diesen Konsens wird und kann die Regierung nicht aufs Spiel setzen, wenn sie sich selbst nicht in Gefahr bringen will. Diesen Zwang von innen – aber auch die eigene politische Überzeugung Alfonsíns – hat das FCO wohl unterschätzt." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146512.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 25. Juli 1984 gefertigt und „mit der Bitte um Billigung" an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 20. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Schlagintweit verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kann vorbehaltlich der Zustimmung des BM verteilt werden."
Hat Schlagintweit erneut vorgelegen.

2 Zum Besuch vgl. auch Dok. 203.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Karl-Theodor Paschke.

5 Ali Akbar Velayati.

6 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 174, Anm. 12.
Referat 311 legte am 17. Juli 1984 dar, die Kriegsparteien befänden sich gegenwärtig in einer „Pattsituation". Die Ausweitung auf die internationale Tankerschiffahrt habe „die Gefahr einer Eskalation erhöht, […] gleichzeitig aber auch ein neues Gleichgewicht geschaffen, das erstmals beiden Seiten die Aussichtslosigkeit des Krieges deutlich zu machen scheint. Irak, dem die Initiative im Krieg durch die iranischen Infanterie-Offensiven der letzten Jahre verlorengegangen war, hat nun gleichgezogen; seine überlegene Bewaffnung macht das numerische und moralische Übergewicht des Gegners wett. Er fürchtet allerdings nach wie vor die Risiken einer neuen iranischen Großoffensive an der 2000 km langen Front. Iran mußte die Grenzen der eigenen Möglichkeiten erkennen. Seine Angriffe blieben unter großen Verlusten stecken; weiteren Versuchen droht nach dem Urteil der Experten das gleiche Schicksal." Vgl. Referat 311, Bd. 137774.

Er erwähnte sein offenes Gespräch mit dem AM über Menschenrechte[7], einer Frage, die bei uns viel diskutiert werde. Er habe die Offenheit dieses Gesprächs begrüßt, ebenso das Übereinkommen, daß Wissenschaftler weiter darüber diskutieren.

Die Bundesregierung betrachte diese Reise als sehr bedeutungsvoll. Es gebe bei uns und in anderen Ländern allerdings nicht nur Beifall hierüber. Wir seien aber unabhängig und täten das, was wir für richtig hielten.

Rafsandjani erwiderte: Ihre Reise soll der Beginn besserer Beziehungen nach einigen vollkommenen Mißverständnissen sein. Wir suchen schon seit längerer Zeit mit verantwortlichen westlichen Ländern ein Gespräch zu führen.

So wie bei Ihnen hat es auch bei uns Widerstand gegen diese Reise gegeben. Wir wurden getadelt wegen unserer Einladung. Es gibt den Vorwurf einer stärkeren Anlehnung an den westlichen Block, der andere Länder unterdrückt. Unser Land leidet unter unausgewogenen Beziehungen zum Westen und zu Amerika. Auch Ihr Land sehen wir im Zusammenhang mit diesem Block. Revolutionäre Menschen in Iran sind gegen eine Politik der Abhängigkeit und gegen ungleiche Beziehungen. Solche Menschen sind leidenschaftlich und verfolgen Ereignisse wie den Besuch mit Mißtrauen. Wir möchten aber, daß das Gespräch weiterverfolgt wird und zu Ergebnissen führt, auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet.

Was den Krieg anbelangt: Stimmen Sie zu, daß Irak Iran angegriffen hat?

BM: Wir haben in dieser Frage immer eine sehr klare Position eingenommen und nie einen Zweifel daran gelassen, daß Irak den Krieg begonnen hat.

Rafsandjani: Muß der Angreifer für den Schaden verantwortlich gemacht werden?

BM: Das Wichtigste ist, daß der Krieg beendet wird. Jeder Tag kostet mehr, als Sie Schadenersatz bekommen können. Wir wollen uns nicht in die Frage der Bedingungen, zu denen man den Krieg beenden kann, einmischen.

Rafsandjani: Ist der Angreifer verantwortlich für die Kriegsschäden?

BM: Es ist unbestritten, daß wir 1939 den Krieg in Europa angefangen haben. Er würde heute noch dauern, wenn man damals die Frage der Kriegsschäden zur zentralen Frage gemacht hätte. Weil wir uns in Ihren Krieg nicht einmischen,

[7] Im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Velayati am 21. Juli 1984 in Teheran standen neben den bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, sowie dem irakisch-iranischen Krieg die Menschenrechte im Iran. Bundesminister Genscher erklärte: „Besorgnis erregten insbesondere die große Zahl der Todesurteile sowie Fragen der Religionsfreiheit. Die islamische Revolution könnte ihr internationales Ansehen verbessern, wenn man bei der Anwendung der Todesstrafe zurückhaltender wäre oder darauf verzichtete und gegenüber Andersgläubigen größere Toleranz üben würde." Velayati führte aus: „Das islamische Recht ist anders als das westliche Rechtssystem. Auch auf dem Gebiet der Menschenrechte gibt es unterschiedliche Auffassungen. Naturgemäß verfahren wir nach unseren Vorstellungen. […] Immer wieder kommen Beauftragte aus Europa, um über Menschenrechte mit uns zu sprechen. Bitte sagen Sie Ihren Kollegen, unsere Wissenschaftler sind bereit, über Unterschiede der Menschenrechte mit Ihren Wissenschaftlern zu diskutieren. […] Was die Religionsfreiheit anbelangt, Juden, Christen und Zoroastreaner werden in Iran als Religionen offiziell anerkannt und können Vertreter in das Parlament entsenden. Andere offizielle religiöse Gruppen gibt es nicht." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 137760.

wollen wir Ihnen auch nicht vorschreiben, zu welchen Bedingungen Sie ihn beenden.

Rafsandjani wiederholt nochmals die Frage: Ist der Bundesminister nicht in der Lage, sie zu beantworten?

BM: Der, der angegriffen wurde, muß nichts bezahlen. Sie müssen die Bedingungen für das Ende des Krieges selbst finden.

Rafsandjani: Die Leute, die zu uns kommen, Palme, die Islamische Konferenz, die Vereinten Nationen[8] – wenn sie unsere Antworten genauer gehört hätten, wäre der Weg zum Frieden leichter geworden. Man verlange von der Welt, Saddam Hussein als Aggressor hinzustellen. Man verlange von uns, man möge verzeihen, dann wäre der Weg zu einem Ergebnis leichter. Einer, der vier Jahre Leid und Unglück über die Menschen gebracht hat, kann nicht gleichgesetzt werden mit einem, der nach einer Revolution vier Jahre lang Opfer gebracht hat. Würde der Krieg so beendet, wie sie sich das vorstellen, so wäre das kein wirklicher Friede, es wäre eine bewaffnete Rivalität, die die Region verunsichern und destabilisieren und die positiven Möglichkeiten der Region auffressen würde. Wir streben nach wirklichem Frieden.

BM: Im Gegensatz zu Palme bin ich nicht als Vermittler gekommen. Aber wir unterstützen die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen[9].

Auch ich finde es falsch, wenn jemand ungleiche Beziehungen haben will. Deshalb habe ich mich für gleichberechtigte Beziehungen mit Ihnen ausgesprochen. Das gegenwärtige gleichberechtigte Verhältnis der europäischen Staaten in der Gemeinschaft kann nicht mit Block bezeichnet werden. Mosaik wäre eine bessere Bezeichnung.

Rafsandjani: Wenn Sie von Menschenrechten sprechen, sprechen Sie von den Rechten aller Menschen. Über die Rechte von vier Millionen palästinensischen Flüchtlingen, die durch westliches Verschulden in diesen Zustand geraten sind, über die schwarzen Menschen in Südafrika, über die Verhältnisse in Lateinamerika sprechen Sie nicht. Auch nicht über das, was sich im Süden Libanons abgespielt hat. Wir haben den Verdacht, daß im Westen mit dem Begriff der Menschenrechte versucht wird, Leute zu beschuldigen, die Sie nicht mögen.

Wir sind bereit, in bestmöglichem Rahmen die Menschenrechte einzuhalten. Aber Sie nehmen Menschenrechte in Anspruch für Leute, die beim Freitagsgebet Bomben in die Menschenmenge werfen und die im Büro der Islamischen Partei 72 Menschen getötet haben.[10] Wenn Sie die Verhältnisse in Kurdistan,

8 Referat 311 erläuterte am 17. Juli 1984: „Die Eskalation des Krieges auf die neutrale Schiffahrt im Frühjahr 1984 führte zu einer Verstärkung der Schlichtungsbemühungen. Algerien, die Türkei, Pakistan, Indien, Ägypten, Japan sowie die Vereinten Nationen streckten Fühler in Richtung Teheran aus, wurden aber zurückgewiesen, da sie den iranischen Bedingungen nicht entsprachen. Westliche Beobachter stimmen aber darin überein, daß ein Prozeß in Gang gekommen ist, der erstmals reale Hoffnungen auf ein Ende des Krieges in absehbarer Zeit erweckt." Vgl. Referat 311, Bd. 137774.

9 Javier Pérez de Cuéllar.

10 Am 27. Juni 1981 wurde auf den Geistlichen Khamenei beim Mittagsgebet in der Moschee Al Abusar in Teheran ein Sprengstoffattentat verübt. In der Presse wurde dazu berichtet, Khamenei gehöre mit „Ajatollah Beheschti zu den drei einflußreichsten religiösen Persönlichkeiten nach Khomeini. Er ist Khomeinis Sprecher und Vertreter im Obersten Verteidigungsrat und gehört dem Zentralko-

die vielen Toten und Verwundeten betrachten, so wissen Sie, wovon wir sprechen. Die Anführer dieser Terroristen werden von Ihnen, von Österreich, Holland, England und anderen geschützt. Gehen Sie in die Gefängnisse. Sehen Sie, daß wir denjenigen, die sich gebessert haben, Urlaub geben, sie zum Freitagsgebet bringen. Die Bedingungen in diesen Gefängnissen sind besser als die, die unsere Studenten in den Gefängnissen Ihres Landes gefunden haben.

Ihr Land hat bessere Beziehungen zu uns als viele andere. Sie verkaufen Waren für 8 Mrd. DM. Wir müssen Öl verkaufen. Sie wissen, wie wenig Sie von uns kaufen. Das ist nicht gleichberechtigt. Sie sollten mit unserer Lage keinen Mißbrauch treiben.

BM: Hierfür sind Unterschiede der Strukturen unserer Volkswirtschaft verantwortlich.

Rafsandjani: Das ist ein Unglück, das der Westen über uns gebracht hat. Wir könnten leicht selbst Produzenten sein.

BM: Das meinte ich, als ich sagte, wir wollen Ihnen bei der Ausbildung helfen. Die Islamische Republik Iran richtet sich auf die Zeit nach dem Öl ein. Wir wollen Ihnen helfen, daß Sie dann Produzenten sind.

Rafsandjani: Im Westen sieht man, daß wir uns wegen Afghanistan[11] mit der Sowjetunion überworfen haben. Wir hätten opportunistisch der Sowjetunion helfen können, damit sie uns im Krieg mit Irak unterstützt. Aber das tun wir nicht. Bitte sagen Sie den westlichen Ländern, sie mögen die ungleichen Verhältnisse uns gegenüber nicht akzeptieren, einem Land, das den Höhepunkt der Revolution überschritten hat. Wenn sie das akzeptieren, können sie gute und aufrichtige Beziehungen haben.

BM: Sinn meines Besuches ist es, unser gutes Verständnis für die Entwicklung Ihres Landes zu vertiefen. Wir wünschen den Besuch des AM[12] und des Wirtschaftsministers.

Rafsandjani: Relativ sind wir mit Deutschland sehr zufrieden.

Referat 311, Bd. 137760

Fortsetzung Fußnote von Seite 936

mitee der ‚Islamisch-Republikanischen Partei' an." Vgl. den Artikel „Teheraner ‚Freitags-Imam' bei Bombenanschlag schwer verletzt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Juni 1981, S. 2.
Am 28. Juni 1981 wurde auf die Zentrale der „Islamisch-Republikanischen Partei" (IRP) in Teheran ein Sprengstoffattentat verübt. In der Presse wurde dazu berichtet, unter den 77 Todesopfern befänden sich außer der „Nummer zwei" der iranischen Führung, dem Obersten Richter und Vorsitzenden der IRP, Beheschti, vier Minister, weitere führende Persönlichkeiten und Abgeordnete der IRP. Vgl. dazu den Artikel „Eskalation der Gewalt in Iran. Ein Bomben-Attentat dezimiert die Staatsführung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Juni 1981, S. 1.

11 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

12 Am 23./24. Juli 1987 hielt sich der iranische Außenminister Velayati in der Bundesrepublik auf.

202

Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-2761/84 geheim **Aufgabe: 23. Juli 1984, 17.29 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2959 **Ankunft: 23. Juli 1984, 17.08 Uhr**

Betr.: Haltung der SU zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen

Zur Unterrichtung

1) Sowjetische Gesprächspartner haben in den letzten Monaten vermieden, uns auf unsere Politik gegenüber der DDR anzusprechen. Auch jetzt noch kontrastiert diese Zurückhaltung der Sowjets, die sich in den sowjetischen Medien widerspiegelt, scharf zu dem wachsenden Interesse, das die innerdeutsche Entwicklung der letzten Wochen im hiesigen diplomatischen Corps findet und sich in zunehmenden Fragen nach unserer Einschätzung der Motive der Politik Honeckers und seines Spielraums gegenüber der SU äußert.

2) Die Prawda-Notiz vom 21.7.1984[2] („Finanzverhandlungen", vgl. hierzu gesonderten Bericht[3]), die, sich dabei angeblich auf westdeutsche Kommentatoren beziehend, von dem Risiko Bonner „Überziehens" gegenüber der DDR spricht, ist aber nicht nur ein Anzeichen dafür, daß die SU die mit dem Kredit[4] zu-

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Berg vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Arnot 24.7.: Weisung, Aufzeichnung für BM: Petitum Botschaft, 213 dagegen, Gefahr Bestätigung Interventionsanspruchs, Entwurf mit uns."

2 Korrigiert aus: „21.6.1984".
Vgl. die Meldung: „Finansovye peregovory"; PRAVDA vom 21. Juli 1984, S. 5.

3 Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 23. Juli 1984: „Moskau verfolgt die Verhandlungen über die Bedingungen des neuen DDR-Kredits mit Mißbehagen. Das zeigt sich an einer TASS-Meldung aus Bonn, die Prawda am 21.7. über den 950-Mio.-Kredit abdruckte. Vertreter der BRD und der DDR verhandelten über den Kredit, den ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank gewähren und für den Bundesregierung Garantie geben solle. Unter Berufung auf deutsche Pressemeldungen, die sich ihrerseits auf informierte Quellen in Regierungskreisen beriefen, berichtet TASS, Bundesregierung strebe, von ihren ‚Verhandlungspartnern' (in Prawda in Gänsefüßchen) Zugeständnisse in einer Reihe von Fragen zu erhalten. DDR habe wiederholt erklärt, diese Fragen fielen in ihre ausschließliche Zuständigkeit. TASS macht sich Meinung einiger westdeutscher Kommentatoren zu eigen, die davor warnen, Kreditvergabe mit solchen Bedingungen zu verknüpfen. Bonn laufe klar Gefahr, Bogen zu überspannen und Grenzen des Zulässigen zu überschreiten." Huber legte dar, die Kritik richte sich nicht gegen den Kredit an sich, „sondern gegen Verknüpfung Kredits mit DDR-Konzessionen in anderen, für sowjetischen Leser nicht aufgeschlüsselten Fragen. […] TASS-Kommentierung erinnert auch Ostberlin an ‚Grenzen des Zulässigen' bei Zugeständnissen gegenüber Bonn." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2958; Referat 421, Bd. 140451.

4 Am 4. Juli 1984 wurde in der Presse gemeldet, daß gegenwärtig Verhandlungen über einen weiteren Kredit an die DDR stattfänden. Die Bundesregierung werde die Garantie für den Kredit eines Bankenkonsortiums übernehmen. Im Gegenzug werde die DDR Erleichterungen im Reise- und Besucherverkehr vornehmen. Vgl. dazu den Artikel „Die Bundesregierung verhandelt mit der DDR über einen neuen Milliardenkredit"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Juli 1984, S. 1.
Am 25. Juli 1984 gab Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, bekannt, das Kabinett habe am selben Tag zugestimmt, die Garantie für einen Kredit der Deutschen Bank in Höhe von 950 Mio. DM an die DDR zu übernehmen. Dieser Kredit werde „zu marktüblichen Konditionen" gewährt. Der Bundeshaushalt werde nicht belastet, da die DDR Ansprüche aus der Transitpauschale an die Bundesrepublik abgetreten habe. Jenninger teilte weiter mit, die DDR werde den Mindestumtausch für Rentner von 25 auf 15 DM senken und weitere Erleichterungen im Reiseverkehr vornehmen. Vgl. dazu den Artikel „Bonn übernimmt Garantie für neuen DDR-Kredit und gibt elf Zugeständnisse Ost-Berlins bekannt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Juli 1984, S. 1.

sammenhängenden politischen Fragen genau verfolgt. Sie ist auch ein deutliches Warnzeichen, mit dem die SU uns und auch die DDR daran erinnert, daß Fragen ihres eigenen unmittelbaren politischen Interesses berührt werden.

3) Dabei geht es nicht nur um ein Problem der propagandistischen Glaubwürdigkeit der Revanchismuskampagne der SU und einiger ihrer Verbündeter, insb. Polens[5]. Ein Besuch Honeckers bei uns ein Jahr nach Andropows Drohungen vom „Palisadenzaun aus Raketen“[6] zwischen beiden deutschen Staaten führt nicht nur bei von vagen Neutralismusvorstellungen bewegten deutschlandpolitischen Romantikern, sondern auch bei ernstzunehmenden Analytikern zu Fragen nach der Stärke der Stellung der SU im WP.

4) Dies gilt erst recht in dem Maße, in dem polnische Besorgnisse über angeblichen Revanchismus bei uns immer umfänglicher ausgedrückt werden. Jaruzelskis Rede zum 40. Jahrestag Volkspolens[7] (Prawda v. 22.7.[8]) mit ihren längeren Warnungen vor „großdeutschem Expansionismus unter dem Vorwand scheinbarer Wiedervereinigung“ kann auch Honecker derzeit kaum gelegen kommen.

Selbst wenn solche Warnungen nur dazu dienen sollten, das Bündnis mit der SU zum Garanten des Besitzes der Oder-Neiße-Gebiete zu machen, um so antisowjetische Haltungen in Polen zu bekämpfen, so erschweren sie Honecker dennoch den Umgang mit uns. Bild polnisch-sowjetischer Zurückhaltung uns gegenüber bei sich intensivierender deutsch-deutscher Zusammenarbeit würde den Eindruck bekräftigen, daß die SU volle außenpolitische Linientreue nur bei den politisch schwächeren WP-MS durchsetzen kann.

5) Die Wiederentdeckung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes, wie sie insb. in dem sowjetischen WEU-Memorandum[9] zum Ausdruck kam, ist ebenfalls nicht lediglich Folge spezifisch sicherheitspolitischer Besorgnisse. Zwischenträger wie Viktor Louis fragen uns, wie stark der Wunsch nach Wiedervereinigung sei. Bondarenko erwähnte gegenüber den MdB Glos und Dr. Rose am 20.7., daß es bei uns inzwischen die zweite Nachkriegsgeneration gebe, eine Generation, der das Gefühl der Verant-

5 Zu Revanchismusvorwürfen in der polnischen Presse vgl. Dok. 199, Anm. 10.

6 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau; AAPD 1983, II, Dok. 200.

7 Ministerialdirigent Schauer notierte am 23. Juli 1984, Ministerpräsident Jaruzelski habe am 21. Juli 1984 im polnischen Parlament in Warschau u. a. erklärt: „Die Verhinderung einer Wiederkehr einer großgermanischen Expansion, die unter dem Vorwand der ‚Wiedervereinigung‘ wiederbelebt wird, gehört zu den Grundvoraussetzungen für den Frieden Europas. Das ist die gemeinsame Pflicht aller Völker, die indirekt oder direkt in den Kriegen gelitten haben, die vom deutschen Imperialismus entfesselt wurden. […] Die sich in jüngster Zeit häufenden revisionistischen Vorfälle und die Äußerungen offizieller Persönlichkeiten lassen den Schluß zu, daß der Streit zwischen den Tendenzen von Revision und Koexistenz in der Bundesrepublik noch nicht entschieden ist.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133029.

8 Gesandter Huber, Moskau, teilte am 25. Juli 1984 mit, die Rede von Ministerpräsident Jaruzelski vor dem polnischen Parlament am 21. Juli 1984 in Warschau werde in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ zwar „ausführlich, aber doch so wiedergegeben, daß längere Passagen über die innere Lage Polens offenbar fehlen. Dadurch entsteht der Eindruck, als habe er sich zu einem Drittel mit dem Thema ‚Revanchismus‘ befaßt. Der Angriff auf die katholische Kirche bei uns ist auch abgedruckt (‚Fiktion der Vorkriegsbistümer‘), wohinter sich nicht nur ein Angriff auf die Zusammenarbeit mit der polnischen Kirche, sondern auch auf deren derzeit wichtigsten Gegenstand, das Landwirtschaftsprojekt, verbirgt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2987; Referat 214, Bd. 133049.

9 Zu dem am 10. Juli 1984 übergebenen sowjetischen Aide-mémoire vgl. Dok. 193, Anm. 4, und Dok. 196.

wortung für den Zweiten Weltkrieg fehle.[10] Er implizierte dabei, daß diese Generation deshalb auch nicht länger bereit sei, die Folgen des Krieges, wie sie in der Spaltung zum Ausdruck kommen, hinzunehmen. Der stellv. Leiter der Dritten Europäischen Abteilung, Ussytschenko, erwiderte auf Darlegung der Verhandlungsgeschichte des Briefes zur deutschen Einheit[11], die SU habe nichts gegen die „historische Perspektive", wohl aber gegen eine Aktivierung einer dementsprechenden Politik jetzt.

II. 1) Dies alles weist auf die Notwendigkeit hin, unser Vorgehen gegenüber der DDR im Verhältnis zu Dritten, insbesondere gegenüber der SU, abzusichern. Die Interventionsmöglichkeiten der SU, aber auch das Störpotential Polens und evtl. der Tschechoslowakei, sind zu groß, als daß wir sie vernachlässigen dürften. Jedenfalls wäre es für die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen gefährlich, wenn unsere Beziehungen zur SU und Polen im Vergleich über längere Zeit sichtbar zurückblieben.

2) Die Botschaft ist nicht darüber unterrichtet, inwieweit wir unsere Verhandlungen mit der DDR in Berlin oder Bonn von informellen, jeden Informations- oder Interventionsanspruch der SU ausschließenden Gesprächen mit sowjetischen Partnern begleiten. Sie regt an, derartige informelle Kontakte zu prüfen, um der SU auf diese Weise zu signalisieren, daß wir

– die Stellung der SU im WP richtig einschätzen und
– unsere Politik gegenüber der DDR nur Teil einer umfassend angelegten, die SU und die übrigen WP-Mitglieder gleichermaßen einbeziehenden Gesamtpolitik ist.

3) Solche Kontakte könnten es auch erleichtern, die SU in ein Gespräch über die Perspektiven unserer Beziehungen zu verwickeln, dem die SU bisher, trotz aller Symptome sowjetischen Nachdenkens darüber, ausweicht, weil sie jeden Anschein vermeiden will, daß sich aus der Raketenfrage Folgen für die innerdeutschen Beziehungen ergeben könnten.[12]

[gez.] Huber

VS-Bd. 13348 (210)

10 Gesandter Huber, Moskau, informierte am 24. Juli 1984, Hauptthema des Gesprächs der CSU-Abgeordneten Glos und Rose mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, sei die Rüstungskontrolle im Weltraum gewesen: „Daneben kam auch kurz das sowjetische WEU-Memorandum zur Sprache. Bondarenko erklärte, SU glaube nicht, daß wir sie eines Tages plötzlich angreifen würden. Es gebe aber kein anderes Land der Welt, das so mit Waffen vollgestopft wäre wie die ‚BRD'. Die tatsächliche Lage sei so, daß die ‚BRD' als Aufmarschgebiet benutzt werden könnte, ohne daß die Zustimmung der Bundesregierung dafür notwendig wäre. Im Generalvertrag stünde, daß die drei Alliierten die Staatsgewalt bei uns an sich reißen könnten. Dies könne die SU aber nicht zulassen, nicht, weil sie vorgefaßte Meinungen habe. Es gebe bei uns aber bereits die zweite Generation nach dem Krieg, die nicht mehr das Gefühl der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg habe. Die SU wolle in Fragen der Sicherheit unser Partner, nicht unser Gegner sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2972; Referat 213, Bd. 139277.

11 Zum „Brief zur deutschen Einheit" vgl. Dok. 35, Anm. 31.

12 Ministerialdirigent Schauer legte am 25. Juli 1984 zu den Überlegungen hinsichtlich informeller Kontakte mit der UdSSR dar: „Nach Auffassung der Abteilung 2 kann dem Vorschlag der Botschaft Moskau allenfalls so weit gefolgt werden, als dies keine Initiative von unserer Seite impliziert. Wir sollten alles unterlassen, was wie eine Bestätigung eines sowjetischen droit de regard in den innerdeutschen Beziehungen aussehen könnte. Im übrigen muß die DDR ihren Spielraum gegenüber

203

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz

311-321.00 IRN-518/84 VS-vertraulich **23. Juli 1984**[1]

Lieber George,

für Ihr Schreiben vom 17.7.1984[2], in dem Sie mich in meiner Absicht bestärken, einen politischen Dialog mit der iranischen Führung zu führen, danke ich Ihnen. Soeben von Teheran zurückgekehrt, möchte ich Sie, Ihrer Bitte entsprechend, von meinen Eindrücken unterrichten.[3]

Der Verlauf des Besuchs bestätigte meine Vermutung, daß Iran großes Interesse an besseren Beziehungen mit uns hat.[4] Dieses Interesse beschränkt sich meiner Ansicht nach nicht auf die Bundesrepublik Deutschland, obwohl unsere traditionell besonders engen und guten Beziehungen zu Iran die Voraussetzungen für ein Gespräch besonders gut erscheinen ließen. Es gilt wohl auch dem Westen überhaupt. Es erschien mir in dieser Hinsicht aufschlußreich, daß sich meine Gesprächspartner jeder Kritik an den USA enthielten. Nur der Staats-

Fortsetzung Fußnote von Seite 940

der SU selbst ausloten. Wir können ihr mangels präziser Informationen über die Haltung der sowjetischen Führung nicht dabei helfen. Wenn wir gegenüber den Sowjets allzu auffällig um Verständnis für unsere Politik gegenüber der DDR werben, wird dies ihr Mißtrauen eher noch weiter steigern als beseitigen." Vgl. VS-Bd. 13384 (213); B 150, Aktenkopien 1984.
Am selben Tag wies Schauer die Botschaft in Moskau an, die innerdeutschen Beziehungen nicht von sich aus anzusprechen, „auch nicht im informellen Rahmen". Schauer übermittelte ferner eine Sprachregelung für den Fall, daß die sowjetische Seite das Thema anschneide. Vgl. den Drahterlaß Nr. 749; VS-Bd. 13384 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Datum des Drahterlasses.
Durchdruck.
Das Schreiben wurde mit Drahterlaß Nr. 876 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlagintweit an die Botschaft in Washington mit der Bitte übermittelt, es „AM Shultz möglichst bald" zu übergeben.

2 Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 17. Juli 1984 ein Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom selben Tag an Bundesminister Genscher sowie eine amerikanische Liste mit Fragen, die während der Gespräche mit der iranischen Regierung erörtert werden könnten. In dem Schreiben legte Shultz dar: „While there are no specific messages we would ask you to deliver to the Iranian leadership, the first item of business, as you rightly pointed out, is to maintain a political dialogue with the Iranian government in order to counter their further isolation." In dem amerikanischen Fragenkatalog wurden mögliche Differenzen innerhalb der iranischen Führung bezüglich der im Krieg mit dem Irak einzuschlagenden Taktik und eine daraus möglicherweise resultierende Verschiebung einer Großoffensive angesprochen, ferner die Frage von Angriffen auf die Schiffahrt im Persischen Golf sowie die iranisch-sowjetischen Beziehungen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3174; VS-Bd. 13573 (311); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Für das Gespräch mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani am 21. Juli 1984 in Teheran vgl. Dok. 201.

4 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 21. Juli 1984 in Teheran führte Ministerpräsident Mussawi aus: „Wir möchten die Beziehungen zu Ihnen in vielen, ja in allen Bereichen erweitern. Dafür gibt es gute Voraussetzungen: die positive Einstellung unserer Bevölkerung gegenüber der deutschen Technologie, das Fehlen einer kolonialen Vergangenheit zwischen beiden Staaten und die zurückhaltende Stellungnahme Deutschlands im Zusammenhang mit der Revolution in Iran. Die unausgeglichene Handelsbilanz ist für uns ein sehr sensibles Problem, und wir hoffen, daß sich hier etwas bessert." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 137760.

präsident erwähnte im Abschlußgespräch, es sei ein großer Fehler der Vereinigten Staaten gewesen, daß sie nicht genügend Verständnis für die iranische Revolution aufgebracht haben.[5]

Sie fragen, ob die iranische Führung ein größeres Maß von Realismus in aktuellen Fragen ihrer Politik gezeigt hat. In den Gesprächen, die ich geführt habe, zeigten alle Partner einen hohen Grad von politischem Denken und Vernunft. Ob daraus schon auf ein gestiegenes Maß an Rationalität, auch in der Frage des Kriegs[6], geschlossen werden kann, wage ich nicht zu beurteilen. Die Erörterung dieses Themas brachte zunächst die alten Forderungen Teherans, vor allem nach einer internationalen Aburteilung Saddam Husseins und einer Entschädigung, zutage. Unter vier Augen sagte mir Außenminister Velayati[7], die Forderung nach Reparationen sei nicht unverzichtbar. Entscheidend wäre die Ablösung Saddam Husseins, von dem die iranische Regierung auch nach einem Friedensschluß jederzeit einen neuen Angriff und Unruhestiftung in der Region befürchten müsse.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Iraner den Zeitpunkt, in dem sie größere Flexibilität zeigen wollen, sicher sehr sorgfältig wählen. Auffallend war in diesem Zusammenhang, daß sie ihr Interesse an gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu den Golfstaaten, auch zu Saudi-Arabien, betonten und sich von dem Gedanken eines Revolutionsexports mit Gewalt distanzierten. Hier ist sicher der Wunsch, den Krieg auf dem Golf, der ihnen schadet, einzudämmen, ein bestimmendes Motiv. Die von Ihnen erwähnte Großoffensive, die Auswirkungen der Luftangriffe auf die iranische Ölausfuhr und der begrenzte Waffenstillstand auf zivile Ziele waren kein Gegenstand meiner Gespräche. Ich habe unseren Wunsch nach einem baldigen Ende des Krieges mit unserem Interesse begründet, eine Internationalisierung des Konflikts und das Vordringen fremder Mächte in die Region zu vermeiden, und bewußt darauf verzichtet, konkrete Vorstellungen dazu zu entwickeln.

Parlamentspräsident Rafsandjani, der beeindruckendste und machtvollste Gesprächspartner, berichtete, daß es in der iranischen Führung auch Kritik an einer dem Westen positiv entgegentretenden Politik und daher auch an Gesprächen mit mir gegeben habe. In weiten Kreisen der islamischen Führung gebe es Befürchtungen über eine neue Abhängigkeit vom westlichen „Block", wie Rafsandjani sich ausdrückte. Er selbst, der Außenminister, und in besonders ein-

5 Präsident Khamenei erklärte gegenüber Bundesminister Genscher am 22. Juli 1984 in Teheran: „Die Revolution war das Ergebnis des festen Willens des iranischen Volkes, unabhängig und frei zu leben. Ich bedaure es, daß große Mächte, besonders die USA, in ihrem Verständnis große Fehler gemacht haben. Diese Fehler können nicht so leicht getilgt werden. Deutschland hat hier richtiger gehandelt. Ihre Stellungnahme gegen die Anwendung chemischer Waffen durch Irak war gerecht. Insgesamt hat aber der Westen große Fehler bei der Bewertung unserer Revolution begangen. Die Russen sind uns vernünftiger begegnet. […] Vergessen Sie aber nicht, daß wir in den letzten eineinhalb Jahrhunderten laufend Feindschaft und Verrat erlebten – durch die Engländer, die Russen, die Franzosen, zuletzt durch die Amerikaner. […] Daher ist unsere Parole ‚weder Ost noch West' zu der populärsten, tief in die Herzen eingedrungenen Parole unseres Volkes geworden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 137760.

6 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 201, Anm. 6 und 8.

7 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Velayati am 21. Juli 1984 in Teheran vgl. Dok. 201, Anm. 7.

drucksvoller Weise der Staatspräsident haben sich aber mir gegenüber zu dieser Politik der verstärkten Kontakte bekannt.

Was die Beziehungen zur Sowjetunion anbelangt, so legte Rafsandjani dar, daß Iran sehr leicht durch eine opportunistische Politik in der Afghanistan-Frage, das heißt durch eine Unterstützung der Sowjetunion, die Einstellung der sowjetischen Waffenlieferungen an Irak und eine für Iran günstige Haltung der Sowjetunion im Krieg erreichen könnte. Eine solche Politik komme aber nicht in Frage.

Insgesamt glaube ich, daß meine Gespräche das Gewicht des Westens in Iran stärker zu Geltung gebracht und unsere Auffassung bestätigt haben, es sei richtig, Iran aus seiner außenpolitischen Isolierung herauszuholen. Häufig waren bei meinen Gesprächspartnern Folgen der langen Abschließung von der Außenwelt und ein Mangel an internationaler Erfahrung spürbar. Theologische und streng moralische Gesichtspunkte spielen im Denken und im Verhalten der maßgeblichen Staatsmänner eine große Rolle.

Ebenso deutlich war aber auch das Bedürfnis, wieder international anerkannt zu werden und in einen engeren politischen und wirtschaftlichen Austausch mit der Außenwelt zu treten. Es ist notwendig, daß sich hierfür die richtigen Partner anbieten.[8] Ich werde auch meine europäischen Kollegen in diesem Sinn unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 13573 (311)

8 Gesandter Wallau, Washington, teilte am 26. Juli 1984 mit: „Außenminister Shultz äußerte sich in Gespräch mit Bundesminister Bangemann am 25.7. betont erfreut über schnelle und eingehende Unterrichtung durch den BM über dessen Besuch in Teheran und bat, BM seinen Dank zu übermitteln. […] Auf Arbeitsebene wurden wir am 25.7. vertraulich um erläuternde Kommentare zu der Feststellung im Schreiben des BM gebeten, daß das iranische Interesse an besseren Beziehungen ‚wohl auch dem Westen überhaupt' gelte. Hier interessiert verständlicherweise besonders, ob und inwieweit die USA hier einbezogen sind. Die vorsichtigen Formulierungen im Schreiben des BM lassen nach amerikanischem Dafürhalten Schlüsse sowohl in der einen als auch in der anderen Richtung zu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3296; VS-Bd. 12938 (204); B 150, Aktenkopien 1984.
Am 30. Juli 1984 übermittelte Ministerialdirigent Schlagintweit Äußerungen des Präsidenten Khamenei und des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani zu den Beziehungen zu westlichen Staaten und stellte dazu fest: „Die beiden Gesprächspartner blieben also sehr im allgemeinen. Der Gesprächswunsch nicht nur gegenüber uns, sondern gegenüber dem Westen, klang auch aus anderen Gesprächen heraus. Die Vereinigten Staaten wurden weder genannt noch ausgeschlossen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 896; VS-Bd. 13573 (311); B 150, Aktenkopien 1984.

204

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-372.00-1531/84 VS-vertraulich **24. Juli 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Stand der MBFR-Verhandlungen

1) Die 33. MBFR-Runde ging am 19. Juli zu Ende[4], für die 34. Runde wurden mit dem Osten Beginn am 27. September und Beendigung am 13. Dezember vereinbart.[5]

Im Gegensatz zum Vorjahr hat der Osten keine Andeutungen über eine Verzögerung, Unterbrechung oder gar ein Infragestellen der MBFR-Verhandlungen als solche gemacht; eine Terminverweigerung wie im vergangenen Jahr[6] ist nicht zu befürchten.

2) Nach Einbringung der neuen westlichen Initiative in der letzten Plenartagung der 32. Runde am 19. April[7] war die 33. Runde geprägt von den detaillierten Erläuterungen der westlichen Delegationen einerseits und der Kritik des Ostens andererseits:

a) In der Sache bemängelte der Osten vor allem, daß der neue Vorschlag für einen Datenvergleich sowohl konzeptionell wie praktisch die gleichen Schwierigkeiten aufwürfe wie die vorher geforderte Dateneinigung, daß insofern westliche Flexibilität nicht vorhanden sei, daß darüber hinaus der Westen mit der beabsichtigten numerischen Spezifizierung der Truppenverminderungen erst nach Verifikation im zweiten Vertragsjahr die bisherige Verknüpfung der Reduzierungsverpflichtungen aller Teilnehmer rückgängig mache und – abgese-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Neubert konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 24. Juli 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 25. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 26. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 27. Juli 1984 vorgelegen.

4 Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), legte am 20. Juli 1984 zur Bewertung der 33. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 24. Mai bis 19. Juli 1984 dar, ein „entscheidender Fortschritt in Richtung auf ein Abkommen" sei „schon wegen der gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen im West-Ost-Verhältnis kaum zu erwarten" gewesen: „Es ist dem Westen mit seinem Vorschlag jedoch gelungen, die Initiative in den Verhandlungen zurückzugewinnen und damit seine Position politisch-taktisch zu verbessern. Darüber hinaus haben die neuen westlichen Vorschläge die Wiener Verhandlungen in einer kritischen Phase des West-Ost-Dialogs belebt und damit die Rolle des Forums als Kontinuitätsfaktor in diesem Dialog unterstrichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 439; VS-Bd. 11473 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Zur 34. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 343.

6 Am Ende der 31. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 22. September bis 15. Dezember 1983 in Wien lehnte die UdSSR die Festlegung eines Termins für die Fortsetzung der Verhandlungen ab. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 386.

7 Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 113.

hen von USA und SU – die anderen Teilnehmer keine Reduzierungsverpflichtungen von Anfang an eingingen.

Die westlichen Delegationen haben diese Vorwürfe zu entkräften versucht und die Praktikabilität der Vorschläge sowie das Eingehen des Westens auf östliche Anliegen (Vorabreduzierungen, Nichterhöhungsverpflichtungen, Verifikation von Reststärken) hervorgehoben.

b) Im Verlauf des kritischen Dialogs hat die östliche Seite gegen Ende der Verhandlungsrunde die Taktik gewechselt und ist von Kritik der westlichen Vorschläge schwerpunktmäßig auf ein Anpreisen der östlichen Vorschläge vom Februar und Juni 1983[8] zurückgeschwenkt.

Motiv hierfür war ganz offenkundig das Bemühen, sich nicht in eine detaillierte Erörterung der westlichen Vorschläge verwickeln zu lassen und auch nur den Anschein eines, wenn auch kritischen, Eingehens auf diese zu vermeiden.

3) Das Verhandlungsklima hat sich trotz ausbleibender Fortschritte und Kritik des Ostens an den westlichen Vorschlägen zur Sache nicht verschlechtert. Der Osten ist allem Anschein nach an der Fortführung der Verhandlungen interessiert und verbindet Ablehnung in der Sache mit einer nüchternen und im wesentlichen unpolemischen Sprache.

Aus informellen Kontakten der Delegation in Wien entsteht sogar der Eindruck, daß der Osten erwägt, dem Wiener Verhandlungsrhythmus und der Dialektik westlicher und östlicher Vorschläge treu zu bleiben und möglicherweise im kommenden Jahr wieder eigene Gegenvorschläge zu präsentieren. Ob der Osten sich dazu tatsächlich bereitfinden wird und inwieweit künftige östliche Vorschläge Entgegenkommen in der Sache enthalten, ist derzeit nicht absehbar; politisch interessant ist jedoch, daß er jetzt derartige Signale setzt.

4) Zur Verhandlungslage insgesamt muß allerdings festgestellt werden, daß die Vorstellungen des Westens für ein sicherheitspolitisch zu verantwortendes, ausgewogenes und verifizierbares Verhandlungsergebnis weit über dem liegen, was der Osten derzeit zu konzedieren bereit sein könnte.

Der Osten setzte bisher auf Fortführung der Verhandlungen in der Hoffnung auf eine mit der Zeit wachsende Konzessionsbereitschaft des Westens. Die westliche Verhandlungsstrategie zielt darauf ab, dem Osten immer wieder deutlich zu machen, daß diese Hoffnung unbegründet ist, daß er kein MBFR-Abkommen zu seinen Bedingungen erwarten kann, sondern wirkliches Entgegenkommen gegenüber westlichen wesentlichen Sicherheitsbedürfnissen erforderlich ist.

Für die Fortführung der Verhandlungen bleibt es daher wesentlich, den Osten durch geeignete Vorschläge zur Fortführung der Verhandlungen anzuhalten und ihm keinen Vorwand zu liefern, diese mit einer Schuldzuweisung an den Westen zu verlassen. Dies auch dann nicht, wenn er angesichts weiterhin geschlossener westlicher Haltung die Nützlichkeit der Wiener Verhandlungen geringer einschätzen sollte als in der Vergangenheit.

[8] Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten legten am 17. Februar 1983 neue Vorschläge vor und unterbreiteten am 23. Juni 1983 den Entwurf für ein MBFR-Abkommen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 51, und AAPD 1983, II, Dok. 224.

5) In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß die westliche Initiative vom 19. April verhandlungspolitisch nicht optimal ist. Sie ist wegen der konzeptionellen und politischen Kompromisse, die ihr zugrunde liegen, nicht „aus einem Guß“ und konzeptionell wenig geeignet, den Osten dazu zu bringen, in der Schlüsselfrage – seiner Verifikationsbereitschaft – Farbe bekennen zu müssen. Der Verlauf der 33. Runde hat gezeigt, daß die Initiative nicht das Instrument ist, mit dem der Osten politisch oder konzeptionell dazu bewegt werden kann, entweder seine mangelnde Verhandlungsbereitschaft in der Verifikationsfrage einzugestehen oder ihn zu einer Fortentwicklung seiner Position zu veranlassen.

In dieser Hinsicht besteht auf westlicher Seite noch ein operatives Problem: Der Westen hat zwar seine Initiative und eine Erläuterung für die Truppenkategorien für den Datenvergleich am 19.4. vorgelegt, nicht jedoch seine gleichzeitig angekündigten Nachforderungen zur Verbesserung der Verifikation (als Ausgleich für die westliche Flexibilität in der Frage der Dateneinigung). Bei diesen begleitenden Maßnahmen, die z. Z. in Brüssel ausgearbeitet werden, bestehen Auffassungsunterschiede in der Substanz und zur Frage der Einführung in Wien vor allem zwischen GB und uns. GB verfolgt dabei ein maximalistisches Verifikationskonzept, das auf eine vollständige jährliche Inventur des Personalbestands in Ost und West durch Inspektionen vor Ort hinausliefe. Wir halten dies für nicht verhandelbar und vor allem für nicht begründbar mit militärischen Verifikationserfordernissen, weil unserer Auffassung nach eine Überprüfung mit einer ausreichenden Anzahl von Stichproben hinreichende Gewißheit über die Vertragseinhaltung verschaffen kann. In der Sache teilen die USA unsere Position. Bezüglich der Terminvorstellungen für die Einbringung dieses westlichen Verifikationspapiers (Annex B) in Wien neigen die USA wie GB dazu, dieses so früh wie möglich zu tun. Wir, eine Mehrheit der Partner und der Delegationen in Wien (so mündlicher Bericht der AHG in Brüssel am 13.7.[9]) halten es für eine unerwünschte Belastung der Verhandlungen, wenn der Westen den Osten in der gegenwärtigen Situation mit nicht verhandelbaren Maximalforderungen konfrontieren würde. Wir plädieren daher für ein ausgewogenes Verifikationskonzept und für Einbringung zu einem taktisch günstigen Zeitpunkt.

In der Praxis dürften diese Meinungsunterschiede lösbar sein. Die Mehrheit der Delegationen in Wien hält eine Einbringung des westlichen Verifikationspapiers in der kommenden Runde, nach Möglichkeit in einer ruhigeren Atmo-

[9] Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), hielt am 14. Juli 1984 aus der Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit Vertretern der Ad-hoc-Gruppe (AHG) am Vortag fest, nach Einschätzung der Teilnehmer sei die internationale Lage „nicht verhandlungsfreundlich. Auch im konventionellen Bereich wird es möglicherweise keine Fortschritte geben, ehe SU nicht Entscheidung über nukleare Fragen getroffen hat. Deshalb wichtig, den Verbindungskanal in Wien offenzuhalten (NWG, NL). Beurteilung der Lage durch Verhandlungsführer in Wien muß bei Entscheidung über Zeitpunkt der Vorlage des Maßnahmenpakets an Osten berücksichtigt werden (NL). Maßnahmenpaket soll vor Beginn nächster Runde fertiggestellt werden, um AHG in die Lage zu versetzen, Paket jederzeit, d. h. zu einem verhandlungstaktisch günstigen Zeitpunkt, vorlegen zu können (US, GB). Hierin zeigte sich ein gewisser Widerspruch zu den Empfehlungen der AHG, sich lieber Zeit zu nehmen für eine grundsätzliche Überprüfung des Maßnahmenpakets unter Einbeziehung des in Wien vorhandenen militärischen Sachverstands.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1215; VS-Bd. 11467 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

sphäre nach den US-Wahlen[10], für zweckmäßig. Ein solcher Zeitpunkt erscheint uns realistisch und wäre auch für die Klärung der noch offenen Sachfragen ausreichend.

Hartmann

VS-Bd. 11428 (221)

205

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlagintweit

311-321.00 LIY-523/84 VS-vertraulich **25. Juli 1984**[1]

Betr.: deutsch-libysche Beziehungen;
hier: Untersuchungen im Zusammenhang mit den Attentatsversuchen in Tripolis vom 8.5.1984[2]

Ich führte heute ein Telefongespräch mit dem stellvertretenden Chef des BKA, Boeden, der vor kurzem in Tripolis war und dort ein halbstündiges Gespräch mit Gaddafi geführt hatte.

1) Boeden berichtete, Gaddafi habe ihm angedeutet, wir hätten zur Zeit nichts zu befürchten, da Libyen der Ansicht sei, daß wir etwas gegen die Leute unternehmen, die hinter den aus Deutschland geflüchteten Exil-Libyern und ihrer militärischen Ausbildung stehen; er habe zwar die Möglichkeit, die Rote-Armee-Fraktion zu unterstützen, er werde dies aber nicht tun, da er glaube, daß wir es gegenwärtig ehrlich mit ihm meinten. Es gebe ein wechselseitiges Interesse an der Sicherheit, und er sei überzeugt, daß wir dies ernst nähmen. Gaddafi habe weiter keine Drohung ausgesprochen und auch nicht auf einen Besuch des Bundesministers in Libyen[3] angespielt. Der Tenor des Gesprächs, das Gaddafi fast ausschließlich allein geführt habe, sei durchaus freundlich gewesen.

10 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 27. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 28. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 31. Juli 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre verfügte. Dazu Vermerk: „Der Herr Minister bittet um Rücksprache." Vgl. Anm. 4.
Hat Staatssekretär Ruhfus am 28. August 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 28. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Haas verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „R[ück]spr[ache] ist erledigt (vgl. heutiges Telefonat StS R[uhfus] mit Ihnen)."

2 Zu den Unruhen in Libyen vgl. Dok. 172, besonders Anm. 3.

3 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Libyen vgl. Dok. 122, Anm. 26.

2) Auch das Gespräch zwischen BMI Zimmermann und Belgassem sei gut verlaufen. Er habe zwar nicht daran teilgenommen. Der BMI habe ihm aber nachher bestätigt, daß Belgassem einen guten Eindruck auf ihn gemacht habe.

3) Ich erwähnte, daß im AA z.Z. eine Verschärfung der Visumspflicht für Libyer erwogen werde, analog der Regelung für Syrer.[4] Herr Boeden erklärte, er halte dies zur Zeit nicht für erforderlich. Im Gegenteil, eine solche Maßnahme könne eine negative Wirkung haben, da die Gespräche zwischen den deutschen und den libyschen Stellen günstig liefen. Sollten die Untersuchungen der von Libyen angemahnten Vorgänge negativ verlaufen und damit die Gefahr libyscher Aktionen auch in der Bundesrepublik Deutschland wachsen, so würde das BKA sich rechtzeitig mit uns in Verbindung setzen.

Schlagintweit

VS-Bd. 13572 (311)

206

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

26. Juli 1984[1]

Staatssekretär Rehlinger, BMB, bat mich gestern nachmittag telefonisch zu einem Gespräch in das BMB, an dem außer mir noch MD Baumgärtel, BMB, teilnahm.

StS Rehlinger berichtete über ein längeres Telefongespräch mit Rechtsanwalt Vogel, der ihn – was sehr ungewöhnlich sei – aus Ost-Berlin angerufen habe.

Einleitend und vordergründig habe Vogel zunächst Kritik an der Beratungspraxis der Botschaft Prag in Zufluchtsfällen geübt, die von Rehlinger sofort zurückgewiesen worden sei.[2] Dann sei Vogel – und das sei offenbar der Grund für

4 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer hat das entschieden? R[ücksprache]."
Dazu vermerkte Staatssekretär Ruhfus: „Erledigt am 28.8." Vgl. Anm. 1.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 26. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 30. Juli 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 30. Juli 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Bertele verfügte und handschriftlich vermerkte: „Unter Verschluß."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 30. Juli 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kopie für StS M[eyer-]L[andrut] n[ach] R[ückkehr] angefertigt."
Hat Staatssekretär Ruhfus am 30. Juli 1984 vorgelegen.

2 Mit Schreiben vom 14. August 1984 an Staatssekretär Meyer-Landrut informierte Staatssekretär Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, über ein Gespräch mit Rechtsanwalt Vogel zur Lage an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin bzw. an der Botschaft in Prag: „Rechtsanwalt Dr. Vogel trug auch vor, daß nach seinem Eindruck die Angehörigen der

seinen Anruf gewesen – auf seine Sorge über die Entwicklung der Zufluchtsfallproblematik und auf ihre Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Beziehungen zu sprechen gekommen.

Das Gespräch vermittelte StS Rehlinger den Eindruck, daß Vogel große Sorge über die Auswirkungen der Zufluchtsfälle auf die deutsch-deutschen Beziehungen habe.

StS Rehlinger skizzierte dann die ebenfalls von ihm gesehenen Gefahren wie folgt:

– Die Gefahr drohe, daß die DDR nicht mehr bereit oder nicht mehr in der Lage sei, auftretende Zufluchtsfälle wie bisher zu lösen, und daß dadurch unsere Vertretungen bzw. Botschaften „vollaufen würden". Hieraus ergäbe sich
– zunächst eine Funktionsbeeinträchtigung der Vertretungen bis hin zur Notwendigkeit der Schließung[3], verbunden mit schweren Schädigungen der deutsch-deutschen Beziehungen.
– Zweimonatsfrist bis Honecker-Besuch[4] sei wohl nicht durchzuhalten, so daß der Honecker-Besuch akut gefährdet sei.
– Es bestehe die Gefahr, daß die DDR ihre Ausreisezusage (schriftlich und für 5000 Personen noch dieses Jahr) nicht mehr durchhalten könne.

Fortsetzung Fußnote von Seite 948

Botschaft nicht genügend auf die Besucher einwirkten, um sie zu einem Verlassen der Botschaft zu bewegen. Unsere Seite würde zu entgegenkommend sein. Er habe diesen Eindruck aus Gesprächen mit den Besuchern, die später seine Praxis aufgesucht hätten, gewonnen. Ich kann nicht beurteilen, ob diese Behauptungen stimmen. Tatsache ist allerdings, daß es der Ständigen Vertretung bisher gelungen ist, alle Besucher mit einem gleichen Anliegen wieder ‚hinauszureden'. Mit diesen Zeilen möchte ich noch einmal meine große Sorge ausdrücken, daß sich eine sehr schwierige Entwicklung anbahnen könnte. Auch die finanziellen Auswirkungen nehmen inzwischen einen bedenklichen Umfang an." Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1680.

3 Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin war zwischen dem 26. Juni und 30. Juli 1984 für den Besucherverkehr geschlossen. Dazu wurde in der Presse berichtet, die Schließung sei erfolgt, da sich 55 Personen aus der DDR dort aufgehalten hätten, um ihre Ausreise zu erreichen. Diese hätten nach Verhandlungen zwischen Staatssekretär Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, und Rechtsanwalt Vogel ab Anfang Juli gruppenweise die Ständige Vertretung verlassen. Durch Umbaumaßnahmen sei jetzt ein Besucherraum vom übrigen Teil des Gebäudes getrennt, um weitere Zufluchtsfälle zu verhindern. Vgl. dazu den Artikel „Die Ständige Vertretung in Ost-Berlin ist wieder geöffnet"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. August 1984, S. 1.

4 In einem deutschlandpolitischen Koordinierungsgespräch am 2. Juli 1984 im Bundeskanzleramt machte Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, darauf aufmerksam, „daß in der Behandlung der Zufluchtsfälle durch die DDR unterschwellig auch ein Versuch gesehen werden könnte, den Gegenbesuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland unmöglich zu machen und uns dafür die Schuld zuzuschieben". Jenninger teilte weiter mit, daß ein Besuchstermin Ende September 1984 ins Auge gefaßt worden sei: „Geschäftsgrundlage sei die noch von Bundeskanzler Schmidt am Werbellinsee ausgesprochene und von Bundeskanzler Kohl wiederholte Einladung zu einem Gegenbesuch, d.h., es werde sich um einen Arbeitsbesuch handeln. Moldt habe erkennen lassen, daß Honecker auch in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt kommen wolle." Jenninger informierte, Bundeskanzler Kohl vertrete folgende Haltung: „Wenn die Gespräche mit dem Kanzler an einem anderen Ort stattfinden, könne Honecker den Bundespräsidenten nicht in Bonn besuchen. Gegen Überlegungen, der Bundespräsident könne Generalsekretär Honecker an einem anderen Ort treffen, ‚ihm sozusagen nachfahren', bestünden erhebliche Bedenken." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139185.

Schließlich,

– daß die bisherigen Zufluchtsfälle (er – Rehlinger – habe mit allen 55 Zufluchtsuchenden in der Ständigen Vertretung selbst gesprochen) nicht politisch bedingt waren.

StS Rehlinger habe die Andeutungen Vogels so verstanden, daß die DDR erwäge, in Zukunft die Ständige Vertretung in Ost-Berlin diskret und weiträumig zu kontrollieren und auf diese Art und Weise verhindern wolle, daß Zufluchtsuchende überhaupt bis zum Gebäude kämen. Auch die tschechoslowakischen Behörden schienen zu entsprechendem Verhalten in Prag bereit.

Voraussetzung für ein solches Verhalten sei, daß die Bundesregierung nicht protestiere.

In dem anschließenden Gespräch habe ich StS Rehlinger als meine persönliche Überzeugung gesagt, daß ich in der Tat ebenfalls eine Gefährdung der deutsch-deutschen Beziehungen sehen würde. Ich könnte mir allerdings nicht vorstellen, daß das Zufluchtsproblem in der von der DDR angedeuteten Weise geregelt werden könnte. Wir müßten auf dem freien Zugang zu unseren Missionen bestehen.

Wir haben dann die Frage diskutiert, ob es nicht andere Möglichkeiten für die Bundesregierung gebe, die drohende Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen zu verhindern. Als zweite prinzipielle Lösungsmöglichkeit käme in Betracht, daß wir zwar auf freiem Zugang bestünden, jedoch unsererseits – ähnlich wie es die Amerikaner machen – die Zufluchtsfälle in letzter Not dadurch beenden würden, daß wir von unserem Hausrecht Gebrauch machen würden und Zuflüchtige – als letztes Mittel – auch gegen ihren Wunsch aus den Vertretungen weisen würden. Ich habe dazu gesagt, daß ich unter gewissen Voraussetzungen eine solche Lösung auch rechtlich eher für vertretbar hielte als die Hinnahme einer Zugangsbeschränkung durch die andere Seite.

Die Bundesrepublik Deutschland sei jedenfalls im Ausland – und ich könne mich nur zu den Zufluchtsfällen außerhalb der DDR äußern – verpflichtet, deutschen Staatsangehörigen Hilfe und Beistand zu gewähren. Völkerrechtlich seien wir nicht berechtigt, irgendwelche Personen (und damit auch Deutsche) der Hoheitsgewalt des Empfangsstaates zu entziehen.

Bei dem Gewähren diplomatischen oder konsularischen Schutzes müßten wir die tatsächlichen Möglichkeiten mit berücksichtigen. Ein Verlangen der Zufluchtsuchenden auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland sei unter der Voraussetzung, daß die DDR nicht mehr bereit sei mitzuwirken, eine Forderung auf eine für uns unmögliche Leistung. Wir müßten dabei im Wege der Güterabwägung obendrein berücksichtigen, daß durch die Zufluchtsfälle die Ausreisemöglichkeit für eine erhebliche Zahl von anderen Deutschen zunichte gemacht würde. Wichtig sei in diesem Gesamtzusammenhang, daß die DDR zusage, daß sie auf Strafverfolgung in solchen Fällen verzichte. Wichtig sei darüber hinaus, daß es ein gewisses Maß an legaler Ausreise und Familienzusammenführung gebe.

Ich habe dann betont, daß es sich um eine fundamentale politische Frage handele, die m. E. nur in einem Ministergespräch beim Bundeskanzler entschieden werden könnte.

Ich habe StS Rehlinger auf dessen Wunsch zugesagt, nun nicht eine schriftliche Vorlage anzufertigen, sondern BM Genscher mündlich zu unterrichten.

Bertele[5]

VS-Bd. 12428 (513)

207

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2816/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 26. Juli 1984, 19.21 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3303 **Ankunft: 27. Juli 1984, 01.36 Uhr**

Betr.: irakischer Einsatz von Nervengas;
hier: Anlagenlieferung der Firma Kolb

1) In seinem Gespräch mit BM Bangemann[2] am 25.7.84 sprach AM Shultz die Lieferung der Firma Kolb an. Es handele sich hier um einen Fall, der die USA mit „großer Besorgnis" erfülle. Eine deutsche Firma helfe dem Irak, chemische Waffen zu produzieren, nachdem dieses Land solche bereits einmal eingesetzt habe.[3]

BM Bangemann legte demgegenüber unsere bekannte Haltung dar. Es handele sich nicht um eine Anlage zur Herstellung chemischer Waffen, sondern um normale Katalogware. Er bat um gerichtlich verwendbare Beweise. Im übrigen bot er entsprechend der Mitteilung von BM Genscher an ihn vom 23.7.84 an, daß amerikanische Experten in die Bundesrepublik kommen sollten, um sich anhand der Zeichnungen und Pläne der Firma Kolb genau über deren Lieferungen zu unterrichten.

AM Shultz reagierte auf dieses Angebot nicht, sondern erklärte mit großem Nachdruck, es bestünde die Wahrscheinlichkeit einer iranischen Offensive und damit der Anwendung chemischer Waffen seitens des Irak. Es werde dann herauskommen, daß das Gas in einer von einer deutschen Firma gelieferten Anlage hergestellt worden sei und daß große Anstrengungen seitens der USA unternommen worden seien, dies zu unterbinden. Wir sollten uns fragen, wie wir gegenüber den „gerechtfertigten" Vorwürfen dann bestehen wollten.

BM Bangemann betonte demgegenüber nochmals, daß wir die amerikanischen Sorgen voll teilten, aber aus den dargelegten Beweisgründen Probleme recht-

5 Paraphe.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Horsten am 31. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 222 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pöhlmann am 1. August 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) D 2 A i. V., 2) 222 – E[rck] n[ach] R[ückkehr]."

2 Bundesminister Bangemann hielt sich vom 24. bis 27. Juli 1984 in den USA auf.

3 Zum Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vgl. Dok. 65, Anm. 4, Dok. 86 und Dok. 90, Anm. 33.

licher und finanzieller Natur hätten. Abschließend verwies AM Shultz auf den fortzusetzenden Kontakt in dieser Angelegenheit mit BM Genscher.

2) BM Bangemann hat seiner Delegation Weisung erteilt, das BMWi solle für die nächste Sitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe seine Haltung angesichts der politischen Sensibilität der Frage erneut prüfen.[4]

[gez.] Wallau

VS-Bd. 11558 (222)

208

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

201-363.26 USA/SDI-1168/84 VS-vertraulich **27. Juli 1984**[1]
220-371.80 SDI-1591/84 VS-vertraulich

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: zur Information

Betr.: Präsident Reagans Initiative für Strategische Verteidigung (SDI);
hier: Stand der amerikanischen Überlegungen, unsere Interessenlage

4 Ministerialdirigent Loeck legte am 30. Juli 1984 dar: „Beteiligte Ressorts (ChBK, BMWi, BMJ, BMF, AA) haben die Problematik am 28.7. auf Direktorenebene unter Federführung des BMWi (PStS Grüner) gemäß Kabinettsauftrag eingehend erörtert. Behandelt wurden 1) Möglichkeiten, Fa. Kolb zur Aufgabe des Samarra-Engagements zu veranlassen; 2) für die Zukunft ein gesetzliches Instrument zur Verhinderung ähnlicher Fälle zu schaffen." Eine Rechtsgrundlage, der Firma Kolb weitere Lieferungen zu verbieten, „konnte übereinstimmend nicht festgestellt werden". Mangels „Eingriffsmöglichkeit kann Fa. Kolb das Samarra-Geschäft nur ‚abgekauft' werden, d. h., die Firma erwartet, für die finanziellen Folgen des Vertragsbruchs schadlos gestellt zu werden. […] Die Ressorts waren einhellig der Auffassung, daß schon wegen des dringend gebotenen raschen Handelns eine eingehende Prüfung der einzelnen Schadenspositionen nicht möglich sei, die Firma daher veranlaßt werden sollte, gegen eine Pauschalzahlung in Höhe von 10 bis 12 Mio. DM das Samarra-Geschäft aufzugeben und alle Beschäftigten von dort sofort abzuziehen." Vgl. Referat 424, Bd. 135866.
Ministerialdirektor Fischer erläuterte am 7. August 1984, am 31. Juli 1984 habe das Kabinett entschieden, daß „der Firma Kolb, auch unter Inkaufnahme eines möglichen Prozesses, möglichst bald ein Lieferverbot auf der Grundlage des geltenden Rechts auferlegt werden solle; außerdem das derzeitige Außenwirtschaftsrecht durch eine Regelung ergänzt werden solle, die es erlaube, Lieferungen auch dann zu untersagen, wenn der begründete Verdacht bestehe, daß mit den zu liefernden Anlagen auch chemische Waffen hergestellt werden könnten". Eine entsprechende Verordnung werde zum 9. August 1984 in Kraft treten. Vgl. Referat 424, Bd. 135849.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 1. August 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 20. August 1984 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 21. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rückspr[ache] StS M[eyer]-L[andrut] bei BM" verfügte.
Hat Botschafter Ruth am 5. Oktober 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von StS M-L. am 1.10. zurückerhalten. R[ücksprache] erledigt."

Bezug: Aufzeichnung 201-360.90 USA/SDI VS-NfD vom 27.4.1984[4]

I. 1) Am 17./18.7.1984 fanden auf Einladung der USA in Washington SDI-Konsultationen unter Beteiligung von GB, F, I und uns (Delegationsleitung D 2 A[5]) statt. Die Vertreter des Pentagon und des State Department machten die Entschlossenheit der US-Administration deutlich, systematisch alle Zukunftstechnologien für ein strategisches Verteidigungssystem zu erforschen. Sie unterstrichen, daß sie nicht einen einseitigen Vorteil gegenüber der SU anstreben und daß die NATO-Verbündeten sowohl in den SDI-Schutzschirm einbezogen als auch weiter konsultiert werden sollen. Als nächstes soll das Thema möglichst vor Beginn der Weltraumgespräche zwischen den USA und der SU in Wien im September[6] im NATO-Rat behandelt werden. Die US-Administration geht offenbar von der Realisierbarkeit der SDI auf einem der jetzt untersuchten Wege aus. Innerhalb der USA gibt es zwar technisch-wissenschaftlich begründete Kritik an SDI, aber keine nennenswerte politische Opposition gegen das Vorhaben. Bei Wiederwahl Reagans[7] ist damit die Forschungsphase bis Ende des Jahrzehnts gesichert.

2) Die Möglichkeiten der SDI werden von der Administration nüchterner als früher dahin bewertet, daß allenfalls ein weitgehender, aber nicht ein völliger Schutz gegen Angriffe mit strategischen oder Mittelstreckenraketen zu erreichen sein wird. Eine realistischerweise zu erwartende Fähigkeit beider Seiten, einen wesentlichen Teil (ca. 90 %) der gegnerischen Raketen als Ergebnis eines mehrstufigen SDI-Systems abzufangen, rechtfertigt nach amerikanischer Auffassung die hierfür notwendigen großen Anstrengungen. Die in ihrer Eindringfähigkeit verbesserten strategischen Bomber sowie Marschflugkörper würden zusammen mit denjenigen strategischen Raketen, die ein künftiges sowjetisches SDI durchdringen, das dritte Element der NATO-Triade in seiner Bedeutung ungeschmälert erhalten.

Den Hauptzweck der SDI sieht die Administration jetzt offenbar in einem entscheidenden Abbau von möglichen Anreizen zu einem sowjetischen Erstschlagsversuch. Ein SDI-System, das nicht mit nuklearen Sprengköpfen wirkt, wäre nach amerikanischer Auffassung eine glaubhafte Abschreckung gegen einen solchen Versuch.

Zusätzlich hebt man in Washington hervor, das Vorhandensein eines strategischen Abwehrsystems würde im Fall eines sowjetischen konventionellen Angriffs in Europa eine Entscheidung über den Ersteinsatz nuklearer Waffen erleichtern und damit die Gesamtabschreckung verstärken. (Dieses Argument ist im Prinzip richtig; Komplikationen würden sich allerdings ergeben, wenn auch die SU über ein funktionsfähiges entsprechendes Abwehrsystem verfügt.)

4 Ministerialdirektor Pfeffer legte einen ersten Überblick über SDI vor. Dabei analysierte er die Entstehungsgeschichte und ging auf technische Fragen und Realisierungschancen ein, ebenso auf sowjetische Aktivitäten auf diesem Gebiet und auf mögliche Auswirkungen auf Rüstungskontrollverhandlungen, die übrigen NATO-Mitgliedstaaten sowie die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 128642.

5 Friedrich Ruth.

6 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juni 1984 für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen vgl. Dok. 184, Anm. 5.

7 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

3) Ferner erhofft man sich in den USA von der SDI Forschungsergebnisse, die auch außerhalb des militärischen Bereichs Nutzen abwerfen.

4) In rüstungskontrollpolitischer Hinsicht ist SDI nach amerikanischer Auffassung in der Forschungsphase mit den geltenden Rüstungskontrollvereinbarungen (insbesondere Weltraumvertrag[8] und ABM-Vertrag[9]) vereinbar. Das Versuchsprogramm soll so ausgelegt werden, daß es in diesem Rahmen bleibt. Die USA haben der SU jedoch bereits vor Juli 1984 Gespräche über die rüstungskontrollpolitischen Implikationen angeboten.[10] In den für Wien ins Auge gefaßten Gesprächen über Weltraumwaffen wollen die USA auch SDI behandeln. Dabei wollen sie insbesondere darlegen, daß sich die USA durch die sowjetischen Aktivitäten in diesem Bereich zum Nachziehen gezwungen sahen. Diese US-Position für Wien macht deutlich, daß sich Washington zumindest die Forschungsphase der SDI nicht abhandeln lassen will.

Gleichzeitig wollen die USA das Ziel einer Reduzierung der Offensivsysteme weiterverfolgen. Sie versprechen sich von SDI zumindest in einem fortgeschrittenen Stadium bessere Chancen für die Reduzierung von Offensivraketen, die nach den amerikanischen Erwartungen von SDI zu einem erheblichen Teil entwertet würden.

II. SDI ist ein Zukunftsprojekt; es wirft aber bereits heute wichtige verteidigungs- und rüstungskontrollpolitische Fragen auf:

– Im Bündnis stellen die USA die Partner mit ihrer Initiative vor Probleme. GB und F sind sich im unklaren, wie sie im Falle einer Verwirklichung ihren nuklearen Potentialen wenigstens die derzeitige Bedeutung erhalten können. F reagierte mit der öffentlichen Forderung, strategische Abwehrsysteme überhaupt zu verbieten.[11] Im übrigen würde SDI auch die Frage der Mitwirkung der Europäer an einem Europa abdeckenden strategischen Abwehrsystem aufwerfen.
– Ein west-östlicher Rüstungswettlauf bei Verwirklichung eines effektiven strategischen Defensivpotentials würde auch die USA erhebliche Anstrengungen kosten. Dies könnte Forderungen nach einer Kosten- und gar Aufgabenteilung im Bündnis neu beleben. Eine Verringerung des amerikanischen Engagements in der konventionellen Verteidigung würde schwerwiegende Fragen für das Bündnis aufwerfen.
– Die strategische Verkoppelung zwischen Europa und den USA und die Koppelung unter den Elementen der NATO-Triade sollen nach amerikanischen Vorstellungen aufrechterhalten bleiben. Doch wird durch SDI die Strategiediskussion erneut angeheizt. Es wird daher zusätzlicher Anstrengungen der

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1968–1987.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

10 Zum amerikanischen Gesprächsangebot an die UdSSR vgl. Dok. 133, Anm. 3.

11 Vgl. dazu die französischen Vorschläge in der Genfer Abrüstungskonferenz; Dok. 195, Anm. 11.

Verbündeten bedürfen, um Abschreckung und Verkoppelung inhaltlich und ihrer Perzeption nach zweifelsfrei zu machen. Insbesondere werden die USA darauf zu achten haben, daß die von ihnen angestrebte Abwehrwirkung eines SDI nicht als Versuch der Schaffung eines Sanktuariums für die USA interpretiert wird und damit die Frage einer größeren Wahrscheinlichkeit regionaler Konflikte unterhalb der nuklearstrategischen Ebene in den Vordergrund tritt.

– Das West-Ost-Verhältnis wird von SDI beeinflußt, jedenfalls bis entweder seine technische Nichtrealisierbarkeit bewiesen oder aber ein neues Gleichgewicht zwischen USA und SU unter Mischung von strategischen Defensiv- und Offensivwaffen eingetreten ist. In der Zwischenzeit ist die Gefahr einer destabilisierenden Entwicklung – insbesondere dadurch, daß die SU einem amerikanischen Vorsprung auf der Defensivseite durch Verstärkung ihres Offensivpotentials entgegenzuwirken sucht – nicht ausgeschlossen. Von militärischen Gegenmaßnahmen abgesehen, wird ein amerikanisches Weiterverfolgen von SDI auf sowjetischer Seite eine breite Reaktion auslösen. (Schon jetzt ist der Versuch zu beobachten, die Weltöffentlichkeit gegen SDI zu mobilisieren.) Hieraus ergibt sich die große politische Bedeutung, die der frühzeitigen Einbindung von SDI in den Rüstungskontrolldialog zwischen beiden Supermächten zukommt.
– Hinsichtlich der rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI ist zwischen Forschungs-, Entwicklungs- und Stationierungsphase zu unterscheiden. In der Forschungsphase werden die Probleme im Vordergrund stehen, die sich aus dem Verhältnis zur SU ergeben. Erst danach verlagert sich das Schwergewicht auf die Probleme der Bündnisstrategie.

  In der Forschungsphase müßten in Gesprächen mit der SU folgende Ziele angestrebt werden:

  – Verständigung über die Einhaltung des ABM-Vertrages bis auf weiteres,
  – Vermeidung einer „präventiven Umgehung“ von SDI durch Vermehrung der offensiven Systeme oder durch Ausweichen auf Flugzeuge oder Marschflugkörper.

  Die Entwicklungsphase müßte eingeleitet werden von einer verhandelten Anpassung des ABM-Vertrages. Gleichzeitig müßte versucht werden, im Hinblick auf den Schutz gegen ballistische Raketen, der sich aus den zu entwikkelnden SDI-Systemen ergibt, einschneidende Reduzierungen[12] der Offensivraketen zu erreichen.

III. Im gegenwärtigen Stadium der SDI ergeben sich für uns nachstehende Folgerungen:

1) In laufender Konsultation mit den USA müssen wir uns über die Entwicklung bei SDI informieren und unsere politischen Überlegungen zum Tragen bringen. Das Gespräch sollte sowohl auf diplomatischer wie auf politischer Ebene geführt werden. Die Konsultationen im NATO-Rat wären fortzuführen wie bis-

12 Die Wörter „einschneidende Reduzierungen“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das Gegenteil wird eintreten: Die SU wird möglichst viele strateg[ische] Raketen aufstellen, um den 10%-Anteil derjenigen, die abgefeuert werden, möglichst hoch zu halten.“

her. Daneben sollten wir jedoch auch an den Konsultationen im engeren Kreise festhalten, wie sie am 17./18. Juli in Washington geführt wurden. Dieser Rahmen erlaubt eine offenere Diskussion, wie Washington gezeigt hat.

2) Der Zusammenhalt innerhalb des Bündnisses bedarf angesichts der amerikanischen Initiative besonderer Pflege. Es gilt, neuen Differenzen – etwa zwischen USA und F – zuvorzukommen.

3) Wir müssen den USA ständig die Notwendigkeit deutlich machen, an der Verkoppelung zwischen Europa und USA keine Zweifel aufkommen zu lassen. Die Abschreckung, die Verkoppelung der einzelnen Elemente der Triade und die Risikogemeinschaft im Bündnis – nicht zuletzt auch durch ein ungeschmälertes konventionelles Engagement der USA in Europa – müssen glaubhaft bleiben.

4) Notwendig ist der Dialog mit der SU mit dem Ziel, stabilisierende Verständigungen zu erreichen. Hierzu gehören insbesondere Vereinbarungen über das Schicksal des ABM-Vertrags und über die Reduzierung der nuklearen Offensivwaffen.

i.V. Schauer i.V. Hartmann

VS-Bd. 11373 (220)

209

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-373.00 **27. Juli 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: KVAE;
hier: Stand und weiteres Vorgehen

Zur Unterrichtung

I. Verhandlungsstand

1) Die zweite Runde in Stockholm[4] ergibt folgendes Bild:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Neubert konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der operative Teil, insbes[ondere] die Frage der Vorlage eines mögl[ichen] Schlußdokuments in Vertragssprache, sollte zum Thema Ihres Gesprächs mit Secretary Shultz gemacht werden."

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 31. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 31. Juli 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde erneut vorgelegen.

4 Zur zweiten Runde der KVAE vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 vgl. Dok. 191.

– Die Konferenz war – sowohl im Plenum wie in informellen Gesprächen – weitgehend frei von Polemik, mehr noch als in der ersten Runde[5].
– Der Westen konnte dank guter Koordinierung seine Substanzposition geschlossen und klar vertreten und hat darüber hinaus in zwei wichtigen Themenbereichen – zum Gewaltverzicht (u. a. Dubliner Rede Reagans[6]) und zur Frage beschränkender militärischer Maßnahmen (constraints) – Bereitschaft zur Erörterung signalisiert.
– Die N+N haben dies um so mehr gewürdigt, als sie wegen fortbestehender unterschiedlicher Auffassungen untereinander nicht gemeinsam und umfassend Substanzbeiträge leisten konnten.
– Der Osten hat zwar im Sinne seiner längerfristigen Ziele auf ein ungetrübtes Konferenzklima Wert gelegt, war aber nicht bereit, jetzt schon in eine wirkliche Substanzdiskussion einzutreten oder einer Arbeitsstruktur zuzustimmen.

Damit wurde in der zweiten Runde die für uns wichtige Annäherung zwischen Westen und N+N bestätigt, welche durch die östliche Konsensverweigerung in der Arbeitsgruppenfrage[7] noch zusätzlich deutlich wurde.

2) Die Zurückhaltung des Ostens dürfte auf einem Zusammenwirken mehrerer Motive beruhen:

– Das derzeitige Ost-West-Klima, insbesondere das Verhältnis SU – USA, sprach aus Moskauer Sicht offenbar gegen Offenheit in Sachfragen und gegen eine Prozedureinigung schon in der zweiten Runde.
– In der Prozedurfrage war der schwedische Mandatszuschnitt für zwei Arbeitsgruppen aus Moskauer Sicht nicht befriedigend: Da die sowjetischen Vorschläge nicht allein in einer AG, sondern mit westlichen und N+N-Vorschlägen zur Transparenz und zu Beschränkungen (constraints) zusammengelegt waren mit dem Risiko gegenseitiger Blockierung, hätte der Westen in der anderen AG zur Fortentwicklung der „Helsinki-VBM“[8] auf schnelle Fortschritte drängen können. Schließlich scheiterte die sowjetische Hoffnung, dem Westen die Neinsager-Rolle zuzuschieben, weil die Allianz rechtzeitig Flexibilität zeigte und die SU als Konsensverweigerer übrigblieb. Der Osten hat sich danach bemüht, den negativen Eindruck zu mildern, und erklärt, daß er noch „Zeit zur Prüfung der Vorschläge brauche“.

Der Verlauf der Runde zeigt das Dilemma der SU, die an ihrer „anti-amerikanischen“ Linie festhalten, gleichzeitig aber das KVAE-Forum und das Verhältnis zu den N+N und Westeuropäern nicht ernsthaft gefährden will; dieser Balanceakt zwischen positiven und negativen Elementen ihrer Haltung gelingt nicht immer.

5 Die erste Runde der KVAE fand vom 17. Januar bis 16. März 1984 in Stockholm statt. Vgl. dazu Dok. 87.
6 Zur Rede des Präsidenten Reagan vom 4. Juni 1984 vgl. Dok. 167.
7 Zum schwedischen Vorschlag der Bildung von zwei Arbeitsgruppen vgl. Dok. 191, Anm. 12.
8 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

II. Fragen des künftigen Konferenzverlaufs

1) Es ist derzeit nicht absehbar, wann die SU ihre jetzige abwartend negative Haltung aufgeben wird. Das Verhältnis zu den USA spielt hier ebenso eine Rolle wie ihre künftige Europa-Politik, aber auch der Zeitfaktor. Der Termin November 1986 für das KSZE-Folgetreffen in Wien[9] legt für die SU die taktische Versuchung nahe, Zeit zu gewinnen, den Westen „auszusitzen" und zu versuchen, den Zeitdruck in der Schlußphase 1986 zu eigenen Gunsten zu nutzen.

Angesichts des schwer im einzelnen vorhersehbaren Verhaltens der SU sollte der Westen seine Konferenzstrategie nicht an denkbaren Zügen der Gegenseite orientieren, sondern an seinen eigenen Interessen:

– Vorrangiges Ziel bleibt ein befriedigendes Ergebnis der ersten Phase der KVAE in der Sache, dazu gehören vor allem
  – die Vereinbarung von VSBM, die ein Plus an Transparenz und Stabilität bringen, auch wenn sie (noch) nicht westlichen Idealvorstellungen entsprechen;
  – die praktische Anwendung von konkreten VSBM im gesamten geographischen Anwendungsbereich, weil damit die vollständige Erfassung des europäischen Territoriums der SU in einer sicherheitspolitisch wichtigen Vereinbarung erstmals verwirklicht würde. (Hier ist Aufmerksamkeit geboten, da die SU in Stockholm bereits Argumente aufbaut, mit denen sie den im Mandat[10] vereinbarten Anwendungsbereich ganz Europa für ihr Territorium unter Hinweis auf die Grundsätze der Ausgewogenheit und der Gegenseitigkeit einzuschränken versucht.)
– Damit der Westen dieses Ziel erreichen kann, sollte er die politisch wichtige grundsätzliche Übereinstimmung mit den N+N bezüglich der Zielsetzung der Konferenz (Transparenz, Vertrauen, Stabilität) stets im Auge behalten: Die faktische Koalition West/N+N ist eine Voraussetzung dafür, daß sich der Osten im Interesse seiner künftigen Beziehungen zu allen anderen Teilnehmerstaaten überhaupt zu „Bewegung" auf VSBM in unserem Sinne bereit findet.
– Um das genannte Ziel zu erreichen, muß der Westen weiterhin seine Substanzvorstellungen in den Mittelpunkt des Konferenzgeschehens stellen:
  – Wir sollten das Konferenzgeschehen in der nächsten Runde[11] nicht von einem Prozedurstreit prägen lassen, der dem Ansehen der KVAE in der Öffentlichkeit schaden könnte, müssen jedoch unsere Interessen beim Verfahren deutlich wahren.
  – Solange es noch keine Arbeitsstruktur gibt, sollten wir das Plenum stärker als Forum intensiver und informeller Sachdebatten nutzen. Der Osten

9 In Ziffer 1 des Abschnitts „Folgen der Konferenz" des Schlußdokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde der 4. November 1986 als Beginn der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 552.

10 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

11 Die dritte Runde der KVAE fand vom 11. September bis 12. Oktober 1984 in Stockholm statt. Vgl. dazu Dok. 275.

kann eine solche Umwandlung des Plenums in eine große „Arbeitsgruppe“ nicht verhindern, er kann allenfalls eigene Substanzbeiträge verweigern und sich damit isolieren.

2) Bei der Vorbereitung der westlichen Verhandlungsführung in den nächsten zwei Runden[12] müssen zwei wichtige Fragen im Bündnis geklärt werden:

a) Das westliche Vorschlagsdokument vom Januar 1984 (SC/1)[13] umreißt die westlichen Vorstellungen präzise, aber knapp. Wenn wir den Osten stärker unter Verhandlungsdruck setzen wollen, müssen wir zu gegebener Zeit mehr Substanz (keine andere) in Stockholm einführen, d.h. mehr Details, mehr Argumente, ausführlichere Erläuterungen, ausformulierte Texte.

b) Der Westen hat mit der Rede von Präsident Reagan in Dublin seine Bereitschaft erklärt, über eine Bekräftigung des Gewaltverzichts zu sprechen. Wenn wir dazu beim Wort genommen werden – wahrscheinlich eher von den ungeduldigen N+N als von der SU –, müssen wir eine klare, gemeinsame und erfolgversprechende Linie für diese GV-Diskussion haben.

Mit Rücksicht auf Überlegungen und Pläne unserer Partner müssen folgende Fragen geklärt werden:

Zu a) Neues Konferenzdokument

Die USA haben für die angestrebte Intensivierung der Sachdiskussion in Stockholm ein Modell „für ein KVAE-Schlußdokument“ (d.h. in Vereinbarungs- bzw. Ergebnissprache) auf der Basis des in der NATO erarbeiteten VSBM-Pakets, das jedoch noch offene Fragen enthält, entworfen.[14] Die USA möchten den Entwurf bald in der NATO konsultieren, damit er im September oder Oktober, d.h. in der nächsten Runde, als westliches Dokument in Stockholm eingeführt werden könnte.

Die Zielsetzung dieser amerikanischen Überlegungen, nämlich die Verhandlungen weiter initiativ anzugehen und unabhängig von der östlichen Taktik das westliche Interesse an Substanzverhandlungen deutlich zu machen, ist an sich gut.

Aus unserer Sicht ist jedoch zu bemerken:

– Die amerikanischen Terminvorstellungen lassen kaum Zeit für echte Konsultationen im Bündnis.
– Eine Einbringung entsprechend dem amerikanischen Entwurf würde die gesamte Verhandlungsmasse des Westens offenlegen und detailliert festschreiben, was die Verhandelbarkeit beeinträchtigen könnte.

12 Die vierte Runde der KVAE fand vom 6. November bis 14. Dezember 1984 in Stockholm statt. Vgl. dazu Dok. 348.

13 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

14 Zu dem beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am 19. Juli 1984 übergebenen amerikanischen Papier vgl. Dok. 198, besonders Anm. 9.
Am 1. August 1984 teilte Gesandter Wallau, Washington, mit, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums hätten die USA „inzwischen das vorher nur in der Viererrunde zirkulierte Papier auch den anderen NATO-Partnern zugänglich gemacht […]. Die USA gingen davon aus, daß die weitere Diskussion dieses Papiers im NATO-Rahmen stattfinden werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3374; VS-Bd. 11523 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

– Eine Einbringung vor dem 6. November[15] könnte vom Osten als Wahlpropaganda abgetan werden.
– Erwägenswert i.S. einer westlichen Initiative wäre jedoch, in der nächsten Runde eine der Maßnahmen illustrativ „in Vereinbarungssprache" einzuführen.

Zu b) Mit der Dublin-Rede des US-Präsidenten hat der Westen signalisiert, daß er bereit ist, über eine Bekräftigung des GV zu sprechen, wenn dies die SU dazu veranlaßt, über Vereinbarungen zu verhandeln, welche dem GV-Prinzip konkrete neue Bedeutung geben. Damit ist der Westen über seine allgemein erklärte Bereitschaft, „alle Vorschläge" in Stockholm zu erörtern, hinausgegangen und hat seinen Willen, ernsthaft zu verhandeln, gegenüber dem Osten, den N+N und der Öffentlichkeit deutlich gemacht.

Nachdem wir bei der Thematik Gewaltverzicht bei der KVAE erfolgreich eine Vorreiterrolle im Bündnis gespielt haben, kommt es nun darauf an, dieses Thema für die KVAE behutsam zu entwickeln, aber in der NATO, wo das Thema erörtert wird, vorzeitige oder detaillierte Festlegungen zu vermeiden.

Bei den WP-Staaten darf nicht der Eindruck entstehen, daß die Allianz schon auf die wesentliche östliche Forderung eingeht, bevor der Osten sich überhaupt ernsthaft mit westlichen Vorschlägen befaßt hat.

Im Bündnis ist man sich darüber klar, daß die GV-Thematik für die SU nicht nur dazu dient, in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit für Verteidigungsanstrengungen der Partner in Frage zu stellen, sondern vor allem auch als Instrument benutzt wird, um den Ersteinsatzverzicht auf Kernwaffen zu propagieren. Der Westen muß deshalb in Stockholm einer Militarisierung der GV-Diskussion in Richtung auf einen Ersteinsatzverzicht vorbeugen, um nicht in die Defensive zu geraten. Er sollte vielmehr politisch offensiv argumentieren und auch auf Elemente abstellen, die für ein friedliches Zusammenleben in Europa notwendig sind und die über die Einhaltung konkreter VSBM hinausgehen.

Entwicklung und Handhabung einer westlichen GV-Politik haben entscheidende Funktion für das Gesamtergebnis in Stockholm: Der Gewaltverzicht ist das einzige „Pfund", mit dem der Westen in der KVAE „wuchern" kann und muß, um sowjetische Zustimmung für konkrete VSBM zu erhalten. Will der Westen hier erfolgreich sowjetisches Entgegenkommen aushandeln, muß er die GV-Thematik auf die KVAE konzentrieren und darf seine Gegenleistung – eine Bekräftigung des GV – nicht scheibchenweise oder vorzeitig aus der Hand geben oder durch unkoordiniertes Vorgehen verspielen. Es kommt entscheidend darauf an, daß westliche Zugeständnisse beim Gewaltverzicht

– nur gegen gleichwertige sowjetische Leistungen erfolgen und
– erst dann, wenn damit auch der erfolgreiche Abschluß der ersten KVAE-Phase gesichert werden kann.

Hartmann

Referat 221, Bd. 128662

15 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

210

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert

331-321.11 ELS **30. Juli 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Information

Betr.: Auswertung der Europareise des Präsidenten von El Salvador, José Napoléon Duarte[4]

I. Fakten

1) Die wichtigsten Ergebnisse der Gespräche in Bonn (17.7.–19.7.1984) mit Bundespräsident[5], BK[6], BM, BM Warnke sind folgende:

– Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit: 50,6 Mio. DM (davon 27,6 Mio. aus früheren Zusagen) zum großen Teil für grundbedürfnisorientierte Vorhaben.
– Übereinstimmung über Grundsätze der Konfliktlösung in ELS, damit eines Teils des Zentralamerikakonflikts: politischer Dialog, Festigung der Demokratie durch soziale Reformen, Eindämmung der Gewalt.
– Übereinstimmende Beurteilung der Lage in Nicaragua: Skepsis über demokratischen Charakter der Wahlen am 4.11.1984, fortdauernde Unterstützung der Guerilla in ELS als ein Hindernis des Contadora-Prozesses[7].
– Einigung über Plan der EG-Zentralamerika-Kooperation und die Konferenz der Außenminister der EG, Portugals, Spaniens und der Contadora- und zentralamerikanischen Staaten in San José Ende September 1984.[8]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Wolf und Legationssekretär Heumann konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 31. Juli 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 21. August 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 21. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 331 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 21. August 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 22. August 1984 vorgelegen.

4 Präsident Duarte hielt sich vom 16. bis 19. Juli 1984 in der Bundesrepublik auf, am 19. Juli besuchte er Frankreich, am 19./20. Juli Belgien, am 20. Juli Großbritannien und am 21./22. Juli Portugal.

5 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker traf am 16. Juli 1984 mit Präsident Duarte zusammen. Ministerialdirigent Kullak-Ublick notierte dazu am 17. Juli 1984, Weizsäcker habe eine Einladung nach El Salvador angenommen. Ferner seien Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfsleistungen der Bundesrepublik für El Salvador sowie die dortige politische und wirtschaftliche Lage erörtert worden. Vgl. dazu Referat 331, Bd. 135978.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte am 20. Juli 1984: „BK würdigte im Gespräch mit Duarte, das in herzlicher Atmosphäre verlief, seine politischen Ziele: durch Dialog zwischen den Bürgerkriegsparteien den Frieden zu erreichen, die Demokratie durch soziale Reformen zu festigen und die willkürliche Gewalt zu beenden.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 331, Bd. 135978.

7 Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Beilegung der Konflikte in Mittelamerika vgl. Dok. 153, Anm. 18.

8 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 vgl. Dok. 260.

2) In Paris wurde Duarte von Präsident[9], Außenminister[10] und Senatspräsident[11] empfangen. Schon diese Tatsache zeigt eine Änderung der französischen Zentralamerikapolitik, die durch eine stillschweigende Distanzierung von der 1981 abgegebenen französisch-mexikanischen Erklärung[12] über die Anerkennung der salvadorianischen Guerilla (FDR-FMLN) als[13] „repräsentative politische Kraft" eingeleitet worden war.

Den führenden Repräsentanten des politischen Flügels der Guerilla (FDR), Guillermo Ungo, der vor ihm von der französischen Regierung empfangen worden war[14], bezeichnete Duarte als nicht durchsetzungsfähig gegenüber den extremen Kräften in der Guerilla, die ausschließlich auf eine militärische Lösung des Bürgerkriegs setzen.

Duarte hat im Hinblick auf die beginnende Bereitschaft der französischen Regierung zur Unterstützung seiner Ziele seine innenpolitischen Probleme bei seinem Besuch in Paris besonders stark herausgestellt:

– Erwartung einer militärischen Offensive der Guerilla Ende September/Oktober,
– Wirtschaftskrise Ende des Jahres,
– politische Krise vor den Wahlen im März 1985.[15]

3) Das Gespräch Duartes in London zeigte, daß PM Thatcher die politische Beurteilung und das politische Engagement der Bundesregierung in dieser Region teilt. Es bestätigte aber auch, daß Großbritannien nicht gewillt ist, seine finanziellen Verpflichtungen über die karibischen Länder des Commonwealth hinaus auf Zentralamerika auszudehnen.

4) Der Besuch Duartes in Lissabon war offensichtlich ausschließlich wegen in der Presse vielbeachteter protokollarischer Fehler und mangelnder Vorbereitung ein diplomatischer Mißerfolg. Duarte hatte bei der Begrüßung Ministerpräsident Soares als „Präsident" angeredet, ohne in der Nähe stehenden Präsidenten Eanes zu beachten.

Portugal, das an der Konferenz der Außenminister von EG und Zentralamerika in San José Ende September 1984 teilnehmen soll, hat bisher keine aktive Zentralamerikapolitik betrieben.

II. Bewertung

1) Die Gespräche Präsident Duartes auf seiner Europareise bestätigten insge-

9 François Mitterrand.
10 Claude Cheysson.
11 Alain Poher.
12 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 30./31. Juli 1981 in Mexiko auf. Für den Wortlaut der am 28. August 1981 veröffentlichten Erklärung zu El Salvador vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Juli/August), S. 53.
13 Der Passus „die durch … (FDR-FMLN) als" wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie in Mexiko auch!"
14 Gesandter Mühlen, Paris, berichtete am 21. Januar 1982, der Präsident der FDR, Ungo, habe sich Mitte Januar 1982 in Frankreich aufgehalten. Außer mit dem französischen Außenminister Cheysson hätten Gespräche mit Vertretern der Sozialistischen Partei sowie mit Beratern von Staatspräsident Mitterrand bzw. Ministerpräsident Mauroy stattgefunden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 163; Referat 331, Bd. 135980.
15 Am 31. März 1985 fanden in El Salvador Parlaments- und Kommunalwahlen statt.

samt die Politik der Bundesregierung, durch Unterstützung der Bemühungen Duartes um politischen Dialog zwischen den Bürgerkriegsparteien, soziale Reformen und Kontrolle der „Todesschwadronen" zur friedlichen Lösung in El Salvador, eines Teils des Zentralamerikakonflikts, beizutragen. Über diese Politik herrscht zwischen den europäischen Partnern ein größeres Maß an Übereinstimmung als zuvor. Die Bundesregierung hat hier eine gewisse „Vorreiterrolle". Die Besuche Duartes in Paris, Brüssel[16], London und Lissabon kamen erst aufgrund der Einladung der Bundesregierung zustande.

2) Die Europareise Duartes bewirkte auch – ähnlich wie die des costaricanischen Staatspräsidenten Monge (Juni 84)[17] – eine größere Ausgewogenheit der europäischen Diskussion über Zentralamerika, die bisher zu einseitig auf Nicaragua konzentriert war. Sie machte bewußt, daß ohne eine Lösung des Konflikts in El Salvador alle Bemühungen um eine Lösung des Zentralamerikakonflikts keinen vollen Erfolg haben können.

3) In der Bundesrepublik Deutschland verdeutlichte der Besuch die Veränderung der innenpolitischen Fronten in der Zentralamerikapolitik: Eindeutig verurteilt wurde die Unterstützung der Bundesregierung für Duarte nur von Jusos, Grünen, Amnesty International und kleinen kirchlichen und entwicklungspolitischen Gruppen, deren Kritik allerdings in den Medien über Gebühr Beachtung fand.

Das Gespräch Duartes mit dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ehmke[18] zeigte, daß sich diese Partei der Zentralamerikapolitik der Bundesregierung weiter angenähert hat. Diese Entwicklung hatte sich seit der großen Zentralamerikadebatte im Bundestag (27.1.1984)[19] und der Entsendung von Wahlbeobachtern nach San Salvador (März und Mai 1984[20]) auch durch die SPD abgezeichnet und entsprach im übrigen der veränderten Politik der Sozialistischen Internationale in dieser Frage.

4) Präsident Duarte selbst erfuhr durch seine Reise zum großen Teil die von ihm erwartete demonstrative Unterstützung seiner Politik des politischen Dialogs, sozialer Reformen und Eindämmung der Menschenrechtsverletzungen durch mehrere westeuropäische Staaten. Dies könnte ihn innenpolitisch insbesondere gegen die rechtsextremen Kräfte stärken, gegen die er diese Politik durch-

16 Botschafter Feit, Brüssel, teilte am 24. Juli 1984 mit, während seines Besuchs am 19./20. Juli 1984 in Belgien sei Präsident Duarte von König Baudouin empfangen worden, ferner habe er Gespräche mit Ministerpräsident Martens und Außenminister Tindemans sowie mit EG-Kommissionspräsident Thorn geführt. Nach Auskunft des belgischen Außenministeriums seien im Gespräch mit Tindemans die Unterstützung für die demokratische Entwicklung in El Salvador, Wirtschaftshilfe, die Ausbildung von Armee- und Polizeioffizieren, die Contadora-Initiative und die Lage in Nicaragua erörtert worden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 887; Referat 331, Bd. 135980.

17 Im Rahmen einer Reise vom 29. Mai bis 30. Juni 1984 in zwölf europäische Staaten hielt sich Präsident Monge vom 4. bis 6. Juni 1984 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 4. Juni 1984 vgl. Dok. 158.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte am 20. Juli 1984: „Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke forderte den Gast zur Aufhebung des Ausnahmezustands, wirksamen Bekämpfung der Todesschwadronen und Beginn des Dialogs mit der Guerilla als wesentliche Voraussetzung für die Respektierung der Menschenrechte und Verwirklichung der Reformen auf." Vgl. den Runderlaß; Referat 331, Bd. 135978.

19 Für den Wortlaut der Debatte zur Lage in Mittelamerika vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 3635–3676.

20 Am 25. März bzw. 6. Mai 1984 fanden in El Salvador Präsidentschaftswahlen statt.

setzen muß. Die verstärkten Beziehungen zu EG-Staaten helfen ihm zudem innen- und außenpolitisch, das Bild von der einseitigen Abhängigkeit El Salvadors von den USA zu korrigieren.

Die Beurteilung der Lage in El Salvador durch Duarte scheint allerdings von Zweckoptimismus bestimmt zu sein. Duartes politischer Wille zur Durchsetzung seiner Ziele ist zwar unbestritten, und er besitzt hierfür die Unterstützung von außen durch USA und wichtige westeuropäische Staaten. Die Hindernisse bei der Erreichung dieser Ziele aber sind kaum verändert: Die Guerilla beharrt auf ihrer Forderung nach Regierungsbeteiligung ohne demokratische Legitimation (Wahlen). Auch die Pattsituation im Parlament, das erst im März 1985 neu gewählt wird, ist unverändert. Soziale Reformen sind hier gegen die rechtsextremen Kräfte (ARENA[21]) kaum durchzusetzen.

Wenn Duarte inzwischen auch die Loyalität großer Teile der Streitkräfte zu besitzen scheint, so ist es schließlich noch völlig ungewiß, ob er größere Kontrolle über die „Todesschwadronen", die sich aus den Streitkräften rekrutieren, erlangen kann. Erfolge hierbei sind eine der wichtigsten Voraussetzungen einer politischen Lösung in El Salvador.

Peckert

Referat 331, Bd. 135978

211

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.92 FRA-1196/84 VS-vertraulich **31. Juli 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: gemeinsame Bewertung der amerikanischen Pläne zur Abwehr ballistischer Raketen (Strategic Defense Initiative – SDI)

21 Alianza Republicana Nacionalista.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Röhr konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. August 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 20. August 1984 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut und Botschafter Ruth um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 21. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS M[eyer]-L[andrut] u. D 2 A bei BM" verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 27. August 1984 erneut vorgelegen.
Am 10. Oktober 1984 vermerkte Meyer-Landrut zum Rücksprachewunsch von Genscher handschriftlich: „Erl[edigt]."
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 10. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent Schauer an Referat 201 verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 15. Oktober 1984 vorgelegen.

1) Im Januar 1984 schlug Frankreich im Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung vor, eine gemeinsame Bewertung der US-Pläne zur Abwehr ballistischer Raketen (SDI) zu erstellen.[4] Im März 1984 beschloß die politisch-strategische Arbeitsgruppe, zu diesem Zweck eine Expertengruppe einzusetzen.[5] Dieser Beschluß wurde anläßlich des Treffens der Außen- und Verteidigungsminister in Paris am 28. Mai 1984 durch zustimmende Kenntnisnahme vom Bericht der Arbeitsgruppe gebilligt.[6]

2) Aufgabe der Expertengruppe ist es, die amerikanische Strategic Defense Initiative unter sicherheitspolitischen, militärstrategischen und technologischen Aspekten zu analysieren und zu bewerten und der politisch-strategischen Arbeitsgruppe im Herbst 1984 einen Bericht vorzulegen.[7] Die Gruppe setzt sich aus Angehörigen der jeweiligen Außen- und Verteidigungsministerien zusammen; den Vorsitz führt jeweils ein Angehöriger eines Verteidigungsministeriums.

3) Die Experten sind bisher zweimal zusammengetroffen. Sie haben sich auf folgende vorläufige Gliederung für ihren Bericht geeinigt:

1) Einleitung, Rückblick,

2) technische Synthese,

3) strategische und operative Aspekte,

4) Bündnis – Sicherheitspolitik,

5) Rüstungskontrolle,

6) Unterrichtung der Öffentlichkeit,

7) politische Synthese und Empfehlungen.

Anhang: technische Einzelheiten.

4 a) Die Arbeit befindet sich noch in einem frühen Stadium. (Bisher sind nur unilaterale Papiere geschrieben worden. Die Formulierung gemeinsamer Texte ist noch nicht begonnen worden.) Gleichwohl können schon jetzt Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Bewertung festgestellt werden. Frankreich geht ebenso wie wir davon aus, daß die SDI-Initiative Präsident Reagans weiterverfolgt werden wird.

b) Die möglichen Folgen einer Verwirklichung der Initiative sieht Frankreich jedoch deutlich kritischer als wir.[8] Dabei stellen die Auffassungen keine grundsätzlich auseinanderfallenden Positionen, sondern vielmehr unterschiedliche Nuancierungen bei im wesentlichen ähnlicher Betrachtungsweise dar.

Auch wenn unsere eigene Bewertung durchaus noch entwicklungsfähig ist, so läßt sich schon jetzt sagen, daß wir – federführend ist das BMVg –

4 Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 19. Januar 1984 in Paris vgl. Dok. 16.

5 Zur Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 14. März 1984 vgl. Dok. 84.

6 Für das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu in La Celle Saint-Cloud vgl. Dok. 149.

7 Zur Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 21. September 1984 in Paris vgl. Dok. 241.

8 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Wirklich? Ich sehe sie sehr kritisch!“

– die amerikanische Forschung für notwendig halten, da die Sowjetunion offenbar bereits an ähnlichen Programmen arbeitet,
– ein einseitiges ABM-Monopol für unwahrscheinlich halten, sondern vielmehr den Aufbau vergleichbarer Raketenabwehrsysteme auf beiden Seiten als den wahrscheinlicheren Fall ansehen,
– die Möglichkeit einer nahezu vollständig wirksamen Abwehr, die die NATO-Strategie in Frage stellen müßte, für unwahrscheinlich halten, sondern von einer nicht perfekten Raketenabwehr auf beiden Seiten ausgehen, so daß die Philosophie der Mutually Assured Destruction im Grundsatz erhalten bleibt und eine Erstschlagsfähigkeit nicht erreicht werden kann,
– schon jetzt in Überlegungen eintreten, ob ein Defensivsystem auch Westeuropa abschirmen kann und
– rüstungskontrollpolitisch eher auf eine Begrenzung neuer Systeme als auf ihre Verhinderung durch den ABM-Vertrag[9] setzen.

Die französische Seite erweckt den Eindruck, als habe sie sich in ihrer Bewertung bereits endgültig festgelegt. Als mögliche Folge der Verwirklichung der US-Pläne sieht sie vor allem:

– mittelfristig
  – eine Weiterentwicklung der Offensivkapazitäten insbesondere durch die SU,
  – die beschleunigte Entwicklung von Anti-Satelliten-Waffen,
  – eine Verschärfung der militärischen Rivalität zwischen den beiden Supermächten und
  – für Frankreich wohl entscheidend: die Belastung der Mittelmächte, die erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um die Penetrationsfähigkeit ihrer strategischen Waffen zu erhalten;
– langfristig
  – eine Verstärkung der mittelfristigen Folgen,
  – Instabilitäten durch Verwundbarkeit der Defensivsysteme,
  – erhöhtes Risiko technischen Versagens durch die Notwendigkeit kurzfristiger Reaktion.
– Frankreich scheint die Hoffnung zu hegen, daß über das geltende Verbot der Entwicklung, Erprobung und Dislozierung von weltraumgestützten Defensivsystemen im ABM-Vertrag hinaus möglicherweise auch die Forschung sowie auf neuen physikalischen Prinzipien aufbauende Systeme rüstungskontrollpolitisch verhindert werden können. Dabei setzt es in erster Linie auf Modifikationen des ABM-Vertrages, obwohl es nicht für ausgeschlossen hält, daß die USA die Entwicklung eines ABM-Systems unter dem Deckmantel der erlaubten Entwicklung strategischer Angriffswaffen betreiben könnten.

[9] Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

Frankreich hat ebenso wie wir ein vitales Interesse daran, die sicherheitspolitische Koppelung Westeuropas und der Vereinigten Staaten uneingeschränkt aufrechtzuerhalten und allem entgegenzuwirken, was auf einen Status minderer Sicherheit Westeuropas hinauslaufen könnte. Dies gilt auch für Auswirkungen, die die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes stärker zur Geltung bringen könnten. Übereinstimmung besteht auch darin, daß der Gefahr eines Wettrüstens im Weltraum begegnet werden muß.

5) Für die französische Haltung dürfte darüber hinaus bestimmend sein, daß ein Raketenabwehrsystem – selbst wenn es nicht vollständig wirksam ist – eine weitgehende Neutralisierung des begrenzten französischen Nuklearpotentials und seiner Abschreckungsfähigkeit bewirken würde. Dies würde die Doktrin einer unabhängigen französischen Nuklearstreitmacht in Frage stellen. Hinzu kommt, daß Frankreich kaum über die erforderlichen finanziellen und technologischen Mittel für den Bau eines eigenen strategischen Abwehrsystems verfügen dürfte.

6) Die gemeinsame Arbeit der Experten hat den Vorteil, daß wir besonders ausführlich über die französische Position unterrichtet werden und auch versuchen können, diese zu beeinflussen.

Ob in allen Punkten Konsensformulierungen erarbeitet werden können, ist derzeit noch nicht vorherzusagen. Zu gegebenem Zeitpunkt wird zu erwägen sein, ob die am 21.9.1984 zusammentretende politisch-strategische Arbeitsgruppe von dem Bericht nur Kenntnis nehmen, ihn zu weiterem Studium an die Expertengruppe zurückverweisen oder ihn billigen soll und ob eine Weiterleitung an die Außen- und Verteidigungsminister erfolgen oder besser unterbleiben sollte.

Die Vorlage unterrichtet lediglich über den bisherigen Meinungsaustausch der deutsch-französischen Experten und die von ihnen behandelten Themen. Das heißt nicht, daß nicht zu einem späteren Zeitpunkt auch noch die außenpolitischen Probleme, wie z. B. das einer möglichen Destabilisierung im West-Ost-Verhältnis, in dieser Gruppe behandelt werden.[10]

Referat 220 hat mitgezeichnet.

i. V. Schauer

VS-Bd. 12046 (201)

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter informierte am 28. August 1984, daß inzwischen erste Vorschläge für einen gemeinsamen Bericht ausgetauscht worden seien. Ein Vergleich der Texte „bestätigt den Eindruck, daß die Auffassungen beider Seiten zu SDI keine grundsätzlich auseinanderfallenden Positionen darstellen. Vielmehr haben sich die bei einer im wesentlichen ähnlichen Betrachtungsweise bestehenden unterschiedlichen Nuancierungen angenähert. […] Unterschiede in den Positionen haben ihre Ursachen vornehmlich in dem nuklearen Sonderstatus Frankreichs im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland. In den Texten der französischen Seite findet daher die Sorge um die Aufrechterhaltung eines glaubhaften Nuklearpotentials der mittleren Mächte besonderen Ausdruck." Die französische Seite schlage daher „Empfehlungen abgestimmter Schritte vor, die letztlich vor allem auf eine Wahrung größerer Unabhängigkeit Westeuropas von den USA abzielen, indem eine eigene technologische Basis Europas auf dem Gebiet der SDI geschaffen werden soll und die USA zu Verhandlungen (mit der SU) bewegt werden sollen, die u. a. die wichtigsten Errungenschaften des ABM-Vertrags bewahren." Vgl. VS-Bd. 12046 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

212

Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-2870/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 31. Juli 1984, 19.03 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3082 **Ankunft: 31. Juli 1984, 18.59 Uhr**

Betr.: sowjetische Außenpolitik

Bezug: a) DB Nr. 3349 vom 30.7.84 aus Washington[2]
b) laufende Berichterstattung

Zur Unterrichtung

1) Bevor Tschernenko am 15. Juli 1984 in den Urlaub ging, veröffentlichte die Prawda vom 12. Juli sein Vorwort eines Buches[3] mit seinen Reden und Aufsätzen[4], das eine Art von Zusammenfassung seiner wesentlichen Ideen enthielt. Darin ging es zwar nur eher am Rande und wenig detailliert um außenpolitische Fragen. Bezeichnend war aber die Überschrift, sozusagen Tschernenkos Abschiedswort in die Ferien, die ja auch für die sowjetische Bevölkerung begonnen haben: „Eine Atmosphäre des Vertrauens in der Welt schaffen“[5].

2) Der Tagesbefehl Ustinows zum Tag der Kriegsflotte am 29.7.84 enthält die folgende Beschreibung der internationalen Lage: „In einer komplizierten internationalen Lage, in sich verstärkender Kriegsgefahr, der Drohung eines nuklearen Krieges und des schärfsten ideologischen Kampfes, zu einer Zeit, in der die kriegerischen Kräfte des Imperialismus alles unternehmen, um das militärisch-strategische Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern …“. Sie ist offensichtlich nicht darauf angelegt, „Vertrauen“ zu fördern.

3) Unterschiedliche Akzente der Aussagen zu Verhandlungen über Rüstungskontrolle im Weltraum bei Ustinow einerseits und Tichonow andererseits (vgl. DB Nr. 2955 vom 23.7.84[6]) sind zwar kein zwingender Beweis für die Existenz bis

1 Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 1. August 1984 vorgelegen.

2 Botschafter van Well, Washington, berichtete über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, dem französischen Botschafter Vernier-Palliez sowie dem britischen Geschäftsträger am selben Tag. Erörtert worden seien die sowjetische Pressekampagne gegen die Bundesrepublik und deren mögliche Bedeutung für die innerdeutschen Beziehungen: „Ich leitete dann auf das ambivalente Verhalten der Sowjets auch in der Frage einer Konferenz über Weltraumwaffen in Wien über. Auch hier schienen unterschiedliche Meinungsströmungen in der sowjetischen Politik zum Ausdruck zu kommen.“ Armacost habe die Aussichten für Weltraumgespräche ab September 1984 in Wien skeptisch beurteilt und die Frage gestellt, „ob die Sowjets nicht dann, wenn Wien doch zustande kommt, die Konferenz rechtzeitig vor den Wahlen mit Eklat scheitern lassen würden. Armacost verwies darauf, daß die interministeriellen Beratungen über die amerikanische Verhandlungsposition für Wien intensiv weitergeführt würden und daß man sich weiterhin auf einen Gesprächsbeginn am 18. September einrichte.“ Vgl. VS-Bd. 12953 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Der Passus „die Prawda … eines Buches“ wurde von Vortragendem Legationsrat Libal hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorwort z[ur] engl[ischen] Ausg[abe]!“

4 Vgl. K.U. CHERNENKO, Speeches and Writings, Oxford 1984.

5 Vgl. den Artikel „Sozdavat’ atmosferu doverija v mire“; PRAVDA vom 12. Juli 1984, S. 1 und 4.

6 Gesandter Huber, Moskau, berichtete, in einer Rede am 20. Juli 1984 in Sewerodwinsk habe der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow erklärt: „‚Kürzlich hat die US-Administration erneut bewiesen, daß sie an der Beendigung des Wettrüstens nicht interessiert ist. Als Antwort auf den ehrlichen und konstruktiven Vorschlag der SU, mit Verhandlungen über die Verhinderung der Milita-

in die Führung[7] hineinreichender Meinungsverschiedenheiten über wesentliche außenpolitische Fragen. Beide Redner sind aber politisch zu erfahren, als daß angenommen werden könnte, ihnen wäre die unterschiedliche Akzentuierung nicht bewußt gewesen.

Aus den Bereichen der Botschaft ergibt sich die Entwicklung der innersowjetischen Polemik (Falin, Samjatin) gegen die Grundannahme der Regierungserklärung vom 29.6.[8] zur Weltraumrüstung[9], daß man nämlich mit den USA über Rüstungskontrolle überhaupt sinnvoll verhandeln könne. Tichonow hatte dagegen am 21.7. erklärt, „wir hoffen, daß die Regierung der USA auf unseren Vorschlag … eine seriöse, sachliche Antwort gibt".

4) In den Gesprächen mit Howe[10] hat Gromyko zu Monatsbeginn zwar bestritten, daß USA tatsächlich zu Verhandlungen über Rüstungskontrolle im Weltraum bereit seien. Die Regierungserklärung vom 29.6. ist aber zweifellos maßgeblich von ihm gestaltet worden. Gromyko ist ein zu erfahrener und über die USA zu wohlunterrichteter Mann – er ist schließlich der älteste USA-Spezialist dieses Landes –, als daß angenommen werden dürfte, er wäre fest von der Annahme ausgegangen, Reagan würde die Regierungserklärung mit einem glatten „Nein" beantworten. Er wußte, als er diese Erklärung billigte, daß Reagan unter Druck seiner Verbündeten und des Kongresses stand und sich im Wahlkampf[11] angestrengt bemühte (Reagans Liste über Bemühungen im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis[12]), seine Fähigkeit zu Kontakten mit der SU zu beweisen. Gleichzeitig gab Gromyko grünes Licht für den Abschluß der „Heißen-Draht"-Verhandlungen.[13] Zwar hatte Gromyko sich mit der Regierungserklärung vom 29.6. nicht endgültig auf Verhandlungen mit den USA festgelegt, er wußte aber, daß sich daraus schnell eine Lage entwickeln könnte, in der

Fortsetzung Fußnote von Seite 968

risierung des Weltraums zu beginnen, hat sie eine negative Position eingenommen, indem sie Vorbedingungen machte.' Washington wolle ‚seriösen Weltraumverhandlungen und einem beiderseitigen Moratorium' für Tests ‚bewußt ausweichen'. Es wolle Verhandlungen vorab ihres Wesens entkleiden, sie gegenstandslos machen." Ministerpräsident Tichonow habe am 21. Juli 1984 in Warschau ausgeführt: „Die Nichtzulassung der Ausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum sei heute ‚eines der drängendsten Probleme'. An seiner Lösung seien ‚alle Völker gleichermaßen interessiert'." Die UdSSR habe einen konkreten Vorschlag gemacht und hoffe, daß die USA an diesen verantwortungsvoll herangingen und darauf „eine seriöse, sachliche Antwort" gäben. Vgl. Referat 220, Bd. 130133.

7 Der Passus „über Rüstungskontrolle … die Führung" wurde von Vortragendem Legationsrat Libal hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „War nicht überzeugend."

8 Der Passus „Aus den … vom 29.6." sowie die Wörter „innersowjetischen Polemik" wurden von Vortragendem Legationsrat Libal hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

9 Zur sowjetischen Erklärung vom 29. Juni 1984 sowie zur amerikanischen Antwort vom selben Tag vgl. Dok. 184, Anm. 5.

10 Zum Gespräch des britischen Außenministers Howe mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 3. Juli 1984 in Moskau vgl. Dok. 195, Anm. 12.

11 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

12 Präsident Reagan äußerte sich am 27. Juni 1984 in Washington zu den Bemühungen um eine Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 916–918.
Am selben Tag veröffentlichte das amerikanische Präsidialamt eine detaillierte Auflistung sämtlicher bereits laufender bzw. bevorstehender amerikanisch-sowjetischer Gespräche im bilateralen Bereich. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2090, S. 42–44.

13 Zum amerikanisch-sowjetischen Abkommen vom 17. Juli 1984 über die Modernisierung des „Heißen Drahts" vgl. Dok. 195, Anm. 4.

Dobrynin sich nicht mehr als „arbeitslos“ würde bezeichnen können, wie er das vor wenigen Wochen gegenüber Botschafter Hermes getan hatte.[14]

Seitdem fehlt es zwar an direkten Äußerungen Gromykos zum Weltraumthema. Er überläßt es offenbar seinen Mitarbeitern, so stark wie möglich auf die Administration zu drücken.[15]

Es ist aber bezeichnend, daß er in seinem Gespräch mit McGovern am 27.7.[16] das Programm wiederaufgenommen hat, das Tschernenko in seiner Wahlrede vom 2. März 1984[17] entwickelt hatte. Dieses Programm war das einer Wiederanknüpfung von Verhandlungen mit den USA, wenn es auch den Umweg über Teststopp, C-Waffen und Verhaltensprinzipien machte. Gleichzeitig war es der Höhepunkt der tastenden Versuche der SU, aus der Sackgasse des Jahresendes 1983 wieder herauszukommen. Danach verschärften sich – parallel mit der Revanchismuskampagne gegen uns – die Angriffe nach allen Seiten, auch Japan und China, aber besonders gegen die Administration. Von Tschernenkos Vorschlägen von Anfang März war im April und Mai immer weniger die Rede. Die Forderung nach dem Status-quo-ante-Nachrüstung trat immer mehr in den Vordergrund. Die Lockerungsformeln[18], etwa des Budapester AM-Kommuniqués[19], verschwanden aus den Reden und Artikeln. Jetzt werden sie wieder verwendet, z. B. von Sagladin (vgl. DB Nr. 3044 vom 27.7.84[20]).

5) Dies führt zur Frage nach dem fünften Mitglied der engeren sowjetischen Führung, zur Frage nach Haltung von Gorbatschow. Nicht nur, weil sich aus

14 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 14. Juni 1984, er habe am 11. Juni 1984 ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Washington geführt: „Dobrynins Gesamturteil über das amerikanisch-sowjetische Verhältnis war gespalten. Einerseits war er, wie gewohnt, drastisch in der Beschreibung des erreichten Tiefpunktes (Beziehungen so schlecht wie noch nie, ‚im Grunde bin ich arbeitslos‘) und erkennbar daran interessiert, nach außen hin mit düsteren Prognosen in Verbindung gebracht zu werden. Andererseits setzte er mir auseinander, daß die Beziehungen gar nicht so schlecht seien (Hinweise auf Gespräche zum Grenzverlauf in der Bering-See und kürzlichen Besuch des stellv. Außenhandelsministers Suschkow zur Tagung der amerikanisch-sowjetischen Wirtschaftskommission) und daß durchaus positive Entwicklungen denkbar und möglich seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2709; Referat 213, Bd. 139346.

15 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Libal hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Urlaub.“

16 Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 31. Juli 1984: „Am 27.7.1984 hat AM Gromyko im Urlaub in Jalta auf der Krim den früheren US-Senator und demokratischen Präsidentschaftskandidaten McGovern zu einem Gespräch empfangen. […] Lt. Prawda vom 28.7. hat Gromyko die ‚Notwendigkeit der Beendigung des Wettrüstens‘ unterstrichen. Er habe vor allem auf Tschernenkos Vorschläge für Verhaltensprinzipien für Nuklearmächte und insb[esondere] den Ersteinsatzverzicht verwiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3066; Referat 213, Bd. 139346.

17 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, in Moskau vgl. TSCHERNENKO, Reden, S. 248–263.

18 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Libal hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ohnehin nicht sowj[etische] Politik.“

19 Am 19./20. April 1984 fand in Budapest eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 319–322.

20 Gesandter Huber, Moskau, berichtete, in der sowjetischen Wochenzeitschrift „Neue Zeit“ sei ein Artikel des stellvertretenden Abteilungsleiters im ZK der KPdSU, Sagladin, veröffentlicht worden, der ein Nachdruck eines Vortrags von Sagladin auf einer Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises am 19. Juni 1984 in Moskau sei. Interessant seien vor allem Sagladins Aussagen zu einer möglichen Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen: „Die SU sei für tatsächliche Reduzierungen der in Europa vorhandenen nuklearen Systeme mittlerer Reichweite. Wie solle dieses Ziel erreicht werden? […] ‚Wird die Dislozierung eingestellt, werden auch unsere Antwort-Maßnahmen eingestellt.‘“ Vgl. Referat 213, Bd. 139305.

einer Reihe von Auftritten Gorbatschows ergibt, daß er inzwischen nicht nur eine Gesamtkompetenz für Wirtschaftspolitik im ZK-Sekretariat erworben und behalten hat (vgl. etwa seine Wahlrede vom 29.2.[21] und seinen Auftritt am 20.7.84), sondern auch der Vorgesetzte Ponomarjows und Sagladins im ZK-Sekretariat ist. Dies ergibt sich aus seiner Entsendung zu Berlinguers Begräbnis[22], aber noch mehr aus seinen Gesprächen in Moskau im ZK-Sekretariat mit den Führern zweier westlicher KPen (DKP[23] und belgische KP[24] in den letzten Tagen), für die die Internationale Abteilung des ZK zuständig ist. Das Treffen mit Mies zeigte durch gleichzeitige Anwesenheit Ponomarjows, daß Gorbatschow diese Zuständigkeit auch nicht nur stellvertretend übernommen hat.

Gorbatschow hat sein Recht auf Mitsprache in außenpolitischen Fragen auch nicht nur implizit dadurch verteidigt, daß er sowohl in seiner Wahlrede wie in seiner Rede in Smolensk am 27.6.84[25] darüber längere Ausführungen gemacht hat. Er hat dies vielmehr explizit getan. In seiner Rede vor den beiden außenpolitischen Ausschüssen des Obersten Sowjets am 22.6. sprach er davon, daß diese Ausschüsse, er ist Vorsitzender des einen, der Empfehlung des ZK-Plenums von April[26] folgend, „mehr Aufmerksamkeit der Koordination und Kontrolle der Tätigkeit der Behörden und Organisationen mit internationalem Profil zuwenden sollen". In seiner Rede in Smolensk am 27.6.84 hatte er, seine außenpolitischen Darlegungen einleitend und legitimierend, auch auf die „enge gegenseitige Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik" hingewiesen.

Diese Rede enthält zur Substanz außenpolitischer Fragen keine Auffälligkeiten. Wenn auch nicht so polemisch wie Ustinow oder Gromyko, hat sie doch einige antiamerikanische Schärfen. Sie endet Außenpolitik mit einem Bekenntnis zur Rückkehr zur Entspannung.[27] Das Eintreten der SU und der sozialistischen Gemeinschaft für den Frieden habe der RGW-Gipfel[28] überzeugend demonstriert.

II. 1) Diese Anknüpfung an den RGW-Gipfel ist vermutlich für den Bereich bezeichnend, in dem sich Gorbatschow derzeit vor allem profiliert, weil er seinem

21 Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf einem Treffen mit Wählern des Wahlkreises Ipatowo in der Region Stawropol vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 5–21.

22 Die Trauerfeierlichkeiten für den am 11. Juni 1984 verstorbenen Generalsekretär der KPI, Berlinguer, fanden am 13. Juni 1984 in Rom statt.

23 Das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit dem DKP-Vorsitzenden Mies fand am 26. Juli 1984 statt.

24 Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Belgiens, Van Geyt, trafen am 6. Juli 1984 zusammen.

25 Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 52–72.

26 Die Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU fand am 10. April 1984 in Moskau statt. Botschafter Kastl, Moskau, teilte dazu am 12. April 1984 mit: „GS Tschernenko akzentuierte in seiner Plenumsrede (10.4.84) Rolle der ‚Sowjets' im allgemeinen und kündigte insb[esondere] stärkere Mitwirkung der Auswärtigen Kommission des Obersten Sowjets in Außen- und Sicherheitspolitik an. Dies kommt erneut durch Hochrangigkeit der beiden Kommissionsvorsitzenden zum Ausdruck: Unionsrat – Gorbatschow (bisher Tschernenko), Nationalitätenrat wie bisher P[olit]b[üro]-Kandidat Ponomarjow." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1520; Referat 213, Bd. 139284.

27 So in der Vorlage.

28 Vom 12. bis 14. Juni 1984 fand in Moskau eine Konferenz der Staats- und Parteichefs der RGW-Mitgliedstaaten statt. Für den Wortlaut der Pressemitteilung, der Erklärung und der Deklaration vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 513–527.

wirtschaftspolitischen Hintergrund entspricht, aber auch im politischen Bereich der Ost-West-Beziehungen relevant ist, dem der Ost-West-Handelsbeziehungen. Dafür spricht auch seine Unterhaltung mit AM Cheysson über COCOM während des Mitterrand-Besuchs.[29]

2) Der Vorwurf des „Boykotts und der Sanktionen" an die USA wurde bekanntlich in dem politischen Schlußdokument des RGW-Gipfels über ein Jahr nach Entscheidung des innerwestlichen Streits für die Turbinenlieferung[30] herausgestellt. Dieser Vorwurf mußte, in der üblichen politischen Logik der SU, zur Folge haben, daß der RGW sich für eine Verstärkung des Ost-West-Handels aussprach, eben weil die USA angeblich nach wie vor dagegen seien. Die nach der Propaganda der dem Gipfel vorhergehenden Wochen zu erwartende Argumentation – Polen sei der beste Beweis für die Gefahren des Ost-West-Handels – trat dagegen nicht nach vorn. Auch die von der Anlage des Dokuments her zu erwartende Schlußfolgerung, weil der Westen bei der Erhaltung des Friedens nicht mitarbeite, könne auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit keine Fortschritte machen, wie sie z. B. Gromyko gegenüber dem BM im Mai[31] angedeutet hatte, blieb aus.

3) Dieses Ergebnis des RGW-Gipfels ist aber, rein von der sachlichen Zuständigkeit her, von den fünf Mitgliedern der engeren Führung am ehesten Tichonow und Gorbatschow zuzuschreiben.

4) Vor diesem Hintergrund fällt auf, daß z. B. die Prawda von heute mit einer Karikatur auf S. 1 und Arbatow am 30.7. mit einer Rede vor einem sowjetisch-amerikanischen Seminar[32] die US-Politik der Wirtschaftssanktionen angreifen, obwohl die USA in den letzten Tagen gerade Sanktionen sowohl gegen die SU[33] wie gegen Polen[34] aufgehoben[35] haben.

29 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 22. Juni 1984, nach Auskunft des französischen Außenministers Cheysson sei dieser während des Besuchs des Staatspräsidenten Mitterrand vom 21. bis 23. Juni 1984 in der UdSSR bei Tischgesprächen u. a. mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammengetroffen. Dabei sei das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaften zum RGW erörtert worden: „Gorbatschow habe europäische Institutionen als von USA aufgezwungen bezeichnet (in Folge Marshall-Plans und OECD) und ihnen künstlich errichtete ‚skandalöse' Handelserschwernisse (COCOM-Listen) gegenüber RGW-Ländern angelastet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2532; Referat 213, Bd. 139333.

30 Am 22. Juni 1982 gab Präsident Reagan den Beschluß bekannt, die am 29. Dezember 1981 gegen die UdSSR wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen erlassenen Sanktionen auf Öl- und Gasförderungstechnologien auszuweiten. Dies sollte auch für amerikanische Tochterfirmen im Ausland oder für von ausländischen Firmen in amerikanischer Lizenz hergestellte Produkte gelten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 798.
Diese Entscheidung führte in der Folgezeit zu Kontroversen zwischen den USA und anderen Staaten wie z. B. Frankreich, da Firmen aus diesen Staaten von den Sanktionen betroffen waren. Am 13. November 1982 hob Reagan die Entscheidungen vom 22. Juni 1982 wieder auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 235 und Dok. 317.

31 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

32 Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 31. Juli 1984 über Äußerungen des Direktors des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Arbatow, auf einem Seminar über amerikanisch-sowjetische Beziehungen: „An der kurzen Wiedergabe von Arbatows Referat fällt auf, daß er fast ebenso großes Gewicht auf die Verurteilung der ökonomischen Politik der ‚Blockade und Sanktionen' wie der Rüstungskontrollpolitik der USA gelegt zu haben scheint." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3066; Referat 213, Bd. 139346.

33 Am 4. Januar 1980 kündigte Präsident Carter eine Reihe von Sanktionsmaßnahmen der USA als Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 an. Für den Wort-

5) Dies könnte durchaus ein sublimer Versuch sein, die Worte und Taten unterscheidende Argumentation Gromykos auf den Kopf zu stellen, indem „Taten" gegeißelt werden, die es so nicht mehr gibt.

III. 1) Zu einer solchen Hypothese der Erklärung sowjetischen Verhaltens, in der Außenhandelsinteressen und die sie vertretenden Personen bis zu einem gewissen Grade die Politik der für den eigentlich politischen Bereich zuständigen Personen konterkarieren, paßt auch das Verhalten der kleinen RGW- bzw. WP-Mitglieder.[36]

2) Ihre Interessen in den West-Ost-Beziehungen sind ganz überwiegend ökonomisch, wenn auch letztlich politisch in der Notwendigkeit begründet, den Lebensstandard so hoch wie möglich zu halten, um eine stabile Lage zu erhalten. Daß sie sich auf dem RGW-Gipfel insoweit durchgesetzt haben, zeigt das Ergebnis, in dem neben den traditionellen Beschwörungen weiterer RGW-interner Integration eben auch das Bekenntnis zum Westhandel steht. Daß es Ungarn und Rumänien, aber auch den Bulgaren und vor allem Honecker um wirtschaftliche Vorteile geht, bedarf keiner Begründung.

3) Ihr Kontakthalten in der Serie der Besucher in Budapest und Berlin (Ost), (BK[37], Craxi[38], Thatcher[39], Trudeau[40]), den Reisen Chňoupeks zu uns[41] und nach Paris[42], dem kürzlichen rumänischen Besuch[43] und dem bevorstehenden

Fortsetzung Fußnote von Seite 972

laut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 21–24. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 141–143.

In der Folge der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen verkündete Präsident Reagan ebenfalls Sanktionen gegen die UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 391.

Botschafter Kastl, Moskau, legte am 1. März 1984 dar: „Aufhebung des Getreideembargos (einzigen empfindlichen wirtschaftlichen Druckmittels auf die SU) durch Präsident Reagan im April 1981 und Aufhebung der Sanktionen gegen Erdgas-Röhrengeschäft im November 1982 haben wirtschaftliches Klima zwischen beiden Ländern ungeachtet der politischen Konfrontation verbessert.". Vgl. den Drahtbericht Nr. 896; Referat 411, Bd. 160391.

Am 2. August 1984 teilte Gesandter Huber, Moskau, mit, die USA hätten kürzlich der UdSSR ein „Angebot zu erneuter Einräumung von Fischfangrechten" unterbreitet, „die als Polen-Sanktion zurückgenommen worden waren (allerdings gegen Verpflichtung zu Kauf von gleicher Fischmenge von US-Fischern)". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3120; Referat 421, Bd. 140458.

34 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Polen und deren teilweiser Aufhebung vgl. Dok. 12, Anm. 15.

Am 3. August 1984 wurde bekanntgegeben, daß Präsident Reagan als Reaktion auf das Amnestiegesetz der polnischen Regierung vom 22. Juli 1984 die Aufhebung weiterer Sanktionen gegen Polen angeordnet habe. So erhalte die polnische Luftfahrtgesellschaft LOT wieder Landerechte in den USA, ferner werde der Austausch auf wissenschaftlichem Gebiet wiederaufgenommen. Bei voller Umsetzung des Amnestiegesetzes werde der polnische Antrag auf Mitgliedschaft im IWF unterstützt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 1121 f.

35 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Libal unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber COCOM!"

36 Der Passus „der für den … WP-Mitglieder" sowie das Wort „konterkarieren" wurden von Vortragendem Legationsrat Libal hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

37 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 21. bis 23. Juni 1984 in Ungarn vgl. Dok. 173.

38 Ministerpräsident Craxi hielt sich am 12./13. April 1984 in Ungarn auf und besuchte am 9./10. Juli 1984 die DDR.

39 Premierministerin Thatcher hielt sich vom 2. bis 4. Februar 1984 in Ungarn auf.

40 Ministerpräsident Trudeau besuchte die DDR vom 30. Januar bis 1. Februar 1984.

41 Zum Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek vom 12. bis 14. Juli 1984 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 193.

42 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich am 10./11. Mai 1984 in Frankreich auf.

43 Vom 16. bis 20. Juli 1984 hielt sich der rumänische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Oprea in der Bundesrepublik auf und traf am 19. Juli 1984 mit Bundesminister Genscher zusammen. The-

bulgarischen Besuch bei uns[44] hat aber natürlich auch politische Effekte, welche die Sowjets seit Wochen bekämpfen, die „zweite Kuba-Krise“ wird immer unglaubwürdiger.

4) Nachdem die Beschwörung der Raketengefahr 1983/84 nicht ausreichte, hat man 1984 den deutschen Revanchismus hinzugeholt. Da er noch viel weniger real ist, werden Ergebnisse wohl auch noch schwerer zu erzielen sein.

5) Die Weltraum- wie die Revanchismuspolitik der SU sind insofern nur Folgen der Nichtbewältigung des Scheiterns der sowjetischen Politik vom Vorjahr. Es ist auch von daher plausibel, daß sich diejenigen unter den fünf Mitgliedern der engeren Führung, welche die Politik des vorigen Jahres vor allem getragen und gestaltet haben, Ustinow und Gromyko, sich auch am schwersten wieder von ihr lösen.

[gez.] Huber

VS-Bd. 13383 (213)

Fortsetzung Fußnote von Seite 973

men waren die bilateralen Beziehungen, darunter auch wirtschaftliche Fragen, sowie die Beziehungen Rumäniens zu den Europäischen Gemeinschaften und die Ost-West-Beziehungen. Ferner wurde die Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien angesprochen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 421, Bd. 140297.
Am selben Tag fand außerdem ein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl statt. Erörtert wurden die Möglichkeit eines Besuchs von Kohl in Rumänien im Frühjahr 1985, die bilateralen Beziehungen, auch im Bereich der Wirtschaft, die Frage der Lebensbedingungen bzw. Ausreisemöglichkeiten von Deutschstämmigen in Rumänien sowie die Ost-West-Beziehungen, insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 67; B 150, Aktenkopien 1984.

44 Zu einem möglichen Besuch des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik vgl. Dok. 199, Anm. 21.
Botschafter Graf von der Schulenburg vermerkte am 27. Juli 1984: „Mit der bulgarischen Seite wurde nunmehr Einvernehmen darüber erreicht, daß dem Besuch der protokollarische Charakter eines Arbeitsbesuches (eines Staatsoberhaupts mit Exekutivbefugnissen) zukommt, der Hauptgewicht auf das Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler – vergleichbar mit Regierungschef-Besuch – legt und zugleich den Rang Todor Schiwkows als Staatschef angemessen berücksichtigt. Der Besuch wird einvernehmlich als ‚offizieller Besuch auf Einladung des Bundeskanzlers‘ angekündigt werden.“ Als Termin sei der 19. bis 21. oder 22. September 1984 vorgesehen. Vgl. Referat 214, Bd. 132994.

213

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2940/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1333
Citissime nachts

Aufgabe: 7. August 1984, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 7. August 1984, 19.31 Uhr

Betr.: Sicherheit der Schiffahrt im Roten Meer und Golf von Suez – Ratssitzung am 7.8.84

Zur Unterrichtung

I. In Ratssitzung mit beschränkter Teilnehmerzahl (restricted attendance) 7.8.84 wurden auf US-Antrag Auswirkungen der Minenexplosionen im Golf von Suez und Roten Meer[2] auf die Schiffahrt sowie Möglichkeiten von Abhilfemaßnahmen diskutiert. USA haben außer 15-köpfigem Expertenteam inzwischen vier RH-53 Hubschrauber mit 300 Mann starkem Kommando zur Minenabwehr ins Gebiet entsandt. Ägypten hat auf amerikanische Anregung ursprüngliche Zurückhaltung gelockert und außer USA noch Frankreich, Großbritannien, NL sowie vermutlich IT um Unterstützung bei Minenabwehr gebeten. Anzahl Schiffsbeschädigungen mittlerweile ca. 20. Konsultationen im Rat wurden allgemein begrüßt, sollen jedoch vor allem auf Wunsch Frankreichs und Spaniens vertraulich behandelt werden, da keine Bündnisangelegenheit. Informationsaustausch und Abstimmungen sollen auf Ebene Politischer Ausschuß vertraulich fortgesetzt werden. Außer USA haben GB und NL wohlwollende Prüfung Entsendung von Minenabwehreinheiten zugesagt.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 8. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 8. August 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „NL sollen zum Beweis ihrer ‚Selbstachtung' stationieren, dann können sie wieder bei uns anklopfen."
Hat Ploetz am 9. August 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Ruhfus und Ministerialdirektor Pfeffer an Referat 201 verfügte.
Hat Ruhfus am 9. August 1984 vorgelegen.
Hat Pfeffer am 10. August 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ehni am 13. August 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Cuntz am 13. August 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bes[onders] S. 5!" Vgl. Anm. 8.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 20. August 1984 vorgelegen. Vgl. den undatierten Begleitvermerk; VS-Bd. 11968 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Ministerialdirektor Fischer informierte am 7. August 1984: „Am 27. Juli 1984 detonierten Sprengkörper (vermutlich Treibminen einfacher Bauart) im Golf von Suez ca. 30 km südlich der Suezkanal-Mündung. Zwischen dem 1. und 5. August 1984 ereigneten sich ähnliche Vorfälle in der Straße von ‚Bab el Mandeb' (= Ausgang zum Indischen Ozean) sowie entlang der nordjemenitischen Küste (etwa Höhe Hudeida). Die Explosionen beschädigten mindestens zwölf Schiffe, mit Ausnahme von zwei oder drei Fällen blieben die von den Detonationen angerichteten Schäden gering." Seit dem 5. August 1984 seien keine weiteren Explosionen gemeldet worden: „Vertraulich erläuterte der ägyptische Außenminister unserem Botschafter in Kairo, daß sich die ägyptischen Untersuchungen auf ein libysches und zwei iranische Schiffe konzentrierten, die kurz vor den Sprengstoffanschlägen auf die Schiffahrtswege im Roten Meer den Suez-Kanal passiert hätten. Ein anonymer Anrufer erklärte gegenüber AFP in Paris, die Organisation ‚Al Jihad' (= ‚Heiliger Krieg' – ein Deckname von schiitischen Extremistengruppen aus dem Libanon) habe in der Straße von ‚Bab el Mandeb' und im Golf von Suez insgesamt 190 Seeminen gelegt." Vgl. Referat 201, Bd. 130179.

II. Im einzelnen

1 a) Geschäftsträger US-Vertretung wies einführend auf wachsende Sorge über Minenbedrohung im Golf von Suez und Roten Meer mit nahezu 20 Fällen von teils schweren Beschädigungen von Schiffen seit 27.7.84 hin. Keine seefahrende Nation könne diese Bedrohung ignorieren. Ägyptische Regierung habe US-Seite um technische Unterstützung bei Untersuchung der Ursachen gebeten; ein Team befinde sich in der Region. Inzwischen sei auch Unterstützungsersuchen Ägyptens bei der Beseitigung der Minengefahr eingegangen. Vier Minenabwehrhubschrauber Typ RH-53 sowie technisches Personal in Stärke von 300 Mann befänden sich auf Lufttransport nach Rota/Spanien. Sie würden dort auf amphibischen Träger USS Shreveport eingeschifft und von Rota aus Einsatzgebiet anlaufen. Sowohl auf spanische wie auf ägyptische Bitte solle Einsatz vertraulich behandelt werden.

b) US-Regierung strebe Arbeitsteilung bei Maßnahmen zur Abwehr der Minengefährdung an. US-Marine und ägyptische Marine sollten im Golf von Suez, andere Nationen mit geeigneten Mitteln im Südteil des Roten Meeres eingesetzt werden. Ägypten habe auf Anregung USA ursprüngliche Zurückhaltung bei Unterstützungsersuchen gelockert und auch andere Nationen um Hilfe ersucht. US-Seite bitte angesprochene Nationen mit entsprechenden Fähigkeiten dringend um positive Reaktion; dies gelte vor allem für diejenigen Nationen, die über geeignete Mittel in genügender Anzahl verfügten und dem Einsatzgebiet sehr näher lägen[3] als USA (Anmerkung: vor allem gemeint Italien).

c) Ägypten versuche, der Öffentlichkeit gegenüber Angelegenheit herunterzuspielen. Nach US-Kenntnis habe sich noch keine wesentliche Veränderung im Seeverkehr ergeben, auch Versicherungsraten seien noch nicht erhöht worden.

d) Washington prüfe zur Zeit auch Zweckmäßigkeit und Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit Sowjetunion.

e) US-Geschäftsträger betonte auf Fragen ausdrücklich, daß in jedem Falle Hilfeersuchen von Ägypten ausgehen müsse, Absprachen zwischen Beteiligten können sich nur als Folge ägyptischen Ersuchens ergeben.

f) Auf Frage TUR Ständigen Vertreters[4] nach Ursprung der Minen und Verdachtsmomenten hinsichtlich Identität der Minenleger betonte US-Sprecher, man habe bisher nur vorläufiges Beweismaterial. Es deute einiges auf Verwendung von Grundminen mit akustisch/magnetischen Zündsystemen hin. Ein libysches Schiff habe sich durch Kurs, Geschwindigkeit und im Zielhafen Äthiopien entladene Güter verdächtig gemacht. Alle diese Hinweise seien indessen wenig abgesichert und in hohem Maße sensitiv.

2) Alle Vertreter dankten US-Seite für frühzeitige Information und Konsultation und drückten Sorge über Gefährdung der Schiffahrt aus.

3) Ständiger Vertreter NL[5] bestätigte ägyptische Bitte an sein Land zur Teilnahme an Minenabwehr, die wohlwollend aufgenommen worden sei und z. Z. hinsichtlich technischer Möglichkeiten geprüft würde. Er deutete wahrschein-

3 So in der Vorlage.
4 Osman Olcay.
5 Jakob G. de Hoop Scheffer.

liche Entsendung mindestens einer Minenabwehreinheit an. Selbstverständlich sei Angelegenheit nicht in NATO-Zusammenhang, sondern als konzertierte Aktion betroffener Schiffahrtsnationen zu sehen.

4) Britischer Geschäftsträger bestätigte ebenfalls Hilfeersuchen. Nach seiner Kenntnis seien außerdem USA und Frankreich angesprochen worden. GB verfüge über vier Minenabwehrfahrzeuge im Seegebiet um Tarent, deren Einsatzmöglichkeit z. Z. geprüft werde.

Dafür sei dringend technische Information durch US-Team von vor Ort notwendig.

5) Ich habe außer der Anerkennung der frühzeitigen Information und Konsultation Notwendigkeit zur Fortsetzung der Konsultationen über diese Entwicklungen mit Implikationen für Schiffahrt betont. Aus den vorliegenden Berichten vom BMV aus Meldungen deutscher Handelsschiffe habe ich signifikante Fakten bekanntgegeben und Zirkulierung verfügbarer Informationen angeboten.

6) Norwegischer Geschäftsträger erwähnte, daß insgesamt 20 norwegische Schiffe Seegebiet ohne Zwischenfälle passiert hätten. Nach NO-Information müsse zwischen Treibminen im Golf von Suez und im Roten Meer unterschieden werden.

7) Französischer Geschäftsträger betonte Notwendigkeit, bei aller Ernsthaftigkeit der Problematik nicht überzureagieren, normales Geschäftsgebaren des Rates nicht zu verändern und jeden Anschein zu vermeiden, daß es sich um eine Angelegenheit des Bündnisses handele. Selbst die Tatsache des Meinungsaustausches im Rat über diese Angelegenheit müsse strenger Vertraulichkeit unterliegen. Unter dieser Vorbedingung habe FR keine Einwände gegen Fortsetzung Meinungsaustausches im Political Committee.

8) Spanischer Ständiger Vertreter[6] bestätigte US-Information über Nutzung Rota zur Einschiffung luftverlasteter RH-53 Minenabwehrhubschrauber und zugeordnetem Personal auf amphibischem Träger der US-Marine. Er betonte Sensitivität dieser Tatsache für Spanien und bat nachdrücklich um absolut vertrauliche Behandlung.

9) Italienischer Geschäftsträger betonte, daß Interessen der Völkergemeinschaft als Ganzes durch Gefährdung der Freiheit der Schiffahrt beeinträchtigt seien. Es sei daher zu überlegen, ob eine Aktion der Vereinten Nationen ratsam sei. Ägypten als betroffener Anrainerstaat könne einen solchen Einsatz beantragen. Im übrigen sei es entscheidend, zunächst Informationsbasis zu verbessern.

10) Auf Frage belgischen Vertreters informierte britischer Geschäftsträger[7] darüber, daß Ägypten im Zusammenhang mit dem Hilfeersuchen an GB auch die Kontaktaufnahme mit Saudi-Arabien vor Prüfung der Möglichkeiten koordinierter Aktion erwähnt habe. Diese Information gehe auf den 5. August zurück. Neue Informationen hierüber lägen nicht vor.

11) Am Rande Ratssitzung wurde Mitarbeiter von Angehörigem US-Vertretung auf persönlicher Basis gefragt, wie es möglich sei, daß NL um Unterstützung gebeten würden und wir nicht. Deutscher gefährdeter Schiffsverkehr im Bereich

6 Jaime de Ojeda y Eiseley.
7 Korrigiert aus: „Geschäftsführer".

Rotes Meer/Golf von Suez sei erheblich. Bundesrepublik Deutschland verfüge über größte Anzahl Minenabwehreinheiten im gesamten Bündnis, diese seien zum großen Teil auf modernstem technischem Stand. Aus US-Sicht müsse man sich – auch wenn dies nicht offen ausgedrückt werde – wundern, wie wir es politisch mit Selbstachtung vereinbaren könnten, an gemeinschaftlicher Problemlösung in diesem Fall nicht teilzunehmen. Äußerungen in ähnlicher Richtung, jedoch in schwächerer Form, wurden aus niederländischer Delegation – ebenfalls als persönlich bezeichnet – laut.

III. Bewertung

Wenngleich die Urheberschaft der Minenverseuchung eines der wichtigsten Schiffahrtswege zunächst noch unzureichend geklärt und im Bereich der Spekulation bleibt, zeigt die Entwicklung doch deutlich die Anfälligkeit westlicher und damit auch unserer Interessen gegen unvorhersehbare gewaltsame Eingriffe. Insofern ist die Entwicklung in diesem Bereich ein ernstzunehmender Test für den Willen und die Fähigkeit der westlichen Industrienationen, konkreten Gefährdungen wirksam und doch gelassen entgegenzutreten. Dabei handelt es sich hier nicht um Konfrontation mit einem identifizierbaren Gegner oder Eingriff in einen regionalen [8]Konflikt, sondern zunächst um ein Problem maritimer Umweltverschmutzung mit noch ungeklärter Urheberschaft. Dies macht die Zusage der Mithilfe auch solchen Nationen leicht, die wie die NL hinsichtlich der Out-of-area-Problematik normalerweise sensitiv reagieren. In diesem Zusammenhang sind die Wünsche nach möglichst vorsichtiger Behandlung der Tatsache von Bündniskonsultationen verständlich und ernst zu nehmen. Was unsere Haltung anbetrifft, so sollte allerdings auch die meinem Mitarbeiter gegenüber angedeutete Frage nach der Substanz unserer politischen Selbstachtung in diesem Zusammenhang ernst genommen werden. Wir laufen Gefahr, hinsichtlich unseres Willens zu Selbstbehauptung als Nation zweiter Klasse eingestuft zu werden, wenn wir trotz vorhandener technischer Fähigkeiten im Gegensatz zu unseren NL-Verbündeten schon gar nicht mehr gefragt werden, weil man von uns eine negative Antwort mit der Begründung unseres Grundgesetzes[9] erwartet, obschon ja deutsche Handelsschiffe selbst betroffen sind. Eine solche Entwicklung kann unserer Position innerhalb der Gemeinschaft westlicher Industrienationen wie im Bündnis auf die Dauer nur schaden. Ich rege daher an zu prüfen, ob das vorliegende Problem der Hilfe bei der Beseitigung maritimer Gefährdungen durch die betroffenen und gefährdeten Schiffahrtsnationen nicht ein politisch hinreichend unkontroverses Problem darstellt, daß wir unsere Mitwirkung – falls wir darum gebeten werden – zusagen könnten, zumal wir das Seegebiet in einigen Wochen ohnehin mit Kriegsschiffen befahren werden.[10]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11968 (201)

8 Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

9 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

10 Ministerialdirektor Pfeffer wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 9. August 1984 an: „Aufgrund der hier vorliegenden Berichterstattung zu den Vorfällen im Roten Meer ergibt sich noch kein eindeutiges Lagebild. Verantwortlich für die Sicherheit der internationalen Schiffahrts-

214

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-9-360.91 USA-1715/84 VS-vertraulich **9. August 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Information

Betr.: deutsch-amerikanisches Roland-Patriot-Abkommen[4]

Bezug: Vorlage vom 15.11.1983 – 201-9-360.91 USA (liegt bei)[5]

I. 1) Das am 12. Juli 1984 in Washington von BM Wörner und Verteidigungsminister Weinberger unterzeichnete Roland-Patriot-Abkommen ist ein komplexes Vertragswerk zur Verbesserung der Luftverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung durch den US-Kongreß und durch die zuständigen Bundestagsausschüsse. Dabei ist auf beiden Seiten noch mit parlamentarischen Widerständen zu rechnen.

2) Ziel der Vereinbarung ist es, die veralteten Nike-Waffensysteme durch das moderne US-Fliegerabwehrraketensystem Patriot zu ersetzen und die wichtigsten Einsatzflugplätze durch das Waffensystem Roland zu schützen, ein Projekt,

Fortsetzung Fußnote von Seite 978

routen sind in erster Linie die Anrainerstaaten. Der Bundesregierung liegen bisher keine Hilfsersuchen Ägyptens oder anderer Anrainer vor. Die Angelegenheit ist mit größter Zurückhaltung zu behandeln. Maßgeblich für die Beurteilung der Ereignisse im Roten Meer ist die im BSR-Beschluß vom 3.11.1982 niedergelegte, dort bekannte Haltung der Bundesregierung zu ‚Out-of-area'-Aktivitäten. Danach kommt ein Einsatz der Marine im Zusammenhang mit den Ereignissen im Roten Meer nicht in Betracht." In der NATO solle erklärt werden: „Sollte sich einer der Bündnispartner entschließen, aufgrund von Unterstützungsersuchen von Anrainern Maßnahmen zu ergreifen, die Auswirkungen auf die Verteidigungsfähigkeit im Bündnisgebiet haben, ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, ihrerseits konstruktiv zu prüfen, in welcher Form sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aushilfen innerhalb des Bündnisgebiets zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Minenräumverbände der NATO leisten kann." Vgl. den Runderlaß Nr. 5373; VS-Bd. 11968 (201); B 150, Aktenkopien 1984.
Zur Verminung des Roten Meers vgl. weiter Dok. 219.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Ehni und Zepter konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 10. August 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 28. August 1984 vorgelegen. Vgl. die beigefügte Kurzfassung des Vortragenden Legationsrats Ehni vom 14. August 1984; VS-Bd. 10848 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Für das Abkommen vom 12. Juli 1984 zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem Bundesminister der Verteidigung zur Implementierung des Abkommens vom 6. Dezember 1983 über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen) sowie die dazugehörigen Dokumente vgl. Referat 209, Bd. 128394.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 10848 (209).
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk legte dar, seit Anfang 1983 seien das Bundesministerium der Verteidigung und das amerikanische Verteidigungsministerium bemüht, „im Hinblick auf die erforderliche Modernisierung und Verbesserung der Luftverteidigung im zentraleuropäischen Bereich eine Vereinbarung über die kooperative Beschaffung der Systeme Patriot und Roland auszuarbeiten". Nach schwierigen Gesprächen zeichne sich nun eine Lösung ab. Es sei beabsichtigt, daß Bundesminister Wörner und der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger das Abkommen am Rande der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember 1983 in Brüssel unterzeichnen. Vgl. Referat 209, Bd. 125508.

das im Zusammenhang mit der Rüstungsklausur 1981[6] aus finanziellen Gründen aufgegeben worden war. Dabei kam es darauf an, in Anbetracht des engen Bundeswehrplans im Finanzrahmen von DM 6,3 Mrd. zu bleiben und das Problem der wirtschaftlichen Kompensation zu lösen. Bereits im Dezember 1983 war eine erste Vereinbarung mit grundsätzlichen Regelungen geschlossen worden (s. Anlage).

II. 1) Im einzelnen wurde vereinbart:

(1) Die USA stellen zwölf Patriot-Waffensysteme zuzüglich zwei Systemen für Ausbildung und Kreislaufreserve der Bundeswehr zur Verfügung.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland beschafft ebenfalls 12 + 2 Systeme Patriot und erbringt für die Bereitstellung der US-Patriot-Systeme folgende Gegenleistungen:

– Beschaffung von 27 Waffensystemen Roland für den Objektschutz von drei amerikanischen Flugplätzen in Deutschland,
– Bereitstellung von Personal und Betrieb dieser Systeme für zehn Jahre,
– Bereitstellung von Personal und Betrieb von weiteren zwölf Waffensystemen Patriot der US-Armee ebenfalls für zehn Jahre.

2) Auf der Grundlage dieser Vereinbarung ist also in der Zeit von 1986 bis 1992 der Zulauf von 40 Feuereinheiten Patriot für die Luftverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. Die Zahl der Raketen pro Feuereinheit ist unterschiedlich: Sie beträgt bei den von den USA „geleasten" Systemen bei acht Abschußvorrichtungen jeweils zwischen sieben und acht Raketen (Gesamtzahl: 840 Raketen), während die von uns gekauften Systeme nur mit jeweils sechs bis sieben Raketen bestückt sind (insgesamt „nicht weniger als 680 Raketen"). Die Zahl der Raketen der von uns zu bemannenden amerikanischen Systeme beträgt 768. Die Gesamtzahl der von der Vereinbarung betroffenen Systeme beträgt also 288 faktisch operationelle Abschußvorrichtungen mit insgesamt etwa 2290 Raketen.

Die 27 Roland-Systeme zum Schutz der US-Flugplätze sind mit jeweils 40 Raketen ausgerüstet.

3) Durch die Bereitstellung der US-Systeme können die im Bundesswehrplan vorgesehenen Mittel eingesetzt werden, um zusätzlich 68 Roland-Waffensysteme für den Objektschutz der wichtigsten Haupteinsatzbasen der Luftwaffe zu beschaffen. Gleichzeitig ist mit dem dadurch gewährleisteten Wiedereinstieg der Luftwaffe in das Roland-Programm die Beschaffung von 20 Roland für die Marine möglich geworden. Die Luftwaffe ist jetzt in der Lage, ihre Nike-Systeme durch 24 Feuereinheiten Patriot zu ersetzen.

4) Die 12 + 2 von der Bundesrepublik Deutschland zu beschaffenden Patriot werden über Foreign Military Sales (FMS) abgewickelt. Der derzeit angenommene

[6] Vom 4. bis 6. März 1981 fand unter Federführung des Bundesministeriums der Verteidigung eine Sitzung über Rüstungsfragen statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Neukirchen notierte am 16. März 1981, Bundesminister Apel habe am 11. März 1981 das Kabinett unterrichtet: „Als Ergebnis hält er fest, daß mittelfristig bei den Beschaffungsvorhaben, die große Waffensysteme betreffen, keine Änderungen vorgenommen werden können. In langfristige Beschaffungsvorhaben soll jedoch massiv eingegriffen werden. Dies betrifft vor allem die Kürzung bei der Beschaffung der Flugabwehrrakete ‚Roland' und das taktische Kampfflugzeug der 90er Jahre." Vgl. VS-Bd. 10266 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

Schätzpreis beträgt 872 Mio. US-$ (FY[7] 1984). Ein Festpreis wird im gleichen Umfang weitergegeben, wie er seitens der US-Armee mit der Industrie vereinbart wird. In einer Zusatzvereinbarung hat sich die amerikanische Seite dazu verpflichtet, sich um die Einhaltung des genannten Schätzpreises zu bemühen.

5) Haupthindernis bis zur Unterzeichnung des Abkommens waren abweichende und höhere Preisansätze und Ausgleichsberechnungen der US-Seite gegenüber dem Übereinkommen vom Dezember 1983. Der neue US-Preis lag um 180 Mio. US-$ über dem Preisstand, von dem im Dezember 1983 ausgegangen wurde. Er wurde begründet mit gestiegenen Produktionskosten und der Inflationsrate.

Durch Erlaß von 135 Mio. US-$ Entwicklungskosten und 88 Mio. US-$ FMS-Zuschlägen sowie Übernahme von 120 Mio. US-$ für Beistellgerät durch die USA konnte – auch in Zusammenhang mit einer Reduzierung der Flugkörper für die deutschen Waffensysteme (680 statt 840 Raketen) – der Preis in dem vom BMVg vorgesehenen Finanzrahmen erhalten werden.

6) Um eine hinreichende Industriekompensation zu gewährleisten, werden die USA auf die Firma Raytheon einwirken, eine angemessene Beteiligung der deutschen Industrie in der Produktion sicherzustellen. Es wurde vereinbart, daß noch vor der Bestätigung des Zahlungsplans (Letter of Acceptance) ein möglichst vollständiges Programm erstellt wird.

7) Von den USA wurde eine von den deutschen und für Mitteleuropa gültigen NATO-Standards abweichende extrem hohe Einsatzbereitschaft für die Roland-Waffen zum Schutz der US-Flugplätze gefordert. Von der Erzielung einer entsprechenden Übereinkunft wurde das gesamte Abkommen abhängig gemacht. Ihre Erfüllung war insofern problematisch, als einschneidende Auswirkungen auf Personal und Infrastruktur die Folge sind. Um das Abkommen nicht zu gefährden, wurde ein Kompromiß ausgehandelt. Beide Seiten wollen alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, daß jede taktische Einheit der US-Rolands 50 % ihrer Systeme kurzfristig nach Anforderung einsatzbereit hat.

8) Das Abkommen enthält für die Bundesrepublik Deutschland noch eine Bestimmung, die besondere Beachtung verdient: Beide Seiten verpflichten sich, ein Programm zur Stärkung der Luftverteidigung zu definieren, in das die Bundesrepublik Deutschland 50 Mio. US-$ einbringt. Bedingung für uns ist, daß ein solches Programm bereits Bestandteil der Bundeswehrplanung ist. Dieser Forderung der USA mußte unter Berücksichtigung der gewährten Nachlässe und der zusätzlichen Übernahme von Leistungen durch die USA entsprochen werden. Sie ist deshalb bemerkenswert, weil auf diese Weise die Tür für zusätzliche deutsch-amerikanische Kooperationsvorhaben im Rahmen des Bundeswehrplans eröffnet wird.

III. Bewertung

1) Das Roland-Patriot-Abkommen trägt zu einer wesentlichen Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa bei und setzt ein wichtiges bündnispolitisches Signal. Entsprechend positiv war die Reaktion im Bündnis und in der Presse.

2) Der Ersatz von Nike-Systemen durch die konventionelle Patriot reduziert die nukleare Komponente der Luftverteidigung, deren Wert stets umstritten war.

[7] Fiscal Year.

3) Die Bundesrepublik Deutschland partizipiert durch die Beteiligung an der Produktion der Patriot an der Technologie auf einem wichtigen und zukunftsorientierten Gebiet.

4) Die Verhandlungen mit den USA gestalteten sich außerordentlich schwierig. Mangels vergleichbarer europäischer Waffensysteme konnten die Amerikaner in weiten Teilen ihre Vorstellungen einseitig durchsetzen. Dadurch mußte eine Reihe von Nachteilen in Kauf genommen werden, insbesondere:

– keine Vereinbarung eines Festpreises. Es ist fraglich, ob die Bemühungsklausel zur Einhaltung des im Vertrag genannten Preises in der Praxis ausreicht.
– Der Preisnachlaß bei den Entwicklungskosten ist in den USA umstritten. Verteidigungsminister Weinberger konnte nicht ausschließen, daß der Kongreß „Nachbesserungen" bei der Preiskalkulation verlangen wird.
– Bedenklich ist die Klausel, nach der sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, 50 Mio. US-$ für ein weiteres Programm zur Stärkung der LV[8], das bereits Bestandteil der Bundeswehrplanung ist, einzubringen. Damit haben die USA bereits die Tür für ein weiteres deutsch-amerikanisches Kooperationsprojekt im Rahmen der bestehenden Planung geöffnet und unsere Entscheidungsfreiheit, insbesondere im Hinblick auf europäische Optionen, vermindert.
– Es ist fraglich, ob man die Knüpfung der beiden Käufe Patriot und Roland wirklich als eine überzeugende Verwirklichung des Prinzips der Rüstungszweibahnstraße ansehen kann. Es handelt sich eher um ein Beispiel von kooperativer Rüstungsbeschaffung. Als Gegenleistung für das Leasing von 12 + 2 Patriot-Feuereinheiten beschafft die Bundesrepublik Deutschland für die USA 27 Waffensysteme Roland und bemannt und betreibt sie für zehn Jahre, also bis zu einem Zeitpunkt, in dem bereits die nächste Generation der LV-Waffen nachrückt. Die Übernahme eines europäischen Waffensystems in die US-Streitkräfte und die damit verbundene Möglichkeit der „Gewöhnung" an ein anderes als ein amerikanisches System findet in der Praxis nicht statt. Sinn der Rüstungszweibahnstraße ist es aber, die Typenzahl der Systeme zu verringern und dadurch Interoperabilität und Standardisierung innerhalb der NATO zu verbessern.
– Die Motive für die amerikanische Forderung nach hoher Einsatzbereitschaft für die Roland-Waffensysteme sind nicht klar. Sie könnte als Versuch interpretiert werden, die entsprechenden deutschen und NATO-Standards auf dem Weg über Rüstungskooperationensverträge zu erhöhen. In der Praxis liefe das auf eine Verstärkung der Infrastruktur und des Personals hinaus. Damit würden sich für uns die Kosten des Kompensationsgeschäfts indirekt erhöhen, ohne daß dies im Vertrag bei der Bewertung unserer Gegenleistung zu Buche schlägt. Außerdem gibt man den USA ein erneutes Druckmittel in die Hand, die Erhöhung unserer Leistungen im Bereich der Infrastruktur und bei den Personalstärken zu verlangen und damit längerfristig unsere Verteidigungsleistungen insgesamt zu erhöhen.

[8] Luftverteidigung.

5) Pressemeldungen, denen zufolge das Patriot-System technisch noch nicht ausgereift sei, werden vom BMVg energisch dementiert.

6) Die Möglichkeit, Patriot in das Konzept der Strategic Defense Initiative (SDI) einzubeziehen und später auch als Anti-Raketenwaffe zu nutzen, ist im Abkommen nicht erwähnt.[9]

7) Es ist damit zu rechnen, daß sich der Deutsche Bundestag nach der Sommerpause ausführlich mit dem Abkommen beschäftigen wird. Es ist nicht auszuschließen, daß dabei die mit Ziffer 4 genannten Aspekte des Abkommens zur Sprache kommen werden.

Pfeffer

VS-Bd. 10848 (209)

215

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma

405-411.70 OPEC **14. August 1984**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: gegenwärtige Rolle und zukünftige Entwicklung der OPEC zehn Jahre nach der ersten Ölkrise 1973/74[3]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

1) Etwa ein Jahrzehnt nach der ersten Ölkrise, die zu einer Neugestaltung der Daten auf den Weltölmärkten und zur beherrschenden Rolle der OPEC führte, legen rückläufige Ölexporte der OPEC und sinkende Ölpreise den Schluß nahe, daß die Macht der OPEC ihren Höhepunkt überschritten hat.

2) Die gegenwärtigen Probleme von OPEC beruhen auf der entspannten Lage am Weltölmarkt, d.h. des Umschlages eines Verkäufermarktes zu Beginn und

9 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diesen Punkt (wirklich eine Möglichkeit?) bitte ich [zu] prüfen. Wir sollten die beiden Komplexe nicht in einen Zusammenhang bringen."

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel, Vortragendem Legationsrat Boldt und Attaché Sander konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. August 1984 vorgelegen.
Hat Legationssekretär Wittig am 15. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 405 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 16. August 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Sulimma „z[ur] K[enntnisnahme]" und Vortragenden Legationsrat Boldt „wie bespr[ochen]" verfügte.
Hat Sulimma am 16. August 1984 erneut vorgelegen.
Hat Boldt am 20. August 1984 erneut vorgelegen.

3 Zur Ölkrise vgl. AAPD 1973, III, Dok. 345.

während der 70er Jahre in einen Käufermarkt zu Anfang dieses Jahrzehnts. Folgende Faktoren haben dazu beigetragen:

– Förderungsausweitung außerhalb von OPEC,
– Öleinsparungen und Ölsubstitution in westlichen Industrieländern,
– wirtschaftliche Rezession der Industrie- und Entwicklungsländer.

Die rückläufigen Öleinnahmen der OPEC-Staaten haben die internen Schwierigkeiten zwischen bevölkerungsreichen und bevölkerungsarmen Mitgliedstaaten besonders deutlich hervortreten lassen.

3) Als Ergebnis der Entwicklung der 70er Jahre läßt sich festhalten, daß OPEC

– die Kontrolle über die eigenen Ölreserven erlangt und eine langfristige Verbesserung der Terms of Trade erreicht hat sowie
– bisher Erfolg bei dem Bemühen hatte, ein Überangebot am Markt durch Festsetzung von Förderquoten zu verhindern und den Ölpreis, wenn auch seit 1983 auf zurückgenommenem Niveau – wobei der Iran-Irak-Konflikt nicht ohne Einfluß war –, zu stabilisieren.

4) In absehbarer Zeit wird OPEC wieder einen höheren Anteil an der Weltölversorgung haben und damit wieder stärkeres Gewicht erlangen.

Eine besondere Rolle spielen dabei schon aufgrund ihrer hohen Rohölreserven Saudi-Arabien und die übrigen Golfstaaten. Der Zusammenarbeit mit diesen Staaten, wo sich neben Ölreserven auch die Finanzkraft der OPEC-Staaten konzentriert, kommt daher auch künftig besondere Bedeutung zu.

II. Langfassung

I. Die Entwicklung seit 1973

1) Die Presseberichterstattung über die jüngst beendete 70. Ministerkonferenz der OPEC[4] stellte vor allem auf die schwierige aktuelle Lage der Organisation ab. Hingewiesen wurde auf das Überangebot am Weltölmarkt, den sinkenden Marktanteil der OPEC-Staaten und den Umstand, daß die Gruppe der OPEC-Staaten 1984 wie 1983 ein Leistungsbilanzdefizit aufweise. Demgegenüber wies der Präsident der OPEC-Konferenz[5] darauf hin, daß es OPEC gelungen sei, trotz der schwierigen Ausgangslage den Ölmarkt durch ein Quotensystem zu stabilisieren.

Eine Beurteilung der Rolle der OPEC darf – nach einem Blick in das vergangene Jahrzehnt – nicht nur von der aktuellen Lage ausgehen, sondern muß die Entwicklung der gegenwärtigen Situation sowie eine Prognose der zukünftigen Entwicklung des Weltölmarktes einbeziehen.

4 Die 70. Ministerkonferenz der OPEC fand am 10./11. Juli 1984 in Wien statt. Das Bundesministerium für Wirtschaft legte dazu am 12. Juli 1984 dar, die geltenden Preis- und Mengenbeschlüsse seien bestätigt worden: „Die Rolle der OPEC auf dem Ölmarkt hat sich durch den starken Verbrauchsrückgang, die erheblich gestiegene Nicht-OPEC-Produktion und die wachsende Bedeutung der ihren Preisbeschlüssen entzogenen Rohöl-Spotmärkte sowie Produktenmärkte entscheidend gegenüber ihrer Position Mitte der 70er Jahre verändert. Auf diesem Hintergrund sind die eine abwartende Haltung signalisierenden Beschlüsse der 70. OPEC-Konferenz durchaus als ein Erfolg anzusehen. Die Perspektiven sind angesichts der Unwägbarkeiten des Golfkrieges (krisenhafte Engpässe oder Marktübersättigung nach Beendigung des Krieges) überaus ungewiß." Vgl. Referat 405, Bd. 141722.

5 Kamel Hassan Maghur.

2) OPEC wurde 1960 von Staaten am Persischen Golf und Venezuela gegründet, die Organisation hat heute 13 Mitgliedstaaten. Zweck der Organisation war, die Position der Förderländer gegenüber dem Nachfrageoligopol der „Sieben Schwestern“ (die größten westlichen Ölmultis) in Verhandlungen über einen höheren Regierungsanteil zu stärken und langfristig die Kontrolle über die Förderung selbst zu übernehmen. Erste Erfolge wurden in den späten sechziger Jahren erzielt, aber erst während der beiden Ölkrisen der 70er Jahre gelang es OPEC, politische Krisen und anderweitig bedingte Marktfaktoren (das Embargo gegen NL und die USA als politisches Druckmittel 1973, Ausfall des iranischen Öls 1979/80) zu Preiserhöhungen und weitgehender Übernahme der Ölförderung in eigener Regie zu nutzen. Der Ölpreis stieg in der ersten Ölkrise in drei Monaten um das Vierfache, in der zweiten Ölkrise nochmals um etwa das Dreifache.

3) Die Ölpreissteigerungen hatten enorme politische und wirtschaftliche Auswirkungen. Hinzu kommt, daß die Handlungen der OPEC die öffentliche Meinung und die Diskussion in den 70er Jahren entscheidend beeinflußten.

Das bis dahin wesentlich auf billiger Energie beruhende Wachstum der Weltwirtschaft kam nach der ersten Ölkrise vorübergehend ins Stocken, im Gefolge der zweiten Ölkrise kam es zu einer weltweiten Rezession. Die Handelsbilanzen der Energie importierenden Länder wiesen hohe Defizite auf, die Entwicklungsbemühungen vieler Staaten der Dritten Welt wurden durch die hohen Energiekosten stark beeinträchtigt.

Auf der politischen Ebene hatten Staaten der Dritten Welt versucht, die führende Industriemacht USA mit der Ölwaffe unter Druck zu setzen. Im Gefolge der ersten Ölkrise kam ein politischer Dialog zwischen den westlichen Industrieländern und den rohstoffexportierenden Staaten in Gang, wobei letztere eine relativ starke Position hatten. Diese Entwicklung bestimmte zusammen mit der beginnenden Diskussion über die „Grenzen des Wachstums“[6] weithin die öffentliche Meinung. Durch Vergleich der linear fortgeschriebenen Wachstumsraten des Energieverbrauchs mit den bekannten Ölreserven entstand der Eindruck, das Ende des Ölzeitalters stehe bevor und die Welt, insbesondere die westlichen Industriestaaten, gerate in der Periode der Umstellung auf andere Energieträger in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den OPEC-Staaten.

4) Im nachhinein erwiesen sich die damaligen Befürchtungen als übertrieben. Das Ölembargo erreichte seinen eigentlichen politischen Zweck nicht, eine erneute Anwendung des Öls als Waffe, etwa im Libanon-Krieg, unterblieb. Der von den industriellen Ölverbrauchsländern der IEA/OECD mit den Ölförderländern der OPEC angestrebte Dialog blieb bisher im Vorbereitungsstadium stekken. Während OPEC letztlich an (Hoch-)Preisgarantien interessiert ist, halten die westlichen IL den Marktmechanismus auch in Zeiten stärkeren Ölangebots (bzw. geringerer Ölnachfrage) für den geeignetsten Weg zur Bestimmung des Ölpreises. In der Hochpreisphase war dies auch die in der OPEC vorherrschende Ansicht.

6 Vgl. dazu Donella H. MEADOWS, Dennis L. MEADOWS, Jørgen RANDERS, William W. BEHRENS III, The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind, New York 1972.

Auf der wirtschaftlichen Ebene kamen Marktkräfte im Energiebereich verstärkt zum Zuge. Im Lichte der knapper werdenden Reserven und der Preise für andere Energieträger war Öl in den 60er Jahren zu billig gewesen. Dies hatte zu einem enormen Verbrauchsanstieg geführt. Insoweit waren die von OPEC in den beiden Ölkrisen durchgesetzten Preiserhöhungen zwar sehr abrupt und daher schmerzlich für die Weltwirtschaft, sie spiegelten letztlich jedoch latente Marktfaktoren wider. Das Weltwährungssystem erwies sich als flexibel genug, die zeitweise immensen Kapitalzuflüsse in die OPEC-Staaten aufzunehmen, wobei allerdings die hohe Liquiditätsausweitung des westlichen, insbesondere des Eurobankenapparats, u. a. zu einer unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten überzogenen Kreditgewährung der IL an EL führte, die mit für die seither eingetretene Schuldenkrise in Ländern der Dritten Welt[7] verantwortlich sein dürfte.

Etlichen Industrieländern, darunter der Bundesrepublik Deutschland, gelang es, im Handel mit den OPEC-Staaten nach kurzer Zeit wieder Überschüsse zu erzielen. Dennoch bleibt festzuhalten, daß es zu hohen Vermögensverschiebungen gekommen ist. OPEC ist es in den 70er Jahren gelungen, die Terms of Trade zu ihren Gunsten deutlich zu verbessern. Die realen Preise für die Referenzqualität Arabian Light haben sich nach einer neueren Untersuchung der BP[8] – ausgedrückt in Dollar von 1973 – von der ersten Ölkrise bis zur Jahreswende 1980/81 versechsfacht, bis Ende 1983 nach dem erheblichen tatsächlichen Preisrückgang immer noch verfünffacht.

II. Gegenwärtige Lage und mögliche Entwicklungen

1) Die Lage am Weltölmarkt war in den letzten Jahren durch einen steten Verbrauchsrückgang in den Industrieländern gekennzeichnet, der voraussichtlich erst in diesem Jahr zum Stehen kommt. Ursache für diese Entwicklung waren neben konjunkturellen Einflüssen die weltweiten Bemühungen, insbesondere der westlichen Industrieländer, um Ölsubstitution und rationellere Energieverwendung. Für die OPEC wirkte sich dieser Nachfragerückgang um so stärker aus, als gleichzeitig neue Anbieter auf den Markt drängten. Die Entwicklung führte dahin, daß die OPEC-Staaten in einem kleiner werdenden Markt nur noch die verbleibende Menge zwischen der Produktion außerhalb OPECs sowie den Nettoexporten der Staatshandelsländer und dem Gesamtverbrauch fördern. Der Anteil der OPEC am Weltverbrauch außerhalb der Staatshandelsländer sank von über 60 % im Jahre 1979 auf 40 % 1983, in absoluten Zahlen von über 31 Mio. Faß pro Tag auf gut 18 Mio. Faß pro Tag. Der OPEC-Anteil liegt damit z. Z. auf dem tiefsten Stand seit der Gründung des Kartells. Einen bedeutenderen Anteil hat OPEC jedoch immer noch am weltweit gehandelten Öl; er betrug im Jahre 1983 etwa 65 %, während der Anteil 1973 bei 87 % gelegen hatte.

Der Rückgang der Fördermenge führte in Verbindung mit den sinkenden Ölpreisen ab Anfang 1983 zu einem enormen Einnahmerückgang und wegen des gleichbleibend hohen Kapitalbedarfs für die ehrgeizigen Investitionsprogramme zu deutlichen Leistungsbilanzdefiziten der OPEC-Gruppe. In dieser Situation waren einige OPEC-Mitgliedstaaten Ende 1982 gezwungen, zur Aufrechterhaltung ihres Marktanteils gegenüber Anbietern aus anderen Fördergebieten ihre

7 Zur internationalen Verschuldungskrise vgl. Dok. 216.
8 British Petroleum.

Preise unter den Referenzpreis zu senken. Dadurch kam es Anfang 1983 zu einem allgemeinen Rückgang der Spotpreise. Im März 1983 beschlossen daraufhin die OPEC-Mitgliedstaaten die Festsetzung von Förderquoten (OPEC-Gesamtplafond 17,5 Faß pro Tag), um den Ölpreis in der Nähe des neuen Referenzpreises von 29 US-Dollar pro Faß zu halten. Die entscheidende Rolle kam in diesem Plan Saudi-Arabien zu, das seine Förderung dem jeweiligen Verbrauch flexibel anpassen sollte („swing producer"). Tatsächlich ist es OPEC gelungen, trotz großer interner Schwierigkeiten den Markt zu stabilisieren. Andererseits ist es OPEC nicht mehr möglich gewesen, politische Krisen wie etwa den Libanon-Konflikt oder die Angriffe auf die Schiffahrt im Golf[9] zu Preissteigerungen zu nutzen.

2) Während der Krise kam zum Ausdruck, daß OPEC aus zwei Gruppen mit sehr unterschiedlicher Interessenlage besteht. Diese sind einerseits die arabischen Golfstaaten mit geringer Bevölkerungszahl und hohen Reserven, die an einer langfristigen Verstetigung der Öleinnahmen interessiert sind und einen kurzfristigen Einnahmerückgang durch Kapitalerträge auffangen können („low absorber"). Auf der anderen Seite stehen die bevölkerungsreichen Mitgliedstaaten mit im allgemeinen relativ geringen Ölreserven, die kurzfristig einen sehr hohen Kapitalbedarf haben, um die in ihren Ländern eingeleiteten Entwicklungsprogramme finanzieren zu können („high absorber"). Zu diesen Ländern zählt auch Iran, das durch den Golfkrieg einen enorm hohen Kapitalbedarf hat. Es ist insbesondere diese Gruppe, die in den letzten Jahren ein hohes Defizit in ihrer Leistungsbilanz aufwies (Venezuela, Nigeria, Indonesien).

Schwierigkeiten für die Zusammenarbeit der OPEC-Staaten könnten auch von den ansteigenden OPEC-Mineralölproduktexporten ausgehen, die bisher nicht der Quoten- und Preisregulierung unterliegen. Es wird erwartet, daß die Produktenausfuhr in den nächsten zwei bis vier Jahren auf 30% steigt und der Rohölanteil auf ca. 70% der gesamten OPEC-Mineralölausfuhren zurückgeht. Würden seitens einzelner OPEC-Anbieter in starkem Umfang spotorientierte Produkteinschleusungen vorgezogen, so ist davon auszugehen, daß kurz- bis mittelfristig das kartellabgestimmte Rohölpreisgefüge kaum zu konsolidieren sein dürfte.

Angesichts dieser Ausgangslage ist es um so bemerkenswerter, daß es OPEC im Gefolge des Beschlusses vom März 1983 gelang, das Preisgefüge am internationalen Ölmarkt auf der Grundlage des damals festgesetzten OPEC-Richtpreises von 29 US-Dollar je Faß der Qualität Arabian Light im großen und ganzen zu stabilisieren. Das gilt bisher auch für die augenblicklichen Preisturbulenzen am internationalen Ölmarkt, die voraussichtlich ohne wesentliche bleibende Rückwirkungen auf das Ölpreisgefüge sein werden, sobald ab September die Winterbevorratung der IL beginnt, die nahezu alle in der nördlichen Hemisphäre liegen. OPEC verfügt über keinerlei institutionelle Machtmittel, um die Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Förderquoten zu zwingen. Eine Kontrolle über die Einhaltung der Förderquoten ist nur im nachhinein durch Marktbeobachtung möglich. Der Erfolg des Kartells beruht daher auf der Erkenntnis, ein gemeinsames Interesse an der Einhaltung des gegenwärtigen Ölpreises zu haben, da

9 Zu den irakischen Angriffen auf Schiffe im Persischen Golf vgl. Dok. 174, Anm. 12.

bei einem erneuten Preiskampf um Marktanteile eine Untergrenze des Marktpreises für Öl nicht absehbar ist. Ein hoher Anteil an dem Erfolg kommt dabei Saudi-Arabien zu, das durch die Möglichkeit einer gezielten Steigerung der Förderung und erhebliche, auf Schiffen gehaltene Lagermengen ein Drohmittel gegen Preisbrecher in der Hand hat.

OPEC ist es darüber hinaus gelungen, mit dem nicht der OPEC angehörenden wichtigen Förderland Mexiko zu einem koordinierten Vorgehen zu kommen. Bemühungen OPECs um eine ähnliche Abstimmung mit Großbritannien und der Sowjetunion haben bislang keinen Erfolg gehabt.

Die Sowjetunion verdient Westdevisen – abgesehen von Waffenexporten – im wesentlichen durch Energielieferungen. Als Industrieexportland hat sich die SU bisher in den westlichen IL nicht durchsetzen können, so daß sowjetische Einnahmen aus Energieexporten nicht durch andere Exporterlöse ersetzbar sind. Für die SU berührt die Aufrechterhaltung ihrer Ölausfuhr nach Westen ein vitales Interesse; daß die Sowjets dies ebenso sehen, erweist sich nicht zuletzt an der Tatsache, daß die SU ihren Ölexport in US-Dollar stets kurzfristig so festsetzt, daß er leicht unter dem jeweiligen Ölpreisniveau des internationalen Marktes liegt, so daß eine entsprechende westliche Nachfrage gesichert bleibt. Für die SU würde eine freiwillige Drosselung ihres Ölexports nach Westen auf Wunsch der OPEC-Länder ein schwerwiegendes Zugeständnis an eine Ländergruppe darstellen, die der SU kaum entsprechende Gegenleistungen zu bieten vermag. Insofern ist auch künftig nicht damit zu rechnen, daß die SU gegenüber OPEC zu mehr als verbalen Zugeständnissen bereit sein wird.

3) Eine deutliche Verbesserung der Marktlage ist für OPEC nach gegenwärtigem Erkenntnisstand in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Es wird mit einer geringfügigen Ausweitung der OPEC-Förderung gerechnet, diese soll insbesondere den hochverschuldeten Mitgliedstaaten wie Nigeria zugute kommen. Aufgrund der in den letzten Jahren erreichten Abkoppelung des Wirtschaftswachstums von der Zunahme des Energieverbrauchs wird sich erst ein weltweit reales Wachstum von schätzungsweise etwa 2 bis 3 % in einem erhöhten Ölverbrauch niederschlagen.

Die Prognosen über die Stabilität OPECs in der näheren Zukunft werden auch durch die veränderten Rahmenbedingungen des Weltölmarktes (weniger langfristige Kontrakte, Anteil des Spotgeschäfts etwa ein Drittel) erschwert, da Entwicklungen auf den Spotmärkten sich unmittelbar auf einzelne Mitgliedstaaten auswirken können. So hat z. B. ein sinkender Preis für Nordseeöl sofort Konsequenzen für die Absatzchancen nigerianischen Öls, ohne daß dies andere Mitgliedstaaten direkt betrifft (Regionalisierung der Ölmärkte, unterschiedliche Ölqualitäten).

Es ist nicht auszuschließen, daß sich einzelne Mitgliedstaaten in der Hoffnung auf Einnahmesteigerungen zu einem Alleingang entschließen wie Nigeria Anfang 1983.[10] Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die Mitgliedstaaten versuchen werden, Marktbewegungen auszunutzen, ohne das Kartell selbst zu gefährden,

[10] Botschafter Oldenkott, Lagos, berichtete am 21. Februar 1983, die nigerianische Regierung habe am 19. Februar 1983 die Senkung des Preises für Rohöl um 5,5 Dollar pro Barrel rückwirkend zum 1. Februar 1983 bekanntgegeben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 123; Referat 405, Bd. 141721.

da ein gemeinsames Interesse an der Vermeidung eines erneuten Preiskampfes besteht. Ob OPEC dies gelingen wird, hängt vor allem vom Verhalten Saudi-Arabiens ab; bis jetzt ist es allerdings Saudi-Arabien stets gelungen, einen Kompromiß innerhalb OPECs herbeizuführen.

Jedenfalls ist das seit Jahren prophezeite Ende der OPEC, die sich angesichts der anhaltenden Ölschwemme z.Z. wohl in ihrer schwierigsten Phase seit Gründung der Organisation befindet, nicht in Sicht.

4) Längerfristig – ob bereits Ende dieses Jahrzehnts oder zu Beginn des kommenden, ist umstritten – ist vielmehr damit zu rechnen, daß OPEC wieder entscheidenderen Einfluß auf die Preisentwicklung am Weltölmarkt gewinnt.

Aktuelle Analysen der Internationalen Energieagentur gehen für das Ende der 80er Jahre von einer höheren OPEC-Förderung aus; dem liegt die Annahme zugrunde, daß dann die Ölförderung in der Nordsee und in den USA absinken und gleichzeitig der Ölverbrauch steigen wird. Da etwa 55% der Weltölreserven im Bereich des Persischen Golfs liegen, wird dann insbesondere die Golfstaaten-Gruppe innerhalb OPEC für die Ölversorgung der 90er Jahre große Bedeutung erlangen. Die Zusammenarbeit mit diesen Staaten, wo sich neben den Ölreserven auch die Finanzkraft der OPEC-Staaten konzentriert, gewinnt daher ständig an Gewicht.

Sulimma

Referat 405, Bd. 141722

216

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck

422-413.07/1 **17. August 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: internationale Verschuldungskrise – Auswirkungen und erste Vorschläge für Lösungsansätze

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Legationsrat I. Klasse Lauk konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. August 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 21. August 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr lesenswerte Vorlage, die in ihrer Substanz dem Haus und den Vertretungen zugänglich gemacht werden sollte."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Fischer, Ministerialdirigent Ungerer und Referat 422 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] a[uch] S. 4 u. 7. 02 hat Abl[ichtung] wegen S. 4." Vgl. Anm. 10 und 11.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 22. August 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Ungerer am 22. August 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 422 vermerkte: „Bitte in eine Fassung bringen, die im Blauen Dienst erscheinen kann."
Hat Vortragendem Legationsrat Runge am 23. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an

Anlg.: 1 (Ursachen und Entstehung der Verschuldungskrise)[4]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung und Zustimmung zu IV. B

Kurzfassung

1) Verschuldungskrise der EL (gesamte Außenschuld der EL Ende 1983: rd. 810 Mrd. US-$, davon rd. 350 Mrd. US-$ oder 40 % in Lateinamerika) hat bei Schuldnern und Gläubigern tiefgreifende Auswirkungen:

a) auf Schuldnerseite:

– Zurückhaltung der Geschäftsbanken bei Vergabe von Neukrediten an EL (1983 Nettokapitalexport aus EL).
– Handelsbilanzüberschuß der EL nur bei drastischer Importdrosselung möglich.
– Importdefizit an neuen Technologien und Anlagegütern schwächt mittel- und langfristig Wirtschaftswachstum und Schuldendienstfähigkeit der EL.
– Auswirkungen von IWF-Anpassungsprogrammen auf Beschäftigung, Einkommen etc. mancher Schuldnerländer hat Grenzen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Belastbarkeit erreicht.

b) auf Gläubigerseite:

– Rückgang der Exporte. Deutsche Exporte in EL 1983 gegenüber 1982 um rd. 8 % zurückgegangen (Nigeria – 52 %, Mexiko – 59 %, Brasilien – 28 %).
– Starke Inanspruchnahme staatlicher Exportversicherungen durch Schadensfälle (Nettobelastung des Bundeshaushalts 1983 rd. 730 Mio. DM).
– Auswirkungen auf einzelne Geschäftsbanken und Bankensystem je nach Ausprägung der Bankengesetzgebung und der Bilanzvorschriften der Gläubigerländer unterschiedlich.

2) Forderungen der Schuldnerländer

– Reduzierung der Zinssätze,
– Gewährung neuer Kredite,
– längere Umschuldungs- und Tilgungszeiträume bei noch mehr Freijahren,
– Festlegung maximalen Höchstzinssatzes,
– Kapitalisierung von Zinsen,
– Abbau von Handelshemmnissen in IL[5]

Fortsetzung Fußnote von Seite 989

Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an Legationsrat I. Klasse Lauk „n[ach] R[ückkehr] z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich für Lauk: „Über Vermerk BM auf S. 4 ist 02 (H[err] Scharioth) unterrichtet.“
Hat Wistinghausen am 29. August 1984 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. In der ungezeichneten und undatierten Aufzeichnung wurde dargelegt, daß sich zahlreiche Schwellenländer der Dritten Welt in den 70er Jahren zunehmend bei internationalen Geschäftsbanken verschuldet hätten. Mit Beginn der 80er Jahre habe sich jedoch die Situation auf den internationalen Finanzmärkten grundlegend geändert, bedingt etwa durch höhere Zinsen, schlechtere Absatzmöglichkeiten sowie den Verfall der Rohstoffpreise. Hinzu seien Fehler der Schuldnerstaaten gekommen, wie die Verwendung der Kredite für privaten und staatlichen Verbrauch im Gegensatz zur Verwendung für produktive Investitionen sowie mangelndes Schuldenmanagement, überbewertete Währungen, aber auch kostspielige Rüstungsprogramme. Vgl. dazu Referat 422, Bd. 140102.

5 Korrigiert aus: „EL“.

richten sich zum überwiegenden Teil an Privatbanken, die mit über 50% den größeren Teil der Gesamtverschuldung halten.

3) Grundsätzliche Überlegungen für Lösung der Verschuldungskrise:

– Schuldner und Gläubiger haben eine gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung und Leistungsfähigkeit des internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems.
– Dementsprechend kann die Verschuldungskrise nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten gelöst werden, nicht durch Konfrontation oder einseitige Aktionen.
– Die Verschuldungskrise hat neben den wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten auch eine politische und soziale Dimension.
– Vertragstreue ist die Grundlage des internationalen Finanzsystems, eingegangene Verpflichtungen müssen daher früher oder später honoriert werden.
– Über die unabdingbaren eigenen Anstrengungen der Schuldnerländer hinaus erfordert die Lösung der Schuldenprobleme von allen Beteiligten Entgegenkommen, Opfer und Übernahme von Lasten.
– Strukturelle Anpassungsprogramme, die zwischen dem IWF und einzelnen Schuldnerländern vereinbart werden, müssen sich noch stärker als bisher an deren wirtschaftlicher, sozialer und politischer Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit orientieren.
– Umschuldungen müssen den besonderen Bedingungen jedes Einzelfalls angepaßt werden.
– Das internationale Zinsniveau muß auf ein wirtschaftlich und finanziell tragbares und vertretbares Maß reduziert werden.
– Die Exportchancen der EL auf den Märkten der IL müssen durch weiteren Abbau handelsbeschränkender Maßnahmen und eine noch stärkere Öffnung der Märkte für Produkte der EL verbessert werden.
– Wirtschaftswachstum und Stabilisierung in den Schuldnerländern erfordern den Zufluß neuer Ressourcen in Form von Finanzmitteln im weitesten Sinn, Anlagekapital sowie technischem Know-how, Management (z. B. durch Direktinvestitionen) und Entwicklungshilfe.

4) Praktische Lösungsansätze nach dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel[6]

– Entsprechend bereits erfolgter Ressortabstimmung wird deutsche Delegation bei nächster Sitzung des Pariser Clubs[7] für baldige Einführung sog. „Stufen-

6 Zur Erörterung der Verschuldungsproblematik auf dem Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 165.

7 Allgemeine Fragen der Verschuldung wurden im Rahmen des Pariser Clubs am 13. September 1984 erörtert. In einer vom Pariser Club am 21. September 1984 übermittelten Zusammenfassung hieß es: „As regards the eligibility of the debtor countries, there is a general consensus that multiyear rescheduling should be limited to countries who have a good chance to return to the markets during, or at least, at the end of the rescheduling period. […] As regards the technicalities, a general consensus emerged on the following points: The length of the consolidation period might reach 3 years, or more in exceptional cases; the implementation of the rescheduling should take place stage by stage; all terms and conditions should be fixed by the agreed minutes, but modifications might be introduced during the process". Vgl. Referat 422, Bd. 140101.

umschuldung“ eintreten (Umschuldungszeitraum bis zu drei Jahren bei jährlicher Revision- und Anpassungsmöglichkeit je nach Einzelfall).

– Ressorts dürften auch der Überlegung zustimmen, daß der Kreis der Länder, mit denen längerfristige Umschuldungen vereinbart werden können, nicht zu eng gefaßt werden darf.

Einzubeziehen sind:

– Länder mit Anpassungserfolgen (z. B. Mexiko, Brasilien, Jugoslawien).
– LLDCs (in diesen Fällen vermag weder die Gewährung längerfristiger Umschuldung einen Anreiz zu erhöhter Anpassungsanstrengung zu schaffen, noch kann die Verweigerung längerfristiger Umschuldung einen erhöhten Anpassungsdruck auslösen).
– Von seiten des AA wird befürwortet, den Schuldnerländern im Pariser Club bei Umschuldungen hinsichtlich Freijahren und Tilgungszeiträumen je nach Lage des Einzelfalls weiter als bisher entgegenzukommen. Ob sich dem auch BMWi/BMF im Einzelfall anschließen, hängt nicht zuletzt von der Haltung der anderen Länder im Pariser Club ab.
– Zur Behandlung der Finanzprobleme der EL im Gemeinsamen Entwicklungsausschuß von IWF und Weltbank ist bereits gesonderte Vorlage der Abteilung am 9.8.1984 – 412-401.01/X[8] – erfolgt.

AA bleibt weiter bemüht, seiner Haltung gegenüber den generell restriktiveren Ressorts BMF und BMWi Geltung zu verschaffen. O. a. Überlegungen sollten in allgemeiner Form in dem Entwurf Ihrer Rede vor der 39. GV der VN[9] berücksichtigt werden.[10]

I. Größenordnung der Verschuldung

Die gesamte Außenschuld der EL (einschl. COMECON und OPEC-Länder) betrug nach Weltbankschätzungen Ende 1984 810 Mrd. US-$; 350 Mrd. US-$ oder rd. 40 % davon entfielen allein auf Lateinamerika. Über 50 % entfallen auf Kredite von Privatbanken. Größte Einzelschuldner sind:

Brasilien	rd. 100 Mrd. US-$
Mexiko	rd. 90 Mrd. US-$
Argentinien	rd. 45 Mrd. US-$
Republik Korea	rd. 40 Mrd. US-$
Venezuela	rd. 35 Mrd. US-$

8 Korrigiert aus: „412-401.01/8“.
Ministerialdirektor Fischer vermerkte: „Unter dem Aspekt ‚Dialog mit den Schuldnerländern‘ sollten wir darauf hinwirken, daß das Follow-up der Londoner Ziffern 7 (Erörterung von Finanzproblemen der EL im Entwicklungsausschuß von IWF und Weltbank) und 9.6 (baldige Tagung des IWF-Interimsausschusses zum vorläufigen Abschluß der Arbeiten an Möglichkeiten zur Verbesserung des Weltwährungssystems) in der Form paralleler Sondersitzungen des Entwicklungsausschusses und des Interimsausschusses eventuell schon Anfang 1985 stattfindet. Einer entsprechenden kanadischen Idee stehen BMF und BMZ reserviert gegenüber“. Vgl. Referat 412, Bd. 130568.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor der VN-Generalversammlung am 26. September 1984 in New York vgl. BULLETIN 1984, S. 961–966.

10 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Bitte nicht zu zurückhaltend!“ Vgl. Anm. 3.

Israel	rd. 30 Mrd. US-$
(Zum Vergleich**:**	
Philippinen	rd. 26 Mrd. US-$
Nigeria	rd. 15 Mrd. US-$)

II. Auswirkungen

Die Verschuldungskrise hat sowohl in den Schuldner- als auch in den Gläubigerländern tiefgreifende Auswirkungen:

1) auf seiten der Schuldnerländer:

– Zurückhaltung der Banken bei der Vergabe neuer Kredite führte insgesamt zu Nettokapitalexport der EL (nach Schätzungen der Weltbank rd. 20 Mrd. US-Dollar: Nettokapitalexport aus Lateinamerika rd. 30 Mrd. US-$, demgegenüber Kapitalimport in EL süd- und ostasiatischer Region).

– Fehlender Zufluß neuer Finanzmittel zwingt die Schuldnerländer, die für den Schuldendienst benötigten Devisen durch Handelsbilanzüberschüsse zu erwirtschaften. Wegen insgesamt schwacher Weltkonjunktur und protektionistischer Maßnahmen vieler IL war und ist dies nur bei drastischer Verringerung der Importe möglich.

– Da Schuldnerländer auf kontinuierlichen Zugang neuer Investitionsgüter und Technologien angewiesen sind, gefährdet Importdrosselung künftige Wirtschaftsentwicklung und Schuldendienstfähigkeit.

– Mit IWF vereinbarte Anpassungsprogramme haben in einigen Ländern, insbesondere Mexiko und Brasilien, zu spektakulärer Verbesserung der Devisenposition geführt. Dies erfolgt aber auf Kosten der inländischen Wirtschaftsentwicklung: Anpassungsprogramme haben mit ihren Auswirkungen auf Beschäftigung, Einkommen und andere Grunddaten der wirtschaftlichen Entwicklung in manchen Ländern Grenzen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Belastbarkeit erreicht (in einzelnen Staaten kam es deswegen zu Aufruhr und Gewaltanwendung, z. B. Dominikanische Republik, Tunesien, Marokko).

2) Auch bei den Gläubigerländern hinterläßt die Verschuldungskrise ihre Spuren:

– Rückgang z. B. der deutschen Exporte in die Länder der Dritten Welt 1983 knapp 8% gegenüber dem Vorjahr, mit spektakulären Fällen wie Nigeria um 52%, Mexiko um 59%, Brasilien um 28%.

– Aufgrund schlechter Wirtschaftslage und/oder Zahlungsunfähigkeit vieler Schuldner-EL ergaben und ergeben sich für viele Exportfirmen der IL große wirtschaftliche Schäden. Soweit diese Exportgeschäfte staatlich garantiert oder verbürgt waren, stieg auch die Inanspruchnahme der Exportversicherungen stark an. Im Fall der Bundesrepublik Deutschland bedeutete das für das Jahr 1983 eine Nettobelastung des Bundeshaushalts mit rd. 730 Mio. DM (Aufwendungen für Schäden und Umschuldungen 1983 insgesamt 1,541 Mrd. DM).

– Auswirkungen der Verschuldungskrise auf Geschäftsbanken und das Bankensystem der Gläubigerländer sind unterschiedlich, je nach Gestaltung der

Bankengesetzgebung und der Bilanzvorschriften dieser Länder. Besonders exponiert im Geschäft mit lateinamerikanischen Großschuldnern sind die amerikanischen Geschäftsbanken, die in Einzelfällen das Mehrfache ihres Grundkapitals ausgeliehen haben. Aufgrund der amerikanischen Bilanzvorschriften ist es ihnen in weit geringerem Maße als etwa den deutschen Banken möglich, Wertberichtigungen auf risikobelastete Kredite bzw. Abschreibungen auf diese Kredite vorzunehmen. Das Engagement der deutschen Banken in den lateinamerikanischen Schuldnerländern ist weit geringer als das der amerikanischen Banken. Es beläuft sich auf ca. 35–40 Mrd. DM, wovon rd. 2,8 Mrd. DM staatlich versichert sind.

III. Außenpolitische Aspekte der Verschuldungskrise

1) Insgesamt hat die Verschuldungskrise wie auch die Tatsache, daß einzelne Schuldnerländer de facto einseitig Moratorien für ihre Tilgungszahlungen (z. B. Venezuela) bzw. auch für Zinszahlungen erklärt haben (z. B. Bolivien), zu einem starken Vertrauensschwund im internationalen Wirtschafts- und Finanzgefüge geführt. Darüber hinaus wird in der internationalen Diskussion zunehmend das Grundverhältnis zwischen Schuldnern und Gläubigern, nämlich die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen auch in schwierigen Zeiten, berührt. Dies hat nicht nur Folgen im finanz- bzw. wirtschaftspolitischen Bereich, sondern rührt auch an die Grundsubstanz der internationalen politischen Beziehungen. Wenngleich die Diskussionen zwischen Schuldnern und Gläubigern bisher noch in sachlicher Form geführt werden, bleibt die Gefahr, daß insbesondere die Jahrzehnte währenden Bemühungen, die Länder der Dritten Welt in das internationale Wirtschaftssystem zu integrieren, gefährdet werden.

2) Im einzelnen sind die internationale Verschuldungskrise und ihre Auswirkungen unter folgenden Aspekten von unmittelbarer außenpolitischer Bedeutung:

– Eine Reihe von Schuldnerländern ist aufgrund der Verschuldungskrise nicht nur in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch ihrer politischen und sozialen Stabilität gefährdet.
– Das Vertrauen der EL in den Willen und die Fähigkeit der westlichen IL, ihnen bei der Lösung ihrer Probleme bilateral oder im multilateralen Rahmen zu helfen, darf nicht enttäuscht werden.
– Die politischen Beziehungen zwischen Schuldner- und Gläubigerländern („Nord und Süd“) sind zusätzlichen Belastungen ausgesetzt.
– Die außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik Deutschland als bedeutender Ex- und Importeur und damit ihre Stellung in der Dritten Welt wird unmittelbar betroffen mit allen Konsequenzen für Wachstum, Beschäftigung und Einkommen im Inland.

3) Das Auswärtige Amt muß sich daher aktiv an der Diskussion von Lösungsansätzen beteiligen und auf ein möglichst schnelles Ergebnis hinwirken.[11]

11 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.

IV. Lösungsvorschläge (Diskussionsstand)

A. Ausgangspunkt aller Überlegungen muß sein, mittel- und langfristig Schuldendienstverpflichtungen und Schuldendienstleistungsfähigkeit der EL wieder in Einklang zu bringen.

1) In letzter Zeit wurde von den Schuldnerländern wie auch von internationalen Finanzorganisationen und Forschungsinstituten eine Reihe von Lösungsansätzen für die Verschuldungskrise entwickelt. Es handelt sich dabei um multilaterale Ansätze sowie um Forderungen an die internationalen Geschäftsbanken, die einzelnen Gläubigerregierungen und/oder die Staatengemeinschaft insgesamt.

2) Die großen Schuldnerländer Lateinamerikas haben sich zuletzt anläßlich der Konferenz von Cartagena am 21./22.6.1984 speziell mit der Lösung der Verschuldungskrise befaßt.[12] Ihre Vorschläge und Forderungen richten sich in erster Linie an die Geschäftsbanken, aber auch an die Regierungen der IL.

Forderungskatalog	Auswirkungen auf die Schuldnerländer
Reduzierung der Zinsen und administrativen Kosten	Unmittelbare Entlastung der Zahlungsbilanz
Festlegung eines maximalen Höchstzinssatzes	Über finanzielle Entlastung hinausgehend bessere Planbarkeit der Zinsendienste
Gewährung neuer Kredite sowohl seitens der Geschäftsbanken als auch internationaler Finanzinstitutionen	Möglichkeit der Finanzierung von strukturverbessernden Investitionen und zum Export wichtiger Güter- und Dienstleistungen
Längere Umschuldungs- und Tilgungszeiträume bei mehr Freijahren	Verschnaufpause zur wirtschaftlichen Erholung
Teilweise Kapitalisierung von Zinszahlungen	Vorübergehende Entlastung der Zahlungsbilanz, da bislang in der Regel keine Umschuldung von Zinszahlungen erfolgt
Abbau von Handelshemmnissen in den IL	Eröffnung der Möglichkeit, aus eigener Kraft Schuldendienstzahlungen zu leisten (beste Hilfe zur Selbsthilfe)

12 Ministerialdirigent Loeck vermerkte am 4. Juli 1984 zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister von elf lateinamerikanischen Schuldnerstaaten am 21./22. Juni 1984 in Cartagena/Kolumbien, in der 24 Punkte umfassenden Abschlußerklärung („Konsensus von Cartagena“) hätten die Schuldnerstaaten zum Dialog aufgerufen. Ferner hätten sie beteuert, „ihren eingegangenen Kreditverpflichtungen grundsätzlich nachkommen zu wollen“. Die Erklärung sei „im Ton gemäßigt, auf die Androhung einseitiger Maßnahmen und Aktionen der Schuldnerländer, wie z. B. Moratorien, wird völlig verzichtet“. Das von den Gläubigerstaaten befürchtete „Schuldnerkartell“ sei nicht zustande gekommen: „Das Dokument von Cartagena ist der Versuch, die Verschuldungskrise weg von den wirtschafts- und finanzpolitischen Aspekten als vorrangig politisches und soziales Problem darzustellen und somit die Verschuldungsdiskussion weiter zu politisieren.“ Loeck führte dazu aus: „Angesichts der Auswirkungen der Verschuldungskrise auf die internationale Wirtschafts- und Finanzstruktur wie auch die politische und soziale Stabilität der Schuldnerländer, an der wir ein Interesse haben müssen, sollten wir auf das Gesprächsangebot [...] positiv reagieren. Vor dem Hintergrund der hohen Außenhandelsabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland haben wir zudem ein elementares wirtschaftliches Interesse daran, daß die Schuldnerländer nicht auf absehbare Zeit in ihrer Aufnahmefähigkeit für deutsche Exporte eingeschränkt sind.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149039.

Dies sind nur die wichtigsten Forderungen der Schuldnerländer.

3) Weitere Vorschläge in der internationalen Diskussion

– Übernahme und langfristige Umschuldung der an die Schuldnerländer vergebenen Kredite durch bestehende oder neu zu schaffende internationale Finanzinstitutionen.
– Umwandlung der in Frage stehenden kommerziellen Kredite in Wertpapiere (Kapitalmarktpapiere) und Emission derselben auf den internationalen Finanzmärkten (mit dem Ziel realistischer Werteinschätzung dieser Verbindlichkeiten).
– Leistung von Tilgungs- und Zinszahlungen auf die Kredite nicht oder zumindest nicht ganz in Devisen, sondern in der nationalen Währung der Schuldnerländer.
– Zum Zweck der Diversifizierung Umwandlung eines Teils der bisher zu rd. 90% auf US-$ lautenden Außenschuld Lateinamerikas in europäische Währungen (auf diese Weise auch erheblich niedrigeres Zinsniveau als in USA).
– Begrenzung der Schuldendienstleistungen auf einen festzulegenden Prozentsatz der Exporterlöse oder des Bruttosozialprodukts. (Umschuldungsvereinbarungen orientieren sich selbstverständlich auch bereits bisher an der Leistungsfähigkeit, d.h. an den erwarteten Deviseneinnahmen eines Landes.)

Alle diese Vorschläge und Lösungsansätze sind aber im einzelnen noch nicht ausdiskutiert.

4) Die Teilnehmerländer der Konferenz von Cartagena haben zum Dialog zwischen Schuldnern und Gläubigern aufgerufen.

Unsere Haltung dazu folgt nachstehender Linie:

– Wir begrüßen nachdrücklich den Aufruf und das Angebot der Schuldnerländer zum Dialog zwischen allen Beteiligten. Die Bundesregierung wird sich wie bisher auch künftig an diesem Dialog beteiligen. Dabei muß die Erarbeitung praktischer, weiterführender Lösungsansätze für die Verschuldungskrise im Vordergrund stehen.
– Die Erfahrung zeigt, daß große multilaterale Konferenzen mit Teilnehmern, deren Interessenlage sehr unterschiedlich ist, wenig Aussicht auf praktikable Lösungen bieten. Wir müssen zudem befürchten, daß es dabei zu einer Politisierung der Verschuldungskrise kommt, die, anstatt weiterzuführen, nur die Fronten verhärtet. Es erscheint erfolgversprechender, konkrete Schritte durch Verhandlungen zwischen den einzelnen Schuldnern und Gläubigern zu erreichen. Die dafür benötigten Gremien existieren (z.B. Pariser Club für multilaterale Umschuldungen staatlich versicherter Verbindlichkeiten, Gemeinsamer Entwicklungsausschuß von IWF und Weltbank) und haben ihre Funktions- und Anpassungsfähigkeit an veränderte Umstände unter Beweis gestellt.

  Unter praktischen Gesichtspunkten wäre es jedoch nicht opportun, eine solche Konferenz von vornherein abzulehnen, insbesondere wenn die Schuldnerländer dazu einladen. Sollte dieser Fall eintreten, müßten wir uns unter den dann gegebenen Umständen im Gläubigerkreis konsultieren.

B. Praktische Lösungsansätze nach dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel

1) Die Teilnehmer am Londoner Weltwirtschaftsgipfel haben sich dafür ausgesprochen, längerfristige Umschuldungszeiträume für diejenigen Länder zu befürworten, die in ihrem Bemühen um wirtschaftliche Stabilität durch Anpassungsmaßnahmen Fortschritte erzielt haben.[13] Dieser Ansatz muß zügig weiterverfolgt werden.

2) Die Regierungen haben einen unmittelbaren Einfluß hierauf nur bei der Umschuldung staatlich versicherter Verbindlichkeiten (Pariser Club).

(Hinsichtlich der Behandlung der Finanzprobleme der EL im Gemeinsamen Entwicklungsausschuß von IWF und Weltbank erfolgte gesonderte Vorlage von Abteilung 4 am 9.8.1984 – 412-401.01/X).

a) Eine Abkehr vom bisherigen Prinzip der Übereinstimmung von Umschuldungszeitraum und Dauer des IWF-Beistandsprogramms würde wegen der damit verbundenen Aufhebung des Anpassungsdrucks auf das Schuldnerland Bedenken begegnen. IWF und Pariser Club könnten aber auf folgende Weise in Gleichklang zu längerfristigen Umschuldungszeiträumen gelangen:

– Verlängerung der Dauer des Beistandprogramms mit der Möglichkeit zeitlich gestaffelter Überprüfungstermine hinsichtlich der Einhaltung des Programms durch das Schuldnerland,
– soweit erforderlich, Anpassung der Umschuldungsvereinbarung an die jeweils erreichte Situation.

Diese sog. „Stufenumschuldung", die im Einklang mit der bereits bestehenden „Erweiterten Fonds-Fazilität" (und den entsprechenden Anpassungsvereinbarungen) des IWF für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren gewährt werden könnte, wird derzeit im Pariser Club diskutiert. Entsprechend bereits auf Arbeitsebene erfolgter Ressortabstimmung wird die deutsche Delegation bei der nächsten Sitzung des Pariser Clubs für die baldige Einführung der sog. „Stufenumschuldung" mit Umschuldungszeiträumen von zwei bis drei Jahren – angepaßt an die Wünsche und Erfordernisse des jeweiligen Schuldnerlandes – eintreten.

b) Die Ressorts dürften auch der Überlegung zustimmen, daß der Kreis der Länder, mit denen mehrjährige Umschuldungsabkommen vereinbart werden können, nicht zu eng gefaßt wird:

– Länder mit erfolgreicher Anpassungspolitik, die ihren Bürgern durch Anpassungsmaßnahmen Opfer abverlangt haben, sollten Spielraum für einen Wiederanstieg der Realeinkommen erhalten (z. B. Mexiko, Brasilien, Jugoslawien).
– Ländern, bei denen auf mittlere und längerfristige Sicht trotz aller Anpassungsanstrengungen nicht mit einer Verbesserung der Wirtschaftslage zu rechnen ist (LLDCs), sollte der jährliche Gang zum Pariser Club erspart werden. In diesen Fällen kann die Gewährung oder Verweigerung längerfristiger Umschuldungsabkommen weder zu erhöhten Anpassungsanstrengungen anreizen noch erhöhter Anpassungsdruck ausgeübt werden. Durch mehrjäh-

13 Vgl. dazu Ziffer 9, Abschnitt 5 der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in London teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 9. Juni 1984 über Wirtschaftsfragen; EUROPA-ARCHIV 1984, D 377.

rige Abkommen kann aber der Umschuldungsaufwand möglicherweise erheblich reduziert werden.

c) Wenngleich die internationale Gläubigergemeinschaft des Pariser Clubs den Forderungen der Schuldnerländer hinsichtlich einer längeren Freiperiode und längeren Tilgungsfristen in Einzelfällen bereits in erheblichem Umfang entgegenkommt, scheint es notwendig, in noch längeren Zeiträumen zu denken und den Schuldnern im Einzelfall bei diesen Umschuldungskonditionen noch weiter entgegenzukommen.

Ob sich dem auch BMWi/BMF im Einzelfall anschließen, wird nicht zuletzt von der Haltung der anderen Länder im Pariser Club abhängen.

Die o.a. Überlegungen und Folgerungen sollten in allgemeiner Form in dem Entwurf für Ihre Rede vor der 39. GV der VN berücksichtigt werden.

402 und 412 haben mitgezeichnet.

Loeck

Referat 422, Bd. 140102

217

Ministerialdirektor Pfeffer an die Botschaft in London

212-340.05-1574/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 20. August 1984, 10.34 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5567 Plurez

Betr.: Gewaltverzicht;
hier: Gespräch D2 mit britischem Gesandten Mallaby am 17.8.1984

Bezug: DE vom 17.8.84 – 212-340.05-1568/84 VS-v[2]

1) Britischer Gesandter Mallaby suchte mich am 17.8. auf und übergab das als Anlage im Wortlaut folgende Papier zu KVAE und Gewaltverzicht, das zunächst im Viererrahmen behandelt werden sollte.

Mallaby führte aus: In den Konsultationen der Vier am 19. Juli[3] sei man sich einig gewesen, daß die letzte Phase der KVAE in Stockholm[4] nicht in jeder Be-

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.
Der Drahterlaß wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar konzipiert.

2 Ministerialdirektor Pfeffer informierte die Botschaften in London, Paris und Washington über ein Gespräch mit dem französischen Gesandten Bernière am 9. August 1984. Dieser habe Fragen zu einem Artikel des Bundesministers Genscher vom 6. August 1984 gestellt. Pfeffer übermittelte ferner die Antworten der Bundesregierung auf die Fragen von Bernière sowie eine Stellungnahme zu einem Papier des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Andréani. Für den am 16. August konzipierten und am 17. August 1984 übermittelten Drahterlaß Nr. 5600/5601 vgl. VS-Bd. 13363 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren in Paris vgl. Dok. 198.

4 Zur zweiten Runde der KVAE vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 vgl. Dok. 191.

ziehung glücklich verlaufen sei. Jenkins habe die Diskussion für sehr nützlich gehalten. In der Zwischenzeit hätten die USA den Entwurf eines Schlußdokuments zirkuliert.[5]

Die britische Seite habe das begrüßt. Sie halte auch die Ausführungen zum Gewaltverzicht im Andréani-Papier[6] für weitgehend zutreffend. Man habe sich eingehend mit unseren Äußerungen zum GV, insbesondere dem Namensartikel des BM vom 6.8.[7], befaßt.

Im Hinblick darauf, daß die westliche Taktik in Stockholm längerfristig überlegt werden müsse, sei im FO[8] ein Papier über den weiteren Fortgang der KVAE und den Gewaltverzicht ausgearbeitet worden. Man übergebe dieses Papier uns sowie Burt und Andréani. Briten hofften auf Kommentare in den nächsten zwei Wochen.

Ich habe Mallaby mitgeteilt, wir hätten soeben unsere Stellungnahme zum Andréani-Papier und einigen Fragen des französischen Gesandten Bernière an Paris und gleichlautend auch an London und Washington übermittelt. Ich habe eine Stellungnahme zu dem britischen Papier so bald wie möglich zugesagt und angekündigt, daß wir diese Stellungnahme auch an Burt und Andréani geben würden.

2) Ich habe Mallaby unsere Gedanken zum GV kurz erläutert und ihn insbesondere darauf hingewiesen, daß es uns um eine Konkretisierung der bestehenden Verpflichtung zum Gewaltverzicht, nicht aber um eine deklaratorische Wiederholung dieser Verpflichtung gehe. Mit Hilfe einer solchen Konkretisierung sollten diejenigen, die sich bisher nicht an das Gewaltverbot gehalten hätten, stärker eingebunden werden (z. B. Erga-omnes-Wirkung, Afghanistan[9]). Jedermann – unsere Bevölkerung, die N+N und die östliche Seite – sollte erkennen, daß wir den Gedanken einer Bekräftigung des GV keineswegs a limine ablehnten, aber darauf bestünden, daß hinsichtlich seiner Wirkung ein „Mehr" erreicht werde.

Im KVAE-Rahmen müsse eine solche Bekräftigung im Rahmen des Mandats[10] durch die Vereinbarung wirksamer und konkreter Maßnahmen erfolgen (kein Vertrag). Parallele Behandlung von VSBM und GV könne nach unserer Ansicht Bereitschaft der SU zur Vereinbarung von VSBM fördern.

3) Mallaby stellte im Auftrag des FO sodann eine Reihe von Einzelfragen:

a) Sei unseres Erachtens eine Bestätigung des GV möglich, ohne bestehende völkerrechtliche Verpflichtungen (VN-Charta[11]) zu beeinträchtigen?

5 Zu dem amerikanischen Papier vgl. Dok. 209, Anm. 14.

6 Für das Papier des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Andréani, vgl. den Drahterlaß Nr. 5625 der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar vom 21. August 1984; VS-Bd. 13363 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Für den Artikel „Die Bundesrepublik Deutschland auf Friedens- und Entspannungskurs. Grundsätze einer europäischen Friedensordnung" vgl. BULLETIN 1984, S. 817–819.

8 Foreign Office.

9 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

10 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

11 Vgl. dazu Artikel 2 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 435–437.

Ich wies auf Bestätigungen des GV in KSZE-Schlußakte[12] und Ostverträgen[13] hin („dreifach genäht“) und betonte, daß wir deshalb eine rein deklaratorische Wiederholung des GV nicht wünschten (Inflationsrisiko), sondern daß es uns auf eine Konkretisierung ankomme. Die Konkretisierung solle die bestehenden VR-Verpflichtungen[14] (UN-Charta) untermauern.

b) M. fragte weiter, ob überhaupt Aussicht bestünde, daß eine erneute Bestätigung des GV das sowjetische Verhalten wirklich ändern würde?

Ich habe erwidert, daß die Vereinbarung konkreter Maßnahmen es der SU praktisch erschweren solle, vom Gewaltverbot abzuweichen. Wir würden uns – wie schon mit den KSZE-Dokumenten – eine neue Berufungsgrundlage schaffen. Die SU geriete im Falle einer GV-Verletzung auch öffentlich noch stärker in die Defensive.

c) Mallaby fragte, ob wir nicht riskierten, durch bilaterale Erörterung des GV mit einzelnen östlichen Staaten ein Druckmittel für die Vereinbarung von VSBMs in Stockholm aus der Hand zu geben?

Ich wies darauf hin, daß es darauf ankomme, wie solche bilateralen Gespräche geführt würden. Man müsse der Gegenseite zunächst ihren „Einfach-Vorschlag“ (deklaratorische Bekräftigung), mit dem sie auf unsere öffentliche Meinung ziele, aus der Hand winden, indem man zwar einen GV, aber nur verbunden mit einer Konkretisierung, zur Debatte stelle. Die SU müsse begreifen, daß sie im Rahmen der KVAE, aber auch darüber hinaus, hinsichtlich des GV nur etwas erreichen könne, wenn sie zu einem „Mehr“ bereit sei. Auf diese Weise entstehe gerade Druck auf eine VSBM-Vereinbarung hin.

d) M. warf schließlich die Frage auf, ob wir durch eine Intensivierung der GV-Diskussion nicht östlicher Argumentation Vorschub leisten würden, daß die durch unsere Stationierung[15] hervorgerufene erhöhte Spannung in Europa nur durch einen GV-Vertrag wieder abgebaut werden könne?

M. stimmte mir zu, daß diese Gefahr wohl nicht groß sei. BM habe klargemacht, daß Europa sich nicht einen Status verminderter Sicherheit oktroyieren lasse. Der Westen habe im Sinne des Harmel-Berichts[16] auf der Verteidigungsseite

12 Vgl. dazu Punkt II der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

13 Vgl. dazu Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.
Vgl. dazu ferner Artikel II Absatz 2 des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 363.
Vgl. dazu ferner Artikel 3 des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423.
Vgl. dazu außerdem Artikel III Absatz 2 des Vertrags vom 11. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über die gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 991.

14 Völkerrechts-Verpflichtungen.

15 Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

16 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

klar gehandelt, nun müsse er ebenso zielstrebig die Entspannungsseite weiterverfolgen.

e) Ich stimmte Mallaby zu, daß im Westen keine Uneinigkeit in der Frage der Behandlung des GV aufkommen dürfe, und unterstrich, daß es für uns selbstverständlich und grundlegend sei, daß der Westen eine gemeinsame Linie verfolge.

4) M. äußerte abschließend folgende persönliche Vermutung: BM habe der DDR keine Initiative hinsichtlich des GV vorgeschlagen, aber eine Möglichkeit in diese Richtung angedeutet, damit Honecker, wenn er komme[17] und eine Initiative für ihn möglich wäre, die Worte des BM einfach aufgreifen könne, ohne in die Lage gebracht zu sein, auf eine formelle Initiative von unserer Seite antworten zu müssen. M. äußerte die Vermutung, daß H. keine Marge für eine gemeinsame deutsche Initiative haben werde. Ich habe M. erläutert, daß auch von unserer Seite nicht an eine gemeinsame Initiative gedacht sei, und habe ihn dazu auf die Äußerungen des BM im RIAS-Interview[18] hingewiesen. Wir gingen aber davon aus, daß die Frage des GV bei dem Besuch eine Rolle spielen werde.

[gez.] Pfeffer

Folgt Anlage:

[…][19]

VS-Bd. 13363 (212)

17 Zum geplanten Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 206, Anm. 4.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup notierte am 17. August 1984, dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt, sei am selben Tag der Entwurf eines Kommuniqués übergeben worden: „Bei Gelegenheit der Übergabe unseres Entwurfes wurde auch die heutige Reuter-Meldung über eine angebliche Verschiebung des Besuches kurz berührt. Moldt sagte dazu, man solle sich nicht provozieren bzw. irritieren lassen. Er fügte hinzu, es gebe noch keine definitive Entscheidung. Die Führung werde sich nach der Urlaubszeit zunächst intensiv mit der Vorbereitung der Leipziger Herbstmesse befassen müssen. Ihm sei klar, daß Honecker spätestens auf seinem Messerundgang gezielten Fragen westlicher Journalisten nach seinen Besuchsabsichten ausgesetzt sein wird." Vgl. Referat 210, Bd. 139185.

18 Bundesminister Genscher führte am 11. August 1984 in einem Interview mit dem Sender RIAS Berlin zur Frage eines Gewaltverzichts aus, dieser könne „nicht zwischen einzelnen Staaten neu vereinbart werden, sondern das gehört in der Tat hinein in die Europäische Abrüstungskonferenz. Deshalb wäre es auch falsch, hier etwa von einer deutschen Sonderrolle zu sprechen oder deutsch-deutschen Sonderrolle oder einer mitteleuropäischen Sonderrolle." Gewaltverzicht sei „eine Sache, die alle Staaten angeht in Europa, aber von der natürlich ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, an der Schnittlinie zwischen West und Ost, ähnlich wie die DDR, besonders profitieren würde. Aber es kann also nicht Aufgabe etwa sein, hier eine deutsch-deutsche Initiative zu entfalten, sondern alle Teilnehmerstaaten der Europäischen Abrüstungskonferenz müssen daran mitwirken." Vgl. die Pressemitteilung Nr. 1112/84; Referat 013, Bd. 179055.

19 Dem Vorgang beigefügt. Für das Papier „British views on CDE" vom 17. August 1984 vgl. den Drahterlaß Nr. 5568 vom 20. August 1984; VS-Bd. 13363 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

218

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Ministerialdirigenten Ungerer

410-350.00 **21. August 1984**[1]
200-350.00/1

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: europäische Einigung;
hier: Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen

Bezug: Aufzeichnung der Abteilungen 2 und 4 vom 21. August 1984[4]

Zweck der Vorlage: Bitte um Billigung von Ziffer 5 bis 7

1) Die Bezugsaufzeichnung unterrichtet über den Stand der organisatorischen Vorbereitungen und macht für die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses Vorschläge. Im folgenden werden erste Überlegungen für die Eröffnung der Gespräche im Ausschuß skizziert. Der vom BK noch zu benennende deutsche Vertreter wird dazu wahrscheinlich noch eigene Vorstellungen entwickeln. Im übrigen wird die deutsche Haltung ggf. noch einmal im Licht der von irischer Seite in Aussicht genommenen bilateralen Gespräche zu überprüfen sein.

2) Der Ausschuß hat vom ER Fontainebleau den Auftrag erhalten, „Vorschläge zum besseren Funktionieren der europäischen Zusammenarbeit im Gemeinschaftsbereich wie auch im Bereich der Politischen Zusammenarbeit und in anderen Bereichen zu unterbreiten".[5]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich, den Vortragenden Legationsräten Geier und Klaiber sowie Legationsrat I. Klasse Ring konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 22. August 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe beigefügte Bemerkung."
Auf einem Begleitvermerk vom 23. August 1984 vermerkte Ruhfus: „Die Erarbeitung eines Verfassungstextes zur Europäischen Union wäre ein ideales Endziel. Wir sollten uns aber nicht an Verfassungstexten festbeißen und pragmatische Lösungen nicht ausschließen. Ein Erfolg wäre es auch, wenn in Teilgebieten wesentliche Fortschritte erzielt werden können. Ob diese schließlich in einen Verfassungstext einmünden oder durch Beschluß des Europäischen Rats umgesetzt werden, könnte demgegenüber von zweitrangiger Bedeutung sein." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 410, Bd. 130384.

3 Hat Bundesminister Genscher am 28. August 1984 vorgelegen, der zum ersten Satz des Begleitvermerks des Staatssekretärs Ruhfus vom 23. August 1984 handschriftlich vermerkte: „Sehr gut."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 28. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ruhfus an Referat 410 verfügte.
Hat Ruhfus am 29. August 1984 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Ungerer am 30. August 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Geier verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Kudlich am 30. August 1984 erneut vorgelegen.
Hat Geier erneut vorgelegen.

4 Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigent Ungerer befaßten sich mit der Besetzung des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen, dem Tagungsort, einer Beteiligung der EG-Kommission und des Europäischen Parlaments an den Beratungen, der Frage der Teilnahme von Delegationen aus den EG-Mitgliedstaaten sowie dem Mandat für die Arbeit des Ausschusses. Vgl. Referat 410, Bd. 130384.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 181. Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 440–443.

Wir sollten in dem Ausschuß zu Beginn seiner Arbeiten unsere eigenen Grundgedanken einbringen:

Der in den Schlußfolgerungen des ER ausdrücklich genannte Spaak-Ausschuß[6] hatte die Vision eines vereinigten Europas vor Augen. An dieser Vision muß der in Fontainebleau eingesetzte Ausschuß festhalten, sollen seine Arbeiten erfolgreich sein. Anpassungen an die in den letzten 25 Jahren eingetretenen Entwicklungen sind natürlich notwendig. Endziel muß aber die Europäische Union sein.

3) Grundlage der Ausschußarbeiten werden voraussichtlich zunächst die schon vorliegenden europapolitischen Initiativen der letzten Zeit sein, darunter der EP-Entwurf eines Vertrages zur Europäischen Union[7]. Die Feierliche Deklaration von Stuttgart[8] gehört bereits zum „Acquis politique". Ihr Inhalt sollte, soweit erforderlich, vertraglich abgesichert werden. Weitere Diskussionsgrundlagen sind aus unserer Sicht die Kommissionsvorschläge zur Erleichterung der Arbeitsweise der EG-Organe vom März 1983[9], die Rede von Präsident Mitterrand vor dem EP vom Mai 1984[10] und das von PM Thatcher im Juni 1984 vorgelegte Grundsatzpapier zur Zukunft Europas[11].

Bei Bedarf sollten auch andere Unterlagen herangezogen werden, wie z. B. der Tindemans-Bericht von 1975[12], der Bericht der EG-Kommission zur Europäischen Union von 1975[13], der Bericht der Drei Weisen von 1979[14] sowie die Be-

6 Zum „Spaak-Ausschuß" vgl. Dok. 47, Anm. 4.

7 Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vom 14. Februar 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 209–229.

8 Für den Wortlaut der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 80 und Dok. 185.

9 Die EG-Kommission übermittelte dem EG-Ministerrat am 1. März 1983 mit Blick auf den EG-Beitritt Portugals und Spaniens Vorschläge zum Beschlußfassungsverfahren im Ministerrat. Diese sahen u.a. verstärkte Möglichkeiten von Mehrheitsbeschlüssen vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1983, S. 85 f.

10 Korrigiert aus: „März 1984".
Zur Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 24. Mai 1984 in Straßburg vgl. Dok. 147, Anm. 9.

11 Die britische Regierung legte auf der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau ein Arbeitspapier über die Zukunft Europas vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 434–440.

12 Auf ihrer Konferenz am 9./10. Dezember 1974 in Paris beauftragten die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten Ministerpräsident Tindemans mit der Erstellung eines Berichts über die Europäische Union. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 369.
Für den Wortlaut des Berichts vom 29. Dezember 1975 vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 55–84. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 1.

13 Der Bericht der EG-Kommission über die Europäische Union wurde am 25. Juni 1975 dem amtierenden Präsidenten des Europäischen Rats, Cosgrave, vorgelegt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 5/75.

14 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel wurde ein Ausschuß, bestehend aus dem ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Biesheuvel, dem ehemaligen britischen Handelsminister Dell und dem ehemaligen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Marjolin, eingesetzt, der über eine Anpassung der Organe der Europäischen Gemeinschaften im Hinblick auf deren bevorstehende Erweiterung beraten und seine Schlußfolgerungen im Oktober 1979 vorlegen sollte. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.
Für den Bericht der „Drei Weisen" vom Oktober 1979 vgl. Referat 200, Bd. 122747. Für eine Zusammenfassung vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 80–84.
Auf der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin wurden die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit der Prüfung des Berichts beauftragt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 362.
Diese Prüfung wurde auf der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1980 in Brüssel mit der Verabschiedung eines Berichts abgeschlossen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1980, S. 64 f.
Auf der Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg wurde dieser Bericht

richte über die EPZ[15] (insbes. Londoner Bericht vom Oktober 1981[16]) und ggf. Erklärungen der Staats- und Regierungschefs und der Außenminister.

Der Bundeskanzler hat in der Regierungserklärung vom 28.6.1984[17] nach dem ER von Fontainebleau folgende Aktionsfelder für die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses vorgeschlagen:

sicherheitspolitische Zusammenarbeit,

wirtschaftliche Integration,

Vollendung des Binnenmarktes,

Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat,

Forschung, insbes. Weltraumtechnik,

Umweltschutz.

4) Die in den erwähnten Arbeitsunterlagen enthaltenen Vorschläge lassen sich in folgende Kategorien einteilen:

– Vorschläge, die die Arbeitsweise der Gemeinschaft betreffen (institutionelle Vorschläge):

  Durch weitgehende Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen im Rat und die vertragliche Ausweitung der Abstimmung in bestimmten Fällen sollen materielle Fortschritte auf dem Weg zur Integration ermöglicht werden. Der Entlastung der Ratsarbeit und Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen dient die Übertragung weiterer Befugnisse an die EG-Kommission. Die Befugnisse des EP sollen durch Mitwirkung an der Gesetzgebung und internationalen Abkommen der Gemeinschaft usw. gestärkt werden. Darüber hinaus steht die vertragliche Verankerung von ER und EPZ (Sekretariat) zur Diskussion. Dies sind auch nach unseren Vorstellungen notwendige Elemente der Europäischen Union.

– Materielle Vorschläge auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Währungspolitik, die sich im Rahmen der bestehenden Verträge, z. T. im Rahmen der Evolutivklausel Art. 235 EWG-V[18], realisieren lassen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1003

der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten bewertet. Für die „Schlußfolgerungen des Europäischen Rats betreffend den Bericht der Drei Weisen" vgl. Referat 410, Bd. 121983. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 349, und BULLETIN DER EG 12/1980, S. 10.

15 Grundlage der Europäischen Politischen Zusammenarbeit war der am 27. Oktober 1970 auf der EG-Ministerratstagung in Luxemburg verabschiedete Bericht der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 20. Juli 1970 über mögliche Fortschritte auf dem Gebiet der politischen Einigung (Davignon-Bericht bzw. Luxemburger Bericht). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 520–524. Vgl. dazu ferner AAPD 1970, III, Dok. 499.
Am 23. Juli 1973 verabschiedeten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Kopenhagen einen weiteren Bericht über die Europäische Politische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik (Kopenhagener Bericht bzw. Zweiter Luxemburger Bericht). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 515–522. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 229.

16 Auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13. Oktober 1981 in London wurde ein Bericht über die Reform der EPZ-Strukturen verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 299.

17 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 127, S. 4229–4233.

18 Für den Wortlaut von Artikel 235 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

Dazu gehören namentlich die vom Bundeskanzler, von Präsident Mitterrand und PM Thatcher erwähnten Gebiete wie Industriepolitik, Forschung, Vollendung des Binnenmarktes einschließlich Dienstleistungen, EWS und Umweltpolitik. Soweit diese Vorschläge bereits im Rat behandelt werden oder der ER dazu bestimmte Aufträge erteilt hat, sollte sich der Ausschuß auf gezielte Impulse beschränken, um niemandem Gelegenheit zu Verzögerungsmanövern zu geben.

– Fortschritte in Bereichen, die von den bestehenden Verträgen nicht erfaßt sind:

  Hierzu gehören zunächst die Bereiche, die bereits durch politische Vereinbarungen zum acquis gehören und durch die neue Initiative eine vertragliche Grundlage erhalten sollen:

  – der Europäische Rat,
  – die Europäische Politische Zusammenarbeit,
  – die kulturelle Zusammenarbeit,
  – die Rechtsangleichung (soweit über Wirtschaftsbereich hinausgehend),
  – die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus (TREVI[19]).

  Dazu gehören des weiteren neue Bereiche wie

  – die Sicherheitspolitik, wobei die Stärkung der WEU mögliche Fortschritte im Rahmen der 10 nicht hemmt[20],
  – die Medien- und Telekommunikationspolitik,
  – ein Grundrechtskatalog, wie im Vertragsentwurf des EP vorgesehen.

  Die Ansichten darüber, was sich über den Rahmen der bestehenden Verträge hinaus realisieren läßt, gehen unter den EG-MS und auch innerhalb der Bundesregierung auseinander. Je nach Lage der Dinge wird man also weitere Bereiche in diese Kategorie einordnen müssen.

5) Gleich zu Beginn der Ausschußarbeiten müssen wir den Rahmen möglichst weit ziehen und die „Latte hochlegen“. Die deutsche Haltung sollte sich an folgenden Grundsätzen orientieren:

– Als Ergebnis soll der Ausschuß sichtbare Fortschritte zur europäischen Einigung bringen, namentlich einen Vertragsentwurf zur Europäischen Union vorlegen.
– Kernbereich (Mitterrand vor EP: Zentralstruktur) bleibt die EG, wie sie in den Verträgen von Paris[21] und Rom[22] und nachfolgenden Rechtsakten fixiert ist. Die Ausschöpfung dieses Rahmens und die Rückkehr zu den vertraglichen Mehrheitsentscheidungen ist für uns selbstverständliches Ziel. Wir befürworten grundsätzlich institutionelle Vorschläge zur Ausdehnung vertraglicher

19 Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale.

20 Der Passus „mögliche Fortschritte … nicht hemmt“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „als erster Schritt anzusehen ist“.

21 Für den Wortlaut des am 18. April 1951 in Paris unterzeichneten EGKS-Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

22 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

Mehrheitsentscheidungen sowie zur Übertragung weiterer Aufgaben auf die Kommission, um die Gemeinschaft zu stärken und die Ratsarbeit auf das Wesentliche zu konzentrieren.

– Im Vertrag über die Europäische Union sollten ER und das außenpolitische Kernstück[23] EPZ sowie andere Bereiche der bisherigen intergouvernementalen Zusammenarbeit vertraglich verankert werden.
– Die Zuständigkeiten der Union sollen substantiell weiter gefaßt werden als die derzeitigen Zuständigkeiten der EG und der EPZ:
  – Die Auswärtigen Angelegenheiten sollen im Innenverhältnis koordiniert und gemeinsam nach außen vertreten werden (Gemeinsame Außenpolitik). In der Sicherheitspolitik sollte kurzfristig auf die WEU-Belebung abgestellt werden, jedoch sollte ein Vertrag über die Europäische Union auch Aussagen zur Sicherheitspolitik mit dem Ziel einer gemeinsamen Politik enthalten.
  – Die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus.
  – Unser Ziel bleibt weiterhin die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Hierzu bedarf es nicht allein einer konsequenten Fortführung der Bemühungen um eine Koordinierung der Wirtschaftspolitiken mit dem Ziel ihrer Konvergenz, sondern – darüber hinausgehend – der Schaffung wirtschaftspolitischer Kompetenzen der Union, insbesondere auf dem Gebiet der Finanz-, Geld- und Währungspolitik.
  – Auch andere bisher auf die Evolutivklausel Art. 235 EWG-V gestützte Gemeinschaftsaktivitäten sollen vertraglich verankert werden (z. B. Regionalpolitik, Umweltpolitik, Rohstoffpolitik).
– Das EP sollte umfassender in Gemeinschaftsaktivitäten einbezogen, seine Mitwirkungsrechte sollten gestärkt werden.
– Bei allen Regelungen sollte zunächst als selbstverständlich davon ausgegangen werden, daß sie alle Mitgliedstaaten betreffen. Wenn die Beratungen ergeben, daß nicht alle MS sich an gewissen Politiken oder Projekten beteiligen können, müßte ein abgestuftes Vorgehen in Betracht gezogen werden. Dabei wäre besonders das Verhältnis dieser Zusammenarbeitsformen zur EG zu prüfen.

6) Im Interesse eines Ergebnisses, das der deutschen Europapolitik und den Vorstellungen des BK gerecht wird, sollte sich der deutsche Delegierte dafür einsetzen,

– daß der Ausschuß sich nicht mit einer Diagnose der bekannten Probleme der Gemeinschaft aufhält, sondern den Blick sogleich in die Zukunft richtet;
– daß sich die Ausschußarbeit zwar auf dem Boden, aber nicht bloß im Rahmen der bestehenden Verträge bewegt, sondern auf darüber hinausgehende völkerrechtlich bindende Verpflichtungen abzielt. Nur so würde der Ausschuß dem Mandat von Fontainebleau gerecht; alles andere wäre Rückschritt.

[23] Die Wörter „das außenpolitische Kernstück“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

7) Zu Arbeitsmethoden des Ausschusses könnte der deutsche Vertreter folgendes vorschlagen (wobei davon ausgegangen wird, daß die Frage des Vorsitzes[24] vorher geklärt ist):

- Der Ausschuß sollte in der Regel im Plenum tagen. Die MS haben außerordentlich unterschiedliche Vorstellungen über die Schwerpunkte der Ausschußarbeit. Es besteht bei der Bildung von Unterausschüssen daher die Gefahr, daß der zu erzielende Gesamtkompromiß (Quidproquo) aus dem Blick gerät. (Die Klärung technischer Fragen durch Expertengruppen sollte jedoch möglich sein).
- Aus demselben Grunde sollte von Anfang an klargestellt werden, daß in jeder Sitzung nacheinander jeder der großen Themenkomplexe behandelt wird:
  - institutionelle Fragen (einschließlich der Verbesserung der Arbeitsweise der Gemeinschaft),
  - Fortschritte im Wirtschafts- und Währungsbereich,
  - Fortschritte in Bereichen, die von den bestehenden Verträgen noch nicht erfaßt sind.

  Dies alles unter dem Oberbegriff „Fortschritte zur Europäischen Union".
- Der Ausschuß sollte die Kapazitäten bestehender Gemeinschaftsorgane oder anderer Gremien (z. B. Währungsausschuß, PK) nutzen und Fragen an diese richten können.
- Im ersten Stadium geht es darum, Sachfragen zu diskutieren, nicht aber schon Formulierungsarbeit zu leisten. Deshalb wäre es nicht das richtige Verfahren, etwa den Vertragsentwurf des EP Artikel für Artikel durchzugehen (was evtl. der italienische und der griechische Delegierte vorschlagen könnten).
- Der deutsche Delegierte sollte nicht schon zu Beginn der Ausschußarbeiten einen eigenen materiellen Entwurf einbringen. Nach den Erfahrungen des Spaak-Ausschusses ist anzunehmen, daß die Grundsatzdiskussion im Ausschuß nach kurzer Zeit festläuft. Ein zu diesem Zeitpunkt eingebrachter, möglichst mit Frankreich abgestimmter Vorschlag hätte den Vorteil, daß er nicht als Bevormundung erscheint und daß er den Diskussionsstand bereits aufnehmen kann.
- Wie von PM FitzGerald vorgeschlagen, soll der Ausschuß dem ER in Dublin 3./4.12.84 einen ersten Zwischenbericht erstatten.[25] Daraus ergibt sich Notwendigkeit dichter Tagungsfolge.

Ungerer Pfeffer

Referat 410, Bd. 130384

[24] Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigent Ungerer vermerkten am 17. August 1984: „Die Entscheidung des Bundeskanzlers, Professor Carstens als Ausschußmitglied unter der Voraussetzung zu benennen, daß er den Vorsitz übernimmt, scheint zwar nach Auskunft des ChBK die Zustimmung von Präsident Mitterrand und PM Thatcher zu finden, trifft jedoch erwartungsgemäß auf irischen Widerstand. PM FitzGerald behauptet, daß sich die AM am 23.7. auf Senator Dooge als Vorsitzenden geeinigt haben. Nachdem die irische Regierung dies in ihrer Präsidentschaftserklärung vor dem EP am 25.7. offiziell angekündigt hat, fühlt sie sich hierdurch festgelegt." Vgl. Referat 410, Bd. 130384.

[25] Für den Wortlaut des Zwischenberichts des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") an den Europäischen Rat am 3./4. Dezember 1984 in Dublin vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 96–104.

219

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

02-360.00-159/84 VS-vertraulich **23. August 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3] zur Information

Betr.: Out-of-Area-Problematik

I. Bericht über eine Vorlage des BMVg

Der Bundesminister der Verteidigung hat eine Vorlage seines Hauses[4] zustimmend zur Kenntnis genommen, die sich mit der Out-of-area-Problematik aufgrund der aktuellen Lage im Roten Meer[5] befaßt.

Darin wird festgestellt, daß an die Bundesrepublik Deutschland bisher weder Hilfeersuchen von Anrainerstaaten des Roten Meeres noch Unterstützungsersuchen der USA gerichtet wurden.

Weiterhin wird auf die Kabinettssitzung vom 8.8.84 verwiesen, in der abschließend festgestellt wurde, daß die im BSR-Beschluß vom 3.11.82[6] niedergelegte Haltung der Bundesregierung zu Out-of-area-Aktivitäten maßgeblich für die Beurteilung der Ereignisse im Roten Meer bleibt und danach ein Einsatz der Marine im Zusammenhang mit diesen Ereignissen nicht in Betracht kommt.

Die Bewertung des BMVg stellt fest, „daß die Haltung der Bundesregierung inzwischen bei den Bündnispartnern nicht nur verstanden, sondern auch akzeptiert wird", und führt fort: „Es bleibt zu überlegen, wie künftig in ähnlich gelagerten kritischen Situationen reagiert werden kann. Dabei ist abzuwägen die durch die Bundesregierung festgelegte Out-of-area-Position gegenüber der Erwartungshaltung unserer Verbündeten bzw. neutraler, um Hilfe ersuchender Staaten. Nachdem unsere politische Grundhaltung offenbar international aufgenommen worden ist, erscheinen Ausnahmen nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen."

Das BMVg hält allerdings auch in Zukunft in erster Linie kompensatorische Maßnahmen innerhalb des NATO-Vertragsgebietes[7] für möglich und sieht die Gefahr, daß ein „Kompensationsanspruch" entstehen könnte.

1 Die Aufzeichnung wurde von Fregattenkapitän Lange konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 24. August 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 28. August 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 28. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 28. August 1984 vorgelegen.
Hat Seitz am 29. August 1984 erneut vorgelegen.

4 Für die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 9. August 1984 vgl. VS-Bd. 11968 (201).

5 Zur Verminung des Roten Meers vgl. Dok. 213, besonders Anm. 2.

6 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. Dok. 5, Anm. 15.

7 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

II. Anmerkungen

1) Ohne die Bewertung des Verteidigungsministeriums hinsichtlich der Akzeptanz unserer Haltung durch die Bündnispartner in Frage zu stellen, sind auch andere Ursachen dafür, daß wir nicht gefragt wurden, möglich: Weil man weiß, daß wir uns wohl doch nicht beteiligen werden, fragt man uns erst gar nicht. Teile der US-Administration und auch die öffentliche Meinung in den USA haben mit Sicherheit wenig Verständnis für unsere Haltung. Der Vorwurf mangelnder Bereitschaft, uns aktiv an Maßnahmen zu beteiligen, die letztendlich auch in unserem eigenen (wirtschaftlichen) Interesse liegen, bekommt neuen Auftrieb, zumal bekannt ist, daß die Bundesmarine über modernste Minenräumkapazität verfügt.

2) Das Angebot der Niederlande, sich mit zwei Fahrzeugen an der Suche zu beteiligen, ist von Ägypten inzwischen dankend abgelehnt worden.

3) Ein Flottenverband der Bundesmarine (zwei Fregatten, ein Versorger) beabsichtigt, im Rahmen einer seit langem geplanten Ausbildungsreise den Suez-Kanal und das Rote Meer zwischen dem 2. und 5. September zu durchqueren.

Seitz

VS-Bd. 14046 (02)

220

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer

410-420.10 SPA **23. August 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Spaniens und Portugals künftige Rolle in der EG

Zweck der Vorlage: Unterrichtung

1) Die Süderweiterung wirkt sich auf Gesicht und Charakter der EG aus. Die erste Erweiterung (um DK, GB, IRL[4] und beinahe auch Norwegen[5]) hatte den Schwerpunkt nach Norden verschoben. Nun folgt der Pendelschlag nach Süden: die EG als getreues Bild des tatsächlichen Europa. Drei Agrarstaaten, kaum

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich und Legationsrat I. Klasse Krier konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 28. August 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 30. August 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 30. August 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 410 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 30. August 1984 vorgelegen.

4 Dänemark, Großbritannien und Irland traten mit Wirkung vom 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei.

5 Am 25./26. September 1972 fand in Norwegen eine Volksabstimmung statt, bei der sich die Mehrheit gegen einen EG-Beitritt entschied. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

bis leidlich industrialisiert, kommen hinzu. Der Mittelmeeraspekt der Gemeinschaft gewinnt an Gewicht (einschließlich der wirtschaftlichen Auswirkungen auf die südlichen und östlichen Mittelmeerländer), ebenso die Agrarpolitik mit ihren Überschuß- und Kostenproblemen.

Die Konsequenzen der zweiten Beitrittsrunde haben wir und andere von Anfang an vorhergesehen (Kabinettvorlage von 1977[6], „Fresko" der EGK 1978[7]). Ausgangspunkt für uns waren politische Gründe, die für den Beitritt von GR, P und SP sprachen: Absicherung der jungen Demokratien in diesen Ländern, wirtschaftliche und darüber hinaus politische Stabilisierung der europäischen Mittelmeerländer, Verbindung zur NATO-Integration und Verbreiterung der Basis zur Abwehr der kommunistischen Herausforderung. Wirtschaftlich wurden langfristig positive Entwicklungsmöglichkeiten gesehen, primär jedoch erhebliche Integrationsschwierigkeiten auf beiden Seiten: akute Gefährdung einiger Industriezweige in den Beitrittsländern, weitere Erhöhung der Agrarüberschüsse und der Kostenbelastung für die EG, schwer zu mildernde Auswirkungen auf Präferenzpartner der Gemeinschaft. Nach Abwägung des Für und Wider waren sich die neun Außenminister bei ihrem informellen Treffen in Leeds Castle am 21./22.5.1977[8] einig: Trotz der ökonomischen Probleme überwiegen die politischen Gründe für die Erweiterung.

Ein Mittel zur Milderung der Schwierigkeiten wurde in der Vereinbarung von Übergangszeiten gesehen. Die Zwischenzeit bis zur Süderweiterung sollte die Gemeinschaft nutzen, um durch Stärkung der wirtschaftlichen Integration, der außenpolitischen Zusammenarbeit und der europäischen Entscheidungsprozesse einen möglichst hohen „acquis" der Gemeinschaftsentwicklung insgesamt zu schaffen. Dies ist nur eng begrenzt gelungen. Die anfänglichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen der neuen französischen Regierung machten es vor dem Hintergrund weltweiter Rezession schwer, eine gemeinsame wirtschafts- und handelspolitische Linie weiterzuentwickeln. Der versteckte Dissens mit den „nördlichen" Beitrittsländern über Grundfragen der Gemeinschaft (Integration? Vetorecht?) und die Verteilung der Finanzlasten kam zutage und verschlang einen Großteil der Kräfte.

Nachdem der Beitritt von GR vollzogen[9] und mit P und SP jahrelang verhandelt worden ist[10], haben die politischen Gründe, nun auch zum Abschluß zu kom-

6 Für die Kabinettvorlage des Auswärtigen Amts und sieben weiterer Ressorts vom 5. August 1977 sowie für die Ergänzungen bzw. Korrekturen vom 16. September 1977 vgl. Referat 410, Bd. 121683.

7 Die EG-Kommission übermittelte dem EG-Ministerrat am 20. April 1978 „umfassende Überlegungen zu den Problemen der Erweiterung" („Fresko"). Darin wurden neben zu erwartenden wirtschaftlichen Problemen die Stellung der Europäischen Gemeinschaften in der Welt und institutionelle Aspekte der Erweiterung erörtert. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/1978.
Ferner übermittelte die EG-Kommission am 20. April 1978 Überlegungen hinsichtlich der Übergangszeit und der institutionellen Folgen der Erweiterung sowie wirtschaftlicher und sektoraler Aspekte. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 2 bzw. 3/1978. Vgl. dazu außerdem BULLETIN DER EG 4/1978, S. 7–11.

8 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. AAPD 1977, I, Dok. 128.

9 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.

10 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals bzw. Spaniens vgl. Dok. 137, Anm. 10, bzw. Dok. 181, Anm. 4.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen teilte am 27. Juli 1984 mit, in Verbindung mit der EG-Ministerratstagung am 23./24. Juli 1984 in Brüssel hätten Ministerkonferenzen mit Portugal

men, eher noch an Gewicht gewonnen. Bei alledem ist auch zu bedenken, daß friedlichen Verhältnissen in Europa zuliebe erhebliche Mittel zur Abflachung des Nord-Süd-Gefälles innerhalb Europas in jedem Falle aufgebracht werden müßten – wenn nicht über die EG, dann durch Ad-hoc-Stützungsmaßnahmen.

2) Für die Bewältigung der auf uns zukommenden Probleme ist – nicht nur taktisch – die künftige Rolle der Beitrittsländer unter den MS interessant. Wie stark werden sie sich wo engagieren? Inwieweit werden Problemlösung von Fall zu Fall und Realisierung der Gemeinschaftsziele insgesamt erschwert? Hier geht es um die Einordnung in mehrere schon bestehende Gruppierungen:

a) Mittelmeergruppe (F, GR, I): SP und P werden mit großem Einsatz dazugehören. Es wird die stärkste Gruppierung in der EG überhaupt. Legt man das EG-Angebot für die Stimmenwägung bei Ratsentscheidungen zugrunde, so kämen zu 10+10+5 (F, I, GR) 8+5 (SP, P) hinzu, zusammen 38 (von insgesamt 76[11] Stimmen der EG-12). Festhalten an der gegenwärtigen GAP mit Nachbesserungen bei den „südlichen" Marktordnungen, Widerstand gegen jede Aufweichung des EG-Stützungssystems und bevorzugte finanzielle Berücksichtigung des geringer entwickelten Südens werden die Ziele dieser Gruppe sein. Die Konkurrenzsituation innerhalb der Gruppe (Überangebot bei Wein, Olivenöl etc.) wird zwar innere Spannungen erzeugen; als gemeinsamer Nenner (bei F nur bedingt) wird sich jeweils der Wunsch nach finanziellen Kompensationen und Behinderung von Drittlandsimporten erweisen.

b) Gruppe der Sparer (D und GB, zusammen 20 Stimmen, abgeschwächt auch NL, F, insgesamt also bis zu 35 Stimmen): SP und P gehören als Nettoempfänger mit Sicherheit nicht dazu. Der Beitritt kostet Geld, am liebsten fremdes. Der Widerstand gegen Einsparungen wird sich vor allem gegen D richten (Appell an traditionell gutes deutsch-spanisches Verhältnis). Hinzukommen wird die Tendenz zur Ausweitung und Besserkonditionierung von Strukturfonds sowie die Befürwortung künftiger MWSt-Erhöhungen.

c) Antiprotektionisten (D, NL, DK, zusammen 18 Stimmen, manchmal auch GB): SP mit seinem traditionell hohen Außenschutz wird nicht dazugehören. Die Erfahrung mit der Konkurrenz aus den industrialisierten MS wird die Begeisterung für den Freihandel weiter dämpfen. Andererseits wird SP mit Rücksicht auf ausländische Investoren (Automobilmontagewerke!) die USA und Japan handelspolitisch nicht vor den Kopf stoßen wollen.

d) Integrationsgegner (DK, GB): SP und P werden für Integrationsfortschritte aufgeschlossen sein, anders als das Griechenland der schon immer beitrittsfeind-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1010

und Spanien stattgefunden: „In den Beitrittsverhandlungen wurden nur geringe Fortschritte erzielt. Es wurden die Schwierigkeiten deutlich, die innergemeinschaftlich namentlich im Bereich Landwirtschaft noch bestehen. Die Gemeinschaft übergab Erklärungen über institutionelle Anpassungen der Verträge infolge des Beitritts und über die Aufnahme des Escudo bzw. der Peseta in den ECU. […] Während die Beitrittskonferenz mit Portugal geschäftsmäßig unter Austausch der beiderseitig vorbereiteten Erklärungen ablief (PTG übergab Antwort zur Landwirtschaftserklärung und Mitteilung zu Sozialfragen), litt die Vorbereitung der Beitrittskonferenz mit Spanien unter der mühsamen Erarbeitung einer von SP gewünschten allgemeinen Erklärung über die Grundstrukturen der Übergangsfristen, die in der Sache nicht weiterführt." Vgl. den Runderlaß Nr. 77; Referat 410, Bd. 130332.

11 Die Wörter „38 (von insgesamt 76" wurden von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

lichen PASOK[12]. Womöglich bringt der frische Europa-Elan der iberischen Länder sogar Impulse. Voraussetzung wird sein, daß spanische und portugiesische Wirtschafts- und Finanzinteressen gewahrt bleiben. SP und P werden sagen, daß sie alle zumutbaren materiellen Opfer für das europäische Ideal schon bei den Beitrittsverhandlungen gebracht hätten.

e) Sonderproblem Fischereipolitik: Der Nord-Süd-Gegensatz wird nach der Süderweiterung schärfer. Bisher konnten wir die südlichen MS aus nördlichen Meeren heraushalten, da das Interesse von I und GR gering war und zusätzlich finanziell beruhigt wurde (Strukturgelder für MM-MS[13]). Das wird jetzt mit SP (Flottenumfang wie EG-10) anders. SP beansprucht eine progressive Zulassung zum EG-Meer (insbes. französische Küste, potentiell aber auch Nord- und Ostsee). Ein Ausgleich durch Finanzspritzen wird nur teilweise in Betracht kommen. Andererseits ist SP in der Handelspolitik als Verbündeter für uns interessant: Als starker Importeur ist SP wie wir auf eine liberale Einfuhrpolitik bei Fisch und Fischerzeugnissen angewiesen.

3) Im Rat wird diese Orientierung der Beitrittsländer mitbestimmend sein. Für Mehrheitsentscheidungen wird die Sperrminorität interessant. Zwar werden die MM-MS meist etwas (für sich) erreichen und nicht so sehr Beschlüsse verhindern wollen; sobald sich aber Pakete schnüren lassen, wird die Möglichkeit, in einem Teilbereich „Nein“ zu sagen, zu einem Druckmittel. Bei künftig insgesamt 76 Stimmen der EG-12 (z. Z.: 63) hatte die EGK eine Sperrminorität von 26 Stimmen (z. Z.: 19) vorgeschlagen (große MS hätten 10 Stimmen, Spanien 8, Portugal als mittleres Land wie B, NL, GR 5, DK und IRL 3 und LUX 2). Seit dem AM-Rat am 23./24. Juli[14] stehen nur noch die Alternativen 24 Stimmen (B) und 23 Stimmen (alle übrigen Delegationen) zur Diskussion.

Unsere Sorge, überstimmt zu werden, spricht für eine möglichst kleine Sperrminorität, unser Interesse, Einsparungen und Fortschritte bei der Weiterentwicklung der EG notfalls auch gegen MM-MS durchzusetzen, für eine möglichst große. Die Gruppe der MM-MS ist allerdings so stark (I 10, SP 8, GR 5, P 5, d. h. auch ohne F 28 Stimmen!), daß die Festlegung einer Sperrminorität, welche der gesamten Mittelmeergruppe die Wirksamkeit nimmt, ohnehin nicht in Frage kommt. Die eine Stimme Unterschied zwischen Sperrminorität 23 und 24 würde nur in den Fällen zum Tragen kommen, in denen es gelänge, F und P (oder GR) aus der MM-Solidarität herauszulösen.

Ungerer

Referat 410, Bd. 130430

12 Panellinio Sosialistiko Kinima.

13 Mittelmeer-Mitgliedstaaten.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen teilte am 27. Juli 1984 mit, die „Festlegung der Mindeststimmenzahl bei Mehrheitsentscheidungen im Rat“ sei „mangels Einigung zunächst ausgeklammert“ worden: „Es zeichnet sich aber ab, daß anders als bisher zwei große MS nicht mehr über die Sperrminorität verfügen werden, sondern daß ein kleinerer bzw. mittlerer MS hinzukommen muß.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 77; Referat 410, Bd. 130332.

221

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-3165/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1401
Citissime

Aufgabe: 25. August 1984, 13.38 Uhr[1]
Ankunft: 25. August 1984, 14.38 Uhr

Betr.: Verhältnis Sowjetunion – DDR

Der sowjetische Gesandte in Ost-Berlin, Koptelzew, mit dem ich gestern ein längeres Gespräch führte, sagte auf meine Frage zum Besuch Honeckers in der Bundesrepublik[2], darüber entscheide der Generalsekretär allein. Die sowjetische Führung erteile dazu keine Ratschläge, gebe aber auch sicher nicht die Empfehlung, der Einladung zu folgen. Er könne daher nicht sagen, wie sich der Generalsekretär letztlich entscheiden werde. Nach seinem Eindruck hänge die Entscheidung nicht zuletzt von den Modalitäten des Besuchs ab, und zwar sowohl von dem äußeren Ablauf des Besuchs, wie er von uns vorgesehen werde – wobei er ausdrücklich den Empfang Honeckers durch den Bundespräsidenten erwähnte –, wie auch von den sachlichen Ergebnissen des Treffens.

Ich wies Koptelzew darauf hin, daß der Staatsratsvorsitzende ebenso behandelt werde wie andere Staatsoberhäupter, die zu einem Arbeitsbesuch auf Einladung des Bundeskanzlers in die Bundesrepublik kämen. Bei den thematischen Schwerpunkten der Gespräche gebe es wohl kaum Meinungsverschiedenheiten.

Auch für uns hätten die Fragen der Sicherheit und der Entspannung in Europa in der gegenwärtigen Lage besondere Bedeutung. Außerdem gehe es darum, für die deutsch-deutsche Zusammenarbeit konkrete Perspektiven für die kommenden Jahre zu entwickeln. Koptelzew merkte hier an, für die DDR seien Fortschritte in den offenen politischen Fragen gleichermaßen wichtig. Er fragte hier (ähnlich wie am Vortage Häber gegenüber Rühe[3]), ob denn die Justizminister der Bundesländer, die nach seiner Kenntnis in nächster Zeit zusammenträten, auch die Frage der Erfassungsstelle Salzgitter[4] behandeln würden. Im Lichte der Fortschritte des letzten Jahres, zum Beispiel bei den Grenzkontrollen, aber auch

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 27. August 1984 vorgelegen.

2 Zum geplanten Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 217, Anm. 17.

3 Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Rühe, traf am 23. August 1984 in Ost-Berlin mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Häber, zusammen. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete dazu am folgenden Tag, im Mittelpunkt hätten die Ost-West-Beziehungen sowie die innerdeutschen Beziehungen gestanden, besonders mit Blick auf den geplanten Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik. Häber habe ausgeführt, „auch in der Elbe-Frage und hinsichtlich der Erfassungsstelle Salzgitter gebe es auf unserer Seite keine Bewegung, obwohl in rechtlicher Hinsicht dazu genügend Spielraum vorhanden sei. Wir könnten doch nicht erwarten, daß man bei unserer langen Wunschliste vorankomme, wenn wir in den Fragen, die für die DDR von besonderem Interesse seien, überhaupt keine Bewegung zeigten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1398; Referat 210, Bd. 132579.

4 Zur Erfassungsstelle Salzgitter vgl. Dok. 98, Anm. 10.

anderswo, könne es doch eigentlich keine besondere Schwierigkeit sein, diese Anomalität zu beseitigen.

Koptelzew machte kein Hehl daraus, daß die Sowjetunion die Entwicklung des deutsch-deutschen Verhältnisses mit Mißtrauen betrachte. Wir sollten uns keine Illusionen machen. Es gehe dabei nicht um momentane taktische Gesichtspunkte, sondern um die Einschätzung der längerfristigen Entwicklung. Die seit Beginn der 70er Jahre erheblich gewachsenen Westeinflüsse in der DDR, die naturgemäß von der Bundesrepublik ausgingen, zeigten tiefgehende Wirkung. Mit Sorge beobachte man, daß sich die DDR ungeachtet ihrer unbestrittenen Loyalität gegenüber der Führungsmacht Sowjetunion und dem Bündnis zunehmend „nach Westen orientiert". Koptelzew erwähnte in diesem Zusammenhang die Zugeständnisse der DDR im Bereich des Reiseverkehrs, die in Verbindung mit dem jüngsten Kredit gemacht worden seien.[5] Dies habe aus Moskauer Sicht „das Faß zum Überlaufen" gebracht. Die innere Verfassung der DDR wie auch die internationale Gesamtlage seien nicht so, daß jetzt solche zunehmenden Öffnungen nach Westen gerechtfertigt seien.

Ich habe dieser Einschätzung nachdrücklich widersprochen. Die DDR habe in den schwierigen Jahren seit 1980, vor allem in der polnischen Krise, eine bemerkenswerte Stabilität gezeigt. Die menschlichen Kontakte und Verbindungen zwischen den beiden deutschen Staaten seien wahrscheinlich eine wichtige Bedingung für diese Stabilität. Die Ausreiseproblematik, die vermutlich aus östlicher Sicht immer wieder zu Zweifeln Anlaß gebe, könne nach unserer Einschätzung durch großzügigere Reisemöglichkeiten, wie sie auch andere sozialistische Staaten praktizierten, am ehesten entschärft werden. Das politische System der DDR, dem aus sowjetischer Sicht doch sicher besondere Bedeutung zukomme, sei intakt und werde nicht in Frage gestellt. Das Ziel unserer Politik sei nicht eine Instabilität der DDR, die nur zu schweren Rückschlägen führen würde, sondern ein fortlaufender Entspannungsprozeß, der nicht nur die äußeren, sondern auch die inneren Spannungen abzubauen geeignet sei. Wenn die Sowjetunion aus Mißtrauen Fortschritte im deutsch-deutschen Verhältnis meine hemmen zu müssen, so handele sie in Wahrheit gegen das gemeinsame Interesse an Stabilität und Zusammenarbeit in Europa. Koptelzew bezweifelte die Richtigkeit dieser Bewertung. In Moskau nähmen die Zweifel zu, ob die Entspannungspolitik, wie sie seit Helsinki[6] praktiziert werde, tatsächlich im besten Interesse der Sowjetunion und ihrer Verbündeten liege. Die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen habe der Sowjetunion praktisch nichts gebracht. Die Schwierigkeiten und Spannungen seien heute größer denn je, gleichzeitig hätten die zunehmenden Ost-West-Kontakte auf vielen Ebenen mit den einhergehenden Öffnungen die inneren Spannungen im sozialistischen Lager verschärft und die Kohärenz unterminiert.

5 Zum Kredit an die DDR und damit verbundenen Gegenleistungen der DDR im Reiseverkehr vgl. Dok. 202, Anm. 4.

6 Nach dem Abschluß der vom 18. September 1973 bis 21. Juli 1975 in Genf stattfindenden zweiten Phase der KSZE (Kommissionsphase) fand in Helsinki vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Koptelzew bemerkte, daß die Situation in Polen der sowjetischen Führung heute keine Sorge mehr bereite. Die polnische Führung habe die Lage fest im der Hand. Gefährlicher sei im Grunde die tschechoslowakische Entwicklung von 1968 gewesen, die in der Innen- und Außenpolitik von der Führung des Landes selbst, d. h. „von oben", betrieben worden sei. Koptelzew wollte keine Parallele zu der Entwicklung der DDR ziehen, machte aber wiederholt Andeutungen, daß die gegenwärtige DDR-Politik des Dialogs und der Öffnungen nach Westen von sowjetischen Beobachtern als Ausdruck eines Autonomiestrebens und auch als potentielle Gefährdung der inneren Stabilität gesehen werde. Koptelzew sah die Entwicklung der DDR-Politik auch im Zusammenhang mit der Kohärenz und politischen Geschlossenheit des Warschauer Pakts insgesamt. Er ließ erkennen, daß der Zustand der politischen Abstimmung im östlichen Bündnis Moskau große Sorge mache. Dabei verhehlte er nicht, daß die durch die Stagnation in den letzten Breschnew-Jahren und durch den zweimaligen Führungswechsel[7] eingetretenen Unsicherheiten dazu wesentlich beigetragen hätten.

Diese letzteren Andeutungen Koptelzews waren so zu verstehen, daß der selbstbewußte Honecker-Kurs von Moskau nicht nur wegen der damit verbundenen Tendenzen und Risiken, sondern auch wegen seines[8] als autonom empfundenen Charakters mit Mißtrauen und Bedenken verfolgt wird.

[gez.] Bräutigam

VS-Bd. 13349 (210)

7 Am 10. November 1982 verstarb der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Zwei Tage später wurde das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Andropow, zum Nachfolger bestimmt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.
Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod Andropows am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

8 Korrigiert aus: „ihres".

222

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

010-1959/84 geheim **27. August 1984**[1]

Betr.: deutsch-amerikanische Gespräche über sicherheitspolitische Fragen

1) Das zweite Gespräch fand am 23. und 24. August 1984 in Gordes/Frankreich statt.

Teilnehmer: US-Seite: Dobbins (State Department, Vertreter von Burt), Perle (Pentagon), Lehman (NSC), Weston (US-Botschaft Bonn); deutsche Seite: MD Teltschik, VLR I Dr. Roßbach, Kapitän zur See Weisser, OTL Kujat, alle BK-Amt; VLR I Dr. von Ploetz, AA.

Der Teilnehmerkreis war gegenüber der ersten Gesprächsrunde unverändert mit zwei Ausnahmen: Auf US-Seite ließ sich Burt durch Dobbins vertreten; auf deutscher Seite nahm erstmals ein AA-Vertreter teil, was von amerikanischer Seite ausdrücklich begrüßt wurde.

2) Im Mittelpunkt der ersten Gesprächsrunde hatte ein vertrauliches Brainstorming über Strategiefragen gestanden. Eine Aufzeichnung hierüber wurde nach Angaben von MD Teltschik nicht angefertigt.

Auf der Grundlage dieses Gesprächs hatte die deutsche Seite zehn Fragen gestellt. Sie bildeten – zusammen mit den US-Antworten – den Hauptgegenstand der zweiten Gesprächsrunde. Von Fragen und Antworten erhielt ich Kenntnis auf dem Flug nach Frankreich (Anlage 1[2]).

3) Zum Abschluß des Gesprächs übergab MD Teltschik eine Notiz mit möglichen Elementen eines Follow-up (Anlage 2[3]). Er geht davon aus, daß sich ein Follow-up nicht auf militär-strategische Aspekte beschränken kann, wenn es im Bündnis konsensfähig sein und positive Auswirkungen auf das West-Ost-

1 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz leitete die Aufzeichnung am 27. August 1984 an Bundesminister Genscher. Dazu vermerkte er: „Der Vermerk mußte weitgehend aus dem Gedächtnis gefertigt werden, weil verabredungsgemäß von keiner Seite eine Gesprächsaufzeichnung gemacht werden sollte. Ich habe mir gegenüber Herrn Teltschik vorbehalten, Sie eingehend über die Gespräche zu unterrichten, im übrigen aber volle Vertraulichkeit zugesagt. Die Aufnahme in die Delegation des BK-Amtes war freundschaftlich und offen. Bei Vorbesprechungen bestand Gelegenheit, für die Gesprächsführung Vorschläge zu machen, insbesondere was die Berücksichtigung des Rüstungskontrollbereichs betraf, die von Herrn Teltschik dankbar aufgenommen wurden. Die Beteiligung an Gesprächen wie an zwei Arbeitsessen war in jedem Sinne würdig. Eine analytische Stellungnahme zu dem Gesprächsergebnis ist in Arbeit."
Hat Genscher am 28. August 1984 vorgelegen, der Ploetz um Rücksprache bat.
Hat Ploetz am 28. August 1984 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.
Für die Stellungnahme von Ploetz vom 31. August 1984 vgl. Dok. 226.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für den Fragenkatalog und die amerikanischen Antworten vgl. VS-Bd. 14125 (010).

3 Dem Vorgang beigefügt. Für das am 24. August 1984 in Gordes/Frankreich übergebene Papier vgl. VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

Verhältnis haben soll. Er sieht vor, daß Bundeskanzler und US-Präsident alsbald nach den US-Wahlen[4]

– die Bereitschaft erklären, alles zu unternehmen, um den West-Ost-Dialog wieder in Gang zu setzen,
– mit überzeugenden und konstruktiven Vorschlägen in der Abrüstung und Rüstungskontrolle an die Öffentlichkeit treten, die auf die Erfordernisse der Bündnisstrategie abgestimmt sind, und
– einen Impuls geben, um die Durchführbarkeit und damit die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie wiederherzustellen.

MD Teltschik warnte nachdrücklich davor, sich auf den letzten Punkt zu beschränken. Damit würde ein falsches Signal gegeben.

Vor amerikanischer Seite wurden die Anregungen positiv aufgenommen. Insbesondere wurde die deutsche Bereitschaft begrüßt, bei Fragen der konventionellen Stärkung der NATO eine führende Rolle zu spielen.

Die amerikanische Seite sagte schnelle Reaktion zu. Anschließend sollen die Ergebnisse der Gespräche zusammengefaßt und auf beiden Seiten zur politischen Billigung vorgelegt werden, damit die Umsetzung durch die zuständigen Ressorts eingeleitet werden kann.

4) Im einzelnen

4.1) Nuklearer Ersteinsatz

Von deutscher Seite wurde die Notwendigkeit für ein überzeugendes Konzept der NATO vorgetragen, das wegführt von der Konzentration von Nuklearwaffen kurzer und kürzester Reichweite in Europa und dem Gegner deutlich macht, daß er einen Teil des Zerstörungsrisikos trägt und nicht davon ausgehen kann, daß die Verteidigung – mit allen für notwendig gehaltenen Mitteln – auf unser eigenes Territorium beschränkt bleibt. Diese Unsicherheit der anderen Seite kann nur erzielt werden

– durch eine andere Kräftestruktur: Pläne zu ihrer Verwirklichung (z. B. Rogers-Plan[5]) haben aber nur eine Chance, wenn die Nuklearschwelle angeho-

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5 Seit Herbst 1982 forderte der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, eine Erhöhung der Verteidigungshaushalte der NATO-Mitgliedstaaten um 4 % jährlich. Damit sollte vor allem die konventionelle Verteidigungsfähigkeit der NATO gestärkt und so die Erhöhung der Schwelle für einen Einsatz nuklearer Waffen erreicht werden. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 289. Ministerialdirigent Schauer legte am 19. Juli 1984 dar, in einem kürzlich veröffentlichten Aufsatz habe Rogers erneut zusätzliche Anstrengungen zur Stärkung der konventionellen Verteidigung gefordert und dazu folgendes vorgeschlagen: „Erste Priorität: Die Truppen unter seinem Kommando in Europa sollen auf die ‚ACE-Standards' für Personalstärke, Ausrüstung, Ausbildung, Unterstützung und Verstärkung gebracht werden (ACE = Allied Command Europe). Zweite Priorität: Modernisierung der Streitkräfte und Nutzung der neuen Technologien, insbesondere zur Bekämpfung der zweiten Staffel des Warschauer Paktes. Beim Technologieaustausch befürwortet Rogers Arbeitsteilung zwischen den Verbündeten und eine echte ‚Zweibahnstraße'. Dritte Priorität: Vergrößerung der westlichen Streitkräftestruktur, besonders mit mobilisierbaren, ausgebildeten Reserven." Schauer führte dazu aus: „Es überrascht, daß Rogers dem von ihm in der NATO unter der Bezeichnung ‚Follow-on Forces Attacks' (FOFA) eingebrachten Konzept der Bekämpfung der zweiten Staffel des WP eine solch hohe Priorität beimißt. Rogers zielt offenbar auf eine neue Art der konventionellen Verteidigung, die vermehrt weitreichende Waffen in ihr Konzept einbezieht." Rogers' Vorschläge richteten sich vor allem an die Bundesrepublik, die die Hauptlast der konventionellen Verteidigung in Mit-

ben wird und dies in einer Reduzierung des hier gelagerten Nuklearpotentials zum Ausdruck kommt (Frieden schaffen mit immer weniger Waffen).

– Durch Rüstungskontrolle: Die Bemühungen um Verteidigungsanstrengungen und um Rüstungskontrolle müssen koordiniert werden.

Die amerikanische Seite anerkannte die Notwendigkeit eines solchen Konzeptes und wiederholte, ohne sich darauf ausdrücklich zu beziehen, den Inhalt einer formellen Carter-Entscheidung (PD 50[6]), wonach Rüstungskontrollvorschläge den Erfordernissen von Strategie und Verteidigung Rechnung tragen müssen.

Die amerikanische Seite hielt fest, daß auch unter den veränderten Bedingungen nicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichtet worden sei oder werde; der bereits langfristig bestehende Trend, andere – weniger unattraktive – Optionen zu schaffen, setze sich fort. Ein konventioneller Krieg in Europa werde wahrscheinlich immer zu einem nuklearen Konflikt eskalieren: Daher müsse die Abschreckung eines jeden Angriffs gewährleistet sein, wofür die nukleare Option unverzichtbar sei. Dies bedeute:

– die NATO muß tatsächliche Optionen haben,

– Ersteinsatz bleibt festes Element der deklaratorischen, auf Abschreckung durch ein Kontinuum aller Elemente der NATO-Triade gerichteten Politik.

4.2) Strategie

Beide Seiten stimmten überein, daß eine Änderung der gültigen NATO-Strategie nicht notwendig ist, wohl aber eine Änderung der Kräftestruktur, die zu ihrer Verwirklichung unter Berücksichtigung der veränderten Bedrohung und neuer technologischer Entwicklungen notwendig ist. Von amerikanischer Seite wurden vier theoretische Möglichkeiten für eine Reduzierung des nuklearen Kurzstreckenpotentials in Europa genannt:

– Ersetzung durch konventionelle Waffen,

– Ersetzung durch weniger, aber neue Nuklearwaffen, z. B. größerer Zielgenauigkeit oder anderer Reichweite,

– Verbesserung der Überlebensfähigkeit,

– Rüstungskontrolle.

Zur zweiten Möglichkeit wurde festgestellt, daß es weder ein Konzept noch entsprechende Waffen gebe.

Zur letzten Möglichkeit äußerte sich die amerikanische Seite sehr kritisch: Eine Reduzierung der Sprengköpfe ohne gleichzeitige Reduzierung der Abschußgeräte sei unverifizierbar. Eine Reduzierung der Abschußgeräte komme so lange nicht isoliert in Betracht, als diese alternativ konventionell oder nuklear eingesetzt werden können. Die amerikanische Seite erklärte ausdrücklich, ein Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1017

teleuropa trage. Zudem habe er im Frühjahr 1984 eine reale jährliche Steigerung der Verteidigungsausgaben um 7 % gefordert. Vgl. Referat 201, Bd. 130202.
Vgl. dazu Bernard W. Rogers, NATO-Strategie: Erfordernisse für glaubwürdige Abschreckung und für Bündniszusammenhalt; EUROPA-ARCHIV 1984, S. 389–400.

6 Korrigiert aus: „PD 52".
Für die Presidential Directive Nr. 50 „Arms Control Decision Process" vom 14. August 1979 vgl. http://www.fas.org/irp/offdocs/pd/index.html.

schreiten dieses Weges würde mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen, daß sich die Allianz selbst die Hände binde und eine Reduzierung unmöglich werde.

Die amerikanische Seite unterstrich auch die Notwendigkeit, mit Begriffen wie Erhöhung der Nuklearschwelle „sorgfältig" umzugehen, um der Gefahr von Mißverständnissen zum Verhältnis von nuklearer und konventioneller Abschreckung zu begegnen. Vor allem dürfe der Eindruck nicht entstehen, daß eine ausschließlich konventionelle Verteidigung in Europa erwogen werde oder daß eine Entkoppelung Europa/USA in Betracht komme. Die nukleare Schwelle könne nur durch Erhöhung der konventionellen Schwelle erhöht werden.

Im Hinblick auf die Stimmung im US-Kongreß (Nunn-Amendment[7]) bezeichnete die amerikanische Seite es als wichtig, daß die NATO sichtbare Schritte unternimmt, um durch koordinierte Anstrengungen ihre Verteidigungsbemühungen und -doktrinen anzupassen.

4.3) Nukleare Zielplanung

Hinweis der deutschen Seite, daß die Bundesregierung auch eine Verantwortung für die Deutschen in der DDR trage, wurde mit Verständnis aufgenommen. Andererseits schien die amerikanische Seite Zweifel an der deutschen Feststellung zu haben, daß sie – trotz Beteiligung deutscher Offiziere an den entsprechenden Arbeiten – über die nukleare Zielplanung des SACEUR nicht informiert sei und auch keinen Einfluß nehme. Sie empfahl, diese Frage informell auf der Ebene Inspekteur der Bundeswehr/SACEUR aufzunehmen. Es sei auch durchaus denkbar, daß General Rogers einmal im Jahr dem Bundeskanzler vortrage.

4.4) Out-of-area-Problematik

Die amerikanische Seite verwies mit Sorge auf die zunehmende Ansicht in den USA, daß diese viel für die Verteidigung Europas tun, die Europäer aber bei der Verteidigung gemeinsamer Sicherheitsinteressen außerhalb Europas nicht helfen. Unsere Begründung für die Nichtteilnahme an der Minensuchoperation im Roten Meer[8] wurde zwar mit Verständnis, aber auch einem Unterton der Skepsis zur Kenntnis genommen. Ausdrücklich anerkannt wurden aber die Gründe, aus denen eine Stationierung von Bundeswehreinheiten außerhalb des NATO-

7 Brigadegeneral Steinkopff, Washington, teilte am 19. Juni 1984 mit, der amerikanische Senator Nunn habe am Vorabend einen Zusatzantrag zum Verteidigungshaushalt für 1985 eingebracht, und übermittelte dessen Wortlaut. Darin wurde eine Stärkung der konventionellen Kapazitäten der NATO gefordert. Nach dem 30. September 1985 sollte die Höchststärke amerikanischer Truppen in Europa bei knapp 326000 Mann liegen. Beginnend ab Ende 1987 sollte diese Höchststärke bis einschließlich 1989 um jährlich 30000 Mann gekürzt werden, falls die übrigen NATO-Mitgliedstaaten ihre jährlichen Verteidigungsausgaben nicht um mindestens 3% erhöhten. Eine Vermeidung von Truppenreduzierung sollte außerdem durch stärkere Munitionsbevorratung, eine höhere Zahl von Einrichtungen und Schutzbauten für amerikanische Verstärkungsflugzeuge sowie eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit möglich sein. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2760/2761; Referat 201, Bd. 130195. Am 22. Juni 1984 vermerkte Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, der Antrag Nunns sei am Vortag mit 55 gegen 41 Stimmen abgelehnt worden: „Statt dessen wurde mit großer Mehrheit (94 gegen drei Stimmen) ein Kompromißvorschlag von Senator Cohen (R-Maine) angenommen. Dieses Amendment zum Haushalt 1985 sieht eine Festschreibung der amerikanischen Stationierungstruppen in Europa auf 326414 Mann für die nächsten fünf Jahre vor, sofern der Verteidigungsminister dem Kongreß nicht bestätigt, daß die Verbündeten ‚bedeutsame Maßnahmen ergriffen haben', um die im abgelehnten Nunn-Amendment angeführten Erwartungen zu erfüllen." Vgl. Referat 201, Bd. 130195.

8 Zur Verminung des Roten Meers vgl. Dok. 213, besonders Anm. 2.

Bereichs[9] nicht in Betracht kommt. Das Schwergewicht eines deutschen Beitrags im Zusammenhang mit der Out-of-area-Problematik sah die amerikanische Seite daher bei

– Erleichterung für die USA, ihrerseits militärische Kräfte und Mittel in der Dritten Welt zum Einsatz zu bringen (insbesondere Transit) und
– Steigerung der militärischen Fähigkeiten im eigenen Lande, um für Dritte-Welt-Einsatz abgezogene US-Truppen zu ersetzen.

Dem amerikanischen Hinweis, daß auch eine „verständnisvollere" Sprache im NATO-Kommuniqué hilfreich wäre, wurde von unserer Seite entschieden widersprochen.

4.5) Japanischer Beitrag

Die amerikanische Seite hielt es nicht für erfolgversprechend, die Japaner zur Erweiterung ihres Verteidigungshaushaltes (über 1% des BSP hinaus) zu bewegen. Sie hielt aber einen größeren japanischen Beitrag z. B. bei der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit wichtiger Länder (Türkei!) – nach dem Konzept der Arbeitsteilung – für sinnvoll und möglich.

Dem bevorstehenden Treffen der sieben AMs in New York[10] maß die amerikanische Seite besondere Bedeutung bei, wenn sie sich auch der französischen Vorbehalte gegen eine Institutionalisierung bewußt war.

4.6) SDI

Von amerikanischer Seite wurde noch einmal die Gelegenheit begrüßt, BM bei seinem letzten Washington-Besuch eingehend vorzutragen.[11] Die letzten Gespräche auf der Ebene Ruth[12] hätten einen guten Einstieg in einen Prozeß gebildet, in dem die Bündnispartner sich über die Bedeutung der Technologie für die Strategie wie für die Rüstungskontrolle verständigen könnten. Dieser Prozeß müsse fortgesetzt werden, denn jede Administration werde das Forschungs- und Testprogramm fortführen.

Die amerikanischen Geheimdienste seien einheitlich der Auffassung, daß die SU gegenwärtig technologisch in einer besseren Position wäre, würde der ABM-Vertrag[13] heute außer Kraft gesetzt.

Die Abschreckung erfordere aber Ungewißheit über die Erfolgsaussicht eines Erstschlages. In diesem Sinn seien alle Schritte, die einen erfolgreichen Erstschlag unwahrscheinlich machten, ein Beitrag zur Abschreckung.

Eine die Europäer überraschende Dislozierung eines Verteidigungssystems gegen ballistische Raketen schloß die amerikanische Seite aus, und zwar sowohl

9 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

10 Zum Gespräch der Außenminister der G7-Staaten am 27. September 1984 in New York vgl. Dok. 257.

11 Bundesminister Genscher wurde am 7. Mai 1984 in Washington über SDI unterrichtet. Vgl. dazu Dok. 133.

12 Am 17./18. Juli 1984 fanden Gespräche zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA über SDI statt. Vgl. dazu Dok. 208.

13 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

unter technischen Gesichtspunkten wie unter politischen (Hinweis auf mehrfach verschobene Entscheidung über MX-Dislozierung![14]).

Im Anschluß an die Präsidentenrede[15] habe eine Verlagerung der Forschungsmittel weg von den kurzfristig erfolgversprechenden (klassischen) Systemen zu „exotischen" stattgefunden; dies spreche einerseits gegen überraschende Entwicklungen, andererseits seien in einigen Bereichen durch die Zusammenfassung der Ergebnisse der zivilen Forschung große Fortschritte möglich, die auch unter Kostengesichtspunkten interessant seien. In diesem Bereich habe die SU wenig Fortschritte zu verzeichnen, daher müsse ein Technologietransfer aus Sicherheitsgründen verhindert werden. (Das Thema Technologietransfer wurde nur an dieser Stelle und eher nebenbei angesprochen.)

Von deutscher Seite wurde unterstrichen, daß wir nicht durch plötzliche Stationierung eines Raketenabwehrsystems in den USA überrascht werden wollten. Die USA sollten sich auch der möglichen Auswirkung auf den ABM-Vertrag bewußt sein; die SU werde sicher den USA den ersten Schritt zur Aufkündigung dieses Vertrages überlassen und damit auch die möglichen negativen Auswirkungen auf die politische Einschätzung in Europa! Schließlich müßten auch die Auswirkungen auf die Nuklearsysteme von Frankreich und Großbritannien berücksichtigt werden. Ferner fragten wir nach den Möglichkeiten, mit der Dislozierung eines Teilsystems, z. B. zur Verteidigung gegen ballistische Raketen im Endanflug (terminal defense), zu beginnen.

Die amerikanische Seite rechnete nicht mit einem effektiven Verteidigungssystem in diesem Jahrhundert. Sie gab der Bekämpfung in der Startphase – nach dem gegenwärtigen technologischen Erkenntnisstand – den Vorzug und unterstrich, daß in dieser Phase nicht zwischen Lang- und Mittelstreckenraketen unterschieden werden kann.

Dem Hinweis auf Auswirkungen auf britische und französische Systeme wich die amerikanische Seite mit dem Argument aus, daß die Sowjets unabhängig von US-Planungen Verteidigungssysteme entwickeln würden.

Die amerikanische Seite erkannte an, daß – vor allem in der Übergangszeit bei Einführung eines Verteidigungssystems – Probleme im Strategiebereich entstehen könnten. Der luxemburgische Verteidigungsminister[16] habe aber zutreffend festgehalten, daß selbst ein allein für die USA bestimmtes Verteidigungssystem Europa sicherer mache, weil die Nukleardrohung zum Schutze Europas glaubhafter werde![17]

Zum ABM-Vertrag bemerkte die amerikanische Seite, daß Forschung und Entwicklung den Vorschriften nicht widersprächen. Über mögliche Konsequenzen

14 Zum MX-Programm vgl. Dok. 129, Anm. 25.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 31. Juli 1984, der Vermittlungsausschuß des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses habe am Vortag „wegen z. Z. unüberwindlicher Gegensätze" in der MX-Frage seine Beratungen abgebrochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3364; Referat 201, Bd. 130193.

15 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

16 Emile Krieps, seit 20. Juli 1984 Marc Fischbach.

17 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Grotesk!"

aus einem erfolgreichen Abschluß dieser Arbeiten für den ABM-Vertrag könne heute nur spekuliert werden. Vor der nächsten Überprüfungskonferenz des ABM-Vertrags im Jahre 1987 werde jedenfalls nichts geschehen.

Die US-Strategie für amerikanisch-sowjetische Verhandlungen in Wien[18] ist nach amerikanischen Angaben noch Gegenstand von Diskussionen. Der Präsident werde erst befaßt, wenn man sich mit Moskau auf Verhandlungen verständigt habe. Hier werde man zunächst – auch wegen des ABM-Vertrages – recht allgemein und theoretisch sprechen über Fragen der militärischen Stabilität etc. In diesem Zusammenhang hoffe Washington auch auf eine Diskussion über strategische Offensivsysteme; in diesen Begriff bezog die amerikanische Seite – wie Rückfrage ergab – ausdrücklich INF ein. Wir hatten unsere Frage mit der ausdrücklichen Warnung verbunden, sich auf den START-Bereich zu beschränken.

4.7) ASAT

Die amerikanische Seite hielt Verhandlungen über den ASAT-Bereich für sehr viel dringender, weil die möglichen Auswirkungen einer erfolgreichen Kriegsführung gegen Satelliten auf die Verteidigungsfähigkeit der Allianz dramatisch sein würden. Für mögliche ASAT-Verhandlungen bestehe das Problem vor allem darin, die nationalen Sicherheitsinteressen in der Verhandlungsphase zu wahren.

Die USA hätten inzwischen die Verwundbarkeit ihrer Satelliten erheblich reduziert, andere Probleme von großer Tragweite seien ungelöst. Das unmittelbare Problem der Militarisierung des Weltraumes bestehe in den Auswirkungen von Satelliten und Sensoren auf die militärischen Fähigkeiten auf der Erde.

4.8) Französisch-deutsche und europäische Verteidigungszusammenarbeit

Von deutscher Seite wurde festgestellt, daß die Initiative zur Intensivierung der deutsch-französischen Verteidigungszusammenarbeit und der Revitalisierung der WEU von französischer Seite ausgegangen ist. Wir seien aufgeschlossen, hätten aber noch kein klares Bild von den französischen Vorstellungen. Wohl aber wüßten wir, daß in beiden Ländern europäisch eingestellte Männer an der Spitze stünden. Wir seien entschlossen, die historische Chance für die politische Integration zu nutzen, wenn sie sich biete, und zwar auch dann, wenn das Endergebnis noch nicht bekannt sei. Im sicherheitspolitischen Bereich zielten wir darauf ab, Frankreich im konventionellen Bereich möglichst nah an die NATO-Integration heranzuführen[19]; im Nuklearbereich wünschten wir eine Verständigung auf höchster Ebene über die Zielplanung – ähnlich wie im Verhältnis zu den USA.

Die amerikanische Seite äußerte sich grundsätzlich positiv zu allem, was Frankreich näher an die NATO heranbringt. Im übrigen wurde aber die Sorge deutlich, daß wertvolle politische Energien bei einer „theoretischen WEU-Übung" verpuffen; die NATO wurde als das geeignetere Organ für die Kanalisierung von Bemühungen um kurzfristige Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit bezeichnet.

18 Zu den geplanten amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Weltraumfragen vgl. Dok. 225.

19 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

In den Gesprächen am Rande machte die amerikanische Seite auch ihre Sorge deutlich, daß die Rüstungskooperation im europäischen Rahmen wegen ihrer hohen Kosten letztlich die Verteidigungsfähigkeit nicht stärkt, sondern schwächt.

5) Follow-up

Von deutscher Seite wurde als Ergebnis der Gespräche eine gemeinsame Initiative als möglich bezeichnet, deren drei Elemente (West-Ost-Beziehungen; Rüstungskontrolle; Strategie/Verteidigungsfähigkeit) ausdrücklich als ein Paket präsentiert wurden. (Über den Inhalt dieses Vorschlags und des der amerikanischen Seite übergebenen Papiers war ich vorab nicht unterrichtet.) Es wurde unterstrichen, daß nur eine alle drei Bereiche berücksichtigende Initiative konsensfähig sein könne: Die nach der US-Wahl von der Öffentlichkeit in den NATO-Staaten erwarteten konkreten Schritte im West-Ost-Verhältnis sowie bei Abrüstung und Rüstungskontrolle müßten auch die Erfordernisse der Bündnisstrategie berücksichtigen.

Betont wurde von deutscher Seite ferner, daß wir erwarten, daß solche Vorschläge die spezifischen deutschen Interessen in der NATO berücksichtigen, nämlich

– Verminderung der Abhängigkeit von Nuklearwaffen,
– Minimierung der Schäden auf deutschem Territorium durch konventionelle oder nukleare Kriegsführung (u. a. durch neue Strukturierung des Nuklearpotentials) und
– Verlagerung der Last der Aggression auf den Aggressor.

Bei Wahrung dieser Interessen und dem beschriebenen Paketansatz würde die Unterstützung für ein konventionelles Verstärkungsprogramm mobilisiert werden können.

Von amerikanischer Seite wurde die Bereitschaft begrüßt, beim Nachdenken in der NATO über Maßnahmen zur konventionellen Stärkung eine führende Rolle zu übernehmen. Die NATO benötige ein ähnliches Gremium für den konventionellen Bereich wie die HLG im Nuklearbereich, wobei man sich den Personenwechsel im Amt des NATO-GS[20] zunutze machen könne. Lord Carrington werde sicher eine wichtige Rolle spielen können und wollen.

Diese auf ein Element unseres Pakets beschränkte US-Reaktion war Anlaß, noch einmal vor dem Mißverständnis zu warnen, daß eine ausschließlich militärische Initiative mit deutscher oder europäischer Zustimmung rechnen könne. Die amerikanische Antwort, daß ein neuer Doppelbeschluß[21] vermieden werden müsse, wurde von uns als Verkennung des politischen Problems zurückgewiesen.

Die amerikanische Seite erklärte aber im übrigen, die deutschen Überlegungen bewegten sich weitgehend auf derselben Linie wie die Washingtons. Sie würden so schnell wie möglich geprüft.

20 Lord Carrington übernahm am 25. Juni 1984 das Amt des NATO-Generalsekretärs von Joseph Luns.

21 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Beide Seiten kamen überein, das Gesprächsergebnis gegebenenfalls in einer dritten Runde zu finalisieren[22], um es anschließend den jeweiligen Ministern vorzulegen und nach Billigung durch diese zur Umsetzung an die jeweiligen Ministerien weiterzugeben. Bis dahin sollen die vertraulichen Überlegungen weiterhin nur in dem bisherigen strikt begrenzten Kreis gehalten werden.

Die Bedeutung des Zeitfaktors wurde von deutscher Seite unterstrichen: Ein Zuwarten bis zur Inaugurationsrede des US-Präsidenten[23] komme – bei Wiederwahl von Reagan – kaum in Betracht, weil schon fünf Wochen vorher die NATO-AMs in Brüssel zusammentreten[24] und sich zu allen drei Bereichen äußern würden. Die amerikanische Seite akzeptierte die Relevanz dieses Hinweises.

Ploetz

VS-Bd. 14125 (010)

223

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.76 INF-1728/84 VS-vertraulich **28. August 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu dem in Ziffer I. vorgeschlagenen Vorgehen

Betr.: Position der Bundesregierung zu INF-Verhandlungen

I. In der amerikanischen Administration werden seit längerer Zeit Überlegungen über die Möglichkeit zur Wiederaufnahme der INF/START-Verhandlungen[4] angestellt. Diese Überlegungen waren im Juli d.J. aktuell geworden, als sich die

22 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, hielt sich am 18./19. Oktober 1984 zu Gesprächen mit amerikanischen Regierungsvertretern in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 289.

23 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan anläßlich seiner zweiten Amtseinführung am 21. Januar 1985 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 55–58.

24 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 30. August 1984 vorgelegen.

3 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 31. August 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 1. September 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 5. September 1984 vorgelegen, der um Rücksprache bat.
Hat Ploetz am 6. September 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte. Dazu vermerkte er: „Der Herr Minister bittet um Rücksprache."
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Botschafter Ruth am 5. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Von StS am 1.10. zurückerhalten. R[ücksprache] erledigt."

4 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

USA auf mögliche Gespräche über Weltraumwaffen in Wien im September 1984[5] einrichteten, bei denen sie beabsichtigten, ihre Position zu INF und START zu skizzieren.

Uns muß es bei dieser Lage darum gehen, daß wir an amerikanischen Überlegungen frühzeitig beteiligt werden. Der Brief des Bundesministers an AM Shultz vom 13. Juli d. J.[6], in dem um Unterrichtung über die amerikanischen Überlegungen gebeten wurde, diente diesem Ziel. Wir sind vor allem durch Burt und Nitze am 17.7.1984[7] informiert worden.[8] Burt sagte bei dieser Gelegenheit auch eine Unterrichtung der Gruppe der Stationierungsländer in der SCG zu.

Die nächste Sitzung der SCG wird am 12. September stattfinden.[9] Es wird vorgeschlagen, daß wir in dieser Sitzung – in Erwiderung auf die Darlegung der amerikanischen Überlegungen – die INF-Problematik in einen größeren Zusammenhang stellen, aus dem sich mögliche Ansätze für künftige Verhandlungen ergeben. Damit ist beabsichtigt,

– die SCG zu reaktivieren,
– die USA in einen Dialog zu ziehen, der uns die Möglichkeit gibt, auf die Entwicklung ihrer Haltung weiter Einfluß zu nehmen,
– zu verhindern, daß wir von einer – möglicherweise innenpolitisch motivierten – Initiative der USA überrascht werden,
– uns der aktiven Unterstützung anderer Verbündeter, insbesondere der Stationierungsländer, zu versichern, die erfahrungsgemäß von sich aus Möglichkeiten der SCG wenig nützen.

Unsere Ausführungen in der SCG könnten sich auf die unter II.–IV. näher ausgeführten Gedanken zu folgenden Punkten stützen:

5 Zu den geplanten amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Weltraumfragen vgl. Dok. 225.

6 Korrigiert aus: „16. Juli d. J."
In dem Schreiben legte Bundesminister Genscher dar: „Ich bin der Auffassung, daß die Sowjetunion immer wieder daran erinnert werden muß, daß sie nicht aus der Verpflichtung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über START und INF entlassen werden wird. Um so wichtiger wird es sein, daß wir in dieser Frage wie bisher eng zusammenarbeiten. Mit Interesse haben wir die öffentliche Bestätigung des Präsidenten zur Kenntnis genommen, daß er die Ausarbeitung von Vorschlägen für den Fall der Wiederaufnahme der START- und INF-Verhandlungen angeordnet hat. Damit wir uns rechtzeitig gemeinsam auf diesen Fall vorbereiten können, wäre ich dankbar, wenn Botschafter Ruth, der unsere Delegation zu den Konsultationen am 17. und 18. Juli leiten wird, über die bisherigen amerikanischen Vorarbeiten unterrichtet werden könnte." Vgl. den am 11. Juli konzipierten und am 13. Juli 1984 übermittelten Drahterlaß Nr. 4854 des Vortragenden Legationsrats Jansen an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 14126 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Korrigiert aus: „18.7.1984".

8 Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete am 17. Juli 1984, er habe am selben Tag Gespräche „mit Botschafter Nitze, Richard Burt und Sven Kraemer (NSC) über amerikanische Überlegungen zu INF/START" geführt: „Ich erhielt dabei insbesondere von Burt eine umfassendere Unterrichtung über die in Washington angestellten Überlegungen. Der entsprechende Brief des Bundesministers an Außenminister Shultz, der am 13.7. übergeben worden war, hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Alle Gesprächspartner unterstrichen, daß Entscheidung über die weitere Entwicklung der Verhandlungspositionen bei INF und START nicht getroffen worden sei. Bevor eine solche Entscheidung falle, würden die Verbündeten auf jeden Fall konsultiert werden. Der Gedanke eines Moratoriums werde in Washington, entgegen Pressemeldungen, nicht verfolgt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3181; VS-Bd. 12946 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 233.

– Rahmenbedingungen für amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über nukleare Rüstungskontrolle, einschließlich der sowjetischen Interessenlage,
– mögliche Ansatzpunkte in der Position, die die SU in den INF-Verhandlungen vertreten hat,
– mögliche Weiterentwicklungen der westlichen INF-Verhandlungsposition.

II. Rahmenbedingungen und sowjetische Interessenlage

1) Die SU hat auf den Beginn der Stationierung amerikanischer INF-Flugkörper in Europa[10] in doppelter Weise reagiert:
– Sie hat sowohl INF- als auch START-Verhandlungen abgebrochen und ihre Wiederaufnahme an die Bedingung geknüpft, daß das Bündnis sich bereit zeigt, die Stationierung zu stoppen und rückgängig zu machen.
– Sie hat militärische „Gegenmaßnahmen" getroffen[11], die jedoch jedenfalls teilweise ohnehin schon geplant waren; bei einem Teil dieser Maßnahmen ist offensichtlich, daß sie nicht in erster Linie aus militärischen Gründen getroffen wurden, sondern in der Absicht, die westliche Öffentlichkeit einzuschüchtern. Neue militärische Optionen wurden durch die Maßnahmen nicht eröffnet.

Die sowjetische Haltung dürfte durch folgende Faktoren bestimmt worden sein:
– Erkenntnis, jedoch nicht Anerkenntnis der politischen Niederlage, die im Stationierungsbeginn liegt.
– Versuch, das Bündnis für die Stationierung bezahlen zu lassen und die Regierungen insbesondere der Stationierungsländer gegenüber ihrer eigenen Öffentlichkeit in Schwierigkeiten zu bringen.
– Subjektive Einschätzung auf sowjetischer Seite, daß sich der Westen durch die INF-Stationierung einen einseitigen Vorteil verschafft hat. Sie sieht sich dadurch auch in ihrer Beurteilung der gegenwärtigen amerikanischen Politik bestätigt.

Hier ist daran zu erinnern, daß die SU bereits in den SALT-I-Verhandlungen[12] durch die Forderung, „Forward Based Systems" einzubeziehen, klargemacht hatte, daß sie alle Waffen, die ihr eigenes Territorium erreichen können, als strategische betrachtet. Angesichts der damaligen amerikanischen Gegenforderung, dann auch sowjetische Mittelstreckensysteme einzubeziehen, hatte die SU ihre Forderung damals fallenlassen. Die Aufstellung neuer amerikanischer Flugkörper gibt dem Problem in sowjetischer Sicht neue Dringlichkeit. Das Drittstaa-

10 Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

11 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der DDR und in der ČSSR bzw. zur Erhöhung der Zahl sowjetischer seegestützter Systeme vor den amerikanischen Küsten vgl. Dok. 139, Anm. 14, bzw. Dok. 146, Anm. 3.
Ministerialdirigent Schauer legte am 10. Oktober 1984 mit Blick auf die „Verlegung bisher ausschließlich in der westlichen SU stationierter SS-12/22-Raketeneinheiten auf das Gebiet der DDR und ČSSR" dar: „Gebrauch des Begriffs ‚Gegenmaßnahme' bedeutet nur Verschleierung unaufhörlicher nuklearer Aufrüstung der SU, da Modernisierungsprogramme der Raketensysteme SS-21/22/23 ohnehin schon seit Jahren geplant sind". Vgl. VS-Bd. 11977 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Nach Vorgesprächen vom 17. November bis 22. Dezember 1969 in Helsinki begannen am 16. April 1970 in Wien Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 6 und Dok. 26, AAPD 1971, III, Dok. 399, AAPD 1972, I, Dok. 26 und Dok. 75, sowie AAPD 1972, II, Dok. 176.

tenproblem hat die SU zwar bei den INF-Verhandlungen in erster Linie dazu benutzt, um ihre Forderung auf Stationierungsverzicht zu begründen. Dieses Problem ist jedoch in den Augen der SU durch die Modernisierungspläne von GB und F auch sachlich gewichtiger geworden. Die SU wird deshalb auch in Zukunft ihre Kompensationsforderungen nachdrücklich vertreten.

2) Es ist aber gleichzeitig festzustellen, daß die SU die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit nicht ganz abreißen lassen will:

– Sie hat mit den USA eine Vereinbarung über die Modernisierung des Heißen Drahtes geschlossen[13], wobei sie sich allerdings bemühte, die Publizität möglichst gering zu halten.
– Sie hat die bisherige Praxis der Vorankündigung von Probeabschüssen ballistischer Raketen beibehalten und ist dabei sogar über strikte völkerrechtliche Verpflichtungen hinausgegangen.[14]
– Die multilateralen Verhandlungen werden fortgesetzt.
– Darüber hinaus betrachtet die SU die Modernisierung der amerikanischen strategischen Waffen mit Sorge und hat ohne Zweifel erhebliches Interesse daran, die Möglichkeit der Einflußnahme durch Verhandlungen nicht a limine zu blockieren. Die SU wird vor allem auch bedenken, daß die amerikanische Zusage, SALT II nicht zu unterlaufen, nur bis Ende 1985 gilt.[15] Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß sie selbst nach Wegen sucht, eine Verlängerung dieser politischen Verpflichtung zu erreichen.

  Ein paralleles Interesse besteht im Bereich der Weltraumwaffen. Die USA sind dabei, ein ASAT-System zu entwickeln, das dem bereits vorhandenen sowjetischen System an Flexibilität und Zuverlässigkeit klar überlegen sein dürfte. Sie haben die Erforschung der Möglichkeit für ein teilweise weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem neuer Art intensiviert und sich damit in einem Bereich engagiert, in dem die SU befürchten muß, in technologischen Rückstand zu geraten.

3) Der Westen sollte somit eine Position entwickeln,

– mit der in der Sache Elemente genützt werden, in denen das sowjetische Interesse an Kooperation besonders ausgeprägt ist,
– in der Form Schritte entwickelt werden, die der SU den Weg aus der Sackgasse ihrer jetzigen Position erleichtern könnten.

13 Zum amerikanisch-sowjetischen Abkommen vom 17. Juli 1984 vgl. Dok. 195, Anm. 4.

14 Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 4. Juni 1984 Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium, wonach die sowjetische Botschaft in Washington am 5. April 1984 mitgeteilt habe, „daß in der Zeit vom 6. bis 21. April 1984 mehrere Starts ballistischer Raketen (multiple launches of ballistic missiles) durchgeführt würden. Zielgebiete der Raketen seien Nowaja Semlja und Kamtschatka. […] Gesprächspartner wies darauf hin, daß die Sowjets mit dieser De-facto-Ankündigung der SS-20-Starts über ihre Verpflichtungen aus bestehenden Rüstungskontrollverträgen hinausgegangen seien. […] Gesprächspartner erklärte, daß es sich seines Wissens um den ersten Fall einer Vorausunterrichtung über SS-20-Starts gehandelt habe. Die US-Regierung habe die sowjetische Information als Hinweis verstanden, daß die Sowjets bei den USA auch zu einer Zeit gespannter Beziehungen nicht den Eindruck provozierenden, möglicherweise eskalierenden Verhaltens erwecken wollten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2526; VS-Bd. 13395 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

15 Präsident Reagan erklärte am 31. Mai 1982 in einer Rede in Arlington/Virginia, die USA würden die Bestimmungen des bis Ende 1985 abgeschlossenen SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 einhalten, solange die UdSSR dies ebenfalls tue. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 709.

III. Ansatzpunkte in der sowjetischen Haltung

Die sowjetische Verhandlungsposition bei INF schloß von Anfang an die Anerkennung irgendeiner Stationierung von amerikanischen INF-Flugkörpern in Europa aus. Die Verhinderung der Stationierung war gerade das Hauptziel der Verhandlungen. Trotzdem zeigten sich in der sowjetischen Position Entwicklungen, die Ansatzpunkte für eine Kompromißlösung – möglicherweise in einem größeren Zusammenhang, vor allem mit der Begrenzung strategischer Waffen – sein könnten:

– Die SU hat, nachdem sie zunächst eine undifferenzierte Obergrenze für Raketen und Flugkörper vorgeschlagen hatte, sich später zu Reduzierungen ihrer europabezogenen SS-20 zunächst auf 162, und dann auf 140 und schließlich – im „Parkspaziergang“[16] – auf ungefähr 120 bereit erklärt.
– Obwohl die SU immer auf einer gleichzeitigen Regelung für Flugzeuge bestand, ließ ihre Haltung doch darauf schließen, daß diese Frage geringere Priorität für sie hat; eine Lösung, die nur bei gewissen vergleichbaren nuklear eingesetzten Typen Begrenzungen vorsieht (F-111-Backfire), erscheint daher erreichbar.
– Die wohl bemerkenswerteste Bewegung hat bei der Behandlung der Drittstaatensysteme stattgefunden: Das von Kwizinskij im November 1983 eingebrachte „Parkspaziergangs“-Modell sieht – allerdings bei westlichem Stationierungsverzicht – eine stillschweigende Kompensation durch ca. 120 verbleibende SS-20-Raketen vor; Zuwächse sollen in anderen Foren ausgeglichen werden.
– Nachdem die SU lange Zeit auf einer ausschließlich europabezogenen Regelung bestanden hatte, erklärte sie sich am 26.10.1983 zu einem Moratorium der in Ostasien stationierten SS-20 bereit, allerdings erst für den Zeitpunkt des Inkrafttretens eines INF-Abkommens, außerhalb der vertraglichen Regelung und mit dem inakzeptablen Vorbehalt einer Veränderung der strategischen Lage in Asien.[17]
– Zu SRINF vertrat die SU zunächst die Auffassung, daß Begrenzungen für Systeme mit einer Reichweite von weniger als 1000 km nicht notwendig seien; später stimmte sie grundsätzlich auch zu, über Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 1000 km zu sprechen.

IV. Weiterentwicklung der westlichen Verhandlungsposition

Von uns aus besteht derzeit keine Veranlassung, eine westliche INF-Initiative ins Auge zu fassen. Jedoch muß das Bündnis darauf vorbereitet sein, bei entsprechender Entwicklung der Rahmenbedingungen auch bei INF initiativ zu werden, jedenfalls aber sich bietende Gelegenheiten nutzen zu können.

So haben die USA erwogen, bei den von der SU vorgeschlagenen Gesprächen über Weltraumwaffen in Wien auch ihre INF/START-Position zu skizzieren. Diese Gespräche könnten – wenn der Termin im September d. J. nicht eingehalten

16 Zum „Parkspaziergang“ vom 13. November 1983 vgl. Dok. 27, Anm. 11.

17 Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, in einem am 27. Oktober 1983 veröffentlichten Interview mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“; EUROPA-ARCHIV 1984, D 20–23.

werden sollte – nach den Präsidentschaftswahlen[18] oder im Laufe des kommenden Jahres beginnen.

Die INF-Frage kann sich aber auch im Zusammenhang mit einem wahrscheinlichen Interesse der SU an einer Regelung für strategische Waffen stellen.

In Washington werden für INF derzeit vier mögliche Modelle geprüft:

– Anknüpfung an die letzte westliche Verhandlungsposition, insbesondere an das Angebot eines nur teilweisen Ausgleichs des sowjetischen INF-Potentials durch Stationierung in Europa. Wie viele amerikanische Flugkörper bei Vereinbarung paritätischer globaler Obergrenzen in Europa stationiert werden würden, ist in den Verhandlungen bisher nicht konkretisiert worden.
– Build-up/Build-down-Formel: Stationierung auf westlicher Seite würde an einem bestimmten Punkt beendet, wenn die SU bereit wäre, auf dieselbe Zahl von Gefechtsköpfen zu reduzieren.
– Gleiche Reduzierungen auf beiden Seiten. Die USA haben bisher nicht präzisiert, wie ein entsprechender Vorschlag gestaltet werden könnte. Sie haben vermutlich ein Modell im Auge, das Nitze in der letzten Verhandlungsphase entwickelt hat, das aber von der Administration nicht gebilligt wurde: Danach hätte die SU in Europa 167 SS-20-Systeme zu reduzieren; die USA würden auf die Aufstellung der gleichen Zahl von Abschußgestellen verzichten. Da einem CM-Abschußgestell vier Flugkörper mit je einem GK entsprechen, einem Pershing-II-Abschußgestell jedoch nur eine Rakete mit einem GK, schafft dieses Modell indirekt einen Anreiz zu einem Verzicht auf Pershing-II.
– Anpassung der „Waldspaziergangs"-Formel.[19] Hier ist vermutlich an eine Verringerung des Pershing-II-Anteils anstelle eines vollständigen Verzichts gedacht.

Dazu ist aus unserer Sicht zu bemerken:

a) Die Diskussion in der SCG sollte zunächst nach einer Bestandsaufnahme gemäß II. und III. belebt werden.

b) Ob die vier Modelle in der SCG erörtert werden können, wird davon abhängen, ob die USA schon jetzt bereit sind, ihre Überlegungen auch multilateral offenzulegen.

c) Die Diskussion in der SCG sollte aber jedenfalls nicht auf die Behandlung dieser Modelle beschränkt werden. Insbesondere erscheint eine andere Kombination von Einzelelementen dieser Modelle möglich.

d) Das sowjetische Interesse an einer Regelung für strategische Waffen dürfte erheblich größer sein als an einer Regelung im INF-Bereich. Dieses Interesse muß zu gegebener Zeit genutzt werden. Wir werden uns einer Wiederaufnahme von START-Verhandlungen nicht widersetzen können oder wollen, auch

18 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

19 Zum Gespräch des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang") vgl. AAPD 1983, I, Dok. 22 und Dok. 93.

wenn zunächst ein Abkommen in diesem Bereich, etwa in Form eines START-Interimsabkommens, angestrebt werden sollte.[20]

Eine Vertagung des INF-Problems sine die wäre für uns aber nicht akzeptabel. Deshalb müssen wir sicherstellen, daß INF prozedural mit jeder Verhandlungsaufnahme verknüpft wird und daß das Bündnis auf konkrete Verhandlungspositionen für eine Regelung des INF-Problems vorbereitet ist.

e) Die Entscheidung für einen konkreten westlichen Vorschlag hängt von der Situation ab, in der er unterbreitet werden soll. So würde z.B. berücksichtigt werden müssen, ob und in welcher Weise die SU selbst eine Verbindung zu START herstellt.

f) Wir müssen damit rechnen, daß die SU, sei es aktiv, sei es reaktiv, den Moratoriumsgedanken für INF ins Spiel bringt. Sie könnte vor dem Hintergrund ihres bisherigen Bestehens auf Beseitigung der amerikanischen Flugkörper ein Moratorium als großes Zugeständnis präsentieren. Die westliche Position müßte so formuliert werden, daß sie gegenüber der eigenen Öffentlichkeit überzeugender wirkt als ein bloßes Moratorium, andererseits der SU auch den Rückzug aus ihrer bisherigen Position erleichtert.

g) Das SRINF-Problem ist durch die sowjetischen „Gegenmaßnahmen" noch komplizierter geworden. Die Vorverlegung der SS-22 erweckt bei einigen Verbündeten (nicht bei uns) den Eindruck einer neuen Bedrohung. Andererseits wird die Waffe aber dadurch bereits in der frühen, konventionellen Phase eines möglichen Konflikts verwundbarer. Ihr Sinn liegt derzeit in der Einschüchterung der westlichen Öffentlichkeit. Die SU wird nun wahrscheinlich versuchen, die SS-22 als Gegengewicht zu Pershing II und GLCM zu präsentieren und die SS-20 ganz aus den Verhandlungen herauszuhalten. Demgegenüber sollte das Bündnis folgende Linie einnehmen:

– Nach wie vor geht die Hauptbedrohung von den SS-20 aus.
– Jedoch muß für die SRINF eine Lösung gefunden werden, die jede Möglichkeit des Unterlaufens möglicher SS-20-Begrenzungen beseitigt und damit das Entstehen einer neuen Grauzone verhindert.
– Daraus ergibt sich mindestens die Notwendigkeit zahlenmäßiger Begrenzungen der SRINF. Ob der Westen darüber hinaus regionale Stationierungsbeschränkungen fordern sollte, muß auch unter dem Aspekt der Reziprozität geprüft werden.

Die Vorlage ist mit dem BMVg auf Arbeitsebene abgestimmt.

Ruth

VS-Bd. 11358 (220)

[20] Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich: „Warum sollten wir nicht eine Behandlung der INF-Materie als unsere Vorbedingung für START-Gespräche fordern? Das ist doch unser ureigenes Interesse, gerade gegenüber den USA."

224

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem jordanischen Kronprinzen Hassan

VS-vertraulich **30. August 1984**[1]

Gespräch des Bundeskanzlers mit Kronprinz Hassan Bin Talal von Jordanien am 30. August 1984 von 14.15–15.00 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Das Gespräch, an dem außerdem VLR I Dr. Weber als Dolmetscher, der Unterzeichnende[3] als Note-taker und ein jordanischer Note-taker teilnahmen, hatte folgenden wesentlichen Inhalt.

Der *Kronprinz* überbrachte die Grüße König Husseins, die der *Bundeskanzler* herzlich erwiderte. Er und seine Frau dächten oft an ihren beeindruckenden Besuch in Jordanien[4] zurück, vor allem auch an die freundschaftlichen und substantiellen Gespräche mit König Hussein und ihm, dem Kronprinzen. Es gebe, wenn er sich so ausdrücken dürfe, nur wenige königliche Brüder von solcher Statur. Der Kronprinz sei hier unter guten Freunden. Er möge die Themen seines Interesses nennen.

Kronprinz Hassan begrüßte die Gelegenheit, „im gegenwärtigen Augenblick eines politischen Vakuums" den Bundeskanzler über die jordanische Einschätzung der Lage ins Bild zu setzen, die er im Lichte der Ereignisse in Israel und in USA betrachtete. Frau Kirkpatrick habe für den Augenblick die Reagan-Initiative[5] zurückgenommen. Sie sei z. Z. wegen israelischer Zurückweisung ohnehin nicht realisierbar.[6] Im gegenwärtigen schwierigen Zustand des Weder-Krieg-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 3. September 1984 gefertigt und am 7. September 1984 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Kenntnis des Herrn Bundesminister des Auswärtigen" übermittelt mit dem Hinweis, daß sie von Bundeskanzler Kohl gebilligt worden sei. Dazu vermerkte Franke: „Es wird davon ausgegangen, daß die im Vermerk genannten jordanischen Positionspapiere auch bei dem Gespräch mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen übergeben wurden. Wenn nicht, stehen sie selbstverständlich zur Verfügung."
Hat Ploetz am 12. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Horstmann verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Horstmann am 13. September 1984 vorgelegen, der zu dem Satz von Franke „Es wird davon … übergeben wurden" handschriftlich vermerkte: „Ja." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14124 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Der jordanische Kronprinz Hassan hielt sich vom 30. August bis 1. September 1984 in der Bundesrepublik auf.

3 Klaus Max Franke.

4 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf und traf am 6. Oktober 1983 in Amman mit König Hussein und Kronprinz Hassan zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1983, II, Dok. 291.

5 Präsident Reagan verkündete am 1. September 1982 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache einen Friedensplan für den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1093–1097. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 557–562. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 239.

6 Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 10. August 1984: „Präsident Reagans Friedensinitiative bleibt weiterhin Leitfaden amerikanischer Nahostpolitik. Sie ist nicht als ‚Muster' für eine Nahost-Lösung zu verstehen. Vielmehr ist sie von Anfang an nur als ein Konzept gedacht gewesen, Verhand-

Noch-Friedens verstärke Israel sein Engagement im Südlibanon. Die Situation polarisiere sich und begünstige die Extremisten: In Israel träten rechte Rabbis für die Ausweisung der Araber (aus den besetzten Gebieten) ein, was auf der anderen Seite den (islamischen) Fundamentalismus nähre. Jede politische Mitte werde dadurch zwischen den Extremen zerrieben.

Als Jordanien den Vorschlag einer internationalen Nahost-Konferenz[7] befürwortete, habe es geglaubt, sie sei für beide, die Sowjetunion und die USA, akzeptabel.[8] Es wäre falsch, diese Befürwortung mit dem Besuch König Husseins in der Sowjetunion in Verbindung zu bringen. Natürlich sei Jordanien klar, daß beim gegenwärtigen Verhältnis der beiden Weltmächte zueinander keine konkreten Schritte zu einem (Nahost-)Frieden zu erwarten seien. Im Zeitabschnitt zwischen jetzt und nächstem Jahr müsse jedoch für eine politische Eindämmung der Entwicklung gesorgt werden, insbesondere in den besetzten Gebieten.

Jordanien habe mit Interesse Peres' Position[9] im israelischen Wahlkampf[10] verfolgt, und Cyrus Vance sei mit ihm, dem Kronprinzen, in Kontakt getreten, ob

Fortsetzung Fußnote von Seite 1031

lungen in Gang zu bringen. Hoffnungen, daß es trotz des syrischen Widerstandes doch noch zu direkten Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien kommen würde, sind nach dem Ergebnis der Wahlen in Israel nachhaltig gedämpft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3501; Referat 310, Bd. 135759.

7 Ministerialdirigent Peckert vermerkte am 3. August 1984, die sowjetische Nachrichtenagentur TASS habe am 29. Juli 1984 „erneut den bekannten sowjetischen Vorschlag einer internationalen Friedenskonferenz über Nahost" aufgegriffen: „Dieser Vorschlag entspricht im wesentlichen dem Breschnew-Plan vom 15.9.1982, übernimmt aber zusätzlich einige Elemente aus dem Fes-Plan vom 5.9.1982. […] Der neue sowjetische Vorschlag besteht aus zwei Hauptteilen: Zum einen werden sechs Prinzipien einer umfassenden Nahost-Regelung aufgelistet, zum anderen Wege beschrieben, die zu einer Lösung führen sollen." Peckert führte aus, hinter dem sowjetischen Vorschlag dürften „in erster Linie taktische Überlegungen stehen, die sehr viel mit der Verbesserung der sowjetischen Position in der Region und wenig mit einem ernsthaften Bemühen um einen konstruktiven Beitrag zum Friedensprozeß zu tun haben". Vgl. Referat 310, Bd. 137547.

8 Ministerialdirektor Haas erläuterte am 10. September 1984: „Die verbale Unterstützung der jüngsten sowjetischen Nahost-Initiative mit dem Ziel einer internationalen Konferenz, zu der es wegen amerikanischen und israelischen Widerstandes und der weltpolitischen Großwetterlage in absehbarer Zeit mit Sicherheit nicht kommen wird, hat für Jordanien vor allem taktische Ziele: Sie hilft, den Mangel an eigener Bewegungsmöglichkeit zu kaschieren und zu überbrücken; sie soll Jordanien angesichts amerikanischer Schwächezeichen in der Region vor Isolierung bewahren und syrischen Druck mindern; sie soll insbesondere Druck auf die USA zur Änderung ihrer Nahostpolitik und Beeinflussung der israelischen Politik ausüben." Vgl. Referat 310, Bd. 137547.

9 Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete am 6. April 1984, der Vorsitzende der israelischen Arbeitspartei, Peres, habe sich nach seiner Nominierung zum Spitzenkandidaten seiner Partei am Vortag bezüglich des Libanon „für die sofortige Zurücknahme israelischer Verbände hinter die internationale Grenze bei weitgehendem Interventionsrecht im Falle Wiederauflebens von Guerilla-Aktionen oder Ausdehnung syrischen Einflußgebietes" ausgesprochen. Hansen teilte weiter mit, in der Arbeitspartei bestehe „weitgehender Konsens" über einen umgehenden Siedlungsstopp. Peres habe außerdem kürzlich in einem Interview ausgeführt, „daß er Jordanien zu unmittelbaren Verhandlungen auf Grundlage der SR-Entschließungen 242 und 338 (nicht C[amp] D[avid]) einladen wolle; die Reagan-Initiative vom September 1982 nicht rundweg ablehne, sondern als Eröffnung für Verhandlungen ansehen und die Autonomie-Gespräche mit Ägypten von Grund auf neu anpacken wolle". Vgl. den Drahtbericht Nr. 353; Referat 310, Bd. 135745.

10 Ministerialdirigent Peckert legte am 24. Juli 1984 zum Ergebnis der Parlamentswahlen am Vortag in Israel dar, es bestehe eine „Patt-Situation": „Zwar ist Labour mit 45 Sitzen (statt bisher 47) als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen. Dennoch könnte der bisher regierende Likud, der 41 Sitze (statt bisher 48) errungen hat, zusammen mit einer Reihe kleinerer Parteien eine Regierungskoalition bilden. Entscheidend wird es darauf ankommen, mit wem die bisher nicht festgelegten religiösen Parteien koalieren werden." Ministerpräsident Shamir strebe eine „Große Koalition der nationalen Einheit unter seiner Führung an, um der schweren Wirtschaftskrise Herr zu werden". Vgl. Referat 310, Bd. 135745.

Jordanien zu ihr etwas sagen wolle. Er habe Vance darauf dasselbe Papier zukommen lassen, das er jetzt auch dem Bundeskanzler dalasse und in dem betont werde, daß das jordanische Engagement für den Frieden ernst gemeint und nicht taktischer Natur sei.[11] Der darin ebenfalls enthaltene Appell an die USA, als ehrlicher Makler zu handeln, sei im Augenblick wohl nicht aussichtsreich.

Kronprinz Hassan übergab dem Bundeskanzler einen jordanischen UN-Resolutionsentwurf zu den besetzten Gebieten und bemerkte, daß alles, was darin stehe, an frühere US-Positionen und VN-Resolutionen anknüpfe. Er bedauere, daß die jordanische Position sehr weit von den maximalistischen Positionen in Israel entfernt sei und in USA keine Unterstützung finde.

Gegenwärtig seien alle Ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates, außer der VR China, im Roten Meer engagiert. Jordanien sei in einer schweren Lage, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Eine Bedrohung sei auch die Entwicklung in den besetzten Gebieten. Die extremistische Lobby in der Knesset hoffe auf Durchsetzung ihrer Position bei der Regierungsbildung in Israel[12] und auf finanzielle Unterstützung durch die USA. Jordanien frage sich besorgt, wer die US-Wahlen[13] gewinnen werde, wenn auch Reagan wohl der sichere Gewinner sei. Jordanien müsse sich in der Welt diversifizieren (der Bundeskanzler bezeichnete das in einem Einwurf als sehr vernünftig und geboten); der Besuch König Husseins in Moskau im Oktober bedeute aber nicht, daß Jordanien von der politischen Mitte abrücke. Jordanien wolle den Friedensprozeß wieder in Gang setzen. (Der Kronprinz übergab dem Bundeskanzler hierzu ein Papier über die jordanischen Perspektiven zur Revitalisierung des Friedensprozesses[14], über die man auch mit FitzGerald und Frau Thatcher spreche.) Der *Bundeskanzler* bemerkte, ausdrücklich nicht aus Courtoisie, daß der Kronprinz bzw. Jordanien hier in Bonn, auch in diesem Hause, Freunde habe. Natürlich gebe es in der Politik Sachpunkte – es gebe aber auch Gefühle, und die seien nicht gering zu veranschlagen. Sodann bat er zum israelischen Wahlergebnis um die Einschätzung des Kronprinzen. Heutige Meldungen deuteten darauf hin, daß eine Große Koalition doch möglich wäre, was nach unserer Meinung unter den gegebenen Umständen gut sei. Der *Kronprinz* bejahte dies mit der Einschränkung „unter den Umständen“ und im Hinblick auf die Bewältigung der wirtschaft-

11 Für das auch Bundesminister Genscher am 31. August 1984 mit dem Vermerk „for your eyes only“ übergebene Papier vgl. Referat 310, Bd. 135759.

12 Am 31. August 1984 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler, der Vorsitzende der israelischen Arbeitspartei, Peres, und der bisherige Ministerpräsident Shamir hätten sich am Vortag auf die Bildung einer Koalition geeinigt: „In der ersten Hälfte dieser 50-monatigen Amtszeit soll Peres das Amt des Premierministers bekleiden, während Shamir das Amt des Außenministers übernimmt und in Abwesenheit von Peres interimistisch die Regierungsgeschäfte führt. In der zweiten Hälfte tauschen beide Politiker dann die Posten.“ Fiedler führte dazu aus: „Der außenpolitische Spielraum ist mit Ausnahme des Rückzugs aus dem Libanon denkbar gering. Aber eine Klimaverbesserung ist möglich, da Angebote an Jordanien zu erwarten sein dürften. Es wird nicht damit gerechnet, daß diese Koalition die in Aussicht genommenen 50 Monate durchhalten wird, da die Siedlungsfrage und der Status der besetzten Gebiete zu Zerreißproben führen werden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135748.
Die neue israelische Regierung trat am 13. September 1984 ihr Amt an.

13 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

14 Für das Papier „Revitalising the Peace Process: A Jordanian Perspective“ vom 21. August 1984 vgl. Referat 310, Bd. 135759.

lichen Schwierigkeiten Israels, war aber skeptisch in bezug auf die Wirkung einer Großen Koalition auf die amerikanische Haltung, die dann immer mehr in Richtung auf eine Lösung i.S. der Autonomiegespräche nach Muster Camp David[15] laufen könnte (gemeint wohl: weg von der Reagan-Initiative). Der *Bundeskanzler* meinte hierzu, daß Präsident Reagan nach seiner Wiederwahl, von der er ausgehe, nicht mehr unter dem Druck von bestimmter Seite stehe. Reagan warte – auch für andere Fragen – das nächste Jahr ab, so sein Eindruck aus Gesprächen mit Präsident Reagan in London[16]. Jetzt, im Wahlkampf, sei nicht der Moment für Einwirkung auf die USA, sondern der Anfang des nächsten Jahres. Er habe eine sehr enge und herzliche Beziehung zu Reagan und wolle gern hilfreich sein. Im neuen Jahr würden Reagan und er allein schon im Ost-West-Kontext viel miteinander zu tun haben.

Der *Kronprinz* stimmte dieser Einschätzung zu, äußerte aber die Befürchtung einer wachsenden „Koalition" zwischen der israelischen Rechten und den Ultra-Konservativen in USA, die auf die strategische Rolle Israels nicht nur für die Region, sondern darüber hinaus auch in bezug auf die Sowjetunion setzten. Es seien (dies auf Frage des Bundeskanzlers) die Leute um (Frau) Kirkpatrick und die Autoren eines strategischen Konzepts, denen es auf die Menschen offensichtlich nicht ankomme. Der *Bundeskanzler* entgegnete, daß das Zustandekommen einer Großen Koalition in Israel für die Region gut sein würde, weil sie die Radikalen hindern würde, die Regierung zu erpressen, was sich dann wiederum auch auf die USA auswirken würde. Er glaube nicht, daß in USA radikale Haltungen an Boden gewinnen würden. Er als langjähriger Vorsitzender einer der größten Parteien der Welt wisse aus Erfahrung, daß nach einer Wahl sogleich an die nächste gedacht werde. Der psychologische Trend, der in USA gegenwärtig rechts von der Mitte verlaufe, werde nach der Wahl wieder zur Mitte zurückkehren. Dennoch sei es wichtig, bald im nächsten Jahr auf die Haltung in USA Einfluß zu nehmen. Der *Kronprinz* hoffte, daß diese Analyse zutreffe. Jordanien habe es mit verzweifelten Menschen (in den besetzten Gebieten) zu tun – und ein Fundamentalismus wecke den anderen.

Zum Irak bemerkte der Kronprinz, daß er kriegsmüde, aber in militärischer Hinsicht in sehr guter Verfassung sei. Der Besuch BM Genschers in Teheran[17] habe in Bagdad Befremden ausgelöst, was er ihm beim morgigen Gespräch auch sagen werde.[18] Jordanien begrüße die von der EG eingenommene ausgewogene Haltung im Golfkrieg. Eine besonders konstruktive Rolle könne aufgrund ihrer

15 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 19, Anm. 12.

16 Zum deutsch-amerikanischen Regierungsgespräch am 7. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170, Anm. 14.

17 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.

18 Im Mittelpunkt des ersten Teils des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Kronprinzen Hassan am 31. August 1984 standen die bilateralen Beziehungen sowie der Nahost-Konflikt, insbesondere die Rolle der USA, Israels und der UdSSR, ferner die Frage einer internationalen Nahost-Konferenz, eine mögliche Initiative der EG-Mitgliedstaaten sowie wirtschaftliche Fragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 135759.
Im zweiten Teil des Gesprächs am selben Tag informierte Genscher über seinen Besuch vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran, ferner wurden die deutsch-jordanischen Beziehungen erörtert, auch im wirtschaftlichen Bereich, sowie der Nahost-Konflikt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 135759.

guten Beziehungen zu beiden Ländern und der Persönlichkeit MP Özals die Türkei spielen. Jordanien hoffe auf die Unterstützung der türkischen Bemühungen durch die EG. Nachdem der Kronprinz auf Frage des Bundeskanzlers, ob wir die Türkei hier unterstützen sollten, erwidert hatte, daß die Türkei dies sicher begrüßen würde, erklärte der *Bundeskanzler*, daß er MP Özal bei seinem Bonn-Besuch in der kommenden Woche hierauf ansprechen wolle.[19]

Auf Frage des Kronprinzen nach seiner Haltung zur „Internationalisierung des Roten Meeres" entgegnete der Bundeskanzler, daß auch in dieser Hinsicht die USA-Wahlen wichtig seien. Was er jetzt sage, könne er nicht beweisen, aber er gehe davon aus, daß wir im nächsten Jahr anfangen würden – wenn auch langsam und zähflüssig –, im Ost-West-Verhältnis Fortschritte zu machen. Das habe scheinbar mit den Problemen Jordaniens nichts zu tun, aber wenn die USA und die Sowjetunion wieder miteinander sprächen, werde das auch Auswirkungen auf die Region Kronprinz Hassans haben.

Kronprinz Hassan übergab ein für seinen Besuch erstelltes Diskussionspapier zur bilateralen deutsch-jordanischen wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit. Er habe noch eine bedeutsame Nachricht für den Bundeskanzler, nämlich daß Jordanien vielleicht bald Ölvorkommen entdecke, worauf der *Bundeskanzler* bemerkte, wenn er jemandem solchen Fund gönne, dann Jordanien.

Zum Abschluß bat der Bundeskanzler den Kronprinzen, seinen königlichen Bruder und seine Familie auch im Namen seiner Frau sehr herzlich zu grüßen. Er wolle noch sagen, daß, wann immer der Kronprinz sich an ihn wenden wolle, er für ihn da sei.

VS-Bd. 14124 (010)

19 Für das deutsch-türkische Regierungsgespräch am 5. September 1984 vgl. Dok. 229.

225

Aufzeichnung des Botschafters Ruth und des Ministerialdirektors Pfeffer

220-371.25-1737/84 VS-vertraulich **31. August 1984**[1]
213-322.00 USA-1581/84 VS-vertraulich

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Rüstungskontrolle im Weltraum[4];
hier: sowjetische Haltung

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu II. 2)[5]

I. 1) Nach der Erklärung der „Prawda" vom 6. August 1984, Verhandlungen über die „Verhinderung der Militarisierung des Kosmos" seien aufgrund der negativen Haltung der Reagan-Regierung unmöglich[6], und der in Washington am selben Tage vom sowjetischen Gesandten abgegebenen inhaltlich gleichen Stellungnahme[7] gehen auch die USA – obwohl sie ihre Vorbereitungen fortsetzen – davon aus, daß dies zunächst einmal das letzte Wort der SU zu den von ihr selbst vorgeschlagenen Wiener Verhandlungen darstellt. Für uns stellt sich die Frage, welche Absichten die Sowjets mit ihrer Initiative vom 29. Juni 1984 verfolgt haben könnten und welche Schlußfolgerungen sich für den Westen ergeben.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Hartmann und Arnot sowie Legationsrat I. Klasse Weiß konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Legationsrat I. Klasse Ischinger am 5. September 1984 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 22. September 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 25. September 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 1. Oktober 1984 vorgelegen.

4 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juni 1984 für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen vgl. Dok. 184, Anm. 5, und Dok. 212, Anm. 2.

5 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Zum Prawda-Interview Tschernenkos vom 2.9., das den Inhalt dieser Vorlage nicht überholt, folgt gesonderte Vorlage."
An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich: „Operativer Vorschlag s. letzte Seite."

6 Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 6. August 1984: „Angeprangert werden insb[esondere] fortgesetzte ‚plumpe Versuche' der USA, den Verhandlungsgegenstand heimlich zu ändern und andere, nicht dazugehörige Fragen mit einzubeziehen; Ablehnung eines Moratoriums ab Verhandlungsbeginn und mit Blick auf Präsidentschaftswahlen inszeniertes ‚Propaganda-Spektakel', das der Öffentlichkeit Flexibilität vorspiegeln und tatsächliche Ablehnung von Verhandlungen über Weltraumrüstungen gem[äß] sowjetischem Vorschlag verschleiern solle." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3147; Referat 213, Bd. 139370.
Vgl. dazu den Artikel „Nedostojnaja igra Vašingtona"; PRAVDA vom 6. August 1984, S. 5.

7 Gesandter Huber, Moskau, teilte am 7. August 1984 mit, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft habe der sowjetische Geschäftsträger in Washington dem amerikanischen Außenministerium am Vortag eine Mitteilung zu den geplanten Gesprächen über Weltraumfragen in Wien übergeben, die auf der gleichen Linie liege wie der Artikel der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" vom selben Tag. Dazu habe er „sinngemäß hinzugefügt, dies sei das letzte Wort Moskaus. Allerdings könnten die USA, wenn sie ihre Haltung änderten, gern auf die Sache zurückkommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3185; Referat 213, Bd. 139370.

2) Hinsichtlich der sowjetischen Zielsetzungen erscheinen folgende Elemente von Bedeutung:

– Die Verhandlungen sollten die Bezeichnung „Verhandlungen über die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums“ tragen.
– Als Verhandlungsgegenstand nannte die SU den gegenseitigen völligen Verzicht auf Weltraumwaffen aller Art, insbesondere Anti-Satelliten-Waffen. Außerdem sollten beide Seiten ab Verhandlungsbeginn ein Test- und Stationierungsmoratorium für Weltraumwaffen verhängen.
– Obwohl sie zunächst erklärt hatte, der Vorschlag enthalte keine Vorbedingungen, beharrte die SU im Verlauf der anschließenden diplomatischen Kontakte auf ihrer Bezeichnung und knüpfte ihre Verhandlungsbereitschaft an Bedingungen:
  – Die USA müßten dem völligen Verzicht auf ASAT als Verhandlungsziel sowie vor Aufnahme der Verhandlungen einem Test- und Stationierungsmoratorium zustimmen;
  – die USA müßten ausdrücklich darauf verzichten, auch nukleare Offensivwaffen anzusprechen.
– Die SU gab die ihr auf diplomatischem Wege gemachten amerikanischen Stellungnahmen und Vorschläge jeweils nach kurzer Zeit, mit negativen Kommentaren verbunden, an die Öffentlichkeit und äußerte ihre offenbar definitiv negative Haltung am 6. August 1984 zu einem im Hinblick auf den in Aussicht genommenen Verhandlungsbeginn (18.9.1984) sehr frühen Zeitpunkt.

3) Das ursprüngliche sowjetische Verhandlungskonzept sowie das weitere sowjetische Verhalten legen den Schluß nahe, daß es der SU von vornherein nicht um sachliche Verhandlungen über Weltraumfragen ging. Angesichts der mit Stand Juni 1984 bekannten amerikanischen Haltung (Festhalten an ASAT und an SDI-Forschung) erwartete sie vermutlich, die USA würden Verhandlungen mit der vorgeschlagenen Bezeichnung und Zielsetzung ablehnen. Ohne sich auf das sowjetische Konzept festlegen zu lassen, erwiderten die USA jedoch unverzüglich positiv; sie zeigten sich bei den anschließenden diplomatischen Kontakten auch gegenüber den sowjetischen Anliegen flexibel durch Bereitschaft,

– zu Verhandlungen betreffend die Militarisierung des Weltraums und Aufnahme dieser Thematik in ein gemeinsames Kommuniqué,
– sich auf Gespräche über ein Test- und Stationierungsmoratorium für ASAT einzulassen,
– die Thematik der Offensivwaffen in den Wiener Gesprächen nicht in den Vordergrund zu rücken.

Dies veranlaßte die Sowjets jedoch bisher nicht, die Konditionierung ihrer Gesprächsbereitschaft aufzugeben und das Zustandekommen der von ihr selbst vorgeschlagenen Verhandlungen zu ermöglichen.

4) Für die Einschätzung, daß die USA der Durchführung ihrer Weltraumprogramme derzeit gegenüber relevanten rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen Vorrang einräumen und den sowjetischen Verhandlungsvorschlag negativ bescheiden würden, konnten sich die Sowjets tatsächlich auf Anhaltspunkte stützen:

– So hatte die Administration immer wieder die Wichtigkeit von SDI und ihre Entschlossenheit, SDI durchzuführen, betont, allerdings auch schon im Vorjahr ihre Bereitschaft zu SDI-Gesprächen erklärt.
– Hinsichtlich ASAT hatte sie sowohl ein völliges Verbot als nicht überprüfbar abgelehnt als auch Entschlossenheit bekundet, das amerikanische ASAT-Programm selbst gegen Widerstand im Kongreß zur Operationsreife zu führen.
– Sie hatte sich ferner noch in jüngster Zeit gegen eine Wiederaufnahme bilateraler sowjetisch-amerikanischer ASAT-Verhandlungen gewandt und sich bei den Bemühungen um ein Mandat der Genfer CD betreffend die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum restriktiv gezeigt.[8]

Die dann während der Kontakte mit der SU in der ASAT-Frage bewiesene Flexibilität deutete aber an, daß in der Administration heute der Verfügbarkeit eines ASAT-Systems weniger hohe Priorität beigemessen wird. Wie unsere Botschaft in Washington berichtet, gibt es jetzt innerhalb der Administration eine einflußreiche Tendenz, die bereit ist, auf ein zeitlich befristetes (fünf Jahre) Test- und Stationierungsmoratorium für ASAT einzugehen, allerdings nicht als Vorleistung für Verhandlungen.

5) Die Einschätzung, daß es Moskau tatsächlich nicht um den Beginn von Verhandlungen mit den USA ging, verstärkt sich bei einer Analyse der Lage aus Sicht der SU.

Diese sah sich durch die amerikanischen Weltraumprogramme einer für ihre Sicherheitsinteressen besonders bedrohlichen Entwicklung gegenüber. Sie drängte daher seit 1981 auf einen Stopp der Weltraumrüstung und auf ein Moratorium für ASAT-Tests (von ihr 1983 dann einseitig verkündet). Entsprechend spiegeln sowjetische Äußerungen seit der „Star Wars"-Rede Präsident Reagans im März 1983[9] und verstärkt nach ersten erfolgreichen amerikanischen ASAT-Tests[10] in diesem Jahr eine ernsthafte Sorge wider. Besonders negative Folgen wurden dabei (u. a. von GS Andropow, GS Tschernenko, weiteren Führungsmitgliedern sowie in Grundsatzartikeln der „Prawda") SDI zugeschrieben:

– Die USA wollten durch SDI den zentralen Zusammenhang zwischen Offensiv- und Defensivsystemen zerstören; SDI diene amerikanischem Streben nach Erwerb einer nuklearen Erstschlagsfähigkeit;
– damit würden die Schleusen für ein nicht mehr kontrollierbares und unumkehrbares[11] Wettrüsten geöffnet;
– rüstungskontrollpolitische Fortschritte im Bereich der Offensivwaffen würden grundsätzlich gefährdet;
– die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen würden auf Jahrzehnte belastet.

Bei den sowjetischen Äußerungen klingt immer wieder die Sorge durch, infolge der neuen amerikanischen Programme auf dem Gebiet der Rüstungsspitzentechnologie zumindest für eine gewisse Zeitspanne zurückzufallen. Zugleich las-

8 Zur Haltung der USA in der Genfer Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 180.
9 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.
10 Zum ersten amerikanischen ASAT-Test am 21. Januar 1984 vgl. Dok. 21.
11 Korrigiert aus: „umkehrbares".

sen sowjetische Äußerungen keinen Zweifel daran, daß die SU höchste Anstrengungen unternehmen wird, eine neue Überlegenheit der USA nicht zuzulassen:

„Falls jemand darauf hofft, daß gewisse Vorteile in technologischer Hinsicht es den USA ermöglichen würden, einen Vorsprung zu erringen, riskiert er, sich sehr zu verrechnen ... Denn die SU wird nicht mit zusammengelegten Händen sitzen bleiben ...“ (Grundsatzartikel in „Prawda“ vom 23.3.1984[12])

„Gleichzeitig muß klar sein, daß die SU angesichts der Gefahr aus dem Kosmos gezwungen sein wird, Maßnahmen zum zuverlässigen Schutz ihrer Sicherheit zu ergreifen. Spekulationen darauf, daß man über den Weltraum den Weg zu einer militärischen Vorherrschaft bahnen könnte, sind illusionär.“ (Tschernenko an US-Wissenschaftler, „Prawda“ vom 20.5.1984[13])

6) Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklungen und ihrer – durch die eigene Propaganda noch verstärkten – Überzeugung, von der US-Administration sei die Bereitschaft zu einer rüstungskontrollpolitischen Lösung der Weltraumprobleme nicht zu erwarten, hat sich Moskau offenbar bis auf weiteres auf eine Öffentlichkeitsstrategie in Weltraumfragen festgelegt.[14]

Hierfür spricht auch die von den Sowjets gewählte Bezeichnung (Verhandlungen zur Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums). Diese Bezeichnung ist suggestiv, auf Zustimmung der Weltöffentlichkeit angelegt und verschleiert zugleich die längst existente militärische umfangreiche Nutzung des Weltraums auch durch die Sowjets; sie ist deshalb Ausdruck eines rein deklaratorischen Konzepts für die Behandlung von Weltraumfragen. Das deklaratorische Ziel einer Verhinderung der Militarisierung des Weltraums hat die SU schon seit Monaten mit wachsender Deutlichkeit und Festigkeit in zunehmend höherrangigen Äußerungen verfolgt. Wir müssen daher aufgrund spezifischer Eigenheiten der sowjetischen Außenpolitik damit rechnen, daß wir es hierbei bereits mit einer prinzipiell verfestigten sowjetischen Position zu tun haben, die von Moskau über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden könnte.

Moskau hoffte wohl, daß die inneramerikanische Kritik an der Administration sowie Bedenken der westeuropäischen Verbündeten der USA zumindest zu einer Verzögerung, möglichst aber auch zu substantiellen Änderungen der amerikanischen Weltraumprogramme führen würden. In diesem Zusammenhang dürfte ein spezifischer Adressat des Vorschlags vom 29. Juni 1984 der Kongreß gewesen sein: Sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus haben die Bewilligung der Mittel für die Fortsetzung des ASAT-Programms mit – im einzelnen unterschiedlichen – Auflagen verbunden, die darauf hinauslaufen, die

12 Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 23. März 1984 mit, der Artikel „Provokation großen Maßstabs gegen den Frieden“ in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom selben Tag unterstreiche die sowjetischen Besorgnisse, daß die USA mit SDI „von Zweitschlags- auf Erstschlagsstrategie“ übergingen, und zeige, „daß aus sowjetischer Sicht US-Anstrengungen auf ABM-Gebiet von nicht geringerer nuklearstrategischer Bedeutung sind als Entwicklung strategischer Offensivwaffen: Es handele sich um ‚schockierende Herausforderung der SU für die nächsten Jahrzehnte‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1240; Referat 213, Bd. 139370.
Vgl. den Artikel „Širokomasštabnaja provokacija protiv mira“; PRAVDA vom 23. März 1984, S. 5.

13 Vgl. den Artikel „Otvet K. U. Černenko na obraščenie amerikanskich učenych“; PRAVDA vom 20. Mai 1984, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. TSCHERNENKO, Reden, S. 320–322.

14 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Auch die Überzeugung gilt wohl ‚bis auf weiteres‘.“

Administration auf den Weg der Rüstungskontrolle zu drängen und die Fortführung des laufenden ASAT-Testprogramms erheblich zu erschweren. Vermutlich ging es den Sowjets wesentlich darum, das gegenwärtig zwischen den Häusern stattfindende Vermittlungsverfahren in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Daneben dürfte es ein – von den USA aber unterlaufenes – sowjetisches Ziel gewesen sein, der amerikanischen ebenso wie der Weltöffentlichkeit erneut eine mangelnde amerikanische Verhandlungsbereitschaft vorzuführen und die Schuld der USA an einem qualitativ neuen Rüstungswettlauf festzuschreiben (hierauf deutet z.B. ein „Nowosti"-Kommentar vom 13.8.1984). Hinter einem entsprechenden Propagandaschirm wollte die SU vermutlich ihre eigenen Bemühungen um Weltraumwaffen als gerechtfertigt weiterbetreiben.

7) Das jetzige sowjetische Verhalten zeigt Parallelen zu dem vor und während der INF-Verhandlungen: Wie die SU dort trotz des vorauszusehenden Scheiterns nicht von ihrer auf die Öffentlichkeit zielenden Strategie zu echter Kompromißbereitschaft übergegangen ist, hat sie sich hier von der flexiblen Gegenstrategie der USA nicht zu einem Abgehen von einmal bezogenen Positionen bringen und dazu bewegen lassen, eine Verhandlungslösung anzustreben. Sie befindet sich deshalb jetzt in der Situation, daß die Möglichkeit zur Einflußnahme auf amerikanische Weltraumprogramme bei Fortsetzung der Verweigerungshaltung schwindet, daß aber andererseits ein Eingehen auf das amerikanische Verhandlungsangebot die Glaubwürdigkeit dieser Verweigerungshaltung insgesamt untergraben würde.

Hier steht zunächst die ASAT-Thematik im Vordergrund. Dem sowjetischen Interesse, die Entwicklung des technologisch überlegenen amerikanischen ASAT-Systems bis zur Operationsreife zu verhindern, würde offensichtlich am ehesten entsprochen, wenn die USA eine substantielle Lösung anböten oder zumindest für eine bestimmte Zeit auf ein Test- und Stationierungsmoratorium eingingen. Davon abgesehen, könnte die SU wahrscheinlich aber auch schon durch demonstrierte Verhandlungsbereitschaft eine Blockierung der Haushaltmittel für das ASAT-Testprogramm durch den Kongreß und damit zumindest eine Verzögerung erreichen. Bei anhaltender eigener Verhandlungsunwilligkeit kann die SU dagegen – und zwar nicht nur auf ASAT beschränkt – eine wachsende Bereitschaft des Kongresses zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Rüstungszwecke nicht ausschließen.

Trotzdem müssen wir angesichts der deklaratorischen sowjetischen Politik, der dahinterstehenden sowjetischen Lageeinschätzung und der eingeschlagenen, offenbar prinzipiellen sowjetischen Linie zu Weltraumwaffen damit rechnen, daß sich die SU auch aus dem Bewußtsein ihrer technologisch schwächeren Position dafür entscheidet, seriösen Verhandlungen solange auszuweichen, bis sie sich hierzu stark genug fühlt. Hinzu kommt, daß die gegenwärtige Lage der sowjetischen Führung Entscheidungen für eine ernsthafte Rüstungskontrollpolitik – die auch der SU Opfer abverlangen würde – vermutlich erschwert.

II.1) Die USA bereiten zur Zeit ihre Verhandlungsposition für Wien vor, wenn auch angesichts des bisherigen sowjetischen Verhaltens kein unmittelbarer Entscheidungsbedarf gesehen wird. Hier steht offenbar eine vor allem im Pentagon vertretene sehr restriktive Position der Haltung anderer Teile der Administration gegenüber, die vor allem für ein substantielles ASAT-Angebot eintreten.

Das Pentagon setzt sich außerdem nachdrücklich für die Fortsetzung des amerikanischen ASAT-Testprogramms ein.

2) Die USA könnten den Druck auf die SU steigern, wenn sie sich für ein substantielles ASAT-Angebot entscheiden und diese Bereitschaft – falls die SU nicht am 18.9.1984 in Wien erscheint – auch öffentlich bekunden würden. Angesichts der kritischen Einstellung des Kongresses zum amerikanischen ASAT-Testprogramm, die sich auch in Zukunft nicht entscheidend ändern dürfte, kann sie sich ohnehin keine großen Hoffnungen auf baldige Verwirklichung ihres geplanten Programms machen. Wenn sie sich jetzt dagegen zugunsten einer Zurückhaltung bei ASAT entscheidet, kann sie eine Schwäche in eine Stärke verwandeln: Ein künftiges Eingehen der Sowjets auf ASAT-Verhandlungen – etwa nach den amerikanischen Wahlen[15] – könnte nicht ohne weitergehende Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis bleiben. Falls sich die SU jedoch weiter auf ihre negative Haltung versteift, würde sie selbst die eindeutige Widerlegung für ihre Propagandathese liefern, daß die USA für nicht stattfindende Rüstungskontrollverhandlungen verantwortlich sind.

Aus dieser Sicht wäre es auch ein Fehler, wenn die Administration sich jetzt um Durchsetzung ihrer ASAT-Programme im Kongreß bemühen würde. Auf diese Weise würde sie die günstige Position, die ihr das bisherige flexible Verhalten gegenüber dem sowjetischen Verhandlungsangebot in der internationalen Öffentlichkeit eingebracht hat, aufs Spiel setzen.

Es wird daher vorgeschlagen, daß wir bei den nächsten hochrangigen Kontakten mit den USA in diesem Sinne für ein substantielles, ggf. öffentliches amerikanisches ASAT-Angebot und einstweilige Zurückhaltung bei der weiteren amerikanischen ASAT-Entwicklung[16] argumentieren. Der Besuch von UStS Armacost bietet hierfür die erste Gelegenheit.[17]

Ruth Pfeffer

VS-Bd. 11340 (220)

15 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

16 Der Passus „und einstweilige … ASAT-Entwicklung“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut eingeklammert. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Frage sollte nicht von uns vorgebracht werden: Dies ist ein innerамerikanisches Problem. Für ein US-Angebot, über ASAT zu verhandeln, können wir uns aus Gründen der Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses stark machen; dazu würde ich raten!“

17 Bundesminister Genscher traf am 13. September 1984 mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, zusammen. Erörtert wurden die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR, die Lage in den osteuropäischen Staaten, die KSZE sowie die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den lateinamerikanischen Staaten. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135259.

226

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

31. August 1984

Herrn Minister[1]

Betr.: deutsch-amerikanische Gespräche über sicherheitspolitische Fragen am 23./24. August 1984 in Gordes/Frankreich[2];
hier: vorläufige Bewertung

1) Zum Verfahren

In den Gesprächen wurden Grundfragen unserer Sicherheitspolitik mit großer Offenheit angesprochen. Dies geschah mit Kenntnis des Bundeskanzlers, aber ohne vorherige Beteiligung der zuständigen Bundesminister des Auswärtigen und der Verteidigung[3], die angesichts der elementaren Bedeutung der erörterten Themen für unsere nationale Sicherheit und ihre Sensitivität hätten beteiligt werden müssen.

Dieses Verfahren wird damit begründet, daß ein offenes, vorbehaltloses Gespräch mit den Amerikanern über diese Fragen nur möglich ist, wenn beide Seiten die Gewißheit haben können, daß absolute Vertraulichkeit gewährleistet ist. Die amerikanische Seite sah dieses Ziel nicht dadurch gefährdet, daß sie alle zuständigen Ressorts – State Department, Pentagon und Nationalen Sicherheitsrat sowie die US-Botschaft in Bonn – hinzuzog. Es ist davon auszugehen, daß in Washington zumindest die Tatsache der Gespräche auf politischer Ebene abgesichert ist. Die Gesprächsteilnehmer waren die in den jeweiligen Ressorts zuständigen Abteilungsleiter.

Bei uns wurden die Gespräche ausschließlich im BK-Amt vorbereitet, dort allerdings unter Hinzuziehung von aus dem AA und BMVg entsandten Beamten bzw. Offizieren, die über langjährige Erfahrungen auf sicherheitspolitischem Gebiet verfügen.[4]

Die Risiken, die sich aus dem Verfahren bei uns ergeben, liegen auf der Hand. Wenn man die Notwendigkeit und Nützlichkeit solcher offener und vertraulicher Gespräche bejaht – dies hätten im Hinblick auf ihre Sensitivität der Bundeskanzler und die Bundesminister des Auswärtigen und der Verteidigung vorher entscheiden müssen –, hätten sich auch Wege finden lassen, die notwendige Vertraulichkeit sicherzustellen.

2) Zum Inhalt

Diese Bemerkungen zu dem bei uns angewandten Verfahren dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß die amerikanische Bereitschaft bemerkenswert ist,

1 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
2 Zu den Gesprächen vgl. auch Dok. 222.
3 Manfred Wörner.
4 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Wer ist das denn?“

derart offene Gespräche – noch dazu in einem zivilen Kreis – zu führen. Sie ergaben zu einer Reihe von kritischen Punkten für uns wertvolle Präzisierungen:

a) Nuklearer Ersteinsatz/Struktur des Nuklearpotentials

Positiv sind zu werten:

- amerikanische Bekräftigung, daß auf die Option des Ersteinsatzes nicht verzichtet wurde und nicht verzichtet werden kann;
- Bekräftigung des Bekenntnisses zur Abschreckungsstrategie auch unter Berücksichtigung des quantitativ und qualitativ veränderten nuklearen Kräfteverhältnisses zwischen den Großmächten;
- amerikanische Feststellung, daß Gesamtabschreckungswirkung von Verbesserungen in allen Bereichen des Abschreckungskontinuums abhängt, unter ausdrücklicher Erwähnung des strategischen Nuklear- und des konventionellen Bereichs;
- ausdrückliche Bestätigung der gültigen NATO-Strategie, verbunden mit der Bereitschaft und Aufforderung, die Notwendigkeit von Veränderungen der Kräftestruktur zu erörtern[5], um ihre Implementierbarkeit zu gewährleisten.

Besonders wichtig für uns: Die für unsere in zwei Staaten an der Schnittlinie der Paktsysteme lebende Nation existentielle Frage der Schadensbegrenzung auf deutschem Boden – sei es durch konventionelle oder nukleare Waffen – wurde offen angesprochen.

Die amerikanische Antwort ist – bis zu einem gewissen Grad unvermeidbar – allgemein geblieben. In dieser Allgemeinheit mag sie ausreichen für die deklaratorische Abschreckungspolitik des Bündnisses gegenüber dem WP. Unser Bestreben muß es sein, die Antworten Stück für Stück in den Entscheidungen über Streitkräftestruktur der Allianz, Einsatzpläne und Zielplanungen zu bekommen. Deshalb war es wichtig, folgende Themen anzusprechen:

- Überprüfung des Kurzstreckennuklearpotentials mit der Tendenz seiner Verringerung;
- Prüfung der Möglichkeiten, nukleare Kurzstreckenwaffen durch konventionelle Waffen (neue Technologien) zu ersetzen;
- Verzicht auf Bündnisplanungen, die Verteidigung ausschließlich auf dem Territorium des angegriffenen Bündnispartners vorsehen, ohne das Territorium des Aggressors in einem frühen Stadium einzubeziehen;
- Erweiterung der deutschen Teilhabe bei der SACEUR-Nuklearzielplanung.[6]

Die amerikanischen Reaktionen zu den einzelnen Problembereichen waren naturgemäß nicht überall in der gleichen Weise aufgeschlossen. Dies gilt besonders für den Nuklearbereich, wo die Reaktion am restriktivsten war. Dies mag auch daran liegen, daß selbst im Pentagon die zivile Seite nur auf höchster Ebene Zugang zu den Zielplanungen hat. Die Legitimität unseres Interesses wurde nicht nur nicht bezweifelt; es kam auch zum Ausdruck, daß unsere jahrelange

5 Der Passus „die Notwendigkeit … zu erörtern“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

6 Der Passus „Verzicht auf Bündnisplanungen … der SACEUR-Nuklearzielplanung“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Abstinenz in diesem Bereich den USA unverständlich gewesen ist. Es kann keinen Zweifel geben, daß wir in diesem Bereich nur sehr langsam vorankommen. Der US-Vorschlag regelmäßiger Vorträge des SACEUR beim BK kann ein erster Schritt sein. Wir müssen aber auch bestehende Kanäle (Beteiligung deutscher Offiziere an der nuklearen Zielplanung von SACEUR) auf ihre Effektivität hin überprüfen. Auch wenn die bisherige Zurückhaltung der Bundesregierung in diesem Bereich begründet gewesen sein mag, wird unsere Öffentlichkeit in Zukunft Gewißheit haben wollen, daß die Bundesregierung über Möglichkeiten der Einflußnahme verfügt und diese benutzt.

Allerdings dürfen die Implikationen eines solchen Vorgangs nicht übersehen werden. Eine Konkretisierung der deutschen Vorstellungen in diesem Bereich muß eine sehr gründliche Prüfung aller sicherheits- und außenpolitischen Aspekte vorausgehen. Sie muß mit größter Diskretion durchgeführt und vom BSR überwacht werden. Die Bezugnahme auf ein bestehendes Verfahren im Verhältnis zu Frankreich erscheint nicht ausreichend.

b) Konventioneller Bereich

Hier liegen die Hauptinteressen der amerikanischen Seite. Dies hängt natürlich mit der Tatsache zusammen, daß die Bundesrepublik als nicht-nukleares Land die größte konventionelle Streitmacht in Europa stellt. Es hängt aber auch damit zusammen, daß die amerikanischen Kräfte in diesem Bereich – gemessen an den weltweit übernommenen Aufgaben und Verpflichtungen – nicht ausreichen. Dies wird besonders deutlich in der an uns gerichteten Erwartung, daß wir einen Beitrag zur Lösung der Out-of-area-Problematik dadurch leisten, daß wir uns auf die Ersetzung von für Drittwelt-Einsätze aus Europa abgezogenen US-Einheiten einstellen. Schließlich hängt es auch damit zusammen, daß die Amerikaner – was sehr deutlich wurde – einen nuklearen Ersteinsatz nur zur „Rettung" einer katastrophalen Entwicklung im konventionellen Bereich nicht nur vermeiden wollen, sondern ausdrücklich nicht in Erwägung ziehen wollen.[7] Ein nicht ausgesprochenes, aber mit Sicherheit zu unterstellendes Interesse besteht natürlich auch im Bereich der Rüstungsindustrie.

Unsere Interessen sind mit denen der USA nicht in allen Punkten kongruent. Gerade im konventionellen Bereich bedürfen viele Fragen einer eingehenden, sachverständigen Prüfung. Sie ist besonders wichtig dort, wo Rückwirkungen auf den nuklearen Bereich entstehen. Ferner ist besonders wichtig die Verbindung konventionelle Rüstung/Technologie. Eine Lastenteilung im konventionellen Bereich darf z. B. nicht so aussehen, daß wir unserer militärischen Forschung und Entwicklung Mittel entziehen, um die Verlagerung von US-Kasernen im Rahmen des Master Restationing Plan[8] zu finanzieren, während die USA hochtechnologische Verteidigungsgüter entwickeln – und uns verkaufen![9]

7 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Was heißt das?"

8 Zum „Master Restationing Plan" vgl. Dok. 75, Anm. 7.
Das Bundesministerium der Verteidigung erläuterte am 29. Juni 1984, seit Februar 1984 seien keine offiziellen deutsch-amerikanischen Verhandlungen in dieser Frage geführt worden: „Die amerikanische Seite teilt inoffiziell mit, daß über den Umfang der nach Gießen und Wildflecken zu verlegenden Truppen gesprochen werden könne, allerdings nur im Zusammenhang mit offiziellen Verhandlungen. Dabei werde der ‚real estate approach', die Deckung des Infrastrukturbedarfs durch Verkauf von bisher genutzten amerikanischen Kasernen, weiterverfolgt." Weiter wurde dargelegt: „Die amerikanische Seite scheint zur Zeit das Interesse mehr auf die Erhöhung der NATO-Infrastruk-

Die erste, positive Reaktion der amerikanischen Seite auf das deutsche Papier überrascht ebensowenig wie ihre Bereitwilligkeit, der deutschen Seite eine gewisse Führungsrolle bei Allianzbemühungen zuzugestehen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Durchführbarkeit und damit die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie wiederherzustellen. Ohne Zweifel geht die amerikanische Seite davon aus, daß dies auch die deutsche Bereitschaft zu höheren finanziellen Leistungen einschließt.

Im Hinblick auf die Haushaltslage bei uns besteht die Gefahr, daß bei der amerikanischen Seite falsche Hoffnungen geweckt worden sind.[10] Andererseits ist es richtig, daß zu viele NATO- und nationale Programme unkoordiniert nebeneinander laufen; durch bessere Koordinierung und erweiterte Rüstungskooperation könnten durchaus Mittel für andere Aufgaben freigesetzt werden. Wahrscheinlich ist es auch richtig, daß – zumal, wenn die nukleare Schwelle gehoben werden soll – neue Ausgaben im konventionellen Bereich unvermeidbar sind. Nachdem es traditionelle deutsche Politik im Bündnis ist, sich zunächst zu verweigern und notwendige Schritte nur auf Druck und erst dann zu tun, wenn man keinen politischen Preis mehr dafür erhalten kann, spricht manches dafür, einen anderen Ansatz zu wählen und auf diese Weise auch den deutschen Einfluß zu erhöhen. Ein solches Vorgehen bedarf allerdings eines gut durchdachten Konzeptes, um zu vermeiden, daß es bei deutschen Vorleistungen bleibt.

c) WEU/deutsch-französische Zusammenarbeit

Es war wichtig, der amerikanischen Seite darzulegen, daß wir in der deutsch-französischen und der europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit keine Alternative zur NATO sehen, sondern im Gegenteil eine Stärkung. Die Aufrichtigkeit unserer Politik wird nicht bezweifelt, wohl aber die der französischen, gegen die in manchen Nebenbemerkungen[11] Mißtrauen deutlich wurde. Es ist unübersehbar, daß dieses Mißtrauen dort am größten ist, wo die europäische Rüstungskooperation Alternativen zur Beschaffung in Amerika und – weltweit – eine Konkurrenz für die USA schafft.[12]

d) Harmel[13]

Die Konditionierung unserer Bereitschaft, unter bestimmten sicherheitspolitischen Voraussetzungen (Verminderung der Abhängigkeit von Nuklearwaffen; Minimierung der Schäden auf deutschem Territorium durch konventionelle und nukleare Kriegsführung; Verlagerung der Last der Aggression auf den Aggres-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1044

turmittel zu verlagern, ohne jedoch die Forderungen zum MRP völlig zu vernachlässigen." Vgl. B 86 (Referat 503), Bd. 1890.

9 Der Passus „entziehen … verkaufen" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

10 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

11 Der Passus „die der … manchen Nebenbemerkungen" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unerhört!"

12 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist des Pudels Kern!"

13 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

sor) und unter der Voraussetzung, daß die USA alles unternehmen, um den West-Ost-Dialog wieder in Gang zu setzen und konkrete Fortschritte bei den Rüstungskontrollverhandlungen zu ermöglichen, ist von amerikanischer Seite verstanden worden. Der Schwerpunkt des amerikanischen Interesses liegt aber eindeutig darin, uns für eine Initiative zu verstärkten konventionellen Verteidigungsanstrengungen zu gewinnen. Wenn es richtig ist, daß diese in jedem Fall notwendig sein werden, ist es taktisch ein guter Zug, die amerikanische Seite auf das Harmel-Konzept in Zusammenhang mit konkreten Verteidigungsplanungen festzulegen. Der Zeitpunkt ist besonders günstig, weil diese Festlegung – wenn sie von den Regierungen indossiert wird – in die Vorarbeiten für die zweite Administration Reagan einbezogen werden kann. Es wird allerdings notwendig sein, bei der Präzisierung eines solchen Verständnisses darauf zu achten, daß diese „Geschäftsgrundlage" nicht einseitig verändert wird. Die Tendenz hierzu ist in Washington zu unterstellen; die Methoden sind bekannt.

e) SDI

Wichtigstes und positives Gesprächsergebnis ist, daß die Amerikaner bereit sind, einen kontinuierlichen und engen Dialog mit uns zu führen.

3) Fazit

Substanz und Methode der Gespräche bergen für unsere Seite größere Risiken als für die amerikanische Seite. Unser Risiko wird verstärkt durch die handwerkliche[14] Art des Verfahrens.[15]

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß unser Konzept, wenn es verfeinert und dann durchgesetzt werden kann, auch sicherheits- und allgemeinpolitische Vorteile für uns bringen kann:

– Wenn wir eine stärkere Berücksichtigung unserer elementaren Sicherheitsinteressen in Zusammenhang mit einer Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit gewährleisten können, dient dies unserer Sicherheit und Verteidigung ebenso wie der Akzeptanz unserer Zugehörigkeit zum atlantischen Bündnis bei unserer Bevölkerung.
– Wenn wir in diesem Zusammenhang eine neue amerikanische Anstrengung im West-Ost-Verhältnis und bei der Rüstungskontrolle fördern und inhaltlich beeinflussen können, dient das ebenfalls unseren Interessen.

Nachdem die Gespräche zu diesem Punkt gelangt sind, ist es wohl zunächst richtig, die amerikanische Reaktion auf das deutsche Papier abzuwarten. Dann sollten dem BK und den Bundesministern des Auswärtigen und der Verteidigung Vorschläge zum weiteren Vorgehen vorgelegt werden, die die Grundlage für die Einbeziehung des vollen Sachverstandes der Ressorts bilden.

Ploetz

VS-Bd. 14125 (010)

14 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „unhandwerkliche".

15 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

227

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer

August 1984[1]

Zur persönlichen Unterrichtung

Diskussionspapier

Betr.: Ziele der deutschen Europapolitik

1) Der Prozeß der europäischen Einigung ist an einem Wendepunkt angelangt. Der Kern des europäischen Einigungsprozesses waren bisher die Europäischen Gemeinschaften. Mit ihnen sollte an die Stelle der jahrhundertelangen Rivalitäten ihrer Mitgliedstaaten ein Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen gesetzt, die Grundsteine für eine vertiefte Gemeinschaft ihrer Völker gelegt und die institutionellen Grundlagen geschaffen werden, die einem allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen (siehe Präambelsatz des EGKS-Vertrages[2]).

2) Mit der Vergemeinschaftung der damals als essentiell angesehenen Kohle- und Stahlindustrie war der erste Schritt getan worden. Als nächste Kernbereiche sollten die Verteidigung und die Außenpolitik folgen. Die Vergemeinschaftung anderer Bereiche der Wirtschaft war zunächst nicht ins Auge gefaßt worden, weil es zu Recht als leichter angesehen wurde, Politikbereiche, die fast ausschließlich vom Staat bestimmt werden, in eine europäische Supranationalität zu überführen, als solche Bereiche, in denen die Aufgabe des Staates eher darin besteht, Rahmenbedingungen zu setzen und zwischen verschiedenen Interessengruppen zu vermitteln. Erst nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durch die Haltung Frankreichs gescheitert war[3] und damit auch die bereits konzipierte Politische Gemeinschaft hinfällig wurde, wandte man sich der Fortsetzung der wirtschaftlichen Integration zu.

Die EWG und EURATOM wurden – konsequenter als die EGKS – nach dem Modell eines Bundesstaates angelegt, wenngleich der Ministerrat als die „Staatenkammer“ die wesentlichsten legislativen Befugnisse auf sich vereinigt und sich mit der Kommission in die exekutiven Befugnisse teilt.[4] Die insbesondere von deutschen Europapolitikern damals vertretene Ansicht, aus der wirtschaftlichen Integration würde sich quasi automatisch die politische Integration erge-

1 Ablichtung.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 20. September 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[or]l[a]ge f[ür] Gespräch am 20. um 16.00 [Uhr].“
Hat Ministerialdirigent Ungerer erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wurde mir nach Brainstorming zurückgegeben m[it] d[er] B[itte], Papier unter Verschluß zu halten (auf Weisung von StS Ruhfus).“
Hat Ungerer am 1. November 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Papier wurde von 84–89 unter Verschluß gehalten.“

2 Für den Wortlaut der Präambel des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 448.

3 Zum Scheitern der EVG vgl. Dok. 18, Anm. 20.

4 So in der Vorlage.

ben, erwies sich jedoch als Irrtum. Mit seiner Politik des leeren Stuhls[5] gab das Frankreich de Gaulles 1965 zu erkennen, daß es eine Fortentwicklung der Gemeinschaften in Richtung auf einen europäischen Bundesstaat nicht wünschte. Zwar führte die 1967 vollzogene Fusion der Europäischen Exekutiven[6] zu einer Konsolidierung der Gemeinschaften (seither spricht man ja auch von der Europäischen Gemeinschaft), doch führte ihre Erweiterung um Großbritannien, Dänemark und Irland[7] in der Folgezeit zu einer immer stärkeren Betonung der intergouvernementalen Merkmale der Gemeinschaft zu Lasten ihrer supranationalen Elemente. Dieser Prozeß wurde noch dadurch verstärkt, daß die Einsicht, die Europäer müßten auf außenpolitischem Gebiet zusammenarbeiten, um in der Weltpolitik noch mitsprechen zu können, nur zu einer losen Zusammenarbeit führte, die erst allmählich eine gewisse organisatorische Straffung in Form der EPZ erfuhr.

Symptomatisch für diesen Verlust an supranationalem Gehalt und der Hinwendung zu intergouvernementalen Zusammenarbeitsformen und Entscheidungsprozessen auch innerhalb der EG waren die bei den Verhandlungen über die Europäische Akte[8] zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten über drei Fragenkomplexe:

a) Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, wo Frankreich und die neuen Mitglieder sich die Berufung auf vitale Interessen vorbehielten,

b) eine gemeinsame Außenpolitik, wo Frankreich und die neuen Mitglieder diesem Terminus nicht zustimmen wollten,

c) eine gemeinsame Sicherheitspolitik, wo nicht nur Irland und Dänemark Bedenken hatten.

Alle Versuche, zur institutionellen Grundstruktur der Gemeinschaft zurückzukehren oder sie gar weiterzuentwickeln, sind gescheitert. Die Kommission ist nicht die Exekutive, die sie sein sollte, der Ministerrat entscheidet nur selten mit Mehrheit, und die Direktwahl des Europäischen Parlaments hat (noch) nicht zur Demokratisierung der Gemeinschaft, d. h. zur stärkeren Beteiligung des Europäischen Parlaments am Gesetzgebungsprozeß der Gemeinschaft, geführt. Nur auf drei Gebieten führt die Gemeinschaft wirklich gemeinsame Politiken: in der Handelspolitik, in der Agrarpolitik und in der Fischereipolitik. In allen anderen Bereichen sind bestenfalls Ansätze zu entdecken. Das gilt sowohl für Bereiche, in denen der Vertrag[9] eine gemeinsame Politik vorsieht, wie die Ver-

5 In der Folge der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Paris lehnte Frankreich das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen, das mit Beginn der dritten Stufe des Gemeinsamen Marktes ab 1. Januar 1966 gelten sollte, ab und verfolgte eine „Politik des leeren Stuhls". Die Krise konnte auf der Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg durch einen Kompromiß beigelegt werden, der vorsah, daß sich die EWG-Mitgliedstaaten zunächst bemühen sollten, Lösungen einvernehmlich zu finden, und erst nach Ablauf einer „angemessenen Frist" Mehrheitsbeschlüsse getroffen werden könnten. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 25.

6 Vgl. dazu den Vertrag vom 8. April 1965 zur Einsetzung eines gemeinsamen Rats und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften, der am 1. Juli 1967 in Kraft trat; BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1481.

7 Dänemark, Großbritannien und Irland traten mit Wirkung vom 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei.

8 Zum Vorschlag für eine Europäische Akte (Genscher-Colombo-Initiative) vgl. Dok. 55, Anm. 5.

9 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

kehrspolitik, als auch für nicht im Vertrag vorgesehene Bereiche, in denen mehr Gemeinsamkeit notwendig wäre, wie die Energiepolitik oder die Technologiepolitik. Mit den Beschlüssen der Bundesregierung, der deutschen Landwirtschaft als Ausgleich für die mit den Garantiemengenregelungen und dem Abbau der Währungsausgleichsbeträge verbundenen Einkommensverluste Steuererleichterungen zu gewähren[10], ist sogar die Renationalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeläutet worden.

Wenn dieser Prozeß der Intergouvernementalisierung nicht umgekehrt werden kann, ist zu befürchten, daß die Gemeinschaft nach dem spanischen und portugiesischen Beitritt[11] noch mehr in diese Richtung abgedrängt wird. Das Ergebnis dieser Entwicklung wäre die Verkümmerung der Europäischen Gemeinschaft zu einem Europarat auf wirtschaftlichem Gebiet.

Auch die EPZ kann dann nicht mehr das sein, was sie vor dem griechischen Beitritt[12] war.

3) Die Europapolitik der Bundesregierung war über die Jahre und verschiedenen Bundesregierungen hinweg auf zwei Ziele hin ausgerichtet:

a) auf das Nahziel der Erhaltung und Stärkung der EG,

b) auf das Fernziel der Europäischen Union, die eher als Bundesstaat denn als Staatenbund begriffen wurde.

Diese Zielsetzung bedarf der Überprüfung. Im selben Maß, in dem die Gemeinschaft zu einer Vorteilsgesellschaft geworden ist, aus der jeder Mitgliedstaat möglichst viele Vorteile herauszupressen sucht, ist eine auf Erhaltung des gemeinschaftlichen Acquis ausgerichtete Politik zum Scheitern verurteilt, insbesondere dann, wenn sie so inkonsistent ist, wie die deutsche Europapolitik es im Widerstreit der Ressortinteressen seit langem war. Die EG ist weder Selbstzweck noch Endstadium, sondern eine Etappe auf dem Weg zu einer bundesstaatlich ausgerichteten Europäischen Union. Wenn sie nicht diesem Endziel nähergebracht wird, verkümmert sie zu einer vorwiegend intergouvernementalen Organisation. Dann lassen sich aber auch supranationale Elemente wie die gemeinsame Handelspolitik oder die Gemeinsame Agrarpolitik nicht mehr halten. Die Vollendung des Binnenmarktes ist dann genauso gefährdet wie die Einführung neuer Politiken auf den Gebieten der Technologie und Energie. Wenn aber die EG in ihrer Substanz erodiert, ist auch nicht mehr einzusehen, warum ihr kostenaufwendiger institutioneller Apparat aufrechterhalten werden soll. Die Finanzminister der Nettozahler werden dann alles daran setzen, diesen Apparat abzubauen.

War eine Erhaltungs- und Bewahrungspolitik in vergangenen Krisen (1965, 1980) sinnvoll, ist eine solche Politik heute nicht mehr angebracht, weil die europäischen Bürger nichts mehr von einer ständig von Krisen geschüttelten Gemeinschaft halten. Da helfen auch verminderte Grenzkontrollen, vermehrter Jugendaustausch und eine europäische Hymne nicht weiter.

10 Zu den Hilfsmaßnahmen für Landwirte in der Bundesrepublik vgl. Dok. 150, Anm. 8.
11 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 220, Anm. 10.
12 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.

Die Konsequenz aus dieser Situation ist die Neubestimmung unserer europapolitischen Ziele. Dies gilt um so mehr, als sich Europa technologisch, wirtschaftlich und politisch weltweiten Herausforderungen gegenübersieht. Das bedeutet: Unser Fernziel – die Europäische Union – muß zum Nahziel erklärt werden.

4) Der Begriff „Europäische Union" sagt an sich gar nichts. Auch ein System intergouvernementaler Zusammenarbeit kann als Europäische Union bezeichnet werden, wie das Beispiel der WEU zeigt. Europäische Union kann für diejenigen, die Fortschritte in der europäischen Einigung anstreben, nur ein Mehr an gemeinsamen Politiken bedeuten, mit institutionellen Vorkehrungen, die es erlauben, diese Politiken so wirksam wie möglich durchzuführen. Es wäre aber verfehlt, neue gemeinsame Politiken nur in Randbereichen zu beschließen. Europa wird die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Herausforderungen nur bestehen können, wenn sich die Europäische Gemeinschaft auf die politischen Kernbereiche erstreckt. Das sind:

a) die Außenpolitik,

b) die Verteidigungspolitik,

c) die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.

Zu a) Es darf als gesicherte Einsicht gelten, daß ein westeuropäischer Staat allein nicht mehr in der Lage ist, weltpolitischen Einfluß auszuüben. Nur gemeinsam können die Westeuropäer ihrer Stimme im weltpolitischen Konzert Geltung verleihen. Auch in der Nordatlantischen Allianz sind sie einzeln keine gleichwertigen Partner der Vereinigten Staaten. Gemeinsam können sie es sein.

Gemeinsame Außenpolitik kann aber nicht darin bestehen, gelegentlich zu weltpolitisch bedeutsamen Ereignissen Erklärungen abzugeben, die in einem intergouvernementalen Prozeß abgestimmt werden und darum nicht immer die Aussagekraft haben, die sie – um etwas zu bewirken – haben sollten. Auch sind Erklärungen allein noch keine Politik. Gemeinsame Außenpolitik muß auch gemeinsames Handeln beinhalten.

Der Begriff „Außenpolitik" darf auch nicht zu eng gefaßt werden. Er umschließt neben den Materien, die in der EPZ behandelt werden, auch die Außenwirtschafts- und die Entwicklungspolitik. In der gemeinsamen Handelspolitik der EG hat Europa schon ein Stück gemeinsame Außenpolitik. Es war nur folgerichtig, daß in der Feierlichen Deklaration die Entwicklung einer „Außenwirtschaftspolitik auf der Grundlage gemeinsamer Positionen" sowie „eine Verbesserung und Koordinierung der Entwicklungspolitik auf einzelstaatlicher und Gemeinschaftsebene" als Ziel gesetzt wurden.[13] Angesichts der Brisanz der Waffenexportpolitik gehört auch dieser Bereich unter die Rubrik „Außenpolitik".

Wenn die Westeuropäer tatsächlich mit einer Stimme sprechen und handeln wollen, müssen sie gemeinsame Politik auf den wesentlichen Gebieten der Außenpolitik betreiben, als da sind Außenpolitik im engeren Sinne, Abrüstungspolitik, Waffenexportpolitik, Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik. Dabei schließt eine gemeinsame Außenwirtschaftspolitik nicht aus, daß die

13 Für den Wortlaut der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 80 und Dok. 185.

Einzelstaaten weiterhin nationale Exportförderung (in den Grenzen gemeinsamer Richtlinien) betreiben, genauso wie im Rahmen einer gemeinsamen Entwicklungspolitik jeder Mitgliedstaat in Entwicklungsländern, zu denen er besondere Beziehungen unterhält, nationale Entwicklungsprojekte durchführen können muß.

Jedenfalls hätte eine Europäische Union angesichts der Stellung Westeuropas in der Welt wenig Sinn, wenn sie nicht eine gemeinsame Außenpolitik in der o. a. Weise führen könnte.

Ob die EPZ für die Ausarbeitung und Umsetzung einer solchen gemeinsamen Außenpolitik die richtige Form und das geeignete Verfahren darstellt, muß bezweifelt werden. Hier bedarf es noch vertiefter Überlegungen über die institutionelle Aufgabenverteilung im Rahmen einer Union.

Zu b) Ein Staat, der zwar eine geschickte Außenpolitik betreibt, aber nicht in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen, wird bald an die Grenzen seiner außenpolitischen Einflußmöglichkeiten stoßen. Er ist wie ein Unternehmen ohne Kapital. Nun kann ein Unternehmer immer Fremdkapital aufnehmen. Ohne einen gewissen Eigenkapitalanteil wird er aber nicht mehr Herr im eigenen Unternehmen sein können.

Europäische Außenpolitik ist daher auf die Dauer nicht machbar ohne eine europäische Verteidigungspolitik. Dem steht die Nordatlantische Allianz nicht entgegen, so wenig eine europäische Verteidigungspolitik die Allianz zu schwächen braucht. Im Gegenteil, die Stärkung des europäischen Pfeilers der atlantischen Verteidigung kann sie sogar erheblich stärken. Allerdings wird sie das Verhältnis der Partner innerhalb der Allianz verändern. Wurde bislang die Politik der Allianz im wesentlichen von der amerikanischen Führungsmacht bestimmt, wird anstelle des (amerikanischen) Solos mit (europäischen) Begleitstimmen im Fall einer europäischen Verteidigungspolitik ein Duo treten, auch wenn der amerikanische Mitspieler das kräftigere Instrument spielt. Die Melodie muß allerdings die gleiche bleiben.

Wie eine europäische Verteidigungspolitik im Rahmen der NATO im einzelnen auszusehen hätte, wie die Abgrenzungen zwischen Amerikanern und Europäern vorgenommen werden können, wo integriert und wo nur koordiniert werden muß und wie eine europäische Verteidigungspolitik institutionell verankert werden soll, sind Fragen, die den Rahmen dieses Papiers sprengen. Eines sollte jedoch festgehalten werden: Angesichts der wenig erfreulichen Erfahrungen, welche die Europäer in der Rüstungskooperation mit den Amerikanern gemacht haben, erscheint eine europäische Rüstungspolitik dringend notwendig.

Zu c) Nachdem es im Kreis der sechs Gründerstaaten der EGKS nicht gelang, die Vergemeinschaftung auf die Verteidigung und die Außenpolitik auszudehnen, scheuten sich die Väter der Römischen Verträge, weitere zentrale Bereiche staatlichen Handels in den Kreis der Gemeinschaftsmaterien einzubeziehen. Statt dessen wählten sie den Ansatz der weiteren sektoralen Integration und Zusammenarbeit: Agrarpolitik, Handelspolitik nach innen und nach außen, Fischereipolitik, Verkehrspolitik, Kernforschung und die Versorgung mit Kernmaterial, Wettbewerbspolitik, Fischerei und Rechtsangleichung. Dazu traten Instrumente eines innergemeinschaftlichen Ressourcentransfers: der Sozialfonds, der

Fonds für die wirtschaftliche Entwicklung der überseeischen Länder und Gebiete, aus dem sich später der Europäische Entwicklungsfonds herausbildete, sowie – zu einem späteren Zeitpunkt – der landwirtschaftliche Strukturfonds und der Regionalfonds.

Die wirtschaftliche Integration wird jedoch Stückwerk bleiben, wenn es nicht gelingt, die zentralen Bereiche einer Volkswirtschaft zu vergemeinschaften.

Sektorale Politiken sind – im Grunde genommen – nicht mit liberalen wirtschaftspolitischen Vorstellungen vereinbar. In einer liberalen Gesellschaft soll der Staat sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen für das Wirtschaften der Bürger und ihrer Unternehmen zu setzen, eine vernünftige Haushaltspolitik führen und die Geldmenge so regulieren, daß von daher keine störenden Einflüsse auf den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens ausgehen. Rahmenbedingungen können solche rechtlicher, sozialer und ökologischer Art sein. Eine vernünftige Haushaltspolitik schließt eine maßvolle Anleihenpolitik sowie die Förderung benachteiligter Regionen und technologischer Entwicklungen nicht aus. Wenn aber sektorale Politiken einer Staatengemeinschaft übertragen werden, muß es zu Spannungen zwischen den Auswirkungen dieser Politiken und den bei den Mitgliedstaaten verbliebenen makroökonomischen Politiken kommen. Besonders deutlich wurde dies in der Agrarpolitik, wo die Währungsausgleichsbeträge eingeführt werden mußten, um diese Spannungen zu mildern, was wiederum zu Spannungen innerhalb des gemeinsamen Agrarmarktes führte. M. a. W.: Die Väter der EWG haben das Pferd am Schwanz aufgezäumt, weil sie fürchteten, sie würden – wie die Väter der EVG – gebissen, wenn sie es normal aufzäumen.

Die Zeit dürfte gekommen sein, in der beginnenden Diskussion über die Europäische Union diese Fehler zu korrigieren. Der europäischen Einigung wird letztlich nicht gedient, wenn mehr und mehr Bereiche in den schwerfälligen Entscheidungsprozeß der EG einbezogen werden. Verbreiterung der Gemeinschaftstätigkeiten bedeutet Verflachung. Wahre Integration kann man nur mit Vertiefung erreichen. Dazu muß man sich auf das Wesentliche konzentrieren. Das sind – zumindest im liberalen Wirtschaftsverständnis – die Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen setzt, die Finanzpolitik, die Geldströme kanalisiert, und die Währungspolitik, die eine Rechnungseinheit schafft und die Geldmenge reguliert. Ohne gemeinschaftliche Rahmenbedingungen bleibt der gemeinsame Binnenmarkt unvollendet, ohne gemeinsame Finanzpolitik kann es keine europäische Währung und auch keine zweite Stufe des EWS geben, und ohne europäische Währung fehlt dem gemeinsamen Markt die stabile rechnerische Grundlage.

Wichtiger als die Einbeziehung weiterer Bereiche in die europäische Zusammenarbeit ist daher die Entwicklung gemeinsamer Politiken auf den Gebieten der Wirtschafts-, der Finanz- und der Währungspolitik. Das geht allerdings nicht ab ohne Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union. Die europäische Einigung ist nicht umsonst zu haben!

5) Die Vergemeinschaftung der Außenpolitik (im weiteren Sinne), der Verteidigungspolitik sowie der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik würde den Kern der Europäischen Union bilden. Um diese Politiken wirksam betreiben zu

können, braucht die Union Entscheidungsprozesse, die zügige und klare Entscheidungen ermöglichen. Die institutionelle Struktur der Union muß daran ausgerichtet werden.

Nun könnte man argumentieren, diese Struktur sei durch die der EG vorbestimmt. So wenigstens sieht es das Europäische Parlament, das – vom bundesstaatlichen Modell ausgehend – die Exekutivfunktion der Kommission und die Legislativfunktion des Parlaments stärken will. Diese Denkrichtung liegt auf der Linie deutscher staatsrechtlicher Vorstellungen. Ist sie aber dem Gegenstand einer Union, die noch kein Bundesstaat sein kann, angemessen? Die Bildung der Europäischen Union ist ein großer historischer Prozeß, der Neues schafft, der zu seiner Entwicklung aber auch Innovationsfähigkeit braucht. Jedenfalls sollten neue institutionelle Modelle, die eine bessere Entscheidungsfähigkeit verbürgen als die EG-Institutionen, nicht ausgeschlossen werden.

6) Wenn einige Mitgliedstaaten den festen Willen haben, die Europäische Union zu verwirklichen, auch wenn andere Mitgliedstaaten ihnen nicht folgen können, stellt sich das Problem des Verhältnisses zwischen der neugeschaffenen Union und der verbleibenden, um Spanien und Portugal erweiterten EG. Das Europäische Parlament hat dieses Problem bei der Ausarbeitung seines Vertragsentwurfs zur Europäischen Union[14] umgangen. Wir müssen uns diesem Problem stellen, denn es wird aller Voraussicht nach zu einem der schwierigsten Diskussionspunkte im Ad-hoc-Ausschuß[15] werden. Auch hierzu muß eine Konzeption erst noch entwickelt werden.

7) Die entscheidende Frage bleibt, wer von den Mitgliedstaaten bereit ist, einen Vertrag über die Europäische Union zu schließen. Bei den Verhandlungen über diese Frage sind – nach den Erfahrungen in den Verhandlungen über die Europäische Akte – Kompromisse zu vermeiden, die nur dazu dienen, auch das langsamste Schiff im Konvoi noch in den gemeinsamen Hafen zu bringen ohne Rücksicht auf die Substanz, die dabei verlorengeht.

Die Verhandlungen im Ad-hoc-Ausschuß haben historische Bedeutung. Es gilt, die nächste Stufe der europäischen Einigung nach den Römischen Verträgen zu erklimmen. Kleinmut ist da nicht am Platz. Mit einem Konglomerat von Teilintegrationen und intergouvernementaler Zusammenarbeit unter dem (anspruchsvollen) Namen „Europäische Union" sollten wir uns nicht zufriedengeben.

Der deutsche Vertreter sollte daher im Lauf der Verhandlungen und nach vorheriger Abstimmung mit den Vertretern der Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft den Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union auf den Tisch legen, einen Vertragsentwurf, der etwas anders aussehen müßte[16] als der des Europäischen Parlaments, dem viele Schwächen anhaften.

8) Wenn nur einige Mitgliedstaaten bereit sind, einen solchen Vertrag zur Gründung der Europäischen Union zu schließen, stellt sich die Frage, wie Europa und der europäische Zusammenarbeits- und Einigungsprozeß für die Zukunft strukturiert werden sollen.

14 Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vom 14. Februar 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 209–229.

15 Zum Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") vgl. Dok. 218.

16 Der Passus „Gründerstaaten … aussehen müßte" wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Hierfür werden gewöhnlich zwei Formeln benutzt:

– das Europa der zwei Geschwindigkeiten,

– das Europa der variablen Geometrie.

Während die erste Formel besagt, daß diejenigen, die zu größeren Fortschritten bereit sind, vorangehen sollten, ohne auf die anderen zu warten, besagt die zweite, daß je nach dem Gegenstand der Zusammenarbeit verschiedene Partner zusammenarbeiten sollten: in der EG die zehn oder zwölf Mitgliedstaaten, im Verteidigungsbereich (WEU) sieben Länder, beim Airbus die fünf Partnerstaaten[17], bei der zukünftigen europäischen Weltraumstation vier oder sechs Länder usw.

Auch an eine Kombination der beiden Formeln wird gedacht: In neuen Bereichen beginnen einige wenige Länder, andere folgen ihnen nach und treten der Zusammenarbeit oder der gemeinsamen Aktion später bei, in anderen Bereichen bleibt es bei einer beschränkten und festen Zahl von Partnern.

Das Ergebnis dieser unterschiedlichen Integrations- und Zusammenarbeitsformen wäre eine Art europäischer „Fleckerlteppich". Das mag reizvoll aussehen, bedarf aber – wie jeder Teppich – einer gewissen Form und bestimmten Ausmaßen. Wie groß soll der Teppich sein? Soll er quadratisch, rechteckig, rund oder oval sein? Ähnliche Fragen müssen auch in bezug auf den „europäischen Flekkerlteppich" gestellt werden.

Als Antwort wird das Modell der konzentrischen Ringe vorgeschlagen:

– Im Kern wäre der am dichtesten verwobene Ring, der aus den Staaten bestehen würde, die zu einer Europäischen Union mit starken Integrationselementen und gemeinsamen Politiken bereit sind.

– Der zweite Ring würde aus der EG und ihren Mitgliedstaaten bestehen. Hier gäbe es zwar mit der gemeinsamen Handels- und Agrarpolitik einige Integrationselemente. Im übrigen würde dort die wirtschaftliche Zusammenarbeit mehr oder weniger in der Form und Intensität betrieben, in der dies gegenwärtig der Fall ist.

– Der dritte Kreis wäre der Europarat, dem alle westeuropäischen Staaten angehören. Er wäre das große europäische Forum, in dem man sich über seine Politiken unterrichtet und Zusammenarbeit im nicht-wirtschaftlichem Bereich, vor allem auf kulturellem und rechtlichem Gebiet, betreibt.

– Längerfristig könnte man auch an einen vierten Ring denken, der die osteuropäischen Länder, nicht jedoch die Sowjetunion, einbezieht. Als Zusammenarbeitsgebiete kämen Umweltschutz, Verkehr, gewisse Wirtschaftsbereiche, ggf. sogar Informationsaustausch über außenpolitische Fragen in Betracht.[18]

Zwischen den verschiedenen Ringen, die sozusagen die Großformen der europäischen Zusammenarbeit darstellen, wären verschiedene „Fleckerl" partieller

17 Die Bundesrepublik und Frankreich arbeiteten seit 1969 bei der Entwicklung des „Airbus" zusammen. Die Niederlande waren durch eine Zusatzvereinbarung vom 28. Dezember 1970 an Airbus Industrie beteiligt. Spanien trat der Kooperation mit Übereinkommen vom 23. Dezember 1971 bei. Großbritannien schloß sich der Zusammenarbeit am 1. Januar 1979 an. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 252, und AAPD 1978, II, Dok. 367.
Mit einer Vereinbarung vom 1. März 1982 beteiligte sich auch Belgien am Airbus-Programm. Für die Vereinbarung vgl. Referat 411, Bd. 160424.

18 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „35 der KSZE".

Zusammenarbeit angesiedelt: Organisationen wie die Europäische Weltraumorganisation (ESA), der Europäische Kernforschungsrat (CERN) und die Europäische Südsternwarte (ESO) oder industrielle Organisationen wie Airbus und URENCO[19].

Schon jetzt ist Europa ein „Fleckerlteppich", der in seiner Mannigfaltigkeit kaum noch zu übersehen ist. Vordringlich wäre daher, einmal eine Bestandsaufnahme der bereits bestehenden westeuropäischen Organisationen und Zusammenarbeitsgremien zu machen.

Das Modell der konzentrischen Ringe wäre als europapolitischer Ansatz in der Öffentlichkeit gut darzustellen. Auch das schwierige Problem des Verhältnisses zwischen der Europäischen Union und der EG ließe sich dann leichter lösen. Die EG wäre so lange im zweiten Ring plaziert, als nicht alle ihre Mitglieder der Europäischen Union angehören. Regressionen innerhalb der EG auf Formen und Entscheidungsprozesse intergouvernementaler Zusammenarbeit, wie sie die neuen Mitglieder – seit dem britischen Beitritt – wünschen, wären dann von den integrationswilligeren alten Mitgliedern leichter zu konzedieren, weil solche Konzessionen – absolut gesehen – nicht mehr Rückschritte im europäischen Einigungsprozeß bedeuten würden. Sie würden ja durch Fortschritte im Kern, nämlich bei der Bildung der Europäischen Union, mehr als kompensiert.[20]

9) Zusammenfassung der Fragen, die noch vertiefter Prüfung bedürfen:

a) Institutionelle Aufgabenverteilung und wirksame Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union (EU).

b) Modalitäten der Einbeziehung der Verteidigungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik in die EU.

c) Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs zur Gründung der EU.

d) Gesamtstruktur der europäischen Zusammenarbeit (konzentrische Ringe), insbesondere

– Verhältnis der nur aus einzelnen EG-Mitgliedstaaten bestehenden EU zur EG und EPZ,
– Verhältnis der EU zur WEU,
– Bestandsaufnahme westeuropäischer Zusammenarbeit außerhalb EG, EPZ und WEU,
– neue Zusammenarbeitsbereiche mit variablen Partnern,
– der Europarat als europäische Dachorganisation.[21]

e) Verhältnis EU zur NATO.

[Ungerer][22]

Referat 410, Bd. 130373

19 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „ECU-System".
20 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „Institutionalisierung? Wem dient die Kommission?"
21 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „Parlamentarische Basis EG-WEU-Europarat".
22 Vermuteter Verfasser der nicht gezeichneten Aufzeichnung.

228

Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt

114-3266/84 geheim **Aufgabe: 3. September 1984, 15.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 650 **Ankunft: 3. September 1984, 17.05 Uhr**

Betr.: spanische Bewertung unserer Politik zur Förderung der innerdeutschen Kontakte

In einem längeren Gespräch, zu dem mich Außenminister Morán am 31.8.1984 gebeten hatte, berührte er auch den Besuch Honeckers.[2] Ich schilderte ihm den bisher vorgesehenen Ablauf und die Hintergründe.

Morán bewertete unsere Politik zur Erleichterung der deutsch-deutschen Kontakte sehr positiv. Er sehe darin einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung in Europa. Unsere wirtschaftlichen Anstrengungen, um diese Politik abzustützen, verdienten überall im Westen Anerkennung.

Seinen Nachrichten zufolge betrachte Moskau die Entwicklung jedoch mit wachsender Skepsis. Die spanische Botschaft in Warschau berichte, daß sogar dort sowjetischerseits ein Übergreifen der Kontaktpolitik Honeckers und Kádárs befürchtet werde.

Morán fragte, ob er bei dem mit Gromyko vorgesehenen Treffen am Rande der VN-Vollversammlung[3], das unter Themendürre leide, nicht auch diesen Komplex berühren sollte. Für Anregungen hierzu sei er dankbar. Botschafter Lautenschlager könne sie ihm jederzeit in New York übermitteln.

Er, Morán, sei sicher, daß wir uns auch über im Westen bestehende Mißverständnisse gegenüber unserer gesamtdeutschen Politik im klaren seien. In der nunmehr beginnenden heißen Phase des amerikanischen Wahlkampfes[4] habe die vereinfachende Sicht einer globalen Polarisierung zwischen zwei Lagern selbst auf die Spitze des State Department übergegriffen. Das dortige Verständnis für unsere Deutschlandpolitik müsse immer wieder gestärkt werden.

Schließlich wolle er mir nicht verhehlen, daß selbst in Paris in letzter Zeit hierzu kritische Anmerkungen gefallen seien. „Nur zu meiner persönlichen Verwendung“ wolle er berichten, daß Cheysson und Delors kürzlich ihm gegenüber starke, ja fast emotionelle Vorbehalte zu unserer Politik der innerdeutschen Kontakte geäußert hätten. Cheysson habe sich zu der Begriffsbildung „Nationalneutralismus“ verstiegen. Er, Morán, habe hingegen uns nachhaltig unterstützt und den beiden Gesprächspartnern ungeschminkt gesagt, es widerspreche dem Geist des deutsch-französischen Verhältnisses und europäischen Interessen,

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 4. September 1984 vorgelegen.

2 Zum geplanten Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 217, Anm. 17.
Zur Absage des Besuchs vgl. Dok. 232.

3 Die XXXIX. VN-Generalversammlung fand vom 18. September bis 18. Dezember 1984 in New York statt.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

wenn solche „Schlacken vergangenen Denkens“ sich zu ungerechtfertigten Ressentiments ausweiteten.

[gez.] Brunner

VS-Bd. 12927 (203)

229

Deutsch-türkisches Regierungsgespräch

VS-vertraulich **5. September 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten der Republik Türkei, Turgut Özal, am 5. September 1984, 12.45–15.15 Uhr[2]

Teilnehmer: Mesut Yilmaz, Staatsminister; Oktay Işcen, Botschafter der Republik Türkei in der Bundesrepublik Deutschland; Außenminister Hans-Dietrich Genscher; Ministerialdirektor Horst Teltschik; Bülent Eryavuz, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* gab seiner großen Freude Ausdruck, Ministerpräsident Özal als Gast begrüßen zu können. Es gäbe viele Probleme zu besprechen. Mit großem Respekt und Interesse verfolge er die Politik von Ministerpräsident Özal, vor allem im Bereich der Wirtschaft. Große Probleme seien zu bewältigen. Dies gelte auch für die Bundesrepublik Deutschland. Wichtiger sei jedoch die traditionelle Freundschaft zwischen beiden Ländern. Es gäbe wenige Länder, zwischen denen über Jahrhunderte hinweg ein so enger Austausch stattgefunden habe, in guten wie in schlechten Tagen. So habe man ja gemeinsam gewonnen wie auch gemeinsam verloren.

Ministerpräsident *Özal* bedankte sich für die herzliche Aufnahme. Er sei schon einmal hier im Zimmer des Bundeskanzlers gewesen, als noch Helmut Schmidt Bundeskanzler gewesen sei.[3] Zwischen beiden Ländern gebe es traditionelle Bin-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 17. September 1984 gefertigt und am 21. September 1984 „zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt.
Hat Ploetz am 21. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 22. September 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 24. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Meyer-Landrut und Ruhfus „z[ur] per[sönlichen] Unterr[ichtung]“ verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Weitergabe an StS besprochen mit T[eltschik] am 24.9.“
Hat Meyer-Landrut am 24. September 1984 vorgelegen.
Hat Ruhfus am 27. September 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Ministerpräsident Özal hielt sich vom 4. bis 7. September 1984 in der Bundesrepublik auf.

3 Der stellvertretende türkische Ministerpräsident Özal besuchte die Bundesrepublik am 14./15. Januar 1981. Am 14. Januar 1981 führte er ein Gespräch mit Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, an dem zeitweilig Bundeskanzler Schmidt teilnahm. Themen waren die bilateralen Beziehungen,

dungen. Die Kontinuität der guten Beziehungen sei unabhängig von parteipolitischen Gesichtspunkten. Ein Beweis dafür, welch eine geringe Rolle die Parteipolitik gespielt habe, könne man daraus ersehen, daß bei Ministerpräsident Ecevit Herr Kiep als Koordinator tätig gewesen sei, bei Ministerpräsident Demirel dagegen, einem Mann der Mitte, sei Herr Matthöfer der Gesprächspartner gewesen. Seit 1980 besuche er, Özal, die Bundesrepublik Deutschland auf verschiedenen Ebenen. Zum ersten Mal sei er als Kanzleileiter des Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik gewesen, danach als stellvertretender Ministerpräsident. Dieses Amt habe er 22 Monate lang ausgeübt. Jetzt habe er eine eigene Partei gegründet und die Wahl mit großer Mehrheit gewonnen.[4] Dieses Mal sei er zum ersten Mal als Ministerpräsident in Bonn.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er hoffe, daß Ministerpräsident Özal noch lange im Amt sein werde. Er bat, ein sehr offenes Gespräch zu führen, da die Bundesregierung wie die Koalitionsparteien sich der besonderen Probleme der Türkei sehr bewußt seien. Leider gebe es heute zwischen den Parteien in der Bundesrepublik Deutschland keine Gemeinsamkeit mehr in Fragen der Türkeipolitik. Viele Sozialdemokraten, die Ministerpräsident Özal auch kenne, hätten heute keinen Einfluß mehr auf die Politik der Sozialdemokratie. In der deutschen Politik gebe es einen starken Prozeß der Ideologisierung. Ideologen bräuchten Feindbilder, damit sie sich nicht an der Realität orientieren müßten. Diese Ideologisierung sei in vielen Bereichen deutscher Politik festzustellen. Dies gelte auch für die Politik gegenüber der Türkei. Er sehe den sehr schwierigen Weg, den Ministerpräsident Özal gehen müsse. Die Bundesregierung wolle bei dieser Gratwanderung hilfreich sein. Jede Debatte im Deutschen Bundestag zu Fragen türkischer Politik sei von starken Ausfällen gegen die Türkei geprägt. Dies könne man auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft feststellen. Auch dort gebe es viele, die nur die reine Lehre verkünden würden und sich pragmatischen Lösungen verschlössen.

Es sei das elementare Interesse der Bundesregierung, daß es in der Türkei zu einer positiven Entwicklung komme. Die Bundesregierung selbst stehe innerhalb des NATO-Bündnisses in vorderster Front, und selbst kleine Schritte seien heftigsten Angriffen der Sowjetunion ausgesetzt.

Der Bundeskanzler schlug dem Ministerpräsidenten vor, über folgende Themen zu sprechen: über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, einschließlich der Themen Airbus und KWU; militärische Zusammenarbeit; Gastarbeiter; die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft mit der Türkei und über die Lage im iranisch-irakischen Konflikt.

Ministerpräsident *Özal* erklärte sich mit diesen Vorschlägen einverstanden. Seine Absichten für dieses gemeinsame Gespräch deckten sich mit den Vorstellungen des Bundeskanzlers. Unterschiede gebe es lediglich in der Prioritätenset-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1057

die innenpolitische und wirtschaftliche Lage in der Türkei sowie die Beziehungen der Türkei zu den arabischen Staaten. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 123299.

4 Bei den Wahlen zum türkischen Parlament am 6. November 1983 erzielte die Mutterlandspartei des ehemaligen stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten Özal 45% der Stimmen und erreichte damit die absolute Mehrheit der Mandate. Die neue türkische Regierung unter Özal trat am 13. Dezember 1983 ihr Amt an.

zung. Er wolle besonders über die Beziehungen der Türkei zur Bundesrepublik Deutschland auf dem politischen und militärischen Bereich sprechen; dann über die Europäische Gemeinschaft sowie über die internationalen Fragen. Wenn der Bundeskanzler einverstanden sei, wolle er gerne einen kurzen Bericht über die politische Lage in der Türkei geben.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß die Aufzählung der Themen für ihn keine Frage von Prioritäten gewesen sei.

Ministerpräsident *Özal* gab einen ausführlichen Bericht über die Lage in der Türkei. Seit vier Jahren kümmere er sich um die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes. Die Türkei sei ein Mitglied der NATO. Sie nehme jedoch wie die Bundesrepublik eine besondere Position innerhalb der Allianz ein: Beide Staaten seien Anrainer der Sowjetunion. Nur die Deutschen und die Türken hätten mit Rußland Krieg geführt. Beide hätten den russischen Stiefel auf ihrem Boden verspürt. Den Russen sei es geglückt, Deutschland zu teilen. Es sei aber das Ziel der Sowjetunion gewesen, auch die Türkei, wie Deutschland, zu zerstückeln. Die türkische Regierung sei fest davon überzeugt, daß ein geeintes und starkes Deutschland für Europa unerläßlich sei, genauso wie eine starke Türkei für ihre Region notwendig sei.

Es sei gelungen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im großen und ganzen zu überwinden. Es gebe allerdings noch einige Probleme. Als er die Regierung übernommen habe, sei es nicht möglich gewesen, die Erdölimporte durch die Exporterlöse auszugleichen. Dies sei heute anders. Die Exporte in Dollarwährung seien um über 30% gestiegen. Das Volkseinkommen habe sich um 6% erhöht. Es sei gelungen, die galoppierende Inflation unter Kontrolle zu halten. Die Wirtschaft generell entwickle sich im Rahmen der Zielvorstellungen der Regierung. Die Türkei habe heute keinen Devisenmangel mehr. Die Schwierigkeit liege in den zu geringen Ersparnissen. Deshalb seien für die Türkei Kredite aus dem Ausland und ausländisches Kapital besonders wichtig. Er sei, bevor er in die Bundesrepublik gekommen sei, in der Schweiz gewesen.[5] Er habe feststellen können, daß die Kreditwürdigkeit der Türkei kräftig angestiegen sei.

Seine Partei sei seit 1969 zum ersten Mal im Parlament vertreten und habe dort wie in den Kommunalparlamenten die absolute Mehrheit. Dies sei für die Türkei sehr wichtig, weil Koalitionsregierungen in Entwicklungsländern immer einen Punkt der Schwäche darstellten. Dies habe auch die Türkei in den letzten Jahren erfahren müssen. Die Demokratisierung der Türkei erfolge reibungslos. Auch der Staatspräsident[6] setze sich nachdrücklich dafür ein. Mit dem Militär gebe es keine Probleme, obwohl es seine Partei mit Skepsis aufgenommen habe. Nach der Wahl hätten sich jedoch gute Beziehungen entwickelt. Für die Stabilisierung der Türkei seien sowohl das Militär wie die Regierung wesentliche Faktoren, zu denen es keine Alternative gebe. Auch die Oppositionsparteien würden das eingestehen. In Deutschland habe man ähnliche Entwicklungen erlebt, und jetzt gelte es auch für die Türkei, die gleichen Ergebnisse zu erreichen. Ministerpräsident Özal leitete auf die Probleme der Europäischen Gemeinschaft und den Westen generell über. In den letzten Jahren, sogar vor der Machtüber-

5 Ministerpräsident Özal besuchte die Schweiz vom 31. August bis 4. September 1984.
6 Kenan Evren.

nahme der Militärs[7], hätte es in den Beziehungen zum Westen Schwierigkeiten gegeben. Ihr Ausgangspunkt habe bei der Sicherheitsfrage gelegen. In den achtziger Jahren sei die Türkei in große Bedrängnis geraten. Sie sei gezwungen gewesen, neue Märkte zu suchen, um ihre Wirtschaft zu entwickeln. Diese neuen Märkte habe man jetzt im Mittleren Osten gefunden. Dies sei sicherlich durch den Kriegsausbruch zwischen dem Iran und dem Irak[8] beschleunigt worden. Er wüßte jedoch, daß dieser Krieg auch für die Türkei nicht zum Vorteil sei, je länger der Krieg andauere.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß dieser Krieg für niemanden Vorteile brächte.

Ministerpräsident *Özal* erläuterte, daß es der Türkei gelungen sei, die Wirtschaftsbeziehungen zur islamischen Welt auszubauen. Die Exporte seien von 10 auf 40% gestiegen. Er wisse, daß diese Entwicklung in Europa auf Bedenken gestoßen sei. Er wolle deshalb noch einmal in aller Klarheit bestätigen, daß die Türkei auf den Westen ausgerichtet bleibe. Diese Politik habe sich seit der Ausrufung der Republik nicht verändert. Die Türkei wolle ihre Beziehungen zur islamischen Welt verbessern. Diese Politik könne jedoch nicht als eine Alternative zum Westen betrachtet werden. Er habe feststellen können, daß Kreise innerhalb der Europäischen Gemeinschaft tendenziös und absichtlich eine Abwendung der Türkei vom Westen und eine Hinwendung zum Osten feststellen wollten. Dies sei reine Propaganda. Wenn die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zur Türkei heute mit Restriktionen belegt seien, so seien diese in solchen falschen Feststellungen begründet.[9] Die Türkei verstehe sich als eine Brükke zwischen Europa und der islamischen Welt. Wenn es der Türkei gelinge, ihren Einfluß in der islamischen Welt zu verstärken, sei dies auch zum Vorteil für die westliche Welt. Als Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft könne die Türkei die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zur islamischen Welt ausbauen und intensivieren. Die Türkei sei das einzige islamische Land mit einer demokratischen Ordnung.

Ein arabischer Freund habe zu ihm gesagt, daß er der einzige Ministerpräsident sei, der durch einen Volksentscheid an die Regierung gekommen sei. Dies sei ein wichtiger Faktor. Es sei jedoch nur eine Frage der Zeit, wann andere diesem Beispiel folgen würden.

7 Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei. Die Regierungsverantwortung lag bei einem „Nationalen Sicherheitsrat" unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

8 Vor dem Hintergrund des Konflikts um den Grenzverlauf am Schatt al-Arab griff der Irak am 22. September 1980 den Iran an. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286.

9 In einer nicht gezeichneten Aufzeichnung vom 22. März 1984 wurde dargelegt, für die Türkei sei die „Deblockierung der seit November 1981 eingefrorenen Finanzhilfe der EG" ein wichtiger Punkt: „Das am 31.10.81 abgelaufene 3. Finanzprotokoll EG–Türkei (310 Mio. ECU), dessen Mittel praktisch vergeben sind, sollte an sich durch das am 19.6.81 paraphierte 4. Finanzprotokoll abgelöst werden (600 Mio. ECU; davon 225 Mio. ECU EIB-Darlehen, 375 Mio. ECU Mittel aus EG-Haushalt zu soft terms, davon 50 Mio. ECU Zuschüsse; Laufzeit 1981 bis 1986). […] Die Kommission hält das Protokoll bisher bei sich zurück, worauf sich die Außenminister am 17.11.81 verständigt hatten. Am Rande des Außenministerrats am 8.12.81 erweiterten die Minister ihre Entscheidung auf die bereits 1980 bewilligte Sonderhilfe von 75 Mio. ECU. Hier sind noch Mittel in Höhe von 29 Mio. ECU offen für zwei bereits ausgewählte Projekte (Braunkohlebergwerk, Elektrizitätsversorgung)." Vgl. Referat 413, Bd. 144906.

Die Türkei sei bestrebt, die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft zu intensivieren. Das türkische Wirtschaftsprogramm verfolge dieses Endziel und passe in die Wirtschaftsvorstellungen der Europäischen Gemeinschaft. Seine Regierung habe viele Importe liberalisiert. Die türkische Devisengesetzgebung sei liberaler als die der Franzosen. Außerdem gebe es keine großen Unterschiede gegenüber Portugal und Spanien.

Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft beziehe die Frage der Freizügigkeit mit ein, wie sie zwischen Außenminister Genscher und seinem Außenminister besprochen worden sei.[10] Die deutschen wie die türkischen Probleme könnten bei den Beitrittsverhandlungen mit bereinigt werden. Die Stundung und Verschiebung der Freizügigkeit könnten nur bei globalen Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft gelöst werden. Wenn die Türkei gemeinsam mit Spanien und Portugal der Europäischen Gemeinschaft beitrete, könnten diese Fragen der Freizügigkeit gelöst werden.

Außenminister *Genscher* erklärte, daß dies ein ganz neuer Vorschlag sei. Die Regelung der Freizügigkeit könne nur im Rahmen des Assoziierungsvertrages[11] geregelt werden. Darum ginge es, und um nichts anderes. Eine solche Regelung könne auch nur gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland gefunden werden.

Ministerpräsident *Özal* erwiderte, daß er heute nicht in der Lage sei, eine Änderung der Freizügigkeitsklausel im Parlament durchzusetzen. Ihm seien die Schwierigkeiten der Bundesrepublik Deutschland bekannt. Er werde nicht starr auf seiner Position beharren. Gemeinsam könne eine Formel gefunden werden, die den heutigen Zustand ohne eine Änderung des Vertrages und ohne neue Verträge festschreibe.

Außenminister *Genscher* wies darauf hin, daß dies die Vereinbarung gewesen sei.

Ministerpräsident *Özal* erläuterte, daß sich die Türkei bei einer eventuellen Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft mit zwei Problemen konfrontiert sehe: erstens mit dem Problem der Freizügigkeit; diese Regelung könne von 1986 auf ein späteres Datum verschoben werden; zweitens landwirtschaftliche Probleme.

Außenminister *Genscher* unterstrich noch einmal, daß die Europäische Gemeinschaft mit der Türkei in Verhandlungen über die Assoziierung eintreten werde. Die türkische Regierung erwarte, daß die Europäische Gemeinschaft die Assoziierung wieder voll in Kraft setze, z. B. im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit. Und die Restriktionen müßten aufgehoben werden, warf Ministerpräsident *Özal* ein. Dafür trete die Bundesregierung ein und werde dies auch weiterhin tun, fuhr Außenminister *Genscher* fort.

Der *Bundeskanzler* erläuterte die großen Probleme in der Europäischen Gemeinschaft. Ministerpräsident Özal wisse die Namen selbst, die für die Schwierigkeiten verantwortlich seien. Die Ideologisierung spiele auch innerhalb der Euro-

10 Zur Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 175, Anm. 3.

11 Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

päischen Gemeinschaft eine gewichtige Rolle. Selbst innerhalb der Europäischen Volkspartei gebe es erhebliche Unterschiede in der Beurteilung der türkischen Politik. Ministerpräsident Özal müsse wissen, daß es auch hier die Bundesregierung sei, die die Rolle des Vorkämpfers spiele.

Außenminister *Genscher* fügte hinzu, daß dies ja auch die Erwartung der Türkei sei. Es gehe jetzt um die Frage, wie das Problem der Freizügigkeit gelöst werden könne. Die türkische Regierung habe uns gesagt, daß der Assoziierungsvertrag nicht geändert und auf die Freizügigkeit nicht verzichtet werden könne, weil dies im türkischen Parlament ratifiziert werden müsse. Man habe sich aber geeinigt, daß die Freizügigkeit nur im gegenseitigen Einvernehmen in Anspruch genommen werden solle. Ebenso sei vereinbart worden, daß der Familiennachzug[12] im bisherigen Rahmen beibehalten werden solle. Letzteres sei jedoch bereits nur sehr schwer in der Bundesrepublik durchzusetzen und mit den Schwierigkeiten zu vergleichen, die der Ministerpräsident in seinem Parlament habe.

Lachend erwiderte Ministerpräsident *Özal*, daß sie in der Türkei genau wüßten, daß bei der Ausarbeitung des Assoziierungsabkommens die Regelung der Freizügigkeit der Hauptvorteil der Türkei gewesen sei. Seine Regierung könne jedoch nicht auf Rechte verzichten. Dies sei die Angelegenheit des Parlaments. Er sei jedoch in vollem Umfang über das Gespräch von Außenminister Genscher mit Halefoglu unterrichtet. Und über sein Gespräch mit dem Präsidenten, fügte Außenminister *Genscher* hinzu.[13]

Ministerpräsident *Özal* erwiderte, daß jedoch das Gespräch von Außenminister Genscher mit Halefoglu entscheidend sei, weil dies die Regierungsebene betreffe.

Außenminister *Genscher* erwiderte, daß auch die Vorgängerregierung die Vereinbarungen eingehalten habe, die mit Halefoglu getroffen worden seien. Alle Seiten seien an die Vereinbarungen ihrer Vorgänger gebunden.

Ministerpräsident *Özal* erklärte, daß es jetzt das Wichtigste sei, einen Mechanismus zu finden. Im Prinzip sei man sich einig. Er wolle die Bundesregierung nicht in eine Zwangslage bringen.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß bereits eine Fülle von Gesprächen geführt und ein entsprechender Mechanismus vereinbart worden sei. Es müsse bindend bleiben, was frühere Regierungen vereinbart hätten. Dies müsse für Regierungen wie für Freunde gelten. Die Bundesregierung respektiere die Interessen der türkischen Regierung und wisse, welchen Problemen sie in ihrem Parlament ausgesetzt sei. Er wolle der türkischen Regierung nicht aufbürden, was nicht zu leisten sei. Ministerpräsident Özal müsse jedoch auch die schwierigen Probleme in der Bundesrepublik zur Kenntnis nehmen. Diese seien sowohl wirtschaftlicher wie psychologischer Art. Ein Land wie die Bundesrepublik bleibe auf Weltoffenheit angewiesen. Das letzte, was die Bundesrepublik brauchen könnte, sei eine Ausländerfeindlichkeit, vor allem gegenüber den Türken.

Beide Regierungen stünden vor noch ganz anderen großen Bewährungsproben, die es zu bestehen gelte. Deshalb seien beide auf die gegenseitige Freundschaft

12 Zur Frage des Nachzugs von Familienangehörigen türkischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik vgl. Dok. 175, Anm. 11.

13 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 6./7. März 1984 in der Türkei und zu dessen Gespräch mit Präsident Evren vgl. Dok. 77.

angewiesen. Er wolle deshalb festhalten, daß man darin übereinstimme, nur in gegenseitiger Abstimmung zu handeln. Diese Feststellung sei wichtig, weil Ministerpräsident Özal ja beabsichtige, am morgigen Tag eine Pressekonferenz zu geben. Dort werde das Thema der Freizügigkeit der wichtigste Punkt sein.

Ministerpräsident *Özal* erwiderte, daß er auf seiner Pressekonferenz sagen werde, daß Änderungen an den Verträgen nicht möglich seien. Er werde aber ebenso sagen, daß er über die Sorgen der Bundesregierung unterrichtet sei.[14]

Außenminister *Genscher* erwiderte, daß er noch einmal die getroffene Vereinbarung verlesen wolle. Er schlage vor, daß diese Formulierung für die Pressekonferenz als gemeinsame Sprachregelung aufgenommen werden solle. Außenminister Genscher las folgende Formulierung vor:

„Das Freizügigkeitsthema wurde besprochen. Der Bundeskanzler legte nochmals die Gründe dar, die nach Auffassung der Bundesregierung der Herstellung der Freizügigkeit entgegenstehen. Der Ministerpräsident hat auf das vertragliche Recht der Türkei auf Freizügigkeit, das sich aus dem Assoziierungsabkommen ergibt, verwiesen, aber Verständnis für die Probleme des engen Freundes und Verbündeten Deutschland geäußert. Der Bundeskanzler fügt hinzu: Die Bundesrepublik Deutschland will eine politisch, wirtschaftlich und sozial starke Türkei sehen."

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er keinen Rat geben wolle, aber eine Bitte äußern wolle. Diese Formulierung, die der Außenminister vorgelesen habe, werde, wenn sie von Ministerpräsident Özal vorgetragen werde, weitere Fragen auslösen. Dann sollte Ministerpräsident Özal abschließend feststellen, daß er dem nichts hinzuzufügen habe.

Ministerpräsident *Özal* erwiderte, daß seine Antwort lauten werde: Deutschland sei unser Freund, und wir werden nichts tun, was unsere Freunde betrübt.

Der *Bundeskanzler* und Außenminister *Genscher* stimmten dieser Erklärung zu.

Ministerpräsident *Özal* fügte hinzu, daß die Bundesregierung davon überzeugt sein könne, daß das Problem der Freizügigkeit wie das der Rückkehr der Gastarbeiter[15] in den nächsten fünf bis zehn Jahren im Einklang mit der türkischen wirtschaftlichen Entwicklung sich zu einer Frage entwickeln werde, die an Bedeutung erheblich verlieren werde.

Der *Bundeskanzler* bat noch einmal um Verständnis dafür, daß die hohe Wertschätzung, die die Türken in der Bundesrepublik genössen, nicht durch das generelle Problem der Freizügigkeit zerstört werden dürfe. Gerade in seiner Heimatstadt Ludwigshafen erlebe er immer wieder, welch hohe Wertschätzung die türkischen Arbeitskräfte in der Bevölkerung genießen würden. Auch ihm gegenüber begegneten die türkischen Gastarbeiter nur mit Freundlichkeit.

14 In der Presse wurde berichtet, Ministerpräsident Özal habe in einer Pressekonferenz am 6. September 1984 die Erwartung geäußert, „daß die Probleme, die von 1986 ab durch die Freizügigkeit für Türken in der EG für die Bundesrepublik entstehen, in gegenseitigem Verständnis geregelt werden können. Die Türkei werde nicht auf das vertragliche Recht der Freizügigkeit verzichten, sei aber zu Beratungen mit Bonn bereit. Verhandelt werden müsse jedoch mit der EG in Brüssel, mit der das Assoziationsabkommen geschlossen worden sei." Vgl. den Artikel „Ankara für direkte Verhandlungen mit EG"; GENERAL-ANZEIGER vom 7. September 1984, S. 1.

15 Vgl. dazu das Rückkehrhilfegesetz vom 28. November 1983; Dok. 143, Anm. 16.

Ministerpräsident *Özal* erwiderte, daß er selbstverständlich bereit sei, den Türken zu helfen, die in die Türkei zurückkehrten; sie seien schließlich türkische Bürger. Er wünsche nur, daß die Bundesregierung ihm dabei in stärkerem Maße Hilfe gewähre. Das Hauptproblem der Türkei sei das Wohnungsproblem. Er hoffe deshalb, daß es eine Lösung im Zusammenhang mit den Bausparverträgen geben könne, die die Türken in der Bundesrepublik abgeschlossen hätten.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich bereit, dieses Problem zu prüfen.

Außenminister *Genscher* fügte hinzu, daß entsprechende Überlegungen im Gange seien.

Ministerpräsident *Özal* erwiderte, daß er dieses Problem nur nebenbei erwähne. Er wolle nur das Problem deutlich machen: Wenn es gelinge, Wohnungen zu errichten, könne man das Problem der Rückkehr erleichtern. Sein Anliegen sei es, die Probleme möglichst reibungslos zu lösen.

Um 13.50 Uhr wurde das Gespräch unterbrochen und beim gemeinsamen Mittagessen fortgesetzt. Am gemeinsamen Mittagessen nahmen zusätzlich teil: Yusuf Özal, Bruder des Ministerpräsidenten und Leiter des Staatlichen Planungsamtes, Bundesminister Bangemann.

Während des Essens sprach der *Bundeskanzler* das Abkommen über die friedliche Nutzung der Nuklearenergie zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei[16] und die Absicht der türkischen Regierung an, einen Reaktor zu errichten[17]. Er wolle in diesem Zusammenhang ein klares Wort sagen. Ein solches Projekt werde nur möglich sein, wenn sich die Bundesregierung bereit fände, eine entsprechende Hermes-Garantie zu gewähren. Er wolle jedoch darauf hinweisen, daß für die Bundesregierung die Hermes-Bürgschaften generell eine Größenordnung erreicht hätten, die die Bundesregierung vor erhebliche Probleme stelle. Dies gelte unabhängig von der Frage einer Bürgschaft an die Türkei. Die Bundesregierung habe im Augenblick ca. 180 Mrd. DM im Rahmen von

16 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 26. Juni 1984 wurde vermerkt: „1) Das Bundeskabinett hat das am 2. Mai 1984 in Ankara paraphierte deutsch-türkische Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie gebilligt. 2) Bei dem Abkommen handelt es sich um ein Rahmenabkommen. Zusammenarbeit schließt neben dem Bereich der Elektrizitätsgewinnung aus Kernkraft auch die Anwendung der Kernenergie in Industrie, Medizin, Biologie, Landwirtschaft und Tierforschung ein. Für diese Zwecke ist u. a. vorgesehen, daß die Bundesrepublik Deutschland Material, Ausrüstung und Technologie zur Verfügung stellt, daß ein Austausch von Informationen und technischem Know-how stattfindet, daß wissenschaftliches und technisches Personal ausgetauscht wird und daß gemeinsame oder koordinierte Forschungs-, Entwicklungs- und sonstige kerntechnische Vorhaben durchgeführt werden. 3) Das Abkommen geht auf ein deutsches Angebot vom Oktober 1983 zurück und ist im Zusammenhang zu sehen mit der Absicht der türkischen Regierung, den Auftrag zum Bau eines ersten türkischen Kernkraftwerkes zu erteilen. Um diesen Bauauftrag bewirbt sich auch die deutsche Firma KWU." Vgl. Referat 431, Bd. 145582.

17 Referat 413 legte am 27. August 1984 dar: „Als Resultat der Ausschreibung zum Bau eines Kernkraftwerkes (KKW) in der Türkei vergab noch die alte türkische Regierung drei Letters of Intent, und zwar an KWU für Akkuyu I, die kanadische Candu für Akkuyu II, die amerikanische GE für Sinop. Auf absehbare Zeit wird die Türkei nur den Bau eines einzigen KKW verkraften können. Insofern ist es von Bedeutung, daß KWU den Auftrag für das erste KKW erhält und nicht mit einem anderen Projekt vertröstet wird." Die türkische Regierung habe die endgültige Entscheidung mehrfach verschoben: „Grund hierfür könnte sein, daß die türkische Seite immer noch an die Möglichkeit glaubt, verschiedene andere Fragen mit der Vergabe des KKW-Baus an die KWU zu koppeln (z. B. Airbus, EG-Textilkonflikt, erhöhte Verteidigungsbeihilfe durch uns)." Vgl. Referat 431, Bd. 145582.

Hermes-Garantien verbürgt. Darunter gäbe es besondere Problemfälle, die allgemein bekannt seien. Er wolle nur das Beispiel von Brasilien erwähnen. Die Bundesregierung sei deshalb gezwungen, jede neue Bürgschaft genau zu prüfen. Bei den augenblicklichen Projekten sei er durchaus bereit, die Türkei an die Spitze der Liste zu setzen und andere Projekte zurückzustellen. Dafür seien für ihn nicht nur wirtschaftliche, sondern vielmehr politische Überlegungen ausschlaggebend.

Ministerpräsident *Özal* erwiderte, daß er ebenso offen antworten wolle. Über kurz oder lang werde die Türkei die Grenze ihrer Energieversorgung erreichen. Die Türkei brauche sowohl eigene wie ausländische Energiequellen, um nicht mitten in ihren Vorhaben steckenzubleiben. Für das Projekt eines Reaktorbaues gebe es zwei Angebote, eines aus Kanada und eines von der KWU. Seine Regierung sei dabei, beide Angebote genau zu prüfen. Das Hauptproblem bestünde für ihn in der Frage der Rückerstattung (repayment). Nach den Berechnungen seiner Regierung werde er für die Rückzahlung der Kredite in den 90er Jahren pro Jahr rd. 300 Mio. Dollar für Zinsleistungen und für die Rückzahlung aufbringen müssen. Dabei sei er durchaus von der Annahme ausgegangen, daß der Wert der D-Mark gegenüber dem US-Dollar in diesem Zeitraum ansteigen wird. Er habe für seine Berechnungen je Dollar 2,3 bis 2,4 DM zugrunde gelegt. Sollte die D-Mark gegenüber dem Dollar noch mehr an Wert gewinnen, müsse die Rückzahlung noch höher ausfallen. Für ihn sei deshalb das Hauptproblem nicht der Kredit als solcher, sondern das Problem der Rückzahlung in den 90er Jahren. Deshalb strebe er an, die Exporte zu erhöhen. Dabei würden sich jedoch vor allem die Restriktionen der Europäischen Gemeinschaft besonders negativ auswirken. Er könne diese Entwicklung nicht verstehen. Der Westen bestünde ständig auf der freien Marktwirtschaft, gleichzeitig verhänge er jedoch Restriktionen, wenn es für ihn günstig sei. Er wolle auch darauf hinweisen, daß die Türkei z. B. keine Flugzeuge oder anderes für den Export produzieren würde. In diesem Punkte habe er recht, warf der *Bundeskanzler* ein.

Ministerpräsident *Özal* fuhr fort, daß man doch den Zusammenhang sehen sollte: Je höher die Exporte seien, desto höher seien auch die Importe. Dies sei das beste Mittel, den Welthandel zu verstärken.

Seine Entscheidung über die vorliegenden Angebote zur Errichtung eines Kernkraftwerkes werde sich deshalb vor allem nach der Lösung des Problems der Rückzahlung richten.

Er stehe vor zwei Problemen: Einerseits brauche er Investitionen, die hohe Kosten verursachen würden. Gleichzeitig brauche die Türkei eine starke Armee, um ihre Verpflichtungen im Bündnis einzulösen. Er denke deshalb auch an eine Zusammenarbeit im Rüstungssektor, um die Kosten zu senken und gemeinsame Investitionen zu ermöglichen. Sein Interesse richte sich vor allem auf eine gemeinsame Panzerproduktion und entsprechende Exportmöglichkeiten.

Die Entscheidung über das Reaktorprojekt werde in Kürze getroffen werden. Er unterstreiche noch einmal, daß dabei für ihn das Problem der Rückzahlung von besonderem Gewicht sei. Er wolle zur Lösung dieses Problems eine Alternative vorschlagen. Der Reaktor solle errichtet werden. Diese Investition sollte von einer ausländischen Gruppe geleistet werden. Die türkische Regierung sei bereit,

die Stromlieferung dieses Reaktors mit Devisen zu bezahlen. Es könnte für je ein Kilowatt Stromleistung ein Preis vereinbart werden, für den die türkische Regierung Garantie leiste. Nach 15 Jahren könnte die Schuld abgeleistet sein und der Reaktor in das Eigentum der Türkei übergehen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß dieser Vorschlag durchgerechnet werden müsse. Dies sei nur natürlich, antwortete Ministerpräsident *Özal*. Für ihn sei das eine neue und überraschende Idee, fuhr der *Bundeskanzler* fort. Wenn er sich jedoch den Ministerpräsidenten betrachte und seinen Bruder, der für dieses Projekt verantwortlich sei, wisse er, daß dieser Vorschlag genau geprüft werden müsse.

Ministerpräsident *Özal* berichtete, daß er der Schweiz einen ähnlichen Vorschlag unterbreitet habe. Auch dort sei man überrascht gewesen, habe jedoch den Vorschlag als interessant empfunden. Für ihn sei das Wichtigste, den Energiebedarf der Türkei sicherzustellen. Das besondere Problem sei die Finanzierung dieses Bedarfs. So müsse er beispielsweise Stromlieferungen aus Bulgarien und der Sowjetunion bezahlen. Für seinen Vorschlag, den er heute unterbreitet habe, gebe es kein Marktrisiko, da die türkische Regierung die Abnahme der Stromlieferungen garantiere.

Bundesminister *Bangemann* erklärte, daß er den Vorschlag von Ministerpräsident Özal für eine interessante Idee halte, die jedoch mit den Firmen besprochen werden müßte. Diese seien normalerweise keine Betreiber solcher Reaktoren. Man müsse beispielsweise prüfen, ob eine gemeinsame Gesellschaft gegründet werden müßte und in welchem Umfang die türkische Regierung bereit wäre, einen Teil des Finanzrisikos mitzutragen.

Ministerpräsident *Özal* erwiderte, daß er die zentrale türkische Energieverwaltung entsprechend anweisen werde.

Bundesminister *Bangemann* fuhr fort, daß es wichtig sei zu prüfen, welche Auswirkungen ein solcher Vorschlag haben werde.

Ministerpräsident *Özal* wies noch einmal darauf hin, daß er eine Entscheidung in Kürze benötige. Die Firmen seien noch nicht unterrichtet. Er werde dieses Angebot jedoch den Unternehmen unterbreiten.

Bundesminister *Genscher* sprach noch einmal das Thema der Verteidigungslasten an. Er habe am gestrigen Tage darüber mit Bundesminister Wörner gesprochen. Sie seien darin übereingekommen, daß trotz der Kürzungen in anderen Bereichen und bei anderen Staaten die Militärhilfe in der Größenordnung von 130 Mio. aufrechterhalten werden solle. Diese Militärhilfe in dieser Größenordnung werde bis 1986 fortgeführt werden. Das Außenministerium, das Finanzministerium sowie das Verteidigungsministerium seien dabei zu prüfen, ob ab 1986 eine Erhöhung möglich sein könnte. Er wolle nur darauf hinweisen, daß es die Beratungen darüber im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages erheblich erleichtern könnte, wenn die KWU den Auftrag zur Errichtung eines Kernreaktors in der Türkei erhalten würde.

Der *Bundeskanzler* fragte nach den Zeitvorstellungen für das Reaktorprojekt. Er unterstrich noch einmal das besondere Interesse, daß der Auftrag an die KWU erteilt werde.

Ministerpräsident *Özal* stellte die Frage, ob der Auftrag für die Errichtung eines Kernkraftwerkes Priorität vor dem Airbus-Projekt[18] habe.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er darin keine Alternative sehe. Bundesminister Bangemann werde es übernehmen, den Vorschlag von Ministerpräsident Özal noch während seines Aufenthaltes in Bonn zu prüfen und mit den Unternehmen zu besprechen. Er wolle noch einmal unterstreichen, daß die Türkei aus politischen Gründen für ihn Priorität besitze und er in der Frage der Hermes-Bürgschaft noch etwas, wenn auch nicht viel, Spielraum habe.

Das Airbus-Projekt sei von großer Bedeutung. Dies gelte jedoch nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland. Sie hätten ja eingangs über die Probleme in der Europäischen Gemeinschaft gesprochen. Er wolle darauf hinweisen, daß besonders Frankreich an dem Airbus-Projekt interessiert sei. Dies gelte vor allem für den Präsidenten, der die französische Wirtschaft modernisieren wolle. Ministerpräsident Özal wisse, daß die Türkei für die Bundesrepublik in vielen Fragen der Europäischen Gemeinschaft kein sehr einfacher Partner sei. Er wolle deshalb an die politische Inspiration des Ministerpräsidenten appellieren, in diesem Zusammenhang auch das Projekt des Airbus positiv zu prüfen. Ein positives Ergebnis würde auch die Probleme in der Europäischen Gemeinschaft erleichtern. Bundesminister *Genscher* fügte hinzu, daß der Airbus ein gutes Medikament sei, um die Probleme der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft und vor allem mit Frankreich zu heilen.

Ministerpräsident *Özal* erklärte, daß die Türkei in den kommenden sieben Jahren 14 bis 15, vielleicht auch mehr Flugzeuge ordern werde und deshalb langfristige Verträge anstrebe. In Frage käme dafür die Boeing 767 oder der Airbus 310. Er sei sich über die Bedeutung des Airbus im klaren. Der Airbus sei ja die einzige europäische Flugzeugproduktion. Wenn dieses Unternehmen scheitere, werde der Markt den Amerikanern überlassen. Und der Sowjetunion, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Dies gelte jedoch nicht für den zivilen Bereich, antwortete Ministerpräsident *Özal*. Die Entscheidung für den Airbus sei für die Türkei kein Problem, das Frankreich betreffe. Dennoch bitte er aber, die Türkei bei der Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich zu unterstützen und seiner Regierung bei der Überwindung der Schwierigkeiten in der Europäischen Gemeinschaft zu helfen. Die türkische Fluggesellschaft werde ein gutes Beispiel geben.

Der *Bundeskanzler* verwies noch einmal auf die politische Gesamtlage, über die er eingangs gesprochen habe. Es sei viel Heuchelei festzustellen, nicht nur ge-

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fischer-Dieskau notierte am 27. August 1984: „Es geht um zunächst drei Airbus A-310 (220 Sitze), mittelfristig um weitere acht Flugzeuge. Sehr starke Konkurrenz von Boeing (B-757, kürzlicher Vorstoß des früheren AM Haig in Ankara)." Die türkische Seite habe eine „Verknüpfung mit ihren EG-Anliegen" hergestellt. Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151035.
Bundeskanzler Kohl teilte Ministerpräsident Özal mit Schreiben vom 27. September 1984 mit: „Während unseres konstruktiven und intensiven Gesprächs hatten wir auch Gelegenheit, über die Verkaufsverhandlungen zwischen der türkischen Airline THY und Airbus Industrie zu sprechen. In diesem Zusammenhang freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, daß die Partner der Airbus Industrie bereit sind, einem langfristigen industriellen Kooperationsprogramm mit der türkischen Industrie im Falle des Kaufs von Airbus-Flugzeugen zuzustimmen. Dieses Kooperationsprogramm beinhaltet sowohl die Entwicklung eines Wartungszentrums in der Türkei als auch die Beteiligung der türkischen Industrie an der Fertigung von Teilen des Airbus. Die Größenordnung dieses Kooperationsprogrammes soll 5 % des Vertragsvolumens umfassen." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151032.

genüber einem Land. Viele, die die Türkei an den Pranger stellen würden, wollten gleichzeitig gute Geschäfte in der Türkei abwickeln. Dies sei jedoch nicht die Haltung der Bundesregierung. Der Bundeskanzler verwies noch einmal auf den langen gemeinsamen Weg, den beide Länder gegangen seien. Auch die Beziehungen zu Frankreich seien heute besonders gut, vor allem zwischen ihm und dem französischen Präsidenten, obwohl er kein Sozialist sei und auch keiner werde. In Fragen der Sicherheitspolitik gebe es zwischen Präsident Mitterrand und ihm eine volle Übereinstimmung. Dies gelte auch für viele Fragen der Europäischen Gemeinschaft. Aber auch Präsident Mitterrand müsse sich in seiner eigenen Partei mit einem ideologischen Virus auseinandersetzen.

Der Bundeskanzler betonte noch einmal, daß die Bundesregierung bereit sei, auch in Zukunft zugunsten der Türkei eine politische Speerspitze zu bilden. Er müsse jedoch darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik nur einer von zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sei. Deshalb sei es auch für die Bundesregierung nützlich, über ein so handfestes Argument wie den Airbus zu verfügen. Der Bundeskanzler fragte den Ministerpräsidenten, ob er bereits eine Entscheidung getroffen habe.

Ministerpräsident *Özal* verneinte dies. Er sei über die guten Beziehungen des Bundeskanzlers zu Präsident Mitterrand unterrichtet. Vor kurzem seien französische Abgesandte bei ihm in der Türkei gewesen, um die Beziehungen zu normalisieren. Ebenso sei eine Delegation in der Türkei gewesen, um über den Airbus zu verhandeln. Für ihn stelle sich die Frage, ob es möglich sei, daß die Türkei an der Produktion des Airbus mit 5% wie Spanien beteiligt werden könne.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß dies eine interessante Frage sei, die er jedoch nicht über den Tisch hinweg beantworten könne. Er erwarte auch keine sofortige Antwort, fuhr Ministerpräsident *Özal* fort.

Ministerpräsident Özal sprach die Lage im Europäischen Parlament an. Er erinnerte daran, daß das Europäische Parlament beabsichtige, eine Delegation in die Türkei zu entsenden. Den Vorsitz dieser Delegation solle Herr Lemmer, Mitglied der CDU, übernehmen und Herrn Fellermaier ablösen. Er hoffe, daß dies zu einer Verbesserung der Beziehungen führen werde.[19]

Der *Bundeskanzler* sicherte zu, daß sein Mitarbeiter Teltschik mit Herrn Lemmer Kontakt aufnehmen werde, um über dieses gemeinsame Gespräch zu berichten.[20]

19 Eine Delegation des Europäischen Parlaments unter Leitung des Abgeordneten Fellermaier hielt sich vom 31. Januar bis 4. Februar 1984 in der Türkei auf. Referat 410 vermerkte dazu am 24. Februar 1984, Fellermaier sei „nicht von amtlichen Stellen" empfangen worden: „AM Halefoglu erklärte hierzu Botschafter Oncken, die Türkei sei nicht mehr bereit, ‚Inspektionen aus dem europäischen Bereich hinzunehmen'." Vgl. Referat 410, Bd. 136074.
Vom 16. bis 19. April 1984 besuchte eine Delegation des Europäischen Parlaments erneut die Türkei, wiederum unter Leitung Fellermaiers. Zum Programm gehörten Gespräche mit Ministerpräsident Özal und dem türkischen Außenminister Halefoglu. Vgl. dazu den Bericht der Delegation vom 24. April 1984; Referat 410, Bd. 136074.
Vom 5. bis 9. Februar 1985 war eine Delegation des Europäischen Parlaments unter Leitung des Abgeordneten Brok zu Gast in der Türkei.

20 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gespräch hat bereits stattgefunden."

Ministerpräsident *Özal* erklärte, daß er heute mit einer Reihe überraschender Angebote nach Bonn gekommen sei. Er wolle gerne wissen, ob es Chancen dafür gebe. Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er diese Vorschläge gerne aufgreifen werde, wenn sie zu einem Erfolg führen sollten. Er werde sich persönlich darum kümmern und beispielsweise in der Frage des Airbus mit Franz Josef Strauß sprechen. Ebenso werde der Bundeswirtschaftsminister die Vorschläge prüfen und so rasch wie möglich Nachricht geben. Seiner Ansicht nach hätten die Vorschläge durchaus politisch Pfiff.

Ministerpräsident *Özal* verwies noch einmal auf die persönliche Freundschaft des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand. Er wolle ihn deshalb fragen, ob der Bundeskanzler bereit sei, vor der Entscheidung über den Ankauf des Airbus noch einmal mit Präsident Mitterrand zu sprechen, um Frankreich zur Entwicklung normaler Beziehungen mit der türkischen Regierung zu bewegen. Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß sein Mitarbeiter Teltschik am kommenden Freitag[21] mit Kollegen aus dem Elysée zusammentreffen und die Gelegenheit gleich dazu nutzen werde, über diese Fragen zu sprechen.[22] Er selbst werde Präsident Mitterrand am 22. September in Verdun treffen[23] und ihm über das heutige Gespräch berichten. Was er dann am Ende tun werde, sei natürlich die Angelegenheit von Präsident Mitterrand. Die Tatsache, daß er jedoch einen Sonderbotschafter nach Ankara entsendet habe, könne als ein Zeichen dafür gewertet werden, daß er an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert sei. In diesem Zusammenhang würde es ihn interessieren, wie das Verhältnis mit Mrs. Thatcher sei. Dies könne für die Entscheidung über den Airbus ebenfalls von Bedeutung sein.

Ministerpräsident *Özal* erklärte, daß es keine Probleme mit der britischen Regierung gebe. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn Mrs. Thatcher die türkische Regierung in der Europäischen Gemeinschaft unterstützen würde. Dies wolle er erst einmal abwarten, erklärte der *Bundeskanzler*.

Ministerpräsident *Özal* unterstrich noch einmal, daß er Flugzeuge kaufen und auch bezahlen wolle. Der Weg könne aber nur über eine Erhöhung der türkischen Exporte führen.

Am Nachmittag werde er ein Gespräch mit Verteidigungsminister Wörner über Verteidigungsfragen führen. Er habe davon gehört, daß die Bundesregierung bereit sei, die nächste Tranche der Verteidigungshilfe in der Größenordnung von 130 Mio. DM beizubehalten. Er wolle jedoch darauf hinweisen, daß die Geldentwertung berücksichtigt werden müsse sowie die Tatsache, daß 50 Mio. von den 130 Mio. automatisch für die Wartung und für den Kauf von Ersatzteilen für die Transall-Maschinen aufgebracht werden müßten. Seine Militärs drängten deshalb auf eine Erhöhung der Militärhilfe.[24]

21 7. September 1984.

22 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist geschehen."

23 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

24 Vortragender Legationsrat Ehni teilte der Botschaft in Ankara am 26. Oktober 1984 mit: „Am 25.10. 1984 unterzeichneten StS Meyer-Landrut und der türkische Botschafter Işcen das 14. Tranchenabkommen über die Gewährung deutscher NATO-Verteidigungshilfe für die Türkei. Das Abkommen

Der *Bundeskanzler* verwies noch einmal auf die Ausführungen von Außenminister Genscher zu diesem Thema. Ministerpräsident Özal könne davon ausgehen, daß die Bundesrepublik die Türkei zu ihren ältesten Freunden zähle. Als es Deutschland ganz schlecht gegangen sei, hätten nur einige wenige Staaten Deutschland nicht vergessen. Dies würden auch die Deutschen nicht vergessen. Die Bundesrepublik Deutschland werde auch immer die geopolitischen Gegebenheiten der Türkei berücksichtigen. Er wisse deshalb, daß Freundschaft keine Einbahnstraße sein könne, dies gelte sowohl für den privaten wie für den politischen Bereich. Deshalb verfolge die Bundesregierung den Weg des Ministerpräsidenten Özal mit großer Sympathie. Er trage auch zum Nutzen der Bundesrepublik Deutschland bei. Er wisse deshalb, daß Freundschaft nicht immer nur mit materiellen Maßstäben zu werten sei. Andererseits bleibe er sich aber auch bewußt, daß eine wirtschaftlich schwache Türkei auch für Europa von größtem Nachteil sei. Dies gelte auch für eine militärisch schwache Türkei. Dies könnte sich zu einer Katastrophe für Europa auswirken. Die Bundesregierung sei deshalb an einer militärisch starken Türkei interessiert, nicht nur im Blick auf den direkten Nachbarn, sondern auch im Blick auf die internationale Lage generell. Es sei ja ein Datum für eine mögliche Erhöhung der Militärhilfe genannt worden. In diesem Zusammenhang erläuterte der Bundeskanzler die Verpflichtungen, die die Bundesrepublik im Bündnis in den nächsten Jahren auf sich nehmen müsse. Das genannte Datum 1986 sei deshalb nicht willkürlich gewählt. Er erwarte, daß die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt wieder eine gewisse Handlungsfähigkeit erreichen könne.

Außenminister *Genscher* sprach das Projekt einer dritten Telefonfabrik in der Türkei an. Er verwies darauf, daß auch an diesem Projekt deutsche Unternehmen interessiert seien. Auch hier überlege die Bundesregierung, ob und in welchem Maße deutsche Finanzmittel für die Produktion zur Verfügung gestellt werden könnten. Ministerpräsident *Özal* erklärte, daß er über dieses Projekt nicht unterrichtet sei, sich jedoch erkundigen werde.

Es sei das Ziel seiner Regierung, die Türkei wirtschaftlich und militärisch zu stärken, um die Verpflichtungen in der NATO erfüllen zu können. Er wisse, daß er sich dabei auf die deutschen Freunde verlassen könne. Die Bundesregierung könne ihm im besonderen dabei helfen, die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft zu verbessern. Man sollte sich dabei daran erinnern, daß es rund um die türkische Grenze brenne. Es sei der Türkei dennoch gelungen, mit allen Nachbarn gute Beziehungen zu unterhalten; ausgenommen seien Griechenland und die Sowjetunion. Die Beziehungen zum Iran und Irak seien gut. Dies gelte auch für Saudi-Arabien und Libyen.

Seine Regierung unternehme alles, die Beziehungen zu Griechenland zu verbessern. Beispielsweise habe seine Regierung den Devisenzwang für Griechen aufgehoben, um ein besseres Verständnis zu fördern. Er habe auf diese Entscheidung jedoch noch keine Antwort erhalten, er wolle aber mit Nachdruck darauf hinweisen, daß er die Beziehungen verbessern wolle.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1069

sieht Lieferungen aus deutscher Produktion und Überschußmaterial in Höhe von DM 130 Mio. (Laufzeit: 18 Monate) vor." Vgl. den Drahterlaß; Referat 209, Bd. 128396.

Ministerpräsident Özal erinnerte an die große türkische Gruppe, die in der Bundesrepublik Deutschland lebe. Berlin sei die drittgrößte türkische Stadt, warf der *Bundeskanzler* ein. Ministerpräsident *Özal* beklagte, daß von dieser in Deutschland lebenden türkischen Gruppe eine große Propaganda gegen die Türkei ausginge. Die Bundesregierung sollte nicht auf diese Propaganda hereinfallen. In diesem Zusammenhang zeigte sich Ministerpräsident Özal besorgt, daß die Aufenthaltsgenehmigung für türkische Terroristen verlängert worden sei.[25] Er befürchte, daß diese Leute sich zu einem Problem für die Bundesrepublik Deutschland entwickeln werden. Sie könnten nicht mit den türkischen Arbeitnehmern verglichen werden.

Außenminister *Genscher* erinnerte an die beiden Türkei-Berichte der Bundesregierung.[26] Er schlug vor, daß der türkische Botschafter seinen Ministerpräsidenten über diese Berichte, die sehr objektiv seien, unterrichte.

Der *Bundeskanzler* sprach noch einmal die beabsichtigte Pressekonferenz von Ministerpräsident Özal an. Er müsse damit rechnen, in dieser Pressekonferenz provoziert zu werden. Ministerpräsident *Özal* erwiderte, daß der Bundeskanzler unbesorgt sein solle.

Zum Abschluß lud er den Bundeskanzler in die Türkei ein. Es seien bereits drei türkische Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland gewesen[27], jedoch noch kein Bundeskanzler in der Türkei[28].

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die freundliche Einladung. Er sei bereit, sie in absehbarer Zeit anzunehmen.[29] Er kenne die türkische Geschichte sehr gut und habe viel Sympathie für dieses Land.

VS-Bd. 14125 (010)

25 Das Bundesministerium des Innern teilte dem Bundeskanzleramt am 30. August 1984 mit: „In der Presse wurde mehrfach darüber berichtet, daß den türkischen Terroristen, die im November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln besetzten, politisches Asyl gewährt worden ist." Die Presseberichte seien zutreffend. Zehn der elf Konsulatsbesetzer seien als Asylberechtigte anerkannt worden: „Nach der Rechtsprechung von Bundesverfassungs- und Bundesverwaltungsgericht ist Art. 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz weit auszulegen. Erfaßt werden alle denkbaren Fälle politischer Verfolgung. […] Der Schutz des Asylrechts erstreckt sich daher auch auf ausländische Terroristen, sofern sie begründete Furcht haben, in ihrer Heimat politisch verfolgt zu werden." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151035.

26 Für den Wortlaut der Berichte der Bundesregierung vom 2. Dezember 1982 bzw. vom 10. Februar 1984 zur Entwicklung in der Türkei vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 289, Drucksache Nr. 9/2213, bzw. BT DRUCKSACHEN, Bd. 301, Drucksache Nr. 10/998.

27 Ministerpräsident Demirel besuchte die Bundesrepublik vom 9. bis 13. Mai 1967.
Vom 10. bis 13. Mai 1978 hielt sich Ministerpräsident Ecevit in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 146 und Dok. 147.

28 Bundeskanzler Adenauer war vom 18. bis 26. März 1954 zu Gast in der Türkei.
Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 5. bis 9. September 1968 in der Türkei auf. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 285.
Bundeskanzler Schmidt besuchte die Türkei vom 27. bis 29. Mai 1976. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 160–162.

29 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 12. Juli 1985 in der Türkei auf. Vgl. dazu die Gespräche Kohls mit Ministerpräsident Özal am 10. Juli 1985 in Ankara und mit Präsident Evren am 11. Juli 1985 in Istanbul; AAPD 1985.

230

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3343/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. September 1984, 16.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3822 **Ankunft: 6. September 1984, 22.40 Uhr**

Betr.: BM-Besuch in Warschau[2];
hier: Überlegungen zu NATO-Erörterung

Bezug: DB 3613 vom 20.8.84 – Pol 322.00 POL VS-NfD[3]

Zur Unterrichtung

Die für Ost- und Westpolitik zuständigen Deputy Assistant Secretaries of State, Palmer und Niles, sprachen Gesandten POL[4] gestern (5.9.) bei getrennten Gesprächen beide auf bevorstehenden Besuch des Bundesministers in Warschau an und deuteten erneut, wie schon Leiter Osteuropareferat[5] (vgl. Bezugsbericht), Vorbehalte bei politischer Spitze des Hauses an. Dabei gehe es nicht – so unsere Gesprächspartner – um den Nutzen dieses Besuchs im Verhältnis zu Polen, der nicht bestritten werde, sondern um die Gültigkeit von Bündnisbeschlüssen: Der Bundesminister werde aller Voraussicht nach der erste Außenminister ei-

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 7. September 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte: „1) Haben wir bei Ostkontakten nicht immer Gesprächsmöglichkeit auf polit[ischer] Ebene zur Behandlung von Problemen offengehalten (jedenfalls war das mit SU so)? 2) Einladungen nach Polen sind doch auch v. anderen AM bereits angenommen worden. Wir liegen vielleicht zeitlich davor, aber nicht, was die polit. Entscheidung anbetrifft."
Hat Pfeffer am 10. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Fragen des StS habe ich in D[irektoren]B[esprechung] beantwortet."
Hat Vortragendem Legationsrat von der Heyden vorgelegen.

2 Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 21. August 1984 für Bundesminister Genscher: „Nach über dreijähriger Unterbrechung der regulären bilateralen Konsultationen auf Ministerebene sollte Ihre Reise nach Polen gegenüber früheren Besuchen in ihrer Bedeutung politisch hervorgehoben werden. […] Ihr bevorstehender Besuch sollte neben Warschau (zwei Tage) auch Krakau (ein Tag einschl[ießlich] des Rückfluges) umfassen. Ihrem Wunsch entsprechend, sollte in Krakau ein Vortrag an der Jagiellonischen Universität vorgesehen werden, in dem Sie nicht nur zum Stand der West-Ost-Beziehungen sprechen und das grundsätzliche Verständnis der Bundesregierung von den Ostverträgen, insbesondere vom Warschauer Vertrag, erneut darlegen, sondern auch die deutsch-polnischen Beziehungen vor dem Hintergrund der mitteleuropäischen Geschichte und der historischen Bedeutung Krakaus würdigen könnten. […] Entsprechend dem Ablauf während Ihres letzten Besuches sollten Vertreter der unterschiedlichen Oppositionsgruppen und unabhängiger Kreise zu Ihrem Gegenempfang eingeladen werden". Vgl. Referat 214, Bd. 133043.

3 Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 21. August 1984, das amerikanische Außenministerium sei über eine „möglicherweise bevorstehende Terminvereinbarung" für einen Besuch des Bundesministers Genscher in Polen unterrichtet worden: „Referatsleiter Osteuropa war sehr befriedigt über heute erfolgte Unterrichtung, ließ aber dieselben Zweifel erneut anklingen. Hinweisen des Mitarbeiters auf veränderte Lage in Polen und auf Andreotti-Besuch begegnete er mit der Bemerkung, State Department sehe den Besuch an sich durchaus als sinnvoll an, frage sich aber, ob der bewußte NATO-Beschluß damit nicht allzu offensichtlich unterlaufen werde." Wallau urteilte: „Wir fangen diesen diffusen und eher formalen als inhaltlichen amerikanischen Einwand am besten durch besonders sorgfältige Unterrichtung der USA über den Fortgang der Besuchsvorbereitungen auf." Vgl. Referat 214, Bd. 133043.

4 Gerhard Henze.

5 Richard E. Combs.

nes NATO-Mitgliedstaates sein, der von der Festlegung des Bündnisses[6] gegen hochrangige politische Kontakte mit Polen abgehe.[7] Beide Gesprächspartner meinten, Erörterung im NATO-Kreise könnte sinnvoll sein. Dabei verwiesen sie auf (hier nicht bekannte) britische Vorstöße zur Modifizierung des Bündnisbeschlusses.

Wir erwiderten, daß Aufhebung des Bündnisbeschlusses u. U. Probleme aufwerfen könne, und sprachen auf persönlicher Basis den Gedanken einer Zusatzformel an, die auf die jeweils aktuellen Bedingungen in Polen abstellt. Dem stimmten Gesprächspartner zu.

Wir sollten prüfen, ob wir nicht die Bedenken der Amerikaner hinsichtlich des Bündnisbeschlusses ausräumen können durch eine „Ausweitung" der Bündnisformel – für die wir vermutlich von GB, F, I und anderen Bündnispartnern Unterstützung erhielten –, etwa in Form einer Fortschreibung des Beschlusses.[8]

[gez.] van Well

VS-Bd. 13410 (214)

6 Im Kommuniqué der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel bekräftigten die NATO-Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit, „daß die Qualität ihrer Beziehungen mit dem Militärregime in Polen die derzeitige anomale Situation und die Tatsache widerspiegeln muß, daß sie sich weigern, diese Lage als dauerhaft zu akzeptieren". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 169.

7 Vortragender Legationsrat Weiß vermerkte am 22. August 1984 handschriftlich: „Der NATO-Beschluß vom 11.1.82 heißt nicht: ‚Keine Ministerkontakte', sondern Anpassung der Beziehungen an die Situation in Polen". Vgl. Referat 214, Bd. 133043.

8 Mit Schreiben vom 12. September 1984 teilte Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Shultz mit, es erscheine ihm gegenwärtig „besonders wichtig, den Gesprächsfaden mit den kleineren Mitgliedstaaten des WP nicht abreißen zu lassen. Ich möchte vermeiden, daß in diesen Ländern der Eindruck entsteht, der Westen lasse sie allein und gehe auf ihren Wunsch nach Fortsetzung von Dialog und Zusammenarbeit nicht ein." Sein Besuch in Warschau sei „fest" eingeplant: „Die von uns allen begrüßte jüngste Entwicklung in Polen, d. h. vor allem die im Juli angekündigte Amnestie, bestärkt mich in meiner Absicht, bei der polnischen Führung auf weitere Schritte zu drängen, um die von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und der polnischen Bevölkerung insgesamt erhoffte innerpolnische Verständigung voranzubringen. […] Wir waren uns im Bündnis einig, daß wir auf positive Schritte in Polen positiv reagieren sollten. Positiv bewerte ich u. a. die polnische Gesetzgebung für das kirchliche Landwirtschaftsprojekt, eine Frucht des Dialoges zwischen Kirche und Staat zugunsten der Menschen in der privaten Landwirtschaft." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6106 des Ministerialdirektors Pfeffer vom selben Tag an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

231

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3357/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1481
Citissime

Aufgabe: 7. September 1984, 19.30 Uhr[1]
Ankunft: 7. September 1984, 19.49 Uhr

Betr.: KVAE;
hier: Sitzung des NATO-Rats mit KVAE-Delegationsleitern am 7.9.1984

Bezug: DB Nr. 1474 vom 6.9.1984 – I-373.16-3284/84 VS-v[2]

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Weisung

I. Zusammenfassung

1) Der GS[3] faßte Ergebnis der Sitzung des NATO-Rats mit den KVAE-Delegationsleitern am 7.9. wie folgt zusammen:

a) Vordringliche Aufgabe sei es, das westliche Maßnahmenpaket fertigzustellen.

b) Gleiches gelte für das „draft concluding document".

c) Allianz habe Arbeiten zur Formulierung einer gemeinsamen Position zum Thema Gewaltverzicht (GV) fortzuführen.

d) Auch zum Thema „constraints" müsse eine gemeinsame Position erarbeitet werden.

Der GS bestätigte Auftrag an Politischen Ausschuß, britischen Vorschlag auf Erarbeitung einer Studie zur voraussichtlichen sowjetischen Verhandlungsstrategie aufzunehmen.

Abschließend stellte der GS fest, daß es angesichts der Bedeutung der KVAE in besonderem Maße darauf ankomme, sich um eigene öffentliche Meinung zu bemühen. Gerade für den Fall mangelnder Fortschritte in der nächsten Runde[4] gelte es, klarzumachen, wessen Verantwortung dies sei.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.
Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar vorgelegen.

2 Botschafter Citron, z. Z. Brüssel, berichtete: „Zur Vorbereitung der dritten Runde der KVAE konsultierten am 6.9.84 die westlichen Delegationsleiter in Brüssel. Wichtigstes Thema war die Frage, ob, wann und wie der im Bündnis beratene, von den USA eingebrachte Entwurf für ein Abschlußdokument in Stockholm eingeführt werden sollte. Gegenüber dem amerikanischen Drängen, den Entwurf bald und vollständig in die KVAE einzubringen, stellten wir einen mit Frankreich vorbesprochenen Kompromißvorschlag entgegen; dieser läuft darauf hinaus, nur eine der Maßnahmen illustrativ in der nächsten Runde zu einem noch offenen Zeitpunkt (falls möglich, in der zweiten Woche) einzuführen. Es solle sich um die Notifizierungsmaßnahme, das Herzstück des westlichen Vorschlags, handeln. Dieser Vorschlag wurde von der großen Mehrheit (außer NO und GR) unterstützt. […] In dieser Situation lenkte der amerikanische DL Goodby ein und deutete an, daß er in der Ratssitzung am 7.9.84 positiver auf diesen Kompromißvorschlag reagieren könnte." Vgl. VS-Bd. 13372 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Lord Carrington.

4 Die dritte Runde der KVAE fand vom 11. September bis 12. Oktober 1984 in Stockholm statt. Vgl. dazu Dok. 275.

2) Aus der vorhergehenden Debatte, die auch die Ergebnisse der Konsultationen der westlichen Delegationsleiter vom 6.9.1984 bestätigte (vgl. Bezugs-DB), hebe ich hervor:

a) Es zeichnet sich ein Konsens ab, Entwurf eines Schlußdokuments schrittweise in Verhandlungen einzuführen, wobei voraussichtlich mit Maßnahme 3 der Anfang gemacht werden wird. Der Zeitpunkt hierfür solle im Lichte des Verhandlungsverlaufs von den Delegationsleitern bestimmt werden.

b) Klärung der verbliebenen Sachfragen und Fertigstellung des Entwurfs eines Schlußdokuments haben hohe Priorität. Hierbei sind Kompromisse zwischen fortbestehenden divergierenden Auffassungen zu finden. Der Zeitpunkt wurde unterschiedlich bewertet.

c) Aussichten für dritte Runde werden wegen erwarteter sowjetischer Inflexibilität allgemein eher pessimistisch beurteilt. Allerdings wird Möglichkeit sowjetischen Einlenkens oder erhöhter Aktivität nicht ausgeschlossen.

d) Zur Frage GV bestehen weiterhin unterschiedliche Tendenzen. Die Diskussion hat jedoch an kontroversem Charakter verloren. Problemabgrenzung durch Dok. POLADS (84) 30[5] wurde allgemein positiv gewertet.

e) Hinsichtlich des Themas „constraints“ wurde verschiedentlich Kritik daran geäußert, daß Arbeiten an gemeinsamer Allianzposition nur langsam voranschreiten. Dies sei verhandlungstaktisch, insbesondere gegenüber den N+N-Staaten, von Nachteil. Aus militärischer Sicht (MC/IMS) sind „constraints“ eindeutig von Nachteil für den Westen. Dies wurde in Sitzung am 7.9. sehr deutlich.

II. Beiträge im einzelnen

1) Kanadischer KVAE-Delegationsleiter[6] faßte einleitend als gegenwärtiger Vorsitzender des westlichen KVAE-Caucus Ergebnisse der Beratungen vom Vortag (vgl. Bezugs-DB) zusammen:

a) Für den Westen gehe es angesichts der zu erwartenden starren Haltung des Ostens darum, offene, vernünftige und verhandlungsbereite Grundeinstellung zu demonstrieren.

Mittels des Entwurfs eines Schlußdokuments solle Initiative zur Substanz ergriffen werden. Allerdings sollte nicht das gesamte Verhandlungskapital auf einmal eingebracht werden. Vordringliche Aufgabe sei Fertigstellung des westlichen Pakets. Es sei in gewisser Weise absurd, andere Seite zur Sachdiskussion aufzufordern, wenn eigene Position noch nicht geklärt.

b) Vom WP sei in beiden nächsten Runden wohl kaum eine Änderung der starren Haltung zu erwarten, allenfalls eine gewisse Kompromißbereitschaft bei einigen WP-Staaten.

c) Hinsichtlich der N+N-Staaten sei völlige Uneinigkeit zu konstatieren. Eine gemeinsame Position gebe es allenfalls zur Frage des Verfahrens und im Wunsch nach einer Substanzdiskussion.

d) Was die Verfahrensfrage betreffe, so müsse sich der Westen verhandlungstaktisch darum bemühen, daß nächste Runde nicht durch Prozeduraldebatte

5 Für das Dokument „CDE: Non-Use of Force“, das den Mitgliedern des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene (SPC) der NATO am 28. August 1984 zugeleitet wurde, vgl. VS-Bd. 10741 (201).

6 William Thomas Delworth.

beherrscht werde. Schwedischer Kompromißvorschlag[7] sei weiterhin grundsätzlich positiv zu bewerten. Solange es keine Einigung über AG-Struktur gebe, sei Plenum als De-facto-Arbeitsgruppe zu betrachten.

e) In der Öffentlichkeitsarbeit habe man die langfristigen Perspektiven der Konferenz herauszustellen.

2a) Ich erklärte zur voraussichtlichen Haltung der SU, daß man sie nicht zu einseitig als unter allen Umständen negativ einschätzen sollte, das gegenwärtige Bild sei nicht eindeutig. Man müsse den möglichen Propagandacharakter mancher sowjetischer Äußerung in Rechnung stellen. Jedenfalls sollte der Westen auf ein mögliches Einlenken bzw. auf sowjetische Verhandlungsaktivität (Entwürfe) vorbereitet sein. In diesem Sinne äußerten sich auch Ständiger Vertreter I[8] und Botschafter Goodby.

b) Zum Thema GV begrüßte ich Dok. POLADS (84) 30, das zwar noch keine Allianzposition definiere, aber die Probleme gut herausarbeite. Der Westen sei gut beraten, konkrete VSBM anzustreben, die dann zu einer Bestätigung des GV führen könnten. Sowjetischer GV-Vorschlag werde voraussichtlich darauf abzielen, non-first-use of nuclear arms, kernwaffenfreie Zonen und Zonen ohne chemische Waffen in die Vereinbarung einzubringen. Solche Bemühungen gelte es zurückzuweisen. Hierin stimmte mir Delegationsleiter E[9] zu.

[10]c) Ich unterstrich das Bedürfnis, im Interesse der Bündnissolidarität Paket fertigzustellen. Worauf es ankäme, sei[11], die verbleibenden Differenzen zu überbrücken, nicht einseitige Lösungen anzustreben. Hierin unterstützte uns B. In diesem Zusammenhang sprach ich auch die noch offenen Fragen Materialparameter, Inspektionsquoten und Informationsschwelle an.

d) Zur Frage der Einführung des Entwurfs eines Schlußdokumentes wiederholte ich unsere Bedenken gegen Einführung des gesamten Papiers und drückte unsere Präferenz für stückweise (piecemeal) Einführung aus. In diesem Sinne äußerten sich auch NL, GB, I, B, TUR, PTG und NWG, wobei verschiedentlich Maßnahme 3 genannt wurde.

3) Ständiger Vertreter GB[12] stellte fest, daß der Westen sowjetischen Zielen und Taktik in gewissem Maße Rechnung zu tragen hätte. Beispiel dafür sei Reagans Rede in Dublin.[13] Er rege deshalb an, im Politischen Ausschuß sowjetische Vorschläge für Stockholm[14], aber auch Prager Erklärung[15] zu analysieren, um Entwicklungslinien und Ansatzpunkte für westliche Taktik zu finden. Ferner sei zu überlegen, wie N+N-Staaten als Hebel einzusetzen seien, und ein

7 Zum schwedischen Vorschlag der Bildung von zwei Arbeitsgruppen vgl. Dok. 191, Anm. 12.

8 Sergio Romano.

9 Máximo Cajal y López.

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1482 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Korrigiert aus: „sei es“.

12 John Graham.

13 Zur Rede des Präsidenten Reagan vom 4. Juni 1984 vgl. Dok. 167.

14 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 8. Mai 1984 für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vgl. Dok. 124, Anm. 12.

15 Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 anläßlich seiner Tagung am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 104–116. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 40.

„strategisches Konzept“ auszuarbeiten. Hierzu wird für Politischen Ausschuß am 11.9.1984 um Weisung gebeten.

4) Ständiger Vertreter Italiens äußerte sich zum Thema GV nur in allgemeiner Form, indem er auf Ziffer 11 der Washingtoner Erklärung[16] und die Rede Reagans in Dublin hinwies und erklärte, Westen solle zur Antwort auf sowjetische Vorschläge bereit sein.

5 a) Für USA betonte Delegationsleiter Goodby Interesse schneller Fertigstellung des Maßnahmenpakets und des Entwurfs für Schlußdokument. Dieser Entwurf sei „for inclusion“ in endgültiges Schlußdokument gedacht, er solle nicht für sich allein integrales Abschlußdokument darstellen. Zur Frage der Einführung unterstützte er den schrittweisen Ansatz nicht ausdrücklich, gab aber durch Bezug auf „emerging consensus“ zu verstehen, daß USA diesen Ansatz wohl akzeptieren wird.

b) GV könne unter Verwendung der Sprache der UN-Charta[17] und der Schlußakte[18] als integraler Teil des Schlußdokuments berücksichtigt werden.

c) Sein Treffen mit Grinewskij bewertete er nicht als „negativ“, sondern als nützlich. Grinewskij habe nur Aussichten für nächste Verhandlungsrunde, nicht aber längerfristige Perspektive negativ dargestellt. Er habe ferner Probleme in der Moskauer Entscheidungsfindung angedeutet.[19]

d) Seine Reise durch osteuropäische Hauptstädte habe teilweise größere Aktionsbereitschaft erkennen lassen.[20] Verschiedentlich sei vorgeschlagen worden, im Rahmen eines GV-Vertrages Verfahren zur friedlichen Streitbeilegung aufzunehmen. Ein anderer Vorschlag sei gewesen, einen „consultative mechanism“ als Verifikationsmaßnahme im GV-Kontext zu prüfen. Wiederholt seien das Einfrieren von Militärhaushalten und kernwaffenfreie Zonen genannt worden, „non-first-use of nuclear arms“ habe in allen Gesprächen Erwähnung gefunden.

6 a) Ständiger Vertreter F[21] empfahl Wachsamkeit beim Thema GV. Der Westen solle seine Bereitschaft zum Eingehen auf GV (parallel zur Erörterung konkreter VSBM) als Verhandlungskapital nicht frühzeitig verschwenden.

b) Er wiederholte nicht mehr frühere Position, gesamten Entwurf des Schlußdokuments frühzeitig einzuführen, sondern verwies insofern ebenfalls auf Möglichkeit der Teileinführung von Maßnahme 3. Daher sei Einigung über offene Sachfrage in dieser Maßnahme besonders dringlich.

7) Ständiger Vertreter NL[22] und B[23] kritisierten ausdrücklich amerikanisches

16 Für den Wortlaut von Ziffer 11 der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 136. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 369.

17 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

18 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

19 Der Leiter der amerikanischen KVAE-Delegation, Goodby, traf mit seinem sowjetischen Kollegen Grinewskij am 21./22. August 1984 in Washington zusammen.

20 Der Leiter der amerikanischen KVAE-Delegation, Goodby, hielt sich zwischen dem 27. August und 6. September 1984 in Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Österreich und der DDR auf.

21 Jean-Marie Mérillon.

22 Jakob G. N. de Hoop Scheffer.

23 Juan Cassiers.

Vorhaben, durch Definitionsverzicht auf Lösung des Problems der Informationsschwelle in Maßnahme 1 zu verzichten. Eine solche Aufgabe des Konsensprinzips sei abzulehnen.

8) B, F, GB, NL und I sprachen sich für beschleunigte Bemühungen um eine gemeinsame Allianzposition zum Thema „constraints“ aus. Dies sei angesichts des Interesses der N+N-Staaten an diesem Thema von besonderer Wichtigkeit. USA hielten dem entgegen, daß hierfür zunächst militärische Bewertung erforderlich sei.

9) Allgemein wurde betont, daß der Westen sich in nächster Runde in ausgewogener Weise sowohl zu Substanz- wie auch zu Prozeduralfragen äußern müsse. Die Verfahrensfrage dürfe nicht mehr einseitig im Vordergrund stehen. Der schwedische Kompromißvorschlag zur Arbeitsgruppenbildung sei weiterhin grundsätzlich positiv zu bewerten.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13372 (212)

232

Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3617 **Aufgabe: 11. September 1984, 18.15 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 11. September 1984, 17.51 Uhr**

Betr.: Verschiebung des Honecker-Besuchs[2]

Bezug: DB Ständige Vertretung Nr. 1465 vom 5.9.1984[3]

Zur Unterrichtung

Im Hinblick auf bevorstehende Sitzung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages wird Vorberichterstattung der Botschaft wie folgt zusammengefaßt:

1 Hat Vortragendem Legationsrat Mulack am 12. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastrup verfügte.
Hat Kastrup am 12. September 1984 vorgelegen.

2 Am 5. September 1984 wurde berichtet, der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt, habe am Vortag im Anschluß an ein Treffen mit Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, die Erklärung abgegeben, „daß man davon ausgehen kann, daß der von der Bundesregierung ins Auge gefaßte Termin für einen Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR nun schon nicht mehr real ist. […] Es ergebe sich, daß Stil und öffentliche Auseinandersetzung in der BRD im Zusammenhang mit dem ursprünglich ins Auge gefaßten Besuch äußerst unwürdig und abträglich […] sowie für den Umgang zwischen souveränen Staaten absolut unüblich seien.“ Vgl. den Artikel „Erklärung von Botschafter Moldt in Bonn“; NEUES DEUTSCHLAND vom 5. September 1984, S. 1.

3 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete: „Über die Hintergründe und Vorgänge, die zu der Verschiebung des Honecker-Besuches geführt haben, gibt es hier noch keine gesicherten Erkenntnisse. […] Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die im Frühjahr 1984 erfolgte Abstimmung des Honecker-Besuches mit Moskau im Juli von der sowjetischen Seite wieder in Frage gestellt worden

I. Ost-West-Umfeld des Besuchs

1) Im Gefolge der INF-Nachrüstung in Westeuropa liefen Politiken der SU und ihrer WP-Verbündeten gegenüber dem Westen auseinander: SU verweigerte USA die Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen[4] und sah innerdeutsche Beziehungen durch „Palisadenzaun aus Raketen“ schwer beeinträchtigt. DDR – flankiert insbesondere von Rumänien und Ungarn – setzte auf Fortsetzung des Rüstungskontrolldialogs „jetzt erst recht“ und „Schadensbegrenzung“ im innerdeutschen Verhältnis. Ungarische Partei steuerte als theoretisches Element „besondere Rolle der mittleren und kleinen Staaten in schwieriger internationaler Lage“ bei. Diese Entwicklung stellte Hegemonial- und Führungsrolle der SU im Blick sowie Glaubwürdigkeit ihrer Propaganda in Frage.[5]

2) In dieser Lage reagierte SU – abzulesen am Propagandapegel – besonders heftig und empfindlich gegenüber Feststellungen, internationale Lage sei durch Nachrüstung nicht schwerwiegend beeinträchtigt, sowie gegen „Differenzierungsversuche“ westlicher Staaten im WP. In erster Hinsicht waren BK und BM seit Jahresanfang Ziele sowjetischer Angriffe. In zweiter Hinsicht spannt sich konsequenter Bogen von Moskauer Irritationen nach Wiener Rede Vizepräsident Bushs[6] über WP-AM-Tagung Budapest[7] und RGW-Gipfel[8] bis zu Rede Gorbatschows in Sofia am 8.9.1984[9] (gegen Versuche der Imperialisten, mit „Belohnungen“ und „Bestrafungen“ sozialistische Länder zu spalten).

3) Fortgesetzte Besuchsdiplomatie zwischen ost- und westeuropäischen Ländern stieß in dieser Optik von Anfang an auf Moskauer Bedenken. Denn sie war besonders geeignet, Moskauer Verweigerungspolitik zu konterkarieren und Propagandathesen („Vereisung“, „Kriegsgefahr“) zu widerlegen. Zur Disziplinierung im Block wurde deshalb seit WP-AM-Treffen Budapest sowie Jaruzelskis Besuch in Moskau[10] Kampagne gegen Revanchismus eröffnet, die sich wieder-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1078

ist. Es scheint, daß der Besuch zumindest von Teilen der sowjetischen Führung seitdem nicht mehr als opportun angesehen wurde. Dafür können mehrere Gründe ausschlaggebend gewesen sein. In erster Linie geht es Moskau wohl darum, den Eindruck einer Abschwächung der harten sowjetischen Linie gegenüber Washington und seinen Hauptverbündeten zu vermeiden. Ferner hätte der Honekker-Besuch in einem auffallenden Kontrast zu der Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland gestanden, die wohl längerfristig auch mit dem Blick auf den 40. Jahrestag des sowjetischen Sieges über Deutschland angelegt ist. Eine Rolle mag schließlich gespielt haben, daß es schon in der vorangegangenen Zeit in anderen deutsch-deutschen Fragen Abstimmungsprobleme zwischen Moskau und Ost-Berlin gegeben hat. Hinter diesen Erwägungen steht wohl generell ein zunehmendes sowjetisches Mißtrauen gegenüber der deutsch-deutschen Dynamik.“ Vgl. Referat 210. Bd. 139185.

4 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

5 So in der Vorlage.

6 Der amerikanische Vizepräsident Bush besuchte Österreich am 21. September 1983 und hielt in Wien eine Rede über die amerikanische Politik gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 83 (1983), Heft 2080, S. 19–23.

7 Am 19./20. April 1984 fand in Budapest eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt.

8 Vom 12. bis 14. Juni 1984 fand in Moskau eine Konferenz der Staats- und Parteichefs der RGW-Mitgliedstaaten statt.

9 Korrigiert aus: „7.9.1984“.
Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, „anläßlich des 40. Jahrestages der sozialistischen Revolution in Bulgarien“ vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 73–82.

10 Ministerpräsident Jaruzelski besuchte die UdSSR am 4./5. Mai 1984.

um zunächst auf uns konzentrierte, inzwischen aber auf Japan (nördliche Territorien) und China (strittige Grenzgebiete) sowie auf USA (Äußerungen Präsident Reagans[11] und AM Shultz[12] zu Jalta) ausgedehnt wird.

Honecker-Besuch mußte in Moskauer Augen zusätzlich auf Widerstand stoßen, als

– Bestätigung von Heimatgefühl zum falschen Zeitpunkt und in falscher Richtung (zugleich Verstoß gegen Komment kommunistischer Staatsführer, die keine öffentlichen Emotionen zeigen) und
– Auslöser unterschwelliger Befürchtungen vor unkontrollierten gesamtdeutschen Entwicklungen und damit „Gefährdung" der sowjetischen Kriegsbeute (emotional-propagandistische Querverbindung zu Kampagne zum 40. Jahrestag des „großen Sieges").

II. Indizien

Nicht durch offenkundige Tatsachen, aber durch starke Indizien wird belegt, daß Honecker seinen Besuch aufgrund sowjetischer Vorbehalte und – wahrscheinlich – aufgrund sowjetischen Drucks verschoben hat.

1) Treffen Tschernenko–Honecker (Moskau 14.6.1984)

Bei Begegnung am Rande des RGW-Gipfels wurde laut TASS – Sprecher nicht genannt, zu vermuten aber Eröffnung Tschernenkos – festgestellt, daß INF-Stationierung, insbesondere in der „BRD", Kriegsgefahr drastisch erhöht habe und daß militärische Vorbereitungen der NATO Aktivierung revanchistischer Kreise in der „BRD" fördern.

Es ist unvorstellbar, daß bei dieser thematischen Vorgabe Honecker-Besuch bei uns nicht besprochen worden ist. Honecker muß jedenfalls Eindruck mitgenommen haben, daß SU – trotz skizzierter Vorbehalte – Besuch zumindest hinzunehmen bereit war.

Tschernenko führte übrigens – laut Zeitungsfoto – Gespräch nur in Begleitung seines Beraters Scharapow, nicht des Deutschlandexperten Alexandrow.

11 Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 20. August 1984: „Präsident Reagan wies in einer Ansprache [am] 17.8. Vermutung zurück, die USA hätten mit dem Jalta-Abkommen ihr Einverständnis zu Aufteilung Europas in Interessensphären gegeben. Vielmehr lese er das Abkommen als noch nicht eingelöste Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten zur Redemokratisierung aller von deutscher Besatzung befreiter Länder. […] Ein unmittelbarer außenpolitischer Anlaß für Reagans Ausführungen ist nicht zu erkennen und wird auch vom State Department uns gegenüber verneint. Am plausibelsten erscheint es, das Motiv in der Innenpolitik zu suchen: Die hier sehr einflußreichen polnischen Exilgruppen äußern gelegentlich die Vermutung, die Reagan-Administration habe Osteuropa letztlich doch abgeschrieben. Zur Entkräftung solcher Zweifel – zumal in einem Wahljahr – bot sich der 40. Jahrestag des Warschauer Aufstandes an. Neu im Kontext des Jalta-Abkommens, wenn auch im übrigen ganz auf der Linie früherer ostpolitischer Äußerungen des Präsidenten, ist dessen Inanspruchnahme als Quasigarantie für Systemveränderungen in Osteuropa." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3610; Referat 213, Bd. 139346.
Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 17. August 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 1141–1144.

12 In seiner Rede am 20. August 1984 in Chicago führte der amerikanische Außenminister Shultz aus: „We will never accept the idea of a divided Europe. Time is not on the side of imperial domination. We may not see freedom in Eastern Europe in our lifetime. Our children may not see it in theirs. But someday it will happen. The world's future is a future of freedom." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2091, S. 20.

2) Zweiter Großkredit (Juli 1984)[13]

Kreditverhandlungen, nicht aber Abschluß der Kreditvereinbarung, wurden von SU-Medien erwähnt. Aufgrund dabei geltend gemachter sowjetischer Einwände gegen „politische Zinsen" könnte DDR Rückzieher hinsichtlich Einbeziehungen der Berliner gemacht haben – möglicherweise in der Hoffnung, diese „Verhärtung" werde Moskau zufriedenstellen.

3) Prawda-Artikel (27. Juli und 2. August 1984)[14]

Daß Moskau weiterhin „die ganze Richtung nicht paßte", bewies dann Prawda mit zu Recht als präzedenzlos empfundenen deutschlandpolitischen Artikeln. Damit unternahm Moskau – neben propagandistischem Rundumschlag uns gegenüber – massiven Versuch,

– „Schadensbegrenzung" durch Verbündete auf eigene Faust abzublocken und sich selbst Angabe von Gang- und Tonart im Ost-West-Verhältnis vorzubehalten,
– „politische Zinsen" für Westkredite – nicht nur an DDR, sondern auch an weitere WP-Staaten (Polen – IWF[15]) – zu verhindern,
– Opposition gegen DDR-Ausreisepolitik anzumelden,
– eventuellen Besuch Honeckers an erhöhten Forderungskatalog (Gera[16]) zu binden und diesen zum Erfolgsmaßstab zu machen,
– eigene vertragliche Verpflichtungen im Ost-West-Gefüge zu unterlaufen: Polemik gegen Artikel 7 der Washingtoner Erklärung der NATO-AM[17], der „Brief zur deutschen Einheit"[18] paraphrasiert.

4) Honecker-Interview (Neues Deutschland, 18./19. August 1984[19])

In TASS-Wiedergabe des Interviews werden Honecker-„Markenzeichen" wie „Schadensbegrenzung" und „jetzt erst recht" sowie alle Elemente des deutsch-deutschen Verhältnisses und eigenständiger DDR-Dialogpolitik zensiert. Interview erhält dadurch moskauorthodoxe Schlagseite. Summe der Kürzungen und Zensierungen ist als eindeutige sowjetische Distanzierung von den politischen Inhalten der fehlenden Passagen zu werten.

13 Zu den „Milliardenkrediten" an die DDR vom Juni 1983 bzw. Juli 1984 vgl. Dok. 15, Anm. 10, und Dok. 202, Anm. 4.

14 Für den deutschen Wortlaut der Artikel vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 605–610 bzw. D 614 f.

15 Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 90, Anm. 22.

16 Am 13. Oktober 1980 nannte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bei einer Rede in Gera folgende Bedingungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR: die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und damit zusammenhängend den Verzicht, Reisepässe der Bundesrepublik an Bürger der DDR auszugeben, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Bonn bzw. Ost-Berlin in Botschaften sowie die Regelung des innerdeutschen Grenzverlaufs im Bereich der Elbe. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 305 und Dok. 313.

17 Für den Wortlaut von Ziffer 7 der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 135. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 368.

18 Zum „Brief zur deutschen Einheit" vgl. Dok. 35, Anm. 31.

19 Für das Interview des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vgl. den Artikel „Zu einigen aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik der DDR"; NEUES DEUTSCHLAND vom 18./19. August 1984, S. 1 f.

Zum Interview selbst bemerkenswert, daß Honecker seine Gera-Forderung weit weniger ultimativ bringt als vorher Prawda.

5) Thälmann-Gedenkfeiern (Ost-Berlin, 18. August 1984)

Thälmann-Gedenken der DDR-Führung unter Honecker wird von SU-Zeitungen völlig verschwiegen (für sie wurde Thälmann nur durch DKP-Chef Mies geehrt), durch SU-Fernsehen so geschnitten, daß Honecker nicht im Bild erscheint.

Subtile, aber gerade auch von hiesigen Botschaften Chinas und Jugoslawiens so analysierte Bedeutung dieses Medienbilds läuft auf Frage hinaus, ob Honekker und SED, wie von ihnen selbst beschworen, „wahre Erben Thälmanns" sind.

6) 40. Jahrestag des sozialistischen Rumänien (Bukarest, 22.–24. August 1984)

DDR ist mit GS Honecker ranghöher vertreten als SU mit Politbüro-Mitglied Worotnikow – was WP-Praxis widerspricht.

Medien verzeichnen kein Treffen Honecker–Worotnikow, obwohl ersterer eine Reihe weiterer Festgäste trifft. Kurz danach jedoch deutliche Änderung der DDR-Tonart zum Besuch (Reaktion auf Äußerungen MdB Dregger – Neues Deutschland 25./26. August 1984[20] –, die auch als Hinweis auf Widerstände im eigenen Lager gelesen werden können).

7) Eröffnung Leipziger Messe (2. September 1984)

Rede stv. MP Kostandow mit Aufruf zur „Geschlossenheit" des sozialistischen Lagers und deutlichen Hinweisen auf wirtschaftliche Verflechtung der DDR mit der SU.[21]

8) Treffen StM Jenninger–StV Moldt (Bonn, 4. September 1984)[22]

Verschiebung des Honecker-Besuchs.

[gez.] Huber

Referat 210, Bd. 139185

20 Für das Interview des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger mit der Tageszeitung „Die Welt" vgl. den Artikel „Unsere Zukunft hängt nicht vom Besuch Honeckers ab"; DIE WELT vom 23. August 1984, S. 1 und 8.
In der DDR wurde berichtet, der SPD-Pressedienst habe eine Erklärung des Vorstandssprechers Clement veröffentlicht: „Auf scharfe Kritik sind Äußerungen des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, zum geplanten Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik gestoßen. Die Kritik bezieht sich insbesondere auf die provozierende Bemerkung Dreggers, unsere Zukunft hänge nicht davon ab, ‚daß Herr Honecker uns die Ehre seines Besuches erweist'." Vgl. den Artikel „SPD kritisiert provokatorisches Auftreten von Dregger"; NEUES DEUTSCHLAND vom 25./26. August 1984, S. 1.

21 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kostandow vgl. den Artikel „Unser Bruderbund – eine große Errungenschaft"; NEUES DEUTSCHLAND vom 3. September 1984, S. 3.

22 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 4. September 1984 zu dem Treffen: „Nach einem knapp über einstündigen Gespräch unter vier Augen zwischen StM Jenninger und Herrn Moldt, an dem zum Teil der Bundeskanzler teilnahm, wurde im Delegationskreise ein erstes Kommuniqué-Gespräch geführt. […] StM Jenninger erläuterte unsere Erwartungen und Einschätzung in bezug auf den Honecker-Besuch auf der Linie der Pressekonferenz von BK vom 31.8. Er schloß nicht aus, daß wir bereit sein könnten, eine gesonderte Gemeinsame Erklärung neben dem Kommuniqué abzugeben, wenn die DDR dies wünsche. Er übergab unseren auf der Grundlage des DDR-

233

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-3431/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1523
Cito

Aufgabe: 12. September 1984, 20.55 Uhr[1]
Ankunft: 12. September 1984, 21.15 Uhr

Betr.: Sitzung der SCG am 12.9.1984 in Brüssel

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Schwerpunkte der Erörterung im kleinen Kreis („Quint") waren die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, der gegenwärtige Stand der sowjetischen SS-20-Dislozierungen (einschließlich der im Zusammenhang mit den Umbauten in Stellungsbereichen bei Yurya auftauchenden Frage nach der Rolle der SS-X-25) sowie die künftige Arbeit der SCG.

1) US-Delegationsleiter Dobbins führte aus, die USA sähen in der Bereitschaft Gromykos zum Zusammentreffen mit Reagan und Shultz keine Anzeichen einer neuen sowjetischen Linie. Auch bisher seien die Sowjets, ungeachtet ihrer Verweigerungshaltung in zentralen Rüstungskontrollfragen, in anderen Bereichen Kontakten mit den USA nicht ausgewichen.

2) Dobbins erläuterte, daß der gegenwärtig zu beobachtende Abbau von SS-20-Garagen im Yurya-Komplex (westlich des Urals) nicht zu einer Reduzierung der Zahl einsatzbereiter SS-20 (nach wie vor 378) führe. Die USA gingen davon aus, daß eine z.Z. nicht im Yurya-Komplex befindliche SS-20-Einheit sich einsatzbereit an anderer Stelle in der SU aufhalte und möglicherweise für einen der z.Z. im Bau befindlichen anderen SS-20-Stellungsbereiche vorgesehen sei.

Die Frage, ob eine zweistufige Version der mobilen SS-X-25-ICBM als Nachfolgemodell für die SS-20 entwickelt werde, kann nach amerikanischer Auffassung noch nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Die USA rechnen mit der Einsatzbereitschaft der SS-X-25-ICBM Mitte nächsten Jahres. Nach US-Erkenntnissen wird die SS-20 jedenfalls weiterhin produziert.

3) Wir haben uns vor allem für eine weiterhin aktive Rolle der „Quint" im Hinblick auf eine mögliche künftige Wiederaufnahme des INF-Verhandlungsdialogs[2] eingesetzt und wurden hierbei von NL und IT unterstützt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1082

Entwurfes ausgearbeiteten neuen ausführlichen Kommuniqué-Entwurf und erläuterte die Abweichungen vom DDR-Text. Herr Moldt zeigte sich überrascht über die Übergabe unseres neuen Entwurfes und legte gemäß seiner Weisung die DDR-Haltung zu unserem alten Entwurf dar, ‚um zu zeigen, worauf es uns ankommt'. […] Dies müsse in Ost-Berlin geprüft werden." Vgl. Referat 210, Bd. 139185.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 14. September 1984 vorgelegen.

2 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen vgl. Dok. 6, Anm. 7.

Es wurde vereinbart, auf der nächsten Sitzung (vermutlich im November[3], nach den US-Wahlen[4]) diesen Punkt intensiv zu erörtern.

II. Im einzelnen

1) Die Fragen des SS-20-Aufwuchses und die Rolle der SS-X-25 wurden im kleinen Kreis („Quint") intensiv erörtert (zu den technischen Einzelheiten vgl. gesonderten DB über „intelligence update"[5]).

Auf belgische Frage erklärte NL, daß bei Einführung eines Nachfolgemodells für die SS-20 (beispielsweise einer zweistufigen SS-X-25) politisch kein Unterschied zwischen beiden Systemen gemacht werden könne und die NL-Regierung zu ihrer Entscheidung vom 1.6.84[6] stehen werde, ihren Anteil an LRINF zu stationieren, falls die SU die gegenwärtige Zahl von 378 SS-20 erhöhen sollte.

Dobbins wies darauf hin, daß diese Möglichkeit (keine zusätzlichen SS-20, dafür aber Dislozierung eines Nachfolgemodells) sehr unwahrscheinlich sei, da alle Erkenntnisse auf einen ungebremsten SS-20-Aufwuchs hindeuteten.

2) Der niederländische Vertreter berichtete, daß in NL das öffentliche Interesse an der Stationierungsfrage erheblich zurückgegangen sei. Er rechne mit einer Wiederbelebung der Debatte etwa zum Jahreswechsel mit verstärkter Tendenz bis zum 1.11.85. Dabei würden die bekannten Themen

a) Mitsprache der NL bei nuklearen Systemen,

b) Anzahl der nuklearen Rollen für NL,

c) rüstungskontrollpolitische Initiativen

im Mittelpunkt stehen.

Auf Frage berichtete NL, daß auf den Brief AM van den Broeks an Gromyko[7], mit dem der Kabinettsbeschluß vom 1.6.1984 erläutert worden sei, bislang jegliche Reaktion aus Moskau fehle.

3) Zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen erklärte Dobbins, daß die USA den für Ende September vereinbarten Gesprächen Präsident Reagans und AM Shultz' mit Gromyko[8] keine spezifische Bedeutung beimessen, in der Ge-

3 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 20. November 1984 in Brüssel vgl. Dok. 310.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, berichtete am 12. September 1984: „Nach US-Erkenntnissen werden in fünf Stellungsbereichen des SS-20-Komplexes Yurya SS-20-Garagen abgebaut. Ein Stellungsbereich ist bereits ‚dismantled'. Es wurde erkannt, daß das SS-20-Gerät auf dem Schienenwege abtransportiert wurde. Wohin diese SS-20-Einheit verlegt wurde, ist z. Z. nicht bekannt. Die USA gehen davon aus, daß diese Einheit sich ‚an anderer Stelle' der SU voll einsatzbereit befindet. […] Den USA liegen keine gesicherten Erkenntnisse über den Grund der Baumaßnahmen im Yurya-Komplex vor. Als eine der Optionen wird die Vorbereitung der Stationierung von SS-X-25 in diesen Stellungsbereichen gesehen. Daneben ist die Vorbereitung der Stationierung eines SS-20-Nachfolgemodells nicht auszuschließen. […] Auf Frage bestätigte US-Seite, daß die SS-X-25 über IRBM-Reichweite getestet wurde, daß also ihre Stationierung im Raum Yurya mit Zieloptionen gegen Westeuropa – theoretisch – Sinn machen würde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1524; VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Zum Beschluß der niederländischen Regierung über die INF-Stationierung vgl. Dok. 142, Anm. 37.

7 Zum Schreiben des niederländischen Außenministers van den Broek an den sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 177, Anm. 9.

8 Zu den Gesprächen am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

sprächsbereitschaft Gromykos auch keinen Wechsel in der sowjetischen Politik sähen. Sie reflektiere eher das bekannte sowjetische Bedürfnis, als Weltmacht ernstgenommen zu werden. USA würden bei den Treffen die Ernsthaftigkeit ihrer Bereitschaft zur Rüstungskontrolle unterstreichen. Die USA hätten Anzeichen, daß Gromyko in den VN neue sowjetische Vorschläge im Nuklearbereich vortragen werde.[9] Es sei aber noch unklar, worauf diese sich beziehen würden. Da nicht ausgeschlossen werden könne, daß die sowjetischen Vorschläge in irgendeiner Form Angebote unter der Bedingung eines INF-Stationierungsmoratoriums enthielten, sagten die USA Zirkulierung eines Entwurfs für eine Sprachregelung zu, über deren endgültigen Inhalt dann Einigung unmittelbar zwischen den Hauptstädten herbeigeführt werden solle.

4) Das belgische Papier zur Behandlung von SRINF[10] (liegt dort vor) wurde abschließend behandelt. Die US-Auffassung fand allgemeine Zustimmung, daß die Vorverlegung der SS-12/22 nach übereinstimmender Auffassung der NATO die militärische Bedrohung nicht erhöht habe. Von daher bestehe keine Notwendigkeit, mit Blick auf diese sowjetische „Gegenmaßnahme" die bisherige, wohlbegründete INF-Verhandlungsposition zu verändern (nur quantitative Begrenzungen und keine geographische Dislozierungsbeschränkung, Schwerpunkt auf LRINF-Raketen, nicht dagegen auf SRINF).

5) Talbotts Buch über die INF-Verhandlungen[11] und mögliche Implikationen für die öffentliche Meinung in den Stationierungsländern wurden eingehend erörtert. Dabei wurde die Möglichkeit gering eingeschätzt, daß das Buch zu stärkeren kritischen Reaktionen in der Öffentlichkeit gegen die amerikanische INF-Politik führen könnte.

[gez.] Hartmann

VS-Bd. 13397 (213)

9 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), übermittelte am 27. September 1984 eine von Botschafter Ruth gefertigte Analyse zur Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vor der VN-Generalversammlung am selben Tag. Gromyko habe ausgeführt, es sei notwendig, „die Verhinderung des Wettrüstens mit nuklearen und anderen Waffen im Weltraum sicherzustellen". Voraussetzung für die friedliche Nutzung des Weltraums seien, wie die UdSSR in einem Resolutionsentwurf darlege, „das Verbot für alle Zeit, im Weltraum und vom Weltraum gegen die Erde Gewalt anzuwenden; das Verbot, von der Erde aus gegen Objekte im Weltraum Gewalt anzuwenden; ein Verbot von weltraumstationierten Angriffssystemen einschließlich weltraumgestützter Antisatelliten- und ballistischer Abwehrsysteme; Verbot aller land-, luft- und seegestützten Systeme, die darauf gerichtet sind, Objekte im Weltraum zu vernichten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1760; Referat 223, Bd. 126929. Für den Wortlaut der Rede Gromykos vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 683–686 (Auszug).

10 Für das Arbeitspapier der belgischen NATO-Botschaft „Political and Military Implications of the Forward Deployment of Shorter Range INF" vgl. VS-Bd. 11369 (220).
Am 10. September 1984 bewertete Referat 220 die „belgische Studie vom 15.6.1984" folgendermaßen: „Vorverlegung der SS-22 schafft keine neuen militärischen Optionen, sie erweckt nur den Eindruck einer neuen militärischen Bedrohung. Mit Vorverlegung entfällt zwar ein militärisch relevanter Krisenindikator. Eine Beeinträchtigung der strategischen Warnzeit ist jedoch nicht gegeben, da Vorverlegung eines Systems in Krisenfall nur einer von mehreren Indikatoren ist. Technische Warnzeit wird durch Vorverlegung nicht tangiert, da Westen zur Zeit ohnehin nicht über Aufklärungsmittel verfügt, die Abschuß von LRINF oder SRINF erkennen können. Ansatz quantitativer Begrenzung SS-22 auf 108 F[lug]K[örper] problematisch, da Eindruck erweckt wird, als ob P[ershing] II gegen SS-22 aufgerechnet würden." Die „Hauptbedrohung" gehe nach wie vor von den SS-20-Raketen aus, „jedoch muß für die SRINF eine Lösung gefunden werden, die jede Möglichkeit des Unterlaufens möglicher SS-20-Begrenzungen beseitigt". Vgl. VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

11 Vgl. Strobe TALBOTT, Deadly Gambits. The Reagan Administration and the Stalemate in Nuclear Arms Control, New York 1984.

234

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

500-503.30/1/0-596/84 VS-vertraulich **13. September 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte[4];
hier: Entwurf des Zustimmungsgesetzes und der Denkschrift

Bezug: 1) Ihnen vorliegende Vorlage vom 28.8.1984 – 500-503.30/1/0-566/84 VS-v
2) Ihre Fragen hierzu, übermittelt durch Leiter Ministerbüro[5] am 12.9.84

Anlg.: 1) NATO-Dokument vom 3.6.83 (POLADS (80) 36 (second revise)) – nur bei Original[6]
2) dänische und norwegische Erklärungen[7]
3) BT-Drucksache 10/445, S. 11[8]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterhelt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 13. September 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 22. September 1984 vorgelegen, der die Staatssekretäre Meyer-Landrut und Ruhfus sowie Ministerialdirektor Pfeffer, Botschafter Ruth und Ministerialdirektor Bertele um Rücksprache bat.
Hat Ruhfus erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Durch Rücksprachen StS M[eyer]-L[andrut] + StS R[uhfus] und anschließende Vorlage von Abteilung 5 erledigt. 2) Herrn D 5."
Hat Bertele am 14. November 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oesterhelt verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bei mir am 14.11. eingegangen."
Hat Oesterhelt am 15. November 1984 erneut vorgelegen.

4 Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.
Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.
Die Bundesrepublik zeichnete die Zusatzprotokolle am 23. Dezember 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 344 und Dok. 361.

5 Hans-Friedrich von Ploetz.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für das Dokument „Draft Texts of Possible Declarations/Reservations to be made by Allied Countries on Ratification of Additional Protocols to the 1949 Geneva Conventions", das den Mitgliedern des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene (SPC) der NATO am 3. Juni 1983 zugeleitet wurde, vgl. VS-Bd. 10692 (201).

7 Dem Vorgang beigefügt. Die Erklärung Dänemarks lautete: „Eine klare Begrenzung im Anwendungsbereich der zwei Zusatzprotokolle besteht darin, daß die Protokolle ABC-Waffen nicht erfassen. Die Bedrohung, die die Anwendung solcher Waffen gegen das menschliche Überleben und die menschliche Umwelt beinhaltet, kann allein durch eine andauernde und konsequent durchgeführte Entspannungs- und Abrüstungspolitik abgewendet werden." Vgl. VS-Bd. 14611 (500); B 150, Aktenkopien 1984.
Die Erklärung Norwegens lautete: „Die Frage der Ratifikation der Protokolle ist Gegenstand von Konsultationen mit anderen westlichen Ländern gewesen. Speziell hat man sich mit der Frage befaßt, ob es notwendig sei, bei Ratifikation von Protokoll I eine Erklärung abzugeben, daß das Proto-

Zweck der Vorlage: ergänzende Erläuterungen

1) Unter dem Blickwinkel der Nuklearfrage lassen sich bei den Zusatzprotokollen grundsätzlich drei Richtungen unterscheiden:

– diejenigen, die den Abrüstungseffekt (polemisch könnte man auch sagen: Entwaffnungseffekt) der Zusatzprotokolle wollen (Behauptung, Zusatzprotokolle seien auf Nuklearwaffen anwendbar; Petitum: keinerlei einschränkende Erklärungen abzugeben);

– diejenigen, die zur gegenwärtigen NATO-Strategie stehen, aber glauben, bei Ratifikation der Zusatzprotokolle hiermit in Widerspruch zu geraten (Behauptung, Zusatzprotokolle seien auf Nuklearwaffen anwendbar; Petitum: nicht zu ratifizieren);

– diejenigen, die glauben, daß ein Mittelweg gefunden werden könne, indem einerseits ratifiziert wird, andererseits klargestellt wird, daß die Zusatzprotokolle sich auf Nuklearwaffen nicht beziehen.

Der ersten Richtung scheint die Fraktion Die Grünen anzuhängen. Auch einzelne Politiker in der SPD scheinen vor allem den Abrüstungseffekt der Zusatzprotokolle zu sehen.

Die zweite Richtung wurde früher vom Völkerrechtsreferat und dem ehemaligen Unterabteilungsleiter Völkerrecht im Verteidigungsministerium vertreten. Der daraus resultierende Streit mit dem Auswärtigen Amt hat sich im Laufe der Jahre auch auf Nebenschauplätze ausgeweitet und zum Teil verlagert. Im Kern dürfte dies aber immer noch zumindest die Haltung des Petenten, MR Dr. Schneider, sein, der inzwischen seine Petition aus dem Jahre 1980[9] erneut eingereicht hat. Hinter seiner Haltung stehen möglicherweise auch rein praktische Gründe (Schwierigkeit der Umsetzung der relativ vagen Zusatzprotokolle in Dienstanweisungen; vielleicht auch Scheu vor Verantwortung). Nicht auszuschließen ist auch, daß der ehemalige Unterabteilungsleiter Völkerrecht anhand der Zusatzprotokolle die Völkerrechtsgemäßheit der NATO-Strategie in allgemeiner Form einer Prüfung unterziehen wollte. Hinweise hierauf gibt es.

Die dritte Richtung ist (nach anfänglichen Zweifeln) vom Auswärtigen Amt vertreten worden. Sie hat sich im Rahmen der NATO durchgesetzt. Dabei glaubt man heute in der NATO, daß eine Interpretationserklärung ausreicht. In den Augen der NATO-Staaten sprechen die überwiegenden Gründe dafür, daß die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1086

koll nicht als für den Gebrauch von Atomwaffen geltend angesehen wird. Nach Auffassung des Außenministeriums ist es klar, daß, selbst wenn es im Protokoll I nicht ausdrücklich erklärt wird, niemals gemeint gewesen ist, daß das Protokoll für den Gebrauch von Atomwaffen gelten solle. Es bestand auf der Diplomatischen Konferenz darüber allgemeines Einvernehmen. Auf norwegischer Seite ist man deshalb zu der Auffassung gekommen, daß es nicht notwendig ist, bei Ratifikation des Protokolls eine Erklärung darüber abzugeben, wonach dieses Protokoll nicht als für den Gebrauch von Atomwaffen geltend angesehen wird. Als Nicht-Atommacht hat Norwegen auch keine besondere Veranlassung, seine Auffassung durch einen ausdrücklichen Vorbehalt zu präzisieren." Vgl. VS-Bd. 14611 (500); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 14611 (500).
Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 296, Drucksache Nr. 10/445 vom 5. Oktober 1983.

9 Zur Petition des Ministerialrats Schneider, Bundesministerium der Verteidigung, vom 28. April 1980 an den Bundestag vgl. AAPD 1980, II, Dok. 336.

Nuklearfrage in Genf „ausgeklammert“ wurde, obwohl der Wortlaut der Verträge dies nicht zeigt. Auch das BMVg ist inzwischen auf diese Linie eingeschwenkt. Es hat im Kabinett einer Antwort der Bundesregierung auf die Großen Anfragen der Fraktion Die Grünen zum Thema Kriegsvölkerrecht[10] zugestimmt. Diese Antwort beschreibt ins einzelne gehend auch die Position der Bundesregierung in der Nuklearfrage der Zusatzprotokolle (beiliegender Auszug aus Bundestagsdrucksache).

In letzter Konsequenz kann dahinstehen, ob die Nuklearfrage in Genf „ausgeklammert“ wurde. Wesentlich erscheint vor allem, daß auch bei einem Bestreiten dieser Tatsache, also ausgehend davon, daß Nuklearwaffen von den Zusatzprotokollen erfaßt sein sollen, die Rechtsfolgen der Nuklearerklärung im wesentlichen die gleichen sind: Nuklearwaffen bleiben vom Anwendungsbereich der Zusatzprotokolle selbst dann ausgeklammert, wenn es sich bei der Nuklearerklärung um einen Vorbehalt handeln sollte, und selbst dann, wenn dieser Vorbehalt, wie behauptet wird, mit Ziel und Zweck der Zusatzprotokolle unvereinbar sein sollte. Die NATO-Staaten können nicht etwa gegen ihren Willen an die Zusatzprotokolle auch hinsichtlich von Nuklearwaffen gebunden werden. Ein Risiko besteht allenfalls darin, daß einzelne Staaten sich weigern könnten, dann in Vertragsbeziehungen mit uns zu treten.

Praktisch gesehen, erscheint auch dieses Risiko hinnehmbar. Was nämlich vor allem die Sowjetunion anbelangt, so ist stark zu bezweifeln, daß sie der Nuklearerklärung förmlich widersprechen würde. Erstens spricht ihr Verhalten auf der Genfer Konferenz 1974 bis 1977[11] nicht dafür. Zweitens müßte sie sich fragen lassen, wie sie dann ihre Nuklearstrategie, die immerhin den Zweiteinsatz von Nuklearwaffen vorsieht, mit den engen Bestimmungen der Zusatzprotokolle in Einklang bringen will.

Anzeichen für eine baldige Ratifikation durch die Sowjetunion gibt es nicht. Es hat vielmehr den Anschein, als wolle die Sowjetunion zunächst die Ratifikation durch die USA abwarten.

2) In der NATO hat sich die Bundesrepublik Deutschland seit 1980 entsprechend dem damaligen Auftrag seitens des BSR darum bemüht, daß möglichst viele Bündnispartner Nuklearerklärungen abgeben.

Heutiger Stand ist folgender:

USA und Großbritannien beabsichtigen, identische Erklärungen wie wir abzugeben. Nähere Einzelheiten hierzu sind auf S. 6 ff. der Ihnen vorliegenden BSR-Vorlage vom 13. Dezember 1983[12] enthalten. Das Ergebnis ist auf Arbeitsebe-

10 Für den Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktion „Die Grünen“ vom 16. Juni 1983 zu den kriegsvölkerrechtlichen Grundsätzen und der Großen Anfrage vom selben Tag zu den kriegsvölkerrechtlichen Verträgen vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 293, Drucksachen Nr. 10/163 und 10/164.

11 Die Sessionen der Diplomatischen Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts fanden vom 20. Februar bis 29. März 1974, vom 3. Februar bis 18. April 1975, vom 21. April bis 11. Juni 1976 und vom 17. März bis 10. Juni 1977 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 151.

12 Ministerialdirektor Bertele leitete Bundesminister Genscher am 13. Dezember 1983 eine gemeinsame Beschlußvorlage des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung zur Frage der Ratifikation der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zu. Als „Nuklearerklärung“ der Bundesrepublik wurde festgehalten: „Nach dem Verständ-

ne im September letzten Jahres vereinbart worden. Anzeichen dafür, daß die USA oder Großbritannien von dieser Haltung abrücken könnten, gibt es nicht. Eine förmliche Bestätigung dieser Haltung seitens der USA als endgültige Position wird in diesen Wochen erwartet. Eine Ratifikation durch die USA oder Großbritannien ist allerdings frühestens im kommenden Jahr zu erwarten.

Bedauerlich ist, daß die dritte Nuklearmacht des Bündnisses, Frankreich, nicht beabsichtigt, dem I. Zusatzprotokoll beizutreten, und sogar anläßlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde zum II. Zusatzprotokoll ausdrücklich erklärt hat, der Grund hierfür sei zu sehen in der „mangelnden Übereinstimmung zwischen den Unterzeichnerstaaten des Protokolls I hinsichtlich der genauen Tragweite der von ihnen im Bereich der Abschreckung übernommenen Verpflichtungen".

Was die übrigen NATO-Staaten anbelangt, so beabsichtigen nach heutigem Stand Belgien, Italien, Kanada und die Niederlande eine ähnliche Erklärung wie wir. (Nähere Einzelheiten auf S. 1 und 2 des beiliegenden NATO-Dokuments, das aber durch die letzten Konsultationen hinsichtlich der genauen Textfassung der Erklärungen überholt ist.) Dänemark und Norwegen, die beide im Jahre 1982 ratifiziert haben, haben in ihren Denkschriften klarstellende Passagen auf der in der NATO abgesprochenen Linie aufgenommen (Text der Erklärungen als Anlage).

Die Haltung Luxemburgs wird sich voraussichtlich an den Niederlanden und Belgien orientieren. Stellungnahmen liegen bisher nicht vor.

Portugal beabsichtigt zu ratifizieren, hat sich jedoch bisher zur Frage der Nuklearerklärung nicht geäußert. Das gleiche gilt für Spanien. Beide Staaten haben der Nuklearinterpretation aber auch nicht etwa widersprochen.

Ebenso hat Griechenland sich bisher nicht auf eine bestimmte Haltung in der Nuklearfrage festgelegt. Für die Türkei spielt die Frage keine Rolle, da sie die Zusatzprotokolle bisher nicht unterzeichnet hat. Island hat sich nicht geäußert.

Bertele

VS-Bd. 14611 (500)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1088

nis der Bundesrepublik Deutschland sind die vom I. Zusatzprotokoll eingeführten Kampfführungsbestimmungen in der Absicht aufgestellt worden, (ausschließlich) auf konventionelle Waffen Anwendung zu finden, unbeschadet sonstiger, für andere Waffenarten anwendbarer Regeln des Völkerrechts. (Insbesondere beeinflussen, regeln oder verbieten die so eingeführten Bestimmungen nicht den Einsatz von Nuklearwaffen.)" Vgl. VS-Bd. 12413 (500); B 150, Aktenkopien 1983.

235

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz

311-321.11 IRK 608/84 VS-vertraulich **13. September 1984**[1]

Lieber George,

meine Gespräche mit dem irakischen AM Tariq Aziz, der sich vom 4. bis 6.9. in Bonn aufhielt[2], hatten zum Ziel, ebenso wie meine Gespräche in Teheran[3], unser Interesse am baldigen Ende des Golfkrieges[4], die neutrale Haltung der Bundesrepublik Deutschland in diesem Konflikt und unseren Wunsch nach ausgewogenen Beziehungen zu beiden kriegführenden Staaten zu unterstreichen. Wir wollen mit Irak und Iran, mit denen uns eine auf langer Tradition beruhende Zusammenarbeit verbindet, den politischen Dialog pflegen. Eine Vermittlung im Konflikt beabsichtigen wir nicht.

Der Meinungsaustausch mit dem irakischen Außenminister war sehr offen und konzentrierte sich auf den irakisch-iranischen Konflikt sowie bilaterale Fragen. Zum Konflikt: Tariq Aziz hob hervor, daß seine Regierung eine möglichst rasche Verhandlungslösung wünsche. Grundlage dafür müßte sein: Integrität des Territoriums und der politisch-gesellschaftlichen Ordnung Iraks. Unter dieser Voraussetzung sei Irak jederzeit zu Verhandlungen bereit. Völlig unannehmbar sei jedoch die iranische Forderung nach Beseitigung Saddam Husseins. Wenn Iran diese Forderung nicht aufgebe, werde Irak den Krieg fortsetzen – als Verteidigungskrieg. Der Irak sei gegen jede iranische Offensive militärisch bestens gerüstet. Die iranische Führung solle auch keine Hoffnungen auf einen militärischen oder wirtschaftlich-politischen Abnutzungskrieg setzen: Rüstungsstand und Motivation der Armee seien gut, die wirtschaftliche Lage bessere sich, und die Bevölkerung stehe hinter der Führung.

1 Datum des Drahterlasses.
Durchdruck.
Das Schreiben wurde mit Drahterlaß Nr. 1065 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Strenziok vom 13. September 1984 an die Botschaft in Washington mit der Bitte übermittelt, es an den amerikanischen Außenminister Shultz weiterzuleiten.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 14. September 1984 zur Mitzeichnung vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 13570 (311); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Bundesminister Genscher traf am 4. September 1984 mit dem irakischen Außenminister Aziz zusammen. Gesprächsthemen waren der irakisch-iranische Krieg, der Besuch Genschers vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran, die bilateralen Beziehungen und die Lage der Menschenrechte im Irak. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 137748.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.

4 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 201, Anm. 6 und 8.
Botschaftsrat I. Klasse Arndt, Bagdad, teilte am 12. September 1984 mit: „Irakische Medien gaben gestern Angriffe auf zwei Schiffe südlich von Kharg Island bekannt […]. Die irakischen Medien unterstreichen, daß es sich um die Fortsetzung der irakischen Blockade um Kharg handelt, und beziehen sich zur Rechtfertigung ausdrücklich auf die Ausführungen von AM Tariq Aziz während seiner Pressekonferenz in Bonn in der letzten Woche. Irak habe demnach das Recht, gegen die Bedrohung seiner Interessen mit Gewalt zu reagieren, insbesondere, da die iranische Seite die SR-Resolution 540 nicht akzeptiert habe. Mit der Fortsetzung der irakischen Angriffe zur See ist demnach zu rechnen, ohne daß eine übermäßige Steigerung der Kampfhandlungen erkennbar wäre.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 834; Referat 311, Bd. 137774.

Tariq Aziz versicherte, daß Irak die Wiederherstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu Iran auf der Grundlage von Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und Nichteinmischung wünsche. Gegen eine Zusammenarbeit von Drittstaaten mit Iran, soweit diese der Entwicklung des Landes und dem Wohl seiner Bevölkerung diene, gebe es von irakischer Seite keine Einwände. Von sich aus betonte der AM, Irak habe Verständnis für die Politik der Bundesrepublik Deutschland, mit Iran im politischen Gespräch zu bleiben und die Beziehungen auszubauen. Das könne zu einer Öffnung Irans nach Westen beitragen, an der auch Irak interessiert sei. Irak habe kein Interesse an einem Iran, der sich an die SU anlehne.

Tariq Aziz äußerte sich in allgemeiner Form positiv zu den irakisch-amerikanischen Beziehungen. Unter vier Augen sagte er mir, daß er mit der Durchführung eines Besuchs in den USA zunächst noch warten wolle. Erst müßten sich die Dinge günstig entwickeln, der Bau der Pipeline durch Jordanien[5] sei in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Der Irak sei an guten Beziehungen zu den USA interessiert. Es bestehe aber der Eindruck, daß in den USA Druck gegen Irak ausgeübt werde. Die Quelle des Drucks sei nicht genau bekannt. Die Vermutungen sprächen aber dafür, daß es Israel sei.

Wir sprachen auch über die Beteiligung der deutschen Firma Kolb am Projekt Samarra.[6] Es ist vorgesehen, daß deutsche Experten in Samarra die von der Fa. Kolb gelieferten Anlagen besichtigen. Die Modalitäten werden noch zwischen der Firma und ihrem irakischen Partner geklärt.[7]

Ich habe den Eindruck, daß Irak großes Interesse nicht nur an wirtschaftlicher Zusammenarbeit, sondern auch am politischen Gespräch mit dem Westen hat.

Trotz guter Beziehungen zur SU strebt er echte Blockfreiheit an. Tariq Aziz hat auch klar zum Ausdruck gebracht, daß Irak ein stärkeres Engagement der westlichen Staaten bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts erwartet. Ich gehe davon aus, daß Tariq Aziz auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der Region für uns sein wird, mit dem sich der politische Dialog lohnt.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 13570 (311)

5 Botschafter Böcker, Bagdad, berichtete am 8. Februar 1984: „Zwischen Irak und Jordanien ist erneut die Möglichkeit einer Pipeline Irak – Aqaba (Jordanien) diskutiert worden. […] Falls – was die Botschaft eher skeptisch beurteilt – tatsächlich ein solches Projekt ernsthaft ins Auge gefaßt werden sollte, könnte es ein Anzeichen dafür sein, daß die Verhandlungen über die Saudi-Pipeline doch noch in den Einzelpunkten offen sind und die Iraker – vorsichtshalber – andere, auch weniger günstige Möglichkeiten in Erwägung ziehen. […] Das irakische Interesse muß jedenfalls die strategische Lage der Pipeline zu Israel in Rechnung stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; Referat 311, Bd. 137752.
Am 23. Juli 1984 teilte Böcker mit, Präsident Hussein habe in einer Rede am 17. Juli 1984 „die Aqaba-Pipeline relativ ausführlich behandelt, besonders die Frage der Garantien. Er sagte, mit den jordanischen Brüdern sei man sich einig, daß noch weitere Prüfungen der Frage ‚praktischer Garantien‘ erforderlich seien. Diese sollten das Projekt vor zionistischen Versuchen schützen, die Bauausführung zu verhindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 666; Referat 311, Bd. 137752.

6 Zur Frage der Herstellung chemischer Waffen durch den Irak in Samarra mittels Lieferungen der Firma Kolb vgl. Dok. 207.

7 Zum Besuch einer Expertengruppe vgl. Dok. 286.

236

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna an die Botschaft in Rom

203-321.00 ITA **Aufgabe: 14. September 1984, 13.39 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 6192 Plurez
Citissime nachts

Betr.: deutsch-italienische Beziehungen;
hier: Äußerungen von AM Andreotti zur deutschen Frage am 13.9.84 in Rom

Bezug: Telefonat Schaad – Kuhna vom 14.9.84[2]

1) StS Meyer-Landrut hat am 14.9.1984 italienischen Botschafter Ferraris einbestellt und mit großem Ernst und Nachdruck im Auftrag der Bundesregierung gegen die jüngsten Äußerungen von AM Andreotti zur deutschen Frage Vorstellungen erhoben und um eine Stellungnahme der italienischen Regierung hierzu gebeten.

StS wies darauf hin, die Nachricht über die Äußerungen Andreottis habe im Kabinett höchstes Befremden und Empörung ausgelöst. BM habe ihn beauftragt, unverzüglich italienische Seite um Stellungnahme zu bitten. Wenn die Äußerungen Andreottis – wie in der Presse wiedergegeben – gefallen seien, so habe sich damit zum ersten Male ein Außenminister eines NATO- und EG-Landes von der Grundkonzeption der gesamtwestlichen Politik in der schwierigen und äußerst sensitiven deutschen Frage entfernt. Zur Klarstellung unserer Position wolle er betonen, daß sich ein politisches Problem der Wiedervereinigung in Deutschland z. Z. nicht stelle, daß aber die historische Perspektive der Einheit Deutschlands erhalten bleiben müsse. Über die deutsche Frage habe die Geschichte nicht das letzte Wort gesprochen. Wir könnten nicht hinnehmen, wenn italienischer AM, von der Realität zweier deutscher Staaten ausgehend, die Feststellung treffe, hierbei müsse es bleiben.

1 Durchdruck.

2 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 14. September 1984: „Wie Botschaft Rom (Gesandter Schaad) soeben telefonisch mitteilt, soll italienischer AM Andreotti lt. Mitte-links-gerichteter Tageszeitung La Repubblica vom 14.9.84 am 13. September 1984 bei einem Kolloquium anläßlich des jährlich stattfindenden Gründungstages der kommunistischen Tageszeitung Unità in Rom folgendes zur deutschen Frage gesagt haben: Eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht in Sicht. Wir alle sind uns einig, daß zwischen beiden deutschen Staaten gute Beziehungen herrschen sollten. Man darf diese Entwicklung allerdings nicht übertreiben. Pangermanismus ist überwunden. Zwei deutsche Staaten bestehen, zwei deutsche Staaten sollen es bleiben.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140520.
Ministerialdirigent Schauer legte am 24. September 1984 dar, die Beweggründe, die den italienischen Außenminister Andreotti zu seinen Äußerungen veranlaßt haben könnten, seien nach wie vor nicht klar erkennbar. Am häufigsten werde die Vermutung geäußert, er habe sich damit „das Wohlwollen der Kommunisten für seine Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten im nächsten Jahr sichern wollen. Gerade die Kommunistische Partei Italiens hat jedoch differenziert kritisch reagiert. Die Kommunisten wandten sich insbesondere gegen jede Herabsetzung der Bemühungen um verbesserte Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140520.
Zu den internationalen Reaktionen auf die Äußerungen Andreottis vgl. Dok. 255.

2) Botschafter Ferraris erwiderte, auch er sei von den Äußerungen seines AM völlig überrascht worden. Nach seiner Meinung habe Andreotti damit keineswegs von der gesamtwestlichen Position in der deutschen Frage abrücken wollen. Eine Stellungnahme der italienischen Regierung habe er bisher nicht erhalten können, werde uns diese aber möglichst rasch übermitteln. Er wies ferner darauf hin, die Äußerungen Andreottis seien möglicherweise vor dem Hintergrund der jüngsten Demonstrationen für die Einheit Tirols in Innsbruck[3] zu sehen, bei denen aus italienischer Sicht auch pangermanische Bestrebungen im weiteren Sinne eine Rolle gespielt hätten. Er wolle die Äußerungen von AM Andreotti nicht interpretieren, glaube aber, daß für einen italienischen Politiker die Trennungslinie zwischen der deutschen Wiedervereinigung als aktuellem politischen Ziel und dem Anspruch auf Aufrechterhaltung der Einheit der deutschen Nation nur schwer zu ziehen sei. Er werde sich bemühen, die von der Bundesregierung geforderte Klarstellung und Erklärung zur deutschen Frage so schnell wie möglich zu erhalten.

3) StS Meyer-Landrut beendete die Unterredung mit dem Hinweis, wir wüßten wohl zu unterscheiden zwischen Fragen der aktiven Politik und dem geschichtlichen Anspruch auf Einheit der Nation. Dies habe mit Pangermanismus nichts zu tun. Bundesregierung und deutsche Öffentlichkeit seien in dieser Frage gleichermaßen empfindlich. Aus diesem Grunde legten wir Wert auf eine möglichst rasche Stellungnahme der italienischen Regierung, die die Geschlossenheit der Position des Westens insgesamt in dieser nicht nur für uns äußerst wichtigen Frage klarstellen sollte.

4) StS hat auf zusätzliche Weisung BM Botschafter Ferraris darüber hinaus telefonisch davon unterrichtet, daß der Bundeskanzler die Angelegenheit als so gravierend betrachte, daß er selbst hierzu Stellung nehmen werde.[4] Er hoffe, daß eine Klarstellung der italienischen Regierung noch so rechtzeitig erfolge (im Laufe des heutigen Tages), daß er diese in seiner Stellungnahme berücksichtigen könne.[5]

Erlaß hat StS vorgelegen.[6]

[gez.] Kuhna

Referat 206 (203), Bd. 140520

3 Generalkonsul Madlung, Innsbruck, berichtete am 11. September 1984: „Anläßlich Gedenkjahres zur Erinnerung an Tiroler Aufstand gegen Bayern und Franzosen 1809 fand am 9. September in Innsbruck großer Festzug mit 35 000 Menschen aus Nord- und Südtirol statt. […] Von einzelnen Festzugsteilnehmern mitgeführte Spruchbänder und Symbole, die die Rückkehr Südtirols forderten, besonders eine von einer Südtiroler Schützenkompanie getragene 300 kg schwere Dornenkrone, gemeint als Symbol für das Leiden Tirols, wurden in den Medien in Österreich und nach hiesiger Fernsehberichterstattung auch in Italien besonders herausgestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 12; Referat 203 (202), Bd. 140547.

4 Staatssekretär Boenisch, Presse- und Informationsamt, erklärte am 15. September 1984, die Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti vom 13. September 1984 würden Bundeskanzler Kohl „außerordentlich" befremden. Auch als CDU-Vorsitzendem seien ihm solche Äußerungen „eines führenden italienischen Christdemokraten absolut unverständlich". Vgl. BULLETIN 1984, S. 934.

5 Ministerpräsident Craxi richtete am 16. September 1984 eine Botschaft an Bundeskanzler Kohl, in der er versicherte, „daß die italienische Regierung die größte Achtung hat vor den Grundsätzen und Idealen, an welchen die Bundesregierung sich ausrichtet und die Bestandteil ihrer im Grundgesetz verankerten Ordnung sind". Vgl. BULLETIN 1984, S. 934.

6 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. September 1984 vorgelegen.

237

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.76 INF-1838/84 geheim **17. September 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: deutsch-amerikanische sicherheitspolitische Kontakte[3]

I. Positiv ist zu bemerken:

– Die Kontakte bieten die Möglichkeit, vor der Wahl[4] im vertraulichen Gespräch für uns wesentliche Gesichtspunkte deutlich zu machen und einen Beitrag zur Weichenstellung für die Zeit nach der Wahl zu leisten.
– Die Vertraulichkeit bietet die Möglichkeit zu einem offenen Gedankenaustausch.
– Die Anlage des Gesprächs gibt die Gewähr, daß in Washington die Regierungsspitzen unverzüglich unterrichtet werden.

II. Kritisch ist zu bemerken:

1) Auf amerikanischer Seite sind die zuständigen Stellen angemessen und sichtbar vertreten. Auf unserer Seite sind die beiden zuständigen Ressorts ausgeschlossen.[5]

2) Vertrauliche deutsch-amerikanische Gespräche über sicherheitspolitische Fragen haben ihren unbezweifelten Wert. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß Sicherheitspolitik für uns nicht nur eine bilaterale Angelegenheit[6] ist. Aus diesem Grunde müssen etwaige operative Konsequenzen nach den möglichen Auswirkungen für andere Bündnispartner beurteilt werden. Eine deutsch-amerikanische Erklärung – die nicht einen konkreten und einleuchtenden bilateralen Anlaß hätte wie etwa den Besuch des Bundeskanzlers oder des Bundesministers in Washington – würde deshalb voraussichtlich im Bündnis zu erheblicher Verwunderung, wenn nicht Verstimmung, führen und würde den damit verbundenen Absichten eher entgegenwirken.

3) Auf amerikanischer Seite besteht ein offensichtliches primäres Interesse daran, das vertrauliche bilaterale Gespräch stark auf Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im engeren Sinne zu konzentrieren. Der rüstungskontrollpolitische Aspekt läuft dabei Gefahr, in den Hintergrund zu treten. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Auswärtige Amt nicht auf Direktorenebene rüstungskontrollpolitische Interessen vertritt. Im übrigen liegt es nicht nur im Interesse des

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 17. September 1984 vorgelegen.
2 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
3 Zu den deutsch-amerikanischen Gesprächen über sicherheitspolitische Fragen am 23./24. August 1984 in Gordes vgl. Dok. 222 und Dok. 226.
4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.
5 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.
6 Die Wörter „nicht nur eine bilaterale Angelegenheit“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Auswärtigen Amts, sondern der Bundesregierung, den amerikanischen Gesprächspartnern deutlich zu machen, daß Rüstungskontrolle ein zentraler Bestandteil unserer Politik ist. Dabei ist auf folgendes hinzuweisen:

– Im Bündnis gilt, daß Rüstungskontrolle integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik ist neben Verteidigung und Abschreckung.[7] Diese Aussage wurde gegen amerikanischen Widerstand vor allem von uns auf der Außenministerkonferenz von Rom (1981)[8] durchgesetzt.
– Auf amerikanischer Seite ist inzwischen der instrumentell-politische Charakter der Rüstungskontrolle anerkannt. Es besteht aber immer noch die Neigung, Rüstungskontrolle entweder – insbesondere im nuklearen Bereich – als spezifisch amerikanische Domäne zu betrachten oder aber, sie um ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit willen zu betreiben.
– Aus unserer Sicht ist jedoch Rüstungskontrolle notwendigerweise ein konkreter Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. Dies ist nicht zuletzt ein Ergebnis der Nachrüstungsdiskussion bei uns. Wenn es darum geht, die Elemente der Strategie zu analysieren und künftige Entwicklungen zu bestimmen, dann darf die Rüstungskontrolle als gleichgewichtiger Bestandteil nicht fehlen.
– Im Bündnis ist es vor allem die Bundesrepublik Deutschland, die in der Vergangenheit europäische Interessen in diesem Bereich artikuliert hat. Künftige europäische Beiträge, das ist deutlich erkennbar, werden nur dann substantiell sein, wenn wir uns dieses Themas annehmen. Wir dürfen deshalb gegenüber den Vereinigten Staaten nicht den Eindruck erwecken, als verschiebe sich jetzt bei uns der Stellenwert der Rüstungskontrolle.[9]
– Im Blick auf die amerikanische Wahl und die Politik der amerikanischen Regierung danach hängt besonders viel davon ab, daß in amerikanischen Äußerungen die Rüstungskontrolle den ihr in der praktischen Politik zukommenden Platz erhält. In vertraulichen bilateralen Gesprächen muß dieser Gesichtspunkt nachdrücklich zur Geltung gebracht werden.
– Am Rande sei vermerkt, daß erfahrungsgemäß amerikanische Gesprächspartner besonders sorgfältig registrieren, welche Rolle das Auswärtige Amt bei der Vertretung rüstungskontrollpolitischer Interessen spielt und wie weit in diesen Fragen Übereinstimmung mit dem Bundeskanzleramt sichtbar wird.
– Daraus ergibt sich m. E. die Notwendigkeit der Teilnahme des Abrüstungsbeauftragten an den Gesprächen, sobald sie erweitert werden.[10] Dies hätte auch die zusätzliche Wirkung, daß über Rüstungskontrolle ebenso konkret gesprochen würde wie über Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Ruth

VS-Bd. 14125 (010)

7 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".
8 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.
9 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".
10 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

238

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3535/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. September 1984, 19.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1561 **Ankunft: 19. September 1984, 20.02 Uhr**

Betr.: Sitzung des Rates mit hochrangigen Experten aus den Hauptstädten über Verbesserung westlicher Abstimmung in CD und VN

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Unsere Initiative für obiges Treffen im Vorfeld 39. VN-GV[2] wurde allgemein begrüßt.

Schwerpunkte der Aussprache, an der hochrangige Experten aus allen Hauptstädten teilnahmen (für uns Botschafter Ruth), waren Verbesserung westlicher Abstimmung in CD und VN sowie die Themen Rüstungskontrolle im Weltraum und umfassendes Verbot chemischer Waffen.

Es bestand Übereinstimmung, daß Westen seine Sicherheitspolitik nicht nur in bilateralen und multilateralen West-Ost-Verhandlungen, sondern auch in globalen Foren von CD und VN geschlossen und glaubhaft vertreten muß. Wichtig sei überzeugende Präsentation des umfassenden westlichen Kriegsverhütungs- und Rüstungskontrollkonzepts sowohl gegenüber DW-Staaten wie eigener Öffentlichkeit. Versuch der SU, durch deklaratorische Initiativen Propagandaerfolg zu erzielen und von ihrer Verweigerungshaltung abzulenken, darf nicht durch Passivität oder mangelnde Einigkeit des Westens Vorschub geleistet werden.

Unser Vorschlag, Treffen des Rats mit hochrangigen Experten künftig zweimal im Jahr – im Dezember zur Vorbereitung der CD-Sitzung und im Juli zur Abstimmung für die VN-GV – abzuhalten, fand ein positives Echo. DK, B, NL und NWG haben ausdrücklich zugestimmt. F hielt Abstimmung der Delegationen in New York und Genf für zufriedenstellend und ließ Skepsis gegenüber unserem Vorschlag erkennen, ohne ihn abzulehnen. Thema wird im Politischen Ausschuß auf Weisungsbasis behandelt werden. In gleicher Weise sollen dort auch unser Vorschlag für eine wirksamere westliche Beteiligung an VN-Studien sowie die Vorschläge von I für eine Prioritätensetzung bei der Behandlung von Rüstungskontrollthemen in den VN und von GB für eine effizientere westliche Koordinierung in der CD behandelt werden.

In der Nachmittagssitzung vertieften die hochrangigen Experten im Rahmen des Politischen Ausschusses die Themen: chemische Waffen, Beteiligung an VN-Studien sowie die Frage, ob der Westen dem Propagandathema „Verhinderung

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen, der die Weiterleitung an die Legationssekretäre Meister und Peters „z[ur] K[enntnis]“ verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Meister und Peters am 20. September 1984 vorgelegen.

2 Die XXXIX. VN-Generalversammlung fand vom 18. September bis 18. Dezember 1984 in New York statt.

eines Nuklearkrieges“ (PNW[3]) eine eigene Position entgegensetzen solle. Über die Nachmittagssitzung wird umgehend gesondert berichtet.[4]

II. Im einzelnen

1) Verbesserung der westlichen Koordinierung

Wir haben in unserer Einführungserklärung darauf abgehoben, daß der Westen nicht nur die[5] bilateralen und multilateralen West-Ost-Rüstungskontrollverhandlungen, sondern auch die globalen Rüstungskontrollforen ernst nehmen müsse. Erforderlich sei eine für DW-Staaten und eigene Öffentlichkeit überzeugende Präsentation des auf umfassende Friedenssicherung durch Abschreckung, Verteidigung und Rüstungskontrolle gerichteten westlichen sicherheitspolitischen Konzepts (Harmel[6]). Dabei müsse auch für die Ungebundenen deutlich werden, daß diese Politik dem Frieden und der internationalen Stabilität dient, mithin auch in ihrem Interesse liegt. Es gebe keine Gründe für den Westen, einer argumentativen Auseinandersetzung über seine kriegsverhütende Strategie auszuweichen. Auch der Bereich der VN-Studien solle in diesem Sinne für eine wirksamere Präsentation der westlichen Position genutzt werden.

Alle Delegationen waren für eine Verbesserung der westlichen Abstimmung und eine geschlossene Präsentation der gemeinsamen Sicherheitspolitik. USA kündigten für 39. GV konstruktiven Beitrag für aktive und offensive Darstellung westlicher Positionen an. Risiko einer Abstimmungsniederlage dürfe nicht von klarer Präsentation des westlichen Konzepts abhalten. I befürwortete Prioritätensetzung bei gemeinsamem Vorgehen in VN und Verstärkung der Anstrengungen um breitere Unterstützung durch Ungebundene. GB plädierte für Schaffung einer Steering Group zur Verbesserung westlicher Koordinierung im CD. KAN erklärte, daß Kohärenz und Solidarität des Westens nicht Unbeweglichkeit bedeuten dürften. Vor allem dort, wo keine westlichen Sicherheitsbelange berührt werden, müsse der Westen eine auf Konsens gerichtete konstruktive Haltung einnehmen. DK hielt unterschiedliches westliches Stimmverhalten zu bestimmten Themen wie CTB auch in Zukunft nicht für völlig vermeidbar, da Regierungen „demokratischen Prozeß“ berücksichtigen müßten.

3 Prevention of Nuclear War.

4 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 19. September 1984 zur Nachmittagssitzung mit: „Es bestand Einigkeit darüber, daß bei der Behandlung des amerikanischen CW-Vertragsentwurfs zu trennen sei zwischen der öffentlichen Haltung der Allianzpartner (Unterstützung der USA) und der weiteren internen Abstimmung. Noch vorhandene Kontroversen um verschiedene Elemente des US-Entwurfs müßten ausdiskutiert werden.“ Zum Thema „Verhütung von Nuklearkriegen“ sei die Diskussion offengeblieben: „Einigkeit herrschte darüber, daß die SU dieses Thema propagandistisch ausschlachten werde, um die Tatsache zu verschleiern, daß sie die INF- und START-Verhandlungen abgebrochen habe.“ Zu einer „VN-Studie zu Folgen der Abschreckung“ habe Botschafter Ruth berichtet: „Es werde sich dabei um keine Konsensstudie handeln, sondern Gelegenheit gegeben, die jeweils eigene Position zu beschreiben. Hier biete sich für die Allianz erstmals die Möglichkeit, im VN-Rahmen ihr Konzept der Abschreckungsstrategie einzuführen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1562; VS-Bd. 11285 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Korrigiert aus: „in“.

6 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

2) Rüstungskontrolle im Weltraum

Prompte und positive Reaktion der USA auf sowjetischen Vorschlag für bilaterale Gespräche in Wien[7] wurde allgemein begrüßt. Zugleich wurde Interesse an baldigen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen und konkreten Fortschritten wie Weltraumrüstungskontrolle unterstrichen. Westen solle auch multilateralem Dialog in diesem Bereich verstärkte Aufmerksamkeit widmen. KAN warnte, daß sich Westen nach Nichtverabschiedung eines Mandats für Ad-hoc-Gruppe in Genf auf verstärkten Druck der Ungebundenen einrichten müsse. Initiative von I für westliche Resolution auf 39. GV wurde allgemein als wichtiger Beitrag zur glaubwürdigen Darstellung westlichen Interesses an Weltraumrüstungskontrolle gewürdigt.

F ging kritisch auf SDI-Konzept ein, das kein Ersatz für nukleare Abschreckung sein dürfe. Auch sollten in Öffentlichkeit keine falschen Hoffnungen geweckt werden. ABM-Vertrag[8] dürfe weder verletzt noch unterlaufen werden. Auf Frage von B nach Verletzung des ABM-Vertrages durch SU[9] erklärten USA, daß Bericht der Advisory Commission on Arms Control in Kürze vorliege und interessierten Delegationen zur Verfügung stehen werde.[10] Es sei nicht Absicht der USA, ABM-Vertrag zu unterlaufen.[11] Ergebnis der SDI-Forschungen müsse ab-

7 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juni 1984 für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen und zur Reaktion der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 184, Anm. 5.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

9 Zur Einschätzung der amerikanischen Regierung über die Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen durch die UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 9.
Referat 220 notierte am 21. Mai 1984: „Die amerikanischen Vorwürfe gegenüber der SU sind enthalten in einem Bericht der Administration an den Kongreß zur Nichteinhaltung von Rüstungskontrollverträgen durch die SU vom 25.1.1984. […] Einen Verstoß gegen den ABM-Vertrag stelle der Aufbau einer großen phasengesteuerten Radaranlage bei Krasnojarsk im Innern der SU dar. Die USA werfen der SU vor, die Lage im Innern der SU und die Ausrichtung nach Norden verstoßen gegen Art. VI b ABM-Vertrag, wonach neue Radaranlagen nur errichtet werden dürfen, ‚wenn sie an Standorten entlang der Grenze ihres Staatsgebietes liegen und nach außen gerichtet sind'. Dies lasse darauf schließen, daß mit der Anlage ein nach dem ABM-Vertrag verbotener Flächenschutz für bestimmte Gebiete der SU angestrebt werde. Im Rahmen der Ständigen SALT-Beratungskommission (SCC) erklärte die SU zur Rechtfertigung, die Anlage sei zur Ortung von Objekten im Weltraum bestimmt, was nach Buchstabe b) der vereinbarten Interpretation zum ABM-Vertrag erlaubt ist. Die USA sind aber der Auffassung, daß die Anlage für diesen Zweck nicht optimiert sei." Eine Reihe von Senatoren habe einen zweiten Bericht angefordert. Vgl. Referat 221, Bd. 128674.

10 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 19. September 1984: „State Department (Bureau of Politico-Military Affairs) bestätigte uns, daß nicht beabsichtigt sei, den Bericht des ‚General Advisory Committee' (GAC) über sowjetische Verletzungen von Rüstungskontrollverträgen dem Kongreß vor dem Gespräch Reagan/Gromyko am 28.9.1984 zuzuleiten." In dem Bericht würden „sowjetische Verstöße seit 1958" behandelt: „Gesprächspartner bekräftigte, daß GAC-Bericht in der Administration sehr kritisch gesehen werde. Die dem Bericht zugrundeliegenden Informationen seien unzureichend, seine Schlußfolgerungen zu weitgehend. […] Gesprächspartner sagte uns, daß der zweite Bericht des Präsidenten über sowjetische Vertragsverletzungen, eine Ergänzung des im Januar 1984 dem Kongreß zugesandten ersten Berichts, noch nicht fertiggestellt sei. Es sei noch nicht entschieden, wann dieser Bericht dem Kongreß zugeleitet werde, wahrscheinlich erst nach dem GAC-Bericht. Im Vergleich zu dem Januar-Bericht seien die in dem zweiten Bericht behandelten sowjetischen Vertragsverletzungen durchweg weniger gravierend bzw. schwerer belegbar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4030; VS-Bd. 12946 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

11 Dieser Satz wurde von Legationssekretär Meister hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Weinberger u. auch Shultz haben aber diesen Eindruck erweckt."

gewartet und danach über weiteres Vorgehen entschieden werden. Richtschnur amerikanischer Politik sei Stärkung der westlichen Sicherheit und internationaler Stabilität. Multilateraler Dialog sei wichtig, könne jedoch bilaterale Verhandlungen mit SU nicht ersetzen.

3) Umfassendes CW-Verbot[12]

Mehrere Delegationen bezeichneten CW-Bereich als Materie, bei der gute Aussichten für Rüstungskontrollfortschritte bestünden. Einbringung des amerikanischen Vertragsentwurfs in Genf[13] wurde in diesem Sinne als wichtiger Beitrag gewürdigt, der zugleich westliches Interesse an umfassendem nachprüfbarem CW-Verbot deutlich mache. Dadurch bewirktes Momentum müsse aufrechterhalten werden. Auch nach zurückhaltender sowjetischer Reaktion bleibe Türe zu Verhandlungen offen. Wichtig sei, daß amerikanischer Vorschlag keine „take it or leave it"-Position darstelle. In diesem Zusammenhang wurde auf einige Elemente des amerikanischen Entwurfs hingewiesen, bei denen es keine einheitliche westliche Position gibt. Erwähnt wurden insbesondere Artikel 10 (Sonderortsinspektionen) und die Liste der C-Produkte. GB regte Prüfung der Neuformulierung einiger Elemente des amerikanischen Entwurfs unter voller Wahrung westlicher Sicherheitsinteressen an. Bei konstruktiverer Formulierung, insbesondere von Artikel 10, könnte SU Ablehnung des amerikanischen Entwurfs erschwert werden. Jedenfalls könnte Westen in diesem Falle Verweigerungshaltung der SU gegenüber Ungebundenen und eigener Öffentlichkeit bloßstellen. Mehrere Delegationen plädierten für Intensivierung der westlichen Abstimmung. NL und NWG befürworteten Expertentreffen vor Beginn nächster Sitzungsperiode in Genf.[14] Auch F hielt fünfmonatige Verhandlungspause für zu lang; falls sich konkrete Fortschritte abzeichneten, könne auf konkurrierende Verpflichtungen der CD-Delegationen keine Rücksicht genommen werden.

USA bezeichneten ihren Vorschlag als verhandelbar. Dies gelte insbesondere für Artikel 10. Zur Stärkung der amerikanischen Verhandlungsposition sei jedoch zunächst geschlossene westliche Unterstützung erforderlich.

4) Botschafter Ruth nannte zum Schluß der Sitzung die für die Bundesregierung wichtigsten Punkte künftiger Allianzkoordinierung:

a) intensive CW-Verhandlungen und -Abstimmung;

12 Referat 222 vermerkte am 6. September 1984 zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD): „Das bestimmende Ereignis der CD-Sitzungsperiode 1984 war die Vorlage des amerikanischen CW-Entwurfs durch Vizepräsident Bush am 18. April in Genf. […] Leider hat der amerikanische Entwurf nicht den erhofften Durchbruch bei den Genfer Verhandlungen gebracht. Weder die Ungebundenen noch die WP-Staaten haben sich mit ihm konstruktiv auseinandergesetzt (abgesehen von der sowjetischen Kritik an Art. X, special on-site inspection). Der Osten hat sich 1984, wie schon 1983, reaktiv verhalten. Hervorzuheben ist lediglich die sowjetische Initiative vom Februar 1984, mit der die SU ihr Einverständnis mit einer permanenten Anwesenheit von Inspektoren bei der CW-Beständevernichtung signalisiert hat. Angekündigte Konkretisierungen dieses Vorschlags stehen aber noch aus. Die Verhandlungsfortschritte 1984 waren deshalb insgesamt begrenzt. Dennoch sind positive Elemente als Ergebnis der diesjährigen Verhandlungen festzuhalten: Der CW-Ad-hoc-Ausschuß konnte sich auf eine vorläufige Struktur eines künftigen Abkommens einigen, die aus einer Präambel und 16 Artikeln mit Artikelüberschriften besteht. Annex I des Schlußberichts 1984 enthält erstmals für Teilbereiche Formulierungen in Vertragssprache." Vgl. Referat 222, Bd. 128723.

13 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

14 Die nächste Sitzungsperiode der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) begann am 5. Februar 1985.

b) Notwendigkeit, das Verhältnis zwischen multilateralen und bilateralen Gesprächen über Rüstungskontrolle im Weltraum zu bestimmen;

c) Frage, ob der zu erwartenden Propaganda um PNW eine westliche Position entgegenzusetzen sei;

d) Prüfung von Möglichkeiten, westliche Position auf der kommenden NPT-Überprüfungskonferenz[15] zu entlasten (auf Grundlage australischer CTB-Resolution[16]);

e) aktive Mitarbeit an VN-Studie des Beirats des VN-Generalsekretärs zu den Folgen der Abschreckung.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11285 (220)

239

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

20. September 1984[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister zur Unterrichtung[3]

Betr.: zu einem Motiv der derzeitigen sowjetischen Pressekampagne gegen uns

I. 1) Die seit dem Frühjahr in den sowjetischen Medien gegen uns geführte Polemik hat in den letzten Tagen eine Schärfe gewonnen, die seit dem Abschluß der Ostverträge[4] im deutsch-sowjetischen Verhältnis ohne Parallele ist.

15 Vom 27. August bis 21. September 1985 fand in Genf die Dritte Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 statt.

16 Für den Wortlaut des der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) von Australien vorgelegten Arbeitspapiers vom 6. August 1984 über Prinzipien der Verifikation eines umfassenden Kernwaffenteststoppvertrags vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 526 f.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Peters konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 21. September 1984 vorgelegen.

3 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 24. September 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 25. September 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 19. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 19. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Seitz am 23. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Peters verfügte.
Hat Peters am 23. Oktober 1984 erneut vorgelegen.

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwi-

Die beiden wesentlichen Kennzeichen der Kampagne sind widersprüchlich:

a) Einerseits wird die politische Geschäftsgrundlage unserer Ostpolitik in Frage gestellt, wenn die SU das erklärte fundamentale Ziel unserer Politik, im Sinne des Briefes zur deutschen Einheit[5] die Teilung Deutschlands zu überwinden, als revanchistisch und friedensgefährdend denunziert.

b) Andererseits aber wird nur der zwischen uns und der SU bestehende deutschlandpolitische Fundamentaldissens zum Thema der Polemik gemacht, während alle anderen Bereiche der Beziehungen davon ausgespart bleiben. Bezeichnend ist, daß (zumindest bisher)

– gegen kein anderes westeuropäisches Land auch nur annähernd vergleichbar polemisiert wird,
– die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen uns und der SU bisher praktisch nicht beeinträchtigt worden sind,
– die SU es sorgfältig vermieden hat, den Konflikt auf Berlin durchschlagen zu lassen.

Wieder aufgebrochen ist damit nur der alte deutschlandpolitische Gegensatz zwischen uns und der SU, der auch durch die Ostverträge in der Substanz nicht erledigt werden konnte.

2) In der politischen Diskussion werden vor allem folgende Motive für die sowjetische Haltung erörtert:

a) die Verbitterung der Sowjets über das Scheitern ihrer Westpolitik (keine Verhinderung der INF-Stationierung, kein Auseinanderdriften der NATO-Partner);

b) das Bestreben, die Blockdisziplin wieder zu stärken;

c) der Wunsch, die anstehende Verlängerung des Warschauer Vertrages[6] psychologisch vorzubereiten;

d) die innenpolitische Disziplinierung und Mobilisierung der Bevölkerung.

Alle diese Motive haben im sowjetischen Kalkül zweifellos ihren Stellenwert, reichen aber zu einer überzeugenden Erklärung für die Schärfe und den grundsätzlichen Charakter der sowjetischen Kampagne allein nicht aus. Vor allem unterstellen sie der SU letztlich nur taktische Gründe und implizieren, daß der Vorwurf des Revanchismus „im Grunde“ nicht ernstgemeint, entsprechende sowjetische Befürchtungen also nur vorgeschoben seien.

Dem Verständnis der sowjetischen Haltung kommt man wahrscheinlich näher, wenn man die Sorge der Sowjets vor dem „deutschen Revanchismus“, d.h. in unserer Terminologie: die Sorge vor einer unkontrollierten Dynamik unserer Deutschland-, Ost- und Entspannungspolitik, ernst nimmt. Diese Sorge – ein durchgängiges Hauptmotiv der gesamten sowjetischen Europapolitik seit Ende

Fortsetzung Fußnote von Seite 1100

schen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

5 Zum „Brief zur deutschen Einheit“ vgl. Dok. 35, Anm. 31.

6 Zu einer Verlängerung des Vertrags vom 14. Mai 1955 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. Dok. 311, Anm. 3.

des Zweiten Weltkriegs – mag uns unbegründet, übertrieben und irrational erscheinen; aus sowjetischer Sicht (und nicht nur aus der Sicht der Sowjets) gibt es zumindest ein neues Moment, das dieser Sorge neue Nahrung gibt, nämlich die Infragestellung des Status quo in Europa (Stichwort: Jalta[7]) durch die USA.

3) Die Verbindung von Äußerungen amerikanischer Politiker über Jalta und dem „deutschen Revanchismus" unter dem gemeinsamen Oberbegriff des „Revisionismus" ist ein häufig wiederkehrendes Argumentationsmuster in der sowjetischen Polemik. So führte ein TASS-Kommentar am 10.9. aus:

„Präsident Reagan hat sich erneut einen Angriff gegen die Rechtmäßigkeit der politischen Nachkriegsordnung in Europa geleistet. (...) stellt er wieder die Beschlüsse der im Februar 1945 in Jalta stattgefundenen Krim-Konferenz der Führer der drei alliierten Großmächte – UdSSR, USA und Großbritannien –, auf der die politischen Nachkriegsrealitäten in Europa festgelegt worden waren, in Frage. (…) Insbesondere am 17. August[8] rief er faktisch zur Revision der Beschlüsse der Jalta-Konferenz sowie der Schlußakte über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa[9] auf. (...) Diese Angriffe des amerikanischen Präsidenten sind offensichtlich darauf gerichtet, (...) den Bestrebungen der Revanchisten aller Schattierungen in Westdeutschland, die auf die Revision der Nachkriegsgrenzen in Europa gerichtet sind, einen neuen Ansporn zu geben."

Interessanter (und für uns bedenklicher) ist die Argumentationskette, die der sowjetische Kommentator W. Sacharow in einem von Radio Moskau am 4.9. in deutscher Sprache ausgesendeten Kommentar knüpft. Hier heißt es:

„Schon bei ihren ersten Gesprächen als Bundeskanzler und als Chef des Auswärtigen mit der amerikanischen Führung[10] sicherten Kohl und Genscher die Stationierung der Mittelstreckenraketen unbedingt zu. Beide Bonner Politiker kauften bereits ein Jahr vor Verhandlungsende in Genf die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern am Rhein. Und sie sicherten sich als amerikanische Gegenleistung die Zusicherung, daß Washington den Bonner Rechtsstandpunkt in der Deutschlandfrage unterstützen werde.

Dies ist im Grunde genommen zwar nicht originell. Bekanntlich gestattete bereits der Kalte Krieg der Amerikaner der Bonner Regierung, sich damals einen neuen Rechtsstandpunkt zuzulegen, nämlich einen Anspruch auf Wiedervereinigung. Mit der Anerkennung dieses sog. Rechtsstandpunktes erhandelte sich Washington damals Bonns Bundesgenossenschaft im Konflikt mit dem Osten (...) In der darauffolgenden Zeit gab es etliche Jahre, in denen es schien, als seien

7 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

8 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 17. August 1984 in Washington vgl. Dok. 232, Anm. 11.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

10 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 306, Dok. 308 und Dok. 309.
Am 7./8. Dezember 1982 besuchte der amerikanische Außenminister Shultz die Bundesrepublik. Für seine Gespräche mit Kohl und Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1982, II, Dok. 332–334.

die angeführten Illusionen zerstoben. Seit jedoch die Kohl/Genscher-Regierung die Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung zu betreiben begonnen hat, träumt man in Bonn faktisch Tag und Nacht erneut vom Deutschen Reich (...)."

Der Kommentator entwickelt damit ein in sich geschlossenes, aus sowjetischer Sicht plausibles Schema der deutschland- und ostpolitischen Nachkriegsentwicklung; mit der ersten Phase (Kalter Krieg: USA sichern sich deutsche Bundesgenossenschaft gegen die UdSSR für den Preis der Unterstützung des deutschen Wiedervereinigungsanspruchs, d. h., sie rücken von den Beschlüssen von Jalta und Potsdam[11] ab) korrespondiert dabei die dritte Phase (1983 ff.: Bundesregierung stimmt Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen als Gegenleistung für amerikanische (operative) Unterstützung von neuer Bundesregierung wiederaufgenommenen Rechtsstandpunktes in der Deutschlandfrage[12] zu). Insgesamt ergibt sich damit das – für sowjetisches Denken charakteristische – Schema eines langfristigen „Masterplans", bei dem – aus der Sicht dieses Kommentators – nicht die USA, sondern die Bundesrepublik Deutschland im Hintergrund die Fäden zieht.

Man wird solche – mit der Art ihrer Argumentation bisher noch vereinzelt dastehenden – Kommentare nicht überbewerten dürfen. Deutlich wird aber, daß die „Aufkündigung" Jaltas durch die USA ein wichtiges Motiv für die Heftigkeit und Empfindlichkeit der sowjetischen Reaktion auf jede Erwähnung unseres fortbestehenden Wiedervereinigungsanspruchs sein dürfte.

Wenn die SU in der Vergangenheit auf derartige Äußerungen zwar entschieden, aber doch gelassen reagierte, dann auch deshalb, weil sie glaubte, sich auf ein übergeordnetes Interesse der beiden Supermächte an einer Beibehaltung der stabilen machtpolitischen Ordnung in Europa, deren Kern die Teilung Deutschlands ist, verlassen zu können.

Die Erwartung der SU, die Dynamik der von ihr als offensiv und „revisionistisch" empfundenen deutschen Ost- und Deutschlandpolitik werde von den USA aus deren eigener Interessenlage heraus neutralisiert werden, schien zu Zeiten der Administration Nixon/Kissinger begründet; die der amerikanischen Politik damals zugrundeliegende langfristige Entspannungskonzeption lief in der Tat darauf hinaus, unter Verzicht auf ein destabilisierendes Einwirken auf das gegnerische politische System über eine Sonderbeziehung der beiden Supermächte eine „stable structure of peace" (Nixon) zu schaffen, und implizierte damit die Beibehaltung des „Systems von Jalta" (de Gaulle). Auch unter der Administration Carter gab es insoweit keine Änderung der operativen amerikanischen Politik gegenüber Osteuropa, die der SU zu Besorgnis hätte Anlaß geben müssen.

Dagegen haben die Äußerungen der Administration Reagan (Präsident Reagan am 17.8. und 9.9.84[13], Vizepräsident Bush am 21.9.83[14] in Wien[15], Außenmini-

11 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen") vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

12 Korrigiert aus: „Deutschlandphase".

13 Korrigiert aus: „10.9.84".
Präsident Reagan hielt am 9. September 1984 in Doylestown/Pennsylvania anläßlich des „Polish Festival" eine Rede, in der er ausführte: „Let us not be tempted into giving Yalta as coverage to those

ster Shultz am 20.8.84[16]), die die Sowjets als Aufkündigung des bislang bestehenden faktischen Konsenses über das Festhalten am „System von Jalta" verstehen, offenkundig alarmierend gewirkt; dies um so mehr, als sich eine Administration äußert, die nicht nur von der moralischen Verwerflichkeit, sondern auch vom unaufhaltsamen Niedergang und Zerfall des sowjetischen Imperiums überzeugt ist und diese Überzeugung mit einer differenzierten Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten operativ praktisch unterstreicht.

In der Deutschlandfrage mit äußerster Schärfe vorzugehen, wird für die SU damit geradezu unvermeidlich.

II. Wenn diese Interpretation zutreffend ist, dann ergeben sich für uns hieraus folgende Schlußfolgerungen:

1) Die sowjetische Unsicherheit darüber, inwieweit die USA an einer Einbindung der ost- und deutschlandpolitischen Dynamik unserer Politik weiter interessiert sind, wird die SU auf längere Zeit zu einer verstärkten Kontrolle und Eindämmung unserer Beziehungen zu den anderen WP-Staaten veranlassen.

2) Die Äußerungen der amerikanischen Administration zum Komplex Jalta entsprechen zwar auch unserer Auffassung; sie sind gleichwohl geeignet, unseren ost- und entspannungspolitischen Spielraum einzuengen. Dies entspricht auch nicht den amerikanischen Interessen.

Eine gelegentliche vorsichtige Anregung gegenüber den USA, in dieser Frage behutsam vorzugehen, könnte insofern zweckmäßig sein.

3) Zumindest atmosphärisch können auch wir die Lage zu entspannen suchen, indem wir

a) uns bei der öffentlichen Artikulierung unserer deutschlandpolitischen Grundsatzposition, die auf eine z. Z. sehr niedrige sowjetische Reizschwelle trifft, Zurückhaltung auferlegen,

b) uns mit Hinweisen auf eine deutsche Sonderrolle, eine „Verantwortungsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten für den Frieden" u. ä., die in der SU und den anderen osteuropäischen Staaten nur Argwohn erregen, zurückhalten.

Seitz

Referat 02, Bd. 178472

Fortsetzung Fußnote von Seite 1103

who have violated that agreement; that the agreement never gave them the power to dominate the countries of Eastern Europe and Poland as they have." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 1259.

14 Korrigiert aus: „30.10.83".

15 Der amerikanische Vizepräsident Bush besuchte Österreich am 21. September 1983 und hielt in Wien eine Rede über die amerikanische Politik gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 83 (1983), Heft 2080, S. 19–23.

16 An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich: „Und in Stockholm!" Zur Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 20. August 1984 in Chicago vgl. Dok. 232, Anm. 12.

240

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Stabreit, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich **21. September 1984**[1]

Durchdruck für BM Genscher

Vermerk

I. Im Anschluß an das Treffen in Paris am 17. Mai 1984[2] fand am 19. September im Bundeskanzleramt ein vertrauliches Treffen zwischen MDg Stabreit und MDg Ungerer (begleitet von VLR I Peter Hartmann im Hinblick auf seine künftige Tätigkeit als RL 211) mit Herrn Pierre Morel, dem außenpolitischen Berater des französischen Staatspräsidenten[3], und Herrn Guy Legras, dem zuständigen Unterabteilungsleiter des Quai d'Orsay, statt. Ziel dieser Zusammenkunft war es, die weitere Abstimmung der deutschen und französischen Haltung im Hinblick auf die demnächst beginnenden Beratungen in den beiden in Fontainebleau[4] beschlossenen Ausschüssen abzustimmen.

Von französischer Seite wurde zunächst der Stand der Beratungen über den EG-Haushalt 1984 und 1985 angesprochen.[5] Die Franzosen äußerten tiefe Be-

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Ungerer am 21. September 1984 über Staatssekretär Ruhfus an Bundesminister Genscher geleitet. Dazu vermerkte er: „Am 19. September fand im Bundeskanzleramt ein vertrauliches Treffen zwischen dem außenpolitischen Berater des französischen Staatspräsidenten und dem für EG-Fragen zuständigen Unterabteilungsleiter des Quai d'Orsay einerseits und MDg Stabreit und mir andererseits statt. Ein Vermerk über dieses Gespräch von Herrn Stabreit ist in der Anlage zu Ihrer ausschließlichen und vertraulichen Information beigefügt. Absprachegemäß werden über das Treffen nur die beiden Staats- bzw. Regierungschefs, die beiden Außenminister sowie die beiden persönlichen Beauftragten der Regierungschefs im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen informiert."
Hat Ruhfus am 21. September 1984 vorgelegen.
Hat Genscher am 24. September 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Ruhfus vermerkte: „Erbitte Bewertung."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 24. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ruhfus verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10893 (410); B 150, Aktenkopien 1984.
Für die Bewertung von Ruhfus vgl. Dok. 276.

2 Zum Treffen des Ministerialdirigenten Stabreit, Bundeskanzleramt, und des Ministerialdirigenten Ungerer mit dem außenpolitischen Berater von Staatspräsident Mitterrand, Morel, und dem Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, Legras, vgl. Dok. 137, Anm. 13.

3 François Mitterrand.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.

5 Referat 410 vermerkte am 11. September 1984: „Der vorläufige N[achtrags]H[aus]H[alt] '84 hat ein Volumen von 1839,2 Mio. ECU. Durch erhebliche Sparmaßnahmen und Umschichtungen ist es gelungen, die Belastungen der Mitgliedstaaten gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsentwurf um rund 1 Mrd. ECU zu kürzen. Für D ergibt sich eine Belastung von 289 Mio. ECU (647 Mio. DM). Mit diesem NHH wird die Gemeinschaft in die Lage versetzt, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, sofern die erforderlichen Haushaltsverfahren auf der europäischen und den nationalen Ebenen rechtzeitig abgeschlossen werden können. […] Für die Aufstellung des HH '85 im Rahmen der 1%-MWSt-Grenze ist im Rat eine qualifizierte Mehrheit vorhanden. GB, B, LUX stellen allerdings ein Junktim zum NHH '84 her, und I und GB lehnen den HH '85 aus sachlichen Gründen ab, so daß das Haushaltsverfahren derzeit nicht fortgeführt werden kann. Wie der über die 1%-MWSt-Grenze hinausgehende Finanzbedarf gedeckt werden soll, ist noch ungeklärt. Eine vorzeitige Erhöhung der EG-Eigenmittel (vor dem 1. Januar '86) kommt für uns nicht in Betracht, wenn damit der Zusammenhang mit der EG-Erweiterung gelockert wird." Vgl. Referat 410, Bd. 130446.

sorgnis über die weitere Entwicklung. Man stehe gleichsam im Vorhof einer Krise. Bis zum 5. Oktober (Vorlagefrist bei EP) müsse eine Lösung gefunden werden, da andernfalls kaum noch zu kontrollierende Folgen eintreten würden (beginnende Zahlungsunfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft mit Rückwirkungen auf die Beitrittsverhandlungen[6]). Der französische Präsident habe volles Verständnis für den deutschen Standpunkt. Es müsse jedoch unbedingt ein Weg gefunden werden, um aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszufinden. Frankreich wolle in dieser Frage auch keinen Konflikt mit der Bundesrepublik Deutschland. Der Präsident werde dieses Thema mit Ihnen[7] im Anschluß an das Treffen in Verdun[8] aufnehmen wollen. Bei Tisch erläuterte Herr Morel die französischen Vorstellungen, wie der jetzige tote Punkt in den Verhandlungen überwunden werden könne. Hierüber ergeht gesonderte Vorlage.[9]

Ganz allgemein verlief das Treffen in einer ausgezeichneten Atmosphäre. Es zeigte sich erneut, daß unsere Zielsetzung von Frankreich zwar nicht in allen Punkten, aber doch in hohem Grade mitgetragen wird. Es wurde schnell darüber Einigkeit erzielt, daß Deutschland und Frankreich in den kommenden Verhandlungen eine Schrittmacherfunktion zufällt. Es bestand dabei allerdings auch Klarheit, daß die deutsch-französische Abstimmung diskret erfolgen muß. Es muß insbesondere gegenüber den kleineren EG-Partnern der Eindruck vermieden werden, daß sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, daß beide Länder bilateral (und zwar auch in gegenseitiger Abstimmung) mit anderen EG-Partnern ihre im wesentlichen übereinstimmenden Standpunkte im Verlaufe der Verhandlungen konsultieren sollen.

II. Das Gespräch hat im einzelnen folgende Ergebnisse gebracht (Zusammenfassung):

1) Deutschland und Frankreich verfolgen das Ziel, Europa auf der Grundlage des Abschlusses eines neuen Vertrages einen neuen Impuls zu geben. Es besteht Einigkeit über die politische Finalität des gemeinsamen Handelns: die „Europäische Union“, was Fortschritte sowohl in der Substanz als auch im institutionellen Bereich einschließt.

Die Vorschläge der deutschen und französischen Vertreter im Spaak-Komitee[10]

6 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 220, Anm. 10.

7 Helmut Kohl.

8 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

9 Ministerialdirigent Ungerer legte Staatssekretär Ruhfus am 21. September 1984 einen Gesprächsführungsvorschlag für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 22. September 1984 in Verdun und einen Sachstand zu EG-Haushalts- und Finanzfragen vor. In der Sachstandsaufzeichnung hieß es: „D wird vorgehalten, die deutsche Haltung sei nicht in sich schlüssig: Man könne nicht gut einerseits behaupten, die Protokollerklärung zum H[aus]H[alt] 1985 lasse offen, wie nächstes Jahr die Mittel zur Lückenfinanzierung aufgebracht werden – und gleichzeitig den Eigenmittelbeschluß so formulieren wollen, daß in keinem Fall im HH-Jahr 1985 Eigenmittel über 1 % hinaus zur Verfügung stehen werden. […] Schon im letzten Rat war nicht GB, sondern D in erster Linie Zielscheibe der Kritik. Dies würde sich ab dem nächsten Rat verstärken. Wenn der HH-Entwurf 1985 nicht termingerecht am 5. Oktober an das EP weitergeleitet werden könnte und der Eindruck entstünde, wir seien daran schuld, würde deutliche Kritik aus dem EP hinzukommen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130446.

10 Im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) war die Bundesrepublik durch Staatssekretär Ruhfus vertreten, Frankreich durch Senator Faure.

werden sich an der bereits am 17. Mai ausgearbeiteten Themenliste (vgl. Anlage) orientieren. Besondere Priorität wird dabei folgenden Themen zukommen:

– der Frage einer gemeinsamen Außenpolitik,

– der Frage einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik,

– der Frage einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

2) Was die Frage einer gemeinsamen Außenpolitik anbetrifft, sollen folgende Ziele angestrebt werden:

– eine bindende (vertragliche) Verpflichtung zur Abstimmung der Politiken,

– ein Ständiges Sekretariat, geleitet von einem Generalsekretär, das auch der Festigung der Präsidentschaft dienen würde.

3) Gemeinsame Sicherheitspolitik

Es wurden Zweifel geäußert, ob sich kurzfristig eine gemeinsame Sicherheitspolitik erreichen läßt. Selbst bei einem Vertrag, der sich auf einige der EG-Mitglieder beschränken würde, wären vermutlich die Ausgangslagen noch immer zu unterschiedlich. Jedoch sollten drei Ziele angestrebt werden:

– Die Festschreibung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik als Zielvorstellung in einem Vertrag;

– die Verpflichtung aller Partner vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen Situationen, den „acquis“ (darunter sind die im Londoner Bericht[11] und in der Feierlichen Deklaration[12] enthaltenen Formulierungen, die WEU, die verschiedenen bilateralen Zusammenarbeitsverhältnisse etc. zu verstehen) weiterzuentwickeln und sich jeder Handlung zu enthalten, die den Sicherheitsinteressen der Partner zuwiderlaufen würde;

– ein unmittelbarer Einstieg in eine gemeinsame Rüstungspolitik, um die Position Europas in diesem Bereich zu stärken.

4) Was eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik angeht, so sollte sie auf einheitliche europäische Rahmenbedingungen für den gemeinsamen Markt ausgerichtet sein. Für die nationalen Politiken auf konjunkturellem, fiskalischem und monetärem Gebiet sollten verbindliche Eckwerte festgelegt werden.

In diesem Zusammenhang wurden mehrere Ideen zur Sprache gebracht (aber nicht ausdiskutiert). Im monetären Bereich dürfte eine solche Politik nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn man in der EG zu gewichteten Stimmrechten käme (ähnlich wie im Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank).

Es bestand Einigkeit, daß alle Kräfte darauf gerichtet sein müssen, fiskalische und juristische Hindernisse, die die Tätigkeit der Unternehmen im europäischen Rahmen behindern, abzubauen.

Für die Zusammenarbeit der Zentralbanken in Europa fanden Franzosen das Beispiel der Zusammenarbeit der Länderzentralbanken in der „Bank deutscher Länder“ vor Gründung der Bundesbank sehr interessant.

11 Auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13. Oktober 1981 in London wurde ein Bericht über die Reform der EPZ-Strukturen verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 299.

12 Für den Wortlaut der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 80 und Dok. 185.

5) Neben den im Annex aufgeführten Sachfragen sollten folgende, einer Verbesserung der gegenwärtigen Institutionen dienende Probleme von unseren Vertretern im Spaak-Komitee angesprochen werden. (Unsere französischen Freunde sprachen hier von „horizontalen Problemen", da sie das gesamte Spektrum der EG betreffen.)

a) Die Frage der Mehrheitsabstimmung im EG-Ministerrat

Nach französischer Auffassung gibt es hier prinzipiell drei Möglichkeiten, nämlich

– die Aufgabe des sog. Luxemburger Kompromisses[13] (wahrscheinlich für eine Reihe von Mitgliedstaaten nicht akzeptabel, auch für Frankreich schwierig);
– die Spinelli-Lösung: Spinelli schlägt die Aufrechterhaltung des „Vetorechts" während der Dauer von zehn Jahren vor. Ein Staat, der mit der Begründung, seine vitalen Interessen seien berührt, eine Entscheidung verhindern will, muß dies jedoch begründen. Seine Begründung muß von der Kommission geprüft und gebilligt werden. Erfolgt diese Billigung nicht, wird mit Mehrheit abgestimmt;
– eine „politische" im Gegensatz zur juristischen Lösung des Problems. Frankreich machte geltend, daß der sog. Luxemburger Kompromiß tatsächlich nicht respektiert werde. Frankreich sei im Jahre 1966 davon ausgegangen, daß die Verhinderung der Mehrheitsabstimmung in den Fällen, in denen die Verträge[14] dies vorsähen, unter Berufung auf vitale Interessen eines Mitgliedstaates nur in Ausnahmefällen erfolgen solle. Tatsächlich sei jedoch die Ausnahme zur Regel geworden und die EG damit weitgehend lahmgelegt worden. Der alte Zustand müsse wiederhergestellt werden. Dabei habe die Präsidentschaft eine besondere Rolle zu spielen. Sie bestimme letztlich, ob abgestimmt werden solle oder nicht.

b) Die Zuständigkeit der Kommission zum Erlaß von Verordnungen sei in den Verträgen nicht sehr glücklich umrissen. Hier sollten Präzisierungen erfolgen.

c) Die Ausdehnung der Zusammenarbeit auf neue Bereiche sollte in einer Weise geregelt werden, die von vornherein Flexibilität (unterschiedliche Teilnehmerkreise) vorsieht.

d) Franzosen möchten die Kompetenzen des Europäischen Parlaments neu verteilen. Das Parlament soll im Bereich der Rechtsharmonisierung voll an der „Gesetzgebung" durch den Ministerrat beteiligt werden. Dafür sollen seine budgetären Kompetenzen neu definiert werden. Frankreich macht geltend, daß das Parlament zur Zeit in Budgetfragen alles zu sagen habe, im Gesetzgebungsbereich nichts. In beiden Bereichen solle es eine echte Mitbestimmung haben. Es müsse aber sichergestellt werden, daß das Parlament im budgetären Bereich Grenzen (budgetäre Disziplin) einhält.

Eine Mitwirkung bei der legislativen Tätigkeit des Ministerrates würde das Parlament sofort für alle gesellschaftlichen Gruppen, die auf die EG-Gesetzgebung einwirken wollen, interessant machen. Von unserer Seite wurde als zusätzliche

13 Zum „Luxemburger Kompromiß" vgl. Dok. 227, Anm. 5.

14 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

Idee eingebracht, daß man dem Parlament die Möglichkeit geben könne, über die Kommission ein Initiativrecht auszuüben. Zur Zeit kann nur die Kommission dem Ministerrat Vorschläge unterbreiten. Auch dem Parlament sollte die Möglichkeit gegeben werden, allerdings ohne die Kompetenzen der Kommission anzutasten. Praktisch heißt dies, daß Initiativen des Parlamentes an die Kommission gerichtet werden müßten, die sie dann – ggf. überarbeitet – an den Ministerrat weiterleiten würde.

Eine Ausdehnung der Kompetenzen des Parlaments, wie sie das Spinelli-Projekt[15] vorsieht, wurde als wenig realistisch angesehen.

e) Stärkung und Verfestigung der Präsidentschaft

Die Direktwahl eines europäischen „Präsidenten" scheidet in diesem Stadium der Entwicklung aus.

Eine Verlängerung der Präsidentschaft, die gegenwärtig alle sechs Monate wechselt, auf jeweils ein Jahr würde für die kleineren Mitgliedstaaten eine große Belastung bedeuten.

Erwogen wurde, ob im EG-Bereich der zuständige Kommissar den Vorsitz in den verschiedenen Fachräten führen soll, so daß die von den MS ausgeübte Präsidentschaft sich auf den Vorsitz des Europäischen Rates, der EPZ und der „Allgemeinen Räte" (Außenministerräte) beschränken würde.[16]

Auch eine Ko-Präsidentschaft des den Vorsitz innehabenden Landes mit der Kommission in den EG-Gremien ist zu prüfen.

f) Es wird zu prüfen sein, ob in den Fällen, in denen die Verträge jetzt die Einstimmigkeit vorsehen, Mehrheitsabstimmungen vorgesehen werden können.

6) Praktische Maßnahmen

a) Die deutsch-französischen Konsultationen auf Beamtenebene sollen laufend weitergeführt werden.

b) Mit unseren EG-Partnern sollen parallel konzertierte Konsultationen durch Deutschland und Frankreich durchgeführt werden.

c) Was die Verfahrensregeln des sog. Spaak-Komitees anbetrifft, so tritt Frankreich nachdrücklich für eine Unabhängigkeit der Arbeiten dieses Komitees gegenüber den Brüsseler Instanzen ein. Frankreich wird eine diesbezügliche Demarche bei der irischen Präsidentschaft[17] und der belgischen Regierung unternehmen. Das Spaak-Komitee sollte im Schloß Val Duchesse tagen. Franzosen machen geltend, daß sich aus den Begleitern der persönlichen Beauftragten leicht ein Sekretariat zusammenstellen lasse. Eine Trennung von den Brüsseler Gemeinschaftsinstanzen (dem Ratssekretariat) sei schon deshalb geboten, weil andernfalls die Vertraulichkeit der Beratungen nicht mehr gewährleistet sei.

d) In der Terminfrage sollte bis zum Europäischen Rat im Dezember dieses Jahres[18] eine vertiefte Debatte der Grundfragen im Spaak-Komitee erfolgen. Bei

15 Zur „Spinelli-Initiative" vgl. Dok. 58, Anm. 10.

16 Der Passus „Eine Verlängerung … beschränken würde" wurde von Bundesminister Genscher durch Fragezeichen hervorgehoben.

17 Irland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1984 inne.

18 Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1984 in Dublin vgl. Dok. 342, Anm. 4.

sich abzeichnender mangelnder Einigung sollten Frankreich und Deutschland im Januar 1985 mit eigenen Vorschlägen hervortreten, um bis zum nächsten Europäischen Rat im März[19] eine Entscheidung, so oder so, herbeizuführen. Danach im Lichte der Ergebnisse deutsch-französische Abstimmung über weiteres Vorgehen (evtl. Vorgehen in kleinerem Kreise).

7) Am Schluß der Sitzung wurde beschlossen, beim nächsten Treffen auf Beamtenebene den Versuch zu unternehmen, zu einer gemeinsamen Definition der politischen Finalität (Europäische Union) zu kommen. Damit soll die politische Zielsetzung geklärt und aus ihrer bisherigen Zweideutigkeit herausgeführt werden.

8) Franzosen haben voll unseren Standpunkt geteilt, daß es darum gehe, für die Europäischen Gemeinschaften durch den Abschluß eines neuen Vertrages einen politischen Bezugspunkt zu schaffen, der die Institutionen festigt und den finanziellen Opfern, die einige Staaten zu erbringen haben, einen politischen Sinn gibt.

9) Es wurde beschlossen, über die Sitzung lediglich folgende Personen zu unterrichten: in der Bundesrepublik Deutschland Sie, den Bundesminister des Auswärtigen und Staatssekretär Ruhfus, in Frankreich den Präsidenten der Republik, Außenminister Cheysson und Herrn Faure. Es muß volle Vertraulichkeit gewährt bleiben.

[gez.] Stabreit

Anlage

Eine gemeinsame Außenpolitik,

eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik als wesentlicher Pfeiler der Politik des Nordatlantischen Bündnisses,

eine gemeinsame Rüstungspolitik,

eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik,

eine gemeinsame Entwicklungspolitik,

eine gemeinsame Weltraumpolitik als bestimmender Faktor der Zusammenarbeit innerhalb der ESA und mit den Vereinigten Staaten,

eine gemeinsame Kommunikationspolitik,

intensivierte Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Technologie, ausgerichtet an konkreten Projekten, an denen nur die unmittelbar interessierten Mitgliedstaaten teilnehmen,

intensivierte kulturelle Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiet des Sprachunterrichtes,

Abschaffung von Grenzkontrollen zwischen den teilnehmenden Ländern, verbunden mit einer intensivierten Zusammenarbeit der für die Verbrechensbekämpfung zuständigen Behörden.

VS-Bd. 10893 (410)

19 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 29./30. März 1985 in Brüssel statt.

241

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.92 FRA-1477/84 VS-vertraulich **25. September 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: 5. Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 21.9.1984 in Paris

Anlg.: 2[4]

I. Die deutsch-französische politisch-strategische Arbeitsgruppe traf sich am 21.9.1984 in Paris zu ihrer 5. Sitzung (Ebene StS Rühl, Dg 20[5]; Delegationsliste s. Anlage[6]).

II. Themen

1) Ergebnisse der Expertengruppen,

a) Beobachtungssatellit,

b) SDI,

2) WEU,

3) KVAE, insbesondere Materialparameter und Inspektionsquoten,

4) Stand der West-Ost-Beziehungen,

5) gemeinsame Manöver.

III. Im einzelnen

1 a) Beobachtungssatellit[7]

Die französische Seite (Dejean de la Bâtie) stellte einleitend fest, von welcher Bedeutung das Projekt für Frankreich sei. Die Europäer brauchten ein unabhängiges Instrument der Beobachtung. Wegen der vorangeschrittenen Arbeiten auf französischer Seite (insbesondere auch im Zusammenhang mit dem parallelen zivilen Projekt Spot Image, das im nächsten Jahr verwirklicht werden

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 26. September 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 15. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Pfeffer und Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] S. 3." Vgl. Anm. 15 und 16.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Pfeffer am 16. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Cuntz am 17. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter, Ministerialdirigent Schauer sowie die Vortragenden Legationsräte Ehni und Zepter verfügte.
Hat Lewalter am 18. Oktober 1984 erneut vorgelegen.
Hat Schauer am 19. Oktober 1984 erneut vorgelegen.
Hat Ehni am 12. November 1984 vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6 und 8.

5 Hans Schauer.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. VS-Bd. 11986 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Zu einer möglichen deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 84, Anm. 19.

soll) sei eine beschleunigtere Behandlung als bisher erforderlich. StS Rühl trug für die deutsche Seite aus einem Sprechzettel vor, den wir vorher aufgrund seiner Informationen über die Sitzung des Bundessicherheitsrates (BSR) vom 20.9. 1984 gefertigt hatten (Text liegt bei[8]). Er verwies darauf, daß Frankreich am 19.1.1984 im deutsch-französischen Ausschuß[9] ein offenes Angebot unterbreitet hatte, über die Weltraumzusammenarbeit zu sprechen, ohne dies auf das konkrete Projekt des Beobachtungssatelliten zu beschränken. Die militärische Bedarfsanalyse sei auf deutscher Seite noch nicht abgeschlossen. Die Bundesrepublik halte eine angemessene Beteiligung der deutschen Industrie für unerläßlich. Im BSR sei am 20.9. beschlossen worden, eine interministerielle Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit dem Fragenkomplex befassen solle. Wir könnten uns dabei auf kein bestimmtes Projekt festlegen.

Die französische Seite (Dejean de la Bâtie, Bureau) stellte fest, daß das Projekt wegen seiner Bedeutung weiter auf der Tagesordnung bleiben müsse und am 22.10.1984 im deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung besprochen werden müsse.[10] Es sei im übrigen davon auszugehen, daß die französische Seite die Angelegenheit bei dem Treffen der Außen- und Verteidigungsminister am 29.10.[11] und auf dem Gipfeltreffen am 29./30.10. in Bad Kreuznach[12] erneut aufgreifen werde.

1b) Expertengruppe SDI

Hinsichtlich des ersten Berichts der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe[13], über die Chefingenieur Rabault vortrug (nicht ohne zu erwähnen, daß der französische Vorschlag, politische Empfehlungen aufzunehmen, nicht durchgedrungen sei), wurde Einigkeit darüber erzielt, daß es sich um einen noch nicht vollständig abgestimmten ersten Bericht handele, der weiterer Erörterung in der politisch-strategischen Arbeitsgruppe bedürfe.

2) WEU

Zum Thema WEU-Jubiläumstreffen in Rom[14] berichtete französische Seite über die Arbeiten der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Kommuniqués/Erklärung. Französische Seite betonte, daß sie gegen eine längere förmliche Erklärung und für ihr recht kurzes Kommuniqué (mit Annex) sei. Ich habe demgegenüber deutlich gemacht, daß die Erklärung Gehalt haben müsse und nicht alle wichtigen Punkte in den Annex genommen werden dürften. (Diese Frage bedarf weiterer Erörterung in der WEU-Arbeitsgruppe.)

StS Rühl betonte, daß die Verteidigungsminister einen Anspruch auf eine Beteiligung an den Entscheidungen der WEU hätten. In die Texte (der Erklä-

8 Dem Vorgang beigefügt. Für den Sprechzettel „Satellit und Weltraumtechnologie“ vgl. VS-Bd. 11986 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung in Paris vgl. Dok. 16.

10 Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung in Paris vgl. Dok. 288.

11 Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu in Bad Kreuznach vgl. Dok. 293.

12 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 294.

13 Zur Arbeit der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Bewertung von SDI vgl. Dok. 211.

14 Zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 26./27. Oktober 1984 vgl. Dok. 290.

rung/des Kommuniqués) müsse deshalb ein Passus aufgenommen werden, daß die Verteidigungsminister in den Ministerratssitzungen gleichberechtigt mit den Außenministern vertreten seien. Die französische Seite (Dejean de la Bâtie, Guelluy) beharrte auf der französischen Haltung: Ob die Verteidigungsminister bei Ministerratssitzungen beteiligt werden sollten, müsse in der Praxis und im Einzelfall entschieden werden. Eine Formalisierung lehne Frankreich ab. (StS Rühl war nach der Sitzung in dieser Frage flexibler und sagte mir, er gehe davon aus, daß man eine allgemein gehaltene Formulierung finden könne, die dem Anliegen des BMVg Rechnung trage.)

Zum Rüstungskontrollamt (RKA) machte StS Rühl deutlich, daß das BMVg gegen eine Befassung des RKA mit Studien über militärische und strategische Fragen sei. Die französische Seite erwiderte, es gebe keinen Grund, dem RKA keine Aufträge[15] des Rates zur Untersuchung militärischer und strategischer Fragen zu geben. Das RKA habe keine operative Verantwortung und handle nur auf Weisung des Rats. M.E. ist auch hier eine Einigung mit dem BMVg möglich.[16]

3) KVAE (Materialparameter und Inspektionsquoten)

Wir trugen das deutsche Anliegen, die Inspektionsquoten im Rahmen der Maßnahme 3 auf zwei aktive Inspektionen festzulegen, vor. Die französische Seite erklärte sich nach längerer Diskussion bereit, ihre Position, die bisher nur eine aktive Inspektion vorgesehen hatte, zu überdenken.

Die Frage des Materialparameters wurde eingehend erörtert. Die französische Seite trug den folgenden Kompromißvorschlag vor:

- Diskussion unseres (wenn auch aus französischer Sicht bedenklichen) Vorschlags, die Anzahl der Panzer und Schützenpanzer in die jeweilige Notifikation aufzunehmen.
- Statt 240 Panzer wird ein X eingesetzt. (Es blieb offen, ob statt „Panzer“ auch „Panzer und Schützenpanzer“ stehen kann, wie wir das wünschen.)
- Im Bündnis wird Einvernehmen erreicht, daß – im deutschen Interesse – die Zahl 240 nicht unterschritten wird.
- Auch über evtl. 240 evtl. überschreitende Zahlen wird bei künftigen Verhandlungen im Rahmen der KVAE unter den Bündnispartnern Konsens hergestellt.[17]

4) West-Ost-Beziehungen

Wir haben unsere Einschätzung der Lage nach der Verschiebung des Honecker-[18] und des Schiwkow-Besuchs[19] dargelegt. Aus der sehr ausführlichen Diskussion

15 Der Passus „es gebe … keine“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.

16 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.
Der Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen. Vgl. Anm. 3.

17 So in der Vorlage.

18 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

19 Zu einem möglichen Besuch des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik vgl. Dok. 212, Anm. 44.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil vermerkte am 10. September 1984: „Die bulgarische Füh-

ist ein Beitrag von StS Rühl festzuhalten, in dem er die Ansicht vertrat, daß die Sowjetunion möglicherweise vor Ende 1985 zu keiner nennenswerten Bewegung in Sachen INF/START bereit sein könnte, da sich bei der Stationierung ihrer SNF und SRINF Verzögerungen ergeben hätten.

5) Gemeinsame Manöver

Das während des letzten Außen- und Verteidigungsministertreffens[20] behandelte Thema „gemeinsame Manöver" wurde von deutscher Seite aufgegriffen und auf die Bedeutung von Manövern der Schnellen Eingreiftruppe Force d'action rapide (FAR)[21] im Bundesgebiet mit deutscher Unterstützung hingewiesen.

Schauer

VS-Bd. 11986 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1113

rung hat am 8.9.1984 den für den 19. bis 22.9.1984 geplanten Besuch des bulgarischen Staats- und Parteichefs Schiwkow in der Bundesrepublik Deutschland auf Einladung des Bundeskanzlers abgesagt. Zur Begründung hat V[ize]A[ußen]M[inister] Gotzew, der Botschafter Thomas am 8.9., 14 Uhr OZ, einbestellte, auf die unterschiedliche Einschätzung der internationalen Lage verwiesen. Hauptelement der bulgarischen Bewertung sei die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa. In letzter Zeit seien neue Elemente hinzugekommen: Diskussion bei uns über die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten und über die Fortgeltung der Beschlüsse von Jalta; Abhaltung großer Militärmanöver der NATO bei uns." Keil legte dazu dar: „Der Schluß drängt sich auf, daß sowohl die Form als auch die inhaltliche Begründung der Absage des Schiwkow-Besuchs auf sowjetische Intentionen zurückgeht. Offen bleibt, ob das sowjetische Begehren auf eine latente bulgarische Überlegung trifft, nämlich den Wunsch, sich nach Absage des Honecker-Besuchs innerhalb des WP nicht zu exponieren bzw. eine allzu enge Gleichsetzung mit Rumänien zu vermeiden, das bereits den Besuch offiziell angekündigt hat und nach Bekanntwerden der Absage Schiwkows am 10.9. sogar die Besuchsabsicht Ceaușescus öffentlich bekräftigt hat." Vgl. Referat 214, Bd. 132994.

20 Für das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 28. Mai 1984 in La Celle Saint-Cloud vgl. Dok. 149.

21 Zur französischen „Force d'Action Rapide" (FAR) vgl. Dok. 1, Anm. 4.

242

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

202-321.10 FRA **25. September 1984**[1]

Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung[2]

Betr.: Gedenkfeier in Verdun am 22. September 1984;
hier: Stimmen und Kommentare danach

Anlg.: 1[3]

I. Wie auf dem deutsch-französischem Gipfel Ende Mai 1984 in Rambouillet[4] vereinbart, kamen am Nachmittag des 22. September 1984 Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs bei Verdun zusammen, um sich gemeinsam vor den in den zwei Weltkriegen Gefallenen beider Nationen zu verneigen.

Die kalten Regenschauer und der grau verhangene Himmel paßten zu der Stätte sinnloser Blutopfer, weniger allerdings zu der in die Zukunft gerichteten „Gemeinsamen Erklärung" des französischen Staats- und des deutschen Regierungschefs (als Anlage beigefügt[5]).

Mitterrand und Kohl, die mit großem Gefolge angereist waren, darunter nicht nur Amts- und Würdenträger, sondern auch Mitglieder ihrer Familien, legten zunächst auf dem deutschen Soldatenfriedhof bei Consenvoye Kränze nieder. Dann wiederholte sich diese Zeremonie auf dem französischen Ehrenfriedhof bei Douaumont. Einem gemeinsamen Besuch im Beinhaus der Gedenkstätte folgte eine weitere Kranzniederlegung vor einem in die beiden Nationalflaggen gehüllten symbolischen Katafalk. Eine französische Militärkapelle intonierte das „Deutschlandlied", ein deutsches Musikkorps die „Marseillaise". Minutenlang verharrten Präsident und Kanzler barhäuptig Hand in Hand vor dem Mahnmal gegen die Sinnlosigkeit des Krieges. Gemischte deutsch-französische Militäreinheiten standen Ehrenspalier. Echte und „Berufs"-Veteranen mit ihren Traditionsfahnen und Schulkinder säumten den Weg der Delegationen. Mit einer Baumpflanzung endete die Zeremonie.

II. Die Gedenkfeier war eindrucksvoll, die ineinander verschlungenen Hände des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers waren symbolträchtig.[6] Wer noch von Emotionen erfaßt werden kann – und dies wa-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Holderbaum konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 26. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 202 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Holderbaum am 26. September 1984 erneut vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5.

4 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 28./29. Mai 1984 in Paris bzw. Rambouillet vgl. Dok. 150 und Dok. 155.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Staatspräsidenten Mitterrand vom 22. September 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 953 und 968.

6 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Schauer gestrichen: „Es ist müßig, darüber zu rätseln, ob die Geste spontan war oder abgesprochen und von wem sie ausging."

ren nicht wenige der in Douaumont Anwesenden –, konnte sich der Wirkung dieses Bildes nicht entziehen. Man wurde unwillkürlich an den Kniefall des damaligen Bundeskanzlers Brandt in Warschau 1970 erinnert.[7]

Die Ungezwungenheit der Gespräche zwischen Mitgliedern der beiden Delegationen, der freundschaftliche Ausdruck in den Gesichtern der Veteranen, die Unbekümmertheit der deutschen und französischen Jugendlichen lassen hoffen, daß der Gedanke an eine erneute bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland nur noch als absurd empfunden werden kann.

III. Die Berichterstattung der Medien über die Gedenkfeier war in beiden Ländern und in verbündeten europäischen Staaten positiv, wenn auch nicht enthusiastisch. In einigen Berichten und Kommentaren waren nachdenkliche Untertöne nicht zu überhören. („Le Matin": Eine Freundschaft, die so viele Symbole braucht, ist nicht so gut gefestigt.) Im Nachgang zu den Andreotti-Äußerungen[8] bezeichnete ausgerechnet die italienische kommunistische Parteizeitung „Unità" den Vorgang als „von Staatspräsident Mitterrand zum Ausdruck gebrachte deutschlandpolitische Solidarität mit der Bundesregierung".[9]

Die „Neue Zürcher Zeitung" nannte die Gedenkfeier eine „fast krampfhaft als historisches Ereignis inszenierte Zeremonie".[10]

Kaum ein Berichterstatter vergaß zu erwähnen, daß die Gedenkfeier bei Verdun Ersatz und „Trostpflaster" für die Nichtbeteiligung des Bundeskanzlers an den 40-Jahrfeiern am 6. Juni 1984 aus Anlaß der Landung der Alliierten in der Normandie sein sollte.[11]

i. V. Schauer

Referat 203 (202), Bd. 140630

7 Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 6. bis 8. Dezember 1970 in Polen auf. Am 7. Dezember 1970 kniete er in Warschau vor dem Denkmal für die Opfer des Aufstands im Warschauer Ghetto vom April/Mai 1943 nieder. Zu seinem Besuch vgl. AAPD 1970, III, Dok. 588–590 und Dok. 595.

8 Zu den Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage vgl. Dok. 236 und Dok. 255.

9 Vgl. den Artikel „Kohl a Verdun per riaffermare l'intesa franco-tedesca"; L'UNITÀ vom 23. September 1984, S. 3.

10 Vgl. den Artikel „Deutsch-französische Feier in Verdun"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 25. September 1984, S. 1.

11 Zu den Feierlichkeiten anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") vgl. Dok. 164.

243

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-3625/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 25. September 1984, 14.24 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1574 **Ankunft: 25. September 1984, 17.19 Uhr**

Betr.: Lage der DDR nach der Verschiebung des Honecker-Besuches[2]

Meine Mitarbeiter und ich hatten in der letzten Woche Gelegenheit zu Gesprächen mit einer Reihe von DDR-Funktionären, hiesigen Diplomaten und anderen Kennern der DDR-Politik. Das sich daraus ergebende Lagebild fasse ich wie folgt zusammen:

1) Nahezu übereinstimmend wird die Gesamtlage nach der Verschiebung des Honecker-Besuches als „undurchsichtig" oder unsicher bezeichnet. Die meisten Gesprächspartner halten sich mit Spekulationen über die weitere Entwicklung zurück. Dabei spielt die unklare Führungssituation in Moskau eine wichtige Rolle. Die Position Tschernenkos wird als entscheidend geschwächt angesehen. Manche DDR-Funktionäre schließen offenbar einen baldigen Führungswechsel in Moskau nicht mehr aus. Die Schwierigkeiten Honeckers bei der politischen Absicherung seines geplanten Besuches in der Bundesrepublik werden auch damit in Zusammenhang gebracht.

2) Kein Zweifel besteht, daß von sowjetischer Seite Honecker spätestens Anfang August, wenn nicht schon früher, von der Reise in die Bundesrepublik abgeraten worden ist. Dabei scheint das Argument eine wichtige Rolle gespielt zu haben, daß durch die „gesamtdeutschen Akzente" in der Bonner Regierungskoalition die deutsch-deutschen Beziehungen „ins Zwielicht" geraten seien. Außerdem sollen die Sowjets warnend darauf hingewiesen haben, daß wegen der angeblich ungenügenden Vorbereitung des Besuches für Honecker bei der Reise kritische Situationen entstehen könnten („Lawinengefahr").

Nach dem feststellbaren Ablauf zu urteilen, scheint sich Honecker gleichwohl erst am 3. September endgültig gegen den Besuch zu dem vorgesehenen Zeitpunkt entschieden zu haben. Er muß wohl bis zu diesem Wochenende eine gewisse Hoffnung gehabt haben, daß die von ihm wohl angestrebte Abstimmung mit der sowjetischen Führung doch noch zustande kommen würde. Nach meinem Eindruck dürfte aber schließlich das Argument den Ausschlag gegeben haben, daß das Zusammentreffen Reagan/Gromyko (28.9.)[3] nicht durch spektakuläre „Nebenereignisse" in der Bundesrepublik gestört werden sollte.

Als Sprachregelung wird demgegenüber von allen DDR-Funktionären hervorgehoben, der Stand der Vorbereitungen Anfang September habe keine Gewähr für Ergebnisse geboten, die den Besuch auf dem Hintergrund der schweren Ost-West-Spannungen gerechtfertigt hätten.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 26. September 1984 vorgelegen.

2 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

3 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

3) Die Störungen im Verhältnis Sowjetunion – DDR sind mit der Verschiebung des Besuches sicher noch nicht überwunden. Es fällt auf, daß die demonstrativen Ergebenheitsadressen der DDR-Führung an die Adresse der Sowjetunion in der letzten Zeit stark zugenommen haben. Vermutlich hält das sowjetische Mißtrauen an, zu dem vor allem die Entwicklung des deutsch-deutschen Verhältnisses in der letzten Zeit beigetragen haben soll. In diesem Zusammenhang wird auf das hohe Niveau des deutsch-deutschen Reiseverkehrs, die überstürzte Ausreiseaktion im Frühjahr dieses Jahres[4], die Zufluchtsfälle in der Ständigen Vertretung und in den Botschaften[5] sowie auf die politischen Zugeständnisse der DDR für den zweiten Milliardenkredit[6] hingewiesen. Daneben dürfte es noch weitere, nicht näher bekannte Irritationspunkte geben.

Honecker muß durch die Angriffe der „Prawda" auf seine Westpolitik auch persönlich verletzt sein. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die von ihm persönlich im November 1983 auf der 7. ZK-Tagung dargelegte Linie[7] (Politik der „Schadensbegrenzung"; „Jetzt-erst-recht"-Dialog) mit Moskau auf höchster Ebene abgestimmt war, in Prag[8] im wesentlichen bestätigt worden ist und Honecker sich wohl bis zuletzt der Unterstützung durch wichtige Persönlichkeiten in der Moskauer Führung, wahrscheinlich Tschernenko selbst, sicher zu sein glaubte. Um so mehr dürfte er die gegen ihn gerichteten Vorwürfe als einen schweren Vertrauensbruch empfunden haben.

Honecker dürfte jetzt aber gewarnt sein. Die Vorgänge der letzten Zeit zeigen, daß die Absicherung seiner Politik in Moskau brüchig geworden ist. Seine Kollegen im Politbüro werden schon mit Rücksicht auf die undurchsichtige Führungssituation in Moskau auf größere Zurückhaltung drängen, denn eine anhaltende Belastung der Beziehungen zur Sowjetunion ist für die DDR-Führung nicht hinnehmbar.

Auffallend sind allerdings die weiter anhaltenden moskaukritischen Akzente bei DDR-Gesprächspartnern. Man ist in Ost-Berlin offensichtlich nicht bereit hinzunehmen, daß die SED-Führung so kritisiert wird, als befände sich die DDR auf dem Weg in eine Krise. Hier kommt auch ein beträchtlich gestiegenes Selbstbewußtsein der DDR-Führungsschicht zum Ausdruck.

4) Hinsichtlich der weiteren Entwicklung des deutsch-deutschen Verhältnisses ist bei den meisten Gesprächspartnern Unsicherheit spürbar. Die bisherigen Anzeichen deuten darauf hin, daß Honecker an seiner Linie gegenüber der Bundesregierung festhalten will und dies grundsätzlich auch von seinen Kollegen in der SED-Führung nicht in Frage gestellt wird. Es werden aber Zweifel ge-

4 In den Monaten Januar bis April 1984 konnten rund 25 000 Menschen von der DDR in die Bundesrepublik übersiedeln. Insgesamt erhielten 1984 etwa 35 000 Menschen eine Ausreiseerlaubnis. Vgl. dazu INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 14 und 32.

5 Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR vgl. Dok. 206.

6 Zum zweiten „Milliardenkredit" an die DDR vom Juli 1984 vgl. Dok. 202, Anm. 4.

7 Die Sitzung des Plenums des ZK der SED fand am 24./25. November 1983 in Ost-Berlin statt. Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 25. November 1983 vgl. HONECKER, Reden, Bd. 10, S. 8–38.

8 Am 11./12. Juli 1984 fand in Prag eine „Beratung von Sekretären für internationale und ideologische Fragen der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder" statt. Vgl. dazu den Artikel „Gustáv Husák empfing die Vertreter von Bruderparteien"; NEUES DEUTSCHLAND vom 13. Juli 1984, S. 1 f.

äußert, wie weit diese Politik mit der von Bundeskanzler Kohl geführten Bundesregierung verläßlich und berechenbar gestaltet werden kann. Solche Zweifel beziehen sich weniger auf die Absichten der Bundesregierung, der man guten Willen zur Zusammenarbeit unterstellt, als auf den Grad der Unterstützung, den diese Politik in der CDU und CSU findet. Hier wirken die Dregger-Äußerungen[9] noch nach. Unter dem Eindruck der sowjetischen Revanchismuskampagne wächst außerdem das Mißtrauen gegenüber den deutschlandpolitischen Zielen der Bundesregierung. So scheinen hier bestimmte Kreise die Frage zu stellen, ob die CDU/CSU etwa durch Schaffung wirtschaftlicher Abhängigkeiten und andere die Stabilität untergrabende Maßnahmen konkret eine Veränderung der politischen Strukturen in Europa anstrebt. Die hiesigen Kenner der Bundesrepublik geben zu, daß eine solche Einschätzung abwegig ist. Immerhin sind Irritationen spürbar, die durch sowjetischen Einfluß, aber auch durch Erklärungen aus Kreisen der Bonner Koalition (und ihre Kommentierung in unserer Presse) ausgelöst worden sind.

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß eine grundsätzliche Überprüfung der bisherigen Politik gegenüber der Bundesrepublik im Gange ist. Zeichen der Unsicherheit, wie es weitergehen wird, nehmen aber zu. An Optionen für den Fall, daß die Entspannungspolitik, wie sie hier verstanden wird, als gescheitert angesehen werden müßte, wird offenbar gearbeitet. Dabei geht es wohl vor allem um die Frage, wie die wirtschaftlichen Folgen einer länger anhaltenden Ost-West-Spannung möglichst gering gehalten werden können. Bemerkenswert ist ein Hinweis (den wir aus einem wissenschaftlichen Institut erhalten haben), wonach die wirtschaftlichen Beziehungen stärker „entpolitisiert“ werden sollen.

5) Daß die innenpolitische Stellung Honeckers durch die Vorgänge der letzten Zeit ernsthaft tangiert wäre, ist bisher nicht erkennbar geworden. Seine feste Haltung gegenüber der sowjetischen Kritik dürfte vielleicht nicht von allen Politbüromitgliedern gebilligt worden sein. Die für die Deutschlandpolitik wichtigen Führungsmitglieder scheinen aber hinter Honecker zu stehen. Von der Honecker-Linie abweichende Erklärungen sind bisher nicht beobachtet worden. In den Medien wird über Auftritte Honeckers unverändert breit berichtet. Andere Führungsmitglieder werden von den Medien nicht besonders herausgehoben. Für die Öffentlichkeit erscheint der Generalsekretär unbestritten als die Nr. 1.

Eine andere Frage ist, wie sich die Vorgänge der letzten Zeit auf den politischen Spielraum Honeckers auswirken werden. Einige Gesprächspartner sprechen offen davon, daß Fehler gemacht worden sind. Diese Kritik richtet sich letzten Endes gegen Honecker persönlich, der in der Deutschlandpolitik auch wichtige Entscheidungen meist ohne vorherige Diskussion im Politbüro trifft und darüber offenbar nur mit wenigen Führungsmitgliedern und Vertrauten spricht. Auch die Ernennung Häbers scheint daran wenig geändert zu haben. Unter dem Eindruck der sowjetischen Kritik könnte Honecker sich jetzt gezwungen sehen, vorsichtiger vorzugehen und zumindest wichtige Einzelschritte der Deutschlandpolitik im Politbüro abzusprechen. Das würde seinen Spiel-

9 Zu den Äußerungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger vgl. Dok. 232, Anm. 20.

raum erheblich einengen. Manche Gesprächspartner bezweifeln allerdings, daß Honecker sich darauf einlassen wird.

In der Bevölkerung hat die feste Haltung Honeckers gegenüber den Sowjets sein Ansehen eher noch erhöht. Daß er den Besuch in der Bundesrepublik absagen mußte, wird zwar bedauert, aber doch verstanden. Man verbindet mit der Führung Honeckers weiterhin die Hoffnung, daß seine Politik einer vorsichtigen Öffnung nach Westen und insbesondere zur Bundesrepublik fortgesetzt wird. Entspannungspolitik hat für die Bevölkerung trotz mancher Enttäuschung weiterhin einen hohen Stellenwert.

6) Insgesamt besteht der Eindruck, daß Honecker die für ihn schwierige Operation der zweiten Absage seines Besuches in der Bundesrepublik[10] einigermaßen bewältigt hat. Seine vordringliche Aufgabe wird es nun sein, wieder ein Vertrauensverhältnis zu Moskau herzustellen und seine Linie des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Regierungen einschließlich der Bundesregierung zuverlässig abzusichern.

Der Besuch dürfte für Honecker aus politischen wie aus persönlichen Gründen unverändert wichtig geblieben sein. Darum sind auch die Hinweise glaubwürdig, daß die Substanz der deutsch-deutschen Beziehungen nicht beeinträchtigt werden soll. Eine Abkühlung des Klimas ist aber unvermeidlich. In den Medien dürfte die Tonart gegenüber der Bundesrepublik härter werden. Mit Rücksicht auf Moskau wird sich die DDR auch mit eigenen Beiträgen an der Revanchismuskampagne beteiligen müssen. Die Geraer Forderungen[11], die auch schon in der Vergangenheit häufig eine Blockierungsfunktion hatten, werden wieder stärker herausgestellt werden. Kontakte mit der Bundesregierung auf politischer Ebene sind in der nächsten Zeit sicher nicht ausgeschlossen, werden aber auch nicht gesucht werden. Größeres Interesse scheint derzeit der SPD und der Friedensbewegung entgegengebracht zu werden. Auf Dauer wird die DDR-Führung aber auf einen vertieften Dialog mit der Bundesregierung nicht verzichten wollen. Der größte Unsicherheitsfaktor bei dieser Entwicklung dürften die sowjetische Politik und das Verhältnis der Weltmächte sein. Davon wird letztlich abhängen, wie weit die DDR in ihrem Verhältnis zur Bundesrepublik die eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen zur Geltung bringen kann. Ohne klares Mandat aus Moskau kann die DDR die von Honecker gewünschte Politik auf Dauer nicht durchhalten.

[gez.] Bräutigam

VS-Bd. 13348 (210)

10 Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik wurde am 28. April 1983 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 123.

11 Zu den Forderungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in einer Rede am 13. Oktober 1980 in Gera vgl. Dok. 232, Anm. 16.

244

Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-3634/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1715
Citissime

Aufgabe: 26. September 1984, 01.10 Uhr[1]
Ankunft: 26. September 1984, 08.37 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit Gromyko in New York am 25.9.1984[2]

Von BM noch nicht genehmigt

I. An dem knapp zweistündigen Gespräch beim Mittagessen in Residenz sowjetischen VN-Botschafters nahmen teil:

von deutscher Seite: Botschafter Lautenschlager, Botschafter Ruth, Dg 21[3], Leiter MB[4];

von sowjetischer Seite: Erster Stellvertretender AM Kornijenko; VN-Botschafter Trojanowskij; Botschafter in Washington, Dobrynin; stellvertretender Leiter Dritte Europäische Abteilung im SAM[5], Ussytschenko.

Das Gespräch, das sehr ernsthaft und dicht geführt wurde, konzentrierte sich auf die gegenwärtige Weltlage, die Gefahren der nuklearen Waffen und möglicher neuer Waffensysteme für die Menschheit und die Bedeutung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vor diesem Hintergrund.

Gromyko, der leicht reduziert und nicht vollkommen informiert wirkte, kam von sich aus nicht auf Thematik sowjetischer Propaganda gegen Bundesrepublik (Revanchismus, Nachrüstung) zu sprechen. Er rechtfertigte kurz sowjetische Positionen, nachdem BM am Ende des Treffens Nichtvereinbarkeit sowjetischer Propagandakampagne mit Stand der Beziehungen und Geist Moskauer Vertrages[6] betont hatte.

Im Verhältnis zu USA äußerte sich Gromyko kritisch, aber nicht aggressiv. Er hielt sich bei Bewertung der VN-Rede Reagans[7] zurück und betonte das Motto

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 28. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte und handschriftlich vermerkte. „Z[um] V[or]g[ang]."
Hat Ischinger am 28. September 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung in New York vom 23. bis 27. September 1984 in den USA auf.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Hans Friedrich von Ploetz.

5 Sowjetisches Außenministerium.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

7 In seiner Rede am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York schlug Präsident Reagan der UdSSR regelmäßige Gespräche über regionale Fragen vor. Außerdem kündigte er verstärkte Anstrengungen an, um in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD), bei den MBFR-Verhandlungen in Wien, bei der KVAE in Stockholm sowie im Bereich nuklearer Waffen zu Ergebnissen zu kommen. Reagan schlug ferner vor, für alle Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR einen gemeinsamen, übergreifenden Rahmen („Schirm") zur Koordinierung der Einzelanstrengungen für die nächsten 20 Jahre zu schaffen („road map"). Auf diese Weise kön-

„Nicht Worte, sondern Taten zählen“. Dabei ließ er trotzdem Bedeutung erkennen, die SU bevorstehenden Gesprächen Gromykos mit Shultz und Reagan[8] einräumt. Seine Tonlage war im ganzen nicht kämpferisch auftrumpfend, sondern eher philosophisch und leicht resignativ: Vielleicht werde die Menschheit der Kräfte nicht Herr, die sie hervorgebracht habe und die ihren Untergang bewirken könnten.

II. Über rüstungskontrollpolitische Fragen, die Gespräch weitgehend beherrschten, wird gesondert berichtet.[9]

III. Zur übrigen Thematik im einzelnen:

Vor Tisch erwähnte BM EG-ZA-Konferenz in San José[10], über die Gromyko nicht unterrichtet schien. BM erläuterte auf Frage Gromykos, ob es sich nur um wirtschaftliche Themen handele, daß diese wichtige Rolle spielten, aber auch politische Fragen behandelt würden. Wir unterstützten Contadora-Prozeß.[11]

Auf Frage von BM nach Einschätzung der Reagan-Rede betonte Gromyko, daß dies „keine leichte Frage“ sei. Vor allem zählten nicht Worte, sondern Taten. BM betonte, daß auch Worte Bedeutung hätten und Reagans Vorschläge ernsthaft seien und Beachtung verdienten. Im übrigen werde Gromyko Gelegenheit haben, mit Shultz und Reagan über beiderseitige Absichten zu sprechen, was wir für gut hielten.

Gromyko meinte, man werde sehen, was in den Gesprächen gesagt werde, aber wenn gleichzeitig mit guten Worten das Wettrüsten weiter angeheizt werde, dann sei dies nicht, was die Welt brauche. BM warf ein, daß man zum Verhandlungstisch gehen müsse, um sich auf die notwendigen Taten zu einigen. Gro-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1121

ne vermieden werden, daß ein Ausbleiben von Fortschritten in einer einzelnen Frage den gesamten Rüstungskontrollprozeß negativ beeinflusse. Er werde der UdSSR vorschlagen, regelmäßige Treffen auf Minister- oder Kabinettsebene zu institutionalisieren. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 1355–1361. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 661–666 (Auszug).

8 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

9 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1984 in New York zu Rüstungskontrollfragen vgl. Dok. 246.

10 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 vgl. Dok. 260.

11 Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Beilegung der Konflikte in Mittelamerika vgl. Dok. 153, Anm. 18.
Ministerialdirektor Haas vermerkte am 10. Oktober 1984: „Am 7.9.84 haben die Contadora-Staaten den fünf zentralamerikanischen Staaten eine revidierte Fassung der ‚Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Zentralamerika‘ mit der Aufforderung übergeben, sich bis zum 15.10.84 endgültig zu dem Dokument zu äußern. Die wichtigste Änderung der revidierten Fassung besagt, daß nunmehr alle Bestimmungen verpflichtender Natur sind (keine ‚Empfehlungen‘ mehr). Innerhalb von sechs Monaten nach Unterzeichnung (nicht: Inkrafttreten) müssen ausländische Militärstützpunkte und Ausbildungszentren geschlossen werden; innerhalb von 30 Tagen müssen der Kontrollkommission (Mitglieder: vier Vertreter aus Staaten, deren Unabhängigkeit und Interesse an einer Lösung der Krise anerkannt ist; Vorschlag: Contadora; Zustimmung: ZA-Staaten) entsprechende Zahlenangaben übermittelt werden. Der erste Entwurf sah zwölf Monate bzw. 60 Tage vor.“ Nicaragua habe überraschend seine Zustimmung erklärt und damit einen „Propagandaerfolg“ erzielt. Die USA hätten Bedenken geäußert: „Es wird unterstellt, daß Nicaragua nicht gewillt ist, sich an die Verpflichtungen der ‚Akte‘ zu halten.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146551.

myko bemerkte darauf, daß man vor dem Gang zum Verhandlungstisch die Absicht zu praktischen Taten haben müsse. BM wies darauf hin, daß wir aus der Geschichte des Moskauer Vertrages wüßten, daß auch eine schwierige Materie durch Verhandlungen geregelt werden könne. Worte und Taten müßten sich auseinander ergeben. Gromyko wandte ein, daß dies nicht immer der Fall sei, z. B. sähen die amerikanischen Taten anders aus, als das sowjetisch-amerikanische Dokument über die Verhinderung des Nuklearkrieges[12] vorsehe. Er habe jedenfalls vor, in den Gesprächen mit amerikanischer Seite so vollständig wie möglich zu verdeutlichen, wie die reale Politik aussehe. Die Realität inspiriere keineswegs. Die Lage dürfe nicht verniedlicht werden. Washington treibe „mit Besessenheit" das Wettrüsten immer weiter hoch. Dies sei auch durch tausend Worte nicht zu widerlegen. Die USA selbst bestätigten das durch immer neue Aufträge für immer neue Waffen. Gromyko räumte BM jedoch ein, daß sein Besuch in Washington wichtig sei, entzog sich aber einer Antwort auf die Bemerkung von BM, daß es zur Hälfte auch an sowjetischer Seite liegen werde, ob sich aus dem Treffen in Washington eine gute weitere Entwicklung ergeben werde.

In einen philosophischen Ton fallend, meinte Gromyko, es sei nicht klar, wohin die Welt jetzt gehe. Wenn jemand die Menschheit aus dem Weltraum beobachten könnte, würde er vielleicht sehen, daß die Natur eine Menschheit hervorgebracht habe, die nicht wisse, was sie sich selber antue, denn sie bereite wahrscheinlich ihren eigenen Untergang vor. BM warf ein, daß wir Christen glaubten, daß uns jemand sehen könne, dem wir für unser Tun verantwortlich seien. Dem schloß sich eine Diskussion über Irrtümer im Glauben und Mangel menschlicher Erkenntnis an. BM zitierte Faust, worauf Gromyko eine Parallele zu Lenin zog (die Menschheit werde nie zu endgültiger Kenntnis gelangen, ihr nur nahekommen) und die Beliebtheit und Popularität Goethes bei den Russen betonte. Über Faust und Mephisto kam man zu Schiller, dessen Popularität in der SU Gromyko ebenfalls rühmte.

BM betonte, das wirkliche Problem unserer Zeit sei nicht, wie weit unsere Kenntnis reiche, sondern, ob wir die moralische Verantwortlichkeit hätten, die Entwicklung der Kenntnisse einzuholen, oder ob diese unbeherrschbar würden.

Gromyko bezeichnete diese Fragestellung als richtig. BM hielt für wahrscheinlich, daß dies auch ein Thema der Gespräche Gromykos in Washington sein werde. (Gromyko stimmte zu.) BM betonte, daß je größer die Staaten und ihre Möglichkeiten seien, desto größer sei auch ihre Verantwortung. BM erwähnte als weitere Herausforderung für die Menschheit den Umweltschutz. Auch hier wüchsen die Gefahren mit der industriellen Entwicklung, die andererseits auch Möglichkeiten für Schutzmaßnahmen böte. Auch in diesem Bereich sähen wir große Verantwortung der Staaten in Europa und große Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen West und Ost.

12 Für den Wortlaut des Abkommens vom 30. September 1971 zwischen der UdSSR und den USA über Maßnahmen zur Verminderung der Gefahr des Ausbruchs eines Atomkriegs vgl. UNTS, Bd. 807, S. 58–63. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1971, D 534–536.
Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juni 1973 zwischen den USA und der UdSSR zur Verhinderung eines Atomkriegs vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 160 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 418 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 204.

BM erläuterte anschließend die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung. Er betonte unsere Anstrengungen im Bereich der technologischen Entwicklung. Hier seien wir bei der Grundlagenforschung noch vorne, während bei der angewandten Forschung seien die USA und Japan in einigen Sektoren (besonders Mikroelektronik und Gentechnologie) führend.[13] Wir entfalteten in diesem Bereich enge Zusammenarbeit mit Frankreich, auch mit anderen Partnern der EG, soweit sie das wünschten. Europa müsse seinen Platz in der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung in der Welt einnehmen. Auch hier gebe es große Perspektiven der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Gromyko und Dobrynin erkundigten sich interessiert nach dem Verhältnis der Entwicklung bei uns und in den USA bzw. Japan. BM erwähnte unsere Probleme im Bereich der Mikrochips. Einige unserer Industrien hätten sich zu sehr auf ihre führende Stellung verlassen und „Speck angesetzt". Wir müßten uns anstrengen, aber wir hätten die menschlichen Ressourcen und technischen Möglichkeiten, um den Rückstand relativ bald auszugleichen. Hier lägen große Zukunftschancen.

BM erwähnte sein Gespräch mit Botschafter Semjonow vor der Sommerpause[14], bei dem er angeregt habe, über die Zukunftsperspektiven der Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen nachzudenken. Zur Zeit seien die Ost-West-Lage und das deutsch-sowjetische Verhältnis von Wolken verdüstert, die nicht von uns stammten. Wir hätten viele Jahre gute Erfahrungen damit gemacht, daß wir uns auf die positiven Seiten der Entwicklung konzentriert hätten. Wenn jetzt begonnen werde, die negativen Seiten herauszustellen, würde das einen Schritt zurück bedeuten.

Gromyko kam auf die schicksalsträchtigen Fehler zurück, mit denen die Menschen ihren eigenen Untergang herbeiführen könnten. Mit der Entwicklung der Atomenergie habe der Mensch die Kräfte hervorgebracht, die alles vernichten könnten. Deshalb müsse Vernunft und Entschiedenheit aufgebracht werden, um diese Kraft unter ein striktes Verbot zu stellen. Das sei die politische Schlußfolgerung, die er aus dem Gespräch mit BM ziehe. Ein striktes Verbot und eine Ächtung seien erforderlich, damit die Nuklearenergie nicht für menschenvernichtende Waffen, sondern ausschließlich zu friedlichen Zwecken genutzt werden könne. Er sei sicher, daß diese Überzeugung von allen seinen Gästen am Tisch geteilt werde.

Anschließend wandte sich das Gespräch dem NV-Vertrag[15], der Rüstung im Weltraum und den Nuklearwaffen zu (vgl. gesonderter DB).

[16]Gegen Ende des Gesprächs kam BM auf die Revanchismuskampagne: Es wäre unaufrichtig, wenn er verschweigen würde, daß wir uns zunehmend fragten, welche Absichten und Gedanken hinter der Polemik ständen, die in letzter Zeit zunehmend gegen unser Land, den Bundeskanzler und andere Kabinettsmit-

13 So in der Vorlage.

14 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 6. Juli 1984 vgl. Dok. 185.

15 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

16 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1716 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

glieder gerichtet werde. Das stehe nicht im Einklang mit dem Geist unserer Zusammenarbeit und des Moskauer Vertrages.

Gromyko erwiderte: Er wolle jetzt die Frage aus Zeitgründen nicht vertiefen. Da BM sie angesprochen habe, müsse er jedoch zum sowjetischen Standpunkt sagen: Die SU sei mit den Positionen nicht einverstanden, die von der Bundesregierung, vom Bundeskanzler und von BM sowie von gewissen Kreisen dargelegt würden, daß die „Vereinbarungen der Verbündeten" beseitigt werden könnten, um die dadurch bewirkte Teilung Europas zu beseitigen. Jetzt gebe auch die USA solche Erklärungen ab, z. B. Shultz in Stockholm[17], und BM habe dazu Beifall geklatscht. Das sei eine vom Leben weit entfernte und unrealistische Position. Man hoffe, daß die Bundesregierung in dieser Frage auf den Boden des Realismus zurückkomme. Wie solle man denn die Kräfte nennen, die sich für Veränderungen der Grenzen und der Nachkriegsgestaltung Europas einsetzten? Was anderes sei denn Revanchismus als dies? Die SU stehe fest auf dem Boden des Vertrags mit der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Boden der Vereinbarungen mit den Verbündeten. Diese Dokumente widersprächen sich nicht, sondern stünden im Einklang miteinander. Die Bundesregierung habe auch andere Schritte unternommen, die gegenüber der SU und den anderen sozialistischen Staaten Fehlschritte seien, aber auch alle anderen Staaten Europas betreffen. (Es blieb unklar, ob er hier die Nachrüstung oder die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen[18] meinte.)

BM erwiderte: Gromyko sei bekannt, was wir in den Verträgen mit der SU, der Volksrepublik Polen[19], der ČSSR[20] und der DDR[21] und in der Schlußakte von Helsinki[22] gesagt hätten. Deshalb sei der von Gromyko erhobene Vorwurf ungerecht. Diese Verträge leiteten uns in unserer Politik. Deshalb sei es keine gute Sache, von Revanchismus zu sprechen. Er selbst habe immer wieder betont: Der Moskauer Vertrag bleibe für uns die langfristige Perspektive. Es gebe kein Wort von ihm, das Gromyko Anlaß gebe, daran zu zweifeln. Dies gehöre zu den Grundlagen der Politik der Bundesregierung, und der Bundeskanzler sehe dies nicht anders als er. Für uns sei das Verhältnis zur SU eine sehr ernste Sache. Wir könnten über die ungerechtfertigten Vorwürfe hinwegsehen und sagen, wir könnten auch so weiterleben. Aber wir wollten uns in den Beziehun-

17 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.
Vgl. dazu auch die Rede des Präsidenten Reagan am 17. August 1984 in Washington; Dok. 232, Anm. 11.

18 Zur Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik am 27. Juni 1984 vgl. Dok. 193, Anm. 3.

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

20 Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

21 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

22 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

gen mit der SU vorwärtsbewegen. Dies liege in unserem, im sowjetischen und im europäischen Interesse. Wie er schon in Moskau[23] gesagt habe, würden wir den Weg der friedlichen Zusammenarbeit weitergehen. Aber wir würden unseren guten Willen nicht in Zweifel stellen lassen.

BM bestätigte Einladung an Gromyko nach Bonn. Gromyko betonte: SU schätze Kontakte mit Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen hoch ein. Man werde die Zeitfrage überlegen und uns einen Hinweis geben. Er rege an, daß unsere VN-Delegationen während der GV in Kontakt blieben.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 14127 (010)

245

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-3636/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1717
Cito

Aufgabe: 26. September 1984, 01.32 Uhr[1]
Ankunft: 26. September 1984, 08.57 Uhr

Betr.: Frühstück des Bundesministers mit AM Shultz am 25.9.1984 in New York[2]

1) Ost-West-Beziehungen

BM eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, daß wir die Rede des Präsidenten vor der UN-GV vom 24.9.[3] für sehr bedeutsam hielten. Es sei ganz wichtig, daß der Präsident seine Bereitschaft zum Dialog in dieser Breite zum Ausdruck gebracht habe. Der BM konstatierte mit Befriedigung, daß die deutsche Presse diese Bewertung unterstütze.

Shultz stellte fest, die Bundesregierung habe großen Anteil an der Entwicklung dieser Politik gehabt. Nichts sei falscher, als zu glauben, daß Reagan nur aus

23 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 148 und Dok. 153.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 26. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte und handschriftlich vermerkte: „Zum Vorg[ang] N[ew] York."
Hat Ischinger am 26. September 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung in New York vom 23. bis 27. September 1984 in den USA auf.

3 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 244, Anm. 7.

Wahlkampfgründen[4] so gesprochen habe. Die Rede sei vielmehr auf lange Frist angelegt.

BM betonte, nun komme es sehr darauf an, wie die SU reagieren werde. Es sei gut, daß sich die amerikanische Seite mit den Gesprächen in New York und Washington viel Zeit nehme.[5] Er, der Bundesminister, sehe Gromyko heute beim Mittagessen.[6] Leider seien die deutsch-sowjetischen Beziehungen von polemischen Angriffen (Revanchismuskampagne) überschattet. Die Sowjetunion mache auch vor persönlichen Angriffen gegen den Bundeskanzler nicht halt. Vor diesem Hintergrund sei das Treffen des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten in Verdun[7] von großer symbolischer Bedeutung gewesen. Die verbundenen Hände wiesen die ungerechtfertigten sowjetischen Thesen optisch zurück. Eine Zurückweisung der Vorwürfe durch Shultz und Präsident Reagan wäre gut. Es sei offensichtlich, daß die SU im Augenblick ihre Propaganda konzentrisch auf die Bundesrepublik Deutschland richte. Sie wolle damit das Kernstück der Atlantischen Allianz „weichklopfen". Das werde Moskau nicht gelingen. Dennoch wären wir für Unterstützung dankbar.

Wir würden unsere politische Linie mit kühlem Kopf weiterverfolgen und uns nicht provozieren lassen.

Man werde sehen müssen, wie weit die SU in ihrer praktischen Politik gehe. Die Verschiebung des Honecker-[8] und Schiwkow-Besuchs[9] sei relativ weitgehend gewesen; dies werde uns nicht daran hindern, weiter das Gespräch mit den kleineren mittel- und osteuropäischen Ländern zu suchen. Wir müßten in den kommenden Monaten sehen, wie groß der Spielraum der kleineren WP-Staaten sei. Wir würden das im Rahmen der KSZE tun. Es gelte, diesen Prozeß weiter zu fördern. Er werde dem in seiner Rede vor der UNO[10] breiten Raum widmen und auch ein positives Wort zu der finnischen Anregung sagen, den zehnten Jahrestag der Schlußakte[11] feierlich zu begehen.[12] Sie spreche von der

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

6 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1984 in New York vgl. Dok. 244 und Dok. 246.

7 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

8 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

9 Zur Absage des Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik vgl. Dok. 241, Anm. 19.

10 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 26. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1984, S. 961–966.

11 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

12 Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar vermerkte am 11. September 1984, der finnische Botschafter Kalha habe Staatssekretär Meyer-Landrut am selben Tag aufgesucht und eine Verbalnote überreicht, „mit der Finnland die Konsultationen darüber einleitet, wie der zehnte Jahrestag der KSZE-Schlußakte gebührend begangen werden soll. Botschafter fügte hinzu, nach Eingang der Antworten werde Finnland einen Emissär in die Hauptstädte der Teilnehmerstaaten schicken. Er teilte mit, daß Finnland für die Vorbereitungen einen Generalsekretär bestellen werde. StS Meyer-Landrut wies darauf hin, daß über die Frage im politischen Rahmen bereits gesprochen werde und

Zusammenarbeit mit allen. Die Sowjetunion könne, da sie Unterzeichner der Akte sei, nicht behaupten, wir wollten zwischen die Staaten des WP, wenn wir im Rahmen der KSZE handelten, einen Keil treiben.

Shultz stellte die Frage, ob der BM in seiner Rede auch die Menschenrechte ansprechen werde. Auch dafür böte die Schlußakte den Anknüpfungspunkt. Er denke an die deutsch-deutschen Beziehungen, aber auch an die jüdische Auswanderung aus der Sowjetunion.

Der BM unterrichtete Shultz, daß er in großer Breite über die Menschenrechte und ihre Bedeutung für den Frieden in der Welt sprechen werde. Frieden und Menschenrechte, so laute ein Kernsatz seiner Rede, gehörten zusammen. Die individuellen Menschenrechte und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten seien Teile der Schlußakte. Es sei unser Ziel, im deutsch-deutschen Verhältnis die höchste Ebene bei menschlichen Erleichterungen zu erlangen. Auch die deutsch-deutschen Beziehungen seien in den Helsinki-Prozeß eingebettet.

Der BM stellte die Frage, was die USA von den Gesprächen mit Gromyko erwarteten. Shultz erwiderte, eine Prognose sei schwierig. Die heutige sowjetische Reaktion sei eher kalt. Man müsse damit rechnen, daß Gromyko die amerikanischen Vorschläge zurückweisen werde. Im übrigen frage man sich, ob Gromyko Weisungen von Moskau brauche oder ob er sie dorthin gebe. Die amerikanische Seite jedenfalls werde weiter mit den Sowjets sprechen. Sie werde dabei „innovativ“ sein. Das sei im Interesse der USA und der Verbündeten. Die Rede des Präsidenten sei voll von Vorschlägen (suggestions), auch substantiell.

2) Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR

Shultz bat um Erläuterung des Standes unserer Beziehungen zur DDR. Er werde in der nächsten Woche AM Fischer begegnen.[13] Dann wolle er vor allem auch amerikanische und jüdische Ansprüche geltend machen. Der BM meinte hierzu, die DDR stelle sich auf den Standpunkt, sie sei das neue Deutschland, Ansprüche aus dem Kriege beträfen sie nicht. Zu unseren Beziehungen lasse sich folgendes feststellen: Honecker habe für seinen beabsichtigten Besuch eine Strategie entwickelt gehabt, die vorgesehen habe, Probleme der menschlichen Erleichterungen vor dem Besuch zu regeln. Deshalb habe man im Juni/Juli Vereinbarungen über eine ganze Reihe menschlicher Erleichterungen getroffen.[14] Beim Besuch selbst habe Honecker mit dem Bundeskanzler über internationale Fragen sprechen wollen. Das betrachte er als Ausgleich für die Tat-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1127

daß BM gesagt habe, man solle das Ereignis im Interesse der Förderung der West-Ost-Beziehungen politisch nutzen. Tendenz im Kreise der Zehn gehe derzeit in Richtung Teilnahme der Außenminister, nicht der Staatschefs. Dies seien aber erste sondierende Gespräche (ohne Weisungen) gewesen. Versuch, Staatschefebene anzustreben, sei nicht sinnvoll, wenn die Chefs der USA und der SU sich nicht träfen.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133506.

Für die finnische Verbalnote vom 6. September 1984 vgl. Referat 212, Bd. 133506.

13 Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 4. Oktober 1984 in New York mit dem Außenminister der DDR, Fischer, zusammen. Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 5. Oktober 1984, im amerikanischen Außenministerium sehe man den Wert der Begegnung „primär im Atmosphärischen und in der amerikanischen Erkenntnis gewachsenen Selbstbewußtseins der DDR im internationalen Verkehr“. Shultz habe vorgeschlagen, sich um ein „Rahmenwerk für verbesserte bilaterale Beziehungen“ zu bemühen: „Die gegenwärtige Unterredung könnte zum Symbol für beiderseitigen guten Willen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4291/4292; Referat 210, Bd. 132598.

14 Zu den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über Erleichterungen im Reise- und Besucherverkehr vgl. Dok. 202, Anm. 4.

sache, daß er nicht zu einem Staatsbesuch eingeladen sei und nicht vom Bundeskanzler in Bonn empfangen würde.

Die normalen Kontakte über humanitäre Fragen liefen wie bisher weiter. Es handele sich um drei Komplexe:

– politische Häftlinge (Gespräche werden auf diskretem Wege fortgesetzt),
– Ausreisewünsche (laufen im Rahmen der vereinbarten Zahlen weiter),
– Regelung der Zufluchtsfälle in westlichen Botschaften im WP-Bereich.[15]

(Das Problem habe sich von Ost-Berlin im wesentlichen nach Prag verlagert. In Ost-Berlin überwache die DDR den Zugang zu unserer und der US-Vertretung. Deshalb kämen kaum neue Fälle auf. Die meisten Fälle gebe es jetzt in Prag, weil die ČSSR das einzige Land sei, in das DDR-Bürger ohne Paß reisen können. Die ČSSR tue offenbar nichts dagegen. Vielleicht seien ihr Probleme zwischen uns und der DDR gar nicht so unangenehm. Auf die Frage von Shultz nach Arrangements mit der DDR in diesem Zusammenhang erläuterte BM den aktuellen Stand. Wie die DDR sich am Ende verhalten werde, sei noch unklar.)

Offenbar habe Ost-Berlin die Sorge, daß eine öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland entstehen könne, die über das Fernsehen in die DDR gelange und dadurch weitere Menschen ermutigen würde, den gleichen Weg zu gehen. Shultz knüpfte an seine Feststellung, die SU habe Honecker vom Besuch abgehalten, die Frage, ob sich hier ein sowjetisches Unbehagen über ihre Beziehungen zu den kleineren Staaten des WP äußere. Die USA versuchten, positive Trends bei den kleineren Staaten zu unterstützen. Deshalb sei eine Einschätzung durch den BM sehr wichtig. Der BM bemerkte, die Bedenken der SU gegen den Honecker-Besuch müßten im Zusammenhang mit Gromykos Besuch im Weißen Haus gesehen werden. Der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik hätte weltweite Aufmerksamkeit erweckt. Gromykos Besuch in den USA hätte als ein Nachziehen empfunden werden können. Die SU hätte den Eindruck vermeiden müssen, daß die kleineren Staaten die Sowjetunion an den Verhandlungstisch mit den USA gezogen hätten. Shultz erwiderte, es könne ja sein, daß sowjetische Sorgen über ihre Verbündeten sie mit dazu veranlaßt haben, daß Gromyko die US-Einladung angenommen habe. Dann könne man hoffen, daß die kleineren Staaten auch dazu beitragen würden, Moskau auf den Weg des echten Dialogs zu bringen. Die Unzufriedenheit der kleineren WP-Staaten sei ihm besonders deutlich geworden nach der harten Rede Gromykos beim Beginn der KVAE in Stockholm.[16]

[17]Der BM äußerte seine Überzeugung, daß die Kleineren tatsächlich so dächten. Dadurch sei eine Bewegung entstanden, die für die SU neu sei. Der KSZE-Prozeß habe diese Bewegung zustande gebracht. Darüber sollten wir aber keine öffentlichen Analysen anstellen. Jedes öffentliche Wort darüber erschwere den kleineren Staaten das Leben. Wenn wir die Entwicklung im WP fördern wollten, müßten wir uns an die Maxime halten: „Immer daran denken, nie da-

15 Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR vgl. Dok. 206.

16 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 18. Januar 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 245–252.

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1718 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

von sprechen." Die Pflege der Beziehungen zu den kleineren Ländern sei außerordentlich wichtig, jedes Land spiele seine eigene Rolle, aber jeweils im KSZE-Rahmen. Der Fall Rumänien sei besonders klar. Bulgarien mache gewisse Anstrengungen; so halte es sich z. B. durch die Propagierung der kernwaffenfreien Zone auf dem Balkan[18] die Stationierung von Mittelstreckenwaffen vom Leibe. Ungarn gehe in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen seinen eigenen Weg. Die ČSSR sei am kürzesten angebunden. Das hänge auch damit zusammen, daß im Politbüro noch Alt-Stalinisten säßen. Die Unterdrükkung der Kirche sei in der ČSSR am stärksten, vor allem im tschechischen Teil des Landes. Der Kardinal in Prag[19] sei in einer außerordentlich schwierigen Lage und deshalb dankbar für jeden westlichen Besucher. Er, der BM, besuche ihn deshalb immer, wenn er in Prag sei. Er lade sogar das Fernsehen hinzu, weil Publizität die Position des Kardinals stärke.

3) Polen, besonders Landwirtschaftsprojekt[20]

Shultz äußerte sich zuversichtlich, daß der Kongreß die Mittel für die Pilotphase genehmigen werde, und fragte nach dem Stand auf der europäischen Seite.

Der BM unterrichtete in großen Zügen wie folgt:

Wir arbeiteten darauf hin, daß die EG als solche einen Beitrag zur Verfügung stelle. Wir wollten außerdem einen Beitrag der Bundesregierung freimachen und wirkten darauf hin, daß die katholische und möglichst auch die protestantische Kirche sich beteiligen. Die Verhandlungen über die Ausgestaltung der Stiftung seien noch nicht abgeschlossen. Vor drei Wochen habe er mit dem Papst ausführlich über diese Frage gesprochen.[21] Der Papst sei in dieser Sache sehr positiv, aber skeptischer als vor einem Jahr, daß ein befriedigendes Arrangement zwischen der polnischen Kirche und dem polnischen Staat vereinbart werden könne. Wir erwarteten demnächst den Berater des Primas in dieser Sache zu einem Besuch in Bonn.[22]

18 Zu den Vorschlägen für eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan vgl. Dok. 52, Anm. 39.

19 František Tomášek.

20 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 199, Anm. 6. Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 10. Oktober 1984: „1) Die polnische Kirche wird ‚grünes Licht' für das Projekt nur geben, wenn das Projekt gegenüber dem polnischen Staat endgültig abgesichert ist. Dazu fehlen die förmliche Zustimmung in einem Schreiben des Ministerpräsidenten an den Kardinal sowie die schriftliche Bestätigung der kirchlichen Stiftung, die das Projekt leiten wird. Diese ungeklärte Situation war Hauptgrund für die erneute Verschiebung des für den 29. September 1984 vorgesehenen Gesprächs Primas Glemp/PM Jaruzelski. 2) Weil offenbar der polnische Staat gegenüber der Kirche das Argument verwendet, das Projekt sei ungenügend finanziert und insbesondere die Finanzierung der Pilotphase nicht gesichert, drängen kirchliche Kreise auf eine ‚europäische' Finanzierungszusage mit mindestens gleicher Verbindlichkeit wie die der USA. Gleichzeitig wird bedauert, daß sich die Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA derzeit in Schweigen hüllen. Dahinter dürfte die Befürchtung stehen, daß mit zeitlicher Entfernung des Projektbeginns von der polnischen Notlage des Kriegsrechts die Spendenbereitschaft abnimmt". Vgl. Referat 421, Bd. 140342.

21 Das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Papst Johannes Paul II. fand am 3. September 1984 in Castel Gandolfo statt.

22 Der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Schätzler, teilte Bundesminister Genscher mit Schreiben vom 10. Oktober 1984 mit: „In den letzten Tagen hatte ich Pater Orszulik überraschend für einen Tag zu Gast. Es kam auch ein Treffen mit Herrn Dr. Fischer vom Auswärtigen Amt zustande, dem dabei die letzten Informationen über den Stand des Förderungsprogramms der privaten polnischen Landwirtschaft und des Handwerks von Pater Orszulik übermittelt werden konnten." Vgl. Referat 421, Bd. 140342.

Er, der BM, plane einen Besuch in Polen für November.[23] Er sei aber nicht sicher, daß dieser Besuch zustande kommen werde. Es sei gut möglich, daß die Sowjets, weil es sich um Polen handele, in dieser Phase ihr Veto einlegen würden.

Shultz warf hier ein, das halte er auch für denkbar.

Das deutsch-polnische Verhältnis, so fuhr der BM fort, sei das empfindlichste in Europa. Es trage viele geschichtliche Belastungen. Immer seien Deutsche und Russen in das polnische Schicksal involviert gewesen.

4) EG-Beitritte[24]

Auf Bitte von Shultz äußerte sich der BM zum Stand der EG-Beitrittsverhandlungen: Es seien noch sehr schwere Probleme zu lösen. Positiv sei zu werten, daß Frankreich, anfangs skeptisch wegen des spanischen Beitritts, ihn jetzt uneingeschränkt unterstütze. Italien und Griechenland stellten jetzt die größeren Hürden auf. Wir hielten am Zeitpunkt des 1. Januar 1986 fest. Die Verhandlungen müßten also in diesem Jahr fertig werden. Hebel sei das Junktim zwischen EG-Beitritt und der Erhöhung der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft, an der Italien und Griechenland besonders interessiert sind. Die Einhaltung des Zeitplans sei auch wichtig für die spanische NATO-Mitgliedschaft. Sie könnte von neuem in Frage gestellt werden, wenn wir mit dem Beitritt nicht bald zurechtkämen.

5) Vorbereitung von San José[25]

Shultz lenkte auf die Vorbereitung des San-José-Treffens über. Zentraler Punkt sei der Zusammenhang von Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Zehn sollten ein kritisches Auge auf Nicaragua halten und im übrigen „einen großen Scheck mitbringen". (Der BM warf ein, er werde eher klein ausfallen.) Im übrigen brauchten die zentralamerikanischen Länder Zugang zu den europäischen Märkten.

Der BM stimmte zu, daß die Frage von Präferenzen für den Marktzugang sehr bedeutsam sei. Außerdem werde durch die Tatsache, daß San José als Tagungsort gewählt worden sei, die Stellung Costa Ricas gestärkt. Was Nicaragua angehe, so müsse man befürchten, daß es keine freie Wahlentscheidung geben werde.[26]

23 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.

24 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 220, Anm. 10. Ministerialdirigent Ungerer notierte am 6. September 1984: „Die vier großen MS blockieren durch starre Positionen eine gemeinschaftliche Einigung (bzw. mehr EG-Beweglichkeit gegenüber SP und teilweise auch P) in mehreren Punkten: I: Olivenöl, Wein, Sardinen (mit F); F: Obst und Gemüse (Etappenplan), 12-Seemeilen-Zone (Fischerei), Sardinen (mit I); GB: Ressourcenzugang Fischerei; D: Kindergeld, generell Zurückhaltung bei Finanzen (Kosten von Regelungen im Landwirtschafts- und Fischereibereich)." Zum Thema Kindergeld legte Ungerer dar: „Hier sind wir gefordert. Unsere bisherige Position (unbegrenzte Anwendung des Wohnlandprinzips in SP und P; hilfsweise Anwendung für sieben Jahre und konstitutive Ratsentscheidung) werden wir nicht aufrechterhalten können. Letztlich werden wir uns mit einer (zeitlich ausgedehnten) GR-Lösung zufriedengeben müssen: Anwendung des Wohnlandprinzips in SP und P für sieben Jahre, anschließend automatisch acquis". Vgl. Referat 410, Bd. 130408.

25 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 vgl. Dok. 260.

26 In Nicaragua fanden am 4. November 1984 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt.

6) Technologietransfer

Hier handele es sich, so BM, um für die Bundesrepublik und Europa insgesamt sehr wichtige Frage. Uns erreichten zunehmende Klagen deutscher Firmen über US-Technologietransferverweigerungen, die letzte von Nixdorf. BM schlug vor, daß StS Ruhfus bald nach Washington kommen könnte[27], um sich vorzustellen, wie das auch StS Meyer-Landrut bald nach seiner Ernennung getan habe[28], und dann auch über diesen Problemkreis zu sprechen. Shultz stimmte sofort zu.

7) SDI

BM sprach sich dafür aus, den Meinungsaustausch über SDI intensiv fortzuführen. Wir müßten die Meinungsbildung im Parlament und in der Öffentlichkeit unter Kontrolle halten. Shultz meinte hierzu, die konzeptionellen Denker, wie z. B. Kissinger und Brzezinski, die zunächst SDI bekämpft hätten, drehten zur Zeit bei. Sie sähen in SDI nun eine Möglichkeit, die Rüstungskontrolle voranzubringen. Dies sei ja auch der Grundgedanke des BM.

8) Krisenherde

Der BM erkundigte sich, ob die USA inzwischen nähere Hinweise darüber hätten, wer hinter dem Anschlag in Beirut gestanden habe.[29] Außerdem fragte er nach dem Befinden des amerikanischen Botschafters Bartholomew, dem er ein Telegramm gesandt habe.

Shultz erklärte, über die Anstifter wisse man nicht genügend Präzises. Verbindungen nach Iran und nach Syrien seien ungewiß. Die USA seien besonders besorgt über die Reaktion in anderen arabischen Ländern, die darauf hinauslaufen, es geschehe dem Protektor Israels recht.

27 Staatssekretär Ruhfus besuchte die USA vom 14. bis 16. November 1984. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Shultz sowie mit Vertretern mehrerer Ministerien vermerkte er am 19. November 1984: „Nach dem Wahlerfolg von Präsident Reagan müssen wir damit rechnen, daß die amerikanische Regierung uns ihren eigenen wirtschaftlichen Erfolg künftig noch mehr als bisher als Modell für eine wirkungsvolle und zügige Anpassung wirtschaftlicher Strukturen und eine für die Erhaltung westlicher Stabilität vitale Erzielung wirtschaftlicher Dynamik vorhalten wird." Vgl. Referat 204, Bd. 135258.

28 Staatssekretär Meyer-Landrut hielt sich am 1./2. Dezember 1983 zum Antrittsbesuch in den USA auf. Er traf zu Gesprächen unter anderem mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und dem stellvertretenden Außenminister Dam zusammen. Themen waren die Ost-West-Beziehungen, der Nahost-Konflikt und die innere Entwicklung in der Bundesrepublik. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 5486/5487 des Botschafters Hermes, Washington, vom 3. Dezember 1983; VS-Bd. 12937 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

29 Botschaftsrat Heinemann, Beirut, berichtete am 21. September 1984: „Am 20.9. gegen 11:45 Uhr wurde die amerikanische Botschaft, die erst vor etwa eineinhalb Monaten von West-Beirut mit der Mehrzahl ihrer Arbeitseinheiten in das neue Gebäude in Aukar, nordöstlich von Ost-Beirut, umgezogen war, das Ziel eines erneuten schrecklichen Attentats, des dritten innerhalb von eineinhalb Jahren (Attentat vom 18.4.83 gegen die amerikanische Botschaft in West-Beirut mit 62 Toten, Attentat vom 23.10.83 gegen das Hauptquartier der amerikanischen Marines in West-Beirut mit 242 Toten)." Ein mit Sprengstoff beladener Wagen sei vor dem Gebäude explodiert. Angaben über die Zahl der Toten würden zwischen fünf und 23 schwanken. Botschafter Bartholomew sei verletzt worden. Heinemann berichtete weiter: „Die Organisation Jihad Islamique (Heiliger Krieg) hat in einem anonymen Telefonanruf gegenüber dem Büro der Agence France-Presse in Beirut in Arabisch erklärt, sie würde ihr Versprechen halten, daß kein Amerikaner auf libanesischem Boden verbleiben wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 670; Referat 310, Bd. 135773.

Der BM schloß die Frage an, ob Shultz mit Gromyko über die Krisenherde, z. B. den iranisch-irakischen Konflikt, sprechen werde. Fest stehe, daß die SU über diesen Konflikt ebenfalls besorgt sei.

Shultz entgegnete, die US hätten mit den Sowjets über das Problem gesprochen, denn es gehöre ja zu den drei Gebieten, die zwischen den Außenministern jedesmal abgehandelt würden (Rüstungskontrolle, Regionalkonflikte, Menschenrechte). Man müsse nun feststellen, ob die Sowjets interessiert seien an dem Prozeß, über den Präsident Reagan gestern in seiner Rede gesprochen habe. Die amerikanische Seite habe immer wieder feststellen müssen, daß, sobald man in der Sache etwas eingehender werde, sich die Sowjets zurückzögen. Crocker habe mit den Sowjets über das südliche Afrika gesprochen, Gromyko mit Hartman über Krisengebiete.[30] Jedesmal habe man die gleiche ambivalente Haltung feststellen müssen: Die Sowjets erklärten ihr Interesse, aber dann zögen sie sich zurück. Vielleicht werde dies nach der amerikanischen Wahl anders werden.

Der BM konstatierte, in Afrika hätten die Sowjets ihre größten Hoffnungen verloren. Das Thema südliches Afrika berühre Gromyko besonders empfindlich. Er scheine die ganze Entwicklung als persönliche Niederlage zu empfinden, wie er denn überhaupt nicht frei sei von persönlichen Gefühlen, so wenig sie ihm anzusehen seien. Deshalb werde Gromyko den Empfang im Weißen Haus besonders goutieren.

Shultz betonte, Gromyko und seine Frau würden in Washington mit jeder denkbaren Höflichkeit behandelt werden.

Abschließend dankte er dem Minister für die interessante Unterrichtung über seine Iran-Reise[31] und auch andere Themen, die ihm viele Einsichten vermittelt hätten.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14127 (010)

30 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 4. April 1984: „AM Gromyko hat am 3.4.1984 US-Botschafter Hartman zu sich gebeten und mit ihm ein etwa einstündiges Gespräch geführt, dessen Schwerpunkt bei aktuellen Problemen des südlichen Afrika lag. […] Gromyko habe ‚prinzipielle Position' der SU zur Region anhand später übergebener Note dargelegt: Territoriale Integrität Angolas müsse geschützt werden, VN-Resolutionen zu Fragen des südlichen Afrika, insb[esondere] betreffend Namibia, müßten respektiert werden. SU frage – und habe erhebliche Zweifel –, ob wachsendes militärisches Engagement diesen Zielen diene. Angola dürfe nicht Opfer von ‚Kaprizen' der Südafrikaner werden". Botschafter Hartman bewerte das Gespräch wie folgt: „Erstaunlich sei, daß Gromyko sich über mangelnden Dialog beklagt habe: Tatsächlich habe es – neben den bereits erwähnten Gesprächskontakten – weitere Gespräche mit UStS Crocker, auch in Moskau, sowie weitere Gesprächskontakte zwischen US-Botschaft und S[owjetischem]A[ußen]M[inisterium] (u. a. am Vorabend des Treffens Shultz/Gromyko in Stockholm) gegeben." Die Gespräche, so Kastl, bestätigten die Einschätzung der Bundesregierung, daß sich die UdSSR von den Entwicklungen im südlichen Afrika „ausgeschlossen" fühle und die amerikanische Politik „mit höchstem Mißtrauen" verfolge. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1403; Referat 320, Bd. 138102.

31 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.

246

Botschafter Ruth, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 26. September 1984, 02.28 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1719 **Ankunft: 26. September 1984, 09.23 Uhr**

Betr.: Gespräch Bundesminister–AM Gromyko am 25.9.84, 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr[1];
hier: abrüstungspolitische Themen

Bezug: Bericht über allgemeinen Teil des Gesprächs[2]

Von BM noch nicht genehmigt

I. Aus dem Bereich der Rüstungskontrolle wurden zwei Themen konkret angesprochen:

1) Nukleare Fragen mit besonderer Betonung
– der allgemeinen Verantwortung, die nukleare Kraft unter politische Kontrolle zu bekommen,
– der Nichtverbreitungsproblematik.

2) Weltraumthema unter Herausstellung der sowjetischen Position zum Thema
– „Verhinderung der Militarisierung des Weltraums“,
– bilaterale sowjetisch-amerikanische Weltraumverhandlungen.

Das Gespräch verlief auch zu diesen Punkten unpolemisch. Es wurde deutlich, daß
– die Nichtverbreitungsproblematik ein Thema ist, bei dem offenkundig amerikanisch-sowjetische Berührungspunkte bestehen;
– die Weltraumthematik das sowjetische Denken derzeit beherrscht.

II. Im einzelnen

1) Nuklearfragen

Gromyko führte das Thema damit an, daß der Mensch mit der Nuklearenergie eine Kraft entwickelt habe, die ihn und die Welt verändert habe, daß aber die Gefahr bestehe, daß der Mensch diese Kraft nicht mehr beherrschen könne. Es sei wichtig, alles zu tun, um diese Nuklearkraft unter politische Kontrolle zu bekommen. Es müsse gelingen, die militärische Nutzung dieser Kraft zu verbieten und sie nur noch für friedliche Zwecke nutzbar zu machen.

BM stimmte dieser Auffassung zu. Die Frage der Beherrschung durch den Menschen stelle sich auch bei anderen Technologien. Freilich habe G. recht, daß es sich beim Atom um die derzeit gefährlichste Entwicklung handele.

G. erinnerte daran, daß die Sowjetunion 1946 in den VN eine Konvention vorgeschlagen habe, mit der die Atomwaffen geächtet werden sollten und die Atom-

1 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung in New York vom 23. bis 27. September 1984 in den USA auf.

2 Für den Drahtbericht Nr. 1715/1716 des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl, z. Z. New York, vgl. Dok. 244.

energie nur für friedliche Zwecke verwandt werden sollte.[3] Da die Vereinigten Staaten damals bereits über Atomwaffen verfügten, hätten sie den sowjetischen Vorschlag abgelehnt. (Auf den amerikanischen Baruch-Plan[4] ging Gromyko naturgemäß nicht ein.)

BM sagte, daß wir den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet haben[5] und uns daran halten. Es komme jetzt darauf an, daß auch die Nuklearmächte ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag nachkämen. Der stellvertretende AM Kornijenko warf ein, daß sich die Bemerkung des Ministers auf Art. 6 beziehe. G. ging auf diesen Einwurf nicht ein.

Der Nichtverbreitungsvertrag habe Verpflichtungen einer zweifachen Art:

– Die Nuklearmächte sollen Nuklearwaffen nicht weitergeben und nicht zu ihrer Herstellung in Nichtnuklearstaaten beitragen.
– Die nichtnuklearen Staaten hätten sich verpflichtet, diese Waffen weder selbst herzustellen noch zu erwerben.

Bisher habe kein Staat gegen den NVV verstoßen, obwohl einige Schwellenländer unter dem Verdacht des Verstoßes stünden. Keiner sei bis jetzt jedoch auf frischer Tat ertappt worden.

BM wies erneut auf die Verpflichtungen der Nuklearstaaten hin, ihre Arsenale zu reduzieren. G. erwiderte, daß es keine Senkung der Arsenale gebe, weil die Vereinigten Staaten dies nicht wollten. Das Problem sei vor 40 Jahren entstanden und habe seine Wurzel in dem Fehlen der Bereitschaft, auf eine vollständige Ächtung der Nuklearwaffen einzugehen.

BM erinnerte zu diesem Punkt abschließend an das handschriftliche Schreiben Präsident Reagans an GS Breschnew[6] und seinen Hinweis auf gemeinsame Verantwortung der Großmächte. Es komme jetzt darauf an, in Richtung auf Reduzierungen sichtbare Fortschritte zu erzielen.

2) Gromyko fragte, wie der Minister die sowjetischen Vorstellungen über die „Verhinderung der Militarisierung des Weltraums" beurteile.

BM erwiderte, es komme darauf an, so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch zu kommen. Im Gegensatz zu den Nuklearwaffen befinde sich die Entwicklung im Weltraum noch in einem frühen Stadium. Die Vereinigten Staaten

3 Für den Wortlaut des Entwurfs einer „Internationalen Konvention über das Verbot der Produktion und der Verwendung von Waffen, die auf dem Gebrauch von Atomenergie zum Zwecke der Massenzerstörung basieren", den der sowjetische Delegierte bei der VN-Atomenergiekommission, Gromyko, während der Kommissionssitzung am 19. Juni 1946 in New York vorlegte, vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. I, S. 9 f.

4 Der amerikanische Delegierte bei der VN-Atomenergiekommission, Baruch, legte während der Kommissionssitzung am 14. Juni 1946 in New York Vorschläge für eine internationale Atomenergiekontrolle und für die Schaffung einer Internationalen Atomaren Entwicklungsbehörde vor („Baruch-Plan"). Für den Wortlaut seiner Erklärung vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. I, S. 5–9.

5 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.
Die Bundesrepublik trat dem Nichtverbreitungsvertrag am 28. November 1969 bei. Das Ratifizierungsgesetz wurde am 4. Juni 1974 unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 383, bzw. AAPD 1974, I, Dok. 143.

6 Für das handschriftliche Schreiben des Präsidenten Reagan vom 24. April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, nach dem Attentat auf Reagan am 30. März 1981 in Washington vgl. http://www.thereaganfiles.com/letters-between-president.html.

hätten auf den sowjetischen Vorschlag, Weltraumverhandlungen zu beginnen (Juni 1984), schnell reagiert. Wir hätten den sowjetischen Vorschlag und die amerikanische Reaktion begrüßt und bedauert, daß die Sowjetunion am 18. September nicht an den Verhandlungstisch gekommen sei.[7] Vielleicht habe Gromyko die Absicht, dies am 28.9. selbst nachzuholen.

G. erwiderte, daß der BM die amerikanische Antwort nicht richtig interpretiere. Der Sowjetunion gehe es um Verhandlungen über die Verhinderung der Militarisierung. Die Vereinigten Staaten seien nur bereit gewesen, über die Frage der Militarisierung des Weltraums zu sprechen. Ein anderer Meinungsunterschied habe in der Frage der parallelen Behandlung anderer Themen bestanden. Die Position der Vereinigten Staaten zu den strategischen Rüstungen sei bekannt, ebenso wie zu den „von ihnen so geliebten Raketen mittlerer Reichweite", was G. auf Widerspruch BMs zurücknahm (nicht persönlich, aber politisch).

BM warf ein, daß es unser Wunsch sei, daß alle Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten verschwänden. G. sagte, es widerspreche dem Prinzip der Gleichheit, daß eine Seite auf vorhandene Raketen, die andere auf geplante Raketen verzichten sollte. Im übrigen habe der BM die Position der Amerikaner in der Weltraumfrage nicht richtig geschildert. Die Sowjetunion habe unter diesen Bedingungen Verhandlungen nicht aufgenommen, um nicht beim „Betrug der Völker durch die USA" behilflich zu sein. Was die Position der Bundesregierung zur Frage der Militarisierung des Weltraums angehe, verhalte sie sich offensichtlich mit den Vereinigten Staaten solidarisch. Eine klare positive Erklärung dazu habe er noch nicht gehört.

BM erwiderte, daß es jetzt darauf ankomme, so schnell wie möglich mit Verhandlungen zu beginnen. Für uns sei es wichtig, daß über die Frage verhandelt werde, wie man verhindern könne, daß es im Weltraum zu einem Rüstungswettlauf komme. Je früher man damit anfange, um so besser sei es, auch wenn die Ausgangspositionen unterschiedlich seien. Das Problem sei zu ernst, als daß man Zeit vergeuden könne. Im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Weltraum und den Nuklearwaffen wolle er unterstreichen, daß es nicht darauf ankomme, ob über beide Themen zusammen verhandelt werde, sondern daß überhaupt darüber verhandelt werde.

G. schloß dieses Thema mit der Bemerkung, daß die Position der Bundesregierung zum Thema des Weltraums von großer Bedeutung sein könne, wenn sie sich dafür ausspreche, daß der Weltraum nicht zu einer Arena von Massenvernichtungswaffen werde.

BM wies auf seine wiederholten Äußerungen zu diesem Thema hin. Aber verhandeln müßten USA und SU.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 13348 (210)

[7] Zu den sowjetischen Vorschlägen für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen vgl. Dok. 225.

247

Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 545
Citissime

Aufgabe: 26. September 1984, 13.30 Uhr[1]
Ankunft: 26. September 1984, 15.40 Uhr

Betr.: Besuch BK in Kopenhagen 24.–25.9.1984

Bezug: DB Nr. 540 vom 25.9.1984 – Pol 320.40

I. Besuch von Bundeskanzler Kohl in Dänemark setzte die Reihe jährlicher bilateraler Begegnungen der beiden Regierungschefs seit 1980 fort. Besuch Bundeskanzlers geht auf Einladung von MP Schlüter zurück, die dieser im April 1983 in Bonn aussprach[2] und den Bundeskanzler ausdrücklich bat, in DK unsere europäische Politik zu erläutern.

II. Bundeskanzler traf mit seiner Delegation am 24.9. um 14.40 Uhr in Kopenhagen ein. Ein anderthalbstündiges Vier-Augen-Gespräch mit Ministerpräsident Poul Schlüter, ein Vortrag vor der Außenpolitischen Gesellschaft über Thema „Unsere Zukunft in Europa“[3], ein Empfang für die deutsche Kolonie, an dem ca. 550 Personen teilnahmen, und ein offizielles Abendessen der dänischen Regierung auf Schloß Christiansborg mit 150 Personen kennzeichneten den ersten Besuchstag. Der Dienstag, 25. September, war der Fortsetzung der politischen Besprechungen mit Ministerpräsident Poul Schlüter im Delegationskreis, einer Pressekonferenz im dänischen Außenministerium und als krönender Abschluß einem Mittagessen bei Königin Margrethe II. im Schloß Fredensborg (außerhalb von Kopenhagen) gewidmet. Am frühen Nachmittag des 25. September kehrten Bundeskanzler und seine Delegation nach Deutschland zurück. Im Rahmen Damenprogramms besuchte Frau Kohl zusammen mit meiner Frau u. a. die älteste deutsche Auslandsschule St.-Petri-Schule.

III. Über Inhalt anderthalbstündigen Vier-Augen-Gesprächs der beiden Regierungschefs, bei dem nur dänischer Dolmetscher zugegen war, ist Botschaft nicht unterrichtet. Bundeskanzler sagte mir, er habe aus seinen Gesprächen mit MP Schlüter den Eindruck gewonnen, daß der dänische Regierungschef in Sachen Beschluß des SPDK-Kongresses in Sicherheitsfragen und Einbringung dieses Beschlusses im Folketing als Resolution (vgl. DB 534 vom 22.9.1984[4]) alle Risiken – einschließlich Neuwahlen – eingehen werde.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Graf von Bassewitz am 27. September 1984 vorgelegen. Am 28. September 1984 verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Lukowitz und Attaché Frasch.
Hat Lukowitz und Frasch am 28. September 1984 vorgelegen.

2 Ministerpräsident Schlüter besuchte die Bundesrepublik am 19. April 1983. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 106.

3 Für die Rede des Bundeskanzlers Kohl vgl. Referat 205, Bd. 135273.

4 Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, berichtete: „Bei intimem Abendessen in meinem Haus am 21.9. sagte mir Unterstaatssekretär Botschafter Dyvig, DK-Regierung sei sehr besorgt über Auswirkungen Beschlusses SPDK-Parteitags, daß DK künftig in Friedens- und Kriegszeiten kernwaffenfrei bleiben müsse. Dieser Beschluß ziele in das Herz der gesamten NATO-Strategie. Ritt Bjerregaard, mit

Vor dem Abendessen auf Christiansborg kam es auch beim Cocktail zu einer Begegnung zwischen BK und Anker Jørgensen, bei der VLR I Weber dolmetschte. Über Parallelgespräch StS Ruhfus mit StS Möller unterrichtet Bezugs-DB.

IV. Am 25.9. von 8.30 bis 9.45 Uhr wurden im Amt des dänischen Ministerpräsidenten zwischen beiden Delegationen folgende Themen behandelt:

1) Umweltfragen,

2) Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft,

3) Grönland,

4) Problem der Jungrobben,

5) Nordeuropa.

1) Umweltfragen

Nachdem gemeinsame Umweltschutzerklärung verabschiedet wurde (Text liegt dort vor[5]), wies BK in längeren Ausführungen auf die politische Dimension der Umweltfragen in Bundesrepublik, insbesondere hinsichtlich des Waldsterbens, hin. Bundesrepublik könne es politisch nicht durchstehen, auf entscheidende Umweltmaßnahmen der EG (bleifreies Benzin und Auto) bis 1995 zu warten. Als Aktionsdatum schwebe uns der Zeitraum von 1989 oder 1990 vor.

BK machte Ausführungen über unsere europäischen Hauptpartner Frankreich, Großbritannien und Italien, die durch Umweltprobleme weniger als wir belastet würden. BK richtet dringende Bitte an DK, uns in Umweltfragen zu unterstützen.

MP Schlüter (MP) teilte deutsche Sorgen um zunehmende Umweltbelastung und wies auf DK-Initiativen, u. a. entsprechendes dänisches Gesetz aus Frühjahr 1984[6], hin. Zur Verringerung Umweltbelastung forciere DK Umstellung von Kohle auf Naturgaskraftwerke trotz höherer Unkosten. Waldsterben in DK sei dank kalkreicher Böden weniger gravierend als in der Bundesrepublik.

2) Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft

MP weist auf die großen, bisher ungelösten Haushaltsprobleme der EG hin. DK wende sich jedoch trotz aller Bereitschaft zu einschneidenden Sparmaßnahmen gegen neue EG-Rechtsvorschriften (Aushöhlung nationaler Gesetzgebungskompetenz). Aus dänischer Sicht müsse bis Ende 1984 eine Lösung gefunden werden, die sowohl Zusatzmittel für Gemeinschaft bereitstelle und gleichzeitig Spar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1137

der er am 20.9. […] zusammengetroffen sei, habe ihm in ihrer Eigenschaft als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPDK mit aller Bestimmtheit erklärt, ihre Partei werde Beschluß des Parteikongresses in Form einer Resolution etwa Mitte Oktober im Folketing einbringen." Vgl. Referat 205, Bd. 135273.

5 Für die gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Ministerpräsidenten Schlüter vom 25. September 1984 vgl. die Meldung Nr. 1104d/1 des Presse- und Informationsamts vom selben Tag; Referat 205, Bd. 135273.

6 Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, berichtete am 23. März 1984, der dänische Umweltminister Christensen habe am 15. März 1984 im Parlament einen Gesetzentwurf zur Festlegung von Grenzwerten beim Schwefeldioxid-Gehalt eingebracht. Der Schwefelgehalt bei Diesel- und Schweröl sowie bei Kohle, die nicht in Kraftwerken verwandt werde, solle reduziert werden. Ferner solle die Schwefeldioxid-Gesamtemission von Kraftwerken verringert werden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 242; Referat 433 (415), Bd. 132290.

maßnahmen durchführe. BK bedauert, daß feierliche Beschlüsse von Fontainebleau[7] bereits nach zehn Wochen mißachtet worden seien. Bundesrepublik sei nicht bereit, bereits für 1985 neue Mittel bereitzustellen.[8] Nach Überzeugung des BK werde Beitritt Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft[9] unmöglich, wenn vorgesehener Termin für Inkrafttreten Beitrittsverträge verschoben werde.

Iberische Halbinsel ebenso wie nordische Staaten sollten ihren Platz in Europa finden. BK bezweifelt, ob starke Fixierung der Europäischen Gemeinschaft auf Afrika, durch die koloniale Vergangenheit Frankreichs und Großbritanniens bedingt, noch heute akzeptabel sei. Unsere Bindungen an Südamerika und Asien (ASEAN-Staaten) seien gleichfalls förderungswürdig.

Staatssekretär Ruhfus: Betonung der Budgetdisziplin und Hinweis darauf, daß Finanzminister in Irland gute Fortschritte erzielt hätten.[10]

Wunsch der Bundesrepublik sei es, konsensfähiges Papier mit möglichst großer Bindung zu erhalten. Datum des 1.1.1986 sei für uns bindend. Ein Vorziehen komme für uns nur in Betracht nach Abschluß der Verhandlungen mit Spanien und Portugal. MP: Die Spanier machen es ihren Partnern schwer. BK stimmte zu. „Wer Ja sagt zur EG, muß auch uneingeschränkt zur NATO Ja sagen."

BK: Eindringlicher Hinweis auf wachsende psychologische und politische Schwierigkeiten in der Bundesrepublik, angesichts fehlender europäischer Haushaltsdisziplin weitere Gelder für Europa vom Bundestag zu erhalten.

Staatssekretär Ruhfus: Europäische Gemeinschaft sollte sich noch im Verhandlungsstadium über Regelungen für Wein und Oliven wie bei Milch[11] einigen, da späteres Zurückschneiden der Subventionen schwer oder unmöglich werde.

MP: Zuschüsse für Produkte der iberischen Halbinsel müssen begrenzt werden. Eindringlich weist er auf dänische Selbstbeschränkung bei der Milchproduktion hin.

Im Rahmen aktueller spezifischer DK-Probleme erinnerte MP BK an seinen Brief von Mai 1984 mit Bitte um Verständnis dafür, daß DK nur langsam und schrittweise Steuerabgaben bei alkoholischen Getränken angleiche.[12] Verständ-

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.

8 Die Wörter „neue Mittel bereitzustellen" wurden von Vortragendem Legationsrat Graf von Bassewitz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Eigeneinnahmen der EG zu erhöhen". Dazu vermerkte er: „Tel[efonische] Korrektur der Botschaft Kopenhagen."

9 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 245, Anm. 24.

10 Die Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten trafen am 15. September 1984 zu einer informellen Sitzung auf Dromoland Castle zusammen. In der Presse wurde dazu berichtet, die Finanzminister hätten sich geeinigt, „den ‚Währungskorb' zur Berechnung des europäischen Kunstgeldes ECU neu zusammenzustellen. Die Minister wollen mit dieser Entscheidung den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Länder Rechnung tragen, weil seit der letzten Aufteilung der Anteile im ECU-Währungskorb fast neun Jahre vergangen sind. Sie beschlossen, den Anteil der DM und des niederländischen Gulden im ECU-‚Währungskorb' geringer zu halten, dafür aber die Anteile der Länder mit schwachen Währungen wie dem französischen Franc und der italienischen Lira höher zu bewerten. Zum ersten Mal ist auch die griechische Drachme Bestandteil des ECU-‚Währungskorbes'." Vgl. den Artikel „Finanzminister ordnen den EG-Währungskorb neu"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 17. September 1984, S. 23.

11 Vgl. dazu das auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30./31. März 1984 in Brüssel verabschiedete Agrarpaket; Dok. 88, Anm. 9.

12 Mit Schreiben vom 29. Juni 1984 dankte Bundeskanzler Kohl für das Schreiben des Ministerpräsidenten Schlüter vom 10. Mai 1984. Er legte dar: „Die Bundesregierung kennt die besondere Situa-

nisbereitschaft sei bereits kürzlich durch Bundesminister Stoltenberg[13] dänischer Seite signalisiert worden. Bereits heute hoher Alkoholverbrauch in DK sei für das Land ein ernsthaftes Problem.

MP bittet Bundesrepublik um Unterstützung des dänischen Wunsches, das Synchrotron auf dänischem Boden zu stationieren. Staatssekretär Ruhfus: Hinweis auf Gespräche zwischen BM Riesenhuber und dänischem Minister Haarder. Stationierungsfrage müsse weiter diskutiert werden, da sowohl andere europäische Städte als auch mehrere deutsche Städte ihr Interesse angekündigt hätten.[14]

3) Grönland

MP: Trotz des Austritts von Grönland behält die Insel durch ÜLG-Status gewisse Bande zur EG aufrecht.[15] Dies entspreche dänischen Wünschen.

BK: Bundesrepublik wird Dänemark und Grönland jede Hilfe auf allen Gebieten zuteil werden lassen. Wir bedauern ausdrücklich, daß Grönland die EG verließ. „Wenn Sie einen Punkt sehen, wo wir helfen können, geben Sie uns einen Wink."

MP spricht der Bundesrepublik besonderen Dank für weitgehende und verständnisvolle Haltung aus, insbesondere für neues Angebot.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1139

tion und die Probleme Dänemarks, die sich aus den Unterschieden in der Steuer- und Abgabenpolitik zwischen unseren beiden Staaten ergeben. Die Bundesrepublik Deutschland hat diesen Problemen […] dadurch Rechnung getragen, daß sie Sonderregelungen für Dänemark, insbesondere die Verlängerung der Übergangsfristen bis zur vollen Anwendung der einheitlichen Regelungen für die Steuerbefreiungen im innergemeinschaftlichen Reiseverkehr, unterstützt und gebilligt hat. In einer Gemeinschaft sollten allerdings Ausnahmen nach Zahl und Dauer begrenzt sein, weil sie den Integrationsprozeß beeinträchtigen. […] Sie haben mir eindrucksvoll die Gründe geschildert, die Ihr Land unter Umständen veranlassen könnten, bis zum Sommer 1986 eine erneute Verlängerung der dänischen Sonderregelung zu beantragen. Ich darf Ihnen heute wie in der Vergangenheit eine aufgeschlossene Prüfung zusagen." Vgl. Referat 420, Bd. 130833.

13 Bundesminister Stoltenberg hielt sich vom 21. bis 23. August 1984 in Dänemark auf.

14 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 18. September 1984 wurde erläutert: „Weltweit wird Röntgenstrahlung als entscheidendes Hilfsmittel der Strukturforschung eingesetzt. Dabei gewinnt die von einem Synchrotronstrahlungsring emittierte Röntgenstrahlung wegen ihrer hohen Intensität immer mehr an Bedeutung. Langfristig ist zu erwarten, daß sich Synchrotronstrahlungsquellen zu Zentren modernster interdisziplinärer Forschung entwickeln werden. Dementsprechend hat die Europäische Wissenschafts-Stiftung bereits 1980 empfohlen, eine europäische Synchrotronstrahlungsquelle (ESRF) zu errichten." Um den Standort hätten sich Städte aus der Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Italien beworben. Am 4. September 1984 habe Bundesminister Riesenhuber diesbezüglich ein Telefongespräch mit dem dänischen Bildungsminister Haarder geführt. Vgl. Referat 205, Bd. 135273.

15 In einer Aufzeichnung des Referats 410 vom 26. März 1984 wurde dargelegt, in einer Volksabstimmung am 23. Februar 1982 habe sich eine Mehrheit von 52 % der grönländischen Bevölkerung gegen die weitere EG-Zugehörigkeit Grönlands ausgesprochen, das den Europäischen Gemeinschaften als Teil Dänemarks durch den EG-Beitritt Dänemarks zum 1. Januar 1973 angehört habe. Dänemark habe daraufhin entsprechende Verhandlungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften eingeleitet: „Der am 13. März 1984 in Brüssel von Vertretern der zehn Mitgliedstaaten unterzeichnete Vertrag zur Änderung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften bezüglich Grönlands sieht vor, daß die Zugehörigkeit Grönlands zu den Europäischen Gemeinschaften endet und Grönland den Status eines der Gemeinschaft assoziierten, überseeischen Landes und Gebietes im Sinne des Art. 131 des EWG-Vertrags (ÜLG-Status) erhält. Zugleich wurde ein Fischereiabkommen zwischen der Gemeinschaft einerseits und Dänemark und Grönland andererseits unterzeichnet. Die Vertragsänderung bedarf der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten". Die Neuregelung solle am 1. Januar 1985 in Kraft treten. Vgl. Referat 205, Bd. 135272.

4) Jungrobben[16]

BK versichert Dänemark, daß Bundesrepublik in der Frage der Jungrobben nicht treibende Kraft sei trotz starker Emotionalisierung des Themas in der Bundesrepublik.

MP weist auf alte Fangtradition in Grönland und darauf hin, daß ausschließlich ausgewachsene Tiere gejagt würden.

5) Nordeuropa

BK betonte seine Überzeugung, Nordeuropa in engsten Beziehungen zu Zentraleuropa zu sehen. Dies gelte für alle nordeuropäischen Länder. Bundesrepublik lehne jede Majorisierung der kleinen Länder unter ausdrücklichem Hinweis auf unsere guten Erfahrungen mit der föderalen Struktur in der Bundesrepublik ab. Bevölkerungszahlen seien nicht entscheidend für Stimmengewichtung in Europa. „Wir wollen die europäische Statik und Europa als Kulturlandschaft." Die engen deutsch-französischen Beziehungen sollten niemals zu einer Achse Paris – Bonn werden.

MP dankt BK für seinen psychologisch hochwichtigen Beitrag und weist auf stärkere Tendenzen in DK (besonders von links) hin, die das Land als „nordisch", aber nicht „europäisch" einstufen wollten. Dänische Regierung werde jedoch unbeirrt ihre Politik fortführen.

V. Zusammenfassende Wertung

In offenem Meinungsaustausch, der sich auf das solide Fundament gegenseitiger Achtung und Freundschaft stützt, ergab der Besuch: Die bilateralen Beziehungen befinden sich auf einem hohen Stand vertrauensvoller Zusammenarbeit. Die überregionalen Fragen der Bündnis-, Verteidigungs- und Europapolitik zeigen, daß in der Zukunft große Anstrengungen erforderlich sind, um zu einer wirklich gemeinsamen Politik zu finden. Aufgrund seiner innenpolitischen Lage bleibt DK ein uns freundschaftlich verbundener, aber komplizierter Partner.

[gez.] Jestaedt

Referat 205, Bd. 135273

16 Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister verabschiedete am 28. März 1983 eine Richtlinie, mit der sich die EG-Mitgliedstaaten verpflichteten, die gewerbliche Einfuhr von Jungrobbenfellen für die Zeit vom 1. Oktober 1983 bis 1. Oktober 1985 zu unterbinden. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 91 vom 9. April 1983, S. 30 f.

248

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu

26. September 1984[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Zaire, Marschall Mobutu Sese Seko, am 26. September 1984, 16.30 bis 17.30 Uhr, im Bundeskanzleramt[2]

Das Gespräch, an dem außerdem ein zairisches Delegationsmitglied und der Unterzeichnende[3] als Note-taker teilnahmen, hatte folgenden wesentlichen Inhalt.

Nach Begrüßung durch den *Bundeskanzler*, der sich nach der Entwicklung Zaires seit seiner letzten Begegnung mit Mobutu[4] erkundigte, führte Präsident *Mobutu* aus, daß sein Land seitdem einen Aufschwung verzeichne, auch dank der Hilfe von IWF und Weltbank, bei denen unsere Vertreter eine positive Rolle gespielt hätten. Er habe nach seiner dritten Wiederwahl[5] den Bundeskanzler wegen der vielen Probleme Zaires sprechen wollen. (Mobutu übergab hierzu die beigefügte Botschaft an den Bundeskanzler vom 18.9.1984 nebst Aide-mémoire über die Problemlage und die Wünsche Zaires an seine Partner.[6])

Der *Präsident* schilderte die Bemühungen Zaires, ehrlich seinen Verpflichtungen nachzukommen und zugleich die Wirtschaft und Finanzen des Landes in Ordnung zu bringen sowie den Staatsaufgaben gerecht zu werden. 1983 habe Zaire, ohne auf den IWF zu warten, d.h. allein, diese Anstrengungen begonnen, sie

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 27. September 1984 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik über Staatssekretär Schreckenberger, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich rege an, Durchdrucke des Vermerks über den den zairischen Schuldendienst betreffenden Gesprächsteil nebst Anlagen dem Auswärtigen Amt, BMWi und BMZ zur weiteren Veranlassung zu übersenden. Die von Ihnen erbetene Rücksprache erledige ich nach Eingang der Übersetzung des Schreibens Mobutus und seiner Anlage." Weiter notierte Teltschik: „Der Vermerk über den zweiten Gesprächsteil zu Marokko und Libyen wurde wegen seiner Vertraulichkeit gesondert gefertigt. Er könnte dem Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt werden. Mobutus Analyse ist indessen m.E. nicht sonderlich ergiebig und ziemlich unklar."
Hat Kohl vorgelegen, der zu den beiden Bemerkungen Teltschiks handschriftlich notierte: „Ja." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 67.

2 Präsident Mobutu besuchte die Bundesrepublik am 26./27. September 1984.

3 Klaus Max Franke.

4 Präsident Mobutu hielt sich am 13./14. Oktober 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 297.

5 Referat 321 vermerkte am 25. September 1984: „Präsident Mobutu wurde bei den Wahlen am 28. und 29.7.1984 mit 99,16 Prozent der abgegebenen Stimmen für weitere sieben Jahre in seinem Amt bestätigt. Am 5.12.1984 wird er offiziell in die neue Amtsperiode eingeführt." Vgl. Referat 322, Bd. 138033.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Präsident Mobutu teilte Bundeskanzler Kohl am 18. September 1984 mit, die Republik Zaire sei fest entschlossen, „alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die Herausforderung zu bestehen, welche die Sanierung ihres Staatshaushalts und die allgemeine Wiederbelebung ihrer Wirtschaft darstellt. Diesen Kampf möchte Zaire mit der Unterstützung aller seiner Partner, die guten Willens sind, führen. Als Anlage ist ein Aide-mémoire zu dieser Frage beigefügt, mit dem mein Land dringlich an das Verständnis und die Solidarität aller unserer ausländischen Partner appelliert. In Anbetracht des ausgezeichneten Standes unserer Beziehungen der Zusammenarbeit rechnen wir insbesondere auf die Mitwirkung der Bundesrepublik." Für das Schreiben und das Aide-mémoire vgl. Referat 322, Bd. 138033.

1984 mit Hilfe von IWF und Weltbank fortgesetzt und wolle sie im dritten Jahr mit Hilfe aller seiner Freunde vorantreiben. Die Erläuterung dieser Absicht sei der Zweck seiner Rundreise.[7]

Zaire habe für sein Austeritätsprogramm und seinen Schuldendienst viel Beifall von seinen Freunden erhalten. Diese seien sich aber nicht darüber im klaren, welchen Preis dies alles für Zaire habe. Sodann schilderte der Präsident anhand von Beispielen, wie knapp und kritisch die Finanzlage des Landes sei. Bei einem schweren Busunglück habe er sein Präsidentenflugzeug nach Brüssel schicken müssen, um Gips für die Bandagierung der Verletzten zu beschaffen, da es im Inneren des Landes an medizinischen Mitteln fehle; in Italien bestellte, dringend benötigte Transport- und Jagdflugzeuge könnten nicht bezahlt, den zairischen Botschaften im Ausland nicht die nötigen Mittel zugewiesen werden. Für die Botschaft Bonn sei man, wie der Bundeskanzler vielleicht wisse, acht Monate im Rückstand, alles des Austeritätsprogrammes wegen.

Er habe Präsident Reagan[8] und Präsident Mitterrand[9] gesagt, daß Zaire einerseits seine staatlichen Aufgaben im Gesundheitswesen, der Verteidigung, der Verwaltung usw. erfüllen müsse, zugleich aber pünktlich seinen Schuldendienst leisten wolle. Das sei für ihn Ehrensache. Er wolle sich nicht wie die Lateinamerikaner verhalten, die einfach erklärten, nicht zahlen zu können.

1984 betrage Zaires Schuldendienst 360 Mio. $. So viel könne Zaire 1985 und 1986 jedoch nicht leisten. Ihm gehe es darum, daß der Schuldendienst für diese beiden Jahre auf jährlich 250 Mio. $, d.h. auf zusammen 500 Mio. $, herabgesetzt werde. Im dritten Jahr (1987) wolle man es dann aus eigener Kraft schaffen. (Auf Frage des Bundeskanzlers: 80% der Schulden bestünden bei befreundeten Ländern wie USA, Frankreich, Deutschland usw., nicht bei multilateralen Institutionen.)

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß Mobutu wisse, daß wir größten Wert darauf legten, daß es Zaire gutgehe. Das sei auch für den ganzen Kontinent wichtig. Wir würden mit den übrigen Gläubigerländern sprechen. Wie deren Reaktion sei?

Mobutu: Präsident Mitterrands Antwort, die ihn geradezu in Verlegenheit gesetzt habe, sei gewesen, daß man närrisch sein würde, Mobutu bei allen seinen großen Anstrengungen und als dem einzigen in Afrika verbliebenen wirklichen Führer (Bourguiba sehr alt, Sékou Touré tot) nicht zu unterstützen. Präsident Reagan habe erklärt, daß die USA ein Land wie Zaire, das sich zu freier Marktwirtschaft und freiem Unternehmertum bekenne und die IWF-Bedingungen erfülle, zu 100% unterstützen würden. Zaire sei nicht nur ein Freund, sondern ein Alliierter. Mobutu solle sich aber an alle großen westlichen Partner wenden, damit nicht der Eindruck einer amerikanisch-zairischen Komplizenschaft entstehe. Reagan habe gesagt, daß er AM Shultz bitten würde, an die

7 Referat 321 notierte am 25. September 1984: „Präsident Mobutu befindet sich auf einer Reise durch die Hauptstädte der für Zaire wichtigen Geberländer. In Paris wurde er von Präsident Mitterrand empfangen, in New York von Präsident Reagan. Seine Reise führt ihn über London nach Bonn. Er wird auch in Rom erwartet. Hauptzweck seiner Reise ist es, die Geber von der Notwendigkeit ‚weicherer' wirtschaftlicher Auflagen und großzügigerer Umschuldungsbedingungen […] zu überzeugen." Vgl. Referat 322, Bd. 138033.

8 Präsident Mobutu traf am 23. September 1984 am Rande der VN-Generalversammlung in New York mit Präsident Reagan zusammen.

9 Präsident Mobutu hielt sich am 19./20. September 1984 in Frankreich auf.

westlichen Partner in diesem Sinne zu schreiben, wenn dieser nicht zuviel zu tun habe. Ob Shultz das nun getan habe oder tun werde, wisse er, Mobutu, nicht.

Auf Frage des *Bundeskanzlers*, ob Zaire schon einen formellen Antrag beim Pariser Club gestellt habe, antwortete *Mobutu*, noch nicht, Zweck seiner Reise sei, vorher Verständnis für einen solchen Antrag zu wecken.

Der *Bundeskanzler* faßte das weitere Procedere zusammen: Er und Mobutu würden in Kontakt bleiben. Er werde sich um die Sache kümmern und auch mit Mitterrand reden, wenn er in einigen Wochen nach Paris fahre.[10] Unsere Grundposition sei, daß wir versuchen wollten, Mobutu aus den von ihm genannten Gründen zu helfen. Wir hofften, daß Mobutu die Wirtschaft Zaires wieder auf die Beine bringe. Er werde Mobutu schreiben.[11]

Es wurde dann verabredet, daß Mobutu dem Bundeskanzler nach Ende seiner Rundreise durch europäische Hauptstädte über deren Ergebnisse unterrichtet. Auf Mobutus Bitte, zu diesem Zweck am 1. Oktober seinen Botschafter[12] zu empfangen, verwies der Bundeskanzler unter Hinweis auf seine Terminlage auf seine Mitarbeiter.

Präsident *Mobutu* erinnerte an seine Einladung an den Bundeskanzler zu einem Besuch Zaires und erwähnte, daß Präsident Mitterrand im Dezember kommen werde.[13] Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er die Einladung im Grundsatz ja schon angenommen habe, aber derzeit zu sehr in Anspruch genommen sei.[14]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 67

10 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 19. November 1984 in Paris vgl. Dok. 307.

11 Bundeskanzler Kohl teilte Präsident Mobutu mit Schreiben vom 12. November 1984 mit: „Ihre Darlegung der wirtschaftlich-finanziellen Lage Zaires und Ihre Entschlossenheit, sich mit dem Verschuldungsproblem auseinanderzusetzen, haben mich sehr beeindruckt. Ich versichere Ihnen, daß die Bundesregierung im Rahmen des bei vorangegangenen Umschuldungen mit Zaire bewährten Verfahrens einen aktiven und konstruktiven Beitrag zur Bewältigung dieses Problems Ihres Landes leisten wird". Vgl. Referat 322, Bd. 138033.

12 Mabolia Inengo Tra Bwato.

13 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 8./9. Dezember 1984 in Zaire auf.

14 Im zweiten Teil des Gesprächs mit Bundeskanzler Kohl am 26. September 1984 äußerte sich Präsident Mobutu zum Unionsvertrag vom 13. August 1984 zwischen Libyen und Marokko: „Als er die Nachricht von dem Vertrag gehört habe, habe er spontan gemeint, daß Hassan ein glänzendes Geschäft gemacht habe. […] König Hassan habe gewußt, daß, wenn er mit Libyen zusammengehe, Libyens Unterstützung der Polisario in Höhe von vielen hundert Millionen Dollar an Waffen und Ausrüstung wegfallen werde, und daß die Länder, die auf Gaddafis Druck und Veranlassung die Polisario unterstützten, mit der libyschen Haltung auch ihre eigene ändern würden. Auf Frage des Bundeskanzlers, wie lange das denn aber gutgehen solle, erwiderte Mobutu, man dürfe die Sache in der Tat nicht auf die leichte Schulter nehmen. Sie könne u. U. sehr weitreichende Folgen haben und die Konstellationen in Afrika völlig verändern." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 67; B 150, Aktenkopien 1984.

249

Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1729 **Aufgabe: 26. September 1984, 18.58 Uhr**[1]
Ankunft: 27. September 1984, 01.47 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit ungarischem AM Várkonyi in New York am 25.9.1984[2]

Von BM noch nicht genehmigt

I. In dem etwa einstündigen Gespräch, das in sehr freundlicher Atmosphäre geführt wurde, wurden vor allem die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Zusammenhang mit den Gesprächen Gromykos in New York und Washington[3] und das Verhältnis zwischen West und Ost in Europa behandelt. Die sowjetisch-amerikanischen Kontakte beurteilten die beiden Minister positiv. BM unterstrich die Aufrichtigkeit und die langfristige, über den Wahlkampf[4] hinausgehende Zielsetzung der Vorschläge Reagans an die Sowjetunion und der Einladung Gromykos. Beide Minister waren sich einig in der Notwendigkeit, Dialog und Zusammenarbeit in Europa aufrechtzuerhalten.

II. Im einzelnen

BM erwähnte das gemeinsame Gedenken von BK und Mitterrand in Verdun[5], das unterstreiche, wie nahe sich die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gekommen seien. Dies sei ein gutes Beispiel, aus dem andere lernen sollten. Wir seien bereit, Beispiele der Verständigung mit allen Nachbarn zu setzen. Várkonyi stimmte zu, daß das Treffen in Verdun nach der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen ein historisches Ereignis sei.

Várkonyi kam auf die Verschiebung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland[6] zu sprechen, die er bedauerte. Er glaube allerdings, daß die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten daraus keinen Schaden erleiden würden. BM bestätigte, daß diese Beziehungen in der Substanz nicht beschädigt seien. Auf Várkonyis Bemerkung, der Zeitpunkt sei nicht glücklich

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 28. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragenden Legationsrat Ehni verfügte.
Hat Ehni vorgelegen.
Hat Lewalter am 28. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Zepter sowie Legationsrat I. Klasse Cuntz verfügte und handschriftlich vermerkte: „(‚Jalta‘).“
Hat Zepter und Cuntz am 2. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung in New York vom 23. bis 27. September 1984 in den USA auf.

3 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

6 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

gewesen, verwies BM darauf, daß der Terminvorschlag von der DDR gekommen sei. Várkonyi meinte, daß Einige Vorbehalte gegen den Besuch gehabt hätten, selbst die USA seien vorsichtig und nicht glücklich gewesen. BM bestritt dies. Várkonyi fragte in bezug auf die Hintergründe der Verschiebung des Besuchs, ob denn das Auftreten des Bundeskanzlers bei den Vertriebenen in Braunschweig[7] notwendig gewesen sei. BM erläuterte, daß das innenpolitische Bedürfnis der neuen Koalitionsregierung, die die Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland trotz deren Ablehnung durch die CDU/CSU in ihrer Oppositionszeit fortführe, auch den Vertriebenen die Notwendigkeit dieser Fortführung nahezubringen.[8] Die Bundesregierung habe diese Fortführung in der Praxis bewiesen, gerade auch bezüglich des Grundlagenvertrages[9], und zwar mehr, als offenbar anderen lieb gewesen sei. Die gleiche Kontinuität gelte für die Anwendung des Warschauer Vertrages[10] und des Moskauer Vertrages[11]. Diese Kontinuität habe der Bundeskanzler in Braunschweig erläutert. Várkonyi fragte nach der Notwendigkeit und Bedeutung des Satzes in der Rede von BK, daß die Verträge nur die Bundesrepublik Deutschland, nicht aber ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland binden. Er kam auf diese Frage wiederholt zurück und stellte fest: Wenn ein wiedervereinigtes Deutschland nicht an die bestehenden Grenzen gebunden sei, dann werde wohl niemand die Wiedervereinigung Deutschlands für die nächsten 100 Jahre wollen. BM stellte klar, daß Várkonyi den Satz nicht ganz richtig wiedergegeben habe. Im übrigen habe BK sehr klar gesagt, wir erhöben keine Gebietsansprüche gegen irgend jemanden. Das sei die entscheidende Passage. Er (BM) werde das in seiner VN-Rede[12] bekräftigen. BM erläuterte anschließend eingehend den ganz überwiegend unpolitischen Charakter von Vertriebenentreffen und die wichtigste Zielrichtung der Aktivität der Vertriebenenorganisationen (und zunächst des BHE[13]), die erfolgreich, auch mit Hilfe des Lastenausgleichs, zur Integration der Vertriebenen statt zur Belebung von Rückgabeforderungen geführt habe. Das Horrorgemälde der Moskauer Propaganda sei deshalb völlig irreal. Dies habe er selbst Gromyko in Moskau beim Mittagessen dargelegt.[14] BM fügte hinzu, nachdem Várkonyi auf verschiedene öffentliche Erklärungen in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen hatte: Er wolle nicht in Abrede stellen, daß es bei uns einzelne Erklärungen gegeben habe, die er selbst so nicht abgegeben hätte. Er habe jedoch in Fragestunde des Deutschen Bundestages und in einer einstündigen Rede die Position der

7 Bundeskanzler Kohl hielt auf der Kundgebung des Bundes der Vertriebenen zum „Tag der Heimat“ am 2. September 1984 in Braunschweig eine Rede. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1984, S. 873–879.

8 So in der Vorlage.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

10 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

12 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 26. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1984, S. 961–966.

13 Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten.

14 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

Bundesregierung so klargemacht, daß niemand, der guten Willen habe, noch Zweifel haben könne.[15]

Auf Frage Várkonyis nach der Bewertung der Reagan-Rede[16] betonte BM die Ernsthaftigkeit der Darlegungen des Präsidenten, der seiner Wiederwahl so sicher sei, daß er es nicht nötig hätte, solche Ausführungen aus Wahlkampfgründen zu machen. Der Präsident habe die amerikanische Politik für die nächsten Jahre festgelegt, und die SU wäre gut beraten, wenn sie dies ernst nähme. Várkonyi anerkannte den moderaten Ton der Rede, vermißte aber konkrete Vorschläge. (BM verwies dazu auf die bevorstehenden Gespräche mit Gromyko.) Vor allem habe der Präsident nicht das Prinzip Gleichheit und gleiche Sicherheit erwähnt, das ein Hauptproblem in der gegenwärtigen internationalen Situation sei. Dies habe zwei Aspekte: die Gleichheit der Partner und die Respektierung gleicher Sicherheitsinteressen. Insgesamt sei die Rede ein hoffnungsvoller Ansatz, aber ein Durchbruch sei noch nicht in Sicht. Die Lage sei ernst, und dies berühre besonders Europa.

BM kam auf die sowjetische Revanchismuskampagne zu sprechen, nach deren Beweggründen wir uns fragten. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien von zentraler Bedeutung für Europa. Man solle sie deshalb nicht unnötig beschädigen. Unsere öffentliche Meinung und unsere Bürger nähmen die Kampagne zur Zeit noch ohne sichtbare Reaktion hin, aber die Fragen der Leute nach Hintergründen würden intensiver. Man sollte die Gefühle eines Volkes nicht durch Verdächtigungen dieser Art überstrapazieren. Várkonyi anerkannte den von BM hervorgehobenen Punkt, meinte aber, man müsse auch die sowjetischen Empfindlichkeiten ernst nehmen.

Sicher führten harte Worte nicht weiter. Aber auch sowjetische Seite habe jahrelang harte Rhetorik hören müssen. Dann sei die Stationierung der Raketen gekommen. Diese Kombination habe die SU beunruhigt.

BM erwähnte sein Gespräch mit Semjonow vor der Sommerpause[17], bei dem er angeregt habe, die langfristigen Perspektiven der deutsch-sowjetischen Beziehungen in allen Bereichen – Außenpolitik, Wirtschaft, Kultur, Technologie, wobei wir auch Verständnis für legitime sowjetische Sicherheitsbedürfnisse hätten – in langfristiger Sicht zu prüfen. Er habe vorgeschlagen, die Sommerpause zu nutzen. Bei seinem kürzlichen Zusammentreffen mit Semjonow[18] habe er je-

15 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher während einer Aktuellen Stunde zu den deutsch-polnischen Beziehungen am 7. Juni 1984 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 128, S. 5344 f.
Für den Wortlaut der Ausführungen Genschers am 12. September 1984 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 129, S. 5920–5929.

16 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 244, Anm. 7.

17 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 6. Juli 1984 vgl. Dok. 185.

18 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl teilte der Botschaft in Moskau am 14. September 1984 zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am selben Tag mit: „BM betonte Wunsch der Bundesregierung, Dialog mit SU zur Förderung deutsch-sowjetischer Beziehungen im Bewußtsein ihrer Bedeutung für das Ost-West-Verhältnis zu nutzen. […] S[emjonow] behauptete, in Moskau bestünde im Kreml und auf der Straße Besorgnis über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Stationierung amerikanischer ‚Erstschlagsraketen' bleibe eine Hauptursache für die Zunahme der Spannungen. […] BM verglich sowjetische Revanchismus-Kampagne mit plötzlichem Hagelschauer im Sommer in München. Bundesregierung

doch keine wesentlich neuen Elemente feststellen können. Unser Angebot und unsere Fragen bestünden jedoch fort. Wir würden sehen, wann die SU ihre Interessen so definiere, daß sie der Zusammenarbeit den Vorzug gebe vor verbalen Attacken. Das Problem der Raketen könne die SU relativ leicht lösen. Doch ohne Verhandlungen werde dies nicht möglich sein. Er selbst habe sich in letzter Zeit mehrfach zu den Fragen der Vertragspolitik und zu unserer Haltung zu den Grenzfragen geäußert. Er werde dies erneut in seiner VN-Rede tun, weil wir keine Gelegenheit auslassen wollten, um zu absoluter Klarheit beizutragen. Wir wollten nicht, daß es im Ost-West-Verhältnis zu einer Konfrontation komme, die für niemanden gut wäre. Er sei nicht sicher, ob man sich in Moskau vollkommen klar darüber sei, daß es bei uns Deutschen nicht den geringsten Ansatz von Gefühlen gebe, die Revanchismusvorwürfe rechtfertigen könnten. Die Deutschen hätten eine sehr offene, klare und positive Haltung gegenüber dem russischen Volk. Várkonyi warf ein, daß sich die Vorwürfe nicht gegen das Volk, sondern gegen Vertreter der Regierung wegen bestimmter Äußerungen richteten. BM entgegnete, daß die Bevölkerung nicht wünsche, daß die von ihr gewählte Regierung als Revanchisten bezeichnet werde.

Várkonyi verwies auf die Rhetorik „im Westen", durch die die Vereinbarungen von Jalta[19] in Frage gestellt werden. (BM: Wir äußerten uns nicht zu Jalta.) Es sei eine wichtige Frage, ob man Jalta revidieren wolle oder nicht, und es müsse beunruhigen, wenn man in den Äußerungen über die Notwendigkeit der Revision von Jalta den sozialistischen Teil Europas als nicht legal bezeichne. Man müsse alles zusammen sehen: die verschärften Spannungen, den Mangel an Dialog zwischen den Großmächten, den neuen Rüstungswettbewerb und dann obendrauf die Zweifel an Jalta. Dies schaffe eine ernste Lage. Trotzdem werde in allen Warschauer-Pakt-Dokumenten der Akzent nicht auf die Vorwürfe an uns gelegt, sondern auf die Fortsetzung des Dialogs, auf die Rückkehr zu Helsinki[20] und zur Normalisierung der internationalen Beziehungen und zu einem Handel ohne künstliche Schranken. Auch die Behinderung des Technologieexports sei ein verschärfendes Element. Es gebe keine Kräftegruppen im Warschauer Pakt, die noch mehr Waffen wünschten. Im Gegenteil wolle man die Spirale anhalten. Es sei aber eine neue Spirale geschaffen worden. Deshalb müsse man auf östlicher Seite mehr ausgeben und dies der Bevölkerung erklären. Auch in diesem Zusammenhang müsse man die Vorwürfe sehen. Man müsse jetzt aus dem Teufelskreis herausbrechen. BM betonte, daß wir nicht gierig auf neue Waffen seien. V. erkannte dies an, meinte aber, daß es im westlichen Bündnis Gruppen gebe, die an Investitionen in neue technologische Waffenentwicklungen interessiert seien. BM verwies auf den sowjetischen Vorsprung bei Kil-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1147

habe nicht mit gleicher Münze heimgezahlt und werde dies auch nicht tun, und zwar ausschließlich aus Verantwortungsbewußtsein". Vgl. den Drahterlaß Nr. 6196/6197; Referat 213, Bd. 139305.

19 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

20 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

ler-Satelliten. Wir hielten es für wichtig, daß im Kosmos nicht ein neues Tor zur Rüstung geöffnet werde.

[21]Várkonyi betonte, daß wir in Europa alles tun müßten, um die bilateralen Beziehungen zu erhalten. BM stimmte zu und verwies auf unsere konstruktive Haltung, auch zum Gedanken des Gewaltverzichts. Darauf hätte das östliche Echo allerdings deutlicher sein können. Várkonyi meinte, daß die westliche Reaktion[22], die einen Gewaltverzicht allgemein für vorstellbar halte, hinter den östlichen Vorschlägen[23] zurückbleibe. Der östlichen Seite komme es auf eine obligatorische vertragliche Bekräftigung an, wobei gewisse weiterreichende Abrüstungselemente aufgenommen werden sollten. Man habe dafür multilaterale oder bilaterale Gespräche vorgeschlagen. Auf Einwurf von BM erklärte V. auch den KSZE-Rahmen möglich, obwohl die N+N-Staaten bisher nicht sehr positiv reagiert hätten. Man könne durchaus Stockholm[24] als Forum benutzen. Im übrigen habe der WP in seinem Kommuniqué[25] auf das Brüsseler NATO-Kommuniqué[26] Bezug genommen, im nächsten NATO-Kommuniqué[27] sei jedoch das Warschauer-Pakt-Kommuniqué mit keinem Wort erwähnt worden. BM hielt dem entgegen, daß in den Passagen über den GV durchaus an die WP-Vorschläge angeknüpft worden sei.

Abschließend betonte Várkonyi, daß Ungarn für bessere deutsch-sowjetische Beziehungen sei. In jedem Falle seien die deutsch-ungarischen Beziehungen gut. Der Besuch des BK in Ungarn[28] sei positiv verlaufen. Man hoffe auf weitere gute Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und des kulturellen Austausches. Im humanitären Bereich gebe es noch Fragen, aber auch dort hoffe er auf eine positive Entwicklung.

BM bat um Grüße an Kádár, der bei uns hochgeschätzt werde.

[gez.] Braunmühl

Referat 201, Bd. 130195

21 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1730 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Korrigiert aus: „Relation".

23 Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge vom 8. Mai 1984 für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen; Dok. 124, Anm. 12.

24 Zur KVAE vgl. Dok. 231.

25 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. April 1984 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 319–322.

26 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 100–105. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 134–138. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 376.
Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel") vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

27 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 115–120. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 370–374. Vgl. dazu ferner Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.
Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

28 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 173.

250

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.31 HLG-1494/84 geheim **27. September 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung

Betr.: Zwischenbericht der High Level Group (HLG) an die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 11./12.10.1984 in Stresa/Italien[4]

Bezug: Aufzeichnung vom 10.9.1984 – Dg 20/201-363.31 HLG-1369/84 geh.[5]

Anlg.: Bezugsaufzeichnung (nur bei Original)[6]
NATO-Dokument PO/84/90 vom 13.9.84 – 201-751/84 (nur bei Original)[7]

1) Wie in der Bezugsaufzeichnung angekündigt, wird der von der HLG auf ihrer Tagung am 6./7.9.1984 verabschiedete Zwischenbericht an die NPG-Minister (36. Tagung am 11./12.10.1984) in seiner endgültigen Fassung vorgelegt. Der Zwischenbericht, der vom NATO-Generalsekretär[8] den Ministern übermittelt wird, besteht aus dem eigentlichen Berichtstext (vier Seiten), der die Diskussion der HLG zu den beiden Themen

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. September 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 23. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 23. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter verfügte.
Hat Lewalter am 23. Oktober 1984 erneut vorgelegen.
Hat Schauer am 24. Oktober 1984 erneut vorgelegen.

4 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vgl. Dok. 277.

5 Ministerialdirigent Schauer informierte über die Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 6./7. September 1984 in Apeldoorn. Bei der Erörterung des Themas „Stärkung der Überlebensfähigkeit der Nuklearwaffen“ im Zusammenhang mit dem Zwischenbericht der HLG an die Nukleare Planungsgruppe (NPG) sei der Bundesrepublik vor allem daran gelegen gewesen, „keine nuklearen Kriegsszenarien festzuschreiben und keinesfalls eine besondere Gefährdung der Nuklearwaffen zu konstatieren, was, da man deren Überlebensfähigkeit stärken wollte, nahegelegen hätte. Unseren Anliegen wurde Rechnung getragen.“ Beim Thema „Beziehung zwischen den konventionellen und nuklearen Waffen im Bündnis“ hätten zwei Aspekte im Vordergrund gestanden: „Zum einen der Beitrag, den die nuklearen Waffen zur konventionellen Verteidigung leisten, zum anderen die Bedeutung der Systeme, die sowohl nukleare wie konventionelle Rollen erfüllen (Dual Capabilities = DC).“ In künftigen Diskussionen über DC-Systeme werde „den Gesichtspunkten der Abschreckung (DC erhöht die Ungewißheit des Gegners über die Angriffsmittel), der Eskalationskontrolle (die Ungewißheit kann zu falschen Schlüssen und Reaktionen führen), der Kosten (DC-Systeme sind billiger als parallele Waffensysteme) sowie der Rüstungskontrolle (DC-Systeme bereiten naturgemäß größte Schwierigkeiten für die Verifikation) besondere Bedeutung zukommen“. Vgl. VS-Bd. 12060 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für das Dokument „Nuclear Planning Group. Work of the High Level Group“ vgl. VS-Bd. 12060 (201).

8 Lord Carrington.

– Stärkung der Überlebensfähigkeit der Nuklearwaffen sowie
– Beziehung zwischen konventionellen und nuklearen Waffen im Bündnis

zusammenfaßt, und zwei Annexen mit Einzelheiten zu beiden Themen (Annex I, sechs Seiten; Annex II mit Appendix, zwölf Seiten).

2) Im Zwischenbericht werden der NPG folgende Empfehlungen unterbreitet:
– Die Minister mögen der Weiterarbeit der HLG zustimmen.
– Die HLG möge ihre Überlegungen zu beiden Themen mit dem Ziel fortsetzen, der NPG im Frühjahr 1985 hierzu Empfehlungen vorzulegen.

3 a) Zum Thema „Stärkung der Überlebensfähigkeit der Nuklearwaffen" (Annex I) liefert der Zwischenbericht eine politisch-strategische Bewertungsgrundlage. Dabei wird von folgenden Feststellungen ausgegangen:
– Eine deutliche Stärkung der Abschreckungswirkung der Nuklearstreitkräfte durch eine Verbesserung der Überlebensfähigkeit ist notwendig sowie kurz- und mittelfristig möglich.
– Die besten Möglichkeiten hierfür versprechen solche Maßnahmen, die die Zielplanung für den WP erschweren, insbesondere durch Behinderung der Aufklärung und Zielerfassung sowie durch Begrenzung der Auswirkungen eines Angriffs des WP gegen die Nuklearstreitkräfte der NATO.

b) Es wurde eine Reihe von möglichen Maßnahmen für eine Stärkung der Überlebensfähigkeit identifiziert, von denen
– die Auflockerung nuklearer Einsatzmittel und Waffen aus Friedens-Stand- und -lagerorten sowie
– die Vervielfachung möglicher nuklearer Ziele (z. B. durch Erhöhung der Zahl von Trägersystemen)

besondere politisch-militärische Auswirkungen haben.

c) Als Kriterien für eine Bewertung möglicher Maßnahmen wurden aufgestellt:
– möglichst umfassende Beteiligung der Allianzpartner,
– Auswirkungen auf die Rüstungskontrolle,
– Hinnehmbarkeit durch die Öffentlichkeit,
– mögliche Reaktionen und Maßnahmen der Sowjetunion,
– Sicherheit und Absicherung der Nuklearwaffen,
– Kosteneffektivität.

d) Die weitere Arbeit der HLG auf diesem Gebiet könnte in einer politisch-militärischen Bewertung konkreter, von den zuständigen NATO-Gremien (Senior Level Weapons Protection Group, militärische Oberbefehlshaber) entwickelter Maßnahmen zur Verbesserung der Überlebensfähigkeit von Nuklearwaffen liegen.

4 a) Beim Thema „Beziehung zwischen den konventionellen und nuklearen Waffen im Bündnis" (Annex II) hat sich die HLG zunächst auf die Erörterung von zwei Problemen konzentriert:
– Beitrag der Nuklearwaffen der NATO zur konventionellen Verteidigung und Abschreckung,
– Rolle von „Dual-capable"-Systemen.

b) Die HLG hat in dieser Erörterung folgende Aussagen getroffen:

– Die einzelnen Bereiche der NATO-Triade – konventionelle, taktisch- und strategisch-nukleare Streitkräfte – dürfen nicht isoliert betrachtet werden.
– Verbesserungen im konventionellen Bereich können zwar Teilaufgaben des Nuklearpotentials übernehmen, es letztlich aber nicht ersetzen.
– Das Festhalten an der nuklearen Komponente bedeutet nicht fehlenden Willen, notwendige Mittel für eine wirksame konventionelle Verteidigung auszugeben.

Als die vier wichtigsten Aufgaben für die Nuklearwaffen der NATO wurden bezeichnet:

– jede sowjetische Aggression abzuschrecken,
– sowjetische Planung für eine konventionelle Aggression zu erschweren,
– Optionen für die vorbedachte Eskalation zu bieten,
– eine Verbindung zwischen konventionellen und strategischen Streitkräften herzustellen.

Indem die nuklearen Streitkräfte der NATO einen Teil der konventionellen Kräfte des WP (für eine Ausschaltung dieser Nuklearkräfte) binden und den WP zu einer Auflockerung seiner[9] Angriffsverbände zwingen, entlasten sie die Vorneverteidigung und tragen damit wesentlich zur konventionellen Verteidigung und Abschreckung des Bündnisses bei.

c) „Dual capability“ von Waffensystemen wird grundsätzlich als vorteilhaft für den Verteidiger beurteilt, weil

– die größere Disponibilität der Einsatzmittel die Überlebensfähigkeit erhöht,
– die Ungewißheit für den Aggressor steigt,
– diese Systeme vergleichsweise kostengünstig sind,
– eine größere Beteiligung vieler Allianzpartner möglich wird.

Andererseits birgt „dual capability“ Probleme für die Eskalationskontrolle wie auch für die Rüstungskontrolle (Verifikation) in sich.[10]

5) Der von der HLG verabschiedete Zwischenbericht trägt unseren Interessen Rechnung (vgl. Bezugsaufzeichnung). Er wird daher mit der Bitte um Billigung vorgelegt.

Der Zwischenbericht wird ebenfalls BM Wörner von seinem Haus zur Billigung vorgelegt.

Schauer

VS-Bd. 12060 (201)

9 Korrigiert aus: „dessen“.

10 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

251

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.20-1505/84 geheim **27. September 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung[3]

Betr.: Planung des BMVg zur Abdeckung der Wehrpflichtlücke;
hier: bündnis- und außenpolitische Gesichtspunkte

Bezug: a) telefonische Anforderung des Ministerbüros vom 21.9.84
b) Aufzeichnung Planungsstab vom 26.9.84 – 02-360.00[4]

Zusammenfassung: III. 1) und 2)

I. 1) Der starke Rückgang des Aufkommens Wehrpflichtiger (von derzeit jährlich 300 000 auf 150 000 in den 90er Jahren) erfordert besondere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit. Das BMVg arbeitet an einem Lösungsmodell, das voraussichtlich am 17. Oktober 1984 im Rahmen des „Berichts des BMVg zur materiellen und personellen Planung der Bundeswehr" vom Bundeskabinett beraten werden soll.[5] Die Merkmale dieses Modells (Einzelheiten in der Bezugsvorlage) lassen sich zum Zweck dieser Aufzeichnung wie folgt zusammenfassen:

– Aufrechterhaltung des Friedensumfangs der Bundeswehr bis Anfang der 90er Jahre (495 000 Mann einschließlich 6000 Wehrübungsplätze);

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. September 1984 vorgelegen.

3 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 2. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Ischinger am 5. Februar 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat vorgelegen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 5. Februar 1985 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Cuntz am 6. Februar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter verfügte.
Hat Lewalter am 7. Februar 1985 erneut vorgelegen.

4 Ministerialdirigent Seitz vermerkte: „1) Der derzeitige Soll-Friedensumfang beträgt 495 000 Mann und setzt sich wie folgt zusammen: 270 000 Berufs- und Zeitsoldaten, 219 000 Grundwehrdienstleistende, 6000 Wehrübungsplätze. […] 2) Die Streitkräfte benötigen jährlich 225 000 Rekruten als Ergänzungsbedarf für Grundwehrdienstleistende und Längerdiener. Weiterhin sind ca. 25 000 Mann für die anderen öffentlichen Bedarfsträger erforderlich. Derzeit beträgt das Aufkommen rd. 300 000 Mann […]. 3) Im Jahre 1988 unterschreitet das Aufkommen zum ersten Mal 250 000 und liegt von 1992 an zwischen 170 000 und 150 000." Das Bundesministerium der Verteidigung arbeite an drei Modellen, um diese „Personallücke" zu schließen: „490 000: Neben anderen Maßnahmen wäre eine Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 24 Monate unumgänglich; das wäre länger als in den meisten NATO-Staaten und in der DDR. 430 000: Neben anderen Maßnahmen wäre eine Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate unumgänglich. Dieses Modell würde einen gewissen Personalpuffer enthalten. 465 000: Kompromißmodell ‚operatives Minimum'." Letzteres erfordere unter anderem eine Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate. Vgl. Referat 02, Bd. 178517.

5 Das Bundesministerium der Verteidigung unterbreitete am 15. Oktober 1984 eine Vorlage zur Bundeswehrplanung für die Kabinettssitzung am 17. Oktober 1984. Ministerialdirigent Schauer führte dazu am 16. Oktober 1984 aus: „Die Personal- und Rüstungsplanungen sollten prinzipiell zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Eine pauschale, unterschiedslose Zustimmung zu Einzelmaßnahmen (insbesondere Verlängerung des Wehrdienstes) und zum gesamten Maßnahmenkatalog sollte möglichst vermieden werden. Zu einzelnen Punkten (Polizei, BGS, Frauen in der Bundeswehr, Ausländer, Reservemaßnahmenliste, Aufschlüsselung eines Jahrgangs) sollte BMVg um erneute Prüfung oder Erläuterung gebeten werden." Vgl. VS-Bd. 11967 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

– Auffüllen der Ist-Stärke der Berufs- und Zeitsoldaten auf den Sollumfang (von 250 000 auf 270 000);
– schrittweises Absinken des Friedensumfangs ab Anfang der 90er Jahre auf rund 470 000 (456 000 zuzüglich 15 000 Wehrübungsplätze);
– Erhaltung des Verteidigungsumfangs von rund 1,3 Mio. Mann;
– Erhöhung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate nach 1989;
– besserer Ausbildungsstand (durch mehr Wehrübungsplätze und höheren Anteil von Zeit- bzw. Berufssoldaten);
– Beibehaltung der Bundeswehrstruktur, d.h. weiterhin zwölf Divisionen Feldheer zuzüglich Territorialverteidigung.

2) Diese Planung legt an verschiedenen Stellen die jeweils günstigste mehrerer möglicher Entwicklungen zugrunde, z.B.:
– volle Ausschöpfung des Aufkommens an Wehrpflichtigen (derzeit verbleibt von jährlich 300 000 Mann ein Überhang von etwa 50 000, der eine qualifikationsgerechte Besetzung garantiert);
– Vermehrung der Zeit- und Berufssoldaten:
Es wird davon ausgegangen, daß sich künftig jeder Achte statt jeder Zehnte eines Jahrgangs verpflichtet und die durchschnittliche Verpflichtungszeit von 7,4 auf 9 Jahre gehoben werden kann (Einzelheiten Bezugsvorlage).

In den 90er Jahren wird die Bundeswehr ihren Bedarf in stärker werdender Konkurrenz mit der Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst decken müssen. Erhebliche finanzielle Aufwendungen (Verpflichtungsprämien usw. in Größenordnung von 500 Mio. DM Ende der 80er Jahre) werden erforderlich.

3) Diese Vorlage befaßt sich mit der Bundeswehrplanung unter bündnis- und außenpolitischen Gesichtspunkten. Abteilung 2A nimmt getrennt aus rüstungskontrollpolitischer Sicht Stellung (liegt bei[6]).

II. 1) Im Bündnis wird die Streitkräfteplanung in einem mehrstufigen Verfahren abgestimmt. Sie findet ihren Niederschlag in den vom DPC beschlossenen Streitkräftezielen, die die Mitgliedsländer zur Grundlage ihrer Planung machen sollen, und in dem ebenfalls vom DPC beschlossenen Fünfjahres-Streitkräfteplan als Streitkräfteverpflichtung jedes Landes für das erste der fünf Jah-

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 28. September 1984: „MBFR ist im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Erhaltung des neuen Friedensumfangs von 456 000 Mann und des bisherigen V[erteidigungs]-Umfangs in zweifacher Weise bedeutsam: a) Diese Maßnahmen fordern Opfer von Wehrpflichtigen und Wehrübenden. Damit sind besondere politische Anstrengungen notwendig, um eine innenpolitisch ausreichende Unterstützung für diese Maßnahmen sicherzustellen […]. Hierfür ist auch eine aktive Rüstungskontrollpolitik im konventionellen Bereich besonders wichtig und gerade auch bei MBFR, da in der zu erwartenden Debatte vor allem das konventionelle Potential und die Personalstärken im Vordergrund stehen werden. b) Dabei dürfen an MBFR jedoch keine übertriebenen Erwartungen gestellt werden: Der demographische Engpaß darf nicht zur Begründung für ein sicherheitspolitisch unbefriedigendes MBFR-Ergebnis herangezogen werden; auch ein rechtzeitiges MBFR-Ergebnis in dem bekannten Rahmen von 900 000 Mann Land-/Luftstreitkräfte bzw. 700 000 Mann kollektive Reststärke der Landstreitkräfte würde keine größere Verringerung des Friedensumfangs der Bundeswehr erlauben und keinen Verzicht auf die erwogenen Ausgleichsmaßnahmen (Wehrpflichtverlängerung etc.) ermöglichen, mit anderen Worten: MBFR kann nicht die demographischen Probleme der Bundeswehr lösen.“ Vgl. VS-Bd. 11428 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

re. Abweichungen von diesem Vorgehen lösen Konsultationen aus, die mit der Feststellung einer Nichterfüllung des Streitkräfteziels enden oder aber mit der Anpassung des Streitkräfteziels an die nationale Planung, wenn der Erhalt der Verteidigungsfähigkeit dargelegt werden kann (so etwa bei der Verschiebung unseres Fregattenprogramms im Jahre 1983). Eine bindende rechtliche Verpflichtung zur Aufrechterhaltung eines bestimmten Streitkräfteumfangs besteht für uns[7] weder in der NATO noch in der WEU (vgl. Vorlage 201-360.20-1496/84[8] VS-geheim vom 27.9.84; liegt bei[9]).

2) In Anhang B zu den vom DPC verabschiedeten NATO-Streitkräftezielen (jeweils für einen Sechsjahreszeitraum) wird in Form von Tabellen die nationale Planung den NATO-Forderungen gegenübergestellt. Diese Tabellen enthalten keine Einzelansätze zu den Personalstärken. Nur die Zahl der Großverbände (Divisionen) und ihr Status (Bereitschaftsgrad) nach NATO-Kriterien werden dargestellt.

In diesen Tabellen würde – die Erhaltung des Bereitschaftsgrades vorausgesetzt – bei Realisierung der Planung des BMVg keine Änderung eintreten. Da die Bundeswehrstruktur nicht verändert wird, würden wie bisher z. B. beim Feldheer in nationaler Planung und Streitkräftezielen übereinstimmend zwölf Divisionen aufgeführt.

Anlage A zu den Streitkräftezielen formuliert Forderungen auf Einzelgebieten. Dort schlagen sich auch Forderungen mit Auswirkungen auf der Personalseite nieder, wie die nach einer Prüfung der Möglichkeit von Unterstützungsdiensten für die bei uns stationierten alliierten Streitkräfte für den Fall, daß diese zum Zwecke eines Einsatzes außerhalb des NATO-Gebietes[10] ausgedünnt werden. Derartige Vorgaben haben allerdings nicht den Charakter einer definitiven Leistungsverpflichtung; die Streitkräfteziele wollen vielmehr als „Herausforderung“ an die vermutete Leistungsfähigkeit der Partner verstanden werden. In diesem Sinne rügen sie auch mangelnde Erfüllung des 3%-Ziels[11] und enthalten Ausführungen sowie Statistiken zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bündnispartner.

7 Die Wörter „für uns“ wurden von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

8 Korrigiert aus: „201-369.01-1496/84“.

9 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirigent Schauer vermerkte: „In den Beitrittsverhandlungen zur NATO wurde ohne schriftliche Fixierung von 499 000 Mann ohne Marine ausgegangen. […] Im Protokoll II zum WEU-Vertrag, Art. 1 Abs. 1 heißt es zwar: ‚Die Land- und Luftstreitkräfte, die jeder der Hohen Vertragsschließenden Teile dieses Protokolls dem Alliierten Oberbefehlshaber Europa in Friedenszeiten auf dem europäischen Festland unterstellt, dürfen nach Gesamtstärke und Anzahl der Verbände nicht überschreiten: a) Für Belgien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und die Niederlande die Höchstgrenzen, wie sie in dem Sonderabkommen (accord spécial) zu dem am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichneten Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft für Friedenszeiten festgelegt sind.‘ In diesem (weil nur im allseitigen Konsens herabstufbar) noch ‚streng geheim‘ eingestuften Sonderabkommen zum EVG-Vertrag sind jedoch keine Höchststärken für den Personalumfang der Land- und Luftstreitkräfte enthalten, sondern lediglich Bestimmungen über aufzustellende Einheiten und den Materialumfang. Für die Bundesrepublik Deutschland wird als Ziel der Aufstellung der ersten Welle der Landstreitkräfte für das Jahr 1954 der Umfang von zwölf Divisionen genannt, was dem heutigen Umfang des Feldheeres entspricht. Es wird jedoch nicht festgelegt, wie viele Heeressoldaten die Bundeswehr haben darf.“ Vgl. VS-Bd. 11967 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

10 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

11 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“; Dok. 142, Anm. 10.

3) Im statistischen Anhang des Fünfjahres-Streitkräfteplans sind die Bundeswehreinheiten bis hinunter auf die Kompanieebene sowie die Gesamtpersonalstärke aufgeführt. Für den Gesamtzeitraum haben diese Angaben den Charakter von Planungsdaten; für das erste (laufende) Jahr stellen sie eine Streitkräfteverpflichtung gegenüber der NATO dar.

Der Streitkräfteplan 1984 bis 1988 für die Bundesrepublik Deutschland weist in seiner zusammenfassenden Bewertung bereits auf den negativen demographischen Trend hin und bezeichnet ihn als eines der ernstesten Probleme für die Bundeswehr. Er bezeichnet die Verlängerung des Grundwehrdienstes als wahrscheinlich und erwähnt die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Vermehrung des Anteils der Zeitsoldaten. Er gibt die deutsche Auffassung wieder, daß trotz der demographischen Entwicklung Wege gefunden werden, um die Operationsbereitschaft, die Kampfkraft und das Durchhaltevermögen der deutschen Streitkräfte aufrechtzuhalten.

4) Die NATO-Streitkräfteziele und der Fünfjahres-Streitkräfteplan legen sowohl in ihrem Zahlenwerk wie auch im Hauptteil mit den Bewertungen der Leistungen des jeweiligen Landes starkes Gewicht auf die Materialseite. Die Einführung neuer Waffensysteme wird ebenso gefordert wie Maßnahmen zur Erhaltung vorhandenen Materials, Beschaffung von Munition und ausreichenden Betriebsmitteln. Auf diesen Gebieten werden in einzelnen Fällen Rückstände unseres Beitrags zur gemeinsamen Verteidigung festgestellt.

Im Rahmen der Bundeswehrplanung wurde die Überlegung angestellt, daß die Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr Mittel für Materialbeschaffungen freimachen würde. Die Personalausgaben betragen derzeit rund 20 Milliarden DM oder 40% des Verteidigungshaushalts. Eine Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr um rund 5% dürfte nicht einen entsprechenden Rückgang der Personalausgaben zur Folge haben, da diese nicht nur variable Kosten umfassen und da die Reduzierung sich stärker bei den gering besoldeten Wehrpflichtigen auswirken wird. Im übrigen sind beträchtliche zusätzliche Aufwendungen für Zeitsoldaten (Verpflichtungsprämien) erforderlich, die Einsparungen im Personalhaushalt jedenfalls zum Teil aufzehren würden. Eine ins Gewicht fallende Verlagerung von Mitteln auf den Investitionshaushalt und eine damit finanzierte materialinduzierte wesentliche Kampfkraftsteigerung ist demnach von der Personalreduzierung nicht zu erwarten. In jedem Fall würde die Mittelverlagerung erst in den 90er Jahren möglich sein.

5) Die Planung des BMVg zur Abdeckung der Wehrpflichtlücke sieht die Beibehaltung der Bundeswehrstruktur vor. Dies bedeutet nicht nur gleiche Zahl von Einheiten, sondern auch Beibehaltung des derzeit gültigen Status (z. B. vollpräsente Einheiten beim Feldheer). Es ist nicht vorgesehen, die geringere Sollstärke dadurch zu erreichen, daß Einheiten vermehrt gekadert werden. Einzelheiten der Planung sind noch nicht bekannt, doch dürfte es im wesentlichen um zwei Verfahren gehen:

– Ersetzung von Soldaten durch Zivilbedienstete bei Verwaltungsaufgaben und deren Rationalisierung;
– Reduzierung der Sollstärken bei gleicher Kampfkraft durch weniger bedienungsintensives Gerät.

Auf diesem Gebiet dürfte der Schwerpunkt der Beurteilung der Planung durch das Bündnis liegen. Kriterien werden sein, ob Verfügbarkeit, Kampfkraft und Durchhaltevermögen der Bundeswehr erhalten und höheren Anforderungen zur Stärkung der konventionellen Verteidigung angepaßt werden können. Es ist damit zu rechnen, daß die Ankündigung einer geringeren Personalstärke der Bundeswehr in den 90er Jahren bereits jetzt Forderungen nach höheren Investitionen, insbesondere auf dem Gebiet moderner, weniger bedienungsintensiver Technologien auslösen wird.

Deutscherseits wird auf den zu erwartenden besseren Ausbildungsstand hingewiesen werden können: Hier wird sich bereits in den 80er Jahren der höhere Anteil von Zeitsoldaten auswirken, die den Hauptteil der Ausbilder stellen. Die höhere Zahl von Wehrübungsplätzen wird sowohl in den präsenten Einheiten die Zahl voll ausgebildeter Soldaten erhöhen wie auch den Ausbildungsstand der Reservisten insgesamt verbessern. Schließlich führt die Verlängerung des Grundwehrdienstes dazu, daß die präsenten Einheiten in höherem Maße als bisher aus voll ausgebildeten Soldaten bestehen.

Diese Momente sprechen dafür, daß es gelingen kann, die Wirkungen der Wehrpflichtlücke auszugleichen, die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr auf einem Stand zu halten, der ihrem jetzigen Personalumfang entspricht und unseren Beitrag zur Stärkung der konventionellen Verteidigung zu leisten. Wir würden damit der Verpflichtung gerecht, die wir u. a. in der Bonner Gipfelerklärung vom 10.6.1982[12] übernommen haben.

6) Die Reduzierung des Friedensumfangs der Bundeswehr um rund 20000 Mann wird politische Rückwirkungen im Bündnis haben, auch wenn es gelingt, die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr voll aufrechtzuerhalten. Bestrebungen in den USA, wegen angeblicher mangelnder Anstrengungen der Europäer im konventionellen Bereich Truppen aus Europa abzuziehen (Nunn-Amendment[13]), beschäftigen uns ohnehin. Einige europäische Bündnispartner sind bereits jetzt kaum in der Lage, ihren Beitrag aufrechtzuerhalten, und werden bei einer Reduzierung der Bundeswehr verstärktem öffentlichen Druck ausgesetzt sein. Die Verringerung des Mannschaftsbestandes ist jedermann verständlich, die Beurteilung der Kampfkraft ist eine Sache für Fachleute.

Die Verringerung der Bundeswehr dürfte deswegen einen Rückschlag für unsere Bemühungen bedeuten, unsere Partner auf deutschem Boden mit konventionellen Kräften in der Vorneverteidigung voll engagiert zu halten. Allerdings ergibt die Verlängerung des Grundwehrdienstes ein – ebenfalls allgemeinverständliches – Signal für unsere Bereitschaft, unseren Beitrag für die gemeinsame Sicherheit auch unter Opfern aufrechtzuerhalten. Sie wird Bestrebungen in anderen Ländern entgegenwirken, die auf eine Verringerung des Grundwehrdienstes gerichtet sind. Allerdings muß bezweifelt werden, daß mit einer Verlängerung des Grundwehrdienstes die negative politische Signalwirkung

12 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anläßlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

13 Zum Antrag des amerikanischen Senators Nunn vom 18. Juni 1984 vgl. Dok. 222, Anm. 7.

einer Verringerung des Friedensumfangs der Bundeswehr voll ausgeglichen werden kann.

7) Außenpolitische Rückwirkungen einer Personalreduzierung sind in bezug auf unsere Stellung im Westen wie auch im Verhältnis zur Sowjetunion zu erwarten. Im Westen, insbesondere in USA und F, wird sie Zweifel schüren, ob wir den Ruf eines starken und verläßlichen Partners noch verdienen, den wir durch unseren entscheidenden Beitrag zur Verteidigung Westeuropas mit begründet haben. In der SU wird sie die Hoffnung auf eine Schwächung des Westens beleben.

Überzeugende Anstrengungen, insbesondere leicht meßbare und vergleichbare Leistungen, können dem entgegenwirken. Die Verlängerung des Grundwehrdienstes hat einen solchen Signalcharakter. (Das Wahlprogramm der französischen Sozialisten vom 26.1.1981 enthielt noch die Forderung nach einer Neuorganisation der Streitkräfte auf der Grundlage einer Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate.) Signalcharakter hat ebenfalls die Entwicklung unserer Verteidigungsausgaben. Wenn die Verringerung des Personalumfangs der Bundeswehr begleitet ist von einer Steigerung der investiven Ausgaben im Verteidigungshaushalt, könnten wir – in West und Ost – wirkungsvoll dem Eindruck entgegentreten, wir seien nicht mehr bereit oder in der Lage, das Notwendige für unsere Sicherheit zu tun.

Damit ist allerdings nicht ein anderer Effekt jeder geplanten Reduzierung der Bundeswehr vermieden, nämlich der einer politischen Festlegung auf die niedrigere Personalstärke. Dieser Effekt hat bei der vorgesehenen Verringerung um rund 25 000 Mann nicht das Gewicht, daß er etwa bei der Variante einer Reduzierung auf 430 000 Mann haben würde; er will aber bedacht sein.

III. Zusammenfassende Bewertung und Folgerungen

1) Die Planung des BMVg zur Deckung der Wehrpflichtlücke bedarf der Konsultation im Rahmen der Verteidigungsplanung des Bündnisses. Die Verlängerung des Grundwehrdienstes und flankierende Maßnahmen wie die Vermehrung der Zeitsoldaten und der Wehrübungsplätze sowie die Beibehaltung der Bundeswehrstruktur sind wichtige Momente für eine positive Bewertung dieser Planung. Die Beurteilung im Bündnis wird entscheidend davon abhängen, ob Verfügbarkeit, Kampfkraft und Durchhaltevermögen der Bundeswehr erhalten und ihr Beitrag zur konventionellen Verteidigung gestärkt werden können. Die Ankündigung einer geringeren Personalstärke in den 90er Jahren wird insbesondere Forderungen nach höheren Investitionen auf dem Gebiet personalsparender Technologien auslösen.

2) Die Reduzierung der Personalstärke wird unsere Bemühungen belasten, die Partner auf deutschem Boden mit konventionellen Kräften in der Vorneverteidigung voll engagiert zu halten (Anti-Nunn). Allerdings erbringen wir mit der Verlängerung des Grundwehrdienstes einen Beweis unserer Opferbereitschaft. Signalcharakter wird ebenfalls die Entwicklung unserer investiven Verteidigungsausgaben haben – auch was unsere politische Stellung gegenüber West und Ost angeht. Dem Risiko einer politischen Festlegung auf den reduzierten Umfang der Bundeswehr entgehen wir damit nicht.

3) Diese Bewertung legt drei Folgerungen nahe:

– Die Personalstärke sollte – zumindest optisch – möglichst hochgehalten werden. Die Planung des BMVg mit ihrer optimistischen Einschätzung etwa der Zahlen der Längerdienenden ist bereits auf diesem Wege. Wir erleichtern uns damit den Konsultationsprozeß im Bündnis und die Zurückweisung überzogener Forderungen nach vermehrten finanziellen Leistungen.

– Besser als ein Beschluß über eine Reduzierung wäre ein – vorbedachter und durch flankierende Maßnahmen gemilderter – faktischer Rückgang. Er würde eine Festschreibung niederer Personalstärke vermeiden.

– Eine Bekanntgabe genauer Reduzierungsdaten sollte möglichst hinausgezögert werden, was nicht ausschließt, das Bündnis früh an unseren Überlegungen zu beteiligen.[14]

i. V. Schauer

VS-Bd. 11967 (201)

14 Nach den Beschlüssen des Kabinetts vom 17. Oktober 1984 über die Streitkräfteplanung erklärte Bundesminister Wörner vor der Presse zu den vorgesehenen Maßnahmen: „Wir erhalten den Verteidigungsumfang unserer Streitkräfte in Höhe von 1,25 Millionen Mann plus 90 000 Mann zur Unterstützung der alliierten Truppenverstärkung für unser Land. Davon hängt die Erfüllung des Verteidigungsauftrages ab. […] In den nächsten fünf Jahren kann der gegenwärtige Friedensumfang unserer Streitkräfte mit einigen gezielten Maßnahmen ohne große Schwierigkeiten gehalten werden. Diese beschränken sich auf die Sicherstellung des Bestandes an Längerdienenden. Ab 1989 sind auch Maßnahmen zur Sicherung eines ausreichenden Umfangs an Grundwehrdienstleistenden erforderlich. Dabei ist trotz Ausschöpfung aller anderen möglichen Maßnahmen die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate unumgänglich. Um in den 90er Jahren die Friedenspräsenz der Streitkräfte nahezu unvermindert aufrechtzuerhalten, muß darüber hinaus die Zahl der Wehrübungsplätze auf 15 000 erhöht und die Verfügungsbereitschaft verbessert werden. […] Auch der Verwendungsstau muß zwischen 1986 und 1991 abgebaut werden, um den Streitkräften ein leistungsfähiges Führerkorps zu erhalten.“ Vgl. die Pressemitteilung; Referat 201, Bd. 130177.

252

Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-3679/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1746
Citissime

Aufgabe: 27. September 1984, 17.00 Uhr[1]
Ankunft: 28. September 1984, 00.06 Uhr

Betr.: Abendessen der vier Außenminister in New York am 26. September 1984[2];
hier: West-Ost-Beziehungen, besonders Gespräch Shultz – Gromyko

Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Gedankenaustausch über die Gespräche mit Gromyko (Shultz am 26.[3], BM am 25.[4], Cheysson am 24. September, Howe am 27. bevorstehend).

Shultz dankte einleitend für die Kondolenzbotschaften der Kollegen zum Attentat auf die amerikanische Botschaft in Beirut.[5] BM erklärte, wir hätten Hinweise dafür, daß eine weitere Aktion gegen eine westliche Botschaft geplant sei. Wir glaubten, daß sie gegen uns gerichtet sein könnte, und bereiteten uns deshalb sicherheitsmäßig darauf vor. Shultz bemerkte, er verfüge ebenfalls über Informationen zu möglichem neuen Anschlag, und leitete auf sein Gespräch mit Gromyko vom Vormittag über. Gromyko habe beim Vorschlag einer Agenda für das Gespräch den Punkt Terrorismus aufgeführt. Gewöhnlich verstünden die Sowjets darunter „amerikanischen Terrorismus“ (z. B. Grenada[6]). Diesmal hätte es so geklungen, als meine Gromyko einen anderen Typ von Terrorismus. Die TO sei leider so lang gewesen, daß man auf den Gegenstand aus Zeitgründen nicht hätte zurückkommen können. Amerikanische Seite hoffe, dies bald tun zu können.

Auf die Frage Howes, wie weit die SU selbst exponiert sei, sagte Schultz, das wisse er nicht. Die sowjetischen diplomatischen Missionen, das sei eben ein anderes Konzept, hätten „Festungscharakter“ (und betrieben Subversion).

Das Treffen mit Gromyko, so fuhr der amerikanische AM fort, sei „gesittet, ruhig, persönlich, freundlich“ verlaufen. Die Diskussion über alle behandelten Su-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 28. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte und handschriftlich vermerkte: „Zum Vorgang.“
Hat Ischinger am 1. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung in New York vom 23. bis 27. September 1984 in den USA auf. Zum Vierertreffen der Außenminister vgl. auch Dok. 253.

3 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

4 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York vgl. Dok. 244 und Dok. 246.

5 Zum Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Beirut am 20. September 1984 vgl. Dok. 245, Anm. 29.

6 Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

jets sei direkt und offen (straightforward) gewesen im Gegensatz zu den letzten Begegnungen mit ihm. Inhaltlich habe sich Gromyko bedeckt gehalten. Zur Reagan-Rede vor der UNO-GV[7] habe er sich nicht geäußert und auf die darin enthaltenen Vorschläge, die prozeduralen und die inhaltlichen, keine Kommentierung gegeben. Die amerikanische Seite könne keine Bewegung in seiner Haltung feststellen. Botschafter Hartman, der Gromyko in Moskau ja häufig sehe, habe resümiert, daß Gromyko teilweise Wort für Wort das wiederholt habe, was er schon vor acht Monaten gesagt habe. Aber dieses Gespräch mit ihm, Shultz, sei für Gromyko sicher nur der Auftakt zur Begegnung mit dem Präsidenten gewesen, was auch die US-Sicht sei. Gromyko müsse „eine gewisse Neugierde" haben, den amerikanischen Präsidenten zu treffen und festzustellen, „wie er eigentlich ist". Gromyko habe signalisiert, daß er im Treffen mit dem Präsidenten das Gespräch über breite, große Themen führen wolle und darüber, wie man sie angehen solle. Die Supermächte müßten sich darüber klarwerden, wie nach ihrer Meinung die Welt sich entwickeln solle. Sei es ihr Wunsch, daß Kernwaffen den Menschen beherrschen oder der Mensch die Waffen? Gromyko sei nicht sehr konkret geworden. Er habe die Diskussion weitgehend auf diesem allgemeinen Niveau geführt. Das habe viel Zeit gekostet.

Der BM stellte die Frage, ob Gromyko sich auf das Weltraumproblem konzentriert habe, was er im Gespräch mit ihm, dem BM, getan habe.

Shultz entgegnete, für die Sowjets sei dies in der Tat ein prioritäres Thema. Er glaube, daß, wenn die USA auf diesem Gebiete etwas zugäben (can accept something), daß dann auch anderswo Fortschritte zu erzielen wären. Gromyko sei aber auch in der Weltraumfrage nicht ins Detail gegangen. Er habe keine Fragen dazu gestellt, auch nicht im Hinblick auf die einschlägige Formulierung über „gegenseitige Zurückhaltung" in der Rede Reagans.

Der BM stellte die Frage, was der AM geantwortet hätte, wenn Gromyko die Frage gestellt hätte. Shultz meinte, dann hätte er gesagt: Kommen Sie nach Wien[8], und dann werden Sie die Antwort herausfinden. Er habe Gromyko immer wieder zu Kommentaren eingeladen. Aber Gromyko habe mit der Bemerkung gekontert, dies sei ein Gebiet, das man heute nur streifen könne. Man müsse systematisch darüber sprechen.

Cheysson warf ein, er habe Gromyko vor zwei Tagen, also unmittelbar nach der Rede des Präsidenten, gesprochen. Gromykos Mitarbeiter, vor allem Dobrynin, hätten zu erkennen gegeben, daß ihnen die Bedeutung des Reaganschen Satzes durchaus bewußt ist. Gromyko habe keinerlei Kommentare zu ihr gegeben. Vielleicht müßten gewisse Entscheidungsprozesse in Moskau zu Ende geführt werden. Gromyko sei nicht frei. Er hätte doch sonst wenigstens den Verfahrensvorschlägen sogleich zustimmen können. BM teilte diese Einschätzung. Shultz meinte, dies sei wohl richtig.

Sein Treffen mit Gromyko sei der Beginn einer Serie von Begegnungen. Jetzt sei das Hauptziel, Gromyko eine Perspektive zu geben und das Gefühl, daß die

7 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 244, Anm. 7.

8 Zu den für September 1984 in Wien vorgeschlagenen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Weltraumfragen vgl. Dok. 225.

USA echten Verhandlungswillen und die echte Bereitschaft haben, zu Vereinbarungen über die wichtigen und weniger wichtigen Fragen zu kommen, und die Geduld, die dazu gehöre, und schließlich müsse Gromyko deutlich werden, daß die USA ihre Verteidigungsbereitschaft aufrechterhalten würden. Auch müsse Gromyko spüren, daß die Zeit nicht auf seiner Seite sei: daß er verliere, wenn er warte. Er habe Gromyko an sein Treffen mit ihm vor zwei Jahren erinnert.[9] Damals hätten sie in der ersten Gesprächsrunde Mitarbeiter beauftragt, Bereiche gemeinsamen Interesses zu finden. Dabei sei man rasch auf die Nichtverbreitung gekommen. Bei der zweiten Runde habe man dann in dieser Frage gute Fortschritte gemacht. Danach habe es noch vier Treffen Burt–Dobrynin gegeben. Auf diese positive Erfahrung habe er jetzt Gromyko verwiesen. In diesem Geiste wollten er und der Präsident die Gespräche führen. Am Ende des Gesprächs habe er Gromyko gebeten, ein paar große Themen (headlines) zu nennen, auf die man sich konzentrieren könne. Eines der von Gromyko genannten sei die Nichtverbreitung gewesen.

Um seinen Eindruck zusammenzufassen: Von den drei Stunden des Gesprächs habe man etwa zwei Drittel „in stratosphärischer Unterhaltung" verbracht. Gromyko taste offenbar ab, in welche Richtung sich die Beziehungen zu den USA entwickeln könnten. Durch allgemeine Fragenkombinationen wolle er dies auch zu konkreten Themen ergründen, z. B. zur US-Bereitschaft, einen Versuchsstopp-Vertrag zu schließen. Die US-Antwort hierauf werde sein, das könne man wirklich nur bei Verhandlungen herausfinden. Zunächst wünsche er deshalb offenbar eine noch nicht zu konkrete Diskussion.

Howe stellte die Frage, ob dem Gespräch Gromyko–Reagan weitere Gespräche Shultz–Gromyko folgen würden. Shultz hielt das für denkbar.

Shultz bezeichnete diese Gruppe der Vier „als den innersten Zirkel unserer Freunde in der Welt". Deshalb sei er an Kommentaren und Ratschlägen besonders interessiert. Er glaube, daß die Rüstungskontrollverhandlungen nur durch Gespräche auf politischer Ebene vorangebracht werden könnten. Ohne politische Impulse laufe nichts. Auch die besten Unterhändler in Wien[10], Stockholm[11] oder wo immer könnten nichts erreichen, wenn nicht die politische Ebene sich engagiere. Die amerikanische Seite betrachte daher das Gespräch mit Gromyko und Personen auf dieser Ebene, die Impulse geben könne, als den Schlüssel. Wenn man einen Handel schließen wolle, müßten beide Parteien davon überzeugt sein, daß er zum Vorteil beider Parteien sei. Das sei wie im Wirtschaftsleben. Dies wollten übrigens nicht alle in Washington wahrhaben.

Er wolle noch einmal auf die Nichtverbreitung als Beispiel zurückkommen. Auf diesem Gebiet hätten die USA und die SU zusammengearbeitet. Obwohl die Befürchtungen damals sehr groß gewesen seien, gebe es 15 Jahre nach dem Nichtverbreitungsvertrag[12] immer noch nur fünf Kernwaffenmächte. Zwar ha-

9 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 28. September und 4. Oktober 1982 in New York vgl. AAPD 1982, II, Dok. 252 und Dok. 262.

10 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 204.

11 Zur KVAE vgl. Dok. 231.

12 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

be man Sorge wegen Indien, Pakistan und Argentinien. Die Belgier hätten von einer nuklearen Zusammenarbeit mit Libyen zurückgehalten werden müssen.[13] Aber eines stehe doch fest: Die USA und die Sowjetunion hätten die politischen Impulse gegeben, und das habe zu Resultaten geführt.

Howe bemerkte, der Schlüssel zum Erfolg sei in der Tat, daß man Gromyko überzeuge, daß für die SU ein Vorteil möglich sei. Wie stehe es mit dem wirtschaftlichen Argument? Müßten nicht beide Seiten einsehen, daß die Rüstungsausgaben immer belastender würden? Man müsse die für die SU interessantesten Trade-offs identifizieren.

Shultz: Diesen Gesichtspunkt habe Gromyko bei der Behandlung des Weltraums hervorgehoben und von den Milliarden von Dollar gesprochen, die eine Weltraumrüstung verschlingen würde.

Der BM stellte fest, daß sich Gromyko im Gespräch mit ihm stark auf die Weltraumwaffen konzentriert habe. Die Sowjets fürchteten offenbar den „technologischen Sprung" der USA und sähen erhebliche Auswirkungen für ihre Wirtschaft voraus. In ihrem wenig flexiblen System müßten sie dann langfristige Pläne umwerfen und neu ausarbeiten. Daher sei ganz wichtig, daß ihnen deutlich werde, daß die Zeit wirklich gegen sie arbeite. Bei den Mittelstreckenraketen habe Gromyko dies nicht glauben wollen und offenbar ernsthaft gehofft, daß sich am Ende doch die sowjetische Härte durchsetzen werde. Von diesen Waffen habe Gromyko übrigens nur in einem Satz, fast ironisierend, gesprochen, das seien ja die Waffen, in die wir so sehr verliebt seien.

[14]Zwei Punkte seien ihm aufgefallen, die sich mit dem deckten, was Shultz berichtet habe. Gromyko habe sich des längeren über den NV-Vertrag geäußert: Man habe viele Länder im Verdacht, Kernwaffenmächte werden zu wollen, aber noch keines erwischt. Auch beim Gespräch mit ihm habe sich Gromyko mindestens zu einem Drittel der Gesprächszeit philosophisch geäußert, vor allem über die Verantwortung, die aus den neuen Technologien erwüchse.

Shultz zog den Schluß, vielleicht werde Gromyko philosophischer, weil er älter werde. Cheysson bekannte, in seinem Gespräch hätten solche Höhenflüge nicht stattgefunden, und er frage sich, ob Gromyko in der Vergangenheit sich schon einmal ähnlich gegeben habe.

Der Bundesminister erwiderte, er habe das schon erlebt, wenn auch nicht in dem gleichen Maße.

Howe erkundigte sich, ob über das Gespräch Gromykos mit seinem chinesischen Kollegen etwas gesagt worden sei. Shultz teilt mit, Wu habe Gromyko offenbar wegen der Unterstützung der japanischen Forderung auf die Rückgabe der Nord-

13 Referat 413 notierte am 23. Mai 1984: „Pressemeldungen und auch der erste Bericht unserer Botschaft Brüssel, wonach Belgien zwei Kernreaktoren nach Libyen liefern wolle, treffen so nicht zu. […] Die Lieferung von zwei Kernreaktoren zu je 440 MW an Libyen soll, wie schon seit längerem geplant, durch die SU erfolgen. Lediglich der nichtnukleare Teil der Anlage soll nun offenbar international ausgeschrieben werden. […] Das am 17.5.1984 paraphierte belgisch-libysche Rahmenabkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit nennt zwar auch das Gebiet der Kernenergie, enthält dazu aber keine Einzelheiten. Nach belgischer Darstellung bedeutet dies lediglich, daß dieses Gebiet aus der Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen ist." Vgl. Referat 431, Bd. 145565.

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1747 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Kurilen[15] in Rage versetzt. In dem ersten ausführlichen AM-Gespräch seit 20 Jahren sei in der sowjetischen Position keine Veränderung erkennbar gewesen.

Der BM resümierte, in keinem der Gespräche mit Gromyko habe dieser offenbar seine Karten zeigen wollen.

Shultz sagte, das sei richtig, aber einmal müsse er ja seine erste Karte auflegen, wenn er spielen wolle. Vielleicht wolle er aber (noch?) gar nicht spielen, sondern zuerst einen Blick in unsere Karten tun.

Der BM meinte, an einem Punkt sei Gromyko, der insgesamt nicht allzu konzentriert gewirkt habe, fast uninformiert erschienen. Bei der Erörterung des NV-Vertrages habe er, der BM, ihm nämlich gesagt, wir, die Unterzeichner, fragten uns, wann die Sowjets endlich ihre Verpflichtung zur Abrüstung aus diesem Vertrag erfüllen wollten. Gromyko habe ihn ganz verständnislos angesehen, und Kornijenko habe darauf hinweisen müssen, daß Artikel 6 des Vertrages gemeint sei.

Burt erwähnte eine ähnliche Situation im amerikanischen Gespräch mit Gromyko. Bei der Behandlung des Weltraums habe Gromyko immer wieder davon gesprochen, daß keine Nuklearwaffen in den Weltraum verbracht werden dürften, was die amerikanische Seite gar nicht vorhabe. Es mangele ihm hier offenbar an Kenntnissen. Die USA hätten sich doch längst verpflichtet, keine Massenvernichtungswaffen im Weltraum zu stationieren.[16]

Der BM führte fort, er habe eine entsprechende Erfahrung bei einem weiteren Gegenstand gemacht. Er habe wegen der Revanchismuskampagne Gromyko kommen lassen wollen. Gromyko sei aber nicht gekommen, und deshalb habe er beim Nachtisch das Thema angesprochen. Täglich würden wir von TASS u. a. attackiert. Wir fragten uns, was hinter den böswilligen Verleumdungen stecke und ob sie mit dem Moskauer Vertrag[17] noch in Einklang zu bringen seien. Welche Absicht habe die SU? Gromyko habe geantwortet, der Moskauer Vertrag gelte, die Sowjetunion stehe dazu. Gromyko habe dann aber die gängigen sowjetischen Argumente nicht zur Hand gehabt, sondern sich darüber beschwert, daß der Bundeskanzler und der Bundesminister über die Überwindung von Jalta[18] redeten und sogar die USA angestiftet hätten, das gleiche zu tun[19]. Er habe

15 Im Friedensvertrag von San Francisco vom 8. September 1951 verzichtete Japan auf alle Rechte und darauf bezogene Ansprüche an den Kurilen und Südsachalin. Allerdings wurde die Bezeichnung „Kurilen“ nicht genauer definiert. Nach japanischer Auffassung gehörten dazu nur die nördlich von Etorofu gelegenen Inseln, nicht jedoch die ebenfalls von der UdSSR besetzten, nordöstlich von Hokkaido gelegenen Inseln Kunashiri, Etorofu sowie die Gruppe der Habomai-Inseln. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 136, S. 45–77.

16 Vgl. dazu Artikel 4 des Vertrags vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 610, S. 208. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1973.

17 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

18 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

19 Zu den Äußerungen von Mitgliedern der amerikanischen Regierung zur Nachkriegsordnung in Europa und zur sowjetischen Reaktion vgl. Dok. 239.

ihm darauf erwidert, daß weder der Bundeskanzler noch er selbst ein Wort zu Jalta geäußert hätten. Daraufhin habe Gromyko einen Rückzieher gemacht: Der Bundesminister habe bei der Rede von Shultz in Stockholm[20], in der Jalta erwähnt worden sei, applaudiert. Cheysson warf ein, er habe wiederholt zu Jalta Stellung genommen.

Shultz informierte darüber, daß er am 27. September zum Präsidenten nach Washington fliege, um sich eine Stunde mit ihm zu besprechen. Dazu seien Ratschläge der Kollegen willkommen. Der Präsident habe sich im gleichen Sinne schriftlich an die Regierungschefs gewandt.[21]

Howe: Nach seiner Ansicht sei es das Wichtigste, den sowjetischen Außenminister, den er selbst am 27. September sehen werde, zu überzeugen, daß der Präsident ganz aufrichtig über Kernwaffen und Rüstungskontrolle sprechen wolle.

Dies hätten die Sowjets Mitterrand[22], Genscher[23], Andreotti[24] und ihm[25] in Moskau nicht abnehmen wollen. Gromyko müsse überzeugt werden, daß Reagan meine, was er sage.

Der BM betonte, die Sowjetunion wolle von den USA als gleichberechtigt anerkannt werden. Das dürfe nicht auf die Rüstungskontrolle beschränkt bleiben, sondern müsse die ganze Breite der Themen umfassen, auch das Verhalten in Krisengebieten und die Lage in Europa.

Shultz: Heute morgen habe eine ganze Reihe von Krisengebieten auf der Traktandenliste gestanden. Man sei aber nicht dazu gekommen, diese Punkte zu behandeln. Gromyko habe übrigens überraschenderweise auch einen Tagesordnungspunkt Europa vorgeschlagen. Allerdings ohne zu präzisieren. Die USA hielten weiterhin an ihrer Großeinteilung fest: Rüstungskontrolle, regionale Fragen, bilaterale Fragen, Menschenrechte.

Der BM fragte, ob Gromyko Europa als wichtiges Thema genannt habe.

Shultz bejahte dies.

Howe wies darauf hin, daß Reagan in seiner Rede kurz vor KVAE-Beginn[26] von der Wiederherstellung der amerikanischen Stärke gesprochen habe. Darauf reagiere die SU irritiert. Es müsse ihr erläutert werden, daß dies nur auf die Wiederherstellung gleicher Stärke abziele. Die Sowjets hätten ja die größte Sorge davor, daß die Amerikaner auf Überlegenheit aus seien.

20 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

21 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 26. September 1984 an Bundeskanzler Kohl; VS-Bd. 14125 (010).

22 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 in der UdSSR auf.

23 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

24 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 22. bis 24. April 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 139, Anm. 9.

25 Der britische Außenminister Howe besuchte die UdSSR vom 1. bis 3. Juli 1984. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 12.

26 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

Shultz ging auf diesen Punkt folgendermaßen ein: Man müsse sehen, wie sich dies steuern lasse. Die Reagan-Administration habe eine schwierige Erbschaft übernommen. Carter sei zunächst sehr offen auf die Sowjets zugegangen. Nach Afghanistan[27] und sowjetischen Zügen auf Kuba[28] sei Carter erstaunt gewesen. Er habe SALT II zurückgezogen[29], die Teilnahme an den Olympischen Spielen abgesagt[30], die Getreidelieferungen an die SU eingestellt[31] und mit der Tradition gebrochen, Gromyko von New York aus nach Washington einzuladen. Die amerikanischen Streitkräfte seien unter Carter in den Abstieg geraten. Reagan habe diese Tendenz erfolgreich gewendet. Um das fertigzubringen, sei eine steife Haltung gegenüber der SU nötig gewesen. Der Präsident habe die Stichworte Verteidigungsbereitschaft und Stärke mehr als das Stichwort Verhandlungen betonen müssen. Jetzt müsse der Akzent auf das Stichwort Verhandlungen verlegt werden. Das sei psychologisch nicht ganz einfach. Aber der Präsident sei ganz entschlossen dazu. Er habe auf dem Höhepunkt der Schwierigkeiten mit der SU (KAL-Abschuß[32]) und bei heftigen Flügelkämpfen in Washington instinktsicher entschieden, die amerikanischen Unterhändler wieder nach Genf zu schicken[33], also ganz anders reagiert als Carter nach Afghanistan. Kurz: Es gehe darum, jetzt umzuschalten und klarzumachen, daß die USA stark genug sind, um selbstbewußt in diese Verhandlungen zu gehen. Dies sei während einer Wahlkampagne[34] ein subtiler Prozeß.

Howe: Er verstehe dies, glaube aber auch, daß die Verhandlungen leichter würden, wenn die Amerikaner Achtung sowie Anerkennung der Gleichheit der Sowjetunion erkennen ließen. Ein Ausdruck der Partnerschaft unter Gleichen werde vieles erleichtern. Die Sowjets hätten nun einmal Minderwertigkeitskomplexe.

Auf die Frage Cheyssons, ob man nicht am besten mit Verfahrensfragen beginne, erklärte Shultz, eine der interessantesten Ideen des Präsidenten sei es, ein Forum zu schaffen, das eine breite Diskussion über Rüstungskontrolle führen könne, um einen Fahrplan (road map) zu entwerfen. Dieses Forum solle mit hochkarätigen Vertretern besetzt sein und den Zusammenhang zwischen Rüstungskontrolle und neuen Verhandlungsthemen herausstellen, die Perspektive für den ganzen Prozeß entwickeln und die Unterhändler in Marsch setzen.

Shultz schloß diesen Teil der Diskussion mit der Bemerkung, er trage sich auch mit dem Gedanken, nach Moskau zu reisen, nicht zuletzt deshalb, weil man dort nicht nur Gromyko, sondern auch andere Mitglieder der Führungsmannschaft sprechen könne.

27 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

28 Zur Anwesenheit sowjetischer Truppen auf Kuba vgl. AAPD 1979, II, Dok. 259.

29 Zur Aussetzung der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 in den USA vgl. Dok. 27, Anm. 15.

30 Zum amerikanischen Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau vgl. Dok. 131, Anm. 13.

31 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR vgl. Dok. 212, Anm. 33.

32 Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 15, Anm. 17.

33 In Genf fanden die INF-Verhandlungen statt, die am 6. September 1983 fortgesetzt wurden.

34 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Shultz reagierte damit auf eine Bemerkung Howes, daß Gromyko wohl nicht immer mehr zur Aufnahme neuer Sachverhalte fähig und es deshalb wichtig sei, die Saat für die Zukunft in Moskau weit auszustreuen.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14127 (010)

253

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-3678/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. September 1984, 17.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1748 **Ankunft: 27. September 1984, 23.50 Uhr**

Betr.: Abendessen der vier AM in New York am 26.9.1984[2];
hier: weitere Themen

1) Spanien und die NATO

Shultz äußerte amerikanische Sorgen wegen der innerspanischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf Spaniens Haltung zur NATO. Europäer sähen Morán öfters als er, und er erhoffe sich von ihnen nähere Einsichten und Ratschläge.

Cheysson: Es sei in der Tat jetzt der richtige Augenblick, um auf die Spanier einzuwirken. Die Frage sei einigermaßen komplex. Sie sei mit der Beitrittsfrage verbunden. Wenn es nicht rechtzeitig zum EG-Beitritt[3] komme, werde der spanische Stolz sich wie eine Welle gegen die NATO richten. Historisch hätten die Spanier kein Gefühl für die Bedrohung. Sie hätten in den beiden Weltkriegen ganz andere Erfahrungen gemacht als wir, und sie seien deshalb vom NATO-Beitritt nicht überzeugt. González habe es mit seiner eigenen Partei nicht leicht. In der Gibraltar-Frage sei, dank britischer Haltung, in den letzten Monaten eine sehr viel günstigere Stimmung in Madrid eingekehrt. Auch der Besuch von Shultz in der spanischen Hauptstadt sei ein großer Erfolg gewesen.[4] Man müsse Spanien am Ende etwas geben, was seinen Status in der NATO von anderen Mitgliedern etwas abhebe.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 28. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte und handschriftlich vermerkte: „Zum Vorgang." Hat Ischinger vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung in New York vom 23. bis 27. September 1984 in den USA auf. Zum Vierertreffen der Außenminister vgl. auch Dok. 252.

3 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 245, Anm. 24.

4 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich anläßlich des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vom 7. bis 9. September 1983 in Spanien auf.

Der Bundesminister führte folgendes aus: Beitrittsfrage und NATO seien eng miteinander verbunden. Über den Beitritt zur EG seien sich alle spanischen Parteien einig. Das gelte nicht für die NATO. Es dürfe für die Spanier nicht der Eindruck entstehen, wir wollten ihre Soldaten, aber nicht ihren Markt. Die europäischen Verbündeten leisteten durch die Aufnahme Spaniens in die Gemeinschaft einen großen Beitrag für die Allianz: Dieser Beitritt koste uns viel Geld und zusätzliche Schwierigkeiten in der EG. Denn ganz abgesehen vom Streit um Oliven mit Italien und Griechenland, müßten wir uns auch die Frage stellen, wie die Gemeinschaft aussehen würde, wenn Spanien hineinkommt. Auf keinen Fall dürfe der EG-Beitritt blockiert werden, den alle spanischen Parteien erstrebten. González wolle die NATO-Mitgliedschaft. Seine Partei sehe das anders. Man könnte Spanien eine besondere Position anbieten. Es gebe ja keine einheitliche Form der NATO-Integration. Frankreich gehöre ihr nicht an[5], GB sei integriert, habe aber wie F als Kernwaffenmacht einen besonderen Status. Deutschland wiederum habe eine andere Position, in Norwegen und Dänemark seien in Friedenszeiten keine Kernwaffen stationiert, und auch bei den Benelux und Italien fände man Eigenheiten, von Griechenland ganz zu schweigen.

Shultz stimmte dem zu. Der springende Punkt sei, ob die Spanier in der Integration verblieben oder nicht. BM und Cheysson erwiderten, Spanien müsse in der Integration verbleiben, aber das lasse sich mit der Gewährung einer gewissen Sonderposition am besten erreichen.

Shultz trat dieser Überlegung bei. Es komme vor allem darauf an, zu vermeiden, daß die Spanier eine negative Entscheidung träfen. Der BM sagte, Spanien könne z. B. wie die nordischen Länder in Friedenszeiten von der Kernwaffenstationierung ausgenommen werden. Shultz meinte, das entspreche ohnehin schon dem derzeitigen – bilateral vereinbarten – Zustand.[6] Cheysson: Taktisch sollte man damit erst im letzten Augenblick herauskommen und zunächst den Beitritt zur EG so rasch wie möglich voranbringen, dann könnte sich González in der NATO-Frage wohl durchsetzen.

Howe[7] erklärte, er halte diese Überlegungen für richtig. Die Spanier wollten dazugehören, daher sei der EG-Beitritt so wichtig. Zur Gibraltar-Frage habe GB in der letzten Zeit sechs nicht veröffentlichte Sitzungen mit den Spaniern abgehalten. Man müsse Emotionen in GB vermeiden. Die Lissaboner Erklärung[8] bleibe Basis der Gespräche. Die Restriktionen sollten vor dem EG-Beitritt aufgehoben werden, die Frage selbst mit der NATO nicht verknüpft werden. Man mache ganz gute Fortschritte, ein nächstes Treffen mit Morán sei vor Jahresende vorgesehen.

5 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

6 Vgl. dazu den Vertrag vom 2. Juli 1982 zwischen Spanien und den USA über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit; UNTS, Bd. 1322, S. 138–384.

7 Korrigiert aus: „Howe: H."

8 Am Rande der Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10. April 1980 in Lissabon vereinbarten der britische Außenminister Lord Carrington und der spanische Außenminister Oreja die Aufnahme von Verhandlungen „über alle Aspekte des Konflikts" bei gleichzeitiger Aufhebung der spanischen Blockade von Gibraltar. Vgl. die gemeinsame Aufzeichnung der Botschaft in Madrid und des Referats 203 vom 8. November 1983; Referat 206 (203), Bd. 151002.

Shultz: Es sei schon merkwürdig, daß die Spanier sich so gerierten, als ob ihre Zugehörigkeit zur NATO ein großes Geschenk für uns sei. Dabei gehe es doch um ihre eigene Sicherheit. Für jede Nation sollte es ein Privileg sein, der NATO anzugehören. Ähnliches gelte für die EG. Neuseeland führe sich im Augenblick ähnlich auf. Die neue Regierung wolle von den USA Konzessionen dafür, daß sie weiter im ANZUS-Pakt verbleibe. Washington sei völlig gelassen, wie auch bei Griechenland, wo man manchmal versucht sei, Athen aufzufordern, die Allianz zu verlassen. Papandreou habe die Toleranzgrenze überschritten, aber vielleicht komme ja einmal eine neue Regierung.

2) Polen

Der BM, von Shultz um eine Einführung gebeten, erklärte, daß Olszowski heute die Einladung[9] an ihn bestätigt habe, und zwar von sich aus.[10] Er habe sich noch einmal sehr positiv zum Kirchenprojekt[11] geäußert. Olszowski sei angetan darüber gewesen, daß der BM in seiner UN-Rede[12] über Polen gesprochen habe, und dies sogar in der Reihenfolge vor der DDR. Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Polen hätten sich positiv entwickelt, die Polen hätten in letzter Zeit sogar einen leichten Überschuß erzielt. Sie wünschten, daß alle Restriktionen aufgehoben würden. In dieser Frage seien sich alle Kräfte in Polen einig. Wir stünden in ständigem Gesprächskontakt mit Wałęsa. Wałęsa empfehle auch die Restriktionsaufhebung, weil sie dem polnischen Volk und den Einzelmenschen zugute komme. Die Kirche sehe das ebenso.

Die Zwischenfrage von Shultz, ob wir die Amnestie[13] als vollständig ansähen, verneinte der BM.

Shultz unterstrich, die USA seien für den Beitritt Polens zum IWF[14] unter der Bedingung, daß die Amnestie vollständig sei und begründete (reasonable) Aussicht bestünde, daß es nicht zu Rückfällen komme. In beiden Punkten hätte US-Seite noch Vorbehalte.

9 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.

10 Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, berichtete am 27. September 1984 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski am Vortag: „Das Gespräch konzentrierte sich auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Beide Minister maßen dem bevorstehenden Besuch von BM in Warschau große Bedeutung bei." Olszowski habe dargelegt, dieser Besuch solle „gründlich vorbereit werden, damit er zu einem wirklichen Erfolg werde. Solchen Erfolg brauche man in den bilateralen Beziehungen, und dies sei auch notwendig im europäischen Rahmen. […] Olszowski betonte, man schätze in Polen das persönliche Engagement von BM für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen hoch ein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1737/1738; Referat 230, Bd. 142176.

11 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 245, Anm. 20.

12 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 26. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1984, S. 961–966.

13 Zur Amnestie vom 22. Juli 1984 für politische Gefangene in Polen vgl. Dok. 199, Anm. 3.

14 Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 90, Anm. 22.
In einer Aufzeichnung des Referats 412 vom 3. Oktober 1984 wurde dargelegt, die USA hätten mittlerweile „zu erkennen gegeben, daß sie sich einem IWF-Beitritt Polens nicht mehr widersetzen, obwohl sie nach wie vor auf einer vollständigen Amnestie durch die polnische Regierung bestehen. Entsprechend wurde auch in der Sitzung des Politischen Ausschusses der Allianz am 7.8.1984 die IWF-Mitgliedschaft Polens allgemein befürwortet. Aus dem IWF-Stab verlautete, daß nach der Jahresversammlung Ende September wieder eine technische Mission nach Polen reisen werde." Vgl. Referat 412, Bd. 130574.

Cheysson: Für Frankreich stelle sich eine technische Frage. F habe sich an politischen und wirtschaftlichen Sanktionen nicht beteiligt. Polen habe aber seine Rückstände aus der Umschuldung 1981 noch nicht gezahlt.[15] Solange das nicht geschehen sei, könne F keine neuen Kreditvereinbarungen ins Auge fassen, und solange ihm oas nicht sei, sei der IWF-Auftritt blockiert.[16]

Der BM stellte hierzu fest, daß diese ökonomische Begründung an sich richtig sei, aber sie sei eben nur ökonomisch und nicht politisch. Howe sekundierte: Technisch gesehen habe F recht, aber man müsse die politische Seite sehen. Polen habe objektiv ein weniger illiberales System als die übrigen Länder des Warschauer Paktes. Er neige deshalb zum IWF-Beitritt Polens.

Cheysson erklärte sich mit dem nichtökonomischen Argument einverstanden.

3) Falkland-Malwinen

Cheysson äußerte die Hoffnung, daß wir in diesem Jahr in den VN nicht in dieselbe Lage geraten würden wie in den beiden Vorjahren, nämlich uns der Stimme enthalten zu müssen. Es gebe nur eine Alternative: Entweder die Resolution werde so formuliert, daß sie für uns unakzeptabel bleibe, oder aber sie falle so aus, daß GB sich der Stimme enthalten könne und wir dafür stimmen könnten.[17] Er sei von der neuen argentinischen Regierung, die er kennengelernt habe, beeindruckt. Argentinien sei aber in einer schwierigen Lage. Die Armee sei zwar wieder in den Kasernen, aber die Inflation habe 400 v.H. erreicht, und die Demokratie sei gefährdet. Ein Umsturz würde Wirkungen auf die ganze Region haben. In der Falkland-Frage sei Buenos Aires sehr vernünftig. Die Argentinier wüßten, daß sie auf Jahre hinaus keine Verhandlungen über die Souveränitätsfrage haben würden, aber, und das verstehe er, sie könnten nicht akzeptieren, daß es in dieser Sache niemals Verhandlungen geben solle. Man müsse deshalb über die anfangs von ihm aufgezeigte Alternative nachdenken.

Shultz: Diese Resolutionen zeigten einmal mehr, daß die UNO nicht immer gute Dienste leiste. Die USA würden, wenn die Resolution ausfalle wie im letzten Jahr[18], wieder dafür stimmen. Wenn sie zuungunsten Großbritanniens verändert werde, könnten die USA nicht mit Ja stimmen. Die USA wollten aber eine Resolution, für die sie stimmen könnten; dasselbe Thema stehe ja auch bald in der OAS an.

15 Zur Frage einer Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 199, Anm. 5.

16 So in der Vorlage.

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hallensleben informierte am 2. November 1984, am Vortag habe die VN-Generalversammlung einen argentinischen Resolutionsentwurf zur Falkland-Frage mit 89 Ja-Stimmen bei neun Nein-Stimmen und 54 Enthaltungen angenommen. Die EG-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme Großbritanniens, hätten einheitlich gestimmt und sich enthalten. Großbritannien habe mit Nein gestimmt: „Abstimmungsergebnis ermöglichte sowohl Argentinien als auch GB, Gesicht zu wahren. Aus argentinischer Sicht ist diesjähriges Abstimmungsergebnis besser als das des letzten Jahres, aus britischer Sicht konnte die befürchtete einschneidende Verschlechterung des Ergebnisses in diesem Jahr verhindert werden." Vgl. den Runderlaß; Referat 330, Bd. 146512.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 39/6 der VN-Generalversammlung vom 1. November 1984 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXIII, S. 17.

18 Mit Resolution Nr. 38/12 vom 16. November 1983 forderte die VN-Generalversammlung Argentinien und Großbritannien auf, Verhandlungen zur friedlichen Lösung des Streits über die Souveränität der Falkland-Inseln aufzunehmen, und bat VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, zu diesem Zweck seine „guten Dienste" fortzusetzen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXII, S. 237.

Howe erklärte, GB habe in den letzten Monaten äußerst hart für eine Normalisierung gearbeitet.[19] Man habe dafür einen geschickten Weg vorgezeichnet. Über die Souveränitätsfrage könnten die Briten nicht verhandeln. Es gebe aber keinerlei Zeichen argentinischen Verständnisses hierfür. Wenn die Partner von der Enthaltung abrückten, dann würden die Argentinier glauben, Buenos Aires sei auf dem richtigen Wege. Alfonsín habe sich vor kurzem in einer Rede wieder härter geäußert. Die Argentinier wollten einen Wechsel in Monaten. Eine dramatische Veränderung. Es ließe sich theoretisch eine Resolution schreiben, der die übrigen zustimmen könnten, während sich GB enthielte. Aber so, wie die Dinge aussähen, sei das unmöglich. Deshalb möchte er noch einmal zu großer Vorsicht mahnen.

Shultz betonte, die USA hätten Präferenz für die gleiche Resolution wie im Vorjahr. Sie würden darauf drängen, daß die Resolutionen nicht geändert werden. Shultz schlug abschließend engen Kontakt zwischen den UN-Missionen vor.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14127 (010)

254

Ministerialdirektor Haas, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1750 **Aufgabe: 27. September 1984, 18.41 Uhr**[1]
Ankunft: 28. September 1984, 00.55 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit syrischem AM Scharaa am 26.9.84 in New York[2]

1) Zu Beginn und Ende des Gespräches betont AM Scharaa, seine Regierung wolle die Beziehungen zu uns verbessern, die noch nicht auf gewünschtem Stand seien. Planminister Sharaf sei von Bonn-Besuch befriedigt gewesen.[3] BM wäre in Damaskus[4] sehr willkommen.

19 Zu den argentinisch-britischen Gespräche über die Falkland-Inseln vgl. Dok. 200, Anm. 10.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ternus am 28. September 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schnittger verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 29. September 1984 vorgelegen.
Hat Schnittger vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung in New York vom 23. bis 27. September 1984 in den USA auf.

3 Der syrische Planungsminister Sharaf besuchte die Bundesrepublik am 18. September 1984. Im Gespräch mit Ministerialdirigent Schlagintweit äußerte er den Wunsch „nach einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf allen Gebieten, insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der politischen Beziehungen. Der Minister gab einen kurzen Überblick über seine Gespräche im BMZ, wo er um eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und als ersten Schritt um eine Freigabe der blockierten FZ-Beiträge gebeten habe. An die wirtschaftliche Zusammenarbeit knüpfe Syrien hohe Erwartungen. Hinsichtlich der politischen Be-

BM dankt für Wiederholung der Einladung an ihn. Die Botschaften sollten sich jetzt über einen baldigen Besuchstermin verständigen.[5] Unsere Beziehungen hätten eine Qualität, die intensiven Dialog auf politischer Ebene erfordere. BM bat, Präsident Assad und VP Khaddam seine Grüße zu übermitteln.

2) Auf Bitte BM legt AM Scharaa syrische Sicht zu Libanon, PLO und Golfkrieg dar:

– Nach Kündigung des libanesisch-israelischen Abkommens[6] verbessere sich jetzt Lage im Libanon. Menschen, die ein Jahrzehnt aufeinander geschossen hätten, sprächen miteinander. Nationale Regierung sei gebildet, nationale Versöhnung in Angriff genommen. Fortschritte in militärischer Befriedung[7] und nationaler Versöhnung müßten Hand in Hand gehen. Dabei helfe Syrien. Die Aufgabe sei schwierig, doch die Kräfte, die sich Versöhnung widersetzten, seien geschwächt. Haupthindernis liege in israelischer Besetzung Südlibanons. Völkergemeinschaft müsse Israel zu Rückzug drängen, der, angesichts großer Opfer, im Interesse Israels selbst liege.

  Syrien habe im Libanon keinen territorialen Ehrgeiz, wolle aber die sehr engen historischen, politischen und kulturellen Bindungen wahren.

– Lage innerhalb PLO sei kompliziert. Ihre Mehrheit wende sich gegen die diktatorischen Methoden Arafats, der seine Rolle als einigende Persönlichkeit durch viele Fehlentscheidungen verspielt habe. PLO brauche eine kollektive Führung. Syrien begünstige Dialog zwischen den zwei Hauptgruppen, der „National Alliance“ und der „Democratic Alliance“.

– Ein Ende des Golfkriegs, den Syrien von Anfang an verurteilt habe, sei nicht abzusehen.[8] Als Syrien zu Beginn des Krieges vermitteln wollte, sei es vom Irak als „Verräter“ bezeichnet worden. (Irak habe seinerzeit geglaubt, den Krieg in wenigen Wochen gewinnen zu können.) Syrien habe sich mit Erfolg um Eindämmung des Krieges und um bessere Beziehungen zwischen Iran und den Golfstaaten bemüht.

3) BM unterstreicht wichtige Rolle und große Verantwortung Syriens in Nahost. Er habe sich kürzlich in Dublin für größeres europäisches Engagement in der Region ausgesprochen, dabei aber nicht an neue Friedenspläne gedacht.[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1171

ziehungen drückte der Minister die Erwartung aus, daß der Herr Bundesminister Damaskus baldmöglichst einen Besuch abstatten möge.“ Schlagintweit antwortete, daß es in den deutsch-syrischen Beziehungen immer „Konstanten und Variablen“ gegeben habe. Es könne kein Zusammenhang zwischen einem Besuch des Bundesministers Genscher in Syrien und der wirtschaftlichen Kooperation hergestellt werden. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 137542.

4 Korrigiert aus: „Bagdad“.

5 Bundesminister Genscher hielt sich vom 30. August bis 1. September 1985 in Syrien auf. Zu seinen Gesprächen mit dem syrischen Außenminister Sharea und Präsident Assad am 30./31. August 1985 vgl. die Drahtberichte Nr. 843/845 bzw. Nr. 848/849 des Botschafters Wöckel, Damaskus, vom 2. September 1985; AAPD 1985.

6 Zur Aufkündigung des israelisch-libanesischen Abkommens vom 17. Mai 1983 durch den Libanon am 5. März 1984 vgl. Dok. 37, Anm. 8.

7 Korrigiert aus: „Befriedigung“.

8 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 235, Anm. 4.

9 Am 11. September 1984 fand in Dublin eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen informierte am 14. September 1984: „Zur Lage in Nahost stimmten die Minister überein, daß eine neue Erklärung der Zehn gegenwärtig nicht angebracht ist. BM wies unter Zustimmung der Partner darauf hin, daß der Be-

Möglicherweise werde im Frühjahr die Präsidentschaft (italienischer AM[10]) zu „fact finding“ nach Nahost reisen.

Eine erhebliche Veränderung der israelischen Haltung sei kaum zu erwarten. Im Libanon erschienen Fortschritte möglich, nicht aber in der Kernfrage der Palästinenser. Zu Siedlungspolitik sei wohl bei Koalitionsbildung[11] ein gewisses Stillhalten vereinbart worden, doch könnten sich innerhalb israelischer Regierung die Gegensätze entzünden.

4) AM Scharaa befürchtet, kleinster gemeinsamer Nenner neuer israelischer Regierung könne weiterer Expansionismus sein.

BM antwortet, die Regierung werde sich vielmehr auf bedrohliche Wirtschaftslage konzentrieren, die einschneidende Maßnahmen fordere. Dieses Ziel sei entscheidendes Motiv für Bildung Großer Koalition gewesen. Unpopuläre Entscheidungen seien bald zu treffen. Das habe Likud den Verzicht auf Ministerpräsidentschaft für die erste Zeit erleichtert. Außenpolitisch sei von dieser Regierung weder positiv noch negativ viel zu erwarten.

Auf Frage des AM: Auch auf Jordanien werde Israel nicht zugehen, für jordanische Initiativen aber empfänglich sein.

5) AM Scharaa sagt, syrisches Verhältnis zu Ägypten habe sich nicht geändert. Mubarak sei nicht Sadat, doch seine Haltung zu Camp David[12] zeige keinen grundlegenden Wandel. Mubarak sehe sich allerdings wachsender Opposition in seinem Land gegen den Friedensvertrag[13] gegenüber, der Israel zu neuen Aggressionen (Golan[14], Annexion Jerusalems[15], Angriff auf irakischen Kernreaktor[16]) ermutigt habe.

6) BM spricht sich für Annäherung unter den arabischen Staaten insgesamt aus. Auch Lösung der Palästinenserfrage leide unter arabischer Uneinigkeit. Die Europäer hätten nicht den einen arabischen Ansprechpartner, den sie wünschten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1172

stand der Erklärungen – Venedig und die danach abgegebenen – unverändert gültig bleibe. Auf Vorschlag des BM soll jedoch geprüft werden, im welcher Weise die Zehn tätig werden können. Das PK ist beauftragt, diese Frage zu untersuchen. Der nächste Europäische Rat im Dezember 1984 könnte z. B. den Bericht des PK zur Kenntnis nehmen und darüber entscheiden, ob die neue Präsidentschaft […] eine Mission in wichtige Länder der Region durchführen sollte.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 87; Referat 410, Bd. 130365.

10 Giulio Andreotti.
Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1985 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

11 Zur Regierungsbildung in Israel vgl. Dok. 224, Anm. 12.

12 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 19, Anm. 12.

13 Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

14 Referat 310 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung zum israelischen Gesetz vom 14. Dezember 1981 über die „Unterstellung der besetzten Golan-Höhen unter Recht, Rechtsprechung und Verwaltung Israels“, es sei „buchstäblich aus heiterem Himmel und ohne erkennbaren Anlaß“ in nur einem Tag im Kabinett und im Parlament „durchgepeitscht“ worden: „Begriff der ‚Annexion‘ wurde vermieden, obwohl Schritt ihr in Bedeutung nahekommt.“ Vgl. Referat 310, Bd. 137544.

15 Am 30. Juli 1980 verabschiedete das israelische Parlament ein Gesetz, mit dem Jerusalem zur ungeteilten Hauptstadt sowie zum Regierungs- und Parlamentssitz erklärt wurde.

16 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

AM Scharaa antwortet, auch Syrien wünsche arabische Solidarität. Für mangelnde Einigkeit seien nicht allein, aber in erster Linie Israel und USA verantwortlich, deren Politik zwischen den Arabern Zwietracht säe und Mauern errichte. Wenn es diesen israelischen und amerikanischen Druck nicht gäbe, würde auch König Hussein keine Sonderrolle spielen. Er sei dazu viel zu klug, und er wisse, daß Israel nichts Handfestes anbiete. Das gelte auch für Peres, der die Siedlungspolitik nur taktisch geschickter betreiben wolle. Im übrigen gebe es, auch wenn sich die arabischen Regierungen uneins seien, doch ein „arabisches Gewissen". Es habe im Friedensplan von Fes[17] seinen Ausdruck gefunden. (BM: Wir unterstützen diesen Plan.)

BM bemerkt, Lösung der Nahost-Probleme brauche langen Atem. AM Scharaa stimmt zu. Sie brauche auch Zuversicht und, was die Politik der Europäer angehe, neben den Worten auch Taten. Sonst glaube man in Israel, Europa leiste nur Lippenbekenntnisse.

[gez.] Haas

Referat 310, Bd. 137542

255

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

210-330.08 ITA **28. September 1984**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Reaktionen auf die Äußerung des italienischen AM Andreotti zur deutschen Frage[3]

Zweck der Vorlage: Unterrichtung

1) Die Äußerungen des italienischen AM Andreotti am 13.9.84 in Rom zur deutschen Teilung haben ein umfangreiches Presse-Echo im europäischen Ausland ausgelöst.

17 Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan"). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup und Vortragendem Legationsrat Mulack konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 1. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigent Edler von Braunmühl an Referat 210 verfügte.
Hat Pfeffer am 2. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 3. Oktober 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 210 vermerkte: „Rege Aufnahme in Blauen Dienst an."

3 Zu den Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage vgl. Dok. 236.

In einem Gespräch mit BM Genscher am 17.9. in Brüssel[4] nahm AM Andreotti den Vorwurf des Pangermanismus uns gegenüber zurück und erklärte, daß er sich mit seinen Äußerungen nicht gegen die langfristigen Ziele des deutschen Volkes ausgesprochen habe.

Der italienische MP Craxi hat in einem Schreiben an Bundeskanzler Kohl betont, daß die italienische Regierung die Absicht des deutschen Volkes, wie sie in der Präambel des Grundgesetzes[5] ausgedrückt werde, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", ausdrücklich respektiere.[6]

Darüber hinaus hat MP Craxi bei einer Rede am 23.9.[7] nochmals zum Ausdruck gebracht, daß „jedes Volk Europas, Deutschland eingeschlossen, eine Art Berufung hat, die als unantastbar und heilig betrachtet werden muß, die Einheit des deutschen Volkes wiederzufinden" (so lt. dpa am 26.9.1984).[8]

Mit dieser Bemerkung hat MP Craxi voll die Linie bestätigt, wie sie die NATO wiederholt, zuletzt in Washington am 31. Mai 1984[9], eingenommen hat (Unterstützung der Politik der Bundesregierung im Sinne des Briefes zur deutschen Einheit[10]).

2) Ungeteilte Zustimmung fanden die Äußerungen Andreottis verständlicherweise in der staatlich gelenkten osteuropäischen Presse und auch in offiziellen Stellungnahmen verschiedener Warschauer-Pakt-Staaten. Die DDR hat den Äußerungen Andreottis unverzüglich beigepflichtet und die Reaktion der Bundesregierung darauf als eine unerhörte „Einmischung" bezeichnet. Am 24.9.1984 äußerte sich GS Honecker in anderem Zusammenhang wie folgt: „Im Lager der staatstragenden Kräfte in der BRD treten Ultras immer unverfrorener auf, werden – auch von Regierungsmitgliedern – offen nationalistische und revanchistische Parolen verkündet … und unverantwortliche Sonntagsreden über

4 Ministerialdirektor Pfeffer teilte der Botschaft in Rom am 17. September 1984 mit, Bundesminister Genscher habe am Rande der EG-Ministerratstagung, die am 17./18. September 1984 stattfand, ein Gespräch mit dem italienischen Außenminister geführt. Andreotti habe darauf hingewiesen, „daß er mit seiner Erklärung vom 13.9. in Rom nicht die Absicht gehabt hätte, den Begriff Pangermanismus in Zusammenhang mit der Politik der Bundesrepublik Deutschland zu bringen. Er habe sich ausschließlich auf jüngste Ereignisse in Innsbruck bezogen, die man nicht überbewerten, aber auch nicht übersehen dürfe. Er habe sich in seinen Erklärungen allein auf die aktuelle Situation nach der Verschiebung des Besuchs von GS Honecker in der Bundesrepublik Deutschland bezogen. Er habe sich nicht gegen die langfristigen Ziele des deutschen Volkes ausgesprochen. Er bedaure, daß seine Äußerungen Anlaß zu Mißverständnissen gegeben hätten. BM Genscher hat diese Klarstellung des italienischen AM begrüßt und nach Abstimmung mit Bundeskanzler erklärt, die Bundesregierung sehe damit die Angelegenheit als erledigt an." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6225; Referat 206 (203), Bd. 140520.

5 Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

6 Zum Schreiben des Ministerpräsidenten Craxi vom 16. September 1984 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 236, Anm. 5.

7 Korrigiert aus: „24.9."

8 Botschafter Lahn, Rom, berichtete am 25. September 1984: „Bei einer Rede, die MP Craxi am 23.9. anläßlich der Eröffnung der Internationalen Milchviehmesse in Cremona hielt, rückte er erneut die deutschlandpolitischen Äußerungen AM Andreottis zurecht. […] Es verstärkt sich der Eindruck, daß die Angelegenheit nicht ohne Auswirkungen auch auf die persönlichen Beziehungen zwischen Craxi und Andreotti geblieben ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1229; Referat 206 (203), Bd. 140520.

9 Vgl. dazu Ziffer 7 der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 135. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 368.

10 Zum „Brief zur deutschen Einheit" vgl. Dok. 35, Anm. 31.

die angeblich offene ‚deutsche Frage' gehalten."[11] Andreottis Äußerungen wurden von der östlichen Presse insgesamt als Ausdruck dafür genommen, daß auch im westlichen Lager die Besorgnis über einen „deutschen Revanchismus" im Wachsen sei und niemand mehr die deutsche Frage als offen betrachte. Die entsprechende Reaktion der Bundesregierung auf die Äußerungen Andreottis wurde als weiterer Beweis für den Geist des Revanchismus gesehen.

3) Die Presse des westeuropäischen Auslands kommentiert die Äußerungen Andreottis überwiegend als ungeschickt, taktlos und unbegründet. Der uns gegenüber erhobene Vorwurf des „Pangermanismus" wurde fast ausnahmslos als haltlos und geschichtlich nicht fundiert zurückgewiesen. Eine nicht geringe Anzahl von Blättern – insbesondere linksgerichtete – meint allerdings, daß Andreotti nur zum Ausdruck gebracht habe, was viele heute dächten. Während die Presse in Italien, Frankreich, Spanien, Belgien sowie Dänemark und Schweden eher Sympathie für unsere Haltung in der deutschen Frage äußerte, gab es in der holländischen, luxemburgischen und teilweise italienischen Presse durchaus kritische Stimmen, die den Äußerungen Andreottis beipflichteten.

Die scharfe Reaktion der Bundesregierung fand nach unserem Eindruck Verständnis bei den Zeitungen, deren Redaktionen offensichtlich genauere Kenntnisse über die Lage der Menschen im geteilten Deutschland besitzen.

Die amerikanische Presse hat sich mit der Kontroverse über die Andreotti-Äußerungen nur am Rande beschäftigt.

4) Nur wenige westeuropäische Regierungsmitglieder haben sich zur Andreotti-Erklärung geäußert.

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat erklärt, daß „eine reale und dauerhafte Stabilität in Europa sehr schwierig zu erreichen ist, solange die deutsche Nation gegen ihren Willen geteilt ist".

Der Sprecher des französischen Außenministeriums hat an die französische Haltung erinnert, wie sie seit dem Deutschland-Vertrag 1954[12] bekannt sei. Frankreich unterstütze „die Politik der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, der es dem deutschen Volk erlauben würde, auf friedlichem Wege seine Einheit durch freie Selbstbestimmung zu erlangen". Dieses Recht gehöre allen Deutschen, niemand könne es ihnen verweigern.[13]

Der dänische AM Ellemann-Jensen hat erklärt, daß die deutsche Frage eine Frage sei, die vom deutschen Volk entschieden werden muß. „Eine friedliche deutsche Wiedervereinigung wird eine Stärkung Europas bedeuten."

Der für EG-Fragen zuständige griechische Vizeminister Pangalos hat vor der Presse auf Anfrage erklärt, „selbstverständlich sind wir für die Vereinigung der

11 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, bei einem Empfang für die Absolventen der Militärakademien in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden, Bd. 10, S. 270–274.

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

13 Für den Wortlaut der Erklärung des französischen Außenministeriums vom 20. September 1984 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (September/Oktober), S. 48.

beiden Teile Deutschlands unter der Voraussetzung, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Besonderheiten berücksichtigt werden".

Der Sprecher des belgischen Außenministeriums hat die Erklärung der NATO-Außenminister in Washington für Belgien erneut bekräftigt.

5) Das Medienecho auf die Äußerungen Andreottis hat deutlich werden lassen, daß wir bei unseren westeuropäischen Nachbarn nach wie vor Vorbehalte gegen die Ziele unserer Deutschlandpolitik in Rechnung stellen müssen. Mißtrauen besteht nicht nur deshalb, weil man eine zunehmende Tendenz zum Neutralismus und die Möglichkeit eines Herausbrechens der Bundesrepublik Deutschland aus der westlichen Allianz um den Preis der Wiedervereinigung befürchtet. Größeres Unbehagen scheint vielmehr der Gedanke auszulösen, im Zentrum Europas könne ein wiedervereinigter deutscher Nationalstaat entstehen. Die Pressereaktion vermittelt den Eindruck, daß dieses Gefühl besonders bei einigen[14] kleineren Nachbarn, die im letzten Krieg unter der deutschen Besatzung gelitten haben, ausgeprägt ist.

Die Kontroverse mit Andreotti sollte Anlaß für eine Prüfung der Frage sein, ob wir bei unserer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im befreundeten Ausland stärker als bisher über die Ziele unserer Deutschlandpolitik aufklären müssen. In diesem Zusammenhang wäre es besonders wichtig, die Folgen der Teilung für die Menschen in den beiden Staaten Deutschlands[15] darzustellen und darauf abzuheben, daß unsere Deutschlandpolitik nicht die heutigen Grenzen in Frage stellt, sondern diese Grenzen durchlässiger machen will, und daß die deutsche Frage für uns eine Frage der Realisierung der Menschenrechte und des Rechts auf Selbstbestimmung für alle Deutschen ist. Dadurch könnte es gelingen, gerade die gefühlsbestimmten Vorbehalte gegen unsere Deutschlandpolitik, die nicht selten auf mangelnder Information beruhen, abzubauen und mehr Verständnis und Unterstützung für unsere Politik zu finden.[16]

i. V. Schauer

Referat 210, Bd. 132601

14 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „unseren".

15 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „in Deutschland".

16 Der Passus „daß unsere Deutschlandpolitik … zu finden" wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

256

Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an Staatssekretär Meyer-Landrut

114-3694/84 geheim
Fernschreiben Nr. 548
Citissime

Aufgabe: 28. September 1984, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 28. September 1984, 20.29 Uhr

Nur für Staatssekretär

Betr.: Wechselwirkung zwischen Streitkräfteentwicklung der Bundeswehr[2] und MBFR

Bezug: Anforderung des Herrn StS

Zu dem o. a. Fragenkomplex sind aus meiner Sicht folgende Überlegungen beizutragen:

1) Ich rate davon ab, MBFR als Faktor der anstehenden Entscheidungen über den Friedensumfang der Bundeswehr in den 90er Jahren einzubeziehen. Ein Abkommen über gegenseitige Reduzierungen, das den bisherigen westlichen Anforderungen vor allem in der Datenfrage entspricht, ist nicht erreichbar, eine durchgreifende Modifikation der westlichen Verhandlungsposition im Bündnis in absehbarer Zeit nicht durchzusetzen. Zu warnen ist insbesondere vor der neuerdings auch in der seriösen Presse anzutreffenden vereinfachenden Betrachtungsweise, forcierte Verhandlungsanstrengungen könnten die Probleme der Bundeswehr lösen. Dies lädt den Osten nur ein, die Entwicklung abzuwarten und die Preise hochzustecken.

2) Andererseits liegt auf der Hand, daß Verhandlungen über „beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen" nicht unberührt bleiben können, wenn der Streitkräfteumfang auf einer Seite vor einem Übereinkommen einseitig verringert wird – zumal wenn diese Verringerung annähernd den Umfang annehmen sollte, den wir bei MBFR als maximal akzeptabel für die Bundeswehr erachtet haben. Dabei ist zu bedenken, daß eine Verminderung der Bundeswehr Verminderungen anderer europäischer Bündnispartner und auch (über den Kongreß) der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa nach sich ziehen könnte.

3) Die Frage, ob MBFR vor diesem Hintergrund noch sinnvoll ist, kann aus politischer Sicht bejaht werden. Wichtigster westlicher Erfolg in Wien war nämlich die Festlegung des Ostens auf das Paritätskonzept, konkret seine Zustimmung zum Verhandlungsziel der Herstellung übereinstimmender Höchststärken beim Personal der Land- und Luftstreitkräfte in Mitteleuropa. Hieran können wir den Osten auch – oder gerade – nach einseitigen westlichen Verminderungen festhalten. Wien bleibt das Forum, in dem die militärische Machtent-

1 Hat Botschafter Ruth am 8. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 12. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 14. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Neubert am 15. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte. „1) Vorzüglich in der Sache. 2) Weiteres Beispiel für Gleichklang Wien/221."

2 Zur „Wehrpflichtlücke" vgl. Dok. 251.

faltung des WP im östlichen Mitteleuropa mit dem von ihm akzeptierten Standard konfrontiert werden kann.

4) In verhandlungstaktischer Hinsicht ist allerdings nicht zu bestreiten, daß die Anreize zu einem Übereinkommen für den WP mit der Erwartung einseitiger westlicher Verminderungen abnehmen dürften. Auch besteht die Gefahr, daß der Osten bei MBFR Reduzierungen fordert, die über die einseitig beschlossene Verminderung des Friedensumfangs der Bundeswehr hinausgehen (Übernahme eines „signifikanten Anteils" der zu vereinbarenden kollektiven westlichen Reduzierungsquote).

Es liegt daher in unserem Interesse, in unserem Verhandlungskonzept Akzent noch konsequenter als bisher von Reduzierungen auf das Ziel der Limitierung auf paritätischer Basis zu verlegen. Der Osten kann sich dem kaum entziehen, nachdem er im Vorjahr selbst ein Abkommen vorgeschlagen hat[3], das in ähnliche Richtung geht: Beide Seiten sollen sich im wesentlichen auf die Verpflichtung zur Herstellung übereinstimmender kollektiver Höchststärken auf dem vorgesehenen niedrigeren Niveau beschränken und erst danach durch Verifikation sicherstellen, daß die hierfür erforderlichen Reduzierungen implementiert worden sind.

5) Die Verlegung des Schwerpunkts von den Reduzierungen weg auf das Paritätsziel führt zwangsläufig zur Relativierung des Datenproblems. (Der Westen hat Einigung über Ausgangsdaten gefordert, um die zum Abbau des Überhangs auf beiden Seiten erforderlichen Reduzierungsquoten vertraglich festlegen zu können.) Diese Frage dürfte im übrigen in dem Maße für den Westen an Gewicht verlieren, wie einseitige westliche Verminderungen voranschreiten. Um den Extremfall als Beispiel zu nehmen: Sollte der Westen jemals die bei MBFR vorgesehenen kollektiven Höchststärken von 700 000 Mann bei den Landstreitkräften einseitig erreichen, wäre es kaum überzeugend, wenn wir angebotene Reduzierungen des WP auf das gleiche Niveau von vorheriger Einigung über Ausgangsdaten abhängig machen wollten.[4]

6) Um so wichtiger wird die Vereinbarung eines Verifikationssystems, das die Einhaltung vertraglich festgelegter Höchststärken mit hinreichender Sicherheit überprüfbar macht. An der Bereitschaft, auf ein solches Verifikationssystem einzugehen, wäre die Ernsthaftigkeit der Intentionen der Gegenseite zu messen. Für diese konzeptionelle Linie haben wir im Bündnis seit einiger Zeit Vorarbeit geleistet, die wir geduldig fortsetzen sollten, ohne bereits jetzt neue Modelle zur Umgehung des Problems der Ausgangsdaten zur Diskussion zu stellen. Für die nächsten Monate ist ein Abrücken von der westlichen Initiative von April 1984[5] ohnehin nur für den Fall vorstellbar, daß der Osten einen ernsthaften Gegenvorschlag unterbreitet.

3 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten legten am 17. Februar 1983 neue Vorschläge vor und unterbreiteten am 23. Juni 1983 den Entwurf für ein MBFR-Abkommen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 51, und AAPD 1983, II, Dok. 224.

4 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Neubert angeschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sehr gut."

5 Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten, die am 19. April 1984 offiziell eingeführt wurde, vgl. Dok. 113.

7) Schlußfolgerungen

Die anstehenden Entscheidungen über den Friedensumfang der Bundeswehr in den 90er Jahren sollten sich in der Sache an den verteidigungspolitischen Erfordernissen orientieren und nicht mit rüstungskontrollpolitischen Erwägungen verknüpft werden.

Für die MBFR-Verhandlungen ist eine ggf. beschlossene Verminderung schon dann ein relevantes politisches Faktum, wenn sie offenkundig wird. Aus rüstungskontrollpolitischer Sicht wäre es deshalb wünschbar, wenn die Frage gegenüber der Öffentlichkeit möglichst lange offengehalten werden könnte. Andererseits sollten unsere Hauptverbündeten, insbesondere die USA, vertraulich bald und umfassend über die Planungen unterrichtet und von deren Notwendigkeit überzeugt werden.

Für unsere Verhandlungsführung bei MBFR sollten wir uns durch die anstehenden Probleme der Streitkräfteplanung nicht nervös machen und keinesfalls unter Druck setzen lassen. Gleichzeitig sollten wir jedoch mittelfristig auf Anpassung des konzeptionellen Überbaus an den sich verändernden militärischen Unterbau hinwirken. Neue Modelle für MBFR sollten im Bündnis allerdings erst zur Diskussion gestellt werden, wenn unsere Hauptverbündeten die Notwendigkeiten unserer militärischen Planung akzeptiert haben.

[gez.] Holik

VS-Bd. 11428 (221)

257

Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-3699/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 28. September 1984, 13.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1766 **Ankunft: 29. September 1984, 04.39 Uhr**

Betr.: Abendessen der AM der Sieben[2] am 27.9.1984 in New York

1) Charakter des Treffens

Shultz betonte, dieses Treffen habe einen inoffiziellen Charakter. Es gehe nicht darum, Entscheidungen zu fällen. Wenn es ein weiteres Treffen gebe, sollte man diesen Charakter bewahren. (Cheysson schwieg, so daß man annehmen kann,

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.
Hat Vortragendem Legationsrat Pieck am 1. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Studnitz „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Studnitz am 2. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Shintaro Abe (Japan), Giulio Andreotti (Italien), Claude Cheysson (Frankreich), Joe Clark (Kanada), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien) und George P. Shultz (USA).

daß Frankreich einem Folgetreffen dieser Art unter den gleichen Bedingungen nicht widersprechen wird.)

Die sieben AM, so fuhr Shultz fort, könnten die Erkenntnisse aus einer solchen Diskussion in anderen Fora verwenden. Das Treffen müsse auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Stärke der sieben Hauptindustrieländer gesehen werden. Wir hätten viele Probleme, aber sie seien nicht so groß wie die Gromykos. Wir Sieben hätten relativ viel Erfolg, der auf unseren demokratischen Verfassungen und unseren wirtschaftlichen Entwicklungen beruhe. Wir dürften jedoch nicht ausruhen und sollten deshalb auch unsere Konsultationen fortsetzen.

2) Nahost

Das Thema Nahost führte Andreotti ein. Sein Vortrag läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Situation sei durch Frustration und durch den Versuch der Araber, ihre Zerstrittenheit zu überwinden, gekennzeichnet. Die Frustration habe er bei seinen Besuchen in Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien[3] besonders gespürt, also in drei Ländern, die für die Stabilität der Region besonders bedeutend seien. Die PLO habe ihr innerliches Gleichgewicht verloren. Positiv zu werten sei, daß Reagan an seinem Friedensplan[4] festhalte. Behutsamer Druck auf Israel, den Libanon zu verlassen, sei erforderlich. Die finanzielle Lage Israels könnte vielleicht dazu führen, daß Tel Aviv eine verständnisvollere Haltung gegenüber den Arabern einnehme. Es gehe jetzt vor allem darum, zu verhindern, daß die gemäßigten Araber auf den sowjetischen Konferenzvorschlag[5] eingehen. Dieser Vorschlag könne zu nichts führen. Das habe er gestern auch Gromyko gesagt.[6] Die zur Zeit in Gang befindlichen amerikanisch-syrischen Gespräche[7] seien ein bemerkenswerter Vorgang. Sie könnten auch Wirkung auf Arafat haben, den Syrien weiterhin bekämpfe, während die SU ihm einen gewissen Schutz gebe. Wichtigstes neues Element größerer Einheit im arabischen Lager sei die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Jordanien

3 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 6. bis 8. März 1984 in Ägypten und am 15./16. September 1984 in Saudi-Arabien auf.

4 Präsident Reagan verkündete am 1. September 1982 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache einen Friedensplan für den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1093–1097. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 557–562. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 239.

5 Zum sowjetischen Vorschlag vom 29. Juli 1984 für eine internationale Nahost-Friedenskonferenz vgl. Dok. 224, Anm. 7.

6 Der italienische Außenminister Andreotti und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. September 1984 am Rande der VN-Generalversammlung in New York zusammen.

7 Botschafter Wöckel, Damaskus, berichtete am 26. September 1984, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Murphy, habe sich vom 22. bis 24. September 1984 in Syrien aufgehalten. Am 22. September 1984 sei er von Vizepräsident Khaddam und vom syrischen Außenminister Scharaa sowie am 23. September 1984 von Präsident Assad empfangen worden: „Khaddam und Assad haben ihre auch öffentlich bekundeten Positionen zum Südlibanon bekräftigt: amerikanische Vermittlung willkommen; Sicherheitsarrangements, die libanesische Souveränität wahren, möglich.“ Murphy, der das Vertrauen der syrischen Regierung genieße, werde als geeigneter Vermittler bei einem möglichen israelischen Rückzug aus dem Südlibanon angesehen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 748; Referat 310, Bd. 137542.

und Ägypten.[8] Auch die libysch-marokkanische „Hochzeit“ verdiene in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden.[9]

Unser Ziel müsse es sein, den gemäßigten arabischen Ländern „einige Karten an die Hand zu geben“, weil sie sonst, gegen ihren Willen, in die sowjetische Anziehungskraft gerieten.

Der BM äußerte sich wie folgt: Das Durchbrechen der Isolierung von Ägypten sei positiv zu werten. Man könne mit einer stärkeren Annäherung von Ägypten und Jordanien rechnen. Kronprinz Hassan reise demnächst nach Kairo.[10] Es sei auch sehr zu begrüßen, daß die USA sich Syrien zuwendeten. Syrien spiele in der Region eine entscheidende Rolle, wir brauchten es für Lösungen. Die Große Koalition in Israel sei zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise gebildet worden.[11] In der Außenpolitik blockierten sich die Koalitionsparteien gegenseitig. Beispiel: Likud habe zugestanden, daß neue Siedlungen nur mit Kabinettsgenehmigung errichtet werden; Labour habe zugestanden, daß die bestehenden Siedlungen bleiben. Aus Israel sei also keine große Bewegung zu erwarten. Bewegung komme aus der Annäherung Jordaniens an Ägypten und der Verringerung des Abstandes zu Syrien.

Cheysson bezeichnete das Spiel des marokkanischen Königs[12] als gefährlich. Wenn die Sowjetunion ihre Chance erkenne, würde sie Algerien helfen, Polisario zu bewaffnen. Man könne nur hoffen, daß eine solche Entwicklung nicht eintrete.

Howe stimmte der Beurteilung des BM über die Schwäche der israelischen Regierung zu. Die vordringlichste Aufgabe sei es, im Libanon Fortschritte zu machen. Dazu sei die Einwirkung auf Syrien wichtig. Hier sollten wir uns alle bemühen.

3) Iranisch-irakischer Krieg[13]

Abe gab folgende Einführung: In seiner gestrigen Rede vor der UNO[14] habe er die zweijährigen Bemühungen Japans, zur Beilegung des iranisch-irakischen Konflikts beizutragen, wiedergegeben. Japan unterhalte enge Beziehungen zu beiden Ländern. Es habe deshalb eine ganze Reihe von Initiativen für die Wiederherstellung des Friedens unternommen. Bei seinem Besuch in Teheran 1983[15] und dem Gegenbesuch des iranischen AM in Japan[16] seien die Iraner noch sehr selbstbewußt aufgetreten und hätten Vermittlungen nicht akzeptiert. Seit zwei bis drei Monaten habe sich ihre Haltung verändert. Es seien Anzeichen dafür festzustellen, daß sie das Vertrauen in einen für sie günstigen

8 Am 25. September 1984 beschloß die jordanische Regierung, die 1979 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wiederaufzunehmen.

9 Libyen und Marokko schlossen am 13. August 1984 in Oujda einen Unionsvertrag. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 136–140.

10 Der jordanische Kronprinz Hassan besuchte Ägypten vom 20. bis 23. Oktober 1984.

11 Zur Regierungsbildung in Israel vgl. Dok. 224, Anm. 12.

12 Hassan II.

13 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 235, Anm. 4.

14 Für den Wortlaut der Rede des japanischen Außenministers Abe am 26. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 39th Session, Plenary Meetings, S. 140–144.

15 Der japanische Außenminister Abe hielt sich vom 6. bis 8. August 1983 im Iran auf.

16 Der iranische Außenminister Velayati besuchte Japan vom 9. bis 11. April 1984.

Kriegsausgang verloren hätten. Er wisse nicht, ob der Gedanke eines partiellen Waffenstillstandes von höchster iranischer Stelle komme, aber Tatsache sei, daß er ihm von iranischer Seite übermittelt worden sei. Offenbar gebe es eine wachsende Gruppe von Friedenswilligen im Iran. Er, Abe, habe einige besonders interessierte Länder, darunter auch den Irak, und den Generalsekretär der UNO[17] über die iranischen Überlegungen unterrichtet. Seine Ausführungen vor der UN-GV stützten sich auf Überlegungen des Iran, auf das Echo des Irak und auf Kommentare anderer besonders interessierter Länder und des Generalsekretärs der UNO. Er glaube, der Generalsekretär sollte die Hauptrolle spielen. Er sei auch bei dem gegenseitigen iranisch-irakischen Verzicht auf die Bombardierung ziviler Ziele erfolgreich gewesen. Es gebe zwar Nachrichten, daß der Iran große Truppenmassierungen an der irakischen Grenze vornehme, aber diese Nachrichten höre man schon seit längerem. Entscheidend sei, daß die iranischen Militärs offenbar den Glauben daran verloren hätten, den Krieg gewinnen zu können.

Deshalb gehe es jetzt darum, die Friedensgruppe in Teheran zu stärken.

Howe bemerkte, die Bemühungen des japanischen Kollegen zeigten, daß ein stufenweises Abstoppen des Krieges einen realistischen Weg darstelle. Er ermutigte Abe, die japanischen Bemühungen weiterzuführen, da er offenbar guten Zugang zu beiden Seiten habe, und obwohl er dem Generalsekretär der UNO die Hauptrolle überlassen wolle.

Abe erwiderte, er wolle seine Bemühungen zwar fortsetzen, aber die Früchte dieser Bemühungen dem Generalsekretär der UNO überlassen.

Shultz erinnerte daran, daß wir aus dem Golfkrieg gelernt hätten, wie wichtig die Anlage von strategischen Ölreserven sei. Alle sollten noch einmal überprüfen, ob die Stocks ausreichten.

4) West-Ost-Beziehungen

Shultz bat den Bundesminister, das Thema einzuführen. Der BM äußerte sich folgendermaßen: Zur heutigen Rede Gromykos vor der UN[18] sei festzustellen, daß der sowjetische Außenminister über die beiden Themen gesprochen habe, die wir erwartet hätten, nämlich über den Weltraum und den Staatsterrorismus. Der Staatsterrorismus sei das Propagandathema, das Thema Weltraum brenne den Sowjets wirklich auf den Nägeln. Die Rede sei hart (tough) gewesen, aber Gromyko habe weder Türen geschlossen noch Türen geöffnet. Er komme also in keiner Weise festgelegt zum Besuch beim Präsidenten nach Washington.[19] Er werde Washington auch verlassen, ohne sich festgelegt zu haben, und dann den Meinungsprozeß in Moskau vorwärtszubringen versuchen. Hoffentlich komme Moskau bald zu Schlüssen. Vor den amerikanischen Wahlen[20] sei nicht damit zu rechnen.

17 Javier Pérez de Cuéllar.

18 Zur Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 27. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 233, Anm. 9.

19 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

20 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Die Weltraumwaffen seien für die Sowjetunion ein ernstes Problem. Die gewaltigen Kosten würden die sowjetische Wirtschaft vor viel schwierigere Probleme als die USA stellen, weil die sowjetische Wirtschaftsverfassung inflexibel sei. Die letzten Jahre hätten nicht zugunsten der SU gearbeitet. Die SS-20, eine politische Waffe, hätten Europa von den USA abkoppeln sollen. In Wirklichkeit habe eine Ankoppelung stattgefunden. Die Friedensbewegung habe in den osteuropäischen Bevölkerungen mehr Sorge über die Entwicklung ausgelöst als im Westen. Das sei bei einem Vergleich der Beunruhigung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR klar erkennbar. Wenn Honecker mit seiner Besuchsabsicht[21] ein gewisses Risiko eingegangen sei, so wohl deshalb, weil er dieser starken Besorgnis der Bevölkerung in der DDR habe entgegenwirken wollen. Sein Besuch sollte zeigen, daß die Lage weniger gefährlich sei, als die Bevölkerung glaubte.

Wenn morgen Gromyko dem Präsidenten begegne, werde er sich geschmeichelt fühlen, in einer Form empfangen zu werden, die für ihn ohne Präzedenz sei. Er habe aber auch noch nie so viel persönliche Verantwortung gehabt wie bei diesem Besuch. In der Vergangenheit habe er seine Gesprächsführung von Breschnew ableiten können. Mit wem solle er jetzt auf der sowjetischen Seite konsultieren? Er werde deshalb sehr vorsichtig sein. Der Präsident könne sich auf eine philosophische Unterhaltung einstellen.

[22]Howe berichtete über sein Treffen mit Gromyko beim Mittagessen des gleichen Tages. Das Gespräch habe sich öfter wiederholt und vor allem über die Einbeziehung der britischen und französischen Kernwaffen in die Nukleargleichung gesprochen.[23] Auf die Frage, warum er seine Rede vor der UNO so spät gehalten habe, hätte er keine überzeugende Begründung gegeben.

Gromyko habe beklagt, daß die USA sich in der Substanz überhaupt nicht geäußert hätten, sondern nur zum Verfahren. Gromyko habe sehr pointiert die Frage gestellt, ob die Briten an eine Änderung der amerikanischen Position glaubten. Offenbar sei Gromyko ganz verschlossen (massively closed mind). Hier liege eine außerordentliche Chance für den amerikanischen Präsidenten, Gromyko von der Aufrichtigkeit seiner Absichten zu überzeugen.

Cheysson bemerkte, wir wüßten doch, daß Gromyko sich jetzt nicht bewegen würde. Deshalb sei die Rede des amerikanischen Präsidenten[24] außerordentlich geschickt angelegt. Wenn sich Gromyko aus der sowjetischen Interessenlage heraus jetzt noch nicht festlege, so bedeute dies nicht, daß er so verschlossen sei, wie er sich zur Zeit gebe.

Howe gab zu, daß Gromykos Haltung vorhersehbar und die Rede Reagans deshalb sehr gut konzipiert gewesen sei. Man dürfe den Sowjets keinen Anlaß geben, sich nicht zu bewegen.

21 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

22 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1767 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

23 So in der Vorlage.

24 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 244, Anm. 7.

Der Bundesminister erkundigte sich, ob Präsident Reagan die Gelegenheit benutzen werde, die Ziele der amerikanischen Politik für die nächsten vier Jahre zu erläutern, was zu begrüßen wäre.

Shultz bejahte die Frage. Reagan werde die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in großen Zügen zeichnen. Man erwarte auf amerikanischer Seite, daß Gromyko sehr allgemein sprechen werde. Gromyko habe in der Unterhaltung mit ihm (Shultz) von der „Frage der Fragen" gesprochen, der alle anderen Fragen nachgeordnet seien: Wollen Sie Krieg oder Frieden? Gromyko gehe mit dem Problem um, ob die Kernwaffen uns Menschen oder die Menschen die Kernwaffen beherrschen würden. Der Präsident werde von dieser „stratosphärischen Höhe" auf die operationellen Gebiete zu sprechen kommen, immer unter dem Leitbild, daß die USA eine konstruktivere Beziehung zur Sowjetunion wünschen.

Der Bundesminister stellte die Frage, wer an dem Gespräch teilnehmen werde.

Shultz machte folgende Angaben: Kornijenko, Dobrynin, Note-taker und Übersetzer; Vizepräsident Bush, Shultz, McFarlane, Burt, Matlock. Gromyko habe der Simultanübersetzung zugestimmt, so daß man Zeit gewinne. Die amerikanische Seite werde versuchen, daß es zu einer echten Unterhaltung kommt (keine Monologe). Er halte es für sicher, daß Gromyko nach der Philosophie vor allem den Weltraum ansprechen werde. Auf diesem Gebiet müsse die amerikanische Seite Fehlinformationen zurechtrücken. Gromyko habe z. B. im Gespräch mit ihm (Shultz) angenommen, daß die USA Kernwaffen im Weltraum stationieren wollten, was nicht stimme. Wahrscheinlich sei Gromyko auch sonst über dieses Gebiet nicht genau informiert.

Shultz regte an, im Kreise der Sieben auch die Frage der Beziehungen zu Osteuropa zu diskutieren. Er plane Reisen dorthin.[25] Die amerikanische Seite wolle diese Tatsache nicht zu hochspielen, aber jedenfalls aktiver werden. Gromyko habe übrigens beim Gespräch mit ihm erwähnt, daß man sich über Europa unterhalten solle. Aus Zeitgründen sei es nicht dazu gekommen. Man frage sich: Denke Gromyko an Osteuropa oder Westeuropa?

Der Bundesminister bemerkte, Gromyko schwebe sicher eine Unterhaltung darüber vor, wie die beiden Supermächte mit Europa umgehen sollten.

5) Terrorismus

Die Minister behandelten in allgemeiner Form auch das Problem der Terrorismus-Bekämpfung. Hierzu erhält D 5 besonderen Vermerk nach Rückkehr.[26]

[25] Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1985 in Rumänien auf, vom 15. bis 17. Dezember in Ungarn und am 17./18. Dezember 1985 in Jugoslawien.

[26] Zur Diskussion über Fragen des internationalen Terrorismus beim Gespräch der Außenminister der G-7 am 27. September 1984 in New York vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer am 28. September 1984 für Ministerialdirektor Bertele: „Der Bundesminister betonte, die Regierungen müßten im Einzelfall entschlossen handeln (Mogadischu). Die Zusammenarbeit der Polizeikräfte sei in der Tat das wirksamste Abwehrmittel. Politische Erklärungen bedeuteten dagegen nicht allzuviel. Shultz führte aus, die Zahl der in der ganzen Welt durch Attentate in der letzten Zeit Getöteten sei erschreckend. […] Die Gefährdung unserer Botschaften sei groß. Wir wollten sie aber nicht in Festungen verwandeln. Die Bemerkungen des Bundesministers seien richtig. Er frage sich nur immer wieder, ob, wenn Nachrichten über bevorstehende Attentate an uns gelangten, eine präemptive Aktion in Frage komme. […] Wenn Iran und Syrien als terroristische Geldgeber identifiziert seien, wie könne man gegen sie vorgehen? Der Bundesminister betonte, er habe von Polizeizusammenarbeit, nicht von militärischen Aktionen gesprochen." Vgl. VS-Bd. 12422 (511); B 150, Aktenkopien 1984.

6) Nord–Süd

Cheysson trug zu den „ökonomischen Problem der Nord-Süd-Koexistenz“ vor und unterstrich die Gefahren der Verschuldung, vor allem für unser Bankensystem. Sein Vortrag enthielt keine operativen Vorschläge. Der Fragenkreis müsse weiter unter den Sieben konsultiert werden.

Howe setzte sich dafür ein, weniger von der Nord-Süd-Problematik zu sprechen. Es handele sich nicht um Blöcke. Wir müßten an die Länderfälle (z.B. Mexiko) einzeln herangehen.

Andreotti gab Howe der Sache nach recht, aber zu bedenken, daß der Terminus und die allgemeine Nord-Süd-Problematik nun einmal existierten. Die Sieben sollten vor allem auch darüber nachdenken, wie die östlichen Länder ermutigt werden könnten, an der Lösung der Probleme mitzuwirken.

Shultz und der Bundesminister stimmten dem letzten Punkt ausdrücklich zu.

7) Asien

Abe konnte sich zum Thema Asien wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr völlig entwickeln. Er sprach sich sehr anerkennend über die chinesisch-britische Erklärung zu Hongkong aus.[27] Es handele sich um einen großen Erfolg. Peking habe eine realistische Haltung eingenommen.

Auch der Besuch des südkoreanischen Präsidenten in Japan[28] könne als positives Ereignis verbucht werden (Shultz warf hierzu ein: ein historisches). Abe sprach die Bitte aus, Südkorea, wo immer es gehe, zu unterstützen, z.B. auch bei der Ausrichtung der Olympischen Spiele.[29]

Abe dankte zum Abschluß seinen Kollegen für diese Gelegenheit des Gedankenaustauschs. Japan, das nicht Mitglied der Atlantischen Allianz sei, erhalte auf diese Weise eine Gelegenheit mehr, an der Meinungsbildung der westlichen Länder teilzuhaben.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 12943 (204)

27 Großbritannien und die Volksrepublik China paraphierten am 26. September 1984 ein Abkommen über Hongkong, das aus einer Gemeinsamen Erklärung und drei Anhängen bestand. Die Gemeinsame Erklärung wurde am 19. Dezember 1984 in Peking unterzeichnet und sah die Bildung einer Sonderverwaltungszone für Hongkong innerhalb der Volksrepublik China ab 1. Juli 1997 vor. Die Volksrepublik China verpflichtete sich, das gesellschaftliche und wirtschaftliche System Hongkongs für 50 Jahre unverändert zu lassen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1399, S. 61–73. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 630–643.

28 Präsident Chun Doo-hwan besuchte Japan vom 6. bis 8. September 1984.

29 Die XXIV. Olympischen Sommerspiele fanden vom 17. September bis 2. Oktober 1988 in Seoul statt.

258

Ministerialdirektor Haas, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1770 **Aufgabe: 28. September 1984, 18.30 Uhr**[1]
Ankunft: 29. September 1984, 05.06 Uhr

Betr.: Mittagessen des BM mit Vertretern der Frontlinienstaaten (FLS)[2] am 27.9.1984 in New York[3]

Teilnehmer: Tansanischer[4] und sambischer AM[5] (die übrigen FLS-AM[6] sind noch nicht in New York), Toivo Ja Toivo für SWAPO, Ständige VN-Vertreter der FLS[7], SWAPO[8] und OAU[9]; auf deutscher Seite: BM, Botschafter Lautenschlager, Haas, Chrobog, Horstmann.

Toivo berichtet über Lage in Namibia und sagt ein Ende der Vielparteienkonferenz[10] noch in diesem Jahr voraus.

BM will der Interessengemeinschaft in Windhuk anraten, bisher noch nicht zustande gekommenen Kontakt zu Toivo zu suchen.

BM rät FLS, nach US-Wahlen[11] Initiative zu einem AM-Treffen der FLS mit Kontaktgruppe zu ergreifen und dadurch auch Reaktivierung französischer Mitgliedschaft in KG zu erleichtern.

Afrikanische Teilnehmer äußerten tiefe Zweifel an Glaubwürdigkeit amerika-

1 Hat Legationsrat Seidt am 1. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Massing verfügte.
Hat Massing am 2. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Holl vorgelegen.

2 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

3 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der VN-Generalversammlung in New York vom 23. bis 27. September 1984 in den USA auf.

4 Benjamin Mkapa.

5 Lameck Goma.

6 Gaositwe Chiepe (Botsuana), Joaquim Chissano (Mosambik), Paulo Teixeira Jorge (Angola) und Witness Mangwende (Simbabwe).

7 Manuel Dos Santos (Mosambik), Elísio de Figueiredo (Angola), Muhammad Ali Foum (Tansania), Legwaila Joseph Legwaila (Botsuana), Paul John Firmino Lusaka (Sambia) und Elleck Kufakunesu Mashingaidze (Simbabwe).

8 Theo-Ben Gurirab.

9 Oumarou G. Youssoufou.

10 Vgl. dazu die Sitzung der „Vielparteien-Konferenz“ (VPK) vom 11. bis 13. Mai 1984 in Lusaka; Dok. 130, Anm. 2.
In einer Aufzeichnung der Abteilung 3 vom 30. Juli 1984 wurde dargelegt, die „seit Ende des vergangenen Jahres unter großem publizistischen Aufwand aufgebaute Vielparteien-Konferenz“ sei „lediglich eine Marionette der südafrikanischen Regierung“. Je nach Bedarf werde sie „als der eigentliche Gesprächspartner von SWAPO vorgeführt“ oder „als lästig empfunden und zur Seite geschoben“. Mit dieser Politik „beschleunigt Südafrika den Zerfallsprozeß der VPK und stellt all diejenigen bloß, die möglicherweise in guter Absicht geglaubt hatten, die VPK biete den Parteien Namibias tatsächlich ein Forum, auf dem die Unabhängigkeit des Landes ernsthaft vorbereitet werden könnte“. Vgl. Referat 320, Bd. 138103.

11 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

nischer Politik, insbesondere an Washingtons Bekenntnis zu 435[12]. BM bekräftigte demgegenüber mehrfach seine Überzeugung, daß es die Amerikaner mit Unabhängigkeit Namibias auf Grundlage 435 ernst meinten. Den Zeitbedarf und die Widerstände habe Crocker allerdings unterschätzt.

Im einzelnen:

1) Toivo schildert Lage in Namibia als unverändert brennend. Südafrika fahre fort zu töten, foltern und verhaften. Die VPK spiele allein in die Hände Südafrikas. SWANU[13] und Damara Council seien abgesprungen. Allenfalls die Republican Party spiele noch eine Rolle. Mit Jahresende werde die VPK am Ende sein. Mehr und mehr weiße Namibianer, unter ihnen auch Afrikaaner, bekennten sich offen oder (weil sie Pressionen und wirtschaftliche Nachteile fürchteten) hinter vorgehaltener Hand zu SWAPO.

BM erinnert daran, daß wir seit Treffen im Januar 1981 in Genf[14] vertrauensbildende Kontakte zwischen Namibia-Deutschen und SWAPO förderten. Toivo bemerkt, er kenne IG noch nicht. BM sagt, er werde ihr zu Kontaktaufnahme raten. Er fordert Toivo zu weiteren Besuchen bei uns auf. Die Auftritte Nujomas in Bonn[15] seien für das Bild SWAPOS in unserer öffentlichen Meinung wichtig gewesen.

2) AM Mkapa fragt nach Aktivitäten der KG, mit der man seit 1982 nicht mehr zusammengetroffen sei. Wir erklären, daß Frankreichs – von einigen FLS-Regierungen angeratene – Politik des leeren Stuhls die Arbeit und vor allem die „kollektive Beratung" der Amerikaner, die sich in Vergangenheit als wirksam erwiesen habe, behindere.

BM gibt FLS-Vertretern zu überlegen, nach US-Wahlen Initiative zu einem FLS-KG-Treffen auf AM-Ebene zu ergreifen. Unsere und die französische Haltung zu 435 stimmten überein. Auch daher sollten wir französische Rückkehr in die KG begünstigen. (Im Lauf der Diskussion läßt insbesondere simbabwischer Botschafter erkennen, daß aus FLS-Sicht französisches Fernbleiben von KG positiv und nicht negativ gewertet wird. Mkapa: „Time has made the CG[16] irrelevant.")

3) Wir geben unsere Einschätzung der Entwicklungen im südlichen Afrika wieder: Begrüßung des Nkomati-Abkommens[17], vorausgesetzt, es hilft, die eigentlichen Spannungsursachen zu beseitigen; Begrüßung der Lusaka-Vereinbarung[18], vorausgesetzt, es führt zu Waffenstillstand entsprechend 435. Zwar habe es in letzter Zeit keine Fortschritte auf Weg zu 435-Implementierung gege-

12 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 49, Anm. 5.

13 South West Africa National Union.

14 Vom 7. bis 14. Januar 1981 fand in Genf eine Konferenz zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 statt („Pre-implementation meeting"). Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 14.

15 Der Präsident der SWAPO, Nujoma, hielt sich vom 25. bis 27. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Genscher am 26. Mai 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 157.

16 Contact Group.

17 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

18 Zu dem am 16. Februar 1984 in Lusaka vereinbarten schrittweisen Abzug südafrikanischer Truppen aus Angola vgl. Dok. 49, besonders Anm. 4 und 10.

ben, doch alle KG-Mitglieder, einschließlich USA, hielten daran fest, daß namibische Unabhängigkeit nur durch 435-Wahlen zu erreichen sei. Grund für Stillstand liege in bekannten amerikanisch-angolanischen Gesprächen[19], vor allem aber in südafrikanischer Hartnäckigkeit.

4) AM Mkapa meint, Südafrikaner versteckten sich hinter den Amerikanern. Er und die anderen afrikanischen Teilnehmer äußern, teils sehr emotional, tiefe Zweifel an amerikanischer Glaubwürdigkeit. (Toivo: „They are lying.") Mkapa sagt, man habe der Reagan-Administration eine Chance gegeben, 435 wieder flottzumachen, aber „they ran away with this chance".

BM stellt fest, die Amerikaner hätten sich im Zeitbedarf geirrt, stünden aber nach seiner festen Überzeugung voll zu 435. Südafrikanisches Beharrungsvermögen dürfe nicht unterschätzt werden. Pretoria sei sehr schwer zu überzeugen, und – ob man es wolle oder nicht – Pretoria könne ohne die Amerikaner niemals zur Durchführung von 435 veranlaßt werden. AM Goma wirft ein, Südafrikaner begännen, neue Vorbedingungen (Savimbi) zu stellen.

5) BM erklärt abschließend, er verstehe afrikanische Ungeduld und Bitterkeit. Man tue den Amerikanern aber unrecht, wenn man ihren guten Willen und ihr Wort in Zweifel ziehe.

Die Bundesregierung stehe zu Res. 435, die sie selbst mit herbeigeführt habe. Man solle davon ausgehen, daß er, der BM, alles in seiner Macht Stehende tun werde, um 435 zu verwirklichen.

Er danke für das offene und aufrichtige Gespräch und hebe sein Glas auf die gemeinsamen Bemühungen und auf die Unabhängigkeit Namibias.

AM Goma dankt und spricht von einem wertvollen Gedankenaustausch mit einer Regierung, deren Position man kenne und schätze und die Einfluß auf die USA besitze.

[gez.] Haas

Referat 320, Bd. 138103

19 Botschafter Wand, Luanda, berichtete am 1. Oktober 1984: „Wisners Besuch am 28./29.9.84 in Luanda hat offenbar noch nicht den erhofften Durchbruch erzielt. Wisner ist nicht mit abgestimmten Vorschlägen weiter nach Pretoria gereist, sondern nach Washington zurückgeflogen. Eindruck herrscht vor, daß MPLA-Regime zur Zeit so auf Abwehr UNITAs fixiert ist, daß mit keiner Flexibilität in bezug auf Kubaner-Abzug gerechnet werden kann. […] Fest zugesagte KG-Begegnung mit Wisner wurde überraschend abgesagt, womit Reaktivierung KG […] kein Dienst getan wurde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 364; Referat 320, Bd. 138103.

259

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-3704/84 geheim
Fernschreiben Nr. 4191
Citissime

Aufgabe: 29. September 1984, 15.09 Uhr[1]
Ankunft: 29. September 1984, 21.19 Uhr

Betr.: Gespräche Gromykos in Washington[2]

Zur Unterrichtung

In Ergänzung des heutigen NATO-Briefings (s. gesonderter Bericht[3]) unterrichtete mich Burt unter vier Augen mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung über folgende Punkte:

1) In der nächsten Woche werde der Präsident den Bundeskanzler[4] und Außenminister Shultz den Bundesminister[5] brieflich über Gesprächsinhalte und Ergebnisse unterrichten.

2) Im heutigen Gespräch Shultz–Gromyko habe Gromyko den Vereinigten Staaten vorgeworfen, sie wollten die Nachkriegsregelungen in Europa umschreiben.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 1. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 2. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 25. Oktober 1984 vorgelegen, der auf einem Begleitvermerk handschriftlich für Genscher vermerkte: „Shultz hat Vorwurf des Revanchismus gegen uns zurückgewiesen. Reagan hat Thema nicht angesprochen, dies bestätigt Bo[tschaft] Washington. Wallau telef[onisch].“
Genscher hob das Wort „zurückgewiesen“ hervor und vermerkte dazu handschriftlich: „Na, na! Wo?“ Vgl. VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. auch Dok. 265.

3 Botschafter van Well, Washington, informierte am 29. September 1984 über eine Unterrichtung durch den Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Palmer: „Im heutigen NATO-Briefing unmittelbar nach Beendigung des Treffens Shultz/Gromyko, das mit zwei Stunden länger als erwartet gedauert und diese Serie amerikanisch-sowjetischer Gespräche vor dem heutigen Rückflug Gromykos nach Moskau um 16.30 OZ auf insgesamt achteinhalb Stunden gebracht hat, äußerte sich Palmer wieder sehr allgemein. […] Gromyko habe in der Sache nirgendwo Bewegung gezeigt. Im Ganzen sei er jedoch nicht ‚unconstructive‘ gewesen. Die Außenminister seien übereingekommen, den amerikanisch-sowjetischen Dialog auf diplomatischem Wege fortzuführen und in enger Verbindung zu bleiben. Präsident und Außenminister hegten nach dem Treffen ruhige Zuversicht. Beide seien mit dem Gang der Gespräche zufrieden. Zur gleichen Zeit seien sie sich bewußt, daß tiefe Meinungsunterschiede beide Supermächte nach wie vor trennten. Große Erwartungen auf baldige Fortschritte bestünden nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4190; VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 3. Oktober 1984 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 14125 (010).

5 In einem Schreiben vom 5. Oktober 1984 an Bundesminister Genscher führte der amerikanische Außenminister Shultz aus: „In sum, the week’s discussions revealed no major substantive movement on Gromyko’s part, but did suggest an interest on the part of the Soviets in continuing our dialogue and perhaps in cautiously exploring ways by which that dialogue might be enriched. The President and I believe that the most important result of our meetings has been to underscore our willingness to move whenever they are ready to do so.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1245 des Vortragenden Legationsrats Schmidt vom 29. Oktober 1984 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11317 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

Er habe sich dabei auf die Stockholmer Rede von Shultz[6] und auf die Ausführungen des Präsidenten zu Jalta[7] bezogen. Gromyko habe den Vereinigten Staaten vorgeworfen, sie unterstützten den Revanchismus in der Bundesrepublik Deutschland. Er habe davor gewarnt, die Wiedervereinigung als eine reale Möglichkeit zu betrachten, sie werde nie stattfinden.

AM Shultz habe die Vorwürfe Gromykos, insbesondere den der Veränderung der Nachkriegsregelungen und des Revanchismus in der Bundesrepublik Deutschland, nachdrücklich zurückgewiesen. Den Vereinigten Staaten gehe es um die volle Verwirklichung der Verträge. Zur Frage der Wiedervereinigung habe er gesagt, daß dies kein „contemporary issue" sei. Es sei Sache des deutschen Volkes, über diese Frage zu befinden. Er, Shultz, schließe die Möglichkeit einer Wiedervereinigung in der Zukunft nicht aus, doch sei dies keine Frage, die jetzt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten stünde, weil es sich nicht um eine aktuelle Frage handele. Auf amerikanischer Seite habe man den Eindruck gehabt, daß sich die Sowjetunion in dieser Frage deutlich in der Defensive befinde.

3) Gromyko habe sich kritisch auch zum Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Japan geäußert. Er habe Washington vorgeworfen, die Militarisierung Japans zu betreiben.

4) Gromyko habe erneut seine Sorge über Nuklearenergie und Nuklearrüstung geäußert, ohne allerdings in die Substanz zu gehen. Außenminister Shultz habe erwidert, daß er mit Gromyko in der Beurteilung der Bedeutung dieser Fragen übereinstimme. Die Vereinigten Staaten seien bereit, in jeder Form über diese Fragen zu sprechen.

5) Zum Thema Weltraum habe die amerikanische Seite den Vorschlag erläutert, ein Interimsabkommen über ASAT-Begrenzungen (mutual restraint) und über nukleare Offensivsysteme zu vereinbaren. Gromyko sei einer Sachdiskussion ausgewichen. Deshalb sei das Thema Weltraumrüstung insgesamt wenig detailliert besprochen worden.

6) Zum weiteren Vorgehen

Man habe sich darauf geeinigt, daß in den Hauptstädten nach Aufarbeitung der insgesamt achtstündigen Gespräche die Botschafter Dobrynin und Hartman über die jeweiligen Schlußfolgerungen unterrichtet werden. In diesem Zusammenhang sei der Gedanke eines späteren weiteren Treffens Gromyko–Shultz von den Amerikanern erwähnt worden. Gromyko habe nicht negativ reagiert, doch sei der Gedanke weder konkret noch mit Zeitvorstellungen weiter erörtert worden.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14125 (010)

6 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

7 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 17. August 1984 in Washington; Dok. 232, Anm. 11.

260

Ministerialdirigent Kullak-Ublick, z.Z. San José, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 5 **Aufgabe: 29. September 1984, 20.00 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 30. September 1984, 08.37 Uhr**

Betr.: AM-Konferenz in San José (28./29.9.84)

I. AM-Konferenz ging am 29.9.84 erfolgreich mit Verabschiedung gemeinsamen Abschlußkommuniqués[2] (englischer Text folgt als Anlage) und Pressekonferenz in Anwesenheit aller Außenminister der EG-Staaten[3], Spaniens[4], Portugals[5], der fünf zentralamerikanischen (ZA) Staaten[6], der vier Contadora-Staaten[7] sowie EG-Kommissars Pisani zu Ende.

Kommuniqué entspricht voll europäischen Vorstellungen. Minister billigten ad referendum erarbeiteten Text ohne Änderung. Schwerpunkt liegt bei institutionalisiertem politischem Dialog, Unterstützung Contadora-Prozesses[8] und Bereitschaft zum alsbaldigen Beginn von Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zwischen EG und ZA[9].

ZA- und Contadora-Staaten verzichteten auf unrealistische Ausgangspositionen, erkannten europäische Bereitschaft zur Zusammenarbeit im politischen und

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 1. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 in San José vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 41–45.

3 Giulio Andreotti (Italien), Peter Barry (Irland), Hans van den Broek (Niederlande), Ioannis Charalambopoulos (Griechenland), Claude Cheysson (Frankreich), Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien) und Leo Tindemans (Belgien). Luxemburg war durch den Staatssekretär im Außenministerium, Goebbels, vertreten.

4 Fernando Morán López.

5 Jaime Gama.

6 Fernando Andrade Díaz-Durán (Guatemala), Miguel d'Escoto Brockmann (Nicaragua), Carlos José Gutiérrez (Costa Rica), Edgardo Paz Barnica (Honduras) und Jorge Eduardo Tenorio (El Salvador).

7 Isidro Morales Paúl (Venezuela), Oydén Ortega Durán (Panama), Augusto Ramírez Ocampo (Kolumbien) und Bernardo Sepúlveda Amor (Mexiko).

8 Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Beilegung der Konflikte in Mittelamerika vgl. Dok. 244, Anm. 11.

9 Zu einem Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und zentralamerikanischen Staaten vgl. Dok. 131, Anm. 20.
Die Referate 331 und 411 erläuterten am 22. Oktober 1984 in einer gemeinsamen Aufzeichnung: „Das vorgesehene Kooperationsabkommen soll sich auf die für derartige Vereinbarungen üblichen Bereiche erstrecken: wirtschaftspolitische, entwicklungspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Teilnehmer waren insbesondere einig darüber, daß der Handel durch angemessene Weiterentwicklung und Vereinfachung des Allgemeinen Präferenzsystems der EG für EL gefördert werden soll; die wirtschaftliche Zusammenarbeit durch Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas und zur Förderung von Geschäftskontakten zwischen beiden Regionen intensiviert werden soll; die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der EG mit Zentralamerika in den kommenden Jahren im Rahmen der Grenzen des Haushalts soweit wie möglich gesteigert werden soll. Dabei sollen vor allem Projekte im Agrarbereich mit regionaler Bedeutung berücksichtigt werden." Vgl. Referat 411, Bd. 131165.

wirtschaftlichen Bereich dankbar an und unterstrichen entscheidende Rolle BM Genschers für Zustandekommen der Konferenz. Costa Ricas AM Gutiérrez stellte Initiative Bundesministers bei abschließender PK namens Präsident Monge ausführlich heraus.

II. 1) Konferenz wurde am 28.9. unter großer Anteilnahme Presse mit Reden AM Guatemalas für ZA-Staaten, irischem AM für Zehn, AM Portugals und Spaniens, Pisanis für EGK, AM Mexiko für Contadora-Staaten und Präsident Monges eröffnet. In allen Reden wurde auf soziale und wirtschaftliche Ursachen der Konflikte in ZA verwiesen und Contadora-Prozeß als hoffnungsvoll geschildert. Mexiko setzte sich nachdrücklich für baldige Unterzeichnung der „Akte für Frieden und Zusammenarbeit in ZA" und deren Zusatzprotokoll ein. Präsident Monge stellte klar, daß Konferenz keinesfalls gegen USA, ohne diese beim Namen zu nennen, gerichtet sei.

2) BM Genscher eröffnete Debatte über politische Fragen am Nachmittag des 28.9., bei der 18 AM das Wort ergriffen. Er unterstrich unser großes Interesse an ZA und unsere Unterstützung für Contadora vom ersten Beginn an. Politischer Dialog von Region zu Region eröffne Weg zur Unabhängigkeit und zur wirtschaftlichen Kooperation. Er verwies auf Bedeutung demokratischer Grundwerte und forderte friedliche Konfliktlösung statt Gewaltanwendung. Lösung müsse von ZA-Staaten selbst ausgehen. Er erklärte Bereitschaft, bei Implementierung einer Friedenslösung aktiv mitzuwirken. BM schlug als Instrument der Partnerschaft Einsetzung eines politischen Lenkungsausschusses auf hoher Ebene vor, der erstmalig in sechs Monaten zusammentreten solle. Enge Zusammenarbeit dieses Gremiums mit den von EGK und ZA-Staaten zu bildenden Kooperationsmechanismen sei anzustreben. Vorschlag wurde von nachfolgenden Rednern positiv gewürdigt.

Debatte verlief ohne Schärfen betr. ZA-Konflikt. Während Nicaragua ähnlich wie Mexiko sofortige Unterzeichnung der revidierten Contadora-Akte forderte und seine bedingungslose Bereitschaft hierzu bekanntgab, ließen Costa Rica, Honduras und El Salvador bei allem grundsätzlichen Einverständnis mit Text Vorbehalte bezüglich Verifikations- und Kontrollvorschriften erkennen. Sie deuteten Änderungswünsche an. Nicaragua verlangte von USA Verzicht auf Unterstützung der Contras. USA sollten Zusatzprotokoll zur Contadora-Akte zeichnen. Übrige ZA-Vertreter gingen hierauf nicht ein. Es war allgemeines Bemühen erkennbar, keine internen Streitigkeiten auf Konferenz auszutragen.

Konferenz begrüßte in einer Resolution Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen GB und Guatemala.[10]

BM nutzte Konferenz zu einer Vielzahl von bilateralen Begegnungen mit lateinamerikanischen Kollegen. Am Rande der Konferenz wurden Vertreter der Coordinadora Democrática (Arturo Cruz)[11] und FMLN-FDR (Ungo) empfangen.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter informierte die Botschaften in Guatemala-Stadt, London und Madrid sowie die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 12. Juli 1984, Großbritannien habe vertraulich mitgeteilt, „daß in Kürze konsularische Beziehungen GB – Guatemala wiederaufgenommen werden. Entsprechende Verhandlungen seien am 6.7. in New York erfolgreich verlaufen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 331, Bd. 135987.

11 Botschafter Heubaum, z. Z. San José, berichtete am 29. September 1984: „Im Mittelpunkt eines viertelstündigen Gesprächs des BM mit nic[araguanischem] Oppositionspolitiker Arturo Cruz, das auf

III. Diskussion der wirtschaftlichen Fragen am 29.9. wurde eingeleitet von Pisani, EGK, der unter Hinweis auf die Zuständigkeiten der Gemeinschaft klar die Grenzen der Möglichkeiten der EG herausstellte. Nicht verhandelbar seien von den Forderungen Zentralamerikas die Wünsche nach

– präferentiellen Abkommen, da für ZA-Produkte nicht geeignet,
– STABEX[12]-Regelung, da nicht finanzierbar,
– Finanztransfer an zentralamerikanischen Fonds, da Zahlungsbilanzhilfe.

Möglich seien

– Verbesserung Systems Allgemeiner Präferenzen der EG für bestimmte für ZA wichtige Produkte,
– technische und finanzielle Kooperation besonders im Agrarbereich,
– Förderung kleiner Industrien,
– Investitionsförderung,
– technische Ausbildung.

EG-AM hielten sich bei ihren Ausführungen weitgehend im Rahmen des von Pisani gesetzten Rahmens.

BM betonte, Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sei Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Stabilität, wie wir aus eigener leidvoller Erfahrung wüßten. Regionale Zusammenarbeit sei Weg zu ökonomischer Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Von besonderer Bedeutung sei Förderung mittlerer und kleinerer Unternehmen, die bei uns Grundlage des Wohlstandes seien. Sicherung eigener Ernährungsunabhängigkeit sei für Zentralamerika wichtig.

Die übrigen EG-MS sprachen sich in ähnlichem Sinne aus, wobei F, GB, L und auch Spanien sich ausdrücklich auf Ausführungen des BM bezogen. GB wies auf Bedeutung Zusammenarbeit zur Förderung pluralistischer Demokratie hin und stellte wie GB und I historische Bedeutung anzustrebenden Kooperationsabkommens heraus.[13]

Die Zentralamerikaner wiesen darauf hin, daß Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Europa bereits Vitalität in zentralamerikanische Institutionen gebracht habe (Costa Rica). Sie wiederholten zusammen mit Contadora-Staaten naturgemäß ihre weitergehenden wirtschaftlichen Forderungen, auch soweit sie nicht Aufnahme in Abschlußkommuniqué gefunden haben (Costa Rica, Venezuela, Guatemala). Auch sie erkannten historische Bedeutung der Konferenz von San José an.

Nicaragua nutzte auch die wirtschaftliche Diskussion zu Angriff auf imperialistische Haltung der USA und auf von diesen verursachte soziale Lage; es gab

Fortsetzung Fußnote von Seite 1193

dessen Bitte zustande kam, standen Fragen im Zusammenhang mit dem Wahlprozeß in Nicaragua. Zum Problem einer Wahlbeteiligung Coordinadora-Parteien stellte Cruz Bemühungen einer Vermittlung durch kol[umbianischen] Staatspräsidenten Betancúr dar, die auf Wahlaufschub um 90 Tage hinausgelaufen wären. Zwischenzeitliche Erklärungen der sandinistischen Kommandanten hätten klargemacht, daß keine Möglichkeiten eines Wahlaufschubs gesehen würden. Auf Frage BM nach Möglichkeit fairen Wahlkampfs in NIC führte Cruz aus: FSLN würde keine gleichen Bedingungen einräumen. Dazu fehlte Sandinisten politischer Wille." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 010, Bd. 178891.

12 System zur Stabilisierung der Exporterlöse.

13 So in der Vorlage.

Hoffnung auf Unterstützung und Finanzhilfe Europas zur Bewahrung eigener Souveränität Ausdruck.

Diskussion wirtschaftlichen Teils endete mit Ausführungen Pisanis über praktische Möglichkeiten der vorgesehenen Verhandlungen, wobei die im EG-Haushalt 1985 zur Verfügung stehende Summe von 40 Mio. ECU plus zusätzlich für die NAH[14] eingesetzten 20 Mio. ECU genannt wurden.

[gez.] Kullak-Ublick

Folgt Anlage unverschlüsselt:

[…][15]

Referat 010, Bd. 178891

261

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.70 USA-1913/84 VS-vertraulich **1. Oktober 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: amerikanische Rüstungskontrollpolitik

Die Gespräche der amerikanischen Regierung mit dem sowjetischen Außenminister[3] haben noch keinen Aufschluß darüber gegeben, wann und in welcher Weise die bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen fortgesetzt werden sollen. Immerhin ist aber deutlich geworden, daß die diplomatischen Kontakte fortgesetzt werden und daß auch ein weiteres Gespräch Shultz–Gromyko nicht ausgeschlossen wird. Es ist damit zu rechnen, daß diese Kontakte nach der Wahl des amerikanischen Präsidenten[4] konkretisiert werden. Die beiderseitige Interessenlage läßt erwarten, daß Weltraumverhandlungen zu einem relativ frühen Zeitpunkt im neuen Jahr beginnen werden.

Schon jetzt ist erkennbar, daß die Vereinigten Staaten sich mit äußerster Intensität und auf großer Breite auf die Wiederaufnahme des rüstungskontrollpoliti-

14 Nahrungsmittelhilfe.

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 6/7 übermittelten zweiten und dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 2. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 3. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 9. November 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth und Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert vorgelegen.
Hat Ruth erneut vorgelegen.

3 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

schen Dialogs mit der SU vorbereiten. Die Rede des amerikanischen Präsidenten[5] macht dies deutlich. Meine Gespräche in Washington am 28. und 29. September[6] haben mir die Möglichkeit gegeben, mich in den Gesprächen auf hoher Arbeitsebene[7] selbst von der Intensität der Arbeiten zu überzeugen.

Für uns wird es in den kommenden Monaten darum gehen, unsere Kontakte mit den Vereinigten Staaten optimal zu nutzen, um unsere eigenen Überlegungen in den Meinungsbildungsprozeß in den Vereinigten Staaten einzubringen und sicherzustellen, daß bei der Intensivierung der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Kontakte unsere Einflußmöglichkeit und die Bedeutung multilateraler Rüstungskontrolle erhalten bleiben.

Bei der Gestaltung unserer eigenen Rüstungskontrollpolitik im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten spielen nach meinen Eindrücken in den Vereinigten Staaten während der vergangenen Woche folgende Elemente eine Rolle:

1) Es wird nicht daran gezweifelt, daß Präsident Reagan die Wahl gewinnen wird. Auch demokratische Beobachter, mit denen ich Gelegenheit hatte zu sprechen, rechnen mit einem überlegenen Sieg des Präsidenten.

2) Die jetzige Betonung der rüstungskontrollpolitischen Absichten der Regierung Reagan ist nur vordergründig auf den Wahlkampf bezogen. Es ist richtig, daß die Demokraten nur im Bereich der Rüstungskontrollpolitik und der Friedenspolitik allgemein einigermaßen mit dem Präsidenten gleichziehen können. Der Sieg des Präsidenten könnte aber m. E. selbst mit einem erheblichen rüstungskontrollpolitischen Defizit der gegenwärtigen Regierung nicht gefährdet werden.

Ich schließe daraus, daß die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten zur Rüstungskontrolle und zur Friedenspolitik allgemein als programmatische Festlegungen für die Zeit nach der Wahl gedacht sind. Dem entspricht auch die Tatsache, daß der amerikanische Regierungsapparat sich bereits auf eine Intensivierung der Rüstungskontrollpolitik eingerichtet hat oder einzurichten beginnt. Offen bleibt allenfalls die Rolle des Pentagon in der Formulierung der Rüstungskontrollpolitik der künftigen Regierung Reagan. Die vom Präsidenten gesetzten Akzente sind jedoch so eindeutig, daß sie m. E. nach der Wahl nachdrücklich zur Geltung kommen werden.

3) Mit der Rede des amerikanischen Präsidenten und dem Beginn des bilateralen Dialogs auf höchster Ebene haben die Amerikaner erkennbar die Wendung zur Dialogpolitik vollzogen. In Washington ist man sich darüber im klaren, daß

5 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 244, Anm. 7.

6 Botschafter Ruth vermerkte am 9. Oktober 1984, er habe am 28. September 1984 in Washington bzw. am 6. Oktober 1984 in Bonn Gespräche mit dem Abteilungsleiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Etzold, geführt. Dieser habe als persönliche Äußerungen dargelegt, daß Rüstungskontrolle „integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik des Westens" werden müsse. Ruth führte dazu aus: „Bei allen Vorbehalten, die gegenüber den persönlichen Äußerungen Etzolds noch angebracht sind, stellen sie eine interessante und wie ich meine ernstzunehmende Variante der Vorbereitung auf eine zweite Amtsperiode Präsident Reagans dar. […] In diesem Strategiekonzept wird der Rüstungskontrolle ein festerer Ort zugewiesen, als dies bisher in Washington der Fall war. Die Überlegungen Etzolds würden auf die Forderung hinauslaufen müssen, neben der Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie eine Rüstungskontrollstrategie zu entwickeln." Vgl. VS-Bd. 11285 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Die Wörter „auf hoher Arbeitsebene" wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

bei der Formulierung dieser Politik die Bundesregierung eine wichtige Rolle spielte. Dies dürfte auch in Zukunft gewährleisten, daß unsere Vorstellungen in Washington Gehör finden werden.

4) Nach meinem Eindruck haben der Auftritt des amerikanischen Präsidenten in den Vereinten Nationen und die gleichzeitige Anwesenheit zahlreicher verbündeter Außenminister sowie die Rolle, die die Vereinten Nationen für die sowjetisch-amerikanische Kontaktaufnahme gespielt haben, die Vereinten Nationen in amerikanischer Sicht aufgewertet. Im rüstungskontrollpolitischen Bereich ist das auch daran ablesbar, daß zum ersten Mal in Washington aktive Überlegungen zur Gestaltung der Diskussion im Ersten Ausschuß[8] angestellt werden mit der Konsequenz, daß wir mit amerikanischen Resolutionsentwürfen in bisher umstrittenen Bereichen (z. B. Verhinderung eines Krieges) rechnen können.

5) Für die Gestaltung der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wird die Rüstungskontrolle ein zentrales Element sein. Dies ist in der Rede des amerikanischen Präsidenten vor den Vereinten Nationen deutlich geworden. Von besonderer Bedeutung sind dabei folgende Vorschläge:

– Schaffung eines langfristigen politischen Rahmens für die Rüstungskontrolle;
– das Interesse an der Aufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle im Weltraum;
– das Drängen auf Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Reduzierung nuklearer Waffen.[9]

6) In Washington habe ich darüber hinaus den Eindruck gewonnen, daß für die amerikanische Regierung die Rüstungskontrolle zunehmend konkret als integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik gesehen und entwickelt wird. Wenn dieser Eindruck richtig ist, dann ist die Feststellung vom integralen Bestandteil nicht mehr nur eine konzeptionell wichtige Aussage. Die amerikanische Regierung dürfte die Rüstungskontrolle zunehmend in die praktische Ausgestaltung der Sicherheitspolitik und der Strategie einbeziehen. Das heißt, daß wir damit rechnen können, daß rüstungskontrollpolitisch in Zukunft stärker mit amerikanischen Initiativen zu rechnen sein wird.

7) Für uns bedeutet dies:

– Wir müssen die bestehenden bilateralen und multilateralen Möglichkeiten nutzen, um unsere Vorstellungen zur Rüstungskontrolle allgemein und zu bestimmten Themen zur Geltung zu bringen. Die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zum intensiven Gedankenaustausch mit uns ist nach meinem Eindruck unverändert vorhanden.
– Dies setzt voraus, daß auch unsererseits Rüstungskontrollpolitik nicht nur schwerpunktmäßig und punktuell formuliert wird, sondern daß wir selbst unsere Vorstellungen zur Rüstungskontrolle als Teil der westlichen Sicherheitspolitik und -strategie artikulieren.
– Besonderes Gewicht werden wir in diesem Zusammenhang auf die Mitgestaltung der multilateralen Verhandlungen (C-Waffen, KVAE, MBFR und Ver-

8 Zu den Beratungen im Ersten Ausschuß der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 318.
9 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

einte Nationen) legen müssen, aber gleichzeitig in enger Fühlung mit den Vereinigten Staaten bei der Vorbereitung der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Weltraum, START und INF bleiben müssen.

8) Ein wichtiger Bestandteil unserer Rüstungskontrollpolitik muß damit die enge Konsultationsverbindung mit den Amerikanern sein. Gleichzeitig werden wir dafür Sorge tragen müssen, daß die europäischen Bündnismitglieder insgesamt bereit und in der Lage sind, mit substantiellen Beiträgen ihre Aufgabe als ernstzunehmende Partner der Vereinigten Staaten zu spielen. Dies ist erforderlich, um sicherstellen zu können, daß die bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, die für eine konkrete Entwicklung der Rüstungskontrolle unverzichtbar sind, in das gemeinschaftliche strategische Konzept des Bündnisses und die multilateralen rüstungskontrollpolitischen Ost-West-Beziehungen eingebettet bleiben.

9) Unter dem Eindruck der Ereignisse der vergangenen Woche und meiner Gespräche in Washington würde ich erwarten, daß Rüstungskontrolle in Zukunft von uns nicht nur unveränderte, sondern erhöhte Aufmerksamkeit und Fähigkeit zu aktiver Mitgestaltung verlangen wird. Eine solche Entwicklung würde m. E. dem allgemeinen außen- und innenpolitischen Interesse der Bundesregierung entsprechen.

Ruth

VS-Bd. 11340 (220)

262

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl

Dg 21 **2. Oktober 1984**[1]

Unter Verschluß

Betr.: Bedeutung des wiederaufgenommenen Großmächte-Dialogs für Europa

I. 1) Die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen USA und Sowjetunion[2] entspricht unseren Anregungen. Die verabredeten Folgegespräche und die Themen sind sachgerecht. Die USA haben uns Konsultationen zugesagt. Auf den ersten Blick hat diese Entwicklung für uns nur positive Aspekte.

1 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl leitete die Aufzeichnung am 4. Oktober 1984 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher. Dazu vermerkte er: „Anbei wird eine erste Bewertung der sich aus der Wiederanknüpfung des amerikanisch-sowjetischen Dialogs für uns ergebenden Lage und der daraus zu ziehenden Folgerungen vorgelegt. Der erbetene Entwurf für eine öffentliche Stellungnahme ist in Vorbereitung. Dg 20 hat mitgewirkt. Mit D 2 A in der Grundlinie abgestimmt."
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 4. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 21. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „K[enntnis] g[enommen]."

2) Andererseits können Züge des Bilateralismus nicht übersehen werden, welche die gegenwärtige Entwicklung begleiten, z. B.

– die VN-Reden Reagans[3] und Gromykos[4], welche die Regelung der aktuellen Weltprobleme sehr stark in die (es scheint: alleinige) Kompetenz der Weltmächte stellen,
– insbesondere die Behandlung Europas in den beiden Reden als eines vieler Regionalprobleme.

  Seit Reagans Rede behandeln auch amtliche sowjetische Stellungnahmen Europa als „regionale Frage". Etwas schwach fiel auch die Antwort von Shultz auf die Feststellung Gromykos aus, die deutsche Wiedervereinigung werde es nie geben. (Der Kontrast der Äußerungen des Vertreters des westlichen Hauptträgers der Vier-Mächte-Verantwortung zu den eher überzogenen Jalta-Äußerungen[5] fällt auf.)
– Die Ankündigung Gromykos gegenüber Shultz, ein wichtiges Thema für den Dialog mit den USA sei auch „Europa".
– Das sowjetische Verhalten (Konzentration auf USA bei Störung des Dialogprozesses in Europa), das die Frage aufwirft, ob die Sowjets die Weichen zugunsten einer sowjetisch-amerikanischen Verständigung über die Köpfe der Europäer hinweg zu stellen suchen.

3) Bisher liegen keine Anzeichen vor, daß die USA in der Substanz eine Opferung europäischer Interessen erwägen. Doch das Risiko darf nicht übersehen werden, daß die Amerikaner ohne ein klares, europäische Interessen angemessen einschließendes Konzept in die Verhandlungen gehen, in denen die Sowjets sich um Absicherung und Festigung ihrer Stellung in Europa bemühen werden. Deshalb ist eine Analyse der sowjetischen Interessenlage und ihrer vermutlichen Zielsetzung im neu aufgelegten Dialog wichtig. Schnelle Ergebnisse sind unwahrscheinlich. Noch ist überhaupt offen, ob nicht die Größe der Probleme das Maß der Kompromißbereitschaft beider Seiten übersteigt. Auch fragt sich, ob die Struktur der sowjetischen Führung Moskau das nötige Mindestmaß an Flexibilität erlaubt. Die amerikanische Flexibilität in der Sache ist auch begrenzt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1198

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Braunmühl verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 23. November 1984 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 23. November 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 23. November 1984 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 213, Bd. 139347.

2 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

3 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 244, Anm. 7.

4 Zur Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 27. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 233, Anm. 9.

5 Zu den Äußerungen von Mitgliedern der amerikanischen Regierung zur Nachkriegsordnung in Europa vgl. Dok. 239.

II. 1) Die Sowjetunion sieht in wichtigen Bereichen eine Verschlechterung ihrer Stellung und ungünstige weitere Aussichten:

a) Weltmachtanspruch und europäische Vormachtstellung

– Die USA aberkennen der SU die Gleichberechtigung (obwohl Reagan Anerkennung der Sowjetunion als Weltmacht betonte).
– Die USA drohen mit ihren Rüstungsprogrammen, besonders im Weltraum, die SU in einen entscheidenden Rückstand zu bringen oder zu immensen neuen Rüstungskosten zu zwingen.
– Die durch die Nachrüstung erzwungene Durchsetzung des Rechts der Westeuropäer auf gleichrangige Sicherheit hat zu einem amerikanischen Plus im strategischen Verhältnis geführt.
– Der globale Mitspracheanspruch der weltpolitisch überforderten SU wird von den USA ignoriert.
– In der ideologisch-politischen Auseinandersetzung treten die von Reagan geführte USA mit ihrer Verbindung von Moral und Wirtschaft immer stärker in der Rolle des Siegers im Kampf um die Zukunft auf, gegen den das Sowjetsystem zunehmend verblaßt (vgl. auch sowjetische VN-Initiative gegen Staatsterrorismus[6]).

b) „Innere Sicherheit"

– Die wirtschaftlichen, technologischen und ideologischen Perspektiven der inneren Entwicklung der Sowjetunion sind nicht rosig (wobei aber das Durchhalte- und Mithaltevermögen der SU nicht unterschätzt werden darf).
– Der Blockzusammenhalt läßt nach.

2) Die Sowjets nehmen an, daß Reagan die UdSSR nach wie vor als Reich des Bösen[7] betrachtet, nur nicht mehr glaubt, daß es von selbst oder mit risikolosen Anstößen zusammenbrechen werde. Gerade als abgestempelte Verlierer können die Sowjets gefährlich werden, da sie über Mittel zur Vernichtung der Welt einschließlich der USA verfügen. Dies erhöht aber auch ihren Handelswert. Für die USA ist die Verletzbarkeit ihres Territoriums gegenüber der SU eine der größten Schwächen im allgemeinen Bild des Zukunftsoptimismus. Die amerikanischen Überlegungen, diese Bedrohung abzubauen – u. a. durch SDI und Stärkung der konventionellen Rüstung –, sind den Sowjets nicht verborgen ge-

6 In einem Schreiben vom 27. September 1984 an VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar kritisierte der sowjetische Außenminister Gromyko das Streben „gewisser Staaten" nach militärischer Überlegenheit oder einer Politik der Stärke und legte den Entwurf einer Resolution der VN-Generalversammlung zur Unzulässigkeit von „Staatsterrorismus" vor. Darin sollten alle Staaten verpflichtet werden, keine Maßnahmen zur Untergrabung des gesellschaftlichen und politischen Systems anderer Staaten zu unternehmen, nicht zu versuchen, deren Regierungen zu destabilisieren oder zu stürzen sowie sich jeder diesbezüglichen militärischen Aktion zu enthalten. Alle Staaten sollten das Recht der Völker respektieren, über ihr gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches System selbst zu entscheiden. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 159–161.

7 Am 8. März 1983 hielt Präsident Reagan eine Rede vor der „Annual Convention of the National Association of Evangelicals" in Orlando, Florida, in der er die UdSSR als „an evil empire" bezeichnete. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 364.

blieben: Ogarkow hat in seinem aufsehenerregenden Artikel vom Mai 1984 auf diese Entwicklung nachdrücklich hingewiesen.[8]

3) Die Sowjets scheinen erkannt zu haben, daß die Zeit für sie nicht arbeitet. Noch scheint jedoch nicht klar, wo sie handeln und wo mauern wollen und wie und wem gegenüber sie sich ein Geben und Nehmen vorstellen.

a) Die USA als hauptsächlicher Herausforderer und Hauptgegner sind auch der Hauptpartner Moskaus für mögliche Arrangements. Dies gilt vor allem für den weltpolitischen Gleichberechtigungsanspruch, die Rüstungsfragen (besonders den in den Vordergrund rückenden Weltraumbereich) und die globalen Krisenherde.

b) In Europa ist die Bundesrepublik Deutschland der Hauptgegner (stärkste konventionelle Macht und Bastion der US-Rolle; Hauptträger der Auflockerungspolitik, besonders im kritischen innerdeutschen Bereich) und Hauptpartner (Faktor der Stabilität aufgrund des Moskauer Vertrags[9], wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit). Die Sowjets sehen besonders gefährliche amerikanisch-deutsche Verbindungen in der Pershing II und in einem fälschlicherweise angenommenen Zusammenhang der Konzeptionen Kreuzzug/Jalta/Wiedervereinigungsziel. Die Sowjets werden die positiven Aspekte des Dialogs und der Zusammenarbeit mit uns erhalten wollen, glauben aber auch, daß dieses mit Rücksicht auf unser eigenes Interesse gesichert ist, ohne daß sie einen Preis dafür bezahlen müssen. Verschiedene Äußerungen sowjetischer Vertreter der letzten Zeit (z. B. Koptelzew[10], Kwizinskij) deuten darauf hin, daß die Sowjets sich fragen, ob die mit dem KSZE-Prozeß verbundenen Öffnungen, insbesondere im Verhältnis zwischen ihren kleineren Partnern und der Bundesrepublik Deutschland, nicht mehr Nachteile als Gewinne für sie bringen. Noch ist nicht abzusehen, aber als Möglichkeit einzukalkulieren, ob die sich in den Besuchsabsagen[11] und der Revanchismuskampagne äußernde Distanzierungs- und Abschottungspolitik kurzfristigen oder längerfristigen Charakter hat. Aus sowjetischer Sicht wäre eine längerfristige (etwa bis zum nächsten Wahltermin bei uns[12], dem die Sowjets mit unverkennbarem Interesse entgegensehen) Abschottung in Europa mit intensiven Bemühungen um Arrangements mit den USA vereinbar.

8 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 11. September 1984, der Chef des sowjetischen Generalstabs, Ogarkow, habe in einem Interview mit der sowjetischen Armeezeitung „Krasnaja Swesda" am 9. Mai 1984 erklärt, „daß das stetige Ansteigen der Zahl von Nuklearwaffen die Möglichkeit für einen Aggressor, einen Entwaffnungsschlag zu führen, verringere. Es sei unmöglich, alle Nuklearwaffen beim Feind mit einem einzigen Schlag zu vernichten. Im übrigen hob er hervor, daß es in nächster Zeit verheerende, auf neuen physikalischen Prinzipien beruhende Waffenarten geben werde, deren Entwicklung schon heute in Betracht gezogen werden müsse und die überkommene Vorstellungen von der militärischen Stärke eines Staates ändern würden." Vgl. Referat 201, Bd. 130189.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

10 Für die Äußerungen des sowjetischen Gesandten in Ost-Berlin, Koptelzew, gegenüber Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, am 24. August 1984 vgl. Dok. 221.

11 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.
Zur Absage des Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik vgl. Dok. 241, Anm. 19.

12 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

Die Sowjets haben eine Zeitlang versucht (und werden sich das auch für die Zukunft vorbehalten), die Europäer durch Lockung und Schonung, teils gegenüber Regierungen, teils gegenüber der Friedensbewegung, als Mitbewohner des „Gemeinsamen Hauses" von den USA abzukoppeln – insgesamt ohne Erfolg. Sie könnten in der nächsten Zeit den Akzent wieder auf die Abkoppelung Amerikas legen.

4) Zur sowjetischen Einschätzung der Prioritäten und Konzessionsmöglichkeiten beider Seiten kann – mit allen Vorbehalten, daß wir dem Kreml nicht in die Karten schauen können – folgendes gesagt werden:

a) Sowjetische Prioritäten

aa) Verhinderung amerikanischer Weltraumprojekte: ASAT und SDI;

bb) Anerkennung der Gleichberechtigung als Weltmacht; dazu gehört insbesondere

– „Recht auf gleiche Sicherheit", d.h. u.a., daß Bedrohung „nur" Westeuropas durch die SU (SS-20) nicht durch zusätzliche Bedrohung der SU durch die USA (besonders Pershing II wegen Flugzeit) beantwortet werden darf;
– Mitspracherecht in wichtigen Weltregionen, um so stärker, je näher die Region dem Territorium der Weltmacht liegt: für die Sowjetunion in erster Linie Europa, dann Nahost und Mittelost (Golf, Afghanistan), Indischer Ozean. Möglicherweise werden die Sowjets versuchen, Europa unter den Regionalfragen anzusprechen.

b) Sowjetische Annahme amerikanischer Prioritäten

aa) Reduzierung strategischer Rüstungen. Etwas weniger bedeutungsvoll: INF.

bb) Sowjetische Zurückhaltung in Zentralamerika. Etwas weniger bedeutungsvoll Europa (dabei gehen Sowjets jedoch mit Sicherheit davon aus, daß USA ihre Berlin-Garantie und ihre NATO-Verpflichtungen weiter ernst nehmen), dann Naher Osten und Mittlerer Osten.

cc) Menschenrechte, insbesondere bekannte Dissidenten.

c) Sowjetische Konzessionsmöglichkeiten

aa) Die Sowjets wissen, daß sie, wenn sie in den Weltraumfragen Fortschritte machen wollen, auf die Reduzierung strategischer Waffen eingehen müssen. Das können sie auch, wenn man sich bei den von den Amerikanern angebotenen Trade-offs bezüglich der einzelnen Systeme einigt, was jedoch nicht einfach sein dürfte. Die Sowjets werden versuchen, die CM und besonders die Pershing II als strategische Waffen einzubringen, werden aber damit rechnen, daß die US dann auf Einschluß der SS-20 bestehen. Die Sowjets können sich hier mehr Zeit lassen, während sie an ihren Positionen festhalten.

Gromyko in New York gegenüber BM[13]: Westlicher Vorschlag widerspricht Gleichheitsprinzip, da er stationierte mit nicht-stationierten Raketen gleichsetzt.

bb) Zentralamerika hat für die SU im wesentlichen Wert als Störpotential, in gewissem Sinne auch als Faktor ideologischer Glaubwürdigkeit. Wenn entspre-

13 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1984 in New York vgl. Dok. 244 und Dok. 246.

chende Gegenleistungen zur Verfügung stehen sollten, würden die Sowjets keine Probleme haben, in Zentralamerika Zurückhaltung zuzusagen.

cc) Im Zusammenhang mit einem Paket bzw. bei entsprechenden Gegenleistungen hätten die Sowjets kein Problem, einige bekannte Dissidenten freizulassen.

d) Sowjetische Annahme amerikanischer Konzessionsmöglichkeiten

Für die Sowjets wäre schon das verbale Zugeständnis der Gleichberechtigung (entsprechend der Nixon-Breschnew-Erklärung von 1972[14]) ein Gewinn, der die Amerikaner nicht viel kostet (die mit dem Empfang Gromykos im Weißen Haus die Bereitschaft zu kosmetischen Konzessionen gezeigt haben), aber trotzdem bisher von ihnen abgelehnt wurde (keine moralische Gleichberechtigung). Wichtiger ist den Sowjets das Zugeständnis der von ihnen aus dem Gleichheitsprinzip abgeleiteten Konsequenzen, das sehr viel schwerer, wahrscheinlich gar nicht zu haben sein wird. Ob die Sowjets verbale Zusagen, etwa Äußerungen zu Jalta nicht zu wiederholen, sehr ernst nehmen und dafür etwas zahlen würden, ist zweifelhaft. Die Sowjets wissen, daß Präsident Reagan von einer Position der Stärke aus verhandeln will und wird. Als prinzipielles Hindernis ist dieser Punkt schwierig genug, seine Auswirkung auf die praktischen Fragen wird sich zeigen. Die Sowjets werden sicher versuchen, amerikanische Tendenzen zum Bilateralismus zu nutzen und Amerikaner gegen Europäer auszuspielen, um prioritäre Ziele der Festigung der sowjetischen Vormachtposition „in der eigenen Hemisphäre" zu erreichen.

e) Zur Verhandlungsmasse gehört noch die bilaterale Zusammenarbeit, die beim Weizenhandel schon vorzüglich funktioniert, aber auch in andere Bereiche ausgedehnt werden kann. Die Sowjets werden vor allem an einem Abbau amerikanischen Widerstands gegen Technologieausfuhr interessiert sein. Die Aussichten in diesem Punkt sind jedoch nicht sehr groß.

III. Folgerungen für uns:

1) Gegenüber den USA:

a) Wir sollten die Amerikaner bezüglich ihres Konsultationsangebots beim Wort nehmen.

b) Wir sollten die Notwendigkeit betonen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen – im Dialog mit den Sowjets und in der Öffentlichkeit – als Teil abgestimmter West-Ost-Politik der amerikanischen und europäischen Bündnispartner darzustellen, die im Rahmen des KSZE-Prozesses liegt. Unserem Satz „wir können den Dialog der Großmächte nicht ersetzen" müßte jetzt eine Aussage der USA an die Seite gestellt werden, daß Washington die Bemühungen ihrer europäischen Bündnis- und KSZE-Partner um Dialog, Zusammenarbeit und Stabilität in Europa nicht ersetzen wolle. Beides muß sich ergänzen.

c) In allen Sicherheitsfragen müssen die USA von der Einheit des Bündnisgebiets[15] ausgehen und der Tatsache Rechnung tragen, daß Europa der zentrale

14 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

15 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

Platz ist, auf dem sich die beiden Bündnissysteme gegenüberstehen, auf den sich also die Bemühungen um Stabilität und Entspannung hauptsächlich (zumindest gleichberechtigt mit-) beziehen müssen. Die Darstellung Europas als Regionalproblem u. a. ist mit dem Konzept der Einheit des Bündnisgebiets unvereinbar.

d) Gleichzeitig müssen wir amerikanische Interessen (die europäischen nicht direkt entgegenstehen) berücksichtigen, d. h. u. a. keine unnötigen Reizungen bezüglich Zentralamerikas; keine Dämonisierung von SDI.

Bei den SDI-Diskussionen zwischen uns und den Amerikanern sollten wir besonders zwei Punkte in den Vordergrund stellen:

– keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Bündnis (hierzu gibt es abgesicherte vereinbarte Formulierungen, z. B. im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung im Dezember 1982 in Brüssel[16]);
– keine Veränderung des militärischen Gleichgewichts, d. h. gegenseitige Respektierung der Sicherheit des anderen auf der Grundlage gleicher Rechte (s. Washingtoner Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung im Mai 1984[17]);
– Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur kooperativen Stabilisierung des strategischen Verhältnisses.

2) Gegenüber dem Osten:

– Beständige Weiterführung des KSZE-Prozesses und Pflege von Dialog und Zusammenarbeit mit allen WP-Staaten. Dabei große Behutsamkeit: Vermeidung jedes Eindrucks der Keiltreiberei, Zurückhaltung in Äußerungen zur deutschen Frage (vor allem keine Grenzprobleme). Aufrechterhaltung unseres Angebots gegenüber der Sowjetunion, aber keine Demandeurstellung, sondern Geduld bei zeitweiliger sowjetischer Reserviertheit.
– Aufrechterhaltung und bei östlichem Echo Weiterentwicklung unserer Bereitschaft zu neuen Ansätzen beim Gewaltverzicht. Diese Bereitschaft sollte über Stockholm hinausgehen, da wir dort durch das Mandat[18] gebunden sind und der Westen nur einer sehr eingeschränkten und hinter den östlichen Vorstellungen weit zurückbleibenden Form einer Bestätigung des Gewaltverzichts zustimmen wird. Hier muß jedoch Wert gelegt werden auf Synchronisation mit Stockholm und berücksichtigt werden, daß wir für weitergehende Pläne noch keine Zustimmung der Verbündeten haben.
– Wir sollten uns nachdrücklich für ein positives Ergebnis in Stockholm einsetzen und frühzeitig die Perspektiven für die zweite Phase der KVAE vorbereiten, in der auch über die Schaffung größerer konventioneller Stabilität in Europa gesprochen werden muß.

16 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 62–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90.

17 Vgl. dazu Ziffer 8 der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 135. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 368.

18 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

– Wir müssen bei dem Grundsatz bleiben, daß zur Förderung unserer ost- und deutschlandpolitischen Anliegen unter keinen Umständen Konzessionen im Sicherheitsbereich in Frage kommen. Gleichzeitig müssen wir uns im klaren darüber sein, daß Fortschritte zwischen West und Ost im Sicherheitsbereich die Möglichkeiten für den KSZE-Prozeß und unsere ost- und deutschlandpolitischen Anliegen wesentlich verbessern würden.

3) Eine Stärkung des europäischen Pfeilers – als transatlantischer Partner der USA und als ernstzunehmender Gegenpol der Sowjetunion für die Entspannungspolitik in Europa – ist so nötig wie je. Dazu gehört die Erörterung der europäischen Sicherheitsinteressen im Zusammenhang mit der Revitalisierung des Großmächtedialogs (auch in der WEU). Gleichzeitig sollten wir aber mit Blick auf den Osten (und dessen WEU-Sorgen) deutlich machen, daß es (lediglich) um eine Stärkung der Allianz und keinesfalls um eine Änderung ihrer (defensiven) Strategie geht.

Braunmühl

Referat 213, Bd. 139347

263

Aufzeichnung der Staatssekretäre Ruhfus und Meyer-Landrut

4. Oktober 1984[1]

Herrn Minister vorzulegen[2]

Betr.: Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich mit Saudi-Arabien

Anlg.: 1[3]

I. 1) Am 11.10.1984 wird ein Jahr vergangen sein, seit BK Kohl in Djidda mit dem König von Saudi-Arabien vereinbarte, „Fragen des Verteidigungsbereichs in die Zusammenarbeit einzubeziehen".[4]

„Eine saudische Expertengruppe" solle Ende 1983 die Bundesrepublik Deutschland besuchen, „um bei den Gesprächen erörterte Möglichkeiten der Lieferung deutscher Rüstungsgüter, die für die Verteidigung bestimmt sind, zu prüfen, so-

1 Hat Ministerialdirigent Schlagintweit am 4. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 14. Oktober 1984 vorgelegen, der handschriftlich für die Staatssekretäre Meyer-Landrut und Ruhfus vermerkte: „Nach Ergänzung des Papiers entsprechend meiner Bemerkungen erbitte ich Rücksprache."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 15. Oktober 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Verschluß. B[üro]StS: für Rückspr[ache] mit BM am 16.10."

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 20.

4 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307. Vgl. dazu ferner das Kommuniqué vom 11. Oktober 1983; BULLETIN 1983, S. 966 f.

weit sie den saudi-arabischen Bedürfnissen entsprechen." (Diese Mission wurde im Dezember 1983 durchgeführt.[5])

Am 17.2.1984 schrieb der Bundeskanzler an König Fahd:

„Wenn ich etwas verspreche, halte ich es auch.[6] Nach dieser Maxime handele ich als Politiker und im privaten Leben. Daran wird sich nichts ändern."

Er werde „voll und ganz zu allen Teilen des Kommuniqués vom 11.10.1983 stehen".[7]

Die Saudis drängen bisher nicht. Aus zahlreichen politischen Besuchen in diesem Sommer, um die wir teilweise lange geworben hatten, kann man schließen, daß die Saudis zur Zeit eher eine Politik positiver Signale verfolgen.[8]

Auch angesichts der vom Bundesminister erwähnten Spekulationen deutscher Pressevertreter um das Schicksal der deutsch-saudischen Verteidigungszusammenarbeit müssen wir aber damit rechnen, daß die Saudis in nicht allzu langer Zeit auf das Ausbleiben jeden deutschen Signals emotional, spektakulär und wirtschaftlich schädlich reagieren.

2) Es war von vornherein klar, daß die geplante Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung stärksten Widerstand von seiten Israels, der wichtigen proisraelischen Kreise in den USA wie auch in der deutschen Öffentlichkeit auslösen würde. Der Bundeskanzler hat daher stets deutlich gemacht, daß bei dieser Frage unser besonderes Verhältnis und unsere Verantwortung für Israel nicht außer acht gelassen werden können und daß er das, was er bei seinem Besuch in Israel im Januar 1984[9] gehört habe, „bei der Entscheidung, die in Bonn zu treffen ist, berücksichtigen werde".[10]

Der Bundeskanzler hat dies in seinem Bericht über die Israelreise vor dem Deutschen Bundestag (9.2.1984[11]) und in einem Schreiben an König Fahd (17.2. 1984[12]) erläutert:

– „Ich bin überzeugt, daß keines der Waffensysteme … jemals bei einem Angriff gegen Israel zum Einsatz kommt."
– „Die deutschen Rüstungsgüter zur Verteidigung beziehen sich auf die Sicherheit Saudi-Arabiens in seiner engsten und unmittelbaren Umgebung."

3) Zur Klärung der politischen Rahmenbedingungen der geplanten Zusammenarbeit hat StS Meyer-Landrut zusammen mit den Staatssekretären Rühl (BMVg), von Würzen (BMWi) und MD Teltschik vom 27.5.1984 bis 29.5.1984 in Saudi-

5 Zum Besuch einer saudi-arabischen Delegation vom 4. bis 20. Dezember 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 5, Anm. 4.

6 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das muß auch gegenüber Israel gelten."

7 Für das Schreiben vgl. Dok. 48.

8 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „In N[ew] Y[ork] hat AM eine Begegnung praktisch verweigert."

9 Korrigiert aus: „Februar 1984".
Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.

10 An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Der BK hat dem damaligen israel[ischen] PM eine feste Vorabkonsultationszusage gegeben."

11 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 127, S. 3725–3729.

12 Korrigiert aus: „14.2.1984".

Arabien Gespräche geführt.[13] Grundlage der Verhandlungen mit AM Prinz Saud war ein vom BM gebilligtes Papier, das vier Punkte enthielt:

a) Die Politik beider Seiten beruht auf der VN-Satzung[14] und der Überzeugung, daß bewaffnete Auseinandersetzungen kein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten sind.

b) Bei einer gerechten Lösung des Nahost-Konflikts muß das Recht aller Staaten auf gesicherte Existenz ebenso Beachtung finden wie das Recht auf Selbstbestimmung.

c) Eine Ausfuhr oder Weitergabe von uns gelieferten militärischen Materials ist ausgeschlossen.

d) Die Ausbildung an dem gelieferten Gerät durch Angehörige der Bundeswehr ist ausgeschlossen.

Verteidigungsminister Prinz Sultan akzeptierte diese Grundlagen für die rüstungspolitische Zusammenarbeit, er bat allerdings, die politischen Passagen noch mit AM Prinz Saud zu besprechen. Während der Außenminister die Punkte a)[15], c) und d) sofort akzeptierte und bereit war, sie in eine gemeinsame Rahmenvereinbarung aufzunehmen, sah er sich nicht imstande, dies auch hinsichtlich b) in der vorgeschlagenen Form zu tun. Wie aus dem Gesprächsprotokoll hervorgeht, erklärte er, daß er inhaltlich keine Einwendung gegen diesen Text habe, diese Aussage jedoch nicht in einem gemeinsamen Dokument wünsche. Er sei bereit zu prüfen, ob er eine solche Aussage in einem Schreiben an uns machen könne. Die deutschen Gesprächsteilnehmer machten deutlich, daß die vorgeschlagene Aussage für sie unerläßlich sei, daß sie sie als Teil der Vereinbarung ansehen würden und sie sowohl im Deutschen Bundestag als auch „anderen“ gegenüber zu benutzen gedächten.

Das am 17.7.1984 eingegangene Schreiben Prinz Sauds[16] enthält eine Aufzählung der arabischen Positionen zum Nahost-Konflikt, die in dieser Form für uns nicht annehmbar sind. Sie decken sich nicht mit dem Fahd-Plan[17] (Punkt 7: Bestätigung des Rechtes der Staaten der Region auf Existenz in Frieden), sondern mit dem Fes-Plan[18] (Punkt 7: Der VN-Sicherheitsrat stellt Garantien für den Frieden zwischen allen Staaten der Region einschließlich des zukünftigen palästinensischen Staates auf.). Es enthält die Forderung nach einem palästi-

13 Zu den Gesprächen vgl. Dok. 159.

14 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

15 Das Wort „a)“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „a) ist inzwischen überholt durch die öffentliche Forderung des Kronprinzen nach Befreiung Jerusalems und Vernichtung des Staates Israel. Gibt es dazu irgendwelche dementierende Erklärung der saudi-arab[ischen] Führung?“
Dazu vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut auf einem Begleitvermerk: „Zu a): Hinweis auf Erklärung von Prinz Sultan, die allerdings vor der des Kronprinzen erfolgte, und König.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14124 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

16 Für das Schreiben des saudi-arabischen Außenministers Prinz Saud al-Faisal vom 11. Juli 1984 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 14124 (010).

17 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd zur Lösung des Nahost-Konflikts vom 8. August 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 233.

18 Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

nensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt, während Bekenntnisse zu einer friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts und zum Existenzrecht aller Staaten der Region fehlen.

In dieser Antwort spiegelt sich die Vorsicht der saudischen Außenpolitik, die es nicht wagt, schriftlich von gemeinsamen arabischen Positionen abzuweichen.

4) Seit der Abfassung des Schreibens sind drei Monate vergangen. Wir müssen nunmehr darauf reagieren. Zwei Optionen sind denkbar:

– Wir bezeichnen dieses Schreiben wegen des Abweichens von dem Gesprächsverlauf im Mai 1984 als nicht akzeptabel und erklären, damit seien die politischen Grundlagen für eine Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich entfallen. Wir beschwören so die unter II. 4 dargestellten Gefahren herauf.
– Wir führen die Verhandlungen durch StS Meyer-Landrut und MD Teltschik mit dem saudischen Außenminister weiter, um eine unseren innen- und außenpolitischen Bedürfnissen Rechnung tragende Basis herzustellen. Denkbar wäre als Ergebnis etwa ein Schreiben von uns, das von saudischer Seite bestätigt wird.[19]

II. Es handelt sich hier zweifellos um eine Entscheidung von großer Tragweite. Die wichtigsten Implikationen wurden mit Aufzeichnung vom 14.9.1984 dargestellt (beigefügt)[20].

Außenpolitische Auswirkungen betreffen vor allem

– Fragen im Zusammenhang mit den Grundsätzen unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik,
– unsere Stellung zu den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens,
– unsere wirtschaftlichen Interessen, vor allem in den reichen Ölstaaten der Großregion,
– die Glaubwürdigkeit des Bundeskanzlers und das außenpolitische Ansehen der Bundesrepublik Deutschland.

1) Die Frage, wieweit Waffenexporte nach Saudi-Arabien mit den Grundsätzen unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik zu vereinbaren sind, ist geprüft worden. Diese verbieten solche Ausfuhren nicht, da

– insbesondere nach Abgabe einer Erklärung entsprechend I. 3 keine Gefahr besteht, daß die Waffen bei einer friedensstörenden Handlung, vor allem einem Angriffskrieg, verwendet werden (§ 6 KWKG[21]), noch Saudi-Arabien als Spannungsgebiet betrachtet zu werden braucht (Ziffer 13 der Grundsätze von 1982);

19 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dazu besteht kein Anlaß, da saud[ischer] AM in N[ew] Y[ork] Gespräch ausgewichen ist.“ Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte auf einem Begleitvermerk: „Saudischer B[otschafter] hat sich bei mir angesagt und wird sich nach Fortgang erkundigen. Ich habe ihn bisher vertröstet.“ Vgl. VS-Bd. 14124 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

20 Dem Vorgang beigefügt.
Für die Aufzeichnung vgl. auch Referat 424, Bd. 137526.
Für die von Bundesminister Genscher angeordnete überarbeitete Endfassung vgl. Referat 424, Bd. 135825.

21 Für den Wortlaut von Paragraph 6 des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 445.

– die Grundsätze eine ausnahmsweise Lieferung aus besonderen politischen Gründen ermöglichen (vitales deutsches Interesse, Ziffer 9 der Grundsätze[22]).

Als solche besonderen Gründe können angesehen werden:

– Saudi-Arabien ist der größte Rohölexporteur der Welt. Es verfügt über die größten Rohölreserven[23] und wird daher noch auf lange Zeit eine zentrale Rolle für unsere und die westliche Energieversorgung spielen. Die gegenwärtigen Vorausschätzungen[24] gehen dahin, daß die Rolle von Saudi-Arabien als Öllieferant gegen Ende der 80er Jahre wieder stark an Bedeutung zunimmt.
– Saudi-Arabien ist unser zweitgrößter Markt in der Dritten Welt. Die jährlichen deutschen Ausfuhren betrugen in den letzten Jahren über 7 Mrd. DM. Selbst bei der sich abzeichnenden fallenden Tendenz wird Saudi-Arabien ein Markt von größter Bedeutung für deutsche Waren und Dienstleistungen bleiben.[25]
– Saudi-Arabien ist als Führungsmacht des Golf-Kooperationsrats für das politische Geschehen und die außenpolitische Ausrichtung der gesamten, für den Westen lebenswichtigen Golfregion von ausschlaggebender Bedeutung.

Saudi-Arabien und die Golfstaaten wenden sich innerlich immer mehr von der prioritären Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ab, da sie deren Politik als einseitig pro-israelisch betrachten. Unter langfristigen Gesichtspunkten kann es wichtig sein, daß sie in ihrem Sicherheitsdenken sich nicht allein auf die USA als westliche Macht angewiesen fühlen, sondern weitere tragfähige westliche Komponenten entwickelt werden. Neben Frankreich und Großbritannien könnten wir hier eine wichtige Rolle spielen.

Zur inneren Stabilität können Waffenlieferungen nicht beitragen, wie Iran bewiesen hat. Hält sich eine verteidigungspolitische Kooperation aber in einem vernünftigen und maßvollen Rahmen, so kann sie durchaus auch politische Erschütterungen überdauern. Bei etwaigen innenpolitischen Veränderungen dürften die Streitkräfte zur ausschlaggebenden Kraft Saudi-Arabiens werden. Es könnte in unserem und im westlichen Interesse liegen, hier frühzeitig Verbindungen und eine der Natur der Sache nach langfristig tragfähige Zusammenarbeit zu schaffen.

Es ist aber gleichzeitig nicht zu verkennen, daß eine Öffnung unserer Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien – wie in der Aufzeichnung vom 14.9.1984 im einzelnen dargestellt – die Bundesregierung politischem Druck seitens Dritter[26] aussetzen und es nicht einfach sein wird, glaubwürdig zu vertreten, diese Entscheidung präjudiziere unsere restriktive Rüstungsexportpolitik nicht.

22 Für den Wortlaut von Ziffer 9 bzw. Ziffer 13 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 310 f.

23 Die Wörter „größte Rohölexporteur“ und „größten Rohölreserven“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist das so? Erbitte Zahlen.“

24 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wessen?“

25 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Märkte von 1–20 in Zahlen aufführen!“

26 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wessen?“

2) Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß wir durch exklusive Waffenlieferungen an Saudi-Arabien unsere Nah- und Mittelostpolitik zu einseitig auf diesen erzkonservativen, von vielen Staaten der Region als reaktionär betrachteten Staat festlegen. Dies könnte vor allem unsere Beziehungen zu Iran, die politisch und wirtschaftlich wichtigste – und schwierigste – Regionalmacht und unser traditionell bester Handelspartner der Region, stören, aber auch unser Verhältnis zu wichtigen Partnern wie Irak, Ägypten, Libyen und Algerien. Behandeln wir diese Staaten nicht gleich oder ähnlich wie Saudi-Arabien, so könnte eine wirtschaftlich und politisch nachteilige Entfremdung eintreten.

Wir müssen versuchen, diese Schäden in folgender Weise zu begrenzen:

– Hinsichtlich Qualität und Quantität der Saudi-Arabien zu liefernden Rüstungsgüter müssen wir ein gewisses Maß[27] halten.
– Wir müssen Sorge tragen, daß unser Hinweis[28], Saudi-Arabien sei eine Ausnahme, glaubwürdig bleibt.

  Gleichwohl ist es angesichts der schon abgegebenen Erklärungen nicht zu vermeiden, daß im Zusammenhang mit Saudi-Arabien auch an die kleineren Golfstaaten gewisse Lieferungen erfolgen, wobei nicht nur bei der Qualität ein möglichst enger Rahmen gewahrt werden sollte.[29]
– Da unseren Interessen in Iran vergleichsweise der größte Schaden droht, sollten nach Ende des irakisch-iranischen Krieges behutsam gewisse Bereiche der Zusammenarbeit mit Iran, die schon in den 30er, vor allem aber in den 50er und 60er Jahren begonnen worden waren, wiederaufgenommen werden (Marine, Rüstungsindustrie).

3) Wie groß die wirtschaftlichen Schäden sein würden, die sich aus einer Nicht-Gleichbehandlung von Staaten wie Irak, Ägypten, Libyen und anderen ergeben, ist schwer abzuschätzen. Falls es nicht zu einer späteren Sonderbehandlung Irans, wie unter Punkt 2) vorgeschlagen, kommt, sind starke Einbußen auf dem iranischen Markt (deutsche Ausfuhren 1983: 7,7 Mrd. DM) zu erwarten. Einbußen dürften auch von seiten Iraks (deutsche Ausfuhren 1982: 7,6 Mrd. DM, 1983: 3,6 Mrd. DM) und der kleineren Golfstaaten eintreten. Mit einer längerfristig konsequenten Haltung gegenüber der deutschen Wirtschaft ist jedoch allenfalls bei Irak zu rechnen; allerdings dürften Marktmechanismen wie Preis und Qualität letztlich ausschlaggebend sein.

4) Weitaus schwerwiegender wären sowohl die politischen wie auch die wirtschaftlichen Nachteile, die wir im Falle einer neuerlichen Weigerung, Saudi-Arabien gewisse Waffen zu liefern, zu gewärtigen hätten.

Die Reaktion Saudi-Arabiens auf die ausgewogene und maßvolle Rede, mit der der Bundeskanzler am 9.2.1984 vor dem Deutschen Bundestag nach seiner Reise nach Israel auch eine gewisse Berücksichtigung israelischer Gesichtspunkte angekündigt hatte, zeigt die Richtung an:

27 Die Wörter „ein gewisses Maß“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt das?“

28 Die Wörter „unser Hinweis“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer hat den gegeben und wie wird er begründet?“

29 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Zunächst erklärte ein Regierungssprecher, Saudi-Arabien habe der Bundesregierung volle Freiheit gelassen, das anzubieten und zu verkaufen, was Deutschland an Waffen produziert. Eine große Zahl deutscher Firmen unterhalte Handelsbeziehungen mit der saudischen Regierung oder mit saudischen Firmen. Jeder Staat habe das Recht, sich dafür zu entscheiden, was er für seine Interessen und seine wirtschaftlichen Zwecke für passend erachte.

Die gelenkte saudische Presse schrieb dann, die deutsche Unterwerfung unter den Zionismus, die bereits vor dem Sechs-Tage-Krieg[30] die deutschen Waffenschmieden für Israel öffnete, bestimme offenbar auch jetzt wieder die deutsche Außenpolitik.

Wir müssen damit rechnen, daß sich im Falle einer deutschen Ablehnung, die in jedem Fall auf israelischen Einfluß zurückgeführt werden wird, die öffentliche Meinung und die Haltung der Regierungen aller arabischen Staaten von Irak bis Marokko gegen uns wenden. Auch andere islamische Staaten, vor allem Iran, aber auch die Türkei und Pakistan, könnten negativ reagieren. Der Verlust an politischem Kapital nicht nur in der arabischen Welt, sondern auch weiten Teilen Asiens und Afrikas, wäre größer als die oben beschriebenen wirtschaftlichen Nachteile.[31]

Darüber hinaus würden auch Sicherheitsprobleme auftreten. Botschaften westlicher Länder sind bei ähnlichen Anlässen in Brand gesetzt worden. Terroranschläge extremistischer islamischer Organisationen sind nicht ausgeschlossen.[32]

III. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

1) Das Verhalten des Bundeskanzlers in Djidda im Oktober 1983, seine mündlichen und schriftlichen Äußerungen machen es unmöglich, aus den Vereinbarungen mit den Saudis auszusteigen.

Wir haben es aber in der Hand, zu bestimmen, was wir liefern und in welchem Rhythmus. Wir können allerdings nicht zu weit unter der vom Bundeskanzler präsentierten Liste bleiben.

2) Ein unseren innen- und außenpolitischen Bedürfnissen Rechnung tragender politischer Rahmen ist Voraussetzung für die Konkretisierung der deutsch-saudischen Vereinbarung vom 11.10.1983.

Dies sollte den Saudis alsbald mitgeteilt werden; sodann Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, den letzten noch offenen Punkt zu klären.

3) Innerhalb der Bundesregierung müßte Einvernehmen hergestellt werden,

– daß unsere Lieferungen nach Saudi-Arabien einen gewissen noch festzulegenden Rahmen nicht übersteigen;

30 Am 5. Juni 1967 griffen israelische Streitkräfte ägyptische Truppen auf der Sinai-Halbinsel an und nahmen einen Tag später den Gaza-Streifen und den jordanischen Teil von Jerusalem ein. Am folgenden Tag ordnete das Oberkommando der ägyptischen Streitkräfte die Sperrung des Suez-Kanals an. Die Kampfhandlungen fanden am 10. Juni 1967 mit der Besetzung der Sinai-Halbinsel und des Gebietes westlich des Jordans durch Israel ein vorläufiges Ende. Der Suez-Kanal blieb für die Schifffahrt gesperrt. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 207 und Dok. 208.

31 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Lage wird eintreten, wenn wir nur nach Saudi-Arabien liefern. Bisher ist trotz jahrelanger Nichtlieferung eine solche Reaktion nicht eingetreten."

32 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Weil keine Waffen an Saudi-Arab[ien] geliefert werden? Welche Fälle gibt es da?"

– daß Saudi-Arabien auch in der Region Ausnahme bleiben muß, wobei einzelne Rüstungslieferungen in die Golfstaaten, wie sie schon früher genehmigt wurden, möglich bleiben (Schnellboote für Kuwait[33]);
– daß unsere langfristigen Interessen gegenüber Iran auch in gewissen sensiblen Bereichen zu wahren sind.

Ruhfus Meyer-Landrut

VS-Bd. 14124 (010)

264

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

513-542.15/3 VS-NfD **4. Oktober 1984**

Unter Verschluß

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister

Betr.: Zufluchtsfälle in Prag[2]

Bezug: mein heutiges Gespräch mit Staatssekretär Rehlinger/BMB

Staatssekretär Rehlinger unterrichtete mich heute im BMB in Anwesenheit von MD Baumgärtel über Gespräche, die er am 2. und 3. Oktober 1984 mit Rechtsanwalt Vogel geführt habe, wie folgt:

1) RA Vogel habe ihm – Rehlinger – am Abend des 2. Oktober 1984 mitgeteilt, er sei von der Redaktion von „Bild am Sonntag“ angerufen worden mit der Frage, ob es stimme, daß sich in der Botschaft Prag 50 Personen, die aus der DDR

33 Ministerialdirektor Ruhfus vermerkte am 11. Januar 1984: „Am 1.5.1980 schloß die Fa. Lürssen Werft mit der kuwaitischen Marine einen Vertrag über die Lieferung von acht Schnellbooten. Herstellungs- und Ausfuhrgenehmigungen wurden im Jahre 1980 bzw. 1982 erteilt. Einige der Boote sind bereits ausgeliefert; die letzten folgen in diesem Jahr.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135811.

1 Hat Staatssekretär Ruhfus am 4. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 5. Oktober 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]“.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 5. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Bertele verfügte.
Hat Bertele am 8. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kroneck verfügte.
Hat Kroneck am 9. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Ministerialdirektor Bertele vermerkte am 20. September 1984: „Die Praxis der DDR-Behörden, Straffreiheit und schließliche Ausreise bei vorheriger Rückkehr in die DDR zuzusagen, hat sich trotz der Absage des Honecker-Besuches zunächst nicht verändert. […] Während die Botschaften Bukarest, Sofia und Warschau in den letzten Tagen keine Vorsprachen von Deutschen aus der DDR mehr verzeichneten, haben sich in der Botschaft Budapest, mit Schwerpunkt aber in der Botschaft Prag, weiterhin ausreisewillige Deutsche aus der DDR gemeldet, wenn auch – jahreszeitlich bedingt – nicht mehr in der gleichen Zahl wie während der Sommerferien.“ Vgl. VS-Bd. 12428 (513); B 150, Aktenkopien 1984.

ausreisen wollten, aufhielten. Vogel habe ihm gesagt, daß er diese Nachricht weder dementiert noch bestätigt habe. Staatssekretär Rehlinger war zu jener Zeit noch nicht bekannt, daß die ARD am gleichen Abend eine entsprechende Meldung ausstrahlen würde.

2) Zur weiteren Behandlung der Zufluchtsfälle in der Botschaft Prag hat Vogel sich am 2. Oktober 1984 wie folgt geäußert:

Er habe zur Stunde keine Vollmacht, mehr als Straffreiheit zuzusagen. Er glaube auch nicht, daß er in den nächsten Tagen zu weitergehenden Zusagen ermächtigt würde. Er habe dann angedeutet, daß er eine Änderung nur dann erwarte, wenn Honecker selbst sich der Sache annähme. Dieser habe aber zur Zeit „den Kopf sehr voll".

3) StS Rehlinger teilte am 3. Oktober 1984 RA Vogel fernmündlich mit, daß die 21 Personen, für die die DDR bei Rückkehr zwar Straffreiheit, nicht jedoch die spätere Ausreise zugesagt habe, die Botschaft Prag nicht verlassen würden.

Vogel antwortete, daß er nicht ermächtigt sei, weitergehende Zusagen zu machen.

4) Nach der Einschätzung von StS Rehlinger stellt sich die Lage jetzt wie folgt dar:

4.1) Die DDR könne es nach ihrem Selbstverständnis nicht hinnehmen, daß die Botschaft Prag für eine größere Zahl von DDR-Bürgern als Schleuse in den Westen diene und daß dies öffentlich bekannt sei.

4.2) Die DDR halte es auch nicht aus, innerstaatlich verbindliche Ausreiseregeln zu erlassen, die den Weg über Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland unnötig machten.

4.3) Die DDR sei weiter in besonders gelagerten Einzelfällen bereit, Ausreisezusagen zu erteilen. Voraussetzung sei, daß es sich wirklich um Einzelfälle handele und daß die Öffentlichkeit nichts erfahre. (StS Rehlinger sagte mir bei der Gelegenheit vertraulich, daß auf dieser Basis auch bereits wieder Fälle in der Ständigen Vertretung in Berlin (Ost) gelöst worden seien.)

4.4) StS Rehlinger hielt es für möglich, daß die DDR nochmals bereit sei, die derzeitigen Zufluchtsfälle in Prag zu lösen; sie werde hierfür jedoch mit Sicherheit Bedingungen stellen, wonach die Schleusenfunktion der Botschaft beendet werden müsse. Nach seiner – Rehlingers – Einschätzung könnte die Bundesregierung jedoch weitergehende Erklärungen als die in der Vergangenheit gegenüber der DDR gemachten nicht abgeben. Ich habe jedenfalls für unsere Auslandsvertretungen dies bestätigt. Damit bestand Einigkeit, daß mit weitergehenden Erklärungen gegenüber der DDR die derzeitigen Fälle nicht lösbar seien.

4.5) StS Rehlinger stellte dann die Frage, ob wir in der Botschaft Prag – ähnlich wie in der Ständigen Vertretung in Berlin (Ost)[3] – Änderungen entweder in der Art der Beratung oder in der Organisation vornehmen könnten. Auf meine Bemerkung, daß die Gespräche mit Zufluchtsuchenden bei der gegebenen Situation nicht anders geführt werden könnten, als sie von der Botschaft Prag geführt werden, fragte StS Rehlinger, ob wir nicht auch zu räumlich ähnlichen

[3] Zu den Umbaumaßnahmen in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin vgl. Dok. 206, Anm. 3.

Lösungen wie in der Ständigen Vertretung in Berlin (Ost) kommen könnten. Dort verließen Zufluchtsuchende am Abend das Gebäude, wenn man ihnen sage, daß nun der einzige Raum, zu dem sie Zutritt hätten, geschlossen würde. Wenn man in Prag ähnliche räumliche Voraussetzungen schaffen könnte, die entsprechend bekanntgegeben würden, könnte man die Sogwirkung in der Öffentlichkeit verhindern.

Man müsse jedenfalls der DDR von unserer Seite irgendein Verhalten anbieten, das ausreichend sei, daß sich die große Zahl der Zufluchtsfälle verhindern ließe. Nach den Erfahrungen in Berlin (Ost) sei wohl die räumliche Gestaltung der Besucherabfertigung mit entsprechender Gesprächsführung durch die Bediensteten die einzige uns offenbleibende Möglichkeit, die Zahl der Zufluchtsfälle drastisch zu reduzieren. Über Einzelfälle könne man dann immer sprechen.

4.6) Abschließend meinte StS Rehlinger, daß die DDR interessiert sei, zu verhindern, daß die Botschaft Prag wegen Überfüllung geschlossen werden müsse. Das würde die 35-Jahr-Feierlichkeiten[4] überschatten und auch den in Kürze anstehenden Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Sinowatz.[5]

Er erbitte eine Reaktion des Auswärtigen Amts, die er gegebenenfalls möglichst schnell an RA Vogel herantragen würde.

Zur Zuständigkeit für die Lösung der Prager Fälle betonte er, daß das BMB personell und materiell zur Verfügung stünde. Wie wir in der Sache weiter verfahren sollten, müßte allerdings vom Auswärtigen Amt entschieden werden.

5) RK-Referent der Botschaft Prag, von Stenglin, teilte mir soeben fernmündlich mit, daß es heute einen erheblichen Andrang von Zufluchtsuchenden gebe. Bis 11.00 Uhr hätten bereits 20 Personen den Wunsch geäußert, in der Botschaft zu bleiben. Erfahrungsgemäß müsse man damit rechnen, daß rd. zehn Personen tatsächlich blieben. Im Laufe des Tages würde sicherlich noch eine größere Zahl von weiteren Besuchern kommen. Heute morgen zu Dienstbeginn befanden sich 49 Zufluchtsuchende in der Botschaft Prag.

6) Bei dieser Sachlage halte ich eine Reise nach Prag und Gespräche mit den Zufluchtsuchenden in der Botschaft nicht für erfolgversprechend. Die DDR hat die Tür nicht endgültig zugeschlagen. Ein Appell an die Zufluchtsuchenden, ohne Ausreisezusicherungen nach Hause zurückzufahren, ist in dieser Situation aussichtslos.

Ich halte eine eingehende Erörterung des Gesamtkomplexes für dringend erforderlich.[6]

Bertele

B 85 (Referat 513), Bd. 1680

4 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 7. Oktober 1984: „Politischer Höhepunkt der Feiern zum 35. Jahrestag der DDR war eine Festveranstaltung am 6.10. im Palast der Republik mit einer etwa einstündigen Rede Honeckers und einer 20-minütigen Grußansprache Gromykos. Am Vormittag des gleichen Tages hatten Kranzniederlegungen stattgefunden. Am Abend veranstaltete die FDJ einen Fackelzug Unter den Linden mit über 200 000 Jugendlichen, bei dem Gromyko, Honecker und die gesamte DDR-Führung anwesend waren. Am 7. Oktober fand unter Mißachtung des Vier-Mächte-Status in Ost-Berlin eine große Militärparade der NVA statt, gegen die die Drei Mächte bereits protestiert haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1662; Referat 210, Bd. 132748.

5 Bundeskanzler Sinowatz hielt sich am 5./6. November 1984 in der DDR auf.

6 Ministerialdirigent Redies notierte am 5. Oktober 1984, in einer Ressortbesprechung am selben Tag

265

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3805/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. Oktober 1984, 13.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4268 **Ankunft: 5. Oktober 1984, 19.16 Uhr**

Betr.: amerikanisch-sowjetische Gespräche[2];
hier: Bewertung

Bezug: DB[3]

Zur Unterrichtung

I. 1) Die amerikanischen Überlegungen, Gromyko zu den Gesprächen einzuladen, gehen in den Sommer zurück. Sie wurden zunächst in kleinem Kreis erörtert. Präsident Reagan legte Wert darauf, daß sie nicht vorzeitig der Öffentlichkeit bekannt wurden. Damit sollte vermutlich nicht nur ausgeschlossen werden, daß die sowjetische Seite den Gesprächsvorschlag zurückwies oder unerfüllbare Bedingungen stellte. Man dürfte auch im Sinn gehabt haben, Störmanöver von amerikanischer Seite auszuschließen. Bezeichnend dafür ist, daß das Pentagon zumindest auf Arbeitsebene nicht über die Pläne unterrichtet und bei den Gesprächsvorbereitungen nicht beteiligt wurde.

2) Hauptthemen der Gespräche waren

– Rüstungskontrolle,
– bilaterale Beziehungen,
– Ost-West-Beziehungen,
– regionale Fragen.

Dabei hatten Rüstungskontrollfragen schon wegen ihrer Bedeutung ein besonderes Gewicht. Sie waren jedoch eingebettet in mehr philosophische Diskussionen über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Großmächten und die Weltlage.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1214

habe Übereinstimmung bestanden, „nach Rückkehr von D5 aus Prag in einer weiteren Sitzung mögliche organisatorische Maßnahmen zu erörtern. Unter den gegebenen Umständen wurde es für nicht möglich gehalten, die Botschaft am Montag wieder für den Publikumsverkehr zu öffnen." Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1680.
Am 8. Oktober 1984 legte Ministerialdirektor Bertele dar, Bundesminister Genscher habe entschieden, die Botschaft in Prag „personell und sachlich" so auszustatten, „daß sie ihre besonderen Aufgaben in ordentlicher Weise erfüllen kann". Da es „eine lange Zeit dauern kann, bis Zufluchtsfälle eine Lösung finden, sind weitere Räume für die Unterbringung der Zuflüchtigen zur Verfügung zu stellen. Repräsentation findet in dieser Zeit in der Botschaft nicht statt. Die Botschaft hat z. Z. nur zwei Aufgaben, nämlich die Betreuung der Zuflüchtigen sicherzustellen und Komplikationen mit der Tschechoslowakei zu vermeiden." Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1680.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 10. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. auch Dok. 259.

3 So in der Vorlage.

3) Die Bewertung in der Administration ist noch nicht abgeschlossen. Sie reicht bei den Gesprächspartnern von Enttäuschung darüber, daß Gromyko sich zu den amerikanischen Avancen nicht äußerte, über das Gefühl, mehr sei nicht zu erwarten gewesen, bis zur Zufriedenheit über die Öffnung nach einem Jahr der Stagnation. Im Pentagon ist auch eine gewisse Erleichterung darüber zu spüren, daß Gromyko (noch) nicht auf die Anregung eingegangen ist, Verhandlungen über Rüstungskontrolle aufzunehmen. Da man auch bei Beginn solcher Gespräche keine schnellen Ergebnisse erwartet, hofft man, bei ASAT noch wichtige Entwicklungen und Tests vor einem möglichen Moratorium durchführen zu können.

4) Die Gespräche waren von vornherein nicht auf konkrete Verhandlungen und Ergebnisse angelegt. Reagan wollte Vertrauen schaffen und persönlich Gromyko deutlich machen, daß die Administration einerseits keine Illusionen über die Sowjetunion hegt, andererseits zu einem konstruktiven Dialog bereit ist. Das gilt vor allem für Rüstungskontrollfragen, wo weder Gromyko noch Reagan neue Vorschläge gemacht oder Flexibilität in Substanzfragen gezeigt haben. Weder in den USA noch offensichtlich in der SU sind die hierzu erforderlichen Entscheidungen bereits gefallen.

Aus der Sicht der Administration sind die Gespräche die logische Fortsetzung einer Politik, die darauf abzielt, durch Wiedererlangung eigener Stärke eine solide Basis für Gespräche mit der SU über Rüstungskontrolle und Reduzierung zu schaffen. Die Administration sieht das von ihr in erster Linie verfolgte Ziel erreicht. Sie wollte der sowjetischen Seite deutlich machen, daß sie ein ernsthaftes Interesse an Rüstungskontrolle hat, in Verfahrensfragen flexibel sein kann, aber keine sowjetischen Vorbedingungen akzeptiert, und daß ein Gespräch über Defensivwaffen nicht sinnvoll ist, wenn nicht auch über offensive Waffen verhandelt würde. Man glaubt, der sowjetischen Seite damit eine Grundlage für die Entscheidung über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen geliefert zu haben.

5) Gesprächspartner im Weißen Haus (Matlock) und im State Department (Palmer) sehen es als völlig offen an, welche Entscheidung sowjetische Seite treffen wird. Palmer verweist darauf, daß die TASS-Veröffentlichung nach dem letzten Shultz-Gromyko-Gespräch, die angeblich von Gromyko selbst verfaßt worden sei, zwar maßvoller gewesen sei als die Erklärung nach dem Gespräch Reagan–Gromyko und keine Kritik an den USA enthalten habe. Sie lasse jedoch keinen Rückschluß auf die sowjetische Haltung zu.[4] Diese werde in Moskau entschieden. In diesem Zusammenhang ist es nach Auffassung aller Gesprächspartner

4 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 2. Oktober 1984, in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ sei am 30. September 1984 die Meldung der Nachrichtenagentur TASS über das Gespräch des Präsidenten Reagan mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 28. September 1984 in Washington erschienen. Darin werde erklärt, Gromyko habe Reagan „die prinzipielle Einschätzung des gegenwärtigen Kurses der Politik der USA dargelegt, welche in einer kürzlichen Erklärung Tschernenkos als klar auf die gefährliche Anheizung der internationalen Spannung ausgerichtet charakterisiert worden sei“. Abschließend werde festgestellt, „die Zukunft werde zeigen, ob Washington seinen Kurs korrigieren will“. Eine weitere TASS-Meldung über das Gespräch zwischen Gromyko und dem amerikanischen Außenminister Shultz am 29. September 1984 in Washington sei am 1. Oktober 1984 in der „Prawda“ veröffentlicht worden. Demnach habe dieses Gespräch der Fortsetzung der „intensiven Erörterung eines breiten Problemkreises“ zwischen Reagan und Gromyko gedient. Eine Fortsetzung des Meinungsaustauschs beider Seiten sei vereinbart worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3878; Referat 213, Bd. 139347.

wichtig, wie sich die Führungsfrage in Moskau entwickeln werde. Matlock schließt eine Ablösung Tschernenkos noch in diesem Jahr nicht aus. Palmer ist vorsichtiger, berichtete jedoch, daß eine Sondersitzung des Zentralkomitees vorgesehen sei. Sie solle sich nach Angaben von Dobrynin mit Agrarfragen beschäftigen[5], könne aber auch andere Themen behandeln.

6) Niemand erwartet Verhandlungen vor Anfang des nächsten Jahres. Das State Department geht davon aus, daß Rüstungskontrollfragen zunächst auf diplomatischem Weg behandelt werden und Verhandlungen erst nach Vorklärung einiger Fragen wiederaufgenommen würden. Die Verabredung eines neuen Außenministertreffens blieb vage.

7) AM Shultz hat in einer ersten internen Bewertung vor allem zwei Punkte hervorgehoben, die nach Auskunft des State Department auch die Ansicht von Präsident Reagan wiedergeben. Auf der einen Seite hätten die Gespräche die fundamentalen Unterschiede in den Auffassungen beider Seiten zu zentralen Themen wie Rüstungskontrolle, Menschenrechte und Ost-West-Beziehungen gezeigt. Auf der anderen Seite sei Shultz beeindruckt von dem maßvollen Ton Gromykos, der eher werbend (trying to appeal) gesprochen und den Eindruck gemacht habe, echt besorgt zu sein.

Das State Department ist vor allem besorgt darüber, daß Gromyko offensichtlich das Gefühl für die Welt außerhalb der Sowjetunion etwas verloren habe (out of touch with the world). Es erwähnt als Beispiel seine Äußerungen über die japanischen Verteidigungsbemühungen, die nach sowjetischer Ansicht die[6] Gefahr eines Wiederaufstiegs Japans zur asiatischen Militärmacht in sich bergen, sowie zur Wiedervereinigung Deutschlands. Man frage sich, wie die übrigen Mitglieder des Politbüros die Welt sehen, wenn schon Gromyko von solchen Überlegungen beunruhigt werde.

8) Unverkennbar ist auf amerikanischer Seite eine gewisse Sorge, daß durch die Gespräche in der amerikanischen Bevölkerung, die bisher bei Reagan teilweise die Fähigkeit vermißte, Lösungen für Rüstungskontrollfragen zu finden, und – unausgesprochen – bei westlichen Partnern jetzt zu hohe Erwartungen geweckt worden sind. Dadurch besteht nach amerikanischer Ansicht die Gefahr, daß zum einen Erfolgsdruck geschaffen, zum anderen die Bereitschaft des Kongresses beeinträchtigt wird, angemessene Mittel für die Verteidigung bereitzustellen (so Pentagon). Shultz hat daher in einem Interview nach den Gesprächen (30.9.) ausdrücklich zu Geduld geraten (you have to be relaxed about the need for an agreement if you are going to get a good one).[7]

Die hiesige sowjetische Botschaft kommt den Amerikanern dabei zu Hilfe. Sie schickte Diplomaten in mindestens einige westliche Botschaften (auch zu uns), die Geduld empfahlen und den Eindruck beträchtlicher Skepsis über die wahren Absichten der Administration und die Bewertung der Gespräche übermitteln wollten.

5 Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 26. Oktober 1984 mit, die Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU am 23. Oktober 1984 sei vor allem wegen der schlechten Ernte einberufen worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4143; VS-Bd. 10910 (421); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Korrigiert aus: „zur".

7 Für den Wortlaut des Interviews des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem Fernsehsender ABC vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2092, S. 42–44.

Das Urteil in den hier beobachteten Medien ist ebenfalls zurückhaltend. Der naheliegende Verdacht, daß Reagan mit dem Gespräch (auch) wahltaktische[8] Ziele verfolgte, wurde mehrfach geäußert. Man ist nicht sicher, ob Reagan tatsächlich ernsthaftes Interesse an Rüstungskontrolle und -reduzierung hat und ob er sich mit dieser Haltung in der Administration durchsetzt, nachdem er nach Ansicht vieler Journalisten sich bisher zu wenig mit Rüstungskontrollfragen befaßt hat. In diesem Zusammenhang sind auch Vermutungen über Änderungen im Pentagon (Ersetzung Weinbergers durch Tower, Fortgang Perles, Umzug Burts in das Pentagon) von Bedeutung.

9) Ausgehend von den begrenzten Erwartungen ist die Bewertung der Gespräche durch die Administration insgesamt positiv. Wichtig ist nach amerikanischer Ansicht vor allem, daß die Gespräche wiederaufgenommen werden. Man sieht die Richtigkeit der eigenen Politik bestätigt und die Interessen der westlichen Verbündeten gewahrt. Die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen werden fortgesetzt. Dabei ist man bereit, Flexibilität in Verfahrensfragen zu zeigen. Mit dem Vorschlag eines politischen Rahmens für Rüstungskontrollverhandlungen[9] glaubt man auch einen Ansatz gefunden zu haben, der der sowjetischen Seite die Rückkehr an den Verhandlungstisch erleichtern könnte. [10]Dabei orientieren sich die Überlegungen an der Erklärung von Wladiwostok.[11]

II. 1) Auch aus unserer Sicht verdienen die Gespräche ein uneingeschränkt positives Urteil. Mit seiner UNO-Rede und den Gesprächen ist Reagan nun auch öffentlich auf die Suche nach besseren Beziehungen mit der Sowjetunion und auf intensive Bemühungen um Rüstungskontrolle festgelegt. Für die sowjetische Seite dürfte es schwieriger geworden sein, bei der Politik der Verweigerung zu bleiben, wenn auch die Suche nach einem Einstieg in Rüstungskontrollverhandlungen noch längere Zeit in Anspruch nehmen kann. Letztlich dürften auch unsere Beziehungen zur DDR und zu den osteuropäischen Staaten von den Gesprächen profitieren.

2) Wir müssen davon ausgehen, daß die Amerikaner weitere Kontakte mit der SU zunächst mit großer Diskretion behandeln werden. Die insgesamt umfassende Unterrichtung in bilateralen Gesprächen hat jedoch gezeigt, daß sie sich ihrer Bedeutung für uns bewußt und zu eingehender Unterrichtung bereit sind. Sie sehen auch die europäische Sorge vor einem möglichen sowjetisch-amerikanischen Bilateralismus. Hinweise auf frühere Erfolge eng konsultierter Verhandlungen (Berlin, KSZE, INF) werden hier verstanden.

3) Wir haben keinen Anlaß, an der Ernsthaftigkeit von Reagans Wunsch nach Rüstungskontrolle und -reduzierung zu zweifeln. Verschiedene Tatsachen deuten auch darauf hin, daß das State Department sich stärker gegen das Penta-

8 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

9 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York; Dok. 244, Anm. 7.

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4269 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

gon durchsetzen konnte als in der Vergangenheit (mangelnde Beteiligung des Pentagons an den Gesprächsvorbereitungen, Unterzeichnung einer Vereinbarung über „concurrent operations“ bei ABM in der Special Consultative Group on SALT in Genf gegen den Willen von Perle, Hinweise des State Department auf stärkeres Interesse der Joint Chiefs of Staff an Rüstungskontrolle). Alle Gesprächspartner betonen, daß sich Reagan und Shultz persönlich intensiv mit Rüstungskontrollfragen befassen.

[gez.] van Well

VS-Bd. 12942 (204)

266

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

222-370.45-1975/84 VS-vertraulich **8. Oktober 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

Betr.: Genfer CW-Verhandlungen;
hier: vierseitige CW-Konsultationen auf Arbeitsebene am 5. Oktober 1984 in Bonn

Anlg.: 1[4]

I. Sachverhalt

1) Am 5. Oktober 1984 fanden in Bonn vierseitige CW-Konsultationen auf Arbeitsebene statt (F, GB, USA und wir). Sie wurden auf deutscher Seite von D 2 A i. V.[5] geleitet. Der amerikanische Delegationsleiter war der neue Direktor des Büros für multilaterale Angelegenheiten in der ACDA, Thomas Etzold.

Die kontinuierlich stattfindenden vierseitigen Konsultationen dienten der Koordinierung der Positionen der vier Partner in den CW-Verhandlungen. Die CD-Sitzungsperiode 1984 ist im August zu Ende gegangen. Der CW-Ad-hoc-Ausschuß wird am 14. Januar 1985 in Genf erneut zusammentreten. Die Konsultationen waren deshalb besonders wichtig für die Vorbereitung der neuen Sitzungsperiode. Den Positionen von F, GB, USA und uns kommt in der westlichen Gruppe in Genf besonderes Gewicht zu.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Massmann und Erck konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. Oktober 1984 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 12. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 222 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 22. Oktober 1984 vorgelegen.
4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 9.
5 Rüdiger Hartmann.

2) Die Konsultationen haben einen intensiven Gedankenaustausch über den gegenwärtigen Stand und die weitere Entwicklung der CW-Verhandlungen ermöglicht. Als Ergebnis wurde eine Intensivierung des Konsultationsprozesses beschlossen. Auf der Grundlage eines von der amerikanischen Seite vorgelegten Positionspapiers[6] sollen zu kontroversen Bereichen eines künftigen Abkommens (Verifikation der Nichtherstellung, Verdachtskontrollen, Vertragsorgane usw.) von den vier Partnern Ausarbeitungen erstellt werden, die auf Expertensitzungen am 5. und 28. November 1984 in Washington und erneuten vierseitigen Konsultationen am 17. Dezember 1984 in London[7] diskutiert und soweit wie möglich harmonisiert werden. Das Ziel dieser gemeinsamen Arbeit ist die Vereinheitlichung der westlichen Position bei den CW-Verhandlungen in Genf.

II. Bewertung

1) Das auf Initiative der USA vereinbarte Arbeitsprogramm zeigt, daß diese die Genfer CW-Verhandlungen in enger Abstimmung mit ihren Bündnispartnern vorantreiben wollen und bestrebt sind, den Verhandlungen des kommenden Jahres neue Impulse zu geben. Offenbar sind die USA jetzt bereit, auch alternative Vorstellungen zu ihrem im April 1984 in der CD vorgelegten Vertragsentwurf[8] in ihre Überlegungen einzubeziehen.

2) Aus Gründen der Gesichtswahrung werden die USA allerdings erst nach einer gewissen Zeit bereit sein, eingenommene, nicht konsensfähige Positionen zu revidieren. Die Konsultationen am 5. Oktober 1984 haben dies deutlich gemacht. Hierauf werden wir Rücksicht nehmen müssen. Wir werden aber den Respekt, den wir uns mit unseren Beiträgen in den Genfer Verhandlungen erworben haben, nutzen, um auf die Erarbeitung einer konsensfähigen gemeinsamen westlichen Verhandlungsbasis hinzuwirken.

3) Ich habe im persönlichen Gespräch mit dem amerikanischen Delegationsleiter nachdrücklich auf das Gewicht hingewiesen, das wir den Genfer CW-Verhandlungen beimessen, und dabei den Eindruck gewonnen, daß sich die USA im kommenden Jahr energisch für Fortschritte bei den CW-Verhandlungen einsetzen werden.

Die Liste des vereinbarten Arbeitsprogramms ist beigefügt.[9]

Ruth

VS-Bd. 11555 (222)

6 Für das undatierte amerikanische Papier vgl. VS-Bd. 11555 (222).

7 Zu den Gesprächen mit Frankreich, Großbritannien und den USA über chemische Waffen vgl. Dok. 352.

8 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

9 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzählung der Punkte, die durch die Bundesregierung zu bearbeiten waren, vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1984.

267

Ministerialdirektor Pfeffer an die Botschaft in Warschau

D2-214-321.15 POL-1813/84 VS-vertraulich Aufgabe: 8. Oktober 1984, 21.36 Uhr[1]
Fernschreiben Nr. 549

Betr.: Besuch MD Dr. Pfeffer in Warschau vom 3. bis 6. Oktober 1984;
hier: Vier-Augen-Gespräch mit dem amtierenden AM Kucza in Klariszew am 5.10.1984 von 15.00 bis 16.00 Uhr

Nachdem Kucza zunächst versucht hatte, die verabredete Zeit vormittags wegen Vorladung vor den Sejm und nachmittags ohne Angabe eines Grundes um etwa dreiviertel Stunden[2] zu kürzen, habe ich ihn, auch um einige besonders empfindliche Themen durchzugehen, um ein Vier-Augen-Gespräch vor oder nach dem Mittagessen im Gästehaus des polnischen Außenministers gebeten. Das Gespräch dehnte sich auf eine Stunde aus.

Ich halte die Hauptpunkte nach dem Gedächtnis fest:

1) Humanitäre Fragen

Ich habe Kucza ein Non-paper zum Haftfall Stanisław Miśkowiec übergeben mit der Bitte an polnische Seite, Herrn Miśkowiec auf dem Gnadenweg zu entlassen[3], da er schon sieben Jahre Haft verbüßt habe. Wir wären dankbar, wenn dieser Fall vor dem Besuch des Ministers in Warschau[4] gelöst werden könnte.

Kucza nahm das Papier entgegen, machte eine Notiz dazu und schwieg.

2) Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Polen

Auf meinen Vortrag hin äußerte sich Kucza wie folgt:

Wegen der psychologischen Lage sei eine Pflege deutscher Kriegsgräber in Polen ausgeschlossen. Er könne sich jedoch vorstellen, daß eine Umbettung in Frage komme, also eine Überführung der Gebeine aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland. Es gebe keine größeren Friedhöfe in Polen, und er sehe auch keine Möglichkeit, sie zu errichten. Das Polnische Rote Kreuz sei jedoch mit Suchaktionen befaßt. Dabei handele es sich allerdings bisher nur um Lebende, aber man könne diese Suchaktionen ja auch auf deutsche Kriegsgräber ausdehnen, wenn man Hinweise bekomme. Werde ein Grab entdeckt, könnte die Firma „Bongo“ tätig werden. Diese Firma sei auf Überführungen spezialisiert, und zwar in erster Linie für im Ausland gestorbene Polen, die in ihre Heimat zurückgeholt würden, aber auch für in Polen gestorbene Ausländer, die in ihre Heimatländer gebracht würden. Er sehe, wie gesagt, nur diese Möglichkeit, nämlich die der Umbettung. Das müsse in völliger Lautlosigkeit geschehen. Die genannte Firma sei seriös. Das Herrichten von Friedhöfen komme nicht in Betracht. Die Emotionen in der Bevölkerung würden zu hoch gehen. Das könne sich die Regierung gerade in der jetzigen Situation nicht leisten.

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.
2 So in der Vorlage.
3 Korrigiert aus: „mit der Bitte polnische Seite Herrn Miśkowiec auf dem Gnadenweg entlassen“.
4 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.

Ich habe erklärt, daß wir eine Verbindung zwischen dem Bund Deutscher Kriegsgräberfürsorge und dem Polnischen Roten Kreuz gesucht hätten, eine Verbindung, wie sie inzwischen z. B. auch zum Sowjetischen Roten Kreuz hergestellt worden sei. Ich hätte davon gehört, daß er, Kucza, die Überführungsmöglichkeit auch gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Prinz Wittgenstein, erwähnt habe. Es frage sich, ob die Kosten für Überführungen, die durch Einschaltung der genannten Firma entstünden, sehr hoch und womöglich prohibitiv für ärmere Angehörige gefallener Deutscher seien. Wir müßten über diesen Vorschlag nachdenken.

Kucza bemerkte, soweit er wisse, seien die Kosten nicht hoch.

3) Besserstellung der Personen unbestreitbar deutscher Volkszugehörigkeit

Aufgrund der Vorbesprechung mit Botschafter Röding und Graf Brühl habe ich diesen Punkt nur unter vier Augen und in eingeschränkter Form vorgebracht, weil jeder generelle Versuch wegen der augenblicklichen Stimmung in Polen („deutsche Minderheit“[5]) jeglichen Fortschritt blockiert hätte. Ich habe Kucza gesagt, nach unserer Kenntnis würde an den höheren Schulen in ganz Polen Deutschunterricht angeboten mit der Ausnahme der Wojewodschaft Oppeln, wo nun gerade viele Menschen unbestreitbar deutscher Volkszugehörigkeit wohnten. Wir bäten zu prüfen, ob nicht auch dort der Deutschunterricht angeboten werden könne.

Kucza erwiderte, er kenne die Fakten nicht, werde sich aber kundig machen. Er notierte diesen Punkt.

4) Die amerikanische Haltung gegenüber Polen

Ich habe folgendes ausgeführt: Mein amerikanischer Kollege Burt habe mir, da er natürlich von meiner Polen-Reise wisse, folgende Dinge „ins Gepäck gegeben“, und ich hätte diese Materie für das Vier-Augen-Gespräch aufgehoben. Ich unterrichtete Kucza dann anhand des DB Nr. 4232[6] aus Washington.

5 Referat 214 vermerkte am 28. August 1984, der Primas von Polen, Kardinal Glemp, habe sich am 15. August 1984 in Tschenstochau „zur Frage der Existenz einer deutschen Minderheit in Polen und der Ausreise von Angehörigen dieser Gruppe“ geäußert: „Der Primas bestritt keineswegs die Existenz von Deutschen in Polen, differenzierte aber zwischen einer seelsorgerischen und einer nationalen Betrachtungsweise der hiermit verbundenen Probleme. Als Seelsorger ließ er sein Mitgefühl mit Familien erkennen, deren ältere Generation in Deutschland und deren jüngere Generation in Polen lebt, und anerkannte indirekt ein Recht dieser Familien auf Zusammenführung. […] Als Pole sprach er sich für die Integration der in Polen lebenden Deutschen in das polnische Volk aus und betonte den Charakter eines ‚natürlichen Prozesses‘ dieser Integration, der seiner Ansicht nach 40 Jahre nach Kriegsende abgeschlossen sein müßte. Er unterstrich, daß Deutsche in Polen in der Regel nicht mehr der deutschen Sprache mächtig seien, wies jedoch nicht darauf hin, daß der Gebrauch der deutschen Sprache in Polen über Jahrzehnte systematisch unterbunden worden war.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133039.

6 Korrigiert aus: „DE Nr. 4232“.
Botschafter van Well, Washington, teilte am 3. Oktober 1984 mit, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe mit Blick auf den Besuch des Ministerialdirektors Pfeffer vom 3. bis 6. Oktober 1984 in Polen ausgeführt, die USA seien an verbesserten Beziehungen zu Polen interessiert. Sie seien auch bereit, „Polen in der Frage des IWF weiter entgegenzukommen. In diesem Zusammenhang sei jedoch der Umstand von Bedeutung, daß 22 Häftlinge, insbesondere die des Landesverrats angeklagten Mitglieder der Untergrundorganisation der Solidarność, Bogdan Lis und Piotr Mierzejewski, immer noch festgehalten würden. Die USA verstünden zwar die Auffassung der polnischen Regierung, daß die Amnestie technisch vollendet sei, seien andererseits jedoch der Auffassung, daß die fortgesetzte Inhaftierung der Genannten den Schluß erschwere, daß die Amnestie vollständig und vernünftig durchgeführt sei“. Die USA glaubten, „daß ein Austausch von Bot-

Kucza reagierte stark emotional: Er habe meine Ausführungen nicht gehört. Dieser Teil unseres Gesprächs habe nicht stattgefunden. Er müsse mit Entschiedenheit feststellen, daß es sich hier um eine schwere Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens handele. Die amerikanischen Sanktionen[7] hätten Polen einen Verlust von 13 Milliarden Dollar zugefügt.

Auf meine Zwischenfrage, aus welchen Positionen sich diese Summe zusammensetze und wie sie berechnet sei: aus der Kreditsperre, der Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel, der Verdrängung der polnischen Fischfangflotte, der Kündigungen im Flugverkehr. Zu diesem letzten Punkt sei zu bemerken, daß Tausende von Polen, die bereits auf LOT gebucht gehabt hätten, nach Eintritt der Sanktionen mit anderen Maschinen zu einem erneut zu entrichtenden Fahrpreis hätten nach Polen fliegen müssen. Polen sei nicht bereit, den USA entgegenzukommen. Die polnische Regierung werde vielmehr auf Entschädigung drängen.

Auf meine Frage, ob die Polen dies in Washington schon anhängig gemacht hätten: Das sei geschehen, und in bezug auf den Flugverkehr sei man immerhin so weit gediehen, daß die Amerikaner sich auf eine schiedsrichterliche Klärung eingelassen hätten. Beide Seiten hätten bereits je einen Schiedsrichter ernannt, könnten sich aber auf den dritten, gemeinsam zu benennenden, nicht einigen. Wenn diese Verfahrenseinigung nicht bald zustande komme, werde Polen über die ICAO vorgehen. Im übrigen sei hinzuzufügen, daß die Aufhebung der Fischfangsanktionen nur eine halbe Maßnahme sei, da Polen früher eine Quote von 200 000 Tonnen frei gehabt hätten und jetzt nur 100 000 Tonnen fangen dürften. Was nun die beiden Gefangenen Lis und Mierzejewski angehe, so handele es sich hier nicht nur um Oppositionelle, sondern gleichzeitig um Kriminelle. Beide seien wegen Landesverrats verurteilt.

Auf meine Frage, was ihnen genau vorgeworfen werde: Verbindung mit zweifelhaften Stellen im Ausland. Auch die übrigen 20 noch Inhaftierten seien nicht Oppositionelle, sondern wegen krimineller Handlungen in Haft. Was den Gesamtvorgang, nämlich mein Vorbringen für die amerikanische Seite angehe, so hätten die Amerikaner unmittelbare Möglichkeiten, die polnische Seite anzusprechen, wie z. B. der Direktdialog des polnischen Außenministers mit Rockefeller in New York beweise.

Ich habe an dieser Stelle ausgeführt, daß die Amerikaner natürlich die Möglichkeit hätten, mit den Polen selbst zu sprechen. Allerdings erleichtere die polnische Seite diesen Dialog durch die Agrément-Verweigerung für Botschafter Scanlan[8] nicht. Ich verstünde, ehrlich gesagt, nicht, warum Warschau in einer Zeit, in der die USA ihre Sanktionen aufzuheben begännen, diese Weltmacht so

Fortsetzung Fußnote von Seite 1222

schaftern einen Anstoß zu besseren bilateralen Beziehungen geben würde. Im State Department wies man uns ergänzend darauf hin, daß die fortgesetzte Haft von Bogdan Lis und Piotr Mierzejewski aus amerikanischer Sicht ein besonders wichtiges politisches Hindernis für die vollständige Normalisierung der Beziehungen sei." Vgl. VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Polen und deren teilweiser Aufhebung vgl. Dok. 212, Anm. 34.

8 Zur Ablehnung des Agréments für den designierten amerikanischen Botschafter in Warschau, Scanlan, vgl. Dok. 28, Anm. 28.
Am 19. September 1984 teilte Gesandter Wallau, Washington, mit, mit einer Besetzung des Botschafterpostens sei vor 1985 nicht zu rechnen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 2911; Referat 214, Bd. 133050.

gezielt irritierte. Kucza fuhr auf: Der Botschafteraustausch sei für Polen abhängig vom Normalisierungsprozeß. Man wolle nicht den Botschafter eines Landes bei sich sehen, das immer noch Sanktionen gegen Polen beibehalte. Im übrigen müsse man die Randerscheinungen von den eigentlichen Punkten unterscheiden. Washington mache keine Anstalten, den Beitritt Polens zum IWF zu gestatten[9], den Kreditstopp aufzuheben und die Meistbegünstigung wieder einzuführen. Gegen Scanlan als Person habe man nichts einzuwenden. Schließlich dürfe man nicht vergessen, daß die Amerikaner den Regierungschef Polens auf das tiefste beleidigt hätten. Sie hätten Jaruzelski einen sowjetischen General in polnischer Uniform genannt.

Ich warf an dieser Stelle ein, ich hätte diese unqualifizierte Äußerung für ungerechtfertigt und für einen schweren Fehler gehalten und dies meinen amerikanischen Gesprächspartnern auch gesagt.

Der Beitritt zum IWF, so fuhr Kucza fort, das sollten die westlichen Länder wissen, bedeute nicht, daß Polen größere Kredite wünsche, aber es brauche Kredite zur Ankurbelung seiner Industrie, die nur zu 70% bis 80% ausgelastet sei. Die polnische Industrie müsse produzieren, um durch Exporte die nötigen Devisen zur Schuldenbedienung zu erwirtschaften. Dazu müsse Polen auch Überschüsse erzielen. Es sei falsch, daß westliche Länder jetzt den Bilanz-Ausgleich forderten.

Ich warf ein, daß Polen im ersten Halbjahr 1984 einen Überschuß von 142 Mio. im Warenaustausch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erzielt habe.

Die Bedienung der Schulden (nur Zinsen ohne Tilgung), so Kucza, betrage im Augenblick etwa zwei Milliarden Dollar, erwirtschaftet habe Polen im letzten Jahr aber nur 1,2 Milliarden. Polen habe im Gläubigerklub die Kreditnotwendigkeiten bis zum Jahr 1990 vorgelegt.[10] Die höchste Jahresquote an neuen Krediten betrage zwei Milliarden Dollar. Die polnische Führung wisse sehr wohl, daß sie den Fehler Giereks (Überverschuldung) auf keinen Fall wiederholen dürfe, sondern daß sie die Folgen seines Fehlers so rasch wie möglich ausbügeln müsse.

[11]Kucza fragte, wie denn nun die Bundesregierung zum IWF-Beitritt Polens stünde.

Ich habe ihm gesagt, die Bundesregierung setze sich im multilateralen Rahmen seit längerem für den Beitritt Polens ein. Wir hätten das Gefühl, daß sich nun auch die Haltung der USA lockere.

9 Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 253, Anm. 14.

10 Zur Frage einer Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 199, Anm. 5.
Referat 422 vermerkte am 12. Oktober 1984: „Erörterungen mit polnischer Regierungsdelegation im Rahmen des Pariser Clubs am 14.9. brachten Einigung über Aufnahme konkreter Verhandlungen, die am 24./25. Oktober in Paris vorgesehen sind. US-Delegation hat sich diesem Konsens angeschlossen. Einigung wurde möglich, nachdem die poln[ische] Regierung dem Drängen der Gläubigerländer nachgegeben und die bisher ausstehenden Zahlungen (20%-ige Anzahlung auf die Rückstände per 31.12.83 aus dem Umschuldungsabkommen) inzwischen entweder im vorgesehenen Umfang geleistet oder, wie im Falle der USA, für die nächsten Tage in Aussicht gestellt hat. Vereinbarung verbindlicher, in angestrebtes Umschuldungsabkommen zu integrierender Wirtschaftsdaten bereitet nach wie vor Schwierigkeiten. Poln. Seite hat zugesagt, bis 10. Okt[ober] aktualisierte Zahlungsbilanzprojektionen sowie eine Zusammenfassung der geplanten Reformmaßnahmen an den Vorsitz des Pariser Clubs zu übersenden." Vgl. Referat 422, Bd. 140141.

11 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 550 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Kucza: Aber nur in Form eines für Polen unmöglichen Junktims, wie die Mitteilung von Burt zeige. Wenn der Westen noch länger zögere, werde Polen seinen Antrag auf Beitritt zum IWF zurückziehen. Aber warum zögerten die westlichen Staaten noch? Man könne die Vereinigten Staaten doch überstimmen. Jedenfalls mehrten sich in der polnischen Wirtschaft die Stimmen, den Versuch des Beitritts aufzugeben.

Ich habe geantwortet, das wäre nach meiner Ansicht eine nicht rationelle Reaktion. Ich sei kein Fachmann auf diesem Gebiet, aber es sei doch offenkundig, daß von dem IWF-Beitritt Polens für Polen viel abhänge. Gerade jetzt, wo sich die Entwicklung in die richtige Richtung neige – und vielleicht könne Warschau, ohne ein Junktim zu akzeptieren, noch die eine oder andere humanitäre Geste machen –, käme mir das vor, wie wenn ein Läufer 100 Meter vor dem Ziel aufgebe. Was die Überstimmung der USA angehe, so könnte ich vor solchen Ideen nur warnen. Der Westen werde aus Solidarität und wegen der Folgeschritte, bei denen die USA mitwirken müßten, am Konsens festhalten.

Kucza erwiderte – seiner eigenen Antragsrücknahmethese (Bluff?) entgegenlaufend –, der IWF-Beitritt eröffnete nicht nur die Möglichkeit neuer Kredite, sondern räume auch die Nichtzulassung Polens bei Projektausschreibungen aus dem Wege. Er erkundigte sich abschließend, ob der Bundesminister die IWF-Frage aufbringen werde.

Ich erklärte, daß ich mir dies gut vorstellen könne, jedenfalls sei die polnische Seite frei, das Problem von sich aus aufzubringen.

5) Ausreisen, Familienzusammenführung

Dieses Thema, das wir bereits in der Delegationssitzung[12] besprochen hatten, schnitt Kucza an (ich hatte ihn wegen des ominösen Satzes über die Mechanismen absichtlich kommen lassen und hätte die Frage höchstens vor Aufbruch en passant gestellt). Kucza äußerte sich folgendermaßen: Man müsse, was das Thema Ausreisen/Familienzusammenführung angehe, „an neue Instrumente denken", Polen brauche seine Arbeitskräfte. Der Kräftemangel sei groß und wirke sich auf die Höhe der Produktion aus. Dies sei die eine Schwierigkeit; die andere, daß viele nicht aus ethnischer Zugehörigkeit zu uns kommen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen Polen verlassen wollten. In diesen Fällen könne

12 Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Warschau, berichtete am 4. Oktober 1984 über ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Kucza am selben Tag: „Ich habe um eine Antwort auf das Non-paper zur Aussiedlung gebeten, das der BM im Dez[ember] 1983 dem poln[ischen] Botschafter übergeben hat und das seitdem mehrfach, von BM persönlich, von StS Meyer-Landrut und von mir angemahnt worden ist. Kucza reagierte folgendermaßen: Die poln. Seite sei ihren Verpflichtungen mehr als genug nachgekommen. Sie habe die im Ausreiseprotokoll genannte Zahl weit überschritten. Das Reservoir der Aussiedler sei erschöpft. Die Frage habe bedeutende innenpolitische Implikationen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen. Die Frage habe auch wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Aspekte. Wenn man überhaupt an das Thema herangehen wolle, dann müsse man sich fragen, welche Mechanismen dazu in Gang gesetzt werden müßten. Er gab zu bedenken, ob nicht statt des Ausdrucks ‚Aussiedlung' der Terminus ‚Umsiedlung' gewählt werden könne, da die Übersetzung des Ausdrucks Aussiedlung im Polnischen den Charakter des Zwanges impliziere. Der Terminus ‚Ausreise' sei noch besser. […] Auf meine Frage, was mit dem ominösen Satz über die Mechanismen gemeint sei, brach Kucza ab und erklärte, er würde sich über diesen Punkt mit mir morgen am Rande des Essens noch einmal […] unterhalten. Möglicherweise schwebt den Polen hier eine finanzielle Regelung vor." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1195; Referat 214, Bd. 133045.

man keine Genehmigung erteilen. „Wenn sich die Bundesrepublik Deutschland an der Modernisierung von Betrieben in Polen beteiligen“ würde, dann könnten durch Rationalisierung Arbeitskräfte freigestellt werden (er meinte dies offenbar im doppelten Sinne: vom Arbeitsplatz und für die Ausreise). Die polnische Seite sehe aber keinen Grund, diese Problematik bei den Konsultationen mit dem Bundesminister anzusprechen. Olszowski werde, wenn angesprochen, reagieren. Der Bundesminister sollte die Frage vielleicht nicht im Plenargespräch, sondern eher unter vier Augen anbringen. Sonst komme bei einigen sofort der Verdacht auf, „Polen wolle Menschen verkaufen“.

Meine Erwiderung: Mit seiner letzten Bemerkung treffe er den Punkt. Es gebe bilaterale Vereinbarungen.[13] Außenminister Olszowski habe dem Bundesminister versichert, alles, was sie zusammen geschrieben hätten, bleibe bestehen. Daran dürfe auf gar keinen Fall gerührt werden. Daß wir die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen mit Polen vorhätten, bewiesen die vielen positiven Vorschläge, die ich in der Plenarsitzung gemacht hätte. Diese beiden Problemkreise müssen aber vollständig getrennt bleiben.

Kucza verstand sofort und bejahte meine Ausführungen.

6) „Revanchismus“ – „Revisionismus“ – Grenzfrage – Deutsche Frage

Kucza kam im Laufe des Gesprächs von neuem auf den „Revanchismus“ und „Revisionismus“ in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Er habe die Atmosphäre unseres Delegationsgesprächs mit dieser Frage nicht zu sehr stören wollen. Die Argumente seien mit Noworyta ausgetauscht worden.[14] Die Zweifel auf polnischer Seite blieben. Wegen dieser Zweifel habe sich General Jaruzelski persönlich geäußert.[15] Nicht nur er habe vom Pangermanismus gesprochen (offenbar Andeutung: Andreotti[16]).

13 Im Zusammenhang mit der Paraphierung des Warschauer Vertrags am 18. November 1970 übergab die polnische Regierung eine „Information“ über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme, die aus einem veröffentlichten und einem vertraulichen Teil bestand. Für den Wortlaut des veröffentlichten Teils vgl. BULLETIN 1970, S. 1696 f. Für den Wortlaut des vertraulichen Teils vgl. AAPD 1970, III, Dok. 551, Anm. 4.
Vgl. dazu ferner das Ausreiseprotokoll vom 9. Oktober 1975; BULLETIN 1975, S. 1199.
Vgl. dazu außerdem den Briefwechsel zwischen Bundesminister Genscher und dem polnischen Außenminister Olszowski vom 9. bzw. 15. März 1976; BULLETIN 1976, S. 250 und S. 319. Vgl. dazu auch AAPD 1976, I, Dok. 73 und Dok. 75.

14 Im Gespräch mit Ministerialdirektor Pfeffer am 4. Oktober 1984 trug der Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, Noworyta, folgende Beschwerden vor: „Offenhalten deutscher Frage und damit polnischer Westgrenze; Grenzdarstellung in Landkarten; unsere Beteiligung an Sanktionen und NATO-Politik gegenüber Polen; antipolnisches Verhalten in VN-Menschenrechtskommission; INF-Stationierung; Polen-Resolution Europäischen Parlaments; Erfassung polnischer Territorien durch deutsche Gesetzgebung und damit Nichterfüllung von uns in Warschauer Vertrag übernommener Verpflichtungen; Ortsbezeichnungsfrage; Rechts- und Konsularkonsultationen, die aus polnischer Sicht keinerlei Einigung hinsichtlich Abschlusses Konsularabkommen und Wiederaufnahme Rechtshilfeverkehrs erbracht hätten. Noworyta hob Zustimmung polnischer Seite zu BM-Äußerungen zu Polen hervor, unterstellte jedoch, keiner kohärenten Linie im deutsch-polnischen Verhältnis zu folgen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133045.

15 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Jaruzelski vom 21. Juli 1984 vgl. Dok. 202, Anm. 7.
Referat 214 notierte am 21. September 1984, am 1. September 1984 habe Jaruzelski in Chełm erklärt: „Die in der Bundesrepublik Deutschland wirkenden einflußreichen Kräfte beleben das Gespenst des auf Eroberung ausgerichteten Pangermanismus. Wie ein Transmissionsriemen übertragen sie auf den europäischen Boden die Konzeptionen der amerikanischen Strategen. Sie schaffen fiktives Problem der Millionen zählenden ‚deutschen Minderheit‘ in Polen und versuchen, so etwas wie ‚ethnische Teilung‘ unseres Staates zu verwirklichen. Sie schüren die Hoffnung, daß die sog[enannte] deut-

Hier habe ich Kucza unterbrochen: Ich wüßte, auf welchen Vorgang er anspiele. Ich müßte deshalb mit allem Nachdruck und Ernst wiederholen, was der Bundesminister des Auswärtigen hierzu gesagt habe: Der Vorwurf des Pangermanismus sei eine schwere Kränkung für das deutsche Volk. Warum? Unsere Bevölkerung habe nun seit Jahrzehnten, seit fast 40 Jahren, Bundesregierungen getragen, deren Friedenspolitik über allen Zweifel erhaben sei. Unsere Außenpolitik beruhe auf dem Gewaltverzicht. Wir hätten uns immer an diesen Gewaltverzicht gehalten, andere hätten das nicht getan. Wir hätten uns auch der Androhung von Gewalt enthalten, andere nicht. Wenn jetzt der Vorwurf des Pangermanismus erhoben werde, so bedeute das im Klartext, wir seien auf eine Zusammenfügung aller deutschsprachigen Staaten aus. Dieser Gedanke sei absurd. Jedermann wisse, daß dies unmöglich sei, daß wir dies nicht wollten und daß, wenn wir es wollten, wir dies nur mit Gewalt erreichen könnten. Mit anderen Worten: Der Vorwurf laufe darauf hinaus, was ja auch in der Revanchismuskampagne insinuiert werde: Wir arbeiteten auf den Krieg hin.

Kucza gab sich plötzlich fast verlegen und sagte, General Jaruzelski habe nicht von „Pangermanismus“ gesprochen. Die Übersetzung sei falsch geraten, er habe vielmehr von „großdeutschen“ Ambitionen gesprochen.

Ich habe gesagt, der Unterschied scheine mir nicht allzu groß. Zwar erstrecke sich dann die Absurdität auf etwas weniger Territorium, aber im Kern bleibe der Vorwurf, wir versuchten mit Gewalt, Grenzen zu ändern. Ich hätte aber bereits im Laufe dieser zwei Tage schon mehrfach gesagt, daß die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Ansprüche an Polen geltend mache und auch in Zukunft nicht geltend machen werde.

Kucza fragte, wie es denn dann mit dem Friedensvorbehalt stünde und mit den Grenzen von 1937.

Ich habe ihm gesagt, gerade wegen der polnischen Sorgen sprächen wir nicht hierüber. Die Siegermächte hätten den Terminus der „Grenzen von 1937“ aus definitorischen Gründen gewählt.[17] Wenn es in historischer Dimension zu einer Wiedervereinigung Deutschlands komme, dann werde, so nähme ich an, die Grenzfrage uno actu, Zug um Zug, wahrscheinlich sogar schon vorher geregelt, und die Realität werde dann keine andere sein, als sie heute ist. Einen Unterschied gebe es dann allerdings doch, wie ich schon beschrieben hätte: Bei dem dann bestehenden Zustand des Friedens würden die Grenzen, ähnlich wie die im Europa der Zehn, keine große Bedeutung mehr haben.

Kucza: Aber wir wollen keine Wiedervereinigung Deutschlands; das Gewicht an unserer Westgrenze wäre zu groß. Und wer will die Wiedervereinigung schon?

Fortsetzung Fußnote von Seite 1226

sche Frage gegen Polen oder beim Umgehen Polens wiederbelebt werden kann.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133039.

16 Zu den Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage vgl. Dok. 236 und Dok. 255.

17 Vgl. dazu Artikel 1 des Londoner Protokolls vom 12. September 1944 betreffend die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin; DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 25.
Vgl. dazu ferner Artikel 2d) der Berliner Deklaration in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands vom 5. Juni 1945; DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 21.

Darauf ich: Wir wollen sie, und andere sollten sie wollen, darunter auch die Polen. In dem Zustand des Friedens, von dem ich gesprochen hätte, brauche niemand das Gewicht eines wiedervereinten Deutschlands zu fürchten. Hier unterbrach mich Kucza: Das beste Mittel, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern, ist: die Grenzen von 1937 oder auch nur irgendeine Änderung der Oder-Neiße-Grenze zu fordern. Da steht Polen wie ein Mann, und niemand in der Welt wird Ihnen (den Deutschen) bei dem Unternehmen helfen.

Ich habe erwidert, das sei mir klar. Deshalb hätte ich ja gerade das Problem der Wiedervereinigung und die Grenzfrage voneinander getrennt. Die Wiedervereinigungsperspektive sei eine ganz andere Sache. Unsere Einheit, d. h. die Aufhebung der Spannung, die in der Teilung Deutschlands begründet liege, würde für ganz Europa entspannenden Charakter haben. Der Zustand würde für uns alle, für uns, unsere Nachbarn und für die Großmächte, besser sein als der heutige. Das setze allerdings voraus, daß sich die politische West-Ost-Landschaft vorher tiefgehend verändert habe. Eines jedenfalls wäre gefährlich: den Deutschen jede historische Perspektive auf eine Wiederherstellung der nationalen Einheit nehmen zu wollen. Das würde auf die Dauer Unruhe schaffen. Dafür müsse eigentlich ein Pole Verständnis haben.

Hier sah Kucza auf und sagte rasch: „Vielleicht". Er brach ab. „Es ist spät, wir müssen gehen."

Pfeffer[18]

VS-Bd. 13410 (214)

268

Ministerialdirigent Schauer an die Botschaft in Washington

201-360.53-1563/84 geheim **8. Oktober 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 6893 Plurez

Betr.: Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik Deutschland für Flüge in den Nahen Osten

Bezug: 1) DE Nr. 8004 vom 7.12.1983 – 201-360.90 USA – VS-NfD
2) DB Nr. 5701 und 5702 vom 19.12.1983 – Pol 322.00 – VS-v[2]

[18] Paraphe.

[1] Durchdruck.
Der von Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipierte Drahterlaß wurde nachrichtlich an das Bundesministerium der Verteidigung sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel übermittelt.

[2] Botschafter Hermes, Washington, informierte über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Raphel. Dieser habe hinsichtlich eines möglichen amerikanischen Eingreifens mit Blick auf die Lage im irakisch-iranischen Krieg erklärt: „Den gegenwärtigen Überlegungen liege die Annahme einer Eskalation des irakisch-iranischen Krieges zugrunde, den Out-of-

I. Zu unserer Out-of-area-Politik folgendes zur dortigen internen Unterrichtung:

1) Die Haltung der Bundesregierung ergibt sich aus dem dort auszugsweise vorliegenden BSR-Beschluß vom 3.11.1982[3], der auf den Vorschriften des Grundgesetzes[4] beruht. Demnach kommt ein militärischer Einsatz der Bundeswehr in Out-of-area-Gebieten nur dann in Betracht, wenn ein Konflikt zugrunde liegt, der sich gleichzeitig als ein völkerrechtswidriger Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Wir tragen jedoch mit eigenen politischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Maßnahmen zur Stabilisierung von Out-of-area-Regionen, insbesondere Südwestasien, bei. Im Anschluß an den Besuch einer amerikanischen Delegation am 18.5.1983 in Bonn wurde der hiesigen US-Botschaft im August 1983 eine Aufstellung unserer Leistungen übermittelt.[5]

2) Der BSR-Beschluß sieht die Möglichkeit vor, im Sinne des Dokuments über die integrierte Verteidigung des Bündnisses in der Bonner Gipfelerklärung vom 10.6.1982[6] zur Erleichterung von Streitkräfte-Transitdislozierungen der US-Streitkräfte beizutragen. Die Bundesregierung hat sich auch in den Kommuniqués der NATO-Außenministerkonferenz[7] und in der Regierungserklärung von BK Kohl im Mai 1983[8] wiederholt zur Solidarität mit den Verbündeten bekannt, die im gesamtwestlichen Interesse Aufgaben außerhalb des NATO-Vertragsgebiets wahrnehmen.

3) Im Bewußtsein dieser Solidarität und der Lastenteilung im Bündnis hat die Bundesregierung in den letzten Jahren immer wieder amerikanische Anträge

Fortsetzung Fußnote von Seite 1228

area-Planungen in der NATO die Annahme eines sowjetischen Übergriffes. Die im ersteren Falle zur Sicherung der Schiffahrt im Golf und zur Verbesserung der Sicherheit der sechs Golfstaaten erwogenen Maßnahmen würden kein Eingreifen der RDF notwendig machen und auch nicht die für einen solchen Fall in der NATO diskutierten Unterstützungsmaßnahmen der europäischen Alliierten erfordern. […] Auf konkrete Frage räumte Raphel allerdings ein, daß bei einem Einsatz von Flugzeugen, die aus den USA in den Raum gebracht würden, der Überflug über das Territorium westeuropäischer Alliierter in Anspruch genommen werden und die Versorgung (resupply) der dem Raum zugeführten Streitkräfte auch über Europa erfolgen könnte." Vgl. VS-Bd. 12940 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

3 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vgl. Dok. 5, Anm. 15.

4 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

5 Zum Besuch der amerikanischen Delegation am 18. Mai 1983 sowie zu der am 12. August 1983 übermittelten Liste vgl. AAPD 1983, I, Dok. 150.

6 Für den Wortlaut des Dokuments über die integrierte Verteidigung des Bündnisses, das bei der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 77. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 346. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 179.

7 Vgl. dazu Ziffer 17 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 66. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 89.
Vgl. dazu auch Ziffer 17 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 90 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 396 f.
Vgl. dazu außerdem Ziffer 16 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 103 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 137.
Vgl. dazu ferner Ziffer 14 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 119. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 373.

8 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 4. Mai 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 68.

auf Zustimmung zur Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik Deutschland für Out-of-area-Einsätze der US-Streitkräfte genehmigt. Dazu gehörten Übungseinsätze, z. B. „Iron Cobra" September 84[9], „Bright Star" in mehreren Jahren, aber auch Materialtransporte für die Regierung des Libanon[10]. Zuletzt ging es um Rückverlegungen im Zusammenhang mit den Minenräumaktionen im Roten Meer.[11] Solche Transitnutzungen bedürfen in jedem Einzelfall der ausdrücklichen Zustimmung durch die Bundesregierung. Es hat sich inzwischen eine Praxis eingespielt, daß die hiesige US-Botschaft entsprechende Anträge der US-Regierung an das AA übermittelt. AA, BMVg und ChBK entscheiden über diese Anträge auf höchster Ebene – Minister oder Staatssekretär. In besonderen Fällen wird der BK eingeschaltet. Wir legen aus außenpolitischem Interesse größten Wert auf Geheimhaltung. Insbesondere bitten wir die Amerikaner stets um Diskretion, was die Nennung der Transitländer angeht. Im Sinne der Lastenteilung legen wir Wert darauf, daß in jedem Einzelfall auch andere europäische Bündnispartner als Transitländer beteiligt sind.

II. Wir gehen davon aus, daß die amerikanische Seite die von uns erteilten Genehmigungen als einen substantiellen Beitrag zur Wahrnehmung gesamtwest-

9 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 14. September 1984, die amerikanische Botschaft habe am selben Tag um die „prinzipielle Genehmigung für die Zwischenlandung eines Militärflugzeugs auf dem Flug von den USA nach Ägypten" auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in Ramstein gebeten: „Der Flug erfolgt im Rahmen des Manövers ‚Iron Cobra', das vom 25.9. bis 3.10. in Ägypten stattfindet. […] Die Flüge für die Übung ‚Iron Cobra' erfolgen wie auch in früheren Fällen nicht nur über die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch über andere NATO-Länder, womit die USA dem Gesichtspunkt der Lastenteilung und Solidarität im Bündnis Rechnung tragen." Vgl. VS-Bd. 10847 (209); B 150, Aktenkopien 1984.
Am 17. September 1984 notierte Pfeffer, die amerikanische Botschaft habe zusätzlich um die prinzipielle Genehmigung für Unterstützungsflüge im Rahmen des Manövers „Iron Cobra" gebeten: „Jeweils am frühen Morgen des 27. und 29.9. sowie 1. und 3.10.1984 soll je eine Maschine vom Typ C-141 von Frankfurt/Main starten, um Ersatzteile und ähnliches Material nach Kairo zu fliegen. Die Maschine wird jeweils am Nachmittag des selben Tages zurückkehren. Es wird sich um eine der ständig in Deutschland stationierten amerikanischen Maschinen handeln." Vgl. VS-Bd. 10847 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

10 Zu Hilfsflügen der USA für die libanesische Armee vgl. AAPD 1983, II, Dok. 249.
Ministerialdirektor Pfeffer legte am 7. Februar 1984 dar, die amerikanische Botschaft habe das Auswärtige Amt am Vortag darüber unterrichtet, „daß die US-Regierung beabsichtige, bis zu 150 gepanzerte Mannschaftstransportwagen des Typs 113-A1 aus ihren Beständen in der BR Deutschland an die libanesische Armee zu liefern. Der Transport solle bis 20.2.1984 auf dem Seewege voraussichtlich über Bremerhaven erfolgen." Es sei betont worden, „daß die Lieferung aus Reservebeständen des US-Heeres erfolgen werde. […] Wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit bittet die amerikanische Seite um eine schnelle Entscheidung der Bundesregierung." Vgl. VS-Bd. 10847 (209); B 150, Aktenkopien 1984.
Am 20. Februar 1984 notierte Vortragender Legationsrat Seibert: „Der US-Gesandte Woessner war aus anderem Anlaß am 17. Febr[uar] 1984 bei D2. Während dieses Gesprächs rief Abteilungsleiter 2 aus dem Bundeskanzleramt, Herr Teltschik, bei D2 an und bat ihn, da er von Vorsprache des amerikanischen Gesandten wußte, diesem auszurichten, daß der Bundeskanzler seine Zustimmung zur Entnahme von 150 Mannschaftstransportwagen aus amerikanischen Depots zur Verbringung in den Libanon erteilt habe. Woessner nahm die Mitteilung mit Zufriedenheit zur Kenntnis." Vgl. VS-Bd. 10847 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

11 Ministerialdirigent Schauer informierte Bundesminister Genscher, z. Z. New York, am 26. September 1984, die amerikanische Botschaft habe am selben Tag mitgeteilt, „daß die Marineeinheiten, die an der Minenräumaktion im Roten Meer beteiligt waren, in ihre Standorte in den USA zurückverlegt werden". Die Bundesregierung werde daher um die Genehmigung für drei Flüge von Transportflugzeugen von den amerikanischen Luftwaffenstützpunkten Rhein-Main bzw. Ramstein nach Dhahran bzw. nach Djidda gebeten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 533; VS-Bd. 10847 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

licher Interessen würdigt. Die Transitflüge sind für uns keine Routineangelegenheiten. Dies sollte schon wegen der in jedem einzelnen Fall erfolgenden Prüfung und anschließenden Entscheidung auf hoher Ebene deutlich sein.

Die Transitflüge sollen wie bisher streng vertraulich behandelt werden. Die Kenntnis soll weiterhin auf einen kleinen Personenkreis beschränkt bleiben.

Deshalb sollte von der vorstehenden Unterrichtung kein Gebrauch gemacht werden, es sei denn, daß die Botschaft von hoher amerikanischer Seite auf unsere Out-of-area-Politik angesprochen wird.

Zusatz für NATO-Vertretung: Zur ausschließlich eigenen Unterrichtung.

Schauer[12]

VS-Bd. 10847 (209)

269

Staatssekretär Ruhfus, z.Z. Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3525 **Aufgabe: 9. Oktober 1984, 19.40 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 9. Oktober 1984, 16.41 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in China (II)[2];
hier: Gespräch mit PM Zhao Ziyang am 8.10.1984 vormittags

Bezug: DB 3504 vom 8.10.1984 – Pol 322.00 CHN[3]

1) Das erste Gespräch zwischen beiden Regierungschefs unmittelbar nach der offiziellen Begrüßung fand im kleinsten Kreis statt. Der BK war, neben dem Dolmetscher, lediglich von MD Teltschik begleitet. Es dauerte von 9.30 Uhr bis 11.45 Uhr. Bei dem Gespräch wurden die internationale Lage gestreift und die Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert. Es mündete in ein Delegationsgespräch, an dem die Sondergäste der Wirtschaft jedoch nicht teilnahmen.

Nach kurzen einleitenden Bemerkungen beider Regierungschefs wendete sich das Gespräch sodann unmittelbar der Erörterung einzelner Projekte zu.

12 Paraphe vom 9. Oktober 1984.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Blau am 10. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 273 und Dok. 274.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente, z.Z. Peking, berichtete über Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian bzw. des Staatssekretärs Ruhfus mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Zhou Nan am selben Tag. Angesprochen worden seien die Ost-West-Beziehungen, die Beziehungen der Volksrepublik China zur UdSSR, zu Japan sowie zu den Europäischen Gemeinschaften, die Lage in Südostasien und Afghanistan, das britisch-chinesische Abkommen vom 26. September 1984 über Hongkong, Fragen der Rüstungskontrolle sowie die bilateralen Beziehungen. Vgl. dazu Referat 341, Bd. 133575.

2) Doppelbesteuerungsabkommen[4]

Zur Förderung der Zusammenarbeit beider Staaten, so betonte der MP, sei es nach der Unterzeichnung des deutsch-chinesischen Investitionsförderungsabkommens[5] außerordentlich wichtig, daß auch das Doppelbesteuerungsabkommen, nach Möglichkeit noch während des Kanzlerbesuchs, paraphiert werde. Eine Lösung der noch verbleibenden zwei strittigen Fragen erscheine ihm nicht schwierig zu sein. Der BK trat ebenfalls für sofortige Gespräche ein und bat die Mitarbeiter, das „Menschenmögliche" zu versuchen.[6]

3) Kernkraftwerke[7]

Der BK sieht eine positive Perspektive für die Realisierung des Geschäfts, wenn der chinesischen Seite Gegengeschäfte mit Uran und Nichteisenmetallen angeboten werden können. Er, der BK, würde aus prinzipiellen Gründen gerade bei diesem Projekt gern einen Schritt vorankommen. Man sollte sofort mit den entscheidenden Gesprächen durch eine Begegnung von Siemens-KWU-Metallgesellschaft mit den chinesischen Vertretern beginnen.

Der MP benennt für solche Gespräche Vize-Außenhandelsminister Jia und das Ministerium für Kernkraftindustrie.[8]

4 Das Bundesministerium der Finanzen erläuterte am 31. August 1984, es verhandele seit 1981 mit der Volksrepublik China über den Abschluß eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Nach mittlerweile vier Verhandlungsrunden bestehe inzwischen zwar „Einigkeit über weite Teile des Abkommenstextes. Eine Reihe wichtiger Sachfragen – teils steuerrechtlicher, teils politischer Natur – blieb jedoch noch ungelöst." Vgl. Referat 421, Bd. 141369.

5 Für den Wortlaut des Abkommens vom 7. Oktober 1983 zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 31–47.

6 Am 22. Oktober 1984 teilte Botschafter Schödel, Peking, mit, vom 12. bis 20. Oktober 1984 habe eine weitere Verhandlungsrunde über ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung Fortschritte erbracht. Die nächste Verhandlungsrunde sei für Januar/Februar 1985 geplant. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3777; Referat 421, Bd. 141380.
Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie ein dazugehöriges Protokoll wurden am 10. Juni 1985 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 447–456.

7 Das Bundesministerium für Wirtschaft erläuterte am 27. September 1984, die Volksrepublik China plane bis Ende des Jahrhunderts, an fünf bis sechs Standorten Kernkraftwerke zu errichten. Die Kraftwerk-Union (KWU) habe im April 1984 ein Angebot für den Bau eines Kernkraftwerks in Sunan mit zwei Blöcken abgegeben: „Ein Antrag auf Hermesdeckung für dieses Projekt (Auftragswert rd. 6 Mrd. DM) ist positiv entschieden worden." Die KWU habe im September 1984 ferner ein Angebot für eine „langfristige, umfassende Zusammenarbeit vorgelegt, das weitreichenden Technologietransfer" vorsehe. Um das Projekt in Sunan konkurriere die KWU mit den Firmen Framatome (Frankreich) und Westinghouse (USA). Vgl. Referat 421, Bd. 141369.

8 Vom 11. bis 14. Dezember 1984 hielt sich eine Delegation aus der Bundesrepublik unter Vorsitz des Vorstandsmitglieds der Kraftwerk-Union (KWU), Frewer, in der Volksrepublik China auf. Gesandter Nölle, Peking, teilte dazu am 17. Dezember 1984 mit, es sei ein Protokoll unterzeichnet worden, „das gemeinsame Vorstellungen über wichtigste Voraussetzungen künftiger Kooperation im Kernkraftbereich festlegt. Protokoll enthält ferner gemeinsame Vorstellungen hinsichtlich deutscher Angebotslegung für KKW Sunan und Guangdong". Die chinesischen Regierungsmitglieder hätten ihr Interesse an Zusammenarbeit betont, „machten diese aber von Gewährleistung von kostenlosem Technologietransfer, degressivem deutschen Lieferanteil und wettbewerbsfähigem Preisniveau abhängig. Zugleich unterstrichen sie weitreichende Kompensationswünsche hinsichtlich N[icht]E[isen]-Metallen, Natururan und angereichertem Uran sowie Forderung nach Rückführung abgenutzter Brennelemente nach China zwecks kommerzieller Wiederaufbereitung." Es sei vereinbart worden, daß die KWU ihr Angebot im März 1985 abgeben werde. Allerdings befürchte die KWU, „daß Chinesen angesichts Komplexität des Gesamtprojekts und internationaler Konkurrenzlage finan-

4) TV-Satellitenprojekt[9]

Der BK fragt, ob man hier weiterkommen könne.

MP erwiderte mit der Benennung des zuständigen Ministeriums für Rundfunk und Fernsehen und kündigte an, daß in Kürze eine begrenzte Ausschreibung für dieses Projekt für zwei Firmen aus den USA, eine aus F und eine aus D vorgesehen sei.[10]

5) PCS-Projekt für Computer[11]

Der MP zeigte sein Interesse für die deutsch-chinesische Zusammenarbeit auf dem Sektor der Elektrotechnologie und der integrierten Schaltungen und erwähnt das Interesse von Siemens[12].

Die chinesische Seite sei in diesem Zusammenhang für die Gründung von Firmen mit gemeinsamem Kapital, aber offensichtlich müsse sich die deutsche Seite noch mit COCOM auseinandersetzen. StS von Würzen bemerkt hierzu, daß es bei PCS-Projekt keine COCOM-Probleme gebe. Die Firma sei bereit zu liefern, Fertigungsanlagen in China zu bauen, Technologietransfer und Ausbildung anzubieten. Bei Siemens könnte es COCOM-Probleme geben. Er kenne die Siemens-Projekte nicht im einzelnen, die Bundesregierung werde aber ebenso flexibel sein wie jede andere westliche Regierung auch.

Der MP bekundet auch sein Interesse für rechnergesteuerte Vermittlungsanlagen. Auch hier gebe es COCOM-Fragen zu lösen. Auf chinesischer Seite sei das Ministerium für Elektroindustrie zuständig. StS von Würzen bemerkt hierzu, daß man im einzelnen prüfen müsse.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1232

zielle Möglichkeiten voll ausreizen werden. Mit schneller Entscheidung chinesischer Seite dürfte daher kaum zu rechnen sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4724; Referat 424, Bd. 135905.

9 Ministerialdirigent Loeck legte am 8. Juni 1984 dar: „Die VR China (durch ihre staatliche Agentur CBSC – China Broadcasting and Satellite Corporation) hat sich entschlossen, ein Satellitenfernsehsystem für ein landesweites Fernsehprogramm einzurichten. Die deutsche Industrie bewirbt sich um den Auftrag. Mit diesem Geschäft könnte ihr ein entscheidender Durchbruch auf dem Weltmarkt gelingen." Der Auftrag habe einen Wert von etwa 500 Mio. DM. Dabei gehe es um die Lieferung zweier Satelliten für Direktfernsehen sowie wesentlicher Teile eines dritten und vierten Satelliten, bei denen die Volksrepublik China Teile in eigener Fertigung herstellen wolle, ferner um Technologietransfer. Vgl. Referat 424, Bd. 135904.

10 Am 27. November 1984 legte Referat 421 dar, das Bewerberfeld für das chinesische Fernsehsatellitenprojekt bestehe mittlerweile aus nur noch drei internationalen Gruppen: „RCA (USA); ein deutsch (ca. 40 %)-amerikanisch (ca. 40 %)-französisches (ca. 20 %) Konsortium (nationale Wertanteile in Klammern), bestehend aus MBB, Ford und SNIAS, unter deutscher Führung; eine französische Gruppe (MATRA, Thomson)." Vgl. Referat 424, Bd. 135904.

11 In einer undatierten Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft wurde dargelegt, die Firma PCS (Periphere Computer Systeme GmbH), München, verhandele mit der chinesischen „Administration of Computer Industry of the Ministry of Electronics Industry" (ACI) über die Lieferung von mehreren Hundert Computern des Typs Cadmus 9000 „und einen auf zwei Jahre befristeten Technologietransfer (Auftragswert: 40 Mio. DM). Die in China zu errichtende Fabrik soll 5000 bis 10 000 Stück dieser Computer in China produzieren." Einziger Konkurrent sei ein amerikanisches Großunternehmen: „Ein Auftrag an die Firma PCS wäre ein beachtlicher Erfolg für die deutsche Computer-Industrie im Wettlauf vor allem mit den USA und Japan. Die entschiedene Unterstützung des Projekts durch die Bundesregierung ist daher geboten." Vgl. Referat 421, Bd. 141369.

12 Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Peking, notierte am 10. Oktober 1984, nach Auskunft der Firma Siemens sei mit chinesischen Stellen vereinbart worden, „im Laufe der nächsten Wochen Gespräche über digitale Vermittlungstechnik" durchzuführen. Vgl. Referat 431, Bd. 145542.

6) Stahlwerk Baoshan II[13]

BK bemerkte, daß nach seinem Eindruck während des Gesprächs im kleinsten Kreise eine Chance bestehe, noch am gleichen oder am folgenden Tage zu einem Abschluß zu kommen, wenn Schloemann-Siemag sein Angebot aufrechterhalte.

Dies wurde vom MP bestätigt.[14]

7) Airbus[15]

BK bat um Mitteilung, wie man bei diesem Projekt weiterkommen könne.

MP wies auf Zuständigkeit des AHM[16] hin. Auch andere Ministerien müßten beteiligt werden. Die chinesische Seite sei für gemeinsame Projektierung und Herstellung. Wenn man hierüber einig sei, könne eine Vereinbarung geschlossen werden. Der BK ergänzte, daß im Gespräch im kleinsten Kreis auch über die Fertigung und Entwicklung im Flugzeugbau gesprochen worden sei, und erklärte die deutsche Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Es ginge vor allem um die Lieferung und den Nachbau von Transall-Flugzeugen. Allerdings komme es darauf an, wegen der Intensität einer solchen Koproduktion diese für recht lange Zeit fortzusetzen.

Der MP erklärt sein Einverständnis und verweist auf die Zuständigkeit des Ministeriums für Luftfahrt.[17]

Nach Abschluß dieser Einzelprojekte kam der BK auf Fragen der Kulturpolitik zu sprechen. Ihm schwebe vor, zum Abschluß seines Aufenthaltes darauf hinzuweisen, daß beide Seiten an der Erhöhung der Zahl der Studenten, der Verstärkung des Sprachunterrichts und der Einführung eines deutschen Sprach-

13 Das Bundesministerium für Forschung und Technologie erläuterte am 17. September 1984: „Als Federführer eines Konsortiums, dem im wesentlichen MAN, Siemens, AEG und Thyssen angehören, verhandelt die Firma Schloemann-Siemag (SMS) seit 1983 mit den chinesischen Ministerien für Maschinenbau und Metallurgie über die Lieferung einer Warmbandstraße (ca. 3 Mio. t/Jahr) und einer Stranggießanlage im Gesamtangebotswert von 2 Mrd. DM bei der zweiten Ausbaustufe des Hüttenkombinats Baoshan. […] Die vorläufige Deckungszusage des Geschäfts durch Hermes liegt vor." Für beide Projekte stehe SMS in Konkurrenz mit japanischen Firmen. Vgl. Referat 421, Bd. 141369.

14 Generalkonsul Handke, Schanghai, teilte am 13. Oktober 1984 mit: „Wie wir gesprächsweise von dem die Delegation des BK als einer der Sondergäste begleitenden Vorstandsvorsitzenden der Firma Schloemann-Siemag erfahren, sei die Entscheidung über die Vergabe des 1,5 Mrd. DM-Großauftrags für das Baoshan II-Warmwalzwerk nunmehr endgültig zugunsten des deutschen Firmenkonsortiums und gegen die japanische Konkurrenz gefallen, nachdem die chinesische Seite auf ein letztes, preislich reduziertes deutsches Angebot eingegangen ist. Wie wir von chinesischer Seite hörten, sei diese Entscheidung bereits dem japanischen Konkurrenten als endgültig mitgeteilt worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 199; Referat 341, Bd. 133575.
Gesandter Nölle, Peking, informierte am 22. Dezember 1984, der entsprechende Vertrag sei am selben Tag unterzeichnet worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4798; Referat 341, Bd. 133595.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fischer-Dieskau erläuterte am 8. August 1984: „Chinesen sind grundsätzlich an Airbus interessiert, fordern jedoch, daß evtl. Beschaffung Hand in Hand mit industrieller Kooperation (z. B. Teile-Fertigung durch chinesische Flugzeugindustrie; Know-how-Transfer) gehen und Finanzierung günstig sein müsse. Airbus-Industrie hat den Chinesen ein Lieferangebot unterbreitet (Kauf von zwei A-310-Flugzeugen; Leasing von weiteren drei gebrauchten A-300) sowie ein Angebot über industrielle Kooperation." Die Konkurrenzlage für Airbus sei „sehr schwierig, da auch McDonnell Douglas und Boeing zum Teil sehr weitreichende Kooperationsangebote gemacht haben". Vgl. Referat 421, Bd. 141369.

16 Außenhandelsministerium.

17 Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, vermerkte am 15. Oktober 1984, nach Auskunft des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, habe Ministerpräsident Zhao Ziyang in einem Vier-Augen-Gespräch mit Bundeskanzler Kohl „den Kauf von drei Airbussen versprochen". Vgl. Referat 431, Bd. 145542.

kursus im Fernsehen interessiert seien. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß der Erziehungsminister bereit sei, über diese Punkte mit der deutschen Seite sogleich zu verhandeln. (Die Verhandlungen haben inzwischen stattgefunden. Es wurde ein positives Ergebnis erzielt. Hierüber ergeht besonderer Bericht.[18])

MP wies darauf hin, daß die Anerkennung chinesischer Universitätsdiplome von deutscher Seite nur unbefriedigend vorgenommen wird.

Nach der Behandlung dieses Themas bittet der BK Bundesminister Warnke, unsere EZ mit China zu erläutern. Dieser wies darauf hin, daß die technische Zusammenarbeit seit Beginn ständig zugenommen habe und die finanziellen Ansätze hierzu entsprechend erhöht worden seien. Wie er, der BM, vom Minister für Außenhandel erfahren habe, sei China auch an der Gewährung von FZ interessiert. Die deutsche Seite habe daher die Absicht, im Haushalt 1985 einen Betrag von 50 Mio. DM einzustellen. Er werde über diese Frage noch mit Frau Chen Muhua sprechen.[19]

Ministerpräsident gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß wir nun auch in diesem Bereich zusammenarbeiten. Dies werde sich auf die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit besonders günstig auswirken. Es handele sich um einen guten Anfang, der ständig erweitert werden sollte.

Der MP benutzt diese Gelegenheit, um die chinesische Grundhaltung zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland noch einmal zusammenfassend darzulegen. Danach ließen sich die chinesischen Vorstellungen hierüber wie folgt zusammenfassen:

– Im Kampf gegen den Hegemonismus sei ein noch häufigerer Meinungsaustausch über wichtige internationale Fragen bedeutsam.
– China begrüße es, wenn deutsche Unternehmer am Bau von Schlüsselbetrieben auf dem Verkehrssektor und der Umgestaltung alter Betriebe teilnehmen.

Doch ginge es der chinesischen Regierung nicht nur um eine Zusammenarbeit mit Großunternehmen, sie wolle auch mit mittleren und kleineren Betrieben zusammenarbeiten. Dabei hoffe sie auf die Förderung dieser Zusammenarbeit durch die Bundesregierung. Auch die Zusammenarbeit einzelner chinesischer

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente, z. Z. Peking, teilte am 10. Oktober 1984 mit, in einem Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem chinesischen Erziehungsminister He Dongchang am Vortag hätten beide Seiten Übereinstimmung erzielt, die Zahl der Studenten „langfristig auszuweiten“ und die Partnersprache sowie Partnerschaften zwischen Universitäten zu fördern. Außerdem sei beschlossen worden, „bei der Ausstrahlung eines deutschen Fernsehsprachkurses im chinesischen Fernsehen zusammenzuarbeiten“. Bente teilte ferner mit, bezüglich der „Äquivalenzen von Diplomen und Universitätszeugnissen“ seien beide Seiten der Auffassung, „daß diese Fragen von den Universitäten und Professoren mit wohlwollender Unterstützung der zuständigen Regierung gelöst werden müssen, wobei Einverständnis darüber herrscht, daß die Regierungen hierbei eine flexible Haltung einnehmen sollten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3536; Referat 341, Bd. 133575.

19 Bundesminister Warnke traf am 10. Oktober 1984 mit der chinesischen Außenhandelsministerin Chen Muhua zusammen. Botschafter Schödel, Peking, teilte dazu am 15. Oktober 1984 mit: „BM Warnke unterstrich den Umfang der entwicklungspolitischen deutschen Nettoleistungen im multilateralen und bilateralen Rahmen: Fasse man die deutsche Entwicklungshilfe an China im Rahmen von Weltbank, IDA, bilateraler TZ und FZ und Werfthilfe zusammen, so werde diese im Jahre 1985 einen Umfang von DM 350 Mio. erreichen. Für 1983 und 1984 hätten diese Leistungen DM 300 Mio. betragen, was der Hälfte der von IDA der VR China gewährten Finanzmittel entspreche.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3628; Referat 341, Bd. 133575.

Provinzen mit deutschen Bundesländern sei eine gute Sache, die die chinesische Regierung unterstütze und befürworte. Hierzu bestehe auf chinesischer Seite ein großes Potential. Die Provinzen erhielten zunehmende eigene Entscheidungsfreiheit, außerdem seien kürzlich 14 Küstenstädte für ausländische Investitionen geöffnet worden. Diese würden von der chinesischen Regierung begrüßt, da die Bedingungen in diesen Städten günstiger seien und die Möglichkeit bestünde, sowohl Joint-ventures zu schaffen als auch Betriebe zu errichten, die ausschließlich mit ausländischem Eigenkapital gegründet werden könnten. Der MP lenkte die Aufmerksamkeit auf die Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft in dritten Ländern, auch hier gebe es bereits gute Ansätze.

Was die deutschen Investitionen anbelange, so sollten die deutschen Unternehmer noch mutiger werden. Es sei ihm, dem MP, bewußt, daß die chinesische Rechtsordnung noch nicht hinreichend ausgebaut sei. Die deutsche Seite könne sich aber darauf verlassen, daß die erforderlichen Voraussetzungen so schnell wie möglich geschaffen würden. Es werde eine neue Wirtschaftsgesetzgebung geplant, in der Zwischenzeit – solange die gesetzlichen Vorschriften noch fehlten – sollten sich die deutschen Unternehmer nicht entmutigen lassen. Er erinnere daran, daß die chinesische Seite für ihre Vertragstreue bekannt ist. Deutsche Unternehmen sollten daher nicht warten, sondern schon jetzt investieren, um ihre großen Chancen nicht zu verpassen.

Hierzu bemerkte der BK folgendes: Es sei Ziel seines Besuches, für die langfristige Zusammenarbeit ein Signal zu setzen. Dafür gebe es viele gute Gründe, obwohl die Zusammenarbeit bereits gut sei, könne sie noch verbessert werden. Sie diene dem Frieden. D unternehme heute wieder große Schritte in die Zukunft. Deutschland gehöre zur NATO und zur EG und sei der Hauptmotor für die europäische Einigung. Es unternehme viel für einen neuen Anlauf und besinne sich auf seine eigenen Kräfte. Dazu gehöre auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit solle so intensiv wie möglich sein. Die Bedeutung seines, des BK, Besuches werde durch die Begleitung der Leiter vieler weltbekannter deutscher Firmen unterstrichen. Man solle aber auch an die kleineren Unternehmen denken, die oft hervorragende Technologie zu bieten hätten.

D sei dankbar, daß die Sympathie, die China dem Streben des deutschen Volkes nach Überwindung seiner Teilung entgegenbringe.[20]

Er halte auch die angeregte engere Zusammenarbeit der Bundesländer mit chinesischen Provinzen für gut und habe dieses Thema auch mit den MPs der Länder besprochen. In diesem Zusammenhang solle man auch an den Bereich der Bildung und Erziehung denken, für die in D die Bundesländer zuständig seien.

Abschließend spricht der MP den Wunsch aus, die Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft und der Kultur langfristig zu planen. Auch er betrachte den Besuch als ein Signal, das die chinesische Regierung zu schätzen wisse. Wie er dem BK bereits im Vier-Augen-Gespräch mitgeteilt habe, betrachte er die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland unter weltstrategischen Gesichtspunkten. Diese Politik sei langfristig angelegt und nicht auf den Augenblick zugeschnitten. Sie entspreche dem Bedürfnis beider Seiten, denn bei-

[20] So in der Vorlage.

de Seiten ergänzten sich und brächten so ihre Stärke zur Geltung. Das größte Entwicklungsland gehe mit einem Land hoher Technologie zusammen. Dies werde weit über die Grenzen beider Länder hinaus wirken.

Über die Gespräche am Nachmittag des 8.10., auch in Zusammenarbeit mit den Sondergästen, ergeht weiterer Bericht.[21]

[gez.] Ruhfus

Referat 341, Bd. 133575

270

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.26 SDI-1533/84 VS-vertraulich **10. Oktober 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Billigung

Betr.: Präsident Reagans Initiative für Strategische Verteidigung (SDI); hier: außen-, verteidigungs- und bündnispolitische Aspekte

Bezug: Vorlage Abt. 2/Abt. 2A vom 13.9. – 201-363.26-1401/84 geh.[4]

21 Botschafter Schödel, Peking, berichtete am 9. Oktober 1984, Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Zhao Ziyang seien am Nachmittag des Vortags zu einem weiteren Gespräch zusammengetroffen, an dem teilweise auch Vertreter von Wirtschaftsunternehmen teilgenommen hätten. Dabei seien folgende aktuelle bzw. potentielle Großprojekte angesprochen worden: das Joint-venture von Volkswagen in Schanghai, die Lieferung von Kernkraftwerken in die Volksrepublik China, Projekte aus dem Bereich Luft- und Raumfahrt wie das Transportflugzeug vom Typ „Transall", Hubschrauber, Airbus sowie ein TV-Satellit, ferner die Zusammenarbeit im Metallbereich sowie bei Kohleprojekten: „In bezug auf die genannten Großprojekte lobte MP abschließend Qualität deutscher Anlagen und Aufgeschlossenheit deutscher Firmen für Technologietransfer, meinte jedoch, daß deutsche Seite preislich noch wettbewerbsfähiger werden müsse." Schödel legte dar: „Besuch des Herrn Bundeskanzlers hat – außer der sichtbaren Förderung deutsch-chinesischer Zusammenarbeit in den wichtigen Wirtschaftsprojekten – entscheidende Impulse gegeben. Dies war wegen der schwierigen Konkurrenzlage bei einigen Projekten ein günstiger Zeitpunkt." Kohl habe „gegenüber seinem Gastgeber die deutschen Wünsche und Möglichkeiten ohne Umschweife" angesprochen und dadurch „klare Stellungnahmen" von Zhao Ziyang erzielt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3526; Referat 341, Bd. 133575.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter konzipiert.
Hat Amtsinspektor Pahlke vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 11. Oktober 1984 vorgelegen.

3 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 12. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat laut Vermerk Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 17. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent Schauer an Referat 201 verfügte.
Hat Schauer am 17. Oktober 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter erneut vorgelegen.

4 Zur Vorbereitung einer Sitzung des Bundessicherheitsrats über SDI legten Ministerialdirektor Pfeffer und Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann eine gemeinsame Vorlage mit dem Bundesministerium der Verteidigung vor. Zu der Vorlage vermerkten sie: „Angesichts der vielen mit der SDI verbundenen Unwägbarkeiten muß die Bewertung vorläufigen Charakter haben." Deswegen werde „auf die Notwendigkeit einer Fortschreibung hingewiesen. Die Unwägbarkeiten erklären auch, daß

Anlg.: Bezugsvorlage[5]

I. 1) In einer Rede vom 23.3.1983[6] kündigte Präsident Reagan an, die USA würden die neuartigen technologischen Möglichkeiten einer Abwehr gegen ballistische Raketen untersuchen. Mit der Presidential Directive No. 119 vom 6.1.1984[7] wurde ein fünfjähriges Forschungsprogramm eingeleitet, für das bis Ende der 80er Jahre etwa 25 Mrd. Dollar vorgesehen sind.

Hintergrund dieser Initiative sind amerikanische nachrichtendienstliche Erkenntnisse über sowjetische Anstrengungen im Bereich der Raketenabwehr. Die danach festgestellten Arbeiten an einem phasengesteuerten Großradar und die Forschung etwa auf dem Gebiet der Lasertechnologie sind nach amerikanischer Auffassung nur als Vorbereitungen für die Errichtung eines umfassenden Raketenabwehrsystems zu erklären.

Seit Anfang 1984 haben die USA uns in einer Reihe von Konsultationen über den jeweiligen Stand der SDI unterrichtet. Die letzte Konsultation fand am 17./18.7. in Washington unter Beteiligung von GB, F, I und D statt.[8]

2) Im Rahmen der SDI sollen eine Reihe von Schlüsseltechnologien, insbesondere Laser-, Teilchenstrahl- und Hypergeschwindigkeitswaffen, untersucht werden. Ferner geht es um die Lösung einer Reihe komplexer technischer Probleme wie

– Entwicklung eines Einsatzführungssystems (Zielaufklärung, Zielverfolgung und -steuerung),
– Entwicklung geeigneter Träger bzw. die Komponenten des Systems (Satelliten, Spiegel, Energieerzeugung bzw. -nachfuhr),
– Schutzmaßnahmen zur Gewährleistung der Überlebensfähigkeit des Systems.

Die Forschungsanstrengungen lassen in jedem Fall einen erheblichen Spin-off im militärischen und zivilen Bereich erwarten.

3) Die SDI hat vor allem in den USA eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst. Ein Teil der Experten (u. a. Concerned Scientists) weisen hin auf Zweifel an der Realisierbarkeit oder jedenfalls Effizienz der SDI-Techniken, auf den ungeheuren finanziellen Aufwand bei Forschung, Entwicklung und ggf. Errichtung eines Abwehrsystems und auf die relativ einfachen Schutzvorkehrungen gegen seine Wirkung. Kissinger, zuerst Gegner der SDI, sieht in ihr jetzt einen Ansatz für die Wiederaufnahme eines breiten Rüstungskontrolldialogs mit dem Osten. Die Demokraten haben die Initiative des Präsidenten nicht mitgetragen, würden aber die Forschungen fortführen, um einen sowjetischen Vorsprung zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 1237

an verschiedenen Stellen der Vorlage mit Annahmen gearbeitet werden muß. […] Nicht alle möglichen Entwicklungen können bereits sicher erkannt, nicht jede Interessenabwägung so vorweggenommen werden, daß sie späterem Urteil standhält." Vgl. VS-Bd. 12041 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Dieses Wort wurde von Amtsinspektor Pahlke gestrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Lag nicht bei."

6 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

7 Für die National Security Decision Directive Nr. 119 „Strategic Defense Initiative" vom 6. Januar 1984 vgl. http://www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

8 Zu den Gesprächen vgl. Dok. 208.

verhindern und eine gesicherte Entscheidung über die Durchführbarkeit eines Raketenabwehrsystems zu ermöglichen.

4) Bei der öffentlichen Erörterung in den USA wird immer deutlicher, daß die SDI derzeit ein reines Technologieprojekt darstellt. Mit Prototypen der wichtigsten Komponenten ist nicht vor den 90er Jahren zu rechnen, mit Ausnahme allenfalls von Systemen zur Endphasenbekämpfung bzw. zur Abwehr taktischer Flugkörper (ATM[9]) auf der Grundlage herkömmlicher ABM- oder Flugabwehrtechnologie. Ferner ist klargeworden, daß auch von einem umfassenden Mehrschichtenabwehrsystem kein voller Schutz zu erwarten ist. Wohl aber erhofft man sich eine wesentliche Verringerung der Erfolgschancen eines Angriffs mit ballistischen Raketen, die wegen ihrer besonderen Charakteristika (kurze Flugzeit) als besonders bedrohlich empfunden werden. Eine strategische Raketenabwehr wird also allenfalls neben die Nuklearwaffen treten, ihren Abbau zulassen, sie aber nicht ablösen. Auf diese Erkenntnis stützt die Reagan-Administration ihre Aussage, die SDI festige die Abschreckung und gestatte zugleich risikolosere Abrüstung im nuklearstrategischen Bereich. Kissinger stimmt hierin mit Reagan überein.

5) Angesichts der Ungewißheit über die technologische Entwicklung im Rahmen der SDI und etwaige amerikanische Entscheidungen über deren Realisierung kann die nachstehende Auflistung von Elementen einer politischen Bewertung nicht abschließend sein. Vielmehr ist eine laufende Fortschreibung erforderlich.

II. 1) Weltpolitisch stehen derzeit die Auswirkungen der SDI im West-Ost-Verhältnis im Vordergrund. Wie betroffen die SU durch die SDI ist, wurde deutlich in den politischen Schachzügen um die Gespräche über Weltraumwaffen, die sie für September in Wien vorgeschlagen hatte.[10] Noch ist nicht erkennbar, was die Triebfeder der sowjetischen Weigerung ist, sich in Wien an den Verhandlungstisch zu setzen. Die USA unterstellen der SU, sie wolle mit der Forderung nach einem Moratorium den erreichten Vorsprung bei den Weltraumtechnologien halten. Man wird der SU konzedieren müssen, daß sie die Sorge bewegt, die USA würden mit der SDI die Führung in der Weltraumtechnologie und dann auch in der Weltraumrüstung übernehmen. Andererseits hat die amerikanische Regierung mehrfach erklärt, daß sie mit SDI keinen einseitigen Vorteil anstrebt. Es liegt an der SU, die USA beim Wort zu nehmen. Ohnedies müßten beide Seiten sich vor der Realisierung der SDI über eine Anpassung des ABM-Vertrags[11] einigen. Angesichts der außerordentlich langen Forschungs- und Entwicklungsperiode ist überdies nicht damit zu rechnen, daß die amerikanischen Forschungen und ihre Ergebnisse voll geheimgehalten werden können. Dies legt den Schluß nahe, daß im Falle einer SDI-Realisierung auch auf sowjetischer Seite ein strategisches Abwehrsystem errichtet wird.

9 Anti Tactical Missile.

10 Zu den sowjetischen Vorschlägen für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen vgl. Dok. 225.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

2) Die SU wird zudem den USA vorwerfen, hinter dem SDI-Schirm die eigenen Interkontinentalraketen als nunmehr schrankenlos verwendbares strategisch-politisches Element bereithalten zu wollen. Die US-Administration beruft sich in der inneramerikanischen Diskussion dieser Frage darauf, daß Abwehrwaffen in den Händen einer westlichen Demokratie nicht aggressiven Zielsetzungen dienstbar gemacht werden. Zudem verweist sie darauf, daß SDI keine Risiken politischer Steuerung beinhalte: Die Abwehr werde nur bei einem Angriff mit Nuklearraketen ausgelöst, wirke aber selbst nicht nuklear.

Aus Sicht der amerikanischen Regierung wäre der Effekt eines – wenngleich unvollkommenen – strategischen Abwehrsystems jedenfalls, einen mit ballistischen Raketen geführten Nuklearangriff mit ungleich höheren Erfolgsungewißheiten zu belasten. Positiv ausgedrückt: SDI würde den USA einen Teil ihrer Interkontinentalraketen als Zweitschlagspotential sichern, zusätzlich zu anderen Zweitschlagsoptionen (Bomber, SLBMs). Auf diese Veränderung der strategischen Gegebenheiten könnte die SU auf verschiedene Weise reagieren: mit dem technisch zweifelhaften Versuch punktueller Sättigung des strategischen Abwehrsystems durch Vervielfachung der Sprengköpfe – also mit teurem und sinnlosem Wettrüsten auf dem Gebiet der strategischen Nuklearwaffen. Oder gar mit dem Versuch, dem Aufbau eines amerikanischen strategischen Abwehrsystems durch einen Präventivschlag zuvorzukommen, ein Schritt, der sich angesichts der auch ohne SDI gegebenen Zweitschlagsfähigkeit der USA von selbst verbieten sollte. Jedenfalls kann nur der dritte Weg, die gemeinsame Beherrschung der aus der SDI sich ergebenden Möglichkeiten und Risiken, in unserem Interesse liegen.

Möglichen destabilisierenden Wirkungen der SDI im West-Ost-Verhältnis muß deswegen unsere Aufmerksamkeit gelten. Der Harmel-Bericht[12] über die künftigen Aufgaben der Allianz vom Dezember 1967 stellt die Verteidigungsanstrengungen der Allianz in den Dienst des Strebens nach einem „Klima der Stabilität, der Sicherheit und des Vertrauens". Er bezeichnet die kollektive Verteidigung als einen stabilisierenden Faktor in der Weltpolitik. Das Bündnis wurde und wird verstanden als Instrument einer auf Gleichgewicht gerichteten Politik. Damit ist die Bewältigung möglicher destabilisierender Effekte der SDI den Bündnispartnern als gemeinsame Aufgabe gestellt.

3) Dies gilt auch für die Rückwirkungen der über SDI entstandenen Kontroversen zwischen den Weltmächten auf die allgemeinen West-Ost-Beziehungen. Derzeit ist eine Fixierung der SU auf die Weltraumthematik zu beobachten. Sie tritt hinzu zu anderen hemmenden Faktoren in den Beziehungen zwischen West und Ost wie etwa der Selbstblockade bei INF. SDI rückt für die SU wieder die Notwendigkeit des Interessenausgleichs zwischen den Weltmächten in den Vordergrund. Wird sie nicht von den USA als gleichberechtigter Partner behandelt, antwortet sie mit der Krise in der politischen Beziehung zum Westen und zwingt die WP-Mitglieder auf ihren Kurs. Einer möglichen Entwicklung zum Bilatera-

12 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

lismus zwischen den Weltmächten müssen wir das Bekenntnis zur gemeinsamen West-Ost-Politik als Gegenstand des Bündnisses entgegenstellen und hierbei auch die SDI einschließen.

III. 1) Im Bündnis hat die Strategiediskussion durch die SDI neuen Auftrieb erhalten. Die Frage nach der Notwendigkeit der Nachrüstung könnte erneut und nachhaltig aufgeworfen werden. Die anfängliche Präsentation der SDI schien auch die Fortgeltung der Strategie der Abschreckung und der flexiblen Erwiderung[13] in Frage zu stellen. Die US-Administration ist dem mit der Feststellung entgegengetreten, es gebe keine Alternative zur geltenden NATO-Strategie. In den Rückwirkungen auf die Strategiediskussion ist unser Interesse daran begründet, daß Washington seine Äußerungen zur SDI mit uns abstimmt. Selbst sollten wir nicht treibende Kraft in der öffentlichen Diskussion um Konzeption und Realisierungschancen der SDI sein: Die Forschungen stehen am Anfang, sind unserem Einblick und damit unserem Urteil entzogen. Die SU versucht, das Thema „Militarisierung des Weltraums" zu emotionalisieren und der Friedensbewegung für eine antiamerikanische Kampagne nahezubringen. Wir sollten jeden Eindruck einer Beteiligung daran vermeiden.

2) Auf das Bündnis kommen im Zusammenhang mit der SDI weitere Belastungen zu:

F und GB könnten die Bedeutung ihrer Nuklearwaffen reduziert sehen, was insbesondere das Problem der französischen Stellung zur Allianz verschärfen würde.

Die mit SDI verbundenen ungeheuren Finanzlasten könnten es den USA erschweren, ihr Engagement in Europa voll aufrechtzuerhalten, überzogene Forderungen nach europäischen Beiträgen zur Verteidigung der Allianz im Stile der Nunn-Initiative[14] könnten sich häufen. Vor allem droht die Gefahr, daß sich der Charakter der US-Präsenz in Europa vermindert. Wir haben aber ein Interesse daran, daß die USA voll in der multinationalen integrierten Vorneverteidigung Westeuropas präsent bleiben. Sie ist entscheidender Bestandteil der Bündnisdoktrin, die nicht zufälligen Veränderungen als Folge technologischer Entwicklungen unterworfen werden darf.

3) Ebenso gewichtig ist die gemeinsame Auffassung, daß es im Bündnis prinzipiell keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben darf. Die USA haben sich zu diesem Prinzip bekannt, indem sie ihre Bereitschaft erklärten, Europa in die Schutzwirkung eines strategischen Abwehrsystems einzubeziehen. Mehr kann derzeit angesichts der noch in den Anfängen stehenden SDI-Forschung nicht gesagt werden. Es ist nicht im Interesse der Europäer, sich aktiv an der öffentlichen Kontroverse um die SDI zu beteiligen. Schon jetzt ist aber festzuhalten, daß die SDI nicht zur Bildung von Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Bündnis – überhaupt zu keiner Form der Abkoppelung Europas von den USA – führen darf. Dieser Anspruch hat Bedeutung sowohl für SDI-Rüstungskontrollverhandlungen wie auch zu gegebener Zeit für eine Entscheidung aufgrund der Ergebnisse der SDI-Forschung.

13 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 2, Anm. 12.

14 Zum Antrag des amerikanischen Senators Nunn vom 18. Juni 1984 vgl. Dok. 222, Anm. 7.

IV. Folgerungen

Die USA sind entschlossen, ihre Forschungen im Rahmen der SDI voranzutreiben. Für uns gilt es, die Auswirkungen unter Kontrolle zu halten. Dies wird uns nur gelingen, wenn wir unsere Einflußnahme auf die Entwicklung der SDI zusammen mit unseren europäischen Verbündeten im konstruktiven Meinungsaustausch mit den USA sichern, wobei wir die europäischen Interessen wirksam zur Geltung bringen können. Dabei haben wir – neben dem Drängen auf einen rüstungskontrollpolitischen Ansatz – folgende Gesichtspunkte zu vertreten:

– Das Bündnis sollte die Belebung des West-Ost-Dialogs auch unter dem Gesichtspunkt verfolgen, einer Destabilisierung durch SDI vorzubeugen;
– keine Schwächung des amerikanischen Engagements in der integrierten Vorneverteidigung;
– keine unangemessenen Forderungen nach europäischen Verteidigungsleistungen;
– keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Bündnis;
– kein Verzicht auf die Strategie der flexiblen Reaktion und auf die Abschreckung gegenüber jeder Form eines Angriffs auf Westeuropa.

Dg 21[15] hat mitgewirkt.[16]

D 2 A wird zu den rüstungskontrollpolitischen Gesichtspunkten getrennte Aufzeichnung vorlegen.[17]

i. V. Schauer

VS-Bd. 12041 (201)

15 Gerold Edler von Braunmühl.
16 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.
17 Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 10. Oktober 1984 vgl. Dok. 272.

271

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.90 USA-1579/84 geheim **10. Oktober 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: seegestützte Marschflugkörper (SLCM) der US-Navy;
hier: politische und militärische Konsequenzen für das Bündnis

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 2.2.84 – 201-360.90 USA-196/84 VS-v[4]

Anlg.: 1) Bezugsaufzeichnung[5]
2) Schreiben der US-Vertretung bei der NATO vom 11.9.84 mit anliegendem SLCM-Briefing in Kopie – 201-1559/84 geh.[6]
(Anlagen nur beim Original)

I. 1) Abteilung 2 hatte mit der Bezugsaufzeichnung über die amerikanischen Pläne zur Ausrüstung der US-Marine mit seegestützten Marschflugkörpern (SLCM)

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 15. Oktober 1984 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 17. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 18. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 20. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 22. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] Frage BMs S. 5." Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 22. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 23. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter und Ministerialdirigent Schauer verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „V[erfügung]. Ist Frage nicht mit Zif[fer] 4 der Aufzeichnung zur NPG vom 15.10.84-1597/84 erledigt?"
Hat Lewalter am 23. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja."
Hat Ischinger am 23. Oktober 1984 erneut vorgelegen.
Hat Genscher am 21. November 1984 erneut vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS bei BM" verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 22. November 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."
Am 19. Dezember 1984 vermerkte Lewalter für Adamek: „Wir müssen Gespräch mit BMVg vorbereiten."

4 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl informierte über die geplante Stationierung seegestützter Marschflugkörper (SLCM) durch die amerikanische Marine und legte dar, rüstungskontrollpolitisch würden SLCM mit nuklearem Gefechtskopf „den strategischen Systemen zugerechnet und fallen deshalb in den Rahmen der START-Verhandlungen. Die von Präsident Reagan mehrfach abgegebene Erklärung, daß kein System von diesen Verhandlungen ausgeschlossen sei, gilt auch für die seegestützten Marschflugkörper. Die Administration hat die SLCM bisher jedoch noch nicht offiziell in die START-Verhandlungen eingeführt, auch von der SU ging bisher kein besonderer Druck in dieser Richtung aus. Bisher ungelöstes Hauptproblem für die rüstungskontrollpolitische Behandlung der SLCM ist die Verifikationsfrage, und zwar deshalb, weil eine Unterscheidung von nuklearen und konventionellen SLCM auf größte Schwierigkeiten stößt." Vgl. VS-Bd. 11982 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben und das dazugehörige amerikanische Papier vgl. VS-Bd. 11982 (201).

unterrichtet. Nachdem die US-Marine bereits 1983 mit der Stationierung zweier verschiedener Versionen konventioneller SLCM begonnen hatte, führte sie im Juni 1984 ebenfalls die ersten nuklearen SLCM ein. Bei den für Unterwasser- wie für verschiedene Überwassereinheiten vorgesehenen SLCM handelt es sich im einzelnen um folgende Typen:

– konventionelle Seezielversion (Tomahawk Anti-Ship Missile – TASM),
– konventionelle Landzielversion (Tomahawk Conventionally-armed Land-Attack Missile – TLAM-C),
– nukleare Landzielversion (Tomahawk Nuclear-armed Land-Attack Missile – TLAM-N).

Die TLAM-C befindet sich allerdings noch in der Endphase der Entwicklung.

2) Die USA haben die Verbündeten auf der HLG-Sitzung im September d.J. über ihr SLCM-Programm informiert.[7] Bei der HLG-Sitzung wurde das Thema „SLCM" zur Behandlung in der NPG (Tagung am 11./12.10.84 in Stresa, Italien[8]) vorgeschlagen. Von US-Seite wurden auf Bitte von HLG-Teilnehmern die Briefing-Unterlagen zu SLCM zur Verfügung gestellt, die inzwischen auch hier vorliegen (s. Anlage 2).

3) Nach den hierin enthaltenen Angaben planen die USA, bis Mitte der 90er Jahre eine Gesamtzahl von ca. 4000 SLCM zu erreichen, die sich wie folgt zusammensetzen soll:

– 593 TASM,
– 2600 TLAM-C,
– 758 TLAM-N.

Die US-Regierung sieht in der SLCM-Stationierung einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Abschreckung. Die Kombinationsmöglichkeiten der SLCM-Stationierung,

– konventionell/nuklear,
– verschiedene mögliche Abschußvorrichtungen,
– unterschiedliche Trägersysteme,

sollen die Schlagkraft der amerikanischen Abschreckungsstreitmacht erheblich steigern und sehr flexibel gestalten.

4) Im einzelnen haben die USA den SLCM folgende Aufgaben zugedacht:

– TASM soll den Nachteil gegenüber der bisher schon mit Marschflugkörpern ausgerüsteten sowjetischen Marine reduzieren und damit zur Überlebensfä-

7 Zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 6./7. September 1984 in Apeldoorn vgl. Dok. 250, Anm. 5.
Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 10. September 1984, in der Sitzung der HLG habe der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, „zur Kontroverse im Kongreß über die Bestückung amerikanischer Schiffe mit SLCM" berichtet, besonders zum „Widerstand, der vor allem mit rüstungskontrollpolitischen Argumenten (Verifikationsschwierigkeiten) geführt wird. Jetzt befindet sich die Vorlage im Vermittlungsausschuß." Die USA hätten eine schriftliche Unterrichtung zugesagt. Schauer legte dar: „Das Thema ist wichtig, es könnte auch unsere Öffentlichkeit noch verstärkt beschäftigen." Vgl. VS-Bd. 12060 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vgl. Dok. 277.

higkeit der US-Schiffe außerhalb der Luftunterstützung durch Trägereinheiten beitragen und deren Einsatzflexibilität erhöhen.

– TLAM-C soll die Schlagkraft-Flexibilität und die Wirksamkeit der US-Seestreitkräfte steigern.
– TLAM-N werden als überlebensfähige weltweite nukleare Reserve zur Abschreckung von „follow-on attacks“ auf die USA oder Verbündete bezeichnet. Sie sollen zudem besonders Angriffe sowjetischer Marineflieger mit Nuklearwaffen gegen die US-Marine abschrecken.

5) Die USA verweisen ferner auf vergleichbare sowjetische Marschflugkörpersysteme. So soll die sowjetische Marine seit 1950 über Marschflugkörpern ähnliche Waffen, sog. Flügelraketen, verfügen und derzeit sieben verschiedene Typen davon mit Reichweiten zwischen 80 und 550 km einsatzbereit halten. Sechs dieser Typen seien dual capable (d.h. konventionell und nuklear einsetzbar), zwei davon auch zur Bekämpfung von Landzielen geeignet. Ein neuer weitreichender (ca. 3000 km) Marschflugkörper mit der NATO-Bezeichnung SS-NX-21 stehe kurz vor der Einführung.

II. 1) Mit der SLCM-Bewaffnung wird die US-Marine weltweit und rasch verlegbar über eine Vielzahl neuer Möglichkeiten zum reaktionsschnellen Einsatz weitreichender nuklearer und konventioneller Waffen gegen Land- und Seeziele verfügen, wie sie bisher nur Flugzeugträger boten. Gleichzeitig wird die Bekämpfung sowjetischer Überwasserschlaggruppen, der Hauptgefahr für amerikanische Trägerkampfgruppen, entscheidend verbessert. Der sowjetische Vorteil in der Distanzbekämpfung von Seezielen (über 400 km Reichweite) wird reduziert. Die amerikanischen Seestreitkräfte erlangen erheblich mehr Flexibilität. Dem Gegner wird durch die Vielzahl der Waffen und möglichen Waffenträger die Aufklärung und Bekämpfung außerordentlich erschwert und das Angriffsrisiko dadurch vergrößert.

2) Die Verbesserung der Schlagkraft und Flexibilität der US-Marine bedeutet für die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Seeverbindungen eine wichtige Stärkung. Dies kommt dem Bündnis, insbesondere auch seinen Seestreitkräften, zugute. Die Steigerung der konventionellen Kampfkraft und der Zuwachs an überlebensfähigen nuklearen Einsatzmitteln unterstützt die maritime Verteidigungsfähigkeit auch der NATO und erhöht die Abschreckung.

3) Die SLCM bieten neben den unbestreitbaren militärstrategischen Vorteilen jedoch auch einige Probleme aus sicherheitspolitischer Sicht gerade in ihrer nuklearen Variante. Auf die besonderen rüstungskontrollpolitischen Probleme wurde bereits in der Bezugsaufzeichnung hingewiesen.

4) Die nuklearen SLCM sind in den USA bisweilen als eine strategische Reserve betrachtet worden. Im Briefing-Text werden sie als weltweite nicht-strategische Nuklearkapazität („global non-strategic nuclear capability“) bezeichnet. Es ist nicht ganz klar, was mit diesem Begriff bezweckt wird, ob er im Hinblick auf mögliche Versuche zur rüstungskontrollpolitischen Einbindung der TLAM-N gewählt worden ist. Inwieweit die TLAM-N aus unserer Sicht als strategische oder als taktische Waffen anzusehen sind, wird von der ihnen zugewiesenen konkreten Rolle abhängen. Eine generelle Einteilung in die strategische oder taktische Kategorie wird daher nicht möglich sein, weswegen die TLAM-N

besser als Systeme sui generis zu qualifizieren sind. Hierauf könnte letztlich auch der von den USA verwandte Begriff „global non-strategic" hindeuten.

Die nukleare SLCM ähnelt in ihrer Rolle in gewisser Weise den auf Flugzeugträgern dislozierten luftgestützten Nuklearwaffen. Sie sind weltweit einsetzbar, damit nicht einem bestimmten Kriegsschauplatz zugeordnet. Die TLAM-N sind jedoch besser eindringfähig, schnell verlegbar und weniger leicht aufzuklären. Dies verleiht der nuklearen Komponente der US-Marine größere Flexibilität als bisher.

Das SLCM-Programm ist auf die weltpolitische Rolle der USA bezogen. Das schließt nicht aus, daß die TLAM-N, wenn sie sich im Bereich von SACEUR befinden, in dessen Zielplanung einbezogen werden müssen, schon um eine Doppelabdeckung zu vermeiden.

5) Die Einführung der nuklearen SLCM – die zwar bislang noch nicht übergroße Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen hat – könnte dazu führen, daß an die Diskussion um Land- oder Seestationierung im Rahmen des Doppelbeschlusses[9] erinnert wird. Dem wäre entgegenzuhalten, daß es sich bei den TLAM-N nicht um „in Europa stationierte Nuklearwaffen", sondern um einen Teil der weltweit dislozierten amerikanischen Nuklearkräfte handelt. In gleicher Weise wäre eventuellen Vorwürfen zu begegnen, die Einführung nuklearer SLCM durch die USA würde eine über den Doppelbeschluß hinausgehende INF-Aufrüstung oder einen Widerspruch zur Montebello-Entscheidung[10] darstellen.[11]

6) Wegen der besonderen mit SLCM verbundenen Probleme beabsichtigt BM Wörner, bei der NPG-Tagung folgende Haltung einzunehmen:

– Keine Behandlung als förmliches NPG-Thema, was eine Unterrichtung durch die US-Seite nicht ausschließt.
– Sollte dies nicht zu erreichen sein, so will er verlangen, daß das Thema einer genauen Prüfung unterworfen wird und jetzt keinerlei Festlegung erfolgt.[12]

i. V. Schauer

VS-Bd. 11982 (201)

9 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

10 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

11 Der Passus „in Europa stationierte … Montebello-Entscheidung darstellen" wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses kann eine schwierige Diskussion werden; der reine Regionalbezug (‚nicht in Europa') ist nicht sehr überzeugend."
Diese handschriftliche Bemerkung wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

12 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Was ist geschehen?" Vgl. Anm. 3.
Dazu vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger am 23. Oktober 1984 handschriftlich: „S[iehe] dazu Ziffer 4 der beigefügten Aufzeichnung v. 15.10."
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vgl. Dok. 277.

272

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 SDI-1985/84 VS-vertraulich **10. Oktober 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Initiative für Strategische Verteidigung (SDI);
hier: Haltung der Bundesregierung

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu dem unter I. vorgeschlagenen Vorgehen

I. Vorschlag

1) Angesichts der vielen offenen Fragen, die sich in Verbindung mit dem Projekt einer Strategischen Abwehr (SDI) ergeben, kann jetzt noch keine Entscheidung darüber getroffen werden, welche Haltung die Bundesregierung zu einer später möglichen Entwicklung und Stationierung solcher Abwehrsysteme einnehmen wird. Das gleiche gilt für die Frage, ob und in welcher Weise sich die Bundesrepublik Deutschland und andere europäische Verbündete an der Stationierung solcher Systeme beteiligen würden. Diese Fragen werden erst nach 1990 aktuell werden.

2) Die Konsultationen mit den USA, die bereits begonnen haben, sollten bilateral, im Fünferkreis und im Bündnis fortgesetzt und intensiviert werden. Dabei sollten wir versuchen, möglichst einen regelmäßigen Rhythmus zu vereinbaren. Gegenstand der Konsultationen sollte auch die Behandlung von SDI in der Öffentlichkeit sein.

3) Die jetzige Phase der Erforschung der neuen Systeme sollte für Gespräche und Verhandlungen zwischen USA und SU genutzt werden, um

– durch gegenseitigen Informationsaustausch Mißverständnisse über die Pläne der jeweiligen Gegenseite zu vermeiden,
– statt einer ersatzlosen Beendigung eine Anpassung des ABM-Vertrages[4] vorzubereiten,

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt und Legationssekretär Peters konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. Oktober 1984 vorgelegen.

3 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 14. Oktober 1984 vorgelegen, der um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 15. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Der Herr Minister bittet um Rücksprache am Di[enstag] nachm[ittag]."
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick vorgelegen, der die Weiterleitung über Botschafter Ruth an Referat 220 verfügte.
Hat Ruth am 17. November 1984 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Citron, z. Z. Bonn, „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Citron vorgelegen.

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Be-

– keinen zusätzlichen Anreiz zur Vermehrung von Offensivsystemen oder zur Verlagerung der Offensivkapazitäten auf andere Systeme zu schaffen,
– schließlich Vereinbarungen vorzubereiten, die das Gleichgewicht wahren, jedoch zusätzliche Elemente der Stabilität einbauen würden; ein solches stabileres Kräfteverhältnis könnte in einer neuen Kombination von Defensiv- und Offensivwaffen bestehen, möglicherweise aber auch durch eine Umstrukturierung der offensiven Systeme hergestellt werden.

4) Um in den Konsultationen substantielle Beiträge leisten und später notwendig werdende Entscheidungen der Bundesregierung vorbereiten zu können, wird vorgeschlagen, zusätzlich zu dem Steuerungsinstrument innerhalb der Bundesregierung, an dem neben dem Bundeskanzleramt das Auswärtige Amt und das BMVg beteiligt sind, im AA eine Arbeitsgruppe zu bilden. Daran sollten Abt. 2, 2A, 4 sowie der Planungsstab beteiligt werden. Die Federführung[5] sollte bei 2A[6] liegen.[7]

II. Inhalt der Strategischen Abwehrinitiative (SDI)

Am 23. März 1983 kündigte Präsident Reagan den Beginn eines Forschungsprogramms mit dem langfristigen Ziel der Entwicklung eines neuartigen strategischen Abwehrsystems gegen ballistische Raketen an.[8] Diese Ankündigung führte zur Vergabe von Studienprojekten über sicherheitspolitische und technologische Auswirkungen der Initiative. Wesentliches Ergebnis der im Oktober 1983 vorgelegten Studien war, daß es noch eine Vielzahl ungelöster Probleme gebe, das Projekt jedoch insgesamt so vielversprechend sei, daß die Forschungsarbeiten fortgesetzt werden müßten.

Am 6. Januar 1984 ordnete Präsident Reagan mit der Presidential Directive No. 119[9] ein zunächst fünfjähriges Forschungsprogramm an, für das die amerikanische Regierung bis Ende der 80er Jahre insgesamt etwa 25 Mrd. $ eingeplant hat.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1247

grenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

5 Dieses Wort und das Wort „2A“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist wohl richtig.“

6 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich ein: „sofern Rüstungskontrolle und Vertretung nach außen (Parlament, Öffentlichkeit) und darauf gerichtete Konsultation betroffen ist, bei Abt. 2 im militärpolit[ischen] Bereich, bei Pl[anungsstab], soweit Technologieprobleme betroffen sind.“

7 Die erste Sitzung der SDI-Arbeitsgruppe des Auswärtigen Amts fand am 7. November 1984 statt. Vortragender Legationsrat Schmidt notierte am 19. November 1984 zu den Ergebnissen: „Die Arbeitsgruppe soll dem Vertreter des AA in der SDI-task-force zuarbeiten. Diese wird vom Bundeskanzleramt zu gegebener Zeit einberufen werden. […] Die Arbeitsgruppe wird sich in etwa monatlichen Abständen treffen. Die nächste Sitzung wird Anfang Dezember nach der Sitzung der deutsch-französischen Expertengruppe zu SDI einberufen werden.“ Vgl. den Begleitvermerk zum Protokoll der Hausbesprechung vom 7. November 1984; VS-Bd. 14126 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Vgl. dazu die Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

9 Für die National Security Decision Directive Nr. 119 „Strategic Defense Initiative“ vom 6. Januar 1984 vgl. http://www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

SDI soll – im Unterschied zu den herkömmlichen ABM-Systemen – die Rakete nicht erst in der Wiedereintrittsphase abfangen, sondern aus mehreren Stufen bestehen. Die erste – und wahrscheinlich wichtigste – Stufe würde aus Waffen bestehen, welche die Rakete in der Abschußphase zerstören, noch bevor durch die Ablösung der Gefechtsköpfe und Gefechtskopfattrappen eine Vervielfachung der Ziele eingetreten ist.

Präsident Reagan versuchte durch diese Initiative, eine neue Antwort auf mehrere Probleme zu finden:

– die besondere Bedrohung, die von den Raketen ausgeht, weil diese eine sehr kurze Flugzeit haben und nicht rückrufbar sind;
– die Verwundbarkeit der amerikanischen ICBM und damit die Sorge, daß die SU eine Erstschlagsfähigkeit erlangen könnte;
– Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der SU auf dem Gebiet der Raketenabwehr;
– wachsende Zweifel, ob die westliche Öffentlichkeit auf die Dauer einer Strategie zustimmen wird, die letzten Endes auf der Androhung der Vergeltung mit Offensivwaffen beruht.

III. Sowjetische Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

Die SU hat um Moskau herum das einzige operationale ABM-System der Welt stationiert. Dieses, ursprünglich aus 64 überirdischen Abschußgestellen und den dazugehörigen Erfassungs- und Zielradargeräten bestehende System wird seit 1980 im Rahmen der durch den ABM-Vertrag von 1972 gezogenen Grenzen modernisiert (Einführung eines Hochgeschwindigkeitsflugkörpers zur endoatmosphärischen Raketenbekämpfung zusätzlich zur bisherigen exoatmosphärischen Komponente; besserer Schutz durch Silo-Stationierung) und erweitert (Ausnutzung der Obergrenze des ABM-Vertrags: 100 Systeme für jeden Vertragspartner).

Nach Auffassung der Vereinigten Staaten liegen Hinweise darauf vor, daß die SU ein „break-out-potential“ über die durch den ABM-Vertrag gezogenen Grenzen hinaus aufbaut. In diesem Zusammenhang wird u. a. hingewiesen auf

– den Bau einer neuen Großradaranlage in Krasnojarsk/Sibirien, die eine Erfassungslücke im Radarschutzgürtel um die SU zu schließen imstande ist und deren Ausrichtung von den USA als potentielle[10] Verletzung der ABM-Vertragsbestimmungen gewertet wird;
– die Entwicklung (nicht Dislozierung) eines schnell dislozierbaren, mobilen ABM-Systems, dessen Basen in einem nach Monaten statt Jahren zu bemessenden Zeitraum errichtet werden könnten;
– die Entwicklung bodengestützter Lasersysteme, die neben ihrer ASAT-Rolle auch im BMD[11]-Sektor einsetzbar wären.

10 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut unterschlängelt.

11 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ballistic Missile Defense (s. Anhang).“
In einer der Aufzeichnung beigefügten Anlage wurden die Begriffe ABM, BMD, SDI und ASAT erläutert. Vgl. dazu VS-Bd. 11373 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

IV. Offene Fragen

Aus SDI ergeben sich eine Reihe von Fragen, auf die auch die USA – wie sie uns bei den Konsultationen in aller Offenheit sagten – noch keine endgültige Antwort haben.

1) Technische Durchführbarkeit

Die Abwehr der derzeit vorhandenen 2343 landgestützten und seegestützten strategischen Raketen sowie von 378 SS-20 ist eine ungeheure Aufgabe. Probleme stellen sich nicht nur bei der Zerstörung dieser Raketen, sondern auch bei der vollständigen Überwachung der Abschüsse, bei der Zielerfassung und der Verfolgung dieser Objekte. Die hauptsächlichen Schwierigkeiten liegen in der geringen Zeit, die für die Bekämpfung zur Verfügung steht, und in der großen Zahl der zu bekämpfenden Objekte. Daraus ergeben sich u. a. Probleme der Datenverarbeitung, die erst mit einer neuen Rechnergeneration gelöst werden können. Ob und in welchem Grad diese Probleme bewältigt werden können, ist nicht präzise vorauszusehen. Auch auf amerikanischer Seite nimmt man jedoch nicht mehr an, daß selbst beim Aufbau eines in vier Phasen wirkenden Abwehrsystems ein absoluter Schutz des Territoriums der USA zu verwirklichen ist.

Offen ist insbesondere,

– ob sich der Schutz gleichmäßig auf das gesamte amerikanische Territorium sowie auf das Territorium der Verbündeten erstrecken kann oder ob er sich – besonders in der Wiedereintrittsphase der Raketen – auf militärisch wichtige Gebiete, insbesondere die ICBM-Stellungen, konzentriert;
– ob die Abwehrsysteme selbst unverwundbar gemacht werden können;
– ob und bis zu welchem Grade die Abwehrsysteme durch eine Vermehrung der Offensivwaffen saturiert werden können;
– ob die Raketen gegen neue Abwehrsysteme geschützt werden können, z. B. durch Verkürzung der Abschußphase oder durch Härtung;
– ob eine Verteidigung auch gegen die mit herkömmlichem Radar nicht zu erfassenden Stealth-Bomber sowie gegen Cruise Missiles, insbesondere die neue Generation der Advanced Cruise Missiles, möglich ist.

2) Finanzierbarkeit

Schätzungen für die Gesamtkosten eines strategischen Abwehrsystems reichen bis zu einer Billion Dollar. Ein Programm dieser Größe wäre – auch bei Beibehaltung der derzeitigen Wachstumsraten des amerikanischen Verteidigungshaushalts – allenfalls bei gewaltigen Einsparungen an anderen Stellen des Haushalts denkbar. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine Verringerung der Verteidigungsausgaben als Folge von SDI allenfalls bei den strategischen Offensivwaffen zu erwarten wäre, deren Kosten jedoch nicht mehr als 15 Prozent des amerikanischen Verteidigungshaushalts ausmachen.

3) Schutz der Verbündeten

Grundsätzliche Zusicherungen der USA, daß sich der Schutz von SDI auch auf die Verbündeten erstrecken würde, liegen vor. Die Abwehr von Mittelstreckenraketen größerer Reichweite, vor allem der SS-20, stellt technisch kein wesentlich anderes Problem dar als die Abwehr von strategischen Raketen. Offen ist jedoch,

– wie die Verbündeten gegen Raketen kürzerer Reichweite (unter 1000 km) sowie gegen Cruise Missiles geschützt werden können;
– ob und, wenn ja, welche Abwehrsysteme auf ihrem Boden stationiert werden sollen (hier kommen in erster Linie solche Systeme in Frage, die in der Wiedereintrittsphase ansetzen; das Luftverteidigungssystem „Patriot" könnte so weiterentwickelt werden, daß es auch gegen Raketen kürzerer Reichweite einsetzbar ist);
– wie die Verbündeten an der Finanzierung möglicher Abwehrsysteme beteiligt werden.

V. Risiken

Die mit SDI verbundenen Risiken hängen eng mit den unter IV. behandelten offenen Fragen zusammen. Bei ihrer Untersuchung bleibt der schlimmste, allerdings auch unwahrscheinliche Fall außer Betracht, daß die SU als erste ein wirksames Abwehrsystem stationieren könnte. Die Risiken und später auch die Chancen von SDI werden vielmehr zu der Möglichkeit in Beziehung gesetzt, auf die Entwicklung und Stationierung auf beiden Seiten vollständig zu verzichten.

Bei der Beurteilung der Risiken ist zu unterscheiden zwischen

1) der Phase intensiver Forschung auf beiden Seiten, in der wir uns jetzt befinden;

2) dem Eintritt in die Phase der Entwicklung neuer Defensivsysteme;

3) der Stationierung der neuen Systeme.

Zu 1) Die Fortführung der Forschungsarbeiten impliziert noch keine Vorentscheidung über die Entwicklung und Stationierung der strategischen Abwehrsysteme. Die USA hatten sich – trotz langjähriger Forschungs- und Entwicklungsarbeiten – letzten Endes auch dafür entschieden, von ihrem Recht aufgrund des ABM-Vertrages zum Aufbau eines ABM-Systems nicht Gebrauch zu machen. Bereits jetzt treten jedoch Wirkungen auf die öffentliche Meinung auf, die schon in der Bezeichnung „Star Wars" für SDI zum Ausdruck kommen. Es wird eine Ausdehnung des Rüstungswettlaufs auf den Weltraum befürchtet. Die SU macht sich diese Bedenken in geschickter Weise zunutze, indem sie Verhandlungen über eine Verhinderung der Militarisierung des Weltraums vorschlägt und einen entsprechenden Resolutionsentwurf in die Generalversammlung der VN[12] einführt. Gleichzeitig hat die Rede von Präsident Reagan auch die öffentliche Unterstützung für die Abschreckungsstrategie dadurch in gewissem Maße gefährdet, daß SDI zunächst als Alternative zur Abschreckungsstrategie dargestellt wurde. Damit wurden die moralischen Bedenken gegen diese Strategie anerkannt. Mittlerweile herrscht auch in den USA die Auffassung vor, daß die Abschreckungsstrategie im Grunde erhalten bliebe und daß SDI nur zusätzliche stabilisierende Elemente in diese Strategie einführen würde.

12 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juni 1984 für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen vgl. Dok. 225.
Mit Schreiben vom 27. September 1984 an VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar legte der sowjetische Außenminister Gromyko den Entwurf einer Resolution der VN-Generalsversammlung zur Nutzung des Weltraums ausschließlich für friedliche Zwecke zum Wohle der Menschheit vor. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 158 f.

Zu 2) Die Entwicklung und Erprobung von weltraumgestützten Raketenabwehrsystemen würde gegen den ABM-Vertrag verstoßen, der nach wie vor als ein Kernstück der Rüstungskontrolle angesehen wird und dessen Kündigung als ein Zeichen wenn nicht für die Beendigung, so doch für eine tiefe Krise des Rüstungskontrollprozesses angesehen würde. Schon aus diesem Grunde sind Verhandlungen zwischen USA und SU erforderlich, noch bevor eine Entscheidung über die Entwicklung solcher Systeme getroffen wird.

Aus einer solchen Entscheidung würden sich folgende weitere Risiken ergeben:

– Es könnte ein Anreiz zur Vermehrung der Offensivwaffen geschaffen werden, gegen welche die Abwehrsysteme nicht wirken.
– Weitere Forschungs- und Entwicklungsarbeiten könnten darauf konzentriert werden, die Offensivwaffen unverwundbar zu machen.
– Bestehende Systeme könnten dazu verwendet, neue Technologien entwickelt werden, um die neuen Abwehrsysteme zu zerstören.
– Es könnte die Befürchtung entstehen, daß eine Seite die Erstschlagsfähigkeit erlangen würde, indem sie durch neue Abwehrsysteme den Zweitschlag des Gegners jedenfalls teilweise abwehren und damit seiner Wirksamkeit berauben könnte.[13]

Zu 3) Durch die Stationierung neuer Abwehrsysteme könnten folgende weitere Probleme geschaffen werden:

– Die Befürchtung, daß eine Seite – jedenfalls in der Perzeption der anderen Seite – unverwundbar werden und dadurch die Erstschlagsfähigkeit gewinnen könnte, würde dadurch aktuell werden.
– Je stärker der Schutz durch SDI auf das amerikanische Territorium konzentriert würde, um so größer wäre die Gefahr der Abkoppelung Europas.
– Aber selbst bei gleichmäßiger Abwehr aller strategischen Raketen und weitreichenden Mittelstreckenraketen könnte die relative Bedeutung der Bedrohung der europäischen Verbündeten durch Raketen kürzerer Reichweite, durch landgestützte Cruise Missiles und Flugzeuge und nicht zuletzt durch die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts anwachsen.
– Das Problem würde verschärft, wenn zur Finanzierung von SDI Einschnitte bei der konventionellen Präsenz der USA in Europa vorgenommen werden müßten.
– Für GB und F ergäbe sich das zusätzliche Problem, daß ihre Nuklearkräfte, die fast ausschließlich auf Raketen basieren, beim Aufbau eines neuen Abwehrsystems durch die SU in ihrer Abschreckungswirkung entscheidend geschwächt würden.

13 Dieser Absatz sowie die Wörter „Erstschlagsfähigkeit“ und „teilweise abwehren“ wurden von Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Eine teilweise Erstschlagsfähigkeit ist per definitionem unmöglich; entweder man kann den Zweitschlag ganz verhindern oder nicht; auch zehn übriggebliebene ICBMs könnten Mio. von Menschen das Leben kosten und durch Ausschaltung der wichtigsten Industriezentren dem Gegner das Rückgrat brechen. Es handelt sich also weniger um eine Frage der tatsächlichen Erstschlagsfähigkeit, sondern um die Frage nach dem Vertrauen in die Wirksamkeit der Abschreckung.“

VI. Chancen

1) Die Chancen von SDI liegen nicht darin, daß die Strategie der Abschreckung durch eine Strategie der Verteidigung abgelöst werden könnte, sondern darin, daß in die Abschreckungsstrategie stabilisierende Elemente eingefügt werden könnten. Diese Chance könnte jedoch nur ausgeschöpft, die bestehenden Risiken könnten nur vermieden werden, wenn es darüber zu Vereinbarungen zwischen USA und SU käme. Die jetzige Konstellation ist bis zu einem gewissen Grade vergleichbar mit derjenigen, die 1969 bestand, als Verhandlungen über ABM und ein SALT-Abkommen geführt wurden. Diejenigen, die der Rüstungskontrolle generell skeptisch gegenüberstehen, weisen allerdings darauf hin, daß ein wesentliches Ziel des ABM-Vertrages, nämlich die Verhinderung des Aufwuchses der Offensivsysteme, nicht erreicht worden sei. Richtig ist, daß über strategische Waffen 1972 nur das zeitlich begrenzte SALT-Interimsabkommen geschlossen wurde.[14] Die SALT-II-Verhandlungen haben sich dann wesentlich länger hingezogen, als zunächst erwartet worden war.[15] Das SALT-II-Abkommen wurde nicht mehr ratifiziert. Die START-Verhandlungen wurden durch die SU abgebrochen.[16]

Die Lage birgt jedoch auch neue Chancen in sich: Die Verhandlungen können in einer Phase geführt werden, in der die neuen Abwehrsysteme sich erst im Forschungsstadium befinden. Beide Seiten können auf die Erfahrungen in den Verhandlungen über ABM und SALT-Interim zurückgreifen. Die offensichtlich echte Besorgnis der SU über die amerikanischen Pläne dürfte einen starken Anreiz zu Verhandlungen schaffen.

2) Die USA hatten schon im vergangenen Jahr vertrauliche Gespräche auf Regierungsebene über SDI angeboten, während die SU – offenbar in der Hoffnung, in der westlichen Öffentlichkeit Widerstände gegen SDI zu wecken und zu nähren – Gespräche zwischen Wissenschaftlern vorgeschlagen hatte. Auch der sowjetische Vorschlag vom 29. Juni d. J., bilaterale Verhandlungen über die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums aufzunehmen, war auf Öffentlichkeitswirksamkeit zugeschnitten. Er konnte jedoch von den USA in geschickter Weise benutzt werden, um ihre eigenen Vorstellungen ins Spiel zu bringen:

– kein Moratorium vor Verhandlungsbeginn;
– Möglichkeit der Vereinbarung eines ASAT-Moratoriums in den Verhandlungen;
– unlösbare Verbindung zu den Verhandlungen über Offensivwaffen.

14 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

15 Die erste Runde der zweiten Phase der Gespräche zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) fand vom 21. November bis 21. Dezember 1972 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 375 und Dok. 405.
Der Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) wurde am 18. Juni 1979 in Wien unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.
Zur Aussetzung der Ratifizierung in den USA vgl. Dok. 27, Anm. 15.

16 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

Die SU, die auf ihrem Konzept beharrte, mußte die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Verhandlungen nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt beginnen konnten. Da es der SU letztlich jedoch nur in Verhandlungen gelingen dürfte, auf die amerikanischen Programme wirklich Einfluß zu nehmen, bestehen Aussichten dafür, daß die SU in den zu erwartenden Kontakten nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen[17] mehr Flexibilität zeigt und daß über die Weltraumproblematik die Wiederaufnahme des bilateralen Rüstungskontrolldialogs gelingt. Die USA könnten den Anreiz für und gleichzeitig den Druck auf die SU noch erhöhen, wenn sie zum Problem der Anti-Satelliten-Waffen (ASAT) – einem Problem, das in absehbarer Zeit gelöst werden könnte und sollte – ihre Position präzisieren würden. Besonders wirksam wäre ein konkretes Angebot für ein, wenn auch zeitlich begrenztes, ASAT-Moratorium.

3) Bilaterale Verhandlungen über Rüstungskontrolle im Weltraum würden auch den Rahmen für eine Erörterung der beiderseitigen strategischen Abwehrsysteme bieten.

Der erste Schritt wäre dabei ein gegenseitiger Informationsaustausch zur Vermeidung von Mißverständnissen über die Pläne der Gegenseite. Dabei müßte vor allem die SU über ihre Forschungen auf diesem Gebiet berichten, die bisher nur aus nachrichtendienstlichen Quellen bekannt sind.

Schon in diesem Stadium müßte auch auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Begrenzung von Defensiv- und Offensivwaffen hingewiesen werden. Die parallelen Verhandlungen über den ABM-Vertrag und SALT-Interim bieten dafür einen Präzedenzfall.

Der nächste Schritt in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen sollte eine Einigung darüber sein, daß jedenfalls die Grundstruktur des ABM-Vertrages beibehalten werden sollte. Wenn aufgrund der laufenden Forschungsarbeiten entschieden wird, bestimmte strategische Abwehrsysteme zu entwickeln und zu erproben, sollte der ABM-Vertrag entsprechend modifiziert werden.

In der Substanz geht es in den Verhandlungen darum, daß aufgrund eines sowohl Offensiv- als auch Defensivwaffen umfassenden Komplexes von Vereinbarungen auf beiden Seiten eine Kräftestruktur erreicht wird, welche die Abschreckung wirksam erhält oder noch wirksamer macht und gleichzeitig mehr stabilisierende Elemente enthält.

Die USA wollen die Stabilität vor allem dadurch erhöhen, daß sie mit Hilfe von SDI die Bedrohung durch Raketen jedenfalls teilweise neutralisieren, um die Gefahr eines Erstschlags auszuschalten und mehr Zeit für Krisenmanagement zu gewinnen. Die Gefahr eines entwaffnenden Erstschlags würde bereits dann beseitigt, wenn der potentielle Angreifer annehmen müßte, daß nur ein Teil seiner Raketen die Abschußeinrichtungen des Gegners erreichen und zerstören würde.[18] Damit wäre auch die Notwendigkeit beseitigt, die eigenen Abschußeinrichtungen entweder so zu vermehren, daß sie von den Raketen des Geg-

17 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

18 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

ners nicht mit einem Schlag zerstört werden können, oder sie unverwundbar zu machen.

Die teilweise Neutralisierung der ballistischen Raketen könnte in ihrer Wirkung durch vereinbarte Reduzierungen verstärkt werden, weil dadurch die Verteidigungsaufgabe erleichtert würde. Im Idealfall könnte die Neutralisierung auch allein durch Reduzierungen erreicht werden, wenn diese mit einem MIRV-Verbot verbunden wäre: Gäbe es auf beiden Seiten nicht mehr Gefechtsköpfe als Raketen, so wäre die Erstschlagsgefahr ebenfalls gebannt, da keine Seite darauf vertrauen könnte, mit jedem Gefechtskopf eine Rakete des Gegners auszuschalten.

Das Gewicht der Abschreckung würde sich dann mehr auf Bomber und Marschflugkörper verlagern. Der Anreiz, sie zu vermehren, müßte durch parallele Begrenzungen unter Kontrolle gebracht werden. Die SU müßte ohnehin auf solchen Begrenzungen bestehen, weil sie jedenfalls bei den Cruise Missiles im Rückstand ist.

Schließlich müßte versucht werden, die Abwehrsysteme selbst durch entsprechende Vereinbarungen zu schützen.

4) In den Konsultationen sollten wir weiterhin versuchen, bei unseren amerikanischen Partnern das Bewußtsein dafür zu stärken, daß größere Stabilität, auch bei Verwirklichung von SDI, nur in Kooperation mit der SU zu erreichen ist.

VII. Behandlung gegenüber der Öffentlichkeit

In der jetzigen Phase der beginnenden Diskussion könnten gegenüber der Öffentlichkeit folgende Punkte herausgestellt werden:

1) Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion sind mit der Erforschung neuer Technologien zur ballistischen Raketenabwehr befaßt.

2) Es muß zwischen den Anti-Satelliten-Systemen (ASAT) und den Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen unterschieden werden. Das ASAT-Problem stellt sich schon jetzt konkret: Die Sowjetunion verfügt über ein einsatzfähiges System. Die Vereinigten Staaten sind dabei, ihr ASAT-System zu entwickeln.

3) Mit der Initiative des amerikanischen Präsidenten zur strategischen Verteidigung wurde zunächst nur ein Forschungsvorhaben eingeleitet. Die Vereinigten Staaten rechnen damit, daß die Forschungsphase Anfang der 90er Jahre beendet sein wird. Bis dahin ist die Frage, ob neue Raketenabwehrsysteme tatsächlich entwickelt werden können und sollen, offen.

4) Schon in dieser Phase sind intensive Konsultationen zwischen Vereinigten Staaten und den übrigen Bündnispartnern notwendig. Sie sind im Gange. Dabei sind vor allem die strategischen, bündnispolitischen und rüstungskontrollpolitischen Auswirkungen zu klären.

5) Für die europäischen Bündnispartner ist die Zusage der Vereinigten Staaten wichtig, daß künftige strategische Abwehrsysteme, wenn sie gebaut werden sollten, auch die europäischen Bündnispartner schützen würden.

6) Bei der Beurteilung neuer strategischer Abwehrsysteme steht das Verhältnis zwischen offensiven (d. h. ballistischen Raketen) und defensiven (d. h. Rake-

tenabwehr) Systemen und damit die Auswirkungen auf den ABM-Vertrag im Vordergrund.

7) Wirkliche Stabilisierung kann nur durch konkrete Vereinbarungen aufgrund von Verhandlungen erreicht werden, die sowohl Offensiv- als auch Defensivwaffen umfassen. Wir setzen uns für solche Verhandlungen ein.

8) Das Ziel amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über Offensiv- und Defensivwaffen muß es sein, mit möglichst wenig Waffen einen möglichst hohen Grad an Stabilität zu erreichen. Vor einer Entscheidung über die tatsächliche Entwicklung von neuen Abwehrsystemen muß

- versucht werden, die Offensivsysteme drastisch auf ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zu senken,
- geklärt werden, welches die Auswirkungen auf den ABM-Vertrag wären,
- die Frage beantwortet werden, ob die Einführung neuer Defensivsysteme erforderlich und zweckmäßig ist,
- geklärt werden, ob eine neue Kombination von offensiven und defensiven Waffen die strategische Stabilität erhöhen und die kriegsverhütende Wirkung der Abschreckung erhalten oder verstärken könnte.

Ruth

VS-Bd. 11373 (220)

273

Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Peking, an das Auswärtige Amt

114-3865/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Oktober 1984, 01.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3527 **Ankunft: 9. Oktober 1984, 20.14 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit Hu Yaobang[2]

Weitere Teilnehmer: Auf chinesischer Seite Erziehungsminister He Dongchang, Vizeaußenminister Zhou Nan, Vizeaußenhandelsminister Jia Shi und der chinesische Botschafter[3]; auf deutscher Seite StS Boenisch, StS Ruhfus, MdB Rühe, Botschafter Schödel, MD Teltschik.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Moese am 10. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Edler von Braunmühl sowie an die Referate 210 und 213 „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 10. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 15. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 269 und Dok. 274.

3 An Zhiyuan.

Bundeskanzler (BK) gab Rückblick auf bisherigen Verlauf des Besuchs. Er wolle mit seinem Besuch ein Signal setzen. China habe seit seinem letzten Besuch[4] große Fortschritte gemacht. D und CH verfolgten viele gemeinsame Ziele. Wir sollten unsere Zusammenarbeit auf lange Sicht anlegen. Deshalb gelte es, gerade auch die Zusammenarbeit unter Jugend und den Studenten zu fördern. Er sei sehr beeindruckt, mit welcher Entschlossenheit die chinesische Führung die Öffnung vollziehe. Die Stimme der VR China habe in der Welt großes Gewicht. Jedes Land brauche Freunde. Dies gelte besonders für die deutsche Nation, die unter der Last der Teilung leide.

D und CH hätten viele gemeinsame Probleme. Dies gelte auch für den wichtigsten Nachbarn beider Länder.

GS Hu erwiderte, das unterste Ziel der chinesischen Außenpolitik sei friedliche Koexistenz. Das oberste Ziel sei Freundschaft und Zusammenarbeit. CH und D gingen auf das zweite Ziel zu. Zwischen Deutschland und China gebe es wachsende Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung zum zunehmenden Nutzen beider Länder.

Deutschland ginge viele Strecken mit für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere die Finanzkraft und die technische Kapazität. Er habe sich über die Projekte, die von Deutschland vorgeschlagen worden seien, unterrichten lassen. Einige seien nicht so leicht zu verwirklichen, aber es gebe andere wie zum Beispiel die Vorhaben für Kernkraftwerke[5] und konventionelle Kraftwerke. BK warf ein, hierüber habe er mit MP Zhao gesprochen. Wir seien an beiden sicher interessiert.

Hu nannte ferner Projekte der Kohleförderung und Kohlebearbeitung, der Zusammenarbeit im Bereich der Porzellanindustrie sowie die Erschließung von Buntmetallen. BK erwiderte, er habe bereits gestern ausgeführt, wir seien bereit zur Lieferung von Technologie gegen den Kauf von Buntmetallen.

Hu fragte, ob das Volumen des Handels zwischen beiden Ländern in den 90er Jahren auf vier Milliarden Dollar erweitert werden könne. BK bezeichnete dies als möglich. Unsere EG-Partner, mit denen wir engere Integration anstrebten, hätten teilweise traditionelle Beziehungen z. B. nach Afrika oder in die Karibik. Die Bundesrepublik wolle sich stärker in Richtung auf die asiatischen Länder orientieren. USA versuche den Eindruck zu erwecken, daß es mit Europa abwärtsgehe. Wir hätten vielleicht in den vergangenen Jahren zu viel über Freizeit und zu wenig über Zukunft geredet. In der Bundesrepublik würden Investitionen in der Forschung erhöht. An den Universitäten würde wieder mehr gearbeitet, daher mache er sich um die Zukunft keine Sorgen. CH sei ein hervorragender Partner. Zwischen unseren Ländern bestünden keine politischen Probleme. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sei wichtig, man müsse aber auch die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern ausbauen.

Hu dankte für das vom BK ausgedrückte Vertrauen. Die deutsche Nation sei eine große Nation. Sie habe hervorragende Beiträge für Kultur, Wissenschaft und Technik der ganzen Welt geleistet. Eine Zeitlang habe die Führung Deutsch-

4 Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte die Volksrepublik China vom 3. bis 12. September 1974.

5 Zur möglichen Lieferung von Kernkraftwerken in die Volksrepublik China vgl. Dok. 269, Anm. 7 und 8.

land in falsche Richtung gelenkt. Die breiten Massen trügen hierfür keine Verantwortung. Deutschland sei eine Nation. Man könne sich schwer vorstellen, daß dieses Land auf lange Sicht gespalten bleibe. Mit welchen Schritten und welchen Maßnahmen die Wiedervereinigung herbeigeführt werden könne, „das ist eine Angelegenheit von Ihnen". BK: Das sei auch kein Thema von heute. Man müsse unterscheiden zwischen den prinzipiellen Fragen und dem Verfahren. Wir wüßten, daß das Thema derzeit nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik stehe. Er habe im letzten Jahr mit Andropow darüber gesprochen.[6] Er habe ihn gefragt, „Was würden Sie sagen, wenn an der Moskwa eine Mauer stünde, und Ihre Mutter auf der anderen Seite lebt?" Er würde sich damit nicht abfinden. Andropow habe nichts geantwortet, aber er sei sicher, Andropow würde sich damit nicht abfinden, ebensowenig wie er (Hu). Wir müßten Geduld haben, aber der Zeitpunkt werde kommen. Vielleicht liege er erst in der Generation seiner Söhne oder Enkel, aber er werde kommen. Hu erwiderte, das glaube er auch. Wenn beide Teile Deutschlands in Frieden leben können und wenn sie mit den anderen Teilen Europas und mit anderen Ländern der Welt in Frieden leben können, dann werde die Wiedervereinigung kommen. BK: Es sei wichtig, daß China so denke wie wir und daß man dies von Zeit zu Zeit zu spüren bekomme. Er, Hu, habe dies bereits bei dem letzten Besuch des Bundespräsidenten[7] gesagt, und er habe heute wiederum die gleiche Einstellung gespürt. Hu: „Was gerecht und vernünftig ist, sagen wir öffentlich und privat, aber auch was nicht richtig ist, sagen wir offiziell und privat."

Hu kam auf seinen geplanten Besuch in der Bundesrepublik zu sprechen.[8] BK begrüßte den vorgeschlagenen Besuch. Er wisse, daß der SPD-Vorsitzende Brandt ihn eingeladen habe. Vielleicht könne Hu bei dieser Gelegenheit seinem Gastgeber etwas über die sicherheitspolitischen Vorstellungen der chinesischen Regierung sagen. Dies könne hilfreich sein. Hu: Im nächsten Jahr werde MP Zhao die Bundesrepublik besuchen.[9] Er habe auch den Wunsch, nach Deutschland zu kommen. Als Chef der Kommunistischen Partei wolle er seinen Respekt vor dem deutschen Volk in seinen beiden Teilen erweisen.

Auf Frage von BK berichtete Hu über derzeitige Entwicklung in KPCh. In wenigen Tagen werde das ZK über die geplanten Wirtschaftsreformen beschließen.[10] Die 16000 Schriftzeichen umfassende Resolution sei bereits von 4000 hochrangigen Parteivertretern diskutiert worden. Die Resolution werde ohne Schwierigkeiten verabschiedet werden. Er empfahl BK, Resolution zu lesen. BK bat, daß chinesischer Botschafter sie ihm zuleite.

Hu berichtete, im nächsten Jahr werde die Konferenz der Parteidelegierten den Abschluß des sechsten Fünfjahresplans und den neuen, siebten Fünfjahresplan (1986–1990) erörtern. Das zweite Thema werde im September 1985

6 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

7 Zum Besuch des Bundespräsidenten Carstens vom 11. bis 17. Oktober 1982 in der Volksrepublik China vgl. AAPD 1982, II, Dok. 269.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, besuchte die Bundesrepublik vom 11. bis 16. Juni 1986.

9 Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kohl am 9. bzw. 10. Juni 1985 vgl. AAPD 1985.

10 Am 20. Oktober 1984 fand in Peking das Dritte Plenum des 12. ZK der KPCh statt.

die Erörterung von Personalfragen sein. Die alten Genossen würden abtreten und jüngeren Platz machen.[11]

Hu berichtete sodann über das Verhältnis zur Sowjetunion. CH wünsche eine Verbesserung der Beziehungen. Allerdings würde man nie wieder zu einem Bündnis mit der SU zurückkehren. Die Beziehungen zur SU würden andererseits auch nicht zu schlecht werden. Der gegenwärtige Zustand werde wohl noch einige Jahre weiter fortbestehen. China hoffe auf Normalisierung. Es läge im allseitigen Interesse, daß der gegenwärtige anomale Zustand überwunden werde.

BK pflichtete bei, daß es wünschenswert sei, daß der gegenwärtige Spannungszustand abgebaut werde.

Abschließend sagte Hu, er würde sich über einen erneuten Besuch von BK sehr freuen. BK sei ein alter und geschätzter Freund seines Landes. BK erwiderte, auch Hu werde in Deutschland ein gern gesehener Gast sein.

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 13387 (213)

274

Botschafter Schödel, Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3548 **Aufgabe: 10. Oktober 1984, 18.00 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 10. Oktober 1984, 16.16 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers;
hier: Gespräch mit Deng Xiaoping am 10.10.1984

Bezug: DB 3527 vom 10.10.1984[2], Pol 322.00 CHN

BK traf in einem knapp eineinhalbstündigen Gespräch den starken Mann der VR China, Deng Xiaoping, der einen frischen und ohne Unterbrechung aufmerksamen Eindruck machte. Er scherzte während der einleitenden Worte über die unterschiedlichen Körpergrößen, nach dem alten chinesischen Sprichwort, wenn der Himmel einstürzt, müssen die Riesen ihn halten, die Kleinen schlüpfen darunter weg. Er wollte damit auf das Ab und Auf seiner politischen Vergangenheit hinweisen.

11 Am 16. September 1985 fand in Peking zunächst das Vierte Plenum des 12. ZK der KPCh statt. Vom 18. bis 23. September 1985 tagte dort die außerordentliche Nationalkonferenz der KPCh. Den Abschluß bildete am 24. September 1985 die Tagung des Fünften Plenums des 12. ZK.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat Blau am 11. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „DB 3527 vom 9.10.1984".
Für den Drahtbericht des Staatssekretärs Ruhfus, z. Z. Peking, vgl. Dok. 273.
Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 269.

Der Bundeskanzler stellte die gewaltigen Veränderungen in den letzten zehn Jahren seit seinem letzten Besuch[3] fest, worauf Deng seinen zehnjährigen Kampf und seine Aufbauarbeit schilderte. Damals war er in Vertretung des schwerkranken Ministerpräsidenten Chou En-lai für ZK und die Staatsverwaltung zuständig, wurde Ende 1975 gestürzt[4], für eineinhalb Jahre entmachtet und konnte erst 1977 wieder beginnen. Die wichtigste Veränderung trat mit dem Dritten Plenum im Dezember 1978[5] ein. Hier wurden die historischen Erfahrungen ausgewertet, die politischen Richtlinien, die er schon 1975 ausgearbeitet hatte, festgelegt. Diese Konsolidierungsmaßnahmen zeitigten rasche Erfolge, während bis zur Zerschlagung der Viererbande[6] keine Veränderungen der wirtschaftlichen Lage eingetreten waren. Der BK hätte in den Jahren 1976/1977 nichts bemerken können. Die Entwicklung ist besser als erwartet. Zunächst wurde in den ländlichen Gebieten die Lage stabilisiert durch Verbesserung des Lebens der Bauern, die 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Daher mußte die Agrarpolitik bevorzugt werden. Durch Einführung des Verantwortlichkeitssystems und wissenschaftlicher Methoden in der Landwirtschaft sind innerhalb von drei Jahren grundlegende Erfolge eingetreten. Die Bauern sind selbst für Verwaltung und Bewirtschaftung zuständig. Beim kommenden Dritten Plenum des 12. ZK[7] wird diese Erfahrung verwertet, um auch die jetzt prioritären Reformen in den Städten – Industrie, Handel, Verkehr – durchzuführen. Die Parole ist, im Innern der Wirtschaft die Wirtschaft weiterbilden und nach außen öffnen.[8] Problem in den Städten ist komplizierter als in den ländlichen Gebieten, man ist aber zuversichtlich aufgrund der landwirtschaftlichen Erfahrungen. Sicher wird die Städtereform länger, etwa fünf Jahre, dauern. Diese Reformrevolution wird zeigen, daß wir große Ambitionen haben. Wir betrachten sie gewissermaßen als revolutionäre Leistung.

BK lobt Leistung unter der geschichtlichen Staatsführung Deng Xiaopings, die nicht nur für China, sondern für die ganze Welt von Bedeutung ist. Die unverwechselbare chinesische Art hat viel Sympathie in der Welt. Sinn des Besuches, mit dem Kanzler eine große Wirtschaftsdelegation für internationale Gespräche hergeführt hat, ist, sich von dieser Öffnung zu überzeugen und zu erfahren, daß sie nicht verändert wird. Wir sind bereit, bei moderner Technologie

3 Korrigiert aus: „Jahren seines letzten Besuches".
Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte die Volksrepublik China vom 3. bis 12. September 1974 und traf am 6. September 1974 mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping zusammen. Botschafter Pauls, Peking, berichtete dazu am 9. September 1974: „Hauptthemen waren die europäische Einigungspolitik, die sowjetische Politik gegenüber Europa und China, die chinesische Sorge um die sowjetischen und indischen Absichten gegenüber Pakistan, die Lage im Indischen Ozean. Alles, was Deng Xiaoping äußerte, bestätigte die uns bereits bekannten chinesischen Ansichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 378; Referat 303, Bd. 101541.

4 Zu den personellen Veränderungen in der Volksrepublik China vgl. AAPD 1976, I, Dok. 74.

5 Das Dritte Plenum des 11. ZK der KPCh fand vom 18. bis 22. Dezember 1978 in Peking statt.

6 Nach dem Tod des Vorsitzenden des ZK und des Politbüros der KPCh, Mao Tse-tung, am 9. September 1976 wurden die Mitglieder im Politbüro der KPCh, Chang Chun-chiao, Chiang Ching, Wang Hung-wen und Yao Wen-yuan, am 6. Oktober 1976 verhaftet. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 311. Am 22. Juli 1977 wurde bekanntgegeben, daß auf Beschluß des Dritten Plenums des 10. ZK der KPCh „die als ‚Viererbande' bezeichnete radikale Gruppe […] auf ewig aus der Partei ausgeschlossen und aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben werden" solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 462 des Botschaftsrats I. Klasse Keil, Peking; Referat 303, Bd. 103766.

7 Das Dritte Plenum des 12. ZK der KPCh fand am 20. Oktober 1984 in Peking statt.

8 So in der Vorlage.

zusammenzuarbeiten, nicht nur im Maschinenbereich, sondern auch mit menschlichen Inspirationen. Daher auch die Stipendienvermehrung, um die Investitionen für morgen vorzubereiten. In 16 Jahren ist das Jahr 2000, worauf die Jugend vorbereitet sein muß, denn sie macht die Masse unserer Bevölkerung aus. Dies ist für die weltpolitische Entwicklung entscheidend. Wir treten für eine Rüstungsbegrenzung ein, aber nur mit Teilnahme der Sowjetunion und kontrollierbar. Es ist nicht unsere Sehnsucht, Raketen zu besitzen. Die Sowjetunion muß entsprechenden Schritt tun, sonst werden auch wir keinen Schritt tun. BK erinnert sich an Gespräch vor zehn Jahren, als Deng ein klares Bild über Möglichkeiten und Absichten der Sowjetunion zeigte. Leider hatten nicht alle Politiker im Westen ein ähnlich klares Bild. Der Weg für die Entspannung ist nicht leicht, aber wir sind optimistisch. Es wird nicht gleich Erfolge geben. Wenn der neue US-Präsident gewählt wird[9], dann sind vier Jahre vor uns, wo auch die USA, wie er persönlich vom Präsidenten weiß, bereit sind, die notwendigen Schritte zu machen. Jedoch ist die Lage in Moskau unübersichtlich und unbeweglich. Hoffentlich wird dies bald klarer. Chinas Entwicklung ist wichtig, wenn es sein Programm realisiert, steigt auch seine Bedeutung. Chinesen gelten als zuverlässige Partner, und das ist Dengs persönliches Verdienst.

Deng Xiaoping setzt fort, daß es keine Streitfragen gebe und daß wir uns gut verstehen, weil wir die gleichen Probleme haben, z. B. Raketen vor der Tür. BK verweist auf unsere eindeutige Haltung, daß die SS-20 nicht verlegt, sondern verschrottet werden müssen. Dem stimmt Deng zu, man könne die Völker nicht einschüchtern, und darum besteht China auf der Beseitigung der drei Haupthindernisse. Diese seien eine Bedrohung von Chinas Sicherheit: Eine Million Truppen und 1/3[10] der sowjetischen Raketen sind gegen China, Japan und die pazifische Flotte der USA gerichtet, wie können wir da eine Sicherheit haben? Dazu kommt der vietnamesische Wunsch nach einem Groß-Indochina und die sowjetische Besetzung Afghanistans. Wir verlangen von den Russen nicht, daß sie alle drei Hindernisse gleichzeitig beseitigen, aber sie müssen zumindest mit einem anfangen. Deng geht dann auf den guten Vorschlag des Bundeskanzlers ein, die Beziehungen langfristig bis in das nächste Jahrhundert zu gestalten. Der Besuch wird nicht nur bilateral uns nahebringen, sondern auch die Beziehungen mit der Welt verbessern. China legt großen Wert auf die Zusammenarbeit mit Westeuropa, wobei die Bundesrepublik Besonderheiten hat, nämlich hohe Technologie. Er verweist auf das Erdbeben von Tangshan 1976[11] (wahrscheinlich über 500 000 Tote), wo die Kohlengruben weitgehend zerstört wurden, aber die von Deutschland gelieferten Maschinen intakt blieben. BK meint scherzhaft, dies solle er auch seinen Ministern sagen wegen unserer laufenden Verhandlungen über Kooperationsprojekte. Deng erkennt Qualität und Technologie an, wir sollten aber mit den Preisen flexibler sein, denn die wirtschaftliche Zusammenarbeit sei gut. Wir ergänzen uns gegenseitig, und es ist auch

9 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

10 Korrigiert aus: „13“.

11 Am 28. Juli 1976 ereignete sich in der nordchinesischen Provinz Hebei das „seit Jahren schwerste Erdbeben“, das vor allem das dichtbesiedelte Schwerindustrie- und Kohlerevier um die Stadt Tangshan traf und eine „unabschätzbare Zahl von Opfern“ forderte. Vgl. den Artikel „Wenn Schlangen erwachen“; DER SPIEGEL, Nr. 32 vom 2. August 1976, S. 72.

eine gute Idee, schon jetzt an das 21. Jahrhundert zu denken. In den USA gibt es Stimmen von Politikern, die das 21. Jahrhundert als eines des asiatisch-pazifischen Raumes ansehen. Haben die Deutschen darüber nachgedacht?

[12]BK ist skeptisch, ob man eine langfristig sichere Prognose anstellen könne, nennt als Beispiel Voraussage, daß 20. Jahrhundert ein friedliches würde, es hat sich als das blutigste herausgestellt. Wir sind mit unseren Erfahrungen und den schrecklichen Verlusten bescheiden geworden. Im wirtschaftlich-technischen Bereich sind wir aufgewacht, nachdem wir etwas geschlafen haben. Er hat darüber mit Nakasone gesprochen[13], weil die Japaner glauben, Europa sei alt geworden. Aber in der Geschichte gibt es ein Auf und Ab und immer wieder neue Dynamik. Dies sieht man am chinesischen wie am deutschen Beispiel. Wir wollen Leistungen vollbringen, da wir arm an Bodenschätzen, aber reich an technischer Entwicklung und an technischen Fähigkeiten der Bürger sind. Auch Europa wird eine größere Rolle spielen. Wenn man zum Beispiel die bemerkenswerte Entwicklung zwischen Deutschland und Frankreich nach den bitteren Erfahrungen sieht und sein Treffen in Verdun mit Mitterrand.[14] Wir haben den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas aufgebaut, jetzt kommt der politische. Nicht alle werden gleich große Schritte machen. Aber Deutschland und Frankreich wollen dies in den nächsten zwei bis drei Jahren. Die Stimme Europas wird klarer, entschiedener und an Gewicht gewinnen. Zu Europa gehört auch Osteuropa. Wir wollen vernünftig sein und wissen, was geht und was nicht.

Deng erinnert an das letzte Gespräch hinsichtlich der Gefahr eines dritten Weltkrieges. Chinesische Auffassung hat sich ein bißchen geändert. Wir meinen, die Faktoren, die den Ausbruch eines Krieges verhindern, sind größer geworden. Es gibt immer noch Gefahr, und man muß wachsam sein. Daher richtet sich die chinesische Außenpolitik gegen den Hegemonismus und tritt für die Bewahrung des Weltfriedens ein. Daher haben sich die Beziehungen zu den USA verbessert und substantielle Fortschritte erreicht. Wir bemühen uns auch um die Sowjetunion, haben aber feste Prinzipien. Daher gibt es noch größere Schwierigkeiten. Entscheidend sind unsere Beziehungen zur Dritten Welt, zu Europa – aber nicht nur Westeuropa – und zu Japan. China ist eine Kraft des Friedens und am wenigsten am Krieg interessiert, um wirtschaftlich aufbauen zu können. Daher wollen wir uns nicht stören lassen. Sollte ein Krieg kommen, werden wir uns dann wieder für den Aufbau einsetzen. Aber wir streben nach einer friedlichen Umgebung und arbeiten mit allen Kräften zusammen. Auch Europa ist eine friedliche Kraft. Seine Vereinigung und Erstarkung bedeutet Vermehrung des Friedenspotentials. Wir werden unsere Zusammenarbeit mit der Welt ständig verstärken.

BK nennt die Hongkong-Lösung[15] ein gutes Beispiel dafür, das in Europa sehr beachtet wurde. Deng ergänzt, daß es mit der „Ein Staat – zwei Systeme"-For-

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3549 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 1. November 1983 in Tokio; AAPD 1983, II, Dok. 323.

14 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

15 Zu dem am 26. September 1984 paraphierten britisch-chinesischen Abkommen über Hongkong vgl. Dok. 257, Anm. 27.

mel gelöst wurde und er sehr zufrieden ist. Es kann international weiterwirken. Frage BKs, ob das auch für Taiwan gilt, bejaht Deng. Taiwan-Frage kann in gleicher Weise gelöst werden. Es gäbe dort immer noch Stimmen, die die „drei Grundprinzipien" der Kuomintang anwenden wollten. Diese hätten aber in 22 Jahren (1927–1949) unter Chiang Kai-shek zu keinerlei Erfolg geführt. Zum Schluß mußte man einen Sack Mehl mit einem Schubkarren voller Banknoten kaufen. Die Hongkong-Lösung finde auch bei vielen Menschen in Taiwan Zustimmung. Aber wir werden Geduld haben, wobei BK einwarf, daß die Zeit für die chinesische Regierung arbeitet.

Deng kommt auf die Gespräche mit dem Ministerpräsidenten zurück. Auf konkrete Fragen wird dieser noch Antwort geben. Der Versuch einer noch besseren Entwicklung erfreue ihn. Vor einiger Zeit gab es ein Wirtschaftssymposium, an dem bedeutende deutsche Unternehmer sehr aktiv waren und die Japaner herausforderten. BK hält Besuch des Ministerpräsidenten im nächsten Jahr[16] für ein ganz wichtiges Datum, um die Ergebnisse dieser Reise zu überprüfen und weiter auszubauen. Sein Besuch soll ein Signal gesetzt haben. Deng Xiaoping wiederholt, daß China von uns viel lernen kann. Dies gibt Kanzler Gelegenheit, dem großen alten Herrn noch einmal zu versichern, daß man von ihm viel lernen kann. Er sei selbst Vielen in der Politik begegnet, die resignierten. Für einen Jüngeren sei es gut, einen Älteren von solcher Standhaftigkeit und Dynamik zu treffen. Deng wehrt bescheiden ab. Er hätte daran kaum Anteil, er schlüge zwar Richtlinien vor, die konkreten Ideen kämen weitgehend von Generalsekretär Hu Yaobang und Ministerpräsident Zhao Ziyang. In der Wirtschaftsarbeit ist Zhao weit fachkundiger als er. Vor allem wird jetzt die dritte Staffel ausgesucht, damit die Jüngeren rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Das Gespräch endete mit einer Erinnerung an den großen alten deutschen Staatsmann Adenauer, der mit 87 noch Kanzler war. BK berichtet von dessen Stehvermögen noch an seinem 90. Geburtstag, an dem er teilnahm. Als letzte Versicherung sagt Deng Xiaoping, es wird keine Veränderung im wirtschaftlichen Kurs Chinas eintreten, unsere politischen Richtlinien sind günstig für Staat und Volk.

[gez.] Schödel

Referat 341, Bd. 133575

16 Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kohl am 9. bzw. 10. Juni 1985 vgl. AAPD 1985.

275

Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 12. Oktober 1984, 19.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 307 **Ankunft: 12. Oktober 1984, 19.58 Uhr**
Citissime

Betr.: KVAE;
hier: dritte Konferenzrunde (11.9.–12.10.1984)

Zur Unterrichtung

1) Nach der ersten Eröffnungsrunde[2] und der als Explorationsrunde bezeichneten zweiten Runde[3] kann die dritte als Übergangsphase zur Klärung von Sachfragen bezeichnet werden. Für den Westen verlief sie zufriedenstellend. Gut koordiniert beherrschte er mit seinen konkreten Sachthemen die Plenardebatte, unermüdlich den möglichen „common ground" zwischen allen drei Gruppierungen aufzeigend. Die Mehrheit der N+N zog dabei mit. Der Warschauer Pakt (außer Rumänien) befand sich weitgehend in der Defensive und sah sich zeitweise gezwungen, auf die ihm angetragene Sachdiskussion einzugehen. Zu einer Annäherung zwischen den Positionen kam es nicht. Das Konferenzklima blieb gut.

2) Runde des Abwartens:

a) weil alle Seiten nüchtern an diese relativ kurze Runde herangingen und im Grunde weder Entscheidungen noch neue Entwicklungen erwarteten;

b) weil Ost und West es vorzogen, ihre eigenen Standpunkte zu verdeutlichen in der Hoffnung, die jeweils andere Seite zu Schritten des Entgegenkommens zu veranlassen;

c) weil der Westen und die N+N in der Frage der Arbeitsstruktur auf östliches Einschwenken auf das schwedische Modell[4] warteten.

3) Runde gewisser „Klärungen", weil in dieser dritten Runde noch deutlicher wurde:

a) wie groß das Interesse der überwiegenden Mehrheit der TNS[5] an Vereinbarung konkreter VSBM ist (die N+N und Rumänien sprachen fast ausschließlich zu Notifikation und Observation, erwähnten aber auch constraints);

b) wie gering umgekehrt das Interesse an den sowjetischen Vorschlägen zu

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 15. Oktober 1984 vorgelegen.
2 Die erste Runde der KVAE fand vom 17. Januar bis 16. März 1984 in Stockholm statt. Vgl. dazu Dok. 87.
3 Die zweite Runde der KVAE fand vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 in Stockholm statt. Vgl. dazu Dok. 191.
4 Zum schwedischen Vorschlag der Bildung von zwei Arbeitsgruppen vgl. Dok. 191, Anm. 12.
5 Teilnehmerstaaten.

Nichtersteinsatz, chemischen Waffen, Militärhaushalten, KWFZ[6] ist und wie sehr die SU sich mit diesen Vorschlägen in der Isolierung befindet;

c) daß es auf der KVAE auch um die politische Auseinandersetzung um das sowjetische Verständnis von „gleicher Sicherheit" (einer Gleichheit nur von SU und USA) geht. Diese Ost-West-Auseinandersetzung wird über die Mandatsinterpretation[7] und über die zu vereinbarenden Maßnahmen geführt. Der sowjetische DL Grinewskij stellte zwar fest, daß die SU sich an das Mandat halte und nicht nach nachträglichem Einschluß nordamerikanischen Territoriums strebe, aber es wurde deutlich, daß die SU unter Berufung auf ihr geographisches Zugeständnis in Madrid – mindestens vorerst – hieraus für sich das Recht ableiten wird, solche Maßnahmen abzulehnen, bei denen nur eine Großmacht, d. h. die SU, nicht aber die USA, Leistungen erbringen muß (z. B. bei Information und Inspektion), d. h., sie wird den Einschluß ihres europäischen Territoriums je nach Maßnahme einzuschränken versuchen;

d) daß die Frage der „Transparenz" im militärischen Bereich eine weitere politische Kernfrage der Konferenz bildet. Hinter der fast wütenden sowjetischen Ablehnung des angeblichen westlichen „Konzepts der Transparenz" verbirgt sich die z. T. irrationale sowjetische Furcht vor unkontrollierbaren Auswirkungen moderner Kommunikations- und Informationstechniken.

4 a) Nach der östlichen Konsensverweigerung in der Frage der Arbeitsstruktur am Ende der zweiten Runde gaben sich der Westen (weiterhin Bereitschaft zur Annahme des schwedischen Modells in der Fassung vom 4.7.84 „as it stands") und die N+N (als „gebrannte Kinder") betont zurückhaltend. Der Osten dagegen – vor allem die SU – schnitt das Thema in Gesprächen am Rande immer wieder an, ließ unterschiedliche „Versuchsballons" steigen und versuchte, die N+N zu einer neuen Initiative zu ermuntern.

Die Taktik des Westens und der N+N bewährte sich insofern, als gegen Ende der dritten Runde die östlichen Minimalwünsche etwas klarer wurden: Beibehaltung des schwedischen Modells, aber Ergänzung um einen Annex, in dem die Themen der Gruppe A unter drei Überschriften (politische Maßnahmen, Informationsmaßnahmen, constraints) zusammengefaßt werden mit einer Aufzählung der entsprechenden Konferenzdokument-Nr. in einem weiteren Annex bei einer Zeitaufteilung 3 : 2 zugunsten der Gruppe A.

b) Die Überschrift „politische Maßnahmen" ist für den Westen und einige N+N nicht akzeptabel, die Überschrift „constraints" für einige Staaten des Westens nicht annehmbar. Die Zeitaufteilung 3 : 2 für Gruppe A bedeutet dagegen faktisch ein Verhältnis 3 : 2 zugunsten westlicher Themen, da sich Information, jährliche Vorausschau und Inspektion in Gruppe A befinden, während in Gruppe B nur über Notifikation und Observation gesprochen wird.

c) Der finnische DL Kahiluoto, der sich um eine Harmonisierung der unterschiedlichen Vorstellungen bemüht, hat am letzten Tag der dritten Runde allen

6 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 8. Mai 1984 für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vgl. Dok. 124, Anm. 12.

7 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

Delegationsleitern einen persönlichen Kompromißvorschlag mündlich erläutert (zum Überdenken während der Sitzungspause), in dem auf Überschriften verzichtet und u. a. festgestellt wird, daß die Diskussion aller Vorschläge das Ergebnis der Verhandlungen nicht präjudiziert. Die finnischen Überlegungen könnten die Grundlage für eine Einigung auf eine Arbeitsstruktur bilden (siehe besonderer Bericht[8]).

d) Mit uns betrachtet die Mehrheit der Bündnispartner dieses finnische Modell als überwiegend den westlichen Interessen entsprechend. Ein innerwestlicher Konsens wird aber wahrscheinlich erst nach langwierigen Erörterungen und wohl erst dann zu erzielen sein, wenn die östliche Haltung gegenüber dem finnischen Kompromißvorschlag eindeutig feststeht, d. h., wenn der Osten diesen Vorschlag akzeptiert.

5) Positiv ist zu vermerken, daß sich für den Konferenzzeitplan 1985 eine grundsätzliche Einigung in der „Grid-Gruppe“[9] dahingehend abzeichnet, daß auch 1985 29 Wochen lang in vier Runden, und zwar zu acht, acht, sechs, sieben Wochen, verhandelt werden soll. Die genauen Daten liegen zwar noch nicht fest, können aber wie folgt aussehen:

29.1.–22.3. (später Beginn auf US-Wunsch, u. a. wegen der US-Meinungsbildung nach den Wahlen[10]),

14.5.–5.7. (später Beginn auf SU-Wunsch, sowjetische Delegation will an 40-Jahr-Feier zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Moskau[11] teilnehmen),

10.9.–18.10.,

5.11–20.12.

Die endgültige Entscheidung könnte bereits während der vierten Runde[12] getroffen werden.

8 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 12. Oktober 1984: „Finnische Delegation hat nach intensiven Konsultationen mit allen Gruppen am Rande der Konferenz den sogenannten schwedischen Vorschlag von zwei Arbeitsgruppen – der am Ende der zweiten Verhandlungsrunde an fehlender Zustimmung des Ostens scheiterte – durch Aufnahme eines festen wöchentlichen Zeitplans für diese Gruppen und Zuteilung der einzelnen Konferenzvorschläge aus SC/1 bis SC/4 (ohne deren namentliche Nennung) zu Sitzungen der Arbeitsgruppen fortentwickelt und konkretisiert. Finnische Delegation versteht diese Fortentwicklung noch nicht als förmlichen Vorschlag und hat sie nur in bilateralen Gesprächen erläutert. Sie hat bewußt auf Verteilung eines entsprechenden Papiers verzichtet. Ein Papier soll erst dann als förmlicher Vorschlag eingebracht werden, wenn Finnen Garantie für seine Annahme haben.“ Citron legte dar: „Mehrheit in westlicher Allianz (vor allem CAN, DK, I, NL, NO und wir) möchte finnischen Überlegungen zustimmen, da sie im Verhältnis zu ursprünglicher schwedischer Fassung keine wesentlichen Nachteile für Westen mit sich bringen und dringend erwünschten Übergang zu Phase konkreter Verhandlungen ermöglichen könnten.“ Eine „gewichtige Minderheit“ der NATO-Mitgliedstaaten, darunter Belgien, Großbritannien und die USA, habe jedoch noch Bedenken. Vertreter verschiedener Warschauer-Pakt-Staaten hätten sich bereits positiv geäußert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 305; VS-Bd. 13373 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Die sogenannte „Grid-Gruppe“ bestand aus Vertretern der NATO-Mitgliedstaaten, der Warschauer-Pakt-Staaten sowie der neutralen und nichtgebundenen Staaten und regelte organisatorische Fragen des Konferenzablaufs.

10 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

11 Zu den Feierlichkeiten in der UdSSR anläßlich des 40. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vom 14. Mai 1985; AAPD 1985.

12 Die vierte Runde der KVAE fand vom 6. November bis 14. Dezember 1984 in Stockholm statt. Vgl. dazu Dok. 348.

6) Die Argumentation des WP in der dritten Runde unterschied sich nur geringfügig von der in den beiden vorangegangenen Runden.

a) Wurden in der ersten Runde „Parallelismus“ und in der zweiten Runde die Notwendigkeit einer „Kombination großflächiger politischer mit militärisch-technischen Maßnahmen“ betont, so wurde hieraus in der dritten Runde der Vorschlag ihrer „organischen Verbindung“ (organic fusion). Die Mehrzahl der östlichen Vorschläge wurde nur sehr oberflächlich erläutert. Die Ausnahme bildete eine ausführliche Stellungnahme des sowjetischen Generals Tatarnikow[13] zu den konkreten sowjetischen VSBM-Vorschlägen und zum westlichen Paket[14].

Es fiel auf, daß die sowjetische Delegation stärker als bisher als östlicher Wortführer auftrat – sowohl im Plenum wie auch in den Gesprächen am Rande (z. B. zur Arbeitsstruktur).

Die Vorwürfe gegen den Westen wirkten häufig wie Pflichtübungen, vor allem zu INF.

Der „Revanchismus“-Vorwurf uns gegenüber wurde nicht erhoben.

b) Es ist nicht klarer geworden, was die Sowjetunion als eigentliches Konferenzziel anstrebt. Deutlich ist, daß das westliche Maßnahmenpaket für sie schon deshalb wenig attraktiv zu sein scheint, weil sie glaubt, bei seiner Verwirklichung kaum mehr zu erhalten als das, worüber sie schon jetzt dank des offenen westlichen Gesellschaftssystems verfügt. Ihr ständiges Pochen auf das Prinzip der „gleichen Sicherheit“ und ihre Kritik an den angeblich einseitigen Vorteilen, die der Westen für sich anstrebt, sowie ihre Zurückweisung von allem, was nach Transparenz aussieht, verraten auch Unsicherheit über das eigene Konzept. Was sie nicht will, ist damit klar; was sie will, dagegen nicht.

[15]c) Rumänien verhielt sich unabhängig, drängte auf Beginn konkreter Verhandlungen, sprach zu Notifizierungsmaßnahmen und warb insgesamt für die Möglichkeit einer baldigen Einigung auf ein „Minipaket“.

Die DDR gab sich in Plenarerklärungen linientreuer und weniger originell als bisher, betonte aber in bilateralen Kontakten mit uns den Wert normaler, guter deutsch-deutscher Beziehungen, auch gerade in Stockholm.

Ungarn äußerte sich wie gewohnt sachlich und unpolemisch, übrigens fast nur zu Gewaltverzicht und constraints. Dabei war interessant, daß in einer ersten Erklärung die Möglichkeit einer Bekräftigung des Gewaltverzichts auch ohne Vertragsabschluß angedeutet wurde, daß aber in einer zweiten Erklärung wie-

13 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 27. September 1984, in der Plenarsitzung am selben Tag habe das Mitglied der sowjetischen KVAE-Delegation, Tatarnikow, die Herbst-Manöver der NATO zum Anlaß genommen, „Beobachtung und Notifikation als unzureichend, constraints dagegen als dringlich und wirklich vertrauensbildend darzustellen. Hierin stimmten offenbar alle Vorschläge, außer SC/1, überein. NATO rede zwar von wirksamen Maßnahmen, wolle aber in Wirklichkeit constraints auf unbestimmte Zeit vor sich herschieben.“ Tatarnikow habe die NATO-Mitgliedstaaten aufgefordert, „zu erklären, ob sie bereit seien, über Beschränkungen militärischer Aktivitäten zu verhandeln. Ebenso heftig wies Tatarnikow das Transparenzkonzept des Westens zurück.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 286; Referat 221, Bd. 128666.

14 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 308 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

der von einem Vertrag die Rede war.[16] Dafür enthielt die zweite Erklärung den Hinweis, daß ein Gewaltverzichtsvertrag eine zusätzliche Nichtersteinsatzerklärung hinfällig machen könne. Es handelte sich in beiden Fällen um ungarische Ansichten und nicht um WP-Signale. Vertreter Ungarns und der DDR scheinen fast die einzigen im WP zu sein, die sich über Schicksal und Ergebnis der Konferenz in Gesprächen mit uns Gedanken machen.

Polen intervenierte im Plenum eher punktuell mit geschickter Argumentation, besonders zu Fragen der Mandatsinterpretation.

Dafür waren diesmal Bulgarien und die ČSSR „fleißiger". Um einen konzilianten Ton bemüht, plädierten beide für eine KWFZ auf dem Balkan und unterstützten hier und da sowjetische Argumente und Vorschläge.

7) Die N+N fanden in dieser Runde zu mehr Gemeinsamkeit als bisher. In der Frage der Arbeitsstruktur ergriffen sie als Gruppe keine Initiative, unterstützten aber individuell die persönlichen Bemühungen des finnischen DL um einen Kompromiß. Schweiz, Schweden, Österreich und Finnland sprachen im Plenum zu konkreten VSBM, vor allem zu Notifikation und Observation. Jugoslawien erteilte in einer einzigen Rede gegen Ende der Runde[17] Ost und West „Zensuren" und bezeichnete es als Konferenzziel, Vereinbarungen über konkrete VSBM, über constraints und über politische Maßnahmen zu erreichen.

Malta kündigte die Vorlage weitgehender Vorschläge für VSBM im Mittelmeerraum für die vierte Runde an.[18] Damit droht der Konferenz eine weitere schwierige Verhandlungsaufgabe.

8 a) Meinungsaustausch und Zusammenarbeit der Zehn gestalteten sich wie gewohnt harmonisch.

b) Die Bündnispartner koordinierten ihre Plenarbeiträge zu konkreten Maßnahmen zeitlich und thematisch effizient, beherrschten damit das Plenum und gaben ihm zeitweise den Charakter einer Arbeitsgruppe.

16 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 14. September 1984, der Leiter der ungarischen KVAE-Delegation, Varga, habe in seiner Erklärung während der Plenarsitzung am selben Tag erläutert, Ungarn wolle „ein Instrument, das über die bloße Wiederholung der Verpflichtungen aus VN-Charta und Helsinki-Schlußakte hinausginge und zu einer effektiven Implementierung des GV-Prinzips in der Staatenpraxis führe". Vgl. den Drahtbericht Nr. 273; Referat 221, Bd. 128666.
Am 4. Oktober 1984 teilte Citron mit, der neue ungarische Delegationsleiter Szigeti habe ausgeführt: „Um dem GV Ausdruck und Wirkung zu verleihen, müsse die grundlegende Verpflichtung nach VN-Charta und Schlußakte erweitert, durch VSBM substantiiert, in rechtlich verbindlicher Form erneuert werden. […] Nach ungarischer Auffassung stelle GV-V[ertrag] das bisher im KSZE-Prozeß geltende Prinzip von politisch bindenden Vereinbarungen nicht in Frage. Vielmehr seien schon immer Verträge mit unmittelbarem Bezug auf Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte abgeschlossen worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 295; Referat 221, Bd. 128666.

17 Am 11. Oktober 1984 berichtete Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), über die Plenarsitzung am selben Tag: „Jug[oslawischer] DL Božović griff erstmals in dieser Runde in Plenardebatte ein, um – zuweilen in belehrendem Ton – beide Militärallianzen daran zu erinnern, daß es in Stockholm nicht um Verhandlungen zwischen den Blöcken gehe und die Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten unter Einschluß der Neutralen zu berücksichtigen seien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 303, Referat 221, Bd. 128666.

18 Für den Wortlaut des Vorschlags von Malta vom 8. November 1984 für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (CSCE/SC/5) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 375 f.

In der militärischen Arbeitsgruppe des Caucus wurden die Schweizer Erklärung[19] zur Notifizierung[20] und die Erklärung von Tatarnikow ausgewertet.

Beim Thema Arbeitsstruktur (finnische Kompromißüberlegungen) ließ sich der am Ende der zweiten Runde zugunsten des schwedischen Modells mühsam erreichte Konsensus nicht bewahren. Die alten, unterschiedlichen Auffassungen traten wieder zutage, neue kamen hinzu. Es wurde deutlich, daß zwar über das westliche Konferenzziel Einigkeit besteht, über den besten Weg dahin aber nicht. Während die einen (die Mehrheit) möglichst bald in Arbeitsgruppen verhandeln wollen, haben andere (die Minderheit) es damit nicht eilig. Während die einen wenigstens zur Diskussion der sowjetischen Vorschläge in Arbeitsgruppen bereit sind („wegdiskutieren"), wollen andere die Mehrzahl der sowjetischen Vorschläge am liebsten vom Tisch haben, bevor konkret verhandelt wird („aussitzen"). Es wird nicht leicht sein, sich zum Beginn der vierten Runde auf eine einheitliche Linie zu einigen, obwohl alle Partner wissen, daß der Osten und die Mehrheit der N+N in der vierten Runde auf eine Lösung drängen werden.

9) Ausblick

a) In der vierten Runde (6.11.–14.12.1984) wird sich Einigung auf den Konferenzzeitplan für 1985 sowie hoffentlich auf eine Arbeitsstruktur erreichen lassen.

b) Bisher deutet nichts darauf hin, daß die SU ihre Haltung bald nach den amerikanischen Wahlen modifizieren wird. Der Westen verfügt jedoch noch über genügend Substanz, um auch die vierte Runde entsprechend seiner bisherigen Taktik zu gestalten und dafür auch das Verständnis der Öffentlichkeit zu erhalten (Präsentation von weiteren Details zu Vorschlägen, Betonung des „common ground").

Ab 1985 beginnt allerdings der Zeitfaktor eine Rolle zu spielen. Ende 1984 ist gut ein Drittel vorgesehener Zeit für die erste Phase der KVAE abgelaufen. Es wird zunehmend klarer, daß echte Sachverhandlungen – sollten sie zum Beispiel mit der fünften Runde beginnen können – außerordentlich schwierig und zeitraubend werden.

Bisher gibt es höchstens konzeptionelle Ansätze in Richtung auf ein Ergebnis, zum Beispiel beim Gewaltverzicht und bei Notifizierungsmaßnahmen. Dabei bestehen aber bei fast allen Einzelheiten kontroverse Auffassungen zwischen Ost und West. Dem Westen fehlt es ohnehin an „Verhandlungsfett": Keiner seiner Vorschläge eignet sich als Konzessionsmaterie.

c) Es wäre gut, wenn im Bündnis sowohl das eigentliche Paket wie auch der Entwurf eines „Präsentationspapiers" bald abgeschlossen würden. Letzterer könnte zu gegebener Zeit in Teilen (piecemeal) in die Arbeitsgruppen eingeführt werden.

Fast die gleiche Priorität sollte der Fertigstellung der Bewertung der in der

19 Die Wörter „Schweizer Erklärung" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Haben wir die Auswertung?"

20 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), informierte am 20. September 1984, in der Plenarsitzung am selben Tag habe ein Mitglied der Schweizer KVAE-Delegation „zahlreiche Detailvorstellungen zur Verbesserung der Notifizierung von Manövern" dargelegt, „die im großen und ganzen mit westlichen Überlegungen übereinstimmen, zum Teil über sie hinausgehen", und sich für eine „Standardisierung und tiefgreifende Ausweitung des Notifikationsinhalts" ausgesprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 279; Referat 221, Bd. 128666.

Allianz vorgeschlagenen constraints eingeräumt werden. Eine Allianzposition sollte für die fünfte Runde vorliegen.

Bei der Überprüfung östlicher Vorschläge – auch früherer – auf ihre Akzeptanz für den Westen sollte auch an die Erarbeitung von „Spielmaterial" gedacht werden. Es wird hier zunehmend deutlich, daß das westliche Paket nicht genug „Abspeckmaterial" enthält, welches bei einem möglichen „end-game" im Austausch gegen zweitklassige östliche Vorschläge, z. B. CW, KWFZ und Militärbudgets, geopfert werden kann.

d) Der öffentlichen Präsentation der westlichen Haltung werden wir – je länger die KVAE dauert – mehr Aufmerksamkeit widmen müssen, um weiterhin Verständnis für die Langwierigkeit des Verhandlungsprozesses zu finden.

[gez.] Citron

Referat 221, Bd. 128666

276

Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus

014-StS 858/84 VS-vertraulich **15. Oktober 1984**

Herrn Minister[1]

Betr.: deutsch-französische Vorstellungen zu dem Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen

Bezug: Ihre Weisung vom 24.9.1984[2]

Vorbemerkung

Das Treffen im Bundeskanzleramt mit dem außenpolitischen Berater des französischen Staatspräsidenten[3] und dem zuständigen UAL[4] des Quai d'Orsay[5] war eine Fortsetzung des Treffens[6], das vor dem Europäischen Rat in Fontainebleau[7]

1 Hat Bundesminister Genscher am 12. November 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „zur Vorlage b[ei] H[errn] StS" verfügte.
Hat Staatssekretär Ruhfus am 14. November 1984 erneut vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 19. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Ungerer verfügte.
Hat Ungerer vorgelegen.

2 Für die Weisung des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 240, Anm. 1.

3 Pierre Morel.

4 Unterabteilungsleiter.

5 Guy Legras.

6 Zum Treffen des Ministerialdirigenten Stabreit, Bundeskanzleramt, und des Ministerialdirigenten Ungerer mit dem außenpolitischen Berater von Staatspräsident Mitterrand, Morel, und dem Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, Legras, vgl. Dok. 137, Anm. 13.

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.

stattfand, und beruht auf einer Absprache zwischen Ihnen und Europaminister Dumas am 15.5.1984[8].

Im einzelnen möchte ich zu dem Vermerk Stabreit[9] folgende erste und vorläufige Bemerkungen machen:

Zu I.) Der Bundeskanzler und der französische Staatspräsident sind sich darüber einig, daß deutsch-französischen Abreden bei Fortschritten im europäischen Bereich Schrittmacherfunktion zukommen soll. Minister a. D. Maurice Faure und ich haben am Rande der ersten Sitzung des Dooge-Komitees[10] vereinbart, daß wir in diesem Sinne eng zusammenarbeiten wollen.

Zu II. 1) Es ist zu begrüßen, daß mit F Einigkeit über die politische Finalität unserer europapolitischen Bemühungen besteht: als Ziel die Europäische Union. Wichtig hierbei ist, daß die Franzosen die Priorität der von uns genannten zentralen Themen einer Europäischen Union anerkennen, d. h. gemeinsame Außenpolitik, gemeinsame Sicherheitspolitik und gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.

Zu II. 2) Im Bereich der Außenpolitik wäre eine verbindliche (vertragliche) Verpflichtung zur Abstimmung der Politiken und die Einrichtung eines Ständigen Sekretariats ein Fortschritt gegenüber dem, was in der Feierlichen Deklaration von Stuttgart[11] erreicht wurde. Dies kann aber nur eine Etappe auf dem Weg zu einem weiteren Ziel sein, da dies allein eine europäische Union kaum zu einer effektiven gemeinsamen Außenpolitik befähigen kann.

Das Ständige Sekretariat halte ich als erste praktische Maßnahme für eine nützliche Einrichtung. Wir haben auf entsprechende Anregung von Präsident Mitterrand in seiner Rede in Den Haag 1984[12] bereits wohlwollend reagiert.

Zu II. 3) Gemeinsame Sicherheitspolitik ist für F der sensibelste und zugleich schwierigste Bereich der europäischen Integration. Die Vorschläge – Festschreibung der europäischen Sicherheitspolitik als Zielvorstellung (?) und Verpflichtung, sich jeder Handlung zu enthalten, die den Sicherheitsinteressen der Partner zuwiderlaufen würde (?) – sind entsprechend vage und bescheiden.

Wir müssen daher die bisher sichtbaren Ansatzpunkte – Ausbau der gemeinsamen Rüstungspolitik (hier liegt echtes F-Interesse an gemeinsamer Entwicklung

8 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Europaminister Dumas vgl. Dok. 137.

9 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Stabreit, Bundeskanzleramt, vom 21. September 1984 vgl. Dok. 240.

10 Staatssekretär Ruhfus vermerkte am 1. Oktober 1984, der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) sei am 28. September 1984 in Brüssel zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Bezüglich seines Mandats habe Einvernehmen in folgenden Punkten bestanden: „die Unabhängigkeit der Mitglieder, die als persönliche Beauftragte nur an den Auftrag und das Vertrauen ihrer Staats- oder Regierungschefs gebunden sind; das Ziel eines Berichts an den Europäischen Rat in Dublin am 3./4. Dezember 1984 mit möglichst, aber nicht unbedingt einstimmigen Empfehlungen für politische Leitlinien im Gesamtfeld der europäischen Einigung; […] die Feierliche Erklärung von Stuttgart als Ausgangspunkt und die Berücksichtigung der vielen Reformvorschläge und -berichte.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130384.

11 Für die in Stuttgart verabschiedete Feierliche Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 80 und Dok. 185.

12 Korrigiert aus: „1983“.
Zur Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 7. Februar 1984 in Den Haag vgl. Dok. 52, Anm. 18.

und Kostensenkung durch Zusammenarbeit sowie Nutzung von Exportchancen vor) und Stärkung der WEU – energisch weiterverfolgen.

Zu II. 4) Die Betonung, daß die gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik auf einheitliche europäische Rahmenbedingungen für den gemeinsamen Markt ausgerichtet sein soll, ist richtig. Auch die Idee verbindlicher Eckwerte auf fiskalischem und monetärem Gebiet ist vernünftig. Die praktische Verwirklichung dürfte allerdings erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Theoretisch folgt sie letztlich dem deutschen Standpunkt, daß vor Schaffung gemeinsamer Instrumente im Währungsbereich eine Harmonisierung der entsprechenden nationalen Politiken erfolgen muß.

Idee gewichteter Stimmrechte ist für die Zusammenarbeit der Zentralbanken interessant und muß von uns weiterverfolgt werden. Vorbilder gibt es nicht nur bei IWF und Weltbank, sondern auch im Bereich der EG selbst (Stimmgewichtung im Rat, Sitzverteilung im EP).

Das Ziel, die fiskalischen und juristischen Hindernisse für die Tätigkeit von Unternehmen im europäischen Rahmen abzubauen, ist bereits jetzt Gegenstand der Bestrebungen, den gemeinsamen Binnenmarkt zu errichten. Hierin sehe ich einen zentralen Bereich der deutschen europapolitischen Interessen.

Zu II. 5 a) Im Hinblick auf die Mehrheitsabstimmung dürfte von den drei Möglichkeiten (Aufgabe des Luxemburger Kompromisses[13], Spinelli-Lösung[14], politische Lösung des Problems) die letztere die größte Aussicht auf Verwirklichung haben.

Hier sollten wir so weit gehen, wie es den Franzosen möglich ist.

Zu II. 5 b) Zuständigkeit der Kommission zum Erlaß von Verordnungen sollte nicht nur präzisiert, sondern auch erweitert werden.

Zu II. 5 c) Flexibilität beim Teilnehmerkreis im Falle der Ausdehnung der Zusammenarbeit im Rahmen des EG-Vertrages auf neue Bereiche geschieht schon jetzt in begrenztem Umfang (z. B. geltende VO zum Bleigehalt im Benzin[15]). Jedoch dürften die Möglichkeiten im Rahmen der bestehenden Gemeinschaftsinstitutionen begrenzt sein. Außerhalb des EG-Rahmens sind diese Möglichkeiten selbstverständlich viel größer.

Zu II. 5 d) Bei den französischen Überlegungen, die Kompetenz des EP neu zu regeln, ist Vorsicht angezeigt. Es besteht der Verdacht, daß F hierbei das vornehmste Recht des Parlaments, das Budgetrecht, reduzieren will.

Zu II. 5 e) Stärkung und Festigung der Präsidentschaft

Die Verlängerung der Präsidentschaft auf ein Jahr erscheint wenig realistisch (zu starke Belastung für die kleineren MS, nach Erweiterung würde jeder MS

13 Zum „Luxemburger Kompromiß“ vgl. Dok. 227, Anm. 5.

14 Artikel 23 des unter Leitung des italienischen Abgeordneten Spinelli vorgelegten Entwurfs eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union vom 14. Februar 1984 sah Entscheidungen des Rats mit einfacher Mehrheit vor, in bestimmten Fällen aber auch mit absoluter oder qualifizierter Mehrheit bzw. einstimmige Entscheidungen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 214.

15 Die Richtlinie des EG-Ministerrats vom 29. Juni 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der EG-Mitgliedstaaten über den Bleigehalt des Benzins (78/611/EWG) sah eine Ausnahmeregelung für Irland vor. Ferner wurde für den Bleigehalt ein bestimmter Rahmen und kein Einheitswert festgelegt. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 197 vom 22. Juli 1978, S. 19–21.

nur alle zwölf Jahre Präsidentschaft übernehmen können). Daher sollte Präsidentschaft im Rahmen der EPZ durch Ständigen Generalsekretär von politischem Rang und eigenes Sekretariat sowie Konzentrierung eines wachsenden Teils der Tagungen und EPZ-Gremien in Brüssel verstärkt werden.

Zu II. 5f) Es gibt eine Reihe von Bereichen, wo man – abweichend von den Römischen Verträgen – Mehrheitsabstimmungen vorsehen sollte (z. B. in einigen Bereichen der neuen Politiken, die über Art. 235 EWG-Vertrag[16] geschaffen wurden).

Zu II. 6) Praktische Maßnahmen

Es ist gelungen, in den ersten Sitzungen des Ad-hoc-Ausschusses eine für D und F akzeptable Regelung für eine effektive und unabhängige Arbeit des Ausschusses zu finden.

Ruhfus

VS-Bd. 10893 (410)

277

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.21-1597/84 geheim **15. Oktober 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: 36. NPG-Ministertreffen 11./12.10.1984 in Stresa (Italien)

Anlg.: 1) Kommuniqué[4]
2) Agreed minutes (201-1596/84 geh.)[5]

I. Zusammenfassung

Das 36. NPG-Ministertreffen verlief geschäftsmäßig. VM Weinberger fand nach einem Bericht über die Kontakte der USA mit der SU insbesondere zur Rü-

16 Für den Wortlaut von Artikel 235 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 18. Oktober 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 23. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12038 (201); B 150, Aktenkopien 1984.
Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12. Oktober 1984 in Stresa vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 122–124. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 74–76.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte Papier „Nuclear Planning Group. Meeting of Ministers at Stresa, Italy, on 11th and 12th October, 1984, Draft Agreed Minute (NPG (Stresa) AM/1)“ vgl. VS-Bd. 12038 (201).

stungskontrolle im Nuklearbereich die Unterstützung der VM für die amerikanische Haltung. Zur SS-20-Dislozierung wurde keine neue Zahl präsentiert (378). Zur Stationierung von Pershing II und GLCM wurde zeitplangerechter Ablauf festgestellt. Die HLG soll ihre Arbeit fortsetzen und im Frühjahr 1985 berichten.

Im einzelnen

II. TOP Nukleares Kräfteverhältnis und verwandte Themen

1) VM Weinberger gab zu Beginn der Sitzung einen – sehr summarischen – Bericht über das Gespräch Reagan–Gromyko[6], das er als geschäftsmäßig und frei von Rhetorik charakterisierte. Der Präsident habe klargemacht, daß die USA zu Rüstungskontrollverhandlungen bereit seien, die den Weltraum betreffen und zugleich START und die INF-Verhandlungen fortführen[7] – am selben Ort und mit denselben Unterhändlern oder in neuer Form. Auf dieses mehrfach wiederholte Angebot des Präsidenten habe Gromyko mit der Forderung nach Verhandlungen allein über den Weltraum („outer space") geantwortet, ohne jede Konkretisierung etwa in Richtung auf ASAT oder ABM. Da Gromyko nicht mehr habe sagen können oder wollen, sei die Zusammenkunft ergebnislos verlaufen. Man habe vereinbart, daß man gesprächsbereit bleibe, wenn die andere Seite den Dialog fortsetzen wolle, habe aber keine Vereinbarungen zu Themen oder Terminen getroffen. Der hoffnungsvolle Aspekt des Zusammentreffens sei die Tatsache des Zustandekommens gewesen. Anzeichen für eine weiterreichende Änderung der sowjetischen Haltung hätten sich nicht ergeben. Im übrigen laufe der sowjetisch-amerikanische Rüstungskontrolldialog weiter (Hotline[8], C-Waffen, MBFR). Die USA bemühen sich um ein Höchstmaß an Flexibilität.

2) Zu SDI bezog sich Weinberger auf die ausführliche Unterrichtung bei der 35. NPG in Çeşme[9]. Er unterstrich, daß die Abwehr von ballistischen Flugkörpern aller Reichweiten Forschungsgegenstand sei. Es gehe noch nicht um ein konkretes System oder seine Dislozierung. Antworten zu diesen Fragen erwarte man erst Anfang der 90er Jahre. Im übrigen arbeiteten die USA weiter an der Vervollkommnung des Nuklearschirms (B-1 und Stealth-Bomber, U-Boote der Ohio-Klasse; MX mache trotz des Vorbehalts des Kongresses[10] gute Fortschritte). Die

6 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

7 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

8 Zum amerikanisch-sowjetischen Abkommen vom 17. Juli 1984 über die Modernisierung des „Heißen Drahts" vgl. Dok. 195, Anm. 4.

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4. April 1984 vgl. Dok. 102.

10 Zum MX-Programm vgl. Dok. 222, Anm. 14.
Am 21. September 1984 teilte Botschafter van Well, Washington, mit, Vertreter des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses hätten sich am Vortag auf einen Kompromiß geeinigt: „Kernpunkt der Vereinbarung ist, daß beide Häuser des Kongresses über die Bewilligung von 1,5 Mrd. Dollar zur Produktion von weiteren 15 MX erst im Frühjahr nächsten Jahres – spätestens zum 1.4. – entscheiden (sowohl ‚authorization' als auch ‚appropriation'). Insgesamt sind also vier Abstimmungen – zwei im Senat und zwei im Repräsentantenhaus – notwendig. Wenn nur in einer dieser Abstimmungen die Mittel nicht bewilligt werden, kann die Produktion der MX im Haushaltsjahr 1985 nicht fortgesetzt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4069; Referat 201, Bd. 130193.
Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 5. Oktober 1984, der am 20. September 1984 erzielte Kompromiß sei nun von beiden Häusern des amerikanischen Kongresses gebilligt worden, allerdings mit einer Ausnahme: „Nach einem internen ‚Kuhhandel' hat sich der Vermittlungsausschuß schließlich aber auf die vom Senat ursprünglich vorgeschlagene Zahl von 21 Raketen (die Zahl von 15 war

USA würden mit SDI einen Beitrag leisten zu Stabilität und Abschreckung, langfristig auch zur Abwertung der Nuklearwaffen, und so der Menschheit einen Dienst erweisen.

3) Zur sowjetischen Bedrohung gab ein Vertreter des militärischen Nachrichtendienstes (DIA[11]) der USA eine Unterrichtung, aus der festzuhalten ist:

– SS-20: Derzeit seien dreizehn neue Basen im Bau. Die Basis in Kansk habe im August die SS-20-Abschußgestelle (EL[12]) erhalten. Gleichzeitig seien die SS-20-EL von der Basis Yurya abgezogen worden, die wahrscheinlich für straßentransportable ICBM umgebaut werde. Die dort abgezogenen SS-20-EL würden wahrscheinlich nach Westen verlegt. Man werde sie wieder zählen, wenn sie mit anderem Standort festgestellt seien. Derzeit bleibe es bei 378 SS-20-Abschußgestellen auf 42 Basen. Angesichts der Bauarbeiten sei jederzeit mit einem weiteren Anwachsen der Zahlen zu rechnen. Da die SS-20 voll beweglich sei, könne eine Anzahl von SS-20-Abschußgestellen außerhalb der Basen in ständiger Bewegung gehalten werden, was die Zählung erschwere. Die Zahl der SS-20-Sprengköpfe wurde auf erheblich über 2000 beziffert, bis 1992 sei ein Anwachsen auf rd. 3500 zu schätzen. (Beide Angaben gehen wohl von zwei Raketen zu je drei Sprengköpfen je Abschußgestell aus.)

  Die angesichts des holländischen Stationierungsbeschlusses[13] mit der SS-20-Zahl verbundene Problematik wurde weder im DIA-Briefing noch in der anschließenden Aussprache der Minister behandelt. Weinberger sagte der Presse am 11.10., nach seiner Auffassung sei die Zahl von 378 SS-20 bereits überschritten. Die Nachrichtendienste würden zu geeignetem Zeitpunkt die von ihnen herausgegebenen Zahlen nach oben korrigieren. Der holländische Verteidigungsminister[14] hielt demgegenüber vor der Presse fest, die SS-20-Zahlen hätten sich nicht geändert.[15]

– ICBM: Im Versuchszentrum Plessezk seien neue Silos im Bau, wahrscheinlich für eine größere Feststoff-ICBM SS-X-24, die auch dort getestet worden sei. In Kostroma und Jedrowo gebe es Bauarbeiten für die Dislozierung dieser ICBM, die aus dem Silo wie von einem eisenbahnbeweglichen Abschußgestell gestartet werden könne. In Plessezk sei die neue kleine ICBM SS-X-25 von einem straßenbeweglichen Abschußgestell gestartet worden. Die Unterstände für SS-X-25 (2 m länger als für SS-20) erhielten, wie neuerdings auch die SS-20-Unterstände, Schiebedächer für Alarmstarts.

– SLBM: Im Juli seien drei U-Boote der neuen Typhoon-Klasse im Bau gewesen. Zwei dieser mit 27 000 t größten U-Boote der Welt seien schon fertig. Sie würden 20 Feststoffraketen mit sechs bis neun MIRV tragen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1274
vom House vorgesehen) geeinigt." Nicht betroffen seien die bereits im Vorjahr bewilligten Mittel für die Produktion von 21 Raketen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4287; Referat 201, Bd. 130193.

11 Defense Intelligence Agency.

12 Erector Launcher.

13 Zum Beschluß der niederländischen Regierung vom 1. Juni 1984 über die INF-Stationierung vgl. Dok. 142, Anm. 37.

14 Korrigiert aus: „Außenminister".

15 Zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger sowie des niederländischen Verteidigungsministers de Ruiter am 11. Oktober 1984 in Stresa vgl. den Artikel „Weinberger Says Soviets Add ‚Substantial' Number of SS 20s"; THE WASHINGTON POST vom 12. Oktober 1984, S. A 31.

– Marschflugkörper: Es seien neue SLCM getestet worden, die mit rd. 3000 km Reichweite und Geländefolgeradar für den Einsatz gegen Landziele vorgesehen seien (Abdeckung ganz Europas und der USA von beiden Küsten aus). Dislozierung auf U-Booten wie Überwasserschiffen vorgesehen. Neues größeres CM (etwa selbe Reichweite, aber Überschallgeschwindigkeit) werde derzeit erprobt für Land- und Seestart; Einsatzreife ab Frühjahr 1985. Gezeigt wurden auch Aufnahmen von der Ausrüstung verschiedener Flugzeugtypen mit ALCM, darunter des neuen Superbombers Blackjack, von dem bisher erst drei Prototypen gezählt wurden.

4) Zu den amerikanischen SLCM-Entwicklungen erfolgte eine DIA-Unterrichtung, die wortgleich war mit der bereits der High Level Group gegebenen (hierzu Vorlage 201-360.90 USA-1579/84 geheim)[16]. VM Weinberger beschränkte sich auf die Feststellung, die USA hätten der SU mehrfach Gespräche über SLCM angeboten, die allerdings wegen der Verifikationsproblematik kompliziert sein würden. Es kam zu keiner Aussprache der Verteidigungsminister zu diesem Thema.

III. TOP Stand der Durchführung des Doppelbeschlusses[17]

1) Zur Nachrüstung berichteten die VM der Stationierungsländer.[18] VM de Ruiter/NL erläuterte den Beschluß seiner Regierung vom 1.6.1984 als den Versuch, die „Dynamik" der SS-20-Stationierung zu brechen, um INF-Verhandlungen eine neue Chance zu geben. Die anderen VM berichteten vom Fortgang der Stationierung gemäß Zeitplan. VM Heseltine und Spadolini maßen der entschlossenen Haltung der Regierungen eine klärende Wirkung auf die öffentliche Diskussion bei, BM Wörner hob in diesem Sinne die bei uns stattfindenden regelmäßigen Feldübungen der Pershing II-Einheiten hervor. VM Weinberger teilte mit, die Produktion der Pershing II und der GLCM laufe normal. Er nahm zu den Meldungen über Unregelmäßigkeiten bei der Elektronikchip-Herstellung durch Texas Instruments Stellung: Betroffen seien die Kontrollverfahren bei der Fertigung in Taiwan. Fehlerhafte Chips seien noch nicht festgestellt. Genaueren Bericht werde er bei den Herbsttagungen in Brüssel geben.[19]

16 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Liegt vor."
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vom 10. Oktober 1984 vgl. Dok. 271.

17 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

18 Zum Stand der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. Dok. 1, Anm. 8.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte am 21. September 1984, das erste Bataillon mit vier Pershing-II-Batterien sei seit Ende Juni 1984 einsatzbereit. Die Stationierung verlaufe somit planmäßig. Vgl. dazu VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1984.
Am 31. Oktober 1984 legte Ministerialdirektor Pfeffer dar, in einer Sitzung der deutsch-amerikanischen technischen Arbeitsgruppe am 26. Oktober 1984 habe die amerikanische Seite folgende Informationen gegeben: „Am 30. September habe die erste Batterie des zweiten Bataillons ihre Einsatzbereitschaft erreicht (jetzt insgesamt 45 Pershing II einsatzbereit). Im Oktober sei plangemäß mit den Ausrüstungslieferungen für die zweite Batterie begonnen worden." Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

19 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 329.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

2) Zum TOP „Rüstungskontrollteil des Doppelbeschlusses“ ergab sich eine längere Aussprache der VM. Dabei wurde unterstrichen, daß die Verantwortung für die Blockierung der INF-Verhandlungen und von START bei der Sowjetunion liege. Es kam die Sorge über die Wirkungen dieser Blockade zum Ausdruck, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung neuer Systeme, die nicht durch vereinbarte Beschränkungen gebremst werde (so Griechenland). Die VM begrüßten die klare verhandlungsbereite Haltung der USA. Sie dankten VM Weinberger für die Darlegung der amerikanischen Haltung, die sie als Fortsetzung der bündnisinternen Konsultation werteten, an der es auch in Zukunft festzuhalten gelte (so insbesondere I, DK[20], NL).

IV. 1) TOP Nuklearwaffensicherheit

Der Vorsitzende der Hochrangigen Arbeitsgruppe (SLWPG[21]), Wagner (USA), beklagte in seinem Bericht, daß trotz zehnjähriger Arbeit die Gefahren fortbestünden. SACEUR[22] tadelte, daß nicht alle Bündnispartner diesem Problem die erforderliche Priorität gäben, und ersuchte die VM, ihm hierzu klare Weisungen zu geben. BM Wörner bezeichnete es als wichtig, zunächst die Struktur des künftigen Nuklearpotentials zu klären, also wie der Abbau infolge des Doppelbeschlusses und der Entscheidung von Montebello[23] erfolge. Die weitere Aussprache drehte sich um die Frage, bei welchem Gremium die Entscheidungen anzusiedeln seien (SLWPG oder DPC, so Gen.Sec.[24]).

2) TOP Arbeit der High Level Group (HLG)

Perle trug zum HLG-Zwischenbericht[25] vor und stellte konkrete Empfehlungen bei der NPG-Frühjahrssitzung[26] in Aussicht. Er wies hin auf das Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz der Kernwaffen im Frieden einerseits und im Kriege andererseits (gegen Terroristenangriff beste Sicherung bei zusammengefaßter Lagerung möglich; gegen militärischen Angriff sei bester Schutz das Auseinanderziehen). In der Aussprache wurde die HLG-Arbeit gewürdigt und deren Fortsetzung in enger Abstimmung mit anderen NATO-Gremien gefordert.

V. Weitere Tagungsordnungspunkte u. a.:

– Politische Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen (General Political Guidelines, GPG[27]): Es wurde Fortführung der Arbeit ohne Zeitdruck beschlossen.

20 Hans Engell.

21 Senior Level Weapons Protection Group.

22 Bernard W. Rogers.

23 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

24 General Secretary.
Lord Carrington.

25 Zum Zwischenbericht der High Level Group (HLG) der NATO vgl. Dok. 250.

26 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO fand am 26./27. März 1985 in Luxemburg statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vom 28. März 1985; AAPD 1985.

27 Ministerialdirektor Pfeffer erläuterte am 13. Januar 1984: „Vor etwa 12–14 Jahren wurden die wesentlichsten politischen Grundsatzdokumente für den Einsatz von Nuklearwaffen in der NATO verabschiedet. Dazu gehören auch die Vorläufigen Politischen Richtlinien für den defensiven taktischen nuklearen Ersteinsatz (‚Provisional Political Guidelines‘ – PPG) in der Fassung vom 10.12.1970. […] Bei der Verabschiedung der PPG wurde in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der Beschluß

– SACEUR wird die NPG im Frühjahr 1985 über seine Planungen zum Abzug von Kernwaffen (Montebello-Beschluß) unterrichten.
– Kommuniqué geht in deutlicher Sprache auf die sowjetische Blockade der INF-Verhandlungen und von START ein und hält fest, daß die Bündnispartner die Haltung der USA unterstützen. I konnte sich nicht durchsetzen mit seinem Versuch, diese Teile des Kommuniqués abzuschwächen.
– Nächstes NPG-Ministertreffen Ende März 1985 in Luxemburg.

VI. Wertung

Das 36. NPG-Ministertreffen hatte einen unkontroversen und unproblematischen Verlauf. Die Gründe sind verschiedenartig: Das Abklingen der Protestwelle gegen die Nachrüstung sorgte für Entspannung, ja es gab in Grenzen das Gefühl, ein Problem gemeinsam gemeistert zu haben. Entscheidungen von Gewicht standen nicht an, der politische Gehalt der Aussprache wurde weiter reduziert durch die fortdauernde Stagnation der West-Ost-Beziehungen. Die Atmosphäre war entsprechend geschäftsmäßig. Dies dürfte auf die weitere Arbeit beruhigende Wirkung haben. Die Beteiligung der Bündnispartner an der NPG-Arbeit ist weiterhin unterschiedlich (Beobachterrolle Spaniens, Vorbehalte Griechenlands und Dänemarks).

i. V. Schauer

VS-Bd. 12038 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1277

gefaßt, politische Richtlinien für den Folgeeinsatz phasenweise zu erarbeiten. In den beiden ersten Phasen wurden Folgeeinsatzstudien durchgeführt und ausgewertet. Die 1975 begonnene und bisher noch nicht abgeschlossene Phase III hat die Entwicklung Allgemeiner Politischer Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der NATO (‚General Political Guidelines' – GPG) zum Gegenstand." 1980 sei ein erster Entwurf der GPG vorgelegt worden, im Sommer 1982 ein zweiter Entwurf. Die weitere Arbeit an den GPG sei jedoch auf amerikanischen Wunsch im Januar 1983 eingestellt worden: „Als Gründe hierfür wurden die Arbeitsbelastung der NPG-Gremien (Erarbeitung der HLG-Studie) und die Sensitivität des Themas im Jahr des LRINF-Stationierungsbeginns benannt." Pfeffer sprach sich dafür aus, sich gegenüber den USA um eine Wiederaufnahme der Arbeiten zu bemühen. Vgl. VS-Bd. 12033 (201); B 150, Aktenkopien 1984. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 342 und Dok. 381.

278

Botschafter Berendonck, Islamabad, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 15. Oktober 1984, 11.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 773 **Ankunft: 15. Oktober 1984, 10.18 Uhr**

Betr.: Besuch des BK am 13./14.10.1984 in Islamabad

I. Zusammenfassung

BK-Besuch – der zweite Aufenthalt eines deutschen BK nach Kiesinger-Besuch vom November 1967[2] – führte zu einem sehr intensiven und vertrauensvollen Meinungsaustausch zwischen Bundeskanzler und Präsident Zia. Dieser war offensichtlich beeindruckt von der Klarheit und Offenheit, mit der Bundeskanzler seine Einschätzung der internationalen Lage darlegte, und dem Nachdruck, mit dem er sowjetische Intervention in Afghanistan[3] verurteilte.

Gespräche bestätigten das hohe Maß an Übereinstimmung in außenpolitischen Fragen, die sich, wie BK betonte, bereits aus der exponierten Lage beider Länder an weltpolitischen Nahtstellen ergibt.

BK äußerte seine Bewunderung für die humanitäre Leistung Pakistans in Gestalt der Aufnahme von fast drei Mio. afghanischer Flüchtlinge. Er sagte zu, hier weiter zu helfen, und bekräftige unsere Bereitschaft zur Fortsetzung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Er betonte unser Interesse an einem störungsfreien Verhältnis zwischen Indien und Pakistan. Sowohl Bundeskanzler als auch Präsident Zia wiesen besonders auf die Bedeutung hin, welche über reine Wirtschaftsbeziehungen hinaus die Kulturbeziehungen als das dauerhafteste Band zwischen den Ländern und Völkern besitzen.

BK-Besuch hat Pakistan in einer Phase, in der es verstärktem Druck seitens der Sowjetunion ausgesetzt ist, zusätzlich politische Rückenstärkung gegeben. Er hat Präsident Zia zum Gegenbesuch eingeladen. Zia hat Einladung vorbehaltlich des Ergebnisses der Wahlen in Pakistan angenommen, Durchführung sei wegen der im Frühjahr vorgesehenen Wahlen[4] nicht vor zweiter Hälfte 1985 möglich.

II. Ablauf

BK und Präsident Zia führten zwei Vier-Augen-Gespräche am Abend des 13. und Morgen des 14.10. Parallel zum ersten Vier-Augen-Gespräch fanden zwei Arbeitssitzungen der Delegationen unter gemeinsamer Leitung von BM Warnke und Finanzminister Ghulam Ishaq Khan[5] sowie StS von Würzen und Industrie-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Elias am 15. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 26. bis 28. November 1967 in Pakistan auf.

3 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

4 Am 25. Februar 1985 fanden in Pakistan Parlamentswahlen statt. Am 28. Februar 1985 wurden in vier pakistanischen Provinzen Wahlen zu den Regionalparlamenten abgehalten.

5 Am 18. Oktober 1984 teilte Botschafter Berendonck, Islamabad, mit, im Gespräch des Bundesministers Warnke mit dem pakistanischen Finanzminister Ishaq Khan am 13. Oktober 1984 seien die pakistanische Wirtschaftslage, die bilateralen Handelsbeziehungen sowie die Entwicklungshilfe besprochen worden, ferner ein möglicher Zuschlag für die Firma Siemens bei der Einführung eines di-

minister Elahi Bux Soomro[6] statt. Zia verlieh BK den höchsten pakistanischen Zivilorden. Am Abend des 14.10. gab Präsident Zia ein Bankett zu Ehren des BK und seiner Delegation.

III. a) In dem Vier-Augen-Gespräch gab BK eine eingehende Analyse zur Lage der Sowjetunion und in den osteuropäischen Staaten, der Ost-West- sowie der deutsch-deutschen Beziehungen. Er schilderte unsere Bemühungen um eine verstärkte Integration Europas und unterrichtete Zia über unsere Einschätzung der US-Politik nach den Wahlen[7].

b) Präsident Zia seinerseits skizzierte kurzen Abriß der historischen Entwicklung Pakistans bis zur Gegenwart. Indien habe sich bis heute nicht mit der Existenz Pakistans abgefunden. Unter Hinweis auf die vier Nachbarn Pakistans sagte Zia, Pakistan habe nur mit China wirklich gute Beziehungen. Präsident erläuterte die historische Entwicklung des Afghanistan-Problems und schilderte die vergeblichen Bemühungen Rußlands und des britischen Empire, sich Afghanistan zu unterwerfen. Die Politik Moskaus sei eine Fortsetzung der Politik Peters des Großen, ihren Einfluß aus geostrategischen Interessen der Sowjetunion auf Afghanistan auszudehnen. Zia sagte, Sowjetunion habe vor kurzem ihre Truppen in Afghanistan um 70 000 Mann verstärkt. Sie versuche, Pakistan zu provozieren und einzuschüchtern. Das kürzliche Gespräch zwischen den Außenministern Gromyko und Yaqub Khan in New York müsse wohl zu einem der härtesten gezählt werden. Gromyko habe u. a. gesagt, Pakistan könne seine Beziehungen zu Indien rasch verbessern, sobald es seine Haltung zu Afghanistan ändere.

c) Im Iran-Irak-Konflikt, so Zia, sei eine Beendigung nur im Falle der Erschöpfung der Ressourcen oder der Veränderung in der politischen Spitze eines der beiden Länder zu erwarten. Beide Seiten hätten die Widerstandskraft des Gegners unterschätzt. Der Besuch des Bundesministers in Teheran[8] sei eine kluge Handlung gewesen, der Iran dürfe nicht isoliert werden. Zia schilderte ausführlich die Bemühungen, das Verhältnis zu Indien zu verbessern. Die Verhandlungen seien jedoch auf Druck der Sowjetunion unterbrochen worden.[9] Zu China

Fortsetzung Fußnote von Seite 1279

gitalen Kommunikationssystems. Ishaq Khan habe außerdem die geplante Errichtung eines Kernkraftwerks in Pakistan angesprochen und die Bereitschaft zu Kontrollen erklärt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 791; Referat 340, Bd. 136894.

6 Botschafter Berendonck, Islamabad, berichtete am 22. Oktober 1984, im Gespräch des Staatssekretärs von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, mit dem pakistanischen Industrieminister Soomro am 13. Oktober 1984, an dem auch Vertreter von Wirtschaftsunternehmen aus der Bundesrepublik teilgenommen hätten, seien Ausbildungsmöglichkeiten für pakistanische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik erörtert worden, ferner die Kooperation im Bausektor, eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektrotechnik und Elektronik, z. B. im Fernmeldewesen, mögliche Bereiche für eine Zusammenarbeit im Rahmen von Joint-ventures sowie eine Kooperation auf dem Gebiet der angewandten Forschung. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 962; Referat 340, Bd. 136894.

7 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

8 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.

9 Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Islamabad, übermittelte am 23. Juli 1984 Informationen des Staatssekretärs im pakistanischen Außenministerium, Naik. Dieser habe erklärt, im Mai 1984 hätten Gespräche mit Indien über ein Nichtangriffsabkommen stattgefunden, die zu „substantiellen Fortschritten“ geführt hätten. Weitere Gespräche im Juli und August seien jedoch von indischer Seite abgesagt worden. Auch die UdSSR habe geplante Gespräche mit Pakistan abgesagt. Naik habe die Ver-

betonte er die engen und herzlichen Beziehungen. Es bleibe unvergessen, daß China Waffen lieferte, als die US ihre Lieferungen einstellten. In dem sehr guten Verhältnis zu den USA gebe es gegenwärtig nur ein Problem, und zwar die Nuklearfrage.

d) Das zweite Vier-Augen-Gespräch galt fast ausschließlich der Zusammenarbeit im Nuklearbereich.[10] BK betonte unser Verständnis für pakistanischen Wunsch nach wirtschaftlicher Nutzung der Kernenergie. Er wies auf Notwendigkeit ausreichender und überzeugender pakistanischer Zusagen hin, gesamtes pakistanisches Nuklearprogramm ausschließlich für friedliche Zwecke zu nutzen. In dieser Hinsicht wäre der Beitritt Pakistans zum NV-Vertrag[11] am überzeugendsten. Pakistan sollte nicht auf Indien warten, sondern sich dem Beispiel Ägyptens[12] anschließen, das seinen Beitritt auch nicht von einem entsprechenden Schritt Israels abhängig gemacht habe. Zia wiederholte die bekannten pakistanischen Argumente und wies auf die Vorschläge hin, Südasien zu einer atomfreien Zone zu machen.[13] Es gebe auch ein innenpolitisches psychologisches Problem, wenn Pakistan jetzt auf amerikanischen und europäischen Druck nachgebe. Zia und Kanzler vereinbarten, Überlegungen anstellen zu lassen, welcher Ausweg möglich sei. Bundeskanzler will mit Westeuropa und US erörtern, wie Pakistan nach einem Beitritt zum NV-Vertrag geholfen werden kann.[14]

[gez.] Berendonck

Referat 340, Bd. 136894

Fortsetzung Fußnote von Seite 1280

mutung geäußert, „daß sich Moskau und Delhi abgestimmt hätten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 474; Referat 340, Bd. 136899.

10 Pakistan bemühte sich seit 1982 unter anderem in der Bundesrepublik um ein Angebot für die Lieferung eines Kernkraftwerks. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 65.
Referat 413 legte dazu am 5. September 1984 dar, Pakistan habe zwar angeboten, sich Kontrollen zu unterwerfen: „Wir bieten aus Rücksicht auf die USA nicht an, die von uns verlangen, die Lieferung eines KKW an Pakistan davon abhängig zu machen, daß Pakistan vertraglich auf Kernwaffen verzichtet (Schreiben von AM Shultz an BM Genscher von 1982)." Zwar habe Präsident Zia-ul-Haq gegenüber Präsident Reagan versichert, „sein Land strebe nicht nach Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern". Außerdem habe er am 10. Juli 1984 erklärt, „Pakistan sei in der Lage, Uran anzureichern, werde dies aber ausschließlich für friedliche Zwecke tun. Pakistan sei bereit, dem Nichtverbreitungsvertrag beizutreten, wenn Indien es auch tue (wozu Indien nicht bereit ist). Diese pakistanischen Versicherungen finden bei der Administration in Washington und in anderen westlichen Hauptstädten keinen Glauben." Vgl. Referat 431, Bd. 145568.

11 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

12 Ägypten ratifizierte den Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968 am 26. Februar 1981. Vgl. dazu UNTS, Bd. 1254, S. 487–495.

13 Pakistan schlug erstmals 1974 vor, Südasien zu einer nuklearwaffenfreien Zone zu erklären. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1974, S. 8.

14 Botschafter Berendonck, Islamabad, teilte am 17. Oktober 1984 mit: „BK-Besuch hat die Erwartungen, die an ihn angesichts der Kürze des Aufenthalts gestellt werden konnten, bei weitem übertroffen. […] Besuch erhielt dadurch zusätzliche Bedeutung, daß er in einer Phase zunehmender sowjetischer Pressionen gegenüber Pakistan erfolgte. Pakistans in Zahlen und Abstimmungsergebnissen gemessen starke Position bei den islamischen und ungebundenen Staaten reicht nicht aus, um ihm die erforderliche Rückenstärkung zu geben. Angesichts der Distanz und des relativ geringen politischen Engagements Europas in der Region erfüllt BK-Besuch zugleich auch eine europäische Funktion." Vgl. den Drahtbericht Nr. 784; Referat 340, Bd. 136894.

279

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Ceauşescu

VS-NfD **15. Oktober 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Staats- und Parteichef der Rumänischen Volksrepublik, Nicolae Ceauşescu, am 15. Oktober 1984[2]

Anwesend auf rumänischer Seite: Frau Elena Ceauşescu, ein Dolmetscher, ein Note-taker; auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, eine Dolmetscherin.

Als Folge der witterungsbedingten Verspätung des rumänischen Präsidenten und der daraus folgenden Abkürzung der Gesprächszeit vereinbaren eingangs Bundeskanzler und Präsident, das Gespräch am 15. Oktober ausschließlich unter vier Augen zu führen. Das Gespräch am 16. Oktober soll bereits um 11.00 Uhr beginnen, wobei die Außenminister[3] sofort hinzutreten.

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Ceauşescu herzlich willkommen. Er freue sich, mit dem Präsidenten eingehend sprechen zu können. Er hoffe, im kommenden Jahr in bester Jahreszeit Rumänien zu besuchen. Dabei hoffe er, dann auch einen oder zwei Tage in das Land fahren zu können.

Er sei froh, daß Präsident Ceauşescu nach Bonn gekommen sei. Er glaube, daß man in einer schwierigen Zeit miteinander reden müsse. Vielleicht solle man in diesem ersten Gespräch die allgemeine Lage und insbesondere die Ost-West-Beziehungen erörtern. Ihm, dem Bundeskanzler, gehe es darum, ein offenes Gespräch zu führen.

Präsident *Ceauşescu* antwortet, auch er freue sich, daß er der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch abstatten könne. Er danke für die guten Wünsche. Er sei bereit, über alles zu sprechen.

Der *Bundeskanzler* äußert, er wolle unsere Position zu Fragen der Ost-West-Beziehungen und insbesondere der Abrüstung umreißen: Er sehe eine große Chance, in den nächsten zwei Jahren in einem großen Abrüstungsschritt voranzukommen. Die öffentliche Meinung in der ganzen Welt erzeuge einen Druck auf die Regierenden, einen Schritt voranzukommen. Dies sei überall der Fall. Sogar in China habe er davon etwas verspürt.[4] Eine Chance sehe er insbesondere deshalb, weil in drei Wochen die Wahlen in den Vereinigten Staaten vor-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 17. Oktober 1984 gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 23. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 24. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Präsidenten Ceauşescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 280 und Dok. 281.

3 Hans-Dietrich Genscher bzw. Ştefan Andrei.

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

bei seien.[5] Nach menschlichem Ermessen bleibe Präsident Reagan auch weiter der Präsident der Vereinigten Staaten. Es werde aber ein anderer Ronald Reagan sein. Wiedergewählt, brauche der Präsident keine innenpolitischen Rücksichten mehr zu nehmen. Eine erneute Wiederwahl komme nicht in Betracht. Innenpolitisch habe er die psychologische Stabilisierung der USA erreicht. Die Amerikaner seien aus dem psychologischen Tief heraus und befänden sich wieder in einem normalen Zustand. Er selbst werde am Denkmal seiner Präsidentschaft arbeiten. Präsident Reagan wolle als Mann des Friedens in die Geschichte eingehen. Im übrigen drängten alle Verbündeten in diese Richtung. Es gäbe hier auch in Nuancen keine unterschiedlichen Meinungen in der Allianz.

Er, der Bundeskanzler, habe aus Gründen, die Präsident Ceauşescu bekannt seien, das Wort seines Amtsvorgängers[6] eingelöst. Er habe dies im übrigen Generalsekretär Andropow bei seinem Besuch vorausgesagt.[7] Er habe ihm gesagt, wenn es in den Verhandlungen keine Ergebnisse gebe, dann würde in der dritten Novemberwoche in Deutschland die Entscheidung über die Nachrüstung fallen.[8] Er habe Herrn Andropow gesagt, was immer er auf dem Bildschirm sehe, führe in die Irre, denn die Entscheidung werde im deutschen Parlament gefällt, nicht auf der Straße. Leider hätten die Sowjets dies jedoch nicht geglaubt.

Unser wichtigstes Ziel sei ein Europa, das weder amerikanische noch sowjetische Raketen beherberge. Er halte es für möglich, daß dies mit den Amerikanern erreicht werden könne. Er werde sich persönlich in dieser Frage engagieren. Er habe jedoch die Sorge, daß man in Moskau aus Gründen, die vielleicht in der Führungssituation zu suchen seien, nicht reagiere. Um Bismarck zu zitieren: Es sei wichtig, daß wir einen Zipfel des Mantels Gottes, wenn er durch die Geschichte gehe, ergriffen. Als Marxist brauche der Präsident nicht an Gott zu glauben, aber das Bild sei trotzdem richtig.

In diesen nächsten Jahren würden wichtige Entscheidungen fallen, die weit in die Zukunft gingen. Deshalb habe er, der Bundeskanzler, auch bedauert, daß die Besuche von Honecker[9] und Schiwkow[10] nicht zustande gekommen seien. Er halte es für besonders wichtig, daß alle Ostblock-Führer seine, des Bundeskanzlers, Position begriffen. Diese seine Position sei auch die Position aller westlichen Regierungschefs. Präsident Ceauşescu könne davon ausgehen, daß wir unmittelbar nach den amerikanischen Wahlen aktiv werden würden.

Für uns sei der Krieg kein Mittel der Politik mehr. Was immer Prawda und Iswestija über ihn, den Bundeskanzler, schrieben, sehe er als Propaganda an. Er höre nicht darauf. In Sachen des Friedens seien wir alle engagiert. Bundeskanz-

5 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

6 Helmut Schmidt.

7 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

8 Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

9 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

10 Zur Absage des Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik vgl. Dok. 241, Anm. 19.

ler verweist auf sein Treffen mit Präsident Mitterrand in Verdun.[11] Dies sei kein Zufall gewesen. Sein Vater habe im Ersten Weltkrieg vor Verdun gelegen, Präsident Mitterrand sei dort im Zweiten Weltkrieg verwundet und gefangen worden. Bundeskanzler verweist auf das Schicksal seiner Familie in beiden Kriegen und seine eigenen Erlebnisse. Für uns sei die Frage von Krieg und Frieden keine akademische Frage. Wir strebten weltweite und kontrollierte Abrüstung an. Um zu Ergebnissen zu kommen, müßten sich aber beide Seiten bewegen.

Bundeskanzler äußert, wir würdigten rumänische Politik, zwischen den Blöcken Brücken zu schlagen. Hierzu gebe es im Grunde genommen keine Alternative. Er begrüße den Kontakt mit Präsident Ceaușescu und wolle ihn aufrechterhalten. Man sollte sich notfalls auch außerhalb offizieller Kanäle verständigen. Wir lebten in einer Zeit, in der wichtige Entscheidungen fielen.

Präsident *Ceaușescu* antwortet, auch er begrüße diesen Weg des direkten Gespräches. In der gegenwärtigen internationalen Lage seien Treffen und Gespräche eine Möglichkeit, zu besserem Verständnis zu kommen und eine schwierige Lage zu überwinden. Er wolle die Einladung des Bundeskanzlers nach Rumänien wiederholen.[12] (Bundeskanzler wirft ein: Ich nehme sie gerne an!) Präsident Ceaușescu fährt fort, er sei gern mit dem einverstanden, was der Bundeskanzler vorgeschlagen habe, nämlich, wenn Probleme entstünden, direkte Wege zu finden und sich über Vertreter zu verständigen.

Was die Abrüstung anbetreffe, so sei man in eine schwere Lage geraten. Es wäre gut gewesen, wenn man vor einem Jahr die Stationierung amerikanischer Raketen hätte vermeiden können. Rumänien habe sich an die sowjetische und die amerikanische Führung gewandt, habe insbesondere gegenüber den USA sehr gedrängt, daß sie nicht stationieren sollten. Die sowjetische Führung habe sich seinerzeit durch die Krankheit Andropows in einer schwierigen Lage befunden.

Jetzt stehe man vor neuen Realitäten. Der Beginn der Stationierung amerikanischer Raketen habe die sowjetischen Gegenmaßnahmen hervorgerufen und eine verstärkte Raketenstationierung bewirkt.[13] Er wolle dem Bundeskanzler ehrlich sagen: Er, der Bundeskanzler, hätte eine wichtige Rolle spielen können, wenn er die Stationierung um einige Monate verschoben hätte. Die Situation hätte sich dann geändert. Jetzt müsse man sich überlegen, was getan werden könne, damit dieser Weg nicht weiter beschritten werde. Er habe dem Bundeskanzler mit Befriedigung zugehört, daß nämlich auch dieser die Beseitigung aller Raketen wünsche. Er habe auch dem gelauscht, was der Bundeskanzler über Präsident Reagan und seine Wiederwahl gesagt habe. So, wie die Lage sich jetzt beurteilen lasse, werde Reagan wohl wiedergewählt. Es sei sicher ein Vorteil, daß er nicht wieder von vorn anfangen müsse. Eine Reihe von Proble-

11 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

12 In einem Glückwunschschreiben an Bundeskanzler Kohl vom 20. Oktober 1982 anläßlich der Wahl zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 lud Präsident Ceaușescu Kohl zu einem Besuch ein. Für das Schreiben vgl. den Drahtbericht Nr. 562 des Botschafters Jovy, Bukarest, vom 20. Oktober 1982; Referat 214, Bd. 133076.
Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 13. April 1983 in Tegernsee erneuerte der rumänische Außenminister Andrei die Einladung. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 90.

13 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme vgl. Dok. 223, Anm. 11.

men werde er schnell lösen können. Seine Erklärung vor der UNO[14] sei im ganzen eine gute Erklärung gewesen. (Einwurf Bundeskanzler: Sie wurde in voller Übereinstimmung mit uns abgegeben. Wir haben daran unseren Anteil.) Rumänien würde es begrüßen, wenn die Amerikaner ihre zukünftige Politik so wie angekündigt ausrichten würden. Er könne dem Bundeskanzler versichern, auch die sowjetische Führung wünsche, zu einer Verständigung zu kommen, um weitere Rüstungen anzuhalten.

Bundeskanzler äußert, er wolle zwei Bemerkungen machen: Was seine besondere Verantwortung anbetreffe, so sehe er diese. Nur sei die Stationierung nicht von allein erfolgt. Ihm seien Monat für Monat Bilder neuer sowjetischer Raketenstellungen vorgelegt worden. Die sowjetische Führung habe eben einen gewaltigen Fehler gemacht. Sie habe Straßendemonstrationen mit deutscher Politik verwechselt. Im Jahre 1983 seien zwischen 60 und 80 Mio. DM in die Bundesrepublik Deutschland geflossen, um gewisse Gruppen zu finanzieren, um bestimmten Vorstellungen zum Sieg zu verhelfen. Wer ihn kenne, wisse, daß damit bei ihm nichts zu erreichen sei. Gerade weil er aber die Stationierungsentscheidung getroffen habe, spüre er in dieser Frage eine Verantwortung und setze sich engagiert für Abrüstung ein. Deshalb sei ihm auch die Propaganda gegen ihn unverständlich. Was allerdings die Zeitungen über ihn schrieben, sei morgen schon wieder vergessen. Ihm sei es auch völlig egal. Präsident Ceaușescu habe ähnliches erfahren, und diese Einstellung habe auch ihm geholfen. Als der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Kostandow hier gewesen sei, habe er ihm gesagt, die Sowjets würden doch nicht den Fehler begehen, nicht zur Olympiade[15] zu gehen. In jedem Falle würden sie damit Präsident Reagan einige Prozentpunkte für seine Wiederwahl verschaffen. So sei es auch gekommen.

Präsident *Ceaușescu* wirft ein, die Nichtteilnahme der Sowjetunion sei die Antwort auf den Boykott Moskaus[16] gewesen.

Bundeskanzler fährt fort, aber dies sei in ganz anderer Zeit geschehen. 1980 habe es Afghanistan gegeben.[17] Im übrigen habe Rumänien daraus großen Vorteil gezogen, sie hätten nun viele Medaillen gewinnen können.[18]

Präsident *Ceaușescu* fährt fort, man könne in den Vorsitzenden Tschernenko Vertrauen setzen. Er wolle diesem Lauf der Dinge ein Ende setzen.

Bundeskanzler äußert, er hoffe das sehr.

Präsident *Ceaușescu* sagt, dies habe er auch in anderer Form Präsident Reagan mitgeteilt. Es sei notwendig, daß beide Seiten mehr Vertrauen zueinander hätten. Ein Atomkrieg sei heute nicht mehr denkbar, außer, es wolle jemand Selbstmord begehen und dabei andere mitnehmen, d. h. die Welt zerstören. Er versu-

14 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 244, Anm. 7.

15 Zum sowjetischen Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles vgl. Dok. 129, Anm. 21.

16 Zum amerikanischen Boykott der Olympischen Sommerspiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau vgl. Dok. 131, Anm. 13.

17 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

18 Die rumänische Mannschaft gewann bei den Olympischen Sommerspielen vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles 20 Gold-, 16 Silber- und 17 Bronzemedaillen und erreichte damit den zweiten Platz im Medaillenspiegel hinter den USA.

che zu glauben, daß es in unserem Zeitalter keinen Nero gebe, der, so wie dieser Rom angezündet habe, Washington oder Moskau anzünden wolle.

Bundeskanzler äußert, auch er glaube dies nicht.

Präsident *Ceauşescu* fährt fort, ein Krieg würde heute die ganze Welt umfassen. Der Bundeskanzler habe darüber gesprochen, wie seine Familie Verluste in beiden Kriegen erlitten habe. Solche Familien gebe es in ganz Europa. Wir müßten dafür sorgen, daß eine solche Situation sich nicht wiederhole. Im Falle eines Atomkrieges stehe die Existenz unserer Nationen selbst auf dem Spiel. Man wisse nicht, ob es Überlebende geben würde, ja, wie lange ein Leben überhaupt noch möglich wäre. Deshalb müßten wir mit all unserer Verantwortung tätig werden. Er begrüße die Einschätzung des Bundeskanzlers, daß Präsident Reagan ein Präsident des Friedens sein wolle. Er habe alle Chancen dazu, aber wohl nicht mit der gegenwärtigen Politik.

Bundeskanzler wirft ein, man müsse auch die Politik der anderen Seite sehen.

Präsident *Ceauşescu* antwortet, ja, dies habe er auch den Sowjets gesagt. Einer müsse aber anfangen. Der müsse den ersten Schritt tun, der auch den ersten Schritt bei der Stationierung getan habe. Dies seien die USA. Aber auch die Sowjets müßten mitziehen.

Bundeskanzler äußert, er hielte dies nicht für einen richtigen Ansatz. Dieser Ansatz führe uns zu der Frage: Wer hat angefangen? Tatsächlich hätten jedoch die USA in der ganzen Ära Carter nicht aufgerüstet. In den 70er Jahren sei in den USA praktisch nichts geschehen. Die Frage sei doch, wie man jetzt weiterkomme. Beide Seiten müßten sich bewegen, und diese Bewegung müsse synchronisiert werden. Vielleicht könnten wir dabei helfen.

Präsident *Ceauşescu* antwortet, es könne keine einseitige Bewegung geben, aber die Initiative müsse von den USA ausgehen.

Bundeskanzler wirft ein, daß man darüber reden könne.

Präsident *Ceauşescu* fährt fort, man müsse einen Stopp der weiteren Aufstellung von Raketen bewirken. Wenn die Sowjets sagten, erst müßten die amerikanischen Raketen abgezogen werden, dann könne es Gespräche geben, so sei dies nicht realistisch. Aber ein Stopp der Aufstellung amerikanischer Raketen und sowjetischer Gegenmaßnahmen könnte zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen führen. Fernziel müsse es sein, auf beiden Seiten sich aller Raketen zu entledigen, ja der Atomwaffen allgemein. Die Sowjets hätten im Laufe der Jahre eine ganze Reihe von vernünftigen Vorschlägen gemacht, z. B. den Vorschlag einer Begrenzung auf 120 Systeme und den Rückzug des Restes.[19] Normal wäre es, wenn alle Systeme zurückgezogen würden. Die Vorschläge seien damals vernünftig gewesen, wenn man die Beziehungen zwischen Warschauer Pakt und NATO berücksichtige, oder besser gesagt, wenn man berücksichtige, daß es auch französische und englische Raketen gebe.

Der *Bundeskanzler* antwortet, er wolle einmal ganz offen sagen: Wenn wir hier weiterkommen wollten, müßten wir Europäer beisammenbleiben. In Wahrheit gehe es um ein Problem amerikanischer und sowjetischer Waffen. Die Sowjetunion habe Jahre hindurch die französischen Raketen überhaupt nicht erwähnt.

19 Vgl. dazu den „Parkspaziergang" vom 13. November 1983; Dok. 27, Anm. 11.

Wenn sie die französischen Raketen in die Gleichung einbringe, so werde es keine Lösung geben. Mit Frankreich werde man sich sofort einigen, wenn die Großen sich einmal einigten. In seiner Heimat gebe es auf dem Land ein Sprichwort: „Das große Wasser nimmt das kleine mit."

Präsident *Ceaușescu* antwortet, so ein Sprichwort gebe es in Rumänien auch. Er verweist darauf, daß die Amerikaner von Europa weit entfernt seien. Auch die Sowjetunion sei nur mit einem kleinen Teil ihres Gebietes in Europa, der andere Teil habe keine Flüsse, die nach Europa flössen. Die Europäer müßten die Dinge etwas komplexer betrachten. Auch er sei der Meinung, daß die Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Atomwaffen im Vordergrund stehen müsse.

Bundeskanzler erwidert, das Wichtigste sei es jetzt zu handeln. Sonst laufe uns die Zeit davon. Die europäischen Länder müßten Vorschläge machen, damit es zu einer Lösung komme. Er finde interessant, was Präsident Ceaușescu über Tschernenko gesagt habe. In den USA und in Europa stelle sich uns allen die Frage, ob Tschernenko wirklich in Moskau das Sagen habe. Werde es zu Ergebnissen kommen, wenn Präsident Reagan und Tschernenko sich träfen?

Präsident *Ceaușescu* antwortet, ja, er habe etwas zu sagen. Die politischen Systeme seien unterschiedlich. Reagan habe natürlich in den USA eine starke Stellung, regiere aber gemeinsam mit den Gruppen, die ihn unterstützten. So sei das schließlich in jedem Land. Auch Tschernenko habe sein Wort zu sagen, seine Wahl als Staatsratsvorsitzender und Generalsekretär beweise dies. Aber er entscheide nicht allein, sondern mit der gesamten politischen Führung. In Gesprächen, die er, Präsident Ceaușescu, mit Tschernenko geführt habe und bei denen die gesamte verantwortliche sowjetische Führung dabei war, hätten alle bekräftigt, daß sie ein Abkommen mit den USA wünschten. Natürlich gebe es gegenüber Präsident Reagan ein tiefes Mißtrauen.

Bundeskanzler verweist darauf, daß er selbst jede Gelegenheit wahrnehme, den Amerikanern unsere unterschiedliche Lage zu verdeutlichen. Man müsse aber auch die Amerikaner verstehen. Im übrigen solle man auch Verständnis für die Sowjetunion haben. In diesem und dem letzten Jahrhundert seien Westeuropäer zweimal vor Moskau gestanden. Die sowjetische Politik sei eine Fortsetzung der russischen Politik. Die Sowjets hätten einen Sicherheitskomplex. Die Deutschen bedrohten objektiv nicht die Sowjetunion. Mit Ustinow habe er Stunden darüber diskutiert. Die Sowjetunion habe die Vorstellung, daß sie ein besonderes Sicherheitsbedürfnis für sich in Anspruch nehmen könne. Dies sei eine Realität, die man auch in Rechnung stellen müsse. Deshalb sei er auch durchaus dafür, daß die USA einen ersten Schritt machten.

Präsident *Ceaușescu* fügt hinzu, die Sowjets hätten kein Vertrauen. Allein im Verlauf dieses Jahrhunderts hätten sie zwei große Kriege mit großen Verlusten führen müssen. Im 19. Jahrhundert sei Napoleon bis vor die Pforten von Moskau gekommen. Europa und Amerika seien hier in einer anderen Lage. Die Europäer nähmen sich keinen Krieg gegen die Sowjetunion vor. Aber nun kämen die Amerikaner ins Spiel, die nicht wüßten, was ein richtiger Krieg sei.

An dieser Stelle widerspricht der *Bundeskanzler*. Er weist darauf hin, daß die Amerikaner weder den einen noch den anderen Weltkrieg angefangen hätten.

Präsident *Ceauşescu* antwortet, sie hätten aber die Kriege wirtschaftlich gewonnen. Ein konventioneller Krieg gegen die USA sei nicht möglich, nur ein nuklearer Krieg.

Bundeskanzler weist darauf hin, die Amerikaner könnten keinen Angriffskrieg führen, dafür gebe es in Amerika keine Soldaten.

Präsident *Ceauşescu* fährt fort, die amerikanischen Raketen könnten von Europa aus sowjetische Städte erreichen. Umgekehrt könnten sowjetische Raketen aber nicht amerikanisches Territorium erreichen. Daraus folge ein großes Mißtrauen. Es sei auch in Amerika von einem limitierten Atomkrieg in Europa die Rede gewesen.

Bundeskanzler widerspricht erneut. Er weist darauf hin, daß kein vernünftiger Mensch heute einen Krieg beginnen könne.

Präsident *Ceauşescu* äußert, daß dieses Gerede aber das Mißtrauen verstärkt habe.

Bundeskanzler pflichtet ihm bei.

Präsident *Ceauşescu* fährt fort, deshalb sei es notwendig, daß man auf eine Verhinderung des Krieges hinarbeite. Auf diese Weise könne niemandem unterstellt werden, daß er einen Atomkrieg vorbereite. Auch die USA könnten nicht einen Atomkrieg wünschen. Deshalb hätten wir jetzt eine Lage, in der wir alles tun müßten, um sie zu überwinden. Das Verständnis, daß es keinen Atomkrieg geben dürfe, wachse. Dieses Verständnis gebe die Möglichkeit eines Wechsels in der Politik vieler Länder. Wir müßten darauf hinwirken, daß die USA und die Sowjetunion sich wieder an einen Tisch setzten. Die Europäer sollten aber nicht abwarten, was an diesem Tisch geschehe, sondern mehr Verantwortung in Europa übernehmen. Wenn man die beiden so weitermachen lasse, würden sie sich vielleicht in Zukunft noch schlechter verstehen oder aber ein Abkommen auf Kosten anderer schließen.

Der *Bundeskanzler* äußert, man dürfe das Prestige der Weltmächte nicht ins Spiel bringen. Man müsse wissen, was man wolle. Er persönlich wolle hilfreich sein, keine Propaganda. Mit Propaganda mache man alles kaputt. Historisch gesehen seien Weltmächte oft nicht klug. Als Deutschland Weltmacht war, habe es am wenigsten kluge Politik getrieben. (Präsident *Ceauşescu* wirft ein, da wolle er nicht widersprechen!) *Bundeskanzler* fährt fort, es habe vorhin ein Mißverständnis gegeben. Seine Frage nach Tschernenko sei nicht eine Frage nach der sowjetischen Machtstruktur gewesen, sondern eine Frage nach der Gesundheit. Diese Frage im Westen stamme aus der Andropow-Zeit.

Präsident *Ceauşescu* antwortet, Tschernenko befinde sich bei guter Gesundheit. Er selbst habe in jüngster Zeit mehrere Gespräche mit ihm geführt. Ein Treffen zwischen Tschernenko und Reagan zu einem Zeitpunkt, wo eine gute Vorbereitung möglich sei, würde eine ausgezeichnete Sache sein.

Bundeskanzler wirft ein, er sei dafür immer eingetreten und habe zu dem Washingtoner Sinneswechsel in dieser Frage beigetragen.

Präsident *Ceauşescu* fährt fort, die Frage sei, ob Reagan nach seiner Wiederwahl wirklich so handeln werde, wie er sich öffentlich erkläre. Er habe ja bereits gesagt: Die Wiederwahl habe den Vorteil, daß er die Staatsgeschäfte kenne. Rea-

gan sei auch eine Reihe von Verpflichtungen eingegangen, doch bestehe ein gewisses Mißtrauen, ob er diese wirklich einhalten werde. Hier könne der Bundeskanzler eine wichtige Rolle spielen. Er würde es sehr begrüßen, wenn Präsident Reagan nach seiner Wiederwahl auf diesem Weg weitergehe. Jedes Abweichen von diesem Wege würde jedoch das Mißtrauen sehr bestärken.

Bundeskanzler äußert, diese Gefahr bestehe nicht. Wenn Präsident Ceaușescu einverstanden sei, werde er das noch in dieser Woche Präsident Reagan übermitteln. Einer seiner wichtigsten Mitarbeiter werde ihn jetzt sehen.[20] Er sei im übrigen auch nicht glücklich mit allen Reden des Präsidenten. Gleiches gelte aber für die Reden der sowjetischen Führer.

Präsident *Ceaușescu* fügt hinzu, auch dort werde eben Propaganda gemacht. Der Bundeskanzler werde jedoch bemerkt haben, daß in allen Reden Tschernenkos ein Drängen auf Verständigung zum Ausdruck komme.

Bundeskanzler äußert, wir würden auf diesem Gebiet gemeinsam etwas bewegen können. Die nächsten zwei Jahre seien eine besonders wichtige Zeit. Präsident Ceaușescu solle sich hier nicht täuschen: De Gaulle sei der einzige gewesen, der das Algerien-Problem habe lösen können.[21] Bundeskanzler Brandt und Bundeskanzler Schmidt konnten der DDR keinen Kredit geben, er, der Bundeskanzler, habe dies vermocht.[22] Präsident Reagan könne mit den Sowjets den Ausgleich finden. Reagan könne es in jedem Fall besser als sein Nachfolger.

Zum Abschluß äußert Präsident *Ceaușescu*, er wolle noch ein Problem ansprechen: Der Premierminister Polens habe ihn gebeten, diese Gelegenheit zu benutzen, dem Bundeskanzler zu übermitteln, daß er eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen wünsche.

Der *Bundeskanzler* antwortet, dies entspreche auch seinem Wunsch. Er bitte, diese Antwort Herrn Jaruzelski zu übermitteln. Er wolle hierzu folgendes ergänzend ausführen: Im Oktober 1949 sei die Bundesrepublik ins Leben getreten.[23] In der Regierungserklärung Adenauers habe es geheißen, daß wir Frieden und Aussöhnung mit allen Völkern suchten.[24] Gegenüber drei Völkern hätten die Deutschen jedoch eine besondere Verantwortung. Dies seien Israel, Frankreich und Polen. Mit Israel und Frankreich sei diese Aussöhnung gelungen, wie die Zeremonie in Verdun vor kurzem gezeigt habe. Vor 60 Jahren sei so etwas noch undenkbar gewesen. Er wolle mit Polen etwas Gleiches erreichen. Er fühle sich dazu prädestiniert. Er sei Vorsitzender der CDU. Vorgänger der CDU sei das Zentrum, die katholische Partei in Deutschland, gewesen. Die Polen im Reichstag seien beim Zentrum Hospitanten gewesen. Er selbst komme aus einem Elternhaus, das gegen Hitler gestanden habe.

20 Zum Besuch des Ministerialdirektors Teltschik am 18./19. Oktober 1984 in den USA vgl. Dok. 289.

21 Algerien erlangte seine Unabhängigkeit von Frankreich am 3. Juli 1962. Vgl. dazu AAPD 1962, II, Dok. 250.

22 Zu den „Milliardenkrediten“ an die DDR vom Juni 1983 bzw. Juli 1984 vgl. Dok. 15, Anm. 10, und Dok. 202, Anm. 4.

23 So in der Vorlage.

24 Für die Ausführungen des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 1, S. 29 f.

In der Bundesrepublik Deutschland sei nach dem Krieg eine historische Leistung vollbracht worden. Wir hätten ein Drittel des Reichsgebiets verloren, keinen Friedensvertrag, und wir hätten mit Polen einen Vertrag geschlossen, der besage, daß wir keine Grenzansprüche erhöben.[25] Es könne aber niemand erwarten, daß wir uns noch dafür bedankten, daß wir ein Drittel unseres Gebietes verloren hätten. Die Polen machten eine große Dummheit. Es gebe bei uns keine Revanchisten. Es sei einfach unklug, wenn die Polen in dieser Propaganda die Speerspitze darstellten. Hier werde etwas zerstört, was im deutschen Volk heranwachse, nämlich der deutsch-polnische Ausgleich. Bundeskanzler verweist darauf, daß in der Zeit von 1981 bis 1983 Deutsche für Polen über 300 Mio. DM private Spenden gesammelt hätten. Er selbst habe als Oppositionsführer und Bundeskanzler bewirkt, daß an zwei Jahresenden Pakete portofrei nach Polen geschickt werden konnten.[26] Er betone, nicht Pakete in die DDR, sondern nur für Polen. Etwas Propaganda mache ihm persönlich nichts aus. Die Polen sollten aber die Vertriebenen in Ruhe lassen. Dies seien brave Leute, die im übrigen wüßten, daß die Grenze sich nicht mehr ändern werde.

Präsident *Ceaușescu* antwortet, auch die Polen wollten Verständigung.

Der *Bundeskanzler* äußert, er wolle auf diesem Weg gerne einen Schritt machen, doch müsse man ihm dies ermöglichen. Die Propaganda müsse eingestellt werden, und die Vertriebenen solle man endlich in Ruhe lassen. Wir wollten nicht mehr, als daß das Gras groß werde und fest, so daß man darauf treten könne.

Präsident Ceaușescu möge bitte dem polnischen Premierminister mitteilen, daß dieser Kanzler gegenüber Polen so freundlich eingestellt sei, wie dies nur möglich sei.

Referat 010, Bd. 178886

25 Vgl. dazu Artikel I des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362.

26 Zur gebührenfreien Versendung von Paketen nach Polen vgl. Dok. 173, Anm. 23 und 24.

280

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei

214-700 RUM **15. Oktober 1984**[1]

Vermerk (vorbehaltlich Genehmigung des BM!)

Staatsbesuch des rumänischen Präsidenten Ceauşescu, Bonn, 15.–17.10.1984[2]; hier: Parallelgespräch BM–AM Andrei 15.10.1984, 17.15 Uhr–18.45 Uhr

1) Die beiden Minister sprachen zunächst eine Stunde unter vier Augen.[3] Anschließend wurden die Delegationen beider Seiten hinzugebeten.

– Von rumänischer Seite: Direktor im rumänischen Außenministerium Neagu, Erster Botschaftssekretär Lupu.
– Auf deutscher Seite: Botschafter Schulze-Boysen, Dg 42[4], Dg 21[5], RL 214[6] (Note-taker), Dolmetscherin Frau Wachner.

2) Der *BM* resümiert den Inhalt des Vier-Augen-Gesprächs wie folgt: Er habe mit AM Andrei die Gespräche des sowjetischen Außenministers Gromyko mit seinem amerikanischen Kollegen sowie mit Präsident Reagan[7] gewürdigt. Er sei sich mit AM Andrei einig, daß diese Begegnungen positiv zu werten seien und daß es jetzt darauf ankomme, aus diesen Begegnungen Konsequenzen zu ziehen, die allerdings wohl erst nach den amerikanischen Präsidentenwahlen[8] eintreten würden.

Man habe ferner den Besuch von Staatspräsident Ceauşescu sehr hoch bewertet. Der Bundespräsident habe heute mit Präsident Ceauşescu über die Ost-West-Beziehungen und die gesamte internationale Lage gesprochen und Mög-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 16. Oktober 1984 gefertigt und von Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch am 17. Oktober 1984 an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Zustimmung des Bundesministers einzuholen".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 19. Oktober 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] S. 2+4 überprüfen." Vgl. Anm. 15, 30 und 32.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 19. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Kaestner verfügte „mit der Bitte, unter Vorbehalt Genehmigung durch BM zu verteilen".
Hat Kaestner am 22. Oktober 1984 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 214, Bd. 139585.

2 Zum Besuch vgl. auch Dok. 279 und Dok. 281.

3 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl notierte am 15. Oktober 1984 Informationen des Bundesministers Genscher über dessen Vier-Augen-Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Andrei am selben Tag. Neben der Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien sei die Verschiebung des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik erörtert worden. Ferner seien die Hintergründe der Ablösung des sowjetischen Generalstabschefs Ogarkow sowie die Rolle führender sowjetische Persönlichkeiten besprochen worden. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139585.

4 Hans-Werner Loeck.

5 Gerold Edler von Braunmühl.

6 Uwe Kaestner.

7 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

8 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

lichkeiten erörtert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und auszubauen.[9]

Ebenfalls behandelt worden sei die Ausreiseproblematik, man sei jedoch übereingekommen, diese Frage nicht zum Gegenstand öffentlicher Darstellungen zu machen, weil uns an positiven Entwicklungen in der Sache liegt.

Minister Andrei habe berichtet über die Feiern zum 40. Jahrestag der Sozialistischen Republik Rumänien. Er – BM – habe die Aufmerksamkeit seines Gesprächspartners auf seine VN-Rede[10] gelenkt, in der er den finnischen Vorschlag[11] positiv bewertet habe, den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki[12] auf politischer Ebene zu begehen.[13] AM Andrei habe dazu gesagt, in der rumänischen Führung gebe es darüber noch keine Meinung, doch liege eine solche Idee den Vorstellungen des Präsidenten im allgemeinen sehr nahe.

Schließlich habe man über künftige Begegnungen der Bündnisse gesprochen. Er – BM – habe auf die bevorstehende NATO-Ministerratstagung in Brüssel[14] hingewiesen sowie auf seine vier noch[15] in diesem Jahr bevorstehenden Reisen in Länder des Warschauer Paktes.[16] Schließlich weist BM darauf hin, daß er in diesem Jahr bereits viermal mit AM Andrei zusammengetroffen sei[17] – das zeige, wie wichtig es sei, den Dialog fortzuführen.

AM *Andrei* kommt auf die noch laufenden Kommuniquéverhandlungen[18] zu sprechen: Das Thema solle jetzt nicht vertieft werden, er selbst wolle erst mit

9 In ihrem Gespräch am 15. Oktober 1984 auf Schloß Falkenlust erörterten Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Präsident Ceauşescu die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Situation von Deutschstämmigen in Rumänien, sowie die Ost-West-Beziehungen, ferner die Lage im Nahen Osten und in Mittelamerika. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139585.

10 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 26. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1984, S. 961–966.

11 Zum finnischen Vorschlag vom 6. September 1984 vgl. Dok. 245, Anm. 12.

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

13 Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

14 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

15 Der Passus „Schließlich habe man … seine vier noch“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

16 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.
Zum Besuch Genschers vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR vgl. Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

17 Bundesminister Genscher und der rumänische Außenminister Andrei trafen am 16. Januar 1984 in Stockholm zusammen. Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 7.
Weitere Gespräche fanden während des Besuchs von Andrei am 2./3. März 1984 in der Bundesrepublik statt. Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 14.
Außerdem führten Genscher und Andrei am 25. September 1984 in New York ein Gespräch. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. New York, teilte dazu am 26. September 1984 mit, Thema sei der Besuch des Präsidenten Ceauşescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik gewesen. Außerdem seien die amerikanisch-sowjetischen bzw. die deutsch-sowjetischen Beziehungen, das innerdeutsche Verhältnis und die Verschuldung der Entwicklungsländer besprochen worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1720; Referat 214, Bd. 139584.

18 Ministerialdirigent Schauer legte am 12. Oktober 1984 dar, in den bisherigen Gesprächen über ein Kommuniqué zum Besuch des Präsidenten Ceauşescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 habe die rumänische Seite deutlich gemacht, „daß sie größten Wert auf einen abgestimmten INF-Passus legt“. Fer-

Präsident Ceauşescu sprechen und schlage vor, morgen – 16.10. – die Verhandlungen abzuschließen.[19]

Vorab wolle er aber bemerken, das Problem der deutschen Nationalität in Rumänien möchte die rumänische Seite „in vereinfachter Form" behandeln: Das Problem werde gelöst gemäß Vereinbarung, sei also kein akutes Problem.

Zum anderen denke die rumänische Seite nach über eine Lösung im Zusammenhang mit der Raketenstationierung und den sowjetischen Gegenmaßnahmen.[20] Rumänische Position sei, daß man zu einer Einstellung der Stationierung amerikanischer Raketen gelangen müsse wie auch zu einer Einstellung der sowjetischen Gegenmaßnahmen. Dies sei eine Kompromißlösung und ermögliche, die Verhandlungen wiederaufzunehmen[21], um zu einer völligen Befreiung des Kontinents von jeglichen Raketen zu gelangen. Direktor Neagu habe ihm berichtet, daß man auf dieser Basis nicht zu einer Einigung über (S. c. über Kommuniquéformulierung) gekommen sei.[22]

AM Andrei bittet den BM, für seine morgige Begegnung mit Präsident Ceauşescu[23] darüber nachzudenken, wie man irgendeinen Ausweg finden könne. Vielleicht in der Weise, daß jede Seite ihre Meinung zum Ausdruck bringt und in der Schlußfolgerung Gemeinsamkeit herrscht, daß alles getan werden müsse, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen so schnell wie möglich wiederaufgenommen werden, und zwar sowohl hinsichtlich der Eliminierung der nuklearen Mittelstreckenraketen als auch der operativ-taktischen Systeme.

BM entgegnet, es gebe in dieser Frage gemeinsame Positionen und nicht gemeinsame Positionen:

Erste gemeinsame Position sei die Forderung beider Regierungen, daß die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen wiederaufgenommen werden (AM Andrei bestätigt ausdrücklich).

Fortsetzung Fußnote von Seite 1292

ner hätten die rumänischen Vertreter erkennen lassen, „daß hier Rücksichten auf die Sowjetunion eine Rolle spielten". Vgl. Referat 214, Bd. 133076.

Am 16. Oktober 1984 erläuterte Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, neben der Passage über Mittelstreckensysteme gebe es noch ungeklärte Punkte bei humanitären Fragen, Menschenrechten, dem Selbstbestimmungsrecht sowie individuellen Kontakten. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139585.

19 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 16. Oktober 1984, in einer weiteren Gesprächsrunde sei bezüglich eines Kommuniqués Einvernehmen über einen Passus zu Mittelstrekkensystemen erzielt worden, nicht jedoch im Bereich der humanitären Fragen. Die rumänischen Gesprächspartner hätten daraufhin erklärt, daß ihre Seite nunmehr die Veröffentlichung eines Kommuniqués ablehne. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139585.

Am 19. Oktober 1984 informierte Vortragender Legationsrat Karkow: „Unvereinbare Positionen über Menschenrechtspassagen und Aussagen zu Rumäniendeutschen verhinderten letztlich Einigung über Text, was aber unsere positive Bewertung des Besuchs nicht beeinträchtigt." Vgl. den Runderlaß Nr. 96; Referat 214, Bd. 139585.

20 Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8. Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme vgl. Dok. 223, Anm. 11.

21 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

22 So in der Vorlage.

23 Bundesminister Genscher traf in seiner Eigenschaft als FDP-Vorsitzender am Morgen des 16. Oktober 1984 auf Schloß Gymnich mit Präsident Ceauşescu zusammen. Themen waren der KSZE-Prozeß, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sowie die Ost-West-Beziehungen, vor allem auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle, ferner die bilateralen Beziehungen, insbesondere humanitäre Fragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139585.

Zweite[24] gemeinsame Position sei[25], daß es keine Frage gebe, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden könne. Diese Passage aus dem Kommuniqué der WP-AM[26] entspreche exakt unseren Auffassungen.

Dritte[27] substantielle gemeinsame Auffassung sei[28] – wie bereits beim Staatsbesuch von Bundespräsident Carstens in Bukarest[29] bekräftigt –, daß Ziel solcher Verhandlungen sein müsse, daß es weder amerikanische noch sowjetische Mittelstreckenraketen gebe. Dies solle man auch jetzt sagen.

BM weist der Ordnung halber auf einen Dissens hin:

– Wenn die rumänische Seite dies sagt, meint sie: in Europa,

– wenn die westliche Seite dies sage, meine sie: überall in der Welt.

Es werde also darauf ankommen, zu prüfen, wie man hier beiden Seiten Rechnung tragen könne. Was allerdings den Ausgangspunkt [30]für Verhandlungen angeht, so werde es nicht möglich sein, eine gemeinsame Position einzunehmen, die auf einen Freeze hinausläuft. Andererseits glaube er – BM –, daß bereits in den bisherigen Gesprächen gute Formulierungsmöglichkeiten ausgehandelt seien, die auf einen „Prozeß der Anhäufung von Nuklearwaffen" abstellten, den es umzukehren gelte: Dies sei ein Ziel, das wir gemeinsam fördern wollen mit dem Ziel, weniger zu haben als vorher.

AM *Andrei* sagt zu, darüber mit Staatspräsident Ceaușescu noch einmal zu sprechen.

BM erwähnt weiterhin den Wunsch nach einer Formulierung betreffend die Stockholmer Konferenz[31], die den Gedanken des Gewaltverzichts deutlicher heraushebt.

AM *Andrei* und Direktor *Neagu* stimmen lebhaft zu.

AM Andrei betont, das einzige Problem bestehe tatsächlich mit den Raketen. Der BM wisse, daß die Sowjets eine ganz andere Position einnehmen: Sie forderten den Abzug aller amerikanischen Waffen, erst dann könne man mit Verhandlungen beginnen. (*BM*: Frage von „Henne und Ei".)

AM *Andrei* betont, die rumänische Formulierung versuche, in der jetzigen Situation jeder Seite zu ermöglichen, das Gesicht zu wahren und die Verhandlungen wiederaufzunehmen, so daß man sowohl auf der einen wie der anderen Seite zur Beseitigung der Raketen gelangen könne. Die Freeze-Idee – eine Aufnahme von Gedanken Breschnews – umfasse selbstverständlich auch operativ taktische Raketen sowie die Stationierung von Raketen auf Flugzeugen und U-Booten in der Nähe der amerikanischen Küste.

24 An dieser Stelle wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger gestrichen: „sei".
25 Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich eingefügt.
26 Vgl. dazu Ziffer 2 des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. April 1984 in Budapest; EUROPA-ARCHIV 1984, D 320.
27 An dieser Stelle wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger gestrichen: „sei".
28 Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich eingefügt.
29 Bundespräsident Carstens hielt sich vom 26. bis 30. Oktober 1981 in Begleitung des Bundesministers Genscher in Rumänien auf. Zum Besuch vgl. AAPD 1981, III, Dok. 312.
30 Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.
31 Zur KVAE vgl. Dok. 275.

AM Andrei bedankt sich abschließend für Organisation des Besuchs und hofft, daß er erfolgreich abgeschlossen werden kann.

BM pflichtet dem lebhaft bei.[32]

Referat 214, Bd. 139585

281

Deutsch-rumänisches Regierungsgespräch

VS-NfD **16. Oktober 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Ceaușescu in Anwesenheit der Außenminister[2] am 16. Oktober 1984[3]

Anwesend auf rumänischer Seite: Frau Elena Ceaușescu, Dolmetscher und Note-taker;

auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, eine Dolmetscherin.

Bundeskanzler äußert eingangs, er wolle noch einmal zum Ausdruck bringen, wie sehr ihm daran gelegen sei, die Zeit nach den amerikanischen Wahlen[4], d.h. die nächsten ein bis zwei Jahre, zu nutzen. Er wolle vorschlagen, bald nach der amerikanischen Wahl noch einmal einen direkten Kontakt mit Präsident Ceaușescu aufzunehmen, um zu überlegen, was getan werden könne. Wir seien daran interessiert, daß die Abrüstung in Gang komme. Wir seien in Europa die Hauptbetroffenen. In diesem Sinne sollten wir einen Versuch unternehmen, die Dinge in Gang zu bringen. Er stelle die Frage, ob der Präsident es für realistisch halte, Treffen zwischen Reagan und Tschernenko zu betreiben. Wenn das Treffen nur eine Propagandaübung sei, werde es mehr zerstören, als es bringe. Dies sei eine Frage vom Prinzip her.

Präsident *Ceaușescu* äußert, auch Rumänen seien der Meinung, daß alles getan werden müsse, um den Lauf der Dinge zu ändern, um die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Die europäischen Länder, besonders diejenigen, die sich in Blöcken zusammengeschlossen hätten, sollten an diesem Prozeß aktiv teilnehmen. Ein Treffen zwischen Präsident Reagan und Tschernenko sei möglich und notwendig, allerdings im Rahmen guter Vorbereitung. Es dürfe sich nicht um ein Propagandatreffen handeln. Weder Tschernenko noch andere sowjetische

32 Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 17. Oktober 1984 gefertigt.

2 Hans-Dietrich Genscher bzw. Ștefan Andrei.

3 Zum Besuch des Präsidenten Ceaușescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 279 und Dok. 280.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Führung wollten aber ein reines Propagandatreffen. Gleiches entnehme er den Äußerungen Präsident Reagans. Es gehe darum, den Dialog zur Lösung von Fragen, die die ganze Welt beträfen, wieder in Gang zu bringen.

Bundeskanzler äußert, er betreibe diese Sache schon sehr lange. Er habe den Eindruck, daß Gromyko die Idee nicht so gut gefunden habe. Auch auf amerikanischer Seite gebe es solche Leute. Bei jeder Gelegenheit habe er persönlich Präsident Reagan gedrängt. Allerdings habe er sich in den letzten Monaten etwas zurückgehalten, um nicht in den Wahlkampf zu geraten. Aber nach der Wahl wolle er gern diese Idee wieder aufgreifen.

Präsident *Ceaușescu* äußert, kurz vor den Wahlen in Amerika hätten die Sowjets nichts tun wollen, um Reagan nicht zu helfen. Das sei verständlich. Aber nach den Wahlen seien die Voraussetzungen gegeben, um das Problem anzugehen. Das Treffen Reagan–Gromyko[5] zeige, daß die Sowjets zu dem Schluß gekommen seien, daß Reagan als Präsident wiedergewählt werde. Sie wollten die Gelegenheit nutzen, um die Tür offen zu halten. In den Gesprächen am frühen Morgen[6] habe Vizekanzler Genscher eine Formulierung benutzt, die einen Appell an die USA und die UdSSR beträfe. Rumänien sei bereit, an einen solchen Appell zu denken. Wir könnten einen solchen Appell eventuell gemeinsam unterzeichnen. Ein zweites Problem, das er ansprechen wolle, sei das: Wir müßten überlegen, wie wir ein Treffen zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Paktes organisieren könnten. Dieses Treffen solle nicht das Treffen zwischen den USA und der Sowjetunion ersetzen, sondern sei zusätzlich gedacht. Im Namen der Länder des Warschauer Paktes habe er einen solchen Vorschlag im Frühjahr vorgebracht. Dieser Vorschlag bleibe aktuell. Ein solches Treffen könnte sehr wichtig sein, auch wenn die USA und die Sowjetunion direkt verhandelten. Es könnte dazu beitragen, daß Mißverständnisse ausgeräumt würden.

Bundeskanzler antwortet, dies sei ein sehr interessanter Vorschlag. Man dürfe ihn jetzt aber auf keinen Fall in der Öffentlichkeit diskutieren, weil er sonst wieder in den amerikanischen Wahlkampf komme. Man könne im Dezember erneut darüber sprechen. Er frage, ob dieser Vorschlag bei der Haltung der Kollegen in Polen und in der ČSSR, um ein Beispiel zu nennen, realistisch sei.

Präsident *Ceaușescu* verweist darauf, daß der Vorschlag im Namen aller Warschauer-Pakt-Staaten gemacht worden sei, mit Zustimmung der Sowjetunion.

Bundeskanzler fährt fort, man müsse sich fragen, ob dies ein Gespräch werden solle oder ein Tribunal. Ein Tribunal werde die Sache noch schlimmer machen. Wenn man sage, daß man über das reden wolle, was war, und wie es gekommen sei, dann könne man sich die ganze Übung sparen.

Präsident *Ceaușescu* antwortet, Rumänien sei für ein Gespräch über die Zukunft und über gemeinsame Lösungen für Probleme, die den Kontinent beträfen. Rumänien habe den Vorschlag gemacht, weil die konventionelle und nukle-

5 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

6 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceaușescu am 16. Oktober 1984 auf Schloß Gymnich vgl. Dok. 280, Anm. 23.

are Bewaffnung fast ausschließlich in den Händen dieser Länder sei. Eine Vereinbarung zwischen den Militärblöcken könnte zu Abrüstungsmaßnahmen und vertrauensbildenden Maßnahmen führen. Er wolle nicht die Bedeutung von Stockholm verringern, müsse aber die Existenz beider Militärblöcke im Auge behalten. Eine offene Diskussion könnte dazu beitragen, daß es zu Einvernehmen komme.

An dieser Stelle wirft BM *Genscher* ein, er habe zwei Sorgen:

1) Die Bedeutung der KVAE und des KSZE-Prozesses könne ausgehöhlt werden.

2) Die neutralen und ungebundenen Staaten in Europa hätten in beiden Gremien eine konstruktive Rolle gespielt. Sie sollten nicht von zukünftigen Gesprächen ausgeschlossen werden.

Präsident *Ceaușescu* antwortet, Stockholm müsse weitergehen. Wie die deutsche Seite wisse, würden dort jedoch die Sachen sehr allgemein behandelt. Konkrete Absprachen zwischen NATO und Warschauer Pakt würden die Gespräche in Stockholm, Wien[7] und Genf fördern.

BM *Genscher* fährt fort, bei den Warschauer-Pakt-Staaten sei der Status in etwa gleich, bei uns nicht. Frankreich sei nicht in die NATO integriert.[8] Dies könne bei der Abrüstung Probleme schaffen.

Bundeskanzler ergänzt, daß es sich nur um eine Konferenz der Mitgliedsländer, nicht der Pakte handeln könne. Dies gebe der Sache einen gewissen Pfiff, auch im Hinblick auf Frankreich. Es sei eben seltsam, wenn jemand über Frankreichs Raketen verhandeln wolle, ohne daß die Franzosen am Tisch säßen. Rumänien habe ja eine enge Verbindung zu Frankreich und wisse deshalb gut, daß man die Trikolore lieber dreimal als einmal grüßen solle.

Präsident *Ceaușescu* antwortet, dies sei sicher richtig. Die internationale Lage habe sich jedoch geändert. Jede Fahne sei heute des gleichen Respektes würdig. Rumänen hätten mit Frankreich gesprochen und Franzosen gesagt, Frankreich könne sich nicht als Ausnahme in Fragen der Abrüstung betrachten.

Bundeskanzler antwortet hierauf, dies sei nicht die Position Frankreichs. Auch Präsident Mitterrand wolle in der Abrüstung weiterkommen. Er wolle jedoch nicht von anderen haftbar gemacht werden, sondern aus eigenem Recht mitverhandeln.

Er, der Bundeskanzler, wolle noch einmal klarstellen, daß es sich bei der Konferenz nur um eine solche der NATO-Staaten und der Warschauer-Pakt-Staaten, also keine Konferenz zwischen den Pakten, handeln könne.

Präsident *Ceaușescu* fährt fort, Rumänien sei der Auffassung, daß der sowjetische Vorschlag einer Konferenz aller Atomwaffenstaaten (so auch China) sehr wichtig sei. (BM *Genscher* wirft ein: Auch Präsident Mitterrand!) Präsident *Ceaușescu* sagt, er verstehe China. Auf jeden Fall müsse es zu einer substantiellen Reduzierung der amerikanischen und sowjetischen Waffen zunächst kommen. Die Chinesen hätten vorgeschlagen, diese Reduzierung müsse mindestens

7 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 343.

8 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

50% betragen. Danach würden auch die anderen Länder, d.h. China, Großbritannien und Frankreich, in das Abrüstungsprogramm eintreten. Als erste müßten jedoch die zwei Supermächte anfangen. Sie verstünden das auch.

Bundeskanzler hält diesen Gedanken für interessant. Man müsse ihm nachgehen. Er sei nicht sicher, daß die Sowjetunion diesen Schritt gehen wolle. Man müsse dieser Idee mit Freunden diskret nachgehen. Schwerste Gefährdung drohe von zu viel Publicity.

Bundeskanzler wendet sich dann unserem Verhältnis zur DDR zu. Wir wollten hier unsere bisherige Politik fortsetzen. Selbstverständlich sei er bereit, mit Herrn Honecker über alles zu reden. Es gebe sicher einige Punkte, wo wir uns nicht einigen könnten. Es wäre unehrlich, dies zu leugnen. Anläßlich der Beerdigung Generalsekretär Andropows habe er in Moskau Generalsekretär Honecker getroffen[9] und ihm gesagt, er sehe im wesentlichen drei Felder: Es gebe ein erstes Problemfeld, wo wir uns sicher nicht einigen könnten. Hierunter falle z.B. die Frage der Staatsbürgerschaft. Unsere Position werde in der DDR heftig kritisiert. Diese Position habe jedoch zur Folge, daß die DDR wie ein Teil der Europäischen Gemeinschaft behandelt werde.[10] Ein zweites Problemfeld läge in den Fragen, deren Lösung die Teilung für die Menschen in Deutschland erträglicher machen solle. Es sei keineswegs unser Wunsch, die Menschen in der DDR zum Verlassen ihres Landes zu veranlassen. Das Problem, das wir jetzt mit den Botschaften hätten[11], sei ganz schrecklich. Er sei der Auffassung, wenn die DDR den Reiseverkehr liberalisiere, würden wir weniger Probleme haben. Von den offiziell bei uns einreisenden Besuchern aus der DDR blieben nur wenige bei uns.

In einem dritten Problemfeld sei die Zusammenarbeit geradezu zwingend. Hierzu gehöre z.B. der Umweltschutz. Beide Staaten hätten Riesenprobleme mit dem Waldsterben. Wir würden auf diesem Wege fortfahren. Diese Regierung könne es tun, ohne hierzulande in einen Verdacht zu geraten. Auch hier gebe es Leute, die das nicht sehr gern sähen. Eine riesige Mehrheit der Bevölkerung sei jedoch dafür.

Es sei unser Eindruck, daß eine bestimmte Seite in der Sowjetunion alles getan habe, um den Besuch Generalsekretär Honeckers zu sabotieren.[12] Es sei auffällig, wie massiv aus der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin der Besuch Honeckers kritisiert worden sei.[13] Es gebe eine ganze Reihe von Hinweisen

9 Für das Gespräch am 13. Februar 1984 vgl. Dok. 43.

10 Durch das Protokoll vom 25. März 1957 über den Innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen genoß der innerdeutsche Handel in der EWG einen besonderen Status. In Ziffer 1 des Protokolls, das gemäß Artikel 239 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 „Bestandteil dieses Vertrags" war, wurde festgelegt, daß der Handel zwischen der Bundesrepublik und der DDR „Bestandteil des innerdeutschen Handels ist". Daher erfordere die Anwendung des EWG-Vertrags „in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 900 und S. 984.

11 Zu den Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 264

12 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

13 Vgl. dazu die Äußerungen des sowjetischen Gesandten in Ost-Berlin, Koptelzew, gegenüber Staatssekretär Bräutigam am 24. August 1984; Dok. 221.

hierauf. Trotzdem sei er, der Bundeskanzler, der Auffassung, daß der Besuch zustande kommen werde. Er dränge nicht. Herr Honecker solle den Zeitpunkt selbst bestimmen. Dieser habe, nebenbei gesagt, auch den ursprünglich vorgesehenen Termin selbst bestimmt.

Präsident *Ceauşescu* antwortet, das Problem der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehe die beiden deutschen Staaten an. Wie der Bundeskanzler jedoch wisse, hätten ihre Beziehungen einen besonderen Charakter. Rumänien sei der Auffassung, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten im Interesse der Entspannung und des Friedens in Europa sich entwickeln müßten. Eine Verbesserung der Beziehungen im allgemeinen und die Verstärkung der Kontakte zwischen den Ländern würden einen positiven Einfluß haben. Es sei notwendig, daß man dabei von den Realitäten ausgehe. Wenn man die Realitäten nicht im Auge behalte, so könne die Atmosphäre des Mißtrauens verstärkt werden. Rumänien begrüße die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die damit einen positiven Beitrag leisteten. Zu sehr beeilen müsse man sich jedoch dabei nicht. Die DDR sei sowieso in der EG, es sei nicht nötig, daß sie auch noch in die NATO gehe.

Bundeskanzler antwortet hierauf, diese Absicht habe er nicht, die NATO-Planung sehe das nicht vor. Der NATO genügten 500 000 deutsche Soldaten. Es gebe sogar Leute, denen das schon zu viel sei.

Präsident *Ceauşescu* äußert, die DDR habe es fertiggebracht, in COMECON und EG zugleich zu sein.

Präsident Ceauşescu führt aus, er wolle zwei Probleme ansprechen:

Das erste Problem betreffe die Beziehungen zwischen COMECON und der EG.[14] Es sei notwendig, daß die Gespräche zwischen beiden Gremien intensiviert würden, damit man zu einem Abkommen komme. Er bitte dafür zu sorgen, daß die östliche Seite in der EG mehr Verständnis finde.

Bundeskanzler und *Bundesminister* verweisen darauf, daß man vor der Ablösung der Kommission stehe.[15] Ab Januar werde sich die neue Kommission mit diesen Problemen befassen. Bundeskanzler fügt hinzu, eventuell könne man diese Frage anläßlich des Europäischen Rates in Dublin[16] einmal aufnehmen.

Präsident *Ceauşescu* fährt fort, ein zweites Problem sei die Lage der Entwicklungsländer. Rumänien sei Mitglied der Gruppe der 77, die jetzt über 100 Mitglieder umfasse. Rumänien messe den Nord-Süd-Gesprächen, die bisher ergebnislos verlaufen seien, große Bedeutung bei. Rumänien würde es begrüßen, wenn wirkliche Verhandlungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländ-

14 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 199, Anm. 17.

15 Zur Frage der künftigen Besetzung der EG-Kommission vgl. Dok. 147, besonders Anm. 4.
Am 20. Juli 1984 wurde berichtet, Ministerpräsident FitzGerald habe in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident mitgeteilt, die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten hätten sich auf die Ernennung des bisherigen französischen Finanzministers Delors zum EG-Kommissionspräsidenten geeinigt. Vgl. dazu die Meldung „Ernennung von Delors als Kommissionspräsident bestätigt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. Juli 1984, S. 1.
Die neue EG-Kommission nahm ihre Tätigkeit am 7. Januar 1985 auf.

16 Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1984 in Dublin vgl. Dok. 342, Anm. 4.

dern stattfänden. Ziel müsse es sein, eine allgemeine Vereinbarung zu treffen, in deren Rahmen dann auch das Problem der Schulden einzelner Länder gelöst werden könne. Es sei absolut notwendig, zu einer Globallösung zu kommen. Die These, jeder Fall sei individuell zu lösen, sei unrealistisch. Eine allgemeine Lösung sei notwendig. Es solle ein allgemeiner Rahmen geschaffen werden, innerhalb dessen mit jedem einzelnen Land Abkommen getroffen werden könnten. Man müsse die Grundprinzipien festlegen, die dann konkret angewandt würden. Dazu gehören ein totaler Schuldenerlaß für die ärmsten Länder, Schuldenreduktionen für andere. Ein Höchstzinssatz müsse für die Zukunft festgelegt werden. Neue Kredite für die Entwicklungsländer zu günstigen Bedingungen müßten für die Zukunft vorgesehen werden. Er sei ganz sicher, daß eine Konfrontation zwischen armen und reichen Ländern drohe. Eine solche Konfrontation würde nicht nur wirtschaftliche Schäden verursachen. Rumänien sei für Verhandlungen in diesem Bereich, jedoch nicht Verhandlungen, die nur die alte Politik weiterführten.

In der Vergangenheit hätten die Entwicklungsländer zum Teil sehr hohe Zinsen (bis zu 20%) zahlen müssen. Banken und multinationale Unternehmen hätten hohe Profite gemacht. Er wisse das direkt von Vertretern von Banken und Versicherungsgesellschaften, die es ihm gesagt hätten. Früher sei das[17] Geld ein Mittel zur Belebung des Austausches gewesen, jetzt stelle es sich als Bremse dar. Für seine Ideen habe Rumänien ein gewisses Verständnis in Japan gefunden. Die USA nähmen jedoch eine vollkommen unbefriedigende Haltung ein. Er wolle nicht, daß man hic et nunc zu einem Einvernehmen komme. Er bitte jedoch, dieses Gespräch mit Rumänien weiterzuführen.

Bundeskanzler antwortet, darüber müsse gesprochen werden. Es handele sich um ein Dauerthema, das auf dem Londoner Gipfel[18] eingehend besprochen worden sei. Wir gehörten zu denjenigen Ländern, die mit am meisten Entwicklungshilfe aufbrächten. Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten hätten wir die Entwicklungshilfe nicht gekürzt, sogar in einzelnen Bereichen erhöht. Bundeskanzler verweist auf die geringen Entwicklungshilfeleistungen der Sowjetunion, die mehr tun solle. Er sei im übrigen nicht entzückt darüber, daß ein Teil der Entwicklungsgelder in Waffenanschaffungen fließe. Besucher aus Entwicklungsländern, die er in diesem Kanzlerzimmer empfange, fragten ihn oft genug nicht nach Industriestrukturen, sondern nach Waffen. Er stimme im übrigen Präsident Ceauşescu zu: Schon in wenigen Jahrzehnten werde die Nord-Süd-Problematik die Ost-West-Problematik überlagern.

Das Gespräch wendet sich dann bilateralen Fragen zu.

Präsident *Ceauşescu* gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Wirtschaft zwischen beiden Ländern, die seit 1980 einen Abwärtstrend gezeigt habe. Präsident Ceauşescu geht auf die Gründe ein und beklagt sich über die Schwierigkeiten, auf die rumänische Exporte träfen (Zölle und Kontingente). Inzwischen zeige die Kurve wieder nach oben. Ziel müsse es sein, das Niveau

17 Korrigiert aus: „Früher das".

18 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. Dok. 170 und Dok. 171. Zur Behandlung der Verschuldungsproblematik vgl. auch Dok. 165.

von 1980 wieder zu erreichen und von hier aus die Wirtschaftsbeziehungen weiterzuentwickeln. Der Präsident erwähnt das Kooperationsabkommen[19] und die Projekte Temeschwar[20] und Hermannstadt. Eine gemischte deutsch-rumänische Gesellschaft zur Herstellung von Getrieben arbeite rentabel, ihre Produkte seien technisch gut, aber auf niedrigem Niveau. Der Präsident äußert die Erwartung, daß sich die Einstellung hinsichtlich rumänischer Exporte in den Westen in der Frage der Kontingente und Lizenzen zum Positiven wende. Er verweist darauf, daß die Staaten selbst gewisse Einkäufe tätigten.

Der *Bundeskanzler* und BM *Genscher* weisen den Präsidenten darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht selbst als Importeur auftritt. Auf Gegenfrage des Präsidenten erläutern sie, daß die Bundesrepublik Deutschland auch nicht Importe finanziert, sondern Exporte durch Exportbürgschaften absichert.

Präsident *Ceauşescu* schneidet das Problem einer Zusammenarbeit auf Drittmärkten an. Dafür wolle Rumänien keine Kredite. Man habe sich vorgenommen, keine weiteren Kredite aufzunehmen. Was man suche, seien neue Formen der Zusammenarbeit in der Produktion und ein Austausch auf gleichberechtigter Grundlage. Temeschwar sei nur ein Projekt und solle nicht ein isolierter Fall bleiben.

BM *Genscher* verweist darauf, daß bei seinem Besuch im Mai 1983[21] eine Reihe von Absichtserklärungen abgegeben worden seien, deren größter Teil inzwischen umgesetzt sei (er führt die einzelnen Absichtserklärungen auf). Er habe dem Präsidenten damals gesagt, es sei wichtig, daß wir deutsche Unternehmen für Zusammenarbeit mit rumänischen Unternehmen gewännen. Hierfür sei es ausschlaggebend, daß für große und kleine Firmen eine größere Transparenz des Marktes und der Zusammenarbeitsbedingungen gegeben sei. Er habe damals einen konkreten Vorschlag gemacht, nämlich ein deutsch-rumänisches Symposium. Für dieses Symposium habe man schließlich den Juli 1984 in Köln in Aussicht genommen. Das Symposium sei auf rumänischen Wunsch zunächst auf Ok-

19 Für den Wortlaut des Abkommens vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1351 f.
Das Abkommen wurde mit Wirkung vom 29. Juni 1983 um zehn Jahre verlängert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil II, S. 555.

20 Präsident Ceauşescu schlug Bundeskanzler Schmidt am 6. Januar 1978 in Bukarest ein gemeinsames Großunternehmen in Temeschwar vor, in dem schwere Werkzeugmaschinen und hydraulische Anlagen hergestellt werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 3.
Referat 421 legte am 10. September 1984 dar, die Bundesregierung habe einen Bürgschaftsrahmen von 700 Mio. DM geschaffen, ferner seien besondere Bevollmächtigte sowie eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden: „Die Bundesregierung hat hiermit und durch aktive Informationsarbeit in der deutschen Wirtschaft alles in ihren Kräften Stehende für die Realisierung des Projekts getan. Die Ausfüllung der geschaffenen Rahmenbedingungen ist allerdings Sache der Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft hat bisher wenig Interesse an einem Engagement in Temeschwar erkennen lassen. Daran hat die Verlängerung des bisher nicht ausgenutzten Sonderbürgschaftsrahmens um weitere fünf Jahre nichts ändern können. […] Ursache für das mangelnde Interesse sind u. a. die Erschwernisse für eine Zusammenarbeit durch verstärkte Kompensationsforderungen der rumänischen Seite und die schlechte Wirtschaftslage Rumäniens.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140293.

21 Bundesminister Genscher hielt sich am 31. Mai und 1. Juni 1983 in Rumänien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 163 und Dok. 164.

tober dieses Jahres, jetzt auf März 1985 vertagt worden.[22] Er könne der rumänischen Seite nur dringend raten, Bedingungen zu schaffen, die deutschen Investoren die Entscheidung ermöglichten. Man habe sich auf unserer Seite gewundert, daß die rumänische Seite das Symposium immer wieder verschoben sehen wollte.

Präsident *Ceauşescu* weist darauf hin, daß er sich nach dem Essen mit 30 Industrievertretern treffen werde.[23] In Bukarest habe er mit Firmenvertretern über das Projekt Temeschwar gesprochen. Eine Ermutigung der Firmen über Hermes-Bürgschaften könne eine schnelle Umsetzung bewirken. Rumänien wünsche eine Verwirklichung auf hohem technischen Niveau.

Der *Bundeskanzler* bittet den Präsidenten, das Interesse der Bundesrepublik Deutschland am deutsch-rumänischen Wirtschaftsaustausch an dem erhöhten Hermes-Plafond abzulesen. Wir seien sonst mit Hermes sehr restriktiv. Insbesondere die Entwicklung der Lage in Lateinamerika habe uns in dieser Hinsicht Schwierigkeiten bereitet und uns zur Zurückhaltung gezwungen. Er wolle auch in aller Offenheit sagen: Es seien politische Gründe gewesen, die uns in dieser Frage geleitet hätten und die er hier nicht näher ausführen müsse. Wenn der Präsident mit Firmen spreche, so solle er nicht nur die großen Firmen wählen, sondern insbesondere auch mittlere Firmen. Unter ihnen befänden sich außerordentlich leistungsfähige Firmen. Hier liege ein Unterschied unserer Wirtschaft zur japanischen Wirtschaft. Großfirmen gebe es dort wie hier. In Japan gebe es aber keine vergleichbare Zahl von mittleren Firmen. Diese mittleren Firmen würden von guten Leuten geführt und seien oft recht flexibel. Das Risiko sei für sie größer. Wo sie hingingen, wirke sich dies für das Land aber gut aus. Es sei besser, fünf mittlere Firmen als eine große für die Zusammenarbeit zu gewinnen. Natürlich seien sie psychologisch anfälliger. Sie hätten keine großen Rechtsabteilungen, ihre Leiter kämen meist persönlich.

Präsident *Ceauşescu* spricht erneut das Problem der Kontingente und das Problem der Zölle an, die rumänische Produkte aus dem Wettbewerb stießen. Er wolle plastisch sprechen: Rumänien wünsche nicht die Bedingungen der DDR, „aber etwas dazwischen".

Bundeskanzler äußert scherzhaft, man könne die Rumänen nicht zu Deutschen machen. Soweit gehe unser „Pan-Germanismus" nicht. Auch hier wolle er ein offenes Wort sprechen. Mit unserer offenen Einstellung zur Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas seien wir in der EG fast allein. Wir seien in Gefahr, die EG mit Europa gleichzusetzen. Die EG sei aber nicht Europa, die EG sei nur ein Teil Europas, für seine Begriffe ein zu kleiner Teil. Er wünschte, daß die EG mehr Mitgliedstaaten habe. Wir seien Realisten: Im Augenblick

[22] Das Symposium „Neue Aspekte der deutsch-rumänischen Unternehmenskooperation" fand am 21. Mai 1985 in Bonn statt. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 499 f.

[23] In einem Gespräch des Präsidenten Ceauşescu mit Vertretern von Wirtschaftsunternehmen aus der Bundesrepublik am 16. Oktober 1984 auf Schloß Gymnich wurden Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erörtert, etwa Möglichkeiten einer Steigerung rumänischer Exporte in die Bundesrepublik durch Kompensationsgeschäfte sowie eine verbesserte Zusammenarbeit auf Drittmärkten. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139585.

sei nicht mehr zu machen. Aber man müsse immer im Kopf behalten, daß die EG nicht ganz Europa, sondern ein Torso sei. So klar werde er das in anderen Ländern der EG nicht hören. Natürlich habe diese deutsche Einstellung damit zu tun, daß Leipzig und Rostock deutsche Städte seien, so wie Warschau und Bukarest europäische Städte. Wir dürften denjenigen Ländern, die jetzt keine Entscheidungsfreiheit haben – aus welchen Gründen auch immer –, die Tür nicht zusperren. Dies sei unsere Politik, die sich nicht von einem Tag auf den anderen rechne.

Präsident *Ceauşescu* antwortet, auch er glaube, die EG sei nicht Europa. Wir sollten Europa wirtschaftlich nicht teilen. In Europa müßten sich die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln, und es müsse eine allgemeine europäische wirtschaftliche Integration geschaffen werden. Mit der EG habe Rumänien ein Abkommen.[24] Dieses Abkommen funktioniere nicht immer so, wie es funktionieren sollte. Er wolle ein Beispiel geben: Wenn in einem Land der EG ein zusätzliches Produkt auftauche, würden abgeschlossene Abkommen entweder annulliert oder 30 bis 40% Zoll erhoben. Es laufe auf das gleiche hinaus und trage Unsicherheit in die Wirtschaftsbeziehungen. Das sei ein Problem, für das eine Lösung gefunden werden müsse.

Bundeskanzler antwortet, dies sei genau das, was er zur EG habe sagen wollen. Wir wollten hilfreich sein. Für ihn sei die EG der Kern für eine europäische Integration, nicht ein Garten mit einem riesigen hohen Zaun herum.

Präsident *Ceauşescu* erwidert, er stimme mit der Idee überein, daß die EG nicht abgeschlossen sein sollte. Ob sie ein Kern sei, da zögere er. Aus diesem Grund habe er auch das Problem der Beziehungen beider Wirtschaftsgruppen zueinander angeschnitten. Jede Gruppe wolle ein Nukleus sein. Vielleicht könnten aber beide gemeinsam die Integration fördern. Jeder für sich, das führe zur Abkapselung.

Wir sollten vielleicht über wirtschaftliche Probleme in der gleichen Weise sprechen wie über Probleme des Friedens: Wenn es hier und da stocke, dann könne man in direktem Kontakt reden, um die Angelegenheit wieder flottzumachen.

Bundeskanzler erwidert, er sei für eine Förderung der Wirtschaftsbeziehungen um der Wirtschaftsbeziehungen willen, aber auch aus politischen Gründen. Unser Interesse sei, daß Rumänien einen guten Weg gehe. Dies könne es aber nur, wenn es der rumänischen Wirtschaft gutgehe. Dies könne er nicht öffentlich sagen, weil es zu Mißverständnissen führen würde. Hier könne er es jedoch sagen. Daran richteten wir auch unsere Politik in der EG aus.

[24] Legationsrat I. Klasse Hauswedell erläuterte am 26. Juli 1984: „Mit Rumänien bestehen drei verschiedene Abkommen, die ca. 85% des gesamten Handels abdecken: Textilabkommen, seit 1977, 1982 erneuert; Mengen- und Preisarrangement im Stahlbereich, wird jährlich erneuert (seit 1978); Abkommen über Handel mit gewerblichen Waren (Industrieabkommen), gilt seit 1. Jan[uar] 1981. Ein nichtpräferentielles Abkommen. Gemeinschaft hat sich verpflichtet, die mengenmäßigen Beschränkungen für die Waren, die für rum[änische] Ausfuhren von Bedeutung sind, auszusetzen. In jedem Kalenderjahr werden für diese Waren Einfuhrkontingente eröffnet. Erweiterung der Warenliste bzw. Kontingenterhöhung dann durch EG-VO. Das Abkommen sieht gleichzeitig Einsetzung des Gemischten Ausschusses EG-RUM vor." Vgl. Referat 411, Bd. 131175.

Präsident *Ceaușescu* antwortet, er habe dies verstanden. Wir müßten nun in diesem Sinne tätig werden.

Das Gespräch wendet sich der Frage der Deutschen in Rumänien zu.

Bundeskanzler stellt fest, daß Angelegenheit bereits unter Außenministern besprochen wurde.

Bundesminister erläutert, man habe in diesem Gespräch festgestellt, daß die rumänische Seite getroffene Vereinbarungen einhalte, ja gelegentlich übererfülle. Mißbrauchsfälle müßten beim Namen genannt werden. Unser Interesse liege in einer Ausweitung.

Präsident *Ceaușescu* antwortet, Rumänien sei der Auffassung, man solle in dieser Frage nicht zu sehr insistieren. Keinesfalls solle die Bundesregierung die Ausreise Deutscher aus Rumänien ermutigen (sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen). Rumänien entwickle sich in schnellem Rhythmus. Die Lebensbedingungen des Volkes, d. h. auch der Minderheiten, verbesserten sich ständig. Die Menschen lebten dort seit 800 Jahren. Wirtschaftlich gebe es nur noch geringe Unterschiede. Eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit werde diese Unterschiede auflösen. Wenn er in der Bundesregierung wäre, würde er denen, die sich hier an die Regierung wenden und ausreisen wollen, raten, in Rumänien zu bleiben. Unter keinen Umständen sollte eine Agitation betrieben werden. Humanitäre Fragen sollten ohne Aufsehen geklärt werden. In diesem Geist solle man weiter tätig sein.

Bundeskanzler äußert, der Präsident sei sich vermutlich darüber im klaren, daß es sich auch für uns um ein sehr schwieriges Problem handele. Es sei nicht das Ziel der Bundesregierung, möglichst viele Menschen zum Verlassen Rumäniens zu veranlassen. Unser Ziel sei, möglichst viele normale Beziehungen zwischen den Menschen zu ermöglichen. Deshalb sage er: Je normaler sich die familiären Beziehungen in beiden Richtungen entwickelten, desto geringer sei der Druck, den die Leute zu verspüren glaubten. Dies habe auch etwas mit der Situation der Menschen in Rumänien selbst zu tun. Sicher, sie lebten dort seit Jahrhunderten. In dem Maße, in dem sie einen Teil ihrer alten Identität bewahren könnten, werde sich das Problem lösen.

Zum Abschluß spricht Bundeskanzler ein Einzelproblem an (Brief von Herrn Otto Wolff von Amerongen an den Bundeskanzler).

Präsident *Ceaușescu* äußert, daß er das Problem sehr gut kenne. Man diskutiere jetzt mögliche Lösungen, auch mit der Firma. Rumänien wünsche eine Lösung dieses Problems.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 67

282

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3965/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. Oktober 1984, 19.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4439 **Ankunft: 17. Oktober 1984, 00.24 Uhr**

Betr.: Unterrichtung der US-Regierung über innerdeutsche Beziehungen

Bezug: DB 4378 vom 11.10.84 – Pol 321.32[2]

Zur Unterrichtung

1) PStS Dr. Hennig, BMB, hat bei seinen deutschlandpolitischen Gesprächen in Washington, wie mit Bezugsbericht bereits mitgeteilt, feststellen müssen, daß die US-Regierung sich entweder gar nicht oder unvollständig oder zu spät über Entwicklungen im innerdeutschen Verhältnis und unsere Überlegungen zur weiteren Politik unterrichtet fühlt. Die Botschaft hatte wiederholt aufgrund entsprechend deutlicher Hinweise ihrer Gesprächspartner über Klagen mangelnder Unterrichtung berichtet. Auch D2 ist in Bonn vom amerikanischen Geschäftsträger Woessner am 14.8.84 in demselben Sinne angesprochen worden (DE 954 vom 16.8.84–204-321.00 USA[3]). Daß dies nun gegenüber PStS Hennig, wenn auch auf dessen Fragen hin, auf Staatssekretärs- (Armacost) bzw. Abteilungsleiterebene (Burt) geschieht, ist ein Warnzeichen.[4]

1 Hat Ministerialdirigent Schauer am 18. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 204 „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz vorgelegen.

2 Gesandter Wallau, Washington, informierte über Gespräche des Parlamentarischen Staatssekretärs Hennig, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, mit Vertretern des amerikanischen Außenministeriums zu deutschlandpolitischen Fragen vom 9. bis 11. Oktober 1984. Alle Gesprächspartner hätten deutlich gemacht, „daß sie die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen ohne die in der Öffentlichkeit gelegentlich vermutete Besorgnis und mit Zustimmung verfolgten“, jedoch „auf entsprechende Fragen von PStS Hennig Unzufriedenheit über Ausmaß und Zeitpunkt der Unterrichtung über das deutsch-deutsche Verhältnis durch die Bundesregierung“ geäußert. Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe darauf hingewiesen, „daß gerade angesichts des grundlegenden Konsensus zwischen Bonn und Washington in diesem Bereich jede aus mangelnder oder verspäteter Unterrichtung resultierende Mißstimmung Wirkungen haben könnte.“ Burt habe ausgeführt, „daß Verbesserungen der laufenden Konsultationen in dem Maße, wie sich das bilaterale Verhältnis USA – DDR belebe, von Washington aus als wachsende Notwendigkeit empfunden werden und auch für uns wichtig sein müßten“. Vgl. VS-Bd. 12938 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz teilte der Botschaft in Washington mit, im Gespräch mit Ministerialdirektor Pfeffer habe der amerikanische Gesandte Woessner, „wie er sagte, ohne ausdrückliche Weisung aus Washington“, aber nach Gesprächen mit Kollegen im amerikanischen Außenministerium, dargelegt, „daß wir in deutschland- und Berlinpolitischen Fragen in jüngster Zeit nicht ausreichend mit den Amerikanern konsultiert hätten“. Als Beispiel habe Woessner u. a. die Gespräche über Reiseerleichterungen im Zusammenhang mit dem erneuten Kredit an die DDR genannt: „Woessner schloß mit der Bemerkung, die USA schätzten die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen positiv ein und ermutigten unsere Politik. Die USA wollten in keiner Weise diesen Beziehungen irgendwelche Schwierigkeiten bereiten.“ Pfeffer habe betont: „Das Auswärtige Amt lege den größten Wert auf rechtzeitige, umfassende und vertrauensvolle Konsultation in der Vierergruppe.“ Vgl. VS-Bd. 12938 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Der Passus „Daß dies … ein Warnzeichen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Allerdings keine neuen Fälle, sondern die alten noch einmal.“

2) Unsere amerikanischen Gesprächspartner sind sich der doppelten Schwierigkeit bewußt, die darin liegt, daß es um zumeist heikle Dinge geht, bei denen vorzeitige Publizität zerstörerisch wäre, und daß an der Nahtstelle zwischen Deutschland- und Westpolitik verschiedene Stellen der Bundesregierung zusammenwirken müssen. Trotzdem machen sie – zu Recht – einen Anspruch auf laufende Unterrichtung geltend und werden dabei offenbar in dem Maße deutlicher, wie sie ihre bisherigen einschlägigen Hinweise nicht ausreichend gewürdigt[5] sehen.

3) Wir haben ein erhebliches politisches Interesse daran, in Washington den Eindruck eines chronischen Informationsdefizits in deutschlandpolitischen Fragen zu vermeiden:

Zum einen sind wir auf US-Unterstützung angewiesen. Wir haben – entgegen periodischer Behauptungen in deutschen und amerikanischen Medien – volles Vertrauen der US-Regierung in unsere Deutschlandpolitik und können, auch z. B. im Vorfeld des Honecker-Besuchs vor dessen Absage[6], keinerlei amtliche Besorgnis feststellen. Wir dürfen dieses Vertrauen nicht durch Vernachlässigung der Unterrichtung aufs Spiel setzen. Die Ausführungen Burts gegenüber PStS Hennig zum grundlegenden deutschlandpolitischen Konsensus Bonn–Washington und zur Gefahr einer Erosion dieses Konsensus zielen genau in diese Richtung.

Zum anderen wollen wir unsererseits auf dem laufenden gehalten werden über Entwicklungen im bilateralen Verhältnis US–DDR. Auch hier zeigen die Ausführungen Burts gegenüber PStS Hennig, daß die US-Regierung (die uns bisher besonders aufmerksam und ausführlich unterrichtet hat, zuletzt unmittelbar nach der Unterredung Shultz–Fischer in New York 4.10.[7]) durchaus einen Zusammenhang zwischen unserer und ihrer Bereitschaft zur gegenseitigen Information herstellen könnte.

4) Die Notwendigkeit laufender Öffentlichkeitsarbeit in den USA zur Deutschlandpolitik bleibt davon unberührt. Daß wir versuchen, Deutschlandpolitik gegenüber einem schlecht informierten und wenig interessierten amerikanischem Publikum ins Bewußtsein zu heben und zu erläutern (wie soeben wieder durch Artikel von StM Mertes in New York Times 12.10.[8] geschehen), bleibt eine wichtige Aufgabe. Es ersetzt aber nicht Konsultationen mit US-Regierung – im Gegenteil: Da wir den Anschein vermeiden müssen, mit der Administration via Medien zu verkehren, erfordert ein Mehr an Öffentlichkeitsarbeit auch ein Mehr an vertraulicher Unterrichtung von Regierung zu Regierung.

5) Was können wir tun, um den Informationsfluß zu verbessern?

a) Das akute und gegenüber PStS Hennig artikulierte Gefühl, die deutschlandpolitischen Erwägungen der Bundesregierung nicht voll zu überblicken, könnte

5 Der Passus „ihre bisherigen … ausreichend gewürdigt“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kein neuer Anlaß gegeben.“

6 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

7 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem Außenminister der DDR, Fischer, vgl. Dok. 245, Anm. 13.

8 Vgl. dazu den Artikel „Bonn Seeks Unification“; THE NEW YORK TIMES vom 12. Oktober 1984, S. A 35.

aufgefangen werden durch ein erläuterndes Schreiben an AM Shultz.[9] „Inspirierte" Anregungen für ein solches Schreiben waren uns bereits kurz vor dem Hennig-Besuch aus dem Büro Armacost gegeben worden. Freilich wäre dies ein einmaliger Schritt, der, um nicht entschuldigend zu wirken, eines Anlasses bedürfte, und der zwar hier als ein Eingehen auf amerikanisches Informationsbedürfnis sehr positiv aufgenommen werden würde, aber letztlich keine Abhilfe bei einem kontinuierlich neu entstehenden Problem schaffen könnte.

b) Die Bonner Vierergruppe könnte in verstärktem Maße als Ort laufender vertraulicher Unterrichtung unserer wichtigsten Verbündeten genutzt werden.[10] In diesem Zusammenhang sollte Rückkehr zu früherer Praxis periodischer Vierergruppen-Sitzungen im Bundeskanzleramt erwogen werden.

c) Im laufenden politischen Meinungsaustausch auf bilateraler Ebene (Besuchsdiplomatie) und im Viererrahmen (Deutschlandessen am Vorabend von NATO-Ministertagungen, Treffen der vier Politischen Direktoren und der drei westlichen Botschafter in Washington mit Armacost oder Burt etc.) könnte eine von uns angebotene Unterrichtung zum laufenden Bestandteil der Agenda gemacht werden.

d) Auch persönliche Unterrichtungen durch eigens dafür unternommene Besuche werden hier begrüßt. Dies zeigte Burts dankbare Erwähnung einer mündlichen Unterrichtung durch MD Teltschik in Bonn sowie die offensichtlich in direktem Kontakt mit Kanzleramt erfolgte Vereinbarung eines weiteren Gesprächs am 18.10. in Washington.[11]

e) Schließlich sollte gerade auch die Botschaft stärker als bisher durch entsprechende Weisungen in die Lage versetzt werden, in ihren laufenden Kontakten über Fakten und Absichten zu unterrichten. Informationen über Unterrichtung der Amerikaner auf anderen Ebenen würden diese Aufgabe zusätzlich erleichtern.[12]

[gez.] van Well

VS-Bd. 12938 (204)

9 Der Passus „durch ein … AM Shultz" wurde von Ministerialdirigent Schauer hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

10 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Schauer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Geschieht."

11 Zum Besuch des Ministerialdirektors Teltschik am 18./19. Oktober 1984 in den USA vgl. Dok. 289.

12 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl legte am 18. Oktober 1984 dar: „Die US sind die einzige der Drei Mächte, die mangelnde oder zu späte Unterrichtung über Entwicklungen im innerdeutschen Verhältnis kritisieren. Ähnliche Klagen sind von Briten und Franzosen bisher nicht geäußert worden. […] Das von amerikanischer Seite gerügte Informationsdefizit bezieht sich im wesentlichen auf Themen, die nicht im förmlichen Sinne konsultationspflichtig sind. […] Sollte bei der amerikanischen Klage über angeblich mangelnde Information über nicht konsultationsbedürftige Vorgänge der Gedanke mitspielen, eventuell auf unsere Entscheidungen Einfluß nehmen zu wollen, so wäre hier wohl ein klärendes Wort angebracht." Eine „selbstkritische Prüfung unserer Informationspraxis in Bonn" führe zu dem Ergebnis, „daß hier kaum noch Verbesserungen möglich sind". In der „wenig effizienten Arbeit der US-Botschaft in Bonn dürfte insgesamt ein wesentlicher Grund für die vom State Department als unbefriedigend empfundene Informationslage zu suchen sein. […] Von den Vorschlägen der Botschaft Washington zur Verbesserung des Informationsaustausches verdient der Vorschlag Beachtung, die Botschaft stärker als bisher durch entsprechende Weisungen in die Lage zu versetzen, in ihren laufenden Kontakten mit der Administration über Fakten und Absichten zu unterrichten." Vgl. VS-Bd. 13348 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

283

Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl

220-371.70 USA-2018/84 geheim **17. Oktober 1984**[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

im Anschluß an unser kürzliches Gespräch über die besonderen deutsch-amerikanischen Kontakte zu Fragen der Sicherheitspolitik, zu denen Herr Teltschik mit Vertretern der amerikanischen Regierung zusammengetroffen ist[2], erlaube ich mir, Ihnen einige Überlegungen mitzuteilen:

Ich halte es für gut, daß wir die Möglichkeit nutzen, auf hoher Beamtenebene mit den Vereinigten Staaten vertrauliche Gespräche über Fragen der Sicherheitspolitik zu führen und dabei auch Themen anzusprechen, die nur in einem Rahmen erörtert werden können, auf dessen Vertraulichkeit man sich absolut verlassen kann. Deshalb begrüße ich auch grundsätzlich die Kontakte, die Herr Teltschik mit seinen amerikanischen Kollegen bereits hatte. Da auf amerikanischer Seite nicht nur Vertreter des Weißen Hauses, sondern auch zuständiger Ministerien, also des Außenministeriums und des Verteidigungsministeriums, anwesend sind, hatten Sie mir zugesagt, daß in Zukunft an diesen Gesprächen neben Herrn Teltschik auch Vertreter des Auswärtigen Amts und des Verteidigungsministeriums teilnehmen. Dies entspricht einmal legitimen Ressortinteressen. Zum anderen ist es wichtig, daß wir gerade in so wichtigen vertraulichen Gesprächen der amerikanischen Regierung den Eindruck einer geschlossenen Position der Bundesregierung vermitteln. Mir liegt dabei besonders daran, daß deutlich wird, welches Gewicht die Rüstungskontrolle bei uns hat und daß sie in der Bundesregierung übereinstimmend als unverzichtbarer Bestandteil unserer Politik betrachtet wird.

In den bisherigen Gesprächen ist die Frage einer bilateralen Erklärung zur Sicherheitspolitik erörtert worden. Ich möchte anregen, daß wir diesen Gedanken fallenlassen. Gegen den Gedanken spricht vor allem die Tatsache, daß Sicherheitspolitik für uns ja nie nur eine bilaterale, sondern immer eine Bündnisangelegenheit ist. Es liegt auf der Hand, daß wir auf die übrigen Bündnispartner Rücksicht nehmen müssen. Ich halte es dagegen für durchaus denkbar, daß die Gelegenheit eines Ihrer nächsten Besuche in Washington[3] genutzt wird, um aus konkretem Anlaß dann auch zu sicherheitspolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Inhaltlich müßte eine solche Stellungnahme naturgemäß die aktuellen Gegebenheiten der sicherheitspolitischen Diskussion berücksichtigen.

Die bisherige Erörterung von Substanzfragen in den vertraulichen bilateralen Kontakten hat gezeigt, daß dieses Forum im Prinzip geeignet ist, wichtige und heikle Fragen mit Nutzen für beide Seiten zu erörtern. Das gilt besonders für die Themen, die in den schriftlich erteilten Antworten auf Fragen von uns an-

1 Ablichtung.

2 Zu den deutsch-amerikanischen Gesprächen über sicherheitspolitische Fragen vgl. Dok. 222, Dok. 226 und Dok. 237.

3 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

gesprochen sind. Ich würde mir von der Fortsetzung dieser Gespräche mit erweiterter Zusammensetzung unserer Seite und auf der Grundlage abgestimmter nationaler Positionen eine weitere Intensivierung der Konsultationen versprechen. Dabei sollten, wie ich meine, neben dem Verhältnis der konventionellen und der nuklearen Komponente in der westlichen Strategie vor allem folgende Themen behandelt werden:

– militärische Entwicklungen und Rüstungskontrollpolitik im Weltraum,
– Weiterentwicklung einer westlichen Strategie für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Wir sind uns darin einig, daß das Weltraumthema die sicherheitspolitische Debatte der kommenden Jahre stark prägen wird. Es wird ein Schlüsselproblem des West-Ost-Verhältnisses sein, aber auch unser eigenes Verständnis der strategischen Grundlagen des Bündnisses unmittelbar berühren. Unsere Öffentlichkeit erwartet von uns, daß wir unser Gewicht in der Diskussion mit den Vereinigten Staaten und im Bündnis, insbesondere auch im Blick auf künftige Verhandlungen mit der Sowjetunion, zur Geltung bringen. Die Vereinigten Staaten sind offensichtlich zu intensiven Konsultationen bereit. Wir können und müssen diese Chance nutzen. Dazu wird es notwendig sein, bald die im Rahmen der Bundesregierung vorgesehene Arbeitsgruppe zum Thema Weltraum zu konstituieren.

Die Rede des amerikanischen Präsidenten vor den Vereinten Nationen[4] und die Beobachtung der Lage in Washington lassen erwarten, daß die Vereinigten Staaten nach der Wahl im November[5] ihre Rüstungskontrollpolitik aktivieren werden und daß dabei dem bilateralen Verhältnis zur Sowjetunion eine große Bedeutung zukommen wird. Dies ist für die Rüstungskontrollpolitik allgemein von größter Wichtigkeit, weil die wirklich entscheidenden Fragen nicht bewegt werden können, wenn die beiden Großmächte nicht durch ihren Verhandlungsdialog einen substantiellen Beitrag leisten. Andererseits müssen die Europäer und muß insbesondere die Bundesregierung sicherstellen, daß die Mitgestaltungsmöglichkeiten bei den sicherheitspolitischen Verhandlungen erhalten bleiben und, wenn möglich, noch gestärkt werden. Dies entspricht einerseits den Erwartungen unserer Öffentlichkeit. Andererseits ist Rüstungskontrolle für uns und das Bündnis ein integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik, von dem ich annehme, daß er künftig an Gewicht noch zunehmen wird.

Dies bedeutet für die vertraulichen deutsch-amerikanischen Kontakte, daß wir die Rüstungskontrolle zu einem gleichwertigen Diskussionsthema machen müssen. Wir würden damit auch erreichen, daß auf amerikanischer Seite nicht der Eindruck entsteht, als habe sich bei uns der Stellenwert der Rüstungskontrollpolitik verschoben.

Ich dachte, es wäre nützlich, diese Überlegungen zusammenzufassen. Sie sollen dazu beitragen, daß die sicherheitspolitischen Gespräche mit den Vereinig-

4 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 244, Anm. 7.

5 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

ten Staaten noch stärker als bisher als wichtiges Konsultationsinstrument genutzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 14125 (010)

284

Legationsrat I. Klasse Ischinger, z.Z. Lissabon, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1 **Aufgabe: 18. Oktober 1984, 01.00 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 18. Oktober 1984, 04.32 Uhr**

Betr.: Gespräch BM mit PM Soares am 17.10.84, 19.30 Uhr – 20.30 Uhr[2];
hier: Gesprächsvermerk – von BM noch nicht genehmigt

Das einstündige Gespräch verlief in offener und freundschaftlicher Atmosphäre. PM Soares stellte die portugiesischen Sorgen wegen des EG-Beitritts[3] in den Mittelpunkt.

1) EG-Fragen

Zu Beginn übermittelte BM Grüße des Bundespräsidenten und des BK. Wir hätten größten Respekt vor den wirtschafts- und finanzpolitischen Anstrengungen der portugiesischen Regierung und der sich abzeichnenden Erfolge. Für uns liege darin eine zusätzliche Ermutigung, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den rechtzeitigen Beitritt Portugals zum vorgesehenen Datum 1.1.86 zu erreichen.

PM erwiderte, hierin liege in der Tat das Problem Nr. 1. Er sei über den Verlauf der Beitrittsverhandlungen sehr besorgt. Nach seinen Informationen zeichne sich auch für den nächsten Ministerrat kein Durchbruch ab.[4] Auf politischer

1 Hat Vortragendem Legationsrat Spohn am 18. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 17./18. Oktober 1984 in Portugal auf.

3 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 245, Anm. 24. Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 4. Oktober 1984: „Die Konferenzen der EG-Außenminister mit dem portugiesischen Finanzminister und dem spanischen Außenminister, zu denen diese einmal monatlich aus Lissabon bzw. Madrid anreisen, dauerten gestern mangels Inhalt nur eine Viertelstunde (P) bzw. fielen aus (SP). Schuld daran war, daß der Rat nach seinem mühevoll erzielten Erfolg vom Vorabend in der Haushaltsfrage sich bei keinem der anstehenden Beitrittspunkte einigen konnte." Vgl. Referat 410, Bd. 130409.

4 Ministerialdirektor Ungerer legte am 23. Oktober 1984 dar, am 22./23. Oktober 1984 habe in Luxemburg eine EG-Ministerratstagung stattgefunden: „An die Ratstagung schlossen sich Ministerkonferenzen zwischen der EG und Portugal (FM Lopes) und Spanien (AM Morán) an, die erst im Verlauf des 22.10.84 anberaumt wurden. […] Der Allgemeine Rat erreichte Einvernehmen in der Behandlung des sog. Dubliner Pakets mit den Elementen Olivenöl, Soziale Fragen/Kindergeld, spanische Hoch-

Ebene erhalte Portugal von allen Beteiligten feste Zusagen, aber dann komme man bei den Sachfragen doch nicht voran. Portugal bedauere, daß die Verhandlungen nicht fristgerecht zum 30.9.84 abgeschlossen werden konnten. Nun könne offenbar auch der zuerst von Präsident Mitterrand vorgeschlagene „constat d'accord" nicht verabschiedet werden. Die Verzögerung werde immer stärker zum Gegenstand öffentlicher Kritik in Portugal, auch innerhalb der Parteien der Regierungskoalition. Es stehe zu befürchten, daß selbst der Termin 1.1.86 fraglich geworden sei. Für die in den Verhandlungen mit Spanien aufgetretenen Schwierigkeiten könne aber nicht Portugal haftbar gemacht werden.

BM: Natürlich könne die Spanien-Problematik nicht Portugal angelastet werden. Andererseits gebe es ein gemeinsames Interesse, daß Spanien aus dem Prozeß nicht ausgesondert werde, sondern daß beide Länder gemeinsam zum 1.1.86 der Gemeinschaft beitreten können.

BM erinnert an die strategische Entscheidung der Bundesregierung vor dem Europäischen Rat in Stuttgart[5], ein Junktim zwischen Beitritt und Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft herzustellen. Diese Verknüpfung sei die politisch bedeutsame Entscheidung des Europäischen Rats von Stuttgart gewesen. Die Bundesregierung werde sich auch in Zukunft einer Auflösung dieses Junktims verweigern.

Die Bundesregierung sei in der glücklichen Lage, daß in der Beitrittsfrage sich die Regierungskoalition mit der Opposition einig sei: Alle wollten den Beitritt Portugals und Spaniens. Das sei nicht in allen EG-Staaten so. Anderswo seien auch die Probleme größer. Wir hätten inzwischen unser einziges Problem, die Kindergeldzahlungen[6], ausräumen können. Die Bundesregierung werde jetzt mit aller Kraft für den baldigen Abschluß der Verhandlungen eintreten.

PM: Auch BK habe ihm die Junktims-Konstruktion bereits erläutert.[7] Trotzdem müsse er festhalten, daß der Termin 30.9. nicht habe eingehalten werden können. Die Bedeutung dieser Verzögerung für die portugiesische Öffentlichkeit dürfe nicht unterschätzt werden. Für Portugal sei es von großer Bedeutung, daß nach den von BK, Frau Thatcher, Präsident Mitterrand und MP Craxi gemachten Zusagen ein förmlicher Akt erfolge, der den Beitritt auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1310

zölle, Zucker/Portugal. […] Der Rat verabschiedete den Text einer Feierlichen Erklärung mit Portugal (zentrale Punkte: Übereinstimmung in wesentlichen Bereichen der Verhandlungen, Unumkehrbarkeit des Beitrittsprozesses, Beitrittsdatum 1.1.1986). Portugal hat den vom Rat verabschiedeten Text akzeptiert." Vgl. Referat 410, Bd. 130409.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

6 Zur Frage von Kindergeldzahlungen an portugiesische Beschäftigte in der Bundesrepublik vgl. Dok. 95, Anm. 7.
Ministerialdirektor Ungerer erläuterte am 23. Oktober 1984 den in der EG-Ministerratstagung am 22./23. Oktober 1984 in Luxemburg erzielten Kompromiß. Dieser sehe „Anwendung des Wohnlandprinzips (d. h. Kindergeld nach den Sätzen des Wohnlandes des Kindes) für eine Übergangszeit von maximal sieben Jahren vor, innerhalb derer der Rat die Entscheidung über die danach geltende Regelung (Acquis) trifft. In einer Ratserklärung zu Protokoll wird der Ausschluß des Beschäftigungslandprinzips für Drittländer (außer bei MS-Einstimmigkeit) festgehalten. Die EGK hat auf ihre ursprünglich vorgesehene einseitige Protokollerklärung (Nichtdiskriminierung von Drittländern) verzichtet. Da sie unserem Konzept genau entgegengesetzt gewesen wäre, ist damit unsere Position gesichert." Vgl. Referat 410, Bd. 130409.

7 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 28./29. März 1984 in Portugal vgl. Dok. 94 und Dok. 95.

öffentlich als unumkehrbar darstelle. Portugal verfolge seit eineinhalb Jahren eine Politik der Austerität, die für die Bevölkerung nur schwer zu verkraften sei. Man müsse den erbrachten Opfern einen Sinn geben können. Die Bevölkerung verstehe, wenn diese Opfer erbracht würden, um den Beitritt zu vollenden. Verzögere sich dieser, so werde die Kritik – auch in den Regierungsparteien – immer stärker.

BM: Wir seien bereit, eine solche feierliche Erklärung abzugeben. Wir würden auch aus eigenem Interesse das uns Mögliche tun, um den Beitritt termingerecht zu vollenden, weil wir den Beitritt politisch wollten.

PM Soares bedankt sich. Portugal habe von der Bundesregierung auch nichts anderes erwartet. Man wisse in Lissabon, daß Bonn seit 1974 die demokratische Entwicklung in Portugal unterstütze.

2) Fregattenprojekt[8]

PM spricht das Interesse der portugiesischen Streitkräfte an dem Fregattenprojekt an. BM erklärt dazu, wir prüften gegenwärtig das Konzept der beteiligten Werften. Wir würden dabei auch die politischen Aspekte dieses Projekts nicht außer acht lassen.[9]

3) Zum Abschluß des Gesprächs bittet PM um Einschätzung BMs zur West-Ost-Lage einschließlich der innerdeutschen Beziehungen.

BM erläutert, die innerdeutschen Beziehungen seien durch die Absage Honekkers[10] nicht beschädigt worden. Beide Seiten hätten ein Interesse daran gehabt, aus der Verschiebung keinen Eklat werden zu lassen.

Auch bei den West-Ost-Beziehungen hofften wir auf eine Verbesserung. Es sei doch interessant, daß der West-Ost-Dialog sich in diesen Tagen stark belebe: Kádár sei in Paris[11], Honecker in Finnland[12], Ceauşescu habe heute Bonn ver-

8 Ministerialdirigent Schauer erläuterte am 11. Oktober 1984, Portugal bemühe sich seit 1977 um die Beschaffung von drei Fregatten. Bezüglich einer Unterstützung des Projekts habe der Bundessicherheitsrat am 20. April 1983 entschieden, daß eine einmalige Rüstungssonderhilfe nicht möglich sei, sondern nur eine Zahlung im Rahmen der Portugal ohnehin gewährten Verteidigungshilfe. Da die von Portugal geplante Beschaffung von niederländischen Fregatten an mangelnder Finanzierung gescheitert sei, plane die portugiesische Regierung nunmehr den Bau von drei Fregatten des Typs „MEKO“ (= Mehrzweck-Kombination), die von einem Konsortium unter Führung der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG sowie von Blohm + Voss hergestellt würden. Nach Auskunft der beteiligten Firmen bestehe eine Finanzierungslücke in Höhe von 550 Mio. DM. Diese solle durch eine Sonderhilfe der Bundesregierung von 500 Mio. DM sowie zu 50 Mio. aus der laufenden Verteidigungshilfe abgedeckt werden: „Nach den Vorstellungen des Werftenkonsortiums würde die Sonderhilfe durch Steuern und die Sicherung von Arbeitsplätzen bei Durchführung des Projekts an den Bund zurückfließen.“ Vgl. Referat 209, Bd. 128397.

9 Am 17. Dezember 1984 teilte Vortragender Legationsrat Ehni der Botschaft in Lissabon mit, daß am 31. Oktober 1984 ein Vorvertrag zwischen der portugiesischen Marine und dem „MEKO“-Konsortium zum Bau von drei Fregatten abgeschlossen worden sei: „Sachstand in dieser Angelegenheit ist – was die Bundesregierung anbetrifft – nach wie vor unverändert.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 218; Referat 209, Bd. 128397.

10 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

11 Der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, besuchte Frankreich am 15./16. Oktober 1984.

12 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 16. bis 19. Oktober 1984 in Finnland auf.

lassen[13], und Tschernenko habe gestern in einer amerikanischen Zeitung den USA eine interessante Offerte gemacht.[14]

Er selbst werde im Laufe der nächsten drei Monate Reisen nach Warschau[15], Prag[16], Budapest[17] und Sofia[18] unternehmen.

Trotzdem bestünden schwerwiegende Probleme im sicherheitspolitischen Bereich zwischen West und Ost unverändert fort. An erster Stelle stehe dabei die Frage der Weltraumrüstung. Wenn Verhandlungen über dieses Thema eröffnet werden könnten, so könne damit auch der Weg zu Verhandlungen über die interkontinentalen und Mittelstreckennuklearwaffen wiedergefunden werden.

Die Lage sei für die Sowjetunion nicht einfach. Ihre Verbündeten hielten nicht mehr still. Vor 10 oder 15 Jahren wäre es unmöglich gewesen, daß die SU ihre Verbündeten durch öffentliche Kampagnen an Westreisen hindern mußte.

Die SU müsse die mit der SS-20-Rüstung erfolgte Fehleinschätzung jetzt korrigieren. Die Probleme seien für die SU weit größer als für uns.

Auf Frage des PM, ob er auch generell eine Entkrampfung in den West-Ost-Beziehungen erwarte, entgegnet BM, dies werde nicht über Nacht geschehen. Es werde möglicherweise eher zwischen Washington und Moskau als zwischen Moskau und uns geschehen. Die SU habe im Frühjahr 1984 mit den Einladungen an die AM von GB, I und D[19] versucht, die Schwachstelle zu finden, mit der das westliche Bündnis auseinanderdividiert werden könne. Nachdem dieser Versuch mißglückt sei, habe die SU jetzt den Weg über Gespräche mit den USA

13 Zum Besuch des Präsidenten Ceauşescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 279–281.

14 In einem Interview mit der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post" legte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, dar, daß es zu einer Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen kommen könne, falls die USA in einem der vier folgenden Punkte zu positiven Schritten bereit seien: 1) Eröffnung von Gesprächen zur Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums; 2) Abschluß eines Abkommens zum Einfrieren der jeweiligen Kernwaffenarsenale; 3) Ratifizierung der sogenannten „Schwellenverträge" von 1974 bzw. 1976; 4) Abgabe einer Erklärung zum Verzicht auf den Nichtersteinsatz von Kernwaffen. Vgl. dazu den Artikel „Chernenko Says U.S. Holds Key to Arms Talks"; THE WASHINGTON POST vom 17. Oktober 1984, S. A 1 und A 26. Vgl. dazu auch EUROPA-ARCHIV 1985, D 4–6.
Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 18. Oktober 1984, das Interview sei „ein weiteres sowjetisches Signal, den Dialog zu festigen. Ein weiteres Ziel liegt in dem Versuch, auf die letzte Wahlkampfphase in den Vereinigten Staaten einzuwirken. […] Die Sowjets haben ihre Sachpositionen nicht geändert (u. werden das vor den US-Wahlen auch nicht tun), sind aber aus dem Schmollwinkel herausgetreten und bereiten sich und ihre Öffentlichkeit auf künftige Entwicklungen vor, an denen sie unverkennbar interessiert sind." Vgl. Referat 213, Bd. 139347.

15 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.

16 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR vgl. Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

17 Der Besuch des Bundesministers Genscher in Ungarn fand vom 23. bis 25. Juni 1985 statt. Für das Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 25. Juni 1985 in Budapest vgl. AAPD 1985.

18 Bundesminister Genscher hielt sich am 7./8. März 1985 in Bulgarien auf. Für das Gespräch mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow am 8. März 1985 in Sofia vgl. AAPD 1985.

19 Der italienische Außenminister Andreotti besuchte die UdSSR vom 22. bis 24. April 1984, der britische Außenminister Howe vom 1. bis 3. Juli 1984. Vgl. dazu Dok. 139, Anm. 9, bzw. Dok. 195, Anm. 12.
Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

beschritten. Konkrete Ergebnisse der Gespräche seien aber erst nach den amerikanischen Wahlen[20] zu erwarten.

[gez.] Ischinger

Referat 206 (203), Bd. 140506

285

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3994/84 geheim
Fernschreiben Nr. 1721
Cito

Aufgabe: 18. Oktober 1984, 16.18 Uhr[1]
Ankunft: 18. Oktober 1984, 16.30 Uhr

Betr.: SS-22 (SS-12 Mod. II)

Bezug: BMVg – Fü S II, MBH 38476 Tgb.-Nr. 5048/84 geheim vom 5.10.1984[2]

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Weisung

1) NATO-Rat erhielt in Sitzung am 17.10.1984 einen Bericht des Vorsitzenden des Militärausschusses[3] über Verfahren und Hintergründe der Namensgebung „SS-22" für das Nachfolgemodell der SU-Mittelstreckenwaffe SS-12/Scaleboard.

Daraus wird festgehalten:

a) Namensgebung erfolgt durch drei Gremien; davon zwei in Washington/US, unter Teilnahme von NATO und Nicht-NATO-Staaten (Australien, Neuseeland). Drittes Gremium MC/261, Brüssel.

b) Namensgebung SS-22 sei in den US-Gremien erstmals festgelegt und in NATO-Terminologie eingeführt worden.

c) Hierbei seien bislang ausschließlich militärisch-nachrichtendienstliche Erkenntnisse eingeflossen.

d) Politische Wertungen seien in diesen Beurteilungsprozeß nicht eingebracht worden.

e) Inzwischen verstärke sich die Auffassung, daß SS-22 kein neues Raketensystem, sondern verbesserte Version des bestehenden Systems (SS-12) sei. Daher die erfolgte „Umbenennung".

20 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

1 Hat Ministerialdirigent Schauer am 19. Oktober 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte: „Dies ist im Grunde eine ernste Sache, die zeigt, wie mißtrauisch man auch in diesem Bereich der Aufklärung u. Auswertung sein muß."

2 Für das Fernschreiben vgl. VS-Bd. 11977 (201).

3 Cornelis De Jager.

2) Hierauf habe ich politisch begründete Bedenken geäußert und auf den an alle Allianzpartner verteilten Einspruch des BMVg gegen die Umbenennung der SS-22 in „SS-12-Mod. II“ verwiesen. Ständiger Vertreter US[4] teilte meine Ansicht, daß politische Überlegungen bei solcher Namensgebung berücksichtigt werden müßten und daß er Washington gegenüber in diesem Sinne tätig werden wolle. Ständiger Vertreter UK[5] ergänzte, daß NATO „nach Stresa“ (Erwähnung SS-22 im Kommuniqué der NPG[6]) wohl zu dieser Bezeichnung stehen müsse. Auf Nachfrage des Ständigen Vertreters TU[7] nannte CMC[8] als Mitglieder der Washingtoner Terminologieausschüsse: US, UK, CA, NZ, AUS.

3) Die Diskussion zu dieser Frage zeitigte weitgehende Überraschung und Nachdenklichkeit. Ich schließe nicht aus, daß die Diskussion im Rat auf diese Probleme zurückkommt. Es wird daher Weisung erbeten mit weiteren Sachstandsinformationen und der deutschen Position.[9]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11977 (201)

4 David M. Abshire.

5 John Graham.

6 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12. Oktober 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 122–124. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 74–76. Vgl. dazu auch Dok. 277.

7 Osman Olcay.

8 Chairman of the Military Committee.

9 Ministerialdirigent Schauer bat die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 31. Oktober 1984, „sich auch weiterhin für die Beibehaltung der Bezeichnung SS-22 einzusetzen. Gegen eine Umbenennung in SS-12 Mod. II sprechen die folgenden Gründe: a) Die Bezeichnung SS-22 ist seit Ende der 70er Jahre verwendet worden. Sowohl in vertraulichen als auch in veröffentlichten Berichten ist sie als Bezeichnung für ein sowjetisches Waffensystem eingebürgert. Eine Umbenennung in SS-12 Mod. II könnte zumindest in der Öffentlichkeit zu Verwirrung führen, das Vertrauen in von der NATO […] und national […] verantwortete Informationen schwächen und in manchen Kreisen den Verdacht der Manipulation von Daten (nachträgliche Verharmlosung der sowjetischen ‚Gegenmaßnahmen‘) nähren. b) Den unter a) dargelegten politischen Überlegungen kommt größeres Gewicht zu als der rein technischen Bewertung der SS-22 als neues oder aber verbessertes altes System.“ Die Diskussion um die Namensgebung „gibt Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Auswertung von Aufklärungsinformationen in zuständigen (NATO-) Gremien noch kritischer erfolgen muß. Wir sollten darauf dringen, daß in diesen Gremien auch politische Gesichtspunkte beachtet werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 7534; VS-Bd. 11977 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

286

Botschaftsrat I. Klasse Arndt, Bagdad, an das Auswärtige Amt

114-4001/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Oktober 1984, 09.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 952 **Ankunft: 19. Oktober 1984, 08.20 Uhr**

Betr.: Lieferung von Chemieanlagen nach Irak Fa. Kolb;
hier: Expertenreise

Bezug: DE Nr. 6985 vom 11.10.84

Zur Unterrichtung

1) Die mit Bezugs-DE angekündigten Herren Dr. Ruck und Dr. Haferkamp sind am 15.10.84 planmäßig hier eingetroffen. Sie hatten nach ihrer Ankunft Kontakt mit der Botschaft, ein ausführliches Gespräch in der Botschaft fand am 18.10. statt.

2) Besucher berichteten über zufriedenstellende Betreuung durch Angehörige der Fa. Kolb. Besichtigung der Samarra-Anlage fand wie geplant an zwei Tagen (16. u. 17.10.84) statt; insgesamt haben Besucher sechs Stunden in der Anlage zugebracht, wobei sie vom Generaldirektor der SEPP[2], Attar, begleitet wurden. Besichtigt wurden nur, wie von Irakern vorher zugestanden, die Anlagen, bei denen Lieferungen der Fa. Kolb erfolgten.

3) Detaillierter Bericht mit technischen Einzelheiten wird von Herren Ruck/Haferkamp vorgelegt werden. Wesentliche Ergebnisse waren nach ihrer Darstellung:

– Erkenntnisse durch Besichtigung decken sich weitestgehend mit früher gemachten Angaben der Fa. Kolb/Pilot Plant.
– Es handelt sich um eine Anlage im Technikum-Maßstab, nicht in industrieller Größenordnung; Anlage produziert, ohne daß Besuchern Produkte genannt wurden (mit Argument, daß das nicht in Zusammenhang mit Besichtigung der Kolb-Anlage stehe). Erstellte oder noch im Bau befindliche Anlage entspricht in ihren einzelnen Komponenten im wesentlichen dem heutigen technischen Stand (vergleichbares Niveau einer ähnlichen Anlage von Bayer Leverkusen); allerdings sind erhebliche Mängel festzustellen, z.B. Einzelkomponenten nicht aufeinander abgestellt, teilweise sehr schlechte Be- und Entlüftung, ungenügende Abgasreinigung.
– Auszuschließen ist, daß es sich in Samarra um eine speziell für Giftgas konzipierte Anlage handelt.
– Herstellung von Gasen vom Typ Lost oder Tabun ist nach jetzigem Stand und mit jetziger Ausstattung der Anlage weitestgehend auszuschließen. Das

1 Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 19. Oktober 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 19. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 21. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 22. Oktober 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Horstmann vermerkte: „W[ieder]v[orlage] mit Bericht."

2 State Establishment for Pesticide Production.

läßt sich für Tabun dadurch erhärten, daß die spezifischen Abfüllanlagen (hohes Sicherheitsrisiko) gänzlich fehlen.

4) Besucher erklärten sich mit durchgeführter Besichtigung zufrieden und äußerten Ansicht, daß Besichtigungsziel erreicht werden konnte.

5) Damit hat irakische Regierung ihre durch AM Tariq Aziz während seines Bonn-Besuchs vom 4./5.9.84[3] gemachten Zusagen eingehalten.[4]

[gez.] Arndt

VS-Bd. 14123 (010)

287

Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 22. Oktober 1984, 18.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1809 **Ankunft: 22. Oktober 1984, 19.13 Uhr**

Betr.: 16. deutsch-britische Gipfelkonsultationen am 2.11.1984 in Bonn; hier: PM Thatcher nach dem IRA-Terroranschlag in Brighton[2]

Bezug: DB Nr. 1749 vom 18.10.1982[3]

Zur Unterrichtung

3 Zum Besuch vgl. Dok. 235.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen vermerkte am 7. Dezember 1984, am Vortag habe eine Unterrichtung amerikanischer Regierungsvertreter über die Expertenreise vom 15. bis 18. Oktober 1984 in den Irak stattgefunden. Dabei sei der amerikanischen Seite „der klare Eindruck vermittelt worden, daß die Experten der Auffassung sind, daß in den von den Firmen Kolb/Pilot Plant gelieferten Anlagen und Ausrüstungen – welche die Delegation als einziges in Samarra gezeigt bekam – zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon wegen der mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen chemische Waffen nicht hergestellt werden könnten; es sei denn, es würde ein unvertretbar hohes Risiko für Leib und Leben der Arbeiter eingegangen; auch sei es zweifelhaft, ob unter diesen Bedingungen dort z. Z. überhaupt eine Pestizidproduktion möglich ist.“ Die amerikanische Seite habe „erkennen lassen, daß ihre bisherige Einschätzung des Projekts Samarra dadurch wohl nicht wesentlich verändert werden dürfte“. Vgl. VS-Bd. 10919 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Lukowitz am 2. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bericht ist in Mappe für 16. d[eu]tsch-brit[ische] Konsultationen in Fach 18 gelegt worden.“

2 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 12. Oktober 1984 zu dem Anschlag am selben Tag mit: „Nur knapp entgingen PM Thatcher und führende Mitglieder des britischen Kabinetts einem schweren Bombenanschlag im Grand Hotel in Brighton während des Parteitags der Konservativen. Eine Bombe von außerordentlicher Sprengkraft explodierte gegen drei Uhr morgens und zerstörte die Räume, in welchen die Parteiprominenz sich zur Ruhe begeben hatte. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest. Die Angaben schwanken zwischen zwei und vier Toten und ca. 27 Verletzten. […] Meldungen aus Dublin zufolge hat die IRA die Verantwortung für das Attentat übernommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1760; Referat 205, Bd. 135284.

3 Botschafter Ruhfus, London, übermittelte eine Einschätzung der Persönlichkeit von Premierministerin Thatcher. Sie verdanke ihre Karriere „vor allem ihrem Fleiß, ihrer Intelligenz, Tüchtigkeit und

1) Wer PM Thatcher in den Stunden nach dem IRA-Bombenanschlag auf das Grand Hotel in Brighton aus der Nähe miterlebte, fühlte sich an sie während der Falkland-Krise[4] erinnert. Einige glaubten sogar, eine gewandelte Premierministerin erkannt zu haben: eine Thatcher nicht nur in Pose, sondern mit ganz menschlichen Zügen? Selbst nur knapp dem Tod entkommen, trat sie vor die konservative Parteikonferenz und vor die Fernsehkameras der Nation und gab das Zeichen zum „business as usual". Sie wirkte gefaßt und entschlossen, aber jeder fühlte ihre Betroffenheit und ihr Mitgefühl mit den Opfern. Am Nachmittag hielt sie – wie viele Beobachter meinten – ihre bisher wohl beste Parteitagsrede.[5] Selbst ihr kritisch eingestellte Zeitungen lobten sie danach als „outstanding Prime Minister" und sprachen von ihren „remarkable qualities of leadership".

2) Wohl kein britischer Regierungschef der jüngeren Geschichte hat je im Urteil der britischen Öffentlichkeit so viel leidenschaftliche Zustimmung oder Ablehnung herausgefordert wie Margaret Thatcher. Ein bekannter Kolumnist fragte noch kürzlich, warum sie wohl der meistgehaßte Premierminister in der ganzen britischen Geschichte sei. Er kam zum Schluß, daß Margaret Thatcher offenbar das falsche Volk regiere; denn der durchschnittliche Brite wolle gar nicht mit Japanern und Amerikanern konkurrieren, sondern sei lieber bereit, den wirtschaftlichen Niedergang GBs heiteren Herzens hinzunehmen, als seinen Lebensstil zu ändern. Kritiker wie diese – es gibt derer viele – verdrängen gerne das Wahlergebnis 1983[6] und jüngste Meinungsumfragen, in denen Thatcher immer noch ganz oben steht.

3) Was Margaret Thatcher trotz aller Schelte zu einer so ungewöhnlichen Politikerin macht, ist, daß sie Popularität gar nicht durch Gefälligkeit sucht, sondern darauf vertraut, daß die Mehrheit der Bevölkerung ihre „Blut-Schweiß-und-Tränen"-Politik annimmt, weil sie sie letztlich als richtig und notwendig anerkennt. Am Bild der „Iron Lady" haben nicht ihre Gegner, sondern sie selbst am meisten mitgewirkt.

Ihre größte politische Stärke liegt nach wie vor in ihrer „populistischen" Anziehungskraft. Sie verkörpert und spricht das aus, was die breite englische Mittelschicht denkt und will; und man darf nicht übersehen, daß ein Drittel der Ar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1317

Überzeugungskraft" und verkörpere „die Tugenden und die Schwächen der Schicht, aus der sie stammt: insular provinziell, nüchtern und praktisch, gleichzeitig aber auf eher altmodische und emotionale Weise patriotisch". Außenpolitisch vertrete Thatcher „klare, unverblümte Positionen", ihr Verhältnis zu Europa sei „nüchtern und von den britischen Interessen bestimmt", sie glaube aber, „daß GB seinen Einfluß in der Welt nur als Mitglied der EG vergrößern kann und daß GB aus Eigeninteresse dazu beitragen muß, daß die Gemeinschaft so gut wie möglich funktioniert. […] Frau Thatcher ist wegen ihrer Unbeugsamkeit und Entschlossenheit gelegentlich mit Winston Churchill verglichen worden. Auch wenn dieser Bezug hoch gegriffen ist, wird doch weithin angenommen, daß ihre Leadership den Konservativen bei der nächsten Wahl einige zusätzliche Prozente an Stimmen einbringen wird." Vgl. Referat 204, Bd. 124946.

4 Zum Falkland-Krieg vgl. Dok.110, Anm. 13.

5 Für den Wortlaut der Rede der Premierministerin Thatcher auf dem Parteitag der Konservativen Partei am 12. Oktober 1984 in Brighton vgl. http://www.margaretthatcher.org/speeches/ displaydocument.asp?docid=105763.

6 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt. Dabei errang die Konservative Partei 397 Mandate, die Labour Party 209, die Allianz von Liberalen und Sozialdemokraten 23, die schottischen und walisischen Nationalisten je 2 sowie die Ulster-Unionisten 21. Am 11. Juni 1983 wurde die neue Regierung unter Premierministerin Thatcher gebildet.

beitslosen und ein beträchtlicher Teil der organisierten Arbeiterschaft in den letzten Wahlen für sie gestimmt haben.

Ein Grundelement der Persönlichkeit von Margaret Thatcher bildet ihr stark ausgebildetes kämpferisches Naturell. Weil ihr Weltbild wenig Zwischentöne kennt, sondern im wesentlichen von Schwarz-Weiß, Gut-Böse geprägt ist, braucht sie geradezu Feinde und Gegner. Diese Eigenschaft ist ihre Stärke und ihre Schwäche zugleich. In Augenblicken extremer Herausforderung wie im Falkland-Krieg und jetzt in Brighton befähigt es sie, über sich hinauszuwachsen. Im politischen Alltag kann es aber auch zu Fehlbeurteilungen und Entgleisungen führen.

Als sie den Streik- und Bergarbeiterführer Scargill als Feind von innen beschrieb, so wie Galtieri der Feind von außen gewesen sei[7], wurde an den Reaktionen ihrer eigenen Kabinettskollegen deutlich, daß sie den Bogen überzogen hatte. Das hindert sie jedoch nicht, den laufenden Bergarbeiterstreik[8] in die Perspektive einer politischen Machtprobe zwischen Recht und Ordnung und einer revolutionären Herausforderung zu verengen. Für den, der in solchen Alles-oder-Nichts-Kategorien denkt, kann es Kompromisse kaum geben, Konflikte können eigentlich nur mit dem Sieg der einen und der Niederlage der anderen oder im Gesichtsverlust beider Seiten enden. Viele Briten wünschen sich eine Thatcher, die ihre Politik beibehält, aber ihren Stil ändert. Sie vergessen, daß ihr Stil Teil ihrer Politik ist.

4) Die Nähe des Todes in Brighton, das Mitleid mit den Opfern haben – so glaubten manche Kommentatoren bereits feststellen zu können – Margaret Thatcher gewandelt, sie mitfühlender, gegenüber dem politischen Gegner kompromißbereiter, ja „abgeklärter" gemacht. Alle ihre Äußerungen seit dem Zwischenfall in Brighton vermitteln aber eher den gegenteiligen Eindruck: Bereits ihre Rede vor der Parteikonferenz war dem Augenblick angemessen, im Ton zwar gemäßigt, im Kern aber so kompromißlos und kämpferisch wie je. In einem späteren Interview, in dem sie noch sehr bewegt auf die Erlebnisse in Brighton zurückblickte, dachte sie bezeichnenderweise gleichzeitig auch über die Wiedereinführung der Todesstrafe in GB laut nach[9]; und sie kündigte an, daß sie nach den

7 Zu den Äußerungen der Premierministerin Thatcher vor Unterhausabgeordneten der Konservativen Partei („1922 Committee") am 19. Juli 1984 in London vgl. den Artikel „Attack on ‚enemy within'"; THE TIMES vom 20. Juli 1984, S. 1.

8 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 16. Oktober 1984 über den seit Anfang März 1984 andauernden Streik der britischen Bergarbeiter: „Niemand im Lande zweifelt mehr, daß der Bergarbeiterstreik nur vordergründig ein Arbeitskampf um die Schließung unwirtschaftlicher Zechen, in Wirklichkeit aber eine politische Machtprobe zwischen den linken Gewerkschaften und der Regierung ist. Auf der Parteikonferenz in Brighton hat auch PM Thatcher erstmals das Kind offen beim Namen genannt: Was man im Lande beobachte, sagte sie, sei das Entstehen einer organisierten revolutionären Minderheit, die versuche, Streiks auszulösen und zu gewinnen, aber deren wahres Ziel es sei, Gesetz und Ordnung zu beseitigen und die parlamentarisch-demokratische Regierung zu Fall zu bringen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1778; Referat 205, Bd. 135280.

9 Premierministerin Thatcher erklärte in einem Interview mit dem britischen Fernsehsender „Channel 4" auf die Frage, ob die Konservative Partei angesichts des Anschlags am 12. Oktober 1984 in Brighton ein Gesetz zur Wiedereinführung der Todesstrafe unterstützen werde: „I personally have always voted for the death penalty because I believe that people who go out prepared to take the lives of other people forfeit their own right to live. I believe that that death penalty should be used only very rarely, but I believe that no-one should go out certain that no matter how cruel, how vicious, how hideous their murder, they themselves will not suffer the death penalty. But I say that as a personal view. There has never been a party political view on the death penalty." Vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/105764.

Wahlen 1987[10] für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stehen wolle. Es ist daher eher wahrscheinlich, daß GB mit einer noch entschlosseneren, in ihrer „Mission“ bestätigten und bestärkten Premierministerin Thatcher rechnen muß.[11]

[gez.] Wechmar

Referat 205, Bd. 135280

288

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

203-360.92 FRA-1632/84 VS-vertraulich **23. Oktober 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zur Unterrichtung, vor allem Punkt 2) Beobachtungssatellit, da diese Frage in Bad Kreuznach eine Rolle spielen wird.[4]

Betr.: deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: 7. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 22.10.1984 in Paris

Anlg.: 1) Teilnehmerliste[5]
2) Bericht des Ausschusses an die Außen- und Verteidigungsminister[6]
3) Mandat Arbeitsgruppe militärische Zusammenarbeit[7]

10 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.

11 Die ursprünglich für den 2. November 1984 vorgesehenen deutsch-britischen Regierungsgespräche wurden wegen der Trauerfeierlichkeiten für die am 31. Oktober 1984 ermordete Ministerpräsidentin Gandhi auf den 18. Januar 1985 verschoben. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher bzw. das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe am 18. Januar 1985 vgl. AAPD 1985.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 25. Oktober 1984 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 25. Oktober 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 1. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Lag BM vor.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 22. November 1984 vorgelegen.
Hat Pfeffer am 23. November 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Cuntz am 23. November 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter verfügte.
Hat Lewalter am 26. November 1984 erneut vorgelegen.

4 Der Passus „vor allem … spielen wird“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. VS-Bd. 11986 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für den undatierten Bericht vgl. VS-Bd. 11986 (201).

7 Dem Vorgang beigefügt. Für das Mandat der deutsch-französischen Arbeitsgruppe für militärische Zusammenarbeit vgl. VS-Bd. 11986 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

I. Am 22.10.1984 fand in Paris die 7. Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung statt (Ebene Politische Direktoren, StS Dr. Rühl/BMVg, Generalstabschefs). Folgende Themen wurden besprochen:

1) gemeinsamer Bericht des Ausschusses an die Außen- und Verteidigungsminister,

2) Beobachtungssatellit,

3) strategische Fragen, insbesondere SDI und sowjetische Raketenstationierungen,

4) Bundeswehrplanung,

5) Rüstungszusammenarbeit,

6) Mandat der Arbeitsgruppe militärische Zusammenarbeit.

II. Im einzelnen

1) Bericht an die Minister

Der Ausschuß einigte sich über die Endfassung des gemeinsamen Berichts an die Minister, der ein deutscher Entwurf zugrunde lag (Anlage 2). Der Bericht befaßt sich mit dem Stand der vertieften sicherheitspolitischen Zusammenarbeit seit dem letzten „Vierertreffen" der Außen- und Verteidigungsminister am 28. Mai 1984 in Paris[8]. Er stellt die Arbeit des Ausschusses und der drei Arbeitsgruppen (politisch-strategische, militärische Zusammenarbeit, Rüstungszusammenarbeit) dar und enthält von beiden Seiten akzeptierte Formulierungen zu wichtigen Themen, u. a. West-Ost-Beziehungen, Beobachtungssatellit, Beteiligung der Verteidigungsminister an WEU-Treffen, KVAE-Thematik, Rüstungszusammenarbeit, Mandat der Arbeitsgruppe militärische Zusammenarbeit.

2) Beobachtungssatellit[9]

(D 2 hatte diesen Punkt mit StS Rühl bei der Anreise und mit Andréani und Gergorin vor der Sitzung besprochen, und zwar im Sinne seiner weiter unten folgenden Einlassung. Andréani hat seine Einführung entsprechend eingestellt.)

Die französische Seite (Andréani) machte eingangs deutlich, daß sie dem Projekt Beobachtungssatellit große strategische und politische Bedeutung beimißt. Man habe sich eine schnellere Einigung gewünscht, doch nun müsse man sich realistisch auf die deutsche Seite einstellen, um zu einem späteren, hoffentlich baldigen Zeitpunkt zu einer Lösung zu kommen.

StS Rühl legte auf der Basis des BSR-Beschlusses vom 20.9.1984 und der Gespräche in der politisch-strategischen Arbeitsgruppe vom 21.9.[10] dar, daß die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor bereit sei, mit Frankreich eine „offene Untersuchung" über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Bereich der Weltraumtechnologie einschließlich eines deutsch-französischen Satelliten anzustellen. Eine Einigung auf das uns von französischer Seite vorgestellte konkrete Projekt eines militärischen Bobachtungssatelliten hielten wir jedoch nicht für nützlich. Eine interministerielle Arbeitsgruppe werde sich mit den Fragen

8 Für das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu in La Celle Saint-Cloud vgl. Dok. 149.

9 Zu einer möglichen deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 84, Anm. 19.

10 Zur Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe in Paris vgl. Dok. 241.

einer solchen Kooperation befassen. Hierfür bestehe jedoch Zeitbedarf, für den um Verständnis zu bitten sei. StS Rühl nannte u. a. folgende Grundsätze, die für uns von Bedeutung seien:

– Ein mögliches Projekt müsse eine technologische Zukunftsperspektive aufweisen und die neuesten Technologien verwenden.
– Es müsse ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis bestehen.
– Technische und wirtschaftliche Bedeutung eines Projekts seien zu prüfen, insbesondere auch Frage einer angemessenen Beteiligung der deutschen Industrie.
– Die zivile und militärische Nutzbarkeit derselben Programme solle geprüft werden.

D 2 betonte, wir seien außerordentlich daran interessiert, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich des Weltraums Früchte trage. Hier gehe es um Hochtechnologie, in der Europa nicht hinter den USA und Japan zurückfallen dürfe. Auch der zivile Spin-off sei zu bedenken. Viel spreche dafür, daß wir Europäer eine autonome Beobachtungsmöglichkeit gewännen. Sie könne in politischen Krisen sehr wichtig werden. Die Franzosen stellten fest, daß wir „zur Zeit blind" seien. Das sei ernst zu nehmen. Man könne sich leicht vorstellen, daß die Amerikaner um so eher und besser uns Daten zugänglich machten, wenn wir selbst „sehen" könnten. Gleichzeitig sei eine Gesamtschau notwendig (Ariane[11]/Columbus[12]/Beobachtungssatellit), nicht zuletzt aus Kostengründen. Die Kostengründe legten auch den Gedanken nahe, ob das Projekt Beobachtungssatellit im Rahmen der wiederbelebten WEU figurieren könnte.

Die Franzosen (Andréani/Gergorin) zeigten offensichtlich Verständnis für unsere Haltung. Folgende Punkte wurden von ihnen[13] gemacht:

– Die Europäer müßten sich in den Stand setzen, „mit eigenen Augen zu sehen".
– „Keine Einengung" auf das konkrete französische Projekt eines Beobachtungssatelliten, wie wir es wünschten, dürfte nicht den Ausschluß des Projekts Beobachtungssatellit bedeuten. Deutsch-französische Gespräche über Weltraumtechnologie müßten „einschließlich Beobachtungssatellit" geführt werden.
– Für ein so wichtiges Zukunftsprojekt dürften nicht allein budgetäre Gesichtspunkte ausschlaggebend sein. Politische, militärische, technologische und wirtschaftliche Bedeutung dieses Projekts sei zu beachten.
– Die Zusammenarbeit müsse im Kern deutsch-französisch bleiben. Man stehe anderen Europäern offen gegenüber, wolle sich aber nicht im Fortgang der Arbeiten durch den Zutritt Dritter aufhalten lassen.

Auf[14] Frage von D 2[15] erklärte Andréani, daß Großbritannien nicht wirklich an einer Kooperation beim Projekt Beobachtungssatellit interessiert sei, auch wenn es deswegen angefragt habe. Ähnliches gelte für Italien.

11 Zur Trägerrakete vom Typ „Ariane" vgl. Dok. 30, Anm. 8.
12 Zum deutsch-italienischen Projekt einer bemannten Raumstation „Columbus" vgl. Dok. 31.
13 Die Wörter „von ihnen" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.
14 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „meine".
15 Die Wörter „von D 2" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

Die Franzosen ließen erkennen, daß das Thema Beobachtungssatellit für sie weiter einen hohen Stellenwert behält und sie – voraussichtlich bereits im Rahmen des deutsch-französischen Gipfels[16] – darauf zurückkommen würden.[17]

3) Strategische Fragen

a) SDI

Die französische Seite (Gergorin) fragte, wie wir die Aussichten von SDI einschätzten, wenn das US-Projekt verwirklicht werde.

StS Rühl informierte, daß die Bundesregierung einen interministeriellen Studienausschuß einsetzen werde. Im BMVg leite er eine ressortinterne Studiengruppe. Vier Aspekte seien insbesondere zu untersuchen:

- Nachprüfung der US-Konzeptionsansätze (Wandlung der Konzeption von einem raumdeckenden System, das auch die Zivilbevölkerung schütze, zu einer Punktverteidigung),
- technische Möglichkeiten, militärische Nutzanwendungen, finanzielle Problematik,
- ABM-Vertrag[18],
- Möglichkeit einer Flugkörperabwehr für geringere Entfernungen in Europa und die Abwehr gegen taktische Flugkörper. Patriot erscheine nach bisherigen Erkenntnissen in seiner jetzigen Gestalt nur für die Abwehr von bemannten Flugzeugen geeignet. Jede Veränderung des Systems durch die USA würde der Zustimmung durch die Stationierungsländer bedürfen.

Ich erläuterte, daß die Bundesregierung eine vorbeugende Rüstungskontrolle befürworte, um eine neue Rüstungsspirale zu verhindern. Sie wirke in diesem Sinne auf die USA ein.[19]

Die Sowjets beobachteten das amerikanische Verhalten seit der SDI-Rede des Präsidenten[20] mit großer Unruhe. Sie fürchteten die wirtschaftliche Kraft und Innovationsfähigkeit der amerikanischen Industrie. Die Weltraumfrage habe für Moskau, wie aus vielen Erklärungen und Hinweisen (zuletzt Tschernenko-Interview mit den vier Punkten[21]) hervorgehe, höchste Priorität. Dieser Hebel

16 Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 29. Oktober 1984 bzw. zu den deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach vgl. Dok. 293 und Dok. 294.

17 Am 26. Oktober 1984 fand unter Vorsitz des Bundeskanzlers Kohl ein Ministergespräch zur Raumfahrtpolitik statt. Vortragender Legationsrat Broudré-Gröger notierte dazu am 29. Oktober 1984, nach Angaben des Bundesministers Riesenhuber sei folgendes entschieden worden: „Deutsch-französisches Projekt Aufklärungssatellit wird derzeit nicht weiterverfolgt; BMVg/BK werden den Bedarf prüfen. […] Auf deutsch-französischem Gipfel kann zu den Projekten Columbus/Ariane keine Entscheidung erfolgen." Vgl. Referat 431, Bd. 142053.

18 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

19 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

20 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

21 Zum Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post" vom 17. Oktober 1984 vgl. Dok. 284, Anm. 14.

müsse genutzt werden, um Verhandlungen über Defensiv- und Offensivwaffen zwischen den beiden Supermächten zustande zu bringen (SDI; START/INF).

Die Franzosen (Generalstabschef Lacaze, Andréani, Gergorin) bezeichneten es als schlechthin unmöglich, eine raumdeckende Wirkung durch SDI zu erreichen. In Frankreich sei man zu dem Schluß gekommen, daß es darauf ankommen müsse, prioritäre Schutzobjekte für die Punktverteidigung zu setzen. SDI könne zum einen dem Schutz gegen nukleare Raketen dienen, zum anderen möglicherweise aber auch gegen konventionelle Waffen eingesetzt werden. Möglicherweise sei hier eine neue Perspektive zu sehen.

StS Rühl betonte, daß Flugkörper mit nuklearen und konventionellen Gefechtsköpfen prinzipiell verwendbar seien. Hier komme es auf die Verteidigungsfähigkeit an. Für uns in der dichtbesiedelten Bundesrepublik Deutschland könnten kaum Prioritäten für Schutzobjekte gegen Nuklearwaffen gesetzt werden, da man nicht in Kauf nehmen wolle und könne, daß der Rest des Landes zerstört werde.

b) Sowjetische Raketenstationierungen

StS Rühl berichtete von Erkenntnissen – besonders aus amerikanischen Quellen – über die sowjetischen SS-20-Dislozierungen. Seit Beginn Frühjahr 1984 seien dreizehn neue SS-20-Stellungen in Vorbereitung, davon sechs bis acht westlich des Urals. Derzeit seien von 378 SS-20 nach wie vor 243 auf Europa gerichtet, davon 45 östlich des Urals im Militärbezirk Ural. Es gebe Anzeichen, daß die Sowjets im Militärbezirk Ural diese 45 mit unbekanntem Zielort verlegen könnten. An deren Stelle könne die neue mobile Interkontinentalrakete SS-X-25 treten. Es sei offen, ob damit die Bedrohung Europas steige, da die SS-X-25 – wie früher die SS-11 – auf Ziele in Westeuropa eingestellt werden könne oder für Interkontinentalzwecke. Zu den in Stresa geäußerten Zweifeln des niederländischen VM de Ruiter[22] an der Zunahme von sowjetischen SS-20-Dislozierungen bemerkte StS Rühl, daß die Niederländer sich selbst eine Falle gestellt hätten.

Andréani meinte zu den SS-X-25-Dislozierungen, wenn diese den Platz der SS-11 einnähmen, die ebenfalls sowohl auf Europa als auch auf Nordamerika einstellbar sei, werde damit keine wesentliche Veränderung eintreten. Generalstabschef Lacaze vermutete, daß die Stationierung der SS-X-25 bereits 1985 beginnen werde.

Zum Stand der Entwicklung der sowjetischen Cruise Missiles verfügten beide Seiten offensichtlich über keine weiterreichenden Erkenntnisse. StS Rühl nannte als Reichweite der sowjetischen Cruise Missiles 2500 bis 3000 km. Über deren Zuverlässigkeit und Treffgenauigkeit sei wenig bekannt.

22 Korrigiert aus: „des niederländischen AM van den Broek".
Zu den Äußerungen des niederländischen Verteidigungsministers de Ruiter am 11. Oktober 1984 in Stresa vgl. den Artikel „Weinberger Says Soviets Add ‚Substantial' Number of SS 20s"; THE WASHINGTON POST vom 12. Oktober 1984, S. A 31.
Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12. Oktober 1984 vgl. Dok. 277.

4) Bundeswehrplanung[23]

Der stellvertretende Generalinspekteur, Generalleutnant Windisch, trug zur Bundeswehrplanung vor, die er als deutschen Beitrag zur Stärkung der konventionellen Verteidigung darstellte. Er betonte, daß die Verteidigungsstärke der Bundeswehr erhalten, die Friedensstärke auch in den 90er Jahren hochgehalten und[24] die Munitionsbevorratung verbessert werden sollten[25]. Die Mittelansätze für Forschung und Entwicklung seien um 40 % angehoben worden, um die Nutzung neuer Technologien zu ermöglichen.

Die Franzosen interessierten sich besonders für die Entwicklung „intelligenter Munition" für die Bundeswehr, (anspielend auf das gescheiterte deutsch-französische Kampfpanzerprojekt[26]) das Nachfolgemodell für den Leopard II (1998 geplant) und den Zeitpunkt der geplanten Einführung des Kampfflugzeugs Jäger 90[27] in der Bundeswehr (1997 geplant). Die Franzosen wollen den Jäger 90 in ihren Streitkräften bereits im Jahr 1995 einführen und dann mit dem Export voranschreiten.

5) Rüstungszusammenarbeit

Die Franzosen ließen erkennen, daß sie an einer intensivierten bilateralen Rüstungszusammenarbeit interessiert sind. Neben der Rüstungsfabrikation solle aber auch der gemeinsamen Rüstungsforschung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

6) Mandat Arbeitsgruppe militärische Zusammenarbeit

Es wurde Einigung über das zuvor zwischen den Generalstäben abgestimmte Mandat für die Arbeitsgruppe militärische Zusammenarbeit erzielt, die sich mit den Weiterungen eines möglichen – aufgrund französischer nationaler Entscheidung erfolgenden – Einsatzes der schnellen Eingreiftruppe Force d'action rapide

23 Zu den Planungen des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. Dok. 251.

24 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „werden sollte. Die Ausrichtung der Bundeswehr solle auf den Verteidigungsfall eingestellt werden, das gelte insbesondere auch für".

25 Die Wörter „verbessert werden sollten" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

26 Zum gescheiterten deutsch-französischen Projekt eines gemeinsamen Kampfpanzers für die neunziger Jahre vgl. Dok. 149, Anm. 6.

27 Zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens bei der Entwicklung eines Jagdflugzeugs für die neunziger Jahre („Jäger 90") vgl. Dok. 67, Anm. 4.
Am 9. Juli 1984 beschlossen die Verteidigungsminister Hernu (Frankreich), Heseltine (Großbritannien), Serra (Spanien), Spadolini (Italien) und Wörner (Bundesrepublik) den gemeinsamen Bau eines europäischen Kampfflugzeugs. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Die Minister vereinbarten, bis zum Ende des Jahres Kosten und Design eines zweistrahligen, einsitzigen Kampfflugzeuges zu klären. Dabei wird möglicherweise auch entschieden werden, in welchem Land das Flugzeug produziert werden soll. Die endgültige Entscheidung über die Gemeinschaftsproduktion soll auf einer Tagung der Verteidigungsminister im März nächsten Jahres in Rom fallen." Vgl. den Artikel „‚Flugzeug für Europa' jetzt in der Planung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Juli 1984, S. 1.
Am 11. Oktober 1984 teilte das Bundesministerium der Verteidigung mit: „Die Chefs der Luftstreitkräfte Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, Spaniens und des Vereinigten Königreiches haben sich am 11. Oktober 1984 in Rom getroffen, um das European Staff Target für ein European Fighter Aircraft (EFA/europäisches Jagdflugzeug) zu unterzeichnen." Das Dokument stelle „die operationelle Grundlage für die internationalen industriellen Realisierbarkeitsstudien dar" und ersetze das im Dezember 1983 unterzeichnete „Outline European Staff Target" (OEST): „Es wird beabsichtigt, zur gegebenen Zeit das EST zu einer europäischen Forderung (European Staff Requirement = ESR) weiterzuentwickeln." Vgl. die Pressemitteilung; Referat 209, Bd. 130022.

(FAR)[28] auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland befassen soll. Hierzu gehören Fragen der logistischen Unterstützung, aber auch mögliche Einsatzmodelle der FAR (Anlage 3).

Pfeffer

VS-Bd. 11986 (201)

289

Botschafter van Well, Washington, an Bundesminister Genscher

114-4074/84 geheim **Aufgabe: 24. Oktober 1984, 19.31 Uhr**
Fernschreiben Nr. 4556 **Ankunft: 25. Oktober 1984, 00.34 Uhr**

Nur für Bundesminister[1]

Betr.: Besuch von MD Teltschik in Washington am 18./19. Oktober 1984

1) MD Teltschik hatte Gesprächstermine bei Richard Burt, Richard Perle und McFarlane. Er war ohne Begleitung nach Washington gekommen und hatte sich bei mir angemeldet. Er bat darum, zu den vorgenannten Gesprächen von der Botschaft nicht begleitet zu werden.

Deputy Secretary of State Dam bat von sich aus um einen Besuch von Herrn Teltschik. Zu diesem Gespräch am Vormittag des 19. Oktober habe ich Herrn Teltschik begleitet. Anwesend waren außerdem Deputy Assistant Secretary for European Affairs, Niles, und Deputy Assistant Secretary of State (Planung), Dobbins, ferner ein Note-taker.

Dam fragte Teltschik nach den Eindrücken von der China-Reise des Bundeskanzlers.[2] T. übermittelte den Eindruck der deutschen Delegation, daß die Chinesen über amerikanische Tendenzen besorgt seien, das amerikanisch-chinesische Verhältnis als strategische Allianz mit antisowjetischer Spitze darzustellen. Dam antwortete, die amerikanische Regierung gebe solche Erklärungen nicht ab. Teltschik meinte, China wolle das Verhältnis zur Sowjetunion entspannen. Es gebe der eigenen inneren Entwicklung Vorrang und wolle sie nicht durch Spannung mit der Sowjetunion beeinträchtigen. Auf die Frage von Dam, ob die Chinesen ihre drei Ausgangsforderungen nicht mehr erhöben (Afghanistan, Kamputschea, Verringerung der sowjetischen Truppen an der sowjetisch-chinesischen Grenze) antwortete Teltschik, seinem Eindruck nach würde der letzte Punkt genügen. Dam hielt dies auch für am leichtesten realisierbar. T. sagte, die Chinesen hätten sich beeindruckt gezeigt von dem Zusammenhalt der

28 Zur französischen „Force d'Action Rapide" (FAR) vgl. Dok. 1, Anm. 4.

1 Hat Bundesminister Genscher am 25. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

Troika unter Sihanouk in Kamputschea. Ihre militärischen Aktionen würden erfolgreicher.[3] Im übrigen berichtete T. von der großen chinesischen Wirtschaftsreformpolitik und den chinesischen Interessen, gerade auch mit der Bundesrepublik Deutschland in engeren Austausch zu treten.

Dam hielt es für sehr wünschenswert, wenn die Bundesrepublik Deutschland sich in China und überhaupt in Asien stärker engagiere. T. sagte, dies sei beabsichtigt. Dasselbe gelte für Lateinamerika. In Afrika würden wir zwar unser Engagement nicht abbauen, aber doch den Briten und Franzosen, die dort engere traditionelle Bindungen hätten, eine größere Verantwortung zubilligen.

Dam kam dann auf die eigentliche Mission von T. zu sprechen und bezeichnete die diesbezüglichen Gespräche als außerordentlich wichtig. Es sei zu hoffen, daß beide Seiten möglichst bald nach den Wahlen[4] zu einer Einigung über die in Aussicht genommene Initiative gelangen. Er fragte danach, wie T. die Gespräche einschätze.

T. hielt es für wichtig, sich nicht auf das Thema der Verbesserung der konventionellen Verteidigung zu beschränken. Man müsse ein Paket schnüren, in dem man auch die Verbesserung der West-Ost-Beziehungen und die Rüstungskontrolle einbeziehe. Die Dinge hingen zusammen und müßten auch in der öffentlichen Darstellung in Zusammenhang gebracht werden. Er, T., glaube, daß eine größere Kohärenz der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hergestellt werden müsse. Manchmal glaube er, daß in einem Sektor etwas betrieben werde, ohne daß man den Zusammenhang mit anderen Sektoren berücksichtige. So müsse nach Beginn der Stationierung von Mittelstreckensystemen auf unserem Boden[5] und im Zuge einer Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit die Rolle der taktischen Kernwaffen überprüft werden. Für uns sei entscheidend, daß ein möglicher Einsatz taktischer Kernwaffen nach einem konventionellen Angriff des Warschauer Paktes sich auf deutschem Gebiet vollziehen würde, nicht aber auf sowjetischem Gebiet. Drohung mit einem taktischen Nukleareinsatz zum Abstoppen eines konventionellen Angriffs würde daher die Sowjetunion gar nicht beeindrucken. Abschreckend gegenüber der Sowjetunion würde allein der mögliche Einsatz der Mittelstreckensysteme wirken. Wir neigten dazu, die Rolle der taktischen Nuklearwaffen zu reduzieren und die Abschreckungswirkung der Mittelstreckensysteme als wichtig einzuschätzen. Wenn die Sowjetunion einen Großangriff des Warschauer Paktes gegen uns einleitet, stehe der Bundeskanzler vor drei Optionen:

3 Zur Bildung der kambodschanischen Exilregierung vgl. Dok. 115, Anm. 11.
Referat 340 vermerkte am 2. November 1984, Hauptschwäche der Koalition sei nach wie vor, „daß ihre Teilgruppen untereinander zerstritten sind“ und nur eine „Vernunftehe“ bildeten: „Den nach wie vor 150 000 – 180 000 vietnamesischen und 30 000 Heng-Samrin-Soldaten stehen etwa 45 000 Guerillas der Widerstandskoalition gegenüber. Letztere haben in den vergangenen Jahren während der Regenzeiten (Juni – Oktober) durch Nadelstichtaktik den vietnamesischen Einheiten Verluste beigebracht, die Transport-Infrastruktur gestört und das Regime in Phnom Penh an der Kontrolle über wesentliche Teile des Landes gehindert.“ Für keine der beiden Seiten scheine jedoch der Konflikt militärisch lösbar zu sein. Vgl. Referat 342, Bd. 137430.

4 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5 Zum Stand der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. Dok. 277, Anm. 18.

a) Wir ließen uns überrollen.

b) Wir leisteten konventionellen Widerstand mit etwaigem Einsatz taktischer Nuklearwaffen: Auf jeden Fall würde Deutschland zerstört.

c) Die Abschreckungswirkung der Mittelstreckensysteme gegenüber sowjetischem Territorium wird zur Geltung gebracht.

Dam fragte, wie sich T. den Inhalt einer gemeinsamen Erklärung vorstelle. Solle in dieser Erklärung auf eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen und auf Rüstungskontrolle nur generell eingegangen werden, oder solle man schon konkret werden? Im letzteren Falle sehe er, Dam, Schwierigkeiten voraus. Teltschik meinte, daß angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nur generelle Aussagen denkbar seien. Dam zeigte sich befriedigt.

Dam mußte nach diesem etwa halbstündigen Gespräch abbrechen, weil er zum Kongreß mußte, wollte aber gern das Gespräch am Nachmittag des 19. Oktober fortsetzen, wo er ausreichend Zeit zur Verfügung habe. T. bedauerte, daß er noch weitere Verpflichtungen habe und am späteren Nachmittag abfliegen müsse.

2) Anschließend aßen T. und ich allein in der Residenz zu Mittag. T. berichtete mir über die Entstehung seiner Gespräche mit Burt und Perle (deren Teilnahme an einer Konferenz der FES in Bonn, am Rande informelle Diskussion im kleinsten Kreise mit ihm, Fortsetzung in dem Landhaus von Perle in Südfrankreich[6], Einladung nach Washington). Er, T., betrachte diese Gespräche als reines Brainstorming, um die Möglichkeit auszuloten, in strukturiertere Gespräche über eine gemeinsame Ost-West-Initiative nach den Wahlen einzutreten. Er halte den Zeitpunkt für gekommen, jetzt die zuständigen Ressorts zu befassen. Er könne diese Gespräche nicht mehr allein fortsetzen. Die Amerikaner hätten dieses Mal schon gebeten, daß er mit einer Delegation kommt. Er habe bewußt davon Abstand genommen, weil er nur ein Brainstorming habe machen wollen. Die wirklichen Gespräche müßten in ordentlicher Weise von den beteiligten Ressorts getragen werden, wobei er es insbesondere für richtig halte, den Botschafter in Washington einzuschalten. Eine Ausklammerung des Botschafters in Washington würde sich für dessen Stellung gegenüber der amerikanischen Regierung verheerend auswirken.[7]

T. wußte nicht, ob es vor Weihnachten noch zu einem Besuch des Bundeskanzlers in Washington kommen würde.[8] Auszuschließen sei dies nicht. Sonst würde der Besuch im Februar und März anzupeilen sein. Mein Hinweis, daß Ende März in Washington unter aktiver Beteiligung des Weißen Hauses der 90. Ge-

6 Zu den deutsch-amerikanischen Gesprächen über sicherheitspolitische Fragen vgl. Dok. 222 und Dok. 226. Vgl. dazu auch Dok. 237.

7 Botschafter van Well, Washington, teilte am 25. Oktober 1984 ergänzend mit: „Herr Teltschik verwies gegenüber Dam auf die Notwendigkeit, die Gesprächsthematik möglichst bald in den NATO-Rahmen einzuführen. Dam fragte erstaunt, ob wir diese Fragen etwa in Anwesenheit der Griechen erörtern wollten. Teltschik blieb jedoch dabei, daß die NATO in geeigneter Weise befaßt werden müsse. Ich habe T[eltschik] bei meinem späteren Gespräch mit ihm in der Meinung bestärkt, daß für ein mögliches, in kleinerem Kreise vorbereitetes Ergebnis die Unterstützung des Bündnisses von großer Bedeutung wäre und daß eine Nicht-Berücksichtigung der Rolle des Bündnisses in diesen für die West-Ost-Sicherheitsrelation entscheidenden Fragen schwere Belastungen mit sich bringen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4561; VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 29./30. November 1984 in den USA vgl. Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

burtstag von John McCloy feierlich begangen würde, veranlaßte T. zu der Bemerkung, daß man diesen Termin auch im Zusammenhang mit der Reiseplanung des Bundeskanzlers im Auge halten sollte.[9]

[gez.] van Well

VS-Bd. 14125 (010)

290

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1 **Aufgabe: 28. Oktober 1984, 12.00 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 28. Oktober 1984, 17.18 Uhr**

Betr.: WEU-Ministerrat der Außen- und Verteidigungsminister in Rom am 26. und 27.10.1984

Zur Unterrichtung; enthält Bitte um Veranlassung für Brüssel NATO in Ziffer I. 1)

I. Zusammenfassung

1) Auf dem WEU-Ministerrat vom 26. und 27.10.1984 im Rom waren (mit Ausnahme von Luxemburg) alle Mitgliedstaaten durch ihre Außen- und Verteidigungsminister vertreten. Zum ersten Mal in der Geschichte der WEU nahmen die Verteidigungsminister an den Beratungen teil.

Unter Vorsitz von BM Genscher hat der Ministerrat die Voraussetzungen für eine verstärkte Nutzung der WEU und damit für die Verstärkung der europäischen sicherheitspolitischen Identität und für den Ausbau des europäischen Pfeilers der Allianz geschaffen.

9 Botschafter Ruth notierte am 7. November 1984, Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, habe ihn am selben Tag über seine sicherheitspolitischen Gespräche mit der amerikanischen Regierung unterrichtet: „Herrn Teltschik schwebt vor, die Zeit bis zur nächsten NATO-Tagung am 13. und 14. Dezember zu nutzen, um eine deutsch-amerikanische Initiative für eine NATO-Erklärung zu entwickeln. Diese Erklärung soll drei Substanzbereiche ansprechen: Ost-West-Beziehungen, Rüstungskontrolle, Abschreckung und Verteidigung. Der Entwurf einer Initiative gipfelt in dem Vorschlag, eine hochrangige Steuerungsgruppe unter dem Vorsitz des NATO-Generalsekretärs zu errichten, deren Aufgabe es sein soll, ‚rüstungskontrollpolitische Konzepte und strategische Erfordernisse aufeinander abzustimmen; die verschiedenen Initiativen zur besseren Implementierbarkeit der NATO-Strategie zu harmonisieren; Vorschläge für die Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit zu machen, um so die Abhängigkeit vom frühzeitigen defensiven Einsatz von Nuklearwaffen zu verringern.'" Ruth legte weiter dar: „Wir waren uns einig, daß es aussichtsreich sein könnte, eine NATO-Erklärung vorzubereiten, die praktisch auf eine Weiterentwicklung und Konkretisierung des Harmel-Ansatzes hinauslaufe." Vgl. VS-Bd. 11340 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Das Fernschreiben wurde in fünf Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 3, 4 und 8.

Es bestand Übereinstimmung, daß die Belebung der WEU der Einigkeit im Nordatlantischen Bündnis dienen wird und keine Trennung im Bündnis oder gar eine Abkopplung Europas von Nordamerika bewirken kann. In diesem Sinne wird die Unterrichtung der NATO durch den Politischen Direktor AA, MD Dr. Pfeffer, auf Weisung von Bundesminister Genscher am Mittwoch, 31.10.1984, von 10.00 bis 12.00 Uhr erfolgen.[2] (Brüssel NATO wird gebeten, das Erforderliche dazu zu veranlassen.)

2) Der Ministerrat von Rom verabschiedete zwei Dokumente: „Erklärung von Rom" sowie „Institutionelle Reform der WEU" (siehe Anlage 1, deutscher Text[3], und Anlage 2, englischer Text[4]).

a) Gegenüber der Ausarbeitung der beiden Texte durch die besondere WEU-Arbeitsgruppe ergaben sich einige redaktionelle Änderungen. U. a. wurde in Ziffer 8 der Erklärung von Rom das Wort „Abschreckung" gestrichen.

b) Im Dokument zur „Institutionellen Reform der WEU" wurde aufgrund eines Vorschlags von Außenminister Andreotti zur Frage der Belebung des Rates (I, Ziffer 1) beschlossen, daß die zweimal jährlich stattfindenden Ratstagungen auf Ministerebene gemeinsam mit den Außen- und Verteidigungsministern abgehalten werden. Außerdem können getrennte Tagungen der Außenminister und/oder der Verteidigungsminister je nach Bedarf und Zuständigkeit stattfinden.

c) Der Abschnitt Ziffer III,1) zum Rüstungskontrollamt wurde um Aussagen zu Rüstungskontrollfragen ergänzt, um Gleichgewicht mit den Aussagen zum Ständigen Rüstungsausschuß herzustellen.

3) Der Ministerrat erteilte dem Ständigen Rat vier Aufträge, zu denen der Ständige Rat dem Ministerrat auf dessen nächster Sitzung[5] mit Stellungnahmen Bericht erstatten wird; nämlich:

2 Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über die Taung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 26./27. Oktober 1984 in Rom durch Ministerialdirektor Pfeffer teilte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 31. Oktober 1984 mit: „Die Reaktion der Bündnispartner war freundlich. Besonders gewürdigt wurde die Tatsache der raschen und umfassenden Unterrichtung. Durchweg wurde der Wunsch nach weitgehender Unterrichtung auch für die Zukunft im NATO-Rahmen und bilateral geäußert. Bei den Stellungnahmen zur Sache wurden mit den positiven Äußerungen zu den mit der Wiederbelebung der WEU verbundenen Zielen auch Erwartungen an die Sieben verbunden. […] Der amerikanische Ständige Vertreter unterstrich die grundsätzlich positive Haltung der USA zu den Bemühungen der WEU, den europäischen Pfeiler der Allianz zu stärken und den europäischen Beitrag zu erhöhen." Die Vertreter Dänemarks, Norwegens und der Türkei hätten „ihr Verständnis für die Zielsetzung der WEU, zu einer besseren Ausgewogenheit im Bündnis zu kommen", erklärt, jedoch betont, „daß Sicherheit und Verteidigungspolitik des Westens innerhalb des NATO-Bündnisses und in enger Zusammenarbeit mit den USA gestaltet werden müßten. Dazu gebe es keine Alternative. Die WEU dürfe nicht ablenken von der zentralen Bedeutung und Funktion der Allianz." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1803; Referat 200, Bd. 148647.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für die „Erklärung von Rom" sowie das Dokument „Institutionelle Reform der WEU" vgl. den Drahtbericht Nr. 2/3 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling, z. Z. Rom, vom 28. Oktober 1984; Referat 213, Bd. 139367. Vgl. Anm. 1.
Für den Wortlaut beider Dokumente vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 703–707.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die englische Fassung der „Erklärung von Rom" sowie des Dokuments „Institutionelle Reform der WEU" vgl. den Drahtbericht Nr. 3/4 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling, z. Z. Rom, vom 28. Oktober 1984; Referat 213, Bd. 139367. Vgl. Anm. 1.

5 Die Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten fand am 22./23. April 1985 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 24. April 1985; AAPD 1985.

a) wie Rüstungskontrollamt (RKA) und ständiger Rüstungsausschuß (SRA) so umstrukturiert werden können, daß sie den zukünftigen Aufgaben der WEU besser gerecht werden;

b) wie die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung verbessert und koordiniert werden kann;

c) ob und wie für die Arbeit des Ministerrats der Rat militärischer Experten genutzt werden kann;

d) wie der portugiesische Antrag auf Beitritt zur WEU[6] beantwortet werden soll (dazu fand eine erste Aussprache im Ministerrat mit verschiedenen Äußerungen der Delegationen statt; einige Delegationen – darunter wir – äußerten sich positiv, F sprach sich dagegen aus – zu früh).

4) Außerdem beauftragte der Ministerrat das Generalsekretariat mit einer Stellungnahme zur Frage, wie seine Arbeit durch personelle Umstrukturierung effektiver gestaltet werden könne, ohne den Personalbestand zu erhöhen.

II. Im einzelnen

1a) Die Ministerratstagung wurde durch BM Genscher als amtierenden Präsident des WEU-Ministerrats[7] mit einer Eingangserklärung eröffnet. Er machte darin folgende Vorschläge:

– Einrichtung eines europäischen Forschungsinstituts für Sicherheitspolitik, das ein Diskussionsforum für Strategiefragen, Rüstungskontrollpolitik und sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit werden könnte;
– gezielte Zusammenarbeit der WEU-Mitglieder im Bereich der wehrtechnischen Grundlagenforschung und bei der industriellen Wartung eingeführter Waffensysteme;
– Vorklärung des Problems des militärischen Technologietransfers im Kreis der WEU-Mitglieder;
– Behandlung der sicherheitspolitischen Aspekte neuer Weltraumtechnologien im Rahmen der WEU (voller Wortlaut siehe Anlage Nr. 3[8]). Diese Vorschläge werden bei der Erarbeitung der Berichte des Ständigen Rats (s. o. I, Ziffer 3) zu berücksichtigen sein.

b) VM Wörner stellte in seinen Eingangsäußerungen fest, der jetzige Anlauf zur Belebung der WEU müsse ein Erfolg werden; die neue Initiative müsse einigend und dürfe nicht trennend wirken.

6 Mit Schreiben vom 19. Oktober 1984 an Bundesminister Genscher bekundete der portugiesische Außenminister Gama das Interesse Portugals, „aktiv an den Arbeiten der WEU mitzuwirken, nämlich durch einen möglichen Beitritt zum Brüsseler Vertrag". Für das Schreiben vgl. Referat 209, Bd. 128400.
Botschafter Schattmann, Lissabon, teilte am 25. Oktober 1984 mit, aus dem portugiesischen Außenministerium und der italienischen Botschaft sei bestätigt worden, „daß portugiesische Note mit Beitrittsantrag Portugals zur WEU gestern im italienischen Außenministerium eingegangen" sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 492; Referat 209, Bd. 128404.

7 Die Bundesrepublik übernahm im Juni 1984 für ein Jahr die WEU-Präsidentschaft.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für die Erklärung des Bundesministers Genscher vom 26. Oktober 1984 vgl. den Drahtbericht Nr. 5 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling, z. Z. Rom, vom 28. Oktober 1984; Referat 213, Bd. 139367. Vgl. Anm. 1.
Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1984, S. 1137 f.

2) Zum TOP I (Bilanz nach 30 Jahren WEU auf dem Gebiet der Sicherheit und künftige Perspektiven) ist aus der Diskussion folgendes festzuhalten:

a) Andreottis Vorschlag, die Wehrpflicht im Aufenthaltsland eines der WEU-Mitglieder ableisten zu können, um einer gemeinsamen Verteidigungspflicht zu genügen; diese Anregung wurde von anderen Delegationen nicht aufgegriffen.

b) Französische Delegation (Hernu) wies auf den Anachronismus der konventionellen Mengenkontrollen[9] hin.

c) Britische Delegation (Howe) betonte, zwischen den Tätigkeiten des SRA, der WEU und der IEPG müsse eine Arbeitsteilung vorgenommen werden; das SRA sei dazu da, politische Impulse zu geben, während die IEPG sich mit der praktischen Umsetzung befassen müsse.

d) Die niederländische Delegation sah nach den Erfahrungen der Genscher-Colombo-Initiative[10] jetzt in der WEU das Mittel zur Verstärkung der europäischen Sicherheitspolitik und zur Förderung des transatlantischen Dialogs; auch sie betonte die Komplementarität (nicht Konkurrenz) von SRA und IEPG.

e) Für die belgische Delegation liegen die Aufgaben der WEU in der Konzertation sicherheitspolitischer Bemühungen und in der dazu notwendigen Reflexion; die Rüstungszusammenarbeit müsse rationalisiert werden. Die WEU könne außerdem zur politischen Vorklärung der konzeptionellen, technischen und industriellen Fragen bei der konventionellen Rüstungszusammenarbeit beitragen.

f) Die luxemburgische Delegation wies darauf hin, daß die WEU-Belebung im Grunde eine Rückkehr zu den Quellen sei.

g) Nach einer Zusammenfassung der Beratungen wies BM Genscher darauf hin, daß er das Präsidium der WEU-Versammlung im Anschluß an das Treffen von Gymnich vom 9.10.1984 zu einem weiteren Gedankenaustausch einladen werde und dazu alle seine Kollegen hinzubitten möchte.[11]

3) Zum TOP 2 (politische und Verteidigungsfragen, die die Sicherheit der Mitgliedstaaten der WEU betreffen) ist aus den Beratungen festzuhalten:

a) Howe: Nähe Europas zur Sowjetunion und damit besonderes Gewicht der sowjetischen Bedrohung; möglicher Versuch der Supermächte, eine Welt, die nur für die Supermächte gedacht ist, zu entwerfen („if we don't give sufficient attention …, the superpowers may design a world fit for only superpowers to live in"). Erhaltung der Glaubwürdigkeit unserer Streitkräfte und unserer Strategie; Bedeutung des politischen Input und der richtigen Präsentation des europäischen Verteidigungsbeitrags; Implikationen von Krisen in anderen Regionen für Europa; Rüstungskontrolle; insgesamt: Notwendigkeit, die Kohäsion der

9 Zu den WEU-Mengenkontrollen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

10 Zum Vorschlag für eine Europäische Akte (Genscher-Colombo-Initiative) vgl. Dok. 55, Anm. 5.

11 Bundesminister Genscher führte am 19. November 1984 ein Gespräch mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der WEU, Caro, und weiteren Abgeordneten. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling teilte dazu am 27. November 1984 mit, Außenminister anderer WEU-Mitgliedstaaten hätten „aus Termingründen" nicht teilgenommen. Erörtert worden seien die weitere Gestaltung der Kontakte zwischen WEU-Rat und Versammlung, ferner die Aufnahme weiterer Staaten in die WEU sowie Haushaltsfragen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 8264; Referat 200, Bd. 148641.

Allianz zu wahren, aber auch die Kohäsion der Europäer in der Allianz zu stärken.

Heseltine: Analyse der gemeinsamen Bedrohung. Partnerschaft mit den USA. Andernfalls wird die WEU-Belebung kontraproduzent wirken. Konsultation mit den Flankenstaaten. Hinweis auf Wichtigkeit, daß Nichteuropäer die Interessen und die Rolle Europas in der Welt richtig sehen. Hinweis auf Lastenteilung. Stärkung der IEPG. Mitwirkung der Europäer an der Rüstungskontrolle.

b) Spadolini schlug vor, daß Generalstabschefs der Mitgliedstaaten sich einmal pro Jahr treffen. Französischer Außenminister[12] sowie britischer und deutscher Verteidigungsminister sprachen sich dagegen aus. Die Anregung führte zu Prüfungsauftrag des Ministerrates an den Ständigen Rat, wie oben ausgeführt (I,3 a). Ein weiterer Vorschlag Spadolinis befaßte sich damit, die Zusammenarbeit im Rahmen von FINABEL[13] von der Teilstreitkraft Heer auch auf die Luft- und Seestreitkräfte auszudehnen. Insbesondere betonte Spadolini die Notwendigkeit der Zusammenarbeit bei europäischen Rüstungsprojekten.

d) Hernu betonte die Bedeutung der konventionellen Verteidigung, auch für Frankreich; gleichzeitig warnte er jedoch davor, den nuklearen Aspekt der Verteidigung zu vernachlässigen; eine wirksame Abschreckung benötige die konventionellen und nuklearen Mittel. Dies müsse auch von der westlichen Öffentlichkeit so erkannt werden.

e) VM Wörner pflichtete den Ausführungen Hernus bei: Die nuklearen Mittel seien unverzichtbar und könnten die konventionellen nicht ersetzen. Gleichwohl sei eine Verstärkung des konventionellen Aspekts der Verteidigung erforderlich, damit der Westen nicht zu einem zu frühen Ersteinsatz gezwungen sei.

4) Unmittelbar nach der Ministerratssitzung unterrichtete BM Genscher den Präsidialausschuß der WEU-Versammlung über den Verlauf der Sitzung sowie über die veröffentlichten Dokumente. Er erläuterte die Aufträge des Ministerrats an den Ständigen Rat. Er betonte außerdem, die sofortige Unterrichtung des Präsidialauschusses zeige, wie wichtig der Ministerrat den Dialog mit der Versammlung erachte. BM Genscher wies insbesondere darauf hin, daß bei zukünftigen Ratssitzungen der Außen- und Verteidigungsminister die Minister sich nicht vertreten lassen wollten.

WEU-Versammlungspräsident Caro betonte den Willen der Versammlung zur Kooperation mit dem Rat und zur Belebung der WEU. Die beschlossene Aktivierung des Rates finde ganz besonders die Zustimmung der Versammlung. Die Verstärkung der Beziehungen zwischen Rat und Versammlung wurde ebenfalls positiv gewürdigt.

5) Nach der Begegnung mit dem Präsidialausschuß unterrichtete BM Genscher als Vorsitzender des Ministerrates zusammen mit allen übrigen Ministerkollegen (Außen- und Verteidigungsminister) die internationale Presse.[14] Die Fragen der Medienvertreter konzentrierten sich auf:

12 Claude Cheysson.

13 France, Italy, Netherlands, Allemagne, Belgium, Luxemburg.

14 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher vor der Presse am 27. Oktober 1984 in Rom vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 255 f.

a) Gestaltung der Beziehungen der WEU zu den USA. Unterrichtung der NATO-Staaten, soweit Nichtmitglieder der WEU.

b) Möglichkeiten und Modalitäten eines WEU-Beitritts, am Beispiel von Portugal, Spanien[15] und Norwegen[16].

c) Europäische Zusammenarbeit im Weltraum.

d) Verhältnis von SRA zu IEPG.

e) Aufhebung der uns betreffenden konventionellen Herstellungsverbote.[17]

f) Warum WEU-Belebung erst jetzt?

g) Rolle der WEU-Versammlung.

[gez.] Schilling

Referat 213, Bd. 139367

15 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 24. Oktober 1984, Ministerpräsident González habe am Vortag eine Regierungserklärung zur Lage der Nation abgegeben. Darin habe er bezüglich der WEU ausgeführt: „SPA ist nicht Mitglied der WEU. Nach Auffassung des MP wäre SPA Beteiligung an dieser einzigen europ[äischen] Organisation mit Zuständigkeit für Sicherheitsfragen wünschenswert. Allerdings gelte es, zunächst die Fortentwicklung des EG-Beitritts abzuwarten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 808; Referat 209, Bd. 128404.

16 Referat 200 legte am 25. Oktober 1984 dar, Norwegen habe „bei ersten Anzeichen von Bemühungen um eine Belebung der WEU sofort Interesse gezeigt". Obwohl es „für eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO eintritt, gibt es offenbar Befürchtungen, eine enge Zusammenarbeit der Sieben in der WEU könnte zu Störungen im Bündnis und zu einer Isolierung NOR's führen. Von besonderem Interesse sind für NOR auch mögliche Auswirkungen der WEU-Belebung auf die westliche Rüstungszusammenarbeit und damit auf die norwegische Rüstungsindustrie und ihre Exportmöglichkeiten. Zur Frage eines eventuellen WEU-Beitritts sind die öffentlichen Äußerungen (AM Stray/StS Berg) zurückhaltend." Vgl. Referat 200, Bd. 148658.

17 Zur Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik am 27. Juni 1984 vgl. Dok. 193, Anm. 3.

291

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Abdel-Meguid

31. Oktober 1984[1]

Arbeitsbesuch des ägyptischen Präsidenten Mubarak in Bonn[2];
hier: Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem ägyptischen Außenminister Dr. Ahmed Esmat Abdel-Meguid am 31. Oktober 1984

1) Teilnehmer

a) auf ägyptischer Seite: AM Meguid, Botschafter el-Shaffie, Kabinettschef des AM;

b) auf deutscher Seite: BM, Botschafter Dr. Müller, Dg 31[3], RL 310[4], RL 013[5], VLR Horstmann.

2) Gesprächsdauer 1 Stunde, 15 Minuten.

3) Aus dem Gespräch ist festzuhalten:

BM bittet um eine Lageeinschätzung im Nahen Osten und um Darlegung, welche Erwartungen Ägypten an die Europäische Gemeinschaft habe.

AM: Der Nahe Osten durchlaufe gegenwärtig eine schwierige Phase. Die Lage gestatte keinen Stillstand in den Friedensbemühungen. Es müsse angemessen gehandelt werden.

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Jordanien und Ägypten[6] sei ein Faktor der Stabilität im Nahen Osten. Sie sei eine notwendige Vorstufe für die Wiederingangsetzung des Friedensprozesses.

Eine andere Vorbedingung sei, daß die Palästinenser wieder handlungsfähig würden. Er hoffe, daß der Palästinensische Nationalrat (PNC[7]) in Amman zusammentreten könne.[8] Soweit er wisse, werde Jordanien Amman als Tagungsort akzeptieren. Algerien habe bisher einer Tagung in Algier nicht zugestimmt.

Die USA würden erst nach den Wahlen[9] und der Amtseinführung des Präsidenten im Nahen Osten wieder handlungsfähig.

Präsident Mubarak habe kürzlich eine Botschaft an Peres geschickt. Peres habe zwar gute Absichten, werde aber durch den Likud blockiert.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 2. November 1984 gefertigt und „mit der Bitte um Billigung" an Bundesminister Genscher geleitet. Ferner Vermerk: „Vorbehaltlich Billigung des Herrn Bundesministers."

2 Präsident Mubarak hielt sich vom 30. Oktober bis 2. November 1984 in der Bundesrepublik auf.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Heinz Fiedler.

5 Jürgen Chrobog.

6 Am 25. September 1984 beschloß die jordanische Regierung, die 1979 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wiederaufzunehmen.

7 Palestinian National Council.

8 Die Tagung des Palästinensischen Nationalrats fand vom 22. bis 29. November 1984 in Amman statt.

9 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Hinsichtlich des Friedensprozesses stelle er sich einen Prozeß von Verhandlungen zwischen Jordanien, Ägypten, den USA, Israel und den Palästinensern vor. Die Europäische Gemeinschaft solle diesen Prozeß fördern.

Nicht die Substanz einer Friedensregelung sei gegenwärtig wichtig, sondern das Ingangsetzen eines Prozesses.

Als Beispiele einer Verhandlungsgrundlage nannte er den Reagan-Plan[10] und/oder Venedig[11]. Eine Bekräftigung der Prinzipien von Venedig könne hilfreich sein.

Er sei nicht sehr optimistisch, aber jede Gelegenheit müsse genutzt werden. Die EG solle ihr Gewicht einsetzen.

Die Besuchsdiplomatie bezeichnete er gleichfalls als hilfreich, um die Dinge wieder in Bewegung zu bringen. Nächste Woche werde MP Craxi in Kairo erwartet.[12]

BM erläuterte seine Vorstellungen über eine Aktivierung der europäischen Nahostpolitik. Er habe am 11. September d. J. in Dublin[13] mit seinen Kollegen darüber gesprochen. Um die Jahreswende sei die Zeit für größere europäische Aktivität gekommen. Er denke weniger an neue Erklärungen als vielmehr daran, operativ tätig zu werden. Er würde es für gut halten, wenn der italienische Außenminister[14] eine Reise in den Nahen Osten antreten und mit den wichtigsten Regierungen sprechen werde.

AM hielt dies für eine ausgezeichnete Idee. Es sei eine praktische Aufgabe, die Parteien zusammenzubringen.

BM fügte hinzu, wir wollten nicht in Konkurrenz zu den USA treten. Es sei nicht einfach vorauszusagen, was die USA tun werden. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, daß die Länder des Nahen Ostens erkennen lassen, daß sie ein Interesse an unserer Aktivität haben.

Die Israelis seien strikt gegen eine europäische Aktivität. Sie hätten dies AM Howe gerade erst wieder gesagt.[15]

Er würde es übrigens vorziehen, von „Aktivität“ und nicht von „Initiative“ zu sprechen.

AM erwiderte, er kenne unsere Haltung. Er wolle aber noch einmal unterstreichen, wie wichtig es sei, den Stillstand zu überwinden. Der Nahe Osten habe Bewegung nötig.

10 Präsident Reagan verkündete am 1. September 1982 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache einen Friedensplan für den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1093–1097. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 557–562. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 239.

11 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

12 Ministerpräsident Craxi hielt sich vom 17. bis 19. November 1984 in Ägypten auf.

13 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 254, Anm. 9.

14 Giulio Andreotti.

15 Der britische Außenminister Howe besuchte Israel am 29./30. Oktober 1984.

BM fuhr fort, er werde am Wochenende bei dem informellen Ministertreffen in Dublin erneut mit seinen Kollegen über diese Frage sprechen, wenn dann nicht gerade die Beisetzung von Frau Gandhi[16] stattfinde.

AM kündigte an, daß von ägyptischer Seite der Parlamentspräsident[17] an den Trauerfeierlichkeiten in Delhi teilnehmen werde.

AM gab sodann einen Überblick über die ägyptisch-israelischen Beziehungen. Die Haupthindernisse für eine Normalisierung seien die fortdauernde Besetzung des Südlibanon, Taba[18] und die Praktiken in den besetzten Gebieten. Er frage sich, wie unter diesen Umständen ein Treffen zwischen Mubarak und Peres möglich sei. Peres habe einige freundliche Gesten gemacht. Er habe auch erste Schritte zur Verbesserung der Lage der Menschen in der Westbank und in Gaza getan. Er, der AM, habe in New York ein eineinhalbstündiges Gespräch mit Shamir geführt. Bezüglich Tabas habe Ägypten einem Schiedsgerichtsverfahren zugestimmt. Er warte immer noch auf den Beginn eines solchen Verfahrens.[19]

Auf Frage BM: Erschwerend komme hinzu, daß Israel eine schwache Regierung habe. Die Koalitionspartner blockierten sich gegenseitig. Dies sei sehr bedauerlich. Die Freunde Ägyptens, die gute Beziehungen mit Israel hätten, könnten helfen.

BM meinte, daß die Regierung Peres/Shamir sich vor allem auf die Wirtschaft konzentrieren werde.

16 Gesandter Vogeler, Neu Delhi, meldete am 31. Oktober 1984: „Auf PM Gandhi ist am 31.10. nach übereinstimmenden Berichten der indischen Nachrichtenagenturen morgens um 9.20 Uhr in ihrem Haus in New Delhi ein Attentat verübt worden. Frau Gandhi sei durch mehrere Schüsse in den Unterleib schwer verletzt worden und befinde sich in kritischem Zustand im Krankenhaus." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1321; Referat 340, Bd. 127082.
Ein Stunde später teilte Vogeler mit: „Es scheint sicher, daß Attentat von zwei Sikhs aus ihrer Leibwache verübt wurde, die anschließend von anderen Leibwächtern erschossen wurden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1327; Referat 340, Bd. 127082.
Am frühen Abend informierte Vogeler: „Der staatliche indische Rundfunk hat am 31.10. um 18.00 Uhr den Tod von PM Gandhi offiziell bekanntgegeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1329; Referat 340, Bd. 127082.

17 Rifaat al-Mahgoub.

18 Anhang I zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel bestimmte in Artikel I, daß Israel alle seine bewaffneten Kräfte und sein Zivilpersonal spätestens drei Jahre nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag aus dem Sinai zurückziehen werde. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 169. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 238 f.
Vertragsgemäß räumte Israel das besetzte Sinai-Gebiet bis zum 25. April 1982 mit Ausnahme von Taba am nördlichen Ende des Golfs von Aqaba, auf das ein Gebietsanspruch erhoben wurde. Botschafter Hansen, Tel Aviv, teilte am 25. September 1984 mit, Ministerpräsident Peres habe im Anschluß an ein Gespräch mit dem ägyptischen Geschäftsträger erklärt, hinsichtlich Tabas könne er sich einen „territorialen Kompromiß" vorstellen. Der israelische Außenminister Shamir habe im Anschluß an ein Treffen mit dem ägyptischen Außenminister Abdel-Meguid in New York versucht, die „Bedeutung der Taba-Frage herunterzuspielen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1088; Referat 310, Bd. 135753.

19 Am 3. Dezember 1984 teilte Botschafter Hansen, Tel Aviv, mit, in der Frage des Status von Taba scheine Stillstand eingetreten zu sein, was auch auf „erhebliche Unterschiede" in der Haltung von Ministerpräsident Peres und des israelischen Außenministers Shamir zurückzuführen sei. Die Vorstellungen von Peres gingen offenbar „in Richtung einer gemeinsamen israelisch-ägyptischen Wirtschaftsunternehmung in Taba gegebenenfalls unter Beteiligung Dritter – und Einleitung der in Artikel VII Absatz 2 des Friedensvertrages von 1979 vorgesehenen ‚conciliation'". Nach Auskunft der ägyptischen Botschaft sei jedoch für Ägypten die Souveränität über das Gebiet „nicht verhandlungsfähig. Auch sei man nicht bereit, hierfür Vor- oder Gegenleistungen zu erbringen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1391; Referat 310, Bd. 135753.

AM teilte vertraulich mit, daß Mubarak bereit sei, einen israelischen Gesprächspartner zu empfangen. Er wolle damit ein Zeichen guten Willens setzen. Peres müsse ermutigt werden.

Auf die Frage des BM nach der Rolle Saudi-Arabiens bemerkte der AM, daß die saudische Außenpolitik ein niedriges Profil habe. Die Saudis hätten aber König Hussein grünes Licht für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gegeben. Sie hätten seines Wissens keine neuen Friedensvorschläge.

BM warf ein, man frage sich, wer in Saudi-Arabien Politik mache. Von Zeit zu Zeit gebe der Kronprinz[20] erstaunliche Erklärungen ab (zu Israel). Das saudische Verhalten sei schwer zu verstehen.

AM antwortete ausweichend, wir stimmten sicherlich mit ihm überein, daß Saudi-Arabien ein Faktor der Stabilität sei.

BM erkundigte sich nach den Beziehungen zu Syrien und Irak. Er habe mit Interesse den irakischen Botschafter[21] auf dem Flugplatz zur Begrüßung von Präsident Mubarak gesehen.

AM erwiderte, daß Ägypten praktisch keine Beziehungen zu Syrien habe. Ägypten sei besorgt über das syrisch-jordanische Verhältnis. Syrien wolle Ägypten isoliert halten.

Die Beziehungen zu Irak seien ausgezeichnet. Ägypten helfe Irak zusammen mit den italienischen und französischen Freunden.

BM berichtete auf Frage des AM über seinen Besuch in Teheran.[22] Er glaube, daß das Regime relativ stabil sei. In Teheran habe man nicht den Eindruck, sich in einem kriegführenden Land zu befinden. Man wisse in Teheran, daß Iran Irak nicht besiegen könne. Man spreche sehr unbefangen über die Beendigung des Krieges. Dies werde aber nicht über Nacht geschehen. Die ausbleibende Offensive bestärke ihn in seiner Einschätzung. Iran wisse, daß eine Offensive nur mit einer Niederlage enden könne. Die iranische Forderung nach dem Abtritt Saddam Husseins stärke in Wirklichkeit dessen Position.

AM meinte, daß Iran nicht zum Frieden bereit sei, wohl aber Irak. Ägypten könne einen Kollaps Iraks wegen der Folgen nicht hinnehmen.

Zu Syrien fügte AM hinzu, daß Assad die USA gebeten habe, beim Abzug der Israelis zu vermitteln. Die Syrer hofften, für ihr Entgegenkommen einen Preis zu erhalten. Wenn sie keinen Preis erhielten, würden sie nicht kompromißbereit sein. Die Syrer seien gute Händler.

Der Präsidentenbruder Rifaat Assad sei für eine Aussöhnung mit Ägypten. Deshalb habe er gehen müssen.[23] Khaddam hingegen, der 100 Prozent für Hafiz Assad sei, sei ein entschiedener Gegner Ägyptens.

20 Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud.

21 Abdulrazzak Kassim al-Hashimi.

22 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.

23 Botschafter Wöckel, Damaskus, legte am 29. Mai 1984 dar, infolge der längeren Erkrankung von Präsident Assad sei es seit Ende 1983 zu Machtkämpfen zwischen dessen Bruder Rifaat Assad und weiteren führenden Persönlichkeiten gekommen. Präsident Assad habe nun alle Beteiligten zu einem Besuch in die UdSSR geschickt. Offensichtlich sei sein Plan, „durch die Entfernung der Hauptkontrahenten die Lage in Syrien zu entschärfen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 410; Referat 310, Bd. 137541.
Am 31. Oktober 1984 berichtete Wöckel, er gehe davon aus, daß Assad „die Machtfülle seines Bru-

AM ging sodann auf die bilateralen Beziehungen ein. Er brachte zwei Probleme vor: die Räumung von Minen in der westlichen Wüste und das Kernkraftwerk.

BM zeigte Verständnis für das ägyptische Anliegen der Minenräumung[24] und erklärte unsere Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit. Unser Angebot zur Information und Beratung – im Rahmen des Möglichen – sei schon verschiedentlich unterbreitet worden (Beteiligung an der ägyptischen Minenräumungskommission). Die Bundesregierung sei bereit, ägyptische Wünsche im Zusammenhang mit konkreten Projektanträgen im Rahmen der finanziellen oder technischen Zusammenarbeit zu prüfen. BM wies als Beispiel auf eine Privatfirma in Libyen hin.

AM antwortete, daß Ägypten technische Hilfe bei der Minenräumung brauche. Er werde die Frage weiter mit Botschafter Dr. Müller erörtern.

Zur Bürgschaft für das Kernkraftwerk El Dabaa[25] erklärte der *BM*, daß eine Entscheidung der Bundesregierung noch ausstehe.[26]

AM gab anschließend einen Überblick über die innere Lage in Ägypten. Er schilderte die Entwicklung nach den Wahlen.[27] Wirtschaftlich wolle die Regierung exportorientierte Projekte fördern. In einigen Tagen werde eine Waffenausstellung eröffnet. Viele Araber würden erwartet. Sogar Algerien habe positiv reagiert.

Insgesamt sei Ägypten heute ein Synonym für Demokratie, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung. „Wir hoffen auf Ihre Hilfe".

Fortsetzung Fußnote von Seite 1338

ders zwar beschränken, ihn aber nicht auf Dauer entmachten wollte". Mit einer Rückkehr von Rifaat Assad, der sich seit Monaten in der Schweiz aufhalte, werde in den nächsten Wochen gerechnet. Vgl. den Schriftbericht Nr. 722; Referat 310, Bd. 137541.

24 Referat 514 legte am 13. Juni 1983 dar: „In der 1981 von ägyptischer Seite aufgebrachten Minenräumungsfrage haben wir durch beratende Beteiligung an 1. Tagung ägyptischer Minenräumungskommission (März 1983) guten Willen zur Zusammenarbeit gezeigt, ohne uns materiell auf (völkerrechtlich nicht gebotenen) Minenräumungsbeitrag festzulegen. […] Wir haben kein Interesse, Frage unsererseits aufzunehmen." Vgl. Referat 310, Bd. 135732.

25 Ministerialdirigent Ungerer legte am 23. August 1984 dar, die Kraftwerk-Union (KWU) bemühe sich um eine Bürgschaftszusage der Bundesregierung für die Lieferung eines Kernkraftwerks an Ägypten mit einem Auftragswert von 2 Mrd. DM. Der Deckungsantrag, der „einschließlich Finanzierungskosten und kapitalisierter Bauzeitzinsen" ca. 4,8 Mrd. DM umfasse, befinde sich jedoch wegen Ressortdifferenzen „nach wie vor in der Schwebe". Insbesondere BM Stoltenberg habe Risikobedenken. Die ägyptische Regierung dränge auf eine Bürgschaftszusage der Bundesregierung, die Voraussetzung für ein verbindliches Finanzierungsangebot der KWU sei. Die KWU rechne sich gute Chancen bei der Auftragsvergabe gegen französisch-italienische bzw. amerikanische Konkurrenz aus. Vgl. Referat 422, Bd. 140107.
Mit Schreiben vom 29. Oktober 1984 an Bundeskanzler Kohl wies Bundesminister Stoltenberg auf die hohe Verschuldung Ägyptens hin und sprach sich dafür aus, „während des Besuchs von Präsident Mubarak von einer endgültigen Festlegung hinsichtlich der Bürgschaftsübernahme für El Dabaa abzusehen". Vgl. Referat 422, Bd. 140107.

26 Vortragender Legationsrat Karkow teilte am 5. November 1984 mit, in den Gesprächen mit Präsident Mubarak habe Bundeskanzler Kohl betont, daß neben anderen offenen Fragen auch die nach der Wirtschaftlichkeit des Kernkraftwerkprojekts zu beantworten sei. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 102; Referat 422, Bd. 140107.
Am 31. Januar 1985 wurde in der Presse berichtet, daß das Kabinett am Vortag die Übernahme einer Bürgschaft der Bundesregierung beschlossen habe. Vgl. dazu die Meldung „Bürgschaft für ägyptischen Reaktor"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. Januar 1985, S. 11.

27 In Ägypten fanden am 27. Mai 1984 Parlamentswahlen statt.

Auf Frage des BM nach der „Union“ zwischen Marokko und Libyen[28] machte AM einige abfällige Bemerkungen über die sog. „Union“. König Hassan II. gehe es in erster Linie um die Westsahara. In wenigen Tagen werde der OAE-Gipfel stattfinden.[29] 28 afrikanische Staaten hätten die RASD[30] anerkannt. Es bleibe abzuwarten, ob Hassans Rechnung aufgehe.

Gaddafi halte sich nur durch militärische Macht. Im Tschad unterhalte Gaddafi noch 5000 Mann, die nach französischer Meinung desorganisiert seien. Beunruhigend seien die sowjetischen Waffenlieferungen an Libyen, die eine ständige Bedrohung Ägyptens seien.

AM erinnerte an den geflüchteten libyschen MiG-Piloten, der für die Bombardierung des Assuan-Damms ausgebildet worden sei.

BM faßte abschließend zusammen:

Er hoffe, daß die Bundesregierung eine positive Entscheidung über die Bürgschaft für das Kernkraftwerk treffen werde.

Die Europäische Gemeinschaft werde im Nahen Osten nicht inaktiv bleiben. Wir wollten zu den bereits vorhandenen keine neuen Nahost-Pläne hinzufügen. Die Venedig-Erklärung sei eine gute Grundlage für konkretes Handeln.

AM erwiderte, Ägypten arbeite in dieselbe Richtung. Er dankte für unsere Haltung. Ägypten wolle Mäßigung. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern seien exemplarisch.

Referat 310, Bd. 149558

28 Libyen und Marokko schlossen am 13. August 1984 in Oujda einen Unionsvertrag. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 136–140.

29 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 12. bis 15. November 1984 in Addis Abeba statt.

30 République Arabe Sahraouie Démocratique.

292

Botschafter Röding, Warschau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1336 **Aufgabe: 31. Oktober 1984, 17.20 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 31. Oktober 1984, 18.53 Uhr**

Betr.: innere Lage Polens

I. 1) Am gestrigen Nachmittag wurde die Leiche des entführten Priesters Popiełuszko[2] bei Włocławek/Weichsel im Stausee gefunden. Die Nachricht wurde in den Fernsehnachrichten des Abends gegeben. Die Reaktion in Popiełuszkos Kirche war stumme Trauer. Wałęsa hat dazu aufgerufen, auf Demonstrationen etc. zu verzichten und mit Popiełuszkos Grab auch die gegenseitigen Anklagen zu begraben und es zum Ort ehrlichen Dialoges für das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes zu machen. Primas Glemp hat heute die Polen weltweit zum Gebet für das Priesteropfer Popiełuszko aufgefordert. Kirche werde an der Ausübung der Gerechtigkeit festhalten und zugleich für die Totschläger beten. Kirche werde weiter Wege suchen für Anerkennung der Rechte des Individuums und der Gesellschaft in Polen. Die Seelsorge stehe unter der Losung, das Böse mit dem Guten zu besiegen, sich selbst nicht vom Bösen besiegen zu lassen. Primas teilte mir mit, daß die Beisetzung am 3.11.84 von der Kostka-Kirche aus stattfinden soll.[3] Mit unüberschaubarer Beteiligung der Bevölkerung (= ruhige Massendemonstration) wird zu rechnen sein. Polizei hat auch im bisherigen Verlauf im Bereich der Kostka-Kirche sich sehr zurückhaltend gezeigt. Gedenk-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 31. Oktober 1984 vorgelegen.

2 Gesandter Graf von Brühl, Warschau, teilte am 22. Oktober 1984 mit, am 19. Oktober 1984 sei in der Nähe von Thorn der Warschauer Priester Jerzy Popiełuszko von Unbekannten auf der Straße angehalten und entführt worden: „Popiełuszkos Name hat immensen Symbolwert in Polen. Seine monatliche ‚Messe für das Vaterland' ist ein Oppositionstreffen, zu dem Menschen aus dem ganzen Land in die Stanisław-Kostka-Kirche in Warschau-Żoliborz kommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1270; Referat 214, Bd. 133066.
Am 25. Oktober 1984 berichtete Botschafter Röding, Warschau, nach Angaben des polnischen Regierungssprechers Urban seien die Entführer gefaßt. Die Tat sei mit einem Wagen des polnischen Staatssicherheitsdienstes begangen worden. Einer der Täter sei ein Angehöriger der Sicherheitsabteilung des polnischen Innenministeriums. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1294; Referat 214, Bd. 133066.
Röding informierte am 26. Oktober 1984, die Verhaftung von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes habe „das politische Klima im Land besorgniserregend verschärft. Die Regierung spricht von einer politischen Provokation. Jaruzelski verurteilte die Tat vor ZK-Plenum als gegen die Politik der Partei und ihrer Führung gerichtet." Röding führte aus, es bestätige sich immer deutlicher, „daß es sich hier um eine gezielte Provokation vor dem heute begonnenen ZK-Plenum handelt. Der Staatssicherheitsdienst, der in der Vergangenheit schon öfters deutlich gemacht hatte, daß er sich der Kontrolle des Innenministers entziehen kann, scheint mit der ihm verbündeten dogmatischen Fraktion in der Partei unter dem für Sicherheit zuständigen ZK-Sekretär Milewski eine Gelegenheit gesehen zu haben, Minen gegen die politische Richtung Jaruzelskis legen zu können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1303; Referat 214, Bd. 133066.

3 Botschafter Röding, Warschau, berichtete am 5. November 1984, die Beisetzung des ermordeten Priesters Popiełuszko sei „diszipliniert und würdig" verlaufen: „An Feierlichkeit nahmen Vertreter des Staatsrates, des Sejms und der Stadtverwaltung teil. Hunderttausende (Kirche: 250 000, amtl[iche] Nachrichtenagentur PAP: massive Teilnahme) drängten sich in der Umgebung der Kirche in Straßen, Parks und auf Hausdächern." Sowohl der Primas von Polen, Kardinal Glemp, als auch der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, hätten Trauerreden gehalten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1365; Referat 214, Bd. 133043.

pausen in den Betrieben zum Zeitpunkt der Beisetzung (soweit arbeitend) werden in der Opposition noch überlegt. Mit einem weiteren friedlichen Verlauf kann nun gerechnet werden.

II. 1) Ohne Antwort muß noch die Frage über die längerfristigen Auswirkungen des Anschlages bleiben. Die Frage erhebt sich nach dem Handlungsspielraum Jaruzelskis, dem Eigenleben des Staatssicherheitsdienstes, dem Verhältnis Partei–Kirche und der Rolle der Solidarność-Führer. Vorläufig können nur Beobachtungen angeboten werden, die Trends anzeigen könnten.

2) Die zentrale Frage ist die nach dem Ausmaß des Konflikts innerhalb der Partei und des Machtapparates. Tritt ein schwelender Machtkampf in eine höhere (offene) Phase? Jaruzelskis Führung wurde von der innerparteilichen Opposition immer wieder wegen mangelnden Durchgreifens gegen die Opposition und Vernachlässigung der Partei kritisiert (insbesondere während Berichterstattungskampagne des letzten Winters). Namentlich war er allerdings damals nur in Warschau angegriffen worden. Die Durchsetzung der Amnestie[4] war ein Sieg für ihn. Danach vermehrten sich die Anzeichen eines zunehmenden Selbstbewußtseins der innerparteilichen Opposition. Es gab (und wird weiter geben) Versuche, Innenminister Kiszczak als engste Stütze Jaruzelskis aus dem Amt zu drängen. Über Jaruzelskis Ämterhäufung wurde ungeniert Klage geführt. Man versuchte, das Thema des 17. Plenums[5] (Stärkung Staat) zu ändern.

Der Entwurf des Politbüroberichts dazu fand zweimal keine Mehrheit, so daß schließlich in letzter Minute die Konstruktion gefunden wurde, harte „Thesen" des Politbüros vorab zu veröffentlichen, denen ein abgeschwächtes, blasses Politbüroreferat folgte. Darin und in Jaruzelskis Schlußrede wurde vor Fraktionstätigkeit gewarnt. Die Entführung eines der bekanntesten Priester des Landes, Symbolfigur kirchlichen Widerstandes und Arbeiterpriester, vor dem Plenum, gefolgt von gefälschten Demonstrationsaufrufen, erscheint als eine klare Provokation mit dem Ziel, Unruhe zu schaffen und den Fehlschlag der „Verständigungspolitik" Jaruzelskis, die Fortexistenz einer konterrevolutionären Situation zu beweisen. Trotzdem war Jaruzelskis Position noch nicht stark genug, freie Hand für notwendig erachtete personelle Konsequenzen zu bekommen: Sie müssen dem ZK (wo Jaruzelski nur bedingte Mehrheiten hat) zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Eine der Schlüsselfiguren in dieser Auseinandersetzung ist ZK-Sekretär Milewski, im Sicherheitsdienst aufgewachsen (seit 16. Lebensjahr) und nach oben gekommen, 1980/81 kurz Innenminister, davor 1971–80 Vizeinnenminister. Heute ist er zuständig für Sicherheitsfragen und die Kirchenpolitik (Attentäter war ein Referatsleiter in Abteilung Kirche des Sicherheitsdienstes). Milewski ist Dauerkandidat in Personalgerüchten, ohne bisher gefallen zu sein.

Er gilt als Mann Moskaus unter den ZK-Sekretären, er ist der dogmatischen Linie verbunden. Er ist kein Mann, der auch nur entfernt eine Alternative zu Jaruzelski darstellen würde. Er steckte aber hinter den Schwierigkeiten, die die

4 Zur Amnestie am 22. Juli 1984 in Polen vgl. Dok. 199, Anm. 3.
5 Das 17. Plenum des ZK der PVAP tagte am 26./27. Oktober 1984 in Warschau.

Gruppe um Jaruzelski (insbesondere Barcikowski, Rakowski) 1982 hatte, auf den ZK-Plena[6] überhaupt zu Wort zu kommen.

Mit seiner Person verknüpft sich die Frage, ob auch diesmal der Sicherheitsdienst ungeschoren aus der Affäre herauskommen wird. Bisher wagte Jaruzelski nicht, diesen gleichzeitig für seinen Machterhalt im Lande auch wichtigen Apparat anzutasten und sein sich dem Zugriff des Innenministers oft entziehendes, von Milewski gefördertes Eigenleben zu beenden. Die Vorfälle von Bromberg März 1981[7] oder später der Überfall auf das Martinskloster in Warschau 1983[8], der Tod des Schülers Przemyk 1983[9], die Ermordung des Solidarność-Funktionärs Bartoszcze 1984 und andere, weniger eindeutige Fälle blieben für den Sicherheitsdienst folgenlos. Auch jetzt ist der Weg für eine Einzelgängerthese geebnet, auch wenn andererseits nach Hintermännern gesucht wird (in früheren Fällen politischer Morde durch den Sicherheitsdienst wurden die Mörder/Mitwisser sehr schnell hingerichtet, um Hintermänner zu decken). Der Fortgang des Falles Popiełuszko wird zeigen, ob Jaruzelski und Kiszczak nun genügend politisches Durchsetzungsvermögen haben. Jaruzelski ist kein Spielertyp, seine zur Konsolidierung der eigenen Machtposition durchgeführten Schritte waren abgesichert und vorbereitet. Er hat allerdings stets auf beiden Flügeln der Partei kappen müssen, wenn er sich eines Hardliners entledigen wollte.

Schließlich wird hier in Polen immer wieder die Frage der Haltung Moskaus zur Politik Jaruzelskis gestellt. Man erinnert an die Angriffe auf Popiełuszko in der Iswestija (12.9.84)[10] und die unterschwellige Kritik an der mangelnden Härte der Oppositionsverfolgung (z. B. im Fall der zwei Monate Ordnungsstrafe für die amnestierten TKK[11]-Mitglieder Frasyniuk und Pinior[12]). Erinnert wird

6 1982 wurden in Warschau vier Tagungen des Plenums des ZK der PVAP abgehalten: das 7. Plenum am 24./25. Februar, das 8. Plenum am 22./23. April, das 9. Plenum am 15./16. Juli sowie das 10. Plenum am 27./28. Oktober 1982.

7 Am 19./20. März 1981 kam es in Bromberg zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der polnischen Miliz und Mitgliedern der Gewerkschaft Solidarność. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 80.

8 Am 5. Mai 1983 wurde in der Presse berichtet, eine Gruppe von Zivilisten sei am 3. Mai 1983 gewaltsam in das Sankt-Martin-Kloster in Warschau eingedrungen, habe dort mehrere Personen geschlagen und vier Männer entführt, die wenig später freigelassen worden seien. Die Täter seien mit Schlagstöcken der polnischen Miliz ausgerüstet gewesen. Bei den Entführten habe es sich um Mitglieder eines kirchlichen Komitees der Hilfe für politische Häftlinge gehandelt, das in den Räumen des Klosters untergebracht sei. Vgl. dazu den Artikel „Schlägertrupp dringt in Warschauer Kloster ein"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Mai 1983, S. 1.

9 Am 14. Mai 1983 verstarb in Warschau der Abiturient Grzegorz Przemyk. In der Presse wurde dazu berichtet, Przemyk, der Sohn der Schriftstellerin Barbara Sadowska, die im kirchlichen Komitee der Hilfe für politische Häftlinge im Sankt-Martin-Kloster mitarbeite, sei nach einer Abiturfeier zu einer Ausweiskontrolle mitgenommen worden. Zwei Tage später sei er an schweren inneren Verletzungen gestorben, die ihm von Milizangehörigen zugefügt worden seien. Vgl. dazu den Artikel „Glemp bereitet Papst-Besuch in Rom vor"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Mai 1983, S. 2.

10 Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 17. September 1984, in der sowjetischen Tageszeitung „Iswestija" sei am 11. September 1984 unter dem Titel „Die Lektion hat nicht genutzt" ein Artikel zur polnischen Innenpolitik und zur katholischen Kirche erschienen. Darin werde u. a. der Priester Popiełusko als „kriegerisch" bezeichnet. Dieser habe die am 22. Juli 1984 Amnestierten dazu aufgerufen, „sich wieder an die Arbeit zu machen", sie sollten „energischer und schlauer sein, nur keine Angst haben". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3668; Referat 214, Bd. 133049.

11 Tymczasowa Komisja Koordynacyjna.

12 Gesandter Graf von Brühl, Warschau, berichtete am 3. September 1984, in Breslau sei es am 31. August 1984 während einer Gedenkfeier anläßlich des Jahrestags der Abkommen von Stettin bzw. Danzig von 1980 „zur Verhaftung und Verurteilung im Schnellverfahren der beiden amnestierten Solidarność-Führer Frasyniuk und Pinior (zwei Monate Haft) sowie Festnahme einer Anzahl weite-

aber auch daran, daß Wirtschaftsreform in Polen mit Anarchie gleichgesetzt wurde, Planchef und Vizepremier Gorywoda bei seinem Moskau-Besuch im Mai extrem unfreundlich und protokollwidrig behandelt worden sei. Schließlich fiel auf, daß der 40. Jahrestag der polnisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft ziemlich unbeachtet über die Bühne ging (Teilnahme sowjetischer Botschafter[13] an Festakt, Meldung auf Innenseiten). Schließlich waren Jaruzelskis Worte für die Sowjetunion auf dem 17. Plenum nüchtern. Zumindest sind also atmosphärische Zweifel an der sonst sichtbaren Normalisierung der polnisch-sowjetischen Beziehungen erlaubt.

3) Die Regierung braucht die Mäßigung der Bevölkerung durch Wałęsa und die Kirche. Ihre Rolle als Stabilisator des von einem staatlichen Organ in Frage gestellten gesellschaftlichen Friedens ist für die in den Augen der Bevölkerung noch unglaubwürdiger gewordene Regierung unverzichtbar.

Das gewachsene Selbstbewußtsein der Partei gegenüber der Kirche wird dadurch erneut einen Schlag erhalten, der dem Verhältnis Staat–Kirche nur förderlich sein kann. Politisierung und Radikalisierung des niederen Klerus dürften aber durch den Tod des Priestermärtyrers zunehmen und damit langfristig das Verhältnis komplizieren.

Folge dieser Not der Regierung ist auch, daß die alte Solidarność-Führung trotz Verbot erneut organisatorisch öffentlich auftritt, Wałęsa als Solidarność-Vorsitzender zusammen mit der Untergrundführung TKK Kommuniqués veröffentlicht und sich damit zu ihr bekennt. Wałęsa, Onyszkiewicz und Jaworski arbeiten gegen Streiks und Demonstrationen, ihnen haben sich auch Leute von KOR (Michnik) angeschlossen. Diese Entwicklung der Duldung dieser Tätigkeit (vielleicht sogar Hoffnung auf ihre helfenden Effekte) wird nicht leicht rückgängig zu machen sein, auch wenn die Kirche heute nach außen mehr Distanz zu Solidarność als zur Regierung zeigt. Im Bündnis und innerparteilich hilft dies Jaruzelski am wenigsten. In der Bevölkerung könnte er aber durch eine Entmachtung der Hintermänner Vertrauenskapital gewinnen.

[gez.] Röding

Referat 214, Bd. 133029

Fortsetzung Fußnote von Seite 1343

rer Personen“ und zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen: „Die Verurteilung Frasyniuks und Piniors wegen Störung der öffentl[ichen] Ordnung (Niederlegung von Blumen in Begleitung von ca. 30 anderen Personen) hebt ihre Amnestierung (nach bisherigen Erkenntnisstand) nicht auf. Ihre Tat wurde nicht als politische Aktion bewertet, die vergleichbar den amnestierten Straftaten war und die Urteile wiederaufleben ließe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1019; Referat 214, Bd. 133029.

13 Alexander Nikiforowitsch Axjonow.

293

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-360.92 FRA-1732/84 geheim **1. November 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit; hier: Treffen der beiden Außen- und Verteidigungsminister am 29.10.1984 in Bad Kreuznach

Anlagen

Hiermit lege ich ausführliche Niederschrift über das Gespräch der vier Minister vom 29.10.1984 in Bad Kreuznach vor.

An dem Treffen haben teilgenommen: Bundesminister Genscher, Bundesminister Wörner, Staatssekretär Rühl, MD Dr. Pfeffer, Dolmetscher Freudenstein, Außenminister Cheysson, Verteidigungsminister Hernu, Politischer Direktor Andréani, M. Bureau, französische Dolmetscherin.

Die Minister besprachen unter dem Vorsitz des Bundesministers des Auswärtigen drei Fragenkomplexe:

1) die notwendigen Folgearbeiten im Anschluß an das WEU-Ministertreffen in Rom vom 26./27.10.1984;

2) die europäische Bewertung der amerikanischen Strategic Defense Initiative (SDI);

3) die deutsch-französische Rüstungskooperation (insbesondere Beobachtungssatellit).

Die beiden in Bad Kreuznach von Staatssekretär Rühl und mir gemeinsam gefertigten Kurzpapiere zu diesem Treffen liegen bei.[4]

Pfeffer

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. November 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 1. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte: „1) Wir brauchen ein Konzept für WEU. 2) Wir müssen im SDI-Bereich weiterdenken. 3) R[ücksprache]."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rücksprache StS bei BM" verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 3. Dezember 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Durch Aufz[eichnu]ng u. entspr[echende] Bemerkung BM (AZ: 200-369.40 v. 26.11.) erl[edigt]."
Hat Meyer-Landrut am 8. Februar 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl."
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 8. Februar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer, Ministerialdirigent Schauer und Referat 201 verfügte.
Hat Pfeffer am 11. Februar 1985 erneut vorgelegen.
Hat Schauer am 11. Februar 1985 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11986 (201).
Anlage 1 war eine Aufzeichnung des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, und des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Bad Kreuznach, für Bundeskanzler Kohl mit einer Zusammenfassung des Gesprächs der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister

[Anlage]

1) Die notwendigen Folgearbeiten im Anschluß an das WEU-Ministertreffen in Rom vom 26./27. Oktober 1984[5]

BM Genscher: Ich schlage vor, über die Arbeiten zu sprechen, die im Gefolge des WEU-Ministertreffens in Rom nun zu leisten sind. Wir sind uns einig, daß Rom ein Erfolg gewesen ist. Wir sollten uns heute über die Vorstellungen der beiden Regierungen unterhalten, die über Rom hinausführen. In Rom ist z.B. die Frage gestellt worden, ob wir eine Art gemeinsamen Generalstab bilden sollten. Cheysson hat sich dagegen ausgesprochen. In Rom haben die Minister beschlossen, daß bis zur nächsten Ministertagung[6] insgesamt fünf Berichte, vier vom Ständigen Rat und einer vom Generalsekretariat, vorzulegen sind. Wie sieht Frankreich die künftigen Möglichkeiten, die WEU zu nutzen?

Cheysson: Wir sollten Probleme der Rüstungskontrolle, vor allem auch für den Weltraum, in der WEU beraten. Das zweite Thema wäre die Rüstungskooperation. Beide Themen müssen auch in anderen Rahmen, vor allem in der NATO, konsultiert werden. Außerdem geht es darum, über die WEU-Versammlung die Öffentlichkeit stärker an uns zu ziehen. Wir müssen darauf hinwirken, daß sich die Zusammensetzung der Versammlung ändert. Es sollten mehr Abgeordnete in ihr vertreten sein, die in Sicherheitsfragen versiert sind. Wir sollten den Präsidenten Caro in dieser Aufgabe unterstützen.

Frankreich rät dazu, sehr vorsichtig zu sein, was die Erweiterung der WEU angeht. Es ist schwierig genug, das Schiff flottzumachen. Wir können in der WEU nur Länder gebrauchen, welche die gleichen verteidigungspolitischen Konzeptionen haben. Wir können z.B. nicht Länder gebrauchen, die allergisch gegen Kernwaffen sind. Lassen wir sie beitreten, verliert die WEU an Interesse. Griechenland ist ein solcher Fall, aber auch Spanien ist anti-nuklear eingestellt. Spanien wird bald den Beitritt verlangen, um seinen Austritt aus der NATO-Integration zu rechtfertigen. Wir dürfen nichts tun, was diese spanische Absicht fördert. Es geht auch nicht an, daß Spanien der WEU beitritt, um in der WEU über Gibraltar sprechen zu können.

Den double emploi (Doppelarbeit/Doppeldiskussion) in WEU und NATO müssen wir vermeiden. Deshalb wenden wir uns gegen Treffen der Stabschefs. Die Stabschefs treffen sich im NATO-Rahmen. Wären derartige Treffen im WEU-Rahmen überhaupt möglich, ohne eine Veränderung des Vertrags[7]?

BM Genscher: Zur Zusammensetzung der WEU-Versammlung:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1345

Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am selben Tag zur Weiterentwicklung der WEU, den amerikanischen Vorstellungen zu SDI und ihren Auswirkungen auf Europa sowie zur bilateralen Rüstungskooperation, insbesondere zu einem Aufklärungssatelliten. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178890. Anlage 2 war eine Aufzeichnung von Rühl und Pfeffer vom selben Tag für Kohl und Staatspräsident Mitterrand, die ebenfalls eine Zusammenfassung des Gesprächs der vier Minister enthielt. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 130196.

5 Zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 290.

6 Die Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten fand am 22./23. April 1985 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 24. April 1985; AAPD 1985.

7 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

Die Abgeordneten der WEU-Versammlung aus unseren Ländern sind gleichzeitig Mitglieder der Versammlung des Europarats. Diese Personalunion ist ein Problem. Es gibt noch ein weiteres Problem. Sehr häufig gehen Parlamentarier in die WEU-Versammlung, die national nicht oder nicht mehr zum Zuge kommen. Die Zusammensetzung der WEU-Versammlung muß sich ändern; sie wird sich ändern, wenn die WEU eine Belebung erfährt und attraktiver wird.

Beim Zusammentreffen mit den WEU-Parlamentariern in Rom nach dem Ministertreffen dort haben britische Konservative dafür plädiert, die Mittel der WEU zu erhöhen. Das ist nicht der richtige Weg. Das wäre so, wie wenn man die Kirchensteuer erhöhen wollte, um die Gläubigkeit zu erhöhen.

In der gleichen Diskussion mit den WEU-Parlamentariern hat die Passage über „Krisen in anderen Teilen der Welt" in der „Erklärung von Rom"[8] besonderes Interesse gefunden. Die Empfindlichkeit auf sozialistischer Seite ist groß. Claude Cheysson hatte bei der Beratung der Minister das richtige Gefühl, als er dafür eintrat, diesen Punkt von den übrigen abzusetzen.

Was das Thema Rüstungskooperation angeht, so würden wir es gerne auch im Verhältnis zur Rüstungsexportpolitik diskutieren. Die Bundesrepublik Deutschland hat bekanntlich Probleme auf diesem Gebiet. Eine Diskussion über diese Frage im WEU-Rahmen wäre nützlich. Sie könnte uns mehr Bewegungsfreiheit verschaffen.

Deutsche Abgeordnete (ein Abgeordneter der SPD und einer der Grünen) haben die Frage gestellt, wie sich die Bundesregierung nach Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen[9] tatsächlich verhalten werde.[10] Ich habe dem Generalsekretär der WEU[11] zu dieser Frage eine briefliche Mitteilung gemacht. In der Bundestagsdebatte vom 8. November über das Ministertreffen in Rom werde ich diese Erklärung förmlich wiederholen.[12]

Wir müssen uns auch einig werden über die personelle Ausstattung der WEU-Organe. Hier müssen Änderungen eintreten. Es ist nicht vernünftig, daß WEU-Beamte auf Lebenszeit berufen werden. So wird diese Organisation zu einem Altersheim. Wir müssen in der Lage sein, mit dem Wechsel der Aufgaben auch Personen zu wechseln.

Außer den beiden von Cheysson genannten Gebieten werden wir ständig über die West-Ost-Beziehungen sprechen wollen.

Zur Erweiterungsfrage: Wir müssen uns die Kandidaten ansehen. Zwei Länder werden nicht kommen: Griechenland und Dänemark. Es ist möglich, daß sich Spanien meldet.[13] Es wäre jedoch kein Gewinn, wenn Spanien vorhätte, der

8 Vgl. dazu Ziffer 9 der „Erklärung von Rom" vom 27. Oktober 1984; EUROPA-ARCHIV 1984, D 704.

9 Zur Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik am 27. Juni 1984 vgl. Dok. 193, Anm. 3.

10 In einer Bundestagsdebatte am 28. Juni 1984 warf der SPD-Abgeordnete Gansel die Frage auf, ob die Bundesrepublik künftig die Produktion von Raketen größerer Reichweite und von strategischen Bombern anstrebe. Der Abgeordnete Reents (Die Grünen) stellte u. a. die Frage nach möglichen Kooperationsprojekten mit Frankreich bzw. den USA. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 128, S. 5706 bzw. 5711 f.

11 Edouard Longerstaey.

12 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 130, S. 7034.

13 Zur spanischen Haltung zur WEU vgl. Dok. 290, Anm. 15.

WEU beizutreten, um aus der NATO herauszugehen, wie Cheysson vermutet. Mit Portugal ist es anders.[14] Dieses Land hat ein gesundes Verhältnis zum Bündnis. Wieder ein anderer Fall ist Norwegen.[15] Norwegen würde gerne der WEU beitreten. Die Haltung der Mehrheit der norwegischen Bevölkerung in Verteidigungsfragen ist gesund. Aber die Norweger haben große Rücksicht auf die Sowjetunion zu nehmen. Wir müssen die Norweger besonders gut behandeln und pflegen und über die WEU-Entwicklung sorgfältig informieren. Es ist nicht gesagt, ob sie einen Antrag stellen werden.

Cheysson: Zur spanischen Kandidatur ist noch hinzuzufügen, daß Morán darüber klagt, die NATO gewähre keine Hilfsgarantie bei Angriff auf spanische Überseegebiete. Das sei ein schwieriger Punkt im Cortes.

BM Wörner: Wir müssen in der Tat vorsichtig sein, den Spaniern durch einen Beitritt zur WEU ein Schlupfloch aus der NATO zu öffnen.

Cheysson: Wir sollten den spanischen Antrag nicht direkt ablehnen, aber wir müssen wissen, was wir wollen.

Im übrigen ist es nötig, einen neuen WEU-Generalsekretär zu ernennen.[16]

BM Genscher: Das ist richtig. Wir müssen uns die Kandidaten genau ansehen.

Hernu: Wir dürfen die WEU-Organisation nicht einfach umkrempeln, ohne zu wissen, wozu sie uns im einzelnen dienen soll. Wieweit soll die WEU Entscheidungsgremium sein? Zur Beitrittsfrage: Wenn Griechenland um den Beitritt nachsuchen würde, sollte es abgewiesen werden. Die Haltung Papandreous und seine öffentliche Ausdrucksweise sind „zu bizarr“. Er hat sich bei Besuchen im Warschauer Pakt öffentlich gegen die USA geäußert. Gleichzeitig läßt er – von einem Nebelschwall verbaler Anti-Amerikanismen verhüllt – atomgetriebene amerikanische Kriegsschiffe grundsätzlich in griechischen Häfen versorgen.

Aus einem Gespräch mit dem spanischen Verteidigungsminister Serra weiß ich, daß die Spanier aus der NATO-Integration herauswollen. Bei einem Eintritt Spaniens in die WEU würde immer wieder das Problem Gibraltar auftauchen. Nur: Wenn wir Portugal aufnehmen, wird Spanien um so mehr beitreten wollen. Norwegen nimmt in der Tat eine sehr eindeutige Haltung in Verteidigungsfragen ein[17], nicht zuletzt wegen der sowjetischen U-Boot-Operationen vor seinen Küsten und in seinen Hoheitsgewässern.

BM Genscher: Norwegen ist eben ein Frontlinienstaat.

14 Zum portugiesischen Antrag auf Mitgliedschaft in der WEU vgl. Dok. 290, Anm. 6.

15 Zur norwegischen Haltung zur WEU vgl. Dok. 290, Anm. 16.

16 Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 4. November 1984, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, habe ihm am Rande der deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach mitgeteilt, nach französischer Kenntnis gebe es gegenwärtig zwei Kandidaten für die Nachfolge des WEU-Generalsekretärs Longerstaey, nämlich den Abteilungsleiter im belgischen Außenministerium, Cahen, sowie den Staatssekretär im niederländischen Außenministerium, van Eekelen. Allerdings wünsche Longerstaey eine Verlängerung seiner Amtszeit, obwohl er im Dezember sein 65. Lebensjahr vollende und damit aus dem belgischen auswärtigen Dienst ausscheide. Beide Kandidaten hätten die Rückendeckung ihrer Regierungen. Frankreich bevorzuge eine Ernennung Cahens. Vgl. dazu Referat 200, Bd. 148655.
Cahen wurde am 23. April 1985 zum neuen WEU-Generalsekretär ernannt. Vgl. dazu den Artikel „Die WEU sucht nach einer gemeinsamen Position zur SDI“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. April 1985, S. 1 f.

17 Korrigiert aus: „an“.

Hernu: Wir sollten die beiden nächsten Ministerratssitzungen der WEU abwarten. Die Sieben müssen sich zunächst konsolidieren. Vielleicht kann man eine Demarche in Madrid unternehmen und der spanischen Regierung empfehlen, nicht mit einen Beitrittsantrag vorzupreschen.

BM Genscher: Essentiell ist, daß die Spanier nicht mit dem Hintergedanken umgehen, der WEU beizutreten, um sich aus der NATO zurückzuziehen. Ich glaube nicht, daß Portugal einen sofortigen Beitritt erwartet. Portugal hat seinen Antrag eher in der Perspektive des EG-Beitritts[18] gestellt. Damit kommt man zeitlich in die Nähe des spanischen Referendums[19] (zur Mitgliedschaft in der NATO).

Für die Belebung der WEU kann die öffentliche Diskussion über den Beitritt anderer durchaus vorteilhaft sein. Daß andere Länder den Beitritt erwägen, zeigt bereits die Richtigkeit unserer Grundsatzentscheidungen und die Attraktivität einer wiederbelebten WEU. Das mag auch die heftige Reaktion der Sowjetunion[20] mit erklären. Die SU hatte offenbar gehofft, daß Europa mit der Belebung der WEU eher auf Distanz zur USA gehen werde. Die Stärkung der europäischen Identität und die Stärkung des Bündnisses durch die WEU-Belebung – unsere Fundamentalmaxime – sind der Sowjetunion höchst unwillkommen. Deshalb hat sie nun begonnen, auf die Bundesrepublik Deutschland einzuschlagen; deshalb ist es so wichtig, daß wir die zu fließen beginnende Grundströmung in die richtige Richtung leiten.

Das nächste WEU-Ministertreffen sollte nicht zu spät im Frühjahr 1985 liegen. Mai und Juni sind bereits voller Termine (z. B. Weltwirtschaftsgipfel in Bonn[21] und die NATO-Frühjahrstagung in Lissabon[22]). Der April wäre für das nächste WEU-Ministertreffen ein guter Monat. Dann hätte dieses Treffen auch den gehörigen Abstand von der NATO-Frühjahrstagung.

18 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 284, Anm. 3 und 4.
Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 14. November 1984 mit, in der EG-Ministerratstagung am 12./13. November 1984 sei „trotz zweitägiger, intensiver Beratungen, die überwiegend im engsten Rahmen geführt wurden, kein Einvernehmen über zur Vorbereitung der angestrebten ‚Schlußrunde' am 26.–28.11. notwendige Entscheidungen oder Orientierungen in Schlüsselfragen des Beitritts (Fischerei, Landwirtschaft)" erreicht worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3423; Referat 410, Bd. 130409.

19 Zum beabsichtigten Referendum über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 26, Anm. 2.

20 Referat 213 erläuterte am 22. Oktober 1984: „Die gegenwärtigen Bemühungen um eine Wiederbelebung der WEU sowie insbesondere die Frage der Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland sind zwar bisher noch nicht von der sowjetischen Führung selbst kritisch behandelt worden. Die sowjetischen Medien verdeutlichen jedoch folgende sowjetische Position: […] Die geplante Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO werde zu Veränderungen des Kräfteverhältnisses führen und das Wettrüsten in Europa, besonders im konventionellen Bereich, fördern. […] Speziell Frankreich handele mit seiner Bereitschaft, sicherheitspolitische Bestimmungen des deutsch-französischen Vertrages zu nutzen, um zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland die treibende Kraft der westeuropäischen sicherheitspolitischen Integration zu bilden, historisch verantwortungslos. […] Die sechs der WEU angehörenden Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften befaßten sich völkerrechtswidrig im Rahmen der EG auch mit sicherheitspolitischen Fragen. […] Die Aufhebung der letzten Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland stelle eine besondere Gefahr dar, da Bonn hierdurch nicht nur Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen, sondern auch Möglichkeiten zu deren Produktion erhalte." Vgl. Referat 213, Bd. 139367.

21 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 statt.

22 Zur NATO-Ministerratstagung vom 5. bis 7. Juni 1985 in Lissabon vgl. die Drahtberichte Nr. 9/10 bzw. Nr. 11 des Botschafters Wieck, z. Z. Lissabon, vom 7. Juni 1985; AAPD 1985.

BM Wörner: Eines ist besonders wichtig: Wir haben mit viel Aufwand und publizistischem Echo einen neuen Anlauf genommen. Dabei haben wir sicher Erwartungen geweckt, und wir haben diese Erwartungen durch die Erklärungen von Rom und nationale Äußerungen noch verstärkt. Es darf nicht dazu kommen, daß bei der nächsten Sitzung des Rats, die ja keine Jubiläumssitzung, sondern die erste Routinesitzung sein wird, nichts Nennenswertes auf dem Tisch liegt. Wir müssen uns deshalb darüber unterhalten, was wir als ersten Gegenstand besprechen wollen. Wenn nur ein allgemeiner Tour d'horizon abgehalten wird, sinkt das Interesse wieder zurück: Wir hätten es mit der alten WEU zu tun.

Cheysson hat angeregt, daß wir uns über SDI unterhalten. Das wird sich lohnen. Je länger man über die Frage nachdenkt, desto komplizierter wird sie. Ob dieses Thema allerdings unser erstes Thema sein sollte, wage ich zu bezweifeln. Die Stellungnahme der Europäer zu SDI kann nicht unkritisch sein. Wenn aber die erste Diskussion gleich kritisch, für den einen oder anderen sogar anti-amerikanisch würde, so wäre das eine gewisse Gefahr. Als Startschuß ist dieses Thema also ungeeignet. Hat die französische Seite schon konkrete Vorstellungen?

Hernu: Der Vorschlag, das nächste Ministertreffen im April 1985 abzuhalten, bereitet Schwierigkeiten. Es könnte uns vorgeworfen werden, das WEU-Treffen werde zur Vorbereitung des NATO-Ministertreffens benutzt.

BM Genscher: Aus diesem Grunde habe ich von dem gehörigen Abstand zwischen diesen beiden Ministertreffen gesprochen. Wenn das NATO-Ministertreffen Anfang Juni stattfindet, so kann niemand den erwähnten Vorwurf erheben, ebensowenig wie ein solcher Vorwurf im Falle des WEU-Treffens in Rom vor der NATO-Ministersitzung im Dezember[23] erhoben werden kann.

Cheysson: Welches sollte das konkrete Thema der nächsten WEU-Sitzung sein? Ich sähe gerne ein Abrüstungsthema.

BM Genscher: Auch die technologische Kooperation wäre ein guter Gegenstand. Fortschritte beim deutsch-französischen Gipfel[24] wären hilfreich. Ich bin einverstanden, daß wir ein Abrüstungsthema aussuchen. Mir wäre sehr an dem weltweiten Verbot der chemischen Waffen als Thema gelegen; es ist vordringlich und aktuell.

Cheysson: Das nächste WEU-Ministertreffen sollte in sechs Monaten sein. Die Vorbereitung durch den Generalsekretär und den Ständigen Rat müßte bis dahin zu schaffen sein.

BM Genscher: Wenn wir den beiden Regierungschefs über diese unsere Sitzung berichten, sollten wir auch vorschlagen, daß sich der Bundeskanzler und Präsident Mitterrand positiv zur WEU-Belebung äußern. Deutschland und Frankreich haben sich am stärksten für die WEU eingesetzt. Beide sollten die Geburt des neuen Kindes begrüßen.

2) Strategic Defense Initiative – SDI

BM Wörner: In den USA hat sich eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen. (Sie mindert einige unserer Probleme und schafft einige neue.) Es wird immer

23 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

24 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach vgl. Dok. 294.

deutlicher, daß es den Amerikanern darum geht, ihre Offensivwaffen durch SDI zu schützen. Von einem absoluten Schutz, einem undurchdringlichen Dach über den USA ist nicht mehr die Rede. Nicht mehr der Schutz der Städte, sondern die erhöhte Überlebensfähigkeit der Interkontinentalraketen ist geplant.

Die USA betonen, daß Europa in den Schutz mit eingeschlossen werden solle. Am Rande der NPG-Sitzung in Stresa[25] hat Weinberger mir gesagt, die USA arbeiteten schon daran, Abwehrsysteme gegen Raketen kürzerer Reichweite (ATM = Anti-tactical Missiles) zu entwickeln. Erschreckt durch unsere Kritik, betonten sie ihren Willen zur Konsultation.

Zum industriepolitischen Aspekt von SDI: Die USA haben 25 Milliarden Dollar für einen Zeitraum von fünf Jahren für Forschung und Entwicklung bereitgestellt. Unsere Industrie sagt, am Ende der fünf Jahre würden die USA die Europäer auf einigen Gebieten der Hochtechnologie (Laser, Elektronik, Sensoren) sehr stark ins Hintertreffen gebracht haben, es sei denn, die Europäer partizipierten an den amerikanischen Arbeiten. Ich weiß noch nicht, wie wir reagieren sollten. Es ist ausgeschlossen, daß die Europäer ein eigenes Programm dieser Größenordnung in Gang setzen. Die Japaner werden sich an dem US-SDI beteiligen. Wie denkt die französische Industrie, wie die französische Regierung hierüber?

Hernu: Ich glaube, daß sich die amerikanischen Vorhaben seit der sog. „Star Wars"-Rede des Präsidenten[26] sehr rasch entwickelt haben. Das alles läuft auf eine neue Doktrin hinaus. Wenn die USA den Schutz vor allem ihrer Interkontinentalraketen suchen, so bedeutet dies keinen Schutz für uns. Das Risiko der Abkoppelung ist deshalb sehr groß. Die Abschreckung wird abgeschwächt. Frankreich wird alles tun, um die Durchdringfähigkeit seiner Systeme zu erhalten. Wenn es die SDI gibt, braucht Frankreich neue Führungssysteme für die Force de dissuasion. Diese Anstrengung könnte über ein Viertel des französischen Verteidigungsbudgets verbrauchen und Kürzungen bei den konventionellen Streitkräften hervorrufen. Die ganze Frage muß auch vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß die Sowjets pausenlos SS-20 dislozieren, so daß wir mit einer Endsumme von 500 rechnen müssen.

Cheysson: Ich fühle mich einigermaßen verloren auf diesem Gebiet. Die Erklärungen der Amerikaner sind widersprüchlich. Vom Dach über den Kontinenten ist nicht mehr die Rede, sondern nur mehr von der Verteidigung von Punktzielen. Es ist auch einleuchtend, daß ein Vier-Stufen-Abwehrsystem für eine Rakete mit langer Flugzeit dichter ist als für Raketen mit kurzer Flugzeit. Noch aufregender ist die Tatsache, daß nur 60–80% der sowjetischen Raketen erfaßt werden können. Bei der schon erreichten nuklearen Hochrüstung ist diese Quote unbefriedigend. Auch befürchte ich, daß der Mensch immer weniger Platz im Entscheidungsprozeß haben wird (Verdrängung durch Computer). In Europa sind Destabilisierungseffekte zu besorgen. Die Leute werden fragen, warum man noch Pershing II installiert, warum man überhaupt noch so viel Geld für die Ver-

25 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12. Oktober 1984 vgl. Dok. 277.

26 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

teidigung ausgibt. Daraus kann eine große politische Gefahr erwachsen. Auch ist nicht sicher, ob der amerikanischen Regierung die riesigen Aufwendungen (etwa 100 Milliarden Dollar) auch tatsächlich im Kongreß bewilligt werden.

Hernu: SDI wird ein schwieriges Thema für die Rüstungskontrolle sein. Die Verifikation wirft große Probleme auf; das System wird wahrscheinlich destabilisierend wirken.

BM Wörner: Die USA behaupten, es sei nicht besonders schwierig, Mittelstrekkenraketen im Endflug zu bekämpfen. Das lasse sich mit einer besonderen Version von „Patriot" schaffen. Hier wird sich spezifisch die Frage erheben, ob wir uns beteiligen wollen. Ich habe noch keine Antwort auf diese Frage. Wir müssen sie aber relativ rasch beantworten. Dies ist eine militärpolitische, aber, wie schon gesagt, auch eine industriepolitische Frage.

BM Genscher: Noch nie hat mich eine Entwicklung so beunruhigt. Wir haben es mit einem auf zunächst fünf Jahre ausgelegten amerikanischen Forschungsprogramm zu tun. Ich weiß nicht, ob es am Ende dieser Jahre ein SDI-System geben wird, aber eines ist sicher: Die USA werden technologisch mit diesem Programm einen gewaltigen Sprung nach vorn tun, und wir werden weit zurückgeworfen. Das gilt auch für die Japaner. Zur Frage der Beteiligung: Würden uns die USA wirklich an den „Spitzenentwicklungen" beteiligen?

Auf das höchste beunruhigt bin ich über die konzeptionelle Kehrtwendung der Amerikaner innerhalb weniger Monate. Zunächst war vom Dach die Rede, jetzt von der Verteidigung von Punktzielen. Vielleicht steht uns noch eine dritte Konzeption bevor. Solche Sprünge, welche die Doktrin berühren, bereiten große Sorge. Es ist eine weite Spanne zwischen einer PR-Ankündigung (Waffen, die alle anderen Waffen überflüssig machen) bis hin zu einer umgekehrten ABM-Philosophie. Wenn man nicht das ganze Land schützen will oder kann, wie sieht es dann in der Anfangs-Flugphase aus? Kann man das Ziel schon bekämpfen, ohne daß man dessen Ziel kennt? Bei ABM ist das anders. Hier geht es um die Bekämpfung in der Endphase, wenn das Ziel der anfliegenden Rakete klar ist. Die SU und die USA sind dabei zu erforschen, was geht; aber die Auswirkungen dessen, was geht, auf den Abschreckungsverbund werden erst dann untersucht werden können, wenn man weiß, was geht. Man muß sich die psychologischen Effekte vorstellen, wenn unsere Bevölkerungen erkennen: Die Pershing-Stellungen werden beschützt, die Städte nicht. Deshalb müssen wir uns schnell geistige Klarheit verschaffen. Und in der Tat, was wird aus der Force de dissuasion?

Hernu: Die Amerikaner sehen wohl ein, daß sie ihre militärischen Installationen in Europa schützen müssen, vor allem in Deutschland. Vielleicht folgt daraus, daß sie die ganze Bundesrepublik Deutschland schützen müssen, vielleicht sogar Frankreich und Deutschland.

Cheysson: Trifft es zu, daß bei Einrichtung von SDI ein Wettrüsten in CBMs[27] einsetzen würde?

BM Wörner: Das ist nicht anzunehmen, denn CBMs können leichter bekämpft werden als ballistische Raketen.

27 Conventional Ballistic Missiles.
So in der Vorlage.

BM Genscher: Wenn ein 100%iger Schutz (auch für eine Raketenstellung) nicht möglich ist, dann beginnen die Overkill-Kapazitäten wieder zu zählen. Das widerspricht der ganzen nuklearen Abschreckungs-Philosophie Frankreichs. Wenn die USA ihre SDI-Technologie der SU zur Verfügung stellen – angenommen, dies ist ein ernsthaftes Angebot[28] –, würden sich die beiden Supermächte defensiv wieder die Waage halten. Aber selbst wenn dies nicht geschieht, wird die SU mit einiger Verzögerung den Vorsprung wahrscheinlich aufholen.

3) Rüstungskooperation (Beobachtungssatellit)[29]

Hernu (nach kurzer, mehr technischer Diskussion über das neue Kampfflugzeug[30]: Triebwerkfragen, Gewicht; Notwendigkeit, die Kosten nicht explodieren zu lassen): Der französische SAMRO[31]-Satellit soll 1992 eingeführt werden. Das deutsch-französische Protokoll müßte vor dem 31.12.1984 unterzeichnet werden, wenn der Zeitplan eingehalten werden soll. Bis spätestens Mitte 1985 wäre der Abschluß des Kooperationsvertrages notwendig.

BM Wörner: Wir sind uns mit Ihnen einig, daß europäische Anstrengungen in bezug auf den Weltraum notwendig sind. Hierbei spielen die deutsch-französischen Bemühungen eine zentrale Rolle.

Wenn wir gegenüber den USA wettbewerbsfähig bleiben wollen, müssen wir eigene Spitzentechnologien entwickeln. Sie werden uns auch wichtigen Spin-off bescheren. Wir sind in Deutschland in einer intensiven interministeriellen Diskussion über den gesamten Fragenkomplex begriffen. Wir wollen alle Möglichkeiten prüfen, um zusammen mit Frankreich und möglicherweise anderen europäischen Staaten voranzukommen. Wir müssen auch Ariane[32] und die Weltraumstation[33] in diese Überlegungen einbeziehen, obwohl diese Projekte nicht Thema von uns vier Ministern sind. Es gibt hier ein fundiertes deutsches Interesse an einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit; das wird auch der Bundeskanzler dem französischen Staatspräsidenten sagen.

Was nun das spezielle Thema des Beobachtungssatelliten betrifft, der Frankreich besonders interessiert, so hat das Bundesministerium der Verteidigung Untersuchungen über den Bedarf angestellt und über die Möglichkeiten, die

28 Präsident Reagan erklärte am 21. Oktober 1984 in Kansas City/Missouri während einer Debatte mit dem Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei, Mondale, auf die Frage nach früheren Äußerungen, wonach er bereit sei, die SDI-Technologie mit der UdSSR zu teilen: „Why not? […] But why not do what I have offered to do and asked the Soviet Union to do? Say, ‚Look, here's what we can do. We'll even give it to you. Now, will you sit down with us and once and for all get rid, all of us, of these nuclear weapons and free mankind from that threat?' I think that would be the greatest use of a defensive weapon." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 1602.

29 Zu einer möglichen deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 288, besonders Anm. 17.

30 Zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens bei der Entwicklung eines Jagdflugzeugs für die neunziger Jahre („Jäger 90") vgl. Dok. 288, Anm. 27. Leitender Baudirektor Schreiber, Paris, informierte am 14. Dezember 1984: „Es scheint mir, daß seitens der französischen Industrie versucht werden wird, die Briten aus dem Programm herauszudrängen, um letztlich die Führungsrolle im Programm übernehmen zu können. Dies würde bedeuten können, daß Frankreich – technologisch dominant – sozusagen ein französisches Flugzeug mit deutscher Beteiligung und italienischen und spanischen Unterlieferanten anstrebt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2863; Referat 209, Bd. 130022.

31 Satellite militaire de reconnaissance et d'observation.

32 Zur Trägerrakete vom Typ „Ariane" vgl. Dok. 30, Anm. 8.

33 Zum deutsch-italienischen Projekt einer bemannten Raumstation „Columbus" vgl. Dok. 31.

sich uns aus einer solchen Kooperation bieten. Ich muß ganz offen sagen, hier sind Fragezeichen gesetzt worden. Unsere Überlegungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1) Ein Satellit, der mit optischen Sensoren arbeitet, ist wetterabhängig. Es erhebt sich die Frage, ob ein solcher Satellit in den 90er Jahren noch als modern gelten kann. In der Entwicklung sind bereits neue Wege eingeschlagen.

2) Frankreich arbeitet schon seit acht Jahren an dem Satelliten. Der deutschen Industrie ist nur eine bescheidene Beteiligung angeboten. Das gilt vor allem für den „interessanten Teil". Das Angebot ist auch zu modest, gemessen an der von Frankreich vorgeschlagenen finanziellen Beteiligung Deutschlands.

3) Der Spin-off wird, da der SAMRO-Satellit nicht sehr modern ist, kaum groß sein. Bei einem wetterunabhängigen Satelliten sieht das anders aus.

4) Wenn man ein eigenes neues Aufklärungssystem haben will, um den Raum des Warschauer Pakts zu überschauen, braucht man mehr als zwei Satelliten. Hier stellt sich die Frage des Bedarfs. Wenn wir unabhängig von den USA werden wollen, reichen die geplanten zwei Satelliten nicht aus, zumal ihre Technologie veraltet ist. Wenn man mit zwei Satelliten militärisch nicht auskommt, reichen natürlich auch die veranschlagten 2 Mrd. DM nicht.

5) Für die Bodenoperationen braucht man 1100 bis 1200 Mann. Es ist zu bezweifeln, ob dieser personelle Aufwand gerechtfertigt ist angesichts des bescheidenen militärischen Nutzens des SAMRO-Satelliten.

Fazit: Deutscher Einstieg in dieses weit fortgeschrittene Projekt kostet uns mehr, als es uns technisch und militärisch bringt. Wenn Frankreich nicht auf das SAMRO-Projekt fixiert ist, könnte man gemeinsam über eine andere Lösung nachdenken.

Hernu: Dann wären Beobachtungen selbst durch dichte Wolken hindurch möglich. Ich weiß nicht, ob dieses Problem heute schon in Frankreich technisch bewältigt werden kann. Sind Sie so weit? Die USA sind davon überzeugt, daß dies eines Tages möglich sein wird.

Wenn wir uns auf den ersten (SAMRO-)Satelliten einigen, werden wir nach einiger Zeit auch die zweite Generation zusammen in Angriff nehmen können. Die Zusammenarbeit in der zweiten Generation wird schwieriger, wenn wir nicht schon beim ersten Satelliten zusammengearbeitet haben. Die USA werden nicht viel schneller vorwärtskommen. Wenn eines Tages sowjetische und amerikanische Verbände aus Europa abrücken, werden die beiden Supermächte die Abflüsse durch ihre Satelliten verifizieren. Wir Europäer sollten dann auch dazu in der Lage sein.

Was die Kostenfrage und die Arbeitsteilung angeht, so bin ich für eine faire Lösung.

BM Wörner: Es ist richtig, daß die USA zur Zeit nur optische Beobachtungssatelliten haben, daß sie also bei schlechtem Wetter nicht sehen können. Wir wissen aber, daß die Amerikaner an der Schlechtwetter-Aufklärung arbeiten. Die nächste Satelliten-Generation wird weit größere Fähigkeiten haben als die heutige. Unsere Industrie sagt, sie sei bei entsprechender finanzieller Ausstattung in der Lage, einen Satelliten der nächsten Generation bis Mitte der neunziger Jahre zu entwickeln. Ich glaube dies und frage mich, ob es klug ist, 1985 einen Sa-

telliten zu produzieren, der in wenigen Jahren überholt sein wird. Hinzu kommt folgendes: Mein Budget ist ausgeplant. Ich kann nicht zwei verschiedene Satelliten herstellen helfen (erste und zweite Generation). Deshalb ist es besser, daß wir uns auf die Zukunft einstellen. Sonst produzieren wir ständig hinter den USA her. Angenommen also, ich hätte das Geld, dann ist es besser, den neuen Satelliten anzuvisieren.

Im übrigen: Läßt der Stand der französischen Vorarbeiten am SAMRO-Projekt überhaupt noch zu, Entscheidendes zu ändern? Wie stark kann die industrielle Beteiligung Deutschlands sein, gerade auch in Verbindung mit der vorhergehenden Frage? Wir sind daran interessiert, nicht nur Fertigungsaufträge zu bekommen, sondern in der Spitze angemessen zu partizipieren. Wenn das Projekt schon sehr weit fortgeschritten ist, dürfte das kaum möglich sein. Ich fasse unsere Haltung zusammen: Wir wollen

– die Technologie von morgen,

– eine angemessene deutsche Industriebeteiligung,

– Klarheit über die Kosten.

Wir brauchen für unsere Entscheidungen mehr Informationen von französischer Seite.

BM Genscher: Wenn ich es richtig sehe, läuft das französische Angebot zum SAMRO-Projekt auf eine deutsche Industriebeteiligung von 25% bei einer deutschen Finanzbeteiligung von 50% hinaus. Die Bedenken unseres Bundesministers der Verteidigung richten sich gegen das konkrete Projekt SAMRO, nicht gegen die Sache an sich, also nicht gegen die deutsch-französische Zusammenarbeit in bezug auf den Weltraum und besonders bei einem Beobachtungssatelliten.

Hernu: Frankreich will so schnell wie möglich einen Beobachtungssatelliten haben, und zwar noch im Jahre 1992; der neue Satellit soll dann etwa ab 1995 arbeiten (sic). Wenn Deutschland beim ersten Satelliten nicht mitmacht, wird Frankreich allein vorangehen. U. a. werden alle französischen Kriegsschiffe an diesen Satelliten angeschlossen. Ich schlage deshalb vor, die deutsch-französische Arbeitsgruppe weiter arbeiten zu lassen. Die französische Seite wird weitere Informationen zum ersten Satelliten zur Verfügung stellen. Wenn man in das erste Projekt noch mehr hineinpackt, wird es zu stark verzögert.

BM Genscher: Ist das Jahr 1992 ein politisch oder technisch gesetzter Termin?

Hernu: Ein technischer. Im übrigen: Wenn wir den zweiten Satelliten gemeinsam bauen wollen, müssen wir jetzt schon darüber zu sprechen beginnen.

BM Wörner: Ich stelle fest: Frankreich hat einen solchen Vorsprung beim SAMRO-Projekt, daß Modifikationen nicht mehr möglich sind. Es wäre aber der deutschen Bevölkerung schwer verständlich zu machen, daß wir 50% zahlen und dafür nur eine 25prozentige Industriebeteiligung erhalten sollten. Ganz abgesehen davon, daß ich überhaupt nicht zahlen kann.

Hernu: Es ist gut, daß wir über diese Frage so offen sprechen. Die Rüstungsdirektoren haben sich bereits lange über sie unterhalten. Daß Deutschland 50% bezahlen soll, ist nicht richtig. Ich hielte 25% Kostenanteil von Deutschland, 75% von Frankreich für fair. Sodann sollte die Zusammenarbeit für den zweiten Satelliten beginnen.

Cheysson: Es muß in der Tat ein „juste retour“ gegeben sein. Es ist politisch wichtig, bis zu einem absehbaren Zeitpunkt einen deutsch-französischen Beobachtungssatelliten auf die Bahn zu bringen. Wir würden auf den Beobachtungen strategische Entscheidungen gründen. In der Kernwaffen-Technik können Frankreich und Deutschland nicht zusammenarbeiten. In der Weltraum-Technik und im Satelliten-Bereich, also bei noch höheren Technologien, hindert uns nichts. Ich weiß nicht genau, was europäische Verteidigung ist, wohl aber, was die konkrete deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung bedeutet. Darunter kann ich mir etwas vorstellen. Der gemeinsame Satellit hat für mich deshalb eine symbolische Bedeutung. Das kann durchaus der zweite Satellit sein.

BM Wörner: Sollen wir in den Weltraum vorstoßen? Noch kann ich keine Versprechen abgeben wegen Projekten, deren Kosten ich nicht kenne. Es ist schwer, sich auf den zweiten Satelliten festzulegen, bevor der erste fliegt. Eine Verpflichtung, einen Satelliten zu bauen, bevor die Arbeitsgruppe genauere Daten und klare Kostenvorschläge produziert hat, kann ich nicht eingehen.

BM Genscher: Die USA werden einen wetterunabhängigen Satelliten haben. Die strategischen Interessen Europas verlangen, daß auch wir über einen solchen Satelliten verfügen. Wir können uns nicht nur auf die Augen der USA verlassen. Diese Antwort müssen wir heute geben, nicht erst in zehn Jahren. Wenn wir uns jetzt gegen den ersten (wetterabhängigen) Satelliten entscheiden müssen, sollten wir uns gleichzeitig für den zweiten (wetter-unabhängigen) Satelliten entscheiden.

BM Wörner: Wir sollten in der Tat nicht nichts tun. Aber ich kann auch nichts ins Blaue versprechen. Ich trete deshalb für den Mittelweg wie Hernu ein. Wir müssen nachdenken und in der Studiengruppe weiterarbeiten. Ich habe dabei auch immer meinen Etat im Auge.

Hernu: Die USA haben noch keinen Allwetter-Satelliten, aber sie arbeiten an dieser Aufgabe. Sie wollen eine große Anzahl dieses Satellitentyps über Mitteleuropa stationieren. Die USA werden uns sicher keine Informationen über ihre neue Technologie geben. Ich schlage deshalb vor, daß unsere Rüstungsdirektoren im kleinsten Kreise (oder besser noch allein) genaue Informationen austauschen. Im übrigen gibt es in Frankreich auch schon Studien für einen zweiten Satelliten.

P.S. In einem anschließenden Gespräch BM Wörner–StS Rühl–MD Pfeffer stellte der Bundesminister der Verteidigung folgendes fest:

Frankreich ist weit voraus, aber Frankreich ist für die nächste Generation auf die optische Sensoren-Technik festgelegt und industrietechnisch zeitlich gebunden. Frankreich hat bereits über 5 Mrd. Francs für das SAMRO-Projekt ausgegeben. Aus deutscher Sicht können wir uns in diesem fortgeschrittenen Stadium dem SAMRO-Projekt nicht mehr anschließen. Es fragt sich, wie wir dies nach außen darstellen, im Plenum des Gipfels und gegenüber der Öffentlichkeit. Wir müssen wohl sagen, daß Einverständnis darüber hergestellt worden ist zu prüfen, welche Möglichkeiten mittel- und langfristig bestehen, einen Beobachtungssatelliten moderner Technologie zusammen mit Frankreich zu produzieren. Die Herren Rühl und Pfeffer wurden gebeten, auf dieser Grundlage eine Kurz-Information über das Gespräch der vier Minister und eine Vortragsunterlage (Ple-

num) für den Bundesminister des Auswärtigen anzufertigen (vgl. Anlagen 1 und 2).

VS-Bd. 11986 (201)

294

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow

012-312.74 VS-NfD **2. November 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 104 Ortex

Zu den deutsch-französischen Konsultationen der Staats- bzw. Regierungschefs am 29./30.10.1984 in Bad Kreuznach.

1) Der 44. Gipfel war vom Geist der bewährten Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen D und F geprägt.

Bundeskanzler wurde begleitet von BM Genscher, BMF[2], BMWi[3], BMVg[4], BMPost[5], BMFT[6] sowie vom Koordinator, Frau Dr. Wex, MdB, die mit ihren frz. Kollegen getrennte Gespräche führten.

2) BK und Präsident behandelten Stand und Perspektiven der europäischen Einigung. Sie bekräftigten erneut das Ziel, die europäische politische Union zu schaffen. In diesem Zusammenhang erörterten sie den Stand der Arbeiten des

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Trumpf am 13. November 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Stoltenberg und der französische Minister für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt, Bérégovoy, erörterten die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik und Frankreich sowie die Weltwirtschaftslage, ferner den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu die undatierte Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen; Referat 202, Bd. 140668.

3 Im Gespräch des Bundesministers Bangemann mit der französischen Ministerin für Restrukturierung und Außenhandel, Cresson, wurden Kreditfragen im Bereich der OECD besprochen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 29. Oktober 1984; Referat 202, Bd. 140668.
Im Beisein des französischen Ministers für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt, Bérégovoy, befaßten sich Bangemann und Cresson mit der Einführung abgasarmer Autos. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 29. Oktober 1984; Referat 202, Bd. 140668.
Mit dem französischen Kulturminister Lang besprach Bangemann Fragen der Medienpolitik sowie den französischen Vorschlag einer europäischen Bibliothek. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 29. Oktober 1984; Referat 202, Bd. 140668.

4 Manfred Wörner.

5 Christian Schwarz-Schilling.

6 Bundesminister Riesenhuber und der französische Minister für Forschung und Technologie, Curien, erörterten das europäische Weltraumprogramm sowie die Fragen von Standort und Finanzierung für den Europäischen Transsonischen Windkanal ETW und das Europäische Synchrotron ESRF in Grenoble. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 29. Oktober 1984; Referat 202, Bd. 140668.
Mit der französischen Ministerin für Restrukturierung und Außenhandel, Cresson, besprach Riesenhuber die Zusammenarbeit bei den Schnellbahnsystemen TGV und ICE. Im Beisein von Bundesminister Schwarz-Schilling wurde die mobile Telefonie erörtert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 29. Oktober 1984; Referat 202, Bd. 140668.

vom ER in Fontainebleau[7] eingerichteten Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen[8]. Sie vereinbarten, auch auf bilateraler Ebene den intensiven Meinungsaustausch über die weiteren Integrationsschritte fortzusetzen.

Sie bekräftigten den Willen, den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG[9] zum vorgesehenen Datum (1.1.1986) möglich zu machen.

BK und Mitterrand führten eingehenden Meinungsaustausch über Stand und weitere Entwicklung der West-Ost-Beziehungen. Dabei herrschte Einigkeit, daß nach den amerikanischen Wahlen[10] ein neuer Anlauf zur Entkrampfung der West-Ost-Beziehungen gemacht werden muß. Sie erörterten insbesondere die derzeitige Entwicklung in Polen. Es bestand Einvernehmen, daß die Beziehungen zu Polen konstruktiv entwickelt werden sollen.

BK erläuterte frz. Premierminister Fabius eindringlich deutschen Standpunkt in der Frage der Einführung des umweltfreundlichen Autos.[11] Er stellte noch einmal klar, daß unser Ziel eine gemeinsame Lösung bleibt, wobei für uns einheitliche Abgasnormen maßgeblich sind, was nicht gleichbedeutend ist mit einer bestimmten Technik.

3) Die beiden Außenminister behandelten neben internationalen Fragen (West-Ost-Beziehungen, Abrüstung und Sicherheit, Falkland/Malwinen) Gemeinschaftsfragen (u. a. Haushaltsdisziplin[12], Lomé III[13]).

4) Die beiden persönlichen Beauftragten der Staats- bzw. Regierungschefs (StS Schreckenberger u. GS Bianco) legten Bericht über den Abbau der Grenzkon-

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.

8 Zum Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") vgl. Dok. 305.

9 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 284, Anm. 3 und 4, bzw. Dok. 293, Anm. 18.

10 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

11 Im Gespräch mit Ministerpräsident Fabius am 29. Oktober 1984 in Bad Kreuznach wies Bundeskanzler Kohl auf die durch Abgase verursachten Schäden an Waldflächen in der Bundesrepublik hin und sprach sich für die Einführung von Katalysatoren in Autos aus. Ferner erörterten beide Seiten die Möglichkeit von Geschwindigkeitsbegrenzungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 202, Bd. 140668.

12 In einer undatierten Aufzeichnung des Bundeskanzleramts wurde dargelegt, Bundesminister Genscher habe im Gespräch mit dem französischen Außenminister Cheysson den französischen Vorschlag, „daß bei Erreichung eines Plafonds von 1,4 % Eigenmitteln die Regeln über die Haushaltsdisziplin automatisch hinfällig werden sollen, nicht akzeptiert". Ferner habe sich die französische Seite in der Frage der Verabschiedung eines Nachtragshaushalts für 1984 durch das Europäische Parlament einen Gang vor den Europäischen Gerichtshof vorbehalten. Beim geplanten Lomé-III-Abkommen habe Cheysson vorgeschlagen, „das bisherige Angebot der Gemeinschaft – 7 Mrd. ECU – um 500 Mio. ECU zu erhöhen". Genscher habe Verständnis geäußert, jedoch empfohlen, Staatspräsident Mitterrand möge dies gegenüber Bundeskanzler Kohl noch einmal ansprechen. Vgl. Referat 202, Bd. 140668.

13 Zu den Verhandlungen über ein weiteres AKP-EWG-Abkommen (Lomé III) vgl. Dok. 165, Anm. 6. Ministerialdirigent Jelonek informierte am 4. Dezember 1984, das neue AKP-EWG-Abkommen werde am 8. Dezember 1984 in Lomé unterzeichnet: „Lomé III wird sich wie Lomé II, das Ende Februar 1985 ausläuft, über einen Zeitraum vom fünf Jahren erstrecken. Lomé III hat ein Finanzvolumen von insgesamt 8,5 Mrd. ECU (1 ECU = ca. 2,25 DM)." Das neue Abkommen stärke „die Stellung Europas nicht nur in den AKP-Ländern, die mehr als die Hälfte aller Entwicklungsländer ausmachen, sondern auch gegenüber Drittländern". Es habe „Modellcharakter" für die Nord-Süd-Beziehungen und stelle „die umfassendste, durch völkerrechtliche Verträge vereinbarte Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern dar". Ferner trage es „zur Stärkung der politischen Unabhängigkeit und der Blockfreiheit der AKP-Länder" bei. Vgl. den Schrifterlaß; Referat 410, Bd. 144862.
Für den Wortlaut des Dritten AKP-EWG-Abkommens vom 8. Dezember 1984 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 19–164.

trollen[14] vor. Als weitere Maßnahmen wurden vereinbart: Zusammenlegung weiterer zwölf Grenzkontrollstellen, Anhebung der Freigrenzen und Freimengen für Waren im Reiseverkehr, Erleichterung der Kontrollen für Lastwagen und Autobusse, Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Justiz- und Polizeibehörden, Harmonisierung der Visabestimmungen.[15]

5) Weiteres Schwerpunktthema war auch künftige Zusammenarbeit in den Bereichen von Forschung und Technologien. Die zuständigen Minister einigten sich auf die Einführung eines digitalen Autotelefons. Der Dienst soll 1988/89 in beiden Ländern in Betrieb genommen werden. Die Arbeiten zur Verwirklichung dieses Ziels sind bereits aufgenommen worden. Ferner waren sich beide Regierungen einig, daß ihren Entscheidungen über eine europäische Beteiligung an einer Weltraumstation (Programm Columbus[16]) und über die weitere Entwicklung europäischer Trägerraketen (Programm HN-60/Ariane 5[17]) große Bedeutung zukommt. Die erforderlichen Entscheidungen werden sie gemeinsam treffen.[18] Eine Experten-Kommission wird die Voraussetzungen für eine gemeinsame Entwicklung eines militärischen, wetterunabhängigen Aufklärungssatelliten prüfen.

Breiten Raum nahmen Themen der kulturellen Zusammenarbeit ein. Vereinbart wurde, im Januar 1985 ein dt.-frz. Seminar abzuhalten, das sich mit Medienfragen und der Förderung der Literatur befassen soll. Franz. Seite warb um gemeinschaftliche Unterstützung von Film- und Fernsehprogrammen. Wir teilen im Prinzip die Auffassung, daß eine stärkere Unterstützung notwendig ist. Ferner brachte F die Idee eines europäischen Kulturprogramms über die direkt sendenden Satelliten sowie den Vorschlag eines Kulturgipfels auf. Beide Anregungen sollen unter Beteiligung der Länder weiterverfolgt werden.

6) Die Koordinatoren[19] vereinbarten, sich u. a. für die Wiederaufnahme der dt.-frz. Konferenzen, die Einrichtung eines Jahrestages der dt.-frz. Städtepartner-

14 Zum schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze vgl. Dok. 155, besonders Anm. 7.
Vgl. dazu auch die gemeinsame Presseerklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Staatspräsidenten Mitterrand anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach; BULLETIN 1984, S. 1154.

15 Der Passus „Als weitere Maßnahmen … Harmonisierung der Visabestimmungen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Trumpf hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

16 Zum deutsch-italienischen Projekt einer bemannten Raumstation „Columbus“ vgl. Dok. 31.

17 Zur Trägerrakete vom Typ „Ariane“ vgl. Dok. 30, Anm. 8.

18 Bundesminister Riesenhuber, z. Z. Bad Kreuznach, vermerkte am 30. Oktober 1984: „Aufgrund der Diskussion zwischen den beiden Forschungs- und Technologieministern besteht Übereinstimmung, daß 1) die Weiterentwicklung europäischer Träger (Ariane 5 mit zunächst dem HM-60-Triebwerk) und die Beteiligung an einer Raumstation zusammengehören und sich in das europäische Weltraumprogramm der ESA einfügen müssen, 2) Frankreich mit seiner Führungsrolle bei Ariane und die Bundesrepublik Deutschland mit einer durch die Spacelab-Entwicklung erworbenen Führungsrolle beim geplanten Projekt Columbus zur Raumstation im politischen Gleichtakt und mit gegenseitiger Verschränkung vorangehen müssen, 3) die Grundsatzentscheidungen für beide Programme und die konkreten Beschlüsse für die Vorbereitungsphase bis Ende 1986 möglichst umgehend fallen müssen. Frankreich hat nochmals deutlich gemacht, daß es die noch ausstehende deutsche Entscheidung im November 1984 erwartet, weil es eine wesentliche Verzögerung des startbereiten HM-60-Programms als nicht erträglich empfände, bei einem deutschen Verzug daher schwerwiegende politische Nachteile für die bisher so erfolgreiche europäische Weltraumkooperation und vor allem der Verlust wesentlicher, technisch anspruchsvoller Auftragspakete der deutschen Industrie für die Trägerentwicklung zu befürchten wären.“ Vgl. Referat 413, Bd. 142053.

19 Helga Wex bzw. Jacques Sénard.

schaften sowie die weitere Ausdehnung der Zusammenarbeit von Parlamentsausschüssen einzusetzen.

7) Das seit 1982 übliche Treffen der Außen- und Verteidigungsminister fand am 29.10.1984 ebenfalls in Bad Kreuznach statt.[20]

Vgl. auch Infofunk-Meldungen 1123 d/o und 1135 d/o vom 31.10.1984.

[gez.] Karkow

Referat 410, Bd. 130385

295

Ministerialdirigent I. Klasse Keil, z. Z. Neu Delhi, an das Auswärtige Amt

114-4252/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. November 1984, 20.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1367 **Ankunft: 3. November 1984, 16.55 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräche am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Indira Gandhi[1];
hier: Gespräch BM mit Horst Sindermann, Präsident der Volkskammer und Stv. Vorsitzender des Staatsrates der DDR

Sindermann erinnerte eingangs an frühere Treffen anläßlich von Begräbnisfeierlichkeiten, so mit Honecker in Moskau anläßlich der Beisetzung von Breschnew[2] und danach Andropow[3]. BM betonte die Notwendigkeit, das Gespräch fortzusetzen: Wir hätten den Eindruck, daß auch auf seiten der DDR Interesse an der Fortsetzung des Dialogs vorhanden sei. Sindermann entgegnete, es gebe nicht nur ein Interesse, sondern eine Notwendigkeit. Auch die internationale Öffentlichkeit erwarte, daß unsere beiden Staaten, obwohl sie verschiedenen Militärbündnissen angehörten, miteinander redeten.

Der BM fuhr fort, in den letzten Jahren sei in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten doch manches erreicht worden. Sindermann warf ein, die DDR habe Vorleistungen erbracht und mehr gegeben als wir. BM konterte, wir sähen das genau umgekehrt. Was den Honecker-Besuch[4] anlange, so hätten wir Ver-

20 Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu vgl. Dok. 293.

1 Zur Ermordung der Ministerpräsidentin Gandhi am 31. Oktober 1984 vgl. Dok. 291, Anm. 16.

2 Für das Gespräch des Bundespräsidenten Carstens und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 14. November 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 303.

3 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 13. Februar 1984 vgl. Dok. 43.

4 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

ständnis für die Verschiebung, wenngleich wir diese auch bedauert hätten. Sindermann bestätigte, daß der Besuch nur verschoben sei. Er empfahl, das nächste Mal bei der Vorbereitung das Vorhaben nicht so hochzuspielen. BM meinte hierzu, die Entwicklung vor dem verschobenen Besuch habe wohl gezeigt, daß es doch noch nicht so viel Normalität zwischen uns gebe. Sindermann betonte, die beiden deutschen Staaten müßten den an sie gerichteten weltweiten Erwartungen nachkommen. BM: Darum seien wir bemüht. Wir wollten vermeiden, daß die Absage des Besuchstermins Schatten auf die Beziehungen zwischen unseren Staaten werfe. Natürlich könnten wir nicht übersehen, daß es in den Grundsätzen unterschiedliche Positionen gebe.

S. fragte, was wir denn eigentlich unter Normalisierung verständen. Es könne sich dabei nicht nur um die Grenzübergangsstellen handeln. Man müsse auch an die Frage der Elbgrenze[5] und an die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR denken. BM warf ein, für die Elbgrenze habe man in der Praxis doch eine erträgliche Regelung gefunden. S. fragte, ob wir die Elbgrenze meinten, wenn wir von der offenen deutschen Frage sprächen. BM dazu: natürlich nicht nur. Aber man müsse erkennen, daß nicht wir die offene deutsche Frage lösen würden.

BM hob unsere Bemühungen im Rahmen der KSZE und der Stockholmer Konferenz hervor, er fragte, ob die Führung der DDR bereit sei, sich an den Feiern zum zehnten Jahrestag von Helsinki auf politischer Ebene zu beteiligen. Wir seien positiv zu den finnischen Vorschlägen[6] eingestellt und wollten mindestens auf der Außenministerebene teilnehmen. Besser wäre es natürlich, wenn das Treffen auf der höchsten Ebene stattfinden könnte. In beiden deutschen Staaten gebe es noch aktiv tätige politische Persönlichkeiten, die 1975 dabeigewesen seien.

S. entgegnete, die DDR habe noch nicht entschieden, ob der Außenminister[7] teilnehmen werde. Natürlich wäre es gut, wenn ein Treffen auf höchster Ebene stattfinden könnte. Dies wäre ein Beweis für Fortschritte in der Entspannung. Honecker habe vor kurzen mit Koivisto darüber gesprochen.[8] Die DDR billige die finnischen Vorschläge. Allerdings müßten die Voraussetzungen für einen entsprechenden Rahmen der Konferenz gegeben sein. Unsere beiden Staaten würden den Rahmen der Konferenz nicht bestimmen.[9]

BM widersprach: Schon bisher hätten wir viel zu dem Prozeß beitragen können. Bei der Stockholmer Konferenz[10] habe er persönlich gesagt, daß er teilnehmen werde. Einige andere hätten sich dann auch entschlossen. Er sei sich

5 Zum Grenzverlauf im Bereich der Elbe vgl. Dok. 98, Anm. 11.

6 Zum finnischen Vorschlag vom 6. September 1984, den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 feierlich zu begehen, vgl. Dok. 245, Anm. 12.

7 Oskar Fischer.

8 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 16. bis 19. Oktober 1984 in Finnland auf.

9 Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

10 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm auf Außenministerebene eröffnet.

sicher, daß er auf diese Weise die Entscheidung anderer positiv beeinflußt habe.

S. führte zu Stockholm aus, der Osten habe seine Vorschläge gemacht. Dies hätte auch ein Thema bei dem geplanten Honecker-Besuch in Bonn sein sollen, nicht nur der Umweltschutz.

BM entgegnete, es sei keineswegs unsere Absicht gewesen, nur über Umweltschutz zu sprechen, aber natürlich komme dem Umweltschutz heute eine große Bedeutung zu. Für Stockholm sei es wichtig, daß man zu konkreten Ergebnissen bei den vertrauensbildenden Maßnahmen komme.

Sindermann entgegnete, bis jetzt habe doch niemand die Karten auf den Tisch gelegt. BM widersprach. Wenn man in Stockholm wirklich konkrete Fortschritte bei den vertrauensbildenden Maßnahmen erziele, werde es auch Fortschritte in der Frage des Gewaltverzichts geben. Er betonte nochmals eindrücklich die Bedeutung der Zehn-Jahresfeier von Helsinki. Man habe in Madrid[11] den KSZE-Prozeß am Leben erhalten. Zehn Jahre nach Helsinki sei es wichtig, daß man dem Prozeß neue Impulse verleihe. Der Helsinki-Prozeß dürfe nicht einer Bürokratisierung anheimfallen.

S. hielt dagegen, der Osten habe genügend Impulse gegeben. Wir redeten nicht über die Raketen. Es würden immer mehr davon stationiert. Dabei habe diese Stationierung keine strategische Bedeutung.

BM warf hier ein, wenn dies so sei, dann könne der Osten der Stationierung doch ruhig zusehen. Nach den amerikanischen Wahlen[12] werde man sehen, welche Möglichkeiten es für Verhandlungen zwischen den beiden großen Mächten gebe. S.: Die USA müßten dann ihr ganzes Rüstungsprogramm ändern. BM dagegen: Die USA hätten in den 70er Jahren auf diesem Gebiet vieles nicht getan, was andere getan hätten. Es sei notwendig, daß alle jetzt den Blick nach vorne richteten.

Besondere Bedeutung komme den Abrüstungsfragen für den Weltraum zu. Es habe das Gespräch zwischen Shultz und Gromyko[13] gegeben, er selbst habe auch mit Gromyko gesprochen.[14]

S. erklärte, er verstehe nicht, was Reagan in der Fernsehdebatte mit Mondale zu den Abrüstungsfragen gesagt habe. Er habe sogar erklärt, die USA seien bereit, die Sowjetunion an bestimmten Entwicklungen zu beteiligen.[15] BM: Technologie-Transfer! S. fuhr fort, man wolle im Westen an den Verhandlungstisch zurückkehren und gleichzeitig weiterrüsten. BM hielt dagegen, für uns sei wichtig, was in den letzten Kommuniqués des Warschauer Pakts gesagt sei, näm-

11 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

12 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

13 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1984 in New York vgl. Dok. 244 und Dok. 246.

15 Für die Äußerungen des Präsidenten Reagan am 21. Oktober 1984 in Kansas City/Missouri vgl. Dok. 293, Anm. 28.

lich daß es keinen Gegenstand gebe, über den man nicht verhandeln könne.[16] Dies sei ganz unsere Meinung.

Zum Thema Umweltschutz verwies S. auf die Bemühungen Breschnews um die Ostsee-Konvention.[17] BM sagte, es habe bei uns soeben eine Konferenz über die Nordsee gegeben.[18] Deren Ergebnis sei besser, als die Presse es dargestellt habe. Es sei ein guter Anfang gemacht worden. Die Nordsee sei für uns von ganz großer Bedeutung. Dort gebe es über einhunderttausend Schiffsbewegungen pro Jahr. BM fuhr fort, er habe am Vortage noch mit dem Bundeskanzler über eine Frage gesprochen, die einer positiven Entscheidung harre. Er meine das Problem der Deutschen aus der DDR in unseren Botschaften in Prag[19] und Budapest[20]. Wir würden es begrüßen, wenn die DDR eine Lösung finden könne, damit Belastungen im bilateralen Verhältnis vermieden würden.[21] Wir hätten alles getan, um zu vermeiden, daß die Angelegenheit in den internationalen Medien hochgespielt würde. Dies wollten wir auch weiter tun. Wir sähen allerdings gewisse Schwierigkeiten bei einer Fortdauer dieses Zustandes. Es werde immer schwerer werden, die Presse zurückzuhalten. Das Jahresende und das Weihnachtsfest näherten sich. Es seien Emotionen im Spiel.

S. entgegnete, es handele sich um Leute, die sich in unseren Botschaften befänden. Die DDR könnte nicht mit Leuten reden, die sich bei uns befänden. Damit solche Fragen gelöst würden, das habe Honecker viele Male gesagt, müßten die entsprechenden Voraussetzungen vorhanden sein, zum Beispiel fehle es an der Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR durch uns.

BM verwies auf die bisherige Praxis. Man habe bisher schon größere, schwierigere Probleme gemeinsam gelöst. Die DDR habe bisher Möglichkeiten gefunden, und man sei im beiderseitigen Interesse zu Lösungen gekommen.[22]

16 Vgl. dazu Ziffer 2 des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. April 1984 in Budapest; EUROPA-ARCHIV 1984, D 320.

17 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 22. März 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 1230–1240.

18 Am 31. Oktober/1. November 1984 fand in Bremen die erste Internationale Nordseeschutz-Konferenz statt. Für den Wortlaut der Deklaration der Teilnehmerstaaten sowie der Zusammenfassung der Konferenzergebnisse vgl. BULLETIN 1984, S. 1171–1184.

19 Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 264.

20 Referat 513 erläuterte am 9. Oktober 1984: „Auch in der Botschaft Budapest hatten wir in diesem Jahr bereits 23 Zufluchtsfälle, einschließlich eines Falles, in dem sich ein Deutscher aus der DDR in die niederländische Botschaft geflüchtet hatte. Zwölf dieser Fälle konnten durch Erwirkung von Straffreiheits- und Ausreisezusagen gelöst werden. Für drei Personen gab es nur Straffreiheitszusagen, die jedoch später widerrufen wurden, da man den Betroffenen zusätzliche Delikte vorwarf. Zwei Personen erzielten Straffreiheitszusage und Zusage der Entgegennahme des Ausreiseantrags. Sechs Zufluchtsuchende befinden sich zur Zeit in der Botschaft in Budapest.“ Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1680.

21 Ministerialdirektor Bertele informierte die Botschaft in Prag am 6. November 1984: „Nach vielfältigen Gesprächen mit der DDR auf unterschiedlichen Ebenen ist hier die Überzeugung entstanden, daß die DDR in der Frage der Zufluchtsuchenden in unseren Vertretungen in Staaten des Warschauer Pakts nicht mehr zu weiteren Zugeständnissen bereit ist. Die bisher gegebenen Zusagen lauten wie folgt: Straffreiheit für Aufsuchen der Botschaft; Ermöglichung der Stellung eines Ausreiseantrags nach Rückkehr in die DDR. Zusagen für eine spätere Ausreise werden nicht mehr gegeben. Die DDR läßt darüber hinaus wissen, daß ihre Zusagen zeitlich nicht unbeschränkt gelten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 455; B 85 (Referat 513), Bd. 1680.

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen vermerkte am 5. November 1984 ergänzend: „Bei den Trauerfeierlichkeiten war BM entsprechend der alphabetischen Reihenfolge neben Sindermann

S. entgegnete, er habe anfangs von den Vorleistungen der DDR gesprochen. Wir müßten selbst versuchen, dieses Problem zu lösen. Es handele sich nicht um eine Frage, die die DDR betreffe. Die DDR bestehe auf den Geraer Forderungen.[23] Sie stehe darüber auch jetzt im Kontakt mit der SPD.[24]

BM hielt dagegen, es gebe im beiderseitigen Verhältnis grundsätzliche Fragen, die ausgeklammert seien. Dies sei geradezu die Philosophie des Grundlagenvertrages.[25]

S. erklärte, es sei unanständig, daß die DDR keine Antwort auf ihre Fragen erhalte. BM hielt dagegen, selbstverständlich sei dies nicht unanständig. Er verwies erneut auf die durch den Grundlagenvertrag geschaffene Lage. S. und er seien hier nicht auf einer öffentlichen Veranstaltung, er wolle nicht polemisieren. Beide Staaten hätten eine gemeinsame Verantwortung, jeder in seinem eigenen Bereich. Die DDR habe von Verantwortungsgemeinschaft gesprochen.[26] Es sei das Verdienst des Göttinger Historikers von Thadden, diesen Begriff geprägt[27] und damit Geschichte gemacht zu haben.

S. sagte, er habe unseren Standpunkt zur Kenntnis genommen und gehe davon aus, daß die DDR auf den Geraer Forderungen beharre.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1363

plaziert. Aus dem hierbei geführten Gespräch teilt mir BM folgendes mit: S. sprach BM auf das am Vormittag geführte Gespräch in der Botschaft der DDR an und brachte Befriedigung zum Ausdruck, daß sich Gelegenheit zu einem ergänzenden Vier-Augen-Gespräch ergebe. Er habe die Bemerkungen von BM zur Situation in Prag sehr wohl verstanden und wolle ihm sagen, daß er mit dem Staatsratsvorsitzenden Honecker hierüber sofort nach seiner Rückkehr nach Berlin sprechen werde. Man müsse nun überlegen, was getan werden könne." Vgl. VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

23 Zu den Forderungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in einer Rede am 13. Oktober 1980 in Gera vgl. Dok. 232, Anm. 16.

24 Die Geraer Forderungen vom 13. Oktober 1980 waren u. a. Gegenstand von Gesprächen einer Delegation der SPD-Fraktion unter Leitung des Abgeordneten Ehmke am 8./9. März 1984 in Ost-Berlin. Vgl. dazu den Bericht von Ehmke vom 18. März 1984, der dem Auswärtigen Amt am 26. März 1984 übermittelt wurde; Referat 210, Bd. 132573.
Ferner wurde das Thema während eines Gesprächs einer SPD-Delegation unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Vogel mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 14. März 1984 in Ost-Berlin erörtert. Für das Gespräch vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 267–288.
Am 7. November 1984 wurde ein deutschlandpolitisches Positionspapier der SPD-Fraktion präsentiert. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup vermerkte dazu am 8. November 1984, das Papier enthalte „keine grundsätzlich neuen Vorschläge oder Abweichungen von den Grundpositionen der Bundesregierung". Bezüglich der Geraer Forderungen werde erklärt: „Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft durch eine öffentliche, regierungsamtliche Feststellung, daß die Bundesrepublik Deutschland niemanden für die Staatsbürgerschaft im Sinne des Grundgesetzes in Anspruch nehmen wird, der dies nicht will. Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter als überflüssig. Feststellung des Verlaufs der Elbe-Grenze im beiderseitigen Einvernehmen." Vgl. Referat 210, Bd. 139203.

25 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

26 Vgl. dazu das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 17. Februar 1984 an Bundeskanzler Kohl; VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 175–179.

27 In einer schriftlichen Stellungnahme für eine Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Bundestags am 7. Oktober 1981 führte der Historiker von Thadden aus, es gebe „die besondere gemeinsame Verantwortung der Deutschen in beiden deutschen Staaten für die Hinterlassenschaft ihrer Geschichte […]. Diese ‚Verantwortungsgemeinschaft' der Deutschen tritt besonders an Gedenktagen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ins Bewußtsein, die eine spezifische Nachwirkung haben." Vgl. ZUR SACHE, 2/81, S. 19.

Der BM fuhr fort, wir hätten niemandem Ratschläge zu erteilen. Wir hätten mit Befriedigung festgestellt, daß sich die Verbesserungen der Reisemöglichkeiten in Familienangelegenheiten günstig ausgewirkt haben. Nur ganz wenige seien nicht in die DDR zurückgekehrt.

S. sagte, dies sei nicht das Hauptthema. In der DDR gebe es eine ganz gute Lage. Der BM fragte, wo die DDR die Schwerpunkte sähe. S. erläuterte, die wissenschaftlich-technologische Entwicklung stehe im Vordergrund. Es gebe bereits 36 000 Roboter. Bis 1990 sei eine jährlich fünfprozentige Steigerung des Nationaleinkommens vorgesehen. Handelsbeziehungen gebe es insbesondere mit Frankreich, Spanien und Österreich. Man dürfe allerdings nicht verkennen, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit vielen Imponderabilien zu rechnen habe. BM warf ein, die Nationen seien wirtschaftlich immer abhängiger voneinander. Dies sei keine schlechte Sache. Er fragte, wo S. die Schwerpunkte der Entwicklung sehe.

S. führte aus, die Schwerpunkte lägen bei der Mikroelektronik, bei der Chemie und beim Werkzeugmaschinenbau. Im petrochemischen Bereich würden neunzig Prozent der Kohle-Produktion zu Benzin und Diesel verarbeitet. Auf diese Weise würden 3 Mio. Tonnen Erdöl im Jahr eingespart, allerdings falle nicht so viel Bitumen als Nebenprodukt an. Die Verfahren für die Veredelung der Braunkohle seien über das frühere Fischer-Tropsch-Verfahren hinaus weiterentwikkelt worden. Im Energiebereich gehe es vor allem um Prozeßenergie für die Industrie und die Versorgung der Städte. Berlin sei vollständig auf Gasversorgung und Fernheizung umgestellt. Es gebe eine Ringgasleitung durch die ganze Republik. Auf eine Frage des BM: Die Schwerpunkte der Mikroelektronik-Industrie lägen in erster Linie in Erfurt, sodann auch in Dresden. Der Export der DDR gehe zu siebzig Prozent in sozialistische Länder, zu dreißig Prozent in Länder wie Frankreich, Griechenland, die arabischen Länder und andere Länder der Dritten Welt. Auch mit Firmen der Bundesrepublik gebe es eine Zusammenarbeit auf dritten Märkten.

(Weitere Gesprächsteilnehmer: Bernhard Neugebauer, Stv. des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Bernd Biedermann, Botschafter der DDR in Indien.)

[gez.] Keil

VS-Bd. 14123 (010)

296

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.31-1714/84 geheim **7. November 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung (Ziffer 7 b)

Betr.: Zahl der Pershing II;
hier: Schreiben GM Tandecki an Assistant Secretary Perle

Bezug: Aufzeichnung Dg 20 vom 16.7.1984 – 201-363.31-1114/84 geh.[3]

Anlg.: Bezugsaufzeichnung (nur beim Original)[4]

1) Wiederholte Äußerungen auf amerikanischer Seite wie auch Angaben im Zusammenhang mit Beratungen über US-Verteidigungshaushalte haben uns seit 1981 Anlaß gegeben, uns um Klärung der Frage des Stationierungsumfangs der Pershing II (P II) in D mit der US-Regierung zu bemühen. Eine definitive schriftliche Festlegung einer einheitlichen Position ist zwischen beiden Seiten bisher nicht erzielt worden.

2) Der NATO-Doppelbeschluß vom 12.12.1979[5] legt für die P II im Rahmen der Stationierung von 572 LRINF-(LRINF = longer range intermediate range nuclear forces) Systemen mit 572 nuklearen Gefechtsköpfen die Obergrenze von 108 Raketenwerfern und 108 nuklearen Gefechtsköpfen (GK) ausdrücklich und eindeutig fest. Dieselbe Anzahl von nuklearen GK soll im Gegenzug aus dem vorhandenen Bestand in Europa abgezogen werden. In dem dem Doppelbeschluß zugrundeliegenden Bericht der High Level Group (HLG) über die LRINF-Modernisierung der NATO vom September 1979[6] ist die Stationierung der P II an den Abzug der Pershing I a (P I a) geknüpft worden. In einem Anhang zu diesem Bericht wird für diesen Austausch beiläufig auch der Begriff „on a one for one basis“ benutzt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 20. November 1984 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. November 1984 vorgelegen.

3 Ministerialdirigent Schauer vermerkte: „GM Tandecki hat Assistant Secretary Perle am Rande der Sitzung der High Level Group (HLG) am 2.7.1984 in Brüssel nochmals an die ausstehende Antwort auf seinen Brief vom 15.12.1982 erinnert. Wie GM Tandecki sagte, habe Perle sich nicht festlegen lassen und die Beantwortung des Briefes vom 15.12.1982 auch nicht in Aussicht gestellt. GM Tandecki hat daraufhin nochmals unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß die Höchstzahl 108 für die deutsche Seite ein unter keinen Umständen zu überschreitendes Maximum darstelle und mit einer Zustimmung zu einer Erhöhung nicht zu rechnen sei. BM Wörner habe die Ausführungen von GM Tandecki ausdrücklich gebilligt.“ Vgl. VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 3.

5 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

6 Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization“, den der Vorsitzende der High Level Group (HLG) der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 282.

3) Im Rahmen einer HLG-Sitzung im Juli 1981[7] hat die deutsche Seite erstmals (so BMVg in einer Aufzeichnung vom 15.10.82[8]) erfahren, daß Pläne der US-Regierung den Bau von mehr als 108 PII vorsehen könnten. Diese Vermutung wurde auf amerikanische Äußerungen gestützt, daß die PIa-Raketenwerfer und nuklearen GK durch die PII „on a one by one basis" ersetzt werden sollen. Diese Formel erschien hier – losgelöst aus dem Kontext des Doppelbeschlusses – als Hinweis darauf, daß alle PIa durch PII ersetzt werden sollten. Der Bestand an PIa-Raketen und -GK übersteigt den an Raketenwerfern jedoch um fast 100%. Da eine unmittelbare Klarstellung von US-Seite hierauf nicht erfolgt war, hatte der frühere Stabsabteilungsleiter FüS III im BMVg, GM Tandecki, in einem Brief vom 26.8.1981 an Assistant Secretary of Defense Perle[9] auf die klare Entscheidung im Doppelbeschluß – 572 Waffensysteme mit 572 nuklearen GK, nicht mehr und nicht weniger – hingewiesen und um Bestätigung gebeten, daß es hiervon keine Abweichung geben werde. Der Brief ist trotz mehrfacher Anmahnung nicht beantwortet worden.

4) Ein „Stern"-Artikel im Oktober 1982 über US-Pläne, 385 PII zu beschaffen[10], warf die Frage des Stationierungsumfangs in D erneut auf. Nach vorzeitiger Kenntnis über das Erscheinen des Artikels war das Pentagon um offizielle schriftliche Stellungnahme ersucht worden und ließ hierauf (nur) mitteilen, daß beabsichtigt sei, neben den vorgesehenen 108 PII weitere zwölf Raketen einschließlich drei bis fünf nuklearer GK als Kreislaufreserve hier zu stationieren. Ferner gebe es auch Überlegungen, nach 1986 weitere 90 PII mit nuklearen GK als Nachladebestand in D zu stationieren.

Bei deutsch-amerikanischen Generalstabsbesprechungen im Oktober 1982 erhielt GM Tandecki inoffiziell Kenntnis von US-Planungen,

- bis 1987 394 PII-Raketen zu bauen, von denen u.a. 108 für die Stationierung, 90 als Nachladebestand und 24 als Kreislaufreserve vorgesehen seien,
- sowie 328 nukleare GK zu produzieren, darunter 108 für die Stationierung und 90 als Nachladebestand.

Am Rande einer HLG-Sitzung im November wurde der Umfang der PII-Stationierung ein weiteres Mal mit der US-Seite erörtert.[11] Eine Darlegung der deutschen Haltung erfolgte sodann auf höchster politischer Ebene anläßlich des Besuchs des BK und von BM Wörner in Washington im November 1982[12] sowie

7 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 1. August 1981, die High Level Group (HLG) der NATO habe am 30./31. Juli 1981 in Brüssel „ihre Beratung über die Studien zur Bedrohung und zu den TNF-Functional Requirements (FR)" fortgesetzt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1309; VS-Bd. 10332 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Für die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. VS-Bd. 12048 (201).

9 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 12048 (201).

10 Vgl. dazu den Artikel „Das falsche Spiel mit den Raketen"; STERN, Nr. 42 vom 14. Oktober 1982, S. 274–277.

11 Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 12. November 1982 über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, am Vortag in Brüssel: „Herr Tandecki machte noch einmal deutlich, daß es unbedingt bei den 108 Abschußsystemen und 108 Sprengköpfen der Pershing II bleiben muß. Herr Tandecki wies außerdem darauf hin, daß die Stationierung der Pershing II unter den fünf Stationierungsstaaten abgestimmt werden müsse." Vgl. VS-Bd. 12055 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

12 Bundesminister Wörner hielt sich vom 7. bis 9. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 295.

im Gespräch des BK mit AM Shultz, an dem auch der Bundesminister teilnahm[13], Anfang Dezember in Bonn.

Laut Berichterstattung der Botschaft Washington soll VM Weinberger am 9.11. 1982 auf die Bemerkung von BM Wörner, „daß man eine Stationierung einer größeren Zahl (als vereinbart) von Waffensystemen und GK politisch nicht vertreten könne", erwidert haben, „daß nicht mehr als 108 einsatzbereite Waffensysteme PII stationiert werden sollen. Ersatzteile müsse man gesondert sehen, man könne aber die ‚politische Sensibilität' dieser Frage berücksichtigen".[14]

GM Tandecki teilte die deutsche Haltung Perle in einem zweiten Brief vom 15.12.1982 nochmals mit und bat um dessen Bestätigung (Brieftext: „In our understanding the decision of December 1979 meant 572 weapon systems with 572 nuclear warheads – no more no less.

Regarding Pershing II this means 108 launchers with 108 missiles on these launchers and 108 nuclear warheads for these missiles on launchers. This definitely means no refires and no additional nuclear warheads; it allows only for spare parts without nuclear warhead which may be needed to maintain the required state of operational readiness").

Trotz wiederholter Erinnerung, zuletzt am Rande der HLG-Sitzung im Juli 1984[15], ist eine schriftliche Antwort auch auf dieses Schreiben bis heute ausgeblieben.

5) Die Zahl der PII war außerdem bereits Gegenstand von Anfragen aus dem Deutschen Bundestag gewesen. So hatte StS Hiehle vom BMVg auf parlamentarische Anfrage von MdB Kelly am 11.11.1983 die Beschaffung zusätzlicher PII-Raketen für laufende Einsatztests, Überprüfungen, Ausbildung sowie als Ersatzreserve erwähnt, ohne jedoch auf konkrete Zahlen einzugehen.[16]

Ferner hatte MdB Bahr in einem Schreiben an Botschafter Ruth vom 22.12. 1983[17] (beantwortet im Juni 1984[18]) die Frage aufgeworfen, warum in den USA

Fortsetzung Fußnote von Seite 1367

Zum Aufenthalt des Bundeskanzlers Kohl vom 14. bis 16. November 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 306–309.

13 Für das Gespräch am 7. Dezember 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 334.

14 Vgl. den Drahtbericht Nr. 4757 des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, z. Z. Washington, vom 9. November 1982; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz vermerkte am 9. Juli 1984 zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 3./4. Juli 1984 in Brüssel, Schwerpunkt seien „Fragen der Verbesserung der Überlebensfähigkeit der Nuklearwaffen der Allianz in Europa" gewesen. Vgl. VS-Bd. 12061 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

16 Für den am 11. November 1983 veröffentlichten Wortlaut der Fragen der Abgeordneten Kelly (Die Grünen) sowie der Antwort des Staatssekretärs Hiehle, Bundesministerium der Verteidigung, vom 4. November 1983 BT DRUCKSACHEN, Bd. 297, Drucksache Nr. 10/600, S. 31f.

17 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

18 In dem Schreiben vom 8. Juni 1984 an den SPD-Abgeordneten Bahr wies Ministerialdirigent Edler von Braunmühl darauf hin, der NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 sehe für die Bundesrepublik 108 Abschußvorrichtungen für Pershing-II-Raketen mit 108 dazugehörigen nuklearen Gefechtsköpfen vor: „Das heißt, daß Zeitplan und Umfang der Stationierung von Pershing II festgelegt wurden und gelten, falls nicht durch konkrete Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion die Stationierung überflüssig gemacht oder die vorgesehene Zahl reduziert werden kann. Hierüber hat im Bündnis immer Einvernehmen bestanden. Wie bei jedem anderen Waffensystem auch sind für die Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit der Pershing II zusätzliche Flugkörper (ohne Gefechtsköpfe) für Test- und Ausbildungszwecke sowie als logistischer Ersatzteilvorrat erforderlich. Bekanntlich haben die USA bei den INF-Verhandlungen ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, unterhalb einer gemeinsamen globalen Obergrenze für LRINF nicht die globale Gesamtzahl

finanzielle Mittel für 310 PII beantragt und bewilligt worden seien, wobei er sich offenbar auf Mittelansätze im Fiscal Year Book 84 stützte.

Der Bahr-Brief war der zunächst letzte Anlaß, die Frage des PII-Stationierungsumfangs im Frühjahr 1984 noch einmal mit der US-Seite aufzunehmen. Die Botschaft Washington wurde hierauf im Pentagon eingehend über die Aufschlüsselung der PII-Produktionszahlen unterrichtet (hierzu erfolgte Aufzeichnung vom 30.4.1984 – 201-363.31 Nr. 4 streng geheim).

Danach sind 108 PII-Raketen für die Stationierung sowie 24 als Ersatzteil-Raketen in der Bundesrepublik vorgesehen, während der Rest von insgesamt 394 Raketen in den USA zu Übungsschießen, Tests, Bestanderhaltung und Produktverbesserung dienen soll.

Ein Nachladebestand an PII-Raketen ist darin nicht vorgesehen. Die noch offen gebliebene Frage eines eventuellen Ersatzbestandes an nuklearen GK wurde vom zuständigen RL im BMVg in einem Gespräch mit dem Stellvertreter Perles Ende April 1984 aufgenommen. Dieser bestätigte, daß der Inhalt des Briefes von GM Tandecki der US-Seite wohl bewußt und Grundlage ihrer Planung sei. Es sei nicht beabsichtigt, mehr als 108 GK in die Bundesrepublik zu verbringen. Eine schriftliche Bestätigung liegt jedoch nicht vor.

6) Die Bundesregierung hält wie ihre Vorgängerin entschieden am NATO-Doppelbeschluß fest, der für den Fall des Ausbleibens einer rüstungskontrollpolitischen Vereinbarung die Stationierung u.a. von 108 PII-Raketenwerfern und 108 nuklearen GK in D vorsieht. Innen- wie auch außenpolitische Gründe verbieten ein Abweichen hiervon. Auf höchster politischer Ebene ist diese Frage mit den USA zwar behandelt worden. Die insbesondere durch Äußerungen nachgeordneter Ebenen auf US-Seite wiederholt verursachte Irritation über den tatsächlichen Umfang der in D zu stationierenden PII hat jedoch unser großes Interesse an einer schriftlich fixierten Bestätigung auch seitens der für die Durchführung der PII-Stationierung zuständigen Stelle im Pentagon (Arbeitseinheit von Perle) begründet. Diesem Zweck sollten die beiden bislang unbeantworteten Schreiben GM Tandecki an Perle dienen.

7) Da unserem nach wie vor bestehenden Interesse trotz mehrfacher Erinnerung nicht entsprochen worden ist, erhebt sich die Frage, wie dennoch eine formelle Bestätigung der auf höchster politischer Ebene dargelegten Position zum Stationierungsumfang der PII auf US-Seite herbeigeführt werden kann.

a) Dies könnte durch ein Schreiben des Bundesministers an seinen amerikanischen Kollegen erbeten werden. AM Shultz müßte sich zur Erfüllung einer derartigen Bitte jedoch an VM Weinberger wenden, ohne daß dieser unmittelbar selbst mit dem deutschen Wunsch nach einer definitiven schriftlichen Bestätigung der dargelegten Position zum Umfang der PII-Stationierung befaßt worden ist. Dies könnte es erschweren, eine positive Reaktion des Pentagon zu erhalten. Weiterer Nachteil wäre ein offener Posten zwischen dem Bundesminister und AM Shultz, zumal in einer sehr sensitiven Angelegenheit.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1368

landgestützter sowjetischer LRINF-Flugkörper durch Stationierung amerikanischer LRINF in Europa auszugleichen. Sie haben sich das Recht vorbehalten, in anderen Teilen der Welt eine entsprechende Zahl LRINF-Flugkörper bis zur vereinbarten globalen Obergrenze zu stationieren. Sie haben jedoch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß sie dieses Recht nicht nutzen werden." Vgl. VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

b) Daher erscheint es zweckmäßig, eine schriftliche Bestätigung der in den Tandecki-Briefen niedergelegten Position zur PII-Stationierung zunächst auf höherer Ebene zwischen beiden Verteidigungsministerien zu erreichen zu suchen.[19] Erst danach, und soweit noch erforderlich, sollte dieses Begehren auch auf AM-Ebene gegenüber der US-Regierung unterstützt werden. Es wird angeregt, diese Vorgehensweise auf StS-Ebene dem BMVg vorzuschlagen.[20]

Pfeffer

VS-Bd. 12048 (201)

297

Drahterlaß des Ministerialdirektors Pfeffer

D 2-204-321.00 SO-791/84 geheim **7. November 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 8011 Plurez **Aufgabe: 19. November 1984, 15.57 Uhr**
Cito

Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren am 9. Oktober 1984 in Bonn;
hier: Niederschrift

1) Hiermit übersende ich ausführliche Niederschrift über das Treffen der vier Politischen Direktoren am 9. Oktober 1984 in Bonn.

2) Die vier Direktoren haben folgende Gegenstände behandelt:

19 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Nach meiner Ansicht sollte sogleich auf Minister-Ebene an US geschrieben werden. Wegen Begründung unter 7 a vielleicht besser BM Wörner an Mr. Weinberger. (Noch vor BK-Besuch. Dazu Brief BM an BM Wörner.)“

20 Mit Schreiben vom 28. November 1984 an Bundesminister Wörner wies Bundesminister Genscher darauf hin, daß die amerikanische Seite mehrfach „um eine schriftlich fixierte Bestätigung der auch auf höchster politischer Ebene vorgetragenen Position“ bezüglich des Umfangs der Stationierung von Pershing-II-Systemen in der Bundesrepublik gebeten worden sei. Eine solche schriftliche Bestätigung sei bisher ausgeblieben: „Ich möchte Sie daher bitten, diese Frage mit Ihrem amerikanischen Kollegen, Verteidigungsminister Weinberger, aufzunehmen und ihn um eine befriedigende Regelung unseres Wunsches nach einer schriftlichen Fixierung der gemeinsamen Haltung zum Stationierungsumfang der Pershing II zu ersuchen.“ Vgl. VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1984.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter notierte am 3. Dezember 1984, in einer Besprechung am 29. November 1984 habe Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, bestätigt, daß ein „Einwirken auf VM Weinberger erforderlich sei. Er selbst habe in diesem Jahr bereits zweimal mit Perle gesprochen. Dieser habe ihm versichert, es würden nicht mehr als 108 Wurfgestelle mit 108 PII und 108 Sprengköpfen stationiert. Eine schriftliche Fixierung sei aber bisher nicht zu erhalten gewesen. Unbenommen sei nach wie vor, daß die USA zusätzliche Systeme als Ersatz für defekte nach Deutschland verbringen könnten.“ Vgl. VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Ablichtung.
Das Fernschreiben an die Botschaften in London, Moskau, Paris und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel wurde in fünf Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20, 47, 55 und 65.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 21. November 1984 vorgelegen, der die Wei-

(1) West-Ost-Beziehungen u. a.
– Lage nach Treffen Reagan/Shultz/Gromyko
– Differenzierungspolitik gegenüber mittel- und osteuropäischen Staaten
(2) Rüstungskontrolle und Abrüstung
– KVAE
– Verbot chemischer Waffen
– Resolution Verhütung eines Kernwaffenkrieges
– MBFR
– Weltraum/INF/START
WEU und NATO
Malta
Zypern

[gez.] Pfeffer

Folgt Anlage:

West-Ost-Beziehungen

Burt: Es sei unklar, wie die Sowjets die Gromyko-Gespräche in den USA[2] bewerteten. Öffentliche Äußerungen Moskaus setzten unterschiedliche Akzente. Letzte TASS-Erklärung sei verhältnismäßig positiv gewesen.[3] Kontakte Shultz–Dobrynin und Gromyko–Hartman in der nächsten Woche würden weiteren Aufschluß bringen.[4] Vieles hänge von der Führungssituation in Moskau ab.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1370
terleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „S. 7–14." Vgl. Anm. 17 und 43.
Hat Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] 28.11. S[iehe] S. 4." Vgl. Anm. 9.
Hat Ploetz am 26. November 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Pfeffer erneut vorgelegen, der Referat 204 um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „Verteiler sofort." Ferner verfügte er die Weiterleitung an Ministerialdirigent Edler von Braunmühl und die Referate 213 und 210.
Hat Braunmühl am 26. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 210 vermerkte: „B[itte] Vorlage."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 26. November 1984 vorgelegen.

2 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

3 Zu den Kommentaren in der sowjetischen Presse vgl. Dok. 265, Anm. 4.
Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 5. Oktober 1984, eine Mitteilung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom Vortag über die Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU am selben Tag erwecke den Eindruck, „daß das Politbüro beschlossen habe, die Tür zu Verhandlungen zu entriegeln, die Öffnung der Tür selbst aber weiterhin von einer grundsätzlichen und einseitigen Wende in der amerikanischen Politik abhängig machen möchte". Vgl. Referat 213, Bd. 139347.

4 Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 26. Oktober 1984 Informationen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, über ein Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Botschafter am selben Tag. Dobrynin habe keine Bewertung der Gespräche des sowjetischen Außenministers Gromyko mit der amerikanischen Regierung mitgeteilt und sich auch nicht zu Rüstungskontrollfragen geäußert. Insgesamt sei das Treffen „eine gute Sitzung" gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4594; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1984.
Am 31. Oktober 1984 fand ein Gespräch Gromykos mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau,

US-Botschaft sehe Anzeichen für baldige Ablösung Tschernenkos; Sowjets sollten Spektakel einer[5] dritten Beerdigung innerhalb kurzer Zeit[6] vermeiden. Deswegen habe Sowjetunion jetzt wenig Verhandlungsspielraum. Die Landwirtschaftsfrage stehe augenblicklich wohl im Zentrum des Moskauer Interesses.

USA wollten Ebene der Assistant Secretaries nutzen für US-SU-Gespräche über Regionalfragen in Afrika, Nahost, Asien und Europa. Sowjets zögen Ministerebene und Fall-für-Fall-Besprechungen vor.

Zur Rüstungskontrolle habe Reagan amerikanische Bereitschaft zu Gesprächen über Weltraumfragen bekundet und insbesondere beiderseitige Zurückhaltung, das heißt ein ASAT-Moratorium während Verhandlungen, vorgeschlagen. Weitere Details wollten USA erst offenlegen, wenn Sowjets sich verhandlungsbereit zeigten.

In Gesprächen habe sich Gromyko, der offenbar alt werde, nicht immer voll informiert gezeigt. So habe er nicht gewußt, daß es weder bei ASAT noch bei SDI um die Frage der Stationierung von Kernwaffen im Weltraum gehe. Im zweiten Gespräch mit Shultz habe Gromyko sehr viel Zeit auf Deutschland und Japan verwendet. Bemerkenswert sei auch die Fixierung auf den Zweiten Weltkrieg gewesen. Gromyko habe Zusicherungen verlangt, daß USA die Abkommen von Jalta[7] und Potsdam[8] nicht in Frage stellten. Shultz habe erklärt, Washington wünsche volle Erfüllung dieser Abkommen.[9] Gromyko habe diese Aussage mehrfach als sehr wichtig bezeichnet. Er habe der Bundesrepublik Deutschland und Japan vorgeworfen, sie wollten die Landkarten verändern. Man müsse berücksichtigen, daß die Sowjets die japanische Landarmee in der Mandschurei besiegt hätten.[10] Eine tiefsitzende Sorge, die Gewinne des Zweiten Weltkrie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1371

Hartman, statt. Van Well teilte dazu am 1. November 1984 mit, nach Auskunft des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Armacost, habe das Gespräch zwar „in der Sache nichts Neues gebracht. Der Ton sei jedoch deutlich besser geworden (significantly improved). Gromyko habe vor allem über Abrüstung im Weltraum gesprochen, sei jedoch auch dabei sehr allgemein geblieben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4682; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Der Passus „US-Botschaft … Spektakel einer" wurde von Bundesminister Genscher durch Fragezeichen hervorgehoben.

6 Am 10. November 1982 verstarb der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Zwei Tage später wurde das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Andropow, zum Nachfolger bestimmt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.
Zum Führungswechsel in der UdSSR nach dem Tod Andropows am 9. Februar 1984 vgl. Dok. 42.

7 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

8 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen") vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

9 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz durch Fragezeichen hervorgehoben.
Die Wörter „wünsche volle Erfüllung dieser Abkommen" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich erbitte Aufzeichnung, was das für uns bedeutet." Vgl. Anm. 1.
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 28. November 1984 vgl. Dok. 316.

10 1938/39 kam es zwischen Japan und der UdSSR zu kriegerischen Auseinandersetzungen um den Verlauf der Grenzen des von Japan kontrollierten „Kaiserreichs Mandschukuo".

ges zu verlieren, sei erkennbar geworden. Shultz habe entgegengehalten, Sowjets hätten ein völlig falsches Asienbild. Er habe ihnen empfohlen, sich besser auf die Herausforderung zu konzentrieren, die durch den enormen wirtschaftlichen Aufschwung Japans, Hongkongs, Singapurs, der ASEAN-Staaten und Chinas gegeben sei.

Andréani fragte, ob unter die Regionalgespräche auch Zentralamerika fallen solle.

Burt entgegnete, USA hätten nur Nahost und Afrika erwähnt, während Sowjets Europa (für die Ministerebene) genannt hätten.

Andréani wollte wissen, ob in diesem Zusammenhang auch rüstungskontrollpolitische Fragen abgehandelt werden würden. Burt entgegnete, im Europa-Zusammenhang könne z. B. über INF gesprochen werden.[11] Auch in der INF-Problematik habe sich Gromyko schlecht informiert gezeigt. Reagan habe ihn auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, daß die Sowjets 1978, damals im Besitz von 50 SS-20-Raketen, von bestehendem militärischem Gleichgewicht in Europa gesprochen hätten[12] und diese Behauptung nach Einführung von 243 SS-20 aufrechterhielten. Gromyko sei von[13] diesem Einwand „nicht entzückt" gewesen und habe geltend gemacht, die amerikanische Rechnung enthalte nicht alle Nuklearwaffen in Europa. Daraufhin habe Reagan ihm ein Schaubild gezeigt, aus dem die Reduzierung von 3000 amerikanischen Sprengköpfen seit 1979 hervorgehe, worauf Gromyko nichts zu antworten gewußt habe. Die Amerikaner hofften, Gromyko werde dem Politbüro berichten, daß die Verhandlungsabsichten des Präsidenten ernstgemeint seien.

Thomas zeigte sich überrascht, daß Gromyko die Status-quo-ante-Forderung bei INF nicht mit der gleichen Härte vorgebracht habe, wie er dies gegenüber Howe[14], allerdings vor der Reise nach Washington, getan habe.

Thomas bemerkte, daß britische Botschaft in Moskau die Gerüchte um eine eventuelle Ablösung Tschernenkos für falsch halte. In jüngster Zeit sei Tschernenko achtmal öffentlich aufgetreten; das angekündigte ZK-Plenum[15] werde sich nicht Personalfragen widmen. Auch Briten sähen bei Gromyko Alterserscheinungen. Er habe Schwierigkeiten, neue Ideen zu fassen. In drei zeitlich dicht beieinander liegenden Treffen mit Howe habe Gromyko dreimal die gleiche Geschichte über Carter erzählt. Die von Gromyko vorgelegten Zahlen seien teils falsch, teils veraltet gewesen. Er beherrsche nicht die jeweils neuesten Fakten. Er habe immer wieder die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme in INF verlangt.

Andréani bemerkte, daß Gromyko dem französischen Außenminister gegenüber diese Forderung nicht erhoben habe. Paris sei im übrigen erstaunt dar-

11 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz durch Fragezeichen hervorgehoben.

12 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 5. Mai 1978 auf Schloß Gymnich; AAPD 1978, I, Dok. 136.

13 Der Passus „Reagan habe ihn … Gromyko sei von" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie BK in Moskau."

14 Zum Gespräch des britischen Außenministers Howe mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 3. Juli 1984 in Moskau vgl. Dok. 195, Anm. 12.

15 Zur Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU am 23. Oktober 1984 in Moskau vgl. Dok. 265, Anm. 5.

über, daß Moskau den Hitler-Stalin-Pakt von 1939[16] öffentlich diskutiere, und könne sich keinen Reim daraus machen. Welche sowjetische Absicht stehe dahinter? Andréani fragte Burt nach amerikanischen Vorstellungen zur Verbesserung der Kontakte zwischen den Menschen im West-Ost-Verhältnis.

Burt verwies auf Schwierigkeiten bei Aushandlung eines neuen sowjetisch-amerikanischen Kulturabkommens. Die Sowjets wünschten Garantien gegen Abspringer und die Amerikaner besseren, ja paritätischen Zugang zu den sowjetischen Medien. Was den Hitler-Stalin-Pakt angehe, so sei nach amerikanischer Ansicht aus den sowjetischen [17]Erklärungen dazu keine Botschaft an den Westen herauszulesen.

D 2 erklärte folgendes: Die Tatsache, daß die Sowjetunion Europa unter die Regionalprobleme eingeführt habe, welche die beiden Supermächte untereinander besprechen sollten, werde Washington sicher zu hoher Wachsamkeit veranlassen. Es sei ja klar, daß die Sowjetunion am liebsten mit den USA, über die europäischen Köpfe hinweg, hegemonial über Europa sprechen und befinden möchte. Washington werde diesen sowjetischen Anspruch, in engsten[18] Konsultationen mit den Europäern und zuvörderst in diesem Kreis, entschieden zurückweisen und konterkarieren wollen[19]. Aber selbst wenn Moskau in der Sache nicht durchdringe, werde es doch unter der Hand verbreiten, daß derartige amerikanisch-sowjetische Gespräche über Europa im Gange seien, um Mißtrauen unter den westlichen Verbündeten zu säen. Auch diesem Risiko müßten wir gemeinsam entgegensteuern. Den sowjetischen Gleichgewichtswiderspruch (von SU behauptetes Gleichgewicht bei Beginn der SS-20-Dislozierung und nach Aufstellung einer großen Zahl dieser Mittelstreckenraketen) hätten wir durch bilaterale Kommuniqués (Breschnew) sozusagen notariell festgehalten. Bundeskanzler und BM Genscher hätten die Sowjets mehrfach auf diesen Widerspruch in Bonn und Moskau aufmerksam gemacht und dabei ebenfalls Schaubilder verwendet. Schaubilder hätten, jedenfalls anfangs, einen [20]verblüffenden Effekt gehabt. Beim letzten Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesministers in Moskau[21] hätten auch die Sowjets ein Schaubild verwandt.

Was die mittel- und osteuropäischen Länder angehe, so sei deren Malaise offenkundig. Gerade die für sie überraschenden Gespräche Gromykos mit Präsident Reagan und Außenminister Shultz hätten gewichtigen Anteil an diesem Unbehagen. Die Verbündeten der Sowjetunion seien auch hinterher nicht oder jedenfalls nicht ausführlich und rasch über diese Gespräche unterrichtet worden, wie ich z. B. bei meinem Besuch in Warschau vom 3. bis 6. Oktober 1984[22]

16 Für den Wortlaut des Nichtangriffsvertrags vom 23. August 1939 zwischen den Deutschen Reich und der UdSSR mit Geheimem Zusatzprotokoll über die Abgrenzung von Interessensphären vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

17 Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

18 Der Passus „sprechen sollten … in engsten“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

19 Die Wörter „entschieden zurückweisen und konterkarieren wollen“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sehr gut!“

20 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 8012 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

21 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

22 Zum Besuch des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. Dok. 267.

hätte feststellen können. Der Hinweis, daß die Minister Cheysson, Genscher[23], Andreotti und Howe den sowjetischen Außenminister ebenfalls in New York gesprochen, daß wir untereinander und mit den Amerikanern die Inhalte dieser Gespräche verglichen und aus dem Vergleich den Eindruck gewonnen hätten, Moskau bereite sich darauf vor, über die ernsthaften amerikanischen Offerten in Verhandlungen einzutreten, bringe die osteuropäischen Gesprächspartner in kaum verhohlenen, mit Neid gemischten Harnisch.

Er (D 2) fände es im übrigen bemerkenswert, wie relativ freizügig die Verbündeten der Sowjetunion sich zu äußern begännen. DDR-Funktionäre hätten sich gegenüber den Angehörigen unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin über die „Beleidigungen" beklagt, die Honecker durch die publizistischen Angriffe der Sowjetunion wegen seiner Absicht, in die Bundesrepublik Deutschland zu reisen[24], zugefügt worden seien. Von den Rumänen hörten wir, daß sie bei der Warschauer-Pakt-Verlängerung[25], was die Modalitäten angehe, schwierig sein würden. Dies seien nur Beispiele unter anderen (ungarischen, polnischen).

Was die Rüstungskontrolle angehe, so habe für die Sowjets offenbar der Weltraum höchste Priorität.[26] Wir hofften, daß es den USA gelingen werde, Moskau mit diesem Hebel zu Verhandlungen über die Hauptgegenstände zu bringen (ASAT, SDI; INF/START). Den Status quo in Europa zu erhalten, sei für die Sowjets das Alpha und Omega ihrer Politik. Für die Polen sei die Grenzfrage verständlicherweise zentral. Dem müßten wir Rechnung tragen aus historischen und moralischen Gründen, aber auch um der politischen Zukunft willen: Denn hier liege der Ansatz für die sowjetische Haupteinwirkung auf Polen: Nur die SU, so argumentiere Moskau, garantiere die polnische Westgrenze. In Wirklichkeit gehe es darum, die polnische Freiheit gleichzeitig mit der deutschen Einheit in Freiheit zu erlangen. Der Bundesminister habe deshalb eindeutig erklärt, wir hätten keine territorialen Ansprüche gegen Polen oder irgendeinen Staat in Europa und würden solche Ansprüche auch in Zukunft nicht erheben. Die Veränderung der politischen Landschaft, so fuhr D 2 fort, auf den von uns gewünschten Zustand des Friedens in Europa hin, werde am ehesten durch den KSZE-Prozeß zu erreichen sein; aber hier gelte die Maxime „toujours y penser, jamais en parler"; spreche man nämlich über diese Strategie, wecke man nur Widerstand und störe sich selbst.

Was den Fernen Osten angehe, so hätten die Sowjets sich über eine „manipulierte Allianz" USA–Japan–China–Europa beklagt. Dabei hätten sie durch die SS-20-Aufrüstung diesen ihren Alptraum selbst verursacht. Wir müßten die Sowjets zu beruhigen suchen, indem wir ihnen die Ursache klarmachten. Sie müßten erkennen, daß sie den Schlüssel zur Besserung ihrer Lage selbst in der Hand hätten.

23 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1984 in New York vgl. Dok. 244 und Dok. 246.

24 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

25 Zu einer Verlängerung des Vertrags vom 14. Mai 1955 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. Dok. 311, Anm. 3.

26 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

Wir bewerteten die Aufnahme der amerikanischen Gespräche mit der DDR als wichtigen Schritt. Daneben dürften humanitäre Anliegen nicht zu kurz kommen.

Wir begrüßten die Gespräche zwischen den USA und der DDR, die bereits stattgefunden hätten (Shultz/Fischer in New York[27]; vorher Burt und Niles in Ost-Berlin[28]) und die geplanten Gespräche. Wichtig sei, daß bei diesen Gesprächen unser Standpunkt in der deutschen Frage mit verteidigt und wir gegen östliche Angriffe (Revanchismus/Revisionismus usw.) in Schutz genommen würden. Die Solidarität in Dokumenten und Erklärungen, z. B. in NATO-Kommuniqués, müsse sich auch in Unterhaltungen oder Streitgesprächen mit dem Osten niederschlagen. Diese Form sei oft besonders wirkungsvoll. Auch seien wir allen Bundesgenossen dankbar, die unsere humanitären Anliegen in Ost-Berlin unterstützten (z. B. Herabsetzung des Mindestumtausches[29]).

Burt bemerkte, Shultz habe humanitäre Fragen in seinem Gespräch mit Fischer angesprochen. Immerhin habe sich Fischer auf ein Gespräch über jüdische Wiedergutmachungsansprüche eingelassen. Der Bitte von Shultz, den Sohn des Dirigenten Herbig (Detroit) ausreisen zu lassen, sei bereits am nächsten Tag entsprochen worden. Offenbar habe die DDR beweisen wollen, daß sie souverän sei.

Thomas bemerkte, daß die DDR sehr viel interessanter werde. Vize-Außenminister Nier komme demnächst nach London.[30] Howe überlege, ob er nächstes Jahr in die DDR fahren solle.[31]

Burt hielt hochrangige Besuche nicht für eine gute Idee. Treffen in New York seien etwas anderes.

D 2: Der österreichische Bundeskanzler werde Ost-Berlin besuchen.[32] Wir hätten Ratschläge zu Statusfragen gegeben. Es wäre gut, wenn dies auch von den Drei geschähe.

Andréani: Französischer Außenminister sei zweimal in der DDR gewesen.[33] Beide Male habe es keine Statusprobleme gegeben.

Thomas insistierte, wenn es zu einer Intensivierung der Beziehungen komme oder kommen sollte, könnten hochrangige Besuche in Ost-Berlin nicht ausgeschlossen werden.

27 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 4. Oktober 1984 in New York vgl. Dok. 245, Anm. 13.

28 Zum Aufenthalt des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, Ende Februar 1984 in Bulgarien, der DDR und Ungarn vgl. Dok. 28, Anm. 27.
Zu den Gesprächen des stellvertretenden Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Niles, am 15. Mai 1984 in Ost-Berlin vgl. Dok. 199, Anm. 14.

29 Zur Regelung des Mindestumtauschs vgl. Dok. 80, Anm. 14.
Zur Senkung des Mindestumtauschs für Rentner vgl. Dok. 202, Anm. 4.

30 Der stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, hielt sich vom 24. bis 26. Oktober 1984 in Großbritannien auf.

31 Der britische Außenminister Howe besuchte die DDR vom 8. bis 10. April 1985.

32 Bundeskanzler Sinowatz hielt sich am 5./6. November 1984 in der DDR auf.

33 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 23./24. Juli 1979 in der DDR auf.
Ein Besuch des französischen Außenministers Cheysson in der DDR fand am 26./27. Januar 1984 statt.

Burt hielt Vorsicht gleichwohl für geboten. AM Shultz wolle in den nächsten sechs Monaten nach Osteuropa fahren.[34]

Alle Vier stimmten überein, daß der Informationsstand der europäischen Verbündeten der Sowjetunion schlecht sei und deshalb unter ihnen eine erhebliche Malaise herrsche. Deshalb seien ihnen genaue westliche Informationen über den Fortgang des Dialogs der Supermächte willkommen. Wir hätten ein Interesse daran, sie objektiv ins Bild zu setzen.

Thomas kündigte Besuch rumänischen Politischen Direktors in London an.[35] Howe habe Reisepläne außer für die DDR auch für Rumänien und Bulgarien.[36]

Burt fragte, ob Anklage gegen Antonow[37] Einfluß auf die Reisepläne nach Sofia haben werde. Thomas verneinte.

Thomas unterstrich, daß Bulgarien ähnliche Wirtschaftsexperimente anstelle wie die Ungarn, ohne dies an die große Glocke zu hängen. Briten erwarteten auch Besuche sowjetischer Fachminister für Ernährung[38] und Kohleindustrie.[39] Eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Britischen Parlaments werde den Auswärtigen Ausschuß des Obersten Sowjets besuchen. Die britischen Parlamentarier hofften, daß Gorbatschow entsprechend seiner Funktion Delegationsleiter auf sowjetischer Seite sein werde.[40]

D 2: Dieser Gedankenaustausch unter uns sei schon deshalb nützlich, weil wir alle ein genaueres Bild über Reisen und Reisepläne in den Osten gewännen. BM Genscher werde Ende November nach Polen reisen.[41] Im Dezember wahrscheinlich in die ČSSR.[42] Andere Besuche in ost- und mitteleuropäische Länder seien in Planung.[43]

Er (D 2) werde vom 4. bis 6. November 1984 zu Gesprächen mit VAM Gotzew nach Sofia reisen.[44] Aber bei diesem Vergleich der Reisen und Reisepläne soll-

34 Der amerikanische Außenminister Shultz besuchte am 15. Dezember 1985 Rumänien, vom 15. bis 17. Dezember 1985 Ungarn sowie am 17./18. Dezember 1985 Jugoslawien.

35 Vom 15. bis 17. Oktober 1984 hielt sich der rumänische Stellvertretende Außenminister Duma in Großbritannien auf.

36 Der britische Außenminister Howe besuchte Rumänien am 9./10. Februar und Bulgarien am 10./11. Februar 1985.

37 Zur Verhaftung verschiedener Personen im Zusammenhang mit dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 vgl. Dok. 199, Anm. 22.
Am 26. Oktober 1984 erhob die Staatsanwaltschaft in Rom förmlich Anklage gegen mehrere bulgarische und türkische Staatsbürger. In der Presse wurde dazu berichtet, einer der Angeklagten sei der bulgarischen Staatsangehörige Sergej Iwanow Antonow, der am 25. November 1982 in Rom verhaftet worden sei und wegen seines angegriffenen Gesundheitszustands seit Juni 1984 unter Hausarrest stehe. Vgl. dazu den Artikel „Zwei Attentäter sollen 1981 auf den Papst geschossen haben“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Oktober 1984, S. 3.

38 Walentin Karpowitsch Mesjaz.

39 Boris Fjodorowitsch Brattschenko.

40 Vom 15. bis 22. Dezember 1984 hielt sich eine Delegation des Obersten Sowjet der UdSSR unter Leitung des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 353.

41 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.

42 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR vgl. Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

43 Ende der Seite 14 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

44 Die Direktorengespräche mit Bulgarien fanden am 5./6. November 1984 statt. Wegen Verhinderung des Ministerialdirektors Pfeffer wurde die Delegation der Bundesrepublik von Botschafter z. b. V. Eickhoff geleitet. Über die Gespräche am 5. November 1984 teilte Eickhoff, z. Z. Sofia, am selben

ten wir nicht stehenbleiben. Wir müßten immer von neuem über die Differenzierungspolitik nachdenken und wie man sie am besten handhabe. Ein Grundbestand an Handlungsanleitungen ließe sich folgendermaßen zusammenfassen:

1) Wir sollten Differenzierungspolitik betreiben, aber nicht darüber sprechen. Wenn man darüber spreche, wecke man nur Widerstand. Es sei z. B. nicht angenehm für ein osteuropäisches Land, aus dem Westen besonders gelobt zu werden. Sofort entstünde dann Mißtrauen bei und oft auch Druck aus den „Bruderländern" und besonders aus der Sowjetunion. (D 2 erwähnte den Don-Oberdorfer-Artikel[45], zielte aber indirekt auch auf die Haltung der Administration, so wie sie in der Wiener Rede Bushs[46] artikuliert worden ist.)

2) Wir sollten immer nur von mittel- und osteuropäischen Ländern sprechen und weniger von Staaten des Warschauer Pakts, nicht von Block-Ländern und sicher nicht von Satelliten. Unsere europäischen Nachbarn im Osten legten Wert auf richtige Bezeichnungen; sie fühlten sich nämlich durch die Geschichte tief mit uns verbunden. Diese Bindungen wollten wir lautlos nutzen.

3) Der Dialog sollte mit allen mittel- und [47]osteuropäischen Staaten geführt werden: Konzentriere man sich nur auf einzelne und lasse andere aus, dann werde durch konkludente Handlung sichtbar, was wir durch das Nicht-Darübersprechen gerade verhüllen wollten: die Sortierung in „good and bad boys" aus westlicher Sicht. Außerdem lohne der Dialog mit jedem: Nur so erhalte man das volle Bild der Meinungsunterschiede und Nuancen in dem östlichen Bereich.

4) Ideal wäre eine Harmonisierung der westlichen Besuchspolitik (Vermeidung von Häufungen, Füllung von Vakuen), aber das werde bei den Termindrücken und innenpolitischen Zwängen im Westen kaum zu erreichen sein. So komme es zumindest auf die rechtzeitige gegenseitige Information an.

5) Die Unterrichtung[48] sollte genau und umfassend sein, wenn möglich schon vor dem Besuch über die Hauptziele und nach dem Besuch über die Hauptergebnisse. Oft könnten Partner Vorschläge und Anregungen mit auf den Weg geben. In vielen Fällen ließen sich die Ergebnisse und Erfahrungen für nachfolgende Begegnungen nutzen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1377

Tag mit: „Bulg[arische] Seite war sichtlich um angenehme Gesprächsatmosphäre bemüht. Bei den von uns vorgetragenen bilateralen Anliegen erreichten wir stets Wohlwollenszusage, internationale Themen wurden ohne Schärfen und ohne Beschuldigungen an uns und Hauptverbündete behandelt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 584; Referat 214, Bd. 132999.

Im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen Eickhoff und dem bulgarischen Stellvertretenden Außenminister Gotzew am 6. November 1984 standen die bilateralen Beziehungen, Ost-West-Fragen, vor allem die Wiederaufnahme von Rüstungskontrollgesprächen zwischen den USA und der UdSSR. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132999.

Mit dem bulgarischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Iwanow erörterte Eickhoff am selben Tag ebenfalls die Ost-West-Beziehungen, ferner die Lage der bulgarischen Wirtschaft. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132999.

45 In dem Artikel wurde dargelegt, die amerikanische Regierung bemühe sich seit einiger Zeit darum, die zunehmenden Differenzen zwischen der UdSSR und den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten zu nutzen. Insbesondere die Kontakte zwischen den USA und der DDR hätten sich in den letzten Monaten intensiviert. Vgl. dazu den Artikel „U.S. Capitalizes on Friction in Soviet Empire"; THE WASHINGTON POST vom 9. September 1984, S. A 1 und A 24 f.

46 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 21. September 1983 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 83 (1983), Heft 2080, S. 19–23.

47 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 8013 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

48 Korrigiert aus: „Unterzeichnung".

6) Auch die Sowjetunion, selbst wenn sie sich im Augenblick sperrig gebe, sollte zu keiner Zeit ausgespart sein, damit sie nicht den falschen Eindruck erhalte, wir wollten an ihr vorbei mit ihren Verbündeten reden.

7) Wir müßten immer wieder betonen, daß alle diese Dialoge von der Schlußakte von Helsinki[49] besonders abgedeckt seien. Hier hätten wir eine unangreifbare Position.

Burt betonte, die schlechtesten Beziehungen hätten die USA zu den Tschechen und den Bulgaren. Das bedeute allerdings nicht, daß sie aus dem politischen Dialog ausgespart werden sollten; wohl aber von allgemeinen Besuchen, Handels- und Kulturabkommen. In diesen Feldern wollten die Amerikaner u. a. weiter differenzieren.

Thomas schlug Ausarbeitung einer Studie in der NATO über Beziehungen der Sowjetunion zu den europäischen Verbündeten vor. Er wies zugleich auf die möglichen Gefahren einer solchen Studie hin, wenn in ihr zu verfolgende Politiken beschrieben würden und Aussagen darüber in die Öffentlichkeit gelangten.

Burt verwies auf das Problem der Behandlung des Technologie-Transfers von West nach Ost. Die Studie müßte dazu Stellung nehmen.

D 2 benutzte die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß es nicht nur Ost-West-Technologie-Transferprobleme gebe, die im COCOM zu behandeln seien, sondern leider neuerdings auch Probleme mit dem Technologie-Transfer West-West. Es gebe zahlreiche Fälle, in denen europäische Firmen die notwendigen Zulieferungen aus den USA nicht mehr erhielten.

Thomas und Andréani verstanden diese Bemerkung zunächst nicht. Sie meinten nach Wiederholung, sie wüßten von keiner Benachteiligung dieser Art der englischen und französischen Industrie.

Andréani äußerte sich insgesamt skeptisch zu der von Thomas vorgeschlagenen Studie.

D 2 fragte nach dem genauen Mandat.

Thomas nannte drei Themenkomplexe: künftige Entwicklung in Osteuropa, sowjetische Politik gegenüber Osteuropa, künftige westliche Rolle in bezug auf sowjetische Beziehungen zu Osteuropa.

Andréani erklärte sich mit einem solchen Mandat einverstanden, wenn die Studie „lediglich eine Fotografie der tatsächlichen Gegebenheiten" sein solle und im übrigen jeder Verbündete seine Schlußfolgerungen aus der Studie ziehen könne. Daraus würden sich von selbst die notwendigen Beschränkungen ergeben.

Thomas fragte nach den Zielen für das NATO-Ministertreffen im Dezember.[50] Es sei davon auszugehen, daß Sowjets sich bis dahin noch nicht bewegt hätten und dann „Zeitbedarf gegenüber eigener Öffentlichkeit dargestellt werden" müsse. Treffen müsse Einmütigkeit und Geduld bekunden.

49 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

50 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

Andréani: Diesmal sollte man nicht wieder eine Erklärung und ein Kommuniqué veröffentlichen. Die Erklärungen würden zu häufig und gerieten zu schnell in Vergessenheit. Ein einfaches Kommuniqué sollte genügen.

D 2 betonte dauerhaften Wert der klaren Aussagen, gerade in den jüngsten Erklärungen. Wir zitierten z. B. häufig und mit Gewinn den Satz aus der Bonner Gipfelerklärung, die NATO werde keine ihrer Waffen jemals einsetzen, es sei denn zur Abwehr eines Angriffs.[51]

Burt meinte, die Diskussion über die Ziele der Ministertagung sei noch verfrüht; sie sollte beim nächsten Treffen der Politischen Direktoren[52] wiederaufgenommen werden.

Thomas stellte unter Anknüpfung an die früheren Ausführungen von Herrn Pfeffer und an das von uns verteilte Papier die Frage, wie der Revanchismuskampagne des Ostens zu begegnen sei und wie der 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa begangen werden sollte. Der Ausblick in die Zukunft und der Gedanke der Versöhnung müßten betont werden. Wir dürften diesen Gedenktag nicht den Sowjets überlassen.

D 2 verwies auf die Kette der Jahrestage, die bevorstünden, und wiederholte die Ziele, die die Sowjets mit ihrer Kampagne verfolgten. Wir müßten dieser Strategie gemeinsam entgegenwirken. Verdun[53] sei ein gutes deutsch-französisches Beispiel. Thomas meinte, der Bonner Wirtschaftsgipfel[54] biete eine Chance. Dann sei auch Japan einbezogen. Burt stimmte zu. Andréani wandte ein, daß dann die Sowjets draußen blieben. Burt regte an, ein Außenministertreffen der Kriegs-Alliierten, der Deutschen und Japaner in Berlin aus Anlaß dieses Datums zu erwägen. Thomas meldete Zweifel an.

D 2: Man müsse den Gedanken gründlich prüfen. Das Konzept einer West-Ost-Versöhnungs-Konferenz habe etwas Bestechendes. Es sei aber sehr zweifelhaft, ob der Osten mitmachen werde. Falls er sich verweigere, bliebe das westliche Modell. Wir müßten den Aspekt der Wiedererrichtung der Demokratien auf dem europäischen Kontinent und der Aussöhnung in den Mittelpunkt stellen. Wir wollten uns nicht aufdrängen. Das sei eine Sache des Takts. Der 8. Mai 1945 sei eben für uns gleichzeitig der schmerzliche Tag der Niederlage Deutschlands und der freundliche Tag des Zusammenbruchs der Diktatur und damit der Voraussetzung für die Wiedergeburt der Demokratie gewesen.

1) KVAE

Andréani beklagte sich über mangelnde Bewegung in Stockholm. Die Hauptstädte müßten sich stärker um die KVAE kümmern und sie energischer steuern. Die KVAE dürfe nicht den Experten überlassen bleiben. Ohne ernsthafte Verhandlungen zerbröckele die westliche Position, die im übrigen der Weiterentwicklung bedürfe (Maßnahme 3). Beim Gewaltverzicht müsse der Westen

51 Vgl. dazu Ziffer 5 a der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anläßlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 343. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

52 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 19. November 1984 in London vgl. Dok. 311.

53 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

54 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 statt.

mehr Flexibilität zeigen. Die deutschen Freunde betonten das mit Recht. Von deutscher Seite sei auch der substantiellste Beitrag zum französischen KVAE-Papier gekommen. Frankreich habe die deutschen Vorschläge berücksichtigt und insbesondere das Wort „Conditions/Bedingungen" vermieden. Frankreich wolle das Papier demnächst in die NATO einführen.

Thomas stimmte der Einschätzung Andréanis zu. Es müsse im übrigen zwischen den Sachverhandlungen und der Behandlung der Öffentlichkeit unterschieden werden. Weil die Sachverhandlungen nicht vorankämen, gewinne die Behandlung der Öffentlichkeit um so größere Bedeutung. Es frage sich, wie der Gewaltverzicht mit konkreten vertrauensbildenden Maßnahmen verbunden werden könne.

Auch Burt unterstützte Andréani. Mehr Zutrauen sei erforderlich; Verhandlungen dürften nicht den Experten überlassen bleiben. Darüber hinaus gelte es, den Gesamtzusammenhang des KSZE-Prozesses im Auge zu [55]behalten. Stockholm sei zwar zur Zeit der KSZE-Schlüsselprozeß. Gerade deshalb müsse man indessen die übrigen KSZE-Unternehmen im Auge behalten. Durch die KVAE dürften die Menschenrechtsfragen nicht in den Hintergrund verdrängt werden. In der NATO sollte man sich auf die Erörterung der CBMs konzentrieren. Gromyko habe in Washington die CBMs als „legalisierte Spionage" bezeichnet und besonders kritisch angemerkt, daß die vertrauensbildenden Maßnahmen sich auf sowjetisches, nicht aber auf amerikanisches Territorium erstrecken sollten. In Reagans VN-Rede[56] sei in dem Hinweis auf wechselseitige Inspektionsgruppen bereits ein erster Ansatz für eine amerikanische Konzession zu sehen, um diesen sowjetischen Einwand auszuschalten. Gromyko sei aber auf angedeutete amerikanische Bewegung nicht eingegangen. Sowjetisches Zögern dürfe den Westen nicht dazu veranlassen, „mit den Preisen herunterzugehen". Er schlage vor, daß die Politischen Direktoren sich noch im Herbst mit den KVAE-Delegationsleitern zusammensetzten, um eine gemeinsame, aktive Linie abzustimmen.

D 2 erinnerte daran, daß wir schon einmal in der Vergangenheit ein außerordentlich nützliches KSZE-Treffen dieser Art (vier Politische Direktoren, vier Delegationsleiter, vier Experten) in Paris veranstaltet hätten, damals noch mit Eagleburger auf amerikanischer Seite. Zur Sache: Es sei vollkommen richtig, daß der KSZE-Prozeß als Gesamtheit in der Balance gehalten werden und unsere Aufmerksamkeit auch den kleineren Schauplätzen zugewandt bleiben müsse. Zur Verbindung CBMs und Bekräftigung des Gewaltverzichts blieben wir bei unserer Linie. Diese Feststellung möge übrigens zeigen, daß sich bei uns die Zentrale sehr eingehend und ständig um die KVAE gekümmert und unsere Delegation, die durch Botschafter Citron sehr gut geführt werde, laufend mit genauen Informationen versehen habe. Daß sich Gromyko jetzt über den KVAE-Raum beschwere, sei ein Beweis mehr dafür, wie richtig und entscheidend es gewesen sei, den „Geburtsfehler" von MBFR für die KVAE nicht zu wiederholen, sondern eher zu löschen. Thomas forderte Abstimmung über

55 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 8014 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

56 Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 244, Anm. 7.

(1) Inhalt des Pakets,

(2) Instruktionen an die Delegationen, wie sowjetische Unbeweglichkeit besser ausgenutzt werden könnte,

(3) Einigung, in welcher Weise die westlichen Vorschläge eingebracht werden sollten (en bloc oder stückweise).

Burt erwähnte, das Budapester Kulturforum[57] dürfe nicht zu einem „Love festival" werden. Die Ungarn spezifisch und die WP-Staaten allgemein würden wahrscheinlich versuchen, mit Folklore den Kern der Sache (den freien Fluß von Informationen usw.) zu überlagern.

Andréani und Thomas sprachen sich dafür aus, diese Sache bilateral in Gesprächen mit Osteuropäern aufzunehmen. Burt regte an, daß die anderen KSZE-Aktivitäten (außer KVAE) beim nächsten Vierertreffen intensiver erörtert werden sollten. Wenn er es überdenke: Zusammentreffen der Politischen Direktoren mit den KVAE-Delegationsleitern eile nicht. Anfang nächsten Jahres sei früh genug.

2) Chemische Waffen

Burt erklärte: In Gesprächen mit Gromyko hätten USA klargestellt, daß auch amerikanische private Firmen, die im chemischen Waffenbereich für den Staat tätig seien, den Inspektionen unterliegen würden. US hätten vor etwa sechs Monaten mehrfach den Sowjets angeboten, bilateral in Washington über den CW-Vertragsentwurf[58] zu sprechen. Darauf seien die Sowjets nicht eingegangen: Neben Genf bedürfe es keiner weiteren Kanäle. Die drei europäischen Direktoren, an der Spitze Thomas, unterstrichen, daß der Artikel 10 des Vertragsentwurfs verhandelbar gemacht werden müsse. Burt sagte zu, dies nach Washington zu berichten.

3) UN-Resolution zur Verhütung eines Nuklearkrieges[59]

Andréani und Burt zeigten sich sehr kritisch gegenüber jedem Bemühen, in den VN eine akzeptable Resolution zu erreichen. Es sei ein vergebliches Unterfangen, die Blockfreien in dieser Sache auf unsere Seite ziehen zu wollen. Burt: Je mehr man ihnen gebe, desto mehr verlangten sie. Die ganze Sache sei ein schlüpfriger Abhang, wir sollten uns weder auf eine Arbeitsgruppe im CD noch eine Resolution in New York einlassen. Er halte die deutsche Absicht, diese Frage in den VN zu diskutieren, für verfehlt. Andréani: Wir sollten uns lieber darauf konzentrieren, „in klarer Form unsere realistische Sicht, daß jede Form des Krieges verhindert werden müsse" und daß dies „am besten durch die westliche Sicherheitspolitik in ihrer integralen Form" geschehe, darzulegen. Thomas

57 Das Kulturforum der KSZE fand vom 15. Oktober bis 21. November 1985 in Budapest statt.

58 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

59 Referat 220 vermerkte am 12. September 1984, seit der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York versuche die Bundesrepublik, „eine westliche Resolution zu dem Thema ‚Verhütung eines Nuklearkrieges' zustande zu bringen. Es ging uns dabei darum, die Fixierung auf den Nuklearkrieg aufzulösen und Möglichkeiten zur Verhinderung eines Krieges überhaupt in die Diskussion zu bringen; die Kriegsverhütungsstrategie des Bündnisses so darzustellen, daß sie auch für die Neutralen und Nichtgebundenen verständlich und einleuchtend wird." Dieses Vorhaben sei während der XXXVIII. VN-Generalversammlung im letzten Jahr „an der Haltung unserer Verbündeten, die über Nuklearwaffen verfügen, gescheitert". Vgl. Referat 220, Bd. 128646.

warnte davor, sich dem Risiko auszuliefern, in den Vereinten Nationen in bezug auf die öffentliche Darstellung unserer Verteidigungspolitik zu unterliegen. Burt: Der ungeeignetste Platz, über Abrüstung zu sprechen, ist die UNO (sic). D 2 hat in Nebengesprächen klarzumachen versucht, daß es in erster Linie darum gehe, in der Propaganda-Schlacht der östlichen Seite niemals das Feld zu überlassen.

4) MBFR

Das Thema wurde nur gestreift, ohne Neues zutage zu fördern.

5) Weltraumwaffen

Andréani fragte, ob es eine neue Fünfer-Konsultation zur SDI[60] vor Jahresende geben werde. Burt: USA wollen sich darum bemühen.[61] Für den 10. Oktober sei ein ASAT-Test vorgesehen, der allerdings kein Abfangversuch sein werde. Der erste Abfangtest werde um die Jahreswende stattfinden.

D 2: Wir hofften, daß es zur vorbeugenden Rüstungskontrolle in diesem Bereich (ASAT/SDI) kommen werde. Für die Sowjets habe der Weltraum offenbar erste Priorität. In allen Einlassungen, vertraulichen und öffentlichen, stehe „die Gefahr der Militarisierung des Weltraums" an der Spitze. Wenn sie einmal nicht an der Spitze stehe, so sei sie doch erkennbar die Hauptsache. Offenbar fürchteten die Sowjets die Stärke und die Innovationskraft der amerikanischen Industrie. Sie machten sich Sorge, nicht mithalten zu können, wenn es zum Rüstungswettlauf auf diesem Gebiet komme. Hier habe Washington einen enormen Hebel in der Hand. Er sollte genutzt werden, um die Sowjetunion möglichst rasch an diesen neuen Verhandlungstisch (ASAT/SDI) und die verlassenen alten Verhandlungstische (INF/START)[62] (zurück) zu bringen. Wir hätten mit großem Interesse den Satz über den „mutual restraint" in Reagans Rede vor der UNO gelesen und interpretierten auch spätere amerikanische Bemerkungen in dem skizzierten Sinne.

Burt: Die Sowjets wollen zur Zeit nur SALT-Verhandlungen.

WEU und NATO

In Abwesenheit von Andréani, der vorzeitig abreisen mußte, unterrichtete D 2, unterstützt von Thomas, den amerikanischen Kollegen mit französischem Einverständnis über die Vorbereitungsarbeiten zur Belebung der WEU. D 2 unterstrich, daß es sich um die Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO handele, um die Selbstfindung der Europäer in der „dritten Dimension" (erste

60 Am 17./18. Juli 1984 fanden Gespräche zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA über SDI statt. Vgl. dazu Dok. 208.

61 Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 13. Dezember 1984 Informationen aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium, wonach der zuständige Abteilungsleiter Perle „gegen Fortsetzung der SDI-Konsultationen im Fünfer-Rahmen sei. Er würde bilaterale Konsultationen vorziehen. Im Pentagon habe man sich bei den Konsultationen im Juli sehr über den britischen Delegationsleiter Weston geärgert. Er sei wohl der Meinung gewesen, auf politischer Ebene (Iklé) und während der Konsultationen selbst grob und schon manchmal brutal argumentieren zu können, in der Hoffnung, die amerikanische SDI-Politik grundsätzlich ändern zu können. Er verkenne dabei völlig, daß dies eine ‚Politik von oben sei' und – wenn überhaupt – nur auf der Ebene der Regierungschefs entscheidend Einfluß genommen werden könne". Ob sich Perle mit seiner Meinung innerhalb der amerikanischen Regierung werde durchsetzen können, sei offen: „Eine Entscheidung darüber sei noch nicht gefallen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5362; VS-Bd. 11373 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

62 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

Dimension: Wirtschaft (EG); zweite Dimension: Außenpolitik (EPZ); dritte Dimension: Sicherheitspolitik (WEU)) und damit um einen bedeutenden Schritt auf die Europäische Union zu.

Die europäische Öffentlichkeit werde größeres Verständnis für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ihrer Regierungen zeigen, wenn die Parlamentarische Versammlung der WEU, deren Attraktivität für sicherheitspolitisch interessierte Abgeordnete durch die WEU-Belebung steigen werde, stärker als in der Vergangenheit auf die Bevölkerung und die nationalen Parlamente einwirke. Hätten wir dieses Instrument schon in der Dislozierungsdebatte zur Verfügung gehabt, hätten wir uns wahrscheinlich weniger schwergetan. Burt warnte davor, die wirklichen Sachfragen, z. B. die Erhöhung des europäischen Verteidigungsbeitrags, hinter Worten zu verstecken. Das Nunn-Amendment[63] dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Es komme bestimmt wieder. Entscheidend bei der Abwehr dieser Vorstöße würden konkrete Fortschritte der Europäer sein: Werden sie z. B. in der Lage sein, Bauten für die Unterstützungskräfte bereitzustellen?

Thomas betonte, die WEU werde nicht mehr Geld zur Verfügung stellen können, wohl aber könne sie ein größeres politisches Verständnis für Verteidigungsfragen kreieren.

Die WEU werde für eine bessere Darstellung der europäischen Anstrengungen im Verteidigungsbereich sorgen. D 2 erklärte, Burt sehe die Dinge zu materiell. Wir wollen und würden uns auch materiell verbessern, nicht zuletzt durch Rationalisierung. Er (D 2) habe aber gerade die immaterielle Seite zu erläutern versucht. Einigkeit mache stark, die Bündelung der Kräfte sei mehr als die Summe der Einzelteile. San José[64] sei eine Parallele hierzu. Burt habe auch in diesem Zusammenhang nur nach dem Scheck gefragt. Der Scheck sei zwar wichtig, wahrscheinlich sei aber wichtiger noch das Gefühl der Zentralamerikaner, von den Zehn ernstgenommen zu werden, nicht allein gelassen zu sein, sich politisch aussprechen zu können, Ratschläge zu geben und zu empfangen. Burt gab zu, daß die Imponderabilien eine wichtige Rolle spielten. Er verstehe nicht, so fuhr er fort, warum die NATO kein eigenes Informationsbüro wie die EG in Washington unterhalte. Ein solches Büro könne unschätzbare Arbeit gegenüber dem US-Kongreß leisten. Sein Eindruck sei, daß sich die NATO-Bürokratie aus wichtigen Gründen nicht einigen könne. Dem sollten wir zu viert abzuhelfen suchen.

[65]Malta

Burt äußerte Sorge über Entwicklungen in Malta. USA seien sich nicht sicher, wie darauf zu reagieren sei. Sie stellten über die letzten fünf Jahre hinweg wachsende sowjetische Präsenz fest. Mintoff sei wohl zu geschickt, als daß er schließlich im sowjetischen Lager landen würde, aber vielleicht werde einem weniger geschickten Nachfolger keine Bewegungsfreiheit mehr bleiben. Mintoff wolle sich

63 Zum Antrag des amerikanischen Senators Nunn vom 18. Juni 1984 vgl. Dok. 222, Anm. 7.

64 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 vgl. Dok. 260.

65 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 8015 übermittelten fünften Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

seine Neutralität immer von neuem bezahlen lassen. Er versuche aber wohl, die Verbindungen zum Westen allgemein zu „revitalisieren“: durch Handel, westliche Investitionen und Tourismus. Der Tourismus (hauptsächlich Briten) sei um 30 Prozent gefallen. Er bitte die britische Seite darum, die Gründe für diesen Rückgang zu prüfen. USA fragten sich, wie Beziehungen anderer zu Malta verbessert werden könnten, z. B. auf dem Gebiet des Tourismus.

D 2 begrüßte amerikanisches Interesse an der Entwicklung in Malta. Dieses Problem habe Eagleburger noch ganz den Europäern überlassen wollen. Wir teilten die Sorge wegen des mutmaßlichen Nachfolgers von Mintoff, Bonnici, der nach unseren Quellen hinter den jüngsten Unruhen auf Malta[66] stehe. Auch wir träten für die Entwicklung der Handelsbeziehungen ein. Es gebe zahlreiche (40) deutsche Investitionsvorhaben auf Malta. Unser Tourismus nach Malta liege im Aufwind. Mintoff bemühe sich um eine Begegnung mit dem Bundeskanzler. Wir hätten dem Bundeskanzler noch keine Empfehlung gegeben, sondern erörterten zur Zeit das Für und Wider.[67]

Thomas meinte, Bonnici sei eine Kreatur Mintoffs. Selbst wenn Mintoff zurückträte, werde er aus dem Hintergrund die Fäden in der Hand behalten.

Mintoffs jüngster Besuch in London[68] habe wenig Konkretes erbracht. Mintoff versuche, trotz sowjetischer Präsenz auf der Insel, Äquidistanz zu halten. Er sei ein „Teppichhändler“. Mintoff habe einen soft loan von 50 Mio. Pfund gefordert. Die beiden Zentralbanken würden hierüber sprechen. Mintoffs Anregung, zur Wiederbelebung des britischen Tourismus nach Malta den Wechselkurs zwischen britischem Pfund und maltesischer Lira durch die britische Zentralbank garantieren zu lassen, wollten die Briten prüfen. Darüber hinaus habe Mintoff London um Hilfe bei der Räumung von Blindgängern aus dem Zweiten Weltkrieg im Hafenbecken von Malta gebeten. Der Hafen könne sonst nicht vertieft werden, was sich für die Benutzung der neuen Bunker-Anlagen nachträglich

66 In Malta kam es im Sommer und Herbst 1984 zu einem Konflikt zwischen der Regierung und der katholischen Kirche um die Finanzierung katholischer Schulen. Vgl. dazu den Artikel „Mintoff und der Erzbischof“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Oktober 1984, S. 12.

67 Ministerialdirigent Schauer notierte am 10. Oktober 1984, die maltesische Regierung habe mit Verbalnote vom 4. Oktober 1984 Bundeskanzler Kohl zu einem Besuch nach Malta eingeladen. Schauer führte dazu aus, die bilateralen Beziehungen seien „zur Zeit störungsfrei“. Gegen ein Zusammentreffen von Kohl und Ministerpräsident Mintoff spräche „wiederholt negatives Verhalten Maltas gegenüber westeuropäischen Regierungen“. Ferner werde maltesische Seite „insbesondere Wunsch nach Finanz- und Wirtschaftshilfe vorbringen, wo wir nichts anbieten können“. Für eine Begegnung spräche die dadurch entstehende Gelegenheit, die maltesische Regierung „in aller Deutlichkeit auf nach unserer Ansicht negative Tendenzen und Entwicklungen hinzuweisen“, sowie die Möglichkeit, Mintoff „unserer vollen Achtung m[a]lt[esischer] Neutralität zu versichern und gleichzeitiger Hinweis, daß hierzu auch Einhaltung Äquidistanz zum Ostblock gehört“. Schauer führte aus: „Nach Abwägung aller Argumente sollten wir mittelfristig die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Malta wahrnehmen.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140487.
Am 29. Oktober 1984 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna der Botschaft in Valletta mit: „Zur Zeit wird noch geprüft, ob maltesischer MP für 1985 zu kurzem Arbeitsbesuch nach Bonn eingeladen werden kann. Besuch BK bzw. BM in Malta erscheint nicht zweckmäßig.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 63; Referat 206 (203), Bd. 140487.
Mit Schreiben vom 6. Dezember 1984 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert informierte das Bundeskanzleramt, Kohl könne „aus terminlichen Gründen der Einladung nach Malta auf absehbare Zeit nicht Folge leisten“. Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140487.

68 Ministerpräsident Mintoff besuchte Großbritannien am 3. Oktober 1984.

als notwendig erwiesen habe. Thomas stellte die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland bei diesem Vorhaben helfen könne.[69]

Die Aussichten für die 1986 bevorstehenden Wahlen[70] seien unklar. Die Nationalisten hätten eine Chance; die Beziehungen zu ihnen seien in der Vergangenheit auch nicht einfach gewesen. Briten prüften, ob sie etwas zur Förderung des Tourismus tun könnten. Thomas schloß die Bitte an, die Bundesrepublik möge im EG-Bereich großzügiger sein.

Andréani sprach sich für EG-Hilfe aus. Budget-Hilfe und soft loans an Malta kämen für Frankreich nicht in Betracht.

Zypern

Thomas berichtete über britische Demarchen bei Kyprianou und Halefoglu gemäß Bitte des VN-GS[71] nach erfolglosem Abschluß der Proximity Talks.

D 2 verwies auf deutsche Demarchen bei den „vier" Parteien.[72]

Thomas hielt detaillierte Diskussion des Zyperns-Problems und der griechisch-türkischen Beziehungen für erforderlich.

Auch Andréani betonte Besorgnis. Über Lage im gesamten östlichen Mittelmeer sollte bei nächstem Vierertreffen gesprochen werden.

Burt stimmte zu. Er verwies auf besondere Komplikationen im Verhältnis zur Türkei wegen der Armenier-Resolution im amerikanischen Kongreß.[73] Trotz

69 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna vermerkte am 7. November 1984: „Dem britischen Wunsch, bei der Blindgänger-Räumung in Malta mitzuhelfen, sollten wir mit großer Vorsicht begegnen. Wir haben bisher alles vermieden, gegenüber Malta den Eindruck zu erwecken, als ob wir uns für die Beseitigung der von GB veranlaßten Kriegsschäden (Verminung des Hafengebiets) mitverantwortlich fühlten." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140487.

70 Die Parlamentswahlen in Malta wurden am 9. Mai 1987 abgehalten.

71 Javier Pérez de Cuéllar.

72 Referat 203 erläuterte am 17. September 1984, nach Vorgesprächen am 6./7. August 1984 in Wien fänden seit 10. September 1984 in New York getrennte, aber parallele Gespräche des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar mit Vertretern der griechischen bzw. türkischen Volksgruppe auf Zypern statt. Erstes Zwischenziel sei, ein „Gipfelgespräch" zwischen Präsident Kyprianou und dem Sprecher der türkischen Volksgruppe, Denktasch, zustande zu bringen. Vgl. Referat 206 (203), Bd. 150975. Am 2. Oktober 1984 teilte Ministerialdirigent Schauer den Botschaften in Ankara, Athen und Nikosia mit: „Nach eigener Einschätzung des VN-GS und den uns vorliegenden Informationen haben die bisherigen Gespräche des GS nur geringfügige Fortschritte erbracht […]. Falls der neue Vorstoß des GS scheitert, ist schwer zu erkennen, wie neue Lösungsansätze gefunden werden können." Schauer wies die Botschaften an, im entsprechenden Außenministerium vorstellig zu werden, die Besorgnis der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen und alle Beteiligten zu größerer Flexibilität aufzufordern. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6669; Referat 206 (203), Bd. 150975.

73 Botschafter Negwer, Ankara, teilte am 14. September 1984 mit, die Entscheidung des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 10. September 1984 für einen Resolutionsentwurf „über Proklamation 24. Aprils zum Tag des Völkermordes an den Armeniern" lasse „in türkischer Öffentlichkeit weiter die Wellen hochgehen". Die türkische Regierung habe ihr Befremden über diese Entscheidung sowohl in Ankara als auch Washington zum Ausdruck gebracht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2074; Referat 203, Bd. 151021.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 19. September 1984, die amerikanische Regierung nehme die Angelegenheit sehr ernst und bemühe sich darum, die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution beider Häuser des Kongresses zu verhindern. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4032; Referat 203, Bd. 151021.
Am 9. Oktober 1984 informierte Gesandter Wallau, Washington, es werde aller Wahrscheinlichkeit nach in der gegenwärtigen Legislaturperiode nicht mehr zur Verabschiedung einer Resolution kommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4334; Referat 203, Bd. 151021.

starker griechischer Lobby sei amerikanische Militärhilfe 1984 für Türkei höher denn je (875 Mio. Dollar).

Thomas äußerte Zweifel an wirtschaftlicher Lebensfähigkeit des türkischen Zypern.

Burt hielt dem entgegen, daß Sache der türkischen Zyprer in der Türkei so populär sei, daß Ankara die türkischen Zyprer, koste es, was es wolle, weiter unterstützen werde. Das Problem sei Papandreou, der keine Zypern-Regelung wolle, weil er mit dem ungeregelten Problem nationale Stimmungen zu seinen Gunsten entfachen könne.

Thomas meinte, die Vier sollten alle ihre Einflußmöglichkeiten, sei es über NATO, sei es über die EG, noch einmal durchprüfen.

Andréani bemerkte, daß über die EG Druck auf Türkisch-Zypern ausgeübt werden könnte.

Thomas und D 2 zeigten sich hierzu reserviert.

VS-Bd. 13360 (210)

298

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

210-704 **8. November 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Vorschlag: Billigung der ersten Überlegungen (Ziffer III)

Betr.: 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges

I. 1) Das Jahr 1985 bringt eine Reihe von 40. Jahrestagen, die sich auf das Ende des Zweiten Weltkrieges beziehen:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup und Legationsrat I. Klasse Geyer konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorschlag: a) hochrangige Teilnahme an McCloy-Feier, b) politische Erklärung anläßlich Weltwirtschaftsgipfels, c) Fernsehansprache des Bundespräsidenten."

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Der Vorschlag Burt ist instinktlos. Schon seine Weiterverfolgung würde die schärfsten Reaktionen bei uns auslösen. 2) Notieren für Gespräch mit BK."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 22. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der Ziffer 2 des handschriftlichen Vermerks von Genscher hervorhob. Dazu vermerkte er handschriftlich: „010."
Hat Legationssekretär Wittig am 22. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigent Edler von Braunmühl an Referat 210 verfügte.
Hat Pfeffer am 22. November 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Braunmühl und Referat 210 verfügte.
Hat Braunmühl am 23. November 1984 vorgelegen.

11.2.1945 – Abschluß der Jalta-Konferenz[4]

8.5.1945 – Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa[5]

26.6.1945 – Gründung der Vereinten Nationen (Zeichnung der Charta[6])

2.8.1945 – Abschluß der Potsdamer Konferenz[7]

6.8.1945[8] – Abwurf der Atombombe auf Hiroshima

2.9.1945 – Ende des Zweiten Weltkrieges (japanische Kapitulation)[9]

24.10.1945 – Gründung der Vereinten Nationen

Schon jetzt gibt es Planungen für die Feier einiger dieser Gedenktage.

2) Die Sowjetunion wird das Ende des Zweiten Weltkrieges nach einem Beschluß des ZK der KPdSU vom Juni d.J.[10] in einer großangelegten Serie von Veranstaltungen unter Einbeziehung der Partnerstaaten des Warschauer Pakts begehen.[11] Deutliches Vorzeichen für den zu erwartenden Charakter dieser Veranstaltungen ist die seit Frühjahr laufende Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Für diejenigen unserer westlichen Verbündeten, die am Kriegsgeschehen des Zweiten Weltkrieges aktiv beteiligt gewesen sind, ist das Ende des Krieges in Europa am 8. Mai 1945 ein wichtiger Erinnerungstag. Besonders auch in dem im patriotischen Hochgefühl lebenden Amerika ist der VE Day ein wichtiger nationaler Gedenktag. Auf der vom 5.–7. November veranstalteten Pressereferententagung wurde berichtet, daß in USA, Großbritannien, Dänemark und Kanada der 8. Mai als ein wichtiges Datum angesehen wird, auf dessen Ausgestaltung man sich rechtzeitig einstellen müsse. Von dorther und von anderen werden mit großer Gewißheit eigene Programmvorstellungen entwickelt werden, auf die wir uns möglichst frühzeitig mitgestaltend einrichten sollten. In den

4 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

5 Die Wörter „in Europa“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

6 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945, die am 24. Oktober 1945 in Kraft trat, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

7 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

8 Korrigiert aus: „8.8.1945“.

9 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

10 Botschafter Kastl, Moskau, legte am 20. Juni 1984 zu den am 17. Juni 1984 verkündeten Beschlüssen des ZK der KPdSU zum Ablauf der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa 1985 dar: „Der Sinn der langen, intensiven Vorbereitung auf den 40. Jahrestag des Sieges liegt in der Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte für die Verstärkung des ideologischen Kampfes nach innen und nach außen. […] Vergegenwärtigt man sich die einigende, integrative Wirkung des Zweiten Weltkrieges für die sowjetische Gesellschaft (eine Funktion, die das zweite große Ereignis ‚Oktober-Revolution‘ immer weniger erfüllen kann), so werden die ungeheuren Anstrengungen der hiesigen Führung am Wachhalten der Erinnerung an den Sieg über den Faschismus verständlich.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1897; Referat 213, Bd. 133296.

11 Zu den Feierlichkeiten in der UdSSR anläßlich des 40. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vom 14. Mai 1985; AAPD 1985.

USA wird z. B. der Gedanke verfolgt, zum 90. Geburtstag von John McCloy[12] eine derartige Gedenkveranstaltung durchzuführen. Als konkreten Plan hat der Geschäftsführende Vorsitzende des American Council on Germany, David Klein, auf ein Projekt der Four-Freedoms-Foundation hingewiesen, am 8.5.1985 in Hyde Park (früherer Besitz und Begräbnisstätte von Präsident Franklin D. Roosevelt) bei New York eine deutsch-amerikanische Veranstaltung zum 40. Jahrestag der Kapitulation auszurichten. Für diesen Plan erwartet die Botschaft Washington Weisung binnen absehbarer Zeit (DB Washington 4712 vom 3.11.1984[13]).

Von diesen konkreten Plänen unabhängig hat die amerikanische Seite (Burt) jüngst die Anregung gemacht, des Kriegsendes durch eine nach Berlin einzuberufende Außenministerkonferenz aller Kriegsbeteiligten zu gedenken.[14] Dieser Gedanke ist von den Franzosen (Andréani) mit Wohlwollen aufgenommen worden. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, daß es gelingen könnte, die Sowjetunion und ihre Verbündeten einzubinden.[15]

3) In der Bundesrepublik Deutschland planen die Vertriebenenverbände, den „40. Jahrestag der Vertreibung" zu begehen. Beim Kolloquium des DGAP-Arbeitskreises Ost-West am 1.10.1984 hat sich MdB von Bismarck nachhaltig dafür eingesetzt, die Vertriebenenverbände frühzeitig an den Überlegungen der Bundesregierung zu beteiligen. So könne am besten gewährleistet werden, daß sich die Äußerungen der Verbände aus diesem Anlaß im Rahmen unserer Politik gegenüber den Staaten Osteuropas hielten. Das Bundesministerium des Innern ist derzeit mit der Ausarbeitung einer Konzeption befaßt. Wir haben betont, daß das Gedenken an die Vertreibung in einen größeren historischen Zusammenhang gestellt und vor allem zukunftsorientiert sein muß.

II. 1) Das Interesse, des 40. Jahrestages des Kriegsendes in besonderen Veranstaltungen zu gedenken, ist in Ost und West unterschiedlich motiviert:

a) Östliche Interessenlage:

– Betonung des territorialen Status quo der europäischen Nachkriegsordnung.
– Blockdisziplinierung und Legitimierung sowjetischer Vorherrschaft in Osteuropa (auch: Verlängerung WP)[16].

12 31. März 1985.

13 Botschafter van Well, Washington, teilte mit, es bestünden Überlegungen, „mit deutscher Beteiligung gemeinsam der ‚Wiedergeburt der Demokratie in Deutschland' und der ‚Wiederherstellung freiheitlicher Ordnung in Europa' zu gedenken". Geplant sei „eine Art Seminar vor einem geladenen Publikum mit Beiträgen von mehreren kompetenten und prominenten Rednern sowie Diskussion. Die Veranstalter haben die notwendigen Mittel hierfür bereits zusammen. Sie warten auf eine Antwort unsererseits, ob wir das Projekt mit einem prominenten Redner unterstützen." Vgl. Referat 204, Bd. 135255.
Ministerialdirigent Schauer regte am 13. Dezember 1984 an, „den Gedanken einer hochrangigen deutschen Teilnahme an der Hyde-Park-Tagung positiv aufzunehmen" und den ehemaligen Bundespräsidenten Scheel für die Teilnahme zu gewinnen. Vgl. Referat 204, Bd. 135316.

14 Für die Äußerung des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, am 9. Oktober 1984 vgl. Dok. 297.

15 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht so konkret. Der Gedanke an eine ‚Versöhnungskonferenz' (Kriegsalliierte West/ex-Alliierte aus Ost und Kriegsgegner, vor allem D) mit Blick nach vorn ist im Gespräch von Burt mit Andréani auf Grund unserer Warnungen vor den SU-Zielsetzungen ins Gespräch gebracht worden."

16 Die Wörter „(auch: Verlängerung WP)" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

– Einwirkung auf die eigene Bevölkerung; Arbeitsmoral, Verteidigungsbereitschaft, ideologische Abgrenzung gegenüber dem Westen.

b) Motive westlicher Staaten:

– Erinnerung an das Ende des Krieges mit seinen zahlreichen Opfern (vergleichbar Normandie-Feiern[17]); Anklänge an alliierte[18] Kriegsallianzen lassen sich nicht ganz ausschließen.

– Zukunftsorientierte Vorstellungen? Versöhnung über den Gräbern (Verdun[19])?

c) Unsere Vorstellungen:

– Sturz Hitlers führte zur Befreiung Westeuropas und zu Neubeginn demokratischer Entwicklung im westlichen Teil Deutschlands.[20]

– Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche demokratische Staatengemeinschaft als Gemeinschaft gemeinsamer Werte und Grundüberzeugungen.

– Friedenspolitik durch Ausgleich und Versöhnung mit der Sowjetunion und den Staaten Mittel- und Ost-[21]Europas.

2) Angesichts der unterschiedlichen Interessenlage ist es kaum denkbar, daß zwischen West und Ost ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann, der unsere Vorstellungen vom Sinn und Zweck solcher Veranstaltungen zufriedenstellend berücksichtigt. Im Verhältnis zu den Westmächten ist unsere Interessenlage nicht von vornherein identisch; eine „Versöhnungskonferenz" („multilaterales Verdun") wäre erfreulich[22].

3) Die amerikanische Anregung, Berlin[23] als Veranstaltungsort zu wählen, begegnet einer Reihe von Bedenken:

– Die Drei Mächte wären dort nach ihrem Verständnis als Inhaber der obersten Gewalt Gastgeber. Die Bundesrepublik Deutschland hätte a priori einen minderen Status. Protokollarische Fragen würden überdies unübersehbare Probleme schaffen, für die nur Lösungen in Betracht kämen, die für uns nach unserem Selbstverständnis und angesichts des von uns gewünschten Charakters einer solchen Veranstaltung nur schwer hinnehmbar wären.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1389

Zu einer Verlängerung des Vertrags vom 14. Mai 1955 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. Dok. 311, Anm. 3.

17 Zu den Feierlichkeiten am 6. Juni 1984 anläßlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day") vgl. Dok. 164.

18 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen.

19 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

20 Dieser Absatz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Pfeffer zurück. Vorher lautete er: „Niederlage Deutschlands führte zu Neubeginn demokratischer Entwicklungen im westlichen Teil unseres Landes."

21 Die Wörter „Mittel- und Ost-" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

22 Der Passus „eine ‚Versöhnungskonferenz' … wäre erfreulich" wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „unüberbrückbare Gegensätze bestehen indessen nicht."

23 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kommt m. E. nicht in Betracht."

– Bedenken gegen Berlin bestünden erst recht bei einer Veranstaltung unter Beteiligung der Vier Mächte. In Berlin haben die Siegermächte in der Nachkriegszeit immer Entscheidungen über uns getroffen. Aus Anlaß des Gedenktages wollen wir jedoch gerade nicht als Objekt erscheinen.
– Eine Veranstaltung unter Beteiligung der Siegermächte in Berlin würde nahezu unerfüllbare deutschlandpolitische Erwartungen wecken.

III. 1) Eine an sich begrüßenswerte „Versöhnungsfeier" aller Kriegsbeteiligten im Sinne eines „west-östlichen Verdun" erscheint unter den gegebenen Umständen nicht realisierbar. Insbesondere die Sowjetunion wird auf eigene Feiern, die stark durch blockinterne Interessen motiviert sind, nicht verzichten[24] wollen. Ein Vergleich der bisher bekanntgewordenen Pläne der Sowjetunion mit der Gestaltung des 30. Jahrestages des Kriegsendes[25] läßt bereits jetzt erkennen, daß die bevorstehenden Feiern den Umfang von 1975 erreichen und deutschlandkritische Akzente sogar darüber hinausgehen werden.

Da die Gesichtspunkte, auf die wir im Zusammenhang mit solchen Gedenkveranstaltungen Wert legen, keine Aussicht auf Berücksichtigung haben, liegt es nicht in unserem Interesse, den Gedanken einer gemeinsamen West-Ost-Gedenkfeier aktiv zu unterstützen. Für uns kann es insoweit nur darauf ankommen, eventuellen Schaden zu begrenzen. Das bedeutet, daß wir Anstöße wie die der Amerikaner mit Interesse aufnehmen, ggf. immer wieder Fragen stellen, um uns die Möglichkeit zu erhalten, unsere Vorstellungen einfließen zu lassen. Das Beispiel Verdun sollte dabei von unserer Seite stets lobend erwähnt werden. Neben dem Viererrahmen auf Direktorenebene kommt dafür auch das Außenministertreffen am Vorabend der NATO-Tagung im Dezember[26] in Betracht.

2) Erwägenswert ist, die Teilnehmer sonstiger bedeutender internationaler Veranstaltungen des kommenden Jahres (Weltwirtschaftsgipfel[27], NATO-Frühjahrskonferenz[28], zehnter Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki[29]) zu einer feierlichen Erklärung aus Anlaß des 40. Jahrestages des Kriegsendes zu veranlassen. Unter bündnispolitischen Aspekten wäre hierbei einer gemeinsamen Aussage des Nordatlantikpakts in der Form einer besonderen Erklärung der Vorzug zu geben. Der Weltwirtschaftsgipfel hätte demgegenüber den Vorteil, daß er in besonderer zeitlicher Nähe zum 8.5. in Bonn statt-

24 Die Wörter „eigene Feiern" und „nicht verzichten" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Natürlich nicht. Die Frage ist, ob der Westen den Osten zu einer Versöhnungsfeier (nicht in Berlin) einladen sollte oder nicht. Bei Absage Ost: West allein?"

25 Zur Frage der Feierlichkeiten anläßlich des 30. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa vgl. AAPD 1975, I, Dok. 103.

26 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 12. Dezember 1984 in Brüssel; Dok. 341.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349

27 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 statt.

28 Zur NATO-Ministerratstagung vom 5. bis 7. Juni 1985 in Lissabon vgl. die Drahtberichte Nr. 9/10 bzw. Nr. 11 des Botschafters Wieck, z. Z. Lissabon, vom 7. Juni 1985; AAPD 1985.

29 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

findet und alle Hauptbeteiligten des Zweiten Weltkrieges vereint, die heute im westlichen Lager stehen.[30]

3) Im nationalen Rahmen wäre eine Ansprache des Bundespräsidenten (im Fernsehen oder in einer Gedenkveranstaltung) dem Anlaß angemessen. Gegenüber West und Ost könnte so die Bedeutung unterstrichen werden, die auch wir dem Jahrestag des Kriegsendes beimessen. Dabei wird der Schwerpunkt auf die Zukunft (Ziele unserer Friedens- und Versöhnungspolitik) zu legen sein. Im Erinnerungsteil sollte das Dilemma deutscher Patrioten im Mai 1945 anklingen: Freude über den Sturz der Diktatur, Trauer über die Zertrümmerung Deutschlands und die Spaltung Europas.[31]

Pfeffer

VS-Bd. 13361 (210)

299

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau

320-321.11 SUA VS-NfD **Aufgabe: 12. November 1984, 13.36 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 7819 Plurez

Betr.: BM-Treffen mit AM Botha (Südafrika) am 10.11.84 in Frankfurt

Am 10. November traf BM im Sheraton-Hotel am Frankfurter Flughafen den südafrikanischen AM Botha (mit van Dalsen, van Heerden, Manley), der sich auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung in der BR Deutschland aufhielt[2] und um diese Begegnung gebeten hatte. Das Gespräch dauerte 90 Minuten und fand in einer freundlichen Atmosphäre statt.

Soweit das Gespräch den Stand der Verhandlungen Angola/Namibia betraf, erhalten die Botschaften nachstehende Unterrichtung zur ausschließlich internen und vertraulichen Kenntnis. US, GB, F und KAN werden hierüber am 14.11. in Bonn unterrichtet.[3]

30 Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Man könnte alle drei Gelegenheiten benutzen."

31 Der Passus „Dabei wird der … die Spaltung Europas" wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.
Hat Ministerialdirigent Sulimma am 12. November 1984 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Der südafrikanische Außenminister Botha nahm am 9. November 1984 in München an einem Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung über internationale Politik und Strategie teil. Vgl. dazu den Artikel „Strauß für mehr Mitverantwortung Europas"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 10./11. November 1984, S. 8.
Für eine Bewertung des Gesprächs mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 300.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau teilte am 15. November 1984 zum Treffen der Namibia-Kontaktgruppe am Vortag mit, erörtert worden seien die innenpolitische und militärische Lage in

Die nach dem Gespräch von BM hinausgegebene Presseerklärung wird als Anlage übermittelt und kann nach dortigem Ermessen verwandt werden.

Aus dem Inhalt des Gesprächs halten wir fest:

1) Nach freundlicher gegenseitiger Begrüßung bat BM um Sachstand und SA[4]-Einschätzung der jüngsten Entwicklungen im südlichen Afrika.

Botha führte aus, auf den Kapverden habe er am 31.10. von Crocker angolanische Vorschläge erhalten, an denen in erster Linie folgendes bemerkenswert sei:

– Angola akzeptiere den Kubanerabzug im Prinzip,
– es sei nunmehr Angola, das ein Junktim mit der 435[5]-Ausführung herstelle,
– Angola gebe erstmals zu, daß es 30 000 Mann kubanischer Kampftruppen gebe, also müsse die Gesamtstärke der anwesenden Kubaner weit höher liegen und zusätzlich im Zusammenhang mit der großen Zahl anwesender Militärberater aus DDR, Nordkorea und SU gesehen werden.

Angola erkläre sich bereit, innerhalb von zwei Jahren den Abzug der Mehrheit der Kubaner herbeizuführen, wobei zunächst stufenweise ein Rückzug aus dem Süden bis zum 16., später bis zum 13. Breitengrad folgen solle. Am Ende wolle Angola jedoch 10 000 Kubaner im Norden im Grenzraum zu Zaire für einen vorab nicht begrenzten Zeitraum behalten. Mit Beginn der erstgenannten Rückzugsmaßnahmen aus dem Süden solle SA die 435-Ausführung starten und entsprechend dem in 435 vorgesehenen Zeitplan innerhalb von drei Monaten alle seine Truppen (bis auf 1500) aus Namibia abziehen.

Pretoria werde den US bald Gegenvorschläge für Angola unterbreiten.[6] Botha bezeichnete die angolanischen Vorstellungen als unannehmbar und berief sich mehrfach auf schriftliche US-Zusicherungen, wonach zum Zeitpunkt der 435-Wahlen alle Kubaner Angola verlassen haben müßten, während SA sein Restkontingent von 1500 in Grootfontein/Oshivelo noch behalte. Diese Abmachung mit US stehe seit 1981 fest und sei nie in Zweifel gezogen worden. Es sei für seine Regierung ausgeschlossen, von dieser öffentlich eingenommenen Position abzuweichen. Tatsächlich habe Crocker auch nicht die Erwartung geäußert, daß SA den neuen Vorschlag annehmen werde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1392

Angola, die amerikanisch-angolanischen Verhandlungen, die künftigen Beziehungen zwischen Angola und Südafrika sowie die Lage in Namibia und das weitere Vorgehen. Vergau führte dazu aus: „Ein Weg zur Verwirklichung von SR 435 ist vorgezeichnet, doch wollen wir uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß für die Erreichung des Ziels noch immer keine Garantie besteht. Die Hauptursache hierfür liegt darin, daß keiner der Fünf zuverlässig berechnen kann, wie Pretoria seine eigenen Interessen einschätzen und welche Schlußfolgerungen für sein Handeln es daraus ziehen wird. Vom Westen her bleibt zunächst Washington der entscheidende Akteur." Vgl. den Runderlaß Nr. 7957/7958; Referat 320, Bd. 138103.

4 Südafrika.

5 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 49, Anm. 5.

6 Botschaftsrat Ziefer, Pretoria, teilte am 26. November 1984 mit, die südafrikanische Presse habe am Vortag Einzelheiten der südafrikanischen Vorschläge zur Lösung des Namibia-Konflikts und zum Abzug kubanischer Truppen aus Angola veröffentlicht. Der südafrikanische Außenminister Botha habe die Richtigkeit der Presseartikel inzwischen bestätigt. Demnach habe Südafrika vorgeschlagen: „Durchführung SR 435 für Namibia, einschließlich UNTAG-Truppen; Abzug aller Kubaner aus Gesamtangola im selben Maße, d. h. innerhalb von zwölf Wochen nach Beginn SR 435, entsprechend dem 435-Zeitplan; UNITA-Frage kein Teil s[üd]a[frikanischen] Verhandlungspakets." Vgl. den Drahtbericht Nr. 725; Referat 320, Bd. 138103.

Auf Zwischenfrage von BM, ob US nicht doch an einer gegenseitigen Annäherung der Positionen von SA und Angola gelegen sei, räumte Botha zögernd ein, im schriftlichen Protokoll (!) über die 15stündigen US-SA-Verhandlungen auf den Kapverden (31.10.) sei auf sein Betreiben der Satz „The US Government welcomes the Angolan proposals" gestrichen worden. Was dieser Satz über die Kompromißneigung Washingtons verrate, erfülle ihn mit tiefer Sorge.

Botha gab sich enttäuscht darüber, daß weder aus dem angolanischen Vorschlag noch aus den jüngsten US-Äußerungen zu erkennen sei, wie die Interessen UNITAs gewahrt werden sollten. AM Shultz selbst habe früher zugesichert, „that due weight will be given to UNITA in any settlement". Er wies wiederum anhand eines schriftlichen US-SA-Protokolls nach, daß von „continuing central role of UNITA" die Rede war.

Botha sagte, er habe Savimbi am 30.10. gesehen und noch nie so selbstbewußt und zuversichtlich erlebt. S. besitze jetzt eine Abmachung mit der cabindischen Widerstandsbewegung FLEC[7], wonach Cabinda zwar nicht die von FLEC ursprünglich angestrebte Unabhängigkeit, wohl aber Autonomie erhalten solle. US hätten SA darum gebeten, UNITA-Aktionen gegen Ölproduktionsanlagen in Cabinda vorzubeugen. Sie hätten sich dabei sehr besorgt gezeigt wegen einiger Explosionen, die sie auf Bombenabwürfe von einem Flugzeug zurückgeführt hätten. SA habe aber einwandfrei geklärt, daß kein Flugzeug im Spiel gewesen sei. Dieser Vorgang werfe ein besorgniserregendes Licht auf die Qualität der US-Intelligence-Erkenntnisse.

UNITA operiere fast ungehindert bis in die Zentren der bisher MPLA zugerechneten Regionen. Nicht das „ob", sondern nur der Zeitpunkt des Sieges Savimbis sei noch offen. MPLA sollte nicht verkennen, daß seine Gesprächsbereitschaft nur noch kurze Zeit andauern werde. Einige MPLA-Führer hätten ihre Familien bereits nach Europa evakuiert.

Es sei dem Druck Pretorias zu verdanken, daß UNITA bisher vom Bombardement ziviler Ziele abgesehen habe. Savimbi habe jetzt jedoch herausgefunden, wie leicht er durch bloße Stromunterbrechung Chaos in Luanda schaffen könne.

Zur Befriedung Angolas bedürfe es einer Einigung auf Wahlen, wie sie 1974 vorgesehen gewesen seien. Jedenfalls müßten alle fremden Truppen restlos aus Angola hinaus (dies meine auch der AM der Kapverden[8]). Dies wäre noch 1976 von der OAE in Addis Abeba[9] beschlossen worden, hätten damals nicht SU-bestochene Algerier eine Mehrheit verhindert.

Auf BM Frage erläuterte Botha, die Gründe der Entfernung Jorges aus dem AM-Amt[10] seien umstritten, SA sehe darin jedoch letztlich ein gutes Zeichen.

7 Frente para a Libertação do Enclave de Cabinda.

8 Silvino Manuel da Luz.

9 Vom 10. bis 12. Januar 1976 fand in Addis Abeba eine Sondersitzung der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten zum Angola-Konflikt statt. Ferner tagte vom 23. bis 29. Februar 1976 der OAE-Ministerrat in Addis Abeba.

10 Ministerialdirektor Haas vermerkte am 23. Oktober 1984, der angolanische Außenminister Jorge sei am 21. Oktober 1984 seines Postens enthoben worden; Präsident Dos Santos übernehme das Amt selbst. Haas legte dazu dar, die Entlassung Jorges, der sich immer stärker zu einem „prosowjetischen Dogmatiker" entwickelt habe und durch seine „schroffe antiamerikanische Haltung" aufgefallen sei, signalisiere „Angolas ernsthafte Bereitschaft, das Klima der gegenwärtigen Verhandlungsrunde

Zum „Disengagement“ in Südangola meinte Botha, SA werde in sehr naher Zukunft vollständig abziehen, wenn nicht SWAPO jetzt noch eine „large incursion“ unternehme. Bonn möge Druck auf Luanda ausüben, damit SWAPO zurückgehalten werde.

BM betonte, jede Möglichkeit müsse genutzt werden, um SR 435 der Verwirklichung näherzubringen. Die westlichen Fünf stünden fortgesetzt in Verbindung.

Botha zeigte sich verstimmt über das Auftreten des US-Vertreters Robert Frasure (BR aus London) in München.[11] Ihm sei zugesagt gewesen, Crocker werde neben ihm sprechen und nicht ein untergeordneter Diplomat. Frasure habe sich angemaßt, die Verdienste um Nkomati[12] und Lusaka[13] praktisch ganz für US in Anspruch zu nehmen und sich in völlig unrealistische Vorstellungen über den US-Einfluß auf Kito und Machel verstiegen. Dies sei nicht nur für ihn (Botha) demütigend, sondern erwecke auch den Eindruck, US übernähmen das ganze südliche Afrika, was die Bereitschaft Moskaus gefährde, unter Gesichtswahrung den Kubanerabzug zuzulassen.

2) BM ging auf die Beziehungen Europas zu Afrika ein. Versuchung, bei der Bestimmung neuer Schwerpunkte in der DW die Bedeutung des Nachbarkontinents Afrika zu unterschätzen.

Botha empfahl großzügige Hilfe für Mosambik, Swasiland, Lesotho und Botsuana. Dagegen äußerte er sich besorgt über Mugabe („sends Zimbabwe down the drain“).

SA wolle letztlich Stabilität in Mosambik, Machel sei aber noch immer von Agenten Moskaus (Inder und Mischlinge) umgeben. Persönlich sei Machel gewillt zu enger Zusammenarbeit mit SA bei deutlicher Distanz von der ehemaligen Kolonialmacht Portugal. Botha versuchte, das einen Ausgleich vereitelnde Verhalten der RNM[14] nicht nur auf portugiesische Drahtzieher, sondern sogar auf die Regierung in Lissabon selbst zurückzuführen. Die SA-Vermittlung zwischen FRELIMO[15] und RNM habe kurz vor dem Erfolg gestanden, als auf Betreiben des Moskau-hörigen Machel-Beraters Veloso, der Portugiese sei, aus Lissabon die alles vereitelnde Weisung an die RNM-Delegation durchtelefoniert worden sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1394

zu verbessern und diese zum Erfolg zu führen. Die Kompromißbereitschaft Angolas ist vor dem Hintergrund einer sich ständig verschlechternden innenpolitischen Lage zu sehen (wachsender Druck der von Südafrika unterstützten UNITA).“ Auch für die Beziehungen der Bundesrepublik zu Angola könnten sich nun „bessere Perspektiven“ eröffnen. Vgl. Referat 320, Bd. 138068.

11 Für die Ausführungen des Ersten Sekretärs an der amerikanischen Botschaft in London, Frasure, am 9. November 1984 in München vgl. Dieter A. SCHMIDT (Hrsg.), Dokumentation des internationalen Politik- und Strategiesymposiums 1984 der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.: Verantwortung über die Grenzen hinaus – Europas Beitrag für den Weltfrieden, München, o. J, S. 154–167.

12 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

13 Zu dem am 16. Februar 1984 in Lusaka vereinbarten schrittweisen Abzug südafrikanischer Truppen aus Angola vgl. Dok. 49, besonders Anm. 4 und 10.

14 Resistência Nacional Moçambicana.

15 Frente de Libertação de Moçambique.

Die US-Hilfe für Mosambik (für 1985 nur 13 Mio. Dollar geplant) sei so dürftig, daß sie die US-Politik gegenüber Machel unglaubwürdig mache. BR Deutschland sei bestens qualifiziert zur EH für Afrika, begehe aber in der Projektauswahl und -durchführung schwerwiegende – auch psychologische – Fehler. SA dagegen – und insbesondere er selbst – [16]kennten die Schwarzen.

3) BM brachte unsere Besorgnis über die innere Entwicklung in SA zum Ausdruck. Vor dem Hintergrund unserer Ablehnung der Apartheid begrüßten wir die dort in Gang gekommene Diskussion und hofften auf eine Beschleunigung des notwendigen Wandels. Polizeistaatliche Verhaftungsmethoden, überhartes Durchgreifen von Sicherheitskräften in den Townships, Zwangsumsiedlungen stießen hier auf entschiedene Ablehnung auch bei denen, die keine radikalen Forderungen an die SA-Regierung stellten. Zugleich schadeten solche Vorgänge dem SA-Eigeninteresse auch deshalb, weil sie das Investitionsklima empfindlich störten. Desgleichen handle SA gegen das eigene Ansehen, wenn es im Verhältnis zu uns mit Visaverweigerungen und Ausreiseverboten fortfahre.

Wir wollten keineswegs schulmeisterlich auftreten und Rezepte empfehlen, SA selbst müsse den Ausweg finden. Für uns sei jedoch sicher, daß Aussicht auf schrittweise Lösung nur bestehe, wenn diese für alle Südafrikaner akzeptabel sei. Bei unseren Sorgen dächten wir gerade auch an das künftige Schicksal der Weißen.

Botha bezeichnete es als überraschend, daß die Unruhen gerade in Sebokeng aufgeflammt seien[17], wo der SA-Regierung doch die Schaffung einer „model administration“ gelungen sei. Die Verantwortung trage UDF[18], ein Werkzeug des SU-gesteuerten ANC.

Aber es gebe natürlich auch ernstzunehmende Beschwerden der Schwarzen.

Als BM mit Nachdruck auf die hohe Zahl der Todesfälle hinwies, betonte Botha, er sei gegen „show of power“ gewesen. Tatsächlich habe das Militär auch keinen Schuß gefeuert. Die Regierung hätte die Machtmittel, sofort völlige Ruhe zu schaffen, wenn sie wollte.

Botha verwies auf seine Mitgliedschaft im Kabinettsausschuß betreffend die städtischen Schwarzen. „One man one vote“ wolle kein vernünftiger Schwarzer. Aber man müsse mit „black city leaders“, auch Leuten wie Motlana, über einen „package deal“ sprechen. Auch die schwarze Seite müsse also Konzessionen machen. Kardinalthemen wie influx control, nationality issue, real estate property, pass laws könnten auf die Dauer nicht ausgeklammert werden.

16 Beginn des mit Runderlaß Nr. 7820 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

17 Ministerialdirektor Haas erläuterte am 31. Oktober 1984, im September/Oktober 1984 sei es in Südafrika zu den blutigsten Unruhen seit 1976 gekommen. Nach inoffiziellen Schätzungen habe es bislang 131 Tote gegeben. Ursachen seien die wirtschaftliche Rezession sowie die Verfassungsreform, „die die schwarze Mehrheit weiterhin von politischer Mitverantwortung und Mitsprache ausschließt“. In einer „spektakulären und in dieser Größenordnung bislang nicht zu verzeichnenden kombinierten Polizei- und Militäraktion wurde am 23./24.10.1984 die ‚Township‘ Sebokeng südlich von Johannesburg, ein Zentrum der Anfang September 1984 aufgeflackerten Unruhen, umstellt und durchsucht. Erstmals wurden in größerem Umfang südafrikanische Truppen in der innenpolitischen Auseinandersetzung zum Einsatz gebracht.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138141.

18 United Democratic Front.

BM schloß den Gedankenaustausch mit einem Dank für die ausführlichen und offenen Darlegungen Bothas.

Vergau[19]

Folgt Anlage

[…][20]

Referat 320, Bd. 138148

300

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau

320-321.11 SUA VS-NfD **Aufgabe: 12. November 1984, 15.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 7829 Plurez

Betr.: BM-Treffen mit AM Botha am 10.11.84 in Frankfurt;
hier: Bewertung des Gesprächs

Bezug: DB Nr. 7819/7820 vom 12.11.84[2]

Zur ausschließlich internen und streng vertraulichen Unterrichtung unserer Vertretungen

1) AM Botha hatte beim letzten ausführlichen BM-Gespräch in Bonn, ebenfalls aus München kommend, uns gegenüber bemerkenswerte Indifferenz gezeigt und es zu einer kontroversen Begegnung in wenig freundlicher Atmosphäre kommen lassen (DE Plurez 7830 vom 1.12.1983[3]). Am 10.11.84 schien ihm sehr an einem gewinnenden Eindruck auf BM gelegen zu sein. Im Gegensatz zum selbstbewußten, „Erfolge" referierenden Auftritt am Vortage in München[4] wirkte er angespannt und deutlich um unsere Aufklärung aus der SA[5]-Sicht der Dinge im südlichen Afrika besorgt.

2) Beim Thema Angola/Namibia wurde deutlich, daß die SA-Regierung tief beunruhigt auf die Bestimmtheit blickt, mit der US die 435[6]-Ausführung in ihre

19 Paraphe.

20 Dem Vorgang beigefügt. Für die Pressemitteilung Nr. 1265/84 vgl. den Runderlaß Nr. 7820 vom 12. November 1984; Referat 320, Bd. 138148.

1 Durchdruck.

2 Für den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau vgl. Dok. 299.

3 Für den Runderlaß Nr. 7829/7830 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau vgl. AAPD 1983, II, Dok. 364.

4 Für den Wortlaut der Ausführungen des südafrikanischen Außenministers Botha am 9. November 1984 in München vgl. Dieter A. SCHMIDT (Hrsg.), Dokumentation des internationalen Politik- und Strategiesymposiums 1984 der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.: Verantwortung über die Grenzen hinaus – Europas Beitrag für den Weltfrieden, München, o. J., S. 144–153.

5 Südafrika.

6 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 49, Anm. 5.

zielstrebige Angola-Politik einbezogen haben. Der Glaube an 435-Umgehungen, die alle in der Nähe interner Lösungen liegen und deren beschönigende Bezeichnung als „regionale Lösung" zunächst auch manchen westlichen Beobachtern nahegebracht werden konnte, ist erschüttert. SA spürt nach der Wiederwahl Reagans[7] neuen Schwung im Konzept Washingtons und nach dem – wohl angesichts des UNITA-Drucks in Pretoria nicht erwarteten – konstruktiven Verhandlungsablauf US–Angola mit dem Ziel einer Vereinbarung über Kubanerabzug eine überraschend aktuelle Perspektive, es wieder mit den auf der 435-Ausführung bestehenden westlichen Fünf zu tun zu haben. So gilt uns stellvertretend für die Fünf das Signal, daß der Weg noch unabsehbar weit sein werde. Die Qualifikation früherer US-Überlegungen, man wolle sich um vollen Kubanerabzug vor Ende des 435-Prozesses bemühen, als „Garantie" läßt für die Substanz und die Dauer des bevorstehenden Tauziehens wenig Gutes erwarten. Die Beunruhigung über eine US-Politik, die eigenen Interessen Vorrang vor dem Konzept südafrikanischer Vorherrschaft im südlichen Afrika geben könnte, findet bemerkenswerten Ausdruck in den Beschwerden über Frasure.[8] Derselbe AM, der vor zwei Jahren wenig hilfreich auf das Moskauer Prestigeproblem mit dem Kubanerabzug öffentlich hingewiesen hatte, gibt sich nun diskret besorgt, US könnten ihre Rolle überziehen und so die unabdingbare Gesichtswahrung der Sowjets erschweren.

Mit der Berufung auf die angebliche zweite US-„Garantie" (Wahrung der UNITA-Interessen) kommt erwartungsgemäß der weitere Hebel der Verzögerung ins Spiel. Obwohl Botha SA-Einfluß auf UNITA, um Übergriffe auf angolanische Zivilisten zu verhindern, für sich in Anspruch nimmt, wird Savimbi insgesamt als unabhängige Kraft vorgestellt, für deren Stärke und Vorgehen SA nicht verantwortlich sei und die US getrennt in Rechnung zu stellen hätten.

Pretoria schließt möglicherweise nicht mehr aus, letztlich auf die Vernichtung des MPLA-Faktors verzichten zu müssen, doch bleibt es vorläufig bei dem Ziel, dank intensiv weiter geförderter UNITA am Ende nur ein bis an den Rand der Handlungsunfähigkeit geschwächtes MPLA-Element in die abschließende Vertragsregelung hineinzulassen. Dies hat uns auch BM intern als seinen Eindruck nach dem Gespräch wissen lassen.

3) Trotz auf der Hand liegender Unterschiede zwischen UNITA und RNM[9] enthält – auch nach Meinung des BM – die SA-Position gegenüber Mosambik Parallelen hierzu. Nachdem infolge energischer US-Initiative der Nkomati-Vertrag[10] die frühe SA-Hinnahme von Machel gebracht hat, soll auch diesem der geregelte Zustand kriegfreier Nachbarschaft nur gewährt werden, nachdem ein

7 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78 % der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6 % der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

8 Für den Wortlaut der Ausführungen des Ersten Sekretärs an der amerikanischen Botschaft in London, Frasure, am 9. November 1984 in München vgl. Dieter A. SCHMIDT (Hrsg.), Dokumentation des internationalen Politik- und Strategiesymposiums 1984 der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.: Verantwortung über die Grenzen hinaus – Europas Beitrag für den Weltfrieden, München, o.J., S. 154–167.

9 Resistência Nacional Moçambicana.

10 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

Höchstmaß an Gefügigkeit der FRELIMO[11]-Regierung erreicht ist. Zwar spricht vieles dafür, daß hier und da RNM-Operationen vor Ort außer Kontrolle Pretorias geraten sind, doch liegt die Annahme eines abgestimmten Spiels SA/RNM mit verteilten Rollen weiterhin nahe und wirkt Bothas Behauptung eines von SA getrennten entscheidenden Portugiesenfaktors überaus künstlich.

4) Angesichts dieser Umstände gehört zum Kern der Schwierigkeiten bei den Bemühungen um Frieden im südlichen Afrika ein wesentlicher Unterschied in den Vorstellungen der US (und des Westens) einerseits und Südafrikas andererseits davon, welches Maß an Unabhängigkeit der Regierungen der SA-Nachbarn, jetzt vor allem in Maputo und Luanda, akzeptabel ist. Südafrika glaubt hier die extrem restriktive Linie zu benötigen, um Gefahren für den Bestand der eigenen Gesellschaftsordnung, Hauptursache für die Spannungen in der Region, entgegenwirken zu können, während aus der Sicht des Westens bei einer – in SA noch vermißten – glaubwürdigen Entschlossenheit der Regierung zu sichtbaren Reformen eine vernünftige Symbiose mit unabhängigen Nachbarn – welcher Gesellschaftsordnung auch immer – möglich erscheint.

5) In diesem Zusammenhang enttäuschte die Reaktion AM Bothas auf die von BM vorgetragenen Sorgen über die innere Lage in SA. Die westlichen Partner des kritischen Dialogs kennen seit Amtsantritt von PM Botha dessen Erklärungen guter Absichten und können angesichts der eskalierenden Auflehnung der Schwarzen, der harten polizeilichen und militärischen Gegenmaßnahmen und der objektiven Notlage der betroffenen Menschen in dem konstanten Hinweis auf einen die Lage eines Teils der betroffenen Bevölkerung prüfenden Kabinettsausschuß kaum mehr als Ermutigung empfinden.

Vergau[12]

Referat 320, Bd. 138148

11 Frente de Libertação de Moçambique.
12 Paraphe.

301

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi in Stresa

VS-NfD **14. November 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Bettino Craxi in Stresa am 14.11.1984. Beginn des Gespräches 11.00 Uhr. Ende 12.30 Uhr.

Teilnehmer auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Bouverat als Dolmetscherin; Teilnehmer auf italienischer Seite: Herr Badini sowie eine Dolmetscherin.

Bundeskanzler erklärt eingangs, er wolle seinerseits zwei Themen ansprechen, nämlich die Frage von Abrüstung und Entspannung im Ost-West-Verhältnis sowie europäische Fragen. Dabei gehe er davon aus, daß die EG-Probleme intensiv von den Außenministern erörtert würden.[2] Außerdem sei er gern bereit, über einige bilaterale Fragen zu sprechen.

Ministerpräsident *Craxi* erklärt sich hiermit einverstanden.

Bundeskanzler dankt für Gastfreundschaft. Er schlägt vor, bei künftigen deutsch-italienischen Konsultationen die Teilnehmerliste um weitere Fachminister zu erweitern, je nach den Themen, die es zu besprechen gäbe. Er denke z. B. an die Minister für Verteidigung und Verkehr, aber auch, um ein Zeichen zu setzen, an die Arbeitsminister. Man solle der Presse sagen, daß dies heute vereinbart worden sei, und damit den beiderseitigen Wunsch verdeutlichen, die deutsch-italienischen Beziehungen möglichst eng zu gestalten.

Bundeskanzler äußert sodann, er wolle Ministerpräsident Craxi seinen ganz persönlichen Dank für sein sehr klares und freundschaftliches Wort, das er in einer für uns unangenehmen Situation gesprochen habe, aussprechen. Dies sei in ganz Deutschland dankbar vermerkt worden. Er empfinde es aber auch als eine Geste persönlicher Freundschaft. Er, der Bundeskanzler, wünsche nicht,

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 15. November 1984 gefertigt und am 19. November 1984 „mit der Bitte um Genehmigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Ferner bat Stabreit um Genehmigung, „den Vermerk dem Auswärtigen Amt zuleiten zu dürfen“.
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, um Rücksprache bat. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 206 (203), Bd. 140526.
Am 3. Dezember 1984 leitete Stabreit die Gesprächsaufzeichnung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert.
Hat Legationssekretär Wittig am 3. Juli 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 203 „m[it] d[er] Bitte um Übernahme“ verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 4. Dezember 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 206 (203), Bd. 140526.

2 Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Andreotti erörterten am 14. November 1984 in Stresa den Zeitplan der EG-Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien, damit zusammenhängende Sachfragen bei Fischerei und Wein sowie die Schwerpunkte der EG-Ratspräsidentschaft Italiens ab dem 1. Januar 1985. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 140526.

daß aus einer vereinzelten Äußerung[3] für unsere Beziehungen Probleme erwüchsen.

Die in der besagten Äußerung angesprochene Frage sei nicht akut, sie werde sich erst in Generationen erledigen. Der Ministerpräsident kenne jedoch die Geschichte gut genug, um zu wissen, daß die Haut, die über solche Wunden wüchse, nur sehr dünn sei. Auch der Zeitablauf spiele hier eine Rolle.

Er wolle einige Worte zur Lage in der Bundesrepublik sagen.

Wirtschaftlich mache das Land gute Fortschritte. Wir hätten eine sehr geringe Inflationsrate. Die Zahlen für das nächste Jahr seien günstig. Mit der Arbeitslosigkeit gehe es leider nur sehr langsam voran, aber es laufe auch hier. Wir würden alle jungen Menschen in Ausbildungsstellen unterbringen können, insgesamt 740 000. 20 000 würden wohl übrigbleiben. Jetzt gebe es in Deutschland einen Versuch, eine Staatskrise herbeizuführen. Das sei aber Unsinn. Alle klassischen Parteien seien von der Spendenangelegenheit[4] betroffen. Es solle jetzt der Anschein erweckt werden, als sei die Republik käuflich, was natürlich nicht zutreffe. Das System, in dem die Wirtschaft Spenden gegeben habe, sei 25 Jahre hindurch weder von der Finanzverwaltung noch von den Gerichten angezweifelt worden. Er selbst habe als erster im Jahre 1975 gesagt, daß dies geändert werden müsse. Sein eigener Vorgänger, Bundeskanzler Schmidt, habe damals verhindert, daß ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht wurde. Er habe mit Geld nichts zu tun haben wollen und gesagt, die Parteien hätten ohnehin zu viel Geld.

Diese ganze Kampagne sei ein Stück Hysterie und werde vorbeigehen.

Was die innerdeutschen Beziehungen anbetreffe, so habe Staatsratsvorsitzender Honecker nach Bonn kommen wollen.[5] Am gleichen Tage, an dem er seine Reise verschieben mußte, habe er ihm, dem Bundeskanzler, persönlich gesagt, er kenne ja die Gründe für die Verschiebung. Der Bulgare Schiwkow habe es ganz offen ausgesprochen[6], und Ceauşescu habe ihm anläßlich seines Besuches

3 Zu den Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage vgl. Dok. 236 und Dok. 255.

4 Am 19. Mai 1983 setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuß ein, der klären sollte, ob und wie der Flick-Konzern durch verdeckte Zahlungen und Spenden an Politiker und Parteien Einfluß auf politische Entscheidungen zu seinen Gunsten genommen habe („Pflege der politischen Landschaft"). Anlaß war der 1975 erfolgte Verkauf einer 29%-igen Beteiligung an der Daimler-Benz AG und dessen steuerliche Begünstigung. In diesem Zusammenhang wurde gegen verschiedene Politiker von CDU, CSU, FDP und SPD der Vorwurf der Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung erhoben. Im Zuge der „Flick-Affäre" kam es am 27. Juni 1984 zum Rücktritt des Bundesministers Graf Lambsdorff sowie am 25. Oktober 1984 des Bundestagspräsidenten Barzel. Für eine Darlegung der Abläufe und Hintergründe vgl. den am 21. Februar 1986 veröffentlichten Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses; BT DRUCKSACHEN, Bd. 331, Drucksache Nr. 10/5079.
Der Bundestag debattierte am 16. November 1984 anläßlich der „Flick-Affäre" über Fragen der Parteienfinanzierung und die Unabhängigkeit des politischen Mandats. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 130, S. 7421–7480.

5 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

6 Zur Absage des Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik vgl. Dok. 241, Anm. 19.
Vgl. dazu ferner die Äußerungen von Schiwkow gegenüber Bundesminister Genscher am 3. November 1984 in Neu Delhi; Dok. 306, Anm. 11.

in Bonn[7] bestätigt, daß massiver Druck auf ihn ausgeübt worden sei, diesen Besuch nicht durchzuführen.

Was 1983 mit der DDR verabredet wurde[8], laufe gut. Wir verhandelten jetzt in 15 Kommissionen über alles nur Denkbare. Honecker habe Wort gehalten, die Vereinbarungen wurden eingehalten. Nach der Stationierung habe man eine Vereinbarung über die Ausreise geschlossen[9], und 1984 würden immerhin 40 000 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik ausreisen können. Dies sei eine wichtige Sache. Sie sei im übrigen auch für Honecker wichtig. Zum ersten Male sei er populärer geworden, und seine Position habe sich verbessert. Die Menschen in der DDR hätten das Gefühl, daß er von der stalinistischen Linie abgehe. Diese Menschen lehnten an sich das Regime schroff ab. Die DDR-Bevölkerung verfolge insbesondere das westliche Fernsehen. Die Spannungen in der DDR hätten zugenommen, weil die Bevölkerung die Frage stelle, warum es in der Bundesrepublik so viel besser als in der DDR gehe.

Vor der Stationierung habe der Osten den Menschen Angst gemacht und mit Krieg oder wenigstens einer Eiszeit gedroht. Die Stationierung werde die Beziehungen zerstören. Jetzt habe die DDR von uns den Kredit bekommen.[10] Gestern sei ein Vertrag mit dem Volkswagenwerk über die Produktion von Motoren in der DDR unterzeichnet worden.[11] Die DDR habe darum gebeten, diese Frage herunterzuspielen. Nach zuverlässigen Informationen lägen in der DDR 100 000 Ausreiseanträge vor. Man müsse sich einmal vorstellen, was das im individuellen Fall bedeute. Der Betreffende müsse zur Polizei und den Antrag stellen. Er müsse damit rechnen, daß er seinen Arbeitsplatz verliere, und seine Kinder dürften nicht mehr studieren. Die SED rechne jedoch damit, daß es potentiell 1 Million Ausreisewillige gäbe.

Auch deswegen brauche Herr Honecker diese Brücke. Er, der Bundeskanzler, sei keineswegs daran interessiert, daß zu viele Menschen aus der DDR weggingen. Der Druck im Kessel dürfe aber auch nicht zu sehr steigen. Ereignisse im Ostblock nach dem Kriege (Polen[12], Ungarn[13], ČSSR[14]) hätten gezeigt, daß wir den

7 Zum Besuch des Präsidenten Ceauşescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 279–281.

8 Während eines Besuchs des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 24. bis 27. Juli 1983 erklärte die DDR ihre Bereitschaft, Gespräche mit der Bundesrepublik in verschiedenen Bereichen aufzunehmen bzw. fortzusetzen, so z. B. über Postfragen, Kultur, Umwelt und Verkehr. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 229.

9 Zu den Absprachen mit der DDR über die Behandlung von Zufluchtsuchenden in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin bzw. Botschaften der Bundesrepublik in Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 62, Dok. 68, Dok. 82 und Dok. 93.

10 Zu den „Milliardenkrediten“ an die DDR vom Juni 1983 bzw. Juli 1984 vgl. Dok. 15, Anm. 10, und Dok. 202, Anm. 4.

11 Zu den Verhandlungen zwischen dem Volkswagenwerk und der DDR vgl. Dok. 43, Anm. 31. Zum Abschluß der Verhandlungen vgl. den Artikel „VW-Vertrag mit der DDR offenbar fertig“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. November 1984, S. 15.

12 Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau und dem Tod des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Bierut, am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen.

13 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

14 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

Menschen dort bei Unruhen nicht helfen können. Deshalb müßten wir beruhigend einwirken. Es sei wohl so, daß dies die Russen nicht zulassen würden, aber er habe Honecker gesagt, er solle nach dem Vorbild von Ungarn eine größere Besuchsfreiheit zulassen. Auf diese Weise würde der Druck abgebaut. Wir hätten in einem Jahr über 100 000 Besucher gehabt, und es seien weniger als 500, die bei uns geblieben seien. Die Leute wollten im Grunde genommen in Leipzig bleiben, sie würden auch das Regime ertragen. Sie wollten aber etwas Luft haben. Er selbst erlebe es täglich, daß ihm Leute aus der DDR begegneten, z. B. wenn er am Sonntag früh in einer bestimmten Kirche zur Messe gehe.

Große Sorgen bereite ihm Polen. Wenn es in Polen zu einer Explosion käme, so würde dies Auswirkungen auf die DDR haben, man würde dort die Zügel wieder anziehen. Man müsse sehen, daß Jaruzelski zwar wilde Reden führe, aber nach innen die Polen mehr Freiheit als andere Ostblockstaaten hätten. Alles, was er höre, deute jedoch auf eine schlimme Entwicklung. Vor einigen Tagen habe er in Berlin einen Mann getroffen, der kürzlich mit drei polnischen Bischöfen gesprochen habe. Diese Bischöfe hätten erläutert, daß die Autorität des Staates jeden Tag abnehme. Allerdings gelte dies auch für die Autorität der Kirche. Auch Primas Glemp habe nicht so viel Autorität wie sein Vorgänger[15]. Es gebe Leute, die glaubten, daß der Mord an dem Priester[16] durch eine stalinistische Gruppe verübt worden sei, die Jaruzelski habe treffen wollen.

Was die Sowjetunion anbetreffe, so sei die Lage undurchsichtig. Er habe mit Ceaușescu darüber gesprochen, und Ceaușescu habe darauf geschworen, daß Tschernenko „in command" sei. Der Westen habe jetzt eine Chance. In 14 Tagen werde er, der Bundeskanzler, Präsident Reagan sehen.[17] Er werde ihm sagen, der Präsident solle jetzt einen Schritt auf die Sowjets zugehen. Er vergebe sich dabei nichts. Wenn nötig, solle er sich auch mit Tschernenko treffen. Ceaușescu habe ihm gegenüber behauptet, dies seien auch die Gedanken Tschernenkos. Auch er wolle einen Schritt tun. Ceaușescu habe allerdings auch gemeint, andere in der Sowjetunion wollten dies nicht. Aber Tschernenko werde sich durchsetzen. Wir sollten den Amerikanern sagen, daß sie das Menschenmögliche tun. Ceaușescu, Kádár und Schiwkow, vielleicht auch Honecker, hätten signalisiert, daß wir auf unserer Seite das Unsere zum Ingangkommen des Dialoges tun sollten.

Ministerpräsident *Craxi* antwortet, dies sei eine wichtige Frage, zu der man auch auf der Pressekonferenz etwas sagen solle. 1985 müsse ein Jahr der Verhandlungen werden. Was den vom Bundeskanzler eingangs angesprochenen Zwischenfall anbetreffe, so sei ihm dieser sehr unangenehm. Für ihn sei es heute noch unverständlich, wie es zu dieser Äußerung kommen konnte. Italien habe immer eine prinzipielle Haltung eingenommen. (*Bundeskanzler* wirft ein: Die Sache ist vergessen.)

Ministerpräsident *Craxi* geht dann auf die innere Lage Italiens ein, die „politisch fiebrig" sei. In Italien sei dies jedoch der Fall, weil das System krank sei.

15 Stefan Wyszyński.

16 Zur Ermordung des polnischen Priesters Popiełuszko am 19. Oktober 1984 vgl. Dok. 292, besonders Anm. 2.

17 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 29./30. November 1984 in den USA vgl. Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

Er rechne jedoch damit, daß die politische Stabilität aufrechterhalten bleibt. Eine Krise gebe es vielleicht, die jedoch nicht durch einen Regierungssturz, sondern durch Regierungsumbildung gelöst werden würde. Die Wirtschaft laufe erstaunlich gut. Als er die Regierung übernommen habe, habe die Inflationsrate 16% betragen. Zu Ende dieses Jahres rechne er mit 9%. Wichtig sei, daß dabei gleichzeitig keine Stagnation eingetreten sei, nach drei Jahren Nullwachstum gebe es in diesem Jahr wieder 3% Wachstum. Man habe auch angefangen, die Haushaltsdefizite herabzusetzen. Im Laufe des vergangenen Jahres seien die Streikstunden um 75% reduziert worden und hätten den geringsten Stand seit 20 Jahren erreicht. Es sei jedoch schwierig, Beschäftigung zu schaffen. Besonders hoch sei die Jugendarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit in Italien liege im europäischen Durchschnitt, aber die Zusammensetzung sei pervers: Sie konzentriere sich auf den Süden und die Jugend.

Er sei einverstanden mit dem Bundeskanzler, daß eine große Anstrengung gemacht werden müsse, um die Abrüstungsverhandlungen wieder zu eröffnen. Der Akzent werde sich jetzt auf die Weltraumwaffen verlagern. Die USA engagierten sich sehr für neue Programme.

Bundeskanzler äußert, in Europa übersehe man in diesem Zusammenhang häufig einiges. Mit ihrem Milliarden großen Militärprogramm würden die Vereinigten Staaten auch einen technologischen Schub im zivilen Bereich induzieren. Sie erforschten und erfänden eine Unsumme von Dingen, die im zivilen Bereich Früchte tragen würden. Die USA sagten immer, daß die Forschung in USA keine staatliche Förderung erfahre. Dies sei aber die stärkste denkbare Förderung. Ein Beispiel sei hier die Digitaltechnik. Wir hätten große Fortschritte in diesem Bereich gemacht. Unsere Industrie mache das aber aus sich selbst. In den USA würden über NASA und Pentagon größte Forschungsaufträge in diesem Bereich vergeben. Deutschland und Italien sollten mit Frankreich und wohl auch mit Großbritannien überlegen, wie wir dem begegnen könnten.

Ministerpräsident *Craxi* äußert, er habe den Eindruck, daß von der Sowjetunion augenblicklich widersprüchliche Impulse ausgingen. Dies nicht nur wegen der Ermordung des polnischen Priesters. In einer solchen Situation liefen wir, die wir gute Beziehungen mit den Ländern des Ostblocks wünschten, Gefahr, daß es zu Zwischenfällen komme. Ministerpräsident Craxi verweist dann auf die Handelsbilanz Italiens mit der Sowjetunion, die außerordentlich aktiv für die Sowjetunion sei. Italien beziehe hohe Mengen von Gas, die in Devisen bezahlt würden. Das Defizit betrage etwa 2 Mrd. Dollar im Jahr. Italien nehme eine freundliche Haltung gegenüber der Sowjetunion ein. Noch heute werde er jedoch die Zustimmung zur Ausweisung eines sowjetischen Diplomaten geben müssen, der Spionage betrieben habe. Die sowjetische Presse greife ihn persönlich an. Er wisse nicht, warum dies so sei. Die bulgarische Angelegenheit[18] sei ein Topf, der ständig weiterkoche. Die italienischen Richter seien dabei, eine Anklage zu erheben, die außerordentlich ernst sei und die bulgarische Botschaft impliziere. Mit Bulgarien gebe es im übrigen eine Menge anderer Probleme, z. B. in der Frage des Drogenhandels. Man habe jetzt Informationen bekommen, daß eine Gruppe italienischer Terroristen aus Paris über Moskau nach Nicaragua ausgereist sei.

18 Zur Anklageerhebung gegen mehrere bulgarische und türkische Staatsbürger im Zusammenhang mit dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 vgl. Dok. 297, Anm. 37.

Man habe sogar eine Liste mit den Namen dieser Personen. Es gebe so Zwischenfälle, die Probleme schüfen. Aber generell sei es richtig, wir sollten auch auf Verhandlungen drängen. Was Polen anbetreffe, so sei er gleichfalls pessimistisch. Er habe mit dem Papst[19] darüber gesprochen. Dieser nehme eine sehr harte Haltung ein. Im Herzen sei er ein Aktivist der Solidarność.

Ministerpräsident Craxi äußert dann, er wolle gern die Meinung des Bundeskanzlers zu einer bestimmten Anzahl von Fragen hören. Er sei damit einverstanden, daß der Bundeskanzler mit Präsident Reagan im Namen der Europäer und insbesondere Italiens spreche. Was, glaube der Bundeskanzler, sollten die europäischen Länder im kommenden Jahr im Hinblick auf den Nahen Osten tun?

Bundeskanzler antwortet, dies sei eine sehr interessante Frage. Er selbst glaube, daß Reagan jetzt den Druck der jüdischen Lobby abschütteln könne. Die Lage im Nahen Osten sei katastrophal. Die gemäßigten Araber warteten auf ein Signal. Im Jerusalemer Kabinett bereite man jedoch nur die nächsten Wahlen vor. Präsident Mubarak sei in Bonn gewesen[20], und er habe mit ihm gesprochen. Wir müßten erkennen, daß Präsident Mubarak und Ägypten ein Bollwerk seien. Ägypten habe die Beziehungen zu Jordanien wiederaufgenommen[21], das von einem bedeutenden Monarchen[22] geführt werde. Aber eben dieser Staatschef müsse Luft zum Atmen haben, die ihm die fortgesetzte israelische Siedlungspolitik nehme. Diese Siedlungspolitik mache alles kaputt. Er stehe auf seiten der Israelis, wenn es um die Frage der Existenz Israels gehe. Israel habe auch Anspruch auf gesicherte Grenzen. Israel könne einen Ausgleich mit Ägypten und den Golfstaaten haben. Auch das Haus Saud wünsche keine Probleme mit Israel und schaue eher besorgt auf Libyen und den Iran. Bei dieser Sachlage solle man im Frühjahr noch einmal darüber sprechen. In der Tat könnten die Europäer sich nicht drücken und könnten nicht sagen: Das geht uns nichts an.

Ministerpräsident *Craxi* fährt fort, ein weiteres Problem sei das der Drittländer, die mit der EG bessere Beziehungen haben wollten. Er denke an Ungarn[23] und Argentinien[24]. Sie wollten andere Beziehungen zur Gemeinschaft herstel-

19 Johannes Paul II.

20 Präsident Mubarak hielt sich vom 30. Oktober bis 2. November 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Abdel-Meguid am 31. Oktober 1984; Dok. 291.

21 Am 25. September 1984 beschloß die jordanische Regierung, die 1979 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wiederaufzunehmen.

22 Hussein.

23 Zu den Gesprächen über ein Handelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 199, Anm. 16.
Botschaftsrat I. Klasse Meincke, Budapest, legte am 3. November 1984 dar: „Sicherlich sind Ungarn – nicht zuletzt stv. MP Marjai, der sich in dieser Angelegenheit persönlich stark engagiert – über bisherigen Verlauf Verhandlungen mit Kommission enttäuscht oder gar verärgert. Dies darf jedoch nicht unbedingt mit nachlassendem Interesse gleichgesetzt werden. Offensichtlich ist man z. Z. dabei, Bilanz der bisherigen Bemühungen zu ziehen und über das weitere Procedere nachzudenken. Im Hinblick auf Wechsel innerhalb Kommission betrachtet man jetzigen Zeitpunkt als ungünstig für Fortsetzung der Verhandlungen. Eine neue ung[arische] Initiative dürfte – voraussichtlich – für Anfang 1985 zu erwarten sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 842; Referat 411, Bd. 131182.

24 Zu den Beziehungen zwischen Argentinien und den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 78, Anm. 19.
Botschaftsrat Runge, z. Z. Straßburg, berichtete am 24. Oktober 1984, in einer Rede vor dem Europäischen Parlament am selben Tag habe Präsident Alfonsín erklärt: „Argentinien erhoffe sich von der

len. Er habe mit Präsident Alfonsín in Rom gesprochen.[25] Wenn Europa die Probleme nicht richtig abwäge, so werde Argentinien nie aus der Krise herauskommen.

Bundeskanzler antwortet, Ungarn sei sehr wichtig. Er glaube nicht, daß die Kommission im letzten Jahrzehnt politisch gedacht habe. Man sei zu technokratisch vorgegangen. In der Politik könne man nicht eine Bilanz zum Jahresende aufstellen. Man müsse auch einmal etwas investieren, was erst mehrere Jahre später etwas abwerfe. Er denke dabei an die unsinnige Behandlung Grönlands. Es sei damals um 20 Millionen DM gegangen. Jetzt verlasse Grönland die EG.[26] Wenn er damals Bundeskanzler gewesen wäre, hätte er das Problem mit Grönland notfalls allein gelöst. Die Ungarn machten eine geniale Politik. Sie redeten vom Kommunismus und hätten gute Beziehungen zu Moskau. Als er in Ungarn gewesen sei[27], hätte Kádár dagesessen und gelacht und ihm gesagt, er habe nun schon den vierten Generalsekretär in Moskau erlebt. Ungarn sehe genau seine Grenzen; unterhalb dieser Grenzen mache es jedoch Unglaubliches. Es gebe jetzt 350 Kooperationen mit deutschen Firmen. In der Landwirtschaft würde Ungarn, was die Produktivität angehe, an der Spitze in der Welt stehen. Bundeskanzler berichtet über sein Gespräch mit Kardinal Lékai in Budapest.

Ministerpräsident *Craxi* äußert, die Ungarn wollten mehr exportieren, und das sei das Problem. Er sei aber einverstanden, etwas zu tun.

Bundeskanzler antwortet, auch er sei dies. Wir müßten die Türen öffnen, sicher nicht zu viel, weil das auch die Ungarn nicht wollten und hier die Grenze gegenüber der Sowjetunion einzuhalten sei. Wir hätten jedoch für diese Politik keine Mehrheit in der EG. Man müsse versuchen, in bilateralen Gesprächen voranzukommen und insbesondere Präsident Mitterrand zu gewinnen. Dann müsse man die Angelegenheit geschickt in der Kommission spielen. Für Kádár sei es im übrigen auch wichtig, wenn es Fortschritte in der Abrüstung gebe. Auch müßten wir daran denken, daß, wenn es mit Kádár klappe, sogleich Ceauşescu kommen werde.

Bundeskanzler geht sodann auf Europa ein. Er schlägt vor, man solle sich im kommenden Frühjahr vielleicht noch einmal ohne großes Aufsehen treffen, um die Frage der politischen Integration zu besprechen. So wie FitzGerald die Spaak-Kommission[28] angepackt habe, werde wohl nicht viel dabei herauskommen. Er, der Bundeskanzler, habe es anders gewollt, und er habe eine Kommission aus unabhängigen Leuten gewünscht. Jetzt seien es im allgemeinen Beamte der Außenämter. Es sei nur fair, wenn wir jetzt abwarteten, was dabei herauskomme. Wenn das Ergebnis auf dem Tisch liege, müßten wir uns fragen, ob

Fortsetzung Fußnote von Seite 1405

EG eine Milderung ‚ungebührlicher Härten' in der Agrarpolitik, weiteren Abbau protektionistischer Maßnahmen, eine Umstellung der Finanzierungsformel auf langfristige Basis sowie generell eine Verbesserung des Ressourcen- und Technologietransfers. In diesem Zusammenhang bezeichnete der Präs[ident] regelmäßige Konsultationen – in einer noch näher zu konkretisierenden Form – als wünschenswert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 278; Referat 330, Bd. 136466.

25 Präsident Alfonsín hielt sich vom 24. bis 26. Oktober 1984 in Italien auf.

26 Zum Status Grönlands vgl. Dok. 247, Anm. 15.

27 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 21. bis 23. Juni 1984 in Ungarn vgl. Dok. 173.

28 Zum Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") vgl. Dok. 305.

wir nicht weitergehen wollten. Er wolle niemanden aus der EG hinausdrücken. Es sei jedoch nicht seine Vorstellung, daß Europa eine gehobene Freihandelszone sein solle. Er setze darauf, daß die Gründungsländer einen Schritt tun würden. Wir wären in jedem Fall dazu bereit. Für die Bundesrepublik sei Europa essentiell. Wenn Europa klug sei, werde es sagen, daß die deutsche Führung Gott sei Dank so denke und nicht anders. In dieser Hinsicht seien in den zwanziger Jahren entscheidende Fehler begangen worden. Locarno[29] sei ein erster Versuch gewesen, das Deutsche Reich fest in das westliche System einzubeziehen. Dieser Versuch sei an Borniertheit gescheitert. In Berlin sei Stresemann erkrankt und gestorben. Frankreich habe die Linie von Locarno desavouiert. Die Engländer hätten sich beleidigt zurückgezogen. Er, der Bundeskanzler, sei fest entschlossen, in seiner Amtszeit die Westbindung der Bundesrepublik irreversibel zu machen. Damit sei das deutsche Problem nicht weg, aber es sei dann unter einem europäischen Dach. Die Deutschen dürften nicht zu Wanderern zwischen den Welten werden. Wenn einige nicht mitmachen wollten, müßten wir es mit den Sechs machen. Es gebe Partner in der EG, die nie kommen würden, z. B. Dänemark und die Griechen. Eventuell auch die Iren.

Ministerpräsident *Craxi* stellt die Frage, wie das denn institutionell aussehen solle.

Bundeskanzler antwortet, er denke da ganz pragmatisch, es gebe hier viele Einzelschritte, die man gehen könne. Bundeskanzler führt aus, die nächsten zwei Jahre würden ungeheuer wichtig sein. Es werde Bewegung in die Entwicklung kommen, auch im Hinblick auf die USA. Reagan sei o.k., und wenn er gehe, so habe man mit Bush einen bekannten Mann, doch wisse man nicht, was 1988 oder 92 in Amerika komme. Die Europäer könnten nicht einfach abwarten, wie die Dinge sich gestalteten. Bundeskanzler berichtet hier über sein Gespräch mit amerikanischen Kongreßabgeordneten am Vortage.[30] Hinsichtlich der Zukunft des Nunn-Amendment[31] seien diese nicht sehr klar gewesen. Das Problem liege auf dem Tisch und drücke ihn ungeheuer. Wir müßten jetzt schon Dinge tun, die überaus schwierig seien.

Bundeskanzler erläutert demographische Lage in Deutschland und Notwendigkeit, noch in dieser Legislaturperiode die Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate hochzusetzen.[32] Dies sei außerordentlich viel.

Ministerpräsident *Craxi* zeigt sich erstaunt über die demographische Entwicklung in Deutschland. Er äußert, hier entstehe offenbar ein Riesenproblem.

29 Für den Wortlaut der Verträge vom 16. Oktober 1925 zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und der Tschechoslowakei (Verträge von Locarno) vgl. REICHSGESETZBLATT 1925, Teil II, S. 976–1009.

30 Im Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Mitgliedern des amerikanischen Repräsentantenhauses am 13. November 1984 wurden die bilateralen Beziehungen erörtert, ferner eine mögliche Verlagerung des Schwerpunkts der amerikanischen Außenpolitik in den pazifischen Raum, die verteidigungspolitischen Bemühungen der Bundesrepublik und die Frage der Wehrpflicht, eine mögliche Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa, die amerikanische Politik in Mittelamerika sowie eine Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 67; B 150, Aktenkopien 1984.

31 Zum Antrag des amerikanischen Senators Nunn vom 18. Juni 1984 vgl. Dok. 222, Anm. 7.

32 Zur Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 251.

Bundeskanzler antwortet, er sei dabei, jetzt die Familien mit Kindern nach vorn zu bringen. Die Familiengesinnung werde sich sicher auch ändern. Er könne aber die Absicht einer Wehrpflichtverlängerung nicht durchhalten, wenn die USA ihre Truppen in Europa reduzierten. Wir müßten atomar reduzieren, dann könne man nicht gleichzeitig konventionell reduzieren.

Referat 206 (203), Bd. 140526

302

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.31 BEL-1757/84 geheim **15. November 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung (Ziffer 8)

Betr. : INF-Stationierung in Belgien

Bezug: DB Nr. 1895 vom 13.11.84 aus Brüssel NATO – I-371.80/32-4197/84 VS-v[4]

Anlg.: 1) Bezugs-DB
2) Sprechzettel
– nur beim Original[5]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. November 1984 vorgelegen.

3 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr de Decker hat am 19.11. in Gymnich auf diese Entwicklung hingewiesen und angeregt, daß Sie AM Tindemans ansprechen."
Hat Bundesminister Genscher am 26. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe entsprechende Informationen erhalten."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 26. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Pfeffer an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 27. November 1984 vorgelegen.
Hat Pfeffer am 28. November 1984 erneut vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 3. Dezember 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.
Hat Lewalter erneut vorgelegen.
Hat Seibert vorgelegen.

4 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte mit, der belgische NATO-Botschafter Cassiers habe über Erwägungen der belgischen Regierung informiert, „den Wahlkampf nicht mit der für das Frühjahr 1985 anstehenden formellen Entscheidung über die INF-Dislozierung zu belasten und diese Entscheidung offenzulassen. Falls aus dem Kreis der Verbündeten auf eine solche belgische Absicht kritisch reagiert werden sollte, werde Belgien diese Kritik am ehesten aus dem Kreis der Dislozierungsländer akzeptieren." Vgl. VS-Bd. 12922 (202); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für den Drahtbericht Nr. 1895 vom 13. November 1984 vgl. VS-Bd. 12047 (201). Vgl. Anm. 4.
Für Anlage 2 vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

1) StV Brüssel NATO berichtet über Erwägung in BE-Regierung, Entscheidung über INF-Stationierung wegen der voraussichtlich für November 1985 anstehenden Wahlen[6] offenzulassen (siehe Bezugs-DB). Ständiger Vertreter BE[7] habe diese Frage auf Weisung AM Tindemans' angesprochen.

2) Der NATO-Doppelbeschluß vom 12.12.79 sieht auch die Stationierung von 48 Marschflugkörpern (GLCM) in BE vor. Als Stationierungsort hat die BE-Regierung Florennes ausgewählt. Gemäß dem INF-Stationierungsplan soll die erste GLCM-Einheit (flight) im März 1985 ihre Einsatzbereitschaft (IOC[8]) erreichen. Die Einsatzbereitschaft aller drei Einheiten (à 16 GLCM) ist für September 1986 geplant. BE hatte sich 1979 jedoch seine endgültige Entscheidung, den Stationierungsteil des Doppelbeschlusses durchzuführen, wenn auch weniger deutlich als NL[9], vorbehalten.

3) In der Folgezeit hat die BE-Regierung wiederholt ihr Festhalten am NATO-Doppelbeschluß betont, gleichzeitig allerdings darauf hingewiesen, daß eine endgültige Entscheidung noch ausstehe. Bekräftigung der Treue zum Doppelbeschluß durch Regierung PM Martens' erfolgte u. a.

– in der Regierungserklärung vom 18.12.81,
– in der Parlamentsdebatte am 8./9.11.83[10],
– in der Kabinettssitzung am 30.12.83,
– durch AM Tindemans im flämischen Rundfunk im März 1984,
– durch VM Vreven auf der 36. NPG-Tagung am 11./12.10.84 in Stresa/I[11],
– durch VM Vreven in Parlamentssitzung am 6.11.84.

4) Das BE-Parlament hat in seinen Debatten zur INF-Stationierung im Herbst 1983 beschlossen, die Stationierungsentscheidung der Regierung zu überlassen. In der Kabinettssitzung am 30.12.83 hat die Regierung in einem Beschluß ihre Haltung dargelegt, bei Ausbleiben einer Verhandlungslösung die US-Mittelstreckensysteme im vorgesehenen Umfang und gemäß Zeitplan der NATO zu dislozieren. Die Regierung werde die Lage in regelmäßigen Abständen von sechs Monaten prüfen. Nach dem Kabinettsbeschluß ist mit den vorbereitenden Arbeiten zur Aufstellung der GLCM in Florennes begonnen worden. VM Vreven hat zuletzt noch auf der NPG-Tagung im Oktober die Haltung der BE-Regierung gegenüber den Bündnispartnern bekräftigt und erwähnt, daß die Ausrüstung für die erste GLCM-Einheit – bis auf die Flugkörper – bis Ende 1984 in Florennes eintreffen werde.

5) Die nächsten Parlamentswahlen in BE werden für 1985 erwartet. Die letzten hatten am 8.11.1984[12] stattgefunden. Zunächst soll ein Wahltermin für den Juni 1985 ins Auge gefaßt worden sein. Andere Überlegungen auf Führungsebene der Regierungsparteien sollen Wahlen im Spätherbst 1985 befürwortet

6 Die Parlamentswahlen in Belgien fanden am 13. Oktober 1985 statt.
7 Juan Cassiers.
8 Initial Operational Capability.
9 Zum niederländischen Vorbehalt vom Dezember 1979 vgl. Dok. 116, Anm. 5.
10 Zur Parlamentsdebatte in Belgien vgl. Dok. 47, Anm. 13.
11 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vgl. Dok. 277.
12 Die Zahl „1984" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „1981".

haben. In diesem Falle würde die vierjährige Wahlperiode voll ausgeschöpft. StV Brüssel NATO gibt uns im Bezugs-DB die Aussage des Ständigen Vertreters BE wieder, daß die Parlamentswahlen wahrscheinlich im November 1985 stattfinden werden.

6) Bereits im Februar d.J. hatte eine PM Martens zugeschriebene Äußerung gegenüber dem BK anläßlich dessen offiziellen Besuchs in BE am 16.2.84[13], wonach vor der Stationierung noch Wahlen stattfänden, zu kurzzeitiger Verwirrung geführt. BE-Seite, hierauf angesprochen (außenpolitischer Berater von PM Martens), wies auf die Haltung der BE-Regierung hin (siehe Ziffer 4), die klar sei. Gleichwohl wurde auch die Möglichkeit politischer Schwierigkeiten im Wahlkampf bei einem zu engen Beisammenliegen von Stationierungsbeginn und Wahltermin angedeutet.[14]

7) Die auf Weisung AM Tindemans' vom Ständigen Vertreter BE am Rande einer Ratssitzung im kleinsten Kreise vorgetragene Erwägung in der BE-Regierung, die Stationierungsentscheidung wegen der bevorstehenden Wahlen offenzulassen, würde, wenn sich die Regierung sie zu eigen machte, eine Abkehr von der bisherigen konsequenten Haltung zum Doppelbeschluß darstellen. Ein Offenhalten der für das Frühjahr anstehenden formellen Entscheidung über die INF-Stationierung in BE würde zwangsläufig zu einer Verschiebung des Stationierungsbeginns führen. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor würde zudem durch den nicht vorhersehbaren Wahlausgang in BE geschaffen. Dabei kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die Haltung der Parteien zur INF-Stationierung – gerade wegen einer noch ausstehenden Entscheidung – die Stimmabgabe der Wähler nicht doch beeinflußt.

Der Widerspruch zur bisherigen Haltung der BE-Regierung würde besonders deutlich auch im Hinblick auf die Äußerungen der BE-Seite auf der 36. NPG-Tagung. Der Gesichtspunkt der Verwirklichung der INF-Stationierung gemäß Zeitplan wurde in den Kommuniqué-Verhandlungen besonders nachdrücklich vom BE-Vertreter betont.

Ferner würde eine Änderung der BE-Haltung die Befürchtung negativer Auswirkungen des NL-Kabinettsbeschlusses vom 1.6.84[15] bestätigen, der zu einem Stationierungsaufschub in NL geführt hatte. Dies wäre ein weiterer Erfolg für die besonders in NL aktiven Nachrüstungsgegner. Andererseits könnte eine Änderung der BE-Haltung ihrerseits wieder nachteilig die für November 1985 zu erwartende NL-Entscheidung beeinflussen. Denn in NL werden für 1986 Parlamentswahlen erwartet.[16]

13 Für das deutsch-belgischen Regierungsgespräch in Brüssel vgl. Dok. 47.

14 Botschafter Feit, Brüssel, berichtete am 14. März 1984, ein Berater des Ministerpräsidenten Martens habe erläutert, als nächster Wahltermin sei der 2. Juni 1985 vorgesehen: „Zum Stationierungsbeginn ist der PM bei seiner Äußerung im Gespräch mit dem Bundeskanzler am 16.2.84 in Brüssel von einem Termin im Laufe des Jahres 1985 ausgegangen. Das präzise Datum des NATO-Stationierungsplans (Beginn März 1985) ist in der belgischen Administration, wie aus den Äußerungen unseres Gesprächspartners zu entnehmen war, nicht überall, sondern nur im Verteidigungsministerium geläufig. […] Unser Gesprächspartner bestätigte ausdrücklich, daß die belg[ische] Regierung bei Ausbleiben eines Verhandlungsergebnisses, mit dem nicht mehr gerechnet werde, entschlossen sei, den festgelegten Dislozierungskalender einzuhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 107; VS-Bd. 12922 (202); B 150, Aktenkopien 1984.

15 Zum Beschluß der niederländischen Regierung über die INF-Stationierung vgl. Dok. 142, Anm. 37.

16 Die Parlamentswahlen in den Niederlanden fanden am 21. Mai 1986 statt.

Unserem erheblichen Interesse an der Bündnissolidarität in der Frage der INF-Stationierung liefe eine Abkehr der BE-Regierung von der bisherigen Haltung zuwider. Ein weiteres falsches Signal an die sowjetische Führung würde zudem die Bemühungen um die Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs im INF-Bereich nicht erleichtern.

8) Abteilung 2 schlägt daher vor, daß der Bundesminister die Sache bei sich nächstbietender Gelegenheit (während des EPZ-Ministertreffens am 20.11.84[17] oder der NATO-Außenministerkonferenz am 13./14.12.84[18]) mit AM Tindemans[19] aufnimmt. Ein Sprechzettel ist zu diesem Zweck beigefügt.

Das BMVg ist auf Arbeitsebene über den Vorschlag unterrichtet.

Pfeffer

VS-Bd. 12047 (201)

303

Botschafter van Well, Washington, an Bundesminister Genscher

114-4511/84 geheim **Aufgabe: 15. November 1984, 16.40 Uhr**
Fernschreiben Nr. 4879 **Ankunft: 15. November 1984, 22.42 Uhr**

Nur für Bundesminister[1]

Betr.: mein Gespräch mit AM Shultz am 15. November 1984

Mein heutiges halbstündiges Gespräch mit AM Shultz begann mit einem etwa zehnminütigen Teil unter vier Augen. Anschließend wurden in Anwesenheit von Richard Burt und anderen Mitarbeitern die Themen sowjetische Revanchismuskampagne, deutscher Verteidigungsbeitrag[2] und UNESCO[3] behandelt, über die gesondert berichtet wird.

17 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling am 22. November 1984 mit, erörtert worden seien der Nuklearhandel innerhalb der Europäischen Gemeinschaften, der Verhaltenskodex gegenüber Südafrika, eine mögliche Initiative im Nahen Osten, die KSZE, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen, die Fortsetzung der Kontakte mit mittelamerikanischen Staaten sowie der angekündigte Austritt der USA aus der UNESCO. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 29; Referat 200, Bd. 129544.

18 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

19 Der Passus „Abteilung 2 … AM Tindemans" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

1 Hat Bundesminister Genscher am 18. November 1984 vorgelegen.

2 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 15. November 1984, er habe den amerikanischen Außenminister Shultz im Gespräch am selben Tag darauf hingewiesen, „daß die Sowjetunion die gegen uns gerichtete Revanchismuskampagne weiter verschärfe". Auch mit Blick auf den bevorstehenden 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa würde es die Bundesregierung begrüßen, „wenn die Administration sowohl in den internen Gesprächen mit den Sowjets als auch in öffentlichen Äußerungen die gegen uns gerichteten Angriffe zurückweisen würde". Shultz habe zugesagt, „daß

Im Vier-Augen-Gespräch habe ich etwa folgendes gesagt:

Als der Bundesminister gehört habe, daß ich Mr. Shultz heute sehen würde, habe er mich gebeten, Mr. Shultz sehr persönlich und aus meiner eigenen Erfahrung als langjähriger enger Mitarbeiter mehrerer Außenminister und mehrjähriger höchster Beamter des Auswärtigen Dienstes auf die Bedeutung enger Zusammenarbeit beider Außenministerien für die deutsch-amerikanischen Beziehungen anzusprechen.

Zunächst habe der Minister mich gebeten, Mr. Shultz seine große Befriedigung über die ausgezeichnete persönliche Zusammenarbeit beider Minister auszudrücken. Es gebe auch gute Arbeitskontakte auf der Ebene der Politischen Direktoren, insbesondere im Viererkreis, und im Rüstungskontrollbereich.

Dennoch sei der Eindruck in Deutschland weit verbreitet, daß wichtige Dinge in der deutsch-amerikanischen außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit am AA vorbeigingen. Gleichzeitig werde kolportiert, daß die Stellung des AA und auch die des Außenministers selbst in der jetzigen Koalition geschwächt sei und daß die amerikanische Regierung dies in Rechnung stelle.

Dieses Gerede bereite Sorge. Es beeinträchtige die politische Stellung des Ministers. Shultz wisse, was der Bundesminister in seinen mehr als zehn Jahren als Außenminister zur gemeinsamen westlichen Sache beigetragen, welche Rolle er in der Allianz und in den deutsch-amerikanischen Beziehungen gespielt habe. Man solle auch nicht vergessen, welchen entscheidenden Anteil er an der Bildung der jetzigen Koalition gehabt habe. Schließlich müsse man sich stets vor Augen halten, daß die jetzige Bundesregierung ohne die FDP keine Mehrheit haben würde.

Der Bundesminister habe auch gewünscht, daß ich Mr. Shultz auf die großen Verdienste des AA bei der Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis und mit den USA hinweise. Gerade bei der Regelung unserer Beziehungen nach Osten habe das AA entscheidende Beiträge geleistet. Gleichzeitig sei

Fortsetzung Fußnote von Seite 1411

amerikanische Seite mit uns gemeinsam überlegen werde, wie man am besten den Jahrestag begehen könne". Van Well berichtete weiter, er habe die Verteidigungsleistungen der Bundesrepublik dargelegt und dazu erklärt: „Es sei unser Eindruck, daß diese beachtlichen Leistungen in der amerikanischen Öffentlichkeit nicht bekannt genug seien. Dies führe letztlich zu dem aus dem Kongreß kommenden Druck auf höhere europäische Verteidigungsbeiträge und zu Anträgen wie dem Nunn-Amendment." Shultz habe ausgeführt, „daß die Administration versuche, die Bedeutung der NATO und der Verteidigungsleistungen der Verbündeten auch öffentlich zu unterstreichen. […] Wir dürften aber nicht vergessen, daß die Verbündeten in der Tat höhere Verteidigungsleistungen erbringen müßten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4889; VS-Bd. 12938 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Botschafter van Well, Washington, teilte am 15. November 1984 mit, er habe dem amerikanischen Außenminister Shultz im Gespräch am selben Tag dargelegt, „daß wir den Druck auf eine Reform der UNESCO aufrechterhalten sollten. […] Wenn die USA sich endgültig aus der UNESCO zurückziehen würden, würde der Druck auf Reformen weitgehend entfallen. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn die USA ihre Entscheidung über einen Rückzug bis nach der G[eneral]k[onferenz] im Herbst 1985 hinausschieben könnten. Shultz erwiderte, daß unsere Argumente durchaus vertretbar seien. Er nehme sie zur Kenntnis und werde sie prüfen lassen. Man könne aber auch der Meinung sein, daß der Druck auf Reformen weggenommen werde, wenn die USA sich nicht zurückziehen würden und ihre Kündigung eine leere Drohung bliebe. Ein Vollzug der amerikanischen Kündigung werde dagegen möglicherweise einen noch größeren Reformdruck hervorrufen, weil man sich wie seinerzeit in der ILO auch in der UNESCO überlegen werde, wie und unter welchen Bedingungen die USA am schnellsten zurückgeholt werden könnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4895; B 91 (Referat 615), Bd. 683.

es immer ein starker Verfechter unserer Bündnis- und Westpolitik gewesen. Im AA seien sehr viel Sachverstand und Erfahrung vorhanden, die im deutsch-amerikanischen Verhältnis voll genutzt werden sollten – gerade in einer Zeit des Beginns eines neuen West-Ost-Dialogs. Deshalb sei es der Wunsch des Ministers, die Kontakte zwischen beiden Auswärtigen Diensten sowohl in Bonn als auch in Washington und an anderen Plätzen so intensiv wie möglich zu gestalten.

Shultz reagierte sehr nachdenklich und fragte mehrfach, was er denn tun könne. Auf meine Antwort, daß wir keine konkreten Anliegen hätten, sondern nur den allgemeinen Wunsch, die volle Wirksamkeit unserer außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit auf der Ebene beider Außenministerien zu fördern, sagte Shultz abschließend, er wolle darüber nachdenken.

[gez.] van Well

VS-Bd. 14125 (010)

304

Botschafter Röding, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-4518/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1469
Citissime nachts

Aufgabe: 16. November 1984, 10.00 Uhr[1]
Ankunft: 16. November 1984, 11.06 Uhr

Betr.: BM-Besuch in Polen 21.–23.11.1984[2];
hier: Lageeinschätzung durch Wałęsa

Bezug: DE Nr. 675 vom 13.11.1984 – AZ: 214-321.11 VS-NfD[3]

1) Wałęsa betrachtete als Hauptkennzeichen der gegenwärtigen Lage die absolute Perspektivlosigkeit für die Bevölkerung. Die gesellschafts- und allgemeinpolitische Lage im Lande sei völlig blockiert. Die Reformkonzepte der Regierung, wenn sie welche gehabt haben sollte, seien zusammengebrochen. Das Kriegsrecht[4] habe keine Probleme gelöst. Die politische und wirtschaftliche Lage sei weiterhin schlecht, wenn nicht sogar schlechter geworden. Was man an Wirtschaftsreform gemacht habe, habe auch nichts gelöst. Die psychische Verfassung

1 Hat Bundesminister Genscher am 18. November 1984 vorgelegen.

2 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.

3 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl bat die Botschaft in Warschau, „Vertreter der Botschaft im Rahmen bisheriger Kontakte nach Danzig zu persönlichem Gespräch mit Wałęsa zu entsenden. Wałęsa sollte um Einschätzung gegenwärtiger Entwicklung in Polen – auch im Hinblick auf bevorstehenden Besuch von BM – gebeten werden. Wir seien an seinem Urteil interessiert." Vgl. Referat 214, Bd. 133043.

4 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.
Das Kriegsrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

der Menschen sei schrecklich, denn ehrliche Arbeit zähle nicht. Diebstahl, Faulheit und Lüge zahlten sich aus und breiteten sich aus. Hier Abhilfe zu schaffen und Polen zu einem verläßlichen Partner zu machen, sei die Hauptaufgabe.

2) Aktuelle Lage nach Popiełuszko-Ermordung[5] betrachtete er weiterhin als extrem gespannt. Die Regierung habe keine Chance: Entweder decke sie die Hintermänner des Mordes völlig auf. Dann bliebe ihr wegen der daraus folgenden möglichen Schwierigkeiten in Partei und Bündnis nur der Dialog mit glaubwürdigen Vertretern der Gesellschaft, d.h. Bündnis mit dem Volk. Decke Regierung allerdings nicht auf und versuche, Täter als relative Einzelgänger darzustellen, d.h. keine politischen Verantwortlichen zu benennen, dann sei der Ausbruch großer Unruhen („Revolution") unvermeidlich. „Eine Ära geht zu Ende." Die Arbeiter hätten das System nackt gemacht. Dieses sei der letzte Appell für Jaruzelski (oder „Anpfiff" i.S. Fußballspiel benutzt). Er könne viel gewinnen, aber auch viel verlieren. Durch den Mord habe er eine „große Chance" bekommen, die vorher für ihn innerhalb seiner Machtbasis so nicht bestanden habe. Wałęsa schloß allerdings nicht aus, daß eine noch größere Provokation stattfinden könnte, daß nämlich er (Wałęsa) oder Pfarrer Jankowski umgebracht würden. Es gebe Kräfte (nicht benannt), die Demonstrationen und Unruhe und Blutvergießen wollten. Im Falle Popiełuszko sei es ihnen mißlungen.

Das Volk sei nicht leichtsinnig. Die Kirche und er würden alles tun, damit es nicht dazu komme. Er habe das Ruder fest in die Hand genommen und sich an die Spitze (gemeint der Opposition) gestellt. Die (Untergrund-) Koordinierungskommission TKK[6] habe sich ihm untergeordnet. Lange könne aber die Ruhe nicht gehalten werden, denn das Volk warte auf die Aufklärung. Länger als vier bis fünf Monate sehe er sich dazu gegenwärtig nicht in der Lage. April und Mai würden die kritischen Monate, wenn bis dahin nichts geschehe. Dann könne er der Regierung auch nicht mehr helfen.

3) Auf die Möglichkeit eines Wechsels an der Spitze hin befragt, sagte er, im Prinzip sei es gleichgültig, wer an der Spitze stehe. Wichtig für ihn sei, daß seine Bewegung stark sei. Keine Regierung könne an ihr vorbei. Er halte Jaruzelski für dialogfähig. Mit ihm könne man reden, mit Rakowski nicht. (Jaruzelski beschrieb er als „unbequemen Gesprächspartner", der einen lange ins Leere laufen lasse, bis er dann aber schließlich konkret antworte.) Wałęsa verwies dabei auf die Abhängigkeit von Moskau, das auch im Winter den Öl- und Gashahn für Polen zudrehen könne, um die frierenden Menschen auf die Straße zu treiben und den Verkehr lahmzulegen. Er wolle die Hoffnung behalten, daß es zu einem Dialog komme. Ohne die Einmischung Dritter (gemeint UdSSR) sei dies möglich. Komme es zu der Einmischung, so komme es auch zum Aufstand. Die Polen müßten alle zusammenarbeiten, in eine Richtung arbeiten. Der ungarische Weg sei für Polen nicht geeignet, denn er schließe ein Drittel der Bevölkerung vom Dialog aus. Polen brauche den Dialog aller. Er müsse institutionell verankert sein, damit er nicht nur dann stattfinde, wenn die Regierungsseite ihr genehme Leute dazu einlade. („Wir wollen nicht nur gelegentlich in das Haus

5 Zur Ermordung des polnischen Priesters Popiełuszko am 19. Oktober 1984 vgl. Dok. 292, besonders Anm. 2.

6 Tymczasowa Komisja Koordynacyjna.

eingeladen sein, wir wollen das gemeldete Wohnrecht dort haben.“) Neuer Institutionen bedürfe es nicht, es gebe genügend. Es gehe um den Inhalt. Die neuen Menschenrechtskomitees bezeichnete er in diesem Zusammenhang als Durchgangsstationen, mit denen Personen einen neuen organisatorischen Hintergrund bekommen sollen, der sie zu möglichen Dialogpartnern mache, wenn die organisatorische Bezeichnung Solidarność anstößig sei.

4) Bisherige Maßnahmen der Führung zur Entmachtung der „Betonköpfe“ (dogmatische Fraktion) bezeichnete er als Fassade. Wenn Jaruzelski die Parteiaufsicht über das Innenministerium (anstelle Milewski) übernehme[7], so sei er doch darin nur Fassadenfigur. Er habe weder die Querverbindungen noch die „richtige Telefonnummer in Moskau“ von Milewski übernommen.

5) Wałęsa kam im Gespräch immer wieder auf die moralischen Kategorien und die Dialogforderung zurück und verwies häufig auf sein Interview in Wiadomości (s. DB 1422 vom 13.11.84 – POL 320.10[8]).

Wałęsa sagte, er habe von Besuchsabsicht BM gehört. Er begrüße diese Absicht und hoffe, daß sie bald verwirklicht werde. Diese Besuche seien wichtig. Polen brauche die Hilfe des Westens. Er würde sich freuen, wenn es BM auch möglich wäre, Danzig zu besuchen.

Das Gespräch in der observierten Wohnung Pfarrer Jankowskis dauerte eine Stunde.

[gez.] Röding

VS-Bd. 14124 (010)

7 Botschafter Röding, Warschau, teilte am 7. November 1984 mit, das Politbüro des ZK der PVAP habe am Vortag Ministerpräsident Jaruzelski die Aufsicht über die Parteiarbeit im polnischen Innenministerium übertragen. Dies sei „der erste Schlag gegen ZK-Sekretär Milewski, dem damit diese Zuständigkeit weggenommen wird. Jaruzelski hat damit freie Hand, auch auf der Parteischiene gegen das Widerstandsnest im Sicherheitsdienst vorzugehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1380; VS-Bd. 13406 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

8 Botschafter Röding, Warschau, berichtete, der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, habe in einem Beitrag für das „Untergrund-Nachrichtenorgan der Solidarność Region Masowsze (Warschau), Wiadomości“ am 11. November 1984 dargelegt, „trotz des Hangs zum Protest, der aus Schmerz, Verzweiflung und Angst vor der Wiederholung solchen Polizeibanditentums (Popiełuszko-Ermordung) entstehe, müßten die Polen fähig sein, dies unter Kontrolle zu bringen. Eine Entwicklung wie in Indien müsse verhindert werden. Solidarność bleibe geduldig, aber kompromißlos. Die volle Wahrheit im Entführungsfall Popiełuszko sei Voraussetzung für ehrlichen Dialog. […] Er habe Vertrauen in die Zukunft, da die polnische Kirche bewiesen habe, daß sie in Grenzsituationen der Geschichte fähig sei, die nationale Führung zu übernehmen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133029.

305

Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus

410-350.00/1 **17. November 1984**[1]

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers

Betr.: Zukunft der Europäischen Gemeinschaft;
hier: Entwicklung im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Spaak II-Ausschuß)

Anlg.: Entwurf eines Zwischenberichts an den ER Dublin (Entwurf Faure)[2]

Im Hinblick auf die laufenden Kontakte im Vorfeld des Europäischen Rates von Dublin am 3./4. Dezember 1984[3] lege ich Ihnen eine Bewertung der bisherigen Arbeit des Ausschusses und seiner Erfolgsaussichten vor.

I.1) Der Ausschuß arbeitet jetzt an einem Zwischenbericht, den der irische Vorsitz[4] dem ER erstatten will. Nächste Woche (21.–23.11.84) soll dieser Bericht verabschiedet werden.[5]

Seine Grundlage ist der beigefügte Entwurf von Maurice Faure. Ganz in unserem Sinn zielt er auf einen Vertrag über die Europäische Union mit konkreten Vorschlägen für den Inhalt einer ersten Stufe. Diese Vorschläge betreffen einmal den ganzen EG-Bereich (einschließlich neuer Aufgaben), zum anderen die für uns zentralen Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik sowie der Institutionen (erweiterte Mehrheitsbeschlüsse im Rat und legislative Befugnisse für das EP).

Zum weiteren Vorgehen schlägt der Entwurf nach dem Vorbild von Messina[6] die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Abfassung des Unionsvertrags vor.

2) Im Ausschuß folgen diesem Ansatz sieben Mitglieder, die Vertreter der ursprünglichen Sechs und der Ire. Der Däne[7] ist ganz negativ. Er kann nur beim Wirtschaftlichen mitmachen. Der Grieche[8] arbeitet mit, verlangt aber massiven Finanzausgleich. Der Brite (Malcolm Rifkind) ist vor allem am Binnenmarkt

1 Durchdruck.
Hat Staatssekretär Ruhfus am 18. November 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Original BM am 18.11. direkt zugeleitet, 2) Herr Jansen ist verständigt."
Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 19. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Läufer „für die Akten" verfügte.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für den undatierten „Vorentwurf eines Berichts für die Tagung des Europäischen Rates in Dublin" („Bericht Faure") vgl. Referat 410, Bd. 130385.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 342, Anm. 4.

4 James Dooge.

5 Für den Wortlaut des Zwischenberichts des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") an den Europäischen Rat am 3./4. Dezember 1984 in Dublin vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 96–104. Vgl. dazu ferner Dok. 314.

6 Zur Konferenz von Messina vom 1. bis 3. Juni 1955 vgl. Dok. 47, Anm.4.

7 Otto Møller.

8 Ioannis Papantoniou.

und der politischen Zusammenarbeit interessiert. Alle drei bemühen sich, die Beratungen auf das Pragmatische zu konzentrieren. Offensichtlich bereiten dem Briten die institutionellen Vorschläge und der Gedanke eines neuen Vertrages größte Schwierigkeiten. Beim letzten Treffen[9] versuchte Rifkind, den Entwurf von Faure als Ganzes für Dublin vom Tisch zu bringen. Er schlug vor, nur über die Teile zu berichten, über die ein Konsens aller Teilnehmer bis Dublin möglich ist, scheiterte aber für diesmal noch an der Mehrheit.

3) Wichtig für uns ist, daß auch von den alten Sechs einige dem deutsch-französischen Ansatz nur unter der Bedingung folgen, daß gleichzeitig die wirtschaftliche und finanzielle Integration vertieft wird, genau wie schon bei der Europäischen Akte[10]. Auch deshalb wird im Ausschuß ziemlich viel über Gemeinschaftsfragen gesprochen. Der Faure-Entwurf selbst verlangt erhebliche Fortschritte beim Europäischen Währungssystem und neuen Transfer von Finanzmitteln. Hier liegen auch unsere einzigen echten Schwierigkeiten mit Faures Entwurf. Allerdings könnten sie der Hebel werden, unsere eigenen Vorstellungen im politisch-institutionellen Bereich stärker zur Geltung zu bringen.

4) Im Augenblick wird der Zwischenbericht redigiert. Alle Mitglieder haben Änderungswünsche vorgebracht. Meine Vorschläge betrafen das wichtigste, was uns fehlte (u. a. Abschaffung der Grenzkontrollen, mehr Steuerharmonisierung, freier Kapitalverkehr, verbesserte wirtschaftspolitische Koordinierung, Gründung eines Europäischen Währungsfonds erst später, einstweilen Stärkung des bestehenden währungspolitischen Fonds, Schaffung eines europäischen Hochtechnologieraumes, EPZ-Sekretariat und EPZ-Arbeitstreffen in Brüssel, obligatorische Vorabkonsultation in der EPZ und Verbesserungen des EPZ-Konsenses, keine Festschreibung des „vitalen Interesses" im Bereich der geltenden Verträge). Die Vorschläge der anderen werden wir zum Wochenende erhalten.

II. 1) Ein auf Faures Entwurf fußender Zwischenbericht für den ER in Dublin wird keinesfalls in seinem politischen Kern allgemeine Zustimmung im Ausschuß finden. Es besteht m. E. auch wenig Aussicht, diese Einstimmigkeit für den abschließenden Bericht (der für den ER Ende März 1985[11] vorgesehen ist) zu erreichen.

Ich halte es für sehr fraglich, ob man GB selbst durch erhebliches Entgegenkommen im wirtschaftspolitischen Bereich für den Gedanken eines Unionsvertrages gewinnen könnte. Die Aussichten bei den Dänen sind noch schlechter. Gleichwohl sollte zunächst der Versuch fortgesetzt werden. Auch Faure ist mit

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Trumpf notierte am 12. November 1984 zur vierten Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") am 7./8. November 1984 in Brüssel, Hauptthema sei die Erörterung des Zwischenberichts an den Europäischen Rat gewesen. Lediglich die Ausschußmitglieder Møller (Dänemark), Papantoniou (Griechenland) und Rifkind (Großbritannien) hätten sich unter Berufung auf „Minderheitenschutz" gegen „Vorwegnahme der Abschlußberatungen des Ausschusses durch Faure-Bericht gewandt. Im Ergebnis werden aber auch sie an den weiteren Arbeiten teilnehmen. Sie kündigten allerdings an, daß sie sich dann von den für sie zu weit gehenden Teilen eines Zwischenberichts ggf. förmlich distanzieren wollen. Sowohl Rifkind als auch Møller machten Vorbehalt, daß ihre Teilnahme an Beratung des Rapport Faure nicht bedeute, daß sie seine Form und Inhalt mittragen würden." Vgl. Referat 410, Bd. 130385.

10 Zum Vorschlag für eine Europäische Akte (Genscher-Colombo-Initiative) vgl. Dok. 55, Anm. 5.

11 Für den Wortlaut des Abschlußberichts des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") an den Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253.

der Weiterarbeit einverstanden; aber nicht für unbegrenzte Zeit. Diese steht dem französischen Staatspräsidenten[12] wohl auch nicht zur Verfügung.

2) Für den Zwischenbericht Anfang Dezember bedeutet dies, daß man zunächst versucht, insbesondere dem Briten die Annahme des Faure-Papiers durch Änderungen zu erleichtern, soweit sie dessen wesentlichen Kern nicht aufgeben. Die Gebiete, wo eine Einigung nicht möglich sein wird (insbesondere die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Ausarbeitung eines Unionsvertrages), sollten als Problembereiche gekennzeichnet werden, ohne daß man indessen schon im Dezember-Zwischenbericht gespaltene Voten aufführt.

Ruhfus[13]

Referat 410, Bd. 130385

306

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

213-321.00 SOW VS-NfD **19. November 1984**[1]

Von BM noch nicht genehmigt.

BM hat am 19. November 1984 auf eigenen Wunsch Botschafter Semjonow zu einem dreiviertelstündigen Gespräch über einige grundsätzliche Fragen internationaler und bilateraler Art empfangen. Aus dem Gespräch wird folgendes festgehalten:

Botschafter *Semjonow* übermittelte einleitend Grüße von Außenminister Gromyko und wies – aus Notizen vortragend – auf die beiden Interviews Tschernenkos mit NBC vom 16.11.[2] und der Washington Post vom 17.10.[3] hin. Er betonte, die sowjetische Position sei sehr flexibel und eröffne viele Möglichkeiten für Fortschritte in den bi- und multilateralen Beziehungen, wenn diese auch von der anderen Seite angestrebt würden. Tschernenko habe erklärt, daß ein Gipfeltreffen wichtige Impulse auslösen könne, falls vorher Klarheit über festumrissene Ziele erreicht würde. Allerdings sei er nicht der Meinung, daß jetzt schon der Zeitpunkt gekommen sei. Wenn es Aussichten für positive Ergebnisse gebe,

12 François Mitterrand.

13 Paraphe.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 20. November 1984 gefertigt.

2 Korrigiert aus: „17.11."
Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit dem amerikanischen Sender NBC vom 16. November 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 13 f.

3 Zum Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post" vgl. Dok. 284, Anm. 14.

dürfte die Festlegung eines Termines nicht schwierig sein. Botschafter Semjonow erkundigte sich sodann nach der bevorstehenden Reise des Bundeskanzlers in die USA.[4]

BM erwiderte, die Bundesregierung habe das letzte Interview Tschernenkos bereits positiv bewertet.[5] Er sehe es als eine Fortsetzung der Gespräche Gromykos mit Präsident Reagan und Außenminister Shultz.[6] Wir hätten uns immer für einen intensiven Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion eingesetzt. Es sei wichtig, im Rahmen substantieller, nichtöffentlicher Gespräche Fortschritte zu erzielen. Wir träten ferner für ein Gipfeltreffen ein, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen sein werden. Präsident Reagan hat sich ja ebenfalls bereits für eine Gipfelbegegnung ausgesprochen.

Bei dem Besuch, den der Bundeskanzler und er in der nächsten Woche in Washington abstatten werden, gehe es zunächst um eine Erörterung der Lage der West-Ost-Beziehungen sowie im westlichen Bündnis. Sodann sollten die Möglichkeiten erörtert werden, welche Impulse für die Belebung des West-Ost-Verhältnisses und im Bereich der Rüstungskontrolle gegeben werden können. Die Reise nach Washington wurde bewußt auf einen Zeitpunkt nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen[7] und vor der Außenministerkonferenz der NATO[8] gelegt. Wir würden es begrüßen, wenn das Außenministertreffen des Warschauer Paktes, das ebenfalls im Dezember stattfinde[9], dafür genutzt werden könnte, um positive Signale zu setzen. Dann werde es sicher auch eine positive Antwort der Außenministerkonferenz der NATO geben. Bundesminister fragte, ob im Dezember zusätzlich ein Gipfeltreffen des Warschauer Paktes vorgesehen sei. Botschafter *Semjonow* antwortet, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Der *Bundesminister* fuhr fort: Wir glaubten, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, einen konstruktiven Dialog über internationale Fragen einschließlich der Rüstungskontrolle sowie im bilateralen Bereich zu führen. Ich habe mit MP Tichonow in New Delhi ein aus meiner Sicht positives Gespräch gehabt.[10] Ich ha-

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 29./30. November 1984 in den USA vgl. Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

5 In der Presse wurde dazu berichtet, die Bundesregierung habe die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, gegenüber dem amerikanischen Sender NBC vom 16. November 1984, als „‚günstige Voraussetzung' für eine rasche Wiederaufnahme des Ost-West-Gesprächs gewertet. Regierungssprecher Boenisch bezeichnete es als erfreulich, daß Tschernenko Vorwürfe gegenüber dem Westen vermieden und einen ‚pragmatischen Ton' angeschlagen habe." Vgl. den Artikel „Tschernenkos ‚pragmatischer Ton'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. November 1984, S. 2.

6 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

7 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78% der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6% der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

8 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

9 Am 3./4. Dezember 1984 fand in Ost-Berlin eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt.

10 Bundesminister Genscher und Ministerpräsident Tichonow trafen am 3. November 1984 am Rande der Trauerfeierlichkeiten für die am 31. Oktober 1984 ermordete Ministerpräsidentin Gandhi zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken teilte dazu am 5. November 1984 mit, besprochen worden seien hauptsächlich die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, ferner die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, sowjetische Revanchismusvorwürfe gegen die Bundesrepublik sowie der

be aus dem Gespräch entnommen, daß die sowjetische Führung an einer Weiterentwicklung der Beziehungen mit uns interessiert ist. Dies entspricht auch unserer Haltung. Ich hatte ferner ein offenes, verständnisvolles Gespräch mit Schiwkow und Mladenow[11] sowie ein interessantes Gespräch mit Sindermann.[12]

BM unterrichtet Botschafter Semjonow davon, daß er noch in diesem Jahr zwei Reisen in Warschauer-Pakt-Staaten unternehmen wird: in dieser Woche nach Warschau[13] und im Dezember nach Prag[14]. Zu Beginn des nächsten Jahres wird es voraussichtlich einen Besuch in Budapest geben.[15] BM erinnert daran, daß er Gromyko zu einem Besuch der Bundesrepublik Deutschland eingeladen hat[16], und weist darauf hin, daß die Bedeutung beider Länder für das Ost-West-Verhältnis, der Stand der Beziehungen sowie die zu erörternde Thematik es rechtfertigen, daß dieser Besuch bald stattfindet. BM spricht die Hoffnung aus, daß es auch in den laufenden Konferenzen in Wien[17] und Stockholm[18] bald zu Fortschritten kommt. Der zehnte Jahrestag der KSZE-Konferenz im August 1985 sollte genutzt werden, um ein Treffen auf politischer Ebene abzuhalten. Wir unterstützten den finnischen Vorschlag.[19] Das Jahr 1985 biete Möglichkeiten, die man beherzt ergreifen solle. Wir seien dazu bereit.[20]

Botschafter *Semjonow* bemerkt, er werde AM Gromyko ausführlich über die Darlegungen des Ministers unterrichten, auch über die Einladung an Gromyko (der *BM* dazu: über die Bekräftigung der Einladung).

Anschließend führt der *Botschafter* anhand schriftlicher Unterlagen aus: Sie haben mich einleitend gefragt, was es in Moskau Neues gebe, dazu möchte ich sagen: Leider mußte ich öfters hören, daß in der Politik der Bundesrepublik

Fortsetzung Fußnote von Seite 1419

zehnte Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 7604; Referat 213, Bd. 139305.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen teilte der Botschaft in Sofia am 4. November 1984 mit, im Gespräch des Bundesministers Genscher mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow und dem bulgarischen Außenminister Mladenow am Vortag in Neu Delhi habe Schiwkow seine Absicht bestätigt, „den Besuch bei uns nachzuholen, der nur aufgeschoben und nicht aufgehoben sei. Bilaterale Beziehungen sollten sich weiterhin normal entwickeln." Zur Absage seines Besuchs in der Bundesrepublik habe Schiwkow erklärt: „Er komme gerne. Allerdings brauche man eine Verbesserung der internationalen Beziehungen. Er wolle die Verschiebung nicht kommentieren. Die Gründe für die Verschiebung seines Besuches seien ja klar." Jansen teilte weiter mit, ferner seien die Ost-West-Beziehungen thematisiert worden sowie der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975. Vgl. den Drahterlaß Nr. 319; Referat 010, Bd. 178884.

12 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, am 3. November 1984 in Neu Delhi vgl. Dok. 295.

13 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.

14 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR vgl. Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

15 Der Besuch des Bundesministers Genscher in Ungarn fand vom 23. bis 25. Juni 1985 statt. Für das Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 25. Juni 1985 in Budapest vgl. AAPD 1985.

16 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1984 in New York; Dok. 244.

17 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 343.

18 Zur KVAE vgl. Dok. 348.

19 Zum finnischen Vorschlag vom 6. September 1984, den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 feierlich zu begehen, vgl. Dok. 245, Anm. 12.

20 Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

Deutschland negative Gesichtspunkte auftreten, die es in den siebziger Jahren nicht gab. Vor allem findet auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland eine neue reale Bedrohung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten durch neue US-Raketen statt. Diese Raketenfaust wird durch den Ausbau konventioneller Waffen ergänzt, u. a. durch konventionelle Rüstungen größerer Reichweite. Die Verabschiedung des Rogers-Planes[21] sowie die Belebung der Zusammenarbeit innerhalb der WEU werden als eine offensive Maßnahme betrachtet. Auch eine Diskussion zur These über die offene deutsche Frage sowie die offene Unterstützung revanchistischer Vereine hat es früher unter der Regierung Schmidt/Genscher nicht gegeben. Deutlich wird revanchistisches Streben insbesondere bei Tendenzen zur Einverleibung der DDR. Gromyko hat jedoch auf der Festsitzung im Kreml zur Oktoberrevolution[22] erklärt, daß die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland unantastbar sei, das Deutsche Reich sei in Flammen aufgegangen, dazu gebe es kein Zurück. Versuche, diese Lage zu verändern, würden Krieg bedeuten. Zwar sind Sie, Herr Minister, der Beteiligung an dem Vertriebenentreffen am 10.11. ausgewichen, aber der Bundeskanzler[23] und Ministerpräsident Strauß[24] haben gesprochen. Niemand hat es für nötig gehalten, sich von der zügellosen Rede Hupkas[25] zu distanzieren, die im schlechtesten Geist des Kalten Krieges gehalten war. Gromyko hat auch sein Befremden über Äußerungen des Bundeskanzlers auf seiner China-Reise[26], insbesondere in Islamabad[27], geäußert. Kann man denn über eine Entwicklung der guten Beziehungen sprechen? Es kann nicht verhehlt werden, daß

21 Zum Rogers-Plan vgl. Dok. 222, Anm. 5.
Am 9. November 1984 billigte der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter die Langzeitplanungsrichtlinie (Long Term Planning Guideline, LTPG) zu „Follow-on Forces Attack" (FOFA). Ministerialdirektor Pfeffer erläuterte dazu am 12. November 1984: „Eine LTPG ist eine langfristige Planungsrichtlinie, die insbesondere für die Entwicklung und Beschaffung von entsprechenden Waffen- und Ausrüstungssystemen notwendig ist. Mit der Verabschiedung einer LTPG wird weder eine Entscheidung über die NATO-Strategie gefällt – die durch FOFA nicht verändert wird – noch hat sie unmittelbare Wirkung für die operative Einsatzplanung der Streitkräfte. Die Langzeitplanungsrichtlinie wurde vom DPC lediglich als ein ‚erster Schritt' für eine bündnisweite Prüfung des FOFA-Konzeptes angenommen. […] Die FOFA-Planungsrichtlinie wird seit 1982 auf der Grundlage eines im Hauptquartier von General Rogers (SHAPE) erarbeiteten Entwurfes im Bündnis behandelt. […] Die Herbstkonferenz der NATO-Verteidigungsminister am 4./5. Dezember 1984 in Brüssel wird voraussichtlich die vom DPC am 9.11.1984 verabschiedete FOFA-Planungsrichtlinie billigend zur Kenntnis nehmen." Vgl. VS-Bd. 12025 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

22 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 6. November 1984 in Moskau vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 486–505.

23 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Treffen der Ostdeutschen Landsmannschaften und Vertriebenenverbände vgl. BULLETIN 1984, S. 1241–1246.

24 Für den Wortlaut der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß am 10. November 1984 vgl. STÄNDIGER RAT DER OSTDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFTEN UND LANDESVERTRETUNGEN (Hrsg.), Deutschland in freier Selbstbestimmung vollenden. Ostdeutsche Landsmannschaften und Landesvertretungen, Kongreß 10. November 1984 in Bonn, Königswinter, o. J., S. 21–31.

25 Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V., Hupka, am 10. November 1984 vgl. STÄNDIGER RAT DER OSTDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFTEN UND LANDESVERTRETUNGEN (Hrsg.), Deutschland in freier Selbstbestimmung vollenden. Ostdeutsche Landsmannschaften und Landesvertretungen, Kongreß 10. November 1984 in Bonn, Königswinter, o. J., S. 1 f. bzw. S. 37–42.

26 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

27 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 13./14. Oktober 1984 in Pakistan vgl. Dok. 278.

all dies einen unangenehmen Eindruck bei der sowjetischen Bevölkerung hervorruft. Als die USA mit ihrem Programm zur Militarisierung des Weltraums auftraten, schien es, als ob auch die Bundesregierung Bedenken hätte. Jetzt hat es jedoch den Anschein, daß die Entwicklung in die Gegenrichtung verläuft. In der CDU/CSU wird die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einem solchen Programm gefordert.[28] Auch hat die Bundesregierung eine Untersuchung darüber in Auftrag gegeben, welche Folgerungen sich aus dem Programm für die deutsche Seite ergeben.

Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit möchte ich zwei Bemerkungen machen: Ich bin darüber befriedigt, daß die nächste Sitzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission vereinbart wurde[29] und der Handelsaustausch positiv verläuft. Antonow ist ein einflußreicher Politiker und Tichonows rechte Hand. Andererseits beunruhigt uns die Tendenz zur Ausweitung der COCOM-Listen und zu einem technologischen Krieg. Wir wollen keine veralteten Ausrüstungen, sondern die Maschinen von heute und morgen kaufen. Botschafter Semjonow schloß seine Darlegungen mit dem Hinweis, er habe den Auftrag zu betonen, daß die Sowjetunion eine ruhige und stabile Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland wünsche. Er hoffe, daß dort, wo es unterschiedliche Meinungen gebe, die „Inseln der Übereinstimmung" sich vergrößerten.

Der *Bundesminister* entgegnete: Was das Ende Ihrer Ausführungen anbelangt, entspricht dies auch unserer Einschätzung. Im übrigen sind die „Inseln der Übereinstimmung" doch schon ziemlich groß. Ich glaube, zum Wirtschaftsaustausch sollten Sie nicht zu pessimistisch sein. Wir werden Ihnen keine veralteten Maschinen verkaufen. Bereits im Gespräch mit Tichonow, aber auch schon vorher mit Gromyko in New York, ist deutlich geworden, wie wir die komplementären Elemente in unseren beiden Volkswirtschaften bewerten. Im übrigen haben Sie viele Dinge gesagt, die schon früher gesagt wurden und schon früher zurückgewiesen worden sind. Was Sie z. B. über den Bundeskanzler gesagt haben, ist bereits wiederholt zurückgewiesen worden, ich tue es erneut. Der Bundeskanzler ist geradezu ein Advokat der guten Beziehungen zur SU und den anderen WP-Staaten, dies hat sich auch in seinem Gespräch mit Tschernenko[30] gezeigt. In Moskau solle man behutsam sein und nicht so sprechen, daß sich unsere Bevölkerung unberechtigt und ungerecht angegriffen fühlt.

28 In einem am 9. Oktober 1984 veröffentlichten Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion zu SDI wurde u. a. erklärt: „Die europäischen NATO-Mitglieder können durch Eingehen auf das Konsultationsangebot des amerikanischen Präsidenten sicherstellen, daß von Anfang an ein gleichberechtigter Schutz für sie vorgesehen wird." Gegen die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Kurz- und Mittelstreckensysteme müsse die NATO „die Fähigkeit zur Abschreckung im Rahmen ihrer gültigen Strategie der flexiblen Reaktion aufrechterhalten. Die Strategische Verteidigungsinitiative wird daher daran zu messen sein, ob sie das Bündnis auch gegen diese spezielle regionale Bedrohung zu schützen imstande ist. Die CDU/CSU begrüßt deshalb die Bereitschaft der USA, in ihre Forschungen auch den Aspekt des Schutzes für die europäischen Verbündeten einzubeziehen." Schon in der Forschungsphase müsse eine „lückenlose Information der europäischen Verbündeten" gewährleistet sein: „Die CDU/CSU begrüßt deshalb die Bereitschaft der USA, ihre Verbündeten in dieser Frage zu informieren, zu konsultieren und sie an ihren Forschungsprogrammen teilhaben zu lassen." Vgl. Referat 220, Bd. 128642.

29 Zum Termin der nächsten Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 185, Anm. 18.

30 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 14. Februar 1984 in Moskau vgl. Dok. 45.

Die sowjetischen Beschwerden zur WEU habe ich schon früher zurückgewiesen. Zum Weltraum möchte ich nur sagen, daß wir es bekanntlich begrüßen würden, wenn Verhandlungen darüber in Gang kämen. Es ist wichtig, daß die Kräfte der Vernunft sich durchsetzen und wir alle kühlen Kopf bewahren. Auch wir wollen eine positive Entwicklung zur Sowjetunion in allen Bereichen, politisch, wirtschaftlich, kulturell und technologisch. Deshalb ist die baldige Visite Gromykos in Bonn wichtig. Wir sind darüber befriedigt, daß die Sprache Moskaus gegenüber den USA positiver geworden ist. Beide Außenministerkonferenzen im Dezember sind von Bedeutung, sie sollten positive Signale auslösen. Das Treffen in Helsinki sollte auf politischer Ebene durchgeführt werden.

Der Bundesminister faßt zusammen: Ich könnte nach dem Bild des halbleeren und halbvollen Glases das sagen, was uns an der sowjetischen Politik nicht gefällt. Ich sage lieber, daß das Glas halbvoll ist. Ich bitte um Übermittlung von Grüßen an Ministerpräsident Tichonow und Außenminister Gromyko, ich habe beide Gespräche in guter Erinnerung.

Referat 213, Bd. 139305

307

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

VS-NfD **19. November 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 19.11.1984 in Paris. Dauer des Vier-Augen-Gespräches von 19.00 bis 20.00 Uhr. Das Gespräch wurde fortgesetzt während des Abendessens zwischen 20.00 und 21.30 Uhr unter Hinzutreten von Minister Dumas.

Teilnehmer: Auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, VLR Siebourg als Dolmetscherin; auf französischer Seite: Herr Attali als Note-taker, Frau Stoffaës als Dolmetscherin.

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 20. November 1984 gefertigt und am 22. November 1984 „mit der Bitte um Genehmigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Ferner bat Stabreit um Zustimmung, die Gesprächsaufzeichnung an das Auswärtige Amt leiten zu dürfen.
Hat Schäuble am 22. November 1984 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, um Rücksprache bat. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178884.
Am 3. Dezember 1984 übermittelte Stabreit die Gesprächsaufzeichnung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert.
Hat Legationssekretär Wittig vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 10. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178884.

Von 19.00 bis 20.00 Uhr unterhalten sich Bundeskanzler und Mitterrand unter vier Augen. Präsident *Mitterrand* kündigt dem Kanzler an, er habe Minister Dumas zum Essen dazu gebeten. Soweit er informiert sei, würden es wieder einmal die Staats- und Regierungschefs sein, die in Dublin[2] die Probleme lösen müßten. Was die Weinfrage[3] angehe, so habe er mit den Italienern darüber gesprochen.[4] Andreotti und Craxi seien nicht gegen eine Regelung, täten aber nichts, um eine Problemlösung zu ermöglichen.

Der *Bundeskanzler* äußert, er habe nur ein Thema von sich aus anzusprechen. Am Donnerstag in einer Woche werde er nach Washington reisen.[5] Er wolle bei dieser Gelegenheit den Präsidenten ermuntern, einen Schritt auf die Sowjetunion hin zu tun. Der Präsident operiere jetzt von gesicherter Position aus und verfüge über ein großes Prestige. Es sei jetzt auch psychologisch im Hinblick auf Europa wichtig, keine Zeit zu verlieren. Es bestehe natürlich die Gefahr, daß die Sowjetunion nicht reagieren werde. Über die Lage in der sowjetischen Führung wisse man nichts Genaues. Es gäbe Stimmen, die behaupteten, daß Tschernenko sehr viel stärker sei, als er nach außen hin in Erscheinung trete. Er, der Bundeskanzler, wisse es nicht.

Es scheine, als habe die Sowjetunion besondere Probleme mit den Weltraumwaffen. Wir stellten uns die Frage, ob die Sowjets an Genf[6] anknüpfen würden. Für uns in der Bundesrepublik sei es wichtig, mit den Verhandlungen eine Perspektive zu zeigen, ohne daß sich der Westen damit etwas vergeben dürfe.

Bundeskanzler erläutert sodann das Problem einer Wehrpflichtverlängerung in der Bundesrepublik Deutschland.[7] Es bedürfe eines Vorlaufs von zwei Jahren für die in Aussicht genommene Verlängerung des Wehrdienstes. An sich sei der erste Jahrgang, der den demographischen Rückgang reflektiert, der Jahrgang 1970. 1987 seien Bundestagswahlen.[8] Die Sache müsse vorher erledigt werden, weil die Frage sonst in die Wahl gerate. So oder so werde es zu einem Thema im Wahlkampf werden, das jedoch nicht die gleichen Dimensionen annehmen werde, wenn die Entscheidung gefallen sei.

2 Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1984 in Dublin vgl. Dok. 342, Anm. 4.

3 Referat 411 erläuterte am 19. November 1984: „Der ER hat im Juni 1984 entschieden, daß entsprechende Maßnahmen beschlossen werden müssen, um die Produktion von Wein in den Griff zu bekommen. F hat in den vorangegangenen Allgemeinen und Agrarministerräten vehement die Einführung von Produktionsquoten […] gefordert. Durch den Nachdruck seiner Forderung hat es dies zum Préalable für die Beitrittsverhandlungen erhoben. Der französische Wunsch nach Beherrschung der Produktion im Weinsektor ist angesichts der hohen Überschüsse in der Altgemeinschaft (Kosten 1 Mrd. ECU pro Jahr), verstärkt durch das aktivierte Produktionspotential Spaniens (60 % der Anbaufläche der Gemeinschaft), verständlich. […] Die kürzlich von der Kommission für die interne EG-Weinmarktpolitik vorgelegten Vorschläge stellen eine geeignete Basis zur Lösung des Problems dar, reichen aber insgesamt nicht aus, um eine wirksame Begrenzung zu erreichen. Außerdem sind einige Teile des Kommissionsvorschlages für uns nicht annehmbar. Es handelt sich insbesondere um die Einschränkung der Wiederbepflanzungsrechte und das Verbot der Trockenzuckerung.“ Vgl. Referat 416, Bd. 130927.

4 Ministerpräsident Craxi und der italienische Außenminister Andreotti hielten sich am 9. November 1984 in Frankreich auf.

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 29./30. November 1984 in den USA vgl. Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

6 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

7 Zur Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 251.

8 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

Präsident *Mitterrand* äußert, er glaube, daß Präsident Reagan eine Geste in Richtung Sowjetunion machen werde. Präsident Reagan sei in einer sehr starken Position. Der Bundeskanzler habe recht, wenn er die Frage nach den Machtverhältnissen in Moskau stelle. Es sei schwierig, mit einem Land ohne klare Führung zu verhandeln. Er glaube jedoch, die Russen hätten jetzt eine Art kollektiver Führung, an der Tschernenko wohl aktiv teilnehme. Gromyko spiele eine sehr bedeutsame Rolle. Gorbatschow tauche am Horizont auf. Er sehe niemand, der Tschernenko die Führung streitig machen könnte. Also werde man mit ihm sprechen. Er sei froh, daß der Bundeskanzler mit Reagan sprechen werde. Wir wollten Abkommen. Aber in Europa müßten wir immer etwas mißtrauisch sein. Man müsse ständig präsent sein, um eingreifen zu können. Sonst würden wir eines Tages durch Vertragsverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion überrascht. Niemand garantiere uns, daß ein Vertrag, der aus solchen Verhandlungen hervorgehe, unsere Sicherheitsinteressen ausreichend berücksichtige. Damit wolle er nicht sagen, daß die Amerikaner uns verrieten, aber doch die Frage stellen, ob sie unsere Interessen klar sähen.

Bundeskanzler antwortet, auch er sei der Auffassung, daß die Europäer präsent bleiben müßten. Was Reagan persönlich anbetreffe, so sei er sich seiner ganz sicher. Die Frage stelle sich aber doch, wer 88 oder gar 92 amerikanischer Präsident werde. Es gebe viele Entwicklungen in den USA. Senator Nunn werde seinen Gesetzesentwurf[9] 1985 wieder einbringen. Er werde keine Mehrheit dafür finden, aber das Problem sei auf dem Tisch. Es sei deshalb wichtig, daß wir enge Kontakte mit den USA hielten und auch ein Stück im Ost-West-Verhältnis vorankämen. Die Gefolgsstaaten der Sowjetunion warteten wohl alle auf eine positive Entwicklung, positiv sagen ließe sich dies von Honecker, Schiwkow und Jaruzelski. Bundeskanzler fragt Präsident Mitterrand nach evtl. sowjetischen Besuchen in Paris.

Präsident *Mitterrand* antwortet, es habe einen Gedanken Tschernenkos gegeben, in der ersten Hälfte 1985 nach Paris zu kommen. Dies sei kein fester Vorschlag gewesen, sondern etwas offengeblieben. Er habe sich bisher im Vagen gehalten. Er wolle erst sehen, wie sich die USA verhielten. Wenn es zu einem Besuch käme, könne man jedoch mit April/Mai rechnen.

Bundeskanzler antwortet, wenn Tschernenko reise, würden alle anderen Ostblockführer auch reisen.

Präsident *Mitterrand* äußert, er wolle Tschernenko gerne etwas sagen können und nicht nur in Atmosphäre machen. Tschernenko habe eingeladen werden wollen. Er habe ihn eingeladen und würde sich freuen, wenn er kommt. Er wisse aber nicht, welches Spiel er spielen wolle. Er wolle sicher gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und zu Frankreich. Er wolle aber nicht als Demandeur gegenüber Washington auftreten. Vor dem Zusammentreffen mit Präsident Reagan werde alles sehr schwierig sein. Wenn er, Präsident Mitterrand, jetzt auf dem Besuch bestehe, werde er sicher kommen. Der sowjetische Botschafter[10] wolle ihn in den nächsten Tagen besuchen. Es komme auch ein sowjetischer Vizeminister nach Paris, der um einen Besuch bei ihm gebeten ha-

9 Zum Antrag des amerikanischen Senators Nunn vom 18. Juni 1984 vgl. Dok. 222, Anm. 7.
10 Julij Michajlowitsch Woronzow.

be. Für einen solchen Besuch bestehe an sich keine protokollarische Notwendigkeit, er müsse also besondere Gründe haben.

Bundeskanzler äußert, Tschernenko werde vielleicht Wert darauf legen zu reisen, um seine Reisefähigkeit unter Beweis zu stellen.

Mitterrand antwortet, er habe den Eindruck, Tschernenko sei noch nicht unbedingt bei seinem letzten Atemzug angekommen.

Bundeskanzler führt aus, es sei überhaupt nicht abzusehen, was beim Tod von Tschernenko sich in der sowjetischen Führung ereigne. Er sehe jedenfalls den jungen Nachfolger noch nicht. Er glaube nicht, daß die alte Generation, vertreten durch Gromyko und Ustinow, einen jungen Nachfolger gerne sehen werde. Jüngere Leute brächten noch mehr jüngere Leute ins Politbüro.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er wünsche auch gar keinen Wechsel in der sowjetischen Führung. Im übrigen hätten ja auch alle noch genug von Begräbnisfahrten nach Moskau.[11] Man müsse sehen, daß die ältere Generation alle Überlebende einer bestimmten Epoche seien und schon deshalb eine gewisse Solidarität zeigten. Sie seien alle während ihrer Jugend durch bewegte Zeiten gegangen.

Bundeskanzler ergänzt, es gäbe noch einen Grund: Sie stünden an der Spitze eines gewaltigen Unterbaus. Wenn die Führer gingen, gäbe es auch nach unten hin viele Wechsel. Der Unterbau wünsche dies nicht.

Präsident *Mitterrand* spricht alsdann die deutsch-französischen Beziehungen an. Er werte Kreuznach[12] positiv. Es habe Fortschritte gegeben.

Bundeskanzler antwortet, man müsse gegen die Tendenz angehen, von jeder Begegnung eine Sensation zu erwarten. Es sei gerade das Positivum, daß Begegnungen so normal seien, daß nichts Spektakuläres mehr passiere.

Präsident *Mitterrand* antwortet, als er als Präsident sein Amt angetreten habe, habe er pro Monat drei Reformen eingeleitet. Jetzt mache er weniger, und gleich heiße es, daß er überhaupt nichts mehr tue. Er habe jetzt gesagt: Lassen Sie die Gesellschaft erst mal die Reformen verdauen. Das sei doch nur vernünftig. Es sei aber auch eine Sache der Presse, die immer Sensationen suche. Wenn die Politiker nichts ankündigten, täte die Presse das von sich aus. Wenn da nichts geschähe, werfe man den Politikern Unfähigkeit und Versagen vor.

Bundeskanzler äußert, ein typisches Beispiel dafür sei, was sich im letzten Sommer im Hinblick auf die deutsch-französische Ankündigung, die Grenzen öffnen zu wollen[13], abgespielt habe.

Präsident *Mitterrand* führt aus, ihm mache die Gemeinschaft große Sorgen. Die irische Präsidentschaft habe nicht sehr viel gearbeitet.[14] Man werde sich in Dub-

11 Am 10. November 1982 verstarb der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Die Trauerfeierlichkeiten wurden am 14./15. November 1982 abgehalten. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.
Die Trauerfeierlichkeiten für den am 9. Februar 1984 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, fanden am 13./14. Februar 1984 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 45.

12 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach vgl. Dok. 294.

13 Zum schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze vgl. Dok. 155, besonders Anm. 7.

14 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

lin mit einigen Detailfragen wieder befassen müssen, Handelsfragen, Wein, Obst und Gemüse. Es sei eine paradoxe Situation. Die Experten könnten sich über nichts einigen, weil sie Experten seien. Dies zwinge die Nichtsachverständigen, sich über Dinge zu einigen, von denen sie nichts verstünden. Im Hinblick auf Dublin sei dies eine traurige Entwicklung. (*Bundeskanzler* wirft ein: eine katastrophale Entwicklung, eine Persiflage!) Präsident *Mitterrand* fährt fort: Was solle man aber tun, so könnten die Dinge ja nicht weiterlaufen. Die Beitrittsländer stünden vor der Tür.[15]

Bundeskanzler antwortet, er hoffe, daß man noch vor Dublin zu einer Einigung komme. Präsident *Mitterrand* äußert hierzu, auch er hoffe dies. Es seien jedoch nur noch 14 Tage Zeit. Eine Reihe von Staaten, Frankreich, Deutschland und die Benelux, könne eine Dynamik entwickeln, wenn sie für sich blieben, aber Irland werde sich z. B. nicht sehr schnell bewegen. Er sei auch sehr unruhig im Hinblick auf die italienische Präsidentschaft.[16]

Bundeskanzler antwortet, was die italienische Innenpolitik anbetreffe, so glaube er, daß Craxi bleibe. Die Democrazia Cristiana werde neue Leute bringen. Auch Craxi sei im Gespräch mit ihm[17] optimistisch gewesen. In Italien sei das Rennen um die Präsidentschaft eröffnet. Der Präsident Pertini wolle sich nicht mehr aufstellen lassen.[18] Der Bundeskanzler fragt Präsident Mitterrand, ob hinsichtlich der Verteilung der Posten innerhalb der Kommission[19] bereits eine Entscheidung getroffen sei.

Präsident *Mitterrand* antwortet, seines Wissens sei dies nicht der Fall, aber der designierte Präsident Delors habe einige schwierige Vorschläge gemacht. Er wolle alles auf den Kopf stellen, was Frankreich überhaupt nicht gefalle.

15 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 284, Anm. 3 und 4, bzw. Dok. 293, Anm. 18.
Am 29. November 1984 teilte Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), mit, die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten hätten auf ihrer Tagung vom 26. bis 28. November 1984 „trotz aller Anstrengungen und weiterer Annäherungen den notwendigen und erwarteten Durchbruch in den Kernfragen (Wein, Fischerei, Landwirtschaft, Industrie und Stahl) nicht erreicht. Beratungen machten deutlich, daß die Weinproblematik Schlüsselfunktion zur Lösung der übrigen Kernfragen einnimmt. […] Vors[itzender] kündigte auch gegenüber SPA-AM Morán und PTG-Finanzminister Lopes, die die Enttäuschung ihrer Regierungen über die ausbleibenden Verhandlungsfortschritte nicht verhehlten, Fortsetzung der Verhandlungen auf AM-Ebene nach dem ER für 17./18.12.1984 an“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3654; Referat 410, Bd. 130409.

16 Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1985 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

17 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi am 14. November 1984 in Stresa vgl. Dok. 301.

18 Am 24. Juni 1985 wurde der Präsident des italienischen Senats, Cossiga, zum Staatspräsidenten gewählt.

19 Ministerialdirektor Ungerer legte am 25. Oktober 1984 dar, der designierte EG-Kommissionspräsident Delors habe bei Gesprächen am 23./24. Oktober 1984 in der Bundesrepublik seine Vorstellungen bezüglich der Aufteilung der Geschäftsbereiche in der ab 7. Januar 1985 amtierenden EG-Kommission präsentiert. Delors habe zu erkennen gegeben, daß er den Kommissaren aus der Bundesrepublik die Bereiche Wirtschaft und Finanzen (ohne Währung) bzw. institutionelle Fragen zuteilen wolle. Ungerer führte dazu aus: „Die uns zugedachten Bereiche sind jeweils nur ein Ausschnitt aus den bisher von einem französischen bzw. niederländischen Kommissar verwalteten Gebieten. Sie sind von erheblich geringerer Bedeutung als die von Haferkamp bzw. Narjes verwalteten Bereiche Außenbeziehungen und Binnenmarkt und entsprechen nicht dem Gewicht der Bundesrepublik Deutschland in der Gemeinschaft.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130336.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß er Delors geschrieben habe.[20] Er fragt noch einmal, ob der Präsident mit Herrn Delors über die Postenverteilung gesprochen habe.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er habe Delors geraten, er solle sich etwas mehr zurückhalten (wörtlich: etwas bescheidener sein). Delors wolle seine Unabhängigkeit beweisen. Er habe jedoch bereits verschiedene Länder verärgert.

Bundeskanzler sagt, er habe mit Herrn Delors noch nicht abschließend gesprochen. Dessen Grundprinzip sei die Rotation, wo man dann lande, sei jedoch ein Glückspiel.

Präsident *Mitterrand* sagt, seines Wissens wolle die Bundesrepublik den Binnenmarkt haben. *Bundeskanzler* bejaht dies. Präsident *Mitterrand* äußert, er habe ihm persönlich nichts gesagt, er glaube jedoch, er wolle auf diesen Posten einen Iren holen.

Bundeskanzler äußert, mit dem, was sich jetzt abzeichne, sei er in keiner Weise einverstanden. Frau Thatcher sei gleichfalls nicht einverstanden.

Präsident *Mitterrand* wirft ein, Frau Thatcher wolle das Budget behalten. *Bundeskanzler* äußert, man werde mit Delors vernünftig reden müssen.[21]

Während des Abendessens[22], zu dem Europaminister Dumas zustößt, wird die Diskussion über Europafragen fortgesetzt.

Präsident *Mitterrand* schlägt vor, daß Minister Dumas zwei oder drei Probleme klar ansprechen solle. Er sei der Auffassung, wenn Deutschland und Frankreich nicht einen kräftigen Anstoß gäben, werde Dublin kein Erfolg werden.

20 In einem Schreiben vom 16. November 1984 an den designierten EG-Kommissionspräsidenten Delors wies Bundeskanzler Kohl darauf hin, „das politische Gewicht der Kommission und ihre Überzeugungsfähigkeit gegenüber den Regierungen und der Öffentlichkeit der Mitgliedstaaten“ stünden „in einem engen Zusammenhang mit der Besetzung des Präsidentenpostens und der Verteilung der Geschäftsbereiche in der Kommission. […] Es liegt lange zurück, daß die Bundesrepublik Deutschland mit Professor Walter Hallstein den Präsidenten der Kommission gestellt hat. Aber auch in der Folgezeit haben die deutschen Kommissionsmitglieder stets Gelegenheit gehabt, das besondere europapolitische Engagement der Bundesrepublik Deutschland durch Übernahme von Funktionen mit entsprechendem Gewicht innerhalb der Kommission zu bekunden. Dies gilt für die Mitglieder der jetzt noch amtierenden Kommission, und ich gehe davon aus, daß es auch in der künftigen Kommission der Fall sein wird.“ In der Öffentlichkeit der Bundesrepublik werde die EG-Kommission „mit Recht auch daran gemessen, ob die deutschen Kommissionsmitglieder die kollektive Verantwortung in operativ wichtigen Positionen mittragen können“. Vgl. Referat 410, Bd. 130336.

21 Zur Zusammensetzung der neuen EG-Kommission vermerkte Ministerialdirektor Ungerer am 17. Dezember 1984, der künftige EG-Kommissionspräsident Delors habe sich mit den künftigen EG-Kommissaren auf die Ressortverteilung geeinigt und dabei seine Vorstellungen „weitgehend“ durchgesetzt: „Er statuierte das Prinzip der Rotation, d. h. kein Aufgabenbereich in der Kommission sollte an den gleichen Kommissar oder an einen Kommissar aus dem Herkunftsland des bisherigen Amtsinhabers fallen (‚keine Erbhöfe‘). Einwirkung der Regierungen der Mitgliedstaaten verbat er sich von vornherein.“ Die Rotation treffe vor allem die großen EG-Mitgliedstaaten: „GB gibt den Bereich Haushalt ab, F den Bereich Entwicklung und damit die Beziehungen zu seinen früheren schwarzafrikanischen Kolonien, D die Außenbeziehungen, I die Regionalpolitik und DK die Landwirtschaft.“ Die neue EG-Kommission habe bewiesen, „daß sie die ihr vertraglich eingeräumte Unabhängigkeit nutzen will“. Die von den Kommissaren aus der Bundesrepublik übernommenen Bereiche „entsprechen in etwa dem politischen Gewicht“ der Bundesrepublik. Karl-Heinz Narjes übernehme die Bereiche Forschung, Informationstechnologie, industrielle Innovation, Stahl sowie Industrie- und technologische Probleme gegenüber dritten Staaten. Alois Pfeiffer sei zuständig für Wirtschaftspolitik, Kredit und Investitionen (ohne Währung), das Statistische Amt sowie die Beschäftigungspolitik. Vgl. Referat 410, Bd. 130336.

22 Korrigiert aus: „Mittagessens“.

Minister *Dumas* erläutert dann, in dem für Frankreich besonders wichtigen Sektor „Obst und Gemüse" habe es große Fortschritte gegeben. Man gehe jetzt von einer zehnjährigen Übergangszeit in mehreren Phasen aus. Vier Jahre solle gar nichts geschehen, dann sechs Jahre ein progressiver Abbau der Schranken. Man werde die sensiblen Produkte definieren müssen. Die Spanier ihrerseits wollten auch die sensiblen Produkte definieren. Darüber hinaus sei aber die deutsch-französische Harmonie in dieser Frage noch nicht zum Zuge gekommen. Es gebe im wesentlichen zwei Positionen. Die eine Position werde von dem französischen Landwirtschaftsminister[23] vertreten. Danach seien auf französischer Seite alle Produkte sensibel und bedürften des Schutzes. Im Laufe der Jahre könne man dann von der Liste einzelne Produkte streichen. Diese Position werde von den nördlichen Ländern, insbesondere Holland, abgelehnt. Ihnen zufolge sollten schon jetzt Listen mit Produkten, die geschützt werden sollten, aufgestellt werden. Das französische Landwirtschaftsministerium wehre sich dagegen. Es weise darauf hin, daß es alleine 50 Sorten Äpfel gebe. In jedem einzelnen Fall müsse eine Prüfung erfolgen. Die deutsche Delegation sei dem französischen Standpunkt nahe, übe jedoch Solidarität mit den anderen.

Präsident *Mitterrand* wirft ein, er verstehe nicht, wie die Kategorisierung der einzelnen Produkte stattfinden solle.

Bundeskanzler äußert, er kenne dieses Problem in diesen Details nicht. Er halte es für wichtig, daß, wenn die Kommission Vorschläge mache, Deutschland und Frankreich sich sofort ins Benehmen setzen. Ihm sei gesagt worden, das Weinproblem stehe im Vordergrund. Die Frage Obst und Gemüse sei auf dem Wege der Lösung. Was das Tafelweinproblem angehe, so seien wir offen, was den Weg anbetreffe, am Ziel der Begrenzung müsse jedoch festgehalten werden.

Minister *Dumas* äußert, Frankreich sei für eine scharfe Begrenzung auf ca. 105 Mio. t. Was darüber hinausgehe, müsse zu Preisen destilliert werden, die die Produktion entmutigten. Italien profitiere von der „fluidité" des jetzigen Systems. Sie wollten das jetzige System weiter anwenden und sehen, ob es sich auch nach dem Beitritt bewährt. Die Spanier hätten jedoch die französischen Vorschläge akzeptiert. Alle Experten sagten im übrigen, daß das jetzige System nach dem Beitritt Spaniens und Portugals nicht mehr funktioniere. Die Italiener behaupteten hingegen, man müsse erst einmal dieses System richtig anwenden. Er habe bereits in Fontainebleau[24] ganz klar gesagt, die Weinproduktion müsse begrenzt werden auf den Verbrauch plus Export plus einer gewissen Sicherheitsmarge. Damit habe er sich großen Zorn zugezogen.

Bundeskanzler fragt, wie sich das gegenwärtige System entwickeln werde, wenn die Spanier dazukämen.

Minister *Dumas* äußert, es werde dann eine Explosion geben.

Präsident *Mitterrand* stellt die Frage, ob Italien evtl. Kompensationen wünsche.

Minister *Dumas* antwortet, darüber müsse man noch einmal nachdenken. Evtl. würden solche Kompensationen im Bereich der Mittelmeerprodukte angestrebt.

23 Michel Rocard.

24 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.

Präsident *Mitterrand* fragt, ob Dumas glaube, daß Italien den Beitritt an dieser Frage platzen lassen würde.

Minister *Dumas* antwortet, die Italiener seien nicht ganz allein. Auch die Griechen würden sich ihnen anschließen.

Präsident *Mitterrand* stellt dann die Frage, wo das deutsche Problem sei.

Dumas erläutert, dieses liege bei der Weinzuckerung. Die Italiener drehten das Argument um und sagten, man sollte mit dem Abbau der Überschüsse hier ansetzen.

Präsident *Mitterrand* äußert, man könne Überproduktionen nicht zulassen, und das würde geradenwegs in die Krise führen.

Minister *Dumas* ergänzt, man müsse tapfere Entscheidungen wie bei der Milch[25] treffen.

Präsident *Mitterrand* äußert, es könne durchaus zu einer Diskussion kommen, warum sich die Deutschen nicht an Gemeinschaftsregeln halten können.

Bundeskanzler antwortet, die Gemeinschaftsregeln würden von uns eingehalten. Es sei unser Problem, daß wir als nördlichstes Land in der EG den Wein seit eh und je in schlechten Jahren etwas hätten verbessern müssen. Was die produzierten Mengen angehe, spiele jedoch der hier in Frage stehende Wein überhaupt keine Rolle. Das Problem der EG seien die großen Weinmengen. Wenn Kommissionsvorschläge auf dem Tisch lägen, sollten wir schnell miteinander in Kontakt treten. Er frage sich, was mit dem Beitritt Spaniens und Portugals passiere, wenn man sich in Dublin nicht einige.

Präsident *Mitterrand* wirft ein, wir würden dann völlig unseren Kredit verspielen.

Minister *Dumas* ergänzt, es würde alles, was bisher erreicht sei, ins Wasser fallen einschließlich der Erhöhung der Eigenmittel, der Einigung über die Haushaltsdisziplin usw.

Anschließend erörtern *Bundeskanzler*, Präsident *Mitterrand* und Minister *Dumas*, welche Zeit für die Ratifikation notwendig sei.

Präsident *Mitterrand* weist darauf hin, daß die Ratifikation in Frankreich sehr schnell vonstatten gehen könne.

Bundeskanzler äußert, wenn im Februar unterzeichnet werde, könne die Bundesrepublik schon wenige Monate darauf ratifizieren.

Minister *Dumas* weist darauf hin, daß die Kommission drei Monate brauchen werde, um die Verträge zu redigieren.

Bundeskanzler äußert die Befürchtung, die Italiener würden sich intern nicht einigen können.

Minister *Dumas* weist in diesem Zusammenhang darauf hin, man müsse auch ein anderes Problem sehen. Der für die Erweiterung zuständige Kommissar sei Italiener. Herr Natali wolle Landwirtschaftsminister in Italien werden. Er stehe selbstverständlich den italienischen Thesen nahe. Er sei schon in Fontainebleau äußerst erregt gewesen. Er sei der Autor der Formel, daß man erst ein-

[25] Vgl. dazu das am 31. März 1984 beschlossene Agrarpaket; Dok. 88, Anm. 9.

mal die geltenden Verordnungen anwenden solle, um zu sehen, wie es nach dem Beitritt funktioniert.

Präsident *Mitterrand* fragt Minister Dumas, wie man den Italienern beibringen könne, daß sie sich bewegen müssen.

Minister *Dumas* antwortet, es müsse zu einer großen Krise kommen, bevor sich die Italiener bewegten.

Bundeskanzler äußert, er verstehe die italienische Taktik nicht.

Herr *Attali* antwortet, Italien wolle auf der Grundlage der bestehenden Regeln zunächst einmal die Produktion hochtreiben. Wenn sich dann herausstellt, daß es so nicht weitergehe und es zu einer Quotenregelung komme, habe Italien eine bessere Ausgangsposition.

Minister *Dumas* äußert, er wolle noch einmal auf den Sektor Obst und Gemüse zurückkommen. Frankreich wünsche einen effizienten Kontrollmechanismus. Die Kommission wolle Frankreich die existierenden, nach Sektoren arbeitenden Verwaltungsausschüsse aufzwingen. Frankreich wolle einen Verwaltungsausschuß für alle Produkte, ein „Comité de gestion globale". Aus diesem „Comité de gestion globale" müsse es ein Berufungsverfahren an den Allgemeinen Rat geben. Dann sei man sicher, daß für die sensibleren Produkte eine Berufungsinstanz vorhanden sei. Mit den vorhandenen Verwaltungsausschüssen werde die Kommission machen, was sie wolle. Die deutsche Haltung sei hilfreich gewesen, müsse sich aber noch weiter den Franzosen annähern. Für Frankreich sei dies essentiell.

Was die Fischereifrage[26] angehe, so werde eine lange Übergangsphase, so etwa 15 Jahre, vorgesehen, kombiniert mit einem Quoten- und Lizenzsystem. Belgien wolle die Übergangszeit auf acht Jahre vermindern. Werde man darauf eingehen, so werde Spanien im Jahre 1994 voller Teilhaber der Fischereiregelung, genau in dem Moment, wo neu darüber verhandelt werden müsse. Dies sei jedoch kein deutsch-französisches Problem. Das einzige Problem zwischen unseren beiden Ländern sei das von Obst und Gemüse. Die deutsche Delegation sei zwar mit einem globalen Schutz einverstanden, habe aber darauf beharrt, daß die bestehenden Verwaltungsausschüsse blieben.

Bundeskanzler äußert, er müsse sich die Sache ansehen. Die Details kenne er nicht.

Es schließt sich eine Diskussion an über die Fähigkeit der Landwirtschaft, Produktivitätsfortschritte zu erzielen und sich über eine geschickte Marktorganisation Vorteile zu verschaffen. Bundeskanzler spricht von der Entwicklung rheinland-pfälzischer Landwirtschaft unter seiner Ministerpräsidentschaft.

Minister *Dumas* berichtet über einzelne Obst- und Gemüsesorten und spanische Versuche, hier vorzudringen. Insbesondere im Erdbeersektor seien franzö-

26 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und weiterer beteiligter Ressorts hieß es: „Die fischereiinteressierten MS (GB, IRL, F, DK und D) wollen die span[ische] Fischerei möglichst lange aus dem EG-Meer heraushalten und nur geringe Fangmöglichkeiten einräumen. EG hat bisher lediglich Beibehaltung der span. Quoten sowie bei nicht-quotierten Fischen nur vorsichtige Verbesserungsmöglichkeiten innerhalb Lizenzen angeboten. […] Deutsches Interesse: Hochsetzen der span. Quoten ist auch aus unserer Sicht unerwünscht; Schutz deutscher Fischereimöglichkeiten; Integration SPs und Port[ugal]s in EG-Fischereipolitik." Um Spanien entgegenzukommen, könne die Bundesregierung „einer Verkürzung der Übergangszeit letztlich zustimmen". Vgl. Referat 410, Bd. 130409.

sische Produzenten durch die Qualität, die Produktionsdynamik und die geschickten Vermarktungstechniken der Spanier in Panik geraten. Natürlich habe Spanien auch nicht die Gestehungskosten der französischen Obst- und Gemüsewirtschaft. Was längere Übergangszeiten anbetreffe, so sei dies kein Argument. Wir machten Europa für die Ewigkeit, und gemessen daran seien 10 oder 20 Jahre wenig.

Präsident *Mitterrand* spricht dann erneut das Problem der Weinzuckerung an.

Herr *Attali* äußert, die Italiener glaubten, daß wegen der Weinzuckerung die deutsch-französische Allianz nicht sehr robust sei.

Minister *Dumas* verweist auf das Jahr 1986, was für Frankreich wegen der anstehenden Wahlen[27] wichtig sei. Was die Weinzuckerung anbetreffe, sei das für Frankreich kein so großes Problem. Er bitte noch einmal um die Unterstützung der deutschen Delegation in der Frage von Obst und Gemüse.

Bundeskanzler spricht dann die Frage eines Zwischenberichtes des Spaak-Komitees[28] in Dublin an. Auf Frage von Präsident Mitterrand erläutert Minister *Dumas* dem Präsidenten, es werde sich um einen ersten Zwischenbericht handeln, der auch das Thema einer Arbeitskonferenz im Jahre 1985 (Einwurf des *Bundeskanzlers*: à la Messina![29]) zum Thema haben werde. Minister *Dumas* informiert Präsident Mitterrand über die deutschen Vorschläge. Er erläutert sodann, daß er mit Staatsminister Rifkind gesprochen habe. Dieser habe ihm zu verstehen gegeben, wenn sich die Sechs zusammentun würden, würden die anderen marginalisiert. Er habe aber gleichzeitig erkennen lassen, daß Großbritannien zwar bereit sei, das Bestehende zu verbessern, nicht aber etwas Neues zu akzeptieren.

Abschließend erörtern *Bundeskanzler* und *Präsident*, was bei der anschließenden Pressekonferenz[30] gesagt werden soll.

Referat 010, Bd. 178884

27 In Frankreich wurden am 16. März 1986 Wahlen zur Nationalversammlung abgehalten.

28 Für den Wortlaut des Zwischenberichts des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) an den Europäischen Rat am 3./4. Dezember 1984 in Dublin vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 96–104. Vgl. dazu ferner Dok. 314.

29 Zur Konferenz von Messina vom 1. bis 3. Juni 1955 vgl. Dok. 47, Anm. 4.

30 Für den Wortlaut der Äußerungen des Staatspräsidenten Mitterrand in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Kohl am 19. November 1984 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (November/Dezember), S. 44 f.

308

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen

340-012-312.74 VS-NfD **19. November 1984**[1]
Fernschreiben Ortex

Betr.: 5. EG-ASEAN-AM-Konferenz am 15./16.11.1984 in Dublin

1) Diesjähriges Ministertreffen erhielt besonderen Charakter durch Aufnahme Bruneis in den Kreis der Staaten der EG-ASEAN-Zusammenarbeit.

2) Während erster Konferenztag alleine den Wirtschaftsthemen, insbesondere den EG-ASEAN-Beziehungen, gewidmet war (Marktzugang, APS[2], Technologietransfer, Investitionen, Entwicklung des Arbeitskräftepotentials, technische und finanzielle Zusammenarbeit, Ausblick auf Erneuerung des Kooperationsabkommens, Rohstoffe, Globalverhandlungen[3]), wurden am 16.11.1984 in einem verkleinerten Kreis die politischen Themen behandelt. Erörtert wurden die Themen Verschuldung, Kambodscha, Indochinaflüchtlinge, sino-sowjetische Beziehungen, West-Ost-Beziehungen, Naher Osten, Afghanistan und Zukunft der pazifischen Region. In der Abschlußerklärung der ASEAN-Staaten wurde das Rauschgiftproblem als ein zukünftig zu behandelndes Thema angesprochen.

3) Das AM-Treffen konzentrierte sich im wirtschaftlichen Teil insbesondere auf Fragen der bilateralen Kooperation im Rahmen des 1985 zu erneuernden Abkommens[4] und erbrachte diesbezüglich folgende Ergebnisse:

Das Kooperationsabkommen wird 1985 nicht tel quel verlängert; in die künftige Zusammenarbeit sollen vielmehr neue Bereiche aufgenommen und die Kooperation dadurch ausgeweitet werden.

Dazu sollen auf ASEAN-Wunsch im nächsten Jahr die Wirtschaftsminister von EG- und ASEAN-Staaten eine Bestandsaufnahme der bisherigen Zusammen-

1 Durchschlag als Konzept.
Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach konzipiert.

2 Referat 411 erläuterte am 7. November 1984, das geltende Allgemeine Präferenzsystem (APS) der Europäischen Gemeinschaften sehe „Zollfreiheit für grundsätzlich alle industriellen Halb- und Fertigwaren vor, wobei z. T. jährliche Höchstmengen bestehen. Im Agrarbereich besteht eine Liste von rd. 300 Positionen, für die reduzierte Zölle gelten". In einem am 9. Juli 1984 der EG-Kommission übergebenen Memorandum hätten die ASEAN-Mitgliedstaaten eine detaillierte Liste ihrer Wünsche nach Verbesserungen im APS für 1985 mitgeteilt. Vgl. Referat 342, Bd. 137430.

3 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 46, Anm. 11.
Botschafter Lautenschlager, New York (VN), teilte am 18. September 1984 mit: „Wiederaufgenommene 38. GV verwies offengebliebenen TOP Globalverhandlungen am 17.9.1984 im Konsens an 39. GV. […] DDR bekräftigte namens sozialistischer Länder Unterstützung für Konzept Globaler Verhandlungen. Irland verwies auf anhaltende Aufgeschlossenheit der EG-Mitgliedstaaten, für Eröffnung der Globalverhandlungen sei aber eine gemeinsame Definierung der Verhandlungsziele notwendig. US sprachen von ‚anhaltend konstruktivem Interesse'. Positive Erklärungen gaben ferner Norwegen (für nordische Länder) und Japan ab. China stellte sich voll hinter G-77." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1614; Referat 402, Bd. 133989.

4 Am 7. März 1980 wurde in Kuala Lumpur ein Kooperationsabkommen zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten abgeschlossen. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

arbeit machen und einen Gedankenaustausch über die künftige Gestaltung des Abkommens führen.[5] Kommuniqué-Text enthält Formulierung, daß daran die „relevant Community and ASEAN Ministers" teilnehmen werden[6], um auf solche Mitgliedstaaten Rücksicht zu nehmen, die nicht durch ihre Wirtschaftsminister vertreten sein wollen.

Einigung über besonders wichtige ASEAN-Forderung nach Ausdehnung der EIB-Aktivitäten auf ASEAN konnte erst im Restreint der AM am Ende der Beratungen über den wirtschaftlichen Konferenzteil erzielt werden. Minister einigten sich schließlich auf folgenden Text:

„Both ASEAN and the Community stressed the importance of increased European investments in the ASEAN region. They agreed that it was in their mutual interest to study seriously the appropriate means of extending cooperation in the financial sector, including the possibility of closer regional banking und business contacts and of drawing upon the experience of the European Investment Bank."[7]

Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß Mehrzahl der EG-MS Schwierigkeiten damit hatte, EIB-Frage unmittelbar in beabsichtigten Prüfungsauftrag bzgl. einer umfassenden künftigen Zusammenarbeit im finanziellen Sektor einzubeziehen. Außerdem hatte ASEAN erneut deutlich gemacht, daß es ihm weniger um EIB-Kredite als vielmehr darum ging, sich Ansehen und Erfahrung der EIB bei Auswahl und Förderung von Einzelprojekten nutzbar zu machen.

Hinsichtlich des von ASEAN-Staaten geforderten stärkeren Entgegenkommens bei APS und generell verbessertem Marktzugang gab VP Haferkamp allgemeine Wohlwollenserklärung ab. Bezüglich einer Reihe anderer konkreter ASEAN-Sorgen über handelspolitisch relevante Maßnahmen unterstrich der VP, daß diese Maßnahmen zur Zeit nicht entscheidungsreif seien (Zollerhöhung bei Ölsaaten), sich nicht gegen ASEAN richteten (neues Handelsinstrument[8]) oder von der EG abgelehnt würden (Maßnahmen gegen Vorprodukte-Dumping). Im übrigen sei die EG jederzeit bereit, mit ASEAN über deren Sorgen Konsultationen aufzunehmen.

4) Die Minister führten neben den bilateralen Wirtschaftsfragen auch einen Meinungsaustausch über die internationale Wirtschaftslage, die Verschuldenskrise und über ihre Rohstoffpolitiken. Es bestand Einvernehmen, daß diese Fragen bei dem geplanten Treffen der Wirtschaftsminister vertieft werden sollen.

5) Verschuldungsproblematik

5 Am 17./18. Oktober 1985 fand in Bangkok eine Konferenz der Wirtschaftsminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt.

6 Vgl. dazu Ziffer 3 des Kommuniqués der Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 15./16. November 1984 in Dublin; Referat 411, Bd. 131125.

7 Vgl. Ziffer 35 des Kommuniqués der Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 15./16. November 1984 in Dublin; Referat 411, Bd. 131125.

8 Der EG-Ministerrat verabschiedete am 9. April 1984 in Luxemburg das sogenannte „Neue handelspolitische Instrument". Dieses legte Verfahren fest, „die es der Gemeinschaft ermöglichen, im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen und Verfahren: gegen unerlaubte Handelspraktiken vorzugehen, um die dadurch verursachte Schädigung zu beheben, die uneingeschränkte Ausübung der Rechte der Gemeinschaft in Anbetracht der Handelspraktiken der Drittländer sicherzustellen". Vgl. BULLETIN DER EG 4/1984, S. 56 f.

Diskussion hierüber ergab:

– Erhaltung und Stärkung der einschlägigen Institutionen im Finanzbereich, der Weltbank und des IWF, ist notwendig.
– Handelspolitische Liberalisierung und Marktzugang sind unumgänglich, um den EL zu ermöglichen, die zur Schuldenbedienung notwendigen Devisen zu verdienen.
– Jedoch Erkenntnis, daß handelspolitische Maßnahmen alleine nicht ausreichen, um Belastungen der Zahlungsbilanzen der EL zu beseitigen. Handelspolitische Maßnahmen müssen mit solchen des Finanzbereichs einhergehen.
– Ermäßigung des überhöhten US-Zinsniveaus unabweisbar (einprozentige Zinsänderung bewirkt Be- oder Entlastung der Schuldnerländer in DW um 2,5–3 Mrd. US-Dollar). Daher Einwirkung auf US-Regierung geboten.
– Während AM Cheysson vorschlug, Entwicklungs-, Finanz- und Währungsprobleme zusammen durch eine Konferenz mit IWF und Weltbank anzugehen, sprachen sich AM Howe und BM für einen Lösungsansatz von Fall zu Fall aus. Nur dann sei die notwendige Flexibilität gewährleistet, die es erlaube, auf spezifische Bedürfnisse einzelner Länder einzugehen.
– Hinweis auf die Gefahr, daß Schuldnerländer überfordert werden. Maßnahmen dürfen nicht aus Mangel an politisch-sozialer Durchführbarkeit scheitern.

6) Zum Kambodscha-Thema unterrichteten ASEAN ausführlich über Entwicklung vor Ort, die durch gesteigerte Effektivität der Widerstandskoalition unter Prinz Sihanouk gekennzeichnet sei.[9] Die ASEAN appellierten an die Europäer, den nichtkommunistischen Fraktionen dieser Koalition Unterstützung angedeihen zu lassen.

Die ASEAN hätten eine politische Lösung zum Ziel, jedoch genüge politischer und ökonomischer Druck auf VIE alleine nicht, es müsse auch eine militärische Komponente geben. Der nichtkommunistische Widerstand sei inzwischen lebensfähig geworden.

Sie schilderten ihre politischen Kontakte mit VIE und erwähnten ihre Desillusionierung über diplomatische Winkelzüge Hanois.

7) Zum West-Ost-Thema legte BM europäische Lagebeurteilung dar. Die SU, die sich den Herausforderungen unserer Zeit in vielen Bereichen nicht gewachsen zeige und deren System es an Flexibilität und Dynamik mangele, werde von ihren eigenen Schwächen dazu gedrängt, den Dialog mit dem Westen wiederaufzunehmen. In diesem Dialog müßten wir Interessen Europas einbringen. Daher liege uns an Fortsetzung West-Ost-Verhandlungen und Vermeidung des Klimas eines Kalten Krieges.

8) Eine weitgehend gemeinsame Beurteilung gab es auch in den übrigen Bereichen des politischen Meinungsaustausches.

9) Die Bilanz des 5. AM-Treffens ist positiv. Die Konferenz zeigte erneut die Lebendigkeit und den Modellcharakter dieser interregionalen Zusammenarbeit. Die ASEAN-Staaten sind wirtschaftlich und politisch eine Zukunftsregion in der

[9] Zum Kambodscha-Konflikt vgl. Dok. 289, Anm. 3.

Welt. Sie sind ein Schwerpunkt deutscher Asienpolitik. In den zentralen weltpolitischen Fragen entspricht die Einschätzung der Staaten der EG der Einschätzung der ASEAN-Staaten. Für die außenpolitischen Interessen Europas hat dies große Bedeutung. Die Tatsache, daß in den internationalen Fragen die ASEAN-Staaten sowie die europäischen Staaten zunehmend gleiche Positionen einnehmen, verstärkt das Gewicht unserer gemeinsamen Außenpolitik. Die Kooperation ist zu einem festen Bestandteil der politischen Interaktion in beiden Regionen geworden.

[gez.] Schneppen

Referat 342, Bd. 137436

309

Botschafter Hermes, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

114-4583/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 173
Citissime

Aufgabe: 20. November 1984, 15.30 Uhr[1]
Ankunft: 20. November 1984, 17.49 Uhr

Betr.: BM-Besuch in Polen 21.–23.11.1984[2];
hier: Einschätzung der polnischen Entwicklung im Vatikan

Bezug: DE Nr. 58 vom 14.11.1984 – 214-321.11 POL-2024/84 VS-v[3]

Am 19. November hatte ich Gelegenheit, mit Erzbischof Silvestrini ein längeres Gespräch über die Lage in Polen zu führen. Gegenstand und Zweck des Gesprächs hatte ich ihn vorher wissen lassen. Die Reise des Bundesaußenministers nach Warschau war ihm bekannt. Er bestätigte erneut den Termin vom 11. Dezember, an dem der Bundesminister Gelegenheit haben wird, mit Papst Johannes Paul II. über den Besuch in Polen zu sprechen.[4]

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 22. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgel[egen]."

2 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.

3 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl teilte der Botschaft beim Heiligen Stuhl in Rom mit: „Bei Vorbereitung BM-Besuch beobachten wir laufende Entwicklung in Polen sehr genau. Nach unserer Einschätzung zielen hinter Mord an Popiełuszko stehende Kräfte darauf ab, Jaruzelski zu schärferem inneren Durchgreifen gegen Opposition zu bewegen und Wiederanknüpfung politischer Kontakte Polens mit dem Westen zu stören. Besuchsabsage würde Zielen dieser Kräfte Vorschub leisten. […] Wir wären interessiert, im Anschluß an Gespräche von BM mit dem Papst Einschätzung der jüngsten Entwicklung durch Spitze des Vatikans im Hinblick auf bevorstehenden BM-Besuch in Warschau und Krakau zu kennen." Vgl. VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen vermerkte am 20. Dezember 1984 zur Privataudienz des Bundesministers Genscher bei Papst Johannes Paul II. am 11. Dezember 1984 in Rom, Genscher habe folgende Gesprächsthemen erwähnt: „Lage in Polen – tiefe Skepsis des Papstes über weitere Entwicklung; Lage in der ČSSR – schlimmer als in der SU; Gedankenaustausch über Fortgang des KSZE-Prozesses. BM erläutert Vorstellungen zur Zehn-Jahres-Feier am 1. August 1985; Aussprache über Chan-

Die mir von Silvestrini mitgeteilte Einschätzung, und damit die Einschätzung des Kardinalstaatssekretärs[5] und wohl auch des Papstes selbst, liegt nahe an der unsrigen, soweit sie mir aus Erlassen des Auswärtigen Amtes und Berichten der Botschaft Warschau bekannt ist – allerdings mit der bezeichnenden grundsätzlichen Feststellung, daß er weder in der polnischen politischen Führung noch in der Lage des Landes dramatische Veränderungen in nächster Zukunft erwarte.

Silvestrini nahm als Ausgangspunkt seiner Beurteilung die Ermordung des Priesters Popiełuszko[6], die die schon sehr schwierige Lage und die Tragik Polens in deutlicher Weise offenbart und verschärft habe. Mit der Identifizierung und Verhaftung der Exekutoren des Mordes sei nur ein erster Schritt getan worden. Mit großer Vorsicht äußerte sich Silvestrini über mögliche Hintermänner und die mit dem Mord verfolgten politischen Absichten. Es sei unwahrscheinlich, daß die Exekutoren die einzigen Schuldigen[7] seien, und ebenso unwahrscheinlich, daß die Letztverantwortlichen im Sicherheitsapparat zur Verantwortung gezogen werden könnten. Ob es überhaupt zu einem Prozeß mit Öffentlichkeit gegen die Exekutoren komme, sei mehr als fraglich.

Auf meine Frage, ob und wie Jaruzelski die Krise überstehen werde, meinte Silvestrini, Jaruzelski sei überzeugter Kommunist und ein Vertreter des Systems, das letztlich den Mord zu verantworten habe. Er kenne daher und akzeptiere gleichzeitig die Grenzen, die seinem Vorgehen in der Aufklärung des Mordes gesetzt seien.

Jaruzelski sei aber auch ein polnischer Patriot, der ehrlich eine Befriedung des Landes und ein Auskommen mit der Kirche wünsche. Letzteres nicht, weil sich seine kommunistischen Überzeugungen geändert hätten, sondern weil er Einfluß und Kraft der Kirche nüchtern in Rechnung stelle.

Mit diesen polnischen Tatsachen müßte auch jeder mögliche Nachfolger Jaruzelskis fertigwerden. Mit der Ermordung Popiełuszkos sei die tragische Lage Polens nicht grundsätzlich verändert, sondern nur scharf ins allgemeine Bewußtsein gehoben worden. Was könnte also das System mit der Ablösung Jaruzelskis durch einen Härteren aus der kommunistischen Führung gewinnen?

Die große Mehrheit des Volkes und die kommunistische Führung würden sich eher noch unversöhnlicher gegenüberstehen. In dieser wahrscheinlichen Aussicht sei Jaruzelski sicher in der gegenwärtigen Lage ein geeigneter Mann an der Spitze.

Was die Fortsetzung des Dialogs mit der Kirche angehe, so sei dieser, wie man wisse, seit langem im Gange und nie wirklich unterbrochen worden. Bei diesem Dialog handele es sich ja nicht um ein herausragendes Einzelereignis, sondern um ein dauerndes tägliches Geschäft über viele kleinere und größere Dinge. In

Fortsetzung Fußnote von Seite 1436

cen und Gefahren der Gentechnologie. Papst bezeichnet sie als allergrößte Herausforderung an Kirche und Gesellschaft." Vgl. Referat 010, Bd. 178889.

5 Agostino Casaroli.

6 Zur Ermordung des polnischen Priesters Popiełuszko am 19. Oktober 1984 vgl. Dok. 292, besonders Anm. 2.

7 Korrigiert aus: „Unschuldigen".

diesem Sinne brauche man auf ihn nicht zu warten, wenn er auch durch die Ermordung Popiełuszkos in vieler Hinsicht schwieriger geworden sei.

Silvestrini meinte, der Bundesaußenminister würde sicher mit ausgesuchter Höflichkeit und Entgegenkommen in Warschau aufgenommen werden, da er dort der erste westliche Außenminister nach der Ermordung Popiełuszkos sein werde. Hätte die polnische Führung diesen Besuch kurzfristig absagen müssen, würde dies einem öffentlichen Eingeständnis der politischen Ohnmacht gegenüber Moskau gleichgekommen sein und hätte das politische Ende Jaruzelskis signalisieren können.

Olszowski nannte Silvestrini ebenso wie Jaruzelski einen überzeugten Kommunisten und polnischen Patrioten.

Silvestrini gibt die grundsätzliche Einschätzung des Heiligen Stuhles, die vom Papst ausgeht, wieder, daß es sich in Polen um eine grundsätzliche und lang andauernde Auseinandersetzung zwischen einem unterdrückenden kommunistischen System und einem seine Freiheit und Rechte fordernden Volk handelt. Die gegenwärtige Phase, so tragisch und dramatisch sie im einzelnen sei, ändert die grundsätzliche Lage nicht und läßt keinen Ausblick auf eine Lösung erkennen. Personelle Änderungen in der politischen kommunistischen Führung bedeuten natürlich etwas, aber ihr Einfluß auf die Gesamtentwicklung ist nur relativ. Bezeichnenderweise ist Silvestrini meiner Frage, ob Jaruzelski eine gewisse indirekte Unterstützung von westlicher Seite verdiene, ausgewichen. Er wollte sich offensichtlich nicht darauf festlegen lassen, daß der eine kommunistische Führer einem anderen vorzuziehen sei. Dabei hat er aber verstehen lassen, daß die Situation in Polen mit einem Wechsel an der Spitze sich nicht grundsätzlich verändern, aber in kürzerer Sicht durchaus verschlechtern ließe.

Nach Einschätzung des Heiligen Stuhles ist jede Erwartung illusionär, daß sich das kommunistische System langsam demokratisieren könne oder sich das polnische Volk mit diesem in grundsätzlichen Dingen unveränderbaren System auf Dauer abfinden werde. Was gegenwärtig zählt, sind die zähen kleinen Schritte, die langsam den Bereich der Freiheit erweitern und das Leben erträglicher machen.

In dieser Perspektive berechtigt die polnische Entwicklung durchaus auch zu einem gedämpften Optimismus. Um ein sichtbares Zeichen zu nennen: Wer die wöchentlichen Papstaudienzen sorgfältig verfolgt, wird selten eine erleben, an der nicht Polen aus Polen (nicht etwa aus der westlichen Welt) teilnehmen. Polnische Pilgeromnibusse gehören zum alltäglichen Bilde Roms; keine andere kommunistische Regierung in Osteuropa gewährt ihren Bürgern so viel Reisefreiheit wie die polnische.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14124 (010)

310

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4595/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1964
Cito

Aufgabe: 20. November 1984, 20.26 Uhr[1]
Ankunft: 20. November 1984, 20.55 Uhr

Betr.: Sitzung der SCG am 20.11.1984 in Brüssel

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

In der ersten SCG nach den amerikanischen Wahlen[2] unterrichteten USA (Delegationsleiter Dobbins) über die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Kontakte seit dem Gromyko-Besuch[3]. Dobbins brachte dabei die vorsichtig optimistische Erwartung zum Ausdruck, daß die SU in naher Zukunft zu konkreteren Gesprächen über Rüstungskontrolle mit den USA bereit sein werde.

Er erläuterte dabei, daß das Umbrella-Konzept[4] darauf angelegt sei, der SU verschiedene Möglichkeiten für die Wiederaufnahme von Verhandlungen offenzuhalten (Gespräche über Verhandlungen durch diplomatische Kontakte, derartige Gespräche durch spezielle Beauftragte, Rückkehr der Sowjets zu ihrem Vorschlag für Weltraumverhandlungen[5]).

Wir haben sowohl im kleinen Kreis („Quint") als auch in der SCG nachdrücklich für einen breiten Konsultationsmechanismus plädiert, der sowohl die sich im Hinblick auf das Umbrella-Konzept wie auch im Hinblick auf die Weltraumverhandlungen stellenden neuen konsultativen Aufgaben abdecken müsse.

In diesem Zusammenhang haben wir auf die Notwendigkeit einer Aktivierung der SCG hingewiesen; insbesondere auf die Notwendigkeit, die Optionen der SU für die Wiederaufnahme der nuklearen Verhandlungen[6] und die möglichen Reaktionen des Bündnisses im Lichte der neuesten Entwicklungen zu überprüfen. Desgleichen bezeichneten wir eine Rückkehr der SCG zum monatlichen Sitzungsrhythmus für erforderlich. Diese Auffassung fand breite Unterstützung (insbesondere UK und NWG).

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 22. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer und Vortragenden Legationsrat Pieck verfügte.
Hat Schauer und Pieck am 22. November 1984 vorgelegen.

2 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78% der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6% der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

3 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

4 Zum amerikanischen „Umbrella-Konzept" vgl. die Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York; Dok. 244, Anm. 7.

5 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juni 1984 für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen vgl. Dok. 184, Anm. 5.

6 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

Dobbins erklärte die amerikanische Bereitschaft, entsprechende Papiere zu erarbeiten. Die nächste Sitzung wurde für Dezember in Aussicht genommen.[7]

Beim TOP Intelligence Update stand die Entwicklung der SS-20-Zahlen im Mittelpunkt. Durch den gegenwärtigen Auf- bzw. Abbau von SS-20-Stellungsbereichen entsteht eine Fluktuation, die eine gesicherte Aussage nur darüber zuläßt, wie viele SS-20 in Stellungsbereichen disloziert sind. Hier bleibt es bei der Gesamtzahl von 378 SS-20. Die tatsächliche Zahl von SS-20, einschließlich derer außerhalb von Stellungsbereichen, ist jedoch höher (hierzu erfolgt gesonderter Bericht[8]).

II. Im einzelnen

1) Zur Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Gespräche erklärte Dobbins, die USA bewerteten die öffentlichen und internen sowjetischen Reaktionen auf die jüngsten amerikanischen Vorschläge („Umbrella") positiv. Zwar hätten sich die sowjetischen Gesprächspartner (Gromyko, Dobrynin) nicht zur Substanz geäußert, doch sei ihr Interesse an weiteren, detaillierten Informationen deutlich geworden. Das Konzept eines übergreifenden politischen Rahmens für die einzelnen Rüstungskontrollgespräche sei nicht zurückgewiesen worden, vielmehr habe Gromyko erklärt, dieses Konzept bedürfe der sorgfältigen Behandlung durch die Außenminister.
Zum Umbrella-Konzept selbst äußerte Dobbins, dies könne mehreren Zwecken dienen. Es solle zunächst den Neubeginn von Verhandlungen ermöglichen. Später könne es auch als Instrument zur Steuerung von Verhandlungen dienen. Die Sowjets erhielten drei Optionen zur Wahl:

(a) Gespräche über die Wiederaufnahme von Verhandlungen auf diplomatischen Kanälen (einschließlich Begegnungen der AM),

(b) derartige Gespräche durch von beiden Seiten zu ernennende spezielle Beauftragte,

(c) Aufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle im Weltraum entsprechend den sowjetischen Vorschlägen vom Juni. Hier würden die USA auch Offensivwaffen ansprechen, ohne auf einer Behandlung dieses Themas durch die Sowjets zu insistieren.

Dobbins wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Tschernenko in seinem NBC-Interview nicht die Formel „gleiche Sicherheit" verwandt habe[9], sondern von Verhandlungen auf der Grundlage von „equality with due account taken to

7 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 19./20. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 355.

8 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 20. November 1984, die amerikanische Delegation habe in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag folgende Erkenntnisse mitgeteilt: „1) Seit September 1984 wurden drei neue SS-20-Stellungsbereiche einsatzbereit. Zwei Stellungsbereiche wurden deaktiviert. Zwölf SS-20-Stellungsbereiche sind im Bau (confirmed) – elf in der westlichen Sowjetunion, zwei im asiatischen Teil. Drei weitere im Bau befindliche Stellungsbereiche sind ‚möglicherweise' der SS-20 zuzuordnen (zwei im Westen, einer im Osten). 2) Die USA gehen nach wie vor von 42 einsatzbereiten SS-20-Stellungsbereichen mit 378 launchers aus." Die USA hätten allerdings gegenwärtig „keine gesicherten Erkenntnisse, wie viele SS-20 zusätzlich außerhalb von Basen stationiert sind. Sie erhöhen daher bewußt nicht die Zahl von 378, obwohl sie davon ausgehen, daß mehr als 378 SS-20 (m[ö]gl[icher]w[eise] 387 – 405) stationiert sind bzw. sich in der Verlegung befinden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1966; VS-Bd. 13395 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Korrigiert aus: „verwandt zu haben".

the interest of both sides and without prejudice to the interests of third parties" gesprochen habe.[10] Dies könne ein interessantes neues Konzept beinhalten.

2) Aus den Gesprächen beim Mittagessen der Delegationsleiter ist noch folgendes festzuhalten:

(a) Dobbins teilte mit, die USA hätten im Laufe der jüngsten Kontakte mit der SU den Eindruck gewonnen, daß sich sowohl die Gesundheit als auch die politische Stellung Tschernenkos neuerdings gefestigt hätten. Er sei nunmehr „first among equals". Die USA gingen davon aus, daß diese Situation, von der man nicht wisse, wie lange sie dauere, eine Chance für den Westen biete. Es komme jetzt alles darauf an, die Sowjets in sachliche Rüstungskontrollverhandlungen hineinzuziehen. Es sei jetzt nicht der Zeitpunkt für Vorschläge, die sich mehr an die eigene Öffentlichkeit wendeten. In diesem Zusammenhang erwähnte Dobbins, bei den bisherigen diplomatischen Kontakten hätten die Sowjets die Frage der Kernwaffen und nicht etwa den Weltraum als die wichtigste aktuelle Rüstungskontrollfrage bezeichnet.

(b) Der norwegische StS Froysnes erklärte, seine Regierung stehe im Hinblick auf die demnächst in der VN-GV zur Abstimmung anstehenden schwedisch-mexikanischen Freeze-Resolutionen[11] vor einer schweren Bewährungsprobe; die Regierung wolle sich enthalten, die Opposition verlange aber ein Ja. Die Regierung verfüge über eine Mehrheit von nur einer Stimme und müsse damit rechnen, daß sie bei einer Abstimmung im norwegischen Parlament über die Stimmabgabe zu dieser Resolution in die Minderheit geraten werde. Sollte dies geschehen, werde sie, einer norwegischen Tradition entsprechend, zurücktreten.

(c) Der dänische Vertreter teilte mit, seine Regierung habe sich entgegen einer Empfehlung des Auswärtigen Ausschusses des Folketing entschieden, bei der Abstimmung über die von DDR, Kuba und Ungarn eingebrachte No-first-use-

10 Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit dem amerikanischen Sender NBC vom 16. November 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 13 f.

11 Botschafter Wegener, z. Z. New York, berichtete am 9. November 1984, Mexiko habe im Ersten Ausschuß der VN-Generalversammlung einen Resolutionsentwurf zu „bilateral nuclear arms negotiations" zirkuliert, der „in völlig undifferenzierter Weise den USA und der SOW die Verantwortung für den Abbruch der bilateralen Nuklearverhandlungen" zuschreibe. Vor allem werde in dem Text auf „bisherige UN-Resolutionen zum nuklearen freeze unter besonderer Herausstreichung eines Verzichts auf jede weitere Dislozierung" hingewiesen. Schweden und Jugoslawien hätten eine „die westliche Position zu INF/START diffamierende Resolution" miteingebracht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2356; Referat 223, Bd. 126940.
Referat 220 vermerkte am 23. November 1984, Mexiko, Indien und die UdSSR hätten im Ersten Ausschuß der VN-Generalversammlung Resolutionsentwürfe zum Thema „nuclear freeze" eingebracht. Der mexikanische Entwurf beinhalte u. a. „Kritik an der nuklearen Abschreckung; Unterstellung, nukleare Abschreckung erhöhe das Risiko eines nuklearen Kriegsausbruchs; Unterstützung der sowjetischen Position zu Fragen eines nuklearen freeze" und enthalte „damit implizit den Vorwurf, USA strebten nach militärischer Überlegenheit; Aufforderung an die USA und SU, einseitig oder gemeinsam einen nuklearen freeze zu erklären". Vgl. Referat 220, Bd. 128654.
Am 23. November 1984 informierte Wegener, z. Z. New York, bei der Abstimmung im Ersten Ausschuß über die drei Resolutionen zum „Einfrieren der Nuklearwaffen" am 20. November 1984 sei eine „deutliche Verbesserung der östlichen Position" festzustellen gewesen: „Gegenstimmen des Westens bröckeln ab (insbesondere AUS, NWG, DK)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2591; Referat 222, Bd. 128721.
Der Resolutionsentwurf über „bilaterale Nuklearverhandlungen" wurde vom Ersten Ausschuß am 26. November 1984 mit 93 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 22 Enthaltungen angenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2625 von Wegener, z. Z. New York, vom selben Tag; Referat 230, Bd. 142211.

Resolution abweichend von ihrer bisherigen Position (Enthaltung) mit Nein zu stimmen. Diese Entscheidung sei vor dem Hintergrund der Äußerungen von Verbündeten zu sehen, in denen Dänemark als schwächster NATO-Partner bezeichnet worden sei.[12]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12946 (204)

311

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

204-321.00 SO-822/84 VS-vertraulich **21. November 1984**[1]

Übersicht über die Gesprächsergebnisse des Treffens der vier Politischen Direktoren in London am 19. November 1984

Teilnehmer des Treffens waren: Thomas (GB; Vorsitzender), Dobbins (US; Vertreter von Burt), Dejean de la Bâtie (F; kommissarischer Politischer Direktor), Pfeffer.

12 Botschafter Wegener, z. Z. New York, berichtete am 23. November 1984, der Erste Ausschuß der VN-Generalversammlung habe „in einem dreitägigen Marathon 55 der ihm vorliegenden 72 R[esolutions]E[ntwürfe] verabschiedet", unter ihnen den von der DDR eingebrachten Entwurf zum nuklearen Nichtersteinsatz: „Die DDR hat ihr Ergebnis deutlich verbessern können, auch wenn der Westen sein Stimmergebnis halten konnte; hier war die unter schwierigen innenpolitischen Umständen erreichte Zustimmung DK erfreulich. Die zentrale Bedeutung, die der Ostblock dem Nichtersteinsatzvorschlag beimißt, kam in der langen Liste zum Teil propagandistischer östlicher Stimmerklärungen zum Ausdruck. Ihm standen von westlicher Seite nur unsere ausführliche Stimmerklärung und ein kurzer, jedoch präziser Beitrag NWG entgegen. Unsere drei Nuklearpartner verschwiegen sich." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2591; Referat 222, Bd. 128721.
Der Resolutionsentwurf wurde vom Ersten Ausschuß am 21. November 1984 mit 95 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen. Vgl. dazu die Fernkopie Nr. 1037 der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York vom 17. Dezember 1984; Referat 222, Bd. 128721.

1 Datum des Begleitvermerks, mit dem Ministerialdirektor Pfeffer die Aufzeichnung über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher „zur Unterrichtung" leitete. Dazu vermerkte er: „Die Übersicht geht gleichzeitig zur Unterrichtung an die Botschaften Washington, Paris, London, NATO Brüssel, Moskau und an den Chef des Bundeskanzleramtes – MD Teltschik."
Hat Meyer-Landrut am 23. November 1984 vorgelegen.
Hat Genscher am 1. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] StS M[eyer]-L[andrut], D 2, D 2 A."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS, D 2 u. D 2 A bei BM" verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 8. Februar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Pfeffer, Ministerialdirigent Schauer und Referat 204 verfügte.
Hat Pfeffer am 11. Februar 1985 erneut vorgelegen.
Hat Schauer am 11. Februar 1985 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 12. Februar 1985 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 12954 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

1) Weltraum; INF/START

Dobbins: Die USA haben der Sowjetunion die folgenden drei Möglichkeiten angeboten:

(1) Verhandlungen über Weltraum (ASAT-SDI) ohne Vorbedingungen. USA würden allerdings die Frage der Offensivwaffen anschneiden; sie erwarteten vor Beginn der Verhandlungen zu dieser einseitigen Feststellung keine sowjetische Antwort.

(2) „Schirm"-Methode (umbrella)[2]

Es würde sich um den Versuch handeln, zusammen mit der Sowjetunion die rüstungskontrollpolitisch prioritären Ziele festzulegen (auch „Road-map"-Verfahren).

Ernennung von Sonderbeauftragten (Abrüstungszaren) für diesen Zweck.

(3) Weitersondierung der rüstungskontrollpolitischen Absichten auf diplomatischem Wege über die beiden Botschafter (Hartman und Dobrynin) mit gelegentlichen Ministertreffen.

Ich (D 2) habe folgende Fragen gestellt:

(1) Wie stark wird nach amerikanischer Meinung der Weltraumhebel wirken?

Glauben die USA, mit diesem Hebel die Sowjetunion bald auch wieder zu START- und INF-Verhandlungen bewegen zu können?

Ist zu befürchten, daß die Sowjetunion nur über Weltraum und START, nicht aber über INF verhandeln will, da sie auf diesem Gebiet eine hohe Überlegenheit hat?

(2) Spricht nicht alles dafür, daß Tschernenko ein Gipfeltreffen erst für die zweite Hälfte 1985 anvisiert, und zwar nicht nur aus dem von ihm angegebenen Grunde (gründliche Vorbereitung), sondern auch, um im ersten Halbjahr 1985 die Revanchismuskampagne bis zu den letzten 40-Jahres-Tagen des Zweiten Weltkrieges in Europa sich möglichst „ungestört" auswirken zu lassen und die Verlängerung des Warschauer Pakts (vor dem 4. Juni 1985[3]) besser durchdrücken zu können?

2 Zum amerikanischen „Umbrella-Konzept" vgl. die Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York; Dok. 244, Anm. 7.

3 Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 14. November 1984 über den Kenntnisstand im amerikanischen Außenministerium zu einer „Verlängerung des Warschauer Paktes". Keiner der Warschauer-Pakt-Staaten habe sich für eine Neufassung des Vertragstextes eingesetzt. Ein Dissens bestehe aber über den Verlängerungszeitraum: „Rumänien habe sich als einziger WP-Staat nachdrücklich für Verlängerung um nur fünf Jahre ausgesprochen. Bei einem kürzlichen Ostblock-Treffen (RGW-Gipfel?) habe es darüber eine heftige Auseinandersetzung gegeben, in deren Verlauf die Rumänen ihre Opposition durch Verlassen des Saales unterstrichen. Polen setze sich am prononciertesten für eine Verlängerung um 25 Jahre ein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4880; VS-Bd. 13362 (212); B 150, Aktenkopien 1984.
Für den Wortlaut des Protokolls über die Verlängerung des Warschauer Vertrags vom 14. Mai 1955, das von den Staats- und Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten am 26. April 1985 in Warschau unterzeichnet wurde und mit dem eine Verlängerung um 20 Jahre erfolgte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 284 f.

(3) Stimmen die Zeitungsberichte, wonach Shultz im Januar 1985 nach Moskau reisen wird?

Dobbins gab folgende Antwort: Vielleicht ist START für die Sowjets ebenso prioritär wie der Weltraum. Die Sowjets haben die amerikanischen Wahlen[4] abgewartet, aber immer gesagt, daß sie keineswegs die US-Wahlen abwarteten. Deshalb könnten sie nun, um einigermaßen glaubwürdig zu bleiben, nicht sofort nach den Wahlen rasch vorangehen. Sie brauchten eine „psychologische Frist". Meine Überlegungen zum Gipfeltreffen aus sowjetischer Sicht machten Sinn (zweite Hälfte 1985). Über ein neuerliches Treffen Shultz–Gromyko sei noch nichts entschieden, weder über den Zeitpunkt noch über den Ort. Der Ort könne durchaus Moskau sein, weil Gromyko zuletzt in den USA gewesen sei.[5] Man könne sich aber auch eine Begegnung an einem dritten, neutralen Platz vorstellen. Das Treffen müsse wohl ad hoc arrangiert werden, weil ein multilaterales Treffen, an dessen Peripherie die beiden Außenminister sich begegnen könnten, nicht in Aussicht sei.[6]

Ich habe, weil Dobbins auf diesen Teil meiner ersten Frage die Antwort schuldig geblieben war, betont, falls die Sowjetunion den Versuch machen sollte, nur INF „außen vor" zu lassen, müßten die USA zu gegebener Zeit energisch darauf drängen, daß diese Waffenkategorie, die Europa spezifisch bedrohe, nicht aus den Verhandlungen ausgeklammert bleibe. Das sei für die psychologische Lage in Europa, vor allem in den Stationierungsländern, außerordentlich wichtig.

Thomas und ich haben auf die Notwendigkeit engster Konsultationen hingewiesen. Zu den Konsultationsmechanismen meinte Dobbins, wir müßten neben den bestehenden (NATO-Rat; SCG und HLG) auch das neue Ad-hoc-Instrument (Vier+IT) zum Thema Weltraum (technische und rüstungskontrollpolitische Aspekte) weiter benutzen.

2) Beziehungen zu mittel- und osteuropäischen Staaten

Beim Meinungsaustausch über Besuche, Besuchsergebnisse, geplante Besuche und über Grundsätze der Differenzierungspolitik wurde deutlich, daß unsere

4 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78% der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6% der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

5 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

6 In einer am 22. November 1984 gleichzeitig in Washington und Moskau veröffentlichten Presseerklärung gaben die USA und die UdSSR bekannt, in neue Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen eintreten zu wollen. Die Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) würden am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammentreffen, um sich über Inhalt und Ziele solcher Verhandlungen zu verständigen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 16.
Gesandter Wallau, Washington, teilte am 23. November 1984 mit, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, habe bei Bekanntgabe der Erklärung Erläuterungen gegeben: „Aus den vorsichtigen Äußerungen McFarlanes läßt sich der Schluß ziehen, daß das bisher erreichte amerikanisch-sowjetische Einvernehmen noch nicht wesentlich über den Inhalt der gemeinsamen Verlautbarung hinausgeht." McFarlane habe sich insgesamt „zurückhaltend" geäußert und dargelegt, „daß es Aufgabe des Treffens sei, Inhalt und Richtung künftiger Verhandlungen festzulegen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 5011; VS-Bd. 12946 (204); B 150, Aktenkopien 1984.
Zum Treffen in Genf vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

Anschauungen sich immer mehr durchzusetzen beginnen. Ich habe noch einmal alle unsere Überlegungen wiederholt; nirgends Widerspruch.

Die Partner erkundigten sich mit besonderem Interesse nach den Vorbereitungen für die Polenreise des Bundesministers.[7] Ich habe die Schwierigkeiten dargelegt. Alle waren sehr verständnisvoll und wünschten Glück.

3) Chemische Waffen

Wie beim letzten Treffen[8]: Bitte der europäischen Direktoren an die USA, den Artikel 10 des amerikanischen Vertrags[9] verhandelbar zu machen. Dobbins: Diese Forderung kann wegen des harten Widerstands des Pentagon zur Rücknahme des amerikanischen Vertragsentwurfs führen.

Eine so unverblümte Warnung habe ich von Burt nicht gehört. D2A und Botschaft Washington sollten dieser Sache nachspüren.[10]

4) KVAE

Die drei anderen Direktoren zeigten sich unserem Petitum zugänglich und scheinen bereit, sich auf die Annahme des schwedisch-finnischen Vorschlags zuzubewegen und dabei nicht zu starr an allen fünf westlichen Forderungen festzuhalten.[11]

5) NATO-Ministertreffen[12]

Thomas stellte die Frage, wie BM Genscher als Ehrenpräsident das Problem der Verbesserung der konventionellen Komponente einführen werde und während der Konferenz fördern wolle.

Ich habe ausgeführt, das NATO-Ministertreffen im Dezember werde sich mit drei großen Gebieten zu beschäftigen haben:

(1) mit dem neuen Anlauf zur Erreichung konstruktiverer West-Ost-Beziehungen,

7 Zum geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 230.

8 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 9. Oktober 1984 vgl. Dok. 297.

9 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

10 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 20. Dezember 1984; Dok. 352.

11 Zum schwedischen Vorschlag der Bildung von zwei Arbeitsgruppen vgl. Dok. 191, Anm. 12.
Zu den finnischen Überlegungen, den schwedischen Vorschlag zu konkretisieren, vgl. Dok. 275, Anm. 8.
Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 14. Dezember 1984, die in der Plenarsitzung am 3. Dezember 1984 erzielte Einigung über die Bildung von zwei Arbeitsgruppen beruhe „weitgehend auf den schon zum Ende der 3. Runde unterbreiteten Überlegungen des finnischen DL, der mit Geschick und Geduld erfolgreich zwischen Ost und West vermittelte. Einige parallel dazu geführte Gespräche zwischen US-DL Goodby und SU-DL Grinewskij erwiesen sich als hilfreich." Die Einteilung in Gruppe A und Gruppe B folge „dem schwedischen Modell aus der 2. Runde (‚A': neue Vorschläge, ‚B': Weiterentwicklung der VBM der Schlußakte), wurde aber nunmehr übersichtlicher untergliedert: Arbeitsgruppe ‚A': dienstags ‚deklaratorische' Vorschläge (Nichtersteinsatz, Gewaltverzicht, KWFZ, chemische Waffen, Militärhaushalte); mittwochs Information, Verifikation, Kommunikation; donnerstags Maßnahmen mit beschränkendem Charakter. Arbeitsgruppe ‚B': dienstags Notifizierungsmaßnahmen; donnerstags Beobachtereinladung." Montags würden die beiden Gruppen gemeinsam tagen („westlicher Wunsch, um inneren Zusammenhang des westlichen Pakets veranschaulichen zu können"), freitags komme das Plenum zusammen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 373/374; Referat 212, Bd. 133531.

12 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 329.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

(2) mit den dadurch wieder möglich werdenden oder erfolgversprechenderen rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen, vor allem im zentralen Bereich,

(3) mit der Aufrechterhaltung unserer Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit, wobei die Verbesserung der konventionellen Verteidigung eine besondere Rolle spielen werde.

Mit dieser letzten Frage würden sich die Verteidigungsminister in erster Linie zu befassen haben, aber natürlich auch die Außenminister im Rahmen der skizzierten Gesamtsicht. Die Frage gehe die gesamte Allianz an. Wir hätten in der Bundesrepublik Deutschland mit der soeben vom Kabinett verabschiedeten Bundeswehrplanung einen außerordentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der konventionellen Verteidigung geleistet. Diese Planung verlange erhebliche Opfer von unserer Bevölkerung. Ich erinnerte nur an die Verlängerung der Wehrpflicht.[13] Die Bundesregierung habe hier politisch großen Mut bewiesen.

Die übrigen Drei äußerten sofort Anerkennung.

Die schlechte Öffentlichkeitsarbeit in bezug auf FOFA[14], so habe ich weiter ausgeführt, sei sehr mißlich und habe bei uns einige Aufregung verursacht, die vermeidbar gewesen wäre. Wer die Stärkung der konventionellen Verteidigung wolle, sollte sie mit ruhiger Hand betreiben und nicht auf diese Weise sich und anderen Knüppel zwischen die Beine werfen.

Zu diesem Punkt nickten die anderen zustimmend.

6) WEU

Thomas bat mich um Vortrag. Ich habe an meine Unterrichtung des NATO-Rats[15] angeknüpft und Dobbins gebeten, Fragen zu stellen, wenn noch Fragen übrig seien. Der amerikanische NATO-Botschafter Abshire habe im Rat die WEU-Staaten ermutigt. Dobbins bestätigte dies ausdrücklich. Er fragte mit leicht kritischem Unterton, welche Abrüstungsinitiativen die WEU produzieren wolle. Ich habe, unterstützt von GB und F, erwidert, die Minister hätten vereinbart, unter anderen Themen auch Rüstungskontrolle und Abrüstung – in erster Linie deren europaspezifische Aspekte – zu diskutieren, um in der NATO, wo die Entscheidungen getroffen werden müßten, mit einer Stimme sprechen zu können.

Dobbins nahm diese Ausführung mit Befriedigung zur Kenntnis.

13 Zur Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 251.

14 Zur Langzeitplanungsrichtlinie zu „Follow-on Forces Attack“ (FOFA) vgl. Dok. 306, Anm. 21. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 14. November 1984: „1) Auf der Ratssitzung im kleinsten Kreise (private luncheon) am 13.11.1984 wurde vom Generalsekretär die nicht zufriedenstellende Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Langzeitplanungsrichtlinie (LTPG) zur Verteidigung gegen die WP-Folgekräfte (FOFA) im DPC am 9.11.1984 angesprochen. 2) In meiner Intervention habe ich darauf hingewiesen, daß es aus meiner Sicht zweckmäßiger gewesen wäre, wenn die vom Generalsekretariat vorbereitete Erklärung, wie von mir beantragt, vom NATO-Sprecher abgegeben worden wäre […]. Eine Veröffentlichung durch das Generalsekretariat hätte ein Gegengewicht zu der zum Teil sehr einseitigen Kommentierung bedeutet, das Ausbleiben einer solchen Erklärung habe dagegen das Gewicht dieser falschen Darstellungen noch verschärft.“ Es sei beispielsweise der falsche Eindruck aufgekommen, „daß Operationen auf gegnerischem Territorium auch mit Landstreitkräften geplant seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1906; VS-Bd. 12025 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

15 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 31. Oktober 1984 vgl. Dok. 290, Anm. 2.

7) Feiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes[16]

Wir hatten eine sehr eingehende Diskussion über die verschiedenen Möglichkeiten bis hin zu einer „West-Ost-Versöhnungsfeier". Die USA haben, offenbar veranlaßt durch meine verschiedentlichen Diskussionsanstöße und unser darauf beruhendes Papier, ein Brainstorming in Washington veranstaltet.

Die übrigen Drei waren selbst schon zu dem Schluß gekommen, wegen Statusschwierigkeiten den Tagungsort Berlin nicht weiterzuverfolgen.

Ich habe folgendes ausgeführt: Wir seien uns in dem Ziel einig, sowjetischem Keiltreiben gemeinsam entgegenzutreten und statt dessen in die Zukunft zu sehen.

Was den Gedanken der Versöhnung angehe, so verbiete uns das Taktgefühl, unsere Freunde zu stark zu drängen. Wenn sie jedoch das Gefühl hätten, die Zeit sei reif, würde uns das mit Freude erfüllen.

Eine Ad-hoc-West-Ost-Konferenz um den Mai 1985 werde wahrscheinlich schon deshalb nicht zustande kommen, weil eine solche Konferenz nicht in den sowjetischen Zeitplan passe (Revanchismuskampagne bis Mai; WP-Verlängerung vor Juni 1985; Gipfeltreffen mit amerikanischem Präsidenten erst in der zweiten Hälfte 1985).

Es böten sich deshalb folgende Möglichkeiten an:

(1) bilaterale Feiern (wie Verdun[17]; in den USA: Verbindung mit McCloy-Geburtstag[18] usw.),

(2) Weltwirtschaftsgipfel in Bonn[19] (Möglichkeit zur Versöhnungsgeste unter Einschluß Japans),

(3) zehnter Jahrestag der Schlußakte von Helsinki[20] (bestehender West-Ost-Rahmen; zweite Hälfte 1985; ein Grund mehr für politische Ebene).

Unsere Partner würden, wie ich hoffte, Verständnis dafür haben, daß auch für uns immer noch psychologische Hürden zu überwinden seien. Noch heute erinnerten sich viele an das zwiespältige Gefühl vor 40 Jahren: Freude über den Sturz des Diktators und die Aussicht auf die Wiedererrichtung der Demokratie und gleichzeitig Trauer über die Zertrümmerung Deutschlands.

8) Berlin-Fragen

Thomas stellte die Frage, ob die Behinderung in den Luftkorridoren[21], der Fall

16 Zu den geplanten Feierlichkeiten anläßlich des 40. Jahrestags des Kriegsendes in Europa vgl. Dok. 298.

17 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

18 John McCloy feierte seinen 90. Geburtstag am 31. März 1985.

19 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 statt.

20 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

21 Zu den sowjetischen Reservierungen in der Luftkorridoren von und nach Berlin vgl. Dok. 101.
Vortragender Legationsrat von Berg notierte am 28. November 1984: „In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 27.11.1984 berichtete der amerikanische Sprecher von zwei Luftraumreservierun-

Glienicker Brücke[22], die Schwierigkeiten mit dem Schießplatz Gatow[23] u. a. in ein Muster zu bringen seien. Gewähre die Sowjetunion der DDR mehr Spielraum, womöglich um sie für die Verschiebung des Honecker-Besuchs[24] zu kompensieren?

Wir übrigen waren eher der Ansicht, daß es sich um sehr verschiedene Gegenstände handele. Wegen der ernstesten Frage, der Behinderung in den Luftkorridoren, werden Demarchen aller drei Schutzmächte auf Ministerebene erwogen.

Dobbins schlug außerdem vor, in der Vierergruppe ein Optionspapier für den Fall zu erarbeiten, daß die Demarchen keine Besserung schafften. Die USA möchten in dieses Papier auch die Option „Demonstrationsflüge" aufgenommen wissen. F und GB reagierten reserviert.

9) Zentralamerika

Dobbins berichtete über nachrichtendienstliche Erkenntnisse betreffend Nicaragua (sowjetische Schiffe und deren Ladung). Die USA seien nicht an einer Eskalation interessiert und betrieben sie entgegen Pressebehauptungen nicht. Die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1447

gen, am 15.11. und am 27.11., letztere in der gesamten Länge des nördlichen und mittleren Korridors. In der Sitzung der Chief Controllers am 21.11. habe der sowjetische Vertreter erklärt, noch immer ohne Weisung zu sein. In einem längeren Austausch auf persönlicher Basis habe er die sowjetische Bereitschaft erkennen lassen, den reservierungsfreien Umkreis um die B[erlin]C[ontrol]Z[one] auf 20 Meilen außerhalb der BCZ einzurichten. […] Zu einer möglichen weiteren Demarche der Drei Mächte gegenüber der Sowjetunion erklärte der französische Vertreter, Paris wünsche, daß die Vierergruppe ein mögliches Szenario für eine solche Demarche erarbeite, ohne sich aber bereits festlegen zu wollen, ob sie überhaupt erfolgen solle. Paris wäre nicht unglücklich, wenn die Idee begraben würde." Vgl. VS-Bd. 13352 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup vermerkte am 6. November 1984: „1) Die Glienicker Brücke führt im Südwesten Berlins […] über den Jungfernsee nach Potsdam. Über sie unterhalten die Drei Mächte den Verkehr zu ihren Militärmissionen in Potsdam. Für zivilen Verkehr ist die Brücke gesperrt. Die Grenzlinie zur DDR verläuft über die Mitte der Brücke. 2) Die Glienicker Brücke ist baufällig. Ihr zu Berlin gehörender Teil wurde 1980 – 82 instandgesetzt. Über die Rekonstruktion des zur DDR gehörenden Teils kam es damals zu keiner Regelung. 3) In einem der regelmäßigen Gespräche zwischen den Besuchsbeauftragten der DDR und des Senats teilte die DDR am 1. Oktober 1984 mit, nachdem der Senat vor Jahren das DDR-Angebot abgelehnt habe, die gesamte Brücke auf Kosten des Senats durch die DDR renovieren zu lassen und statt dessen nur die zu Berlin (West) gehörende Brückenhälfte selbst renoviert habe, werde nunmehr die DDR ihre Brückenhälfte renovieren. Allerdings würden nur die notwendigsten Reparaturmaßnahmen durchgeführt, damit die Brücke nicht einstürze. Deshalb werde die Brücke ab 15. November 1984 für den Verkehr auf Dauer gesperrt werden. […] 4) Der Senat wünscht die Brücke offenzuhalten und hat durch seinen Besuchsbeauftragten der DDR angeboten, die Kosten für die Renovierung der DDR-Seite der Brücke zu übernehmen. Er hat damit die Hoffnung verbunden, daß die DDR im Gegenzug Konzessionen macht". Vgl. Referat 210, Bd. 132630.

23 Der Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin, Lorenz, teilte Staatsminister Mertes am 26. November 1984 mit: „Die Briten haben auf dem Berliner Flugplatz Gatow eine große Schießanlage gebaut, gegen die sich die ortsansässige, in der Nähe wohnende Bevölkerung gewandt hat. Aufgrund ihres Besatzungsrechts haben die Briten eine Klage vor den deutschen Verwaltungsgerichten gegen diese Maßnahme untersagt. Daraufhin haben die Kläger gegen den britischen Stadtkommandanten bei den obersten Zivilgerichten in London geklagt. Der britische Stadtkommandant trägt jetzt vor, daß auch dieses Gericht nicht über ihn urteilen könne, da er als Organ des noch bestehenden Deutschen Reiches und nicht als britischer Soldat oder Beamter tätig geworden sei und daß er deshalb als Organ eines ausländischen Staates verklagt werde, der aber Immunität vor den britischen Gerichten genieße. Diese Rechtsauffassung ist meines Wissens erstmalig vertreten worden." Vgl. Referat 210, Bd. 132606.

24 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

Krisen- und Invasionsstimmung werde von der Führung in Managua aus innenpolitischen Gründen induziert.

10) UNESCO

Dejean de la Bâtie wirkte auf Dobbins und Thomas ein, die USA und GB sollten die UNESCO nicht verlassen.[25] Dobbins: „Nur Austritt mit Wiedereintrittsmöglichkeit" schafft Anreiz zu einer noch weitergehenden Reform. Thomas: Nur GB-Austrittsdrohung unterstützt diese amerikanische Haltung wirksam. Ich habe unsere Haltung, die mit der französischen übereinstimmt, dargelegt.

11) NPT

GB plädierte für die Errichtung eines Fonds unter Artikel IV des NV-Vertrags[26], nicht zuletzt deshalb, um auf der Review-Konferenz[27] der zu erwartenden Kritik der NNA wegen der Nicht-Implementierung des Artikels VI[28] etwas Konkretes entgegenzustellen.

12) Sonstiges

Die Diskussion über die Themen Nahost und griechisch-türkische Beziehungen erbrachten nichts, was über unsere Erkenntnisse im Zehner-Rahmen hinausgeht. Dobbins und Dejean de la Bâtie äußerten sich nicht über Libyen und Tschad[29], wahrscheinlich wegen der gleichzeitig stattfindenden Gespräche Cheyssons in Washington[30]. F sagte mir unter vier Augen, er wisse nichts. Dobbins, ebenfalls unter vier Augen, er hoffe, daß BM Genscher seinen Reiseplan Tripolis weiter zurückstellen werde.[31] Er teilte mir außerdem mit, Außenminister Tindemans habe in Washington bestätigt, die INF-Dislozierung in Belgien[32] werde im

25 Zum Austritt der USA aus der UNESCO vgl. Dok. 303, Anm. 3.
Botschafter Vestring, Paris (UNESCO), informierte am 7. Dezember 1984, die britische Delegation werde dem Generaldirektor der UNESCO, M'Bow, am selben Tag ein „formelles Kündigungsschreiben von AM Geoffrey Howe" überreichen: „Kündigung wird darin als vorsorglich für den Fall bezeichnet, daß britische Reformhoffnungen auf der im Herbst 1985 in Sofia stattfindenden Generalkonferenz enttäuscht werden. […] Wenn die Prüfung nach Sofia ergebe, daß substantielle Fortschritte erzielt seien, sei GB bereit, seinen Rücktritt zu überprüfen." Großbritannien fordere unter anderem „mehr praktische Programme mit direktem Nutzen für EL". Im Bereich der Menschenrechte solle „nichts getan werden, was die universell anerkannten Menschenrechte mindert". Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; Referat 232, Bd. 135046.

26 Für den Wortlaut von Artikel IV des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 789 f.

27 Vom 27. August bis 21. September 1985 fand in Genf die Dritte Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 statt.

28 Für den Wortlaut von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

29 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 53, Anm. 5 und 7.
Referat 321 vermerkte im Oktober 1984: „1) Die am 17.9.1984 von Frankreich und Libyen gleichzeitig bekanntgegebene Entscheidung, ihre Truppen ab 25.9.1984 aus dem Tschad zurückzuziehen, überraschte weltweit. […] 2) Als Hauptgrund für die Entscheidung ist auf seiten Frankreichs die schon seit längerer Zeit offensichtliche ‚Ungeliebtheit' seines kostspieligen und innenpolitisch nicht populären militärischen Engagements im Tschad zu erkennen. Auf der libyschen Seite ist dagegen nicht klar ersichtlich, ob eine eingetretene Schwächung der Lage Goukouni Oueddeis Tripolis zum Einlenken bewegt hat, ob die Kosten und militärischen Schwierigkeiten der Truppenstationierung von Einfluß waren oder ob andere globalpolitische Überlegungen die Entscheidung Gaddafis beeinflußt haben." Vgl. Referat 321, Bd. 141046.

30 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 19./20. November 1984 in den USA auf.

31 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Libyen vgl. Dok. 122, Anm. 26.

32 Zur INF-Stationierung in Belgien vgl. Dok. 302.

März 1985 planmäßig beginnen trotz der für November/Dezember vorgesehenen Wahlen[33].

Pfeffer

VS-Bd. 12954 (204)

312

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach

340-320.10 INI **22. November 1984**[1]

Herrn Staatssekretär zur Information[2]

Betr.: Indien nach der Ermordung Indira Gandhis[3]

1) Nach der Ermordung Indira Gandhis am 31.10.1984 hat ihr Sohn Rajiv (40) ihre Nachfolge in einer Weise angetreten, die keinen Ansatzpunkt für Kritik bietet.[4] Er hat den mordenden und plündernden Mob, wenn auch nach bedrohlichem Aufruhr mit weit mehr als 1000 Opfern – trotz des Versagens der Sicherheitskräfte und mit einiger Verzögerung –, unter Kontrolle gebracht und die anstehenden Aufgaben mit präziser Sachlichkeit erledigt: Ernennung zum PM, Trauerfeier, Bildung des Kabinetts, Wahl zum Präsidenten der Regierungspar-

33 Am 13. Oktober 1985 fanden in Belgien Parlamentswahlen statt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach und Vortragendem Legationsrat Hehenberger konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Blauer Dienst."
Hat Legationssekretär Wittig am 23. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Haas und Ministerialdirigent Keil an Referat 340 verfügte.
Hat Haas am 26. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Da der Blaue Dienst weit (auch an einige MdBs + an andere Häuser) gestreut wird, sollte vielleicht das eine oder andere Adjektiv gestrichen werden."
Hat Keil am 26. November 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Hehenberger am 18. Dezember 1984 erneut vorgelegen.

3 Zur Ermordung der Ministerpräsidentin Gandhi am 31. Oktober 1984 vgl. Dok. 291, Anm. 16.

4 Botschafter Schödel, Neu Delhi, berichtete am 5. November 1984 über den am 31. Oktober 1984 vereidigten Ministerpräsidenten Gandhi, dieser werde „zur Zeit von einer Welle der Sympathie nach der Ermordung seiner Mutter getragen. Seine Ernennung zum PM aufgrund eines Beschlusses der Fraktionsführung der Regierungspartei Congress (I), die nachträglich und einmütig vom Parteivorstand bestätigt wurde, ist bei Politikern nur vereinzelt auf formale Kritik gestoßen, weil in vergleichbaren früheren Fällen zunächst der dienstälteste Minister die interimistische Nachfolge als Regierungschef antrat und die Wahl des Nachfolgers zum Führer der Regierungspartei vor seiner Einsetzung als PM abgewartet wurde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1372; Referat 340, Bd. 127081.
Am 12. November 1984 teilte Schödel mit: „1) PM Gandhi hat am 11.11. Asche seiner ermordeten Mutter ihrem Wunsche gemäß von Flugzeug aus über dem Himalaya ausgestreut und damit Trauerrituale abgeschlossen. 2) Parteivorstand der Regierungspartei Congress (I) tritt am 12.11. in Delhi zusammen, um Rajiv Gandhi zum Präsidenten der Partei zu wählen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1420; Referat 340, Bd. 127081.

tei, politische Grundsatzrede im Fernsehen, Festsetzung des Wahltermins. Seine Reaktionen gegenüber den Sikhs waren staatsmännisch und vorausschauend.

2) Trotzdem ist unübersehbar, daß der von seiner Mutter vorbereitete Machtwechsel zu früh kam: Rajiv ist weder innerlich noch äußerlich hinreichend darauf vorbereitet, den auf Indira Gandhi ausgerichteten Regierungs- und Parteiapparat mit der straffen Hand seiner Mutter zu führen und die ihm zufallende Macht zu verkörpern. Er befindet sich deshalb für die nächsten Monate in einer schwierigen Probezeit.

3) Die indische innenpolitische Szene ist mit Problemen beladen, das Erbe ist schwierig:

– eine abgewirtschaftete Regierungspartei, personell und konzeptionell unter Skleroseerscheinungen leidend, korrupt und ideenlos, ohne Anknüpfung an die „Congress Culture" der Nehru-Zeit;
– ein Kabinett, das Schwächen jahrelanger Bevormundung und personeller Auszehrung zeigt, wenig politische Talente enthält, das Rajiv aber klugerweise beibehielt, um die Zahl seiner Probleme überschaubar zu halten;
– Autonomie-, Sezessions- und Regionalisierungsbestrebungen im Nordwesten, Nordosten und Süden;
– die Konfrontation mit den Sikhs, die durch die Erstürmung des Goldenen Tempels von Amritsar am 5.6.1984[5] und den Pogrom nach der Ermordung Frau Gandhis Blutorgien erlebten, die die neue Kluft zwischen Sikhs und Hindus, die schlimmer zu werden droht als die alte zwischen Hindus und Moslems, zu verfestigen scheint.

4) Rajiv Gandhis Regierungsprogramm vom 12.11.1984 ist konservativ, maßvoll, auf Zeitgewinn und Überleben angelegt.

Innenpolitisch nennt er als Ziele die Einheit und Integrität der Nation und die Beseitigung der Armut auf der Grundlage von Säkularismus, Sozialismus und Planung. Er sucht das beharrende konservative Element Indiens mit Offenheit, Rationalität und Modernität zu vereinen.

Rajiv Gandhi könnte die Antwort auf die Frage bedeuten, ob der indische Subkontinent in Gefahr ist, zentrifugalen Kräften zu erliegen. Schon heute bestätigen ihm Meinungsumfragen eine starke integrierende Kraft. Vieles spricht für die Hoffnung, daß Indien unter Rajiv innere Unruhen größeren Stils erspart bleiben. Diese Hoffnung ist begründet, aber auch mit Unsicherheit behaftet. Sein westlicher Modernismus macht ihn in den Augen mancher Inder eher suspekt.

Dabei ist allerdings auch die Frage offen, ob Rajiv angesichts des aufgestauten mörderischen Hasses der Sikhs nicht dem Schicksal seiner Mutter entgegengeht.

[5] Botschafter Ramisch, Neu Delhi, teilte am 24. Juli 1984 mit: „Die indische Unionsregierung hat lange mit dem Einsatz von Armee-Einheiten gegen die Sikh-Extremisten im ‚Goldenen Tempel' von Amritsar im Punjab gezögert, schon weil sie befürchten mußte, daß sie einer Schändung des zentralen Heiligtums der Sikhs beschuldigt und jeder Schaden am Tempel zu einer politischen Hypothek werden würde. Sieben Wochen, nachdem die Armee am 6. Juni 1984 die Extremisten im Tempelbezirk überwältigte, hat die Frage, ob, wie und durch wen Schäden im Tempelbezirk beseitigt werden sollen, Tausende von Sikhs, meistens Anhänger der militanten Nihang-Sekte, zu freiwilligem Arbeitseinsatz bewegt und zugleich weitreichende politisch-religiöse Kontroversen mit der Führung der Religionsgemeinschaft ausgelöst." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1289; Referat 340, Bd. 127081.

Außenpolitisch werden kaum neue Akzente sichtbar. Rajiv wird mit Zurückhaltung das Erbe von Indira Gandhi verwalten, zumindest bis er festen Fuß gefaßt hat. Die Hoffnung ist erlaubt, daß er der Verbesserung der Beziehungen zu Pakistan besonderes Augenmerk schenken wird und daß für die indisch-amerikanischen Beziehungen eine bessere Konstellation eingetreten ist. Vom Temperament und Intellekt her dürfte Rajiv Gandhi der SU nicht zuneigen. Seine ersten Schritte zeigen aber Vorsicht, zu früh neue Akzente zu setzen. Nach wie vor muß die „foreign hand" äußerer Bedrohung herhalten, um das Land nach innen zum Zusammenrücken zu veranlassen.

5) Entgegen der allgemeinen Erwartung zeigte sich Rajiv Gandhi bisher der Herausforderung gewachsen. Seine großen Bewährungsproben hat er aber noch vor sich: das Sikh-Problem und die allgemeinen Wahlen. Die Wahlen hat seine Vorgängerin bis fast zum letzten Augenblick vor sich hergeschoben; er hat sie jetzt auf den 24.12.1984 festgesetzt.[6]

Rajiv Gandhi scheint keinen nennenswerten Rivalen zu haben. Noch lähmt der Schock die Nation. Wenn Rajiv die glückliche Hand hat, die Congress (I)-Partei hinter sich zu bringen und den Zündstoff vor allem der Sikh-Frage zu entschärfen, kann er die kommenden Monate politisch überleben, seine Stellung festigen und auf einer Welle der Sympathie und der Angst vor Schlimmerem die Wahlen gewinnen, vielleicht sogar mit einer überzeugenden Mehrheit.

6) Sollte es dazu kommen, daß Rajiv Gandhi die ihm zugefallene Macht in den Wahlen konsolidieren kann, so wird sich der Verwalter des Erbes Indira Gandhis zu einem PM eigener Prägung entwickeln, dessen Schnittmuster man heute noch kaum ahnen kann. In dem indischen Umbruch liegen aber zweifellos Chancen für den Westen. Würden diese Chancen genutzt, so könnte sich ein weltpolitischer Fortschritt zugunsten des Westens anbahnen, mit einer Akzentverschiebung in Indien vom klassischen bilateralen Konzept der Politik zur moderneren regionalen und globalen politischen Sicht. Für die nähere Zukunft kann man aber realistisch kaum mehr wünschen, als daß Rajiv Gandhi sich durchsetzt.

7) Unsere europäischen Partner teilen vorstehende Analyse (EPZ-Arbeitsgruppe vom 13.11.1984). Man erwartet keine raschen Entscheidungen oder neue Wendungen. Vorsicht werde seine Schritte kennzeichnen. Immerhin sei die deutliche sowjetische Nervosität und das wiedererwachte amerikanische Interesse an verbesserten Beziehungen zu Indien ein bemerkenswertes Faktum.

Freiherr von Pfetten

Referat 340, Bd. 127081

6 Botschafter Schödel, Neu Delhi, berichtete am 29. Dezember 1984: „Unter Führung von PM Rajiv Gandhi hat Regierungspartei Congress-I bei Wahlen zum indischen Unterhaus (Lok Sabha) überwältigenden Sieg errungen und wird mit Zwei-Drittel-Mehrheit in das Parlament einziehen. Nach Auszählung von 388 von 508 Mandaten, die in drei Wahlgängen am 24.12., 27.12. und 28.12. zu vergeben waren, verfügte Congress-I am 29.12. morgens bereits über 310 Mandate." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1616; Referat 340, Bd. 127081.

313

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

214-321.20 RUM-2120/84 VS-vertraulich **26. November 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer III[3]

Betr.: Abberufung von vier Angehörigen der Botschaft Bukarest

Bezug: DB Nr. 990 vom 26.11.1984 – Az. Pol 321.00 VS-v
(liegt im Durchdruck bei[4])
Direktorenbesprechung vom 26.11.1984

Anlg.: 1[5]

I. 1) Botschafter Schulze-Boysen wurde heute – 26.11.1984, 10.00 Uhr (9.00 Uhr Bonner Zeit) – vom zuständigen Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium, Neagu, einbestellt. Dieser eröffnete ihm, daß die rumänische Regierung verlange, daß wegen ihrer mit dem Diplomatenstatus unvereinbaren, auf rumänischem Gebiet begangenen Handlungen bis Freitag, 30. November 1984, folgende Botschaftsangehörigen abberufen würden:

1.1) LR I Hans Heinrich Freiherr von Stackelberg, RK-Referent (am Dienstort seit 5.11.1982)

1.2) Eckhard Römer, Dolmetscher (am Dienstort seit 4.9.1981)

1.3) AR Karl-Heinz Schoer, Kanzler (am Dienstort seit 28.5.84)

1.4) RA Franz-Dieter Haas, RK-Sachbearbeiter (am Dienstort seit 7.10.1982)

Hinweis: Frau Annette Haas, geb. Deitermann, ist ebenfalls Botschaftsangehörige: Sekretärin des Botschafters.

2) Konkret wurden folgende Übertretungen zur Last gelegt:

2.1) Ausstellung zweier falscher Pässe an Tschechen, um ihnen den illegalen Grenzübertritt zu ermöglichen.

2.2) Aufwiegelung unter der rumänischen Bevölkerung, um sie zur Auswanderung zu veranlassen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 26. November 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 26. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ich bedaure die Initiative gegenüber BMI vor meiner Entscheidung. 2) R[ücksprache]. 3) Was ist aus der Strafverfolgung gegen Indiskretion mit der 1. Maßnahme geworden? 4) W[ieder]v[orlage] 27.11. 13:00."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 13. Dezember 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Edler von Braunmühl verfügte und handschriftlich vermerkte: „WV sofort (T[ermin]/BMI 14.12. 13 [Uhr])."
Hat Braunmühl am 14. Dezember 1984 erneut vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 14. Dezember 1984 vorgelegen, der zu den Punkten 2) und 4) des Vermerks von Genscher notierte: „Erl[edigt]."

4 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, berichtete über sein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium, Neagu, am 26. November 1984. Vgl. dazu VS-Bd. 13413 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

5 Vgl. Anm. 4.

2.3) Wiederholt versuchter Menschenraub, um Rumänen über die Grenze zu bringen.

Der Gesprächspartner im rumänischen Außenministerium betonte jedoch, es handele sich bei dieser Bitte um Abberufung nicht um eine Gegenmaßnahme zur kürzlichen Maßnahme gegen fünf Angehörige der rumänischen Botschaft in Bonn.[6] Im übrigen werde die rumänische Seite die Angelegenheit von sich aus nicht an die Presse bringen.

Botschafter Schulze-Boysen hat gegen den rumänischen Schritt Verwahrung eingelegt (vgl. Bezugsbericht).

3) Bei der rumänischen Maßnahme handelt es sich eindeutig um eine Gegenmaßnahme zu unserer Bitte um Abberufung von fünf Angehörigen der rumänischen Botschaft Bonn wegen statuswidriger Tätigkeit (allgemeine nachrichtendienstliche sowie kriminelle Aktivitäten). Wenn man die Abreise von Frau Haas zusammen mit ihrem Ehemann unterstellt, handelt es sich sogar um zahlenmäßige Entsprechung. Die rumänische Maßnahme insgesamt ist ein einschneidender Eingriff in die Funktionsfähigkeit unserer Botschaft: dies sowohl wegen des schwerpunktmäßig angezielten RK-Bereichs (Ausreiseproblematik) als auch wegen des betroffenen Dolmetschers.

II. 1) Gemäß Entscheidung der Direktorenbesprechung wurde der rumänische Botschaftsrat Ceauşu in ganztägiger Abwesenheit des Botschafters[7] heute einbestellt und ihm mitgeteilt:

– Die Bundesregierung sieht sich veranlaßt[8], gegen die rumänische Forderung, vier Angehörige (eigentlich fünf) unserer Vertretung Bukarest abzuziehen, Protest einzulegen[9]. Wir empfinden diese Forderung als schwere Belastung

6 Staatssekretär Meyer-Landrut teilte Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, am 15. November 1984 mit, „der Bitte Ihres Hauses, gegenüber der rumänischen Botschaft die alsbaldige Abberufung von fünf n[achrichten]d[ienstlich]-erkannten Botschaftsangehörigen aufgrund statuswidrigen Verhaltens zu verlangen, hat das Auswärtige Amt unverzüglich entsprochen. Die rumänische Botschaft hat die Betroffenen inzwischen beim Protokoll des Auswärtigen Amts abgemeldet und ihre Ausweise zurückgegeben. […] Ungeachtet der Tatsache, daß das Auswärtige Amt der Bitte Ihres Hauses nachgekommen ist, muß ich Ihre Aufmerksamkeit auf drei gravierende Umstände lenken: 1) Das Auswärtige Amt hat das Schreiben mit der Bitte Ihres Hauses am 9.11.1984, 9.40 Uhr erhalten. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits wesentliche Teile seines Inhalts in der ‚Welt' vom selben Tage veröffentlicht. Diese Tatsache verstellte von vornherein den vom Auswärtigen Amt in derartigen Fällen stets praktizierten Weg einer Lösung ohne Geräusch. 2) Die Veröffentlichung der ‚Welt' hat, wie die rumänischen Reaktionen ergeben, außenpolitischen Schaden angerichtet. Sie birgt nicht zu unterschätzende Gefahren für die künftige Durchsetzung unserer humanitären Anliegen […]. 3) Die ‚Welt' vom heutigen Tage veröffentlicht unter der Schlagzeile ‚Bukarest droht Bonn' Elemente der Berichterstattung unserer Botschaft Bukarest (VS-NfD). Diese war, neben begrenzter Verteilung im Auswärtigen Amt, Ihrem Hause am 10. d. M. fernschriftlich übermittelt worden. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie veranlassen würden, daß die notwendigen Untersuchungen unverzüglich eingeleitet werden, wie es zur Veröffentlichung einer geheimschutzbedürftigen Materie sowie von Elementen der Berichterstattung unserer Botschaft Bukarest kommen konnte". Vgl. VS-Bd. 13414 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Die Wörter „in ganztägiger Abwesenheit des Botschafters" wurden von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

8 Die Wörter „sieht sich veranlaßt" wurden von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „protestiert aufs Schärfste".

9 Die Wörter „Protest einzulegen" wurden von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

unserer Beziehungen. Wir müßten sie offensichtlich[10] als Gegenmaßnahme gegen unsere Bitte um Abberufung von fünf rumänischen Diplomaten aus Bonn wegen statuswidriger Tätigkeiten verstehen. Sie sei ungerechtfertigt,[11] da die betroffenen Angehörigen unserer Botschaft keinerlei Anlaß zu Vorwürfen in dieser Richtung gegeben hätten[12].

– Unter Hinweis auf Abreisefrist Freitag, 30.11.1984, dringende Bitte, in verfügbarer Zeit rumänischen Schritt zu überdenken und zurückzunehmen. Wir erwarten dazu rechtzeitige[13] Nachricht (wir nannten[14] Mittwoch, 28.11.1984).
– Falls rumänische Seite auf Forderung nach Abberufung beharrt, müßten wir Gegenmaßnahmen prüfen[15].
– Eine solche Entwicklung der Beziehungen zu Rumänien würde die Bundesregierung außerordentlich bedauern.
– Wir nähmen die Sache sehr ernst und hätten deshalb Botschafter in Bukarest zur Berichterstattung nach Bonn berufen.[16]

2) BR Ceauşu bestritt einen sachlichen Zusammenhang mit der kürzlichen Abberufung fünf rumänischer Botschaftsangehöriger. Man habe seit längerem vorliegende Erkenntnisse jetzt genutzt. Insofern gebe es einen psychologischen Zusammenhang. Die rumänische Seite sei tief verletzt, daß die Angelegenheit nicht im Zusammenhang mit dem Besuch von Präsident Ceauşescu[17] geklärt wurde; vielmehr habe die Veröffentlichung in der Presse jede Möglichkeit abgeschnitten, [18]die Sache geräuschlos zu bereinigen bzw. zu überprüfen. Er sehe nach wie vor einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Presseveröffentlichung und Ausweisung.

Vor diesem Hintergrund sehe er persönlich wenig Aussichten, daß die rumänische Seite ihre Aufforderung noch revidiert. Er werde berichten und bitte einstweilen, jede Eskalation zu vermeiden.

3) Botschafter Schulze-Boysen, der ohnehin morgen – 27.11.1984 – zur Botschafterkonferenz nach Bonn[19] reisen wollte, wurde zur Berichterstattung nach Bonn berufen.

Die von rumänischer Seite genannten Angehörigen unserer Botschaft Bukarest sind nach Bonn abgeordnet worden, weil bei Verbleib mit schwerwiegenden Be-

10 Dieser Passus ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete er: „Wir können sie keinesfalls".
11 Die Wörter „verstehen" und „Sie sei ungerechtfertigt" wurden von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „akzeptieren".
12 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „haben".
13 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.
14 Die Wörter „wir nannten" wurden von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „bis".
15 Dieser Passus ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete er: „werden wir Gegenmaßnahmen ergreifen".
16 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.
17 Zum Besuch des Präsidenten Ceauşescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 279–281.
18 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl gestrichen: „deutscherseits".
19 Zur Botschafterkonferenz am 29./30. November 1984 vgl. Dok. 318, Anm. 3.

einträchtigungen ihrer Funktion bis hin zu persönlichen Schikanen gerechnet werden muß.

III. 1) Sollte die rumänische Seite – wie zu erwarten – die Forderung nach Abberufung nicht zurücknehmen, sollten wir dies nicht ohne Reaktion lassen. Dafür sind folgende Erwägungen maßgeblich:

1.1) Die Sowjetunion und andere WP-Staaten dürfen aus unserer Reaktion nicht den Schluß ziehen, sie könnten uns gegenüber gefahrlos Gegenausweisungen vornehmen, weil wir vor weiteren Maßnahmen zurückschrecken. Dies würde in der Praxis nur bedeuten, daß diese Länder sich größere Freiheiten in ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeit erlauben könnten.

1.2) Bei unseren westlichen Partnern darf keinesfalls der Eindruck entstehen, wir zeigten bei Abwehr östlicher Spionage eine „schwache" Haltung.

Dabei sind insbesondere zwei Präzedenzfälle des letzten Jahres im Auge zu behalten:

– Französische Massenausweisung sowjetischer Diplomaten und sonstiger SU-Vertreter ohne Moskauer Retorsionen. (Moskau war bekannt, daß Paris sonst weitere Ausweisungen vorgenommen hätte.[20])
– Britische Ausweisung von drei sowjetischen Diplomaten und Journalisten, die von den Sowjets mit Gegenausweisungen beantwortet wurde – worauf die Briten erneut zu Ausweisungen schritten.

1.3) Andererseits wollen wir gerade in der jetzigen Phase unserer Ostpolitik die Beziehungen zu Rumänien nicht über Gebühr strapazieren. Deshalb empfiehlt sich eine zwar klare und deutliche, aber bemessene und „deeskalierende" Reaktion.

2) Es wird deshalb vorgeschlagen, einen weiteren niedrigrangigen Diplomaten und bis zu zwei Angehörige des Verwaltungspersonals der hiesigen rumänischen Botschaft auszuweisen („Forderung nach Abberufung").

Aus Rücksicht auf die bilateralen Beziehungen sollte Botschafter Râmbu nicht betroffen werden. Die Einbeziehung von Militärattaché Ionescu sollte nicht ohne vorherige Befassung des BMVg ins Auge gefaßt werden.

3) Das BMI/Arbeitsebene hat am 26.11.1984 telefonisch angekündigt, es werde voraussichtlich schon morgen – 27.11.84 – fünf weitere Fälle von Angehörigen der hiesigen rumänischen Botschaft übermitteln, deren Abberufung mit stichhaltiger Begründung (Waffendiebstahl, Waffenschieberei, Embargo-Verstoß, Raubüberfall) verlangt werden könne. Davon sollen zwei Botschaftsangehörige Diplomaten, zwei „Attachés" und ein Mitarbeiter des Verwaltungsdienstes sein. Nach Eingang dieser Unterlagen werden namentliche Vorschläge unterbreitet.[21]

Abteilung 1 hat mitgewirkt, Mitzeichnung wird nachgeholt.

Pfeffer

VS-Bd. 13413 (214)

20 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

21 Zur Frage der Ausweisung von Angehörigen der Botschaft der Bundesrepublik in Bukarest bzw. von Angehörigen der rumänischen Botschaft vgl. Dok. 317 und Dok. 321.

314

Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus

VS-NfD **27. November 1984**[1]

Persönlich – vertraulich

Betr.: Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen;
hier: Ergebnisse der 5. Sitzung am 21.–23. November 1984 in Brüssel, Palais Egmont

Anlg.: 1[2]

I. Der Ausschuß trat vom 21.–23. November 1984 unter dem Vorsitz von Senator Dooge zu seiner fünften Sitzung zusammen.

1) Hervorzuhebende Ereignisse

Sitzung war ausschließlich der Beratung und Verabschiedung des Zwischenberichts an den Europäischen Rat in Dublin (3./4.12.1984[3]) gewidmet. Unmittelbar vorangegangen war Redaktionssitzung der Berater der Persönlichen Beauftragten[4] (19.11.84) über die zahlreichen Änderungsvorschläge zum Entwurf von Maurice Faure[5].

Der nach z.T. schwierigen Beratungen verabschiedete Zwischenbericht[6] ist nicht auf dem Konsensprinzip aufgebaut. Er stellt fest, daß sich schon jetzt die Notwendigkeit absehen läßt, bald eine Regierungskonferenz mit dem Auftrag einzuberufen, den Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union auszuhandeln. Vorrangige Zielsetzungen werden gesehen im Ausbau des Binnenmarkts und des EWS, von neuen Politiken, der Außen- und Sicherheitspolitik. Weitreichend sind die Vorschläge zum Entscheidungsverfahren im Rat (Mehrheit als überwiegende Regel) und zur Mitbestimmung des EP im gemeinschaftlichen Gesetzgebungsverfahren. In Fußnoten, z.T. auch im Anhang des Berichts, sind abweichende Meinungen einzelner Mitglieder gekennzeichnet. An drei Stellen enthält der Bericht selbst Hinweise auf das Erfordernis weiterer Beratung (EWS, neue Politiken, Mehrheitsregeln).

1 Durchdruck.

2 Dem Vorgang nicht beigefügt.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 342, Anm. 4.

4 Mitglieder des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen waren Franciscus H. J. J. Andriessen (EG-Kommission), Jean Dondelinger (Luxemburg), James Dooge (Irland), Willem Frederik van Eekelen (Niederlande), Maurice Faure (Frankreich), Mauro Ferri (Italien), Fernand Herman (Belgien), Otto Møller (Dänemark), Ioannis Papantoniou (Griechenland), Malcolm Rifkind (Großbritannien) und Jürgen Ruhfus (Bundesrepublik).

5 Für den undatierten „Vorentwurf eines Berichts für die Tagung des Europäischen Rates in Dublin“ („Bericht Faure“), der erstmals während der 4. Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) am 7./8. November 1984 in Brüssel erörtert wurde, vgl. Referat 410, Bd. 130385. Vgl. dazu auch Dok. 305.

6 Für den Wortlaut des Zwischenberichts des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) an den Europäischen Rat am 3./4. Dezember 1984 in Dublin vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 96–104.

Der Grad der Übereinstimmung ist wie folgt:

– Die Beauftragten der sechs „alten" MS und der Kommission billigen den ganzen Text, bei „Enthaltung" der Vertreter von D, Benelux und der Kommission zum Prinzip der Anrufung vitalen Interesses.
– Der Ire stimmt ebenfalls dem Gesamtbericht zu, mit einer Reserve zum Abschnitt „Verteidigung".
– Der Brite stimmt allen konkreten Vorschlägen zu den materiellen Zielsetzungen zu (bei Reserven zum Endziel des EWS). Er hat dagegen starke Vorbehalte gegen die wichtigen institutionellen Vorschläge und die Vertragskonferenz.
– Der Grieche hat (auf Chefebene wohl reduzierbare) Vorbehalte zu zahlreichen Einzelfragen (Konvergenz und Ressourcentransfer, EWS-Endziel, bei der EPZ, den institutionellen Fragen und der Vertragskonferenz), will aber weiter mitarbeiten.
– Der Däne hält den ganzen Ansatz für falsch und möchte sich am liebsten strikt im Rahmen der Römischen Verträge[7] und der bestehenden EPZ halten.

Ich habe bei den Beratungen (neben der Durchsetzung unserer eigenen Interessen und der engen Zusammenarbeit mit Maurice Faure) stets darauf geachtet, daß der britischen Seite die weitere Mitarbeit ermöglicht und erleichtert wird.

Mit der Vorlage des Zwischenberichts hat der Ausschuß sein Etappenziel erreicht. Die im Januar 1985 beginnende zweite Halbzeit seiner Beratungen muß zeigen, ob bereits mit dem Zwischenbericht das Potential für neue politische Impulse zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft erschöpft ist. Vor diesem Hintergrund erwartet der Ausschuß vom Europäischen Rat in Dublin die Verlängerung seines Mandats bis zur Vorlage eines Schlußberichts im März 1985 (ER Brüssel[8]) und Richtlinien, wie er seine Arbeit fortsetzen soll.

2) Am Rande der Ausschußsitzung fand erneut eine (zweite) Konsultation mit einer Delegation des Europäischen Parlaments (Präsident Pflimlin und Altiero Spinelli) statt. Senator Dooge unterrichtete das EP über den Stand der Ausschußarbeiten und sicherte ihm bei dieser Gelegenheit zu, dem Europäischen Rat die baldige Zuleitung des Zwischenberichts an das EP vorzuschlagen.

II. Im einzelnen

Beratungsschwerpunkte waren die einzelnen Kapitel des Faure-Papiers. Kritische Situationen entstanden vor allem beim institutionellen Teil (Mehrheitsabstimmung im Rat, Rolle des EP) sowie beim Schlußkapitel (künftige Vertragskonferenz).

Für uns wichtig sind folgende Kapitel:

1) Binnenmarkt

Die Forderung nach Abschaffung der Grenzkontrollen war nur in abgemilderter Form („effective free movement" und „Abschaffung der steuerlichen Unterschiede") durchzusetzen, insbesondere wegen britischen Widerstandes und mangelnden Interesses der anderen Mitglieder.

7 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

8 Für den Wortlaut des Berichts des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") an den Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253.

Bei der Normung unterstützte nur Møller meinen Hinweis auf Sicherheitsstandards; wir wurden mit dem Hinweis auf die Gültigkeit von Art. 36 EWG-Vertrag[9] niedergestimmt.

Positiv ist insbesondere die Forderung nach freiem Kapitalverkehr.

2) Europäisches Währungssystem

Der akzeptierte Text basiert auf einem gemeinsam von Andriessen und mir eingebrachten Vorschlag. Er bleibt unterhalb der Schwelle einer institutionalisierten Phase des EWS, zeigt aber das Endziel (unabhängiges Zentralbanksystem, Europäischer Währungsfonds, gemeinsame Währung) auf. Die im Bericht geforderten Maßnahmen (stärkere Koordinierung wirtschafts-, haushalts- und währungspolitischer Aktionen sowie Förderung der kommerziellen wie auch privaten Rolle des ECU) könnten im bereits bestehenden Rahmen realisiert werden.

3) Konvergenz/Ressourcentransfer

Der Ausschuß einigte sich, an einer Formel der EG-Kommission festzuhalten, wonach zusätzliche Transfers im Rahmen neuer Gemeinschaftspolitiken von strikter Haushaltskontrolle und nationalen Einsparungen abhängig gemacht werden. Im übrigen wird im Zwischenbericht darauf hingewiesen, daß neue Politiken und die Übertragung neuer Zuständigkeiten auf die Gemeinschaft nicht zwangsläufig auch zusätzliche Ausgaben bedingen. GR, das im Ausschuß wiederholt auf Notwendigkeit eines verstärkten Finanzausgleichs zum Abbau des innergemeinschaftlichen Wohlstandsgefälles gedrängt hatte, bringt eine Alternativformel zur „Konvergenz“ ein.

4) Gemeinsame Außenpolitik

Im Zwischenbericht konnte eine Klausel verankert werden, wonach das Ziel der EPZ die systematische Formulierung und Implementierung einer gemeinsamen Außenpolitik bleibt.

Darüber hinaus wurde unsere Forderung nach einem eigenen EPZ-Sekretariat verankert. Mit unserem Vorschlag eines politischen Generalsekretärs für die EPZ konnten wir uns dagegen nicht durchsetzen.

Aufgenommen wurde u. a. ferner: EPZ-Arbeitstreffen an den Arbeitsorten der Gemeinschaft, förmliche Anerkennung des vorherigen Konsultationsverfahrens, EPZ-Abstimmung auf der Grundlage von Mehrheitskonsens, die Errichtung gemeinsamer Außenvertretungen (als Prinzip, das auf „Case-by-case“-Basis ausgeführt werden soll).

DK und GR haben weitgehende Vorbehalte eingelegt.

5) Verteidigung

Eine substantielle Behandlung auf der Grundlage eines besonderen Beitrags, zu dem sich Faure ursprünglich bereit gefunden hatte, steht noch aus. So ist der jetzige Text relativ schwach formuliert. Gegen erheblichen dänischen, griechischen und irischen Widerstand gelang es, den Begriff der „Verteidigung“ in die Kapitelüberschrift aufzunehmen (jetzt: „Security and Defence“). Auf Drängen

9 Für den Wortlaut von Artikel 36 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 794.

von DK wurden neben den politischen auch die wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit (gleichgewichtig) in den Text aufgenommen.

Im Laufe der Verhandlungen habe ich wiederholt an die divergierenden Ausschußmitglieder appelliert, eine politische Gegenleistung für unseren „spirit of compromise" beim Binnenmarkt und EWS zu erbringen. Europa sei auch eine Sicherheitsgemeinschaft; dies impliziere die Notwendigkeit einer eigenen verteidigungspolitischen Komponente im Rahmen der Allianz.

Die etwas unglückliche Formel von „gewissen MS, die sich spezifischen Sicherheitsproblemen gegenübersehen", wurde trotz meiner Bedenken und der des belgischen Mitglieds akzeptiert. Sie wurde vom Griechen eingebracht. Faure und Rifkind nahmen keinen Anstoß.

6) Institutionen

Das institutionelle Kapitel steht unter dänischem Generalvorbehalt. Im einzelnen:

a) Mehrheitsabstimmung (Rat)

Zwischenbericht enthält neues Abstimmungsprinzip, wonach mit Einstimmigkeit nur noch bei der Einführung neuer Politiken (und bei Beitritten) abgestimmt werden soll. Alle anderen Beschlüsse sollen mit (einfacher oder qualifizierter) Mehrheit getroffen werden.

Die Berufung auf ein „vitales Interesse" wird an ein doppelgleisiges Verfahren gebunden: Einerseits muß der betreffende MS sein vitales Interesse objektiv im Rat begründen, andernfalls hat der Rat mit Hilfe der Kommission sicherzustellen, daß die vitalen Interessen der Gemeinschaft als Ganzes dabei respektiert werden.

Ich habe dem Ausschuß gesagt, daß mir diese Bekräftigung der Berufung auf vitales Interesse noch zu weit geht. Zusammen mit den Beneluxvertretern und mit Kommissar Andriessen habe ich mich enthalten, um den Weg für eine Einigung mit F offenzuhalten und weil sonst die einzige ernsthafte Divergenz zwischen F und D im Zwischenbericht entstanden wäre.

Inzwischen soll über die konkrete Ausgestaltung der Formel weiterberaten werden.

b) Abgestufte Integration („Differenzierung")

Bericht enthält nunmehr die von uns mitgetragene Formel, wonach Dispens von Gemeinschaftsregeln nur bei außergewöhnlichen Umständen möglich sein soll, zeitlich beschränkt wird und ausschließlich nur mit wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen motiviert werden kann.

c) Europäischer Rat

ER soll seine politische Leitfunktion wiedererlangen. Bericht schlägt Begrenzung auf in der Regel zwei Tagungen jährlich vor.

d) Kommission

Faure-Vorschlag lautete zunächst: Neuner-Kommission bei zehn und auch bei zwölf Mitgliedstaaten. Zwischenbericht enthält nunmehr Formel, wonach der Kommission nicht mehr als ein Mitglied aus jedem MS angehören soll (Zwölfer-Kommission). Bei der Abfassung dieser Empfehlung bin ich überstimmt worden. Ich habe angemerkt, daß Balance in der Kommission dann noch zu regeln sei.

Kommissionspräsident soll vom ER designiert werden, der den Regierungen der MS die übrigen Mitglieder der Kommission vorschlägt. Zu Beginn ihrer Amtszeit soll Kommission nach Präsentation ihres Programms ein Investiturvotum des EP erhalten.

e) Europäisches Parlament

Bericht spricht sich für erhebliche Stärkung der Rolle des EP vor allem im Legislativbereich der Gemeinschaft aus (Mitentscheidung). Ferner werden vorgeschlagen: stärkerer Einfluß auf die Einnahmenseite des Haushalts, abhängig von der Weiterentwicklung des Systems der Eigeneinnahmen, und vermehrte politische Kontrolle (auch im EPZ-Bereich).

Text steht unter britischem und dänischem Generalvorbehalt. GR wollte lediglich Erweiterung des Konzertierungsverfahrens zugestehen. Für uns bedeutet Textfassung, die wir maßgeblich geprägt haben, erheblichen institutionellen Fortschritt.

7) Methodisches Kapitel

Mehrheitsmeinung, die im Bericht zum Ausdruck gekommen ist, befürwortet Regierungskonferenz zur Erarbeitung eines Vertragsentwurfs über die Europäische Union. GB hat in Fußnote Generalvorbehalt gegen dieses Kapitel eingelegt und darauf hingewiesen, daß es die Forderung nach einer Regierungskonferenz im Zwischenbericht für verfrüht halte. DK und GR haben ebenfalls Generalvorbehalt eingelegt. Auch bei NL bestehen hier noch nicht ausgeräumte Reserven.

III. Sonstiges

1) Ausschuß erwartet vom ER Dublin eine Verlängerung seines Mandats bis zur Vorlage des Schlußberichts im März 1985. Als konkrete Bereiche zur Weiterführung der Ausschußberatungen hat Vorsitz genannt: EWS, Mehrheitsabstimmung im Rat, Rolle des EuGH.

2) Nächste Sitzung soll eintägig am 13. Dezember 1984 abgehalten werden und Rückschau auf Ergebnisse des ER Dublin dienen.[10]

gez. Ruhfus

Referat 410, Bd. 130385

10 Staatssekretär Ruhfus übermittelte Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, am 18. Dezember 1984 einen von ihm gefertigten Ergebnisvermerk über die 6. Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") in Brüssel: „1) Rückschau auf ER Dublin: Vorsitzender berichtet, daß über den Zwischenbericht des Ausschusses beim Abendessen der Staats- und Regierungschefs gesprochen worden sei. U. a. sei Frage aufgeworfen worden, welcher Grad an Repräsentativität den im Zwischenbericht eingenommenen Standpunkten der Persönlichen Beauftragten zukomme. Alle Staats- und Regierungschefs hätten die von ihren Persönlichen Beauftragten eingenommenen Positionen gebilligt. […] 2) Künftige Arbeitsschwerpunkte: Aufgrund der Diskussionen wurden folgende Bereiche fixiert, in denen der Ausschuß unbedingt weiterarbeiten und den bisherigen Zwischenbericht konkretisieren will: a) Europäisches Währungssystem, b) gemeinsame zivilisatorische und kulturelle Werte, c) Entscheidungsverfahren der Gemeinschaft, d) Beziehungen Rat – EP und andere Aspekte der Stellung des Parlaments, e) Gerichtshof der EG. Als weitere Bereiche zur Anreicherung des Berichts wurden festgehalten: f) Finanzierung der Gemeinschaft, g) Sicherheit und Verteidigung, h) Spitzentechnologie, i) Modalitäten einer Regierungskonferenz." Vgl. Referat 410, Bd. 130385.

315

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

02-490.00 SOW VS-NfD **27. November 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3]

Betr.: neue Technologien als Problem der SU

Anlg.: Langfassung[4]

Kurzfassung

I. Sowjetischer Rückstand in den zivilen Informationstechnologien

Die SU hat den Schritt in Richtung Informationsgesellschaft bisher wirtschaftlich nur zögernd, gesellschaftlich gar nicht vollzogen. Sie liegt in der zivilen Mikroelektronik und Computertechnik erheblich hinter dem Westen zurück: bei

- Mikroprozessoren fünf Jahre in der Entwicklung, sechs bis zehn Jahre in der Produktion;
- Speicherbausteinen zwei Jahre in der Entwicklung, fünf Jahre in der Produktion;
- Hochleistungsrechnern acht Jahre – Supercomputer gibt es noch gar nicht;
- Großcomputern fast zehn Jahre, über 6000 Anlagen in den USA stehen in der SU 300 gegenüber;
- Universalrechnern sieben bis acht Jahre;
- Minicomputern vier Jahre in der Entwicklung, fast zehn Jahre in der Serienfertigung;
- Personal-Computern über zehn Jahre; wenn 1986/87 in der SU die Serienfertigung aufgenommen wird, werden amerikanische Konsumenten ca. 30 Mio. Personal-Computer mit z. T. wesentlich höherer Leistungsfähigkeit gekauft haben;
- Peripheriegeräten gut zehn Jahre;

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Scharioth konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich schlage vor, diese wichtige Aufzeichnung in den ‚Blauen Dienst' für die Auslandsvertretungen aufzunehmen."

3 Hat Bundesminister Genscher am 2. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 02 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 3. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Seitz am 4. Dezember 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Scharioth verfügte.
Hat Scharioth am 5. Dezember 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 012 „m[it] d[er] B[itte] um Aufnahme der Langfassung in den ‚Blauen Dienst'" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen am 7. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, es sei ein Durchdruck für die Aufnahme in den Blauen Dienst gefertigt worden.
Vgl. den Informationsdienst „Blauer Dienst" (Jahrgang XVI/Nr. 15); Referat 220, Bd. 128642.

4 Vgl. Anm. 5.

– Software, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ebenfalls zehn Jahre – es werden allerdings viele moderne westliche Programme benutzt;
– der Datenübertragung erweist sich das völlig antiquierte sowjetische Telefonnetz – es entspricht dem der USA gegen Ende der 30er Jahre – als Flaschenhals. Mehrfachbenutzung von Systemen ist nicht vor Ende der 80er Jahre zu erwarten. Eine landesweite Vernetzung von Computern ist ebenso geplant wie ein digitales Datennetz; mit voller Funktionsfähigkeit wird aber erst um 2000 gerechnet.

Alle bekannten sowjetischen Computersysteme sind nach westlichen Vorlagen gefertigt. Nachbauen bedeutet immer: den Rückstand festschreiben. Da sich im Westen dank stark beschleunigter Entwicklung die Lebenserwartung einer Technologiegeneration im Computerbereich auf zwei bis drei Jahre verkürzt hat, wird der Nachbau ohne großen Zeitverlust für die SU immer schwieriger.

II. Wichtigste Ursachen sowjetischer Rückständigkeit

1) Fehlender Maßstab für den Nutzeffekt von Innovationen

Der marxistischen Wirtschaftstheorie fehlt ein hinreichendes Kriterium, um Nutzen und Kosten konkurrierender Technologien eigenständig zu berechnen; die SU wartet ab, welche Technologie sich auf dem Weltmarkt durchsetzt. Das bedeutet, daß sich die SU mit bereits immer leicht überholten Technologien bescheiden muß.

2) Fehlender Wettbewerb

In Marktwirtschaften wird die Einführung neuer, produktiverer Technologien mit Gewinn und höheren Marktanteilen belohnt. Um nicht von innovationsfreudigen Unternehmen verdrängt zu werden, müssen auch konservative Großunternehmen ständig neue Technologien einführen. Dieser doppelte Innovationsdruck fehlt dem sowjetischen Wirtschaftssystem; es verfügt über keinen effektiven Mechanismus zur rechtzeitigen Ablösung veralteter Technologien. Darum nimmt die Einsatzdauer einer Technologiegeneration in der SU noch immer zu, während sie im Westen abnimmt.

3) Zentralismus

Die Innovationsimpulse bei den Informationstechnologien kommen mehr und mehr von kleinen, dezentral organisierten Gruppen kreativer Erfinder, die ihre Erfindungen direkt wirtschaftlich umsetzen. Bei immer rascherer Entwicklung neuer Technologien wird das zentrale Planungssystem der SU zu einem immer größeren Nachteil. Einer Dezentralisierung stehen außer ideologischen auch machtpolitische Erwägungen entgegen: Unabhängige Manager mit eigener Entscheidungskompetenz würden die Macht der Zentrale schwächen und könnten regionale Kräfte stärken.

4) Mangelnde Risikobereitschaft

Im sowjetischen Wirtschaftssystem steht dem Risiko ungenügender Planerfüllung in der Übergangsphase, das mit der Einführung neuer Technologien verbunden ist, keine das Risiko aufwiegende Belohnung gegenüber: Weder die lokale Betriebsleitung noch die zentralen Planer haben ein Interesse daran, veraltete Technologien in bereits vorhandenen Anlagen durch neue zu ersetzen. Neue Technologien werden in der SU zunächst immer nur in völlig neuen Fabriken eingeführt.

5) Ergebnis

Die Hauptursachen sowjetischer Rückständigkeit sind nicht auf vermeidbare Fehler der Planer oder der Betriebsleitungen zurückzuführen; sie sind unvermeidliche Konsequenzen der Zentralverwaltungswirtschaft. Jede Änderung würde das Wirtschaftssystem und damit die Machtstruktur der SU im Kern verändern.

III. Will die sowjetische Führung überhaupt eine allgemeine Verbreitung der neuen Informationstechnologien?

Die neuen Technologien erleichtern zwar politische Überwachung und zentrale Wirtschaftsplanung. Die Verteilung von Personal-Computern an private Haushalte, die Vernetzung dieser Computer untereinander und mit Datenbanken würden aber die staatliche Informationskontrolle unmöglich machen. Zudem nutzen die besten Computer nichts, wenn die eingegebenen Daten unvollständig sind. Die SU müßte also vom Prinzip der Geheimhaltung aller wichtigen Daten abgehen. Dies käme einem Verzicht auf die staatliche Kontrolle der öffentlichen Meinung und damit einer fundamentalen Änderung des Systems gleich.

Eine Alternative wäre eng begrenzter Zugang zu Computern und strikte Aufsicht bei der Benutzung – damit bliebe aber auch die Vertrautheit der Benutzer mit Computern entsprechend eingeschränkt. Mehr Erfolg verspräche die Einführung eines Kennwortsystems, mit dessen Hilfe der Zugang zu Informationen verschiedener Geheimhaltungsgrade streng hierarchisch abgestuft werden könnte. Absolute Sicherheit gegen „Hacker", die in geheime Datenbanken einbrechen oder das Kennwortsystem überlisten, läßt sich auch damit nicht erreichen.

Der Verzicht auf eine Computerkultur, wie sie in den USA entsteht, wäre aber auch ein Verzicht auf größere Computerfertigkeiten der Jugend und auf eine volle Ausschöpfung des ganzen Potentials der neuen Technologien. Das Beispiel USA zeigt, daß die besten Innovatoren auf dem Gebiet der Informationstechniken einen ganz speziellen kulturellen Unterbau benötigen, um ihre Kreativität voll zu entfalten; sie brauchen eine Umgebung, in der ein spezielles, unbefangenes, immer Neues anpackendes Ausprobieren als etwas Selbstverständliches betrachtet wird.

Die sowjetische Führung steht vor dem Dilemma, entweder die politische und wirtschaftliche Kontrolle lockern oder auf die umfassende Nutzung der neuen Technologien verzichten zu müssen. Ohne Selbstbeschränkung des Machtmonopols der zentralen Parteiführung wird das sowjetische System in Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit nicht mit dem Westen Schritt halten können.

Eine Langfassung liegt bei.[5]

Seitz

Referat 02, Bd. 178517

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 02, Bd. 178517.

316

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

210-501-2153/84 geheim **28. November 1984**[1]

Eilt sehr! Vorlage bei BM am 28.11.

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister[2]

Betr.: amerikanische Haltung zu Jalta[3]/Potsdam[4] und zur Wiedervereinigung

Bezug: handschriftliche Weisung des Herrn Bundesministers auf Plurex vom 19.11.[5] (liegt dem Original bei)

Anlg.: 1 (D 2-204-321.00 SO-791/84 geheim, 4. Ausfertigung[6])

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

1) Die Unterrichtungen, die wir von amerikanischer Seite über das Gespräch von AM Shultz mit AM Gromyko[7] erhalten haben, sind in der Frage, was zu Potsdam/Jalta und zur Wiedervereinigung gesagt wurde, nicht ganz deckungsgleich.

a) Brief von AM Shultz an BM:

„A certain defensiveness on Gromyko's part, and indeed, his apparent preoccupation with the need to preserve the postwar status quo, was particularly apparent in his remarks on both Germany and Japan. In regard to the former, he expressed no little concern that the prospect of German reunification and recent US statements that the division of Europe might stimulate efforts to ‚change the reality of the postwar European situation'.[8] In response, I explained that

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup konzipiert.

2 Hat Bundesminister Genscher am 28. November 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 29. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 17. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 18. Dezember 1984 erneut vorgelegen.

3 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

4 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen") vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

5 Korrigiert aus: „18.11.".
Für die Weisung des Bundesministers Genscher auf dem am 7. November 1984 konzipierten und am 19. November 1984 übermittelten Runderlaß Nr. 8011–8015 des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. Dok. 297, Anm. 9.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für den am 7. November 1984 konzipierten und am 19. November 1984 übermittelten Runderlaß des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. Dok. 297.

7 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

8 So in der Vorlage.

we want to see both the postwar treaties as well as the Helsinki accords[9] implemented rather than changed. I noted that we should expect and encourage efforts to develop beneficial ties between the two Germanies."[10]

b) Matlock gegenüber Botschafter van Well:

„Auf meine weitere Frage erklärte Matlock, er könne sich nicht erinnern, daß Gromyko von deutschem Revanchismus gesprochen habe. Er habe den Eindruck eines belagerten Mannes (beleaguered man) gemacht und den Amerikanern vorgeworfen, sie wollten von den Vereinbarungen der Nachkriegszeit abgehen. In diesem Zusammenhang habe er Osteuropa erwähnt und erklärt, die Sowjetunion werde eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht zulassen. Shultz habe erwidert, die USA hielten sich an die Nachkriegsvereinbarungen, die SU hingegen nicht. Für die USA sei die Teilung Europas eine wenn auch bedauerliche Tatsache (fact). Jetzt gehe es darum, die Folgen der Teilung zu überwinden. Dazu komme dem KSZE-Prozeß besondere Bedeutung zu. Die Wiedervereinigung sei kein aktuelles Thema (issue). Die USA geben keine Erklärung über die Teilung Europas ab. Sie machen jedoch stets deutlich, daß eine Änderung der Lage nur mit friedlichen Mitteln erfolgen dürfe."[11]

c) Botschafter Hartman in Viererrunde in Moskau:

„Deutschland/Japan: Besonders traurig seien scharfe Angriffe Gromykos auf Deutsche und Japaner gewesen. Er habe mehrfach versucht, amerikanische Seite auf Jalta und Potsdam festzulegen, und betont: Es werde keine Wiedervereinigung geben, darauf hätten sich auch die Amerikaner festgelegt, jetzt aber wollten sie davon loskommen. Shultz habe erwidert, daß davon keine Rede sein könne und die Wiedervereinigung von einem Friedensvertrag abhänge."[12]

d) Burt gegenüber D 2 A:

„Im heutigen Gespräch Shultz/Gromyko habe Gromyko den Vereinigten Staaten vorgeworfen, sie wollten die Nachkriegsregelungen in Europa umschreiben. Er habe sich dabei auf die Stockholmer Rede von Shultz[13] und auf die Ausführungen des Präsidenten zu Jalta[14] bezogen. Gromyko habe den Vereinigten Staa-

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

10 Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 5. Oktober 1984 an Bundesminister Genscher vgl. den Drahterlaß Nr. 1245 des Vortragenden Legationsrats Schmidt vom 29. Oktober 1984 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11317 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

11 Vgl. den Drahtbericht Nr. 4241 des Botschafters van Well, Washington, vom 3. Oktober 1984; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 9. Oktober 1984 außerdem: „Botschafter Hartman teilte Viererrunde am 9.10. seine persönlichen Eindrücke über Gespräche Präsident Reagans und AM Shultz's mit Gromyko mit. Gromykos Haltung sei insgesamt negativ und enttäuschend gewesen. Sie habe keinerlei Anzeichen für Bewegung sowj[etischer] Seite erkennen lassen. Gromyko sei auch nicht andeutungsweise sondierend [auf] die in Präsident Reagans VN-Rede enthaltenen Hinweise auf mögliche ‚deals' eingegangen. Er sei vielmehr peinlich darauf bedacht gewesen, Eindruck zu vermeiden, daß vor US-Wahlen an Aufnahme von Verhandlungen zu denken sei. Nach Hartmans Einschätzung ist diese sowj. Haltung auf derzeitige starke innere Führungsschwierigkeiten in Moskau zurückzuführen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3946; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

13 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 17. Januar 1984 in Stockholm vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

14 Zu den Äußerungen von Mitgliedern der amerikanischen Regierung zur Nachkriegsordnung in Europa und zur sowjetischen Reaktion vgl. Dok. 239.

ten vorgeworfen, sie unterstützten den Revanchismus in der Bundesrepublik Deutschland. Er habe davor gewarnt, die Wiedervereinigung als eine reale Möglichkeit zu betrachten, sie werde nie stattfinden.

AM Shultz habe die Vorwürfe Gromykos, insbesondere den der Veränderung der Nachkriegsregelungen und des Revanchismus in der Bundesrepublik Deutschland, nachdrücklich zurückgewiesen. Den Vereinigten Staaten gehe es um die volle Verwirklichung der Verträge. Zur Frage der Wiedervereinigung habe er gesagt, daß dies kein ‚contemporary issue' sei. Es sei Sache des deutschen Volkes, über diese Frage zu befinden. Er, Shultz, schließe die Möglichkeit einer Wiedervereinigung in der Zukunft nicht aus, doch sei dies keine Frage, die jetzt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten stünde, weil es sich nicht um eine aktuelle Frage handele. Auf amerikanischer Seite habe man den Eindruck gehabt, daß sich die Sowjetunion in dieser Frage deutlich in der Defensive befinde."[15]

2) Es fällt schwer, aus der Nuancierung der Darstellungen, die uns von amerikanischer Seite über diesen Teil des Gesprächs gegeben wurden, eindeutige Schlußfolgerungen zu ziehen. Auffallend ist, daß die Position Gromykos in allen Berichten mit teilweise identischen Formulierungen einheitlich beschrieben wird: Vorwurf an die Amerikaner, sie wollten von den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam abrücken, eine Wiedervereinigung Deutschlands sei keine reale Möglichkeit, sie werde von der Sowjetunion nicht zugelassen und deshalb nicht stattfinden.

Die amerikanischen Versionen darüber, wie AM Shultz sich hierauf eingelassen hat, weisen nicht unerhebliche Abweichungen auf. Nach dem Brief an BM hat er sich zur grundsätzlichen Frage der Wiedervereinigung nicht geäußert, sondern lediglich bemerkt, beide Seiten sollten Bemühungen ermutigen, „to develop beneficial ties between the two Germanies". Auch der Bericht, den Burt beim Treffen der vier Politischen Direktoren (Aufzeichnung Anlage, Einlegezeichen[16]) gegeben hat[17], klingt wesentlich zurückhaltender als seine frühere Darstellung gegenüber D2A. Der Schlüssel zum Verständnis der amerikanischen Haltung liegt wahrscheinlich in dem Satz von Burt: „Er, Shultz, schließe die Möglichkeit einer Wiedervereinigung in der Zukunft nicht aus, doch sei dies keine Frage, die jetzt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten stünde, weil es sich nicht um eine aktuelle Frage handele."

Der von Burt im Kreis der Direktoren berichtete Gesprächsverlauf erlaubt keine klare Aussage darüber, ob von amerikanischer Seite frühere öffentliche Äußerungen zur Teilung Europas und Deutschlands wegen[18] des neuen bilateralen Anlaufs zurückgenommen[19] wurden. Die berichtete Antwort Gromykos könn-

15 Zum Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, am 29. September 1984 in Washington vgl. Dok. 259.

16 Die Wörter „Aufzeichnung Anlage, Einlegezeichen" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

17 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 9. Oktober 1984 vgl. Dok. 297.

18 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „im Lichte".

19 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eher: nicht aktiv vertreten worden sind."

te auf eine solche Annäherung schließen lassen. Es ist aber auch denkbar, daß hier ein Dissens vorliegt.

3) Auffallend ist folgendes: Auf eine ziemlich klare Feststellung Gromykos, die sich auf Jalta und Potsdam und die territoriale Lage in Europa bezog, hatte Shultz eine Antwort gegeben, von der es verschiedene Versionen gibt, die Gromyko nach der Darstellung von Burt auf dem Direktorentreffen am 9.10.1984 „mehrfach als sehr wichtig" bezeichnet hat. Die sowjetische Seite stellte in dem Gespräch Botschafter Semjonows mit StS Meyer-Landrut am 9.10.1984 die Sache wie folgt dar:

„Gegenüber Shultz habe Gromyko die Unzulässigkeit einer Unterminierung der Lage in Europa und der in der Nachkriegszeit faktisch entstandenen und vertraglich abgesicherten Grenzen hervorgehoben. Shultz habe darauf erwidert, die USA streben keine Veränderung der Nachkriegsgrenzen an. Die sowjetische Seite habe diese Erklärung zur Kenntnis genommen."[20]

Wir können leider nicht ausschließen, daß die Wiedergabe der Antwort von Shultz uns gegenüber deshalb vage und in verschiedenen Versionen ausfiel, weil man zögert, uns die authentische Version mitzuteilen. Leider bleibt deshalb ein gewisser Verdacht, daß Shultz etwas gesagt hat, was mit der offiziellen Haltung der USA in der Deutschland-Frage und mit dem Deutschland-Vertrag[21] möglicherweise nicht in vollem Einklange steht. Man wird daran erinnert, daß die USA auch in ihrer Haltung in Fragen betreffend Berlin (Kulturstiftung der Länder[22]) sich in der letzten Zeit von der Erwägung dessen leiten ließen, was ihre aktuellen Wünsche bezüglich der Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen fördert oder stört.

Wir haben ein großes Interesse daran, daß die Amerikaner ihre Verpflichtungen in der Deutschland- und Berlin-Frage ernst nehmen, aber auch, daß bei uns das Aufkommen eines vielleicht doch unbegründeten Verdachtes verhindert

20 In der Unterredung des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow wurden die Gespräche des sowjetischen Außenministers Gromyko mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington thematisiert, ferner die bilateralen Beziehungen sowie die japanisch-sowjetischen Beziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139305.

21 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

22 Referat 210 legte am 25. September 1984 dar: „1) Die Regierungschefs der Länder haben in ihrer Sitzung am 6. Juni 1984 in Bonn grundsätzlich die Entwürfe eines Abkommens zur Errichtung der Kulturstiftung der Länder und eines Bund-Länder-Abkommens über die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Kulturstiftung der Länder gebilligt. Die Frage des Sitzes der Stiftung ist in dem Abkommensentwurf offengelassen. 2) Seit dem 19. Juni 1984 wird in der Bonner Vierergruppe der deutsche Vorschlag konsultiert, Sitz und Sekretariat der Kulturstiftung in Berlin zu errichten. Die Alliierten haben einen detaillierten Fragenkatalog zur Rolle der Bundesregierung im Rahmen der Stiftung und möglichem Zuwachs der Bundespräsenz in Berlin im Zuge ihrer Entwicklung vorgelegt. Nach sorgfältiger Abstimmung mit den Ressorts und dem Senat von Berlin haben wir unsere Stellungnahme dazu den Alliierten in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 25.9.1984 übergeben. Wir haben die Alliierten darum gebeten, sich in absehbarer Zeit dazu zu äußern." Weiter wurde dargelegt: „Von sowjetischer Seite wurde am 2.7.1984 eine in scharfem Ton gehaltene Erklärung zur Sitzfrage auf Protokolloffiziersebene in Berlin abgegeben; danach könne eine Errichtung der Kulturstiftung in Berlin zu ‚most serious complications in West Berlin affairs' führen. Am 1.8.1984 unternahmen die sowjetischen Gesandten bzw. Geschäftsträger Demarchen bezüglich der Sitzfrage in den alliierten Hauptstädten." Vgl. Referat 210, Bd. 132739.

wird. Deshalb sollten wir bei dem bevorstehenden Besuch in Washington[23] darum bitten, in die gemeinsame Erklärung sinngemäß den gleichen Passus aufzunehmen, der schon in der Politischen Erklärung des Bündnisses in Washington vom 31. Mai 1984 stand und dem Inhalt des Briefes zur deutschen Einheit[24] entspricht:

„Die Bündnispartner werden sich auch weiterhin von dem Bewußtsein der gemeinsamen Geschichte und Traditionen aller Völker Europas leiten lassen. Angesichts der fortbestehenden Teilung Europas und insbesondere Deutschlands unterstützt das Bündnis nach wie vor das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."[25]

An diesem Passus hatten die SU und Gromyko persönlich gegenüber Botschafter Kastl Anstoß genommen[26]; auf das Aufgeben der weiteren Unterstützung dieses Zieles kommt es der SU gerade jetzt offenbar besonders an. Es ist eine Frage, ob von unserer Seite der Brief zur deutschen Einheit bei jeder Gelegenheit öffentlich erwähnt werden muß. Nicht glücklich wäre es, wenn er von uns ständig unterstrichen würde, während die Unterstützung durch unsere wichtigsten Bündnispartner in Zweifel geriete. Die Aufnahme dieses Passus in die jetzige Washingtoner Erklärung[27] vor Beginn einer neuen Phase des amerikanisch-sowjetischen Dialoges würde für Ost und West deutlich machen, daß die amerikanische Haltung in der Deutschland-Frage jedenfalls nicht zur Disposition steht. Bei späteren Zweifeln könnten wir uns immer wieder darauf beziehen.

4) In keiner der Darstellungen der Amerikaner befindet sich ein Anhaltspunkt dafür, daß Gromyko sich auf Potsdam im Zusammenhang mit der Frage der Demilitarisierung Deutschlands bezogen hat. In der Darstellung Semjonows gegenüber StS Meyer-Landrut heißt es vor dem auf Seite 5 zitierten Passus[28]:

„Im Gespräch mit Reagan habe Gromyko die Frage der Konsequenzen einer Umwandlung Japans in eine militärische Großmacht angeschnitten. Er habe unmißverständlich vor einer Unterstützung dieser Entwicklung gewarnt."

Fragen der Aufrüstung bzw. Demilitarisierung scheinen demnach in bezug auf Japan besprochen worden zu sein. Man kann nicht völlig ausschließen, daß beide Seiten uns gegenüber Teile ihres Gespräches unerwähnt lassen. Diese Möglichkeit dürfte aber keine ausreichende Basis für Vorhaltungen gegenüber den Amerikanern sein.

Wir müssen im übrigen davon ausgehen, daß die formelle Weitergeltung des Potsdamer Abkommens von allen Parteien nicht in Frage gestellt wird. Nach

23 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

24 Zum „Brief zur deutschen Einheit" vgl. Dok. 35, Anm. 31.

25 Vgl. Ziffer 7 der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 135. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 368.

26 Vgl. dazu das Gespräch des Botschafters Kastl, Moskau, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. Juni 1984; Dok. 168.

27 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan vom 30. November 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 1313–1315.

28 Vgl. Anm. 20.

herrschender Völkerrechtsmeinung sind die Bestimmungen über die Demilitarisierung Deutschlands durch die militärische Entwicklung in beiden Teilen unseres Landes allerdings obsolet geworden. Die Sowjetunion hat sich bereits seit 1948 mit dem Aufbau der kasernierten Volkspolizei von den einschlägigen Bestimmungen des Abkommens entfernt. Der entscheidende Schritt der westlichen Alliierten liegt in der Aufhebung des Besatzungsrechts und der Zustimmung zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO.

Der letzte Absatz ist mit RL 500[29] abgestimmt.

Pfeffer

VS-Bd. 13360 (210)

317

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl

28. November 1984[1]

Unter Verschluß

Betr.: Gespräch mit dem rumänischen Gesandten-Botschaftsrat Ceauşu am 28. November 1984, 16.00 Uhr

Bezug: Besprechung bei BM am 28. November 1984, 10.00 Uhr

Ceauşu teilte mir mit, daß die rumänische Botschaft angewiesen sei, uns in der Frage der Ausweisungen[2] auf das hinzuweisen, was unserer Botschaft in Bukarest gesagt worden sei (d.h. Ablehnung der von uns erbetenen Überprüfung der rumänischen Ausweisungs-Entscheidung). Er beklagte sich, daß auch die rumänische Ausweisungs-Entscheidung in unserer Presse erschienen sei, obwohl ich ihm gesagt hätte, daß wir von uns aus nicht an die Öffentlichkeit gehen würden. Ich wies ihn auf unseren Eindruck hin, daß die Presse dieses Mal von rumänischer Seite unterrichtet worden sei.

Ich erwähnte, daß BM sich große Sorgen über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen mache. Er sei einerseits sehr verärgert über die auf deutscher Seite außerhalb des Verantwortungsbereiches des Auswärtigen Amtes geschehenen Indiskretionen kurz nach dem von uns als sehr bedeutsam angesehenen Be-

29 Jürgen Oesterhelt.

1 Hat Bundesminister Genscher am 29. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr gute Gesprächsführung."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 29. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Edler von Braunmühl verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 6. Februar 1985 vorgelegen.

2 Zur Frage der Ausweisung von Angehörigen der Botschaft der Bundesrepublik in Bukarest bzw. von Angehörigen der rumänischen Botschaft vgl. Dok. 313.

such des Präsidenten[3], und er sei sich des Eindruckes bewußt, den diese Indiskretionen bei dem Präsidenten und bei seinem Kollegen Andrei hervorgerufen hätten. Andererseits hätten uns die rumänischen Maßnahmen gegen völlig unbeteiligte und untadelige Angehörige unserer Botschaft Bukarest in eine schwierige Lage gebracht. Diese Lage würde noch dadurch kompliziert, daß offenbar auf rumänischer Seite die Ausreise von Deutschen drastisch eingeschränkt werde. BM fühle sich persönlich betroffen, da er selbst die Vereinbarungen mit dem Präsidenten und AM Andrei getroffen hätte, die eine befriedigende Entwicklung in humanitären Fragen und auch in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ermöglicht hätten.[4] Außerdem sei BM der Auffassung, daß gerade in der bevorstehenden Phase des West-Ost-Verhältnisses einer engen und guten politischen Verbindung zwischen zwei so wichtigen Staaten der östlichen und westlichen Seite, wie Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland, große Bedeutung zukomme. Er sei persönlich aufgrund seiner langjährigen Kenntnis seines Kollegen Andrei und auch der vielen Gespräche mit dem Präsidenten überzeugt, daß diese eine positive Entwicklung der Beziehungen auch als in ihrem Interesse liegend ansähen. Deshalb sei er über die eingetretenen Komplikationen so bestürzt. Wir würden jetzt unter starken Druck geraten, so zu handeln, wie wir im Prinzip immer handeln würden, wenn wir ungerechtfertigten Gegenmaßnahmen gegen unsere Botschaften ausgesetzt würden. BM werde jedoch, auch im Hinblick auf die in die deutsche Verantwortung fallenden Fehlleistungen der Publikationen, eine große Anstrengung machen, den Schaden zu begrenzen und eine weitere Eskalation zu vermeiden. Es sei jedoch wichtig, daß wir jetzt auch von rumänischer Seite Zeichen guten Willens sähen. Es wäre hilfreich, wenn Rumänien, solange es noch Zeit sei, seine Entscheidung wenigstens teilweise überprüfe. Zum Beispiel würde die Botschaft durch die Ausweisung des Kanzlers Schoer (den ich nach Rücksprache mit Botschafter Schulze-Boysen nannte), der kaum ein halbes Jahr da sei und gegen den selbst die von uns als nicht gerechtfertigt empfundenen rumänischen Beschuldigungen nicht zuträfen, besonders hart getroffen. Vor allem bäten wir, uns mitzuteilen, wie sich Rumänien die weitere Entwicklung der Beziehungen vorstelle. Es sei für uns unabdingbar, die Ausführung der getroffenen Vereinbarungen im humanitären Bereich sichergestellt zu sehen. Wir wollten darüber in Gespräche mit Rumänien eintreten.

3 Zum Besuch des Präsidenten Ceauşescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 279–281.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 13. April 1983 in Tegernsee; AAPD 1983, I, Dok. 90.
In Gesprächen am 20./21. Mai 1983 in Bukarest schlossen der Beauftragte des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, und der rumänische Beauftragte für Fragen der Familienzusammenführung, Andronic, eine Vereinbarung, der zufolge die rumänische Seite im Zeitraum vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1988 jährlich 11 000 rumänischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit die Ausreise ermöglichen sollte, wobei die Bundesregierung „eine Gesamtentschädigung für jede Person in Höhe von 7800 DM“ zahlen würde. Außerdem wurde festgelegt: „Die rumänische Seite sichert zu, daß sie über die Auswanderungsanträge von Bürgern deutscher Volkszugehörigkeit unabhängig von deren ausbildungsmäßiger und beruflicher Qualifikation entscheiden wird und von den betroffenen Personen oder der deutschen Seite keine weiteren Zahlungen gefordert werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 135 des Staatssekretärs von Staden vom 24. Mai 1983 an Genscher, z. Z. Brüssel; VS-Bd. 12382 (513); B 150, Aktenkopien 1983.
Vgl. dazu ferner das Gespräch Genschers mit Präsident Ceauşescu am 31. Mai 1983 in Snagov; AAPD 1983, I, Dok. 163.

Ich bäte, über unser Gespräch sofort an Bukarest zu berichten und als Botschaft des Ministers an Andrei mit der Bitte um Unterrichtung des Präsidenten unseren Wunsch weiterzugeben, auf beiden Seiten alle Anstrengungen zu unternehmen, schwere Komplikationen für die Beziehungen zu vermeiden und zu einer positiven Entwicklung beizutragen. Er könne sicher sein, daß diese Sache von uns vertraulich behandelt werde.

C. erwiderte: Er hoffe, daß es nicht schon zu spät sei. Dies sei die erste persönliche Botschaft des Bundesaußenministers an seinen Kollegen in der Sache, nachdem schon so viel passiert sei. Nach seinem Eindruck gehe in Bukarest die Stimmung dahin, alles laufen zu lassen, so groß sei die Verbitterung. Sein Minister könne sich auch nicht vorstellen, daß BM, der sich so für die Beziehungen eingesetzt habe, die jetzige Entwicklung recht sei. Er werde sich bald wieder melden.

Braunmühl

VS-Bd. 13414 (214)

318

Botschafter Wegener, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2691 **Aufgabe: 28. November 1984, 23.00 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 29. November 1984, 05.11 Uhr**

Betr.: Erster Ausschuß der 39. GV[2];
hier: die Abrüstungsdebatte der VN als Element der Ost-West-Auseinandersetzung

Delegationsbericht Nr. 145

Zur Unterrichtung

Der Erste Ausschuß der 39. GV hat am 28.11. seine diesjährige Abrüstungsdebatte mit der Annahme von 63 Resolutionen abgeschlossen. Der Ablauf der Debatte und die Ergebnisse haben eine Reihe von Wesenszügen der Arbeit des Er-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6.
Hat Bundesminister Genscher am 2. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte: „Es handelt sich um eine ausgezeichnete Analyse. Sollte man nicht daraus einen Brief an die AM von F, GB u. USA, ev[entuell] auch andere, vielleicht die ganze NATO, entwickeln? Außerdem sollte Kurzfassung als Sprechzettel für NATO-Herbsttagung vorgelegt werden."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 3. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 3. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 3. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth und Referat 223 verfügte.
Hat Ruth am 4. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Die VN-Generalversammlung fand vom 18. September bis 18. Dezember 1984 in New York statt.

sten Ausschusses besonders deutlich vor Augen geführt und Anlaß zu der nachfolgenden Kurzanalyse gegeben. Diese könnte als ergänzendes Material auch für das Ost-West-Kolloquium des AA vom 29./30.11.[3] von Bedeutung sein.

1) Das Spezifikum des multilateralen Abrüstungsprozesses – neben dem Ersten Ausschuß der GV gehören zu seinen Organen die United Nations Disarmament Commission und die Abrüstungskonferenz in Genf – ist die Dreiecksbeziehung zwischen Ost, West und Entwicklungsländern. Die ursprüngliche Aufgabe der Organe ist es, globale Beratungs- und Verhandlungsaufgaben im Sicherheitsbereich anzugehen und dabei insbesondere die Interessen der Dritten Welt zu berücksichtigen. In Wirklichkeit wird der multilaterale Abrüstungsprozeß jedoch vom Ost-West-Konflikt beherrscht. In sowjetischer Sicht ist er im Zentralbereich der Außenpolitik – Sicherheit und Abrüstung – angesiedelt und stellt lediglich eine zusätzliche Dimension der säkularen Auseinandersetzung mit dem Westen und insbesondere den USA dar. Er ist damit nicht ein abtrennbares, VN-spezifisches Betätigungsfeld, sondern Teil einer Gesamtstrategie. Es geht der SOW darum, die Staaten der Dritten Welt für die eigene Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber dem Westen zu instrumentalisieren und das Stimmpotential und die Meinungsbildung dieser Länder werbewirksam zu nutzen, wobei das gerade in der Dritten Welt ausgeprägte Vertrauen in Prestige und moralische Führungsrolle der VN bewußt eingesetzt wird.

2) Mit dieser Strategie hat die SOW in den vergangenen Jahren zunehmend Erfolg gehabt. Es ist ihr gelungen, die überwältigende Mehrheit der Entwicklungsländer für eine Sicherheits- und Abrüstungsphilosophie zu gewinnen, die die Kriegsverhinderungs- und Verteidigungsstrategie des Westens ablehnt und öffentlich verurteilt. Insbesondere ist es ihr gelungen, die Führungsgruppe der Nichtgebundenen (INI, MXI, ARG etc.) auf ein weltweites Sicherheits- und Abrüstungskonzept festzulegen, das den Einsatz von Nuklearwaffen und ihre Nutzung zu Abschreckungszwecken stigmatisiert und sich darüber hinaus den überwiegenden Teil sowjetischer sicherheitspolitischer Forderungen zu eigen macht. Die reellen eigenen Sicherheitsinteressen der Drittweltländer und eine objektive Erkenntnis der tatsächlichen Kräfteverhältnisse, Rüstungsvorgänge und Bedrohungen in der Welt bleiben damit auf der Strecke. Während das Sicherheitskonzept des Westens moralisch verurteilt und als direkte Bedrohung gerade der Dritten Welt ausgegeben wird, wird die SOW von gleichwertigen Anklagen weitgehend ausgenommen und – ungeachtet ihrer Verurteilung im Plenum der Generalversammlung zu Fragen wie AFG und Kambodscha – als abrüstungs-

[3] Zur Botschafterkonferenz über das Ost-West-Verhältnis notierte Referat 212 am 3. Dezember 1984: „BM hob operativen Bezug im Vorfeld des amerikanisch-sowjetischen Außenministertreffens in Genf und der beiden wichtigen Konferenzen im Dezember (WP-Außenministertreffen Anfang Dezember, NATO-Außenministertreffen Mitte Dezember) hervor. Gleichzeitig ist positive Entwicklung bei KVAE zu verzeichnen. Staatssekretär M[eyer]-L[andrut] wies auf Notwendigkeit hin, im Rahmen der Konferenz langfristige, grundsätzliche Bezüge zu berücksichtigen: dritte industrielle Revolution mit neuen Technologien und dem Problem des Technologietransfers. Stürmische technologische Entwicklung im militärischen Bereich (Weltraum, dual capability). Verschiebung geopolitischer Schwerpunkte: zunehmende Bedeutung des asiatisch-pazifischen Raums. […] Botschafter van Well regte an, zur Präsentation unserer Politik in den USA neue Foren und Instrumente zu schaffen. Als Beispiel bezog er sich auf die Gründung eines Deutschen Historischen Instituts. Es sei wichtig, in schwierigen Situationen nicht auf Publizisten wie zum Beispiel Safire angewiesen zu sein.“ Vgl. Referat 212, Bd. 158446.

freundliche Macht eingestuft. Von der SOW vorgelegte Abrüstungsresolutionen werden mit überwältigender Stimmenmehrheit der nichtgebundenen Staaten akzeptiert, während es dem Westen zunehmend weniger gelingt, eigene Resolutionen mit zentralen Abrüstungsthemen durchzusetzen. Diese Tendenz hat sich seit den jüngsten Konferenzen der Nichtgebundenen-Bewegung – insbesondere dem Gipfeltreffen von Neu Delhi 1983[4] und den entsprechenden Texten des Außenministertreffens vom Oktober 1984 in New York[5] – verstärkt.

3) Bei dieser erfolgreichen Strategie hat die SOW in äußerst geschickter Weise postkoloniale Traumata der Drittweltländer, ihre nostalgische Sehnsucht nach einer voratomaren Welt, ihren diskriminierten Status gegenüber den Kernwaffenbesitzern und vorhandene unspezifische Angstgefühle und Sicherheitsbedürfnisse genutzt und gefördert. Ihr kommt zusätzlich das Integrationsbedürfnis der Delegierten der Länder der Dritten Welt zugute; zahlreiche Delegierte schwenken wegen Mangels an gesicherten Kenntnissen, gelegentlich auch trotz solcher Kenntnisse, aus Gruppenkonformismus auf einmal erarbeitete gemeinsame Positionen ein. Die Beschlußdokumente der Nichtgebundenen-Bewegung haben damit eine quasi biblische Qualität erreicht, ihre disziplinierte Befolgung ist Maßstab für den Status innerhalb der Gruppe der Nichtgebundenen.

4) Da die VN-Resolutionen, in die die antinukleare und antiwestliche Sicherheitslehre der Nichtgebundenen immer stärker eindringt, bei jährlicher Wiederholung einen Traditionsstatus erringen, gegen den nur noch schwer andere Formeln durchgesetzt werden können, verschlechtert sich die Resolutionslage aus unserer Sicht von Jahr zu Jahr. Resolutionen der Generalversammlung haben zwar lediglich Empfehlungscharakter, die normative Kraft des Faktischen wirkt jedoch zu ihren Gunsten. Das komplizierte VN-Geschehen, das sich an sich in einer gewissen Atmosphäre des Irrealen abspielt, wird damit zunehmend eine ernstzunehmende Realität. Diese Realität wird durch den – von der SOW bewußt angestrebten – Verstärkereffekt multipliziert, der in der wechselseitigen Kommunikation von VN, NGOs, Friedensbewegungen, Medien und öffentlicher Meinung insgesamt liegt. Insbesondere die Drittweltländer identifizieren sich zunehmend mit VN-Resolutionen im Sicherheitsbereich, für die ihre eigenen Delegierten gestimmt haben. Auch unbedeutende Kleinstaaten glauben damit heute, die westliche Sicherheitspolitik einschließlich ihrer nuklearen Sicherheitskomponente als kriminell und menschheitsfeindlich einstufen zu müssen.

In diesem Sinne dürften – je mehr desto länger – die Vorgänge des multilateralen Abrüstungsprozesses auch auf unser Verhältnis zu den Drittweltstaaten reflektieren. Die Verstärkereffekte wirken auch in unser innenpolitisches Geschehen in Europa hinein. Wir werden unsere Sicherheitspolitik auch innenpolitisch deshalb um so weniger glaubwürdig vertreten und unverändert erhalten können, je mehr wir mit ihr als moralischer Paria international unter Anklage stehen. Aus der Instrumentalisierung der Drittweltstaaten durch die SOW in den in-

4 Vom 7. bis 12. März 1983 fand in Neu Delhi die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten statt. Für den Wortlaut der Schlußdeklaration vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 346–370 (Auszug).

5 Die Außenminister bzw. Delegationsleiter der an der VN-Generalversammlung teilnehmenden blockfreien Staaten trafen vom 1. bis 5. Oktober 1984 zusammen.

ternationalen Abrüstungsorganisationen entstehen deshalb auch für uns langfristige, aber unmittelbar wirkende Gefahren.

5) Eine Analyse des sowjetischen Verhaltens im einzelnen belegt die konsequente sowjetische Strategie zur Nutzung der multilateralen Abrüstungsorgane für machtpolitische Zwecke. Der SOW geht es nicht um Abrüstung im westlichen Sinne des Begriffes, sondern ausschließlich um ein systematisches Unterlaufen westlicher Sicherheitskonzepte und militärischer Positionen. Alle bekannten sowjetischen Initiativen – Freeze, nuklearer Ersteinsatzverzicht, Freizonenkonzepte, Verdammung des Nuklearkrieges etc. – sind nicht nur ohne sicherheitspolitische Relevanz für die Dritte Welt, sondern ebenso untauglich für Abrüstungsschritte im Sinne eines militärischen Gleichgewichts auf niedrigerer Ebene des Waffenbesitzes. Das verbindende Element der sowjetischen Initiativen ist die Absicht, die Verteidigungsfähigkeit des Westens durch Diskreditierung seiner Sicherheitspolitik zu schwächen. Im übrigen sind sämtliche sowjetische Vorschläge Ausfluß der sowjetischen Westpolitik, d.h. des Versuches, die Machtbasis gegenüber dem freien Westeuropa auszubauen und dieses von den USA abzukoppeln. Die SOW ist an der Sicherung der Dritten Welt und an globalen Sicherheitskonzepten uninteressiert. Dies wird auch deutlich an der strikten Parallelität zwischen den Vorschlägen, die die SOW in weltweiten Gremien vorlegt, und den für die KVAE oder die westeuropäische Öffentlichkeit bestimmten.

[6]6) Im Dreiecksverhältnis zwischen West, Süd und Ost weiß die SOW ihre Initiativen glänzend dosiert zu verkaufen. Insbesondere stellt sie die Sehnsucht nach Abrüstungsschritten und einem guten Verhältnis der beiden Großmächte seitens der Drittweltstaaten in Rechnung. Auch in Perioden, in denen der Großmächtedialog unterbrochen war, hat sie sich in den multilateralen Gremien geschickt als friedens- und verhandlungswillig hingestellt und – weitgehend durch Scheininitiativen – das Momentum der Verhandlungen gesichert. In Zeiten eines verbesserten Großmächteverhältnisses – oder in einer Übergangszeit wie derjenigen, die die 39. GV gekennzeichnet hat – stellt die sowjetische Delegation ihre kooperative Disposition jeweils noch auffälliger und überschwenglicher zur Schau. Dies ist jedoch nur Teil einer Doppelstrategie. Unterhalb der Ebene verbaler Beteuerungen bleibt die SOW unbeirrt bei ihren Sachpositionen und verteidigt diese – in den von ihr vorgelegten Resolutionstexten ebenso wie in ihren Stellungnahmen – mit Unerbittlichkeit. Sie hat deshalb auch im Ersten Ausschuß der 39. GV sämtliche Positionen, einschließlich derer, bei denen sie selbst Schwierigkeiten hat (militärische Informationen, angemessene Verifikationsmaßnahmen, Aufgabe von Vorbedingungen zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen[7], institutionelle Festlegungen beim Thema Abrüstung und Entwicklung), ohne die geringste Konzession gehalten. In der Tat, Konzessionen (z.B. Teilzugeständnisse bei der Verifikation eines CW-Abkommens in der Genfer Abrüstungskonferenz, Februar 1984[8]) sind allenfalls zu erwarten, wenn, ungeachtet der sowjetischen Bemühungen, ein gemeinsamer Druck von westlichen Län-

6 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2692 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

7 Zum Abbruch der INF-Verhandlungen vgl. Dok. 6, Anm. 7.

8 Zur sowjetischen Bereitschaft, Inspekteure bei der Überwachung der Vernichtung chemischer Waffen zuzulassen, vgl. Dok. 50.

dern und nichtgebundenen Ländern mit hoher Öffentlichkeitswirkung zum Tragen gebracht wird. Das ist in sehr wenigen Bereichen der Fall. Allerdings hat die sowjetische Delegation bei der 39. GV aus gegebenem Anlaß von der Einbringung einer ihrer traditionellen Resolutionen zurückgescheut, derjenigen, mit der sie sonst die Stationierung von Atomwaffen auf fremdem Territorium verurteilte.

7) Bei der 39. GV haben sich die beschriebenen, über mehrere Jahre beobachteten Tendenzen eher noch verstärkt. Der Sowjetblock hat nicht nur seine eigenen, für den Westen schädlichen Resolutionen mit hohen Stimmmehrheiten völlig unabgeschwächt durchbringen können; ihm ist noch reichlicher als früher durch Resolutionen der Nichtgebundenen im gleichen Tenor zugearbeitet worden, Resolutionen, bei deren Durchsetzung sich der Osten befriedigt zurücklehnen konnte. Die Sitzung hat für den Westen jedoch auch wichtige Lektionen vermittelt. Die ungewöhnlich geglückte und einheitliche Präsentation der westlichen Staatengruppe hat es vermocht, in einer Reihe wichtiger Punkte den Schaden zu mindern oder darüber hinaus eigene Projekte bzw. Kompromißresolutionen gut zu plazieren. Unsere Initiative zur Kriegsverhütung[9] – ein erster Versuch, der gemeinsamen antinuklearen Theologie von Ostblock und Nichtgebundenen ein eigenes, umfassendes Sicherheitskonzept in Resolutionsform entgegenzustellen – hat (auch wenn wir eine Abstimmung noch vermieden haben) die Nichtgebundenen-Gruppe gespalten. Unser Vorhaben könnte zu einem neuen Prozeß der Nachdenklichkeit und ggfs. Überprüfung der Haltung zahlreicher nichtgebundener Staaten unter dem Gesichtspunkt eigener Sicherheitsinteressen führen. Aus der Sitzung ziehen die westlichen Schlüsseldelegationen die Konsequenz, daß westliche Positionen und ihre Bedeutung für globale Sicherheit und Stabilität in Zukunft noch klarer und überzeugender formuliert und gerade den nichtgebundenen Ländern nahegebracht werden müssen. Dem weit fortgeschrittenen und bisher ungestraften Mißbrauch der multilateralen Abrüstungsorgane durch die Sowjets kann nur in dem Maße entgegengewirkt werden, in dem es uns gelingt, Überzeugungsarbeit bei den nichtgebundenen Staaten zu leisten und ihnen deutlich zu machen, daß sie zu oft – unter Verletzung eigener Drittweltinteressen – als „nützliche Idioten" des Sowjetblocks gedient haben. Hierfür ist eine gründliche gemeinsame Planung des Westens unter vielfältiger Benutzung bilateraler Kontakte erforderlich. Natürlich würde eine überlegtere, offenere amerikanische Haltung zu multilateralen Abrüstungsinitiativen ebenfalls helfen. Das Problem ist jedoch nur langfristig lösbar. Die Klarheit in Konzeption und Darstellung und die Vermittlung umfassenderer Informationen über Funktionieren und moralische Berechtigung unserer

9 Zu den Bemühungen der Bundesrepublik um eine Resolution der VN-Generalversammlung zur „Verhütung eines Nuklearkrieges" vgl. Dok. 297, Anm. 59.
Am 3. Dezember 1984 teilte Vortragender Legationsrat Schmidt mit: „Wir hatten im Ersten Ausschuß der Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf zum Thema ‚Verhinderung eines Nuklearkrieges' vorgelegt. Der Text war in Konsultationen mit unseren westlichen Verbündeten erarbeitet worden; weitere Staaten schlossen sich uns als Miteinbringer an. Argentinien, Mexiko, Indien und Jugoslawien brachten daraufhin – entgegen früheren Zusagen – zahlreiche, für uns unannehmbare Zusatzanträge ein, die den Charakter unserer Resolution völlig entstellt hätten. Nach Absprache mit unseren Verbündeten entschlossen wir uns daher, unseren Resolutionsentwurf zurückzuziehen". Vgl. Referat 220, Bd. 128646.

Sicherheitskonzeption, ohne Scheu vor Ansprache auch ihrer nuklearen Komponente, sind die tauglichen Mittel, die wir und unsere Verbündeten in den kommenden Jahren noch entschlossener einsetzen müssen.

[gez.] Wegener

Referat 243, Bd. 162148

319

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen

012-312.74 VS-ND **29. November 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 111 Ortex

Zum VN-Seerechtsübereinkommen[2]

Bundeskabinett hat am 27.11.1984 beschlossen, daß die Bundesrepublik Deutschland das VN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ) nicht zeichnet, eine Zeichnung durch die EG aber nicht verhindert. AA hatte in beiden Fällen positive Entscheidung vorgeschlagen.

1) Im Kabinett bestand grundsätzlich Einvernehmen, daß mit Ausnahme des Tiefseebergbauteils das SRÜ eine zu begrüßende Zusammenfassung und Fortentwicklung des Seevölkerrechts darstellt, die Bestimmungen des Tiefseebergbaus jedoch auf schwerwiegende ordnungspolitische Bedenken stoßen und in der gegenwärtigen Form von der Bundesrepublik Deutschland nicht mitgetragen werden können.

Die Meinungsverschiedenheiten konzentrieren sich darauf, wie am ehesten die für notwendig gehaltenen Verbesserungen erreicht werden könnten. Die Mehrheit war der Auffassung, daß bei Nichtzeichnung die Möglichkeiten dafür größer seien. Die Bundesregierung wird bemüht bleiben, gemeinsam mit anderen Staaten auf eine allgemein akzeptable Regelung für den Tiefseebergbau hinzuwirken, die es uns möglich macht, an einem weltweiten Übereinkommen teilzunehmen.[3]

2) Gegen die Zeichnung durch die EG gab es ebenfalls Widerstände. Die Entscheidung ist schließlich unter europapolitischen Gesichtspunkten und im Hinblick auf die eigenen Zuständigkeiten der Gemeinschaft im Bereich des SRÜ getroffen worden. Nach dem SRÜ ist die EG zur Zeichnung berechtigt, wenn

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Duisberg am 3. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 vgl. UNTS, Bd. 1833–1835.
Zu einer Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 122, Anm. 32.

3 Zur Vorläufigen Absprache über Fragen des Tiefseebodens vgl. Dok. 122, Anm. 30.

die Mehrheit ihrer Mitgliedstaaten gezeichnet hat. Diese Voraussetzung wird bis zum Ablauf der Zeichnungsfrist vorliegen, da DK, F, GR, IRL, NL bereits gezeichnet haben und jetzt auch B und L die Zeichnung beschlossen haben. I hat, wenngleich nicht offiziell, Zeichnung in Aussicht gestellt. Gemeinschaftsintern ist – einstimmig zu treffender – Ratsbeschluß erforderlich. Durch Stimmenthaltung wird Beschluß nicht verhindert.

Es entspricht den Prinzipien unserer Europapolitik, der Gemeinschaft die Zeichnung eines politisch und wirtschaftlich derart wichtigen Vertragswerks zu ermöglichen. Wir werden uns deshalb der Stimme enthalten und gehen davon aus, daß GB, dessen Entscheidung noch aussteht, sich ebenso verhält.

Sachlich ist zu berücksichtigen, daß EG-Zuständigkeit sich auf Einzelaspekte des SRÜ beschränkt, insbesondere Fischerei, Teile der Umweltschutzbestimmungen, die – jedenfalls aus Gemeinschaftssicht – zufriedenstellend geregelt sind.

Der umstrittene Tiefseebergbauteil berührt EG-Zuständigkeiten nur am Rande (Handels- und Rohstoffpolitik). EG wird nach Zeichnung Vollmitglied der Vorbereitungskommission. Die Mitgliedschaft ist jedoch durch Zuständigkeit sachlich begrenzt.

Es ist vorgesehen, daß EG bei Zeichnung eine Erklärung abgibt, in der auf Problematik der Tiefseebergbauregelung hingewiesen und völkerrechtliche Bindung von Verbesserungen abhängig gemacht wird.[4]

[gez.] Schneppen

AS 50, Bd. 125444

[4] Die Europäischen Gemeinschaften unterzeichneten am 7. Dezember 1984 das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982. Zur Unterzeichnung sowie für den Wortlaut der dabei abgegebenen Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 12/1984, S. 119 bzw. S. 167.

320

Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4759/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4481
Citissime

Aufgabe: 29. November 1984, 15.45 Uhr[1]
Ankunft: 29. November 1984, 15.08 Uhr

Betr.: Wiederaufnahme von Verhandlungen über strategische Waffen zwischen SU und USA[2]

Bezug: laufende Berichterstattung

Zur Unterrichtung

I. 1) Tschernenkos Vorschlag für Verhandlungen, in denen Weltraumwaffen sowie nukleare Offensivsysteme ab 1000 km Reichweite miteinander verbunden werden[3], geht über den amerikanischen Vorschlag zu „Umbrella Talks“[4] hinaus. Der SU geht es nicht um die Aufnahme von sondierenden Vorgesprächen über konzeptionelle Fragen, sondern um die baldige Aufnahme formeller Verhandlungen über alle drei Bereiche, offenbar an einem Tisch nach dem Vorbild von SALT I, wo Langstrecken-Offensivsysteme, FBS und ABM gemeinsam verhandelt wurden.

Dies wurde z. B. in sowjetischen Äußerungen gegenüber Kinnock deutlich, es solle in den bevorstehenden Verhandlungen mit den USA nicht (wie von den USA ursprünglich im Umbrella-Konzept vorgesehen) um MBFR und chemische Waffen gehen.

2) Gründe für das Fallenlassen der Überlegungen, die noch im Sommer die Aufnahme von Verhandlungen verhindert hatten[5], und die rapide Beschleunigung des sowjetischen Vorgehens sind vermutlich die Zurückdrängung widerstrebender Kräfte in der Führung (Ustinow)[6] sowie die Erkenntnis, daß die derzeitige

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 30. November 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer und Vortragenden Legationsrat Pieck verfügte.
Hat Schauer und Pieck am 30. November 1984 vorgelegen.

2 Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetische Presseerklärung vom 22. November 1984; Dok. 311, Anm. 6.

3 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 27. November 1984: „GS Tschernenko hat Gespräch mit Führer der Labour Party, Kinnock, am 26.11.84 im Kreml benutzt, um Kern des sowjetischen Vorschlages für die Gespräche zwischen Gromyko und Shultz Anfang Januar in Genf […] zu veröffentlichen. Die SU habe sich, so Tschernenko, ‚dieser Tage an Präsident Reagan mit dem Vorschlag gewandt, die SU und die USA sollten Verhandlungen über den gesamten Komplex der gegenseitig verbundenen Fragen der Nicht-Militarisierung des Weltraums und der Reduzierung der strategischen nuklearen Waffen und der nuklearen Systeme mittlerer Reichweite beginnen‘ “. Damit habe die UdSSR „öffentlich klargestellt, daß LRINF von den zukünftigen Verhandlungen erfaßt werden sollen (typisch für die sowjetische Definition war Interview des Ersten St[ell]v[ertretenden] Kommandeurs der strategischen Raketenstreitkräfte, Generaloberst Jaschin, für Iswestija am 18.11. anläßlich Tages der Raketenstreitkräfte: ‚mittlere Reichweite‘ ist ‚von 1000 bis 5500 km‘).“ Auf diese Weise ergebe sich eine „Tendenz zur Abschirmung der SS-20“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4460; Referat 213, Bd. 139347.

4 Zum amerikanischen „Umbrella-Konzept“ vgl. die Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York; Dok. 244, Anm. 7.

5 Zu den geplanten amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Weltraumfragen vgl. Dok. 225.

6 Die Wörter „Zurückdrängung ... (Ustinow)“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Parallele zum Pentagon.“

Phase der Neuformierung der amerikanischen Politik bis zur Inauguration[7] genutzt werden soll und ein Warten z. B. bis März, um den Übergang allmählicher wirken zu lassen, unvorteilhaft für die sowjetische Stellung in den Verhandlungen wäre.

3) Die SU will die USA vermutlich dadurch zwingen, den in der Administration der Rüstungskontrolle widerstrebenden Kräften die Möglichkeit zu nehmen, Entscheidungen zugunsten verhandelbarer Positionen mit prozeduralen Argumenten zu verhindern.

II. 1) Die SU will formelle Verhandlungen, weil sie nicht durch unverbindliche Kontakte oder gar ein Vordringen von „Rüstungskontrolle ohne Abmachungen" (Adelman) noch längere Zeit den politischen Zugriff auf die westlichen Rüstungen verlieren will.

2) Sie fürchtet diesen Verlust, weil sie die USA an dem Überschreiten der Schwelle hindern will, jenseits derer sie die Entfaltung des westlichen wissenschaftlich-technischen Potentials im Weltraumbereich nicht mehr glaubt aufhalten zu können.

3) Sie ist dabei nicht nur um ihre Fähigkeit zum Schritthalten im Bereich strategischer Defensivwaffen, sondern auch um eine Gefährdung des militärischen Wertes ihres Offensivpotentials besorgt.

4) Zur Erhaltung dieses Wertes ist die SU aber auch erheblich an einer Kontrolle der amerikanischen Offensivwaffen interessiert. Da ihr Arsenal in erheblich höherem Maße als das westliche aus ortsfest installierten ICBM besteht, öffnet sich für sie in absehbarer Zeit tatsächlich ein bedeutendes „Fenster der Verwundbarkeit", wenn die westliche Fähigkeit zur Zerstörung gehärteter Punktziele mit Implementierung der MX, Trident II, CM, Bomber- und Pershing-II-Programme rapide zunähme und der Ausweg über die Dislozierung von mobilen SS-24/25 ICBM nicht schnell genug beschritten werden kann.

5) Deshalb ist die SU auch an der Einbeziehung von LRINF (nicht dagegen von SRINF) interessiert. Sie sind eine, allerdings evtl. nur weniger bedeutende Komponente ihrer strategischen Bedrohung. Die Erfahrung von SALT I bei Behandlung des FBS-Problems hat gezeigt, daß dieses Problem der LRINF wegen der bei Zusammenbindung aller Reichweiten über 1000 km besonders hohen Zahlen für Obergrenzen leichter untergebracht werden kann, ohne daß offensichtlich Prinzipien wie „gleiche Sicherheit" geopfert werden müssen.

6) Im Ergebnis will die SU das westliche Interesse an Kontrolle der sowjetischen Offensivwaffen auch zur Bremsung westlicher Defensivrüstung nutzen können.

III. 1) Tschernenko und die ihn tragende Masse der sowjetischen Führung ist vermutlich ein innenpolitisches Risiko eingegangen, denn der Widerstand der Militärs war offenbar so hart, daß zum Mittel der Absetzung Ogarkows[8] gegriffen werden mußte.

[7] Präsident Reagan wurde am 20. Januar 1985 für seine zweite Amtszeit vereidigt.

[8] Zur Absetzung des sowjetischen Generalstabschefs Ogarkow teilte Vortragender Legationsrat Libal der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 17. September 1984 mit: „Art der Bekanntgabe der Ablösung sowie der Zeitpunkt (vor der nächsten ZK-Sitzung) spricht in der Tat für eine Demontage, nicht jedoch für eine völlige Kaltstellung Ogarkows. […] Gesundheitsgründe oder Unzufriedenheit der politischen Führung mit dem militärischen Leistungsprofil von Ogarkow schließen wir

2) Während das Militär vermutlich befürchtete, zu früh dem gewachsenen Druck amerikanischer Forderungen ausgesetzt zu werden, haben wahrscheinlich auch die Propagandisten und die Sicherheitsorgane gezögert. Die Auslandspropaganda wird bei der Motivierung der Friedensbewegung, die mit Fallenlassen der Vorbedingungen einmal mehr düpiert wurde, große Probleme haben. Bezeichnend dafür ist, daß bisher nur der englische Dienst von TASS McFarlanes Hinweis auf das Fallenlassen der Vorbedingungen wütend angriff, die russische Presse dies aber verschwieg.

Bezeichnend auch ein ganzseitiger Artikel der Literaturnaja Gazeta vom 28.11. von Samjatin[9], in dem er in gewundener Polemik versucht zu beweisen, daß die USA unter Druck ständen, die SU sich aber treu geblieben sei. Im Inneren wird die Erzeugung eines zur Disziplinierung der Bevölkerung geeigneten Feindbildes erheblich erschwert.

3) Neben der Prägung Tschernenkos und Gromykos durch den Supermachtbilateralismus Breschnews Anfang der 70er Jahre hat wahrscheinlich die wirtschaftspolitische Priorität Tschernenkos und Gorbatschows für Konsumgüter, Landwirtschaft und Lebensmittel eine gewichtige Rolle gespielt. Diese Prioritäten sind in Tschernenkos Rede vor dem Politbüro zu Plan und Budget 85 vom 15.11. bestätigt worden.[10]

4) Die Erhöhung der Ziffer für den Verteidigungshaushalt auf 19 Mrd. Rubel ist dagegen vermutlich der Versuch, die Masse des Militärs nach Absetzung Ogarkows und Unsichtbarkeit Ustinows zu beruhigen sowie gegenüber dem Westen die Beteuerungen der Fähigkeit zum „Mithalten" zu untermauern.

Über die tatsächliche Entwicklung des Verteidigungshaushaltes sagt diese lange Jahre bei 17 Mrd. festliegende Ziffer kaum etwas aus.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1480

aus. […] Keine fundierten Hinweise liegen bisher darüber vor, ob Ogarkow, ungeachtet seines hervorragenden militärischen Leistungsprofils, die politische Verantwortung für operative Fehlleistungen in Einzelbereichen der Roten Armee übernehmen mußte. Von der Sachlage und -logik ist dies aber nicht auszuschließen, z. B.: ungelöster Auftrag der Sowjetarmee in Afghanistan, KAL-Abschuß (damalige Kontroverse zwischen Parteiführung und Armeeführung über die bei diesem Zwischenfall aufgetretenen Kommunikations- und Entscheidungsfehler könnte – allerdings im Hinblick auf Weltöffentlichkeit und eigenes Prestige bewußt zeitversetzt – eine Rolle gespielt haben)". Ogarkows Äußerungen in den letzten Jahren ließen auf Meinungsverschiedenheiten mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow in militärpolitischen und militärstrategischen Fragen schließen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6214; VS-Bd. 13389 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

9 Für den Artikel „Tupiki, konfrontacii i gorizonty sotrudničestva" vgl. LITERATURNAJA GAZETA, Nr. 48 vom 28. November 1984, S. 2.

10 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 19. November 1984, die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, in der Sitzung des Politbüros des ZK am 15. November 1984 wirke wie eine „demonstrative Unterstreichung der Autorität seiner Person. Dies ist insofern überraschend, als gerade Tsch[ernenko] in letzten Monaten Kollektivität der Führung betont und Politbüro als kollektiver Institution Vorrang auch bei mehreren eigenen Auftritten eingeräumt hat. […] Gorbatschow ist – nach Eigenaussage – derzeit in Urlaub, eine wohl nur formal ausreichende Begründung für Nichtteilnahme an herausragender Führungsveranstaltung einschl[ießlich] regionaler Parteichefs. In diesem Zusammenhang fällt Tsch.s Kritik an mangelnder Finanzmittelzuweisung für Düngemittel und damit indirekt auch an dem dafür verantwortlichen Gorbatschow auf." Beim Zielkonflikt zwischen sozialen und militärischen Anforderungen habe Tschernenko auf fordernde Aussagen („wie z. B. ‚alles Notwendige für die Streitkräfte'") verzichtet und nur pauschal eine Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit befürwortet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4366; Referat 213, Bd. 139288.

5) Die Indizien, z. B. Tschernenkos Rede vor dem Schriftstellerverband am 25.9.[11], Gromykos Rede vom 6.11.[12], ein Artikel des für die wirtschaftliche Versorgung der Streitkräfte verantwortlichen Generals in „Krasnaja Swesda" kurz vor dem Oktober-Plenum[13], die Rede Schtscherbizkijs am 21.11. in Rumänien[14], sprechen für eine Diskussion um die Ressourcenverteilung, deren Ergebnis eher gegen ein überproportionales Anwachsen des Verteidigungshaushalts ausgefallen zu sein scheint, jedenfalls aber militärische Ansprüche nicht voll befriedigt.

IV. 1) Das alles bestätigt den grundlegenden Realismus der Sowjets. Dennoch besteht keine Veranlassung zu der Erwartung, sie würden nun bald Konzessionen in der Substanz der Verhandlungen machen, die sie bei START/INF verweigert haben.

2) Zu erwarten ist vielmehr, daß sie das, was als Vorbedingung für den Westen nicht akzeptabel war, hartnäckig in den Verhandlungen durchzusetzen versuchen werden (Weltraum-Test-Moratorium, INF-Abbau in Westeuropa). Mit gleicher Hartnäckigkeit, auch um die Militärs nicht noch mehr zu strapazieren, werden sie ihr Arsenal gegenüber westlichen Reduzierungsforderungen verteidigen.

3) Dazu werden sie vermutlich alle Möglichkeiten des Drucks auf die USA, auch über die NATO-Verbündeten, einzusetzen versuchen. Allerdings ist ihnen die Gefahr solcher Versuche, daß Dritte wie wir dadurch zu viel Einfluß auf die angestrebte Bilateralität gewinnen könnten, wohl bewußter als früher. Dazu werden sie westeuropäische Abkoppelungsängste (SDI) schüren, technische Zwangsläufigkeiten behaupten und daraus die Sinnlosigkeit jeglicher Verteidigungsanstrengungen auch im konventionellen Bereich ableiten. Strategische Defensivrüstung werden sie als Europa schutzlos preisgebend diskreditieren und die Stabilisierung amerikanischer Zweitschlagsfähigkeit durch Defensivsysteme bestreiten.

4) Trotz der impliziten Drohung des Semjonow-Papiers[15] ist das Mittel des Verhandlungsabbruchs erst einmal verbraucht. Die sowjetische Ausgangsposition

11 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU in Moskau vgl. TSCHERNENKO, Reden, S. 370–381.

12 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 6. November 1984 in Moskau anläßlich des 67. Jahrestags der Oktoberrevolution vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 486–505.

13 Die Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU fand am 23. Oktober 1984 in Moskau statt. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 2. November 1984: „In einem längeren Artikel unter dem Titel ‚Das wirtschaftliche Potential in Aktion. Die Verteidigung des Sozialismus: geschichtliche Erfahrung und Gegenwart', der am 19.10.1984 in der Armeezeitung ‚Krasnaja Swesda' erschien, legt Marschall S. Kurkotkin, Stellvertretender Verteidigungsminister und Chef der rückwärtigen Dienste der sowjetischen Streitkräfte, unter Bezug auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges u. a. dar, die sowjetische Wirtschaft sei aufgrund ihrer systemimmanenten Stärken heute noch mehr als vor 40 Jahren in der Lage, den Bedarf der sowjetischen Streitkräfte an Material und Ausrüstungen aller Art in Friedens- wie in Kriegszeiten zu decken. […] Kurkotkins Ausführungen erwecken den Eindruck, gerade die sowjetischen Militärs wünschten das bestehende dirigistische Wirtschaftssystem zu erhalten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 3255; Referat 201, Bd. 130189.

14 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 23. November 1984: „In ausführlicher Berichterstattung sowjetischer Medien über rumänischen Parteitag fällt Rede auf, die ukrainischer Parteichef und Politbüro-Mitglied der KPdSU, Schtscherbizkij, dort hielt. Sie zeigt, ähnlich wie Gorbatschows Rede Anfang September in Sofia, den Versuch der SU, die kleinen MS des WP mit Beschreibung einer düsteren Weltlage und Angriffen auf die USA und uns zu größerer Disziplin zu veranlassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4429; Referat 213, Bd. 139343.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken notierte am 28. November 1984, in einem Bundeskanzler Kohl von Botschafter Semjonow übergebenen „erläuternden Papier" zur gemeinsamen amerikanisch-

ist ungünstiger als 1982. Die SU steht jetzt auch stärker als früher unter Erfolgszwang, wenn auch nach wie vor wegen des politischen Systems der SU sehr viel weniger als der Westen.

5) Diese Lage der SU werden wir aber nur nutzen können, wenn es gelingt, die Rüstungskontrolle widerstrebenden Kräfte in Washington an der Verzögerung, Verwässerung oder gar Blockierung verhandelbarer westlicher Vorschläge zu hindern. Sonst gerieten die Glaubwürdigkeit nicht nur der westlichen Rüstungskontrollpolitik und die Akzeptanz unserer Sicherheitspolitik, sondern dadurch auch die Möglichkeiten unserer Entspannungspolitik in Gefahr.

6) Ohne den Rahmen sowjetisch-amerikanischer Verhandlungen läßt sich – trotz aller Anstrengungen der „Kleinen" im WP in diesem Jahr – unsere, diese Bestrebungen fördernde Politik der Einflußnahme im sowjetischen Hegemonialbereich genausowenig durchhalten wie die Beziehungen zur SU auf einem intensiveren Niveau halten. Mit solchen Verhandlungen haben wir dagegen Chancen, mit der SU und den übrigen WP-MS wieder stärker in Kontakt zu kommen, nachdem wir die Ostverträge[16] bestätigt und die „Kleinen" die zur Begütigung der SU erforderlichen Angriffe wegen „Revanchismus" absolviert haben.

[gez.] Arnot

VS-Bd. 12946 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1482

sowjetischen Erklärung vom 22. November 1984 über das Treffen der Außenminister Shultz und Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf sei auffallend: „Es werden keine Verhandlungsmöglichkeiten blockierende Maximalpositionen angesprochen. Besonders deutlich wird dies bei der Behandlung der Weltraumwaffen. Hier scheint die Verhinderung des Wettlaufs prioritäres Ziel; dies läßt für beiderseitig vereinbarte Rüstungskontrollabkommen Möglichkeiten offen. Soweit beobachtbar, ist erstmals nicht mehr ausdrücklich vom sowjetischen Ziel der ‚Verhinderung der Militarisierung des Weltraums' die Rede. Es wird vielmehr ein schwächerer Begriff verwendet (Nichtmilitarisierung), der aber im weiteren Text eher als propagandistisches Idealziel, nicht aber als realistisches Verhandlungsziel erscheint." Weiter vermerkte Heyken: „Auffällige Zurückhaltung mit Elementen, die sich als Hemmnisse für die Aufnahme von Verhandlungen erweisen könnten (es werden keine Prinzipien angesprochen, es fehlt der Hinweis auf Vorbedingungen oder einseitige Vorleistungen, keine Moratoriumsforderung, kein Hinweis auf Drittstaatensysteme)." Vgl. Referat 213, Bd. 139347.

16 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

321

Botschaftsrat I. Klasse Evertz, Bukarest, an Bundesminister Genscher

114-4765/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 997
Citissime nachts

Aufgabe: 29. November 1984, 17.15 Uhr[1]
Ankunft: 29. November 1984, 18.36 Uhr

Beteiligung erbeten: 010 Herrn BM Genscher vorzulegen, 014 Büro StS Meyer-Landrut

Betr.: rumänische Maßnahmen gegen vier Botschaftsmitglieder[2]

Bezug: DB Nr. 992 vom 26.11.1984 Tgb.-Nr. 110/84 VS-v[3]

1) AM Andrei rief mich heute um 13.00 zu sich und verlas unter Bezugnahme auf das auf Weisung von AM Genscher am 28.11.[4] zwischen Dg21 und BR Ceauşu ausführlich geführte Gespräch[5] folgende offizielle Stellungnahme der rumänischen Regierung:

2) Auch in Rumänien hätten die rumänischen Behörden den Vorschlag gemacht, eine größere Anzahl der Mitglieder der deutschen Botschaft auszuweisen, da ihre Aktivitäten mit ihrem Status nicht zu vereinbaren seien. Trotzdem habe man sich aber vorläufig nur auf vier Personen beschränkt. Diese Entscheidung sei unwiderruflich.

3) AM Andrei fuhr fort, daß er AM Genscher gegenüber im Namen der rumänischen Regierung präzisieren möchte, daß die Ausreise von rumänischen Bürgern deutscher Abstammung fortgesetzt und diese Frage im humanitären Sinne und Geiste so wie bisher gelöst werden könne. Was die mit BM Genscher getroffene Vereinbarung bezüglich Ausreise rumänischer Bürger deutscher Ab-

1 Hat dem Bereitschaftsdienst am 29. November 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Telko: bitte 1) FS an Bo[tschaft] Washington. 2) Funk an Flug BK/BM." Weiter wurde vermerkt: „Ref[erats]L[eiter] telefonisch unterrichtet." Dazu handschriftlicher Vermerk: „Erl[edigt]."
Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 30. November 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 3. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Zur Frage der Ausweisung von Angehörigen der Botschaft der Bundesrepublik in Bukarest vgl. Dok. 313.

3 Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, berichtete: „Bei einer kurzen Begegnung mit AM Andrei auf dem Empfang zum Abschluß des XIII. Parteitages am 22.11.84 hatte ich den Eindruck gewonnen, daß mindestens er selbst nicht an einer weiteren Verschärfung der bilateralen Spannung interessiert war. Ich halte es für wahrscheinlich, daß die heutige Maßnahme auf eine Weisung von Ceauşescu zurückgeht, der vor und während des Kongresses nicht mit dieser Sache befaßt war oder sein wollte, jetzt aber seinem Zorn über die seinem Lande und somit ihm zugefügte Beleidigung freien Lauf ließ. Daß eine Verschlechterung der Beziehungen Rumänien mehr zum Nachteil gereichen würde als uns, vor allem im Hinblick auf die Wirtschaft, nimmt er in Kauf. Im übrigen weiß er, daß es einen Bereich gibt, wo er seinerseits uns Schwierigkeiten bereiten kann: die Familienzusammenführung. Ich fürchte, daß wir hier bis auf weiteres mit ernsten Problemen zu rechnen haben werden, ohne daß die rumänische Regierung das zur offiziellen Politik erklärt." Vgl. VS-Bd. 13413 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Korrigiert aus: „21.11."

5 Zum Gespräch des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl mit dem rumänischen Gesandten Ceauşu vgl. Dok. 317.

stammung[6] betreffe, so betonte AM Andrei, daß diese Angelegenheit nicht in die Kompetenz des Außenministeriums falle, sondern auf anderen Kanälen diskutiert werde.

Aufgrund der neu geschaffenen Lage sei es nach rumänischer Auffassung notwendig, daß sofort der Beauftragte der Bundesregierung[7] mit den zuständigen rumänischen Behörden diesen Fragenkomplex erörtert.

4) Er möchte jedoch AM Genscher gegenüber mit Klarheit unterstreichen, daß, wenn in der Bundesrepublik neue Maßnahmen gegen das Personal der rumänischen Botschaft ergriffen oder wenn andere Aktionen erfolgen sollten, die unserem bilateralen Verhältnis Schaden zufügen können, wäre die rumänische Regierung verpflichtet, andere Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der definitiven Ausreise rumänischer Bürger deutscher Abstammung.

Man werde – vorläufig wie bisher – im vereinbarten Sinne verfahren. Das hänge jedoch von der Art und Weise ab, wie sich die Haltung der westdeutschen Behörden, des AA und persönlich des AM Genscher gegenüber Rumänien manifestiere; vor allem aber von der Tatsache, ob man neue Maßnahmen gegen rumänisches Botschaftspersonal ergreift oder nicht.

5) AM Andrei nahm die Gelegenheit zum Anlaß, AM Genscher zu übermitteln, daß er persönlich überrascht sei, daß westliche Behörden solche Maßnahmen, die nicht zu erklären seien, ergriffen hätten, Maßnahmen, die den bilateralen Beziehungen schaden; zumal diese Maßnahmen so kurz nach dem Staatsbesuch von Ceauşescu in der Bundesrepublik[8] erfolgt seien. Mit Recht stelle man sich in der rumänischen Regierung die Frage, ob diese Aktion gegen Rumänien nicht schon vor dem offiziellen Besuch des Präsidenten Ceauşescu vorbereitet war, obwohl vor dem Besuch von deutscher Seite gewisse Garantien gegeben worden wären.

Man verstehe auch jetzt noch besser, warum deutsche Seite mit der Veröffentlichung des gemeinsamen Kommuniqués nicht einverstanden war[9], obwohl dies betr. des Gesprächs des rumänischen Staatspräsidenten mit dem Bundespräsidenten[10] vereinbart war.

6) Im Hinblick auf den Prozeß der Verschlechterung der rumänisch-westdeutschen Beziehungen wende sich die rumänische Regierung an die Bundesregierung, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit sämtliche Provokationen gegen die Beziehungen Bundesrepublik–Rumänien gestoppt werden, auf die sich z.Z. die Presse und die Massenmedien konzentrierten. Die rumänische Regierung sei der Auffassung, gegenseitig dahingehend Anstrengungen zu unternehmen, um die gegenseitigen Beziehungen im Sinne der Gespräche und Verein-

6 Zu den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien vom 21. Mai 1983 vgl. Dok. 317, Anm. 4.

7 Heinz Günther Hüsch.

8 Zum Besuch des Präsidenten Ceauşescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 279–281.

9 Zu den Verhandlungen über ein Kommuniqué zum Besuch des Präsidenten Ceauşescu vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 280, Anm. 18 und 19.

10 Zum Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Präsident Ceauşescu am 15. Oktober 1984 auf Schloß Falkenlust vgl. Dok. 280, Anm. 9.

barungen mit Bundespräsident, Bundeskanzler und AM Genscher aufrechtzuerhalten.

7) Resümee

a) Entscheidung der rumänischen Regierung über die „Ausweisung" von vier Mitgliedern der deutschen Botschaft sei unwiderruflich, aber rumänische Seite fahre fort mit der Übersiedlung rumänischer Bürger deutscher Abstammung.

b) Falls neue Maßnahmen gegen Personal der rumänischen Botschaft ergriffen würden, werden rumänischerseits neue Maßnahmen zu treffen sein einschließlich der Frage der Übersiedlung rumänischer Bürger deutscher Abstammung in die Bundesrepublik. Rumänische Regierung habe den Wunsch, aufgrund von gemeinsamen Anstrengungen dahin zu wirken, die Beziehungen nicht zu verschlechtern, sondern das zu erreichen, was beim Staatsbesuch vereinbart worden ist.

8) Nach recht zügigem Verlesen dieser halbstündigen offiziellen Stellungnahme (übersetzt durch rumänischen Dolmetscher) brachte AM Andrei bei der Verabschiedung mir gegenüber seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, daß in der Bundesrepublik das Auswärtige Amt und andere Behörden sich Rumänien z. Z. gegenüber so verhalten, daß vertrauliche Gespräche der deutschen Botschaft in Bukarest mit dem rumänischen Außenminister in der Presse veröffentlicht werden, noch einmal im genauen Wortlaut. Mit anderen Staaten habe man solche Probleme nicht. Für ihn sei ein solches Verfahren, wobei keinerlei Vertraulichkeit mehr garantiert sei, ungewöhnlich und unerklärlich.

Die rumänische Presse habe im Gegensatz dazu seinerzeit nichts über den Scheunemann-Fall[11] sowie über die zahlreichen Fälle von Grenzschmuggel rumänischer Bürger (deutscher Abstammung) veröffentlicht. Das hiesige Außenministerium habe es vermieden, auch Dinge zur Veröffentlichung zu bringen, die der Entwicklung der guten bilateralen Beziehungen nicht dienlich gewesen wären. Das könne man sicher auch in Bonn verstehen.

Die aktuelle Verschlechterung der bilateralen Beziehungen sei nicht nützlich für unsere beiden Länder und Völker, sondern diene lediglich solchen reaktionären und feindseligen Kreisen, die unsere bilateralen Beziehungen nicht mit guten Augen betrachten können. Dies wisse man aber auch in Bonn.

9) AM Andrei verabschiedete sich mit den Worten „je ne comprends plus rien" und meinte, man werde abwarten, ob nicht auch dieses Gespräch in den deutschen Medien veröffentlicht werde.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch teilte der Bayerischen Staatskanzlei am 12. September 1984 zum Haftfall Dieter Scheunemann mit: „Herr Scheunemann wurde am 8.9.1982 von rumänischen Sicherheitsorganen verhaftet und vom Militärgericht in Bukarest wegen ‚Fluchthilfe' und ‚Luftraumverletzung' zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Er war mit einem in Belgrad gestarteten Privatflugzeug illegal in den rumänischen Luftraum eingedrungen, hatte dort mehrere volksdeutsche Rumänen an Bord genommen und war direkt nach Österreich geflogen. Bei dem Versuch, das Unternehmen mit einer weiteren Gruppe von volksdeutschen Rumänen zu wiederholen, wurde er verhaftet. Aufgrund intensiver Bemühungen des Auswärtigen Amtes und der Botschaft Bukarest wurde Herr Scheunemann am 9.5.1984 aus der Haft entlassen und konnte in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren." Vgl. das Schreiben; B 83 (Referat 511), Bd. 1731.

Erfahre vertraulich von hiesiger US-Botschaft, daß evtl. noch weitere vier rumänische Botschaftsangehörige ausgewiesen werden sollen. Möglicherweise spielte AM Andrei darauf an.[12]

[gez.] Evertz

VS-Bd. 13413 (214)

322

Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in Washington

220-370.70 USA-2398/84 VS-vertraulich **30. November 1984**[1]

Der Bundeskanzler und der Präsident trafen am 30.11. zunächst zu einem kurzen Vier-Augen-Gespräch und dann zu einem Delegationsgespräch von 11.30 bis 12.15 Uhr zusammen.[2] Diesem Gespräch folgte ein Mittagessen, bei dem die Sacherörterungen fortgesetzt wurden.

An den Gesprächen nahmen auf amerikanischer Seite Vizepräsident Bush, Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger, Sicherheitsberater McFarlane, Botschafter Burns, die Assistant Secretaries Burt und Perle sowie die Mitarbeiter des Weißen Hauses Matlock, Lehman und Sommer teil.

12 Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, berichtete am 1. Dezember 1984, er habe am selben Tag ein Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Andrei geführt und dargelegt: „Der BM habe Weisung gegeben, den Quellen der Indiskretionen nachzugehen, und Vorsorge getroffen, um Wiederholungen zu vermeiden. […] Der BM vertrete den Standpunkt, daß es jetzt gelte, eine weitere Kettenreaktion von Retorsionen zu vermeiden. Das setze natürlich voraus, daß auch die rumänische Seite sich strikt an die bilateralen Vereinbarungen für die Familienzusammenführung halte." Schulze-Boysen informierte ferner, Andreis Vorhaltungen seien ihm wie eine von Präsident Ceauşescu „befohlene Pflichtübung" vorgekommen: „Der sehr empfindliche Staatschef scheint sich nach wie vor tief getroffen zu fühlen, und AM Andrei dürfte kaum wagen, die Angelegenheit ohne sein Einverständnis als abgeschlossen zu betrachten. […] Immerhin stellte AM Andrei nicht ohne Erleichterung fest, daß wir nun vorläufig keine weiteren rumänischen Diplomaten ausweisen würden, und sagte seinerseits im selben Zusammenhang noch einmal die vereinbarungsgemäße Anwendung der Ausreisepraktiken zu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1002; VS-Bd. 14124 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 4. Dezember 1984 gefertigt und am selben Tag an Staatssekretär Meyer-Landrut geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 4. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 5. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ruth verfügte.
Hat Ruth am 7. Dezember 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann sowie die Referate 220 und 221 verfügte.
Hat Hartmann vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11317 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 325 und Dok. 326.

Teilnehmer auf deutscher Seite waren neben dem Bundeskanzler der Bundesminister, die Abgeordneten Ronneburger und Klein, StS Boenisch, Botschafter van Well, MD Teltschik, Botschafter Ruth, General Hüttel und Dolmetscher Weber.

Der *Präsident* eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, daß er die Unterstützung des Bundeskanzlers für die Bemühungen um eine Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit sehr schätze. Dies sei wichtig wegen der auch im neuen Jahr zu erwartenden Aktivitäten von Senator Nunn.[3] Es sei notwendig, der sowjetischen konventionellen Überlegenheit zu begegnen. Dies sei auch ein Beitrag dazu, die Chancen für die im Januar beginnenden Gespräche zu verbessern.[4]

Der *Bundeskanzler* leitete seine Bemerkungen ein mit Glück- und Segenswünschen zur Wiederwahl des Präsidenten.[5] Viele unserer Landsleute, auch in der DDR, blickten mit großer Hoffnung auf seine zweite Amtszeit. Der Präsident stehe auf dem Höhepunkt seines moralischen und politischen Ansehens. In Europa werde die gemeinsame Politik in den West-Ost-Beziehungen, der Rüstungskontrolle und der Verteidigung von den wichtigsten Regierungen unterstützt. Das sei in allen Gesprächen, die er zur Vorbereitung des Besuchs in Washington geführt habe, deutlich geworden.

Er, der Bundeskanzler, sei sich der Bedeutung des Zeitpunktes seines Besuchs bewußt. Im Mittelpunkt stehe die Vorbereitung auf die amerikanisch-sowjetischen Gespräche. In bezug auf diese Gespräche sei es wichtig,

– die Erfolgschancen realistisch zu betrachten, jede Möglichkeit für Fortschritte zu nutzen, aber sich selbst nicht unter Zugzwang zu setzen. Das setze voraus, daß die Erwartungen nicht zu hoch gesetzt werden;
– sicherzustellen, daß die Bündnispartner eng zusammenbleiben. Deshalb seien aktive Konsultationen unter den Bündnispartnern von größter Bedeutung;
– daß das Prestigebedürfnis der anderen Seite in Rechnung gestellt werde. Die Zeit habe nicht für die Sowjetunion gearbeitet. Sie habe gehofft, mit Drohungen die Stationierung verhindern zu können. Dies sei nicht gelungen. Die sowjetische Führung habe mit dem Scheitern dieser Versuche einen Rückschlag erlitten.

Von osteuropäischen Staatsmännern sei ihm nahegelegt worden, den amerikanischen Freunden die Rückkehr zu den Verhandlungen psychologisch zu erleichtern.

Der Bundeskanzler sagte, daß im Blick auf die politische Bedeutung des Verhandlungsbeginns wichtig sei, daß das erste Gespräch von den beiden Außenministern geführt werde. Es könne sich als zweckmäßig erweisen, weitere Gespräche auf dieser Ebene ins Auge zu fassen.

3 Vgl. dazu den Antrag des amerikanischen Senators Nunn vom 18. Juni 1984; Dok. 222, Anm. 7.

4 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

5 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78% der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6% der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

Zum Thema der Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit erinnerte der Bundeskanzler daran, daß die Bundesregierung begonnen habe, die Konsequenzen aus den bevorstehenden demographischen Entwicklungen zu ziehen.[6] Diese Wirkungen seien erst für 1990 zu erwarten, doch müsse die gesetzliche Regelung bis 1988 fertig sein. Deshalb sei die Bundesregierung entschlossen, die notwendigen Beschlüsse bald zu fassen. Er gehe davon aus, daß die Wehrpflichtverlängerung mit der Mehrheit der Wahl von 1983[7] gebilligt werde.

Der *Präsident* erwiderte mit der Bemerkung, daß er den Bundeskanzler für die Haltung der Bundesregierung in der Frage der Wehrpflichtverlängerung beglückwünsche.

Was die Verhandlungen mit der Sowjetunion anginge, könne er sagen, daß er mit dieser Entwicklung gerechnet habe, ohne daß er dies gegenüber den Sowjets herausstellen wolle. Für die amerikanische Verhandlungsführung werde es wichtig sein, daß nicht der Anschein erweckt werde, als ob die USA von ihren Bündnispartnern gedrängt würden, Konzessionen zu machen. Die Verhandlungen würden aller Voraussicht nach nicht leicht sein.

Der Präsident erinnerte daran, daß er ein gutes Treffen mit AM Gromyko gehabt habe.[8] Sie hätten vor allen Dingen übereinstimmend die Überzeugung geäußert, daß es notwendig sei, die Zahl der nuklearen Waffen drastisch zu reduzieren. Bei dem Treffen habe er, der Präsident, den Eindruck gehabt, daß Gromyko sich mit dem Gedanken der Verhandlungsaufnahme anfreunde. Das Treffen habe Voraussetzungen für die Verhandlungen geschaffen.

AM *Shultz* ergänzte, daß in der Woche des Gesprächs Gromykos mit dem Präsidenten eine deutliche Entwicklung vom Treffen in New York bis zu dem in Washington festzustellen gewesen sei. Für ihn seien dabei die engen Konsultationen mit den Bündnispartnern wichtig gewesen.

Der *Präsident* wies darauf hin, daß ihm die Entwicklung in Belgien Sorge mache.[9] Er habe einen Brief an Ministerpräsident Martens geschrieben. Eine Verzögerung im Dislozierungsfahrplan der Alliierten würde die Verhandlungen erschweren. In diesem Zusammenhang teilte der Präsident mit, daß er von den Belgiern darüber unterrichtet worden sei, daß die belgische Regierung sich unverändert an den Doppelbeschluß von 1979[10] halte. Eine Entscheidung hinsichtlich des Zeitplans werde nach dem Besuch von Martens in Washington[11] getroffen werden.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er am Tag der Abreise aus Bonn mit Ministerpräsident Martens telefoniert habe. Dessen Besuch in Washington würde von sehr großer Bedeutung sein. Er hielte es deshalb für entscheidend, daß Mar-

6 Zur Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 251.

7 Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt, bei denen CDU (38,2%) und CSU (10,6%) zusammen 48,8% der abgegebenen Stimmen erreichten. Die FDP kam auf 7,0% der Stimmen.

8 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

9 Zur INF-Stationierung in Belgien vgl. Dok. 302.

10 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

11 Ministerpräsident Martens besuchte die USA vom 13. bis 15. Januar 1985.

tens' Besuch sehr positiv gestaltet werde und daß ihm der Eindruck vermittelt werde, fest in unsere Freundschaft eingebunden zu sein. Was die Bundesregierung und er persönlich tun könnten, zu helfen, werde geschehen.

AM *Shultz* erinnerte an eine Bemerkung des Bundeskanzlers vom Vormittag, daß man darauf vorbereitet sein müsse, geduldig zu verhandeln und übertriebene Erwartungen zu vermeiden. Er wolle dazu feststellen, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, so früh wie möglich konkrete Ergebnisse zu erzielen. Andererseits werde die amerikanische Regierung so geduldig wie nötig und realistisch verhandeln und sich nicht selbst in Zugzwang setzen.

Beim Mittagessen sprach der *Bundeskanzler* das Thema des 40. Jahrestages des Kriegsendes an. Hierbei handele es sich nicht um eine Protokollfrage, sondern um die Stunde Null für das deutsche Volk, mit der schmerzhafte Erinnerungen verbunden seien. Es sei wichtig, wie sich in diesem Augenblick die Freunde verhielten, die vor 40 Jahren unsere Gegner gewesen seien.

Es werde eine großartige Sache sein, wenn im Anschluß an den Weltwirtschaftsgipfel der Präsident zwei Tage in der Bundesrepublik Deutschland bleiben könne.[12] Dies könne für eine Demonstration der Freundschaft genutzt werden. Dabei könne man etwa an einen Besuch auf einem Soldatenfriedhof denken, der die gleiche Bedeutung haben könne wie sein und Präsident Mitterrands Zusammentreffen in Verdun[13]. Denkbar sei weiter ein Treffen mit jungen deutschen und amerikanischen Menschen.

Der Bundeskanzler erwähnte, daß wir planten, daß am Vorabend des 8. Mai der Bundespräsident eine Ansprache halte und daß dann im Kölner Dom ein ökumenischer Gottesdienst stattfinde. Er selbst beabsichtige, am 8. Mai in Bergen-Belsen zu sprechen.

Der Besuch des Präsidenten in der Bundesrepublik Deutschland in der genannten Zeit würde ein entscheidender Beitrag für die deutsch-amerikanischen Beziehungen sein.

Der *Präsident* erwiderte, es sei ihm klar, daß die Sowjetunion eine Propagandaoffensive gegen die Bundesrepublik Deutschland plane. Ihm persönlich gefalle, was der Bundeskanzler gesagt habe, doch habe er noch keine spezifische Antwort. Er glaube, daß es darauf ankomme, daß der 8. Mai als der Tag dargestellt werde, an dem der Friede und die Freundschaft zwischen unseren Völkern begonnen haben, und daß uns der Friede 40 Jahre lang erhalten blieb. Er wolle gerne hilfreich sein, um in dieser Angelegenheit einen Erfolg zu erzielen.

Der *Bundeskanzler* erwähnte, daß die Vorbereitung auf den 40. Jahrestag eine Sache sei, derer er sich ganz persönlich annehmen werde.

AM *Shultz* sagte, mit Erlaubnis des Präsidenten werde man amerikanischerseits mit der Bundesrepublik eng bei der Entwicklung eines Programms zusammenarbeiten.

VS-Bd. 11317 (220)

12 Präsident Reagan besuchte die Bundesrepublik vom 30. April bis 6. Mai 1985. Vom 2. bis 4. Mai 1985 nahm er am Weltwirtschaftsgipfel teil.

13 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

323

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

214-321.11 POL-2192/84 geheim **30. November 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Hintergründe der Verschiebung Ihres Besuchs in der Volksrepublik Polen[4]

Anlg.: 2[5]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

1) Die Hintergründe für die Verhärtung der polnischen Haltung in mehreren, Ihren Besuch in Warschau betreffenden Fragen (Visum Ströhm, deutsches Soldatengrab, Grab Popiełuszko[6]) am Vorabend des Besuchsbeginnes sind nicht eindeutig zu erkennen. Unter Berücksichtigung der zeitlichen Abfolge der Ereignisse (siehe Anlage 1) steht jedoch fest, daß

– Entscheidungen auf politischer Ebene (AM Olszowski) getroffen wurden,
– die polnische Seite ihre Haltung kurzfristig verschärfte, sie allerdings schon bei der ersten Erörterung der Kranzniederlegung am deutschen Soldatengrab und des Ströhm-Visums ablehnend reagierte.

2) Die Visumsverweigerung für Ströhm wurde von AM Olszowski am 20. November 1984 aus einer Politbürositzung heraus bestätigt, Ihre beabsichtigte Kranzniederlegung am deutschen Soldatengrab der „Amtsleitung" zur Kenntnis gebracht. Da bei Ihrem Warschau-Besuch im März 1981[7] AM Czyrek persönlich positive Entscheidungen in beiden Fragen getroffen hatte, wird das polnische Außenministerium auch die negative Erklärung zum Soldatengrab am 20. November 1984 nur mit Billigung von AM Olszowski an unsere Botschaft übermittelt haben.

3) Es ist davon auszugehen, daß AM Olszowski seine negative Haltung zum Ströhm-Visum nicht allein entschieden hat.[8] AM Olszowski wird in seiner Hal-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß und Legationssekretär Silberberg konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vorgelegen.

2 Hat den Staatssekretären Meyer-Landrut und Ruhfus am 30. November 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 1. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 4. Dezember 1984 vorgelegen.

4 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Polen vgl. auch Dok. 324.

5 Dem Vorgang beigefügt. Zu Anlage 2 vgl. Anm. 11.

6 Zur Ermordung des polnischen Priesters Popiełuszko am 19. Oktober 1984 vgl. Dok. 292, besonders Anm. 2.

7 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

8 Die Wörter „allein entschieden hat" wurden von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „unabhängig eingenommen, sondern sie im Politbüro erörtert hat".

tung von anderen Mitgliedern der orthodoxen Gruppe in der Partei (z. B. ZK-Sekretär Milewski) in einer Form bestärkt worden sein, die MP Jaruzelski angesichts des internen Machtkampfes in Warschau wahrscheinlich nur die Wahl ließ zuzustimmen.

4) Die orthodoxe Gruppe war von vornherein gegen Ihren Besuch eingestellt und suchte schon frühzeitig Zweifel am Zustandekommen des Besuches zu wekken; beispielsweise streute der zu dieser Gruppe gehörende polnische Botschafter in Moskau, Kociołek, Ende September entsprechende Gerüchte aus. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß zwei Angehörige (Botschaftsräte Król und Sułek) der hiesigen polnischen Botschaft am 19. November 1984 gegenüber Professor Strobel eine Absage Ihres Besuches für möglich hielten.

5) Die Handlungsweise der orthodoxen Gruppe diente offensichtlich dem Ziel, die durch die Ermordung Popiełuszkos ohnehin unsichere Stellung Jaruzelskis weiter zu schwächen. Unsere Botschaft Warschau hatte aus gut unterrichteter Quelle erfahren, daß das Verhältnis Jaruzelskis zur sowjetischen Führung gespannt sei[9] und es Pläne gegeben habe, Jaruzelski auf dem letzten ZK-Plenum der PVAP (26./27. Oktober 1984[10]) abzulösen (s. Anlage 2[11]).

Eine Störung der sich anbahnenden und von MP Jaruzelski geförderten Westkontakte Polens würde sich nachteilig für den polnischen Ministerpräsidenten auswirken und sicherlich im Interesse der Sowjetunion liegen. Ein direkter Einfluß Moskaus auf die Verhärtung der polnischen Haltung gegenüber Ihrem Besuch ist nicht nachzuweisen. Es ist allerdings bemerkenswert, daß AM Olszowski vom 10.–13. November 1984 außer Landes war, ohne daß es hierfür eine offizielle Erklärung gibt. Erfahrungsgemäß bedeutet eine solche Abwesenheit einen Aufenthalt in der Sowjetunion.

6) Die Schlußfolgerung, daß AM Olszowski und damit die orthodoxe Gruppe in der Frage Ihres Besuchs eine distanziertere Haltung einnahm und weiter einnimmt[12], wird durch die Äußerungen MP Jaruzelskis (Pressekonferenz am 28.11.1984) und AM Olszowskis (Interview mit norwegischem Rundfunk am 27.11.1984) erhärtet. Während MP Jaruzelski erklärte, Polen sei weiter für ei-

9 Zum Verhältnis des Ministerpräsidenten Jaruzelski zum Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vgl. Dok. 333.

10 Korrigiert aus: „25./26. Oktober 1984".

11 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Röding berichtete am 12. November 1984, aus einem „Gespräch mit gut informierter Persönlichkeit" halte er fest: „Tschernenko habe nicht die drei grundlegenden Punkte der Verständigung Jaruzelskis mit Andropow voll übernommen. Diese gingen davon aus, daß trotz eindeutiger Konzentration der politischen Führung bei der PVAP-Führung die Herausstellung des Koalitionscharakters der Führung und einer gesellschaftspolitischen Initiativrolle der Patriotischen Bewegung der Nationalen Wiedergeburt P[atriotyczny]R[uch]O[drodzenia]N[arodowego] möglich sei. Die Kirche als Institution sei ein wichtiger Dialogpartner, der für die Stabilisierung der Gesellschaft [und] moralische Erziehung unerläßlich sei. Beide Punkte habe Tschernenko, der in Propagandakategorien denke, nicht übernommen. Lediglich der dritte Punkt sei weiterhin gültig, daß die Verbesserung der Beziehungen Polens zu den USA nicht Sache Polens, sondern der Sowjetunion sei und von der Entwicklung der Beziehungen UdSSR–USA abhänge. […] Auf dem 17. Plenum sei Jaruzelski bereits eine Rücktrittserklärung vorgelegt worden, in der es hieß, er trage zwar keine Schuld, übernehme aber die politische Verantwortung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1417; VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Der Passus „in der Frage … einnimmt" wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „für die Verschiebung Ihres Besuches verantwortlich ist".

nen deutsch-polnischen Dialog, und er sehe in Ihnen einen interessanten Gesprächspartner, führte AM Olszowski aus, nach der Verschiebung des Besuches müsse alles neu verhandelt werden.

Pfeffer

Anlage 1

1) Am 7.11. war im polnischen AM eine erste Liste von Journalisten, die Sie begleiten wollten, übergeben worden. Diese Liste enthielt bereits den Namen von Carl Gustaf Ströhm („Die Welt"). Bei Übergabe der Liste wies der zuständige Referent im PAM[13] darauf hin, daß dem polnischen Journalisten Wojciewski ein Visum für die Bundesrepublik Deutschland verweigert worden sei und daß dies eine Berufung auf Gegenseitigkeit nach sich ziehen könne.

Erst am 16.11. wurde sowohl in Bonn als auch in Warschau bekannt, daß die Erteilung eines Visums für C. G. Ströhm schwierig sei. Die Entscheidung zur Visumsverweigerung fiel jedoch erst zwischen dem 17. und 19.11. und wurde nach Ansicht unserer Botschaft zunächst auf Abteilungsleiter- oder VAM-Ebene getroffen. Eine bestätigende Entscheidung von AM Olszowski sei vermutlich erst am Nachmittag des 20.11. gefallen.

2) Ihr Wunsch, im Verlauf Ihres Besuches in Warschau einen Kranz am Grabe eines deutschen Soldaten niederzulegen, wurde gegenüber der polnischen Seite am 6.11. erstmals zur Sprache gebracht. VAM Kucza reagierte auf dieses Anliegen äußerst zurückhaltend und bat, diesen Programmpunkt mit allem Ernst zu überprüfen. Am 14.11. wiederholte der zuständige Abteilungsleiter im PAM, Noworyta, die Bitte Kuczas und sagte auf Hinweis von Botschafter Röding auf Ihren fortbestehenden Wunsch Unterrichtung seiner Amtsleitung zu. Erst am Nachmittag des 20.11. (15.30 Uhr) wurde unserem Gesandten in Warschau[14] von dem zuständigen polnischen Protokoll-Referenten telefonisch eine förmliche Erklärung vorgelesen, daß die polnische Seite mit der beabsichtigten Kranzniederlegung an einem deutschen Soldatengrab nicht einverstanden sei. Statt dessen wurde vorgeschlagen, einen Kranz an Gräbern in Polen gefallener deutscher Antifaschisten in Evina niederzulegen. Die Entscheidungen in dieser Frage gehen vermutlich auf VAM Kucza zurück, der jedoch AM Olszowski unterrichtet haben dürfte.

3) Nicht-offizielle Programmpunkte (Kranzniederlegung am Grab Popiełuszkos, Treffen mit Oppositionellen) wurden gegenüber der polnischen Seite mit Ausnahme des Treffens BM–Primas Glemp nicht angesprochen. Am 14.11. wiesen jedoch sowohl Abteilungsleiter Noworyta gegenüber Botschafter Röding als auch der polnischen Gesandte Sędziwy gegenüber Dg 21[15] „vorsorglich" auf Bedenken der polnischen Regierung gegen Kontakte offizieller Besucher mit Vertretern der Opposition hin.

Regierungssprecher Urban hatte am 7.11.1984 auf einer Pressekonferenz den britischen StM Rifkind scharf angegriffen, weil dieser während seines Besuches in Polen (3.–7.11.) mit Oppositionellen zusammengetroffen war und am

13 Polnisches Außenministerium.
14 Dietrich Graf von Brühl.
15 Gerold Edler von Braunmühl.

Grabe Popiełuszkos einen Kranz niedergelegt hatte. Am 13.11. hatte Urban auf eine offensichtlich bestellte Frage eines polnischen Journalisten wiederholt, offizielle Besuche hätten in Übereinstimmung mit dem bilateral vereinbarten Programm abzulaufen. Am 20.11. schließlich hatte Urban diese Haltung erneut bekräftigt und zugleich die Bundesregierung aufgefordert, sich von revanchistischen Kräften zu distanzieren.

Entscheidungen in dieser Frage sind nach Auffassung unserer Botschaft auf der politischen Ebene (mindestens AM Olszowski) getroffen worden.

VS-Bd. 13410 (214)

324

Botschafter Hermes, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

114-4800/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 30. November 1984, 16.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 181 **Ankunft: 30. November 1984, 18.44 Uhr**

Mit der Bitte, Inhalt des Berichts nur einem sehr beschränkten Leserkreis zur Kenntnis zu bringen

Betr.: deutsch-polnische Beziehungen nach dem abgesagten Polenbesuch des Bundesministers[2];
hier: Gespräch mit Kardinal Glemp in Rom am 29.11.1984

Das einstündige Gespräch, um das ich nachgesucht hatte, fand am 29. November im Päpstlichen Polnischen Kolleg in Rom statt. Dessen Rektor[3] begrüßte mich in deutscher Sprache, die er, wie er sagte, während eines vierjährigen KZ-Aufenthalts in Dachau gelernt habe. Kardinal Glemp wäre ebenfalls bereit gewesen, mit mir deutsch zu sprechen, zog aber die italienische Sprache vor, die ihm geläufiger war.

Ich überbrachte zunächst die Grüße des Bundesministers und dessen Bedauern über die wegen der Absage des Polenbesuchs unterbliebene Begegnung in Warschau. Ich nannte die drei Gründe, die die Absage unvermeidlich gemacht hätten, und erbat die Meinung des Kardinals hierzu und auch zu der Frage, ob die polnischen Verweigerungen zu den drei Punkten nicht gerade den Zweck gehabt hätten, den Besuch unmöglich zu machen.

Das könne er nicht beantworten, sagte der Kardinal. Aber die Vermutung sei begründet, daß mehr dahinterstecke als nur das Nein auf die drei Punkte. Es gäbe eine starke Opposition gegen Jaruzelski, zu der auch AM Olszowski ge-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 3. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz vermerkte: „Hat vorgelegen?“
Hat Ploetz am 3. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dublin.“

2 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Polen vgl. auch Dok. 323.

3 Józef Michalik.

rechnet werden müsse. Czyreks Einfluß hielt er nicht für sehr bedeutend. Jedenfalls müsse man diesen Eindruck gewinnen, da er wenig in die Öffentlichkeit hineinwirke. Wichtig sei vor allem – und der Kardinal wiederholte das mehrfach in unserem Gespräch –, daß der Westen seine politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen zu Polen verstärke. Der Besuch des Bundesaußenministers, den er persönlich sehr schätze, wäre deshalb so wichtig gewesen. Um die Isolierung zu durchbrechen, brauche Polen mehr und intensivere Beziehungen zum Westen. Das habe er am heutigen Tage auch dem Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft beim Heiligen Stuhl gesagt, wozu er auf den amerikanischen Widerstand gegen die Aufnahme Polens in den IWF[4] Bezug genommen habe. In demselben Sinne sei auch der bevorstehende Besuch des italienischen Außenministers Andreotti in Warschau[5] so wichtig.

Zu den drei Punkten, die die Absage des Polenbesuchs des Bundesaußenministers unvermeidlich gemacht hatten, nahm Kardinal Glemp wie folgt Stellung:

1) (Mitnahme eines bestimmten Journalisten)

Bei allem Verständnis stelle sich doch die Frage, ob es bei sowieso mitreisenden 39 Journalisten auf den einen unbedingt angekommen wäre.

2) Der Besuch eines deutschen Soldatengrabs berühre die polnische Empfindlichkeit, und zwar nirgendwo mehr als in Warschau. Auf meine Erläuterung meinte der Kardinal, er und viele Polen wüßten, daß die Masse der deutschen Soldaten nicht mit den Nazi-Greueltaten in Verbindung gebracht werden dürfte. Diese Unterscheidung zu machen, sei aber in Warschau schwierig. Auf jeden Fall sei es der Regierung ein leichtes, in dieser Frage antideutsche Gefühle der Bevölkerung zu erregen und öffentliche Zustimmung für die Weigerung zu erhalten, das Grab eines unbekannten deutschen Soldaten besuchen zu können.

Kardinal Glemp wies auf das Grab eines aus dem heutigen Österreich stammenden deutschen Soldaten namens Schimek (phonetisch) hin, der von den Deutschen füsiliert worden sei, weil er sich standhaft geweigert habe, an Erschießungen unschuldiger Polen teilzunehmen. An dem Besuch eines solchen Grabes könnte natürlich niemand Anstoß nehmen. Er habe gehört, daß es bei Radom das Grab eines deutschen Soldaten geben solle, das sich in diesem Sinn für einen Besuch eigne.

4 Zu einem IWF-Beitritt Polens und zur amerikanischen Haltung vgl. Dok. 253, Anm. 14, und Dok. 267, Anm. 6.
Referat 421 notierte am 3. Dezember 1984: „In einem Ministergespräch unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers wurde am 20.11.1984 unsere Haltung folgendermaßen umrissen: ‚Die Bundesregierung befürwortet grundsätzlich den IWF-Beitritt Polens. Allerdings erwarten wir, daß Polen sich den allgemeinen Regeln des Fonds unterwirft und nicht seinerseits durch Vorbedingungen die Beitrittsverhandlungen unnötig erschwert. Die Bundesregierung erwartet in diesem Zusammenhang, daß Polen sich um eine befriedigende Regelung seiner Auslandsschulden bemüht.‘“ Vgl. Referat 412, Bd. 130574.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohmes informierte am 17. Dezember 1984: „Amerikanische Botschaft teilte am 14.12.1984 die Aufhebung der im Zusammenhang mit dem Polen-Embargo von Ende 1981 erhobenen amerikanischen Vorbehalte gegenüber dem polnischen Antrag mit. Nach Ansicht der US-Regierung sei inzwischen eine positive Atmosphäre geschaffen worden, die die Reaktivierung des polnischen Antrages auf IWF-Mitgliedschaft erlaube. Die amerik[anische] Regierung erwarte, daß der IWF auf Polen das normale Beitrittsverfahren anwenden werde.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130574.

5 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 20. bis 23. Dezember 1984 in Polen auf.

3) Er verstehe, daß die polnische Regierung nicht wünsche, daß der Besuch am Grab Popiełuszkos zu einem ständigen Programmpunkt westlicher offizieller Besucher werde. Obwohl Jaruzelski in ehrlicher Gesinnung den Mord[6] verurteilt habe, kämen die Mörder doch aus dem System. Jeder Besuch am Grab würde damit indirekt zu einer demonstrativen Verurteilung des Regimes.

Dann machte Kardinal Glemp längere Ausführungen zu Person und Tätigkeit Popiełuszkos, über die ich wegen der Bitte um strenge Vertraulichkeit nicht schriftlich berichten kann.

Auch wenn die Schlußfolgerungen des Kardinals sehr vorsichtig gezogen wurden, läßt sich doch als Ergebnis festhalten, daß die katholische Kirche Polens nach der Einschätzung des Kardinalprimas nicht daran interessiert sei, daß das Grab Popiełuszkos ein routinemäßiger Programmpunkt offizieller westlicher Besucher wird.

Ich wies darauf hin, daß es für den Bundesaußenminister schwierig sein werde, diesen Programmpunkt, den er übrigens vor seiner beabsichtigten Reise niemals als feststehend genannt habe, ersatzlos ausfallen zu lassen, da dies im Westen, aber auch in Polen, als ein Zurückweichen vor der polnischen Regierung und als Desavouierung der gläubigen Bevölkerung angesehen werden müßte. Ich machte dann einen persönlichen Alternativvorschlag: Ob der AM, statt an das Grab Popiełuszkos zu gehen, der Warschauer Kathedrale Sankt Johannes einen Besuch abstatten könne, mit dem er der gläubigen Bevölkerung und den Zeugen im Kampf für die Freiheit, und damit auch dem Priester Popiełuszko, seinen Respekt erweise. Kardinal Glemp meinte, gegen einen solchen Besuch werde die Regierung nichts haben. In der Kirche seien die Kardinäle Wyszyński und Hlond begraben, sie sei daher auch repräsentativ für die jüngste Geschichte Polens. Nur ein Besuch in der Kathedrale könne diesen allgemeinen symbolischen Charakter haben. Kardinal Glemp wurde dann ganz bestimmt und sagte, er hielte diesen Alternativvorschlag mit dem Besuch in der Warschauer Kathedrale für eine ausgezeichnete Lösung und hervorragende Alternative zum Besuch des Grabes Popiełuszkos.

Ich sagte zu, seine volle Zustimmung zu dieser Alternative dem Bundesaußenminister mitzuteilen.

Kardinal Glemp führte den Gedanken weiter und ergänzte, daß er wahrscheinlich diese Anregung den italienischen AM Andreotti wissen lassen werde, für den das auch eine wichtige Überlegung für seinen bevorstehenden Polenbesuch sein könne.

Ich fragte nach dem Stand des Landwirtschaftsprojekts der Kirche[7] und bestätigte unser anhaltendes Interesse und unsere finanzielle Unterstützung.

6 Zur Ermordung des polnischen Priesters Popiełuszko am 19. Oktober 1984 vgl. Dok. 292, besonders Anm. 2.

7 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 245, Anm. 20. Ministerialdirektor Ungerer vermerkte am 30. November 1984: „Wie aus britischer Botschaft bekannt wird, hat britisches Kabinett in dieser Woche eine finanzielle Unterstützung des polnischen Landwirtschaftsprojekts sowohl national als auch über die EG abgelehnt. Diese Ablehnung macht, wenn sie aufrechterhalten wird, eine spätere Beteiligung der EG an dem Projekt unmöglich. Sie erschwert darüber hinaus eine nationale Beteiligung der wichtigsten übrigen EG-MS, die wiederum Voraussetzung für unseren nationalen Beitrag ist. Das Projekt ist damit ernsthaft gefährdet, da

Kardinal Glemp erwiderte, die endgültige Zustimmung der Regierung werde, so scheine es, nur noch durch die ungelöste Zollfrage verhindert. Dies sei aber nach seiner Ansicht nur scheinbar so, denn, wenn die Regierung wolle, sei die Zollfrage, die nicht substantieller Natur sei, leicht zu lösen. Es sei daher wohl so, daß sich hinter der Zollfrage sehr starke Widerstände gegen das Projekt verbergen würden, möglicherweise von „oben", womit er Moskau meinte.

Kardinal Glemp kam dann von sich aus auf seine Rede in Tschenstochau vom vergangenen Sommer[8] zu sprechen, die so viel böses Blut in Deutschland gemacht habe und leider nicht vollständig gelesen worden sei. Er habe in keiner Weise die Deutschen angesprochen, sondern sich ausschließlich an die neuen Deutschen, die in Wirklichkeit Polen seien, gewandt. Vor dem Kriege habe es im deutschen Schlesien zahlreiche Polen gegeben, die auf dem Gebrauch der polnischen Sprache in den Gottesdiensten bestanden hätten. Nach dem Kriege hätten diese Polen in dem polnisch gewordenen Gebiet das gehabt, wofür sie sich früher eingesetzt hätten. Es hätte aber vielen unter ihnen nicht gepaßt, unter einem kommunistischen Regime in Polen zu leben. Das sei der eigentliche Grund für ihre Ausreisewünsche gewesen, und dies sei eine eigentümliche Einstellung zu Polen und zum Polentum.

Ohne dieser bezeichnenden, aber schwachen Argumentation des Kardinals entgegenzutreten, erwiderte ich, daß es in Volkstumsfragen, gerade in zweifelhaften, keine objektiven Kriterien, sondern nur die subjektive Entscheidung der Betroffenen geben könne. Die persönliche Entscheidung müßte in jedem Fall respektiert werden. Dem widersprach der Kardinal nicht, und er zeigte auch Verständnis für meine Bemerkung, daß auch die noch nicht vernarbten Wunden der Vertriebenen geachtet werden müßten. In 20 bis 30 Jahren werde die Lage anders sein, wozu der Kardinal meinte, wohl schon in zehn Jahren.

Kardinal Glemp wies auf drei gegenwärtige deutschsprachige Gottesdienste in Breslau, Grünberg und einem anderen Ort hin. Die Zahlen des Gottesdienstbesuchs lägen bei 90, 60 und 30. In Oberschlesien dagegen gebe es keinerlei deutschsprachige Gottesdienste mehr.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14124 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1496

auch die USA ihren Beitrag in Höhe von 10 Mio. Dollar für die Pilotphase von einer entsprechenden Beteiligung der EG abhängig machen." Vgl. Referat 421, Bd. 140342.

8 Zur Rede des Primas von Polen, Kardinal Glemp, vom 15. August 1984 vgl. Dok. 267, Anm. 5.

325

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-4808/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 30. November 1984, 18.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5132 **Ankunft: 1. Dezember 1984, 00.56 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Washington am 30.11.[2];
hier: Gespräch mit AM Shultz von 8.00–9.15 Uhr

Zur Unterrichtung

Der Bundeskanzler empfing im Beisein des Bundesministers Außenminister Shultz zu einem Gespräch beim Frühstück, das fünf Viertelstunden dauerte. Außenminister war begleitet von Dam, Armacost, Burns, Burt, Niles und Dolmetscher Obst.

Auf deutscher Seite nahmen die Abgeordneten Ronneburger und Klein sowie Boenisch, van Well, Teltschik, Ruth und Dolmetscher Weber teil.

In dem sehr intensiven Gespräch kamen folgende Themen zur Sprache:

– Vorbereitungen auf das Gespräch Shultz–Gromyko am 7. und 8. Januar und seine Chancen,
– die Fortsetzung der Konsultationen,
– spezifische Berlin-Probleme (gesonderter Bericht[3]),
– die Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels[4] und des 40. Jahrestages des Kriegsendes (gesonderter Bericht[5]),

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 1. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister."
Hat Ploetz am 4. Dezember 1984 erneut vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 322 und Dok. 326.

3 Botschafter van Well, Washington, teilte am 4. Dezember 1984 mit, in dem „Morgengespräch" mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 30. November 1984 habe Bundeskanzler Kohl ausgeführt: „In Berlin stünden wir vor einem großen Problem. Zunächst für die deutsche Seite, dann später aber auch für die Westalliierten. 10 000 bis 12 000 junger Leute, die im Bundesgebiet wehrpflichtig seien, zögen jährlich nach Berlin (West), zu einem bedeutenden Teil, um sich dort der Wehrpflicht zu entziehen. Sie würden dort Wähler. Jedes Jahr zögen so ein Prozent der Wähler in dieser Kategorie nach Berlin. Die alternativen Gruppen profitierten stark von diesem Zuzug. Man könne sich fast ausrechnen, in welcher Weise über eine gewisse Zeit der Wahlausgang hiervon beeinflußt werden wird. Durch diese gegenüber dem Bundesgebiet atypische Verschiebung im Wählerpotential könne man absehen, wann in Berlin eine neutralistische Mehrheit drohe. Das zweite Problem in Berlin sei die Überalterung der Stadt. Der Zuzug von jungen Menschen sei sehr erwünscht, aber man wünsche sich eine andere Art von jungen Menschen. Das Problem sei nur durch Zusammenarbeit mit den drei Westmächten zu lösen. Man solle die Frage zunächst auf hoher Ebene besprechen. Er schlage vor, bei dem bevorstehenden Vierertreffen auf Außenministerebene in Brüssel das Thema aufzunehmen". Shultz habe diesem Vorschlag zugestimmt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5190; VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 in Bonn statt.

5 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 2. Dezember 1984, das Thema 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa sei „sowohl beim Frühstück mit AM Shultz wie auch beim Gespräch im Weißen Haus mit Präsident Reagan eingehend erörtert" worden: „Im Gespräch mit Shultz verwies der Bundeskanzler auf die Tatsache, daß Präsident Reagan vom 2.–4. Mai 1985 zum Weltwirt-

– jüngste amerikanische Entscheidungen beim Stahlimport[6] (gesonderter Bericht[7]).

I. 1) Einleitend wurden Bemerkungen zur am frühen Morgen fertiggestellten gemeinsamen Erklärung[8] ausgetauscht. Bundeskanzler und Bundesminister zeigten sich sehr befriedigt über den verabschiedeten Text. AM Shultz bemerkte, daß solche Texte wie auch der gestrige Anruf des Bundeskanzlers bei Ministerpräsident Martens, die Haltung der Regierung Kohl in der INF-Frage, von entscheidender Bedeutung sind für die Unterstreichung der Bündniseinheit. Diese Akzente seien wichtig im Blick auf für Januar vorgesehene Gespräche mit der Sowjetunion.

2) Zu den Januar-Gesprächen[9] führte AM Shultz aus:

a) Es sei offenkundig, daß sich der Ton zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zum Besseren verändert hat.

Auf amerikanischer Seite habe es eine Entwicklung von der Ost-West-Rede des amerikanischen Präsidenten vor der Eröffnung der KVAE[10] bis zu dem Austausch von Glückwunsch-Adressen Anfang November[11] gegeben. Das Tscher-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1498

schaftsgipfel nach Bonn komme. Er würde es sehr begrüßen, wenn der Präsident anschließend zwei Tage einen offiziellen Besuch der Bundesrepublik Deutschland machen könnte. […] Der Tag sei für uns ein Rückblick auf eine Katastrophe, und zwar unter jeder Perspektive, und wo immer man als Deutscher gestanden habe. Für uns war es eine Stunde Null." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5158/5159; Referat 204, Bd. 135258.

6 Zu den amerikanischen Einfuhrbegrenzungen und Zöllen für Edelstahleinfuhren in die USA vgl. Dok. 122, Anm. 38.
Referat 412 notierte am 28. November 1984: „Der zwischen VP Davignon und US Trade Representative Brock/Undersecretary Olmer (D[epartment]O[f]C[ommerce]) ausgehandelte und vom EG-Ministerrat (Stahl) am 22.11.1984 akzeptierte Entwurf eines Stahlröhrenabkommens, durch das auf dem Wege der Selbstbeschränkung der EG-Anteil am US-Stahlrohrmarkt ab 1.12.1984 für zwei Jahre auf 7,6% begrenzt werden sollte (nach 5,9%-Regelung des Röhren-Briefwechsels vom 21.10.1982, deren Überschreitung allerdings nur Auslöser für Konsultationen sein sollte), ist von der US-Industrie – offensichtlich entgegen der Erwartung der Administration – abgelehnt worden." Vgl. Referat 411, Bd. 131193.

7 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 1. Dezember 1984: „Bereits beim Frühstück mit Außenminister Shultz verwies der Bundeskanzler einleitend auf die Notwendigkeit, über die Stahlfrage zu sprechen, da die jüngsten amerikanischen Maßnahmen bei dem EG-Gipfel am 3. und 4. Dezember in Dublin lebhaft diskutiert werden würden. […] Shultz antwortete, die Stahlwirtschaft sei in der ganzen Welt nicht gerade ein Wettbewerbsmarkt. 1982 habe es eine Absprache in Form eines Briefwechsels gegeben, daß die EG ihre Stahlröhrenexporte auf 5,9 Prozent des Marktanteils in USA halten sollte. Während 1983 die EG-Exporte gesunken seien, seien sie 1984 plötzlich stark gestiegen. Die deutschen Exporte seien allein über 5,9 Prozent angewachsen. Die amerikanische Stahlindustrie habe sich sehr darüber aufgeregt, hinzu sei das enorme Wachstum des US-Handelsdefizits über 100 Mrd. Dollar gekommen. Dies werde zu einem explosiven Problem." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5157; Referat 204, Bd. 135258.

8 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan vom 30. November 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 1313–1315.

9 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

10 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar in Washington 1984 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

11 Nach den Feierlichkeiten zum 67. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6./7. November 1984 informierte Botschafter Kastl, Moskau, am 15. November 1984: „In Viererrunde teilte Botschafter Hartman – ich bitte dringend um Quellenschutz auch in Washington – mit, die sowjet[ische] Seite habe auf die persönlichen Glückwünsche Reagans zur Revolutionsfeier bemerkenswerterweise innerhalb von 24 Stunden reagiert. Während des Empfanges im Kreml habe er, Hartman, mit dem Berater des

nenko-Statement zum Wahlsieg Präsident Reagans[12] sei positiv und im Ton konzilianter gewesen als alles, was vorher zu beobachten gewesen sei.[13] Auch in der Woche, in der Gromyko zum Gespräch mit Präsident Reagan in Washington[14] war, sei eine deutliche Verbesserung des Gesprächstons zu bemerken gewesen, auch wenn sich substantielle Positionen nicht geändert hätten.

3) Die Vereinigten Staaten bereiteten sich sehr sorgfältig auf Genf vor.

Der „Umbrella"-Vorschlag von Präsident Reagan[15] mache es möglich, alle Rüstungskontrollfragen anzusprechen, doch gehe es zunächst um Weltraum- und Nuklearfragen. Die „Umbrella"-Idee sei mit Gromyko erörtert worden. Er, Gromyko, halte die Bezeichnung nicht für gut, sie sei ihm zu romantisch. Der Vorschlag der Sowjetunion für den Gesprächsbeginn in Genf habe dann aber den amerikanischen Vorstellungen in der Sache entsprochen.[16]

4) Ziel der Gespräche sei es, zunächst prozedurale Fragen zu erörtern und damit die Voraussetzungen für substantielle Entwicklungen zu schaffen.

In den Vereinigten Staaten höre man das Argument, daß der Präsident 1985 die gegebene Gelegenheit zu Fortschritten nutzen müsse. Die Haltung der amerikanischen Regierung dazu sei, daß man bereit sei, jeden Fortschritt wahrzunehmen, daß die Regierung aber entschlossen sei, sich nicht unter Zugzwang setzen zu lassen. Er, Shultz, gehe davon aus, daß es sich eher um einen langwierigen und schwierigen Prozeß handeln werde. Aufgabe sei es zunächst, für diese Verhandlungsphase den Ausgangsrahmen zu schaffen.

5) Nach amerikanischer Auffassung werde es wichtig sein, die bestehenden Konsultationsmöglichkeiten voll zu nutzen. Beispielhaft seien die Konsultationen 1983 gewesen.

Auf amerikanischer Seite sei man entschlossen, die Möglichkeiten, im Gespräch mit den Bündnispartnern die INF-Positionen abzustimmen, voll zu nutzen. In

Fortsetzung Fußnote von Seite 1499

GS, Alexandrow-Agentow, kurz Thema eines sowjet.-amerik[anischen] Gipfels erörtert. Auf seine Bemerkung, bei der Vorbereitung eines solchen Treffens solle man vorsichtig vorgehen, habe Alexandrow-Agentow erwidert, die USA sollten aber dabei ‚nicht zu vorsichtig' sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4318; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78% der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6% der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

13 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 9. November 1984: „Prawda druckt am 8.11. Glückwunsch-Telegramm Präsidiums Obersten Sowjets an Präsident Reagan. In dem Telegramm heißt es: ‚Nehmen Sie Glückwünsche zur Wiederwahl als Präsident der USA entgegen. […] Sowjetunion ihrerseits ist bereit, gemeinsam zur Verbesserung sowjetisch-amerikanischer Beziehungen auf Grundlage der Gleichheit und gegenseitiger Berücksichtigung der berechtigten Interessen zur Beseitigung der Kriegsgefahr und zur radikalen Gesundung der intern[ationalen] Lage zu wirken.'" Kastl führte weiter aus, bemerkenswert sei, daß die „Wende" nicht einseitig von einer Änderung der amerikanischen Haltung abhängig gemacht werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4261; Referat 213, Bd. 139347.

14 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

15 Zum amerikanischen „Umbrella-Konzept" vgl. die Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York; Dok. 244, Anm. 7.

16 Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetische Presseerklärung vom 22. November 1984; Dok. 311, Anm. 6.

den nächsten Wochen könne das im DPC[17], in der NATO-Außenministersitzung[18] und in der darauf folgenden Beratung der SCG[19] geschehen.

Wichtig sei auch in diesem Zusammenhang, daß im Dezember PM Thatcher[20] und im Januar Ministerpräsident Nakasone[21] nach Washington kommen.

II. Der Bundeskanzler führte aus:

1) Er stimme AM Shultz besonders darin zu, daß es notwendig sei, die Verhandlungen realistisch und ohne Euphorie anzugehen. Psychologisch sei es besser, den Erwartungshorizont tiefer anzusetzen und positive Entwicklungen darstellen zu können, als Abstriche machen zu müssen.

2) Es gebe positive Fakten wie lange nicht mehr:

– Der Präsident stehe auf der Höhe seiner Autorität und Popularität. Er sei ein Mann, der einen historischen Beitrag leisten wolle.
– In Europa finde sich eine Konstellation der Regierungen, die bei allen Unterschieden und parteipolitischen Standpunkten gleicher Meinung hinsichtlich der bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche seien.

Dies sei in seinen zahlreichen Gesprächen vor der Amerika-Reise deutlich geworden.

3) Was die Haltung zur SU angehe, sei zu bedenken, daß der Kreml im Warschauer Pakt zwar das Sagen habe, doch sei auch die Kreml-Führung daran interessiert, in den Staaten Osteuropas Anerkennung zu erfahren. Das sei aus Hinweisen aus Osteuropa deutlich geworden.

Nach seiner Auffassung sei eines der Hauptprobleme, das heute bedacht werden müsse, die Frage, wie die sowjetische Regierung mit möglichst wenig Prestigeverlust an den Verhandlungstisch kommen könne. Dies werde im Westen häufig unterschätzt. Auch Diktaturen wollten respektiert werden.

4) Wir hätten vor zwölf Monaten mit der Stationierung begonnen. Dies habe auf sowjetischer Seite dazu geführt, daß man uns gedroht habe, uns zu bestrafen.

Wir hätten in den letzten zwölf Monaten nach Beginn der Stationierung auch angesichts sowjetischer Drohung immer damit gerechnet, daß die Sowjetunion die Realitäten respektieren würde. Dies werde ihr um so leichter fallen, je weniger ihr Prestige negativ involviert werde. Die Entwicklung habe unsere Auffassung bestätigt.

Was AM Shultz zur Verbesserung der Tonart gesagt hat, sei sicherlich richtig. Wir müßten aber feststellen, daß es jetzt so sei, daß, je weniger die Vereinigten Staaten beschimpft würden, um so mehr Kritik auf uns falle. Wir seien aber in der Lage, dies zu überstehen.

Wichtig sei:

– entschlossen zu verhandeln,

17 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 329.

18 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

19 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 19./20. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 355.

20 Premierministerin Thatcher besuchte die USA am 22. Dezember 1984.

21 Ministerpräsident Nakasone hielt sich am 1./2. Januar 1985 in den USA auf.

– sich nicht unter Zeitdruck setzen zu lassen,
– den Erwartungshorizont nicht zu hoch anzusetzen,
– jeden Schritt in Kooperation mit den westlichen Bündnispartnern zu gehen.

5) In Europa gebe es Stimmen, die davor warnten, die Vereinigten Staaten könnten sich über die Köpfe der Europäer hinweg mit der Sowjetunion einigen. Dies sei nicht seine Position, aber sie müsse im Auge behalten werden. Deshalb sei es wichtig, daß die Beziehungen mit dem europäischen Bündnispartner gepflegt würden.

Besondere Bedeutung komme dem Besuch von Ministerpräsident Martens im Januar zu.[22] Er habe innenpolitische Probleme mit der Stationierung[23], gehe diese aber mit großem Mut an. Bundeskanzler berichtete, daß er lange mit Martens gesprochen habe. Es werde für ihn und die Lage in Belgien von großer Bedeutung sein, welche Bilder von seinem Besuch in Washington ausgingen. Dies sei nicht nur eine Frage des Protokolls.

6) Der Bundeskanzler sagte, er sei insgesamt optimistisch. Bei uns gehe es in der Innen- und Wirtschaftspolitik wieder aufwärts, innenpolitische Probleme, über die ausführlich berichtet werde, müsse man in richtiger Perspektive sehen. Lese man die Berichte in der Washington Post, könne man den Eindruck haben, die politische Lage verändere sich zu unseren Ungunsten.

Richtig sei aber, daß sich die Situation im Blick auf die Wahl von 1987[24] auf der Grundlage der Ergebnisse der Wahl von 1983[25] stabilisiere.

AM Shultz warf ein: Gehe man nach der Washington Post, hätte Präsident Reagan seine Wahl verlieren müssen.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß es zwei wirkliche Probleme im politischen Bereich gebe, auf die man achten müsse:
– die Neutralismustendenz in manchen Kreisen,
– die Probleme, die die SPD mit ihrer veränderten Haltung zu Sicherheitsfragen verursache.

7) Der Bundeskanzler sagte, er wolle die Aufmerksamkeit auf einen besonders wichtigen Punkt lenken:

In unserem Land machten sich die militärischen Lasten stärker bemerkbar als anderswo. Man brauche nur an die umfangreichen Manöver zu denken. Wir seien mit der Aufgabe konfrontiert, der demographischen Entwicklung entgegenzusteuern. Wir hätten das in Angriff genommen[26] und hätten die [27]Absicht, entsprechende Entscheidungen schon 1985 zu fällen, um 1988 in der Lage zu sein, das Problem zu lösen.

22 Ministerpräsident Martens besuchte die USA vom 13. bis 15. Januar 1985.
23 Zur INF-Stationierung in Belgien vgl. Dok. 302.
24 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.
25 Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt, bei denen CDU (38,2%) und CSU (10,6%) zusammen 48,8% der abgegebenen Stimmen erreichten. Die FDP kam auf 7,0% der Stimmen. Die SPD erzielte 38,2% der Stimmen, „Die Grünen" kamen auf 5,6%.
26 Zur Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 251.
27 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5133 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

8) Bundeskanzler berichtete, daß Ceauşescu auf seine Frage, ob GS Tschernenko reisen könne, mit einem klaren Ja geantwortet habe.[28] Auch Kádár habe ihm dies sagen lassen. In diesem Zusammenhang stehe auch die Aussicht eines Besuchs Tschernenkos in Frankreich im April, der von sowjetischer Seite betrieben worden sei. Gleichgültig, ob der Besuch stattfinden werde oder nicht, liege in seiner Ankündigung ein wichtiges politisches Signal. Offensichtlich wolle die sowjetische Führung Aktionsfähigkeit demonstrieren.

III. 1) Der Bundesminister fragte, in welcher Weise die amerikanische Regierung das Genfer Treffen fortzusetzen gedenke, auf AM- oder Beauftragten-Ebene. Wenn man an die Rolle Gromykos denke, sei es wichtig, die Möglichkeit der Fortsetzung auf AM-Ebene aufrechtzuerhalten.

AM Shultz antwortete, daß die amerikanische Haltung flexibel sei. Sie sei darauf vorbereitet, eine Reihe von Treffen auf AM-Ebene stattfinden zu lassen. Denkbar sei es, daß zwischen diesen Treffen auf politischer Ebene der Gesprächsfaden durch Beauftragte weitergeführt würde. Dies sei auch den Sowjets vorgeschlagen worden. Eine Reaktion liege jedoch nicht vor.

Im übrigen sei er sich sehr der Problematik bewußt, die der Bundeskanzler ausgesprochen habe, daß es wichtig sei, die Sowjets nicht in Verlegenheit zu bringen. Die amerikanische Politik nehme darauf Rücksicht.

2) Der Bundesminister fragte nach den amerikanischen Vorstellungen für die Einbringung der verschiedenen Themen (Weltraum, START und INF).

AM Shultz antwortete, daß dies eine Frage sei, die zwischen den Ministerien in Washington erörtert werde. Burt habe darüber auch mit Botschafter Ruth gesprochen. Man prüfe die Möglichkeiten im Rahmen bisheriger westlicher Verhandlungspositionen und auf ihnen aufbauend. Entscheidungen seien jedoch noch nicht gefallen. Sie würden intensiv in Washington geprüft. Die amerikanische Regierung sehe den Konsultationen mit den Bündnispartnern entgegen.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14125 (010)

28 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Ceauşescu am 15. Oktober 1984 und das deutsch-rumänische Regierungsgespräch am 16. Oktober 1984; Dok. 279 und Dok. 281.

326

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 4. Dezember 1984, 21.19 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5213 **Ankunft: 5. Dezember 1984, 03.35 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Washington am 30.11.84[2];
hier: Tischgespräch beim Mittagessen im Weißen Haus

Zur Unterrichtung

Auf amerikanischer Seite nahmen an dem Essen außer dem Präsidenten[3] der Vizepräsident[4], der Außenminister[5], der Verteidigungsminister[6], der Nationale Sicherheitsberater, McFarlane, sowie Burt, Perle und Lehman teil.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Zusammensetzung des Kongresses[7] und den Konsequenzen für die amerikanische Politik antwortete der Präsident, daß es einige neue demokratische Abgeordnete gebe, die sich im Wahlkampf mit wichtigen Punkten der Reagan-Politik in Übereinstimmung befindlich erklärt hätten. Man werde sehen, ob sie sich entsprechend im Kongreß verhalten würden. Wenn es Obstruktionen im Kongreß gebe, werde er seine Sache der Nation vorlegen („take our case to the people"): „Sometimes, if they do not see the light, you have to put on the heat."

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Unterstützung seiner Politik zur Wiederaufnahme des Dialogs mit der Sowjetunion bei den Demokraten antwortete der Präsident, die Demokraten seien für Rüstungskontrollverhandlungen; ihre Kritik am Präsidenten gehe nur dahin, daß er es mit Verhandlungen nicht ernst meine. Vielleicht würden die Demokraten ihn bei den Verhandlungen mit den Sowjets zur größeren Flexibilität drängen.

In einer kurzen Bemerkung dankte der Präsident der Bundesregierung für die Intensivierung der Beziehungen mit El Salvador. Anschließend wurde des längeren über die Führungsfrage in Moskau gesprochen. Der Bundeskanzler bezeichnete es als wichtig, daß Tschernenko einem Besuch in Paris im April zugestimmt habe. Unabhängig davon, ob der Besuch stattfinde, sei doch die Einwilligung ein Zeichen für die Stärke Tschernenkos im Kreml.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 5. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 322 und Dok. 325.

3 Ronald W. Reagan.

4 George H. W. Bush.

5 George P. Shultz.

6 Caspar W. Weinberger.

7 Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 7. November 1984: „Die republikanische Mehrheit im Senat hat sich um zwei Sitze auf sechs (53 : 47) reduziert […]. Im Repräsentantenhaus konnten die Republikaner nach bisherigem Stand 14 Sitze hinzugewinnen und damit den Verlust von 1982 (26) teilweise ausgleichen und die demokratische Mehrheit (von 267 : 168 auf 253 : 182) reduzieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4774/4775; Referat 204, Bd. 135253.

Der Präsident fragte nach den Chancen von Gorbatschow.

Der Bundeskanzler meldete Zweifel an, ob die ältesten Politbüromitglieder eines der jüngsten wählen würden, weil sie sich doch damit implizit selbst absetzen würden.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der amerikanischen Haltung gegenüber Polen antwortete Shultz: Immer wenn die USA kurz davor stünden, sich zu bewegen, passiere etwas. Entweder werde ein Priester ermordet[8], oder die Sicherheitspolizei mache Übergriffe oder Leute würden erneut verhaftet. Die USA seien weiterhin reserviert gegenüber dem polnischen Regime.

Bundesminister Genscher bezeichnete es als bemerkenswert, daß jetzt einmal Offiziere angeklagt würden.[9] Das zeige ein großes Selbstvertrauen der Führung. Die Frage sei, wer die Hintermänner seien, denn die müsse es geben.

Seine Besuchsabsage[10] habe in Polen sicher Probleme geschaffen, deswegen gebe es jetzt auch versöhnliche Erklärungen gegenüber der Bundesregierung und ihm, Genscher, persönlich.

Der Bundeskanzler fügte hinzu, was in Polen vor sich gehe, könne auch berühren, was uns beide, die USA und die Bundesrepublik Deutschland, angehe. Wir sollten hinsichtlich der Entwicklung in Polen und der Situation in Osteuropa in engerem Kontakt bleiben. Wenn es in Polen zum Aufstand käme und Jaruzelski beseitigt würde, würden die Stalinisten wieder die Kontrolle übernehmen.

Der Vizepräsident fragte nach der Meinung des Bundeskanzlers über die DDR.

Der Bundeskanzler antwortete, die Sowjetunion habe bei den Besuchsabsagen massiv auf Honecker[11] und Schiwkow[12] Einfluß genommen. Auch Ceauşescu sei unter Druck gekommen. Honecker habe sicher an Popularität durch die Absage verloren. Er habe durch die Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland an Ansehen gewonnen gehabt. Sobald Tschernenko in den Westen reise, werde wahrscheinlich auch das grüne Licht für die anderen gegeben.

8 Zur Ermordung des polnischen Priesters Popiełuszko am 19. Oktober 1984 vgl. Dok. 292, besonders Anm. 2.

9 Vortragender Legationsrat Weiß teilte der Botschaft in Warschau am 30. November 1984 mit: „Nach einem Hinweis aus dem ZK der PVAP sollen nunmehr auch zwei Angehörige des ZK-Apparates im Zusammenhang mit dem Fall Popiełuszko verhaftet worden sein. Es soll sich um den stellvertretenden Leiter der Verwaltungsabteilung des ZK, Maryniok, und einen seiner Mitarbeiter handeln. Nach Aussagen der in Haft befindlichen Sicherheitsoffiziere sollen beide die Täter beauftragt haben, Popiełuszko ‚aufzulauern und zu verprügeln'. Der inzwischen vom Dienst suspendierte Leiter der Abteilung IV (Kirchenfragen) im Innenministerium, General Płatek, habe von dieser Aktion gewußt und sie gebilligt. Płatek unterhalte enge Beziehungen zum Politbüromitglied und Außenminister Olszowski, Politbüromitglied Siwak und zum Leiter der polnischen Handelsmission in Berlin (Ost), Grabski (diese gelten als Hardliner und Gegner des Kurses Jaruzelskis)." Weiß informierte ferner, es seien zwei weitere Offiziere des Sicherheitsdienstes verhaftet worden: „Beide galten innerhalb des Innenministeriums als Verbindungsoffiziere zum KGB und sollen einen ‚inoffiziellen Rat' von KGB-Vertretern zur Ausschaltung Popiełuszkos im Innenministerium weitergeleitet haben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 747; VS-Bd. 13412 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

10 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Polen vgl. Dok. 323 und Dok. 324.

11 Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 232.

12 Zur Absage des Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik vgl. Dok. 241, Anm. 19.

Der Druck in der DDR sei immer noch sehr groß: Bei den dortigen Behörden lägen hunderttausend Ausreiseanträge. Man müsse sich vergegenwärtigen, was es bedeute, solche Anträge bei der Polizei begründen zu müssen, wenn man wisse, daß dann die Studienerlaubnis für die Kinder zurückgezogen werde. Er habe Honecker eindringlich gesagt, wenn die Menschen mehr Besuchsreisen machen könnten und überhaupt die Chance dazu haben würden, würde der Druck nachlassen.

Der Bundeskanzler verwies auf den Fall Rudolf Heß.[13] Er werde jetzt 43 Jahre lang im Gefängnis sein. Er bäte darum, noch einmal einen Vorstoß zu dritt bei den Sowjets zu machen. Er rechne zwar damit, daß die Sowjets nicht nachgeben würden, aber es sei gut, zu demonstrieren, wer schuld sei.

Der Präsident antwortete, Heß sei ein perfektes Beispiel für den sowjetischen Haß und ihre Intoleranz.

Der Präsident fuhr fort, daß es Hinweise für eine sich ausbreitende Religiosität in der Sowjetunion, insbesondere bei der Jugend, gebe.

Der Bundeskanzler meinte, daß in der ganzen Welt die Religion Auftrieb erhalte. Unsere Informationen gingen dahin, daß in der DDR unsere Sendungen über Religion am beliebtesten seien.

[gez.] van Well

Referat 204, Bd. 135258

13 Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine vorzeitige Haftentlassung von Rudolf Heß aus humanitären Gründen vgl. AAPD 1979, II, Dok. 319.
Rechtsanwalt Seidl, München, teilte dem amerikanischen Botschafter Burns mit Schreiben vom 27. September 1984 mit, daß bei dem 91-jährigen Gefangenen eine Netzhautablösung festgestellt worden sei. In einem Gesuch an das Direktorium des Alliierten Militärgefängnisses Berlin-Spandau vom 17. September 1984 habe Heß um Haftunterbrechung bzw. Entlassung aus der Haft gebeten, weil er vor seiner völligen Erblindung bzw. vor seinem Ableben noch einmal seine Enkelkinder sehen wolle. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 132759.

327

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Haas

320-381.40 NAM **5. Dezember 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Lösung der Namibia-Frage;
hier: Wie könnten wir wieder eine stärkere Rolle spielen?

Bezug: BM-Weisung auf DE[4] vom 15.11.1984 (Anlage 1[5])

Anlg.: 3[6]

Zur Unterrichtung und Entscheidung

I. Mögliche BM-Initiative

1) Keine stärkere Rolle ohne persönliche BM-Initiative. Auf Ebenen darunter läßt sich gegenwärtig von uns kein entscheidender Einfluß ausüben.

2) BM-Schritte gegenüber der afrikanischen Seite müßten vorher abgestützt sein auf den Nachweis einer gezielten Einwirkung von BM auf AM Shultz mit dem Anliegen stärkeren US-Drucks auf Pretoria.

3) Vorgehen mit und innerhalb der Kontaktgruppe läßt sich gegenwärtig nicht bewerkstelligen. Die Auflockerung bei F reicht nicht aus, um die KG bewegungsfähig zu machen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir werden z. Zt. nicht viel bewegen können, aber eine Afrika-Reise – wie vorgeschlagen – ist 85 sicherlich angezeigt."

3 Hat Bundesminister Genscher am 13. Januar 1985 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut und Ministerialdirektor Haas um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rücksprache] StS M[eyer]-L[andrut] m[it] D 3 b[ei] BM" verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 3. April 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Haas, Ministerialdirigent Sulimma und Referat 320 verfügte.
Hat Sulimma am 4. April 1985 vorgelegen.

4 Korrigiert aus: „DB".

5 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau übermittelte den diplomatischen Vertretungen einen „Erlaß zur ausschließlich internen und vertraulichen Unterrichtung", in dem dargelegt wurde: „Am 14. November 1984 fand in Bonn unter Leitung von Dg 32 eine vertrauliche Konsultation über die Namibia/Angola-Entwicklung mit Crocker, Johnson (GB), Bergbusch (KAN) und begleitenden Experten statt. Afrikadirektor Ausseil (F) nahm mittags für zwei Stunden an Konsultationen teil, doch ist vereinbart, dies streng vertraulich zu behandeln. […] Insgesamt hat bisheriger Verhandlungsablauf deutlich gemacht, daß für die MPLA-Regierung in Luanda die Sicherheitslage im nordwestlichen Teil Angolas von absoluter Priorität ist. Wir blieben ohne Widerspruch bei unserer Feststellung, daß Stärke und Verhalten UNITAs der bestimmende Faktor seien, von dem Luandas Entgegenkommen in der Frage des Zeitrahmens für den Kubaner-Abzug abhängen werde, und daß damit S[üd]A[frika] eine wesentliche Verantwortung zufalle." Vgl. Referat 320, Bd. 138104.
Bundesminister Genscher vermerkte dazu am 25. November 1984 handschriftlich für Staatssekretär Meyer-Landrut: „1) Wir sollten prüfen, wie wir wieder eine stärkere Rolle spielen können. 2) Dazu erbitte ich eine Vorlage bis 10.12."

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5, 7 und 12.

Direktes deutsches Eingreifen auf Ministerebene in den US-vermittelten Verhandlungsprozeß durch Schritte gegenüber Südafrika, Angola, UNITA, Windhuk wäre den US-Unterhändlern zur Zeit nicht willkommen und brächte für uns auch sonst die Gefahr erheblicher politischer Risiken.

Ausführliche Begründung in Anlage 2.[7]

4) Einzige gegenwärtig erkennbare Chance für SR 435[8] ist der US-gesteuerte Weg über das Kubaner-Junktim. Angola bedarf hierbei der Rückenstärkung durch die anderen FLS[9], und alle FLS bedürfen gestärkten Vertrauens in die westliche (insbesondere die US-) Position.

Zu dieser Vertrauensbildung könnte eine baldige BM-Reise in die Hauptstädte der Frontstaaten einen wichtigen Beitrag leisten.

BM sollte – nach Vorabstimmung mit Washington – möglichst bald besuchen:

– Tansania,
– Mosambik,
– Simbabwe,
– Sambia,
– Angola – unter der Voraussetzung, daß Luanda vorher Annahme der Berlin-Klausel[10] zusagt.

(Unter Einschluß der gesamten Reisezeit notfalls in acht Tagen zu schaffen. Reisepläne des BK, dem für 1985 Sambia und Simbabwe[11] vorgeschlagen sind, wären gegebenenfalls zu berücksichtigen.)

In dieser Reise fände nicht nur unser SR-435-Engagement verstärkten Ausdruck, sondern sie brächte auch durch die Demonstration der deutschen Präsenz die seit Jahren überfällige Erfüllung eines vordringlichen Anliegens unserer Politik gegenüber dem südlichen Afrika.

7 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau führte am 4. Dezember 1984 aus: „Bei realistischer Einschätzung der gegenwärtigen Möglichkeiten einer eigenen deutschen Rolle zeigt sich, daß wir – hauptsächlich wegen der Namibia-Deutschen – innerhalb Namibias und bei SWAPO einen gewissen Einfluß besitzen, im übrigen aber aus eigenem politischen Gewicht kaum etwas bewegen können, es sei denn, wir bringen den persönlichen Kredit des BM zur Geltung, der wegen seines stets konsequenten Eintretens für die 435-Lösung, für die Unabhängigkeit der F[ront]L[inien]S[taaten] und gegen S[üd]A[frika]-Hegemonialstreben sowie Apartheid auf der afrikanischen Seite eindeutig anerkannt ist.“ Im südlichen Afrika bestehe allerdings „bei den Kernthemen Namibia, SA-Destabilisierung, Apartheid keine Aussicht auf ein konstruktives Gesprächsklima, wenn wir nicht dartun, daß wir im Rahmen unserer engen Partnerschaft gegenüber Washington unseren vollen Einfluß zur Geltung gebracht haben, um die US-Administration zu einem kritischeren und vor allem druckvolleren Vorgehen gegenüber Pretoria zu veranlassen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138104.

8 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 49, Anm. 5.

9 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

10 Angola lehnte die Einbeziehung von Berlin (West) in bilaterale Abkommen mit der Bundesrepublik ab. Nach einem Gespräch mit dem angolanischen Botschafter in Paris, de Almeida, dem designierten Botschafter Angolas in der Bundesrepublik, am 17. Dezember 1984 in Luanda teilte Botschafter Wand, Luanda, am 18. Dezember 1984 mit, es scheine so, „daß Angola mit der Entscheidung, die Außenpolitik zu diversifizieren, und mit der Akkreditierung des ersten Botschafters in Bonn das Berlin-Problem […] lösen will. Doch können wir erst sicher sein, wenn die von Almeida angekündigte Entscheidung uns notifiziert wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 433; Referat 320, Bd. 138069.

11 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Macht BK sicherlich nicht.“

Ausführliche Begründung in Anlage 3.[12]

5) In den Rahmen der BM-Reise wäre – auch wenn Angola ausfiele – eine neue Begegnung zwischen BM und der SWAPO-Führung einzubeziehen.

II. Sonstige Initiativen

1) In Fortsetzung unserer Politik der vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den politischen Kräften in Namibia sollten wir entsprechend dem Anliegen des IG-Vorstands unsere finanzielle Hilfe und unsere guten Dienste gewähren für eine mehrtägige Zusammenkunft der IG[13] mit der SWAPO-Führung in Afrika, um eine weitere Annäherung und Konkretisierung der Vorstellungen über die Gestaltung des künftigen Namibia zu erzielen.

2) Das VN-Institut für Namibia in Lusaka bildet Kader für die künftige Regierung und Verwaltung Namibias aus. Deren Verhalten gegenüber den Namibia-Deutschen dürfte wesentlich geprägt werden durch ihre Kenntnis der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, des Funktionierens unserer Wirtschaft und unserer Demokratie. Wir sollten daher die Hilfe für das und die Zusammenarbeit mit dem Institut intensivieren (z. B. Unterrichtsbücher, Videoausstattung, verstärkter Deutschunterricht).

[gez.] Haas

Referat 320, Bd. 138104

12 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau notierte am 4. Dezember 1984, für die Entwicklung im südlichen Afrika komme es „entscheidend darauf an, die positiven Elemente der Entspannung zwischen Südafrika und seinen Nachbarn zu fördern. Es gilt daher jetzt, den jahrelangen Prozeß intensiven politischen Dialogs mit den Frontlinienstaaten fortzusetzen und ihre mit Besonnenheit und Augenmaß verfolgte Politik, die unsere Zielsetzungen unterstützt, zu stärken. Ein Besuch der Frontstaaten gibt zudem Gelegenheit, deren Mitwirken in der S[outhern]A[frican] D[evelopment]C[oordination]C[onference] als wesentliches Instrument zur Förderung der politischen Stabilisierung der Region und als Beitrag zur aktiven Ausgestaltung des Süd-Süd-Dialogs zu würdigen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138104.

13 Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester.

328

Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Häber, in Ost-Berlin

VS-NfD **6. Dezember 1984**[1]

Vermerk über das Gespräch von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Professor Häber, am 6.12.1984 im Gebäude des Zentralkomitees der SED in Berlin (Ost) von 11.30 Uhr bis 12.45 Uhr

Teilnehmer:

Bundesrepublik Deutschland: StS Dr. Bräutigam, MD Meichsner, MDg Dr. von Richthofen.

DDR: Stellvertretender Abteilungsleiter Günter Rettner, Botschafter Seidel.

Professor *Häber* begrüßte BM Dr. Schäuble, über dessen Besuch als neuer Leiter des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben er sich erfreut zeigte. Die DDR halte es für nützlich, den politischen Dialog zu führen. Er sprach sich dafür aus, die Notwendigkeit des politischen Dialogs in der gegenwärtigen Zeit sehr ernst zu nehmen. Wenn man nicht miteinander spreche, sei es in einer komplizierten Situation schwierig, zur förmlichen Regelung auch strittiger Fragen zu kommen. Politische Gespräche zwischen Repräsentanten unterschiedlicher politischer Kräfte bildeten ein unverzichtbares Element des politischen Handelns insgesamt. Deshalb heiße er BM Dr. Schäuble auch aus diesem Grunde willkommen.

Die Bereitschaft zum Dialog beziehe sich selbstredend auch auf die Bundesrepublik Deutschland, zumal die DDR der Auffassung sei, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten über bilaterale Interessen hinaus für die Situation in Europa und den Frieden insgesamt besonderes Gewicht hätten.

Professor Häber verwies in diesem Zusammenhang auf die politisch-geographische Situation der beiden deutschen Staaten, auf die Unterschiede der beiden gesellschaftlichen Systeme und die Konzentration militärischer Kräfte auf beiden Seiten der Trennlinie. Vernunft und Verantwortungsbewußtsein im Herangehenden aller anstehenden Probleme seien deshalb in besonders hohem Maß gefordert.[2]

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, am 10. Dezember 1984 gefertigt und am 14. Dezember 1984 an Ministerialdirigent Edler von Braunmühl zur Unterrichtung übermittelt. Dazu vermerkte Richthofen, Bundesminister Schäuble habe die Aufzeichnung gebilligt.
Hat Braunmühl am 14. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastrup verfügte.
Hat Kastrup am 14. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorschlag: Häber-Gespräch auch an D 5."
Hat Braunmühl am 15. Dezember 1984 erneut vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „Ja."
Vgl. das Begleitschreiben; Referat 210, Bd. 132579.
Für das Gespräch vgl. auch HÄBER-PROTOKOLLE, S. 433–438.

[2] So in der Vorlage.

BM *Dr. Schäuble* dankte für das freundliche Willkommen, auch für das kurzfristige Zustandekommen dieser Begegnung. Professor Häber möge aus der Tatsache, daß er drei Wochen nach Übernahme seines neuen Amtes gekommen sei, ersehen, daß sein Besuch dazu dienen solle, sich persönlich bekannt zu machen und seine Gesprächspartner in der DDR kennenzulernen, nicht aber, um zu verhandeln. Er habe natürlich von Professor Häber durch seinen Fraktionskollegen, MdB Rühe, bereits gehört. Es sei wichtig, daß man sich kenne und miteinander spreche und dadurch die Chance gewinne, einiges zu verbessern.

Er gehe davon aus, daß beide Seiten unterschiedliche Standpunkte haben, die z.T. unvereinbar sind. Er habe in dem vorangegangenen Gespräch mit AM Fischer über die Grundsätze und eine Reihe von Themen im Zusammenhang gesprochen und wolle das hier nicht wiederholen.[3] Es habe sich aber als richtig herausgestellt, daß man versuchen müsse, bei Respektierung der unterschiedlichen Standpunkte das Mögliche zu unternehmen und zu gestalten. Beide Seiten leisteten ihren Beitrag, um die internationale Lage zu verbessern, die gleichzeitig die Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen beeinflusse.

BM Dr. Schäuble fuhr fort, er würde Professor Häber gerne sagen, daß wir auf dem Felde des Umweltschutzes versuchen sollten, in der gemeinsamen Verantwortung für die Lebensgrundlagen zu weiteren konkreten Schritten zu kommen. Er habe bereits AM Fischer gesagt, daß die Bundesregierung bereit sei, die Vereinbarungen über den grenzüberschreitenden Kaliabbau[4] perfekt zu machen und zu vollziehen, daß sie das aber in der Erwartung tue, daß der Zusammenhang zur Entsalzung von Werra und Weser sowie zum Abbau der Verschmutzung der Elbe und den anderen Themen nicht verlorengehen dürfe, um auch auf diesen Feldern Fortschritte zu erzielen. Es habe sich ja nicht als falsch erwiesen, daß man versucht habe, in den Beziehungen einen Vertrauensvorschuß zu geben, der es ermögliche, in bestimmten Fragen zu sagen, jetzt machen wir das, was notwendig ist, und sich darauf zu verlassen, daß dann in anderen Feldern nachgezogen werde.

BM Dr. Schäuble regte ferner an, den ins Auge gefaßten Besuch von BM Dr. Zimmermann in der DDR möglichst sorgfältig vorzubereiten und dies möglichst bald auf Direktorenebene in Angriff zu nehmen, damit dieser Besuch auch einen Ertrag bringen könne. BM Dr. Schäuble erinnerte daran, daß die vorhandenen Umweltschäden in beiden Staaten gemeinsame Interessen erzeugten und gemeinsames Handeln nahelegten. Man müsse auch an die nachfolgenden Generationen denken. In diesem Zusammenhang berichtete er über die Waldschä-

[3] Bundesminister Schäuble traf am 6. Dezember 1984 in Ost-Berlin zu einem Gespräch mit dem Außenminister der DDR, Fischer, zusammen. Thema waren die innerdeutschen Beziehungen, insbesondere der Mindestumtausch, Reisemöglichkeiten, der Jugendaustausch, Verkehrsverbesserungen, humanitäre Fragen sowie die Zusammenarbeit beim Umweltschutz. Ferner wurden die Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle besprochen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 132579.

[4] Am 13. Dezember 1984 wurde in Ost-Berlin eine Vereinbarung zwischen der Treuhandstelle für Industrie und Handel und dem Ministerium für Außenhandel der DDR über den grenzüberschreitenden Kaliabbau im Revier an der Werra unterzeichnet. In einer Erklärung vom selben Tag sprach die Bundesregierung die Erwartung aus, daß das Problem der Werra/Weser-Versalzung einvernehmlich gelöst werde. Für den Wortlaut der Vereinbarung und der dazugehörigen Dokumente vgl. BULLETIN 1984, S. 1369–1374.

den in seiner engsten Heimat im Schwarzwald, die der Bundeskanzler kürzlich in Augenschein genommen habe.

BM Dr. Schäuble kam dann auf die notwendige Grunderneuerung der Autobahnstrecke Hirschberg–Triptis zu sprechen und wies darauf hin, daß es hierüber lange Erörterungen gegeben habe. Die Bundesregierung habe sich nicht ganz leichten Herzens entschlossen, der DDR vorzuschlagen, hierüber nunmehr Gespräche einschließlich einer finanziellen Beteiligung an den Kosten aufzunehmen. Die Höhe dieser Beteiligung bliebe den Verhandlungen vorbehalten. Der Ausbau der Verkehrswege erfolge im Interesse der Menschen.

BM Dr. Schäuble schloß daran die allgemeine Feststellung, daß wir im gegebenen Rahmen bereit seien, zu konkreten Fortschritten und zu Vereinbarungen im Interesse der Menschen zu kommen. In vielen Fragen gebe es gemeinsame Interessen und gemeinsame Verpflichtungen. Je konkreter man diese fasse, desto besser. In den zurückliegenden Jahren sei man in einer Reihe von Feldern vorangekommen. Die Gespräche hierüber seien nie abgerissen.

Professor *Häber* griff das Stichwort von der „Vertrauensbasis in den Beziehungen" auf. Er glaube, sagen zu können, daß beide Seiten auf diesem Gebiet vorangekommen seien. Die Entwicklung des Klimas unserer Beziehungen sei jenseits der Sachgebiete, die zur Klärung gebracht werden konnten, verbessert worden. Auch die Politiker der DDR seien an der Erhaltung der Umwelt interessiert.

Professor Häber erinnerte in diesem Zusammenhang an die schrecklichen Bilder aus Bhopal in Indien[5] und aus Mexiko nach der Explosion in einem Chemiewerk und der Entzündung einer Gasleitung[6]. Es sei nicht vorstellbar, was in Mitteleuropa geschehen würde, wo es so viele Fabriken gebe, wenn diese durch militärische Einwirkung zerstört würden. BM Dr. Schäuble möge dies nicht als Gefühlswallung verstehen. Um so mehr sei die DDR der Auffassung, daß, wenn beide Seiten den Menschen dienen wollten, zuvorderst ein Krieg verhütet und erreicht werden müsse, die weltpolitische Entwicklung in insgesamt ruhige Bahnen zu lenken und die Rüstungsschraube anzuhalten.

GS Honecker habe auf der 9. Tagung des ZK gesagt, „der Himmel darf nicht zum Vorhof der Hölle werden".[7] Auf dieser Tagung habe das ZK der SED die Zie-

5 Über das Giftgasunglück am 3. Dezember 1984 wurde in der Presse berichtet: „Bei der Giftgas-Katastrophe in Bhopal, der Hauptstadt des indischen Unionsstaates Madhya Pradesh, sind mehr als 600 Menschen ums Leben gekommen und 20 000 andere zum Teil schwer verletzt worden. Die indischen Behörden befürchten, daß sich die Zahl der Opfer – mehr als die Hälfte von ihnen seien Kinder – auf 2000 erhöhen könnte. Das Unglück hatte sich […] am Montag eine Stunde nach Mitternacht ereignet, als ein defektes Ventil am unterirdischen Tank einer Fabrik zur Herstellung von Insektenvernichtungsmitteln brach und eine Stunde lang Methylisocyanat austrat, eine Flüssigkeit, die sich bei der Berührung mit Luft in ein hochgiftiges Gas verwandelt." Vgl. den Artikel „Die Giftgas-Katastrophe von Bhopal"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Dezember 1984, S. 7 f.

6 In der Presse wurde berichtet, nach verheerenden Gasexplosionen, die am 19. November 1984 Tlalnepantla, einen Vorort von Mexiko-Stadt, erschüttert hätten, seien nach offiziellen Angaben bisher fünfhundert Todesopfer gefunden worden: „Bei dieser Katastrophe in der mehr als achtzehn Millionen Einwohner zählenden größten Metropole der Welt wurden alle Gebäude im Umkreis von drei Kilometern um ein Flüssiggaslager zerstört. Die Explosion eines Gaslastwagens hatte eine Kettenreaktion ausgelöst." Vgl. den Artikel „Bei der Katastrophe in Mexiko-Stadt fünfhundert Tote"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. November 1984, S. 9.

7 Auf der 9. Sitzung des Plenums des ZK der SED legte Generalsekretär Honecker am 22. November 1984 in Ost-Berlin dar, die USA würden die „Militarisierung des Kosmos" anstreben und einen „Krieg

le ihrer Innenpolitik für die nächsten Jahre (d.h. für die letzten beiden Jahre des laufenden und die folgenden fünf Jahre des nächsten Fünf-Jahr-Planes) festgelegt. Dabei sei bereits das Jahr 2000 als konkreter Zielpunkt der langfristigen Anlage der Wirtschafts- und Wissenschaftsstrategie aufgetaucht. Die SED sei dabei, sich mit den Zielen ihrer langfristigen Arbeit zu befassen, und setze dabei auf den Frieden. Dies sei auch der Grund, weshalb sie sage, es sei das oberste Gebot für beide Staaten, das Mögliche zu tun, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehe, daß wir auch kein Schauplatz eines Krieges werden, der nicht von deutschem Boden ausgeht. Er sage ohne Emotionen: Es müsse tatsächlich alles getan werden, um zur dauerhaften Sicherung des Friedens beizutragen. Die DDR begrüße es sehr, daß es zwischen den USA und der Sowjetunion zu der Vereinbarung gekommen sei, Gespräche aufzunehmen[8], um in diesem Komplex alle Fragen in den Griff zu nehmen und auf den Gebieten zu Ergebnissen zu gelangen, wo dies besonders vordringlich sei. Professor Häber erwähnte insbesondere das „Kosmosproblem", zu dem auch die Bündnispartner eine Meinung äußern sollten.

Professor Häber verwies in diesem Zusammenhang auf „die Dinge, die sich im Gefolge der Stationierung bei Ihnen und der Gegenstationierung bei uns entwikkelt haben", und fügte hinzu, daß „wir darüber nicht froh sind". Diese Entwicklung habe zu mehr Raketen, aber nicht mehr Sicherheit geführt. Die DDR habe insoweit eine offene Position, als sie für einen Raketenstopp, für ein Einfrieren eintrete, für den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages aufgeschlossen sei und für gefechtsfeldfreie und kernwaffenfreie Zonen, für das Verbot chemischer Waffen und gegen die Militarisierung des Weltraums eintrete. Die DDR habe sich dafür und für Gespräche auf oberer Ebene eingesetzt.

Professor Häber fuhr fort, die DDR wünsche und erwarte, daß die Bundesrepublik diesen Prozeß auf ihre Weise fördere und befürworte, damit die Schraube[9] des Wettrüstens angehalten werde. Es müsse alles getan werden, damit nicht noch zusätzliche Spannungen hinzukommen. Wenn dies nicht gelänge, wenn alles so weiterliefe in der anderen Richtung, könnten die beiderseitigen Beziehungen davon nicht unberührt bleiben. Dies müsse ernst genommen werden. Das, was er hier gesagt habe, wolle er so verstanden wissen, daß zum Umweltschutz natürlich auch gehöre, daß das, was ist, „bewahrt werde, damit es nicht verbrenne". Deshalb müsse es Gegenstand und Thema der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sein, Sicherheit und Frieden zu wahren, neben allen anderen Fragen, die wichtig seien.

Professor Häber wies auf Fortschritte in den Beziehungen hin. Mit dem Erreichten müsse vorsichtig umgegangen werden, damit „nichts kaputtgeht, was dann so schnell nicht wieder repariert werden kann".

Fortsetzung Fußnote von Seite 1512

der Sterne" vorbereiten, „der den Himmel in einen Vorhof der Hölle verwandeln würde". Vgl. HONECKER, Reden, Bd. 10, S. 357.

8 Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetische Presseerklärung vom 22. November 1984; Dok. 311, Anm. 6. Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

9 Korrigiert aus: „Schranke".

Professor Häber nahm in diesem Zusammenhang Bezug auf die Erklärung der ehemaligen Staatsmänner im Rahmen von Aspen (wenn wir es nicht fertigbringen können, friedlich miteinander zu leben, werden wir gemeinsam sterben[10]). Deshalb seien der Stopp des Wettrüstens und der Übergang zur Abrüstung das Allerwichtigste, was im Interesse der Menschen notwendig sei.

Auf das bilaterale Verhältnis übergehend, erklärte Professor Häber, Basis der Beziehungen seien der Grundlagenvertrag[11] und die anderen Verträge sowie die Schlußakte von Helsinki[12]. Darin seien die Festlegungen über den Charakter der Beziehungen enthalten. Er wolle nicht in Polemik eintreten, möchte aber doch sagen, daß die DDR es nicht ganz verstehe und bedenklich finde, wenn durch Erklärungen unserer Seite der Eindruck erweckt werde, daß vieles von dem, was vertraglich geregelt sei und zur Grundlage der Beziehungen gehöre, relativiert werde. Die Erklärungen, daß das alles offen sei, nur ein Modus vivendi bestehe und die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht völkerrechtlicher Natur seien, verderbe das Klima und könne auch dazu führen, weitere Fortschritte in der Ausgestaltung der Beziehungen zu erschweren oder unmöglich zu machen. Die Bemühungen, zwischen beiden Staaten auf der Basis des Grundlagenvertrages Fortschritte zu erzielen, dürften nicht ins Zwielicht gerückt werden. Es sei nicht förderlich, mit Positionen, die aus der Sicht der DDR Unmögliches fordern, Mögliches erreichen zu wollen. Er wisse, daß wir dazu eine andere Auffassung hätten. Im Grundlagenvertrag sei niedergelegt, daß es sich um zwei souveräne, voneinander unabhängige Staaten handele, und dabei müsse es bleiben. Auch das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen sei im Grundlagenvertrag enthalten. Es sei nicht gut, wenn das ins Zwielicht gerate, an der festen Haltung zu den Verträgen Zweifel geweckt würden und der Eindruck einer Vertragspolitik mit beschränkter Haftung entstehe. Dies sei eingetreten, die DDR bedauere, daß dies so sei. Außer bei der Friedenssicherung wolle die DDR auch in den bilateralen Beziehungen vorankommen. Daher müsse man vor allem Klimapflege betreiben, er nehme insoweit ein Wort des Bundespräsidenten auf, d. h. mit Sachlichkeit und Verantwortungsbewußtsein darauf zu achten, die all-

10 Vgl. Managing East-West Conflict. A Framework for Sustained Engagement. Statement of the Aspen Institute International Group. New York 1984, S. 2.
In der Presse wurde berichtet: „Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat bei der Suche nach Verständigungsmöglichkeiten mit dem Osten konsequente Beharrlichkeit gefordert. Schmidt stellte in Bonn einen Bericht des internationalen Aspen-Instituts über die Ost-West-Beziehungen vor. Schmidt, der neben vielen anderen westlichen Politikern von James Callaghan (ehemaliger britischer Premierminister) über George Kennan (amerikanischer Historiker und Diplomat) und Robert McNamara (ehemaliger Präsident der Weltbank) bis Cyrus Vance (amerikanischer Außenminister unter der Regierung Carter) zur ‚Internationalen Arbeitsgruppe' des Institutes gehört und für den Bericht mitverantwortlich zeichnet, maß der ‚Beharrlichkeit' großen Wert bei. […] Im sicherheitspolitischen Teil des Berichts, den der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Berndt von Staden, der Öffentlichkeit vorstellte, wird zum Verzicht auf die Möglichkeit eines frühen Einsatzes von Atomwaffen aufgerufen, um die Risiken zu mildern. Dabei sei es hilfreich, die atomaren Gefechtsfeldwaffen aus der vordersten Linie abzuziehen, um schon die Erwägung von Feldkommandeuren auszuschalten, diese einzusetzen." Vgl. den Artikel „Für Beharrlichkeit im Ost-West-Verhältnis"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 28. November 1984, S. 9.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423 f. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

gemeinen Bedingungen dafür zu schaffen, daß man weiterkommen könne und sich nicht mit Maximalpositionen gegenübertrete, die in den Verträgen keine Deckung fänden. Das verstehe sie unter Realismus. Im Grundlagenvertrag sei keine Beendigung vorgesehen. Es gebe zwei Staaten mit Vertragsbeziehungen, die im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung entstanden seien. Man könne darüber traurig sein, aber das sei die reale Lage bis heute. Nur das könne die Basis sein, deren Tragfähigkeit sich in den zurückliegenden Jahren erwiesen habe.

Professor Häber fuhr fort, es stehe völlig außer Zweifel, daß die DDR für die Fortentwicklung der Beziehungen sei, daß dies für sie keine konjunkturelle Frage sei, sondern eine wichtige Frage der Gesamtpolitik im Rahmen der Politik der friedlichen Koexistenz. Daran habe sich nichts geändert. Die DDR sei aufgeschlossen für den weiteren Ausbau der Beziehungen im Sinne der Gleichberechtigung. Natürlich halte die DDR geschlossene Verträge ein. Man habe in der DDR mit großer Zufriedenheit die Erklärung des Bundeskanzlers über die Politik der Kontinuität gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Ländern[13] zur Kenntnis genommen und habe darauf konstruktiv reagiert. Die DDR sei zum Kompromiß bereit im Interesse der Sache, wenn es das Ziel rechtfertige, und daran werde sich nichts ändern. Sie sei aber dagegen, daß dies überschattet werde von Proklamationen, die Zweifel aufbrächten oder es schwieriger machten, bestimmte Schritte, die ins Auge gefaßt wurden, zu unternehmen und dies vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Dies sei nicht im Sinne der DDR.

Professor Häber übergab ein Expertenpapier, ohne jeden offiziellen Charakter, zu Fragen der Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR. Er erläuterte, daß es sich bei diesem Papier nicht um eine förmliche Erklärung handele, sondern um eine Antwort auf öffentliche Fragen, was die DDR mit dem Begriff der Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft eigentlich wolle. Darüber hinaus übergab Professor Häber ein Papier zur Elbe-Grenze mit dem Wortlaut des Entwurfs einer Protokollnotiz aus dem Jahre 1975 (Anlagen 1[14] und 2[15]).

Professor Häber schloß seine Ausführungen mit den Worten, er nehme an, daß „wir Gelegenheit haben, uns über die Beziehungen bei anderem Anlaß weiter zu unterhalten".

13 Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl in seiner Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 im Bundestag zur Deutschland- und Ostpolitik; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7222 f. und S. 7227 f.
Vgl. dazu auch die Ausführungen Kohls in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 im Bundestag zur Deutschland- und Ostpolitik; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 69 f. und S. 73.

14 Dem Vorgang beigefügt. In dem Papier zur „Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR" hieß es, der Begriff „Respektierung" beinhalte, „daß Staatsbürger eines Staates von anderen Staaten als solche angesehen und behandelt werden müssen. Sie sind in bezug auf jeden anderen Staat Ausländer und können demzufolge nicht als eigene Staatsbürger in Anspruch genommen werden." Die Bundesrepublik Deutschland sei verpflichtet, „die Inanspruchnahme von Bürgern der DDR als ‚Deutsche Staatsangehörige' aufzugeben" und eine „Änderung oder Aufhebung der innerstaatlichen Regelungen vorzunehmen, die der Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR entgegenstehen". Vgl. Referat 210, Bd. 132579.
Für eine Analyse des Papiers vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 14. Januar 1985; AAPD 1985.

15 Dem Vorgang beigefügt. Für den „Protokollvermerk der Grenzkommission, 14./15.5.1975, Sitzung in Bamberg" vgl. Referat 210, Bd. 132579.

BM *Dr. Schäuble* griff diese Worte auf und sprach seinerseits die Erwartung aus, sich noch öfters zu sehen und zu sprechen. Wenn Professor Häber nach Bonn komme, möchte er nicht versäumen, ihn im Bundeskanzleramt aufzusuchen. Eine vertiefte Erörterung der einzelnen Punkte sei heute in einer Stunde nicht möglich. Er habe heute früh zu AM Fischer gesagt, wir wollten auf der Basis des Grundlagenvertrages die Beziehungen im Sinne des Artikels 1 des Vertrages weiterentwickeln. Dies sei die Politik dieser Bundesregierung. Professor Häber habe zu Recht auf die Kontinuität der Politik der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Damit wolle er sagen, daß sich diese Politik auch durch den Wechsel in seinem Amt nicht ändern werde. Grundlage der Politik gegenüber der DDR sei der Grundlagenvertrag. Wir wollten uns daran halten, um auf dieser Basis die beiderseitigen Beziehungen zu entwickeln. Dazu gehöre allerdings auch, daß beide Seiten unterschiedliche Standpunkte haben, die nicht verwischt werden könnten. Gleichwohl sollten sie auf der Basis der Gleichberechtigung, dort, wo dies machbar sei, zu Vereinbarungen kommen. Wir wollten das nicht relativieren und nicht ins Zwielicht bringen. Er wolle in aller Klarheit sagen, es gelte alles so, wie es vereinbart wurde. Professor Häber habe zu Recht auf den Bundespräsidenten Bezug genommen: Auch das Klima müsse gepflegt werden, aber das könne nicht heißen, daß man deshalb die unterschiedlichen Standpunkte verwische.

BM Dr. Schäuble fuhr fort, im Grundlagenvertrag sei zu den Fragen der Staatsangehörigkeit klar gesagt worden, daß es unterschiedliche Standpunkte beider Staaten gebe. Er dankte für das übergebene Staatsangehörigkeits-Papier; wir würden es sorgfältig durchsehen. Er glaube nicht, daß wir in der Praxis der Beziehungen nicht auch würdigten, daß die DDR einen von unserem unterschiedlichen Standpunkt einnehme.

BM Dr. Schäuble fuhr fort, es sei richtig, keine unvernünftigen Positionen einzunehmen. Aber für uns bleibe die deutsche Frage offen, auch wenn sie nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik stehe. Dieser Standpunkt soll die Gespräche nicht belasten. Wir müßten im Grundsatz fest bleiben und gleichzeitig schauen, voranzukommen. Auch die Bundesregierung sei für Friedenspolitik und Fortentwicklung der Beziehungen.

BM Dr. Schäuble kam dann auf die Elbe-Frage[16] zu sprechen: Nach seiner Kenntnis habe die Bundesregierung zu keinem Zeitpunkt dem Entwurf der Protokollnotiz zugestimmt. Deshalb sollte man die Versuche, auch in schwierigen Fragen zu Vereinbarungen zu kommen, nicht dadurch belasten, daß man jemanden für eine frühere Position in Anspruch nehme, über die eine Regelung nicht möglich war. BM Dr. Schäuble schilderte erneut die Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern und bekräftigte die Bereitschaft der Bundesregierung, über die Frage des Grenzverlaufs im Elbe-Abschnitt im Januar 1985 in der Grenzkommission zu sprechen.

BM Dr. Schäuble kam dann auf die Bemühungen der Bundesregierung zur Verbesserung der internationalen Lage zu sprechen:

16 Zum Grenzverlauf im Bereich der Elbe vgl. Dok. 98, Anm. 11.

Er wies auf die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Dr. Kohl und Präsident Reagan vom 30.11.1984 in Washington[17] hin. Professor Häber wisse, daß der Bundeskanzler sich sehr persönlich um einen Beitrag im Rahmen unserer Möglichkeiten bemüht habe, daß der Dialog zwischen den Weltmächten wieder in Gang gekommen sei. BM Dr. Schäuble wies auf die Aussagekraft der Tatsache hin, daß der Bundeskanzler als erster westlicher Gesprächspartner von Präsident Reagan nach dessen Wiederwahl[18] empfangen wurde.[19] Dies sage etwas über unser Verhältnis zu den USA aus.

BM Dr. Schäuble fuhr fort, es sei nicht nützlich, die Diskussion über die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen hier zu führen. Wir seien darüber auch nicht froh, nur würden wir zur Frage von Stationierung und Gegenstationierung eine unterschiedliche Meinung haben. Er sage das nur, damit es keine Mißverständnisse über die Gespräche hier gebe. Wir seien uns darin einig, daß es bei Rüstungskontrolle und Abrüstung zu Fortschritten kommen müsse. Was das Verbot chemischer Waffen angehe, so wolle er darauf hinweisen, daß die CDU/CSU-Fraktion als erste schon in der Opposition für ein weltweites Verbot chemischer Waffen eingetreten sei.

BM Dr. Schäuble setzte das Gespräch mit den Worten fort, wenn Professor Häber sage, es sollte niemand den Grundlagenvertrag ins Zwielicht setzen, so müsse er sagen, wir hätten noch nie verstanden, warum die Revanchismuskampagne ein förderlicher Beitrag sein soll, die Beziehungen auf der Grundlage der Verträge fortzuentwickeln. Wir hätten in der Bundesrepublik die Situation einer durch die Regierung nicht beeinflußbaren Presse. Auch die Bundesregierung müsse manches ertragen. Das gehöre zu den Bedingungen unserer gesellschaftspolitischen Verfassung. BM Dr. Schäuble wies in diesem Zusammenhang auf die Interessen der Menschen in beiden Staaten hin. In den Beziehungen gäbe es manchmal außergewöhnliche Umstände. Beide Seiten wüßten, daß weder die Ständige Vertretung noch die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland ein Weg sein können, der zur Ausreise aus der DDR führe.

Wir könnten aber niemanden aus unseren Botschaften herauszwingen. Das Problem könne nur gemeinsam gelöst werden. Es bestehe die erhebliche Gefahr einer Belastung der Beziehungen, und deswegen äußere er die Bitte, im Rahmen des Möglichen mitzuhelfen, daß das Problem gelöst werde.

Professor *Häber* erwiderte, Kampagne hin, Kampagne her, die DDR glaube, daß es in Ost und West zu Reaktionen führen müsse, wenn der Eindruck erweckt werde, als strebe man an, die Grenzen neu ziehen zu wollen, und das in einer Situation, in der angesichts des Wettrüstens und der Stationierung in Westeuropa die Brisanz der Lage angesichts des Wettrüstens groß sei. Deshalb habe die DDR erklärt, daß mit der Existenz von zwei deutschen Staaten, die gutnachbarlich zusammenleben, alle Völker Europas leben könnten und daß dies ein

17 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan vom 30. November 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 1313–1315.

18 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78% der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6% der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

19 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

stabilisierender Faktor in Europa sei, während das, was nur für die Geschichte verfolgt werde, Schwierigkeiten bringe und sich auf die Ausgestaltung der beiderseitigen Beziehungen negativ auswirke.

Professor Häber fuhr fort, er wolle zum letzten Thema sagen, unsere Seite wisse, daß die DDR mit Verantwortungsbewußtsein an die Sache herangegangen sei, daß sie aber darauf bestehen müsse, daß die DDR-Bürger als solche erst zurückkehren sollen. Er wolle mit BM Dr. Schäuble darüber nicht diskutieren. Die DDR sei der Meinung, daß jenseits von allen Standpunkten ein Staat den anderen anerkennen müsse, daß jeder Staat seine Staatsbürgerschaft und Staatsangehörigkeitsgesetzgebung habe. Es gehöre zu den Grundpositionen des Völkerrechts, daß andere Staaten dem Rechnung tragen. In diesem Sinne sei die DDR bemüht, auch alle anstehenden Fragen zu bewältigen. In den früheren Jahren habe es im Blick auf die große Verantwortung für den Frieden eine Vorwärtsentwicklung gegeben, und es bestehe aus Sicht der DDR kein Grund, diese zurückzudrehen, sie habe ja auch weitere Schritte getan. Wenn die Bundesregierung das auch so verstehe, auf der Basis der Verträge, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung, dann gebe es Möglichkeiten der Weiterentwicklung der beiderseitigen Beziehungen.

Referat 210, Bd. 132579

329

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4949/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2133
Cito

Aufgabe: 7. Dezember 1984, 18.20 Uhr[1]
Ankunft: 7. Dezember 1984, 18.55 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz am 4./5.12.84;
hier: zusammenfassende Bewertung und operative Folgearbeiten

Bezug: DB Nr. 1882 vom 13.11.84 (DPC-Vorschau)[2]

Zur Unterrichtung

1 Hat Ministerialdirigent Schauer am 10. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 200 z[ur] K[enntnis] (letzter Absatz)."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 10. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ring verfügte.
Hat Ring am 11. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Klaiber und Legationssekretärin Blümm verfügte.
Hat Klaiber und Blümm am 11. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete: „Die bevorstehende Ministersitzung des DPC fällt in eine Zeit, da die Allianz die Nachrüstungsdebatte und die beginnende INF-Stationierung in Westeuropa weitgehend überstanden hat. […] Unsere derzeitige bündnispolitische Position hat als wesentlichste Aktiva die wirtschaftliche Stärke, die anerkannte Substanz des Umfanges und der Qualität unserer Verteidigungsanstrengungen, unsere Standfestigkeit bei der INF-Stationierung und

I. Übersicht

1) Herbstsitzung 1984[3] der DPC-Minister endete nach positivem, konstruktivem Verlauf mit wichtigen Beschlüssen zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der Allianz. DPC beauftragte Generalsekretär und DPC, einen Bericht über Koordination dieser Maßnahmen und deren Realisierung im Rahmen langfristiger NATO-Planung.[4] Die Beschlüsse über den zukünftigen Infrastrukturhaushalt (1985–1990: drei Milliarden IAU) und wesentliche Verstärkungen der Munitionsvorräte bilden dafür eine wesentliche Grundlage.

2) Verlauf und Ergebnisse der Ministersitzung lassen folgende operative Folgearbeiten erforderlich erscheinen:

a) Konstruktive Anregungen zur Ausgestaltung der von uns angeregten Arbeiten des Generalsekretärs und des DPC zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit.

b) Initiatives Aufgreifen der Frage von Bewertungsmaßstäben für Verteidigungsleistungen mit dem Ziel einer verwirklichbaren Lösung, die unsere Leistungen besser darstellt.

c) Fortgesetzte planerische Schwerpunktsetzung auf dem Gebiet der Munitionsbevorratung und der sanitätsdienstlichen Versorgung.

II. Im einzelnen

3) Diesjährige Herbstsitzung der DPC-Minister hat durch konkrete Beschlüsse zur fortgesetzten Festigung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit deutliche Signale politischer Entschlossenheit zur Stärkung der militärischen Position der Allianz gesetzt. Substantielle, langfristig wirksame Entscheidungen in den beiden Bereichen des gemeinsamen Infrastrukturhaushalts sowie der Munitionsreserven/sustainability belegen ein hohes Maß an Übereinstimmung und Leistungsbereitschaft für die gemeinsame Verteidigung.

Der geschickten, behutsamen Regie des Generalsekretärs ist es zu danken, daß die politische Bedeutung einer Reihe von – zunächst als eher beiläufig und akklamatorisch eingeschätzten – Entscheidungen deutlich in den Vordergrund gerückt werden konnte. Dieses Vorgehen ermöglichte eine optimistische Konferenzpsychologie und bewirkte eine objektive Verdrängung von latenten Konflikten. Damit wurde (neben dem GR/TU-Problem) vor allem auch eine europäisch-amerikanische Konfrontation vermieden, indem jetzt die wichtigsten Beschlüsse des Bonner Gipfels 1982[5] geschlossen realisiert werden konnten. Erste amerikani-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1518

aktuell den politischen Mut zur Entscheidung über die Wehrpflichtverlängerung aufzuweisen. Dem steht eine zunehmend kritische Beurteilung unserer Ressourcenzuordnung für die Verteidigung als äußeres Symptom für unterschwellige Zweifel vor allem der USA an der Zukunft unserer tragenden Rolle im Bündnis gegenüber […]. Angesichts unserer unvermeidbaren Rolle als Pilotnation für den europäischen Teil des Bündnisses kommt es in der gegenwärtigen Phase nicht unkritischer transatlantischer Bündnisbeziehungen für uns im eigenen wie im europäischen Interesse darauf an, Zweifel zu entkräften und Irritationen zu vermeiden." Vgl. VS-Bd. 12019 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

3 Korrigiert aus: „1985".

4 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

5 Vgl. die Erklärung der Staats- und Regierungschefs zur integrierten Verteidigung des Bündnisses anläßlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 77. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 346. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

sche Reaktionen (z. B. Weinberger, Perle, Senator Roth) belegen diesen politischen Erfolg der Verteidigungsminister.

Die zukunftsorientierten, konkreten Aufträge an den Generalsekretär zur Konzentration der konventionellen Verbesserungsbestrebungen erstrecken sich auf folgende Gebiete:

a) frühzeitiger Abschluß des conceptual military framework,

b) Prioritätenfestlegung,

c) Harmonisierung der nationalen Planungen,

d) Koordinierung der Beschaffung,

e) Bereitstellung der erforderlichen Mittel,

f) Optimierung des Mitteleinsatzes,

g) Integration in den NATO-Planungsprozeß.

4) Im Anschluß an die Vereinbarungen zwischen BK Kohl und Präsident Reagan vom 30.11.84[6] kam es darauf an, die mit hohen amerikanischen Erwartungen verbundene bilaterale Absprache im Bündnis konsensfähig zu machen, ohne dabei den Eindruck der Abhängigkeit („Strohmann") zu hinterlassen. Mit der Vereinbarung o. a. konkreter Schritte, im Kommuniqué unter Ziffer 8[7] aufgeführt, ist es insgesamt gelungen,

1) den Sacherfordernissen gerecht zu werden,

2) den deutsch-amerikanischen Akkord zu sichern und

3) einen Allianzkonsens auf mittlerer Linie zu erreichen, der unseren Absichten und Fähigkeiten entspricht.

Gleichwohl ist es wegen der in diesem Bereich sehr detaillierten Festlegungen in der Washingtoner Erklärung unseren europäischen Verbündeten nicht verborgen geblieben, daß diese Initiative nicht originär einer diesbezüglichen deutschen Interessenlage entsprungen war, sondern in der Absicht erfolgte, der Harmonie mit dem wichtigsten Bündnispartner Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang ist das Wort vom „US-Proxy" gefallen; Verstimmung herrschte insbesondere auf der britischen Seite, die sich umgangen und überrumpelt fühlt.

5) Aus hiesiger Sicht entsteht aus dieser Entwicklung für uns die unausweichliche Konsequenz in zweifacher Sicht: Zum einen erfordert der jetzt anlaufende Abstimmungsprozeß im DPC über Koordination der Verbesserungen auf konventionellem Gebiet unsere konstruktive, aktive Einflußnahme. Durch Art und Ausmaß unserer Zuarbeit müssen wir in der Folgezeit unser auslösendes Engagement weiter instrumentalisieren und mit den Vorstellungen unserer Partner harmonisieren. Die zweite Konsequenz bezieht sich auf die Erwartung zusätzlicher Ressourcen als Folge unseres Signals. Die Sicherstellung dieser Voraussetzung erfordert auch von uns Zugeständnisse, die auf dem Ergebnis dieser DPC-Sitzung aufbauen müssen.

6 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan vom 30. November 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 1313–1315.

7 Für den Wortlaut von Ziffer 8 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1984 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 127. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 84.

Die operativ sorgfältige Durchführung der Ministeraufträge ist damit in Zukunft ganz wesentlich von uns mitzugestalten. Der heute absehbare Zeitbedarf für diese Arbeiten kann wohl auf ein bis eineinhalb Jahre angesetzt werden (z.B. Zwischenbericht DPC 05/85, 12/85, Abschlußbericht DPC 05/86[8]).

Nach Einschätzung des hiesigen internationalen Bereichs entspricht ein solches Timing der amerikanischen politischen Zielsetzung, die konkreten NATO-Planungen und Beschlüsse zu dem Zeitpunkt (d.h. ab 1986) in konkrete Schritte umzusetzen, zu dem nach ihrer Einschätzung die allgemeine wirtschaftliche Konsolidierung und die jetzt eingeleiteten Maßnahmen zur ökonomischen Belebung Früchte zu tragen beginnen. Dann seien Möglichkeiten für erhöhte Investitionen auf gesundeter gesamtwirtschaftlicher Grundlage und als bündnisgemeinsame Maßnahme geschaffen und politisch durchsetzbar.

6) Die unzureichende Durchhaltefähigkeit der konventionellen Komponente der Allianzstreitkräfte war eines der Themen, die im Mittelpunkt der Aussprache standen. Nachdem sich alle Mitgliedsländer verpflichteten, die Munitionsbevorratung substantiell zu erhöhen, ist die Allianz in diesem Teilbereich einen wichtigen Schritt vorangekommen. In diesem Zusammenhang hat die Erklärung des Verteidigungsministers[9] einschließlich der Ankündigung, daß die erforderliche Aufstockung unserer kampfentscheidenden Panzer- und Artilleriemunition bis Beginn der frühen 90er Jahre erreicht sein wird, ein positives Signal gesetzt und starke Beachtung gefunden.

Bei einer anderen gravierenden Schwachstelle, der ungenügenden sanitätsdienstlichen Versorgung, sind andererseits in der Allianz kaum Fortschritte festzustellen. Es zeichnet sich ab, daß 1985 der Schwerpunkt der SNLC[10]-Arbeit darauf gerichtet sein wird, die Aufmerksamkeit der Mitgliedsländer auf diesen Bereich zu lenken. Unsere Entscheidung, im Rahmen der Bundeswehrplanung die Mittel für den Sanitätsdienst aufzustocken, wird dieser Schwerpunktbildung gerecht.

7) Die Diskussion des dem Tagesordnungspunkt „defense review“ zugrundeliegenden allgemeinen Berichtes und der Länderkapitel spiegelte die Thematik der Verbesserung der konventionellen Fähigkeiten deutlich wider. US-Verteidigungsminister Weinberger stellte die erzielten Erfolge und die Entschlossenheit zu weiteren verstärkten Anstrengungen auf diesem Gebiet als gleichrangig mit dem politischen Zusammenhalt des Bündnisses und als Grund für die sowjetische Bereitschaft dar, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.[11] Der neue kanadische Minister[12] brachte den Willen seiner Regierung zum Ausdruck, bei der Überprüfung des kanadischen Verteidigungsbeitrages im Sinne einer bündniskonformen Stärkung zu wirken, und betonte dabei die Bereitschaft zu Konsultationen in diesem Prozeß. Da der von uns eigentlich vorgesehene Beitrag

8 Die Ministersitzungen des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fanden am 22. Mai 1985, 3. Dezember 1985 und 22. Mai 1986 jeweils in Brüssel statt.

9 Manfred Wörner.

10 Senior NATO Logisticians' Conference.

11 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

12 Robert C. Coates.

zum Verhältnis der eingesetzten Mittel zum erzielten Ergebnis mit einem Petitum für die Entwicklung ergebnisorientierter Maßstäbe nicht eingebracht werden konnte, werde ich das Thema vorbehaltlich gegenteiliger Weisung auf der Grundlage meiner Einlassung während der Behandlung der Verteidigungsüberprüfung im DPC auf Botschafterebene in geeigneter Weise weiterverfolgen. Aus den übrigen Wortmeldungen zu diesem Thema bleibt die Einlassung des dänischen Verteidigungsministers[13] mit der zum Ausdruck gebrachten festen Absicht, jenseits der laufenden Periode des Verteidigungsübereinkommens die Notwendigkeit eines erhöhten Aufwandes zu vertreten, eine festzuhaltende Aussage.

8) Die Verabschiedung des 3 Mrd. IAU-Plafonds bei der NATO-Infrastruktur[14] stellt eine reale Erhöhung von etwa 40 Prozent gegenüber dem Vorläuferprogramm 1980–1984 dar. Sie wird sich positiv auf die Planungen zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses auswirken. Damit dürfte zugleich kritischen Stimmen aus den USA zu diesem Thema der Wind aus den Segeln genommen sein.

Die Minister beschlossen ferner, 1987/88 eine Änderung des Plafonds im Lichte der Entwicklung der Implementierung, der wirtschaftlichen Situation in den Bündnisländern und der militärischen Erfordernisse zu prüfen.

In seiner Pressekonferenz am 5. Dezember 1984 vertrat US Secretary Weinberger in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß nach zwei Jahren eine Überprüfung des Plafonds mit dem Ziel einer Erhöhung erfolgen müsse. Damit ist die amerikanische Haltung gegenüber einem Review schon jetzt vorgezeichnet. Unsere operative Reaktion sollte argumentativ und planerisch darauf abgestellt werden.

9) Ein Ausbruch des latenten GR/TU-Konflikts, der dem politischen Gesamtbild der Allianz hätte nachhaltig schaden können, ist durch geschickte Verhandlungsführung des Generalsekretärs verhindert worden. Dieser Erfolg ist das Ergebnis eines unauffälligen, diplomatisch überaus erfolgreichen Stage Management, das beide Kontrahenten in einen durchgehend positiven Verhandlungsverlauf einband. Damit hat Generalsekretär Lord Carrington weit mehr als einen persönlichen Erfolg errungen. Das mit dem schmerzarmen Verzicht auf die beiden Länderkapitel und der Verweigerung der politischen Bühne verbundene Signal der Allianz wird hoffentlich nicht ohne Auswirkung auf die Kompromißbereitschaft beider Bündnispartner bleiben.[15]

10) Die Eurogroup-Sitzungen[16] waren durch die wohltuend straffe Verhand-

13 Hans Engell.

14 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 142, besonders Anm. 44.

15 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Schauer durch Fragezeichen hervorgehoben.

16 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 4. Dezember 1984, die Ministersitzung der Eurogroup der NATO sei am selben Tag mit dem „geschlossenen Sitzungsteil" fortgesetzt worden: „Zum Tagesordnungspunkt ‚Politico-Military Issues of Current Concern' führte der niederländische Verteidigungsminister de Ruiter ein. Er konzentrierte seine Ausführungen auf die jüngsten Aktivitäten im Rahmen der IEPG und sprach dabei insbesondere folgende drei Themenbereiche an: IEPG-Sekretariat, Struktur zur Forschung und Entwicklungsaktivitäten, transatlantischer Dialog. Zum IEPG-Sekretariat führte er aus, daß die Umsetzung der Ministerbeschlüsse vom 22./23.11.84 in Den Haag effektive Arbeitseinheiten (‚effective machinery') verlange. Die derzeitige Struktur reiche seiner Meinung nach nicht aus. Er schlage deshalb ein Ständiges Sekretariat vor, wobei er sich ange-

lungsführung des UK-Verteidigungsministers[17] gekennzeichnet, die dazu führte, daß beide Konferenzteile zügig behandelt wurden:

a) Es ist zukünftig mit weiterer Verknüpfung der IEPG-Arbeiten mit denen der Eurogroup zu rechnen. Abhängig von der Errichtung des vorgeschlagenen Ständigen Sekretariats der IEPG und somit von der formalen Anbindung Frankreichs an die Rüstungszusammenarbeit der Europäer könnte die Grundlage für das Fortbestehen der EURONAD[18]-Untergruppe entfallen. Dies setzt aber voraus, daß die Aktivitäten der IEPG im Rahmen der Eurogroup nach wie vor auch im politischen Gesamtzusammenhang europäischer Verteidigungsanstrengungen im Bündnis behandelt werden.

b) Strukturelle Unausgewogenheiten des politischen Willens zur Definition der europäischen Interessen und ihrer Artikulation im Bündnis sind im Zusammenhang mit der Behandlung der WEU verstärkt aufgetreten.

TU, NO, PO und DA haben mit unterschiedlicher Intensität zum Ausdruck gebracht, welches Unbehagen sie bei einem eigenständigen Fortgang der „Sieben" in Richtung auf die mit der Rom-Erklärung[19] beabsichtigten Zusammenarbeit empfinden. Ihre Rufe nach Konsultation und Verpflichtung der Sieben, daß dies „in keinster Weise eine Alternative zur NATO" sei, mögen hierfür nur die nach außen hin sichtbaren Anzeichen sein. Langfristig wird deshalb eine Lösung zu suchen sein, die sicherheits- und verteidigungspolitischen Anstrengungen aller Europäer im Bündnis so zu koordinieren, daß ihre Diversifizierung in verschiedenen europäischen Gremien (EPZ, WEU, Eurogroup) mit unterschiedlicher Zusammensetzung nicht dem Art. 3 des NATO-Vertrages[20] und unserer erklärten Absicht nach Stärkung des europäischen Elements zuwiderläuft.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12913 (200)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1522
sichts vorangegangener Diskussionen bewußt sei, daß eine Einigung darüber nicht leicht zu erzielen sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2090; VS-Bd. 10849 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

17 Michael Heseltine.

18 Eurogroup National Armament Directors.

19 Für den Wortlaut der „Erklärung von Rom" sowie des Dokuments „Institutionelle Reform der WEU", die auf der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 26./27. Oktober 1984 in Rom verabschiedet wurden, vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 703–707. Vgl. dazu auch Dok. 290.

20 Für den Wortlaut von Artikel 3 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

330

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Barcikowski, in Frankfurt am Main

105-67.A/84 VS-vertraulich **11. Dezember 1984**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit Herrn Barcikowski am 11.12.1984 um 8.30 Uhr im Flughafen Frankfurt;
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach beiderseitiger Würdigung der Verdienste von Herbert Wehner, der am Vortage von polnischer Seite eine hohe Auszeichnung erhalten hatte[2], stellte *BM* die Frage nach den deutsch-polnischen Beziehungen und verwies auf die Notwendigkeit, beiderseits Anstrengungen zu unternehmen. In diesem Sinne habe er die jüngsten polnischen Erklärungen verstanden, und in diesem Lichte seien auch seine eigenen Erklärungen zu sehen.

Herr *Barcikowski* teilte BMs Meinung und führte aus, die polnische Seite sehe die Frage des Besuchs von BM in Polen[3] als offen an, die Initiative müsse jedoch von deutscher Seite ergriffen werden. Außerdem müsse der Besuch dann so vorbereitet werden, daß es zu keinen Überraschungen mehr kommen könne.

BM betonte, daß eine behutsame Vorbereitung notwendig sei. Er bat, sich die Ziele vor Augen zu führen, die er mit diesem Besuch verfolgt habe, und wies darauf hin, daß es eben aufgrund dieser Ziele falsch sei, den Besuch zu lange aufzuschieben. Im Interesse dieser Bemühungen sollte der Besuch schnell stattfinden. Die Tatsache, daß einige Fragen nun öffentlich diskutiert worden seien, erleichtere die Dinge nicht gerade. Manches sei für beide Seiten mit Prestigefragen verbunden. Die deutsche Seite habe es an der Zeit gefunden, durch den Besuch in Warschau den Willen zur Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Polen zu bekräftigen und ein Signal dafür zu setzen, daß es nicht vernünftig sei, Polen vom Prozeß der Entspannung und der Zusammenarbeit auszusparen. Offen gesagt, habe er in den letzten Stunden vor seinem Besuch nicht mehr gewußt, ob sein Besuch zu diesem Zeitpunkt überhaupt erwünscht sei. Ihm lägen Äußerungen von (nicht Bonner) polnischen Diplomaten vor, die derartige Bemerkungen gemacht hätten. Er glaube, in Anbetracht der Verantwortung beider Seiten für die deutsch-polnischen Beziehungen und in Anbetracht der von beiden Seiten geteilten Meinung, daß diese Beziehungen nicht nur für die beiden Staaten, sondern auch für die Lage in Europa von Bedeutung seien, sollte man sich offen sagen, ob ein Besuch erwünscht sei oder nicht, damit man kein Risiko laufe.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Hamerlak-Hermesdorff gefertigt. Hat Bundesminister Genscher am 14. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner wurde am 10. Dezember 1984 in der polnischen Botschaft in Köln mit dem Kommandeurskreuz mit Stern des Verdienstordens der Polnischen Volksrepublik ausgezeichnet.

3 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Polen vgl. Dok. 323 und Dok. 324.

Herr *Barcikowski* brachte sein Erstaunen über diese von BM angesprochenen Informationen zum Ausdruck und versuchte, auf das „hohe Niveau" dieser Informationen zu verweisen, worauf *BM* erwiderte, daß er kein höheres als das Politbüro[4] kenne.

Auf die Hauptfrage antwortete *Barcikowski*, daß Polen den Besuch für notwendig erachte und ihn verwirklicht sehen wolle.

BM verwies darauf, daß er aus den Aussagen von General Jaruzelski nach der Absage des Besuchs ebenfalls schließe, daß dieser den Besuch für richtig und notwendig halte. Er selbst habe die polnische Haltung in der Frage der Visumserteilung nie verstanden, da die polnische Seite noch um 21.00 Uhr die Zustimmung hätte erteilen können, und die betreffende Person[5] hätte, da sie in Wien weilte, sowieso von diesem Visum keinen Gebrauch mehr machen können. Er selbst habe seine Entscheidung so spät gefällt, um der polnischen Seite noch Zeit zu geben, darüber nachzudenken. Aber dies gehöre nun der Vergangenheit an.

Herr *Barcikowski* betonte, daß etwas Zeit vergehen müsse, um den entstandenen Eindruck und die Komplikationen zu überwinden, aber dann sollte der Besuch – nach gründlicher Vorbereitung – bald stattfinden. Polen sei bereit, Vorschläge zum Datum wohlwollend zu prüfen. Als günstigen Zeitpunkt sehe er den Februar/März 1985 an.

BM betonte, daß er sich mit großem Ernst dem Verhältnis zwischen den beiden Staaten widme und daß die deutsche Seite wünsche, den Prozeß der Verständigung mit Polen fortzusetzen. Hier handle es sich nicht um eine Frage der Tagespolitik, sondern – wie er stets betone – um eine Angelegenheit von historischer und moralischer Dimension.

Herr *Barcikowski* verwies darauf, daß die polnische Seite BMs Reden und Äußerungen sehr genau verfolge, diese von ihm angeführten Elemente sehr wohl sehe und sie hochschätze. Er bedaure, daß gerade BM in diese Situation gebracht worden sei, daß er diesen Besuch nicht habe verwirklichen können, der eine Fortsetzung seiner politischen Linie dargestellt hätte. Er selbst, Barcikowski, habe während des Aufenthalts von Hans-Jochen Vogel in Warschau[6] nicht verstanden, wieso dieser aus manchen Gründen angegriffen worden sei. Es waren eben jene Punkte, die dann zur Absage von BMs Besuch geführt hätten. Vogel sei attackiert worden, aber dies alles habe Genscher gegolten, für den die Stange, die er überspringen sollte, immer höher gelegt worden sei.

4 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ZK".

5 Carl Gustaf Ströhm.

6 Botschafter Röding, Warschau, berichtete am 10. November 1984: „SPD-Fraktionsvorsitzender und die ihn begleitenden Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die sich auf Einladung des Abgeordnetenclubs der PVAP im Sejm zur Zeit in Warschau aufhalten, führten an ersten beiden Tagen Gespräche insbesondere mit der gastgebenden Fraktion unter Vorsitz von ZK-Sekretär Barcikowski, VP Rakowski, ZK-Sekretär Czyrek, AM Olszowski und Planungschef Gorywoda. […] Fraktionsvorsitzender Dr. Vogel nahm Gelegenheit, Vorstellungen der SPD zur Entspannung zu erläutern: erneute Bekräftigung und Konkretisierung des Gewaltverzichts; atomwaffenfreie Straße entlang der Grenze der Bündnisse; Bemühungen, chemische Waffen wenigstens aus dem Herzen Europas zu verbannen; Suche nach Wegen, die Rüstungsausgaben zu vermindern zugunsten der Hilfe für die Dritte Welt." Vogel habe die Einsetzung einer Arbeitsgruppe von je drei Abgeordneten der SPD-Fraktion und des PVAP-Clubs vorgeschlagen, um vertrauensbildende Maßnahmen zu konkretisieren. Dies habe „positives Interesse" gefunden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1403; Referat 011, Bd. 129187.

BM verneinte diese Auslegung und betonte, daß die Visumsverweigerung entscheidend gewesen sei. So etwas sei ihm noch nie passiert. Natürlich habe es – auch von Warschau aus – Bedenken gegen manche Teilnehmer gegeben, aber bisher seien diese Schwierigkeiten stets überwunden worden. Dies sei auch der entscheidende Punkt gewesen; die beiden anderen hätte er mit General Jaruzelski besprochen.

Herr *Barcikowski* erkundigte sich danach, wie BM nun die mit dem Besuch in Verbindung stehenden Fragen, wie z.B. den Vertrag über Zusammenarbeit, und andere behandeln wolle. Ob diese Dinge in einer anderen Form geregelt werden könnten oder ob sie bis zum Besuch warten sollten?

BM führte aus, die deutsche Seite vertrete stets die Meinung, daß solche Fragen nicht von Besuchen beeinflußt werden sollten. Wenn jedoch beide Seiten von einem Besuch im Februar/März ausgingen, sei es wohl vernünftig, die Dinge dann zu tun.

Herr *Barcikowski* fragte, ob dies auch für die gemischte Kommission zutreffe oder ob diese zu dem vorgesehenen Datum, dem 31. Januar 1985, zusammentreten könne.[7]

BM verwies darauf, daß der Bundesminister für Wirtschaft[8] eine diesbezügliche Entscheidung noch nicht getroffen habe; er selbst sehe jedoch keine Hinderungsgründe für das Zusammentreten der Kommission.

Auf die Frage von BM nach der Lage in Polen führte Herr *Barcikowski* aus, daß für nächstes Jahr Sejm-Wahlen vorgesehen seien, und allein diese Tatsache zeige, daß die Lage sich günstig entwickle. Die Chancen seien gut, die Wahlen durchzuführen – und sie zu gewinnen.[9]

Die wirtschaftliche Entwicklung entspreche den Erwartungen; der Plan werde verwirklicht. Im Vergleich dazu, was Polen wolle, sei das alles zu wenig; aber im Vergleich zur Situation von 1981/82 sei die Entwicklung besser als erwartet.

Von BM nach dem Schwerpunkt des nächsten ZK-Plenums (21./22. Dezember[10]) befragt, erläuterte Herr Barcikowski, das Plenum werde sich vor allem den Wirtschaftsfragen und der Vorbereitung der Diskussion des nächsten Fünfjahresplans widmen.

BM berichtete, daß im Hinblick auf die Volksrepublik Polen gegenwärtig zwei Fragen die deutsche Öffentlichkeit beschäftigten. Die erste sei, wann der Prozeß gegen die Mörder von Priester Popiełuszko stattfinden werde.

Hierzu – betonte Herr *Barcikowski* – könne er die offizielle Stellungnahme mitteilen. Der Prozeß werde auf alle Fälle und möglichst schnell – möglichst im Dezember – eröffnet.[11] Wie die Maschinerie der Rechtsprechung danach jedoch

7 Die fünfte Tagung der deutsch-polnischen Gemischten Regierungskommission zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit fand am 21./22. März 1985 in Warschau statt.

8 Martin Bangemann.

9 In Polen fanden am 13. Oktober 1985 Parlamentswahlen statt.

10 Korrigiert aus: „20./21. Dezember".

11 Zu den Verhaftungen im Zusammenhang mit der Ermordung des polnischen Priesters Popiełuszko am 19. Oktober 1984 vgl. Dok. 326, Anm. 8.
In der Presse wurde berichtet, am 27. Dezember 1984 habe in Thorn „das mit Spannung erwartete

arbeiten werde, wieviel Zeit sie zur Urteilsfindung brauchen werde und welche Taktik die Angeklagten wählen würden, sei nicht voraussehbar. Es gebe Taktiken, wie z. B. die, die Michnik im KOR-Prozeß anwende[12], die den Verlauf der Verhandlungen sehr verzögerten. Jedenfalls befänden sich die Unterlagen bereits beim Gericht oder zumindest auf dem Wege zum Gericht.

Die zweite Frage – so *BM* –, die die deutsche Öffentlichkeit beschäftige, sei komplizierter. Ohne sich in die inneren Angelegenheiten einmischen zu wollen, wolle er hier eine persönliche Erfahrung erzählen. Bei allen Unterschieden zwischen der FDP und der PVAP gebe es auch Gemeinsamkeiten und auch gemeinsame Fehler. Seiner Partei habe 1974 auf dem Parteitag ein Kirchenpapier zur Verabschiedung vorgelegen.[13] In diesem Zusammenhang habe man auch über einen besonderen Antrag entscheiden müssen, gegen den er selber vorher gekämpft habe: nämlich den Antrag, in Schulen das Anbringen von Kreuzen zu verbieten. Er sei hier erfolgreich gewesen und habe eine Mehrheit gegen diesen Antrag erhalten. Nun habe er überlegt, warum die PVAP nicht diesem weisen Vorbild der FDP gefolgt sei und einen ähnlichen Beschluß gefaßt habe.

Herr *Barcikowski* erläuterte, daß die Frage der Kruzifixe[14] nur ein Teilaspekt sei. Die Gegner setzten eben alles daran, Staat und Kirche gegeneinander aufzubringen. Insgesamt seien die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sowohl auf hoher Ebene als auch in der Mehrzahl der Pfarreien gut, aber ab und zu werde dem Staat oder der Kirche der Schwarze Peter zugeschoben. Ob es nun der Mord an Pfarrer Popiełuszko sei, die Frage der Anbringung von Kruzifixen in den Schulen oder andere Dinge, nie sei man sicher, was morgen geschehe. Und wenn gar nichts geschieht, dann sei die Presse – die mit den Geheimdiensten, so dem amerikanischen, in Kontakt stehe – in der Lage, Primas Glemp deshalb anzugreifen, weil er den Frieden in Polen wahrt, und ihn dann als „Genosse Glemp“ zu titulieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1526

Verfahren gegen vier polnische Sicherheitsbeamte begonnen, die angeklagt sind, am 19. Oktober den oppositionellen Pfarrer Jerzy Popiełuszko entführt und ermordet zu haben. Wie aus der zu Beginn des Verfahrens verlesenen Anklageschrift hervorgeht, hat der als Haupttäter geltende Grzegorz Piotrowski bei den Ermittlungen die Tat gestanden und als Motiv angegeben, er habe ‚im Zustand des Hasses‘ und aus ‚beruflicher Frustration‘ gehandelt. Die Tat sei keine politische Provokation gewesen. Seine beiden Mittäter, die inzwischen degradierten Oberleutnants Waldemar Chmielewski und Leszek Pękala, haben laut Anklageschrift versichert, sie hätten auf Befehl gehandelt.“ Vgl. den Artikel „Zwei der Angeklagten in Thorn berufen sich auf einen ‚Befehl von ganz oben‘“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. Dezember 1984, S. 1 f.

12 Zum Prozeß gegen elf angeklagte Mitglieder der Gewerkschaft Solidarność und des „Komitees zum Schutz der Arbeiter“ (KOR) vgl. Dok. 199, Anm. 3.

13 Vom 30. September bis 2. Oktober 1974 fand in Hamburg der 25. Bundesparteitag der FDP statt. Für den Wortlaut der „Thesen der F.D.P.“ vom 1. Oktober 1974 zum Verhältnis von Kirche und Staat vgl. Freie Kirche im freien Staat, herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei, Bonn o. J., S. 13–15.

14 Gesandter Graf von Brühl, Warschau, berichtete am 11. Dezember 1984: „Der Sekretär der poln[ischen] Bischofskonferenz, Erzbischof Dąbrowski, hat am 8. Dezember in einem Brief an Kirchenminister Łopatka gegen die neue Welle von Kreuzentfernungen aus Schulen und Krankenhäusern protestiert. Zentrum des neuen Kreuzkrieges ist Włoszczowa […]. Prälat Orszulik, der auch von Kreuzentfernungen in einem Warschauer Krankenhaus berichtete, wertete die erneuten staatlichen Aktionen gegen die Kreuze in öffentlichen Gebäuden zu diesem Zeitpunkt als Provokationen, die die Spannung in der Bevölkerung weiterhin erhöhen sollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1628; Referat 214, Bd. 133065.

BM warf ein, daß er sich eben deshalb frage, warum ihm (Glemp) durch solche Entscheidungen wie die in der Frage der Kruzifixe das Leben noch schwerer gemacht werde.

Herr *Barcikowski* erläuterte, daß es im Grunde ja gar nicht darum gehe. Außerdem gebe es in polnischen Schulen durchaus weiterhin Kruzifixe, und es habe keinerlei Aktion zur Beseitigung dieser Kruzifixe gegeben.

BM leitete zur internationalen Lage und zu dem im Januar in Genf stattfindenden wichtigen Treffen über.[15] Zu diesem Thema werden die NATO-Außenminister nach ihrem Brüsseler Treffen eine Erklärung abgeben.[16] Zwar gehe es hier um die Frage der Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion, aber diese gehe auch alle Menschen in Europa direkt an. Hier in Europa werde an Verhandlungstischen in Wien[17] und in Stockholm[18] verhandelt, und er hoffe, daß am 1. August nächsten Jahres noch ein weiteres Treffen auf politischer Ebene in Helsinki anläßlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zustande kommen werde[19]. In diesem Zusammenhang interessiere ihn sehr, wie die polnische Führung die Perspektiven für 1985 einschätze.

Herr *Barcikowski* versicherte, die polnische Seite blicke mit Optimismus auf das Jahr 1985. Sie sei der Auffassung, daß eine Chance bestehe, den Prozeß der Verhandlungen so weit voranzubringen, daß die Stimmung der Beunruhigung, die in diesem Jahr dominiert habe, beseitigt werden könnte. Skeptisch sei Polen jedoch im Hinblick darauf, ob große Schritte im Bereich der Abrüstung und der Entspannung gemacht werden könnten. Polen kenne nicht alle Aspekte der amerikanischen Erwägungen, versuche jedoch mit allen Mitteln, dem ungünstig verlaufenden Prozeß Einhalt zu gebieten. Wichtig seien in diesem Zusammenhang die Art und Weise und das Tempo, in dem die Isolation Polens bzw. der Versuch der Isolation Polens aufgegeben werde. Hier komme auch der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung zu. Das sei auch nicht weiter erstaunlich. Zunächst seien die polnischen Probleme innere polnische Probleme gewesen, dann seien sie jedoch Gegenstand des internationalen Spiels geworden. So habe sich die Gelegenheit geboten, auf die Polen einzuschlagen und zu schauen, ob die Russen weinen.

BM verwies darauf, daß es ein Ziel seines Besuchs sein sollte, einen Beitrag zur Überwindung der Isolierung Polens zu leisten. Bei dem Besuch habe er auch darüber sprechen wollen, wie die Beziehungen weiterentwickelt werden könn-

15 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

16 Vgl. dazu Ziffer 4 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 129 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 85 f. Vgl. dazu auch Dok. 339 und Dok. 349.

17 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 343.

18 Zur KVAE vgl. Dok. 348.

19 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

ten, aber auch über die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen und über die Frage der Abrüstung.

Auf das Jahr 1985 blicke die deutsche Seite mit Zuversicht, da es in der Politik stets weniger auf das Tempo ankomme als darauf, daß die Entwicklung in die richtige Richtung gehe. Und die richtige Richtung sei nun eingeschlagen worden.

Er habe den Bundeskanzler auf seiner Reise nach Washington begleitet[20] und in den stundenlangen Gesprächen mit dem Präsidenten[21], dem Vizepräsidenten[22] und Außenminister[23] habe er das, was er vorher gewußt habe, bestätigt gefunden, nämlich den Willen der USA, mit der Sowjetunion ernsthaft zu verhandeln. Er empfahl den Warschauer-Pakt-Staaten, sorgfältig die Erklärung der NATO-Außenminister nach der Brüsseler Sitzung zu studieren, was Herr Barcikowski von vornherein gerne versprach.

Herr *Barcikowski* betonte, daß der Dialog und die Diskussion zwischen Politikern stets der Situation, wo jegliches Gespräch abgerissen sei, vorzuziehen seien. Insofern sei wirklich nicht das Tempo, sondern die Tatsache, daß Gespräche als solche stattfinden, wichtig. Jedoch sollte es auch so sein, daß, solange Verhandlungen im Gang sind, im Rüstungsbereich keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Es sei nicht gerade ermutigend, daß Präsident Reagan angekündigt habe, neue Rüstungsprogramme durchführen zu wollen. Natürlich sei wohl kaum jemand „mutig" genug, mit der vorhandenen Rüstung einen Krieg entfachen zu wollen, aber die Rüstung diene vor allem als politisches Druckmittel. Präsidenten und politische Führer scheuten wohl kaum davor zurück, mit der Rüstung politischen Druck auszuüben und im Rüstungsbereich alle erdenklichen Anstrengungen und Kosten auf sich zu nehmen.

Eben aus diesem Grunde – so betonte *BM* – sei es so wichtig, zu schnellen und konkreten Ergebnissen in den Verhandlungen zu gelangen.

BM bedankte sich für das Gespräch und bat, dem Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen seine Grüße zu übermitteln und ihm auszurichten, daß er sich sehr deutlich an das Gespräch von 1981[24] erinnere. Nach den positiven Erklärungen, die der Premierminister in letzter Zeit abgegeben habe, sehe er mit positiver Erwartung der nächsten Begegnung entgegen.

BM bat, die Herren Olszowski, Czyrek, Rakowski und Wojna zu grüßen.

Herr *Barcikowski* übermittelte die Grüße und guten Wünsche des Generals sowie die Grüße von Herrn Olszowski und Czyrek.

Das Gespräch endete um 9.30 Uhr.

VS-Bd. 14124 (010)

20 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

21 Ronald W. Reagan.

22 George H. W. Bush.

23 George P. Shultz.

24 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Zum Gespräch mit Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 in Warschau vgl. AAPD 1981, I, Dok. 80.

331

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen an das Bundesministerium für Wirtschaft

422-411.10 SYR-1103/84 VS-vertraulich **11. Dezember 1984**[1]

Betr.: Aufbau einer CW-Produktion in Syrien mit deutschen Zulieferungen

Anlg.: 1

Beigefügter Vermerk über die Vorsprache des israelischen Botschafters im Auswärtigen Amt am 6. Dezember 1984 wird mit der Bitte übersandt, dem in ihm angesprochenen Sachverhalt nachzugehen, dem zufolge Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland an Lieferungen zum Aufbau einer CW-Produktion in Syrien beteiligt sein sollen.

Insbesondere muß verhindert werden, daß Lieferungen auch jetzt noch erfolgen, nachdem im August d. J. das erforderliche Instrumentarium für eine Unterbindung derartiger Ausfuhren geschaffen worden ist.[2]

Auf die auch dort vorliegenden Erkenntnisse von anderer Seite über den vom israelischen Botschafter angesprochenen Sachverhalt wird hingewiesen.

Um baldige Stellungnahme, auch zur Unterrichtung der israelischen Seite, wird gebeten.[3]

Im Auftrag

gez. v. Wistinghausen

[Anlage]

Betr.: Aufbau einer CW-Produktion in Syrien;
hier: Vorsprache des israelischen Botschafters bei D 4[4] am 6.12.1984

1) Israelischer Botschafter, Ben-Ari, suchte am 6. Dezember in Begleitung des Ersten Sekretärs Leshem-Stein D 4 auf; an dem Gespräch nahm außerdem der unterzeichnende RL 422[5] teil. Einleitend wies der Botschafter darauf hin, er habe kürzlich BM Genscher bei einem privaten Zusammentreffen über diese in ihrer Art neuen Kontakte mit dem AA unterrichtet, die Fragen beinhalten, welche zugleich Gegenstand nachrichtendienstlicher Erkenntnisse sind (vgl. Pro-

1 Durchdruck.
Hat Ministerialdirigent Schlagintweit vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 12. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 13. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Vgl. dazu die 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1080.

3 Zur Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 14. Januar 1985 vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer vom 15. März 1985; AAPD 1985.

4 Werner Ungerer.

5 Henning von Wistinghausen.

jekt Samarra in Irak[6]). In diesem Fall ginge es jetzt um Syrien, wo nach israelischen Erkenntnissen CW-Produktionskapazitäten aufgebaut bzw. möglicherweise bereits CW hergestellt würden. Diese Aktivitäten fänden im CERS (wahrscheinlich: Centre d'Etudes et de Recherches Scientifiques) in Damaskus statt; in diesem Institut – an dessen Finanzierung auch die UNESCO beteiligt sei – arbeite unter dem Deckmantel landwirtschaftlicher und medizinischer Forschungen eine spezielle Gruppe an der Entwicklung von chemischen und biologischen Waffen (wobei sich letztere wohl noch im Versuchsstadium befänden); das CERS unterstehe (insofern) dem Verteidigungsministerium.

Die CW-Produktion konzentriere sich auf das Nervengas Sarin. Die Entwicklungen seien Mitte der 1970er Jahre begonnen worden, als ein Dr. Manzour diese besondere chemische Abteilung des CERS geleitet habe. 1977 sei eine erste „pilot plant" errichtet worden. 1981 hätten erste Kontakte zwischen dieser chemischen Abteilung – die im Vergleich zu anderen „normalen" chemischen Abteilungen des CERS besonders behandelt werde – und verschiedenen europäischen Firmen wegen der Lieferung von Ausrüstungen stattgefunden; 1982 sei der erste Vertrag über die Lieferung von drei separaten Fabrikationslinien für Sarin geschlossen worden, die sich wahrscheinlich schon in Syrien befänden. Die diesbezüglichen Aktivitäten im CERS würden israelischen Erkenntnissen zufolge ausgebaut, möglicherweise auch mit dem Ziel der Herstellung anderer CW.

Die CW-Produktion sei in vier Phasen entwickelt worden: „1) thermal isomerization of dimethyl phosphite, 2) chlorination of the product with thionyl chloride to obtain DCl[7], 3) fluorisation with HF[8] to obtain DF[9], and 4) finally a reaction with Isopropanol to obtain Sarin." (Dieser englische Text wurde auf unsere Bitte von der israelischen Seite zur Verfügung gestellt.)

Israelische Seite nehme an, die Produktionskapazität werde 1985 1500 kg DF (Vorprodukt) bzw. 700 kg Sarin betragen.

Das CERS (chemische Abteilung) habe Ausrüstungen und chemikalische Vorprodukte auch von deutschen Firmen bezogen, nämlich von Schott, Kolb, Heraeus, Gerrit van Delden, Riedel-de Haën und Merck.

2) D 4 reagierte dahingehend, daß wir der Sache nachgehen würden, da Bundesregierung – wie israelischer Seite bekannt, siehe Fall Samarra (Irak) – alles Interesse an Verhinderung von CW-Produktion und insbesondere der Beteiligung deutscher Firmen hätte. Im übrigen informierte D 4 den Botschafter kurz über den jüngsten Sachstand zum Projekt Samarra (Irak). Israelischer Botschafter teilte mit, er beabsichtige, in dieser Sache auch MD Schomerus/BMWi aufzusuchen.

VS-Bd. 13559 (310)

6 Zur Frage der Herstellung chemischer Waffen durch den Irak in Samarra mittels Lieferungen der Firma Kolb vgl. Dok. 286.

7 Deuterium chloride.

8 Hydrogen fluoride.

9 Methylphosphonyl difluoride.

332

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Strenziok

311-321.00 JEM-820/84 geheim **11. Dezember 1984**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Minister[2] zur Unterrichtung.

Betr.: Wunsch der AR[3] Jemen nach deutscher Hilfe bei der Reorganisation der jemenitischen Sicherheitsdienste[4]

Bezug: Anfrage des Ministerbüros

1) Am 23.11.1983 bat der nordjemenitische Präsident Saleh unseren Botschafter in Sanaa um deutsche Unterstützung bei einer geplanten Reorganisation der jemenitischen Sicherheitsdienste.[5]

Angesichts der besonderen Qualität der deutsch-jemenitischen Beziehungen konnten wir uns diesem Wunsch nicht verschließen und erklärten uns bereit, eine Expertendelegation, bestehend aus je einem Vertreter des BfV, des BND und des Grenzschutzes, in den Jemen zu entsenden. Aufgabe dieser Delegation war es, eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Strukturen vorzunehmen und eine darauf basierende Studie mit Empfehlungen für weitergehende jemenitische Maßnahmen zu erstellen. Wir machten aber gleichzeitig deutlich, daß damit keinerlei Verpflichtung für ein weitergehendes Engagement unsererseits verbunden sei.

2) Die Expertendelegation besuchte den Jemen vom 5. bis 12.5.1984. Anfang November 1984 wurde der jemenitischen Seite die abgeschlossene Studie in arabischer Sprache übergeben; der Leiter der Expertendelegation (Direktor im BfV) erläuterte unsere Empfehlungen am 21. und 22. November 1984 in Sanaa mündlich.

3) Die im Ressortkreis abgestimmte Vorgabe für die Gespräche im November 1984 hatte folgenden Wortlaut:

„Die Bundesregierung ist bereit, der Regierung der JAR beim Aufbau ihres Sicherheitsdienstes weiter behilflich zu sein. (Wir sollten der jemenitischen Seite jedoch nur auf deren ausdrücklichen Wunsch eine deutsche Mitwirkung in Aussicht stellen und insoweit deren Initiative abwarten.)

Diese Hilfestellung könnte z. B. umfassen:

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1985 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 14. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Meyer-Landrut an Referat 311 verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Riedler am 21. Januar 1985 vorgelegen.

3 Arabische Republik.

4 Zum Wunsch der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) nach Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit vgl. Dok. 61.

5 Zum Gespräch des Botschafters Metzger, Sanaa, mit Präsident Saleh vgl. AAPD 1983, II, Dok. 358.

– Ausbildung von Ausbildungspersonal des nordjemenitischen ND[6] an der Schule des BND in technischen (Photographie, Funk) und taktischen (Observation, evtl. auch VM[7]-Werbung, VM-Führung) Fächern des Nachrichtendienstes. (Zustimmung der Amtsleitung des BND steht noch aus.)
– Beratung bei der Anschaffung technischen Geräts für nachrichtendienstliche Zwecke durch BMI, BfV und BND.
– Gelegentliche Beratung für das Gesamtprojekt durch das BfV.

Die Bundesregierung ist nicht bereit und rät auch davon ab, nichtjemenitisches Ausbildungs- bzw. Beratungspersonal in den Nordjemen zu entsenden bzw. dort einzusetzen.

Für eine finanzielle oder sonstige materielle Unterstützung der Regierung der JAR bei diesem Projekt stehen auf deutscher Seite (wegen der insoweit anderen politischen Vorgaben) keine Mittel zur Verfügung. Zukünftig entstehende Kosten, einschließlich aller Reisekosten, sind von der nordjemenitischen Seite zu tragen. Die Bundesregierung wird sich aber bemühen, die in Deutschland stattfindenden Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten unentgeltlich durchzuführen.

Die Gesamtverantwortung für die Durchführung des Neuaufbaus seines Sicherheitsdienstes liegt bei der Regierung der JAR. Insbesondere hat sie für die in den Empfehlungen der Bundesregierung aufgeführten Grundvoraussetzungen (z. B. sprachkundiges Führungspersonal beim ND in ausreichender Zahl) zu sorgen."

4) Die jemenitische Seite gab zu erkennen, daß sie sich ein umfangreicheres deutsches Engagement erhofft hatte, erklärte sich gleichwohl mit dem oben skizzierten Rahmen der weiteren Zusammenarbeit einverstanden. Die inzwischen vorgetragene Bitte nach sofortigem Beginn von Ausbildungsmaßnahmen deutet darauf hin, daß die Jemeniten der raschestmöglichen Verwirklichung der von uns gemachten Vorschläge höchste Priorität zumessen.[8]

[gez.] Strenziok

VS-Bd. 13569 (311)

6 Nachrichtendienst.

7 Verbindungsmann bzw. Vertrauensmann.

8 Botschafter Metzger, Sanaa, berichtete am 31. Dezember 1984, er habe am Vortag ein Gespräch mit Präsident Saleh geführt: „Dieser ist zwar mit unserer Studie zu Reorganisation einverstanden, nicht jedoch mit dem Konzept, die Reorganisation im Rahmen gelegentlicher Dienstreisen zu betreuen und jemenitische Sicherheitsbeamte in Deutschland und erst nach vorherigen Sprachkursen in GB auszubilden. Angesichts dringender sofortiger Sicherheitsbedürfnisse JAR (einschließlich Flughafensicherheit und Schutz vor Luftpiraterie) sei es erforderlich, unsere Studie sofort in praktische Schritte und konkrete Hilfe umzusetzen und Ausbildung umgehend in Sanaa zu beginnen". Metzger legte dar: „Die Botschaft ist sich der politischen Tragweite der Entscheidung über den Wunsch Präsident Salehs bewußt." Sie sei bedeutsam im Hinblick auf die bilateralen politischen Beziehungen, aber auch für die Frage, welche Chancen Unternehmen aus der Bundesrepublik „in dem künftigen Erdöl-Land Jemen" haben werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 329; VS-Bd. 13569 (311); B 150, Aktenkopien 1984.

333

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl

214-320.03 POL-2304/84 geheim **13. Dezember 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Stellung von General Jaruzelski

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

1) Unsere Warschauer Botschaft hat von einer gut informierten Persönlichkeit (ehemaliger Arbeitsminister) folgendes erfahren:

Eine innerparteiliche Fronde (sog. orthodoxe Gruppe) hatte geplant, auf dem 17. ZK-Plenum (26./27.10.1984[4]) der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) Jaruzelski zur Unterschrift unter eine Rücktrittserklärung zu bewegen. Als Nachfolger sei eine Dreiergruppe vorgesehen gewesen: PB[5]-Mitglied Czyrek als Erster Sekretär, Vizeministerpräsident Messner als Ministerpräsident und Verteidigungsminister Siwicki als Oberkommandierender der polnischen Streitkräfte. Czyrek sei kein Mitglied der Jaruzelski-Opposition; er habe vielmehr als Aushängeschild der orthodoxen Gruppe dienen sollen, die aus ihren eigenen Reihen keinen überzeugenden eigenen Kandidaten als Ersten Sekretär habe präsentieren können. Dieser Plan sei nicht zur Ausführung gekommen, die orthodoxe Gruppe werde jedoch weiterhin versuchen, Jaruzelskis Position zu schwächen.

Hintergrund dieses Versuches, Jaruzelski zu stürzen, sei das gespannte Verhältnis zwischen Jaruzelski und Tschernenko. Letzterer habe von der zwischen Andropow und Jaruzelski erzielten Übereinstimmung in drei Punkten:

– Herausstellung des Koalitionscharakters der polnischen Führung,

– Anerkennung der Kirche als Dialogpartner,

– Abhängigkeit der polnisch-amerikanischen Beziehungen von Moskau,

nur den letzten Punkt übernommen.

Angesichts dieser Lage hätten die Besuche Jaruzelskis in Budapest, Ost-Berlin und Prag[6] der Konsolidierung seiner eigenen Stellung gedient.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner und Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. Dezember 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 28. Januar 1985 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 28. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 28. Januar 1985 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 29. Januar 1985 erneut vorgelegen.

4 Korrigiert aus: „25./26.10.1984“.

5 Politbüro.

6 Ministerpräsident Jaruzelski hielt sich am 9. November 1984 in Ungarn auf, am 16. November 1984 in der DDR und am 13. Dezember 1984 in der ČSSR.

Jaruzelski habe zeitweise auch mit dem Gedanken gespielt, freiwillig zurückzutreten und zu einem späteren Zeitpunkt die Macht durch eine Art Staatsstreich wieder zu übernehmen, wie dies Piłsudski 1923 bzw. 1926 getan habe.

2) Der um eine Stellungnahme gebetene BND hat hierzu ausgeführt, diese Umsturzpläne schienen weitgehend bestätigt und eine Ablösung Jaruzelskis innerhalb der nächsten Monate möglich zu sein. Als Urheber dieser Pläne käme jedoch nicht nur die orthodoxe Gruppe, sondern auch die Führungsgruppe um Jaruzelski in Frage, die u. U. mit einem Königsopfer die Fortsetzung des gegenwärtigen politischen Kurses sichern wolle.

Der BND konnte hingegen die Drei-Punkte-Vereinbarung Andropow–Jaruzelski und Spannungen zwischen Tschernenko und Jaruzelski in der vom Gesprächspartner unserer Botschaft genannten Form nicht bestätigen.

3) Wertung

Seit der Machtübernahme Jaruzelskis ist die Existenz einer innerparteilichen Opposition gegen den General bekannt. Diese Opposition sieht die traditionelle Führungsrolle der Partei in einem kommunistischen Staat durch das von Jaruzelski mit Hilfe der Armee eingeführte De-facto-Präsidialsystem und die Stärkung der Staatsorgane bzw. die Trennung von Verantwortlichkeiten zwischen Staat und Partei gefährdet. Die Opposition wurde 1982 als „Kattowitzer Forum" bekannt, ein Zusammenschluß ideologisch ausgerichteter Parteimitglieder. Dieser Moskau verbundene Parteiflügel vertritt innenpolitisch eine harte Linie gegenüber Kirche und Oppositionellen, befürwortet außenpolitisch eine enge Anlehnung an die Sowjetunion als Garanten der staatlichen Existenz Polens und ist gegen eine Verbesserung der Beziehungen Polens zu westlichen Ländern eingestellt. Die Zusammensetzung dieses Flügels wechselt, ihm gehören auch opportunistische Parteimitglieder an, denen es eher um den Zugriff zur Macht zu gehen scheint. Die Politbüromitglieder Olszowski[7] (Außenminister) und Milewski (Sicherheitsfragen), der Moskauer Botschafter und ehemalige Warschauer Parteisekretär Kociołek sowie Mitglieder des ZK-Apparates gehören dieser Gruppe an.

Die Rolle der Sowjetunion in diesem internen Tauziehen um die Macht ist nicht eindeutig zu bestimmen. Einerseits versucht sie, den – weiterhin desolaten – inneren Zustand der PVAP zu verbessern, andererseits hat sie polnische Besonderheiten (z. B. Rolle der Kirche) anerkannt. Marxistischen Theoretikern im Kreml wird das Jaruzelski-Regime ein Greuel sein; bei pragmatischen sowjetischen Politikern wird jedoch die Tatsache ausschlaggebend sein, daß allein Jaruzelski zumindest gegenwärtig in der Lage zu sein scheint, erneute Unruhen in Polen zu verhindern und eine einigermaßen geordnete Entwicklung zu garantieren.

Es ist anzunehmen, wenn auch bisher nicht zu beweisen, daß dieser orthodoxe Parteiflügel, dem die Sicherheitsdienste in Polen traditionell verbunden sind, oder einzelne seiner Mitglieder direkt oder indirekt für Entführung oder Ermordung Popiełuszkos verantwortlich sind.[8] Für diese Annahme spricht, daß

[7] An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich: „Er scheint jedoch nicht festgelegt, sondern manövrierfähig."

[8] Zur Ermordung des polnischen Priesters Popiełuszko am 19. Oktober 1984 vgl. Dok. 292, besonders Anm. 2.
Zur Eröffnung des Gerichtsprozesses im Zusammenhang mit der Ermordung Popiełuszkos am vgl. Dok. 330, Anm. 11.

zwei Mitglieder des ZK-Apparates im Zusammenhang mit der Ermordung Popiełuszkos verhaftet worden sind, ohne daß dies öffentlich bekanntgegeben worden ist. Die Gewalttat ist von allen gesellschaftlichen Gruppen in Polen als gezielter Angriff auf Jaruzelski beurteilt worden. Es erscheint durchaus glaubwürdig, daß die orthodoxe Gruppe in der Erwartung öffentlicher Unruhen den erzwungenen Rücktritt Jaruzelskis vorbereitete, aber sich auf dem ZK-Plenum nicht durchsetzen konnte. In der Berichterstattung über das ZK-Plenum in Warschau fehlt z. B. die Diskussion über die vom ZK einstimmig verabschiedete Resolution zur Ermordung Popiełuszkos. Dies läßt darauf schließen, daß es gegensätzliche Standpunkte gegeben hat und daß die Forderung in der Resolution, Jaruzelski solle dem Dezemberplenum personelle Konsequenzen aufgrund der Gewalttat vorschlagen, einen Kompromiß darstellte. Jaruzelski erhielt keine freie Hand in dieser Frage, sondern muß die Entscheidung dem Plenum überlassen. Die Übernahme der Parteikontrolle im Sicherheitsapparat durch Jaruzelski anstelle von Milewski stärkte zwar Jaruzelskis Position, bedeutete aber vorerst keine entscheidende Schwächung der orthodoxen Führungsmitglieder. Beispielsweise ist die zeitlich spätere Verschiebung des Besuches des Bundesministers[9] – bzw. die Erschwerungen, die dazu führten –[10] wahrscheinlich von der orthodoxen Gruppe wiederum mit Zielrichtung Jaruzelski inszeniert worden, ohne daß der polnische Ministerpräsident dies verhindern konnte.

Es ist fraglich, ob es auf dem bevorstehenden ZK-Plenum (21./22.12.1984) zu einer offenen Austragung personeller Gegensätze kommen wird.[11] Keine der beiden Gruppen scheint derzeit stark genug, um den Gegner zu verdrängen. Es ist zu vermuten, daß Jaruzelski auf dem Plenum oder in den kommenden Monaten den Einfluß von Mitgliedern des orthodoxen Flügels verringern kann, aber im Gegenzug selbst personelle Opfer bringen muß, die u. U. ihn selbst betreffen können (z. B. Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten).

Offen bleibt außerdem, ob der angekündigte Prozeß gegen die an der Entführung und Ermordung Popiełuszkos beteiligten Sicherheitsoffiziere Aufschluß über etwaige Hintermänner ergeben wird. In offiziellen Warschauer Äußerungen der letzten Zeit wurde diese Frage heruntergespielt, ein Indiz dafür, daß Jaruzelski die Bloßstellung eventueller Hintermänner nicht durchsetzen kann oder will.

Braunmühl

VS-Bd. 13406 (214)

9 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Polen vgl. Dok. 323 und Dok. 324.

10 Der Passus „– bzw. die … führten –“ wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

11 Gesandter Graf von Brühl, Warschau, berichtete am 28. Dezember 1984 über das 18. Plenum des ZK der PVAP am 21./22. Dezember 1984 in Warschau, zum Leiter der Kaderabteilung des ZK sei General Władysław Honkisz ernannt worden: „Über ihn liegen der Botschaft noch keine näheren Angaben vor.“ Auch über den neuen Leiter der ZK-Abteilung Verwaltung lägen keine Angaben vor: „Der Leiter der ZK-Auslandsabteilung, Gen[eral] Czesław Dęga, wurde ‚in den diplomatischen Dienst‘ versetzt und erhält einen (noch nicht genannten) Botschafterposten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1706; Referat 214, Bd. 133026.

334

Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt

114-5053/84 geheim
Fernschreiben Nr. 916
Citissime

Aufgabe: 13. Dezember 1984, 15.00 Uhr[1]
Ankunft: 13. Dezember 1984, 17.54 Uhr

König Juan Carlos zog mich anläßlich einer Audienz für deutsche Finanzexperten beiseite und brachte das Gespräch auf die Zusammenarbeit im Panzersektor.[2]

Er sei für die deutsche Lösung. Die Leopard-Technologie sei die beste. In diesem Sinne habe er gestern mit Ministerpräsident González gesprochen. Dieser teile

1 Hat Ministerialdirektor Ungerer am 17. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Loeck vermerkte: „In D[irektoren]B[esprechung] hat StS große Vorsicht empfohlen. Keine Reaktion ohne Genehmigung der Spitze des Hauses. Beim BMVg darauf hinwirken, daß AA stets beteiligt bleibt."
Hat Loeck am 17. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies ist bisher gewährleistet gewesen; wir sollten uns aber weiter darum bemühen – nach diesem FS ändert sich allerdings an Lince-Projekt nichts. Es geht nur um Realisierung."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 19. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BMVg (RL Rü II 2, MR Bewerunge) wurde heute – da vorher nicht erreichbar – von mir angesprochen im obigen Sinne; teilte mit, daß seitens BMVg nichts beabsichtigt sei (er habe aber aus dem ChBK dahinzielende Absichten erfahren). Heute nachmittag, 15.15 h, rief MR Bewerunge zurück und teilte mit, er habe jetzt Weisung von BM Wörner erhalten, Entwurf eines Briefes des Bundeskanzlers an MP González zu entwerfen, und las mir diesen Entwurf vor, der allgemein gehalten ist und gegen den – wenn man sich auf den Boden des geplanten Projekts als ein Fait accompli stellt – nichts einzuwenden ist (derselbe Eindruck herrscht bei VLR Ehni, 201-9, vor, dem MR Bewerunge den Entwurf anschließend ebenfalls am Telefon vorgelesen hat); lt. VLR Ehni wird MR Bewerunge in seiner Vorlage vermerken, daß AA unterrichtet ist."
Weiter vermerkte Wistinghausen, daß Vortragender Legationsrat Frick und Legationsrat I. Klasse Schweppe aus dem Büro Staatssekretäre telefonisch unterrichtet worden seien.
Außerdem notierte Wistinghausen: „Auf Weisung StS Ruhfus (via Herrn Schweppe) Oberst Scheffer/ChBK 17.30 mitgeteilt, daß AA sich – falls BK einen Brief schreibt, was lt. Scheffer noch nicht feststehe – zu Text eines Schreibens, insbesondere der entsprechenden Vorlage eines anderen Ressorts (BMVg), vorher äußern möchte. Sagte dies zu und stellte auch in Aussicht, dies MD Teltschik mitzuteilen."

2 Zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Spanien im Rüstungsbereich vgl. Dok. 67, Anm. 3.
Botschafter Brunner, Madrid, übermittelte am 5. Oktober 1984 Äußerungen des Staatssekretärs im spanischen Verteidigungsministerium, Serra, vom 3. Oktober 1984 zur möglichen Zusammenarbeit beim Kampfpanzer vom Typ „Lince": „Nach Serras Aussage wird die spa[nische] Entscheidung innerhalb der nächsten zwei Monate fallen. Die französische Konkurrenz hat ungemein großzügige Angebote gemacht, die mit politischem Entgegenkommen verbunden sind. Um zum Zuge zu kommen, müssen wir daher jede Anstrengung unternehmen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 756; VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1984.
Oberst i. G. Teetzmann, Madrid, berichtete am 13. November 1984: „Die spa. Entscheidung über eine Zusammenarbeit auf dem Panzergebiet wird um sechs Monate verschoben. Unabhängig davon bringen spanische Tageszeitungen die mögliche Panzerkooperation mit dem ‚Fall Flick' in Verbindung." Der Abgeordnete Schily (Die Grünen) sei mit der Bemerkung zitiert worden, „das Geld sei an Spanien gegeben worden, um ‚mehr Panzer mit Krauss-Maffei verkaufen zu können'". Teetzmann informierte weiter: „V[erteidi]g[ungs]min[ister] Serra empfahl Botschafter Dr. Brunner in einem Telefongespräch am 12.11., die diesbezüglichen Presseberichte nicht allzu ernst zu nehmen. Er bekundete weiteres ernstes Interesse der spa. Regierung an einer möglichen Zusammenarbeit auf dem Panzersektor." Ursächlich für die Entscheidung der spanischen Regierung dürfte der Wunsch gewesen sein, „weder die Bundesrepublik noch Frankreich in der Schlußphase der Beitrittsverhandlungen zur EG durch eine negative Entscheidung zugunsten des Konkurrenten zu verprellen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 848; Referat 209, Bd. 128393.

seine Ansicht, zögere jedoch angesichts der Vorwürfe der konservativen Opposition um Fraga in der Flick-Affäre.[3]

Ich sagte dem König, ich hätte selber in den letzten Tagen mit Fraga gesprochen. Dieser habe mir zugesagt, die Panzerfrage nicht mehr mit dem Thema Flick in Zusammenhang zu bringen.

Der König meinte, dies sei der richtige Weg. Wir sollten ruhig auch beim MP insistieren. Ein Brief des Bundeskanzlers an Felipe González könne im jetzigen Augenblick nützlich sein.

Er selber werde weiter beim MP den Standpunkt des spanischen Heeres vertreten, das eindeutig für die Leopard-Technologie optiere. Es empfehle sich, auch aus allgemeinpolitischer Sicht, diesen dringenden Wunsch der Armee zu berücksichtigen. Französische Sticheleien wögen demgegenüber wenig.

Auch dies habe er MP González gesagt.

Wertung:

Die ungewöhnlich offene und entschiedene Meinungsäußerung des Königs ist für uns eine große Hilfe. Ich empfehle, seiner Anregung, der Herr Bundeskanzler möge MP G. in dieser Sache schreiben, zu folgen.[4]

Die Angelegenheit eilt, weil, wie ich höre, das spanische Kabinett noch vor Weihnachten eine erste Beratung der Panzerzusammenarbeit vornehmen wird.

[gez.] Brunner

VS-Bd. 10921 (422)

3 Zur „Flick-Affäre“ vgl. Dok. 301, Anm. 4.

4 Das Bundesministerium der Verteidigung übermittelte dem Auswärtigen Amt am 20. Dezember 1984 einen Entwurf für ein Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Ministerpräsident González zur Zusammenarbeit im Panzerbereich, in dem es hieß: „Ich begrüße diese Bemühungen und unterstütze sie, weil sie zur Festigung unserer bilateralen Beziehungen beitragen und darüber hinaus einen weiteren Fortschritt darstellen auf dem Weg zu einem auch auf dem Gebiet der Rüstung noch kompetenteren und fortschrittlichen Europa.“ Vgl. das Schreiben; Referat 209, Bd. 128393.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte am 22. Januar 1985 handschriftlich auf dem Begleitschreiben zum Entwurf, das Schreiben sei noch nicht abgeschickt worden. Am 28. Februar 1985 notierte er: „Noch kein Brief: z.d.A.“ Vgl. Referat 209, Bd. 128393.

335

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5055/84 geheim **Aufgabe: 13. Dezember 1984, 17.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2185 **Ankunft: 13. Dezember 1984, 18.14 Uhr**

Betr.: Vierertreffen[2] am Vorabend des NATO-Außenminister-Herbsttreffens[3] am 12.12.84;
hier: Luftsicherheit und Terrorismus

Enthält Weisung: Ziffer 4

BM eröffnete Gespräch beim Abendessen mit Ausdruck der Anteilnahme gegenüber AM Shultz zur Ermordung der zwei amerikanischen Geiseln in Teheran.[4] Vorgang in Teheran und in diesem Zusammenhang erörterte andere Fälle von Flugzeugentführungen und terroristischen Akten waren Anlaß für eingehende Analyse und Entwicklung von Vorstellungen für eine Reaktion.

1) Analyse Teheran: Shultz berief sich nur auf allgemein zugängliche Quellen und bezeichnete in einer vorläufigen Bewertung das iranische Vorgehen als schlecht, wobei er ausdrücklich die Frage offenließ, welcher Art die Beziehungen der iranischen Seite, der Regierung oder von Teilen der Regierung zu den Terroristen waren. Besonders kritisch hob er die sechstägige iranische Passivität, die Ermordung von zwei Amerikanern und Folterungen möglich machte, und die Tatsache hervor, daß den Terroristenforderungen gegenüber Kuwait iranischerseits Nachdruck verliehen wurde. Damit habe die iranische Regierung einen zweiten terroristischen Akt unterstützt, nämlich die Freipressung von wegen Terrorismus in Kuwait Verurteilten. Sie habe damit gegen den Grundsatz verstoßen, daß es für Terrorismus keine Rechtfertigung gibt.

Die Geheimdiensterkenntnisse ließen keine sicheren Schlüsse zu. Die Terroristen schienen aus dem Libanon gekommen zu sein. Bekannt sei auch, daß die

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 14. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse von Ploetz und Jansen sowie an Vortragenden Legationsrat Horstmann verfügte.
Hat Jansen am 14. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 14. und 20. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Zum Vierertreffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Brüssel vgl. auch Dok. 336, Dok. 341 und Dok. 342.

3 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

4 In der Presse wurde berichtet, iranische Sicherheitskräfte hätten am 9. Dezember 1984 eine am 4. Dezember 1984 entführte kuwaitische Passagiermaschine auf dem Flughafen von Teheran gestürmt. Die Entführer hätten sich ergeben, und die angebrachten Sprengsätze seien entfernt worden. Die restlichen Geiseln hätten das Flugzeug unverletzt verlassen, nachdem ein Großteil der Geiseln in den Tagen zuvor bereits freigelassen worden war. Im Laufe der Entführung seien jedoch vier Passagiere erschossen worden, unter ihnen zwei amerikanische Staatsangehörige. Zu den Hintergründen wurde berichtet: „In Kuwait war im März eine Gruppe von Männern wegen Beteiligung an einer Serie von Anschlägen verurteilt worden. Dabei waren im Dezember 1983 bei Sprengstoffanschlägen auf die Botschaften Frankreichs und der USA sowie öffentliche Einrichtungen mehrere Menschen getötet und etwa 70 verletzt worden. Zu den Aktionen hatte sich die Terror-Gruppe ‚Islamischer Heiliger Krieg' bekannt." Vgl. den Artikel „Entführte Maschine gestürmt – Geiseln befreit"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 10. Dezember 1984, S. 1 f.

iranische Botschaft in Damaskus eine Art Leitungsaufgabe für terroristische Akte habe.

Shultz konnte zu dem Hinweis BMs nicht Stellung nehmen, daß nach Erklärungen der iranischen Regierung Kuwait lange die Zustimmung zu sofortigem Handeln verweigert habe. Er hob aber das unkooperative Verhalten der iranischen Regierung gegenüber kuwaitischen Stellen hervor, die u. a. sehr weit entfernt vom Flugzeug gehalten wurden.

AM Howe stellte fest, daß vorläufige britische Analyse nicht zum Ergebnis gekommen sei, daß der iranischen Seite maßgebliche Vorwürfe gemacht werden könnten. Erste Befragungen der beiden britischen Staatsangehörigen an Bord schienen eher darauf hinzudeuten, daß Iran effektiver als Kuwait gewesen sei. Ihr Eindruck sei naturgemäß sehr begrenzt. Die britische Regierung habe in Teheran sehr klargemacht, daß entschlossenes Handeln gegenüber den Terroristen notwendig sei. Shultz stimmte ihm darin ausdrücklich zu.

AM Dumas nahm bezug auf die Entführung der Air-France-Maschine nach Teheran und unterstrich in diesem Zusammenhang die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit BM, der seinerzeit gerade aus Teheran zurückgekehrt gewesen sei[5] und sich sehr wirkungsvoll eingeschaltet habe[6]. Die französische Regierung sei von Anfang überzeugt gewesen, daß die Entführer mit einem gewissen Maß an Zustimmung und Hilfe von iranischer Seite, wenn nicht gar von Teilen der Regierung, operiert hätten. Er habe sofort die spezielle französische Polizeigruppe nach Kreta entsandt. Sie wäre beim ersten Todesfall sofort eingesetzt worden. Die iranische Regierung habe sich damals schlecht benommen, aber letztlich doch einen gewissen Grad internationaler Respektabilität wahren wollen.

Eine wirksame Bekämpfung sei weniger durch neue Erklärungen als durch enge und bessere Koordinierung zwischen den Regierungen, die dazu bereit und in der Lage seien, möglich, wenn sie zu praktischen Aktivitäten führe. Ein Vorfall wie der in Teheran dürfe sich nicht wiederholen. Dumas erwähnte, daß

5 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.

6 In der Presse wurde berichtet, laut Angaben der iranischen Nachrichtenagentur IRNA sei die Entführung einer Maschine der französischen Fluggesellschaft „Air France" nach Teheran am 31. Juli 1984 nach zwei Tagen mit der Freilassung aller Passagiere beendet worden: „Die französische Regierung hatte sich geweigert, die Forderung der Luftpiraten zu erfüllen, fünf in Frankreich inhaftierte islamische Terroristen freizulassen. Sie waren verurteilt worden, weil sie 1980 den ehemaligen iranischen Ministerpräsidenten Bachtiar ermorden wollten." Die französische Regierung habe sich bei der Bundesregierung bedankt. Bundesminister Genscher habe am 2. August 1984 Kontakt zu seinem iranischen Amtskollegen Velayati aufgenommen, um zu einem unblutigen Ende der Geiselnahme zu gelangen. Unter den Geiseln hätten sich mindestens sieben deutsche Staatsangehörige befunden. Vgl. den Artikel „Die Entführer der Air-France-Maschine ergeben sich in Teheran"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. August 1984, S. 1.
Botschafter Petersen, Teheran, berichtete am 4. August 1984: „Nicht von der Hand weisen möchte ich die Version, daß die iranische Regierung den ganzen Tag nicht in erster Linie über die Freilassung der Passagiere verhandelt hat, sondern sich im wesentlichen darum bemüht hat, aus der Entführung eigenes politisches Kapital zu schlagen. […] Unter diesen Umständen schlage ich vor, die übermittelte Botschaft des Ministers mit Dank an Velayati jedenfalls zunächst nicht abzugeben. Die iranische Regierung würde sie mit Sicherheit groß herausstellen, und der BM könnte sich dem Vorwurf aussetzen, den Iranern auf den Leim gegangen zu sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 982; VS-Bd. 13578 (311); B 150, Aktenkopien 1984.

Frankreich noch heute vergeblich auf Auskunft der iranischen Regierung warte, was mit den Entführern geschehen sei.

2) Weiteres Vorgehen

Minister erörterten zunächst Umfang des Informationsaustausches, auch über Bekämpfungstechnik, zwischen den Spezialisten der sieben Weltwirtschaftsmächte. Shultz hatte Zweifel, daß Informationsaustausch zwischen den Diensten ausreicht.

BM unterschied zwischen

– enger Zusammenarbeit zwischen den Sondereinheiten und
– mehr praktischem Vorgehen vor Ort im Falle einer Flugzeugentführung.

Der jeweiligen Regierung des Landes, wo sich Maschine aufhalte, müsse ganz klar sein, daß sie allein verantwortlich sei. Dies habe er seinerzeit nach Anruf von Dumas dem iranischen AM[7] als erstes gesagt: Hintergründe und Modalitäten interessierten zunächst nicht, die iranische Regierung müsse vielmehr wissen: Sie sei verantwortlich. Damit sei Vorgang nicht nur eine französische Angelegenheit, sondern ebenso eine deutsche oder eine der anderen Staaten.

Klar müsse auch sein: Fremde Spezialeinheiten könnten sich nicht ohne die Zustimmung der Regierung vor Ort betätigen. Die jeweilige Regierung müsse aber zweierlei wissen:

– daß ihr Verhalten die außenpolitische Lage des Landes total verändern könne, wenn sie nicht verantwortlich handele;
– andererseits, daß sie sich auf die Hilfe von außen verlassen könne, wenn sie die Folgen verantwortlichen Handelns tragen müsse. BM verwies in diesem Zusammenhang auf unser Verhalten gegenüber Somalia nach Mogadischu[8] hin.

Howe differenzierte nach Ländern:

– Bei solchen wie Iran, also einer kleineren Gruppe leicht identifizierbarer Staaten, die zur Unterstützung von terroristischen Akten neigten, sei stärkerer Informationsaustausch nötig.
– Bei der weit größeren Zahl von Staaten müsse hingegen verdeutlicht werden, daß sie für ihr Handeln verantwortlich gehalten würden.

Entschlossenes Handeln sei in beiden Fällen notwendig. Howe bezog an diesem Punkt die britischen Erfahrungen mit Libyen beim Botschaftszwischenfall in

7 Ali Akbar Velayati.

8 Am 13. Oktober 1977 wurde die Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf dem Weg von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main von palästinensischen Terroristen entführt, um in Stuttgart-Stammheim einsitzende RAF-Mitglieder sowie zwei in der Türkei einsitzende Mitglieder der PFLP freizupressen. Nach mehreren Zwischenstationen landete die Maschine am 17. Oktober 1977 in Mogadischu. In den frühen Morgenstunden des 18. Oktober 1977 wurde die Maschine durch Angehörige der Sondereinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes gestürmt. Während drei von vier Terroristen bei dem Einsatz getötet wurden, gelang die Befreiung aller Geiseln. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 284, Dok. 288–295 und Dok. 299.
Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Somalia seit 1977 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 1, Dok. 192 und Dok. 194, AAPD 1979, I, Dok. 77, AAPD 1980, I, Dok. 18, sowie AAPD 1982, I, Dok. 94.

London[9] ein. GB habe bilateral reagiert und Beziehungen abgebrochen. F hingegen, was er nicht kritisierte, treffe im Zusammenhang mit Tschad Absprachen mit Libyen.[10] Dies veranlaßte Shultz zu der Anmerkung, daß die USA als Ausdruck der Solidarität die Beziehungen zu Libyen gern abgebrochen hätten, wenn es über solche verfügt hätte.[11]

Die Frage von Howe nach der richtigen Technik, die internationale Mißbilligung deutlich zu machen, beantwortete Shultz mit der Feststellung, angesichts der wachsenden Bedeutung des Problems müsse das getan werden, was möglich sei. Man müsse auch laufend deutlich machen, daß Fälle des Terrorismus nicht vergessen würden, sondern weiter auf der Tagesordnung blieben.

Dumas meinte mit Zustimmung BMs, eine Intensivierung des Informationsaustausches wäre ein großer Fortschritt.

Shultz nahm Bezug auf die Behandlung der Luftsicherheitsfrage beim Bonner Weltwirtschaftsgipfel 1978[12] und die thematisch erweiterte Erörterung beim Londoner Gipfel 1984[13]. Er regte an, daß sich Spezialisten aus den sieben Ländern in der nächsten Woche zusammensetzen zu einer Analyse der jüngsten Vorgänge und Entwicklung von Vorschlägen für die notwendigen Folgerungen.

BM griff diesen Gedanken auf und erklärte sich mit einem baldigen Zusammentreten einverstanden.

Gleichzeitig sollten die Terrorismusbeauftragen die Problematik für den nächsten Gipfel in Bonn[14] aufbereiten.

Dumas kam auf ein bereits in Williamsburg[15] erörtertes politisches Problem zurück, dem F unverändert Bedeutung beimesse: Ein von den Sieben abgestimmtes Vorgehen müsse den Eindruck erwecken, daß sich die Reichen gegen den Rest der Welt zusammenschlössen. Im Rahmen der Zehn habe man bereits eine Struktur gefunden. Dumas äußerte die Präferenz, zunächst über Intensivierung als Informationsaustausch nachzudenken und dann die angemessenste Methode zu suchen.

Howe hielt diesen Bedenken entgegen, daß die Sieben politisch durchaus sensibel, andererseits aber von dem Problem am meisten betroffen seien und auch über die besten Mittel zu seiner Behandlung verfügten. Die Arbeiten im Siebenerkreis würden vertraulich sein und den Auftrag einschließen, die besten Me-

9 Zum Tod einer britischen Polizistin durch Schüsse, die aus dem Gebäude der libyschen Vertretung in London heraus abgegeben wurden, vgl. Dok. 117, Anm. 29.

10 Zum Rückzug der französischen und libyschen Truppen aus dem Tschad vgl. Dok. 311, Anm. 29.

11 Der amerikanische Botschafter Palmer verließ Libyen am 7. November 1972. Seitdem stand die diplomatische Vertretung der USA in Tripolis unter der Leitung von Geschäftsträgern. Am 2. Mai 1980 wurde sie geschlossen.

12 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA vom 17. Juli 1978 zu Flugzeugentführungen vgl. BULLETIN 1978, S. 766. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. ferner AAPD 1978, II, Dok. 225.

13 Vgl. dazu das Gespräch der Außenminister der G-7 am 8. Juni 1984; Dok. 166.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. Dok. 170 und Dok. 171.

14 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 statt.

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

thoden zu ihrer Realisierung zu entwickeln. GB spreche z. B. mit seinen Partnern im Commonwealth.

BM verwies darauf, daß der London-Gipfel unter der Beschränkung auf einen Teilaspekt (Mißbrauch diplomatischer Immunität) gelitten habe. Entscheidend seien zwei Punkte:

– Verbesserung der Zusammenarbeit generell und bei Aktionen,
– Heranziehen von Ländern zur Verantwortung, die bei einer Flugzeugentführung oder aus einem sonstigen Grund mit dem Vorgang zu tun haben.

Seien zwei verschiedene Gruppen notwendig:

– Sicherheitsleute (Erfahrungs- und Informationsaustausch, Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen, technische Aspekte),
– Prüfung politischer Aspekte, wobei besondere außenpolitische Überlegungen immer eine Rolle spielen würden.[16]

Auf Frage von Shultz erklärte BM Bereitschaft der Bundesregierung, als nächster Gastgeber des Weltwirtschaftsgipfels die Initiative zur Einberufung zu ergreifen. Hiermit waren alle einverstanden.

3) Beim bilateralen deutsch-amerikanischen Frühstück am 13.12.84 bestätigte BM auf Frage von AM Shultz noch einmal, daß wir die Initiative zu einer baldigen Einberufung der Gruppen ergreifen würden.[17]

4) BM bittet, daß die Abteilung 5 unverzüglich ein Konzept für die Implementierung der Absprache von Brüssel vorlegt.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14126 (010)

16 So in der Vorlage.

17 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 338.

336

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5058/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 13. Dezember 1984, 18.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2186 **Ankunft: 13. Dezember 1984, 19.34 Uhr**

Betr.: Treffen der vier Außenminister über Deutschland- und Berlin-Fragen am 12.12.1984 in Brüssel (Gastgeber: BM Genscher)[2]

Zur Unterrichtung

1) Nach Vorbereitung durch Berlin-Experten und Politische Direktoren[3] billigten die vier Außenminister folgenden Text zu Deutschland und Berlin im NATO-Kommuniqué[4]:

The maintenance of a calm situation in and around Berlin remains an essential element in East-West relations. In this regard unimpeded traffic on all access routes is of fundamental importance.

We support the efforts of the Federal Republic of Germany to continue and develop dialogue and cooperation with the German Democratic Republic as a contribution to strengthening peace in Europe and to obtain further practical improvements to benefit the German people, particularly the Berliners. On the question of the division of Germany, we reaffirm our Washington statement of 31 May 1984[5].

2) BM machte Ausführungen zur Lage in Berlin, zum Stand der innerdeutschen Beziehungen und zur inneren Lage der DDR. Er wies dabei insbesondere auf die Problematik der Wehrdienstentziehung nach Berlin und auf die noch ungelösten Botschaftsfälle in Prag[6] hin. Im einzelnen ist festzuhalten:

Die Lage in Berlin – so BM – habe im letzten Jahr eine beachtliche Entwicklung zum Positiven genommen. Die Stadt sei ruhiger geworden, Demonstrationen seien wesentlich zurückgegangen, besetzte Häuser seien geräumt, das Leben sei insgesamt normaler. Parallel dazu sei eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage festzustellen. Den im März bevorstehenden Wahlen komme große Bedeu-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 14. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 14. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Zum Vierertreffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) vgl. auch Dok. 335, Dok. 341 und Dok. 342.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

3 Richard R. Burt (USA), Franz Pfeffer (Bundesrepublik) und Derek Thomas (Großbritannien). Frankreich war durch den Mitarbeiter im französischen Außenministerium, Dejean de la Bâtie, vertreten.

4 Vgl. Ziffer 10 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 131. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 86.

5 Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

6 Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 337.

tung zu. Er rechne zwar mit einem Anstieg der Grünen, gehe aber davon aus, daß die gegenwärtige Senatsmehrheit bleibe.[7]

Im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Anstieg der Grünen wolle er, BM, auf einen Sachverhalt aufmerksam machen, der mit in die Zuständigkeit der Drei Mächte falle. Die wachsende Unterstützung der Grünen ergebe sich nämlich auch daraus, daß sich eine große Anzahl von Wehrpflichtigen dem Wehrdienst durch Zuzug nach Berlin entzöge. Die Bundesregierung untersuche gegenwärtig die Möglichkeiten, wie die deutsche Gesetzgebung geändert werden könne, um diese Entwicklung zu bremsen. Sobald unsere Überlegungen abgeschlossen seien, würden wir an die Alliierten in der Vierergruppe herantreten. Wir seien uns der komplizierten Statusproblematik bewußt; dem werde auf unserer Seite Rechnung getragen, der Status nicht angetastet werden. Ihm schwebe vor, unsere Gesetzgebung so zu ändern, daß wir die Zustimmung der Alliierten nicht benötigten. Wahrscheinlich werde aber eine Befassung der Drei Mächte unumgänglich sein. Gegenwärtig komme es ihm darauf an, die drei Minister „politisch problembewußt" zu machen.

BM wies auf den erfolgreichen Besuch des britischen AM Howe in Berlin hin.[8] Er könne zwar seine anderen Kollegen nicht nach Berlin einladen, möchte sie aber ermutigen, auch ihrerseits Berlin zu besuchen. Solche Besuche seien ein wesentlicher Beitrag zur inneren Stärkung der Stadt.

Zum innerdeutschen Verhältnis erklärte BM, der Besuch von BM Schäuble in Berlin (Ost)[9] habe gezeigt, daß die DDR auch weiterhin ein Interesse daran habe, die Beziehungen mit uns fortzusetzen. Wie er bereits bei früheren Gelegenheiten dargelegt habe, sei diese Haltung der DDR ökonomisch motiviert, man müsse aber gleichzeitig in Rechnung stellen, daß ein gutes Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland in der DDR inneren Druck wegnehme. In den letzten zwölf Monaten habe die DDR sich bemüht, diesen Druck auch durch eine großzügigere Ausreisepraxis zu mindern.

Wir rechneten bis zum Ende dieses Jahres mit etwa 40 000 legalen Ausreisen für 1984 insgesamt.

Im Zusammenhang mit der Ausreiseproblematik müßten auch die noch ungelösten Botschaftsfälle in Prag gesehen werden.

Wir versuchten, das Problem in diesen Tagen endgültig zu lösen. Je näher Weihnachten rücke, um so größer seien die Emotionen. Falls bei seiner, des Bundesministers, Reise nach Prag in der nächsten Woche[10] das Problem noch nicht geregelt sei, werde er mit den Menschen in der Botschaft sprechen.

Ein Besuch von Honecker in der Bundesrepublik Deutschland werde gegenwärtig von der DDR nicht betrieben. Sie versuche, ihre internationale Geltung da-

7 Am 10. März 1985 fanden in Berlin (West) Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Die CDU erreichte 46,4 % der Stimmen bzw. 69 Mandate, die FDP 8,5 % der Stimmen bzw. 12 Mandate. Die SPD kam auf 32,4 % der Stimmen bzw. 48 Mandate, die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz auf 10,6 % der Stimmen bzw. 15 Mandate. Am 18. April 1985 fand die Wahl des neuen Senats statt, der aus CDU und FDP gebildet wurde.

8 Der britische Außenminister Howe besuchte Berlin (West) am 10. Dezember 1984.

9 Zum Besuch des Bundesministers Schäuble am 6. Dezember 1984 in der DDR vgl. Dok. 328.

10 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR auf. Vgl. dazu Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

durch zu erhöhen, daß sie hochrangige westliche Besucher empfange und möglichst viele eigene Besuche im westlichen Ausland zu absolvieren versuche. Was uns angehe, so warte Ost-Berlin offensichtlich die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen ab. Je nach deren Verlauf wolle sie dann ggfs. auch kurzfristig das innerdeutsche Verhältnis wieder intensivieren.

Zur inneren Lage der DDR knüpfte BM an seine Erläuterungen vor einem Jahr an.[11] Damals habe er darauf hingewiesen, daß die sowjetische Angstkampagne gegen die Raketenstationierung eine größere Wirkung in der DDR hinterlassen habe als bei uns. Die Aktivität der kirchlichen Gruppen, die seinerzeit einen großen Einfluß gehabt hätten, sei wieder zurückgegangen. Anläßlich des 35. Jahrestages der Gründung der DDR[12] sei eine beachtliche Veränderung der DDR-Führung in der Einstellung zur deutschen Geschichte festzustellen. Die offizielle Propaganda der DDR habe lange Zeit versucht, die „Nation DDR" zu schaffen durch eine Uminterpretation der deutschen Geschichte in der Weise, daß die DDR alle guten Traditionen übernommen habe, die schlechten dagegen von der Bundesrepublik verkörpert würden. In diesem Jahr nun sei eine Reihe historischer Aufsätze erschienen, die sich mit der ganzen deutschen Geschichte auseinandersetzten. Im übrigen bleibe das Schema das gleiche: Die Höhen fänden weiterhin in der DDR ihren Ausdruck, wohingegen die Bundesrepublik die Tiefen deutscher Geschichte fortsetze. Diese Entwicklung sei insgesamt für uns gar nicht schlecht, weil diese Art der Darstellung in der Bevölkerung der DDR nicht geglaubt werde. Die ganze Diskussion zeige, daß auch der DDR-Führung bewußt sei, daß die deutsche Frage offen ist.

3) Einen breiten Raum in den Erörterungen der Experten und Direktoren nahmen die einseitigen sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin ein.[13] Es bestand Übereinstimmung, daß die sowjetischen Motive hierbei nicht auf einen Faktor festgelegt werden können. Militärischer Bedarf der SU-Luftstreitkräfte mag zusammenfallen mit politischer Absicht, den Westen das Mißfallen an der INF-Stationierung auch im Korridorverkehr nach Berlin spüren zu lassen.

Die sowjetische Reaktion vom 10. Dezember 1984 auf die politischen Demarchen der Drei Mächte könnte ein Schritt vorwärts sein: Zwar ist der ungerechtfertigte Anspruch der Sowjets, einseitig Flugschneisen in den Korridoren zu reservieren, nicht aus der Welt, doch die erklärte Bereitschaft, hierbei den Landungsverkehr am Berliner Ende der Korridore zu berücksichtigen, kann die praktische Problematik erheblich entschärfen.[14]

11 Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, berichtete am 8. Dezember 1983, beim Treffen mit seinen Amtskollegen Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am Vortag in Brüssel habe Bundesminister Genscher dargelegt: „Die Führung der DDR habe die innerdeutschen Beziehungen immer auch als ein Ventil für Unzufriedenheit im eigenen Land betrachtet. Man fürchte deshalb eine Rückkehr zum Kalten Krieg, weil dadurch diese Ventilfunktion verlorengehe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2236; Referat 210, Bd. 132649.

12 Zu den Feiern zum 35. Jahrestag der Gründung der DDR vgl. Dok. 264, Anm. 4.

13 Zu den sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin vgl. Dok. 311, Anm. 21.

14 Vortragender Legationsrat von Berg notierte am 11. Dezember 1984: „Der französische Vertreter in der Bonner Vierergruppe unterrichtete uns am 10.12.1984 über eine sowjetische Luftraumreservierung vom gleichen Tag, in der die Sowjets einen Radius von 27,5 Meilen um das ‚Berlin Air Control Center' (BASC) herum von der Reservierung freihalten (und damit den alliierten Wünschen nach

Die Direktoren beauftragten die Bonner Vierergruppe und die zuständigen alliierten Stellen in Berlin, auf der Grundlage des in der Vierergruppe erarbeiteten Optionspapiers für alliierte Demonstrationsflüge in den Korridoren eine detaillierte Einsatzplanung sowie eine Bewertung einschließlich möglicher sowjetischer Reaktionen vorzulegen. Die Notwendigkeit baldigen zusätzlichen Drucks auf die Sowjets, etwa durch Demonstrationsflüge, ist nach der Erklärung des sowjetischen Vertreters im BASC[15] am 10.12.1984 jedoch erheblich gemindert.

4) Vorbereitet durch die Expertengespräche befaßten sich die Direktoren mit dem Verhältnis der Berliner Bevölkerung zu den Schutzmächten, wobei sie ein besonderes Augenmerk auf mögliche Veränderungen im Verhältnis zwischen Bevölkerung und den Drei Mächten richteten (Beispiel: Schießplatz Gatow[16] und Ausnutzung der Problematik durch die Grünen). Dabei ist das geschärfte Umweltbewußtsein und das aktuelle Gefühl in der Berliner Bevölkerung zu berücksichtigen, daß selbst unter dem besonderen Status der Stadt Anspruch auf den gesetzlichen Richter besteht. Die Direktoren waren sich einig, daß die Alliierten, die Bundesregierung und der Senat gemeinsam werden überlegen müssen, wie dieser Stimmungslage entsprochen und den Berlinern immer wieder klargemacht werden kann, daß Sicherheit und Wohlergehen der Stadt auf der Präsenz der alliierten Schutzmächte beruhen.

5) AM Shultz hob die Bedeutung eines Abschnittes im Bericht der Direktoren an die Minister hervor, der lautet:

„We concluded our consideration of Berlin issues by noting the special importance of maintaining close consultation and coordination of Berlin policy between the Allies and the German authorities in Bonn and Berlin. Both the rapidly changing international situation and new internal developments in Berlin require increased efforts to maintain the coherence of Western policies in and around the city. Only by coordinating our individual efforts can we assure successful management of the challenges we are likely to face in coming years."

Alle Minister stimmten darin überein, wie wichtig eine laufende und enge Abstimmung aller an der Formulierung und Ausführung der Berlin-Politik Beteiligten ist. BM hob in diesem Zusammenhang die kontinuierliche Arbeit der Bonner Vierergruppe hervor.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14126 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1546

reservierungsfreiem Zugang im Umfeld Tegels für Starts und Landungen der Zivilflugzeuge ohne Steilflug entgegenkommen). […] Der amerikanische Vertreter in der Bonner Vierergruppe wertete die sowjetische Maßnahme als ein positives Zeichen, das erste seit einem Jahr". Vgl. VS-Bd. 13352 (210); B 150, Aktenkopien 1984.

15 Berlin Air Safety Center.

16 Zum Bau einer Schießanlage auf dem Flugplatz Gatow vgl. Dok. 311, Anm. 23.

337

Botschafter Meyer, Prag, an das Auswärtige Amt

114-5063/84 geheim
Fernschreiben Nr. 1271
Citissime nachts

Aufgabe: 13. Dezember 1984, 22.00 Uhr[1]
Ankunft: 13. Dezember 1984, 22.14 Uhr

Betr.: Deutsche aus der DDR in Botschaft Prag

1) Zufluchtsuchende haben sich heute 20.00 Uhr in einem einzigen Raum des Botschaftsgebäudes (sog. Freskenraum neben dem Hauptzugang und Zugangstreppe) mit ihrem Bettzeug versammelt und wollen dort nach ihren Angaben bleiben, um ihren Hungerstreik zu beginnen. Ob alle Zufluchtsuchenden an der Aktion teilnehmen, läßt sich noch nicht übersehen. Es handelt sich zumindest um die große Mehrheit.

2) Nachstehend folgt auch Text eines Vermerkes von StS Rehlinger über heutige Zusammenkunft zwischen mir[2], RA Vogel und Zufluchtsuchenden (gleichzeitig Bericht über Ablauf dieser Gespräche).

Betr.: Botschaftsfälle in Prag

Am 13.12. haben RA Dr. Vogel und ich mit den Besuchern aus der DDR in der Botschaft in Prag im Beisein von Herrn Botschafter Dr. Meyer gesprochen.

Zunächst wurden von mir einleitende Erläuterungen gemacht und die Situation ausführlich geschildert. Den Besuchern wurden noch einmal die „Bedingungen" erläutert.[3]

Zum Schluß habe ich angekündigt, daß RA Dr. Vogel auf Bitten der Bundesregierung und mit Zustimmung seiner Regierung sich bereit erklärt hätte, mit ihnen zu sprechen. Sie, die Besucher, hätten bei meinem letzten Aufenthalt darum gebeten, mit RA Dr. Vogel zusammenzukommen. Die Bundesregierung habe deshalb, um ihnen in ihrer bedrängten Situation zu helfen, Herrn Dr. Vogel um den Besuch gebeten.

RA Dr. Vogel, der inzwischen in der Botschaft eingetroffen war, hielt anschließend eine kurze Ansprache an die Besucher. Er legte sehr eindringlich die Position der DDR dar. Dabei gab er die Bereitschaft zu erkennen, sich jedes einzelnen Falles anwaltlich anzunehmen und die Ausreiseanliegen der Besucher anwaltlich zu begleiten. Weitere Zusagen würden von ihm nicht gemacht.

Anschließend fanden einzelne Gespräche mit den Besuchern statt. Sie wurden von RA Dr. Vogel in meinem Beisein geführt. Von den insgesamt 70 Besuchern

1 Hat dem Bereitschaftsdienst am 13. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sofort bei Dienstbeginn 14.12. vorlegen. Soll auch BM vorgelegt werden (so Botsch[after] Meyer)." Ferner handschriftlicher Vermerk: „Verbesserungen von Meyer telef[onisch] aus Prag durchgegeben." Vgl. Anm. 2 und 6.

2 Dieses Wort wurde vom Bereitschaftsdienst gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „StS Rehlinger". Vgl. Anm. 1.

3 Zu den Bedingungen der Regierung der DDR zur Lösung der Fälle von Zufluchtsuchenden in Botschaften der Bundesrepublik in Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 295, Anm. 21.

in der Botschaft wurde mit 54 Personen gesprochen. 16 machten von dem Angebot keinen Gebrauch.

In den Gesprächen konnte RA Dr. Vogel bei vielen Besuchern, insbesondere bei den Problemfällen, Mitteilungen machen, die geeignet waren, den Entschluß zu einer Abreise zu erleichtern.

Anschließend unterrichtete RA Dr. Vogel Herrn Botschafter Dr. Meyer und mich über Aussagen von ehemaligen Besuchern, die sie ihm nach ihrer Rückkehr in die DDR in seinem Büro gemacht hätten. Aus diesen Mitteilungen ergibt sich, daß unter den Besuchern, die sich jetzt noch in der Botschaft befinden, ein „harter Kern" von ca. 20 Personen ist, der entschlossen ist, seine Forderungen mit Druck durchzusetzen. Unter den Besuchern wurde und wird auch nach meinem Eindruck aus den heutigen Gesprächen sehr intensiv über Maßnahmen wie Hungerstreik, eine Besetzung der Botschaft sowie Geiselnahme von Botschaftsangehörigen diskutiert.

Mir selbst wurde in einigen Gesprächen von einzelnen Besuchern gesagt, daß dieser „harte Kern" sogar in erpresserischer Form auf andere Besucher Druck ausübe.

Ein bezeichnendes Licht wirft auch die Tatsache, daß von einigen Besuchern Schränke der Fahrer geschickt aufgebrochen und ausgeraubt worden sind. Das erbeutete Gut, vor allem Alkohol, wurde zum Teil im Gartengelände vergraben. Weiter ist anzuführen, daß einer der Besucher, der die Botschaft inzwischen verlassen hat, einen Film mit sich führte, der mit Sicherheit Aufnahmen von Botschaftseinrichtungen enthielt. Auch fand man bei ihm eine Liste „Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland". Die Broschüre trug den handschriftlichen Vermerk „MilAtt"[4].

In dem abschließenden Gespräch zwischen Botschafter Dr. Meyer, RA Dr. Vogel und mir stellte RA Dr. Vogel dar, daß die Position der DDR unnachgiebig sei und auch bleiben werde. Die DDR sei auf der jüngsten WP-Außenministerkonferenz[5] von allen Mitgliedern des Warschauer Pakts verpflichtet worden, in Botschaftsfällen künftig nicht nachzugeben.

Nach meinem Eindruck hat sich die Situation in der Botschaft ernsthaft zugespitzt. Es kann wohl damit gerechnet werden, daß noch einige Besucher den Heimweg antreten werden. Ein Kern wird jedoch bleiben. Die Drohung mit Hungerstreik, Botschaftsbesetzung und Geiselnahme ist m. E. tatsächlich ernst zu nehmen.

StS Rehlinger[6]

[gez.] Meyer

VS-Bd. 12428 (513)

4 Militärattaché.

5 Am 3./4. Dezember 1984 fand in Ost-Berlin eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 19–22.

6 Die Wörter „StS Rehlinger" wurden vom Bereitschaftsdienst handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

338

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5065/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2189
Citissime

Aufgabe: 13. Dezember 1984, 23.20 Uhr[1]
Ankunft: 13. Dezember 1984, 23.43 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesminister mit US-Außenminister Shultz beim Frühstück am 13. Dezember 1984 in Brüssel[2]

Zur Unterrichtung

Aus dem Gespräch, an dem neben den beiden Ministern auf amerikanischer Seite u.a. Burt, Niles und Kornblum, auf deutscher Seite Botschafter Wieck, D2[3], D2A[4], Leiter MB[5], Leiter 013[6] mit Frau Siebourg teilnahmen, ist folgendes festzuhalten:

Die Minister haben folgende Themen behandelt:

1) Gemeinsame Konferenzstrategie und offene NATO-Kommuniqué-Probleme,

2) 40. Jahrestag des Kriegsendes,

3) Einladung zur Manöverbeobachtung (General Otis),

4) Stärkung der konventionellen Verteidigung,

5) Weltraum,

6) Boxenlösung in der Nordsee,

7) Zentralamerika.

1) Gemeinsame Konferenzstrategie und offene Kommuniqué-Probleme

Nach Begrüßung von Außenminister Shultz, dem der BM vor der Presse zu seinem Geburtstag gratuliert hatte, und einleitenden Bemerkungen über den guten Verlauf des Viererabendessens[7] schlug BM vor, über die gemeinsame Konferenzstrategie und noch offenstehende hauptsächliche Fragen im NATO-Kommuniqué-Entwurf zu sprechen.

Ihm, dem Bundesminister, schiene es richtig, gegenüber Griechenland die Fußnotentechnik anzuwenden. Es wäre falsch, aus Rücksichtnahme das Kommuniqué in der Sache zu verwässern.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.
Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 14. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 14. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel auf.

3 Franz Pfeffer.

4 Friedrich Ruth.

5 Hans Friedrich von Ploetz.

6 Jürgen Chrobog.

7 Zum Vierertreffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 12. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 335, Dok. 336, Dok. 341 und Dok. 342.

Shultz warf ein, das sei vollkommen richtig. Die Griechen handelten zunächst in der Sache einiges herunter und gäben dann doch eine abweichende Stimme ab.

Es sei wichtiger, so fuhr der BM fort, Belgien und die Niederlande mit klaren Aussagen „festzuhalten".

Außerdem komme es darauf an, zu den Konsultationen einen eindeutigen Passus, ähnlich wie in der deutsch-amerikanischen Erklärung von Washington[8], unterzubringen. Die Washingtoner Erklärung habe in der Bundesrepublik Deutschland ein sehr positives Echo gehabt. Wahrscheinlich würden die Verbündeten ähnlich positiv auf einen solchen Passus im NATO-Kommuniqué reagieren.

Schließlich träten wir dafür ein, den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki durch ein Treffen auf politischer Ebene zu begehen.[9] Die politische Ebene brauche nicht definiert zu werden. Die Definition hänge von der internationalen Entwicklung ab. Im Normalfall würden es die Außenminister sein, aber man könnte sich auch eine Lage vorstellen, in der die Staats- und Regierungschefs nach Helsinki reisen sollten.

Shultz bemerkte, Reisen des Präsidenten seien eine außergewöhnliche Sache bis hin zur Logistik. Das gelte sogar für seine Inlandsreisen, um wieviel mehr für eine Auslandsreise. Es dürfe deshalb auch nicht die entfernteste Andeutung einer Festlegung für den Präsidenten entstehen.

Der Bundesminister wiederholte, im Normalfall würden die Außenminister teilnehmen, aber in der Formel „politische Ebene" sei die Möglichkeit eines multilateralen Gipfeltreffens enthalten. Die beste Gelegenheit, über diese Frage weiterzusprechen, sei der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn.[10] Wir hätten nicht die Absicht, jetzt die Frage eines KSZE-Gipfels aufzubringen. Wir hätten immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die West-Ost-Beziehungen nicht auf das Raketenproblem reduziert werden dürften. Man müsse auch immer an die West-Ost-Zusammenarbeit, die Menschenrechte, das Verhalten in der Dritten Welt denken. Die KSZE sei das beste multilaterale Forum für die gesamten West-Ost-Beziehungen.

2) 40. Jahrestag des Kriegsendes

Shultz knüpfte an die Diskussion im Viererkreise beim Abendessen des 12. Dezember 1984 an. Howe habe gesagt, man solle den „Victory in Europe day" am besten ganz beiseite schieben und sich auf Helsinki, die Zukunftsorientierung, konzentrieren. Der BM scheine diesen Gedanken gestern abend geteilt zu haben. Der Bundeskanzler habe aber doch in Washington[11] festgestellt, daß es sich um einen sehr wichtigen Tag handele, an dem man nicht vorbeigehen könne. Deshalb sei er über die deutschen Wünsche ein wenig verwirrt.

8 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan vom 30. November 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 1313–1315.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

10 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 statt.

11 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

Der BM stellte mit Nachdruck fest, es handele sich keineswegs um einen Widerspruch. Der Bundeskanzler habe in Washington dargelegt, daß wir uns in Deutschland mit diesem Tag befassen müßten; es sei ein schwerer Tag für uns, und wir wären deshalb für jede Geste unserer Verbündeten dankbar, die uns helfe. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland müßten gerade um diesen Tag auch nach außen zeigen, daß sie zusammenstehen. Präsident Mitterrand habe in Verdun eine solche Geste gemacht.[12] Es komme vor allem darauf an, daß die Kriegsallianz nicht wiederbelebt werde. Es gelte, die Zukunft gegen die Vergangenheit zu setzen. Und so sei auch Howes Äußerung wohl zu verstehen. Howe meine, daß am 8. Mai 1985 jedes Land für sich gedenken solle. Sicher würden die Gedanken in jedem Lande verschieden sein. Wenn man an eine große Zusammenkunft denke, dann müsse sie zukunftsorientiert sein. Das könne im West-Ost-Rahmen nur im KSZE-Rahmen geschehen. Am 1.8.1975 hätten alle 35 Teilnehmerstaaten die Schlußakte unterzeichnet. Das sei eine Gemeinsamkeit. Der 8. Mai dagegen erinnere an das Trennende, an Sieger und Besiegte. Deshalb müsse man an den zehnten Jahrestag der Schlußakte anknüpfen. Diese Überlegungen stünden auch hinter dem Wunsch des Bundeskanzlers an Präsident Reagan, in Anlehnung an den Siebener-Gipfel einen bilateralen Staatsbesuch in Deutschland zu absolvieren.[13]

Einwurf von Shultz: Aber nicht unbedingt am 8. Mai.

Darauf der BM: Aber nahe an diesem Datum und deshalb von großer Symbolkraft für unsere Beziehungen.

Er wolle deshalb, so fuhr der Bundesminister fort, auch in seiner heutigen Rede[14] auf den 40. Jahrestag zu sprechen kommen, allerdings nur auf uns selbst bezogen, und dabei an den Beitrag erinnern, den die Bundesrepublik Deutschland seit 1945 für Frieden und Freiheit geleistet habe.

3) Einladung zur Manöverbeobachtung (General Otis)

Bundesminister: Hier sei vielleicht der Platz, eine andere Frage aufzuwerfen, die mittelbar mit dem Vorangegangenen in Beziehung stehe.

Die KSZE-Schlußakte enthalte Bestimmungen für die Einladung von Manöverbeobachtern. Für die bevorstehenden Manöver lüden wir, wie in der Vergangenheit, als das Land, in dem die Manöver stattfinden, Beobachter ein, auch solche aus dem Osten. Nun habe General Otis (USAREUR[15]) vor, den Chef des Stabes des Oberbefehlshabers der sowjetischen Truppen in der DDR und den Chef der sowjetischen Militärmission als Beobachter zu dem Manöver im Januar 85 einzuladen.[16] Aufgrund alliierter Vorbehaltsrechte habe der General offenbar

12 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu Dok. 242.

13 Präsident Reagan besuchte die Bundesrepublik vom 30. April bis 6. Mai 1985. Vom 2. bis 4. Mai 1985 nahm er am Weltwirtschaftsgipfel teil.

14 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher in seiner Eigenschaft als Ehrenvorsitzender des NATO-Rats anläßlich der Eröffnung der NATO-Ministerratstagung am 13. Dezember 1984 in Brüssel vgl. BULLETIN 1984, S. 1378–1380.
Zu Genschers Ausführungen im kleinsten Kreis vgl. ferner Dok. 339.

15 United States Army in Europe.

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde notierte am 11. Dezember 1984: „1) Amerikanische Botschaft (I. Sekretär Thielmann) informierte stellvertretenden Referatsleiter 221 am 11.12., daß General Otis die Absicht habe, den Chef des Stabes der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Ge-

das Recht zu einer solchen Einladung; in weit zurückliegender Vergangenheit seien, wenn seine Informationen stimmten, derartige Einladungen wohl auch ausgesprochen worden. Nun müsse man aber die seitdem eingetretenen Änderungen und die heutigen Implikationen sehen:

Mit der Annahme einer solchen Einladung könnte die Sowjetunion die KSZE-Regeln unterlaufen. Sie würde dann unter Umständen der deutschen Einladung auch diesmal nicht Folge leisten, wohl aber der amerikanischen.

Wenn das einträte, müsse man mit negativen Reaktionen in unserer Bevölkerung rechnen.

Shultz erklärte, dies sei wohl weniger ein militärisches als ein politisches Problem, und er wolle sich die Sache vorlegen lassen.

[17]Burt ergänzte: Über die Einladungen sei noch nicht entschieden, und die USA würden sich gemäß den Absprachen über die Manövereinladungen verhalten. D 2 bemerkte, nach der Information, die uns von der amerikanischen Botschaft am 11. Dezember zugegangen sei, wolle General Otis die Einladung „außerhalb des KSZE-Zusammenhangs" aussprechen.

Shultz wiederholte, daß diese Sache im State Department geprüft werden müsse.

4) Stärkung der konventionellen Verteidigung

Shultz betonte, er sei sehr angetan von den Entschließungen der Verteidigungsminister zur Stärkung der konventionellen Verteidigung.[18] Die bilaterale Begegnung des Bundeskanzlers und des Bundesministers mit Präsident Reagan in Washington habe sich sehr gut ausgewirkt. Die deutschen Bemühungen seien für die Allianz von besonderer Bedeutung („are critical"). Er benutzte deshalb diese Gelegenheit, um den Dank der amerikanischen Seite für diese unsere konstruktive Rolle auszudrücken. Der BM bemerkte, er werde in seiner Eröffnungsrede das Ergebnis der DPC-Beratungen erwähnen.

5) Weltraum

Shultz sprach die Weltraumstation und die europäische Mitarbeit an.[19]

BM erwiderte, die Bundesregierung habe noch keine Entscheidung gefällt. Er

Fortsetzung Fußnote von Seite 1552

neraloberst Kriwoschejew, und Generalmajor Schewzow, Chef der sowjetischen Militärmission in Frankfurt, als Beobachter zu dem amerikanischen Manöver ‚Central Guardian' einzuladen. 2) Das Manöver ‚Central Guardian', an dem Streitkräfte der USA, Luxemburgs, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen, wird in der Zeit vom 21. bis 31. Januar 1985 im Raum Kassel, Fulda, Frankfurt stattfinden und vom kommandierenden General des V. amerikanischen Korps geleitet. Insgesamt sind etwa 72 000 Soldaten beteiligt. Es ist vorgesehen, daß dieses Manöver entsprechend der KSZE-Schlußakte notifiziert [wird] und die Bundesrepublik Deutschland auch im Namen der USA dazu Beobachter einlädt. 3) RL 221 hat den Leiter der politisch-militärischen Sektion der amerikanischen Botschaft telefonisch darauf hingewiesen, daß eine Einladung von General Otis dem etablierten Verfahren für Manöverbeobachter im Rahmen der KSZE nicht entspreche. Mister Phelps erklärte daraufhin, daß es sich nicht um Beobachter im Rahmen der KSZE handele, sondern um Gäste im Rahmen der Beziehungen zwischen der amerikanischen Armee und der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Die Beziehungen seien seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan verkümmert und sollten wiederbelebt werden." Vgl. Referat 209, Bd. 128390.

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2190 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Zu den Beschlüssen der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember in Brüssel 1984 zur konventionellen Verteidigung vgl. Dok. 329.

19 Zur Frage der Beteiligung der Bundesrepublik am amerikanischen Weltraumprogramm vgl. Dok. 346.

befürworte die Mitarbeit und werde mit dem Bundeskanzler über diesen Komplex sprechen.

Shultz: Eine Reihe von Europäern wolle ganz eng an den Weltraumverhandlungen partizipieren, aber keineswegs an der amerikanischen Weltraumarbeit.
BM: Man kann das Problem nicht nur militärisch sehen, sondern wir müssen auch den Gesichtspunkt der Hochtechnologie mit ihrem zivilen Spin-off ständig im Auge haben. Das Thema Hochtechnologie komme in seiner Eröffnungsrede vor. Dadurch werde dem amerikanischen Außenminister ein guter Anknüpfungspunkt für seine Intervention in der restricted session dargeboten.[20]

Shultz sprach, vom Weltraum abgehend, noch das Problem europäischer Flugzeugkäufe in den USA an. Er hoffe, daß die europäischen Staaten sich nur aufgrund der technischen und ökonomischen Daten entschieden. Dann glaube er, daß Boeing gewinnen müsse.

Der BM: und der Airbus.

6) Boxenlösung in der Nordsee[21]

Shultz wollte noch einmal registriert wissen, daß die amerikanische Regierung in der Boxenlösung, die wir gegen ständigen amerikanischen Rat getroffen hätten, einen sehr unglücklichen Präzedenzfall sähe. Der BM bestritt dies. Niemand könne sich auf die einzigartige Lage in der Deutschen Bucht berufen.

Shultz: Andere werden das aber doch tun, und wir sind besorgt, daß dadurch wichtige internationale Wasserstraßen blockiert werden.

BM (lachend): Wir hätten uns auch in diesem Falle als die treuesten Verbündeten der USA erwiesen. Mit der Ausdehnung der Küstengewässer hätten die USA begonnen. Wir seien damals sehr unglücklich gewesen. Aber nun seien wir ihnen endlich gefolgt. Außerdem habe er noch ein Trostpflaster: Das Kabinett habe soeben gegen seinen wohlbegründeten Rat entschieden, die Seerechtskonventi-

20 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 14. Dezember 1984 über die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz in der Sitzung im kleinsten Kreis am Vortag: „AM Shultz hob die Standhaftigkeit der europäischen Verbündeten in der Nuklearfrage gegenüber dem sowjetischen Druck hervor und nannte vor allem die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Die sowjetische Haltung werde nach amerikanischer Auffassung vor allem von der Sorge bestimmt, daß der Westen in technologisch-wissenschaftlicher Hinsicht davonlaufe, und zwar nicht nur im strategischen und Weltraumbereich, sondern auch auf anderen militärischen Gebieten (moderne Technologie im konventionellen Bereich). Daneben gebe es eine grundsätzliche Sorge wegen der Gefahren, die sich aus der Aufrechterhaltung und Erhöhung der nuklearen Potentiale in der Welt ergeben, und schließlich auch wegen der wirtschaftlichen Ressourcen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2191/2192; VS-Bd. 14126 (010); B 150, Aktenkopien 1984.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. auch Dok. 349.

21 Zur „Boxenlösung" vgl. Dok. 72, Anm. 40 und 41.
Bundeskanzler Kohl teilte Präsident Reagan mit Schreiben vom 20. November 1984 mit, das Kabinett habe sich am 7. November 1984 erneut mit dem Thema befaßt und seinen Beschluß vom 12. Oktober 1983 bestätigt: „Tatsache ist, daß das Seegebiet südlich und westlich von Helgoland bis zu der Tiefwasserreede, die nördlich der Inseln Baltrum und Langeoog liegt, zu den dichtest befahrenen Seegebieten der Welt gehört. Auf engstem Raum treffen hier Schiffe aller Größenklassen bis zu Supertankern aufeinander. Diese schwierigen, gefährlichen und auf der Erde einmaligen Verkehrsverhältnisse erfordern eine klare und eindeutige Verkehrsregelung und Verkehrslenkung […]. Dazu muß die Bundesrepublik Deutschland ihre Jurisdiktion einschließlich von Durchsetzungsbefugnissen auf diesen begrenzten Teil der Deutschen Bucht erstrecken. Eine andere Möglichkeit sinnvoller Gefahrenvorsorge bietet sich nicht an. Die teilweise Ausdehnung unseres Küstenmeeres auf 12 sm sowie die Einbeziehung der davor liegenden Tiefwasserreede hält sich im Rahmen des Völkerrechts." Vgl. VS-Bd. 12938 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

on nicht zu unterzeichnen.[22] Auch hier folge die Bundesregierung der amerikanischen Regierung, in der EG allerdings den europäischen Freunden.

7) Zentralamerika

Der Bundesminister erkundigte sich nach dem Fortgang der Gespräche zwischen den USA und Nicaragua.[23]

Shultz: Sie sind nicht sehr produktiv. Nicaragua forciert seine Aufrüstung, die von der Sowjetunion und deren Satelliten ermöglicht wird.[24] Das Land bewegt sich immer mehr auf ein repressives totalitäres Regime zu.

Der Bundesminister äußerte, er habe den Eindruck, daß in den anderen zentralamerikanischen Ländern die Demokratie an Boden gewinne.

Shultz bestätigte dies. Man müsse Nicaragua diplomatisch und soweit wie möglich auch wirtschaftlich isolieren. Die nicaraguanische Wirtschaft sei in Scherben, ähnlich wie die kubanische, die allerdings immer wieder durch sowjetisches Geld aufgepäppelt werde.

BM: Es kommt darauf an, die funktionierenden zentralamerikanischen Demokratien so attraktiv wie möglich zu machen.

Shultz: Ihre Hilfe ist deshalb besonders willkommen.

Auf die Frage des BM nach dem Verhalten Kubas erklärte Shultz: Kuba sei Teil der „Versorgungs- und Ermutigungslinie" für Nicaragua. Es sei schwierig, die kubanische Präsenz in Nicaragua zu schätzen. Die Schere der Schätzungen gehe von 3000 bis 7000 Kubanern. Die militärische Bedeutung hänge natürlich auch davon ab, welche Professionen die Kubaner in Nicaragua ausüben, aber selbst die „Lehrer" könnten durchaus militärische Funktionen haben.

Die USA kämpften seit einer Reihe von Jahren dafür, eine Anzahl von Verbrechern, die Castro während der Carter-Administration im Süden der Vereinigten Staaten an Land gesetzt habe, wieder nach Kuba zu verfrachten. Die Verhandlungen darüber seien noch im Gange. Er halte es für möglich, daß am kommenden Wochenende eine Verlautbarung über den Abschluß herausgegeben werden

22 Zur Nichtzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 319.

23 Zu den informellen Gesprächen zwischen den USA und Nicaragua vgl. Dok. 200, Anm. 4.
Botschafter van Well, Washington, informierte am 18. Oktober 1984: „In einem längeren Gespräch erläuterte der zuständige Unterabteilungsleiter Craig Johnstone die Vorstellungen des State Department zur Entwicklung in Nicaragua. […] Die amerikanisch-nicaraguanischen Gespräche würden fortgesetzt. Bei dem Panama-Besuch von AM Shultz habe Shlaudeman entsprechend einer vorher in New York mit Ortega getroffenen Vereinbarung mit Ramírez gesprochen. Die Gespräche mit Tinoco in Manzanillo seien inzwischen zu sehr formalisiert (Austausch von Erklärungen), deshalb habe man jetzt in Panama ein ganz informelles Gespräch gesucht." Van Well urteilte: „Spektakuläre Entwicklungen im Verhältnis Nic[aragua]-USA sind in näherer Zukunft nicht zu erwarten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4470; Referat 331, Bd. 136371.

24 Brigadegeneral Steinkopff, Washington, berichtete am 30. November 1984, in einem Interview mit der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Times" habe Präsident Reagan „sechs sowjetische Frachter erwähnt, die derzeit auf dem Weg nach Nicaragua seien. Aufgrund der angelaufenen Häfen (z. B. in Libyen) bestünde die Möglichkeit, daß die Frachter MiG-Kampfflugzeuge geladen haben könnten." Steinkopff teilte weiter mit: „Gesprächspartner im Pentagon wies darauf hin, daß ununterbrochen sowjetische Frachter in Richtung Mittel- und Südamerika unterwegs seien. Mit Waffen würden Kuba, Peru und Nicaragua in ständig zunehmendem Umfang beliefert. Es sei außerordentlich schwierig, die Bestimmungshäfen frühzeitig zu erkennen. Die Seewege nach Kuba/Nicaragua (Karibik) seien genauso wie die nach Peru/Nicaragua (Pazifik) lange Zeit identisch." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5152; Referat 331, Bd. 136371.

könne.[25] Das wäre zwar keine allzu bedeutende Sache für die amerikanisch-kubanischen Beziehungen, aber immerhin ein Schritt.

Der BM: Er habe das Gefühl, daß Castro eine große Enttäuschung über die Sowjetunion empfinde. Moskau habe seine, Castros, Erwartungen nicht erfüllt. Castro werde deshalb mittelfristig für die USA „ansprechbar" sein. Auch komme vielleicht hinzu, daß Castro, alternd, doch noch etwas für das Wohlergehen seines Landes bewirken wolle.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14126 (010)

339

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5070/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2193
Citissime

Aufgabe: 14. Dezember 1984, 02.50 Uhr[1]
Ankunft: 14. Dezember 1984, 03.09 Uhr

Betr.: NATO-Außenminister-Herbsttreffen am 13./14.12.1984 in Brüssel[2];
hier: Erklärung von AM Genscher

BM Genscher ging in seiner Erklärung bei der Ministeraussprache im kleinsten Kreise über die Ost-West-Problematik vor Beginn der amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf[3] von der Lage aus, die bei der Frühjahrs- und Herbsttagung

25 Zu den amerikanisch-kubanischen Beziehungen vgl. Dok. 78, Anm. 26.
Botschafter Kampmann, Havanna, berichtete am 16. Dezember 1984, Präsident Castro habe am 14. Dezember 1984 in einer überraschend angesetzten Fernsehansprache zum Abschluß der amerikanisch-kubanischen Verhandlungen über humanitäre Fragen Stellung bezogen und dabei auf folgende Ergebnisse verwiesen: „Rückführung von 2746 schwerkriminellen oder geisteskranken ‚Marielitos' nach Kuba; US-Visaerteilung für bis zu 20 000 Kubaner jährlich im Rahmen der Familienzusammenführung; darüber hinaus nicht näher quantifizierte Visaerteilung für kubanische Familienangehörige ersten Grades von amerikanischen Staatsbürgern; 1985 zusätzliche Visaerteilung für insgesamt 3000 ehemalige politische Gefangene und deren Familienangehörige. […] F[idel] Castro führte aus, daß die Rückkehrer zunächst in Quarantäne kämen. Nach gründlichen medizinischen Untersuchungen würden sie problemlos wieder eingegliedert, sofern sie in USA keine ‚Bluttaten' begangen hätten. F. Castro wollte damit offensichtlich denjenigen Bestrebungen in USA entgegenwirken, die Rückführung der ‚Marielitos' unter Hinweis auf hier drohende Menschenrechtsverletzungen verhindern zu wollen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 361; Referat 331, Bd. 136293.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 14. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 14. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. auch Dok. 349.

3 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

der Außenminister des Bündnisses im Jahr 1983[4] bestanden hatte. Die Beratungen seien damals von der Frage überlagert worden, ob die Sowjetunion zu einem konkreten Verhandlungsergebnis kommen wolle und, nach Beginn der Dislozierung, ob sie wieder mit dem Westen verhandeln würde. Heute, so fuhr BM Genscher fort, sprechen wir darüber, wie die Verhandlungen auf den Gebieten der Rüstungskontrolle und Abrüstung einschließlich der nuklearen Themen und des Weltraums zu führen seien. Das sei ein befriedigendes Ergebnis der konsequenten westlichen Politik. Die öffentliche Meinung habe die erfolgreiche westliche Politik nachvollzogen. BM Genscher wies darauf hin, daß sich gegenüber einer verunsicherten öffentlichen Meinung im Jahre 1983 die Lage in diesem Jahre deutlich stabilisiert habe. Während im Jahre 1983 28 Prozent der Bevölkerung mit der Dislozierung eine Erhöhung des Risikos verbanden, sei dieser Prozentsatz bei der Bevölkerung heute auf 22 Prozent zurückgegangen, bei der jungen Generation (16 bis 24 Jahre) sogar von 54 Prozent auf 26 Prozent. Das Bündnis werde weiterhin, und zwar noch über den hohen Prozentsatz von 78 Prozent hinausgehend, für unerläßlich angesehen. Daraus sei der Schluß zu ziehen, daß die konsequente Politik der Bündnispartner in der Öffentlichkeit eine positive Wirkung ausgelöst habe. Ein interessanter Aspekt in dieser Hinsicht sei auch die Tatsache, daß die Entwicklung der öffentlichen Meinung durch eine intensive Sicherheitsdebatte günstig beeinflußt worden sei. In der Öffentlichkeit bestehe heute Verständnis dafür, daß die Allianz das tue, was notwendig sei – auf dem Verteidigungsgebiet –, und daß sich die Allianz andererseits entschlossen um konstruktive Rüstungskontrollverhandlungen bemühe.

Man müsse sich fragen, warum die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zurückkehre. Sicherlich habe sie mit der Verweigerungspolitik die öffentliche Meinung in den Stationierungsländern gegen die Fortsetzung der Dislozierung aufbringen wollen. Aber sie habe nun die Schlußfolgerungen aus der für sie ungünstigen Entwicklung der öffentlichen Debatte über den INF-Doppelbeschluß[5] gezogen. Hierzu kämen wirtschaftliche Schwierigkeiten, möglicherweise die langfristig sich abzeichnenden Herausforderungen durch die weitere Entwicklung in China. Schließlich habe die Sowjetunion auch erkennen müssen, daß es ihr nicht gelungen sei und auch nicht gelingen werde, die USA und Westeuropa zu „entkoppeln“. Heute richte sich das rüstungskontrollpolitische Interesse der Sowjetunion sicherlich in erster Linie auf den Weltraum. Es sei nun wichtig, das westliche Konzept einer breiten Anlage der Rüstungskontrollverhandlungen diesem spezifischen Ansatz gegenüberzustellen. Bei den INF-Fragen könne es auch durchaus möglich sein, daß die Sowjetunion die Verknüpfung dieses Komplexes mit den Forward Based Systems (FBS), mit den nuklearen Potentialen Frankreichs und Großbritanniens und schließlich mit den seegestützten amerikanischen Marschflugkörpern anstrebe.

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. AAPD 1983, I, Dok. 178 und Dok. 179. Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. AAPD 1983, II, Dok. 376.

5 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

BM Genscher würdigte die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung zu breit angelegten Konsultationen im Bündnis und nannte dabei die SCG, den Ständigen NATO-Rat und die Entsendung der mit diesen Fragen in erster Linie befaßten hohen Berater der amerikanischen Regierung.

Er betonte die Notwendigkeit, das Ost-West-Verhältnis nicht auf den Bereich der Rüstungskontrolle zu verdichten, und die Notwendigkeit, die bestehenden multilateralen Foren zu erhalten und politisch zu nutzen (KVAE, MBFR, Genf-CD). Dabei komme es u. a. darauf an, die kleineren Staaten der anderen Seite in einer aktiven Rolle an den Ost-West-Beziehungen zu beteiligen. Von weitreichender Bedeutung sei der KSZE-Prozeß, der nicht nur den Komplex der Menschenrechte umfasse, sondern einen breiten Fächer möglicher Zusammenarbeit und die Forderung nach Zurückhaltung bei der Außenpolitik in Gebieten außerhalb des Ost-West-Kontextes. Die Bundesregierung – so sagte der Minister abschließend – unterstütze den politischen Rahmen, den die Vereinigten Staaten für die nächste Runde in den Ost-West-Beziehungen anstreben, sie teile die Auffassung, daß engste Konsultationen notwendig seien, und sie wünsche die breite Nutzung der vorhandenen multilateralen Verhandlungsforen. Vor diesem Hintergrund halte die Bundesregierung es für zweckmäßig, schon jetzt die politische Ebene für die von der finnischen Regierung vorgeschlagene Jubiläumssitzung zum zehnjährigen Jahrestag der Verabschiedung der KSZE-Schlußakte[6] am 1.8.85 festzulegen und bekanntzugeben.[7]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14126 (010)

6 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

7 Zum finnischen Vorschlag vom 6. September 1984, den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 feierlich zu begehen, vgl. Dok. 245, Anm. 12.
Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

340

Vortragender Legationsrat Junker, z. Z. Straßburg, an das Auswärtige Amt

114-5073/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 14. Dezember 1984, 09.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 351 **Ankunft: 14. Dezember 1984, 10.17 Uhr**

Betr.: Verwerfung des EG-Haushalts 1985 durch EP[2];
hier: Kurzanalyse

1) Die Verwerfung des Haushalts war kein Verkehrsunfall, sondern zwangsläufig geworden. Die offene Frage war nur, ob auch die zahlreichen Vertreter agrarischer Interessen dafür stimmen würden. Das einmalig geschlossene Ergebnis von 319 Ja, 5 Nein, 16 Enthaltungen zeigt, daß dies der Fall war.

Man muß unterscheiden zwischen Anlaß und Ursache. Anlaß war, daß der Rat einen Haushalt vorgelegt hatte, der nur bis Oktober reicht („Zehn-Monats-Haushalt"). Dies ist zweifellos ein wichtiger, aber doch nur ein formaler Grund; auf ihn konnten sich alle Fraktionen einigen.

Dahinter steht aber die Ursache, daß das EP eine Erhöhung der Ein-Prozent-MWSt-Grenze[3] erzwingen will. Aus der Sicht des EP liegt der Schlüssel dafür in Bonn. Die Vertreter agrarischer Interessen erwarten folgendes: Wenn im März die Agrarpreisrunde 1985 ansteht, werde der Druck auf die Bundesregierung groß genug werden, um einer Erhöhung der Ein-Prozent-Grenze nachzugeben. Dann könnten in den Haushalt 1985 die höheren Eigeneinnahmen eingesetzt werden, die jetzt nur symbolisch in Klammern stehen, und die dort angesetzten 1,3 Mrd. ECU könnten noch höher ausfallen.

Es kommt jetzt zunächst darauf an, ob sich die Delors-Kommission diese Strategie zu eigen macht. Die Sozialisten im EP unter Führung von Rudi Arndt möchten das Gegenteil: Sie wollen die Finanzierung der hohen Agrarüberschüsse nach und nach aus dem EG-Haushalt heraus- und in die nationale Verantwortung zurückverlagern – davon erwarten sie sich auch heilsamen Druck auf Strukturreformen und Einsparpolitik in den Empfängerländern.

2) Es hat in der Debatte und mehr noch in den Korridoren Kritik gegeben, nur Deutschland verhindere die Erhöhung der Ein-Prozent-MWSt-Grenze. Diese „Suche nach dem Schuldigen" ist unvermeidlich. Ich habe darauf gesprächsweise immer wieder auf folgendes hingewiesen: Seit Monaten weiß jedermann in

1 Hat Vortragendem Legationsrat Junker nach Rückkehr aus Straßburg am 14. Dezember 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Jelonek verfügte.

2 Gesandter Heinichen, Brüssel (EG), berichtete am 14. Dezember 1984 über die Ablehnung des Haushaltsplans 1985 durch das Europäische Parlament am 13. Dezember 1984: „Alle anwesenden deutschen Abgeordneten haben für die Ablehnung des Haushalts gestimmt." Die Stimmen gegen den Resolutionsentwurf zur Ablehnung des Haushaltsplans und die Stimmenthaltungen seien „fast zu gleichen Teilen von dän[ischen] Abgeordneten aller Schattierungen und von britischen Konservativen" gekommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3901; Referat 410, Bd. 130446.

3 Zu den Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 29, Anm. 17.

der EG, daß die Erhöhung nur zusammen mit der Süderweiterung[4] politisch durchsetzbar ist. Dies ist das zentrale Quidproquo der ER von Brüssel[5] und Fontainebleau[6]. Das Neue ist die Entwicklung in Griechenland. Dort sind im Oktober 1985 Parlamentswahlen.[7] Wenn MP Papandreou jetzt so hohe Hürden für die Beitrittsverhandlungen aufbaut[8], steigen die Zweifel, ob das griechische Parlament die Beitrittsverträge im Laufe 1985 ratifizieren wird. Solange diese Zweifel bestehen, schwebt auch Unsicherheit über der Erhöhung der Ein-Prozent-Eigeneinnahmen.

3) Tatsächlich ist daher zur Zeit nicht sicher, ob es später im Jahre 1985 einen vollen Jahreshaushalt geben wird. Die Drücke werden von seiten der Agrarpreise, der Nahrungsmittelhilfe und des britischen Ausgleichs kommen. Wieweit D ihnen nachgeben kann, wird vor allem vom Fortgang der Beitrittsverhandlungen abhängen.

[gez.] Junker

VS-Bd. 10893 (410)

4 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 307, Anm. 15. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 19. Dezember 1984 zur EG-Ministerratstagung am 17./18. Dezember 1984 in Brüssel mit: „1) AM erreichten am 17./18.12.1984 wesentlichen Fortschritt in den Beitrittsverhandlungen durch Einigung mit SPA über die Kapitel Zollabbau, Industrie, Stahl und Institutionen. Einvernehmen, das erst nach äußerst schwierigen Verhandlungen im Kreis der Zehn wie mit SPA/PTG und aufgrund des besonderen Engagements von Kom[missions]-VP Davignon erzielt werden konnte, erlaubte Vermeidung ernster Krise in den Verhandlungen mit SPA, die sich nach unverändert harten Gegensätzen in der Landwirtschaft zunächst abgezeichnet hatte. 2) Darüber hinaus erlaubte Freigabe der Verhandlungsergebnisse des Dubliner ER (Wein, Fischerei) durch GR und I Konzentration der Verhandlungen in der Schlußphase auf die verbleibenden Kernfragen (Landwirtschaft einschl. Olivenöl und Wein, Fischerei, auch Sozialfragen), wobei Beratungen mit PTG insofern schon gewisse Annäherungen der Positionen zeigten." Poensgen resümierte: „Jetzige Fortschritte dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ‚Durchbruch' im ‚harten Kern' noch erzielt werden muß." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3949/3950; Referat 410, Bd. 130409.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 vgl. Dok. 88.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. Dok. 181.

7 In Griechenland fanden am 2. Juni 1985 vorgezogene Parlamentswahlen statt.

8 Ministerialdirektor Ungerer notierte am 21. Dezember 1984: „Griechenland hat sein allgemeines Junktim ‚befriedigende Ausgestaltung der I[ntegrierten]M[ittelmeer-]P[rogramme]/Zustimmung zum Beitritt' aufrechterhalten. Da wohl erst der Europäische Rat in Brüssel Ende März 1985 die IMP-Diskussion abschließen kann, ist mit einer Gesamteinigung über den Abschluß der Verhandlungen nicht vor diesem Zeitpunkt zu rechnen." Vgl. Referat 410, Bd. 130409.

341

Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5082/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2200
Citissime nachts

Aufgabe: 14. Dezember 1984, 16.40 Uhr[1]
Ankunft: 14. Dezember 1984, 17.09 Uhr

Betr.: Vierertreffen am Vorabend des NATO-Herbsttreffens der Außenminister am 12.12.1984[2]

Zur Unterrichtung

Vierertreffen fand turnusmäßig in Residenz des Botschafters statt. Für Frankreich nahm zum ersten Mal AM Dumas teil. Beim Abendessen erörterten Minister eingehend Probleme der internationalen Flugsicherheit – im Anschluß an jüngste Flugzeugentführung nach Teheran[3] – und des Terrorismus (hierzu gesonderter Bericht an Referat 502) sowie die sich verschärfende wirtschaftliche Krise in Afrika und die Entwicklung im Tschad (hierzu gesonderter Bericht an 320). Weitere Themen waren die belgische Haltung zur GLCM-Dislozierung, der 40. Jahrestag[4] des Kriegsendes und im Zusammenhang damit der zehnte Jahrestag der KSZE-Schlußakte am 1.8.1985, ferner die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf.

1) GLCM-Dislozierung in Belgien[5]

AM Shultz berichtete aus Gespräch mit MP Martens vom 12.12., belgische Regierung wolle Entscheidung über GLCM „so oder so" im März und erwarte Wahlen im Dezember[6]. Wenn Martens in der Woche nach den Genfer Gesprächen mit Gromyko im Januar nach Washington komme[7], werde er eingehend unterrichtet werden, auch im Blick auf die anstehende Entscheidung seiner Regierung. Diese scheine im übrigen sehr empfänglich zu sein für Ausdruck der Besorgnis durch ihre Freunde; die Gespräche BKs und BMs seien hilfreich empfunden worden. Je mehr entsprechende Interventionen, vor allem von europäischer Seite, kämen, desto besser.

BM kündigte für seine Eröffnungserklärung als Ehrenpräsident der NATO[8] eine sehr klare Äußerung zur Notwendigkeit an, die Stationierung so lange fortzusetzen, bis konkrete Verhandlungsergebnisse etwas anderes zuließen. Auch

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 17. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Zum Vierertreffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Brüssel vgl. auch Dok. 335, Dok. 336 und Dok. 342.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

3 Zur Entführung einer kuwaitischen Passagiermaschine nach Teheran am 4. Dezember 1984 vgl. Dok. 335, Anm. 4.

4 Korrigiert aus: „die 40. Jahrestagung".

5 Zur INF-Stationierung in Belgien vgl. Dok. 302.

6 Am 13. Oktober 1985 fanden in Belgien Parlamentswahlen statt.

7 Ministerpräsident Martens hielt sich vom 13. bis 15. Januar 1985 in den USA auf.

8 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher anläßlich der Eröffnung der NATO-Ministerratstagung am 13. Dezember 1984 in Brüssel vgl. BULLETIN 1984, S. 1378–1380.

er ging davon aus, daß die belgische Regierung laut geäußerte Besorgnisse befreundeter Staaten als hilfreich empfindet.

2) 40. Jahrestag des Kriegsendes – zehnter Jahrestag KSZE-Schlußakte[9]

AM Shultz nahm Bezug auf die Gespräche mit BK und BM in Washington.[10] Sie hätten dem Präsidenten[11] deutlich gemacht, wie wichtig dieser Tag und seine Vorbereitung seien.

BM dankte AM Shultz für Erwähnung dieses Themas. Es sei in Washington zwischen BK und Präsident Mitterrand[12] erörtert worden, habe sich inzwischen aber weiterentwickelt. Dabei sei seine Sensitivität in unserer Öffentlichkeit noch deutlicher geworden. Es sei wichtig, daß unsere Freunde engen Kontakt mit uns hielten und, insbesondere was die frühere Allianz angehe, keine Entscheidungen ohne vorherige Konsultationen träfen. Es dürfte nicht vergessen werden, welches die gegenwärtige – und zukünftige[13] – Allianz sei.

AM Shultz verwies darauf, daß Washington weiterhin nicht über Ergebnisse zu den sowjetischen Überlegungen verfüge. Die Vermutung sei weit verbreitet, daß die SU den Sieg über Deutschland unterstreichen und damit genau einen nicht gewünschten Akzent setzen wolle. Er habe Dobrynin gesagt, er hoffe, von Gromyko Näheres zu hören. Er sei nicht sehr hoffnungsvoll, eine Antwort zu bekommen, hätte es aber für wichtig gehalten, diesen Punkt anzumelden. Wenn die sowjetische Reaktion in Richtung Versöhnung ginge, würde dies allerdings eine positive Entwicklung ankündigen.

BM äußerte Besorgnis, gegenwärtige Revanchismuskampagne lasse erwarten, daß die Propaganda gegen uns fortgesetzt werde, aber nicht gegen Deutschland als Ganzes, sondern gezielt gegen die Bundesrepublik Deutschland. Die DDR werde man – überraschenderweise – an der Seite der Sieger finden.

AM Howe spannte den Bogen vom Tag des Kriegsendes zum Jahrestag der Schlußakte von Helsinki und äußerte seine Präferenz für eine Einbeziehung der SU durch diesen Rahmen. Er bezweifelte allerdings, daß sie sich dadurch von nationalen Feiern werde abhalten lassen.

BM stimmte zu und bezeichnete die zukunftsgerichtete Perspektive des KSZE-Prozesses als besonders wichtig.

3) Sowjetisch-amerikanische Gespräche in Genf

AM Shultz nahm Bezug auf die gemeinsame amerikanisch-sowjetische Ankündigung dieser Gespräche[14], deren wichtigstes Thema die Vereinbarung eines

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

10 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

11 Ronald W. Reagan.

12 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Reagan".

13 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

14 Zur amerikanisch-sowjetischen Presseerklärung vom 22. November 1984 vgl. Dok. 311, Anm. 6.
Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am

Verhandlungsforums oder mehrerer Fora sowie der Tagesordnung für die Verhandlungen sein werde. Dies sei zwar keine Substanzfrage, berühre aber die Substanz doch direkt.

Die Frage, ob die SU eine wirkliche Sachdiskussion wünscht oder nur die Propaganda fortsetzen will, konnte Shultz nicht eindeutig beantworten. Er unterstrich seinerseits sein Interesse an der europäischen Lageeinschätzung.

Die USA gingen nach Genf mit der Entschlossenheit zu ernsthaften Diskussionen. Enge Konsultationen und Zusammenwirken (interaction) im Bündnis würden notwendig sein und praktiziert werden, wobei Einzelheiten noch nicht festlägen. Aber das Muster von 1983 sei gut und könne wiederholt werden.

Bei den Offensivwaffen habe man in Washington die Positionen eingehend durchgearbeitet, die Probleme seien bekannt. Bei den Weltraumfragen hingegen betrete man Neuland, wo sich außerdem eine rasende technologische Entwicklung abspiele. Gegenwärtig handele es sich aber im wesentlichen nur um extensive Forschungsprogramme.

Es werde schwierig sein, beide Themen im selben Forum zu behandeln. Dies habe die SU zwar rhetorisch als Hauptziel formuliert, Gromyko habe aber in New York und Washington[15] immer wieder als Frage der Fragen bezeichnet, was man bei den friedensbedrohenden Nuklearwaffen tue. Wenn sowjetische Seite zu Reduzierungen in großem Maße bereit sei, würde dies der etablierten amerikanischen Position entsprechen, und er sei bereit, darüber zu sprechen.

Mittelstreckenraketen seien gemäß der Definition mit Sicherheit auf der Tagesordnung. Europäische Besorgnisse, daß nur über strategische Waffen gesprochen werden würde, seien unbegründet.

Zwei europäische Kollegen (Morán unter Berufung auf Gespräche in Prag[16] und Tindemans nach Gesprächen in Ost-Berlin und Prag[17]) hätten davon berichtet, daß ihre Gesprächspartner MBFR auch als Thema der Genfer Diskussion sehen wollten. Es stehe aber nicht auf der Tagesordnung. Wenn es jedoch zu einer scharfen Reduzierung bei den offensiven Nuklearsystemen käme, wäre es legitim, auch dieses Thema zu erörtern. Es sei jedenfalls interessant, daß MBFR von kleineren WP-Staaten in dieser Weise ins Gespräch gebracht werde.

BM sah hierin vor allem einen Ausdruck der Besorgnis dieser Länder über wachsende Lasten für konventionelle Rüstung. AM Shultz teilte diese Einschätzung.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 12954 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1562

7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

15 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. und 28./29. September 1984 in New York bzw. Washington vgl. Dok. 259 und Dok. 265.

16 Der spanische Außenminister Morán besuchte die ČSSR vom 9. bis 11. Dezember 1984.

17 Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich vom 14. bis 16. Oktober 1984 in der ČSSR und vom 10. bis 12. Dezember 1984 in der DDR auf.

342

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5084/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 14. Dezember 1984, 17.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2201 **Ankunft: 14. Dezember 1984, 18.09 Uhr**

Betr.: Vierertreffen am Vorabend des NATO-Herbsttreffens am 12.12.1984[2];
hier: Afrikapolitik

Von BM noch nicht genehmigt

AM Dumas, der direkt vom Bujumbura-Gipfel[3] nach Brüssel kam, berichtete:

Unter Teilnahme von 44 Delegationen, darunter 16 Staatschefs, sei die dramatische Zuspitzung der Lage in Afrika eingehend erörtert worden. Die Wirtschaftslage sei alarmierend, die Hungersnot in der Sahel-Zone lasse weitere dringende Maßnahmen erforderlich erscheinen, die in Dublin[4] beschlossene EG-Nahrungsmittelhilfe reiche nicht aus.

Diese Entwicklung sei Konsequenz einer stark von der Natur beeinflußten Entwicklung, aber auch des unzureichenden und weiter absinkenden Niveaus der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in Afrika. Fast überall sei die Lage schlechter als in der übrigen Dritten Welt, die Schuldenlast drücke besonders, weil drei Viertel der Gesamtschulden der Dritten Welt auf Afrika entfielen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, seien Lösungen ohne größere Investitionen nicht möglich. Eine solche Ausnahme bilde Zaire, das unter den harten IWF-Bedingungen seine Inflationsrate in zwei Jahren von 110 auf rund zehn Prozent gesenkt habe. Bei den ärmsten Ländern, die teilweise 85 Prozent ihrer Exporterlöse für Schuldendienst aufwenden, dürfe die westliche Welt nicht indifferent bleiben, wenn sie ernste politische Folgen vermeiden wolle.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau am 17. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Zum Vierertreffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Brüssel vgl. auch Dok. 335, Dok. 336 und Dok. 341.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

3 Staatspräsident Mitterrand traf am 11./12. Dezember 1984 in Bujumbura mit den Staats- und Regierungschefs französischsprachiger afrikanischer Staaten zusammen.

4 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1984 in Dublin beschlossen die Staats- und Regierungschefs, zur Linderung der Hungersnot in Afrika eine zusätzliche Hilfe im Umfang von 1,2 Millionen Tonnen Getreide bereitzustellen. Weiter einigten sie sich auf eine Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein. Ein wesentlicher Bestandteil war die Drosselung der Produktionskapazität. Fortan sollten nur noch Investitionen zur Verbesserung der Qualität ohne Steigerung der Quantität finanziert werden. Ferner war eine Verordnung zur Verbesserung der Struktur der griechischen Rebflächen und des griechischen Weinbaus für eine Fläche von 20 000 Hektar vorgesehen. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich außerdem darauf, die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens „ad referendum" fortzuführen. Griechenland legte dagegen einen Vorbehalt ein und formulierte als Bedingung für eine Erweiterung eine befriedigende Regelung der Integrierten Mittelmeerprogramme. Zudem legte Griechenland einen Vorbehalt gegen die Reform der Marktorganisation für Wein ein. Im außenpolitischen Teil befaßten sich die Staats- und Regierungschefs mit der Lage im Nahen Osten sowie in Mittelamerika, ferner mit den Ost-West-Beziehungen und dem internationalen Terrorismus und dem Mißbrauch der diplomatischen Immunität. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1984, S. 17–24.

Bei der Washingtoner Entwicklungskonferenz im März/April 1985[5] werde der Weltbank-Plan für einen afrikanischen Solidaritätsfonds, dem Frankreich bereits zugestimmt habe, anstehen. Es sei aber zu befürchten, daß er unzureichend sei und zu spät komme.

AM Howe meldete Zweifel zu den Schlußfolgerungen von Dumas an, auch wenn er die Richtigkeit seiner Diagnose nicht bestritt. Zaire sei ein besonders gutes Beispiel für die Folgen ständig sinkender Managementqualitäten in Afrika. Es produziere derzeit nur ein Sechstel der benötigten Nahrungsmittel, obwohl es vor der Unabhängigkeit Netto-Exporteur gewesen sei. Neue Fonds könnten nicht helfen: „Africa is unmanaged, undermanaged or mismanaged." Viele Afrikaner würden ihrem gegenwärtigen Zustand eine Art Kolonisation unter neuem Namen vorziehen.

AM Shultz verwies auf die jüngste Weltbank-Studie, die diesen Punkt hervorgehoben habe. Die USA hätten bereits erste Folgerungen gezogen und setzten ein – zwar im Vergleich zu ihrer Gesamthilfe (ca. 1 Milliarde Dollar) – bescheidenes Programm (50 Mio. Dollar) ein, um Managementbereich zu fördern.

AM Shultz wies auf ambivalente Wirkung von Nahrungsmittelhilfe hin, die zwar Not lindere, aber auch die Preise künstlich niedrig halte und damit nicht zur Mehrproduktion im Lande beitrage.

Dumas erkannte die Managementprobleme an, hielt aber an seiner Auffassung fest, daß unter Berücksichtigung aller Faktoren zusätzliche Mittel nötig seien, und zwar nicht als Kredite, die afrikanische Empfänger nicht zurückzahlen könnten.

Tschad

AM Dumas erläuterte eingehend Geschichte und Entwicklung des französischen militärischen Engagements im Tschad. Er nahm Bezug auf die Ausführungen Mitterrands in Bujumbura[6]: Frankreich habe ohne rechtliche Verpflichtung auf ausdrückliche Bitte der legalen Regierung des Tschad Truppen entsandt, um die Regierung zu schützen, den dichter bevölkerten und reicheren Teil des Tschad südlich des 16. Breitengrades vor weiterem libyschen Vormarsch zu bewahren und der libyschen Expansion in Afrika überhaupt einen Riegel vorzuschieben. Die Wiedereroberung besetzter Gebiete sei ausdrücklich nicht Teil der Aufgabe gewesen.

Bei der Schilderung der französisch-libyschen Vereinbarungen über den Abzug[7] und der beiden Begegnungen Mitterrand–Gaddafi[8] legte Dumas Wert auf die

5 Am 18./19. April 1985 fand in Washington die Tagung des Gemeinsamen Entwicklungsausschusses von IWF und Weltbank statt.

6 Vgl. dazu die Ausführungen des Staatspräsidenten Mitterrand bei einer Pressekonferenz am 12. Dezember 1984 in Bujumbura; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (November/Dezember), S. 107–110.

7 Zum Rückzug der französischen und libyschen Truppen aus dem Tschad vgl. Dok. 311, Anm. 29.

8 Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, berichtete am 16. November 1984: „Gestern wurde hier überraschend bekannt, daß Premierminister Papandreou nach Kreta geflogen ist, um sich in dem Strandhotel Elounda (80 km östlich von Iraklion) mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und dem libyschen Präsidenten Gaddafi zu treffen. Die Zusammenkunft bestand aus zwei je zwanzigminütigen Gesprächen zwischen Papandreou und Mitterrand sowie Papandreou und Gaddafi sowie einer anschließenden fünfstündigen Diskussion zu dritt unter Vorsitz Papandreous." Papandreou habe anschließend erklärt, „das Treffen sei auf seine Initiative zustande gekommen, um eine Übereinkunft zu dem vollständigen Rückzug der französischen und libyschen Truppen aus dem Tschad

Feststellung, daß die Regierung über den – absprachewidrigen – Verbleib von libyschen Truppen im Tschad kurz vor der ersten Gipfelbegegnung unterrichtet worden sei. Dieses Thema habe daher das Gespräch beherrscht.

Mitterrand habe in Bujumbura erklärt, Frankreich werde über Einhaltung des Vertrages vom 16. September wachen und, falls die libyschen Truppen zur Wiedereroberung des Landes von Norden aus ansetzen würden, erneut intervenieren (ein solches Risiko sehe Habré aber nicht). Diese Erklärung sei in Bujumbura mit Befriedigung aufgenommen worden.

AM Shultz bezeichnete Vorgang als weiteres Beispiel dafür, daß Gaddafi sein Wort breche und daß man mit ihm nicht verhandeln könne.

AM Dumas stimmte zu, was die Nicht-Honorierung der Unterschrift betreffe, hielt aber fest, daß es nicht um einen politischen Vertrag gehe, sondern um eine Abmachung zwischen zwei Armeen. Frankreich könne nicht ewig dort bleiben und den Gendarmen in Afrika spielen.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 13579 (320)

343

Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-5088/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 767
Cito

Aufgabe: 14. Dezember 1984, 16.49 Uhr[1]
Ankunft: 14. Dezember 1984, 18.59 Uhr

Delegationsbericht Nr. 112/84

Betr.: MBFR;
hier: Schlußbericht zur 34. Verhandlungsrunde (27.9.–13.12.1984)

Zur Unterrichtung

I. Schwerpunkte der Verhandlungsrunde

1) Der Runde war von vornherein dadurch ein begrenzter Rahmen gesetzt, daß die Sowjetunion ihre in anderen Feldern der Rüstungskontrolle geübte Politik der Verweigerung auch in Wien verfolgen mußte, um konsequent zu erschei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1565
zu suchen". Darüber sei eine Vereinbarung geschlossen worden. Pachelbel stellte fest: „Es ist zu hoffen, daß Papandreou recht damit hat, wenn er das Tschad-Problem nunmehr für gelöst hält." Vgl. den Drahtbericht Nr. 758; Referat 321, Bd. 141046.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 17. Dezember 1984 vorgelegen.

nen. Daher konnte der Osten keinen Verhandlungsschritt unternehmen, obwohl er nach der westlichen Initiative vom April 1984[2] entsprechend dem Wiener Verhandlungsmuster am Zug gewesen wäre. Ein wenn auch nur informell vorgetragener, eher als Test für westliche Reaktionen ausgelegter Prozedurvorschlag, gemeinsam die Redaktionsarbeit für die Präambel eines Abkommens aufzunehmen, wurde in dem Moment wieder zurückgezogen, als der Westen Interesse bekundete. So stand der Osten in der Sache und taktisch in der Defensive, die er gelegentlich mit herber Polemik übersteuerte.

2) Der Westen war als die Seite mit dem letzten Vorschlag im Vorteil: Er hatte keinen Grund, ohne östliche Antwort auf seinen April-Vorschlag einen neuen Schritt zu unternehmen, wollte er diesen nicht selbst entwerten. Der Westen nutzte die Defensivlage des Ostens und bestimmte Ablauf und Inhalt der Runde:

a) Er drängte den Osten in einen Vergleich der beiderseitigen Verhandlungspositionen zu fast allen Substanzfragen eines künftigen Abkommens und ging dabei auch die Felder offensiv an, denen er (wie im Falle der Frage der Waffenreduzierungen, der 50-Prozent-Klausel und der besonderen Höchststärken für Luftstreitkräfte) bisher eher ausgewichen war.

b) Er brachte den Osten dazu, sich auf eine aufgelockerte Struktur der informellen Sitzungen einzulassen, die eine eingehendere Diskussion ermöglichte.

c) In der Substanz setzte der Westen seine Bemühungen fort, sein neues Konzept eines nur auf teilweiser Einigung über Ausgangsdaten beruhenden Abkommens durchzusetzen. Er stellte vor allem in seinen Plenarerklärungen den Kompromißcharakter seiner April-Initiative in Richtung auf östliche Anliegen heraus.

d) Mit der Darstellung seiner Flexibilität im Bereich der Daten verband der Westen immer wieder die Forderung nach entsprechender östlicher Flexibilität bei der Verifikation, ohne allerdings seine Vorstellungen für „enhanced verification" näher zu erläutern. Der Osten seinerseits vermied es, an der vom Westen im April 1984 angekündigten Vorlage des Annexes B[3] Interesse zu zeigen. Im Gegenteil machte er deutlich, daß jede weitere „Aufblähung" des schon jetzt unakzeptablen westlichen AM-Pakets[4] für ihn nicht in Betracht komme und ein derartiges westliches Vorhaben nur zu einer weiteren Verschlechterung der Verhandlungssituation führen würde.

2 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1984 vgl. Dok. 113.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde teilte der MBFR-Delegation in Wien am 3. Dezember 1984 nach Diskussionen im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene (SPC) der NATO am 26. November 1984 in Brüssel mit: „Aller Voraussicht nach wird es in absehbarer Zeit keinen Annex B geben; damit bleibt die Initiative vom 19.4. unvollständig, und die fortbestehende Uneinigkeit in der Allianz über politische Maximalforderungen einerseits (UK) und argumentierbare Vorschläge zur Verifikation (D, NL) andererseits ist intern überdeutlich geworden. Sie dürfte auch nach außen erkennbar werden (Ausbleiben von Annex B in Wien)." Zur Haltung Großbritanniens legte Buerstedde dar, „daß UK zu einer uns befriedigenden Lösung nur bereit sein dürfte, wenn sachlich ausreichende Vorkehrungen für Nichtumgehungs-Verifikation unter einem MBFR-Regime nachgewiesen werden können und verhandlungspolitische Handhabung des neuen Konzepts gegenüber WP im brit[ischen] Sinne (verhandlungspolitischer Testfall für östliche Vertragsbereitschaft) angemessen und gewährleistet ist." Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11462 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten unterbreiteten am 20. Dezember 1979 Vorschläge für ein Paket begleitender Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

e) Innerhalb der AHG ist die Vertagung der Diskussion über Annex B („enhanced verification") in Brüssel ohne kontroverse Diskussion zur Kenntnis genommen worden. Während am Anfang der Runde vor allem GB und I, teilweise auch USA, noch auf Vorlage drängten, herrscht inzwischen Erleichterung vor, daß dieses Thema in größerem Zusammenhang und eingehender untersucht werden soll. Dies gilt im besonderen für die britische und einen großen Teil der amerikanischen Delegation. Auch dürfte es gemeinsame westliche Auffassung in Wien sein, daß die Nichtvorlage von Annex B in dieser Runde keinen Schaden für die westliche Verhandlungsposition gebracht hat.

3) Der Osten setzte seine Taktik der letzten Runde[5] fort, die angeblich praktischen, einfachen und weiterführenden Lösungen seiner Vorschläge von 1983[6] herauszustellen und gleichzeitig die westliche April-Initiative als Schritt zurück und Mittel zur Verhandlungsblockierung abzulehnen. Unter Hinweis auf entsprechende Veröffentlichungen in der westlichen Presse wurde behauptet, der in „Washington ausgearbeitete Vorschlag" (so Michajlow am 6.12.84) sei absichtlich so geschneidert worden, daß er für die sozialistischen Staaten unannehmbar sein mußte.

a) Vorwürfe und Kritik konzentrierten sich insbesondere darauf, daß die April-Initiative

– am „fruchtlosen" Datenstreit in noch komplizierterer Form festhalte,
– sie anderen direkten Teilnehmern als den USA und der SU ermögliche, ihre Verpflichtung zu Streitkräfteverminderungen zu unterlaufen,
– Schlüsselfragen wie Rüstungsreduzierung, 50-Prozent-Mechanismus und Obergrenzen für Luftstreitkräfte ausklammere,
– noch verstärkte Verifikationsanforderungen über das ohnehin unrealistische derzeitige AM-Paket des Westens hinaus in Aussicht stelle.

b) Insgesamt stellte der Osten, ohne den April-Vorschlag formell zurückzuweisen, fest, daß er keine ausreichende Antwort auf die umfassenden östlichen Vorschläge von 1983 sei. Der Vorschlag ziele darauf ab, dem Westen einseitige Vorteile zu verschaffen und als Deckmantel für den Aufwuchs seiner konventionellen Streitkräfte zu dienen, und werfe die Frage nach der Ernsthaftigkeit des westlichen Interesses an den Verhandlungen auf.

c) Obwohl sich der Osten auf den vom Westen vorgeschlagenen Positionsvergleich einließ, machte er doch immer wieder kritisch deutlich, daß er diese Übung als nicht weiterführende Wiederholung des stock taking von 1982 ansah. Wichtig war ihm, daß diese Aktivität vom Westen nicht in der Öffentlichkeit verwertet und damit der Anschein echten Verhandelns erweckt würde. Sein Eingehen auf diese prozedurale Gestaltung der Runde kompensierte der Osten mit Polemik in seinen Erklärungen. Angriffspunkte waren vor allem das angeblich vom Westen verschuldete gespannte internationale Klima, das Streben nach mi-

5 Die 33. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 24. Mai bis 19. Juli 1984 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 204.

6 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten legten am 17. Februar 1983 neue Vorschläge vor und unterbreiteten am 23. Juni 1983 den Entwurf für ein MBFR-Abkommen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 51, und AAPD 1983, II, Dok. 224.

litärischer Überlegenheit der USA und einiger NATO-Staaten sowie der Wunsch des Westens, aus einer Position der Stärke heraus Lösungen zu suchen.

d) Diese Polemik schien sich nach Ankündigung des Treffens der Außenminister der USA und SU für Januar 1985[7] und der damit verbundenen Perspektive im entscheidenden Rüstungskontrolldialog abzuschwächen. Sie fand jedoch am 6. Dezember durch eine außerordentliche Erklärung der SU mit massiven Attaken ungewohnter Schärfe vor allem gegen die Politik der Bundesregierung einen Höhepunkt.[8] Mit anschließender Unterstützung Polens, der ČSSR und – mit merklicher Zurückhaltung – der DDR[9] warf uns die SU vor, die Einbeziehung der Bundeswehr in ein Reduzierungsabkommen zu hintertreiben, um unter Verletzung internationaler Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen[10], dem Moskauer Vertrag[11] und der KSZE-Schlußakte[12] ungehindert konventionell hochrüsten zu können. Wir wiesen diese Anschuldigungen nachdrücklich zurück, stellten den doppelten Standard der sowjetischen Argumentation heraus und appellierten an den Osten, im Interesse von Fortschritten zu einem sachlichen Verhandlungsstil zurückzukehren. Die Delegationsleiter der USA[13], Großbritanniens[14] und – im Namen aller westlichen Teilnehmer – Belgiens[15] solidarisierten sich mit uns. Zur sichtbaren Enttäuschung der sowjetischen Delegation ist es gelungen, sicherzustellen, daß der Vorfall in der westlichen Presse kaum Beachtung gefunden hat.[16]

II. Wertung des Verhandlungsstandes

1) Abgesehen von marginalen Fortschritten in der Verhandlungsprozedur hat die zurückliegende Runde die Verhandlungen nicht vorwärtsgebracht. Ange-

7 Zur amerikanisch-sowjetischen Presseerklärung vom 22. November 1984 vgl. Dok. 311, Anm. 6. Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

8 Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 6. Dezember 1984 über die Plenarsitzung am selben Tag: „Die vorletzte Plenarsitzung dieser Verhandlungsrunde, in der ich die […] westliche Erklärung zur Frage der Spezifizierung von Reduzierungen abgab, nahm anschließend durch eine scharfe polemische Intervention des sowjetischen Delegationsleiters Michajlow einen ungewöhnlichen Verlauf. Ohne Zusammenhang mit meinen Ausführungen gab Michajlow eine erst zu Beginn der Sitzung angekündigte Erklärung mit scharfen Angriffen gegen die Politik der Bundesregierung ab, wie sie in dieser Form in Wien bisher nicht üblich war. Soweit feststellbar, waren die anderen östlichen Teilnehmer von der Erklärung vorher nicht unterrichtet worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 740; Referat 221, Bd. 128661.

9 Die Wörter „mit merklicher Zurückhaltung – der DDR“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In KVAE anders.“

10 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

13 Maynard W. Glitman.

14 Alfred Murray Simons.

15 Jozef Lebacq.

16 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

sichts des Standes der West-Ost-Beziehungen und der damit verbundenen Verweigerungshaltung der SU in der Rüstungskontrolle war das Verfahren einer vergleichenden Gegenüberstellung der beiderseitigen Substanzpositionen eine sinnvolle Übergangstätigkeit. Der Vergleich zeigte die Felder der Übereinstimmung, der Annährung und der Differenzen deutlich auf. Der Osten war allerdings nicht bereit, anzuerkennen, daß dieses Verfahren sichtbar gemacht hat, daß im Laufe der Verhandlungen in zahlreichen Fragen Übereinstimmung und Annäherungen erzielt wurden. Daß der Westen sich nicht scheute, auch als heikel angesehene Themen taktisch-offensiv anzugehen und dabei östliche Schwachpunkte offenzulegen, brachte ihm Punktgewinne.

2) In der Substanz hat sich der Eindruck bestätigt, daß der Osten jeden Ansatz, der – wenn auch in modifizierter Form – auf Einigung über Ausgangsdaten beruht, nicht akzeptieren wird. Zugleich hat der Osten, allerdings vorwiegend in bilateralen Gesprächen, zu erkennen gegeben, daß er im Bereich der Verifikation grundsätzlich zur Flexibilität bereit ist. Auf konkrete Verhandlungen in diesem Bereich wird er sich jedoch nicht einlassen, bevor sich die Umrisse eines für ihn akzeptablen Abkommens abzeichnen. Dazu dürfte auch eine vornherein festgelegte Einbindung der Bundeswehr gehören. Die östlichen Maximalvorstellungen in dieser Richtung hat Michajlow am 6.12.84 indirekt geltend gemacht:

– Reduzierung der Bundeswehr in „Kampftruppen“ und in Einheiten,
– Einbeziehung von „Rüstung und Kampftechnik“ der Bundeswehr in die Reduzierungen,
– Limitierung der deutschen Land- und Luftstreitkräfte durch die 50-Prozent-Klausel.

3) Abgesehen von dieser spezifischen Zielrichtung gegen uns, hat die östliche Polemik deutlich gemacht, daß der Osten sich Chancen ausrechnet, die Verhandlungen an sich als Instrument zur Erschwerung der westlichen Bemühungen um Modernisierung im konventionellen Bereich nutzen zu können. Demgegenüber wird der Westen noch deutlicher als bisher klarstellen müssen, daß Modernisierungsbeschränkungen kein MBFR-relevantes Thema sind. Selbst die östlichen Vorschläge für die Einbeziehung von Rüstungen in ein Reduzierungsabkommen würden, sollte sie der Westen akzeptieren, keineswegs Modernisierung und Ersatz veralteter Waffensysteme ausschließen.

4) Insgesamt hatte diese Runde erneut den Charakter einer Übergangsrunde. Daß auch der Osten an Kontinuität von MBFR denkt, läßt die problemlose Terminfestlegung für die 35. Runde vom 31.1. bis 28.3.85[17] erkennen, ebenso die Hinweise auf einen eventuellen östlichen Verhandlungsschritt im Frühjahr.

[18]III. Perspektiven

1) Von den festgelegten Daten für die nächste Runde abgesehen, läßt sich der weitere Verlauf der MBFR-Verhandlungen zur Zeit schwer abschätzen.

Für die weitere östliche Haltung könnte entscheidend sein, wie befriedigend für die Sowjetunion die Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs mit den USA

17 Zur 35. Runde der MBFR-Verhandlungen vgl. den Drahtbericht Nr. 195 des Botschafters Holik, Wien (MBFR-Delegation), vom 28. März 1985; AAPD 1985.

18 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 768 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

verlaufen wird. Im Lichte der Einschätzung erster Ergebnisse dürfte die SU auch den Stellenwert der MBFR-Verhandlungen im Rahmen ihrer gesamten Rüstungskontrollstrategie und dabei auch deren instrumentellen Nutzen überprüfen. Mindestvoraussetzung für Verhandlungsfortschritte in Wien wäre jedenfalls die bisher fehlende Bereitschaft der SU zu sach- und erfolgsorientierten Gesprächen über die anstehenden Streitfragen.

2) Ein Signal sowjetischen Verhandlungsinteresses wäre eigentlich schon zu erwarten gewesen, nachdem mit der Ankündigung des Treffens Shultz–Gromyko in Genf die Überwindung des Stillstands zwischen den Großmächten und damit eine generelle Entkrampfung der West-Ost-Beziehungen in Sichtweite gerückt war. Die später zurückgezogene Anregung des sowjetischen Delegationsleiters, mit der Ausarbeitung einer Präambel zu beginnen, wurde vielfach bereits in diesem Sinne interpretiert. Die polemischen Angriffe der SU auf uns am Ende der Verhandlungsrunde warfen jedoch neue Zweifel auf.

Selbst wenn es der SU lediglich darum ging, MBFR als Aufhänger zu nutzen, um die Bundesrepublik Deutschland im Zuge einer vorübergehenden Propagandakampagne als Hauptstörenfried herauszustellen, mußte sie einkalkulieren, daß ihre Polemik der Revitalisierung der Verhandlungen kaum förderlich sein kann. Es stellt sich daher die Frage, ob Moskau, auf die Wiederherstellung des bilateralen Dialogs mit den USA fixiert, eine Degradierung des multilateralen West-Ost-Dialogs zumindest in Kauf nimmt – vielleicht auch um den eigenen Bündnispartnern die Grenzen ihrer Handlungsfreiheit zu signalisieren.

3) Wenn man von der gesamtstrategischen Interessenlage der SU absieht, sprechen verhandlungstaktische Erwägungen nach wie vor für einen neuen östlichen Schritt in der kommenden Runde. Denn obgleich der Osten den letzten westlichen Vorschlag vom April 1984 als unzureichende Antwort auf seine eigenen Vorschläge von 1983 abtut, ist er nach dem in vielen Jahren eingespielten dialektischen Verhandlungsmuster in Wien „an der Reihe“. Aus der Sicht der Delegation, die von Amerikanern und Briten in Wien geteilt wird, kämen in diesem Fall zwei unterschiedliche Optionen für einen östlichen Vorschlag in Betracht:

– Der Osten könnte seine Einzelvorschläge von 1983 für bilaterale US-SU-Reduzierungen „auf der Basis des gegenseitigen Beispiels“, für einen Freeze sowie für anschließende kollektive Reduzierungen zu einem Vorschlag für ein umfassendes Abkommen „zusammenpacken“. Ein solches Abkommen wäre in jedem Fall datenlos, doch könnte der Osten evtl. ein für uns günstigeres „Timing“ für Verifikationsmaßnahmen anbieten, d. h. Verifikation nicht erst nach Erreichen der Endhöchststärken, sondern schon etwas früher. Außerdem dürfte der Osten zwei wichtige Elemente aus der westlichen Initiative vom April d. J. aufnehmen:
  – Ausdehnung der vom Westen für US-SU-Streitkräfte vorgeschlagenen Reduzierungsform 90:10 (Einheiten und Verbände vs. Ausdünnung) auf die Folgereduzierungen aller direkten Teilnehmer,
  – Konzentration auf Kampf- und Kampfunterstützungstruppen auch bei den nichtamerikanischen und nichtsowjetischen Streitkräftereduzierungen.

  Besonders dieser letzte Punkt könnte eine prekäre Situation im Bündnis auslösen, da unsere diesbezüglichen Besorgnisse von anderen Bündnispartnern

(USA, UK, CA) bekanntlich nicht voll geteilt werden. Dies hat die Diskussion hier und in Brüssel über die Übernahme der für den Datenaustausch vorgeschlagenen Kategorisierung in das Format des Informationsaustauschs nach AM[19] 6 erneut gezeigt, auch wenn der Streit in diesem spezifischen Zusammenhang schließlich zu unserer Zufriedenheit geklärt wurde.

– Nicht auszuschließen ist aber auch, daß die SU zumindest vorläufig nur an einem bilateralen Abkommen mit den USA über vorgezogene amerikanisch-sowjetische Reduzierungen interessiert ist. Der ständige Hinweis der sowjetischen Delegation auf die Einfachheit von Reduzierungen „auf der Basis des gegenseitigen Beispiels" deutet in diese Richtung. Die Intervention Michajlows vom 6.12.84 könnte als Versuch verstanden werden, das Terrain dafür dadurch vorzubereiten, daß der Bundesrepublik Deutschland die Verantwortung für die Blockierung von Verhandlungen über weitergehende kollektive Reduzierungen zugeschoben wird.

Für die USA könnte eine schnelle Übereinkunft mit der SU über vorgezogene bilaterale Reduzierungen durchaus eine interessante Option darstellen: Lösung des „Mansfield-Nunn-Syndroms"[20], Zwang für die Europäer, ihre konventionellen Verteidigungsanstrengungen zu verstärken, Verfügbarkeit von abgezogenen US-Truppen für Einsätze in Krisengebieten außerhalb Europas. Allerdings würden sich die USA kaum mit „symbolischen" Reduzierungen in der seit 1979 für die erste Phase vorgesehenen Größenordnung abfinden. Wenn überhaupt, dürfte von amerikanischer Seite auf ein verifizierbares Abkommen über substantielle Reduzierungen gedrängt werden, das eine verbindliche Verknüpfung mit späteren kollektiven Reduzierungen zur Herstellung der Parität vorsehen müßte. Im wesentlichen würde dies eine Rückkehr zur westlichen Verhandlungsposition von 1978 darstellen.

4) Die Chancen und Risiken, die sich in dieser Perspektive für unsere eigenen Sicherheitsinteressen ergeben, bedürfen sorgfältiger Abwägung, für die die bevorstehenden Besprechungen in Bonn Gelegenheit bieten werden. Dabei wird auch die Neueinschätzung des militärischen Nutzens von MBFR, die im Militärausschuß der NATO vor dem Abschluß steht, wie auch die Langzeitplanung der Bundeswehr eine Rolle spielen müssen. Nach Auffassung der Delegation sollte in der gegenwärtigen Gesamtsituation der Abstimmung des weiteren Vorgehens mit unseren engsten Bündnispartnern Priorität auch vor der Entwicklung neuer Initiativen gegeben werden.

[gez.] Holik

VS-Bd. 11473 (221)

19 Associated Measure.

20 Der amerikanische Senator Mansfield brachte zwischen 1966 und 1974 mehrfach Resolutionen im amerikanischen Senat ein, in denen eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa gefordert wurde.
Zum Antrag des amerikanischen Senators Nunn vom 18. Juni 1984 vgl. Dok. 222, Anm. 7.

344

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

105-69.A/84 **17. Dezember 1984**[1]

Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen mit dem sowjetischen Botschafter Wladimir Semjonow in dessen Residenz am 17. Dezember 1984;
hier: Dolmetscheraufzeichnung des Vier-Augen-Gesprächs, Dauer ca. 1 1/2 Stunden

Der *Botschafter* leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, er wolle sich mit dem Minister vertraulich unterhalten. Er habe keinen Auftrag, dieses Gespräch zu führen, sondern wolle sich mit dem Minister eher beraten. Er sei für eine Woche nach Moskau gerufen worden, den Grund hierfür kenne er jedoch nicht. Er wisse nur, daß er mit AM Gromyko und Politbüromitglied Gorbatschow sowie mit anderen wichtigen Mitarbeitern des ZK der KPdSU zusammentreffen werde.

Was der Minister bei seinem Toast bei Tisch gesagt habe, nämlich, daß man die Chancen des nächsten Jahres nutzen müsse, entspreche auch sowjetischen Wünschen und Vorstellungen.

Mit Aufmerksamkeit habe er die Äußerungen des Ministers zu Fragen der geschlossenen Verträge und der Grenzen verfolgt. Er habe auch einmal einen Fernsehauftritt des Ministers gesehen und während der Rede des Ministers die Reaktion des Saales genauer beobachtet. Dabei habe er festgestellt, daß ein großer Teil der Anwesenden auf die Ausführungen des Ministers positiv reagiert habe; jedoch habe es auch einen bedeutenden Teil gegeben, der zurückhaltender auf die Worte des Ministers reagiert habe. Dies seien wohl Vertreter der ehemaligen Opposition gewesen.

Er wisse auch nicht, was mit dem Besuch des Ministers in Polen passiert sei.[2]

Wohl aber wisse er, daß es durchaus Leute gebe, die gegen die Entspannungspolitik eingestellt seien, die mehr auf der Linie der früheren Oppositionspolitik lägen. Er glaube, daß das schwer zu ändern sei, aber es gebe wohl einen Weg. Man müsse – und das gelte auch für ihn – lernen, mit den Leuten umzugehen, die sich früher in der Opposition befunden hätten. Damit erleichtere man die Durchführung der Politik. In Opposition stehen und alles kritisieren, sei eine Sache. Eine andere Sache sei, für reale Politik Verantwortung zu tragen. Leider gebe es in der Politik kein Zauberstäbchen, durch dessen Berührung man Dinge schnell ändern könne. Vielleicht tue man auch auf sowjetischer Seite nicht alles, was man tun könne oder solle, um ein Umdenken zu fördern. Es gebe ei-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß am 18. Dezember 1984 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz geleitet.
Hat Ploetz am 20. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 28. Dezember 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS Ruhfus sollte mit VW sprechen (s[iehe] S. 6)." Vgl. Anm. 17 und 23.
Hat Ploetz am 15. und 24. Januar 1985 erneut vorgelegen.

2 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Polen vgl. Dok. 323 und Dok. 324.

ne neue Koalition, und mit dieser neuen Koalition müsse man arbeiten. In die Segel des politischen Schiffes blase der Wind von heute; es sei unmöglich, mit dem Wind von gestern oder von morgen zu segeln. So schätze man in der Wirtschaft die Zusammenarbeit mit den altbewährten Firmen, und Erfahrung sei sicherlich ein Argument, aber man müsse sich auf die heutige Situation einstellen und auch neue Partner akzeptieren. Dies gelte auch für die Politik. Hier könne auch der Dialog auf hoher Ebene seinen Beitrag leisten. Man müsse sehen, was zu tun sei, in welcher Reihenfolge, womit man beginnen und womit man enden könne.

In den Beziehungen zu Frankreich stehe nun die Reise von Generalsekretär Tschernenko bevor, nach Italien werde Gromyko reisen[3], in Großbritannien halte sich zur Zeit Gorbatschow auf[4]. Warum bleibe die BRD hier beiseite? Er wisse es nicht. Vielleicht hänge das in gewissem Maße auch von ihm und seinen bevorstehenden Gesprächen in Moskau ab. Was der Minister ihm zu sagen habe, werde er in Moskau berichten, wo man wisse, daß er, der Minister, großen Mut bewiesen habe, um harte Kämpfe hier zur Sicherung des Friedens und einer friedlichen Politik durchzustehen. Hierzu wolle man nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten beitragen.

In seiner Erwiderung führte der *Minister* aus, die Gründe für die Verschiebung seines Besuchs in Polen, die in der Öffentlichkeit genannt worden seien, seien zutreffend, sonst gebe es keine Gründe. Er hoffe, daß in den ersten Monaten des Jahres 1985 der Besuch nachgeholt werden könne.

Die deutsche außenpolitische Linie auf der Grundlage der geschlossenen Verträge werde von allen im Bundestag vertretenen Parteien getragen. Es gebe aber zugegebenermaßen Stimmen, die die Harmonie störten. Diese Stimmen sprächen jedoch nicht für andere, sondern nur für sich selbst. Natürlich könne es in einer Regierung verschiedene Standpunkte zu weniger wichtigen Fragen, wie etwa zur Frage der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens[5], geben. In einer so lebenswichtigen Frage jedoch wie den deutsch-sowjetischen Beziehungen, den deutsch-polnischen Beziehungen, dem Moskauer Vertrag[6], der Schlußakte der KSZE[7], könne es nur eine Position geben. Daß es hier keinerlei Unklarheiten gebe, sei wichtig für uns selbst, für unsere Nachbarn und für alle, die zu uns Beziehungen unterhielten.

Er wisse, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg schwierig gewesen seien. Sie hätten sich jedoch nach Abschluß des Moskauer Vertrags positiv entwickelt. Der Moskauer Vertrag sei von entscheidender Bedeutung für die deutsch-sowjetischen Beziehungen und die Ost-West-Beziehungen insgesamt. Als er sich im Herbst 1983 mit Gromyko in Wien verab-

3 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 25. bis 28. Februar 1985 in Italien auf.

4 Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 353.

5 Zur Nichtzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 319.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

7 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

redet habe[8], habe Gromyko sicherlich nicht erwartet, daß er, der Minister, sagen werde, wir würden nicht stationieren. Ebensowenig habe er erwartet, daß Gromyko sagen werde, die Sowjetunion werde alle SS-20 beseitigen. Man habe gewußt, daß die Meinungsverschiedenheiten bei den Mittelstreckenraketen das Leben schwieriger machen würden, aber sie würden und hätten die Grundrichtung der deutschen Außenpolitik nicht geändert. Das sei damals so gewesen und auch heute so.

Er habe sich für einen positiven Abschluß des Madrider Treffens[9] persönlich so stark engagiert, weil er sich der Bedeutung des KSZE-Prozesses für die Ost-West-Beziehungen immer bewußt gewesen sei. Deshalb wolle man auch das zehnjährige Jubiläum der Unterzeichnung der Helsinki-Schlußakte am 1. August 1985 auf entsprechender Ebene begehen[10], um zu bekunden, daß der KSZE-Prozeß ein stetiger und in die Zukunft gerichteter Vorgang sei.

Nun höre man schon seit längerer Zeit scharfe Angriffe aus Moskau. Wir würden darauf nicht reagieren. Warum übergingen wir diese Angriffe? Diese Angriffe würfen uns nicht um. In so einer lebenswichtigen Frage wie den deutsch-sowjetischen Beziehungen dürfe man einen Fehler der einen Seite nicht mit einem Fehler der anderen Seite beantworten.[11]

Auch wir würden den Wirtschaftsbeziehungen große stabilisierende Bedeutung beimessen. Aber über den Rahmen des bestehenden Umfangs hinausgehende Wirtschaftsbeziehungen könnten größere politische Wirkung erzeugen.[12]

In Brüssel[13] habe man nachdrücklich die Bedeutung des Gewaltverzichts hervorgehoben. Man habe gesagt, daß bei entsprechenden konkreten Verhandlungsergebnissen die Raketenstationierung auch zurückgenommen werden könne. Wir wollten mehr als bloß Abrüstung. Auf dem NATO-Außenministertreffen sei die Notwendigkeit betont worden, die Sicherheitsinteressen der jeweiligen anderen Seite zu berücksichtigen. Wir wüßten um die historischen Erfahrungen und die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und täten viel dafür, daß diese berücksichtigt würden. Die Tatsache, daß er nach wie vor Außenminister sei, sei Garantie für eine geradlinige und langfristig angelegte deutsche Außenpolitik. Deshalb kämpfe er für diese Politik und für diese Regierung. Es gebe keinen Anlaß zu zweifeln, daß diese Linie sich durchsetzen werde. Von dieser festen Grundlage aus seien viele politische, wirtschaftliche und kulturelle Impulse möglich.

8 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306.

9 Die zweite KSZE-Folgekonferenz fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

10 Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

11 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Genscher zurück. Vorher lautete er: „In so einer lebenswichtigen Frage wie den deutsch-sowjetischen Beziehungen dürfe man jedoch einen Fehler nicht mit einem anderen Fehler beantworten."

12 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Genscher zurück. Vorher lautete er: „Aber erst über den Rahmen des Konventionellen hinausgehende Wirtschaftsbeziehungen könnten größere politische Wirkung erzeugen."

13 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

Bei seinem Besuch in Washington[14] habe er auch über Weltraumrüstung gesprochen. Bei seinem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan habe er darauf hingewiesen, wie westliche Politik in der sowjetischen Führung aufgenommen werde. Wenn man nur zwei Nachbarn habe, im Norden Kanada und im Süden Mexiko, dann sehe man Fragen der Bedrohung anders als in Europa. Die Menschen in Europa seien durch ihre geschichtlichen Erfahrungen geprägt. Die sowjetische Seite kenne unsere Menschen, sie wüßte, daß wir eben diese Politik wollten. Deshalb auch verstehe der berühmte Mann auf der Straße nicht die ständigen Beschimpfungen aus Moskau. Wir heizten diese Polemik nicht an, sondern wiegelten eher ab. Nun müsse auch die Sowjetunion uns gegenüber zeigen, wie sie die Politik, die Beziehungen mit uns weiterzuentwickeln gedenke. Unsere Absichten seien in Moskau wohlbekannt. Unsere Beziehungen zur Sowjetunion betrachteten wir als lebenswichtige Frage.

Der *Botschafter* führte seinerseits aus, er wisse wohl, daß Feuer leicht zu entzünden, aber nur schwer zu löschen sei. Deshalb habe er auch kein Telegramm über die Absicht des Bundeskanzlers nach Moskau geschickt, auf dem bevorstehenden Schlesientreffen[15] zu sprechen. In dem Motto des Schlesientreffens „Schlesien bleibt unser" sehe man einen Ausdruck des Drucks gewisser rechter Kreise; vielleicht auch als Antwort auf gewisse Äußerungen der sowjetischen Presse. Er stimme auch zu, daß Fehler der einen Seite nicht durch Fehler der anderen Seite wettgemacht werden dürften. Er verstehe das und spüre diese unsere Absicht.

In den Beziehungen zwischen den zwei Außenämtern gebe es keine Irritationen. Die Arbeit werde in einer ruhigen Atmosphäre verrichtet. Eben so sei es auch möglich gewesen, die Westberlin-Frage ohne Gesichtsverlust auf der Grundlage eines internationalen Abkommens[16] zur Ruhe zu bringen. Wenn man so weitermache, könne das nur nützlich sein. Aber er sehe, daß der [17]Minister die Dinge in einen größeren Rahmen stelle. Er erinnere sich an das Treffen von GS Andropow mit Bundeskanzler Kohl in Moskau[18], als dieser gesagt habe, daß man die Beziehungen und Verträge mit neuem Leben erfüllen müsse. In einem anschließenden internen Gespräch habe Andropow hierauf besonders hingewiesen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet könne das nächste Jahr gewisse Schwierigkeiten bringen, weil in der Sowjetunion wegen des neuen Fünfjahresplans die Kalkulationsphase noch nicht beendet und noch nicht alle Schwerpunkte klar gesetzt

14 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

15 Am 16. Juni 1985 fand in Hannover das Bundestreffen der „Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien" statt. Das Motto des Treffens wurde im Vorfeld von „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" zu „40 Jahre Vertreibung – Schlesien unsere Zukunft im Europa freier Völker" geändert. Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl vgl. BULLETIN 1985, S. 577–583.

16 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

17 Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

18 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200 und Dok. 204.

seien. Der Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Köln[19] befürchte, daß es im nächsten Jahr zu einer Verringerung des Handelsaustauschs kommen könne. Er habe dem entgegengehalten, daß man dies nicht zulassen dürfe. So habe man sowjetischerseits dem Volkswagenwerk vorgeschlagen, sich bei der Modernisierung, in praxi bedeute dies Neuerrichtung, eines großen Automobilwerks in Moskau zu engagieren. Bei VW aber habe man gesagt, daß man wegen des Geschäfts mit China[20] und der DDR[21] zur Zeit keine Kräfte frei habe. So etwas dürfe man doch nicht zulassen. Schließlich liefen verschiedene Großprojekte aus, und wir bräuchten neue Ideen. Auch in anderen Bereichen müßte man von Worten zu Taten übergehen, z. B. bei der Zusammenarbeit in Drittländern. Er hoffe, daß bei der nächsten Wirtschaftskommissionstagung[22] sich das Fehlen von Kostandow und Lambsdorff nicht negativ auswirken werde. Jedenfalls solle man mit neuen Ideen kommen, sozusagen einen Floh ins Ohr setzen, der dann weiterhüpfen könne.

Der *Minister* stellte die Frage, wie sich nun die sowjetische Seite die Fortführung der bilateralen Beziehungen vorstelle. Ob Gromyko und Tschernenko unsere wiederholten Einladungen annähmen?[23]

Der *Botschafter* konnte hierauf keine Antwort geben. Diese Fragen seien in Moskau noch nicht entschieden worden. Bei einem Treffen müsse man wissen, worüber man reden könne; man müsse auch sicher sein, daß so ein Besuch im jeweiligen Land Unterstützung fände und man neue Inhalte einführen könne. Seiner Meinung nach sollten wir uns auf ruhige und ungestörte Beziehungen hin orientieren, ohne den Versuch zu machen, die andere Seite zu umgehen oder gegen die andere Seite zu agieren. Solche Versuche wären schon in der Vergangenheit gescheitert. Man könnte zwar versuchen, zeitweilige Vorteile zu nutzen, dies aber würde nur zu Enttäuschungen führen.

Der *Minister* betonte noch einmal, daß wir unsere Beziehungen zur Sowjetunion als etwas Lebenswichtiges betrachteten. Wo sehe hier die sowjetische Seite die wichtigsten Elemente?

Der *Botschafter* erwiderte, von außerordentlicher Wichtigkeit sei die Einhaltung der grundlegenden Bestimmungen des Moskauer Vertrags und anderer Verträge, insbesondere des Grundlagenvertrags mit der DDR[24]. Manch einer meine, man könne die Geschichte überlisten. Dies sei jedoch nur schwer möglich. Eine andere große Frage sei natürlich die bevorstehende Verhandlungsrun-

19 Wladimir Nikolajewitsch Nowikow.

20 Am 10. Oktober 1984 unterzeichneten das Volkswagenwerk und verschiedene chinesische Partner in Peking einen über 25 Jahre laufenden Vertrag zur Gründung der „Shanghai Volkswagen Automotive Corporation Limited", an der Volkswagen und die chinesische Seite zu je 50 % beteiligt waren. Das Grundkapital des Joint-venture betrug 200 Mio. DM. Vorgesehen war, in einem noch auszubauenden Werk in Anting bei Schanghai ab 1989 20 000 Personenwagen vom Typ „Santana" sowie ab 1990 100 000 Motoren zu produzieren. Vgl. dazu den Artikel „Bundeskanzler Kohl trifft Teng Hsiao-ping. ‚Für ein einiges und starkes Europa'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Oktober 1984, S. 2.

21 Zu den Vereinbarungen zwischen dem Volkswagenwerk und der DDR vgl. Dok. 301, Anm. 11.

22 Zur Verschiebung der 13. Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 185, Anm. 18.

23 Ende der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

24 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

de mit den Amerikanern.[25] Hier sei der Anfang schwierig; nicht weniger schwierig auch die Weiterführung der Gespräche, da der Verhandlungsgegenstand besonders kompliziert sei. Auf sowjetischer Seite messe man der Verhinderung der Militarisierung des Weltraums große Bedeutung bei. Man spreche hier nicht von Rüstungskontrolle, sondern von Verhinderung der Militarisierung. Wenn man – wie dies Rowny gegenüber Karpow getan habe – von der Sowjetunion verlange, sie müsse ihre landgestützten strategischen Raketen unter Wasser verlegen, so sei dies nicht akzeptabel. Die Frage der Weltraumrüstung sei – wie der Minister gesagt habe – für die Sowjetunion die Frage der Fragen. Nur in der Fantasie sei die Einrichtung einer „dichten" Luftabwehr möglich. Besonders nötig sei es, die Vertraulichkeit der bevorstehenden Verhandlungen zu wahren. Man könne nicht heute am Tisch etwas besprechen, was man morgen auf den Markt trage.

Der *Minister* warf ein, dies werde nicht der Fall sein.

Der *Botschafter* fuhr fort, da es viele schwierige Fragen zu besprechen gebe, würden Enthüllungen nur den Falken Nahrung bieten.

Was die COCOM-Listen angehe, so habe der Minister gesagt, daß er keinen technologischen Krieg mit der Sowjetunion wünsche.

In Moskau sehr zu schätzen wisse man – und er sei beauftragt, dies hier zu sagen – die Rolle der Bundesrepublik bei der Stockholmer Konferenz und bei der erreichten Verfahrensvereinbarung.[26] Aber es gebe immer Riffe unter Wasser, über die man stolpern könne; man müsse sich deshalb die richtigen Fragen auswählen. Vielleicht sollten die beiden Außenministerien über diese Fragen reden, jeweils jedoch zweckmäßigerweise über einzelne Fragen.

Was die Wohnungen für die Botschaftsmitarbeiter hier angehe, so möchte die sowjetische Seite auch nach Abschluß der Bauarbeiten gerne das derzeitige Wohngebäude behalten. Man sei bereit, entsprechenden Bedürfnissen unserer Seite in Moskau entgegenzukommen. Es sei zutreffend, daß das Bautempo in Moskau hinter dem hier hinterherhinke. Aber wir sollten nicht so kleinlich vorgehen, daß man jedes Detail abschätze.[27]

25 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

26 Zur Bildung von zwei Arbeitsgruppen bei der KVAE vgl. Dok. 311, Anm. 11.

27 Referat 111 notierte am 16. März 1984, am selben Tag sei in Moskau nach dreijährigen Verhandlungen der Baudurchführungsvertrag für den Botschaftskomplex in Moskau mit Kanzlei, 120 Wohnungen, Schule und Mehrzweckhalle durch die Bundesbaudirektion unterzeichnet worden: „Baubeginn 1. April 1984. Geplante Bauzeit fünf Jahre. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß auch die sowjetische Seite ihr Bauvorhaben auf der Viktorshöhe in Bonn-Bad Godesberg beginnen kann. […] Hiermit wurde die Weisung des Herrn Bundesministers ausgeführt, bei dem Baubeginn auf strikte Reziprozität zu achten." Vgl. Referat 213, Bd. 139320.
Ministerialdirigentin Rheker vermerkte am 12. Juli 1984, die UdSSR wolle „auch nach Fertigstellung der Neubauwohnungen auf der Viktorshöhe das Wohngebäude Metzenthal behalten". Über das Grundstück sei 1971 ein Erbbaurechtsvertrag für 99 Jahre geschlossen worden: „Das Grundstück gehört dem Bund. Das Gebäude wurde im Auftrag der sowjetischen Regierung errichtet und steht in deren Eigentum." Das Grundstück könne der sowjetischen Seite überlassen werden, sofern sie einen angemessenen Erbbauzins dafür bezahle. Ferner solle sich die sowjetische Seite verpflichten, der Botschaft in Moskau mehr Büro- oder Wohnräume zur Verfügung zu stellen. Vgl. Referat 213, Bd. 139320.

Der *Minister* erklärte abschließend, sein Engagement für die Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen sei in Moskau bekannt. Die sowjetische Regierung müsse nun selbst entscheiden, wie sie diese Beziehungen weiterzuentwickeln gedenke. Er könne nur noch einmal wiederholen, daß Generalsekretär Tschernenko hier jederzeit willkommen sei, ebenso wie Außenminister Gromyko und Herr Gorbatschow[28]. Nun liege es an der sowjetischen Seite, zu entscheiden, wann Tschernenko hierher komme und ob zur Vorbereitung des Besuchs er selbst nach Moskau oder Gromyko nach Bonn reisen solle. Jedenfalls sei es sein Wunsch, daß durch seine Politik ein Beitrag geleistet werde, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion weit besser würden, als sie bisher seien.

Referat 010, Bd. 178887

345

Aufzeichnung des Botschafters Ruth und des Ministerialdirektors Pfeffer

213-322.00 USA-2363/84 VS-vertraulich **18. Dezember 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Konturen des sowjetischen Konzepts für das Treffen Gromyko/Shultz in Genf am 7./8.1.1985[4]

I. Aus sowjetischer (und amerikanischer) Sicht handelt es sich bei dem Treffen Shultz/Gromyko am 7./8. Januar 1985 um Vorverhandlungen, bei denen ein „gemeinsames Verständnis für den Gegenstand und die Ziele der Verhandlungen" erarbeitet werden soll (so zuletzt im Spiegel-Interview Sagladins vom 10.12.[5]). Zugleich gibt es Anzeichen dafür, daß die SU kein Interesse daran hat, in pro-

28 Die Wörter „und Herr Gorbatschow" wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Heyken und Hofstetter, Vortragendem Legationsrat Schmidt und Legationsrat I. Klasse Weiß konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. Dezember 1984 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 3. Januar 1985 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 4. Januar 1985 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 7. Januar 1985 erneut vorgelegen.

4 Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

5 Vgl. den Artikel „‚Die Welt steht wieder am Scheideweg'"; DER SPIEGEL, Nr. 50 vom 10. Dezember 1984, S. 136–147.

zeduralen Fragen steckenzubleiben, sondern einen baldigen Einstieg in substantielle Verhandlungen anstrebt.

1) Die SU richtet sich dabei auf langwierige Verhandlungen ein (Erster Stellvertretender AM Kornijenko; Politischer Kommentator Bowin), möchte aber die nächsten drei Jahre, d. h. einen weder durch inneramerikanische Wahlkampfaspekte belasteten noch durch die sonst übliche Verzögerungsphase nach US-Wahlen verkürzten Zeitabschnitt nutzen (Bondarenko gegenüber Botschafter Kastl[6]).

2) Ein wichtiges taktisches Ziel Moskaus ist es, den derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Abstimmungsprozeß in Washington zu beeinflussen, d. h.:

– den Rüstungskontrollvereinbarungen widerstrebenden Kräften in der Administration die Möglichkeit zu beschneiden, Entscheidungen zugunsten verhandelbarer Positionen u. a. mit prozeduralen Argumenten zu verhindern;
– einer „weicheren Linie“ in der Administration Argumente an die Hand zu geben;
– und über ein Einwirken auf die amerikanische Öffentlichkeit (z. B. letzte Interviews Tschernenkos; sein Treffen mit Hammer[7] etc.) Reagan hinsichtlich einer baldigen Einlösung seiner Wahlkampfversprechungen möglichst unter Druck zu halten (nach dem Motto: Taten statt Worte);
– Rüstungskontrollverhandlungen bleiben für Moskau u. a. ein wichtiges Instrument für die Beeinflussung westlicher Rüstungsentwicklungen. Zugleich bilden sie – für ein planwirtschaftliches System besonders wichtig – die Hauptparameter der Planung für den strategisch relevanten Ressourceneinsatz.

3) Die Herausstellung sowohl der sowjetischen Initiative zu den Verhandlungen als auch ihres neuen Charakters ist offenbar nicht nur im Zusammenhang eines prestigebedingten sowjetischen Bedürfnisses zu sehen, dem Eindruck eines Nachgebens auf amerikanischen Druck entgegentreten zu müssen. Wir müssen vielmehr mit der Möglichkeit der Präsentation eines „neuen“ (in Wirklichkeit aber größtenteils aus bekannten Elementen zusammengesetzten) konzeptionellen Ansatzes der Sowjets rechnen. Folgende Elemente werden von sowjetischer Seite seit der Bekanntgabe des Treffens der beiden AM[8] besonders erwähnt:

– Organische Verbindung von Weltraumwaffen und nuklearen Waffen strategischer sowie mittlerer Reichweite mit der Konsequenz, daß sie „in einem Zu-

6 Botschafter Kastl, Moskau, gab am 20. November 1984 ein Abendessen für den Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko. Am 22. November 1984 berichtete Kastl: „Zum sowjetisch-amerikanischen Verhältnis wurde deutlich, daß Sowjets Zeitdruck sehen (B[ondarenko]: Nicht drei, sondern vielleicht sogar ‚nur zwei Jahre‘ stünden für erfolgreiche Verhandlungen mit wiedergewähltem amerikanischen Präsidenten zur Verfügung.).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4401; Referat 213, Bd. 139305.

7 Der amerikanische Industrielle Hammer traf am 4. Dezember 1984 in Moskau mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, zusammen. Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 29. November 1984 anläßlich der Vorbereitung dieses Besuchs, die amerikanische Regierung habe nicht die Absicht, „Hammer als Emissär einzusetzen. Er werde auch kein Schreiben des Präsidenten mitnehmen. Die Vorstellung, daß Hammer irgendeine Funktion bei der sachlichen Vorbereitung des Außenministertreffens im Januar haben könnte, sei schlicht wirklichkeitsfremd“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5084; Referat 213, Bd. 139347.

8 Zur amerikanisch-sowjetischen Presseerklärung vom 22. November 1984 vgl. Dok. 311, Anm. 6.

sammenhang geprüft und gelöst werden“ müssen (Tschernenko/Kinnock[9]; Semjonow/BK[10]).

– Schlüsselbedeutung der Weltraumwaffen (Kornijenko gegenüber französischem Botschafter Arnaud: ohne Abkommen über Weltraum kein Abkommen über strategische Waffen; so sinngemäß auch Gorbatschow in London am 18.12.84[11]).
– Keine Wiederaufnahme der Genfer INF-Verhandlungen alten Typs (dies nur noch theoretische Möglichkeit unter den bekannten Vorbedingungen). Wichtigster Beleg hierfür: Pressekonferenz im SAM (Lomejko) am 22.11.84.
– Moratorium bei INF-Stationierung, andernfalls Fortsetzung der Gegenmaßnahmen (Tschernenko/Kinnock), die ein wahrscheinlich bis auf weiteres nicht verhandelbares Reaktionsmittel zur Sicherung des Gleichgewichts entsprechend dem sowjetischen Verständnis darstellen.
– Möglicherweise globale Einbeziehung amerikanischer Mittelstreckenwaffen (die im sowjetischen Verständnis alle als strategisch begriffen werden, sofern sie die SU erreichen), wobei die Art der Berücksichtigung von INF-Mitteln in Europa noch unklar ist. Erste Belege hierfür:
  – Wechsel in der Terminologie: nicht mehr „Nuklearwaffen in Europa“,
  – SU informierte auch japanische Regierung über das AM-Treffen in Genf, d. h. es geht ihr möglicherweise auch um Sicherheitsfragen im pazifischen Raum, wo Tschernenko im Mai 1984 den Aufbau einer „Ostfront“ beklagte.[12]
– Wie bisher Kompensation für bzw. Berücksichtigung von Drittstaaten-Systemen bei sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen. Daneben dürfte die Möglichkeit bilateraler Verhandlungen über Nuklearwaffen dritter Staaten (erster Beleg zu GB: Tschernenko/Kinnock) weiterhin offengehalten werden.[13]

4) Auch die prozeduralen sowjetischen Vorstellungen sind noch undeutlich. Der Grundgedanke der „organischen Verbindung“ der einzelnen Verhandlungselemente läßt alles offen: Neben einem lediglich übergreifenden politischen Rahmen wäre eine engere sachliche Verknüpfung bis hin zu einer Verschmelzung der Verhandlungen denkbar. Dabei muß auch der SU klar sein, daß eine Behandlung des komplizierten Stoffes in einem Gremium sachliche Regelungen

9 Zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Kinnock, am 26. November 1984 in Moskau vgl. Dok. 320, Anm. 3.

10 Vgl. dazu das Bundeskanzler Kohl vom sowjetischen Botschafter Semjonow übergebene Papier; Dok. 320, Anm. 15.

11 Korrigiert aus: „17.12.84“.
Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 353.
Für den Wortlaut der Rede Gorbatschows am 18. Dezember 1984 vor Mitgliedern des britischen Parlaments vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 121–129.

12 In einer Tischrede zu Ehren von Präsident Kim Il Sung am 23. Mai 1984 in Moskau legte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, dar: „Wird die Lage in Asien durch den Kurs der USA auf das Wiedererstehen und die Stärkung des japanischen Militarismus etwa nicht destabilisiert? Washington macht kein Hehl aus seiner Absicht, Japan in einen ‚unsinkbaren Flugzeugträger‘ zu verwandeln.“ Vgl. TSCHERNENKO, Reden, S. 325.

13 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Wohl auch Grund u. a. für hochrangige Besuche in Paris und London.“

mindestens verzögern würde. Es liegt daher näher, daß sie getrennten Verhandlungen zustimmt, jedoch Ergebnisse in einem Bereich von einer Einigung in anderen Bereichen abhängig macht.

Im übrigen wird sich die SU zu derartigen prozeduralen Fragen erst nach einer für sie akzeptablen Festlegung des Gegenstandes und der Ziele der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen äußern (Erster Stellvertretender AM Kornijenko nachdrücklich zum französischen Botschafter Arnaud am 3.12.).

II. Das Schwergewicht des sowjetischen Interesses an Verhandlungen mit den USA liegt klar im Bereich der Weltraumwaffen. Aus dem Propagandavorlauf zum Treffen Gromyko/Shultz ergibt sich, daß die SU am Hauptziel ihrer Weltrauminitiative vom 29.6.1984[14] festhält: Verhinderung der Militarisierung des Weltraums. Zugleich deutet sich aber in anderen sowjetischen Formulierungen, z. B. „Verhinderung des Wettlaufs im Bereich der Weltraumwaffen" (u. a. Papier Semjonow/BK), auch die Möglichkeit eines realistischeren Ansatzes an. Zwar wäre der amerikanische Verzicht auf Weltraumwaffen sowjetisches Wunschziel (s. auch Prawda vom 9.12.[15]), den Sowjets dürfte aber klar sein, daß sie eine technologische Überlegenheit der USA in diesem Bereich nur durch ausgehandelte Vereinbarungen eingrenzen können. Der Gedanke der Verhinderung eines „Wettlaufs" läßt hierfür Möglichkeiten offen. Die SU möchte das westliche Interesse an einer Begrenzung sowjetischer Offensivwaffen (USA haben uns gegenüber insbesondere auf einen möglichen Zuwachs sowjetischer Gefechtsköpfe hingewiesen) als Bremse hinsichtlich der Entwicklung westlicher Defensivwaffen benutzen.

1) Die SU dürfte in erster Linie an einer bald wirksamen Regelung für ASAT interessiert sein, weil das neue, effiziente System der USA sich rasch dem Stadium der Einsatzreife nähert. (Erster Stellvertretender AM Kornijenko zu Arnaud: Man werde sich auf ASAT konzentrieren.) Sowjetische Detailvorstellungen sind uns noch nicht bekannt. Auffällig ist allerdings eine jüngst deutlich gewordene Modifizierung der sowjetischen Haltung zu einem Moratorium in diesem Bereich. Die SU hat sich zuletzt nicht mehr (z. B. Prawda vom 3.12.[16]) auf das von Tschernenko (12.6.84) vorgeschlagene Test-Moratorium[17], sondern nur auf das Stationierungs-Moratorium Andropows (18.8.83)[18] berufen. Moskau will sich möglicherweise die Hände für die Entwicklung eines dem amerikanischen vergleichbaren ASAT-Systems freihalten.

2) Der sowjetische Propagandadruck wird sich wesentlich auf die amerikanischen BMD-Pläne konzentrieren. Aus sowjetischer Sicht haben sich die USA in der sowjetisch-amerikanischen Presseerklärung vom 22.11. auch zu Verhand-

14 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juni 1984 für Gespräche mit den USA über Weltraumfragen vgl. Dok. 184, Anm. 5, und Dok. 212, Anm. 2.

15 Vgl. den Artikel „Meždunarodnoe obozrenie"; PRAVDA vom 9. Dezember 1984, S. 4.

16 Vgl. den Artikel „Kosmos: Trevogi i nadeždy"; PRAVDA vom 3. Dezember 1984, S. 6.

17 In einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith, das am 12. Juni 1984 veröffentlicht wurde, schlug der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, Verhandlungen mit den USA über ein vollständiges Verbot von Anti-Satelliten-Waffen im Weltraum vor. Für den Wortlaut vgl. TSCHERNENKO, Reden, S. 346 f.

18 Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, gegenüber Senatoren der amerikanischen Demokratischen Partei; Dok. 109, Anm. 9.

lungen über diesen Bereich bereit erklärt. Die USA waren bisher nur zu Gesprächen bereit, die der gegenseitigen Information dienen sollten. Die sowjetische Ausgangsposition für solche Verhandlungen umfaßt u. a. folgende Elemente, bei denen kaum mit einer baldigen Modifizierung zu rechnen ist:

– Ausgehend vom Grundsatz einer organischen Verbindung von Offensiv- und Defensivsystemen: strikte Einhaltung des ABM-Vertrags[19];
– Bei Verletzung des ABM-Vertrags durch die USA würden bestehende rüstungskontrollpolitische Regelungen gefährdet (in sowjetischen Medien ohne weiterführende Erläuterungen erwähnt: Teststopp-Vertrag von 1963[20], Weltraum-Vertrag von 1967[21], Konvention über das Verbot der Nutzung der Umwelt für militärische Zwecke von 1977[22]).
– Destabilisierung und Verschärfung der internationalen Lage.
– Notwendige Aufrüstung bei Offensivwaffen als Gegenmaßnahme.

(Prawda vom 3.12.: Wenn die eine Seite einen undurchdringlichen Anti-Raketen-Schild schafft, so ist die andere Seite gezwungen, notwendige Maßnahmen zur Schaffung solcher strategischer Waffen durchzuführen, welche diesen Schild im Antwortschlag durchbrechen werden.)

Dreh- und Angelpunkt der sowjetischen Position ist offenbar der ABM-Vertrag, wobei die sowjetischen Äußerungen zwar einerseits dessen strikte Beachtung fordern, zugleich aber eine im breiteren Vertragskontext mögliche Anpassung an die technologischen Entwicklungen nicht explizit ausschließen. Von Interesse ist auch, daß die Prawda vom 3.12. den Verzicht auf „breitangelegte Systeme der Anti-Raketen-Verteidigung" fordert. Diese Formulierung könnte ebenfalls Möglichkeiten für begrenzte Verhandlungslösungen offenhalten.

Bedeutsam könnte schließlich sein, daß der WP in seinem Kommuniqué vom 4.12. „zuverlässig kontrollierbare Abkommen" fordert.[23] Diese konstruktiv klingende Formulierung setzt offenbar bei der bekannten amerikanischen Haltung zu Fragen der Verifikation an.

III. Im Bereich der strategischen Waffen wird die SU versuchen, die amerikanischen Modernisierungsprogramme (MX, Trident, luft- und seegestützte Cruise Missiles) zu verhindern oder zumindest zu bremsen. Bei Verwirklichung des

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

20 Für den Wortlaut des Vertrags vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 907–910.

21 Für den Wortlaut des Vertrags vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1968–1987.

22 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 18. Mai 1977 über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (ENMOD-Abkommen) vgl. UNTS 1978, Bd. 1108, S. 152–210. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil II, S. 126–131.

23 Vgl. dazu Ziffer 5 des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 3./4. Dezember 1984 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1985, D 22.

MX-Programmes[24] und Einführung der Trident D 5 müßte sie mit einer erheblich wachsenden Verwundbarkeit ihrer[25] ICBM und damit der wichtigsten Komponente ihres strategischen Potentials rechnen.

Im Gegenzug müßte sie allerdings auch selbst Begrenzungen hinnehmen, die sich auch auf die Zahl ihrer strategischen Gefechtsköpfe beziehen müßten.

Das Auslaufen des SALT-II-Vertrages[26] Ende 1985 bringt beide Seiten in einen gewissen Zugzwang. Die USA werden zu einer Erneuerung ihrer bisherigen Absichtserklärung, SALT II nicht unterlaufen zu wollen[27], nur bereit sein, wenn die SU zusätzliche Regelungen, vor allem einer Reduzierung der Zahl der Gefechtsköpfe, zustimmt. Die sowjetische Haltung wird davon abhängen, wie einschneidend die von den USA geforderten zusätzlichen Regelungen sind.

IV. Im Bereich der Mittelstreckenwaffen stehen für die SU weniger militärische als politische Motive im Vordergrund. Ihr Hauptziel der Verhinderung der Stationierung auf westlicher Seite hat die SU verfehlt. Ihr Interesse an einer Begrenzung dieser Stationierung ist weniger stark. Sie kann jedoch durch einen Versuch, die Stationierung jetzt zu stoppen, politisch Wirkungen auf das Bündnis ausüben. Deshalb ist damit zu rechnen, daß die SU zu Beginn der Verhandlungen ein Stationierungsmoratorium formell vorschlägt. Sie würde damit ihren gewaltigen Vorsprung bei Mittelstreckenflugkörpern (derzeit 387 SS-20-Launchers) festschreiben.

Auf mittlere Sicht müssen wir damit rechnen, daß die SU versucht, das INF-Problem in den Verhandlungen beiseite zu schieben und nur Regelungen für Weltraumwaffen und strategische Waffen zu vereinbaren.

Dieser Taktik der SU sollte das Bündnis dadurch begegnen, daß die USA schon zu Beginn der Verhandlungen das Interesse an einer Regelung dieses Problems dadurch unterstreichen, daß sie Vorschläge für eine Lösung des INF-Problems auf den Tisch legen. Ausgangspunkt muß die westliche Verhandlungsposition vom Herbst 1983 sein:

– gleiche Obergrenzen, wobei das sowjetische INF-Potential nicht vollständig durch Stationierungen in Europa ausgeglichen wird;
– proportionale Reduzierungen von Pershing II und GLCM;
– Einbeziehung gewisser Flugzeugtypen.

Diese Position ist flexibel genug, um als Verhandlungsbasis dienen zu können. Sie kann so weiterentwickelt werden, daß sie eine überzeugende Gegenposition zu einem Moratoriumsvorschlag bietet.

24 Zum MX-Programm vgl. Dok. 277, Anm. 10.

25 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dieser".

26 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

27 Präsident Reagan erklärte am 31. Mai 1982 in einer Rede in Arlington/Virginia, die USA würden die Bestimmungen des bis Ende 1985 abgeschlossenen SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979, der bis Ende 1985 gültig war, einhalten, solange die UdSSR dies ebenfalls tue. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 709.

Wir werden uns in der SCG am 20.12. entsprechend äußern.[28]

Ruth Pfeffer

VS-Bd. 13387 (213)

346

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer

413-493.20/3.1 **18. Dezember 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Entscheidung der Bundesregierung über das künftige deutsche Weltraumprogramm

Bezug: Vorlage der Abt. 4 vom 25.10. für Weltraumgespräch beim BK am 26.10.1984[3]

Anlg.: 2
1) Bezugsvorlage[4]
2) Schreiben Präsident Reagans[5]

28 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 19./20. Dezember 1984 in Brüssel vgl. Dok. 355.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel und Legationsrat I. Klasse Bauer konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Vortragendem Legationsrat Horstmann am 21. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Stülpnagel am 11. Januar 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat offenbar dem MB vorgelegen."

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. Dezember 1984 vorgelegen.

3 Abteilung 4 legte dar, Bundesminister Genscher solle seine Ausführungen „auf folgenden Beschluß am Ende des Gesprächs beim BK am 26.10.1984 anlegen: 1) Die deutschen Weltraumaktivitäten sind ein wesentliches Element der Außen-, Wirtschafts- und Technologiepolitik der Bundesregierung. 2) Der von den USA geplante Bau einer bemannten Raumstation, einschließlich des routinemäßigen Betriebes von Raumfähren, setzt bis zum Ende des Jahrhunderts die Maßstäbe in der Raumfahrt. 3) Die vorgeschlagenen Programme Ariane V und Columbus sind unverzichtbare Elemente für ein eigenständiges bemanntes europäisches Raumfahrtprogramm, mit dem Europa, insbesondere die BR Deutschland und F, ihre Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet unter Beweis stellen und sich die technischen Nutzungsmöglichkeiten sichern können. […] Für die Durchführung dieser beiden Projekte ist die notwendige Deckung durch Erhöhung des E[inzel]Pl[ans] (BMFT) vorzunehmen. Die deutschen Mehrkosten liegen für 1985–1996 bei 2 Mrd. RE, d. h. jährlich rd. 500 Mio. DM." Vgl. Referat 431, Bd. 142053.
Zum Ministergespräch am 26. Oktober 1984 bei Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 288, Anm. 17.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 3.

5 Dem Vorgang beigefügt. Präsident Reagan teilte Bundeskanzler Kohl mit Schreiben vom 13. Dezember 1984 mit: „Dear Helmut, I am writing to you on a matter I know is of great mutual interest: the development of a permanently manned space station. […] The Federal Republic will play the central role in European participation in the Space Station program and in the ESA decision. With the leadership of your country, we can move forward rapidly in this exciting international program. The Space Station program is an important element in the strengthening of Allied ties. It will contribute to the

Zweck der Vorlage: mit der Bitte um Kenntnisnahme und Führung eines Gesprächs mit dem BK zur Vorbereitung des Koalitionsgesprächs am 14.1.1985

1) Trotz wachsenden Termindrucks und Drängens unserer europäischen und amerikanischen Partner zeichnet sich auf seiten der Bundesregierung noch immer keine Entscheidung über die Fortführung des zivilen europäischen Raumfahrtprogrammes ab (Projekte „Columbus" zur Beteiligung an der amerikanischen Raumstation[6] und Entwicklung einer neuen europäischen Trägerkapazität „Ariane V"[7]). Die zwischen BM Dr. Riesenhuber und BM Dr. Stoltenberg eingetretene und mangels Kabinettsbeschluß stabilisierte Pattsituation hat dazu geführt, daß

– sich im Rahmen der ESA wachsende Ungeduld und Enttäuschung ausbreitet (BK hat auf dem deutsch-französischen Gipfel in Bad Kreuznach am 29.10. 1984[8] Präsident Mitterrand zugesichert, daß eine deutsche Entscheidung in den allernächsten Wochen erfolgen werde),
– das Ariane-V-Projekt und damit die europäische Trägerkapazität der Zukunft ohne deutsche Beteiligung durchgeführt, gleichzeitig auch die europäische Solidarität aufs Spiel gesetzt wird,
– unsere industriellen Interessen erheblich beeinträchtigt werden (wir haben z. B. kaum noch Möglichkeiten, unserer Industrie bei der Ariane-V-Entwicklung lohnende Arbeitspakete zu sichern),
– den energischen französischen Vorstößen, die europäischen Raumfahrtprioritäten durch zusätzliche Aufnahme eines neuen kostenaufwendigen Raumfahrtelements (Rückkehrvehikel „Hermes") zugunsten Frankreichs neu zu ordnen, nicht entgegengewirkt werden kann,
– die Parallelität in den europäischen und amerikanischen Vorbereitungsphasen für die Zusammenarbeit beim Bau der internationalen Raumstation gefährdet ist und möglicherweise europäische Technologiekonzepte allein aus Termingründen nicht mehr in vollem Umfang von der NASA berücksichtigt werden können.

2) Der amerikanische Präsident hat in einem uns am 13.12.1984 zur Kenntnis gekommenen Schreiben an BK (s. Anlage 2) in sehr bestimmter Form auf eine Entscheidung der Bundesregierung bis zum Januar 1985 gedrängt und dabei auf die entscheidende Rolle verwiesen, die der Bundesregierung bei der europäischen Beteiligung an der internationalen Raumstation zukomme. Wir müssen davon ausgehen, daß dieses Schreiben von höchster politischer Ebene nicht nur die wachsende amerikanische Sorge gegenüber einer weiteren Verzögerung unseres nationalen Entscheidungsprozesses und mögliche negative Konsequen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1585

economic growth and will help maintain Western leadership in the development of advanced technology and in the peaceful uses of outer space. I look forward to close cooperation with the Federal Republic on outer space matters and I hope that you will be in a position to encourage other European countries to move forward quickly in their planning to ensure that this great project is a success." Vgl. Referat 431, Bd. 142053.

6 Zum deutsch-italienischen Projekt einer bemannten Raumstation „Columbus" vgl. Dok. 31.

7 Zur Trägerrakete vom Typ „Ariane" vgl. Dok. 30, Anm. 8.

8 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach vgl. Dok. 294.

zen auf die gesamteuropäischen Planungen reflektiert, sondern unsere Beteiligung ganz allgemein zu einem wesentlichen Prüfstein der Fortentwicklung der transatlantischen Beziehungen macht („the space station program is an important element in the strengthening of Allied ties").

3) Am 30./31.1.1985 soll in Rom eine ESA-Ministerkonferenz ein ambitioniertes europäisches Langzeitprogramm und die Grundsätze der Zusammenarbeit mit den USA bei der Raumstation verabschieden. Im Rahmen der Konferenz ist auch die (auf deutschen Wunsch bereits verschobene) Unterzeichnung der Columbus- und Ariane-V-Deklaration für die Vorbereitungsphase B beabsichtigt. Wenn die Bundesregierung bis zu diesem Termin keine positive Programmentscheidung herbeiführt, wird die Konferenz [9]scheitern, die Durchführung des Columbus-Programms wird auf einen ungewissen Termin verschoben.

4) Während die beteiligten Ressorts in der Sache geschlossen hinter einer deutschen Beteiligung an Columbus/Ariane V stehen (nur BMF äußert sich nicht eindeutig), gehen die Vorstellungen zwischen BMFT und BMF über die Finanzierung weit auseinander. Volumenmäßig geht es [10]um einen Betrag von rd. 2 Mrd. RE, d.h. für uns jährliche Mehrkosten für die Raumfahrt von 500 Mio. DM über die Jahre 1987–1995.

BM Stoltenberg lehnt jede Finanzierung aus dem allgemeinen Haushalt ab und hatte, selbst für den Fall einer Vollfinanzierung durch den BMFT, deutsche Beteiligungsobergrenzen für Columbus (33%) und Ariane V (20%) festgelegt. In Gesprächen auf AL-Ebene hat BMF auf letztere Forderung zwischenzeitlich verzichtet. BM Riesenhuber hat als Kompromißvorschlag eine 1/3-Beteiligung des BMFT an den Mehrkosten von 500 Mio. DM angeboten. Er glaubt, durch einen höheren Beteiligungssatz die fachliche und politische Ausgewogenheit des BMFT-Haushalts nicht mehr garantieren zu können.

Wie die zwischenzeitliche Mahnung der Präsidenten deutscher Wissenschaftsorganisationen gegenüber Einsparungen im BMFT-Haushalt zugunsten der Raumstation vom 7.12.1984 beweist, dürfte es für den BMFT schwierig sein, den Vorstellungen des BMF zu entsprechen. Die Befürchtungen des BMF wiederum gehen dahin, daß durch Nachgiebigkeit in dieser Frage Begehrlichkeiten anderer Ministerien provoziert werden könnten.

5) Der Bundeskanzler hat bislang darauf verzichtet, durch eigene Vorschläge die Frontstellung zwischen BMFT und BMF aufzulösen.

Von der CDU- und FDP-Fraktion erarbeitete Resolutionstexte, die die Bundesregierung zur Beteiligung an der Raumstation unter Erhöhung des deutschen Raumfahrtbudgets auffordern, sind auf Intervention BM Stoltenbergs angehalten worden. Dr. Stoltenberg hat dabei der CDU für den Finanzpassus Formulierungshilfe angeboten, dieses Angebot jedoch bislang nicht umgesetzt.

Weitere Versuche von CDU-Mitgliedern des F+T[11]-Ausschusses, die Zustimmung BM Stoltenbergs zu einer Kabinettsentscheidung noch vor den Weih-

9 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Ruhfus handschriftlich eingefügt: „voraussichtlich".

10 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Horstmann handschriftlich eingefügt: „bei unserem Anteil".

11 Forschung und Technologie.

nachtsferien zu gewinnen, hat BMF durch auch in der Presse erschienene Hinweise abgewehrt, daß die neue amerikanische Haushaltsrestriktionspolitik den Bau der Raumstation verzögern könne. Diese Annahme trifft, wie die Botschaft Washington berichtet, nicht zu. Der Wunsch BM Riesenhubers nach einem unverzüglichen Chefgespräch ist von BM Stoltenberg mit einem möglichen Termin erst nach den ersten Januar-Wochen beantwortet worden.[12]

Es gibt nach allem derzeit keinen gesicherten Anhaltspunkt, daß die Bundesregierung im Januar zu einer Entscheidung kommt.

6) Aus Sicht der Abt. 4 sollten Sie bei dieser Sachlage umgehend versuchen, den Bundeskanzler davon zu überzeugen, daß ein Kompromiß zwischen BMF und BMFT ohne Vermittlung des Bundeskanzlers kaum noch realistisch erscheint und eine definitive Entscheidung der Bundesregierung allerspätestens in der zweiten Januarhälfte, d.h. rechtzeitig vor dem ESA-Ministerrat, vorliegen muß.

Abt. 4 könnte sich vorstellen, daß Sie eine Finanzierungsregelung auf der Grundlage 50% BMFT, 50% BMF ins Gespräch bringen könnten, eine Formel, die bereits vom Berichterstatter des BMFT-Haushalts des Haushaltsausschusses, Dr. Stavenhagen, vorgeschlagen worden ist und letztlich wohl auch vom BMFT akzeptiert würde. Eine Einigung auf dieser Grundlage schiene um so eher möglich, als Präjudizwirkungen für andere Ressorts in Grenzen gehalten und zum anderen Umschichtungsmöglichkeiten im BMFT-Haushalt nicht vor unüberwindbare Hindernisse gestellt würden.

Neben den außenpolitischen Konsequenzen, die durch das Schreiben Präsident Reagans noch einmal unterstrichen worden sind, könnte der Bundeskanzler ferner darauf hingewiesen werden, daß durch weiteres Zuwarten das Eintreten der Bundesregierung für eine zukunftsorientierte Strukturpolitik geschwächt wird, zumal die Gefahr besteht, daß BM Riesenhuber unter den vom BMF genannten Konditionen eine Durchführung der zur Entscheidung anstehenden Raumfahrtprojekte ablehnen könnte. In diesem Fall würde die Entscheidung ohnehin wieder auf den Bundeskanzler zulaufen.

Die für das Kanzlergespräch am 26.10. gefertigte Gesprächsunterlage, aus der sich unsere Haltung zur künftigen Raumfahrtpolitik ergibt, ist in Anlage 1 nochmals beigefügt.

Ungerer

Referat 431, Bd. 142053

12 An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Nunmehr 8.1."

347

Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Prag, an das Auswärtige Amt

114-5140/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1
Citissime nachts

Aufgabe: 18. Dezember 1984, 20.15 Uhr[1]
Ankunft: 18. Dezember 1984, 22.22 Uhr

Betr.: BM-Besuch in Prag (18.–20.12.1984)[2];
hier: erster Gesprächstag (Vorausberichterstattung)

Zur Unterrichtung (von BM noch nicht genehmigt)

1) BM führte 18.12. vormittags zunächst ca. eineinhalbstündiges Vier-Augen-Gespräch mit AM Chňoupek. Parallel wurden auf Beamtenebene bilaterale Beziehungen und Einzelprobleme erörtert. Anschließend folgte einstündiges erstes Delegationsgespräch über internationale Gesamtlage nach NATO-Ministerrat Brüssel[3] und WP-AM-Treffen Berlin[4].

Nach offiziellem Mittagessen mit Redeaustausch führte BM, begleitet von AM Chňoupek, Gespräche im kleinsten Kreise mit Staatspräsident Husák[5] und MP Štrougal[6]. Hierzu folgt Bericht.

2) Tschechoslowakische Seite war sichtbar bemüht, innerhalb der von System und Blocksolidarität gesetzten Grenzen „zu günstigem Zeitpunkt" erfolgenden BM-Besuch unter Betonung des Nachbarschaftsakzents zum Erfolg zu machen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 19. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in der ČSSR vgl. auch Dok. 350 und Dok. 354.

3 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

4 Am 3./4. Dezember 1984 fand in Ost-Berlin eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 19–22.

5 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Prag, berichtete am 20./21. Dezember 1984 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák am 18. Dezember 1984. Husák habe betont: „Die ČSSR unterstütze unverändert den Helsinki-Prozeß; um Fortschritte zu machen, bedürfe es jedoch konkreter Schritte. Das NATO-Kommuniqué von Brüssel enthalte leider nur schöne Worte, während die Kernwaffen weiter aufgestellt würden. Nicht einmal zu einem Moratorium habe man sich entschlossen. Er habe kein Signal in dem Kommuniqué finden können. BM trat dem entgegen: Er unterstrich die vom Bündnis erklärte Verhandlungsbereitschaft bezüglich Weltraumwaffen, strategischer Waffen und Mittelstreckenwaffen und betonte, daß auch die schon aufgestellten Mittelstreckenflugkörper im Falle eines entsprechenden Ergebnisses verschrottet werden könnten. […] Reagan wolle sich als Präsident in die Geschichte einschreiben, der einen wichtigen Beitrag zum Frieden geleistet habe. (Husák fragte, ob ihm dies wichtiger sei als sein Haß gegen den Sozialismus. BM erwiderte: Es handele sich nicht um Haß, sondern um die Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen Weges. Davon sei er selbst auch überzeugt.)" Vgl. den Drahtbericht Nr. 1307/1313; Referat 214, Bd. 139635.

6 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 20. Dezember 1984, Bundesminister Genscher habe ihn über sein Gespräch mit Ministerpräsident Štrougal am 18. Dezember 1984 in Prag wie folgt informiert: „Štrougal habe sich kritisch über die tschechoslowakische Medienkampagne zum Thema Revanchismus geäußert. Er könne das nicht mehr hören. Jeder wisse doch, daß dies so in der Bundesrepublik Deutschland nicht sei. Er habe auch bei Husák Klage über diese Aktivitäten der Journalisten geführt. Da seien Kräfte am Werke, die etwas ganz anderes wollten. […] Zu den Botschaftsfällen sagte Štrougal, die ČSSR werde sich energisch bei der DDR für eine Lösung einsetzen. Zu den Umweltfragen stellte Štrougal fest: Der Finanzaspekt sei nicht das Entscheidende, sondern der Erwerb von Know-how." Vgl. Referat 010, Bd. 178888.

Trotz bekannter Gegensätze in Sachpositionen wurde Bemühen deutlich, jegliche Schärfen zu vermeiden und Brücken zu zukunftsgewandter Zusammenarbeit zu sichern.

3) Lage in Botschaft Prag[7] wurde von BM ausführlich unter vier Augen mit AM Chňoupek erörtert. Dieser versicherte spontan, nichts hindere BM, Botschaft seines Landes aufzusuchen und dort mit jedem, den er zu sehen wünsche, zu sprechen (BM-Besuch voraussichtlich Donnerstag[8] vormittag).

BM plädierte nachdrücklich für humanitäre Lösung im Blick auf bevorstehendes Weihnachtsfest und betonte Chance, während seines Besuchs Lösung näherzukommen, falls DDR sich bereit finde, „wohlwollende" Prüfung von Ausreiseanträgen zuzusagen. BM bat AM Chňoupek um persönliche Intervention, was dieser zusagte, zugleich aber auf nicht einfache Lage der ČSSR gegenüber verbündeter DDR hinwies – dies schließe jedenfalls Lösung durch Direktausreise aus.

4) Tschechoslowakische Darlegung zur internationalen Lage hielt sich in Ton und Duktus eng an Berliner WP-AM-Kommuniqué sowie frühere Initiativen von WP und SU. Innerhalb bekannter Ursachen- und Verursacherliste für gegenseitige internationale Spannungen scheint sowjetische Seite in Berlin Akzent auf Anschuldigungen uns gegenüber verlagert zu haben (INF-Stationierung, Aufhebung WEU-Produktionsbeschränkungen[9] = „Kriegsvorbereitungen", Revanchismus/Revisionismus bezogen auf Jalta[10]/Potsdam[11]). Dies allerdings nicht mit Folge, von WP-Verbündeten Abkoppelung uns gegenüber zu fordern, sondern im Gegenteil Zusammenarbeit da, wo in gemeinsamem Interesse, zu konzedieren.

Tschechoslowakische Präsentation brachte in diesem Rahmen Pflichtübungen zum Thema Revanchismus/Revisionismus, routinemäßige Darlegung von WP-Positionen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle, aber starke Interessenbekundung an bilateraler Zusammenarbeit, insbesondere im Umweltbereich (hierzu Ziffer 5).

Trotz üblicher Dosis an Skepsis überwog hohe Erwartung an Treffen Shultz/Gromyko[12] („großes Ereignis im Januar"), das erlauben könnte, „neues Kapitel aufzuschlagen" bzw. „in der Entspannung Gas zu geben". Bis etwa Mitte 1985 wer-

7 Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 337.

8 20. Dezember 1984.

9 Zur Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik am 27. Juni 1984 vgl. Dok. 193, Anm. 3.

10 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

11 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen") vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

12 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

den Chancen durchgreifender Verbesserungen internationaler Gesamtlage gesehen. Hierbei kommt auch nach tschechoslowakischer Auffassung der Begehung des zehnten Jahrestages der KSZE-Schlußakte[13] hohe Bedeutung zu. (ČSSR allerdings noch nicht bereit, Wahrnehmung durch Staatspräsidenten zu befürworten.)

AM Chňoupek bestätigte im Januar bevorstehendes WP-Gipfeltreffen Sofia[14], wo WP „verlängert" werden soll.[15] Kurze, betont positive Töne zu Rolle und Persönlichkeit Gorbatschows. Interessante Details aus Gespräch Chňoupek/Olszowski über Möglichkeiten BM, an deutschen Soldatengräbern Kränze niederzulegen.

5) Tschechoslowakische Seite bewertete Stand bilateraler Beziehungen als „gutnachbarlich", betonte politischen Willen zu allseitigem Ausbau sowie Bereitschaft, auf positive Signale unsererseits positiv zu reagieren.

In bilateralem Eingangsstatement, verlesen in Beamtenrunde, wurde Pflichtübungscharakter des Revanchismusthemas besonders deutlich, während zukunftsgerichtete Perspektiven deutlich überwogen:

– Für BK-Besuch „wird Termin (im Sommer) gesucht", über BMI Zimmermann solle nächste Umweltexpertengruppe (erstes Quartal 1985 Prag) beraten – BM drängte hier auf frühzeitige Konkretisierung.
– Erstes Treffen Umweltexperten[16] außerordentlich positiv bewertet – anschließende Objektbesichtigungen hätten für ČSSR geeignete Technologien insbesondere der Kraftwerksentschweflung aufgezeigt. Hierzu keine konkreten finanziellen Anliegen der ČSSR-Seite.
– Zu Binnenschiffahrtsabkommen ging tschechoslowakische Seite auf unsere Vorstellung betr. Berlin-Regelung ein, Donau-Frage blieb hingegen ungelöst – Bemühungen laufen weiter.[17]

13 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

14 In einer Gemeinsamen Mitteilung der Warschauer-Pakt-Staaten wurde am 15. Januar 1985 die Verschiebung der für Mitte Januar in Sofia vorgesehenen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses bekanntgegeben. Vgl. dazu den Artikel „Nach Verschiebung des Ostblock-Gipfels neue Zweifel an Handlungsfähigkeit des Kreml"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1985, S. 5.

15 Zu einer Verlängerung des Vertrags vom 14. Mai 1955 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. Dok. 311, Anm. 3.

16 Referat 214 vermerkte am 11. Dezember 1984, daß am 9. Dezember 1984 in Bonn eine Sitzung von Experten für Umweltfragen aus der Bundesrepublik und der ČSSR stattgefunden habe: „ČSSR zeigte großes Interesse an komplexer, d. h. sowohl wissenschaftlich-technologischer als auch wirtschaftlicher Zusammenarbeit, für die Abschluß eines Abkommens nicht Voraussetzung sei. Zusammenarbeit könne sich auf Bereiche Luftreinhaltung, Waldschäden und Gewässerschutz beziehen." Vgl. Referat 214, Bd. 139635.

17 Ministerialdirigent Loeck, z. Z. Prag, vermerkte am 18. Dezember 1984 zu einem Abkommen über den Binnenschiffsverkehr: „Der Verlauf meines heutigen Gespräches mit dem Leiter der Rechtsabteilung des Außenministeriums der ČSSR, Botschafter Dr. Pisk, und Botschafter Spáčil, an dem von unserer Seite Botschafter Meyer teilnahm, ergab auf der Grundlage der von uns übermittelten neuen Vorschläge weitestgehende Annäherung der Standpunkte. […] Zu Artikel 17 des Abkommens (Berlin-Klausel) gibt jede Seite getrennte Erklärungen ab, die von der Gegenseite kommentarlos akzeptiert werden. Deutsche Erklärung: ‚Der Status der Wasserstraßen und Häfen in Berlin (West) ist nicht Gegenstand dieses Abkommens.'" Zur Frage der Anwendung des Abkommens auf den Main-

6) Am Vorabend des BM-Besuchs wurden zwei humanitäre Fälle (Haftfälle Langhans[18] und Gessner[19]) gelöst. Lösung eines weiteren Falles (Haftfall Frau Napp[20]) wurde angekündigt, weitere intensive Prüfung aller anderen vorgetragenen Fälle zugesichert. Dessenungeachtet hat BM gegenüber allen Gesprächspartnern sowie in Tischrede[21] für Lösung humanitärer Fälle im Geiste KSZE-Schlußakte plädiert. Unter vier Augen bat er AM Chňoupek, Auslandsstudium für Sohn Hájek[22] sowie Österreich-Besuch von Schwiegereltern Pavel Kohout[23] zu ermöglichen.

7) BM hat Visumsverweigerung Ströhm gegenüber AM Chňoupek nachdrücklich bedauert und dafür plädiert, Ströhm baldige Möglichkeit zu ČSSR-Besuch und Berichterstattung aufgrund persönlicher Eindrücke zu gewähren.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 14125 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1591

Donau-Kanal hielt Loeck fest: „Wir haben uns zwar damit abgefunden, daß der Donau-Abschnitt Passau/Regensburg gewohnheitsrechtlich in den internationalen Verkehr einbezogen worden ist. Dagegen ist eine solche gewohnheitsrechtsrechtliche Einbeziehung nicht feststellbar und akzeptabel für das Donau-Stück Regensburg/Kelheim, das im übrigen von uns im Zusammenhang mit dem Bau des Main-Donau-Kanals kanalisiert worden ist." Die tschechoslowakische Seite vertrete dagegen den Standpunkt, daß „auch unser schiffbarer Teil der Donau dem internationalen Regime unterliege". Vgl. Referat 214, Bd. 139635.

18 Zum Haftfall Langhans vgl. Dok. 193, Anm. 20.
Botschafter Meyer, Prag, berichtete am 17. Dezember 1984, Daniel Langhans sei am selben Tag über Waidhaus in die Bundesrepublik ausgereist. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1297; Referat 214, Bd. 139635.

19 Referat 511 vermerkte am 3. Juli 1984, der deutsche Staatsangehörige Georg Gessner sei am 2. Januar 1983 verhaftet worden. Wegen „Fluchthilfe zugunsten der Braut aus der DDR" sei er zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1558.
Botschafter Meyer, Prag, berichtete am 17. Dezember 1984, Gessner sei am selben Tag über Waidhaus in die Bundesrepublik ausgereist. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1297; Referat 214, Bd. 139635.

20 Referat 511 notierte am 3. Juli 1984, das Ehepaar Jens-Peter und Irmela Napp sei am 2. Januar 1984 verhaftet worden. Beide seien wegen Fluchthilfe zugunsten einer Familie aus der DDR zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Vgl. dazu B 83 (Referat 511), Bd. 1558.

21 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher anläßlich eines Mittagessens am 18. Dezember 1984 in Prag vgl. BULLETIN 1984, S. 1393–1395.

22 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 17. Dezember 1984, der Journalist Riese (DLF) habe Bundesminister Genscher eine Information zukommen lassen: „Sie stammt offenbar von Dr. Jiří Hájek, ts[chechos]l[owakischer] AM während des ‚Prager Frühlings' und prominenter Unterzeichner der Charta 77, und enthält Informationen über Schikanen der tsl. Behörden gegen dessen Sohn Jan Hájek: Diesem wurde nach widerwillig ermöglichter Sekundarschule nunmehr seit 1983 Aufnahme in die Architektur-Fakultät des Polytechnischen Instituts Prag trotz offensichtlicher Qualifikation und unter Heranziehung fadenscheiniger Vorwände verweigert. […] Petitum ist nunmehr, daß Jan Hájek, der in der ČSSR nur als Bauhilfsarbeiter Beschäftigung findet, nunmehr Genehmigung zu einem Auslandsstudium erhält: Studienplatzangebote von Wien und Oslo liegen vor." Vgl. Referat 214, Bd. 139635.

23 Der Schriftsteller Pavel Kohout gehörte zu den Unterzeichnern der Erklärung der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung vom 1. Januar 1977 („Charta 77"). Am 4. Oktober 1979 verweigerten ihm die tschechoslowakischen Behörden nach einem Aufenthalt in Österreich die Wiedereinreise. Er lebte fortan zusammen mit seiner Ehefrau Jelena Mašínová in Österreich.

348

Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 378
Citissime

Aufgabe: 19. Dezember 1984, 12.00 Uhr[1]
Ankunft: 19. Dezember 1984, 14.12 Uhr

Betr.: KVAE – das erste Jahr (17.1.–14.12.1984)[2]

Zur Unterrichtung

1) Versucht man das erste Jahr der KVAE aus Stockholmer Sicht zu bewerten, so gelangt man auch bei nüchterner Betrachtung zu einem überwiegend positiven Ergebnis.

Der Westen, der Osten und die neutralen und ungebundenen Teilnehmerstaaten haben diese Konferenz gewollt, wenn auch aus z.T. unterschiedlichen Motiven. Schon bei der Vereinbarung des Mandats[3] war allen TNS[4] bewußt, daß die Konferenz unter ungünstigen politischen Rahmenbedingungen beginnen würde. Auch die SU akzeptierte den Termin, obwohl dem Kreml bewußt gewesen sein muß, daß das Stattfinden dieser wichtigen Konferenz so bald nach dem zu erwartenden Nachrüstungsbeginn den westeuropäischen Regierungen politisch helfen würde.

Als die KVAE am 17. Januar 1984 durch die Außenminister eröffnet wurde, wurde sie angesichts des sich verschlechternden Ost-West-Verhältnisses und erhöhter internationaler Spannungen von vielen als Hoffnungsträger und Zukunftschance gewertet. Daß die Konferenz termingerecht begann und daß alle Außenminister gekommen waren, zeigte nicht nur die verbindende Kraft des KSZE-Prozesses, sondern auch das große Interesse der TNS an Fragen der Vertrauens- und Sicherheitsbildung in Europa und den daraus resultierenden Willen, die KVAE als Dialogform und Kommunikationskanal zu nutzen.

2) Die Sowjetunion betrachtete die KVAE zunächst als Bühne, auf der sie die gefährliche Lage in Europa beschwören und dem Westen Friedensgefährdung und Aufrüstung vorwerfen konnte (INF-Stationierungsbeginn). Von Stockholm aus schien Moskau die Friedensbewegung beeinflussen zu wollen.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.
Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 19. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Buerstedde „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationsrat I. Klasse Meyke „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Buerstedde am 4. Januar 1985 vorgelegen.

2 Die ersten drei Runden der KVAE in Stockholm fanden vom 17. Januar bis 16. März 1984, vom 8. Mai bis 6. Juli 1984 und vom 11. September bis 12. Oktober 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 87, Dok. 191 und Dok. 275.
Die vierte Runde wurde vom 6. November bis 14. Dezember 1984 abgehalten.

3 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

4 Teilnehmerstaaten.

Der Westen nahm diesen Ball nicht auf, verzichtete auf Polemik und ließ die SU ins Leere laufen. Die 16 NATO-Partner präsentierten vielmehr schon in der zweiten Konferenzwoche ein Vorschlagspaket konkreter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen[5] und zogen damit die Konferenzinitiative an sich. Die gelassene Reaktion des Westens, die weitgehend dem Konzept der Bundesregierung entsprach, sowie der sofortige Eintritt in sachliche Konferenzarbeit zwangen die SU schon während der ersten Runde, ihre zum Teil überbordende Polemik und Aggressivität zu drosseln – ihre eigenen Partner waren ihr auf diesem Wege ohnehin nur unwillig (Pflichtübung) und auch besorgt gefolgt.

Der Westen vermied so eine erneute INF-Debatte und zeigte die Perspektive von Verständigung, vom Abbau von Spannungen, kurz, von Vertrauensbildung in Europa auf. Dieser Linie blieb der Westen das ganze erste Jahr über treu. Er erläuterte geduldig und detailliert sein konkretes Konzept, darauf vertrauend, daß die SU ihre Konfrontations- und Verweigerungshaltung nicht lange werde durchhalten können und sie spätestens nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen[6] überprüfen müsse – was dann auch eintrat.

3) Wie bei neuen und groß angelegten Konferenzen, bei denen das Ost-West-Verhältnis eine Rolle spielt, fast üblich, sind auch in Stockholm von Anfang an unterschiedliche Konferenzkonzepte zwischen West und Ost sichtbar geworden. Während der Westen in Ausfüllung des Madrider KVAE-Mandats konkrete und praktikable Maßnahmen für ein offeneres und Mißtrauen reduzierendes Verhalten der Streitkräfte im konventionellen Bereich vorschlägt, setzt der Osten diesem Konzept einen Katalog von politischen Absichtserklärungen deklaratorischer Natur entgegen, die vorrangig auf die westliche Öffentlichkeit zielen und wenig geeignet erscheinen, mehr Vertrauen und mehr Sicherheit zu schaffen – ganz abgesehen davon, daß sie kaum im Einklang mit dem Mandat stehen.

Als Zeichen seines Goodwill und in Verfolg alter KSZE-Traditionen hat der Westen sich dennoch nicht geweigert, die östlichen Vorschläge zu diskutieren, sondern ist schon bald in eine kritische Auseinandersetzung mit ihnen eingetreten.

Dabei kommt dem Gewaltverzicht besondere Bedeutung zu: Entsprechend dem Mandat soll das Ergebnis der ersten Phase der KVAE der Pflicht der Staaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu enthalten, Wirkung und Ausdruck verleihen. Das beharrliche Eintreten der Bundesregierung für dieses Prinzip, ihr Plädoyer für die Nutzung des sowjetischen Interesses an der Bestätigung des Gewaltverbots für die Vereinbarung konkreter VSBM, aber auch die Dubliner Rede von Präsident Reagan[7], haben dem Westen die Möglichkeit zu einem konstruktiven, auch von den meisten N+N unterstützten Ansatz ermöglicht:

Es geht um die Konkretisierung des Gewaltverbots durch die Vereinbarung politisch verbindlicher, militärisch bedeutsamer, verifizierbarer VSBM. Eine sol-

5 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

6 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78 % der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6 % der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

7 Zur Rede des Präsidenten Reagan vom 4. Juni 1984 vgl. Dok. 167.

che Vereinbarung würde aus westlicher Sicht auch eine erneute Bestätigung des Prinzips selbst rechtfertigen.

4) Das Konferenzgeschehen hat sich während der drei ersten Runden im Plenum und in zahlreichen Gesprächen am Rande abgespielt. Dieser Dialog war zwar langwierig, aber notwendig und auch sinnvoll. Erst im Herbst wurde die Zeit reif für eine konsensfähige Lösung des Problems der Arbeitsstruktur, die schließlich in der vierten Runde beschlossen werden konnte.[8] Sie wird zumindest für die beiden kommenden Runden im Jahre 1985[9] eine detaillierte Diskussion und Argumentation ermöglichen und damit zu einer gewissen Vorklärung des Ergebnisses beitragen.

5) Die SU sah sich in den ersten drei Runden dem fast geschlossenen Drängen des Westens und der N+N auf konkrete Konferenzarbeit gegenüber, das zudem von ihren eigenen Partnern diskret gefördert wurde. Die hieraus resultierende Unsicherheit sowohl der SU als auch ihrer Partner in bezug auf eine vernünftige Konferenzstrategie machte schließlich im Herbst einer nach außen etwas konstruktiveren Haltung Platz.

Die SU konnte für sich verbuchen, daß in der vereinbarten Arbeitsstruktur allen ihren Vorschlägen die Chance einer Diskussion eingeräumt wurde. Letzten Endes ist es freilich ihr Ziel, ihr Madrider Zugeständnis, nämlich die Erstrekkung der Maßnahmen auf ganz Europa, in Stockholm entweder so „teuer" wie möglich zu verkaufen oder aber es, wo immer möglich, zu relativieren und einzuschränken. Das östliche Beharren auf dem Prinzip „gleicher Sicherheit" dient dem WP als Hebel hierzu.

6a) Der Westen hatte sich auf die Konferenz intensiv vorbereitet und ein sinnvoll aufgebautes Bündel konkreter Maßnahmen erarbeitet. Er beherrschte mit seinen sachlichen, erläuternden, unpolemischen Beiträgen die Plenardebatten. Er vermochte die N+N an seiner Seite zu halten und sie zum großen Teil von den Vorzügen seines konkreten Konzepts zu überzeugen. Die innerwestliche Zusammenarbeit und Abstimmung gestaltete sich zwar oft zeitraubend, aber überwiegend harmonisch. Die Militärberater erstellten nützliche Analysen. Nur in der Frage der Arbeitsstruktur brachen immer wieder grundlegende Auffassungsunterschiede durch, für die aber schließlich doch eine tragfähige Lösung gefunden wurde. Das westliche Maßnahmenpaket hatte allerdings drei Schönheitsfehler:

– Es fehlte ihm eine politisch attraktive Maßnahme – dies wird durch das nun begonnene Eingehen auf das Thema Gewaltverzicht vollzogen;
– es fehlte jede Beschränkungsmaßnahme – dies läßt sich nachholen;
– es fehlt dem westlichen Paket an „Abspeckmaterial" (über das der WP reichlich verfügt), denn keiner der westlichen Vorschläge eignet sich als Konzessionsmaterie. Dieses Manko ließe sich wahrscheinlich erst nach mühseligen Allianzkonsultationen ausgleichen. Es sollte aber dennoch versucht werden, um zu gegebener Zeit Vorschläge nachschieben und notfalls im Austausch fallenlassen zu können.

8 Zur Bildung von zwei Arbeitsgruppen bei der KVAE vgl. Dok. 311, Anm. 11.

9 Die fünfte Runde der KVAE fand vom 29. Januar bis 22. März 1985 in Stockholm statt, die sechste Runde vom 14. Mai bis 5. Juli 1985 ebenfalls in Stockholm.

[10]b) Die Zusammenarbeit in der EPZ war harmonisch, offen, problemlos – freilich auch deshalb, weil noch keine Entscheidungen anstanden. Obgleich Irland mehr zu den N+N als zu der NATO tendiert, ist es gewillt, seinen Partnern so wenig Probleme wie möglich zu machen.

c) Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland hat sich bemüht, bei der KVAE eine konstruktive Rolle zu spielen: Wir waren häufig „Motor" im westlichen Caucus, gehörten dank einer guten Delegation mit zu den westlichen Wortführern im Plenum und neuerdings in den Arbeitsgruppen – und wir wahrten den Ruf, trotz unterschiedlicher Positionen nie polemisch oder verletzend zu argumentieren.

Die Delegation pflegt bewußt die Kontakte zu allen, auch zu den kleineren WP- und N+N-Staaten.

7) Die Neutralen und Ungebundenen haben auf der KVAE keinen leichten Stand. Sie waren die ersten zwei Monate praktisch mit sich selbst, d.h. mit der Erarbeitung ihres Konferenzdokuments[11], beschäftigt. Sie mußten dabei die schmerzliche Erfahrung machen, daß sie in der Sicherheitspolitik fast mehr trennt als eint. Die KVAE ist für sie ein Lernprozeß in Sicherheitsfragen. Zwar tendieren sie mehrheitlich und deutlich zum Westen, aber sie haben sich noch nicht damit abgefunden, daß ihre im KSZE-Prozeß traditionelle Vermittlerrolle auf der KVAE ungleich schwieriger sein wird. Ihr „Strohhalm" sind Beschränkungsmaßnahmen, an denen sie fast alle – abgestuft – interessiert sind. Schon mit Rücksicht hierauf wird sich der Westen bei „constraints" etwas einfallen lassen müssen. Noch ist es ziemlich unsicher, ob die N+N auf der KVAE überhaupt eine Vermittlerrolle werden übernehmen können. Selbst bei optimistischer Einschätzung wird dies kaum vor Sommer oder Herbst 1986 der Fall sein. Dies deuten die meisten von ihnen auch offen an.

8) Angesichts der schwierigen internationalen Lage zu Beginn des Jahres 1984 richtete sich ein weitaus größeres Interesse auf die KVAE, als ihr Mandat zu rechtfertigen schien. Die spektakuläre Eröffnung der Konferenz unter Anwesenheit von 35 Außenministern sowie das Fehlen anderer Verhandlungsforen der Rüstungskontrolle erhöhten überdies das Augenmerk der Presse und kritischer Teile der Bevölkerung.

Diese hohe Aufmerksamkeit der Anfangsphase mußte sich abschwächen und – mit einer gewissen Folgerichtigkeit – einer gewissen Enttäuschung über den mühsamen Verhandlungsfortschritt in Stockholm weichen.

Das überraschend positive Presseecho auf die Einigung über die Arbeitsstruktur der Konferenz hat allerdings gezeigt, daß auch weiterhin erhebliche Erwartungen mit dem Stockholmer Forum verbunden werden. Dies gilt nicht für das Gastgeberland Schweden, sondern vor allem für die deutschen Medien, die weit intensiver als die Presse in anderen europäischen Ländern über das Geschehen in der KVAE berichten.

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 379 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Maltas, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns vom 9. März 1984 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (CSCE/SC/3) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 364–367.

Die Delegation hat sich in regelmäßigen Gesprächen mit deutschen und internationalen Korrespondenten bemüht, Möglichkeiten und Ziele der Vertrauensbildung zu erläutern, auf die Nützlichkeit des in Stockholm begonnenen Dialogs hinzuweisen und falsche Vorstellungen richtigzustellen. Sie hat sich auch keinem Treffen mit Vertretern der deutschen und internationalen Friedensbewegung entzogen, in dem Bemühen, für unser eigenes Konzept zu werben und übertriebene Hoffnungen auf ein realistisches Maß zurückzuführen.

9) Ausblick

a) Auch das Jahr 1985 wird von den KVAE-Teilnehmern Geduld verlangen. Die gegensätzlichen Positionen werden lange aufrechterhalten bleiben, konkretere Annäherungen dürften sich nur langsam und schrittweise erreichen lassen. Größere substantielle Fortschritte sind daher im Jahre 1985 kaum zu erwarten, wohl aber sind Klärungen denkbar. Die SU wird bemüht sein, den Diskussions- und Verhandlungsstand in beiden Arbeitsgruppen parallel zu halten. Dies wird bedeuten, daß es bei einigen substantiellen Vorschlägen (Notifizierung, Beobachtereinladung, Gewaltverzicht) lediglich gelingen wird, Einzelelemente zukünftig zu vereinbarender Themen zu erarbeiten. Dieses allmähliche Herauskristallisieren eines „common ground" im Jahre 1985 ist aber Voraussetzung für konkrete Abkommenstexte, die aller Voraussicht nach erst 1986 detailliert zu verhandeln sein werden.

b) Die internationale Großwetterlage dürfte auch weiterhin Klima und Tempo der Konferenz mitbestimmen. Die KVAE wird auch 1985 politischer Impulse bedürfen. Dazu gehört der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki.[12] Gerade von der Bundesrepublik Deutschland erwarten kleinere und mittlere Staaten in Europa weitere Anstöße – zunächst für die Haltung des westlichen Bündnisses, dann aber auch für die Konferenz als solche. Es wird darauf ankommen, daß der Westen zu gegebener Zeit durch eine gewisse Flexibilität den WP zur Aufgabe seiner unhaltbaren Positionen bringt.

c) Beim Blick über das Jahr 1985 hinaus wird man sich auf folgendes einzustellen haben: So wichtig im KSZE-Prozeß die Rolle der mittleren und kleineren Staaten Europas ist, bei der KVAE wird letztlich viel von der Konzessionsbereitschaft der Großmächte abhängen. Beide Mächte, vor allem aber die SU, stehen den Vorschlägen der jeweils anderen Seite mit großem Mißtrauen gegenüber. Ein Ergebnis hängt zum guten Teil davon ab, ob Moskau und Washington bereit sein werden, Entgegenkommen zu zeigen.

Es wird unsere Aufgabe bleiben, die Bedeutung der KVAE als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung herauszustellen, ohne von der ersten Phase schon den Durchbruch zu einem transparenten Europa zu erwarten.

[gez.] Citron

Referat 221, Bd. 128662

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

349

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen

012-312.74 VS-NfD **19. Dezember 1984**[1]
Fernschreiben Nr. 116 Ortex

Betr.: Außenministertagung des NATO-Rats am 13./14.12.1984 in Brüssel[2]

1) Die Tagung der NATO-Außenminister fand in einer wichtigen Phase der weltpolitischen Entwicklung statt: Es war das erste Treffen der 16 Außenminister nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen[3] und nach der Vereinbarung neuer Rüstungskontrollgespräche zwischen den USA und der SU[4]. Für das Bündnis war dies der richtige Zeitpunkt, um seine Politik gegenüber dem Osten, ausgehend von der Washingtoner Erklärung (31.5.84)[5], inhaltlich zu konkretisieren und fortzuentwickeln.

Aus unserer Sicht erhielt die Tagung durch den Ehrenvorsitz BM Genschers im NATO-Rat (Sept. 84 auf ein Jahr) zusätzliche Bedeutung. Dieses Amt gab Gelegenheit, in der Eröffnungsrede der Konferenz[6] politische Akzente zu setzen.

2) Der Bundesminister erinnerte in dieser Rede an das Angebot zu langfristiger und breitangelegter Zusammenarbeit, das die Washingtoner Erklärung an den Osten gerichtet hatte, bezeichnete eine Bekräftigung und Konkretisierung des Gewaltverzichts durch neue, wirksame, militärisch bedeutsame und konkrete vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der KVAE als einen Beitrag zu dauerhaftem Frieden in Europa und forderte dazu auf, den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki[7] dazu zu nutzen, durch ein Zusammentreffen auf politischer Ebene in Helsinki dem KSZE-Prozeß einen neuen Impuls zu geben. Diesen Prozeß würdigte er als den auch vom Osten anerkannten Rahmen für die zwischenstaatlichen Beziehungen aller Staaten in

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt am 27. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. auch Dok. 339.

3 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78% der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6% der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

4 Zur amerikanisch-sowjetischen Presseerklärung vom 22. November 1984 vgl. Dok. 311, Anm. 6.
Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

5 Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

6 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher anläßlich der Eröffnung der NATO-Ministerratstagung am 13. Dezember 1984 in Brüssel vgl. BULLETIN 1984, S. 1378–1380.

7 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

West und Ost und für die innere Entwicklung aller Unterzeichnerstaaten. Der Minister unterstützte den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten, einen politischen Rahmen für den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrolldialog zu schaffen[8], und wies darauf hin, daß diese Rüstungskontrollverhandlungen intensive Bündniskonsultationen erforderlich machen, die auf den Erfahrungen der letzten Jahre aufbauen und die aktive Mitwirkung der Partner am Verhandlungsprozeß gewährleisten. Er trat für einschneidende Reduzierungen der interkontinentalstrategischen Waffen ein und forderte die Einbeziehung der Mittelstreckenraketen in die Verhandlungen, so wie dies die amerikanischen Vorstellungen vorsehen. Für diese Verhandlungen gelte, daß die Stationierung fortgesetzt wird, solange keine konkreten Verhandlungsergebnisse vorliegen. Zugleich unterstrich er den Willen der Allianz, die Stationierung umzukehren, anzuhalten oder zu ändern, wenn ein ausgewogenes, gerechtes und nachprüfbares Abkommen erreicht wird, in dem diese Maßnahme vorgesehen ist. Die vorausschauende Rüstungskontrolle im Weltraum, die in Genf ein neues Thema bilateraler Verhandlungen sein wird, könne, verbunden mit der einschneidenden Reduzierung nuklearer Arsenale, neue Wege eröffnen, um die Stabilität des strategischen Kräfteverhältnisses zu erhöhen.

3) Die Aussprache der Minister stand im Zeichen der bevorstehenden Genfer Gespräche. AM Shultz unterstrich, daß es sich zunächst um Gespräche über künftige Verhandlungen handle, die mit Geduld und Realismus angegangen werden müßten. Sein Bericht vermittelte einen unmittelbaren Eindruck von dem Engagement und Verhandlungswillen der amerikanischen Administration. AM Shultz betonte die Bedeutung der Konsultationen im Bündnis für die Meinungsbildung in Washington und unterstrich die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung, die in diesem Prozeß gewonnenen Beiträge der Verbündeten in die Meinungsbildung in Washington einzubeziehen. Die Konsultationen sollten in den bewährten Bündnisverfahren ablaufen, d.h. im NATO-Rat bzw. der Sonderberatungsgruppe (Special Consultative Group, SCG), die für den rüstungskontrollpolitischen Teil des Doppelbeschlusses[9] geschaffen worden war, und im bilateralen Verhältnis.

Shultz unterstrich, daß die nuklearen Mittelstreckenwaffen bei den Genfer Gesprächen „auf dem Tisch liegen". Allerdings lasse sich noch nicht übersehen, in welcher Weise sie in die Verhandlungen einbezogen werden könnten.

4) Der Bundesminister stellte in der Aussprache die neuen Gespräche zwischen USA und Sowjetunion und die fortlaufenden Bemühungen in den europabezogenen Verhandlungsforen in den Zusammenhang der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa. Es sei notwendig, die bestehenden multilateralen Foren zu erhalten und darüber hinaus das West-Ost-Verhältnis nicht auf den Bereich der Rüstungskontrolle zu beschränken. Von weitreichender Bedeutung sei der KSZE-Prozeß, der nicht nur den Komplex der Menschenrechte umfasse, sondern ei-

8 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York; Dok. 244, Anm. 7.

9 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

nen breiten Fächer möglicher Zusammenarbeit. AM Shultz stimmte mit dem Bundesminister in dieser Auffassung überein und bezeichnete den KSZE-Prozeß als wichtiges Instrument für die Gestaltung konstruktiver Beziehungen zum Osten.

5) Im Laufe der Aussprache erklärten alle Außenminister der US-Administration ihre Unterstützung für die im Januar beginnenden Genfer Gespräche. Generalsekretär Lord Carrington faßte das Ergebnis der Aussprache dahingehend zusammen, daß sich die amerikanische Regierung in dieser Phase der West-Ost-Beziehungen auf die Solidarität der Bündnispartner abstützen kann. Der Westen gehe an die Gespräche mit der Hoffnung auf konkrete Rüstungskontrollvereinbarungen heran und mit der Zielsetzung, die Beziehung zum Osten konstruktiv zu gestalten. Alle Bündnispartner spielten bei diesem Prozeß eine wichtige und ihnen jeweils eigene Rolle, und zwar in den multilateralen Foren wie in den bilateralen Beziehungen mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern.

6) Das Kommuniqué der Ministertagung[10] stellt den Versuch dar, zu einer kürzeren und griffigeren Form zu gelangen. Es führt die Washingtoner Erklärung vom 31.5.1984 weiter und ist zugleich eine Antwort auf das Kommuniqué der Außenministertagung des Warschauer Pakts vom 4.12.1984[11]. Es enthält ein Angebot an den Osten zur Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit.

Wesentliche Elemente des Kommuniqués sind:

- Bekräftigung der Integralität der NATO-Politik: „Verteidigung und Abschreckung verbunden mit Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie ein konstruktiver Dialog mit dem Osten".
- Unterstützung des Bündnisses für die neuen Rüstungskontrollgespräche zwischen USA und SU und starke Aussage zur Konsultation der damit zusammenhängenden Fragen im Bündnis.
- Bekräftigung der Durchführung des Doppelbeschlusses, soweit nicht Verhandlungsergebnisse vorliegen, an die die vorgesehene Stationierung anzupassen sein würde.
- Aussagen zu den verschiedenen laufenden Rüstungskontrollverhandlungen und ein ausführlicher KSZE-Passus mit der Ankündigung, den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte auf politischer Ebene in Helsinki zu begehen, wenn die politischen Entwicklungen dies gestatten.
- Bereitschaft zur Stärkung der konventionellen Kampfkraft angesichts andauernder sowjetischer Hochrüstung.

Initiativen des Bundesministers spiegelt das Kommuniqué in seinen Passagen zum zehnten KSZE-Jahrestag, zur Konkretisierung des Gewaltverzichts im Rahmen der KVAE und zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen West und Ost.

10 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 129–131. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 85–87.

11 Am 3./4. Dezember 1984 fand in Ost-Berlin eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 19–22.

Das Kommuniqué ist Ausdruck der solidarischen Haltung der Bündnispartner und bekräftigt die Bündnispolitik in der Tradition des Harmel-Berichts[12]: Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und Dialog mit dem Osten.

[gez.] Schneppen

Referat 421, Bd. 141411

350

Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z.Z. Prag, an das Auswärtige Amt

114-5162/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3
Citissime nachts

Aufgabe: 19. Dezember 1984, 16.30 Uhr[1]
Ankunft: 19. Dezember 1984, 19.37 Uhr

Betr.: BM-Besuch in Prag (18.–20.12.1984)[2];
hier: zweiter Besuchstag (Vorausbericht)

Bezug: Delegationsbericht Nr. 1 vom 18.12.1984 – Pol 321.11 VS-v

Zur Unterrichtung

1) (Zugleich Kurzfassung)

Zweiter Tag des BM-Besuchs begann mit rund eineinhalbstündigem Delegationsgespräch über bilaterale Themen. Dabei gab AM Chňoupek dem Thema territoriale Ordnung in Europa breiten Raum, während BM Zukunftsperspektiven bilateraler Zusammenarbeit im KSZE-Rahmen aufwies.

Delegationsgespräch ergab weitere Präzisierungen zu bilateralen Besuchsvorhaben sowie zu Themen Binnenschiffahrtsabkommen[3] und Umweltzusammenarbeit[4].

2) Während Atmosphäre des zweiten Delegationsgespräches entspannt und sachlich blieb, ist bemerkenswert, daß AM Chňoupek – nach eher routinemäßiger Behandlung am Vortage – das Thema territoriale Ordnung in Europa erneut

12 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 19. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 20. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in der ČSSR vgl. auch Dok. 347 und Dok. 354.

3 Zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über den Binnenschiffsverkehr vgl. Dok. 347, Anm. 17.

4 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR beim Umweltschutz vgl. Dok. 347, Anm. 16.

nachdrücklich und unter Bezug auf Gespräche am Vortag mit Staatspräsident Husák und MP Štrougal[5] aufgriff. Er trug aufgrund schriftlicher Unterlagen vor, um tschechoslowakische Haltung klarzustellen. Seine Präsentation ging aus von Kritik an amerikanischen Äußerungen zu Jalta und Potsdam[6] sowie an Wiener Rede VP Bush[7] und stellte in diesen Rahmen angebliche Aktivierung revanchistischer Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland. Er würdigte klare Darstellung in Reden von BM, beklagte aber, daß in anderen Äußerungen solche Klarheit fehle, und stützte Kritik hauptsächlich auf Duldung (aus tschechoslowakischer Sicht) inakzeptabler Äußerungen von Vertriebenenvertretern durch Bundesregierung und indirekte Unterstützung durch Teilnahme und Auftreten von Regierungsvertretern bei Veranstaltungen der Vertriebenen.[8] Er untermauerte seine Argumentation mit Reprise historischer Erfahrungen der ČSSR sowie seines persönlichen Schicksals (Empfindlichkeiten zeigten sich auch bei Behandlung von angeblichen Angriffen unserer Medien auf Staatspräsident, MP und AM selbst). Damit sollte offenbar die Echtheit der Emotionen herausgestellt und die Intervention als mehr als bloße Rhetorik aufgewertet werden. Chňoupek unterstrich Sorge, daß Koalitionsregierung von der Linie der Verträge abgehe und frühere Tendenzen wiederbelebt würden.

BM verwahrte sich gegen jeden Versuch, Vertragstreue der Bundesrepublik Deutschland in Frage zu stellen oder zwischen Haltung einzelner Regierungsmitglieder zu differenzieren. Er nahm Vertriebene als Mitgestalter unserer demokratischen Nachkriegsordnung ausdrücklich in Schutz und unterstrich ihr Bekenntnis zu Gewaltverzicht und Versöhnung. Sodann erläuterte er erneut Bedeutung des Angebots zu breiter West-Ost-Zusammenarbeit, das in Brüsseler NATO-Kommuniqué[9] (sowie Bezug auf Washingtoner Erklärung[10]) zum Ausdruck kommt. Grundlage künftiger Zusammenarbeit müsse KSZE-Schlußakte[11] sein, an der sich alle europäischen Staaten messen lassen müßten, insbesondere auch bei der Wahrung der Menschenrechte. In diesem Zusammenhang Hinweis auf Ottawa-Treffen.[12]

5 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák und Ministerpräsident Štrougal am 18. Dezember 1984 vgl. Dok. 347, Anm. 5 bzw. 6.

6 Zu den Äußerungen von Mitgliedern der amerikanischen Regierung zur Nachkriegsordnung in Europa und zur sowjetischen Reaktion vgl. Dok. 239.

7 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 21. September 1983 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 83 (1983), Heft 2080, S. 19–23.

8 Bundeskanzler Kohl hielt auf der Kundgebung des Bundes der Vertriebenen zum „Tag der Heimat" am 2. September 1984 in Braunschweig eine Rede. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1984, S. 873–879. Beim Treffen der Ostdeutschen Landsmannschaften und Vertriebenenverbände am 10. November 1984 in Bonn hielt Kohl eine weitere Rede. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1984, S. 1241–1246.

9 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 129–131. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 85–87.

10 Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

11 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

12 Vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 fand in Ottawa ein KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten statt. Zur Vorbereitung vgl. den Drahtbericht Nr. 284 des Botschafters z. b. V. Eickhoff, z. Z. Ottawa, vom 26. April 1985; AAPD 1985.

3) Bilaterale Einzelthemen wurden wie folgt abschließend erörtert:

3.1) AM Chňoupek wiederholte gestrige Einladung MP Štrougals an BK zu Besuch Mitte oder in zweiter Jahreshälfte 85 (vorbehaltlich Terminpräzisierung).

Bezeichnend – und möglicherweise für künftige WP-Linie aufschlußreich – war Bemerkung Chňoupeks: Bis 9. Mai 1985 sei man innenpolitisch ausgebucht.

3.2) Beide Seiten stellten fest, daß Verhandlungen über Binnenschiffahrtsabkommen in der Sache soweit abgeschlossen sind, daß jetzt redaktionelle Arbeit aufgenommen und Paraphierung bald stattfinden kann. Einvernehmen bestand ferner, daß Anwendung ab Paraphierung (in ČSSR offenbar kein Erfordernis parlamentarischer Ratifizierung) möglich.

3.3) Einvernehmen bestand, daß zweite Sitzung der Umweltexperten bald stattfinden wird. Auf dieser Tagung sollen sowohl Anhebung der Gesprächsebene als auch Einsetzung einer gemischten Umweltkommission erörtert werden. BM stellte klar, daß er auch öffentlich dafür eintreten werde, nach zweiter Expertentagung müßten Gespräche auf Ministerebene weitergeführt werden.

3.4) BM sprach unseren Wunsch an, Schüleraustausch zu intensivieren, wofür tschechoslowakische Seite sich offen zeigte. Erneut erläuterte BM Unverständnis für tschechoslowakische Praxis bei Gewährung von Einreisesichtvermerken an kritisch eingestellte Journalisten.

Wir erinnerten an Wunsch, daß ČSSR Gesprächen mit VDK über Kriegsgräberfürsorge zustimmt, und an unsere Bitte, Störung fremdsprachlicher Sendungen Deutscher Welle einzustellen.

3.5) AM Chňoupek kündigte an, daß Frau Napp (Haftfall) heute vormittag aus Gefängnis entlassen sei und sich auf dem Wege zur Grenze befinde.[13]

3.6) Schließlich äußerte tschechoslowakische Seite Interesse an Intensivierung parlamentarischer Kontakte. (In Delegationsgespräch auf Beamtenebene am 18.12. hatte ČSSR Anhebung dieser Kontakte „auf höchste Ebene" vorgeschlagen.)

3.7.) Beide Seiten werteten Gespräche als nützlich, positiv und konstruktiv und äußerten Überzeugung, daß 1985 zu einem besseren Jahr der West-Ost-Beziehungen werden müsse als das alte.

4) BM legte im weiteren Verlauf des Vormittags Kränze am Ehrenmal Zizkow, Gedenkstätte Lidice sowie an deutschem Soldatengrab auf Friedhof Motol nieder. Anschließend traf er mit Kardinal Tomášek zusammen (hierzu folgt Bericht).

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 14125 (010)

13 Zum Haftfall Napp vgl. Dok. 347, Anm. 20.

351

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5167/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Dezember 1984, 18.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5423 **Ankunft: 20. Dezember 1984, 01.21 Uhr**

Betr.: eventuelle deutsche Beteiligung an SDI

Bezug: DB aus Brüssel NATO Nr. 2190 vom 13.12.1984 – I 362.05/1-4697/84 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

1) Die Administration ist nach wie vor an einer deutschen Beteiligung an SDI interessiert. Dies ergibt sich nicht nur aus dem Artikel von Verteidigungsminister Weinberger in der „Welt" vom November („für einen stabilen Frieden durch bessere Abschreckung – … Weinberger fordert die Deutschen auf, sich an der Forschung für einen Schutzschild gegen sowjetische Atomraketen zu beteiligen"[3]) und der Bemerkung von Außenminister Shultz gegenüber BM Genscher (vgl. Bezug), eine Reihe von Europäern wolle ganz eng an den Weltraumverhandlungen partizipieren, aber keineswegs an der amerikanischen Weltraumarbeit. Es wurde uns auch bei einem kürzlichen Gespräch aus anderem Anlaß im Pentagon (Frank Miller, ISP[4], im politischen Bereich zuständiger Referatsleiter) bestätigt.

Er wies darauf hin, daß aus Sicht der Administration eine SDI-Zusammenarbeit mit uns sehr erwünscht wäre. Im Vordergrund brauche dabei nicht einmal so sehr eine eventuelle finanzielle Beteiligung zu stehen. Viel wichtiger und nützlicher könne eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und amerikanischen Technikern und Wissenschaftlern sein, die durch Gespräche zwischen Experten beider Regierungen vorbereitet werden könnte. Man sehe aber die möglichen politischen Probleme, die eine solche Zusammenarbeit für uns mit sich bringen könne. Deshalb habe man vermieden, uns zu drängen.

Eine SDI-Beteiligung von Verbündeten würde dagegen die Argumentation der Administration im Kongreß gegenüber Politikern erleichtern, die nach einer solchen Beteiligung fragten.

Aus Frankreich erhalte die Administration im übrigen neuerdings Signale, die

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 20. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 20. Dezember 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 7. Januar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dazu R[ücksprache]."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 7. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rücksprache StS b[ei] BM" verfügte. Weiter vermerkte er handschriftlich: „Reg[istratur] fertige Abl[ichtung] f[ür] 010."

2 Für das Fernschreiben Nr. 2189/2190 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Brüssel, vgl. Dok. 338.

3 Vgl. den Artikel des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger „Für einen stabilen Frieden durch bessere Abschreckung"; DIE WELT vom 7. November 1984, S. 3.

4 International Security Policy.

auf ein französisches Interesse an Beteiligung an SDI-Technologie schließen ließen.

2) Wir verhielten uns rezeptiv und wiesen darauf hin, daß eine Entscheidung über eine eventuelle deutsche Beteiligung auf höchster politischer Ebene in Bonn getroffen werden müsse. Gesprächspartner stimmte dem zu.

3) Die Abwägung von Vor- und Nachteilen einer evtl. deutschen Beteiligung ist in diesem Stadium der Entwicklung sehr schwierig.

Wir können nicht übersehen, in welchem Umfang wir an den neuen technischen Entwicklungen beteiligt oder über das derzeitige Maß hinaus wegen eventueller Weltraumverhandlungen konsultiert oder gar an der Formulierung etwaiger amerikanischer Verhandlungspositionen beteiligt werden würden.

Bei einem (geplanten) Fünf-Jahres-Forschungsvolumen von rund 26 Milliarden Dollar (beim derzeitigen Kurs rund 80 Milliarden Mark) können wir realistischerweise nicht davon ausgehen, daß eine deutsche finanzielle Beteiligung so ins Gewicht fallen würde, daß wir hinsichtlich einer Beteiligung an uns interessierender Hochtechnologie hohe Erwartungen hegen können.

Eine deutsch-amerikanische technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit wäre aus amerikanischer Sicht vor allem in den Bereichen interessant, in denen wir den USA etwas zu bieten haben. Es ist schwer vorstellbar, daß sich der Austausch in anderen Bereichen in die andere Richtung vollziehen würde, zumal der größte Teil der SDI-Forschung im Auftrag des Pentagon in Privatbetrieben stattfindet, die dies wahrscheinlich schon aus Wettbewerbsgründen ablehnen würden.

Im übrigen hat der stellvertretende Verteidigungsminister Taft erst jüngst eine Direktive unterzeichnet, mit der generell die Überlassung von Informationen aus vom Pentagon finanzierten Forschungsprojekten erschwert wird.

Darüber hinaus ist z. Z. noch völlig ungewiß, welchen zivilen Spin-off (der uns besonders interessieren dürfte) die zu entwickelnde Hochtechnologie haben wird. Nach Ansicht amerikanischer Experten wird er sehr wahrscheinlich erheblich geringer sein als beim zivilen Weltraumprogramm.

4) Aus der Sicht der Administration dürfte eine SDI-Beteiligung von Verbündeten in erster Linie unter politischen und nicht so sehr unter technischen Gesichtspunkten interessant sein. In der innenpolitischen Diskussion und auch in den Verhandlungen mit der Sowjetunion wäre eine solche eindeutige Indossierung ihrer SDI-Pläne durch Allianzpartner von großem Wert.

[gez.] van Well

VS-Bd. 14126 (010)

352

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

222-370.45-2595/84 VS-vertraulich **20. Dezember 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung

Betr.: Genfer CW-Verhandlungen;
hier: Stand der CW-Konsultationen auf Arbeitsebene im Viererkreis (USA, GB, F und wir)

Anlg.: 1[4]

I. Sachverhalt

1) Bei den vierseitigen CW-Konsultationen auf Arbeitsebene in Bonn am 5.10. 1984[5] wurde auf Anregung der USA eine Intensivierung des Konsultationsprozesses zur Vorbereitung der CD-Sitzungsperiode 1985 vereinbart. Auf der Grundlage eines von der amerikanischen Seite vorgelegten Positionspapiers[6] sollten zu kontroversen Bereichen eines künftigen Abkommens (Verifikation der Nichtherstellung, Verdachtskontrollen, Vertragsorgane usw.) von den vier Partnern Ausarbeitungen erstellt werden. Diese sollten dann auf Expertensitzungen am 5. und 28. November 1984 in Washington und erneuten vierseitigen Konsultationen am 17. Dezember 1984 in London soweit wie möglich harmonisiert werden.[7] Das Ziel dieser gemeinsamen Arbeit sollte die Vereinheitlichung der westlichen Position bei den CW-Verhandlungen in Genf sein.

2) Wir haben die amerikanische Anregung begrüßt. Ebenso wie GB und F haben wir sie als Anzeichen für die amerikanische Bereitschaft angesehen, die Genfer CW-Verhandlungen in enger Abstimmung mit ihren Bündnispartnern

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Massmann und Erck konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. Dezember 1984 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Vortragendem Legationsrat Horstmann am 28. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 15. März 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 222 verfügte und handschriftlich vermerkte: „R[ücklauf] v[on] BM."
Hat Legationssekretär Wittig am 18. März 1985 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Massmann am 18. März 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Erck „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Erck am 19. März 1985 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 11.

5 Zu den Gesprächen mit Frankreich, Großbritannien und den USA über chemische Waffen vgl. Dok. 266.

6 Für das undatierte amerikanische Papier vgl. VS-Bd. 11555 (222).

7 Vortragender Legationsrat Erck vermerkte am 20. Dezember 1984: „Die USA waren bei den Konsultationen am 17. Dezember (ebenso wie bei denen am 5. und 28.11. in Washington) isoliert. Sie haben keinen einzigen Beitrag geleistet, der Kompromißmöglichkeiten für die Genfer Verhandlungen aufzeigen würde. Zu den Arbeitspapieren von GB, F und uns haben sie nur in mündlicher und eher kursorischer Form Stellung genommen. Wir haben deutlich gemacht, daß der Konsultationsprozeß in dieser Form nicht unbegrenzt weitergeführt werden kann. Es bleibt abzuwarten, ob und welche Schlußfolgerungen die USA aus ihrer isolierten Position ziehen." Vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1984.

voranzutreiben und diesen Verhandlungen im kommenden Jahr neue Impulse zu geben. Wir sind davon ausgegangen, daß die USA bereit seien, alternative Vorstellungen zu ihrem im April 1984 vorgelegten Vertragsentwurf[8] in ihre Überlegungen einzubeziehen. Dies erschien uns wichtig, nachdem sich während der CD-Sitzungsperiode 1984 herausgestellt hatte, daß der US-Entwurf vor allem wegen seiner überzogenen Verifikationsanforderungen die Verhandlungen nicht gefördert hat.

3) Die Expertentreffen in Washington am 5. und 28.11.1984 haben bedauerlicherweise zu keiner nennenswerten Annäherung der Standpunkte der USA einerseits und GB, F und uns andererseits geführt. Die drei europäischen Partner haben zu diesen Treffen eine Reihe grundlegender Arbeitspapiere zu den zentralen Bereichen eines künftigen CW-Abkommens vorgelegt. Sie enthalten praktikable und kompromißfähige Alternativvorschläge zum amerikanischen Vertragsentwurf CD/500. Insbesondere zum Bereich der Verdachtskontrollen (Artikel X) wurden von allen drei Partnern ausformulierte Gegenvorstellungen vorgelegt. Die USA waren jedoch nicht bereit, von ihren Positionen in CD/500 abzurücken. In ihren Arbeitspapieren beschränkten sie sich auf die Kommentierung ihres Entwurfs und verlangten ein solidarisches Eintreten der europäischen Verbündeten für die amerikanische Position im CW-Bereich. Die konkreten europäischen Alternativvorstellungen haben sie eher kursorisch kritisiert und als mit den amerikanischen Sicherheitsinteressen nicht vereinbar bezeichnet.

4) Bei den vierseitigen CW-Konsultationen am 17.12.1984 in London (deutscher Delegationsleiter: D 2 A i. V.[9]), mit denen die zunächst vereinbarte Konsultationsrunde beendet wurde, gab es hinsichtlich einzelner Aspekte Annäherungen, vor allem in der Frage der Verifikation der Nichtherstellung. Zu Art. X war jedoch erneut keinerlei amerikanische Bewegung zu verzeichnen.

Die USA sahen sich deshalb einer geschlossenen Front der drei europäischen Verbündeten gegenüber, die mit allem Nachdruck darauf hinwiesen, daß ein weiteres amerikanisches Festhalten an Art. X den Westen daran hindern würde, die Verhandlungen in Genf offensiv zu führen und die Ernsthaftigkeit der bekundeten sowjetischen Bereitschaft zu einem umfassenden CW-Verbotsabkommen zu testen. Außerdem wurde den USA nachgewiesen, daß das von ihnen mit Art. X verfolgte Ziel, nämlich Verstöße gegen ein CW-Verbotsabkommen nachzuweisen, auf diese Weise nicht erreicht werden kann. Wir haben zusätzlich darauf hingewiesen, daß ein Ausbleiben von Fortschritten in Genf den Tendenzen zugunsten einer Regionalisierung der CW-Verhandlungen (CW-freie Zone in Europa) neuen Auftrieb geben würde.

Ein weiteres Vierergespräch wurde für Anfang März in Paris vereinbart.

II. Bewertung

1) Das Ergebnis der bisherigen Konsultationen entspricht nicht unseren durch den amerikanischen Vorschlag ausgelösten Erwartungen. Sie haben einige Annäherungen in den offenen Fragen erbracht, aber auch fortbestehende Diffe-

8 Zum amerikanischen Vertragsentwurf vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 106.

9 Rüdiger Hartmann.

renzen zwischen den amerikanischen Vorstellungen und denen von GB, F und uns unterstrichen. Dies gilt vor allem für den Bereich der Verdachtskontrollen. Bei der Regelung der Verifikation der Nichtherstellung gibt es zusätzlich unterschiedliche Vorstellungen zwischen GB und USA einerseits und F und uns andererseits. Während jedoch eine Einigung zur Frage der „Chemieliste" im Bereich des Möglichen liegt, ist eine solche beim Problem der Verdachtskontrollen nur zu erwarten, wenn die USA ihre Haltung ändern. Immerhin ist die amerikanische Position in dieser Frage nach den Konsultationen vom 17.12.84 angeschlagen. Es wird jetzt darauf ankommen, den Druck auf die USA aufrechtzuerhalten und ihnen nicht zu gestatten, sich – etwa unter Hinweis auf die Wiederaufnahme der nuklearen Verhandlungen[10] und die dadurch gebundene Entscheidungskapazität – der dringend notwendigen Revision ihrer Haltung zu entziehen.

2) Für die Lösung der Problematik der Verdachtskontrollen haben die Briten und wir inzwischen unabhängig voneinander Konzepte entwickelt, die negotiabler sind als Art. X und doch darauf abzielen, eine hinreichende Abschreckung gegen einen Vertragsbruch aufzubauen. Die Briten und wir gehen dabei von nichtmandatorischen Verdachtskontrollen aus. Beide sehen ein gestuftes Verfahren der Aufforderung zur Duldung von Inspektionen im Falle des begründeten Verdachts eines Vertragsbruchs vor. Als Entscheidungsmodus für die zuständigen Vertragsorgane sehen wir in unserem Vorschlag eine Zwei-Drittel-Mehrheit vor. Ein Staat, der die wiederholte Aufforderung zur Duldung einer Inspektion ablehnt, setzt sich Gegenmaßnahmen einschließlich der Wiederaufnahme der CW-Produktion durch andere Staaten aus.

Die britischen und deutschen Überlegungen wurden in die Viererkonsultationen eingeführt (Text unseres Alternativvorschlags zu Art. X ist als Anlage beigefügt[11]). Sie bedürfen in einzelnen Aspekten noch der Harmonisierung, die aber keine wesentlichen Schwierigkeiten bereiten sollte. Bei den nächsten Viererkonsultationen werden wir eine Einigung darüber anstreben, wie die deutsch-britischen Überlegungen in den Verhandlungsprozeß eingeführt werden können.

Ruth

VS-Bd. 11555 (222)

10 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

11 Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte Papier „On-Challenge Procedure" vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1984.

353

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-322.00 GRO-2375/84 VS-vertraulich **20. Dezember 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Reise von Politbüromitglied Gorbatschow nach Großbritannien (15.–22.12.1984);
hier: Bewertung aufgrund bisheriger britischer Unterrichtung

I. Äußerer Rahmen des Besuchs

– Besuch fand nicht aufgrund einer Regierungseinladung, sondern im Rahmen des britisch-sowjetischen Parlamentarieraustausches statt. Britische Einladung bestand bereits seit März – allerdings zunächst ohne Nennung Gorbatschows. Festlegung der sowjetischen Delegation erfolgte offenbar erst Oktober/November.

– Britische Regierung betrachtete Besuch Gorbatschows noch Anfang November eher als Versuchsballon, von dem sie sich gegebenenfalls unter Hinweis auf Parlamentariereinladung distanzieren konnte. Jedoch wurde – offenbar vor dem Hintergrund der neuen sowjetisch-amerikanischen Entwicklungen – seitens der britischen Regierung diese Gelegenheit als bilaterale Dialogchance mit Nachdruck ergriffen.

– Im Programm Gorbatschows standen deshalb die Gespräche mit der britischen Regierung (PM Thatcher, AM Howe, Handelsminister Channon, Landwirtschaftsminister Jopling) gegenüber Kontakten mit Parlamentariern (Teilnahme mit Rede an Unterhaus-Sitzung[3]; Gespräche mit Oppositionsführern) im Vordergrund. Daneben führte Gorbatschow Gespräche mit Vertretern der britischen Wirtschaft.

II. Zum politischen Hintergrund des Besuchs

– Das grundsätzliche Interesse beider Seiten an einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen (Politbüro fällte hierzu nach dem Besuch von AM Howe in Moskau[4] bereits am 5. Juli 1984 eine Grundsatzentscheidung).

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Legationsrat I. Klasse Weiß konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Legationsrat I. Klasse Ischinger am 21. Dezember 1984 vorgelegen.
Hat Ploetz am 18. Januar 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte und handschriftlich vermerkte: „R[ücklauf] v[on] BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 18. Januar 1985 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 21. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Heyken und Weiß verfügte.
Hat Heyken am 21. Januar 1985 erneut vorgelegen.
Hat Weiß erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

3 Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 18. Dezember 1984 vor Mitgliedern des britischen Parlaments in London vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 121–129.

4 Der britische Außenminister Howe besuchte die UdSSR vom 1. bis 3. Juli 1984. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 12.

– Das allgemein gewachsene Interesse Londons an einer Intensivierung der gesamten britischen Ostpolitik (siehe z. B. Osteuropa-Besuchsplanung AM Howes[5]).
– Das spezifische sowjetische Interesse an Großbritannien als einer der beiden Nuklearmächte in Westeuropa sowie als einer der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs (sowjetischer Hintergrund u. a.: 40. Jahrestag, Revanchismus, WEU).
– Sowjetische Spekulationen in bezug auf Großbritannien im Zusammenhang mit den bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollgesprächen[6]: Keiletreiben; Ausnutzung von offenkundigen Positionsunterschieden zwischen GB und USA, z. B. bei Weltraumwaffen (dies entspricht paralleler sowjetischer Interessenlage gegenüber F).

III. Zentrale politische Ergebnisse

– Atmosphärische Erwärmung der bilateralen Beziehungen infolge eines zu allen Fragen sachlichen, in Ton freundlichen Meinungsaustauschs, ohne daß neue Entwicklungsansätze deutlich geworden wären.
– Übereinstimmung, sowjetisch-britische Kontakte auf verschiedenen Ebenen zu intensivieren (dies könnte im Vorfeld des offenbar für Mai 1985 vorgesehenen Besuchs von Gromyko in London an Bedeutung gewinnen).
– Zum Weltraum bekräftigte Gorbatschow in den zentralen Elementen die uns bekannte sowjetische Haltung, ohne – soweit wir bisher wissen – die Briten in dieser „Schlüsselfrage“ übermäßig zu umwerben. Von Interesse für unsere bisherige Analyse sind offenbar die Erläuterungen General Tscherwows gegenüber AM Howe zur sowjetischen Perzeption des amerikanischen SDI-Programms. Hierdurch werden jüngere sowjetische Medienkommentare offizialisiert. Hervorzuheben sind:
  – Betonung der organischen Verbindung von Offensiv- und Defensivsystemen;
  – ohne Abkommen zum Weltraum keine Vereinbarung zu strategischen Waffen; andererseits betont: keine Vorbedingungen;
  – Vorwurf gegenüber USA, parallel zur Erforschung neuer Defensivkapazitäten weiter Offensivkapazitäten aufzubauen;
  – SU werde entweder vergleichbares Abwehrsystem oder – noch wahrscheinlicher – Waffen zur Durchdringung des amerikanischen Systems entwikkeln;
  – Unterminierung des ABM-Vertrages[7] hätte politische und militärische Konsequenzen; insbesondere würden hierdurch Rüstungskontrollvereinbarungen in Zukunft unmöglich.

5 Der britische Außenminister Howe hielt sich am 9./10. Februar 1985 in Rumänien, am 10./11. Februar in Bulgarien, vom 8. bis 10. April in der DDR, am 10./11. April in der ČSSR und am 11./12. April 1985 in Polen auf.

6 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begren-

– Zur Drittstaaten-Problematik brachte der Besuch Gorbatschows ebenfalls keine neuen Elemente. Bisherige britische Unterrichtung enthält keinen Hinweis darauf, ob Gorbatschow – wie kurz zuvor Tschernenko gegenüber britischem Oppositionsführer Kinnock[8] – Bereitschaft zu bilateralen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht hat.
– Zu Regionalthemen (Afghanistan und Nicaragua von Briten, Naher Osten von sowjetischer Seite angesprochen) ergaben die Gespräche ebenfalls keine neuen Gesichtspunkte.
– Britische Seite nahm Menschenrechtsfragen auf (Sacharow[9], Schtscharanskij[10], sowjetische Juden), Gorbatschow antwortete insbesondere unter Hinweis auf sowjetische Gesetzgebung.

IV. Uns betreffende Fragen

In seiner konziliant formulierten, um GB und Europa insgesamt werbenden und grundsätzlichen sowjetischen Verständigungswillen unterstreichenden Rede im Unterhaus, die im übrigen in der Substanz nichts Neues brachte, äußerte sich Gorbatschow im Anschluß an eine ausgesprochen positive Bewertung des KSZE-Prozesses („erquickende Quelle“) auch zum Revanchismusthema. Er sprach dabei aber die BR Deutschland nicht direkt an:

„Die guten Beziehungen zwischen den europäischen Staaten sind doch in wesentlichem Maße das Unterpfand für Ruhe und Frieden auf der ganzen Welt. Das Wissen darum, daß man unter keinen Umständen Kräfte dulden darf, welche bis zum heutigen Tage nicht den Versuch unterlassen, die in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen territorialen Realitäten zu revidieren, wurde von den Völkern unseres Kontinents teuer bezahlt. Und diese Realitäten sind im gemeinsamen Sieg entstanden. Sie sind in den interalliierten Abkommen über die Nachkriegsordnung[11], in wichtigen bilateralen Verträgen zwischen einigen Staaten und in der Helsinki-Schlußakte[12] wiedergegeben und verankert. Die Treue gegenüber alledem muß eine Schranke auf dem Weg derer sein, die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1610

zung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

8 Zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Kinnock, am 26. November 1984 in Moskau vgl. Dok. 320, Anm. 3.

9 Zum Fall des Ehepaars Sacharow/Bonner vgl. Dok. 152, Anm. 9.

10 Zum Fall des sowjetischen Dissidenten Schtscharanskij vgl. Dok. 13, Anm. 11.

11 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Stalin, trafen sich vom 28. November bis 1. Dezember 1943 in Teheran. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 89 f.
Vom 4. bis 11. Februar 1945 trafen Churchill, Roosevelt und Stalin in Jalta zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.
Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 sein Nachfolger Attlee mit Präsident Truman und Stalin zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung, die Unverletzlichkeit der Grenzen der Staaten in Europa in Zweifel ziehen möchten."

Der werbende Ton Gorbatschows gegenüber dem ehemaligen westlichen Verbündeten der SU spricht für sich. AM Howe hat dankenswerterweise bereits sein vorangegangenes Gespräch mit Gorbatschow dazu genutzt, um nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Feiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes[13] nicht zu Angriffen gegen die Bundesrepublik Deutschland mißbraucht werden dürften.

V. Gorbatschow hat aufgrund seines sachlichen, ruhigen Auftretens (lediglich im Unterhaus und gegenüber Demonstranten kamen in der einen Frage sowjetischer Juden kurz Schärfen auf), aufgrund seiner Persönlichkeit, seiner wachen Präsenz, seinem politischen Geschick und seiner Fähigkeit, sich frei und losgelöst von politischen Sprachregelungen zu äußern, in Großbritannien beeindruckt (Thatcher: I like Gorbachev). Seine Presse im Westen war gut, dies wurde auch an den bisherigen sowjetischen Kommentaren zum Besuchsablauf deutlich. Gorbatschow machte immer wieder klar, daß er als Mitglied des sowjetischen Führungskollektivs, nicht aber als eigenständiger Politiker oder gar als „Kronprinz" nach London gekommen war. Er berief sich immer wieder auf Tschernenko, dessen persönliche Botschaft für PM Thatcher er zu Beginn seiner Gespräche überreichte, als der höchsten Autorität seines Landes.

Insgesamt kann die SU mit dem Verlauf der Reise Gorbatschows zufrieden sein. Im Kampf mit den USA um die öffentliche Meinung in Westeuropa hat dieses Ereignis Moskau zweifellos einen Punktgewinn eingebracht.

Referate 205, 220 haben mitgewirkt.

Heyken

VS-Bd. 13384 (213)

13 Zu den Feierlichkeiten in der UdSSR anläßlich des 40. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vom 14. Mai 1985; AAPD 1985.

354

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner

214-321.11 TSE VS-NfD **20. Dezember 1984**

Vermerk (von BM noch nicht genehmigt)

Betr.: BM-Besuch in Prag (18.–20.12.1984)[1];
hier: Vier-Augen-Gespräch BM–AM Chňoupek, 18.12.1984, 10.00–11.30 Uhr

BM gab Inhalt seines Vier-Augen-Gesprächs mit AM Chňoupek gegenüber Delegation wie folgt wieder:

AM Chňoupek habe nach Begrüßung ein Papier aus der Tasche gezogen und verlesen, „was ein WP-AM in Berlin[2] gesagt hat". Wie sich herausstellte, habe es sich um den Text der Intervention von AM Gromyko gehandelt, der schwerste Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland richtete und ihr – im Zusammenhang mit der Aufhebung der WEU-Produktionsbeschränkungen[3] – Kriegsvorbereitungen vorwarf.

Die Intervention Gromykos habe jedoch nicht mit dem Aufruf zur Isolierung der Bundesrepublik geendet, sondern mit der Feststellung, „nichts desto weniger müssen wir zusammenarbeiten und uns nicht abkapseln von der Bundesrepublik Deutschland, sondern mit ihr überall dort zusammenarbeiten, wo dies den gemeinsamen Interessen entspricht".

BM sei dieser Form der Darstellung entgegengetreten: Sie entspreche nicht den Realitäten, und man müsse sich fragen, warum sie gewählt werde. Dies werde zwar die Bundesregierung in ihrem Kurs nicht beirren, aber er mache sich zunehmend Sorge über die Reaktionen der Bürger unseres Landes, die sich fragten, warum man die Deutschen in dieser Form beschimpfe: Immerhin sei die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiges europäisches Land. Dies müsse jeder bei der Definition seiner Interessen berücksichtigen und zum Ausdruck bringen. Er frage sich, wie sich die Beziehungen im neuen Jahr 1985 gestalten würden. AM Chňoupek wies hin auf das bevorstehende „große Ereignis im Januar": Treffen der AM Shultz und Gromyko.[4] Mit großen Anstrengungen beider Seiten würden sich unter diesem Vorzeichen die Ost-West-Situation allgemein und die bilateralen Beziehungen gut entwickeln. Man müsse ein „neues Kapitel" aufschlagen, das länger dauere als das vorangegangene. Es sei wichtig, daß alle

1 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in der ČSSR vgl. auch Dok. 347 und Dok. 350.

2 Am 3./4. Dezember 1984 fand in Ost-Berlin eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 19–22.

3 Zur Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik am 27. Juni 1984 vgl. Dok. 193, Anm. 3.

4 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

Staaten dabei ihre Rolle spielten, deshalb sei er – Chňoupek – der Meinung, daß der BM-Besuch zum richtigen Zeitpunkt stattfinde.

BM betonte seinerseits die Wichtigkeit des Reisezeitpunkts – sonst wäre er schließlich nicht gekommen –, wies jedoch zugleich auf das gemischte Echo seiner Reise im eigenen Land hin: Dieses sei aber zu einem wesentlichen Teil auch Ergebnis von Erklärungen und Handlungen der anderen Seite.

Das Gespräch habe sich dann Polen zugewandt, wobei BM seine Gründe, den Warschau-Besuch kurzfristig zu verschieben[5], erläutert habe: Unannehmbar sei insbesondere die öffentliche Belehrung hinsichtlich eines Besuchs am Grabe Popiełuszkos gewesen, unverständlich polnische Haltung hinsichtlich des Soldatengrabes und unannehmbar die Visumsverweigerung für einen mißliebigen Journalisten.

AM Chňoupek entgegnete, er habe lange mit AM Olszowski über dieses Thema gesprochen.[6] Dieser habe bestätigt, daß wir über einen evtl. Besuch am Grabe Popiełuszkos mit der polnischen Führung hätten sprechen wollen. Insgesamt habe er – Chňoupek – den Eindruck, daß Olszowski auf den Besuch nicht ausreichend vorbereitet gewesen sei. So habe er ihm z. B. erzählt, wie man es in Prag hinsichtlich des deutschen Soldatengrabes halte und daß dies überhaupt kein Problem darstelle. Olszowski habe erwidert: „Prag ist nicht Warschau", man müsse aber über die Sache nachdenken.

Zu Ströhm äußerte AM Chňoupek, er kenne ihn überhaupt nicht und habe von ihm noch nichts gelesen.

BM äußerte hierauf Erstaunen, warum die ČSSR ihn dann nicht einreisen lasse – er bitte jedenfalls um schnellste Möglichkeit für Ströhm, die ČSSR zu besuchen und von hier aus aus eigenem Erleben zu berichten.

BM habe dann das „besondere Problem" in der Botschaft[7] angesprochen: Dessen Lösung liege sowohl im tschechoslowakischen Interesse wie auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Die Frage Chňoupeks, ob er – BM – mit den Leuten in der Botschaft sprechen wolle, habe er – BM – selbstverständlich bejaht.

AM Chňoupek habe erwidert, BM habe selbstverständlich das Recht, die Botschaft seines Landes zu besuchen und dort mit jedem, mit dem er wünsche, zu sprechen. Als BM hinzufügte, er wolle dies ohne Pressebegleitung tun, habe Chňoupek lebhaft zugestimmt. BM fügte sodann hinzu, auf seiten der DDR könne noch etwas getan werden, um die Lösung des Problems zu erleichtern: Die DDR könne ihm ermöglichen zu erklären, daß sie Ausreiseanträge „wohlwollend" prüfen werde.

AM Chňoupek habe zugesagt, sich telefonisch mit seinem DDR-Kollegen in Verbindung zu setzen. (Hinweis: Dieses Gespräch ist – wegen gleichzeitigen offi-

5 Zur Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Polen vgl. Dok. 323 und Dok. 324.

6 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich am 5./6. September 1984 in Polen auf. Zudem traf er bei der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 3./4. Dezember 1984 in Ost-Berlin mit seinem polnischen Amtskollegen Olszowski zusammen.

7 Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 337.

ziellen Besuchs Honeckers in Algerien[8] – am 19.12.1984 zustande gekommen: Es erbrachte eine von AM Fischer durchgegebene, aber „oben" abgesegnete Linie: 1) Die Haltung der DDR ist bekannt. 2) Es handelt sich (sc. bei der Situation in der Botschaft Prag) um ein Problem der BRD.)

BM fuhr fort, er werde am Abschluß seines Programms, nach der Pressekonferenz, in die Botschaft gehen[9]; die DDR möge sich ihre Antwort genau überlegen. RA Vogel habe gestern im SFB gesagt, daß keine Verhandlungen zwischen Bundesregierung und DDR-Regierung über die Ausreise geführt würden – das treffe zu. Er habe aber bereits Herrn Sindermann in New Delhi darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf Weihnachten eine rasche humanitäre Lösung angezeigt sei.[10]

AM Chňoupek habe berichtet, er habe sich, als RA Vogel in Prag war, alle Dokumente über die in der Botschaft verweilenden DDR-Bürger vorlegen lassen. Er habe das Gefühl, daß es sich um „ganz normale Fälle" handele mit Ausnahme von zehn bis zwölf, wo es Komplikationen gäbe. Im übrigen habe die ČSSR-Seite sich betont zurückgehalten.

BM würdigte dies ausdrücklich und fügte die Frage an, ob wohl die Möglichkeit bestehe, daß die Leute mit ihm im Flugzeug ausreisten?

AM Chňoupek: „Das können Sie nicht verlangen."

BM habe sodann Haftfälle angesprochen, die gewährten Gnadenerweise für Langhans[11] und Gessner[12] gewürdigt und sich nochmals dafür eingesetzt, daß auch Frau Napp[13] bald freigelassen werde und evtl. mit ihm in der Maschine abreisen könne.

(Hinweis: AM Chňoupek unterrichtete am 19.12.1984 im zweiten Delegationsgespräch, Frau Napp sei am selben Morgen freigelassen worden und befinde sich bereits auf dem Weg zur Grenze.)

BM habe sodann auch darum gebeten, den Schwiegereltern von Pavel Kohout eine Besuchsreise nach Wien[14] und Jan Hájek[15] ein Auslandsstudium in Oslo oder Wien zu ermöglichen.

Er habe die Härtefälle im Rahmen der Familienzusammenführung vorgetragen und länger über den Fall Javorsky[16] gesprochen: Er habe AM Chňoupek gesagt,

8 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte Algerien vom 17. bis 19. Dezember 1984.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen teilte am 20. Dezember 1984 mit: „Am letzten Besuchstag hielt BM internationale P[resse]K[onferenz] und besuchte sodann Botschaft, wo er – gemeinsam mit StS (BMB) Rehlinger – mit dort weilenden Deutschen aus der DDR sprach." Vgl. den Runderlaß Nr. 117; Referat 214, Bd. 139635.

10 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, am 3. November 1984 in Neu Delhi vgl. Dok. 295.

11 Zum Haftfall Langhans vgl. Dok. 347, Anm. 18.

12 Zum Haftfall Gessner vgl. Dok. 347, Anm. 19.

13 Zum Haftfall Napp vgl. Dok. 347, Anm. 20.

14 Der Schriftsteller Pavel Kohout gehörte zu den Unterzeichnern der Erklärung der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung vom 1. Januar 1977 („Charta 77"). Am 4. Oktober 1979 verweigerten ihm die tschechoslowakischen Behörden nach einem Aufenthalt in Österreich die Wiedereinreise. Er lebte fortan zusammen mit seiner Ehefrau Jelena Mašínová in Österreich.

15 Zum Fall Jan Hájek vgl. Dok. 347, Anm. 22.

16 Zum Haftfall Javorsky vgl. Dok. 193, Anm. 21.
Legationsrat I. Klasse Metger teilte der Botschaft in Washington am 4. Dezember 1984 mit, Javorsky sei seit Juli 1984 auch deutscher Staatsangehöriger: „AA hat Kenntnis davon erhalten, daß auch

daß im Hinblick auf diesen Fall vor verschiedenen Botschaften der ČSSR mit Protesten und Hungerstreiks zu rechnen sei.

AM Chňoupek habe hierauf geantwortet, es handle sich um einen simplen Spionagefall, über dessen Weiterbehandlung „das Kollektiv" entscheide. Auf Nachfrage BM habe sich ergeben, daß dies nicht das Politbüro sei, sondern eine Ebene darunter.

BM habe nur darüber Unverständnis geäußert, daß die ČSSR BM Zimmermann nicht nach Prag kommen lasse. Das Petitum, daß Reden BM Zimmermanns vorgelegt würden, sei eine Provokation: Ein deutscher Minister lege seine Reden nirgendwo vor. Es sei unbedingt notwendig, daß ihm – BM – ein Zeitraum genannt werde, in dem BM Zimmermann nach Prag kommen könne. Dies müsse natürlich nicht unbedingt „vor Weihnachten" sein, jedoch sollte es in den ersten Monaten des nächsten Jahres möglich werden.

AM Chňoupek empfahl, dieses Thema erneut bei MP Štrougal anzusprechen.

Das Gespräch führte dann zurück zum West-Ost-Verhältnis. AM Chňoupek habe berichtet, beim WP-AM-Treffen Berlin sei viel über BM Genscher gesprochen und seine realistische Haltung gewürdigt worden. BM habe erwidert, diese Würdigung sei offensichtlich noch nicht bis nach Prag durchgedrungen.

Auf Fragen BMs nach Wertung der Reise Gorbatschows nach Großbritannien[17] entgegnete Chňoupek, zum Hintergrund könne er nichts Genaueres sagen, vielleicht solle Gorbatschow etwas außenpolitische Erfahrung sammeln und sich in der Welt umsehen. Unter den ČSSR-Landwirtschaftsexperten werde Gorbatschow jedenfalls in höchsten Tönen gelobt wegen seines konstruktiven Geistes, mit dem man auch schwierige Probleme besprechen könne. (Hinweis: AL Kadnár empfahl bei späterem Gespräch, den in Wien lebenden Exiltschechen Mlynář über Gorbatschow zu befragen – er sei Studienkollege![18])

AM Chňoupek habe sodann bestätigt, daß im Januar in Sofia ein Gipfeltreffen des WP stattfinden werde[19] – er habe schon die dafür vorbereiteten Dokumente gelesen, sie seien in sehr konstruktivem Geiste gefaßt. Auf Frage BM, ob der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1615

US-Botschaft in Prag bei ts[chechos]l[owakischen] Behörden zugunsten von Javorsky interveniert hat. Hier würde interessieren, aus welchen Überlegungen heraus amerikanische Intervention erfolgte. Es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß J[avorsky] auch wegen Tätigkeiten für einen amerikanischen Geheimdienst verurteilt wurde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1394; Referat 214, Bd. 139635.

17 Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 353.

18 Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 20. Dezember 1984, in seinen Gesprächen mit dem Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium, Kadnár, vom 18. bis 20. Dezember 1984 in Prag seien folgende Themen erörtert worden: die Rolle des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sowie andere Personalien in der UdSSR, die sowjetische Westpolitik, die Auswirkungen der technologischen Entwicklung auf die Warschauer-Pakt-Staaten, die politische Führung in der ČSSR, die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR im Hinblick auf die innerdeutschen Beziehungen, die Haltung der ČSSR zu Ungarn, Grenzstreitigkeiten zwischen der ČSSR und Österreich sowie Fragen im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundesministers Genscher in der ČSSR. Vgl. dazu VS-Bd. 14125 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

19 In einer Gemeinsamen Mitteilung der Warschauer-Pakt-Staaten wurde am 15. Januar 1985 die Verschiebung der für Mitte Januar in Sofia vorgesehenen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses bekanntgegeben. Vgl. dazu den Artikel „Nach Verschiebung des Ostblock-Gipfels neue Zweifel an Handlungsfähigkeit des Kreml"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1985, S. 5.

Warschauer Pakt selbst verlängert oder erneuert werde, antwortete AM Chňoupek „verlängern, nicht neu abschließen“. (Hinweis: Von tschechoslowakischer Seite verlautete ergänzend, es gebe hinsichtlich dieser Verlängerung bis zuletzt Schwierigkeiten, einige davon seien noch neu aufgetreten.[20])

Insgesamt – so auch Chňoupek – gelte es jetzt, „in der Entspannung Gas zu geben“, damit habe er aber den Hinweis auf die „Mitte des Jahres“ verbunden, zu dem sich der neue Trend in den internationalen Beziehungen voll durchsetzen werde.

BM habe abschließend nochmals verdeutlicht, daß der Kurs der Bundesregierung klar sei. Sie stehe zu den Verträgen, und ihre ausländischen Partner sollten sich an das halten, was ihre berufenen Vertreter erklären. Auch der Bundesregierung gefielen viele Stimmen im östlichen Lager nicht – dies wisse sie aber sehr wohl bei der Ausrichtung ihrer Politik richtig einzuordnen. Sie habe jedoch den Eindruck, daß man in den Staaten des WP unterschätze, daß unsere größte Partei, die die Verträge ursprünglich abgelehnt hat, diese nunmehr nicht nur einhalte – was selbstverständlich sei –, sondern die Politik gutnachbarlicher Beziehungen in jeder Hinsicht fortführen und ausbauen wolle.

Auf Frage BMs nach der tschechoslowakischen Haltung zur Begehung des zehnten Jahrestags der KSZE-Schlußakte[21] entgegnete AM Chňoupek, er sei eigentlich der Meinung, daß ein Gipfeltreffen stattfinden solle, habe aber Sorge, „daß einer der Präsidenten nicht kommt“. Unter diesem Aspekt könne er derzeit dem Staatspräsidenten[22] nur die Begehung auf Ebene der Außenminister vorschlagen.[23]

Kaestner

Referat 214, Bd. 139635

20 Zu einer Verlängerung des Vertrags vom 14. Mai 1955 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. Dok. 311, Anm. 3.

21 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

22 Gustáv Husák.

23 Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 12. August 1985; AAPD 1985.

355

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5184/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 20. Dezember 1984, 18.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2237 **Ankunft: 20. Dezember 1984, 19.31 Uhr**

Betr.: Sitzung der SCG am 19./20. Dezember 1984 in Brüssel

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Die SCG-Sitzung am 19./20. Dezember 1984 unter dem Vorsitz von Richard Burt stand unter dem Zeichen des bevorstehenden Treffens von AM Shultz mit AM Gromyko in Genf.[2] Der politische Rahmen dieses Treffens wurde vor allem beim Abendessen der Delegationsleiter am 19.12.84 besprochen. Hierzu wird gesondert berichtet.[3] Die Vertreter der Stationierungsländer (Quint) trafen sich wie üblich vor der eigentlichen SCG-Sitzung. Dabei wurden insbesondere die Lage in den Stationierungsländern und die Haltung gegenüber der Öffentlichkeit behandelt.

2) Es bestand vollständige Übereinstimmung darüber, daß für die bevorstehenden Verhandlungen Solidarität der Verbündeten und engste Konsultationen erforderlich sind. Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Elementen wurde hervorgehoben.

Der Konsultationsprozeß soll – ohne Änderung des SCG-Mandats[4] – an die neuen Verhandlungsstrukturen angepaßt werden. Ich regte an, die Unterrichtung des NATO-Rats über das Treffen Shultz–Gromyko noch vor dem Gipfeltreffen des WP (möglicherweise am 15. Januar[5]) vorzusehen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 27. Dezember 1984 vorgelegen.

2 Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

3 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 20. Dezember 1984: „Beim üblichen Abendessen der Delegationsleiter vor der SCG-Sitzung stellte Burt den Stand der Vorbereitungen der Vereinigten Staaten auf das Shultz/Gromyko-Gespräch am 7. und 8. Januar 1985 dar. Es wurde deutlich, daß die Vereinigten Staaten hinsichtlich der künftigen Verhandlungsstruktur ein Höchstmaß von Flexibilität bekunden wollen; die Verhandlung der INF-Materie Teil der amerikanisch-sowjetischen Absprache ist, die zu der Wiederaufnahme der Verhandlungen führte. Von amerikanischer Seite werde alles getan werden, um sicherzustellen, daß INF auch künftig zur Verhandlungssubstanz gehört; sich die Amerikaner zur Substanz darauf vorbereiten, sich schon auf der ersten Sitzung in ein Gespräch einlassen zu können, ohne daß sie mit dieser Notwendigkeit rechnen. Bei INF und START werden sie im wesentlichen an die letzten westlichen Vorschläge vom Herbst des vergangenen Jahres anknüpfen. […] Die Vereinigten Staaten haben unverändert eine Präferenz, unter dem vorgeschlagenen Rahmenkonzept zu den früheren Verhandlungen INF und START zurückzukehren und einen neuen Verhandlungsstrang für Weltraum zu schaffen. Sie gehen diese Frage jedoch mit großer Flexibilität an und sind bereit, auch eine Zweiteilung in Nuklearverhandlung (INF und START) und Weltraumverhandlung bzw. eine enge Verknüpfung aller drei Themen zu prüfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2238; VS-Bd. 13395 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

4 Zur Gründung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 24. Januar 1980 und zu ihrem Mandat vgl. AAPD 1980, I, Dok. 28.

5 In einer Gemeinsamen Mitteilung der Warschauer-Pakt-Staaten wurde am 15. Januar 1985 die Verschiebung der für Mitte Januar in Sofia vorgesehenen Tagung des Politischen Beratenden Ausschus-

3) Bei dem bevorstehenden Treffen der beiden Außenminister in Genf wird es nach amerikanischer Auffassung um die Vorbereitung der eigentlichen Verhandlungen gehen. Die USA sind, was die Verhandlungsmodalitäten betrifft, flexibel, wenngleich sie getrennte Verhandlungen über INF, strategische Waffen und Weltraumwaffen vorziehen würden. Zu INF wollen die USA schon bei Beginn der Verhandlungen auf die im Bündnis konsultierte Verhandlungsposition vom Herbst 1983 hinweisen und die darin enthaltene Flexibilität unterstreichen.

II. Im einzelnen

1) Burt selbst kennzeichnete den Zusammenhang zwischen Solidarität und Konsultationen als „Zweibahnstraße". Er unterstrich besonders die Bedeutung der SCG. Ohne die in diesem Rahmen geführten Konsultationen wäre die Durchführung der Bündnisentscheidung vom Dezember 1979[6] nicht möglich gewesen. AM Shultz sei mit dem Verlauf der Tagung der NATO-Außenminister[7] und mit dem Grad der Einigkeit im Bündnis, die sich dabei gezeigt habe, sehr zufrieden gewesen. Auf amerikanischer Seite begrüße man auch die Anstrengungen zur Verbesserung insbesondere der konventionellen Verteidigung.

2) Zum Konsultationsprozeß bestand Einigkeit, daß er weiterhin auf drei Ebenen geführt werden solle:

– SCG,

– NATO-Rat,

– bilaterale Konsultationen.

Wenn die USA auch eine Erweiterung des SCG-Mandats nicht in Betracht ziehen, so haben sie doch das Abendessen der Delegationsleiter benützt, um INF im politischen Kontext zu behandeln. Die Quint-Sitzung wird weiterhin benutzt werden, um die öffentlichen Stellungnahmen der Verbündeten zu harmonisieren. In diesem Rahmen kündigte Burt auch an, die USA würden ein Argumentationspapier über SDI zirkulieren.

Ich wies darauf hin, daß der Konsultationsprozeß – ohne Änderung der Strukturen – doch an den neuen Verhandlungsrahmen angepaßt werden müßte. Burt zeigte dafür Verständnis. Er griff auch meine Anregung auf, nach den Konsultationen im NATO-Rat jeweils Treffen mit hochrangigen Experten aus den Hauptstädten abzuhalten.

Er konnte allerdings nicht zusagen, daß ein solches Treffen nach jeder Unterrichtung des NATO-Rats abgehalten werden könnte.

Ich wies, hierin besonders von B unterstützt, darauf hin, daß der Konsultationsprozeß auch für unsere Öffentlichkeit sichtbar sein müsse. Er könne gleichwohl, wie bisher, in der Substanz streng vertraulich sein.

NOR und KAN betonten – mit einem Unterton der Selbstkritik –, daß der vorhandene Konsultationsmechanismus von den Verbündeten der USA auch wirklich genutzt werden sollte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1618

ses bekanntgegeben. Vgl. dazu den Artikel „Nach Verschiebung des Ostblock-Gipfels neue Zweifel an Handlungsfähigkeit des Kreml"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1985, S. 5.

6 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

7 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 vgl. Dok. 339 und Dok. 349.

3) In einer Vorschau auf das Genfer Treffen der beiden Außenminister stellte Burt fest, daß die SU weiterhin auf mehreren Ebenen arbeiten werde. Mit einer neuen „Friedensoffensive“ sei zu rechnen. Die Propaganda, insbesondere an die Adresse der europäischen Öffentlichkeit, werde weitergehen. Wir müßten zu INF mit einem Moratoriumsvorschlag rechnen. Es bleibe abzuwarten, wann die SU sich bereit zeige, unterhalb der Ebene der Propaganda ernsthaft zu verhandeln. Zur Vorbereitung der Verhandlungen werden möglicherweise ein weiteres Treffen der Außenminister oder Gespräche auf niedrigerer Ebene notwendig sein. Die USA würden aber schon in Genf auf die westliche Verhandlungsposition zu INF hinweisen, über die ein Konsens im Bündnis bestehe. Die Verbündeten seien auch mit den besonderen Anstrengungen vertraut, die Botschafter Nitze in den INF-Verhandlungen unternommen habe.

Der Bewertung der sowjetischen Haltung wurde allgemein zugestimmt.

Ich begrüßte es, daß die USA an die und Position von Herbst 1983 anknüpfen und die Flexibilität ihrer Position unterstreichen wollen.[8] Vertraulichkeit der Verhandlungen sei wichtig. Sie werde durch intensive Konsultationen im Bündnis nicht beeinträchtigt werden.

4) In dem Treffen der Stationierungsländer (Quint) stellte B – nachdem ich auf Pressemeldungen hingewiesen hatte, nach denen die belgische Regierung nun die Aufschiebung der Stationierung beschlossen habe – deutlich fest, daß Belgien weiterhin an der Entscheidung des Bündnisses festhalte. AM Tindemans habe deshalb – mit ausdrücklicher Billigung des Premierministers – dem Kommuniqué der NATO-Außenminister[9] ohne Vorbehalt zustimmen können. Martens und Tindemans stünden zu dieser Position. Aus innenpolitischen Gründen habe allerdings eine für Dezember dieses Jahres geplante Entscheidung der belgischen Regierung auf Januar oder Februar 1985 verschoben werden müssen.

Der niederländische Vertreter berichtete über eine Reaktivierung der niederländischen Friedensbewegung. Es sei ein „Volksreferendum“ in Vorbereitung. Für die öffentliche Diskussion sei es besonders wichtig, präzise Zahlen über die SS-20-Stationierung zu haben.

Der britische Vertreter bezeichnete die Demonstrationen in Greenham Common[10] als einen Fehlschlag. Die Vorbereitungen am zweiten Stationierungsort[11] seien noch nicht so weit gediehen, daß sie als Ansatz für weitere Demonstrationen benutzt werden könnten. Jetzt verlagere sich der Schwerpunkt der Anti-Nuklear-Bewegung auf die Einführung der Trident.

Italien verwies auf die bevorstehenden Regionalwahlen im Mai 1985, bei denen es vor allem darum gehe, ob die PCI den Erfolg der Europawahl[12] wiederholen

8 So in der Vorlage.

9 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 129–131. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 85–87.

10 Ab September 1981 entwickelte sich in Greenham Common ein hauptsächlich von Frauen getragenes Protestcamp, das wiederholt Demonstrationen gegen die INF-Stationierung in Großbritannien organisierte.

11 Als zweiter Ort für die INF-Dislozierung in Großbritannien war Molesworth vorgesehen.

12 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt. Die Kommunistische Partei Italiens erreichte 33,3 % der Stimmen bzw. 27 Mandate.

könne. Wahlkampfäußerungen auch zu INF seien nicht auszuschließen. MP Craxi wisse aber, daß seine Regierung einen Vorschlag eines INF-Moratoriums außerhalb der Verhandlungen nicht mittragen würde.

Ich erwähnte, daß Vertreter der Friedensbewegung bei uns für eine Denkpause im Jahre 1985 einträten. Dies mache deutlich, wie sehr sich das politische Umfeld nach der Stationierung verändert habe. In diesem Zusammenhang erläuterte ich auch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts.[13] Wenn Solidarität im Bündnis in den vergangenen schwierigen Jahren möglich gewesen sei, dann müsse sie auch bei reaktiviertem Ost-West-Dialog verwirklicht und demonstriert werden können. Es bleibe von entscheidender Bedeutung, den europäisch-amerikanischen Verbund zu praktizieren und damit die Position des Westens bei bilateralen und multilateralen Verhandlungen zu stärken. Darin liege die besondere Bedeutung des Bundeskanzlerbesuchs in Washington[14], der Tagungen der NATO-Minister, des Besuchs von AM Shultz[15] und auch der heutigen SCG-Sitzung.

5) Die nächste Sitzung wurde für die dritte oder vierte Januarwoche in Aussicht genommen.[16]

[gez.] Ruth

VS-Bd. 13395 (213)

13 Das Bundesverfassungsgericht beschäftigte sich auf Antrag der Bundestagsfraktion der Grünen mit der Frage, ob die Bundesregierung mit ihrer Zustimmung zum Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 Rechte des Bundestags unmittelbar gefährdet oder verletzt habe. Der Antrag wurde zurückgewiesen. Für den Wortlaut des Urteils vom 18. Dezember 1984 vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 68, S. 1–132.

14 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

15 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1984 in der Bundesrepublik auf.

16 Die nächste Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO fand am 9. Januar 1985 in Brüssel statt.

356

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

02-424.10 **27. Dezember 1984**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3]

Betr.: die außen- und europapolitische Dimension der Telekommunikations- und Fachinformationspolitik/Datenbanken sowie der grenzüberschreitenden Datenflüsse;
hier: Vorschläge für eine Stärkung der Stellung des Auswärtigen Amts im Ressortkreis

Bezug: Weisung des Herrn Bundesministers

1 Anlage[4]

I. Die Stellung des Auswärtigen Amts im Ressortkreis

Das Auswärtige Amt wird besondere Anstrengungen unternehmen müssen, um in zentralen Feldern der Technologiepolitik, vor allem auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik, die außenpolitischen Gesichtspunkte und insbesondere auch die europäische Dimension im Ressortkreis zur Geltung zu bringen.

Diese Aufgabe ist aus verschiedenen Gründen schwierig:

1) BMFT und auch BMPost verfolgen eine ressortspezifische und vor allem national ausgerichtete Politik in den Bereichen Fachinformationspolitik, Telekommunikation und grenzüberschreitende Datenflüsse. Beide Ministerien fürchten einen Transfer von Haushaltsmitteln und Zuständigkeiten nach Brüssel und vor allem eine Einbindung in umfassendere europäische Konzepte und Strategien.

Das BMPost hat jetzt einen nationalen Plan für die Telekommunikation, vor allem für die Einführung des ISDN, entwickelt. Die europäische Dimension hat in diesem Plan, der fortgeschrieben wird, vorerst noch keinen Platz. Kollegen aus dem BMPost betonen immer wieder, daß sie nicht zu Instrumenten einer europäischen Industrie- und Technologiepolitik werden wollen. Andererseits ist zu beobachten, daß das BMPost auf die Vorstellungen der EG-Kommission zu einem europaweiten Glasfaser-Overlay-Netz relativ offen reagiert hat.

Die Kooperations- und Koordinationswilligkeit des BMFT im Bereich der Fachinformation ist nur schwach ausgeprägt (was z. T. aber wohl auch auf den Mangel an sachkundigen Gesprächspartnern in den Ressorts zurückzuführen ist).

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Grewlich konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. Dezember 1984 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1985 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Referat 02 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 14. Januar 1985 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bazing am 15. Januar 1985 vorgelegen.
4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 7.

2) Die Art und Weise, wie das BMWi die ordnungspolitische Position der Bundesregierung vorträgt, wirkt häufig bremsend und belastend. Dabei kommt es gerade heute – angesichts der zukunftsentscheidenden technologiepolitischen Herausforderungen – darauf an, daß die Bundesrepublik Deutschland sich dazu durchringt, nicht nur zu prüfen[5], ob die Vorschläge aus Brüssel in das „wirtschaftsdogmatische Raster" passen (im Sinne des juristischen „Subsumtionsvorgangs"), sondern sie muß im wohlverstandenen deutschen Interesse europapolitische Initiative gerade auch auf dem vitalen Gebiet der Hochtechnologie aktiv vorantragen. Von unseren europäischen Partnern werden wir – und dies ist mit ein Ergebnis der Haltung des BMWi – gerade in Fragen einer europäischen Technologiepolitik als retardierendes Element, nicht aber als Partner gesehen, der initiativ agiert.

3) Die Zurückhaltung des BMF in Fragen finanzwirksamer Programme der europäischen technologischen Zusammenarbeit ist bekannt. Aber mit Zurückhaltung macht man keine Politik; man spart im Grunde auch kein Geld. Vielmehr wird eine Regierung ihrer Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler nur dann gerecht, wenn sie sich um eine klare Interessendefinition bemüht und dann versucht, diese Interessen auch durchzusetzen. Zu einer solchen Interessendefinition gehört auch eine klare Unterscheidung zwischen Zukunftsinvestitionen und Erhaltungssubventionen.

Weder in der europäischen Telekommunikationspolitik (gemeinsame Forschung; Glasfaser-Overlay-Netz, mobiles Telefon usw.) noch auf dem Gebiet einer über die gegenwärtigen punktuellen Ansätze hinausgehenden europäischen Fachinformationspolitik und der damit eng zusammenhängenden Frage der grenzüberschreitenden Datenflüsse hat die Bundesregierung es bisher vermocht, ihre außen- und europapolitischen Interessen zu definieren. Es gilt, ein initiatives Konzept für das Vorgehen in Brüssel zu erarbeiten bzw. Vorschläge zu machen für eine gemeinsame europäische Position, wie z. B. im GATT (Hochtechnologiehandel, Handel mit Dienstleistungen) oder in der UN-Kommission für transnationale Unternehmen (grenzüberschreitende Datenflüsse). Es droht die Gefahr, daß immer wieder der Handlungsablauf eintritt, den unsere europäischen Partner längst kennen:

– Phase 1: Die Bundesrepublik hat noch keine politische Meinung.
– Phase 2: Zu einem relativ späten Zeitpunkt, wo die jeweiligen Verhandlungen schon dem Abschluß nahen, findet in Bonn die entscheidende Ressortabstimmung statt. Dann werden unsere Vertreter in Brüssel angewiesen zu „bremsen".
– Phase 3: Im Rahmen eines Ministerrats, Europäischen Rates oder deutsch-französischen Gipfels ist dann die Bundesrepublik unter dem Druck unserer Partner gezwungen, „umzufallen" und an – auch finanzwirksamen – Politiken und Programmen teilzunehmen, die sie letztlich nicht von vornherein aktiv mitbeeinflußt hat und die daher nicht ausreichend ihrem Interesse entsprechen.

So werden wir zum „Zahlmeister", beeinflussen aber nicht zukunftsentscheidende Felder europäischer Politik.

[5] Korrigiert aus: „nicht nur prüfen".

II. Die Stärkung der Stellung des Auswärtigen Amts

In der europäischen Forschungspolitik (ESPRIT[6]) und z.T. auch in der Telekommunikation ist es dem Auswärtigen Amt gelungen, im Ressortkreis eine vorantreibende Rolle für die europäische Dimension zu übernehmen. Es gilt nun, in der europäischen Kommunikationspolitik noch stärker tätig zu werden und insbesondere auch aktiv an die Fachinformationspolitik und die „grenzüberschreitenden Datenflüsse" heranzugehen.

Die Stellung des Auswärtigen Amts im Ressortkreis könnte durch eine Reihe organisatorischer Maßnahmen sowohl innerhalb der Bundesregierung als insbesondere auch im Auswärtigen Amt selbst erheblich verbessert werden:

– Der vorgeschlagene „Technologierat" (analog zum Bundessicherheitsrat) würde die Ressorts zu einer verbesserten Koordination zwingen und damit auch dem Auswärtigen Amt stärkere Einflußmöglichkeiten geben.
– Die von Abteilung 4 vorgeschlagene und von Herrn Bundesminister als mittelfristige Lösung – mit Wirkung für den Haushalt 1986 – gebilligte Technologie-Unterabteilung würde die Schlagkraft des Auswärtigen Amts erheblich stärken.
– Eine verbesserte Koordinierung der aufgespaltenen Zuständigkeiten im Auswärtigen Amt selbst, insbesondere zwischen Abteilung 4 und 6, ist notwendig.
– Mit dem Aufbau verstärkter technologiepolitischer Kapazitäten im Auswärtigen Amt sollte nicht bis zur Einrichtung der Technologie-Unterabteilung gewartet werden. Rasches Handeln ist erforderlich, um dem Auswärtigen Amt in dem zukunftsweisenden Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien – in dem die Dinge noch im Fluß sind – eine einflußreiche Position zu sichern.

Die Vorlage ist – ebenso wie der anliegende Vermerk[7] – mit Abteilungen 1, 4 und 6 besprochen worden. Abt. 4 hat beim organisatorischen Teil mitgewirkt. D 4[8] hat mitgezeichnet.

Seitz

Referat 02, Bd. 178498

6 Zum Europäischen Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) vgl. Dok. 64, Anm. 23.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für die Langfassung dieser Aufzeichnung vom 27. Dezember 1984 vgl. Referat 02, Bd. 178498.

8 Werner Ungerer.

357

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-5267/84 VS-vertraulich **Aufgabe: 31. Dezember 1984, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4826 **Ankunft: 31. Dezember 1984, 13.20 Uhr**

Betr.: sowjetische Haltung am Vorabend des Gesprächs Gromyko – Shultz am 7./8.1.1985 in Genf[2]

Zur Unterrichtung

1) Sowjetische Darstellung der sowjetischen Haltung

1.1) Sowjetische Führung führt Zustandekommen Genfer Gesprächs auf ihre Initiative zurück. Bisher selbst in der Defensive, sucht sie nunmehr USA in Defensive zu treiben. „Jeder konkrete Schritt auf Verminderung der nuklearen Kriegsdrohung überall … wird entsprechende praktische Antwort von uns finden", sagte Gorbatschow am 18.12. in London.[3] SU erklärt sich zudem „zu radikalen Begrenzungen nuklearer Waffen" auch im Mittelstreckenbereich bereit (Sagladin in Sovetskaja Rossija am 27.12.1984). Bei diesem Wechsel von einjähriger Gesprächsverweigerung zu „gänzlich neuen" Gesprächen ist nicht mehr von unannehmbarer Forderung die Rede, daß Westen vor Aufnahme neuer Rüstungskontrollverhandlungen bei INF Status quo ante wiederherzustellen habe. Wechsel wird mit Wirkung begründet, welche sowjetische „Gegenmaßnahmen" und Entwicklung weitreichender Marschflugkörper angeblich auf Weißes Haus ausgeübt haben.

1.2) Der Behauptung der SU, Genfer Gespräch gehe auf ihre Initiative zurück, widersprechen USA nicht. Ebensowenig beuten diese sowjetischen Verzicht auf frühere Vorbedingung des Status quo ante aus. Wenn USA damit auch SU helfen, Gesicht zu wahren, hat sich sowjetische Führung dennoch mit ihren jüngsten Schritten bravourös[4] aus Schwierigkeiten manövriert, in welche sie sich während letzten Jahres verstrickt hatte: Von eigener öffentlicher Meinung weitgehend unabhängig, hat sie mit neuer „Initiative" Schlappe, die sie mit Nachrüstungsbeschluß[5] erlitten hatte, dem Vergessen anheimgegeben; wachsendes

1 Hat Vortragendem Legationsrat Altenburg am 3. Januar 1985 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Elfenkämper am 3. Januar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Lesenswert."
Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar und Legationsrat I. Klasse Wrede vorgelegen.
Hat Altenburg am 15. Januar 1985 erneut vorgelegen.

2 Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 10. Januar 1985 und den Drahterlaß Nr. 202 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 10. Januar 1985; AAPD 1985.

3 Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 353.
Für den Wortlaut der Rede Gorbatschows am 18. Dezember 1984 vor Mitgliedern des britischen Parlaments in London vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 121–129.

4 Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Elfenkämper unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

5 Zum Beschluß des Bundestags vom 22. November 1983 vgl. Dok. 1, Anm. 8.

Unverständnis westlicher Öffentlichkeit wie eigener Verbündeter für trotzige Verweigerung von Rüstungskontrollverhandlungen wird nunmehr mit Erklärung, angeblich jetzt zu radikalen Konzessionen bereit zu sein, zerstreut.[6]

1.3) Burts Annahme, die er im Brüsseler SCG am 19./20.12.[7] vorbrachte, daß SU weiterhin auf mehreren Ebenen arbeiten werde, und zwar mit neuer „Friedensoffensive" und mit vornehmlich auf europäische Öffentlichkeit zielender Propaganda, trifft damit schon jetzt voll zu. SU hat Schwarzen Peter Washington zugespielt. Bisheriges Fehlen der Instruktionen für AM Shultz und Präsident Reagans Bestehen auf Fortführung amerikanischen SDI-Programms, welches im Westen kontrovers, erleichtert sowjetische Taktik, Reagan unter kräftigen Erfolgsdruck und sich bei europäischer Öffentlichkeit in freundliches Licht zu setzen.

2) Sowjetischer Verhandlungswille

Meint SU ihren erklärten Willen zum Dialog ernst oder will sie Dialog „platzen" lassen? US-Administration hält dieses für unwahrscheinlich und jenes für wahrscheinlicher. Ich teile diese Meinung. Es gibt gewichtige Anzeichen für Ernsthaftigkeit sowjetischen Verhandlungswillens:

2.1) SU muß nach Reagans Wiederwahl[8] amerikanisches Rüstungsprogramm im Weltraum wie auf nuklearem und konventionellem Feld ernst nehmen.

2.2) Reagans SDI-Absichten haben zumindest den einen Vorteil, sowjetische Führung an empfindlichen technisch-wissenschaftlichen Rückstand der SU erinnert zu haben. Gorbatschow in London: „Die Menschheit steht an der Schwelle einer neuen Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution, die sich auch auf die weitere Entwicklung der Militärtechnik auswirkt." Es ist bezeichnend, daß er in diesem Zusammenhang auf sonst hier stereotype Behauptung verzichtet, SU sei militärischen Herausforderungen der USA überall gewachsen.

2.3) SU mag zwar Weltraumrüstung Schlüsselbedeutung einräumen, dennoch muß sie amerikanisches Modernisierungsprogramm (z.B. MX, B-1-Bomber, Trident, Midgetman) vor allem in einem Jahr, in dem SALT-II-Vertrag[9] auslaufen wird, beunruhigen.

2.4) Sowjetische Wirtschaftsleistungen sind weniger jämmerlich als ihr Ruf und besonders wie Washington sie darstellt. Dennoch ist Sorge um deren anhaltende, und Rüstungskontrolle wachsende, Belastung gewiß ein Hauptmotiv für sowjetische Kehrtwende.[10] Die Indizien:

2.4.1) Romanow kürzlich zu westlichem Kollegen: In Genf werde sich entscheiden, ob europäische Völker für friedliche Wirtschaftsziele arbeiten dürften oder für Wettrüsten arbeiten müßten.

6 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Elfenkämper durch Fragezeichen hervorgehoben.

7 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 355.

8 Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78% der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6% der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

10 So in der Vorlage.

2.4.2) Gorbatschow in London zweimal sinngemäß: SU brauche Frieden, um sich auf Lösung wirtschaftlicher Probleme konzentrieren zu können.

2.4.3) SU hat es eilig, bald zu Absprache zu kommen, um technische Entwicklung, die wirtschaftliche Folgen hätte, unter Kontrolle zu halten, und welche ihr entgleiten zu drohen scheint (Kossolapow[11] und Bondarenko sinngemäß zu mir).

3) Bremskräfte

Solche bestehen und können Dialog erschweren:

3.1) SU will nicht als Demandeur erscheinen in einer Lage, in der materiell USA im Vorteil sind. Analog zu deren Verhalten in Genf wird sowjetische Haltung vorsichtig sein, man wird sich mit[12] eigenen Vorschlägen zurückhalten und Vorstellungen der Gegenseite ergründen wollen.

3.2) SU hat auch objektive Gründe, vorsichtig vorzugehen, solange sie nicht weiß, welche Denkschule in Washington bei Reagan Oberhand gewinnen wird.

3.3) Sowjetische Streitkräfte werden vermutlich Ankündigung möglicher radikaler Begrenzungen nuklearer Waffen mit gemischten Gefühlen vernommen haben. Als „Beati possidentes" wird konservativ denkende Generalität Einschnitte in mühsam errungenen Besitzstand fürchten und geneigt sein, auf Hoffnung zu setzen, durch drastischen Aufwuchs ihres Offensivpotentials SDI durchlöchern zu können. Hochrangiger Rüstungswissenschaftler zu französischem Kollegen: Mit Bruchteil der für SDI erforderlichen Kosten sei sowjetisches strategisches Offensivpotential so zu steigern, daß SDI wirkungslos bleibe. Allerdings scheint Einfluß sowjetischen Militärs auf Entscheidungen sowjetischer Außenpolitik gegenüber Vorjahr deutlich beschnitten zu sein.

3.4) AM Gromykos Gewicht schien im letzten Jahr innerhalb sowjetischer Führung deutlich gestiegen. Er war wohl für sowjetische Nachrüstungsschlappe wie für Trotzhaltung der letzten zwölf Monate mitverantwortlich. Ob er nun Entscheidung der Gesamtführung, diese Haltung aufzugeben, selbst vorangetrieben hat, ist unklar. Für gewisse Zweifel sprechen als Indizien:

3.4.1) GS Tschernenko war bei Begegnungen mit westlichen Besuchern – von BM Genscher[13] über Mitterrand[14] zu Sir Geoffrey Howe[15] – aufgeschlossener und gesprächsbereiter als sein AM.

3.4.2) Sagladin zu westlichen Kollegen: Bisherige sowjetische Behandlung Japans wirke sich kontraproduktiv aus und werde sich ändern. Tatsächlich änderte sie sich – in Korrektur der bis zum Herbst 1984 vom SAM betriebenen Politik. Im ZK der KPdSU gibt es also offenbar realistischere Denkweisen als in Gromykos Amtsbereich, die sich zumindest in Teilbereichen durchgesetzt zu haben scheinen.

3.4.3) Gorbatschows Auftritt in GB unterscheidet sich in Form und Aussage von spröder Routine, die man von Gromyko gewohnt war.

11 Korrigiert aus: „Kossalbow".

12 Korrigiert aus: „man wird mit".

13 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 148 und Dok. 153.

14 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1984 in der UdSSR auf.

15 Der britische Außenminister Howe besuchte die UdSSR vom 1. bis 3. Juli 1984. Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 12.

Gromyko, für seine Loyalität gegenüber Weisungsgebern bekannt, wird gewiß Auftrag kollektiver Führung, Dialog bald in erfolgreiche Verhandlungen münden zu lassen, getreulich ausführen. Am Genfer Tisch hat er allerdings ebenso praktische Gelegenheit, Gang des Gesprächs in einem oder anderen Sinn zu beeinflussen wie AM Shultz auf amerikanischer Gegenseite.

4) Umbrella[16]

SU lehnt dieses Konzept ab, besteht jedoch auf Zusammengehörigkeit der Elemente Weltraum und Nuklearsysteme. Geäußerte Ablehnung bedeutet wohl Zurückweisung des Konzepts als eines amerikanischen, nicht aber des Konzepts als solchem. Konzeptionelle Vorprüfung nimmt SU wohl hin, sie darf aber nach deren Auffassung nicht baldiger Aufnahme von Verhandlungen im Wege stehen. Denn man hat es hier eilig. Beharren auf Zusammengehörigkeit aller Elemente entspringt, wie sowjetische Gesprächspartner zugeben, der Lehre, die SU aus früheren Fehlern gezogen haben will, nämlich dem Ausschluß von FBS und Drittstaaten-Systemen aus Rüstungskontrollverhandlungen mit USA zugestimmt zu haben. Ob SU prozedural nur einen Verhandlungstisch oder auch mehrere hinnehmen wird, ließ sie bisher offen. Hier scheint sie biegsam zu sein, nicht aber hinsichtlich der Interdependenz der zu erörternden Materien. Wieweit SU Einstellung des SDI-Programms letzten Endes zur Vorbedingung jeglicher Vereinbarung auch auf anderem Gebiet machen wird, ist noch unklar. Bisher behaupten dies unsere sowjetischen Gegenüber und weisen Gedanken einer Abtrennung des SDI-Elements vom ASAT-Element brüsk zurück. Über mögliche Teil- und Zwischenlösungen schweigen sie sich verständlicherweise aus.

5) Das Umfeld

5.1) Über frühere Forderung nach Ratifizierung der TTBT[17]- und PNET[18]-Verträge[19] schweigen heute sowjetische Gegenüber.

5.2) CW, MBFR und KVAE erscheinen trotz Bedeutung, die wir diesen Themen beimessen, in hiesiger Sicht eine der Thematik der Genfer Gespräche nachgeordnete Rolle zu spielen.

6) Ausblick

6.1) Erfolg Genfer Gesprächs wird weitgehend von heute noch unbekanntem Kurs amerikanischer Delegation abhängen. Sowjetischen Willen, zu weitreichenden Abkommen zu gelangen, kann man unterstellen. Dabei ist aber zu bedenken, daß sowjetische Führung nicht so kraftvoll sein mag, angekündigte radikale

16 Zum amerikanischen „Umbrella-Konzept“ vgl. die Rede des Präsidenten Reagan am 24. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York; Dok. 244, Anm. 7.

17 Threshold Test Ban Treaty.
Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

18 Peaceful Nuclear Explosion Treaty.
Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 28. Mai 1976 über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

19 Zur Frage einer Ratifizierung der sogenannten „Schwellenverträge“ durch die USA vgl. Dok. 129, Anm. 30.

Konzessionen aus relativer Position der Schwäche im gegebenen Fall tatsächlich auf sich zu nehmen.[20]

6.2) Sowjetischer Führung ist es gelungen, sich aus Schmollwinkel herauszumanövrieren und Eindruck zu vermitteln, sie habe Gesetz des Handelns an sich gerissen. Dies verlangt größere Anstrengungen unserer amerikanischen Freunde, ihre insgesamt bislang erfolgreiche Politik unserer Öffentlichkeit überzeugend zu erläutern.

6.3) Reagans SDI-Pläne haben es letzten Endes vermocht, SU an Verhandlungstisch zurückzubringen. Sein heutiges Beharren auf Fortsetzung des SDI-Programms ist taktisch geeignet, SU bei der Stange zu halten und Gegenleistungen auf anderen Gebieten zu erwirken. Insoweit sind SDI-Pläne zweckmäßig. Sollte allerdings an ihnen auf Dauer Einigung mit SU auf anderen Feldern zu scheitern drohen, fiele Verbündeten der USA Aufgabe zu, auf amerikanischen Kurswechsel zu drängen.[21]

6.4) Um sowjetischen Spaltungsabsichten entgegenzuwirken, müssen wir zunächst amerikanische Verhandlungsposition mittragen – auch wenn diese Möglichkeit einschließt, daß wir als Nichtbeteiligte am Dialog der Großmächte zeitweilig an Bedeutung einbüßen. Dieser Zustand wird aber nicht lange dauern, denn unsere Stimme in Washington wird für hiesige Führung auf die Dauer weiterhin hohen Stellenwert haben.

[gez.] Kastl

VS-Bd. 13377 (212)

20 Der Passus „Erfolg Genfer … zu nehmen“ wurde von Legationsrat I. Klasse Elfenkämper durch Fragezeichen hervorgehoben.

21 Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Elfenkämper handschriftlich: „Es geht schon wieder los.“

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

– Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
– In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1984 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
– Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1984 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
– Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
– Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
– Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
– Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
– **Band I** reicht von Dokument 1 bis 180 bzw. von Seite 3 bis Seite 859, **Band II** von Dokument 181 bis 357 bzw. von Seite 861 bis 1629.

Abdel-Hamid, Mohamed el-Shaffie Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Bonn seit 24. September 1984 S. 1335

Abdel-Meguid, Ahmed Esmat Außenminister der Arabischen Republik Ägypten seit 17. Juli 1984 **Dok. 291** und S. 1405[20]

Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud Kronprinz des Königreichs Saudi-Arabien, Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Kommandeur der Nationalgarde S. 1207[15], 1338

Abdullah I. ibn Hussein al-Haschemi 1921–1946 Emir von Transjordanien, 1946–1948 König des Haschemitischen Königreichs Transjordanien, 1948–1951 König des Haschemitischen Königreichs Jordanien, 1951 in Jerusalem ermordet S. 119

Abe, Shintaro Außenminister Japans **Dok. 165, 166, 257** und S. 761[24]

Abrahamson, James A. Generalleutnant und Mitarbeiter der NASA bis April 1984, anschließend Mitarbeiter des amerikanischen Verteidigungsministeriums (Director Strategic Defense Initiative Organization) S. 611, 645, 873 f., 877

Abrams, Elliott Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Human Rights and Humanitarian Affairs) S. 843

Abshire, David Manker Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 258[8], 603, 874, 1315, 1330[2], 1446

Abu Ghazala, Abd al-Halim Feldmarschall und ägyptischer Verteidigungsminister S. 679 f.

Acheson, Dean 1949–1953 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 533[20]

Adam, Hermann Oberst i.G. und Verteidigungsattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 240[13]

Adamek, Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 39** und S. 181[2], 420[1], 496[1], 884[1], 964[3], 1145[1], 1150[1+3], 1243[1+3], 1273[3], 1366[1], 1408[1+3]

Adelman, Kenneth Lee Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Director, Arms Control and Disarmament Agency) S. 208[2], 624–626, 1480

Adenauer, Konrad 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 95, 97, 155, 221, 229, 335[7], 474, 614[5], 664, 697, 1071[28], 1263, 1289

Agca, Mehmet Ali S. 931

van Agt, Frans J. T. J. Botschafter des Königreichs der Niederlande in Moskau S. 848

Alaini, Mohsin Ahmad Botschafter der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) in Bonn S. 606[2]

Albrecht, Ernst Ministerpräsident des Landes Niedersachsen (CDU) S. 500

Alexandrow-Agentow, Andrej Michajlowitsch Mitglied des ZK der KPdSU und Berater des Generalsekretärs des ZK S. 230, 715, 1080, 1499[11]

Alfonsín, Raúl Ricardo Präsident der Argentinischen Republik **Dok. 110** und S. 395, 594, 798, 800[13], 818[7], 821, 913, 933[10], 1405[24], 1406

Alijew, Gejdar Alijewitsch Generalmajor, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident S. 199, 214

de Almeida, Luis José Botschafter der Republik Angola in Paris S. 1508[10]

Almunia Amann, Joaquín spanischer Arbeitsminister S. 482

Alten, Jürgen von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London bis 23. Oktober 1984, anschließend Botschafter in Lagos S. 5[7], 922[4]

Altenburg, Günther Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ des Auswärtigen Amts bis 19. September 1984, anschließend im Referat 212 „Fragen der

allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)", seit 1. Oktober 1984 als Vertreter des Referatsleiters S. 1625[1]

Altenburg, Wolfgang General und Generalinspekteur der Bundeswehr S. 82, 379[8], 413[1], 425, 672, 674, 675[13], 676

An Zhiyuan Botschafter der Volksrepublik China in Bonn S. 1256, 1258

Andrade Díaz-Durán, Fernando Außenminister der Republik Guatemala S. 1192 f.

Andréani, Jacques Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires politiques) bis Oktober 1984, anschließend Botschafter in Rom **Dok. 1, 28, 52, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 297** und S. 15, 17[19], 45, 82–86, 189[21], 203, 382, 447 f., 452, 557–562, 673–677, 741[19], 998[2], 999, 1321 f., 1324, 1345, 1348[16], 1389, 1400[2], 1401[3]

Andrei, Stefan Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien **Dok. 280** und S. 70, 71[14], 78[7], 1282, 1284[12], 1295, 1471 f., 1484–1487

Andreotti, Giulio Außenminister der Italienischen Republik **Dok. 17, 165, 166, 257** und S. 106, 120, 292, 294–296, 298 f., 306, 324, 442, 456, 602, 616, 620, 669 f., 708, 728, 738, 742, 759, 1072[3], 1092 f., 1116, 1165, 1174–1177, 1192, 1226, 1313, 1330, 1332, 1336, 1375, 1424, 1495

Andriessen, Frans Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Beziehungen zum Europäischen Parlament und für Wettbewerb) sowie seit 28. September 1984 Repräsentant der EG-Kommission im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") S. 1457[4], 1458–1460

Andronic Handelsrat und rumänischer Beauftragter für Gespräche zur Aussiedlung von Deutschen S. 1471[4]

Andropow, Jurij Wladimirowitsch Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis zu seinem Tod am 9. Februar 1984 S. 32[7], 38[12], 53[8], 57, 71, 76, 80, 142, 199[14], 210, 212[2+3], 213–215, 217[2], 218, 221, 225, 226[1], 230, 232 f., 241, 255[11], 257[4], 269, 278–280, 319, 331[32], 332, 337, 338[8], 356, 366, 384, 406, 421, 441, 522, 551, 610, 622, 758, 831 f., 834 f., 939, 1015[7], 1028[17], 1038, 1258, 1283 f., 1288, 1298, 1360, 1372[6], 1426[11], 1492[11], 1534 f., 1576, 1582

Antonow, Alexej Konstantinowitsch sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 1422

Antonow, Sergej Iwanow Mitarbeiter der bulgarischen Luftfahrtgesellschaft Balkan, seit 1982 in Italien inhaftiert S. 1377

Apel, Hans 1978–1982 Bundesminister der Verteidigung S. 156, 242[18], 378[7], 980[6]

Arafat, Yasser Vorsitzender des ZK der palästinensischen Organisation „Al Fatah" und des Exekutivkomitees der PLO S. 63, 64[24], 105, 108, 118, 197, 840, 1181

Arbatow, Georgij Arkadjewitsch Direktor des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Mitglied des ZK der KPdSU S. 36, 455, 972

Archipow, Iwan Wassiljewitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident S. 150, 152, 636 f., 699

Aristeguieta Gramcko, Adolfo Botschafter der Republik Venezuela in Bonn bis November 1984 S. 818[7]

Armacost, Michael Hayden Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Manila bis 17. Mai 1984, anschließend Staatssekretär im Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 375, 968[2], 1041, 1305, 1307, 1371[4], 1498

Arnaud, Claude Botschafter der Französischen Republik in Moskau S. 1581 f.

Arndt, Helmut Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad **Dok. 286**

Arndt, Rudi Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 24. Juni 1984 Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion S. 1559

Arnold, Hans Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 234[5]

Arnot, Alexander Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion" im Auswärtigen Amt bis 16. September 1984, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 320** und S. 35[1], 212[1], 422[6], 453[1], 511[1], 715[1], 878, 909[4], 1036[1], 1216[4]

Arsa Sarasin Staatssekretär im thailändischen Außenministerium S. 549

Aspin, Leslie Jr. Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 625[25]

al-Assad, Hafiz Präsident der Arabischen Republik Syrien S. 116, 197[8], 1172, 1338

al-Assad, Rifaat Generalmajor und seit 11. März 1984 Vizepräsident der Arabischen Republik Syrien für Angelegenheiten des Militärs und der nationalen Sicherheit S. 1338

Attali, Jacques Berater des französischen Staatspräsidenten S. 155, 168f., 299, 310, 452, 703, 714, 729f., 732f., 1423, 1431f.

al-Attar, Nizar Generalleutnant und Direktor des irakischen „State Establishment for Pesticide Production" S. 1316

Attlee, Clement 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 922[3], 1103[11], 1372[8], 1388[7], 1465[4], 1569[10], 1590[10], 1611[11]

Aufricht, Josef Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 827

Aurisch, Klaus Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 414-9 „Umweltpolitik" bzw. ab 22. Oktober 1984 des Referats 415 „Internationale Umweltpolitik" im Auswärtigen Amt S. 621[16], 888[1], 890[11]

Ausseil, Jean Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires africaines et malgaches) S. 1507[5]

Axen, Hermann Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Sekretär des ZK der SED für internationale Angelegenheiten S. 79

Axjonow, Alexander Nikiforowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Warschau S. 1344

Aziz, Tarik Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Republik Irak **Dok. 125** und S. 336, 661[15], 1317

Badini, Antonio Berater des italienischen Ministerpräsidenten in außenpolitischen Fragen S. 276, 291, 1400

Bahr, Egon Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Mitglied des Vorstands und des Präsidiums der SPD S. 191[31], 910, 923, 1368f.

Baker, Howard Henry Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Tennessee (Republican Party) und Fraktionsführer (Majority Leader) S. 218[5], 226, 280

Bangemann, Martin Mitglied des Europäischen Parlaments bis Juni 1984, seit 27. Juni 1984 Bundesminister für Wirtschaft S. 883, 891, 943[8], 951f., 1064, 1066f., 1357, 1526

Baños, Jorge Manuel argentinischer Rechtsanwalt S. 701[3], 702

Barcikowski, Kazimierz Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Sekretär des ZK sowie Mitglied des Staatsrats der Volksrepublik Polen **Dok. 330** und S. 1343

Barkley, Richard C. Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 515

de la Barre d'Erquelinnes, Francis Comte Mitarbeiter des belgischen Außenministeriums S. 546

Barry, Peter Außenminister der Republik Irland S. 761, 1192f.

Barth, Herbert Leiter der Abteilung „USA, Kanada, Japan, Australien“ im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 930[14]

Bartholomew, Reginald Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Beirut S. 198, 1132

Bartlett Díaz, Manuel mexikanischer Innenminister S. 398

Bartoszcze, Piotr Mitglied der Gewerkschaft Solidarność, am 7. oder 8. Februar 1984 ermordet S. 1343

Baruch, Bernard 1946/47 Ständiger Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Atomenergiekommission der Vereinten Nationen (UNAEC) S. 1135

Barzel, Rainer Mitglied und bis 25. Oktober 1984 Präsident des Deutschen Bundestags (CDU); 1971–1973 Vorsitzender der CDU S. 95, 1401[4]

Bassewitz, Hennecke Graf von Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 204-9 des Auswärtigen Amts bis 14. Mai 1984, anschließend Leiter des daraus hervorgegangenen Referats 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ S. 556[1], 1137[1], 1139[8]

Batista y Zaldívar, Fulgencio 1940–1944 und 1952–1959 Präsident der Republik Kuba S. 766[6]

Baudouin König des Königreichs Belgien S. 795[2], 963[16]

Bauer, Peter Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 413 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO“ des Auswärtigen Amts S. 173[1], 849[1], 1585[1]

Baumgärtel, Hans-Georg Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 316[1], 948, 1212

Bazing, Hans Peter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 895[3], 897[4], 1622[3]

al-Bazzaz, Bassim 1980–1983 Botschafter der Islamischen Republik Iran in Bonn S. 27[5]

Beatrix Königin des Königreichs der Niederlande S. 795[2]

Becker, Horst Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ im Auswärtigen Amt S. 902[12]

Beecher, William Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The Boston Globe“ S. 140–143, 253

Beggs, James Montgomery Leiter der NASA S. 175

Begin, Menachem 1977–1983 Ministerpräsident des Staates Israel S. 64, 96, 106[12], 109, 753

Begun, Josef Sisselewitsch sowjetischer Dissident S. 67

Beil, Gerhard Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR, Mitglied des Ministerrats der DDR sowie des ZK der SED S. 499

Beitz, Berthold Vorsitzender des Aufsichtsrats der Friedrich Krupp AG S. 500

Belaúnde Terry, Fernando Präsident der Republik Peru S. 800[13], 818[7], 821

Belgassem, Yunis Oberst und libyscher Minister für Äußere Sicherheit **Dok. 41, 172** und S. 841, 948

Ben-Aharon, Yosef Kabinettschef des israelischen Ministerpräsidenten Shamir S. 94, 103, 114

Ben-Ari, Jitzhak Botschafter des Staates Israel in Bonn **Dok. 123** und S. 1530 f.

Ben-Gurion, David 1948–1953 und 1955–1963 Ministerpräsident des Staates Israel S. 97

Bente, Wolfgang Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik“ im Auswärtigen Amt **Dok. 118** und S. 549, 864[1], 1231[3], 1235[18]

Benyahia, Mohammad Seddik Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 839

Bérégovoy, Pierre französischer Minister für soziale Angelegenheiten und nationale Solidarität bis 17. Juli 1984, seit 19. Juli 1984 Minister für Wirtschaft, Finanzen und den Staatshaushalt S. 1357[2+3]

Berendonck, Gerd Ministerialdirigent und Chefinspekteur des Auswärtigen Amts bis 3. September 1984, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad **Dok. 278** und S. 698[6]

Berg, Detlof von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts S. 403[1], 938[1], 1447[21], 1546[14]

Berg, Eivinn Staatssekretär im norwegischen Außenministerium bis Oktober 1984, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1334[16]

Berg, Hans-Dieter S. 317

Berg, Ingrid S. 317

Bergbusch, Eric John Abteilungsleiter im kanadischen Außenministerium S. 1507[5]

Berlinguer, Enrico Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens bis zu seinem Tod am 11. Juni 1984 S. 360, 971

Bernière, Jacques Gesandter an der französischen Botschaft in Bonn bis August 1984, anschließend Botschafter in Singapur S. 920[11], 998[2], 999

Berri, Nabih Leiter der libanesischen Amal-Bewegung und ab 30. April 1984 Justizminister S. 195, 197

Bertele, Franz Josef Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" des Auswärtigen Amts sowie Völkerrechtsberater **Dok. 23, 60, 179, 206, 234, 264** und S. 48[1], 452[59], 460, 463[8], 639[23], 894, 929[7], 1185, 1363[21]

Betancúr Cuartas, Belisario Präsident der Republik Kolumbien S. 800[13], 818[7], 821, 913, 1193[11]

Bétermier, Jean Flottillenadmiral im französischen Generalstab S. 82, 673

Bewerunge, Ulrich Ministerialrat und Leiter des Referats Rü II 2 „Rüstungszusammenarbeit mit europäischen NATO-Ländern; Hilfe in Katastrophenfällen und humanitäre Hilfe in diesen Ländern" im Bundesministerium der Verteidigung S. 1537[1]

Bianco, Jean-Louis Generalsekretär des französischen Präsidialamts S. 1358 f.

Biden, Joseph Robinette Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Delaware (Democratic Party) S. 537, 626

Biedenkopf, Kurt Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags und Vorsitzender des CDU-Landesverbands Westfalen-Lippe S. 36

Biedermann, Bernd Botschafter der DDR in Neu Delhi seit 15. Oktober 1984 S. 1365

Bierut, Bolesław 1954–1956 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 1402[12]

Biesheuvel, Barend 1971–1973 Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 1003[14]

Bilak, Vasil Mitglied des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Vorsitzender der Ideologiekommission des ZK S. 60

Bismarck, Otto Fürst von 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reichs S. 640, 1283

Bismarck, Philipp von Mitglied des Europäischen Parlaments; 1969–1979 Mitglied des Deutschen Bundestags S. 1389

Bjerregaard, Ritt stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im dänischen Parlament S. 1137[4]

Blais, Jean-Jacques kanadischer Verteidigungsminister bis 17. September 1984 S. 686, 689

Blau, Hagen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik" des Auswärtigen Amts S. 1231[1]

Blech, Klaus 1977–1981 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts S. 22[9], 484[11], 603[20]

Blondin Beye, Alioune Außenminister der Republik Mali S. 265

Blümm, Eva Attaché im Auswärtigen Amt bis 31. März 1984, anschließend Legationssekretärin an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest bis 28. Mai 1984, danach im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts bis 11. November 1984, darauf im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" S. 923[11], 1518[1]

Böcker, Alfons Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad **Dok. 169** und S. 170[12], 409, 489[7], 527[4], 528[6], 561[25], 607[6], 840[12], 870[2], 872[10], 1091[5]

Bodström, Lennart Außenminister des Königreichs Schweden S. 220

Boeden, Gerhard Vizepräsident des Bundeskriminalamts S. 947 f.

Boenisch, Peter Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung S. 230, 406[14], 503[15], 1093[4], 1256, 1419[5], 1488, 1498

Boge, Heinrich Präsident des Bundeskriminalamts S. 824[4]

Boldt, Hans Julius Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 405 „Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Nichtnukleare Energiefragen in der EG und anderen Internationalen Organisationen; Nichtnukleare Energieforschung" des Auswärtigen Amts S. 983[1]

Bondarenko, Alexander Pawlowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 939, 940[10], 1580, 1627

Bonner, Jelena Georgijewna sowjetische Dissidentin S. 623, 721[24], 739[9], 747, 758, 763[10], 1611[9]

Bonnici, Karmenu Mifsud maltesischer Erziehungsminister, seit 22. Dezember 1984 zugleich Ministerpräsident S. 1385

Borch, Otto Rose Ständiger Vertreter des Königreichs Dänemark bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 876

Bosch, Klaus Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht" im Auswärtigen Amt S. 914[20], 929[8], 1486[11]

Boss, Walter Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 26. Juni 1984, anschließend Botschafter in Tokio **Dok. 113**

Botha, Anna Elizabeth S. 782[3], 790

Botha, Pieter Willem Ministerpräsident der Republik Südafrika bis 14. September 1984, seit 3. September 1984 Präsident; 1966–1980 Verteidigungsminister **Dok. 162** und S. 1399

Botha, Roelof Frederik (Pik) Außenminister der Republik Südafrika **Dok. 299, 300** und S. 20, 784–788, 791–793

Bottai, Bruno Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium (Direttore Generale degli Affari Politici) S. 294

Bourguiba, Habib Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1143

Bouverat, Colette Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeit bei offiziellen Anlässen S. 87[1], 155, 168, 291, 703, 729, 749, 1400

Bowin, Alexander Jewgenjewitsch Kommentator der sowjetischen Tageszeitung „Iswestija" S. 1580

Božović, Aleksandar Leiter der jugoslawischen KVAE-Delegation im Rang eines Botschafters S. 1268[17]

Brandt, Willy Vorsitzender der SPD, Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Präsident der Sozialistischen Internationale und Vorsitzender der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen" („Nord-Süd-Kommission"); 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 92, 156, 501, 731, 1116, 1258, 1289

Brattschenko, Boris Fjodorowitsch sowjetischer Minister für Kohleindustrie S. 1377

Braunmühl, Gerold Edler von Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 10, 14, 93, 101, 244, 249, 262, 317, 333, 347, 350** und S. 14–18, 20, 78[7], 146[5], 188[17], 258, 347[1], 440[3], 453[1], 457[4], 513[10], 601[1], 646[1], 668[8], 688[37], 715, 794[4], 810[2], 917[1], 1019[7], 1082[22], 1134[2], 1174[2], 1242, 1243[4], 1256[1], 1266[11], 1291, 1292[17+18], 1293[19], 1307[12], 1313, 1368[18], 1370[1], 1371[3], 1387[3], 1388[11], 1413[3], 1436[3], 1453[1+3], 1454[7–9], 1455[10–16], 1455[18], 1456[20], 1484, 1491[1+8], 1492[12], 1493, 1612[13], 1616[18]

Bräutigam, Hans Otto Staatssekretär und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin **Dok. 25, 68, 80, 98, 221, 243** und S. 132–134, 224[26], 411[9], 412[10], 460[1], 461 f., 1201[10], 1214[4], 1298[13], 1510

Breschnew, Leonid Iljitsch 1964–1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 17[22], 94, 214 f., 218[5], 223, 225, 256[12], 279, 319, 357, 421, 610, 620 f., 641, 642[8], 881, 883, 914, 1015, 1032[7], 1135, 1184, 1203, 1294, 1360, 1363, 1372[6], 1373[12], 1374, 1426[11], 1481

Briand, Aristide 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921/22, 1925/26 und 1929 Ministerpräsident der Französischen Republik, 1915–1917, 1921/22, 1925/26 und 1926–1932 Außenminister S. 3, 328

Brittan, Leon britischer Innenminister S. 562[30], 760[21]

Brock, William Emerson amerikanischer Handelsbevollmächtigter (U.S. Trade Representative) S. 768[11], 1499[6]

van den Broek, Henri (Hans) Außenminister des Königreichs der Niederlande **Dok. 33** und S. 84, 261, 439, 547 f., 670, 688, 847, 849[9], 1084, 1192, 1324[22]

Brok, Elmar Mitglied des Europäischen Parlaments S. 1068[19]

Broudré-Gröger, Joachim Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko bis Oktober 1984, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 413 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO“ des Auswärtigen Amts S. 1323[17]

Brown, Harold 1977–1981 amerikanischer Verteidigungsminister S. 628

Brühl, Dietrich Graf von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 119** und S. 929[10], 1222, 1341[2], 1343[12], 1493, 1527[14], 1536[11]

Brunner, Guido Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid **Dok. 67, 96, 97, 228, 334** und S. 137[2–4], 138[5+8], 139[11], 170[10], 177[3], 178[8], 1334[15]

Brzezinski, Zbigniew Professor an der Columbia University in New York; 1977–1981 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 653, 1132

Buber, Martin * 1878 † 1965 S. 95

Buerstedde, Ludger Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ im Auswärtigen Amt S. 398[1], 402[14], 490[1], 543[1], 927[9], 944[1], 956[1+3], 1178[1], 1264[1], 1269[19], 1487[1], 1566[1], 1567[3], 1569[9+16], 1593[1]

Bullard, Sir Julian stellvertretender Staatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy to the Permanent Under-Secretary of State, Political Director) bis Juli 1984, anschließend Botschafter in Bonn **Dok. 28, 90** und S. 83, 262 f., 318[2], 319 f., 558–562, 597[46], 609[8]

Bureau, Jean-François Mitarbeiter des französischen Verteidigungsministeriums S. 673, 722, 1112, 1345

Burkart, Werner Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts bis 13. Juni 1984, anschließend an der Botschaft

der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 304[1], 493[1]

Burns, Arthur Frank Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn **Dok. 108** und S. 361, 615, 1487, 1498, 1506[13]

Burt, Richard Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European Affairs) **Dok. 28, 90, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 297** und S. 11[10+11], 59, 65, 69, 86, 180[4], 200, 201[4], 202f., 226, 229, 253–255, 343, 361, 368f., 374, 383, 399[9], 454, 456, 491[7], 546–548, 557–563, 582[54], 647, 651, 653, 655, 668–671, 848, 871, 999, 1016, 1025, 1162, 1164, 1185, 1190, 1219, 1222, 1225, 1305–1307, 1326, 1328, 1387[3], 1389, 1411, 1442, 1445, 1466–1468, 1487, 1498, 1503f., 1544[3], 1550, 1553, 1618–1620, 1626

Bush, George Herbert Walker Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 44** und S. 208[2], 218, 220, 280, 291, 353, 360, 372, 441, 445, 510, 516, 610, 911, 1079, 1099[12], 1103, 1104[14], 1185, 1378, 1407, 1487, 1504f., 1529, 1602

Buwalda, Petrus Leiter der niederländischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 31, 904

Bux Soomro, Elahi pakistanischer Minister für Wohnungen, öffentliche Arbeiten und Industrie S. 1280

Byrd, Robert Carlyle Senator für den amerikanischen Bundesstaat West Virginia (Democratic Party) und Fraktionsführer (Minority Leader); 1977–1981 Fraktionsführer der Mehrheitsfraktion (Majority Leader) S. 143[15]

Çaglayangil, Ihsan Sabri 1965–1971, 1975–1977 und 1977/78 Außenminister der Republik Türkei S. 389

Cahen, Alfred Abteilungsleiter im belgischen Außenministerium (Directeur général de la Politique) S. 261, 1348[16]

Cajal López, Máximo Leiter der spanischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 901, 1076

Callaghan, James 1976–1979 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 595, 1514[10]

Calvo-Sotelo y Bustelo, Leopoldo 1981/82 Ministerpräsident des Königreichs Spanien S. 137[2]

Carington, Peter Alexander Rupert, 6th Baron Carrington Generalsekretär der NATO seit 25. Juni 1984; 1979–1982 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 330, 444, 664, 739, 901, 1023, 1074f., 1150, 1168[8], 1277, 1446[14], 1519f., 1522, 1600

Caro, Jean-Marie Abgeordneter der französischen Nationalversammlung und Präsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU S. 1333, 1346

Carstens, Karl Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis 30. Juni 1984 S. 156[5], 211, 231, 464, 523, 526, 549, 606, 698, 758, 796, 1007[24], 1258[7], 1294, 1360[2]

Carter, James Earl Jr. (Jimmy) 1977–1981 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 106[12], 143[15], 284[5], 351, 519[18], 533[21], 627, 636[13], 972[33], 1018, 1103, 1166, 1286, 1373, 1514[10], 1555

Cartledge, Bryan George Mitarbeiter des britischen Außenministeriums (Assistant Under-Secretary of State) bis Juni 1984, anschließend Abteilungsleiter im Cabinet Office (Deputy Secretary of the British Cabinet, Defence and Overseas Secretariat) S. 546

de Carvalho e Silva, Jorge Botschafter der Föderativen Republik Brasilien in Bonn S. 818[7]

Casaroli, Agostino Kardinalstaatssekretär des Heiligen Stuhls S. 1437

Cassiers, Juan Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 434, 602, 876, 977, 1077f., 1408[4], 1409f.

Castro Ruz, Fidel Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas sowie Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba S. 396, 452, 766, 1556

Ceaușescu, Elena Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei und Erste Stellvertretende Ministerpräsidentin S. 1282, 1295

Ceaușescu, Nicolae Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei sowie Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien **Dok. 279, 281** und S. 16, 53[8], 242, 1113[19], 1291–1294, 1312f., 1401–1403, 1406, 1455, 1471f., 1484[3], 1485, 1487[12], 1503, 1505

Ceaușu, Dumitru Gesandter-Botschaftsrat an der rumänischen Botschaft in Bonn **Dok. 317** und S. 1454f., 1484

Chalifa bin Hamad al-Thani Emir von Katar S. 119[13]

Chamoun, Camille 1952–1958 Präsident der Libanesischen Republik S. 198[11]

Chang Chun-chiao 1969–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und 1975/76 Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 1260[6]

Channon, Paul britischer Staatsminister für Handel (Minister of State, Department of Trade and Industry: Minister for Trade) S. 1609

Charalambopoulos, Ioannis Außenminister der Hellenischen Republik S. 152, 515[12], 1192

Chen Muhua Ministerin für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen und Handel sowie Mitglied des Staatsrats der Volksrepublik China, Stellvertretendes Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 1235

Cheysson, Claude Außenminister der Französischen Republik bis 7. Dezember 1984, seit 6. Januar 1985 Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Mittelmeerpolitik und Nord-Süd-Beziehungen) **Dok. 149, 165, 166, 252, 253, 257, 293** und S. 4, 8[15], 42, 44–46, 63[19], 85, 105, 150, 153, 188, 203, 220, 247, 257[3], 259[12], 375, 448, 525[12], 584, 589, 609[8], 705, 739–742, 758–762, 843, 932[7], 962, 972, 1056, 1105[1], 1110, 1112[10], 1114, 1192, 1321, 1333, 1358[12], 1359[20], 1373, 1375, 1376[33], 1435, 1449, 1546[11]

Chiang Ching 1969–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 1260[6]

Chiang Kai-shek 1928–1931 und 1943–1948 Vorsitzender der Nationalregierung der Republik China, 1948/49 Präsident S. 1263

Chiepe, Gaositwe botsuanische Ministerin für Bergwerke und natürliche Ressourcen bis 14. September 1984, anschließend Außenministerin S. 1187

Chirac, Jacques Vorsitzender des französischen RPR und Bürgermeister von Paris S. 44

Chissano, Joaquim Außenminister der Volksrepublik Mosambik S. 1187

Chmielewski, Waldemar Mitarbeiter des polnischen Sicherheitsdienstes S. 1526[11]

Chňoupek, Bohuslaw Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik **Dok. 193, 354** und S. 20, 37, 60, 78[7], 920, 931, 973, 1589–1592, 1601–1603

Chou En-lai 1949–1976 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 1260

Chrétien, Jean Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister Kanadas vom 30. Juni bis 17. September 1984 S. 761[24]

Christensen, Christian dänischer Umweltminister und Minister für nordische Angelegenheiten S. 1138[6]

Christopher, Warren 1977–1981 stellvertretender amerikanischer Außenminister (Deputy Secretary of State) S. 627[40]

Christophersen, Henning dänischer Finanzminister bis 23. Juli 1984 S. 711

Chrobog, Jürgen Vortragender Legationsrat (seit 8. Oktober 1984 Vortragender Legationsrat I. Klasse) und Vertreter des Leiters im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amts bis 18. September 1984, anschließend Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ S. 394, 1187, 1335, 1550

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1402[12]

Chun Doo-hwan General und Präsident der Republik Korea S. 865, 1186

Churchill, Sir Winston Leonard Spencer 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 101, 191[33], 922[3], 1102[7], 1103[11], 1148[19], 1164[18], 1317[3], 1372[7+8], 1388[4+6], 1465[3+4], 1569[10], 1590[10+11], 1611[11]

Citron, Klaus Jürgen Leiter der KVAE-Delegation der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 275, 348** und S. 31[5], 65[3], 76, 380[4], 382, 388, 432, 601, 604[26], 807[10], 904, 1074[2], 1247[3], 1381, 1445[11]

Civelli-Steinkötter, Maria Dolmetscherin S. 291

Clark, Joe Mitglied des kanadischen Parlaments und seit 17. September 1984 Außenminister Kanadas **Dok. 257**

Clarke, Richard Alan Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums S. 205

Claudius Caesar Drusus Germanicus, Nero *37 †68 S. 1286

Clausen, Alden Winship (Tom) Präsident der Weltbank S. 234[6]

Clausewitz, Carl von * 1780 † 1831 S. 790

Clay, Lucius Dubignon 1947–1949 General und Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland S. 614[5]

Clement, Wolfgang Sprecher des Bundesvorstands der SPD S. 1082[20]

Coates, Robert Carman Mitglied des kanadischen Parlaments und seit 17. September 1984 Verteidigungsminister S. 1521

Cohen, William Sebastian Senator für den amerikanischen Bundesstaat Maine (Republican Party) S. 626, 1017[7]

Coles, Arthur John Privatsekretär der britischen Premierministerin (Private Secretary to the Prime Minister for Overseas Affairs) bis 3. November 1984, anschließend Botschafter in Amman S. 321, 585

Colombo, Emilio 1980–1983 Außenminister der Italienischen Republik S. 273[5], 294, 306, 574[10], 731, 1048[8], 1332, 1417[10]

Combs, Richard E. Jr. Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Director for Eastern European and Yugoslav Affairs) S. 1072

Cossiga, Francesco Präsident des italienischen Senats S. 706[19], 731[14], 1427[18]

Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolas Graf * 1894 † 1972 S. 3

Coulibaly, Ouman malischer Minister für Wirtschaft und Planung S. 265

Craxi, Bettino Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 56, 58, 301** und S. 303, 306, 320, 323f., 609, 617, 623[22], 628, 640, 668–670, 704, 706, 710, 820[3], 821[4], 973, 1094[5], 1175, 1311, 1336, 1424, 1427, 1621

Cresson, Edith französische Ministerin für Außenhandel und Tourismus bis 17. Juli 1984, seit 19. Juli 1984 Ministerin für Außenhandel und Industrie S. 756[22]

Crocker, Chester Arthur Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African Affairs) S. 249, 451, 559, 785, 1133, 1188, 1393, 1395, 1507[5]

Cruz Porras, Arturo José Mitglied der Coordinadora Democrática Nicaragüense S. 1193

Cuntz, Eckart Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 82, 318[1], 413[1], 414[8+9], 415[12–15], 416[17+18], 417[20–23], 418[25–27], 419[28+30], 420, 530[1], 672, 681[1], 975[1], 1111[1+3], 1145[1], 1153[3], 1228[1], 1320[1+3], 1345[1]

Curien, Robert Leiter der französischen Raumfahrtorganisation Centre national d'études spatiales (CNES) bis 17. Juli 1984, anschließend Minister für Forschung und Technologie S. 1357[6]

Czyrek, Józef Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP; 1980–1982 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 1491, 1495, 1525[6], 1529, 1534

Dąbrowski, Bronisław Erzbischof und Sekretär der polnischen Bischofskonferenz S. 1527[14]

Daerr, Hans-Joachim Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts S. 9[1], 42[1+6], 895[1]

Dahlhoff, Günther Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 413 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO" des Auswärtigen Amts bis 23. September 1984, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 283[1]

van Dalsen, Johannes Generaldirektor im südafrikanischen Außenministerium S. 1392

Dam, Kenneth W. stellvertretender amerikanischer Außenminister (Deputy Secretary of State) S. 361, 922[6], 1132[28], 1326–1328, 1498

Dammert, Cord Gesandter-Botschaftsrat an der peruanischen Botschaft in Bonn S. 818[7]

Danovi, Giancarlo Mitarbeiter des italienischen Außenministeriums S. 546, 668, 669[8+9]

D'Aubuisson Arieta, Roberto Vorsitzender der ARENA-Partei und Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen in El Salvador am 25. März 1984 S. 396

Daum, Werner Vortragender Legationsrat im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost" des Auswärtigen Amts S. 775, 778[1], 817[1]

Davignon, Étienne Vicomte Mitglied und Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Industriepolitik, Energie, EURATOM und Forschung) S. 590, 711, 1499[6], 1560[4]

Dawydow, Jurij Pawlowitsch Mitarbeiter des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 455

Dean, Robert William Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums S. 506–508, 529[7], 561[26], 657

de Decker, Armand Mitglied des belgischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats S. 1408[3]

Dęga, Czesław Generalmajor und Leiter der Abteilung des ZK der PVAP für auswärtige Angelegenheiten S. 1536[11]

Dejean de la Bâtie, Bernard Mitarbeiter des französischen Außenministeriums (Directeur adjoint des Affaires politiques) **Dok. 90, 311** und S. 420–425, 1111–1113, 1544[3]

Delbourg, Denis Mitarbeiter des französischen Außenministeriums bis Oktober 1984, anschließend Mitarbeiter bei dem Beigeordneten Minister für Kultur S. 82, 673

Dell, Edmund 1976–1978 britischer Handelsminister S. 1003[14]

Delors, Jacques Bürgermeister von Clichy und bis 19. Juli 1984 französischer Wirtschafts- und Finanzminister sowie Haushaltsminister S. 161, 712, 1056, 1427 f.

Delworth, William Thomas Botschafter Kanadas in Stockholm und Leiter der kanadischen KVAE-Delegation seit 8. Februar 1984 S. 902, 904, 1075[6]

Demirel, Süleyman 1965–1971, 1975–1977 und 1977/78 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 389, 1058, 1071[27]

Dencker, Norman Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest bis 4. November 1984, anschließend Botschafter z. b. V. und Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen S. 830[7]

Deng Xiaoping Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Vorsitzender der Militärkommission sowie des Beratenden Ausschusses des ZK; 1973–1975 Stellvertretender Ministerpräsident; 1974–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh **Dok. 274** und S. 551

Denktasch, Rauf Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern (Präsident der „Türkischen Republik Nordzypern") S. 153, 1386[72]

Deshors, Maurice Botschafter der Französischen Republik in Ost-Berlin S. 154

Diepgen, Eberhard Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und bis 8. Februar 1984 Vorsitzender der CDU-Fraktion, anschließend Regierender Bürgermeister von Berlin S. 367, 500, 516

Dillon, Robert Sherwood 1981–1983 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Beirut S. 198

Ding Xuesong 1979–1981 Botschafterin der Volksrepublik China in Den Haag S. 565[9]

Dingens, Peter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften, Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank)“ im Auswärtigen Amt S. 265[1]

Dittmann, Heinz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt **Dok. 192**

Dobbins, James F. Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of European Affairs) **Dok. 311** und S. 40f., 59, 67[9], 374–376, 644f., 848, 930, 1016, 1083f., 1326, 1439–1441

Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch Mitglied des ZK der KPdSU und Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 141, 148[10], 149, 253, 454, 513, 559, 881, 970, 1121, 1124, 1161f., 1185, 1191, 1217, 1371, 1440, 1443, 1562

Dodenberg, Henning Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kinshasa bis 4. März 1984, anschließend Botschafter in San Salvador S. 355, 369f.

Dohmes, Johannes Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 16. September 1984, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial- und Verkehrspolitik der EG; Stahlsektor der EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ im Auswärtigen Amt S. 1495[4]

Dolanc, Stane jugoslawischer Innenminister bis 15. Mai 1984, anschließend Mitglied des Präsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 49[8], 50[11], 130f., 132[11], 270f.

Dollinger, Werner Bundesminister für Verkehr und Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 698

Dondelinger, Jean Leiter der Ständigen Vertretung des Großherzogtums Luxemburg bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel im Rang eines Botschafters bis Mai 1984, anschließend Generalsekretär des luxemburgischen Außenministeriums und seit 28. September 1984 Repräsentant des Ministerpräsidenten im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) S. 1457[4], 1458

Dooge, James Clement Mitglied des irischen Senats und seit 28. September 1984 Repräsentant des Ministerpräsidenten im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) sowie dessen Vorsitzender S. 1007[24], 1416, 1457f.

Dregger, Alfred Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 676, 677[22], 1082, 1119

Dröge, Heinz 1979–1982 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 30

Dschumblat, Walid *siehe: Jumblat, Walid*

Duarte, José Napoléon Vorsitzender des Partido Demócrata Cristiano und seit 1. Juni 1984 Präsident der Republik El Salvador **Dok. 210** und S. 355, 370, 395, 477, 697, 765, 767, 932f.

Dufourcq, Bertrand Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur d'Europe) bis Januar 1984, anschließend Kabinettsdirektor des Außenministers S. 188[17], 258

Duisberg, Claus-Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ im Auswärtigen Amt S. 1477[1]

Duma, Aurel rumänischer Stellvertretender Außenminister und Mitglied des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei S. 1377[35]

Dumas, Roland Beigeordneter Minister beim französischen Außenminister (Ministre délégué auprès du Ministre des Relations extérieures, chargé des Affaires européennes) und seit 18. Juni 1984 Regierungssprecher, Außenminister der Französischen Republik seit 7. Dezember 1984 **Dok 137, 335, 336, 341, 342** und S. 306, 309f., 589, 595, 709, 714, 1271, 1391[26], 1423f., 1428–1432, 1472[1], 1550

Dyvig, Peter stellvertretender Staatssekretär im dänischen Außenministerium S. 1137[4]

Dzúr, Martin tschechoslowakischer Verteidigungsminister S. 795[2]

Eagleburger, Lawrence Sidney Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) bis 1. Mai 1984 S. 154, 200f., 204[17], 228f., 242, 374f., 418, 443[20], 447, 1381, 1385

Eagleton, William Lester Leiter der amerikanischen Interessenvertretung (Chief of the United States Interest Section) in Bagdad bis September 1984, anschließend Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Damaskus S. 527[4]

Eanes, António dos Santos Ramalho Präsident der Portugiesischen Republik **Dok. 94** und S. 707, 708[25], 785, 962

Ecevit, Bülent 1974, 1977 und 1978/79 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 389, 1058, 1071[27]

Edelstein, Verona M. Gesandte und Vertreterin des kanadischen Botschafters in Bonn S. 152

Ederer, Adolf 1979–1983 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ des Auswärtigen Amts S. 396[26]

van Edig, Helmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ des Auswärtigen Amts S. 166[40], 612

van Eekelen, Willem Frederik Parlamentarischer Staatssekretär für europäische Angelegenheiten im niederländischen Außenministerium und seit 28. September 1984 Repräsentant des Ministerpräsidenten im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) S. 1348[16], 1457[4], 1458, 1460

Eftimow, Georgi Awramow Botschafter der Volksrepublik Bulgarien in Bonn S. 634

Eger, Wolfgang Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 865[4]

Ehmke, Horst Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion sowie Mitglied des Vorstands der SPD S. 963, 1364[24]

Ehni, Reinhard Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 201-9 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung – Sonstige militärische Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amts **Dok. 102** und S. 318[1], 420[1], 573[1], 975[1], 979[1], 1069[24], 1145[1], 1312[9], 1537[1]

Eickhoff, Ekkehard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dublin bis 16. September 1984, anschließend Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt S. 1377[44]

Eisenhower, Dwight David 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 375

Elfenkämper, Helmut Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusam-

menarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts S. 1625[1+4], 1626[6], 1629[20+21]

Elias, Jürgen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ouagadougou bis 20. September 1984, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Süd- und Südostasien“ des Auswärtigen Amts S. 1279[1]

Elizabeth II. Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 710, 791, 795[2]

Ellemann-Jensen, Uffe Außenminister des Königreichs Dänemark S. 1176, 1192

Enders, Rolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 293[7], 804[6], 824[3]

Enders, Thomas Ostrom Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Madrid S. 177[3], 179

Engelhard, Hans Arnold Bundesminister der Justiz und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 312, 313[1]

Engell, Hans dänischer Verteidigungsminister S. 684, 795[2], 1277, 1522

Enzweiler, Josef Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 401 „Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich, insbesondere UNIDO, UNDP; regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte“ im Auswärtigen Amt S. 265[1], 267[11]

Erath, Hermann Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts bis 26. August 1984, anschließend Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kingston S. 336[1], 554[1], 856[1], 858[7], 859[8]

Erbel, Bernd Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa bis 5. März 1984, anschließend im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 315

Erck, Wolfgang Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ des Auswärtigen Amts S. 951[1], 1219[1], 1606[1+3+7]

Erhard, Ludwig 1963–1966 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland; 1966/67 Vorsitzender der CDU S. 95

Eryavuz, Bülent Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 1057

d'Escoto Brockmann, Miguel Außenminister der Republik Nicaragua S. 1192

Etzold, Thomas Abteilungsleiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde ACDA (Assistant Director, Bureau of Multilateral Affairs) S. 1196[6], 1219 f.

Evertz, Gottfried Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien bis 2. September 1984, anschließend Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest **Dok. 321**

Evren, Kenan General und Präsident der Republik Türkei S. 389, 391 f., 449, 592, 840, 1059, 1060[7], 1071[29]

Fabius, Laurent französischer Minister für Industrie und Forschung bis 17. Juli 1984, anschließend Ministerpräsident S. 176, 850, 1358

Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud König des Königreichs Saudi-Arabien und Ministerpräsident **Dok. 48** und S. 100, 102, 112, 770, 839, 1205–1207

Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud 1964–1975 König des Königreichs Saudi-Arabien und 1954–1960 sowie 1962–1975 Ministerpräsident S. 99

Falin, Walentin Michajlowitsch Kommentator der sowjetischen Tageszeitung „Iswestija“ S. 969

Fanfani, Amintore 1982/83 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 306

Farrar, Lawrence Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 564

Faruk al-Awwal 1936–1952 König des Ägyptischen Königreichs S. 112

Faure, Maurice Mitglied des französischen Senats und seit 28. September 1984 Repräsentant des französischen Staatspräsidenten im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) S. 1105[1], 1106, 1110, 1271, 1416–1418, 1457[4], 1458–1460

Feit, Christian Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 963[16], 1410[14]

Fellermaier, Ludwig Mitglied des Europäischen Parlaments S. 1068

Ferraris, Luigi Vittorio Botschafter der Italienischen Republik in Bonn S. 294, 1092f.

Ferri, Mauro Mitglied des Europäischen Parlaments bis 23. Juli 1984; seit 28. September 1984 Repräsentant des italienischen Ministerpräsidenten im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) S. 1457[4], 1458

Fiedler, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 141** und S. 193[1], 195[1], 1033[12], 1171[1], 1335, 1530[1]

Fields, Louis Glenn Jr. Leiter der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf im Rang eines Botschafters S. 250, 511, 858[7]

de Figueiredo, Elisio Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Angola bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1187

Figueiredo, João Baptista de Oliveira General und Präsident der Föderativen Republik Brasilien S. 800[13], 818[7], 821

Filipow, Wladimir bulgarischer Dolmetscher S. 634

Fischbach, Marc luxemburgischer Verteidigungsminister und Minister für öffentliche Verwaltung und Sport, Landwirtschaft und Weinbau seit 20. Juli 1984 S. 1021[16]

Fischer, Franz ehemaliger Kriminalsekretär, in den Niederlanden inhaftiert S. 181[5]

Fischer, Oskar Außenminister der DDR S. 16, 71, 78[7], 79, 222, 226, 1128, 1306, 1361, 1376, 1511, 1516, 1615

Fischer, Per Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts bis 28. Oktober 1984, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking **Dok. 5, 22, 31, 46, 57, 63, 81, 99, 111, 123, 178, 187, 188** und S. 6[10], 94[28+1], 103[1], 114[1], 192, 200[1], 265[1], 294, 390, 397, 506[1], 536[31], 589[12], 661[16], 739[13], 797[1], 817[10], 842[1], 895[4], 928[4], 952[4], 975[2], 989[3], 992[8], 1130[22], 1310[3]

Fischer-Dieskau, Thomas Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ im Auswärtigen Amt S. 1067[18], 1234[15]

FitzGerald, Garret Ministerpräsident der Republik Irland S. 1007, 1033, 1406

Fleischhauer, Carl-August 1976 bis 1983 Völkerrechtsberater sowie Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts, 1978 bis 1983 Ministerialdirektor S. 6[10]

Flesch, Colette stellvertretende luxemburgische Ministerpräsidentin, Ministerin für auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Kooperation sowie für Wirtschaft und Mittelstand und für Justiz bis 20. Juli 1984 S. 754[19]

Ford, Gerald Rudolph 1974–1977 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 519[18]

Foster, Gregory D. Mitarbeiter des amerikanischen Beratungsunternehmens Abt Associates (Deputy Director, Defense Analysis Group) S. 854

Fouchet, Christian 1958–1962 Botschafter der Französischen Republik in Kopenhagen S. 161

Foum, Muhammad Ali Hochkommissar (High Commissioner) der Vereinigten Republik Tansania in Singapur bis August 1984, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1187

Fraga Iribarne, Manuel Vorsitzender der spanischen Alianza Popular und Fraktionsführer im Abgeordnetenhaus S. 694, 1538

Franco Bahamonde, Francisco 1936–1975 Staatsoberhaupt des Spanischen Staats bzw. seit 1947 des Königreichs Spanien S. 697

François-Poncet, Jean Mitglied des französischen Senats; 1978–1981 Außenminister der Französischen Republik S. 573[2], 576, 1376[33]

Frangieh, Suleiman 1970–1976 Präsident der Libanesischen Republik S. 198

Franke, Egon 1969–1982 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen S. 225[29]

Franke, Klaus Max Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Weltweite internationale Organisationen, bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ im Bundeskanzleramt S. 265, 765, 1031, 1142

Fraenzel, Klaus Joachim Leiter der Niederlassung der Karl Kolb GmbH & Co. KG in Bagdad S. 81 f., 870[2], 871 f.

Frasch, Jutta Attaché im Auswärtigen Amt, vom 26. März bis 23. November 1984 im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ bzw. seit 14. Mai 1984 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 1137[1]

Frasure, Robert C. Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in London S. 1395, 1398

Frasyniuk, Władisław Vorsitzender der Provisorischen Koordinierungskommission der polnischen Gewerkschaft Solidarność S. 1343

Freudenstein, Karl Dolmetscher im Bundesministerium der Verteidigung S. 463, 1345

Frewer, Hans Mitglied des Vorstands der Kraftwerk Union AG S. 1232[8]

Frick, Helmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts sowie persönlicher Referent des Staatssekretärs Meyer-Landrut S. 420[1], 470[1], 567[2], 646[1], 666[2], 672[3], 734[3], 770[1], 884[3], 964[3], 1115[1], 1174[2], 1212[1], 1237[3], 1247[3], 1345[3], 1442[1], 1472[1], 1487[1], 1507[3], 1537[1]

Fröhlich, Siegfried Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 314 f., 1454[6]

Frøysnes, Torbjørn persönlicher Referent des norwegischen Außenministers bis 15. Juni 1984, anschließend Staatssekretär S. 1441

Fünten, Ferdinand aus der ehemaliger SS-Hauptscharführer, in den Niederlanden inhaftiert S. 181[5]

Fursdon, Edward Generalmajor und Journalist der britischen Tageszeitung „The Daily Telegraph“ S. 659

Gablentz, Otto von der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 84[13], 180[3], 555[3], 688[36], 849[9]

al-Gaddafi, Muammar Oberst und „Führer der Großen Revolution vom 1. September“ in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 93, 116, 118 f., 211, 267–269, 281, 292 f., 562[29], 592[26], 804[6], 824[3], 825 f., 841, 947, 1144[14], 1340, 1565 f.

Galilei, Galileo * 1564 † 1642 S. 836

Galtieri Castelli, Leopoldo Fortunato Generalleutnant und 1981/82 Präsident der Argentinischen Republik S. 1319

Gama, Jaime *siehe: Matos da Gama, Jaime José*

Gandhi, Indira Priyadarshini Ministerpräsidentin der Republik Indien bis zu ihrer Ermordung am 31. Oktober 1984 S. 818, 820, 1320[11], 1337, 1360, 1419[10], 1450–1452

Gandhi, Rajiv Abgeordneter des indischen Parlaments und seit 31. Oktober 1984 Ministerpräsident der Republik Indien S. 1450–1452

Gansel, Norbert Mitglied des Deutschen Bundestags, Sprecher der SPD in der Parlamentarischen Versammlung der NATO und in der Versammlung der WEU S. 1347[10]

al-Garyani, al-Hadi Abdusalam Mitglied der National Front for the Salvation of Libya S. 825

de Gasperi, Alcide 1945–1953 Ministerpräsident des Königreichs Italien bzw. seit 18. Juni 1946 der Republik Italien S. 664

de Gaulle, Charles 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 171, 1048, 1103, 1289

Gehl, Jürgen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Prag bis 29. April 1984, anschließend Vertreter des Botschafters in Islamabad S. 1280[9]

Gehlhoff, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 26. Juni 1984, seit 1. Oktober 1984 Sonderbeauftragter beim Auswärtigen Amt für die deutsch-britische Zusammenarbeit S. 259[9], 368[35], 931[22]

Geier, Michael Vortragender Legationsrat im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ des Auswärtigen Amts bis 23. September 1984, anschließend im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ S. 1002[1]

Gelb, Leslie Howard Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“; 1977–1979 Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Director of Politico-Military Affairs) S. 846[4]

Gemayel, Amin Präsident der Libanesischen Republik S. 119, 195–198, 228, 291

Gemayel, Béchir designierter Präsident der Libanesischen Republik bis zu seiner Ermordung am 14. September 1982 S. 119

Genscher, Hans-Dietrich Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Vorsitzender der FDP und Mitglied des Deutschen Bundestags; 1969–1974 Bundesminister des Innern; 1969–1972 Vizepräsident des Organisationskomitees der XX. Olympischen Sommerspiele **Dok. 10, 12, 14, 15, 17, 33, 41, 43, 44, 49, 70, 71, 72, 77, 92, 110, 125, 126, 127, 128, 129, 131, 132, 133, 137, 148, 149, 153, 157, 163, 165, 166, 172, 174, 175, 182, 185, 193, 201, 203, 244, 245, 246, 249, 252, 253, 254, 257, 280, 283, 284, 289, 291, 293, 295, 299, 300, 303, 306, 321, 330, 335, 336, 338, 339, 341, 342, 344, 347, 350, 354** und S. 8f., 14–21, 23[12], 24, 36[5], 42, 45[12], 46[22+23], 51, 53, 82, 85, 103[1], 113[29], 114[1], 121, 127, 130, 132, 135[1], 140, 144[16], 150, 152–154, 155[1], 165[38], 166[41], 168[1], 171[15], 173, 181, 185, 188, 192, 195, 198[12+13], 199[15], 202f., 204[1], 216, 230, 233f., 236, 250[1], 251[8], 260f., 263f., 270[4], 273[5], 276[1], 283[2], 285, 290, 291[1], 294–296, 299[1], 311, 320f., 333, 336, 377[1], 380, 383, 385, 388, 398f., 402[14], 407, 410, 426, 429[1], 437f., 440[3], 442, 443[20], 448, 460[1], 461f., 463[1], 487, 490, 493, 499[1], 504, 506[1], 508[3], 511, 514, 520, 521[7], 527, 529[8], 541, 549, 551[10], 556[1], 560, 561[23], 564[1], 567[4], 573, 574[7–10], 576[23+24], 577[28], 578[32–34], 579[37], 581[51], 582[54], 583[57+59], 584[61+62], 585[1], 592–595, 597, 599f., 606[1+2], 607[6+7], 632, 637, 646–648, 652f., 655[17], 656, 657[6], 661[16], 666, 669, 671f., 674, 675[13],

676[18], 697[23], 698–700, 701[3], 703[1], 715[1], 729[1], 731, 733–735, 738, 740–742, 757–760, 770f., 773, 779f., 784–787, 790, 793, 806, 810[2], 813, 814[1], 818, 820, 821[7], 829[4], 832[10], 835[20], 849, 853, 884, 888, 891, 895, 897, 917[1], 920, 922[1], 924, 926[1], 928[1], 929, 932[1], 944, 947, 948[4+1], 951f., 956, 961, 964, 965[8], 972, 973[43], 975[1], 979, 989, 992[9+10], 994[11], 998[2], 999–1002, 1008f., 1016[1], 1020, 1024f., 1031[1], 1033[11], 1034, 1036, 1041[17], 1042, 1043[5+6], 1044[7], 1045[9–12], 1046, 1048[8], 1057, 1061–1064, 1066f., 1070–1072, 1073[8], 1079, 1086, 1088[12], 1092f., 1095[7+9+10], 1100, 1102f., 1105, 1110f., 1112[11], 1113[15+16], 1114, 1150, 1153, 1175, 1187–1190, 1192–1195, 1198[1], 1202, 1205–1207, 1208[19+20], 1209[23–26], 1210[27–29], 1211[31+32], 1212, 1214[6], 1219, 1221, 1225[12], 1226, 1230[11], 1237, 1243, 1246[11+12], 1247, 1248[5], 1258[6], 1270f., 1273, 1280, 1281[10], 1282, 1283[7], 1284[12], 1295–1297, 1299, 1301, 1304, 1316[1], 1320f., 1323[16], 1329, 1331–1333, 1357, 1358[12], 1360[20], 1366, 1368f., 1370[19+20+1], 1372, 1374f., 1377, 1385[67], 1387, 1391[26], 1400[2], 1401[6], 1403[17], 1405[20], 1408, 1411, 1413, 1415f., 1417[10], 1423[1], 1424[5], 1435f., 1438, 1442[1], 1445, 1449, 1453, 1462, 1465, 1466[10], 1469[23], 1470–1472, 1473[3], 1487[2], 1488, 1491–1493, 1494–1496, 1498f., 1503, 1504[2], 1505, 1507–1509, 1517[19], 1530, 1532, 1534, 1536, 1548[1], 1579, 1585, 1588, 1598–1600, 1604, 1606, 1609, 1621[14], 1622, 1624, 1627

Geremek, Bronisław Berater der polnischen Gewerkschaft Solidarność und Mitarbeiter des Geschichtswissenschaftlichen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften S. 566

Gergorin, Jean-Louis Leiter des Planungsstabs im französischen Außenministerium (Chef du centre d'analyse et de prévision) bis November 1984 S. 82, 87, 264, 673, 1321–1324

Gerhardt, Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost" im Auswärtigen Amt S. 127[1], 129[7], 698[1], 742[1], 775[1], 778[1], 817[1], 1598[1]

Gessner, Georg S. 1592, 1615

Geyer, Klaus Legationsrat (seit 6. Juli 1984 Legationsrat I. Klasse) an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad bis 9. September 1984, anschließend im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts S. 1387[1]

van Geyt, Louis Vorsitzender der Kommunistischen Partei Belgiens S. 971

Gierek, Edward 1970–1980 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 1224

Giscard d'Estaing, Valéry 1974–1981 Staatspräsident der Französischen Republik S. 91, 186[6], 707

Glemp, Józef Kardinal und Primas von Polen sowie Erzbischof von Gnesen und Warschau **Dok. 324** und S. 259[9], 619, 928[6], 1130, 1222[5], 1341, 1403, 1493, 1527f.

Glitman, Maynard Wayne Leiter der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1569

Glos, Michael Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 939, 940[10]

Goebbels, Robert luxemburgischer Staatssekretär in den Ministerien für Außenbeziehungen, Außenhandel und Zusammenarbeit sowie für Wirtschaft und den Mittelstand seit 20. Juli 1984 S. 1192

Goethe, Johann Wolfgang von * 1749 † 1832 S. 1123

Goma, Lameck Kazembe Haza Außenminister der Repubik Sambia S. 1187, 1189

González Barros, Luis Botschafter der Republik Kolumbien in Bonn S. 818[7]

González Márquez, Felipe Ministerpräsident des Königreichs Spanien und Generalsekretär des PSOE **Dok. 96, 97, 143** und S. 90, 92, 137[2], 139, 177f., 310, 345, 364, 708, 731, 924, 1167f., 1334[15], 1537f.

González-Schmitz, Irmela Vortragende Legationsrätin im Referat 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht" des Auswärtigen Amts, seit

24. April 1984 als Vertreterin des Leiters S. 929[7]

Goodby, James Eugene Leiter der amerikanischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 34, 434, 445, 559, 603 f., 808, 903, 926 f., 930, 1074[2], 1076 f., 1445[11]

Gorbatschow, Michail Sergejewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK **Dok. 353** und S. 212[2], 214, 367, 441, 970–972, 1079, 1377, 1425, 1481, 1482[14], 1505, 1573 f., 1579, 1581, 1591, 1616, 1625–1627

Gorenflos, Walter Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland bis 8. Januar 1984, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia S. 248[17]

Gorywoda, Manfred polnischer Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des ZK der PVAP S. 1344, 1525[6]

Götz, Falko Fußballspieler S. 49[9]

Gotzew, Ljuben Stojanow bulgarischer Stellvertretender Außenminister S. 1113[19], 1377

Grabert, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad bis 20. September 1984, anschließend Botschafter in Dublin **Dok. 54** und S. 48[1], 49, 130 f., 132[11]

Grabski, Tadeusz Leiter der polnischen Handelsmission in Ost-Berlin S. 1505[9]

Graevenitz, Hanno von Vortragender Legationsrat im Referat 401 „Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich, insbesondere UNIDO, UNDP, regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte" des Auswärtigen Amts S. 888[1]

Graham, Sir John Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 443[17], 511, 602, 876, 1076, 1078, 1315

Granelli, Luigi italienischer Minister für die Koordination der Initiativen für wissenschaftliche Forschung und Technologie S. 850

Grewlich, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts S. 1622[1]

Grinewskij, Oleg Alexejewitsch Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 76, 381 f., 445, 559, 926 f., 1077, 1265, 1445[11]

Grinspun, Bernardo argentinischer Wirtschaftsminister S. 524

Gromyko, Andrej Andrejewitsch Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU; 1946–1948 Leiter der sowjetischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters **Dok. 13, 14, 168, 244, 246, 259** und S. 16, 17[22], 19[26], 20, 39 f., 60 f., 77, 79, 88, 113[29], 123[11], 142, 144, 149 f., 212[2], 214, 216, 219, 222, 230, 232 f., 252–254, 257, 260, 279, 331, 338[9], 339, 354, 357, 359, 367, 441, 454 f., 513, 514[13], 602, 610 f., 616–618, 620, 622, 634, 636, 642 f., 669[9], 715, 720–722, 733 f., 742–747, 758 f., 774[11+12], 830[8], 847 f., 849[9], 868, 871–873, 918 f., 969–974, 1056, 1083–1085, 1098[10], 1117, 1127–1129, 1133, 1145–1147, 1160–1166, 1181, 1183 f., 1195, 1199, 1200[6], 1202 f., 1214[4], 1215–1217, 1251[12], 1274, 1280, 1291, 1296, 1362, 1371–1375, 1381 f., 1418–1423, 1425 f., 1439 f., 1444, 1465–1469, 1479[3], 1481 f., 1488 f., 1498, 1499[9], 1500, 1503, 1513[8], 1528[15], 1556[3], 1561–1563, 1569, 1571, 1573–1575, 1577, 1578[25], 1579 f., 1582, 1590, 1598[4], 1608[10], 1610, 1613, 1618–1620, 1625, 1627 f.

Gromyko, Lidija Dmitrijewna S. 1133

Grüner, Martin Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft S. 952[4]

Guelluy, Philippe Mitarbeiter des französischen Außenministeriums S. 420, 1113

Guerra González, Alfonso stellvertretender spanischer Ministerpräsident S. 482

Guillaume, Christel Mitarbeiterin des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und 1971–1974 Mitarbeiterin der Hessischen Landesvertretung beim Bund bis zu ihrer Verhaftung am 24. April 1974 S. 156[5]

Guillaume, Günter Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und 1972–1974 persönlicher Referent des Bundeskanzlers Brandt bis zu seiner Verhaftung am 24. April 1974 S. 156

Gurirab, Theo-Ben Beobachter für die SWAPO bei den Vereinten Nationen in New York S. 1187

Gutiérrez Gutiérrez, Carlos José Außenminister der Republik Costa Rica S. 765, 1192 f.

Gutmann, Francis Generalsekretär des französischen Außenministeriums S. 795[3], 922[4]

Guyer, Roberto E. Botschafter der Argentinischen Republik in Bonn bis 24. September 1984 S. 818[7]

Haak, Volker Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts bis 30. September 1984, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 380[1], 601[1], 602[13], 603[17], 646[1], 901[1+7], 902[11], 903[15], 904[18+19]

Haarder, Bertel dänischer Unterrichtsminister S. 1140

Haas, Annette Sekretärin an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 1453 f.

Haas, Franz-Dieter Regierungsamtmann an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest bis 30. November 1984, anschließend Sachbearbeiter im Referat 410 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank)“ des Auswärtigen Amts S. 1453 f., 1486

Haas, Wilhelm Ministerialdirigent und Beauftragter für Afrikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland bis 1. Juli 1984, anschließend Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 254, 258, 327** und S. 248[17], 846, 947[1], 1032[8], 1122[11], 1394[10], 1396[17], 1450[2]

Häber, Herbert Mitglied des ZK der SED, seit Mai 1984 auch Sekretär des ZK und Mitglied des Politbüros des ZK **Dok. 328** und S. 1013, 1119

Habib, Philip Charles 1981–1983 Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten S. 105[8]

Habré, Hissène Präsident der Republik Tschad S. 266, 1566

Hachmeier, Werner Oberregierungsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 815

Haferkamp, Klaus-Dieter Mitarbeiter des TÜV Rheinland S. 1316 f.

Haferkamp, Wilhelm Mitglied und Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für auswärtige Angelegenheiten) S. 115[3], 590, 761[24], 829[4], 930[16], 1427[19], 1434

Haidalla, Mohammed Khouna Ould Oberst, Präsident des Militärkomitees für das nationale Wohl der Islamischen Republik Mauretanien und Ministerpräsident bis zu seinem Sturz am 12. Dezember 1984 S. 266

Haig, Alexander Meigs Jr. 1981/82 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 396, 785

Hájek, Jan S. 1592, 1615

Hájek, Jiří 1968 Außenminister der Tschechoslowakischen Republik S. 1592[22]

Halefoglu, Vahit Melih Außenminister der Republik Türkei **Dok. 174, 175** und S. 263, 389–391, 794, 1061 f., 1068[19], 1386

Hallensleben, Ekkehard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 301 „Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge“ im Auswärtigen Amt bis 19. Juli 1984, anschließend Leiter des Referats 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ S. 1170[17]

Haller, Dieter Legationsrat im Referat 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ des Auswärtigen Amts bis 8. November 1984, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 701[1]

Hallstein, Walter 1958–1967 Präsident der EWG-Kommission S. 712, 1428[20]

Hamad bin Chalifa al-Thani Kronprinz des Emirats Katar S. 119[13]

ag-Hamani, Mohamedoun Sekretär für auswärtige Angelegenheiten des ZK der Union démocratique du peuple Malien S. 265

Hamerlak-Hermesdorff, Maria Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1524[1]

Hammer, Armand Vorstandsvorsitzender der amerikanischen Occidental Petroleum Corporation S. 1580

Hammer, Peter Fregattenkapitän und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 581[49]

Hamutenya, Hidipo Mitglied des Politbüros des ZK der SWAPO und Sekretär des ZK für Information und Öffentlichkeit S. 248[17]

Handke, Werner Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Schanghai S. 1234[14]

Hansen, Niels Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 106[11], 1032[9], 1337[18+19]

Hart, Gary Senator für den amerikanischen Bundestaat Colorado und Bewerber um die Nominierung der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftskandidatur S. 449

Hartman, Arthur Adair Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 149, 454, 513, 559, 759, 1133, 1161, 1191, 1371, 1443, 1466, 1499[11]

Hartmann, Hanns Eggert Legationsrat I. Klasse und Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 715

Hartmann, Peter Vortragender Legationsrat, beurlaubt für eine Tätigkeit bei der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bis 30. September 1984, anschließend bei Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts bis 7. November 1984, danach Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung; bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei; Kabinettsausschuß für Europapolitik“ im Bundeskanzleramt S. 1105

Hartmann, Rüdiger Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ im Auswärtigen Amt bis 17. Juni 1984 sowie erneut vom 19. Juli bis 8. August 1984, seit 18. Juni 1984 Ständiger Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Funktionsbezeichnung Gesandter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 91, 204, 208, 209, 233** und S. 39[1], 87[1], 121[1], 140[1], 253[1], 255[11], 336[1], 546[1], 554[1], 652, 920[11], 1036[1], 1154[6], 1219, 1237[4], 1487[1], 1607

al-Hashimi, Abdulrazzak Kassim irakischer Minister für Hochschulangelegenheiten und wissenschaftliche Forschung bis Februar 1984, anschließend Botschafter z. b. V. im Außenministerium bis 13. August 1984, anschließend Botschafter der Islamischen Republik Iran in Bonn S. 1338

Hassan II. König des Königreichs Marokko S. 112, 118 f., 267, 752, 1144[14], 1182, 1340

Hassan ibn Talal al-Haschemi Kronprinz des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 224** und S. 1182

Haushofer, Karl * 1869 † 1946 S. 242

Hauswedell, Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ des Auswärtigen Amts S. 1303[24]

Hay, Alexandre Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz S. 430[6], 431

Hayden, William George Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel Australiens S. 761[24]

He Dongchang Erziehungsminister der Volksrepublik China und Mitglied des ZK der KPCh S. 1235[18], 1256

Healey, Denis stellvertretender Vorsitzender der britischen Labour Party und Mitglied des Unterhauses S. 312

van Heerden, Neil Peter Botschafter der Republik Südafrika in Bonn S. 20[30], 1392

Hehenberger, Rudolf Vortragender Legationsrat im Referat 340 „Süd- und Südostasien“ des Auswärtigen Amts S. 1450[1+2]

Heikal, Jörg S. 271[8]

Heimsoeth, Hans-Jürgen Legationssekretär im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts bis 23. Januar 1984, seit 12. März 1984 Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 35[1]

Heinemann, Klaus Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1132[29]

Heinichen, Otto-Raban Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial- und Verkehrspolitik der EG; Stahlsektor der EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ im Auswärtigen Amt bis 16. September 1984, anschließend Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1559[1]

Heinsberg, Volker Legationsrat I. Klasse (seit 17. Mai Botschaftsrat) und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 824[3]

Heisbourg, François Berater des französischen Verteidigungsministers (conseiller pour les affaires internationales au cabinet du ministre de la Défense) bis August 1984 S. 82–84, 421, 423 f.

Hellbeck, Hannspeter Ministerialdirigent an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 404[9]

Hene Oberstleutnant i.G. im Bundesministerium der Verteidigung S. 497[4]

Heng Samrin Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Kampuchea und Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampucheas S. 550[5], 699[10], 1327[3]

Hennig, Ottfried Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen S. 1305–1307

Henze, Gerhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ im Auswärtigen Amt bis 13. August 1984, anschließend Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 154** und S. 26[1], 233[1], 346[5], 407[1], 409[11+14], 429[1], 487[2], 506[1], 527[2], 598[1], 656[1+3], 679[2], 681[11], 818[7], 1072

Herbig, Günter Musikalischer Direktor des Detroit Symphony Orchestra S. 1376

Herman, Fernand J. H. Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 28. September 1984 Repräsentant des belgischen Ministerpräsidenten im Ad-hoc-

Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) S. 1457[4], 1458, 1460

Hermann, Bernd Vertreter des Leiters der Niederlassung der Karl Kolb GmbH & Co. KG in Bagdad S. 815 f.

Hermes, Andreas 1945 Gründungsvorsitzender der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands S. 95

Hermes, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 9. Juli 1984, anschließend Botschafter beim Heiligen Stuhl **Dok. 38, 40, 75, 105, 309, 324** und S. 79[15], 142[11], 151[28], 179[9], 235[7], 249[21], 350[2], 352[7], 353, 354[14], 361, 367[28], 446[35], 459[6], 487[3+4], 490[5], 492[9], 504[7], 512[4+5+7], 515, 556, 572[8], 614[6], 642[8], 643[3], 653[9], 671[14], 675[13], 759[12], 768[11], 884[4], 899[6], 930[14], 932[4], 970, 1132[29], 1228[2]

Hernu, Charles französischer Verteidigungsminister **Dok. 149, 293** und S. 4, 7 f., 45 f., 190[24], 375, 673, 678[30], 850, 1112[10], 1114, 1321, 1325[27], 1332 f., 1360[20]

Herrmann, Frank-Joachim Staatssekretär und Leiter der Kanzlei des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR S. 217, 225, 403

Hertrampf, Doris Legationssekretärin im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts bis 4. Oktober 1984, anschließend Vizekonsulin am Generalkonsulat in Bombay S. 272[1], 573[1], 574[4]

Heseltine, Michael britischer Verteidigungsminister S. 83, 319, 496, 685, 687–689, 1276, 1325[27], 1333, 1523

Heß, Rudolf 1933–1941 „Stellvertreter des Führers“ und Reichsminister ohne Portefeuille des Deutschen Reichs S. 1506

Heubaum, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 932[4], 1193[11]

Heumann, Hans-Dieter Legationssekretär im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ des Auswärtigen Amts, seit 5. September 1984 abgeordnet an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 961[1]

von der Heyden, Albrecht Vortragender Legationsrat im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts bis 6. Dezember 1984, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 827[1], 1072[1]

Heyken, Eberhard Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 21. August 1984, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt **Dok. 353** und S. 1198[1], 1370[1], 1418[1], 1419[10], 1482[15], 1579[1+3], 1618[1]

al-Hidawi, Abdul Jabbar Abteilungsleiter im irakischen Außenministerium S. 489[7], 528[6]

Hiehle, Joachim Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung bis 31. März 1984 S. 497[6], 1368

Hilger, Reinhard-Walter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts S. 262

Hille, Gunnar Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 634

Hitler, Adolf 1933/34 Reichskanzler des Deutschen Reichs, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ S. 95–97, 99, 358, 640, 791, 1289, 1374, 1390

Hlond, August 1926–1948 Erzbischof von Posen und Gnesen sowie Primas von Polen, 1927–1948 Kardinal und 1946–1948 Erzbischof von Warschau S. 1496

Hoessle, Andreas von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts S. 350[1], 606[1]

Hoffmann, Hellmut Mitarbeiter der Bayer AG in Monheim S. 894

Höffner, Joseph Kardinal und Erzbischof von Köln sowie Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz S. 618

Hofstetter, Rolf Mitarbeiter des Generalsekretariats der NATO (Head, Disarmament and Arms Control Section) bis 9. Dezember 1984, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ im Auswärtigen Amt S. 1579[1]

Hohmann S. 826

Holderbaum, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts S. 257[1], 795[1], 1115[1]

Holik, Josef Friedrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ im Auswärtigen Amt bis 10. März 1984, Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle bis 15. Juni 1984, anschließend Leiter der Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Funktionsbezeichnung Botschafter **Dok. 4, 116, 120, 167, 256, 343** und S. 14, 16–18, 20, 31[3], 51[1+3], 57[11], 398[6], 420 f., 426[1], 429[13], 492, 546, 920[11], 944[4]

Holl, Norbert Heinrich Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts S. 20[30]

Holthoff, Horst Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ im Auswärtigen Amt S. 185[1], 257[1], 795[1], 847[1]

Holzheimer, Hermann Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile; 1980–1983 Botschafter in Bagdad S. 313[12], 606[4]

Honecker, Erich Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR **Dok. 43, 80** und S. 16, 18, 36, 53[8], 78 f., 227, 242, 279, 332, 347, 354, 358, 366, 483, 485 f., 499, 502, 704, 755, 831, 938 f., 949, 973, 1001, 1013, 1056, 1078, 1080–1082, 1113, 1117–1120, 1127, 1129, 1145, 1175, 1176[11], 1184, 1201[11], 1212[2], 1213, 1214[4], 1283, 1298 f., 1306, 1312, 1360–1362, 1363[22], 1364[23+24+26], 1375, 1401–1403, 1425, 1448, 1505 f., 1512, 1545, 1615

Honkisz, Władisław Brigadegeneral und Stellvertretender Leiter des Politischen Hauptausschusses der Streitkräfte der Volksrepublik Polen, seit 1. Januar 1985 Leiter der Kaderabteilung des ZK der PVAP S. 1536[11]

de Hoop Scheffer, Jakob G. N. (Jaap) Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 510, 876, 976, 1077 f., 1084

Horsten, Heinrich Konsul I. Klasse am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in New York bis 8. April 1984, anschließend Legationsrat I. Klasse im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 656[1], 679[2], 870[1], 871[8], 951[1]

Horstmann, Hans-Henning Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts S. 180[1], 245[1], 372[1], 377[1], 393[1], 394, 398[1], 401[13], 429[1], 523[1], 634[1], 656[1], 661[15], 703[1], 738[1], 757[1], 797[4], 802[1], 824, 838[1], 864[1], 908[1], 934[1], 1031[1], 1187, 1192[1], 1316[1], 1320[3], 1335, 1539[1], 1585[1], 1587[10], 1604[1], 1606[3]

Houwelingen, Jan van Staatssekretär im niederländischen Verteidigungsministerium S. 581[49]

Howe, Sir Geoffrey Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 165, 166, 252, 253, 257, 335, 336, 341, 342** und S. 63[19], 106, 150, 153, 203, 309, 319, 331, 442, 562, 563[32], 580, 584, 589[12], 592–594, 597, 616, 620, 662, 714, 738, 741 f., 759–761, 920, 922[4], 969, 1176, 1192, 1313, 1320[11], 1332, 1336, 1373, 1375 f., 1391[26], 1435, 1449, 1471[1], 1550[7], 1551 f., 1609 f., 1612, 1627

Howe, Jonathan Trumbull Konteradmiral und bis 1. Juli 1984 Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Director of Politico-Military Affairs) S. 59, 506

Höynck, Wilhelm Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf S. 431[8], 822[13], 889[8]

Hu Yaobang Generalsekretär des ZK der KPCh **Dok. 273** und S. 1263

Huber, Hermann Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 26. Oktober 1984, anschließend Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 10 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 7, 202, 212, 232** und S. 214[4], 522[9], 623[19], 636[12], 747[23], 882, 917[1], 923[12], 1036[6+7], 1343[10]

Hughes, John Pressesprecher des amerikanischen Außenministeriums S. 59, 623[20]

Hupka, Herbert Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Vorsizender der Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. S. 1421

Hurtado Larrea, Osvaldo Präsident der Republik Ecuador bis 10. August 1984 S. 800[13], 818[7], 821

Husák, Gustáv Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 53[8], 1589, 1602

Hüsch, Heinz Günther Rechtsanwalt und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Beauftragter des Bundesministeriums des Innern für die Aussiedlung von Deutschen aus Rumänien S. 1471[4], 1485

Hussein ibn Talal al-Haschemi König des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 63, 64[24], 109–112, 116 f., 197, 292, 378, 449 f., 504 f., 606 f., 1031–1033, 1035, 1174, 1338, 1405

Hüttel, Rolf Brigadegeneral und Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 13 in Wetzlar bis 26. September 1984, anschließend Generalmajor und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1488

Idris as-Senussi 1951–1969 König des Vereinigten Libyschen Königreichs bzw. seit 1963 des Libyschen Königreichs S. 292

Iklé, Fred Charles Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) S. 727, 1383[61]

Illueca Sibauste, Jorge Enrique Vizepräsident der Republik Panama bis 13. Februar, anschließend bis 10. Oktober 1984 Präsident, zudem Mitglied der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen S. 822

Imberesh, Elmahdi M. Botschafter der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn S. 592[26]

Ionescu, Ioan Oberst i.G. sowie Luft-, Marine- und Militärattaché an der Botschaft der Sozialistischen Republik Rumänien in Bonn S. 1456

Işcen, Oktay Botschafter der Republik Türkei in Bonn S. 1057, 1069[24], 1070

Ischinger, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts **Dok. 33, 284** und S. 21[3], 48[1], 65[1], 69[1], 82[2], 87[1], 211[1], 245[1], 250[1], 523[1], 608[1], 615[1], 634[1], 640[1], 652[1], 654[14], 655[17], 672[1], 674[11], 677[27], 738[1], 757[1], 838[1], 878[1], 908[1], 947[1], 1024[3], 1030[20], 1036[5], 1057[1], 1068[20], 1069[22], 1100[3], 1104[16], 1121[1], 1126[1], 1153[3], 1160[1], 1167[1], 1190[1], 1237[3], 1243[3], 1246[12], 1247[3], 1252[13], 1254[18], 1291[1], 1294[24+25+27+28], 1408[3], 1423[1], 1453[3], 1494[1], 1539[1], 1544, 1550[1], 1556[1], 1609[1]

Ishaq Khan, Ghulam pakistanischer Finanzminister S. 1279

Israel, Jurij Antonowitsch Vorsitzender des sowjetischen Staatlichen Komitees für Hydrometeorologie und Kontrolle der Umwelt S. 890

Israeljan, Wiktor Lewonowitsch Leiter der sowjetischen Delegation bei der

Abrüstungskonferenz (CD) in Genf im Rang eines Botschafters S. 250f., 744[11], 857[6]

Iwanow, Mariw Antonow bulgarischer Erster Stellvertretender Außenminister und Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens S. 1377[44]

Jacobovits de Szeged, Adriaan P. R. Generaldirektor für politische Angelegenheiten im niederländischen Außenministerium S. 7, 261f.

de Jager, Cornelis niederländischer General und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 681f., 1314f.

Jankowski, Henryk polnischer Priester S. 1414f.

Jansen, Michael Vortragender Legationsrat (seit 18. Juli 1984 Vortragender Legationsrat I. Klasse) und Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts sowie persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen **Dok. 152** und S. 42[3], 48[1], 87[1], 155[1], 156[4], 158[13], 159[22], 163[33+34], 164[35+36], 165[39], 166[42+43], 167[44+45], 180[1], 355[4], 523[1], 608[1], 615[1], 662, 838[1], 895[3], 897[3], 908[1], 1025[6], 1100[3], 1105[1], 1121[1], 1126[1], 1160[1], 1167[1], 1363[22], 1416[1], 1420[11], 1436[4], 1539[1]

Jaruzelski, Wojciech General, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Ministerpräsident der Volksrepublik Polen **Dok. 333** und S. 53[8], 241[15], 281, 369[36], 443, 619, 622, 780[16], 835, 939, 1079, 1130[20], 1224, 1226f., 1289f., 1341[2], 1342–1344, 1403, 1413[4], 1414f., 1425, 1436[3], 1437f., 1492, 1494, 1496, 1505, 1525f., 1529

Jaschin sowjetischer Generaloberst und Erster Stellvertretender Kommandeur der strategischen Raketenstreitkräfte S. 1479[3]

Javorsky, Jaroslav S. 914, 1615

Jaworski, Seweryn Mitglied der polnischen Gewerkschaft Solidarność S. 1344

Jean Großherzog des Großherzogtums Luxemburg S. 795[2]

Jelonek, Alois Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 14. Oktober 1984, anschließend Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts S. 1358[13], 1559[1]

Jenkins, Michael Mitarbeiter des britischen Außenministeriums (Assistant Under-Secretary of State, Europe) und Ständiger Vertreter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der WEU **Dok. 195, 196, 197, 198, 199, 200** und S. 999

Jenninger, Philipp Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) sowie bis 4. November 1984 Staatsminister im Bundeskanzleramt, anschließend Präsident des Deutschen Bundestags S. 132–134, 135[1], 136, 217, 221f., 348, 499, 549, 938[4], 949[4], 1078[2], 1082

Jesser, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Juli 1984 S. 112[27]

Jestaedt, Elvira S. 1137

Jestaedt, Rudolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen **Dok. 247** und S. 684

Jia Shi Stellvertretender Minister der Volksrepublik China für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen und Handel S. 1232, 1256

Jiménez Morales, Guillermo Gouverneur des mexikanischen Bundesstaats Puebla S. 907

Joetze, Günter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)" im Auswärtigen Amt bis 3. Mai 1984, anschließend Generalkonsul in Los Angeles S. 31[1], 34[12], 380[1]

Johanes, Jaromír tschechoslowakischer Stellvertretender Außenminister S. 37[6]

Johannes XXIII. (Angelo Giuseppe Roncalli) 1958–1963 Papst S. 279

Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła) Papst S. 62, 241, 475, 618f., 740, 781, 931[22], 1130, 1377[37], 1404[18], 1405, 1436–1438

Johnson, John Rodney Hochkommissar (High Commissioner) des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Lusaka bis August 1984, anschließend Mitarbeiter (Assistant Under-Secretary of State) im Außenministerium S. 1507[5]

Johnston, John Bennett Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Louisiana (Democratic Party) S. 884f., 887

Johnstone, L. Craig Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Deputy Assistant Secretary for Central America) S. 1555[23]

Jopling, Michael britischer Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung S. 1609

Jorge, Paulo Teixeira Außenminister der Volksrepublik Angola bis 20. Oktober 1984 S. 1187, 1394

Jørgensen, Anker Vorsitzender der dänischen Sozialdemokraten und Fraktionsvorsitzender im dänischen Parlament S. 731, 1138

Joseph, Sir Keith britischer Minister für Erziehung und Wissenschaft S. 850

Joublanc, Luciano Gesandter an der mexikanischen Botschaft in Bonn S. 818[7]

Jovy, Ernst Michael 1980–1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 1284[12]

Joxe, Pierre Fraktionsvorsitzender des Parti Socialiste in der französischen Nationalversammlung bis 19. Juli 1984, anschließend Innenminister S. 150, 259

Juan Carlos König des Königreichs Spanien **Dok. 334** und S. 344, 696

Jumblat, Walid Vorsitzender der libanesischen Sozialistischen Fortschrittspartei S. 195, 197

Junker, Ulrich Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 410-9 „Europäisches Parlament“ im Auswärtigen Amt **Dok. 340**

Kádár, János Erster Sekretär des ZK der USAP S. 53[8], 279, 331f., 366, 833[16], 1056, 1149, 1312, 1313[17], 1403, 1406, 1420[15], 1503

Kadnár, Milan Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 1616

Kaestner, Uwe Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 23. September 1984, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 354** und S. 1291, 1341[1], 1453[1+3], 1470, 1484[1], 1491[3], 1534[1+3]

Kahiluoto, Matti Leiter der finnischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 1265, 1445[11]

Kalha, Heikki Botschafter der Republik Finnland in Bonn S. 1127[12]

Kampelman, Max M. 1980–1983 Leiter der amerikanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid im Rang eines Botschafters S. 759

Kampmann, Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Havanna S. 1556[25]

Kanne, Charles Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Iran bis Juli 1983 S. 430[6]

Karaduman, Necmettin Präsident des türkischen Parlaments S. 389

Karajan, Herbert von Chefdirigent und künstlerischer Leiter des Berliner Philharmonischen Orchesters S. 869

Karkow, Bodo Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts **Dok. 144, 294** und S. 679, 799[6], 908[3], 1293[14], 1339[26]

Karpow, Wiktor Pawlowitsch Leiter der sowjetischen Delegation bei den START-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters S. 1578

Kasch, Heinz Generalleutnant und Stellvertretender Inspekteur des Heeres S. 82, 85f.

Kastl, Hans Jörg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 42, 168, 357** und S. 68[15], 70[10], 76, 199[14], 202[8], 230, 257[4], 442[10], 512[6], 715, 746[22], 830[8], 920[12], 971[26], 972[29+33], 1039[12], 1133[30], 1217[5], 1388[16], 1466[12], 1469, 1481, 1482[13+14], 1499[11], 1500[13], 1580

Kastrup, Dieter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 24** und S. 270[1], 347[1], 348[3], 349[4], 403[1], 410[1], 457[1+3], 459[6], 483[1], 494[6+7], 614[6+7], 930[14], 1001[17], 1013[1], 1078[1], 1117[1], 1174[1], 1256[1], 1364[24], 1387[1], 1448[22], 1465[1]

Kaufmann-Bühler, Werner Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)“ des Auswärtigen Amts S. 842[1], 861[1]

Kaunda, Kenneth David Präsident der Republik Sambia S. 248, 632[2], 633[3], 746, 784 f., 792

Kausch, Joachim Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ des Auswärtigen Amts S. 701

De Keersmaeker, Paul belgischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten und Landwirtschaft S. 240, 261

Kegel Mitarbeiter des Bauunternehmens Heberger Bau AG im Irak S. 815

Keil, Franz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt bis 23. September 1984, anschließend Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland; 1977–1980 Botschaftsrat I. Klasse (seit 1979 Gesandter) und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking **Dok. 295** und S. 35[1], 827[1], 870[17], 1113[19], 1260[6]

Kelly, Elsa Staatssekretärin im argentinischen Außenministerium S. 703

Kelly, Petra Mitglied des Deutschen Bundestags (Die Grünen) und bis 4. April 1984 Fraktionssprecherin S. 807[10], 1368

Kennan, George Frost 1947–1949 Leiter des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium (Director of Policy Planning); 1952 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau; 1961–1963 Botschafter in Belgrad S. 1514[10]

Kennedy, John Fitzgerald 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 516[4], 914

Kennedy, Richard Thomas Botschafter z. b. V. im amerikanischen Außenministerium (Ambassador at Large) S. 285[10]

Keyworth, George Albert II, Berater des amerikanischen Präsidenten in Fragen der Naturwissenschaften (Science Adviser to the President) und Leiter des Office of Science and Technology Policy S. 10, 921[16]

Khaddam, Abdel Halim Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident der Arabischen Republik Syrien bis April 1984, anschließend Vizepräsident für politische Angelegenheiten S. 1172, 1181[7], 1338

Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud 1975–1982 König des Königreichs Saudi-Arabien S. 771

Khamenei, Ali Präsident der Islamischen Republik Iran S. 350, 352, 936[10], 941–943

Khieu Samphan Vizepräsident der kambodschanischen Exilregierung; 1976–1979 Vorsitzender des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea S. 552[11]

Khomeini, Ruhollah Ayatollah, geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 102, 112 f., 119 f., 170 f., 269, 293, 751, 838, 936[10]

Kiechle, Ignaz Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten so-

wie Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 768[11]

Kiep, Walther Leisler 1965–1976 Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU); 1976–1980 Finanzminister des Landes Niedersachsen S. 1058

Kiesinger, Kurt Georg 1966–1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1967–1971 Vorsitzender der CDU S. 95, 1071[28], 1279

Kießling, Günter General und bis zu seiner Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand am 1. April 1984 Stellvertretender Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (DSACEUR) S. 155, 497[6]

Kim Il-sung Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea S. 867, 869, 1581[12]

Kim Jong-il Mitglied des Präsidiums des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Koreas sowie der Zentralen Militärkommission und designierter Nachfolger seines Vaters Kim Il-sung S. 867

Kingsbury-Smith, Joseph amerikanischer Journalist S. 1582

Kinnock, Neil Vorsitzender der britischen Labour Party und Oppositionsführer im Unterhaus S. 731, 1479, 1581, 1611

Kirkpatrick, Jeane Jordan Leiterin der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York im Rang einer Botschafterin S. 853f., 1031, 1034

Kirstein, Hartmut Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts bis 10. Oktober 1984, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Quito S. 137[1], 177[1]

Kissinger, Henry Alfred Vorsitzender des Aufsichtsrats (Chairman of the Board) des Beratungsunternehmens Kissinger Associates Inc. in New York; 1973–1977 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 99, 103, 116, 199, 329f., 354[14], 365, 370[43], 384, 575, 1103, 1132, 1238f.

Kiszczak, Czesław polnischer Innenminister S. 1341[2], 1342f.

Kito *siehe: Rodrigues, Manuel Alexandre*

Kittel, Walter Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 353[7], 930[17]

Klaiber, Klaus-Peter Vortragender Legationsrat und Stellvertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts S. 272[1], 1002[1], 1518[1]

Klarsfeld, Beate Journalistin S. 312

Klarsfeld, Serge Rechtsanwalt S. 312

Klein, David Geschäftsführer des American Council on Germany S. 1389

Klein, Hans Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion S. 383, 387, 635[9], 1488, 1498

Kleist-Schmenzin, Ewald Albert Vater von Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin, Mitverschwörer beim Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944, am 9. April 1945 hingerichtet S. 99

Kleist-Schmenzin, Ewald-Heinrich Vorsitzender der Münchener Wehrkundetagung; Mitverschwörer beim Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 S. 99

Knackstedt, Günter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg S. 755[20]

Knieß, Günter Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Managua bis 14. November 1984, anschließend im Referat 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ des Auswärtigen Amts S. 208[4]

Kociołek, Stanisław Botschafter der Volksrepublik Polen in Moskau; 1964–1967 und 1980–1982 Erster Sekretär des Gebietskomitees Warschau der PVAP S. 1492, 1535

Koenig, Marie-Pierre General und 1945–1949 Militärgouverneur der französischen Besatzungszone in Deutschland S. 614[5]

Kohl, Cäcilie S. 95, 268 f., 769

Kohl, Hannelore S. 1031, 1035, 1137

Kohl, Hans S. 95, 465, 769, 1284

Kohl, Helmut Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzender der CDU **Dok. 18, 19, 20, 29, 30, 43, 44, 45, 47, 48, 53, 56, 58, 59, 64, 70, 71, 72, 75, 94, 95, 103, 108, 115, 122, 143, 146, 147, 150, 155, 158, 162, 173, 192, 224, 229, 247, 248, 269, 273, 274, 278, 279, 281, 283, 301, 307, 322, 325, 326** und S. 8, 26, 53, 59[4], 63–65, 71, 76, 79, 80[21], 88[8], 91, 175, 203, 216, 236, 254, 262, 286[11], 312, 318[2+3], 320 f., 343[12], 372 f., 399, 437, 457, 482, 491[7], 523 f., 526, 535, 560, 609, 611, 616 f., 635, 638, 656, 658[12], 661[16], 662, 664, 679, 698, 700, 721 f., 743, 746, 747[23], 748, 770–773, 795, 818, 820 f., 849 f., 852, 861, 864, 871[5], 886, 915, 924, 930[16], 931, 949[4], 950, 961, 973, 974[44], 1002, 1004–1006, 1007[24], 1017, 1022, 1042, 1046, 1079, 1082[22], 1093, 1102 f., 1105[1], 1106, 1110, 1113[19], 1115 f., 1119, 1124 f., 1127–1129, 1145 f., 1149, 1165, 1175, 1190, 1205 f., 1210 f., 1229 f., 1271, 1310 f., 1320[11], 1323[17], 1326, 1328 f., 1339[25+26], 1345[3], 1350, 1357 f., 1359[14], 1360[3], 1363, 1364[26], 1367 f., 1370[19], 1373[13], 1374, 1380[53], 1385, 1387[3], 1390[19], 1410, 1416, 1419, 1421, 1444[6], 1447[17], 1469[23+27], 1482[15], 1486, 1495[4], 1508, 1512, 1513[8], 1515, 1517, 1520, 1528[15], 1529, 1537[1], 1538, 1551–1554, 1556[3], 1561 f., 1569[7], 1576, 1579[4], 1581 f., 1585[3], 1586–1588, 1590[12], 1591, 1598[4], 1602[8], 1603, 1608[10], 1610[6], 1613[4], 1618[2], 1621, 1625[2]

Kohl, Michael 1965–1973 Staatssekretär beim Ministerrat der DDR und 1968–1973 Stellvertretender Außenminister S. 191[31]

Kohl, Walter Bruder Helmut Kohls S. 95, 268

Kohl, Walter Sohn Helmut Kohls S. 268, 465

Köhler, Peter 1980–1983 Oberst i.G. im Militärattachéstab an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 4[4]

Köhler, Volkmar Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 193[1], 195, 476, 905, 907

Kohout, Pavel tschechoslowakischer Schriftsteller und Mitinitiator der Charta 77 S. 1592, 1615

Koivisto, Mauno Präsident der Republik Finnland S. 1361

Koleilat, Ibrahim Leiter der libanesischen Bewegung der unabhängigen Nasseristen (al-Murabitun) S. 195

Komer, Robert William Mitarbeiter der RAND Corporation S. 575

Komplektow, Wiktor Georgijewitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 512[6]

Kondraschow, Sergej Alexandrowitsch Mitarbeiter des KGB und 1980–1983 Stellvertretender Leiter der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 759

Koptelzew, Wladimir Alexijewitsch Gesandter und Vertreter des Botschafters der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ost-Berlin **Dok. 221** und S. 1201, 1298

Koreissi, Sékou Almamy Botschafter der Republik Mali in Bonn S. 265

Kornblum, John Christian Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Director for Central European Affairs) S. 204, 374, 448, 459[6], 1550

Kornijenko, Georgij Markowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister und Mitglied des ZK der KPdSU S. 442, 1121, 1135, 1185, 1580–1582

Kosobrodow, Walentin Dmitrijewitsch Generalmajor des KGB und Botschaftsrat an der Botschaft in Ost-Berlin S. 494

Kosol Sindhvananda Botschafter des Königreichs Thailand in Bonn S. 549

Kossolapow, Richard Iwanowitsch Mitglied des ZK der KPdSU und Chefredakteur der Zeitschrift „Kommunist“ in Moskau S. 1627

Kostandow, Leonid Arkadjewitsch Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des ZK der KPdSU sowie Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bis zu seinem Tod am 5. September 1984 S. 70[10], 221 f., 883[18], 1082, 1285, 1577

Kotalla, Josef ehemaliger SS-Oberscharführer, bis zu seinem Tod 1979 in den Niederlanden inhaftiert S. 181[5]

Kountché, Seyni Präsident des Obersten Militärrats der Republik Niger sowie Innen- und Verteidigungsminister S. 267

Kővári, Péter Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Bonn bis September 1984, anschließend Stellvertretender Außenminister S. 930[16]

Kraemer, Sven Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1025[8]

Krapp, Reinhard Legationsrat im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht" des Auswärtigen Amts S. 311[1+3]

Krieghoff, Jürgen Vortragender Legationsrat im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts bis 19. August 1984, anschließend bis 26. August und vom 10. September bis 4. Oktober 1984 im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Zentralamerika, Karibik", dazwischen und anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon S. 403[1], 484[10], 493[1]

Krieps, Emile Mitglied des luxemburgischen Parlaments und bis 20. Juli 1984 Verteidigungsminister sowie Minister für Gesundheit und Sport S. 686, 1021[16]

Krier, Stefan Legationsrat I. Klasse im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)" des Auswärtigen Amts S. 1009[1]

Krit thailändischer Dolmetscher S. 549

Kriwoschejew, Grigorij Fedotowitsch sowjetischer Generalleutnant (seit April 1984 Generaloberst) und Stabschef des Militärbezirks Turkestan bis Juni 1984, anschließend Stabschef der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland S. 1552

Król, Bogumił Botschaftsrat an der polnischen Botschaft in Bonn S. 1492

Krömke, Claus persönlicher Referent des Sekretärs des ZK der SED für Wirtschaftsfragen S. 499

Kroneck, Friedrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Ausländerpolitik; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland" im Auswärtigen Amt **Dok. 62** und S. 1212[1]

Kucza, Ernest polnischer Stellvertretender Außenminister **Dok. 267** und S. 1493

Kudlich, Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)" im Auswärtigen Amt S. 436[1], 1002[1], 1009[1]

Kuhna, Karl-Heinz Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Athen bis 22. April 1984, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" im Auswärtigen Amt **Dok. 236** und S. 344[1], 389[1], 470[1], 473[14], 478[1], 481[1+6+7], 1056[1], 1385[67], 1386[69], 1400[1]

Kujat, Harald Oberstleutnant i.G. in der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen), Bundessicherheitsrat" im Bundeskanzleramt S. 1016

Kullak-Ublick, Horst Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit

dem Ausland **Dok. 260** und S. 397, 907[11], 933[10], 961[5]

Kurkotkin, Semjon Konstantinowitsch Marschall der Sowjetunion, Stellvertretender Verteidigungsminister und Chef der Rückwärtigen Dienste sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 1482

Kuroń, Jacek Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR) und der Gewerkschaft Solidarność S. 566

Kurpakow, Iwan Alexandrowitsch Erster Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn bis August 1984 S. 878

Kusnezow, Georg Oberamtsrat im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts S. 9[3], 51[3], 82[2], 121[3], 127[3], 130[3], 132[2], 140[3], 173[3], 181[2], 185[3], 195[3], 204[1], 234[3], 311[3], 333[3], 336[3], 380[2], 398[3], 407[2], 527[1], 573[1], 715[1], 722[1], 770[1], 802[1], 806[2], 814[1], 853[3], 884[3], 888[1], 891[2], 897[3], 952[3], 956[3], 961[3], 964[3], 989[3], 1111[3], 1150[3], 1198[1], 1219[1], 1243[3], 1270[1], 1273[3], 1345[3], 1408[3], 1442[1], 1462[3], 1465[2], 1470[1], 1491[3], 1507[3], 1534[3], 1579[3], 1604[1], 1622[3]

Kusumaatmadja, Mochtar Außenminister der Republik Indonesien S. 800[13], 818[5], 821[7]

Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch Botschafter für besondere Aufgaben im sowjetischen Außenministerium; 1981–1983 Leiter der sowjetischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf S. 61, 142[11], 514[12], 642, 719, 912[11], 1028, 1029[19], 1201

Kyaw, Dietrich von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)" im Auswärtigen Amt bis 30. Januar 1984, anschließend Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 391[10]

Kyprianou, Spyros Präsident der Republik Zypern S. 153, 1386

Lacaze, Jeannou General und Generalstabschef der französischen Streitkräfte S. 82 f., 85 f., 673 f., 1321, 1324

Lages, Willy ehemaliger SS-Sturmbannführer, bis 1966 in den Niederlanden inhaftiert S. 181[5]

Lahl, Peter Oberstleutnant im Bundesministerium der Verteidigung, seit 16. Februar 1984 Adjutant des Generalinspekteurs S. 672

Lahn, Lothar Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 276[3], 294, 609[9], 1175[8]

Lahnstein, Manfred 1980–1982 Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts S. 1057[3]

Lahusen, Carl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 782[3], 786[12], 790[16]

Lambsdorff, Otto Graf Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und bis 27. Juni 1984 Bundesminister für Wirtschaft **Dok. 80** und S. 27[5], 70[10], 115[3], 225, 473[11], 483[8], 499 f., 502–504, 593[32], 656, 661[16], 698, 754, 756[22], 790, 792, 852, 1401[4], 1577

Lang, Jack französischer Beigeordneter Minister für Kultur S. 1357[3]

Lange, Rudolf Fregattenkapitän, seit 1. August 1984 im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts S. 1008[1]

Langhans, Daniel S. 914, 1592, 1615

Lara, Lúcio Mitglied des Politbüros des ZK des Movimento Popular de Libertação de Angola – Partido do Trabalho und Sekretär des ZK für Organisation S. 784

Laub, Robert Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 704[8], 931[21]

Läufer, Thomas Legationsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf bis 17. Juni 1984, anschließend im Referat 200 „Europäische Einigung und

Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts bis 23. September 1984, danach im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ S. 1416[1]

Lauk, Werner Legationsrat I. Klasse im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 26[1], 333[1], 407[1], 989[1+3]

Lautenschlager, Hans Werner Staatssekretär des Auswärtigen Amts bis 1. Juli 1984, anschließend Botschafter z. b. V. bis 17. Juli 1984, danach Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 26, 42[3], 94[1], 103[1], 114[1], 121, 127, 130, 131[9+10], 132[11], 140, 173, 175[9], 181, 185, 195, 198[10], 200[1], 234, 237, 240, 261, 283, 311, 313[11], 314, 315[7], 333, 335[10], 407, 426[3], 460[1], 472, 487, 490[1], 520[2], 527[4], 656, 734, 818[7], 846, 849, 1056, 1085[9], 1121, 1187, 1433[3]

Lázár, György Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik **Dok. 173** und S. 331, 930[16]

Lebacq, Jozef (Bob) Leiter der belgischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1569

Leber, Georg 1972–1978 Bundesminister der Verteidigung S. 156

Lecompt, Jacques Leiter der französischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 901

Lederer, Rudolph britischer Dolmetscher S. 321, 585

Lee, John Parlamentarischer Staatssekretär für Beschaffung im britischen Verteidigungsministerium (Parliamentary Under-Secretary of State for Defence Procurement) S. 784

Lee Won-kyung Außenminister der Republik Korea **Dok. 182**

Legras, Guy Mitarbeiter des französischen Außenministeriums (Chef de service de coopération économique) S. 662, 665[13], 1105, 1270

Legwaila, Legwaila Joseph Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Botsuana bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1187

Lehman, Ronald F. II Mitarbeiter des amerikanischen Präsidialamts (Special Assistant to the President for National Security Affairs and Senior Director for Defense Programs and Arms Control for the National Security Council) S. 644, 1016, 1487, 1504

Lehnhardt, Annelie Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 692[2], 765

Lékai, László Kardinal und Erzbischof von Esztergom sowie Primas von Ungarn S. 1406

Lekganyane, Barnabas Bischof der südafrikanischen Zion Christian Church S. 789

Lemmer, Gerd Ludwig Mitglied des Europäischen Parlaments S. 1068

Lenin, Wladimir Iljitsch 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. seit 1922 der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 618, 1123

Leopold III. 1934–1951 König des Königreichs Belgien S. 239

Leshem-Stein, Simon Erster Sekretär an der israelischen Botschaft in Bonn S. 1530

Lessing, Gotthold Ephraim * 1729 † 1781 S. 94

Lewalter, Karl Walter Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid bis 3. Juli

1984, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 16. Juli 1984 Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ S. 884[3], 897[3], 952[1], 964[1], 967[10], 975[1], 1111[1+3], 1145[1], 1150[1+3], 1153[1+3], 1237[1+4], 1243[1+3], 1273[1], 1276[17], 1314, 1320[1+3], 1345[3], 1366[1], 1370[20], 1408[1+3], 1538[4]

Li Peng Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied des ZK der KPCh S. 698–700

Libal, Michael Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts bis 15. Juni 1984, anschließend als Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 968[1+3], 969[7+8], 970[15+18], 973[35+36], 1083[1], 1256[1], 1480[8], 1609[1]

Lis, Bogdan Mitglied der Provisorischen Koordinierungskommission der polnischen Gewerkschaft Solidarność S. 928[3], 1222[6], 1223

Lloreda Caicedo, Rodrigo Hernán Außenminister der Republik Kolumbien bis 5. Juli 1984, seit 17. Dezember 1984 Botschafter in Washington S. 746[18]

Loeck, Hans Werner Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts **Dok. 169, 183, 216** und S. 26[4], 115[4], 127[4], 346[5], 436[9], 487[2], 506[1], 527[2], 891, 952[4], 1233[9], 1291, 1537[1], 1591[17]

Lojewski, Willi Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft S. 907

Lomejko, Wladimir Borissowitsch Mitarbeiter der sowjetischen Wochenzeitung „Literaturnaja Gaseta“ bis November 1984, anschließend Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium S. 1581

Longerstaey, Edouard Generalsekretär der WEU S. 1347, 1348[16]

Łopatka, Adam Leiter des Amts für konfessionelle Angelegenheiten im Rang eines Ministers und Mitglied des ZK der PVAP S. 1527[14]

Lopes, Ernâni portugiesischer Finanzminister S. 470–472, 663[10], 1310[3+4], 1427[15]

López Portillo y Pacheco, José 1976–1982 Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 223

Lorenz, Peter Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) sowie Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin S. 1448[23]

Louis, Viktor sowjetischer Journalist und Mitarbeiter des KGB S. 939

Lubbers, Rudolphus (Ruud) Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande und Vorsitzender des CDA S. 107, 438, 547 f., 596, 609, 688, 704, 706, 708, 832, 849[9]

Luce, Richard Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 319

Lücke, Paul 1957–1965 Bundesminister für Wohnungsbau; 1965–1968 Bundesminister des Innern S. 782[3]

Lukanow, Andrei Karlow bulgarischer Stellvertretender Ministerpräsident und Kandidat des Politbüros des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei S. 829[4]

Lukowitz, Rüdiger von Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm bis 15. Juli 1984, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 1137[1], 1317[1]

Luns, Joseph A. M. H. Generalsekretär der NATO bis 25. Juni 1984 S. 183, 413, 497, 534, 685, 687, 689, 1023[20], 1366[6]

Lupu, Ioan Erster Sekretär an der rumänischen Botschaft in Bonn bis November 1984 S. 1291

Lusaka, Paul John Firmino Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Sambia bei den Vereinten Nationen in New

York im Rang eines Botschafters und seit 18. September 1984 Präsident der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen S. 1187

Lusinchi, Jaime Ramón Präsident der Republik Venezuela seit 2. Februar 1984 S. 800[13], 818[7], 821

Luy, Julius-Georg Legationssekretär im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen, Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung" des Auswärtigen Amts bis 17. Juli 1984, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 567[1]

da Luz, Silvino Manuel Außenminister der Republik Kap Verde S. 1394

Mabolia Inengo Tra Bwato Botschafter der Republik Zaire in Bonn seit 4. Mai 1984 S. 1144

MacEachen, Allan Joseph stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister von Kanada bis 30. Juni 1984, anschließend Oppositionsführer im kanadischen Senat **Dok. 165, 166**

Machel, Samora Moisés Präsident der Volksrepublik Mosambik S. 477, 784f., 789, 1395f., 1398

Madero Belden, Pablo Emilio Vorsitzender des mexikanischen Partido Acción Nacional seit Februar 1984 S. 907

Madlung, Malte Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Innsbruck S. 1093[3]

de la Madrid Hurtado, Miguel Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 800[13], 818[7], 821, 905–908

Maghur, Kamel Hassan libyscher Ölminister und bis Oktober 1984 Präsident der Ministerkonferenz der OPEC S. 984

Maginot, André 1922–1924 und 1929–1933 französischer Kriegsminister S. 834

al-Mahgoub, Rifaat Präsident des ägyptischen Parlaments seit Juli 1984 S. 1337

Maier, Helmut Geschäftsführer der Karl Kolb GmbH & Co. KG in Dreieich S. 81f., 870[2], 871f.

Malagodi, Giovanni Francesco Vorsitzender der Liberalen Internationale S. 523

Mallaby, Christopher Leslie George Gesandter und Vertreter des britischen Botschafters in Bonn **Dok. 217** und S. 262

Malsen-Tilborch, Marie-Gabriele von Legationsrätin I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts bis 7. November 1984, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 833[16], 1291[1]

Mangwende, Witness Außenminister der Republik Simbabwe S. 1187f.

Manley, Albert Leslie Mitarbeiter des südafrikanischen Außenministeriums S. 781, 1392

Mansfield, Michael Joseph 1953–1977 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Montana (Democratic Party) S. 366, 1572

Manzour S. 1531

Mao Tse-tung 1943–1976 Vorsitzender der KPCh S. 1260[6]

Maratea, Norma Susana argentinische Rechtsanwältin S. 701[3]

Margrethe II. Königin des Königreichs Dänemark S. 1137

Marjai, József ungarischer Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des ZK der USAP S. 115[4], 829, 1405[23]

Marjolin, Robert Mitglied und Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Wirtschaft und Finanzen) S. 1003[14]

Martens, Wilfried Ministerpräsident des Königreichs Belgien **Dok. 47** und S. 609, 708, 963[16], 1409f., 1489f., 1499, 1502, 1561, 1620

Marx, Karl *1818 †1883 S. 218

Maryniok Mitarbeiter des ZK der PVAP S. 1505[9]

Mashingaidze, Elleck Kufakunesu Leiter der Ständigen Vertretung der Re-

publik Simbabwe bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1187

Mašínová, Jelena Ehefrau Pavel Kohouts S. 1592[23], 1615[14]

al-Masri, Taher Außenminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien seit 10. Januar 1984 S. 504[9], 606[2]

Massmann, Gerd Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen, Menschenrechtsfragen" des Auswärtigen Amts bis 2. Oktober 1984, anschließend Leiter des Referats 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; nukleare Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung" S. 1219[1], 1606[1+3]

Matheson, Michael J. Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Deputy Legal Adviser) S. 572[8]

Matlock, Jack Foust Jr. Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats der Vereinigten Staaten von Amerika S. 59 f., 1216 f., 1466, 1487

Matos da Gama, Jaime José Außenminister der Portugiesischen Republik S. 442, 474–476, 1192 f., 1331[6]

Matthias, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta S. 761[24]

Matthöfer, Hans 1978–1982 Bundesminister der Finanzen S. 1058

Mauroy, Pierre Ministerpräsident der Französischen Republik bis 17. Juli 1984 **Dok. 155** und S. 45 f., 257, 472, 479, 574, 729[1], 962[14]

Maxey, Peter Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Ost-Berlin bis 20. August 1984, anschließend Botschafter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 154

Mayón, Carlos Alberto argentinischer Richter S. 701[3], 702

Mazowiecki, Tadeusz Berater der polnischen Gewerkschaft Solidarność und Journalist S. 566

M'Bow, Amadou Mahtar Generaldirektor der UNESCO in Paris S. 1449[25]

McCloy, John Jay Vorsitzender des American Council on Germany; 1947–1949 Präsident der Weltbank; 1949–1952 Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika für Deutschland S. 1329, 1387[2], 1389, 1447

McFarlane, Robert C. Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 208[2], 353, 623, 653 f., 874[5], 1185, 1326, 1444[6], 1481, 1487, 1504

McGiffert, David Eliot 1977–1981 Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs) S. 1366[6]

McGovern, George Stanley Bewerber um die Nominierung der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftskandidatur; 1963–1981 Senator für den amerikanischen Bundesstaat South Dakota (Democratic Party) S. 970

McNamara, Robert Strange 1961–1968 amerikanischer Verteidigungsminister S. 1514[10]

Meichsner, Günther Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung II „Deutschlandpolitik" im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 457[3], 1510

Meincke, Horst Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag bis 27. April 1984, anschließend in gleicher Position in Budapest S. 1405[23]

Meister, Thomas Legationssekretär im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START" des Auswärtigen Amts bis 3. September 1984, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Canberra S. 140[1], 856[1], 1096[1], 1098[11]

Menne, Fritz Carl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Juli 1984; 1976–1979 Botschafter in Bagdad S. 99[14]

Mentzingen, Franz Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Khartum bis 16. April 1984, anschließend Botschafter in Harare **Dok. 36**

Mérillon, Jean-Marie Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 435, 509f., 876, 904, 1077

Merkel, Christoph Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid bis 22. Januar 1984, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Arbeitsstab 50 „Seerechtskonferenz" des Auswärtigen Amts S. 593[32]

Mertes, Alois Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 80, 582, 795[1], 1306, 1448[23]

Mertins, Georg Thomas S. 397

Mertins, Gerhard Georg Geschäftsführer der Merex AG S. 397f.

Mesjaz, Walentin Karpowitsch sowjetischer Landwirtschaftsminister und Mitglied des ZK der KPdSU S. 1377

Messer, Kurt Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Arbeitsstabs 40A „Antarktiskonferenzen" im Auswärtigen Amt S. 265[1]

Messner, Zbigniew Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und polnischer Erster Stellvertetender Ministerpräsident S. 1534

Metger, Jörg Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts S. 1615[16]

Metzger, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa S. 314, 1532[5], 1533[8]

Meurer, Franz Josef Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in N'Djamena bis 1. Juli 1984, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft in Dublin S. 266[7]

Mevik, Leif Leiter der norwegischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 904

Meyer, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Prag **Dok. 337** und S. 37[6+7], 317[5], 1591[17], 1592[18+19]

Meyer-Landrut, Andreas Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 10, 13, 70, 71, 72, 83, 159, 256, 263** und S. 8f., 14–21, 35[1], 42, 47[25], 51, 57[15], 76, 82f., 94[1], 103[1], 130[3], 132, 135[1], 204[1], 265, 315[7], 336, 343[12], 349[4], 380, 393, 398, 410, 420, 426, 438, 440[3], 457[3+4], 460[1], 470[1], 487, 490, 492f., 504, 506[1], 511, 520, 521[6], 527, 529f., 549, 553, 556[1], 561[26], 564, 567, 573, 576[19], 577[26–28], 580[44], 581[50], 583[56], 592[26], 593[29], 621[16], 646[2+5], 652, 656[19+2], 657[9], 666, 667[6], 672, 715, 765, 806, 846[3], 871, 884[3], 888[3], 905, 907, 917[1], 922[1], 924[1], 926[1], 928[1], 932[1], 944, 948[1+2], 952[2+3], 955[12], 956, 961, 962[13], 964, 1024[3], 1036, 1041[16], 1047[1], 1054[18], 1055[19–21], 1057[1], 1072[1], 1086[3], 1092–1094, 1100, 1111, 1115, 1127[12], 1132, 1150, 1152[10], 1153, 1174, 1177[15+16], 1195, 1196[7], 1198[1], 1212, 1219, 1225[12], 1237, 1243, 1246[11], 1247, 1248[6], 1249[12+11], 1273, 1320, 1366, 1370[1], 1387, 1390[18], 1408, 1442[1], 1450, 1453, 1462, 1465, 1468f., 1472[1], 1473[3], 1484, 1487, 1491, 1507, 1508[21], 1532, 1534, 1579, 1606, 1609, 1622

Meyke, Frank Legationsrat I. Klasse im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)" des Auswärtigen Amts S. 1593[1]

Mez, Theodor Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Doha S. 119[13]

Michajlow, Walerian Wladimirowitsch Leiter der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 545[4], 1568, 1569[8], 1570–1572

Michalik, Józef Rektor des Päpstlichen Polnischen Kollegs in Rom S. 1494

Michnik, Adam Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR) und der Gewerkschaft Solidarność S. 566, 1344, 1527

Mierzejewski, Piotr Mitarbeiter der polnischen Gewerkschaft Solidarność S. 928[3], 1222[6], 1223

Mies, Herbert Vorsitzender der DKP S. 971, 1082

Miksche, Ferdinand Otto französischer Publizist S. 573[2], 574

Mikulić, Branko Präsident des Organisationskomitees für die XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo sowie bis 16. April 1984 Präsident der Präsidentschaft der Sozialistischen Republik Bosnien und Herzegowina, anschließend Mitglied des Präsidiums des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens S. 271

Milewski, Mirosław Generalmajor des polnischen Geheimdienstes, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP S. 1341[2], 1342, 1415, 1492, 1535 f.

Miller, Franklin C. Mitarbeiter des amerikanischen Verteidigungsministeriums S. 205[3], 643 f., 1604 f.

Mindszenty, József 1945–1973 Erzbischof von Esztergom sowie Primas von Ungarn, 1946–1975 Kardinal S. 593

Mintoff, Dominic Ministerpräsident der Republik Malta bis 22. Dezember 1984 S. 1384 f.

Mischnick, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 224

Miśkowiec, Stanisław S. 1221

Mittag, Günter Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK für Wirtschaft und Mitglied des Staatsrats der DDR **Dok. 103** und S. 403, 406, 483[8]

Mitterrand, François Staatspräsident der Französischen Republik; 1947/48 Minister für Veteranen und Kriegsopfer **Dok. 29, 30, 59, 146, 147, 150, 155, 307** und S. 46, 90 f., 105 f., 110, 154, 185, 203, 219, 222, 229, 238, 260 f., 296–298, 320–326, 328 f., 331 f., 359, 363, 371, 436, 442, 447, 466 f., 472, 479, 559, 586–589, 591, 595–597, 662–664, 665[13], 693, 741, 768, 786 f., 792, 795[2+3], 796, 819 f., 821[4], 837, 850, 862–864, 921, 962, 972, 1003, 1005, 1007[24], 1022, 1067–1069, 1105 f., 1110, 1115, 1127, 1143–1145, 1165, 1262, 1271, 1284, 1297, 1311, 1350, 1357 f., 1359[16], 1380[53], 1390[19], 1406, 1418, 1447[17], 1490, 1552, 1564[3], 1565 f., 1586, 1627

Mkapa, Benjamin Botschafter der Vereinigten Republik Tansania in Washington bis April 1984, anschließend Außenminister S. 1187–1189

Mladenow, Petar Toschew Außenminister der Volksrepublik Bulgarien **Dok. 131, 132** und S. 61, 78[7], 704, 1420

Mlynář, Zdeněk Mitinitiator der Charta 77 S. 1616

Mobutu Sese Seko Feldmarschall und Präsident der Republik Zaire **Dok. 248**

Moese, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik“ des Auswärtigen Amts S. 564[1], 1256[1]

Mojsov, Lazar Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bis 15. Mai 1984, anschließend Mitglied des Präsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien **Dok. 10** und S. 130 f., 132[11]

Mokoena, Isaac Bischof und Vorsitzender der südafrikanischen Reformed Independent Churches Association S. 789

Moldt, Ewald Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn mit der Amtsbezeichnung Minister S. 133, 348, 499, 949, 1001[17], 1078[2], 1082

Möllemann, Jürgen Wilhelm Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und Staatsminister im Auswärtigen Amt **Dok. 86** und S. 592[26], 679 f.

Møller, Otto Erling Staatssekretär des dänischen Außenministeriums und seit 28. September 1984 Repräsentant des Ministerpräsidenten im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) S. 1138, 1416, 1417[9], 1457[4], 1458–1461

Mondale, Walter Frederick Kandidat der Demokratischen Partei für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1984 S. 449, 1353[26], 1362, 1398[7], 1439[2], 1444[4], 1488[5], 1500[12], 1517[18], 1594[6], 1598[3], 1626[8]

Monge Álvarez, Luis Alberto Präsident der Republik Costa Rica **Dok. 158** und S. 933, 963, 1193

Montfort, Norbert Ministerialdirigent und Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland bis 1. Juli 1984, seit 27. Juli 1984 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat **Dok. 37, 61** und S. 606[3+4]

Morales Paúl, Isidoro Außenminister der Republik Venezuela seit 2. Februar 1984 S. 746[18], 1192

Morán López, Fernando Außenminister des Königreichs Spanien S. 137, 139, 177 f., 345, 482, 697[23], 759, 1056, 1167 f., 1192 f., 1310[3+4], 1348, 1427[15], 1563

Morel, Pierre Mitarbeiter des französischen Präsidialamts S. 665[13], 1105 f., 1270

da Mota Pinto, Carlos Alberto stellvertretender portugiesischer Ministerpräsident und Verteidigungsminister S. 686

Motlana, Nthato Harrison Mitglied des südafrikanischen ANC S. 1396

Moynihan, Daniel Patrick Senator für den amerikanischen Bundesstaat New York (Democratic Party) S. 449

Mubarak, Mohammed Hosni Präsident der Arabischen Republik Ägypten S. 110, 118, 120, 194, 228, 293, 752, 1173, 1335, 1337 f., 1339[25+26], 1405

Mugabe, Robert Ministerpräsident der Republik Simbabwe S. 913, 1395

Mühlen, Ewald 1980–1983 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 962[14]

Mulack, Gunter Vortragender Legationsrat im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 403[1], 1078[1], 1174[1]

Müller, Kurt Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 679[3], 1335, 1339

Müller-Chorus, Gerhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 510 „Staats- und Verwaltungsrecht, einschließlich Ausländerrecht“ im Auswärtigen Amt S. 130[1]

Mulroney, Brian Ministerpräsident Kanadas seit 17. September 1984 S. 261[23]

Murphy, Richard William Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs) S. 449[49], 1181[7]

Mussawi, Mir Hossein Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran S. 941[4]

Nagel, Burghart Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 405 „Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Nichtnukleare Energiefragen in der EG und anderen internationalen Organisationen; Nichtnukleare Energieforschung“ im Auswärtigen Amt S. 265[1], 983[1]

Nagy, János ungarischer Stellvertretender Außenminister S. 930

Nagy, Lajos Abteilungsleiter im ungarischen Außenministerium S. 827

Naik, Niaz A. Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium S. 1280[9]

Nakasone, Yasuhiro Ministerpräsident Japans S. 293, 710, 820, 821[4], 868, 1262, 1501

Napoleon I. Bonaparte * 1769 † 1821 S. 1287

Napp, Irmela S. 1592, 1603, 1615

Napp, Jens-Peter S. 1592[20]

Narjes, Karl-Heinz Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Binnenmarkt, Zollunion, industrielle Innovation, Umwelt, Verbraucherfragen und nukleare Sicherheit) S. 590, 1427[19], 1428[21]

Nasser, Gamal Abdel 1954–1970 Präsident der Republik Ägypten bzw. seit 1958 der Vereinigten Arabischen Republik S. 120, 841

Natali, Lorenzo Mitglied und Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Erweiterung, Information und Mittelmeerpolitik) S. 663[9], 1430

Naudé, Beyers Pfarrer der Dutch Reformed Church in Africa, seit Herbst 1984 Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenbunds S. 790 f.

Naudé, Jozua François S. 790

Nauyala, Kapuka Mitglied des ZK der SWAPO S. 246

Navarro, Héctor René S. 701[3], 702

Neagu, Romulus Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium S. 1291, 1293 f., 1453 f.

Ne'eman, Yuval Mitglied des israelischen Parlaments und bis 13. September 1984 Minister für Wissenschaft und Entwicklung bzw. für Wissenschaft und Technologie S. 196

Negwer, Georg Chefinspekteur des Auswärtigen Amts bis 22. Juli 1984, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 1386[73]

Nero *siehe: Claudius Caesar Drusus Germanicus, Nero*

Neubert, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)" des Auswärtigen Amts S. 398[1+3], 543[1], 901[2], 944[1], 956[1], 1178[1], 1179[4], 1593[1]

Neuer, Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung, bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei" im Bundeskanzleramt S. 549

Neugebauer, Bernhard Stellvertretender Außenminister der DDR S. 1365

Neukirchen, Karl-Heinz 1979–1983 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat" im Auswärtigen Amt S. 980[6]

van Niekerk, Willie Generalverwalter für Namibia S. 632[2]

Nier, Kurt Stellvertretender Außenminister der DDR S. 1376

Niles, Thomas Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of European Affairs) S. 208[2], 361, 376, 608, 614, 930, 1072 f., 1326, 1376[28], 1498, 1550

Nishiyama, Takehiko Mitarbeiter des japanischen Außenministeriums S. 154

Nitze, Paul Henry Berater des amerikanischen Präsidenten und des Außenministers in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle; 1981–1983 Leiter der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters S. 89[10], 142[11], 208[2], 264, 373, 399[9], 514[12], 642, 654[12], 719, 912[11], 1025, 1029, 1444[6], 1488[4], 1499[9], 1513[8], 1528[15], 1556[3], 1562[14], 1569[7], 1579[4], 1590[12], 1598[4], 1608[10], 1610[6], 1613[4], 1618[2], 1620, 1625[2]

Nixon, Richard Milhous 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 103, 223, 519[18], 563, 610, 620, 881, 883, 914, 1103, 1203

Nölle, Wilfried Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 565, 1232[8], 1234[14]

Noterdaeme, Paul Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 240[12]

Nowikow, Wladimir Nikolajewitsch Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Köln S. 1577

Nowilaty, Sheikh Rashad Mussalam Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien in Bonn S. 606[2]

Noworyta, Eugeniusz Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium S. 1226, 1493

Nujoma, Sam Präsident der SWAPO **Dok. 49** und S. 264, 785, 1188

Numeiri, Djafar Mohammed Feldmarschall und Präsident der Demokratischen Republik Sudan S. 193–195

Nunn, Samuel Augustus Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Georgia (Democratic Party) S. 1019, 1157, 1241, 1384, 1407, 1411[2], 1425, 1488, 1572

Nyerere, Julius Kambarage Präsident der Vereinigten Republik Tansania S. 913

al-Obeidi, Abdul Ati Außenminister der Sozialistischen Libysch-Arabischen

Volks-Dschamahirija bis Februar 1984 S. 211

Oberdorfer, Don Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post" S. 1378

Obst, Harry Dolmetscher im amerikanischen Außenministerium S. 59, 361, 1498

Oesterhelt, Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht" im Auswärtigen Amt S. 389, 853[1], 1086[1+3], 1470

Ogarkow, Nikolaj Wassiljewitsch Marschall der Sowjetunion und Mitglied des ZK der KPdSU sowie bis September 1984 Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte und Erster Stellvertretender Verteidigungsminister, anschließend Oberkommandierender der Operationszone West S. 835, 1201, 1291[3], 1480 f.

Ohr, Peter Vortragender Legationsrat im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten" des Auswärtigen Amts bis zu dessen Aufteilung am 14. Mai 1984, anschließend im Referat 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten" bis 1. Juli 1984, danach Vertreter des Leiters im Referat 700 „Staatsbesuche, Veranstaltungen (außer Diplomatisches Korps)" S. 77[1]

Ojeda y Eiseley, Jaime de Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Spanien bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 876, 977

Olav V. König des Königreichs Norwegen S. 795[2]

Olcay, Osman Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 976

Oldenkott, Bernard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lagos bis 2. Oktober 1984, anschließend Botschafter in Addis Abeba S. 988[10]

Olmer, Lionel H. Staatssekretär im amerikanischen Handelsministerium (Under Secretary for International Trade) S. 1499[6]

Olszowski, Stefan Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Außenminister der Volksrepublik Polen S. 78[7], 1169, 1223, 1226, 1438, 1491–1494, 1496, 1505[9], 1525[6], 1529, 1535, 1591, 1614

Oncken, Dirk Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Juli 1984 S. 24[15], 389[4], 1068[19]

Onyszkiewicz, Janusz Sprecher der polnischen Gewerkschaft Solidarność S. 1344

Oppermann, Roland Brigadegeneral im Bundesministerium der Verteidigung S. 722

Oprea, Gheorghe Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei und Erster Stellvertretender Ministerpräsident S. 973[43]

Oreja Aguirre, Marcelino 1976–1980 Außenminister des Königreichs Spanien S. 1168[8]

Orszulik, Alojzy Leiter des Pressebüros des polnischen Episkopats S. 928[6], 1130[22], 1527[14]

Ortega Durán, Oyden Außenminister der Republik Panama bis 11. Oktober 1984 S. 746[18], 1192

Ortega Saavedra, José Daniel Koordinator der Regierungsjunta der Republik Nicaragua und Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 208[4], 932[4], 1555[23]

Otis, Glenn Kay General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Heerestruppen in Europa (CINCUSAREUR) sowie Befehlshaber der NATO-Heeresgruppe Mitte (COMCENTAG) S. 1550, 1552

Oueddei, Goukouni Vorsitzender der Bürgerkriegspartei „Gouvernement d'Union nationale de transition" (GUNT) in der Republik Tschad S. 266[5], 1449[29]

Özal, Turgut Ministerpräsident der Republik Türkei **Dok. 229** und S. 389, 391 f., 592, 838, 842[4], 843, 1035

Özal, Yusuf Bozkurt Staatssekretär und Leiter des türkischen Staatlichen Planungsamts seit Mai 1984 S. 1064, 1066

Pachelbel-Gehag, Wolfgang-Rüdiger von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba bis 10. Oktober 1984, anschließend Botschafter in Athen S. 1565[8]

Packard, David Aufsichtsratsvorsitzender der amerikanischen Hewlett Packard Company (Chairman of the Board) S. 361, 516

Pahlevi, Mohammed Reza 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran S. 119, 351, 532[16]

Pahlke, Hans Amtsinspektor in der gemeinsamen Registratur der Referate 013 „Pressereferat" und 014 „Büro Staatssekretäre" des Auswärtigen Amts S. 1237[1], 1238[8]

Palme, Olof Ministerpräsident des Königreichs Schweden und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens **Dok. 15** und S. 92, 936

Palmer, Joseph II 1969–1972 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Tripolis S. 1542[11]

Palmer, Robie Marcus Hooker (Mark) Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of European Affairs) S. 374, 376, 512 f., 1072 f., 1190[3], 1216 f.

Pangalos, Theodoros stellvertretender griechischer Minister für Wirtschaft bis Januar 1984, anschließend stellvertretender Außenminister S. 1176

Papandreou, Andreas Georgios Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Hellenischen Republik sowie Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung S. 92, 105, 152, 303, 309, 320, 365, 465, 479, 795[2], 1169, 1387, 1560, 1565[8]

Papantoniou, Ioannis Mitglied des Europäischen Parlaments bis 23. Juli 1984, anschließend Berater des Ministerpräsidenten der Hellenischen Republik in Fragen der EG und seit 28. September 1984 Repräsentant des Ministerpräsidenten im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") S. 1416, 1417[9], 1457[4], 1458–1461

Paschke, Karl Theodor Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat" im Auswärtigen Amt bis 7. Oktober 1984, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 59, 609, 934

Pastora Gómez, Edén Atanacio Vorsitzender der nicaraguanischen Revolutionären Demokratischen Allianz S. 767

Pauls, Christian Legationsrat I. Klasse (seit 2. November 1984 Vortragender Legationsrat) im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts S. 403[1]

Pauls, Rolf Friedemann 1973–1976 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 1260[3]

Pawlow, Georgi Georgiew Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens und Vorsitzender des Komitees für Umweltschutz beim Ministerrat der Volksrepublik Bulgarien S. 889

Paz Barnica, Edgardo Außenminister der Republik Honduras S. 1192

Peckert, Joachim Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland bis 2. September 1984, anschließend Botschafter z. b. V. und Koordinator für die organisatorische Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels **Dok. 176, 210** und S. 564, 1032[7+10]

de la Pedraja, Daniel Abteilungsleiter im mexikanischen Außenministerium S. 394

Pękala, Leszek Mitarbeiter des polnischen Sicherheitsdienstes S. 1526[11]

Percy, Charles Harting Senator für den amerikanischen Bundesstaat Illinois (Republican Party) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats S. 626

Peres, Shimon Vorsitzender der Israelischen Arbeiterpartei und seit 14. September 1984 Ministerpräsident des Staates Israel S. 114, 1032, 1033[12], 1174, 1335, 1337 f.

Pérez de Cuéllar, Javier Generalsekretär der Vereinten Nationen S. 124, 153, 246, 446[33], 530[5], 566[3], 639[23], 783 f., 820, 936, 1170[18], 1183, 1200[6], 1251[12], 1386

Perle, Richard Norman Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) sowie Vorsitzender der High Level Group der NATO S. 182, 183[7], 184[11], 208[2], 379, 521, 873, 875, 877, 1016, 1218 f., 1244[7], 1277, 1326, 1328, 1366–1369, 1370[20], 1383[61], 1487, 1504, 1520

Perón, Juan 1946–1955 und 1973/74 Präsident der Argentinischen Republik S. 594

Pertini, Alessandro Präsident der Italienischen Republik S. 708, 712, 1427

Peter I. * 1672 † 1725 S. 280, 359

Peters, Hans-Jochen Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Montevideo bis 19. September 1984, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 1100[1+3]

Peters, Heinz Attaché im Auswärtigen Amt bis 31. März 1984, anschließend Legationssekretär, vom 17. April bis 26. Juni an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad, danach im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen, Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ des Auswärtigen Amts bis 31. Juli 1984, dann im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ S. 1096[1], 1247[1]

Petersen, Jens Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 409, 561[24], 934, 1540[6]

Petross, Jacob Mitarbeiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, seit 1981 im Irak inhaftiert S. 606 f.

Petross, Karin Sekretärin bei der CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestags in Bonn, Ehefrau von Jacob Petross S. 606[3]

Pfeffer, Franz Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 1, 16, 28, 35, 38, 52, 82, 90, 117, 121, 134, 138, 140, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 214, 217, 218, 225, 245, 252, 253, 257, 267, 288, 293, 296, 297, 298, 302, 311, 313, 316, 323, 335, 336, 338, 341, 342, 345** und S. 9[3], 10[7+9], 11[10+11+13], 12[14–16], 13[17–24], 14[25], 15, 26, 38[12], 42[5], 45[16], 46[23], 48[3], 51[1], 57[11], 58[18], 59, 78[7], 129, 132[2], 181[2+3], 204[1], 207, 294, 361, 374–376, 380[3], 382 f., 413[1], 423[15+16], 425, 520[2], 525[12], 548, 597[46], 614[7], 615, 619[1], 622[18], 802[1], 852, 856, 884[5], 897[3], 953[4], 975[1], 1072[1+2], 1073[8], 1086[3], 1092[1], 1111[3], 1174[2], 1175[4], 1201[8], 1230[9+10], 1237[4], 1276[18], 1277[27], 1305, 1330, 1421[21], 1515[14], 1601[2]

Pfeiffer, Alois Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbunds S. 1428[21]

Pfetten-Arnbach, Karl Berchtold Freiherr von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 312** und S. 553[13], 1433[1]

Pfirschke, Johannes Mitarbeiter des Streitkräfteamts der Bundeswehr in Bonn S. 894

Pflimlin, Pierre Mitglied und seit 24. Juli 1984 Präsident des Europäischen Parlaments S. 1458

Phelps, Homer R. Jr. Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1552[16]

Pieck, Werner Engelbert Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ bzw. seit 14. Mai 1984 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 208[1], 643[1], 645[9], 802[1], 1439[1], 1479[1]

Pinior, Józef Mitglied der Provisorischen Koordinierungskommission der polnischen Gewerkschaft Solidarność S. 1343

Pinto da Costa, Manuel Präsident der Demokratischen Republik von São Tomé und Príncipe S. 468 f.

Piotrowski, Grzegorz Mitarbeiter des polnischen Sicherheitsdienstes S. 1526[11]

Pisani, Edgar Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Entwicklungspolitik) S. 1192–1195

Pisk, Zdenek Leiter der Rechtsabteilung des tschechoslowakischen Außenministeriums S. 1591[17]

Płatek, Zenon Generalmajor der Polizei und Abteilungsleiter im polnischen Innenministerium, am 2. November 1984 vom Dienst suspendiert S. 1505[9]

Pleven, René 1950–1952 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 102[20]

Plewa, Klaus Ministerialrat im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 316[1]

Ploetz, Hans Friedrich von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt **Dok. 3, 12, 200, 226** und S. 78[7], 87[1], 94[1], 103[1], 114[1], 127[4], 180[1], 230[1], 232[10], 263, 347[1], 377[1+4], 426[3], 438, 440[3], 460[1], 487[2], 488[5], 490[1], 499[1], 506[1], 511, 585[1], 606[1], 608, 634[1], 652[3], 656[1], 666[2], 672[3], 703[1], 729[1], 734[3], 738[1], 749[1], 838[1], 842[1], 908[1], 917[1], 944[3], 947[1], 948[1], 975[1], 1002[3], 1008[3], 1009[3], 1016, 1024[3], 1031[1], 1036[3], 1057[1], 1086, 1100[3], 1121, 1190[1], 1195[2], 1205[2], 1243[3], 1247[3], 1291[1], 1292[15], 1316[1], 1320[3], 1366[1], 1370[1], 1372[9], 1373[11+13], 1387[3], 1436[1], 1444[6], 1472[1], 1488[4], 1494[1], 1498, 1513[8], 1532[2], 1539[1], 1544[1], 1550, 1556[1+3], 1562[14], 1573[1], 1579[4], 1585[1], 1589[1], 1590[12], 1598[4], 1604[1], 1606[3], 1608[10], 1609[1], 1610[6], 1613[4], 1618[2], 1625[2]

Poensgen, Gisbert Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 309[26], 588[11], 663[9+10], 711[3], 861[4], 1349[18], 1427[15], 1560[4]

Poher, Alain Präsident des französischen Senats S. 962

Pöhlmann, Jürgen Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung, regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ bis 23. September 1984, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 509[1], 567[1], 951[1]

Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch Sekretär des ZK der KPdSU für internationale Beziehungen und Kandidat des Politbüros S. 971

Popiełuszko, Jerzy polnischer Priester, am 19. Oktober 1984 ermordet **Dok. 292** und S. 1403 f., 1414, 1415[8], 1436[3], 1437 f., 1491–1494, 1496, 1505, 1526, 1535 f., 1614

Popovski, Dušan Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Paris S. 169

Popow, Wiktor Iwanowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in London S. 922[4]

Prem Tinsulanonda Ministerpräsident des Königreichs Thailand **Dok. 115**

Pressler, Larry Lee Senator für den amerikanischen Bundesstaat South Dakota (Republican Party) S. 122

Pribytkow, Wiktor Wassiljewitsch Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU S. 230

Prussen, Robert luxemburgischer Abgeordneter der Versammlung der WEU S. 5[7]

Przemik, Grzegorz polnischer Abiturient, am 14. Mai 1983 ermordet S. 1343

van der Put, L. Abteilungsleiter im niederländischen Verteidigungsministerium S. 439

Puttkamer, Jesco von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. März 1984 **Dok. 15**

Rabault, Jean-Pierre Leiter des Planungsstabs im französischen Verteidigungsministerium S. 421, 1112

Radcke, Ingo-Heinrich Legationsrat I. Klasse im Referat 510 „Staats- und Verwaltungsrecht, einschließlich Ausländerrecht" des Auswärtigen Amts bis 9. Dezember 1984, anschließend im Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung S. 130[1]

Rafsandjani, Ali Akbar Hashemi Präsident des iranischen Parlaments **Dok. 201** und S. 942 f.

Rakowski, Mieczysław Franciszek Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Mitglied des ZK der PVAP S. 1343, 1414, 1525[6], 1529

Râmbu, Ion Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Bonn S. 1454, 1456

Ramírez Mercado, Sergio Vorsitzender des nicaraguanischen Nationalen Erziehungsrats und seit 4. November 1984 designierter Vizepräsident der Republik Nicaragua S. 1555[23]

Ramírez Ocampo, Augusto Außenminister der Republik Kolumbien seit 5. Juli 1984 S. 1192

Ramisch, Rolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 30. September 1984 S. 1451[5]

Randermann, Phil-Heiner Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT" im Auswärtigen Amt S. 163[36], 353[7], 395[19], 443[19], 740[15]

Raphel, Arnold Lewis Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of Near Eastern and South Asian Affairs) S. 1228[2]

Rapke, Rudolf Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran bis 21. Oktober 1984, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 101 „Höherer Dienst, Honorarkonsuln" im Auswärtigen Amt **Dok. 69** und S. 430[6]

Rath S. 826

Rauff, Walther ehemaliger SS-Standartenführer **Dok. 60**

Rautenberg S. 843 f.

Reagan, Ronald Wilson Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 70, 71, 128, 322, 326** und S. 9–11, 13[10], 39 f., 60 f., 62[15], 66[5], 67, 75, 80, 88[4], 89, 101, 121, 141, 143, 148 f., 171, 173 f., 176, 182[5], 196, 204[2], 205, 212, 215, 218[5], 219–224, 227 f., 232, 242, 279 f., 286[11], 288, 291, 312, 319, 329, 351[4], 364, 367–369, 370[41], 371 f., 374, 376, 382, 384, 398[4], 399, 441–443, 447, 452, 454, 474, 490[5], 491[7], 498[8], 504[7], 505, 510, 512–514, 516 f., 530[5], 548, 551, 556 f., 559, 563, 583, 594, 596[38], 597, 608–613, 623, 627–629, 634, 637, 641 f., 644, 647, 653, 654[11], 666, 699, 704, 710, 715, 717[9], 720, 724, 735 f., 743, 751, 753, 759, 768, 778, 795[2], 806–809, 811 f., 819 f., 821[4], 832 f., 839, 849, 852[16], 853, 855, 859, 875, 877, 897[4], 903, 913 f., 918, 926, 953, 957, 959 f., 965, 969, 972[30+33], 1017, 1021 f., 1024, 1027[15], 1031, 1032[9], 1033 f., 1036, 1038, 1046, 1076 f., 1080, 1083 f., 1098[10], 1102 f., 1117, 1121 f., 1125[17], 1126–1128, 1132[27], 1133, 1135, 1143, 1145, 1147, 1160[3], 1161 f., 1165 f., 1181, 1184 f., 1189–1191,

1195[3], 1196 f., 1199 f., 1203, 1215–1219, 1237–1239, 1243[4], 1248 f., 1251, 1261, 1274, 1281, 1283–1289, 1291, 1295 f., 1309, 1323, 1335 f., 1351, 1353[28], 1362, 1371–1374, 1381, 1383, 1398, 1403, 1405, 1407, 1419, 1422, 1424 f., 1439[2–4], 1443[2], 1444[4+5], 1465[7], 1466, 1468[20], 1469, 1479[3+4], 1480[7], 1498[5], 1499 f., 1517, 1520, 1529, 1551–1553, 1554[21], 1555[24], 1562, 1563[15], 1576, 1580, 1584[27], 1585 f., 1588, 1589[5], 1594, 1598[3], 1599, 1626 f., 1628[16], 1629

Redies, Helmut Ministerialdirigent sowie Vertreter des Völkerrechtsberaters und Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" des Auswärtigen Amts S. 311[3], 317[4], 593, 1214[6]

Reents, Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestags (Die Grünen) S. 1347

Rehlinger, Ludwig Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen **Dok. 206** und S. 132 f., 316[1], 349[4], 411 f., 461, 1212–1214, 1548 f., 1615[9]

Reichenbaum, Werner Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; internationale Rohstoffpolitik; Welternährungsfragen, insbesondere FAO" im Auswärtigen Amt S. 234[1], 265[1], 268[16], 270[18]

Reinink, Kasper W. Botschafter des Königreichs der Niederlande in Bonn S. 84

Renouard, Isabelle Mitarbeiterin des französischen Außenministeriums (chef du service des Affaires stratégiques et du désarmement) S. 420, 424

Rettner, Günter Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 1510

Rheker, Gisela Ministerialdirigentin und Leiterin der Unterabteilung 10 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung" des Auswärtigen Amts bis 7. Oktober 1984, anschließend Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 1578[27]

Richard, Sir Ivor Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, die Dreierkonferenz von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierungen sowie Bildung und Berufsausbildung) S. 590

Richardson, Robert C. III ehemaliger Brigadegeneral der amerikanischen Streitkräfte und stellvertretender Direktor der Lobbyorganisation „High Frontier" S. 13

Richter, Wilfried Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Zentralamerika, Karibik" im Auswärtigen Amt S. 393[1], 394, 765[1], 961[3], 1193[10]

Richthofen, Hermann Freiherr von Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik" im Bundeskanzleramt S. 135[1], 406[14], 412[10], 460–462, 1510

Ridgway, Rozanne Lejeanne Botschafterin der Vereinigten Staaten von Amerika in Ost-Berlin S. 134[6], 154

Riedler, Erich Legationsrat I. Klasse im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" des Auswärtigen Amts S. 314[1], 1532[2]

Riese, Hans-Peter Korrespondent des Deutschlandfunks in Bonn S. 1592[22]

Riesenhuber, Heinz Bundesminister für Forschung und Technologie sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 175, 698, 700, 849[1], 852, 1140, 1323[17], 1357, 1586–1588

Rifkind, Malcolm Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) und seit 28. September 1984 Repräsentant der Premierministerin im Adhoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß") S. 1416–1418, 1432, 1457[4], 1458, 1460 f., 1493

Ring, Franz Legationsrat I. Klasse im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" des Auswärtigen Amts S. 1002[1], 1518[1]

Robertson, Sir Brian General und 1947–1949 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone in Deutschland S. 614[5]

Rocard, Michel französischer Landwirtschaftsminister S. 1429

Rockefeller, David Direktor des Council on Foreign Relations in New York S. 1223

Rodenstock, Rolf Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie S. 553[13]

Röder, Franz-Josef 1959–1979 Ministerpräsident des Saarlands (CDU) S. 217

Röding, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 292, 304** und S. 259[13], 928[6], 1222, 1492[11], 1493, 1525[26]

Rodrigues, Manuel Alexandre (Kito) angolanischer Innenminister S. 785, 1395

Rodríguez, Carlos Rafael Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kubas und Vizepräsident der Republik Kuba S. 396

Rodríguez Arriaga, Manuel Kabinettschef des mexikanischen Außenministers S. 394

Roelants, François Generalsekretär des belgischen Außenministeriums S. 261

Rogers, Bernard William General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 676[18], 887, 1017, 1019, 1277, 1421

Röhr, Wolfgang Legationsrat I. Klasse in der Arbeitseinheit 201-9 „Militärpolitik außerhalb der NATO, Rüstung, WEU (sicherheitspolitische Aspekte)“ des Auswärtigen Amts S. 964[1]

Romano, Sergio Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 601, 604[26], 1076–1078

Romanow, Grigorij Wassiljewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK S. 212[2], 1626

Romaszewski, Zbigniew Mitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und der Gewerkschaft Solidarność sowie Begründer des Untergrund-Rundfunksenders „Radio Solidarność“ S. 566[2+3]

Römer, Eckhard Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest bis 30. November 1984 S. 1453, 1486

Ronneburger, Uwe Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 1488, 1498

Roosevelt, Franklin Delano 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 191[33], 914, 1102[7], 1148[19], 1164[18], 1372[7], 1388[4], 1465[3], 1590[10], 1611[11]

Rose, Klaus Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 939, 940[10]

Rosenzweig-Díaz Azmitia, Roberto de Staatssekretär im mexikanischen Außenministerium S. 907

Roßbach, Anton Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika, Abrüstung und Rüstungskontrolle“ im Bundeskanzleramt **Dok 44** und S. 812[9], 827[1], 914[20], 1016

Rossouw, S. H. S. 790

Roth, William V. Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Delaware (Republican Party) S. 1520

Rouget, Werner Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 106[11], 259[12]

Rowny, Edward Leon Generalleutnant und Leiter der amerikanischen Delegation bei den START-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters S. 147, 373, 1578

Ruck, Manfred Oberregierungsrat im Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft S. 894, 1316 f.

Ruckelshaus, William Doyle Leiter der amerikanischen Umweltschutzbehörde (Environmental Protection Agency) S. 890

Ruggiero, Renato Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei den Europäischen Gemeinschaften in

Brüssel im Rang eines Botschafters bis Januar 1984, anschließend Abteilungsleiter im Außenministerium (Direttore Generale degli Affari Economici) S. 294

Rühe, Volker Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 383, 387, 635, 1013, 1256, 1345, 1356, 1511

Ruhfus, Jürgen Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts bis 1. Juli 1984, anschließend Staatssekretär des Auswärtigen Amts sowie seit 28. September 1984 Repräsentant des Bundeskanzlers im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß"); 1980–1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London **Dok. 104, 110, 169, 263, 269, 273, 276, 305, 314** und S. 44[10], 94[1], 103[1], 114[1], 129, 193[2], 195[3], 211[1], 336, 394, 530[5], 564, 639[23], 656[2], 659f., 679, 853, 864[1], 871[5], 884, 888, 891, 895, 897, 923[10], 930[16], 947[1], 948[4+1], 975[1], 979, 983f., 1002, 1008f., 1011[11], 1024, 1047[1], 1086, 1105[1], 1106, 1110, 1132, 1138–1140, 1212, 1491, 1537[1], 1573[1], 1585, 1587[9]

Rühl, Lothar Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 26[4], 82, 87, 207, 413[1], 420f., 424f., 672–674, 676f., 771, 1111, 1206, 1321–1324, 1368[14], 1370[20]

Rühle, Hans Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung S. 413[1]

de Ruiter, Jacob niederländischer Verteidigungsminister S. 8, 438[4], 439f., 497, 547, 555[3], 686f., 691[46], 1275[15], 1276f., 1324, 1522[16]

Rumsfeld, Donald Henry Berater des amerikanischen Präsidenten und Sondergesandter für den Nahen Osten S. 113

Runge, Wolfgang Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen" des Auswärtigen Amts bis 9. Oktober 1984, anschließend Botschafter in Niamey S. 989[3]

Ruth, Friedrich Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Abteilung 2A des Auswärtigen Amts **Dok. 8, 11, 13, 21, 27, 51, 66, 73, 79, 85, 100, 109, 114, 135, 139, 151, 177, 223, 225, 237, 246, 259, 261, 266, 272, 325, 345, 352, 355** und S. 21[3], 23[12], 33[10], 59, 64[28], 88[3], 152[35], 207, 336, 374, 380[2], 453[2], 454–456, 475[19], 489, 507[2], 509[3], 543[1], 554[2], 555, 599[5], 619[1], 623[22], 625[25], 626, 645, 661[17], 717[10], 744[11], 806[2], 856, 952[3], 953, 964[3], 1020, 1085[9], 1086[3], 1096, 1097[4], 1121, 1178[1], 1198[1], 1242, 1329[9], 1368, 1442[1], 1445, 1466f., 1472[1], 1487[1], 1488, 1550

Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch sowjetischer Atomphysiker und Dissident S. 67, 623, 721, 739, 747, 758, 763, 1611

Sacharow, Walentin Journalist des sowjetischen Rundfunksenders „Radio Moskau" S. 1102

al-Sadat, Mohammed Anwar 1970–1981 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik bzw. seit September 1971 der Arabischen Republik Ägypten S. 106[12], 109f., 112f., 118–120

Saddam Hussein al-Majid al-Takriti Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak sowie Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats S. 116, 170[12], 351, 838, 936, 942, 1091[5], 1338

Sadowska, Barbara polnische Schriftstellerin S. 1343[9]

Safire, William Kolumnist der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times" S. 1473[3]

Sagladin, Wadim Walentinowitsch Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU und Mitglied des ZK S. 142, 830[8], 923[12], 970f., 1579, 1625, 1627

Sahaf, Mohammad Saif Staatssekretär im irakischen Außenministerium S. 607[6]

Sahlgren, Klaus Aksel Geschäftsführer der ECE S. 889

Salari, Mohammed Djavad Botschafter der Islamischen Republik Iran in Bonn seit 10. Januar 1984 S. 934

Saleh, Ali Abdullah Präsident der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte S. 314 f., 1532, 1533[8]

Samaranch Torelló, Juan Antonio Präsident des Internationalen Olympischen Komitees S. 637[14]

Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch Leiter der Abteilung für Internationale Information des ZK der KPdSU S. 969, 1481

Sander, Christoph Attaché im Auswärtigen Amt S. 983[1]

Santer, Jacques luxemburgischer Finanzminister sowie bis 20. Juli 1984 Minister für Arbeit und soziale Sicherheit, seit 20. Juli 1984 Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg S. 755[20]

Santiago Coello, Miguel Botschafter der Republik Ecuador in Bonn S. 818[7]

dos Santos, José Eduardo Präsident der Volksrepublik Angola und seit 20. Oktober 1984 Außenminister S. 784, 1394[10]

dos Santos, Manuel Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Mosambik bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1187

Santos Peralba, José Generalmajor und Staatssekretär im spanischen Verteidigungsministerium S. 137

Sathe, Ramchandra D. Botschafter der Republik Indien in Bonn bis 4. Dezember 1984, anschließend Botschafter in Peking S. 748

Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 244, 771–773, 1207 f.

Sauzay-Stoffaës, Brigitte französische Dolmetscherin S. 155, 168, 703, 729, 749, 1423

Savimbi, Jonas Vorsitzender der UNITA S. 20, 784, 1189, 1394, 1398

Sayn-Wittgenstein, Botho Prinz zu Präsident des Deutschen Roten Kreuzes S. 233[12], 1222

Scanlan, John Douglas Lehrbeauftragter an der Fletcher School of Law and Diplomacy in Medford (Massachusetts) bis Oktober 1984, anschließend Leiter der amerikanischen Delegation bei der Vorbereitungskonferenz für das KSZE-Kulturforum in Budapest; seit 1982 als Botschafter in Warschau vorgesehen S. 151, 1223 f.

Scargill, Arthur Vorsitzender der britischen Gewerkschaft National Union of Mineworkers S. 1319

Schaad, Dieter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ im Auswärtigen Amt bis 15. April 1984, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bunderepublik Deutschland in Rom S. 1092

Schaffer, Howard Bruner Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums bis September 1984, anschließend Botschafter in Dhaka S. 846

Schalck-Golodkowski, Alexander Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED und Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordinierung S. 78[10]

al-Scharaa, Faruk syrischer Informationsminister bis April 1984, anschließend Außenminister **Dok. 254** und S. 1181[7]

Scharapow, Wiktor Wassiljewitsch Mitarbeiter des Generalsekretärs des ZK der KPdSU S. 1080

Scharioth, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 989[3], 1462[1]

Schattmann, Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon S. 473[13], 1331[6]

Schätzler, Wilhelm Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz S. 1130[22]

Schäuble, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und bis 14. November 1984 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, anschließend Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts **Dok. 328** und S. 1400[1], 1423[1], 1545

Schauer, Hans Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 34, 84, 89, 107, 112, 156, 186, 190, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 208, 211, 241, 242, 250, 251, 255, 268, 270, 271, 277** und S. 94[28], 204[1], 242[18], 413[1], 440[3], 448[46], 470[1], 496[1], 503[13], 520[2], 573[2], 672[3], 677[23], 682[4], 722, 794[8], 802[18+1], 810, 939[7], 940[12], 1017[5], 1026[11], 1092[1], 1198[1], 1292[18], 1305[1], 1307[9+10], 1314[1], 1315[9], 1366[3], 1367[11], 1385[67], 1386[72], 1389[13], 1439, 1442[1], 1479[1]

Scheel, Walter 1974–1979 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 1389[13]

Scheffer Oberst i.G. und seit August 1984 Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen), Bundessicherheitsrat" im Bundeskanzleramt S. 1537[1]

Schenk, Reinhold Vortragender Legationsrat I. Klasse und bis 30. Juni 1984 Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten" bzw. seit 14. Mai 1984 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit" im Auswärtigen Amt, anschließend im Bundespräsidialamt **Dok. 74** und S. 146[1], 148[10], 177[1], 200[1], 208[1], 343[12], 440[3], 613[1], 619[1], 643[1], 688[39], 979[1]

Scheunemann, Dieter S. 1486

Schewzow Generalmajor und Chef der sowjetischen Militärmission in Frankfurt S. 1552

Schiller, Friedrich von * 1759 † 1805 S. 1123

Schilling, Wolf-Dietrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" im Auswärtigen Amt **Dok. 290** und S. 82[2], 153, 272[1], 420[1], 573[1], 741[19], 928[4], 1411[17], 1518[1]

Schily, Otto Mitglied des Deutschen Bundestags (Die Grünen) und bis 4. April 1984 Fraktionssprecher S. 1537[2]

Schindler, Hans Gesandter an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn S. 348[3], 460[6]

Schiwkow, Todor Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien S. 53[8], 242, 279, 622, 638f., 704, 839, 882, 931, 974[44], 1113, 1127, 1201[11], 1283, 1313, 1401, 1403, 1420, 1425, 1505

Schlagintweit, Reinhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" im Auswärtigen Amt **Dok. 172, 205** und S. 171[15], 211[1], 314[1], 315[6], 333[4], 592[26], 934, 941[1], 943[8], 1171[1], 1205[1], 1335, 1530[1]

Schlecht, Otto Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 527, 529

Schlegel, Dirk Fußballspieler S. 49[9]

Schlesinger, James Rodney 1973–1975 amerikanischer Verteidigungsminister S. 370[43]

Schlüter, Poul Ministerpräsident des Königreichs Dänemark und Vorsitzender der Konservativen Volkspartei **Dok. 247** und S. 711[4]

Schmidt, Adolf Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie S. 907[14]

Schmidt, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestags und bis 20. Mai 1984 stellvertretender Vorsitzender der SPD, Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit"; 1974–1982 Bundeskanzler der Bun-

desrepublik Deutschland S. 96, 99, 117, 186[6], 224 f., 295, 297, 326, 370[43], 465, 517, 595, 627, 676, 707, 744[11], 771, 832, 911, 949[4], 1057, 1071[28], 1283, 1289, 1301[20], 1373[12], 1401, 1421, 1514[10]

Schmidt, Rudolf Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START" des Auswärtigen Amts S. 39[1], 41[1], 121[1], 140[1], 520[1], 652[1], 734[1], 856[1], 873[3], 952[1], 1024[1], 1096[1], 1190[5], 1247[1+3], 1248[7], 1476[9], 1487[1], 1579[1]

Schneider, Reinhard Ministerialrat und Leiter des Referats VR II 3 „Allgemeines Völkerrecht, Kriegsvölkerrecht" im Bundesministerium der Verteidigung S. 1087

Schnell, Karl Helmut Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung „Rüstung" im Bundesministerium der Verteidigung S. 345[3]

Schnelle, Rolf-Dieter Legationsrat I. Klasse im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten" bzw. seit 14. Mai 1984 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit" des Auswärtigen Amts S. 208[1], 643[1]

Schneppen, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des German Information Center in New York bis 27. Juni 1984, anschließend im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit" im Auswärtigen Amt, ab 6. August 1984 Leiter dieses Referats **Dok. 181, 308, 319, 349** und S. 1010[10], 1012[14], 1172[9], 1462[3], 1615[9]

Schnittger, Otto Vortragender Legationsrat im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts S. 193[1], 195[1], 1171[1]

Schnur, Walter S. 268

Schober, Eckehard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht" des Auswärtigen Amts bis 16. Juli 1984, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tegucigalpa S. 311[1+3]

Schödel, Günther Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking bis 2. November 1984, anschließend Botschafter in Neu Delhi **Dok. 274** und S. 563[32], 565[9], 625[26], 1232[6], 1235[13], 1237[21], 1256, 1450[4], 1452[6]

Schoeller, Franz Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 164** und S. 556, 723[5]

Schoer, Karl-Heinz Amtsrat im Referat 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht" des Auswärtigen Amts bis 27. Mai 1984, anschließend Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest bis 30. November 1984, danach abgeordnet in das Auswärtige Amt S. 1453, 1471, 1486

Schomerus, Lorenz Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe" im Bundesministerium für Wirtschaft seit Juni 1984 S. 891, 1531

Schramm, Uwe Vortragender Legationsrat im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" des Auswärtigen Amts bis 18. Juni 1984, anschließend Vertreter des Leiters im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht" S. 272[1]

Schreckenberger, Waldemar Staatssekretär und bis 14. Oktober 1984 Chef des Bundeskanzleramts S. 28, 238[1], 316, 321[1], 812[9], 1142[1], 1358 f., 1461[10]

Schreiber, Rolf Leitender Baudirektor und Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1353[30]

Schröder, Gerhard 1966–1969 Bundesminister der Verteidigung S. 782[3]

Schtscharanskij, Anatolij Borissowitsch sowjetischer Dissident S. 67, 739, 758, 1611

Schtscherbitzkij, Wladimir Wassiljewitsch Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine S. 1482

Schubert, Konrad von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ im Auswärtigen Amt bis 19. Juli 1984, anschließend Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ S. 701[1], 895[3], 944[3], 948[1], 961[3], 989[3], 1008[3], 1009[3], 1036[3], 1100[3], 1150[3], 1153[3], 1195[2], 1198[1], 1219[1], 1243, 1273[3], 1320[3], 1385[67], 1400[1], 1408[3], 1409[12], 1423[1], 1462[3], 1465[2], 1491[3], 1518[1], 1522[15], 1534[3], 1579[3], 1609[1], 1622[3]

Schulenburg, Werner Graf von der Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 110 „Organisation“ des Auswärtigen Amts bis 1. Juli 1984, anschließend Referat 700 „Staatsbesuche, Veranstaltungen (außer Diplomatisches Korps)“ zugewiesen, seit 16. Juli 1984 Chef des Protokolls mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 974[44]

Schulze-Boysen, Hartmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 1291, 1453–1455, 1471, 1484[3], 1487[12]

Schuman, Robert 1947/48 Ministerpräsident der Französischen Republik; 1948–1953 Außenminister S. 371, 664

Schwarz, Klaus-Dieter Oberstleutnant i.G. im Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung S. 420

Schwarz-Schilling, Christian Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 698, 852, 1357

Schwebel, Stephen Myron Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag S. 639[23]

Schweppe, Reinhard Legationsrat I. Klasse und persönlicher Referent der Staatssekretäre Lautenschlager und Ruhfus im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ S. 121[3], 127[3], 140[3], 487[2], 853[3], 947[1], 1270[1], 1416[1], 1537[1]

Scowcroft, Brent Generalleutnant und 1975–1977 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 442, 454, 512

Sędziwy, Witold Gesandter an der polnischen Botschaft in Bonn S. 1493

Seemann, Heinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bamako S. 265

Seibert, Günther Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 181[2], 204[1], 318[1], 420[1], 672[1+3], 676[18], 681[1], 685[25], 687[35], 1230[10], 1408[3]

Seidel, Karl Botschafter und Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 135 f., 411[9], 412[10], 461, 1510

Seidl, Alfred Mitglied des Bayerischen Landtags (CSU), Rechtsanwalt von Rudolf Heß S. 1506[13]

Seidt, Hans-Ulrich Attaché im Auswärtigen Amt bis 31. März 1984, anschließend Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts S. 633

Seitz, Konrad Ministerialdirigent und Leiter des Referats 02 „Planungsstab“ im Auswärtigen Amt **Dok. 2, 9, 189, 219, 239, 315, 356** und S. 420, 422, 852, 856

Sékou Touré, Ahmed Präsident der Republik Guinea bis zu seinem Tod am 26. März 1984 S. 1143

Semjonow, Wladimir Semjonowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn **Dok. 185, 306, 344** und S. 76, 230, 621[16], 715, 812[9], 909[4], 920, 923, 1124, 1147, 1468 f., 1482, 1582

Senard, Jacques Koordinator für die französisch-deutsche Zusammenarbeit im Rang eines Botschafters (chargé de la présidence de la Commission interministérielle pour les questions de coopération entre la France et la République fédérale d'Allemagne) S. 262, 1359

Sepúlveda Amor, Bernardo Außenminister der Vereinigten Mexikanischen Staaten **Dok. 78** und S. 451, 746[18], 905, 907, 1192 f.

Sepúlveda Gutiérrez, César Botschafter der Vereinigten Mexikanischen Staaten in Bonn S. 394

Serra Rexach, Eduardo Unterstaatssekretär (seit 11. März 1984 Staatssekretär) im spanischen Verteidigungsministerium S. 345[3], 1537[2]

Serra y Serra, Narcís spanischer Verteidigungsminister S. 137–139, 344f., 379, 1325[27], 1348, 1537[2]

el-Shaffie *siehe: Abdel-Hamid, Mohamed el-Shaffie*

Shamir, Yair S. 97

Shamir, Yitzhak Außenminister und bis 14. September 1984 Ministerpräsident des Staates Israel **Dok. 18, 19, 20** und S. 63f., 228, 244, 377, 592, 600, 753, 771, 1032[10], 1037[12], 1337

Sharaf, Fawaz Botschafter des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Bonn S. 606[2]

Sharaf, Kamal syrischer Minister für Wirtschaftsplanung S. 1171

Sharon, Ariel israelischer Minister ohne Geschäftsbereich bis 13. September 1984, anschließend Minister für Industrie und Handel; 1981–1983 Verteidigungsminister S. 198

Shenstone, Michael Mitarbeiter des kanadischen Außenministeriums S. 154

Shlaudeman, Harry Walter Geschäftsführender Direktor der amerikanischen Nationalen Zwei-Parteien-Kommission für Zentralamerika (Executive Director of the National Bipartisan Commission on Central America) bis 25. März 1984, anschließend Botschafter z.b.V. im Außenministerium und Sondergesandter für Zentralamerika (Ambassador at Large and Special Envoy for Central America) S. 932[4], 1555[23]

Shultz, George Pratt Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 12, 13, 40, 72, 73, 92, 126, 127, 129, 165, 166, 203, 245, 252, 253, 257, 325, 335, 336, 338, 341, 342** und S. 16, 21[4], 24, 34, 39f., 69–71, 73, 76, 77[5], 79, 88, 127–129, 142, 144, 149f., 153f., 203, 222, 232, 235[9], 236, 251, 253, 260, 285, 339, 353f., 356, 360, 375, 383, 398f., 402[14], 427, 441, 443[20], 448f., 454f., 490f., 513, 514[13], 517, 617, 619, 720, 727, 743, 758–762, 839, 841, 919, 932[4], 951f., 956[2], 1025, 1073[6], 1080, 1083f., 1098[11], 1102[10], 1103f., 1117[3], 1122, 1125, 1143f., 1145[3], 1190f., 1195, 1199, 1215[1], 1216f., 1219, 1274[6], 1281[10], 1291, 1296[5], 1306f., 1362, 1368f., 1371–1374, 1376f., 1391[26], 1394, 1411f., 1419, 1439[3], 1440, 1444, 1465–1468, 1472[1], 1479[3], 1482[15], 1487–1490, 1504f., 1507, 1513[8], 1528[15], 1529, 1556[3], 1569, 1571, 1578[25], 1579, 1590, 1598[4], 1599f., 1604, 1608[10], 1610[6], 1613, 1618–1621, 1625f., 1628

Siddhi Savetsila General und Außenminister des Königreichs Thailand S. 549, 552, 800[13], 818[5], 821[7]

Siebourg, Gisela Vortragende Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 722, 781, 1423, 1550

Siemes, Dieter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta bis 9. April 1984, anschließend Vertreter des Botschafters in Prag S. 914[20]

Sigrist, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Oktober 1984 S. 263

Sihanouk, Samdech Norodom Präsident der kambodschanischen Exilregierung; 1960–1970 Staatsoberhaupt des Königreichs Kambodscha, 1975/76 Staatsoberhaupt der Republik Khmer bzw. ab Januar 1976 des Demokratischen Kampuchea S. 552, 1327, 1435

Silberberg, Peter Legationssekretär im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts seit 1. August 1984 S. 1491[1]

Silvestrini, Achille Erzbischof und Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls **Dok. 309**

Simons, Alfred Murray Leiter der britischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1569

Sindermann, Horst Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Präsident der

Volkskammer und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR **Dok. 295** und S. 1420, 1615

Sinowatz, Fred Bundeskanzler der Republik Österreich S. 394, 396, 1214, 1376

Siwak, Albin Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 1505[9]

Siwicki, Florian Generalleutnant (seit 27. September 1984 General), polnischer Verteidigungsminister und Kandidat des Politbüros des ZK der PVAP S. 795[2]

Sjaastad, Anders C. norwegischer Verteidigungsminister S. 683

Sloan, Stanley R. Mitarbeiter des amerikanischen Congressional Research Service S. 574

Smirnow, Wassilij sowjetischer Dolmetscher S. 230, 715

Soares, Mário Alberto Nobre Lopes Ministerpräsident der Portugiesischen Republik **Dok. 95, 284** und S. 731, 962

Solomenzew, Michail Sergejewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender der Parteikontrollkommission S. 214

Sommer, Peter R. Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1487

Somoza Debayle, Anastasio 1967–1972 und 1974–1979 Präsident der Republik Nicaragua S. 766

Son Sann Anführer der „Khmer People's National Liberation Front" und seit 1982 Ministerpräsident der kambodschanischen Exilregierung; 1967/68 Ministerpräsident des Königreichs Kambodscha S. 550[7], 552[11]

Spaak, Henri 1954–1957 Außenminister des Königreichs Belgien S. 238[4]

Spáčil, Dušan Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Bonn S. 910, 1591[17]

Spadolini, Giovanni italienischer Verteidigungsminister S. 46, 84, 196, 684 f., 687, 708, 728, 1276 f., 1325[27], 1333

Späth, Lothar Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (CDU) S. 829

Spinelli, Altiero Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden im Europäischen Parlament S. 294, 298, 731, 1108 f., 1272, 1458

Spohn, Ulrich Vortragender Legationsrat und Vertreter der Leiterin des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" im Auswärtigen Amt S. 1310[1]

Sproedt, Bernd Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 702

Stabreit, Immo Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit" im Bundeskanzleramt **Dok. 240** und S. 168, 238[1], 291, 318, 321, 463, 585, 665[13], 703, 711[1], 729, 749, 827, 1270[6], 1271, 1282, 1295, 1400, 1423

Stackelberg, Hans Heinrich Freiherr von Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest bis 30. November 1984, anschließend abgeordnet in das Auswärtige Amt bis 26. Dezember 1984, danach abgeordnet als Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Reykjavik S. 1453, 1486

Staden, Berndt von Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt; 1981–1983 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 27[5], 1514[10]

Stalin, Jossif Wissarionowitsch 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 191[33], 922[3], 1102[7], 1103[11], 1148[19], 1164[18], 1372[7+8], 1374, 1388[4+6], 1465[3+4], 1569[10], 1590[10], 1611[11]

Staniszewski, Stefan Botschafter der Volksrepublik Polen in London S. 923

Stavenhagen, Lutz Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und forschungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion S. 1588

Steck, Reinald Legationsrat I. Klasse (seit 29. November 1984 Botschaftsrat) und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Khartum S. 194[4]

Steeg, Helga Ministerialdirektorin und Leiterin der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe" im Bundesministerium für Wirtschaft bis Juni 1984, anschließend Exekutivdirektorin der Internationalen Energieagentur in Paris S. 407[2], 658

Steffler, Christel Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" im Auswärtigen Amt bis 16. Februar 1984, anschließend Lehrgangsteilnahme am NATO Defense College, seit 4. September 1984 Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Daressalam S. 137[1], 177[1]

Stein, Hans Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djidda bis 28. Oktober 1984, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters in London S. 243[4]

Steiner, Michael Legationsrat (seit 30. November 1984 Legationsrat I. Klasse) im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht" S. 853[1]

Steinkopff, Klaus-Christoph Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 205[3], 517[9], 921[16], 1019[7], 1555[23]

Steinkühler, Manfred Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit" im Auswärtigen Amt bis 5. August 1984, anschließend Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 77, 88, 153, 160, 161, 170, 171** und S. 105[6], 190[24], 587[8], 608[6], 961[6], 963[18]

Stenglin, Andreas Freiherr von Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 1214

Stobbe, Dietrich Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 108[2]

Stoessel, Walter John Jr. 1976–1981 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 378, 531[8]

Stoffaës *siehe: Sauzay-Stoffaës, Brigitte*

Stoltenberg, Gerhard Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 597, 795, 852, 1140, 1339[25], 1357, 1586–1588

Stoph, Willi Armeegeneral, Mitglied des Politbüros des ZK der SED sowie Vorsitzender des Ministerrats und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 317, 329, 501[9]

Stratmann, Karl-Peter Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik S. 576

Strauß, Franz Josef Ministerpräsident des Freistaats Bayern und Vorsitzender der CSU S. 78[7], 156, 484[9], 676, 677[23], 1069, 1402[8], 1421

Strausz-Hupé, Robert Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Ankara S. 840

Stray, Svenn Thorkild Außenminister des Königreichs Norwegen S. 220, 1334[16]

Strenziok, Gert Vortragender Legationsrat I. Klasse, abgeordnet zur Lehrgangsteilnahme am NATO Defense College in Rom bis 3. Februar 1984, anschließend im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" des Auswärtigen Amts bis 1. Juli 1984, danach Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" **Dok. 332** und S. 1530[1]

Stresemann, Gustav 1923 Reichskanzler und 1923–1929 Außenminister des Deutschen Reichs S. 3, 328, 1407

Strobel, Georg W. Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt S. 1492

Ströhm, Carl Gustaf Osteuropa-Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt" S. 1491, 1493, 1525, 1592, 1614

Štrougal, Lubomír Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1589, 1602 f., 1616

Studnitz, Ernst-Jörg von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt bis 15. Juli 1984, anschließend Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ **Dok. 26, 32, 198** und S. 82[2], 184[11], 204[1], 413[1,] 414[10], 415[11], 420[1], 478[2], 496[1], 497[4], 498[8], 530[1], 542[44], 573[1], 652, 681[1], 877[20], 884[1+3], 897[1], 922[4], 1215[1], 1305[3+4], 1306[5], 1368[15], 1439[1], 1442[1], 1479[1+6], 1504[1], 1561[1], 1562[12+13]

Stülpnagel, Paul-Joachim von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 413 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO“ S. 173[1], 283[5+6], 849[1], 895[3], 915[1], 1585[1]

Sudhoff, Jürgen Ministerialdirektor im Presse- und Informationsamt sowie stellvertretender Sprecher der Bundesregierung S. 14, 59

Suharto Präsident der Republik Indonesien S. 553

Sułek, Jerzy Botschaftsrat an der polnischen Botschaft in Bonn S. 1492

Sulimma, Hans-Günter Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts bis 23. September 1984, anschließend Beauftragter für Afrikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 136, 215** und S. 234[3], 265[1+4], 1392[1], 1507[3]

Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud saudiarabischer Zweiter Stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Verteidigung und Luftfahrt S. 770f., 773[13], 1207

Suschkow, Wladimir N. sowjetischer Stellvertretender Minister für Außenhandel S. 970[14]

Szigeti, K. Leiter der ungarischen KVAE-Delegation im Rang eines Botschafters seit Oktober 1984 S. 1268[16]

Taft, William Howard IV Leiter der Rechtsabteilung im amerikanischen Verteidigungsministerium (General Counsel and Director, Defense Legal Services Agency) bis 3. Februar 1984, anschließend stellvertretender Verteidigungsminister (Deputy Secretary of Defense) S. 1605

al-Taggazy, Ammar Botschafter der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Rom bis zu seiner Ermordung am 21. Januar 1984 S. 293

al-Tai, Abdul Karim Mohammed Botschafter der Republik Irak in Bonn bis 13. August 1984 **Dok. 86** und S. 606[2]

Talbott, Nelson Strobridge III (Strobe) Journalist der amerikanischen Zeitschrift „Time“ S. 1085

Tandecki, Hans-Peter Generalmajor und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung bis 30. September 1984, anschließend Generalleutnant und Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuß der NATO in Brüssel S. 420f., 1366–1370

Tatarnikow, Wiktor Michajlowitsch Generalmajor und Mitglied der sowjetischen KVAE-Delegation in Stockholm S. 807, 1267, 1269

Teetzmann, Hans-Henning Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 1537[2]

Teltschik, Horst Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“ des Bundeskanzleramts **Dok. 289** und S. 94, 103, 114, 117, 155, 168[1], 217, 225, 230, 238[1], 276, 299, 310, 321[1], 353, 361, 413[1], 499, 556, 665, 692[1], 695, 703[1], 771, 781, 830, 1016f., 1024[22], 1057, 1068f.,

1142[1], 1206, 1208, 1230[10], 1231, 1234[17], 1256, 1289, 1307 f., 1400[1], 1423[1], 1442[1], 1488, 1498, 1537[1]

Tempel, Heinz Attaché im Auswärtigen Amt S. 789[15]

Tenorio, Jorge Eduardo Außenminister der Republik El Salvador seit 1. Juli 1984 S. 1192

Terechow, Wladislaw Petrowitsch Gesandter und Vertreter des sowjetischen Botschafters in Bonn S. 124

Ternus, Reinhard Legationsrat (seit 2. Juli 1984 Legationsrat I. Klasse) im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts S. 1171[1]

Thadden, Rudolf von Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen S. 1364

Thälmann, Ernst 1925–1933 Vorsitzender der KPD S. 1082

Thatcher, Margaret Premierministerin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie Vorsitzende der Conservative and Unionist Party **Dok. 64, 122, 287** und S. 106, 150, 157, 158[16], 162 f., 168–170, 172, 194, 295, 299, 301 f., 306, 310, 318–320, 357, 363–365, 368, 437, 465–467, 558, 609[9], 662, 664, 705–709, 714, 730–733, 756, 785, 791, 820, 821[4], 920, 962, 973, 1003, 1005, 1007[24], 1033, 1069, 1165, 1311, 1428, 1501, 1609, 1612

Thomas, Derek Morison David Gesandter und Vertreter des britischen Botschafters in Washington bis Juli 1984, anschließend Abteilungsleiter im Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State, Political Director) **Dok. 297, 311** und S. 1544[3]

Thomas, Joseph Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 634, 1113[19]

Thompson, Edward Palmer britischer Historiker und Vizepräsident der „Campaign for Nuclear Disarmament" S. 330

Thomson, David Spence neuseeländischer Verteidigungsminister bis 26. Juli 1984 S. 761[24]

Thorn, Gaston Präsident der EG-Kommission S. 590, 706, 711, 740 f., 829[4], 963[16]

Tichonow, Nikolaj Alexandrowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 212[2], 241, 968 f., 1419, 1422 f.

Timpe, Elmar Legationsrat im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)" des Auswärtigen Amts bis 26. März 1984, anschließend Legationsrat (seit 13. Juli 1984 Legationsrat I. Klasse) an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Dhaka S. 158[14]

Tindemans, Leonard Clemence Außenminister des Königreichs Belgien S. 14, 238 f., 242, 573[2], 574, 646, 666, 778, 963[16], 1003, 1192, 1408[3], 1409–1411, 1449, 1563, 1620

Tinoco, Victor Hugo stellvertretender nicaraguanischer Außenminister S. 932[4], 1555[23]

Todenhöfer, Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 576

Toivo ja Toivo, Andimba Herman Mitbegründer und seit seiner Entlassung aus südafrikanischer Haft im März 1984 Generalsekretär der SWAPO S. 786, 1187–1189

Tomášek, František Kardinal und Erzbischof von Prag S. 1130, 1603

Tower, John Goodwin Senator für den amerikanischen Bundesstaat Texas (Republican Party) und Vorsitzender des Militärausschusses des Senats S. 1218

Trairong Suwankiri thailändischer Regierungssprecher S. 549

Traoré, Moussa Generalmajor und Präsident der Republik Mali **Dok. 53**

Trefftz, Georg Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 111 „Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland" im Auswärtigen Amt bis 25. Juli 1984, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschaf-

ters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 924[3]

Treskow, Wiprecht von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts bis 2. September 1984, anschließend Lehrgangsteilnahme am Center for International Affairs der Harvard University S. 566[1]

Tröger, Walther Präsident des NOK der Bundesrepublik Deutschland S. 271

Trojanowskij, Oleg Alexandrowitsch Leiter der Ständigen Vertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1121

Trudeau, Pierre Elliott Ministerpräsident von Kanada bis 30. Juni 1984 S. 151f., 220, 261, 280, 710, 795[2], 819f., 821[4], 910, 973

Truman, Harry S. 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 922[3], 1103[11], 1372[8], 1388[7], 1465[4], 1569[10], 1590[10], 1611[11]

Trumpf, Jürgen Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel bis 16. September 1984, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 310[27], 1357[1], 1359[15], 1417[9]

Tsamados, Konstantin Botschafter der Hellenischen Republik in Bonn S. 152[35]

Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär bzw. seit 13. Februar 1984 Generalsekretär des ZK der KPdSU **Dok. 45, 148** und S. 212[2], 214, 218f., 222f., 225, 227f., 241f., 254, 257, 279f., 331, 354, 356f., 367, 422[6], 434, 441f., 454f., 475, 512–514, 610, 669[9], 733f., 742, 747, 807, 830[8], 832, 834, 878, 918, 920[12], 968, 970, 971[26], 1036[5], 1038f., 1080, 1117f., 1216[4], 1217, 1285, 1287f., 1295, 1313, 1323, 1372f., 1403, 1418f., 1422, 1424–1426, 1440f., 1443, 1479–1482, 1492[9+11], 1499f., 1503–1505, 1534f., 1574, 1577, 1579–1582, 1611f., 1627

Tscherwow, Nikolaj Fjodorowitsch Generaloberst und Abteilungsleiter im sowjetischen Verteidigungsministerium S. 1610

Tsongas, Paul Senator für den amerikanischen Bundesstaat Massachusetts (Democratic Party) S. 122

Tutu, Desmond Mpilo Bischof der anglikanischen Kirche der Provinz Südafrika und bis Herbst 1984 Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats S. 791f.

Twal, Ghazi Dolmetscher im Auswärtigen Amt S. 824

Ungerer, Werner Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts bis 14. Oktober 1984, anschließend Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 **Dok. 194, 218, 220, 227, 346** und S. 15[11], 200[1], 283[2], 424[19], 662, 665, 842[3], 888[3], 989[3], 1105, 1106[9], 1131[24], 1270[1+6], 1310[4], 1311[6], 1339[25], 1530f., 1537[1], 1560[8], 1624

Ungo, Guillermo Manuel Vorsitzender des salvadorianischen Frente Democrático Revolucionario S. 962, 1193

Urban, Jerzy Pressesprecher der polnischen Regierung S. 929, 1341, 1493f.

Urquhart, Brian Edward stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen (Under Secretary General for Special Political Affairs) S. 199

Urrutia Lleó, Manuel 1959 Präsident der Republik Kuba S. 766[6]

Ussytschenko, Leonid Grigorjewitsch Mitarbeiter des sowjetischen Außenministeriums S. 882[17], 940, 1121

Ustinow, Dmitrij Fjodorowitsch Marschall der Sowjetunion und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU sowie Verteidigungsminister bis zu seinem Tod am

20. Dezember 1984 S. 212[2], 254, 257, 359, 703, 835, 911, 968, 971, 974, 1287, 1426, 1479, 1480[8], 1481

del Valle Alliende, Jaime Außenminister der Republik Chile S. 312

Vance, Cyrus Roberts 1977–1980 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 628, 1032, 1514[10]

Varga, István Leiter der ungarischen KVAE-Delegation im Rang eines Botschafters bis September 1984 S. 1268[16]

Vargas Araya, Armando costaricanischer Minister für Kommunikation und Information S. 765

Várkonyi, Péter Außenminister der Ungarischen Volksrepublik und Sekretär des ZK der USAP **Dok. 249** und S. 36, 60 f., 70, 78[7], 830[7]

Védrine, Hubert Mitarbeiter des französischen Präsidialamts S. 749

Velayati, Ali Akbar Außenminister der Islamischen Republik Iran S. 334 f., 839, 934 f., 937, 942, 1182, 1540[6], 1541

Veloso, Jacinto Soares Generalmajor und mosambikanischer Minister für Wirtschaftsfragen in der Präsidialkanzlei S. 1395

Verbeek, Paul Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires bis 8. Oktober 1984, anschließend Chefinspekteur des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 145**

Veress, Péter ungarischer Außenhandelsminister S. 115[3], 930

Vergau, Hans-Joachim Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ im Auswärtigen Amt **Dok. 49, 130, 299, 300** und S. 1507[1+5], 1508[7], 1509[12], 1564[1]

Vernier-Palliez, Bernard Botschafter der Französischen Republik in Washington bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 17. Oktober 1984 S. 968[2]

Vestring, Alfred Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO in Paris mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1449[25]

Vibe, Kjeld Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters bis Oktober 1984, anschließend Staatsekretär im norwegischen Außenministerium S. 603, 876

Villasuso, Juan Antonio costaricanischer Minister für nationale Planung und Wirtschaftspolitik S. 765

Visentini, Bruno italienischer Finanzminister S. 276, 299

Vocke, Enno Vorstandsvorsitzender der Hochtief AG in Essen S. 844

Vogel, Dieter Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft S. 403

Vogel, Hans-Jochen Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der SPD-Fraktion **Dok. 40** und S. 422, 455, 707, 1364[24], 1525

Vogel, Wolfdietrich Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts bis 23. Juni 1984, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Accra S. 35[1], 76, 453[1]

Vogel, Wolfgang Rechtsanwalt und Persönlicher Beauftragter des Staatsratsvorsitzenden der DDR für die Lösung humanitärer Probleme S. 133 f., 136, 316, 347–349, 411 f., 458, 948–950, 1212–1214, 1548 f., 1615

Vogeler, Wilfried Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 1337[16]

Voigt, Karsten Dietrich Mitglied des Deutschen Bundestags, des Vorstands der SPD-Fraktion und des Vorstands der SPD, SPD-Obmann im Auswärtigen Ausschuß sowie Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO S. 208[2]

Völkel, Angelika Legationsrätin I. Klasse im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts bis 18. November 1984, anschließend an der Ständigen

Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Wien S. 257[1]

Vollmar, Sabine (seit 14. Dezember 1984 Vollmar-Libal) Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen Dritte Welt" im Auswärtigen Amt bis 29. Mai 1984, anschließend Leiterin des Referats 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)" S. 998[1], 999[6], 1074[1], 1127[12], 1292, 1361[9], 1391[28], 1420[20], 1447[20], 1528[19], 1551[9], 1558[7], 1575[10], 1591[13], 1597[12], 1598[7], 1617[23], 1625[1]

Vos, Joris Michael Mitarbeiter des niederländischen Außenministeriums S. 453[2], 554 f., 668, 847 f., 849[9]

Vreven, Alfred belgischer Verteidigungsminister S. 686, 691[46], 1409

Wachner Dolmetscherin S. 1291

Waffenschmidt, Horst Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern S. 362[4]

Wagner, Gerd Vortragender Legationsrat (1978–1983 Legationsrat I. Klasse) im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts bis 15. Januar 1984, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 274[9], 817[1]

Wagner, Richard L. Mitarbeiter des amerikanischen Verteidigungsministeriums (Assistant to the Secretary of Defense (Atomic Energy) and Chairman, Military Liaison Committee to the Department of Energy) und Vorsitzender der Senior Level Weapons Protection Group der NATO S. 183, 1277

Walbroel, Alfred Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 111 „Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland" des Auswärtigen Amts bis 9. Januar 1984, anschließend im Referat 112 „Haushalt und Finanzen", seit 20. Februar 1984 als Vertreter des Leiters S. 316[1]

Waldheim, Kurt 1972–1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen S. 123[11], 506[12]

Wałęsa, Lech Vorsitzender der polnischen Gewerkschaft Solidarność **Dok. 304** und S. 356, 1169, 1341, 1344

Wallau, Theodor Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 133, 207** und S. 62[15], 67[14], 151[27], 218[5], 374, 582[54], 808[11], 941[2], 943[8], 959[14], 1027[14], 1031[6], 1072[3], 1080[11], 1128[13], 1190[1], 1223[8], 1274[10], 1305[2], 1383[61], 1386[73], 1444[6], 1580[7]

Walters, Vernon Anthony Generalleutnant und Sonderbotschafter des amerikanischen Außenministers S. 212, 396

Wand, Karl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luanda S. 1189, 1508

Wang Hung-wen 1973–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und stellvertretender Vorsitzender des ZK S. 1260[6]

Wannow, Marianne Vortragende Legationsrätin im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts bis 15. Januar 1984, anschließend im Referat 701 „Fremde Missionen und Konsulate (einschließlich Veranstaltungen für das Diplomatische Korps), Zeremoniell, Orden" S. 35[1]

Warnke, Jürgen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 961, 1235, 1279

Wasserberg, Günter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka bis 2. November 1984, vom 2. Juli bis 20. September 1984 in das Auswärtige Amt abgeordnet, seit 3. November 1984 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht" im Auswärtigen Amt S. 245[4], 632, 633[2]

Wassilikos, Stylianos Leiter der Ständigen Vertretung der Hellenischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 432

Weber, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 59, 94, 103, 114, 361, 585, 1031, 1138, 1488, 1498

Wechmar, Rüdiger Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London **Dok. 63, 287** und S. 262, 556, 562[29+35], 609[9]

Wegener, Henning Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungekonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 50, 180, 318** und S. 335, 744[11], 1441[11], 1442[12]

Wehner, Herbert 1966–1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1969–1983 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 1524

Weigel, Detlef Legationsrat I. Klasse im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ des Auswärtigen Amts S. 21[1]

Weil, Christoph Attaché im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 403[1], 406[16], 407[27]

Weinberger, Caspar Willard amerikanischer Verteidigungsminister **Dok. 75** und S. 330, 537, 644, 682f., 687f., 724, 877, 885, 979, 982, 1098[11], 1218, 1273f., 1275[15], 1276f., 1351, 1368f., 1370[19+20], 1487, 1504, 1520–1522, 1604

Weiß, Andreas Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 230, 1573[1]

Weiß, Gebhardt Legationsrat I. Klasse im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 35[1], 453[1], 454[5], 456[15+19], 511[1], 1036[1], 1073[6], 1579[1], 1609

Weiss, Heinrich Vorstandsvorsitzender der SMS Schloemann-Siemag AG S. 1234

Weiß, Jürgen Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 21. März und vom 17. April bis 30. Juni 1984, vom 22. März bis 16. April 1984 als Vortragender Legationsrat im Referat 614 „Jugend, Sport, Kirchen“ des Auswärtigen Amts sowie vom 10. Juli bis 14. August 1984 im Referat 100 „Allgemeine Personalangelegenheiten“, anschließend Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ S. 1073[6], 1484[1], 1491[1], 1505[9], 1534[1]

Weisser, Ulrich Kapitän zur See und Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung. Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen), Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt bis August 1984, anschließend abgeordnet zum NATO Defense College in Rom S. 204, 515[1], 1016

Weizsäcker, Richard Freiherr von Regierender Bürgermeister von Berlin bis 9. Februar 1984 (CDU), seit 1. Juli 1984 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 908, 949[4], 961, 1013, 1291f., 1310, 1387[2], 1392, 1485f., 1490, 1514

Welichow, Jewgenij Pawlowitsch Atomphysiker und Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 624

van Well, Günther Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 11. Juli 1984, anschließend Botschafter in Washington **Dok. 230, 265, 282, 289, 303, 326, 351** und S. 821[9], 846[4], 922[6], 968[2], 1021[14], 1098[10], 1190[3], 1222[6], 1274[10], 1371[4], 1386[79], 1389[13], 1443[3], 1466[11], 1473[3], 1488, 1498, 1499[7], 1555[23]

Werner, Pierre Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg sowie Schatzminister und Minister für kulturelle und religiöse Angelegenheiten bis 20. Juli 1984 S. 582, 754[19], 755

Weston, Philip John Mitarbeiter des britischen Außenministeriums (Head of Defence Department bis Juni 1984, anschließend Assistant Under-Secretary of State) S. 1383[61]

Weston, Thomas Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1016

Wex, Helga Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und seit 11. Januar 1984 Koordinatorin für die deutsch-französische Zusammenarbeit S. 1357, 1359

Wieck, Hans-Georg Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 6, 55, 83, 87, 106, 124, 142, 157, 184, 191, 213, 231, 238, 285, 310, 329, 339** und S. 64[28], 67[9], 139[10], 178[7], 184[9+11], 258[8], 402[15], 443[17+18], 447[36], 490[2], 530[3], 557[3], 597[47], 647[12], 666, 676[18], 734[6], 946[8], 1330[2], 1349[22], 1368[7], 1391[27], 1408[4], 1409 f., 1446[14], 1550, 1554[20]

Wieker, Jens S. 271[8]

Wiesenthal, Simon Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes in Wien S. 312

Wiesmann, Klaus Oberst i.G. und bis 16. September 1984 Mitarbeiter des Internationalen Militärstabs der NATO in Brüssel, anschließend Mitarbeiter des Bundesministeriums der Verteidigung S. 182

Wilhelmina 1890–1948 Königin des Königreichs der Niederlande S. 239

Windelen, Heinrich Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 132, 317[3]

Windisch, Walter Generalleutnant und Stellvertreter des Generalinspekteurs der Bundeswehr S. 1321, 1325

Winkelmann, Egon Mitglied des ZK der SED und Botschafter der DDR in Moskau S. 217

Wisner, Frank G. Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of African Affairs) S. 249[21], 1189[19]

Wistinghausen, Henning von Vortragender Legationsrat I. Klasse, beurlaubt zur Internationalen Energieagentur in Paris bis 31. Juli 1984, anschließend Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 331** und S. 989[1+3], 1317[4], 1537[1]

Witbooi, Hendrik Vizepräsident der SWAPO S. 632 f.

Witte, Barthold Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik“ im Auswärtigen Amt S. 754[13]

Wittig, Peter Attaché im Auswärtigen Amt bis 31. März 1984, anschließend Legationssekretär im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts S. 765[1], 827[1], 983[3], 1387[3], 1400[1], 1423[1], 1450[2], 1506[3]

Wittmann, Klaus Major i.G. (seit Sommer 1984 Oberstleutnant i.G.) und Mitarbeiter des Bundesministeriums der Verteidigung S. 82, 420, 572, 672

Wöckel, Heribert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus S. 1172[5], 1181, 1338[23]

Woessner, William M. Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 457[3], 490, 492, 515, 871, 1230[10], 1305

Wojciewski polnischer Journalist S. 1493

Wojna, Ryszard Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des polnischen Parlaments S. 1529

Wolf, Bernhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ des Auswärtigen Amts S. 961[1]

Wolff von Amerongen, Otto Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages S. 500, 1304

Wörner, Manfred Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) **Dok. 149, 163, 293** und S. 8, 46[23], 65, 84, 155, 190[24], 344 f., 379, 391, 440, 497, 573[1], 584, 627, 676, 678[30], 684–687, 688[38], 689 f., 691[46], 748, 850, 852, 886, 979, 1008, 1042, 1046, 1066, 1069, 1112[10], 1114, 1152, 1159[14], 1246, 1276 f., 1321, 1323[16], 1325[27], 1331, 1333, 1357, 1360[20], 1366[3], 1367 f., 1370[19+20], 1521, 1537[1]

Woronzow, Julij Michajlowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Paris S. 922[4], 1425

Worotnikow, Witalij Iwanowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministerpräsident der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik S. 212[2], 1082

Wrede, Hans-Heinrich Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts S. 1625[1]

Wu Xueqian Außenminister der Volksrepublik China S. 1163 f., 1231[3]

Wujec, Henryk Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und der Gewerkschaft Solidarność S. 566[2+3]

Wurth, Pierre Leiter der Ständigen Vertretung des Großherzogtums Luxemburg bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters bis Juni 1984 S. 434

Würzen, Dieter von Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 403, 771, 871[5], 891[3+5], 1206, 1233, 1234[17], 1279, 1280[6]

Wyszyński, Stefan 1948–1981 Primas von Polen sowie Erzbischof von Gnesen und Warschau, 1953–1981 Kardinal S. 1403, 1496

Yáñez Barnuevo, Juan Antonio Leiter der Auswärtigen Abteilung im Amt des spanischen Ministerpräsidenten S. 692[2]

Yao Wen-yuan 1969–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 1260[6]

Yaqub Ali Khan, Sahabzada Generalleutnant und Außenminister der Islamischen Republik Pakistan S. 1280

Yavuztürk, Zeki türkischer Verteidigungsminister S. 794[4]

Yilmaz, Mesut türkischer Staatsminister für Information S. 1057

York von Wartenburg, Alexander Graf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ im Auswärtigen Amt bis 19. Juli 1984, ab 6. August 1984 Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York, seit 3. Oktober 1984 als Vertreter des Leiters S. 48[1], 53[8], 82[2], 181[2], 185[3], 265[1], 291[1], 336[3], 463[1], 549[1], 715[1], 765[1], 827[1]

Youssoufu, Oumarou Garba Beobachter für die OAE bei den Vereinten Nationen in New York S. 1187

al-Zahawie, Wissam Abteilungsleiter im irakischen Außenministerium S. 606, 607[6]

Zeisler, Dieter Legationsrat I. Klasse im Auswärtigen Amt und persönlicher Referent des Staatsministers Möllemann S. 429[1]

Zepter, Bernhard Legationsrat I. Klasse (seit 16. Mai 1984 Vortragender Legationsrat) in der Arbeitseinheit 201-9 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung – Sonstige militärische Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amts bis 31. Oktober 1984, anschließend beurlaubt für eine Tätigkeit bei der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 381[1], 420[1], 573[1], 979[1], 1145[1]

Zeyer, Werner Ministerpräsident des Saarlands (CDU) S. 217[3]

Zhao Ziyang Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK der KPCh und Ministerpräsident der Volksrepublik China **Dok. 269** und S. 626, 699, 1263

Zhou Enlai *siehe: Chou En-lai*

Zhou Nan Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 1231[3], 1256–1258

Zia ul-Haq, Mohammad General und Präsident der Islamischen Republik Pakistan S. 839, 1279–1281

Ziefer, Fritz Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 321 „West- und Zentralafrika“ des Auswärtigen Amts bis 2. September 1984, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 1393[6]

Zieschank, Annemarie S. 702 f.

Zieschank, Klaus Dok. 145

Zimmermann, Friedrich Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 50, 233[12], 270f., 281, 845, 889, 948, 1511, 1591, 1616

Zwingelstein, Hervé Brigadegeneral im französischen Verteidigungsministerium S. 421

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“, „Gesetze und Verordnungen“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den ägyptisch-israelischen Beziehungen unter „Ägypten“ und dort beim Unterschlagwort „Israel“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen internationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu internationalen Organisationen wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „USA–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer internationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 180 bzw. von Seite 3 bis 859, **Band II** von Dokument 181 bis 357 bzw. von Seite 861 bis 1629.

Abkommen und Verträge

– Vertrag vom 29.8.1842 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland und dem Kaiserreich China (Vertrag von Nanking)
S. 562[31]

– Vertrag vom 30.3.1867 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Russischen Kaiserreich über den Kauf Alaskas durch die USA
S. 68[15]

– Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege
S. 335, 446[33], 510

– Vertragswerk von Locarno vom 16.10. 1925
S. 1407

– Konvention vom 22.12.1930 zwischen dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Königreich Norwegen und dem Königreich Schweden über die „wirtschaftliche Annäherung“ (Konvention von Oslo)
S. 239

– Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 835[22], 840, 1374

– Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 835[22]

– Vereinbarung vom 12.9.1944 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (Londoner Protokoll)
S. 1227[17]

– Abkommen vom 7.12.1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (Konvention von Chicago)
S. 149[18], 804

– Charta der Vereinten Nationen vom 26.6. 1945
siehe unter: VN

– Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 30.10.1947
siehe: GATT

– Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949
S. 83, 137[2], 255[10], 413[5], 532, 777, 1008[7], 1203[15], 1523

– I. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde
S. 430 f., 568[6], 569, 1086–1089

– II. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See
S. 430 f., 568[6], 569, 1086–1089

– III. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen
S. 430 f., 568[6], 569, 1086–1089

– IV. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
S. 430 f., 568[6], 569, 1086–1089

– Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag)
S. 1005, 1047

– Friedensvertrag vom 8.9.1951 mit Japan (Vertrag von San Francisco)
S. 1164[15]

– Vertrag vom 27.5.1952 über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft
S. 102[20], 1155[9]

– Abkommen vom 10.9.1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen)
S. 97[6]

– Abkommen vom 27.7.1953 zwischen den Vereinten Nationen und der Koreanischen Volksarmee über Waffenstillstand und Ergänzungsabkommen vom selben Tag über Kriegsgefangene
S. 532[14]

– Vertrag vom 26.5.1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in

der Fassung vom 23.10.1954 (Deutschland-Vertrag)
S. 940[10], 1176, 1468

– WEU-Vertrag vom 23.10.1954
S. 5[6], 6[9], 45 f., 83, 190, 262, 335[7], 424, 574, 676[18], 908[3], 922, 1155[9], 1331[6], 1346

– Vertrag vom 14.5.1955 zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der DDR, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Vertrag)
S. 1101, 1443[3]

– Konsularvertrag vom 30.7.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland
S. 614[5]

– Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge

– Abkommen vom 27.12.1958 zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 841[21]

– Zusatzabkommen vom 3.8.1959 zum Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Truppenstatut)
S. 614[5]

– Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen
S. 348[3], 593, 732 f., 760, 819, 841

– Abkommen vom 31.7.1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung von Grenzfragen
S. 186[6]

– Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag)
S. 161, 168, 188, 190 f., 318[3], 320, 1349[20]

– Abkommen vom 20.6.1963 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Errichtung einer direkten Fernmeldeverbindung („Heißer Draht“)
S. 918[4]

– Vertrag vom 5.8.1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser
S. 123, 1583

– Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei
S. 390[5], 391[10], 392, 1061–1063

– Vertrag vom 8.4.1965 zur Einsetzung eines gemeinsamen Rats und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften
S. 1048[6]

– Vertrag vom 27.1.1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper
S. 123, 727, 954, 1164[16], 1583

– Vertrag vom 14.2.1967 über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)
S. 284, 287–289, 916

– Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)
S. 42[6], 74, 284, 286–290, 627, 700, 912, 916, 1124, 1135, 1162–1164, 1281, 1449

– Übereinkommen vom 27.9.1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
S. 471[6]

– Assoziierungsabkommen vom 29.7.1969 zwischen der EWG und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten Staaten und Madagaskar und die mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehenden Abkommen (II. Abkommen von Jaunde)
S. 799[4]

– Abkommen vom 24.9.1969 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und

der Vereinigten Republik Tansania, der Republik Uganda und der Republik Kenia
S. 799[4]

– Übereinkommen vom 4.3.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gasultrazentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherten Urans (Abkommen von Almelo)
S. 287[18]

– Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)
S. 75, 191[31], 230, 386[28], 718f., 746, 763, 812[9], 813, 879, 923[10], 1000, 1100f., 1121, 1123, 1125, 1146, 1164, 1201, 1483, 1569, 1574, 1577

– Zusatzprotokoll vom 23.11.1970 zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei
S. 390[5], 391[10], 392

– Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)
S. 386[28], 763, 879, 1000, 1072[2], 1100f., 1125, 1146, 1226[13+14], 1290, 1483

– Übereinkommen vom 16.12.1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (Übereinkommen von Den Haag)
S. 803

– Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
S. 75, 405, 779, 1576

– Übereinkommen vom 23.9.1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (Übereinkommen von Montreal)
S. 803

– Abkommen vom 30.9.1971 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Verbesserung der direkten Fernmeldeverbindung
S. 918[4]

– Abkommen vom 30.9.1971 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen zur Verminderung der Gefahr des Ausbruchs eines Atomkriegs
S. 1123

– Handelsabkommen vom 8.11.1971 zwischen der EWG und der Argentinischen Republik
S. 395

– Vertragswerk vom 22.1.1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, Irlands und des Königreichs Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS
S. 320[11]

– Abkommen vom 23.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit beim Umweltschutz
S. 559

– Interimsabkommen vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT I)
siehe unter: SALT

– Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)
S. 123, 206, 716, 736f., 873–877, 954–956, 966, 967[10], 1020–1022, 1098, 1239, 1247, 1249, 1251–1254, 1256, 1323, 1583, 1610

– Vertrag vom 21.12.1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grundlagenvertrag)
S. 191[31], 386[28], 484[11], 879, 1000, 1100f., 1125, 1146, 1364, 1483, 1514–1517, 1577

– Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit
S. 20[29]

– Abkommen vom 22.6.1973 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Verhinderung eines Atomkriegs
S. 385, 1123

– Abkommen vom 29.6.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit
S. 1301

– Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)
S. 386[28], 763, 879, 1000, 1100f., 1125, 1483

– Übereinkommen vom 22.3.1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets
S. 1363

– Abkommen vom 28.6.1974 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Zusammenarbeit im Wohnungsbau und anderen Bereichen des Bauwesens
S. 559

– Vertrag vom 3.7.1974 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche
S. 626, 653[9], 717, 1313[14], 1628

– AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28.2.1975
S. 799[4+5]

– Abkommen vom 11.5.1975 zwischen der EWG und dem Staat Israel über die schrittweise Einführung einer Freihandelszone
S. 104[5]

– Abkommen vom 27.6.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie
S. 285[7]

– Abkommen vom 15.7.1975 zwischen der EWG und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
S. 395

– Ausreiseprotokoll vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
S. 1225[12], 1226[13]

– Vertrag vom 28.5.1976 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken
S. 626, 653[9], 717, 1313[14], 1628

– Protokoll vom 8.2.1977 über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EWG und dem Staat Israel
S. 104[5]

– Zusatzprotokoll vom 8.2.1977 zum Abkommen vom 11.5.1975 zwischen der EWG und dem Staat Israel
S. 104[5]

– Finanzprotokoll vom 12.5.1977 zwischen der EWG und der Republik Türkei
S. 1060[9]

– Übereinkommen vom 18.5.1977 über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (ENMOD-Abkommen)
S. 1583

– I. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949
S. 430[5], 568[6], 569, 1086–1089

– II. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949
S. 430[5], 1086–1089

– Abkommen vom 6.5.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie
S. 718f., 880

– Protokoll vom 29.11.1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Überprüfung, Erneuerung und Ergänzung der Markierung der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden

Grenze, die Grenzdokumentation und die Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme
S. 484[11]

– Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel
S. 99[14], 106, 109 f., 118, 680, 1173, 1337[18+19]

– Vertrag vom 18.6.1979 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)
siehe unter: SALT

– Zweites AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31.10.1979
S. 799[5+6]

– Übereinkommen vom 13.11.1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
S. 889

– Kooperationsabkommen vom 7.3.1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten
S. 395[17], 525, 1433

– Internationales Übereinkommen vom 27.6.1980 über den Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe
S. 234[5]

– Rahmenabkommen über Zusammenarbeit vom 18.9.1980 zwischen der EWG und der Föderativen Republik Brasilien
S. 395

– Übereinkommen vom 10.10.1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen)
S. 567–572

– Abkommen vom 31.3.1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für die Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“
S. 186[6]

– Protokoll vom 10.12.1981 zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Spaniens
S. 137[2], 694

– Abkommen vom 15.4.1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg („Wartime Host Nation Support Agreement“)
S. 531[8]

– Vertrag vom 2.7.1982 zwischen dem Königreich Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit
S. 1168[6]

– Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982
S. 593, 632, 1477 f., 1554 f., 1574

– Abkommen vom 17.5.1983 zwischen dem Staat Israel und der Libanesischen Republik über die Beendigung des Kriegszustands, die gegenseitige Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität sowie den Rückzug der ausländischen Truppen
S. 197 f., 1172

– Protokoll vom 24.6.1983 über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EWG und dem Staat Israel
S. 64[25], 104[5]

– Abkommen vom 7.10.1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 1232

– Vereinbarung vom 12.10.1983 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Regelung von Fragen, die mit der Abwasserableitung und Abwasserbehandlung für die Stadt Sonneberg (Deutsche Demokratische Republik) zur Verbesserung der Gewässergüte der Röden zusammenhängen
S. 503[14]

– Abkommen vom 29.11.1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über finanzielle Zusammenarbeit
S. 108[20]

– Abkommen vom 6.12.1983 zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem Bundesminister der Verteidigung über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen)
S. 979[4], 981

– Vertrag vom 13.3.1984 zur Änderung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften bezüglich Grönlands
S. 1140[15]

– Abkommen vom 16.3.1984 zwischen der Volksrepublik Mosambik und der Republik Südafrika über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen)
S. 451, 475, 745, 789, 1188, 1395, 1398

– Abkommen vom 9.5.1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie
S. 698, 700 f.

– Abkommen vom 12.7.1984 zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem Bundesminister der Verteidigung zur Implementierung des Abkommens vom 6.12.1983 über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen)
S. 979–983

– Abkommen vom 13.7.1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze
S. 750[7]

– Vorläufige Absprache vom 3.8.1984 über Fragen des Tiefseebodens
S. 593, 632, 1477

– Unionsvertrag vom 13.8.1984 zwischen der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija und dem Königreich Marokko
S. 1182, 1340

– Abkommen vom 25.10.1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei über deutsche NATO-Verteidigungshilfe
S. 1069[24]

– Drittes AKP-EWG-Abkommen vom 8.12.1984
S. 1358

– Vereinbarung vom 13.12.1984 zwischen der Treuhandstelle für Industrie und Handel und dem Ministerium für Außenhandel der DDR über den grenzüberschreitenden Kaliabbau im Werra-Kalirevier
S. 1511

– Gemeinsame Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Regierung der Volksrepublik China vom 19.12.1984 über die Frage von Hongkong
S. 1186, 1231[3], 1262

– Abkommen vom 10.6.1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
S. 1232

Abrüstung und Rüstungskontrolle

– Anti-Satelliten-Systeme
siehe: ASAT

– Argentinien
S. 858, 1473, 1476[9]

– Australien
S. 284, 857[4], 915–917, 1100, 1441[11]

– Belgien
S. 284, 857[4+6], 915–917, 1096

– Brasilien
S. 858

– Bulgarien
S. 263[39], 622

– Bundesrepublik Deutschland
S. 75, 81, 92, 283–290, 380–389, 407, 426–429, 594, 734–738, 857[4], 915–917, 1094–1097, 1099 f., 1134–1136, 1196–1198, 1284, 1308 f., 1382 f., 1476

– Chemische Waffen
siehe: Chemische Waffen

– Committee on Disarmament (CD)
S. 74, 124, 126, 251, 319, 334 f., 338, 354[12], 447, 509–511, 522, 744[11], 856–859, 920, 1038, 1096–1100, 1121[7], 1219 f., 1382, 1473, 1475, 1558, 1606 f.

– Dänemark
S. 284, 684, 1096 f., 1137, 1441 f.
– DDR
S. 406 f., 1079, 1441, 1442[12], 1513 f.
– Finnland
S. 284
– Frankreich
S. 284, 286, 447, 857[4], 915–917, 1096, 1382
– Gewaltverzicht
siehe unter: KVAE
– Griechenland
S. 263[39]
– Großbritannien
S. 284, 594, 857[4], 915–917, 1096 f., 1382 f.
– Indien
S. 1441[11], 1473, 1476[9]
– INF-Verhandlungen
siehe: INF-Verhandlungen
– Italien
S. 92, 284, 857[4], 915–917, 1096–1098
– Japan
S. 857[4], 915–917
– Jugoslawien
S. 263[39], 1441[11], 1476[9]
– Kanada
S. 284, 857[4], 915–917, 1097 f.
– Kernwaffenfreie Zonen
S. 80[24], 81, 92, 207, 219, 263, 622, 1076 f., 1130, 1265, 1268, 1270, 1281, 1475, 1513
– Konferenz der fünf Atommächte (Trudeau-Initiative)
S. 151 f., 261, 280, 819, 1297
– Kuba
S. 1441
– Luxemburg
S. 915–917
– Mexiko
S. 858, 1441, 1473, 1476[9]
– NATO
Dok. 238
– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 857 f., 1097–1099, 1473–1476
– Nichtverbreitung von Kernwaffen
Dok. 57, 194 und S. 700, 1134 f., 1162 f., 1281, 1449
– Niederlande
S. 284, 857[4], 915–917, 1096
– No First Use (Ersteinsatzverzicht)
S. 73–75, 231, 254, 338, 384 f., 433, 435, 602, 743, 763, 807, 811, 903, 910, 921, 960, 970[16], 1076 f., 1265, 1268, 1441 f., 1475
– Norwegen
S. 284, 1096, 1441, 1442[12]
– Österreich
S. 284
– Rumänien
S. 263[39], 1079
– Rüstungskontrolle im Weltraum
Dok. 225 und S. 88, 123 f., 455 f., 522, 594, 715, 717, 744, 811, 857, 874[5], 879, 881, 910, 918–921, 940[10], 954, 967–970, 974, 1022, 1025, 1028, 1085[9], 1098, 1100, 1134–1136, 1149, 1161, 1163 f., 1183–1185, 1191, 1195, 1197 f., 1201 f., 1239, 1241, 1251, 1253 f., 1274, 1309, 1313, 1362, 1371[4], 1372, 1375, 1383, 1439 f., 1479[3], 1480, 1482, 1513, 1578, 1580–1582, 1599
– Schweden
S. 80[24], 81, 92, 284, 915–917, 1441
– Schweiz
S. 284, 915–917
– Strategic Arms Limitation Talks
siehe: SALT
– Strategic Arms Reduction Talks
siehe: START
– Strategic Defense Initiative
siehe: SDI
– Türkei
S. 263[39]
– UdSSR
S. 67, 73, 123 f., 148, 231, 260, 284, 338, 380–389, 522, 715–718, 811, 859, 1036–1041, 1085, 1096, 1134–1136, 1216, 1251, 1441[11], 1473–1476, 1479–1483, 1579–1584, 1610 f., 1625–1629
– Umfassendes Teststoppabkommen (Comprehensive Test Ban, CTB)
S. 717, 857 f., 1097, 1100
– Ungarn
S. 1079, 1441
– USA
Dok. 180, 261 und S. 67, 148, 283–290, 915–917, 1097, 1216–1219, 1382 f.
– Verhütung eines Nuklearkriegs (Prevention of Nuclear War, PNW)
S. 447, 857 f., 1096 f., 1100, 1382 f., 1476

– VN
Dok. 318 und S. 1197 f., 1382 f., 1441 f.
– Volksrepublik China
S. 152, 261, 700, 1297 f.
– Warschauer Pakt
S. 406, 857

Afghanistan
S. 790, 804, 1433, 1611
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 176 und S. 745, 779
– Frankreich
S. 758
– Pakistan
S. 1279 f.
– UdSSR
S. 17, 123, 143[15], 215, 287, 378, 381, 386 f., 397, 434, 446, 533, 602, 604, 613, 621, 628, 636, 699, 745, 762[2], 776, 779 f., 840, 846[4], 913 f., 937, 943, 972[33], 1166, 1202, 1261, 1279 f., 1285, 1326, 1473, 1480[8]
– USA
S. 378, 846

Ägypten
siehe außerdem: Nahost-Konflikt, VN
S. 199, 269, 561, 936[8]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 141, 291 und S. 27–29, 101, 118–120, 203, 268, 540, 1210, 1405
– Frankreich
S. 680, 752, 975, 977
– Großbritannien
S. 680, 975, 977
– Irak
S. 1338
– Israel
S. 109 f., 113, 118–120, 680 f., 1173, 1281, 1335, 1337 f., 1405
– Italien
S. 975 f., 1181, 1336
– Jordanien
S. 1181 f., 1335, 1405
– Libyen
S. 193[2], 1340
– Niederlande
S. 975–977, 1009
– Saudi-Arabien
S. 99, 101 f., 116, 977
– Sudan
S. 680
– Syrien
S. 115, 1173, 1338
– UdSSR
S. 680, 841[21]
– USA
S. 540, 680, 841[21], 975–977, 1230[9]

Algerien
S. 266[8], 269, 284, 351[6], 936[8], 1339
– Bundesrepublik Deutschland
S. 29, 1210
– DDR
S. 1615
– Frankreich
S. 1289
– Libyen
S. 267
– UdSSR
S. 1182

Amnesty International
S. 963

Angola
siehe außerdem: Berlin, Namibia-Frage
S. 422, 764
– Bundesrepublik Deutschland
S. 1394[10], 1508 f.
– ČSSR
S. 20[30]
– DDR
S. 477, 1393
– Kuba
S. 246[10], 451, 476 f., 782–785, 787, 1189[19], 1393, 1395, 1398, 1507[5], 1508
– Portugal
S. 476 f.
– Südafrika
S. 20, 245[4], 246[10], 267, 451, 476, 516, 745, 1188, 1392[3], 1393–1395, 1398 f., 1507[5]
– UdSSR
S. 215, 477, 776, 784–786, 1133[30], 1393
– UNITA
S. 784 f., 1393[6], 1394, 1398, 1507[5], 1508
– USA
S. 245[4], 246[10], 249, 1189, 1392[3], 1398
– Zaire
S. 476

ANZUS (Australia, New Zealand, United States Security Treaty)
S. 1169

Arabische Liga
siehe außerdem: Nahost-Konflikt
S. 99, 430[2], 561, 606

Argentinien
siehe außerdem: Abrüstung, Mittelamerika-Politik, Nord-Süd-Dialog
S. 284, 346[5], 631, 761, 992, 1163
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 110, 145 und S. 285, 287 f., 477, 594, 798 f.
– EG/EPZ
S. 395[19], 523 f., 1405 f.
– Frankreich
S. 1170
– Großbritannien
S. 525 f., 594, 933, 1170[17+18], 1171
– Italien
S. 1406
– UdSSR
S. 288
– USA
S. 285, 319, 524 f.

ASAT (Anti-Satelliten-Systeme)
S. 629, 653[9], 674 f., 874[5], 876, 966, 1191, 1274, 1375
– Bundesrepublik Deutschland
S. 126, 242, 520–522, 1041, 1255, 1383
– Frankreich
S. 920
– UdSSR
S. 121–126, 446, 498, 520–522, 559, 875, 919, 1027, 1037–1041, 1202, 1255, 1582, 1628
– USA
Dok. 21, 109 und S. 446 f., 456, 498, 625, 898, 919, 1022, 1027, 1037–1041, 1216, 1253–1255, 1372, 1383, 1443

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)
S. 397, 552 f., 630, 700, 745, 818, 821, 1139, 1373
– EG
Dok. 308 und S. 395, 550, 761

The Aspen Institute
S. 264, 1514

Äthiopien
S. 193 f., 406, 422, 976

Australien
siehe außerdem: Abrüstung
S. 1314 f.

Bahrain
S. 27

Bangladesch
S. 587

Barbados
S. 208[3]

BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)
S. 553[13]

Belgien
siehe außerdem: Abrüstung, Chemische Waffen, EG, Europäische Akte, INF-Verhandlungen, KVAE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, SDI, Seerecht, WEU
S. 107, 1054[17]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 47 und S. 261 f., 1176 f., 1410 f., 1489 f., 1499, 1502
– ČSSR
S. 1563
– DDR
S. 1563
– El Salvador
S. 961[4], 963[16]
– Frankreich
S. 157[11], 172[18], 261[30], 300
– Irak
S. 599
– Libyen
S. 1163
– Mexiko
S. 908[15]
– Norwegen
S. 239
– Republik Korea (Südkorea)
S. 864[2]
– UdSSR
S. 971
– USA
S. 1489 f., 1502, 1561

Berlin
S. 133, 268, 321, 332, 459, 474, 526, 549, 551, 649, 757 f., 836[24], 1071, 1081, 1218, 1305[3], 1380, 1389, 1498, 1544, 1576

– Angola
S. 1508
– Berlin Air Safety Center (BASC)
S. 493–495, 1546[14], 1547
– DDR
S. 493, 503, 1214[4]
– Drei Mächte
S. 493–495, 503[13], 1214[4], 1390, 1447[21], 1448, 1545–1547
– Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge
S. 20[29], 405, 622, 829[4], 882[17], 929[7+8], 1591
– Energieversorgung
S. 1365
– Flugplatz Gatow
S. 1448, 1547
– Glienicker Brücke
S. 1448
– Großbritannien
S. 1545
– Luftraumreservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin durch die UdSSR
Dok. 101 und S. 1447 f., 1546 f.
– UdSSR
S. 493–495, 1101
– USA
S. 516, 1202, 1468
– Vier-Mächte-Verantwortung
S. 1391

Bewegung blockfreier Staaten
S. 124, 680, 764, 800

BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten)
S. 1146

Birma
S. 553, 865

Bolivien
S. 994

Bonner Vierergruppe
S. 134, 154, 649, 923, 1305[3], 1307, 1447[21], 1448, 1468[22], 1545, 1546[14], 1547

Botsuana
S. 476, 1395

Brasilien
siehe außerdem:
Abrüstung, Nord-Süd-Dialog
S. 284, 524, 631, 798, 992, 997
– Bundesrepublik Deutschland
S. 285, 287 f., 477, 990, 993, 1065
– USA
S. 208[3], 285

Brunei
S. 1433

Bulgarien
siehe außerdem:
Abrüstung, INF-Verhandlungen, KVAE, NATO-Doppelbeschluß
S. 41, 219, 803
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 131, 132 und S. 61, 621 f., 704, 882, 931, 974, 1113, 1127, 1130, 1201, 1283, 1313, 1377, 1401, 1420, 1505
– Großbritannien
S. 1377, 1610[5]
– Heiliger Stuhl
S. 931[22]
– Italien
S. 1404
– Türkei
S. 1066
– UdSSR
S. 36, 621 f., 1113[19], 1505
– USA
S. 151, 634, 930, 1077[20], 1379

Bund der Vertriebenen
S. 1146[7], 1602[8]

Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft
S. 369[37], 599, 657, 661, 816, 892–894

Bundesamt für Verfassungsschutz
S. 49[7], 314 f., 1532 f.

Bundesgrenzschutz
S. 1532, 1541[8]

Bundeskabinett
S. 169, 187, 362[5], 370, 379, 590, 817[10], 842[3], 845[11], 851, 870, 871[5], 938[4], 952[4], 980[6], 1008, 1010, 1064[16], 1092, 1153, 1159[14], 1339[26], 1554, 1586 f.

Bundeskanzleramt
S. 132, 135, 156[5], 265, 276, 348[3], 411 f., 460, 499, 661, 765, 771, 773[13], 781, 833[16], 949[4], 952[4], 1016, 1031, 1042, 1095, 1105, 1142, 1230, 1248, 1270, 1307, 1510, 1516, 1537[1]

Bundeskriminalamt
S. 314 f., 825, 947 f.

Bundesländer
siehe: Länder der Bundesrepublik

Bundesministerium der Finanzen
S. 15, 661, 794[4], 852, 952[4], 992, 998, 1066, 1587 f., 1623

Bundesministerium der Justiz
S. 25, 313, 460[1], 542, 567[4], 952[4]

Bundesministerium der Verteidigung
S. 24, 26, 44, 89, 126, 190[27], 345, 421, 423 f., 440, 491, 497[6], 542, 546, 567, 569, 572, 584, 656, 672, 676, 678, 722, 748, 771 f., 794[4], 846[3], 852, 900, 965, 979[5], 980[6], 981, 983, 1008 f., 1030, 1042, 1066, 1087 f., 1094, 1113, 1153, 1155 f., 1158 f., 1206, 1230, 1237[4], 1243[3], 1248, 1308, 1315, 1321, 1323, 1353, 1367–1370, 1411, 1456, 1537[1]

Bundesministerium des Innern
S. 314 f., 460[1], 462, 542, 567[4], 845[11], 1389, 1453[3], 1454[6], 1456, 1471[4], 1533

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
S. 471, 845[11]

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen
S. 836[24], 852, 1622

Bundesministerium für Forschung und Technologie
S. 15, 175 f., 516, 851 f., 1585[3], 1587 f., 1622

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
S. 316[2], 412, 948, 1212, 1214, 1305

Bundesministerium für Verkehr
S. 977

Bundesministerium für Wirtschaft
S. 15, 129, 187[14], 335, 369[37], 409 f., 487, 527–529, 657 f., 661, 771, 852, 870[2], 871, 891–894, 952, 992, 998, 1142[1], 1206, 1623

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 236, 473, 992[8], 1142[1], 1171[3]

Bundesnachrichtendienst
S. 44, 314, 315[7], 334, 497, 846[3], 1532 f., 1535

Bundessicherheitsrat
S. 27[6], 30[15], 204[1], 346[5], 378[7], 400, 419, 423, 531, 534 f., 538 f., 542, 565[8], 567 f., 627[40], 772, 782, 978[10], 1008, 1044, 1088, 1112, 1229, 1237[4], 1312[8], 1624

Bundestag
S. 5[8], 29, 76, 95, 185, 186[7], 216, 243 f., 246, 295, 298, 308, 322[2], 385, 483 f., 500, 535, 572, 586, 628, 678 f., 690, 707, 724[6], 730, 755, 768, 772, 810[2], 835, 843[7], 861[5], 963, 979, 983, 1058, 1066, 1078, 1086, 1088, 1139, 1146, 1206 f., 1210, 1347, 1364[27], 1368, 1401[4], 1424, 1489[7], 1502[25], 1515[13], 1525[6], 1574, 1621[13]

Bundesverfassungsgericht
S. 460[1], 1071[25], 1621

Bundesverwaltungsgericht
S. 1071[25]

Bundeswehr/Wehrpflicht
Dok. 251 und S. 30, 155 f., 242, 268, 274, 283, 313, 378 f., 401, 465, 517–519, 531, 534, 537 f., 542, 564[6], 573[2], 677[22], 678[30], 691[46], 692[2], 724[6], 744[11], 774, 894, 980–982, 1008 f., 1019, 1178–1180, 1207, 1229, 1325, 1407 f., 1424, 1446, 1489, 1498[3], 1502, 1518[2], 1521, 1545, 1569 f., 1572

CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)
S. 5[8], 95, 98, 217[3], 224, 279, 362, 381, 383, 388, 635, 831 f., 835[23], 1058, 1068, 1093[4], 1119, 1146, 1289, 1401[4], 1422, 1502[25], 1517, 1545[7], 1587

Chemische Waffen
Dok. 266, 352 und S. 183, 254, 474, 669, 671, 715, 832, 970, 1076, 1097[4], 1197, 1265, 1270, 1274, 1479, 1628

– Belgien
S. 511

– Bundesrepublik Deutschland
S. 77, 88, 90, 148 f., 182, 250[3], 251 f., 260, 354, 355[7], 367, 371, 407, 431, 475, 488 f., 510, 624, 744, 813, 911, 1099, 1219 f., 1350, 1382, 1517, 1525[6], 1606–1608

– ČSSR
S. 911

– Dänemark
S. 510

– DDR
S. 407, 1513

– Einsatz chemischer Waffen im irakisch-iranischen Krieg
S. 333–336, 408, 430 f., 445 f., 489[7], 561, 777, 871[8], 942[5], 951

– Einsatz chemischer Waffen in Afghanistan und Südostasien
S. 445 f., 598 f.
– Frankreich
S. 260 f., 446, 509 f., 726, 1099, 1219 f., 1382, 1606–1608
– Großbritannien
S. 445, 511, 1099, 1219 f., 1382, 1606–1608
– Herstellung chemischer Waffen durch den Irak in Samarra mittels Lieferungen der Firma Kolb
S. 333–336, 407–410, 487–489, 506–508, 527–529, 561, 598–600, 656–661, 814–817, 870–872, 891–894, 1091, 1316 f., 1531
– Herstellung chemischer Waffen durch Syrien
S. 1530 f.
– Italien
S. 149, 511
– Niederlande
S. 510, 1099
– Norwegen
S. 510, 1099
– Rumänien
S. 744[11]
– UdSSR
Dok. 50 und S. 66 f., 77, 88, 148, 216, 260, 509, 624, 744, 811, 1475
– USA
Dok. 106 und S. 66, 149, 182, 250–252, 260, 373, 440 f., 445 f., 454 f., 516, 559, 561, 624, 626, 744, 858 f., 911, 1099, 1219 f., 1382, 1445, 1606–1608
– VN
S. 445 f.

Chile
S. 395, 524
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 60 und S. 477
– Frankreich
S. 758
– Portugal
S. 477
– USA
S. 312

China
siehe: Republik China (Taiwan) und Volksrepublik China

COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)
siehe: RGW

Commonwealth of Nations
S. 962, 1543

Contadora-Gruppe
siehe unter: Mittelamerika-Politik

Costa Rica
siehe außerdem: Mittelamerika-Politik
Dok. 158 und S. 525, 963

ČSSR (Československá Socialistická Republika)
siehe außerdem:
Angola, Belgien, Chemische Waffen, INF-Verhandlungen, KSZE, KVAE, MBFR, NATO-Doppelbeschluß
S. 41, 602, 1402, 1436[4]
– DDR
S. 78, 1129, 1589[6], 1590, 1615
– Frankreich
S. 973
– Großbritannien
S. 1610[5]
– Kanada
S. 152
– Österreich
S. 1616[18]
– Polen
S. 1534, 1614
– Spanien
S. 1563
– UdSSR
S. 37, 621, 1015, 1616
– Ungarn
S. 1616[18]
– USA
S. 913 f., 930, 1379, 1615[16]

ČSSR–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 193, 347, 350, 354 und S. 20, 37[6], 60, 621, 879, 882, 920, 931, 940, 973, 1130, 1292, 1313, 1377, 1420
– Botschaftsflüchtlinge
Dok. 337 und S. 316[2], 317[3+4], 347–349, 411, 948, 950, 1129, 1212–1214, 1363, 1545, 1589[6], 1590, 1614 f.

– Humanitäre Fragen
S. 914, 1592, 1603, 1615 f.
– Kriegsgräber
S. 1603, 1614
– Umweltverschmutzung/Umweltschutz
S. 1589[6], 1590 f., 1601, 1603

CSU (Christlich-Soziale Union)
S. 5[8], 362, 381, 383, 388, 635[9], 677[23], 835[23], 1058, 1119, 1146, 1401[4], 1422, 1502[25], 1517

Dänemark
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, EG, Europäische Akte, INF-Verhandlungen, Kriegsende, KVAE, NATO, NATO-Doppelbeschluß, SDI, Seerecht
S. 4 f., 14, 45, 107, 236, 728, 909
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 247 und S. 578, 1176
– Frankreich
S. 157[11], 172[18], 300
– Spanien
S. 1139
– UdSSR
S. 673
– WEU
S. 1347

„D-Day" (Gedenkfeiern zum 40. Jahrestag)
S. 558, 709 f., 732, 749, 820[14], 1116, 1390
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 164 und S. 376, 596, 621
– Frankreich
S. 796 f.
– USA
S. 376

DDR (Deutsche Demokratische Republik)
siehe außerdem:
Abrüstung, Algerien, Angola, Belgien, Berlin, Chemische Waffen, ČSSR, INF-Verhandlungen, KSZE, KVAE, MBFR, Mittelamerika-Politik, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog
S. 41, 60, 96, 476, 889, 1153[4], 1562
– EG
S. 830, 1298 f.
– Finnland
S. 406, 1312, 1361
– Frankreich
S. 220, 494[8], 1365, 1376
– Griechenland
S. 1365
– Großbritannien
S. 134[6], 136, 1376, 1610[5]
– Irak
S. 816
– Jugoslawien
S. 48–50, 130–132, 270 f.
– Kanada
S. 152, 220, 973
– Mexiko
S. 223
– Norwegen
S. 220[11]
– Österreich
S. 1214, 1365, 1376
– Polen
S. 356, 366, 368, 560, 1403, 1534
– Rumänien
S. 1082, 1302
– Schweden
S. 79, 220[11]
– Spanien
S. 1365
– UdSSR
Dok. 221 und S. 16, 36 f., 219, 222, 224 f., 227, 242, 332, 366, 485 f., 621, 938–940, 1056, 1078–1082, 1117–1120, 1129, 1299, 1375, 1448, 1505, 1616[18]
– USA
S. 133[5+6], 136, 150, 220, 223 f., 316[2], 358, 457–459, 613–615, 930, 1077[20], 1128 f., 1305[2], 1306, 1362, 1376, 1378[45], 1488

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)
S. 452[59], 532 f., 865–869, 1393

Deutsch-Arabische Gesellschaft e. V.
S. 430

Deutsch-deutsches Verhältnis
Dok. 43, 80, 98, 103, 295, 328 und S. 25, 71, 79, 156, 224[26], 227, 239, 358, 362, 525, 560, 621, 628, 731–733, 755, 769, 867 f., 879, 882, 906, 907[11], 938–940, 968[2], 1019, 1169, 1175–1177, 1218, 1267, 1280, 1283, 1305–1307, 1420 f.
– Ausreisebewegung/Botschaftsflüchtlinge
Dok. 24, 25, 62, 68, 82, 93, 206, 264 und S. 48–50, 130–132, 154, 242, 270 f., 278,

329 f., 354, 366 f., 405, 457–459, 475, 483, 485 f., 597, 613–615, 757 f., 1014, 1081, 1118, 1129, 1298, 1363, 1402 f., 1506, 1517 f., 1545, 1548 f., 1590, 1614 f.

– Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik **Dok. 232, 243** und S. 406, 486, 502, 704, 831, 949, 1001, 1013, 1056, 1113, 1127–1129, 1145 f., 1184, 1201, 1212[2], 1291[3], 1298 f., 1306, 1312, 1360–1362, 1375, 1401 f., 1448, 1505, 1545 f.
– „Geraer Forderungen“ S. 1081, 1120, 1364
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen S. 225 f., 404, 483[8], 484 f., 499–502, 830[6], 1402, 1577
– Innerdeutsche Grenze S. 483 f., 486, 1013[3], 1081[16], 1361, 1364[24], 1515 f.
– Kulturbeziehungen S. 405, 483
– „Milliardenkredite“ S. 78, 216, 404, 483, 938, 1014, 1081, 1118, 1289, 1305[3], 1402
– Reiseverkehr/Mindestumtausch S. 405 f., 938[4], 1014, 1118, 1128, 1298, 1305[3], 1365, 1376, 1511[3]
– Staatsangehörigkeitsfragen S. 462, 486, 1081[16], 1298, 1361, 1363, 1364[24], 1515 f., 1518
– Ständige Vertretungen S. 132–136, 347 f., 405, 410[5], 411[7+9], 412[10], 460[5], 461 f., 757, 948[2], 949 f., 1081[16], 1118, 1129, 1213 f., 1517
– Umweltverschmutzung/Umweltschutz S. 404, 483, 500–503, 1362 f., 1511–1513
– Verkehrsfragen S. 503, 1512
– Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen (Salzgitter) S. 484, 486, 1013, 1081[16], 1364[24]

Deutsche Bischofskonferenz
S. 62[18], 368[35], 618

Deutsche Bundesbahn
S. 327

Deutsche Bundesbank
S. 188, 1107

Deutsche Bundespost
S. 835[23]

Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 8, 25, 59, 65, 239, 269, 295, 321, 649 f., 779, 812 f., 830[8], 831, 907, 939 f., 1092 f., 1102–1104, 1146, 1174–1177, 1191, 1199, 1201, 1204, 1217, 1226–1228, 1236, 1257 f., 1361, 1375 f., 1400 f., 1403, 1421, 1465–1470, 1516, 1546

Deutsche Reichsbahn
S. 503[13]

DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik)
S. 1389

DKP (Deutsche Kommunistische Partei)
S. 971, 1082

Dominikanische Republik
S. 394[7], 798, 993

Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

DRK (Deutsches Rotes Kreuz)
S. 233[12], 1222

Ecuador
S. 477, 818[7]

EFTA (European Free Trade Association)
S. 930[16]

EG (Europäische Gemeinschaften)
siehe außerdem: Argentinien, ASEAN, DDR, Israel, Japan, Libanon-Konflikt, Mexiko, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Polen, Portugal, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, Seerecht, Spanien, Südafrika, Türkei, UdSSR, Ungarn, USA, Volksrepublik China, Zypern-Konflikt

S. 185, 190, 201[4], 318[2], 889, 1034 f., 1384

– Agrarpolitik S. 90[15], 94[28], 158 f., 162–164, 166 f., 172, 187, 294–298, 300–311, 322–324, 326, 353 f., 364, 464, 467, 470–472, 587[8], 588, 591, 595 f., 612, 662[5], 663–665, 692, 695, 705–707, 768, 861[4], 862, 1010–1012, 1048 f., 1051 f., 1054, 1131[24], 1139, 1349[18], 1400[2], 1424, 1427, 1429–1432, 1559 f., 1564[4]
– Belgien S. 239 f., 305 f., 325, 467, 693, 706–708, 1012, 1105[5], 1427, 1431

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 227 und S. 15, 90–92, 94[28], 101, 157–167, 180, 187 f., 229, 238 f., 294–298, 300–311, 321–326, 328 f., 353 f., 363–366, 436 f., 464–469, 471 f., 474, 525, 585–591, 595, 662–665, 692[6], 693, 706–714, 730, 750, 862, 1010–1012, 1105[5], 1106, 1131, 1139–1141, 1168, 1236, 1302 f., 1310–1312, 1358[12], 1407, 1424[3], 1427–1431, 1559 f.

– Dänemark
S. 296, 298, 303–306, 325, 587, 590, 707, 711, 1009, 1011 f., 1048, 1138–1141, 1407, 1428[21], 1431[26]

– EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)
S. 90[15], 1005, 1047, 1051

– EIB (Europäische Investitionsbank)
S. 1060[9], 1434

– ESPRIT (Europäisches Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie)
S. 15, 327, 664, 1624

– EuGH (Europäischer Gerichtshof)
S. 1358[12], 1461

– EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft)
S. 283[2], 1047

– Europäischer Rat
Dok. 88, 181 und S. 15[10], 91, 105, 107, 156 f., 158[16], 159, 273[5], 291, 300, 303, 306, 310, 322–324, 326, 353, 363 f., 464–466, 580, 585, 588, 662–664, 692, 705, 712, 713[9], 714, 1002–1007, 1105, 1109 f., 1139, 1172[9], 1270, 1271[10], 1299, 1311, 1358, 1416 f., 1424, 1429, 1457 f., 1460 f., 1499[7], 1560, 1564[4], 1623

– Europäisches Parlament
S. 90, 158[16], 160 f., 229, 238, 272 f., 275, 277, 291, 294 f., 297 f., 300–312, 320, 322, 354, 365, 466 f., 585 f., 588, 590–592, 707, 713, 728, 730, 741, 1002[4], 1003–1007, 1048, 1053, 1068, 1106, 1108 f., 1226[14], 1272, 1358[12], 1405[24], 1416, 1457 f., 1461, 1559 f., 1620

– EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)
S. 1047, 1052

– EWS (Europäisches Währungssystem)
S. 187 f., 1005, 1052, 1417, 1457–1461

– Fischereipolitik
S. 90[15], 464[3], 470, 586, 588[11], 595, 663[10], 861[4], 1012, 1048, 1051, 1131[24], 1140[15], 1349[18], 1400[2], 1431, 1560[4]

– Frankreich
S. 90 f., 101, 108, 157–167, 172, 187 f., 203, 260[18], 261, 295, 297 f., 300–311, 325, 467, 586–589, 591, 595, 662–665, 692[6], 693, 705–714, 730, 862, 1010–1012, 1047 f., 1105 f., 1131, 1358[12], 1424[3], 1426–1432

– Griechenland
S. 92, 164, 301, 303–305, 309, 365, 472, 475, 707, 1010–1012, 1049, 1131, 1168, 1407, 1430, 1560, 1564[4]

– Großbritannien
S. 157–163, 165, 172, 295 f., 300–307, 309 f., 320, 322–326, 353, 363, 437, 464–467, 585–591, 595, 662–664, 693, 705–710, 714, 862, 1009, 1011, 1048, 1055, 1105[5], 1131[24], 1317[3], 1428[21], 1431[26]

– Haushaltsfragen/Eigeneinnahmen
Dok. 340 und S. 107, 158–162, 164 f., 172, 187 f., 294–298, 300–311, 320–326, 436 f., 464 f., 470, 472, 585–589, 591, 595, 662–664, 665[13], 692[2], 693, 705–710, 714, 750, 861–863, 1105 f., 1131, 1138 f., 1311, 1358[12], 1430, 1459

– Irland
S. 157, 162, 301, 303, 305, 308, 436, 466, 692 f., 706, 730, 1009, 1012, 1048, 1272[15], 1407, 1426 f., 1431[26]

– Italien
S. 90–92, 94[28], 101, 108, 157, 291, 294–298, 303–306, 308, 323 f., 467, 472, 692[6], 693, 706, 708, 730, 1011 f., 1105[5], 1131, 1168, 1427, 1428[21], 1429–1431, 1560[4]

– Kommission
S. 158[14+15], 163[30+31], 166, 180, 187[14], 295 f., 301, 303, 307, 471 f., 588[11], 589[12], 590, 596[38], 630, 638[20], 663[9], 692[6], 706, 711 f., 713[9], 740[15], 741 f., 829, 845[11], 930, 933, 1002[4], 1003 f., 1006, 1010, 1012, 1047 f., 1053, 1055[20], 1060[9], 1105[5], 1108 f., 1193 f., 1272, 1299, 1311[6], 1405[23], 1406, 1424[3], 1427–1431, 1433[2], 1458–1461, 1559, 1622

– Luxemburg
S. 305 f., 325, 467, 590, 693, 707, 1012, 1105[5], 1427

– Neue Politiken
S. 298, 302, 310, 436, 861 f., 1049 f., 1273, 1457, 1459 f.

– Niederlande
S. 101, 107, 163, 180, 296, 298, 303–306, 308, 325, 467, 693, 707 f., 1011 f., 1427, 1429
– Römische Verträge
siehe: Römische Verträge
– „Stuttgarter Paket"
S. 15, 191, 238–240, 295, 306, 309, 322, 436 f., 591
– Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des Europäischen Rats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
– Tindemans-Bericht vom 29.12.1975
S. 238, 240, 1003

EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)
siehe unter: EG

Elfenbeinküste
S. 785

El Salvador
siehe außerdem:
Belgien, Mittelamerika-Politik
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 210 und S. 355, 369 f., 394, 396, 477, 746, 765, 932, 1504
– Frankreich
S. 932 f., 961[4], 962
– Großbritannien
S. 961[4], 962
– Mexiko
S. 393, 395 f., 906
– Nicaragua
S. 961
– Portugal
S. 477, 961[4], 962
– Spanien
S. 697
– USA
S. 208[3], 355, 370, 932 f., 964

Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik Deutschland
S. 108, 195[6], 869, 907, 932, 961, 1235, 1279, 1300, 1396

EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit)
siehe außerdem:
Libanon-Konflikt, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Zypern-Konflikt
S. 55, 84[13], 188–190, 192, 228, 318[2], 375, 577[27], 1004–1006, 1048 f., 1109, 1273, 1384, 1417, 1452, 1458 f., 1461, 1523, 1596
– Bundesrepublik Deutschland
S. 741[19]
– Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
Dok. 55 und S. 662[5], 677[23], 741, 1050 f., 1055, 1107, 1110, 1271, 1459 f.
– Frankreich
S. 741[19]
– Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
– Politisches Komitee
S. 153, 180[4], 259, 263, 741[19], 928[4], 1007
– Troika
S. 261, 525[12], 741[19]
– WEU
S. 42[5], 46, 424, 1005 f.

ESA (European Space Agency)
siehe unter: Raumfahrtpolitik

EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft)
siehe unter: EG

Europäische Akte/Europäische Union
S. 6, 273, 294, 298, 320, 375, 713, 1332
– Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß")
Dok. 218, 276, 305, 314 und S. 863, 1053, 1106–1110, 1358, 1406, 1432
– Belgien
S. 731, 1458, 1460
– Bundesrepublik Deutschland
S. 731, 741, 1003–1007, 1048–1055, 1106–1110, 1270–1273, 1357 f., 1406 f., 1416–1418, 1432, 1458–1461
– Dänemark
S. 574, 731, 1048, 1416 f., 1458–1461
– Frankreich
S. 731, 741, 1003, 1005, 1007[24], 1048, 1106–1110, 1270–1273, 1357 f., 1417 f., 1432, 1460
– Griechenland
S. 574, 731, 1416 f., 1458–1461
– Großbritannien
S. 731, 741, 1003, 1005, 1007[24], 1416–1418, 1432, 1458, 1460 f.

– Irland
S. 574, 731, 1007[24], 1048, 1458 f.
– Italien
S. 731
– Luxemburg
S. 731, 1458, 1460
– Niederlande
S. 731, 1458, 1460 f.

Europäische Gemeinschaften
siehe: EG

Europäische Union
siehe: Europäische Akte

Europarat
S. 153, 263[38], 805, 1054 f., 1347

EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft)
S. 102, 1047, 1052, 1155[9]

EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)
siehe unter: EG

Falkland-Inseln
S. 594, 933, 1170 f., 1318 f., 1358

FDP (Freie Demokratische Partei)
S. 5[8], 98, 224[26], 523, 629, 1058, 1293[23], 1401[4], 1412, 1502[25], 1527, 1545[7], 1587

FES (Friedrich-Ebert-Stiftung)
S. 1328

Finnland
siehe außerdem:
Abrüstung, DDR, KSZE, KVAE

S. 114

Frankreich
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Argentinien, ASAT, Belgien, Chemische Waffen, Chile, ČSSR, Dänemark, „D-Day", DDR, EG, El Salvador, EPZ, Europäische Akte, INF-Verhandlungen, Kriegsende, KVAE, Libanon-Konflikt, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Raumfahrtpolitik, SDI, Seerecht, START, Terrorismus, Tschad-Konflikt, VN, WEU, Zypern-Konflikt

S. 360, 368, 479, 532, 536, 1044, 1054[17], 1138 f., 1209, 1298, 1404, 1407, 1552[16]
– Griechenland
S. 157[11], 172[18], 189, 263, 300
– Großbritannien
S. 44, 157, 172[18], 299, 302, 309, 322, 324, 326, 586–589, 591, 595, 597, 662 f., 705 f., 708 f., 714, 1353[30]
– Irak
S. 170, 264, 350, 751 f.
– Iran
S. 171, 334, 751 f., 1540 f.
– Irland
S. 157[11], 172[18], 300
– Israel
S. 105 f., 110, 288
– Italien
S. 157[11], 172[18], 297, 300, 708, 710, 804, 1424
– Japan
S. 44, 760
– Jordanien
S. 752
– Jugoslawien
S. 169
– Kanada
S. 151 f.
– Kuba
S. 758
– Libyen
S. 1449[29], 1542, 1565 f.
– Luxemburg
S. 157[11], 172[18], 300
– Malta
S. 1386
– Mexiko
S. 908
– Nicaragua
S. 932
– Niederlande
S. 7 f., 157, 172[18], 260, 300, 750
– Polen
S. 150, 258 f., 443, 740, 928 f., 1073, 1170, 1358
– Portugal
S. 466, 786
– Republik Korea (Südkorea)
S. 169, 864[2]
– Rumänien
S. 1297
– Saudi-Arabien
S. 752

– Spanien
S. 106, 108, 170, 305, 925, 1056 f., 1167 f., 1537[2]

– Südafrika
S. 288, 758

– Türkei
S. 263, 391[8], 843, 1067–1069

– UdSSR
S. 150, 257 f., 422, 442, 559, 673, 727, 734, 752, 756, 758, 762[4], 786, 811, 819, 864, 921–923, 972, 1161, 1163, 1165, 1184, 1373–1375, 1425 f., 1456, 1503 f., 1574, 1610, 1627

– Ungarn
S. 1312

– USA
S. 169, 171, 224, 287, 371, 436, 450, 579, 710, 723–727, 751, 753, 756, 850, 920, 956, 1045, 1354, 1356, 1425, 1449

– Verteidigungspolitik/Force d'Action Rapide (FAR)
S. 4, 44, 85, 190, 674, 724–727, 897[4], 899, 966 f., 1021, 1114, 1241, 1252, 1325 f., 1351

– Vietnam
S. 758

– Volksrepublik China
S. 698[6], 1233

– Zaire
S. 1143 f.

Frankreich–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 1, 9, 29, 30, 35, 52, 59, 137, 146, 147, 150, 155, 240, 276, 294, 307 und S. 14, 106, 134, 219, 229, 238, 247, 272, 289 f., 298, 318[2+3], 319–323, 326, 371, 465, 467, 471 f., 588 f., 591, 595–597, 667, 693, 786 f., 792, 795–797, 843, 852, 895 f., 913, 1056 f., 1068 f., 1124, 1141, 1144, 1158, 1176, 1289, 1586

– Abbau von Grenzkontrollen
S. 750, 1358 f., 1426

– Entwicklung eines Aufklärungssatelliten
S. 4, 86, 190, 424, 678, 723, 850, 1111 f., 1321–1323, 1353–1357, 1359

– Gedenkfeier am 22.9.1984 in Verdun
Dok. 242 und S. 710, 749, 837, 1106, 1127, 1145, 1262, 1284, 1289, 1380, 1390 f., 1447, 1490, 1552

– Kooperation in Rüstungs- und Sicherheitsfragen
Dok. 16, 84, 140, 149, 211, 241, 288, 293 und S. 4, 8, 42[6], 43 f., 171, 189 f., 260, 345[4], 578, 722, 756 f., 900, 1022, 1271 f.

Friedensbewegung
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

G-7-Außenministertreffen
Dok. 165, 166, 257 und S. 1020

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)
S. 323, 608[6], 612[26+27], 630, 730[3], 756, 761[24], 768[11], 821, 829, 930[16], 1623

Gesetze und Verordnungen
– Gesetz vom 27.9.1950 über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
S. 49[7]

– Ausführungsgesetz vom 20.4.1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz, KWKG)
S. 28, 346[5], 565[8], 1208

– Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961
S. 288–290, 335, 565[8], 600, 657–659, 871

– Einunddreißigstes Gesetz vom 28.7.1972 zur Änderung des Grundgesetzes vom 23.5.1949
S. 49[7]

– Gesetz vom 7.8.1972 zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (Verfassungsschutz-Änderungsgesetz)
S. 49[7]

– Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung vom 9.5.1975
S. 25

– Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung – AWV) in der Fassung vom 3.8.1981
S. 410

– Achtundvierzigste Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 10.11.1981
S. 410, 657

– Gesetz vom 28.11.1983 zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern (Rückkehrhilfegesetz)
S. 696[16], 1063[15]
– Zweites Gesetz vom 17.7.1984 zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung vom 22.7.1976
S. 25[18]
– Dreiundfünfzigste Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6.8.1984
S. 1530
– Siebtes Gesetz vom 8.3.1985 zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 7.5.1956 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1.9.1975
S. 907[10]

Gibraltar
S. 138[8], 139, 178, 480f., 697[23], 1167f., 1346, 1348

Grenada
S. 68, 375, 638, 913, 1160
– UdSSR
S. 73, 213
– USA
S. 208[3], 209, 319, 537, 853f.

Griechenland
siehe außerdem:
Abrüstung, DDR, EG, Europäische Akte, Frankreich, INF-Verhandlungen, KVAE, NATO, Seerecht, Tschad-Konflikt, Zypern-Konflikt

S. 4f., 14, 45, 728, 909
– Bundesrepublik Deutschland
S. 152, 465f., 475, 794, 1176f.
– Großbritannien
S. 152
– Israel
S. 105
– Italien
S. 92
– Türkei
S. 1070, 1386f., 1449, 1519, 1522
– UdSSR
S. 365, 466, 475
– USA
S. 152, 1169, 1348
– WEU
S. 1346–1349

Grönland
S. 1140f., 1406

Großbritannien
siehe außerdem:
Abrüstung, Ägypten, Argentinien, Berlin, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, EG, El Salvador, Europäische Akte, Frankreich, Griechenland, INF-Verhandlungen, Kriegsende, KVAE, Libanon-Konflikt, MBFR, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Raumfahrtpolitik, SDI, Seerecht, Terrorismus, VN, WEU, Zypern-Konflikt

Dok. 287 und S. 236, 239, 287, 334, 422, 532, 536[31], 752, 937, 988, 1054[17], 1138f., 1209, 1298, 1322, 1404, 1407, 1554[20]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 63, 64, 122, 217 und S. 134, 168f., 262, 289, 345[4], 437, 465, 467, 526, 569, 664, 706–709, 714, 730, 756f., 1176, 1325[27]
– Irak
S. 561, 592, 599
– Iran
S. 334, 592
– Irland
S. 466, 706, 731
– Israel
S. 96, 1336
– Italien
S. 609[9]
– Japan
S. 595f.
– Kanada
S. 152
– Libyen
S. 562, 592f., 760[21], 804, 819, 824[3], 825f., 841, 1541f.
– Malta
S. 1385f.
– Mexiko
S. 908
– Polen
S. 150, 443, 923, 928f., 1073, 1170, 1493f., 1496[7], 1610[5]
– Portugal
S. 464, 466
– Rumänien
S. 1377, 1610[5]

– Saudi-Arabien
S. 106
– Spanien
S. 925, 1167 f.
– Südafrika
S. 791
– Türkei
S. 391[8], 448 f., 1069
– UdSSR
Dok. 353 und S. 150, 319, 331, 442, 455, 610, 616, 621, 738, 811, 920, 922 f., 969, 1165 f., 1184, 1313, 1373, 1375, 1377, 1456, 1574, 1616, 1625, 1627
– Ungarn
S. 150, 319, 331, 357, 368, 930, 973
– USA
S. 319, 330–332, 450, 589, 597, 1501, 1610
– Verteidigungspolitik
S. 573[2], 899, 1021, 1241, 1252
– Volksrepublik China
S. 562 f., 1186, 1231[3], 1262

Grundgesetz vom 23.5.1949
S. 49, 460[1], 531, 538, 614[5], 813, 830[6], 978, 1071[25], 1093[5], 1175, 1229, 1364[24]

Grüne (Die Grünen)
S. 500, 723, 963, 1087 f., 1347, 1502[25], 1545, 1547, 1621[13]

Gruppe der 77
siehe unter: Nord-Süd-Dialog

Guatemala
S. 907[12], 1192–1195

Haiti
S. 394[7]

Hanns-Seidel-Stiftung
S. 1392

Heiliger Stuhl
siehe außerdem:
Bulgarien
S. 836
– Bundesrepublik Deutschland
S. 618, 1130, 1436–1438
– Italien
S. 1405
– Polen
Dok. 309 und S. 62, 258 f., 475, 618 f., 740, 1130, 1405
– UdSSR
S. 931[22]
– USA
S. 618

HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS)
S. 98

Honduras
S. 396, 1192–1195

Hongkong
S. 562 f., 700, 1186, 1231[3], 1262 f., 1373

Humanitäres Kriegsvölkerrecht
Dok. 234

IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)
siehe unter: VN

ICAO (International Civil Aviation Organization)
siehe unter: VN

IDA (International Development Association)
siehe unter: Nord-Süd-Dialog

IEA (Internationale Energieagentur)
S. 536[31], 561, 583, 985, 989

IGH (Internationaler Gerichtshof)
siehe unter: VN

IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)
S. 430 f.

ILO (International Labour Organization)
siehe unter: VN

Indien
siehe außerdem:
Abrüstung, Nord-Süd-Dialog
Dok. 312 und S. 284, 287, 561, 751, 936[8], 1163, 1337, 1360, 1415[8], 1512
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 154 und S. 289, 773
– Pakistan
S. 773, 1260[3], 1279–1281, 1452
– UdSSR
S. 288, 748[4], 1452
– USA
S. 287, 1452

Indonesien
S. 552 f., 799, 987

INF-Verhandlungen
Dok. 66 und S. 57, 201, 261, 612, 620, 807, 874[5], 875, 879, 881, 930, 1022,

1197 f., 1293 f., 1324, 1375, 1383, 1411, 1424, 1439, 1503
– Amerikanische Mittelstreckensysteme
S. 66, 148, 339–341, 654–656, 1029 f., 1202, 1581
– Belgien
S. 40
– Bulgarien
S. 36, 641 f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 223 und S. 40 f., 70, 74, 78, 145–147, 253–256, 336–344, 373, 421 f., 616, 623 f., 634 f., 640–642, 654–656, 669, 719, 744 f., 813, 1083
– ČSSR
S. 37
– Dänemark
S. 1277
– DDR
S. 36 f.
– Drittstaatensysteme
S. 142[11], 144, 148, 255, 339–342, 635, 641, 1026–1028, 1184, 1286 f., 1373, 1557, 1581, 1611, 1628
– Frankreich
S. 147, 421 f.
– Griechenland
S. 1277
– Großbritannien
S. 39 f., 254 f.
– Italien
S. 40, 255, 669[8], 684, 1083, 1277
– Kurzstreckensysteme und Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite
S. 39, 41, 1028, 1030
– Niederlande
S. 40, 453–456, 1083, 1277
– „Parkspaziergang“ vom 13.11.1983
S. 61[13], 142, 642, 1028, 1286[19]
– Polen
S. 37
– Rumänien
S. 36
– Sowjetische Mittelstreckensysteme
S. 41, 66, 74, 142[11], 148, 256, 339–341, 641, 654, 1028–1030, 1202, 1584
– UdSSR
S. 32[7], 39 f., 61[13], 66, 72, 142[11], 143, 215, 231, 253–256, 336–344, 422, 442, 453–456, 475, 558, 634, 669, 716 f., 744, 811, 847 f., 869, 918 f., 970[20], 1026–1030, 1040, 1079, 1114, 1202, 1277 f., 1443 f., 1475, 1479–1483, 1557, 1581, 1584, 1620, 1625
– Ungarn
S. 36
– USA
Dok. 135 und S. 39–41, 66, 147 f., 253–256, 336–344, 442, 623 f., 717, 744 f., 918 f., 1029, 1085, 1166, 1274, 1277, 1444[6], 1584, 1618[3], 1619 f.
– „Waldspaziergang“ vom 16.7.1982
S. 61[13], 514, 642, 912, 1029
– Zusammenhang zwischen INF- und START-Verhandlungen („merger“)
S. 39–41, 143 f., 147 f., 209, 254 f., 337, 339–342, 344

IOC (International Olympic Committee)
S. 271, 637

Irak
siehe außerdem:
Ägypten, Belgien, Chemische Waffen, DDR, Frankreich, Großbritannien
S. 100, 154
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 65, 81, 86, 99, 105, 111, 123, 125, 136, 169, 183, 188, 207, 235, 286 und S. 27, 29, 377, 561, 745, 1210 f.
– Israel
S. 112, 598–600, 657[9], 659, 814[4], 815, 817[10], 892, 894, 1091, 1173
– Italien
S. 292 f.
– Japan
S. 1182 f.
– Jordanien
S. 1034, 1091
– Kanada
S. 599
– Saudi-Arabien
S. 112
– Syrien
S. 115 f., 264, 1172
– Türkei
S. 390, 838–841, 844, 1035, 1070
– UdSSR
S. 120, 351, 751 f., 777, 943, 1091

– USA
S. 332, 351, 408, 446, 450, 487–489, 506–508, 561, 657, 839, 871, 892, 951 f., 1091, 1317[4]

Irakisch-iranischer Krieg/ Lage im Persischen Golf
S. 27, 68, 101, 118 f., 170, 213, 228, 263[38], 264, 270, 280, 292 f., 333 f., 350–352, 377, 389[4], 390, 429–431, 436[6], 441, 445 f., 450, 505, 561, 592, 606, 732, 740, 745, 751 f., 759 f., 776 f., 815, 819, 822, 838–841, 871[8], 934–937, 941[2], 942 f., 951, 984, 987, 1034 f., 1058, 1060, 1090 f., 1133, 1172, 1182 f., 1210, 1228[2], 1280, 1338

Iran
siehe außerdem:
Frankreich, Großbritannien, Libanon-Konflikt, Terrorismus
S. 93, 452[59], 532, 804, 975[2], 985, 987, 1132, 1405

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 201, 203 und S. 27, 29, 117, 120 f., 288, 335, 377, 390, 409, 535, 592, 745, 751, 771, 839, 841, 1034, 1090 f., 1133, 1209–1212, 1280, 1338, 1540 f.

– Israel
S. 112 f., 119, 752

– Italien
S. 120, 293

– Japan
S. 1182 f.

– Libyen
S. 269 f., 841

– Pakistan
S. 839

– Saudi-Arabien
S. 102, 112, 116, 942

– Syrien
S. 377, 839

– Türkei
S. 390, 838–841, 844, 1035, 1070

– UdSSR
S. 120, 334, 745, 752, 839 f., 937, 941[2], 942[5], 943, 1091

– USA
Dok. 69 und S. 334, 377, 450, 561, 935, 941–943, 1539 f.

Irland
siehe außerdem:
EG, Europäische Akte, Frankreich, Großbritannien, KVAE, Nord-Süd-Dialog, Seerecht
S. 4 f., 46, 107, 728

Islamische Konferenz
siehe: OIC

Island
S. 432, 1089

Israel
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irak, Iran, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt
S. 153[42], 284, 536

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 18, 19, 20, 123 und S. 27, 29 f., 63 f., 93, 203, 228, 243 f., 268, 288, 312, 377, 540 f., 592, 658, 680 f., 696 f., 745, 752 f., 771–773, 993, 1173, 1182, 1206, 1210 f., 1289, 1337, 1405, 1530 f.

– EG/EPZ
S. 64, 102, 104 f., 107, 120[17]

– Jordanien
S. 109–111, 116, 119, 292, 1032, 1173 f., 1405

– Marokko
S. 112

– Saudi-Arabien
S. 116–118, 1405

– Spanien
S. 107, 697

– Syrien
S. 111, 113, 115 f., 1173 f., 1530 f.

– UdSSR
S. 113, 115

– USA
S. 63, 102–105, 210, 378, 449, 540 f., 697, 1034, 1132, 1206

Italien
siehe außerdem:
Abrüstung, Ägypten, Argentinien, Bulgarien, Chemische Waffen, EG, Europäische Akte, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, INF-Verhandlungen, Irak, Iran, KVAE, Libanon-Konflikt, MBFR, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Raumfahrtpolitik, SDI, Seerecht, Terrorismus, WEU
S. 106 f., 319, 360, 368, 536, 909, 1138, 1322, 1444

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 17, 56, 58, 236, 255, 301 und S. 345[4], 708, 1116, 1325[27], 1427
– Jordanien
S. 1181
– Libyen
S. 93, 292 f.
– Österreich
S. 1093
– Polen
S. 1072[3], 1073, 1405, 1495 f.
– Portugal
S. 609[9]
– Republik Korea (Südkorea)
S. 864[2]
– Saudi-Arabien
S. 1181
– Schweden
S. 92
– Syrien
S. 292
– UdSSR
S. 442, 455 f., 602, 610, 616, 621, 669 f., 673, 738, 759, 971, 1165, 1181, 1313, 1375, 1404, 1574
– Ungarn
S. 973
– Zaire
S. 1143

IWF (Internationaler Währungsfonds)
siehe unter: VN

Japan
siehe außerdem:
Abrüstung, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Nord-Süd-Dialog, SDI, Seerecht, Terrorismus
S. 203, 282, 287, 536, 558, 561, 591, 710, 818 f., 821, 867, 936[8], 1020, 1124, 1302, 1322, 1373, 1375, 1380, 1388, 1447
– Bundesrepublik Deutschland
S. 293 f., 328, 353, 363, 466, 550, 596, 630, 896, 1233[11], 1262
– EG/EPZ
S. 154
– Portugal
S. 464, 468
– Republik Korea (Südkorea)
S. 1186
– Spanien
S. 1011
– Thailand
S. 553
– Türkei
S. 391[8]
– UdSSR
S. 760, 970, 1080, 1163 f., 1191, 1217, 1261, 1372, 1465 f., 1469, 1581, 1627
– USA
S. 200[3], 242, 360, 363, 371, 537, 760, 1191, 1351, 1501
– Volksrepublik China
S. 698[6], 700, 868, 1186, 1262

Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)
Dok. 61, 332 und S. 975[2]

Jordanien
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, Irak, Israel, Italien, Nahost-Konflikt, Terrorismus
S. 100
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 224 und S. 29, 64, 109, 117, 203, 268, 378
– Libyen
S. 826
– Syrien
S. 63, 115 f., 1338
– UdSSR
S. 505, 1032 f.
– USA
S. 449 f., 504 f., 1032 f.

Jugoslawien
siehe außerdem:
Abrüstung, DDR, Frankreich, KVAE
S. 803, 992, 997, 1082
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 10, 23, 54
– UdSSR
S. 631
– USA
S. 1185[25], 1377[34]

Kambodscha
S. 761[24], 1326 f., 1433, 1435
– Bundesrepublik Deutschland
S. 745

– Thailand
S. 549[4], 550, 552
– UdSSR
S. 745, 1473
– Vietnam
S. 549[4], 550, 552, 699, 745
– Volksrepublik China
S. 552

Kamputschea
siehe: Kambodscha

Kanada
siehe außerdem:
Abrüstung, ČSSR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Irak, Kriegsende, KVAE, MBFR, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Terrorismus
S. 536[31], 889, 1576
– Bundesrepublik Deutschland
S. 152
– Türkei
S. 1065
– USA
S. 152, 572[8]

Kapverden
S. 1393 f.

Katar
S. 119

Kenia
S. 799[4]

Kolumbien
S. 477, 818[7]

Konferenzen und Verhandlungen
siehe auch: Weltwirtschaftsgipfel
– Wiener Kongreß vom 18.9.1814 bis 9.6. 1815
S. 835[22]
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 28.11. bis 1.12.1943 in Teheran
S. 1611
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta
S. 191, 1080, 1102–1104, 1113[19], 1148, 1164 f., 1372, 1388, 1465–1468, 1590, 1611
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 17.7. bis 2.8.1945 in Potsdam
S. 922, 1103, 1372, 1388, 1465–1470, 1569, 1590, 1611
– Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London
S. 335[7]
– Konferenz der Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten vom 1. bis 3.6.1955 in Messina
S. 238[4], 294, 306, 1416, 1432
– EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30.6.1965 in Paris
S. 1048[5]
– EWG-Ministerratstagung am 28./29.1. 1966 in Luxemburg
S. 1048[5]
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12.12.1967 in Brüssel
S. 11[12]
– NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1967 in Brüssel
siehe unter: NATO (Harmel-Bericht)
– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 17.3. 1969 in Budapest
S. 836[25]
– EG-Ministerratstagung am 20./21.4.1970 in Luxemburg
S. 158[17], 302[8]
– EG-Ministerratstagung am 26./27.10. 1970 in Luxemburg
S. 1004[15]
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23.7.1973 in Kopenhagen
S. 1004[15]
– Friedenskonferenz für den Nahen Osten vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf
S. 506
– I. Session der Diplomatischen Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Kriegsvölkerrechts vom 20.2. bis 29.3.1974 in Genf
S. 1088

– VN-Sondergeneralversammlung vom 9.4. bis 2.5.1974 in New York
S. 234

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 9./10.12. 1974 in Paris
S. 238[6], 1003[12]

– II. Session der Diplomatischen Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Kriegsvölkerrechts vom 3.2. bis 18.4.1975 in Genf
S. 1088

– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 23.4.1975 in London
S. 284[3]

– Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
S. 1014[6], 1148, 1617

– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5.11.1975 in London
S. 284[3]

– Eröffnungssitzung der KIWZ vom 16. bis 19.12.1975 in Paris
S. 801[14]

– Sondersitzung der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 10. bis 12.1.1976 in Addis Abeba
S. 1394

– OAE-Ministerratstagung vom 23. bis 29.2. 1976 in Addis Abeba
S. 1394

– III. Session der Diplomatischen Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Kriegsvölkerrechts vom 21.4. bis 11.6.1976 in Genf
S. 1088

– NATO-Ministerratstagung am 20./21.5. 1976 in Oslo
S. 202

– IV. Session der Diplomatischen Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Kriegsvölkerrechts vom 17.3. bis 10.6.1977 in Genf
S. 1088

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18.5.1977 in Brüssel
S. 683[10]

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21./22.5.1977 in Leeds Castle
S. 1010

– Abschließende Ministertagung der KIWZ vom 30.5. bis 2.6.1977 in Paris
S. 801[14]

– Eröffnungskonferenz auf Ministerebene am 24.7.1978 in Brüssel zur Neuverhandlung des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28.2.1975
S. 799[5]

– Vorkonferenz zur VN-Waffenkonferenz vom 28.8. bis 15.9.1978 in Genf
S. 568[6]

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 20./ 21.11.1978 in Brüssel
S. 525[10]

– Tagung des Europäischen Rats am 4./5.12.1978 in Brüssel
S. 1003[14]

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 5./6.12.1978 in Brüssel
S. 274[9]

– Vorkonferenz zur VN-Waffenkonferenz vom 19.3. bis 12.4.1979 in Genf
S. 568[6]

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16.5.1979 in Brüssel
S. 274[8]

– Erste Session der VN-Waffenkonferenz vom 10. bis 28.9.1979 in Genf
S. 568[6]

– Tagung des Europäischen Rats am 29./30.11.1979 in Dublin
S. 158[16], 1003[14]

– Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12.12.1979 in Brüssel
S. 555[5]

– Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am10.4.1980 in Lissabon
S. 1168[8]

– EG-Ministerratstagung am 29./30.5.1980 in Brüssel
S. 158[16], 301[7]

– Tagung des Europäischen Rats am 12./13.6.1980 in Venedig
S. 189[20], 203[10], 1336[11]

– EG-Ministerratstagung am 15./16.9.1980 in Brüssel
S. 1003[14]

– Zweite Session der VN-Waffenkonferenz vom 15.9. bis 10.10.1980 in Genf
S. 568, 570

– KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
S. 53, 56, 78, 133, 222, 232, 428, 759, 780, 808, 879, 1265, 1362, 1575

– Tagung des Europäischen Rats am 1./2.12.1980 in Luxemburg
S. 1003[14]

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10.12.1980 in Brüssel
S. 89[12]

– Konferenz vom 7. bis 14.1.1981 in Genf zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29.9.1978
S. 1188

– NATO-Ministerratstagung am 4./5.5. 1981 in Rom
S. 1095

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27.6.1981 in Nairobi
S. 267[9]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13.10.1981 in London
S. 1004[16], 1107[11]

– Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23.10. 1981 in Cancún
S. 237, 394, 396 f., 699, 761

– EG-Ministerratstagung am 16./17.11. 1981 in Brüssel
S. 1060[9]

– Tagung des Europäischen Rats am 26./27.11.1981 in London
S. 273[5], 300, 303, 308

– NATO-Ministerratstagung am 10./11.12. 1981 in Brüssel
S. 555[5]

– EG-Ministerratstagung am 7./8.12.1981 in Brüssel
S. 1060[9]

– Außerordentliche NATO-Ministerratstagung am 11.1.1982 in Brüssel
S. 1073[6]

– VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 7.6. bis 10.7.1982 in New York
S. 252[9], 744[11], 1382[59]

– Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10.6. 1982 in Bonn
S. 74, 533, 557, 1157, 1229[6], 1380[51], 1519

– Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9.9.1982 in Fes
S. 111[25], 1174[17], 1207[18]

– Tagung des Europäischen Rats am 3./4.12.1982 in Kopenhagen
S. 159

– NATO-Ministerratstagung am 9./10.12. 1982 in Brüssel
S. 137[3], 533, 1204, 1229[7]

– EG-Ministerratstagung am 13./14.12. 1982 in Brüssel
S. 711[3]

– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5.1. 1983 in Prag
S. 37, 57[14], 151 f., 381, 406, 1076[15]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12.3. 1983 in Neu Delhi
S. 236[11], 800, 1474

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 28.3.1983 in Brüssel
S. 1141[16]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 8. bis 12.6.1983 in Addis Abeba
S. 267[9]

– NATO-Ministerratstagung am 9./10.6. 1983 in Paris
S. 178[5], 533, 1229[7], 1556 f.

– Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19.6.1983 in Stuttgart
S. 15[10], 159, 161, 273[5], 295, 297, 324, 326, 465, 705, 861, 1311

– Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 28.6.1983 in Moskau
S. 37, 406

– Eröffnungskonferenz auf Ministerebene am 6./7.10.1983 in Luxemburg zur Neuverhandlung des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31.10.1979
S. 799[6]

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22./23.10.1983 in Vouliagmeni
S. 638[20]

– KVAE-Vorbereitungstreffen vom 25.10. bis 11.11.1983 in Helsinki
S. 57

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10. 1983 in Montebello
S. 90[13], 181[3], 725, 884–887, 1246[10], 1277

– EG-Ministerratstagung am 29.11.1983 in Brüssel
S. 394[7], 638[20]

– Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6.12.1983 in Athen
S. 105, 159–161, 239, 324 f., 363, 464, 705

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7.12.1983 in Brüssel
S. 85, 979[5]

– NATO-Ministerratstagung am 8./9.12. 1983 in Brüssel
S. 88, 137[4], 138, 139[10], 146[3], 533, 557, 616, 775, 881, 1149, 1229[7], 1556 f.

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 13.12.1983 in Brüssel
S. 15[11]

– Lateinamerikanische Wirtschaftskonferenz vom 9. bis 13.1.1984 in Quito
S. 397[30]

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 18./19.2.1984 in La Celle Saint-Cloud
S. 245[3]

– EG-Ministerratstagung am 20./21.2.1984 in Brüssel
S. 305, 309[26]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 28.2.1984 in Brüssel
S. 327[23]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 5./6.3.1984 in Brüssel
S. 353[7]

– EG-Ministerratstagung am 12./13.3.1984 in Brüssel
S. 464[3]

– Sondertagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 14.3. 1984 in Bagdad
S. 430

– Tagung des Europäischen Rats am 19./20.3.1984 in Brüssel
S. 91, 156 f., 291, 294 f., 297, 306, 310, 322 f., 328, 353, 363 f., 436 f., 464, 466, 580, 585 f., 588, 595, 596[42], 612[25], 630[47], 662, 705, 708, 714, 768[12], 861, 1560

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30./31.3.1984 in Brüssel
S. 436[9]

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4.4. 1984 in Çeşme
S. 184, 440, 496–498, 686 f., 734, 1274

– EG-Ministerratstagung am 9./10.4.1984 in Luxemburg
S. 589, 595

– Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20.4.1984 in Budapest
S. 435, 557, 560, 609, 617, 621, 634[3], 669, 673, 719[17], 970, 1079, 1149, 1294[26], 1363[16]

– Außerordentliche Sitzung der ICAO-Versammlung vom 24.4. bis 10.5.1984 in Montreal
S. 853

– AKP-EWG-Ministerkonferenz vom 2. bis 5.5.1984 in Suva
S. 799[6]

– „Vielparteien-Konferenz“ vom 11. bis 13.5.1984 in Lusaka
S. 784, 1187[10]

– EG-Ministerratstagung am 14./15.5.1984 in Brüssel
S. 587, 663[9], 692[6]

– Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 15.5.1984 in Brüssel
S. 676, 688

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 16./17.5.1984 in Brüssel
S. 274[8], 414, 681–691

– Ministertagung der OECD am 17./18.5. 1984 in Paris
S. 608

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 25. bis 27.5.1984 in Salon-de-Provence
Dok. 152 und S. 728

– NATO-Ministerratstagung vom 29. bis 31.5.1984 in Washington
Dok. 157, 160, 161 und S. 146[3], 153, 435, 447 f., 608 f., 616, 619, 627–629, 646, 667, 668[8], 683, 739, 757, 857, 881, 903, 1149, 1204, 1229[7]

– Internationale Arbeitskonferenz vom 6. bis 26.6.1984 in Genf
S. 739[12]

– WEU-Ministerratstagung am 12.6.1984 in Paris
S. 423, 447, 675, 728, 742

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der RGW-Mitgliedstaaten vom 12. bis 14.6.1984 in Moskau
S. 740[15], 834, 878, 930, 971–973, 1079 f.

– Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister von elf lateinamerikanischen Schuldnerstaaten am 21./22.6.1984 in Cartagena/Kolumbien
S. 995 f.

– Multilaterale Umweltkonferenz vom 24. bis 27.6.1984 in München
Dok. 187 und S. 80, 621, 638, 746, 880–883

– Tagung des Europäischen Rats am 25./26.6.1984 in Fontainebleau
S. 107, 306, 436, 466, 585, 588 f., 662–664, 692, 705, 708 f., 712 f., 741[19], 742, 861–864, 1002, 1003[11], 1004, 1006, 1105, 1139, 1270, 1358, 1424[3], 1429 f., 1560

– 70. Ministerkonferenz der OPEC am 10./11.7.1984 in Wien
S. 984

– Konferenz von 13 westlichen Nuklearlieferländern vom 11. bis 13.7.1984 in Luxemburg
S. 286, 288, 915–917

– EG-Ministerratstagung am 23./24.7.1984 in Brüssel
S. 928[4], 1010[10], 1012

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 11.9.1984 in Dublin
S. 1172, 1336 f.

– Informelle Sitzung der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten am 15.9.1984 auf Dromoland Castle
S. 1139

– EG-Ministerratstagung am 17./18.9.1984 in Brüssel
S. 1175[4]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29.9.1984 in San José
Dok. 260 und S. 767, 906, 933, 961 f., 1122, 1131, 1384

– Treffen der Außenminister bzw. Delegationsleiter der an der VN-Generalversammlung teilnehmenden blockfreien Staaten vom 1. bis 5.10.1984 in New York
S. 1474

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12.10.1984 in Stresa
S. 1150, 1244, 1246, 1273–1278, 1315, 1324, 1351, 1409 f.

– ESA-Ratstagung am 17./18.10.1984 in Paris
S. 897

– Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 26./27.10.1984 in Rom
Dok. 290 und S. 47, 82, 84, 423, 580, 675, 728, 1112, 1345–1347, 1350, 1523[19]

– EG-Ministerratstagung am 22./23.10.1984 in Luxemburg
S. 1310, 1311[6]

– Erste Internationale Nordseeschutz-Konferenz am 31.10./1.11.1984 in Bremen
S. 1363

– EG-Ministerratstagung am 12./13.11.1984 in Brüssel
S. 1349[18]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 12. bis 15.11.1984 in Addis Abeba
S. 1340

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 15./16.11.1984 in Dublin
S. 395[17], 1433–1436

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20.11.1984 in Brüssel
S. 1411
– EG-Ratstagung auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister am 22.11.1984 in Brüssel
S. 1499[6]
– EG-Ministerratstagung vom 26. bis 28.11. 1984 in Brüssel
S. 1427[15]
– Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 3./4.12.1984 in Brüssel
S. 1522 f.
– Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 3./4.12.1984 in Ost-Berlin
S. 1419, 1423, 1473[3], 1549, 1583, 1589 f., 1600, 1613, 1614[6], 1616
– Tagung des Europäischen Rats am 3./4.12.1984 in Dublin
S. 1007, 1109, 1172[9], 1271[10], 1299, 1416 f., 1424, 1426–1428, 1430, 1432, 1457 f., 1461, 1499[7], 1560[4], 1564
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5.12.1984 in Brüssel
S. 689 f., 1276, 1421[21], 1445 f., 1501, 1518–1523, 1553
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs französischsprachiger afrikanischer Staaten sowie Frankreichs am 11./12.12. 1984 in Bujumbura
S. 1564–1566
– NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1984 in Brüssel
Dok. 339, 349 und S. 764, 1024, 1276, 1292, 1329[9], 1350, 1379 f., 1391, 1411, 1419, 1423, 1445 f., 1472[1], 1473[3], 1501, 1528 f., 1539, 1544, 1550 f., 1561, 1564, 1575, 1589, 1602, 1619
– EG-Ministerratstagung am 17./18.12. 1984 in Brüssel
S. 1560[4]
– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27.3. 1985 in Luxemburg
S. 1277 f.
– Tagung des Europäischen Rats am 29./30.3.1985 in Brüssel
S. 1110, 1417, 1458, 1560[8]
– Tagung des Gemeinsamen Entwicklungsausschusses von IWF und Weltbank am 18./19.4.1985 in Washington
S. 1565
– Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 22./23.4.1985 in Bonn
S. 1330, 1346, 1350
– KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8.5. bis 17.6.1985 in Ottawa
S. 1602
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22.5.1985 in Brüssel
S. 1521
– NATO-Ministerratstagung vom 5. bis 7.6. 1985 in Lissabon
S. 1349 f., 1391
– Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30.7. bis 1.8.1985 in Helsinki
S. 1292, 1361 f., 1391, 1420, 1423, 1447[20], 1528, 1551, 1558, 1562, 1575, 1591, 1597 f.
– Dritte Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 27.8. bis 21.9.1985 in Genf
S. 286, 290, 627, 916, 1100, 1449
– Kulturforum der KSZE vom 15.10. bis 21.11.1985 in Budapest
S. 1382
– Konferenz der Wirtschaftsminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 17./18.10. 1985 in Bangkok
S. 1433 f.
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 3.12.1985 in Brüssel
S. 1521
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22.5.1986 in Brüssel
S. 1521
– KSZE-Folgekonferenz vom 4.11.1986 bis 19.1.1989 in Wien
S. 958
– VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 23.3. bis 10.4.1987 in Genf
S. 286, 290, 916

Kongo
S. 788

Korea
siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)

Kriegsende in Europa 1945
S. 1411[2]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 298 und S. 1380, 1447, 1490, 1498[5], 1551 f., 1562

– Dänemark
S. 1388

– Frankreich
S. 1380, 1389, 1447

– Großbritannien
S. 1380, 1388, 1447, 1551 f., 1562, 1612

– Kanada
S. 1388

– UdSSR
S. 1078[3], 1080, 1266, 1388, 1390 f., 1443, 1562, 1610, 1612

– USA
S. 1380, 1388 f., 1447, 1490, 1551 f., 1562

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
S. 18, 32, 36, 54, 57, 201, 366, 383, 397, 435, 666, 836, 1149, 1218, 1411[17], 1436[4]

– Bundesrepublik Deutschland
S. 525, 1127–1130, 1203–1205, 1292, 1297, 1361 f., 1375, 1381, 1551 f., 1558, 1575, 1598–1601

– ČSSR
S. 1589[5]

– DDR
S. 1361

– Finnland
S. 1127, 1292, 1361, 1420, 1558

– Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Mandat der Folgekonferenz in Madrid
S. 16 f., 19, 22, 24, 33[10], 51, 54, 57, 74, 373, 381, 385 f., 427 f., 604, 635[9], 808 f., 813, 958, 999, 1204, 1265, 1268, 1593 f., 1596

– NATO
S. 649–651

– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 1297, 1596

– Rumänien
S. 1292

– Schlußakte vom 1.8.1975
S. 25, 79, 278, 386, 428, 602, 629, 649–651, 763, 780, 808 f., 812 f., 879, 902[12], 923[10], 1000, 1014[6], 1077, 1102, 1125, 1127 f., 1148, 1268[16], 1292, 1379, 1391, 1419[10], 1420[11], 1445[11], 1447, 1466, 1514, 1528, 1551 f., 1558, 1562, 1569, 1574 f., 1591 f., 1597 f., 1600, 1602, 1611, 1617

– Schlußdokument der Folgekonferenz in Madrid vom 6.9.1983
S. 22, 133[3+4], 651, 958[9]

– UdSSR
S. 1201, 1611

– Ungarn
S. 1382

– USA
S. 1381, 1600

– Warschauer Pakt
S. 1382

Kuba
siehe außerdem: Abrüstung, Angola, Frankreich, Mittelamerika-Politik
S. 468, 638, 766

– Bundesrepublik Deutschland
S. 396, 1556

– Mexiko
S. 396

– Nicaragua
S. 1555

– UdSSR
S. 288, 784 f., 1166, 1555 f.

– USA
S. 119, 393, 396, 452, 1166, 1555 f.

Kuwait
S. 27, 561[24], 1212, 1539 f.

KVAE (Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa)
Dok. 87, 198, 209, 275, 348 und S. 232, 338, 380[3], 441, 455, 474 f., 573[2], 623, 669, 672, 684, 780, 847, 1121[7], 1162, 1197, 1321, 1420, 1499, 1528, 1558, 1628

– Arbeitsgruppen
S. 422, 432, 445, 559, 601, 603–605, 809, 902, 904, 909, 957, 1076, 1078, 1264–1269, 1445, 1578, 1595–1597

– Belgien
S. 33, 434, 602 f., 902, 1076–1078, 1266[8]

– Beschränkungsmaßnahmen („constraints“)
S. 23 f., 32, 56, 259, 432–434, 445, 601, 603, 809, 901, 903, 927, 957, 1074 f., 1078, 1264 f., 1267 f., 1595 f.

– Bulgarien
S. 1268

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 3, 11 und S. 32–34, 70, 74–76, 81, 85, 87, 147, 219, 222, 260, 372 f., 383, 385–389, 422, 426–429, 432, 601, 603 f., 608 f., 635, 674, 719, 743, 763, 808–810, 813, 881, 903 f., 909 f., 926, 959 f., 998–1001, 1074[2], 1076, 1113, 1204, 1266[8], 1294, 1297, 1361 f., 1381, 1473[3], 1594, 1596–1598

– ČSSR
S. 909 f., 1268

– Dänemark
S. 33, 434, 602–604, 903, 1266[8]

– DDR
S. 219, 406 f., 1267 f., 1362

– Finnland
S. 902[12], 1265 f., 1268 f., 1445

– Frankreich
S. 17, 24, 33 f., 85, 147, 259, 382, 422, 434 f., 603 f., 674, 903 f., 926 f., 999, 1074[2], 1077 f., 1113, 1380 f.

– Gewaltverzicht
Dok. 76, 85, 167, 217 und S. 17 f., 52, 54 f., 57, 61, 75 f., 231, 260, 373, 407, 432–434, 442, 445, 455, 559, 601–605, 621, 634 f., 642, 743, 763, 776, 811–813, 819, 881, 883, 901–903, 904[18], 909 f., 926 f., 957, 959 f., 1074–1077, 1149, 1204, 1267–1269, 1294, 1362, 1380 f., 1594 f., 1597 f., 1600

– Griechenland
S. 432, 1074[2]

– Großbritannien
S. 33, 147, 434 f., 602–604, 927, 998–1001, 1076–1078, 1266[8], 1381

– Irland
S. 1596

– Italien
S. 33, 434, 601–603, 903, 1076–1078, 1266[8]

– Jugoslawien
S. 259, 1268

– Kanada
S. 434, 603, 902, 904, 1075 f., 1266[8]

– Luxemburg
S. 434, 602–604, 674

– Malta
S. 1268

– NATO/VSBM-Paket
Dok. 4, 6, 124, 191, 231 und S. 55 f., 64[28], 147, 372 f., 427, 432–435, 809, 813, 957–960, 999 f., 1264–1270, 1381, 1594 f.

– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 24, 32, 56–58, 259, 381, 383, 422, 428, 433–435, 602–604, 809 f., 902 f., 909, 926 f., 957–960, 999, 1075 f., 1078, 1264 f., 1268 f., 1297, 1594–1596

– Niederlande
S. 434, 602–604, 904, 1076–1078, 1266[8]

– Norwegen
S. 34, 434, 602–604, 903 f., 1074[2], 1076, 1266[8]

– Österreich
S. 1268

– Polen
S. 1268

– Portugal
S. 434, 602–604, 1076

– Rumänien
S. 16, 603, 1264, 1267, 1294, 1297

– Schweden
S. 80, 902, 904, 909, 957, 1076, 1078, 1264 f., 1268 f., 1445, 1596

– Schweiz
S. 259, 1268 f.

– Spanien
S. 434, 602 f., 1076

– Türkei
S. 24, 33, 34[11], 435, 604, 927, 1076

– UdSSR
S. 16, 18, 32, 51–53, 56–58, 67, 73, 76, 381 f., 385–389, 426, 559, 602, 674, 718, 743, 763, 902, 904, 926 f., 957–960, 999 f., 1076 f., 1129, 1264–1267, 1269, 1381, 1475, 1593–1595, 1597

– Ungarn
S. 1267 f.

– USA
S. 24, 33 f., 66, 147, 373, 383, 434 f., 445, 559, 603 f., 608, 616, 806–810, 903, 926 f., 959, 999, 1074[2], 1076–1078, 1266, 1381, 1597

– Warschauer Pakt
S. 381, 433–435, 902[12], 909 f., 957–960, 1075, 1077, 1264–1270, 1595–1597

Länder der Bundesrepublik Deutschland
– Niedersachsen
S. 225, 500
– Rheinland-Pfalz
S. 218, 1431
– Saarland
S. 79, 217

Laos
S. 446[32], 553

Lesotho
S. 789, 1395

Libanon-Konflikt
Dok. 37 und S. 68, 270, 280, 375, 838, 936, 975[2], 985, 987, 1337, 1539
– Bundesrepublik Deutschland
S. 198–200, 540, 1160
– EG/EPZ
S. 436[6]
– Frankreich
S. 171, 196, 199, 264
– Großbritannien
S. 196
– Iran
S. 196 f., 198, 292
– Israel
S. 63, 117, 119, 196–199, 291, 505, 745, 1032, 1033[12], 1172, 1181, 1338
– Italien
S. 196, 291 f.
– Libyen
S. 195, 292
– Multinationale Streitmacht (MNF)
S. 171[14], 196–200, 264, 504[7], 530, 535
– Saudi-Arabien
S. 198
– Syrien
S. 110, 116, 119, 196–199, 228, 264, 291 f., 1172, 1182, 1338
– UdSSR
S. 198 f., 213, 264, 292, 745
– UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon)
S. 171[14], 200
– USA
S. 116, 196, 198 f., 228, 264, 292, 319, 351, 504, 540, 745, 811, 1132, 1160, 1230
– VN
S. 196, 199, 264, 291

Libyen
siehe außerdem:
Ägypten, Algerien, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Iran, Italien, Jordanien, Libanon-Konflikt, Terrorismus, Tschad-Konflikt
S. 171, 212, 452[59], 975[2], 976, 1405, 1555[24]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 41, 172, 205 und S. 29, 93 f., 288, 292, 592, 771, 804, 841, 1210, 1339, 1449
– Mali
S. 267 f.
– Marokko
S. 826, 1142[1], 1144[14], 1182, 1340
– Niederlande
S. 180
– Saudi-Arabien
S. 101, 826
– Sudan
S. 193 f., 824
– Türkei
S. 841, 1070
– UdSSR
S. 93 f., 841, 1340
– USA
S. 93, 180, 804, 824[3], 1542, 1566

Luxemburg
siehe außerdem:
Abrüstung, EG, Europäische Akte, Frankreich, KVAE, Mittelamerika-Politik, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Seerecht, WEU
S. 50, 107, 754, 1552[16]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 239, 1176
– USA
S. 755

MAD (Militärischer Abschirmdienst)
S. 155 f.

Madagaskar
S. 799[4]

Malawi
S. 476

Malaysia
S. 28 f., 553

Mali
siehe außerdem: Libyen, Tschad-Konflikt

Dok. 53

Malta
siehe außerdem:
Frankreich, Großbritannien, KVAE

S. 1384–1386

Marokko
siehe außerdem:
Israel, Libyen, Nahost-Konflikt

S. 108, 266[8], 267, 293, 798, 993, 1211

Mauretanien
S. 266[8], 267

MBFR (Mutual and Balanced Force Reductions)
Dok. 113, 204, 343 und S. 32[7], 33, 54, 57, 89, 232, 280, 373, 382 f., 441, 455, 475, 512, 514, 516, 578, 623, 669, 763, 777, 1121[7], 1162, 1197, 1274, 1297, 1381, 1383, 1420, 1479, 1528, 1558, 1563, 1628

– Begleitende Maßnahmen
S. 543, 545, 546[6], 946, 1567 f.

– Belgien
S. 1569

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 79, 100, 256 und S. 74, 81, 354, 367, 372, 380, 546[6], 719, 743 f., 910, 946 f., 1154[6], 1567[3], 1569, 1572

– ČSSR
S. 910, 1569

– Datenfrage
S. 398[6], 399–402, 490[2], 491, 543–545, 744, 910, 944, 946, 1178 f., 1567 f., 1570, 1572

– DDR
S. 219, 407, 1569

– Großbritannien
S. 399, 546[6], 946, 1567[3], 1568 f., 1572

– Italien
S. 1568

– Kanada
S. 1572

– NATO/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten
S. 543–545, 546[6], 672, 910, 944–946, 1179, 1567 f., 1570 f.

– Niederlande
S. 946[9], 1567[3]

– Norwegen
S. 946[9]

– Polen
S. 1569

– UdSSR
S. 66, 69, 77, 88, 743, 944[6], 945, 1566, 1569–1572

– USA
S. 66, 946, 1568 f., 1572

– Verifikation
S. 398[6], 399–402, 490[2], 544, 545[4], 546[6], 744, 944–946, 1179, 1567 f., 1570–1572

– Warschauer Pakt/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten
S. 399, 543–545, 743, 944–946, 1179, 1567 f., 1570 f.

Menschenrechte
S. 67, 149, 222, 331, 352, 382, 389[3], 392 f., 449, 471, 650 f., 739, 758 f., 789 f., 842–844, 935 f., 963, 1090[2], 1128, 1133, 1165, 1177, 1202, 1217, 1292[18], 1293[19], 1381, 1449[25], 1551, 1558, 1599, 1602, 1611

Mexiko
siehe außerdem:
Abrüstung, Belgien, DDR, El Salvador, Frankreich, Großbritannien, Kuba, Mittelamerika-Politik, Nord-Süd-Dialog

S. 988, 992, 997, 1186, 1512, 1576

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 78, 192 und S. 451, 990, 993

– EG/EPZ
S. 907[11]

– Nicaragua
S. 393, 395 f., 933

– Spanien
S. 908

– USA
S. 393, 395, 397, 933

Mittelamerika-Politik
Dok. 200 und S. 765–767

– Argentinien
S. 524 f.

– Bundesrepublik Deutschland
S. 525, 638, 700, 746, 906, 932 f., 963, 1131, 1193 f., 1555 f.

– Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela)
S. 393–395, 524 f., 638[20], 746, 855, 906, 933, 961, 963[16], 1122, 1192–1195

– Costa Rica
S. 1131, 1192–1195
– DDR
S. 767
– EG/EPZ
S. 394–396, 525, 638, 933, 961, 1122, 1131, 1192–1195
– El Salvador
S. 1192–1195
– Frankreich
S. 638[20], 932 f., 962, 1194
– Großbritannien
S. 638[20], 933, 962, 1194
– Italien
S. 638[20], 1194
– Kuba
S. 767
– Luxemburg
S. 1194
– Mexiko
S. 906
– Nicaragua
S. 1122[11], 1192–1195
– Portugal
S. 933, 961 f., 1192
– Rumänien
S. 767
– Spanien
S. 933, 961, 1192, 1194
– UdSSR
S. 746, 767
– USA
S. 746, 767, 932 f., 1122[11], 1131, 1555 f.

Mongolei
S. 699

Mosambik
siehe außerdem: Namibia-Frage
S. 422, 800 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 792, 1508
– Portugal
S. 476 f., 1395
– Südafrika
S. 451, 475–477, 745, 789, 793, 1395, 1398 f.
– UdSSR
S. 776, 784, 1395
– USA
S. 1396

Nahost-Konflikt
S. 540, 559, 680, 774, 1449, 1611
– Ägypten
S. 109 f., 113, 228, 1211[30], 1335–1338
– Arabische Liga/Fes-Plan
S. 111, 1032[7], 1174, 1207
– Bundesrepublik Deutschland
S. 110–113, 228, 745, 1172–1174, 1182, 1336, 1405
– Camp-David-Prozeß
S. 106, 109 f., 118, 196, 1034, 1173
– EG/EPZ
S. 189, 202 f., 436[6], 504–506, 1172–1174, 1336, 1340, 1411[17]
– Frankreich
S. 91, 1182
– Großbritannien
S. 106, 1182
– Israel
S. 105, 108–113, 115–120, 506, 1031–1033, 1173 f., 1182, 1211[30], 1336, 1405
– Italien
S. 1181 f.
– Jerusalem-Frage
S. 113, 1173, 1208, 1211[30]
– Jordanien
Dok. 104 und S. 109–112, 449 f., 1031–1034, 1336
– Marokko
S. 118
– Palästina-Frage/Besetzte Gebiete
S. 745, 1032–1034, 1173, 1207 f., 1337, 1405
– PLO
S. 63, 102, 105, 108–112, 197 f., 213, 1172, 1182, 1335
– Saudi-Arabien/Fahd-Plan
S. 100, 111 f., 1207 f., 1338
– Syrien
S. 109–113, 1174, 1182
– UdSSR
S. 68, 115, 215 f., 505, 745, 1032, 1034, 1182
– USA
S. 68, 113, 449 f., 504 f., 1031–1034, 1174, 1182, 1335 f.
– VN
S. 1033

Namibia-Frage
S. 264, 267, 422, 476, 516, 764, 1133[30], 1397
– Angola
S. 247, 451, 782–785, 1508
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 49, 130, 258, 327 und S. 451, 746, 783–787, 793, 1392[3]
– Frankreich
S. 451, 786, 1187 f., 1392[3], 1507
– Frontlinienstaaten (Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania)
S. 246, 248, 1187–1189, 1508, 1509[12]
– Großbritannien
S. 451, 592, 785, 1392[3]
– Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester
S. 246–249, 1509
– Kanada
S. 1392[3]
– Mosambik
S. 247 f., 451, 592
– Südafrika
S. 245, 247–249, 451, 592, 782–787, 793, 1188 f., 1393, 1395, 1508, 1509[12]
– SWAPO (South West Africa People's Organization)
S. 245–249, 632 f., 786 f., 793, 1187 f., 1395, 1508[7], 1509
– UdSSR
S. 451, 785 f.
– USA
S. 451, 782, 784 f., 787, 793, 1187–1189, 1392[3]
– VN
S. 783, 786

NATO (North Atlantic Treaty Organization)
siehe außerdem:
Abrüstung, KSZE, KVAE, MBFR, Polen, SDI, UdSSR, Zypern-Konflikt
S. 12 f., 126, 190, 192, 664[11], 759, 836, 981 f., 1010, 1050 f., 1055, 1080, 1110, 1113[19], 1245, 1379 f.
– Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)
Dok. 142, 329 und S. 11[12], 85, 89[12], 413 f., 418, 534, 677, 1154 f., 1277, 1421[21], 1501, 1553
– AWACS
S. 274
– Belgien
S. 274, 517, 646[3], 666, 686, 689 f., 691[46], 1089, 1155[9], 1168, 1551
– Bundesrepublik Deutschland
S. 146, 182–184, 258, 273, 328, 370, 413–419, 444, 474, 517, 525, 530–542, 557 f., 568–572, 627–629, 646–652, 666–668, 677 f., 686, 688[38], 690, 691[46], 729, 762–764, 779, 886 f., 977 f., 1008 f., 1016–1020, 1023, 1043–1046, 1058, 1070, 1087 f., 1095, 1150[5], 1153–1159, 1168, 1229–1231, 1236, 1277, 1299, 1315, 1328[7], 1411[2], 1412, 1470, 1518[2], 1519–1523, 1550 f., 1556–1558, 1598
– Dänemark
S. 152, 274, 540, 617, 628 f., 690, 777, 1086[7], 1089, 1137[4], 1168, 1278, 1330[2], 1522 f.
– Einsatzgebiet/Out-of-area-Politik
Dok. 83, 112, 213, 219 und S. 30[15], 46, 444, 526, 577, 580, 682, 751, 1019 f., 1044, 1155, 1203 f., 1228[2], 1229–1231
– Eurogroup
S. 578, 580, 676, 688 f., 1522 f.
– Frankreich
S. 85 f., 146, 178, 258, 273 f., 330, 364, 444, 482, 557 f., 579 f., 587 f., 647 f., 651, 667, 677 f., 688, 727, 729, 975, 977, 1022, 1089, 1155[9], 1168, 1241, 1297, 1523, 1561
– Griechenland
S. 152, 184, 274, 418, 424, 479, 534, 689, 777, 1089, 1168 f., 1278, 1550 f.
– Großbritannien
S. 274, 330, 414, 568, 571, 646[3], 647 f., 650, 666, 688 f., 729, 777, 977, 1088 f., 1168, 1315, 1520, 1523
– Harmel-Bericht (Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz)
S. 6, 146, 557, 576, 627, 647–649, 667, 762, 764, 775, 778 f., 1000, 1045 f., 1097, 1240, 1329[9], 1601
– High Level Group (HLG)
Dok. 34, 250 und S. 439, 498, 886 f., 1023, 1244, 1274, 1276 f., 1366–1368, 1444
– Independent European Programme Group (IEPG)
S. 424, 578, 580 f., 583, 676, 688, 729, 900, 1332–1334, 1522[16], 1523

– Infrastrukturprogramm
S. 274, 517, 530, 535 f., 540, 682 f., 689 f., 1044[8], 1519, 1522

– Italien
S. 517, 690, 777, 977, 1089, 1155[9], 1168, 1278

– Kanada
S. 568, 571, 572[8], 686, 689, 777, 1089, 1315, 1521

– Lanzeitplanungsrichtlinie zu „Follow-on Forces Attack" (FOFA)
S. 1017, 1421, 1446

– Luxemburg
S. 1089, 1168

– Militärausschuß
S. 23, 34, 182, 417, 498, 534, 567–572, 603, 605, 681 f., 1314 f., 1572

– Ministerial Guidance (3 %-Ziel)
S. 683, 1155

– NATO-Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

– Neutronenwaffen
S. 885 f.

– Niederlande
S. 274, 568, 571, 617, 628, 690[44], 691[46], 976–978, 1089, 1155[9], 1168, 1551

– Norwegen
S. 273 f., 417, 424, 539, 560, 578, 683, 689, 776, 977, 1086[7], 1089, 1168, 1330[2], 1523

– Nukleare Planungsgruppe (NPG)
Dok. 102, 277 und S. 90[13], 181[3], 182–184, 345, 440, 686, 725, 734, 886 f., 1150–1152, 1244, 1246, 1315, 1324, 1351, 1409 f.

– Politischer Ausschuß auf Gesandtenebene (Senior Political Committee, SPC)
S. 414, 443[18], 490 f., 542, 568, 571, 734[6], 901, 975, 977, 1074, 1075[5], 1076 f., 1086[6], 1096, 1169[14], 1567[3]

– Portugal
S. 274, 424, 474, 686, 689, 1089, 1348, 1523

– SACEUR
S. 329[25], 365, 498, 539 f., 676, 886 f., 1019, 1043 f., 1155[9], 1246, 1277 f.

– SACLANT
S. 414, 419, 540

– SHAPE
S. 34, 182, 534[26], 571, 1421[21]

– „Signal von Brüssel" vom 9.12.1983
S. 16, 32, 53, 69–72, 75, 138[7], 146, 223, 382, 557, 560[19], 609 f., 616, 646 f., 651, 720, 778, 780, 1149

– Spanien
Dok. 26, 32, 96, 97, 197 und S. 7, 46, 90, 92, 107, 184, 274, 345, 364, 379, 424, 466, 560, 693–695, 707, 777, 975, 977, 1089, 1131, 1139, 1167–1169, 1278, 1346–1349

– Special Consultative Group
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

– Ständiger Rat
S. 21 f., 31–34, 56, 85, 146[3+5], 258[8], 402[15], 432, 435[16], 443[18], 444, 509, 542, 557[5], 597[47], 601–605, 646[3], 647, 666, 677, 873, 877 f., 901, 904, 927, 946[9], 953, 955, 975–978, 1074, 1096, 1314 f., 1330[2], 1446, 1558, 1599, 1618 f.

– Strategie/Strategiedebatte
S. 11, 13[20], 23, 86, 181[3], 183, 207–209, 576, 644 f., 681, 683[11], 686, 725, 953–956, 966, 1016–1019, 1023, 1043–1045, 1087, 1241 f., 1329[9], 1422[28]

– Tagungen des NATO-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Türkei
S. 273 f., 390, 424, 534, 560, 841, 976, 1059, 1070, 1089, 1315, 1330[2], 1523

– USA
S. 147, 182 f., 200[3], 258[8], 329[25], 365, 444, 517, 557 f., 568–572, 646–648, 651, 666 f., 682 f., 689 f., 776 f., 976, 1016–1020, 1023, 1043–1046, 1088 f., 1202, 1314 f., 1521 f., 1551

– Warschauer Pakt
S. 425, 649 f., 681 f., 1017[5], 1043, 1151 f., 1286, 1296 f.

– Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31.5.1984
S. 739, 775, 778–781, 806, 808, 810 f., 813, 819, 903, 1077, 1081, 1149, 1175, 1177, 1204, 1469, 1544, 1598, 1600, 1602

– „West-Ost-Bericht"
Dok. 134, 138 und S. 146 f., 189, 258, 435, 444, 513, 557 f., 683, 738 f., 764, 775, 778 f.

– WEU
S. 6 f., 15, 42[5], 45 f., 180[3], 424, 560, 573[1], 574 f., 578–582, 676, 1022, 1045, 1330, 1334, 1346, 1383 f., 1523

NATO-Doppelbeschluß
S. 5, 18, 101, 201 f., 223 f., 231, 255, 498, 887, 1023, 1246, 1600

– Amerikanische Mittelstreckensysteme
Dok. 296 und S. 5[8], 673, 716, 911 f., 1276, 1327, 1409

– Belgien
Dok. 302 und S. 7, 240, 254, 496, 597, 609 f., 670, 704 f., 733, 1449, 1489 f., 1502, 1561 f., 1619 f.

– Bulgarien
S. 634, 640

– Bundesrepublik Deutschland
S. 7, 74, 114, 232, 238, 241 f., 279, 353, 438–440, 496 f., 548, 596, 609 f., 616–618, 621, 634, 640, 645, 669 f., 673, 686, 689, 719, 747, 832, 847 f., 911 f., 1102 f., 1276, 1283, 1285, 1501, 1517, 1518[2], 1561, 1575, 1619–1621

– ČSSR
S. 911 f., 1589[5]

– Dänemark
S. 673, 684, 776 f.

– DDR
S. 218–220, 1402, 1513

– Dislozierung sowjetischer Nuklearsysteme in der DDR und der ČSSR („Gegendislozierung“)
Dok. 285 und S. 32[7], 36, 41, 151, 340, 421, 671, 673 f., 728, 1030, 1085, 1284, 1293

– Friedensbewegung
S. 114, 215, 240[13], 253 f., 278, 362, 474, 496, 586, 685, 687, 832, 1120, 1184, 1202, 1241, 1278, 1285, 1410, 1481, 1593, 1597, 1620 f.

– Großbritannien
S. 7, 496 f., 597, 670, 685, 687, 847 f., 1276, 1620

– INF-Verhandlungen
siehe: INF-Verhandlungen

– Italien
S. 7, 278, 281, 496, 609 f., 617, 623[22], 628 f., 640, 668, 669[8], 670, 673, 684, 687, 689, 704, 733, 1276, 1620 f.

– Kanada
S. 496, 1619

– Luxemburg
S. 686

– Niederlande
Dok. 89, 114, 116, 177 und S. 7 f., 228, 254, 280, 306, 441, 453–456, 496 f., 596 f., 609 f., 618, 623[22], 629, 654–656, 668, 670, 673, 685–688, 704 f., 733, 776, 1084, 1275 f., 1409 f., 1620

– Norwegen
S. 496, 1619

– Rumänien
S. 1284, 1286, 1293

– Sowjetische Mittelstreckensysteme
S. 687, 911 f., 1083 f., 1085[10], 1184, 1275, 1324, 1373–1375, 1440

– Special Consultative Group (SCG)
Dok. 8, 51, 91, 116, 139, 233, 310, 355 und S. 144 f., 181[3], 337 f., 546–548, 655, 847–849, 1025, 1029, 1444, 1501, 1558, 1585, 1599, 1626

– UdSSR
S. 7, 36 f., 71–73, 78, 114, 214–216, 241, 279, 421, 441, 474, 559, 610, 618, 621, 670, 685, 716 f., 733, 747, 776, 868, 1079 f., 1101, 1147, 1285, 1313, 1501, 1546, 1557, 1593

– Ungarn
S. 833

– USA
S. 89[10], 496, 546–548, 554 f., 687 f., 847 f., 1619

Neuseeland
S. 587 f., 1169, 1314 f.

Nicaragua
siehe außerdem:
El Salvador, Frankreich, Kuba, Mexiko, Mittelamerika-Politik
S. 539, 766, 769, 963, 1404, 1611

– Bundesrepublik Deutschland
S. 236, 394, 396, 477, 638, 767, 932, 961, 1131, 1193

– Portugal
S. 477

– UdSSR
S. 1448, 1555

– USA
S. 208 f., 395, 452, 530, 535, 639, 746, 811, 855, 932 f., 1131, 1193 f., 1448 f., 1555

Niederlande
siehe außerdem:
Abrüstung, Ägypten, Chemische Waffen, EG, Europäische Akte, Frankreich, INF-Verhandlungen, KVAE, Libyen, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-

Wirtschaftsbeziehungen, SDI, Seerecht, WEU

S. 236, 239, 287, 334, 354, 751, 757, 937, 985, 1054[17]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 33 und S. 84, 261, 438–440, 456, 555, 664, 704, 832, 847, 977 f., 1176
– Polen
S. 443[18]
– Republik China (Taiwan)
S. 565
– Republik Korea (Südkorea)
S. 864[2]
– UdSSR
S. 673, 847–849, 1084
– USA
S. 439, 546–548, 554 f.
– Volksrepublik China
S. 565

Niger
S. 267

Nigeria
S. 987 f., 990, 993

NOK (Nationales Olympisches Komitee)
S. 271

Nord-Süd-Dialog
Dok. 46 und S. 394, 397
– Argentinien
S. 818[7]
– Brasilien
S. 818[7]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 234–237, 699 f., 760 f., 798 f., 801, 996, 1186, 1300, 1435
– DDR
S. 1433[3]
– EG/EPZ
S. 799 f., 1358[13]
– Frankreich
S. 761, 799–801, 1186, 1435
– Globale Verhandlungen
S. 236 f., 801, 818[6], 1433
– Großbritannien
S. 760 f., 797, 801 f., 1186, 1435
– Gruppe der 77
S. 234, 236 f., 284, 288, 760, 801, 1299, 1433[3]
– IDA (International Development Association)
S. 234, 236, 821[9], 1235[19]
– IFAD (International Fund for Agricultural Development)
S. 235 f.
– Indien
S. 818, 821
– Irland
S. 1433[3]
– Italien
S. 797 f., 801, 1186
– Japan
S. 800, 1300, 1433[3]
– Kanada
S. 800 f.
– Mexiko
S. 818[7]
– Norwegen
S. 1433[3]
– Rohstoffe/Gemeinsamer Rohstoff-Fonds
S. 234, 822
– Rumänien
S. 1299 f.
– USA
S. 234–236, 761, 798, 801, 822, 1186, 1300, 1433[3]
– Verschuldungsproblematik
Dok. 165, 216 und S. 396, 597, 631, 761, 818–822, 906, 986, 1142–1144, 1186, 1300, 1435
– VN
S. 821
– Volksrepublik China
S. 699, 1433[3]

Norwegen
siehe außerdem:
Abrüstung, Belgien, Chemische Waffen, DDR, KVAE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, SDI

S. 14, 536[31], 1009, 1334, 1348

OAE (Organisation für Afrikanische Einheit)
S. 266, 267[9], 1187, 1340, 1394

OAS (Organization of American States)
S. 1170

OAU (Organization of African Unity)
siehe: OAE

OECD (Organization for Economic Cooperation and Development)
S. 391, 583, 608, 889, 972[29], 985, 1357[3]

OIC (Organization of Islamic Conference)
S. 390, 839, 936

Olympische Sommerspiele vom 28.7. bis 12.8.1984 in Los Angeles
S. 62, 623, 636 f., 638[22], 653, 704, 820[14], 918, 1285

Olympische Winterspiele vom 8. bis 19.2.1984 in Sarajevo
S. 48, 131, 132[11], 270[3]

OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries)
Dok. 215 und S. 235[7], 536[31], 992

Österreich
siehe außerdem:
Abrüstung, ČSSR, DDR, Italien, KVAE
S. 397, 475, 937, 1486[11]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 595, 755
– Republik Korea (Südkorea)
S. 864[2]
– Ungarn
S. 332
– USA
S. 930[13], 1077[20], 1079[6], 1104[15]

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
– Bundesrepublik Deutschland
S. 127–129, 379, 1578
– COCOM
S. 127–129, 379, 613, 660, 972, 1233, 1379, 1422, 1578
– Frankreich
S. 128
– Niederlande
S. 128
– Norwegen
S. 128
– Polen: Umschuldung/Kreditvergabe
S. 62, 356[7], 444, 928, 1170, 1224, 1495[4]
– Sanktionen gegen die UdSSR
S. 972, 1166
– Sanktionen gegen Polen
S. 62, 128, 356, 836, 972, 973[34], 1223 f., 1226[14], 1495[4]
– Technologietransfer
Dok. 22 und S. 1203, 1379
– USA
S. 127–129, 379
– Volksrepublik China
S. 127–129

Pakistan
siehe außerdem:
Afghanistan, Indien, Iran
S. 284, 936[8], 1163
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 278 und S. 285 f., 288, 1211, 1421
– UdSSR
S. 288, 1260[3], 1279 f., 1281[14]
– USA
S. 285–287, 1281
– Volksrepublik China
S. 1280 f.

Panama
S. 1555[23]

Peru
S. 818[7], 1555[24]

Philippinen
S. 993

PLO (Palestine Liberation Organization)
siehe unter: Nahost-Konflikt

Polen
siehe außerdem:
ČSSR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Heiliger Stuhl, INF-Verhandlungen, Italien, KVAE, MBFR, Niederlande, VN
Dok. 119, 333 und S. 41, 114, 215, 329, 359 f., 525, 755, 780, 1081, 1402, 1443[3]
– EG/EPZ
S. 740, 928, 1130, 1226[14], 1496[7]
– Ermordung des Priesters Popiełuszko
Dok. 292 und S. 1403 f., 1414, 1415[8], 1436[3], 1437 f., 1491–1494, 1496, 1505, 1526 f., 1535 f., 1614
– Katholische Kirche
S. 566[3], 1344, 1494–1497, 1527 f., 1534 f.
– Komitet Obrony Robotników (KOR)
S. 443, 566, 928, 1344, 1527
– Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche
S. 62 f., 151, 259, 281, 354, 356, 368 f., 443, 618 f., 739 f., 776, 928 f., 939[8], 1073[8], 1130, 1169, 1411[17], 1496 f.

– NATO
S. 443, 648, 1072 f., 1226[14]
– Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP)
S. 259, 928[6], 1342–1344, 1414, 1415[7], 1492, 1505[9], 1525[6], 1526 f., 1534–1536
– Rumänien
S. 1289
– Sanktionen gegen Polen
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
– Solidarność/Gewerkschaften
S. 259, 443, 566, 628, 928, 1222[6], 1343 f., 1405, 1413–1415
– UdSSR
S. 35–37, 241, 281, 485, 566, 619, 622, 628, 762[2], 779, 835, 931[22], 939, 1015, 1079, 1131, 1343 f., 1375, 1414, 1438, 1492, 1534 f.
– Umschuldung/Kreditvergabe
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
– Ungarn
S. 1534
– USA
S. 61 f., 128, 150 f., 356, 368 f., 443 f., 618 f., 786, 928 f., 1072 f., 1080[11], 1130 f., 1169, 1222–1225, 1492[11], 1495, 1496[7], 1505, 1529, 1534

Polen–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 230, 267, 304, 323, 324, 330 und S. 63, 78[7], 150 f., 241, 259, 281, 354, 356, 368 f., 443 f., 618 f., 628 f., 739 f., 810[2], 835 f., 879, 882, 929, 939 f., 1116, 1130 f., 1169 f., 1289 f., 1292, 1313, 1358, 1377, 1403, 1420, 1436–1438, 1445, 1505, 1536, 1573 f.
– Ausreise/humanitäre Fragen
S. 1221 f., 1225 f., 1497
– Kriegsgräber
S. 1221 f., 1491, 1493, 1614
– Oder-Neiße-Linie
S. 1226–1228, 1374 f.

Portugal
siehe außerdem:
Angola, Chile, El Salvador, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, KVAE, Mittelamerika-Politik, Mosambik, NATO, Nicaragua
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 94, 95, 284 und S. 707 f., 794
– EG/EPZ
Dok. 220 und S. 90 f., 107, 159, 164 f., 294, 304, 310, 325, 354, 364, 464–472, 586, 587[8], 588, 590, 663, 693, 705–708, 712 f., 731, 861 f., 1003[9], 1049, 1053, 1061, 1131, 1139, 1310–1312, 1349, 1358, 1400[2], 1427[15], 1429 f., 1431[26], 1560, 1564[4]
– Spanien
S. 177[3], 178
– Südafrika
S. 785
– UdSSR
S. 442, 474
– USA
S. 451, 464, 468, 474, 476
– WEU
S. 1331, 1334, 1348 f.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
S. 606[3]

Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten
– 3sat
S. 755[21]
– ABC (American Broadcasting Company)
S. 1217[7]
– AFP (Agence France-Presse)
S. 247 f., 796, 975[2], 1132[29]
– ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland)
S. 1213
– Aviation Week & Space Technology
S. 149
– The Baltimore Sun
S. 921[16]
– Bild am Sonntag (Hamburg)
S. 1212
– The Boston Globe
S. 140, 253, 654
– Channel 4
S. 1319[9]
– CLT (Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion)
S. 754[19]
– Daily Mirror (London)
S. 467
– The Daily Telegraph (London)
S. 659[14]

– Deutsche Welle (Köln)
S. 204, 756, 1603
– Deutschlandfunk (Köln)
S. 688[36], 1592[22]
– dpa (Deutsche Presse-Agentur)
S. 1175
– Europa-Archiv (Bonn)
S. 574 f.
– Le Figaro (Paris)
S. 724
– Frankfurter Allgemeine Zeitung
S. 80
– The Guardian (London)
S. 156
– Haagse Post (Den Haag)
S. 84
– IRNA (Islamic Republic News Agency)
S. 1540[6]
– Izvestija (Moskau)
S. 833, 1283, 1343, 1479[3]
– Krasnaja Swesda (Moskau)
S. 1201[8], 1482
– Literaturnaja Gazeta (Moskau)
S. 1481
– Le Matin
S. 1116
– NATO-Brief (Brüssel)
S. 574
– NBC (National Broadcasting Company)
S. 1418, 1419[5], 1440
– Neue Zeit (Moskau)
S. 621[15], 970[20]
– Neue Zürcher Zeitung
S. 1116
– Neues Deutschland (Ost-Berlin)
S. 1081 f.
– The New York Times
S. 235[7], 487–489, 505, 527[4], 816, 846[4], 899[6], 1306
– Novosti (Moskau)
S. 1040
– NRC Handelsblad (Amsterdam/Rotterdam)
S. 581[49], 688[36]
– PAP (Polska Agencja Prasowa)
S. 1341[3]
– Pravda (Moskau)
S. 221, 384, 833, 836, 938 f., 968, 970[16], 972, 1036, 1038 f., 1081 f., 1118, 1216[4], 1283, 1500[13], 1582 f.
– Radio Beromünster
S. 755[21]
– Radio Moskau
S. 810[2], 1102
– la Repubblica (Rom)
S. 1092[2]
– Reuters
S. 248, 843, 1001[17]
– RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) (Berlin (West))
S. 1001
– RTL (Radio Télévision Luxembourg)
S. 754[19]
– Rudé právo (Prag)
S. 621
– Saudi Press Agency
S. 243
– SFB (Sender Freies Berlin)
S. 1615
– Sovetskaja Rossija (Moskau)
S. 1625
– Der Spiegel (Hamburg)
S. 501, 732, 1579
– Stern (Hamburg)
S. 501, 732, 1367
– Strategic Review (Washington)
S. 854
– TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza)
S. 512[6], 513[10], 621, 623[21], 703[3], 726, 874[5], 879, 938[3], 1032[7], 1080 f., 1102, 1164, 1216, 1371, 1481
– Il Tempo (Rom)
S. 278
– Time (New York)
S. 329[25]
– l'Unità (Rom)
S. 1092[2], 1116
– The Washington Post
S. 142, 409, 632[2], 1313[14], 1418, 1502
– The Washington Times
S. 1555[24]
– Die Welt (Berlin (West))
S. 576, 1082[20], 1454[6], 1493, 1604
– Wiadomości
S. 1415
– ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)
S. 755

Raumfahrtpolitik
S. 732, 1054

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 178, 189, 346 und S. 170[8], 173[7], 174–176, 754, 1359, 1553 f.

– ESA (European Space Agency)
S. 173[7], 174, 850–852, 895–897, 1055, 1110, 1359[18], 1585[5], 1586–1588

– Frankreich
S. 170, 175 f., 260, 754, 850, 1359, 1585[3], 1586

– Großbritannien
S. 170, 850 f.

– Italien
S. 174, 850 f.

– Raumlabor „Spacelab“
S. 173–176, 850, 1359[18]

– Raumstation „Columbus“
S. 174–176, 851, 1322, 1323[17], 1353, 1359, 1585[3], 1586 f.

– Trägerrakete „Ariane“
S. 170, 173, 175 f., 850 f., 897, 1322, 1323[17], 1353, 1359, 1585[3], 1586 f.

– UdSSR
S. 174, 852[16]

– USA
Dok. 31 und S. 170, 823, 849–852, 896, 1553 f., 1585[3+5], 1586 f.

Republik China (Taiwan)
siehe außerdem:
Niederlande

S. 1276

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 118

– USA
S. 564 f.

– Volksrepublik China
S. 563–565, 699, 1263

Republik Korea (Südkorea)
siehe außerdem:
Belgien, Frankreich, Italien, Japan, Niederlande, Österreich

S. 532 f., 992

– Abschuß eines Passagierflugzeugs am 1.9.1983
S. 79, 149[18], 215, 494, 759, 780, 804, 865, 1166, 1480[8]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 182 und S. 29

– EG/EPZ
S. 868

– UdSSR
S. 865, 868

RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)
S. 115[3], 740[15], 829, 834, 876, 930, 971–973, 992, 1079 f., 1299

Rhodesien
siehe: Simbabwe

Römische Verträge vom 25.3.1957
S. 101, 238[4], 240, 296, 300 f., 308, 324, 329, 365, 465, 706, 713[9], 741, 1005, 1048, 1051, 1053, 1108, 1458

– EWG-Vertrag vom 25.3.1957
S. 160–162, 600, 830[6], 1004, 1006, 1140[15], 1273, 1298[10], 1459

Rumänien
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, DDR, Frankreich, Großbritannien, INF-Verhandlungen, KSZE, KVAE, Mittelamerika-Politik, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Polen

S. 41, 1375, 1443[3]

– EG/EPZ
S. 973[43], 1303

– UdSSR
S. 36, 1082, 1284–1288, 1403, 1482, 1505

– USA
S. 930[13], 1077[20], 1185[25], 1284–1289, 1377[34]

Rumänien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 279, 280, 281 und S. 70 f., 78 f., 622, 973, 1113[19], 1130, 1312, 1401–1403, 1503

– Ausreise/humanitäre Fragen
S. 1291[3], 1292 f., 1304, 1471, 1484–1486, 1487[12]

– Ausweisung von Botschaftsangehörigen
Dok. 313, 317, 321

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 1300–1303

Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 5 und S. 64, 99–102, 117, 128, 210, 243–245, 345 f., 354[14], 378, 391[9], 564 f.,

606[2], 679–681, 748, 770–774, 845, 1050, 1205–1212, 1347, 1537 f.

SALT (Strategic Arms Limitation Talks)
S. 1218[11], 1219
– SALT I (Interimsabkommen vom 26.5. 1972)
S. 736, 875 f., 919, 1026, 1253 f., 1479 f.
– SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)
S. 141, 143, 145, 342, 716, 833, 1027, 1166, 1253, 1584, 1626

Sambia
S. 247, 1508

São Tomé und Príncipe
S. 468 f.

Saudi-Arabien
siehe außerdem: Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Libanon-Konflikt, Libyen, Nahost-Konflikt
S. 194, 984, 987–989
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 48, 159, 263 und S. 26–30, 64, 99–102, 111 f., 117, 203, 210, 268, 354[14], 679 f.
– Syrien
S. 101, 116
– Türkei
S. 1070
– UdSSR
S. 99
– USA
S. 117, 244, 378, 839, 1209

Schweden
siehe außerdem: Abrüstung, DDR, Italien, KVAE
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 15 und S. 92, 1176
– UdSSR
S. 80[24]

Schweiz
siehe außerdem: Abrüstung, KVAE
S. 475, 755, 788, 933, 1059, 1066

SDI (Strategic Defense Initiative)
S. 4, 181[3], 183, 190, 498, 579, 662[5], 664[11], 983, 1372, 1375
– Belgien
S. 876
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 151, 190, 272, 351 und S. 9–14, 86–89, 182 f., 204–207, 260, 329, 423, 497, 594, 611, 617, 629, 643–645, 674 f., 724, 727 f., 876–878, 953, 955 f., 964–967, 1021, 1112, 1132, 1204, 1238, 1240–1242, 1323 f., 1350–1353, 1383, 1422[28]
– Dänemark
S. 876 f.
– Frankreich
S. 12[16], 86 f., 423, 674 f., 727, 876, 897[4], 920, 953 f., 964–967, 1098, 1112, 1238, 1323 f., 1351 f., 1604 f.
– Großbritannien
S. 12[16], 594, 727, 876 f., 953 f., 1238, 1383[61]
– Italien
S. 88 f., 953, 1238
– Japan
S. 10, 13 f.
– NATO
S. 873–878
– Niederlande
S. 876
– Norwegen
S. 876
– Spanien
S. 876 f.
– UdSSR
S. 87 f., 624, 919, 955, 1038, 1039[12], 1200, 1202, 1239 f., 1253, 1323, 1482, 1582 f., 1610, 1626, 1628 f.
– USA
Dok. 2, 39, 184, 208, 270 und S. 88 f., 121, 182 f., 497, 611, 624 f., 643–645, 897–900, 921, 1020–1022, 1037 f., 1046, 1098 f., 1247–1256, 1274 f., 1383, 1443, 1619, 1626, 1629

Seerecht
– Belgien
S. 593[30], 1478
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 319 und S. 370, 593, 632, 1554 f., 1574
– Dänemark
S. 1478
– EG
S. 593[32], 1477 f., 1555
– Frankreich
S. 593[30], 1478

– Griechenland
S. 1478
– Großbritannien
S. 593, 1478
– Irland
S. 1478
– Italien
S. 593[30+32], 1478
– Japan
S. 593[30], 594
– Luxemburg
S. 1478
– Niederlande
S. 593[30], 1478
– USA
S. 370, 593[30+32], 632, 1132, 1554

Simbabwe
S. 476, 587, 788, 1395, 1508

Singapur
S. 1373

Somalia
S. 1541

Sowjetunion
siehe: UdSSR

Sozialistische Internationale
S. 963

Spanien
siehe außerdem:
ČSSR, Dänemark, DDR, El Salvador, Frankreich, Großbritannien, Israel, Japan, KVAE, Mexiko, Mittelamerika-Politik, NATO, Portugal, SDI
S. 266[8], 284, 368, 475, 804, 909, 1054[17], 1068
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 67, 143, 228, 334 und S. 137–140, 178 f., 478–480, 578, 708, 924 f., 1011 f., 1168, 1176, 1325[27]
– EG/EPZ
Dok. 220 und S. 90 f., 107 f., 138 f., 159, 164 f., 178, 294, 301 f., 304 f., 309 f., 325, 354, 364, 379, 466, 469, 471[7], 478, 481, 588, 590, 663, 692–695, 705–708, 712 f., 731, 861 f., 925, 1003[9], 1049, 1053, 1061, 1131, 1139, 1167 f., 1310[3+4], 1311, 1358, 1400[2], 1424[3], 1427[15], 1429–1432, 1537[2], 1560, 1564[4]
– UdSSR
S. 696, 759, 1056
– USA
S. 177, 179, 287, 379, 480 f., 924 f., 976 f., 1011, 1167–1169
– WEU
S. 1334, 1346–1349

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
S. 98, 114, 208–210, 224, 229, 246, 278, 309, 537, 586, 723, 731, 769, 963, 1058, 1082[20], 1087, 1120, 1258, 1347, 1364, 1401[4], 1502, 1525[6], 1545[7]

START (Strategic Arms Reduction Talks)
Dok. 66 und S. 32[7], 57, 261, 498, 612, 620, 684, 807, 874[5], 875, 879, 881, 1022, 1024 f., 1197 f., 1243[3], 1293 f., 1324, 1375, 1383, 1424, 1439, 1443 f., 1503
– Bundesrepublik Deutschland
S. 145 f., 253, 336–344, 373, 421 f., 616, 623 f., 1029 f.
– Frankreich
S. 421 f.
– UdSSR
Dok. 27 und S. 66, 69, 72, 231, 253–256, 336–344, 422, 453–456, 558, 624, 716 f., 918 f., 1026, 1079, 1114, 1253, 1277 f., 1479–1483
– USA
S. 65 f., 140–145, 148, 210, 336–344, 442, 623 f., 653, 776, 918 f., 1274, 1277, 1444[6], 1618[3], 1619

Südafrika
siehe außerdem:
Angola, Frankreich, Großbritannien, Mosambik, Namibia-Frage, Portugal
S. 153[42], 284, 287, 936
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 162, 299, 300 und S. 288, 293
– EG/EPZ
S. 1411[17]
– UdSSR
S. 745, 1396
– USA
S. 468, 516, 1393–1395, 1397–1399

Sudan
siehe außerdem: Ägypten, Libyen
Dok. 36 und S. 269
– Bundesrepublik Deutschland
S. 193–195, 540

– USA
S. 194, 540, 1507

Swasiland
S. 476, 1395

Syrien
siehe außerdem:
Ägypten, Chemische Waffen, Irak, Iran, Israel, Italien, Jordanien, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Saudi-Arabien, Terrorismus

S. 100, 171, 452[59], 799, 1132

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 254, 331 und S. 29, 117, 369, 390, 948

– Türkei
S. 390

– UdSSR
S. 63, 110f., 115f., 196, 198f., 215, 390

– USA
S. 369, 1181f., 1338

Tansania
S. 247, 799, 1508

Telekommunikations- und Fachinformationspolitik
Dok. 356

Technisches Hilfswerk (THW)
S. 518

Terrorismus
Dok. 166, 335 und S. 351, 452, 585, 697[23], 1160, 1183, 1211, 1561, 1564[4]

– Bundesrepublik Deutschland
S. 733, 802f., 805, 947, 1185[26], 1541–1543

– Frankreich
S. 562, 760, 803–805, 1540–1542

– Großbritannien
S. 562, 592f., 596, 597[46], 732f., 760, 804f., 819, 1540–1543

– Iran
S. 1185[26], 1539–1541

– Italien
S. 281, 293, 803, 805, 819

– Japan
S. 805

– Jordanien
S. 111[24]

– Kanada
S. 805

– Libyen
S. 212, 292f., 562, 592f., 804, 819, 825, 841, 947, 1541f.

– Syrien
S. 1185[26]

– UdSSR
S. 1200

– USA
S. 562, 760, 802–805, 1185[26], 1539–1542

– VN
S. 804f.

Thailand
siehe außerdem:
Japan, Kambodscha

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 115

– UdSSR
S. 549[4]

– USA
S. 552

– Vietnam
S. 549[3+4], 550

– Volksrepublik China
S. 551

Togo
S. 785

Tschad-Konflikt
S. 268, 1561

– Bundesrepublik Deutschland
S. 540

– Frankreich
S. 266[5], 1449, 1542, 1565f.

– Griechenland
S. 1565[8]

– Libyen
S. 266[5+7], 1340, 1449, 1542, 1565f.

– Mali
S. 266

– USA
S. 540

Tschechoslowakei
siehe: ČSSR

Tunesien
S. 108, 293, 798, 824[3], 993

Türkei
siehe außerdem:
Abrüstung, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irak, Iran, Ja-

pan, Kanada, KVAE, Libyen, NATO, Saudi-Arabien, Syrien, Zypern-Konflikt

S. 431, 803, 936[8], 1064[17]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 77, 163, 174, 175, 229 und S. 24[15], 263[38], 592, 696, 750, 1035, 1211

– EG/EPZ
S. 263[38], 390–392, 449, 472, 794, 842, 845[9+11], 1058, 1060–1063, 1065, 1067f., 1070

– UdSSR
S. 1059, 1066, 1070

– USA
S. 389[4], 391[8], 449, 838–843, 1386f.

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Argentinien, ASAT, Belgien, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, Dänemark, DDR, Frankreich, Grenada, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Indien, INF-Verhandlungen, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kriegsende, KSZE, Kuba, KVAE, Libanon-Konflikt, Libyen, MBFR, Mittelamerika-Politik, Mosambik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Pakistan, Polen, Portugal, Raumfahrtpolitik, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, Saudi-Arabien, Schweden, SDI, Spanien, START, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Thailand, Türkei, VN

Dok. 7, 42, 212 und S. 128, 202, 314, 404, 452[59], 468, 476, 524, 535, 889, 915, 976, 988, 1054, 1067, 1088, 1348, 1384f.

– „Breschnew-Doktrin“
S. 17, 386f., 428, 604, 621, 763, 776, 808

– Dissidenten
S. 67, 153[42], 623, 721, 739, 747, 758f., 763, 1202f., 1611

– EG/EPZ
S. 263f.

– NATO
S. 52f., 441, 557, 726, 775f., 778–781, 811, 835, 1151f.

– Sanktionen gegen die UdSSR
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

– Technologische Entwicklung
Dok. 315

– Ungarn
S. 36, 332, 442, 621, 833f., 1406

– USA
Dok. 13, 195, 259, 262, 265, 320, 345, 357 und S. 10–13, 19, 39–41, 51f., 60f., 71–73, 79f., 88, 101, 115, 121–126, 140–145, 147–151, 209f., 213, 215, 218–220, 222f., 227f., 231f., 242, 253f., 280, 354, 356–360, 367, 378, 382, 384f., 396, 441f., 445f., 450, 454–456, 474f., 485, 512–514, 520–522, 537, 558–560, 563, 593f., 604, 610f., 615–618, 621, 623–626, 628f., 634, 636[13], 641f., 643[3], 644f., 648, 652–655, 673, 675[13], 683, 703f., 715–718, 720, 722, 726, 731, 736–738, 742–747, 758f., 762[2], 776–778, 780, 785f., 807, 811f., 831f., 834, 854, 859, 873–881, 883, 890, 899, 911, 913f., 922f., 926f., 931, 953–958, 966, 968[2+6], 969–972, 1020–1022, 1026f., 1035–1041, 1077, 1078[3], 1079f., 1083–1085, 1098f., 1102–1104, 1117, 1121–1123, 1127–1129, 1133–1136, 1145, 1147, 1160–1167, 1183–1185, 1195–1198, 1238–1241, 1245, 1247, 1249, 1251–1254, 1256, 1265, 1273–1276, 1287–1289, 1291, 1293–1296, 1309, 1313f., 1323f., 1332, 1353, 1362, 1371–1375, 1381–1383, 1403, 1419, 1422, 1424f., 1439–1441, 1443f., 1465–1470, 1473, 1475, 1488f., 1492[11], 1499–1504, 1506, 1513, 1528f., 1552f., 1554[20], 1556, 1562f., 1569, 1571, 1578, 1590, 1598–1600, 1610, 1612f., 1618–1620

– Verteidigungspolitik
S. 205–207, 497, 873–876, 1238, 1240, 1245, 1249, 1275f., 1324, 1480

– Vietnam
S. 215, 446[32], 699

– Volksrepublik China
S. 215, 485, 563, 613, 636f., 698f., 759, 762[2], 776, 970, 1080, 1163f., 1259, 1260[3], 1261f., 1326, 1557

– WEU
S. 47, 576, 578, 908f., 922f., 939, 940[10], 1349, 1421, 1423, 1610, 1613

UdSSR–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin

Dok. 14, 45, 148, 153, 168, 185, 202, 239, 244, 246, 306, 344 und S. 20, 77, 114f., 150, 202[8], 216, 221f., 227f., 241f., 254, 257f., 269, 278–281, 329f., 354, 356f., 359f., 397, 405, 422, 442, 455, 475, 514,

525, 551, 553, 560, 610 f., 615–618, 621–624, 628 f., 634–636, 642, 645, 648, 673, 684 f., 704, 726, 732–734, 736–738, 755 f., 758 f., 762–764, 769, 779, 830–833, 835, 868 f., 890, 912, 914, 920, 968[2], 970, 974, 1013–1015, 1058, 1072[1], 1078[3], 1079–1081, 1127, 1133, 1146–1149, 1158, 1161, 1163–1165, 1183 f., 1191, 1201, 1204 f., 1258, 1261, 1280, 1283, 1285, 1287, 1300, 1313, 1327 f., 1349, 1362, 1372, 1374 f., 1379, 1388, 1390, 1403, 1411[2], 1424–1426, 1435, 1456, 1465–1470, 1483, 1490, 1501, 1503–1506, 1552 f., 1562, 1569–1572, 1590, 1611, 1613, 1627

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 70[10], 231 f., 880, 883, 1422, 1575–1577

– Humanitäre Fragen
S. 76, 232 f., 721, 747

– Kulturbeziehungen
S. 76, 880, 882

– Rechtshilfeverkehr
S. 76

– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 76, 746, 880, 882 f.

Uganda
S. 799[4]

Umweltpolitik/Umweltschutz
S. 363, 370, 404, 483, 500–503, 823, 890, 895, 1004–1006, 1054, 1123, 1138, 1298, 1357[3], 1358, 1362 f., 1511–1513, 1589[6], 1590 f., 1601, 1603

– Multilaterale Umweltkonferenz vom 24. bis 27.6.1984 in München
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit (Palme-Kommission)
S. 92 f.

Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Brandt-Kommission)
S. 92 f.

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development)
siehe unter: VN

UNESCO (United Nations Educational Scientific and Cultural Organization)
siehe unter: VN

Ungarn
siehe außerdem:
Abrüstung, ČSSR, Frankreich, Großbritannien, INF-Verhandlungen, Italien, KSZE, KVAE, NATO-Doppelbeschluß, Österreich, Polen, UdSSR

S. 41, 219, 421, 589, 602, 1402 f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 173, 249 und S. 60 f., 70, 78[7], 114 f., 332, 621, 864, 882, 930[16], 931, 973, 1130, 1313, 1363, 1406, 1420

– EG/EPZ
S. 115, 332, 740, 828 f., 930, 1405 f.

– USA
S. 151, 442, 593, 930, 177[20], 1147, 1185[25], 1377[34]

UNO (United Nations Organization)
siehe: VN

Uruguay
S. 395, 477, 524

USA (United States of America)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Angola, Argentinien, ASAT, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chemische Waffen, Chile, ČSSR, „D-Day", DDR, El Salvador, Frankreich, Grenada, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Indien, INF-Verhandlungen, Irak, Iran, Israel, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kanada, Kriegsende, KSZE, Kuba, KVAE, Libanon-Konflikt, Libyen, Luxemburg, MBFR, Mexiko, Mittelamerika-Politik, Mosambik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Österreich, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Pakistan, Polen, Portugal, Raumfahrtpolitik, Republik China (Taiwan), Rumänien, Saudi-Arabien, SDI, Seerecht, Spanien, START, Südafrika, Sudan, Syrien, Terrorismus, Thailand, Tschad-Konflikt, Türkei, UdSSR, Ungarn, VN, Zypern-Konflikt

Dok. 179 und S. 272 f., 282, 326 f., 422, 585, 752, 818, 820–821, 889, 985, 989, 996, 1050, 1124, 1257, 1322, 1462–1464

– EG/EPZ
S. 154, 163, 203, 304, 323 f., 596, 612, 629 f., 768, 1110, 1499

– Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)
S. 67[9], 122 f., 143[15], 145, 147 f., 200[3], 203, 226, 235[7], 287, 312, 329, 343, 354, 356,

369, 378, 417, 419, 443, 446, 449, 456, 504[7], 516f., 519, 521f., 530[5], 533[21], 537, 611, 624–627, 630f., 682f., 690[44], 768[14], 842f., 884f., 887, 888[12], 899, 931, 969, 979, 982, 1019, 1021[14], 1038–1041, 1098[9+10], 1130, 1178, 1217, 1244[7], 1274, 1328, 1352, 1384, 1387, 1407, 1411[2], 1504, 1604

– Rapid Deployment Force (RDF)
S. 16, 21[4], 24, 33f., 64, 85, 413, 533, 537, 1228[2]

– Verteidigungspolitik
Dok. 186, 271 und S. 498, 518f., 573[2], 625, 627f., 899, 1021, 1274, 1351, 1583f., 1626

– Volksrepublik China
S. 127–129, 215, 516, 551, 563–565, 589, 609, 613, 615, 618, 625f., 636[12], 637, 698–701, 867, 1233, 1262, 1326f.

– WEU
S. 15, 46, 47[25], 375f., 447, 560, 574–577, 580–582, 1022, 1045, 1330[2], 1333f., 1384, 1446

– Zaire
S. 1143f.

USA–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin

Dok. 12, 38, 40, 44, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 92, 107, 108, 126, 127, 128, 129, 133, 176, 203, 207, 230, 235, 245, 268, 282, 303, 316, 322, 325, 326, 338 und S. 16, 88f., 127–129, 134, 168f., 171, 174–176, 200, 204–207, 220–224, 232, 242, 278, 280, 283–290, 312, 322, 328f., 331, 333–336, 397–402, 408, 415–419, 427, 448, 466, 474f., 487–492, 506–508, 520–522, 524, 527–542, 560, 564f., 568–572, 582, 652–659, 666f., 669, 671, 674, 683[11], 720f., 733–738, 743, 756, 767–769, 808[11], 831f., 841, 853–856, 871, 881, 896, 952–956, 977f., 1008f., 1025, 1034, 1041, 1102–1104, 1147, 1157f., 1176, 1180, 1190f., 1196–1198, 1201, 1203f., 1218f., 1222, 1233[11], 1261, 1280, 1281[10], 1283, 1286–1289, 1317[4], 1351f., 1354–1356, 1366–1370, 1403f., 1407f., 1419, 1424f., 1473[3], 1517, 1518[2], 1520, 1529, 1543, 1562, 1576, 1585–1587, 1604f., 1621, 1629

– Gespräche über sicherheitspolitische Fragen
Dok. 222, 226, 237, 283, 289

– Master Restationing Plan (MRP)
S. 378f., 517, 530, 536, 540, 1044

– Roland-Patriot-Abkommen vom 12.7. 1984
Dok. 214

– Wartime Host Nation Support (WHNS)
S. 531, 537

VAE (Vereinigte Arabische Emirate)
S. 27f.

Vatikan
siehe: Heiliger Stuhl

Venezuela
S. 28, 208[3], 818[7], 985, 987, 992, 994

Vereinigte Arabische Emirate
siehe: VAE

Vereinigte Staaten von Amerika
siehe: USA

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
siehe: Großbritannien

Vereinte Nationen
siehe: VN

Vierer-Außenministertreffen
Dok. 156, 252, 253, 335, 336, 341, 342 und S. 448, 727, 1498[3], 1550f.

Vierer-Direktorentreffen
Dok. 28, 90, 117, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 297, 311 und S. 998

Vierergruppe
siehe: Bonner Vierergruppe

Vietnam
siehe außerdem: Frankreich, Kambodscha, Thailand, UdSSR

S. 291, 838, 1435

– Bundesrepublik Deutschland
S. 549[4]

– Volksrepublik China
S. 1261

VN (Vereinte Nationen)
siehe außerdem: Abrüstung, Chemische Waffen, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Terrorismus, Zypern-Konflikt

S. 126, 189, 220, 381, 867, 933, 936, 977, 1381

– Ägypten
S. 106[11]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 30[15], 1127, 1292, 1412[3]
– Charta vom 26.6.1945
S. 29, 382, 386, 763, 774, 853 f., 999 f., 1077, 1207, 1268[16], 1388
– Committee on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung
– ECE (Economic Commission for Europe)
S. 889 f.
– Frankreich
S. 106, 1170
– GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)
siehe: GATT
– Generalversammlung
S. 123 f., 150, 236[11], 338[9], 654[11], 717[9], 813 f., 821, 826, 853, 992, 998, 1056, 1085[9], 1096–1100, 1121[7], 1126, 1161, 1170[17+18], 1182[14], 1183, 1200[6], 1251, 1382[59], 1433[3], 1441, 1442[12], 1472–1477
– Großbritannien
S. 1170, 1449
– IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)
S. 285[10], 286, 288–290, 916
– ICAO (International Civil Aviation Organization)
S. 149, 853, 1223
– IDA (International Development Association)
siehe unter: Nord-Süd-Dialog
– IGH (Internationaler Gerichtshof)
S. 266[8], 530[5], 639, 855
– ILO (International Labour Organization)
S. 739
– IWF (Internationaler Währungsfonds)
S. 62[17], 234, 235[8], 444, 451, 524, 761, 798, 801 f., 821 f., 973[34], 990–993, 996 f., 1081, 1107, 1142 f., 1169 f., 1222[6], 1224 f., 1272, 1435, 1495, 1564
– Polen
S. 566[3]
– Resolution Nr. 34/138 der Generalversammlung vom 14.12.1979
S. 236[11], 237
– Resolution Nr. 34/139 der Generalversammlung vom 14.12.1979
S. 236[11]
– Resolution Nr. 38/3 der Generalversammlung vom 27.10.1983
S. 550[6]
– Resolution Nr. 38/12 der Generalversammlung vom 16.11.1983
S. 1170[18]
– Resolution Nr. 39/6 der Generalversammlung vom 1.11.1984
S. 1170[17]
– Resolution Nr. 82 des Sicherheitsrats vom 25.6.1950
S. 532[14]
– Resolution Nr. 83 des Sicherheitsrats vom 27.6.1950
S. 532[14]
– Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats vom 22.11.1967
S. 106, 1032[9]
– Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrats vom 22.10.1973
S. 1032[9]
– Resolution Nr. 426 des Sicherheitsrats vom 19.3.1978
S. 200[18]
– Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats vom 29.9.1978
S. 245–249, 451, 592, 782–787, 793, 1188 f., 1392[3], 1393, 1395, 1397 f., 1508
– Resolution Nr. 538 des Sicherheitsrats vom 18.10.1983
S. 200[18]
– Resolution Nr. 540 des Sicherheitsrats vom 31.10.1983
S. 838, 1090[4]
– Resolution Nr. 552 des Sicherheitsrats vom 1.6.1984
S. 838–840
– Sicherheitsrat
S. 106[11], 151[30], 196, 200[18], 320, 446, 853 f., 1033, 1207
– UdSSR
S. 1134 f., 1183 f., 1199, 1251
– UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development)
S. 235, 822[13]
– UNEP (United Nations Environment Programme)
S. 889
– UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization)
S. 235, 1411, 1412[3], 1449, 1531

– UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon)
siehe unter: Libanon-Konflikt
– USA
S. 235, 530[5], 639, 855, 1170f., 1197, 1199, 1285, 1309, 1411, 1412[3], 1449
– VN-Waffenübereinkommen vom 10.10. 1980
Dok. 120
– Weltbank
S. 235[8], 391[8], 451, 800, 822, 992f., 996f., 1107, 1142f., 1235[19], 1272, 1435, 1565
– Weltpostverein
S. 153[42]

Völkerrecht
Dok. 179

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
S. 797[7], 837[27], 1222, 1603

Volksrepublik China
siehe außerdem:
Abrüstung, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kambodscha, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Pakistan, Republik China (Taiwan), Thailand, UdSSR, USA, Vietnam
S. 234[6], 287, 422, 751, 1033, 1082, 1373, 1375
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 144, 269, 273, 274 und S. 551, 564f., 1282, 1326f., 1421, 1577
– EG/EPZ
S. 700

Warschauer Pakt
siehe außerdem:
Abrüstung, KSZE, KVAE, MBFR, NATO
S. 35–38, 57, 78, 114f., 125, 151f., 228, 258, 279, 358, 485, 525, 557, 560, 576, 578, 609, 617, 621f., 627f., 635, 636[11], 669f., 673, 719, 762f., 776, 830[8], 833f., 836, 869, 912, 939f., 967, 970, 973, 1014f., 1073[8], 1079, 1081f., 1101, 1104, 1113[19], 1127–1130, 1148f., 1170, 1175, 1204, 1240, 1252, 1292, 1294, 1313, 1327, 1354, 1362, 1375, 1378, 1388f., 1419, 1425, 1443, 1447, 1456, 1482[14], 1483, 1501, 1529, 1549, 1563, 1583, 1589–1591, 1600, 1603, 1613, 1616–1618

Weltbank/Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
siehe unter: VN

Weltwirtschaftsgipfel
S. 332
– Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
S. 803[3], 1542
– Weltwirtschaftsgipfel am 22./23.6.1980 in Venedig
S. 596[44]
– Weltwirtschaftsgipfel am 20./21.7.1981 in Ottawa/Montebello
S. 596[44], 785
– Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6.6.1982 in Versailles
S. 596[44], 801, 823
– Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30.5. 1983 in Williamsburg
S. 222, 224, 371, 452, 590f., 595, 597, 756[22], 768, 800f., 1542
– Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9.6.1984 in London
Dok. 170, 171 und S. 152f., 353, 364, 394, 396f., 452, 524, 558, 590f., 595, 597, 608, 630f., 709f., 730, 732f., 751, 753f., 759–761, 768, 795[3], 797–802, 825, 832, 841, 861[5], 864, 906, 991, 997, 1300, 1542f.
– Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4.5.1985 in Bonn
S. 823, 1349, 1380, 1391, 1447, 1490, 1498, 1542f., 1551, 1552[13]

Westsahara-Konflikt
S. 266f., 752, 1340

WEU (Westeuropäische Union)
siehe außerdem:
Dänemark, EPZ, Griechenland, NATO, Portugal, Spanien, UdSSR, USA
S. 188, 192, 531, 538, 664[11], 742, 900, 1050, 1054f., 1107, 1272, 1321f.
– Belgien
S. 14, 574, 579, 581, 1332
– Bundesrepublik Deutschland/Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen
Dok. 121, 196 und S. 5–8, 14f., 42[5], 43, 45–47, 83–85, 190, 261f., 273–275, 375f., 423f., 447f., 613, 662[5], 675f., 724, 728f., 908f., 1022, 1045, 1112f., 1125, 1155, 1205, 1331–1334, 1346–1350, 1383f., 1446, 1590, 1613

– Frankreich
S. 4–8, 14f., 42[5], 45–47, 82–85, 190, 261f., 272–275, 375f., 423f., 447f., 560, 574, 579, 675f., 728, 1022, 1112f., 1331–1333, 1346–1350, 1446
– Großbritannien
S. 5, 8, 15, 83, 190[28], 262, 318[2], 320, 560, 580, 724, 1332f., 1384, 1446
– Italien
S. 5, 46f., 83, 579–581, 728, 1332f.
– Luxemburg
S. 582, 1329, 1332
– Niederlande
S. 6, 83f., 180, 262, 581, 1332
– Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 26./27.10.1984 in Rom
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung
S. 108, 223f., 239, 282f., 326f., 353, 361–363, 585f., 612, 631, 730, 753f., 862, 1049, 1124, 1401

Wirtschaftsunternehmen
– AEG-Telefunken AG
S. 1234[13]
– Air France
S. 1540
– Airbus Industrie
S. 169f., 187, 1054f., 1058, 1064[17], 1067–1069, 1234, 1237[21], 1554
– Alfa Touristik Investition GmbH & Co. KG
S. 473[11]
– Bayer AG
S. 894, 1316
– Bertelsmann AG
S. 754[19]
– Blohm + Voss AG
S. 551[8], 1312[8]
– BMW (Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft)
S. 363, 768
– Boeing (The Boeing Company)
S. 170, 274[9], 1067, 1234[15], 1554
– Bongo
S. 1221f.
– BP (British Petroleum)
S. 986
– British Airways
S. 493
– Candu Energy Inc.
S. 1064[17]
– Chevron Corporation
S. 193[3], 194
– Daimler-Benz AG
S. 768, 1401[4]
– Deutsche Babcock AG
S. 825
– Deutsche Bank AG
S. 239, 938[3+4]
– Dornier GmbH
S. 274[9]
– DuPont (E.I. du Pont de Nemours and Company)
S. 369[37]
– Empresas Nucleares Brasileiras S/A (Nuclebras)
S. 285[7]
– Ente Nazionale Idrocarburi (ENI)
S. 292
– ERNO Raumfahrttechnik GmbH
S. 173[7]
– Fokker
S. 180[4]
– Ford Motor Company
S. 1233[10]
– Framatome SA (Société Franco-Américaine de Constructions Atomiques)
S. 1232[7]
– Fried. Krupp GmbH
S. 573[1]
– Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA
S. 1401[4]
– Fr. Lürssen Werft GmbH & Co. KG
S. 1212[33]
– General Electric Company (GE)
S. 1064[17]
– HDW (Howaldtswerke-Deutsche Werft AG)
S. 27[6], 1312[8]
– Heberger Bau AG
S. 599, 815f., 870[2], 872[10], 892
– Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft
S. 27[6], 391, 1064f., 1067, 1232[7], 1234[13], 1302

– H. Krantz GmbH & Co.
S. 408[5]

– HOCHTIEF AG
S. 844

– Ingenieurkontor Lübeck GmbH
S. 782

– KAL (Korean Airlines)
S. 79[17], 215, 494, 759[11], 780, 804[5], 865, 1166, 1480[8]

– Karl Kolb GmbH & Co. KG/Pilot Plant Engineering & Equipment GmbH
S. 333–335, 408 f., 487–489, 506[2], 507 f., 527–529, 598–600, 656–661, 814[4], 815 f., 870–872, 891–894, 951 f., 1091, 1316, 1317[4], 1531

– KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)
S. 471

– Krauss-Maffei AG
S. 1537[2]

– KWU (Kraftwerk Union AG)
S. 285[7+8], 288, 1058, 1064[16+17], 1065 f., 1232, 1339[25]

– Ludwig Hammer GmbH
S. 815 f., 892

– Lufthansa (Deutsche Lufthansa AG)
S. 1541[8]

– M. van Delden & Co. KG
S. 1531

– MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg)
S. 1234[13]

– MATRA (Mécanique Aviation Traction)
S. 1233[10]

– MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH)
S. 173[7], 573[1], 1233[10]

– McDonnell Douglas Corporation
S. 1234[15]

– E. Merck oHG
S. 1531

– Mobil Oil Corporation
S. 804[6]

– MTU (Motoren- und Turbinen-Union GmbH)
S. 564[6]

– Nixdorf Computer AG
S. 1132

– Occidental Petroleum Corporation
S. 804[6]

– Otto Quast Bauunternehmen GmbH & Co.
S. 599

– Pan American World Airways
S. 493

– PCS (Periphere Computer Systeme GmbH)
S. 1233

– Polskie Linie Lotnicze LOT S.A.
S. 973[34], 1223

– Raytheon Company
S. 981

– RCA (Radio Corporation of America)
S. 1233[10]

– Rheinmetall GmbH
S. 346

– Riedel-de Haën Aktiengesellschaft
S. 1531

– Ruhrgas AG
S. 404[7]

– Saad General Establishment
S. 487, 489

– Santa Bárbara Sistemas
S. 346[5]

– Schott Glaswerke
S. 599, 1531

– Siemens AG
S. 472[8], 1232 f., 1234[13], 1279[5]

– SMS Schloemann-Siemag AG
S. 1234

– SNIAS (Société Nationale Industrielle Aéospatiale)
S. 1233[10]

– Sojusgasexport
S. 404[7]

– Standard Elektrik Lorenz AG
S. 472[8]

– Texas Instruments Inc.
S. 1276

– Thomson-CSF
S. 1233[10]

– Thyssen AG
S. 1234[13]

– Turkish Airlines (Türk Hava Yollari A.O., THY)
S. 1067

– URENCO (Uranium Enrichment Company)
S. 1055

– Val. Mehler AG
S. 369[37]
– VW (Volkswagenwerk AG)
S. 225 f., 404, 500, 907, 1237[21], 1402, 1573[1], 1577
– W.C. Heraeus GmbH
S. 1531
– Westinghouse Electric Corporation
S. 1232[7]

Zaire
siehe außerdem:
Angola, Frankreich, Italien, USA
Dok. 248 und S. 1393, 1564 f.

Zypern-Konflikt
S. 389[4]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 153, 592, 1386 f.
– EG/EPZ
S. 436[6], 1387
– Frankreich
S. 153, 263, 1386 f.
– Griechenland
S. 1386 f.
– Großbritannien
S. 153, 592, 1386 f.
– NATO
S. 1387
– Türkei
S. 1386 f.
– USA
S. 153, 1386 f.
– VN
S. 153[36], 1386

Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom August 1984

Stand: August 1984

Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit
Berndt von Staden, Staatssekretär a.D.

Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit
Dr. Helga Wex, MdB

Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher
Persönlicher Referent: VLR I Dr. Jansen

02 Planungsstab
Ministerialdirigent Dr. Seitz

01 Leitungsstab

010 Ministerbüro
VLR I Dr. von Ploetz

012 Öffentlichkeitsarbeit
VLR I Dr. Schneppen

012-9 Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte Inland
VLR Dr. Schumann

011 Parlaments- und Kabinettsreferat
VLR I Dr. Gansäuer

013 Pressereferat
VLR I Paschke

Staatssekretär
Dr. Jürgen Ruhfus
Geschäftsbereich: Abteilungen 4, 5 und 6
Persönlicher Referent: LR I Dr. Schweppe

Staatssekretär
Dr. Andreas Meyer-Landrut
Geschäftsbereich: Abteilungen 1, 2, 3 sowie 2 A und 7
Persönlicher Referent: VLR Dr. Frick

Staatsminister
Jürgen W. Möllemann
Persönlicher Referent: LR I Dr. Zeisler

Staatsminister
Dr. Alois Mertes
Persönlicher Referent: LR I Blomeyer-Bartenstein

014 Büro Staatssekretäre
VLR I von Schubert

1 Zentralabteilung
Ministerialdirektor Dr. Hallier

Unterabteilung 10
Ministerialdirigentin Dr. Rheker

100 Allgemeine Personalangelegenheiten
VLR I Dr. Reiche

101 Höherer Dienst; Honorarkonsuln
VLR I Jung

102 Ausbildung und Fortbildung
Gesandter Kremer

103 Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter
VLR I Kleiner

104 Deutsches Personal bei inter- und supranationalen Organisationen
N.N.

105 Sprachendienst
VLR I Kusterer

106 Gesundheitsdienst
Leitender Medizinaldirektor Dr. Rohwedder

1 – I Inspekteure
Chefinspekteur
N.N.

1 – Z Botschafter z.b.V.
1 – Z 1 N.N.
1 – Z 2 Botschafter Wolff

Unterabteilung 11
VLR I Dr. Eiff
Planungsbeauftragter

110 Organisation
VLR I Jochum

111 Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland
VLR I Weindel

112 Haushalt und Finanzen
Beauftragter für den Haushalt
VLR I Gründel

113 Besoldung
VLR I Dr. Ellerkmann

114 Chiffrier- und Fernmeldewesen
VLR I Dr. Giesecke

115 Innerer Dienst
LR I Flimm

116 Bibliothek und Dokumentation
Ministerialrat Waldner

117 Politisches Archiv und Historisches Referat
VLR I Dr. Weinandy

118 Geheimschutz und Sicherheit
VLR I Nöldeke

119 Vorprüfungsstelle
VLR Kobe

2 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Dr. Pfeffer

Unterabteilung 20
Ministerialdirigent Dr. Schauer

200 Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)
VLR I Dr. Schilling

201 Atlantisches Bündnis und Verteidigung
VLR I Lewalter

201-9 Militärpolitik außerhalb der NATO, Rüstung, WEU (sicherheitspolitische Aspekte)
VLR Dr. Ehni

202 Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein
VLR I Holthoff

203 Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden
VLR I Dr. Kuhna

204 Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit
VLR I Dr. von Studnitz

205 Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten
VLR Graf von Bassewitz

Unterabteilung 21
Ministerialdirigent Dr. von Braunmühl

210 Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen
VLR I Dr. Kastrup

212 Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)
VLRin I Dr. Vollmar

213 Sowjetunion
VLR I Dr. Arnot

214 Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien
VLR I Dr. Keil

215 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin
VLR I Dr. Eggers

Unterabteilung 23
Ministerialdirigentin Dr. Finke-Osiander

230 Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat
VLR I Dr. Vollers

231 Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen
VLR I Dr. Giesder

232 VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen
VLR I Dr. Steinmann

2 A Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle
Botschafter Dr. Ruth

Vertreter
VLR I Dr. Hartmann

220 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START
N.N.

221 Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)
VLR I Dr. Buerstedde

222 Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen, Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung
VLR Dr. Pöhlmann

223 Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen
VLR I Dr. Becker

3 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Haas

31 Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik
VLR I Schlagintweit

32 Beauftragter für Afrikapolitik
N.N.

33 Beauftragter für Lateinamerikapolitik
Ministerialdirigent Dr. Kullak-Ublick

34 Beauftragter für Asienpolitik
Ministerialdirigent Dr. Peckert

300 Grundsatz- und Koordinierungsfragen Dritte Welt
VLR I Dr. von Uthmann

301 Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge
N.N.

310 Naher Osten
VLR I Dr. Fiedler

310-9 Europäisch-Arabischer Dialog
VLR I Dr. Kuhnt

311 Mittlerer Osten, Maghreb
VLR I Dr. Strenziok

320 Südliches Afrika und Ostafrika
VLR I Dr. Vergau

321 West- und Zentralafrika
VLR I Venzlaff

330 Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay
VLR I Dr. Hallensleben

331 Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Zentralamerika, Karibik
VLR I Richter

340 Süd- und Südostasien
VLR I Freiherr von Pfetten-Arnbach

341 Ostasien, Australien, Südpazifik
VLR I Bente

4 Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration
Ministerialdirektor Dr. Fischer

Unterabteilung 40
Ministerialdirigent Dr. Sulimma

400 Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank)
VLR I Dingens

401 Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich, insbesondere UNIDO, UNDP; regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte
VLR I Dr. Enzweiler

402 Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik; Welternährungsfragen, insbesondere FAO
VLR I Dr. Reichenbaum

405 Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Nichtnukleare Energiefragen in der EG und anderen internationalen Organisationen, Nichtnukleare Energieforschung
VLR I Dr. Nagel

40 A
Arbeitsstab Antarktiskonferenzen
VLR I Dr. Messer

4 – Z Botschafter z.b.V.
Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen
Botschafter Dr. Jung

Unterabteilung 41
Ministerialdirigent Dr. Ungerer

410 Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)
VLR I Dr. Kudlich

410-9 Europäisches Parlament
VLR Dr. Junker

411 Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT
VLR I Dr. Randermann

412 Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial- und Verkehrspolitik der EG; Stahlsektor der EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD
VLR I Dr. Heinichen

413 Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO
VLR I Dr. von Stülpnagel

414 Internationale Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung, der naturwissenschaftlichen Forschung und der Umweltpolitik
VLR I Dr. Graf von Matuschka

414-9 Umweltpolitik
VLR Dr. Aurisch

Unterabteilung 42
Ministerialdirigent Loeck

420 Wirtschaftsbeziehungen zum Westen
VLR I Dr. Fischer-Dieskau

421 Wirtschaftsbeziehungen West-Ost
VLR I Dr. Gerhardt

422 Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen
VLR I von Wistinghausen

423 Verkehrspolitik, Post- und Fernmeldewesen, Fremdenverkehr
VLR I Dr. Schmidt

5 Rechtsabteilung
Ministerialdirektor Dr. Bertele
Völkerrechtsberater

Vertreter
Ministerialdirigent Dr. Redies

500 Allgemeines Völkerrecht
VLR I Dr. Oesterhelt

501 Völkerrechtliche Verträge
VLR I Dr. Trevranus

502 Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu internationalen Organisationen
VLR Gerster

502-9 Internationales Verkehrsrecht
VLR Dr. Lippe

510 Staats- und Verwaltungsrecht einschließlich Ausländerrecht
VLR I Dr. Müller-Chorus

511 Strafrecht, Steuer- und Zollrecht
VLR I Bosch

512 Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht
VLR I Dr. von Boehmer

513 Arbeits- und Sozialrecht; Ausländerpolitik; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)
VLR I Dr. Kroneck

514 Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland
VLR I Dr. Rötger

50 Arbeitsstab Seerechtskonferenz
VLR I Dr. Duisberg

6 Abteilung für auswärtige Kulturpolitik
Ministerialdirektor Dr. Witte
Beauftragter für internationale Medienpolitik

Unterabteilung 60
VLR I Dr. Pabsch

600 Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm
VLR I Dr. Bächmann

600-9 Kulturhaushalt, zentrale Mittelbewirtschaftung und Verwendungskontrolle
LR I Roeder

601 Goethe-Institut, deutsch-ausländische Kulturgesellschaften
VLR I Dr. Kilian

602 Darstellende Kunst, Musik, Bildende Kunst
VLR I Arz von Straussenburg

603 Internationale Medienpolitik, Fernsehen, Hörfunk, Film, Literatur und Buchwesen
VLR I Schönbeck

604 Gesellschaftliche Gruppen, internationale gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung
VLR I Dr. Schlingensiepen

Unterabteilung 61
Ministerialdirigent Dr. Freitag

610 Regionale und bilaterale Grundsatzfragen; Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Westeuropa, Osteuropa, USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen, Kulturreferententagungen
VLR I Wegner

610 B Büro des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Arbeitseinheit I –
LR I Wenzl

611 Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika, Afrika, Naher Osten, Süd- und Südostasien, Korea; Kulturabkommen, Kulturhilfe, Kulturreferententagungen
VLR Henatsch

612 Auslandsschulen, Schulwesen
VLR I Dr. Graf von Schirnding

613 Wissenschaft und Hochschulen, Deutsches Archäologisches Institut
VLRin I Dr. Theodor

614 Jugend, Sport, Kirchen
VLR I Schmitt

615 Multilaterale Zusammenarbeit
VLR I von Keßenbrock-von Krosigk

7 Protokoll
Botschafter Graf von der Schulenburg

Vertreter
Gesandter Dr. Holtermann

700 Staatsbesuche, Veranstaltungen (außer Diplomatisches Korps)
VLR I Bauch

701 Fremde Missionen und Konsulate (einschließlich Veranstaltungen für das Diplomatische Korps), Zeremoniell, Orden
VLR Kiewitt